



C/2024/2808

19.4.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.10484 — PAI PARTNERS / NEW TIGER)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2808)

Am 18. Januar 2022 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32022M10484 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/2676

19.4.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11417 — GENERALI / GSD / GK HOLDING / JV)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2676)

Am 5. April 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Italienisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11417 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/2812

19.4.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11435 — PGGM / EURAZEO / ELECTRA)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2812)

Am 12. Februar 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11435 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/2819

19.4.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11445 — CARLYLE / GTCR / RESONETICS)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2819)

Am 15. April 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11445 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/2825

19.4.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11478 — GUNVOR / EVE / BBE)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2825)

1. Am 11. April 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- GUNVOR Group Ltd („GUNVOR“, Zypern),
- Ente VASCO DE LA ENERGÍA („EVE“, Spanien), kontrolliert von der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Baskenland (Spanien),
- BAHÍA DE BIZKAIA ELECTRICIDAD S.L. („BBE“, Spanien).

GUNVOR und EVE übernehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über BBE.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - GUNVOR ist ein unabhängiges Handelsunternehmen, das weltweit in den Bereichen Handel, Transport, Lagerung und Optimierung von Rohöl, raffinierten Erdölzerzeugnissen, Energie (LNG/Erdgas/Strom) und Schüttgut tätig ist. Zudem stehen industrielle Infrastrukturen in seinem Eigentum, die seine tägliche Handelstätigkeit ergänzen, wie etwa Erdölraffinerien, Ölterminals und -speicher, Pipelines, Biokraftstoffanlagen und Schiffe.
 - EVE ist die öffentliche Energieagentur der baskischen Regierung. EVE führt Planung, Koordinierung und Überwachung der Tätigkeiten des öffentlichen Sektors im Baskenland durch, insbesondere im Energiebereich sowie in anderen synergistischen Bereichen wie Wasser und Telekommunikation.
 - BBE ist Eigentümer eines Elektrizität erzeugenden Kombikraftwerks in Bilbao (Spanien). Haupttätigkeiten von BBE sind die Stromerzeugung und der Großhandel mit Strom.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11478 — GUNVOR / EVE / BBE

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/2820

19.4.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11492 - BAYWA / NUFRI / NUBA BERRIES JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2820)

1. Am 11. April 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- BAYWA GLOBAL PRODUCE GmbH („**BayWa**“, Deutschland), kontrolliert von der BayWa AG,
- NUFRI SOCIEDAD AGRARIA DE TRANSFORMACIÓN („**Nufri**“, Spanien), kontrolliert von der Familie Argilés.

BayWa und Nufri übernehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen („**Nuba Berries JV**“).

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - BayWa: Erwerb, Halten, Verwaltung und Verkauf von Beteiligungen an anderen Unternehmen weltweit, insbesondere in den Bereichen Obst- und Gemüsehandel, -vermarktung und -logistik, Großhandel mit Obst und Gemüse sowie Bau und Betrieb klimatisierter Gewächshäuser,
 - Nufri: Produktion von Frischobst (insbesondere Äpfel, Zitrusfrüchte und Heidelbeeren), Konservierung, Umschlag und Vermarktung von Frischobst sowie Produktion von Saftkonzentraten, Fruchtpürees und den entsprechenden Derivaten, insbesondere im EWR. Nufri erzeugt auch Strom.
3. Nuba Berries JV wird in folgenden Geschäftsbereichen tätig sein: Erzeugung und Vermarktung von Beeren.
4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11492 - BAYWA / NUFRI / NUBA BERRIES JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/2813

19.4.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11508 — ARAMCO DIGITAL / LTIMINDTREE / JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2813)

1. Am 10. April 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Global Digital Integrated Solutions Company („Aramco Digital“, Saudi-Arabien), kontrolliert von Saudi Arabian Oil Company („Saudi Aramco“, Saudi-Arabien),
- LTIMindtree Limited („LTIMindtree“, Indien), kontrolliert von Larsen & Toubro Limited (Indien),
- ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen („Ziel-Gemeinschaftsunternehmen“, Saudi-Arabien).

Aramco Digital und LTIMindtree werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über das Ziel-Gemeinschaftsunternehmen erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Aramco Digital ist ein Unternehmen für digitale Dienste, das intelligente Cloud-Infrastruktur aufbaut und Cloud-gestützte Dienste anbietet, von Cybersicherheits- und KI-Anwendungen bis hin zu Lösungen für intelligente Anlagen. Aramco Digital ist im Bereich der digitalen Transformation verschiedener Industriezweige in Saudi-Arabien tätig, z. B. in den Bereichen Energie, Petrochemie und verarbeitendes Gewerbe.
 - LTIMindtree erbringt weltweit verschiedene IT-, Beratungs- und Outsourcing-Dienste.
3. Das Ziel-Gemeinschaftsunternehmen wird folgende Geschäftstätigkeiten ausüben: Vermarktung und Bereitstellung von Managed IT-Services, Anwendungsentwicklung, Systemintegration und IT-Beratungsdiensten vor allem in Saudi-Arabien und, zu einem späteren Zeitpunkt, in der Region Naher Osten und Nordafrika.
4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11508 — ARAMCO DIGITAL / LTIMINDTREE / JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/2806

19.4.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11534 — STONEPEAK / ORSTED / OONA ENERGY)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2806)

1. Am 10. April 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Stonepeak Partners LP („Stonepeak“), Vereinigte Staaten von Amerika,
- Orsted Onshore North America, LLC („OONA“), Vereinigte Staaten von Amerika, indirekt kontrolliert von Ørsted A/S („Orsted“), Dänemark, und
- OONA Energy Partners 3, LLC („Ziel-Gemeinschaftsunternehmen“), Vereinigte Staaten von Amerika, vollständig im Eigentum von OONA.

Stonepeak und Orsted werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über das Ziel-Gemeinschaftsunternehmen übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Stonepeak ist ein weltweit tätiges alternatives Investmentunternehmen mit Schwerpunkt auf Infrastruktur- und Immobilienanlagen,
 - Ørsted ist im Bereich erneuerbare Energien tätig.
3. Die Geschäftstätigkeit des Ziel-Gemeinschaftsunternehmens besteht im Betrieb von vier Onshore-Windparks in den Vereinigten Staaten von Amerika:
4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11534 — STONEPEAK / ORSTED / OONA ENERGY

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/2795

19.4.2024

**Bekanntmachung eines Antrags auf Feststellung der Anwendbarkeit des Artikels 34 der
Richtlinie 2014/25/EU**

Antrag eines Auftraggebers

(C/2024/2795)

Mit Datum vom 22. Dezember 2023 hat die Kommission einen Antrag gemäß Artikel 35 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ erhalten. Der Antrag wurde von SJ AB gestellt. Der erste Arbeitstag nach Eingang des Antrags war der 3. Januar 2024.

Dieser Antrag betrifft Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erbringung kommerzieller Schienenpersonenverkehrsdienste im Hoheitsgebiet Schwedens.

Artikel 34 der Richtlinie 2014/25/EU lautet: „Aufträge, mit denen die Ausübung einer in Artikel 8 bis 14 genannten Tätigkeit ermöglicht werden soll, unterliegen dieser Richtlinie nicht, wenn der Mitgliedstaat oder die Auftraggeber, die den Antrag gemäß Artikel 35 gestellt haben, nachweisen können, dass die Tätigkeit in dem Mitgliedstaat, in dem sie ausgeübt wird, unmittelbar dem Wettbewerb auf Märkten ausgesetzt ist, die keiner Zugangsbeschränkung unterliegen; Wettbewerbe, die zur Ausübung einer solchen Tätigkeit in diesem geografisch abgegrenzten Gebiet ausgerichtet werden, unterliegen dieser Richtlinie ebenfalls nicht.“ Die volle Anwendung des Wettbewerbsrechts bleibt von der im Rahmen der Richtlinie 2014/25/EU vorgesehenen Möglichkeit einer Bewertung, inwieweit eine Tätigkeit dem unmittelbaren Wettbewerb ausgesetzt ist, unberührt.

Die Kommission entscheidet binnen 105 Arbeitstagen ⁽²⁾, gerechnet ab dem oben genannten Arbeitstag, über diesen Antrag. Diese Frist läuft am 6. Juni 2024 ab.

Nach Artikel 35 Absatz 5 der Richtlinie 2014/25/EU gelten Anträge betreffend dieselben Tätigkeiten in Schweden, die zu einem späteren Zeitpunkt, jedoch vor Ablauf der durch den ersten Antrag eröffneten Frist eingehen, nicht als Neuanträge, und werden im Rahmen dieses Antrags bearbeitet.

⁽¹⁾ Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243).

⁽²⁾ Im Einklang mit Anhang IV Nummer 1 Buchstabe a der Richtlinie 2014/25/EU kombiniert mit Nummer 1 Unterabsatz 2.



C/2024/2233

19.4.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

18. April 2024

(C/2024/2233)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0679	CAD	Kanadischer Dollar	1,4687
JPY	Japanischer Yen	164,82	HKD	Hongkong-Dollar	8,3635
DKK	Dänische Krone	7,4616	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8013
GBP	Pfund Sterling	0,85628	SGD	Singapur-Dollar	1,4520
SEK	Schwedische Krone	11,6370	KRW	Südkoreanischer Won	1 467,41
CHF	Schweizer Franken	0,9704	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,3461
ISK	Isländische Krone	150,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,7294
NOK	Norwegische Krone	11,7375	IDR	Indonesische Rupiah	17 279,69
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,1083
CZK	Tschechische Krone	25,254	PHP	Philippinischer Peso	61,127
HUF	Ungarischer Forint	393,93	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,3255	THB	Thailändischer Baht	39,251
RON	Rumänischer Leu	4,9758	BRL	Brasilianischer Real	5,5973
TRY	Türkische Lira	34,7035	MXN	Mexikanischer Peso	18,0940
AUD	Australischer Dollar	1,6567	INR	Indische Rupie	89,1880

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. MÄRZ 2017

(C/2024/2677)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzung vom 13. März 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärungen des Präsidenten	3
3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	4
4. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	4
5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	4
6. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	4
7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
8. Große Anfragen (Artikel 130b) (Einreichung) : siehe Protokoll	4
9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
10. Arbeitsplan	4
11. Quecksilber (Aussprache)	7
12. Langfristige Einbeziehung der Aktionäre und Erklärung zur Unternehmensführung (Aussprache)	19

Inhalt	Seite
13. Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014-2015 — Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen – Bericht über die EU-Mittel für die Gleichstellung der Geschlechter (Aussprache)	27
14. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	54
15. Folgen von Massendaten für die Grundrechte (kurze Darstellung)	54
16. Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen (kurze Darstellung)	57
17. Verantwortliche Haltung und Pflege von Equiden (kurze Darstellung)	61
18. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	64
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	71
20. Schluss der Sitzung	71
21. Schluss der Sitzungsperiode	71

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. MÄRZ 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

La seduta è aperta alle 17.00

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta il 2 marzo 2017.

2. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Prima di iniziare la seduta vorrei esprimere le mie condoglianze e manifestare la mia vicinanza alle famiglie delle vittime del popolo del Guatemala, per la tragedia provocata da un incendio scoppiato mercoledì scorso all'interno di una casa di accoglienza per minori orfani vittime di violenza a San José Pinula. Rimaniamo in attesa del risultato dell'inchiesta per conoscere le cause di questo evento e le eventuali responsabilità. Certo è che questi bambini e adolescenti dovevano essere meglio protetti.

Come sapete, la scorsa settimana abbiamo celebrato la Giornata della donna. Ho insistito affinché questa celebrazione non fosse solo un'occasione retorica e fino a quando le donne continueranno ad essere vittime di violenza, discriminazione, matrimoni forzati, esclusione dal mondo del lavoro, dalla politica o dai posti di responsabilità, noi dovremo batterci tutti i giorni dell'anno per affermare il rispetto dei loro diritti fondamentali. Alla riunione straordinaria della commissione FEMM ho sottolineato come non sia possibile rispondere alle grandi sfide del mondo – terrorismo, radicalizzazione, povertà e disoccupazione – senza una vera uguaglianza di genere.

Ho incontrato Lamiya Aji Bashar e Hauwa Ibrahim, due donne vincitrici del nostro premio Sacharov; ho ribadito il nostro impegno a sostenere la loro azione ma anche il loro coraggio e la loro storia ci devono responsabilizzare affinché l'Unione rimanga un faro dei diritti umani nel mondo. Per questo chiediamo uno sforzo collettivo degli Stati membri e delle stesse istituzioni europee per la ratifica e l'applicazione della convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta alla violenza contro le donne e la violenza domestica.

Sono fiero di essere il Presidente di un'istituzione che fa sentire ogni giorno la sua voce forte e chiara sui diritti delle donne. Eppure, proprio qui, al Parlamento europeo, qualche giorno fa, abbiamo assistito a un episodio estremamente grave: un parlamentare ha attaccato in maniera inaccettabile la parità di genere. Ha offeso tutte le donne, violando i nostri valori fondanti e lo ha fatto per di più mentre presiedeva una donna, nell'ambito di una discussione sulle differenze retributive tra donne e uomini.

Per quanto mi riguarda non intendo tollerare un simile comportamento (*Applauso*), ancor più grave in quanto espresso da chi dovrebbe con dignità rappresentare i popoli europei. Come Presidente di questo Parlamento voglio scusarmi con tutte le colleghe, con tutte le donne che lavorano in questa Istituzione, con gli ospiti e con tutte le donne, per queste dichiarazioni estremamente offensive.

Non appena si concluderà l'iter dell'indagine che ho avviato, annuncerò la sanzione che sarà appropriata alla gravità delle affermazioni pronunciate in quest'aula.

(Applauso)

- 3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll**
- 4. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll**
- 5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll**
- 6. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
- 7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
- 8. Große Anfragen (Artikel 130b) (Einreichung) : siehe Protokoll**
- 9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

10. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei

presidenti, a norma dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione del 9 marzo 2017 è stato distribuito.

A seguito di consultazioni con i gruppi politici desidero sottoporre all'Aula la seguente proposta di modifica del progetto definitivo di ordine del giorno.

Giovedì:

La discussione sul tema «Sudan: i casi di Hassan Abduraheem e Abdulmonen Abdumawla» è sostituita dalla discussione sul tema «Zimbabwe, il caso del pastore Evan Mawarire».

L'ordine del giorno è così modificato.

Lunedì:

Comunico di aver ricevuto una richiesta da parte del gruppo Europa delle Nazioni e delle Libertà di aggiungere una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione europea per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle rivelazioni di Wikileaks sugli strumenti di hackeraggio usati dalla CIA; di conseguenza la seduta verrebbe prolungata fino alle 24.

Marcus Pretzell, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! WikiLeaks hat über die Tätigkeit der CIA, sich in Smartphones, sogar in Fernsehgeräte und weitere Dinge einhacken zu können, bis hin zu Autos, erste Unterlagen veröffentlicht und angekündigt, weitere zu veröffentlichen. Viren, Trojaner – unter Umständen können sogar Autos ferngesteuert werden. Die Technologie verwischt selbständig ihre Spuren, und es ist nicht einmal sichergestellt, dass CIA-Beamte sie ohne Kenntnis der CIA nicht für eigene Zwecke verwenden können.

Unter diesem Gesichtspunkt der Verwischung der Spuren und Setzung falscher Fingerabdrücke – unter anderem auch denkbar russischer Fingerabdrücke – sind auch die Angriffe auf die Wahlen in Frankreich 2012 unter Umständen unter einem anderen Licht zu betrachten.

Die CIA-Hacker operieren vom US-Konsulat in Frankfurt als Basis in Europa, im Mittleren Osten und in Afrika. Die deutsche Bundesregierung hat sich bislang geweigert, sich öffentlich dazu zu äußern. Aber wir brauchen eine öffentliche Debatte, und ich glaube, dass das keine Debatte ist, die nur in Deutschland geführt werden muss. Ich glaube, dass das eine Debatte ist, von der alle europäischen Länder betroffen sind, und wir sollten diese Debatte heute hier in diesem Parlament führen.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Jag vill att vi stryker omröstningen om vapendirektivet på föredragningslistan. Då det nya vapendirektivet ej föregåtts av en konsekvensanalys, är förslaget ej redo för att röstas om. Därför ber jag om att vapendirektivet ska strykas från föredragningslistan och sändas tillbaka till kommissionen för en konsekvensanalys.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Jubel schon bevor ich spreche, vielen Dank! Auf der Tagesordnung am Donnerstagnachmittag ist die große Anfrage der EFDD-Fraktion drauf, und ich bitte einfach nur, auf die Tagesordnung den Titel mit aufzunehmen und nicht nur den Verweis auf das Dokument. Es ist wichtig, dass wir wissen, worüber wir am Donnerstagnachmittag reden: die Zusammenarbeit zwischen den Schleppern und Nichtregierungsorganisationen, die im Mittelmeer an Such- und Rettungsaktionen teilnehmen. Das ist ein wichtiger Bestandteil des Schleppens im Mittelmeer. Deswegen bitte ich einfach nur, den Titel der Anfrage auf die Tagesordnung zu setzen, so wie das üblich ist – jetzt und dann auch in Zukunft.

Presidente. – Onorevole von Storch: la decisione del titolo viene presa dalla Conferenza dei capigruppo e il presidente del suo gruppo ha partecipato a tutte le riunioni. Quindi, sapete bene qual è l'argomento.

Onorevole Winberg: vi sono dei tempi da rispettare per richiedere dei cambiamenti e la sua richiesta è fuori tempo massimo.

Martedì:

Il gruppo della Sinistra unitaria europea/Sinistra verde nordica ha chiesto che una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle demolizioni continue di abitazioni e strutture appartenenti a palestinesi sia aggiunta come terzo punto all'ordine del giorno del pomeriggio, dopo la dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle priorità dell'Unione per le sessioni del Consiglio per i diritti umani delle Nazioni Unite nel 2017. La discussione si concluderà con una risoluzione.

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, η εγκληματική πολιτική των κατεδαφίσεων που εφαρμόζει το Ισραήλ σε βάρος του παλαιστινιακού λαού συνεχίζεται. Χθες ήταν η τελευταία ημέρα διορίας που δόθηκε από τις ισραηλινές αρχές στην κοινότητα των Βεδουίνων, για να κατεδαφίσουν τα σπίτια τους στο χωριό Χαν αλ-Άχμαρ στη δυτική όχθη της Παλαιστίνης. Η κοινότητα αυτή των Βεδουίνων κινδυνεύει άμεσα. Αποτελείται από 140 κατοίκους εκ των οποίων οι περισσότεροι είναι παιδιά. Μάλιστα, στον οικισμό ανεγέρθηκε νηπιαγωγείο με χρηματοδότηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η αντιπροσωπεία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για τις σχέσεις με την Παλαιστίνη είχε επισκεφθεί πρόσφατα αυτό το χωριό και λόγω της παρουσίας μας εκεί οι ισραηλινές αρχές έχουν αναβάλει την κατεδάφιση, η οποία είχε προγραμματιστεί να γίνει τον Φεβρουάριο.

Πρέπει να πω ότι με βάση τα στοιχεία του ΟΗΕ το 2016 έγιναν οι πιο πολλές καταδαφίσεις από το Ισραήλ, το δε 2017 οι ισραηλινές αρχές έχουν ήδη καταδαφίσει 172 παλαιστινιακές δομές στην περιοχή Γ και στην Ανατολική Ιερουσαλήμ. Είναι μια πολιτική αυτή του Ισραήλ, να καταδαφίζουν τους οικισμούς, να επεκτείνουν τους παράνομους εποικισμούς των Ισραηλινών και να χωρίζουν τη Δυτική Όχθη στα δύο. Είναι ώρα η Ευρωπαϊκή Ένωση να δράσει άμεσα, να διασφαλίσει ότι οι παράνομες καταδαφίσεις και οι παράνομες επεκτάσεις των ισραηλινών εποικισμών θα τερματιστούν. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πρέπει να στείλει το μήνυμα: Αντιτίθεται σ' αυτές τις παράνομες καταδαφίσεις, αντιτίθεται στις παράνομες επεκτάσεις των ισραηλινών εποικισμών και στηρίζει τη λύση δύο κρατών, η οποία είναι η μόνη επιλογή σήμερα για να επικρατήσει μόνιμη ειρήνη στην ευρύτερη Μέση Ανατολή.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, nous sommes contre cette proposition, parce que dans la communauté Kahn al-Ahmar, qui se trouve dans la zone C, ce qui est illégal là-bas, c'est précisément les bâtiments. Je rappelle que dans la zone C, ce sont les Israéliens qui ont le contrôle de tout le territoire et des activités. Les Palestiniens n'ont pas demandé l'accord pour construire; ils sont en train de recourir à toutes les voies légales. Les Israéliens ont d'ailleurs mentionné le fait qu'il n'y aura pas de démolition jusqu'à l'épuisement de toutes les voies légales. Il n'est donc pas question d'introduire cette confusion que mon collègue veut introduire. Il parlait de la démolition imminente au mois de février. On est – j'attire son attention – au mois de mars. Donc, je répète que les Israéliens ont clairement dit que toutes les voies légales seront acceptées pour les Palestiniens.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Sander Loones (ECR). – Ik wil het even hebben over Turkije, over de uitspraken van meneer Erdogan die zich sterk profileert tegen de Europese Unie. We hebben de rellen gezien in Nederland, we hebben de uitspraken gehoord van meneer Erdogan die de Nederlanders fascisten noemt, die ze nazi's noemt. Dit kan niet. Wij mogen dit niet dulden als Europees Parlement.

Ik vind oprecht dat we dit moeten toevoegen aan de agenda van deze week. Ik weet dat dit geagendeerd staat voor de sessie in april, maar wij hebben de politieke actualiteit. U kan zich terecht verschuilen achter de procedures, achter de regeltjes en zeggen dat dit niet op tijd is aangebracht. Dat is juist, dit is niet op tijd aangebracht: ik zeg dit nu.

Maar we kunnen ook iets anders doen. We kunnen ons ook níét verschuilen achter de regeltjes en debatteren over wat politiek actueel is – als échte politici, als een écht parlement – en dus ook deze week het debat over Turkije aangaan.

Presidente. – Onorevole Loones, le regole vanno rispettate.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, vím, že Vaše řízení je velice demokratické a velice Vás uznávám za to, jakým způsobem dáváte kolegům slova, ale chci připomenout článek 184a jednacího řádu. Kolega, pokud chce pronášet tato prohlášení, měl požádat o jednominutový projev, tak jako žádáme my všichni ostatní, když chceme podobná prohlášení pronést. Prosím, abyste ho příště odkázal podle článku 184a jednacího řádu na jednominutové projevy, aby kolega tuto svoji připomínku tam mohl v jednominutové řeči pronést.

Presidente. – La ringrazio per il consiglio.

(L'ordine dei lavori è così fissato)

Stefan Eck (GUE/NGL). – Herr Präsident! Etwas noch zur Tagesordnung: Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass der von Herrn Dantin eingereichte alternative Entschließungsantrag im Zusammenhang mit dem Initiativbericht über Minimumstandards für Nutzkaninchen zum Zeitpunkt der Deadline letzte Woche Donnerstag die zulässige Anzahl von Wörtern überschritten hat, was gegen Artikel 170 Absatz 3 der Verfahrensordnung dieses Hauses verstößt. Nun stelle ich fest, dass nach Ablauf der Einreichungsfrist der Text verkürzt wurde. Wenn der Grund dafür ein technisches Problem war, so heißt es in Artikel 170 Absatz 4: „Mit Zustimmung des Präsidenten können Änderungsanträge ausnahmsweise nach Ablauf der Frist für Änderungsanträge eingereicht werden, wenn es sich um Kompromissanträge handelt oder wenn technische Probleme vorliegen. Der Präsident entscheidet über die Zulässigkeit solcher Änderungsanträge. Der Präsident holt vor der Abstimmung die Zustimmung des Parlamentes zur Abstimmung über solche Anträge ein“.

Herr Präsident, in diesem Kontext frage ich Sie, ob Sie den alternativen Entschließungsantrag der EVP für zulässig halten oder dies hier nun zur Abstimmung stellen, wie es den Regeln dieses Hauses entspricht.

Presidente. – La proposta del gruppo del Partito popolare europeo era più lunga del consentito e, come sa, la proposta alternativa deve essere più breve della proposta originaria. I nostri servizi, come accade sempre, hanno informato il gruppo del PPE e il testo è stato ridotto.

Quindi, trattandosi soltanto di un problema tecnico legato alla lunghezza del testo e non di contenuti o di violazione delle regole, considero ammissibile questo documento. Ripeto, si è trattato soltanto di una questione tecnica. I servizi hanno già risolto il problema.

11. Quecksilber (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Stefan Eck, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sul mercurio che abroga il regolamento (CE) n. 1102/2008

(COM(2016)0039 - C8-0021/2016 - 2016/0023(COD)) (A8-0313/2016)

Stefan Eck, Berichterstatter. – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Quecksilber ist akut toxisch und zählt zu den zehn schädlichsten natürlich vorkommenden Substanzen auf diesem Planeten. Föten, Neugeborene und Kinder gehören zu der besonders gefährdeten Gruppe, da in der Wachstumsphase das Gehirn und das Nervensystem sehr sensibel auf Quecksilber reagieren. Schon bei geringen Mengen an aufgenommenem Quecksilber können schwere gesundheitliche Schäden auftreten.

In den 1950er-Jahren wurden in der japanischen Küstenstadt Minamata bei tausenden Menschen und vielen Tieren massive und irreparable Schädigungen des zentralen Nervensystems diagnostiziert. In den Medien sprach man von der Minamata-Krankheit. Die Ursache für diese Erkrankungen war eine hochgradige Quecksilbervergiftung, hervorgerufen durch die Einleitung verunreinigter Abwässer einer ortsansässigen Chemiefabrik ins Meer. Nach heutigen Schätzungen wurden etwa zehntausend Menschen schwerwiegend geschädigt, etwa dreitausend starben an den Folgen der Vergiftung. In Anbetracht der Gefahren für die menschliche Gesundheit und für die Umwelt wäre ein tiefgreifender Ansatz notwendig gewesen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden, anstatt nur kosmetische Korrekturen auszuführen.

Meinen Auftrag als Berichterstatter sah ich vor allem darin, den Ansatz der Minamata-Konvention bestmöglich zu vertreten und einen ambitionierten Antrag auf den Weg zu bringen. Dieser Ansatz wurde vom Umweltausschuss mit breiter Unterstützung mitgetragen. Das hat mich sehr gefreut und hat gezeigt, dass die Mehrheit des Ausschusses seine Aufgabe verstanden hat. Dem Kompromiss, der schon nach dem zweiten Trilog zustande gekommen ist, fehlt es leider an jenen ambitionierten Positionen, die der Berichtsentwurf nach der Abstimmung im Umweltausschuss enthielt. Gerne wäre ich in eine dritte Verhandlungsrunde gegangen, um die Parlamentsposition zu verteidigen. Ich bedaure sehr, dass ich während den Verhandlungen in den entscheidenden Fragen nicht den nötigen Rückhalt durch die Mehrheit der Schattenberichterstatter erhielt. So trägt der Bericht in einigen Bereichen die Handschrift vor allem deutscher Konzerninteressen. Dennoch habe ich mich dazu entschieden, diesen Bericht mitzutragen, um den Weg für die Ratifizierung des Minamata-Abkommens durch die EU freizumachen. Auch wenn ich mir einen ambitionierteren Text erhofft habe, so können wir nach Annahme des Berichts zumindest im Bereich der Zahnmedizin auf eine Reduzierung des Einsatzes von Quecksilber hoffen.

Nach dem *Phasing-out* der Verwendung in der Chlor-Alkali-Industrie in diesem Jahr, besteht der größte Bedarf an Quecksilber in Europa mit 75 Tonnen pro Jahr für Amalgamfüllungen. Es liegt nun an den Mitgliedstaaten, diese EU-Gesetzgebung möglichst zeitnah in nationales Recht umzusetzen.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI*Vicepresidente*

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, mercury is a pollutant of global concern that enters the food chain where it accumulates, mainly in fish. The EU's mercury policy is the most advanced worldwide, but 40-80% of the mercury deposited in the EU comes from other parts of the globe. That is why we called for global action and took on a leading role in the negotiations of the Minamata Convention on Mercury.

The Convention, which was signed at the end of 2013, is to a great extent inspired by EU legislation, so it requires only limited changes to the EU acquis. Consequently, the new mercury regulation aims primarily at fine-tuning EU law so as to ensure full compliance with all provisions of the Minamata Convention and enable its ratification by the EU and the Member States. We expect that ratification by the EU and those Member States that have completed their required national procedures will take place before the end of June. This should trigger the entry into force of the Convention, taking us a major step closer to a safer, healthier mercury-free society.

As top mercury-polluters take action to implement the Convention, we expect a dramatic drop of mercury emissions to air and water worldwide, leading to reduced exposure to mercury within the EU. The entry into force of the Minamata Convention will help level the playing field, as all major economies will apply requirements similar to those already applying in the EU on products, industrial processes and waste management. In turn, this will support the EU's innovative eco-industry, which will be able to make the most of their technological lead in export markets. Furthermore, this regulation is a golden opportunity to complement our already advanced EU acquis with new measures going beyond the minimum of the Convention.

The Commission is very happy that Parliament fully supported our proposal to put an end to new uses of mercury in products and industrial processes. This flagship measure demonstrates the EU's continued global leadership in this policy area. The new regulation will also ensure that all known industrial processes using mercury convert to mercury-free alternatives and that mercury waste is safely start out of reach, thereby avoiding its improper use and release into the environment.

Finally, the regulation sets out a clear road map for reducing the use of dental amalgam and assessing the feasibility of phasing out its use. I also draw your attention to two statements by the Commission that will be appended to the Minutes. The first one signals our continued engagement at international level, which will aim at further narrowing the remaining gaps between the level of protection guaranteed by the Minamata Convention and the stricter requirements that prevail in the EU. Our second statement concerns the so-called 'no opinion clause' in comitology. The new mercury regulation is undoubtedly a major step forward in the EU acquis. I therefore call upon all of you to express your support for this very good outcome of the informal trilogue process.

Commission statement on international cooperation on mercury

The Minamata convention and the new Mercury Regulation are major contributions to protecting citizens from mercury pollution globally and in the EU.

International cooperation should be sustained to ensure successful implementation of the Convention by all Parties and further strengthen its provisions.

The European Commission is therefore committed to supporting continued cooperation, in accordance with the Convention and subject to applicable EU policies, rules and procedures, inter alia undertaking work in the following areas:

Narrowing the gap between EU law and the provisions of the Convention through the review clause of the list of prohibited mercury-added products;

In the context of the provisions of the Convention on financing, capacity building and technology transfer, activities such as improving traceability of mercury trade and use, promoting certification of mercury-free artisanal and small-scale gold mining and mercury-free labels for gold, and increasing the capacity of developing countries including in the area of mercury waste management.

Commission statement on comitology

The Commission underlines that it is contrary to the letter and to the spirit of Regulation 182/2011 (OJ L 55 of 28.2.2011, p. 13) to invoke Article 5 § 4, subparagraph 2, point b) in a systematic manner. Recourse to this provision must respond to a specific need to depart from the rule of principle which is that the Commission may adopt a draft implementing act when no opinion is delivered. Given that it is an exception to the general rule established by Article 5 § 4 recourse to subparagraph 2, point b), cannot be simply seen as a 'discretionary power' of the Legislator, but must be interpreted in a restrictive manner and thus must be justified.

Michel Dantin, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, permettez-moi de remercier mes collègues du Parlement, de la Commission et du Conseil avec qui j'ai travaillé étroitement pour améliorer la protection des citoyens européens contre les effets néfastes du mercure.

En tant que rapporteur pour le groupe PPE, je me félicite des résultats de ces négociations. Le texte qui nous est finalement soumis me paraît plus réaliste que les versions précédentes. Ce nouveau texte est pour le moins ambitieux. Il place notre Europe à la tête de la lutte contre la pollution aux métaux lourds, sur la scène internationale, mais il laisse aussi à nos entreprises et à nos chercheurs, le temps nécessaire au développement d'alternatives viables.

Parmi les éléments principaux de la réforme, je retiens que l'exportation de mercure est désormais interdite et que l'utilisation de mercure recyclé est encouragée.

En ce qui concerne les amalgames dentaires, seules les formes encapsulées sont autorisées, garantissant à la fois la santé du patient et la santé des praticiens. Les dentistes devront également s'équiper de séparateurs d'amalgames pour éviter tout rejet dans l'environnement. Pour les populations à risque, les enfants, les femmes enceintes, l'utilisation des amalgames est interdite, sauf avis médical contraire.

L'accord prévoit, enfin, de réduire les teneurs en mercure dans les produits et les procédés. En ce qui concerne la gestion des déchets au mercure, je me suis battu avec mes collègues du PPE pour obtenir le stockage le plus sûr, c'est-à-dire après la stabilisation des déchets.

Face à la pollution aux métaux lourds, le règlement «Mercure» qui nous est soumis aujourd'hui, est l'exemple d'une Europe efficace qui protège. Oui, Mesdames, Messieurs, une Europe qui protège.

Je souhaite que l'Union défende ses objectifs ambitieux avec force lors de la conférence de la Convention internationale de Minamata, en septembre prochain à Genève.

Massimo Paolucci, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il mercurio determina serissimi rischi per la salute umana e per l'ambiente rischi, rischi per troppi anni colpevolmente sottovalutati.

Per questa ragione è necessario regolarne gli usi e i movimenti e decidere in prospettiva come trattarlo quando diventa rifiuto con l'obiettivo, laddove possibile, di ridurre o eliminarne ogni utilizzo in un ragionevole lasso di tempo. Con questa logica ci siamo mossi nel negoziato con il Consiglio e con la Commissione, che si sono conclusi lo scorso dicembre con un consenso largo, che poi ha ricevuto l'unanimità in commissione ambiente.

Domani ci auguriamo che il testo possa essere approvato in via definitiva, senza ulteriori modifiche dall'Aula. In questo modo sarà possibile per l'Unione procedere alla ratifica della Convenzione di Minamata sul mercurio e prendere parte alla sua prima conferenza delle parti programmata per fine settembre a Ginevra.

Ma non sono affatto formali né il dibattito di quest'oggi né il voto di domani: il testo che portiamo in Aula, che è il risultato del contributo di quasi tutti i gruppi politici, segna delle grandi novità rispetto alla proposta iniziale della Commissione. Voglio citarne soltanto alcune: l'amalgama dentale in primis. Attualmente, questa è la prima forma di utilizzo di mercurio in Europa e presenta diversi rischi per la salute dei cittadini e per l'ambiente. Per questa ragione avremmo voluto che di qui a pochi anni il suo utilizzo fosse superato completamente. Non ci siamo riusciti, anche per la resistenza del Consiglio.

Tuttavia, rispetto alla proposta iniziale della Commissione, abbiamo ottenuto: primo, il divieto di uso di amalgama per le popolazioni vulnerabili (donne in gravidanza, che allattano, bambini sotto i 15 anni, tutti i denti da latte) a partire dal 1° gennaio 2019; secondo, la stesura di piani nazionali per la riduzione graduale dell'uso di amalgama; terzo, una relazione della Commissione entro il giugno 2020 sulla fattibilità dell'eliminazione totale dell'uso di amalgama; quarto, abbiamo ottenuto che le strutture dentistiche che utilizzano amalgama dentale siano dotate di separatori di amalgama, così da evitarne lo scarico nelle acque reflue municipali.

Altre importanti novità rispetto al testo iniziale abbiamo potuto introdurre sui siti contaminati da mercurio, che finalmente saranno identificati e resi pubblici, con l'auspicio che gli Stati possono al più presto accettare un'iniziativa legislativa dell'Unione.

Inoltre, potremo finalmente applicare all'esportazione di batterie e dispositivi di misurazione non elettronici i limiti di contenuto di mercurio definiti per il mercato interno, superando così incomprensibili doppi standard tra ciò che vendiamo all'interno dell'Unione e ciò che esportiamo.

Non abbiamo ottenuto, purtroppo, analoga ambizione sull'esportazione di lampade: ma comunque su molti di esse dal 2018 si applicheranno limiti di mercurio inferiori o uguali a quelli definiti secondo la Convenzione di Minamata. Diversi processi produttivi che ancora utilizzo mercurio avranno, grazie all'impegno del Parlamento europeo, una data di scadenza e le imprese saranno indotte a trovare delle alternative più sostenibile dal punto di vista ambientale.

Infine, i rifiuti. Anche qui il contributo è stato importante, verranno solidificati e messi in luoghi sicuri.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I am pleased to speak tonight in favour of the agreement reached between the European Parliament and the Slovak Presidency in December. This deal will help to close the gap between international efforts under the UN Minamata Convention and efforts at the EU level. The updated regulation will also allow the EU to give consent to ratification of the Minamata Convention, which was signed in 2013.

This was not an easy negotiation, but on balance the compromise reached is a good outcome. Although mercury use has declined significantly in recent years, releases into the air, water and land can still be a threat. This agreement will help improve protection of human health and the environment from exposure to mercury. There are updated provisions regarding the scope of exports and imports and the storage of mercury waste. Mercury use will also be banned in artisanal and small-scale gold mining, whilst the compromise reached on the phasing-out of mercury in dental usage is welcome. There is a ban on the use of amalgam for children under 15 and pregnant and breastfeeding women from 2018. Member States will have to adopt national action plans on the phase-down of mercury in dentistry and the Commission will study the feasibility of a complete phase-out in the long term, preferably by 2030. This gradual approach is important. I am a firm proponent of decision-making on the basis of scientific evidence. Dental amalgam is safe, effective and durable. The WHO supports a phase-down, recognising the need for further research and improved prevention.

I therefore ask Members to join with me and vote against amendments tabled by the rapporteur and the EFDD Group. This attempt to undermine a carefully-negotiated trilogue agreement must be defeated.

Anneli Jäätteenmäki, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, nyt neuvotellun elohopea-asetuksen ansiosta elohopeapäästöt ja elohopean käyttö tulevat vähenemään Euroopassa merkittävästi. Erityisen tärkeä saavutus on hammasamalgamipaikkojen käytön kieltäminen lasten, raskaana olevien naisten sekä imettävien äitien kohdalla.

Tällä hetkellä valtaosa Eurooppaan tuodusta elohopeasta käytetään juuri hammasamalgamin valmistukseen. Tulevina vuosina komissio onkin velvoitettu arvioimaan mahdollisuuksia amalgaaminkäytön täyskiellolle. Jotkut jäsenvaltiot eivät ole valmiita luopumaan amalgaamin käytöstä, mutta tällä päätöksellä annamme selkeän viestin kansalaisten tahdosta käytön vähentämiseksi ja kustannustehokkaisuuden, elohopeattomiin hammaspaikkoihin siirtymiseksi. Amalgaamin täyskiellolla olisi erittäin myönteiset ympäristö- ja terveysvaikutukset Euroopassa sekä niissä Euroopan ulkopuolisissa maissa, joissa elohopeaa kaivetaan.

Elohopea-asetuksen myötä EU:n lainsäädäntö täyttää YK:n Minamata-sopimuksen kriteerit ja näin pitääkin olla. Uusien teknologioiden kehittyessä meidän on kuitenkin oltava valmiita muuttamaan lainsäädäntöämme vieläkin tiukemmaksi tämän elohopean käytön suhteen. Elohopea on Maailman terveysjärjestön mukaan kymmenen myrkyllisimmän aineen joukossa ja altistuminen elohopealle aiheuttaa muun muassa hermosto- ja sisäelinsairauksia.

Ihmisiin kohdistuvien kielteisten vaikutusten lisäksi elohopea vaikuttaa myös ekosysteemeihin ja eläimiin erityisesti valuma-alueilla ja rannikkovesillä. Muun muassa Itämeren rannikkovesillä on mitattu huolestuttavan korkeita elohopeapitoisuuksia. Tarve tämän asetuksen hyväksymiselle ja voimaantulolle on suuri.

Tahdon kiittää esittelijä Eckiä sekä varjoesittelijöitä hyvästä yhteistyöstä ja parlamentin kunnianhimoisen kannan sinnikkäästä puolustamisesta. Aikaansaatu neuvottelutulos olisi mielestäni voinut olla vieläkin kunnianhimoisempi. Suosittelemme kuitenkin kollegoille äänestämistä tämän kompromissin puolesta. Me emme voi viivyttää tämän tärkeän säädöksen hyväksymisen kohdalla.

Merja Kyllönen, GUE/NGL-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, elohopeaa pidetään eräänä pahimmista luonnon haitta-aineista. Erityisen haitallinen se on vesiekosysteemeissä, joissa se muuttuu metyylielohopeaksi ja rikastuu ravintoketjuissa. Ympäristön ja ravintoketjun kautta syntyvän altistuksen myötä olemme jo todenneet, että elohopea voi aiheuttaa sikiöiden kehityshäiriöitä ja vakavia oireita, jopa kuolemaa, myös aikuisilla ihmisillä, kuten Japanin Minamatan tapaus valitettavasti osoitti.

Ehdotuksen tärkeänä tavoitteena on suojella ihmisten terveyttä ja ympäristöä ilmaan, veteen ja maaperään kohdistuvilta elohopeapäästöiltä. Asetus kattaa elohopean koko elinkaaren louhinnasta elohopeajätteen käsittelyyn ja koskee myös elohopean käyttöä kattavasti. Siitä kiitos kaikille toimijoille.

Tämä asetus sekä elohopean käyttöä koskeva Minamatan elohopeasopimus on erityisesti arktisille maille tärkeä, koska elohopea on kaukokulkeutuva ja polaarialueille kertyvä myrkyllinen aine. On huomattava, että elohopeaa pääsee ympäristöön myös fossiilisten polttoaineiden käytön, erityisesti kivihiihen polton, seurauksena. Toivon, että jäsenvaltiot ratifioivat tämän sopimuksen ja kiittän erityisesti Stefan Eckiä ja varjoesittelijöitä erityisen ansiokkaasta työstä.

Bas Eickhout, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, first of all I would like to thank the rapporteur for good negotiations – tough negotiations – on this file. Indeed, if you can look on where we come from, the Commission's proposal was modest – it was a bit of an implementation of the Minamata Convention – and I think the Parliament really strengthened this proposal. Most important is, of course, if you look at how we treat dental amalgam – it has been stated before – we want a direct phase-out for vulnerable groups. It is a national action plan to be drafted by the Member States, and the Commission will come up by 2020 with a proposal for phase-out by 2030.

These are good results. Yes, the Parliament would have preferred to go further, absolutely. But we know that in the Council, only one Member State supported that, and that was Sweden; we had 27 Member States not on that position. If you then look – it is Europe – how we got to the compromise, this is a compromise we can support, and we will therefore vote in favour of this deal.

Piernicola Pedicini, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, partiamo dai dati scientifici. L'esposizione del mercurio impatta negativamente sul sistema nervoso, sull'apparato digerente, su quello respiratorio, sui reni, sulla pelle e sugli occhi.

Il mercurio è stato anche riconosciuto tra i responsabili dell'Alzheimer, della sclerosi multipla e dei danni cerebrali in generale. Sappiamo inoltre che, disperso nell'ambiente, può trasformarsi in un composto più complesso e nocivo, il metilmercurio, che ha anche la capacità di superare la barriera placentare, inibendo lo sviluppo mentale dei bambini prima della loro nascita.

Inoltre, l'Organizzazione mondiale della sanità ha chiarito che la sua tossicità è senza soglia, per cui anche piccolissime dosi possono causare gravi danni alla salute. Ma, nonostante ciò, l'uso mondiale del mercurio rimane elevato – circa 3 600 tonnellate all'anno – e l'inquinamento di cui è responsabile non conosce frontiere.

Noi appoggiamo la relazione del collega Eck, che risponde a queste esigenze di salute dei cittadini, e abbiamo anche proposto un emendamento di due righe, con il quale possiamo evitare di spargere nei nostri mari 75 tonnellate di mercurio dai derivati dalle otturazioni dentali che, ancora oggi, purtroppo, vengono usate in alcuni paesi dell'Unione europea.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, après le désastre de Minamata qui a touché le Japon durant plusieurs décennies, il était temps de prendre en compte les méfaits de cette substance hautement toxique qu'est le mercure, sur la santé et sur notre environnement.

Malheureusement, sur un sujet d'une telle gravité, où l'urgence de l'action est réelle, la Commission européenne ne rate pas l'occasion de renforcer ses prérogatives, une fois encore, alors qu'une action internationale serait plus efficace et surtout plus légitime.

Je salue, bien sûr, les dispositions relatives à la fin programmée des amalgames dentaires qui contiennent du mercure, notamment pour protéger davantage les enfants et les femmes enceintes.

Dans le même temps, le texte se montre raisonnable et pragmatique dans la mesure où il continue d'autoriser les amalgames en version encapsulée, lorsque cela est strictement nécessaire.

En ce qui concerne le transport du mercure et la gestion des déchets de mercure, la traçabilité est certes indispensable mais, là encore, elle devrait être prioritairement menée au plan international.

Je trouve raisonnable l'idée que les pays tiers gèrent leurs déchets de mercure eux-mêmes et entièrement d'ici dix ans, comme le prévoit le texte. Ils sont ainsi responsabilisés et ne se reposeront pas sur les pays européens pour le faire à leur place.

On peut saluer le fait que le texte renforce davantage la transparence, en permettant l'accès des citoyens au registre européen des rejets et transferts de polluants, élargi, pour l'occasion, au flux des déchets de mercure.

Enfin, le texte encourage les parties à la Convention de Minamata à créer un outil de suivi mondial de l'utilisation et du transport du mercure, ce qui apparaît comme étant le meilleur cadre d'action, en termes d'efficacité, sur un enjeu environnemental de cette importance.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident! Danke an alle, die sich beteiligt haben, um zu diesem Ergebnis zu kommen, insbesondere dem Schattenberichterstatter der EVP, Kollege Dantin.

Quecksilber ist giftig, und wir müssen es reduzieren. Deswegen wird selbstverständlich die EVP-Fraktion dem Kompromiss morgen zustimmen. Es ist aber, glaube ich, möglich, Kompromisse zu machen, wie wir das in diesem Bericht am Ende getan haben. Denn bei der Frage, wie man dem Quecksilber ausgesetzt ist, kommt es sehr auf die Exposition an. Es kommt also sehr darauf an, ob es gasförmig ist oder in einer anderen Form, einer gebundenen Form. Deswegen waren wir froh, dass man am Ende bei einigen Punkten abgewogen hat, beispielsweise bei den industriellen Prozessen, wo man einen sehr abgeschlossenen Prozess hat, aber auf der anderen Seite viele Arbeitsplätze gefährdet worden wären, wenn wir zu schnell aus diesem Prozess rausgegangen wären. Auch beim Amalgam gibt es sehr viele verschiedene Auffassungen.

Ich glaube, es muss ein Ziel sein – deswegen begrüße ich den Kompromiss –, dass wir Amalgam wenn möglich loswerden. Denn es gibt Fragezeichen, und wenn es diese Fragezeichen gibt, ist es ja besser, wir haben Alternativen. Aber die Experten streiten sich noch darüber, wie verfügbar diese Alternativen sind und wie schnell wir es komplett ersetzen können. Deswegen ist es richtig, bei den sensiblen Gruppen sofort anzufangen und die Stoßrichtung vorzugeben, aber jetzt nicht – insbesondere nicht ohne Folgenabschätzung – das komplette Verbot sofort zu beschließen.

Zum Schluss noch ein Satz über ein Thema, das in diesem Bericht keine Rolle spielte, das aber in der Öffentlichkeit bei der Diskussion um Quecksilber eine Rolle spielt. Da geht es um das Quecksilber in Energiesparlampen. Wir haben das geregelt bei RoHS. Es gibt sehr, sehr strenge Grenzwerte. Da ist nicht mehr viel drin. Im Vergleich zu den Thermometern, die wir früher hatten, ist das um mehr als das Hundertfache weniger. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass bei der Verbrennung von Kohle sehr viel Quecksilber entsteht, und die Kommission hat ausgerechnet: Der Einsatz von Energiesparlampen – wenn er denn noch nötig ist, wenn man nicht neuere Technologien hat – ist trotzdem sinnvoll, weil dadurch Kohlekraftwerke eingespart werden können. Und das ist am Ende nicht nur allgemein, sondern auch speziell bei Quecksilber, gut für die Umwelt.

Pavel Poc (S&D). – Pane předsedající, rád bych především pogratuloval kolegům k dosažené dohodě ohledně návrhu nařízení týkajícího se rtuti. Já s velkým potěšením konstatuji, že Evropský parlament zase dokázal původní návrh Evropské komise dost podstatně vylepšit.

Nová pravidla mají za cíl posílit ochranu před znečištěním touto vysoce toxickou látkou a dohodnuté změny zajistí, že bude unijní legislativa v souladu s mezinárodními pravidly stanovenými v Minamatské úmluvě. Díky tomu bude možné znění úmluvy urychleně ratifikovat ze strany EU, a připravit tak podmínky pro její brzký vstup v platnost.

Spolupráce na celosvětové úrovni je klíčová a zásadní: znečištění touto látkou nezná hranice a zatímco od vstupu nařízení (ES) č.1102/2008 celoroční poptávka po rtuti v EU klesla na přibližně 400 tun, globální spotřeba je stále vysoká a dosahuje 3 600 tun ročně. Rtuť přitom představuje závažnou hrozbu pro lidské zdraví, právě v důsledku přítomnosti její sloučeniny methylrtuti v rybách a mořských plodech. A z toho pohledu je alarmující, že více než 13 % vzorků ryb z celého světa by patrně ani WHO, ani Evropská komise nedoporučily pro komerční prodej.

Je jasné, že bez mezinárodní spolupráce se tento problém prostě nedá řešit. Je pozitivní, že návrh nakonec přistupuje racionálně k postupnému omezování amalgámu se startem u zvláště zranitelných skupin a s cílem úplného zákazu. Jsem také rád, že výbor ENVI nepodpořil některé problematické návrhy. Pokládám dosaženou dohodu za vysoce úspěšnou, vyváženou a jednoznačně ji podporuji a doporučuji její přijetí.

Bolesław G. Piecha (ECR). – Panie Przewodniczący! Jest sprawą bezdyskusyjną, że rtęć stanowi zagrożenie zarówno dla życia i zdrowia ludzi, jak i dla środowiska naturalnego. W pełni więc popieram aktualizację prawa unijnego, która wpisuje się w działalność społeczności międzynarodowej i ma na celu ograniczenie użycia oraz uwalniania rtęci do środowiska, tak jak podkreśla to program ONZ i konwencja z Minamaty. Popieram również stanowisko o stopniowym wycofywaniu – zawierającego przecież rtęć – amalgamatu dentystycznego. Trzeba jednak pamiętać, że podjęte działania ograniczające użycie rtęci i produktów rtęciowych muszą opierać się na zdrowym rozsądku. Muszą to być decyzje przemyślane, a nie tylko emocjonalne. Całkowity natychmiastowy zakaz użycia amalgamatu dentystycznego nie byłby rozwiązaniem doskonałym ani z punktu widzenia ekonomicznego, ani technicznego. Stąd uważam, że nasze podejście jest zrównoważone i pewnie będzie wpisywało się w ogólną zasadę lekarską *primum non nocere* – po pierwsze nie szkodzić. ECR popiera ten projekt.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Vielen Dank auch an den Berichterstatter für den Bericht. Quecksilber ist hochgiftig – das haben wir jetzt schon verschiedentlich gehört. Wie giftig es ist, weiß ich eigentlich von klein auf, weil meine Mutter uns immer eingeschärft hat, dass wir das Thermometer, mit dem früher Fieber gemessen wurde, wo man das flüssige Quecksilber ja sehen kann, um Gottes Willen nicht fallen lassen sollten, weil das sonst tatsächlich schädliche Stoffe freisetzt und uns auch schaden würde. Weil wir gerade von Kindern sprechen – Peter Liese sprach die Energiesparlampen an: Ich fand das damals sehr schlecht, dass die Glühbirne verboten wurde und Energiesparlampen kamen, weil sie Quecksilber enthalten. Wir haben in Deutschland zwei Fälle, wo ein Kind, weil so eine Energiesparlampe kaputt gegangen ist, sich an den Dämpfen verätzt hat und lebenslang dadurch gezeichnet ist. So etwas darf natürlich nicht passieren. Das ist zum Glück nur zweimal passiert, aber immerhin. Das heißt, Quecksilber ist hochgiftig.

Es wurde auch gesagt, es ist überall in der Umwelt zu finden, in Fischen, in Meeresfrüchten. Das soll natürlich nicht sein. Wir haben es im Boden, und wir müssen versuchen, das zu reduzieren. Ich stimme darum genauso wie alle anderen dem zu, dass man Amalgam speziell für Kleinkinder bei ihren Milchzähnen und bei Schwangeren und bei stillenden Müttern schon jetzt verbieten will. Das ist wirklich erforderlich, weil sonst eine Vergiftung gerade auch bei Kindern in indirekter oder direkter Weise passieren kann. Ich finde es auch gut, dass man prüft, ob man Amalgam, das ja quecksilberhaltig ist, über kurz oder lang nicht generell verbieten soll. Die Kommission ist ja aufgefordert, hier einen Vorschlag zu machen. Auch das ist vollkommen richtig.

Ich möchte noch einen Aspekt ansprechen, der in der Debatte keine so große Rolle spielte oder bis jetzt noch gar nicht angesprochen wurde: Es gibt einige Bereiche in der Medizin, wo Quecksilber unersetzlich ist, wo es aber bis jetzt auch vollkommen richtig angewendet wird, auch nur in ganz kleinen Dosen. Das ist bei der Homöopathie und bei anthroposophischer Medizin. Ich finde es durchaus gut – ich habe auch entsprechende Änderungsanträge hier eingebracht –, dass man das weiterhin schon noch machen kann, denn es würde sonst für bestimmte Therapien keine Möglichkeit mehr geben. Wohlgermerkt: Paracelsus hat gesagt, die Dosis macht das Gift. Da ist es so minimal, dass es den Menschen hilft, aber der Umwelt nicht entscheidend schadet.

Insgesamt sollten wir auf jeden Fall dieser Verordnung zustimmen, denn sie ist vollkommen richtig und versucht, die Menschen mehr zu beschützen.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o mercúrio é um dos maiores poluentes a nível mundial com impactos significativos e duradouros na saúde humana e no ambiente.

De acordo com a OMS, não existem limites seguros no que diz respeito à exposição a este metal pesado. Cerca de duas a três mil toneladas são libertadas anualmente para a atmosfera devido a diversas atividades humanas. Uma vez no ambiente, o mercúrio acumula-se ao longo das cadeias alimentares através de um processo de bioacumulação. A ingestão de alimentos contaminados com o metilmercúrio – a forma química orgânica mais tóxica – é uma importante fonte de contaminação.

As restrições à utilização de mercúrio, importação, exportação, armazenamento e produção de produtos e processos, são, por isso, inteiramente justificadas, e pensamos até que teria sido possível ir mais longe neste domínio, como o demonstrou o trabalho realizado pelo relator e a posição inicial da Comissão do Ambiente, da Saúde Pública e da Segurança Alimentar.

Além disso, teria sido importante que se avançasse igualmente no domínio da descontaminação ambiental, uma vertente que é descuidada nas propostas em apreciação.

Julia Reid (EFDD). – Mr President, the scientific evidence surrounding the toxicity of mercury is well known and has been of concern for many years. As with other heavy metals, mercury poisoning is insidious, not least because exposure to this substance leads to a cumulative build-up within all creatures. As we have already heard this evening, this element is responsible for many adverse effects in human and animal health, as it affects the nervous, digestive and immune systems as well as the lungs, kidney and skin and eyes. For this reason UKIP agree with the scope of the Minamata Convention that urges countries to better manage the supply, trade and use of mercury in order to manage the health impacts of mercury exposure. We also share the objective of protecting human health and global environment from the release of mercury and its compounds by diminishing and controlling human-induced releases to air, water and land. We do recognise the sensitivity of this issue. However, we believe it should be legislated for on a national basis.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, señora comisaria, la propuesta que nos ha presentado la Comisión era francamente mala. Era una propuesta que no cumplía ni con el Convenio de Minamata ni con nuestra propia legislación de residuos. La Comisión proponía la opción menos rigurosa, que es el almacenamiento permanente de mercurio en estado líquido, sin tratamiento y exclusivamente en minas de sal. Era una propuesta aparentemente hecha a medida de la situación actual, a pesar de que desde estos almacenamientos -y según respuestas escritas de la Comisión- se han transportado ilegalmente más de mil toneladas de mercurio a Suiza, Países Bajos y Grecia, para ser vendidas en terceros países. Afortunadamente, el Parlamento ha rectificado y, por eso, quiero dar las gracias al ponente, el señor Eck, y a todos los ponentes alternativos, especialmente al señor Dantin, porque han atendido a argumentos técnicos y medioambientales.

A partir de ahora, solo se permitirá almacenar temporalmente el mercurio en superficie. El almacenamiento definitivo tendrá que hacerse en superficie o minas de sal y, si es en superficie, tiene que estar solidificado y tratado. Los mejores técnicos y expertos en manipular el mercurio están en mi región, en la comarca de Almadén, la mayor mina del mundo, y consideran que el mercurio solo debe eliminarse si hay un tratamiento previo de solidificación.

Por último, señora comisaria, quiero invitar a la Comisión a que comparezca en la Comisión de Medio Ambiente para explicar el fraude que se ha producido, como he dicho antes, en los últimos años y que nos dé cifras fiables y nos cuente las gestiones realizadas, y si ha habido sanciones. Y también, que nos explique si finalmente va a autorizar el tratamiento del mercurio en su reversión a sulfuro de mercurio en Suiza, porque en Suiza la Unión Europea no tiene facultad para controlar.

Señora comisaria, lamento expresarme en estos términos, pero le ruego que me entienda. Yo vengo de Almadén. De una comarca que era rica y próspera gracias al mercurio y que hoy está deprimida y despoblada mientras ve que muy lejos están enriqueciéndose con el mercurio que ha salido de sus minas y que se está vendiendo ilegalmente.

Susanne Melior (S&D). – Herr Präsident! Die Kollegen haben schon darauf hingewiesen, dass Quecksilber ein hochgiftiges Material ist – es schädigt Nerven, Leber, Lunge, unser Immunsystem, Augen, Zähne und auch unser größtes Organ, die Haut, und damit sind die Folgen für uns ganz, ganz dramatisch. Quecksilber ist auch sehr langlebig und wird durch die Luft und Wasser weit verbreitet. Von daher ist Bioakkumulation, Biomagnifikation gegeben, und es sind große Probleme damit verbunden.

Ich danke dem Berichterstatter für seinen sehr ambitionierten Bericht und teile auch seine Einschätzung, dass man sicher noch ein bisschen mehr hätte herausholen können. Ich denke aber, dass wir da auf einem guten Weg sind, und die Kollegen haben auch schon darauf hingewiesen: Es geht ja darum, das 2013 von 140 Staaten unterzeichnete Minamata-Abkommen hier zu ratifizieren und damit endgültig auf den Weg zu bringen.

Wir haben hier das Trilog-Ergebnis vorliegen, und ich glaube, dass man trotz allem sagen kann man: Es verdient unsere Zustimmung. Die im Trilog erzielten Ergebnisse sind noch lange angelegt, bis zum vollständigen Stopp für das hochtoxische Quecksilber, der erst für 2030 vorgesehen ist. Sie können nicht ganz befriedigen. Wir werden aber als S&D dem Ergebnis zustimmen und glauben dennoch, dass ein ambitioniertes Handeln in den Mitgliedstaaten vonnöten ist, um hier schneller voranzukommen, denn gerade Schwangere und Babys müssen ganz klar geschützt werden. Auch darauf haben die Kollegen schon hingewiesen.

Norbert Lins (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verwendung von Quecksilber maximal einschränken und somit die Minamata-Konvention der Vereinten Nationen vollständig umsetzen – das ist das Ziel der nun vorliegenden Verordnung. Ich bin überzeugt davon, dass dies uns hiermit auch gelungen ist. Ich darf daran erinnern: 2013 hat die Europäische Union dieses Übereinkommen unterzeichnet, um damit die schädlichen Wirkungen von Quecksilber zu reduzieren. Das Ziel war, Quecksilber nur noch dort zu verwenden, wo absolut keine geeigneten Alternativen da sind.

Es gibt – wie einige Kollegen vorher schon angesprochen haben – einige Ausnahmen, für die bisher noch kein passender Ersatz gefunden worden ist. Eine, die Kollegin Meissner auch schon angesprochen hat, ist im Bereich von homöopathischen und anthroposophischen Arzneimitteln gegeben. Dort sind winzigste Mengen von Quecksilber als Wirkungsweise Ausgangsstoff enthalten, und dies ist weiterhin notwendig für bestimmte Therapieformen. Dabei ist eben ein gewisser Quecksilbereinsatz bisher noch nicht ersetzbar. Mir ist wichtig, dass deren Herstellung in Europa nach wie vor auch weiterhin möglich bleibt.

Es ist klar, dass die Unternehmen gewährleisten müssen, dass vom Gebrauch kein Risiko für Mensch und Umwelt ausgeht. Es ist weiterhin natürlich auch notwendig, zu forschen, damit wir es erreichen werden, auf Quecksilberverwendung insgesamt zukünftig verzichten zu können, und dass wir es irgendwann auch ganz ersetzbar machen können.

Ich danke allen Kollegen, die daran mitgearbeitet haben, insbesondere auch unserem Schattenberichterstatter Michel Dantin.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Képviselő úr! Sokak felszólalásából azt hallottam ki – de különösen az Önéből –, hogy itt most az Európai Unió csak annyit tesz meg, amennyit a nemzetközi kötelezettségvállalásaink feltétlenül indokolttá tesznek. Bár Ön is utalt arra, hogy lehetne egy kicsit talán többet. De én nagy tisztelettel kérdezem, hogy az Ön meglátása szerint amennyiben csak pl. közegészségügyi szempontból nézzük a dolgot, mibe kerülne az európai lakosság fogászati beavatkozása, hogy az amalgámot kieszadjuk és másokkal pótoljuk?

Norbert Lins (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Vielen Dank für die Frage, was es kosten würde, wenn man kein Quecksilber mehr verwenden würde. Die genauen Zahlen sind mir nicht bekannt. Es ist aber klar – und vorher hat es der Kollege Liese auch in der Diskussion klargestellt – dass in der Wissenschaft eine Diskussion stattfindet und dass es durchaus noch Mehrheitsmeinung ist, dass wir im Moment noch nicht in der Lage sind, zum Beispiel bei der Zahnbehandlung, ganz auf Amalgam zu verzichten. Da darf ich nochmal wiederholen, was ich vorher gesagt habe, dass ich das auch im Bereich der homöopathischen anthroposophischen Medizin so sehe.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Ærede kollegaer! I har alle sammen sagt det i dag: Kviksølv er et farligt stof! Ja, det er vel i virkeligheden en af de allerfarligste miljøgifte, vi overhovedet har her på kloden. Det er et stof, som selv i små mængder kan gøre skader på både sundhed og miljø, og en af de alvorligste skader, der kan findes, er vel, når fostre får skader på nervesystemet med den risiko, at børnene, når de bliver født, både får langsommere indlæring og langsommere udvikling.

Det er alvorlige konsekvenser for menneskers sundhed, vi her taler om. Og vi ved også, at kviksølv ophobes i fødekæden, og det er meget, meget alvorligt for vores miljø.

Derfor er det rigtigt godt, at vi med den aftale, der nu foreligger, kan få godkendt Minamatakonventionen, og at vi kan få strammet op på reglerne, der findes i EU. Derfor støtter jeg det forslag, der er på bordet.

Personligt havde jeg da gerne set, at vi gik længere, f.eks. også havde indført et egentligt forbud mod brug af kviksølv i tandplejen, men det var der ikke opbakning til. Når jeg alligevel støtter forslaget og den aftale, der ligger, er det, fordi det åbner op for, at medlemslandene kan gå længere end det, der ligger i aftalen. Vi taler altså om minimumsregler, og jeg synes, det er vigtigt, at vi fra Parlamentets side lægger pres på medlemslandene for at udnytte muligheden i aftalen for at gå videre end det, der er i aftalen. Men jeg støtter forslaget, som det ligger.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci pogratulovat kolegům, kteří vyjednali tento kompromis, který jsem připraven podpořit. Já velmi vítám, že zítra budeme hlasovat o návrhu nařízení, protože např. zacházení s nebezpečnou látkou, jako je rtuť, je přesně příběh, kdy je vhodné, aby zde fungovala jednotná pravidla pro celé území EU, aby si každá země neupravovala tuto otázku samostatně. Je to v zájmu jak veřejné ochrany zdraví, tak samotných výrobců, firem, které při své výrobě užívají rtuť, a je to i v zájmu právní jistoty všech občanů EU.

Já velmi vítám to, že ten konečný návrh je odlišný od toho, co předložila Evropská komise, a že řeší celou řadu věcí, které původně v Evropské komisi řešeny nebyly. Na jedné straně je třeba chránit zdraví, je třeba omezit užívání rtuti a do budoucna ji vyloučit. Na druhé straně je třeba nastavit taková pravidla, která nebudou poškozovat firmy, průmyslové podniky, které používají rtuť ve výrobních procesech, zkrátka ve svých technologiích se rtutí přicházejí do spojení. Je třeba chránit i pracovní místa a tato úprava svými přechodnými obdobími jasně umožňuje podnikatelům, aby upravili své technologie, svoji výrobu a do budoucna přestali rtuť vyrábět či užívat, aniž by toto vedlo k zavírání výrobních procesů a ke ztrátě pracovních míst.

Vítám také kompromis týkající se zubního amalgámu. Pripadá mi jako velmi vyvážený. Na prvním místě je třeba chránit ohrožené skupiny, děti, těhotné ženy a do budoucna je třeba amalgám eliminovat. Zde je důležitá role Komise: předložit plán, jak rtuť do budoucna při zubním lékařství eliminovat.

Procedura catch-the-eye

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι σωρευτικές επιδράσεις του υδραργύρου βλάπτουν τεκμηριωμένα τον ανθρώπινο οργανισμό και δεν υπάρχουν αναγνωρισμένα επίπεδα ασφαλείας. Ακόμα και η έμμεση απελευθέρωση οποιασδήποτε ποσότητας του στο περιβάλλον είναι μη παραδεκτή λόγω της τοξικότητας και της διάρκειας σε βάθος χρόνου.

Επιβάλλεται η αντικατάστασή του με κατάλληλες και ικανοποιητικές επιλογές, επενδύοντας σε εναλλακτικές παραγωγικές διαδικασίες. Περιορισμοί στο εμπόριο προϊόντων που περιέχουν υδράργυρο είναι επιβεβλημένοι, ενώ πρέπει παράλληλα οι τρίτες χώρες που διαθέτουν βιομηχανία επεξεργασίας ή επεξεργάζονται τα προϊόντα που περιέχουν υδράργυρο να βοηθηθούν εισάγοντας καινοτόμες και βέλτιστες πρακτικές. Η εξάλειψη χρήσης υδραργύρου και η αδρανοποίηση των βλαπτικών καταλοίπων του ορθώς συνοδεύονται από κριτήρια ιχνηλασιμότητας, ανακύκλωση αποβλήτων, διαχείριση εναποθέσεων και αποκατάσταση των μολυσμένων περιοχών. Τα κράτη μέλη οφείλουν να υποστηρίξουν με κάθε μέσο την αποδοτική εκτέλεση των φιλόδοξων προτάσεων.

Συνοψίζω: Δεν υπάρχουν ασφαλή όρια όσον αφορά στον υδράργυρο και η ανάληψη δράσης πρέπει να επιταχυνθεί άμεσα.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej izpusti živega srebra so priznani za nevarnost svetovne razsežnosti, ki upravičujejo ukrepanje tako na lokalni, regionalni, nacionalni kot tudi na svetovni ravni in tudi ukrepe in to poročilo, ki ga sprejemamo danes, je treba obravnavati kot del tudi svetovnega prizadevanja za zmanjšanje tveganja zaradi izpostavljenosti živemu srebru.

Tukaj bi tudi opozoril na program za živo srebro v okviru programa Združenih narodov za okolje. So seveda s tem povezane tudi mnoge okoljske in socialne težave, ki so posledica na eni strani zapiranja rudnikov, po drugi strani pa tudi izpust in pronicanje tega živega srebra v okolje.

Podpiram predlog poročila, ki je na naši mizi, predvsem glede ključnih inštrumentov in pa zaščit tudi glede dentalnih amalgamov, odpadkov, uporabe, izvoza in pa seveda ustreznih zaščitnih mehanizmov.

Ivan Jakovčič (ALDE). – Poštovani predsedniče, htio bih svakako snažno podržati ovaj izvještaj zato što ide za tim da reduciraju uporabu žive, da regulira uporabu žive i to pogotovo u onom najosjetljivijem dijelu kada govorimo o djeci i trudnicama. Međutim, zamolio sam za riječ zato što sam svojedobno postavio pitanje Komisiji o tome kakva saznanja Komisija ima o živi u Mediteranu. Živeći na Jadranu posebno me zanima Jadransko more, ali zanima me cijeli Mediteran zato što ta djeca, te trudnice i mi svi jedemo ribu iz Jadrana i iz Mediterana, za koje mnoga istraživanja pokazuju da naročito tuna i morski pas sadrže dosta visoki nivo žive.

Dakle, u tom kontekstu, molim Komisiju da vidi na koji način će dalje analizirati stanje i prehranu stanovništva koje živi i koristi ribu za svoju prehranu.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, after the signing of the Minamata Convention under the UNEP aiming to control the use of mercury, this ban on mercury fillings for children and pregnant women is a natural next step. However, in my opinion, Member States must go further and prohibit all dental amalgam. I welcome the inclusion in this report of the mention that national plans on phasing out amalgam should be made publicly available and sent to the Commission by 1 July 2019. Moreover, new products and processes containing or needing mercury should only be authorised when an assessment of the risk and the benefits demonstrates a significant environmental and health benefit. Finally, there should be a ban on the use of amalgam in vulnerable populations. Limitations on certain exports and industrial processes are also big achievements.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο υδράργυρος συνιστά απειλή για την υγεία του ανθρώπου και για το περιβάλλον, τόσο στην Ευρωπαϊκή Ένωση όσο και στον υπόλοιπο πλανήτη. Τα επιστημονικά στοιχεία αποδεικνύουν αναντίρρητα την οξεία τοξικότητα του υδραργύρου, ενός στοιχείου που δεν μπορεί να καταστραφεί ούτε να εξαφανιστεί. Με τον άνεμο το βαρύ αυτό μέταλλο εξαπλώνεται, με αποτέλεσμα να συσσωρεύεται στην τροφική αλυσίδα. Οι ευρωπαίοι επιστήμονες εκτιμούν ότι 1,5 με 2 εκατομμύρια παιδιά στην Ευρωπαϊκή Ένωση γεννιούνται κάθε χρόνο έχοντας εκτεθεί σε απαγορευμένα επίπεδα μεθυλυδραργύρου. Επίσης 200.000 παιδιά εκτίθενται ετησίως σε επίπεδα πάνω από το μέγιστο όριο το οποίο καθορίζει ο Παγκόσμιος Οργανισμός Υγείας. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να λύσει το πρόβλημα του υδραργύρου. Πρέπει να μειώσει τις εκπομπές από τις μονάδες ηλεκτροπαραγωγής από λιθάνθρακα στη Γερμανία, όπου παράγονται πάνω από 5 τόνοι υδραργύρου κάθε χρόνο. Επίσης μέτρα πρέπει να ληφθούν για τα οδοντιατρικά αμαλγάματα, τις μπαταρίες, τις λάμπες και τα απόβλητα.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il grande utilizzo che viene fatto in tutto il mondo del mercurio pone seri problemi di carattere sanitario e ambientale. A partire dalla rivoluzione industriale la quantità di mercurio presente in mare è triplicata a causa delle attività inquinanti dell'uomo e tante sono le patologie legate all'esposizione e all'ingestione del mercurio, con complicazioni gravissime per cervello, polmoni, reni e sistema immunitario.

Il testo che approveremo integrerà in un unico atto giuridico gli obblighi derivanti dalla Convenzione di Minamata, che non sono ancora stati recepiti dal diritto dell'Unione, e permetterà alla stessa di prendere parte alla sua prima conferenza in programma a Ginevra.

Resta il rammarico per il mancato accoglimento in sede di trilogia di alcune proposte avanzate dal Parlamento, quale il divieto per l'uso del mercurio negli amalgami dentali per i bambini al di sotto di 15 anni e per le donne in fase di allattamento e il suo bando totale dagli amalgami dentali a partire dal 2022.

Il mondo avrebbe avuto bisogno di un approccio più ambizioso dell'Unione al processo di Minamata.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to welcome the support many of you expressed and would like to make the following remarks concerning some of the points you addressed in this interesting debate.

On Ms Ayuso's question: the mercury export fraud was due to illegal activities by a German company. It has been closed and the responsible people are being prosecuted now. The Commission has intervened too, where possible, to prevent the exported mercury from being used and to ensure that it is taken back to Germany.

On homeopathy, the regulation does not prohibit the use of mercury in homeopathy.

On the proposal that the EU should prohibit fully the use of dental amalgam, the Commission's scientific committee concluded that there was no evidence of risks to the health of patients from the use of dental amalgam. However, the Commission supports the precautionary prohibition of amalgam use for dental care of children and pregnant and breastfeeding women. This prohibition has been included in the regulation. Furthermore, reducing the use of mercury is beneficial for the environment and the requirement for Member States to draw up national plans on the phasing-down of dental amalgam should make a significant contribution towards this objective. As required by the regulation, the Commission will launch a feasibility study on the full prohibition of dental amalgam and report back to the legislator by mid-2020.

Allow me to conclude by saying that I am confident after today's debate that you will massively support the new mercury regulation in your vote tomorrow. This will confirm that the EU is firmly on track to become the first mercury-free economy and will set an example for our international partners.

Stefan Eck, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen für Ihre Stellungnahmen und für die deutliche Unterstützung des Berichts. Wir haben einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Aber lassen Sie mich abschließend noch etwas sagen, was in diesem Haus und besonders im Rat allzu gerne vergessen wird: Umweltpolitik ist Gesellschaftspolitik; sie beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität aller Menschen. Aufgabe der Umweltpolitik muss es sein, den ökologischen Belangen eine gewichtige Stimme zu geben. Sie muss dafür sorgen, dass das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung nicht von besonders laut- oder finanzstarken Interessengruppen an den Rand gedrängt wird.

Für die zukünftigen Debatten und Entscheidungen zu umweltpolitischen Themen und Fragestellungen appelliere ich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den alten Kampfparolen – wie das Eintreten für Umweltbelange sei technikfeindlich, gefährde Arbeitsplätze und sei ein Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung – endlich den Rücken zu kehren und Umweltpolitik als Nachhaltigkeitspolitik zu verstehen.

Für die Zukunft hoffe ich, dass der Minamata-Prozess die nationalen Regierungen weiterhin unter Druck setzen wird und sowohl die Kontaminierung der Böden, der Standorte, als auch die Verwendung in der Zahnmedizin und den Einsatz in industriellen Prozessen weiter reduzieren wird.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione so svolgerà domani, martedì 14 marzo 2017.

12. Langfristige Einbeziehung der Aktionäre und Erklärung zur Unternehmensführung (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Sergio Gaetano Cofferati, a nome della commissione giuridica, proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica la direttiva 2007/36/CE per quanto riguarda l'incoraggiamento dell'impegno a lungo termine degli azionisti e la direttiva 2013/34/UE per quanto riguarda taluni elementi della relazione sul governo societario

(COM(2014)0213 - C7-0147/2014 - 2014/0121(COD)) (A8-0158/2015)

Sergio Gaetano Cofferati, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, domani voteremo in Aula l'accordo raggiunto nel trilogio che si è tenuto del corso dei mesi passati.

Io credo che il testo che abbiamo approvato abbia elementi di forte positività e rappresenti oggettivamente un passo in avanti molto importante sul piano della definizione normativa della governance d'impresa dell'Unione europea. La discussione è stata molto lunga – il testo della Commissione è stato presentato tre anni or sono – c'è voluto tutto questo tempo per arrivare a una soluzione largamente condivisa per la delicatezza dell'argomento e per gli elementi di diversa normativa che abbiamo dovuto affrontare: l'impegno è stato necessario ma credo sia arrivato a un punto di conclusione che avvantaggerà l'Unione.

Questo risultato non sarebbe però stato possibile senza il sostegno del Segretariato del Parlamento e senza l'impegno di molti miei colleghi, a cominciare da Olle Ludvigsson che era il relatore per la commissione ECON. Ringrazio anche i relatori ombra dei vari gruppi politici, con i quali abbiamo discusso a volte animatamente ma che hanno seguito questo dossier con competenza e con grande senso di responsabilità.

Ora, questo risultato positivo ci permetterà di fare altri passi in avanti. L'obiettivo era molto semplice da descrivere, un po' più complesso e difficile da realizzare. Bisognava e bisogna ancora passare da una condizione nella quale le imprese e i loro dirigenti spesso investono per avere ritorni a breve, per avere vantaggi personali che non corrispondono agli interessi della comunità. Per questa ragione è importante incentivare invece l'esatto opposto: dare trasparenza a tutto ciò che serve agli investitori e far sì che le aziende compiano scelte che garantiscano un profitto per loro, ma soprattutto vantaggi per la comunità guardando al medio e al lungo periodo.

Era questa la logica che Jacques Delors aveva introdotto con il Libro bianco del 1993: abbiamo tenuto a riferimento questa logica e quel testo di grande valore culturale, oltre che economico. Ci sono alcuni aspetti che vorrei rapidamente sottolineare: controlli più stretti e piena trasparenza sulla remunerazione degli amministratori delle società quotate, a partire dal cosiddetto *say-on-pay*, cioè dal voto da parte degli azionisti sulla politica di remunerazione degli amministratori e sulla relazione annuale sulla sua applicazione; la stessa trasparenza per gli investitori istituzionali e per gli *asset managers*, che contribuirà a orientare l'azione di questi attori verso un approccio più mirato al rendimento di medio e di lungo periodo; gli obblighi di trasparenza, filo rosso che contiene tutta la direttiva anche per i *proxy advisors*; e poi il diritto per le imprese di identificare i loro azionisti. Infine ancora trasparenza e controllo per quanto riguarda le transazioni con parti correlate. Tutto ciò che si vede e si può interpretare è un grande vantaggio, tanto per chi decide di investire quanto per chi beneficerà degli effetti positivi di queste imprese.

C'è un'ultima cosa che vorrei rapidamente sottolineare: avevamo introdotto nel testo in commissione delle normative relative alla rendicontazione paese per paese. Il sollecito che è venuto da quella discussione ha permesso alla commissione di presentare un testo specifico che è oggi all'esame della commissione ECON. Penso che sia giusto così: abbiamo fatto insieme questo sforzo, questa scelta responsabile, per dare al sistema normativo anche questo vantaggio.

La conclusione sarà ravvicinata e immagino anche positiva per quanto concerne questo ulteriore elemento di una corretta politica fiscale in Europa.

Olle Ludvigsson, föredragande av yttrande från utskottet för ekonomi och valutafrågor. – Herr talman! Att aktiebolagsstyrning i Europa kan förbättras är tveklöst. Det vinner alla på. Den överenskommelse som vi har nått i trepartsförhandlingar är överlag mycket positiv i detta avseende. Det innebär i korthet att vi får ett stabilt ramverk på plats, som främjar ökad öppenhet och transparens för noterade bolag och investerare liksom ett mer långsiktigt perspektiv. Detta är oerhört viktigt.

När det gäller institutionella investerare och kapitalförvaltarnas arbete har ju förhandlingarna framfört och betonat vikten av att upprätthålla starka och tydliga bestämmelser om ökad transparens. Diskussionen med rådet har inte varit helt lätt, men resultatet är ändå ett steg framåt.

Samtidigt som jag beklagar att vi tvingades ge upp kravet vad gällande land-för-land-rapportering, är det glädjande att vi ändå lyckades få upp frågan på dagordningen i och med kommissionens förslag om just detta.

Med detta sagt hoppas jag att vi i morgon kan anta överenskommelsen med en bred majoritet. En aktiv ägarstyrning med ökad öppenhet och andra åtgärder som främjar aktieägararrangemang och underlättar för aktieägarna att utöva inflytande ser jag som enbart positivt. Ett stort tack till Coffferati och till alla de skuggföredragande som har deltagit i arbetet.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mr Coffferati, all the shadow rapporteurs, the Slovak Presidency and the previous presidencies for their hard work and the excellent collaboration on this dossier. The journey was not always easy. However, thanks to the determination and willingness to compromise by all the parties involved, a political agreement was reached in December last year. It is time to adopt this important directive, which will foster more long-term, transparent and sustainable capital markets in Europe.

The compromise proposal on the table today represents a balanced outcome. Let me refer to some of the main aspects. First, I welcome the agreed approach concerning transparency of institutional investors, asset managers and proxy advisers. It will encourage institutional investors and asset managers to look at the long-term perspective and also consider environmental, social and governance factors when they invest. This is what our economy needs. Second, the proposed solutions on remuneration will ensure more transparency and better oversight of directors' pay, not only for shareholders, but also for companies and the whole society. How directors are paid influences how they conduct business. Third, the proposed compromise will also ensure more efficient communication throughout the investment chain. In this way it will enable listed companies and their shareholders to communicate more efficiently. Therefore it is a crucial step to encourage more shareholder engagement.

We also need safeguards against abusive related-party transactions in order to attract more foreign investors to our capital markets. I note that the level of ambition in this respect has been reduced from what the Commission initially aimed at. Nevertheless, I believe that overall the compromise would clearly improve the current regulatory framework for related-party transactions across the EU.

We need this directive to enhance Europe's competitiveness. It builds on lessons learned from the financial crisis and aims to foster sustainable growth. It respects Member States' corporate governance systems and keeps pace with the latest developments at international level. We need to show that the EU is able to deliver on this.

Tadeusz Zwiefka, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Komisarz, Koleżanki i Koledzy! Zawsze wtedy, kiedy prowadzimy debatę dotyczącą funkcjonowania przedsiębiorstw, firm na rynku europejskim, musimy mieć na względzie podstawowe elementy, od których odstąpić się nie da, czyli zapewnienie stabilnej działalności naszym europejskim firmom pozwalającej na rozwój oraz zwiększanie liczby miejsc pracy, a po drugie, na zapewnienie konkurencyjności naszych firm wobec firmy z innych rynków. Tak się dzieje w świecie globalizacji, od tego nie ma odstępstwa. A zatem każde tego typu działanie musi mieć przede wszystkim na celu przyjmowanie takich instrumentów, które będą to wzmacniać a nie osłabiać.

Praca nad dyrektywą dotyczącą długoterminowego zaangażowania akcjonariuszy na początku szła w bardzo złym kierunku. Przede wszystkim hamowało ją to, że do tej dyrektywy próbowano włożyć sprawozdawczość *country by country*. Dopiero w momencie, kiedy udało się wyodrębnić ten problem do zupełnie innego rozstrzygnięcia legislacyjnego, te prace mogły być prowadzone z impetem i mogliśmy skupić się na tym co najistotniejsze, czyli nad prawidłowym funkcjonowaniem rynków kapitałowych oraz nad zapewnieniem przejrzystości w polityce wynagrodzeń.

Ta przejrzystość ma znaczenie oczywiście ogromne z jednego punktu widzenia: otóż firma, która jest w słabej kondycji finansowej, nie może przyznawać dyrektorom swoich zarządów nieprawdopodobnie wysokich wynagrodzeń, ponieważ jest to ze społecznego punktu widzenia nieakceptowalne. Ale tylko i wyłącznie takie rozstrzygnięcia, które wzmacniają firmy, możemy akceptować. Udało się to w długotrwałych negocjacjach osiągnąć, dlatego będziemy głosowali jutro za przyjęciem osiągniętego rezultatu. Dziękuję wszystkim, którzy nad tym pracowali przez długi, długi czas.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Zuallererst möchte ich unserem Berichterstatter Sergio Cofferati danken für zweieinhalb Jahre harte Arbeit und vor allen Dingen für das Ergebnis, das erreicht wurde und das von unserer Fraktion auch unterstützt wird. Die Überarbeitung der Richtlinie zielt darauf ab, die bislang unzureichende Einbeziehung der Aktionäre in Unternehmensentscheidungen zu überwinden, die Transparenz bei der Stimmrechtsausübung von Anteilseignern zu erhöhen und durch die Stärkung der Aktionärsrechte eine bessere Kontrolle der Unternehmensführung zu erreichen, und genau dies wird künftig der Fall sein.

So werden Aktionäre über die Unternehmen, in die sie investieren, künftig besser informiert sein und auch über die Vergütung von Managern abstimmen können. Und zum ersten Mal in der Geschichte des europäischen Gesellschaftsrechts wird darüber hinaus die Rolle der *Stakeholder* anerkannt – insbesondere der Beschäftigten, die keine Aktionäre sind.

Unterstreichen möchte ich aber an dieser Stelle: An einem ganz zentralen Punkt muss wirklich entschlossen weitergearbeitet werden. Durchgesetzt werden muss, dass Unternehmen bezüglich ihrer Gewinne die Karten auf den Tisch legen. Unternehmen sollen endlich dort Steuern zahlen, wo sie Gewinne erzielen. Für unsere Fraktion ist die länderspezifische Berichterstattung über steuerrelevante Unternehmensdaten eine Kernfrage bei der Bekämpfung von Steuervermeidung. Hier werden wir dranbleiben. Der Wettlauf um Steuervermeidung muss gestoppt werden – das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns.

Hans-Olaf Henkel, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident! Es geht in dieser Diskussion ja auch um die Bezahlung von Managern. Und wenn jetzt Politiker meinen, sie müssten entscheiden, was Manager verdienen, dann sehe ich schon auf uns zukommen, dass sie demnächst auch entscheiden, was Fußballspieler verdienen oder Schauspieler oder Intendanten von Fernsehgesellschaften.

Natürlich gibt es immer einen Widerspruch zwischen Transparenz auf der einen Seite und dem Wunsch nach Privatsphäre auf der anderen Seite. Das ist auch ein Recht von Managern. Und es gibt in der Tat natürlich auch das Recht der Eigentümer, zu bestimmen, wie man Manager bezahlt. Und deshalb bin ich davon überzeugt, dass es das Beste wäre, dass wir jetzt bei großen Aktiengesellschaften dafür sorgen, dass die Aktionäre entscheiden, was die Manager bezahlen und was die Manager bekommen, und zwar nicht nur die Aufsichtsräte.

Jiří Maštálka, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, především bych chtěl poděkovat kolegovi Cofferatimu za velkou odvedenou práci.

Dnes projednáváme návrh na revizi stávající směrnice o právech akcionářů. Návrh si klade za cíl řešit nedostatky ve správě a řízení kotovaných společností. V praxi půjde asi tak o 10 000 největších společností kotovaných na evropských burzách. Tímto návrhem chceme více zapojit akcionáře do dění ve společnostech, do kterých investovali. Chceme, aby akcionáři mohli vykonávat řádnou kontrolu nad vedením firem a nenechávali manažery často krátkodobě a nadměrně riskovat. Dále, a to považuji za důležité, chceme, aby akcionáři mohli rozhodovat o firemní politice odměňování vedení podniků. V současné době pouze několik členských států umožňuje akcionářům zasahovat do platů ředitelů. My požadujeme, aby výše odměny vedoucích pracovníků byla schvalována valnou hromadou. Podle statistik jen 15 členských států dnes vyžaduje zveřejňování údajů o politice odměňování a 11 zveřejňování platů ředitelů. Já doufám, že tímto návrhem jsme učinili pouze první krok na cestě k vyšší transparentnosti v oblasti práva společností.

Pascal Durand, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, vos propos ont illustré une Europe que nous aimons, l'Europe telle qu'elle devrait continuer à se construire, c'est-à-dire cette recherche d'équilibre entre une Europe qui porte une force économique, une vision économique et qui en même temps, ne considère pas que sur tous les sujets, la régulation serait une mauvaise chose. Une Europe qui régule dans un sens positif, une Europe qui prend acte du fait qu'une financiarisation éhontée de l'activité économique peut nuire à une vision à moyen et à long terme – et cela a été très bien dit par M. Cofferati.

Notre industrie s'est aussi construite parce que des capitaines d'industrie – comme on disait à l'époque – ont eu une vision à moyen et à long terme pour plusieurs générations. C'est ce que soutiennent, souvent d'ailleurs, les petites entreprises et les PME et c'est ce que ce texte a vocation à réintroduire au niveau des grandes entreprises.

Cette législation nous rappelle quelque chose de simple: la transparence – vous avez utilisé ce mot, Madame la Commissaire, et vous avez eu raison de l'utiliser – ne doit pas s'arrêter au seuil des grandes entreprises.

Je comprends très bien la volonté d'un certain nombre, à la fois de dirigeants et en même temps de politiques, de faire en sorte que ne pèsent pas sur l'entreprise trop de lourdeurs qui l'empêcheraient de pouvoir se développer. J'entends cet argument, mais pour autant, la liberté absolue, la dérégulation absolue, n'a pas et ne porte pas ses fruits.

D'une manière générale, nous devons trouver cet équilibre entre cette nécessité du moyen et du long terme et celle des financiers, d'avoir des retours à très court terme sur les investissements qu'ils produisent. Voilà le travail qui a été accompli, voilà votre volonté et celle du Parlement de réorienter un grand nombre d'investissements financiers vers l'économie réelle.

Je n'entrerai pas dans le détail puisque cela a été très bien expliqué précédemment. Sur les points de transparence que nous avons acquis, je préciserai, en tant qu'écologiste, que je me réjouis que la question des risques environnementaux et sociaux soit également prise en compte et constitue un nouveau guide et un nouvel avenir pour l'Union européenne.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, trasparenza, controllo e sostenibilità. Sono queste le parole chiave della riforma del diritto societario di cui discutiamo oggi. È molto importante, a nostro avviso, che le remunerazioni dei manager delle società quotate siano sottoposte al controllo dell'assemblea degli azionisti che, tra l'altro, potrà formulare le sue valutazioni, non solo tenendo conto delle *performance* a lungo termine della società ma anche degli impegni assunti in materia di responsabilità sociale dell'impresa.

Tutto questo, insieme alle altre previsioni riguardanti le misure di trasparenza per gli investitori istituzionali e gli *asset manager*, i quali dovranno impegnarsi a descrivere il loro rapporto con le imprese in cui investono, non potrà che aumentare l'impegno e la sostenibilità a lungo termine dell'investimento azionario in questo tipo di società.

Spiace che il compromesso raggiunto in sede di trilogia abbia previsto lo stralcio della rendicontazione paese per paese: ma siamo tuttavia convinti che l'ottimo lavoro del *team* negoziale del Parlamento abbia davvero spinto la Commissione a presentare una proposta di direttiva ad hoc, che auspichiamo possa essere approvata quanto prima.

Axel Voss (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich möchte in Anbetracht der Umstände, die es in diesem Bericht gegeben hatte, insbesondere natürlich aus EVP-Sicht auch unserem Berichterstatter Tadeusz Zwiefka recht herzlich danken für Einsatz und Mühe um das, was aus unserer Sicht bürokratisch viel gefordert war, was vielleicht auch hier in diesen Bericht zum Teil nicht hineingehörte, eben dann doch auch wieder rauskam. Deshalb war es für uns im Rechtsausschuss damals als EVP-Fraktion auch nicht akzeptabel, was dort in diesem Bericht stand, und deshalb war er weit über das hinausgegangen, was wir von der Kommission als Vorschlag hatten.

Wir müssen hier erst einmal sehen, woher das Ganze eigentlich kommt. Wir hatten dieses einschneidende Erlebnis der Finanzmarktkrise. Das ist ein sehr einschneidendes Ereignis gewesen und hat auch heute noch diese Auswirkungen. Deshalb ist es auch richtig, heute von Langfristigkeit von Anlagen zu sprechen, von der Transparenz, die wir da brauchen, der Wettbewerbsfähigkeit, die Sie ja auch erwähnt haben. Deshalb macht es schon Sinn, sich auch mit den Vergütungen auseinanderzusetzen, weil wir über steuerliche Mittel vielfach auch etwas auffangen mussten, was dann bei den Verantwortlichen nicht zum Tragen kam. Deshalb ist das schon vernünftig. Aber diese Frage der Steuervermeidung und des *country by country reportings* hätte nicht Gegenstand dieser Richtlinie sein dürfen und sollen – deshalb war es gut, dass die Kommission das entsprechend aufgelöst hat – sondern wir haben ein eigenes Instrument dafür, um auch hier nochmal deutlich zu machen, dass Steuervermeidung in Europa nicht stattfinden soll. Aber es hätte eben nicht hier reingehen

sollen.

Wir haben natürlich verschiedene Dinge, bei denen wir besonders stolz sind, dass nachher die Übermäßigkeit von Bürokratie vermieden wurde und dass wir dann dort diese Transparenz in diesen ganzen Dingen haben. Deshalb ist es jetzt ein zustimmungsfähiger Bericht geworden, den wir gerne unterstützen.

Anneliese Dodds (S&D). – Mr President, I would first like to thank the rapporteur for his excellent work. Colleagues, in my country the average CEO earns in three days what the average worker will earn in a year. CEOs' pay has almost doubled over the last 10 years, while real pay for the average worker has stagnated. Dealing with this excessive remuneration is not anti-business. A survey of members of the Institute of Directors showed SMEs felt high pay in some big businesses was harming the reputation of all businesses. So it is great that this directive takes action to improve pay transparency, as well as improving many other areas of corporate governance.

Brexit cannot be used as an excuse for progress on this issue to be rolled back, particularly in Britain. The EU's cap on bankers' bonuses was challenged by the British Government but largely supported by the British people, just as they support action to make CEO pay more accountable. The message this directive sends must be heeded across the EU and in Britain, including after Brexit. Congratulations again to the rapporteur.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, Theresa May has made great theatre of her political will to restrain corporate excess, but so far we have seen little action. As research suggests that more than a third of big companies fail to comply with the UK's currently voluntary code, she might do well to look to Europe for a progressive blueprint.

This legislation improves the long-term commitment of shareholders in listed companies and strengthens the link between directors' pay and performance, showing the EU's progress towards a more transparent and responsible economy. Shareholders will have a say on directors' pay. Details of how their pay has increased will be published so that it can be compared with the pay of employees and the company's performance, something that last year's Whitehall proposals tiptoed around.

Disappointingly, public country-by-country reporting was dropped from the final legislation despite support from the Parliament and Commission.

As Greens we will push hard to ensure that this most important weapon in our ongoing battle against corporate tax avoidance is advanced as rapidly as possible.

Pavel Svoboda (PPE). – Pane předsedající, paní komisařko, úvodem mi dovoluťe poděkovat všem kolegům z Výboru pro právní záležitosti, zejména panu zpravodaji Cofferatimu, kteří se podíleli na tom, že v rámci trialogu bylo dosaženo přijatelného kompromisu. Výsledek je dobrou reakcí na potřebu podporovat dlouhodobé strategické investory. Finanční krize 2008-2012 nás o tom poučila.

Osobně jsem ve výboru JURI hlasoval proti původnímu znění zprávy, jelikož se domnívám, že ten původní text se až příliš odchyloval od modelu, který bychom v EU měli uplatňovat, a tím je model sociálně-tržního hospodářství. Sociálně-tržní hospodářství pro mě představuje ideální model, v jehož rámci jsou zaručena práva jak zaměstnancům, tak zaměstnavatelům. Model, který není ani divokým kapitalismem bez pravidel, ani přeregulovaným socialismem. Považuji tedy za dobré, že výsledný text neobsahuje část o tzv. *country-by-country reporting*, která tam nepatří stejně jako obdobné jiné části. V zítřejším hlasování proto mohu podpořit dohodnutý návrh tak, jak vyšel z trialogu.

Paul Tang (S&D). – Allereerst dank aan Sergio Cofferati en de andere collega's voor dit resultaat. De vraag is nu of er ook goede aandeelhouders zijn, want deze richtlijn geeft de aandeelhouders meer bevoegdheden om de beloning van topbesteders te bepalen. Ik wantrouw het systeem van bonussen, maar laat het tenminste zo zijn dat de beloning op de lange termijn beloont.

Dat vraagt om goede aandeelhouders. Ja, die kunnen er zijn. Veel investeerders beleggen geld voor ons, zoals verzekeringsmaatschappijen en pensioenfondsen. Het is aan deze investeerders om te breken met de kwartaalcultuur in bedrijven en te kiezen voor een langetermijnperspectief.

Landen kunnen en moeten hen ondersteunen door de band tussen aandeelhouders en bedrijven te versterken, bijvoorbeeld via loyaliteitsdividend of op andere manieren. Europa verdient namelijk bedrijven die zich bekommeren om de lange termijn, waar de beloningen voor bestuurders en werknemers met elkaar in de pas lopen en die durven kiezen voor *People Planet Profit*, want waarde is meer dan winst alleen.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt schon einiges gesagt worden. Ich möchte für die EVP-Fraktion – auch dem Kollegen Zwiefka dankend – nochmal deutlich machen: Wir sind uns alle einig, dass nachhaltige Unternehmenspolitik, langfristige Orientierung der Unternehmensentscheidungen in Europa starke Unternehmen hervorgebracht hat, und wir ein Interesse daran haben, dass dies so bleibt. Und das verbindet uns auch, glaube ich, über die Fraktionsgrenzen hinweg. Ich erzähle auch sehr gerne, dass wir auch im Binnenmarktausschuss mit dem Kollegen Cofferati lange darüber gesprochen haben – das ist ein verbindendes Element. Aber wir haben in dieser Richtlinie leider auch sicherstellen müssen, dass die nicht wirklich aktionärsrechtlichen Themen des *Country by Country reporting* – der Kollege Voss hat es schon ausgeführt – rausgelöst werden. Das ist uns auch gelungen, dafür bin ich sehr dankbar.

Das Dritte, was ich sagen möchte: Natürlich haben wir ein großes Interesse daran, dass wir auch den Aktionären, denen die Firma gehört, mehr Entscheidungsrechte einräumen. Wir haben im ursprünglichen Vorschlag der Kommission vielleicht nicht so sehr eine Unterscheidung hingekriegt zwischen dualistischem und monistischem Prinzip. Ich glaube aber, dass die Ergebnisse, die am Ende rausgekommen sind, durchaus zu begrüßen sind und auch einen guten Niederschlag gefunden haben, und ich bin deswegen auch dankbar, dass es gelungen ist, dies festzulegen und zu verankern.

Und der letzte Punkt, der immer wieder angesprochen wird: Natürlich haben wir ein Interesse an einer fairen und angemessenen Belohnung von CEOs und Geschäftsführern, die eine wichtige Aufgabe wahrnehmen, aber wir können nicht in Europa einheitlich festlegen, was nun der Mindestlohn, was der Mittellohn ist und was der Höchstlohn sein soll. Da sind die Mitgliedstaaten gefragt. Und ich glaube, dass dies – egal, ob beratend oder bindend – in den Aktionärsgruppen am Ende entschieden werden kann – eine gute Lösung ist. Insgesamt bin ich für meinen Teil sehr zufrieden und danke allen, die daran mitgewirkt haben.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo raggiunto sulla direttiva è un importante passo avanti sul tema della governance di impresa.

Dopo due anni di negoziati abbiamo una normativa europea che, per la prima volta, non si limita a citare gli azionisti ma riconosce il ruolo di lavoratori e di altri *stakeholder*, assicura controlli e prevede il voto degli azionisti sulla politica di remunerazione degli amministratori delle società quotate, anche sulla base dei risultati e tenendo conto della responsabilità sociale d'impresa, e introduce maggiore trasparenza sugli impatti sociali e ambientali.

È un peccato, certo, che la parte sulla rendicontazione paese per paese non sia già passata ma è proprio e anche grazie all'impegno del Parlamento e del relatore se la Commissione ha presentato finalmente una proposta specifica al riguardo.

Ecco si tratta di una proposta ancora insufficiente, in quanto prevede soglie alte e l'obbligo di rendicontazione per le attività fuori dall'UE solo in forma aggregata; quindi è da migliorare e approvare quanto prima per combattere davvero l'evasione e l'elusione fiscale a livello globale.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Wir sehen es jetzt: Alle sind im Großen und Ganzen zufrieden. Wir haben gute Arbeit geleistet bei der Aktionärsrechterichtlinie. Dankeschön vor allem dem Berichterstatter, Sergio Cofferati. Seit langem kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier in diesem Hause dafür, dass es mehr Transparenz in europäischen Unternehmen gibt, dass Unternehmen nachhaltig agieren, dass sie langfristige Entscheidungen treffen und nicht nur die kurze Abzocke vor Augen haben – denn das war letztlich auch der Grund der Finanzkrise. Wir sehen jetzt hier einen Paradigmenwechsel, den wir durch den modifizierten *Shareholder*-Ansatz bei der Aktionärsrechterichtlinie haben. Eine größere Verantwortung soll schließlich von den Eigentümern übernommen werden.

Besonders wichtig ist es mir natürlich auch, dass Sergio Cofferati hier so verhandelt hat, dass dieses Thema Transparenz, nämlich über öffentliches *country by country Reporting* – also die länderweise Berichterstattung, die noch mehr Transparenz reinbringen soll – sich endgültig hat durchsetzen können und rausgelöst wurde und wir jetzt die Möglichkeit haben, in der Bilanzrichtlinie dieses Ergebnis mit einzubeziehen.

Nicht oft genug allerdings kann man auch herausstreichen, dass es ein großer Erfolg ist, dass im europäischen Gesellschaftsrecht Arbeitnehmer Arbeitnehmerinnen als die wichtigsten *Stakeholder* ebenfalls erwähnt werden – also der *Stakeholder*-Ansatz an sich jetzt Einzug gefunden hat. Das ist etwas, wofür wir uns hier in diesem Hause einsetzen sollten, dass das auch weiter geschieht und dass da auch wirklich der Ansatz verfolgt wird, dass Unternehmen langfristig agieren sollen, weil sie ein Teil dieser Gesellschaft sind und ihre soziale Verpflichtung auch wahrnehmen sollen.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'insufficiente partecipazione degli azionisti e la mancanza di un'adeguata trasparenza rappresentano le principali carenze del governo societario in Europa. Il focus eccessivo sui rendimenti elevati nel breve termine porta, nel medio e lungo periodo, a carenze nella pianificazione, investimenti insufficienti e risultati non ottimali.

Sono favorevole all'introduzione di un quadro moderno ed efficiente di governo societario per le imprese europee, gli investitori e i dipendenti che conferisca, allo stesso tempo, un ruolo più trasparente e maggiormente influente agli azionisti di minoranza.

Di maggiore trasparenza necessitano le attività delle grandi società, gli utili realizzati, le imposte versate e i sussidi ricevuti. Se gli investitori saranno maggiormente coinvolti e il loro impegno orientato sul medio e lungo periodo ne trarranno beneficio gli utenti finali, gli investitori istituzionali ma anche le stesse imprese.

Mi congratulo con il relatore Cofferati per l'ottimo lavoro e concordo con lui nell'affermare che il voto di domani certamente non risolverà il problema ma rappresenta sicuramente un ragionevole passo in avanti nella giusta direzione.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να συγχαρώ τον κύριο Cofferati για την έκθεσή του, γιατί πραγματικά θέτει τα ζητήματα τα οποία απασχολούν σήμερα την εταιρική διακυβέρνηση. Πρώτα απ' όλα είναι αναγκαία, όπως ειπώθηκε και από άλλους, η διαφάνεια κατά την λειτουργία και τη διοίκηση των επιχειρήσεων, διότι θα πρέπει οι μέτοχοι να έχουν εικόνα του τι συμβαίνει με τα διευθυντικά στελέχη. Έχουμε δει τεράστιες αμοιβές να παίρνουν τα ίδια τα διευθυντικά στελέχη, να βγάζουν αυτές τις αμοιβές για τους εαυτούς τους, να προσδιορίζουν στόχους τέτοιους που πολλές φορές δεν εξυπηρετούν την ίδια την επιχείρηση αλλά εξυπηρετούν την αύξηση των δικών τους αμοιβών, δηλαδή έχουμε πλέον ένα σοβαρό πρόβλημα με τα *golden boys* τα οποία υπάρχουν στις μεγάλες επιχειρήσεις. Επιπλέον, είναι σημαντικό να έχουνε εικόνα και γνώση οι επενδυτές, οι οποίοι βάζουν τα χρήματά τους. Πολλές φορές είναι θεσμικοί επενδυτές. Έχουμε ασφαλιστικά ταμεία τα οποία βάζουν τα χρήματά τους και θα πρέπει να επενδύουν σε επιχειρήσεις που δείχνουν κοινωνική και περιβαλλοντική ευαισθησία.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, esta diretiva propõe promover um maior envolvimento dos acionistas nas estratégias de longo prazo mas, perante o problema da miopia dos investidores, que compromete estratégias de crescimento sustentado, cria-se uma diretiva meramente cosmética, que não irá resolver absolutamente nada.

Esta diretiva pega no problema ao contrário, colocando este problema nos acionistas, quando são estes mesmos acionistas que querem rendimentos de curto prazo. Os acionistas, na maioria dos casos, nem sequer conhecem as empresas porque veem nas empresas um mero instrumento de poupança e de rentabilidade financeira e nada mais.

Se queremos contrariar as estratégias das empresas, demasiado concentradas nos ganhos de curto prazo, então é necessário envolver as partes que estão verdadeiramente interessadas no longo prazo, é necessário envolver os trabalhadores, as instituições locais e regionais que devem ser envolvidas na discussão e implementação destas estratégias e também na política salarial, onde se poderia ter ido muito mais longe impondo um teto às disparidades, mas isso seria naturalmente ir longe demais para quem acha que a democracia deve ficar às portas da empresa.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej ta predlog, ki je pred nami, gotovo pomeni pomemben korak naprej, ki je nujen, vprašanje pa je, ali je zadosten.

Seveda osredotoča se tudi na sodelovanje delničarjev v delniških družbah, ki bi jih morali spodbujati k večji aktivnosti, k sodelovanju pri upravljanju podjetij, vendar tega ne bodo mogli, če ne bo tudi zagotovljena večja transparentnost, večja preglednost, in torej tudi odgovornost tistih, ki prevzemajo odločitve, ki so pred parim leti potegnili skoraj celo Evropo v finančno krizo tudi zaradi prevzemanja velikih obveznosti brez upoštevanja rizikov na področju finančne matematike.

Zato mislim, da je treba zagotoviti večjo možnost za nadzor, večjo možnost tudi za ugotavljanje odgovornosti in pa torej večjo preglednost za delovanje delničarjev, da pravzaprav uresničijo tisto, kar je tudi namen delniških družb.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, raportul aduce clarificarea multor lucruri privind guvernanta corporatistă. Modificările aduc eficiență și eficacitate nu numai pentru companii, ci și pentru comunitate. Transparența a crescut și acest lucru aduce un beneficiu și acționarilor și comunității. Implicarea acționarilor va aduce beneficii tuturor părților implicate. Explicarea termenilor va duce la aplicarea corectă a îmbunătățirilor aduse acestei directive.

Vreau să îl felicit pe raportor pentru textul final. Doresc să mai subliniez și faptul că noul text prevede și protecția datelor referitoare la identitatea acționarilor. Cred că se asigură etică și echitate corporatiste între administrator, directori, investitori, acționari și comunitate. Avem nevoie de o guvernanta corporatistă, dar care să aibă și o responsabilitate socială.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, it is so important to address this very important subject of corporate governance. In the last years, we have tried to address this issue from a different angle. It is time now to promote this subject of integration within European Union policies and future directives. In fact, long-term shareholder engagement is a policy that should support the investors and shareholders investing in European Union economies.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, the debate has shown that we all share an understanding of the main goals of this directive, namely more transparency and more investor responsibility so that investors and directors consider the long-term consequences of their actions and also ensure the sustainability of EU capital markets.

The debate also showed that we are in agreement that the directive contains the way in which this should be implemented in an efficient and proportionate way. So I would like to thank you for the positive debate you had here and I strongly encourage you to adopt the compromise text tomorrow.

Sergio Gaetano Cofferati, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i colleghi e la signora Commissaria per le osservazioni formulate e per questa larghissima condivisione della proposta che abbiamo costruito insieme. I tempi sono stati lunghi ma questo perché il merito era complesso: abbiamo dovuto discutere con la Presidenza lussemburghese, poi quella olandese, poi quella slovacca per arrivare a concludere con quella maltese. Questo la dice lunga quanto fosse complesso l'insieme dei temi che abbiamo dovuto dipanare.

Vorrei sottolineare soltanto alcune cose rapidamente. Io penso che il sistema politico e istituzionale non debba lavorare per porre vincoli restrittivi alle imprese. Qualche volta servono ma il nostro comportamento prevalente deve essere quello di dare stimoli e incentivi e credo che nel testo che domani approveremo, così spero, tutto ciò è molto chiaro, così come credo che i manager devono essere aiutati ad assumere nelle loro aziende comportamenti positivi, non a dedicarsi alla speculazione finanziaria, come tante volte è capitato, a discapito del capitale investito e delle persone che in quelle imprese lavorano.

Ancora, vorrei tranquillizzare il collega che teme che la politica possa decidere anche sulla retribuzione degli attori e dei cantanti. Non è così, men che meno in questo testo: la politica non decide; saranno gli azionisti a decidere, cosa che purtroppo non sempre capita, con grave danno per l'insieme della struttura che genera ricchezza, per forme e per canali che non sono quelli migliori e auspicabili. Dunque, la funzione della politica è una funzione precisa ma ha anch'essa un carattere positivo se le conclusioni sono quelle che stanno nel testo scritto.

L'ultimo punto riguarda la rendicontazione paese per paese: io penso che sia giusto non avere la soluzione sulla rendicontazione in questo testo e che la sua collocazione nel testo della nuova direttiva sia la cosa migliore. Però, diciamo con tutta franchezza, quando abbiamo cominciato la discussione, quel testo della Commissione non c'era e se non avessimo discusso tra di noi, anche animatamente, non sarebbe nata la nuova proposta della Commissione.

Abbiamo ottenuto un risultato grazie anche al senso di equilibrio, che non ha comportato rotture ma un po' di coraggio e un po' di determinazione, che non sono mancati nel rapporto tra tutti i relatori, a cominciare dai relatori ombra.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 14 March 2017.

Written statements (Rule 162)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), in writing. – The proposal of the European Commission aspires to enhance the influential role of minority shareholders in listed companies. Their higher engagement and stronger influence on decision-making processes would secure the long-run orientation of those shareholders. As a result, the companies would prioritise the long-term concerns over accelerating the profits and returns in the short term in order to please the demand of shareholders.

I welcome the initiative and I believe it shall be considered as a substantial part of the legislation dealing with the involvement of stakeholders in corporate governance. Nevertheless, I hope that addressing involvement of stakeholders other than shareholders in corporate governance, such as employees, consumers or local communities, will be high on the agenda of the European Commission in the near future. The well-being of any company requires respect and engagement of all stakeholders involved. In reaction to Article 3f of the proposal, addressing the engagement policy, I am convinced the basic transparency shall not be voluntary. The institutional investors and asset managers ought to be transparent about the application of their engagement policies. Furthermore, regarding Article 9a, I would suggest an obligation for companies to declare and disclose the ratio between the remuneration of directors and employees.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), în scris. – Criza financiară izbucnită în anul 2008 a scos la iveală și erorile făcute de mulți investitori instituționali, inclusiv fonduri de pensii și firme de asigurări, prin angrenarea în speculații financiare și în investiții determinate de interese pe termen scurt. Proiectul de directivă este binevenit, deoarece aduce mai multă rigoare în acest domeniu important al pieței de capital, impune o transparență mărită pentru investitorii instituționali, prin informarea corectă a acționarilor asupra modelului de business adoptat, orientat spre interesul pe termen lung al acestora. De asemenea, acest proiect de directivă obligă investitorii instituționali să regândească sistemul de stimulente pentru managerii activelor în vederea promovării investițiilor pe termen lung și o corelare mai bună cu structura obligațiilor.

13. Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014-2015 — Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen – Bericht über die EU-Mittel für die Gleichstellung der Geschlechter (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on

— the report by Ernest Urtasun, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on equality between women and men in the European Union in 2014-2015 (2016/2249(INI)) (A8-0046/2017),

— the report by Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on the application of Council Directive 2004/113/EC implementing the principle of equal treatment between men and women in the access to and supply of goods and services (2016/2012(INI)) (A8-0043/2017), and

— the report by Clare Moody, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on EU funds for gender equality (2016/2144(INI)) (A8-0033/2017).

Ernest Urtasun, ponente. – Señor presidente, en primer lugar, quisiera dar las gracias a todas las ponentes que han estado trabajando conmigo en el informe. La verdad es que ha sido un placer. Creo que hemos hecho un buen ejercicio de analizar sobre todo el estado de la igualdad de género a escala de la Unión Europea. Quiero dar las gracias también —y quiero mencionarlo especialmente—, al Instituto Europeo de la Igualdad de Género, porque sin ellos, sin su ayuda, hubiera sido mucho más difícil también poder hacer este informe —a través de todos los análisis que ellos hacen, los datos que recopilan, el índice que desarrollan, que creo que es extremadamente positivo—; desde este punto de vista, pues quiero, también, darles las gracias.

Este informe tiene por objetivo lanzar un mensaje muy claro, y es que, a juzgar por los datos y el análisis concreto de determinados indicadores, estamos bloqueados, cuando no damos pasos atrás, en materia de igualdad de género a escala de la Unión Europea. Y esta es la primera cosa que debemos reconocer porque no está instalado esto en el debate público, ni en el debate de la política. Y creo que es importante que lo digamos. Si cogemos el indicador de brecha de pensiones, no es solo que estemos aún en un 40 %, es que en la mitad de los Estados miembros esa brecha ha aumentado. Si cogemos la brecha salarial, estamos en el 16,2, que es prácticamente el mismo nivel que teníamos en 2012; no hemos prácticamente avanzado. En materia de participación política, el avance en los últimos años es solo de un 6 %. Vamos muy poco a poco, incluso en esta casa, donde hemos pasado de un 30 a un 37. Sí, hay avances, pero son muy, muy escasos.

Y después, los datos de violencia. No solo por los casos que repetidamente vamos viendo en muchos de nuestros Estados miembros, sino también por los datos, y en este caso se refiere el informe al estudio y a la encuesta de la Agencia de los Derechos Fundamentales europea, con sede en Viena, que revelaba pues ese 33 % de mujeres que reconocen haber sido alguna vez en su vida víctimas de algún episodio de violencia, y un 55 % que reconocen haber sido en algún momento de su vida víctimas de algún episodio de acoso sexual.

Por lo tanto, creo que debemos reconocer que estos datos no son buenos. Y la pregunta que nos hemos hecho y que hemos compartido con los demás ponentes es cómo están respondiendo las instituciones ante esta cuestión. Y es verdad —y esto no solo es a escala de la Unión Europea, sino también a escala de muchos Estados miembros— que la agenda de la igualdad está bastante bloqueada. Hemos tenido épocas en las cuales había mucha ambición en esta materia —incluso aquí, legislativa, y en muchos Estados miembros—, y ahora esto pues ya no es así.

Y, claro, tengo que referirme a algunas de las cosas que pasan, sobre todo en el Consejo. La Comisión retiró la Directiva de permiso de maternidad por bloqueo en el Consejo —aunque esperamos, evidentemente, comisaria Jourová, que nos presente como anunció la última vez, el día 24, el nuevo paquete de medidas, que evidentemente estamos dispuestos a trabajar para sacar adelante—, pero tenemos también la Directiva sobre cuotas en los consejos de administración bloqueada, y, en materia de violencia, estamos en fase de ratificar el Convenio de Estambul, y una de las cosas que pide el informe es que se haga lo más rápido y lo más ágilmente posible, y que todos aquellos Estados miembros que aún no lo han hecho, que lo hagan lo más rápido posible.

Pero tampoco queremos dejar de reivindicar un instrumento específico de lucha contra la violencia de género a escala de la Unión Europea, que nos parece absolutamente indispensable. Y, desde luego, otros llamamientos que hacemos son muy importantes. Respecto a la Directiva sobre cuotas en los consejos de administración, si cogemos los resultados en Noruega, por ejemplo, vemos que los resultados son muy eficaces, y creo que sería bueno que el Consejo desbloqueara de una vez este dossier.

Igual, por ejemplo, con la brecha salarial. Tenemos el anuncio esta semana del Gobierno islandés de que va a obligar a todas las empresas de más de 25 empleados a explicar cómo aseguran la igualdad salarial dentro de la empresa. Bueno, son medidas que yo creo que también deberíamos estar replicando a escala de la Unión Europea. Y la última cosa que tengo que decir: deseamos que la Comisión Europea vuelva a tener una estrategia en materia de igualdad de género. Creo que es un deseo compartido por esta Cámara y esa es mi última petición.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, *sprawozdawczyni*. – Panie Przewodniczący! Ja również chciałabym zacząć od podziękowań, zarówno dla kontrsprawozdawców, jak i dla wszystkich autorów poprawek za bardzo owocną współpracę przy tworzeniu mojego sprawozdania. Cieszę się, że możemy dyskutować nad tym sprawozdaniem i nad dwoma pozostałymi w marcu. To jest miesiąc szczególnie: on stał się takim miesiącem, kiedy toczymy pogłębioną debatę o prawach kobiet. Jest to też miesiąc, kiedy na całym świecie odbywają się demonstracje kobiet, które mimo stu lat emancypacji wciąż muszą w ten sposób walczyć swoje prawa. I dzisiaj przy okazji tych trzech sprawozdań przewija się stara lista spraw niezakończonych. Zarówno w sprawozdaniach, jak i pewnie podczas dzisiejszej dyskusji będziemy poruszać te wszystkie kwestie: kwestie ekonomiczne, prawo do macierzyństwa, prawo do równej płacy, wolność od przemocy, finansowanie działań równościowych i szereg innych.

Proszę Państwa! Jeżeli chodzi o sprawozdanie, którego jestem autorką, a które odnosi się do wdrożenia dyrektywy o dostępie kobiet i mężczyzn do dóbr i usług, chciałabym zauważyć, że ta dyrektywa jest kluczowym punktem na mapie ustawodawstwa równościowego w Unii Europejskiej, ponieważ jako pierwsza legislacyjnie rozszerza zasadę równego traktowania kobiet i mężczyzn poza rynek pracy i przenosi w obszar życia codziennego, jakim jest dostęp do dóbr i usług.

Najważniejszym sukcesem tej dyrektywy jest wprowadzenie tych samych zasad dla kobiet i mężczyzn przy wyliczaniu składek ubezpieczeniowych – a w konsekwencji emerytalnych – w prywatnych funduszach. Dzięki tej dyrektywie kobiety i mężczyźni nie muszą płacić mniejszych lub większych składek tylko z powodu swojej płci. Firmy ubezpieczeniowe muszą skupić się na merytorycznych kryteriach, takich jak historia wypadków czy stan zdrowia. I to podejście trafnie ilustruje zasadę równego traktowania kobiet i mężczyzn w ogóle, gdyż walka o równe prawa to nic innego jak apel o kierowanie się merytorycznymi kryteriami, kompetencjami, osiągnięciami, zamiast opierania się na stereotypach związanych z płcią.

W tej dyrektywie są również zapisy – i do nich odnosi się nasze sprawozdanie – które dotyczą ochrony kobiet w ciąży i w okresie macierzyństwa. Są tam przepisy o zakazie molestowania, molestowania seksualnego. Mówi się dużo o konieczności funkcjonowania w państwach członkowskich instytucji równościowych, takich jak rzecznicy, pełnomocnicy do spraw równości, którzy wykonują i kontrolują prawo równościowe w bardzo wielu aktach prawnych.

Ta dyrektywa została pomyślnie transponowana do prawa krajowego we wszystkich państwach członkowskich, ale jej praktyczne funkcjonowanie wymaga wzmocnienia. Dlatego w sprawozdaniu – i to jest kluczowe jego przesłanie – kładziemy nacisk na stosowanie prawa w praktyce, bo jak wiemy, papier jest cierpliwy, można na nim wszystko zapisać, i w różnych miejscach jest bardzo dużo przepisów dotyczących kwestii równego traktowania kobiet i mężczyzn, ale bez woli politycznej, bez społecznej świadomości, bez istnienia odpowiednich instytucji, a przede wszystkim bez adekwatnego finansowania to prawo pozostaje martwe. Na to zwracamy uwagę w tym sprawozdaniu: żeby stosować te przepisy w praktyce i żeby wzmocniać instytucje równościowe, które stoją na straży wykonywania tego prawa.

W sprawozdaniu podkreślamy również znaczenie świadomości dotyczącej równego traktowania kobiet i mężczyzn, zarówno wśród usługodawców, jak i wśród konsumentów. Innym ważnym elementem jest zwrócenie uwagi na nowe zjawiska na rynku, takie jak ekonomia dzielenia się, której przykładem jest Uber czy Airbnb. To są nowe zjawiska, nieuregulowane. Musimy się zastanowić, w jaki sposób i w jakim zakresie podlegają one dyrektywie.

Mówimy też w tym sprawozdaniu o konwencji stambulskiej jako narzędziu ochrony przed przemocą i znaczeniu przepisów o ochronie kobiet w okresie macierzyństwa.

Clare Moody, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank the other rapporteurs for their cooperation and support in writing this document. I am proud to be presenting a report here in the plenary, following International Women's Day, on such an important topic and I appreciate the presence of Commissioner Jourová to address – and I hope follow up on – the recommendation the Parliament makes this week.

It should be a source of great pride to the EU that equality between women and men has been enshrined as a fundamental value of the Union since its very beginning. I do a lot of meetings and communications in my region and, when I talk about the support the EU provides to women, it generates an overwhelmingly positive response. There are 15 directives supporting gender equality and it is explicitly the subject of different aspects of the budget.

However, we are still a long way from achieving the goal of gender equality. Indeed, if it was all sorted, there would not be a need for this report at all, and I look forward to the day when that is the case. But, in many ways and for many reasons, I fear we are in danger of slipping backwards: that gender-related issues have fallen down the political agenda and, when they are considered, a certain amount of complacency has taken hold.

The report looks in detail at three specific areas: European structural and investment funds; the rights, equality and citizenship programme; and Horizon 2020. The structural and investment funds provide vital support, particularly for enabling women to work and on promoting gender equality, for example through supporting social infrastructure or women entrepreneurs. But there is not an overall strategy to make sure that there is systematic support to women in these programmes.

The rights, equality and citizenship programme includes some very important areas of funding, and this support goes directly to organisations that are working in communities and have the reach and expertise to make a difference. A good example of this is the Daphne programme for combating violence against women. However, this programme also demonstrates the creeping decline in support and focus on equality. It has seen a fall in its annual funding since 2011, despite the heavy demands for this work. The Horizon 2020 Framework Programme in many ways shows the good work taking note of gender issues can achieve. It includes gender mainstreaming and provides specific support in the research process, in gender equality plans and in research content. However, these efforts need to be consistently supported by specific budget lines.

In addition to these specific areas, the report looks at the budget more widely, including more recently-established work. For example, the Asylum, Migration and Integration Fund included gender mainstreaming in its founding principles. There are very real and particular issues for women and girls in these situations, and the essential support we provide must recognise those. Overall, I have highlighted where there has been success, but where gender mainstreaming has been – or should be – adopted has also been underlined. For us to truly make progress on ending gender inequality we must move away from assuming support for women should be siloed in particular programmes and recognise the need to focus on the impact of all EU funds.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, our 2017 Annual Report on Equality between Women and Men, which was published last week ahead of the International Women's Day, shows that despite progress there is still a lot of work to be done.

On the positive side, the report indicates that new initiatives have flourished throughout Europe in many areas, including promoting women's participation in decision-making and economic independence and combating stereotypes and gender-based violence. On the more worrying side, it shows signs that Member States may be moving in the opposite direction and that, in some instances, we might even witness stagnation. We have already heard these worries from your speeches.

In addition, the gender gaps in pay and pensions are decreasing at a glacial rate. Therefore, the EU has an important role to play to ensure continued progress in all countries, and I am glad that the European Parliament has always been an important partner in this endeavour. Further efforts are needed to close the gender gaps in employment, pay and decision-making and to fight gender-based violence. The Commission is prepared to table a comprehensive and ambitious package to improve conditions for working parents and carers, to better reconcile the work-life balance and to support the higher participation of women in the labour market. Yes, this is the package which we promised to come up with after withdrawing the maternity leave directive. If you remember, I tried to explain that the maternity leave directive had already been implemented – or rather the goals of this directive as it was proposed were implemented – in the vast majority of Member States and that we need to come with something more ambitious, also covering greater flexibility and better choices for working parents. This is the policy – not only legislation, but a comprehensive policy – which the Commission is going to propose and adopt in April. I am looking forward very much to discussions in this House on this package.

Also, regarding violence, we announced for 2017 a year of focused actions to fight violence against women, and I am glad to see that many actions are taking place to follow this aim not only in the Member States, but also in this House. In addition, we remain committed to finalising the negotiations for the EU accession to the Council of Europe Istanbul Convention as soon as possible, and we call on Member States to continue their ratification processes. I can assure you that whenever I go those Member States that have not yet ratified the Convention, I am pushing them to do it as soon as possible, as this is also an important step forward in order for the EU to join the Istanbul Convention.

On women on boards, we heard that it has been blocked. I can only confirm that this is true. This has been blocked in the Council. I invested a lot of energy and time into convincing those Member States that we needed to achieve the necessary majority, which is one big Member State and two smaller ones, namely Germany, which already has the law. To my great disappointment, this has been blocked.

We had to open something which I call the 'second front', so we are now addressing – through the Diversity Charter and through many, many different individual actions – the companies directly so that they change their corporate governance policy and introduce more diversity in their managerial culture. I believe that, in the meantime, we will be able to push the Member States to change their position so that we can adopt the women on boards directive.

The Commission also welcomes the report on implementing the principle of equal treatment between men and women in the access to and supply of goods and services. We will remain fully committed to ensuring gender equality in the access and provision of goods and services across the EU and will ensure that the Directive is fully and correctly implemented in all the Member States.

Promoting gender equality, of course, requires the allocation of adequate funding possibilities at all levels. The 2014-2020 funding programmes already provide means of promoting gender equality and gender mainstreaming in key policy areas. Examples include the European structural and investment funds, and in particular the European Social Fund and the European Regional Development Fund, which are key financial sources for promoting equality, for example in access to employment, career progression, reconciliation of work and private life, equal pay for equal work, labour market integration of migrant women, and investment in the provision of childcare infrastructure.

Also, the rights, equality and citizenship programme co-finances national and transnational projects, promoting equal economic independence, overcoming rigid gender roles and stereotypes, and raising awareness of the gender pension gap and its causes and consequences.

It also invests in preventing and combating violence against women by financing projects supporting victims of violence, training relevant professionals, raising awareness, and preventing violence linked to harmful practices.

There are also other programmes, such as Horizon 2020 or the Development Cooperation Instrument, that are instrumental in promoting gender equality and gender mainstreaming. Currently gender budgeting is not applied systematically to the EU general budget. However, indicative funding for gender equality can be provided for programmes that include a clear gender equality objective and use gender equality indicators, allowing for the specification of allocated amounts. The strategic engagement for gender equality provides an overview of EUR 6.17 billion in EU-level funding allocated to achieving the targets and objectives of the strategic engagement.

This report and its recommendations are very timely, as preparations for both the 2020 EU funding programmes are starting. The promise made 60 years ago in the Rome Treaty of equal treatment between women and men must continue. It is an achievable goal if we all join efforts to deliver on that promise.

Jiří Maštálka, *navrhovatel Výboru pro právní záležitosti*. – Pane předsedající, vystupuji nyní jako navrhovatel stanoviska Výboru pro právní záležitosti ke směrnici o rovném přístupu žen a mužů ke zboží a službám. O směrnici obecně panuje jen malé povědomí a přitom upravuje tak zásadní témata, jako je rovný přístup k zaměstnání, ke zdravotní péči, k vzdělání, sociálním službám, jakož i k bydlení. Ve Výboru pro právní záležitosti jsme konstatovali, že stále přetrvávají určité nedostatky při provádění této směrnice. V některých případech jsou služby poskytovány pouze osobám jednoho pohlaví nebo se za stejné služby účtují různé ceny. Zvláštní pozornost pak vyžadují těhotné ženy nebo rodiče a osoby pečující o malé děti. V genderové oblasti nás ještě čeká mnoho práce, např. se musíme zaměřit na rovné platové podmínky za stejnou práci či vyrovnání důchodů. Stále je co zlepšovat.

Eider Gardiazabal Rubial, *ponente de opinión de la Comisión de Presupuestos*. – Señor presidente, a pesar de que la Unión Europea está plenamente comprometida con la igualdad de género, y de que la reconocemos como uno de nuestros valores y objetivos fundamentales, el esfuerzo sigue siendo insuficiente. Diferentes estudios demuestran que en la última década se ha producido una ralentización en esa reducción de la desigualdad, cuando no un paso hacia atrás. Y en este sentido debemos dar un nuevo impulso, y por eso la Comisión de Presupuestos ha hecho unas propuestas.

Pedimos, por ejemplo, que todos los capítulos del presupuesto europeo tengan claros objetivos de género y que se especifique el presupuesto destinado a alcanzarlos. Que los proyectos financiados por la Unión Europea tengan indicadores de género, tanto en la selección de proyectos como en su monitoreo y en la evaluación. La cantidad asignada del marco financiero anual para alcanzar la igualdad de género es un primer paso, pero cuando vemos las últimas cifras del coste de la desigualdad es evidente que hay que aumentarla. Y, finalmente, también pedimos una auténtica presupuestación de género para la próxima programación financiera.

Es necesaria una verdadera voluntad política para cumplir nuestro compromiso y construir una Europa más igual y justa para todos y para todas.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Luke Ming Flanagan, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgetary Control*. – Mr President, I am here on behalf of, I suppose, the ‘bean-counting’ committee but, given what was said in this Chamber in the last month, I have got to say this: less than a generation ago in my country young, unmarried, pregnant women were treated as lesser beings, their babies consigned to institutions run by so-called religious orders where some were starved to death, others were sold to be experimented on by big pharma less than 50 years ago. The young mothers themselves were often consigned to a life of slavery and abuse in the Magdalene laundries.

Things have moved on but we still have a long way to go. We do not have to go back decades to find unequal treatment of women. We do not have to go back to Ireland, why we do not even have to go outside this Chamber. Just this month in the mini plenary in Brussels, one of our supposed colleagues made the statement that because women are smaller, weaker, less intelligent they should be paid less than men. I have news for that MEP: there are women in this Chamber who are bigger, stronger and more intelligent than many men. That does not make them superior to any man. It makes them equal to all. I hope we can go some way to changing what we need to change even further and shutting people like that up.

Michaela Šojdrová, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, dovoluji, abych se vyjádřila ke zprávě o rovnosti žen a mužů za období 2014-2015. Chtěla bych především poděkovat kolegovi Urtaşunovi, který shromáždil velké množství faktických informací a poukázal na zásadní trendy v této oblasti.

Zpráva objektivně konstatuje zlepšení situace, i když velmi malé, velmi pomalé a nedostatečné. Pozitivní je samozřejmě nárůst vzdělanosti žen, které dnes tvoří na univerzitách 60 %. Mírně vzrostl počet žen v politických funkcích, dnes je to 29 %. Přesto nemůžeme být samozřejmě spokojeni v tom, že přetrvávají rozdíly, především v platech, 16 % v neprospěch žen, ve výši důchodů, 40 % v neprospěch žen. Přetrvává vyšší zastoupení mužů ve vedení firem, a to až 71 %. A samozřejmě nadále se setkáváme s velkým množstvím násilí, které je rozšířeno i v EU, 33 % žen zažilo fyzické násilí.

To, co ale brání zlepšení podmínek pro lepší rozdělení pečujících rolí v rodině, je především to, že členské státy neumožňují např. čerpat otcovskou dovolenou, 1/4 členských států toto neumožňuje, 8 členských států nemá placenou rodičovskou dovolenou. Je zřejmé, že dnes ženy nejsou diskriminovány proto, že jsou ženy, ale proto, že ve společenství mají prostě jiné postavení než muži, protože mají nezastupitelnou roli mateřskou. A s tím také souvisí jejich role péče o děti. Dnes o děti na rodičovské dovolené pečuje 97 % žen. Čili toto je ten hlavní důvod v rozdílech příjmů.

Bohužel nemohu souhlasit s jednostranně ideologickým přístupem této zprávy, která neocenuje práci pečujících matek a rodičů, a tradiční rozdělení rolí v rodině hodnotí jednostranně, jen kriticky, jako stereotypy. Proto budu také navrhnout některé pozměňovací návrhy a pokud nebudou odsouhlaseny, nebudu moci tuto zprávu podpořit.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señora comisaria, quería, por supuesto, comenzar la intervención agradeciendo a los ponentes de los grupos y a los ponentes alternativos el trabajo realizado en estos informes. Creo que es indispensable que, hoy, este Parlamento sea el altavoz de aquellos y de aquellas personas que estamos trasladando una preocupación con respecto al estancamiento y a los pasos atrás que se están dando en materia de igualdad en la Unión Europea. Por supuesto que hemos avanzado, por supuesto que somos ejemplo por lo respecto a nuestras políticas en otros territorios fuera de la Unión Europea y que uno de los valores fundamentales de la Unión es esa igualdad entre hombres y mujeres, igualdad de oportunidades e igualdad de derechos.

Pero, por desgracia, la política en estos últimos años ha hecho que se sufra un grave retroceso en todas las políticas, tanto económicas como de reconocimiento de derechos. La política de austeridad ha sido grave con respecto a aquellas políticas dirigidas a la atención de servicios públicos a los que, en muchos casos, las mujeres accedían para favorecer las políticas de conciliación entre vida personal y laboral. Pero, también, las políticas de derechos. Hemos visto claros ejemplos en los cuales desde distintos Estados miembros se ha pretendido legislar sobre nuestras propias vidas, sobre nuestra libertad de decisión.

Y creo que eso nos hace ver la necesidad de avanzar en el reconocimiento de nuestros derechos, porque quien no reconoce el camino que queda por recorrer difícilmente se pone manos a la obra en materia de lucha contra la violencia del género, eliminación de la brecha salarial y, por supuesto, de la brecha de pensiones, la cuestión referida también al presupuesto desde el punto de vista del género. Y, por supuesto, no olvidemos la representación política de las mujeres. Porque las mujeres tenemos que estar representadas en todos aquellos espacios en los que se toman decisiones importantes sobre nuestras vidas: en el ámbito de lo político, de lo económico, de lo sindical. Y también en ese sentido tenemos la responsabilidad de avanzar.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Prawa kobiet, równouprawnienie to kwestie, które tu, w Parlamencie powinny nas łączyć. Oczywiście również wyrażam ubolewanie z powodu słów jednego z parlamentarzystów, który pejoratywnie ocenił kobiety i absolutnie się z takimi określeniami nie zgadzam. Chciałabym jednak zwrócić Państwa uwagę na to, że komisja do spraw kobiet coraz częściej zajmuje się kwestiami ideologicznymi, i myślę, że to działa na niekorzyść kobiet. W tej komisji bowiem powinniśmy wspólnie podejmować działania w oparciu o dobre praktyki, gdyż w wielu państwach członkowskich istnieją naprawdę bardzo dobre praktyki, jeśli chodzi o prawa kobiet, choćby w zakresie wyrównywania luki płacowej.

I moja ojczyzna, Polska jest takim dobrym przykładem kraju, gdzie luka płacowa jest jedną z najmniejszych w Unii Europejskiej. Jeśli uda nam się utrzymać obecny trend, to już w roku 2021 uzyskamy zrównanie płac kobiet i mężczyzn. Nie ideologizujemy prac tej komisji. Walczmy o to, żeby właśnie te luki płacowe we wszystkich państwach członkowskich były jak najmniejsze, żeby jak najmniejsze były dysproporcje w emeryturach kobiet i mężczyzn. Stanowczo sprzeciwiamy się przemocy względem kobiet w każdym wymiarze: materialnym, fizycznym, psychicznym. Chciałabym również zwrócić Państwa uwagę na to, abyśmy się nie antagonizowali. Słowa te kieruję szczególnie do lewej strony sali: nie wykluczajcie głosu konserwatystów, którzy uważają, że role pracownika, matki i żony można pięknie łączyć. Pomóżcie kobietom, które chcą te role łączyć, a nie wrzucajcie ideologii lewackiej do tych rozwiązań.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Stanislav Polčák (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Děkuji za akceptaci modré karty. Já jsem se chtěl zeptat, paní kolegyně, Váš projev byl poměrně podnětný, nicméně jak hodnotíte situaci, kdy v Polsku takový rozdíl v odměňování mezi muži a ženami neexistuje, to je skutečně doložitelné evropským žebříčkem, ale jsou země, jako např. moje země, bohužel, Česká republika, kde ty rozdíly jsou ohromující, je to 22 % rozdílu v odměňování mezi muži a ženami. Jak se díváte na tuto situaci? Já myslím, že bychom to měli odsoudit, podle mého názoru je to zcela na místě.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *odpověď na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Przede wszystkim dziękuję Panu za to pytanie. Ja zawsze przyjmuję pytania, w przeciwieństwie do tych kolegów, którzy uważają, że naszych pytań nie warto przyjmować. Myślę, że współpraca na poziomie ministerialnym mogłaby być właściwą płaszczyzną wymiany dobrych praktyk. Z tego, co wiem, pani minister Rafalska jest bardzo otwarta i z chęcią spotka się z odpowiednimi ministrami, nie tylko z Czech, ale również z innych państw, żeby pokazać, w jaki sposób w Polsce po wielu latach udało się doprowadzić do zmniejszenia tej luki płacowej. Popieramy równe szanse dla wszystkich, bez względu na płeć.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señora Jourová, enhorabuena, señor Urtasun y señora Moody, por unos informes tan oportunos como necesarios.

Nunca como ahora hay que recordar que la igualdad en Europa sigue siendo una tarea pendiente para todos. La brecha salarial nos debe avergonzar como europeos y no es un mito, es un hecho, porque las cifras no mienten. La brecha salarial en Europa está en torno al 20 %. En el caso de las pensiones es el doble, un 40 %. Para los que defienden que esto es una cuestión de creencias, no se equivoquen: el diablo está en los detalles.

No se trata de que a una europea cuando la contratan le paguen menos por ser mujer, no. Yo les voy a dar un ejemplo: en trabajos con distinto nombre pero equiparables en cualificación, los que desempeñan hombres están mejor pagados. Y eso son datos. Una secretaria y un administrativo con las mismas tareas y la misma responsabilidad y funciones cobran distinto. Una cajera de un supermercado cobra menos que un reponedor. Es decir, se trata, entre otras cosas, de la descripción y la valoración de los puestos. ¿Saben ustedes cuál es uno de los antídotos para esto? La transparencia, publicar, pedir a las empresas que publiquen las listas de puestos, su contenido y su retribución.

Hay quien —en el colmo de la hipocresía— asegura que la brecha se debe a decisiones libres de las mujeres. Bueno, algunos dicen que estamos mejorando, y es cierto, pero de una forma escandalosamente lenta. La Comisión Europea asegura que, si no retrocedemos, tardaremos 70 años hasta que se cierre la brecha de género. ¡70 años! No nos podemos permitir 70 años de espera.

En realidad le ha tomado un poco más de 70 años al señor Korwin-Mikke, que hoy no está aquí, hacerse famoso gracias a sus deleznable afirmaciones xenófobas, racistas y sexistas en esta Cámara. Yo agradezco al presidente Tajani sus disculpas en nombre del Parlamento Europeo y espero conocer en breve la sanción que se le va a imponer y confío en que sea la máxima posible. Porque, señor Korwin-Mikke, aunque usted no esté aquí para escuchar esto, a mí también me cuesta creer que recibamos usted y yo el mismo salario, que los ciudadanos europeos dediquen los mismos impuestos a pagarle a usted y a mí, y que nuestro voto respectivo tenga el mismo valor. Pero esas son las reglas de la democracia representativa, porque entre los eurodiputados no hay brecha salarial. El Sr Korwin-Mikke cobra lo mismo que la señora Marine Le Pen o que el señor Farage o que yo o que cualquiera de los que estamos aquí.

La brecha que debemos cerrar de verdad en el Parlamento es la que ningunea o ridiculiza nuestro trabajo, la que pone un espejo de feria entre los ciudadanos y sus representantes, la que solo muestra puñetazos eurófobos, sexismo filonazi o nombramientos con morbo. Porque lograr la verdadera igualdad entre hombres y mujeres no será una victoria de unas sobre otros, sino un logro compartido. Porque todos ganamos con una sociedad más justa, que no desperdicia el talento, el esfuerzo y la competencia de la mitad del mundo.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Diane James (NI), *blue-card question*. – Thank you for accepting the blue card. I was formerly an EFDD Member, I now sit as an independent, but I do take issue with your accusation against Mr Farage. Can I just ask you what you feel about a political party whose membership in terms of women has probably got the highest representation from a particular country and probably represents the best in terms of women's political future? How does that stand in terms of the accusations you made?

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Yo, respecto a lo que dice, me alegro mucho de que su partido tenga ese alto grado de participación, pero su partido lo que pretende es destruir la Unión Europea. Y de lo que estamos hablando, de la igualdad en general, pero la igualdad entre hombres y mujeres como pilar fundamental, es de lo que vertebra la Unión Europea. Luego veo una contradicción en sus términos. Me alegro de que ustedes participen de manera activa como mujeres, pero sería mejor participar para construir y no para destruir.

Stefan Eck, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche nutzten wir den internationalen Frauentag, um auf die noch immer grassierenden Missstände und die aktuellen bedrohlichen Entwicklungen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam zu machen. Während der letzten Plenarsitzung in Brüssel musste uns ein Kollege schmerzlich daran erinnern, dass selbst im Europäischen Parlament mittelalterliche und äußerst bedenkliche Äußerungen gegenüber Frauen gemacht werden. Zum Glück wurde dieser Akt der Diskriminierung von Ihnen gebührend gerügt.

Heute möchte ich noch ein wesentliches Problemfeld ansprechen: Wir beobachten eine zunehmend wachsende Feminisierung der Armut in der EU. Sie wird ausgelöst durch die aufgezwungenen Sparmaßnahmen im Zuge der Austeritätspolitik, insbesondere in der öffentlichen Versorgung und dem Gesundheitswesen. Die Austeritätspolitik führt zu einer massiven Privatisierungswelle, worunter die Qualität der Versorgung leidet und die Verantwortung für die Pflege und Betreuung von Kleinkindern und alten Menschen in unserer Gesellschaft wieder mehr den Familien obliegt und damit meistens von Frauen wahrgenommen werden muss. Aus diesem Grunde möchte ich dem Berichtersteller, Herrn Urtasun, ausdrücklich für seinen Bericht danken, denn er benennt diese Entwicklung und ihre Zusammenhänge und fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, horizontale Lösungen zu unterstützen und der derzeitigen Entwicklung konsequent entgegenzuwirken.

Monika Vana, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte Frau Berichterstellerin Clare Moody für die außerordentlich gute Zusammenarbeit bei ihrem Bericht zur Gleichstellung der Geschlechter bei den EU-Fonds danken. Wie schon wiederholt gesagt wurde, kommt dieser Bericht genau zur richtigen Zeit, im Rahmen auch des internationalen Frauentages. Wir Grüne begrüßen diesen Bericht außerordentlich, weil er eine klare Sprache spricht und weil er wesentliche Missstände aufzeigt, vor allem Missstände im Bereich der mangelnden Umsetzung des Gender-Mainstreaming.

Wir alle wissen, dass Gender-Mainstreaming eigentlich eine Verpflichtung der Europäischen Union darstellt. Wir sind hier, also schon auch in einer gewissen Verantwortung, es auch wirklich umzusetzen. Aber dies ist auch insbesondere in den EU-Fonds und den EU-Programmen nicht der Fall, und dies zeigt der vorliegende Bericht auf. Wir haben hier eklatanten Nachholbedarf, und wir fordern selbstverständlich die Umsetzung von Gender-Mainstreaming in allen EU-Programmen und allen EU-Fonds.

Ein wesentliches Schlüsselinstrument des Gender-Mainstreaming ist ja auch das Gender-Budgeting – das ist heute, glaube ich, von der einen oder anderen auch schon angesprochen worden –, wo wir denken, dass insbesondere auch die Europäische Kommission weit hinter ihren Möglichkeiten der Umsetzung zurückbleibt, obwohl es seit Jahren wiederholt Forderungen dieses Hauses und auch des Frauenausschusses und anderer Ausschüsse gibt, Gender-Budgeting nicht nur in den Bereichen anzuwenden, wo es am leichtesten geht oder am augenscheinlichsten ist, sondern wirklich in allen Programmen.

Ich möchte abschließend noch einmal auf die Bedeutung auch der Europäischen Strukturfonds für die Bewältigung der Krise und das Erreichen von Gleichstellungszielen hinweisen und auf die Bedeutung von öffentlichen Investitionen in soziale Infrastruktur, um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Krise und der Austeritätspolitik zu bewältigen.

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo intanto complimentarmi con i relatori per l'ottimo lavoro svolto, però, se mi permettete, questa sera vorrei approfittare di questo dibattito per rivolgere qualche parola a tutti coloro che la pensano come il nostro, ormai tristemente famoso, collega polacco. So che non sono qua dentro e spero che siano veramente pochissimo anche fuori.

Ecco, vorrei dire a queste persone, sapete chi ha scoperto nel 2012 il bosone di Higgs, la cosiddetta particella di Dio? È stata una donna, una fisica italiana: si chiama Fabiola Gianotti. E sapete chi è il più grande ricercatore al mondo sulle cellule staminali? È la ricercatrice italiana Elena Cattaneo. Io vengo dalla regione Abruzzo, sede dei laboratori del Gran Sasso dell'Istituto Nazionale di Fisica Nucleare. E sapete chi dirige questi laboratori di fama mondiale? La fisica Lucia Votano.

Miei cari colleghi, noi donne dimostriamo ogni giorno di più il nostro valore, le nostre capacità e la nostra competenza e quindi pretendiamo pari trattamento economico, sia durante la vita lavorativa sia nel trattamento pensionistico. E chiunque pensi che le donne siano inferiori in qualcosa agli uomini, ha ragione solo per un aspetto: perché nessuna donna, contrariamente a un uomo, scenderebbe mai un livello tanto infimo dell'evoluzione umana con le affermazioni del nostro collega.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, les rapports débattus ce soir sont révélateurs de l'objectif que se donne la commission FEMM.

Double objectif: dans un premier temps, déconstruire ce qui a été établi, même si, pour cela, il faut nier jusqu'à la loi naturelle; dans un second temps, reconstruire à grands coups d'idéologie, tout cela en se donnant comme garantie la défense de nobles idéaux. Les titres évoquent de grandes causes, les contenus ressemblent davantage à une série de revendications communautaristes.

Le rapport de la députée Kozłowska-Rajewicz fait l'état des lieux de l'égalité entre les hommes et les femmes dans l'accès aux biens et aux services. De bonnes propositions concrètes sont faites en faveur des femmes et des mères qui travaillent, sur la création d'infrastructures d'accueil pour leurs enfants ou la protection sociale et juridique de ces dernières. Mais, rapidement, l'idéologie apparaît: on ne parle plus d'égalité entre l'homme et la femme, mais de lutte contre les discriminations basées sur la pratique sexuelle, la conversion sexuelle ou le genre.

Le rapport de la députée Moody critique l'utilisation qui est faite des fonds de l'Union en matière d'égalité entre les femmes et les hommes. Si je partage sa critique sur l'absence de contrôle, je ne peux m'empêcher de relever les nombreux paragraphes communautaristes. Vous souhaitez renforcer le fonds «Asile, migration et intégration» par la création de financements spécifiques pour assurer la sûreté des migrantes et des réfugiées. Beau geste, s'il n'était pas réalisé au détriment de tous les citoyens de l'Union européenne! En effet, l'AMIF représente 510 millions d'euros, juste pour la situation en Grèce, pour financer la relocalisation des migrants entrés illégalement. 500 euros par tête, le cadeau est beau, en effet, mais salé pour le contribuable européen.

Vous ne vous arrêtez pas là. Vous demandez le versement de 18 millions d'euros au programme Daphné, qui a pour vocation de combattre les discriminations de genre. Nous y revoilà. C'est quand même symptomatique: la commission FEMM ne peut s'empêcher de faire référence au genre, produit d'une idéologie qui vise à faire croire que l'individu n'est plus un garçon ou une fille à la naissance, en vertu de son sexe, mais un être amené à se définir lui-même, comme bon lui semble, en fonction de ses désirs et de ses pratiques sexuelles. Oui, les hommes et les femmes sont égaux en droit, et non, leurs pratiques sexuelles n'ont rien à voir avec cette égalité sacrée.

Dans le rapport du député Urtasun, vous partez dans la même direction. Les discriminations envers les personnes LGBTI, catégorisées par vos soins, seraient la conséquence de leurs pratiques sexuelles. Vous appelez à pénaliser les attitudes dites homophobes, ce qui donnerait à un homme ou à une femme LGBT un droit spécial en vertu de sa pratique sexuelle. Pour la commission qui se veut le chantre de l'égalité entre les hommes et les femmes, c'est cocasse.

Sous prétexte de lutter contre les inégalités, votre aveuglement idéologique vous amène à catégoriser les gens en fonction de leur situation et à les opposer à d'autres catégories: les femmes contre les hommes, les migrants contre les Européens, les LGBTI contre les hétérosexuels, et la liste est longue.

Enfin, vous attaquez l'objection de conscience, et cela est très grave. Protégée par la charte des droits fondamentaux, la Convention européenne des droits de l'homme et les législations nationales, elle garantit, dans toute société, la liberté de pensée, de conscience et de religion. Le fait de la remettre en cause revient à supprimer un droit qui permet à de nombreuses personnes de travailler en conscience et en liberté.

Diane James (NI). – Mr President, equal treatment in the eyes of the law is a fundamental principle in a liberal democracy. No one should be discriminated against for their gender, their age, their race, their sexual preference or even their physical ability. But neither should people face positive discrimination and be placed ahead of others to satisfy quotas. This is just as unjust as other forms of discrimination.

The United Kingdom has led the way in a whole series of areas. It gave women the right to vote in 1928 and via other acts of parliament it has guaranteed rights to equal pay, equal access to jobs for genders and for all sorts of cultural and societal reasons. We were even one of the first countries to elect a female Prime Minister, and we have also now got a second one.

The United Kingdom has got a long history of enshrining equality in law. Nevertheless, there is work in progress. We recognise that. We understand, we appreciate that in some areas Scandinavian Member States are ahead of us, and yet in many areas the United Kingdom stands heads and shoulders above other Member States.

Simply put, the United Kingdom expects and requires that women, and other issues relating to this topic, around the world should receive equal treatment and equal opportunities and that discrimination should be made an element of the past. These are challenges best delivered and best addressed by national, sovereign parliaments. If we take away that role, if we take away that control, all you do is sow the seeds of discord, disillusionment and division.

Constance Le Grip (PPE). – Monsieur le Président, chers collègues, nous nous retrouvons régulièrement dans cet hémicycle aux alentours du 8 mars pour faire le point, toutes et tous ensemble.

Ce soir, nous débattons de trois rapports qui ont été discutés, puis votés en commission des droits de la femme.

Je commencerai mon propos par quelques mots sur le rapport de notre collègue Moody, des mots que je vais prononcer en remplacement de notre collègue, Barbara Matera, qui était la rapporteure fictive du groupe PPE sur ce rapport, et qui ne peut être parmi nous ce soir, en raison de la naissance de son enfant.

Le rapport Moody est consacré à la nécessité d'intégrer, dans le budget de l'Union européenne, la dimension de l'égalité hommes-femmes en tant qu'objectif de politique horizontale.

Certains programmes européens, au premier rang desquels figure le programme «Droits, égalité et citoyenneté», ainsi que le programme Horizon 2020, contiennent des actions spécifiques en faveur de l'égalité entre hommes et femmes.

Le premier programme est absolument essentiel pour le financement d'actions de lutte contre les violences faites aux femmes; le second, Horizon 2020, offre des opportunités pour développer des actions de financement en vue de promouvoir l'entrepreneuriat féminin: deux grandes causes qui figurent parmi les priorités essentielles du groupe PPE.

Dans le travail sur le rapport Moody, nous avons voulu, en tant que groupe, souligner le rôle majeur joué par le Fonds social européen dans le financement des projets de lutte contre les discriminations envers les femmes, dans le financement de projets de promotion de l'égalité homme-femme.

Nous avons également souhaité appeler l'attention sur la nécessité de concentrer, peut-être davantage, les différents fonds européens dédiés à des actions en faveur de l'égalité entre hommes et femmes, sur des projets qui sont véritablement concrets, pour lesquels des études d'impact et le retour ont permis de voir qu'il y avait une vraie effectivité et un vrai retour positif.

Encore une fois, il est important qu'effectivement, les fonds européens prennent cette action prioritaire très à cœur, mais en même temps il faut savoir raison garder et être économe en matière de gestion de l'argent du contribuable européen.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Ačiū, p. Pirmininke, ponia Komisare, miela Jus čia matyti. Pirmiausia dėkoju visiems trims pranešėjams ir šešėliniams pranešėjams už atliktą didžiulį darbą ir parengtus pranešimus, tačiau, nepaisant įvairių priimtų teisės aktų, rekomendacijų, strategijų lyčių lygybės srityje, realybė yra tokia, kad mes esame dar tikrai pusiaukele siekdami lyčių lygybės ir šiuo metu iš tiesų ta pažanga, kuri yra daroma, yra tiesiog nepakankama. Pažangos vis dar nėra siekiant sumažinti vyrų ir moterų atlyginimo skirtumą. Gal kai kurios valstybės, sakykim, ir pasiekia geresnių rezultatų, tačiau, kaip rodo paskutiniai Eurostato duomenys, kai kuriose valstybėse narėse per pastaruosius penkerius metus šitas skirtumas dar netgi ir padidėjo, o tai, žinoma, įtakoja ir mažesnes moterų pensijas, ir didesnę moterų skurdą. Reikia įvertinti ir tai, jog moterims yra sunkiau suderinti darbą bei išsipareigojimus šeimai. Ant jų pečių dažniausiai gula vaiko priežiūros, auklėjimo, taip pat šeimos narių slaugos rūpesčiai. Dėl to nukenčia jų profesinė karjera ir socialinės garantijos, todėl, gerbiama Komisare, nekantriai laukiame Komisijos pažadėto balandžio pabaigoje paketo dėl darbo ir šeimos suderinimo ir dėl pasiūlymo dėl keturių direktyvų. Dar į vieną dalyką noriu atkreipti dėmesį ir tiesiog paraginti valstybės nares kovoti konkrečiomis priemonėmis su smurtu prieš moteris. Ir iš tikrųjų labai svarbu, kad valstybės narės nedelsiant ratifikuotų Stambulo konvenciją dėl kovos su smurtu prieš moteris, nes kol kas vos pusė Europos Sąjungos šalių yra priėmusios tokį sprendimą. Pagaliau lyčių lygybės integravimas į įvairias politikos sritis yra būtinas, o tam šalia politinės valios ir suvokimo reikalingas ir tam tikras finansavimas. Taigi susivienykime ir veikime kartu.

Julie Girling (ECR). – Mr President, over the last week or so, what with International Women's Day and the rather odious comments from a rather odious colleague, the issue of gender equality has been very prominent. On the one hand, this is incredibly encouraging as it demonstrates the broad recognition that inequality is unacceptable in this day and age. But on the other hand, it is also a little bit sad, as despite the overwhelming consensus that there is absolutely no reason why women should be treated differently or be more restricted in their life choices than men, women are still battling to put an end to unjustifiable forms of gender discrimination. This I find quite exasperating.

Of course, putting an end to gender inequality is not easy. It is a sad truth that such inequality is so deeply embedded in our society that it has become a form of socialisation that many are simply unaware of.

Choices made in education and decisions taken with regard to work-life balance are all, to an extent, influenced by some form of gender stereotyping which can lock women into situations or careers where they are at an unfair disadvantage to men. From society, women and girls need positive role models to help them see beyond such entrenched stereotypes. From Member State governments, they need a level playing field that allows them the chance to pursue careers and shine, based on merit alone.

The increased willingness and growing urgency of action opens the door for change. However, unless this willingness translates into meaningful action there is absolutely no guarantee that gender inequality will be fully resolved. It is Member State governments that will make this happen most quickly and most appropriately. It is therefore vital that we as policymakers use this momentum to pin gender equality at the top of all our governments' to-do lists.

Angelika Mlinar (ALDE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich freue mich sehr, dass wir heute diese gemeinsame Aussprache zur Gleichstellung von Mann und Frau führen. Der internationale Frauentag wurde bekanntlich erst letzte Woche, am 8. März, gefeiert. Es ist deshalb umso wichtiger, dieses Thema auch weiterhin auf der Tagesordnung zu behalten, denn wir sind noch immer weit davon entfernt, Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen zu erzielen, und müssen umso mehr unsere Anstrengungen fortsetzen, um die ehrgeizigen Ziele zu erreichen, die wir uns alle auf EU-Ebene gesetzt haben.

Morgen werden wir über drei wichtige Berichte abstimmen. Jeder einzelne ist darauf ausgerichtet, Frauen zu stärken und geschlechtliche Diskriminierung in verschiedenen Bereichen zu reduzieren. Ein wichtiger Punkt in all diesen Belangen ist, wie wir als PolitikerInnen Gender-Mainstreaming in unserer täglichen Arbeit berücksichtigen. Denn gerade, wenn es um die Formulierung politischer Ziele und deren konkrete Umsetzung geht, sind Differenzen zwischen Mann und Frau noch immer allzu sichtbar. Daher müssen wir die unterschiedlichen Schwierigkeiten, mit denen sich Frauen und Männer in allen Lebensbereichen konfrontiert sehen, stärker berücksichtigen – in diesem Zusammenhang vor allem die Realität, mit der sich Frauen konfrontiert sehen.

Die europäischen Gesetze zur Gleichstellung sind nicht immer einheitlich genug, und die Implementierung muss verbessert werden. Außerdem müssen die Unabhängigkeit und die Ressourcen von europäischen Agenturen für die Gleichstellung gestärkt werden.

Ich freue mich daher auf die weitere Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament, der Kommission und dem Rat, um diese Unterschiede zwischen Frauen und Männern weiter zu reduzieren. Denn wir sprechen oft davon, es brauche Mut, seine Überzeugungen in Worte zu fassen und kundzutun. Viel wichtiger aber ist es, zu diesen Überzeugungen auch zu stehen. In diesem Sinne müssen wir die Begriffe Gleichberechtigung, Feminismus und *gender equality* nicht nur als eloquente Schmuckstücke, sondern als essentielle Bestandteile unseres Alltags auf politischer wie jeder anderen gesellschaftlichen Ebene behandeln.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, aumentam as discriminações que afetam as mulheres no acesso a bens e serviços, no que diz respeito à sua capacidade de aquisição e de escolha, realidade inseparável das discriminações no acesso ao emprego de qualidade e a salários e pensões dignos.

Prosseguem práticas discriminatórias em serviços oferecidos pelo setor segurador e bancário, com valores e taxas diferenciadas em função do sexo, nomeadamente por inclusão de fatores de ponderação associados à gravidez, ao planeamento da maternidade e à própria maternidade, fatores considerados também no acesso ao arrendamento e aquisição de habitação ou na obtenção de empréstimos.

Também no acesso a bens e serviços médicos continuam a registar-se situações de discriminação e diferenciação – práticas que merecem vigoroso repúdio e que devem ser eliminadas; práticas que fazem ressaltar, como evidente, a necessidade do reforço de acesso a serviços públicos gratuitos e de qualidade, nomeadamente em setores como a saúde ou serviços de apoio à maternidade e aos cuidados infantis.

Mas é necessário não esquecer que as desigualdades entre homens e mulheres se têm aprofundado nos mais elementares planos da vida, num retrocesso civilizacional sem precedentes, e que esta realidade não pode ser desligada quer das políticas de exploração e do lucro, quer das políticas da União Europeia, nomeadamente das políticas de austeridade e de empobrecimento que promovem os baixos salários, a precarização no trabalho e a desregulação laboral e do horário de trabalho.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, may I thank all the rapporteurs for the good work they have done. Europe needs gender equality not only for the sake of social justice, freedom and dignity for all human beings but also to foster economic development, prosperity and wellbeing across the Union.

We cannot wait another 70 years, as the Commission estimates, to achieve full gender equality. We need to speed up the rate of change now, and for this we need specific policy initiatives and political commitment from every single European government – also, of course, the European Commission. Advancing legislation in the following areas seems to me essential: fostering equal sharing of care responsibilities and domestic work between men and women; suppressing the gender pay gap under the principle of equal pay for work of equal value; better regulation of parental leave and maternity leave; improving access for women to decision-making positions; and, finally, fighting gender-based violence.

Margot Parker (EFDD). – Mr President, in the report regarding EU funds for gender equality there is a call for more EU funding. Whilst I fully support tackling violence against women and discrimination, and agree that Member States should do more, an increase in the EU budget is utterly against UKIP principles. Taxpayers' money should not be spent by unaccountable EU bureaucrats.

Another report reviewing equal treatment in the access to, and supply of, goods and services welcomes the ECJ Test Achats ruling. This removed Article 5(2), which meant that insurance premiums could not be calculated differently between men and women. I find it extremely hypocritical that the EU wants gender quotas in boardrooms, but that you are more than happy to take away one of the few advantages that women could have had and that was justifiable so long as it was proven by credible data. What was once a transparent way of calculating premiums has now led to insurance companies finding hidden alternatives, for example, basing premiums on employment sectors which have a higher percentage of males and females. The final report on gender equality calls for gender quotas on boards of listed companies and encourages Member States to dissolve companies that do not tick those boxes. It goes on to call for gender quotas for elections and in the explanatory statement it talks about the division of household responsibilities. How couples choose to divide household chores between them in the privacy of their own home is not an area for the EU to dictate.

I would just like to remind everyone that the United Kingdom passed the Equal Pay Act in 1970, pre-dating our entry into the European Union in 1973. The UK does not need to rely on the EU for women's rights. We will continue to fight for equal treatment long after we have gone.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, όλα τα μέλη μιας κοινωνίας πρέπει να έχουν ίσες υποχρεώσεις και δικαιώματα, ανεξάρτητα από το αν είναι άνδρες ή γυναίκες. Τέτοιες διακρίσεις είναι ασύμβατες με τις αξίες και τις αρχές πάνω στις οποίες έχει οικοδομηθεί ο δυτικός πολιτισμός. Οι γυναίκες έχουν έναν επιπλέον ιδιαίτερα σημαντικό ρόλο, την ανατροφή των παιδιών, και αποτελούν το εγγύς για την υγιή ανάπτυξη της κοινωνίας μας. Αυτόν ακριβώς τον ρόλο πρέπει να προστατέψουμε. Η εργασία δεν πρέπει να στέκεται εμπόδιο στις γυναίκες, όταν θέλουν να κάνουν παιδιά. Το κράτος οφείλει να τις στηρίζει και να τις προστατεύει, μιας και αυτό θα αποτελούσε λύση στο χρόνιο πρόβλημα της υπογεννητικότητας. Θα πρέπει να θεσπιστεί υποχρεωτικά ακόμη μεγαλύτερη άδεια για τις νέες μητέρες. Τα εθνικά συστήματα υγείας πρέπει να υποστηρίζουν τις γυναίκες σε όλη τη διάρκεια της εγκυμοσύνης αλλά και έπειτα, εξασφαλίζοντας άμεση και δωρεάν πρόσβαση σε υπηρεσίες υγείας. Όμως δεν συμφωνούμε με τις πολιτικές θετικών διακρίσεων, καθώς εισάγουν στρεβλώσεις που δημιουργούν περισσότερα προβλήματα από όσα θα ήθελαν να επιλύσουν. Κατά τη διάρκεια της κρίσης τα ποσοστά της ανεργίας ανήλθαν σε δυσβάστακτα επίπεδα τόσο για τους άνδρες όσο και για τις γυναίκες. Η απασχόληση δεν έχει ανακτήσει ακόμα τα ποσοστά που παρουσίαζε πριν από την κρίση. Κατά συνέπεια, ο αριθμός των οικογενειών που εξαρτώνται οικονομικά από την εργασία των γυναικών αυξάνεται

διαρκώς. Είμαστε αντίθετοι σε κάθε διάκριση, θετική ή αρνητική, μεταξύ ανδρών και γυναικών. Επιδιώκουμε την πλήρη ισότητα ευκαιριών, τη μόνη πραγματική ισότητα που εξασφαλίζει την ομαλή λειτουργία της κοινωνίας.

Μπορούμε όμως να διασφαλίσουμε ότι τις αρχές αυτές και τις αξίες μας θα τις ασπαστούν και όσοι έρχονται απρόσκλητοι στην Ευρώπη από χώρες όπου η γυναίκα θεωρείται υποδεέστερη και απλά αντικείμενο;

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán predseda, veľmi mi záleží na rovnoprávnosti žien a mužov a preto ma mrzí, že táto správa je ďalším dôkazom toho, že veľká časť kolegov v tomto Parlamente chápe európske zmluvy ako misu s jednohubkami. Vyberú si z nich len to, čo sa im páči. A podobne ako ľudia, ktorí nikdy nesiahnu po kanapke s lososom, aj naši zapálení progresivisti majú alergickú reakciu na princíp subsidiarity.

Článok 168 odsek 7 zmluvy hovorí, že pri činnosti Únie sa rešpektuje zodpovednosť členských štátov za vymedzenie ich zdravotnej politiky, za organizáciu a poskytovanie zdravotníckych služieb a zdravotnej starostlivosti.

Napriek tomu predložená správa v paragrafe 46 vyzýva všetky členské štáty, aby zaručili ľahký prístup žien k širokému radu služieb v oblasti sexuálneho a reprodukčného zdravia vrátane antikoncepcie a potratu. V paragrafe 47 vyzýva krajiny EÚ, aby zabezpečili, aby doložky o výhrade svedomia nebránili pacientom v prístupe k zákonnej lekárskej zdravotnej starostlivosti.

Vážené kolegyne a kolegovia, dovoľte mi zopakovať: Zodpovednosť za vymedzenie zdravotnej politiky, organizáciu a poskytovanie zdravotníckych služieb a zdravotnej starostlivosti majú členské štáty, nie Európska únia. A tvorbu zákonov v členských štátoch v tejto oblasti nemá na starosti Európsky parlament, ale národné parlamenty.

Vaša snaha za každú cenu presadiť svoj pohľad na svet, ignorujúc pritom zmluvy a zákony, je jednou z príčin narastajúcej nespokojnosti ľudí so spôsobom európskej integrácie. Aj vy nesiete časť zodpovednosti za nárast euroskepticizmu, proti ktorému tak radi zapálené hovoríte.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le relazioni che stiamo discutendo oggi sono frutto di un lavoro intenso, di un lavoro importante e per questo io ringrazio molto tutti i relatori; voglio in particolare ringraziare il collega Urtasun, con il quale ho avuto modo di lavorare più da vicino, essendo io relatrice ombra della sua relazione.

Le statistiche che la Commissione ci ha presentato per il biennio 14-15 non sono, colleghi, troppo incoraggianti. Migliorano i dati, certamente, ma migliorano troppo lentamente e, del resto, non sono necessarie soltanto le statistiche a raccontarci di come le cose cambino così lentamente; non ci servono le statistiche per raccontare la fatica che si fa ancora ad essere donne. Ce lo racconta questo la nostra vita quotidiana, la vita quotidiana delle nostre amiche, delle nostre sorelle, delle nostre concittadine e delle donne che incontriamo ogni giorno sul nostro cammino. Ce lo racconta anche la nostra vita qui dentro, quando ascoltiamo parole violente, parole inaccettabili, parole vergognose, che abbiamo ascoltato qualche tempo fa.

E allora siamo consapevoli, oggi più che mai, che il lavoro che noi dobbiamo fare, che la strada che porta alla piena uguaglianza è una strada ancora lunga, è una strada ancora tortuosa; le cose da fare sono tante e molte delle cose da fare noi le troviamo in queste relazioni, che speriamo servano, per davvero, da stimolo agli Stati membri per fare delle cose, per garantire quei diritti che sono ancora vergognosamente negati a molte donne. Penso, per esempio, ai diritti alla salute sessuale e riproduttiva e ancora oggi negati, colleghi.

E allora le cose che abbiamo detto sono tutte cose importanti, avete detto tante cose significative. Io però voglio ricordare l'ultima, l'ultima cosa importante: tutto il raggiungimento della parità assoluta tra uomini e donne non può prescindere da una lotta vera e autentica alla violenza di genere, che pare ancora essere oggi un virus che assume nuove forme; penso alla violenza sui *social network* e al bullismo. Insomma, il lavoro da fare è ancora tanto, ma noi siamo qui, colleghi, e siamo pronti a svolgerlo.

Jana Žitňanská (ECR). – Vážení pán predsedajúci, keď hovoríme o rovnosti medzi mužmi a ženami, nedá mi nespomenúť jednu veľmi dôležitú otázku, a síce rozdiely medzi mužmi a ženami pri vyplácaní dôchodkov. Tento rozdiel, ktorý v niektorých krajinách dosahuje až 40 percent, je daný nielen nižšou zamestnanosťou žien, ale aj ich nižším ohodnotením a obdobiami, keď na seba preberajú starostlivosť za iných členov rodiny.

Viem, že v tomto kontexte viacerí poslanci s nevôľou pozerajú na netradičné, flexibilné pracovné úväzky. Osobne však nesúhlasím s týmto pohľadom. Myslím si, že flexibilná práca, napríklad formou čiastočných úväzkov, môže byť veľmi nápomocná napríklad pre rodičov menších detí, ktorí si chcú lepšie zorganizovať vlastné zosúladenie práce a rodiny.

Budem rada, ak sa nám podarí presadiť, aby sme v našich krajinách vedeli lepšie využívať možnosti, ktoré nám flexibilita pri organizovaní práce ponúka, a zároveň aby sme neukracovali ženy v dôchodkovom veku.

Myslím, že Európsky parlament, Európska komisia je veľmi dobré fórum na to, aby sme získali viac informácií o dobrých postupoch v tejto oblasti.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor presidente, señora comisaria, frente al machismo y al patriarcado necesitamos que este Parlamento, la Comisión y los Estados miembros crean de verdad en la igualdad de género, porque es un principio político para avanzar hacia la democracia, la justicia social y los derechos humanos. En resumen: hacia una sociedad justa.

Seguimos, señora comisaria, sin estrategia de igualdad, pese a que la brecha de pensiones —como ya se ha dicho aquí— está en torno al 40 % y la brecha salarial media es del 16 %.

Hablemos también de la violencia de género, porque en Europa una de cada tres mujeres ha sufrido alguna vez violencia física o sexual. En España, en lo poco que llevamos de este año 2017, son ya veinte las mujeres asesinadas. Y defendamos también nuestro derecho a interrumpir el embarazo libremente frente a los ataques conservadores.

Las leyes, sin presupuesto o con un presupuesto mínimo, como pasa en mi país con la Ley de dependencia o la Ley integral contra la violencia de género, son solo papel mojado y un brindis al sol. Por favor, señora comisaria, no se tome este tema como un discurso políticamente correcto, sino como algo estrictamente necesario para una sociedad justa.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, gracias al compañero Ernest Urtasun por su gran trabajo. Este informe demuestra que Europa se está quedando a medio camino de lograr la igualdad de género, y lo realmente importante aquí es preguntarnos qué estamos haciendo mientras más de la mitad de las mujeres sufre acoso sexual, qué estamos haciendo mientras las mujeres cobran menos que los hombres por el mismo trabajo, qué estamos haciendo mientras se excluye a las mujeres de los puestos de dirección en las empresas y en las instituciones. Y, más importante aún, qué vamos a hacer.

¿Van a seguir los gobiernos recortando en igualdad? ¿Van a seguir bloqueando las Directivas sobre maternidad y paternidad, y sobre cuotas en los consejos de administración de las empresas?

Desde ya la Comisión Europea debe retomar estas Directivas, debe integrar la perspectiva de género de forma global en todas sus políticas y debe tener una estrategia de igualdad de género. Menos hablar y más actuar.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Wir sprechen heute also über drei Vorlagen zur Umerziehung der Menschen auf der Grundlage der Gender-Ideologie. Im Namen von Gender und Antidiskriminierung wird die Ehe zwischen Mann und Frau diskriminiert. Der Noichl-Bericht zuletzt sprach von den Gesundheitsgefahren, die von der Ehe ausgehen. Und jetzt wundern Sie sich also über den wachsenden Widerstand gegen diesen Gender-Quatsch und wollen den analysieren. Die Analyse ist einfach: Die allermeisten Menschen sind einfach Männer und Frauen. Sie heiraten oder auch nicht. Sie werden Väter und Mütter, und sie wollen nicht, dass wegen einiger Ausnahmen und kleiner Minderheiten die ganze Gesellschaft auf den Kopf gestellt wird und das auch noch für viel Geld.

Die Menschen haben ganz reale Probleme: Arbeit, Rente, Gesundheit, Sicherheit – öffentliche Klos für das dritte Geschlecht und gendergerechte Naturparks gehören nicht dazu. Deswegen haben wir, als Partei, in unserem Programm zu dem Thema auch nur ein Wort: Keinen Cent für diesen Quatsch.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, ces trois rapports se rejoignent en un constat clair. Certes, beaucoup d'avancées ont eu lieu, mais nous avons encore beaucoup de chemin à faire pour atteindre la juste égalité entre les femmes et les hommes.

Parmi les nombreux débats que suscitent ces rapports, des thèmes me sont chers. Parmi ceux-ci, le droit à l'avortement et l'accès aux droits génésiques. Bien entendu, je ne peux parler de ces droits sans penser à Simone Veil, une femme qui a tant marqué notre continent et cet hémicycle qu'elle a si brillamment présidé.

Je comprends qu'au nom du principe de subsidiarité ou par conscience religieuse, certaines délégations nationales aient des positions différentes. Cependant, aussi longtemps que le droit à l'avortement et l'accès aux droits génésiques seront abordés dans cet hémicycle, je voterai fièrement en faveur. Il s'agit pour moi d'un droit fondamental qui, face à la radicalisation de certains courants politiques, a aujourd'hui d'autant plus besoin d'être revendiqué et protégé. C'est une question de bon sens commun.

La place des femmes dans l'économie et dans l'entreprise est aussi un des points sur lesquels la France peut s'honorer d'avoir avancé. Ainsi, la loi Copé-Zimmerman institue, depuis 2011, l'obligation d'une représentation équilibrée des femmes et des hommes au sein des conseils d'administration et de surveillance des entreprises. Nous nous réjouissons que les textes du Parlement européen et de la Commission en fassent aujourd'hui la recommandation.

Merci, Madame la Commissaire, de continuer à œuvrer pour qu'enfin une directive puisse être prise en ce sens. Même s'ils ne sont pas parfaits, et parce que je pense que les droits des femmes ne doivent pas se limiter à l'instauration d'une journée de communication, je voterai donc en faveur de ces trois rapports.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Ich möchte mich bei der Berichterstatterin, Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, für die gute Zusammenarbeit bedanken bei ihrem Bericht über den gleichberechtigten Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, da sie wie ich das Ziel verfolgt, eine Gleichstellung für alle Menschen in Europa zu erreichen. Die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ist ein Indikator für den Entwicklungsstand der Demokratie. Deshalb ist es besonders bedauerlich, dass Diskriminierung in vielen Fällen immer noch den Alltag der Menschen bestimmt. Denn wer kennt das nicht: Der Wegwerfrasierer für Frauen kostet um einiges mehr als das quasi selbe Produkt, das es für Männer gibt. Der Kurzhaarschnitt für eine Frau ist um einiges teurer als derselbe Haarschnitt für einen Mann und so weiter und so fort. Da können wir alle aus unserem Alltag unzählige Beispiele nennen. Das ist unsere Wirklichkeit.

Zehn Jahre ist es her, seitdem die Richtlinie über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen umgesetzt werden musste. Vieles ist geschehen. Aber es gibt natürlich noch zahlreiche Tücken, die der Alltag bietet, und vielfach sind diese Unterschiede quasi in unserer Gesellschaft so eingetrieben und werden als so normal empfunden, dass man es oft gar nicht mehr merkt. Im öffentlichen Raum sind es oft Mütter und stillende Frauen, die mit Benachteiligungen zu kämpfen haben. Sie können viele Dienstleistungen nicht nutzen und werden manchmal zum Beispiel gerade am Flughafen trotz eines gültigen Tickets ganz einfach stehengelassen.

Betroffen sind Frauen auch von höheren Kosten und unterschiedlicher Preisgestaltung bei Versicherungs- und bei Kreditprodukten. Die Preise werden auch bei anderen Gütern und Dienstleistungen oft geschlechtsspezifisch ausgestaltet, und es gibt noch immer diese expliziten Ausnahmen im Bereich der Medien, Werbung und Bildung. Das zu ändern, wäre natürlich schon sehr erstrebenswert. Mit kleinen, aber stetigen Schritten kommen wir hier im Europäischen Parlament voran. Die Kommission ist jetzt gefordert, eine Studie für den Bereich Werbung durchzuführen. Ich ersuche Sie, wenigstens das zu unterstützen.

Branislav Škripek (ECR). – Vážený pán predsedajúci, Ja by som rád vyjadril pohoršenie nad niektorými pasážami tejto správy Urtasun. Napríklad sa tam uvádza, že doložka o výhrade vo svedomí je využívaná nadmerne. Čo to znamená, prosím vás? A tak sa zabráňuje ženám v prístupe k základnej zdravotnej starostlivosti.

V druhom rade mi dovoľte upresniť to, že táto správa zahmlieva nejasnou terminológiou. Prečo sa pod pojmom základná zdravotná starostlivosť skrýva i potrat, prosím vás? Zásadne nesúhlasím, aby vykonávanie potratov bolo klasifikované ako základná zdravotná starostlivosť, pretože pletieme tým verejnosť.

Za ďalšie, my tu naozaj chceme upierať právo na výhradu vo svedomí lekárom? Nehnevajte sa, to čo znamená? Som presvedčený, že lekári a obslužný personál majú mať právnu oporu vo výhrade svedomia, keď sa jedná o vykonávanie potratu.

Za ďalšie, je tu niekoľko bodov, keď sa hovorí, že v spoločnosti a v politike sú hnutia, ktoré odporujú právam žien a iných osôb, napríklad LGBT, a zdôrazňujú tradičné úlohy. No a prečo nie, prosím vás? Tu sú milióny ľudí, ktorí si myslia, že je to správne. Pretože tradičné role neznamenajú, že máme utekať od detí a nestarať sa o svoje rodiny. Áno, tu sú milióny ľudí, ktorí to tak chcú robiť. Tak treba, aby ste to rešpektovali.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, gracias a los ponentes por su trabajo en estos informes. Considero que un enfoque honesto en la defensa de la igualdad de género debe poner a las personas y a los cuidados en el centro de la política, de la misma manera que están en el centro de la vida. Tenemos que entender que la desigual participación de las mujeres en el mercado laboral y la desigualdad entre hombres y mujeres tienen que ver, también, con el desigual reparto de las tareas de cuidados.

Por eso, los poderes públicos deben asumir su responsabilidad impulsando un nuevo sistema social y público de cuidados que permita a todas las personas cuidar, que permita a todas las personas ser cuidadas y que valore el potencial de los cuidados como un mecanismo para crear empleo, para generar desarrollo social y económico, para impulsar la justicia social.

Debemos defender una estrategia a nivel de la Unión para introducir el enfoque de género en todas las acciones, los programas y las políticas públicas para el periodo 2016-2020, y eso pasa por presupuestar con perspectiva de género y blindar presupuestos para las políticas de género, algo que nos permitiría combatir la violencia machista de una manera coordinada en toda la Unión, algo que no hemos estado haciendo hasta el momento.

Linnéa Engström (Verts/ALE). – Herr talman! Tack till kollega Ernest Urtasun, vår föredragande. I dag pratar vi om jämställdhet mellan kvinnor och män. Jag skulle då vilja lyfta en speciell aspekt av det, nämligen den psykiska ohälsan. Som grönen ledamot ser jag verkligen att välmående och balans i livet hänger ihop med ett hållbart samhälle.

Psykisk ohälsa är ett stort växande problem, speciellt hos unga, och män och kvinnor drabbas olika av ojämställdheten. Vi behöver stoppa hat och hot på nätet. Kvinnors dubbelarbete gör dem extra utsatta för psykisk ohälsa. Vi måste rusta våra unga pojkar bättre, då ensamhet, kriminalitet och missbruk är grovt överrepresenterade bland män. Att mota psykisk ohälsa i grind handlar om ett hållbart samhälle – ett samhälle där alla får plats att växa utifrån sina speciella förutsättningar.

Vi måste på ett helt nytt sätt sätta människan i centrum. Det handlar om att tackla fattigdom och dåliga villkor på arbetsmarknaden, men också om att bekämpa våld och diskriminering.

Jag vill se stora satsningar på kvinnodominerad sektor och förkortad arbetstid. Jag vill självklart att alla föräldrar i mitt Europa ska ha rätt till föräldraledighet. Jag vill ha speciella satsningar för att stärka unga pojkar och män att bryta destruktiva mansnormer. Dessutom vill jag ha satsningar på att stärka unga tjejers självförtroende och möjligheter. Låt feminismen ta plats!

Dubravka Šuica (PPE). – Poštovani predsjedniče, ako je ravnopravnost muškaraca i žena jedna od temeljnih vrijednosti Europske unije, a to je činjenica još od Rimskih sporazuma iz 1957. godine kada je načelo jednake plaće za jednaki rad postalo dio Rimskog ugovora, onda je zaista malo čudnovato da i danas u prosjeku žene po satu zarađuju oko 16% manje u odnosu na muškarce. Više je uzroka tome, čuli smo to večeras ovdje i od naše povjerenice Jurove, ali i od ostalih kolega. Ja ću još jedanput nabrojiti samo nekoliko da se možda zamislimo nad: diskriminacijom na radnom mjestu koja može biti i direktna i indirektna i koja je zabranjena; činjenicom da su različiti poslovi i različiti sektori u kojima žene rade manje plaćeni nego oni u kojima dominiraju muškarci; više puta spomenutom činjenicom da su praksa na radnom mjestu i sustav plaća takvi da žene nemaju isti pristup treningu, nagradama za zaposlenike i fondovima.

Osim toga podcjenjuju se poslovi koje žene rade i ženske vještine i manje su cijenjeni jer se na njih gleda kao na iskazivanje urođenih ženskih osobina, a ne na stečene vještine i kompetencije. Isto tako znamo da je manjak žena na menadžerskim pozicijama, da ih nema dovoljno u politici i gospodarstvu i da samo jedna trećina žena su znanstvenice, inženjerke u Europskoj uniji.

Rodne uloge i tradicija utječu na izbor zanimanja i obrazovni put. I još jedan razlog, odnosno uzrok, je usklađivanje radnih i obiteljskih obveza. O tome je više puta bilo riječi. Žene rade kraće i često na puno radno vrijeme, a razlika u plaćama se još više povećava kad žene postaju majke.

Ono na što bih ja danas još jedanput apelirala je da poštujemo temeljnu vrijednost Europske unije, a to je jednakost muškarca i žene, da onih petnaest direktiva koje imamo, a odnose se na ovo područje, konačno implementiramo, a ja vjerujem da ćemo to uskoro uspjeti, ali moramo oko svega biti solidarni i zajedno raditi.

(Govornica je pristala odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika)).

Davor Škrlec (Verts/ALE), *pitanje podizanjem plave kartice*— Poštovana kolegice, interesira me da li možda znate zbog čega Hrvatska još uvijek nije ratificirala Istanbulsku konvenciju? Naime, stranka iz koje dolazite je već više od godinu dana na vlasti, sadašnji predsjednik vlade je u studenom prošle godine rekao da će se pokrenuti ratifikacija, međutim, naišao je na velike otpore u vlastitoj stranci. Možete li mi malo pojasniti što se zapravo događa i zašto nije napravljena?

Dubravka Šuica (PPE), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice*. – Najprije, ovu smo raspravu mogli voditi u Hrvatskoj, nismo trebali doći u Bruxelles kako bismo vodili ovu raspravu. U svakom slučaju, zalažemo se za ratifikaciju Istanbulske konvencije. Trenutno je formirana radna skupina na razini Ministarstva obitelji i demografske obnove i ja vjerujem da će u skorom vremenu nakon razmatranja biti ratificirana Istanbulska konvencija jer ono protiv čega se zaista borimo je nasilje nad ženama. Žao mi je što prošla vlada koja je bila četiri godine nije ratificirala Istanbulsku konvenciju, a izlika je bila da su to veliki troškovi. Dakle, ja vjerujem da ćemo uspjeti nasilje nad ženama riješiti pa i ratificiranjem Istanbulske konvencije.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, l'accès à des biens et services et la fourniture de biens et services sont deux domaines où l'égalité des genres n'a jamais vraiment été prise en compte. Il s'agit de secteurs de plus en plus dominés par les hommes. C'est la raison pour laquelle il est nécessaire de prendre des positions fortes à cet égard.

Si la directive proposée offre des outils solides afin de garantir le principe d'égalité entre les hommes et les femmes, la réalisation du plein potentiel de la directive dépend de la sensibilisation des fournisseurs de services et des utilisateurs, ainsi que d'une intégration cohérente de la dimension de l'égalité hommes-femmes dans les secteurs concernés par cette disposition.

Sur la question des fonds de l'Union pour l'égalité des genres, je tiens à souligner que, même si plusieurs programmes de soutien économique relatifs à l'égalité des genres existent, très peu de ces programmes définissent des objectifs clairs, des moyens spécifiques, une mise en œuvre efficace ou encore un suivi systématique.

Quant au rapport annuel sur l'égalité des genres, je tiens à rappeler que, d'une manière générale, nous tous Européens, défenseurs des droits humains, nous devons nous mobiliser afin de défendre l'égalité de droits entre femmes et hommes.

Dans le secteur professionnel, je constate que les différences sont encore et toujours nombreuses.

Au Conseil, je rappellerai que c'est grâce à lui – ou à cause de lui – que le congé de maternité européen est aux oubliettes. Que dire des 28 États membres qui ont, à nouveau, décidé de reporter la discussion sur la question de la représentation des femmes dans les conseils d'administration des entreprises?

À la Commission, je demanderai des mesures claires afin de lutter plus efficacement contre le harcèlement sexuel sur le lieu de travail. Les femmes sont toujours discriminées dans le monde de l'emploi, à fortiori quand elles sont lesbiennes, bisexuelles ou transgenres. Pour ces dernières, saviez-vous que, par exemple, plus de 30 % des demandes d'emploi transgenres ont subi de graves discriminations lors de leurs recherches?

Derrière ces statistiques, des gens souffrent au quotidien de la violation de leurs droits.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Panie Przewodniczący! Panie Pośle! W tym ciekawym głosie zwrócił Pan uwagę na różne rodzaje dyskryminacji, ale czy nie sądzi Pan, że najgorszą może dyskryminacją jest ta, o której nie mówimy, bo milczenie o dyskryminacji to najgorsza przemoc strukturalna. Mówię o kompletnym milczeniu o kobietach, które dobrowolnie wybierają pracę w domu po to, żeby opiekować się na przykład dziećmi. Wiemy, że w tej chwili rodziny wychowujące dzieci to często najsłabsze ekonomicznie grupy społeczne. Dlaczego nie mówimy o tych kobietach, które dobrowolnie rezygnują z pracy, a zasługują na nasz szacunek?

Marc Tarabella (S&D), réponse «carton bleu». – Il y a de multiples discriminations, mais il est clair que l'on doit se concentrer sur l'accès à des professions, l'accès à des formations, l'accès aux études. Nous avons beaucoup de respect pour les femmes qui font le choix de rester à la maison, d'avoir les enfants, de les élever, c'est leur choix, il n'y a aucun souci. Mais ce qui est abominable dans notre société, c'est que 60 % des personnes qui réussissent des études supérieures sont des femmes et plus vous montez dans la hiérarchie des sociétés – que ce soit dans le secteur public ou dans le secteur privé –, plus elles disparaissent en fonction du plafond de verre.

La discrimination par rapport à la différence de rémunération est aussi choquante et il est donc tout à fait normal qu'on essaye de réparer ces injustices, qui ont trop souvent été admises. Aujourd'hui, on doit se battre et faire en sorte que le progrès – parce qu'il y a progrès – aille beaucoup plus vite.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Właśnie dlatego, że Unia Europejska pretenduje do roli światowego lidera jeśli chodzi o prawa kobiet, powinniśmy w ramach realizacji tego uprawnienia zwracać uwagę na różnice psychofizyczne mężczyzn i kobiet i prawnie pomagać kobietom w godzeniu ich powołania żony i matki z pracą zawodową czy ambicjami naukowymi, dzięki wliczaniu okresu urlopu macierzyńskiego i wychowawczego do czasu pracy oraz wypłacaniu ekwiwalentów wychowawczych, co gwarantowałoby podobną wysokość emerytury dla kobiet i mężczyzn, zamiast wysyłać kobiety do pracy na korzyść urlopów ojcowskich, gdyż nawet najbardziej zaangażowany ojciec czy dobrze płatna niania, żłobek albo przedszkole nie zastąpią dziecku kochającej matki. Ze szwedzkich badań prowadzonych kilka lat temu wynika, że ojcowie na urlopach wychowawczych woleli polować na łosia albo oglądać telewizję i czytać gazety niż zajmować się dzieckiem. Równouprawnienie na siłę, wbrew naturalnym prawom kobiet, prowadzi do patologii rodziny, przemocy, której intensywnie się przeciwstawiamy.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, πιστεύω ότι είναι ώρα όλοι μας εδώ στο Ευρωκοινοβούλιο να πούμε: τέρμα στις διακηρύξεις, τέρμα στα λόγια. Είναι η ώρα που πρέπει να αναληφθεί δράση. Αξιοποιώντας μάλιστα την παρουσία της κυρίας Επιτρόπου, να πω ότι η Ευρωπαϊκή Επιτροπή έχει μέγιστη ευθύνη για το ζήτημα της ισότητας των φύλων. Δεν μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση, που η ιστορία, ο πολιτισμός της, οι αρχές, οι αξίες της, η διαδρομή της, είναι υπέρ της ισονομίας, της ισοπολιτείας, να διαπιστώνει η ίδια μέσα από τις εκθέσεις της ότι δεν κατέστη δυνατόν να γεφυρωθεί το χάσμα μισθών και συντάξεων, το χάσμα όσον αφορά τη μεταχείριση ανδρών και γυναικών. Πιστεύω ότι εξ ορισμού η Ευρωπαϊκή Ένωση αντιτίθενται στη διάκριση των φύλων. Εξ ορισμού η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να θωρακίσει αυτήν την ισότητα των φύλων και πιστεύω ότι είναι στο χέρι της Ευρωπαϊκής Ένωσης να μη χρειάζεται να συζητάμε κάθε χρόνο και να αφιερώνουμε μέρες, για να επιβεβαιώσουμε ουσιαστικά το αυτονόητο: ότι είναι καθήκον μας να προασπιστούμε την ισότητα των δύο φύλων. Θεωρώ ότι υπάρχει τεράστια ευθύνη αλλά και πρόκληση, και δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να παρακάμπουμε και να παραβλέπουμε αυτό που συμβαίνει στην πράξη. Ο προϋπολογισμός της Ευρωπαϊκής Ένωσης όφειλε ουσιαστικά να ενσωματώνει τη διάσταση των φύλων μέσα από την ενσωμάτωση στα προγράμματα, στα διάφορα ταμεία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση θα μπορούσε να ενισχύσει έμπρακτα αυτή την προσπάθεια.

Εκφράζω τον σεβασμό μου, την εκτίμησή μου και τον θαυμασμό μου σε κάθε γυναίκα, εργαζόμενη γυναίκα, μάνα γυναίκα, γυναίκα αγωνίστρια, όμως ταυτόχρονα οφείλω από αυτό το βήμα να εκφράσω τον θαυμασμό μου, την περηφάνια και την εκτίμησή μου για τη γυναίκα της χώρας μου, της κύπριας γυναίκας, η οποία εδώ και 43 χρόνια είναι πρόσφυγας, αλλά αγωνίζεται, ταυτόχρονα είναι εργαζόμενη και δίνει και τη μάχη, για να μπορέσει να επιστρέψει στο σπίτι της, για να μπορέσει να σταματήσει να παραμένει εγκλωβισμένη γυναίκα της Κύπρου, να σταματήσει να είναι πρόσφυγας γυναίκα, να σταματήσει ουσιαστικά αυτό το μαρτύριο που υφίσταται μέσα από την τουρκική εισβολή και κατοχή, μέσα από την τραγωδία του 1974.

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedniče, još je u ožujku prošle godine Europska komisija pokrenula proces ratifikacije Istanbulske konvencije, no unatoč tome Vijeće koči napredak procesa. U Europskoj uniji sedam žena umre od posljedica nasilja svaki dan. U Hrvatskoj je provedena zanimljiva anketa koja je pokazala kako gotovo polovica učenika vjeruje da ženu može udariti ako ona pokazuje više pažnje prijateljicama nego partneru, ako nije poslušna ili ako ne vodi brigu o svom partneru onako kako bi trebala. Uistinu zastrašujuće. Imamo stopostotni porast kaznenih djela vezanih za nasilje u obitelji. Ne možemo čekati niti dana.

Na izvješće o jednakosti muškaraca i žena uložila sam amandmane o seksualnom i reproduktivnom zdravlju. S jedne strane ne obrazujemo mlade ljude o spolnom odgoju, a s druge zabranjujemo pobačaj. U Poljskoj, koja ima jedan od najrestriktivnijih zakona o pobačaju, godišnje se provede 80 do 120 tisuća pobačaja. Zabranom pobačaja ta praksa ne prestaje nego postaje privilegija bogatih koji si mogu priuštiti da odu u drugu zemlju i to obave. Ženama treba omogućiti pristup tržištu rada, zdravstveni odgoj, zaštitu od seksualnog i drugih oblika nasilja te dostupnost kontracepcije, a ne govoriti što da rade sa svojim tijelom.

Ponosna sam što je Ustavni sud Republike Hrvatske odlučio kako treba omogućiti pobačaj. Smatram da je potrebno regulirati priziv savjesti kao bi svaka bolnica imala minimalan broj liječnika koji mogu obaviti ovaj zahvat.

Helga Stevens (ECR). – Ik pleit voor een inclusieve samenleving met gelijke rechten en plichten voor iedereen. Dit geldt niet alleen voor alle genders, in het bijzonder vrouwen en meisjes, maar ook voor mensen met een beperking en andere minderheidsgroepen.

Een structurele aanpak van genderongelijkheid is nodig. Verplichte quota of meer financiering zonder concrete maatregelen zijn geen garantie voor meer gelijkheid op de arbeidsmarkt of in de publieke sfeer. Mensen moeten voor gelijk werk een gelijk loon krijgen. We kunnen de genderloonkloof enkel dichten met meer transparantie en een grondige evaluatie van de verschillen in beloning tussen mannen en vrouwen.

Het is onaanvaardbaar dat we maar weinig vooruitgang zien op het gebied van de bestrijding van geweld tegen vrouwen en gendergerelateerd geweld. Geweld tegen vrouwen, maar evengoed tegen mannen en kinderen, is een zeer grove schending van de grondrechten. Ik roep dan ook op het Verdrag van Istanbul te steunen om deze extreme vorm van discriminatie uit te roeien.

Emilian Pavel (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, subiectul pe care vi-l aduc acum în atenție se referă la un lucru elementar pentru echilibrul între femei și bărbați, mai ales în contextul relațiilor de muncă. Indiferent de ce discutăm noi aici, la Strasbourg sau la Bruxelles, există anumite realități tragice care se află la temelia întregii dezbateri. Dacă ratăm soluțiile care ne pot asigura baze solide, toată ambiția noastră pentru progres în relațiile și echilibrul dintre sexe va fi în zadar.

Nu este pentru prima dată când presa relatează situații în care femei plecate la muncă într-un alt stat membru, uneori fără contract de muncă, sunt supuse unor abuzuri inimaginabile și inadmisibile pentru societatea și valorile noastre. Cel mai recent caz este cel relatat de publicația britanică *The Observer* despre mii de femei din România care lucrează în sudul Italiei în condiții inumane. Aceste femei, în cazuri documentate de experți, sunt victime ale bătailor, exploatării sau șantajului, unele fiind obligate să întrețină relații sexuale cu angajatorii lor. De aceea, spuneam la început că nu trebuie să scăpăm soluțiile la problemele elementare. Deși inimaginabil pentru mulți dintre noi, până la egalitatea de salarii sau reprezentarea la locul de muncă, unele femei sunt confruntate cu o asemenea realitate. Femeile nicăieri în lume nu pot fi tratate astfel și totuși aceste fapte au loc zilnic în Uniunea Europeană. Acest parlament trebuie să ia acum atitudine și fac apel la fiecare dintre dumneavoastră, și în special la colegii din Italia, să sprijine orice demers care va reda nu doar demnitatea, ci și libertatea acestor femei.

Trebuie să acționăm de urgență împotriva adevăratei piețe negre a muncii în Uniunea Europeană care stârnește atât de multe controverse, probleme și suferințe.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η ισότητα των φύλων παραμένει η μεγαλύτερη πρόκληση των καιρών μας. Οι διαφορές μεταξύ των δύο φύλων μειώθηκαν σημαντικά τα τελευταία χρόνια, αλλά η πρόοδος ποικίλλει μεταξύ των κρατών μελών, ενώ εξακολουθούν να υφίστανται ανισότητες σε διάφορους τομείς. Ένας εξαιρετικά μεγάλος αριθμός γυναικών εξακολουθούν να πέφτουν θύματα διακρίσεων, να μην έχουν ίσες ευκαιρίες στην εκπαίδευση και στην αγορά εργασίας και να αποκλείονται από θέσεις ηγεσίας και λήψης αποφάσεων. Σύμφωνα με τη Eurostat, ο σημερινός μέσος όρος των γυναικών στα διοικητικά συμβούλια των μεγαλύτερων εισηγμένων εταιρειών στην Ευρώπη είναι μόλις 23,9%. Επιπλέον, παρά το γεγονός ότι το 60% των πτυχιούχων των πανεπιστημίων είναι γυναίκες, οι γυναίκες αυτές εξακολουθούν να λαμβάνουν για κάθε ώρα εργασίας αμοιβή χαμηλότερη κατά 16% από εκείνη των ανδρών. Επιπλέον, η κρίση και τα μνημόνια ζημίωσαν κατά κύριο λόγο τις γυναίκες. Τέλος, μια ακόμη μεγάλη πρόκληση για την Ένωση παραμένει η καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών. Υπολογίζεται ότι μία στις τρεις γυναίκες στην Ευρωπαϊκή Ένωση έχει υποστεί σωματική ή και σεξουαλική βία από την ηλικία των 15 ετών. Απαιτούνται, κύριε Πρόεδρε, άμεσα μέτρα.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, pokud jde o řešení problematiku, já bych chtěl ocenit nejprve v úvodu, že zde nedošel již zmiňovaný polský kolega, že jsme byli ušetřeni některých jeho nárazek a hloupostí, které jsme bohužel museli vyslechnout při minulém jednání právě stran žen.

Chtěl bych v tomto smyslu ocenit samozřejmě i práva žen a jejich roli. Chci podpořit také úsilí EU právě o rovnost, protože na tomto poli učinila EU nepochybně nebývalý pokrok za ta mnohá desetiletí. O přímé diskriminaci již nemůže být řeči, spíše hovoříme o právě té nepřímé diskriminaci. A zde je samozřejmě pořád co dělat, je to patrné z různých statistik. Nechci se zabývat pouze domácím tématem, nicméně já už jsem zde zmínil, že v České republice je mzda, které se dostává ženám, výrazně nižší o 22 %. Myslím si, že by s tím bylo nutno něco udělat i na našem domácím dvorečku. Myslím si, že s tímhle nemůže souhlasit nikdo, jakkoliv je v té zprávě řada ideologicky zabarvených vyjádření. Já bych ji chtěl podpořit.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I would like to thank Clare Moody, Ernest Urtasun and the other colleagues, both men and women, who are here working together to progress women's rights and gender equality, not just in Europe but globally.

I thought we had won this battle – that I and my feminist brothers and sisters could take a rest from our work as activists. But we are living through a watershed moment in the history in the struggle for women's rights. Sadly, anti-gender, misogynists, conservative and nationalist parties are trying to roll back the achievements of generations of feminists and take away our hard-won rights.

Women's rights are human rights. We must therefore use this as a rallying cry to mobilise a new generation of feminists to stand up for what is right, and I mean old feminists and young feminists, women feminists and men feminists. Together with all those fighting for equality and social justice, we bring together a powerful intersectional movement against sexism, homophobia, xenophobia, racism and nationalism, and we can build a more tolerant and a more compassionate world.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedniče, pred nama se nalazi još jedno izvješće koje potiče nacionalne vlade i Europsku komisiju na društveni inženjering i otvoreno proziva države članice čiji se građani većinom ne slažu s lijevim idejama. Ne znam odakle ovom domu to pravo jer je većina prijedloga iznesenih u izvješću van njegovih nadležnosti.

Izvješće imputira da su nužni rezovi u javnoj potrošnji nekakav svjesni udar na prava žena i usput traži od zakonodavca da se petlja u obiteljske odnose regulirajući raspodjelu kućanskih poslova.

Uskoro će, čini se, žena i muškarac morati tražiti dozvolu države kako da vode svoje kućanstvo, a ne bih se čudila da ovako revni zakonodavac propiše i nekakvu posebnu evidenciju radnih sati pod obiteljskim krovom.

Administracija sve treba kontrolirati, u sve se mora petljati, a samo za pobačaj, prema preporuci izvješća, moramo imati „jednostavan pristup”. Kao da se ne radi o novom ljudskom životu i kao da žena ne treba pomoć i podršku i u tim trenucima. Prestrašno.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, prvo bih čestitao kolegi Urtasunu i kolegici Moody na njihovom zalaganju kako bi se prepoznali problemi žena i kako bi se potaknuo ne samo Europski parlament nego i države članice na njihovo ekonomsko i političko osnaživanje.

Ekonomsko osnaživanje je često bilo spominjano danas u govorima, oko toga koliko su žene potplaćene u odnosu na muškarce. Međutim zaboravili smo činjenicu da će jednog dana i te žene otići u mirovinu i da će upravo ta potplaćenost uzrokovati da će one imati 40 % nižu mirovinu nego što to imaju muškarci i ući će u kategoriju onih građana koji će biti siromašni, onih koji neće moći sebi osigurati energiju, koji si neće moći osigurati hranu.

Europska je unija nažalost tek na 50 %, tako kaže statistika, svega 50 % država članica je ratificiralo Istanbulsku konvenciju. Ako smo mogli Pariški sporazum ratificirati za šest mjeseci, zašto još uvijek nismo bili u stanju ratificirati Istanbulsku konvenciju kad je Europska komisija to predložila prije godinu dana?

Csaba Sógor (PPE). – Elnök úr! Romániában minden 30. másodpercben megvernek egy nőt, és több mint 200 nő válik évente családon belüli erőszak halálos áldozatává. Annak ellenére, hogy Románia tavaly ratifikálta az Isztambuli Egyezményt, számos jogszabály hiányzik ennek gyakorlati életbe léptetéséből. Az állam kínálta megoldások nem nyújtanak sem azonnali, sem hosszú távú biztonságot és perspektívát az áldozatoknak. A rendőrség gyakran tehetetlen, hiszen a bántalmazót csak bírósági végzéssel lehet távol tartani a veszélyeztetett személytől. Ilyen esetekben égető szükség volna arra, hogy 72 óra helyett a bíróság 24 órán belül vizsgálja ki a helyzetet és bocsássa ki a bírói végzést, amely távol tartja a bántalmazót az áldozattól.

Ugyanakkor olyan jogi hálózat megteremtésére is szükség van, amely lehetővé teszi, hogy az áldozat megfelelő jogi védelemben részesüljön akkor is, ha szociálisan hátrányos helyzetből származik és – ami a leggyakoribb – anyagilag függ a bántalmazótól. Üdvözlöm és támogatom, hogy a jelentés felszólítja a Bizottságot és a tagállamokat, hogy vezessenek be zéró toleranciát az erőszak minden formájával szemben.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, egalitatea de gen nu trebuie să fie doar o lozincă. Trebuie să fie o realitate și aici vorbim de o egalitate de gen în toate aspectele: salarizare, ocuparea unor funcții de conducere, accesarea fondurilor europene, accesarea creditelor de la bancă, în politică, dar chiar și în reclamă și publicitate. Dimensiunile de gen trebuie luate în considerare și în politicile privind combaterea violenței, inclusiv a violenței și hărțuirii sexuale la locul de muncă și, iată, colegul Pavel a adus ultimul exemplu, cu aproape 7 500 de femei care suportă violență sexuală în Italia.

Promovarea egalității de gen are nevoie și de buget, doamnă comisar, și, de aceea, consider pertinentă solicitarea finanțării unor măsuri specifice care implică organizații neguvernamentale, autorități locale și regionale pentru educație. Dezechilibrul de gen, de fapt, îl putem observa și în instituțiile europene și cred că este nevoie atât la nivel național, cât și la nivel european să găsim mijloace de echilibrare. Din păcate, în ultimii ani, am asistat la un regres regretabil în implementarea politicilor în domeniul egalității de gen. De aceea, consider importantă evaluarea periodică și stabilirea de măsuri concrete.

Egalitatea de gen este responsabilitatea tuturor.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! To przygnębiające, że w debacie na temat równości, w debacie o prawach kobiet kilka osób, szczególnie po lewej stronie sali, mówiło o tak zwanej aborcji jako o prawie kobiety. Oczywiście aborcja jest aktem przemocy, w pierwszym rzędzie wobec dziecka nienarodzonego, ale nie zdajemy sobie sprawy, do jakiego stopnia samo ustawodawstwo aborcyjne jest źródłem przymusu w stosunku do kobiet. Jeżeli czyni się tak zwaną aborcję prawem, to matka może być namawiana przez zdziczałego partnera, może być namawiana przez rodzinę, może być również niestety – co szczególnie dramatyczne – namawiana przez lekarza, i często pada ofiarą strukturalnej presji. Cała mentalność aborcyjna wytworzona na gruncie tego ustawodawstwa powoduje, że kobieta jest osaczona.

Przygnębiające jest również to – i jest to szczyt wszystkiego – że wielokrotnie byli tutaj atakowani lekarze, którzy chcą szanować i chronić życie. Powtarzające się postulaty przymusu wobec lekarzy, żeby uprawiali praktyki aborcyjne, to bardzo groźny symptom totalitarnych tendencji Unii Europejskiej.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I strongly agree with all of you who said here repeatedly, many times, that we need to act in this policy of gender equality with a sense of urgency. We desperately need to see progress. But it is not only progress in terms of statistical data, but also progress in terms of improving the atmosphere in our society. And here you all know that we are in a very difficult era of a worsening atmosphere in society, so we need to be much stronger in combating all the factors which create this worsening, including online, which is a big topic that has not been covered here.

However, I strongly disagree that what we do is only words. We take a lot of concrete actions. By the way, apart from words, what is stronger than the words we have? I esteem so much, I value so highly the fact that President Tajani today apologised for the shameful statement which we heard here last week. These are strong words which show the whole of Europe the values we stand for.

It is very important that we are brave enough to say the words we believe in, and we do a lot of concrete things to fulfil the promises we make. The debate showed that we are addressing the proper problems with our strategic engagement, because as you know, there are four priorities: equal pay for equal work; increased employment of women and their economic independence; relevant representation of women in decision-making positions; and significantly decrease the level and scope of violence against women in Europe. We need to use all the instruments we have, not just legislation. You have also rightly declared here repeatedly that what we need is proper enforcement of the current legislation. We have a lot of anti-discrimination pieces of legislation, and we need to be much better in enforcement.

We also have to use other instruments to better target the problem in individual Member States. That is why we are more frequently using the so-called country-specific recommendations, which last year addressed the specific problems in Member States.

But we need to address the issue of the atmosphere in society. We need better funding; we need to fund proper campaigning to address the main problems. You know that we are now organising a very strong – and I would say loud – campaign which shows that we have the goal of zero tolerance to violence against women. We are funding and we are organising the campaign in all the Member States, again targeting specific forms of violence in the Member States.

I would like to say that in the proposals of this Commission you can hardly find any cases of positive discrimination. Please, read the latest version of the Women on boards directive. This is gender neutral. We want diversity on boards. You cannot find anything which could be called social engineering. Believe me, as somebody coming from a former totalitarian country, I am extremely sensitive about this, and in our package to enable the people to better combine work duties and family life, we are very careful to open up the choices so that people can choose how they want to live. If mothers want to stay at home with the children, they can. If they want to go to work, they should not be prevented from doing so by the barriers which are still present in the EU.

This is why I am very sensitive about everybody who criticises the Commission for engaging in social engineering, because simply it is not true, and I am happy to present this in the new package on work-life balance.

Last comment on EU funds: I worked for almost 20 years in the field of EU funding, and I remember times when there was a goal which was called gender equality. As applicants for the money, we were ticking the boxes: gender-equal project? Yes! It was so artificial and so discouraging for all those who really wanted to do something to help gender equality. I am one hundred per cent for better use of EU funds, better policy and better achievement of goals in gender equality, but let us do it in an effective and efficient way so that we are not using the EU money for counterproductive results.

So thank you for your comments. After every discussion on gender equality, I am more encouraged and more inspired to do the everyday work. I am looking forward to further cooperation with you.

Ernest Urtasun, *ponente*. – Señor presidente, en primer lugar, quiero agradecer todas las aportaciones al debate. Creo que ha sido un debate importante. A veces tengo que reconocer que tengo la sensación de que, como persona relativamente joven que da por supuestas muchas cosas en nuestra sociedad, a veces nos encontramos defendiendo elementos de la igualdad entre hombres y mujeres que creíamos ya conquistados, y tenerse que encontrar ante manifestaciones como la de nuestro colega polaco —como muchos de ustedes han mencionado— pues, evidentemente, es profundamente chocante.

Por cierto, quiero aprovechar para agradecer la campaña de Avaaz de recogida de firmas a favor de las sanciones al diputado —que creo que ha firmado muchísima gente— y también, pues, apremiar al señor Tajani a que esta sanción, que anunciará esta semana, sea todo lo contundente posible.

Yo lo que sí quisiera es invitar a todo el mundo, a parlamentarios, pero también especialmente a la Comisión y al Consejo... Miren, tenemos dos opciones: o esperar 50 o 70 años para llegar a la igualdad en materia de brecha salarial, brecha de pensiones, etcétera, que son los cálculos que la propia Comisión ha hecho sobre cuál es el periodo que necesitaremos al ritmo actual, o hacer algo. Y hacer algo significa ponernos manos a la obra para una cosa que ha dicho la comisaria: aplicar mejor la legislación. Sí, pero también, señora comisaria, hacer leyes es importante. Yo ya sé que muchas cosas no dependen de usted, la mayoría de cosas se bloquean en el Consejo. Somos perfectamente conscientes, pero sí deseáramos que, por lo menos, pudiéramos trabajar mano a mano Comisión y Parlamento para sacar adelante algunas cosas del Consejo.

Mire, si en esta legislatura lográramos que el Consejo desbloqueara la Directiva sobre cuotas en los Consejos de Administración y termináramos la ratificación por parte de todos los Estados miembros del Convenio de Estambul, por lo menos sería una buena señal de que la cuestión de la igualdad de género vuelve a estar encima de la mesa, ya que ahora tenemos un poco la sensación de que ha dejado de estar. Ya no está encima de la mesa ni de los gobiernos ni de la Unión Europea ni de nadie y, con los datos que tenemos, es más urgente que nunca que vuelva a estar como una prioridad esencial.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, *sprawozdawczyni*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz, Szanowni Państwo! Po pierwsze, chciałabym jeszcze raz podziękować wszystkim osobom, które przyczyniły się do powstania ostatecznej wersji sprawozdania o równym prawie kobiet i mężczyzn w dostępie do dóbr i usług. Nie tylko parlamentarzystom, ale też doradczyniom, administracji, która też bardzo ciężko pracowała. Z uwagi na to, że nasza dzisiejsza dyskusja ma taki charakter rytualny, chciałabym w tym podsumowaniu zwrócić uwagę na dwie sprawy generalne. Po pierwsze, absolutnie kluczową kwestią – i to również wynika z dzisiejszej dyskusji – jest załatwienie sprawy napięcia praca-dom, tego konfliktu pomiędzy domem a pracą, który się ciągnie od zarania.

Pierwsze emancypantki walczyły o prawo do edukacji i do pracy, a my dzisiaj tutaj w Parlamencie, mając już w dużej mierze załatwioną tę sprawę, walczymy o prawo do macierzyństwa i do posiadania rodziny na jakichś racjonalnych warunkach. Żeby to nie był podwójny etat, żeby to nie było podwójne obciążenie kobiet, ale żeby to było właśnie bardziej sprawiedliwe i racjonalne. Ta kwestia godzenia ról jest absolutnie kluczową sprawą. Bardzo doceniam i czekam na dalsze działania Komisji Europejskiej, jeżeli chodzi o mapę drogową w tej sprawie. Cały czas aktualna jest również kwestia urlopów macierzyńskich, rodzicielskich, elastycznego czasu pracy, rynku pracownika domowego, żłobków, przedszkoli i domów opieki. Druga sprawa, która jest absolutnie kluczowa, to szacunek dla prawa. My naprawdę mamy w bardzo wielu miejscach zapisane prawo do równego traktowania kobiet i mężczyzn, do równouprawnienia, a jednak to prawo wciąż nie jest realizowane.

Pani Komisarz! Apeluje o twarde zapisy, o bardzo konkretne przepisy, a nie zalecenia. Ponieważ za każdym razem, wszędzie tam gdzie mamy zalecenia, spotykamy się z lekceważeniem, nierespektowaniem, omijaniem albo złym interpretowaniem. Jeżeli mamy tylko zalecenie, a nie twardy przepis, zawsze znajdzie się jakiś Korwin-Mikke, który konieczne tydzień temu chciał zostać tutaj królem mizoginów. Dzisiaj nie ma go z nami. Prawdopodobnie siedzi w telewizji albo w radiu. Chciałabym przy okazji zaapelować do mediów, żeby nie zapraszały osób, które są seksistami, które nie reprezentują pozycji Parlamentu, i żeby nie promowały takiej postawy.

Clare Moody, rapporteur. – Mr President, this has been a very interesting debate. It is notable that each of the rapporteurs and many of the speakers have pointed out that we are at best stagnating on equality between women and men and, in many ways, we are going backwards.

We should, of course, celebrate the ongoing achievements of the EU in support of women. Indeed, frequently, it is only EU funds that ensure that support. But we must move away from assuming that simply having specific programmes aimed means 'job done' and that somehow that alone delivers equality. It won't!

I welcome the Commissioner's recognition that this report is timely in relation to discussions on the EU budget, and that we should use all means available. The budget must be seen as part of those 'all means'.

If we are to make progress, we have to adopt gender mainstreaming across the whole budget, using the many gender budgeting tools that have been proven to work. Unless we recognise the hidden and unintended consequences of the way the budget is used, we will always fail to address our goal of defeating inequality.

Thank you for all the support that has been expressed for this report. I look forward to the vote tomorrow, but even more, I look forward to the action to follow-up on the report's recommendations.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Dienstag, 14. März 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – De la nécessaire égalité en droit entre les hommes et les femmes à l'égalitarisme borné que la nature conteste, il n'y a qu'un pas que l'Union européenne franchit allègrement. Le rapport sur l'égalité entre les femmes et les hommes porté par Ernest Urtasun en est la démonstration.

La discrimination positive, en plus d'être contraire aux principes républicains aujourd'hui en vigueur en France, s'exerce toujours au détriment de quelqu'un. Imposer des quotas de femmes dans les postes à responsabilités pourrait être injuste à l'égard de certains hommes. Seul compte le mérite individuel.

Le rapport introduit des notions exotiques, n'ayant des relations que lointaines avec son principal objet. En souhaitant imposer un agenda qui relève plus de la bataille culturelle que d'une vraie politique sociale, le rapport minore les enjeux réels.

Quels sont-ils ? En finir avec la spirale euro-austéritère qui plonge des jeunes femmes dans la précarité. Augmenter l'offre de gardes d'enfants, afin que les femmes puissent continuer à travailler. Un impératif compte tenu du déclin démographique continental. Enfin, continuer à lutter contre les pratiques d'un autre âge venues de l'étranger: les excisions, le voile intégral ou les mariages forcés.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – În pofida faptului că egalitatea de gen reprezintă un obiectiv explicit al câtorva secțiuni din bugetul Uniunii, fiind abordată în 15 directive care au fost adoptate la nivelul UE, consider că angajamentul concret de a continua integrarea dimensiunii de gen trebuie accelerat, deoarece politicile existente au fost implementate într-o mică măsură, iar resursele bugetare alocate special pentru problematica de gen sunt insuficiente. Cred că este vital să promovăm ideea consecventă de a integra dimensiunea de gen pe tot parcursul întregii proceduri bugetare atât în strategiile europene cât și în cele naționale, pentru a permite evaluarea bugetului general al UE și dintr-o perspectivă de gen. Totodată, aş vrea să atrag atenția asupra faptului că Fondul european pentru investiții strategice nu conține o perspectivă de gen, iar dacă această direcție ar fi implementată, în mod cert Uniunea Europeană ar putea folosi mult mai eficient resursele sale bugetare pentru a acționa în vederea îndeplinirii acestui obiectiv atât de important.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. – El artículo 23 de nuestra Carta de Derechos Fundamentales reconoce la igualdad entre hombres y mujeres y prevé tomar medidas a favor «del sexo menos representado». En este informe se echan a faltar más referencias hacia las brechas de género que perjudican a los hombres y los niños. Es más raro que se estipulen medidas legales cuando el sexo menos representado o más perjudicado es el masculino. Hablamos del «techo de cristal» históricamente injusto con el que nos topamos las mujeres, pero prestamos menos atención a otras áreas del trabajo y la vida en las que los hombres y los chicos salen más perjudicados: accidentes laborales, riesgo de suicidio, fracaso escolar, etc. Los hombres también están afectados desproporcionadamente en determinadas áreas de la salud, son más vulnerables a las conductas de riesgo, disponen de redes sociales más débiles e informan menos de la violencia que experimentan. Algunos de estos indicadores están reflejados en las estadísticas del propio informe. Considero que estos desequilibrios de género en nuestras iniciativas terminan perjudicando a hombres y a mujeres, pues es entre todos como podemos construir una sociedad más libre e igualitaria.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, намирам за особено важен призива на доклада относно равенството между жените и мъжете в Европейския съюз за 2014-2015 г. относно инвестирането в грижи за децата и възрастните хора, тъй като смятам, че трябва да отчитаме особената роля на работещите жени, които понасят двойно натоварване от отговорности – не само по отношение на работното си място, но и във връзка с грижата за семейството и домакинството. Наличието на качествени и достъпни заведения за грижи за деца е една от предпоставките за активното включване на жените в пазара на труда и обществения живот. Липсата на равенство в пазара на труда и фактът, че голям брой от заетите жени работят на намалено работно време, водят до загуби за европейската икономика. Ето защо призовавам държавите членки да разгледат възможните средства за предоставяне на повече възможности за заетост на жените, осигурявайки повече и по-достъпни заведения за детска грижа, така че те да не са изправени пред избора на кариера или семейство.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk*. – Vrouwen zijn minder intelligent en zwakker, vindt Europarlementariër Korwin-Mikke. Ik neem aan dat de heer Mikke zich bedreigd voelt, en daarom zo om zich heen slaat.

Maar dit is het schokkende: zelfs als we zijn opmerkingen buiten beschouwing laten, krijgt de EU van het EIGE een rapportcijfer van 5,3 voor het jaar 2015, en wat betreft "tijd" slechts een 3,8. "Gemiddeld houdt 77 % van de vrouwen in de EU zich dagelijks minstens één uur bezig met koken en het huishouden, vergeleken met slechts 24 % van de mannen."

Vrouwen doen dus naast betaald werk vaak nog uren extra werk thuis, om voor anderen te zorgen. Ze cijferen zichzelf op die manier weg en verkleinen zo hun kansen op de arbeidsmarkt en op economische onafhankelijkheid. Zwakker en kleiner? Een groter plichtsgevoel, grotere sociale druk en veel minder hulp zal hij bedoelen. Deze bevindingen bevestigen het belang van maatregelen voor een betere combinatie van beroeps- en privéleven voor vrouwen en mannen. Met goede zorg en opvang voor kinderen en andere afhankelijke personen, en flexibele arbeidsregelingen.

Ik wil de Commissie daarom vragen zo snel mogelijk met een ambitieus pakket inzake het combineren van werk en privéleven te komen, inclusief voorstellen voor beter vaderschaps-, zwangerschaps- en ouderschapsverlof.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Szanowni Państwo! Równość między kobietami i mężczyznami jest jedną z fundamentalnych zasad Unii Europejskiej zapisanych w Traktatach. Powinna ona być rozumiana przede wszystkim jako brak dyskryminacji (czyli równość szans) oraz równość w wynagrodzeniu za taką samą pracę. Dotyczy to także dostępu do towarów i usług, w przypadku którego kobiety nie powinny być w żaden sposób dyskryminowane, jak to się często zdarza w szczególności w odniesieniu do ciąży i macierzyństwa.

Jednocześnie należy dopilnować, by emerytury kobiet nie były niższe niż emerytury mężczyzn. Niestety obecnie – w skali ogólnoeuropejskiej – emerytury kobiet są o 39% niższe niż emerytury mężczyzn. Jest to niesprawiedliwe i dyskryminujące kobiety. Państwa członkowskie oraz instytucje UE powinny podjąć skuteczne działania w celu zmiany tej sytuacji.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Herr Präsident! 30 Jahre, bis gleich viele Frauen wie Männer berufstätig sind. 40 Jahre, bis die Aufteilung der häuslichen Arbeit auf beide Geschlechter gleichermaßen ausfällt. Und 70 Jahre, bis Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Die wirtschaftliche Emanzipation von Frauen ist zum Weltfrauentag letzte Woche noch einmal verstärkt in den Fokus des Europäischen Parlaments gerückt. Aber unser Kampf für Gleichstellung darf sich nicht auf einen Tag beschränken, sondern muss das ganze Jahr über in unseren politischen Entscheidungen Priorität haben.

Die Betreuung von Kindern und älteren Angehörigen muss gleicher verteilt werden. Diese Aufgabe größtenteils unentgeltlich durch Frauen übernehmen zu lassen, ist nicht gerecht! Wir müssen die finanzielle Bewertung von typischen Frauenjobs überdenken und ihre Bezahlung an das Niveau typischer Männerjobs anpassen. Und wir müssen durch mehr Transparenz bei der Bezahlung dafür sorgen, dass Frauen im gleichen Job bei gleicher Qualifikation nicht weniger verdienen als Männer. Nur so können wir einige der immer noch klaffenden Ungleichheiten beseitigen.

Die EU-Kommission ist jetzt aufgefordert, unsere Forderungen zu Eltern-, Mutter- und Vaterschaftsurlaub aufzunehmen und mit den entsprechenden neuen Richtlinienvorschlägen den Startschuss für eine bessere Gleichstellung der Geschlechter zu liefern.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A nők és férfiak közötti egyenlőség az Európai Unióról szóló szerződésben és az Európai Unió Alapjogi Chartájában is lefektetett alapvető jog, ennek ellenére szomorú, hogy egyes tagállamokban a nőket másodlagos szereplőként kezelik. Sajnálatos módon itt az EP falai között is hallunk szégyenletes, nemi alapon megkülönböztető kijelentéseket. Az ezek elleni fellépés alapvető kötelességünk! Zéró toleranciát a nemi alapú zaklatással kapcsolatban, legyen az otthoni, munkahelyi vagy egyéb környezetben elkövetett zaklatás!

Ebben a harcban és a nemek közti egyenlőség előmozdításában jó eszköznek tartom az uniós támogatásokat, a jelentés jó megközelítést ad a három különböző alap vizsgálatával. A 2014-2020-as költségvetési időszak szinte alig foglalkozik a nemek közti egyenlőséggel, a jövőben az átláthatóság és a demokratikus minőség erősítése érdekében a költségvetési eljárás ideje alatt külső szakértőket is be kell vonni.

Kathleen Van Brempt (S&D), *schriftelijk*. – De EU is wereldleider op het gebied van vrouwenrechten. Toch mogen we niet denken dat de strijd gestreden is. Onderzoek toont aan dat we nog maar halfweg zijn qua gendergelijkheid en bovendien dat er maar traag vooruitgang wordt geboekt.

Op 14 maart werd de Dag voor gelijke beloning “gevierd”. Vrouwen verdienen in België gemiddeld nog steeds 20 % minder dan mannen. Zij moeten dus tien jaar eerder beginnen te werken om hetzelfde loon te krijgen. Maar ook de pensioenkloof blijft onaanvaardbaar groot. Veel vrouwen werken onvrijwillig deeltijds door genderstereotype verwachtingen of omdat zij in preciaire statuten werken.

Dit aanpakken is essentieel op weg naar gendergelijkheid. Het uitbreiden van vaderschapsverlof en ouderschapsverlof én het stimuleren dat vaders hier meer gebruik van maken, is nodig om tot een meer gelijke verdeling van de zorgtaken in het gezin te komen. Hier is ook een belangrijke rol weggelegd voor werkgevers. Zij moeten een bedrijfscultuur creëren die vaders niet weerhoudt hun recht op ouderschapsverlof op te nemen.

Gendergelijkheid bevorderen gaat tot slot ook over het bestrijden van genderstereotypen in de hele samenleving en dit van jongs af aan. Zo zijn er in schoolboeken of voorleesboekjes bijvoorbeeld nog veel genderstereotypen te vinden. Hier moeten we een eind aan maken.

14. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

15. Folgen von Massendaten für die Grundrechte (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Ana Gomes über die Folgen von Massendaten für die Grundrechte: Privatsphäre, Datenschutz, Nichtdiskriminierung, Sicherheit und Rechtsdurchsetzung (2016/2225(INI)) (A8-0044/2017).

Ana Gomes, relatora. – Senhor Presidente, o Parlamento Europeu vai votar o relatório que redigi sobre as implicações dos grandes volumes de dados, ou «big data», nos direitos fundamentais: privacidade, proteção de dados, não discriminação, segurança e aplicação da lei. Agradeço a contribuição de todos os relatores-sombra, funcionários, assistentes e peritos que colaboraram na redação deste relatório.

Reconhecemos que a revolução dos dados aí está, impulsionada pelo progresso das tecnologias da comunicação e pela omnipresença de dispositivos eletrónicos que permitem o armazenamento de dados sobre as nossas vidas, recolhidos em massa, em constante crescimento e usados sem controlo por entidades públicas e privadas.

Como ainda ontem alertava o cientista Tim Berners-Lee, os riscos mais prementes associados ao processamento em massa de dados e à tomada de decisões por algoritmos são muitos e incluem violações de segurança, acesso não autorizado, vigilância ilegal, discriminação e diferenciação de preços, assim como tomadas de decisões e adoção de políticas públicas com base em dados erróneos pouco representativos.

Propomos, por isso, soluções: investimento na literacia digital, criação de padrões de ética e transparência na utilização de algoritmos, cooperação entre os setores público, privado e não governamental, aposta em tecnologias que privilegiem a privacidade e a segurança dos dados, mecanismos de proteção de contas e de compensação, para referir apenas algumas.

Mais premente que nunca é também a proteção de fontes fidedignas e rigorosas de informação, numa altura em que algoritmos têm um impacto cada vez maior na informação disponibilizada aos cidadãos, o que pode perverter, pôr em perigo, os direitos fundamentais à informação, bem como a liberdade dos meios de comunicação social e o pluralismo.

Temos, na União Europeia, o quadro legal mais avançado do mundo no que respeita à proteção de dados e à privacidade, plasmado no Regulamento Geral para a proteção de dados – um padrão de certeza jurídica, que é benéfico e é útil ao setor privado na União Europeia e globalmente. Tudo depende agora da seriedade com que levamos a sua aplicação e o seu cumprimento.

Este relatório dá o contributo do Parlamento e aponta um caminho de equilíbrio entre os interesses e os direitos fundamentais dos cidadãos e as necessidades das empresas. O debate público e jurídico certamente vai prosseguir.

Catch-the-eye-Verfahren

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán predsedajúci. Po nedávnych amerických voľbách sa objavila séria článkov upozorňujúcich na riziká, ktoré pre demokratický proces predstavuje technologický pokrok v oblasti spracovania veľkých dát. Kritickými prvkami tohto ohrozenia je masové rozšírenie smartfónov a ním podporovaný rast angažovanosti ľudí na sociálnych sieťach na internete.

Dáta zdieľané cez sociálne siete na internete umožňujú vytváranie stále presnejších osobnostných profilov jednotlivých občanov. Výsledkom je stieranie hranice medzi poskytovaním informácie a cílenou manipulatívnou propagandou.

Je preto najvyšší čas hovoriť o týchto rizikách a hľadať aj legislatívne nástroje, ktoré by zvýšili ochranu európskych občanov pred virtuálnymi aj skutočnými ohrozeniami.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le opportunità offerte dai *big data* trovano fondamento solo previa tutela dei diritti fondamentali, della conformità alla legislazione sulla produzione dei dati e della certezza del diritto. Questi principi hanno informato numerose mie interrogazioni, con le quali ho chiesto innanzitutto la tutela dei diritti fondamentali nei servizi pubblici e dei disabili e di ridurre le disparità di trattamento.

A mio avviso già un anno fa le sfide qui al Parlamento europeo correvano su tre direttrici fondamentali: primo, gli interrogativi etici e morali connessi alla scienza medica per l'utilizzo dei *big data* con consapevolezza e cautela, posto che sia in grado di creare intelligenza artificiale e applicata alle neuroscienze. Secondo, la regolamentazione del flusso connessa all'utilizzo dei *device* che sfruttano i *big data* con aspetti di privacy realmente a rischio. Terzo, la *security* contro il sarebbe i *cyber crime*, che gioca sulla poco chiara distinzione tra dati sensibili e non e fa sponda sulla non intenzionalità del rilascio dei dati.

Approvo quindi la relazione che esprime uno stato di grande prudenza e cautela.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι προοπτικές και ευκαιρίες που προσφέρουν τα μαζικά δεδομένα μπορούν να αξιοποιηθούν πλήρως από τους πολίτες, τις εταιρείες, τις κυβερνήσεις και τα θεσμικά όργανα, μόνο υπό την προϋπόθεση ότι η εμπιστοσύνη των πολιτών στις εν λόγω τεχνολογίες διασφαλίζεται μέσω του αυστηρού σεβασμού των θεμελιωδών δικαιωμάτων και της ασφάλειας δικαίου για όλους τους συμμετέχοντες φορείς. Η ελευθερία πρέπει να μην υποτάσσεται στο κέρδος των επιχειρήσεων, να μην υποτάσσεται στον βωμό των ασφαλιστικών εταιρειών, να μην υποτάσσεται στα συμφέροντα των τραπεζών.

Βλέπουμε ότι οι εταιρείες κατέχουν δεδομένα καταναλωτών και τα αξιοποιούν για κερδοσκοπία. Μερικές εταιρείες δημιουργούν προφίλ καταναλωτή, προφίλ δανειολήπτη, προφίλ ασφαλισμένου, προφίλ εργαζομένου. Η διαφάνεια, η αντικειμενικότητα και η λογοδοσία αλλά και ο έλεγχος των δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα αποτελούν βασικές αξίες από τις οποίες απορρέουν συγκεκριμένα δικαιώματα και υποχρεώσεις. Η προστασία προσωπικών πληροφοριών αποτελεί θεμελιώδες δικαίωμα και οποιαδήποτε επεξεργασία προσωπικών δεδομένων απαγορεύεται...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Herr Präsident! Big Data bringt uns viele Vorteile, aber es muss ebenso klar sein, dass eine große Masse an Daten eben auch viele personenbezogene Daten bedeuten kann und dass in diesen Fällen immer klar ist: Der Datenschutz muss beachtet werden, auch wenn es um Big-Data-Anwendungen geht. Da haben wir mit der Datenschutzgrundverordnung klare Linien festgelegt. Und auf diesem Weg müssen wir weitergehen, denn das ist die Voraussetzung für Vertrauen in solche neue Anwendungen.

Gleiches brauchen wir auch bei der Sicherheit. Es muss klar sein, dass, wenn solche Anwendungen entworfen und auf den Markt gebracht werden, dort auch Haftungsregeln gelten, etwa für Sicherheitslücken, die auftreten. Und es muss am Ende auch Grenzen geben. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel bei der Polizei allein ein Big-Data-Algorithmus bestimmt, ob ich ein Verdächtiger bin oder nicht. Wir können nicht Personen und ihre Handlungen vorhersehen, sondern wir können einschätzen, wie zum Beispiel Örtlichkeiten sich gestalten oder wie bestimmte Vorgänge vonstattengehen, aber nicht Personen.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, ce rapport ne me satisfait pas. La protection des données, cela voudrait dire que la donnée appartient à celui qui l'émet. Cela veut dire sortir du modèle économique actuel, dans lequel la donnée est exploitée et celui qui la fournit n'est pas associé aux résultats et ne contrôle pas son processus.

Il faut aussi localiser la donnée en Europe – vous ne l'avez pas précisé –, sinon la donnée ne nous appartient plus, selon les règles que l'Amérique s'est données. Il faut maîtriser la chaîne du *software* et du *hardware*, parce que, sinon, la donnée nous échappera également par la technologie.

Enfin, vous ne parlez pas des données des entreprises, du pillage qui est fait, y compris dans tout ce qui concerne l'*open science*. Ce rapport n'est donc pas satisfaisant.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ραγδαία εξέλιξη της τεχνολογίας των επικοινωνιών και η εκτεταμένη χρησιμοποίηση ηλεκτρονικών συσκευών παρέχουν τη δυνατότητα σε διάφορους φορείς να συλλέγουν και να επεξεργάζονται προσωπικά δεδομένα, πράγμα που κάνουν χωρίς τη συγκατάθεση των ενδιαφερομένων. Άλλωστε είναι πρόσφατες οι αποκάλυψεις, που προήλθαν μέσω διαρροής από τα Wikileaks, των μεθόδων που χρησιμοποίησε η CIA για να συλλέγει πληροφορίες. Ουδείς έχει το δικαίωμα να παραβιάζει την προσωπική ζωή κάποιου ατόμου και να συλλέγει στοιχεία τα οποία θα χρησιμοποιήσει εις βάρος του είτε για να το εκβιάσει, είτε για να ασκήσει βία, είτε, ακόμη περισσότερο, για να τα δώσει σε διάφορες πολυεθνικές εταιρείες, συμβάλλοντας έτσι στην καθιέρωση μονοπωλίων. Αυτό είναι ένα απαράδεκτο φαινόμενο. Πρέπει να το αντιμετωπίσει η Ευρωπαϊκή Ένωση και πρέπει να προστατευθούν τα δικαιώματα των πολιτών των χωρών της Ευρώπης.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, the positive effects and the opportunities brought by data analytics are already visible in areas where there is energy efficiency, fight against climate change, transport or health care. It can help optimise businesses, improve public services and enhance the quality of our lives.

When browsing or making online purchases, most people are not aware to whom they give away their data. No wonder that according to Eurostat, 81% of Europeans are concerned about the control of information they provide about themselves. As is the case with every new technology, the effects of big data analytics depends on the purpose it is put to serve. In order to maintain trust, it is essential to make sure that it is not misused, for example to deny health insurance or bank loans for certain categories of people based on their online search history.

As the report clearly points out, it is up to us to guarantee transparency, due process and legal certainty in the processing of personal data.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, economia bazată pe date a Uniunii Europene a fost estimată la aproape trei sute de miliarde de euro. Ea poate să ajute la crearea a peste șapte milioane de locuri de muncă până în 2020, dacă ritmul de peste 5% a creșterii anuale se va menține și pe viitor. De aceea, este important să ne ajustăm politicile în așa fel încât să asigurăm echilibrul între nevoia de dezvoltare a acestui sector, pe de o parte, și protecția datelor utilizatorilor, pe de altă parte. În acest sens, gestiunea megadatelor trebuie corelată cu cele cinci drepturi fundamentale reliefate în acest raport: dreptul la viața privată, protecția datelor, principiile nediscriminării, securitatea și impunerea respectării legii.

Dezvoltarea sectorului nu trebuie, însă, împiedicată din cauza abuzurilor comise de anumite persoane, companii sau instituții, iar dacă aceste situații se produc, ele trebuie aspru pedepsite, conform unui set de reguli comune la nivel european. Totuși, trebuie ca și în acest domeniu să domine prezumția de nevinovăție pentru cei care prelucrează datele. De aceea, soluția cea mai bună rămâne să investim în educația digitală și a gestiunii datelor de la o vârstă cât mai fragedă.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, today's debate on big data and its fundamental rights implications, in particular on data protection, non-discrimination and law enforcement is very timely and important. I would like to thank the rapporteur, Ms Gomes, and the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs for having dedicated their time and energy to this topic.

We are facing a new technological revolution driven by big data, artificial intelligence and robotics. Big data and artificial intelligence holds huge potential for our strong industrial base and for the public sector and can help solve societal challenges, whether it is better health care, combating climate change and protecting the environment, more efficient transport, agricultural productivity – and the list can go on.

As with any major technological development, there are significant challenges that we must deal with. I fully share the focus of the Parliament on the need to ensure trust. Big data needs a high level of personal data protection and strong security. In this regard the EU data protection reform the Parliament and Council adopted last year sets the highest data protection standards in the world. For example, the regulation reinforces the tools allowing people to keep control over the use of their personal data. It will be easier for citizens to obtain the rectification or deletion of personal data. The regulation also introduces the right to portability and clarifies the notions of consent, profiling and transparency. Data protection by design and data protection by default become essential principles. This helps businesses to develop new methods for security and protection of personal data.

For the use of big data analytics, anonymisation and pseudonymisation are very important. The General Data Protection Regulation promotes the use of such measures, rendering impossible the identification of the individual and disguising the identity of the person while keeping the data retraceable. Data security measures such as encryption are also a useful tool to adequately protect personal data.

As regards law enforcement, the data protection police directive stresses that where decisions with legal effects are taken on individuals, they are given the right to obtain human intervention. The principles of data processing, such as purpose limitation, no excessive collection, data security must be fully respected. In order to ensure that the legal framework is properly applied from its entry into application in May 2018, the Commission's focus is to work with Member States – with the data protection authorities as well as with businesses and civil society – to ensure that the rules are well understood and that they will be applied in a uniform way all over the European Union. We will also develop awareness-raising activities for citizens. The new rules also require that an appropriate level of security for personal data processing is ensured, depending on the risks and type of processing. And this is also a fundamental data protection principle.

Overall, cyber security is also important to ensure confidence, and the EU Network and Information Security Directive is also due for implementation next year. Furthermore, the Commission looks forward to the discussions and adoption of the e-privacy Regulation, which will increase trust in electronic communications services – trust and protection, which must go hand in hand.

Finally, the Commission is currently looking at how to ensure the free flow of non-personal data across sectors and across borders within the EU. The Communication entitled Building a European Data Economy was adopted on 10 January this year, and an online public consultation has been launched and is running until 26 April. In the near future, most economic activity will depend on data, but if data cannot move freely, our growth potential is limited. The Communication looks at unjustified data location restrictions, access to data and how more data can become available for use and reuse. The more we have data availability and the more data is used, the better the data economy will develop. It is clear that alongside an adequate legal framework it is essential to take into consideration the ethical dimension of such activities. This is a shared concern across the world, and as politicians we have to remain vigilant on all these aspects.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Dienstag, 14. März 2017, statt.

16. Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Stefan Eck über Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen (2016/2077(INI)) (A8-0011/2017).

Stefan Eck, Berichterstatter. – Herr Präsident! Kaninchen rangieren zahlenmäßig auf Platz zwei der am meisten gezüchteten Nutztiere in der EU. Der Sektor erwirtschaftet aber nur 1,1 % der gesamten europäischen Fleischproduktion. Doch auch für Nischenprodukte brauchen wir verbindliche Regelungen, insbesondere dann, wenn das Tierwohl und die Lebensmittelsicherheit tangiert werden. Die EFSA hat 2005 darauf hingewiesen, dass die Mortalität und Krankheitsrate von Mastkaninchen deutlich höher ist als bei allen anderen Nutztierarten – insbesondere durch die nicht artgerechten Batteriekäfige, die den natürlichen Bedürfnissen dieser Tiere nicht genügen. Aus diesem Grund ist auch der Einsatz von Antibiotika in hohen Dosen die Regel. Was dies hinsichtlich der Antibiotikaresistenz bedeutet, brauche ich nicht näher zu erläutern.

Es gibt Rechtsvorschriften, die Mindestnormen für den Schutz von Schweinen, Kälbern, Legehennen und Masthühnern vorsehen. Aber es gibt keine einzige Rechtsvorschrift über Mindestnormen für den Schutz von Kaninchen. Darüber hinaus ist in den letzten Jahren ein stetiger Nachfragerückgang für Kaninchenfleisch zu verzeichnen und das nicht ohne Grund. Die Verbraucher verlangen höhere Tierschutzstandards, was auch der Eurobarometer 442 über die Einstellung der Europäer zum Tierschutz sehr deutlich gemacht hat. Die Verbraucher wollen mehr Lebensmittelsicherheit, und sie wollen qualitativ hochwertige Produkte. Immer mehr Verbraucher boykottieren Kaninchenfleisch, weil bekannt geworden ist, unter welchen tierquälerischen Bedingungen Kaninchen gehalten werden. Nicht umsonst haben letztes Jahr weit mehr als 600 000 Tierfreunde aus ganz Europa bei der Kommission und dem Rat eine Petition für ein Verbot der Batteriekäfige eingereicht.

Mit dem Initiativbericht habe ich folgende Ziele verfolgt: Erstens den Binnenmarkt zu harmonisieren und den Wünschen der Verbraucher nach sicheren Lebensmitteln und mehr Tierschutz zu folgen, insbesondere durch einen schrittweisen Ausstieg aus der Batteriekäfighaltung ohne dabei die Interessen der Branche zu vernachlässigen, zweitens das extreme Leiden dieser Tierart durch die Einführung von Tierschutznormen zu verringern; drittens die Öffentlichkeit auf die tierquälerischen Zustände in Kaninchenmastbetrieben aufmerksam zu machen.

Das letzte Ziel wurde bereits erreicht. Die Medien haben das Thema aufgegriffen und beabsichtigen, über die untragbaren Zustände zu berichten. Dabei wird natürlich auch der vorliegende Initiativbericht im Fokus stehen.

Es ist doch eine Frage der Glaubwürdigkeit dieses Parlaments, wenn man ein Verbot für die Batteriekäfige für Legehennen beschließt, aber – wie die EVP – alles daran setzt, dass für Kaninchen diese Haltungsmethode auf unabsehbare Zeit beibehalten wird. Man muss schon sehr realitätsfern sein, wenn man nicht erkennt, dass mein Initiativbericht dem Anspruch auf sichere Lebensmittel, der Verbesserung von Tierschutzstandards und der prekären Situation der Züchter gerecht wird. Aber wie reagiert die EVP? Sie hat letzte Woche einen alternativen Entschließungsantrag auf den Weg gebracht, um eine Rechtsvorschrift für einen schrittweisen Ausstieg aus der Batteriekäfighaltung unter allen Umständen zu vereiteln – und das im Wahljahr 2017!

Was ist von der europäischen Landwirtschaft- und Tierschutzpolitik zu halten, in der eine Tierart gezielt vergessen wird und diese Tiere unermesslich leiden müssen, weil es keine Gesetzgebung gibt? Tierschutz darf nicht zu einem bloßen Lippenbekenntnis verkommen?

Wenn wir am Morgen über den Bericht abstimmen, sollten wir bedenken, dass es ein fatales Zeichen wäre, wenn das Europäische Parlament in einer Zeit des immer lauter werdenden Vorwurfs der Bürgerferne die Wünsche der Verbraucher und die Bitten der Tierfreunde einfach außer Acht lassen würde. Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU und die 330 Millionen Kaninchen und die Kaninchenzüchter morgen auf eine Mehrheit in diesem Hause rechnen können. Beenden Sie das Käfigzeitalter für Kaninchen jetzt – es ist höchste Zeit!

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Eck, für Ihren sehr engagierten Beitrag. Ich bitte Sie trotzdem, in Erwägung zu ziehen, künftig bei Ansprachen im Parlament die Kopfbedeckung abzunehmen.

Catch-the-eye-Verfahren

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já se chci přihlásit k této zprávě a takto ji zde naplno podpořit, protože jsem rád, že Evropský parlament vedle ochrany lidských práv řeší také otázky ostatních živých druhů a řeší otázky životních podmínek zvířat. A jsem velmi rád, že zde řešíme otázky životních podmínek králíků.

Já chci obecně konstatovat, že jakýkoliv klecový chov pro jakýkoliv druh zvířat je velmi nehumánní a my bychom měli udělat maximum pro to, aby klecové chovy v Evropě skončily. Proto tuto zprávu podporuji a připadá mi logické, jak už bylo řečeno zpravodajem, že pokud jsme zakázali určité klecové chovy, např. u slepic, tak by něco obdobného mělo být i u králíků. Ostatně v mé zemi, v České republice, teď vedeme debatu o zákazu klecových chovů pro kožesinová zvířata, např. pro lišky a norky, a vyvolává to velké emoce a já bych velmi rád, kdyby i toto téma do budoucna bylo zde na půdě EP probíráno. Takže životní podmínky zvířat jsou důležitým tématem evropské civilizace a já to podporuji.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, penso che la Commissione, alla luce dell'elevato numero di conigli allevati e macellati nell'Unione europea e delle gravi implicazioni per il benessere animale dei sistemi di allevamento in uso, debba avanzare al più presto proposte legislative volte all'eliminazione progressiva delle gabbie in batteria in tutta l'Unione europea. Le malattie specifiche e l'alto tasso di mortalità dovuta alle spaventose condizioni in cui sono tenuti i conigli hanno spesso reso necessaria una massiccia e diffusa somministrazione preventiva di antibiotici, rendendo l'allevamento dei conigli, nella sua forma attuale, problematico anche per la salute umana.

Va vietato il sistematico uso di farmaci per compensare l'inadeguatezza delle condizioni ambientali e sanitarie degli allevamenti intensivi e vanno promossi altri tipi di allevamento dei conigli come i sistemi Park, l'allevamento a terra migliorato e l'allevamento biologico. Queste alternative all'allevamento intensivo in gabbia permetterebbero di assicurare il benessere degli animali ma anche di ridurre l'uso di antibiotici e la conseguente diffusione della resistenza antimicrobica.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, παρά το γεγονός ότι τα κουνέλια αποτελούν τον δεύτερο μεγαλύτερο πληθυσμό εκτρεφόμενων ζώων στην Ευρωπαϊκή Ένωση και σφάζονται πάνω από 340 εκατομμύρια κουνέλια ετησίως, η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν έχει ακόμα συγκεκριμένη νομοθεσία για τη θέσπιση κανόνων προστασίας των κουνελιών. Αυτή τη στιγμή σε αρκετά κράτη μέλη της Ένωσης τα κουνέλια εκτρέφονται υπό φρικτές συνθήκες, σε εκμεταλλεύσεις αναπαραγωγής και πάχυνσης, γεγονός το οποίο αντιτίθεται πλήρως στις απαιτήσεις για την καλή διαβίωση των ζώων. Ήδη από το 2005 έχει διαπιστωθεί ότι υπάρχουν υποβαθμισμένες συνθήκες διαβίωσης καθώς και υψηλά ποσοστά θνησιμότητας και νοσηρότητας μεταξύ των εκτρεφόμενων κουνελιών στην Ευρώπη σε αρκετά κονικλοτροφεία. Θα πρέπει επομένως προς το συμφέρον των κονικλοτρόφων και ολοκλήρου του κλάδου, αλλά και προς το συμφέρον των καταναλωτών, να τηρούνται στην κονικλοτροφία, σύμφωνα με το ευρωπαϊκό μοντέλο παραγωγής, τα υψηλότερα πρότυπα όσον αφορά την ασφάλεια των τροφίμων, την υγεία και την καλή διαβίωση των ζώων και τον σεβασμό του περιβάλλοντος.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, los conejos son, en Europa, la segunda especie animal más explotada, siendo España, junto con Francia e Italia, los países con mayor producción. En las granjas industriales viven vidas miserables, brutalmente cortas, enfermos, y son incapaces de expresar comportamientos propios de su especie. Considerando que la casi totalidad de estos animales están hacinados en espacios tan reducidos que no pueden saltar ni estirarse con normalidad, algunos países ya han tomado medidas al respecto, como puede ser, por ejemplo, Bélgica.

Por tanto, es hora, también, de que la Unión Europea se dote de una legislación propia a favor del bienestar de los conejos. Por ello, he presentado, junto con Stefan Eck, la enmienda para que haya una legislación europea en ese sentido, y llamo a todas y todos los eurodiputados a respaldarla, así como el informe. Decenas de miles de personas en Europa lo reclaman y millones de seres vivos lo necesitan. No más jaulas.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, έχει ήδη αναφερθεί ότι τα κουνέλια αποτελούν τον δεύτερο σε αριθμό πληθυσμού εκτρεφόμενων ζώων στην Ευρωπαϊκή Ένωση, παρ' όλα αυτά δεν υπάρχει νομοθεσία που να θεσπίζει κάποιους κανόνες για την προστασία τους. Έτσι, σε όλες τις χώρες σχεδόν της Ευρώπης τα κουνέλια εκτρέφονται κάτω από άθλιες συνθήκες, και αυτό, σε συνδυασμό με το γεγονός ότι προσβάλλονται από διάφορες ασθένειες και χρησιμοποιούνται αντιβιοτικά για να αντιμετωπιστούν οι ασθένειες αυτές, θέτει σε κίνδυνο την υγεία των καταναλωτών. Γι' αυτόν ακριβώς τον λόγο η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να στηρίξει την εισήγηση του εισηγητή, ο οποίος πολύ σωστά καταγγέλλει το γεγονός ότι τα κουνέλια εκτρέφονται μέσα σε κλωβούς —αυτό είναι απαράδεκτο— και πρέπει να εκτρέφονται σε περιβάλλον προστατευόμενο, συνθήκες δηλαδή προστατευόμενου πάρκου. Αυτό θα έχει συνέπεια και τα ζώα αυτά να μην υποφέρουν αλλά και να μην τίθεται σε κίνδυνο η υγεία των καταναλωτών.

Anna Záborská (PPE). – Vážení pán predseda, podobne ako všetci moji kolegovia aj ja som dostala za posledné dva týždne stovky mailov, v ktorých ma občania žiadajú o podporu zákazu chovu králikov v klietkach. Takýto prejav záujmu o prácu tohto Parlamentu ma veľmi teší.

No zároveň sa nemôžem ubrániť pocitu smútku. Nemáme problém určiť európske štandardy pre podmienky, v ktorých žijú králiky, sliepky alebo kone, no keď ide o podmienky, v ktorých žijú ľudia, zrazu nastane ticho.

Rada by som verila, že raz príde doba, keď budú mailové schránky poslancov Európskeho parlamentu zahltené žiadosťami o zavedenie minimálnych štandardov pre podmienky, v ktorých žijú občania Európskej únie. Viem, že je potrebné sa postarať o životné podmienky zvierat, ale na ľuďoch by nám malo záležať viac.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem byl stínovým zpravodajem této zprávy spolu s kolegou Eckem a chci říci za PPE, že mám za to, že jsme docílili minimální shody nad standardy právě v chovu králíků.

Myslím si, že tyto minimální standardy by neměly být všeobecným diktátem, ale měly by skutečně zahrnovat tu nejnižší úroveň, na které jsme se schopni napříč politickým spektrem shodnout. A zde jde o to, zdali mají být králíci chováni i v obohacených klecích nebo zda mají být chováni v jiných krutých podmínkách, to určitě ne. Já nechci podpořit to, aby králíci byli chováni způsobem, který skutečně naráží na jejich dobrou životní úroveň, na dobrou kvalitu jejich života, ale mám za to, že musíme podpořit rovnováhu mezi právy zemědělců, chovatelů a právě králíků. Myslím si, že v tomhle smyslu bylo v této zprávě učiněno zadost.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, first let me thank the rapporteur, Mr Eck, for his report on minimum standards for the protection of farm rabbits. The report provides a comprehensive overview of all dimensions of the welfare of farm rabbits.

Animal welfare forms an important part of the priorities of the Commissioner for Health and Food Safety. The report encourages the Commission to take a number of non-legislative actions such as drawing up a roadmap to include guidelines on good practices and a Commission recommendation relating to rabbit health, welfare and housing. The report also invites the Commission to use scientific evidence as the basis for proposing new measures for housing requirements, for breeding does and for rabbits reared for meat production.

I would remind the honourable Members that all farmed animal species, including rabbits, are protected by the rules of Directive 98/58 concerning the protection of animals kept for farming purposes. The directive requires that farmers take all responsible steps to ensure that animals under their care are not caused unnecessary pain, suffering or injury. In addition, in 2005 the European Food Safety Authority published an opinion on the impact of the current housing and husbandry systems on the health and welfare of farmed domestic rabbits. This opinion provides Member States and farmers with data on aspects of farming systems which may put the welfare of the rabbits at risk. The rules of the directive should be seen in conjunction with this opinion.

Rabbit production in the EU is essentially concentrated in a few Member States mainly Italy, Spain and France. Against this background and in line with the principles of subsidiarity and proportionality, the Commission takes the view that the Member States involved are better placed to address the relevant issues concerning rabbit production. As honourable Members will know, Member States are primarily responsible for the implementation of EU legislation. Better enforcement of the EU animal welfare legislation is one of the key priorities for animal welfare, and the Commission has invested substantial resources in pursuit of this aim. This priority is particularly relevant because we continue to see a widespread lack of compliance regarding animal welfare rules across many Member States.

In consideration of this analysis and given its limited resources, the Commission does not consider it appropriate to propose an initiative on the welfare of farm rabbits. However, the Commission remains open to considering the topic within the framework of the newly established European Animal Welfare Platform, provided there is sufficient commitment among the stakeholders to make progress in this area.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Dienstag, 14. März 2017, statt.

Skriftlige erklæringer (artikel 162)

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le Parlement va se prononcer l'opportunité de fixer des normes minimales, notamment via une législation européenne, pour la protection des lapins d'élevage et la disparition graduelle des cages conventionnelles. Alors que le secteur cunicole fait face en Europe à une crise structurelle, avec la baisse tendancielle des prix, le rapport de Stefan ECK fait la promotion d'une agriculture de niche et de modèles d'élevage alternatif qui n'ont malheureusement pas encore fait leurs preuves, notamment en termes de santé et d'hygiène animale.

Le risque est de faire disparaître notre production en Europe et de dépendre exclusivement des importations chinoises dont les standards ne sont pas nécessairement les nôtres.

Face un rapport très idéologique, comportant des erreurs factuelles et peu équilibré, je propose que le groupe PPE dépose une résolution alternative. Cette résolution est ambitieuse et basée sur le rapport de l'EFSA, les positions des parties prenantes et les choix nationaux.

En outre, considérant le poids de la production cunicole en Europe (4 pays membres et 1,1% de la production de viande) et la très grande divergence d'approche entre les États, une législation européenne n'apporterait aucune valeur ajoutée en vertu des principes de subsidiarité et de proportionnalité.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Dans une enquête menée l'été 2014 dans seize élevages de lapins répartis dans cinq États membres, l'ONGI «CIWF France» a souligné les conditions d'existence désastreuses des 340 millions de lapins élevés dans l'Union européenne. Confinés dans des cages grillagées de la taille d'une feuille A4, générant un stress intense chez l'animal, les lapins seraient les animaux d'élevage les plus exposés aux antibiotiques.

Le texte objet du débat vise donc à l'abandon progressif de l'élevage en batterie. Il remédie à un vide juridique: en effet, l'élevage de lapins est régi par la directive 98/58/CE du 20 juillet 1998, mais ne fait l'objet d'aucun texte spécifique, à l'inverse des porcs, des veaux, des poules pondeuses ou des poulets de chair. Je salue la prise en compte de la situation matérielle des éleveurs.

Ainsi, aux termes de ce texte, un soutien financier pourra leur être accordé sur les fonds européens du volet développement rural afin de faciliter la transition vers un nouveau mode d'élevage, remplaçant, notamment, l'élevage en batterie par l'élevage en enclos. La Commission devra, en particulier, assurer la promotion de la consommation de viande de lapin, dont l'Union européenne est le deuxième producteur mondial.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Kaninchen sind in der EU die zweithäufigste gezüchtete Nutztierart, die aber nur 1,1 % der gesamten Fleischproduktion in der EU darstellt. Gegenwärtig gibt es noch keine spezifische Rechtsvorschrift über Mindestnormen für den Schutz von Kaninchen. Österreich hat schon 2012 bessere Rahmenbedingungen für die Tiere geschaffen, indem es zum Beispiel Batteriekäfige aus den Produktionen verbannt hat. Diese Vorreiterrolle wird auch in dem Bericht für Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen ausdrücklich betont. Eine EU-weite Rechtsvorschrift, die sowohl den Tieren, den Landwirten, aber auch dem Konsumenten entgegenkommt, ist aus unserer Perspektive zu befürworten. Die Abschaffung der Batteriekäfige und der damit verbundene würdige Umgang mit den Tieren, ein kürzerer und angenehmerer Transport sowie eine Schlachtung unter Narkose unter möglichst geringer Stresswirkung sind jene Punkte, die uns aus Tierschutzgründen besonders am Herzen lagen und die durch den Bericht auch erfüllt wurden.

Den Konsumenten kommt der Bericht zu Gute, da zum einen der Bedarf an Antibiotika durch einen Umstieg von der Käfigzucht auf Gehegesysteme zurückgehen würde. Zum anderen spielt auch das Gewissen des Konsumenten eine Rolle, z. B. Kaninchenfleisch aus einer tierfreundlichen oder tierwürdigen Zucht zu kaufen. Den Landwirten soll wiederum durch die Umstellung und den möglichen Mehrkostenaufwand auch eine dementsprechende Entschädigung zugesprochen werden.

17. Verantwortliche Haltung und Pflege von Equiden (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Julie Girling über die verantwortliche Haltung und Pflege von Equiden (2016/2078(INI)) (A8-0014/2017).

Julie Girling, *rapporteur*. – Mr President, throughout European history the bond between equidae and humankind has occupied a very unique position within our societies. As many of you know, equidae have and still do play a vital role in many EU Member States. Sometimes this is out of necessity, as forms of transportation and agricultural assistance, but other newer roles have also emerged such as in research, therapy and rehabilitation. For example, in Bristol, in my constituency in the UK, Spiritus Equis offers equine-assisted therapy to help young people with substance misuse and offending behaviour. Equidae – horses in particular – are also prominent in the betting and sporting world, and for many owners, myself included, equidae are kept for leisure and more recreational purposes.

Through such versatility, equidae have come to possess vast economic potential. Today the equine sector adds over EUR 100 billion to the EU's economy each year and is a leading rural employer in many EU Member States. However, despite the varied roles, close relationship and at times dependency we share with these animals, in too many cases equidae are faced with a number of severe welfare concerns that serve to adversely impact the entire sector. Such concerns include neglect, overwork and inappropriate living conditions. These problems can be found across the breadth of the equid sector and occur due to a multitude of reasons: ignorance, lack of education, over-breeding and economic hardship.

Europe's citizens want to see more action on animal welfare. With this report I believe that we have a golden opportunity to not only substantially improve the lives of the seven million equidae currently living within the EU, but also by better caring for these animals we have a chance to unlock the full economic potential of this sector and provide a much-needed boost to the rural economy. It is a win-win for all involved.

I would like to emphasise at this point that this report does not intend to call for additional legislation but rather to improve existing provisions, particularly their enforcement. In fact, equidae are broadly covered by a number of legislative acts pertaining to their health and welfare, and whilst better implementation and enforcement of existing law would help remedy some of these problems, it is not clear within the scope of the existing treaties where added European legislation could, or should, add value. Rather, I firmly believe – and this is a belief that fundamentally shapes the nature of this report – that value can be added by tackling ignorance and by encouraging and facilitating the spread of best practice and good guidance. This will provide both commercial and recreational equidae owners with the tools and knowledge to better meet the needs of their animals. For example, knowledge transfer schemes as we see in Ireland are one tool Member States could utilise to share best practices, as well as business models and to foster innovation and new ideas. This is especially important in light of the added emphasis on the need – and, in fact, urgency – to become more environmentally-friendly, a development that the equid sector is not immune to. Such schemes could therefore safeguard the welfare needs of equidae while, at the same time, ensure businesses are viable and are able to adapt to changes in regulation elsewhere.

The development of animal welfare indicators will provide the guidance needed to make compliance and consistent enforcement more achievable. An increased number of educational resources will tackle ignorance and thereby correct the current lack of understanding surrounding the care and ownership of equidae. The establishment of animal welfare reference centres will provide a much-needed avenue for the dissemination of guidance. A commitment from the Commission to the development of a European charter for sustainable and responsible tourism would also be hugely beneficial. Tourists would be empowered to make choices, which will not only reward those enterprises which properly care for their equidae but will also inform and provide peace of mind.

I would like to take this opportunity to thank the shadow for all their support and constructive contributions and to thank Eurogroup for Animals who have been a valuable source of information throughout the process.

Catch-the-eye-Verfahren

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl poděkovat paní zpravodajce za její zprávu, sami doma chováme pět koní, takže tato zvířata jsou mi velmi milá. Musím říci, že o jejich dobré životní podmínky chci skutečně pečovat spolu ostatně s vámi, předpokládám. Ale chci rovněž vyzdvihnout, že paní zpravodajka řekla, že při chovu koní se neocitáme v žádném právním vakuu. Zde existuje právní základ, který právě i pro chov koní lze využít. V tomto smyslu se tato zpráva jednoznačně odlišuje od té, kterou jsme probírali v předchozím bodě, to jest o volání po nové legislativě u chovu králíků. Já bych chtěl říci, že vnímám v té zprávě rovněž silné momenty, a to je např. podpora venkovské ekonomiky právě z chovu těchto zvířat, protože jak v oblasti turismu, cestovního ruchu lze chov těchto zvířat velmi využít. Paní zpravodajka se dotkla i problematické oblasti, a to je např. přeprava těchto zvířat. Myslím si, že ta zpráva je výborná a já ji rád podpořím.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto mi complimento con la collega Girling per l'ottima relazione. Io tratterò un aspetto un po' diverso rispetto a quello del benessere degli animali, che già è stato ben relazionato: la questione dell'etichettatura e della tracciabilità, che è fondamentale anche per la carne da cavallo.

Nonostante la carne equina sia considerata di particolare pregio, in alcuni paesi è venduta a prezzi molto inferiore a quella bovina, determinando condizioni favorevoli per frodi a danno dei consumatori europei. Analogo discorso si può fare anche per il latte equino; spesso le condizioni delle aziende in cui si produce latte equino variano enormemente e i livelli di controllo non sono assolutamente paragonabili a quelli delle aziende di produzione di altro tipo di latte. Per di più le norme che regolano il trattamento del latte equino sono poco chiare e non esistono standard comuni nell'Unione per le ispezioni e per la supervisione.

Non dobbiamo dimenticare lo scandalo della carne equina e altri casi di frodi alimentari che abbiamo già registrato. Per migliorare la trasparenza e la sicurezza in tutte le fasi della catena alimentare, è essenziale richiedere che l'indicazione...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, δεδομένου ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση αποτελεί τη μεγαλύτερη αγορά για τον κλάδο των ιππικών αθλημάτων παγκοσμίως και δεδομένου ότι τα ιπποειδή είναι τα ζώα που μεταφέρονται περισσότερο στην Ευρώπη κατ' αναλογία προς τον πληθυσμό τους, είναι αναγκαίο η Ένωση να θεσπίσει κανόνες για την προστασία τους. Άλλωστε ο Παγκόσμιος Οργανισμός για την Υγεία των Ζώων εξέδωσε ήδη κατευθυντήριες γραμμές σχετικά με τα ιπποειδή τον Μάιο του 2016. Επομένως είναι αναγκαία η δημιουργία κέντρων αναφοράς για την καλή διαβίωση των ζώων με στόχο τη βελτίωση των ποσοστών συμμόρφωσης και τη συνεπή επιβολή της νομοθεσίας καθώς και η διάδοση πληροφοριών και βέλτιστων πρακτικών σχετικά με την καλή διαβίωση των ζώων και συγκεκριμένα των ιπποειδών. Επιπλέον, οι ιδιοκτήτες ιπποειδών θα πρέπει να διαθέτουν ένα ελάχιστο επίπεδο γνώσεων σχετικά με τη ζωοτεχνία ιπποειδών, ενώ παράλληλα η ιδιοκτησία συνεπάγεται προσωπική ευθύνη όσον αφορά το επίπεδο υγείας και καλής διαβίωσης των ζώων που έχουν στη φροντίδα τους.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, I wish to thank the Committee on Agriculture and Rural Development, and in particular its chairman, Mr Siekierski, and the rapporteur, Mrs Girling, for the report on responsible ownership and care of equidae.

This report provides an overview of the role of equidae, mainly horses, in today's society and the importance of the equid sector in the EU economy. The Commission agrees with the authors of the report that the risk to equine welfare needs to be effectively and specifically addressed by Member States, relevant organisations and, of course, keepers of horses and other equidae. The existing animal welfare legislation concerning the keeping, transport and slaughter of animals provides a solid base for Member States to protect the welfare of horses. The Commission for its part will continue to audit the systems in place in Member States to protect the welfare of animals and will act on its findings as and when necessary.

As the honourable Members will know, last year saw the adoption of the Animal Health Law, a milestone in the development of EU animal health legislation, which provides for the responsible ownership of animals and requires keepers of animals to have a minimum knowledge of animal health and welfare. With the adoption of the regulation on animal breeding, specific measures have also been introduced, including for the preservation of the genetic diversity in livestock and equidae.

I must also mention the proposal for a regulation on official controls, which we hope to conclude during this week's plenary. The implementation of this new regulation will provide an opportunity to review the rules on traces and the collection and publication of data on the movements of animals and their products. In addition, a crucial role will be played by the future animal welfare reference centres. The discussion on end-of-life horses and imports of horsemeat from non-EU countries was also very important. In this context, I would remind the honourable Members of the ongoing negotiation on the Commission's proposal on veterinary medicinal products, which is the suitable forum to address the relevant recommendations of the report as regards the administration of veterinary medicinal products to horses.

As rightly pointed out in the report, guidance and education are variable supplements to legislation. In this regard, the Commission actively promotes the exchange of best practices, in particular in the field of animal welfare, and has engaged in an enhanced stakeholder dialogue on relevant welfare issues. The recommended preparation of guidelines on good practices in the equine sector can be considered after the legal framework has been established. However, given the wealth of available advice for keepers of horses and other equidae in almost all Member States, I would say that the EU added value of having such guidelines is not so apparent. Let me be clear: the rising number of cases of compromised equine welfare is primarily caused by economics-related choices rather than a lack of accessible information.

As regards the international dimension of the report, the Commission would refer to various international agreements to which the EU and the Member States are party, such as the WTO Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures. Meeting our international obligations should not prevent us from adopting higher standards where necessary to protect animal and public health and animal welfare, but such higher standards should, first and foremost, be applied within Member States. The Commission will continue to actively promote EU and international animal welfare standards in third countries.

Overall, I consider the report to be a balanced overview of the current challenges of the equid sector and note that most of the recommendations to the Commission have already been broadly addressed and will be followed up, together with Member States, relevant organisations and the equid sector. This report will no doubt assist the Commission, Member States and relevant organisations to keep a focus on equine health and welfare.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Dienstag, 14. März 2017, statt.

18. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 163 GO).

György Hölvényi (PPE). – Elnök úr! Tisztelt Képviselőtársaim! Végre jó hír a vallásüldözés elleni küzdelemben: Petr Jasek cseh misszionárius egy év fogság után kiszabadult a szudáni börtönből. A cseh diplomácia és az emberi jogokért kiálló emberek sikere – gratulálunk hozzá. Szudánban az Open Doors emberi jogi szervezet felmérése szerint szélsőséges fókú a keresztényüldözés. Az ország az üldöztetési világrangsor ötödik helyén áll. Szudán jogrendje sharián alapul. A hitehagyókat halálbüntetéssel sújtják, templomok nem épülhetnek. A fenyegetettség miatt milliók menekülnek a szomszédos országokba, emiatt európai ügygé is vált az ő elnyomatásuk. Ez a sikeres akció mégis komoly bátorítást jelent számunkra. A paranoiás diktatúrákkal is fel lehet venni a harcot, fel is kell venni!

Európának gazdasági nagyhatalomként kell viselkednie! A szenvedő keresztények hazájuk történelméhez tartoznak az egész világon. A mi felelőségünk itt, Európában, hogy szülőföldjükön élhessenek és a jövőben is.

Emilian Pavel (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, așa cum am mai avut ocazia să spun în fața dumneavoastră și cum voi mai avea astfel ocazia să spun, eu cred că educația eficientă și pragmatică este una dintre soluțiile esențiale pentru problemele cu care Uniunea Europeană se confruntă. În opinia mea, Uniunea Europeană, în parteneriat cu statele membre, trebuie să depună mult mai multe eforturi pentru susținerea unei educații de calitate pentru tinerii europeni. Doar educația, stimați colegi, poate da tinerilor din Europa șanse și oportunități pentru o viață mai bună. Investițiile în educație, mai ales în era digitală, care obligă angajații să dobândească noi cunoștințe, reprezintă șansa Uniunii Europene de a deveni mai incluzivă, mai justă, mai deschisă, dar și mai eficientă pentru tinerii ei cetățeni. În același timp, educația este cea care va da Europei avantajul competitiv de care are atâta nevoie în prezent.

Iată de ce consider că, în primul rând, programele și fondurile europene care se concentrează asupra trainingului și educației vocaționale trebuie să fie, pentru noi toți, prioritare. Ele trebuie suplimentate și folosite eficient, iar, la rândul lor, statele membre au obligația de a sprijini educația mult mai mult decât o fac în prezent.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! Wszyscy z zaniepokojeniem obserwujemy wydarzenia polityczne w Turcji: łamanie praw człowieka, ograniczanie praw politycznych. Turcja z liberalnej demokracji zamienia się podobno w jawną dyktaturę. W Holandii natomiast kwitnie – jak nam się mówi – liberalna demokracja. Czy jednak liberalna demokracja może łamać prawo międzynarodowe, nie pozwalając ministrowi wejść do konsulatu swego państwa? Czy liberalna demokracja używa pałek, armatek wodnych i psów przeciwko pokojowym demonstrantom? Czy Holendrzy tureckiego pochodzenia mają mniej praw niż rodowici Holendrzy? Mnie do tej pory liberalizm i demokracja kojarzyły się z czymś innym, może dlatego że jestem Polakiem. Wzywam więc przewodniczącego Timmermansa, by w trybie nagłym rozpoczął sprawdzanie, czy nie doszło w Holandii do naruszenia wartości europejskich, czy nie narasta tam rasizm zagrażający praworządności.

Yana Toom (ALDE). – Mr President, the day before yesterday I was in Aleppo with some colleagues to learn more about the humanitarian situation on the ground. Let me share some thoughts with you.

First, the humanitarian situation in Aleppo is awful. About two million people, one-third of them children, have no access to clean water or medical services and they are facing environmental disaster. They are breathing high levels of concrete and rock dust. Many of them badly need psychological treatment.

Second, according to officials, religious leaders and ordinary civilians, the level of awareness of EU aid in the regime-controlled areas is zero.

Third, religious leaders of all denominations whom we met in Aleppo have confirmed that they are ready to be intermediaries in the distribution of EU humanitarian aid. We can trust them even if we do not trust Assad.

Colleagues, the civil war has caused a lot of misery. Europe should help civilians living in the territories under the regime's control. We should reopen the debate on the policy of sanctions, considering the difficult humanitarian situation in Syria. This is unavoidable if we really want to participate in the process of reconciliation.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η διαπραγμάτευση που βρίσκεται σε εξέλιξη μεταξύ της ελληνικής κυβέρνησης και των δανειστών σχετικά με τη δεύτερη αξιολόγηση του ελληνικού προγράμματος αποδεικνύει την αδυναμία των ευρωπαϊκών θεσμών να εγγυηθούν τα θεμελιώδη ανθρώπινα δικαιώματα, στα οποία υποτίθεται ότι στηρίζεται η Ένωση σύμφωνα με το άρθρο 2 της ιδρυτικής της Συνθήκης και σύμφωνα με τον Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Οι ευρωπαϊκοί θεσμοί παρατηρούν σχεδόν άφωνοι το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο να αξιώνει τη συνέχιση της κατεδάφισης των συλλογικών διαπραγματεύσεων, την παραπέρα αποδυνάμωση του απεργιακού δικαιώματος και την πλήρη «απελευθέρωση» των απολύσεων. Η απορρύθμιση όμως της αγοράς εργασίας και οι παραπέρα μειώσεις στο αφορολόγητο και στις συντάξεις δεν είναι πραγματικές μεταρρυθμίσεις, ούτε πρόκειται να διορθωθούν με αυτόν τον τρόπο οι υπαρκτές κατά τα άλλα αδυναμίες της ελληνικής οικονομίας. Η Ελλάδα χρειάζεται σοβαρό αναπτυξιακό σχεδιασμό και γενναία ελάφρυνση του χρέους της, προκειμένου να σταθεί όρθια στα πόδια της.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, hace poco, el eurodiputado Janusz Korwin-Mikke llenó esta Cámara de odio con un discurso discriminatorio, racista, misógino y cobarde, porque la voz del odio es la voz del miedo. Hoy yo quiero en el mismo escenario trasladar la voz valiente de un millón de ciudadanas y ciudadanos europeos que han firmado —que hemos firmado—, a través de la plataforma cívica Avaaz, una petición para que esta acción no quede impune.

Hoy tenemos la obligación de demostrar a la ciudadanía europea que nuestras instituciones defienden los valores de tolerancia, integración e igualdad sobre los que se asienta la Unión Europea. Por ello, pedimos una sanción contundente, así como explorar vías legales para impedir que este Parlamento sea un altavoz del odio y la discriminación.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prendo la parola per denunciare un'emergenza: è in corso una contaminazione ambientale gravissima ai danni dei cittadini di Alessandria e provincia.

L'agenzia ambientale piemontese ha rilevato concentrazioni di 305 000 fibre di amianto per litro nell'acqua delle falde acquifere vicino alla città. Quell'acqua arriva i nostri cittadini e potrebbe essere usata per cucinare o per l'igiene personale, trasferendo così le pericolosissime fibre dall'acqua all'aria. Respirare anche solo una fibra può essere mortale e, allo stesso modo, non è nemmeno esclusa la nocività per ingestione, come dimostrano alcuni studi recenti.

Da dove viene l'amianto trovato nelle falde? Sicuramente dalla terra di scavo contaminata da amianto, proveniente dalla grande opera nota come «Terzo valico», stipata nelle cave alle periferie di Alessandria. Per questo presenteremo un'altra interrogazione scritta alla Commissione europea e affiancheremo i colleghi e i cittadini alessandrini nei loro sforzi per ottenere verità e giustizia.

Qualcuno sta cercando di trasformare Alessandria nella nuova terra dei fuochi: ma noi non lo permetteremo.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážený pán predsedajúci, po Brexite bude Európska únia čeliť novým výzvam aj z finančnej stránky, keďže sa odhaduje, že príjmy európskeho rozpočtu môžu klesnúť až na úroveň 15 %. Myslím, že je preto najvyšší čas, aby sme, po prvé, realizovali otázku vlastných zdrojov. Po druhé, zlepšili platobnú disciplínu členských štátov a po tretie, analyzovali aj európsky rozpočet, kde je priestor na zníženie výdavkov na spotrebu, ale rozhodne nie na znižovanie investícií pre budúcnosť.

Tiež som presvedčený, že by sme mali zachovať kohéznú politiku, pretože kohézia znamená súdržnosť, a tú potrebujeme teraz najviac. Myslím, že by sme sa mali sústrediť na oblasti, kde dokážeme dosiahnuť čo najlepšie výsledky pre našich občanov, a tým je digitalizácia, energetika alebo kapitálová únia.

Tiež by sme nemali rezignovať na otázku rozširovania Únie, pretože každé rozširovanie bolo doteraz úspešné a znamenalo posilnenie hospodársky, kultúrne, politicky, a verím, že tomu...

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, dragi colegi, în contextul global actual, când liderii marilor puteri schimbă strategiile economice și de securitate, Uniunea Europeană trebuie să rămână unită. Sunt pro-european, iar țara mea este între primele trei țări pro-europene între statele membre, dar vreau o Europă echitabilă, cu tratament egal al statelor membre și al cetățenilor.

În ultimii zece ani, Uniunea Europeană a înregistrat un eșec vizibil la cel mai important capitol: coeziunea socială. Cartea albă prezentată de domnul Juncker arată o Europă fără o viziune clară, domnul Juncker arătând o nepăsare nepermisă unui președinte al Comisiei Europene. Nereușitele proiectelor de solidaritate, securitate și coeziune socială se datorează și administrațiilor naționale, dar și celor europene. Țările din est au fost stigmatizate și chiar acuzate de corupție și de evaziune, deși și în țările domnului Juncker, doamnei Merkel și domnului Hollande există corupție și evaziune.

Principiile nesănătoase, aplicate cheltuirii unor bugete („primul venit, primul servit”) au făcut să crească disparitățile regionale. Este un moment crucial și, de aceea, cer Comisiei și Consiliului să găsească ...

(Președintele a întrerupt vorbitorul)

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Kontrola, badanie prowadzone przez Najwyższą Izbę Kontroli w Polsce wykazało, że rynek suplementów diety oceniany jest jako obszar wysokiego ryzyka zdrowotnego, gdyż w suplementach – w większości pochodzenia zagranicznego – znajdowano substancje zagrażające zdrowiu i życiu, w tym substancje narkotyczne i bakterie kałowe, a wszystko w oparciu o liberalne prawo kilku dyrektyw dopuszczające suplementy w drodze notyfikacji. W związku z tym trzeba zmienić to prawo. Jak widać Europa dwóch prędkości istnieje od dawna, nie tylko przez gorszą jakość produktów przeznaczonych na rynki Europy Środkowo-Wschodniej. Jak powiedział prezydent Holland, Europa pierwszej prędkości ma pieniądze, a my – zasady. Problem jednak w tym, że używanie pieniędzy bez zasad prowadzi do destrukcji oraz – jak w przypadku suplementów – do zagrożenia zdrowia i życia. Takie działanie, wyraźnie dzielące obywateli na lepszych i gorszych, nie napawa nadzieją.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, želim pozdraviti inicijativu Visoke predstavnice gospode Mogherini koja je nedavno bila na zapadnom Balkanu. Posjetila je sve zemlje na zapadnom Balkanu. Želim pozdraviti ono što radi gospodin povjerenik Hahn i drago mi je da je i Europsko vijeće raspravljalo o stanju na zapadnom Balkanu.

Ali se ne mogu oteti dojmu kako opet jednom radimo sve nakon što je potpuno jasno da je Balkan pred jednom vrstom eksplozije. 25 godina pratim ono što se dešava na Balkanu. U punoj sam, da tako kažem, politici bio svih 25 godina. Pratio sam što je radila Europska unija i nažalost moram reći da Europska unija ni danas nije do kraja svjesna da su zemlje zapadnog Balkana sve bolesne jer imaju virus, virus nacionalizma koji se treba spriječiti na vrijeme. Ako je bolesnik, trebamo prevenirati, a ne liječiti kada je prekasno.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, we came here this week to Strasbourg in the expectation that the British Government was set to trigger Article 50, and yet again we see that there is a delay, as the lack of leadership, the lack of direction among the British Government, again becomes apparent – and the people who, once again, are left to suffer the results are those very people from countries who voted to remain part of the EU.

The places we have seen leadership come from are Scotland, where Nicola Sturgeon has shown Theresa May to be the failure in politics that she is, and the North of Ireland, where 70% of the people, when given the opportunity, voted for parties that supported the Remain campaign in the referendum.

We need to ensure that the North of Ireland is secured with special status. We did not allow, in the Irish border region, the British military at its height to force a closure of the Irish border. We will not allow the EU institutions to do so now. We need Europe to stand with the people in the North of Ireland.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor presidente, hoy mismo la Comisión de Venecia publica un dictamen sobre la reforma del Tribunal Constitucional español hecha por el Gobierno del Partido Popular. El dictamen es muy crítico, a pesar de las presiones del Gobierno español. La Comisión advierte de que el Constitucional queda tocado en su independencia si dicta sentencia y tiene que encargarse, a la vez, de hacerla cumplir. La Comisión también cuestiona seriamente al Constitucional por la práctica repetitiva de imponer multas coercitivas e inhabilitar a cargos públicos democráticamente elegidos. Hoy mismo otro tribunal español ha inhabilitado al antiguo presidente de Cataluña y a dos de sus ministros. Del informe se desprende que la reforma del Constitucional se hizo *ad casum* para oponerse a los legítimos intentos independentistas. Si en esta casa criticamos el poco rigor y la politización de la justicia en ciertos países, también debemos hacerlo, y yo lo hago severamente, cuando se trata de España.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych se chtěl vyjádřit k otázce zbraňové legislativy, kterou zde budeme i zítra projednávat. Já chci přivítat změny, které v tom návrhu byly učiněny, které např. definovaly zbraň pomocí určité nápodoby. To si myslím, že je velmi neuvěřitelný příklad právního amatérismu. Na druhou stranu chci přivítat to, že bylo upuštěno od této definice, ale v návrhu zbývá celá řada nedostatků, na které se snažíme poukázat i s kolegy poslanci z různých zemí napříč politickým spektrem. Já se snažím především o to, aby ti legální držitelé zbraní, kteří mají povolení k tomuto držení a nepáchají s nimi žádnou trestnou činnost, tak aby mohli tyto zbraně držet i nadále, i pokud se týká např. zásobníků, které mají k většímu počtu ran. Zároveň bych chtěl ujistit i právní jistotu uživatelů paintballových zbraní a tedy těchto her, tzn. zlepšit právní ochranu držitelů zbraní, to by mělo být našim cílem.

Javi López (S&D). – Señor presidente, el pasado 18 de febrero, en Barcelona, centenares de miles de ciudadanos se manifestaron para pedir un cambio, exigir un cambio, en la política de fronteras y de asilo de Europa y de los Estados miembros. La solidaridad de millones de europeos choca con la incapacidad institucional de dar una respuesta justa y eficaz ante la llegada de personas que buscan refugio huyendo de la guerra y de la violencia.

Muchos viven atónitos frente a la incapacidad de poner en funcionamiento el sistema de relocalización, y que países como España, después del compromiso de acoger a 16 000 personas, solo haya acogido a unos pocos centenares... Muchos nos avergonzamos ante las muertes en el Mediterráneo, 5 000 solo en el año 2016. Por todo ello, exigimos que los Estados miembros cumplan con sus obligaciones, exigimos un trato humano y digno a los refugiados y exigimos que se pueda llegar legalmente —visados humanitarios— a Europa y que acaben las muertes el Mediterráneo.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Τουρκία συνεχίζει τις προκλήσεις της κατά της Ελλάδας. Σε πολιτικό επίπεδο ο Ερντογάν ως νέος σουλτάνος δηλώνει ότι δεν δεσμεύεται η Τουρκία από τη Συνθήκη της Λοζάνης και θέλει να την καταργήσει. Άλλοι τούρκοι αξιωματούχοι αμφισβητούν την ελληνικότητα 18 νησιών του Αιγαίου, ενώ ο Τούρκος υπουργός Εξωτερικών Τσαβούσογλου δηλώνει ότι τα Ίμια είναι δίδην τουρκικά. Σε στρατιωτικό επίπεδο η Τουρκία παραβιάζει καθημερινά τον ελληνικό εναέριο χώρο καθώς και τα ελληνικά χωρικά ύδατα. Επιπλέον, τουρκικό πολεμικό πραγματοποιεί κανονιοβολισμούς εντός των ελληνικών χωρικών υδάτων στο Φαρμακονήσι. Τον τελευταίο ενάμιση μήνα έχω βρεθεί στο πλάι των κατοίκων της Λέσβου, της Χίου και της Σάμου και το Σάββατο θα είμαι στην Κάλυμνο μαζί με τους συμπατριώτες μου, για να στείλουμε το μήνυμα στον Ερντογάν και την παρέα του, ότι ο ελληνικός λαός δεν φοβάται τις απειλές του και για άλλη μια φορά του λέει: Μολών λαβέ.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, after the elections in Macedonia, President Ivanov does not want to hand over power to the opposition. His reasons are, as he stated, that 'he does not like the programme of the opposition'. According to the President, the governing agreement that includes the Albanian parties will destroy the country. Well, I am sorry to say, but since these were fair and legitimate elections, whether the President or Prime Minister likes the results or not, whether they like the opposition programme or opposition agreement or not, it does not matter.

A very dangerous situation is developing in Macedonia. The ruling party is organising demonstrations trying to arouse nationalistic sentiments. Macedonia is like an overheating oil pan waiting for the match to light it up. The EU needs to say, clearly and loudly, that the election results have to be respected, and the High Representative has to explain that the Macedonian President ...

(The President cut off the speaker)

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, so the radical House of Lords amendments were voted down today by the Westminster Brexiteers, and the Brexit wreck-it gang tell us to get over it: that it is the best thing since sliced bread!

Yet I have not met one business person, one young person, one farmer, one man, woman or child who has said to me, rubbing their hands in glee, 'God, this divorce from the EU is going to be very good!' But Ireland is told: 'Get over it. Do not worry about it. It is going to be a frictionless border' – whatever the hell that means, nobody knows.

And let me put the record straight to everybody here: no border, hard or soft, will be accepted by the people of Ireland. What British armoured cars and tanks and guns could not do in Ireland, 27 Member States will not be able to do.

So Theresa, your notion of a border, hard or soft, stick it where the sun does not shine, because you are not putting it in Ireland!

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, dos años de inhabilitación para ejercer cargos públicos y 36 500 euros de multa. Este es el precio que, en el Estado español, se paga por poner las urnas y permitir que los catalanes decidamos nuestro futuro político. El precio ha sido marcado hoy por el Tribunal Superior de Justicia de Cataluña con una sentencia antidemocrática, tras un bochornoso juicio político. El precio lo pagarán nuestro expresidente y dos de sus exconsejeras, aunque, al final, quien lo pagará será la democracia, que se debilita ante semejantes ataques.

Si esto va de aviso a navegantes, aquí tienen otro. No nos pararán. Ni con sentencias, ni con multas ni con otro tipo de amenazas. Porque en Cataluña somos miles los cargos públicos que no nos vamos a olvidar de nuestro compromiso con la democracia y porque a nuestro lado hay centenares de miles de catalanes que también van a defender nuestro derecho y nuestra dignidad democrática. El Estado español pone precio a las urnas, pero nosotros sabemos que la libertad no tiene precio.

Andor Deli (PPE). – Mr President, during the last plenary we heard President Juncker's five scenarios about the future of Europe. What these plans lack is the Commission's position on enlargement. The 27 leaders of the 27 Member States celebrate the 60th anniversary of the European founding treaties. But what will be the message conveyed from Rome to the candidate states? The Western Balkans' fragile stability needs strong signals from the European Union that will assure Serbia, Macedonia, Albania, Montenegro and Bosnia and Herzegovina of their rightful place in the future of the European Union. Everybody knows that there are some pressing European issues like Brexit, migration, elections in some Member States, but we have to take the expectations of our partners in the Western Balkans more seriously, otherwise we might lose them. Migration is still very much present, and Europe's overall security simply cannot bear any additional instability in this neighbourhood.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, ideea unei Europe cu două viteze este periculoasă pentru însăși existența Uniunii Europene. Două modele diferite de abordare, respectiv unul pentru Occident și altul pentru ceilalți vor da naștere nu unei Europe unitare din punct de vedere economic, social și politic, ci mai degrabă vor crea două Europe: una bogată și alta săracă. Situația va fi una prielnică ascensiunii partidelor naționalist-revizioniste, pentru care desființarea Uniunii Europene este principalul țel programatic oriunde în Europa.

Da, este momentul ca Uniunea Europeană să treacă printr-un proces de reformă, dar un program de reformă în spiritul ideilor europene trebuie să aibă la bază întărirea instituțiilor democratice ale Uniunii și o debirocratizare accelerată a deciziilor Comisiei Europene. Poate este momentul unei democratizări reale a managementului Uniunii și nu ar fi tocmai de exclus din discuție elaborarea unui nou sistem de alegere a membrilor Comisiei Europene și a președintelui acesteia, care ar trebui să aibă în spate și votul direct al europenilor. Dacă în loc de aceasta noi vom da populației un plan prin care să se accentueze decalajul social și economic între statele membre...

(Președintele a întrerupt vorbitorul)

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a submissão ao euro e às suas regras, a dimensão colossal das dívidas públicas e a dominação monopolista da banca são três fatores que constroem o desenvolvimento económico e social, limitam o crescimento, acentuam a dependência de vários países e os desequilíbrios e as desigualdades que lhes são inerentes.

Não é possível continuar a ignorar o peso e as consequências destes três constrangimentos. É de toda a conveniência que se possa estabelecer, quanto antes, no plano europeu, um processo de renegociação das dívidas públicas e um quadro para uma saída organizada do euro dos países cuja permanência na moeda única se tenha revelado insustentável, minimizando as perturbações inerentes ao processo.

A libertação da submissão ao euro, com a recuperação da soberania monetária, a renegociação das dívidas públicas nos seus prazos, juros e montantes e o controlo público da banca, mais do que cenários que importa considerar, são, já hoje, uma necessidade que a realidade impõe à evidência.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök úr! Az Egyesült Államok külügyminisztériumának éves emberi jogi jelentése komoly kritikát fogalmaz meg a romániai kisebbségek helyzete kapcsán. Ezt annak fényében fontos látnunk, hogy megerősítést nyert: Klaus Johannis román államfő állítása, miszerint Romániában modellértékű a nemzeti kisebbségek védelme, nem felel meg a valóságnak. A washingtoni jelentés szerint ugyanis az egyházi javak visszaszolgáltatása tulajdonképpen leállt, sőt, egyes esetekben visszaállamosítás is történt.

Megállapítja továbbá, hogy a hatóságok akadályozzák a kisebbségek szimbólumainak, köztük a székely zászlónak a használatát, a meglevő törvények ellenére problémákba ütközik az anyanyelvhasználat a közigazgatásban és az igazságszolgáltatásban, de az egészségügyi ellátás során is, valamint kifogásolja, hogy egy egyesületet azért nem jegyezték be a bíróság, mert nevében tartalmazza a jogilag nem létező Székelyföld szót. Számos egyéb bírálat is azt támasztja alá: a Romániában élő nemzeti kisebbségek, az 1 millió 200 ezres magyar közösség gondjai továbbra is figyelmet érdemelnek.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'agroalimentare è in continua crescita e spesso rappresenta un terreno privilegiato di investimento della malavita, con pericolosi impatti anche sulla salute dei cittadini e sull'ambiente.

In Italia l'agromafia rappresenta un giro d'affari di circa 150 miliardi annui: canali di produzione paralleli, apparentemente legali, inquinano la filiera con metodi mafiosi, dall'appropriazione di terreni e bestiame al controllo dei trasporti, fino ad arrivare a imporre marchi e prodotti, studiando l'orientamento dei gusti e drenando risorse e finanziamenti pubblici nazionali ed europei.

Ho voluto richiamare l'attenzione su questo tema per ricordare, alla vigilia della presentazione del quinto rapporto sui crimini agroalimentari in Italia, che tutte le istituzioni sono chiamate ad alzare la soglia di attenzione su questo fenomeno. La legislazione deve essere al passo con i tempi, prendendo in considerazione fenomeni in rapida ascesa, come la vendita online e l'attuale sistema internazionale di esportazione.

La mafia si evolve e le sue forme, sempre più evolute, vanno combattute con tutti i mezzi.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, paní komisařko, nedávno upozornila česká televizní stanice Prima na četné případy řidičů kamionů, kteří neoprávněně dostali od britských úřadů pokutu za převážení nelegálních migrantů na cestě přes Calais. Případy vypadají na vlas stejně. Migranti se pokoušejí nelegálně dostat do Velké Británie, vniknou bez vědomí řidičů do nákladového prostoru a na britské straně jsou pak odhaleni. Pokuty jsou, bohužel, udělovány dokonce i tehdy, když mají řidiči potvrzené bezpečnostní prohlídky od francouzských policistů. Vedle řidičů jsou také finančně postihováni i dopravci, což je pro mnoho firem přímo likvidační. V konečném důsledku jsou tak nejvíce dotčeni ti poctiví řidiči, kteří ztrácejí chuť pracovat ve svém oboru, a některé firmy dokonce zvažují odchod z trhu. Britská policie a úřady musí svůj přístup bezpodmínečně přehodnotit, situace je neudržitelná. A je třeba diskutovat o tom, jak ji změnit.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, peste 7 000 de femei, majoritatea române, trăiesc în condiții de sclavie în fermele din sudul Italiei, conform estimărilor făcute de poliția din Italia și date publicității de săptămânalul *The Observer*. Într-un amplu reportaj în rândul victimelor, au fost prezentate gravele abuzuri la care sunt supuse aceste persoane, aflate într-o situație disperată. În calitate de român care a trăit mai mulți ani peste hotare, nu pot să accept această situație și să văd că doar un singur fermier a fost condamnat până acum pentru abuz, iar singura soluție găsită de autorități a fost deschiderea unui motel pentru persoanele care fug de angajatorii violenți.

Mă întreb de ce nu există o reacție din partea autorităților europene, mai ales că aceste situații au mai fost prezentate în Parlamentul European. Oare aceasta este Europa cu mai multe viteze, în care anumiți cetățeni sunt considerați cetățeni de rang secund, în care exploatarea lor devine normală, în care nimeni nu vorbește și nu există soluții pentru a asigura un trai decent? Trebuie să reacționăm acum, pentru că Europa să redevină cu adevărat a cetățenilor, iar primul pas este ca oriunde în Europa unde se comite o ilegalitate, un abuz sau o injustiție, să reacționăm ferm și solidar.

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán předseda, vážená pani komisařka, ak by Európska únia pokračovala tak ako doteraz, frustrácia voličov z rozporu medzi ich očakávaniami a reálnymi možnosťami EÚ bude narastať.

Vinu na tomto stave však nesú nielen členské štáty a ich vlády, ktoré sa rady chvália úspechmi európskych politík, ale všetku zodpovednosť za ťažkosti a spoločne prijaté rozhodnutia zhadzujú na Brusel.

Svoj podiel viny nesú aj tí, ktorí nerespektujú princíp subsidiarity a rozdelenie kompetencií, ani vôľu občanov členských štátov.

Formálne naplnenie viacrýchlostnej Európy by snáď mohlo tieto problémy riešiť. Je však dôležité, aby zostali zachované obidva parametre posilnenej spolupráce. Dobrovoľná účasť a povinnosť prijať do spolupráce každý štát, ktorý prejaví záujem.

Inak hrozí, že nové členské štáty sa opäť stanú nárazníkom medzi Západom a Ruskom.

Julie Ward (S&D). – I am looking at the image of a destroyed home in Nusaybin in Turkish Kurdistan. This house belongs to the mother of a Kurdish university student now resident in my Manchester constituency. The house was recently destroyed for the second time by the Turkish State, along with the homes of seven other relatives all destroyed first in 1989 and again in 2017.

Many people have lost their lives as well as their homes, killed by the Turkish military. The Kurdish issue has not been settled in Turkey and never will be whilst Erdogan's fascist dictatorship continues to wage war against its own people, arresting and jailing thousands of educators, artists, trade unionists, journalists, civil society activists, public officials and democratically elected HDP politicians.

Last month, I joined an EU-Turkey Civic Commission international delegation, with amongst other things, the purpose of visiting Abdullah Öcalan, the Kurdish leader imprisoned in appalling conditions on İmralı island since 1999 ...

(The President cut off the speaker)

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, on 15 June we will see the abolition of roaming charges across Europe, and it has come to my attention that some mobile operators in Ireland are altering the terms of customer contracts before the abolition of charges due to kick in in June. I have spoken to a number of consumers whose mobile providers have informed them that they are planning to change their terms and conditions in order to offer unlimited data to home users while charging an additional price for, and capping, data when users are roaming in the EU. I believe that this is an attempt to circumvent EU law and the roam-like-at-home principle. We need to be tough on these operators. It must be made clear that there is no loophole whereby part of the domestic data allowance could be regarded as a gift or a side benefit and would not count when travelling abroad. The end of the roaming charge, as we all know, was a hugely popular consumer initiative that took many years to complete. It demonstrated to customers and consumers across the EU the very positive side of the European Union and the benefits that it offers them. What is involved here is roaming charges by stealth, pure and simple.

Iuliu Winkler (PPE). – Mr President, thank you for the honour of being the last to speak in this House today. If the Rome Declaration to be on the occasion of the 60th anniversary of our European Union will be about the vision of a multi-speed Europe, then it will become not less than the death certificate of the European project. I strongly believe the citizens of Europe deserve better. A vision for the future must not formalise the present-day frustrations. Our common vision for the future of the EU has to build on our most cherished asset, which is our unity. We must rebuild mutual trust, giving back hope to all the citizens of Europe. The EU I believe in – the vision to motivate my Hungarian community in Transylvania – is a union of the European nations and national communities; a Europe of its regions, bringing its citizens ever closer to each other.

Der Präsident. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.45 Uhr geschlossen.)

21. Schluss der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode 2016-2017 des Europäischen Parlaments für geschlossen.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2678

19.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. MÄRZ 2017

(C/2024/2678)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 14. bis 16. März 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der jährlichen Sitzungsperiode	4
2. Eröffnung der Sitzung: siehe Protokoll	4
3. Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (Aussprache)	4
4. Altfahrzeuge, Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte – Abfalldeponien – Abfälle – Verpackungen und Verpackungsabfälle (Aussprache)	24
5. Mitteilung des Präsidenten	47
6. Abstimmungsstunde	48
6.1. Verantwortliche Haltung und Pflege von Equiden (A8-0014/2017 - Julie Girling) (Abstimmung)	48
6.2. Quecksilber (A8-0313/2016 - Stefan Eck) (Abstimmung)	48
6.3. Langfristige Einbeziehung der Aktionäre und Erklärung zur Unternehmensführung (A8-0158/2015 - Sergio Gaetano Cofferati) (Abstimmung)	49
6.4. Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (A8-0251/2016 - Vicky Ford) (Abstimmung)	49
6.5. Altfahrzeuge, Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte (A8-0013/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)	49
6.6. Abfälle (A8-0034/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)	49

Inhalt	Seite
6.7. AbfalldPONien (A8-0031/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)	50
6.8. Verpackungen und Verpackungsabfälle (A8-0029/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)	50
6.9. Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014-2015 (A8-0046/2017 - Ernest Urtasun) (Abstimmung)	50
6.10. Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (A8-0043/2017 - Agnieszka Kozłowska-Rajewicz) (Abstimmung)	50
6.11. EU-Mittel für die Gleichstellung der Geschlechter (A8-0033/2017 - Clare Moody) (Abstimmung)	50
6.12. Folgen von Massendaten für die Grundrechte (A8-0044/2017 - Ana Gomes) (Abstimmung) . . .	50
6.13. Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen (A8-0011/2017 - Stefan Eck) (Abstimmung)	50
7. Stimmerklärungen	51
7.1. Verantwortliche Haltung und Pflege von Equiden (A8-0014/2017 - Julie Girling)	51
7.2. Quecksilber (A8-0313/2016 - Stefan Eck)	52
7.3. Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (A8-0251/2016 - Vicky Ford)	52
7.4. Abfälle (A8-0034/2017 - Simona Bonafè)	55
7.5. AbfalldPONien (A8-0031/2017 - Simona Bonafè)	56
7.6. Verpackungen und Verpackungsabfälle (A8-0029/2017 - Simona Bonafè)	57
7.7. Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014-2015 (A8-0046/2017 - Ernest Urtasun)	57
7.8. Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (A8-0043/2017 - Agnieszka Kozłowska-Rajewicz)	59
7.9. EU-Mittel für die Gleichstellung der Geschlechter (A8-0033/2017 - Clare Moody)	59
7.10. Folgen von Massendaten für die Grundrechte (A8-0044/2017 - Ana Gomes)	60
7.11. Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen (A8-0011/2017 - Stefan Eck)	61
8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	61
9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	62

Inhalt	Seite
10. Global Gag Rule (Aussprache)	62
11. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (Aussprache)	77
12. Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (Aussprache)	91
13. Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen des TAXE-Sonderausschusses und aktuelle Informationen zur Reform der Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ (Aussprache)	103
14. Leitlinien für den Haushaltsplan 2018 — Einzelplan III (Aussprache)	119
15. Schwere Unterernährung und drohende Hungersnot in Nigeria, Somalia, Südsudan und im Jemen (Aussprache)	133
16. Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (Aussprache)	141
17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	149
18. Schluss der Sitzung	149

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. MÄRZ 2017

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

(The sitting opened at 9.00)

1. Eröffnung der jährlichen Sitzungsperiode

President. – I declare open the 2017-2018 session of the European Parliament.

2. Eröffnung der Sitzung: siehe Protokoll

3. Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (Aussprache)

President. – The next item is the report by Vicky Ford, on behalf of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection, on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Council Directive 91/477/EEC on control of the acquisition and possession of weapons (COM(2015)0750 – C8-0358/2015 – 2015/0269(COD)) (A8-0251/2016).

Vicky Ford, rapporteur. – Mr President, there has been a common European gun law for over 25 years. It sets out the processes whereby Member States give authorisations to individuals to own, buy and sell firearms. However, certain poorly deactivated ‘salute and acoustic’ firearms were able to be bought and sold without authorisation, and some of these were re-converted and used in the tragic Paris attacks. A cache of similar firearms was discovered in the UK. The European law does need reviewing.

The first set of proposed amendments from the Commission was very poorly drafted. It would have put disproportionate restrictions on many legal owners, it was not supported by an impact assessment, and the proposals had many technical failings. But, over the past 18 months, I have worked with colleagues across this Parliament and many different stakeholders, as well as law enforcement authorities, proof houses and legal experts, in order to protect the interests of legitimate owners whilst also addressing the security issues.

There have been some misleading reports in the press and I would like to set the record straight here. In reality, the Parliament text that we are voting on today contains many significant improvements. Firstly, firearms will not be restricted on the basis of their cosmetic appearance: this is legally unworkable. Military reservists, museums, filmmakers and collectors will be able to continue their ownership, provided their Member State agrees. Member States will continue to organise and protect their own national security, national reserve and public defence services. This meets the needs of countries like Finland and respects the situation in Switzerland.

Technical issues with deactivation standards have been reassessed and holders of genuinely deactivated firearms, such as re-enactors, will be able to continue their ownership. The controversial proposal for mandatory medical and psychological tests has been rejected and, instead, each country will have in place its own system for assessments. There are provisions to support younger owners and for those in rural areas.

There are new measures for clearer marking, for better information sharing between Member States and for safe storage, but we have taken care not to put overly burdensome requirements on small traders or on historical items. There are new stricter controls on certain semi-automatic firearms when they are fitted with high-capacity magazines, and on automatic firearms that are being converted into semi-automatics. However – and this is important – individuals who legally own these today will be able to continue to do so, provided their own Member State agrees. Target shooters will also be able to own these and continue to practice and participate in their sport, again provided their own Member State agrees.

There are new provisions on magazines, which go beyond what Parliament's committee initially proposed, however the representatives from Europe's 28 Member States insisted that they should be covered. Today, there are some additional amendments tabled by colleagues. These are not new: they have largely been considered by Parliament already and rejected by the Member States and the Council. If they are adopted, it could risk destabilising the entire agreement. This negotiation has been a long and difficult process. It is unfortunate that the original proposal came with so many failings from the Commission, but the changes that we have now agreed will close the loopholes and make an important contribution to our security, whilst also respecting the rights of legal owners. I expect Member States to use their new powers to support those legal owners and thus avoid disproportionate restrictions.

I would like to thank all my colleagues for their help on this work.

Bodil Valero, *föredragande av yttrande från utskottet för medborgerliga fri- och rättigheter samt rättsliga och inrikes frågor*. – Herr talman! Vapendirektivet är ju en fråga som rör upp mångas känslor runtom i Europa. Laglydiga och skötsamma jägare och skyttar kände sig plötsligt utpekade som terrorister och insåg att deras respektive verksamheter kunde komma att i princip förbjudas. Det förstår jag.

Precis som Vicky Ford sa här presenterades ju förslaget i största hast och i efterdyningarna av terroristattacker i Paris, trots att det förberetts i syfte att öka säkerheten för Europas medborgare genom att täppa till luckor i den befintliga lagen som funnits sedan flera år tillbaka. Ett hastigt tillkommet förslag att förbjuda en hel vapenkategori utan att utreda konsekvenserna av det var den utlösande faktorn. Kritik har rests att vi borde ägna oss åt att lagstifta om de illegala vapnen i stället.

Vapendirektivet är dock som jag ser det inte en åtgärd för att bekämpa terrorism. Det handlar om att sätta en lägstanivå för EU-ländernas lagar, för vem som får tillstånd att använda vapen och hur lagliga vapen ska hanteras inom unionen.

De skärpningar som vi i dag tar ställning till handlar om att minska risken att lagliga vapen hamnar i fel händer eller används på fel sätt. Till exempel täpps kryphål till vad gäller reglerna för desaktivering och märkning av vapen, men också om informationsutbyte mellan medlemsstaterna, lämplighetstester och striktare regler kring de farliga vapnen.

Vapendirektivet står inte alls emot insatser mot illegala vapen. Tvärtom sker, förutom genom vapendirektivet, ett intensivt arbete också för att komma tillrätta med de illegala vapen som finns på den svarta marknaden. Det handlar då mer om operativa åtgärder som till exempel gränsöverskridande polis- och tullsamarbete, vapenamnestier och uppköpsprogram för att motverka tillgången på främst militära vapen från områden som genomgått konflikt, så att inte kriminella eller terrorister kan nå dem.

Det är stora skillnader i de nuvarande regelverken i medlemsländerna. Eftersom vissa länder har mycket strikta regler och andra mindre strikta, vissa har obligatoriska läkarundersökningar, andra ingen alls, så är det självklart så att vi måste skapa en bättre lägstanivå för alla. Jag instämmer fullt med vad Vicky Ford tidigare har sagt här.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, we are here today for what I hope is the final vote by Parliament to approve the revised firearms directive. We have one shared objective, namely to cut off and limit the access of criminals and terrorists to guns. Our citizens rightly expect us to deliver on this to reinforce our collective security.

That means cracking down on the trade in illegal weapons, but it also means strengthening controls on legally held firearms where there are gaps and vulnerabilities. Far from penalising legitimate gun owners and gun users, as some have suggested, by revising the directive we are in fact enlisting their support in the fight against those who misuse guns. We know that there are many law-abiding citizens who pursue hobbies involving firearms and who do not want those firearms to fall into the wrong hands. We completely respect that. The revision of the directive is not designed to stop people enjoying their pastimes, but, as we crack down on the illegal trade in weapons, we need to strengthen the rules around the acquisition, possession, storage and traceability of legal firearms. Clearer rules on marking and registration should improve traceability, providing reassurance for legal gun owners that their weapons cannot be used with impunity should they fall into the wrong hands.

Like all of us, I would very much like to be able to say that criminal violence and terrorist attacks are a thing of the past. Sadly, that is not the case, so it is important not to be naive about the ongoing threat level or its likely consequences. Ensuring that criminals and terrorists do not find it easy to acquire powerful and dangerous firearms with the intention of harming our fellow citizens is a collective responsibility that encompasses both the legal and the illegal trade. The fact that the perpetrators of terrorist atrocities in the last two years were able to use modified acoustic and deactivated weapons that were bought legally was the driving force behind the Commission's proposal to revise the directive.

En effet, la directive actuelle sur les armes à feu, qui date de 1991, comporte des failles de sécurité importantes.

Ainsi, nous savons que certaines des armes à feu qui ont été utilisées dans les attaques à *Charlie Hebdo* étaient des armes acoustiques qui ont été transformées en armes létales. Or, la directive actuelle n'encadre pas les armes acoustiques. Nous savons également que des armes mal désactivées peuvent être réactivées et utilisées pour tuer. De même, certaines armes automatiques transformées en semi-automatiques, autorisées par la directive actuelle, peuvent, avec un peu d'expérience et des outils disponibles sur l'internet, être reconverties en armes automatiques.

Il nous fallait agir d'urgence pour combler ces lacunes et renforcer la sécurité de nos citoyens.

The revised directive represents a compromise. It is well known that the Commission favoured doing more in some areas, but it was the subject of extensive discussion and I want here to recognise the work that has been done by Members of this Parliament and by the Member States to reach today's result, and that result will significantly further strengthen security in a number of key areas, as we have heard.

First, it will prohibit automatic firearms which have been transformed into semi-automatics. In addition, the directive will also ban semi-automatic firearms that have a high firing capacity: above 10 rounds for the long semi-automatic firearms, and above 20 rounds for the short ones. The Commission would have liked to go further, but recognises that the co-legislators did not support going further.

Second, alarm and acoustic weapons will fall within the scope of the directive for the first time. These firearms will now need to be declared or authorised in order to ensure traceability. This is particularly important given, as we know, some of the recent attacks involved converted alarm and acoustic weapons.

Third, museums and collectors will also fall within the scope of the directive. Following a request from Parliament and the Council, however, they will be allowed, subject to strict security conditions, to possess Category A firearms.

Fourth, deactivated firearms must now be declared to national authorities and registered. This is key to prevent the illegal sale of reactivated firearms or parts of firearms. To complete this measure and ensure that the deactivation process is carried out in an effective and irreversible manner, the Commission proposed an implementing regulation to ensure common standards across the EU. This regulation, in force since April 2016, is currently being revised and strengthened to address technical issues flagged by some Member States, and indeed by Members of Parliament.

Two rounds of expert meetings have resulted in agreement on draft revised technical specifications. These are now being stress-tested by national practitioners and experts, who will report back in late March. Provided the stress tests have not revealed any remaining major problems, the firearms committee will then be in a position formally to adopt the revised strengthened regulation by the end of April.

Other important measures have also been included in the revised directive, such as stricter conditions for the online acquisition of firearms, clearer rules on the marking of firearms to improve traceability, and the establishment of a system to improve exchange of information between Member States.

In revising the directive, we have sought to strike a balance. At the request of Council and Parliament, a derogation has been agreed, as we have heard, for sport shooters to acquire otherwise prohibited firearms under strict conditions, including proof of a legitimate and regular sport-shooting activity for which the weapon is required. Hunters should not be affected by the revised directive, as they would not usually use the type of firearms that will be prohibited. At the same time, we have continued to step up our action against trafficking in firearms, implementing the EU Action Plan of December 2015. That includes appointing national focal points to track, trace and gather intelligence on illegal firearms. I have written to Member States recently about this to ensure that we all implement what we have signed up to. It also means strengthening cooperation with the authorities across the Balkans to crack down on illegal trafficking in that region.

That said, we need to keep working on this. The Europol Serious and Organised Crime Threat Assessment published last week shows that weapons trafficking remains a key crime area. Illegal firearms are increasingly available online via the Dark Net, a key facilitator for the trade in illegal firearms. So we will continue to tackle firearms trafficking as a priority under the new EU policy cycle for the years 2018 to 2021, allowing national law enforcement authorities and Europol to take coordinated action against firearms trafficking and, notably, the online trade.

To conclude, I would like to thank you again for all the effort that went into achieving this balanced deal that respects legitimate users, while reinforcing our collective security. It will help further to squeeze the space in which criminals and terrorists operate and seek to do us harm. Your vote today is a key step, but the work does not end there. Once agreed, the directive will need to be implemented in Member States. The Commission stands ready to assist in this process and will closely monitor its implementation.

Written Declarations of the Commission on the

Proposal for a Directive amending Directive 91/477/EEC on the control and acquisition and possession of weapons

1) Written Declaration of the Commission

The European Commission is satisfied that the co-legislators have reached an agreement on the revised firearm directive. These new rules will substantially reduce the likelihood of dangerous but legally held weapons falling into the hands of criminals and terrorists.

At the same time, the Commission regrets that some parts of the original proposal were not supported by the Parliament and the Council— in particular concerning semi-automatic firearms where the Commission had proposed a greater level of ambition with a complete ban of the most dangerous semi-automatic firearms, including all semi-automatic firearms of the AK47 or AR15 families. The Commission also regrets that the magazine size was not limited to 10 rounds for all semi-automatic firearms.

The Commission also stresses the importance of the proper implementation of the strict security rules relating to collectors.

2) Written Declaration of the Commission on deactivation

The Commission recognises the importance of a well-functioning standard for deactivation, which contributes to improved levels of safety and gives authorities reassurance that deactivated weapons are properly and effectively deactivated.

The Commission will, therefore, accelerate the work on the revision of the deactivation criteria conducted by national experts in the Committee established under Directive 477/91/EEC in order to allow the Commission to adopt, by the end of May 2017, in accordance with the committee procedure established by directive 91/477/EEC, subject to a positive opinion by national experts, a Commission implementing Regulation amending Commission Implementing Regulation (EU) 2015/2403 of 15 December 2015 establishing common guidelines on deactivation standards and techniques for ensuring that deactivated firearms are rendered irreversibly inoperable. The Commission calls on Member States to fully support the acceleration of this work.

Anna Maria Corazza Bildt, för PPE-gruppen. – Herr talman! I dag förbättrar vi säkerheten i Europa utan att minska människors frihet. Vi täpper till farliga kryphål. Det räcker inte att några av länderna har bra regler, utan vi behöver gemensamma minimiregler, eftersom vi har en inre marknad och en fri rörlighet. Det här är inte en antiterrorlag. För illegala vapen vidtar vi andra åtgärder. Det handlar om att lagliga vapen inte ska hamna i fel händer, det har hänt. Det är inte det ena eller det andra.

Jag engagerar mig därför att detta berör många i Europa. Jag kommer från en familj som har sex generationer av jägare. Jag förstår deras befogade oro och upprördhet. Laglydiga människor har känt sig attackerade. Jag har träffat berörda organisationer och är imponerad av den etik av säkerhet som finns bland jägare och skyttar. Jag vill försäkra dem om att kommissionens förslag är dött och begravet.

I en öppen och demokratisk process har jag lyssnat och åtgärdat. Vi har genom subsidiaritet sett till att de länder som i dag har ett fungerande system kan behålla det. Vi i EPP-gruppen har slagit vakt om jägare och idrottare. Jag vill lugna dem: ni kommer att kunna fortsätta era fritidsaktiviteter som nu. Vi har kämpat från insidan och kirurgiskt tagit bort det föreslagna förbudet mot distanshandel. Vi straffar inte landsbygden men tar hänsyn till exempel till norra Sverige och Finland. Även kravet på obligatorisk läkarkontroll och tidsbegränsad licens har vi fått bort.

Det är dags att vi tar en debatt baserad på fakta. Människor ska inte bli oroliga i onödan. Det är ett test för ledarskapet. Det är ingen ursäkt att det är komplicerat.

Jag uppmanar mina liberala vänner att inte svika saklighet och fiska enkla röster. Vi ska inte tillåta direktivet att bli en symbol för Bryssel mot folket.

Vårt uppdrag är att svara till människors oro, inte spela på deras känslor. Ni måste våga vara ansvariga även om det är lättare att vara populist. Herr talman, vi kan inte heller skjuta ner direktivet för att vi är rädda för hur det ska tolkas nationellt. EPP-gruppen uppmanar medlemsländerna att genomföra det på ett korrekt sätt, utan att lägga till. Det lovar jag att följa upp.

Sergio Gaetano Cofferati, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io considero la soluzione alla quale siamo arrivati molto importante e positiva: lo dico senza mezzi termini. Abbiamo lavorato molto e con grande fatica, perché le condizioni iniziali non erano le migliori possibili.

La direttiva precedente era una direttiva vecchia, che aveva lasciato vuoti normativi rilevanti. Poi, come è stato detto, le soluzioni tecniche adottate nei singoli paesi e anche la cultura del rapporto tra i cittadini e le armi sono molto differenti e si trattava di avvicinare, trovare punti di equilibrio tra queste condizioni così lontane tra di loro. Infine, vorrei dire, lei signor Commissario, non ha nessuna responsabilità – non c'era all'epoca – ma la proposta della Commissione era davvero una brutta proposta, molto approssimativa e soprattutto aveva l'errore politico in sé del tenere insieme l'idea della modifica della direttiva con il contrasto al terrorismo, che sono due cose estremamente diverse.

Abbiamo rimesso un po' di ordine in quello che c'era e aveva il tratto approssimativo che prima commentavo. Abbiamo ridato certezza a persone ingiustamente preoccupate – penso ai cacciatori, penso ai tiratori sportivi – che si sentivano aggrediti, attaccati: hanno sempre rispettato la legge e qui improvvisamente si sentivano messi nel mirino di un provvedimento che, in verità, non li riguardava dal punto di vista del rispetto della norma. Abbiamo anche creato condizioni perché il mercato sia un mercato regolato e dunque non si presti né a favorire la contraffazione né, ancor meno, a favorire un acquisto illecito di armi pericolose sotto altre spoglie.

Le cose che lei ha ricordato sono tutte vere, comprese le difficoltà che abbiamo avuto nella fase finale per quanto concerne il trilatero. Però la proibizione dei due tipi di armi semiautomatiche e particolarmente pericolose è stata fatta con criteri oggettivi, non per somiglianza come categoria dello spirito, come chiedeva la Commissione; e anche la conversione delle armi automatiche demilitarizzate è stata messa, giustamente, sotto controllo.

Poi abbiamo previsto alcune eccezioni, compresa quella, ad esempio, del sistema di difesa finlandese, che non meritava di essere coinvolto in alcuna maniera. Abbiamo introdotto la marchiatura e anche le armi a salve, se provenienti da conversione di armi reali, rientreranno nell'ambito di applicazione della direttiva.

Insomma, abbiamo rimesso le cose a posto: lo abbiamo fatto con pazienza, senza strumentalizzazioni e senza demagogia e io considero questo un punto d'approdo molto importante.

Richard Sulík, za skupinu ECR. – Vážený pán predsedajúci. Komisia si zjavne myslí, že terorista, keď chce spáchať nejaký útok, tak si najprv vybaví zbrojný pas a potom si legálne obstará zbraň. To je, samozrejme, naivné a podľa tejto myšlienky by bolo treba zakázať aj nákladné automobily, sekery, mačety, lebo teroristi aj týmito nástrojmi páchajú svoje teroristické útoky. Obmedzovať legálne zbrane preto, lebo teroristi páchajú útoky nelegálnymi zbraňami, je pomýlené a slúži akurát na to, aby Komisia ešte viac vytáčala obyvateľov Európy. Ako keby už nebolo dosť. Ako keby už veľká časť obyvateľov Európy nemala plné zuby týchto regulácií a obmedzení, tak pekne len pokračujete. Pokračujete ďalej a ďalej až sa nám to celé rozsype. Ľudia nechcú toľko obmedzení od vás, čo si myslíte, že viete lepšie, ako by ľudia mali žiť.

Dita Charanzová, za skupinu ALDE. – Pane předsedající, pane komisaři, všichni, co tady jsme, se shodneme na jednom – chceme bezpečnou Evropu. Proč zde tedy materiálu, který má zvýšit bezpečnost v Evropě, teď všichni ve stoje netleskáme? Proč našel odpůrce napříč politickým spektrem v členských státech? Proč oproti všem očekáváním jste se namísto řešení skutečných bezpečnostních výzev zaměřili na omezení práv legálních držitelů zbraní? Na omezení práv lidí, kteří žádné teroristické útoky nespáchali a nepáchají.

A přitom je toho tolik co zlepšovat v otázce bezpečnosti. Nemáme jasná pravidla pro deaktivaci zbraní. Nemáme pravidla pro nejrůznější konverze zbraní a přitom právě zbraně úředně vedené jako nefunkční zabýjely v pařížském klubu Bataclan. Chybí nám užší spolupráce mezi členskými státy, které by si měly rychleji a efektivněji předávat bezpečnostní informace. Nejsme schopni zajistit dohledatelnost zbraní, kontrolu jejich oběhu a pohyb mezi státy a mohla bych pokračovat.

Pane komisaři, Vy jste nedávno napsal – lidé, kteří nemají špatné úmysly, se směrnice nemusejí bát. Omyl, bojí se! Já se s takovými lidmi pravidelně setkávám. Jsou to sportovní a rekreační střelci, myslivci, ale také bývalí i současní příslušníci bezpečnostních složek. Legální vlastníci zbraní. A ti se směrnice obávají. Obávají se dokonce o to, že o své zbraně přijdou. Díky tlaku Evropského parlamentu se podařilo text z velké části napravit. Dostali jsme se ale bohužel jen na půl cesty. Pro řadu opatření nám chybí navíc logické argumenty. A pokud existují, měli jste je předložit. Komise ale zřejmě vypracování dopadové studie považovala za zbytečné, a tak i dnes po více než roce rozhodujeme od stolu a naslepo. To je nezodpovědný zásah do svobody občanů EU.

Podala jsem proto celou řadu pozměňovacích návrhů a chtěla bych tímto vyzvat přítomné, aby zvážili svoji pozici a tyto návrhy podpořili. Jedná se o citlivé téma a je to poprvé, co o něm rozhodujeme zde na plenárním zasedání. Pane komisaři, podívejte se kolem sebe. My si nemůžeme v současné situaci dovolit přijmout nesmyslnou a nelogickou legislativu a pokračovat tak v oslabování důvěry našich občanů v EU. Ve hře je víc, než si myslíte.

(Řečnice souhlasila s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Richard Sulík (ECR), otázka položená zdvihnutím modrej karty. – Pani Charanzová, spomínali ste deaktiváciu zbraní. V tejto súvislosti sa vás chcem spýtať, či si nemyslíte, že potom, čo v roku 2007 bola prijatá posledná revízia smernice o strelných zbraniach a Komisia mala vydať deaktiváčne nariadenie k zbraniam a k tomuto došlo až sedem rokov neskôr po parížskych útokoch, či toto nie je zlyhanie Komisie. Či by najprv Komisia nemala napraviť svoje vlastné chyby predtým, ako ide obmedzovať slušných ľudí.

Dita Charanzová (ALDE), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – Vážený pane kolego, já s Vámi absolutně souhlasím. Jestli nám něco zde v EU v tuto chvíli chybí, tak jsou to jednoznačná pravidla pro deaktivaci. To byl jeden z problémů teroristických útoků. A jsme ráda, že naše frakce, frakce ALDE, od začátku podmiňovala přijetí této směrnice tím, že budeme mít jasná pravidla pro deaktivaci. Ano, tady jsme zaspali.

Jiří Maštálka, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, kdybychom měli na stole návrh, který prokazatelně zvýší bezpečí v EU, byl bych první, kdo by pro něj zvedl ruku. Jsem však přesvědčen, že to není náš případ. Návrh směrnice, o kterém budeme zítra hlasovat, podle mě nic neřeší. Soustřeďuje se na omezování práv držitelů legálně nabytých zbraní, sportovních střelců a sběratelů historických zbraní. Můžeme se jen těžko domnívat, jaký pozitivní efekt nová právní úprava přinese, neboť jsme i přes opakované žádosti žádnou expertní analýzu ze strany Komise neobdrželi. Zřejmě se ale asi všichni shodneme na tom, že terorista si jen těžko někdy půjde koupit zbraň do kamenného obchodu. Přísné zákazy některých typů legálně nabytých a držených zbraní způsobí přesun velké části těchto zbraní do nelegální sféry. Nebo ještě hůře na černý trh. Tím se tyto zbraně stanou potenciálně dostupné zločincům a teroristům. Nejsem si tak vůbec jistý tím, že předložený návrh jakkoliv snižuje riziko spáchání dalších teroristických útoků.

Igor Šoltes, v imenu skupine Verts/ALE. – Torej, če je bil cilj tega osnutka direktive učinkovit boj proti terorizmu, se bojim, da je bil ta cilj zgrešen. Zlati zato, ker se je fokusiral ta boj na napačne deležnike, na tiste legalne imetnike orožja, ki seveda ne predstavljajo tisto glavno tveganje terorizma.

Dobili smo ogromno tudi pisem, mailov, v katerih nas tej zakoniti imetniki orožja opozarjajo na to, da praktično, ko berejo tak dokument, se smatra, kot da so tudi oni del tega sistema, ki mu rečemo terorizem.

Zato mislim, da seveda bi se morala direktiva usmeriti, če govorimo o boju proti terorizmu, zlasti na tako imenovani črni trg, na področje, kjer se dogajajo te kupčije, ki potem omogočajo trgovanje z orožjem, ki služi tudi za terorizem in teroristične napade.

Mislim, da je zelo pomembno, da se tudi s pomočjo pravnih direktiv okrepi sodelovanje med državami članicami, izmenjave podatkov in da se upoštevajo že v nekaterih državah zgledne zakonodaje tega področja, tako kot je to urejeno tudi v Sloveniji.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz, w imieniu grupy EFDD. – Panie Przewodniczący! Na wstępie chciałbym serdecznie podziękować stowarzyszeniom strzeleckim, kolekcjonerom, strzelcom sportowym, myśliwym, muzeom, entuzjastom broni i ponad 20 tysiącom osób, które podczas prac w komisji IMCO wysłały do mnie e-maile w obronie wolności, wolności od zakazu posiadania broni. Prace nad tą dyrektywą obrazują wszystkie problemy unijnego prawodawstwa. Propozycja Komisji od początku była nierealna, nie odpowiadała założonym celom. Brak oceny skutków powinien spowodować natychmiastowe odrzucenie projektu. Również ostateczny tekst jest nie do przyjęcia: wprowadza kolejne utrudnienia dla praworządnych posiadaczy broni.

Zamiast budować pozytywny przekaz na temat broni, opieramy się na negatywnych argumentach i nieufności wobec własnych obywateli, którzy nie mogą sami o sobie decydować oraz którym odbiera się najskuteczniejsze narzędzie do obrony własnej. Oznacza to, że władza boi się swoich obywateli. W preambule znajdziemy przyczyny powstania dyrektywy i odniesienie do terroryzmu. Jednak ja nie widzę w dalszym tekście nic, co dotyczyłoby terrorystów, przestępców, nielegalnego handlu bronią. Widzę natomiast kolejną część wolności odebraną praworządnym obywatelom.

Szanowni Państwo! Reforma Unii Europejskiej może się odbyć tylko z poparciem obywateli i musi polegać przede wszystkim na realizacji ich oczekiwań. Czechy już zapowiedziały, że w odpowiedzi na unijne prawo zmienią konstytucję tak, aby każdy praworządny obywatel miał dostęp do broni. To jest droga, którą powinniśmy iść. Wolny dostęp do broni jest jedyną gwarancją naszego bezpieczeństwa, pierwszym i absolutnym prawem antyterrorystycznym.

Nasz kolega, poseł Janusz Korwin-Mikke większość swoich przemówień w Parlamencie kończy zdaniem „a poza tym uważam, że Unia Europejska powinna zostać zniszczona”. Ta dyrektywa to bardzo dobry krok w tym kierunku.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Vicky Ford (ECR), blue-card question. – You have received many emails from legal owners – from hunters, from target shooters – who are concerned because they think that they are going to lose their guns. This because you have written to tell them that Europe is going to take away their guns, but, if you read what we are voting on, you will see that every legal owner can continue to own their guns provided that their Member States agree. You, and others, are misleading the public about their rights. They will continue to have their rights, provided that their Member States agree. My question is: have you read what you are voting on?

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Przewodnicząca! Nigdy nikomu nie napisałem, że Unia Europejska odbierze komukolwiek broń – odbierze przede wszystkim wolność. I o tym jest ta dyrektywa, nie o konkretnych rozwiązaniach, bo konkretne rozwiązania można kojarzyć na poziomie – nie wiem – okupant a naród okupowany, natomiast w Unii Europejskiej nigdy nie będzie zgody na to, żeby praworządnym obywatelom odbierać kolejne wolności.

Mylène Troszczynski, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, j'ai une question pour vous: par quelle magie, grâce à ce texte, arriverez-vous à lutter efficacement contre le terrorisme et le trafic d'armes illégales? Puisqu'il faut le rappeler, c'était le prétexte invoqué au départ pour justifier la révision de cette directive.

Il est vital de se concentrer sur le réel: c'est une exigence morale. Les terroristes s'approvisionnent en armes sur le marché noir. Les armes illégales pullulent au sein de l'Europe. Il est plus facile de s'acheter un AK-47 sur le Darknet, que d'obtenir légalement une autorisation d'acheter un fusil de chasse.

Aujourd'hui, vous vous attaquez aux honnêtes citoyens parce que vous êtes incapables de lutter contre le fléau islamiste, parce que l'Union européenne est incapable de protéger ses citoyens, parce que vous êtes incapables de reconnaître l'échec de Schengen.

Cette directive – et je n'aurai de cesse de le répéter – est illégitime car non proportionnée aux objectifs visés, inutile car elle ne vise pas le trafic d'armes illégales, injuste car elle ne vise qu'à restreindre les libertés des honnêtes citoyens, et disproportionnée car dépourvue d'études d'impact. Vous êtes dans l'impossibilité de prévoir les conséquences économiques dans le secteur et le coût que cela va représenter pour les citoyens.

Mon groupe «Europe des nations et des libertés» a déposé un amendement de rejet de ce texte que je vous demande de soutenir lors du vote.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Doamnă Troszczynski, ați spus, între altele, că este mai ușor să cumperi o mitralieră de pe internet decât să iei un permis de vânatoare. Vă întreb: cunoașteți modificările aduse în acest raport vizavi de vânzarea pe internet a armelor? Pentru că, din ceea ce ați spus, rezultă că nu le cunoașteți.

Mylène Troszczynski (ENF), *Réponse «carton bleu»*. – Je sais surtout ce qu'il faut faire pour obtenir une détention d'arme, m'étant inscrite moi-même à un club de tir. Je sais donc très bien quelles sont les démarches que les honnêtes citoyens doivent accomplir pour pouvoir exercer leur passion ou obtenir une arme.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συγκεκριμένη πρόταση της Επιτροπής, αποδεικνύει ότι υπερβαίνει τις εκτελεστικές νομοθετικές της αρμοδιότητες και δεν κατανοεί πως η δικαιοδοσία της ως νομοδότη πηγάζει από τις ανάγκες των πολιτών και αντικατοπτρίζει αυτές. Η πρόταση δεν υιοθετεί μέτρα για την καταπολέμηση της τρομοκρατίας και του παράνομου εμπορίου· απλά τιμωρεί και αποθαρρύνει τους νομοταγείς πολίτες. Το παράνομο εμπόριο όπλων δεν οφείλεται στην ελαστικότητα της προηγούμενης οδηγίας. Τα εμπροσθογεμή, τα μουσειακά, τα όπλα σκοποβολής, τα απενεργοποιημένα, τα εκθεσιακά και τα ημιαυτόματα δεν αντιμετωπίζονται με τη λογική της απειλής και της τυχόν συμμετοχής σε παράνομες δραστηριότητες.

Η αύξηση της γραφειοκρατίας, η ομαδοποίηση κανόνων και η επιβολή ανέφικτων περιορισμών οδηγούν σε πολτοποίηση της λογικής και ώθηση στην απόκτηση όπλων από τρίτες, μη σύννομες πηγές.

Ορισμένες τεχνικές προδιαγραφές, όπως η χωρητικότητα γεμιστήρων για τα ημιαυτόματα όπλα κεντρικής επίκρουσης, είναι τραγελαφικές. Το σχολιάζω ως πρώην αξιωματικός των ελληνικών ειδικών δυνάμεων και χρήστης όπλων.

Η έκθεση πρέπει να καταψηφιστεί και να αφεθεί στη νομοπαρασκευαστική δικαιοδοσία των κρατών μελών.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich allen, die an dem Dossier mitgewirkt haben, vor allem der Berichterstatterin Vicky Ford, aber auch unserer Schattenberichterstatterin Anna Corazza Bildt und den Kollegen von den Sozialdemokraten für eine unglaublich wichtige Arbeit an einem Vorschlag der Kommission danken, der am Anfang nicht so ausgewogen daherkam, Herr Kommissar King, wie Sie ihn jetzt präsentiert haben. Deswegen auch Ihnen herzlichen Dank dafür. Denn es geht in der Tat um die Frage, was unsere Antwort auf die Anschläge in Paris und anderswo sein kann, von denen wir alle sehr betroffen waren, bei denen allerdings legal erworbene Waffen kaum eine Rolle gespielt haben. Dennoch ist es so, dass die Freiheit der einen – und das sind hier die legalen Waffenbesitzer – mit der Sicherheit der anderen in Abwägung gebracht werden muss. Deswegen sind es zwei Seiten einer Medaille. Sicherheit und Freiheit können wir nicht gegeneinander ausspielen – wir müssen den richtigen Mittelweg finden.

Deswegen habe ich von Anfang an gesagt – und viele Kollegen haben dies unterstützt: Wir werden die rechtstreuen legalen Waffenbesitzer mit dieser Richtlinie nicht neuen Schwierigkeiten aussetzen. Und wir haben Wort gehalten. Wir haben eine Mehrheit organisiert. Es war eine schwierige Diskussion, weil die Waffenrechte in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Die Diskussion ist in manchen Mitgliedstaaten – man hat ja heute hier auch ein paar krude Stimmen gehört – immer noch nicht ganz beendet. Es gibt Wahlkampf in manchen Mitgliedstaaten. Auch das ist ein Argument für viele, das kann man nicht aus dem Blick lassen.

Dennoch ist es gelungen, einen vernünftigen Mittelweg zu finden zwischen den legalen Waffenbesitzern – vor allem den Sportschützen und den Jägern – und ihren Interessen und dem Ziel, mehr Sicherheit in Europa hinzubekommen. Deswegen hoffe ich, dass diesem Vorschlag heute alle Kollegen zustimmen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). – Herr Präsident! Etwa 80 Millionen Schusswaffen befinden sich EU-weit in legalem Besitz – Grund genug, die geltenden Regeln für den Erwerb und den Besitz von Schusswaffen auf den Prüfstand zu stellen. Schließlich geht es um die öffentliche Sicherheit, und öffentliche Sicherheit geht uns alle an.

In den Verhandlungen wurde alles in allem ein tragfähiger Kompromiss erzielt, auch wenn ich mir bei einigen mehr Mut gewünscht hätte, dem massiven Druck der Waffenlobby entschiedener entgegenzutreten, wo Jäger und Sportschützen über Online-Kampagnen mit falschen Informationen stark verunsichert wurden.

Nun, wie dem auch sei, im Interesse der öffentlichen Sicherheit konnten wichtige Verbesserungen durchgesetzt werden. So werden alle wesentlichen Bestandteile von Waffen künftig gekennzeichnet und registriert. Dies erleichtert die Rückverfolgung und unterstützt die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Beim Online-Verkauf von Waffen muss die Identität des Käufers künftig von autorisierter Stelle überprüft werden, und bei deaktivierten Waffen ist es so, dass sie nun meldepflichtig werden. Hier wurde eine Sicherheitslücke geschlossen, da deaktivierte Waffen nachträglich wieder scharf gemacht werden können, und sie waren bislang nicht mehr rückverfolgbar.

Diese und weitere neue Regelungen dienen der Erhöhung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Daher unterstütze ich auch den ausgehandelten Kompromiss.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tomáš Zdechovský (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Paní kolegyně, chtěl bych se zeptat, jestli víte, že znovu zprovoznit správně deaktivovanou zbraň je úplně stejně náročný proces jako vyrobit novou zbraň. A jestli také víte, že mezi lidmi jsou miliony zásobníků, které nikdo nikdy neregistroval. Zásobník je spotřební zboží a tahle směrnice, tak jak je dnes domluvená, bude registrovat také zásobníky?

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ja, ich habe auf die Frage der deaktivierten Waffen hingewiesen. Ich kann dem Kollegen nur sagen, dass ich mich da persönlich sehr sachkundig gemacht und auch mit Vertretern zum Beispiel der deutschen Polizei gesprochen habe und weiß, dass die Reaktivierung von deaktivierten Waffen in der Tat nicht so einfach ist. Aber sie ist möglich. Und deshalb ist es wichtig, hier Schranken zu setzen.

Jussi Halla-aho (ECR). – Arvoisa puhemies, kun komissio antoi esityksensä uudeksi ampuma-asedirektiiviksi, muodollisena perusteena olivat turvallisuus ja terrorismi. Kuitenkin esityksen tosiasiallisena kohteena olivat urheiluammunnassa käytetyt puoliautomaattiset aseet, joita ei ole käytetty terrori-iskuissa ja joiden rooli rikollisuudessa on mitätön.

Esityksen räikeimmät ylilyönnit torjuttiin sekä parlamentissa että neuvostossa. Kompromissiteksti on silti edelleen erittäin ongelmallinen. Esimerkiksi lippaiden kokoa koskevat rajoitukset vaikuttavat kielteisesti ammunnan harrastajiin ja yrittäjiin, mutta eivät lisää kenenkään turvallisuutta. Poikkeuslupia koskevat säännöt ovat sekavia ja keskenään ristiriitaisia.

Esitys rikkoo kaikkia hyvän lainsäädännön periaatteita. Se on häpeäksi Euroopan unionille. Vetoan niihin, jotka kunnioittavat itseään ja tätä instituutiota: äänestäkää tätä kompromissia vastaan.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, vous êtes commissaire à la sécurité, donc très logiquement vous avez placé votre intervention dans le cadre de la lutte contre le terrorisme.

J'aimerais vous croire, mais j'ai des doutes. Les terroristes ne vont pas acheter leurs armes chez les armuriers en présentant leur carte d'identité et un certificat de bonne vie et mœurs.

J'ai ici le rapport d'Europol de novembre 2016, qui indique que les terroristes se fournissent en armes de guerre sur le marché illégal, ensuite sur l'internet, et que la désactivation d'armes et l'activation d'armes désactivées n'ont été utilisées que dans un cas, celui des attentats de Paris.

Nous nous trompons de cible, Monsieur le Commissaire: la priorité c'est de lutter contre le commerce illicite d'armes et non pas de gêner ceux qui exercent légalement une activité sportive ou les collectionneurs.

Bien sûr, la proposition comporte beaucoup d'éléments positifs et j'aimerais les suivre, mais je me heurte à un problème fondamental au-dessus duquel, personnellement, il m'est impossible de passer: c'est celui de la vente d'armes au particulier sur l'internet. Je ne comprends pas que la vente de certains médicaments soit interdite sur l'internet sans une prescription médicale. Nous serions plus stricts pour les médicaments que pour les armes. Je n'accepte pas cette situation et c'est à contrecoeur que je voterai contre cette proposition.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor presidente, es difícil en solo un minuto contrarrestar el trabajo que lleva meses haciendo uno de los lobbies más potentes del mundo: el lobby de la industria armamentística.

Todos los que hemos trabajado en este informe creo que hemos podido notar su presión, y eso que no hemos abordado el gran negocio de la venta de armas a dictaduras criminales o a países en conflicto bélico. Estamos hablando básicamente de la venta de armas a particulares en Europa, pero que tampoco es un tema menor. Hay 25 millones de propietarios de armas en la Unión Europea. Muchos estudios y el sentido común nos indican que a más armas y a una legislación más laxa más muertes por armas de fuego.

Se necesitan más controles y una regulación más estricta, y no utilicen la caza o las armas de coleccionistas o los deportes de tiro como excusa para no hacerlo. Señores diputados y señoras diputadas, no pretendan convertir en un derecho lo que en realidad es un negocio.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Vicky Ford (ECR), blue-card question. – In your speech you have just said that there is going to be an impact on hunters, sport shooters and collectors, but, under the text we are voting on, hunters will be able to continue hunting and collectors will be able to continue collecting. There needs to be strong protection for security. So my question is: have you read what we are voting on today?

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Señora, creo que usted no ha entendido para nada mi intervención. Yo lo que he dicho es que hay diputados y diputadas en esta Cámara que están utilizando como excusa a los coleccionistas de armas, a los deportistas o a los cazadores. Los están poniendo como excusa, porque en realidad no quieren que haya más controles, no quieren que haya una regulación más estricta. Simplemente digo que se les está utilizando porque entiendo que este informe, que esta legislación, sí va a permitir que continúen utilizando las armas estos colectivos.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! Förslaget till nytt vapendirektiv har presenterats av EU som ett sätt att bekämpa terrorister och organiserad brottslighet. Dock så drabbas endast legala vapenägare. Kommissionen har alltså nyttjat en felaktig grund för att lansera denna lagstiftning, och detta strider mot alla demokratiska principer i västvärlden. Med andra ord: Det finns ett enormt demokratiskt underskott i den process som EU driver. Utöver detta har kommissionen ej tillåtit någon konsekvensanalys, vilket är tydligt då denna rättsakt skapar stor rättsosäkerhet.

Rösta nej till vapendirektivet och höj i stället rösten för att EU ska säkra de externa gränserna samt implementera åtgärder som är direkt riktade mot terrorister och inte legala vapenägare, en av våra mest laglydiga grupper av medborgare. Gör om och gör rätt.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), fråga ("blått kort"). – Kristina Winberg har inte alls varit inblandad på något sätt i förhandlingarna. Hon har inte gjort någonting för att förbättra direktivet. Om kommissionens förslag var så dåligt, varför har du inte engagerat dig i processen? Det vi röstar om i dag är inte kommissionens förslag, utan det är en överenskommelse mellan rådet och parlamentet som helt har förändrat kommissionens förslag.

På vilket sätt drabbar det legala vapenägare? På vilket sätt är det inte demokratiskt när vi är folkvalda parlamentariker som har förhandlat med 28 folkvalda regeringar som är samma regeringar som sitter i huvudstäderna? På vilket sätt skulle det direktiv som ska införas via nationella parlament vara odemokratiskt? Det är ett direktiv. Läs dina papper och håll dig till fakta!

President. – Ms Corazza Bildt, I do apologise but we have a limit on the blue-card questions and I have to stick to it. (Ms Winberg, you have half a minute for the answer).

Kristina Winberg (EFDD), svar ("blått kort"). – Maria, jag tillhör ju de populära partierna som lyssnar på folket. Jag har varit och besökt vapenägare, skytteklubbar, jägare, vapensamlare – och jag vet inte allt. Jag har läst in mig på det så mycket som det går. Även om du säger att jag inte har gjort någonting, så har vi skrivit ändringsförslag och försökt göra allting för att inte få det här idiotiska förslaget att gå igenom.

Du vet ju själv att det är en så liten procent där man ser att legala vapen används vid mord och brott. Det är som att fiska i djupa vatten eller leta efter en nål i en höstack. Ni gör helt fel!

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier wesentliche Teile der Europäischen Union in einem völligen Paralleluniversum leben. Sie wollen mehr Sicherheit in Europa schaffen: ja, gut. Aber Sie ignorieren, dass es eine Vielzahl von Dschihadisten, von Terroristen, von Kriminellen gibt, die auf unseren Kontinent gekommen sind, und dass etwa alleine in Bosnien 800 000 illegale Waffen vorhanden sind – eine Feststellung der Grenzschutzagentur Frontex. Aber anstatt hier etwas zu unternehmen, malträtieren Sie rechtschaffene Bürger. Sie malträtieren Sportschützen, Traditionsschützen, Menschen, die ein Verteidigungsinteresse haben.

Das ist der völlig falsche Weg. Erinnern Sie sich zurück: Ob das Charlie Hebdo war, ob es in Brüssel der Anschlag war, ob das Nizza war, ob das das Bataclan-Theater war – nirgends ein Problem mit legalem Waffenbesitz.

Das sind rechtschaffene Menschen. Sie fokussieren Ihre Sicherheitsbestrebungen auf die Malträtierung rechtschaffener Bürger und lassen völlig außer Acht, dass es hier viele Kriminelle gibt. Die müssen hier im Fokus stehen. Ich würde eher eine Liberalisierung des Waffenrechts begehren, wo Menschen, die ein Verteidigungsinteresse haben, dieses auch entsprechend wahrnehmen können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Andreas Schwab (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Vilimsky! Ich habe Ihren Ausführungen aufmerksam zugehört. Sie haben darauf hingewiesen, dass man sich vor allem um die illegalen Waffen kümmern müsse. Nun ist es so, dass die EVP-Fraktion die Zuständigkeiten der Europäischen Union respektiert und es deswegen den Mitgliedstaaten – ich denke, Sie kommen aus Österreich – eben an den Stellen, wo sie selber zuständig sind, nicht unbotmäßig erschweren will – deswegen meine Frage an Sie: Kennen Sie diese Zuständigkeitsverteilung, und sind Sie mit mir der Auffassung, dass die Zuständigkeit für den Kampf gegen illegale Waffen in dem Falle bei der Republik Österreich liegen würde?

Harald Vilimsky (ENF), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Danke für Ihre Frage. Ich vertrete generell die Auffassung, dass hier die Europäische Union nicht vonnöten ist, um das zu regeln. Die Europäische Union wäre vonnöten, um Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent abzusichern, aber nicht um mit einer bürokratischen Schikane nach der nächsten hier die Bürger zu malträtieren. Gerade Österreich hat überhaupt kein Problem mit legalem Waffenbesitz. Und jetzt sind wir damit konfrontiert, eine Vielzahl von bürokratischen Vorschriften umsetzen zu müssen, ignorierend, dass die Bedrohung aus einer ganz anderen Ecke kommt, nämlich von offenen Grenzen, von Dschihadisten, von Terroristen, von Bedrohungen gegenüber rechtschaffenen Menschen. Hier ist anzusetzen, und hier sind alle Anstrengungen zu fokussieren, aber nicht mit einer bürokratischen Schikane, wie sie hier heute wahrscheinlich und leider beschlossen wird.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dovolu mi několik mých postřehů jako člena výboru IMCO k této směrnici o zbraních.

Za prvé, návrh Komise, který byl předložen, pane komisaři, byl mimořádně nekvalitní. Vy tady hovoříte o ambicióznosti Komise, ale ten návrh, pane komisaři, způsobil to, že dnes budeme hlasovat o nepovedeném kompromisu. Ten původní návrh šikanoval sportovní střelce, myslivce, ale také majitele a správce muzeí, sběratele atd. Určitě neřešil teroristy. Tady na půdě Parlamentu paní zpravodajka, stínová zpravodajové s daným návrhem dělali maximum, opravdu jej výrazně vylepšili a já jim chci poděkovat. Ale musím říci, že ten kompromis je pro mě dále nepřijatelný.

Ten kompromis dále omezuje legální držitele zbraní. Ano, je tam možná výjimka, státy budou moci říci, že současní vlastníci zbraní nebudou dotčeni, ale potenciální budoucí vlastníci, kteří by si chtěli koupit poloautomatické zbraně, tak nebudou moci činit. To znamená, my zasahujeme do legální držby zbraní. Není pravda, že budoucí legální držba zbraní je z toho vyňata, a to je pro mě zkrátka nepřijatelné.

Je tady jakýsi kompromis, který možná nepoškozuje současné držitele, je lepší než původní návrh směrnice, ale je to kompromis, který já těžko svým občanům voličům dokážu vysvětlit, těžko mohu říci, proč do budoucna si lidé nebudou moci kupovat poloautomatické zbraně. Takže bylo by lepší směrnici stáhnout a zpracovat jiný návrh.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, olen monen puhujan kanssa samaa mieltä siitä, että olemme saamassa tasapainoisen, hyvän asedirektiivin, joka todellakin lisää turvallisuutta. On tärkeää, että Eurooppa on erilainen kuin Yhdysvallat, jossa aika vapaa aseiden saatavuus on johtanut erittäin vakaviin rikoksiin ja jossa esimerkiksi kouluampumisten yhteydessä sanotaan, että ne voitaisiin estää, jos opettajillakin olisi aseet. Eurooppa on erilainen! Sen takia on hyvä, että Euroopan unionin päätöksentekoprosessi, jossa komission, neuvoston ja parlamentin täytyy päästä yksimielisyyteen, tuotti näin tasapainoisen ratkaisun.

Suomessa herätti eniten huolestusta meidän maanpuolustuksemme, johon liittyy laaja reservi, liittyvät kysymykset. Saimme tähänkin erittäin hyvän ratkaisun, joten niin maanpuolustuksen ystävät, metsästäjät, kuin aseiden keräilijät voivat elää rauhassa.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, před časem tady pan Juncker představil pět plánů na budoucnost EU. Jeden z nich byl, že EU toho bude dělat méně a bude to dělat lépe. Mně by se to líbilo, ale tady v tom případě, bohužel, EU dělá více a dělá to hůře. Jestli je Evropský parlament frustrován, že ho lidé neberou moc vážně a že je tady nízká volební účast v evropských volbách, tak třeba zrušme sto směrnic nebo dejme polovinu evropského rozpočtu od roku 2020 na ochranu vnějších hranic před nelegálními migranty a teroristy, protože mimochodem tahle směrnice v boji proti terorismu nebude nic platná, teroristé se jí budou smát, protože samozřejmě budou mít vždycky k dispozici černý trh, a jediné, co tato směrnice dokáže, že rozkývá, destabilizuje účinnou národní legislativu k držení zbraní, jako je například v mé zemi, a stane se nástrojem byrokratické buzerace slušných lidí, slušných držitelů zbraní. Na tom se já podílet v žádném případě nebudu a nebudu tuto směrnici podporovat.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Frau Berichterstatterin! Wir sind uns alle einig: Terrorismus ist etwas, was jetzt inzwischen Europa unter Schwierigkeiten setzt, die europäischen Bürger ängstigt und wir müssen gemeinsam etwas dagegen tun. Nur, das, was hier von der Kommission vorgeschlagen war, und auch das, was jetzt Ergebnis des Trilogs ist, ist dazu nicht geeignet. Es wurde hier schon gesagt: Es ist die falsche Zielgruppe in den Fokus gerückt worden. Es wurde auch gesagt: Es geht hier nicht um mehr Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, die wir bräuchten, um Terror zu bekämpfen.

Im Gegensatz ist es so, dass legale Waffenbesitzer durchaus drangsaliert werden. Es wurde von der Berichterstatterin gesagt, die Jäger sind nicht betroffen, dies hat auch der Herr Kommissar gesagt – stimmt. Es wurde auch gesagt, die Sportschützen können weiter ihren Sport ausüben, wenn die Mitgliedstaaten zustimmen. Es wurde von der EVP vom freien Binnenmarkt gesprochen.

Ich frage mich: Wenn wir den freien Binnenmarkt wollen, warum machen wir keine Mindeststandards für legale Waffenbesitzer – auch für Sportschützen? Warum überlassen wir das den Mitgliedstaaten und haben dadurch ein Verbot durch die Hintertür? Das ist nicht verhältnismäßig, und darum bitte unbedingt der ALDE zustimmen, die sagt, dass wir über unsere Änderunganträge abstimmen lassen möchten, bevor wir zur weiteren Abstimmung kommen. Das würde der Sache gerecht werden.

Petr Mach (EFDD). – Pane předsedající, vy chcete bojovat s terorismem tak, že omezíte právo držet zbraň pro normální bezúhonné občany. To je absurdní, to jste měli dělat něco jiného, to jste měli chránit hranice a ne vpouštět miliony ilegálních migrantů. Já vím, že nikdo z těch teroristů nepoužil legálně drženou zbraň, ať už to byly samopaly, ať už to byl kamion, ať už to byly sekery nebo nože. Já si kladu otázku, proč to děláte, a já vidím odpověď. Vy jste posedlí regulací, takže my dneska budeme regulovat držení zbraní, budeme regulovat klece pro králíky, příště to bude regulace internetu a já mám pocit, že občané už toho mají dost, alespoň v mé zemi. V České republice se proti této směrnici o držení zbraní staví nejenom většina poslanců zde v Evropském parlamentu, staví se proti ní vláda a pohár naší trpělivosti prostě přetekl.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident! Die Berichterstatterin möchte mit dieser Methode auch den Terrorismus bekämpfen, und sie bekommt ja zu Recht auch Widerspruch aus ihrer eigenen Fraktion.

Am deutlichsten wird der Unsinn dieses Vorhabens allerdings an der sogenannten Lex Helvetica: Weil die Schweizer dem Schengenraum angehören, wird auch sie von der Waffenrichtlinie eingeschlossen. Dank einer Lex Helvetica dürfen altgediente Schweizer ihr Sturmgewehr behalten. Die EU hat diese Ausnahme gemacht, um zu verhindern, dass in der Schweiz ein Referendum über die Schengenmitgliedschaft abgehalten wird. Diese Ausnahmeregelung scheint aus dem Text hervor wie ein Papagei aus einer winterlichen Eiche. Das Schweizer Sturmgewehr ist ein Symbol für die Wesensgleichheit von staatlicher und bürgerlicher Gewalt. Der Staat delegiert ein Stück seines Gewaltmonopols auf den Bürger, weil er ihm vertraut und weil er weiß, dass er nicht immer überall sein kann, um alle Bürger zu schützen. Von solchen Überlegungen ist das heutige Europa weitestmöglich entfernt.

Es ist richtig, illegalen Waffenbesitz hart zu bestrafen. Wenn jemand eine Waffe illegal erwirbt führt er nichts Gutes im Schilde, dann will er sich womöglich kriminell betätigen. Aber warum sollte ein unbescholtener Bürger, der psychologisch unauffällig ist und eine Schulung in Waffensachkunde nachweisen kann, keine Waffe besitzen?

Die CDU hält eine weitere Verschärfung für einen Mittelweg, die SPD hätte gerne noch mehr – Unsinn, meine Damen und Herren, das abzulehnen.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Nuno Melo (PPE). – Senhor Presidente, queria começar por dizer que quem fez a ligação desta legislação com o terrorismo foi a Comissão – e isso foi um disparate. A Comissão acreditou genuinamente que, complicando a vida a caçadores, a atiradores desportivos e a colecionadores, resolveria algum problema de terrorismo. Lamento dizer, mas não resolverá.

Os caçadores, os atiradores desportivos e os colecionadores não andam aí a cerrar os canos das armas para assaltar bancos ou a colocar bombas nas ruas. Os caçadores, os colecionadores e os atiradores desportivos estimam as suas armas.

Os terroristas, por seu lado, não compram armas no mercado altamente regulamentado, sujeitas a registo, que, no final, permite a sua identificação por causa disso. Os terroristas até utilizam, veja-se lá, facas, machados, veículos automóveis e camiões, como aconteceu em recentes ataques. Não é por causa disso que a Comissão vai infernizar a vida dos condutores.

Aqui chegados, o que quero dizer é o seguinte: felizmente tivemos aqui o Parlamento Europeu a trabalhar em codecisão – eu próprio apresentei muitas emendas e agradeço à Ana Maria Corazza Bildt o esforço. Hoje, temos um texto que é completamente diferente daquele que, no início, a Comissão pretendia, mas o propósito faz-nos temer por aquilo que seja a eficácia legislativa de quem aí pode fazer alguma diferença.

Emotivamente, quiseram ligar o mercado regulamentar, os caçadores, os atiradores furtivos e os colecionadores ao combate ao terrorismo. Esse foi o impulso na apresentação da legislação aqui.

Por favor, combatam o mercado negro e o tráfico ilícito de armamento, e aí talvez consigam fazer algo... *(o Presidente interrompe o orador)*... no combate ao terrorismo.

President. – Colleagues, for those of you who were not present, I have already stated that I will not accept any more blue cards for reason of time.

Evelyne Gebhardt (S&D). – Herr Präsident! Ich muss ehrlich sagen, ich finde es immer unerträglicher, wenn ich höre, wie die rechte Seite dieses Hauses, diese Populisten, immer wieder mit Halbwahrheiten, mit Unwahrheiten arbeiten, um die Bürger und Bürgerinnen zu verunsichern. Das ist schlicht und einfach unverantwortlich! Oder haben Sie schon mal gesehen, dass ein Jäger mit einer Kalaschnikow oder mit einem Sturmgewehr auf die Pirsch gegangen wäre? Ich nicht. Aber haben wir schon mal einen Amokläufer gesehen, der eine halbautomatische Schnellfeuerwaffe genutzt hat, um Menschen zu töten? Das ja.

Das sind die Fragen, die wir beantworten müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Sicherheit für die Bürger und Bürgerinnen vergrößert wird. Wir müssen dafür sorgen, dass die Nachverfolgbarkeit der Waffen da ist, damit die Polizei auch schauen kann, woher diese illegalen Waffen kommen, die auf den Markt kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir auch wirklich für die Bürger und Bürgerinnen wieder einen Rechtsstaat haben, der ihnen auch Sicherheit geben kann. Das ist der Sinn und Zweck dieses Gesetzes.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, u zapadnom je svijetu trend maksimalnog ograničavanja nabave i posjedovanja oružja odavno uzeo maha. Država razoružava lojalne građane koji legalno posjeduju oružje i tako ih čini lakom metom kriminalaca i terorista koji svoje oružje kupuju na crnom tržištu i svjesno krše zakone.

Oružje ne ubija, ubija čovjek. Uloga je države da osigura da to oružje završi u rukama isključivo onih ljudi koji ni na koji način nisu ugroza za okolinu i da redovito kontrolira jesu li oni i dalje fizički i psihički spremni na odgovorno korištenje oružja.

Apsurdno je da u ovo vrijeme rastuće terorističke prijetnje razoružavamo vlastite građane. Policija i vojska ne mogu biti sveprisutne i zato ne mislim da bi bilo loše da među građanima ima onih koji su naoružani, obučeni u korištenju oružja te spremni pomoći u ekstremnim situacijama i sebi i drugima.

Luis de Grandes Pascual (PPE). – Señor presidente, este debate trae causa de una vieja dicotomía: libertad contra seguridad. Y es verdad que se puede entender que la Comisión tuviera preocupaciones coyunturales, pero no es menos cierto que ha incurrido en excesos, en exceso de regulación y en una inclinación en favor de la seguridad, privando de la libertad. Por tanto, ha sido criticada y con razón, pero, afortunadamente, el diálogo entre los sectores afectados y en esta Cámara y con el Consejo ha corregido este exceso, produciendo una propuesta muy digna de ser valorada.

El texto que vamos a votar, señorías, es el resultado de un análisis más medido que el presentado en un principio por la Comisión. Es un texto que ha sido enriquecido tras haber atendido las demandas de sectores de la sociedad que tenían mucho que decir sobre este asunto. El acuerdo que se ha alcanzado ahora aborda las cuestiones clave del sector, ayuda a restablecer el correcto equilibrio entre el derecho a disponer legalmente de un arma de fuego y la seguridad de los ciudadanos.

Como resultado, tenemos un informe que pretende ponderar y evaluar qué medidas pueden ser verdaderamente útiles para hacer frente al crimen. Incluye algunas novedades que nos van a permitir hacer frente a los riesgos que acechan a la seguridad pública. Se refuerzan las normas sobre el mercado de las armas de fuego, estableciendo, entre otras cosas, una nueva obligación de marcar también todos los componentes esenciales para evitar reconstrucciones de armas ya inutilizadas. Además, ha añadido una nueva disposición para que se establezca un sistema común para el intercambio sistemático de información entre los Estados miembros, punto fundamental para el buen funcionamiento del sistema y la seguridad.

Esta propuesta es un documento muy completo que busca el consenso, antes complicado. No se podía matar moscas a cañonazos, pero el diálogo, el entendimiento, la racionalidad y el equilibrio han producido una norma digna de ser votada, y yo así lo haré.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, avem astăzi un raport important, mult discutat și care a creat foarte multe controverse. Dar știm și de ce. Iată, o parte dintre colegii noștri nu au dorit, sau nu au vrut să explice cetățenilor ce vrem prin acest raport. Am propus și eu amendamente în sensul creșterii siguranței privind vânzarea pe internet, etichetare, reguli mai stricte pentru deținătorii de arme și armonizarea controlului stării de sănătate a deținătorilor. Nu au fost toate amendamentele luate, dar vreau să felicit raportorii pentru că s-a ajuns la un compromis mult mai bun decât era propunerea Comisiei.

Raportul nu dorește să creeze obstacole colecționarilor, vânzătorilor, muzeelor, raportul a dorit să sporească securitatea cetățenilor. Trasabilitatea armelor de foc și a componentelor a fost mai bine stabilită prin acest raport și, de aceea, cred că contribuie la responsabilizarea celor care tranzacționează arme, dar și a deținătorilor de arme. Așadar, susțin acest raport.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Von den Befürwortern des heute zur Abstimmung stehenden Entwurfs wird häufig vorgetragen: Die Jäger, die Schützen und die Waffensammler könnten mit dem, was heute als Kompromiss vorgelegt wird, zufrieden sein. Da ist doch die Frage zu stellen: Sind sie denn zufrieden? Ich habe mit sehr vielen aus diesem Bereich gesprochen, und sie sind nicht zufrieden. Also können wir hier nicht einfach sagen: Sie sollen zufrieden sein – sie sind es nicht.

Und sie sind berechtigt nicht zufrieden, weil bei dieser Regulierung, die nun geplant ist, einfach die Verhältnismäßigkeit nicht stimmt. Wir können doch nicht sagen: Weil wir Terrorismus bekämpfen wollen, überziehen wir Millionen von gesetzestreuen Menschen mit neuen Regularien. Wir haben in der EU nicht ein Mangel an Gesetzen, sondern wir haben einen Mangel an der Umsetzung von Gesetzen, einen Mangel dessen, dass auch wir, die Institutionen, uns nicht an die Gesetze halten – da müssen wir dran arbeiten.

Ein sicheres Europa entsteht nicht dadurch, dass wir neue Gesetze herbeiführen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass die bestehenden angewendet werden. Ich werde diesen Entwurf ablehnen.

Karl-Heinz Florenz (PPE). – Herr Präsident! Dieser Bericht der Kommission hat uns zu einem sehr unglücklichen Zeitpunkt erwischt, nämlich nach den Attentaten von Paris. Und da ist der Eindruck entstanden, dass die Jäger und die Sportschützen die Problemfälle in Europa sind. Herr Kommissar, das sind sie nicht! Die Waffen, die in den Händen von Jägern und Sportschützen sind, sind in den allerbesten Händen, und das wird auch so bleiben. Das ist, lieber Herr Kollege von der rechten Seite, auch nicht anders geworden.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass in der Tat die illegalen Waffen das Problem sind, und möchte dabei hinzufügen: Es ist nicht immer nur der Terrorist, sondern es sind auch eine ganze Menge handfester Verbrecher, die diese Waffen gebrauchen. Ich bedaure sehr, dass die Kommission das nicht mehr angesprochen hat und dass sie auch nicht nachgelegt hat. Sie hätten ja im Laufe der Debatte – und wir hatten auch in meiner Intergruppe eine sehr engagierte Debatte dazu – einiges tun können. Das haben Sie nicht getan. Wenn ich in meiner Schulzeit eine solche Klassenarbeit geschrieben hätte, Herr Kommissar, mit dem Ziel, illegale Waffen zu bekämpfen, dann hätte ich diese Arbeit noch einmal neu schreiben müssen.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, haluan kiittää parlamentin esittelijää Vicky Fordia ja varjoesittelijä Anna Maria Corazza Bildtää siitä, että meillä on nyt käsissämme erittäin tasapainoinen esitys. Tiedämme, että lähtökohta oli huono, koska komissio toi asedirektiiviehdotuksen täysin keskeneräisenä ja puutteellisenä. Aivan ymmärrettävästi vastuulliset aseharrastajat, metsästäjät, urheiluamput ja asekeräilijät pahoittivat mielensä siitä, että heidän laillinen harrastuksensa yhdistettiin terrorismiin.

Nyt tämän parlamentin prosessin tuloksena nuo epäkohdat on ehdotuksesta korjattu, tein itsekin useita muutosehdotuksia, ja laillinen harrastustoiminta voi edelleen jatkua. Meidän suomalaisten kannalta on kaikkein tärkeintä, että reserviläisten toiminta ja harjoittelu voivat jatkua ennallaan. Se on Suomen maanpuolustuksen kannalta tärkeää, koska reserviläiset ovat tärkeä osa Suomen maanpuolustusta.

On tehty myös merkittäviä muutoksia sen osalta, että kansallisia joustoja on tuotu muun muassa aselupiin, lääkärintodistuksiin ja -tarkastuksiin. Toisaalta turvallisuutta kyllä lisää merkittävästi se, että nyt asemerkintöjä yhtenäistetään, samoin rekisteröintiä ja myös viranomaisten välistä tietojenvaihtoa parannetaan. Tätä ehdotusta ja neuvottelutulosta kannattaa tukea.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen einmal sehr klar feststellen, dass die legalen Waffenbesitzer weder kriminalisiert werden dürfen noch in der Debatte in diesem Haus kriminalisiert wurden. Wir wollen die legalen Waffenbesitzer schützen, und wir müssen gegen die illegalen Waffenbesitzer und gegen den Missbrauch vorgehen. Die Vorlage des Kommissionsvorschlags zur Überarbeitung der Waffenrichtlinie, die vor mehr als einem Jahr erfolgte, und die weitere Bearbeitung im Europäischen Parlament haben sehr ernsthaft stattgefunden. Wir alle haben eine Fülle von Briefen und Mails von Jägern, Sport- und Traditionsschützen, Sammlern und Museen erhalten, die die Überarbeitung sehr aufmerksam verfolgt haben. Und wir sind auf diese Anliegen eingegangen. Wir verbessern die Zusammenarbeit zwischen nationalstaatlichen Behörden und die Markierung- und Nachverfolgbarkeit von Feuerwaffen. Wir gehen die Problematik von umgebauten Schreckschusspistolen und reaktivierten Feuerwaffen an. Gleichzeitig halten wir die Balance. Der Vorschlag ist ausgewogen, der Vorschlag ist gut, und der Vorschlag wahrt das Subsidiaritätsprinzip – daher stimmen die Mitglieder meiner Delegation zu.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, myslím, že Evropský parlament udělal velkou změnu v původním návrhu Komise, který byl nepřijatelný, a chci poděkovat oběma zpravodajkám. Všichni souhlasíme s tím, že na úrovni EU by měly být nastaveny společné standardy pro držení, deaktivaci a obchod se zbraněmi tak, abychom zabránili nelegálnímu obchodu se zbraněmi. Měli bychom mít možnost vyměňovat si informace právě napříč Evropou. Je mi ale velmi líto, že směrnice, tedy kompromis, který nyní předkládáme k hlasování, stále obsahuje nepřijatelné návrhy o detailech, jako je držení zásobníků, to jsou detaily, které by si měly mít možnost upravit členské státy. Naopak nezavádí povinnost na povinné zdravotní prohlídky, které jsou zásadní pro držitele zbraní. Budu hlasovat pro pozměňovací návrhy a pokud nebudou přijaty, nebudu moci tento kompromis podpořit.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, introdurre limiti per l'acquisizione di armi e, nel contempo, tutelare chi legittimamente le possiede non è soluzione semplice ma è importante per rafforzare la sicurezza.

La modifica della direttiva che voteremo domani punta a colmare le lacune della legislazione esistente e a innalzare il livello di sicurezza per i cittadini europei, concentrandosi sulle misure volte ad impedire la vendita delle armi da fuoco legali sul mercato nero e a prevenire stragi, suicidi, omicidi e incidenti con armi da fuoco. La direttiva non pregiudica l'applicazione delle disposizioni nazionali relative al porto d'armi o relative alla regolamentazione della caccia e del tiro sportivo.

Certamente si poteva fare di più. Ritengo, infatti, che sarebbe stato meglio se la Commissione avesse presentato preventivamente una valutazione d'impatto per consentire a questo Parlamento di incidere meglio e se avesse focalizzato l'attenzione anche sul problema delle armi illegali, della criminalità organizzata e dell'attività terroristica a esse correlate, che rappresentano altre tipologie ben più gravi di problemi legati alle armi.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχάς θα ήθελα να επισημάνω ότι η οδηγία δεν πρόκειται να συμβάλει στην αντιμετώπιση της τρομοκρατίας, γιατί οι τρομοκράτες διαθέτουν όπλα τα οποία προμηθεύονται παράνομα. Η οδηγία τιμωρεί ουσιαστικά όσους είναι νόμιμοι κάτοχοι όπλων και ταυτόχρονα υφαρπάζει κυριαρχικά δικαιώματα των κρατών μελών που είναι και τα μόνα αποκλειστικά αρμόδια για ζητήματα εθνικής ασφάλειας και δημόσιας τάξης. Τα κράτη μέλη σεβόμενα τις εθνικές τους παραδόσεις, σεβόμενα τα δικαιώματα των ευρωπαϊκών λαών, μπορούν να καθορίζουν τους όρους της νόμιμης σπλοκατοχής υπό το φως των αναγκών τήρησης της δημόσιας τάξης και της ειρηνικής κοινωνικής συνύπαρξης. Ταυτόχρονα πρέπει να υπάρξει εφαρμογή της αρχής της αναλογικότητας, να μην περιορίζονται τα δικαιώματα των κυνηγών, των μελών των σκοπευτικών συλλόγων, των συλλεκτών και των μουσείων, καθώς επίσης και των νόμιμων κατόχων όπλων. Δεν πρέπει επίσης να περιορίζονται τα δικαιώματα των λαών στη συλλογική αυτοάμυνα, ιδίως σε παραμεθόριες περιοχές, ώστε να συμβάλλουν στην εθνική άμυνα της χώρας τους.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, neste debate, ouvi aqui alguns argumentos em tudo semelhantes, senão mesmo iguais, aos que são usados nos Estados Unidos da América pela indústria armamentista para combater as medidas proibicionistas da posse e do uso de armas.

Gostaria de dizer que a segurança dos cidadãos não advém da posse ou do uso de armas de fogo, advém de políticas corretas de segurança pública. A segurança dos cidadãos depende das polícias, depende de medidas políticas do Governo, e não de os cidadãos andarem armados.

A arma, na posse dos cidadãos, prejudica a segurança coletiva. A única arma que deve ser permitida ao ser humano é a palavra, é o argumento, são as ideias. A posse e a utilização de armas de fogo, Sr. Comissário, Sr. Presidente, são resquícios da barbárie, são situações que não deviam ser permitidas numa sociedade civilizada. A caça e o uso das armas, mesmo na caça, relevam de uma cultura de morte e não de uma cultura de defesa da vida, sobretudo da vida civilizada nas sociedades modernas.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL). – Pane předsedající, nejsem myslivec ani sportovní střelec, nesbírám zbraně. Jsem jeden z těch, kteří si hrají na vojáčky z napoleonských dob jako tambor. Dokážete si představit, že by v rekonstrukci bitvy u Waterloo místo historických předovek běhali lidé s dřevěnými klacky a volali bum, bum? Co tomu řekne těch 100 000 diváků? To snad nemyslíte vážně. Větší bezpečnost navrhovanou směrnicí nezískáme a vlastníci ilegálních zbraní, teroristé a zločinci se autorům této směrnice už dnes smějí.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ετοιμάζεστε να ψηφίσετε μία παράλογη έκθεση που δεν έχει καμία σχέση με την πραγματικότητα, δεν θα αντιμετωπίσει σε καμία περίπτωση το πρόβλημα της τρομοκρατίας, θα εξυπηρετήσει μόνο τους παράνομους και τους εγκληματίες, θα δημιουργήσει σοβαρά προβλήματα σε εκατομμύρια νόμιμους κατόχους όπλων σε όλη την Ευρώπη. Σε σχέση με την τρομοκρατία και το έγκλημα θα έπρεπε να γνωρίζετε πως στα τρομοκρατικά χτυπήματα δεν χρησιμοποιούνται νόμιμα όπλα. Τα τυφέκια εφόδου, όπως είναι το καλάσνικοφ, που χρησιμοποίησαν σε επιθέσεις στο Παρίσι, είναι ήδη παράνομα σε ολόκληρη την Ευρώπη. Αυτό βέβαια δεν εμπόδισε τους τρομοκράτες να τα προμηθευτούν.

Σε καμία χώρα του κόσμου δεν μειώθηκαν οι εγκληματικές ενέργειες μετά από απαγόρευση όπλων. Αντίθετα σε πολλές αυξήθηκαν. Καλώ λοιπόν το Ευρωκοινοβούλιο να ψηφίσει ταυτόχρονα με την απαγόρευση των όπλων και την απαγόρευση των μαχαιριών. Όση λογική υπάρχει στη μία έκθεση θα υπήρχε και στην άλλη και ό,τι αποτέλεσμα θα φέρει στην καταπολέμηση της τρομοκρατίας η απαγόρευση των όπλων θα φέρει και η απαγόρευση των μαχαιριών.

(End of catch-the-eye procedure)

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, thank you all for today's debate. The first Vice-President is actually already aware, here, but I will make sure that I report on it fully to Commissioners Bieńkowska and Avramopoulos and other colleagues who have worked on this dossier over the months.

This is a difficult area and I am the first to recognise that. I understand the concerns that some of you have voiced on the importance of guaranteeing the rights of legal firearm owners such as sport shooters, hunters and collectors. Personally, I think that is what the revised Directive before you today does. Anyone needing to hold a firearm for a demonstrated legal use, such as sport shooting or for exhibiting in a museum, will still be able to do so, as a number of speakers, not least the rapporteur and other Members of Parliament who worked directly on the text, have made clear. What we are doing with this revised text is making sure that the most dangerous firearms do not fall into the wrong hands.

A number of you have asked about the assessment the Commission made. Right at the start of this work, we conducted a number of studies. These were done in consultation with Member State authorities and stakeholders all across Europe, including hunting, collecting and sport shooter federations. Those studies actually pointed to some of the security loopholes in the existing Directive which, unfortunately, were confirmed in reality and which are being addressed in this text. A report based on those studies was presented to this House and the Council earlier on in this process.

A number of you also asked about tackling deactivation. We agree, and that is why we are doing work to reinforce the regulation on deactivation. It is going to be revised and strengthened by national experts to address the very technical issues that had been flagged by people in this House. A number of us have spoken about the Europol study that has just come out, which addresses this area. It underlines that firearms traffickers are highly adept at exploiting legal loopholes and differences in the regulatory regimes between Member States. They do that to divert firearms from legal suppliers. The reactivation of deactivated weapons and the conversion of blank firing weapons are among the main sources of illegal firearms trafficking in the EU. That is why we need to clarify the rules.

But increasing the clarity of the rules around the possession and acquisition of illegal firearms is not sufficient. Again, I am the first to recognise that. We need a comprehensive approach, including taking forward the fight against illicit firearms trafficking, as a number of you have underlined. Indeed, the Europol report that we have been referring to points to the proliferation and availability of illegal firearms in Member States and that that increases the risk of their use by criminals and terrorist groups. That is why the Commission is working closely with Member States on the implementation of the Action Plan against the trafficking of illegal weapons and explosives, and we count on your support in reinforcing that fight against illegal firearms trafficking.

A number of you have underlined the importance of implementation. Again, once this revised Directive is agreed, it will need to be implemented in the Member States, and we will work with you to ensure that this is done effectively and in the spirit of the text.

To conclude, I would just like to say that I hope that the revised Firearms Directive can now be adopted. We, and many of you, have done intensive work to achieve a good and balanced text that will enhance the security of our citizens, which is our shared objective.

President. – Thank you, Commissioner. For the sake of clarity as regards the impact assessment, was there an impact assessment that was assessed by the Impact Assessment Board, or just a number of studies?

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, as I described, there are a number of studies and they were summed up in a report.

President. – And that was assessed by the Impact Assessment Board?

Julian King, Member of the Commission. – It was not assessed by the Impact Assessment Board.

Vicky Ford, rapporteur. – Mr President, let us remember that there was a fundamental flaw in European law. Semi-automatic firearms with a pin through the barrel were able to be bought and sold without permission. The pins were taken out of the barrel and the guns were used to kill people in Paris. Over 30 of the same guns were found in the United Kingdom. The law needed to be changed.

Some people have suggested that this law will take away freedoms for legal owners: this is not true. Hunters, collectors, museums, re-enactors, reservists and target shooters will be able to carry on with their sports and hobbies, both now and in the future, provided their Member States agree. That is thanks to the work of this Parliament.

We live at a time of fake news. Stop telling people half truths about what this report does. This report addresses fundamental issues to protect our security, especially about those poorly deactivated firearms. It makes it easier for countries across Europe to work together against terrorism but it also respects the rights of legal owners to get on with their hobbies, their pastimes and their sports – and I would like to thank all those legal owners who have helped us with this work.

Thank you, colleagues. I hope the report is passed and thank you for your support.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Președintele. – Dezbaterea este închisă.

Votul va avea loc marți, 14 martie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Miriam Dalli (S&D), in writing. – Ensuring the security of our citizens whilst also respecting their fundamental freedoms is the balance that we need to reach. This balanced approach must be adopted at all levels to ensure Europe does not become an Orwellian security state. This is why our efforts as policy-makers must be targeted towards ensuring that those citizens who obey the law are not targeted unnecessarily. The Commission's firearms was putting into jeopardy the rights of licensed arms collectors, museums, hunters and sport shooters who are often scrutinised to the highest standards within our individual Member States. This is why I welcome the text as negotiated in trilogues as it removes the association between such persons and terrorism whilst safeguarding European citizens from semi-automatic and automatic rifles, which fire 20 rounds or more and are not stereotypically used for traditional activities. At the same time it ensures that activities that are ingrained within the culture and heritage of many of our Member States, such as traditional hunting activities and sport shooting, are safeguarded. The EU has a large task ahead to safeguard citizen's fundamental right to security, and this should be done in line with our citizens' fundamental rights.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), na piśmie. – Dziękuję wszystkim zaangażowanym w wypracowanie kompromisu, który choć nie jest idealny, to jednak znacznie lepszy od pierwotnej propozycji Komisji. Przyczyniły się do tego prace moich kolegów z ECR, w tym Vicky Ford, które od początku wspierałam, m.in. składając poprawki. Doceniam ogromne zaangażowanie przedstawicieli społeczeństwa obywatelskiego w prace nad kształtem dyrektywy. Dziękuję za pomoc i rady.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Po teroristických útokoch v Paríži v januári 2015 ministri vnútra prejavili odhodlanie svojich krajín znížiť dodávky nelegálnych strelných zbraní v celej Európe, posilniť vzájomnú spoluprácu proti hrozbám trestnej činnosti, zlepšiť výmenu spravodajských informácií a zabezpečiť plné využitie zdrojov Europolu, Eurojustu a Interpolu. Presne pred dvomi rokmi hlavy štátov a predsedovia vlád požadovali, aby všetky príslušné orgány zvýšili spoluprácu v oblasti boja proti nedovolenému obchodovaniu so strelnými zbraňami. Návrh zmeny smernice Európskeho parlamentu a Rady o kontrole získavania a vlastníctva zbraní sa snaží o nájdenie rovnováhy medzi právom na vlastníctvo zbraní a prirodzenou požiadavkou na kontrolu vlastníctva, ktorá vychádza z potreby opatrnosti a bezpečnosti. Násilie páchané strelnými zbraňami v EÚ nie je výnimočným javom. Osobitnú hrozbu predstavujú upravené a reaktivované strelné zbrane, preto je požiadavka na prísnejšiu kontrolu vlastníctva a nakladania so zbraňami oprávnená a nutná. V prípade neoprávneného útoku musia byť pôvod a vlastníctvo zbrane zistiteľné. Pokiaľ vlastník alebo držiteľ zbrane s touto nakladá v súlade so zákonom a teda oprávnene, nemusí mať obavy z prísnejšej kontroly.

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – Споразумението, постигнато между Европейския парламент, Съвета и Европейската комисия относно Директивата за оръжията, ще засегне единствено хората, спазващи закона и имащи вече разрешителни за оръжия, но в никакъв случай няма да доведе до ефективна борба срещу незаконния трафик на оръжия и срещу тероризма, каквато уж бе целта на предложеното законодателно изменение. Вярвам, че текстът ще доведе до конфискация на редица легално притежавани оръжия от хиляди ловци и колекционери, които досега не са нарушавали закона, но чиито оръжия няма да отговарят на новите изисквания за брой на куршумите в пълнител. Критериите за това кое оръжие да бъде разрешено и кое да бъде забранено са непрактични и необосновани. Недопустимо е да липсва първоначална оценка на влиянието на законодателното предложение, имайки предвид колко много хора ще засегне то. Ще бъде създадена правна неяснота чрез възможностите за различни интерпретации на законодателството в държавите членки. Смятам още, че процедурите за издаване на разрешителните за оръжие също ще бъдат утежнени. Договореният

текст обаче няма да отговори на предизвикателствата и заплахите пред европейската сигурност, няма да предотврати бъдещи терористични атаки и дори няма да улесни търговията с оръжия в единния пазар. Дори напротив – ще нанесе повече вреди на легалните собственици. Затова не мога да го подкрепя!

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Durcissement des contrôles sur les autorisations pour la possession d'armes à feu, mais aussi sur les contrôles des armes à blanc ou mal neutralisées comme celles utilisées lors de l'attaque terroriste de Paris, amélioration de la traçabilité, accroissement et encadrement l'échange mutuel d'informations autour des armes: voilà les objectifs atteints par notre texte législatif révisé, fruit d'une négociation de près d'un an et qui sera voté ce midi en session plénière. Un texte pour une Europe plus sûre, alliant à la fois une plus grande sécurité pour les citoyens et les intérêts des détenteurs d'armes légitimes. Notre texte met en place un socle législatif commun à tous les États membres et garantit une cohérence indispensable et très attendue par les pays européens les plus rigoureux en la matière tels la Belgique, l'Allemagne ou la France. Les États restent libres d'être encore plus stricts sur leur territoire que ne le propose la législation européenne. Les nouvelles règles votées concilient le besoin d'une plus grande sécurité à laquelle les citoyens ont droit et les intérêts des détenteurs d'armes légitimes tels les chasseurs, sportifs, collectionneurs ou encore les réservistes ou figurants

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Varnost državljanov je na prvem mestu. Trenutno veljavna zakonodaja o strelnem orožju izhaja iz leta 1991, zato je potreba po prenovi povsem upravičena. Potrebujemo odločne, utemeljene, predvsem pa dobro premišljene rešitve, ki bodo resnično zagotovile več varnosti in boljše zaščito.

Menim, da omenjena direktiva, ob upoštevanju, da je besedilo vendarle bistveno boljše od prvotnega, še vedno pušča precej odprtih vprašanj. Največji očitek je, da diskriminira lastnike zakonito pridobljenega orožja.

Seveda se strinjam, da se zaostri nadzor in sprejmejo dodatni predpisi, ki bodo zmanjšali varnostno tveganje, bojim pa se, da bo posledice te direktive nosila napačna ciljna skupina. Lovci, športni strelci in zbiratelji niso tisti, ki ogrožajo našo varnost, prav tako niso tisti, ki bi predelovali orožje. Teroristi so tisti, ki bi morali biti cilj, in dejstvo je, da pri svojih akcijah ne uporabljajo zakonito pridobljenega orožja.

Žal mi je, da ni bil sprejet predlog, ki sem ga tudi sama podpirala, in ki bi omogočil, da bi bila vsebina direktive bolj jasna in nedvoumna.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tato nová směrnice o střelných zbraních je podle mého názoru plná chyb a nejen na odborníky, ale i na celou veřejnou společnost působí celkem úsměvně. A to především pro to, že obsahuje mnoho chyb a nejasností. Přitom se jedná o velmi zásadní aspekty držení zbraní! Ty nejsou dostatečně prodiskutovány a často jim chybí jak legální důvod, tak i samotná logika. Jedním příkladem za všechny jsou zásobníky – navrhované snížení velikosti zásobníku ze třiceti na deset nábojů je nesmysl a nemá žádné logické opodstatnění. Zásobník přeci nikdy nebyl, není a nebude hlavní částí zbraně. Tento návrh tedy v současné podobě vyžaduje řadu změn, které jsme s několika kolegy navrhli. A pokud chceme, aby tato legislativa byla smysluplná, tak je musíme přijmout. Myslet si, že omezením držení legálních zbraní zamezíme teroristům páchat své činy, je naivní. Pokud skutečně chceme zabránit teroristům v jejich činech, je třeba především bojovat proti zbraním nelegálním. Ale těch se připravovaná směrnice příliš nedotkne.

4. Altfahrzeuge, Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte – Abfalldeponien – Abfälle – Verpackungen und Verpackungsabfälle (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră comună privind:

— raportul Simonei Bonafé, în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară, referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului de modificare a Directivei 2000/53/CE privind vehiculele scoase din uz, a Directivei 2006/66/CE privind bateriile și acumulatorii și deșeurile de baterii și acumulatori și a Directivei 2012/19/UE privind deșeurile de echipamente electrice și electronice (COM(2015)0593 - C8-0383/2015 - 2015/0272(COD)) (A8-0013/2017),

— raportul Simonei Bonafé, în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară, referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului de modificare a Directivei 1999/31/CE a Consiliului privind depozitele de deșeuri (COM(2015)0594 - C8-0384/2015 - 2015/0274(COD)) (A8-0031/2017),

— raportul Simonei Bonafé, în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară, referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului de modificare a Directivei 2008/98/CE privind deșeurile (COM(2015)0595 - C8-0382/2015 - 2015/0275(COD)) (A8-0034/2017) și

— raportul Simonei Bonafé, în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară, referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului de modificare a Directivei 94/62/CE privind ambalajele și deșeurile de ambalaje (COM(2015)0596 - C8-0385/2015 - 2015/0276(COD)) (A8-0029/2017).

Simona Bonafé, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto mi permetta di ringraziare tutti i relatori ombra per il lavoro serrato di questi mesi e soprattutto per il clima di collaborazione che ci ha permesso di procedere spediti all'approvazione di più di cento compromessi su circa duemila emendamenti, a larga maggioranza in commissione ENVI, di un dossier delicato e importante. Infatti, il pacchetto che ci accingiamo a discutere e a votare oggi è solo formalmente la modifica di quattro direttive sui rifiuti. Ma io penso che sarebbe assolutamente riduttivo relegarlo all'ambito di politica ambientale o all'ambito di politica dei rifiuti.

Io penso che quello che noi abbiamo davanti oggi è, a tutti gli effetti, un pacchetto che ci pone una sfida molto profonda, che è la sfida di impostare un nuovo modello industriale sostenibile, cioè di fare in modo che la sostenibilità ambientale possa essere considerata una delle leve della competitività del nostro sistema economico. Perché noi dobbiamo prendere atto che l'attuale modello di sviluppo lineare sta mostrando tutti i propri limiti: è un modello di sviluppo inefficace, è un modello di sviluppo costoso, è un modello di sviluppo che non sta producendo più benessere per i nostri cittadini e che sta sfruttando oltremodo le risorse del pianeta.

Quindi, noi abbiamo oggi la possibilità di uscire da questa crisi e di avanzare verso la transizione a un'economia circolare che, badate bene, non significa solo recuperare materia prima dai rifiuti ma anche innestare un circolo virtuoso tale per cui si crei valore in tutto il ciclo di vita di un prodotto. Questo, in poche parole, significa maggiore crescita sostenibile, significa posti di lavoro, significa, come dicevo prima, rilancio della competitività, significa anche puntare sull'innovazione e su nuove tecnologie e quindi aprire a nuove opportunità il nostro sistema economico. Certo, per fare questo dobbiamo avere una normativa chiara, che favorisca gli investimenti e politiche ambiziose.

Ci sono tante cose che vorrei dire di questo pacchetto ma mi limito a quelle più essenziali. Devo dire che noi siamo partiti da una buona proposta della Commissione, una proposta che abbiamo però migliorato soprattutto in due linee principali: da una parte, la prevenzione nella generazione dei rifiuti e, dall'altra, lo sviluppo di un mercato efficiente delle materie prime.

Perché intanto partire dalle misure di prevenzione? Non solo perché la prevenzione nella generazione dei rifiuti è il primo livello della gerarchia dei rifiuti, ma perché, a nostro modo di vedere, la prevenzione nella generazione dei rifiuti è un chiaro indicatore di quanto ci stiamo muovendo verso un'economia circolare. Mi spiego: produrre meno rifiuti significa aver messo in moto a monte tutte quelle innovazioni di processi produttivi, di prodotti, di modelli di *business* che ci dicono in che misura stiamo procedendo verso un sistema di economia circolare.

Fra le misure di prevenzione vorrei ricordare sicuramente la definizione più chiara di *end of waste* o di sottoprodotti, sicuramente i requisiti minimi della responsabilità estesa del produttore, sicuramente misure specifiche lungo l'intera vita utile del prodotto, quali il riuso e l'obsolescenza programmata, ma anche, Presidente, mi faccia menzionare due *target* ambiziosi ma molto importanti: uno è la riduzione del 50 % dello spreco alimentare, che non è solo una misura di politica ambientale ma è anche una questione etica, e l'altro è la riduzione del 50 % del *marine litter*, che, ricordo, sono due obiettivi degli OSS delle Nazioni Unite, che però non erano previsti all'interno della normativa europea e noi abbiamo colmato questo vulnus.

Per quanto riguarda lo sviluppo del mercato delle materie prime secondarie, voglio ricordare i *target*, che abbiamo inserito, di riciclaggio e di riduzione del conferimento in discarica, *target* ambiziosi ma, devo dire, anche molto pragmatici, in linea con la precedente proposta della Commissione ma in linea anche con le conclusioni della valutazione d'impatto del 2014 della Commissione stessa.

Chiaramente la premessa per avere un mercato delle materie prime secondarie di qualità efficiente è la raccolta differenziata di qualità, che noi abbiamo esteso anche all'obbligo della raccolta di rifiuto organico e tessile. Stiamo parlando del 7 % dei rifiuti totali ed è chiaro che noi dobbiamo chiudere il cerchio prendendo in considerazione anche rifiuti industriali e rifiuti commerciali.

Non ci dobbiamo nascondere che abbiamo davanti una sfida che richiede un cambio profondo di paradigma e il coinvolgimento di tutti gli attori, non solo gli istituzionali ma anche le imprese e consumatori. Ma io sono convinta che il Parlamento saprà essere all'altezza di questa sfida a partire dalla proposta che voteremo oggi.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me start where Simona Bonafè also started, by thanking everybody involved in this, especially the rapporteur here in your Chamber and also, on my side, Commissioner Vella, Vice-President Katainen, and those involved in the excellent work done by our services. Some of the people concerned are sitting behind me, as are their Parliament counterparts. Their work was also of very high quality.

I came to this House in December 2015 to present our ambitious programme for the circular economy, and Karmenu Vella was here in January of this year to update you on developments. I have always insisted that waste is just one part of the circle that we must tackle to achieve circular systems, but it is definitely a crucial one. We will never close the loop if we just keep throwing away or burning finite resources. The individual resources in our waste are just too valuable to burn or to bury in a hole in the ground. That is why waste reduction and modern waste management are essential parts of the material loops in a circular economy.

State-of-the-art waste management is key to the success of the circular economy in Europe. Waste ceases to be a problem and becomes an opportunity when it is properly managed. Scrap contains precious materials and retrieving them creates profits and jobs, and reduces our dependency on raw material imports – a very different story from the complaints we regularly receive about hazardous, unsightly, and often illegal landfills.

We are moving in the right direction. Recycling rates in the EU have been increasing. Land filling is decreasing. But Europe still loses around 600 million tons of waste materials per year, which could otherwise be recycled or reused.

We can do something about this. EU waste policy and legislation have been key drivers for resource efficiency, growth and job creation. A swift adoption of the waste legislative proposals will further boost the markets for secondary raw materials and support a viable recycling sector and, what is more, the draft legislation we are discussing today has the potential to change for the better the whole life cycle of products in the wider economy. I would like, once again, to thank Simona Bonafè for her excellent work, and all the colleagues involved for their commitment and ambition and the good results that have been produced. The impressive number of amendments and the intensive discussions in Parliament have demonstrated the importance of the issue. It is equally important to agree the package so that it starts making a real difference on the ground. All the stakeholders are waiting for this and, with this package, they are all on board, which is something we also need to cherish.

In December, along with the Council, we adopted together a joint declaration on the EU's legislative priorities for 2017. The waste proposals are part of this selective list. So let us do all we can to come to a viable agreement during the first reading.

There will of course – and Simona indicated this – be much focus on the target levels. I take note of the ambitious levels to which Parliament is committed. At the same time, I believe our proposals strike a good balance by setting targets that are challenging but feasible for the Member States to achieve.

I am also glad to see Parliament taking into account the fact that some countries may need additional time to achieve the targets. While it is important that Member States make continuous efforts, the mechanism for granting time extensions should be simple and should ensure legal, policy and investment certainty for all involved.

The levels of the targets should be seen together with the rules for calculating them: this will determine the true level of ambition. It is encouraging that both legislators have as an objective achieving the greatest possible level of comparability and a level playing field among the Member States. I share the view that the calculation rules need to be both robust and practical. This is the only way to avoid the problems of the existing legislation, which offers no methodological clarity at all.

Of course, the best waste is no waste. So the priority that this House gives to waste prevention has my wholehearted support and I underscore the remarks just made by rapporteur Bonafè. I have taken note of the suggestions for a waste reduction target and for new targets for reuse, food waste and marine litter. They deserve careful consideration. This means comprehensive impact assessment, sound data and agreed methodologies. We have learned our lessons from the current waste legislation, which does not offer methodological clarity at all. We need to avoid this in the future.

The waste package is also about improving the means to achieve higher recycling rates on the ground, while promoting a broader circular economy transition. More use of economic instruments can provide the right incentives to move up the waste hierarchy. At European level, more efficient and transparent extended producer responsibility rules are key to encouraging better design and production techniques to enable more efficient recycling. In this context, Parliament's proposals to clarify and strengthen provisions resulting in better performance of waste management systems on the ground are most welcome.

Last but not least, I note the very wide range of initiatives that Parliament would like to see in the waste area in the near future. We are looking forward to discussing these with you and the Council, but let me say the following at this stage: I believe that we should set clear priorities in this work, examine where we have sufficiently developed methodologies available, and agree realistic deadlines. In order to ensure tangible results on the ground we need to focus our efforts. Much has been achieved. I very clearly recall the antagonistic position that we – the Commission and Parliament – had at the beginning of this process of re-evaluating our waste proposals, and I am therefore very happy that we are in such a cooperative, forward-looking mood today. I will do everything in my power to make sure that we stay as close as possible to Parliament's position in this.

Miroslav Poche, *navrhovatel Výboru pro průmysl, výzkum a energetiku*. – Pane předsedající, naše hospodářství stojí před celou řadou nových výzev. To, jak na ně budeme reagovat, bude mít vliv na naši dlouhodobou konkurenceschopnost, kvalitu života i kvalitu životního prostředí. Pokud chceme lidem zajistit i do budoucna prosperitu a vytvořit nová a lépe placená místa, budeme muset projít celou řadou změn, ne-li revolucí. Digitální revolucí, revolucí technologií a transformovat naši energetiku na nízkouhlíkovou. Radikální změnu potřebujeme také v oblasti nakládání s odpady a v tom, jak nakládáme a využíváme materiály a suroviny. Klíčovou součástí této revoluce bude změna pohledu na odpad, který se musí stát zdrojem. Potřebujeme vytvořit ty nejlepší podmínky pro efektivní využívání zdrojů, pro rozvoj trhu s druhotnými surovinami, pro inovace v oblasti nakládání s materiály a jejich opakovaného použití. Proto potřebujeme nový legislativní rámec, který bude dostatečně ambiciózní, aby podnítil tolik potřebné změny. Proto podporuji navýšení cílů tak, jak byly projednány ve výběrech. Nejsou to pouze ekonomické faktory, které musíme brát v potaz, je to plýtvání s potravinami nebo zahlcování moře odpadem.

Pavel Telička, *rapporteur for the opinion of the Committee on Industry, Research and Energy*. – Mr President, I remember the submission of the proposal more than a year ago. I was one of the very few MEPs who was positive about the proposal, because it was inclusive, and we could already sense at that time that if we handled it well it could lead to a real transformation of our industry, creating a completely new sector. If we look at the proposals, and I am looking at them as the rapporteur on two of the proposals, in the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE), and in case one as a shadow, I must say that this is a good result. I also appreciated the interaction with the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI), which has taken on board a number of the points made by the ITRE committee, including the annex on incentives, the one-stop shop, and the questions of illegal shipments etc. Now is not the time to spell out all the positive provisions – it is the time to invite the House to fully support and back something that has enormous industrial, environmental and social implications. I think that we have got it right. Let's go for it.

João Ferreira, *relator de parecer da Comissão da Indústria, do Comércio Externo, da Investigação e da Energia*. – Senhor Presidente, Senhor comissário, no que diz respeito aos objetivos de reciclagem de embalagens e resíduos de embalagem, tendo em conta a grande disparidade de pontos de partida dos Estados-Membros face a estes objetivos, agora revistos em alta – o que determina a necessidade de esforços também diferentes para alcançar as metas estabelecidas, sem pôr em causa os objetivos –, justifica-se alguma flexibilidade temporal na sua concretização, que acautele a diversidade de situações. Foi uma preocupação do parecer aprovado pela Comissão da Indústria.

Por outro lado, a existência de novos objetivos, revistos em alta, deve justificar a existência de novos meios para alcançar esses objetivos e este é um aspeto que tem sido até agora descurado.

Os regimes de extensão da responsabilidade do produtor afiguram-se adequados, seja para a prevenção da formação de resíduos de embalagens, seja também para a criação de sistemas que garantam a recuperação e/ou a recolha das embalagens usadas e dos resíduos de embalagens provenientes do consumidor ou do fluxo de resíduos, a par da reutilização ou valorização – termino –, incluindo a reciclagem das embalagens e dos resíduos de embalagem recolhidos, de acordo com a hierarquia de gestão de resíduos.

Karl-Heinz Florenz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident Timmermans! Schön, dass wir jetzt – gut ein Jahr nach Ihrer Vorstellung – weitergekommen sind. Ich glaube, es ist uns allen deutlich geworden, dass dieses Kreislaufwirtschaftsgesetz – wenn Sie mir das so gestatten in meiner Muttersprache – ein wegweisendes Instrument ist. Wir müssen den Menschen sagen, dass es nicht mehr darum geht, irgendetwas zu verbuddeln, sondern es muss darum gehen, dass wir Dinge wiederverwenden, und zwar im Sinne unserer Kinder und Enkelkinder, weil die nämlich in zehn oder zwanzig Jahren möglicherweise gar keine Rohstoffe mehr haben, um gewisse Dinge zu bauen. Deswegen glaube ich, hier sind wir an einem Punkt, an einem Wendepunkt – Frau Bonafè, Sie haben das wunderbar erklärt, dass wir aufwachen müssen.

Es geht nicht immer um den letzten Prozentsatz Recyclingquote, sondern es geht um das Bewusstsein dieser Gesellschaft, dass wir unsere Rohstoffe besser verwerten und wiederverwerten. 60 % unserer Brennstoffe und Rohstoffe werden bei uns verbrannt. Das ist eine Schande, das dürfen wir nicht so weitergehen lassen. Und die Preise schießen in den Himmel. Neodym hat vor sieben Jahren noch 25 000 Dollar gekostet, heute kostet Neodym 700 000 Dollar. Das ist ein Material für Handys, aber auch für Windkraftanlagen. Also wir sind reiche Eltern, und unsere Kinder sind möglicherweise arme Kinder. Deswegen müssen wir da die Handbremse anziehen.

Ich freue mich, dass wir mit Frau Bonafè eine exzellente Berichterstatteerin haben. Die Kooperation mit ihr – ich freue mich, dass ich das auch für mein Büro, Frau Philipp, sagen kann, die sehr aktiv nächtelang gearbeitet haben: Vielen Dank dafür, das war sehr ordentlich.

Wir haben heute klare Definitionen. Früher hatten wir sechs Begriffe. Was ist denn überhaupt Recycling? Das geht jetzt in einen Korridor über, und dann haben wir einen Begriff, dann brauchen wir uns auch nicht mehr über Prozentsätze zu unterhalten. Die heute hohe Prozentsätze haben, sind nach den neuen Korrekturen und Messmethoden vielleicht gar nicht mehr so gut. Also da kommt Bewegung rein. Ich freue mich darüber, denn es ist eine Bewegung zugunsten unserer nachwachsenden Generation.

Herr Kommissar, ich hätte Ihnen nicht zugetraut, *à la bonne heure*, dass Sie so durchhalten, und Frau Bonafè, bei Ihnen habe ich immer gewusst, dass Sie durchhalten. Wir werden Sie, Herr Kommissar, begleiten. Wir nehmen Sie an die Hand, und am Ende haben Sie ein gutes Papier.

Miriam Dalli, *on behalf of the S&D Group*. – First and foremost, I would like to start by saying thank you not only to Simona Bonafè, our S&D rapporteur, but also to all the shadow rapporteurs, who managed to help make the circular economy package achievable for our consumers, our SMEs, our big businesses and governments alike. The way forward is to integrate resource efficiency in the way we do business. What we are speaking about today is not only the environment or the economy – we are also managing to bridge the gap and bring both of them together.

We need to arrive at a point where the waste of one business becomes the resource of another; where the output of one industry becomes the input of another. The resources we have out there are all we have; they are finite. This is the reason why we cannot continue building an economy that uses things up and creates waste. We need an economy that uses and reuses things.

This is our chance to inspire young people, who see new openings where others see challenges. This is their opportunity to be creative and innovative, and to help rebuild an entire system that actually works. The transformation required will not come about through legislation alone. We need smart regulation, together with market-based instruments, innovation and incentives. Investors need a clear and positive signal and regulatory certainty, because this in turn will help create jobs. It has been said today that success will be measured by how well these policies are implemented in our Member States, because ultimately it is only through smart implementation that we can ensure that the decisions we make today will have a positive impact on what is left for tomorrow.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Eerst en vooral ook van mij een welgemeend woord van dank aan de rapporteur, mevrouw Bonafè, voor haar doortastende en constructieve aanpak, en aan de schaduwrapporteurs voor de uitstekende samenwerking.

De EU is sterk afhankelijk van derde landen voor de invoer van grondstoffen. Veel van die grondstoffen dreigen op relatief korte termijn uitgeput te raken. Toch springen we er bijzonder slordig mee om. Elke Europese burger produceert jaarlijks ongeveer vijf ton afval: het gewicht van een volwassen Afrikaanse olifant. Daarvan recyclen we maar een derde. Onze afvalberg groeit, terwijl kostbare grondstoffen nog al te vaak onder de grond verdwijnen.

We moeten die dynamiek doorbreken en resoluut inzetten op een kringlooeconomie, waarbij we waardevolle grondstoffen terugwinnen. Dat is niet alleen goed voor het milieu, het is ook noodzakelijk om onze economie competitief te houden.

Meer recyclen en van storten een aflopend verhaal maken is essentieel, maar beter recyclen alléén volstaat niet. Willen we echt omschakelen naar een kringlooeconomie, dan moeten we ook effectief inzetten op minder afval, meer hergebruik en het sluiten van kringlopen door innovatieve bedrijfsmodellen.

Iedereen moet mee in bad, ook de producenten. Daarenboven moet één unieke meetmethode voor het berekenen van de recyclagecijfers ervoor zorgen dat we niet langer appels met peren vergelijken en dat iedereen zijn verantwoordelijkheid neemt.

Vlaanderen, de natie die ik vertegenwoordig, is een pionier op het vlak van materiaalbeheer en kringlooeconomie. Het traject dat wij de afgelopen twintig jaar hebben afgelegd, sterkt mij in de overtuiging dat veel mogelijk is als de politieke wil er is.

We kunnen veel van elkaar leren. Ik denk bijvoorbeeld aan onze beste praktijken, zoals het concept van “kringwinkels” om hergebruik te stimuleren en innovatieve manieren om biologisch afval te valoriseren.

Trash is cash: deze woordspeling kwam van u, meneer Timmermans. Heel wat stakeholders en bedrijven hebben dat al goed begrepen. De bal ligt nu in ons kamp om een goed wetgevend kader te ontwerpen dat de juiste stimuli biedt en de lat voldoende hoog legt.

Nils Torvalds, *för ALDE-gruppen*. – Herr talman! Jag har under de senaste månaderna haft det stora nöjet att börja mina anföranden hemma i Finland med ett kort konstaterande: ”Jag kommer att tala skräp”. Jag kommer att tala skräp också här i kammaren i dag.

Den här expeditionen in i avfallens värld har varit mycket intressant på många sätt. Det har bland annat varit en expedition in i verkligheten, och jag har haft möjlighet att besöka olika anläggningar, både hemma i Finland och i andra delar av Europa.

Det intressanta i detta sammanhang är att verkligheten har visat sig ha tagit flera steg framåt. I dag är vi långt mer avancerade i fråga om att återanvända vårt avfall än vi var för kanske enbart ett år sedan. Jag har besökt en liten fabrik som tillverkar avfallscontainrar. Den är antagligen Europas främsta fabrik. Den åstadkommer genom den teknologiska lösningen en sortering av avfallet som leder till en renhet i följderna på 98 procent. Vi kan alltså genom att följa de exempel vi redan ser åstadkomma en oerhört mycket renare avfallsström. Mycket sker alltså där ute, och vi ska inte hamna på efterkälken.

Den andra delen av vår expedition har naturligtvis handlat främst om Simona Bonafès arbete för att hjälpa oss fram på denna besvärliga väg. Jag tror att vi har varit nöjda – vi hörde av alla andra skuggföredragande hur nöjda de har varit med hennes sätt att jobba. Det är dock inte bara hon som har varit bra i detta sammanhang, utan även våra assistenter och våra politiska rådgivare har varit utmärkta.

Jag brukar inte alltid och i alla frågor vara överens med kollegan Demesmaeker. Det finns en del frågor där vi faktiskt har ganska olika åsikter. Men för att understryka det goda arbete vi har utfört här, så ska jag säga att vi tillsammans med Demesmaeker far till en flamländsk stad för att se hur det görs där. Vi tänker nämligen fortsätta denna resa in i en bättre verklighet.

Josu Juaristi Abaunz, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, señor comisario, quiero iniciar mi intervención, también en la misma línea del colega Torvalds, reconociendo el trabajo y la disposición de la ponente, de Simona Bonafè. Ahora, necesitamos enviar una señal clara al Consejo. Creo que la Comisión pudo haber sido más ambiciosa en diciembre de 2015, pero alabo las palabras pronunciadas ahora por el señor Timmermans.

Aquí se trata del modelo de sociedad que queremos tener y que legaremos a nuestras hijas e hijos; se trata de reconciliar el desarrollo sostenible con el medio ambiente y, por supuesto, de luchar contra el cambio climático. Necesitamos promover un cambio sistémico, integral, que implique el diseño de un nuevo paradigma. Comisión y Consejo deberían fomentar el espíritu colaborativo, basado en el desarrollo y la innovación que integra este paquete legislativo. Y debería combinarse la visión global con la local. Esto implica tener en cuenta el rol vital que juegan las administraciones más cercanas a la ciudadanía. Y esto debe hacerse precisamente junto con los movimientos sociales y ciudadanos. Si lo hacemos así, no necesitaremos explicar a la sociedad qué estamos haciendo, porque habrá tomado parte y liderado el proceso.

Gracias, de nuevo, a la ponente y animo al señor comisario a hacer, como ha dicho, todo lo posible para que en los trilogos no se pierda la ambición y el espíritu de lo propuesto por el Parlamento Europeo.

Davor Škrlec, *u ime kluba Verts/ALE*. – Gospodine predsjedniče, poštovane kolegice i kolege, poštovani potpredsjedniče Komisije Timmermans, prvo bih na početku zahvalio kolegici Bonafè i svim ostalim izvijestiteljima u sjeni na izvršnoj suradnji, na suradnji naših timova, koji su doprinijeli tome da danas imamo prilike raspravljati i glasovati o ambicioznijim ciljevima koje postavlja Europski parlament. Zašto glasovati danas za te ambicioznije ciljeve u recikliranju otpada, zašto ići na niži postotak odlaganja otpada.

Ja ću to pokušati objasniti na primjeru jednog crtanog filma. Wall-e je dobitnik Oscara u kojem se pokazuje kako jedan mali robot, jedini preostali od svoje vrste, sakuplja otpad, pakira ga i slaže u piramide. Zar će tekovine naše civilizacije biti piramide otpada, a znamo što je bila tekovina egipatske civilizacije. I gle čuda, taj mali robot prepoznaje cirkularnu ekonomiju zbog toga što stvari koje prepoznaje da može popraviti, da imaju neku drugu vrijednost, odnosi u svoje sklonište, tamo ih popravlja i uživa u tim našim ostacima civilizacijske tekovine. I zapravo se postavlja pitanje gdje su ljudi u tom filmu. Ljudi su pobjegli u svemir zato jer su cijeli prostor planete zemlje iskoristili za odlaganje otpada za izgradnju tih piramida. Pitanje je kako ćemo mi onda pobjeći u svemir. Izgleda da rješenje za taj problem ima Donald Trump. Prije nekoliko je dana objavio kako on oživljava ponovno svemirski program i kako ima namjeru poslati ljude na mjesec.

Ali, usput, ne smijemo zaboraviti da pored ovog recikliranja, pored odlaganja, mi previše hrane bacamo, mi odlažemo svoj otpad u more i oceane, mi zaboravljamo da imamo biorazgradivi otpad iz kojeg možemo proizvesti energiju i kompost, mi zaboravljamo da ovaj ambiciozni prijedlog cirkularne ekonomije, ovih ciljeva, zapravo predstavlja otvaranje naših lokalnih radnih mjesta i u svim onim državama članicama koje se bune, zapravo predstavlja to da otvaraju lokalna radna mjesta.

Zato vas pozivam da ne poslušate poruke koje dolaze za smanjenje tih ambicija nego da glasate za više ciljeve recikliranja jer veće odlaganje, veće smanjenje ciljeva recikliranja će dovesti do toga...

(Predsjednik je oduzeo riječ govorniku...)

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, although I sympathise with the ideology behind the aims of creating a circular economy, I believe that we should be circumspect, bearing in mind what is happening globally. We are told that an EU circular economy is an efficient economic model that ensures that the environment receives adequate protection, at the same time as promoting reindustrialisation and competitiveness in Europe. However, I am yet to be convinced.

As always, such ambitious EU policies need to be backed by a clear legislative framework. However, such legislation will not be binding on our competitors in China, India or the United States. In conclusion, we, in UKIP, believe that such legislation should be made by national governments so that they can put forward policies that are best for their country and their people.

Jean-François Jalkh, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Madame la rapporteure, chers collègues, le groupe «Europe des nations et des libertés» a joint au rapport sur les déchets une opinion minoritaire. Ce texte énumère nos grandes préoccupations sur les modifications essentielles apportées à la directive. Nous avons critiqué les incitations fiscales, qui sont des prérogatives des États membres. Nous avons déploré un manque de souplesse, compte tenu de la diversité de la situation dans l'Union européenne. Nous avons relevé que la conséquence certaine en serait l'augmentation de la dépense publique et l'approfondissement du marché intérieur, au bénéfice de quelques rares entités transnationales, sans garantie d'efficacité.

Mais je voudrais surtout évoquer la REP, c'est-à-dire la responsabilité étendue du producteur. À bien y réfléchir, cette REP considère que, dans tout le cycle de fabrication d'un produit, l'étape de la confection de la production proprement dite est le véritable problème. On exonère donc les intermédiaires autant que les fournisseurs de matières premières de leur responsabilité dans la création de futurs déchets à recycler, et la charge incombe aux producteurs, c'est-à-dire qu'elle pèse sur la valeur ajoutée au cœur de l'économie. C'est aussi dans la fabrication que résident les coûts incontrôlables. Sans doute un sujet aussi discutable fera-t-il l'objet de discussions passionnées au Conseil.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, αλλαγές προς το ακόμα χειρότερο των αντιλαϊκών κατευθύνσεων της οδηγίας του 2008 και των αντίστοιχων άλλων για τα απόβλητα προωθούνται με βάση τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τη λεγόμενη κυκλική οικονομία. Στην Ελλάδα ο λαός μας πληρώνει βαριές συνέπειες στο περιβάλλον, στην υγεία και στην τσέπη του από την ενσωμάτωση των κατευθύνσεων της πιο πάνω οδηγίας. Αναφέρομαι στη μη έγκαιρη κατασκευή και λειτουργία επαρκών ΧΥΤΑ, με αποτέλεσμα να διαιωνίζονται τα αδιέξοδα —για παράδειγμα στον ΧΥΤΑ Φυλής Αττικής—, στις ανεξέλεγκτες χωματερές, στα μεγάλα προβλήματα στην Πελοπόννησο και στη Ζάκυνθο ή και σε άλλες περιοχές. Οι υπερβολικοί, ανέφικτοι για τη χώρα μας, στόχοι για το 2020 αξιοποιούνται από το κεφάλαιο για τον σχεδιασμό πανάκριβων εγκαταστάσεων που παραδίδονται στους επιχειρηματικούς ομίλους. Στο πλαίσιο της κυκλικής οικονομίας οι όμιλοι τοιμενοβιομηχανίας όπως η Lafarge στον Βόλο αρχίζουν και αδειοδοτούνται στην ουσία ως μονάδες καύσης αποβλήτων.

Στόχος λοιπόν των δεσμευτικών διατάξεων της Ευρωπαϊκής Ένωσης με πρόσχημα τη μεγαλύτερη ανακύκλωση είναι τα μεγαλύτερα κέρδη για τα μονοπώλια του κλάδου και να τροφοδοτούνται άλλοι βιομηχανικοί κλάδοι με φτηνές —εναλλακτικές τις λένε!— πρώτες ύλες και καύσιμα σε βάρος του περιβάλλοντος και της υγείας των λαϊκών στρωμάτων. Μόνη λύση προς το συμφέρον του λαού είναι να διεκδικήσει με την πάλη του, σε σύγκρουση με τα μονοπώλια και την εξουσία τους, ενιαίο δημόσιο κρατικό φορέα, χωρίς καμία ανάμειξη ιδιωτών σε όλα τα επίπεδα, πλήρη απαλλαγή του λαού από τα ανταποδοτικά τέλη και τα χαράτσια, πολιτικές μείωσης παραγωγής απορριμμάτων στην ανακύκλωση με διαλογή στην πηγή και κομποστοποίηση.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir heute dieses gute Ergebnis auf dem Tisch liegen haben: natürlich bei der Berichterstatterin Frau Bonafè, aber auch bei unserem Schattenberichterstatter Karl-Heinz Florenz, der sehr gut die Dinge zusammengeführt und in das Gesamtergebnis eingebracht hat.

Wir müssen bedenken, wo wir vor zwei Jahren standen: Der Vorschlag war zurückgezogen worden, und, ich glaube, das wäre nicht nötig gewesen. Wir hätten auch, wenn wir den ursprünglichen Vorschlag weiter bearbeitet hätten, zu diesem Ergebnis kommen können. Aber ich freue mich, dass die Kommission lernfähig ist, und freue mich sehr über die Worte des Vizepräsidenten Frans Timmermans, dass er das Ergebnis, über das das Parlament jetzt abstimmen wird, unterstützen möchte, und dass wir möglichst nah dran sein sollten, wenn immer es möglich ist.

Wir machen etwas für die Umwelt; da möchte ich nur zwei Punkte herausheben: Wir haben, wenn Abfälle deponiert werden, die Entstehung von Methan – Methan ist ein schlimmeres Klimagas als CO₂. Und in meinem Land ist es so, dass der größte Einzelbeitrag zum Klimaschutz in den letzten Jahren dadurch gekommen ist, dass wir weniger deponieren. Das ist also mindestens so wichtig wie andere Dinge im Klimaschutz. Und wir müssen das Problem der Vermüllung der Meere durch Plastik und andere Stoffe dringend angehen. Für beides leisten wir einen Beitrag. Aber es geht auch um die Rohstoffe unserer Kinder, wie Karl-Heinz Florenz immer sagt, und es geht um Jobs, es geht um Arbeitsplätze, die wir durch eine vernünftige Kreislaufwirtschaft sichern und neu schaffen können.

Ich möchte am Schluss auf einen Punkt hinweisen, wo wir den Kommissionsvorschlag, glaube ich, verbessern und weniger bürokratisch machen. Es geht um den Transport kleinerer Mengen gefährlicher Abfälle, zum Beispiel: Wenn ein Maler Lacke von der Baustelle mitnimmt, dann sollte er nicht behandelt werden wie ein großes Abfallunternehmen. Wenn sich die Kommission das noch genauer ansehen und unterstützen könnte, wäre ich sehr dankbar!

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident! Herr Vizepräsident Timmermans, Sie hatten versprochen, dass das neue Kreislaufwirtschaftspaket besser wird als das alte. Kollege Liese hat darauf hingewiesen. Ich glaube, mit dem, was das Parlament heute beschließt, wird das tatsächlich der Fall sein. Wir haben ehrgeizigere Ziele, wir haben bessere Mechanismen und Vorschläge, dass der Abfallberg sich reduziert und dass möglichst viel von den Rohstoffen auch wiederverwertet wird.

Jetzt warten wir noch auf die zweite Säule, die noch kommen muss, nämlich der Aktionsplan mit den Ökodesign-Vorschlägen. Denn es muss schon bei der Produktpolitik anfangen und nicht erst bei der Entsorgung der Produkte, die im Umlauf sind. Wir sind gespannt, was Sie uns in dem Aktionsplan noch vor der nächsten Europawahl hier vorlegen.

Es ist keine Frage: Wir wollen weg von der Wegwerfgesellschaft hin zur Kreislaufwirtschaft. Es gibt viele gute Vorschläge. Ich danke Frau Bonafè und all den Berichterstattern, die dazu beigetragen haben.

Julie Girling (ECR). – Mr President, negotiating multiple legislative proposals at the same time, particularly when they have been withdrawn and rewritten, is no easy task. I would like to congratulate the rapporteur, Ms Bonafè, and her team of shadows, on their work. Of course, we support the circular economy principles, but my delegation will be voting in favour of this report. We do not think it is a perfect compromise and we should take care to ensure that we do not, unwittingly, take steps backwards by imposing overly ambitious mandatory targets.

I have concerns on two areas. Firstly, on the levels of the waste targets, I will be supporting a return to the Commission targets. Secondly, on extended producer responsibility (EPR), I have tabled an amendment to delete Article 8a. EPR has an important role to play in improving environmental delivery, but the proposal to include minimum operating conditions is too prescriptive. We should encourage the adoption of more, and better, schemes but allow flexibility in their design across Member States. With the establishment of targets in the 'producer pays' principle affirmed, I believe that it is not necessary to apply such a rigid approach in setting requirements for Member States' EPR schemes.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Ook uit mijn naam veel dank aan de rapporteur en de schaduwrapporteurs voor het uitstekende werk dat zij hebben verricht.

Ik heb vanmorgen gehoord dat velen, inclusief de Europese Commissie, hebben benadrukt hoe belangrijk de economische voordelen van die circulaire economie zijn. En terecht: het was McKinsey dat anderhalf jaar geleden verklaarde dat de circulaire economie hét toekomstige politieke, economische project zou moeten worden, het project waar we al zo lang naar zoeken.

Maar als we zo overtuigd zijn van die economische voordelen, dan moeten we geen half werk verrichten. Dan moeten we ook vol overtuiging voor die circulaire economie gaan. De fantastische eigenschappen van een cirkel gelden namelijk alleen als die volledig is, en niet bij een halve cirkel. Daarom hebben wij terecht de recyclingdoelstellingen opgeschroefd.

Ook op dit punt verwacht ik volledige steun van de Europese Commissie, want de doelen van het Parlement zijn de voorkeursoptie in de effectbeoordeling. Ik hoop dus van harte dat de Commissie ons ook in de onderhandelingen met de Raad volledig ondersteunt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, také mně dovoluťe poděkovat paní zpravodajce i všem stínovým zpravodajům, kteří odvedli neskutečnou práci na tomto balíku, a myslím si, že se jim povedlo vytvořit daleko ambicióznější znění balíčku, než navrhla Komise, což je jistě pozitivní a dobrý základ pro následující vyjednávání.

Já musím říct, že jsem s ním spokojená. Mám pocit, že cíle, které jsme si stanovili, jsou něčím navíc, co může občanům přinést mnoho pozitivního. V pořádku jsou určité i dílčí cíle pro bioodpad a progresivní přístup směrem k problematice mikroplastů stejně jako ekodesign a využití odpadů jako suroviny, což je správný způsob, jak zajistit skutečné oběhové hospodářství. Osobně snahu o cíle v oblasti recyklace a skládek podporuji, ale nemůžu souhlasit s úplným zákazem energetického využívání odpadu, protože nepovažuji skládkování za lepší a ekologičtější, než je přeměna odpadu na energii tam, kde to má smysl. Dovolte mi vám moc popřát, všem kolegům, kteří se na tom podíleli, především to, aby ty ambice zůstaly zachovány a aby se vám je podařilo prosadit také v trialogu.

Benedek Jávor (Verts/ALE). – Mr President, let me remind you that in previous resolutions, Parliament has called for more ambitious targets. The Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) also recently called for raising the ambition of the current proposal by introducing a binding target to have 70% of municipal waste recycled by 2030 in addition to limiting the amount of municipal waste that can go to landfill to 5%.

The ENVI Committee also called for a minimum of 5% of total municipal waste to be prepared for reuse, a binding target of 80% of packaging to be recycled, and a 10% target of packaging waste to be reused by 2030. I believe that the European Parliament has to send a strong message to the Commission and the Council and stick to this high ambition level, in line with the previous Commission proposal for the package, as this is the only way to trigger action in the Member States.

Dear Mr Timmermans, this is not exaggeration, this is simply the level of braveness of the previous Barroso Commission. We need strong incentives to reduce waste generation, food waste and marine litter as well. It is crucial that investment choices are taken so that they facilitate moving up the waste hierarchy. There is also a pressing need to phase out harmful subsidies, as well as a need for better systemic eco-design measures to counteract planned obsolescence and to substitute for hazardous substances. Last, but not least, the Commission has to do everything it can to ensure the implementation of the existing provisions.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Elnök Úr! Valóban ragaszkodom a kérdésem föltételéhez, mert én úgy látom, hogy itt a felszólalások zöme azért még mindig megmarad a százalékok szintjén. De én inkább a képviselő urat szeretném arról kérdezni, hogy olyan radikális lépések mellett Ön tudna-e élni vagy támogatni olyan radikális elképzeléseket, hogy mondjuk egy literig pl. a műanyag palackokat mindenütt tiltsuk be – tekintettel arra, hogy ez exponenciálisan emelkedik és ez nem tűnik ki a százalékokból.

Benedek Jávor (Verts/ALE), Kékkártyás válasz. – Köszönöm a kérdést! A magam részéről azt gondolom, hogy hosszú távon mindenképpen a visszaváltható csomagolások irányába kell mozdulnia a rendszernek. Hogy ennek mi a lehetséges sebessége és miben tud megállapodni a Parlament, a Tanács és a Bizottság – ez korlátozza és meghatározza azt az ambíciószintet, amiből előre tudunk menni. Én a magam részéről amellet érveltem a csomag vitája során, és most is amellet érvelek, hogy minél gyorsabban és minél ambiciózusabb lépéseket tegyünk meg. A végén el kell jutnunk oda, hogy az eldobható, egyutas csomagolásokat teljes mértékben kivezzük a rendszerből.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi sosteniamo questo pacchetto legislativo così come approvato in commissione ambiente perché comunque, migliora la situazione attuale, dal momento che introduce obiettivi più ambiziosi sul riciclo, obiettivi più ambiziosi sulla preparazione al riuso e anche maggiori limitazioni all'incenerimento, oltre che alla messa in discarica.

Avremmo voluto, però, vedere azioni più coraggiose e concrete, come ad esempio il divieto totale all'incenerimento dei rifiuti. Azioni più coraggiose e concrete, come ad esempio l'eliminazione di ogni possibile sussidio alle fonti fossili, perché questo sarebbe stato l'unico vero modo per realizzare una transizione verso un'economia realmente circolare.

Se non facciamo queste semplici cose, stiamo parlando del nulla. Per questo motivo abbiamo presentato emendamenti al testo proprio su questi due argomenti e li abbiamo presentati anche se sappiamo bene che la maggior parte di quest'Aula non li voterà, perché le lobby dell'incenerimento e quelle dell'industria petrolifera sono ancora troppo forti in quest'Aula.

Olaf Stuger (ENF). – We hebben het vandaag over de circulaire economie en over hoe we producten en materialen kunnen hergebruiken. Dat vind ik allemaal prima, ga vooral uw gang met uw hobby's.

Het delicate is wel dat de EU zelf al jaren *end of life* is, maar niet in aanmerking komt voor recycling, gewoonweg omdat de onderdelen niet meer bruikbaar zijn. De miljarden kostende Turkijedeal is nooit meer ergens inzetbaar en de geldpers van Draghi draait zelfs zó snel dat Mugabe hem niet wil overnemen.

Nee, Voorzitter, het enige circulaire EU-element dat werkt is de baantjesmachine. En dat is uw geluk, want na de verkiezingen dit jaar in Nederland, in Duitsland, noem maar op, zult u die baantjesmachine hard nodig hebben.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Annie Schreijer-Pierik (PPE), “blauwe kaart”-vraag. – Ik erger mij een beetje aan mijn collega uit Nederland, die hier wel wat zegt en roept maar niet meedoet aan al die debatten – kijk naar de rapporteur en de schaduwrapporteurs – in de Commissie milieubeheer, volksgezondheid en voedselveiligheid. Als u hier wat zegt, moet u daar ook wat doen, maar daar zie ik u gewoon nooit. Dat vind ik zeer ernstig.

Olaf Stuger (ENF), “blauwe kaart”-antwoord. – Mevrouw Schreijer-Pierik, het is goed te horen dat u mij mist. Ik mis u ook vaak, maar dan mis ik u in Nederland. Waar het echt om gaat, is dat er moet worden gepraat met de belastingbetaler in Nederland die dit allemaal moet financieren.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! A most tárgyalt négy jogszabály nem egyszerűen a hulladékra vonatkozó szabályozás felülvizsgálatát jelenti, hanem valójában egy komplex gondolkodásmódot vezet be. A hulladékra úgy tekint, mint egy erőforrásra, egy másodlagos nyersanyagra a körkörös gazdaság keretein belül. Kiemelt fogalomná válik az újrahasználat, újrafeldolgozás – ezekkel a célokkal egyet lehet érteni. Azonban vannak kritikus részek az előterjesztésekben. Az, hogy 2030-ra a települési hulladéknak a települési hulladéklerakókban való elhelyezését mindössze 10, illetve 5%-ra akarja csökkenteni – ez egyszerűen irreális elvárás. Az Európai Bizottság felhatalmazáson alapuló jogi aktus és végrehajtási aktusokkal gyakorlatilag a tagállamoknak vonja el a döntési jogát, amint ezt világosan kifejezte a Francia Nemzetgyűlés és az Osztrák Parlament is a véleményében.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, señor comisario, en primer lugar quiero felicitar a la ponente, la señora Bonafé, y a los ponentes alternativos, especialmente al señor Florenz, por el gran trabajo que ha supuesto este paquete.

En mi opinión, el paquete sobre la economía circular en su conjunto tiene un carácter ambicioso y coherente. Sin embargo, creo que tenemos que profundizar en el ecodiseño y la prevención de residuos, ya que, por mucho que mejoremos la gestión, si el nivel reducido sigue aumentando, no vamos a solucionar el problema.

Es importante respetar en todo momento la jerarquía de residuos para evitar que haya atajos que puedan favorecer unas opciones en vez de otras. Por lo que respecta a la fijación de nuevos objetivos, me parece fundamental que existan conceptos y definiciones claros. Así es como aseguraremos que todos los datos y las metodologías sean comparables y homologables.

La Directiva relativa a los residuos tiene que establecer una distinción clara entre residuos municipales, por un lado, y resultados comerciales e industriales, por otro. Por eso quiero pedir el apoyo a la enmienda 251, que incluye el criterio de cantidad en la definición de residuo municipal.

Eliminar esta palabra en la definición puede suponer abrir la puerta, incluir el residuo comercial industrial en el residuo municipal. Así se dificulta la gestión de dicho residuo, que debe ser el verdadero objetivo de esta normativa.

Por último, no podemos olvidar que todas las medidas que adoptemos servirán de poco si no conseguimos que los consumidores sean conscientes de la importancia de la economía circular.

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedniče, cijenjene kolegice i kolege, ukoliko ne podržimo ovaj zakonodavni paket Europa će i dalje bacati, spaljivati i zakopavati milijarde eura godišnje.

Kao izvjestiteljica za izvješće o bacanju hrane posebno pozdravljam donošenje hijerarhije i definicije bacanja hrane. Tijekom glasanja možemo učiniti još jedan korak za smanjenje sramotnih količina bačene hrane. Možemo uspostaviti temelj za obvezujuće kvote za smanjenje koje će vrijediti za cijelu Uniju. Naravno, kada se za to steknu uvjeti u vidu pouzdanih statistika.

Javno mnijenje to podržava, građani to žele i pravi je trenutak da Unija pokaže da može riješiti ovaj veliki ekonomski, ekološki i moralni problem.

Cirkularna ekonomija je možda pretenciozan naziv za nešto što se čini jednostavno kao stvar zdravog razuma. Otpad nije smeće već resurs na kojem naše države i građani mogu zaraditi uz dodatni bonus očuvanja prirode.

Zaključno, želim zahvaliti kolegici Bonafe na izvrsnom trudu i radu.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Idea gospodarki o obiegu zamkniętym jest pomysłem bardzo dobrym, ma wiele zalet nie tylko środowiskowych i gospodarczych, ale również społecznych. Niestety, jak to często bywa, instytucje europejskie potrafią popsuć najlepsze pomysły poprzez ustanowienie nierealistycznych celów. Oczywiście są one dobre, ale tylko dla niektórych państw. Niemcy, Belgia i Szwecja są bardzo bliskie ich osiągnięcia. Jednak moja ojczyzna, Polska ma w tej dziedzinie jeszcze długą drogę do przebycia i niestety nie jest objęta żadną klauzulą elastyczności. Przykładowo, jeśli chodzi o odpady komunalne, to w 2012 roku Polska przetwarzała 20 %, Niemcy – 64 %, Austria – 59 %, a ustanawia się cel ogólny na poziomie 65 %, tak więc Polska musiałaby zwiększyć przetwarzanie o 225 % obecnie przetwarzanych odpadów do 2030 roku. Jest to cel absolutnie nierealny. Polskiego społeczeństwa nie stać na to, żeby dojść do tych celów w tym dystansie czasowym. Dlatego nie mogę poprzeć tego pakietu.

Frédérique Ries (ALDE). – Monsieur le Président, chaque État européen a un talent, a ses talents particuliers. L'Allemagne dispose des travailleurs les plus satisfaits, l'Estonie produit le moins de déchets et mon pays, la Belgique, est champion d'Europe en matière de recyclage de ses emballages – plus de 80 %, pour 64 % à peu près de moyenne européenne. C'est dire si ce paquet sur l'économie circulaire nous intéresse et si les objectifs fixés pour 2030 par le Parlement européen dans la directive «Emballages et déchets d'emballages», soit 80 % pour le bois et 90 % pour l'aluminium et pour le verre, sont évidemment réalisables.

Maintenant, comme l'a dit notre rapporteure, ce paquet législatif doit être pensé comme un point de départ. Attention donc à ne pas faire un faux départ.

J'en viens à ce que je voulais évoquer ce matin, la question du gaspillage alimentaire: 80 millions de tonnes gaspillées chaque année, 400 euros de nourriture jetés par foyer.

Au-delà du problème éthique qui est insupportable, une perte économique, une perte écologique.

En conclusion, il est donc essentiel de voter les amendements 145 et 236 – reprenez ces deux numéros – pour réduire de moitié ce gaspillage d'ici 2030.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, για να προστατεύσουμε το περιβάλλον και να διασφαλίσουμε την ποιότητα ζωής, πρέπει να τερματίσουμε την ανεξέλεγκτη δημιουργία αποβλήτων και να στοχεύσουμε στη βιώσιμη κατανάλωση. Δεν γίνεται να καταναλώνουμε τα πάντα, επειδή στο πλαίσιο της κυκλικής οικονομίας τα απόβλητα θα ανακυκλωθούν. Χαιρετίζουμε δε επιμέρους προτάσεις που προωθούνται. Συμφωνούμε πως πρέπει να τεθούν δεσμευτικοί στόχοι, να διευρυνθεί η ευθύνη των μεγάλων παραγωγών, να ενισχυθούν τα μέτρα πρόληψης για την αποδοτική χρήση των πόρων, να προωθηθεί η ανακύκλωση και, τέλος, να χρηματοδοτηθεί από την Ένωση η ανάπτυξη των απαραίτητων υποδομών για τη διαχείριση των αποβλήτων. Ιδιαίτερη στήριξη βέβαια θα πρέπει να δοθεί στα κράτη που έχουν πληγεί περισσότερο από τις νεοφιλελεύθερες πολιτικές της σκληρής λιτότητας και αντιμετωπίζουν περισσότερα προβλήματα στο να υλοποιήσουν τους στόχους τους. Υπάρχουν όμως και άλλοι σημαντικοί στόχοι που δυστυχώς απουσιάζουν. Πρέπει να προωθήσουμε την αποκατάσταση των χωματερών. Και να διασφαλιστεί η συμμετοχή των τοπικών κοινοτήτων, των περιβαλλοντικών και των συνδικαλιστικών οργανώσεων καθώς και άλλων κοινωνικών φορέων στη διαδικασία διαμόρφωσης της νομοθεσίας.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, firstly, I would like to thank the rapporteur for her great work in getting to this deal and, indeed, I would also like to thank the Commission. We have come a long way in the discussions and I think we are now on the same page concerning the importance of the circular economy. What we are doing here is making sure that waste can be used in the circular economy, but we know that we also need to look at how to create a demand for reused and recycled material and at making sure that the design is ready so that we can create a circular economy. This is a very good, and very important, step, but we are not there yet.

We are asking for, and expecting, additional steps from the Commission, as also announced in the Action Plan. For those who are always referring to impact assessments and saying that it is important, the higher targets will deliver EUR 6 billion in benefits to society: 34 000 more jobs and 99 million tonnes of CO₂ reduction. People, planet, profits, thanks to the higher targets. Read the impact assessment.

Angelo Ciocca (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, fastidiosa, ostacolatrice, costosa: questo è il ritratto che si registra fuori da questi palazzi da parte del popolo, da parte dei cittadini nei confronti dell'Unione europea. E spesso perché attribuiscono un simile ritratto a quest'Europa? Perché dentro ai provvedimenti non trovano l'applicazione della logica della ragione, cioè quella logica che dovrebbe prevedere, dentro a questi provvedimenti, il fatto che si curino gli interessi del popolo, di coloro che ci hanno eletto, di coloro che, soprattutto, ci pagano.

E in questo provvedimento, su cui sono interrogato e misurato, non c'è nulla che serva gli interessi dei cittadini, delle famiglie, delle imprese e, soprattutto, del mondo reale.

Che cosa si sarebbe aspettato il mondo reale da questo provvedimento? La semplificazione delle procedure e soprattutto la riduzione dei costi. Invece assistiamo, come avviene in Italia, a una tassa sui rifiuti che, in meno di tre anni, è aumentata, almeno in alcuni casi per gli artigiani, per i commercianti e per le famiglie, del 400 %. Un provvedimento di questo tipo doveva prevedere assolutamente una riduzione dei costi della tassa rifiuti.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo

8, del regolamento))

Steven Woolfe (NI), blue-card question. – Mr. Ciocca, I read the report, and it is a weighty report. Did you find anything in that report that did not increase taxes, that did not increase the cost of regulation, and that did not increase the number of European bodies across Europe? Did you not find that, in fact, there was more waste and more regulation? Can you confirm that? That is what I read. Is that what you read as well?

Angelo Ciocca (ENF), risposta a una domanda «cartellino blu». – Quello che posso confermare è che aumentano i labirinti di questa materia e, di conseguenza, aumenteranno i costi per gli artigiani, per i commercianti e per le famiglie: questo è il tema.

Un provvedimento di questo tipo, di oltre 230 pagine, doveva avere un tema ambizioso, un tema vitale, di sopravvivenza per le famiglie e per le imprese: la riduzione dei costi della tassa sui rifiuti.

Di un tale progetto ambizioso, che giustificerebbe l'esistenza di questa Europa, dentro questo tomo, purtroppo, non c'è traccia.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich glaube, es ist sehr wichtig, heute mit dieser Abstimmung auch auszudrücken, dass wir endgültig von einer Wegwerfgesellschaft hin zu einer Ressourcengemeinschaft gehen und dass wir hier vor allem auch versuchen, die großen Unterschiede, die bei einzelnen Definitionen, bei der Behandlung und Lagerung von Rohstoffen zum Teil in den einzelnen Mitgliedstaaten vorherrschen, wirklich versuchen zu vereinheitlichen und somit eigentlich in Europa ein sehr innovatives und auch neues System zu schaffen. Denn was zur Zeit zum Teil in einem Nachbarstaat verbrannt wird, könnten wir in Zukunft als Rohstoff sehr gut in einem anderen gebrauchen, oder anders gesagt: Der Müll von heute kann irgendwann einmal der Treibstoff von morgen sein.

Heute wollen wir mit den höheren Recyclingquoten und der niedrigeren Deponierung vor allem auch den Kreis hin zu einer echten ökosozialen Marktwirtschaft schaffen. Wir starten aber meiner Meinung nach heute auch mit der Idee – und vor allem auch mit der Vision – endlich hin zu einer Zero-Waste-Gesellschaft zu kommen. Und ich glaube, dass sollte für uns auch so das nächste ganz große Ziel sein. Abfall hat noch nie so viele Chancen geboten wie jetzt, und ich glaube, wir müssen sie wirklich nutzen und Abfall auch eine Wertschöpfung zurückgeben.

Wir müssen weg vom Plastik und von billigen Einweglösungen und eben dahin, das ganze Potenzial von Produkten zu nutzen. Die Zeit ist jetzt wirklich gekommen, auch ein Bewusstsein bei der Gesellschaft zu schaffen. Wenn wir es nicht zustande bringen, die Menschen hier auf diesem Weg mitzunehmen, sind wir leider zum Scheitern verurteilt.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Das vorliegende Paket und das, was das Parlament hier auch noch verbessert und erweitert hat, ist eine ganz große Chance für unsere Zukunft.

Wir sprechen davon, dass wir dem Klimawandel Einhalt gebieten müssen, wir sprechen davon, dass wir sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen müssen. Daher ist es ganz dringend notwendig, dass wir diese Voraussetzungen schaffen. Wir müssen Produkte auf den Markt bringen, die wiederverwendbar und wiederverwertbar sind. Wir müssen ein Bewusstsein schaffen, dass Produkte vielfältig verwendet werden können und dass nicht alles, was Abfall ist, auf der Deponie landen sollte. Sechs Mitgliedstaaten, darunter Österreich, haben schon 2014 mehr oder weniger ein Deponierungsverbot eingeführt, und es funktioniert. Das heißt, wenn wir gemeinsam dieses Bewusstsein schaffen, dass Abfall in Wirklichkeit auch Rohstoff sein kann, wenn wir das Bewusstsein schaffen, dass wir mit Produkten, die leicht zerlegbar sind, Produkte haben, die von Anfang an in ihrem Design so gestaltet sind, dass sie einer Wiederverwendung zugeführt werden können, dann haben wir hier einen wertvollen Schritt geleistet. Die vorliegenden Entwürfe sind ein guter Weg dorthin.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, kiertotalous on meille Euroopassa laaja mahdollisuus, mutta sen avulla pystyttäisiin vastaamaan myös maailmanlaajuisiin ympäristöhaasteisiin jopa varsin nopeasti, jos vain kiinnitämme tarkempaa huomiota materiaali kierron esteettömyyteen. Tämä vaatii panostusta muun muassa tuote- ja tutkimuspuolella, mutta vielä enemmän muutosta arvomaailmassamme niin yksilötasolla kuin koko yhteiskunnassa.

Pian alkavaa uusiutuvan energian direktiivin muutostyötä ajatellen haluan myös huomauttaa, että vaikka me parlamentissa käsittelemme asioita hyvästä syystä erillään, käytännön elämässä ne linkittyvät toisiinsa. Niinpä on hyvä ymmärtää, että esimerkiksi tehokkaampi materiaalien hyödyntäminen erilaisten kiertojen avulla vaatii aina myös energiaa. Kestävää kiertotaloutta ei voi siten saavuttaa ilman uusiutuvaa, puhdasta energiaa. Kyse ei ole pelkästään Euroopan menestyksestä globaalissa kilpailussa, vaan sitäkin tärkeämmästä asiasta: planeettamme pelastamisesta.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Chcemy wzrostu gospodarczego, ale chcemy też czystego środowiska. Chcemy też zapewnić przyszłość kolejnym pokoleniom przez zrównoważony rozwój. Gospodarka w obiegu zamkniętym to jest taki koncept. Dyrektywy, nad którymi dzisiaj głosujemy, wprowadzają bardzo ambitne cele, między innymi recyklingu, i znacząco wpłyną na kształt gospodarki odpadami w Europie i w poszczególnych państwach członkowskich, stanowiąc z jednej strony wyzwanie dla samorządów, z drugiej zaś szansę na rozwój gospodarczy, również na tych obszarach, na których do tej pory brakowało istotnych impulsów ekonomicznych.

Gospodarka, która jest zasobooszczędna i przyjazna środowisku, to nie tylko recykling, ale również niski poziom wytwarzania odpadów. Dziękuję sprawozdawczyni, że kładzie nacisk na tę prewencję, czyli najwyższy stopień w hierarchii gospodarki odpadami. Żałuję jednak, że nie wprowadzono postulowanego przeze mnie promowania gospodarek krajów, które *per capita* wytwarzają najmniej odpadów. Myślę, że to też znacząco mogłoby spowodować zwiększone zainteresowanie. I ostatnia sprawa, Panie Przewodniczący. Chciałbym z zadowoleniem podkreślić wprowadzenie mojej propozycji przetwarzania odpadów organicznych nie tylko na kompost, ale również w procesie ich zgazowania, w procesie beztlenowym z odzyskiem biogazu. Uważam, że to jest dobry pomysł, podobnie jak oszczędności żywności i wytwarzanie mniejszej ilości odpadów.

Clare Moody (S&D). – Mr President, I must also thank the rapporteur, Simona Bonafè, for her hard work on this deeply significant file. In my work as a shadow rapporteur on the packaging and packaging waste directive, I had two objectives: a binding target on marine waste and a minimum level of recycled plastic in new packaging. I am glad that these ambitions have played a role in the development of this report.

The package recognises the scale of action that is needed to meet the joint challenges of achieving our climate change commitments, conserving our resources, and also beginning to address the disastrous levels of plastics in our environment, particularly in our rivers, seas and oceans. I look forward to voting for this package, but even more to the work that must follow to deliver real change in our society.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, in a circular economy we would need to produce the same welfare with a tenth of the resources. This regulation is a crucial part of that. We are getting there, but we are still on the way.

Firstly, the targets should be more ambitious. The second important point is that there should first be a requirement for a separate collection and then for the sorting of communal waste before incineration, because at the moment incineration is actually part of the problem, rather than part of the solution.

Thirdly, regarding methodology, we should have input and output to final recycling in the longer run. To really get where we want to be, the methodologies must be harmonised all over Europe. There are two specific issues: food waste must include the whole food production chain to really achieve prevention. Secondly, regarding marine litter, there should not only be aspirational targets, but also the banning of producers of microplastics.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente. Señor comisario, celebro el paquete que hoy se debate aquí sobre la economía circular. Un paquete que será positivo para el medio ambiente, para el clima, para la salud y para la economía. Especialmente celebro el incremento de objetivos que ha trabajado la señora ponente, necesarios para revertir el patrón de consumo y de producción que necesitamos, así como sus efectos positivos en la creación de empleo.

Y es que en la Unión Europea hemos avanzado en las últimas décadas en la gestión de residuos, pero, a día de hoy, esta aún es muy desigual entre países y los residuos municipales, en más de un tercio de los casos, continúan siendo vertidos y se reciclan menos de la mitad. En definitiva, un ambicioso y positivo paquete para cambiar los patrones de consumo.

Ahora le pediría también a la Comisión que, para que sea efectivo, este paquete afronte los retos de instrumentos financieros, habilidades técnicas, comportamientos del consumidor y modelos de negocio de una gobernanza, para que —como digo— se lleve a cabo y se consigan estos objetivos.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs, komisāra kungs! Padomju Savienības ekonomika bija ļoti neefektīva. Industrija absolūti piesārņojoša — nevarēja elpot, melni dūmi — bet vienā jomā, ironiski, viņa bija efektīva. Tieši patērētāju ziņā, jo nebija patērētājiem nekādas preces, ko pirkt. Nebija arī atkritumu, pamatā bija tikai papīrs un stikls.

Mūsdienās — arī, teiksim, bijušajām Padomju Savienības valstīm — mums ir ļoti plašs patērētāju klāsts. Mums ir mobīlie telefoni, mums ir ūdens plastmasas pudelēs, mums ir plastmasa, kas pasargā pārtiku, ka viņa turas ilgi, un tā tālāk. Tikai tas viss rada tādu atkritumu kalnu, kādu agrāk nebija. Turklāt vēl visas šīs izejvielas, kas rada šos kalnus, mums ir jāimportē no citurienes.

Tātad, protams, ir pareizi virzīties uz to, lai mēs saprātīgāk apietos ar mūsu atkritumiem, lai mēs izmantotu pēc iespējas to, ko varam, atkārtoti. Negribam atgriezties tajos laikos, kad patērētājiem nebija izvēles, bet tomēr ir jādoma par šo milzu importēto atkritumu kalnu, no kā mums ir jāatbrīvojas.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dalla crisi che stiamo vivendo si esce solo promuovendo un nuovo modello di sviluppo. Abbiamo bisogno di crescere ma in modo diverso, più intelligente, più rispettoso dell'ambiente e delle persone.

Ogni anno nell'Unione europea si sprecano circa 90 milioni di tonnellate di cibo: 170 chili a testa. Lo spreco alimentare è uno scandalo. Con l'economia circolare ci prefiggiamo l'obiettivo di ridurlo del 50 % entro il 2030. Come? Con una definizione chiara, che non c'era, di rifiuto alimentare, che serva alla Commissione per sviluppare una metodologia comune per misurarne la quantità; mediante azioni di educazione contro lo spreco e di prevenzione del rifiuto lungo tutta la catena di produzione; incentivando, con sgravi fiscali, un quadro normativo più chiaro; con il dono degli alimenti agli indigenti.

Basta col «fai da te» e l'«usa e getta». Una politica seria contro lo spreco alimentare può creare nuova e buona occupazione.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Straks stemmen we over de herziening van de Europese afvalwetgeving, een historisch moment. Eigenlijk zouden we niet meer moeten spreken over afvalwetgeving, maar over kringloopwetgeving. Het gaat hier niet om afval waar we vanaf moeten, maar om waardevolle grondstoffen die we moeten verwaardigen.

Helaas maken niet alle landen even snel voortgang met de totstandbrenging van deze kringlooeconomie. Nederland loopt voorop. En dat is jammer. Het is namelijk van economisch levensbelang voor dit continent dat we snelheid maken en voldoende ambitie tonen. We moeten de stort van herbruikbaar en herwinbaar afval uitfaseren. Dat is de fundamentele voorwaarde voor de echte overgang om van Europa een circulaire economie te maken.

Daarbij moeten wij de samenwerking met producenten en afvalverwerkers duidelijk versterken. Samen kunnen we de kringloop sluiten tot een echte kringlooeconomie.

En tot slot: laten we afrekenen met de bureaucratische belemmeringen voor hergebruik, laten we afrekenen met het gebrek aan ambitie en laten we afrekenen met het begrip van afval en spreken over benutting van waardevolle grondstoffen. We mogen Nederland niet in de kou laten staan en [...] verder kunnen uitwerken.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, em qualquer cenário viável para o futuro da União Europeia, a economia circular tem de ocupar uma das páginas centrais. A economia circular é um exemplo do tipo de medidas que temos de concretizar para que os cidadãos sintam o impacto favorável do nosso trabalho nas suas vidas.

Saúdo o excelente trabalho realizado pela relatora, Simona Bonafè, e por toda a equipa que trabalhou neste pacote legislativo. Com os relatores-sombra propus fomentar a transição e a eficiência energética, suprimir progressivamente a deposição em aterros até à supressão total, proibir a deposição em aterros de resíduos que são objeto de recolha seletiva, criar um programa-quadro para uma calendarização dos objetivos que incentivem e facilitem ainda mais a recolha seletiva, a triagem e a reciclagem, monitorizar a transferência de resíduos dentro da União Europeia e para Estados terceiros, que haja um estudo de impacto sobre a oportunidade da definição de um objetivo relativo à quantidade total de resíduos que podem ser depositados em aterros, calculada por quilo, por pessoa e por ano.

A economia circular tem de ser, Sr. Comissário, mais que uma boa narrativa. Tem de ser uma realidade concreta e positiva e temos agora condições para isso.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señor comisario, en primer lugar, quisiera felicitar a la señora Bonafè, así como a los ponentes alternativos, por el gran trabajo realizado en estos cuatro informes.

La economía circular no es simplemente la modificación de cuatro directivas relacionadas con la ecología, sino una poderosa herramienta de lucha contra el cambio climático y un cambio de modelo económico y de producción, para el que la industria europea debe estar preparada, y nos consta que ya ha empezado a adaptarse.

En Cataluña mismo, el polígono de Bufalvent, en Manresa, está estableciendo unas prácticas empresariales de cooperación en la gestión de residuos que lo están convirtiendo en un polígono totalmente circular. Como este, podríamos encontrar muchos otros ejemplos similares alrededor de la Unión, los cuales nos hacen tener esperanza para que el camino que iniciamos hoy —y para el que vamos a necesitar necesariamente el compromiso firme del Consejo— sea un éxito que ayude a la reindustrialización de Europa, ayude a la creación de nuevos puestos de trabajo y consolide un crecimiento económico mucho más sostenible, de bajas emisiones y adaptado a los compromisos alcanzados en la COP.

Adam Gierek (S&D). – Pojazdy stanowią źródło elementów samochodowych zdolnych do dalszej pracy oraz złomu. Miliony używanych samochodów płyną z Europy Zachodniej do Środkowo-Wschodniej i innych państw członkowskich, gdzie kończą swoje życie. Kto poniesie koszty społeczne i ekologiczne ich demontażu i dalszego zagospodarowania? Pilne staje się zatem stworzenie unijnego rynku surowców wtórnych. Surowce te powinny zostać sklasyfikowane i znormalizowane.

Zużyty sprzęt elektryczny mógłby podlegać podobnym procedurom. Trudno go zbierać i poddawać demontażowi. Przepisy obciążające tym zadaniem producenta nie zdają egzaminu. Akumulatory i baterie są zbyt tanie, a ich zbiórka nie jest odpowiednio stymulowana. Ceny ołowiu powodowane chińską konkurencją też do tego nie zachęcają. Złom elektroniczny nie doczekał się efektywnych technologii ekologicznego i energooszczędnego przetwarzania, a efektywność energetyczna jest, moim zdaniem, motorem gospodarki o obiegu zamkniętym.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, je me réjouis que nous puissions avoir enfin cette discussion sur les enjeux de l'économie circulaire. Ce Parlement l'a voulue, le rendez-vous est là, et je remercie M^{me} Bonafè pour tout le travail qu'elle a pu faire.

Au fond, quand on regarde l'avenir de l'économie européenne, la question de l'économie circulaire est une question tout à fait centrale. Mais elle ne pourra pas être juste circulaire, elle devra être aussi solidaire. Pour cela, la place des entreprises de l'économie sociale et solidaire doit être au cœur de la stratégie que nous mettons en œuvre. C'est ce que fait le rapport de M^{me} Bonafè et je l'en remercie.

Il reste que, lorsque l'on parle des déchets municipaux pour lesquels on fixe des objectifs, je crois que c'est une stratégie tout à fait gagnante, mais pour qu'elle le soit vraiment, il faut s'assurer que, dans ces déchets municipaux, ce qui fait aujourd'hui une grande partie des encombrements des ménages – à savoir les déchets d'équipements électriques, et électroniques – soit bien inclus dans ces quotas qui pourraient être réemployés ou réutilisés. De ce point de vue-là, dans beaucoup de situations, il y a des plateformes logistiques des producteurs, qui font que ces déchets ne sont peut-être pas automatiquement considérés comme des déchets ménagers. C'est un point de vigilance sur lequel j'attire votre attention.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, προέρχομαι από μία χώρα που στο ζήτημα της διαχείρισης αποβλήτων έχει δρόμο να διανύσει. Με τις εκθέσεις που συζητάμε σήμερα αλλάζουμε όχι απλώς τους στόχους για την ανακύκλωση, την υγειονομική ταφή, αλλά τη φιλοσοφία με την οποία λειτουργούμε. Από το γραμμικό μοντέλο «παραγωγή-κατανάλωση-απόρριψη» μεταφερόμαστε σε ένα νέο μοντέλο αειφόρου ανάπτυξης με κατά το δυνατόν ελαχιστοποίηση των αποβλήτων. Στόχος είναι το κλείσιμο του κύκλου, με προτεραιότητα στην επαναχρησιμοποίηση και την ανακύκλωση. Με τα κατάλληλα κίνητρα το μοντέλο κυκλικής οικονομίας μπορεί να συντελέσει στη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας. Ιδιαίτερα στην Ελλάδα είναι μία ευκαιρία να εκσυγχρονίσουμε τον τρόπο που διαχειριζόμαστε τα σκουπίδια, βελτιώνοντας το περιβάλλον και δημιουργώντας συνθήκες ανάπτυξης. Τέλος, θα ήθελα να ευχαριστήσω πολύ την κυρία Bonafè για την πολύ καλή δουλειά που έκανε και για την αποδοχή της πρότασής μου για εισαγωγή υποχρεωτικών στόχων συλλογής και ανακύκλωσης λαδιών.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Laat me beginnen, zoals heel velen voor mij, met het bedanken van onze rapporteur, mevrouw Bonafè, voor haar ongelooflijk harde werk. Ze heeft niet alleen het hele dossier samen met de schaduwrapporteurs tot een fantastisch goed einde gebracht, [...] we zullen straks zien bij de stemming, maar ook namens onze fractie samen met de andere fracties de leiding genomen om dit hoog bovenaan de politieke agenda te plaatsen.

U heeft er zelf naar verwezen, meneer de commissaris, in uw inleiding. In het begin was het wat moeilijk voor de Commissie en het Parlement om elkaar te vinden in dit verhaal. Dat hebben we nu wel gedaan: er ligt een ambitieus pakket voor ons en dat is voor onze fractie cruciaal, want het gaat wat ons betreft over zoveel meer dan een afvalpakket, over zoveel meer dan een leefmilieudossier.

Dit gaat in essentie over onze economie: hoe we onze economie moeten veranderen, hoe we haar echt duurzaam maken en, zoals ook in de beoordeling van de Commissie wordt aangegeven, hoe we banen creëren, vaak ook lokale banen. Dit is eigenlijk de samenvatting van wat in dit dossier van belang is, en dit betekent dat dit het begin is van nog een aantal stappen die moeten komen.

Het kan namelijk niet alleen over afval gaan, het moet uiteraard ook gaan over het ontwerp van onze producten en over hoe onze economie dit in een echt circulaire beleving omzet. Het gaat bijvoorbeeld ook over een deeleconomie: hoe kunnen we van het bezit van producten overgaan tot het delen van onze producten of het huren van onze producten? Er is een veel duurzamere manier om naar te kijken. In ieder geval wens ik onszelf een fantastisch goede stemming toe, binnen de algemene doelstellingen van de Europese Unie.

Procedura „catch the eye”

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, Euroopassa heitetään vuosittain kaatopaikoille kuusisataa miljoonaa tonnia raaka-aineita, jotka voitaisiin hyödyntää ja käyttää uudelleen. Kyse on sekä taloudellisesti että ympäristön kannalta merkittävästä asiasta, kun käsittelemme tätä kiertotalouspakettia. Tällä on myös vaikutusta Euroopan kilpailukykyyn. Eurooppa on hyvin riippuvainen tuontiraaka-aineista, jopa 40 prosenttia raaka-aineista tuodaan Euroopan ulkopuolelta, ja tiettyjen kriittisten raaka-aineiden osalta osuus on jopa 90 prosenttia. Nämä ovat elektroniikkateollisuudelle erittäin tärkeitä.

Tällä kiertotalouspaketilla voidaan merkittävästi vauhdittaa innovaatioita ja lisätä resurssiviisasta toimintaa. Varmasti on vielä paljon yksityiskohtia, joista joudutaan jatkossa neuvottelemaan. Olennaista on se, että saamme yhtenäisen tietopohjan siitä, millä tasolla eri maat nyt ovat, jotta voimme asettaa riittävän kunnianhimoiset, mutta kuitenkin realistiset tavoitteet. Tänäpäin käsiteltävä kiertotalouspaketti on merkittävä askel kohti ympäristön ja talouden kannalta kestävämpää Eurooppaa.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il passaggio da un'economia lineare ad un modello di tipo circolare rappresenta per la società moderna una necessità più che una scelta. Oggi la Terra impiega un anno e mezzo per rigenerare le risorse che estraiamo e che utilizziamo in un anno.

La revisione delle direttive di cui discutiamo oggi costituisce solo un primo passo per spingere la società a reinventare il proprio stile di vita e, quindi, per concepire un nuovo sistema di produzione in cui i prodotti siano progettati per durare e possano essere riparati, riutilizzati, riciclati, rigenerati e in cui le componenti sintetiche o a base fossile dannosa siano sostituite da alternative biologiche.

È fondamentale perseguire una transizione industriale verso un sistema economico che tenga conto innanzitutto dell'ambiente. Un miglioramento della produttività delle risorse del 30 % entro il 2030 si tradurrebbe, ad esempio, in un incremento del PIL dell'1 %, creerebbe più di due milioni di nuovi posti di lavoro e ci collocherebbe su un percorso virtuoso, più efficiente sotto il profilo delle risorse e più vantaggioso per i correlati benefici ecologici, economici e sociali.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η μετάβαση σε μια πιο κυκλική οικονομία προσφέρει μεγάλες ευκαιρίες για την Ευρώπη και τους πολίτες της. Η ευρωπαϊκή κοινωνία καταναλώνει ανανεώσιμους πόρους κατά 50% ταχύτερα απ' ότι μπορεί να τους αντικαταστήσει, ενώ η Ευρωπαϊκή Ένωση εισάγει έξι φορές περισσότερο πρώτες ύλες και φυσικούς πόρους απ' ότι εξάγει. Για τον λόγο αυτό πρέπει να δημιουργηθεί μια κυκλική οικονομία με κανόνα την επαναχρησιμοποίηση και την ανακύκλωση. Η μετάβαση αυτή έχει ιδιαίτερη σημασία και από οικονομικής απόψεως, καθώς θα σημειωθούν σημαντικά οφέλη και θα ενισχυθεί η ανταγωνιστικότητα. Χάρis σε αυτήν επιτυγχάνονται περιβαλλοντικά οφέλη και σημαντική εξοικονόμηση ενέργειας. Δημιουργούνται τοπικές θέσεις εργασίας. Τα συνολικά οφέλη θα φτάσουν το 1,8 τρισεκατομμύριο ευρώ. Θα δημιουργηθούν 2 εκατομμύρια θέσεις εργασίας και θα αυξηθεί η ανταγωνιστικότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην παγκόσμια αγορά. Τέλος, για να επιτευχθούν οι στόχοι του 2030 θα πρέπει να δοθεί έμφαση στην καινοτομία, την έρευνα, την επιστήμη και το μοντέλο της κυκλικής οικονομίας.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, naša je realnost još uvijek daleko od svih naših želja. Snažnu podršku dajem logici cirkularne ekonomije, pokušaju da se spriječi bacanje hrane, da se razriješi, koliko je to moguće, sve onečišćenje koje imamo u našim morima, našim oceanima, u Baltičkom moru, na Jadranskom moru, Mediteranskom moru i svugdje drugdje gdje imamo takva onečišćenja.

Ali ono što želim ovom prilikom naglasiti je sljedeće: Hrvatska je zemlja koja, na žalost, ima vrlo nisku stopu reciklaže otpada. Međutim, u Hrvatskoj postoji jedna županija, Istarska županija, na čijem sam čelu imao čast biti 12 godina, koja je gradnjom regionalnog centra za gospodarenje otpadom u velikoj mjeri razriješila gospodarenje otpadom. Ali sada, zato što je Europska unija svojedobno s 30 milijuna eura bespovratnih sredstava financirala taj regionalni centar za gospodarenje otpadom, imamo neke promjene u politici vlade kad govorimo o gospodarenju otpadom. Ne želimo da budu penalizirani oni koji su bili najbolji.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω πως το πιο σημαντικό πράγμα που έχουμε να πούμε είναι ότι παράγουμε πράγματα τα οποία δεν χρησιμοποιούμε. Πρόσφατα έγινε μια μεγάλη συζήτηση στο Κοινοβούλιο για το θέμα των φορτιστών. Το iPhone 4 έχει άλλο φορτιστή από το iPhone έξι. Εκατομμύρια μίλια ή χιλιόμετρα από ηλεκτρικό σύρμα πάει για ανακύκλωση, αν πάει για ανακύκλωση! Είμαι της άποψης ότι οι γυάλινες μπουκάλες δεν πρέπει να καταστρέφονται για να γίνεται ανακύκλωση στο γυαλί. Πρέπει να πλένονται για να επιστρέφονται· να μην τολμήσω να σας πω ότι το ίδιο πρέπει να συμβαίνει και με τις πλαστικές.

Τι ωραία όμως κουβέντα για την κυκλική οικονομία! Η εταιρεία Monsanto, αγαπητοί συνάδελφοι, παράγει σπόρους οι οποίοι δεν μπορούν να βλαστήσουν στη συνέχεια. Τι όμορφος κόσμος! Δεν υπάρχει ανακύκλωση των σπόρων! Αν αυτό δεν αποτελεί έγκλημα κατά της ανθρωπότητας, δεν ξέρω τι άλλο μπορεί να χαρακτηριστεί ως τέτοιο.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, discutimos hoje o pacote da economia circular, que vai para além do enfoque redutor de gestão de resíduos e de reciclagem, marcando um tempo de redesenho de processos, produtos e de novos modelos de negócio.

O paradigma do modelo linear não responde já aos desafios contemporâneos de disponibilidade de recursos, aos problemas ambientais e sociais decorrentes da globalização dos mercados, à conservação do capital natural, à redução das emissões e ao combate às alterações climáticas.

A diretiva da reposição em aterro vai permitir clarificar a hierarquia dos resíduos que determinam uma ordem de prioridade, desde a prevenção, passando pela preparação, para a reutilização, a reciclagem e a recuperação de energia até à eliminação final.

A deposição em aterro, embora seja a pior opção de acordo com a hierarquia dos resíduos, continua ainda a ser o método eliminação de resíduos mais utilizado na União Europeia. Temos de mudar a forma como recolhemos e gerimos os nossos resíduos. A transformação dos resíduos em recurso é crucial para aumentar a eficiência dos recursos e fechar o ciclo numa economia circular.

Esta diretiva de deposição em aterro responde justamente a esta ambição.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doresc să subliniez complexitatea rapoartelor și munca raportorilor. Gestionarea și reciclarea deșeurilor, dar și evitarea producerii excesive de deșeuri sunt obiective importante. Consider că ar trebui să ținem cont atunci când stabilim ținte pentru diferite grupe de deșeuri și de capacitatea de investiții în cercetare, investiții în educație și investiții în tehnologie. Cred că ar fi foarte important să dezvoltăm instrumente de inspecție și control pentru a ne asigura că statele membre previn declasificarea deșeurilor periculoase prin activitățile de amestecare.

Nu pot să susțin, însă, din raport exceptarea de la înregistrarea companiilor care transportă deșeuri nepericuloase în cantități mai mici de 20 de tone, respectiv două tone pe an de deșeuri periculoase, pentru că există riscul unor transporturi ilegale de deșeuri.

Un alt lucru pe care nu îl pot susține sunt țintele propuse și, de aceea, voi opta pentru varianta Comisiei.

(End of catch-the-eye procedure)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Members very much for this inspiring debate. Our waste package is part of our circular economy package and the circular economy package is part of a much broader societal change leading to a sustainable society. Part of that is a sustainable economy, sustainable social systems and a sustainable environment.

Sometimes in our work it is nice to do things, but here it is necessary to do things. I maintain that the longer we wait with the waste package and the less ambitious we are with the waste package, the higher the cost will be. We need to make this transition anyway, so we had better do it quickly. It is my true belief – and I have been around for a couple of decades – that, if Europe takes the lead – even if it makes ambitious choices – the rest of the world will follow. We saw it with the norms we had in the internal market and we will see it with the norms we have on waste. I am absolutely sure about this.

Those countries that are worried because they are lagging behind should actually be comforted by the fact that, if you are lagging behind, the changes that you make will have an even greater impact than the changes made by countries which are leading. By the way, EFSI funds are available for investment in this, so, if you make the investment, the gains will be huge and you will make the transition to a sustainable economy more quickly than others. We are simplifying things because we are reducing four methodologies into one methodology, which creates clarity for everyone involved.

Finally, let me say this: in the approach that we have chosen, we have been inclusive from the start. This is the first time that I can see that everybody who is a stakeholder in this is on board. Sadly, in this peculiar world of ours, it takes three to tango, as we know. Now, after you have voted, Parliament and the Commission will have to confront the Council and make sure that we get Member States and the Council on board for an ambitious plan, but again I think that the Commission's proposals are the best basis for this. I applaud Parliament for being more ambitious. The more ambition we can get through with the Council, the better it works. We will try to do this together with you in the next couple of months.

(Applause)

Simona Bonafè, *relatrice*. – Nel minuto che ho a disposizione voglio ringraziare tutti i colleghi che sono intervenuti e che hanno posto l'accento sui molti temi di questo pacchetto e anche sui problemi che sono ancora aperti.

Fra questo non mi sfugge la differenza nel sistema di gestione dei rifiuti degli Stati membri e voglio dire forte e chiaro che nessuno Stato dovrà essere lasciato indietro. Da questo punto di vista mi fa piacere che il vicepresidente Timmermans abbia ricordato l'importanza del FEIS.

A chi però dice che andiamo ad aumentare i costi in bolletta per i cittadini, Presidente, io allora voglio rispondere che chi si professa sovranista dovrebbe sapere che le tariffe non le decidiamo qui ma le decidono gli Stati membri, anzi le decidono i comuni. E vorrei anche ricordare che è proprio aumentando il riciclaggio che noi mettiamo a disposizione materie prime secondarie di qualità sul mercato, che producono profitti e che permettono veramente di abbassare i costi in bolletta per i cittadini.

Accolgo infine con piacere le parole del vicepresidente Timmermans, che vedo come una mano tesa per i prossimi passaggi e sono convinta che al trilogio potremmo fare un buon lavoro.

Președintele. – Dezbateră este închisă.

Votul va avea loc marți, 14 martie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Cette révision est l'occasion de mettre en place une politique visant à limiter les prélèvements des ressources naturelles tout en optimisant le recyclage. Mais il faut rester pragmatique et réaliste sur l'orientation que nous voulons donner aux politiques européennes. Aller trop loin, trop vite, sans analyser ce qui est réalisable ne fera que renforcer l'euroscpticisme et mettre à mal ce que nous essayons de construire. Nous devons proposer des objectifs élevés mais atteignables et une méthode de calcul applicable. Ce que nous voterons aujourd'hui va dans le bon sens puisque nous mettons en place une vraie logique en la matière avec une harmonisation des définitions, une stimulation de la prévention des déchets, du réemploi et du marché des matières premières secondaires. Nous évoquons également une piste importante de réflexions sur la prise en compte des déchets industriels et commerciaux. Je voudrais revenir sur la lutte contre le gaspillage alimentaire. Les bases pour la mise en place d'une réelle politique de lutte contre le gaspillage sont posées dans ce paquet et je m'en félicite: une proposition de définition européenne, la prise

en compte d'une hiérarchie spécifique et l'appel à la mise en place d'une méthodologie commune.

Jarosław Kalinowski (PPE), na piśmie. – Celem Unii Europejskiej, wynikającym z wdrażania gospodarki o obiegu zamkniętym, jest ograniczenie ilości odpadów, a także poprawa wydajności i jakości recyklingu. Dla spełnienia tych zamiarów niezbędne jest zarówno efektywne gospodarowanie odpadami, jak i bardziej rygorystyczne podejście do procesów produkcyjnych, w których unikać należy substancji toksycznych, utrudniających ponowne użycie i recykling tych produktów.

Dlatego zasady gospodarki o obiegu zamkniętym powinny traktować na równi wszystkie etapy prowadzące do otrzymania gotowego produktu i jego użytkowania w sposób minimalizujący ich wpływ na środowisko. Pamiętajmy, że jedynie w pełni funkcjonalna gospodarka o obiegu zamkniętym może przyczynić się do zagwarantowania Unii Europejskiej trwałej przewagi konkurencyjnej i ochrony przedsiębiorstw przed niedoborem zasobów.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Повишаването на ресурсната ефективност и създаването на икономика, доближаваша се в по-голяма степен до кръговата икономика, ще донесе ползи за околната среда и ще намали зависимостта ни от внос на суровини чрез повторното им използване. Наред с това, моделът на кръговата икономика има потенциала да създаде нови работни места и да генерира устойчив растеж, като подобри конкурентоспособността на европейските компании в областта на чистите технологии и иновациите. Крайно време е на тези отпадъци да се погледне като на ресурс.

Смятам, че в усилията си да преминем към кръгова икономика трябва да си поставим амбициозни, но реалистични цели, които отчитат съществуващата инфраструктура за управление на отпадъците, както и разликите в нивото на развитие и използване на технологиите между държавите членки. Държавите, за които постигането на поставените цели не е реалистично в поставените срокове, би следвало да получат допълнително време за тяхното реализиране. За постигане на новите цели ще са необходими допълнителни инвестиции. Затова Европейската комисия трябва да подкрепя чрез структурните и инвестиционните фондове на ЕС проекти за кръгова икономика в държавите членки.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), kirjallinen. – Jokainen meistä tuottaa jätettä, ja niinpä jäteasiat tulevat lähelle jokaista. Mietinnössä puhutaan monenlaisesta biojätteestä, mutta haluaisin nyt kiinnittää huomion yhteen biojätteen muotoon, ruokahävikkiin. Hyväksytty jätedirektiivi sisältää nyt tavoitteen ruokahävikin vähentämisestä. Jakeluvaikeus on yksi tapa vähentää hävikin määrää ja ohjata ruokaa sitä tarvitseville. Periaate on, että kaupat tai kaupungin tai valtion laitokset eivät saa hävittää syömäkelpoista ruokaa, mikäli auttamisjärjestöt tulevat hakemaan sitä jaettavaksi auttamistarkoituksessa. Kauppojen, koulujen tai muiden laitosten ei tarvitse itse järjestää ruuanjakelua tai kuljetusta, ainoastaan olla tuhoamatta syömäkelpoista ruokaa mikäli auttamisjärjestö haluaa ja pystyy jakelemaan sen tarvitseville. Esimerkiksi Ranskassa on jo hyväksytty laki, jonka mukaan marketit eivät saa heittää pois tai tuhota ruokaa. Asia on käsiteltyssä myös Suomen eduskunnassa yli sadan kansanedustajan allekirjoittamana. Harmittaa, ettei konkreettinen muutosesitysni päässyt lopulliseen direktiiviin, mutta se on käytettävissä oleva malli maille, joiden tulee nyt ruokajätettä direktiivin mukaisesti vähentää. Näen jakeluvaikeuden tärkeänä osana ruokahävikin ja biojätteen vähentämistä sekä tapana nostaa ruoan arvostusta ja auttaa ihmisiä.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – En el caso de la opinión de la que he sido responsable en la Comisión ITRE, la de vertido de residuos, valoramos la introducción de la jerarquización en la gestión de residuos para evitar al máximo la incineración y el vertido. Sin embargo, es preocupante que recaiga masivamente en el sector privado la gestión de este proceso y que la incineración siga promocionándose como una alternativa a los vertederos (incluso con ventajas para la entrada de la energía a la red) cuando en algunas regiones su impacto ambiental puede ser superior. Asimismo, quiero resaltar que hemos introducido propuestas de gran importancia, como el progresivo cierre de los vertederos, la consulta pública en los municipios y a los otros actores afectados, la recuperación de vertederos cerrados, la auditoría de los vertederos existentes y un mayor control de los residuos. En España (con cuatro sentencias pendientes de ejecución sobre vertederos ilegales) los vertederos se continúan empleando, desgraciadamente, de manera masiva. Se esquivan evaluaciones de impacto vía la ampliación de la capacidad, no se controlan los niveles de uso de los mismos, etc. provocando situaciones de emergencia ambiental y contra la salud pública que esperamos que la nueva directiva ayude a combatir.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Pachetul privind economia circulară trebuie să asigure o coerență între cele 4 dosare, astfel încât să se poată asigura o tranziție către o economie a reciclării deșeurilor și o consolidare a acestei tranziții pe termen lung. Trebuie să se țină cont de faptul că protejarea mediului și a sănătății oamenilor este direct proporțională cu ameliorarea gestionării deșeurilor la nivel european și a recuperării resurselor primare, pe de o parte, și creșterea eficienței energetice și reducerea dependenței de materii prime a Uniunii, pe de altă parte.

Uniunea Europeană poate să reducă importul de materii prime dacă va dispune de o strategie sustenabilă a economiei circulare susținută de un cadru legislativ clar, capabil să transmită semnale viabile către investitori. De aceea, legislația europeană trebuie să includă definiții clare pentru domeniul deșeurilor și reciclării și obiective obligatorii. Obiectivele propuse de Comisia Europeană trebuie să fie în primul rând realiste și realizabile pentru toate statele membre. Dacă nu se va ține cont de acest aspect, UE se va confrunta cu riscul unei fragmentări a pieței interne, ceea ce va însemna o dezvoltare inegală în acest domeniu, lucru care trebuie evitat.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ringmajanduse eesmärk on hoiduda raiskamisest ning hoida materjalid võimalikult kaua ringluses. Selline lähenemine edendab ELi majandust ning konkurentsi ja aitab kaitsta keskkonda. Nii tekitatakse juurde töökohti ja tulus taaskasutus hoiab ära liigsete uute ressursside kasutuselevõtu. Seetõttu peab EL seadma uued eesmärgid ning ajakohastama direktiive, mis hõlmavad nii jäätmeid kui ka prügilaid. Sätestatakse uued piirmäärad olmejäätmete ja pakendijäätmete ladestamisele, mis on kohustuslikud kõigile liikmesriikidele, kellest mõnele tehakse ajaliselt erandid. Ka Eesti on olmejäätmete osas erandiga kaetud. Oluline on teada, et kuigi komisjon töötab välja ühtsed eesmärgid, milleni kõik riigid peavad jõudma, siis viis, kuidas nendeni jõutakse, on iga riigi enda teha. Seetõttu on oluline seda ka riigi tasandil teadvustada. Tulevikus võiksime jõuda selleni, et jäätmed ei ole probleem, vaid ressurss.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – Los Estados miembros se plantean el objetivo de identificar medidas que la Comisión Europea deberá poner en marcha con relación a la denominada «economía circular». El fin último del nuevo paquete europeo de economía circular es promover la transición desde una economía lineal, en la que prima la máxima de «usar y tirar» a una economía circular en la que los desechos se reduzcan al mínimo y sean contemplados como recursos útiles. En resumen, se trata de lograr que los productos puedan reutilizarse tras alcanzar el final de su vida útil. De esta forma, además de crear valor, lograremos influir en el cambio climático y el medio ambiente e impulsaremos la competitividad mundial, el crecimiento económico sostenible y la creación de empleo. La generación de residuos es una realidad heterogénea que dificulta su reutilización como materia prima de calidad, debido a que no hay una adecuada separación y clasificación desde el origen. Asimismo, es bien sabido que cada Estado miembro separa de forma dispar, incluso entre las regiones de un mismo Estado; por eso, esperamos que la nueva normativa garantice la calidad de los residuos generados y con ello la calidad de las materias primas para que sean realmente reutilizables.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Tuen Rouva Bonafén tärkeää ja hyvin laadittua mietintöä kiertotalouden kehittämisestä. Haluaisin alleviivata, että kiertotalous ei voi toimia ilman suuren yleisön osallistumista. Tarvitsemme enemmän kansalaisten, poliitikkojen, virkamiesten, yliopistojen ja tutkimuslaitosten sekä erilaisten yritysten edustajien osallistamista. Kiertotalous ei ole vain kierrätystä, prosessointia, muuntamista ja uusiokäyttöä vaan se liittyy koko arvoketjun hyödyntämiseen. Sanat "yleisö", "tietoisuus", "kansalainen" tai "kuluttaja" tulevat mainituiksi liian harvoin ja esitetyksi liian harvoin aktiivisessa roolissa. On olemassa selkeä mahdollisuus osallistaa kaikkia EU-kansalaisia nykyistä enemmän yhteisönä ilmastonmuutokseen liittyvissä asioissa. Tämä on jotakin, joka koskettaa meitä kaikkia. Kansalaisia ei saa jättää pelkäksi keskustelun yleisöksi vaan heidät tulee ottaa mukaan aktiivisiksi toimijoiksi.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – Today we vote on an important set of proposals to increase recycling and reduce waste in Europe. Every day we throw away valuable raw materials and increase our environmental footprint, depleting our planet's finite resources. Such actions undermine our own policies on resource efficiency and simply defy common sense. While under-nutrition remains a severe problem in many parts of the world, we still throw away up to one third of our food. And it's not just a question of wasting the food. There are huge environmental and health impacts of using water, energy, fertilizers, pesticides, and packaging to produce and transport food which is ultimately thrown away. I am pleased that the Environment Committee supported my proposals for a definition of food waste. This is a basic requirement for monitoring and reducing such waste, but it is still lacking at European level.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – We willen dat de lidstaten preventieve maatregelen nemen en de voedselverspilling met 30 % verminderen tegen 2025 en met 50 % tegen 2030. Het totaal aan voedselverlies en nevenstromen bedraagt in Vlaanderen jaarlijks ongeveer 2 miljoen ton. We moeten zorgzamer omspringen met onze natuurlijke grondstoffen, de bodem, het watergebruik en stoppen met het verslepen van voedsel over vele kilometers.

Ik ben ontzettend blij dat we deze doelstellingen bindend maken. Voedselverspilling omsluit het hele productieproces. Hier hoort ook voedselafval bij. Het belangrijkste is dat deze definitie beleidsmakers in staat stelt duidelijke oorzaken te detecteren, hoeveelheden te meten, resultaten te vergelijken en een gezamenlijke strategie te bepalen, door de hele keten heen.

Het wetgevend pakket inzake circulaire economie integreert vier wetten rond afval. Het is goed dat er gepleit wordt voor een vrijwel volledige uitfasering van het dumpen van afval. In 2030 mag nog maar 5 % van ons huishoudelijk afval in stortplaatsen verdwijnen. Dat is ambitieus, ook omdat het gecombineerd is met een hogere doelstelling voor het recycleren van afval (70 %). Zo voorkom je dat lidstaten al het afval gaan verbranden. Het Parlement heeft nu het mandaat om met de Raad (de lidstaten) en de Commissie te onderhandelen over de definitieve wetteksten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Zbog ovisnosti Europske unije o uvozu sirovina, ključni izazov je zadržati što više resursa unutar Unije i povećati napore pri tranziciji ka kružnom gospodarstvu. Ono nudi velike mogućnosti i potencijal za lokalna gospodarstva, a profitirali bi svi uključeni sudionici. To bi rezultiralo značajnim uštedama za sve potrošače te bi se ukupne godišnje emisije stakleničkih plinova smanjile. Emisije stakleničkih plinova mogle bi se smanjiti između dva i četiri posto godišnje. Kružno gospodarstvo bi trebalo biti sastavni dio klimatske politike.

Važna mjera jest upotreba ostataka proizvodnje kao nusproizvoda kako bi se u proizvodni ciklus unijeli pravi resursi koji nisu otpad. Potrebno je definirati jasni regulatorni okvir na razini EU-a. Kako bi se postigla vjerodostojnost i usporedivost rezultata država članica, treba uskladiti definiciju komunalnog otpada s onom koju su iz statističkih razloga utvrdili Eurostat i OECD. Definicija mora biti, u kombinaciji s usklađenom jedinstvenom metodom izračuna za sve države članice, temeljena na podacima završnog postupka recikliranja i uz podršku učinkovitog sustava izvješćivanja kojim bi se spriječilo da se zbrinuti otpad, koji je odložen na odlagalištu ili spaljen, navede kao reciklirani otpad.

Ponovna uporaba i recikliranje ključni su za stvaranje nove politike u svrhu unapređivanja održivosti prema kojoj otpad od problema postaje resurs.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, подобряването на управлението на отпадъците има безусловно положително влияние върху опазването на околната среда и здравето на европейските граждани. Днес, в ерата на кръговата икономика, трябва ясно да си даваме сметка, че рециклирането и повторното използване на все повече отпадъци следва да се превърне в задължителен и осъзнат елемент на начина ни на живот и част от икономическата ни култура. Затова приветствам четирите законодателни акта на Комисията в тази област, които заслужават да бъдат подкрепени.

Едновременно с това и в съответствие с духа на европейските директиви в тази област, считам за абсолютно необходимо да се отчита икономическата ефективност на предлаганите мерки, за да се постигне по-малко и поносимо социално натоварване в преследването на целите за рециклиране. Твърде амбициозните цели, които се налагат от Парламента, трябва да са съпроводени и с мерки за гъвкавост в държавите членки, за да се постигне социално поносима цена в реализирането на тази политика.

Едва ли ще се намери някой, който да отрече необходимостта от рециклиране и повторно използване на отпадъци в една бедна на природни ресурси Европа, за която е жизненоважно да намали зависимостта си от внос на такива ресурси. Затова изцяло подкрепям разумния подход и последователността към прилагането на новите мерки.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI*Presidente***5. Mitteilung des Präsidenten**

Presidente. – Prima di passare alla comunicazione do la parola all'onorevole Dartmouth.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, I have a point of order. I rise under Rule 11(3). Last year the Conference of Presidents appointed Mr Guy Verhofstadt as the European Parliament's Brexit negotiator, but Mr Verhofstadt has in addition four outside jobs. That's four. Three of these jobs pay up to EUR 5 000 per month and one of them pays more than EUR 10 000 per month. As we all know, Mr Verhofstadt is of course a man of integrity, a man of honour and a man of probity. But how, therefore, can a man of Mr Verhofstadt's integrity in good conscience carry out and fulfil all his responsibilities in his four outside jobs and be the European Parliament's Brexit negotiator? I would ask that this appointment be reconsidered.

Jo Leinen (S&D). – Mr President, as the British Parliament passed the Brexit bill yesterday evening and Article 50 will be triggered by the end of the month, you should urge the Brexiteers in this House to give up leadership positions before the April part-session.

Is it not absurd that Mr Farage, who wants to destroy the EU, gets almost 260 daily allowances a year without doing any work in the committees in this House? If he were to stand by his convictions, he would refuse the privileges of those who want to remain in the EU.

Presidente. – Grazie per il suggerimento. Non è questa la seduta dove discutere del Brexit. Ci saranno discussioni lunghe e importanti su questo argomento. Io direi di passare ai lavori odierni.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, I would like to ask Vice-President Timmermans if the absence of the responsible Commissioner on the Internal Market, Bieńkowska, or the Vice-President responsible, Katainen, this morning to present the revision of the firearms directive was justified, or if it was a deliberate decision to have the Home Affairs Commissioner to present an internal market legislation. This Parliament spent one year to tell the Commission that it is not an anti-terror law. It is because we have freedom of movement that we need to have minimum common rules in the internal market. Why do you not listen to us and make it so difficult to put the facts on the ground on what this directive is about?

Ana Gomes (S&D). – Mr President, a tragedy occurred two days ago in Ethiopia with more than 60 people, mostly women and children, losing their lives in a landslide at a rubbish dump. This happened in a country which is a major recipient of funds from the EU. As well as expressing our solidarity with the people of Ethiopia, we should ask the Commission to enquire into the level of misgovernance and oppression that the EU is funding in Ethiopia today, where people are losing their lives at the mercy of a dictatorship which is totally anti-democratic.

President. – I have decided to impose a sanction on Mr Korwin-Mikke for the remarks he made on women during the plenary sitting of 1 March 2017 in the course of the debate on the gender pay gap, chaired by a woman, Vice-President Gebhardt.

(Applause)

I consider that these remarks constituted a violation of the principle laid down in Rule 11 of our Internal Rules of Procedure. Therefore, in accordance with Rule 166 of the Rules of Procedure, and having taken note of the written observation that Mr Korwin-Mikke has submitted, I have decided to impose the following penalties. The first: a forfeiture of his entitlement to the daily allowances for a period of 30 days. Additionally, without prejudice to the right to vote in plenary, the temporary suspension from participation in all the activities of Parliament for a period of 10 days starting from today. Furthermore, Mr Korwin-Mikke is prohibited from representing Parliament on any interparliamentary delegations, interparliamentary conferences or any interinstitutional forums for a period of one year starting from today.

(Applause)

The decision has been communicated to the Member concerned.

6. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

6.1. Verantwortliche Haltung und Pflege von Equiden (A8-0014/2017 - Julie Girling) (Abstimmung)

6.2. Quecksilber (A8-0313/2016 - Stefan Eck) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Piernicola Pedicini, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a norma dell'articolo 59, comma 3 e comma 4 del regolamento interno, e con l'obiettivo che l'accordo provvisorio raggiunto...

(«sorry, shut up... fanculo», rivolgendosi senza microfono a un altro deputato)

...con l'obiettivo che l'accordo provvisorio raggiunto con il Consiglio tenga conto della volontà dei cittadini europei di eliminare una sostanza pericolosissima come il mercurio dalle otturazioni dentali...

(Il Presidente interrompe l'oratore: «Può parlare più lentamente per gli interpreti, per cortesia? Se può parlare più lentamente, per la traduzione?»)

(«ma vaffanculo», il deputato rivolgendosi senza microfono a un altro deputato, «...stronzo...»)

...tenga conto della volontà dei cittadini europei di eliminare una sostanza pericolosissima come il mercurio dalle otturazioni dentali, chiedo al nome del gruppo EFDD che i nostri emendamenti al progetto di atto legislativo siano posti in votazione prima dell'accordo provvisorio.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Wir haben soeben besprochen, dass ungebührliches Benehmen nicht geduldet werden kann, und ich lehne es ab, dass der Kollege, nur weil er sich gestört fühlt, sich charmant umdreht und *vaffanculo* schreit! Das ist ein Verhalten, das lasse ich mir nicht gefallen, und ich ersuche Sie, das zu überprüfen und auch dement-sprechend zu ahnden!

Presidente. – Sentiremo la registrazione e poi naturalmente si avvierà la procedura.

6.3. Langfristige Einbeziehung der Aktionäre und Erklärung zur Unternehmensführung (A8-0158/2015 - Sergio Gaetano Cofferati) (Abstimmung)

6.4. Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (A8-0251/2016 - Vicky Ford) (Abstimmung)

— *prima del voto sull'accordo provvisorio:*

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, in application of Rule 59, paragraph 3, of our Rules of Procedure I would like to request on behalf of the ALDE Group to vote on the amendments before the vote on the provisional agreement. The plenary has never had the opportunity to take a position on this important text, as it was negotiated directly by the Committee. Therefore I ask all my colleagues to vote in favour of this request, which will simply allow all Members to express their opinion.

Vicky Ford, *rapporteur*. – Mr President, as I understand it, this is a request to vote on the amendments before we vote on the substantive vote, and I am aware of the amendments that have been tabled by colleagues for today's votes. The issues they raise are not new. These amendments are the same as those that have been debated in committee, discussed with the Council and ultimately rejected by the Member States, and there is no reason to believe that the Member States have changed their minds. If we adopt these amendments, we will destabilise the entire agreement. It will overturn the first reading position that this Parliament has fought for, and the hard work that we have done to secure practical solutions to allow sport shooters, hunters, collectors, reservists and other legal owners to continue with their sports. If these amendments go through, it will move into a second reading, where, under the process of this Parliament, Parliament has far less say, and the voice of legal owners will therefore not be heard. If you vote through those amendments, we lose all the hard work that has been done and the success that Parliament has had in improving the text. The Commission's original proposal was not acceptable, but that is not what we are voting on today. If you pass these amendments, you destabilise the whole negotiation and the benefits that we have brought in place for the legal owners.

(Applause)

(Il Parlamento respinge la richiesta dell'onorevole Charanzová)

6.5. Altfahrzeuge, Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte (A8-0013/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)

— *dopo la votazione:*

Simona Bonafè, *relatrice*. – Signor Presidente, in conformità con l'articolo 59, paragrafo 4, del regolamento propongo di rinviare la questione alla commissione competente per l'avvio dei negoziati interistituzionali.

(La richiesta di rinvio in commissione è approvata)

6.6. Abfälle (A8-0034/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)

— *dopo la votazione:*

Simona Bonafè, *relatrice*. – Signor Presidente, anche per questo tema, in conformità con l'articolo 59, paragrafo 4, del regolamento, propongo di rinviare la questione alla commissione competente per l'avvio dei negoziati interistituzionali.

(La richiesta di rinvio in commissione è approvata)

6.7. Abfalldeponien (A8-0031/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)

— *dopo la votazione:*

Simona Bonafè, *relatrice*. – Signor Presidente, sempre in conformità con l'articolo 59, paragrafo 4, del regolamento propongo anche per questa relazione di rinviare la questione alla commissione competente e di avviare i negoziati interistituzionali.

(La richiesta di rinvio in commissione è approvata)

6.8. Verpackungen und Verpackungsabfälle (A8-0029/2017 - Simona Bonafè) (Abstimmung)

— *dopo la votazione:*

Simona Bonafè, *relatrice*. – Signor Presidente, per l'ultima volta, sempre in conformità con l'articolo 59, paragrafo 4, del regolamento, propongo di rinviare la questione alla commissione competente per l'avvio dei negoziati interistituzionali.

(La richiesta di rinvio in commissione è approvata)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

6.9. Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014-2015 (A8-0046/2017 - Ernest Urtasun) (Abstimmung)**6.10. Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (A8-0043/2017 - Agnieszka Kozłowska-Rajewicz) (Abstimmung)****6.11. EU-Mittel für die Gleichstellung der Geschlechter (A8-0033/2017 - Clare Moody) (Abstimmung)****6.12. Folgen von Massendaten für die Grundrechte (A8-0044/2017 - Ana Gomes) (Abstimmung)****6.13. Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen (A8-0011/2017 - Stefan Eck) (Abstimmung)**

President. – That concludes the vote.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

7. Stimmerklärungen**7.1. Verantwortliche Haltung und Pflege von Equiden (A8-0014/2017 - Julie Girling)****Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania**

Момчил Неков (S&D). – Отглеждането на еднокопитни животни е важен източник на поминък за редица отрасли в Европа като селското стопанство, местния туризъм и екотуризма и, не на последно място, конните спортове и надбягвания. В държави членки като моята – България, конете са част от бита и традициите на местното население. Затова приветствам включването в доклада на предложението ми за повече финансова подкрепа за опазването и защитата на местните породи с оглед на опасността от изчезването им.

Българските породи като каракачанския, източнобългарския, дунавския и плевенския кон попадат в тази категория и смятам, че трябва също както другите автохтонни породи да бъдат защитени и отглеждането им да бъде допълнително финансово стимулирано.

Приветствам също така включването на предложението ми за повече образователни и обществени инициативи, насочени към по-широк сегмент от потребители и специалисти. Това би спомогнало за по-добра осведоменост относно проблемите и възможностите при развитието на сектора.

Призовавам Европейската комисия за конкретни инициативи и мерки в кратки срокове във връзка с предложенията в този доклад.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, ho votato a favore di questa relazione perché il settore degli equidi è una grande risorsa nelle aree a vocazione rurale. Per esempio, i cavalli sono parte fondamentale delle aziende agricole ma il loro impiego sta crescendo anche in altri settori, diversi da quelli tradizionali dell'agricoltura e dello sport.

I cavalli sono impiegati in misura sempre maggiore nel turismo e nel settore della formazione, per esempio, sono gli animali dalle straordinarie doti per la riabilitazione per i disabili, per l'educazione dei bambini, per la formazione dei ragazzi con difficoltà.

La presenza di cavalli in contesti sempre più disparati li espone però a rischi per la loro salute e per il loro benessere. Per questo, credo, sia necessario un sempre maggiore impegno istituzionale per la loro tutela e per il loro controllo.

Nella mia regione, la Sicilia, ci sono delle importanti realtà che lavorano per l'incremento ippico ma, allo stesso tempo, si verificano dei casi gravissimi di sfruttamento come il fenomeno delle corse clandestine gestite dalla mafia. Ogni Stato e ogni regione ha le sue tradizioni che è giusto rispettare: ma è altrettanto giusto rendere i proprietari dei cavalli maggiormente responsabili.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Głosowałam za przyjęciem tego sprawozdania, które dotyczy odpowiedzialnego podejścia do posiadania koniowatych i opieki nad nimi, ponieważ uważam, że pomoże ono ujednolicić sposób traktowania zwierząt w poszczególnych państwach członkowskich i rozwiąże tym samym problem – albo chociaż w jakiejś części wpłynie na poprawę – traktowania tych zwierząt.

Sektor koniowatych w Unii to wielki potencjał gospodarczy, który tworzy miejsca pracy i ma swój udział w wielu sektorach: w sporcie, badaniach naukowych, medycynie czy produkcji spożywczej. Z tego powodu w ostatnich latach wysoki popyt na koniowate doprowadził do niekontrolowanego rozrodu zwierząt gorszej jakości. W wielu państwach członkowskich odnotowano poważny wzrost liczby przypadków porzucania koniowatych, a co za tym idzie częstsze ich maltretowanie i zadawanie im cierpienia.

W sprawozdaniu zawarto pakiet środków mających na celu poprawę dobrostanu koniowatych i przeciwdziałanie takim zjawiskom. Zalecenia obejmują między innymi wydanie kompleksowych wytycznych w zakresie opieki nad końmi i osłami oraz opracowanie nowych wskazówek dotyczących produktów spożywczych wytwarzanych z tych zwierząt. Uważam, że wskazane zalecenia są niezwykle istotne, a sprawozdanie stanowi ważny krok na drodze do poprawy sytuacji zwierząt koniowatych w Unii Europejskiej.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, this report contains many, many important aspects but paragraphs 49 and 50 – where we talk about the differences in health requirements for horsemeat produced in Europe and for horsemeat imported into Europe from third countries – are particularly pertinent. This is an issue that has been raised by many colleagues, not just in my Member State of Ireland, and it is a problem that the Commission is aware of, although thus far it has either decided not to do anything or is unable to do anything.

The vote for this report today repeats our message to the Commission that consumers do not want different standards for horsemeat produced within the EU and horsemeat that is imported. I was surprised to learn that over 75% of horsemeat is imported into Europe – so we rely heavily on imports – and that, as a result of our strict standards in Europe, half of our horses are excluded from the food chain, even though they could usefully be included. And given that we are going to vote on food waste, maybe this is an issue that needs to be looked at.

7.2. Quecksilber (A8-0313/2016 - Stefan Eck)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, ho votato a favore di questa relazione perché è assolutamente necessario limitare il più possibile l'uso di una sostanza nociva come il mercurio.

Per anni ci siamo avvelenati e abbiamo avvelenato i nostri cittadini con un uso incontrollato – incosciente direi – di uno dei peggiori inquinanti al mondo. Apprezzabile è il risultato sull'uso a fini medici ma molto deve essere ancora fatto, perché molto mercurio c'è ancora nel suolo e nelle acque.

L'Unione europea deve intervenire per salvare quei territori, come il cosiddetto triangolo della morte in Sicilia, dove le industrie petrolchimiche hanno distrutto l'ambiente e compromesso drammaticamente la salute dei cittadini.

È fondamentale che, in primo luogo, i siti contaminati siano individuati e trattati nel rispetto dell'ambiente, così da porre fine all'inquinamento della natura e delle popolazioni esposte che spesso subiscono già le conseguenze economiche derivanti dalla chiusura delle industrie che, con il ricatto di uno stipendio mensile, li hanno avvelenati per decenni.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej, živo srebro predstavlja eno najbolj nevarnih substanc in predstavlja globalno tveganje tako za zdravje ljudi kot za zdravje živali.

Najdemo ga pravzaprav povsod, najdemo ga v vodah, najdemo ga v ribah, v morskih plodovih, najdemo ga tudi v naravi in predstavlja resnično en poseben vzrok za zaskrbljenost glede onesnaževanja okolja.

Mislím, da ta report, o katerem govorimo, res predstavlja dobro osnovo tudi za spoštovanje zavez, ki so bile sprejete v okviru Združenih narodov in predvsem gre pozdravit tiste ključne točke s tega reporta tako glede zobozdravstvenih amalgamov kot odpadkov kot uporabe izvoza, omejitev izvoza in pa seveda opozoril, ki so pomembna zato, da se zavarujemo pred škodljivimi posledicami te substance.

7.3. Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (A8-0251/2016 - Vicky Ford)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Franz Obermayr, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident! Ich habe heute gegen den Bericht über den Erwerb und Besitz von Waffen gestimmt, denn nahezu alle Behauptungen und Begründungen, warum wir diesen Bericht brauchen, sind falsch. Dass bereits fünf Tage nach dem schrecklichen Anschlag auf den Club Bataclan in Paris die Kommission einen Entwurf zur Verschärfung der Waffenrichtlinie vorlegte, ist für mich ein Indiz dafür, dass diese Idee offensichtlich schon lange bei der Kommission vorlag und man ihn nur aus der Schublade herausholte, als der Zeitpunkt passte. Also eine klare Anlassgesetzgebung, ein Aktionismus, wo man bewusst Jäger, Schützen und Sammler treffen wollte.

Ich komme nun zum wesentlichen Punkt meiner Kritik. Vordergründig wird von der Kommission behauptet, dass mit dieser Regelung Terrorismus bekämpft werden soll. Diese Behauptung ist fadenscheinig. Es ist doch jedem vernünftigen Bürger klar, dass Terroristen – Kriminelle – ihre Waffen am Schwarzmarkt im Darknet kaufen und nicht bei einem Waffenhändler ums Eck oder offiziell im Internet. In Wahrheit werden mit dieser Richtlinie die legalen Waffenbesitzer – die Jäger, die Schützen und die Sammler – verhöhnt. Die legalen Waffenbesitzer werden mit dieser Richtlinie unter Generalverdacht gestellt. Diese Richtlinie stellt tatsächlich aber eine mutwillige Malträtierung der Bürger dar.

Es wäre viel wichtiger, wenn wir den tatsächlichen Schmuggel und die Grenzkontrollen verschärfen würden beziehungsweise uns gar überlegen und die Frage stellen, wo diese Waffen denn herkommen. Sie können, wenn Sie wollen, tonnenweise Kalaschnikows aus dem ehemaligen Jugoslawien importieren, wenn Sie auf der illegalen Seite sind. Das heißt, es bringt auch zusätzliche Kosten, zusätzliche Bürokratie für unsere Bürger, eine schikanöse Behandlung, die diese Richtlinie für die gesetzestreuen Waffenbesitzer darstellt.

Wir dürfen uns nicht wundern, dass es sicherlich Staaten geben wird, die diese Richtlinie nicht oder zögerlich umsetzen. Wir dürfen uns auch nicht wundern, dass die Bürger sich immer mehr von dieser zentralistischen EU-Politik entfernen.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Herr talman! Det förslag till vapendirektiv som ligger på bordet är framhastat. Det kommer inte att komma åt problem kring illegala skjutningar och terrorism, utan det kommer bara att göra livet svårare för jägare och sportskyttar. Finns det någon som tror att de som planerar att utföra illegala skjutningar vill hamna i polisens vapenkontroller och underställa sig alla de kontroller som en person som äger vapen legalt måste gå igenom? Naturligtvis inte! Därför missar detta direktiv sitt mål. I stället drabbar det jägare och sportskyttar.

Direktivet innehåller också oklara begrepp och många nationella undantag. Enligt förslaget blir Schweiz helt undantaget dessa regler medan Sverige ska ha dem. Är det rimligt? Man försöker begränsa magasinkapaciteten utan att man definierar magasin. Jag är ledsen men man måste förkasta detta direktiv – det är bara sunt förnuft.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Herr talman! Vi har röstat igenom en bra balans mellan säkerhet och frihet, som inte förändrar läget för sportskyttar och jägare. Jag är förvånad att det är så mycket felaktigheter som sprids via media och i parlamentet. Vilken är källan? Har ni läst texten? Från Liberalerna till Sverigedemokraterna har jag inte hört på vilket sätt det drabbar jägare, på vilket sätt det drabbar sportskyttar, på vilket sätt det inte höjer säkerheten. Ni kritiserar utan att berätta varför.

Det är lätt att ta upp fingret och känna vart vinden blåser och bara vara emot. Debatten måste grundas på fakta. Ni vilseleder folket med felaktigheter. Det är ni som skapar missnöje, det är ren populism, det är oansvarigt.

Många av de som kritiserar, till exempel Jasenko Selimović, gör det i elfte timmen. Har ni inte sett det tidigare i förhandlingar? Vad har ni gjort för att förbättra direktivet? Varför berättar ni inte att det fundamentalt har förändrat det ursprungliga förslaget på ett demokratiskt sätt? Varför berättar ni inte att våra legala vapenägare kan fortsätta sina fritidsaktiviteter och behålla sina vapen?

Det blir ingen obligatorisk läkarkontroll, inget förbud mot distanshandel eller tidsbegränsade licenser. Det är inte en antiterrorlag. Det handlar om kontroll av legala vapen. Det finns farliga kryphål som verkligen måste åtgärdas omedelbart, till exempel akustiska vapen som användes vid Charlie Hebdo.

Diane James (NI). – Mr President, I voted against this Commission proposal. There were some areas that I was able to support, but they were nowhere near enough to protect the interests of the United Kingdom organisations with which I met over the preceding months leading to today's vote. The key objectives to thwart terrorism and the transfer of illegal weapons for terrorist purposes will never be delivered by this particular proposal. They will not be delivered because of the fundamental pillar of the single market: the freedom of movement, people, services and goods. All the time that fundamental pillar is in place, nothing is going to change the access and transfer of weapons – whether they are there for lawful or unlawful purposes – within the European Union Member States. That means that the single market, because of its issues that I have explained, is outdated, dangerous and out of touch, given the sort of proposals that this Chamber has considered today.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasovala proti přijetí této směrnice, protože se obávám nejistoty při aplikaci a tedy zásadního znepokojení legálních držitelů. Především považuji za chybu, že nebylo možné hlasovat o konkrétních pozměňovacích návrzích, které jsme předložili a kterými jsme chtěli tuto směrnici ještě napravit. Považuji za nepřijatelnou kriminalizaci držení zásobníků nad 20, respektive 10 nábojů. Evropský parlament svým hlasováním de facto naše návrhy zamítl *en bloc* a schválil kompromis, pro který jsem sice nehlasovala, ale musím také uznat, že jde o řešení, které je výrazně lepší, než původně předložila Evropská komise. Myslím, že zde není důvod k nějaké hysterii, protože stávající držitelé si zbraně budou moci ponechat. To, čeho se obávám, je spíše nejistota při aplikaci a zbytečně kompromitující původní návrh boje proti terorismu.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, cette directive élaborée – dans l'urgence il est vrai – après les attentats de Paris, passe totalement à côté de son objectif affiché car chacun sait pertinemment que les terroristes et les criminels – comme cela a été dit par d'autres orateurs – n'achètent évidemment pas leurs armes légalement.

Les seuls pénalisés seront donc les centaines de milliers de tireurs sportifs, de collectionneurs et de chasseurs qui vont être fichés et surfichés, alors que dans beaucoup de nos pays, ils sont déjà contrôlés et font même parfois l'objet de contraintes multiples qui confinent à la persécution.

Certains se réjouissent que le compromis soit meilleur que le texte initial de la Commission. En effet, on a évité une spoliation généralisée et la destruction définitive d'armes historiques mais on est passé très près.

Fondamentalement, ce texte demeure d'abord idéologique. Il s'agit de faire croire que l'Union européenne lutte contre le terrorisme, alors que ses politiques le favorisent. Je dis «idéologique» parce que son principe relève d'une évidente détestation des détenteurs d'armes, même lorsqu'il s'agit d'honnêtes citoyens.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, hlasoval jsem proti této směrnici o zbraních, protože je plná chyb a je úsměvná nejen pro odborníky, ale i pro širokou veřejnost. Pokud chceme bojovat proti terorismu, máme bojovat proti terorismu, ale nemáme spojovat směrnici s bojem proti terorismu, směrnici, která vlastně omezuje legální držení zbraní. Mně tady u té směrnice prostě naprosto chybí logika a myslím si, až se zpětně podíváme na naše dnešní rozhodnutí, které nepřipustilo hlasovat o pozměňovacích návrzích, budeme ho považovat za velmi, velmi chybné.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, I welcome today's vote on improving EU gun control. I was privileged to chair the trilogue negotiations, and I want to thank the rapporteur and shadows for all their hard work. We will see improved conditions for authorisation requirements and safe storage. We will see a revised categorisation aimed at increasing public security. We will see that activities of collectors will be covered by this directive, closing the existing legal loophole, and we will see easier rules of traceability.

Thanks to the key role played by the S&D Group, the revised directive on the acquisition and possession of firearms in the EU will ensure that public security will be strengthened via better exchange of information among authorities. We will see more stringent rules on deactivation and use of the most dangerous semi-automatic firearms, and better monitoring systems for checking the medical conditions of users. At the same time, the rights of legal owners and users will be preserved. I thank all who have been involved in this, and I look forward to the speedy application of this directive.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval proti tomuto návrhu a chci říci, i když samozřejmě došlo k jistému vylepšení toho původně velmi katastrofálního návrhu Komise, že si myslím, že ta zlepšení nejsou dostatečná pro to, abychom mohli návrh podpořit. Já jsem tedy hlasoval proti této zprávě s tím, že bych chtěl především odsoudit postup, který zde byl uplatněn na plénu, kdy nebylo skutečně hlasováno o našich pozměňovacích návrzích, které byly dány a podle procesních pravidel uplatněny. Nerozumím tomu, proč zrovna třeba o mých návrzích nebylo hlasováno v okamžiku, kdy jsem je uplatnil řádně, a já nejsem členem toho příslušného výboru. Myslím si, že o tom tedy skutečně dnes mělo být jednáno. Já především na té předložené zprávě chci odsoudit to, jakým způsobem zasahuje legální držitelé zbraní. Pokud tito nepáchají žádné teroristické útoky, jejich vliv na kriminalitu je velmi minimální, tak nerozumím takto dramatickým dopadům do jejich právního postavení. Podle mého názoru je především nutno řešit terorismus a to si myslím, že toto řešení nebylo.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Sir Julian King nie ukrywał, że Komisja Europejska chce jeszcze większej kontroli posiadania broni niż przewiduje to obecne sprawozdanie, a i te propozycje to typowy przykład anty-polityki prowadzonej przez obecne władze Unii Europejskiej. Odpowiedzią na terroryzm ma być jeszcze większa kontrola naszych własnych obywateli, a ośrodki antyzachodniej nienawiści muszą jedynie zachować ostrożność, bo nie są one groźne dopóki się nie radykalizują. Decyzję Rady o efektywnym zwalczaniu zorganizowanego przemytu nielegalnych migrantów – niedługo miną od nich dwa lata – zostały zastąpione jedynie przez operacje w istocie humanitarne, a państwa broniące granicy Europy są atakowane za to, że bronią granic Europy. Nie ma zgody na zwiększanie uprawnień tej władzy, a tym bardziej nie ma zgody na większą kontrolę naszych obywateli.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, I voted against the amendments on principle. What is the fundamental difference between a free man and a slave? The difference is that a slave is not allowed to possess weapons. He is not allowed to bear weapons. Terrorism is a pretext. You are afraid of your own people. You are afraid of the revolt of the slaves. I am not afraid of my people. I am afraid of you. You are the enemy of the people, not the people themselves. So I voted against and, moreover, I think that the European Union must be destroyed.

7.4. Abfälle (A8-0034/2017 - Simona Bonafè)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořila legislativní balíček o odpadovém hospodářství, který si klade za cíl dlouhodobý pokles emisí, zvýšení efektivity v oblasti nakládání s odpady, důraz na odpovědnost výrobce, snížení administrativy a vytvoření nových pracovních míst. Samozřejmě je také nezbytné, aby tyto cíle zohledňovaly reálné možnosti jednotlivých členských států, aby byly vůbec splnitelné. Z toho důvodu jsem při hlasování podpořila zmírnění závazných cílů pro recyklaci odpadu z obalů a komunálního odpadu, které jsou v navrhované zprávě ještě přísnější, než původně navrhla Komise. Některé obce se už nyní potýkají s problémy při naplňování stanovených cílů. Podpořila jsem tedy pozměňovací návrhy, které usilují o zpřesnění některých problematických pojmů, jako je např. komunální odpad. Považuji za důležité, aby navrhovaná pravidla usilující o šetrnější dopad na životní prostředí zohledňovaly možnosti členských států. Přestože nebyly tyto návrhy přijaty, nakonec jsem hlasovala pro návrh zprávy.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl nejprve říci, že vyznávám zásadu šetrnosti, to znamená, že každý bychom se měli ve svém životě chovat tak, abychom se chovali šetrně ke zdrojům, nepochybně i ke krajině a samozřejmě i k tomu, co produkujeme, co po nás zůstává, to znamená právě i to odpadové hospodářství. Na druhou stranu já jsem přesvědčen, že schválené zprávy neodpovídají tomu, co předložila Evropská komise, která stanovila již poměrně ambiciózní cíle a tyto cíle podložila určitým zkoumáním, určitým druhem studia, které bylo předloženo. Naproti tomu výbor ENVI schválil ještě přísnější limity, které, nevím do jaké míry, jsou ještě více ambiciózní, každopádně nebyly předloženy žádná posouzení, že takovéto limity ještě dále zpřísněné budou realistické. A v takovémto případě si myslím, že bychom měli každý uplatnit zásadu jakési opatrnosti a dát na Komisi, která předložila snad podložené úvahy. Mně připadá, že se této problematice ještě budeme muset věnovat, protože státy budou proti. A jsem přesvědčen, že je naším cílem ochránit především kvalitní životní prostředí, a nejenom pro politické proklamace.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, my mother used to say ‘Waste not, want not’, and I think many of us in this House will know that phrase. It makes a great deal of sense and that is why I supported all of these reports on waste management. However, we are going to have to do some work in Member States to convince the public to deal with their household waste in a way that separates what can be recycled from other waste streams.

I was disappointed to learn that several – I think 160 – containers of green-bin waste from Ireland were stopped because they were found to be contaminated. So we need an education and awareness programme for citizens about the importance of separating waste in a way which allows us to reuse it, putting it back into the entire production cycle.

Lastly, I would say that rural Europe, including rural Ireland, tends to be used as an illegal dumping ground for waste from villages, towns and cities, and this needs to stop. We are destroying our countryside.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, chers collègues, nous pensons que l'économie dite linéaire, telle que les sociétés industrialisées la connaissent depuis la fin du XVIII^e siècle – extraire, fabriquer, consommer, jeter –, est en train de vivre ses derniers moments, ses derniers instants. En ce début du XXI^e siècle, ce modèle n'est plus viable, en raison de son impact climatique et de la pénurie des ressources. Seule la transition vers une économie circulaire nous permettra de relever ces défis. Le plus rapidement possible, nous devons instaurer un nouveau paradigme économique fondé sur les 3 R: réduire la consommation des ressources, réutiliser et recycler. Un tel changement de paradigme économique exige, bien évidemment, des politiques ambitieuses, fondées sur un cadre législatif solide. C'est pourquoi je soutiens pleinement les objectifs ambitieux du paquet législatif «Économie circulaire» que nous avons adopté aujourd'hui, ce midi, et qui est sous la houlette de notre collègue Simona Bonafè.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I too would like to compliment Simona and also Karl-Heinz Florenz and others for working on these reports. The bottom line here is that we have too much waste and we must do everything we can to reduce it. And these measures which we have passed here today, and which I was pleased to vote in favour of, will hopefully mean that Member States will do everything they can to move to a circular economy. These reports are strong and balanced positions for the European Parliament and they will help us to move towards a more resource-efficient and sustainable economy.

It is a big challenge, but one that must be met. For instance in 2010 EU waste production was 2 520 million tonnes, of which only 36% was recycled. The remainder was put into landfills and incinerators. Up to 600 million tonnes of this could have been recycled and the resources returned to productive use, but instead was wasted completely. This is just a synopsis of what is happening. We have got to eliminate municipal waste and general waste and move to a circular economy.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, 600 milijuna tona otpada godišnje gubimo, a možemo ih pretvoriti u radna mjesta, u novac. Kružno je gospodarstvo jedan dobar instrument za rješavanje problema otpada. Ciljevi jesu visoki, slažem se, međutim, ako ne postavimo visoke ciljeve, nećemo ih ni ispuniti. Konkretno, kada se radi o Hrvatskoj, vrlo je teško da ćemo do 2030. godine ispuniti cilj od samo 10 % otpada. Ali se dugoročno moramo zalagati da samo kada nemamo alternativu otpad odlazemo na odlagalište.

O sirovinama ovisi Europska unija i stalno uvozimo sirovine. Moramo otpad pretvoriti u resurs i sačuvati resurse na području Europske unije. Stoga se zalažem za one koji kažu da je otpad prestao biti naš problem i postao naša šansa, ali naravno, pod uvjetom da njime ispravno gospodarimo, a to je ono na čemu moramo svi ustrajati i moja poruka je: otpad je šansa, zadržimo resurse, očuvajmo resurse na području Unije.

7.5. Abfalldeponien (A8-0031/2017 - Simona Bonafè)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, economia europeană a încetinit, aceasta fiind dependentă de resurse, iar cooperarea energetică cu Federația Rusă ne-a dezamăgit, deoarece Rusia nu este un partener de nădejde și, de fapt, foarte mulți dintre noi știm asta de zeci de ani de zile. Avem nevoie să folosim cât mai mult și să risipim cât mai puțin. Așa cum am auzit și mai devreme, asta învățăm din copilărie.

Am votat acest raport. El face parte din pachetul economiei circulare în care, practic, se elimină risipa și crește și competitivitatea. Ca atare, se creează și noi locuri de muncă. Avem nevoie de produse care sunt refolosite și avem nevoie să eliminăm risipa și pierderile pe durată lungă, nu numai pe durată scurtă. De exemplu, Comisia își propune să reducă deșeurile din mediul urban cu până la 70 %; sper să reușească și sper să o ajutăm și noi, fiecare, acasă, unde discutăm cu oamenii, unde vorbim cu autoritățile și unde putem schimba lucrurile.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, τα μέτρα για την κυκλική οικονομία που υιοθετήσαμε σήμερα δίνουν ένα σαφές μήνυμα στους πολίτες των χωρών μας, ότι η γραμμική οικονομία παύει να υπάρχει και η κυκλική οικονομία έρχεται. Ναι, μπορούμε πράγματι να έχουμε το ίδιο επίπεδο ευημερίας χρησιμοποιώντας μόλις το 10% των πόρων. Όμως δεν μπορούμε να αγνοήσουμε τη διαφορά τεχνολογίας ανάμεσα στα κράτη μέλη. Για παράδειγμα η κυκλική οικονομία αποτελεί καθημερινότητα στη Φιλανδία αλλά σχεδόν άγνωστο όρο στην Ελλάδα, και είναι απαραίτητο να έχουμε άμεση πρόσβαση σε τεχνολογία και καλές πρακτικές. Πράγματι, το 49% του ψωμιού καταλήγει στα σκουπίδια, στις χωματερές θάβονται πολύτιμα υλικά και μόλις το 1/3 των σκουπιδιών ανακυκλώνονται στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Τι κάνουμε γι' αυτό; Χρειαζόμαστε επενδύσεις στα κράτη μέλη που υστερούν, με σαφή προσανατολισμό στην κυκλική οικονομία, που θα δώσουν κέρδη και κυρίως δουλειές. Για παράδειγμα λείπουν από την ευρωπαϊκή αγορά ανακυκλώσιμα υλικά για συσκευασίες. Χρειαζόμαστε κυρίως τους πολίτες μαζί μας, να στηρίξουν την κυκλική οικονομία με ευθύνη και ευαισθησία, με την απόλυτη αίσθηση ότι ο πλανήτης δεν μας ανήκει.

7.6. Verpackungen und Verpackungsabfälle (A8-0029/2017 - Simona Bonafè)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Gospodarka oparta na obiegu zamkniętym jest sprawą wartą poparcia. I Polska jest oczywiście za tym, abyśmy uzyskiwali w tej dziedzinie jak najlepsze wyniki. Jednak należy również wziąć pod uwagę, na jakim poziomie są obecnie państwa członkowskie, jeśli chodzi o odzyskiwanie odpadów. Dlaczego jest to tak ważne? Dlatego że powinno się stawiać wszystkim jednakowe, równe wymagania, zgodnie z zasadą solidarności unijnej. Tymczasem okazuje się, że są w Unii Europejskiej równi i równiejsi.

Ten dokument nie zauważa, że państwa członkowskie znajdują się na różnym poziomie przetwarzania odpadów. I tak chciałabym Państwu powiedzieć, że cel, który Państwo przegłosowali – 70 % przetwarzanych odpadów komunalnych – jest bardzo łatwy do osiągnięcia dla Niemiec, które według danych za rok 2016 odzyskiwały odpady komunalne na poziomie 64 %, czy dla Austrii, która osiągnęła 59 %. Niestety ten cel jest bardzo trudny do zrealizowania dla Polski, która jest na poziomie 20 %. W Unii Europejskiej powinny obowiązywać równe szanse dla wszystkich. Tym razem również tę zasadę Państwo łamią.

7.7. Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014-2015 (A8-0046/2017 - Ernest Urtasun)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei ringraziare molto il relatore di questa relazione, Ernest Urtasun, per il lavoro che ha svolto, anche di ascolto, con gli altri gruppi e che ci porta a questo importante risultato finale.

Continuiamo a ribadire che l'uguaglianza di genere è tra le linee guida dei trattati fondamentali dell'Unione ma ancora, purtroppo, queste linee sono disattese ampiamente e continuiamo, persino in quest'Aula, a sentire interventi che screditano la presenza delle donne. Ringrazio da questo punto di vista il Presidente Tajani per i provvedimenti presi nei confronti del deputato interessato nella giornata di oggi.

L'Europa non è uno spazio di autodeterminazione, non è uno spazio di uguaglianza: con ELGE, con cui collaboriamo da tempo, abbiamo dati che ci raccontano quanto ancora siamo lontani da una reale *gender equality*.

Allora, io credo che sia importante che questo Parlamento si pronunci per provvedere a garantire quanto prima l'uguaglianza di genere; credo sia importante anche ascoltare, ascoltare un movimento globale come «Non una di meno», ascoltare le donne che hanno scioperato l'8 marzo e hanno proposto un'Europa davvero femminista e libera dalla violenza sulle donne.

Urszula Krupa (ECR). – Zagłosowałam przeciwko dokumentowi z powodu braku interesujących propozycji rozwiązań w zakresie równouprawnienia kobiet i mężczyzn. Jeśli Unia Europejska pretenduje do roli światowego lidera, jeśli chodzi o prawa kobiet, to powinniśmy w ramach realizacji prawnie pomagać kobietom, o czym mówiłam w wystąpieniu. Podobnie, zamiast ubolewania nad niskimi emeryturami, dobrze byłoby wprowadzić rozwiązania, które doprowadziłyby do wyrównania wysokości emerytur kobiet i mężczyzn.

Zupełnie nie do zaakceptowania jest art. 47 dokumentu ingerujący w powołanie lekarza do ratowania zdrowia i życia poprzez chęć ograniczenia powoływania się na klauzulę sumienia, zgodnie z którą lekarz może powstrzymać się od wykonania świadczeń zdrowotnych niezgodnych z jego sumieniem. Ponadto przypominę opinię znanego kardiologa, doktora Fenigsen, według którego nawet tylko myślowa akceptacja zabijania hamuje rozwój medycyny poza odwracaniem systemu wartości wpisanych nie tylko w zawód lekarza, ale także każdego chroniącego życie.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Omawiamy sprawozdanie, które wpisuje się w bardzo ważny program na rzecz równości w Unii Europejskiej. Równość między mężczyznami i kobietami, zresztą równość między ludźmi, to jedna z najważniejszych wartości i osiągnięć cywilizacyjnych Unii Europejskiej, jednak różnie jest traktowana w poszczególnych krajach. Także w zależności od tego, czy chodzi o życie prywatne, czy publiczne, w zależności od branży czy sektora mamy w zakresie równości kobiet i mężczyzn różne osiągnięcia. Na pewno w takich dziedzinach jak nauka czy biznes sytuacja jest lepsza, ale na rynku pracy nadal średnia płaca kobiet jest niższa od płacy mężczyzn, czego tolerować nie można. Natomiast to, co jest najważniejsze i najtrudniejsze, to właśnie równość w zakresie traktowania zdrowia kobiety i prawa do samodecydowania o swoim losie. To jest naruszane praktycznie wszędzie, i powinniśmy w Unii Europejskiej nadal pracować nad tym, żeby ten stereotyp i ten stan rzeczy zlikwidować.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já jsem nemohl tuto zprávu podpořit, i když jsem chtěl. Zpráva byla velmi kvalitně provedená a byla tam řada bodů, se kterými se naprosto ztotožňuji. To, že jsou nůžky mezi platy žen a mužů, to že se rozvírají nůžky v mnoha státech EU mezi důchody žen a mužů, to je věc, která je naprosto klíčová, kterou musíme řešit. Na druhou stranu zase tato zpráva byla plná takových výplňových vět a nesmyslů, které se týkají subsidiarity. Je to třeba právo na potrat, které se v každém státě prostě mění a každý stát ho má jiné. Proto jsem tuto zprávu nemohl jako celek podpořit a chtěl bych vyzvat Evropský parlament, aby se opravdu držel svých kompetencí a aby nenavrhoval věci, které nemůže jako Evropský parlament nikdy změnit.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej, gre za vprašanja, s katerimi se tako Komisija kot Evropska unija kot celota ukvarja že vrsto let in daleč smo seveda še od tega, da bi lahko govorili o enakosti med spoloma.

Tudi statistika in tako imenovani indeks enakosti kaže pravzaprav stagnacijo in upad te enakosti, kar se vidi povsod. Vidi se tako v plačnem sistemu, vidi se pravzaprav v konkretni zastopanosti žensk na ključne položaje tako v gospodarstvu kot v politiki.

Tudi zadnje krize, tako ekonomska kot tudi migrantska, je pokazala, da gre za zelo zelo ranljive skupine ljudi, ki jim seveda moramo dati tudi skozi, bom rekel, reporte in tudi skozi pravno podlago možnosti popolne vključenosti in enakopravnosti na vseh področjih našega življenja.

To se začne seveda že v izobraževalnem procesu in kasneje potem tudi pri pridobivanju pozicij za zaposlitve. Mislim, da je dolžnost Parlamenta, da temu posveti posebno pozornost na vseh segmentih politike, ki jih obravnava.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Szanowny Panie Przewodniczący! Sprawozdanie w sprawie równości kobiet i mężczyzn z faktyczną ideą równości ma niewiele wspólnego. Propaguje aborcję jako jedno z praw reprodukcyjnych, ingeruje w edukację, poprzez wdrażanie na każdym jej szczeblu perspektywy genderowej, narusza naturalną tożsamość rodziny, promując rodzicielstwo osób LGBT, a także wskazuje na obowiązek zwalczania stereotypów, a za stereotypowe role rozumie rolę kobiety jako żony i matki.

Chciałabym bardzo wyraźnie powiedzieć, że jestem za wspieraniem kobiet. Dbajmy o to, aby kobiety miały szanse rozwoju zawodowego i jednocześnie mogły wypełniać, jeśli chcą, rolę matek i żon. Aby im to zapewnić, nie trzeba zmieniać pojęcia płci i promować chorych ideologii. Fakty mówią za siebie. Według raportu PwC „Kobiety w pracy indeks 2017” Polska znajduje się w czołówce państw z najniższą luką płacową – tylko siedem procent. Ponadto raport ten wskazuje, że jeśli utrzymamy obecny trend, te różnice w wynagrodzeniach uda się zniwelować już w roku 2021, czyli najszybciej spośród wszystkich krajów OECD.

W mojej ojczyźnie, w Polsce, jesteśmy oddani tradycyjnym chrześcijańskim wartościom i jak widać, mimo że wciąż mamy wiele do zrobienia, to nie ideologiczne, genderowe zacietrzewienie, ale zrozumienie i odpowiednie wsparcie kobiet jest motorem pozytywnych zmian w sytuacji kobiet.

7.8. Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (A8-0043/2017 - Agnieszka Kozłowska-Rajewicz)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ricordo ancora una volta, nell'argomentare il mio voto favorevole a questa relazione, quanto sia stata importante la giornata dell'8 marzo: lo sciopero globale politico, sciopero dal lavoro produttivo, sciopero dal lavoro riproduttivo, che ha portato in piazza donne in tutta Europa, da Madrid a Roma.

Ricordo lo sciopero proprio perché credo sia connesso ai temi di questa relazione, una relazione molto importante, che mette alla prova la maturità delle istituzioni europee quando si parla di uguaglianza di genere e di accesso a beni e servizi. L'accesso a beni e servizi non è neutro: la salute sessuale e riproduttiva è un diritto ancora troppe volte non garantito nella stessa Unione europea.

Allora, credo che questa relazione rappresenti un passo in avanti ma ne restano ancora molti da compiere, se è vero che in questa Unione europea il *gender pay gap* è ancora una piaga ben lungi dall'essere debellata.

Urszula Krupa (ECR). – Mimo że bezsprzecznie istnieje konieczność wprowadzenia w życie zasady równego traktowania mężczyzn i kobiet w zakresie dostępu do towarów i usług, z dostarczaniem tychże towarów i usług, i chociaż w pełni podzielam opinię sprawozdawczyni co do niedostatecznej ochrony kobiet w okresie ciąży i macierzyństwa, to jednak w niektórych przypadkach zalecałbym ostrożność ze względu na odmienną wrażliwość i odczuwanie związane z płcią. Nie oznacza to, że należałoby wprowadzić oddzielne wagony turystyczne dla kobiet i mężczyzn jako profilaktykę molestowania, gdyż problemom przemocy, do jakich zaliczane jest molestowanie, powinno się zapobiegać poprzez stymulację rozwoju osobowego, a nie oddzielanie kobiet od mężczyzn. Przemoc w stosunku do kobiet wynika z wielu przyczyn, między innymi z serwowanych zaleceń konwencji stambulskiej i wolności bez żadnych ograniczeń, co jest równoznaczne z aprobowaniem działań przeciwko życiu i rodzinie, a na to nie mogę wyrazić zgody.

7.9. EU-Mittel für die Gleichstellung der Geschlechter (A8-0033/2017 - Clare Moody)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Urszula Krupa (ECR). – Zagłosowałam przeciwko sprawozdaniu, gdyż – przynajmniej na razie – nie da się odwrócić naturalnych ról kobiety i mężczyzny i nawet związkach jednopłciowych obserwowana jest odmiennność ról. Dlatego zamiast wysyłać kobiety wbrew ich woli do pracy na korzyść urlopów dla mężczyzn, wołałabym inne rozwiązania, tak aby środki w wysokości miliardów euro, promujące równouprawnienie, nie były marnowane na wprowadzanie ideologii przeciwko życiu i zdrowiu kobiet, która w rzeczywistości uprzedmiotowia kobiety, lecz aby środki te przeznaczyć na pomoc kobietom wychowującym dzieci czy opiekującym się osobami starszymi.

Komisja FEMM powinna być przede wszystkim komisją praw kobiet, którym wielokrotnie odbiera się przysługujące im naturalne prawa w ramach specyficznie rozumianego równouprawnienia. Na przykład poprzez tego typu sprawozdania, które na dodatek pomawiają Polskę o nieprawdziwe fakty, co można zakwalifikować jako przemoc w stosunku do mojego kraju, gdyż piętnowanie to także forma przemocy psychicznej.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, dovolu, bych vysvětlila, proč jsem nepodpořila zprávu o фондах EU pro rovnost žen a mužů. Považuji samozřejmě za důležitě, aby Evropský parlament sledoval využívání evropských fondů včetně těch, které jsou určeny na prosazování rovnosti žen a mužů. Ale ukazuje se, že prostředky zřejmě mívají své cíle, protože se dlouhodobě nedaří prosazovat cíl v rovném odměňování stejně tak jako v rovných důchodech, které neustále jsou velmi rozdílné, a ženy, které celý život pečují o děti a rodinu, pak mají nedůstojné důchody. Myslím, že bychom měli spíše naučit naši společnost to, že investice do dětí je investice pro dobro celé společnosti a že čas, který je strávený výchovou dětí, by neměl být chápán jako handicap, který snižuje příjmy. Evropský parlament by se měl spíše zaměřit na podporu členských států, aby oceňoval matky a rodiče, aby členské státy usilovaly o podporu jejich rodičovské role a sladování podmínek pro sladění rodičovského a profesního života.

7.10. Folgen von Massendaten für die Grundrechte (A8-0044/2017 - Ana Gomes)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Adam Szejnfeld (PPE). – Sprawozdanie, które ma bardzo duże znaczenie, jest dla nas bardzo ważne, dlatego że dotyczy z między innymi technologii, które są już teraz, a na pewno będą w przyszłości fundamentem rozwoju, i nie tylko rozwoju gospodarczego, ekonomicznego, ale także cywilizacyjnego. Cywilizacja przyszłości jest cywilizacją nowych technologii, dlatego tak duży nacisk w Europie, w Unii Europejskiej, w poszczególnych państwach członkowskich kładziemy na budowanie społeczeństwa cyfrowego.

Ale trzeba zdawać sobie sprawę, że generowanie ogromnej ilości danych to także niebezpieczeństwo, zwłaszcza niebezpieczeństwo dla jednostki. Oczywiście również dla państw, dla instytucji określonego typu itd. Już teraz więc w Unii Europejskiej musimy przygotowywać takie normy, takie procedury, które to bezpieczeństwo będą chroniły. Dzisiaj, w mojej ocenie, takich pewnych norm i procedur nie ma i zagrożenie dla praw podstawowych, zwłaszcza tych, o których mowa w art. 7, faktycznie występuje. Mamy pilną potrzebę zagwarantowania prawa do prywatności obywateli Unii Europejskiej.

Alex Mayer (S&D). – Mr President, we live in the midst of a data revolution. I recently visited CERN, where their data centre processes the equivalent of 210 000 DVDs' worth of data every single day. Tidal waves of information are generated as we log on to websites, buy train tickets or make a cash withdrawal. With big data come big opportunities. Properly used, this data has the power to transform the smarter, more personalised public services, to better inform decisions, increase efficiency and unlock new ground-breaking research. Of course, people have legitimate privacy concerns, and we have seen what happens when people feel they have not consented to the changes they see around them. This is why I welcome this report and the safeguards that it recommends. With big data come big challenges and big responsibilities for legislators.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, dnes už naposledy. Hlasoval jsem pro přijetí tohoto návrhu, jelikož představuje důležitý krok směrem k větší ochraně základních lidských práv při využívání dat velkého objemu. Na jednu stranu mají tato data obrovský potenciál pro rozvoj ekonomiky a dají se využít např. ve zdravotnictví, v dopravě nebo při potírání trestné činnosti. Zároveň si ale musíme uvědomit, že mnohdy jde o citlivá osobní data. Mám na mysli např. informace o poloze. Proto je do budoucna potřeba zavést právní rámec, který efektivně zamezí zneužívání těchto dat a který zajistí transparentní postupy jejich analýzy. Stejně tak je potřeba předcházet chtěnímu i nechtěnímu zkruslování datové základny. Výstupy z datových analýz mohou totiž sloužit jako podklad k politickým rozhodnutím na všech úrovních veřejné správy.

7.11. Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkaninchen (A8-0011/2017 - Stefan Eck)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Alex Mayer (S&D). – Mr President, they say that Britain is a nation of animal lovers and I think that the 20 000 plus emails that have bounded into my inbox over the last couple of weeks – all about rabbits – pay testament to that. My constituents are angry that 99% of Europe's farmed rabbits are kept squashed into tiny wire cages. The rabbits cannot run or hop or hide as they naturally do in the wild. The EU has rightly banned similar cages for hens. Now let us seize the opportunity to improve animal welfare again. It is time to end the cage age.

Paul Brannen (S&D). – Mr President, I am pleased to say that all of the British Labour MEPs voted today in favour of minimum standards for farmed rabbits across the European Union. I myself received over 20 000 emails calling for support for minimum legislation in relation to farmed rabbits. I also received a large number of pictures of rabbits, drawn by children from across the European Union, in calls for support for action in this area. I would like to congratulate Compassion in World Farming on a very successful campaign.

There are over 300 million farmed rabbits in the European Union, which means there are more farmed rabbits than there are men in the European Union, and those farmed rabbits are living in cages no bigger than two sheets of A4 paper. It simply is not acceptable. We no longer have battery hens: the time has come to end farmed rabbits.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, I have also received thousands of emails from constituents who have joined Compassion in World Farming in calling for legal protection for farmed rabbits across the EU.

A recent report by researchers from Bristol University found that current legislation does not adequately address the welfare needs of rabbits. Unlike other farm animals, there are no minimum standards specific to them, yet rabbits are the second most farmed animal in the EU. Every year over 340 million rabbits are farmed, many of them confined in cramped and foul conditions to be slaughtered for meat. These inhumane conditions also facilitate the spread of disease, leading farmers to use alarming amounts of antibiotics. As we know, antibiotic resistance is one of the most serious public health risks facing our world today.

We must move towards lower-intensity and more compassionate farming methods to safeguard the well-being of rabbits and other farmed animals and to improve the health of our population.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej kot je rekel kolega, to je povprečna površina, ki jo ima na voljo gojeni kunec, manj kot dva lista A4 formata. V takšnih nesprejemljivih pogojih živi kar 99 procentov celotne populacije gojenih kuncev. Vsako leto jih gre v zakol več kot 340 milijonov in njihovo življenje do zakola je žalostno in kruto žvotarjenje v pretesnih in dotrajanih kletkah, kjer so dokazano izpostavljeni zelo zelo slabim razmeram.

Zato pozdravljam minimalne standarde za zaščito gojenih kuncev, ki pomenijo, da se postopoma odpravijo baterijska reja in žičnate kletke in da se uvede gojenje kuncev v prosti ali talni reji s travo kot glavnim virom prehrane.

Pozdravljam tudi dejstvo, da poročilo poziva k spoštovanju ugotovitev Evropske agencije za varnost hrane in Svetovne organizacije za zdravje živali, zato seveda sem v tem delu podprl poročilo, ki je nujen korak v smeri prizadevanj za bolj humane razmere in seveda pustimo zajčkom živeti.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 14.10 i wznowione o godz. 15.00)

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący***9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll****10. Global Gag Rule (Aussprache)**

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Wiceprzewodniczącej Komisji i Wysokiej Przedstawiciel Unii do Spraw Zagranicznych i Polityki Bezpieczeństwa w sprawie amerykańskich przepisów dotyczących tzw. *global gag rule* (2017/2599(RSP)).

Christos Stylianides, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, honourable Members, I am here on behalf of my dear colleague, Commission Vice-President/High Representative Federica Mogherini. As you know, President Donald Trump has reinstated the Mexico City Policy with a presidential memorandum issued on 23 January. This policy requires foreign non-governmental organisations to certify that they will not 'perform or actively promote abortion as a method of family planning,' as a condition for receiving US global health assistance. This also includes NGOs receiving funds from outside the US.

The policy, when in effect, applies to foreign NGOs as a condition for receiving US family planning support, either directly or indirectly. So the Commission is concerned about the possible implications for our objective of achieving universal coverage in health and reproductive health services, particularly in developing countries. Eventually, this decision might also impact on our Sustainable Development Goals, targets to reduce maternal mortality, and to empower women to take more informed decisions about their health. In the poorest countries of the world, this can put the lives of young women and girls at risk. And we do not want the progress that we have made over the past decade on women's rights to be lost.

Let me be clear: European Union policies are driven by our own priorities and values, not by what others do or stop doing. As far as humanitarian aid is concerned, what I can say, as the Commissioner for Humanitarian Aid, is that our approach is based on needs. Our humanitarian partners which consider that abortion would be appropriate are not prevented from doing so. We have never issued instructions to the contrary. A decision on abortion will depend on various factors: the woman's wishes after she has received all relevant information, definitely her condition, and the legal framework of the country, of course, which could influence the security of both the woman and humanitarian workers. In this context, decisions on how to treat women and girls are always better left to doctors. It is not something for lawyers to prescribe.

Let me add that we are also continuing our work to prevent sexual and gender-based violence. Focusing on the treatment of violence can only ever be a second-best. Prevention is also the reason why we have strengthened the place of gender in our humanitarian aid. Over the past decade, the Commission has allocated around EUR 200 million annually from the humanitarian budget to healthcare, including sexual and reproductive health.

In parallel, my dear colleague, Commissioner Neven Mimica, issued a press statement on 1 February 2017 underlining that the Commission will continue to play a leading role in ensuring women's access to health and family planning services around the world. He also attended the 'She Decides' event on 2 March 2017 and reiterated our commitment. Several governments and private philanthropists have pledged nearly USD 200 million for family planning services. We are also assessing the potential impact of a loss of funding for the UN Population Fund (UNFPA). The funding gap could be large. Together with Member States and civil society in particular we are analysing the US contribution to the fund in order to determine the best approach to take.

We remain strongly committed to supporting global health initiatives such as UNFPA, into which we are putting EUR 20 million for 2016 and 2017; and also the Global Fund, to which we have pledged EUR 475 million for 2017 to 2019. Or GAVI, the Vaccine Alliance, to which we have pledged EUR 200 million for 2016 to 2020; and the partnership programme with the World Health Organisation and Luxembourg, worth EUR 28 million, for 2016 to 2018. The informal foreign affairs and development ministerial meeting on Thursday will enable this matter to be addressed. We will have an impact only if we respond together, with a common European position.

Anna Maria Corazza Bildt, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, thank you so much, Commissioner, for everything you are doing.

I strongly condemn the newly instated global gag rule. We had an alarm call from Africa, through Asia to Latin America, on the serious consequences for the health of hundreds of thousands of women and girls globally. Today my thoughts really go to all these women and girls who are at risk of losing a very important health programme. This also applies to the Zika virus, AIDS prevention, on prenatal and postnatal basic assistance for babies and young women, victims of rape, and victims of female genital mutilation. The risk is that women's mortality is going to increase and that there will be more illegal and unsafe abortion.

Last week we were marking the International Day of Women. We met fantastic women from Tunisia, Morocco, Kosovo, all over the world. We were told terrible stories of a woman that was found with a piece of a television antenna in her uterus because she wanted to interrupt her pregnancy. Another one had drunk pesticide and died. This is not to mention the victims of Isis and Daesh slavery, and the girls that come back, having been released from Boko Haram, and who are refused into their communities and cannot in the new circumstances get assistance for their basic health and reproductive rights and for their children.

What we are talking about is not whether you are for abortion or against abortion. We are talking about humanitarian law: health, safety, child protection and women's rights are human rights. No woman or girl should have to risk her life to have a baby. That is what we are talking about.

There is a chorus of concern that is coming from NGOs, Save the Children and the United Nations. Europe has to step in. This is our opportunity to show leadership. Trump's sexism is as bad as the problem that we have with security in Europe and with free trade with the new administration. I am glad that the 'She Decides' campaign has been so successful. I am glad that today we have voted to devote European funds to compensate for this setback. I hope that more pledges will come, and the test is going to be next week at the United Nations Conference on the status of women. I call on Member States to do their part and to raise their voice. Let us continue to support the Women's March in the USA and Europe, and women's health in the world.

Linda McAvan, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, this is an extremely important debate, and I am glad we are having it in the week when we are debating women's issues after International Women's Day and just a few days after the conference in Brussels on 'She Decides'.

This is a debate we should not really be having, because a woman's access to family planning should not be a political football to be given and withdrawn depending on who is in government. In particular, it does not seem right to me that it is a decision that has been taken by people who will not be affected by it. People here will not be affected by this decision, and certainly the men who surrounded President Trump when he signed it into law will not be affected by this decision. It is the poor women in the world, and the poorest countries in the world, who will pay the price – the women we heard from at the 'She Decides' conference on 2 March.

So if we are serious – as the Commissioner said – about the SDGs and gender equality, we cannot afford the cuts that have been talked about. An estimated 225 million women globally lack access to modern contraception. Every day, 830 women die from preventable causes linked to pregnancy and childbirth. That is over 30 an hour. It is one since I started speaking to you. As we have just heard from Mrs Corazza Bildt, no family planning means other problems, such as HIV and other issues. Let us make no mistake about it: cutting this funding does not mean fewer abortions. All the evidence from the last period when the gag was in place shows that the number of unwanted pregnancies and abortions increased when the global gag came in. Mrs Corazza Bildt has just told us about the consequences and what happens to women when that happens. So this policy is not a success story, and that is why she said that we must step in. But we must also step up now.

So what can we do here in the EU to counter this policy? Well, we voted today. We voted for the report by Claire Moody this morning with a very big majority, calling for EU funds to counter the cuts caused by the global gag. We can support the 'She Decides' initiative, and I pay tribute here to Lilianne Ploumen and the Swedish, Danish and Belgian Ministers who organised that conference and brought over 50 countries together to raise funding. We can also look at our own wider funding and prioritise SRHR spending in our own plans. We have got a review of the DCI coming up and of the EDF in the mid-term. Let us look at what we are doing already.

Commissioner, you indicated that the Commission was willing to do this and will be talking about it in the Council on Thursday with Ministers. I hope you will come back soon and tell us that the funding is being made available and that we will back the 'She Decides' initiative. Looking around this room, many of us here – mainly women here, but men as well – have made choices about our own fertility and if and when to have children. It is not a first world right, it is a right for every woman, wherever she lives. Commissioner, I know that you will be supportive on this, but we need the support of the whole Commission and Ministers to make sure that women are not let down after this gag comes into place.

(Applause)

Branislav Škripek, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, yes, women must have good quality health care – especially when it concerns the unique contribution to our society of having babies. So my opinion is, why would anyone – especially those calling themselves feminists – complain that a global abortion industry is losing some of its funding? Why are EU Member States wanting to step up and fund a practice that harms women and babies? That is genocidal, economically disastrous and anti-democratic, anti-feminist and anti-woman. And if someone has a different opinion, if President Trump decided on a different approach, it would have to be respected. There are reasons. And also there are reasons which come from reverence: reverence to life, reverence to dignity of life, reverence to the right to be born and to live, and reverence to those who cannot speak for themselves – for those who are unborn yet and cannot speak for themselves.

So I strongly disagree with the Commission's intent to spend millions to export this barbarism to developing nations. Abortion has no healthcare benefits. There are none. And it cannot be called health care. Abortion is not a health initiative, as Commissioner Stylianides has named it, because it cannot be called a basic health care. All of those valuable resources should be immediately redirected to provide real and maternal care to women so that we can benefit from the next generation and not mourn them.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ulrike Lunacek (Verts/ALE), *blue-card question*. – Mr Škripek, can I ask you whether you have ever spoken to a woman who got pregnant, even though she did not want to? Maybe the man she had sex with did not want to use a contraceptive or it broke or she might have been raped. That even happens within families. It happens with brothers, husbands, etc. Have you ever spoken to anyone who said no, she did not want to have that child? Just another question: have you ever imagined what would happen if you were able to get pregnant and you did not want to become pregnant? Maybe, in such dire circumstances as we have in many countries in this world, would you then not decide that you did not want that and you wanted to have safe access to abortion, given that otherwise both you and the child could die?

Branislav Škripek (ECR), blue-card answer. – I do not know if I will manage two questions in 15 seconds; probably you need to answer in 30 seconds.

Of course I did speak to a lady who was in a difficult situation. What I condemned on this industry is that it is a mixed thing; all, all, all, all reasons into one. Let us help children to be aborted, let us fund it. But the other side does not speak about the very different approach which admires life. This is what I am missing on this pro-life and pro-choice debate. A lady does not kill her own body, cannot decide about her own body, because it is not her body. If she kills her body, she dies. After abortion a baby dies, not a lady.

Sophia in 't Veld, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I am not sure what to say to Mr Škripek, because I do not have the illusion that we are going to change his mind. But maybe I would rather address the citizens of the European Union, who should understand that the agenda of the so-called populist parties is not just about nationalism, anti-EU or national sovereignty; it is also very much about sexism and misogyny. It is against women's rights. So keep that in mind when you go to the ballot box, and know what you vote for – like the Trump administration, who reinstated and expanded the gag rule, and the Helms amendment, which was still in the background. It is very necessary that the European Union gives a strong response, and I very much welcome the very positive attitude of the European Commission. You have our support, because the European Union must not only accept standards imposed by third countries; we must lead in the world, we must set the standards. We are the strongest actor in the world, and we have to make sure that we impose the standards and do not accept. That is why I very much welcome the 'She Decides' initiative. It sends a very strong signal to the Trump administration and women around the world. We need to go further.

First of all, I would like to ask the European Commission about the 2015 letter about women who are pregnant as a result of rape in conflict, and you consider that that is covered by international humanitarian law. But now we need to make sure that these guidelines are actually transmitted through the practitioners in the field so that people know that they have the backing. Women should know what their rights and their options are, so I would call on the Commission to do this proactively.

Secondly, we need to fill the funding gap that was left by President Trump, but not only in response to him reinstating the gag rule. But it has to be structural. If we want to lead, it has to be structural.

Finally, we are going to table amendments to the budget this year in order to strengthen the funding. I also expect those EU Member States who have pledged funds to the 'She Decides' initiative in the budget procedure to give support to amendments, increasing the budget for sexual and reproductive health and rights – and not only in situations of conflict. Because, dear colleague Škripek, I firmly believe that women should decide on their own bodies. Always.

Przewodniczący. – Panie Komisarzu! Padają pytania i propozycje, tak że proszę uprzejmie w czasie przewidzianym dla Pana wziąć to pod uwagę.

Malin Björk, för GUE/NGL-gruppen. – Herr talman! Varje republikansk presidentadministration i USA har infört denna *gag rule*, men den här är värre än de flesta andra. Den går ännu längre. Den stryper i stort sett allt stöd till kvinnors sexuella och reproduktiva hälsa. En god sexuell och reproduktiv hälsa är en fråga om liv och död för kvinnor runtom på det här klotet.

Det är emellertid också en fråga om att kunna leva ett helt eller att kunna leva ett halvt liv, att ha kontroll över sin kropp och sin sexualitet eller att inte ha det. Denna munkavlerregel innebär ett så djupt förakt för kvinnor, för vår hälsa och för vårt välbefinnande. Men precis som våra kolleger från USA sa som jobbar för *Pro-choice*: Vi kommer inte att vara tysta, vi kommer inte att bli munkavlade. Precis som olika medlemsländer står upp för kvinnors rättigheter måste EU nu också göra det.

Jag välkomnar *She Decides*-initiativet. Det är en del av svaret, men det räcker inte. Det är för tyst från kommissionen, och det är för tyst från rådet. Min fråga är vad EU kommer att göra, inte bara på politisk nivå utan även vad gäller finansiering. Europaparlamentet har agerat. Vi har röstat både förra och den här sammanträdesperioden. Vi vill se mer finansiering, ökad finansiering till kvinnors sexuella och reproduktiva hälsa och rättigheter.

Nu vill vi dock se att också rådet och kommissionen agerar. Vi behöver tydliga rekommendationer till våra partnerorganisationer hur de ska garanteras att de kommer att kunna fortsätta utföra viktig och livsviktig abortvård. Vi behöver öka biståndsbudgeten till kvinnors hälsa och sexuella och reproduktiva hälsa och rättigheter.

Jag skulle vilja säga så här, nämligen att ens engagemang och uppriktighet sätts på prov när det är motigt. Om EU menar allvar med kvinnors rättigheter är det nu man måste stiga fram och gå till konkret handling.

Vi ska därför fördöma EU:s *gag rule*, vi ska ta striden i internationella fora, och vi ska skjuta till mer pengar! Jag ser fram emot de besluten, både i rådet och i kommissionen.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, we call it the Global Gag Rule, but what are we actually talking about? We are talking about the lives and the well-being of millions of women worldwide. We are talking about girls getting support after being victimized by female genital mutilation. We are talking about maternity care for pregnant women. And, Mr Škripek, I think it shameful that you are insulting family planning organisations here by calling them an abortion industry, whereas sometimes they risk their lives and their well-being to help women who are at risk of serious health damage.

I find that unbelievable and we should not accept it as parliamentarians in this Chamber: these organisations are doing great work. We are talking about access to contraception here. We are talking about providing sex education, but we are also talking about giving women power over family planning and hence their freedom to decide about their own lives and be an equal part of society. We are talking about progress within societies. We are talking, indeed, about the Sustainable Development Goals, and, sadly, we are talking about an old white man in the White House who, in one of his first actions in power, has threatened all of these things. Approximately USD 600 million could be lost. We cannot let this happen. So, Commissioner, I urge you to increase the EU funding, to counteract and fill this decency gap, and also to take a very clear message to our colleagues in the US: we, as the European Union, will fight for the freedom and self-determination of women and girls all over the world.

Przewodniczący. – Faktem jest, że pan Škripek zgłosił się przez podniesienie niebieskiej kartki, ale ja chciałbym prosić, aby to nie była dyskusja czy debata między paniami posłankami a panem Branislavem i abyśmy jednak uznali, że każdy już raz z procedury niebieskiej kartki skorzystał.

Beatrix von Storch, *im Namen der EFDD-Fraktion*. – Herr Präsident! Es geht heute um die Finanzierung von Abtreibungsorganisationen. Die USA haben beschlossen, Abtreibung nicht mehr zu finanzieren, und jetzt will die EU in diese Lücke springen.

Abtreibung ist keine Zuständigkeit der Europäischen Union. Wir können doch nicht etwas finanzieren, für das wir gar nicht zuständig sind – wo kommen wir denn da hin? Außerdem ist in Deutschland Abtreibung immer noch eine Straftat! Sie ist nur in Ausnahmefällen nicht strafbar. Das einzige Gute an dieser Debatte ist, dass wir endlich wahr werden und Sie aufhören, von reproduktiver Gesundheit, von Humanität und Kinderschutz zu sprechen. Es geht um Abtreibung! Es geht um das Beenden des Lebens ungeborener Kinder – das kann man, glaube ich, ganz objektiv so sagen, das werden nicht mal Sie bestreiten.

Die EU ist dafür nicht zuständig, Abtreibung ist eine Straftat. Hören wir auf, diese Dinge finanzieren zu wollen, für die wir nicht zuständig sind und die strafbaren Handlungen sind, sondern kümmern wir uns um den Schutz des Lebens, anstatt es zu beenden!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Eleonora Forenza (GUE/NGL), *domanda «cartellino blu»*. – Volevo chiedere all'onorevole se considera il diritto delle donne all'autodeterminazione qualcosa di cui l'Unione europea si debba occupare, se considera il diritto all'autodeterminazione qualcosa che le Nazioni Unite hanno sancito come un diritto fondamentale, un diritto umano fondamentale e un diritto delle donne.

Io la prego di considerare che continuare a negare il fatto che le donne possono scegliere sul proprio corpo, questo sì, non ha nulla a che fare con l'Unione europea.

Beatrix von Storch (EFDD), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Also die *Global Gag Rule* – da geht es exakt und präzise um Abtreibung. Da geht es nicht um das ganze Andere, da geht es um Abtreibung, um das Beenden von Leben. Und wenn Sie die ganze Zeit davon reden, ob die Frauen ein Recht über ihren Körper haben: Ja, aber vielleicht auch mal vor der Zeugung. Dieses Reklamieren eines Rechts über den eigenen Körper setzt doch schon vor der Zeugung ein, und in 98 % der Fälle ist es eben keine Vergewaltigung, die zu einem ungewollten Leben führt.

Przewodniczący. – Chciałem się zwrócić do pani in 't Veld. Pani Poseł! Chciała Pani zadać pytanie, ale mam prośbę: jedno pytanie przez podniesienie niebieskiej kartki do jednego mówcy. Zatem jeżeli wystąpienie kogoś z mówców sprawi, że Pani pytanie nadal będzie aktualne, to proszę zadać je następnemu mówcy, dobrze? Proszę o wybaczenie, ale musimy się jakoś zorganizować.

Marie-Christine Arnautu, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, décidément tous les prétextes semblent bons dans cet hémicycle pour attaquer le nouveau président américain que vous vouez aux gémonies, tout comme vous n'avez de cesse de lancer d'ailleurs des anathèmes contre le président russe, au motif qu'il mène dans son pays une politique familiale qui ne vous convient pas.

Je comprends votre frustration de voir votre modèle de société rejeté et je m'en réjouis. Les États-Unis ne chercheront plus à imposer au reste du monde, par le biais d'ONG, comme le planning familial international, des normes politiques héritées de la révolution culturelle de mai 68. Et c'est une bonne nouvelle. La volonté américaine de bouleverser les structures familiales traditionnelles et sa promotion agressive de l'avortement urbi et orbi n'étaient pas en effet acceptables. Mais l'Union européenne n'a manifestement pas cette sagesse. Le rétablissement par M. Trump de la «politique de Mexico» – adoptée par les présidents républicains depuis Reagan et interdisant le financement des ONG pro-avortement – est un signe que notre vieux monde s'écroule et cela vous effraie. À tel point d'ailleurs, que le gouvernement socialiste français s'est cru obligé de faire voter une loi visant à interdire les sites internet qui présentaient simplement des solutions autres que l'avortement. D'ailleurs, je n'ai pas entendu, à ce moment-là, les habituels chantages de la tolérance s'indigner de cette atteinte manifeste à la liberté d'expression.

En revanche, pour faire la morale à M. Trump, la gauche, sa cohorte d'associations idéologisées et la droite molle se mettent toutes en branle. Mais c'est le droit le plus strict des États-Unis de choisir leurs propres critères de financement des ONG.

Les instances européennes, de concert avec les médias et les associations politisées, n'ont pas à instrumentaliser cette affaire pour nuire au président américain, élu démocratiquement, je vous le rappelle. Ce sont les mêmes qui sans cesse invoquent le droit international pour forcer les États à se soumettre au dogme libertaire qui, ici, ignore superbement, à la fois la souveraineté des États et les engagements internationaux.

À l'heure où près de 50 millions d'avortements sont pratiqués chaque année à travers le monde, la réduction du recours à l'avortement devrait réellement devenir un objectif de santé publique, comme le stipulent les engagements internationaux pris lors de la conférence du Caire en 1994.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Hilde Vautmans (ALDE), *“blauwe kaart”-vraag*. – Collega, ik vind dat u in dit debat twee dingen heel erg door elkaar hebt gehaald door Trump te vergelijken met Poetin. Laten we hier op het halfroond bij het debat blijven. Het gaat er vandaag om dat wij als Europa de president van Amerika laten weten dat vrouwenrechten voor ons allemaal gelden en dat wij vrouwenrechten over heel de wereld moeten respecteren.

Dus als u nu zo optreedt tegen abortus – ook al kennen wij natuurlijk allemaal al heel lang uw standpunt – dan betekent dat eigenlijk dat u tegen het zelfbeschikkingsrecht van alle vrouwen bent. Weet u, mevrouw, dat er elke minuut ergens ter wereld een vrouw sterft door een onveilige uitvoering van een abortus? Dit moet Europa een halt toeroepen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Madame le député, il ne vous aura pas échappé que je suis une femme et je suis un député français élu au Parlement européen. Ce que je vois, c'est que dans mon pays, depuis 20 ans, il y a 200 000 avortements par an et que, malgré toutes les campagnes d'information, ces avortements ne diminuent pas.

Je vous dis aussi qu'il y a eu énormément de campagnes d'information et que, contrairement à ce que vous dites – et c'est une contre-vérité –, nous ne sommes pas contre le droit à l'avortement, ni contre le droit à l'information. Je dis simplement que nous sommes pour le droit d'informer les femmes des autres possibilités qui s'offrent à elles. D'ailleurs, puisque vous parlez beaucoup de droit international, je vous rappelle que, justement, une obligation contractée par la France et la plupart des États de l'Union européenne en droit international, par rapport à cette convention du Caire, était de soutenir justement les enfants avant comme après la naissance, et de prendre des mesures appropriées pour les femmes, justement pour essayer de ne pas avorter.

Voilà ce que j'ai dit, rien de plus, rien de moins.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, I would just like to mention that, according to Parliament's rules, I was named by Mrs in 't Veld and Mrs Reintke by name and I had the right to react.

Przewodniczący. – Jeżeli chce Pan zareagować, bardzo proszę, po zakończonej debacie może Pan w granicach 3 minut wygłosić swoje osobiste oświadczenie. Zgoda?

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, ova politika SAD-a nije nikakva novost, ona postoji još od 1984. godine i u potpunosti je u skladu s međunarodnim konvencijama – programom djelovanja donesenim na Međunarodnoj konferenciji o stanovništvu i razvoju održanoj u Kairu te Pekinškom deklaracijom i platformom za akciju.

Ključno u tim dokumentima jest da pobačaj nije metoda planiranja obitelji i novac je pritom uskraćen isključivo organizacijama koje promoviraju pobačaj kao metodu planiranja obitelji. Sredstva nisu nestala niti su smanjena, kako se pogrešno navodi, ona su i dalje tu i primat će ih organizacije koje se bave zdravljem žena i djece. Pobačaj kojim se spašava život majke nije podložen ovoj politici. Također, pobačaj u slučajevima silovanja ili incesta nije obuhvaćen ovom zabranom, kao ni pot-pobačajna njega.

Ne postoji financijska praznina koju treba popuniti kada je u pitanju financiranje usluga planiranja obitelji. Financijska praznina stvorena je samo u odnosu na pobačaj kao metodu planiranja obitelji, a što je zakonom zabranjeno u većini zemalja u razvoju. Stoga, ako se nevladine organizacije drže zakona u tim zemljama i ne provode nezakonite pobačaje, ovom politikom ne bi trebale biti oštećene.

Apsolutno se protivim ideji da EU financijski potpomaže organizacije koje promoviraju pobačaj kao metodu planiranja obitelji u trećim zemljama. Novac od strane Europske unije treba biti dodijeljen organizacijama koje brinu o zdravlju žena i djece, a ne onima koje otvoreno promoviraju pobačaj kao metodu planiranja obitelji.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident! Es ist eine Schande, dass die neue US-Regierung unter Trump die Projekte zur Familienplanung in Entwicklungsländern nicht mehr finanzieren möchte. Die neue US-Regierung nimmt damit in Kauf, dass die bereits 18 Millionen unsicheren und illegalen Abtreibungen und die Müttersterblichkeit in den Entwicklungsländern zunehmen werden. Das bedeutet auch, dass im Falle von Vergewaltigung keine sicheren Abtreibungsdienste mehr zur Verfügung stehen. Dass Frau von Storch von der AfD das egal ist, ist erschreckend und zeigt, welch Geistes Kind sie ist. Deshalb fordere ich von der US-Regierung, ihre Entscheidung schnellstmöglich zurückzunehmen.

Ich begrüße zudem die Initiative der niederländischen Regierung, die entstehende Finanzlücke mit anderen Ländern – inklusive US-Stiftungen – schließen zu wollen. Über 20 Länder haben sich bereits dazu bereit erklärt. Deutschland hat leider noch keine Position dazu bezogen. Ich fordere die Europäische Kommission auf, die Mittel in diesem Bereich kurzfristig aufzustocken. Ebenso müssen die für den EU-Haushalt 2018 bereitgestellten Mittel hier für den Bereich der sexuellen, reproduktiven Gesundheit erweitert werden.

Die Welt ist hier gemeinsam in der Verantwortung, so wie wir die entwicklungspolitischen Ziele gemeinsam verabschiedet haben. Das Recht auf eine gute Gesundheit zählt auch für Frauen – das ist ein Menschenrecht!

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Wstrzymanie przez prezydenta Donalda Trumpa finansowania praktyk aborcyjnych na świecie to wspniany przykład niegasnącej młodości amerykańskiej republiki, natomiast atak na Stany Zjednoczone, który tu się odbywa, to kolejna konwulsja chorej Europy. W oficjalnym tytule tej debaty określono zablokowanie przemysłu śmierci jako „globalny knebel”. Tak nazwaliście amerykańskie zaangażowanie na rzecz cywilizacji życia, w chwili gdy socjalistyczne władze Francji wprowadziły drastyczną cenzurę sięgającą po kary więzienia, żeby zakneblować apele w obronie życia nienarodzonych. Europę niszczy dziś populizm, tak, Wasz populizm, populizm władzy, populizm, który powtarza społeczeństwu Europy „nie ma prawa moralnego prócz waszych życzeń”. Czas

stawić mu czoła, jeżeli Europa ma dalej żyć.

Charles Goerens (ALDE). – Monsieur le Président, prenons un exemple concret pour illustrer le drame créé par la règle du bâillon mondial: pour sauver la vie d'une femme enceinte en zone de conflit, le médecin responsable de son traitement ne voit plus d'autre solution que l'interruption de grossesse, en accord avec sa patiente. Est-ce qu'il doit expliquer les dispositions de la législation américaine à cette femme ou est-ce qu'il va la soigner? En pratiquant l'IVG en question, le médecin sauve une vie, mais il expose l'ONG pour laquelle il travaille, au risque de la voir privée, dorénavant, de toute aide publique venant des États-Unis.

Nous abordons ce thème aujourd'hui pour signaler à ce médecin que nous le soutenons, que nous trouvons ahurissant que son choix soit remis en question par la règle du bâillon mondial. S'il sauve une vie, il affaiblit son ONG. S'il veut que son ONG puisse continuer à fonctionner, il laisse mourir la femme enceinte.

Quiconque a la moindre idée des drames que vivent ces femmes, renonce à pratiquer le chantage que subit le secteur humanitaire du fait de l'application de cette loi. Laissons agir le médecin, en accord avec sa patiente. C'est ce que fait l'Union européenne et nous l'encourageons à persévérer dans cette voie.

Il y a quelques instants, j'ai entendu un fervent plaidoyer de M^{me} Storch pour le respect de la vie. Je me demande où était son légendaire humanisme lorsqu'elle a dit qu'il serait indiqué, de temps à autre, de fusiller les demandeurs d'asile au passage de la frontière.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor presidente. Desde luego, el nuevo Gobierno de los Estados Unidos ha declarado la guerra al feminismo. Y lo ha hecho cortando la financiación a ONG que trabajan para garantizar información y ayudar a las mujeres que desean interrumpir su embarazo de forma segura. Es inaceptable y, por ello, necesitamos responder con fondos estatales y de la Unión al desafío humanitario planteado por los Estados Unidos.

Señor comisario, recuerde que este Parlamento ha aprobado el mes pasado unas recomendaciones para que denuncien energicamente esta ley mordaza global en la reunión de la semana que viene de las Naciones Unidas sobre la condición jurídica y social de la mujer. Deben hacerlo, porque los derechos y las libertades de las mujeres no son moneda de cambio que dependa del color político de un gobierno o de quién gane las elecciones. Dentro o fuera de la Unión Europea. Deben ser derechos conquistados y permanentes. Es un derecho que cada una pueda ejercer libremente el control de su cuerpo. Nadie obliga a nadie.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, President Trump's global gag rule goes much beyond and much further than his predecessor's, another Republican President, Mr Bush. We do not quite yet know how far it goes but we can estimate that the work of non-US-based NGOs in all areas of global health assistance, including family planning, will be jeopardised. And this will directly threaten the lives of hundreds of millions of women and girls in the world.

We know also that the Bush rule, during its eight years, added 36 million unwanted pregnancies to the world, and it added 15 million abortions. Is this what you want? This is certainly not what I want. I want to get rid of these kinds of hypocritical interventions which are calling for a total ban or even criminalisation of abortion in the name of some obscure ideology in defence of life. What we need is to look at what really works, and what really works we can see, for instance, in Nepal. In Nepal, abortion was legalised in 2002, and we have seen that immediately, maternal deaths started to go down in numbers. We can also say that a good-quality sexuality education with a permissive abortion legislation is the best way to bring the numbers of abortions down. If that is what you want, then change your thinking.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Zdaniem Pani Poseł państwa, które chronią życie już przed narodzinami, to państwa obskuranckie. Ja chciałbym zapytać, czy Pani uważa, że Alcide de Gasperi albo Robert Schuman byli takimi obskuranckimi? Czy obskuranctwem panował w Europie wtedy, kiedy ci przywódcy zawierali traktaty rzymskie, których rocznicę będziemy niedługo obchodzić?

Heidi Hautala (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Schuman certainly was a great European politician. I am not disputing that. But I am sure that in order to get what you want, you have to look at figures. You should not just say ‘ban abortion’ or ‘stop supporting abortion services’. And, as I said, what we are seeing now is that this is also about stopping family planning.

We can all be very proud that the European Union fought against this rule during the Bush era, and I am convinced that the European Union will have a sensible and courageous approach on the question even now.

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, while I believe it is an obvious right that women’s health issues should be a concern for us all globally, I also believe it is the right of every nation to spend its taxpayers’ money in the way it sees fit. The fact of the matter is this is a decision for the government and people of the United States of America, and to call it war on feminism as someone did, is hyperbole and just demeans their argument.

We must look back in history and acknowledge that this legislation is a political football, even in the United States. Its origins go back as far as the Reagan administration. It has been brought in and rescinded by previous administrations as the republican and democratic fortunes have waxed and waned. The powerful religious factions who support this in the United States have a precise analogue here in Europe, where the Catholic Church strongly opposed Parliament’s own Sandbæk report.

Issues of this kind are heavily emotive and each person must reach into their own moral core to decide how to speak and vote. In the end, I believe it is not for the European Parliament to tell the US Government what to do. You would not be pleased if the positions were reversed, so I would urge you to consider these points.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Sophia in ’t Veld (ALDE), *blue-card question*. – Just to clarify one misunderstanding, we are not actually debating the US budget here. We are debating the EU budget. We may deplore what the United States has decided, but we cannot change it. But if you say that every state – or entity in this case, when we are talking about the EU budget – has the right to set its own priorities and decide on its own budget, I count on you being on my side when we table amendments to raise the budget for the issues we are discussing today.

Raymond Finch (EFDD), *blue-card answer*. – The fact is that it is entirely up to the EU how it spends its budget. As you are doubtlessly aware, I am not in favour of the EU having a budget, but I would be greatly in favour of individual nations – and I do not believe this is a nation – doing so, if that answers your question.

Constance Le Grip (PPE). – Monsieur le Président, à mon tour de m’inquiéter fortement de ce *Global Gag Rule*, cette règle du bâillon mondial que le président Trump vient de remettre au goût du jour de la manière la plus sévère et la plus sinistre possible, bien plus sévèrement que tous ses prédécesseurs.

Avec l’entrée en vigueur de cette règle du bâillon mondial, des organisations internationales, des associations internationales qui s’occupent de planning familial, qui développent des actions en matière de santé sexuelle et reproductive pourront se voir privées de tout financement en provenance des États-Unis d’Amérique.

Les signaux d’alerte ont été immédiatement lancés par toute une série d’organismes, par de grandes associations en Afrique, en Asie, en Amérique latine, par le *United Nations Population Fund*, par la grande association *Save the Children*: ce sont des centaines de milliers de femmes, de jeunes filles, de petites filles qui courent le risque de se voir privées d’accès à des soins de santé ou de planning familial, qui pourraient se voir à nouveau obligées d’affronter l’enfer des avortements clandestins qui sont – on le sait – terriblement dangereux pour la vie et la santé des femmes et des jeunes filles.

D’une façon plus générale, avec ces coupes budgétaires, c’est toute une série d’actions de prévention contre, par exemple, le virus du SIDA ou le virus Zika, qui pourraient se trouver menacées.

Il s'agit donc de faire face à nos responsabilités. Il revient à l'Union européenne et à ses États-membres de continuer de développer des actions humanitaires, ainsi qu'une politique de développement qui prenne en compte les nécessités de promouvoir des actions en faveur de la santé reproductrice et sexuelle partout dans le monde.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, di fronte al vergognoso attacco dell'amministrazione Trump è indispensabile un impegno forte dell'Unione europea a tutela dei diritti sessuali e riproduttivi delle donne.

Le politiche dell'amministrazione americana non colpiscono solo i principi cardine dell'Unione sulla parità di genere ma avranno ripercussioni disastrose sulle ONG e i programmi che diffondono la contraccezione, che prevengono la trasmissione di malattie, che tutelano il diritto all'aborto e promuovono la pianificazione familiare e la salute di madre e di bambini anche nei paesi in via di sviluppo.

La *global gag rule* crea un deficit di finanziamento attorno a 600 milioni di dollari. L'iniziativa «*She decides*» di *fund raising* globale lanciata dalla ministra olandese per controbilanciare gli effetti della *global gag rule* merita tutto il sostegno delle nostre istituzioni. Non basta l'indignazione! Mi rivolgo in particolare agli Stati membri: devono tradurre la condanna di questa norma in un aumento significativo dei finanziamenti e che siano risorse nuove, non spostate da altre priorità.

Le donne devono decidere sul proprio corpo, come abbiamo urlato in tante l'8 marzo alla *women's march*, «*My body, my choice!*».

Angelika Mlinar (ALDE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Mit einem einzigen Federstrich hat der Präsident der Vereinigten Staaten die Agenda für nachhaltige Entwicklung bis 2030 in Gefahr gebracht, und Frauen werden weltweit unter den fatalen Konsequenzen dieser sinnlosen Aktion leiden müssen. Denn hier geht es nicht um potenzielle Einsparungen, sondern darum, dass der weibliche Körper und die Rechte der Frauen wieder einmal als politisches Kampfgebiet genutzt werden. Doch solche politischen Spiele können lebensbedrohliche Konsequenzen nach sich ziehen. Denn unsichere Abtreibungen sind einer der fünf häufigsten Gründe für Müttersterblichkeit weltweit.

Daher, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen: Es ist höchste Zeit, aufzustehen. Es liegt jetzt an uns, an der Europäischen Union, Taten zu setzen und eine globale, progressive Allianz weltweit anzuführen. Wir können nicht einfach zusehen, wie solch zerstörerische Art, Politik zu machen, zur Normalität wird. Die EU und ihre Partner müssen ihre Anstrengungen zum Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit weiter steigern. Hierzu gehören sowohl eine Erhöhung der Entwicklungshilfe in diesen Bereichen, als auch eine stärkere Verfechtung dieser wichtigen Thematik in diplomatischen Beziehungen.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, per fortuna in questa discussione sono già intervenute centinaia di migliaia di donne, che l'8 marzo sono scese in piazza per il *Feminist strike*, per la Marcia mondiale delle donne, strappando quell'orrenda fotografia con cui il presidente Trump, circondato da uomini, voleva decidere – e vuole decidere – sul corpo delle donne.

Io sono sinceramente furiosa per aver ascoltato anche oggi in quest'Aula parole di deputati che vogliono negare a me, donna, a noi donne, il diritto di decidere sul nostro corpo.

Credo che dobbiamo aver chiaro che questo taglio di 10 milioni di dollari avrà un effetto negativo sulla vita di circa 460 000 ragazze, per lo più le ragazze più deboli e più povere. Credo che non ce lo possiamo permettere.

Voglio ancora ricordare che nell'Unione europea 14 paesi non hanno ancora sottoscritto la Convenzione di Istanbul. Noi dobbiamo prendere le distanze dalla politica del presidente Trump ma abbiamo anche noi, ancora, moltissima strada da fare.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Sie erinnern sich wohl alle daran, als Trump die Global Gag Rule unterschrieben hat, umgeben von lauter alten, älteren – vielleicht auch ein paar jüngeren – weißen Männern. Das bedeutet, dass in Zukunft pro Jahr ungefähr 600 Mio. Dollar nicht mehr verfügbar sind. Und da geht es nicht nur um Abtreibungen – lassen Sie sich das einmal gesagt sein: Da geht es um Verhütungsmittel, da geht es um Aufklärung, da geht es um HIV/AIDS-Prävention.

Diese Gag Rule bedroht das Leben von Mädchen und Frauen, von schon geborenen Mädchen und Frauen. Und wissen Sie: Ungewollte Schwangerschaften beziehungsweise unsachliche Abtreibungen bei Engelmacherinnen, das ist die zweithäufigste Todesursache von Mädchen und jungen Frauen zwischen 15 und 19. Und Sie, die dagegen argumentieren, wollen das noch verstärken.

Wir – und da danke ich auch der Kommission – auch wir hier im Europaparlament, die Mehrheit unterstützt das Programm „She decides“, diese neue Initiative, angeführt von der niederländischen Entwicklungsministerin plus Belgien, Dänemark und Schweden, dass es hier weitergeht. In wenigen Wochen wurden schon über 180 Mio. Euro dafür gespendet. Das muss noch weitergehen.

Ich bin enttäuscht, dass mein eigenes Heimatland, die Regierung Österreichs, nicht bereit ist, hier mitzuzahlen. Ich glaube, das wäre die Aufgabe jedes EU-Mitgliedstaats, dazu beizutragen, dass hier tatsächlich mehr getan werden kann. Denn das Prinzip der Feministinnen aus den 70er-Jahren gilt auch heute: Mein Körper gehört mir, und ich entscheide selbst.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, documentation and analysis of the impact of the global gag rule has shown that the policy restricts a basic right to speech and the right to make informed health decisions, as well as harming the health and lives of poor women by making it more difficult to access family planning services. It has also been found that the policy does not reduce abortion.

I strongly believe we cannot make any compromise on gender equality. It is the world's poorest women and girls who will bear the brunt of any funding cuts. The EU has to ensure the effective implementation of its international aid programmes, in view of the restrictions imposed by partner donors. In the light of the current developments, the European Union's role in defending the rights of women and girls through its international aid becomes even more important.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Linnéa Engström (Verts/ALE). – Fru talman! Herr kommissionär! Det här går ut till president Donald Trump och alla er som tar er rätten att bestämma över kvinnors kroppar. Ingen ska ta ifrån en kvinna rätten att avsluta en graviditet om hon så vill. Att göra det svårare för kvinnor att göra abort leder bara till fler illegala aborter som utförs med stora risker för kvinnors liv och med stora kostnader för samhället. Det handlar verkligen om liv och död.

Jag är redo att ta upp kampen för kvinnors rättigheter, sexuella och reproduktiva rättigheter och friheten att välja. Två miljoner flickor föder barn innan de har fyllt femton år. De flickorna behöver inte mindre stöd, utan de behöver mer. Det handlar precis om det som president Trump och flera andra abortmotståndare inte vill ge kvinnor rätten till – rätten till den egna kroppen.

Vilka regeringar i Europa ställer sig upp och säger: "Nu får det vara nog. Hon bestämmer alltid"? Sveriges regering tillsammans med ett 50-tal länder samlades i mars på konferensen *She Decides* i Bryssel. Konferensen samlade in 180 miljoner euro från en mängd länder världen över för sexuella och reproduktiva rättigheter. Motståndet växer mot *the global gag rule*. Tillsammans är vi starka.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta. Se calcula que 225 millones de mujeres en los países en desarrollo desearían prevenir o retrasar el embarazo, pero no tienen acceso a los métodos anticonceptivos y a los servicios de salud disponibles. Más de 800 mujeres y niñas mueren a nivel mundial por causas prevenibles relacionadas con el embarazo y el parto todos los días, incluyendo abortos inseguros.

No nos confundamos. No estamos ahora ante un debate sobre aborto sí o aborto no. La ley mordaza de la Administración del señor Trump lo que hace es bloquear la financiación de todas aquellas organizaciones que están trabajando en el ámbito de la salud, salvando vidas de mujeres y facilitando el acceso a los métodos de planificación familiar —prevención de embarazos no deseados—. Por lo tanto, creo que es necesario que se traslade la sensibilidad de este Parlamento hacia una medida que está poniendo en peligro la vida de millones de mujeres.

El señor comisario nos ha trasladado el compromiso que existe por parte de la Comisión Europea con respecto a fondos destinados a esta materia. Pero nosotros pedimos más. Queremos que haya un compromiso de compensar también la falta de fondos provocada por esta ley mordaza. Damos la bienvenida a la iniciativa «She Decides» del Gobierno neerlandés para compensar esta falta de fondos. Y, además, esta misma mañana, en un informe aprobado en el Parlamento Europeo de forma mayoritaria, hemos pedido una mayor contribución por parte de las instituciones europeas en esta materia.

Estamos hablando de la vida de millones de mujeres que no pueden acceder a estos servicios de planificación familiar si no es gracias a la labor que hacen estas organizaciones no gubernamentales, que creo que se merecen hoy, aquí, un gran agradecimiento por la labor que están desarrollando.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Kaip žinote, Europos Parlamentas vasario mėnesio plenarinėje sesijoje patvirtino savo rekomendacijas Tarybai dėl Europos Sąjungos prioritetų 61-ojoje Jungtinių Tautų Moterų padėties komisijos sesijoje ir jose Parlamentas labai griežtai smerkia vadinamąją visuotinio nutildymo taisyklę, nes iš tikrųjų mano, jog ši taisyklė yra tiesioginis išpuolis, tiesioginis žingsnis atgal moterų ir mergaičių teisių srityje. Be to, ši taisyklė praktiškai gali reikšti, kad finansiškai nukentės daugelis susijusių sveikatos apsaugos ir ligų prevencijos programų trečiosiose šalyse, tokių kaip, pavyzdžiui, motinos ir vaiko sveikatos, kovos su Žikos virusu ar kovos su AIDS. O to mes tikrai neturime teisės leisti, todėl tikrai manau, kad Europos Sąjunga, esant tokiai situacijai, tiesiog privalo stiprinti savo teikiamą paramą trečiosioms šalims šeimos planavimo srityje per humanitarinę pagalbą ir pagalbą vystymuisi.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, le 23 janvier, l'administration Trump prend la décision d'arrêter le financement d'ONG, uniquement en raison du fait que ces ONG financent des services qui servent les droits des femmes et le droit à l'éducation sexuelle et reproductive.

Cette décision va priver d'accès des millions de femmes du monde entier à des moyens de contraception. Elle va accentuer le recours à l'avortement clandestin, qui est risqué – on le sait – pour les femmes. Elle va augmenter le nombre de décès, qui sont des décès maternels, mais aussi augmenter le nombre de maladies gynécologiques, telles que les fistules, ou soulever la question de la prévention en ce qui concerne le SIDA. Nous ne pouvons donc que prendre une position au niveau européen, c'est-à-dire non, nous ne critiquons pas la question américaine, nous disons «quel rôle avons-nous à jouer sur la scène internationale en matière de droit et de droits des femmes?».

Je pense que c'est notre devoir de pouvoir compenser ce que les Américains ne font plus aujourd'hui. Aujourd'hui, «She decides» a réussi à récolter des fonds pour un montant de 180 millions. Je pense que nous devons compléter les moyens qui ont été obtenus par «She decides».

Edouard Martin (S&D). – Madame la Présidente, la règle du bâillon mondial a été l'un des premiers décrets de Trump. Il n'a pas seulement décidé de réintroduire cette réglementation draconienne, mais aussi d'en élargir le périmètre. Désormais cette règle frappe non seulement les organisations de planification familiale, mais également toutes les ONG qui, dans le cadre d'une approche de santé globale, offrent ou orientent vers des services de santé sexuelle et reproductive. On est donc bien au-delà d'un simple fléchage de subventions publiques américaines. Les ONG doivent s'engager à ne pas parler ou à ne pas proposer d'avortement, même sur leurs fonds propres. Cette règle privera de fonds toute organisation qui refusera de s'y plier et de s'autocensurer, d'où la notion de bâillon. Résultat: ce sont 600 millions d'euros sur les quatre prochaines années qui sont menacés, selon les Pays-Bas, qui ont lancé un fonds de campagne et de collecte. Nous soutenons cette campagne et cette collecte-là, et nous poussons pour que l'Union européenne et les États membres qui sont restés silencieux abondent également ces fonds.

C'est la liberté de choix qui est bâillonnée, ce sont des millions de vies de femmes qui sont menacées, alors Monsieur le Commissaire, quelle initiative entendez-vous prendre pour apporter une réponse collective et solidaire?

Paul Tang (S&D). – Donald Trump schreeuwt van alles in en tegen de media. Maar de details over zijn *global gag rule* komen stilletjes aan naar buiten en die zijn ontstellend. Ziekenhuizen die abortussen uitvoeren, komen niet meer in aanmerking voor fondsen. Op deze manier wil Trump 600 miljoen bezuinigen en dat raakt direct aan de gezondheid en de keuzevrijheid van de meest kwetsbare vrouwen ter wereld.

De rechten van deze vrouwen mogen echter niet afhangen van wie er in het Witte Huis zit. Daarom geef ik een pluim aan Lilianne Ploumen, die direct na de aankondiging van Trump *She Decides* heeft gelanceerd, en aan alle landen, personen en organisaties die al meer dan 200 miljoen euro hebben toegezegd.

She Decides verdient alle mogelijke steun om Trumps decreet terug te draaien en tragedies te voorkomen. Ik hoop dat de Commissie en de nog ontbrekende lidstaten nu ook met een directe, substantiële bijdrage zullen komen.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, Evropská unie je známá jako největší donátor pro humanitární a rozvojovou pomoc a zdravotní péče do těchto programů samozřejmě patří. Jsem pro to, aby EU financovala lékařskou pomoc proti epidemiím a především zdravotní lékařskou péči, která v těchto afrických zemích často chybí. Nesouhlasím s tím, aby se z prostředků EU financovaly potraty nad rámec života zachraňujících zákroků. Pokud má EU něco financovat, pak to musí být zdravotní péče, která život lidí chrání, zachraňuje a ne ničí. EU by měla financovat vzdělávání, osvětu a základní zdravotní a preventivní péči. Potrat, milé dámy, není prevence. Nesouhlasím s financováním těchto programů.

Julie Ward (S&D). – Madam President, Donald Trump is certainly proving the substance of his misogyny to the world because stifling global funds for women's reproductive health was one of his first acts as President. The fact of shutting us up, keeping women and girls subordinate, and starving women's health programmes in the poorest countries of the vital money they need to save lives, is in itself an act of violence. Therefore I applaud the European governments which have come together and pledged to replace US aid money that is being pulled away worldwide.

Let us all commit here to replace every dollar withdrawn with money from Europe. I hope that the Commission and all the EU governments will step up to the mark.

However, my own UK Government has not yet committed to the initiative. I think that Theresa May's holding hands with President Trump, hoping for a trade deal at any cost, shows that she has lost international credibility on issues such as this. It is only through solidarity and cooperation that we can turn back this misogynist tide.

Let us show this un-President Trump that this is about our bodies, our choice, our rights.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι από τη συζήτηση προκύπτει ένα αβίαστο συμπέρασμα, ότι το κενό που εμφανίζεται πλέον στη χρηματοδότηση λόγω της πολιτικής των Ηνωμένων Πολιτειών θα πρέπει να το καλύψει η Ευρωπαϊκή Ένωση, θα πρέπει να το καλύψουν τα κράτη μέλη, θα πρέπει και η ίδια η Ευρώπη να αναζητήσει τρόπους για να ευρεθούν οι αναγκαίοι πόροι, διότι είναι δεδομένο ότι χρειάζεται η βοήθεια από ευρωπαϊκής πλευράς στον Τρίτο Κόσμο, χρειάζεται να υπάρχει ενημέρωση των πολιτών στις περιοχές αυτές, χρειάζεται να υπάρχει διαπαιδαγώγηση στα ζητήματα που έχουν σχέση και με τη σεξουαλική υγεία, χρειάζονται πολύ συγκεκριμένες παρεμβάσεις. Άρα λοιπόν, αντί να αφιερώνουμε πολύ χρόνο στο να κάνουμε κριτική στην πολιτική των Ηνωμένων Πολιτειών, οφείλουμε μάλλον να αναζητήσουμε τους τρόπους με τους οποίους η Ευρώπη μπορεί να καλύψει πραγματικά αυτό το κενό, και νομίζω ότι σε αυτή την κατεύθυνση πρέπει να πάμε όλοι μαζί.

Hilde Vautmans (ALDE). – President Trump was nog maar amper een week president toen hij de *global gag rule* uitgebreid invoerde. Omringd door – dat mag ik toch wel zeggen, collega's – oude grijze mannen.

Nu dat is niet zo uniek: zijn Republikeinse voorgangers hebben hem dat voorgedaan. Maar hiermee, in combinatie met zijn seksistische uitspraken, denk ik dat hij ons allemaal, alle vrouwen hier op het halfroond, heel erg hard raakt.

We weten allemaal dat Amerika een wereldspeler is. Daarom moeten we als Europa harder optreden. We moeten als Europa zeggen: het kan niet zo zijn dat we raken aan verworven vrouwenrechten. Want daar gaat het hier om: hij schroeft financiering terug, maar doet ook seksistische uitspraken.

Dus ik steun de collega's die ervoor hebben gepleit om *She Decides* te steunen, ik steun de Belgische minister Alexander De Croo. Wij waren daar, ik was op dat symposium. Wat je daar voelde was fenomenaal. Dát zou ik hier in het Europees Parlement willen voelen.

Daarom, meneer de commissaris, mijn vragen: wat gaan we doen om de effecten tegen te gaan? Gaan we *She Decides* aanvullend financieren? Wat gaan we doen om op te treden tegen seksisme?

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, είναι μια απόφαση αυτή η οποία επηρεάζει κυρίως τις φτωχές γυναίκες. Είναι γι' αυτό που πρέπει να αντισταθούμε. Έχουμε χρέος ως Ευρωκοινοβούλιο να στηρίξουμε αυτές τις γυναίκες. Το Gag Rule του κυρίου Trump προσβάλλει το σύνολο των γυναικών παγκόσμια, και δεν συμβιβάζομαστε με αυτή τη μείωση των πόρων αλλά αναζητούμε ταυτόχρονα τρόπους αναπλήρωσής τους, διαφορετικά μιλάμε χωρίς αποτελέσματα. Η μείωση των πόρων οδηγεί σε εκτρώσεις εκτός οργανωμένων ιατρικών κέντρων, με δυσάρεστα, πολλές φορές, αποτελέσματα. Πρέπει να πάει σαφές μήνυμα στον κύριο Trump.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το σοβαρό πρόβλημα των αμβλώσεων, το οποίο ήρθε στην επιφάνεια με την πρόσφατη απόφαση της κυβέρνησης των Ηνωμένων Πολιτειών να μη χρηματοδοτεί τις ΜΚΟ που υπερασπίζονται τις αμβλώσεις, είναι ένα θέμα το οποίο δεν επιλύεται ούτε με πολιτικές ούτε με οικονομικές αποφάσεις. Δεν υπάρχει αμφιβολία ότι η γυναίκα έχει το δικαίωμα να αποφασίσει εκείνη για το αν θα διακόψει την κύησή της ή όχι. Δεν υπάρχει όμως και αμφιβολία ότι με την έκτρωση διαπράττεται ένα έγκλημα, μία δολοφονία ενός αδούου και ανυπεράσπιστου πλάσματος. Αντιλαμβάνεστε λοιπόν σε τι τρομερό ψυχολογικό δίλημμα βρίσκεται μια γυναίκα όταν κληθεί να διακόψει ή όχι την κύησή της; Μπορεί να φανταστεί κανείς τι επιπτώσεις –όχι τόσο σωματικές όσο κυρίως ψυχολογικές– θα έχει στη γυναίκα αυτή η οποιαδήποτε απόφαση της; Εάν λοιπόν θέλουμε να αντιμετωπίσουμε το πρόβλημα, να στηρίξουμε την οικογένεια, θα πρέπει να διαπαιδαγωγήσουμε σωστά τα κορίτσια μας και να ενημερώσουμε τις νέες γυναίκες σε όλο τον κόσμο, ούτως ώστε, εάν ποτέ χρειαστεί να βρεθούν σ' αυτό το δίλημμα που ανέφερα προηγουμένως, να το αντιμετωπίσουν με σοβαρό τρόπο.

(End of catch-the-eye procedure)

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, thank you for this timely discussion – very constructive and very productive. Also thank you for your suggestions and questions. I will try to meet your concerns and your worries.

First of all, you may be assured that the European Commission will remain alert on this issue. We have to remain alert on this issue. But also let me reiterate once again: our action is not dependent on others. And I would like to be clear: our policies are driven by our own priorities and by our own values, not by what others do or stop doing.

At the same time, if we see a funding gap in development and humanitarian aid, we look into stepping up our assistance to health and gender-based violence projects, should that be needed. And of course, I count also on your – the European Parliament's – support to reinforce the budgets.

My final point, last but not least. Some colleagues referred to the need to inform our partner organisations on the ground. As far as I am concerned we have over 200 humanitarian partners on the ground, in the humanitarian and development field, registered in the EU. And they know better what to do on the ground to help women in need. I have witnessed their knowledge and their action in my missions on the ground around the world. On the other hand, our partners work with local implementing organisations. If there is an information gap there, I stand ready to discuss with our partners how best to address this without compromising humanitarian access and the overall safety of the people in need and of the humanitarian workers. This is my promise regarding the formation of our humanitarian partners and, of course, regarding the possible funding gap.

President. – Before I close the debate, Mr Škripek has asked to make a personal statement under Rule 164, which we will now invite him to do. But I would just say that, as you will be aware, you may not speak on the substantive matter but obviously address observations or rebut remarks that were made about you in person. So I now give you the floor under Rule 164.

Branislav Škripek (ECR). – Madam President, I did not answer the question I was given because I objected to the fact that I was named by Mrs in 't Veld and Mrs Reintke. I was named because of the content of the debate, so I feel that I have the right to answer. Please explain your objection to me speaking about the content of this debate. Mrs in 't Veld did not attack me. She asked me a real question about this debate, as did Mrs Reintke. So I do not feel attacked, but challenged by the question and they named me by name.

President. – Mr Škripek, as you know, I was not in the Chair during that exchange. Rather than addressing this now (because the debate is almost formally finished), I propose that you address the issue that was raised in the Minutes of the sitting. If I had been in the Chair I could perhaps be more specific, but because this was left to the end of the sitting, and under Rule 164 there are very particular issues that can be addressed rather than the substance of the debate, with your permission, if you would be happy to address this in the Minutes of the sitting, we could accommodate that.

Branislav Škripek (ECR). – So what I want to say should be in the Minutes?

President. – If it was a question that was raised in the format of normal questions – blue cards – then it should have been addressed at the time of the debate. I was not in the Chair so I cannot make that judgment now, but I would ask you to talk to the services and we will address your concerns in some other manner rather than at this point. Thank you for your understanding.

The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

José Blanco López (S&D), por escrito. – 225 millones de mujeres en los países en desarrollo desearían prevenir o retrasar el embarazo, pero no tienen acceso a los métodos anticonceptivos y a los servicios de salud. Más de 800 mujeres y niñas mueren cada día en el mundo por causas prevenibles relacionadas con el embarazo y el parto, incluyendo abortos inseguros. No estamos ante un debate sobre aborto sí o aborto no. La «ley mordaza» de la Administración Trump lo que hace es bloquear la financiación de todas aquellas organizaciones que están trabajando en el ámbito de la salud, salvando vidas de mujeres y niños y facilitando el acceso a los métodos de planificación familiar para prevenir embarazos no deseados. Es muy importante que este Parlamento denuncie una medida que está poniendo en peligro la vida de millones de mujeres. Damos la bienvenida a la iniciativa «SheDecides» del Gobierno neerlandés para compensar la falta de fondos. Hemos aprobado un informe que pide una mayor contribución por parte de las instituciones europeas en esta materia. Estamos hablando de la vida de millones de mujeres que solo pueden acceder a los servicios de salud gracias a la labor que hacen las ONG, que se merecen nuestro agradecimiento y ayuda.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – 225 millones de mujeres en los países en desarrollo desearían prevenir o retrasar el embarazo, pero no tienen acceso a los métodos anticonceptivos y a los servicios de salud. Más de 800 mujeres y niñas mueren cada día en el mundo por causas prevenibles relacionadas con el embarazo y el parto, incluyendo abortos inseguros. No estamos ante un debate sobre aborto sí o aborto no. La «ley mordaza» de la Administración Trump lo que hace es bloquear la financiación de todas aquellas organizaciones que están trabajando en el ámbito de la salud, salvando vidas de mujeres y niños y facilitando el acceso a los métodos de planificación familiar para prevenir embarazos no deseados. Es muy importante que este Parlamento denuncie una medida que está

poniendo en peligro la vida de millones de mujeres. Damos la bienvenida a la iniciativa «SheDecides» del Gobierno neerlandés para compensar la falta de fondos. Hemos aprobado un informe que pide una mayor contribución por parte de las instituciones europeas en esta materia. Estamos hablando de la vida de millones de mujeres que solo pueden acceder a los servicios de salud gracias a la labor que hacen las ONG, que se merecen nuestro agradecimiento y ayuda.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – 225 millones de mujeres en los países en desarrollo desearían prevenir o retrasar el embarazo, pero no tienen acceso a los métodos anticonceptivos y a los servicios de salud. Más de 800 mujeres y niñas mueren cada día en el mundo por causas prevenibles relacionadas con el embarazo y el parto, incluyendo abortos inseguros. No estamos ante un debate sobre aborto sí o aborto no. La «ley mordaza» de la Administración Trump lo que hace es bloquear la financiación de todas aquellas organizaciones que están trabajando en el ámbito de la salud, salvando vidas de mujeres y niños y facilitando el acceso a los métodos de planificación familiar para prevenir embarazos no deseados. Es muy importante que este Parlamento denuncie una medida que está poniendo en peligro la vida de millones de mujeres. Damos la bienvenida a la iniciativa «SheDecides» del Gobierno neerlandés para compensar la falta de fondos. Hemos aprobado un informe que pide una mayor contribución por parte de las instituciones europeas en esta materia. Estamos hablando de la vida de millones de mujeres que solo pueden acceder a los servicios de salud gracias a la labor que hacen las ONG, que se merecen nuestro agradecimiento y ayuda.

11. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on EU priorities for the UN Human Rights Council sessions in 2017 (2017/2598(RSP)).

Christos Stylianides, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, just a few days ago the European Council adopted conclusions on the European Union's priorities in the United Nations human rights fora in the current year, 2017. The promotion and protection of human rights is central in our external action. It is consistent with our values, but also with our interest to foster resilience for societies in our region and beyond. I would like to thank the European Parliament for its continuing support in this area.

The international community asks governments to respect human rights as universal, indivisible, independent and inter-related values. All fundamental freedoms should be universal. I am therefore proud to say that the European Union is in the lead on many key debates in the Human Rights Council in the General Assembly. Looking at the ongoing session of the Human Rights Council, we will run the regular EU resolution on freedom of religion or belief. This is a complex resolution aimed at promoting a universal approach to religion or belief. We also continue to work with the Organisation for Islamic Cooperation to ensure a good relationship with their resolution on defamation of religion. We will also run, with our partners in the Latin American and Caribbean Group, a resolution on the rights of the child. Our focus shall be on the implementation of Agenda 2030 and the objective of leaving no child behind.

Let me now refer to the specific situation in some countries. The conflict in Syria remains the most serious humanitarian crisis facing the world. The European Council has stated several times that the situation in Syria should be referred to the International Criminal Court, calling on the UN Security Council to take action.

With regard to the situation in Ukraine, we are accompanying the government's reform agenda. At the same time, we continue to focus on the reports by the Office of the High Commissioner for the Human Rights Monitoring Mission, as well as the grave situation in the illegally-annexed Crimea peninsula.

Now on the Democratic Republic of North Korea. We will co-present with Japan a strong resolution calling for accountability and extending the mandate of the Special Rapporteur. The resolution will also reflect developments such as the UN Security Council meeting in December, the well-supported UNGA resolution and the new report from the group of experts on accountability.

On Myanmar, the goal of our resolution remains stopping the ongoing violations of human rights in several regions of the country, in particular against persons belonging to the Rohingya population in Rakhine State.

In light of the high rate of application of the death penalty in Iran, and with an eye to improving the human rights situation in the country, we will support the extension of the mandate of the Special Representative.

Allow me one final word on migration. We all know how delicate this issue is and how exposed to abuses these men, women and children can be on their long and dangerous journeys. For this reason, we are working with the UN High Commissioner for Refugees and with the International Organisation for Migration to improve the living conditions of migrants and refugees all along the routes. No other power is as engaged as we are in the protection of the rights of migrants. Thank you for your attention, and I look forward to our discussion.

Andrzej Grzyb, w imieniu grupy PPE. – Sytuacja praw człowieka na świecie, o czym mówimy na tej sali nie po raz pierwszy, jest alarmująca. Szczególnie w obszarach otwartych, ale też w rejonach zamrożonych konfliktów zbrojnych, w tym także w naszym bliskim, wschodnim i śródziemnomorskim sąsiedztwie. Potwierdziło to również doroczne sprawozdanie Parlamentu Europejskiego dotyczące praw człowieka w świecie, które przyjmowaliśmy w grudniu ubiegłego roku. Różnego rodzaju reżimy nasilają represje i wyrażam poważne zaniepokojenie pogarszającą się sytuacją społeczeństwa obywatelskiego w wielu miejscach, w tym także mediów, w wyniku przejmowania również rozwiązań, które mają charakter stygmatyzujący, na przykład mówienia o tym, że są rzekomo agentami zewnętrznymi czy zagranicznymi. Wielu działaczy praw człowieka, w tym dziennikarzy, blogerów, przedstawicieli organizacji pozarządowych, jest pozbawionych wolności albo poddawanych różnego rodzaju represjom. Dotyczy to również obrońców praw człowieka, którzy zostali nagrodzeni nagrodą Sacharowa przyznaną przez Parlament Europejski.

Na szczególną uwagę zasługuje fakt, że w rezolucji podkreślamy trudną sytuację w zakresie wolności religii i wyznania. Też nie po raz pierwszy: Bliski Wschód, Afryka Północna, również niektóre kraje Azji. Wspieramy w tym dziele specjalnego wysłannika Unii Europejskiej do spraw wolności religii i wyznania Jana Figla. Wspieramy również stałego sprawozdawcę Rady Praw Człowieka ONZ do spraw wolności religii i wyznań Ahmeda Shaheeda.

Chrześcijaństwo to obecnie najbardziej prześladowana grupa religijna na świecie. Do szczególnie dramatycznych sytuacji dochodzi na Bliskim Wschodzie i w Afryce. Musimy dołożyć wszelkich starań, aby ten exodus chrześcijan, ale również wyznawców innych religii, po prostu zakończyć. Świat musi wyciągnąć wnioski z tych okrucieństw, a potrzeba sprawiedliwości i pojednania nie może zostać zastąpiona przez logikę zemsty. W rezolucji wspieramy działania Międzynarodowego Trybunału Karnego. Wzywamy tutaj ponownie – dziękuję za tę deklarację Panie Komisarzu – jeżeli chodzi o wysiłki na terenie ONZ, które zmierzają do ukarania tych zbrodni, które są ludobójstwem, są zbrodniami przeciw ludzkości i zbrodniami wojennymi.

W czasie trwającej sesji Rady Praw Człowieka również będzie poruszona kwestia osób niepełnosprawnych. To ważny temat, którym Parlament musi zająć się większym wymiarze. Włączyliśmy się w ten temat będący priorytetem Podkomisji Praw Człowieka Parlamentu Europejskiego. Delegacja będzie w Genewie między innymi w dniu 21 marca, to jest dzień osób z zespołem Downa. Będą tam również młodzi ludzie, którzy na to chorują. Sesja Rady Praw Człowieka to również czas kontaktów dwustronnych, między innymi ze specjalnymi wysłannikami i sprawozdawcami, którzy zajmują się obszarami lub krajami problemowymi.

Kontynuujemy również nasze wsparcie dla zniesienia kary śmierci. Chcemy również, aby Ukraina i sytuacja w tym sąsiedzkim kraju została uregulowana, aby poprawiła się sytuacja humanitarna w Donbasie, aby półtora miliona przesiedlonych wewnętrznie ludzi mogło uzyskać status ludzi, którzy mogą żyć godnie.

Soraya Post, för S&D-gruppen. – Fru talman! Kära kolleger! Nästa vecka så åker vi en delegation från Europaparlamentet till Genève för att för fram vår gemensamma ståndpunkt vad gäller läget för mänskliga rättigheter i världen. Jag vill inleda med det viktigaste: EU måste nu mer än någonsin tidigare med klar röst skydda, främja och förstärka det som är ursprunget och stommen för EU – fred och fredligt samarbete mellan länder.

Vi har ett superverktyg i våra händer, förverkligandet av de mänskliga rättigheterna. Låt oss på allvar börja använda detta nu. EU måste också arbeta närmare FN, i synnerhet vad gäller FN:s olika mekanismer för mänskliga rättigheter. Detta är ett mycket viktigare samarbete än frågor om inre marknad eller gemensam valuta. Förstå mig rätt: Frågor om ekonomi är centrala, men vi måste komma ihåg att de endast är verktyg, inte ett mål i sig. Målet måste vara en politik som ger varje människa trygghet och frihet varje dag.

När vi blickar ut över världen i dag så ser vi ökade spänningar, krigshets, ockupation och regelrätta krig. Den patriarkala logiken och retoriken säger att vi måste sätta hårt mot hårt, att vi måste skydda gränser och försvara oss, öka försvar, inrätta militärallianser, rusta för krig. Vi hör dessa argument slingra runt våra ben i försök att få oss att falla omkull.

Det som vi ser av historien är dock att denna patriarkala logik om hets inte skapar ökad trygghet och säkerhet, tvärtom. Den leder oss till krig och förstörelse och avhumanisering. Den leder till en situation där vi på något omänskligt sätt kan rättfärdiga att se barn dö och kvinnor våldas för att försvara en kulle.

Att involvera kvinnor i uppbyggnaden av samhällen som genomlidit en konflikt är en grundbult i att söka försoning för att gå vidare som mänsklighet. Här är det otroligt viktigt att vi inte tillåter förövare att gå vidare i livet utan straff. Att ge upprättelse för offer är centralt för fredsprocessen. Även i fredstid blir kvinnors rättigheter starkt ifrågasatta. Våra sexuella och reproduktiva rättigheter möter ett högljutt motstånd. Liksom våldet slår detta motstånd rakt mot kärnan av vår frihet – friheten att kunna bestämma över vår egen kropp. Här måste vi ta en tydlig ställning till rätten att få vara ett mänskligt subjekt.

Samma alarmerande utveckling ser vi vad gäller dödsstraffet. Flera länder har brutit sitt uppehåll i avrättningar, och några diskuterar också att införa dödsstraffet igen. Här måste EU och FN vara tydliga med sin nollacceptans i fråga om statliga avrättningar. Varje människa har rätt till sitt liv.

Vi ser kort sagt ett växande globalt motstånd mot de mänskliga rättigheterna. Dess försvarare möter allt fler hot och blir utsatta för såväl åtal som förtal. Vägen framåt kräver mod och ett tydligt ställningstagande för de mänskliga rättigheterna. Det modet måste EU nu visa.

Bas Belder, namens de ECR-Fractie. – Één vraag houdt mij eigenlijk al jaren bezig: is er nog een toekomst voor christenen in het Midden-Oosten? Dit is vandaag de dag een veelzeggende, deprimerende *hot topic* bij paneldiscussies. Denk bijvoorbeeld aan de gedachtewisseling op de Veiligheidsconferentie in München, nog geen maand geleden.

Als ik met insiders in de regio spreek over de toekomst van christenen in Syrië en Irak, hoor ik sombere scenario's: nauwelijks tot geen toekomst. Tegelijkertijd een schrikbeeld voor christenen in de Arabische buurlanden, al naarstig op zoek naar vluchtwegen als het onverhoopt ook fout mocht gaan in eigen land. Ik denk bijvoorbeeld aan Jordanië.

Dat leidt mij tot de eerlijke, urgente vraag aan de Europese Unie: welke prioriteit – want het gaat vandaag toch over prioriteiten – genieten de grondrechten respectievelijk mensenrechten van oosterse christenen binnen onze internationale opstelling?

Met als vervolgvraag: indien dat werkelijk het geval is, welke concrete strategie hanteert de EU om de exodus van christenen in het Midden-Oosten te stoppen?

Tussen haakjes: op de genoemde conferentie in München sprak een prominente Duitse politicus zonder omwegen over "christocide" in het Midden-Oosten. Haar en mijn klemmende vraag aan onszelf, aan de EU: kijken wij bij deze humanitaire catastrofe passief toe?

Ik eindig toch met een lichtpuntje. Begin deze maand verenigden jezidi's, Turkmenen, shabak en christenen in Irak zich in een nieuw initiatief, al-Rafidein: het land van twee rivieren, Eufraat en Tigris. Het is een pleidooi voor een autonome vreedzame regio voor deze minderheden in Irak. Een combinatie van Europese *soft power* en Amerikaanse *hard power* ter ondersteuning van dit initiatief richting Bagdad zou de bescherming van elementaire mensenrechten kunnen betekenen. En ook, voor deze minderheden, een toekomst in eigen vaderland.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, 2016 was marked by negligence and deteriorating human rights situations across the world. As the reality on the ground is very sad, I have hopes that this resolution will allow us to be more focused and speak with one voice.

On behalf of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe Group (ALDE), I should hereby like to highlight the following elements of importance. Firstly, protection of all human rights defenders in all forms of their expression – online and offline. Secondly, fighting back oppressive laws and systematic practices contributing to the shrinking space for civil society, which includes rights to free and impartial media. Thirdly, international humanitarian law: we cannot allow any more hospitals to be bombed, and must ensure that humanitarian aid reaches those in need in war-stricken areas as well.

In addition, ALDE calls to stop impunity for all States, to comply with ICC and make perpetrators accountable. We are all concerned by the resurgence of death penalties in many countries, especially in the Gulf, and call for a moratorium on the death penalty. More specifically, I should stress the appalling situation of Raif Badawi, the Sakharov Prize winner. He remains in prison and his health condition is unknown, and his relatives are not allowed to meet him.

Lastly, we urge the European Council next year to adopt a more geographically balanced country priorities list. ALDE Group especially felt the need that some countries of Latin America, such as Cuba or Venezuela, should have been included.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, encore une fois, je n'aime pas la façon dont nous travaillons sur ce sujet.

À travers ce débat, nous donnons théoriquement mandat à notre délégation qui va se rendre à la réunion du Conseil des droits de l'homme (CDH) la semaine prochaine. Nous sommes incapables de préparer une résolution qui tienne compte de l'ordre du jour des sessions de ce CDH. Nous aurons peut-être une résolution, mais calquée sur la position du Conseil qui, lui non plus, n'a quasiment pas tenu compte des priorités de l'ordre du jour du CDH.

J'ai noté un paragraphe surprenant sur l'importance que revêtent, pour l'Union européenne, le droit international des réfugiés et, plus largement, les droits de l'homme des migrants. On y note que la détermination de l'Union européenne à garantir le droit d'asile reste inébranlable, dont acte.

Le Conseil rappelle l'importance de l'interdépendance des droits de l'homme, mais rien sur les sujets principaux du CDH en ce domaine: terroristes et droits de l'homme, droits de l'homme et environnement, démocratie et état de droit et droits de l'homme.

L'élaboration d'un instrument juridique international contraignant pour les entreprises est aussi un instrument primordial, notamment pour répondre à l'urgence climatique. Mais nous savons, aujourd'hui, que les États membres y sont tous opposés.

Il n'y a rien sur la déclaration de Durban et la lutte contre le racisme et rien sur la Palestine. Sur tous ces sujets, il serait pourtant important que l'Union européenne ait une position claire, qui reflète un engagement réellement universel et non ses seules priorités. C'est cela l'universalisme des droits de l'homme.

Klaus Buchner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Zuerst einmal möchte ich dem Hohen Kommissar der UNO für Menschenrechte für das danken, was er in der letzten Zeit getan hat und was er erreicht hat. Ich glaube, das verdient allen Respekt. Trotzdem möchte ich einfach kritisieren, dass Länder wie Saudi-Arabien, China und Ägypten im Menschenrechtsrat sitzen, die selbst in krasser Weise die Menschenrechte verletzen. Ich glaube, hier kann keine objektive Beurteilung stattfinden.

Mir liegt speziell an zwei Ländern: Das eine ist die Westsahara, die in Gefahr steht überhaupt von der restlichen Welt vergessen zu werden. Ich erinnere Sie an das Urteil des EuGH: Er hat verboten, dass sich das Handelsabkommen der EU auf die Westsahara ausdehnt. Die Kommission hatte große Schwierigkeiten, dieses Urteil überhaupt zu akzeptieren. Jetzt ist es wirklich Zeit, das mit allen Konsequenzen umzusetzen. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe! Ich darf Sie daran erinnern, dass der Teil, wo man in der Westsahara Wirtschaft treiben kann, von Marokko besetzt ist, und dass die Leute, die dort geboren sind, die Einwohner dieses Landes waren, keinen Zugriff zu diesen Quellen haben, und wenn sie irgendwie nur leiseste Kritik äußern, verschwinden sie in Foltergefängnissen, wo es so zugeht, dass ich das hier nicht beschreiben kann.

Das zweite, was ich ansprechen wollte – ganz kurz –, ist die Situation in Palästina. Sie haben es gehört: Vor wenigen Tagen wurde wieder bekanntgegeben, dass alte arabische Siedlungen plattgemacht und Häuser zerstört werden sollen, um neue israelische Siedlungen zu ermöglichen. Ich glaube, auch hier darf die EU nicht schweigen. Ich bitte Sie, Herr Kommissar, sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen – das ist ja unser Markenzeichen in der EU.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche quest'anno, come sempre, torna questa discussione: tra le mie due priorità personali, cito sicuramente il caso del Burundi e di ciò che sta avvenendo a seguito del terzo mandato del presidente Nkurunziza, che ha peraltro violato la costituzione: gli stupri di massa, le torture, le incarcerazioni di migliaia di persone e le violazioni quotidiane della libertà di stampa e di pensiero.

Non posso poi non citare anche il caso del Sahara occidentale e della sentenza della Corte di giustizia che ci spingerebbe sicuramente a fare di più, non solo a parole ma anche con i fatti.

Però mi preme sottolineare un aspetto che è quello formale, del metodo, se vogliamo, perché ancora oggi un sistema di monitoraggio dei diritti fondamentali a livello globale è molto lontano dall'essere quello che dovrebbe essere: è mai possibile che si continuino a eleggere membri del Consiglio per i diritti umani tra paesi campioni delle violazioni dei diritti umani, come Egitto, Cina e Arabia Saudita? È mai possibile che i paesi europei non si coordinino da questo punto di vista? Com'è possibile avere in seno a tale Consiglio un paese come l'Arabia Saudita, che viola sistematicamente i diritti, sopprime ogni anelito di libertà – anche religiosa – e calpesta i diritti delle donne?

Nella nostra risoluzione parliamo di «azioni prioritarie»: vorrei chiedere ai colleghi in quest'Aula se qualcuno si ricorda ancora di Raif Badawi, vincitore del premio Sacharov l'anno scorso?

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa relazione conferma l'assoggettamento dell'Unione europea all'ideologia onusiana dei diritti umani: un'ideologia universalista, che vuole imporsi ovunque nel mondo, senza previa considerazione di quelle che sono le tradizioni, la storia, i diritti dei popoli. Qui si parla di diritti umani ma mai dei diritti dei popoli: per esempio, come è stato accennato dal collega Belder, i diritti di libertà religiosa dei cristiani d'Oriente. Cosa fa l'ONU? Cosa fanno tutte queste agenzie che spendono due terzi del loro budget non già per assistere e aiutare i profughi, ecc. ma per pagare gli stipendi e il lusso di funzionari a cinque stelle?

Non a caso un grande *columnist* americano ha definito questo grande carrozzone un «*jetset* umanitario». E poi vediamo a chi viene erogata l'assistenza: si tratta, in realtà, di un coacervo di dittature, di satrapi e di dittatori spendaccioni e corrotti, che vediamo arrivare in Europa su grandi macchine con grande lusso, in grandi alberghi e noi finanziamo tutto questo!

Che cosa fa l'ONU per stroncare la più grave tragedia che abbiamo sotto gli occhi, quella del trasporto di carne umana nel Mediterraneo: la sua presenza in Libia è fantasmatica; eppure, lì ci sarebbe molto da fare. Perché l'ONU non chiede l'intervento della Corte penale internazionale contro l'Isis, contro gli eccidi, anche sul piano culturale, contro le tragedie che crea lo Stato islamico: perché ha paura o perché ha soggezione dei paesi che lo finanziano? Beh, a me pare evidente che la preoccupazione dei capi delle Nazioni Unite sia piuttosto quella di avere il voto, il sostegno e i contributi di tutte le nazioni che lo sostengono e questa dei soldi mi pare sia una questione che condiziona molto e smascheri l'ipocrisia di questo organismo che ci parla sempre di diritti umani, ma poi, com'è avvenuto in Ruanda, volge la testa dall'altra parte e non interviene. La situazione della Libia e i traffici che avvengono continuamente e ininterrottamente documentano le mie affermazioni.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση ως σημαντικός παράγοντας στη διεθνή πολιτική σκηνή οφείλει να συνεργάζεται με τον ΟΗΕ σε θέματα προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε όλες τις περιοχές της Γης, θέτοντας βεβαίως κάποιες προτεραιότητες. Οι προτεραιότητες αυτές πρέπει να αρχίζουν από την προστασία των δικαιωμάτων των πολιτών στα κράτη μέλη, να επεκτείνονται στις υπό ένταξη χώρες και κατόπιν να επεκτείνονται και σε άλλες χώρες του κόσμου. Ένα βασικό δικαίωμα του ατόμου είναι το δικαίωμα στην κατοικία. Το δικαίωμα αυτό παραβιάζεται σε μεγάλο βαθμό, κυρίως στον Ευρωπαϊκό Νότο και ακόμη περισσότερο στην Ελλάδα, η οποία είναι κατεστραμμένη από την εφαρμογή των Μνημονίων. Επειδή οι Έλληνες πολίτες δεν έχουν τη δυνατότητα να αποπληρώσουν τα στεγαστικά τους δάνεια, οι τράπεζες τα παίρνουν και τα εκχωρούν σε ξένες εταιρείες. Οι εταιρείες αυτές τα αγοράζουν με χαμηλό τίμημα, αφαιρούν τα σπίτια από τους Έλληνες και τα δίδουν σε διεθνείς ΜΚΟ, οι οποίες προτιθενται να εγκαταστήσουν σ' αυτά παράνομους μετανάστες. Επισημαίνω επίσης ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να προσέχει τη συνεργασία της με τις διεθνείς ΜΚΟ, κυρίως αυτές που ασχολούνται με τα ανθρώπινα δικαιώματα, διότι αυτές αναπτύσσουν παράνομες δραστηριότητες. Έχει αποδειχθεί ότι κερδοσκοπούν συνεργαζόμενες με διακινητές παράνομων μεταναστών από την Τουρκία στην Ελλάδα.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, notre débat précède la visite d'une mission du Parlement européen à Genève au Conseil des droits de l'homme des Nations unies.

Dans ce contexte, je veux souligner trois points. Premièrement, j'estime qu'il faudrait agir davantage au niveau international pour attirer l'attention sur les difficultés croissantes que les organisations de la société civile et les défenseurs des droits de l'homme rencontrent dans plusieurs pays tiers. De la Russie au Venezuela, en passant par certains pays de notre voisinage, ou même des pays candidats à l'élargissement, les défenseurs des droits sont de plus en plus menacés et empêchés de faire leur travail.

Je tiens particulièrement à attirer l'attention sur le sort des journalistes qui sont assez souvent mis sous pression. Pour contrecarrer cette tendance, il faut – je crois – tirer un signal d'alarme à chaque fois que les lois sont manipulées par le politique pour réduire au silence la société civile ou – comme je le disais – les journalistes.

Deuxièmement, j'insiste sur l'importance de réfléchir au niveau international, à la meilleure façon de rendre justice aux victimes de Daech et donc de juger les crimes que cette organisation est en train de commettre.

Comme le précise la résolution, l'Union européenne peut jouer un rôle clé dans ce processus – je rappelle qu'au sein de la sous-commission DROI, nous préparons actuellement un rapport qui va traiter de cette question.

Troisièmement, je soutiens les priorités mentionnées, en matière de pays, dans les conclusions du Conseil ainsi que dans la résolution que nous allons voter demain. Qu'il s'agisse de l'Ukraine, de l'Abkhazie et de l'Ossétie du Sud, de la Biélorussie ou encore de l'Iran, la situation des droits de l'homme dans ces pays doit rester sur l'agenda international.

Pour ce qui est de la question des territoires palestiniens occupés, je déplore le fait qu'un point d'ordre du jour séparé – le numéro 7 – soit consacré à discuter uniquement d'Israël. Cela n'arrive avec aucun autre État et c'est d'autant plus regrettable qu'Israël est une démocratie. Si l'on veut défendre efficacement les droits de l'homme, il faut avoir une approche plus équilibrée, ce qui renforcera la crédibilité de l'institution.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione che si presenta oggi per i diritti umani descrive un quadro pieno di incertezze e di ambiguità. Se osserviamo bene, possiamo dire che l'euforia per i diritti umani esiste ancora, ma assume i toni più sfumati dalla speranza in tanti luoghi del pianeta, dove i diritti sono invocati perché inesistenti. Diventa delusione se sono deformati dal relativismo dilagante o da un insensato e colpevole realismo politico e si tramuta in critica dei diritti umani quando non danno ciò che promettono, perché sono ostacolati nell'attuazione e negati o traditi da leggi ingiuste.

Insomma, i diritti umani hanno riempito il mondo ma il mondo si scopre oggi sempre più povero di diritti. Vorremmo che si partisse da qui, da questa consapevolezza nuova, da questo nuovo approccio, guardando l'appuntamento annuale della delegazione DROI al Consiglio delle Nazioni Unite per i diritti umani durante la sessione di primavera

Il documento del Consiglio individua alcune priorità, sia tematiche che territoriali, verso cui dovremmo indirizzare gli sforzi maggiori per migliorare la situazione in tema di rispetto dei diritti umani. Penso alla tutela della libertà di religione e di culto, penso soprattutto alla tutela dei difensori dei diritti umani che rivestono un ruolo fondamentale nei contesti sociali in cui operano e dove spesso sono vittime di intimidazioni, persecuzioni, minacce e detenzione. Penso alla tutela dei diritti dei bambini e alla parità di genere nel quadro del programma di attuazione dell'Agenda 2030 per lo sviluppo sostenibile e penso, infine, alla condanna del terrorismo e delle azioni di violenza e crimini contro l'umanità messe in atto da organizzazioni terroristiche.

Per quanto riguarda il tema dei migranti e dei rifugiati, nel rispetto di quanto previsto dal diritto internazionale e dalle predisposizioni della dichiarazione di New York del settembre 2016, bisogna ribadire con forza l'impegno di garantire ai rifugiati il diritto d'asilo. La complessità del campo di azione descritto richiede dunque un'azione forte e unitaria e mi chiedo se non sia venuta l'ora per l'Unione europea di riuscire a parlare con una voce sola, in modo da poter assumere un ruolo rilevante al tavolo delle Nazioni Unite e portare avanti le istanze più urgenti, indicare soluzioni e assumere ruoli di responsabilità nel contesto internazionale sul tema dei diritti umani.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, όπως επισημαίνεται στα συμπεράσματα του Συμβουλίου, η Ευρωπαϊκή Ένωση παραμένει σε διαρκή εγρήγορση λόγω των συνεχών παραβιάσεων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων παγκοσμίως και θα συνεχίσει να συνεργάζεται με όλους τους εμπλεκόμενους, για να διασφαλίσει ότι τα αρμόδια όργανα των Ηνωμένων Εθνών επιλαμβάνονται κάθε περίπτωσης. Κύριε Επίτροπε, θέσατε με εξαιρετική σαφήνεια τις περιπτώσεις πολλών χωρών που παραβιάζουν κατάφωρα τα ανθρώπινα δικαιώματα και τις ατομικές ελευθερίες και επιβάλλουν στυγνές διακρίσεις όχι μόνο σε βάρος των πολιτών τους αλλά και εναντίον οιοδήποτε άλλου ή κατέχουν παράνομα εδάφη άλλων κρατών μελών του ΟΗΕ, όπου προβαίνουν σε πράξεις γενοκτονίας και εθνοκάθαρσης απειλώντας την παγκόσμια ειρήνη, ενώ πολλές από αυτές τις χώρες έχουν και δικαίωμα ψήφου και λόγο στη λήψη αποφάσεων. Δεν αναφερθήκατε όμως στην περίπτωση της Τουρκίας που παραβιάζει όλα τα ανθρώπινα δικαιώματα του τουρκικού λαού, ενώ έχει προβεί σε γενοκτονία για εθνοκάθαρση στην κατεχόμενη Κυπριακή Δημοκρατία, και εναντίον του λαού του Κουρδιστάν. Μαζί με όλα τα άλλα μέτρα λοιπόν που οφείλει να λάβει η Ευρωπαϊκή Ένωση για την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων θα συμφωνούσαμε με τη θέση του Επιτρόπου Hahn περί διακοπής της προενταξιακής βοήθειας στην Τουρκία.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, 46 000 immigrants were fleeing to the US between October 2015 and July 2016, an increase on an annual basis and nearly double the two years before. Nearly 900 arbitrarily detained people per month. Yes, I am talking about Cuba. Cuba, which is not among the priorities that the Council agreed on and not a priority that we have set up. The political groups went along with the Council's priorities. But the situation has not improved in Cuba; on the contrary. You will remember that we awarded Mr Fariñas the Sakharov Prize. This person, last year, went on hunger strike with a number of activists. Why? Because the situation has massively deteriorated in the country concerned. There are people that are being detained – some are detained for days or longer, and there is no contact for families. This situation has not improved, and I think that we should be aware of it and next year, regardless of the fact that we are in contractual relations with Cuba, put Cuba again as one of the priorities, as a country which is enormously breaching human rights.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora presidenta, el doble estándar en los derechos humanos es lo peor que le puede pasar a los derechos humanos. Y escuchando las prioridades del comisario, queda muy claro. El doble estándar y la utilización como arma política. Nos habló de derechos de la infancia, dijo usted textualmente: «no dejar a ningún niño tirado». Y luego vamos al Consejo de Derechos Humanos de la ONU luciendo en la solapa el acuerdo con Turquía, un acuerdo sobre refugiados criticado por ACNUR, por el relator de la ONU de derechos humanos, que dicen gravemente que no es compatible con la legislación europea ni con la legislación humanitaria internacional.

¿Está usted seguro de que no queda ningún niño tirado en Turquía? Eso es una mentira, señor comisario. Habla de libertad de creencias: lo apoyamos, pero hemos tenido como interlocutores a grupos radicales que no respetaban eso. Y en Siria, habla de crisis humanitaria. Mire, yo estuve el viernes en Alepo y nos decían la Media Luna Roja y líderes cristianos —el arzobispo católico maronita—, que la ayuda humanitaria de la Unión Europea había llegado al lugar este donde estaban los terroristas, pero no ahora, cuando la zona ha sido liberada.

Tenemos que mirarnos a nosotros mismos, cumplir los derechos humanos dentro de nuestras fronteras, no utilizarlos como armas arrojadizas. Después, podremos dar recomendaciones. Le aseguro que lecciones, ninguna.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, buon pomeriggio signor Commissario. Anche quest'anno ci troviamo a dibattere sulle priorità dell'Unione europea per la sessione annuale al Consiglio dei diritti umani alle Nazioni Unite, Consiglio presieduto dall'Arabia Saudita, in cui votano Cina e altri stati che di certo campioni di diritti umani non sono.

Tra le numerose tematiche degne di nota menzionate nella risoluzione mi preme tornare a sottolineare soprattutto l'impellente urgenza di intervenire in favore dei difensori dei diritti umani, che lottano per difendere ambiente e persone dalle speculazioni di governi e multinazionali, continuando a subire numerosi e gravi attacchi in varie parti del mondo. È indispensabile che l'Unione europea, le Nazioni Unite e tutti gli attori internazionali dimostrino concreta e costante vicinanza a questa categoria di eroi dei nostri giorni, che spesso svolgono il loro lavoro che dovrebbe essere compiuto invece dalle istituzioni che li abbandonano.

Cosa stiamo facendo, ad esempio, per sostenerli e per sostenere coloro che lottano contro l'accaparramento di terre, il cosiddetto *land grabbing*? Cosa stiamo facendo per porre un freno allo strapotere delle multinazionali che devastano l'ambiente, il territorio e la vita stessa di intere popolazioni locali? Abbiamo approvato otto mesi fa una relazione, di cui io sono stato relatore, che prevedeva la responsabilità d'impresa per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi. Aspettiamo un incipit, un qualcosa da parte della Commissione che ancora non è arrivato.

Dal punto di vista delle nazioni, abbiamo deciso di non sostenere questa risoluzione perché era un'occasione per uscire forti e decisi contro le violazioni dei diritti umani da chiunque compiute, mentre in realtà si è trasformata in un'occasione per puntare il dito contro qualcuno.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, l'Union européenne s'est inquiétée, à juste titre, auprès du Conseil des droits de l'homme de l'ONU, des restrictions apportées à la liberté d'expression dans plusieurs pays du monde, notamment en Turquie.

Mais elle devrait aussi s'interroger sur ses propres pratiques. De plus en plus d'eurodéputés sont poursuivis pour des délits d'opinion. Or, presque à chaque fois, le Parlement européen lève leur immunité. De ce fait, leur liberté d'expression n'est plus garantie et certains États l'ont compris. On a vu la France poursuivre Marine Le Pen pour des tweets anti-Daech et le Qatar attaquer Florian Philippot, pour des propos anti-Qatar. Aujourd'hui, le Parlement européen a même cloué au pilori un eurodéputé polonais afin de le punir pour l'opinion qu'il a exprimée dans l'hémicycle. Plus grave encore, l'Union veut à présent organiser la répression des discours de haine. Ne soyons pas dupes, ce sera un moyen de plus d'essayer de faire taire ses adversaires qu'elle appelle populistes.

L'Union joue un double jeu: elle se veut protectrice de la liberté d'expression mais elle la viole quand ça l'arrange. L'Union ne mérite pas qu'on la sauve.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, como vai a União Europeia agir com coerência no Conselho de Direitos Humanos da ONU, numa era em que progressos civilizacionais alcançados ao longo de décadas no Direito Internacional dos Direitos Humanos estão a ser ameaçados por alguns dos seus principais promotores, como resulta da eleição do Presidente Trump, nos Estados Unidos, ou resulta da própria ação da União Europeia, que entra num negócio imoral com a Turquia, sobre refugiados, e que deixa impunes Estados-Membros, como a Hungria, que atacam, detêm e expulsam refugiados e coartam a imprensa livre e as organizações de defensores de direitos humanos?

Quero, apesar de tudo, destacar aqui a corajosa atuação do Alto-Comissário Al Hussein, ao denunciar graves violações de direitos humanos em todo o mundo, incluindo em regimes autoritários e repressivos que são protegidos pelos Estados Unidos e pela própria União Europeia. Dou como exemplo os massacres de Irreecha, na Etiópia, em 2016, e o massacre do Monte Sumi, em Angola, em 2015, sobre os quais o Alto-Comissário da ONU pediu investigações independentes.

A União Europeia tem interesse e tem obrigação em defender o funcionamento, a integridade e a independência do Alto Comissariado para os Direitos Humanos e em potenciar a atuação do Conselho de Direitos Humanos da ONU. Isso é tão mais crucial quando o Presidente Trump ameaça cortar 50 % da contribuição dos Estados Unidos para a ONU, atingindo várias agências e pondo em causa o sistema multilateral, que, apesar de todas as insuficiências e deficiências, tem impedido a humanidade de se precipitar numa catástrofe coletiva.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, Uniunea Europeană rămâne un aliat de nădejde al Națiunilor Unite pentru eliminarea abuzurilor împotriva drepturilor omului. Anul trecut a fost marcat de vărsare de sânge din cauza grupărilor extremiste. Aș vrea să o citez pe Amal Clooney, avocată a drepturilor omului, care spune „Isis este o birocrație a răului” și să condamn încă o dată actele teroriste și uciderea oamenilor. Dacă vrem să îi ajutăm pe cei care într-adevăr fug din calea morții, a torturii și a abuzurilor, fără să punem în pericol viața și drepturile altor cetățeni, ar trebui să ne ducem și să luăm refugiați chiar din taberele în care se află, de exemplu din Iran, și să facem verificări medicale, penale și de securitate.

Charles Goerens (ALDE). – Madame la Présidente, les priorités de l'Union européenne pour la 34e session des Nations unies sur les droits de l'homme sont une excellente base de discussion. Nous connaissons, bien entendu, les obstacles qui s'opposent encore au respect des droits de l'homme dans le monde, les références aux traditions ancestrales, le droit des peuples de disposer d'eux-mêmes. Bref, tous les prétextes sont bons pour laisser nombre de pays dans l'irrespect le plus total des droits élémentaires. Il n'empêche que la Convention universelle des droits de l'homme est, bien entendu, universelle et pas limitée à un continent, fût-ce le continent européen.

On vous appuie dans votre volonté de vous concentrer sur certaines priorités, Monsieur le Commissaire, parmi lesquelles les droits de l'enfant. Quand va-t-on enfin être en mesure d'interdire le mariage d'enfants? Oui, le document de l'Union européenne mentionne le *early and forced marriage* parmi les atteintes aux droits de l'homme. Comme nous sommes tous en faveur d'une politique cohérente en matière de relations extérieures de l'Union européenne, il me paraît indiqué de faire de ce point une priorité lors des négociations sur le post-Cotonou et de voir dans quelle mesure on pourra en faire une condition essentielle pour la poursuite de la coopération.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señora presidenta, señor comisario, lo mínimo que nos puede exigir la ciudadanía es que seamos consecuentes. Hace solamente cinco meses votamos a favor del informe sobre la responsabilidad de las empresas por violaciones de los derechos humanos. Aquel día nos posicionamos todas a favor de que se adopten instrumentos vinculantes que obliguen a las empresas a la gran «locura» de respetar los derechos humanos.

Ser consecuentes significa que lo que entonces votamos lo repetamos hoy, para establecer las prioridades de la Unión en el Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas. Es una gran incoherencia que esta institución impulse con grandes energías la «barra libre» de las multinacionales a través de los tribunales de arbitraje mientras frena cualquier intento de hacer responsables a los que violan derechos humanos por puro beneficio, promoviendo la más desalmada impunidad.

El caso de Berta Cáceres es solamente uno de tantísimos. Por eso confío en que os unáis para exigir a la Comisión que, en consonancia con lo que ha pedido tantas veces este Parlamento y también con los principios de la Unión, apoyemos el tratado vinculante sobre empresas y derechos humanos en el seno de las Naciones Unidas, para que las defensoras de los derechos humanos puedan encontrar justicia y reparación.

Mariya Gabriel (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, tout d'abord merci de votre engagement pour ce qui constitue la pierre angulaire de nos valeurs en tant qu'Union européenne, c'est-à-dire les droits de l'homme.

C'est justement parce que les droits de l'homme sont un combat de longue haleine, que nous devons, en tant qu'Union, continuer à travailler fermement afin de les défendre et de les promouvoir. Je me suis toujours posé la question suivante: quelle est notre force, quelle est la valeur ajoutée de notre action? Et c'est là que ça devient délicat. C'est l'équilibre entre l'action, là maintenant, dans l'urgence, et en même temps, l'engagement de longue durée, l'investissement dans l'avenir. Agir simultanément sur ces deux plans, rend nos actions parfois délicates, mais notre responsabilité est plus grande et il faut avoir le courage de le faire sur le «là, maintenant», en dénonçant avec fermeté les harcèlements, les attaques violentes et les assassinats des défenseurs des droits de l'homme. Nous devons les dénoncer, y compris lorsqu'ils ont lieu dans les pays partenaires et c'est justement parce que ces pays sont des partenaires que nous devons leur rappeler que le partenariat suppose des droits mais aussi des obligations. Je pense ici à certains États africains, mais les collègues ont également cité – à juste titre – d'autres pays.

Aujourd'hui, l'urgence, c'est ce qui se passe au Soudan du Sud, en Somalie, au Nigeria et au Yémen. La voix de l'Union européenne doit être la conscience de nous tous qui jugeons inadmissible de rester sans essayer de faire plus pour les crises qui s'y déroulent. Des vies humaines en dépendent. Sur le long terme, j'inverse totalement la perspective. Ne pensez-vous pas, aujourd'hui, qu'il est nécessaire de mettre plus en avant les pays qui ont pris des mesures pour prévenir les violations des droits de l'homme et qui offrent des voies de recours lorsque de telles violations sont commises? Il faut aussi les encourager et ne pas se focaliser uniquement sur les problèmes.

Enfin, notre soutien est nécessaire pour la mise en œuvre complète et effective du programme Horizon 2030 pour réaliser les objectifs de développement, notamment pour l'égalité entre les hommes et les femmes. Investir dans les droits et l'autonomisation des femmes est un levier parmi les plus prometteurs pour lutter contre la pauvreté et pour contribuer de manière capitale au développement durable pour nous tous.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! In Zeiten von Trump und Putin ist es für Europa ganz wichtig, den multilateralen Politikrahmen zu stärken, besonders wenn es um die Menschenrechte geht. Der UN-Menschenrechtsrat ist für uns deshalb unverzichtbar, und in der Vergangenheit hat er sich als ein sehr effektives und brauchbares Instrument erwiesen. Es ist aber auch wichtig, auf diese Kontinuität aufzubauen und die in der Menschenrechtsdeklaration verbrieften Rechte zu verteidigen.

Vor allem aber müssen wir den gegenwärtigen Herausforderungen gerecht werden. Gerade im Bereich der Migration ist es notwendig, auf die Menschenrechte zu drängen. Flucht und Migration sind sehr oft auch die Folge von systematischen Verletzungen der Menschenrechte. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen wäre es wichtig, in diesem Zusammenhang auch den Nordirak zu erwähnen. Hier haben wir in diesem Haus gerade zwei jesisdische Frauen mit dem Sacharow-Preis geehrt, und jetzt beginnen wieder Kämpfe in dieser Region. Ich glaube, dass es gerade vor diesem Hintergrund auch wichtig wäre, einen multilateralen Rahmen zu schaffen, der so etwas künftig dauerhaft verhindert.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κύριε Στυλιανίδη, δεν σας άκουσα να πείτε τίποτε για την Τουρκία, για την παραβίαση των θεμελιωδών δικαιωμάτων του τουρκικού λαού, για την καταπίεση που υφίσταται ο κουρδικός λαός, για τη λογοκρισία που έχει επιβληθεί από τον Ερντογάν, για το ότι χιλιάδες πλέον αντιφρονούντες βρίσκονται στις φυλακές· μια Τουρκία η οποία έχει διαπράξει εθνοκάθαρση στην Κύπρο, η οποία πλέον κατέχει παράνομα το 37% του κυπριακού εδάφους· μια Τουρκία που δεν επιτρέπει στους κύπριους πολίτες να απολαύσουν την ιδιοκτησία τους η οποία βρίσκεται στα κατεχόμενα· μια Τουρκία η οποία επίσης δεν επιτρέπει στους δωδεκανήσιους Έλληνες πολίτες να απολαύσουν τα δικαιώματά τους που έχουν σχέση με δεκάδες νησιά τα οποία τους ανήκουν και τα οποία βρίσκονται στην τουρκική κυριαρχία, αυτό που ονομάζουμε «δωδεκανησιακές περιουσίες». Αυτά είναι τα κυρίαρχα σημαντικά δικαιώματα παραβίασης ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora presidenta. Señor comisario, gracias por su trabajo. Vivimos en un mundo en el cual los valores están en venta. Sin embargo, existe algo que nunca debería estarlo y es el respeto de la dignidad humana. Somos la esperanza para todas las personas que viven en países donde sus derechos son violados, y en su nombre es por lo que la Unión Europea es y debe seguir siendo un ejemplo de defensa y promoción de los derechos humanos a nivel internacional.

Voy a citar algunos asuntos que se están debatiendo en el Consejo, como es el que defiende el empoderamiento de las mujeres. El Consejo de Seguridad aprobó —a propuesta de España y por unanimidad— la Resolución por la que se renueva la agenda de mujer, paz y seguridad y se refuerza la protección de las mujeres y niñas en conflictos armados y el papel de estas en estos conflictos. Otro asunto prioritario en la agenda internacional es la situación de millones de migrantes y refugiados que huyen del hambre, de la miseria, de la opresión y que sufren abusos por parte de las mafias que trafican con seres humanos. Necesitamos afrontarlo de manera global y a largo plazo. En las Naciones Unidas el terrorismo se considera como una de las más graves amenazas internacionales.

Debemos, también, dar una respuesta firme a quienes quieren acabar con nuestro modelo de vida abierto, plural y tolerante. Tengamos siempre presentes a las víctimas del terrorismo, porque dieron su vida por nuestra libertad. Esta Resolución denuncia la persecución de todas las minorías religiosas, especialmente la de millones de cristianos en Oriente Medio y en África por grupos yihadistas, ante lo que no podemos permanecer indiferentes.

Termino con la mención que el alto comisionado de las Naciones Unidas ha hecho sobre Venezuela, denunciando las violaciones de los derechos humanos —como las detenciones arbitrarias de líderes opositores— y con su inmediata petición, a la que se suma esta Cámara y a la que yo me sumo, de su puesta en libertad.

Andi Cristea (S&D). – Doamnă președintă, stimați colegi, suntem martorii unui fenomen periculos de creștere a populismului și extremismului, care are ca efecte potențarea rasismului, xenofobiei, antisemitismului, islamofobiei, precum și a altor forme de intoleranță. Fără un angajament ferm al organismelor internaționale pentru respectarea drepturilor fundamentale ale omului, demnității și valorii persoanei umane, riscăm să ajungem într-o lume dominată de confruntări, haos și război. Situația dezastruoasă pe plan umanitar și a drepturilor omului din zonele de conflict necesită toată atenția din partea organismelor internaționale însărcinate cu apărarea drepturilor omului. Uniunea Europeană va trebui să depună în continuare eforturi pentru a asigura accesul deplin și neîngrădit al organizațiilor umanitare în zonele de conflict și tragerea la răspundere a tuturor celor care încalcă dreptul internațional umanitar. Uniunea Europeană are datoria să promoveze în continuare drepturile copiilor, mai precis asigurarea accesului la apă, îngrijiri medicale, igienă și educație, mai ales în zonele de conflict și în taberele de refugiați, să lupte pentru eliminarea muncii în rândul copiilor și așa mai departe (a recrutării copiilor soldați) și să lupte împotriva torturii, traficării și exploatarea sexuale.

Stimați colegi, coerența la nivel intern și extern în ceea ce privește drepturile omului este esențială pentru credibilitatea politicii Uniunii Europene în domeniul drepturilor omului în relațiile sale externe cu țările terțe.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođa predsjednice, politika Unije u području ljudskih prava uvijek je bila važan dio sveukupnih političkih i ekonomskih aktivnosti ove Zajednice na globalnoj razini. Unija mora pokazati ostatku svijeta da je dostigla civilizacijsku razinu na kojoj je ljudski život svet i da ne može dozvoliti da toliki ljudi dnevno stradavaju od izlječivih bolesti, gladi i rata. S tim u skladu morali bismo se jače založiti i za život nerođene djece i pomoći da se ona rode u sigurnom okruženju.

To nećemo moći postići isključivo programima pomoći, koji često ne daju očekivane rezultate, nego prije svega poticanjem ekonomske aktivnosti u slabije razvijenim državama i promoviranjem slobodne trgovine. Ne smijemo ostati slijepi na činjenicu da i europske tvrtke koriste institucionalne slabosti tih država kako bi dodatno profitirale i tako doprinose kaosu u kojem ljudski život premalo vrijedi.

Samo vlastitim izdizanjem iz moralnog gliba moći ćemo pomoći slabije razvijenima da se izdignu iz ekonomskog gliba.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, πολύ ορθά και εύστοχα ο Επίτροπος σκιαγράφησε το ζήτημα των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε ολόκληρη την ανθρωπότητα και ταυτόχρονα πρέπει να επισημάνω και να συγχαρώ τον Επίτροπο και την Ευρωπαϊκή Επιτροπή για την ευαισθησία που επιδεικνύουν γι' αυτά τα ζητήματα. Άλλωστε είναι γνωστή η ανθρωπιστική δράση του Επιτρόπου αλλά και η απεριόριστη ευαισθησία που επιδεικνύει για ζητήματα που άπτονται των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Χαιρόμαστε γιατί η Ευρωπαϊκή Επιτροπή συνεχίζει να είναι το άγρυπνο μάτι για τη διαφύλαξη και την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Δεν πρόκειται να επαναλάβω όσα πολύ σημαντικά και εύστοχα ανέφερε ο κύριος Επίτροπος και οι αγαπητοί συνάδελφοι. Αυτό που έχω να πω όμως είναι ότι στη Μέση Ανατολή, που ιστορικά είναι η κοιτίδα του χριστιανισμού, υφίσταται μία βάρβαρη εξάλειψη, αφανισμός και ισοπέδωση κάθε χριστιανικού στοιχείου και οι χριστιανοί διώκονται καθώς και η θρησκευτική τους ηγεσία. Καταστράφηκαν ιστορικά χριστιανικά μνημεία, τα οποία ήταν το σύμβολο και ο φάρος του χριστιανισμού. Πρέπει να αναχαιτιστεί και να ανακοπεί αυτή η βάρβαρη δραστηριότητα και καλώ την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να είναι σε θέση να παρέμβει στην κατάλληλη στιγμή για να αναστηλώσει, να ξαναδημιουργήσει και να επαναφέρει τον

χριστιανισμό στην κορτίδα του, στη Μέση Ανατολή. Όσον αφορά την Τουρκία, οφείλω να πω ότι ναι, η Τουρκία συνεχίζει να παραβιάζει ανθρώπινα δικαιώματα όχι μόνο στο εσωτερικό της αλλά και στη δική μου την πατρίδα, την Κύπρο. Η Τουρκία δυστυχώς εδώ και 43 χρόνια παραβιάζει κάθε αρχή δικαίου, κάθε ανθρώπινο δικαίωμα, στερεί το δικαίωμα επιστροφής στους πρόσφυγες, στερεί το δικαίωμα και τη δυνατότητα ελευθεριών στους εγκλωβισμένους συμπατριώτες μου, στερεί τη δυνατότητα αξιοποίησης των περιουσιών και δυστυχώς το τελευταίο χρονικό διάστημα επιδεικνύει μια απαράδεκτη προκλητική στάση και συμπεριφορά όσον αφορά την επίλυση του κυπριακού προβλήματος. Θεωρώ ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί πραγματικά να πιέσει και να πείσει την Τουρκία ότι δεν μπορεί να είναι υποψήφια χώρα και ταυτόχρονα να παραβιάζει ανθρώπινα δικαιώματα σε μια χώρα μέλος.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, os organismos de defesa dos direitos humanos da ONU são hoje chamados a lidar com retrocessos neste campo, um pouco por todo o mundo. Para além das situações corretamente identificadas como prioritárias na resolução apresentada pelo meu grupo político, quero utilizar esta intervenção para me referir em concreto à situação na América Latina.

A questão dos direitos humanos em vários países da América Latina é muito preocupante. Esta região apresenta índices demasiado elevados de violações dos direitos humanos. Veja-se, por exemplo, a verdadeira epidemia de violência ligada a organizações criminosas e forças de segurança corruptas, que afeta hoje países da América Central, como El Salvador, as Honduras, a Guatemala e o México.

Para além dos milhares de mortos a lamentar e do clima de impunidade generalizada, essa violência está a originar centenas de milhares de deslocados internos, no que já é uma autêntica crise migratória.

Não posso ainda deixar de fazer referência à Venezuela, onde, neste momento, há centenas de presos políticos em situações indignas.

Atente-se no número alarmante de femicídios, nos desaparecimentos forçados, no tráfico de seres humanos, no uso desproporcionado da força por parte das forças policiais, nas condições de segurança e de salubridade das prisões, de onde nos chegam relatos horrendos, oriundos de vários países latino-americanos.

Muitas das situações de violações dos direitos humanos nesta região prendem-se com um contexto histórico e cultural particular. É o caso dos povos indígenas, cujos direitos aos seus territórios ancestrais continuam a ser desrespeitados, em paralelo com a criminalização do ativismo ambiental e a perseguição dos que defendem os direitos dessas minorias.

É verdade que se conseguiram alguns progressos, mas na maioria dos países da América Latina tardam reformas verdadeiramente capazes de proteger os direitos humanos de forma consistente. Chegou a hora de a ONU prestar mais atenção à situação dos direitos humanos nesta importante região do globo.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier sehr häufig über die Menschenrechte. Wir verabschieden in diesem Parlament Entschlüsse. Aber nicht nur in diesem Parlament, in sehr vielen Einrichtungen – in offiziellen und nicht offiziellen Einrichtungen – wird diskutiert, es werden Resolutionen verfasst und es wird gemahnt, es sollte sich etwas bessern. Bessert sich effektiv etwas in unserer Welt? Da bin ich mir gar nicht so sicher. Und deshalb appelliere ich zunächst mal stark, dass wir anfangen zu handeln, dort, wo es möglich ist. Das ist das Erste. Wir müssen bereit sein, tatsächlich auch mal zu kämpfen für unsere Ansichten und zu kämpfen, um sie durchzusetzen.

Das Zweite ist, dass wir gemeinsam handeln müssen. Wir brauchen eine viel bessere Koordinierung zwischen allen Einrichtungen, zwischen den offiziellen, den nicht offiziellen, zwischen den globalen Einrichtungen wie der UNO und den sehr lokalen Einrichtungen, die sich um Menschenrechte kümmern.

Und ich glaube, wir müssen uns auch von Zeit zu Zeit mal darüber Gedanken machen, welche die Grundrechte sind, die täglich verletzt werden. Täglich wird überall auf der Welt Gewalt gegen Frauen angewandt. Wir schweigen zu häufig. Wir reden darüber, wenn dies an einem Hotspot vorkommt, aber es kommt nicht alleine dort vor. Es wird täglich gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstoßen. Und ich glaube, sehr wichtig für uns im Abendland, in der Europäischen Union: Wir sollten den Mut haben, auch anzuprangern, dass Freiheit von Glauben, Freiheit der Religion und Religionsausübung ein Basisrecht eines jeden Menschen ist.

Interventions à la demande

Patricija Šulin (PPE). – Nahajamo se v časih, ko je pred nami ogromno izzivov, povezanih z varovanjem človekovih pravic. Zaradi tega je še toliko bolj pomembno, da ukrepamo in postavimo prednostne naloge za zasedanje Sveta Organizacije združenih narodov za človekove pravice.

Natančno je potrebno spremljati položaj človekovih pravic po vsem svetu ter v obdobju konfliktov in kriz ne smemo čakati, temveč se moramo postaviti za človekove pravice. Varovanje in spoštovanje človekovih pravic je temelj za obstoj Evropske unije in zato se moramo zavzemati tudi v okviru OZN.

Podpiram tesno sodelovanje med Evropsko unijo in visokim komisarjem za človekove pravice pri OZN, ki vključuje tako finančno podporo kot tudi človeške vire.

Pravice otrok si zaslužijo več pozornosti. Otroci so najbolj ranljivi del družbe ter bolj kot ostali izpostavljeni izkoriščanju in nasilju. Zato moramo poskrbeti, da konvencija o otrokovih pravicah ne bo samo najbolj široko ratificiran dokument o človekovih pravicah doslej, temveč tudi najbolj izvajan dokument.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nella relazione 2016/2017 di *Amnesty International*, che ha analizzato la situazione dei diritti umani in 159 paesi, si evidenzia un mondo sempre più diviso e pericoloso, soprattutto a causa di politici che brandiscono la retorica deleteria e disumanizzante del «noi contro loro».

Questa retorica populista ha assunto una forza pericolosa nelle questioni mondiali. Ma anche in Europa negli ultimi anni registriamo una pericolosa involuzione. Emblematico è il caso dell'Ungheria, uno Stato membro, il cui parlamento ha votato una legge che dispone che tutti i richiedenti asilo, minori inclusi, vengono detenuti per lunghi periodi in container circondati da alte recinzioni di filo spinato.

L'Europa deve essere capace di ribadire il suo impegno a combattere il razzismo, la discriminazione razziale, la xenofobia, l'intolleranza e qualunque violazione dei diritti umani. Vanno rispettati e garantiti i principi fondanti di una società aperta e pluralista, in cui si promuove la diversità culturale in ogni parte del mondo, ma innanzitutto in Europa.

Hilde Vautmans (ALDE). – Ik wil eigenlijk nog twee punten aanhalen tijdens dit interessante debat.

Het eerste punt is de situatie in Oost-Congo. Sinds 2014 zijn daar meer dan duizend mensen op een brutale manier afgeslacht, vrouwen op beestachtige wijze verkracht, kinderen als kindsoldaten ingezet. En eigenlijk stellen we vast dat niemand verantwoordelijk wordt gehouden. We gaan niet kijken wie de daders zijn. We gaan de daders niet bestraffen.

Daarom wil ik er absoluut op aandringen dat er een onafhankelijk onderzoek wordt ingesteld. We moeten die daders straffen, ervoor zorgen dat die gewelddaden in Oost-Congo een halt worden toegevoerd en de slachtoffers en hun familie een gezicht en een naam geven. Dat zijn wij aan hen verplicht.

Een tweede punt dat ik wil aankaarten, is de nakende vernieling en de verplaatsing van de Palestijnse bedoeïenengemeenschap in Khan al-Ahmar. Er is daar een schooltje opgericht met EU-fondsen dat nu dreigt te worden vernield. Ook dit moeten wij aankaarten.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι πρέπει να πάψουμε να αναζητούμε την κόλαση σε άλλα μέρη, πέρα από τη Γη. Η πόλη Ράκα χτες στο Κομπανί είναι η κόλαση για τους κατοίκους τους. Μωρά ορφανά και ξυπόλητα κλαίνε για την προσοχή μας και εμείς κάνουμε —λέμε κύριε Επίτροπε— ό,τι μπορούμε. Είμαστε σε εποχή όμως που κατά τον μεγάλο φιλόσοφο Νίκο Καζαντζάκη πρέπει να κάνουμε αυτό που δεν μπορούμε: να υπερβούμε εαυτούς. Στην Αιθιοπία και σε άλλα μέρη της Αφρικής πεθαίνει κόσμος από την πείνα το 2017. Είναι ντροπή για τον κόσμο ολόκληρο, μα πιο πολύ για μας, που υποτίθεται ότι εκπροσωπούμε το πολιτισμένο κομμάτι της ανθρωπότητας.

Και μια λέξη για την Τουρκία: Ήταν αναγκαία νομίζω και δεν ξέρω αν η πολιτική που ακολουθεί η Ευρωπαϊκή Ένωση σήμερα απέναντι σε αυτή τη χώρα είναι η πλέον ωφέλιμη. Υπάρχει μήπως εκεί ανθρώπινο δικαίωμα που δεν έχει παραβιαστεί;

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Ker pomeni priznanje prirojenega človeškega dostojanstva vseh članov človeške družbe in njihovih enakih in neodtujljivih pravic temelj svobode, pravičnosti in miru na svetu, ker sta zanikanje in teptanje človekovih pravic pripeljala do barbarskih dejanj, žaljivih za človeško vest, in ker je bila stvaritev sveta, v katerem bi imeli vsi ljudje svobodo govora in verovanja, v katerem ne bi živeli v strahu in pomanjkanju, spoznana za najvišje prizadevanje človeštva, ker je nujno potrebno, da se človekove pravice zavarujejo z močjo prava, da človek ne bi bil prisiljen zatekati se skrajni sili k uporabi zoper tiranijo in nasilje, je bila sprejeta splošna deklaracija človekovih pravic v okviru generalne skupščine Združenih narodov.

Imamo torej tudi Evropsko konvencijo o človekovih pravicah.

Prav je, da govorimo o kršenju človekovih pravic povsod po svetu, vendar je tudi prav, da govorimo o kršenju človekovih pravic tu, v Evropi, med državami članicami, in prav je, da včasih preberemo tudi, kaj pravi o tem Svet Evrope, ki je tukaj čez vodo in torej prisluhnimo tudi njihovim stališčem.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quando si parla di diritti umani non si può non considerare che, in un momento storico così complesso, libertà fondamentali, rispetto dei diritti umani e stato di diritto sono a rischio anche nei paesi sviluppati, con possibili conseguenze in termini di violazione dei diritti e di pericolosi fondamentalismi.

Nella prossima sessione del Consiglio dei diritti umani delle Nazioni Unite, l'Unione europea ha l'occasione di insistere su alcune priorità in tema di diritti umani: primo fra tutti il rispetto dei diritti dei bambini, per verificare in che misura gli Stati membri dell'ONU stiano implementando l'agenda per lo sviluppo sostenibile per dimezzare, entro il 2030, il numero dei bambini che vivono in condizioni di povertà.

L'Unione europea deve assumere la *leadership* per definire un quadro internazionale giuridicamente vincolante per le imprese, finalizzato ad eliminare malnutrizione, violenza, lavoro minorile e per favorire l'accesso all'istruzione per tutti i bambini.

Lo sviluppo non può e non deve essere associato solamente a variabili economiche ma, al contrario, è legato indissolubilmente al rispetto dei diritti umani.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, señor comisario, en su intervención ha dicho que hay que fomentar los derechos humanos y protegerlos. Pues eso es lo que le pido a la Comisión: que incluya en la agenda del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas la cuestión del Sáhara Occidental, comenzando por la restauración de la MINURSO, con un mandato pleno de observación y protección de los derechos humanos.

Acabo de llegar de Rabat, donde he sido observadora del juicio de los presos de Gdeim Izik. He visto cómo se violan los derechos fundamentales de los presos políticos saharauis. Se usan como pruebas relatos obtenidos bajo tortura y no se permite investigar los hechos siguiendo el Protocolo de Estambul.

Existe una condena contra Marruecos emitida por el Comité contra la Tortura de las Naciones Unidas. ¿Cómo se puede ignorar este hecho en su informe? Intimidaciones dentro y fuera del juicio, incluso con la detención de un periodista saharauí a las puertas del tribunal.

Si es firme en su defensa de los derechos humanos, la Unión Europea debe actuar para liberar a los presos políticos saharauis y para que se celebre el referéndum de autodeterminación de forma inmediata.

Julie Ward (S&D). – Madam President, the first paragraph of this resolution reaffirms the EU's continued support for the UN Human Rights Council. Unfortunately, that in itself is the crucial point here. With the wave of nativism and nationalism we are seeing, now is our time to defend and strengthen our commitment to international law and cooperation. Many so-called democracies are trampling over human rights: India in occupied Kashmir; Israel in occupied Palestine, for example. Authoritarian leaders across the world – be they Putin, Erdoğan, Trump or others – are being emboldened to violate human rights and cause pain and suffering to marginalised and minority communities. It is up to us, to all true democrats, to mobilise and defend our universal values. Too often, the Human Rights Council is used by governments for their own interests. We need to strengthen our investment in human rights institutions like the Council and work to strengthen them from both the inside and the outside. We need to invest more in human rights NGOs and civil society and invest in education for true democratic values to raise a new generation of human rights defenders.

(Fin des interventions à la demande)

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, this has been a very useful exchange, and I thank the honourable Members for their interventions. From this debate I conclude that we all share a common vision of human rights as a flagship of our external policy.

As you recalled, this is not an easy moment for human rights worldwide. Among other things, the challenges to freedom of expression, the shrinking space of civil society and the threats against human rights defenders continue to preoccupy us. Last week I was in Mosul and saw on the ground all these atrocities carried out by Isis. I have witnessed the victims of these atrocities and I met many victims from the Yazidi community. I do of course share your concerns and warnings about all these things.

We are increasingly aware that cooperation by human rights defenders with UN agencies can expose them to reprisals. This is exactly what we want to address with our 'protect defenders' mechanism. We also look forward to supporting the recently-appointed UN Assistant Secretary-General for Human Rights to deal further with this issue. For the European Union, the protection of human rights is always a work in progress, and this is also true inside the European Union. We are still far from perfect and we have a duty to uphold the highest standards here at home if we want to be credible. But let us also be very clear: there can be no relativism on human rights. We should not curb our ambition to see credible institutions addressing human rights violations, to pursue the rule of law, and to protect media freedom and a strong and independent civil society worldwide. This is an area where more positive results can be achieved, provided the EU speaks with one voice. I am grateful for Parliament's support to push for EU unity in this policy field.

La Présidente. – Les propositions de résolution à déposer conformément à l'article 123, paragraphe 2, du règlement, seront annoncées ultérieurement.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi 16 mars 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Europos Sąjungos ir Jungtinių Tautų bendradarbiavimas žmogaus teisių apsaugos klausimais yra labai svarbus. Abi organizacijos turi sutelkti visas pastangas ir skirti prioritetinį dėmesį lyčių lygybės klausimams visame pasaulyje. Europos Sąjunga turi aktyviai remti Jungtinių Tautų Moterų ir lyčių lygybės aspekto integravimo iniciatyvas į visas programas, toliau remti priemones moterų ir mergaičių galių stiprinimui bei siekti panaikinti smurtą prieš moteris ir mergaites bei jų diskriminaciją, tame tarpe ir smurtą lyties pagrindu. Europos Sąjunga turi remti tarptautines iniciatyvas, skirtas moterų teisių apsaugai ir įgyvendinimui, bei siekti įgyvendinti tiek Pekino veiksmų platformą, tiek ir Tarptautinės konferencijos gyventojų ir plėtros klausimais veiksmų programą.

12. Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la recommandation pour la deuxième lecture de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire sur la position du Conseil en première lecture en vue de l'adoption d'un règlement du Parlement européen et du Conseil concernant les contrôles officiels et les autres activités officielles servant à assurer le respect de la législation sur les denrées alimentaires et les aliments pour animaux, des règles relatives à la santé et au bien-être des animaux, à la santé des végétaux et aux produits phytopharmaceutiques, modifiant les règlements du Parlement européen et du Conseil (CE) n° 999/2001, (CE) n° 396/2005, (CE) n° 1069/2009, (CE) n° 1107/2009, (UE) n° 1151/2012, (UE) n° 652/2014, (UE) 2016/429 et (UE) 2016/2031, les règlements du Conseil (CE) n° 1/2005 et (CE) n° 1099/2009 ainsi que les directives du Conseil 98/58/CE, 1999/74/CE, 2007/43/CE, 2008/119/CE et 2008/120/CE, et abrogeant les règlements du Parlement européen et du Conseil (CE) n° 854/2004 et (CE) n° 882/2004, les directives du Conseil 89/608/CEE, 89/662/CEE, 90/425/CEE, 91/496/CEE, 96/23/CE, 96/93/CE et 97/78/CE, ainsi que la décision 92/438/CEE du Conseil (règlement sur les contrôles officiels) (10755/1/2016 — C8-0015/17 — 2013/0140(COD)) (Rapporteuse: Karin Kadenbach) (A8-0022/2017).

Karin Kadenbach, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Europäerinnen und Europäer wird es wieder ein Stückchen sicherer! Diesmal geht es nicht um den Straßenverkehr, diesmal geht es um das, was auf den Tellern der Europäerinnen und Europäer landet.

Wir hatten auch in der Vergangenheit schon sehr gute amtliche Kontrollen, was die Kontrollen entlang der Lebensmittelkette betroffen hat. Aber bei der Revision der 882 aus dem Jahr 2003 konnte festgestellt werden, dass gerade in diesem Bereich sehr viele parallele Kontrollen stattgefunden haben, die nicht immer dem Anspruch, effektiv zu sein, gerecht wurden. Des Weiteren haben wir festgestellt, dass im Laufe der Zeit natürlich auch andere Ansprüche an Kontrollen, an Kontrollmechanismen gestellt werden.

Und ich bin sehr froh, dass wir in den sehr langen, sehr intensiven und sehr kooperativen Verhandlungen – zuerst hier im Haus, zwischen den einzelnen politischen Gruppen, danach im Trilog mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedstaaten, im Rat und natürlich auch mit der Kommission – eine Lösung gefunden haben, die, glaube ich, allen Ansprüchen, die wir an eine moderne, effiziente, strenge, wirkungsvolle Kontrolle entlang der gesamten Lebensmittelproduktionskette stellen dürfen, auch gerecht wird.

Wir wollen, wie es so schön heißt, von *farm to fork*, in Wirklichkeit vom Produzenten, vom Bauernhof, vom Mastbetrieb bis auf den Teller kontrollieren. Aber hier nicht nur Fleisch und Lebensmittel, die vom Fleisch von Tieren kommen, sondern genauso Pflanzen. Der Titel sagte schon: Verordnung des Europäischen Parlament und des Rates über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel.

Wir sehen also, dass es sich hier um einen sehr umfassenden Rahmen handelt, der wirklich all diese Kontrollbereiche in Zukunft abdecken wird. Wir haben hier festgehalten – und das ist eine ganz große Forderung –, dass die Mitgliedstaaten für all diese Kontrollen die angemessene Mittelausstattung bereitstellen. Und hier wissen wir, dass es sich in den Mitgliedshaushalten nicht um allzu viel Geld handelt, und daher glaube ich, dass der risikobasierte Ansatz, den wir gewählt haben, die richtige Antwort darauf ist.

Unangekündigte, risikobezogene Kontrollen mit einer Mindestprüfhäufigkeit garantieren, dass wir unsere Mittel ganz gezielt einsetzen und hier für Gesundheit und Sicherheit sorgen. Lebensmittel in Europa müssen unbedenklich, sicher und gesund sein.

Wir wollen die Europäerinnen und Europäer aber auch vor etwas Weiterem schützen: nämlich vor Betrug und bewusster Irreführung. Wenn ich an den Pferdefleischskandal denke, der vielleicht mit ein Auslöser in der Frage war: Hier war generell keine Gesundheitsgefährdung der Europäerinnen und Europäer festzustellen, sondern hier hat es sich ganz eindeutig um Betrug, um Irreführung gehandelt. Mit der neuen Verordnung haben wir auch Mechanismen in der Hand, um diesen Betrug zu bekämpfen.

Wir haben erstmals die Möglichkeit gesetzlich festgehalten, dass Whistleblower ihr Wissen um Missstände bekannt geben, ohne um ihre eigene Position und um ihre eigene wirtschaftliche Unabhängigkeit fürchten zu müssen. Wir haben jetzt ein System, in dem noch mehr Unabhängigkeit, Qualität und Rechenschaftspflichten für die Vollstreckungsorgane festgehalten sind. Wir haben ein neues System der Transparenz, in dem die Veröffentlichung der Tätigkeiten der amtlichen Kontrollstellen garantiert sein muss, und wir können – und das ist für mich auch wesentlich – in Krisenzeiten viel schneller als bisher handeln.

Was für viele von uns – und die heutige Diskussion zur Kaninchenhaltung in Europa hat es gezeigt – ein wesentlicher Punkt ist, der hier auch festgehalten ist, ist die Frage des Tierwohls: Es kann und darf uns nicht egal sein, wie Tiere in Europa behandelt werden. Auch wenn der Schlachthof das Ziel ihres Transports ist, sollen auch dort Verhältnisse herrschen, die einem Tierwohl und einer Tierhaltung gerecht werden.

Wir haben dazu angeregt, dass es Referenzzentren gibt, wo all dieses Wissen ausgetauscht werden kann, und die Echtheit und Integrität der Lebensmittelkette auch für den Tierschutz zu benennen. Dieses Projekt ist auch zukunftssicher, das heißt, wir haben die Möglichkeit, auf neue Entwicklungen in der Produktion, auf neue Marktverhältnisse und natürlich auch auf neue Verbrauchermuster zu reagieren.

Ich bin eigentlich recht stolz auf das, was wir hier zusammengebracht haben. Mein Dank gilt noch einmal allen Akteuren. Es war eine manchmal recht mühselige, aber ich glaube durch das Endprodukt, das wir hier geschaffen haben – eine sehr erfreuliche Zusammenarbeit. Europa ist wieder ein Stück sicherer.

Vytėnė Povilaitė, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I am very pleased to appear before the plenary here today to successfully conclude our work on the regulation on official controls. This is a very important piece of legislation. It is, as you know, the result of the joint and dedicated efforts of the Parliament, the Council and the Commission. The outcome is, I believe, a credit to all three institutions. Indeed, they all recognise the importance to provide Member States' authorities with effective and efficient enforcement tools to ensure the coherent application of European law. Consumers and businesses should feel reassured that the control system across the EU is fit for purpose and safeguards the safety and quality of the entire agri-food chain.

In particular, the new regulation will, first, introduce a more comprehensive approach to official controls along the entire agri-food chain by extending its scope to cover plant health and animal by-products. Second, it requires Member States to regularly perform controls to identify fraudulent practices and enable the establishment of new European Union reference standards for the authenticity and integrity of the agri-food chain. Third, re-enforce rules on financial penalties for fraudulent or deceptive practices by requiring that those penalties reflect the economic advantage either of the operators or a percentage of the operators' turnover. Fourth, introduce new provisions for the protection of whistle-blowers reporting on possible cases of non-compliance. Fifth, strengthening the mechanism of administrative assistance and cooperation among Member States in case of cross-border non-compliance. Sixth, create a common framework of carrying out border controls on animals and goods entering the EU. And finally, seventh, increase the transparency of official control activities carried out by national authorities.

The regulation is a major step forward to provide national enforcers with the powers and tools to effectively deliver on their control tasks. I therefore look forward with both hope and expectation to a broad agreement and endorsement of this file. Our work will, of course, continue with the development of delegated acts and implementing acts and through the practical implementation of the new rules, once adopted.

Pilar Ayuso, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta. Señor comisario. Ante todo quiero felicitar a la ponente, la señora Kadenbach, por este trabajo y también, agradecer a todos los ponentes alternativos, al Consejo y a la Comisión el espíritu de colaboración que hemos tenido durante la negociación para llegar a este acuerdo. Si me lo permiten, también quiero tener un especial recuerdo para nuestro antiguo colega, el señor Schnellhardt, que fue responsable de este informe en mi grupo político durante la primera lectura. Él defendió muy arduamente el papel de los veterinarios oficiales, que es uno de los temas que han generado más debate.

El Reglamento va a seguir manteniendo el papel fundamental de los veterinarios, pero permitiendo, al mismo tiempo, cierta flexibilidad, al poder delegar algunas tareas. Siempre, desde luego, va a permitir tener en cuenta las particularidades de los Estados miembros en aras de la subsidiariedad y, además, estas delegaciones van a estar muy reglamentadas, especificando claramente qué tareas se pueden delegar y si el veterinario tiene el poder de supervisar o no, y clarificando quién tiene la responsabilidad final.

Otro tema de gran relevancia, y por el que el Parlamento ha luchado hasta conseguirlo, es que los controles se efectúen, por regla general, sin avisar y basándose en el riesgo. Esto va a permitir a los organismos de control poder gestionar los recursos en función de aquellos sectores que más necesiten ser controlados. Como ya he dicho en varias ocasiones, en la Unión Europea tenemos la mejor legislación de seguridad alimentaria, trazabilidad, salud animal y bienestar animal, y hay que controlar su cumplimiento. No necesitamos más legislación. Lo que hace falta son más controles y un régimen de sanciones eficaces que disuadan a quien incumple la ley.

Creo que debemos felicitarnos por el hecho de que el fraude pase a formar parte del ámbito de aplicación del Reglamento. Se van a tener en cuenta todos los riesgos y no solamente los riesgos para la salud. Los recientes escándalos en la cadena alimentaria dejaron claro que las sanciones no eran suficientes. A partir de ahora, el que cometa un fraude será sancionado, no solamente en función del beneficio económico obtenido sino también en función del volumen de negocio de la empresa o sujeto que cometa el fraude.

El Reglamento que vamos a adoptar clarifica también las medidas que se han de aplicar en relación con los productos importados, a los que también hay que controlar, y tienen que someterse a las mismas normas que los productos europeos. Casos como el de la *Xylella fastidiosa*, que sigue afectando dramáticamente a nuestros olivos, o la mancha negra de los cítricos son ejemplos de la importancia que tienen los controles en los productos importados.

También un tema controvertido ha sido la financiación. Dada la complejidad del tema, hemos intentado lograr un equilibrio, porque necesitamos seguridad alimentaria al mismo tiempo que tenemos que asegurarnos de que determinados controles se realicen. Y, para ello, tienen que ser financiados. El acuerdo ha mantenido el *statu quo* del Reglamento en vigor, es decir, tasas obligatorias para el sector cárnico y las importaciones, lo que va a permitir a los Estados miembros disponer de fondos suficientes para controlar todos los sectores en riesgo.

Quiero añadir que sobre todo esto va a haber una gran transparencia con respecto a la financiación y a la manera en que se ha realizado la financiación.

Daciana Octavia Sârbu, în numele grupului S&D. – Doamnă președintă, domnule comisar, înainte de toate, vreau să o felicit pe doamna raportoare pentru finalizarea cu succes a negocierilor. Vorbim de noi reguli foarte importante, care vor îmbunătăți siguranța alimentară și vor ajuta la combaterea practicilor care prezintă riscuri la adresa sănătății. Lanțul de aprovizionare alimentară este adesea lung și complex. Tocmai de aceea este nevoie de reguli armonizate pentru a garanta același nivel de siguranță pentru toată lumea și pentru a simplifica acest proces pentru toți cei implicați.

Consumatorii, producătorii de alimente, comercianții și autoritățile din domeniu vor beneficia cu toții de standarde simplificate, aplicate coerent pentru întregul lanț. Noile tipuri de controale vor fi bazate pe evaluarea riscului, ajutând astfel la concentrarea atenției autorităților acolo unde ea este cu adevărat necesară. Inspekțiile vor fi neanunțate, îngreunând astfel orice tentativă a operatorilor de a ascunde de autorități practicile neconforme. Pedepsele mai dure vor ajuta la descurajarea acelor companii tentate să recurgă la fraudă alimentară.

Pe lângă faptul că asigură o mai bună protecție a consumatorilor, noua legislație va ajuta, de asemenea, la susținerea acelor companii care respectă legea. Vor beneficia, de exemplu, producătorii de alimente bio sau producătorii de alimente cu indicație geografică protejată, care s-au confruntat adesea cu concurență neloială. Siguranța alimentară, calitatea hranei, competiția corectă și încrederea consumatorilor sunt elemente-cheie ale acestei noi legislații.

Julie Girling, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I have been working on this file since 2013. It has been an extremely difficult and technical file, and I would really like to congratulate Ms Kadenbach for getting us to this point, and indeed to my fellow shadows for their cooperative spirit throughout our discussions. The official controls proposal was part of the review of the plant and animal health package announced by the Commission in 2013 with the intention to simplify and modernise existing rules, while strengthening the enforcement of health and safety standards across the agrifood chain. This became particularly urgent in the aftermath of the horsemeat scandal.

Negotiations on this regulation have spanned two parliaments and 10 trilogues. I was very happy we were able to reach an agreement with the Member States under the Dutch Presidency in June last year. The agrifood industry is worth approximately EUR 750 billion a year and employs over 48 million people, making it the second largest economic sector in the EU. It is absolutely critical that we have a dynamic and streamlined legal framework to deal with this.

A more uniform enforcement of controls across a number of sectors and increased transparency, as well as taking a more risk-based and thus less burdensome approach to controls, is a very positive outcome. This should help to detect fraud more effectively by concentrating resources on areas where they are most needed. If someone is intent on committing a criminal offence, it will not be easy to legislate to stop them, and indeed such intentional action should be met with dissuasive and proportionate financial penalties. By giving Member States' competent authorities strengthened instruments at their disposal, we can help tackle compliance in line with the level of risk, thereby avoiding unnecessary controls and administrative burdens for SMEs in particular.

Before I finish, I must just mention the issue of mandatory fees, which became a very difficult point in our discussions and negotiations. Again, I want to congratulate Ms Kadenbach for her handling of this. I am sure that Member States will now step up and make sure that they have the budgets available to put this into place.

Jasenko Selimovic, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur, shadow rapporteurs, Commission and Council for their good cooperation. We did not, of course, agree about everything all the time, but I think we have found a good compromise.

The proposed new rules on efficient hygiene control seek to deliver improved controls and enforcement along the agri-food chain. Our efforts have addressed three main objectives. First, better safety control along the agri-food chain, which I think we will get through the effective controls system based on risk. Second, more effective rules against fraudulent practices. European citizens want us to secure high safety standards, and these new rules are – or will be – delivering on that point. Third, the new efficient controls will also ensure a high level of human, animal and plant health along the agri-food chain.

This legislation will update and harmonise our framework to better adapt to the more than globalised market and increasingly complex agri-food chain, which today requires flexibility while maintaining high safety standards. We can be content and satisfied with the deal agreed. The final text is balanced, creates transparency and safeguards the independence of operatives and authorities, as well as the efficiency and consistency of the rules. I can without hesitation recommend that my colleagues in the group adopt this regulation.

Stefan Eck, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Heute ist ein großer Tag für den Tierschutz in diesem Haus durch eine überwältigende Mehrheit bei der Abstimmung über meinen Kaninchen-Bericht. Die EVP hat eine Abfuhr zu ihrem Gegenentwurf einstecken müssen, der auf die Beibehaltung der tierquälerischen Batteriekäfige ausgerichtet war.

Auch der Bericht über amtliche Kontrollen ist sehr wichtig für die Stärkung und Kontrolle von Tierschutzstandards. Der Bericht gibt die richtigen Impulse, um ein höheres Maß an Rückverfolgbarkeit für unsere Lebensmittel zu gewährleisten, indem er dazu beiträgt, bestehende Regeln zu stärken und für die Verabschiedung von neuen Regeln zu sorgen, zumindest in der Theorie. Leider ist der vorliegende Text aber noch keine ambitionierte Richtschnur für die Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit, was aber nicht die Schuld der Berichterstatterin war; es hat am Rat gelegen. Jedoch ist eine positive Entwicklung erkennbar, dass aus vergangenen Lebensmittelskandalen gelernt wurde. Beispielsweise sieht der Bericht unangekündigte Kontrollen in allen Sektoren vor, bessere Durchsetzungsverfahren im Falle von Betrug und klare Regelungen für mehr Transparenz auch im Hinblick auf die Kontrollergebnisse. Die Trilog-Verhandlungen haben jedoch auch gezeigt, dass wir es mit einer großen Kluft zu tun haben zwischen den guten Absichten der Gesetzgeber und der tatsächlichen Durchführung in den Mitgliedstaaten, beispielsweise bei den Grenzkontrollen, bei Lebensmitteltransporten oder der Kontrolle von Tierschutzstandards in Schlachthäusern.

Nichtsdestotrotz unterstütze ich diesen Bericht als ersten Schritt in die richtige Richtung und möchte der Berichterstatterin Karin Kadenbach und ihrem Team für ihre wertvolle Arbeit ausdrücklich danken.

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Het doel van deze wetgeving is ervoor te zorgen dat er een uniforme controle komt op de voedselketen door de hele Europese Unie heen. Ik denk dat we terecht trots mogen zijn op het geleverde werk. We hebben dan ook uren gespendeerd aan de onderhandelingen, voornamelijk met de Raad en zelfs met drie voorzitterschappen.

We zorgen voor een harmonisering van het werk van de verschillende voedselveiligheidscontrolediensten. We breiden de controles uit van de controles op voedsel, dieren, diervoeders, dierenwelzijn en diergezondheid naar de gezondheid van planten, residuen en pesticiden. We richten ons ook op fraude. We hebben van het paardenvleeschandaal geleerd dat dat nodig is.

Ik vind het persoonlijk een goede zaak dat de specifieke controles op biologische landbouw uit deze verordening zijn gehaald en onder de specifieke verordening inzake biologische landbouw zullen vallen. Voor biologische landbouw bestaan namelijk aparte certificeringsorganisaties, die niet alleen toezien op het eindproduct maar ook op de kwaliteit van het product en het hele productieproces. De onafhankelijkheid van de inspectiediensten is beter geregeld. Onaangekondigde controles zijn essentieel. Er komt meer transparantie met een jaarlijkse publicatieplicht van controles en resultaten. Er komen striktere boetes. Van groot belang is natuurlijk ook de specifieke clause over klokkenluiders.

Persoonlijk had ik liever gezien dat de verantwoordelijkheid van dierenartsen in de slachthuizen wat sterker was geformuleerd, maar dat was niet haalbaar. Ik beveel mijn fractie aan dit verslag inderdaad goed te keuren.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, this report calls for further EU harmonisation in order to achieve uniform application of rules for the agri-food chain in the EU. This includes more controls on the use of products, processes, materials, feed additives or substances that may have an impact on food safety and animal welfare. In addition, the report asks for further financial support from Member States in order to perform official controls on the aforementioned products.

We in UKIP want to guarantee a high level of human, animal and plant health and we support the aim of informing consumers whilst guaranteeing fair commercial practices in the trade of agri-food products. However, we do not believe that the best way to achieve this objective would be through further EU legislative harmonisation. We oppose the financial impact of this project and believe that national parliaments are perfectly capable of making the best decisions with regard to all those processes, products and activities which relate to food, its production and handling and the rules which ensure that it is safe and fit for human consumption.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Diane Dodds (NI). – Mr President, firstly, I would like to give my thanks to the rapporteur for this lengthy piece of work, and I am happy to welcome a more balanced text. Mr President, I can welcome any report which aims to simplify and streamline European regulation, but especially a report around these important issues. However, I do feel that the Commission should do more to tackle the challenges facing farmers, and in particular the mandatory labelling changes for free-range egg producers affected by outbreaks of avian influenza. These producers have, through no fault of their own, been placed at a financial disadvantage given the need to house birds in high-risk areas. These farmers are worried that such labelling moves may affect the importance of free-range status, devaluing not only their product in the long term, but also their business. The Commission must do more to protect this important industry in exceptional times. I would also like to raise the concerns of arable farmers in my constituency, who are horrified at the potential outright ban of the active substance glyphosate. Such a ban would increase costs for growers and limit the efficiency of their businesses in what are already difficult times. And I would call upon the Parliament, and in particular the Commission, to act on sound science and not scare tactics.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dem Dank an Karin Kadenbach und an alle, die sich beteiligt haben, anschließen, insbesondere an Pilar Ayuso, die das in unserer Fraktion gemacht hat. Aber sie hat selbst auch darauf hingewiesen: Im letzten Parlament hat der Kollege Schnellhardt wichtige Vorarbeiten geleistet. Danke an alle, die dazu beigetragen haben, dass wir heute dieses Ergebnis haben.

Wir müssen handeln, wenn wir die Skandale betrachten –angefangen von Pferdefleisch über viele andere Lebensmittelskandale, wo der europäische Binnenmarkt missbraucht wurde, um die Verbraucher zu täuschen, und teilweise gab es auch Gesundheitsgefahren.

Für mich sind drei Punkte wichtig, die ich besonders hervorheben möchte. Erstens: Wir brauchen abschreckende Strafen. Im Fall von Pferdefleisch gab es Fälle, wo der wirtschaftliche Gewinn für das Unternehmen durch den Betrug größer war als die Strafe. Damit machen wir Schluss. Das wird ganz klar festgeschrieben, dass es abschreckende Strafen sein müssen.

Wir brauchen unangemeldete Kontrollen, denn erstens werden wir dadurch schwarze Schafe entdecken, und zweitens muss jeder Bescheid wissen: Ich kann im Zweifel unangemeldet kontrolliert werden. Dann wird der Betrug auch gar nicht erst stattfinden, weil man weiß, man kann ja erwischt werden und wird dann hart bestraft.

Und dann möchte ich, wie einige andere Kollegen auch, auf das Thema Gebühren eingehen. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag hatte die Schwäche, dass er die Mitgliedstaaten gezwungen hätte, auch für kleine Lebensmittelunternehmer wie Restaurantbesitzer, Bäcker, Fleischer Zwangsgebühren einzuführen, auch wenn sie sich nichts zuschulden kommen lassen. Das hat viel Ärger gegeben, und zum Glück haben wir das herausverhandelt. Jetzt ist aber mein dringender Appell an die Mitgliedstaaten: Schieben Sie, wenn Sie Gebühren einführen, den schwarzen Peter nicht der Europäischen Union zu! Das ist nur *Brüssel-Bashing*, was hier wirklich nicht angemessen ist. Wenn die Mitgliedstaaten das wollen, müssen sie selber den Kopf dafür hinhalten. Ich bin dankbar, dass wir das klargestellt haben.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, în contextul dezvoltării durabile în vederea asigurării protecției și promovării securității alimentare și a bunei stări nutriționale a cetățenilor Europei, se impune reglementarea riscurilor la adresa integrității oamenilor, a animalelor și a plantelor, reglementare realizată prin intermediul normelor armonizate privind identitatea, sănătatea și calitatea materialului de reproducere a plantelor, subprodusele de origine animală, reglementarea producției, a legislației sanitar-veterinare și fitosanitare, dar și a normelor privind furnizarea de informații consumatorilor și garantarea existenței unor practici comerciale corecte în cadrul comerțului cu produse din lanțul agroalimentar.

Evident, aplicarea corectă și eficientă a legislației UE care reglementează lanțul agroalimentar poate fi constatată prin intermediul controalelor oficiale, realizate în statele membre și în țări terțe, iar cadrul legislativ solid, dar simplificat, transparent și sustenabil pentru organizarea acestora contribuie la modernizarea, integrarea și funcționarea eficientă a sistemului de controale fiabile și coerente ale Uniunii Europene, astfel autoritățile competente având acces la date tehnice actualizate, la rezultatele cercetărilor, la tehnicile noi și la expertiza necesară, precum și la cele mai eficiente instrumente de efectuare a controalelor oficiale și a altor activități oficiale.

James Nicholson (ECR). – Mr President, I would also like to take the opportunity to pay tribute to the rapporteur for an excellent job. The revision of the official controls was part of the legislative package and the Commission launched the response to the horsemeat scandal back in 2013. What was brought home to me clearest at that time was the sheer length of the food chain that was exposed from that particular time.

In reality, however, the response was far from rapid: four years, two parliaments, ten trialogues later, agreements were finally reached in June 2016. Nevertheless, I am glad agreement has been reached on the proposal, and I hope it succeeds in reducing incidences of fraudulent and deceptive practices along the food chain. It is also less burdensome retaining the use of slaughterhouse staff under the supervision of a veterinarian or auxiliary for meat inspections, and it retains flexibility in Member States in terms of the fees charged in relation to controls such as in the slaughterhouses and dairy products at border control posts. Crucially, the proposal also allows suitably qualified persons, and not just official veterinarians, to perform certain controls.

I also welcome the fact that there are more stringent penalties to deter international and intentional fraud and the additional possibility of using a percentage of the operators' turnover as well as penalties based on the economic advantage sought. I welcome the much waited-for agreement on this file, and that we can now have a more uniform enforcement of controls across a number of sectors, taking a more risk-based and thus less burdensome approach. I would also like to say that I hope this will lead to restored consumer confidence and that trust will return.

Jan Huitema (ALDE). – Allereerst wil ik mevrouw Kadenbach hartelijk danken voor haar goede werk in dit dossier. Bij de handel in planten, voedingsmiddelen en dierlijke bijproducten is het logistieke proces bij de invoer en doorvoer in de EU van groot belang in verband met de vereiste versheid en kwaliteit van deze producten.

Om ondernemers en autoriteiten – zoals de douane – hiervoor handvaten te bieden en het vrije verkeer van goederen niet onder druk te zetten, is het belangrijk om in te zetten op een vereenvoudiging en vermindering van regeldruk omtrent controles.

Ik steun daarom de tekst die er nu ligt, die inzet op een risicogebaseerde benadering omtrent de uit te voeren controles en tegelijkertijd de veiligheid van producten waarborgt. Dit is relevant voor de grote aantallen handelsstromen die worden verwerkt via havens als Rotterdam en Schiphol.

Overbodige administratieve handelingen, hoe klein deze ook zijn, kunnen door de grote hoeveelheid handelsstromen cumulatief de invoer en doorvoer van producten aanzienlijk vertragen.

Ik zal de nadere uitvoering en implementatie van deze wetgeving daarom kritisch blijven volgen om te zien of de doelstellingen van deze wetgeving ook worden waargemaakt, zodat we in de toekomst niet alsnog worden opgezaald met overbodige regels die het doel van deze wetgeving voorbijstreven.

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Dierenwelzijn krijgt in dit verslag veel aandacht, maar helaas worden enkele misstanden niet aangepakt. Ik noem één voorbeeld. De aanwezigheid van een dierenarts is niet verplicht bij het slachten van konijnen en pluimvee. En dat terwijl juist bij deze dieren heel veel misgaat tijdens de bedwelming en de slacht. Ik vind dat onbegrijpelijk.

De voedingssector hobbelt van schandaal naar schandaal en dit verslag moet het consumentenvertrouwen herstellen. Maar als landen zelf kunnen bepalen wat ze wel of niet gaan controleren, dan gebeurt dat niet.

Denkt u echt dat consumenten gerust zijn als ze horen dat er in sommige landen niet genoeg geld is om inspecteurs op te leiden? Denkt u echt dat consumenten gerust zijn als ze horen dat producten die hier in Europa verboden zijn, toch op onze markt komen, zoals legbatterijeieren of hormoonvlees? Ik denk van niet.

We moeten de kloof dichten tussen de goede intenties van dit Parlement en de onwil van Commissie en Raad om met regelgeving te komen. Anders kunnen we voedselschandalen niet voorkomen en zullen dieren nog lang worden uitgebuit.

Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Džiaugiuosi, kad Europos Parlamentas, atstovaujantis 500 milijonų Europos Sąjungos piliečių ir vartotojų balsą, kelia į viešumą tai, kas piliečiams labiausiai rūpi – jų vartojamo maisto sauga, kokybė bei standartai, kurių laikantis gaminama produkcija. Tiek trečiasias šalis apimančių prekybos sutarčių, tiek susitarimo siekti mažinti klimato kaitą kontekste piliečių lūkesčiai dar labiau išaugo. Natūralu, kad vartotojai tikisi saugaus, kokybiško maisto už prieinamą kainą, užauginto natūraliai, nesikišant į genų pakeitimus. Kita vertus, viena po kitos žemės ūkio sektoriuje nuvilnijusios krizės parodė, kad, jei neužtikrinsime savo ūkininkams padoraus pragyvenimo lygio, viso to galime greitai netekti. Todėl noriu atkreipti dėmesį į tai, kad, užtikrinant aukščiausią kokybę, saugos ir kitų standartų laikymąsi, negalima pamiršti ir tų, kurie mumis rūpinasi, t. y. ūkininkų.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, meidän globaalit ruokajärjestelmämme ovat tällä hetkellä erittäin vakavassa kriisissä niin ruoan turvallisuuden, terveellisuuden, jäljitettävyyden kuin myöskin kestävyiden osalta. Jotta me voimme rakentaa siitä parempaa järjestelmää, tarvitsemme ensimmäisenä sellaisen puitelainsäädännön, joka kykenee valvomaan alkulähteeltä, tuotannosta, eläinten rehusta, eläinten tuotannosta kauppaan ja kuluttajalle asti elintarvikeketjuamme ja siellä olevia tuotteita.

Monet myös meillä olleet isot ruokaskandaalit ovat hyvin selvästi osoittaneet valvontajärjestelmän puutteita. Uskallan sanoa, että tämä lainsäädäntö, joka on nyt onnistuttu sopimaan, on ensimmäinen hyvä, kokonaisvaltainen valvontalainsäädäntö, joka valvoo ja tuottaa tarvittavat tiedot koko elintarviketuotantoketjusta. Tämä on jatkossa myös erittäin olennaista siksi, että niin riskitekijöiden, tautien, liian suuren antibioottien käytön osalta kuin myöskin kemikaalikeräytymien ja -kulkeutumien osalta myös eläinten rehut ovat keskeisessä roolissa, kuten jo aikaisemmista hullun lehmän tautiskandaaleista ja muusta olemme voineet huomata.

Nyt meillä on käytössämme tehokkaat työkalut, joilla me voimme seurata mahdollisia riskejä. Nyt tarvitsemme sitä muuta hyvää lainsäädäntöä vielä päälle, millä rajoitamme antibioottien rutiinikäyttöä eläinten rehussa, millä rajoitamme ihmiselle riskialttiita kemikaaleja ja millä rajoitamme esimerkiksi torjunta-aineiden käyttöä ja niiden kertymistä elintarvikeketjuissa. Omalta osaltani haluan kiittää niin komissiota kuin myöskin esittelijää ja koko neuvottelutiimiä hyvästä tuloksesta.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da tempo i cittadini europei chiedevano controlli affidabili, trasparenti e rigorosi della filiera alimentare.

Con questo regolamento l'Unione si dota, finalmente, di un sistema di controllo integrato, moderno ed efficace nei settori dei prodotti alimentari e delle norme di sicurezza dei mangimi, di requisiti veterinari e fitosanitari, della produzione biologica e delle indicazioni geografiche protette. Per la prima volta il quadro globale sarà applicabile anche ai controlli intesi a verificare il rispetto delle norme comunitarie in materia di salute delle piante e prevedrà un sistema completamente integrato di controlli alle frontiere.

Tra le principali novità introdotte, si rilevano l'approccio dei controlli basato sul rischio, la copertura dell'intera catena alimentare, la flessibilità dei controlli e un rafforzamento nella lotta alle pratiche fraudolente e ingannevoli. Il valore aggiunto di un complesso uniforme di norme a livello europeo offrirà alle autorità nazionali preposte alla verifica un contesto basato anche sulle attività di verifica eseguite in un altro Stato membro e sulla riproducibilità e validità tecnico-scientifica dei risultati dei controlli.

Complimenti alla relatrice.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με τη νομοθεσία της Ένωσης υπάρχει ένα σύνολο κανόνων, για να διασφαλίζει ότι τα τρόφιμα και οι ζωοτροφές είναι ασφαλή και υγιεινά και ότι οι δραστηριότητες οι οποίες θα μπορούσαν να έχουν αντίκτυπο στην ασφάλεια της τροφικής αλυσίδας ή στην προστασία συμφερόντων των καταναλωτών σε σχέση με τα τρόφιμα εκτελούνται σύμφωνα με συγκεκριμένες απαιτήσεις. Έχουμε θέσει πολλάκις το ζήτημα της διατροφικής ασφάλειας των καταναλωτών έχοντας εναντιωθεί στην εισαγωγή γενετικά τροποποιημένων προϊόντων στην ευρωπαϊκή αγορά που επιχειρούν κάποιοι με τη CETA ή την TTIP. Επίσης, έχω εκφράσει προσωπικά τη στήριξή μου στη σαφή και διακριτή ετικετοποίηση όλων των προϊόντων, ώστε να δύναται ο καταναλωτής να γνωρίζει τι βρίσκει στο πιάτο του. Δεν γίνεται από τη μια δίδεν για λόγους διατροφικής ασφάλειας να περιορίζεται η κατανάλωση παραδοσιακών εδεσμάτων που τρέφουν τις κοινωνίες μας εδώ και αιώνες και από την άλλη να μη λαμβάνεται καμία προστασία για την κατανάλωση αμφιλεγόμενων προϊόντων της βιοχημικής καινοτομίας. Πρέπει επιτέλους να τεθούν αυστηροί περιορισμοί σχετικά με τις ποιοτικές προδιαγραφές των διατροφικών προϊόντων που κυκλοφορούν στο εμπόριο.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, dobro je, napokon imamo najavu dobrog zakonodavstva koje bi zaista trebalo zaštititi zdravlje ljudi, životinja i biljaka. Međutim, nemojmo bježati od istine i od činjenice da smo i dalje svjedoci velikih afera kada je u pitanju zdravlje naših građana i prehrana naših građana, kada je u pitanju dobrobit životinja ili dobrobit biljaka i sve ono što se dešava u polju i sve ono što nam dolazi u trgovine i se ono što nam dolazi na stol.

Ja jesam za to da dobijemo ovakvo globalno zakonodavstvo jer nam je ono prijeko potrebno, ali sam još za nešto, nisam za logiku samo kažnjavanja i kontrola, nego sam i za pozitivnu logiku. Hajmo podupirati, ali ozbiljno i odgovorno i do kraja, financijski podupirati ona područja koja žele zdravlje svojih građana, svojih gostiju, dobrobit životinja, dobrobit biljaka. Područja, regije, gradove koji žele to. Imamo takve mogućnosti, možemo stvoriti sinergiju financijskih sredstava. Napravimo to kao dobar primjer dobre prakse.

(Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika).

Davor Škrlec (Verts/ALE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Kolega Jakovčić, Hrvatska je nedavno u stalnom odboru dva puta bila suzdržana, u stalnom odboru Komisije koji raspravlja o utjecaju herbicida odnosno pesticida na ljudsko zdravlje i na GMO. Dakle, prvi puta je bila suzdržana oko glasanja što se tiče glifosata, drugi put je bila suzdržana što se tiče GMO-a, iako je službena politika hrvatske vlade da nema GMO-a u Hrvatskoj. Zanima me kakav je Vaš stav s obzirom na regulaciju koju ste rekli da je potrebna i na globalnoj razini i na razini Europske unije, i kako se to reflektira na Hrvatsku?

Ivan Jakovčić (ALDE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Hvala na pitanju, poštovani gospodine zastupniče. Bit ću vrlo jasan. Hrvatska je ovim glasanjem pokazala, odnosno vlada je pokazala da se ne drži onoga što je službena politika u Hrvatskoj. Jer mi nismo za GMO. Osobno ću reći, kao aktivni i pravi seljak, da zaista mislim da glifosat može više štetiti nego koristiti. Riješit ćemo se nešto korova, ali ćemo zato sigurno unijeti puno ne-zdravlja u biljke koje su oko onoga što znači korištenje glifosata. I htio bih na kraju reći sljedeće: ako se sjećate, bio sam istarski župan i prvi smo proglasili Istarsku županiju GMO free regijom u Hrvatskoj. To Vam govori sve što mislim o GMO-u.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Comissário, três breves apontamentos neste debate:

Em primeiro lugar, pedimos que no desenvolvimento desta legislação adote regras específicas para que o produto caseiro e a transformação em pequena escala tenham uma legislação própria que permita a sua continuidade e a venda nos mercados locais e circuitos curtos de comercialização.

Segundo, o reforço dos controlos tem que evitar que pragas como a *tecia solanivora*, conhecida em galego como a *couza guatemalteca* da batata, continue a entrar no território da União Europeia e a alargar-se pelos nossos países.

Em terceiro lugar, pedimos legislação para combater a origem dos maiores escândalos alimentares. Refiro-me à lógica do modo de produção industrial. E quero recordar aqui que as farinhas de carne eram legais e provocaram um dos maiores escândalos conhecidos na União Europeia.

Os controlos de hoje não vão evitar os escândalos dos transgénicos ou dos pesticidas de amanhã.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, there are about 28 words in the full title of this proposal and the length is probably appropriate because agri-food chains have become longer and more complex, and as a result the EU is more and more exposed to new risks. Therefore we need improvements in the controls along the food chain, and I was pleased to see the Commission coming forward with proposals in this regard.

I welcome the hard work that has been done in the trilogues and I think the agreement provides for a simpler and more effective control system for food and food safety rules, veterinary and phytosanitary requirements, organic production and protected geographical indication rules. This agreement is important to ensure comprehensive scope and it encompasses the whole agri-food chain, which is vital for the safety of the food consumed by all EU citizens.

I am pleased that we have a provision for penalties against fraud and I welcome its inclusion. The horsemeat scandal of 2013 is something that must be avoided in future, with better controls and traceability provisions as well as punishments for infringers. The bigger the punishment, the greater the deterrent.

We know only too well the potential damage that can be caused for the entire agri-food industry of a Member State in the event of unwanted ingredients ending up in the final product as a result of lax controls, with the ensuing controversy upon their discovery. It is important to stop this early, and I believe that the current agreement will help to do so. It is also important that there is provision included to ensure that food business operators can have a quick follow-up inspection if they are found to be non-compliant. This is crucial, as companies must be able to act quickly, rectify the situation and get back to trading or production. A common-sense approach will help eliminate mistakes and hopefully ensure they are not repeated.

Ultimately, this is all about protecting our citizens and ensuring that consumers have confidence in the food they are buying and consuming, and that is the job we are trying to do.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, čestitke izjaviteljici na sjajno obavljenom poslu jer je riječ o zaista kompleksnom paketu uredbi kojim se osigurava kvaliteta hrane od proizvođača do potrošača. Poljoprivredno-prehrambeni sektor drugi je najveći sektor u Europskoj uniji. Zapošljava 40 milijuna ljudi koji godišnje proizvedu 750 milijardi eura nove vrijednosti.

Europska unija ima najviše standarde sigurnosti hrane u svijetu, ali nedavni skandali s npr. konjskim mesom u Europi te zaraženom piletinom i jajima u Hrvatskoj pokazuju ozbiljne slabosti postojećeg zakonodavnog okvira. Zakonodavstvo Europske unije fragmentirano je na 70 različitih uredbi. Osim otežane kontrole prijenosa bolesti, previše je prostora ostavljeno za malverzacije u trgovinama jer kupce ugrožavaju jeftini uvezeni proizvodi sumnjive kvalitete i nutritivne vrijednosti. Paradoks je da domaće proizvode temeljito testiramo dok proizvodi uvezeni iz ostatka Europske unije imaju jedinstveni zdravstveni certifikat, često bez pokrića.

Na jedinstvenom tržištu apsolutno je nedopustiva prodaja zdravstveno neispravnih proizvoda među zemljama članicama. Troškovi kontrole, ma koliko oni bili visoki, ne smiju biti opravdanje za ugrožavanje zdravlja i života potrošača.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, Uniunea Europeană trebuie să aibă ca obiectiv principal sporirea eficienței sistemului de control oficial la nivelul statelor membre, astfel încât, de-a lungul lanțului alimentar să existe standarde înalte de siguranță și calitate care să confere încredere consumatorului european. Este nevoie, în același timp, de modernizarea și simplificarea instrumentelor, menită să permită implementarea legislației și să garanteze o protecție reală a sănătății și bunăstării animalelor, dar și a plantelor. Sarcinile administrative ale întreprinderilor mici și foarte mici trebuie să fie reduse, astfel încât povara administrativă să nu fie transferată într-un cost mai ridicat al produselor care se comercializează.

Apreciez, de asemenea, că se impune întărirea controlului oficial privind standardele de comercializare a produselor agricole în vederea prevenirii practicilor frauduloase și înșelătoare, dar – și subliniez – și aplicarea unor sancțiuni financiare corespunzătoare, care să le descurajeze. Este extrem de importantă întărirea mecanismelor de alertă și a schimbului de informații între autoritățile naționale, astfel încât, prin măsuri rapide, să poată fi contracarat orice risc privind siguranța în lanțul alimentar.

În momentul de față, în statele din estul Europei există preocupări semnificative în ceea ce privește standardele duble de calitate a produselor care se comercializează, comparativ cu statele din vestul Europei. Cu alte cuvinte, avem același produs, aceeași marcă, același ambalaj, dar o calitate diferită și inferioară a produsului, aspect pe care îl apreciez ca fiind inadmisibil. În acest context, se spune, pe bună dreptate, că uneori brânza se mai face și din lapte, mezelurile pot conține și carne, iar vinul se produce ocazional și din struguri. Mai mult, dincolo de tot ceea ce înseamnă etichetarea obligatorie a produselor, trebuie găsite mecanisme eficiente pentru a se interzice în mod expres folosirea denumirii de brânzeturi ori mezeluri dacă aceste produse nu conțin o proporție semnificativă de materie primă de origine animală. Altfel, în loc să spunem „Poftă bună!” atunci când ne așezăm la masă, este posibil să spunem „Noroc bun!”, deoarece nu știm ce avem în farfurie.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! A magam részéről szintén szeretnék meleg szívvel gratulálni Kadenbach képviselő asszonynak, mert valóban egy remek jelentéssel ajándékozta meg ezt a Parlamentet és egyben az európai fogyasztókat. És egyben egyetértek azzal is, hogy az ellenőrzések uniós szintre való kiterjesztésével egyrészt a belső piac gördülékénységét tudjuk szolgálni, illetve védjük a fogyasztókat is, hogy fenntartsuk az EU-termékek iránti bizalmat a kereskedelmi megállapodásaink szemszögéből is. Kérjük tehát a Bizottságot, hogy erőteljesen ellenőrizze a tagállami végrehajtást, hogy egy hatékony rendszert kapjunk. Mindezek miatt javaslom a jelentés változtatás nélküli elfogadását. De nem csak az ellenőrzéseket kell egységesítsük. Következő lépésként a nemzeti élelmiszerkönyveket is harmonizálnunk kell.

Ezáltal elkerülhető lesz a jelenlegi előírások eltérő mivoltára építő populista hangok erősödése, amelyek most éppen a vélt vagy valós nyugat-, kelet-európai élelmiszerek beltartalom eltérései miatt hangolja a lakosságot tudatosan az Európai Unió ellen.

Емил Радев (PPE). – Обхватът на текстовете, които сега обсъждаме, е изключително широк, но аз бих искал да обърна по-специално внимание на два аспекта. Това са контролът по отношение на изискванията за благосъстоянието на животните и изискванията относно тяхното здраве. И двете теми са изключително важни, тъй като пряко касаят здравето на милиони европейски граждани и имат директно отражение върху европейската икономика.

На първо място, контролът по отношение на изискванията за благосъстоянието на животните е тясно свързан с наболелия през последните години въпрос с лошите условия при превоза на селскостопански животни, както в рамките на самия Съюз, така и при превозите от Европейския съюз към Турция и други трети държави. С колегите от интергрупата за защита на животните неведнъж сме повдигали въпроса пред Европейската комисия, като сме настоявали за повече контрол при осъществяването на този вид превоз и стриктно спазване на всички съществуващи европейски разпоредби. Това е важно не само, за да защитим благосъстоянието на животните, но и за да защитим интереса на европейските производители.

По-качественият контрол означава по-голяма сигурност за самите животни, а това от своя страна би довело до по-малко финансови загуби вследствие на смъртни случаи по време на техния транспорт. Сами разбирате, че при превоз на десетки хиляди глави добитък ежегодно финансовите загуби за производителите могат да се равняват на милиони евро.

На второ място, един по-качествен контрол относно спазването на правилата за транспорт на селскостопански животни ще даде по-голяма сигурност относно тяхното здраве и безопасност, а оттук и на качеството на продуктите от тези животни и цялата хранителна верига. Това би било изключително благоприятно във връзка с превенцията и ограничаването на риска от заболявания, както при самите животни, така и при хората. В края на краищата човешкото здраве е най-високият приоритет.

Поради това приветствам препоръките в доклада и благодаря на комисията и докладчика за добре свършената работа.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, το κύριο θέμα είναι τι καταλήγει στον ανθρώπινο οργανισμό μέσα από την αλυσίδα διατροφής των ζώων και της καλλιέργειας των φυτών, αλλά και η ίδια η συμπεριφορά στα ζώα καταδεικνύει το επίπεδο του πολιτισμού μας. Πρέπει οι έλεγχοι στα κράτη μέλη να αυξηθούν, και με αιφνιδιαστικές παρεμβάσεις, και πρέπει πέρα από την πρόληψη κάθε απάτης να επιχειρηθεί και η μέθοδος της καταστολής. Οι κατάλληλες ποινές για τους παραβάτες είναι επίσης αναγκαίο μέτρο. Ο πολιτισμός του ανθρώπου, αγαπητοί συνάδελφοι, αποκτά πραγματικό νόημα, αν η συμπεριφορά μας απέναντι στα άλλα πλάσματα της γης είναι στο επίπεδο που μας αξίζει. Μέχρι τη μέρα που ο άνθρωπος θα καταφέρει να μη χρειάζεται να σκοτώνει άλλα πλάσματα της γης για την τροφή του ας προσπαθήσουμε τουλάχιστον να συμπεριφερόμαστε ως έλλογα ζώα.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej živilska industrija v vsej svoji celotni kompleksnosti predstavlja tudi določena tveganja, kar so potrdili tudi nekateri škandali, nekatere nepoštene trgovinske prakse, tudi nekatere obtožbe, ki se vrstijo v zadnjem času, da se določeni istovrstni produkti prodajajo po različnih državah od zahoda proti vzhodu s popolnoma različno kvaliteto.

Zato je prav, da se uredi tako večji varnostni nadzor, učinkovita pravila proti goljufijam, učinkovite sankcije in pa seveda, da se uvede visoka stopnja varnosti, ker konec koncev je to namenjeno seveda tudi varstvu potrošnikov, bolj preglednemu delovanju in pa zvišanju standardov na področju prehrane.

Mislim, da ni seveda skrivnost, da nekatere korporacije na tem sektorju uporabljajo tudi v imenu dobička določena sporna sredstva, od fitosanitarnih, ki so sicer, in farmacevtskih, ki so prepovedani, zdravju škodljiva, in mislim, da če želimo povrniti zaupanje potrošnikov, moramo temu ravnanju narediti konec.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Vytienis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I am grateful to Parliament for its important contribution, hard work and constructive approach throughout the development journey of this file. Today I heard broad support in our debates.

I can only agree that implementation is key. I am sure that Member States – especially now, when the economy is growing – will allocate sufficient resources for that. I would like to thank and congratulate the rapporteurs – Mr Pirillo, under the previous term, and Mrs Kadenbach, under the current term of Parliament – for reaching an agreement in the political negotiations. I would also like to thank the shadow rapporteurs and the teams involved in the negotiations for all their efforts and valuable input. I think they are on the right track and that we will see very good results.

Karin Kadenbach, Berichterstatlerin. – Herr Präsident! Ich möchte mich nochmal bei allen Schattenberichterstatlern, aber auch bei allen, die sich heute zu Wort gemeldet haben, ganz herzlich bedanken für dieses sehr konstruktive Klima, das wir nicht nur im Vorfeld hatten, sondern auch heute. Und, Herr Kommissar, ich habe eine ganz große Bitte: Aufgrund dieser Verordnung ist die Kommission ermächtigt, die vorgesehenen delegierten und Durchführungsrechtsakte zu erlassen. Und wie Sie wissen, gab es eine ganze Reihe von Bestimmungen und Regelungen, die das Parlament gerne im Basisrechtsakt gehabt hätte. Aber Verhandlungen bringen es nun mal mit sich, dass man auf manchen von diesen Dingen nicht beharren kann, sondern sich auch mit anderen Formen der Rechtsetzung anfreunden muss. Ich ersuche Sie aber trotzdem, bei der Erarbeitung und dem späteren Erlass dieser delegierten und Durchführungsrechtsakte den Geist und das Klima, in dem die Verhandlungen geführt wurden und in dem auch heute diese Besprechung hier stattgefunden hat, weiterzutragen. Es war ein sehr konstruktives Klima – ein Klima mit dem Ziel, hier eine Verordnung zu haben, die diese Erwartungshaltung der Konsumenten und Konsumentinnen wirklich erfüllt und auf der anderen Seite natürlich auch allen rechtsschaffenden Produzenten und Produzentinnen gerecht wird, indem wir sie nicht übermäßig belasten. Ich glaube, die vorliegende Verordnung erfüllt das alles.

Helfen Sie uns dabei, das Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten in die Lebensmittelsicherheit, in die Qualität unserer Lebensmittel wieder in dem Ausmaß zu schaffen, wie wir es verdienen! Unser Vertrauen, Herr Kommissar, haben Sie. Wir werden uns gern im Rahmen unserer Möglichkeiten auch bei der Implementierung und bei der Umsetzung dieser Verordnung einbringen, soweit es uns möglich ist. Halten Sie uns auf dem Laufenden! Wir werden ganz genau schauen, wie es hier weitergeht.

El presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

13. Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen des TAXE-Sonderausschusses und aktuelle Informationen zur Reform der Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ (Aussprache)

El presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de las Declaraciones del Consejo y de la Comisión sobre el seguimiento de las recomendaciones de la Comisión TAXE e información actualizada sobre la reforma del Grupo «Código de Conducta» sobre la fiscalidad de las empresas (2017/2600(RSP)).

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, first of all I would like to thank you for giving me the opportunity to address you on the essential topic of the fight against tax evasion, fraud and avoidance. This is a shared EU goal that has constantly been highlighted by the European Parliament, the European Council, the Council and also the Commission. Similarly to previous Presidencies, the Maltese Presidency has placed the fight against tax evasion, fraud and avoidance among its top priorities on the Council's agenda.

The TAXE resolution of July 2016 called for a significant number of measures to be adopted in a large number of areas. I will give you an update on the achievements reached to date in the Council in reply to the general call for action.

In a nutshell, the Council completed work on the Anti-Tax-Avoidance Directive 1 and 2, on the Administrative Cooperation Directive 4 and 5 and on defining criteria to establish a list of non-cooperative jurisdictions. More specifically, we have called on the Member States to adopt measures to counter aggressive tax planning, tax avoidance and the particular mismatching tax qualifications that lead to cases of double non-taxation.

In a joint effort to speed up our common fight against tax avoidance, the Council reached two political agreements on an Anti-Tax-Avoidance Directive. The directive provides for a comprehensive framework of anti-abuse measures aimed at ensuring that taxation will happen where value is created. Measures such as the control of foreign companies and anti-hybrid-mismatch measures that you mention in your report are no longer a wish but a binding reality for all Member States. As a result, the European Union can claim that the measures to counter base erosion and profit shifting, which were given impulse by the G20 and the OECD, have now been translated into the EU binding instrument.

In several respects we went even further than the basic OECD recommendations. As regards transparency and exchange of information, I am also in a position to report that progress has been achieved on the Administrative Cooperation Directive, as multinational companies will now be obliged to report key tax information on the amount of revenue, profit before income tax and income tax paid in each country where they do business.

In order to reinforce transparency, tax authorities have also been given the competence to access anti-money-laundering information, in particular on the beneficial ownership of companies.

Furthermore, Parliament also called for progress to be made on a common consolidated tax base. Responding to that call, the Commission issued two legislative proposals that the Presidency has put on the table in the Council. The Council has identified a working method to deal with those proposals, starting with the common corporate tax base, and we are currently working on the new elements introduced by the Commission on research and development, allowance for growth and investments and cross-border loss relief.

We will also strive to increase tax certainty by, we hope, making as much progress as possible in establishing a mechanism that will improve double-taxation dispute resolution. This could be achieved by making alternative dispute resolution mechanisms binding, faster and more efficient.

Honourable Members, turning to the Code of Conduct Group on business taxation, developments aimed at improving its working methods and effectiveness have been undertaken. We have adopted two sets of conclusions which enhance the effectiveness of the Code of Conduct Group. One of the group's main tasks in the near future will be to finalise the process of establishing the EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes.

I would also take this opportunity to recall that this is an inter-governmental exercise, to be carried out in the Code of Conduct Group in conformity with the competences as set out in the Treaties.

To sum up, the Presidency is striving to move forward systematically on the basis of a clear road map for the Council's work in the field of tax evasion, fraud and avoidance at EU level.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Mesdames et Messieurs les députés européens, il y a une saison, c'est celle-ci, pour regarder les réussites et les insuffisances de ce que nous faisons comme Union, avec l'objectif de définir la voie à suivre dans l'année qui suit.

Assessing where we are today, where we need to go and where the added value of the EU actually lies, this is a useful contribution to the wider debate. Therefore, I very much welcome your invitation to discuss the progress we have made and the work still to be done in delivering on one of the top priorities for EU citizens today, which is fair taxation.

We know that taxation has a vital role to play in addressing some of the biggest challenges we face in Europe today. The need for more social justice, the need for equal treatment and opportunities for all, and the need for stronger economic growth with more jobs and more investment. And that is why the Commission has given the highest priority, as you know, to advancing an ambitious agenda for tax reform throughout our Union. Our agenda for fair taxation rests on the two twin pillars of transparency and effective taxation. With these pillars as our base, we have built a new, improved and crucially fairer corporate tax framework for the entire EU, and we have done so in a remarkably short space of time.

D'abord, la révolution de la transparence, que j'ai appelée de mes vœux, prend forme. Elle pousse nos États membres vers un niveau sans précédent d'ouverture et de coopération sur les sujets fiscaux. L'échange automatique d'informations sur les rescrits fiscaux, les *tax rulings*, le *country by country reporting*, l'échange d'informations sur les données comptables et fiscales entre autorités fiscales, tout cela est maintenant incorporé dans la loi européenne. De nouvelles règles européennes vont autoriser les autorités fiscales à accéder à des informations cruciales pour lutter contre le blanchiment d'argent, pour mieux faire en sorte de fixer les audits et les enquêtes.

La Commission a aussi répondu à l'appétit de nos concitoyens, aux exigences de nos concitoyens pour plus d'informations sur les pratiques fiscales des multinationales, avec cette proposition, le *country by country reporting* – dont je rappelle ici à quel point la Commission est attachée à la publicité et à la transparence – et, depuis le 1^{er} janvier de cette année, les États membres échangent automatiquement les informations sur les comptes financiers, pour faire en sorte de mettre fin à la pratique du secret bancaire et pour que l'on voie qui cherche à cacher son argent hors des frontières.

Sans aucun doute, nous avons poussé la transparence autour des systèmes fiscaux et des pratiques fiscales en Europe avec un véritable résultat, qui fait que nous avons franchi un premier pas pour rétablir la confiance publique dans nos systèmes fiscaux. En parallèle, nous avons travaillé sans relâche pour nous assurer que toutes les entreprises, grandes et petites, paient leurs impôts là où elles créent leurs profits.

Nous avons maintenant des règles anti-abus qui sont contraignantes pour toutes les formes de transferts de profits, et c'est ce que dit notre directive anti-évasion fiscale. Cette directive a été acceptée et votée par le Conseil en un temps record. Elle a, récemment encore, été complétée par des mesures additionnelles pour traiter ce qu'on appelle les hybrides avec les pays tiers également. Nous avons utilisé – comme vous le savez – nos outils en matière d'aides d'État pour traiter de cas qui ont trait à la concurrence fiscale inéquitable, et nous avons poussé – comme l'a rappelé le Président – le code de conduite à s'assurer que les États membres jouent de manière équitable sur le régime préférentiel.

Enfin j'ai relancé le projet fiscal le plus ambitieux de tous, qui est ce qu'on appelle le CCCTB, l'assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés, et nous voulons là un système fiscal qui soit capable d'anticiper, qui soit capable de se mettre à la hauteur des défis que nous rencontrons en matière de taxation d'entreprises aujourd'hui, et aussi à l'avenir.

Our agenda for fair taxation over the past two years has also extended beyond the borders of our Union. With today's globalised economy and interconnected markets, the external threats of base erosion and unfair competition cannot be ignored. Therefore, we have stepped up our work to export a higher level of tax good governance worldwide, especially in the framework of the G20, and we will have a G20 meeting of Finance Ministers at the end of this week at Baden-Baden, for the first time in the presence of the Secretary of the Treasury, Mr Mnuchin, with whom I had the occasion to exchange yesterday.

Our preferred approach is a cooperative one, to work closely with international partners for fairer competition, higher standards and a level playing field. We have positive incentives to achieve this, such as development aid, EU funding and bilateral agreements, and we continue to be active players in shaping the tax agenda in international fora such as the G20 and OECD. However, there are some countries that consistently refuse to play fair, despite our best efforts to collaborate with them. With these countries it is time to play tough. By the end of this year, the first EU list of non-cooperative jurisdictions will be published, together with appropriate common sanctions, and it will be something very important. Our Member States are honouring their international tax commitments, so other countries must do the same.

Honourable Members, you have asked for an update on how the Commission responded to the recommendations of the TAXE 1 and TAXE 2 committees. The brief overview that I have just provided should reassure you that our agenda fully reflects and respects the expectations of this Parliament. As I always say, we are on the same side, respecting our diversity and our differences, but fighting for the same cause. Many of the actions called for by TAXE are now binding in EU law. Many of TAXE's recommendations are now robust Commission proposals waiting for the agreement of the Member States. Let me give you just a few examples, which prove that our institutions have a shared vision on what is needed to secure fair taxation.

The EU list: transparency on tax rulings; improved anti-money laundering provisions; public country-by-country reporting; tighter rules for patent boxes; the relaunched CCCTB. These were all recommended by Parliament and proposed by the Commission, some of them adopted by Member States. And there is more to come. For example, in line with TAXE's report, we will propose greater scrutiny on revisers and intermediaries by the summer, to clamp down on those that promote aggressive tax planning schemes. We are also exploring how to better protect whistle-blowers and are examining ways to boost transparency on beneficial owners. For the Commission, the work of TAXE 1 and 2 has been a valuable asset, both as a source of inspiration and as a strong political backing for the many new initiatives we have brought forward. I have every confidence that we can rely on the same positive relations with the PANA Committee as it advances with its work, and I am fully ready to cooperate with this committee, as I did with the previous ones.

You have also asked specifically about the reform of the Code of Conduct, which was among TAXE's recommendations. On this particular point the results, I must say, are mixed. The Commission pushed very hard for an ambitious reform to make the Code more relevant, more transparent and more accountable. Some progress has been made; for example, the Code is now committed to more regular and transparent reporting of its activities, and the chair of the Code will appear before this Parliament, as well as ECOFIN, when needed. In terms of the content of the Code itself, technical work has started to review the criteria, so that they are more relevant to modern realities. But I have to admit that so far, the scope and pace of the reform in Council has not been as fast as I, and I know as many of you, would like.

I do think that more could and must be done if Member States got fully behind this project. A new Chair has recently been appointed to the Code Group, and this creates potential for a new momentum to be injected into the reform process. So I would suggest that you keep up the political pressure on your side for real and meaningful improvements to the Code of Conduct. On our side, the Commission will provide all the support that we can to this process.

Looking ahead, I would stress that the many achievements so far in our fair taxation agenda should not be an excuse for any complacency. If anything, we need to be more vigilant than ever in ensuring that the momentum is maintained. Proposals must be agreed, commitments must be respected and legislation must be properly implemented. As already indicated, the Commission is working on more new initiatives to reinforce transparency and fairness in our tax systems, and we will continue to respond quickly and decisively to new challenges as they arise. However, we are not the only institution with obligations to fulfil: important proposals which need to be agreed quickly – I am conscious of that – are in your hands now, notably public country-by-country reporting and revision of the anti-money laundering directive.

I would encourage you to use your combined forces of ambition and pragmatism in order to reach consensus with the Council as soon as possible. I would also urge you to keep the spotlight on crucial files such as the CCCTB, which rely entirely on the agreement of our Member States to become a reality. As we have seen before, political and public pressure has a powerful capacity to deliver results. It is the most powerful capacity.

Chers membres du Parlement européen, j'espère que j'ai pu vous rassurer aujourd'hui et vous convaincre que lorsqu'arrivent les sujets de taxation et de fiscalité européenne, les positions, les suggestions, les demandes de ce Parlement, sont prises très au sérieux. Votre apport a un impact extraordinairement positif sur notre agenda. Votre attention, votre vigilance, votre exigence politique nous ont aidés, voire m'ont aidé, à obtenir des résultats inespérés dans le passé, à une vitesse absolument record et d'une manière qui aurait semblé absolument unimaginable il y a quelques années. Nous en avons des mérites. Il y a aussi bien sûr la crise, les crises, les scandales qui sont passés par là et qui ont mis une pression plus forte sur les États membres.

Je voudrais conclure en vous remerciant pour notre partenariat, pour votre soutien dans ce travail que nous menons en commun pour une taxation juste pour toutes les entreprises et pour le bénéfice de tous nos concitoyens qui sont conscients qu'il y a là un champ encore inespéré il y a quelque temps, et vraiment très puissant, pour une vraie preuve de l'efficacité et la nécessité de la construction européenne.

Werner Langen, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wenn ich gehört habe, was hier gesagt wurde – einmal von dem Minister aus Malta – dann ist ja alles auf dem besten Weg. Als Priorität in der Präsidentschaft war die Steuergerechtigkeit nicht enthalten, und die Praxis in Malta lässt noch zu wünschen übrig – trotz aller Fortschritte. Herr Moscovici hat jetzt vierzehn Minuten und dreißig Sekunden erklärt, was Sie alles in die Wege leiten – er ist anscheinend jetzt auf dem Abmarsch. Das ist sehr freundlich von Ihnen, Herr Kommissar, dass Sie jetzt schon gehen, wo das Parlament die Debatte anführt! Ich glaube, das sollten Sie nicht machen. Sie sollten schon hierbleiben und zuhören!

Denn das, was Sie hier verkündet haben, das ist ein ehrgeiziges Programm. Wenn die Hälfte am Jahresende 2017 verwirklicht ist, werden wir Ihnen den größten Beifall klatschen. Denn bisher haben die Mitgliedstaaten das blockiert, und zwar im großen Umfang. Und wenn hier die Transparenz als der wichtigste Punkt angesehen wird, da kann ich nur sagen: Die Transparenz ist nicht gewährleistet.

Wir haben als Panama-Ausschuss Unterlagen der Gruppe *Code of Conduct* gesehen: Da sind die wichtigsten Passagen der Verhandlungsführung der Mitgliedstaaten geschwärzt. Das ist eine Provokation des Parlaments, uns Unterlagen zu geben – durch Ihre Hände gelaufen, aber Sie haben es nicht zu verantworten, Herr Kommissar, dass dort die entscheidenden Passagen geschwärzt werden. Und hier predigen die Kommission und der maltesische Präsidentschaftsvertreter von mehr Transparenz als wichtigstem Thema. Also da ist noch viel nachzuholen.

Ich möchte mich ausdrücklich beim TAXE 1 und 2 bedanken, denn es ist in der Tat so, ohne TAXE 1 und 2 – und ich schau den Vorsitzenden Alain Lamassoure an – wäre dieser öffentliche Druck nicht erzeugbar gewesen. Bei TAXE ging es in erster Linie um *tax rulings* und Verhaltensweisen, Abrechnungssysteme, die die Mitgliedstaaten dulden – ein unfairer Steuerwettbewerb, initiiert durch die Mitgliedstaaten.

Bei Panama geht es um individuelle Verhaltensweisen der Marktbeteiligten, der Banken, der Anwälte, der Steuerberater, und dort ist noch viel zu tun. Ich kann Sie nur ermuntern, dass Sie die große Erfolgsbilanz, die hier von beiden Seiten verkündet wurde, auch tatsächlich umsetzen. Wir werden nicht nachlassen!

Wir wissen, dass die Kommission gutwillig ist, dass Sie helfen wollen – überhaupt keine Frage, Herr Kommissar. Aber die gemeinsamen Instrumente, die uns verweigert wurden, nach Information und Transparenz und Einfluss, die Tatsache, dass unter dem Vorwand der Einstimmigkeit der Steuerpolitik über Jahrzehnte hier von den Mitgliedstaaten ein System geduldet wurde, das gegenüber den Bürgern nicht zu verantworten ist: Das ist unser Thema, und da werden wir nachhaken, und da werden wir notfalls auch die Verantwortlichen vor den Panama-Ausschuss zitierend!

Peter Simon, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte mich ausdrücklich den Worten des Kollegen Langen anschließen und der Kommission meinen Dank aussprechen dafür, dass sie aufgegriffen hat, was wir einforderten, dafür, dass sie gesetzliche Maßgaben in die Wege geleitet hat, dort, wo der TAXE-Ausschuss dies forderte. Ich möchte mich aber ausdrücklich an den maltesischen Ratsvertreter wenden, der hier verschiedene Punkte beleuchtet hat, die auf den Weg gebracht wurden, aber aus meiner Sicht immer nur die Seite beleuchtet hat, auf die die Sonne gerade scheint. Die Seiten im Schatten haben wir außer Acht gelassen, und denen möchte ich mich grad einen Moment nochmal widmen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir eine Liste nicht kooperativer Hoheitsgebiete jetzt auf den Weg bringen und die *Code of Conduct Group* diese aufstellen soll. Sie haben aber explizit nicht als Kriterium drin, dass ein nicht kooperatives Gebiet, wo man null Prozent Besteuerung hat, eine Steueroase ist. Entschuldigung: Was ist eine Steueroase, wenn nicht ein Land, wo es keine Unternehmensbesteuerung gibt? Können Sie mir das vielleicht mal erklären? Ich glaube, das können Sie niemanden draußen erklären.

Dann sind Sie zu Recht darauf eingegangen, dass wir künftig einen besseren Überblick haben, was multinationale Unternehmen an Steuern bezahlen, dass wir eine länderspezifische Berichterstattung haben. Sie haben aber nicht darauf hingewiesen, dass sich diese auf lediglich die Unternehmen beschränkt, die mehr als 750 Mio. Jahresumsatz haben. Damit fallen aber über 90 % der international tätigen Unternehmen in Europa durchs Raster. Das ist nicht genug! 40 Mio. Umsatz ist die Schwelle, die wir in Europa für Großunternehmen haben. Seien Sie doch mutig! Gehen Sie wirklich voran, gehen Sie hier auf alle Unternehmen, die eigentlich betroffen sein sollten, ein und ergreifen Sie gesetzliche Maßnahmen!

Ebenso würde ich mir wünschen, dass, wenn wir die wirtschaftlichen Eigentümer künftig veröffentlicht sehen müssen – Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Wir sind da einen kräftigen Schritt vorangekommen –, auch gleichzeitig überall dort, wo dies nicht möglich ist, Sanktionen eingeführt werden. Wir fordern, keinen Handel mit solchen Unternehmen in der EU mehr zuzulassen. Seien Sie mutig! Gehen Sie weiter voran und nicht nur immer dann, wenn das Parlament Sie durch politischen Druck zwingt!

Pirkko Ruohonen-Lerner, ECR-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, Euroopan yhteisön työ kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi alkoi Rooman sopimuksella vuonna 1957. Tässä 1950-luvun maailmassa kaksinkertaisen verotuksen uhan lieventäminen oli iso askel eteenpäin kansainvälisen kaupan kannustamiseksi. Isojen teollisuusyhtiöiden rahoitusjohtajat eivät osanneet edes uneksia sellaisista verosuunnittelujärjestelyistä, joita olemme tällä vuosikymmenellä nähneet Applen, Googlen ja Starbucksin kaltaisten suuryritysten käyttävän.

Euroopan yhteisön valtiovarainministerien kokouksissa 1996 ja -97 ideoitu yritysverotuksen käytännösääntöryhmä oli aikanaan tärkeä virstanpylväs. Valtioiden välisistä verosodista oli tulossa ongelma, ja käytännösääntöryhmä onnistui laittamaan jarrun pahimpien mallien kehitykselle.

LuxLeaksin, aggressiivisten patenttiboksien ja yhä monimutkaisempien verotuotteiden maailmassa käytännösääntöryhmän mandaatti on kuitenkin jäänyt ajasta jälkeen. Tätä alleviivaavat myös The Guardian -sanomalehden tammikuiset paljastukset Luxemburgin ongelmallisesta roolista ryhmässä. Ryhmän asemaa pitää vahvistaa ja sen toimivaltaa ja keinovalikoimaa täytyy laajentaa. Myös läpinäkyvyyttä ja edustavuutta täytyy lisätä. Ensimmäisen TAXE-erityisvaliokunnan loppuraportti tarjoaa tähän hyvän pohjan.

Keskeisiä uudistuksia olisivat muun muassa pysyvä, poliittisesti tilivelvollisen puheenjohtajan valitseminen, haitallisten verokäytäntöjen kriteerien laajentaminen mukaan lukien vaikutukset EU:n ulkopuolisiin maihin, päätösten täytäntöönpanon vahvistaminen ja valtiovarainministerien ja korkeiden virkamiesten säännölliset vierailut. Myös päätösten julkaisuutta täytyy lisätä. Kannatan näiden suositusten ottamista pohjaksi käytännesääntöryhmän uudistamiseksi.

Nils Torvalds, för ALDE-gruppen. – Herr talman! När man läser betänkandena från TAXE 1 och TAXE 2 och jämför parlamentets önskemål med verkligheten så blir man en smula förtvivlad. Man blir tvungen att ställa sig frågan om vi överhuvudtaget har muskler att driva fram den politik som alla i den här salen nu efterlyser. Många besvarar den frågan med ett nej av den enkla orsaken att det är så lätt för rådets minoritetsmedlemmar att stoppa all utveckling. Det finns dock i alla fall några möjligheter att komma framåt.

För det första har vi genom artikel 20.1 möjlighet att låta de medlemsländer som verkligen bekymrar sig om skatteflykt gå sin väg, att skapa hållbara mönster för hur medlemsstater ska bära sig åt. På den vägen kan vi lämna dem på efterkälken som inte vill följa gällande moraliska regler.

Sedan har vi naturligtvis ytterligare ett problem som är intressant och som på ett specifikt sätt gäller Malta. Vi kan förstå att en liten ö i havet, där det inte växer särskilt mycket gröda och där det inte heller finns hemskt mycket förutsättningar för en omfattande industri, behöver någonting, men inte den omvända transferunion som vi nu har skapat, dvs. att man transfererar pengar till sig själv genom ett skattesystem som inte håller de moraliska reglerna. Vi behöver alltså se över våra sammanhållningsmedel och erbjuda Malta en hederlig väg ut ur denna hemskhet som landet har råkat ut för. Det finns alltså möjligheter. Vi efterlyser bara lite vilja, och vi efterlyser också en kommissionär som lyssnar på oss.

Fabio De Masi, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Seit LuxLeaks geloben die EU-Mitgliedstaaten, Steuertricks der Konzerne zu bekämpfen. Wir verlieren hunderte Milliarden Euro jährlich durch Disney, McDonalds & Co, während die EU an der Kürzungspolitik, an einem Mangel an Investitionen zu zerfallen droht. Aber die Wahrheit liegt leider nicht auf dem Platz, sondern in der Kabine hinter verschlossenen Türen, wo es – wie im Fußball – mächtig stinkt.

Die Code-of-Conduct-Gruppe ist seit 20 Jahren zuständig, schädlichen Steuerwettbewerb zu bekämpfen. Und seither bekommt sie es nicht hin und spielt wie Flasche leer. Hier ist auch die maltesische Regierung angesprochen, die unter anderem die Kriterien bei der schwarzen Liste mit aufweicht. Versuchen Sie einmal, einem der Zuschauerinnen und Zuschauer hier zu erklären, warum man keine Steueroase ist, wenn man keine Steuern verlangt.

Wer EU-Steueroasen ein Vetorecht einräumt, macht den Bock zum Gärtner. Auch Herr Juncker behinderte permanent Fortschritte, wie Dokumente zeigen, die ich mit meinem Kollegen Sven Giegold auswertete.

Ohne eine Reform der Code-Gruppe und der EU-Verträge werden wir – ob bei schwarzer Liste der Steueroasen oder konsolidierter Ermittlung von Unternehmensgewinnen in der EU – immer wieder ausgebremst. Dies betrifft jedoch nicht nur Luxemburg, sondern auch Deutschland, etwa weil es eine öffentliche Berichterstattung von Konzernen blockiert.

Stichwort variable Geometrie: Wie wäre es denn, wenn eine Koalition der Willigen – Deutschland und Frankreich – endlich bei Mindeststeuern und Strafsteuern für Finanzflüsse in Steueroasen vorangeht, solange eine Reform der EU-Verträge nicht kommt?

Die Links-Fraktion klagt weiter auf die komplette Einsicht der Dokumente der Code-Gruppe. Herr Juncker muss angesichts seines Sündenregisters die Reform der Code-Gruppe zur Chefsache machen, und wir werden sehr genau beobachten, was die maltesische Präsidentschaft bei den Verhandlungen zur Geldwäscherichtlinie tut angesichts der Tatsache, dass einige Mitglieder des Kabinetts selber in den Panama-Papers involviert waren.

Sven Giegold, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Zunächst muss man ganz klar sagen, dass sich seit den großen Skandalen einige Dinge verändert haben. International, auf der Ebene der G 20, auch auf europäischer Ebene haben wir eine ganze Reihe von Dingen beschlossen, die noch vor einigen Jahren für völlig utopisch gehalten worden wären. Wir haben Fortschritte gesehen bei der Bekämpfung von Steuerflucht und aggressiver Steuervermeidung.

Doch leider sehen wir jetzt einen Rückfall. Und da muss ich Sie im Rat sehr direkt ansprechen: Egal welchen Vorschlag der Kommission Sie nehmen – immer verzögern Sie! Immer verwässern Sie! Sie kennen bei Steuerzusammenarbeit nur eine Richtung: rückwärts. Herr Moscovici hat alles vorgelegt, was er uns versprochen hat. Herr Juncker hat vorgelegt, was er uns zugesagt hat – er ist hier ein wenig vom Saulus zum Paulus geworden. Leider hilft das alles nichts, weil die Mitgliedstaaten genau das tun, was Sie hier gesagt haben: Sie sind der Meinung, das gehört in den Bereich intergovernmentaler Zusammenarbeit. Das steht aber nicht in den Europäischen Verträgen.

In den Europäischen Verträgen steht ein Binnenmarkt, der fair ist, der der sozialen Marktwirtschaft entspricht. Und im Steuerbereich bedeutet das Einstimmigkeit im Rat, leider aber nicht Intergovernmentalismus. Deshalb ist auch richtig, dass die Kommission aus dem Verwässern der letzten Vorschläge jetzt die richtigen Konsequenzen ziehen muss.

Legen Sie nach Artikel 116, im Rahmen der Mitentscheidung mit dem Europäischen Parlament, die nächsten Schritte vor. Da steht nämlich: Wenn Märkte verzerrt werden, kann auch im Steuerbereich nach Mehrheitsverfahren im Rat und mit Mitbeteiligung des Europäischen Parlaments entschieden werden. Dann ist nämlich Schluss mit dem Verhandeln hinter verschlossenen Türen und Verantwortungslosigkeit im Bereich der Steuern.

Artikel 116 weist den Weg, Herr Oettinger! Ich hoffe, dass die Kommission ihre nächsten Vorschläge in diesem Bereich auf der Basis starker europäischer Demokratie vorlegt, damit die Steuerschlupflöcher endlich geschlossen werden.

David Coburn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, for two years, MEPs in the Special Committee on Tax Rulings (TAXE) have kept themselves busy inventing a concrete aeroplane. Of course, nobody is in favour of tax fraud. But the Committee was hijacked by left wingers and Euro-federalists. In the EU, the legal practice of tax avoidance has become a synonym for illegal tax evasion. The more complicated you make tax, the worse it is for small business. Instead of simplifying, the EU is harmonising tax and abolishing competition between various jurisdictions. The Common Consolidated Corporate Tax Base is just another part of the EU's corporatist agenda to maintain the tax cartel between Europe's socialist economies. Tax competition forces governments to be efficient, and saves taxpayers' money. Fortunately, we will soon be out of this place and will be able to exercise due diligence in these matters ourselves.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, je regrette que M. Moscovici se soit exprimé avant d'entendre la vérité sur la Commission européenne.

Le groupe «code de conduite (fiscalité des entreprises)» a été créé en 1998, officiellement pour identifier les législations favorisant l'évasion et l'optimisation fiscale abusive. Les conclusions de la commission «Taxe» en 2015 ont clairement montré que ce groupe «conduite de projet» a été un échec total et ses travaux sont restés lettre morte. Conséquence: près de vingt ans de perdus dans la lutte contre la fraude et l'optimisation fiscales, et surtout des centaines de milliards perdus par les caisses des pays européens. Rien que pour la France, c'est 17 milliards d'euros par an de manque à gagner fiscal, notamment dans la période où M. Moscovici était lui-même ministre de l'économie et des finances. Je comprends mieux pourquoi il est parti. C'est donc bien lui qui est responsable de la décomposition de l'Union européenne et non Marine Le Pen – elle défend tout simplement la France.

Les pays victimes de ces détournements fiscaux paient la duplicité de Jean-Claude Juncker au Luxembourg et de l'hypocrisie des dirigeants nationaux.

Il est vrai que l'on peut difficilement courir deux lièvres à la fois: le mondialisme et les dérives de la dérégulation.

Les patriotes sont impatients de connaître les propositions de l'Union, face au risque d'un nouveau paradis fiscal avec le Royaume-Uni post-Brexit. Nous voulons que les peuples cessent de trinquer à la place des multinationales et de votre oligarchie européenne.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, Einstein once said that the hardest thing to understand in the world is taxation. When you look at this Special Committee on Tax Rulings (TAXE) and you look at the Commission, you can quite clearly see that this Chamber and its civil servants have taken that quotation to heart. They really do not understand taxation. If they understood that excessive taxation drives down business and puts people out of work, they would not be doing it.

There is a man at the front of this Chamber who has just put his head in his hands, and he clearly needs to go back to school to understand. Mr Giegold sees devils and evil behind every corporate in the world. He thinks that every businessman who gets up in the morning is trying to evade taxation and steal from the pockets of himself and those around him. The socialists in this Chamber want harder taxation rather than dealing with those actually in this Chamber who try to avoid it. I will not grow old thinking about my time when I have left here wondering whether there are those people in this Chamber who have understood taxation, because I know they never will.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Would you agree with me, Mr Woolfe, that this place does not understand capitalism, and that one of the reasons they are failing the citizens of Europe is that they will not try to understand that this system here does not work and that we must have reasonable taxation or people will simply not pay? Why should people hand over their hard-earned income, whether companies or individuals? Do you agree with me?

Steven Woolfe (NI), blue-card answer. – Mr Coburn, it seems to me that socialists today want to preserve their academic position by assuming that they understand everything. The fact is, they understand very little, and if only they trusted the hands of people themselves, governments should get out of the hands of public, get out of the hands of business and get out of the hands of ourselves. If that was the case, then you would see greater growth in the European Union.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, en une période où les sujets de satisfaction sont rares, saluons les premiers résultats de l'ouverture d'un immense chantier: l'application de l'égalité de concurrence et de la justice fiscale entre les entreprises.

Avec les commissions TAXE et maintenant PANA, présidée par Werner Langen, le Parlement a su amplifier et relayer l'exigence de transparence et de justice exprimée par les citoyens après les scandales tels que LuxLeaks. Sans disposer de la moindre compétence juridique, notre Parlement a maintenu sous pression les ministres des finances par ses missions d'enquête sur place, par ses auditions, par les conférences interparlementaires organisées à Bruxelles et dans les capitales nationales, préparant ainsi le terrain pour l'examen des propositions de la Commission européenne.

Les premiers résultats sont incontestables: le dossier a progressé davantage en deux ans qu'en deux décennies. L'obligation d'information réciproque sur les *rulings*, l'adoption unanime des recommandations de l'OCDE, la directive anti-évasion fiscale, la directive anti-blanchiment sont des avancées importantes, auxquelles il faut ajouter la fin du secret bancaire.

Mais comme l'a dit avec force Werner Langen, cet effort n'a de sens que s'il est mené jusqu'au bout. En particulier, trois dossiers seront décisifs pour la réussite de cette initiative politique dans le cadre de l'Union. D'abord, l'harmonisation de la base fiscale des entreprises multinationales, c'est le projet CCCTB. Pour nous, Parlement, ces deux directives sont les deux jambes dont le dispositif a besoin pour marcher droit. Le Parlement sera prêt à la fin de l'été.

Deuxièmement, une liste commune des pays non coopératifs, dont il faudra tirer toutes les conséquences.

Enfin, troisièmement, la promotion du groupe du code de conduite à un niveau politique. Il est temps que nos ministres des finances – c'est votre responsabilité, Monsieur le Président du Conseil – montrent que la justice fiscale est pour eux une priorité qui dépasse l'horizon de leurs chefs de bureau.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, thank you for this very urgent and important debate on our recommendations and on the reform of the code of conduct group for business taxation. I think this is a very timely and urgent matter. I think when we built the single market in Europe, we failed fundamentally to ensure that we have a fair tax regime, and the code of conduct group of business taxation lacks transparency and its principles on unanimity are destroying fair competition. What we have seen in Europe over the years – as you will see if you study the documents of the code of conduct group – is that we allow schemes, harmful tax regimes that are stealing revenues from each other, from Member States, revenues that should go to welfare, revenues that will protect our welfare states. So we need urgently to reform the code of conduct group for business taxation; we need transparency; we need to get rid of this principle of

unanimity and secrecy. So I hope the Council will do something about it, and I see the Parliament and Commission, we have to stand together in reforming the code of conduct group to bring tax justice to Europe.

Then I also want to say, as the rapporteur of the TAXE 2 Committee, it is important that we look at the instruments of tax evasion and tax dodging in Europe. We see that intermediaries – banks, law firms, tax advisers, wealth managers and so on, lawyers of all kinds – they are helping rich people and companies to evade taxes. This is a scandal. We should be much more tough on them. We should revoke their business licences if they repeatedly engage in illegal tax evasion, helping tax evasion – this is really dangerous.

And then finally, I think if we want to build real trust in Europe (and we should), we need once and for all to have a fair tax system. We need to see the Commission and Council acting on the many recommendations that this Parliament has put forward and adopted. We need to see action now; we have seen some action but we need much more, and we need also the Council to listen to us and act, not only sit back and relax.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie chcę podkreślić, że mój kraj, Polska, jest zainteresowany wprowadzeniem na poziomie unijnym rozwiązań zmierzających do ustalenia podstawy opodatkowania w podatku dochodowym od firm na podstawie jednolitych reguł. Zostaliśmy bowiem ciężko doświadczeni w poprzednich latach operacjami prowadzonymi między innymi przez Luksemburg, które pozwalały na optymalizację podatków przez różne wielkie firmy prowadzące także działalność w Polsce. Ubytki z tego tytułu szacowane były przez ekspertów na 11 miliardów euro rocznie, a więc znacznie przekraczały roczne wpływy z podatku CIT do polskiego budżetu.

W tej sytuacji popieramy działania Komisji zmierzające do wprowadzenia na poziomie unijnym uregulowań pozwalających na ustalenie podstawy opodatkowania w podatku dochodowym od firm, tak aby obowiązywały jednakowe zasady kwalifikowania wydatków, które można zaliczyć do kosztów uzyskania przychodów. Ostatecznie chodzi bowiem o to, żeby podatki dochodowe od firm były płacone w tych krajach, gdzie ma miejsce faktyczna działalność gospodarcza i gdzie powstaje ekonomiczna wartość dodana.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, we are now seeing a very disappointing pattern, whereby by some Member States, including our Presidency, play in fact a destructive role in Council by opposing reforms for fair and transparent corporate taxation. Indeed, my own Finance Minister in Ireland claims Ireland is committed to the highest international standards on tax transparency, but then, on the other hand, is also on the record as opposing public country-by-country reporting. Government and tax industry representatives claim this is about trust. They say the Irish people have trust in our Revenue Agency, therefore country-by-country reporting does not need to be made public. But a lot of people do not trust organisations like Revenue. They were, after all, the Agency that gave the infamous sweetheart deals to Apple. So making country-by-country reporting public is vital to ensure democratic public scrutiny of corporate taxation. Transparency and sovereignty can go hand-in-hand, but we need governments to stop using the limitations of the OECD's proposals as an excuse to block action on tax transparency. Either we are in favour of transparency or we are not.

Eva Joly (Verts/ALE). – Monsieur le Président, demain, la cour d'appel de Luxembourg rendra son verdict dans l'affaire Luxleaks.

Antoine Deltour, Raphaël Halet et Édouard Perrin ont permis de mettre en lumière les accords fiscaux entre le Luxembourg et les grandes entreprises. Ces pratiques d'optimisation fiscale privent chaque année l'Union européenne et les États membres de plusieurs dizaines de milliards d'euros. Depuis ces révélations, les trois lanceurs d'alerte ont dû subir un long parcours judiciaire.

Ce procès montre bien qu'une protection européenne des lanceurs d'alerte est nécessaire. C'est d'ailleurs une des recommandations des commissions TAXE et ECON faite il y a près de deux ans déjà.

Après de nombreuses demandes et initiatives, notamment du groupe des Verts, la Commission européenne vient enfin de lancer une consultation publique sur un statut européen pour les lanceurs d'alerte. Cette initiative est tardive, mais elle est la bienvenue. C'est un premier pas vers une protection effective des lanceurs d'alerte. Celle-ci doit être horizontale et suffisamment large pour laisser notamment la possibilité de lancer l'alerte aussi bien en interne qu'en externe, auprès des médias, par exemple.

Par ailleurs, nous attendons toujours la publication d'une liste noire européenne des paradis fiscaux. Les États membres, à travers le groupe «code de conduite» sont en train d'affaiblir les critères à prendre en compte pour l'établissement de cette liste. C'est inacceptable, d'autant plus que tout cela est négocié de manière totalement opaque.

Il y a deux urgences: réformer le groupe «code de conduite» en imposant la transparence des débats, et maintenir des critères stricts pour la définition des paradis fiscaux, sans quoi la liste noire ne sera qu'illusion quand les citoyens attendent des actions concrètes.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è passato ormai più di un anno da quando questo Parlamento, insieme ai colleghi della TAXE, ha formulato raccomandazioni per rivedere quelli che sono gli obiettivi del gruppo «codice di condotta». È allucinante che in vent'anni questo gruppo non abbia portato a nessun risultato, anzi, che abbia addirittura remato contro, da quelle che sono le indiscrezioni venute fuori rispetto a questo gruppo.

Quindi, ancora una volta, dopo vent'anni ci si domanda su quale sia l'unico modo per portare avanti questioni dal punto di vista fiscale, per la cooperazione fiscale internazionale: è tutta una questione di volontà politica. Io oggi non vedo troppa volontà politica perché, soprattutto i rappresentanti dell'Unione europea e dell'Eurogruppo, ovvero il signor Junker e il signor Dijsselbloem, rappresentano due personaggi che, negli ultimi vent'anni, hanno portato avanti politiche, che noi riteniamo immorali, nei confronti degli altri paesi

Vorrei sapere se non ritenete a questo punto giusto, visto che condividiamo il mercato unico e soprattutto una moneta unica, che questi paesi, in qualche modo, risarciscano direttamente gli altri paesi, ai quali hanno sottratto un sacco di imposte in questi anni. Questa è la cosa fondamentale: la questione del conflitto di interessi e della volontà politica.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Marco Zanni (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io non condivido l'ottimismo e l'assenza di preoccupazione dei rappresentanti del Consiglio e del Commissario, che purtroppo non è qui. Quando ha sentito l'intervento del presidente della commissione sui *Panama papers* mi sono chiesto «Caspita! Ma se anche uno dei rappresentanti della maggioranza all'interno del Parlamento europeo critica così fortemente le labili proposte della Commissione e del Consiglio, forse c'è davvero qualcosa che non va. E andando a guardare quello che è stato fatto negli ultimi vent'anni in tema di cooperazione fiscale all'interno dell'Unione europea dimostra quanto la costruzione di questo sovrastato burocratico sia fragile e si dimostri inutile nel risolvere i problemi dei cittadini».

Il gruppo sul codice di condotta è partito nel 1998: sono vent'anni che cerca di risolvere questo problema ma non è arrivato ad alcuna conclusione. Addirittura non esiste la volontà di rendere trasparenti le risoluzioni e quanto gli Stati membri si sono scambiati in queste riunioni.

Chi era con me nelle commissioni TAXE sa quanta difficoltà abbiamo avuto nell'accedere so a questi documenti. Ecco, se come dall'ultimo rapporto di *Oxfam International*, quattro Stati sui primi dieci paradisi fiscali in questo *ranking* appartengono all'Unione europea, una domanda ce la dobbiamo fare: l'Unione europea è veramente in grado di risolvere questo problema? È veramente in grado di cooperare per rendere la fiscalità trasparente e giusta per i cittadini europei?

Io, visti i risultati, non ne sono convinto e penso che bisogna lavorare solo su un tema: le banche! Facendo trasparenza sul sistema bancario risolveremo più del 90 % di questo problema.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, I am sorry that the Commissioner has left, because he could have heard something positive about his agenda, and that is not so usual. Why? Because I believe that, in the past two years, we made really substantial progress in the area of better, efficient and fair tax collection – more progress than for many, many years.

The Union is always considered to be slow, inefficient and unable to find agreement and move forward, but this is not exactly the case. We can point to the adoption of the Anti-Tax-Avoidance Directive (ATAD) I and II and the Administrative Cooperation Directive (DAC3 and DAC4), and we have started to use state aid rules to enforce better and fairer tax collection. I hope that we will make similar progress quickly on the Anti-Money-Laundering Directive and, more importantly, the common consolidated corporate tax base (CCCTB).

Obviously, there is reason to be at least a little proud, not just for doing something, because taking action is not always a good thing, but for doing right things in a basically reasonable way. However, there is no reason for complacency, and we must be aware that the fruit of our efforts will come later, because the macroeconomy is slow and we will not move forward unless countries implement the directives properly, tax authorities cooperate and work properly, and the Commission plays its role decisively.

As I said, there is no room for complacency and many things have to be done. I am dissatisfied with the situation of the Code of Conduct Group. It has not exactly been the leading force in improving tax collection in the last decade and, in my opinion, it needs to regain people's confidence.

There is an agenda that it is definitely on the table of the Code of Conduct Group, including dealing with patent boxes. I guess Parliament will carefully follow the progress made, and I hope the results will be delivered soon.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, ce rendez-vous permet de faire le point sur un dossier auquel, finalement, nos concitoyens sont assez attentifs.

Deux messages à l'égard du Conseil: d'abord – vous le voyez bien –, pour progresser dans ces domaines, c'est mieux d'avoir le Parlement européen à ses côtés. Alors, lorsque dans le dossier des hybrides, le fameux dossier ATAD 2, le Conseil conclut en disant qu'il adoptera la directive une fois que le Parlement européen aura rendu son avis, et qu'en réalité il ne le fait pas, je crois que ce ne sont pas de bonnes pratiques. Même si nous ne sommes pas toujours formellement en codécision, l'attente de nos concitoyens est telle que la bonne gouvernance au sein du Conseil devrait être de pouvoir s'appuyer sur un avis éclairé, avec la contribution du Parlement européen qui, me semble-t-il, est souvent un bon vecteur pour progresser au sein du Conseil.

De la même manière, s'agissant du code de conduite, beaucoup de collègues en ont parlé. Je me rappelle de l'époque à laquelle ce code de conduite a été mis en œuvre. Mais, chers collègues, soyons honnêtes, c'était un autre temps. C'était un temps où la question de la coopération, de l'harmonisation, de la lutte contre l'évasion fiscale était totalement embryonnaire. Or, aujourd'hui, nous savons à quel point il est important pour nous d'obtenir des résultats dans ce domaine. Le commissaire l'a dit, la marge de manœuvre pour progresser du point de vue du Conseil est, me semble-t-il, grande.

J'ai l'impression que la présidence maltaise pourrait être une des présidences au cours de laquelle nous pourrions progresser dans ce domaine, pour plus de transparence avec des gouvernements qui s'engagent vraiment à être acteurs de ce code de conduite, qui ne serait pas simplement un alibi pour le Conseil.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, tržišno nadmetanje ne treba postojati samo među gospodarskim subjektima, nego i među državama članicama. Nažalost, u ovom se domu konkurencija među članicama dominantno smatra nepoštenom praksom, a većina kolega zagovara harmonizaciju poreza koja će zabetonirati postojeće stanje i slabije razvijene članice trajno ostaviti u zaostatku za onim razvijenijima.

Zašto to kažem? Zato što je prilično jasno da članice koje nemaju razvijenu infrastrukturu, veliko unutrašnje tržište i visokokvalificiranu radnu snagu teško mogu privući ulaganja na bilo koji drugi način osim poticajnim poreznim politikama. Oduzmemo li im mogućnost da nižim porezima privuku ulagače, osudili smo ih na ekonomsko i demografsko odumiranje.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, apreciez și eu eforturile făcute de către Comisie și Consiliu pentru a pregăti legislația necesară combaterii evaziunii fiscale și a spălării banilor. Urgența acestei legislații este dată de faptul că statele membre ale Uniunii pierd încă, după unele estimări, 10 % din produsul intern brut, venituri care ar trebui să intre la bugetele acestor state membre.

Astăzi avem o veste bună: domnul comisar Moscovici ne-a spus că au fost agreeate criteriile pentru identificarea acelor jurisdicții fiscale care nu cooperează pentru combaterea evaziunii fiscale și, de asemenea, dânsul ne-a spus că, până la sfârșitul acestui an, se va publica lista cu aceste jurisdicții fiscale necooperante. Sigur că am dori cu toții ca acest angajament să fie menținut de data asta, pentru că tot dânsul, cu ceva vreme în urmă, ne-a spus că va face acest lucru în șase luni. Șase luni au trecut de multă vreme și nu am avut această listă. Deci, sper că această listă o vom avea, așa cum s-a angajat dânsul. Să nu uităm că rolul principal al acestor centre offshore nu este altul decât să ascundă venituri ilicite și, de asemenea, avem speranța că, până la sfârșitul acestui an, vom avea și propunerile de sancțiuni pentru cei care nu respectă – să nu mai facă tranzacții cu aceste jurisdicții fiscale necooperante.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Wie sollen wir Steuergerechtigkeit, *fair taxation*, so wie sie jetzt Kommissar Moscovici angesprochen hat, erreichen, wenn wir so schrecklich wenig über die Geldflüsse wissen – wo die herkommen, wo die hingehen – und dass die nationalen Regierungen voll in diesem unfairen Wettbewerb mitspielen, wenn es um das Verschleiern dieser Geldflüsse geht? Wir wissen jetzt durch TAXE 1 und TAXE 2 natürlich mehr über diese *rulings* und haben ja eine Fülle an Vorschlägen gemacht. Ein Teil liegt auf dem Tisch – mehr Licht ins Dunkel – sehr gut. Einiges wurde mal vorgelegt, aber es bleibt trotzdem noch unendlich viel zu tun, wenn es um die Transparenz geht, damit wir endlich unser Ziel –mehr Steuergerechtigkeit – erreichen können.

Ich spreche jetzt die Code of Conduct Group an. Ich war eine der Abgeordneten, die sich das näher angeschaut haben, und es stimmt nicht nur, was Kollege Langen gesagt hat, dass da einiges geschwärzt ist, sondern es ist auch ziemlich beschämend zu sehen, dass die Dokumente 2016 im Juni enden. Also ab dann, wenn es spannend wird, wenn wir wissen wollen, wie diese Steueroasen-Gespräche verlaufen, ist Schluss. Das ist komplett aus der Zeit gefallen. Das sind Methoden – eine intergouvernementale Arbeitsweise –, die heute absolut unpassend sind.

Ein weiterer Punkt: mehr Transparenz bei der öffentlichen länderweisen Berichterstattung. Da möchte ich den Punkt des Kommissionsvorschlags ansprechen, was jetzt die gebündelten Informationen für das EU-Ausland – also jene Länder, die dann mehr oder weniger aggregiert vorliegen sollen, wenn wir die Informationen ansprechen, betrifft. Es reicht nicht aus, wenn wir erfahren, dass Geldflüsse über Liechtenstein auf die Bahamas, nach Singapur und dann wieder zurück in die Europäische Union kommen. Das ist absolut nicht ausreichend, um unserem Transparenzziel gerecht zu werden.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι αποκαλύψεις των Panama Papers και των Luxleaks κατέδειξαν ότι τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει επειγόντως να καταπολεμήσουν τη φοροδιαφυγή, τη φοροαποφυγή, το φορολογικό ντάμπινγκ και τον επιθετικό φορολογικό σχεδιασμό. Σύμφωνα με τις εκτιμήσεις της Επιτροπής, η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή στοιχίζουν στην Ένωση ένα τρισεκατομμύριο ευρώ ετησίως, ενώ ο ΟΟΣΑ εκτιμά ότι η απώλεια των εσόδων σε παγκόσμιο επίπεδο ανέρχεται σε 4 έως 10 % των συνολικών εσόδων από τη φορολογία εισοδήματος, ποσό που ισοδυναμεί με 75 έως και 180 δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως. Ήρθε ώρα λοιπόν να δημιουργηθεί ένα δίκαιο φορολογικό σύστημα χωρίς γκρίζες ζώνες και πρακτικές τύπου *tax ruling* σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Θα πρέπει όλα τα κράτη μέλη να αναλάβουν τις ευθύνες τους, να πάρουν μέτρα ώστε οι πολυεθνικές επιχειρήσεις να φορολογούνται στη χώρα όπου πραγματοποιούν τα κέρδη τους, να σταματήσουν να στρέφονται σε φορολογικούς παραδείσους όπως η Ολλανδία και το Λουξεμβούργο. Επίσης θα πρέπει να πάψουν να χρησιμοποιούν την πρακτική των ενδοομιλικών συναλλαγών, φοροαποφεύγοντας έτσι και στερώντας τους κρατικούς προϋπολογισμούς από τεράστια φορολογικά έσοδα.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, comisario. Se ha dicho ya: las revelaciones de los papeles de Panamá y de Lux Leaks pusieron de manifiesto la necesidad apremiante de que la Unión y sus Estados miembros luchan contra la evasión y la elusión fiscales y la planificación fiscal agresiva y favorezcan una cooperación y transparencia mayores, haciendo que nuestros sistemas fiscales sean más justos y garantizando que los impuestos sobre sociedades se paguen allí donde se cree el valor.

No se puede permitir que algunas jurisdicciones fiscales contribuyan activamente al diseño de políticas agresivas para empresas multinacionales que, por ese medio, pueden aprovechar la oportunidad para eludir la tributación. Necesitamos un esfuerzo conjunto, a nivel europeo e internacional, para prevenir la planificación fiscal agresiva, aumentar la transparencia y crear un entorno más justo para las empresas de la Unión Europea.

A principios del año pasado, la Comisión presentó nuevas medidas contra la elusión del impuesto sobre sociedades. Estas nuevas normas son esenciales para armonizar la legislación fiscal en los veintiocho países de la Unión Europea, a fin de luchar de manera eficaz contra las prácticas fiscales agresivas por parte de las grandes empresas. Asimismo, a finales del año pasado se aprobó el acuerdo sobre los criterios y el proceso para la elaboración y aprobación de una lista paneuropea de jurisdicciones no cooperativas en materia fiscal. El objetivo de crear esa lista es promover los buenos estándares que ya aplica la Unión Europea en materia tributaria. Los criterios para incluir a jurisdicciones en dicha lista serán transparencia fiscal, tener un sistema tributario justo e implementar las recomendaciones de la OCDE contra la erosión de bases imponibles. La lista de jurisdicciones no cooperativas y de sanciones —según ha añadido el comisario— deberá presentarse antes de final de este año, y estoy seguro de que habrá alguna ausencia. Dicho esto, doy la bienvenida al trabajo realizado por el Grupo «Código de conducta», la Comisión Europea y el Consejo Europeo. Pero no nos olvidemos de que todavía queda mucho por hacer.

Anneliese Dodds (S&D). – Mr President, like the Commissioner I was pleased to see that we will have a new head of the Code of Conduct Group. The Group, as many colleagues have said, has been sorely lacking in dynamism since its initial leadership under Dawn Primarolo.

Mr Borg referred to two revisions in the Code of Conduct Group but surely these cannot amount to the proper, full review of the Group that this Parliament was promised. Such a review is desperately needed. That is evident from the recently leaked cables, with one participant stating that it was impressive to see how some Member States presented themselves outwardly as proponents of tax reform and, at the same time to watch, in the Code of Conduct Group, how they actually behave in EU discussions protected by confidentiality. So, will the Council support the Code of Conduct Group becoming more transparent? And, on the point that Mr Kofod underlined, will there be a shift away from the stifling unanimity which has prevented progress in this area?

I would also ask this: will the Group be taking forward the TAXE and ECON reports' calls for action to ensure that Member States notify each other of new tax measures?

Finally, I want to focus on the problem of tax havens. It is disappointing that Mr Woolfe and Mr Coburn have left the Chamber. I actually listen to my constituents and I know they are furious about tax dodging by both businesses and individuals. And they are disgusted in particular that public funds end up in tax havens. The TAXE and ECON reports called for No EU funds to go to tax havens in the future. How will the Commission and the Council ensure that this never happens again?

Tom Vandenkendelaere (PPE). – We zijn nu ruim twee jaar na Luxleaks. Ondertussen waren er al de Swiss Leaks, de Panama Papers, de Bahamas Leaks en wie weet wat er nog allemaal komt. De verontwaardiging na elke nieuwe onthulling gaf ons als politici een duidelijk mandaat, ja zelfs de plicht, om deze wantoestanden aan te pakken.

In het Europees Parlement hebben we de handschoen opgenomen met de twee bijzondere Commissies fiscale rulings en andere maatregelen van vergelijkbare aard of met vergelijkbaar effect en de Enquêtecommissie witwaspraktijken, belastingontwijking en belastingontduiking. We zijn telkens met concrete voorstellen gekomen voor oplossingen, maar jammer genoeg blijft onze macht beperkt tot het ter verantwoording roepen van de lidstaten en de Commissie.

Toch zijn er ook op wetgevend vlak belangrijke stappen gezet, zoals de automatische uitwisseling van fiscale rulings en de anti-BEPS-richtlijn. Maar is dit voldoende? Kunnen we onze burgers nu recht in de ogen kijken en beloven dat Luxleaks nooit meer zal gebeuren? Zeker niet.

Ik wil drie dingen aanhalen. Ten eerste is de lijst met belastingparadijzen een *missing link*. Ik vraag de lidstaten uitdrukkelijk om taboes overboord te gooien en te komen tot één enkele, sluitende Europese lijst. Want zolang er achterpoortjes zijn, zullen ze worden gevonden. Dat is nu al zeker. Ook de daaraan gekoppelde sancties zullen cruciaal zijn.

Maar naast formele sancties, moeten we ten tweede ook inspelen op de reputatie-effecten. Daarom roep ik de banken hier en nu op om een Europees handvest te ondertekenen waarin ze zich ertoe verbinden om geen transacties te voeren met belastingparadijzen.

Ten derde moeten ook de achterpoortjes binnen Europa zélf gesloten worden. En laat ons eerlijk zijn: dat kan uitsluitend via de voorgestelde CCCTB. Jammer genoeg zijn de signalen uit de Raad daarover allesbehalve hoopgevend, maar het is nu of nooit. Ondertussen hebben ook meerdere landen een verlaging van hun vennootschapsbelastingtarief aangekondigd, waardoor op termijn een debat over een mogelijk Europees bodemtarief onvermijdelijk wordt.

Tot slot: de *catch 22* waarin de lidstaten elkaar vandaag de dag gevangenhouden op belastingvlak, getuigt van kortetermijndenken, en tot mijn spijt niet van de politieke moed die we nodig hebben om onze burgers opnieuw in de ogen te kijken en te werken aan een rechtvaardig Europa.

Paul Tang (S&D). – Mr President, the Code of Conduct Group is probably Europe at its worst. It operates in near-complete secrecy and has a dismal performance. Indeed, input and output legitimacy are minimal.

In fact, work by the European institutions is essential to arrive at a fair corporate tax system. Progress has been made for the first time in history but much more progress is needed. A major step would be the actual introduction of the consolidated common corporate tax base. It would provide, among other things, a level playing field in the internal market for large companies and not-so-large companies: and people are right to expect that Amazon pays as much in taxes as a small book store.

As rapporteur, I will do my utmost, together with Alain Lamassoure, to find support inside and outside this Parliament. We need political and public pressure on the Member States.

But let me also point to one omission in the approach by the Commission. The tax avoidance industry is a rather exceptional instance of Jean-Baptiste Say's Law: yes, in this case, supply creates its own demand. Tax advisers will always find ways, new ways, to work around the corporate tax system. So regulating the industry of tax advice is a further crucial step in tackling tax avoidance.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, taxation issues are a perfect example of a case where the European Union gets the most blame when, in fact, the fault lies with the Member States and their inability to act. What is to blame is the fact that unanimity is demanded in the Council, that there are opaque structures and a lack of transparency in the Code of Conduct Group, and that the Member States are unwilling to transpose powers to the European Union and unwilling to serve their citizens. I am pretty fed up with this and I am convinced that none of the civil society players, the media or the European Parliament is going to drop the issue as long as it is open and unsolved.

There are easy ways to solve the problem. What about the automatic exchange of information, which is halfway or more to finalisation? A truly automatic exchange of information would be where all benefit payers all over Europe had a tax index number for their beneficiaries, and the information would be transposed immediately and automatically with the technology that we have, for Member States' tax officials to take into account. It is not very difficult. This is automatic exchange of information.

In fact, the Commission has been promising a tax index number regulation for quite some time. I have no pats on the back for the Commission either. We do have regulatory actors which we could use if they had the fully competencies. What about audited annual reports? What if we were required to tick a box to say whether we had received preferential treatment in certain Member States or third countries and, if so, we had to specify what kind of preferential treatment we got? And the Transparency Directive could also be used much more effectively to reveal tax havens and unfit tax practices.

Procedura catch-the-eye.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è necessario ristabilire fiducia in materia fiscale e non possono essere ridotti i compiti di cooperazione assegnati dagli Stati membri.

Il gruppo codice di condotta dell'Ecofin da anni esercita funzioni di supplenza, valutando le misure fiscali attinenti al codice di condotta e vigilando sulla fornitura di informazioni. Nella gerarchia delle fonti, tuttavia, il codice non è uno strumento giuridicamente vincolante ma è affidato nella sua adozione ed efficacia all'impegno degli Stati membri ad abolire le misure fiscali esistenti e astenersi dall'introdurre di nuove in futuro.

Si sono registrate, tuttavia, molte resistenze nell'adozione delle politiche fiscali nazionali, propedeutiche al rispetto del codice, in particolare sulla redazione di rapporti sulle relazioni con multinazionali locali, sull'elusione fiscale transfrontaliera e sul miglioramento della condivisione delle informazioni fiscali tra gli Stati.

È di solare evidenza che queste mancanze, che ho già sottolineato in questa sede e tramite interrogazioni, giustificano l'inammissibile mantenimento di tecniche di risparmio fiscale artificiale con effetti distortivi sulla concorrenza.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este longo trabalho sobre a fraude e a evasão fiscal traduz uma realidade muito concreta, e que, não fossem os múltiplos escândalos fiscais que trouxeram esta questão para a opinião pública, ainda estaria na sombra dos gabinetes governamentais da União Europeia.

Sabemos hoje que a fraude e a evasão fiscal correspondem a uma prática generalizada a toda a União Europeia e que os governos continuam a realizar acordos fiscais com as multinacionais, ao mesmo tempo que castigam as suas populações com políticas de austeridade. Ou seja, a fraude e a evasão fiscal não são fruto da ação de geração espontânea, nem representam nenhuma disfunção do sistema.

A fraude e a evasão fiscal são uma das faces cada vez mais visíveis do sistema capitalista e da subordinação do poder político ao poder económico. Só uma rutura política com este sistema, abrindo caminho ao controlo público do sistema financeiro e dos movimentos de capitais, poderá abrir caminho a uma solução duradoura que possa combater, de forma efetiva, este fenómeno e acabar com o saque fiscal das multinacionais patrocinado pela União Europeia e pelos seus Estados-Membros.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já se chci připojit ke svým kolegům, kteří volají po vyšší míře transparentnosti, vyšší míře legitimacy právě Skupiny pro kodex chování, protože ta podle mého názoru ukazuje – nechci jí křivdit velmi zbytečně, ale mám pocit – veškeré odvrácené tváře unijní instituce. Důvěra se velmi těžko buduje a velmi lehko ztrácí. Nicméně chtěl bych varovat před tím, abychom využili té stávající situace právě k jakémusi volání po spravedlivém daňovém systému, to si myslím, že je snaha vlomit se do určitého hájensství členských států, které já chci plnou vahou chránit, protože podle mého názoru nemůžeme na evropské úrovni legitimně konstruovat spravedlivý daňový systém. Něco jiného je nekalá daňová soutěž a tam musíme být přesní a cílení, ale zkonstruovat spravedlivý daňový systém, myslím, je velmi nebezpečná snaha.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente. Yo quiero darles un dato alarmante, señorías. Desde que ya se ha puesto en vigor la Directiva de intercambio de información de resoluciones tributarias entre las administraciones tributarias, los *rulings* han aumentado. Atención: ha entrado en vigor el sistema de intercambio de información, pero los Estados hacen más *rulings* con las empresas. Y esto tiene una explicación, y es que los Estados miembros de la Unión Europea consideran que la soberanía fiscal es un elemento nuclear de su competencia fiscal, de su competencia económica. Y esto hace que cuando uno examina, por ejemplo, las actas en la cámara secreta del Código de Conducta que estamos examinando, se observa que los Estados se reservan la facultad de hacer acuerdos con las compañías. Esto se ve muy bien. Y este es el problema: que tenemos que armonizar *grosso modo* la fiscalidad, y los Estados no quieren. Este es el problema.

Yo creo que tenemos que decir al Consejo Europeo que tiene que ayudar a que esto pueda funcionar mejor, porque así no vamos bien.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Aus der großen Mehrzahl Ihrer Redebeiträge ging eine gleichlautende Richtung hervor – eine Analyse, die wir teilen, und eine Erwartung, die wir unterstützen. Mein Kollege Moscovici musste zu einem anderen Termin. Er lässt Sie grüßen, hat mich aber gebeten, Ihre Wortmeldungen aufzunehmen. Das machen wir gemeinsam mit den Fachleuten aus seinem Kabinett und aus der Generaldirektion.

Ich kann nochmals eingangs sagen: Wir sehen die Position der Abgeordneten weitgehend deckungsgleich zur Position der Europäischen Kommission. Wer Steuerehrlichkeit erwarten will, muss Steuergerechtigkeit fördern. Beides steht in einem engen Zusammenhang. Wir glauben deswegen, dass in den beiden letzten Jahren mehr Fortschritte erreicht worden sind als in den 20 Jahren zuvor. Das Glas ist halb voll oder halb leer. Transparenz, Kooperation, Informationspflichten – es wurde einiges erreicht, aber nicht genügend erreicht. Die Lage ist unverändert nicht befriedigend.

Wir glauben, dass Steuerwettbewerb ein Teil eines akzeptablen europäischen Standortwettbewerbs sein kann. Regionen, Kommunen, Mitgliedstaaten innerhalb und außerhalb werben mit guter Bildung, guter Kultur, guter Infrastruktur, werben mit Sicherheit und werben auch mit Steuern auf Umsatz und Ertrag. Ich bin Realist. Ich glaube nicht, dass dieser Wettbewerb zwischen Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren egalisiert werden kann.

Wir sollten aber sehen, dass wir im Umsatzsteuerrecht deutlich weiter sind als im Ertragssteuerrecht. Im Umsatzsteuerrecht haben wir für die Festsetzung und für Mindest- und Höchststeuern und für die unterschiedlichen Steuerstufen europäische Rahmenregeln, im Ertragssteuerrecht haben wir dies praktisch noch nicht. Es wäre ein Fortschritt, im Körperschafts- und Ertragssteuerrecht dorthin zu kommen, wo wir im Umsatzsteuerrecht heute in der Europäischen Union schon sind. Und klar ist – ich glaube, insofern sollten wir die Präsidentschaft hier als Partner sehen, indem wir sie bitten, Ihre Analyse, Ihre Kritik zu transportieren, in den Rat zu transportieren, an die 27 Kollegen zu transportieren: Am Ende sind wir alle Verlierer. Wenn der eine mit Steuervorteilen, mit Deals, mit Dumping einen kurzfristigen Standortvorteil hat, werden wir mittelfristig alle verlieren. Deswegen halte ich eine gemeinsame Vorgehensweise für notwendig.

Der europäische Binnenmarkt ist der attraktivste Markt der Welt. In ihm will jeder handeln, in ihn will jeder exportieren, ihn will jeder nutzen. Deswegen sollten wir vermeiden, dass Unternehmen innerhalb und außerhalb Europas in diesem Binnenmarkt agieren und Steuervermeidung oder gar Steuerdumping oder Steuerdeals abgestimmt mit Mitgliedstaaten auf Dauer weiter möglich sind.

Herr Abgeordneter Giegold hat das Thema der Methode erwähnt. In der Tat, Steuerrecht muss nicht intergouvernemental sein. Es kann bei der Finanztransaktionssteuer so kommen, aber im Regelfall ist auch Steuerrecht der Gemeinschaftsmethode unterworfen, und zwar mit dem Prinzip der Einstimmigkeit. Und darauf arbeiten wir weiter hin. Das ist ein zäher Prozess, und Artikel 116, der von Ihnen, Herr Giegold, erwähnt wurde, kann eine Ultima Ratio sein. Ich schließe dies für die Kommission bewusst nicht aus.

Wir werden die beiden letzten Jahre in unseren Bemühungen als Grundlage nehmen, unsere Arbeit fortsetzen, aber nicht als *neverending story*. Wenn durch Steuerpolitik Wettbewerbsregeln im Binnenmarkt verletzt werden – es sind auch andere Verletzungen möglich: Beihilfen, *state aid*, etc. –, dann kann es dazu führen, dass hier Artikel 116, und zwar nicht unendlich spät, sondern irgendwann einmal, von uns gezogen werden muss.

Ein letzter Punkt: Sie alle sind Abgeordnete hier im Parlament, aber nicht nur. Sie sind auch Delegierte, Mandatsträger, Amtsträger in Ihren nationalen Parteien, die zum Teil regieren, zum Teil regieren wollen, die Regierungen bilden, die für nationale Wahlen Programme schreiben, die Koalitionen herbeiführen. Wir alle – ich schließe mich ein – sollten vielleicht mehr tun, um den Druck nicht nur in Straßburg und Brüssel, sondern auch in Berlin, in Paris, in Vilnius, in Madrid, in Rom zu erhöhen. Solange nationale Regierungen sich frei fühlen und nicht auch in den nationalen Parteien diese Debatte gestärkt wird, werden wir uns schwer tun. Ich finde, die öffentliche Meinungsbildung, der Druck in der Öffentlichkeit der beiden letzten Jahre war wesentlich. Der muss sich fortsetzen, dem dient die Debatte heute Abend. Aber dem muss auch die Debatte in nationalen Parteien und Parlamenten dienen, bei denen wir Gewicht haben – Sie, andere und auch meine Person.

Besten Dank. Die Kommission bleibt bei dem Thema am Ball.

Presidente. – Grazie, Commissario Oettinger, anche per la chiarezza del suo intervento.

Ian Borg, President fil-Kariga tal-Kunsill – Sur President u Membri ta' din il-kamra illi bhali u bhall-Kummissarju assistejna ghal dan id-dibattitu u l-interventi. Hafna minnhom kienu kostruttivi u ninghaqad mal-ahhar sentiment illi esprima l-Kummissarju ghall-fatt illi waqt li l-interventi kienu indirizzati, hafna minnhom, lejn il-Kunsill, kulhadd, l-istituzzjonijiet, u ahna wkoll bhala cittadini Ewropej, ghandna lkoll ghaliex nahdmu sabiex l-oġġettivi fuq dan is-suġġett jintlaħqu.

Hadt ukoll nota ta' dak illi ntqal mill-ġdid, b'mod partikolari ovvjament fejn kien hemm kummenti kostruttivi. Tiffmu li jiena hawnhekk qed nirrappreżenta lill-Kunsill u mhux lill-Membri Stati u allura ghalkemm it-tentazzjoni tkun kbira sabiex inwieġeb ghal kull min irrefera ghal xi Membru Stat partikolari, jiena qiegħed hawn sabiex nagħti l-pożizzjoni tal-Kunsill.

Il-Kunsill illi wkoll hadem fl-ahhar snin f'dan ir-rigward u kien hawn uhud minnkomm li rrikonoxxew il-konkluzjonijiet illi ġew adottati kemm f'Diċembru tal-2015, kemm f'Marzu tal-2016 fuq il-code of conduct group kif ukoll anke l-hidma l-oħra illi qiegħda ssir f'dan ir-rigward.

Iva, anke bhala Presidenza ahna kommessi illi nkomplu nahdmu, inkluz fuq dan l-ahhar punt, il-code of conduct group illi l-Previdenza diġà rreferiet għalih fil-BEPS Roadmap illi harget f'Jannar li għadda. Jiena mill-ġdid nirringrazzjakom ta' din is-sessjoni li għamiltu u nħares 'il quddiem sabiex inkomplu nahdmu anke magħkom il-Parlamentari fil-għieda komuni kontra l-evazzjoni tat-taxxa.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Written statements (Rule 162)

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Dans un système fiscal équitable, les entreprises multinationales paient également leur part et doivent le faire là où elles ajoutent de la valeur et réalisent leurs profits. En juillet 2016, nous votions les recommandations formulées par le rapport de la Commission spéciale Luxleaks sur l'évasion et la fraude fiscales des multinationales. 8 mois plus tard, où en sommes-nous ? Le Parlement européen vient d'adopter la mise en place d'un registre central public des bénéficiaires effectifs des sociétés offshore au sein de la directive anti-blanchiment et a réouvert les négociations pour une Assiette commune consolidée pour l'impôt des sociétés. Je voudrais conclure en soulignant que nous sommes sur la bonne voie. En effet, en moins de 3 ans, nous avons fait un pas énorme en matière de lutte contre l'évasion fiscale. Cependant, nous ne devons pas nous arrêter en si bon chemin et il est essentiel que nous puissions dans les mois à venir continuer nos efforts.

Barbara Kappel (ENF), in writing. – I welcome the progress that has been made on the regulatory level to fight tax evasion avoidance, AML and fraud. Although the Council has achieved results in record time, the Commission should not become hasty and overstep its mandate. We are achieving good results in the field of anti-abuse measures and tax transparency. Tax authorities in the Member States now have automatic access to tax ruling and anti-money-laundering information in other EU jurisdictions, which allows them to provide for a level playing field, to combat money laundering more efficiently and better target investigations. I also fully support the leading role of the EU in setting up global good tax governance rule. Although I welcome a common European approach towards fairer taxation, I believe fiscal matters should remain exclusive competences of the Member States. Fiscal competition between Member States should not be curbed. Fiscal harmonisation should not be used to protect fiscal expansionist governments at the expense of countries with lower taxes and better public governance. The idea of a CCCTB deserves attention, but cannot be a precursor of EU fiscal powers. Lastly, the growing importance of the CCG Group must coincide with greater transparency and better communication with Parliament and European citizens.

14. Leitlinien für den Haushaltsplan 2018 — Einzelplan III (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Siegfried Mureşan, a nome della commissione per i bilanci, sugli orientamenti generali per l'elaborazione del bilancio 2018, sezione III — Commissione (2016/2323(BUD)) (A8-0060/2017)

Siegfried Mureșan, *rapporteur*. – Mr President, colleagues, Commissioner Oettinger, I am bringing to your attention tonight the draft report on the guidelines for the budget of the European Union for 2018. It is the report in which we, as a Parliament, are putting forward our political priorities for the budget of the Union for next year. I would like to propose two political priorities: number one, growth and jobs; and number two, security. I would like to propose these as priorities because these are exactly the areas in which the citizens of the Union expect that the Union will deliver: number one, growth and jobs; number two, security.

How will we achieve this? Number one: on growth and jobs, I propose that we invest more in infrastructure, innovation and research, that we support more SMEs, and that we invest more in entrepreneurs, especially highly innovative entrepreneurs. So programmes like the Connecting Europe Facility, Horizon 2020, COSME, Erasmus, the European Fund for Strategic Investments (EFSI) have to be enforced in the budget of the Union for next year, because it is only by strengthening the economy of the Union and making it more competitive and more credible in the eyes of investors that it will be able to grow and create jobs.

The second priority which I am proposing is security. This has two aspects, two components: internal security and external security. For internal security, as we all know, the financial means under heading 3 are very limited. So the question is: how can we have an impact with the limited financial resources which we have available? I propose that we strengthen the agencies of the Union which have responsibilities in the area of justice and home affairs: Frontex, EASO, Europol and Eurojust. We need to strengthen them, and we need to make them cooperate better and use synergy effects between them. Also, to improve internal security, I support the defence pilot projects launched by the European Commission this year. They have to continue because, until now, we have spent money in 28 Member States of the union 28 times for defence industries and defence research for the same results. This needs to end where it can. We need to achieve economies of scale. Spend money once at European level and share the results, as is normal to do amongst partner countries.

Security also has an external dimension, and I would like us to stand side-by-side with the eastern neighbourhood of the Union and with those countries which have embarked on a pro-European path the three countries that have signed Association Agreements with the European Union: Ukraine, Georgia and the Republic of Moldova. They face a more aggressive Russian Federation. We need to stand by their side to strengthen their institutions, their judiciary – the independence of the judiciary – the rule of law, to fight money laundering and to fight corruption. We also need to stand by the countries in our southern neighbourhood, Northern Africa and the Middle East. These are countries of origin or countries of transit for refugees, and it is for us much cheaper, it is politically easier and it is safer for the Union to support refugees in their countries of origin. It is also preferable for them. We can achieve much better results by supporting them there and preventing them from coming in high numbers to Europe.

These are the main political priorities which I am putting forward for debate and for vote tomorrow. In addition to these, there are also small punctual projects which help different categories of people in Europe. We believe in the Erasmus programme. It has to be strengthened, but we believe that in addition to the Erasmus programme, the Interrail project – which was proposed over the course of the past month and which would enable every young citizen in Europe who turns 18 to receive from the budget of the Union a free 30-day Interrail pass – is something which would enable people to learn more about Europe, to practice the foreign languages which they have learned in school, and, in particular, to increase their chances of finding a good job.

As we know, employers appreciate international experience. On this basis we would like to ask the Commission to put forward a legislative proposal to enable the Interrail project in a transparent, predictable and sustainable way without, of course, affecting any other existing projects. I thank you for your attention. I am looking forward to the debate tonight.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit der heutigen Debatte beginnen auch Sie die Erörterungen über das Haushaltsverfahren für das nächste Jahr. Ich habe mir den Bericht des Kollegen Mureșan und die dort vorgenommenen Prioritäten gründlich angeschaut. Ich kann sagen, die Kommission teilt die Schwerpunkte und die Erwartungen, die in diesem Bericht für das Haushaltsjahr 2018 stehen, vollumfänglich, und ich freue mich auch, dass die Leitlinien des Rates, die im Rat am 21. Februar beschlossen worden sind, weitgehend mit den Schwerpunkten des Parlaments übereinstimmen. Die Ausgangslage für eine konstruktive und zielführende Erörterung der Haushaltsvorschläge 2018, die wir als Kommission erarbeiten und vorlegen werden, zwischen Rat, Parlament und Kommission ist also durchaus gut.

Der Haushalt 2018 wird sich von dem des Jahres 2017 nicht entscheidend unterscheiden. Wir gehen davon aus, dass die Aufgaben, die Herausforderungen, aber auch die Schwerpunkte im nächsten Jahr denen des Jahres 2017 sehr weitgehend ähneln. Der eine Bereich ist Wachstum und Investitionen in Europa, mit dem Ziel mehr Beschäftigung – genau diese erste Priorität teilen wir.

Und die zweite lautet: Sicherheit in Kenntnis von Migration und anderen Aufgaben – äußere und innere Sicherheit. Diese beiden Prioritäten werden wir in unserem Haushaltsvorschlag entlang der in den letzten Monaten und in diesem Jahr zu machenden Erfahrungen und realistischen Ausgaben entsprechend verankern. Für Migration und Sicherheit haben wir, mit Ihrer Unterstützung, im Haushalt 2017 einen Betrag von sechs Milliarden EUR vorgesehen. Das ist der Wachstumsbetrag im Haushalt überhaupt, um sowohl Mitgliedstaaten als auch Drittländern zu helfen, die Bewältigung der Folgen von Migrationsströmen auch finanziell hinzubekommen.

Wir wollen 2018 auch die notwendigen Haushaltsmittel vorschlagen, um legislative Maßnahmen zu finanzieren, die bereits verabschiedet wurden. Nehmen wir das Vorschlagspaket zum Grenzmanagement, Rubrik 3; nehmen wir den neuen Partnerschaftsrahmen unter Rubrik 4 – Europa in der Welt. Das heißt, wir werden 2018 im Haushalt abbilden, was aus einer gemeinsamen Politik von Parlament, Rat und Kommission in den letzten Monaten geworden ist.

Wir werden die notwendigen Schritte ergreifen, um die Mittelausstattung für Migration und Sicherheit anzupassen. Aber wir wissen, dass unsere Möglichkeiten im laufenden mehrjährigen Haushaltsrahmen – im FF – endlich sind. Der im Jahre 2013 verabschiedete mehrjährige Haushaltsrahmen hat im Grunde genommen diese Aufgaben nicht vorhersehen können; umso mehr werden wir alles tun, diese Aufgaben und ihre Finanzierung trotzdem zu ermöglichen.

Neben neuen Prioritäten sollten wir weiter, mit aller Sensibilität, die Ermöglichung bestehender Projekte und Programme im Haushalt verankern: Horizon 2020, Connecting Europe Facility, COSME für kleine und mittelständische Unternehmen und Erasmus+. Neue Schwerpunkte dürfen bewährte Programme nicht verdrängen. Wir müssen einen klugen Mittelweg dabei finden. 2018 wird erneut nur bei einer hinreichenden Nutzung des Instrumentes der Flexibilität möglich sein.

Es kommen hier neue Erwartungen auf uns zu: die *State of the Union Speech* von Präsident Juncker mit *WiFi for Europe*, die Verlängerung von EFSI bis zumindest zum Ende des Jahres 2020, die Überlegung eines europäischen Jugend-Solidaritätskorps, aber auch der Europäische Verteidigungs-Aktionsplan.

All diese Projekte und Ideen sind neu, sind innovativ, sind richtig, aber es gibt sie nicht kostenlos. Das heißt, wir stehen gerade bei Heading 1 A vor ziemlich großen Herausforderungen, dies alles ausreichend seriös in 2018 zumindest an- oder gar schon durchzufinanzieren.

Die aus der Mitte des Parlaments kommende Idee eines Interrail-Tickets, dass wir jungen Europäern zum 18. Geburtstag schenken wollen, erscheint uns als eine sehr interessante Idee. Mit unserem Start 2017 von *Learn to Move, Move to Learn* wollen wir erste Versuche ermöglichen und erste Erfahrungen bei Jugendlichen gewinnen. Dieses Pilotprojekt stellen wir an den Anfang, um dann zu sehen, was wir als dauerhaftes Förderprojekt, gemeinsam mit Ihnen finanzieren können. Auch hier sind wir auf den Rat des Parlaments angewiesen, um zu sehen, wie wir in Kenntnis der absehbaren großen Zahl von jungen Menschen, die sich beteiligen werden eine mittelfristige seriöse Finanzierung 2018 fortfolgende, hinbekommen.

Herr Abgeordneter Mureşan hat das Thema junge Menschen und *Youth Employment Initiative* erwähnt: Die Verstärkung, wie sie im Zuge des Vermittlungsverfahrens 2017 vereinbart wurde, wird von der Kommission aufgegriffen. Wir werden Ihnen, dem Parlament, und dem Rat in wenigen Wochen den Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans vorlegen.

Ich habe das Thema Flexibilisierung erwähnt. Wir werden in den nächsten Jahren nur dann unsere vielfältigen Aufgaben finanzieren können, wenn wir von der Flexibilisierung umfassend Gebrauch machen und sie ausweiten. Deswegen halten wir dafür, dass der Prozess der *mid-term revision* und *mid-term review* nicht an die Wand fährt.

Nach vielen Wochen des Stillstands wurde vor wenigen Tagen im Rat eine Einigung möglich. Der Rat hat jetzt grünes Licht gegeben für *mid-term revision* und *review*, mit einigen Erwartungen und Bedingungen, die Sie jetzt beraten müssen. Wir stehen in den nächsten Tagen und Wochen gerne für Sie als Ratgeber in der Einschätzung bereit. Wir sind dem Fachausschuss, dem Budget-Ausschuss, dankbar, dass er sich nächsten Montag dieses Themas annehmen will, denn wir haben eine Sorge: Sobald der Artikel 50-Brief aus London eintrifft und damit der Brexit auf die Tagesordnung kommt, könnte es sein, dass das Zeitfenster für *mid-term review* und *revision* sich schließen wird. Und es wäre meines Erachtens nach sehr nachteilig, wenn wir den *mid-term review* und die *revision*, die immer ein Anliegen des Parlaments gewesen war, nicht zu einem pragmatischen, sachorientierten Ergebnis bekämen. Noch ist das Zeitfenster offen, und namentlich mehr Flexibilität wäre der Hauptvorteil zur Finanzierung von zahlreichen Projekten, die dem Parlament in den nächsten drei Jahren ebenfalls sehr wichtig sind.

Wir werden alles tun, um auch 2018 einen aufkommenden Rückstau auf dem Weg zu 2020 zu vermeiden. Ihre Sorgen sind dabei unsere Sorgen; wir teilen sie vollumfänglich.

Wir werden am 27. März einen ersten Trilog haben – einen ersten Gedankenaustausch – und dort auch den Zeitplan bis Oktober/November dieses Jahres zu besprechen haben. Am selben Tag werden wir auch zum Thema Agenturen und zum Thema Überwachung der Lage in Bezug auf Zahlungen die Aussprache führen. Alles in allem haben wir eine klare Agenda, und ich sehe Prioritäten des Parlaments und Ihres Berichts keinen Gegensatz, sondern eine wirkungsvolle Partnerschaft für die Kommission. Wir greifen gerne Ihre Erwartungen zu unserem Haushaltsvorschlag für 2018 in wenigen Monaten auf.

José Manuel Fernandes (PPE), *em nome do Grupo*. – Senhor Presidente, queria saudar o Senhor Comissário, cumprimentar as colegas e os colegas e dar os parabéns ao colega relator pela excelência do trabalho, pelo consenso que consegue trazer e envolver todos os grupos, o que significa que vamos ter, mais uma vez, um Parlamento unido neste objetivo de querermos o melhor para a União Europeia e o melhor orçamento possível também para os cidadãos.

Falar do orçamento da União Europeia é falar de um orçamento pequeno – corresponde a cerca de 1 % do Produto Interno Bruto. Quando o comparamos com o orçamento federal dos Estados Unidos, vemos bem a diferença, uma vez que o orçamento federal tem 20 % do Produto Interno Bruto.

Mas este orçamento, sendo pequeno, tem uma mais-valia enorme e a prova é que, em muitas regiões, é o único investimento disponível e, em muitos Estados-Membros, também representa mais de 50 % desse investimento. Aliás, o orçamento da União Europeia é um orçamento de investimento: 94 % do orçamento é para investimento e apenas 6 % é para a administração.

Felicitto mais uma vez o relator, pelo facto de ter definido prioridades claras para o emprego, para o crescimento e para a segurança, e isto, obviamente, tem de ter consequências em termos dos programas que nós temos, como o COSME para as PME, mas também de programas essenciais para a juventude, como é exemplo o Erasmus +.

Mas emprego, crescimento e competitividade também se faz com inovação e investigação e, por isso, é importante dotarmos o Horizonte 2020 dos meios necessários para este objetivo.

2018 é o quinto ano do Quadro Financeiro Plurianual, Sr. Comissário, e espero que a política de coesão, em 2018, atinja a sua velocidade máxima, uma vez que tem havido um atraso na execução dos programas e uma vez que, em 2016, houve mesmo mais de 13 mil milhões de euros que não foram executados.

Portanto, é essencial, Sr. Comissário, que a política de coesão e os outros fundos entrem numa velocidade máxima em 2018, até porque é o quinto ano do Quadro Financeiro Plurianual, e que haja montantes suficientes para os pagamentos.

Uma palavra forte para a juventude, que tem sido sempre a nossa prioridade. Uma juventude que tem cerca do dobro do desemprego das outras gerações e, por isso, é crucial que o programa Iniciativa Emprego dos Jovens tenha os montantes necessários e os montantes suficientes para esse objetivo. É importante que o Erasmus+, que promove a mobilidade e a formação profissional, também ele tenha os objetivos mínimos necessários e os montantes suficientes.

Por isso, agradeço mais uma vez ao relator esta excelente proposta e estou certo de que, neste processo que agora se inicia, da parte do Parlamento, estaremos sempre à altura dos desígnios, da vontade e da esperança dos cidadãos.

Daniele Viotti, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la procedura di bilancio per l'anno 2018 non sarà *business as usual*.

Nel tempo della Brexit e dei partiti sovranisti che lottano per i governi dei propri paesi, dobbiamo ritrovare uno spirito nuovo e un nuovo slancio per tenere viva l'idea stessa di Unione europea. La trama si infittisce e le lancette viaggiano veloci: siamo chiamati a rispondere e a farlo per davvero.

Negli orientamenti di quest'anno – e ringrazio il relatore, l'onorevole Muraşan, per l'ottima e proficua collaborazione – abbiamo cercato di individuare le zone di azione su cui deve concentrarsi l'Unione per rispondere ai cittadini, che si chiedono che senso abbia ancora quest'Europa – dalla crescita sostenibile alla ricerca come chiave per l'occupazione giovanile, dagli investimenti come strumento per l'innovazione alle questioni dei migranti – sostenuta a piena forza dal Parlamento europeo.

Ci sono dei segnali di ripresa ma viviamo ancora la lunga onda della crisi del 2008 al punto che molti, soprattutto le giovani donne e i giovani uomini, nemmeno si ricordano più di com'era il mondo prima. Il bilancio deve essere uno strumento politico al servizio della nostra idea di Europa e quasi tutti gli eletti in quest'Aula sanno bene che l'Europa rappresenta l'unica possibilità per la crescita, la pace, la felicità. Basta solo ricordarsi come si fa. Se non diamo risposte noi, le darà qualcun'altro e sappiamo che risposte saranno.

I cittadini europei vogliono risposte chiare: un modello di *welfare* che funzioni, una forte spinta agli investimenti, un grande piano di lotta alle disuguaglianze e un'Europa capace di accogliere i migranti tutelando la propria sicurezza. E tuttavia, d'altra parte, ciò che bisogna dire, e che tutti sanno del resto, è che il nostro lavoro sarà del tutto inutile se non sarà rivolto soprattutto alle giovani generazioni.

Per decenni l'Europa è stata sinonimo di futuro e noi abbiamo il dovere morale di allineare la nostra politica a quest'idea, ne va della sopravvivenza dell'idea stessa che siamo qui chiamati a rappresentare. Fuori dai tatticismi, spero che questa procedura di bilancio rappresenti un nuovo capitolo e una nuova storia.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Der vorgelegte Entwurf enthält viele richtige Schwerpunkte. Insbesondere nennen möchte ich die Sicherheit der Bürger, die Wettbewerbsfähigkeit, die gesteigert werden muss, aber auch Investitionen in die Bereiche Forschung und Innovation, was letztlich bedeutet, wir müssen den Bildungsstandard in der gesamten EU weiter steigern.

Gleichzeitig gibt es in diesem Entwurf Licht und Schatten, insbesondere auch bei den grundsätzlichen Weichenstellungen. Positiv möchte ich hervorheben, dass in diesem Entwurf dargestellt wird, dass Arbeitsplätze hauptsächlich im privaten Sektor geschaffen werden, und auch, dass man Migration endlich anerkennt, dass man sie durch Investitionen in den Herkunftsländern der Migranten – also an den Quellen der Ursachen – bekämpfen muss. Das heißt, dass wir dort investieren müssen. Darüber hinaus ist es auch wichtig, dass wir künftig Ad-hoc-Finanzierungsinstrumente in den Haushalt integrieren, denn das ist eine wirksame Maßnahme gegen Schattenhaushalte. Das sind alles deutliche Verbesserungen gegenüber den Vorjahren.

Allerdings möchte ich auch anmerken: Es gibt immer noch einige Punkte, mit denen wir nicht zufrieden sind, denn insbesondere für die ganz große Herausforderung der Migrationskrise fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept der EU. Davon sollten wir aber abhängig machen, wieviel Geld wir wo ausgeben.

Es gibt auch Nebenkriegsschauplätze, mit denen wir uns weiterhin befassen. Dazu zähle ich auch das Interrail-Ticket. Das wird uns – je nachdem, wie man es einführt – mehrere Hundert Millionen Euro kosten. Das ist, glaube ich, nicht der richtige Fokus. Darüber hinaus ist ganz wichtig: Wir sollten beim Budget der EU nicht den Eindruck erwecken, dass es ein Allheilmittel gegen alle Krisen ist. Das kann es nicht sein. Mehr Realismus ist hier angesagt.

Als Fazit möchte ich die Arbeit von unserem Kollegen Siegfried Mureşan ausdrücklich würdigen und deshalb sagen: Wir als ECR-Fraktion werden diesen Entwurf das erste Mal jetzt seit langen Jahren nicht ablehnen. Wir werden uns der Stimme enthalten, weil wir sehen, es ist ein Schritt deutlich in die richtige Richtung.

Anneli Jäätteenmäki, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, Euroopalla on edessään haastavat vuodet. Tämän vuoksi on tärkeää, että budjetissakin löydetään oikeat painopisteet. ALDE-ryhmän mielestä ne on löydetty hyvin. EU:n on tärkeää satsata kasvuun, nuoriin, tulevaisuuteen ja turvallisuuteen. Tässä mielessä on tärkeää, että painopistealueena tässä budjetissa on satsaukset pk-yritystoimintaan ja tutkimukseen sekä myös nuorten Erasmus-koulutukseen.

Toiseksi haluaisin ottaa esille ilmastotavoitteet. Ryhmäni on tyytyväinen siihen, että mietinnössä otetaan huomioon Pariisin ilmastopöytäkirjassa tehdyn sitoumuksen ja että EU sitoutuu 20 prosentin ilmastorelevanttiin rahoitukseen.

Kolmanneksi haluaisin nostaa esille turvallisuuden. Tässä budjetissa tai näissä suuntaviivoissa lähdetään siitä, että EU:n tulee satsata ja kehittää yhteistä puolustuspolitiikkaa ja suunnata varoja yhteiseen puolustustutkimukseen. Tämä on tärkeää ja kantaa varmasti tulevaisuudessa tuloksia.

Huolestuttavana haasteena on se, että brexit vie budjetista ison osan. Tämä tarkoittaa sitä, että rahankäyttö on tutkittava entistä tarkemmin. Tulevaisuudessa on myös osattava vielä paremmin priorisoida se, mihin rahat käytetään, koska rahaa ei varmastikaan jäsenvaltiolta tule tulevaisuudessa nykyistä noin yhtä prosenttia enempää.

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente. Nos encontramos a las puertas del 60.º aniversario del Tratado de Roma y en la mayor crisis de este proyecto de Unión Europea. Eso sí, con un Libro Blanco bajo el brazo. Sería un desastre seguir cualquiera de las opciones del señor Juncker.

Sería un desastre, también, que el próximo presupuesto de la Unión Europea no saliese de la ambigüedad calculada y de las opciones-soluciones a medias. En el informe se habla de la necesidad de reforzar la identidad europea. Pero, ¿quién quiere sentirse parte de algo que deja a personas refugiadas muertas de frío en las fronteras, que privatiza los sectores públicos o ahoga a los países con deudas, mientras rescata a banqueros? La identidad europea se construye con políticas materiales que no dejen tiradas a las personas.

Y, por favor, dejen de hacer referencia a la brillante idea del PPE de regalar viajes a los jóvenes para que se sientan europeos. Es insultante. ¿De verdad creen ustedes que un joven puede irse de viaje cuando su familia no llega a fin de mes? Para esto los presupuestos son un instrumento fundamental: recaudar más recursos propios, con impuestos progresivos europeos y contribuciones nacionales equilibradas con la renta per cápita de cada país y con un plan serio de inversión pública europea, con criterios sociales y medioambientales y no con austeridad y despliegue militar, como estamos viendo.

Indrek Tarand, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, it happens that today we are celebrating the birthday of the Estonian language, one of the smallest and oldest languages in the European Union, and it would be against the Estonian Constitution if I did not use that language today, so please put on your headphones.

Austatud istungi juhataja! Raportöör on õigesti keskendunud majanduskasvule, töökohtadele ja julgeolekule, sest need küsimused on kodanikele Euroopa Liidus kõige tähtsamad. Minu jaoks ei ole aga näiteks julgeoleku ja kliimamuutuse vastaste tegevuste seos raportis piisavalt kajastatud. Seda kinnitab ka Euroopa Kontrollikoja audit, milles on märgitud, et 20 % meie eelarve rahast peaks olema seotud planeedi Maa kliima stabiliseerimisega.

Olen väga rõõmus, et raportööri rõhuasetus noorte programmi 'Interrail' suhtes on selle tugevdamisel. Sama kehtib programmi 'Erasmus' kohta. Väike kahtlus on, kas peame olema investeerimisfondi ja strateegilise arengufondi suhtes nii leebed, nagu raportis on sõnastatud. Näiteks riigikaitse alal olen ainus Roheliste / Euroopa Vabaliidu fraktsiooni liige, kes neid algatusi toetab.

Hoiatan veel kord, et energeetikaprogramm Prantsusmaal Aix-en-Provence'i lähistel, lühendatult ITER, võtab palju rohkem raha, kui oleme plaaninud.

Oleme esitanud ka oma muudatusettepanekud, mille sõnastuse täpsuse ja delikaatsuse pärast võiksid minu arvates kõik fraktsioonid neid toetada.

Jonathan Arnott, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, after a long and arduous process, after delays on one side and then another, the British Parliament has finally voted to give the green light to the Prime Minister to invoke Article 50 of the Lisbon Treaty. Even if perhaps many of those here today may not join me in celebrating this momentous decision of the British people, I hope that all will recognise the exercise of democracy. There are two ways of doing a divorce. It can either be a mutual recognition that paths are leading in different directions; to still be friends and neighbours while recognising that both parties can thrive separately, but that that relationship is not working – or it can be negative and acrimonious. I certainly prefer the former.

Today we are discussing the guidelines for the 2018 EU budget, and the report makes all the usual calls: more resources, more EU action, more taxpayers' money to be spent. There has always been a disconnect between the structure of the European Union and the British people. This report typifies, in a lot of ways, that disconnect: strong support for common EU initiatives in defence and defence research, the Interrail tickets, the fact that the Court of Auditors' reports are giving such a high error rate, and the adverse opinion on the legality of the payments underlying the accounts. Again, those things are put to one side.

We see political groups in this Parliament not only exempt from the staff reduction target, but getting 76 more posts offset by the staff reduction target for the general administration. All of these things go fundamentally against the way that the British people would see these things, but ultimately the elephant in the room is how we proceed following Brexit. The UK must make sure that it is protected, and as Brexit approaches, the relevance of all of the items of spending to the UK will diminish month on month. But according to the multiannual financial framework regulation, by the end of this year the Commission has to put forward a proposal for the next multiannual financial framework. So in the spirit of this truth we must tell the Commission, first of all, that it should of course not include the UK in its proposal for the next multiannual financial framework period, and that is an important and necessary first step for accepting Brexit and moving on.

There needs to be a credible long-term plan from the EU's perspective on what happens post-Brexit. The amendments that we have tabled will help protect the UK from a never-ending EU bill. They also call for cuts in the EU budget, demand further reductions in EU staff and bureaucracy, and reject expansionist EU defence initiatives.

Marco Zanni, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è ormai la quarta procedura di bilancio che seguo e vedo che, purtroppo, ogni anno si tende a ripetere gli stessi errori.

Primo punto: è inutile considerare il bilancio europeo come lo strumento per risolvere tutti i problemi dei cittadini europei, che si chiamano invece recessione, povertà e disoccupazione. Per favorire la ripresa servirebbe in primo luogo liberarsi dei capi imposti da Bruxelles e da Francoforte, che non consentono agli Stati le necessarie manovre di politica fiscale e monetaria che servirebbero per uscire dalla crisi. Bisogna quindi uscire dall'euro, smantellare la governance economica e poi ripartire su basi diverse per cercare una nuova, sana e limpida: cooperazione tra Paesi europei.

Entrando nello specifico di questa relazione, non vedo come si possano valutare come successi il FEIS o l'iniziativa per l'occupazione giovanile. Il FEIS è stato uno strumento di propaganda, che avrebbe dovuto far ripartire gli investimenti. Ma i risultati sono tutt'altro che lusinghieri, come sottolineato e dimostrato anche dalla relazione della Corte dei conti europea.

L'iniziativa per l'occupazione giovanile parte da un problema concreto, che in molte realtà diventa un vero e proprio dramma. Le misure intraprese attraverso questo programma sono tuttavia servite a poco o nulla: in Italia questa linea di bilancio è stata interessata da diversi casi di frode e malagestione. L'Unione europea, poi, non può pensare di risolvere la propria immagine regalando un biglietto *Interrail* ai giovani: questa è una vergognosa manciata inutile per ingraziarsi il popolo.

Bisogna poi fare molta attenzione a parlare di progetti e di fondi per la difesa comune, perché abbiamo già ceduto molta sovranità a Bruxelles e con questa idea rischiamo di fare un passo di non-ritorno, calpestando nuovamente i desideri e la volontà dei popoli che non vogliono più integrazione.

Da ultimo, ritengo doveroso un passaggio sulla Brexit, poiché temo che a Bruxelles tenteranno di far pagare un conto salato che sa di vendetta per le scelte libere dei cittadini britannici: questo sarebbe meschino e vergognoso, come del resto l'idea stessa di utilizzare l'uscita del Regno Unito dall'Unione per rafforzare il sistema di risorse proprie dell'UE.

Monti ha già provato a distruggere un Paese per conto di Bruxelles e ora non gli lasceremo certo imporre nuove tasse anche a livello europeo, perché questo significherebbe la fine della libertà dei popoli e dei cittadini europei.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο προϋπολογισμός της Ένωσης προσφέρεται μέσω των χρηματοδοτικών εργαλείων και μηχανισμών του να δίνει λύσεις και να επιδρά καταλυτικά στις προκλήσεις, στα προβλήματα και στις δυσχέρειες που αντιμετωπίζουν οι πολίτες και τα κράτη της Ευρώπης. Η διαχείριση και ο επιμερισμός των κονδυλίων αποδεικνύει αυτό που όλο και περισσότεροι ευρωπαίοι πολίτες ενστερνίζονται: Η οικονομική κρίση είναι πρωτίστως πολιτική και οφείλεται στην απουσία πολιτικών ικανών να παίρνουν σωστές αποφάσεις.

Η λαθρομετανάστευση και η αύξηση της τρομοκρατίας οφείλονται αφενός στον λάθος χρηματοδοτικό επιμερισμό αφετέρου στην κακοδιαχείριση των κονδυλίων. Η πολιτική ελίτ προσπαθεί να χειραγωγήει την κοινή γνώμη με ενοχικά και φοβικά σύνδρομα. Όμως ο φόρος αίματος των τρομοκρατικών επιθέσεων και το πάρτι κατασπατάλησης εκατομμυρίων που απολαμβάνουν φίλοι και συγγενείς της κάθεστηκυίας τάξης, αποτυπώνονται στο μυαλό και τη συνείδηση των πολιτών.

Ο προϋπολογισμός αφορά σε χρήμα. Για να κερδίζεις χρήματα χρειάζεται ταλέντο, αλλά για να ξοδεύεις χρειάζεται κουλτούρα. Η πολυπολιτισμική εθνομηδενική κουλτούρα που προωθείται είναι λανθασμένη. Σύντομα στη θέση της θα υιοθετηθεί η εθνική, πατριωτική και φιλολαϊκή κουλτούρα.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, v minulých letech jsem se zabýval rozpočtem EU z pohledu výboru LIBE a vždy jsem byl s rozpočtem spokojen, protože peníze pro tuto oblast se výrazně navýšily. Nejinak tomu bylo také v minulém roce. Dnes ale vidím, že je tato oblast stále podfinancovaná a jsme nuceni hledat každé euro k posílení této oblasti. Podle mého názoru by tedy další navyšování rozpočtu na bezpečnost a migrační krizi mělo být hlavní prioritou rozpočtu pro rok 2018 tak, jako to dnes navrhoval pan zpravodaj. Přeji si především, aby nový rozpočet vykazoval dostatečnou flexibilitu a aby bylo možné rychle a efektivně získat finance z EU v době krizí. To však musí jít ruku v ruce s řádnou kontrolou tohoto financování a jeho efektivitou. Musíme tedy zajistit nejen rovnováhu mezi flexibilitou a kontrolou, ale musíme také zajistit, aby byla dodržována rozpočtová disciplína.

Dalším aspektem, který si myslím, že je pro tento návrh a pro jakýkoliv další návrh nový a důležitý, je přelévání peněz z oblasti do oblasti. Přelévání z oblasti tam, kde peníze přebývají, do oblasti, kde chybí. Jeden příklad za všechny je evropské zemědělství. Tam tečou ročně miliardy eur na nesmyslné a špatně kontrolovatelné projekty. Na druhou stranu se však finance na řešení migrační krize stále nedostávají. Nemáme finance na posílení některých potřeb v oblasti humanitární péče a v oblasti podpory mladých lidí.

Vážený pane komisaři, já bych Vám chtěl poděkovat za to, že jste ochotný vřadycky s námi diskutovat a naslouchat nám a pevně věřím, že z připraveného návrhu pana Murešana vezmete co nejvíce pro svůj příští rozpočet.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor presidente, señor comisario. En vísperas de la celebración del 60.º aniversario del Tratado de Roma, es un buen momento para hacer balance de lo que ha supuesto la Unión Europea para el continente. Y yo creo que desde luego, no tiene duda de que ha sido un efecto positivo. Los sesenta años de la historia de Europa han sido positivos. Pero esto no quiere decir que no quede mucho por hacer, mucho que mejorar y, desde luego, mucho que cambiar.

Temas como el desempleo, especialmente el juvenil, la atención a los refugiados, la protección del medio ambiente o la lucha contra la evasión fiscal tienen que estar en lo más alto de la agenda europea. Necesitamos una Europa sostenible desde todos los ámbitos. Sostenible en lo económico, en lo medioambiental y también en lo social. Y para hacer frente a estos retos, debemos utilizar todas las herramientas y, por supuesto, también el presupuesto.

Por eso, nosotros creemos que hay que utilizar el presupuesto al máximo de sus capacidades. Tiene que ser una herramienta de solidaridad tanto interna como externa, determinante para luchar por la erradicación de la pobreza, por el desarrollo sostenible o por una sociedad del conocimiento. Europa necesita un cambio. Seguro. Y nos corresponde a nosotros dar las respuestas a las preocupaciones de los ciudadanos.

Y, si hablamos del futuro de Europa, yo, desde luego, no tengo ninguna duda. Como dice un proverbio africano, si quieres ir rápido camina solo pero, si quieres llegar lejos, mejor ve acompañado.

Stanisław Ożóg (ECR). – Panie Przewodniczący! Cieszę się, że w sprawozdaniu w sprawie wytycznych dotyczących przygotowania budżetu na 2018 r. wiele uwagi poświęcono małym i średnim przedsiębiorstwom jako zasadniczemu czynnikowi wspierania wzrostu zatrudnienia i rozwoju. MŚP są przecież głównym źródłem nowych miejsc pracy i dlatego potrzebują dostępu do finansowania.

Chciałbym zwrócić również uwagę na potrzebę poprawy dostępu do *know-how* jak uzyskać dofinansowanie, szczególnie w ramach Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych z europejskimi funduszami strukturalnymi i inwestycyjnymi. Komisja Europejska, wiedząc, że mamy mało tych pieniędzy, powinna dokonywać analizy projektów, które dotychczas otrzymywały dofinansowanie, ażeby móc ocenić uzasadnienia dla następnych potencjalnych beneficjentów starających się o dofinansowanie.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, tout d'abord je veux apporter mon appui à l'excellent rapport de notre collègue Siegfried Mureşan.

Ma collègue Jäätteenmäki l'a dit – et je ne vais pas le répéter – nous retrouvons en réalité dans ses propositions, la quasi-totalité de nos préoccupations et de nos priorités.

Je veux, pour ma part, me concentrer sur un problème que je considère comme étant essentiel dans l'état actuel du projet européen: le niveau du chômage des jeunes est trop élevé dans l'Union et il est même dramatiquement insupportable dans certains pays.

Au moment où tant de populistes – et il y en a ici dans cette salle – veulent saccager le projet européen, nous avons l'obligation de démontrer que l'Union est une vraie valeur ajoutée pour les jeunes générations. L'initiative pour l'emploi des jeunes mérite d'être résolument soutenue et renforcée. L'avarice du Conseil dans cette matière est une honte. Le programme Erasmus +, dont le succès est indéniable, doit pouvoir être étendu aux jeunes apprentis et faire une place demain aux jeunes travailleurs.

Notre rapporteur reprend également dans son rapport la proposition d'un pass Interrail européen, et M. le Commissaire a eu l'air de trouver cette idée sympathique. Je la trouve aussi sympathique, encore faut-il qu'elle soit à la fois bien calibrée et financièrement gérable pour ne pas se transformer en gadget électoral servant les intérêts d'un seul parti politique.

À nos yeux, pour mériter un soutien, cette proposition doit répondre à quatre caractéristiques. Premièrement, le pass doit être accessible aux jeunes de tous les milieux et pas seulement des milieux fortunés. Deuxièmement, le bénéfice du pass doit être lié à un déplacement dans un autre pays dans le cadre d'un processus de formation ou de découverte. Troisièmement, la gratuité complète n'est pas de mise: une contribution personnelle adéquate doit être le gage de l'engagement du bénéficiaire dans le projet de déplacement. Quatrièmement, le financement ne doit pas nécessairement reposer seulement sur le budget européen mais peut être élargi à d'autres sources de financement.

Pour terminer, le meilleur investissement que nous puissions faire c'est l'investissement dans la jeunesse. S'il vous plaît, ne passons pas à côté de l'avenir de l'Europe.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Herr Präsident! Die internen und externen Herausforderungen der EU sind hoch und wachsen. Trotzdem müssen wir sie mit einem Haushalt konfrontieren, der weniger als 1 % des Bruttoinlandsprodukts der Union ausmacht – 50 Mal weniger als das, was die nationalen Regierungen insgesamt ausgeben. Selbst wenn der EU-Haushalt sehr effizient wäre, scheint es schwierig, mit diesen Zahlen Ergebnisse in Schlüsselbereichen zu erbringen wie etwa Arbeitslosigkeit, Klimawandel, Forschung, Wettbewerbsfähigkeit, Migration oder sozialer Zusammenhalt. Die Debatte über den nächsten MFR, vor allem im Zusammenhang mit dem Brexit, und auch die Debatte über die Eigenmittel der EU – durch den Monti-Bericht wieder auf die Agenda gesetzt – werden eine gute Gelegenheit sein, um zu prüfen, wie stark der politische Wille ist, Wünsche und Ziele durch einen gestärkten EU-Haushalt in die Realität umzusetzen.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a questo testo abbiamo ritenuto opportuno presentare alcuni emendamenti. Per via del solo minuto a mia disposizione, elencherò i tre principali: innanzitutto, chiediamo che i progetti infrastrutturali finanziati dall'Unione abbiano un reale valore aggiunto e non siano progetti controversi ideati solo, molto spesso, per finanziare grandi realtà di imprese o interessi clientelari della politica.

Chiediamo poi che si apra, sempre su questo tema, una seria discussione sul FEIS e il piano Juncker, che finora ha dimostrato di non ottenere i risultati previsti, cioè un'ampia discussione sull'addizionalità e su tutti i criteri che si erano promessi; vorremmo aprire una discussione proprio perché non raggiunge gli obiettivi che sono stati prefissati.

Infine il punto che mi sta più a cuore: chiediamo che i fondi spesi per la messa in sicurezza degli edifici per misure di dissesto sismico e geologico siano esclusi dal calcolo di deficit utilizzato dal Patto di stabilità e crescita, come tutta la spesa pubblica necessaria per rilanciare gli investimenti, lo sviluppo e l'occupazione.

Se non ci uscirà da questo dogma legato all'austerità e al vincolo monetario, sarà molto difficile rilanciare la domanda nell'eurozona e, soprattutto, giustificare le politiche fallimentari intraprese fino adesso.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous ne sommes qu'à la première étape de la procédure pour le budget 2018, celle où le Parlement donne sa vision, exprime ses attentes et formule ses perspectives et ses propositions.

Après les crises financières et économiques, je devrais dire humaines, après le Brexit, l'heure n'est plus aux tergiversations, mais à l'action. Les citoyens n'en peuvent plus des déclarations qui ne sont pas suivies d'effets. Ils ne peuvent plus tolérer ce double langage qui consiste à demander que l'Europe agisse dans de nouveaux domaines (migration, relance de l'investissement, lutte contre le chômage des jeunes, frontières, sécurité), alors même que le budget, lui, reste le même. Ils attendent de nous de la responsabilité: soit nous dotons l'Union européenne du budget suffisant pour exercer ses compétences, soit les États membres arrêtent le blabla.

L'Europe ne pourra pas agir efficacement si on ne lui en donne pas les moyens. Partout en Europe, le nationalisme et l'extrême droite prospèrent sur cette misère. L'Europe risque de mourir de cette mascarade.

Dans les orientations budgétaires 2018, deux exemples: la défense et le pass Interrail. Nous demandons des moyens additionnels pour toute nouvelle politique.

Dans ce rapport, après avoir rappelé les priorités politiques affichées par l'Union, le Parlement européen a l'honnêteté d'exiger la garantie que tous les paiements soient effectués en temps et en heure, et que de nouvelles ressources propres viennent alimenter ce budget.

Les socialistes et démocrates seront particulièrement vigilants pour mobiliser tous les moyens disponibles au service de la lutte contre le chômage des jeunes, les investissements d'avenir pour des emplois de qualité et la sécurité de nos concitoyens.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident, Herr Kommissar Oettinger! Heute Abend geht es um den Haushalt der EU für das kommende Jahr. Sie wollen noch mehr Geld, und Sie wollen jetzt auch eigene Steuern erheben dürfen, weil das Geld nicht mehr reicht, wegen der Flüchtlingskrise zum Beispiel.

Einige Länder haben ihre Grenzen nicht geschützt, sie haben Migranten einreisen lassen und nicht registriert – ein Rechtsbruch. Sie haben sie dann weitergeschickt – noch ein Rechtsbruch. Und dann hat Frau Merkel sie alle in ihr Wunschland einreisen lassen, nämlich nach Deutschland – noch ein Rechtsbruch.

Die Flüchtlingskrise ist also entstanden, weil alle Staaten das geltende EU-Recht nicht einhalten. Wir haben eine Krise des Rechts. Und anstatt nun diese Rechtsbrüche zu kritisieren, fordern Sie mehr Geld. Wie wäre es, wenn Sie einfach mal die Einhaltung des Rechts fordern würden, die Einhaltung geltenden Rechts wie der Dublin-Regeln beispielsweise? Ich sehe schon die *Breaking News*: Das EU-Parlament fordert die Einhaltung der Dublin-Regeln. Das wäre mal eine echte Sensation.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, il est temps de donner au projet européen les moyens de ses ambitions. La persistance des crises économique, sociale et migratoire fragilise aujourd'hui l'Union européenne, dont les capacités budgétaires demeurent beaucoup trop limitées.

Les défis actuels restent nombreux: emploi des jeunes, convergence socio-économique, équilibres territoriaux, migration, sécurité, défense. Ils doivent être traités en phase avec les aspirations de nos concitoyens qui attendent de nous solidarité, efficacité et progrès.

Mais cet engagement fort ne pourra être concrétisé sans un budget capable de soutenir l'action publique. Si des synergies sont à établir avec le secteur privé, notamment en vue de soutenir nos PME, il serait malhonnête de se dédouaner au profit d'une pensée libérale, qui oublie trop souvent que la création de valeur doit rester partagée. Les instruments financiers, qui remplacent trop souvent les lignes budgétaires, ne peuvent être exonérés d'un contrôle démocratique.

Nous devons, chers collègues, éviter la socialisation des pertes et la privatisation des bénéfices.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, τα ποσά του προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν επαρκούν και, αν γίνει σύγκριση με τα ποσά που διατίθενται από πλευράς προϋπολογισμού των Ηνωμένων Πολιτειών, με τις οποίες βρίσκεται σε ανταγωνισμό η Ευρωπαϊκή Ένωση, θα φανεί η διαφορά: 20% του ΑΕΠ των ΗΠΑ είναι ο ομοσπονδιακός προϋπολογισμός, 1% του ΑΕΠ της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι ο προϋπολογισμός της Ευρώπης. Κι όμως, τα ποσά που διατίθενται για την ανεργία είναι ψίχουλα. Δεν μπορεί έτσι να αντιμετωπιστεί η ανεργία των νέων, την ίδια στιγμή που ο κύριος Ντράγκι διαθέτει 2,3 τρισεκατομμύρια ευρώ για την περίφημη ποσοτική χαλάρωση. Το ίδιο ισχύει και για την ανάπτυξη, το ίδιο ισχύει και για τις πολιτικές συνοχής, για την κοινωνική Ευρώπη.

Ταυτόχρονα, δεν επαρκούν τα χρήματα και για τη στήριξη της προσφυγική κρίσης, ιδίως για τη βοήθεια στην Ελλάδα, όπου, παρότι οι περιφημες ΜΚΟ έχουν πάρει αρκετά χρήματα, εν τούτοις κάνουν πάρτι, και χρειάζεται έλεγχος σε αυτό, κύριε Επίτροπε, γι' αυτό και έχω ζητήσει και την παρέμβαση της OLAF στο ζήτημα αυτό.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, suntem într-un moment de cumpănă pentru viitorul Europei. Cetățenii își doresc o Uniune Europeană mai aproape de nevoile lor, mai transparentă și mai democratică. Bugetul european poate permite această reapropriere de cetățeni nu doar prin alocări financiare, ci mai ales printr-o mai bună execuție bugetară. De aceea, pe lângă liniile generale, ce propun este de a vedea care au fost într-adevăr efectele fiecărui program sau acțiune finanțată și cum au fost cheltuiți banii europeni. Plătitorii de taxe au nevoie de acest lucru.

Noi avem nevoie să reclădim încrederea în programele europene. De aceea, susțin cu fermitate fonduri suplimentare pentru programele cu cel mai mare impact: Erasmus, politica de coeziune, Orizont 2020, fără însă a ignora nevoia de precizie, de inovație, de a investi în tineri, dar și de a ne axa pe rezultat, inclusiv în termeni de promovare a proiectului european. Mi se pare nefiresc că britanicii nu cunosc faptul că au fost printre cei mai importanți beneficiari de fonduri europene pentru Orizont 2020 sau EFSI.

Orice reformă în sistemul de finanțare europeană trebuie să țină cont de valorile noastre comune, și mă refer aici la solidaritate și coeziune.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, bugetul Uniunii trebuie să fie solid, cu ținte clare și o valoare adăugată reală la nivel european, ca răspuns la vremurile imprevizibile pe care le trăim și la toate conflictele care au fost, care sunt și care s-ar putea să mai aibă loc. Să nu uităm de combaterea populismului. Este foarte necesară combaterea extremismului și în raporturile cu statele terțe pe fondul unor crize declanșate recent care escaladează. Numai o disciplină bugetară de fier poate reacționa și ne poate ajuta să reacționăm la situațiile de criză. Nu în ultimul rând, vreau să menționez securitatea Europei și siguranța cetățenilor. De exemplu, bugetul actual al Fondului pentru securitate internă este de aproximativ 700 de milioane de euro pentru toate statele Uniunii și cred că este insuficient. El va trebui mărit în 2017 tocmai pentru a asigura o infrastructură eficientă, modernă în toate statele Uniunii, pentru a lupta cu terorismul și a proteja viețile oamenilor.

Catch-the-eye-Verfahren

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já se chci připojit k tomu vytyčenému cíli, který zde řekl pan zpravodaj. Já považuji za důležité podporovat skutečně růst v rozpočtu právě pro příští rok. A zde bychom se měli zaměřit na invaze technologie, o tom už tady bylo mnohé řečeno. A já bych si dovolil poukázat na jeden rozpor, kterým vlastně můžeme ilustrovat, jakým způsobem k tomu tak trochu vnitřně kolizně přistupuje EU.

My zde v legislativě v audiovizuální oblasti stanovujeme povinnosti, co má být obsahem vysílání atd. Nicméně neřešíme to, že v jiných členských státech ten obsah toho vysílání nemůžeme vidět, protože nám jsou postaveny vnitřní překážky, právě vypořádání těch práv. Takže měli bychom se zamyslet nad tím, jak odstraňovat tyto překážky. A ten druhý aspekt bezpečnostní je naprosto jasný. Nejen ty vnitřní aspekty vnitřní bezpečnosti, ale i ty vnější. Rusko je nadále agresor, myslím si, že to je hrozba a měli bychom na to nastavit i svoji rozpočtovou prioritu.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel tempo della Brexit e dell'emersione delle spinte nazionaliste, l'Europa deve ritrovare un nuovo slancio per tenere viva l'idea dell'Unione. Il bilancio deve essere considerato uno strumento politico a nostra disposizione per rispondere concretamente alle istanze che ci provengono dai cittadini europei.

Dobbiamo innanzitutto trovare modi più efficaci per adattare la spesa pubblica alle condizioni reali in cui versano gli Stati membri: occupazione giovanile, infrastrutture digitali, immigrazione, sicurezza interna, fino ad arrivare al cambiamento climatico e dalle sfide della sostenibilità alimentare, sono le questioni su cui si gioca il futuro dell'Unione e sono questioni che vanno affrontate con un approccio globale, non soltanto tecnico e finanziario.

Occorre migliorare l'addizionalità e l'equilibrio geografico degli investimenti, superando le politiche di austerità, concentrandosi sulla crescita ed investendo sulle nuove generazioni. Cogliamo l'occasione del bilancio per rivitalizzare il rapporto con i cittadini, riconquistando la loro fiducia.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich will erstens sagen: Wir fordern nicht mehr Geld. Der Vorhalt der Abgeordneten Frau von Storch, die nicht mehr da sein kann, ist schlichtweg falsch. Wir haben einen Haushaltsrahmen, wir haben einen Deckel dafür, den halten wir ein. Wir werden alles tun, um innerhalb der von Rat und Parlament für 2018 festgestellten Ausgabenhöhe die Aufgaben zu bewältigen.

Generell finde ich, Sie alle könnten etwas mehr Stolz haben, wenn man die Effizienz europäischer Haushaltsmittel anschaut. Die Staatsquote Europas liegt im Schnitt bei 50 %. Von 100 Euro, die ein Bürger in Europa erwirtschaftet – durch Händearbeit, durch Kopfarbeit, Vermögensanlagen –, gehen 50 Euro in öffentliche Hände. In einigen Ländern bis zu 57 %, in anderen nur 45 % – im Schnitt 50 % Prozent. Also von 50 Euro, die wir dem Bürger bei brutto 100 Euro abnehmen, geht ein Euro in die europäische Kasse und bleiben 49 Euro in Berlin oder Madrid, in Düsseldorf oder Barcelona oder in Kommunen oder bei staatlichen Gesundheitssystemen. Ein Euro von 50 – den verantworten wir. Mit diesem einen Euro machen wir vieles richtig. Ich behaupte nicht, dass wir alles richtig machen. Deswegen ist die Entlas-

tungsdebatte notwendig, und die Kommission ist auch zu Selbstkritik fähig. Die Fehlerquote wurde in den letzten Jahren Jahr für Jahr deutlich reduziert, und ich freue mich auf die Debatte zum Thema Entlastung in wenigen Tagen hier in diesem Hohen Hause. Wir hatten im Haushaltskontrollausschuss eine hervorragende sachbezogene Debatte. Wir haben im Rat Entlastung erreicht und wollen auch hier mit guten Argumenten für eine Entlastung des Jahres 2015 im Europäischen Parlament werben.

Es geht beim Haushalt 2018 nicht um den Brexit, egal wie und wann die Verhandlungen beginnen und wann sie enden. Das gesamte Haushaltsjahr 2018 ist unser Mitgliedstaat Großbritannien Vollmitglied mit allen Rechten und allen Pflichten. Das heißt, es geht um EU-28. Genauso wissen wir, dass im nächsten Haushaltsrahmen post-2020 die Briten mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit nicht mehr dabei sein werden. Deswegen ist das Weißbuch der Kommission EU27 genannt. Und deswegen werden wir natürlich im Rahmen dessen, was wir als Kommission zu erarbeiten haben, den nächsten Haushaltsrahmen einnahmen- und ausgabenbezogen auf 27 Mitgliedstaaten konzentrieren.

Und doch gibt es nachlaufende Verpflichtungen. Das ist wie in jedem normalen Verhältnis. Auch nach Trennung kann es nachlaufende Verpflichtungen geben. Das nennt man in der Familie Scheidungskinder, und das nennt man hier *commitments*. Wenn wir jetzt Verpflichtungen eingehen, die sich auch nach 2020 vollziehen, wenn die Kinder nicht erwachsen sind, dann werden wir von unseren britischen Freunden die Erfüllung der nachlaufenden, Jahr für Jahr geringer werdenden Verpflichtungen erwarten dürfen.

Übrigens, gerade im Bereich von Forschung: Wer am meisten unter Brexit zu leiden haben wird, sind britische Forschungsinstitute und Industrieunternehmen, die derzeit mit *Joint Undertaking*, mit *Public Private Partnership*, mit *Important Project of Common European Interest* teilnehmen und in hervorragendem Maße Mittel aus *Horizon 2020* abrufen, auch in Zukunft abrufen wollen. Deswegen brauchen wir hier eine kluge Lösung, die wir in den nächsten Monaten im Zuge der Scheidungsverhandlungen erörtern wollen.

Es wurde die Überlegung kritisiert, dass Verteidigung ein europäisches Thema werden soll. Wenn man weiß, wie ineffizient 28 Mitgliedstaaten einzeln Verteidigungsforschung betreiben, wie viele Waffengattungen wir haben, wie wenig Standardisierung wir haben, dann weiß man, dass hier Europa nicht gut aufgestellt ist. Die Amerikaner – unsere Partner in der NATO – bekommen für einen Dollar ein Mehrfaches von dem, was wir aus einem Euro oder einem Pfund derzeit bekommen. Deswegen war es die Zustimmung des Europäischen Rates, die Kommission zu bitten, zum Thema Verteidigungsforschung und gemeinsame Projekte einen Vorschlag zu erarbeiten, den wir vor Jahresmitte auch diesem Hohen Hause vorstellen werden. Wir werden mit der Verteidigungsforschung mit ersten Projekten beginnen. Es macht doch keinen Sinn, dass man den Einsatz von Drohnen für Verteidigung 28 Mal entwickelt, 28 Mal forscht. Das weiß das kleinste Kind, dass die Betriebsgröße für derart komplexe Projekte in Partnerschaft, in Kooperation und harmonisiert weit besser laufen kann.

Richtig ist – darauf kommen wir zurück: Man darf Verteidigungsprojekte nicht zu Lasten der Sozialpolitik finanzieren. Genau darauf werden wir achten. Wir wollen bei unseren wichtigen Sozialausgaben und Programmen, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, nicht sparen, um Verteidigungsprojekte zu finanzieren. Das wäre ungerecht gegenüber der jungen Bevölkerung und gegenüber sozial schwachen europäischen Bürgern. Aber trotzdem macht es Sinn. Und deswegen werden hier gegebenenfalls ergänzende Mittel von den Mitgliedstaaten zu erbringen sein, weil man diese Aufgaben und Ausgaben effizienter und damit für den Steuerzahler kostengünstiger im europäischen Team, koordiniert auf europäischer Ebene finanzieren kann.

Es wurde das Thema *own resources* erwähnt. Auch dies hat mit dem Haushalt 2018 nichts zu tun, sondern der Bericht der Gruppe um Herrn Monti wird im Zuge des nächsten Haushaltsrahmens 2021 mit Ihnen zu beraten sein. Was überlegen wir uns dabei? Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft waren Zolleinnahmen ein Schwerpunkt. Mit jeder Erweiterung der Europäischen Union werden die Zolleinnahmen weniger. Dänemark zu Holland, Polen zu Deutschland und umgekehrt waren früher zollrelevante Vorgänge, heute qua Mitgliedschaft im europäischen Binnenmarkt nicht mehr. Mit jedem Handelsabkommen – CETA – sinken Zolleinnahmen. Und dass wir heute 70 % und mehr unserer Einnahmen über Beiträge finanzieren und Zölle auf 10 % zurückgefallen sind und weitere 10 % die Umsatzsteueranteile sind, ist doch im Grunde eine Schieflage.

Wir wollen nicht mehr Einnahmen, wir wollen eine Verbreiterung der Einnahmengrundlage, eine Diversifizierung. Und dem dient der Monti-Report, den wir ergebnisoffen in der Kommission und mit Ihnen diskutieren. Es sind einige kluge Ideen drin, wie man zum Beispiel das Thema ETS-Handelssystem, CO₂-Emissionsrechte und Bezahlung dafür oder andere europäische Politikbereiche sinnvoller mit dem Einnahmesektor des Haushalts Europas verbinden kann. Nicht mehr, sondern auf breitere Grundlage sollen die Einnahmen gestellt sein.

Nochmals besten Dank dem Berichterstatte für die Bemühungen, hier eine breite Mehrheit zu erhalten. Ihr Bericht ist für uns eine wichtige – die wichtige – Grundlage für unseren Haushaltsentwurf, der dann im Frühjahr von uns erstellt wird und dann im Laufe des Jahres von uns gemeinsam beraten werden kann.

Siegfried Mureşan, rapporteur. – Madam President, dear colleagues, firstly I would like to thank you all for your constructive remarks during the debate tonight, for the amendments which you have put forward and which in particular the rapporteurs of the political groups have put forward. I was able and happy to integrate most of your amendments into the compromises which we voted on at the level of the committee last week, and I am looking forward to continuing the work together with you over the course of this year in the same constructive spirit.

I would also like to thank Commissioner Oettinger for sharing our priorities, for the positive evolution on the priorities which we have put forward, which are: number one, growth and jobs, and number two, security. We believe that the primary mission of the Union is to support the economy, which would then be able to create more, better, stable, better-paid jobs for the citizens of Europe, and this is of course only possible if people feel safe in Europe, if companies invest, if people start companies, if they unleash their entrepreneurial spirit, if they are ready to move throughout Europe to other Member States of the Union in search of a job.

Commissioner, I also agree with you in what you have said on youth unemployment, and many colleagues have also voiced their views on this. The youth employment initiative should continue, should be strengthened and should be improved, if possible, in the next year.

I also agree that we need to make available the financial resources which we need for payments next year, because the operational programmes in the Member States will be at full speed next year, and we need to make sure that we have the money to pay the bills of the Union immediately, because there is no worse signal than a Union which is not capable of paying its bills immediately.

On this basis, Commissioner, colleagues from the Commission, we are looking forward to you putting forward a draft budget later this year which takes full account of the political priorities of the Parliament which we will adopt tomorrow.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 15. März 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az Európai Parlament költségvetési iránymutatásairól szóló jelentés a 2018-as költségvetési eljárás kezdő dokumentuma, amely a Parlament politikai prioritásait tartalmazza. A jelentés szerint a 2018-as eljárás mottója: uniós költségvetés a fenntartható növekedés, a munkahelyteremtés és a biztonság érdekében. Magyarország évek óta élen jár a tartós gazdasági növekedésben, a foglalkoztatás növelésében, a munkanélküliség csökkentésében és polgári biztonságának erősítésében, ezért számunkra ez fontos üzenet.

A jelentés azt is leszögezi: a jelenlegi hét éves pénzügyi kereterv féldős felülvizsgálatát mielőbb le kell zárni, azaz a tagállamok képviselői alkotta Tanács által elfogadott kompromisszumhoz az Európai Parlamentnek a legrövidebb időn belül hozzá kell járulnia. Magyarország számára ez két okból is kulcsfontosságú: a Tanács megerősítette, hogy a kohéziós-, agrár- és vidékfejlesztési pénzek, azaz a tagállamoknak korábban megítélt források csökkentése kizárt a felülvizsgálat során.

Ezzel sikerült elérni, hogy az Orbán-kormány által kiharcolt uniós források nem csökkenthetnek és biztosítottak a magyar gazdák támogatásai is. A többéves pénzügyi kereterv felülvizsgálata ugyanakkor segíthet abban is, hogy elkerüljük a korábbi hétéves kereterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A tanácsi megállapodás megfelelő garanciát jelenthet: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetései lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – W kontekście wytycznych budżetu na 2018 rok zwracam uwagę na konieczność zwiększenia finansowania na badania naukowe i innowacje oraz na program Erasmus+. Jeśli chodzi o badania naukowe i innowacje, to niski wskaźnik sukcesu projektów ubiegających się o dofinansowanie w ramach programu Horyzont 2020 sprawia, iż wiele dobrej jakości projektów zostaje odrzuconych. Dlatego zwiększenie finansowania jest niezbędne, aby w dalszym ciągu rozwijać europejską politykę innowacyjną oraz wzmacniać konkurencyjność oraz innowacyjność UE. Z przykrością odnotowuję także, iż przekierowanie środków z H2020 na wsparcie projektów w ramach EFIS przyniosło marginalne korzyści dla sektora kultury i edukacji oraz dla wyższych szkół publicznych. Problem niskiego wskaźnika sukcesu dotyczy również programu Erasmus+. Tutaj również konieczne byłoby zwiększenie budżetu, tak jak było to początkowo zapowiedziane przez Komisję Europejską. Ponadto bardzo niepokojący jest fakt, iż Komisja planuje finansowanie innych projektów, w tym Europejskiego Korpusu Solidarności z budżetu przeznaczonego na Erasmus+. Takie podejście doprowadzi do dalszej redukcji funduszy przeznaczonych na Erasmus+. Aby ograniczone zasoby finansowe nie zniechęcały potencjalnych beneficjentów do udziału w programie Erasmus+, zachęcam także Komisję do wyróżnienia projektów odrzuconych z uwagi na brak środków finansowych, tak aby pomóc im przyciągnąć inwestycje z innych źródeł.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Consider că partea dedicată provocărilor interne este tratată necorespunzător. Se precizează că, în ceea ce privește problema migrației în contextul actual, încă se lasă așteptată o soluție viabilă și din punct de vedere bugetar. Până acum, pentru această criză s-au făcut mari eforturi în detrimentul altor capitole bugetare, cum ar fi PAC-ul. Ce ar trebui să înțelegem, că Europa are nevoie de bani ca să mențină în continuare o problemă nerezolvată?

De aceea, propun pe această cale o primă soluție concretă, și anume returnarea competențelor pe probleme migratorii și frontaliere către statele membre. În acest fel se va câștiga în ambele sensuri, pe de o parte bugetul Uniunii va economisi, iar statele membre vor avea un cuvânt mai greu de spus în ce privește suveranitatea frontierelor. În concluzie, consider nerațională suplimentarea fondurilor și introducerea de noi taxe pentru cetățenii europeni ca rezultat direct al unei situații încă incerte a crizei migranților.

Dezaproab faptul că statele membre sunt obligate să aplice și, pe deasupra, să mai și finanțeze acele decizii centralizate ce contravin puternic interesului național.

15. Schwere Unterernährung und drohende Hungersnot in Nigeria, Somalia, Südsudan und im Jemen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Erklärung der Kommission zum Thema „Schwere Unterernährung und drohende Hungersnot in Nigeria, Somalia, Südsudan und im Jemen“ (2017/2601(RSP)).

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Madam President, the world is facing the largest humanitarian crisis in the history of the United Nations. The European Commission is deeply concerned by the humanitarian crises in North-East Nigeria, Somalia, South Sudan and Yemen. Twenty million people in these countries are at risk of starvation and famine in the coming four months. The international community should step up its support now. Tomorrow will, unfortunately, be too late.

Let me briefly refer to the situation in each of these four countries and then inform you as to how the European Union is helping the people in need in their countries. I would like to start with Yemen. The situation is dire. Almost 19 million people – yes, this is the figure – are in need of immediate humanitarian assistance. This is the largest food insecurity emergency in the world: 7.3 million people are at risk of famine over the next four months. The truth is this: the intensification of fighting is making the humanitarian situation even worse. What we are witnessing is an appalling disregard for protection of civilians and international humanitarian law. If fighting reaches Hodeidah Port, which is the main entry point for food imports into the country, there will be dramatic humanitarian consequences.

Second, there is the Lake Chad crisis, which includes North-East Nigeria. The situation in North-East Nigeria is of great concern owing to Boko Haram's activities. I witnessed this myself when I visited the country, especially the area of Yola town, at that time. But the worry is even bigger right now because of the combination of extremism and instability with climate change and population growth. Over five million people need emergency food assistance in North-East Nigeria alone.

Thirdly, South Sudan. This is the very definition of a 'man-made crisis'. It is a shame. Three years of conflict have had catastrophic consequences. The United Nations declared a localised famine in February. Hundreds of thousands of people are at risk of dying. These figures could further increase if they do not receive urgent assistance. This is unfortunately the situation on the ground. The European Union is a leading donor in South Sudan. However, the parties to the conflict, including government troops, are stopping the delivery of assistance even in areas hit by famine. Unfortunately, this is the tragic reality for millions of citizens. I saw it with my own eyes when I visited South Sudan, but also during my recent visit to Uganda, which is hosting thousands of South Sudanese refugees. There is no more time for empty promises. The international community has to take a stronger, more outspoken and principled stance on this.

Fourthly, Somalia. The situation is desperate. Half the population – over six million people – are now facing acute food insecurity and hunger. Three million people need urgent life-saving assistance. This is three times more than it was six months ago, and even more than at the time of my visit to Mogadishu at the beginning of last year. The expected weather conditions can only make this worse.

Dear colleagues, this is the situation in these four areas on the ground. As the European Union, we are fully committed to doing our best to help, as we did last year when we adopted a package of EUR 540 million to help address the El Niño effects in Africa. The European Union has already taken immediate steps to address the most urgent needs. We stepped up our humanitarian funding in all these countries last year, in 2016, with almost EUR 345 million.

We have already allocated EUR 200 million in the first two months of this year. I was in Oslo two or three weeks ago and I pledged, on behalf of the European Union, EUR 105 million in humanitarian assistance for North-East Nigeria and the Lake Chad region. Also, last month we stepped up our assistance to South Sudan to EUR 82 million, and we provided a first package of EUR 10 million of emergency assistance to Somalia.

This is an initial allocation. We are currently mobilising all our funding possibilities to step up our response. You will receive, probably today, the Commission proposals for a new emergency package, in particular for the Horn of Africa and Yemen. We count on your quick adoption. At the same time, the Commission is finalising a new significant package for North-East Nigeria, linking relief, rehabilitation and development. This, as you know, has to be matched by other donors, because the needs are huge. Every hour that passes is crucial. Thousands of lives are at stake. I am sorry for this very bad picture, but this is the situation on the ground.

Bogdan Brunon Wenta, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzy! Po sześciu latach mamy jeszcze raz tak dramatyczną sytuację w Rogu Afryki, ale tym razem może być to największy kryzys humanitarny od dziesięcioleci na tym kontynencie i tym razem sytuacja jest o wiele trudniejsza, ponieważ kryzys w dotkniętych głodem krajach jest spowodowany przez człowieka. 20 milionom mieszkańców Jemenu, Sudanu Południowego, Somalii i Nigerii grozi śmierć głodowa. Przedłużające się konflikty powodują, że brakuje pożywienia, ceny żywności rosną, a ludzie zmuszani są do opuszczania własnych domostw, natomiast konwoje z pomocą humanitarną mają utrudniony dostęp do potrzebujących.

Podczas ostatniej klęski głodu w Rogu Afryki zmarło 250 tysięcy ludzi, z czego połowę stanowiły dzieci do piątego roku życia. Klęska głodowa oznacza, że co najmniej 30 % dzieci z danego kraju jest poważnie i ostro niedożywionych, a śmiertelność wśród ludności jest ogromna. Już w lutym ONZ ogłosiło klęskę głodową w północnej części Sudanu Południowego, ponieważ odcięty został dostęp do pomocy humanitarnej. Obecnie jest to problem ogólnokrajowy, a jego jedyną przyczyną jest wewnętrzny spór polityczny, który przerodził się w brutalny konflikt. O danych już Pan mówił: 7,5 miliona mieszkańców Sudanu wymaga natychmiastowej pomocy, ponadto w tym kraju rozprzestrzeniła się epidemia cholery.

W Jemenie dwie trzecie populacji cierpi z powodu braku bezpieczeństwa żywnościowego, ponieważ walki nie ustają. Dochodzi do przesiedleń, a brak dostępu do opieki medycznej powoduje większą zachorowalność i oczywiście wzrost śmiertelności obywateli.

W północno-wschodniej Nigerii, gdzie 80 % populacji było uzależnione od rolnictwa i hodowli bydła, bojówki Boko Haram zmusiły wiele osób do ucieczki ze swoich domostw i zniszczyły źródła utrzymania na obszarach wiejskich.

Jeżeli chodzi o Somalię, od stycznia do marca mamy tu do czynienia z okresem suszy, natomiast poprzednie pory deszczowe były ubogie w opady, uprawy zostały zniszczone, a rezerwy wody wyczerpane. Do tego dochodzi terrorystyczne działanie grupy Asz-Szabab, która przeprowadza ataki w kontrolowanej przez siebie południowej i środkowej części Somalii, skutecznie destabilizując kraj.

Cieszy fakt, że Komisja Europejska zdecydowała się w lutym przekazać 82 miliony w ramach pakietu pomocowego na rzecz klęski głodu w Sudanie Południowym i także dzisiejsze deklaracje Pana Komisarza są dowodem na szybką reakcję Unii na apele społeczności międzynarodowej. Jednak zastępca Sekretarza Generalnego ONZ do spraw pomocy humanitarnej Stephen O'Brien poinformował, że na realizację przygotowanego przez organizację planu działań należy przeznaczyć około 4,5 miliarda dolarów. Jest to ogromna kwota, ale mam nadzieję, że uda nam się podjąć zbiorowe i skoordynowane globalne wysiłki, aby zapobiec tragicznym skutkom jednego z największych kryzysów najnowszej historii Afryki, który może pochłonąć 20 milionów istnień ludzkich.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, cerca de medio millón de niños en Nigeria, cerca de doscientos mil en Somalia, cerca de trescientos mil en Sudán del Sur, cerca de quinientos mil en Yemen; en total, millón y medio de niños, como este niño que ha tenido la suerte de vivir y de nacer en la Unión Europea, están en riesgo de desnutrición severa aguda. Es un riesgo cierto e inmediato de muerte.

Millones de personas sufren hambre. Y la causa de todo esto es una mezcla explosiva: conflictos bélicos, pobreza, cambio climático. Como siempre, el cambio climático afecta a los más pobres; los conflictos afectan a las mujeres y a los niños en primer lugar; la pobreza afecta a todos.

Apoyo que el paquete que el comisario nos ha planteado, que recibiremos hoy, lo tramitemos rápidamente en el Parlamento, para atender a millones de personas que están en riesgo de muerte.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, η παγκόσμια κοινότητα είναι αντιμέτωπη με τη μεγαλύτερη ανθρωπιστική κρίση από το 1945. Περισσότεροι από 20 εκατομμύρια άνθρωποι στην Υεμένη, τη Σομαλία, το Νότιο Σουδάν και τη Νιγηρία υποφέρουν από την πείνα. Η Υεμένη παρουσιάζει τη μεγαλύτερη κρίση, καθώς τα 2/3 του πληθυσμού της χρειάζονται βοήθεια και περισσότεροι από 7 εκατομμύρια άνθρωποι αντιμετωπίζουν το φάσμα της πείνας. Στο Νότιο Σουδάν, το οποίο σπαράζεται από εμφύλιο πόλεμο εδώ και τρία χρόνια, η κατάσταση είναι χειρότερη από ποτέ. Περισσότερα από ένα εκατομμύριο παιδιά εκτιμάται ότι είναι σοβαρά υποσιτισμένα, ενώ 270 χιλιάδες παιδιά εξ αυτών αντιμετωπίζουν άμεσα τον κίνδυνο του θανάτου. Παράλληλα, στη Σομαλία 185 χιλιάδες παιδιά βρίσκονται στα πρόθυρα της πείνας λόγω ξηρασίας. Ο αριθμός τους αναμένεται να ανέλθει στις 270 χιλιάδες σε λίγους μήνες. Η ίδια κατάσταση επικρατεί και στη Νιγηρία, όπου 2,6 εκατομμύρια άνθρωποι έχουν εκτοπιστεί και περισσότεροι από 200 χιλιάδες έχουν σκοτωθεί στο βορειοανατολικό τμήμα της χώρας λόγω της δραστηριότητας της ισλαμιστικής οργάνωσης Μπόκο Χαράμ.

Η διεθνής κοινότητα πρέπει να δράσει άμεσα και αποφασιστικά, για να αποτραπεί ο λιμός σε αυτές τις χώρες, και σε αυτό πρέπει να πρωτοστατήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, nous avons mis à l'ordre du jour de notre session la famine qui menace cinq pays car le temps presse, pas seulement aujourd'hui, mais déjà depuis le mois de février, lorsque le Programme alimentaire mondial, l'Unicef et la FAO ont fait état des premières victimes.

De plus, la crise actuelle se distingue du passé par le fait qu'elle survient dans un grand nombre de pays en même temps. Rappelons qu'une bonne trentaine de pays sont tributaires d'une aide alimentaire extérieure et que cinq d'entre eux sont entrés dans la phase aiguë de la catastrophe alimentaire.

On peut épiloguer longtemps sur la présente crise pour conclure, finalement, que les cinq pays les plus touchés sont tous marqués par des conflits. Cela n'explique pas tout, mais les conflits intérieurs sont souvent tels que la distribution de l'aide alimentaire est quasi impossible. Il y a lieu d'ajouter la sécheresse qui sévit en Afrique orientale, mais celle-ci n'explique qu'en partie le phénomène de la famine actuelle. Quand ce n'est pas un conflit opposant chiïtes et sunnites, c'est une guerre ethnique qui met en danger des millions de vies et, parmi celles-ci, de nombreux enfants, qui n'ont plus que la peau sur les os.

À nous d'agir avec nos moyens d'intervention humanitaire, tout en étant conscients que nous ne pourrions pas tout faire, hélas. Si la bêtise et la malveillance humaines figurent clairement parmi les causes de l'actuelle famine, cela ne nous autorise pas à rester indifférents face au sort des populations menacées. Je ne doute pas un seul instant de la volonté de la Commission – et de son vaillant commissaire, M. Stylianides –, de faire tout ce qui est possible pour atténuer les souffrances des personnes concernées. Je partage pleinement l'analyse et le diagnostic de M. Stylianides, ainsi que les propositions qu'il nous a soumises.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, o discurso da comiseração e da compaixão em relação à fome na Somália, na Nigéria, no Líbano e no Sudão do Sul não pode apagar a necessidade de procurar as causas profundas deste drama humanitário, nem a devida atribuição de responsabilidades.

As razões da fome são políticas, em primeiro lugar. As intervenções do FMI e do Banco Mundial e as orientações neoliberais prevaletentes, o aumento significativo do custo dos fatores de produção na agricultura, indissociável do poder e do papel das multinacionais, a redução drástica do poder de compra da população urbana, o desmantelamento dos programas sociais, o garrote da dívida e do serviço da dívida, a substituição das reservas estatais de cereais e dos mecanismos de fixação de preços dos produtos agrícolas nos mercados locais pela Bolsa de Chicago, por um mercado mundial dominado pelas multinacionais do agronegócio e pelos especuladores, as guerras civis e os conflitos diversos instigados por potências externas, como os Estados Unidos, a Arábia Saudita e alguns países europeus, a ingerência externa e a pulsão imperialista de controlo dos recursos naturais, como o petróleo – tudo isto conduziu ao que as Nações Unidas já classificaram como o maior drama, a maior crise humanitária, desde a sua criação em 45. É necessária uma mudança de políticas e é necessária ajuda humanitária de emergência, com maior responsabilização da União Europeia.

Numa altura em que o desenvolvimento científico e técnico atinge níveis que permitiriam facilmente erradicar a fome, a sua persistência é um dos mais vivos libelos acusatórios que pesa sobre o sistema capitalista, dominante à escala mundial.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anno 2017: venti milioni di persone colpite da fame e carestia. Era dal 1945 che il mondo non si trovava ad affrontare una crisi umanitaria del genere e non possiamo neanche trincerarci dietro l'ipocrisia, perché la malnutrizione e l'incombente carestia sono principalmente causa dell'uomo e non è un caso, infatti, se i quattro paesi summenzionati sono tutte zone di guerra.

Mi viene in primis da pensare allo Yemen e alla guerra per procura che si svolge lì tra sunniti e sciiti e ai 462 000 bambini in questo momento colpiti da malnutrizione grave. In Sud Sudan siamo ormai arrivati a 300 000 vittime e a due milioni di rifugiati. Ma non dobbiamo neanche dimenticare i cambiamenti climatici, che si possono osservare, ad esempio, in questo momento intorno al lago Ciad e la siccità che sta ora colpendo particolari zone dell'Africa.

Potrei continuare, ovviamente, citando Boko Haram e anche la Somalia e quanto avvenuto nelle varie zone ma quello che mi preme sottolineare è che questa fame non è una fatalità imprevedibile, bensì una conseguenza inaccettabile anche delle politiche commerciali che noi attuiamo e anche delle azioni delle multinazionali – nostre come europei – ma anche di colossi come la Cina e forse, oltre all'aiuto economico molto importante per il quale ringrazio il commissario, bisognerebbe agire con più decisione anche da questo punto di vista.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Der Jemen, der Südsudan, Somalia und Nigeria sind derzeit in der größten humanitären Krise seit dem zweiten Weltkrieg. Die Menschen in diesen Ländern haben täglich Zugang zu weniger als vier Liter Wasser, und das führt dazu, dass sie aufgrund der Mangelernährung einen durchschnittlichen Körpermaßindex haben, der unter dem Grenzwert liegt. Im Jemen erleben wir nun das dritte Jahr in Folge Krieg. Hier ist die Situation am schlimmsten, da knapp zwei Drittel der Bevölkerung – das sind 19 Millionen Menschen – dringend humanitäre Hilfe benötigen. Sieben Millionen Menschen drohen zu verhungern.

Der Südsudan ist ebenfalls ein krisengeplagtes Land, wo eine verheerende Kombination aus Hungersnot, Krankheiten und bewaffneten Konflikten Millionen von Menschen bedroht. In Teilen des Südsudans haben die Vereinten Nationen vor wenigen Tagen sogar die Hungersnot ausgerufen.

Bestürzend ist auch die Lage in Nigeria, wo Boko Haram, der afrikanische Arm der Terrororganisation IS, bereits 20 000 Zivilisten getötet hat. 2,6 Millionen Menschen sind auf der Flucht, 5 Millionen brauchen Ernährungshilfe.

In Somalia ist die Situation ähnlich: Dort sind der Islamische Staat und al-Schabaab-Milizen für den Tod von fast 6 000 Zivilisten verantwortlich. 1,4 Millionen Menschen sind auf der Flucht, 6 Millionen von akutem Nahrungsmangel betroffen, und 3 Millionen brauchen lebensrettende Hilfe.

Die Nothilfekoordination der UN spricht von 4,4 Milliarden Dollar, die wir dringend an Hilfen brauchen. Die EU ist sehr vorbildlich in diesem Bereich. Wir haben eine große Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Wir dürfen diese Menschen nicht alleine lassen!

Joachim Zeller (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kollegen und Kolleginnen! Der frühere UNO-Flüchtlingskommissar und jetzige UNO-Generalsekretär hat vor kurzem davor gewarnt, dass Millionen Menschen in der Subsaharazone vom Hungertod bedroht sind. Aber an wen richtet sich denn sein Appell? Er müsste sich doch zuallererst an die Mitgliedstaaten der Organisation richten, der er jetzt vorsteht. Es ist doch längst klar, dass nur zu einem geringen Teil Dürre und Naturkatastrophen die Ursachen für die derzeitige Notlage so vieler Menschen sind.

Die Bedrohung von Millionen Menschen durch Hunger und Tod in Nigeria, Somalia, dem Südsudan und dem Jemen – das haben ja Vorredner auch schon gesagt – hat zuerst und zutiefst politische Gründe. Da führen korrupte Machthaber sinnlose Kriege und Bürgerkriege, an denen sie sich auch noch bereichern, und die Welt schaut tatenlos zu. Wo die Ursachen von Hunger, Not, Flucht und Vertreibung politisch sind, braucht es auch politische Lösungen! Wem nützt es, wenn wir mit 100 Millionen Euro versuchen Symptome zu behandeln? Das ist ein Gebot der Nächstenliebe und, Herr Kommissar, da danke ich Ihnen, dass Sie sich dieser Aufgabe auch stellen. Aber wenn wir nicht an die Ursache des Übels kommen, werden wir eben nur den berühmten Tropfen auf den heißen Stein dort fallen lassen können.

Die Lage wird auch noch dadurch verschärft, dass viele Hilfslieferungen nach Aussage der Hilfsorganisationen die Hilfsbedürftigen gar nicht mehr erreichen oder bereits vorher überfallen und ausgeraubt werden. Zwei Staaten der EU sind ständige Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat, drei weitere sind in diesem Jahr nichtständige Mitglieder dieses Gremiums. Es ist an der Zeit, dass wir uns auch dort dafür einsetzen, dass diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass diese Notlagen entstanden sind, auch zur Verantwortung gezogen und endlich mit Sanktionen belegt werden.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo di fronte alla peggiore crisi umanitaria di sempre, l'ennesima in pochi anni.

Di fronte a una carestia di queste dimensioni, il tempo è vita. In gioco c'è la sopravvivenza di un milione e 400 bambini tra Somalia, Sud Sudan, Yemen e Nigeria nordorientale: complessivamente 20 milioni di persone a rischio.

Lavoriamo sulle cause profonde che rendono questi luoghi altamente vulnerabili ai cambiamenti climatici, il centro di crisi di enorme dimensione, a partire dai conflitti che sottraggono ogni capacità di resilienza a queste popolazioni doppiamente violentate.

Signor Commissario, facciamo presto! Ormai i cicli di siccità in molte aree del mondo sono sempre più lunghi, mentre i conflitti nascono proprio dall'accaparramento delle poche risorse idriche a disposizione. Non è un'emergenza ma un dato di cui dobbiamo prendere atto. Intervendiamo attraverso azioni in grado di rendere resilienti queste popolazioni e politiche di sviluppo con proposte di breve, medio e lungo termine.

Hilde Vautmans (ALDE). – Iedereen heeft het hier al gezegd: 20 miljoen mensen verkeren in hongersnood in Zuid-Sudan, Jemen, Nigeria en Somalië. Per dag sterven er 21000 mensen wereldwijd de honger dood. Dat wil zeggen elke vier seconden één. Dat betekent, als je snel kan rekenen, een enorm aantal doden in de tijd dat wij dit debat voeren. Meneer de commissaris, u heeft gezegd: “We hebben een heel omvangrijk hulpprogramma gepland. We hebben geld uitgetrokken en gezorgd voor noodhulp”. Uit uw woorden begreep ik dat u de noodzaak en de urgentie ziet. Alle hulporganisaties vragen dat wij heel dringend iets doen. In Jemen alleen zijn een half miljoen kinderen met de hongerdood bedreigd.

Ik vrees dat de noodhulp die we nu uittrekken, niet voldoende is. Ik zou u onze steun vanuit ALDE willen toezeggen om meer te doen: noodhulp, structurele steun, ingrijpen in die conflictgebieden, aandacht voor de kinderen. Ik vrees echt dat, als we niet heel snel nog meer doen, mijn kinderen later een onderzoekscommissie gaan vragen om te zeggen: “Europa, waarom heb je niet meer gedaan?”

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, 20 milioni di persone rischiano di morire di fame in Nigeria, Somalia, Sud Sudan e Yemen. Un milione e mezzo di bambini sono a imminente rischio di morte: è una crisi senza precedenti. Sono i dati dell'ONU sulla situazione nei Paesi africani; non è un esercizio statistico o di censimento: è un avvertimento, un allarme, la previsione di un dramma annunciato.

La causa di queste morti non è però solo la natura, la siccità o l'incombente carestia. Le responsabilità principali sono degli uomini, della guerriglia tra gruppi ribelli, del terrorismo, di chi, in quell'area, sfrutta le risorse in modo criminale impoverendo il territorio e la popolazione.

Servono 4 miliardi di dollari: ne sono stati raccolti appena 90 milioni, in un momento in cui gli Stati Uniti di Trump potrebbero anche ridurre gli aiuti. È adesso che l'Unione europea deve diventare determinante e assumere un ruolo da protagonista nell'immediato, per salvare quelle vite e, strategicamente nel futuro, per dare un'opportunità di sviluppo all'Africa.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! I Europaparlamentets debatt i februari varnades det för en annalkande humanitär kris i Sydsudan. Nu står vi här och bevittnar den inträffa. Det är dock inte bara i Sydsudan, utan hungern hotar också Jemen, Nigeria och Somalia i vad som kallas den största humanitära katastrofen sedan andra världskriget. Det är inte acceptabelt att människor ska svälta i dag när vi har all den information som vi har, när vi vet i tid vad som är på väg att hända. Då är det inte acceptabelt att omvärlden blundar.

Som förälder säger jag det som många föräldrar har sagt förr: Genom mitt barn ser jag världens barn. När jag som europeé lägger mitt barn i kväll tryggt och lugnt så vet jag att det finns mödrar i andra delar av världen i länder där man inte kan garantera att barnet får somna mått. Det är inte acceptabelt. Vi i EU måste göra betydligt mer i solidaritet med de barn som svälter.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, Commissioner, dear colleagues, it is clear that we are in the middle of a tragic humanitarian crisis. We absolutely have to avoid a catastrophe in these countries, where 20 million people are facing hunger and drought, by all means. The number of undernourished children in urgent need of life-saving interventions has spiked against the backdrop of drought. People living in fragile, conflict-affected states, have to cope with national disasters and with the impact of violence and instability on health, basic service provision, social cohesion, mobility, opportunities and livelihoods. I believe we can still save many lives. The severe malnutrition and looming famine are largely man-made. We must not repeat the tragedy of the 2011 famine in the Horn of Africa. Our common humanity demands faster action, and I urge you, Commissioner, if you have not paid a visit in the region, you have to do it.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já se přiznám, že jsem se o rozsahu této humanitární katastrofy nevěděl, věděl jsem pouze o jejím rámci, ale do té doby, dokud jsem si nevyslechl slova pana komisaře, tak jsem skutečně tento rozsah neznal a je to pro mě obrovský šok. Chci říci panu komisaři, že jakýkoliv krok, který učiní k tomu, aby byl jeden jediný život zachráněn, tak takovýto krok samozřejmě myslím, že nejen já, ale všichni mí kolegové podpoří. Já bych chtěl slyšet slova o tom, že budeme hledat příčinu této katastrofy a zároveň vyvodíme i osobní zodpovědnost konkrétně zodpovědných lidí. Aby tito lidé věděli, že se neschovají v žádné díře světa, že neutěčou před tou zodpovědností a že bude vyvozena podle platných pravidel mezinárodního trestního práva. Já si myslím, že toto je strašně důležité, aby takovýto vzkaz dnes vůči těmto lidem ze Štrasburku zazněl.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I thank all of my colleagues here, especially Soraya Post, for raising this issue. The scale of the catastrophe we see unfolding before us is staggering. UNICEF estimates that 1.4 million children are at imminent risk of death from starvation, today in the 21st century. Hundreds of thousands of children are in immediate risk in Nigeria and Yemen. This comes on top of the food insecurity in these regions that affects millions already, especially women and girls. Clearly, more must be done urgently to save these lives. Women and girls, particularly pregnant women and adolescent girls, are the most vulnerable to the effects of malnutrition. We must make sure that our policy on this is coherent and consistent.

We cannot expect to solve the humanitarian crisis if we keep selling arms to Saudi Arabia or overlook the role of Iran in the war in Yemen and the region. I also want to reiterate the long-term role of education and intercultural dialogue in peace-building and development. Fighting against malnutrition requires we ensure access to education.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, vous avez tout notre soutien pour un programme d'aide humanitaire. Mais nous devons nous poser une série de questions. Pourquoi avons-nous détruit les économies locales de production? Est-ce que nos accords de libre-échange et nos derniers accords n'y contribuent pas encore plus, quand on voit en cinquante ans, la dépendance au niveau agroalimentaire? N'a-t-on pas introduit l'ingérence systématique au niveau politique, la manipulation des pouvoirs, mais également la politique de libre-échange, celle du «renard libre dans le poulailler libre»?

Plus particulièrement, n'avons-nous pas une responsabilité dans cette scission du Soudan à laquelle j'étais opposé et qui nous a conduits à la guerre? N'avons-nous pas également une responsabilité dans cette guerre du Yémen qui n'a pas été dénoncée, avec notre allié, un soi-disant allié – ce n'est pas mon allié – qu'est l'Arabie saoudite et ses exactions contre l'humanité, également au Nigeria?

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, bhíomar ag gearán sa Pharlaimint seo faoi seo agus faoi siúd ach i gcomparáid leis na tíortha seo, níl mórán le bheith ag gearán againn faoi. Sna tíortha seo a leanas: an Nigéir, an tSomáil, deisceart na Súdáine agus an Éimin, tá sé scannalach sa lá atá inniu ann go bhfuil an méid sin daoine i mbaol báis de bharr ocras agus gorta agus níor cheart an milleán a chur ar an Aontas mar tá an tAontas seo ag déanamh níos mó chun cabhrú leis na tíortha sin ná aon aonad nó tír eile ar domhan. Agus ní aontaím freisin mar a dúirt daoine ón eite chlé go gcuirfí an milleán ar chomhlachtaí móra domhanda, an Banc Domhanda, an IMF agus mar sin de. Níl siad gan locht ach tá sé soiléir gurb iad na cúiseanna is mó le daoine a bheith ag fáil bháis ná cogáí inmheánacha sna tíortha sin, cogáí cathracha, drochrialtas agus athrú aeráide. Cabhróidh COP 21 leis na fadhbanna a bhaineann le hathrú aeráide a shocrú amach anseo agus caithfidh ár ndícheall a dhéanamh chun rialtas buanseasmhach féaráilte a chur ar bun sna tíortha sin.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, nu mai este timp. Suntem în fața uneia dintre cele mai mari crize umanitare după 1945, când peste 20 de milioane de oameni din Nigeria, Somalia, Sudanul de Sud și Yemen sunt amenințați de foamete. Potrivit UNICEF, 1,4 milioane de copii ar putea muri până sfârșitul anului. Pentru a evita însă un dezastru, ONU estimează că este nevoie, până la finalul lunii iulie, de peste 4,4 miliarde de dolari. În ciuda promisiunilor generoase, ONU a primit doar 90 de milioane anul acesta. Toate cele patru state au în comun conflictul, dar mai ales lipsa de reacție a marilor actori internaționali, care din nou nu înțeleg că nu ne putem ascunde, că avem o responsabilitate umanitară. Pentru cei care nu văd dincolo de aspectele imediate, le reamintesc ce efecte directe și imediate au avut situațiile din Siria și Libia asupra Europei. Așa că nu mai este timp.

Domnule comisar, aveți întregul meu sprijin. Haideți să trecem la treabă, dar și să acționăm direct asupra cauzelor care au generat aceste situații.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, venti milioni di persone rischiano di morire di fame nei prossimi mesi. Secondo Stephen O'Brien, responsabile umanitario dell'ONU, l'area tra Sud Sudan, Somalia, Yemen e Nigeria nordorientale sta affrontando la peggiore crisi umanitaria dalla creazione delle Nazioni Unite. Le prime vittime di questa catastrofe alimentare sono ampiamente le fasce più deboli della popolazione, come i bambini.

La condizione del Sud Sudan appare la più allarmante: circa 250 000 bambini rischiano la vita a causa della malnutrizione. Dati simili non si vedevano dal 1998, uno degli anni più violenti della guerra civile. Secondo le stime sarebbero necessari 4,4 miliardi di dollari entro luglio per arginare gli effetti della carestia e scongiurare una catastrofe umanitaria.

Una situazione di cui l'Europa si deve far carico, innanzitutto per ragioni umanitarie. Questa volta non ci si può voltare dall'altra parte: se non si aiutano queste popolazioni il prezzo più alto lo pagherà proprio l'Europa, che potrebbe trovarsi al centro di un flusso migratorio di dimensioni gigantesche.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the Members very much for their comments and views. We definitely share the same concerns and worries, and of course our determination is common. There is no doubt that we have to do more. But make no mistake: as my dear friend has already mentioned, the European Union is doing its part and we will, of course, do more.

But let me remind you of something critical. This is also a development crisis. As some of you have already mentioned, we need to address the root causes of fragility, conflict, poor governance, non-governance and the rule of law. Otherwise our response will never achieve sustainable results. The European Union Trust Fund for Africa and the External Investment Plan, as new instruments, are aimed precisely at covering this dimension.

We do not, of course, have any illusions, but I think we are already moving in the right direction in order to address the root causes. In parallel, what matters in any humanitarian crisis is that humanitarian organisations have immediate and full access to do their job and deliver aid. Repeated violations of international humanitarian law are simply unacceptable. The governments of these countries have a primary responsibility to care for the basic needs of their populations and to allow aid organisations to support them in this obligation.

To conclude, let me say that this human suffering is not inevitable. Almost all these crises are manmade. Above all – as some of you have already said – they need political solutions. The European Union has a responsibility to put its weight behind efforts to address the root causes of these crises, be they driven by conflict, climate change, population growth or other causes.

Once again, thank you very much for your support in this very difficult situation. My personal promise is that we have to continue in this way in order to alleviate the suffering of the people and to save lives.

Die Präsidentin. – Danke, Herr Kommissar! Ich wünsche Ihnen und vor allem all den Menschen, die von dieser schrecklichen Hungersnot betroffen sind, dass wir auch tatsächlich helfen können.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Marijana Petir (PPE), napisan. – Gotovo 1,4 milijuna djece je u neposrednom riziku od smrti zbog teške akutne pothranjenosti, a više od 100 milijuna ljudi na svijetu je kritično pothranjeno. Glad se posebice širi u Nigeriji, Somaliji, Južnom Sudanu i Jemenu, gdje konflikti i suša sprečavaju proizvodnju hrane. Ratovi u Jemenu, Nigeriji i Južnom Sudanu opustošili su ta područja, a suša u istočnoj Africi i Somaliji je uništila poljoprivredu i ostavila milijune ljudi u siromaštvu.

Izvešća i informacije koje dolaze iz tih zemalja, upozoravaju da bi kriza hrane, koja je već odnijela živote stotina ljudi, mogla biti najrazornija u posljednjih nekoliko desetljeća. U Nigeriji će skoro 250 000 djece mlađe od 5 godina oboljeti od nehranjenosti ove godine. Situacija u toj državi se pogoršava i zbog nasilja koje čini Boko Haram, zemlja je ostala bez poljoprivredne proizvodnje, tržište je poremećeno, a cijene hrane su nedostižne. Situacija je slična i u Jemenu, gdje građanski rat bjesni već dvije godine, kao i u naftom bogatom Južnom Sudanu, gdje su borbe etnički podijelile zemlju i rastrgana je ratom od 2013. godine. Potrebna je što brža reakcija, jer vrijeme ističe za milijune ljudi.

16. Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Patrizia Toia im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (COM(2016)0043 - C8-0020/2016 - 2016/0027(COD)) (A8-0327/2016).

Patrizia Toia, relatrice. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, voglio innanzitutto ringraziare i miei colleghi relatori-ombra e gli altri colleghi coi quali ho lavorato perché in un solo anno – la proposta della Commissione è del febbraio 2016 — siamo arrivati all'approvazione e a concordare nel trilogio un buon lavoro, io credo, che è una tappa fondamentale per il pieno raggiungimento dell'Unione digitale.

Oggi è evidente a tutti che la connessione ad alta velocità è fondamentale per la nostra società e per la nostra economia. Si prevede che entro il 2021 il numero degli *smartphone* raddoppierà e che entro il 2020 il traffico Internet aumenterà di ben otto volte rispetto a quello attuale. Cito solo questi due dati per dare la misura dell'incremento e della crescita rapida di tutto ciò che è legato al digitale.

Dobbiamo essere pronti a rispondere a questa domanda crescente di connessione. Io penso che dobbiamo farlo perché i consumatori ne hanno bisogno, come le imprese e le amministrazioni pubbliche, per offrire servizi migliori e più efficienti. Penso a tutti i servizi innovativi – sono davanti agli occhi di tutti noi – che stanno nascendo: dalle automobili connesse, a tutta la gestione della sanità a distanza, a tutti i servizi della pubblica amministrazione e anche a tutto il grandissimo tema della digitalizzazione delle imprese.

Internet of things, cloud e servizi di comunicazione mobile sono solo alcuni esempi di connettività che stanno conoscendo questo sviluppo a livello globale. E c'è pertanto una richiesta di velocità ma anche di reti di comunicazione in grado di trasportare molti dati, una massa enorme e crescente di dati, raggiungendo aree densamente abitate così come aree remote.

Lo sviluppo delle più avanzate tecnologie impone dunque al legislatore europeo di garantire il miglior accesso possibile a Internet per tutti i cittadini, anche nelle zone remote, contribuendo anche allo sviluppo di applicazioni sempre più transfrontaliere e transnazionali.

Le frequenze radio non hanno confini, ragion per cui è necessario prevedere un migliore coordinamento dello spettro a livello europeo – io sono una grande sostenitrice da tempo di questa esigenza di coordinamento a livello europeo – ed è in questo contesto che si inserisce la proposta di questa decisione che voteremo domani, che contiene misure specifiche per la liberazione coordinata della banda 694-790 MHz, chiamata più velocemente la «banda dei 700 MHz».

Scopo della proposta è creare criteri uniformi a livello europeo per l'assegnazione delle frequenze, per superare barriere all'ingresso, per vincere gli attuali ostacoli alla concorrenza e per offrire questa connettività senza fili ad alta velocità con un carattere universale.

La disponibilità di un ampio spettro radio è uno dei presupposti essenziali della diffusione di servizi a banda larga. La sua gestione avviene a livello nazionale – è un bene nazionale – e la vendita dei relativi diritti d'uso può assicurare ingenti entrate (qualche stato lo ha già fatto) per le casse degli Stati membri. Ma la gestione a livello nazionale dello spettro radio determina condizioni molto diverse tra i singoli Stati, sia in termini di durata di licenze, di obblighi di copertura, ma soprattutto conseguenze di mancata efficienza dell'utilizzo di questa risorsa così preziosa. Ecco perché ad avviso della Commissione, ma anche del Parlamento, occorre intervenire in modo tempestivo, come stiamo facendo, perché lo spettro sia gestito e regolamentato in modo più efficiente.

Sostanzialmente la proposta si incentra su due elementi: per la banda 700 c'è un calendario comune affinché sia effettivamente disponibile per l'uso da parte dei servizi senza fili a condizioni armonizzate, con misure di coordinamento a sostegno della fase di transizione. Per la banda di sotto del 700 è prevista una priorità a lungo termine per la distribuzione di servizi di media audiovisivi al grande pubblico, insieme a un approccio flessibile, all'uso dello spettro in risposta al diverso grado di diffusione della televisione digitale terrestre nei vari Stati membri.

Abbiamo raggiunto un buon compromesso in commissione ITRE, chiedendo che il rilascio di questa banda avvenga entro il 2020 ma anche che sia prevista, per alcuni Stati, la possibilità di una piccola dilazione, motivata con alcune specifiche condizioni. E abbiamo chiesto anche un piano di coordinamento per le questioni transnazionali.

Penso si tratti di un buon lavoro, equilibrato, che risponde a obiettivi chiari e che ci metterà in condizione di vincere questa gara per la diffusione del 5G e di tutte le tecnologie più avanzate.

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members of Parliament, we welcome the political agreement in December 2016 and the swift preparation of the final text by both co-legislators. A coordinated and timely release of the 700 MHz band by mid-2020 is fundamental to establish a European world-leading 5G home market of innovative services like the connected car and high-speed rural broadband. The Commission has suggested ambitious connectivity targets in its digital single market strategy, and also a structured plan for European leadership in deploying 5G mobile services.

One objective is that all European households, including in rural and remote regions, should have access to connectivity offering download speeds of at least 100 Mbps by 2025. In addition, uninterrupted 5G coverage should be ensured in urban areas and along major transport paths by 2025. For this to happen we need high-quality spectrum to provide wide area coverage at high speed and a reasonable cost for operators. The 700 MHz band is ideal for this purpose.

With regard to the agreed sub-700 MHz band, its availability for broadcasting until 2030 ensures legal certainty for developing our European audiovisual model as well as flexibility for adapting to diverse national situations. Therefore we will work closely with the Member States on a timely and structured implementation of this instrument by the following steps: publishing national roadmaps for transition, a key tool to ensure predictability for our stakeholders and consistency of approaches in the single market; minimising delays for 700 MHz availability and resolving cases of cross-border interference in a timely manner; enhancing wireless coverage for high-quality connectivity for citizens and innovative services; fostering coordination of the evolving use of the sub-700 MHz band including a future review.

I would like to congratulate Parliament for the timely work on this file initiative, and in particular to thank the rapporteur, Ms Toia, for her efforts.

Gunnar Hökmark, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur, Ms Toia. It was a very good cooperation and we achieved a lot, securing that the 700 MHz band can be allocated in 2020, with some adjustments for some Member States if they have duly justified reasons until 2022. This means an important opportunity for Europe. I think you can say that the third generation of mobile telephony was a digitalisation of telephony, and Europe was in the lead with very important consequences of a positive kind for the European economy.

4G was the digitalisation of services, and Europe lost the lead because of fragmentation, and because we did not deploy the networks rapidly enough. And that also had economic consequences because Europe is lagging behind, not only regarding 4G but also regarding all the services that are coming from 4G. That creates problems for our competitiveness, innovation, unemployment and growth.

5G is the normalisation of the digital, and that makes the game much more important, because if we cannot be in the lead regarding 5G we will not be in the lead regarding innovative products, companies, services, and we will not be able to take the lead regarding growth, global champions and competitiveness. This has huge consequences and I think, seen from this perspective, the decision here tonight is one of the more important in Europe in order to make Europe strong, globally and economically.

5G is dependent on the 700 MHz band. Not only because of the rapid increase in mobile data traffic, which our rapporteur described, but also because it is essential as a base for 5G regarding connectivity, regarding rural areas but also regarding the opportunity to reach through buildings and make the services possible everywhere. And 5G will mean huge opportunities for us in healthcare, for the car industry, for traffic, for small cities, indeed for everything because it will be not only the internet of things but the internet of everything or anything.

And we must be aware that other parts of the world want to be in the lead: China, the US and a lot of others. I want Europe to be in the lead. So let us do this as fast as possible and be as ambitious as possible regarding spectrum.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), *question «carton bleu»*. – Je m'excuse parce qu'il est quand même un peu tard, mais vu l'éloge qu'a fait mon collègue sur la 5G et la volonté qu'effectivement, l'Europe soit leader – ce que je peux partager avec lui –, je veux simplement lui poser une question: est-il possible pour l'Europe d'être leader alors qu'elle ne maîtrise pas actuellement le *software* et le *hardware*?

Donc aujourd'hui, pouvons-nous être leader d'une technologie alors que nous ne maîtrisons pas la construction industrielle de cette technologie?

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card answer*. – I think the answer is quite simple. If we do not have the best preconditions for 5G and the services, then we will not have the best opportunities. We have seen, as regards 3G and other parts of history, that we were able to take the lead, but we will never be able to take the lead if we are not looking globally, if we are protecting our borders and closing ourselves off to the world outside. Then we will not be in the lead because the thing is, if you are alone, you cannot lead. Being a leader means that you are global, and I want Europe to be a global leader.

José Blanco López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, antes de nada quiero felicitar a Patricia por el acuerdo que ha alcanzado.

Muchas veces hemos hablado en esta Cámara de la revolución digital, del internet de las cosas, de millones de dispositivos conectados los unos con los otros, del despliegue del 5G. Esta decisión que hoy conocemos es básica para hacer realidad todo esto, porque, sin espectro suficiente, nada de ello es posible.

Este acuerdo es positivo, y es positivo porque libera espectro para el acceso móvil, facilitando un nuevo carril a toda una nueva generación de servicios. Es positivo porque da certidumbre en la banda sub-700 a los servicios de radiodifusión. Y es positivo porque, como había pedido este Parlamento en reiteradas ocasiones, se habilitan compensaciones, en particular para los usuarios finales, por los costes de la migración.

En suma, este es un acuerdo que pone a Europa en la senda adecuada para lograr sus objetivos de conectividad, que, como ha dicho la ponente, es algo muy importante, muy importante para nuestra sociedad, pero muy importante para nuestra economía.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta. Valoro el consenso alcanzado en este Parlamento para dotar de flexibilidad a la transición de la banda 700 hasta 2022 y garantizar, hasta 2030, la presencia de la radiodifusión terrestre en el sub-700, y para basar cualquier decisión posterior sobre este espectro en objetivos sociales, culturales y económicos de interés general, contando con la participación de todas las partes interesadas. Creo que esta forma de proceder debería servir de referencia para el futuro del mercado digital en Europa, incluidos el 5G y el nuevo código de comunicaciones.

Debemos ser capaces de regular para asegurar que la promoción de nuevos usos digitales no ahonde en la brecha digital entre las zonas urbanas y rurales o entre generaciones. Debemos regular para que se mantengan servicios públicos fuertes en el campo de la radiodifusión, como garantía de producción propia y de calidad, y como fuente de información veraz. Debemos regular para luchar contra la concentración del mercado digital en unas pocas plataformas que roban las obras a los creadores y trabajadores de la cultura y les impiden una remuneración justa, sustituyendo la información y la creación por el sensacionalismo y la publicidad.

Y, para ello, debemos tejer una alianza con trabajadores y creadores para definir conjuntamente la transición al futuro digital. Más allá de la decisión de hoy, nos queda un gran trabajo por delante. Y aprovecho también para darle la enhorabuena a la ponente.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Das Internet der Dinge, Cloud und Mobilfunkdienste, die Digitalisierung der Industrie – Stichwort Industrie 4.0 –, e-Government oder die G5-Technologie – sie alle haben eines gemeinsam: Sie brauchen Kommunikationsnetze, die schnell sind, die große Datenmengen befördern können und die dicht besiedelte genauso wie abgelegene Gebiete, also den ländlichen Raum, erreichen können. Neben neuen Technologien für Datenübertragung und -empfang kommt es in der Gigabit-Society vor allem auf eine umfassende Nutzung von Frequenzbereichen an, im vorliegenden Fall das Frequenzband 470-790 MHz.

Ziel dieses Berichts ist es, in dieser Bandbreite eine EU-weit einheitliche Frequenzzuweisung zu schaffen, die Unternehmen und Bürgern gleichermaßen eine flächendeckende kabellose Netzanbindung mit hohen Geschwindigkeiten ermöglicht.

Wir brauchen schnelles Internet, doch das wird teuer. Der deutsche Bundesverkehrsminister hat erst kürzlich vorgerechnet, dass der flächendeckende Breitbandausbau allein in Deutschland rund 100 Mrd. EUR kosten wird. Internetanschlüsse mit Leistungen von 1000 Megabit pro Sekunde sollen bis 2025 das digitale Maß der Dinge sein. Auf EU-Ebene ist man da weniger ambitioniert. Alle Unionsbürger sollen bis 2020 Zugang zu Breitbandgeschwindigkeiten von mindestens 30 Megabit haben.

Wichtig bei diesem Bericht: Um eine Harmonisierung des Frequenzbandes zu erreichen, ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten bis zum 30. Juni nächsten Jahres einen eigenen Fahrplan für die Umwidmung des 700 Megahertz-Bandes beschließen. Geht man davon aus, dass sich das mobile Internet im Vergleich zu heute bis 2020 verachtfachen wird, so ist der Kapazitätsausbau eine Grundvoraussetzung für die Gigabit-Society.

Der Berichterstatterin ist deshalb zu danken. Ich schließe mich der Einschätzung des Kollegen Hökmark an, dass dieser Bericht besonders wichtig in Bezug auf die Umsetzung der 5G-Frequenz ist, weil das 700 Megahertz-Band dafür eine wesentliche Voraussetzung ist.

Jerzy Buzek (PPE). – Madam President, I would like to offer my congratulations to Madam Vice-President. Congratulations also to Patrizia and to all the shadow rapporteurs.

It is a very good result, and also a very large majority in the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE). It shows our strong support for the Commission proposal, even though we also introduced crucial amendments. We gave flexibility to Member States, up to two years, to postpone assignment of the relevant part of the spectrum, and we also made sure that broadcasting operators have investment certainty until the year 2030 using under-700 MHz frequency. To bridge the digital divide in Europe, to offer higher speed and higher quality broadband to consumers, and ultimately the 5G revolution – these are a huge step forward, but some issues before us are very important. We should not forget about that – the timing of auctions, licence duration, spectrum trading, greater EU coordination of spectrum assignments are all very important. They are all addressed in the telecom framework.

I can assure you, dear colleagues, and also the representative of the European Commission, that in ITRE committee we will do everything to make sure that all our regulations will help our industry, our SMEs and, first of all, our citizens, so we are prepared for hard work. Mr Vice-President, dear colleagues, once again, thank you for the regulation.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, I would like to congratulate the rapporteur, Ms Toia, for reaching compromises so quickly in the interinstitutional negotiations on this 700 MHz band agreement.

Spectrum policy is an area where better coordination and harmonisation of allocation schedules bring significant additional benefits for consumers, industries and societies in Europe. We have set the path towards 5G to regain leadership in digitalisation in Europe. Countries willing to deliver spectrum allocation quickly to meet the increased need for wireless broadband electronic communication are now able to do so, and we are also setting a deadline for when the last Member States should follow. I am happy that Parliament was even able to modernise this piece of legislation so that it does not limit spectrum allocation to downlink only. Both uplink and downlink are important for future two-way connectivity of the digital society in order to get from it everything that we need.

The next step on spectrum policy is being taken with the reform of our telecom framework. We have to deliver added value for our societies. We must boost digital economy innovations, well-being and jobs in Europe. To do that we need to ensure that spectrum policy facilitates competition in the markets. We need spectrum policy to push investment to the vital digital networks, and we need to allow innovative services to flexibly gain access to the spectrum and enter the market.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, ce texte – dont par ailleurs j'apprécie beaucoup la rapporteure – n'a pas vraiment de raison d'être, car l'harmonisation du spectre est déjà réalisée par l'Union internationale des télécommunications et par la conférence européenne des postes et télécommunications, qui ne dépendent pas de Bruxelles, mais sont des organisations intergouvernementales.

La Commission veut donc une fois de plus renier les attributions des États. La proposition de la Commission est en réalité un premier pas vers son projet de spectre européen, vers un régulateur unique et vers l'attribution des fréquences au niveau européen. Toutefois, les amendements déposés par mes collègues, la flexibilité accordée aux États dans les amendements négociés, les délais de mise en œuvre des applications, la réaffirmation du droit des États, tout ceci nous amènera à nous abstenir sur la résolution législative.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, even though it is now 10.30 p.m, I am enjoying this debate. First, and foremost, I would like to commend the rapporteur, Mrs Toia, and also my good friend and colleague who has just left, Gunnar Hökmark, who did an excellent job and reached what I believe to be a good and well-balanced agreement.

The key point here to remember is that a requirement for the fast roll-out of 5G is: do we want to be a leader, or a follower? Allocating this spectrum as soon as possible is vital if we want to ensure the steady roll-out of 5G. 5G is a development which brings significant benefits to European economies. We were too slow in deploying 4G and, as a result, we were left chasing our competitors. We need to secure enough spectrum for this roll-out between faster download speeds, higher capacity, more broadband users and more reliable networks. This is crucial for businesses and citizens alike, and we need to ensure that they are at the forefront of the roll-out.

Coming from a rural constituency, I know only too well the problems with connectivity outside urban areas. Skibbereen is a town in county Cork, in my constituency. It is Ireland's first rural digital hub, Ludgate, also known as Gigabit Town. As a result, Skibbereen is home to many innovative businesses and projects. It is an example of the possibilities when our rural areas are given access to strong connectivity, and I am extremely proud to see such great work happening in my constituency.

This frequency band is crucial for ensuring the provision of these broadband services in rural areas, to keep up with towns and cities and help to ensure that our rural population is not left behind in the digital age. From the perspective of Ireland, a country which prides itself on leadership in the digital start-up sphere, it is crucial that we set the infrastructural framework to attract companies to Europe, and this means rolling out 5G. We cannot be left behind in this regard, otherwise we are allowing jobs to go elsewhere at a time when we should be giving the signal that all of Europe is open for business.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, în primul rând vreau să o felicit pe raportarea Toia pentru reușita sa. Internetul și serviciile de comunicații mobile se dezvoltă într-un ritm foarte alert în toată lumea, tendințe care trebuie urmate inclusiv la nivel european. Pentru a putea să construim o piață unică digitală avem nevoie inclusiv de noi tehnologii de transmisie și recepție a datelor.

De aceea, susțin propunerea Comisiei Europene de a elibera banda de 700 MHz. Aceasta se pretează la asigurarea furnizării de servicii în bandă largă în zonele rurale, răspunzând nevoilor specifice de distribuție a mijloacelor media audiovizuale. Astfel, putem garanta accesul tuturor cetățenilor până în 2020 la internet în bandă largă la o viteză de cel puțin 30 Mb/s.

Ținând cont că până în 2020 traficul de internet mobil va crește de opt ori față de nivelul actual, este necesar să evaluăm posibilitatea de a avea un cadru normativ uniform la nivelul Uniunii Europene. De aceea, susțin elaborarea de îndată a unei foi de parcurs de către fiecare stat membru. Nu trebuie să avem câștigători sau pierzători de pe urma revoluției tehnologice, pentru ca, într-adevăr, cetățenii europeni să poată beneficia de pe urma oportunităților oferite de aceasta.

Michał Boni (PPE). – Madam President, my congratulations to Ms Toia, the rapporteur, for the excellent work. This proposal needs to be put into the right context. It is not purely a matter of allocating spectrum. This is about ensuring that Europe has the potential to lead the expansion of 5G and to attract investments in this new economy. With the rapid expansion of 5G, which will need spectrum in the lower parts, such as the 700 MHz frequency band, Europe holds the potential for transforming into the world's most dynamic market. 5G is crucial for the Internet of Things, virtual reality development – key for the new educational tools. It is basic for car-connected development and the paradigm shift in the healthcare area. The use of 700MHz frequencies has to be considered in the light of this rapid technological game-changer.

The broad implementation of 700 MHz is meant to be as coordinated and harmonised as possible, in order to pave the way for 5G. Timely and harmonised decisions are necessary. It is the obligation of all of us, and above all, of all Member States. Making available the 700 MHz band – starting with using Giga frequencies (from 1 to 26/28 in the first stage) – in a timely manner, is a cornerstone of delivering on European Digital Agenda targets, particularly to sparsely populated and remote areas in Europe.

I am from Poland. There are some challenges related to cross-border interferences of radio signals from Ukraine, Belarus and Russia. Working on this portfolio, we wanted to have this scheme for justified reasons in view of potential delays in the implementation of the solution for 2022. We will do our best, but we can avoid these delays if we act together – the Polish authorities, with the support of the European institutions – during negotiations.

Carlos Zorrinho (S&D). Senhora Presidente, estamos a assistir a uma revolução digital, induzida pela aceleração tecnológica, na capacidade de captação, processamento e transmissão de dados. Esta revolução constitui uma oportunidade de reconfiguração da sociedade em que vivemos, tornando-a mais centrada na realização das pessoas, menos desigual e mais sustentável. Por isso, esta revolução não pode ser comandada pela tecnologia – é a tecnologia que tem de ser instrumental em relação à visão da Sociedade Europeia a Gigabits que escolhermos concretizar.

Saúdo o projeto de resolução legislativa em apreciação e, em particular, o excelente trabalho desenvolvido pela minha colega Patrícia Toia. Assumindo as virtualidades da proposta da Comissão, o acordo assegura melhorias na boa afetação dos recursos de espectro na União Europeia, permitindo o desenvolvimento de uma nova geração de serviços de banda larga sem fios, tecnologicamente líderes e inclusivos.

É também esta a filosofia que preside à iniciativa WiFi4EU, de que sou relator, e que visa exatamente proporcionar aos cidadãos europeus uma boa experiência de acesso à Sociedade Europeia a Gigabits, independentemente da sua situação económica ou localização geográfica.

Em síntese, Sra. Presidente, o projeto em apreciação é um passo muito importante para a concretização de uma união digital, que recoloca a União Europeia na linha da frente de uma revolução ao serviço das pessoas, da economia e da qualidade de vida dos europeus.

Catch-the-eye-Verfahren

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, complimenti a Patrizia Toia per l'ottimo lavoro. I servizi di connettività stanno conoscendo un rapido sviluppo a livello globale e richiedono velocità ma anche reti di comunicazione in grado di trasportare molti dati e di raggiungere le aree più remote.

La disponibilità di un ampio spettro radio, attualmente gestito a livello nazionale con condizioni molto diverse tra i singoli Stati membri, è uno dei presupposti essenziali per la diffusione dei servizi a banda larga.

Con questa proposta di decisione i criteri per l'assegnazione delle frequenze saranno uniformati a livello europeo, obbligando gli Stati membri a rendere commerciabili diritti d'uso dello spettro per i servizi di comunicazione elettronica nella banda di frequenza dei 700 MHz.

L'attuazione delle misure proposte, oltre a rendere meno costoso lo sviluppo di dispositivi e di servizi innovativi, consentirà all'Europa di accelerare verso il mercato unico digitale e verso lo sviluppo della rete a 5G e di recuperare, quindi, il gap con i paesi leader in banda larga mobile.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το εύρος των 400 έως 790 MHz χρησιμοποιείται σήμερα ευρέως για ψηφιακές τηλεοπτικές μεταδόσεις και για ασύρματα μικρόφωνα. Στην Ευρώπη παρατηρείται σημαντική αύξηση της ζήτησης για ασύρματες ευρυζωνικές υπηρεσίες, κυρίως λόγω της χρήσης περιεχομένου βίντεο σε κινητές συσκευές. Η αυξανόμενη κυκλοφορία κινητών δεδομένων ασκεί πίεση στη χωρητικότητα των υφιστάμενων δικτύων και στη ζήτηση για πρόσθετο ραδιοφάσμα.

Η συγκεκριμένη πρόταση προβλέπει τη διάθεση περισσότερου ραδιοφάσματος για ευρυζωνικές υπηρεσίες στη ζώνη των 700 - MHz. Ταυτόχρονα, αποσκοπεί στη διαφύλαξη του ευρωπαϊκού οπτικοακουστικού μοντέλου, το οποίο προσφέρει δωρεάν δημόσιες ραδιοτηλεοπτικές μεταδόσεις και απαιτεί βιώσιμους πόρους ραδιοφάσματος στη ζώνη κάτω των 700 MHz.

Ωστόσο η απελευθέρωση του φάσματος των 700 MHz απαιτεί τεχνολογικές αλλαγές. Οι καταναλωτές θα πρέπει να αλλάξουν τον οικιακό εξοπλισμό, οι ραδιοτηλεοπτικοί φορείς θα πρέπει να τροποποιήσουν τις υποδομές τους. Υπάρχει λοιπόν ένα επιπλέον κόστος και τα κράτη μέλη πρέπει να αναλάβουν το κόστος των εξόδων μετάβασης.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Andrus Ansip, Member of the Commission. – Madam President, we were recently able to abolish roaming surcharges. Everybody in the European Union will benefit from that, and everybody can understand the meaning of this decision. We were recently also able to allow portability of content to our citizens. Once again, everybody will benefit from that, and everybody can understand the meaning of this decision.

Regarding the 700 MHz, the situation is a little more complicated. Not everyone is able to understand about 700 MHz. I would say that a majority of our citizens will switch off if somebody starts to talk about 700 MHz, but it is an extremely important issue. We can only dream about remote surgery or connected cars and 5G. Without clarity in 700 MHz it will never become reality in the European Union.

But this is global competition. We know that South Korea has stated that it will start to use 5G at their Olympic Games in 2018. I took part in the G7 meeting in Japan, where the Japanese said very clearly that at their Olympic Games in 2020 they will start to use 5G.

In Europe, Ericsson and Telia have stated that they will start to use major elements of 5G in 2018 in three cities: Stockholm, Tallinn and Helsinki. It is easy to think that it is possible to create new apps based on 5G or to build new cars based on 5G by just knowing theoretically how it will work. But we know the best solutions we will be able to get are if we are faced with real-life situations. So we are in a terrible hurry, and that is why we are setting ambitious aims, namely to cover all the urban areas and main transport paths with 5G networks by 2025. There is a secondary aim: in at least one major city in every EU Member State, they have to start to use 5G networks on a commercial basis by 2020. This is important for self-driving cars, absent and remote surgery, etc. This clarity in 700 MHz is a real precondition for being among the leaders of this global competition.

I would like to cordially thank all Members of Parliament, but especially the rapporteur, Ms Toia, for this heavyweight decision. I am sure that, thanks to this decision, Europe will take a leading position in the meaning of 5G.

Patrizia Toia, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo è stato veramente un lavoro in cui ogni collega ha dato un proprio contributo, ha dato le sue idee e quindi è frutto di un lavoro comune.

Voglio dire tre brevissime cose: abbiamo capito tutti l'importanza di vincere, come Europa, questa sfida del 5G: quindi una rapida disponibilità di queste frequenze e un'assegnazione armonizzate ed efficace, perché sappiamo che questa banda con frequenze più basse consente una capillarità di diffusione. Sapevamo però di avere alle spalle, con il rilascio molto lento della banda degli 800 MHz, un mancato successo con il 4G, che ha rallentato la diffusione di tutte le reti che utilizzavano il 4G. Il primo obiettivo era quindi quello di fare un passo avanti.

Però non potevamo dimenticare neppure l'obiettivo di soddisfare le esigenze dei *broadcaster*, che sono anch'esse imprese che danno lavoro, generano utili, quindi occorre trovare un punto di equilibrio, una strategia *win win*. Abbiamo lavorato molto bene con la commissione CULT, con il collega Maullu che ne era relatore, e abbiamo trovato, io credo, una soluzione equilibrata che permette di vincere questa sfida ma anche di lasciare sul campo tutto il tema, che interessa molto l'Europa, delle aziende creative e di *broadcasting*.

Un'ultima cosa, che riguarda un po' il mio paese: c'era molta preoccupazione quando abbiamo voluto introdurre la possibilità di rinvio motivato di liberare le frequenze fino al 2022. Abbiamo detto, però, che non è per pigrizia degli Stati, che si mettono a braccia conserte e non fanno nulla! Si tratta di comprendere certe situazioni oggettive. A me sembra che sia stata una scelta di fiducia ma anche vincente: io parlo per il mio paese che sembrava uno di quelli che, per condizioni storiche e politiche, aveva un certo ritardo.

So che molte cose si sono messe in moto: i piani di coordinamento per affrontare il tema delle interferenze transnazionali, che sono molte e noi, in Italia, ne risentiamo con la Francia e la Croazia. Tutto questo sta andando avanti e quindi magari non utilizzeremo quel *delay* e mi auguro che non lo facciano neppure gli altri Stati in modo che saremo tutti pronti per svolgere bene il nostro lavoro, con realismo e con serietà.

Quindi ringrazio lei, signor vicepresidente, anche per tutto ciò che faremo ancora insieme proprio sul piano del 5G.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 15. März 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Tisztelt képviselőtársaim! A most napirenden szereplő jelentés, nem csupán egy a technikai jellegű dokumentum, még ha a címe arra is engedne következtetni. Az ultra szélessávú internet és az 5G internet kapcsolat, de az egész digitális unió fejlődésének szempontjából az úgynevezett „700 MHz-es sáv” mérföldkövet jelenthet.

Jelenleg a 470-790 MHz frekvenciatartományt a digitális földfelszíni televíziózás céljaira, és különböző audióberendezésekhez, például vezeték nélküli mikrofonokhoz használják. A szélessávú szolgáltatások céljaira az úgynevezett „800 - MHz-es” frekvenciatartományt (790-862 MHz) alkalmazzák, viszont ez már nem elegendő ezen szolgáltatások további fejlődéséhez. A továbblépés alapvető feltétele az elegendő rádióspektrum rendelkezésre állása.

2020-tól a „700 MHz sáv” is a szélessávú és az 5G internet szolgálatába állna, így többek között hozzájárulva a digitális és szélessávú szolgáltatások minőségének javításához, a vidéki és kevésbé fejlett régiók teljes lefedettséghez és a társadalmi, szociális és digitális kohézió biztosításához az EU-ban. A célok közül kiemelném még a határokon átnyúló frekvenciakoordinációs megállapodások megkötését, amelyek lehetővé tennék a frekvenciasáv határokon átnyúló, interferenciák nélküli, jövőbeni használatát, és ebből kifolyólag a digitális szolgáltatások területalapú korlátozásának fokozatos megszüntetését. Úgy gondolom, hogy nem szabad a digitális fejlődés útjába állnunk, és jelentés elfogadásával meg kell teremtenünk hozzá a megfelelő technikai előfeltételek.

András Gyürk (PPE), írásban. – A távközlési piacon hatalmas átalakulások zajlanak. A technológiai fejlődés olyan innovatív megoldásokat tett elérhetővé, amelyek gyökeresen átformálták az általunk ismert világot, ezáltal teljesen új versenyhelyzetet teremtve. Még nem tudhatjuk, hogy pontosan melyek lesznek azok a technológiai újítások, amelyek a legnagyobb hatással lesznek jövőnkre, de ha nem lépünk időben, garantáltan lemaradunk a globális versenyben. Erre az átalakulásra nem mint veszélyforrásra, hanem mint lehetőségre kell tekintenünk.

Amennyiben Európa képes élére állni a technológiai forradalomnak, úgy olyan növekedési pályára állíthatja a gazdaságát, amely az elkövetkező generációk számára is előnyös helyzetet teremthet a nemzetközi versenyben. Az ötödik generációs telekommunikációs technológia alapvető változásokat hozhat a kapcsolódó szolgáltatások területén. Európának piacvezetővé kell válnia ezen technológiák fejlesztésében és alkalmazásában, mert a verseny a távközlési piacon egyre intenzívebb lesz. A 700 MHz frekvenciasáv felszabadítása az első jelentős lépés ebben az irányban. Az átstrukturálás menetrendjében lehetnek véleménykülönbségek, de a szélessávú vezeték nélküli internetkapcsolat a fogyasztók érdeke. Így válhat valósággá a digitális földrajzi szakadék csökkentése, a területek jobb lefedettsége és a gyorsabb átviteli sebesség.

17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

18. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.50 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

C/2024/2679

19.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. MÄRZ 2017

(C/2024/2679)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 14. bis 16. März 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge); siehe Protokoll	3
3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO); siehe Protokoll	3
4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO); siehe Protokoll	3
5. Mittelübertragungen; siehe Protokoll	3
6. Vorlage von Dokumenten; siehe Protokoll	3
7. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 9. und 10. März 2017, einschließlich der Erklärung von Rom (Aussprache)	3
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO)	42
9. Abstimmungsstunde	42
9.1. Abkommen zwischen der EU und Brasilien: Änderung der Zugeständnisse in der Liste Kroatiens im Zuge seines Beitritts (A8-0052/2017 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra) (Abstimmung)	42
9.2. Aufnahme des automatisierten Austauschs von Fahrzeugregisterdaten mit Dänemark (A8-0051/2017 - Maria Grapini) (Abstimmung)	42
9.3. Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Griechenland (A8-0053/2017 - Claude Moraes) (Abstimmung)	42

Inhalt	Seite
9.4. Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (A8-0022/2017 - Karin Kadenbach) (Abstimmung)	42
9.5. Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (A8-0327/2016 - Patrizia Toia) (Abstimmung)	42
9.6. Hürden, die EU-Bürger daran hindern, sich innerhalb des Binnenmarktes frei zu bewegen und zu arbeiten (B8-0179/2017) (Abstimmung)	43
9.7. Zustimmung der Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen (B8-0180/2017) (Abstimmung)	43
9.8. Leitlinien für den Haushaltsplan 2018 — Einzelplan III (A8-0060/2017 - Siegfried Mureşan) (Abstimmung)	43
10. Stimmerkklärungen	43
10.1. Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (A8-0022/2017 - Karin Kadenbach)	43
10.2. Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (A8-0327/2016 - Patrizia Toia)	44
10.3. Zustimmung der Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen (B8-0180/2017)	45
10.4. Leitlinien für den Haushaltsplan 2018 — Einzelplan III (A8-0060/2017 - Siegfried Mureşan)	45
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	46
12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	46
13. Aussprache über ein aktuelles Thema – Die Sicherheitsagenda der EU ein Jahr nach den Anschlägen in Brüssel (Aussprache)	46
14. Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch Einführer von Mineralien und Metallen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (Aussprache)	68
15. Überprüfung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (Aussprache)	78
16. Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon (Aussprache)	91
17. Eine integrierte Politik der EU für die Arktis (Aussprache)	110
18. Bericht 2016 über Montenegro (Aussprache)	122
19. Digitale Demokratie in der EU: Potenzial und Herausforderungen (Aussprache)	132
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	140
21. Schluss der Sitzung	140

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. MÄRZ 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.15)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 9. und 10. März 2017, einschließlich der Erklärung von Rom (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sulle conclusioni della riunione del Consiglio europeo del 9 e 10 marzo, inclusa la dichiarazione di Roma.

Prima degli interventi degli oratori, voglio ringraziare a nome del Parlamento europeo il Presidente del Consiglio europeo, Donald Tusk, il Presidente della Commissione europea, Jean-Claude Juncker, il Primo ministro italiano, Paolo Gentiloni, e il vice Primo Ministro maltese, Louis Grech, per aver accettato l'invito a partecipare a questa discussione sul futuro dell'Europa.

Voglio innanzi tutto ricordare che oggi i Paesi Bassi vanno alle urne e nessuno può offendere un Paese democratico che va alle elezioni, offendendo così tutti i cittadini europei e i valori nei quali ci riconosciamo. Noi siamo molto di più di un mercato e di una moneta e proprio da qui dobbiamo ripartire.

Per questo la discussione di oggi è particolarmente importante: non possiamo limitarci a una cerimonia formale per ricordare quelli che sono stati i migliori 60 anni della storia dell'Europa libera e l'anniversario della firma dei Trattati di Roma deve essere, prima di tutto, l'occasione per riavvicinare l'Europa ai cittadini. Dobbiamo dare risposte concrete su disoccupazione, soprattutto quella giovanile, terrorismo e immigrazione, promuovendo i nostri valori nel mondo.

Il Parlamento ha aperto questa discussione con l'approvazione delle relazioni Verhofstadt, Bresso-Brok, Berès-Böge nella scorsa tornata di Strasburgo. Due settimane fa la Commissione ha presentato il suo Libro bianco e nel corso dell'ultimo Consiglio europeo i capi di Stato e di governo hanno tenuto un'ampia discussione su questo tema. A Roma il 25 marzo è prevista la firma di una dichiarazione solenne anche da parte dei vertici delle Istituzioni europee.

Oggi più che mai abbiamo bisogno dell'unità europea: certo, l'Unione va cambiata ma non indebolita.

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, Prime Minister Gentiloni, deputy Prime Minister Grech, President Juncker, Members of the European Parliament, leaders met last Thursday for the March European Council, and, a day later, 27 leaders met to discuss the future of the European Union before the 60th anniversary of the Treaty of Rome. Our discussions were constructive and focused, despite a little drama at the beginning.

I will start with the European Council meeting itself. Following an implementation report from Prime Minister Muscat, we discussed the progress on our migration priorities as set down by leaders in the Malta Declaration of 3 February. Work has begun but now needs to accelerate in order to start delivering results ahead of what we know will be a challenging summer.

Secondly, leaders discussed the prospects for the EU and euro area economies, together with the President of the European Central Bank. Things are getting better, and they are getting better in every Member State of the Union. This proves that our economic strategies are on the right track. Although unemployment is at its lowest level since 2009, leaders were clear on the need to get it down further, particularly in the most affected regions. Job creation will remain our priority. It is the best means to tackle inequality and social injustice.

Leaders confirmed the EU's position as the champion of open, rules-based free and fair trade. Trade is central to European economic success and as I mentioned several weeks ago, Europe needs to intensify trade talks with our partners around the world, not least due to signs of protectionism emerging elsewhere. We agreed to swiftly advance ongoing negotiations, such as with Japan, which are most advanced, with Mercosur and Mexico. Already next week we will discuss with President Juncker how to progress in our trade deal with Japan when we host Prime Minister Abe in Brussels. Our sincere hope is to finalise these talks this year. Leaders expressed their will to strengthen trade relations with China. At the same time, we will not hesitate to defend ourselves against unfair trading practices, wherever necessary. We welcome the European Parliament's strong commitment to making quick progress on the relevant legislation. It will help Europe set the global standard for free and fair trade.

In the evening, we discussed the tense situation in the Western Balkans. It was clear to all that forces inside and outside are working vigorously to destabilise the region. That is why leaders reaffirmed their unequivocal support for the Western Balkans, and its European perspective. We also expressed our full commitment to support EU-oriented reforms and ongoing projects. The European Union remains faithful to the promise of Thessaloniki and fully committed to the region's stability and prosperity. I hope this positive signal from Europe will be heard.

Leaders also reviewed progress made in the area of security and defence cooperation, where the European Council gave a new impetus last December as a strategic priority. Leaders agreed to come back to this again in June.

Dear Members, on Friday, we met informally as 27 ahead of the 60th anniversary of the Treaty of Rome. There was an honest and constructive discussion about our common future. It focused on what should be the main elements of the Rome Declaration and our agenda going forward. It was clear from the debate that the unity of the 27 will be our most precious asset. At our last meeting in Malta, subsequent opinions voiced by some Member States as well as the European Commission's White Paper leave us in no doubt that the idea of a multi-speed Europe will be one of the discussions ahead of the Rome anniversary, and I understand the reasons for this.

Some expect systemic changes that would loosen intra-EU ties and strengthen the role of nations in relation to the Community. Others, quite the opposite, are looking for new, deeper dimensions of integration, even if they would apply only to some Member States. Such a possibility is indeed foreseen in the Treaties currently in force. However, considering the interests of the community of 27 countries in the context of the upcoming Brexit negotiations as well as the long-term strategic interests of the EU, I will be urging everyone to strive towards maintaining political unity among the 27.

This is why, when discussing the various scenarios for Europe, our main objective should be to strengthen mutual trust and unity among 27. After last week's debate, I can openly say that all 27 leaders agree with this objective. It was a relatively optimistic discussion about our common future, with a positive approach from all sides, without any exception. As I said after the meeting itself, 'If you want to go fast, go alone. If you want to go far, go together'.

It is our collective intention to mark the 60th anniversary with the sense of celebration and sober reflection that it deserves. Jean-Claude and I continue to work closely with Prime Ministers Gentiloni and Muscat on this, and I want to thank them both for their efforts and dedication.

Finally, on my re-appointment as President of the European Council, I have nothing further to say except to reiterate that I am really grateful for the trust that has been placed in me and absolutely determined to work with all Member States and institutions to make the EU better and more united.

Dear Members, Brexit was not on our agenda last week, but let me share two remarks, given that this is our last meeting before the UK triggers Article 50. I will do everything in my power to make sure that the EU and the UK will be close friends in the future. Britain will be dearly missed as an EU Member State. At the same time, I would like to stress again that the EU's door will always remain open for our British friends.

When it comes to negotiations, we will have no choice but to start the withdrawal talks once the UK notifies. We are carefully preparing for these negotiations, in close consultation with Member States and the European Parliament. It is our wish to make this process constructive, and conducted in an orderly manner. However, the claims, increasingly taking the form of threats, that no agreement will be good for the UK, and bad for the EU, need to be addressed. I want to be clear that a 'no deal scenario' would be bad for everyone, but above all for the UK, because it would leave a number of issues unresolved. We will not be intimidated by threats, and I can assure you they simply will not work. Our goal is to have a smooth divorce and a good framework for the future, and it is good to know that Prime Minister Theresa May shares this view.

There is one final thing I would like to say about the Netherlands, after what happened over the weekend. The Netherlands is Europe, and today I want to say that Europe is the Netherlands. A place of freedom and democracy. And for sure Rotterdam, the city of Erasmus, brutally destroyed by the Nazis, which today has a Mayor born in Morocco. If anyone sees fascism in Rotterdam, they are completely detached from reality.

(Applause)

We all show solidarity with the Netherlands. Out of respect for our friends in the Netherlands, let me repeat this in Dutch.

Nederland is Europa en Europa is Nederland, plaats van vrijheid en democratie. Zeker Rotterdam, stad van Erasmus, door de nazi's kapotgeschoten, vandaag met een in Marokko geboren burgemeester. Dat heeft met fascisme niets te maken. We zijn allen solidair met Nederland.

Yes, we are Europeans and we are proud.

(Applause)

President. – President Tusk, thank you, and my congratulations on your election for the second time as President of the European Council. Thank you also for your speech. I totally agree with you, as I said at the beginning of this plenary, on the situation in the Netherlands.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, my Dutch is better than yours, but I will not prove that now. I have a good passive understanding of Dutch, and when I speak Dutch it is better than that spoken by the President of the Council, but I recognise that he made a huge effort to address the Dutch nation. By the way, following your assessment, I was scandalised by what was said by Turkey about the Netherlands, Germany and others. I will never accept this comparison between the Nazis and governments now.

(Applause)

My home country, Luxembourg, was occupied by the Nazis. Our people suffered. My father was forced into the German army, together with his three brothers. If you are drawing a comparison between that period and the present time, this is totally unacceptable. The one doing this is distancing himself from Europe, not trying to enter the European Union. The European Union is not joining Turkey. Turkey is joining the European Union.

(Applause)

I would like to congratulate my good friend Donald on his re-election.

(Applause)

It was the first meeting the European Council had in its new building. I refer to this new building as the Tusk Tower. I prefer the Tusk Tower to the other one. I am happy that Donald has been re-elected because not only do we have excellent personal relations, but we also have good interinstitutional relations. I am very grateful for that. Things could have happened differently, because my first ambition was to become President of the European Council. Now you are there, I am here and it is excellent like that. I am the best President of the Commission in comparison to you, and you are a better President of the European Council in comparison to me, so everything is OK.

(Murmurs)

I am happy that I have woken up the extreme right of the Parliament.

Lors du Conseil européen de la semaine passée, nous avons eu un débat intense sur les Balkans occidentaux.

Je voudrais dire ici, au nom de la Commission et au nom de la Haute Représentante, qui est aussi Vice-présidente de la Commission – donc une personnalité obligatoirement schizophrène – qu'en tant que Commission, nous voulons offrir aux pays des Balkans occidentaux, une perspective européenne non équivoque.

Je sais que lorsque j'ai dit au début de notre mandat qu'il n'y aurait pas de nouvelles adhésions avant 2019, cette phrase a créé la confusion dans les Balkans. Or, nous continuons nos débats, nos négociations d'adhésion avec les pays des Balkans. C'est la région la plus compliquée d'Europe et nous devons apporter à nos relations avec les pays des Balkans occidentaux tous les soins requis. Les conclusions que nous avons adoptées à 27 – parce que la Pologne, pour des raisons inexplicables, n'a pas pu se joindre aux conclusions du Conseil européen –, disent très clairement quelles sont nos ambitions et nos intentions en ce qui concerne les Balkans occidentaux.

Nous avons évoqué, entre nous, la situation économique de l'Union européenne et de la zone euro en particulier. Nous nous sommes félicités du fait que le chômage baisse, que la croissance augmente, que le taux d'emploi ne cesse d'augmenter, qu'il y a une création d'emplois tout à fait remarquable, mais cela ne devrait pas nous induire en erreur: l'Europe n'est pas sortie de la crise économique qui est la sienne. La crise sociale perdure et nous devons donc apporter à toutes ces questions gravitant autour du sujet économique-social, toute notre attention.

Je voudrais que nous soyons prêts en avril, en tant que Commission, pour adopter nos propositions concernant la mise en place d'un pilier des droits sociaux. Au mois de novembre, en Suède, nous aurons tous ensemble un débat sur la poursuite de la politique sociale en Europe. Je veux dire par là, un meilleur 'ameublement' de la dimension sociale insuffisamment 'meublée' jusqu'à ce jour. Je voudrais qu'en novembre, nous puissions terminer ce débat. La raison pour laquelle la politique sociale n'a pas eu toute l'attention que certains d'entre vous auraient voulu qu'elle ait lors de la présentation du livre blanc, réside dans le fait qu'en matière de politique sociale, nous sommes sur le court terme, nous voulons mener à bon port le débat social au cours de cette année, alors que le livre blanc porte sur une durée plus longue puisqu'il vise, en termes d'accomplissement de nos ambitions, l'année 2025. Il ne faut donc pas lire le livre blanc comme prenant congé, et prenant de la distance, par rapport aux ambitions sociales de l'Europe. C'est pour tout de suite: l'Europe sociale ne peut plus attendre, il faut la faire maintenant et pas seulement en 2025.

(Applaudissements)

Je suis tout de même toujours impressionné que lorsqu'on fait des blagues, lorsqu'on attaque les autres, les applaudissements du Parlement sont nourris mais lorsqu'on parle de la politique sociale, vous êtes d'une timidité qui m'impressionne.

(Applaudissements)

Wir haben, Herr Präsident, anlässlich des Rates der letzten Woche auch über unsere Handelsbeziehungen mit anderen Teilen der Welt gesprochen. Ich möchte hier noch einmal zum Ausdruck bringen – ich, der ich kein *free trader* bin – passt nicht zu mir –, dass wir als Europäische Union unsere Chancen nützen müssen. Die Amerikaner gehen – so, wie es aussieht – auf Distanz zu multilateralen Handelsverträgen. Das ist bedauernswert, aber es ist eine Chance für uns, denn je mehr Menschen ich aus Asien, Afrika und von sonst woher empfangen, umso deutlicher wird mir klar, dass andere in der Welt von uns erwarten, dass wir die Führung in internationalen Handelsfragen übernehmen. Das sollten wir auch tun!

Die Welt wartet auf Europa, und wir müssen da sein, wenn die Welt auf uns wartet. Deshalb werden wir so schnell wie möglich – Donald hat dies erwähnt – mit Japan zum Abschluss der Freihandelsverhandlungen kommen. Nicht zu den Bedingungen, die uns nicht passen, sondern zu den Bedingungen, Wünschen, Herausforderungen, Bedürfnissen, die wir uns selbst geschrieben haben. Wir – Herr Tusk und ich – werden den japanischen Premierminister am 21. März, glaube ich, in Brüssel empfangen. Und wir werden dies so schnell wie nur irgendwie möglich in die richtige Richtung bewegen.

Und ich hätte gerne – Ist Frau Malmström da? –, dass Frau Malmström sich vor Abschluss der Verhandlungen mit Japan noch einmal mit den Sozialpartnern zusammensetzt, weil ich strikt der Auffassung bin, dass wir nicht alleine – so aus Gottes Gewalt heraus – Handelsverträge abschließen können. Wir müssen auch mit anderen darüber reden: mit der Zivilgesellschaft, mit den Sozialpartnern und mit anderen.

Zu Verteidigungsfragen sage ich nichts, weil Federica da führend ist.

Only one sentence on defence: I think that the point the US is making is right. We have to take care of our own defence and we have to increase our defence budget. Mr Trump is not the first one to say this. Mr Trump is the fourth President of the United States I have had to deal with. George W Bush, Clinton and Obama were saying exactly the same, and we made a commitment. I think in Wales – which is part of Britain – we signed a commitment, and we have to respect that commitment, but I am strictly against this restricted concept of defence. International – planetary – stability is more than defence expenditure. Aid development, money for humanitarian action by our countries, is as important as military expenditure, and I would like to insist on that.

Was das Weißbuch der Kommission anbelangt, haben wir – obwohl das nicht auf der Tagesordnung stand – uns damit beschäftigen müssen. Ich werde dazu nichts weiter sagen, als dass ich hier noch einmal wiederhole, dass es eine Verkürzung der Lektüre des Weißbuches ist, diese Lektüre ausschließlich auf das Europa der zwei oder mehreren Geschwindigkeiten zu begrenzen. Hätte Frau Merkel nicht in einer Pressekonferenz nach dem vormaligen Europäischen Rat davon gesprochen, dann hätte dies überhaupt nicht die Bedeutung gekriegt, die es gekriegt hat.

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Es geht uns nicht darum, einen neuen Eisernen Vorhang zwischen Ost und West in Europa zu ziehen. Es geht uns darum, dass wir deutlich machen, dass, wenn nicht alle können oder wollen, wir in Sachen Vertiefung der Europäischen Integration nicht weitergehen können. Und im Übrigen, wenn Sie sich das mal im Detail ansehen: Dort, wo es bis jetzt verstärkte Zusammenarbeit gegeben hat, werden Sie unschwer feststellen können, dass in allen Fällen alle sogenannten neuen Mitgliedstaaten – ich mag diesen Ausdruck nicht – bei verstärkter Zusammenarbeit mitmachen, aber einige Gründungsmitglieder nicht mitmachen. Beispiel Europäische Staatsanwaltschaft: Wer macht nicht mit? Die Niederlande. Wer macht mit? Alle 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Also diese Vorstellung, dass dies ein Entwurf wäre, um Europa wiederum in zwei Teile aufzuteilen, ist ein Vorwurf, der die Wirklichkeit nicht trifft. Ich wäre froh, wenn jetzt alle in Europa – Europaparlament, nationale Parlamente, *whosoever* – sich an dieser breit angelegten Debatte über die europäische Zukunft beteiligen würden.

Die Kommission wollte nicht ein Diktat vorlegen. Wir wollten nicht sagen: So muss es sein, und so darf es nicht sein – obwohl ich das Szenario 2 hier im Parlament ausgeschlossen habe. Europa ist mehr als Binnenmarkt, als Macht, als Geld und als Warenaustausch! Europa ist zuvorderst das Europa der Menschen! Deshalb erhält dieses kleine Szenario, das nur einen europäischen Binnenmarkt vorsieht, nicht meine Zustimmung.

Aber ich hätte gerne, dass wir alle diese Optionen diskutieren. Das sind nicht die Optionen der Kommission, das sind die Optionen, die sich zurzeit in der Debatte befinden. Und ich hätte gerne, dass wir uns bei dieser Debatte nicht ducken, sondern dass wir alle Elemente in Betracht ziehen, auch die Berichte, die das Europäische Parlament im letzten Monat angenommen hat.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Paolo Gentiloni, *Presidente del Consiglio italiano*. – Grazie signor Presidente, onorevoli parlamentari, ringrazio il Presidente del Parlamento europeo per questa occasione di rivolgermi a voi a dieci giorni dalla ricorrenza, dai sessant'anni della firma dei trattati di Roma.

Credo che debba essere innanzitutto un'occasione per ricordare alle nostre opinioni pubbliche, ai nostri concittadini europei i risultati che sono stati raggiunti in questi sessant'anni: la pace, la libertà, i livelli di protezione sociale che, nonostante tutte le difficoltà, abbiamo raggiunto, il mercato unico, una storia di successo che ha fatto definire l'Unione europea come una superpotenza «tranquilla» e, infine, il lavoro che abbiamo svolto sul terreno culturale, dei valori, della condivisione dei nostri modi di vivere comuni.

Ricordare questi risultati serve, credo, a riflettere sul futuro. Se non facessimo la prima cosa saremmo in difficoltà a immaginare i prossimi anni dell'Unione europea e dobbiamo farlo soprattutto perché siamo consapevoli di attraversare uno dei momenti difficili della costruzione europea, forse uno dei momenti più incerti di questi sessant'anni, che ricorda in qualche modo gli anni che precedettero quella firma dei trattati di Roma, in cui ci furono difficoltà, tentativi diversi, ma si viveva in un mondo molto, molto lontano da quello di oggi.

Oggi le difficoltà vengono dalla scelta, legittima, compiuta il 23 giugno da un grande paese europeo di abbandonare l'Unione, derivano dal fatto che gli effetti della crisi economica non sono affatto alle nostre spalle e come pure dalle difficoltà che stiamo incontrando nel trovare una risposta comune sui flussi migratori. Sono difficoltà che non dobbiamo sottovalutare: qualcuno addirittura ha parlato del rischio di una sorta di «1989 alla rovescia», in cui l'Europa si caratterizza per la ricostruire muri, mentre 27 anni fa si era caratterizzata per abbattere i muri. È un rischio che possiamo e dobbiamo impedire.

Guardando al futuro, credo che siamo tutti consapevoli che dal Parlamento europeo può venire un contributo fondamentale; anzitutto un contributo nella discussione che si è aperta sul futuro dell'Unione. Attraverso le relazioni Böge-Berès, Bresso-Brok e Verhofstadt è stato dato un contributo importante a questa riflessione, che va un po' in parallelo al lavoro che Jean-Claude Juncker e la Commissione hanno preparato con il loro Libro bianco e che noi abbiamo molto apprezzato, perché è uno strumento utile per impostare questa discussione.

Ma non è solo il contributo alla riflessione: è la consapevolezza che c'è almeno da parte del Governo italiano, che solo da una più forte legittimazione democratica può venire una risposta alle difficoltà dell'Unione europea. Si potrebbe dire, in un certo senso, che i poteri di codecisione del Parlamento europeo sono stati la conquista più importante di questi dieci anni dopo Lisbona e che nei prossimi dieci anni il Parlamento europeo, quest'Aula, può essere una delle forze trainanti del futuro dell'Europa. Mi auguro che su questo ci sia, da parte di tutti noi, una consapevolezza comune.

La Dichiarazione di Roma vuole dare un messaggio in questo contesto di fiducia nell'Unione e nei suoi prossimi dieci anni. Il Governo italiano è per il rilancio dell'Unione, della sua integrazione: come sempre la dichiarazione sarà il compromesso tra esigenze, spinte, aspirazioni, ambizioni diverse. Ma credo che alcune scelte debbano essere indicate in modo forte e chiaro, e ne abbiamo discusso prima a Malta e poi a Bruxelles qualche giorno fa.

In primo luogo, rispondere alla domanda di crescita, di investimenti e di lavoro. Se non veniamo fuori dalla crisi, se non riduciamo i livelli di disoccupazione, soprattutto giovanile, nella nostra Unione e in particolare in alcuni paesi, non avremo fiducia nel futuro dell'Unione.

In secondo luogo, condividere l'impegno per la sicurezza delle nostre frontiere e per una strategia comune per gestire i flussi migratori. Se i paesi che sono in prima fila nella gestione dei flussi migratori vengono lasciati soli non ci sarà fiducia nel futuro dell'Unione europea.

(Applauso)

In terzo luogo, rafforzare il nostro ruolo nel mondo, anche attraverso passi concreti verso una difesa comune – ne ha parlato adesso il presidente della Commissione. Se cederemo ai nazionalismi, alla contrapposizione tra singoli Stati, anche nell'Unione europea, non ci sarà fiducia nel futuro dell'Unione.

E, infine, mettere al centro l'Europa sociale, la protezione dei più deboli, il dialogo con le parti sociali, così come auspicato dalla relatrice Maria João Rodrigues: se lasciamo indietro i più deboli non ci sarà fiducia nel futuro dell'Unione europea.

(Applauso)

Onorevoli parlamentari, sono principi su cui dobbiamo lavorare passo dopo passo: non ci sono oggi le condizioni per fare dei salti in avanti istituzionali enormi ma dobbiamo rimetterci in marcia ora. Un'Europa ferma è un'Europa destinata a tornare indietro. Alcuni passi avanti possono essere fatti con le cooperazioni rafforzate, così come previste dai trattati. Questo, lo voglio dire molto chiaramente nell'aula del Parlamento europeo, non porterà mai a un'Europa di serie A e a un'Europa di serie B; non porterà mai a un'Europa dei piccoli e a un'Europa dei grandi paesi; a un'Europa dell'est e a un'Europa dell'ovest. Ma ognuno ha il proprio livello di ambizione; tutti possono scegliere di partecipare – lo possono fare adesso e lo potranno fare in futuro – a forme di cooperazione rafforzata e tutti saranno coinvolti nel progetto comune.

Detto tutto questo, l'Europa non può stare ferma e ha il dovere, nei confronti dei propri cittadini, di dare risposte alle emergenze e alle sfide che abbiamo davanti. Più democrazia, con i cittadini e i loro eletti al centro, è in fondo la garanzia più forte perché questo progetto comune possa andare avanti nei prossimi dieci anni. Come disse Jean Monnet: «Non coalizziamo Stati, uniamo uomini».

Per questo contiamo su di voi e per questo vi ringrazio.

Louis Grech, *President-in-Office of the Council*. – President Tajani, President Tusk, President Juncker, Prime Minister Gentiloni, dear Members, dear colleagues, as pointed out by previous speakers, the European Union is not about Brussels, it is not about Strasbourg, nor is it about the institutions to which many of us involved in today's debate belong. The European Union is about its 500 million citizens and about their hopes, their fears and their aspirations.

Malta's Presidency is taking place within the context of the major political and economic upheavals that we have witnessed in recent years, including Britain's decision to leave. Brexit is an unfortunate reality, but we have to move on. We cannot allow Brexit, no matter how much it may be in the headlines and how complex and delicate an issue it is, to distract us from, and create wedges in, our central mission. Talk of an existential crisis has become the norm. Yes, we are living in times of extraordinary unpredictability and it would be a big mistake to underestimate the major setbacks and challenges, but it would be an even bigger mistake to fall into a negative mind-set and resign ourselves to doing nothing. The buck stops with us.

Never has there been a more important time for Member States and the institutions to remain united, never has there been such a crucial time for all of us to focus on the big picture and shut out potentially distracting, unnecessarily divisive issues. We must face up to the reality that Europeans' horizons have shifted. Many feel disenfranchised or disillusioned. It is up to us to show why European added value can be tangibly translated into citizen added value. As Presidency, our overarching theme is reunion – a reunion which fosters a climate in which the Union can once again regain the trust and confidence in the European project and secure its strong and viable existence. At this critical moment, we have to avoid unnecessary divisions and internal strife, and we have deliberately steered the debate on Europe's future in this direction. We must rethink our priorities, rethink what resources we put into various policies, and usher in reform where necessary.

Having said that, reform does not mean a whole redesign of Europe. We have the Commission's White Paper, as well as a number of Parliament reports on Europe's future. Some options, to me, seem to be more attractive than others and, who knows, there may be other options which have not yet been brought to the table. However, I also believe that, whichever way we eventually choose to go, it will not create first and second-class citizens or result in kneejerk reactions or quick-fix solutions which foster unnecessary tensions and distrust. This could pave the way for the eventual erosion of unity. Irrespective of whether Member States opt to drive in second, third or fourth gear, neutral is not an option. We must use as a basic platform the established principles: respect for human rights and dignity, freedom, equality and rule of law. These are the values that reflect the soul of the Union and form the core of any future Europe.

We – I think I should rephrase that – most of us believe in a future Europe that upholds the fundamental value of solidarity on issues like migration, and in a Europe that strives to guarantee the safety and security of its citizens. We believe in creating better conditions for growth, jobs and higher living standards through the Union's single market. Current indicators show that we have, once again, started to register successes. We believe that the Union should be should be robustly positioned to shape and manage better globalisation, not merely react to it. A strong Europe is needed to bring about the right balance in a world order which is shifting.

We believe in a Europe that fights for a healthy environment, yet Europe will only be viable if it is socially responsible, equitable and just, and if it is significantly moulded from the bottom up, not from the top down. Make no mistake: Europe will only be credible if it delivers on its decisions. In Rome, Member States will reaffirm our commitment to a united Europe, but the declaration is not an end in itself: far from it. Any progress registered on the future of Europe must be followed up and translated into action. A coordinated action by the institutions is absolutely vital. Having spent almost nine years myself in this institution, I know how crucial and meaningful Parliament's continuous role and participation is in this defining moment for the future shaping of the European project.

Colleagues, we need to draw on this momentum and galvanise and energise our forces to forge a stronger, better Union. We have a fragile balancing act to perform: a balance between flexibility, which is not so loose as to threaten the meaning of a real Union, and intransigent rigidity which would undermine the whole process of the European project. We believe that success belongs to those who can harness positive forces that unite rather than divide. We believe in a better Europe, our young people believe in a better Europe, and we believe that the Union has what it takes to move forward.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke an Ministerpräsident Gentiloni, dass er sich Zeit nimmt, vor den Rom-Feierlichkeiten ins Europäische Parlament zu kommen und zuzuhören. Das ist ein sehr gutes Zeichen der Partnerschaft. Zunächst möchte ich aber Donald Tusk zur Wiederwahl gratulieren. Zweieinhalb Jahre exzellente Arbeit liegen hinter Ihnen. Es war eine Zeit des Zusammenführens und nicht des Spaltens. Es war eine Zeit, in der Sie versucht haben, Handlungsfähigkeit zu zeigen und nicht Blockade zu akzeptieren. Es waren starke zwei Jahre in Ihrer Präsidentschaft. Deswegen freuen wir uns über die Wiederwahl. Herzliche Gratulation dazu!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde nicht die erste Stunde der Ratssitzung vom Donnerstag kommentieren, weil sonst vielleicht in manchen polnischen Medien gleich wieder gesagt wird, jetzt würde der Deutsche sprechen hier am Rednerpult. Deswegen möchte ich der Propaganda in Polen kein Geschenk machen. Ich glaube, die Entwicklung richtet sich selbst. Und ich möchte mich bei den Sozialisten bedanken, weil Präsident Hollande im Europäischen Rat zum Ausdruck gebracht hat, dass er die Arbeit von Donald Tusk schätzt, dass auch Muscat als Ratspräsident das Management der Donnerstagssitzung sehr, sehr gut gemacht hat. Die Sozialisten im Europäischen Rat haben gezeigt, dass jetzt nicht die Zeit ist, Parteipolitik zu praktizieren, sondern jetzt ist die Zeit, dass wir zusammenstehen und gemeinsam die europäische Idee verteidigen. Danke dafür!

Heute geht es um den Rat, aber natürlich vor allem um *Future of Europe*, die Rom-Erklärung. Für uns als EVP-Fraktion geht es zunächst um die Frage der Kompetenzen. Ja, die Ideen, die Jean-Claude Juncker vorgelegt hat, sind gut. Die Offenheit der Debatte ist gut, wir sind balanciert und auch ein Stück weit pragmatisch. Wir sehen in einigen Bereichen neue Aufgabenfelder – Verteidigung und Außenpolitik –, aber es gibt viele Fälle, wo wir als EVP-Fraktion auch sagen: Da muss sich Europa stärker zurücknehmen. Da hat Jean-Claude Juncker in den Detailregelungen schon viel geleistet, dass wir als europäische Ebene uns zurücknehmen, den Nationalstaaten wieder mehr zutrauen.

Die Balance zu finden, ist eine wichtige Aufgabe. Aber ehrlich gesagt, glaube ich, dass das nicht unbedingt die zentralste Debatte ist – es ist eine wichtige Debatte, aber nicht unbedingt die wichtigste. Denn viel wichtiger ist, wie es uns gelingt, dass die Menschen in Europa endlich die europäische Ebene – Straßburg, Brüssel – als normale politische Ebene wahrnehmen und nicht als externe Kraft, die ihnen etwas vorgibt, unter dem sie zu leiden haben, das sie zu vollziehen haben und kein Gefühl haben, das umzusetzen.

Was ist dafür notwendig? Das Erste, was dafür notwendig ist: Wir müssen Verantwortung übernehmen. Ich mache das an meinem eigenen Land fest: Die deutsche Bundesregierung hat in den letzten Jahren bei 148 Legislativentscheidungen im Europäischen Rat 140 Mal zugestimmt – bei 148 Entscheidungen 140 Mal zugestimmt. Aber ich erlebe selten einen deutschen Minister, der zu Hause in Berlin dann auch erklärt, warum er hier zustimmt. Das gilt auch für Italien, das gilt für die Tschechische Republik, das gilt für Frankreich. Deswegen: Verantwortung übernehmen! Wenn wir in Europa etwas entscheiden, erklären Sie das bitte zu Hause auch den Leuten.

Das Zweite: Wir müssen Europa Erfolge gönnen, nicht bloß hier im Europäischen Parlament, wenn wir teilweise Sonntagsreden halten – seien wir doch ehrlich, was wir hier manchmal hören. Wir müssen zu Hause über das reden, was wir erreicht haben. Selbst die Rechtsextremen, die Rechtspopulisten, die wir im Haus haben, müssen doch sehen, dass beispielsweise Kroatien und Slowenien in den letzten Jahren und Jahrzehnten seit der Wende ökonomisch eine viel bessere Entwicklung gemacht haben als Mazedonien oder Bosnien und Herzegowina, das auch ehemaliges jugoslawisches Gebiet war. Es ist doch für jedermann offensichtlich, dass die Teile, die Mitglied der Europäischen Union sind, heute ökonomisch viel besser dastehen als die, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind. Polen / Ukraine – das ist doch offensichtlich. Deswegen sollten wir Europa auch diese Erfolge gönnen, die wir gemeinsam haben, und sie den Menschen auch im Alltag erklären und sie nicht nur national verbuchen, was leider Gottes heute der Fall ist.

Wir müssen natürlich auch überlegen, wie Europa durchsetzungsfähiger wird, wie Europa die Menschen im Alltag erreicht. Das heißt, wir brauchen auch eine Debatte über die exekutive Kraft Europas. Seitdem an der griechischen Grenze nicht nur griechische Beamte stehen, sondern Frontex-Beamte mit dem Europasymbol, gibt es viele Menschen in Griechenland, die sich besser geschützt fühlen als in früheren Zeiten. Das ist gut so, dass Europa dort eigenständig präsent ist.

Zu guter Letzt möchte ich ansprechen, dass Europa auch über Grenzen reden muss. Wir diskutieren zurzeit den westlichen Balkan. Da steht meine Fraktion voll hinter einer EU-Beitrittsperspektive für diese Staaten. Sie gehören zu Europa, das steht außer Frage. Aber wir diskutieren auch die Türkei. Ich bedanke mich, dass unsere führenden Präsidenten die Solidarität mit den Niederlanden zum Ausdruck gebracht haben. Die Niederlande haben Rückendeckung von uns allen verdient, sie verdienen die Unterstützung. Aber wir müssen in Bezug auf die Türkeifrage jetzt schon mal klären, wie es denn langfristig weitergeht. Jeder sieht doch, dass sich die Türkei von Europa entfernt, ob es uns passt oder nicht. Und deswegen müssen wir die Frage, ob eine Vollmitgliedschaft realistisch ist, nach dem Abschluss des Referendums auf den Tisch legen. Meine Fraktion will, dass wir eine enge Partnerschaft aufbauen – in Wirtschaftsbereichen, bei Visa, beim Studentenaustausch –, aber wir müssen ehrlich sein, dass eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union auf absehbare Zeit keine realistische Position ist. Und das sollten wir den europäischen Bürgern auch ehrlich sagen.

Es geht, wie gesagt, um mehr als nur um die Frage der Kompetenzeinteilung zwischen europäischer Ebene und der nationalen Ebene. Es geht vielmehr um Emotionen, um das Übernehmen von Verantwortung, um ehrlich sein. Und da wünschen wir uns von Rom einen Aufbruch. Herr Premierminister, wir wünschen Ihnen alles Gute dabei!

(Beifall)

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, auguri al Presidente Tusk. Ringrazio il presidente Juncker, il Primo ministro Gentiloni e il vice Primo ministro Grech per gli importanti discorsi che hanno fatto. Ringrazio, in particolare, il Primo ministro Gentiloni per il riconoscimento forte che ha fatto del ruolo essenziale del Parlamento europeo.

Traggo dalle vostre parole l'urgenza di un'azione forte per rilanciare il progetto europeo e noi socialisti ci siamo. Se c'è una cosa che non possiamo permetterci a Roma è di parlare a vuoto o di usare retorica o slogan. Presidente Tajani, lei sa di contare sulla fiducia del nostro gruppo: ma se la dichiarazione finale di Roma dovesse essere troppo debole, dovesse non contenere riferimenti significativi all'Europa sociale e alla *governance* dell'eurozona, noi le chiederemo di non firmarlo. Ci sarebbe piaciuto che tutto il Parlamento fosse più coinvolto nell'elaborazione di questa dichiarazione, attraverso una risoluzione ad hoc, anche se è vero che ci sono state tre importanti relazioni e risoluzioni nelle quali noi ci riconosciamo.

Noi socialisti non ci rassegniamo allo *status quo*. I populisti sono forti, non solo quando noi non sappiamo spiegare i nostri successi; sono forti anche quando noi appariamo deboli o rassegnati. Uniti e coraggiosi possiamo sconfiggerli. La parola magica di questi giorni – è stata rievocata anche oggi – è «velocità». Ma l'Europa a più velocità non è la panacea di tutti i mali: è un metodo, non è la sostanza, né la strategia. Gentiloni ha detto le cose sagge oggi. Riconosco che questo metodo nel passato è servito all'Europa perché è inammissibile che uno Stato membro metta il veto se altri vogliono andare avanti: ma sarebbe tuttavia un errore concentrarci unicamente sulla velocità.

Il problema dell'Europa oggi non è una, due, tre, quattro velocità, ma la direzione di marcia, la sostanza; mettiamoci d'accordo sulla direzione: dove vogliamo andare? Qual è l'approdo? E io mi auguro che in questa direzione marcano tutti gli Stati membri e tutte le famiglie politiche europeiste e, se qualcuno non ci sta, è sua responsabilità chiamarsi fuori e non può impedire agli altri di andare avanti. Se la direzione è l'austerità, per esempio, andiamo a sbattere. Ecco perché il problema è il contenuto, è sostanza e non il metodo. Prima viene la sostanza poi il metodo.

A Roma abbiamo tre grandi sfide da affrontare. La prima riguarda l'unità dell'Europa: la nostra coesione sociale e territoriale. Abbiamo bisogno di standard sociali comuni, di migliori condizioni di vita. Questo vuol dire un forte pilastro sociale, una strategia di investimento europea che crei lavoro attraverso la transizione energetica, l'economia circolare, la connettività digitale per tutti. E a chi chiede dove troveremo le risorse per fare queste cose, io rispondo che ogni anno l'evasione fiscale ruba ai cittadini europei miliardi di euro. Lì ci sono le risorse, dobbiamo restituirle ai nostri cittadini.

La seconda grande priorità riguarda la difesa collettiva e la frontiera estere. È impossibile avere un mercato privo di frontiere interne senza condividere la responsabilità nella gestione delle frontiere esterne e senza avere un sistema europeo di asilo.

La terza priorità riguarda la proiezione dell'Europa nel mondo: mentre Trump isola l'America e minaccia l'ordine internazionale, mentre paesi importanti – l'avete detto voi e concordo pienamente con la reazione del presidente Juncker – mentre la Turchia si sta spingendo verso una dimensione illiberale, autoritaria e personale del potere, l'Europa deve essere il punto di riferimento per chi crede nella democrazia e nei diritti umani.

Gentile Presidente, il sogno che sessant'anni fa animava i costituenti ha conosciuto fasi alterne: picchi di entusiasmo e periodi di stagnazione o di declino. Può apparire strano ma più l'Unione europea è minacciata, più io credo nell'Europa; più i tempi diventano scuri, più capisco il senso e la necessità dell'integrazione europea.

E ho capito che soltanto se crediamo davvero in quel progetto possiamo cambiarlo e salvarlo. Le mezze frasi, i compromessi sulle parole, le timidezze e le ambiguità non servono più: a Roma ognuno scelga liberamente il campo dove si colloca e poi andiamo avanti per cambiare l'Europa e salvare il progetto europeo.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, presidenti Tusk, Juncker, Gentiloni, i politici si dividono, di regola, in due categorie di fondo, quelle che vengono alla luce in particolare in una circostanza e cioè quando le loro ricette sono smentite dalla realtà.

Qui scatta la differenza: ci sono i politici guidati dalla ragionevolezza, che sanno riconoscere con umiltà i loro errori e cercano di modificare le loro ricette; e poi ci sono i politici ossessionati dall'ideologia, che pensano invece di potersi tenere le ricette e cambiare la realtà.

Qui, purtroppo, si rischia di appartenere alla seconda categoria. La barca affonda e ci si occupa della velocità di crociera. E se qualcuno indica l'iceberg che si avvicina gli viene detto di stare zitto, perché non è esperto o non è europeista. Se in tutta Europa avanza un'ondata di rigetto, bisognerebbe farsi qualche domanda sulle ragioni di questo fenomeno. Colpevolizzare gli elettori non è mai saggio: piuttosto interrogarsi sull'inefficienza dell'Unione europea potrebbe essere più opportuno.

L'attuale Unione europea ha mostrato di non saper fronteggiare né emergenze di media gravità, come il caso della Grecia, né emergenze di massima gravità, come il caso dell'immigrazione, né l'ordinaria sfida dall'uscita dalla crisi economica e del ritorno ad una crescita sostenuta e forte.

Ma l'Unione è andata oltre: è diventata troppo centralizzata e troppo distante dai cittadini. La spinta verso un'Unione più vicina non è una speranza affinché i cittadini lavorino insieme; è diventata un dogma per giustificare la creazione di uno Stato centralizzato con sempre meno rispetto per i diritti dei suoi Stati membri. Ma la causa, l'origine, sono sempre le politiche sbagliate che purtroppo si continuano a difendere.

Per queste ragioni noi, in occasione del sessantesimo anniversario della firma dei Trattati, richiamiamo alcune scelte chiare: la prima, promuovere un nuovo processo di vera rinegoziazione, che investa tutte le regole e i trattati europei esistenti e che riguardi tutti gli Stati membri dell'Unione europea; a escludere ulteriori cessioni di sovranità a favore degli attuali istituzioni dell'Unione europea, a maggior ragione in assenza di garanzie democratiche e di pieno controllo da parte dei cittadini; a dire no alla prospettiva di un ministro delle Finanze unico europeo. Oggi l'Europa non ha bisogno di una gabbia finale ma, al contrario, di competizione tra modelli e sistemi diversi, in modo che i Paesi e i territori capaci di tagliare tasse, spesa e debito pubblico, e quindi di favorire la crescita, siano da esempio e da stimolo per gli altri; promuovere un meccanismo di rafforzamento dei parlamenti nazionali che consenta di agire congiuntamente per mettere in discussione e proporre politiche dell'Unione.

La speranza europea e il grande sogno dei fondatori non si salveranno proseguendo sulla strada sbagliata di questi anni, percorsa a maggiore o minore velocità. Si può andare più o meno velocemente ma purtroppo la direzione resta errata. Occorre invece una svolta nel senso della flessibilità, di regole più aperte e trasparenti, di geometrie istituzionali adeguate a riconoscere le diversità anziché volte ad imporre una forzata e innaturale omogeneità. Sono queste le nostre proposte cheosterremo con forza.

La scelta è chiara: da una parte una celebrazione debole e retorica; dall'altra una celebrazione forte e credibile. Questa seconda opzione noi laosterremo perché su questa si potrà giocare un vero futuro per l'Europa e per i nostri figli.

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, first of all I would like to congratulate Mr Tusk on his reappointment. Fortunately a right of veto no longer exists on the matter of the nomination of the President of the European Council. President Tusk, I would like to thank you very much for your strong condemnation of the provocation by President Erdoğan towards our Dutch friends. It is quite cynical that the man who wants to install an authoritarian system in Turkey is at the same time pointing the finger and using the term 'fascism' in relation to a number of countries in the European Union. It is quite cynical. It is also quite cynical that he has asked for freedom of speech for his ministers in our countries, while in the meantime there are European journalists in prison in Turkey. We have to make the case that a German journalist from *Die Welt* newspaper, Deniz Yücel, is still in prison, and I think the first thing that we have to do with all the European leaders is to call again for his release as soon as possible before President Erdoğan can ask to have freedom of speech in another country.

I think we have to be realistic and I am in full agreement with what Manfred Weber has said. It is good that we are condemning everything that is happening in Turkey, but at a certain point, Mr President of the Commission, Mr President of the Council, let us be honest, let us freeze the accession negotiations now. That is the only serious action that we can take to condemn what Mr Erdoğan is doing at the moment. That is the only serious way to do it. When he comes back to reason – I don't know when – then we can return to the negotiation table, but to negotiate at the moment with somebody who is using that language towards our democratic societies in Europe is unacceptable.

I would like to thank Mr Gentiloni for being here as President of the Italian Council of Ministers. I will be in Rome on 25 March, but not in the beautiful Palazzo dei Conservatori at Campidoglio. I will be in another beautiful place in Rome, the Piazza di Spagna, because with the European Movement, with my friend Elmar Brok, with Jo Leinen of the European Federalists, with the Spinelli Group, and with the Stand Up for Europe movement, we will be gathering there, in the Piazza di Spagna, which is perhaps as beautiful as Campidoglio, because we want to recall, not the Europe we have got and that we had in the past, but in fact we want to prepare the Europe we will need in the future.

The question about what kind of Europe we will need in the future has been there for weeks, months, and I should say, already for years. Do we need more Europe or do we need less Europe? Do we need more or less? I think it is a stupid question. In some cases and in some fields we need less Europe. We need less bureaucracy, we need less regulation, for example in our internal market. Maybe we will need less Commissioners in the future and a small European government. We need no regulation on toilet bowls, vacuum cleaners, bananas or cucumbers. There we need less Europe.

But at the same time we are all aware of the fact that we need more Europe on a number of other issues. We need a European border and coast guard to manage our borders and not to outsource this task to Erdoğan. For example, we need a European government for our single currency and a Minister of Finance and a Treasury, because a state can maybe exist without a currency, but a currency cannot exist without a state. That is the reality that we have to see. I think we need a European investigation and an intelligence capacity to fight against terrorism, not only depending on coordination between national authorities, and finally I think we also need a European defence community and a European army to stabilise our neighbourhood and to be capable of doing something in our neighbourhood. So the question is not whether we need less or we need more. We need less in some fields and we certainly need more in other fields.

I hope that in Rome we will not produce hot air again because, let us be honest, Mr Tusk, we have had Valletta, we have had Bratislava, and now we are going to Rome. It is now time to start a process. We are not going to rewrite the Treaties in Rome 60 years later. That is not possible, but what we could do is start a process, finally, and not just make declarations, like the new declaration we are now preparing. My proposal – the proposal of the European Parliament – is to start an interinstitutional exercise with the three institutions together based on what we did with Mario Monti's report, where we created a new blueprint for the future budget of the European Union. We did this together – the Council, the Commission and the European Parliament – and my request to you, Mr Tusk, is that, together with Prime Minister Gentiloni, you launch such a process in Rome. We are not going to wait for the outcome of all these elections in 2017 because there are going to be new elections in 2018 and 2019 in other countries. So, if you can do something, it is to launch that process. We know that Rome was the first republic, we know it was the first empire, we know it was the birthplace, with Florence, of the Renaissance, and we know it was the start of the European Union. Well, I hope that on the 25th it can also be city of the rebirth of the European Union.

(Applause)

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Herren Präsidenten aller EU-Institutionen, die sich heute hier versammelt haben! Als Erstes muss ich mal feststellen: Der Zustand der Europäischen Union spiegelt sich auch darin wider, dass unter Ihnen keine einzige Frau ist. Vielleicht sollten wir darüber auch nochmal nachdenken. Auch das könnte ein entsprechender Ansatz für die Frage sein: Wie soll sich die Europäische Union eigentlich neu erfinden, damit sie wirklich die Wünsche, die Forderungen, die Hoffnungen und auch die Erwartungen in etwas widerspiegelt, was uns gemeinsam vereint, was uns zusammenschließt, was uns nicht wieder zurückfallen lässt in ein Europa, in einen Flickenteppich von Nationen?

Herr Präsident Tajani, Sie haben uns vorige Woche in der COP, in der Konferenz der Präsidenten, gebeten, Ihnen das Mandat zu erteilen, die Erklärung von Rom mitunterzeichnen zu können – zu einem Zeitpunkt, wo wir, bis auf einige wenige, weder etwas in der Hand hatten noch sagen konnten, ob diese Erklärung von Rom nun wirklich das Signal geben wird, das benötigt wird. Und ich habe bis jetzt meine Zweifel daran, dass diese Erklärung von Rom tatsächlich ein Aufbruchssignal geben wird. Denn dann müsste sie schon – und da möchte ich Herrn Juncker, dem ich ja ungern widerspreche, aber in dieser Frage immer wieder, sagen: Wir brauchen in dieser Erklärung ein Signal, das auf das soziale Europa hinweist. Ich verstehe, ja wenn Sie sagen: Wir brauchen Sofortmaßnahmen. Das unterstütze ich auch! Sofortmaßnahmen für ein soziales Europa – es liegen ja ganze Programme vor. Es liegen Kataloge von Maßnahmen vor. Das Parlament hat ja dankenswerterweise einen Bericht auch zur sozialen Säule verabschiedet und deutlich gemacht, was notwendig ist.

Aber was Sie beispielsweise machen könnten – und da wende ich mich an die Präsidenten, an alle, die hier versammelt sind: Werben Sie unter den Mitgliedstaaten! Geben Sie in Rom eine Erklärung ab, dass zum Beispiel die Europäische Union der erweiterten Europäischen Sozialcharta beitrifft. Das wäre doch etwas. Das wäre doch ein Signal, ein allererstes Signal. Und sagen Sie gleichzeitig: Wir arbeiten an einer sozialen Säule.

Ihre Erklärung, Ihr Versprechen, Herr Juncker, wird ja eine Halbwertszeit haben. Die endet im April. Ende April, wenn Sie den Vorschlag zur sozialen Säule unterbreiten werden. Sie sagen, bis November wollen wir zu einer Einigung kommen. Ja, ich hoffe es, weil keine Zeit zu verlieren ist, weil das da die Frage ist, die viele Menschen immer wieder stellen. Und gerade auch im Zusammenhang mit der Brexit-Diskussion wird das ja umso gravierender werden, wenn wir uns nicht auch selbst endlich mal die Frage stellen und die Ursache beantworten. Der Grund, warum ein Großteil von Arbeitslosen, von prekär Beschäftigten in Großbritannien, sich für den Brexit entschieden hat, war doch auch, dass sie das Gefühl hatten: Von der Europäischen Union bekommen sie nicht die Antworten, die sie brauchen, nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Deshalb möchte ich nochmal sagen: Es ist schön, wenn sich auf dem Gipfel 27 Staatschefs auf die Wahl von Herrn Tusk als Präsident des Europäischen Rates geeinigt haben.

Das hat ja deutlich gemacht: Es gibt Möglichkeiten, sich zu einigen, aber es reicht nicht aus, wenn sich die Staatschefs mal einig sind, wenn sie sich mal für einen kurzen Moment einig sind. Was wir brauchen, ist doch, dass die Bevölkerung, die Menschen, die in unseren Mitgliedsländern leben, einig sind. Und in dem Sinne habe ich immer das Gefühl: Bitte nicht so viel feiern zum 60. Jahrestag! Nehmen Sie den 60. Jahrestag als Anlass zu kämpfen, zu kämpfen für eine Europäische Union, in der wir uns alle wiederfinden, in der wir uns wohlfühlen, die wir verteidigen wollen, weil sich die Lebensbedingungen für alle – für alle Menschen innerhalb der Europäischen Union – verbessern werden.

Schauen Sie darauf, dass die Brexit-Diskussion nicht nachträglich dazu führt, dass die Rechte insbesondere auch von Menschen, die in Großbritannien leben, von EU-Bürgern in Großbritannien massiv verletzt werden. Sorgen Sie dafür, dass die Rechte von Menschen im Norden Irlands nicht verletzt werden, dass sie nicht abgeschnitten werden von der Republik Irland, dass wir dort keine neue Außengrenze bekommen. Lassen Sie uns dafür gemeinsam streiten, aber immer unter dem Aspekt, dass es um Rechte gehen muss, um einklagbare Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger, für alle Menschen, die auch in die Europäische Union kommen. Und bitte überdenken Sie auch nochmal die Dublin-Regelungen, die vorgesehen sind, weil das – insbesondere für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union an den Außengrenzen – Belastungen mit sich bringt, die so nicht zu bewältigen sind, die ihre Situation verschärfen wird. Lassen Sie uns darüber gemeinsam diskutieren. Lassen Sie uns das ändern. Lassen Sie uns die Europäische Union in eine soziale, demokratische Union ändern, die friedlich ist, dann haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur Tusk, vous êtes un homme chanceux, parce qu'en effet, Jarosław Kaczyński – votre ennemi juré – voulait à ce point votre tête qu'il a réussi à faire l'unité des 27 autres chefs d'État et de gouvernement, dont aucun – je dis bien aucun – ne voulait lui faire ce cadeau. Vous voilà donc reconduit dans vos fonctions.

Cependant, je dois dire que votre premier mandat ne nous a pas impressionnés, parce qu'on se demande, face à la crise sans précédent à laquelle fait face l'Union européenne, si vous êtes l'homme de la situation, si vous avez le *leadership* et la vision qui permettront de sortir l'Europe de l'ornière.

Pour en juger, je me réfère à la lettre que vous aviez écrite aux chefs d'État et de gouvernement avant le sommet de Bratislava, le 13 septembre dernier. Vous semblez prendre la mesure du désamour de nombreux Européens à l'égard de la construction européenne, des citoyens qui – pour vous citer – veulent savoir si les élites politiques sont capables de reprendre la maîtrise d'événements et de processus qui les dépassent, les désorientent et, parfois, les terrifient.

Comme premier défi, vous citez le défi des migrations et vous avez raison. Il y a de quoi s'inquiéter quand on voit que les causes des migrations – que ce soient les tyrannies, les guerres, l'épuisement des ressources ou le changement climatique – ne sont pas près de disparaître. Et votre réponse, c'est l'Europe forteresse, ou comment maintenir à distance et refouler celles et ceux qui fuient l'enfer. En plus de cela, dans votre lettre, vous qualifiez ceux qui s'opposent à ce concept d'Europe forteresse de «politiquement corrects».

Est-ce politiquement correct, Monsieur Tusk, de considérer qu'il n'est pas normal que la Turquie, qui est six fois moins peuplée que l'Union européenne, vingt fois moins riche que l'Union européenne, accueille deux fois plus de réfugiés que l'Union européenne? Est-il politiquement correct de dénoncer l'emprisonnement de demandeurs d'asile par la Hongrie de votre ami Orbán, sans que l'Europe ne dise quoi que ce soit et ce, au mépris du droit international? Est-ce politiquement correct de refuser que 2017 voit une fois encore plus de gens mourir en Méditerranée après le record de 2016? Où êtes-vous Monsieur Tusk, lorsqu'il faut rappeler les États membres à leur responsabilité humanitaire et au respect du droit?

Le deuxième défi que vous relevez est celui du terrorisme et, à nouveau, vous avez raison. Je trouve que ce que vous dites est très juste. Quand vous dites «les États membres doivent beaucoup plus coopérer, notamment dans la collecte et dans l'exploitation du renseignement», vous avez raison. Mais vous ne pouvez pas ignorer qu'un certain nombre de pays voient dans la mise sous surveillance généralisée de nos concitoyens la seule et unique réponse au terrorisme.

Vous savez qu'en démocratie, il y a au moins deux principes de base. Le premier est la séparation des pouvoirs. C'est le fait, notamment, que le pouvoir judiciaire doit pouvoir contrôler l'exécutif. Le deuxième principe de base est la proportionnalité entre les restrictions appliquées à la liberté des gens et l'objectif poursuivi. Or, ces deux principes sont de plus en plus battus en brèche dans un certain nombre de nos États membres, et je vais citer cette fois-ci la France et la Belgique, pour ne pas toujours citer les mêmes. Où êtes-vous, Monsieur Tusk, pour dénoncer ces dérives dans les États membres?

Le troisième défi que vous relevez est celui de la mondialisation et, à nouveau, vous avez raison, mais je ne vous comprends plus. Votre discours est incompréhensible, parce que, de nouveau – pour vous citer –, vous réaffirmez que le libre-échange et la concurrence servent les intérêts des Européens. Quand ce libre-échange et cette concurrence affaiblissent les services publics et nos systèmes de sécurité sociale, quand ils nivellent les salaires et les conditions de travail par le bas, lorsqu'ils anéantissent la justice fiscale, dites-moi dans l'intérêt de quels Européens cette mondialisation néolibérale fonctionne. Je vous le dis, les seuls Européens à profiter de cela, ce sont les détenteurs de capitaux. Les autres paient la facture. Où êtes-vous, Monsieur Tusk, quand, au lieu d'encourager cette logique insensée, vous devriez rappeler aux chefs d'État et de gouvernement que l'ambition de l'Union européenne, c'est une prospérité partagée?

La semaine prochaine, vous serez à Rome pour fêter le 60e anniversaire du traité. Cette rencontre pourra légitimement être celle de la célébration de 70 ans de paix sur ce continent, si l'on excepte l'ex-Yougoslavie. Je crois que c'est quelque chose à rappeler et c'est un succès. Mes grands-parents ont connu deux guerres mondiales, et j'ai la chance de ne pas avoir connu ces déchirements.

Mais si vous voulez que cette rencontre soit le nouveau point de départ d'un enthousiasme européen, la réunion de Rome doit être celle où un changement de cap sera impulsé. Nous avons besoin d'une Europe plus juste, qui fixe des minima sociaux dans tous les États membres et qui organise, non pas la concurrence fiscale et sociale, mais la convergence fiscale et sociale vers le haut. Nous avons besoin d'une Europe qui mette la transition énergétique au cœur de son investissement. Pourquoi? Bien sûr, c'est un impératif climatique, tout le monde le sait, mais on sait aussi que cela répond à des besoins sociaux, à la pauvreté énergétique, à des besoins sanitaires. De plus en plus de gens sont malades sur notre continent en raison des énergies fossiles. Cela répond à l'impératif économique, parce que chaque année, nous payons des centaines de milliards d'euros en dehors de l'Europe pour acheter des choses que nous brûlons, des carburants fossiles. C'est, enfin, un impératif stratégique, car à qui payons-nous ces carburants fossiles? D'abord et avant tout à Vladimir Poutine, qui est notre fournisseur à hauteur d'un tiers. Nous avons enfin besoin d'une Europe qui sache orienter la mondialisation vers une convergence sociale, fiscale, environnementale et démocratique vers le haut.

Monsieur Tusk, je vous pose une seule question: serez-vous l'homme de cette situation? Serez-vous l'homme qui relèvera ces défis?

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Gentiloni, mi fa un certo effetto constatare che la stella polare dell'Europa è oggi il Primo ministro dell'ennesimo Governo italiano che non scaturisce dalla consultazione elettorale dei cittadini.

La crisi di legittimità che ha investito l'Italia negli ultimi anni riguarda l'Europa tutta e lo abbiamo visto con la Brexit; crisi che avete causato voi, gli stessi che la settimana scorsa, al vertice, hanno parlato di priorità per la nuova Europa e che adesso si spaventano per l'avanzata dei populismi.

Si parla di riforme strutturali ma la realtà è che sono marchingegni per assoggettare i Paesi europei ai diktat di chi non ha la più pallida idea di cosa significhi sopravvivere alla crisi. Si parla di riforme per modernizzare le economie europee: ma in realtà ci sono Stati membri che fanno la parte da leone e Stati che sono le loro prede. Si è pronti a sferzare ogni Stato che cerca di respirare nella morsa soffocante del *fiscal compact*, ma non si muove un dito se le multinazionali eludono il fisco all'interno della stessa Europa.

E sul versante sociale? Con l'*austerità* abbiamo lasciato i nostri cittadini senza lavoro, i malati senza farmaci, i poveri senza assistenza sociale. Per l'occupazione quale sarà la ricetta? Replicherete le formule precarie e prive di tutela che sono state utilizzate in Italia con il *jobs act*? Che fine hanno fatto le intenzioni della Commissione sul reddito di cittadinanza europeo?

Ma parliamo anche di immigrazione. Non è più possibile che uno o due Paesi diventino il campo profughi d'Europa ma è doveroso che ognuno si assuma la propria responsabilità. Voi dite che è necessario prevenire il fenomeno degli sbarchi: bene, che vuol dire? Che smetteremo una buona volta di partecipare alle guerre che provocano l'impennata dei flussi migratori?

Che tipo di sviluppo economico avete in mente, poi? Con quale impatto sull'ambiente, sulla salute e sul clima? Con quali strumenti intende raggiungerlo? Con il FEIS? Il piano che strizza l'occhio alle banche, con prodotti di ingegneria finanziaria che creeranno un'ennesima bolla speculativa, che ha finanziato progetti legati alle fonti fossili e finanzia industrie come l'Ilva che causano morte?

La verità è che l'Europa a due velocità già esiste, Presidente: l'abbiamo sotto gli occhi in Grecia e in Portogallo. C'è l'Europa delle banche, delle multinazionali, delle lobby, e l'Europa dei cittadini, di chi ha perso il lavoro e di chi non ha diritti. A Roma noi proporremo ai cittadini il «libro a cinque stelle», l'ultimo tentativo per realizzare una casa che sia l'Europa dei cittadini.

Voi darete risposte alla gente là fuori, ai loro problemi e ai loro bisogni? Smettetela di costruire fortezze blindate, simili a prigioni, perché altrimenti o ci troveremo a dover fronteggiare spettri del passato o finiremo travolti dalle macerie degli errori finora commessi.

Matteo Salvini, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlo a chi è fuori da questo palazzo, a chi è in Aula, a chi ci segue da casa, non a chi governa questa Unione europea perché è complice, ipocrita, falso, incapace o ingenuo.

Biascicate delle minacce del leader turco Erdogan: in questo momento gli stiamo dando dieci miliardi e mezzo di EUR. Se avete un minimo di orgoglio e di dignità, sospendete il pagamento di questi miliardi di EUR al regime turco. Non è possibile finanziare gente che viene a darci lezioni di democrazia in Europa, che dice che ci sono interi Paesi in mano ai fascisti e ai razzisti. Ma vi sembra normale? Fra un caffè e l'altro, fra un aperitivo e l'altro, potete sospendere questo fiume di denaro pubblico che dalle tasche degli italiani e degli europei va a finanziare il regime turco sì o no?

Se vi avanza tempo sospendete anche i negoziati per l'adesione, che non avrebbero mai dovuto cominciare, perché la Turchia non è, non sarà e non sarà mai Europa, a meno che a qualcuno non convenga fare *business* da quelle parti.

Sull'immigrazione non riuscite a combinare niente: record di morti, record di sbarchi.

L'euro è una moneta disastrosa: in quindici anni ha portato in Italia quattro milioni di poveri, il record di disoccupazione e un debito pubblico che è aumentato di 800 miliardi di EUR. Qualcuno vaneggia di togliere i dazi che proteggono le merci italiane ed europee dalla concorrenza sleale cinese: o siete pagati da altri o siete matti! Avete rinnovato le sanzioni economiche contro la Russia, l'unica che ha avuto il coraggio di andare a mettere il piede in Siria per combattere il terrorismo islamico. Se dovessimo aspettare i governi europei o la Commissione europea per combattere l'Isis, ce li avremmo qua seduti oggi, col *burqa* e con il mitra, a darci lezioni di democrazia. Ma a voi evidentemente va bene così.

Per quanto riguarda l'agricoltura, non una parola, non una parola! State inondando il mercato e le tavole europee e gli stomaci dei bambini europei, di olio tunisino, arance marocchine, pomodori che arrivano da chissà dove, fusti che arrivano dalla Cina senza nessun tipo di controllo, riso dalla Cambogia, latte in polvere dall'Ucraina. Io pretendo che vengano difesi il cibo, il mare e la terra che il buon Dio ha lasciato ai popoli europei prima che arrivasse questa Commissione che sta devastando tutto.

In questo momento ci sono migliaia di lavoratori italiani in piazza a Roma contro la direttiva Bolkestein, una delle direttive che aiuta le multinazionali sulla pelle dei lavoratori, come la direttiva sulle banche, come le direttive sulla finanza e sul commercio. Voi siete la rovina del sogno europeo: dovrete aver vergogna ad andare a Roma la settimana prossima; dovrete chiudervi in casa e chiedere perdono, perché il sogno europeo che è il sogno mio, che è il sogno che voglio lasciare ai miei figli, è stato rovinato da gente come voi.

Voi avete il sogno dei banchieri, dei finanziari, dei lobbisti, dei massoni e delle multinazionali: togliete le mani da questa Europa e lasciatela dai cittadini europei. Buon grappino, Presidente Juncker!

Diane Dodds (NI). – Mr President, as the European Union reaches another important milestone with the 60th anniversary of the Treaty of Rome, I want also to acknowledge another significant event in the United Kingdom. This week in our national Parliament legislation was finalised, paving the way for Brexit negotiations. Those who wish to delay and distract have been defeated. I am happy to align myself with the remarks made by our Prime Minister in the House of Commons, acknowledging that the triggering of Article 50 will be a defining moment for our nation as we work to forge a new relationship with Europe and embrace the challenges of a new role in the wider world.

As the European Union discusses its own future in Rome, it is clear that Brexit will be a reality. It is in the interests of all of us, in the United Kingdom and the rest of Europe, that we set aside our differences and work to make it a new and successful relationship, one of cooperation and partnership, in making our people more prosperous and secure.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich Herrn Tusk ganz herzlich zu seiner erneuten Benennung gratulieren. Lieber Herr Tusk, ich wünsche Ihnen bei Ihren Amtsgeschäften eine glückliche Hand!

Und dann möchte ich auch ganz herzlich danke schön sagen in Ihre Richtung und in Richtung unseres verehrten Herrn Kommissionspräsidenten für seine Aussagen zur Türkei. Ich glaube schon, dass unsere Bürger eine klare Stellungnahme zur Türkei erwarten. Ich kann nur sagen, ein Land wie die Türkei, das Deutschland Nazimethoden vorwirft, das die Holländer als Faschisten bezeichnet, das Hunderttausende von Polizisten, von Beamten, von Lehrern, von Wissenschaftlern, von Journalisten suspendiert oder inhaftiert, kann doch bitte kein Land in der Europäischen Union sein. Wir müssen uns da klar positionieren. Das Europäische Parlament hat schon vor einigen Monaten gefordert, dass hier die Verhandlungen eingefroren werden. Es ist vom Kollegen auch angesprochen worden: Wir müssen ganz klar auch nochmal darüber reden, ob wir nicht die Verhandlungen am Ende doch beenden. Da ist auch von uns ein Stück weit mehr Ehrlichkeit in der Debatte gefordert.

Ich komme zur Zukunft der Europäischen Union. Ich danke dem Kommissionspräsidenten für seine Vorlage, für das Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union. Wir sind jetzt am Zug und vor allen Dingen die Mitgliedstaaten. Und da würde ich auch Sie bitten, Herr Tusk, doch nochmal aufzuzeigen, wie denn die ersten Reaktionen aus den Hauptstädten waren. Sie hatten ja aufgeführt, dass man die politische Einheit wahren möchte. Gut, das ist jetzt für mich selbstverständlich. Da wäre es vielleicht sinnvoll, auch nochmal mehr Informationen von Ihnen zu bekommen.

Ich möchte keinen Superstaat Europa. Ich möchte kein Europa, das eine reine Wirtschaftsregion ist. Ich möchte ein Europa, das sich auf die Aufgaben konzentriert, die wir nur in Europa gemeinsam lösen können. Davon haben wir viele – Kollegen haben es angesprochen: gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, gemeinsame Lösung der Flüchtlingssituation, Kampf gegen den Terrorismus, Handelsverträge international abschließen, uns gemeinsam um Afrika kümmern – auch das ist ein wichtiges Anliegen. Darum müssen wir uns kümmern, aber ansonsten den Mitgliedstaaten auch den Freiraum lassen, politisch das Land so zu regieren und zu gestalten, wie das die Länder und die Regionen brauchen. Das ist meine Vorstellung von Europa.

Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen. Ich hoffe, wir haben am 25. März eine würdige Erinnerung an das, was viele engagierte Europäer über viele Jahrzehnte gemeinsam hier für die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder aufgebaut haben.

Presidente. – Sono iscritti a parlare moltissimi parlamentari, ragion per cui non potrò concedere domande «cartellino blu» durante l'odierna discussione.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, beyond scenarios the European Union needs a clear choice. The clear choice should be to do much better together on the relevant priorities. Therefore, I believe that the real debate to be developed is on whether – and how – we should deliver on these relevant priorities, first of all providing our citizens with better working and living conditions. All working people in Europe should count on a clear contract with fundamental rights and full access to social protection. This is a central piece of the social pillar which must be included in the Rome Declaration. We also need to make sure that more investment and better jobs will be delivered with stronger means. That is why the Rome Declaration must include a full reform of the eurozone with the banking union and the fiscal capacity. We need to make sure that Europe remains a central pillar of the multilateral system and for international cooperation, but we also need to make sure that the next trade agreements will enforce our social and environmental standards. Most of all, the Rome Declaration needs to assert, 60 years later, the European Union as a powerful, political, economic, social and cultural entity, but most of all a democratic entity. That is why we need to fully involve European citizens and the European Parliament in defining this Rome Declaration.

(Applause)

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Ich beziehe mich auf einen Satz im Kommuniqué, den auch Herr Tusk und Herr Kommissionspräsident Juncker angesprochen haben, dass die Arbeitslosigkeit in der Eurozone zwar schlimm sei, aber doch Besserungen eingetreten seien, denn die Arbeitslosigkeit sei im Jahre 2016 gegenüber 2009 niedriger. Das ist eine Versperrung der Wirklichkeit. Wenn man Deutschland aus den Zahlen herausrechnet, sieht es ganz anders aus. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist von 7,6 % auf 4,1 % zurückgegangen, und in der Eurozone ist sie von 2009 bis 2012 von 10,2 % auf 12,2 % angestiegen. Das ist die Realität. Und wenn wir uns vorstellen, wie die Projektionen der Europäischen Zentralbank für das Wachstum sind – 1,8 % dieses Jahr, 1,7 % nächstes Jahr, 1,6 % 2019 –, und wenn wir dann den autonomen Produktivitätsfortschritt herausrechnen, ändert sich nichts an der Arbeitslosigkeit in den notleidenden Südstaaten. Das ist die Realität.

Warum ist bei uns die Arbeitslosigkeit zurückgegangen? Ganz einfach: Der Außenhandelsüberschuss unseres Landes ist von 1 % auf 9 % angestiegen. Unser Euro ist unterbewertet, deswegen wird der Export subventioniert. In allen anderen Staaten, in den notleidenden Südstaaten ist der Euro überbewertet. Deswegen wird der Export beschnitten.

Politik – so höre ich immer, Herr Präsident, – beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Ich fordere das Haus und auch die Präsidenten auf, die Augen für die Wirklichkeit aufzumachen!

Nils Torvalds (ALDE). – Mr President, I will start with a very theoretical question. I think you can say in logical terms that if you are not able to solve the general problems then you are bound to bump into all the specific problems during the ride. I think this is what is going on in Europe at the moment. National law in Europe is usually structured in Kelsenian terms, meaning that when Hans Kelsen wrote about national law, he spoke about *Stufenordnung*: you have certain levels of law in every country. This level of law is actually then turned slightly upside down by the Treaty, because the Treaty follows a different logic, and this is the problem we are running into with every question and every discussion in this House.

We need to be able to find compromises between the Kelsenian structure and the structure of the Treaty, and this is the challenge we actually have in front of us. I was the shadow rapporteur of the Berès and Böge report, and I can say that this problem was the problem we ran into every single day. It is the problem you are running into every single day in the Commission and in the Council. We have a tendency, which is even worse, to push the real questions over to the neighbour's table and ask him to solve the problems, instead of dealing with it ourselves. We need to solve this problem in order to build a future Europe which functions and keeps itself together.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, war is a terrible thing, and my generation went to war over discrimination, inequality, lack of civil rights and the denial of human rights. The disastrous partition of Ireland divided people and communities, and there can be no going back to this. Hard or soft borders, the people living in border communities in Ireland will not stand for it, so frictionless or electronic borders do not reassure anyone. The damage that will be done to the peace process in Ireland is immeasurable. Any sort of border that will damage the Good Friday Agreement will tell people that the political process failed. My generation will do everything it can to make sure that the next generation never has to endure what we had to.

The EU has a political, legal, and moral duty to help us ensure that the next generation is not faced with hard borders or hardship. Therefore, the Council and the Commission, in their Brexit negotiations, must protect the people of Ireland – north, south, east and west – from this English Brexit madness.

Alyn Smith (Verts/ALE). – Mr President, I represent Scotland within this House, and the 60th anniversary of the Treaty of Rome is somewhat bittersweet from our perspective. It is right that we should celebrate our common values, solidarity, cooperation, multilateralism, the acknowledgement that any problem that we face is bigger than any one country, however big, however small. But it is also right that we should reflect on just how fragile those values and that progress truly are. Trust me: the ingredients of Brexit exist in every one of our European countries. We cannot be complacent.

I will also be in Rome next weekend, in my kilt, marching alongside you, working with you, to celebrate and defend our European values, because Scotland shares those European values – and those values must be defended. And Scotland faces the prospect of being removed from our family of nations, against our clearly-expressed democratic will. It is not fair, and if the EU is not a community of justice, law and democracy, what are we for?

You will be aware, of course, that this week the government of Scotland has put the question of independence back on the table. We do that out of complete frustration at the intransigence of the UK Government. President Tusk, when you say that the EU will not be intimidated by threats from the London Government, I assure you, neither will Scotland. We will not be intimidated. We will not be silent within this process. We are citizens, not subjects. We will not be passive bystanders. Independence is one of many possible futures. I believe solutions can be found. We will look to our friends and our allies.

Paul Nuttall (EFDD). – Mr President, I would like to start by agreeing with virtually every other President in this Chamber – everyone seems to be a President – on the issue of Turkey. Turkey, under Erdoğan, is moving towards a theocracy akin to the Middle East. It has nothing in common with the democracies of Europe and therefore Turkey should never ever be allowed to join the European Union. I am also going to agree, for the first time, with Ms Merkel, when she spoke about a two-speed Europe coming down the line. It is true, there is going to be a two-speed Europe. There is going to be Britain with Brexit in the fast lane and all you guys going in reverse.

I am going to speak quickly about the Treaty of Rome. Even though Britain was not an original signatory, it would be churlish of me not to accept that it was a noble and grand plan put together by men and women who had witnessed a Holocaust, who had witnessed Nazi occupation and the horrors of war. But they were men and women of their time, as it is a treaty of its time. Because to paraphrase the Scottish poet Robbie Burns, the best-laid plans of mice and men often go awry, and boy has this gone awry! Because what began as a noble economic plan has morphed into a political monster, egged on by successive Eurocrats, who are hungry for ever more power and determined to destroy the nation state.

What continues to amaze me is that you never learn. You talk about an existential crisis but you say what is needed is even more EU. You are fiddling whilst the Treaty of Rome burns. So what I will say is simply this: I urge caution when you are celebrating next week, because Brexit could trigger a floodgate whereby other countries leave that same Treaty you are celebrating next week.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir die aktuelle Entwicklung der Europäischen Union debattieren, und das im Lichte der Römischen Verträge, dann ist festzuhalten, dass es gut war, damals Frieden, Freiheit und Wohlstand auf Dauer absichern zu wollen. Nur, irgendwann einmal hat es begonnen, eine völlig falsche Entwicklung zu nehmen. Das war mit Maastricht, das war mit einem falschen Konzept des Euro, das war mit Lissabon und geht hin bis zu aktuellen Entwicklungen, wo man versucht, eine Bankenunion, eine Energieunion und immer mehr und immer mehr an Zentralismus zu etablieren. Es war die Zeit, als Banken, als multinationale Konzerne, als internationale Unternehmen hier begonnen haben, die Kontrolle über unseren Kontinent zulasten der Bürger Europas zu übernehmen.

Jetzt haben wir endlich verschiedene Konzeptvorschläge für die Zukunft. Einer davon ist es, so weiterzumachen wie bislang – mit Sicherheit ein falsches Konzept. Genauso wie es falsch ist, die Fehler der Vergangenheit jetzt noch mehr zu vertiefen. Wir haben die Konzepte eines Binnenmarktes, wir haben die Konzepte der verschiedenen Geschwindigkeiten und der Vertiefung von Zusammenarbeit in bestimmten Segmenten, dort, wo die Menschen es wollen und wo es auch mehrheitlich demokratisch getragen wird. Da erwarte ich mir, dass Sie schleunigst den Prozess beginnen, darüber zu debattieren. Da sind Sie säumig!

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, avant le traité de Rome, chacun le sait, il y a eu le traité de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, qui fait partie des trois traités constitutifs de l'Union européenne d'aujourd'hui. Le résultat dans mon pays est clair: il n'y a plus de charbon, il n'y a plus d'acier.

Puis, il y a eu les deux traités de Rome, le traité prévoyant la Communauté européenne de l'énergie atomique, dit «traité Euratom». Le résultat est clair aujourd'hui, il n'y a plus de coopération atomique puisque l'Allemagne a décidé de renoncer à l'énergie atomique. Ce traité est donc en pratique caduc.

Ensuite, il y a eu le fameux traité, le grand traité de Rome, le marché commun, le marché commun agricole notamment, qui devait garantir, moyennant une raisonnable protection sur tout le pourtour de l'Union, des prix supérieurs au marché et aux cours mondiaux pour nos agriculteurs. Le résultat est clair, dans mon pays, quatre exploitations sur cinq ont disparu et des agriculteurs se suicident tous les jours. Alors, en présence d'un tel échec, il faudrait évidemment réfléchir. M. Juncker a fait un effort de réflexion qui est intéressant, avec les cinq scénarios qu'il propose. Je pencherais personnellement pour le quatrième, c'est-à-dire faire moins de choses, faire des programmes précis, chiffrés, sur lesquels les citoyens puissent mettre un bilan coût/avantages. Malheureusement les scénarii de M. Juncker sont insérés dans un cadre de traités qui ne permettront pas, en réalité, véritablement cette évolution.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Nie zdziwię nikogo, gdy powiem, że ostatni szczyt Unii Europejskiej zostanie zapamiętany – z całym szacunkiem dla wszystkich konkluzji – przede wszystkim dlatego, że przedłożono mandat Donalda Tuska jako szefa Rady Europejskiej. Z tego powodu był też obserwowany z dużym zainteresowaniem w wielu krajach i powitano rozstrzygnięcie z wielką ulgą. Nie tylko dlatego, że Polak i że nastąpiło to w szczególnych, zupełnie szczególnych, okolicznościach, ale że wygrała stabilizacja, ciągłość, możliwość wykorzystania już zebranych doświadczeń w kierowaniu Radą Europejską, a to są wartości w dzisiejszej Unii Europejskiej pośród wielu niewiadomych, wielu znaków zapytania. Na jeden z tych znaków zapytania odpowiada dzisiaj Holandia.

Z przyjemnością komunikuję, że gdy wylądowałem w Polsce po szczycie w Brukseli, zobaczyłem naprawdę szczęśliwych Polaków, a niektóre objawy radości w mieście rodzinnym Tuska, w Gdańsku, przypominały te chwile, gdy Robert Lewandowski strzela gola dla reprezentacji Polski, bo strzela nie tylko i nie zawsze dla Bayernu Monachium. A co to znaczy? To znaczy, że Donald Tusk jako szef Rady Europejskiej ma poparcie nie tylko dwudziestu siedmiu krajów, ale znakomitej większości Polaków, co odzwierciedlają sondaże. Polska pozostaje normalnym krajem.

Jeśli chodzi o konkluzje Rady Europejskiej, to one oczywiście odzwierciedlają dzisiejsze wyzwania, ale wszyscy wiemy, że o przyszłości dalszej Unii Europejskiej rozstrzyga najbliższa przyszłość, czyli kalendarz wyborczy roku 2017, i będą to ważniejsze rozstrzygnięcia niż niektóre dokumenty Rady czy Komisji Europejskiej. Wybory krajowe, ale z Europą w tle; wspólna odpowiedzialność, by przekonać Europejczyków, że odpowiedź na lęki, na potrzebę bezpieczeństwa musi być europejska.

Victor Boştinaru (S&D). – Mr President, 60 years after the Treaty of Rome we have a European Union which is much larger, has made huge progress in integration, and has ensured peace, stability and growth on the European continent. Sixty years later, we must celebrate the incredible results we have managed to achieve, but we must know that there is still a lot of work to be done. Ambition must be our driving force. Vision is what we need today in our Member States, and at European Union level. We need to know that without vision and commitment, without unity and solidarity, we give space to those who try to divide us, to promote nationalism and to endanger the European project. Unity and solidarity must always come first. I said that ambition must be our driving force, and it is true that this may result in some wanting to do more in some fields, as, in fact, is already the case, but our solidarity and unity [must] never be jeopardised. Any form of enhanced cooperation must guarantee that openness and transparency remain open to others who want to join, without obstacles of any kind. The entry criteria must remain unchanged, with no moving targets for those Member States who want to join at a later stage. Only with this in mind can we ensure the successful future of our Union. I hope that in Rome we will choose unity over division, and this should be our major project over the next years.

Roberts Zīle (ECR). – Godātie prezidenti! Ja mēs domājam, ka ar šiem nākotnes scenārijiem esam atraduši jaunu spēku nākotnes Eiropas Savienības vīzijai un devuši pilsoņiem milzīgu pārliecību par nākotni un kaimiņiem bažas par to, ka nu gan Eiropas Savienība būs globāls spēlētājs Nr. 1, tad mēs, politiķi, kļūdāmies.

Iedomājamies Eiropas Komisijas vadītāja izvēlētā pamatscenārija “Daudzu ātrumu Eiropas” gadījumā – cik dažādu Eiropas Savienības kodolu var veidoties! Dibinātāja tēvi plus Spānija, Ziemeļvalstis un Baltija, iespējams — Balkānu valstis, Višegrada, bez šaubām. Un kas noteiks šo bloku veidošanos? Šo bloku veidošanos noteiks valstu ģeopolitiskās intereses, kas savukārt var sadalīt esošo Eiropas Savienību, pat viņas pamatakmeni: vienoto tirgu.

Par ātrumiem. Lielisks piemērs ir riteņbraukšana. Ja peletons vai visa grupa brauc kopā un strādā, mainoties vadībai, lai uzturētu tempu, tad tā noķers un apsteigs jebkuru atrāvušos mazo grupiņu. Taču, ja peletonu sarausta gabalos, tad rezultāts ir neskaidrs un ātrums kopumā ir daudz lēnāks.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, three remarks: first of all, loudly and clearly, President Tusk, I congratulate you on the reappointment, I need to underline that this was not a dictate of Berlin, you had and have a strong majority support in Centre and Eastern Europe among others. I think you are doing a very good job in mending the fences that we have in Europe.

Secondly, on Turkey: honestly I think the time has come to say we cannot pursue the negotiations – we should not be freezing them, we should stop the negotiations and come with a new partnership kind of agreement for Turkey. It will not fly immediately, but I think we have no other option, and I say that as a person that in 2004 was one of the very few Commissioners that supported opening the negotiations with Turkey.

Thirdly, on the scenarios. I think that we should exclude immediately three: Europe as it stands today; secondly, internal market that is disintegration; and thirdly, federation, because the time is not right. We have two scenarios, but we do not have to discuss them, we should put on the table the concrete political issues on which we are to have a coherent approach, and then we will see what will fly with eventually a complete unity with multi-speed.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siccome non mi sento di celebrare, posso dire solo quello che mi augurerei si facesse in questo anniversario. Mi piacerebbe che l'Unione riconoscesse gli errori fatti da quando è iniziata la crisi, che si desse assoluta priorità alla giustizia sociale e a un *new deal* di grandi dimensioni. Solo così convincerà i cittadini sempre più disgustati dalle nostre Istituzioni.

Mi piacerebbe che smettesse di chiamare «populisti» tutti coloro che, non ottenendo veri cambi di marcia, sentono disgusto e paura. Mi piacerebbe che l'Unione cominciasse a pensarsi come terra d'immigrazione e smettesse di scaricare sull'Africa questioni che noi non sappiamo risolvere se non con muri e carceri per i rifugiati.

Sembrerà un'utopia: ma non dimentichiamo che anche l'Unione era, in piena guerra, un'utopia di pochi.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident, sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich der Kommission einen Glückwunsch aussprechen für das vorgelegte Weißbuch. Das Weißbuch wird uns helfen, die Debatte über die Zukunft Europas voranzubringen. Es ist richtig, dass dort nicht ein Weg vorgegeben wurde, sondern ein Raum der Diskussion aufgemacht wurde. Mich würde freuen, wenn bei diesen Optionen die Rolle der Bürgerinnen und Bürger noch stärker in den Mittelpunkt käme. Wir sehen im Rahmen der Demonstrationen zu dem *Pulse of Europe*, in wie vielen Städten es europäische Begeisterung gibt und wie viele Menschen sich dieses Europa nicht kaputtreden und kaputtmachen lassen wollen. Deren Rolle in Europa, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, deren Mitentscheidung müssen wir stärken, und das gehört auch in diese Zukunftspläne. Davon hätte ich mir im Weißbuch etwas mehr gewünscht.

Ich habe noch eine konkrete Sache anzusprechen, die die weitere Vertiefung Europas angeht: Während wir hier über verschiedene Optionen reden, plant die deutsche Bundesregierung die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds rund um den ESM als sozusagen intergouvernementale Form der stärkeren Zusammenarbeit eines Teils der Länder. Das erklärte Ziel ist klar: Damit soll die Europäische Kommission, aber auch das Europäische Parlament bei den nächsten Schritten zur Vertiefung der Eurozone, die wir dringend brauchen, außen vor gelassen werden. Deshalb bitte ich Sie, Herr Juncker: Wenn Sie jetzt die weiteren Pläne zur Realisierung des Fünf-Präsidenten-Papiers vorlegen, dann gehen Sie bitte über dieses Fünf-Präsidenten-Papier hinaus und machen Sie einen eigenen Vorschlag für einen Europäischen Währungsfonds, der die europäische Demokratie schützt und nicht dem Intergouvernementalismus in Europa weiteren Raum lässt.

Rolandas Paksas (EFDD). – Pasisakymui turiu 60 sekundžių, po vieną sekundę kiekvieniams Romos sutarties metams. Taigi labai trumpai. Pone J.-C. Junckeri, pone D. Tuskai, tikrai ne viskas buvo blogai, jau vien tai įrodo, kad sulaukėme 60 metų jubiliejaus. Tiesa, jeigu nieko nekeisime, nesu tikras, ar sulauksime septyniadešimtmečio. Bet vis tikrai priimkit mano sveikinimus. Ir, jeigu galit, atsakykit Sąjungos piliečiams, manau, į pagrindinį ir svarbiausią šiandien klausimą: kaip atsitiko, kad prieš šešis dešimtmečius būrin stoję to laiko politikai sugebėjo išspręsti tikrai rimtas Europos valstybių problemas, o per pastaruosius keliolika metų sugebėta prikurti galybę problemų, naujų problemų, kurios pagimdė Europoje didžiulę socialinę atskirtį, terorizmą, ekonomines–demografines krizes, nedarbą ir dar daugelį, daugelį problemų?

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, do you actually ever feel like you are in a bit of a groundhog era – bit of a time warp – because every month I come in here, I certainly feel I do. Mr Juncker, you talk about Mrs Mogherini being a bit of a schizophrenic. I would agree, I think she is a schizophrenic because she is totally out of her depth.

On trade: you talk about talking to civil society and trade unions. Let us just read lobbyists into that. If you do a deal in the City of London, you do a deal in Wall Street, it actually takes weeks and months, and that is where you are failing, because you have put a former sociology lecturer in charge of trade. So therefore, that is why TTIP and the other big deals have not happened.

Mr Gentiloni, please do not delude the voters about peace in Europe: it was NATO that has kept peace in Europe and will continue to do so.

This week, my Group proposed a debate on surveillance, and it was only actually Mr Lamberts that mentioned it. We asked for the CIA hacking to be on the agenda, but you had political ideologies – you actually voted against us having that on the agenda. What is more important than keeping our citizens safe? You failed to do that, and that is why this place will fail.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, εν όψει των 60 χρόνων της Ευρωπαϊκής Ένωσης η σημερινή συζήτηση της ηγεσίας της, πέρα από μονότονες κοροϊδίες, ένα πράγμα σηματοδοτεί: Οι λαοί να περιμένουν και χειρότερα. Η Ένωση δεν είναι ούτε μπορεί να γίνει των λαών. Όποιος το ισχυρίζεται εξαπατά. Είναι του κεφαλαίου, με σύγκλιση στην εκμετάλλευση, τη φτώχεια, τη στρατιωτικοποίηση, την καταστολή, τους πολέμους, την επαναχάραξη συνόρων, τους πρόσφυγες· αλλά και απόκλιση με αγιάτρευτη για το σύστημα ανισομετρία, εσωτερικούς ανταγωνισμούς, φυγόκεντρες τάσεις, αποδεικνύοντας ότι δεν είναι μόνιμος σχηματισμός.

Είτε με ενιαία εμβάθυνση είτε με πολλές ταχύτητες, με τα κράτη να τρέχουν προς τον στενό πυρήνα, επίκειται νέα αντιλαϊκή βαρβαρότητα. Στην Ελλάδα ο πρωθυπουργός της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ ετοιμάζοντας τέταρτο μνημόνιο καλεί σε νέες θυσίες, για να βρεθεί το ελληνικό κεφάλαιο και όχι ο λαός στην πρώτη ταχύτητα.

Η λαϊκή δυσσέσκεια να μην παγιδευτεί ούτε στη μια ότι στην άλλη αντιλαϊκή συνταγή. Να ανοίξει δρόμο ανάπτυξης υπέρ του λαού, αποτινάσσοντας τα δεσμά της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της καπιταλιστικής βαρβαρότητας.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur Tusk, permettez-moi tout d'abord, au nom de la délégation française du groupe PPE, de vous féliciter et de saluer votre élection à la tête du Conseil. Certains ont tenté de s'opposer à celle-ci en utilisant l'Europe comme une variable d'ajustement d'un égoïsme politicien national, et c'est justement cela dont les citoyens ne veulent plus.

À la veille du 60^e anniversaire du traité de Rome, notre projet européen est à la croisée des chemins. Le Conseil doit remplir le rôle qui doit être le sien, celui d'harmoniser la position des États membres au service d'une Europe forte et, surtout, respectée dans le monde. Mais cette volonté politique forte doit être cohérente. Oui, l'Europe à plusieurs vitesses est un projet réaliste, contrairement à l'Europe à la carte qu'aurait souhaitée, par exemple, le Royaume-Uni. Loin d'exclure ou de diviser, il s'agit – j'en suis convaincu – de la seule solution pour que les États membres qui le souhaitent puissent enfin avancer dans des domaines prioritaires: sécurité, contrôle des frontières, immigration, défense, union économique et monétaire.

Ne nous leurrions pas, beaucoup de temps a passé sans action politique venant des États membres en faveur d'une Europe qui protège et, surtout, qui gagne. Pour mon pays, ce n'est pas M. Hollande qui portera ce sursaut. En 2012, pour devenir président, il souhaitait réorienter l'Europe. Pour quel résultat? Aucun. Il joue désormais au sage pro-européen, et ce à quelques jours de la fin d'un mandat catastrophique.

Parmi les priorités définies par le Conseil de la semaine dernière, je m'arrêterai ici sur la lutte contre la concurrence déloyale. Défendre la compétitivité de nos entreprises est un enjeu fondamental et, face à ce défi, une réponse en demi-teinte n'est pas acceptable et ne sera pas acceptée par les entreprises et leurs employés, qui sont le socle de notre économie. Les marchands de rêve promettent aux entreprises et à leurs employés des lendemains qui chantent, grâce au repli sur soi. Aux États-Unis, Donald Trump privilégie un protectionnisme inconscient. En Chine, un plan de développement industriel massif à l'horizon 2025 est en préparation.

Personne n'attendra notre sursaut. À nous d'agir, de mettre en œuvre une défense commerciale intelligente et de promouvoir le juste échange dans nos relations commerciales et internationales. Oui, l'Union pourra regagner la confiance des citoyens si une volonté politique courageuse et réaliste guide de nouveau son action.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident, Herr Präsident des Europäischen Rates, Herr Ministerpräsident, Herr Ratspräsident, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission! Fast möchte man Ihnen sagen: Ja, Sie haben nette Reden gehalten, aber seien Sie doch bitte nicht so verzagt. Wir haben 2017, wir haben nicht das Ende des Jahrhunderts. Lassen Sie sich doch nicht von den Antieuropäern in die Zaghaftheit quatschen. Lassen Sie sich doch nicht vormachen, wir hätten das *fin de siècle*.

Haben Sie doch ein kleines bisschen mehr Mut, und schauen Sie dahin, wo Kollegen bereits darüber gesprochen haben. Schauen Sie dahin, wo mittlerweile tausende und abertausende von Menschen an jedem Wochenende für dieses Europa und für ihre Erwartungen an Europa demonstrieren. Und lassen Sie uns das ernst nehmen.

Herrn Juncker wollen wir gerne sagen: In seiner jugendlichen Karriere als Kommissionspräsident kam es zwar ein bisschen dicke, aber Europa hat schon mehr Mitgliedstaaten gesehen, die gegen die Interessen ihres eigenen Volkes handeln. Das ist alles nicht neu.

Aber lasst uns uns einlassen auf die Jungen. Denen müsst Ihr sagen: Ihr seid keine verlorene Generation – aber nicht nur sagen, auch handeln. Wir brauchen eine Jugendgarantie, die den Menschen in Osteuropa, in Südeuropa sagt: Wir brauchen euch, wir wollen eure Arbeitskraft, wir wollen euch im beruflichen Leben sehen.

Ihr müsst den Familien sagen: Ja, ihr könnt eine Auszeit machen, ihr könnt Kinder in die Welt setzen und anschließend können Mutter und Vater wieder in den Beruf gehen.

Macht diese Gesetzesvorschläge und Europa wird euch folgen! Aber es braucht eine politische Führung, kein Multiple Choice und keine Ausreden.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący Parlamentu! Panie Przewodniczący Komisji! Panie Przewodniczący Rady! Myślę, że dzisiaj potrzebna jest refleksja bez emocji. Jeżeli przed chwilą prezydent jednego z krajów, który dziś jest europosem, mówił, że Unia może nie doczekać 70. rocznicy, to zapewne nie jest on jedynym, który tak myśli. To byłoby złe. Natomiast powstaje pytanie, czy obecna konstrukcja podejmowania decyzji w Unii Europejskiej jest właściwa. Bo jeżeli w sprawach strategicznych – takich jak polityka energetyczna, polityka klimatyczna, polityka migracyjna, także kwestie personalne – nie powrócimy do tego, co było, co gwarantowało sukces struktur europejskich przez lata, do działań na zasadzie konsensusu, i będziemy się nawzajem przegłosowywali przez chwilową większość, chwilową mniejszość, to wówczas myślę, że sukcesu jako Unia nie osiągniemy.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! In Rom feiern wir 60 Jahre Römische Verträge und schauen auf die Erfolge der Europäischen Union. Diese Erfolge sind natürlich von gestern, aber es sind große Erfolge: Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Die Frage ist: Welche Erfolge wird Europa morgen haben? Ich glaube, das zentrale Merkmal ist die Sicherung unserer Freiheit auf unserem Kontinent in einer schwierigen internationalen Umgebung. Dafür müssen wir wachsam sein.

Wir brauchen ein starkes Europa – wie ein europäisches FBI zu gestalten. Wir brauchen ein starkes Frontex – wirklich europäisch, nicht mehr intergouvernemental. Wir brauchen eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die diesen Namen verdient, und wir brauchen Wohlstand, Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum, damit die jungen Menschen in den südlichen Ländern wieder eine Perspektive haben.

Ich will das hier auch mal an die 5-Stelle-Leute sagen: Dass es in Italien seit 20 Jahren kein Produktivitätswachstum gegeben hat, ist nicht die Schuld der Europäischen Union, es ist auch nicht die Schuld des Euro. Es hat damit zu tun, dass die Dienstleistungsmärkte, die Arbeitsmärkte nicht liberalisiert worden sind. Wir brauchen aber Wirtschaftswachstum, wir brauchen liberalisierte Märkte, damit junge Leute eine Perspektive bekommen und in alternierenden Gesellschaften auch der soziale Zusammenhalt gesichert werden kann. Genau das brauchen wir. Und wir haben die Unterstützung in der Bevölkerung, *Pulse of Europe* zeigt uns das eindrucksvoll. Und wenn wir auch noch *Free Interrail* machen, kriegen wir auch mehr Unterstützung bei den jungen Leuten.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio cominciare il mio intervento leggendo alcuni passi del Manifesto di Ventotene, che è stato più volte evocato nelle nostre discussioni qui al Parlamento sul futuro dell'Unione.

«La rivoluzione europea, per rispondere alle nostre esigenze, dovrà essere socialista, cioè dovrà proporsi l'emancipazione delle classi lavoratrici e la creazione per esse di condizioni più umane di vita».

Ecco, questo è l'esatto contrario di quello che verrà celebrato a Roma. Io oggi sentivo anche il presidente Juncker parlare di un rafforzamento del pilastro sociale dell'Unione. Vorrei sapere cosa si intende per «pilastro sociale dell'Unione»? Non certo, mi auguro, quello che i governi socialisti dell'Unione europea – il Governo italiano o il Governo francese – hanno fatto con le loro riforme del lavoro.

Vorrei sapere cosa si intende per un'Europa fondata sui diritti umani, quando si stipulano accordi, come quello stipulato con la Turchia o come quello stipulato con la Libia. Vorrei invitarla, signor Presidente del Consiglio, a visitare un CARA e ad ascoltare le donne che parlano di stupri, detenzione illegale e tortura ai livelli della Libia.

Infine, vorrei dirle che penso che nel 2017 non si possa fare, come ha fatto lei, un intervento tutto al maschile, con una citazione che si conclude tutta al maschile. Noi critichiamo Trump ma forse dovremmo spiegare che il Governo italiano non ha un dipartimento delle Pari opportunità.

Io il 25 marzo sarò in piazza con chi vuole un'altra Europa possibile.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Ja, vid nyår så vinglar då president Juncker in på ostadiga ben och håller ett av sina vanliga verkningslösa tal. Det bästa jag kan säga till ordförande Juncker är: Ni har en fantastisk humor, och ni är en hygglig människa. Men en bra ledare eller förebild är ni inte.

Till den nyomvalde ordföranden, Tusk, vill jag säga: Det var ett bättre tal men jag undrar mest vad ni gör här. Inte ens er egen polska regering vill se er sitta på denna post, så hur ska då vi kunna ha någon tillit till er? Enda anledningen till att ni sitter kvar på denna post är att ni omger er med rätt vänner, som håller er om ryggen. Det är inte eliten här inne som ni ska vara vän med. Ni ska vara vän med det europeiska folket, för det är dem ni uppbär lön för att arbeta för. Nu har ni fått en ny period med en fantasilön och förmåner som en vanlig arbetare bara kan drömma om.

Den obefintliga kontakten med verkligheten som uppvisas ständigt i detta hus kommer också att innebära att hela detta projekt kommer att falla till grunden.

Gerolf Annemans (ENF). – Het Verdrag van Rome was een vorm van Europese samenwerking die aanvaardbaar was. Het was weinig geïnstitutionaliseerd en de deelnemers bleven vrije lidstaten, die op basis van vrijwilligheid en zonder hinder voor de optimalisering van hun eigen belang en nationaal belang een verband aangingen op zeer duidelijk afgelijnde grondslagen en samenwerkingsdomeinen: een meerwaarde. Sinds 1957 is de Europese samenwerking echter systematisch verder uitgebreid en uiteindelijk inhoudelijk zowel als institutioneel volledig uit de hand gelopen, ongeveer vanaf het Verdrag van Maastricht uit 1992. Zeker na de invoering van de open grenzen voor migratie, het Verdrag van Schengen en de muntunie staan de volkeren van Europa onder voogdij.

De federale, "altijd-maar-meer-EU"-logica moet worden doorbroken. Als men wil vermijden dat de hele Europese Unie in een collectief exitscenario uitmondt, zullen nieuwe en verstandige *founding fathers* moeten terugkeren naar een intergouvernementeel systeem.

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, Europa limita hoy al norte con el populismo y al sur con los refugiados ahogados en el mar, al este con los tanques de Putin, al oeste con el muro de Trump, en el pasado con la guerra, en el futuro con el *brexit*. Europa está hoy más sola que nunca, pero los ciudadanos no lo saben. Europa, sin embargo, por eso, es la mejor solución, y nosotros no sabemos explicárselo a los ciudadanos.

La globalización nos enseña que Europa hoy es inevitable, la única alternativa. Pero el *brexit* nos enseña también que Europa es reversible, que se puede caminar hacia atrás en la historia. Aunque fuera de Europa hace mucho frío. El *brexit* es la decisión más egoísta que se ha tomado desde que Winston Churchill salvó Europa con sangre, sudor y lágrimas de los ingleses. Decir *brexit* es la forma más insolidaria que hay de decir adiós.

Europa no es un mercado, es la voluntad de vivir juntos. Dejar Europa no es dejar un mercado, es dejar los sueños compartidos. Se puede tener un mercado común pero, si no se tienen sueños comunes, no tenemos nada. Europa es la paz que vino después del desastre de la guerra. Europa es el perdón entre franceses y alemanes. Europa es la vuelta a la libertad de Grecia, España y Portugal. Europa es la caída del muro de Berlín. Europa es el final del comunismo. Europa es el Estado del bienestar, es la democracia. Europa es los derechos fundamentales. ¿Podemos vivir sin todo eso? ¿Podemos renunciar a todo eso? ¿Por un mercado vamos a dejar atrás todo eso?

Yo espero que la próxima cumbre de Roma hable menos de lo que Europa nos debe y hable más de lo que nosotros le debemos después de todo lo que nos ha dado. La Unión Europea es la única primavera que nuestro continente ha vivido en toda su historia.

Yo soy de aquellos, señor Tusk, que, el día en que la primera ministra May anuncie el *brexit*, empezarán a soñar con la mañana en que los ingleses vuelvan a casa.

Tanja Fajon (S&D). – O skupni prihodnosti Evrope lahko razpravljamo samo z jasnim stališčem, kaj želimo. Državljanje lahko pomirimo z močnim sporočilom o enotni Evropi, za katero smo pripravljeni skupaj tudi delati in ki je pripravljena na spremembe.

Vse razprave o krogih in hitrostih vodijo stran od tega. Različne smeri razvoja so v Sloveniji zbudile strah, dvom, kje bo pristala naša majhna država.

Kaj nam sporoča taktika Poljske proti predsedniku Sveta Tusku, ali sporoča izbirčna politika nekaterih držav, ko gre za solidarnost z migranti? Da si vsi ne želimo integracije v enaki meri.

A vendar Evropo deliti na vzhod in zahod, to bi bila usodna napaka za našo prihodnost, za mir in stabilnost, tudi za napete razmere na Zahodnem Balkanu. Nobena izolacija, noben zid ne bo rešil problemov. Potrebujemo solidarnost, enotnost za ustvarjanje delovnih mest, za bolj proti kriminalu, za boj proti terorizmu, za upravljanje z migracijami in naš dolgoročni cilj mora biti zmanjševanje socialne neenakosti.

Moja Evropa je skupna Evropa, kolegi, to je naša Evropa in samo tako moramo voditi svoj razmislek, tako delati in državljanom vrniti varnost in voditelje na vrhu prosim, da to tudi upoštevate.

Peter van Dalen (ECR). – Mijnheer Tusk, hartelijk dank voor uw steun aan Nederland die u zojuist hebt uitgesproken in deze vergadering.

Erdogan heeft een aantal ministers campagne laten voeren in het buitenland voor zijn referendum, ofschoon artikel 94 van de Turkse kieswet dat verbiedt. Toen mijn regering twee Turkse ministers verbood in Rotterdam een publieke campagne te voeren, schold Erdogan Nederland uit voor fascist en voor nazi's, nota bene in Rotterdam, een stad die in mei 1940 platgebombardeerd is door de nazi's. Ik verzoek meneer Tusk en de Raad de toetredingsonderhandelingen met Turkije officieel stop te zetten. Dictators horen niet thuis in de Europese Unie. En bovenal, stop de pretoetredingssteun. Ze hebben al meer dan 4 miljard gekregen van de Europese Unie. Waanzin! Stop de onderhandelingen.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente. Señorías, el Consejo apuesta por el continuismo, no solo por la elección de Donald Tusk, tristemente conocido por la frase «no vengáis a Europa», frase símbolo de las políticas de xenofobia institucional de una Europa fortaleza que, por cierto, son gasolina electoral para el auge de la extrema derecha en Europa. Continuismo al incidir en los recortes, incluso involucionando hacia una Europa a diferentes velocidades, agrandando las desigualdades entre centro y periferia. En unos días se cumplirá el 60.º aniversario del Tratado de Roma, aniversario que encuentra una Unión Europea en una profunda crisis, donde las políticas neoliberales y austericidas son el principal sabotaje del proyecto europeo.

Ante la crisis, la apuesta de la Unión Europea es la militarización con el Fondo Europeo de Defensa, que solo beneficiará a las empresas de armamento y a sus lobbies en Bruselas. Si queremos rescatar el proyecto europeo, debemos cambiar radicalmente nuestras políticas. Podemos empezar, como decía el historiador Perry Anderson, quemando el Tratado de Maastricht.

Laurențiu Rebega (ENF). – Domnule președinte, stimați colegi, nici nu a cântat de două ori cocoșul după ce a fost publicată Carta albă asupra viitorului Uniunii și iată că Europa cu mai multe viteze s-a văzut de trei ori. Am avut mai întâi patru lideri care au furat startul – presa i-a numit „cei mari” și care s-au grăbit să exemplifice printr-o reuniune simbolică faptul că deciziile importante să iau în cerc restrâns. A urmat blocajul dintre Consiliu și Polonia. În fine, a fost decizia înființării Parchetului european lăsând în afară țările care au rezerve față de acest proiect. Este evident că pentru cei mari Uniunea a devenit o butaforie. Cetățenii văd gardul vopsit pe dinafară, dar înăuntru legea o fac numai unii. Cei numiți „mari” transformă Uniunea într-o afacere personală și pe urmă îi arată cu degetul pe eurosceptici. În acest moment, observ că Grupul Europa Națiunilor și Libertății este singurul care a privit și privește cu seriozitate proiectul unei Europe, a unor națiuni egale în drepturi, care cooperează în termeni de respect reciproc pentru prosperitate și pace. Este clar că, de vineri, stelele de pe drapelul Uniunii nu mai sunt așezate în cerc.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, tra pochi giorni celebreremo i sessant'anni della firma dei Trattati di Roma e siamo qui a dire che queste celebrazioni dovranno essere l'occasione per rilanciare il progetto europeo. Ma se vogliamo un'Europa forte, se vogliamo un grande progetto europeo, dobbiamo dotarci degli strumenti che possano dare concretezza a tutto ciò.

L'Europa è nata per assicurare benessere e solidarietà ai suoi cittadini e oggi, in un mondo che con la globalizzazione è diventato sempre più piccolo, avremmo più che mai bisogno d'Europa per assicurare benessere, crescita, lavoro. Se non riduciamo la disoccupazione, lo ha detto poco fa il Presidente del Consiglio Gentiloni, non ci sarà fiducia nel futuro. Io dico che se non riduciamo la disoccupazione giovanile, non avremo futuro.

Il dibattito sul futuro dell'Unione europea dovrebbe essere il dibattito dei giovani che oggi si sentono esclusi, che oggi sono esclusi. La media europea della disoccupazione giovanile è di circa il 22 %; nel mio Paese arriva al 40 % ma ci sono paesi dove arriva al 46 e al 48 %. È sicuramente la più grande preoccupazione dei nostri concittadini, preoccupazione che nelle famiglie europee diventa ansia, angoscia.

E in cima alla lista delle preoccupazioni europee troviamo anche l'immigrazione. Oggi i media italiani lanciano l'allarme: si stima che nel 2017 sbarcheranno sulle coste italiane 250 mila migranti, 70 mila in più dello scorso anno, che c'era stato un anno record.

Allora, caro Presidente Tusk, è bella la sua citazione «se volete andare rapidi, andate da soli, se volete andare lontano andate insieme». Ma la rabbia che si sente crescere nelle nostre comunità potrà lasciare il posto alla speranza solo se l'Unione europea riesce ad accelerare e a dare risposte concrete.

Come ha detto il rappresentante del Consiglio, l'Unione è nei suoi 500 milioni di cittadini. Loro devono essere al centro della nostra azione e soprattutto dobbiamo far sì che loro si sentano al centro; allora potremmo rimetterci in marcia, sostituire la rabbia alla speranza e costruire insieme il nostro futuro.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Président Tusk, vous avez été conforté dans des conditions assez exceptionnelles, comme Président du Conseil européen. Cela vous oblige et doit faire de vous une force motrice de l'Union européenne, en regardant le passé, en nous inspirant des pères fondateurs. Bien sûr, votre ordre du jour n'est plus celui des pères fondateurs, mais tout de même, apprenons des erreurs du passé et regardons le chemin parcouru depuis que les pères fondateurs nous ont livré le talisman de l'Union européenne.

Il y a une chose dont on n'a presque pas parlé ce matin et qui m'étonne, c'est la question de la souveraineté européenne, de l'union politique, de la démocratie, des droits et des valeurs. Voilà ce dont vous êtes le garant, avec le Président Juncker, et qui doit être réaffirmé avec force à l'occasion du 60e anniversaire de la signature du traité de Rome. Mais au-delà de ça, il faudra entrer un tout petit peu dans les détails pour orienter le débat, pour contribuer à ce que dans les capitales où des élections vont se tenir, les arbitrages soient faits pour dire ce que nous voulons, comment nous voulons répondre au livre blanc proposé par Jean-Claude Juncker et cela ne pourra pas être le marché intérieur, juste le marché intérieur. Personne n'a jamais fait rêver simplement avec un marché intérieur.

De la même manière, pour faire vivre l'euro, je ne crois plus à la seule coordination des politiques économiques. Voilà quinze ans que ça patine. Il est temps de passer à plus d'intégration au service des citoyens et du projet commun.

Alors, Monsieur le Président Tusk, vous êtes ici en tant que Président du Conseil européen, devant le Parlement européen, n'oubliez pas que quand vous parlez des citoyens cela suppose aussi que ce Parlement soit à vos côtés, peut-être, pour rédiger cette déclaration de Rome.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – De conclusies van de Europese Raad zijn duidelijk: jobs, veiligheid en migratie, daar moet Europa op focussen. Maar de burger is het beu om woorden te horen en geen daden te zien. Als dat de focus is, waarom besteden wij dan minder dan 10 procent van ons budget voor 2017 aan veiligheid en migratie?

Dat is ook wat we zien in het kader van het debat over de toekomst van Europa. De plannen zijn gericht op 2025, maar zo lang mogen we niet wachten. Ook daar verwacht de burger nú actie en die kunnen we ook ondernemen: het niet vervangen van de 73 Britse parlementsleden, een slankere begroting nu het Verenigd Koninkrijk niet meer zal bijdragen en verder werken aan het afsluiten van onze buitengrenzen. We staan voor grote uitdagingen en die vragen nú om actie.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident, Herr Präsident des Rates, liebe Kommission! Zuerst herzlichen Glückwunsch an Herrn Tusk! Das haben alle anderen auch gemacht, aber ich will es auch machen. Das ist eine Bestätigung der guten Arbeit.

Zweitens: Es haben viele hier vorgetragen, wie wichtig ihnen Europa ist, welche Grundsätze wir haben, und wie wertvoll Europa ist – stimmt alles. Ich befürchte nur, das wird nicht reichen, wenn wir das laut und oft und ständig erklären. Wir werden beweisen müssen, dass dieses Europa auch funktioniert, und zwar im Sinne der Bürgerinnen und Bürger funktioniert. Da empfehle ich einfach mal einen Blick zurück.

Wenn wir über die Erfolge der letzten 60 Jahre reden, dann heißt das Frieden, Freiheit, Wohlstand. Das ist mehrfach vorgetragen worden. Dann können wir aber doch bitte nachdenken, ob wir vielleicht bei der Frage „Wohlstand sichern“ unseren Job gut genug machen. Ich glaube nicht, dass die Antworten heißen müssen: noch mehr soziale Leistungen oder sich Zuständigkeiten anmaßen, wo man gar nicht zuständig ist. Ich glaube auch nicht, dass die Antwort Arbeitslosenversicherung heißt.

Die Antwort muss heißen: die Bedingungen so gestalten, dass Jobs entstehen. Und das ist die Hausaufgabe an die Kommission, aber auch an uns. Was tun wir denn eigentlich, um Arbeitsplätze in Europa zu sichern? Was tun wir denn, um Industrie in Europa zu sichern? Schade, dass der Kommissionspräsident weg ist und auch die für Industrie zuständige Kommissarin. Ich möchte mal gerne wissen: Welche Vorschläge kommen denn da eigentlich? Wie soll in Europa der Anteil der Industrie ausgebaut werden?

Ich kenne einen Industriekommissar aus früheren Jahren. Der hat mal vorgeschlagen, dass 20 % aus dem Industriebereich kommen sollen, und wir haben das beschlossen. Kümmert sich da eigentlich jemand darum? Gestalten wir die Bedingungen so günstig? Denn wenn Industrie funktioniert, wenn Wachstum funktioniert, werden Arbeitsplätze geschaffen. Wenn Arbeitsplätze da sind, geht es den Menschen gut, und das werden sie dem europäischen Projekt zugutehalten. Das war in der Vergangenheit ein starkes Qualifikationsmerkmal für uns. Die Leute haben Europa deshalb auch toll gefunden, weil es hier den Leuten gutgeht. Und wenn es ihnen gutgeht, wenn sie Einkommen haben, hat der Staat Einkommen. Wenn der Staat Einkommen hat, kann man auch Sozialleistungen bezahlen. So einfach ist die Rechnung. Warum geht es denn in den Staaten mit starker Wirtschaftskraft den Menschen besser?

Also, langer Rede kurzer Sinn: Die Kommission sollte jetzt mal was liefern, nicht nur zur Sozialunion, sondern auch zur Industriepolitik.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, I would like to thank the Council, the Commission and others here who have mentioned the importance of celebrating the 60 years of the Treaty of Rome and the fact that we have had peace in Europe for a long time now. I do not think we should take that for granted. It is very important to understand and value freedom, democracy, human rights and our way of cooperating in Europe, where the rule of law is based on our cooperation with big and small states.

But we also have to understand that many citizens, not only in Europe but also in the western world, now feel under pressure. We see it in the US where they elected Trump and we see it in Europe where our societies are challenged. We need to understand the root causes of this. The root cause is that the social contract in many of our societies is endangered. It is endangered by rising inequality, job insecurity and the fact that many of the ordinary people in the labour market are under pressure and there is a race to the bottom on working conditions. So we need a social Europe. We need to attack the root causes of the uncertainty we have in our societies. If we want to save Europe and our democracies, we need to understand that. I think that we also need to cooperate to stop the race to the bottom on tax evasion and tax dodging by big multinational corporations: rich people, Panama papers, LuxLeaks, Swiss Leaks. We have all of these examples. We need to fight for our values, we need to fight to protect our welfare state, and we need Europe to master globalisation in the name of the people now, and we need that message too.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι ηγέτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης καλούνται την 25η Μαρτίου στη Ρώμη, για να γιορτάσουν τα εξηντάχρονα της ΕΟΚ. Καλούνται σε μια φάση κρίσης νομιμοποίησης της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που αντί να ενδυναμώσει την ευρωπαϊκή αλληλεγγύη οδήγησε στην οικονομική απόκλιση μεταξύ Ευρωπαϊκού Βορρά και Ευρωπαϊκού Νότου. Οδήγησε στον διαχωρισμό ανάμεσα σε κράτη μέλη της Ένωσης που είναι δήθεν δανειστές και δήθεν οφειλέτες. Έτσι η Ευρώπη των κρατών και των λαών, η Ευρώπη των πατριδών έχει μετατραπεί πλέον σε μια Ευρωπαϊκή Ένωση των δανειστών, σε μια ένωση στην οποία τα κράτη έχουν χάσει την ισοτιμία τους, σε μια Ένωση όπου τα κράτη δήθεν οφειλέτες έχουν μετατραπεί σε σύγχρονες αποικίες.

Αυτή λοιπόν την οικονομική και πολιτική ανισοτιμία στο πλαίσιο της γερμανικής Ευρώπης έρχεται να θεσμοθετήσει η Ευρώπη των πολλών ταχυτήτων, που οι ηγέτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης θέλουν να επικυρώσουν την 25η Μαρτίου στη Ρώμη. Όμως ο ελληνικός λαός δεν πρόκειται να δεχτεί τη μετατροπή της Ελλάδας σε ευρωπαϊκή αποικία, και μάλιστα την 25η Μαρτίου, δηλαδή ανήμερα της εθνικής επετείου της Ελληνικής Επανάστασης του 1821.

David Casa (PPE). – Sur President, iva qeghdin niccelebraw sittin sena ta' storja ta' success. Kellna sfidi, uħud minnhom ippreparati ghalihom, ohrajn li ma konniex ippreparati ghalihom. Kellna Ewropa illi kienet ibbażata fuq valuri importanti, valuri bħalma huma d-demokrazija, il-libertà, il-ġustizzja, is-solidarjetà, il-ġustizzja soċjali, l-ugwaljanza u l-valuri importanti, dak tas-sewwa. Kellna Ewropa mibnija allura fuq dawn il-valuri illi l-poplu tagħna, issa Ewropew, qed jgħidilna hemm bżonn li intom tiggarantixxu dawn il-valuri, u huwa d-dover tagħna, kif qalet Berès, illi nagħmlu hilieta kollha f'dan il-mument biex nassiguraw illi ċ-ċittadini tagħna jkunu jistgħu jkollhom dawn id-drittijiet mingħajr ebda xkiel ta' hadd.

Naqbel hafna illi ghandu jkollna ġlieda wkoll kontra l-korruzzjoni, kontra l-abbuż tal-poter u naqbel ukoll ma' dak li qal il-Viċi Prim Ministru Malti illi ghandna nagħmlu hilieta kollha biex naraw illi nsahħu l-istat tad-dritt, ir-rule of law. Naqbel miegħek, imma Ministru, dan irridu mhux nghiduh biss imma nipprattikawh dejjem u kullimkien. Allura, jekk nagħmel u nghid dak li qal il-President tal-Kummissjoni, li rridu Ewropa tan-nies, ejjew allura nisimgħu min-nies, u n-nies iriduna, iċ-ċittadini Ewropej iriduna li nagħmlu hilieta kollha bħala deputati, bħala Kunsill, bħala Kummissjoni biex nassiguraw li dawn il-valuri ma jġugħ imċaħħda lill-poplu Ewropew stess.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Signor Presidente del Consiglio italiano, da Roma non ci aspettiamo miracoli o immediate rinascite ma qualcosa sì, qualcosa ce lo aspettiamo. E come rappresentanti dei popoli europei, pensiamo anche di meritarcelo.

Vogliamo sentire dal Consiglio, dai ventisette Stati membri, un sussulto di orgoglio, una responsabilità, perché il futuro degli europei è anche nelle mani di chi, a partire da Roma, dovrà decidere se fermarsi o andare avanti nella direzione e non solo della velocità, che qui è stata evocata, ma soprattutto della capacità di dare risposte efficaci, anche con formati diversi, ma sempre salvaguardando il valore dell'unità politica dell'Unione europea.

Allora più democrazia – lo *Spitzenkandidat* – ma insieme anche equità sociale e fiscale. Vogliamo esplicitamente un'unione sociale, non solo monetaria. Ma quale senso di appartenenza pensate voi che possa generare tra i cittadini un'unione monetaria o bancaria?

L'unione sociale è qualcosa di più di una generica dimensione sociale: significa che la cittadinanza degli europei, i loro problemi e i loro diritti, sono non solo al centro dell'Unione ma sono la sua stessa sostanza.

Csaba Sógor (PPE). – Az Európai Unió jövőjéről szóló vitában mintha keveset beszélne a további bővítésről. Pedig a Nyugat-Balkán stabilitása szempontjából is elsőrendű fontosságú ez a kérdés. Nem tehetünk úgy, mintha elfelejtettük volna az ezeknek az országoknak tett ígéreteinket pusztán azért, mert egyesek szerint most nem időszzerű erről beszélni. Fenn kell tartanunk a bővítés reális lehetőségét, másképp elveszítjük hitelességünket ezekben a társadalmakban. Sikertörténetre van szükség Európának és a Nyugat-Balkán integrációjához lehet egy ilyen sikertörténet. Fontos ugyanakkor, hogy a különböző etnikumok közötti feszültségek csökkentésére is megoldást kínáljon az Unió, ez pedig csak akkor lehetséges, ha a nemzeti kisebbségek jogainak megsértését a tagállamokban sem hagyjuk szó nélkül.

Európa több országában – EU-tagállamokban és tagjelöltekben – fontos, hogy a polgárok mindennapjait befolyásoló kérdéskört jelent a különböző nemzetiségek együttélése, az EU nem tehet úgy, mintha ez csupán egy helyi érdekű probléma lenne, amelyet minden tagállam úgy old meg, ahogy akar. Az Unió lakosságának 8%-a tartozik valamelyik hagyományos nemzeti kisebbséghez. Úgy segíthetjük az integrációt a Nyugat-Balkánon, ha az EU példát mutat kisebbségvédelem területén. Ma, március 15-én, az 1848-49-es magyar forradalom és szabadságharc 169. évfordulóját ünnepeljük. Egykor fiatalok adták életüket a szabadság, egyenlőség és testvériségért. Európának ma sincs más feladata: szabadságot teremteni és nem szolgásgot, egyenlőséget biztosítani és nem másod-, harmadrendű polgárságot.

És a szolidaritás azt jelenti, a testvériség, hogy a Nyugat-Balkán és a nemzeti kisebbségek is ide tartoznak. Elnézést Elnök úr, nem hosszabb voltam, de állandóan zavartak itt beszédrel.

Miriam Dalli (S&D). – Chair, President Tusk, Viċi Prim Ministru Grech, iva għandna bżonn Ewropa tan-nies, Ewropa tan-nies politiċi li verament iħossu l-polz tan-nies. Politiċi li mhux ibiddu l-prinċipji li jgħidu li jemmu fihom skont kif jaqblilhom. Għaliex din l-Unjoni Ewropea għandha bżonn politika li verament tagħmel id-differenza u tindirizza l-isfidi li jiltaqghu magħhom iċ-ċittadini fl-iblet u l-villaġġi tagħna madwar l-Istati Membri kollha kemm huma.

U stat żgħir bħal Malta, li llum għandu l-Prezidenza, dan jifhmu tajjeb hafna. Il-htieġa li l-Unjoni Ewropea titkellem il-lingwa tan-nies. Il-htieġa li nimbuttaw 'il quddiem l-aġenda soċjali, li ntellqu r-riformi soċjali li verament jagħmlu bidla fil-hajja tal-familji tagħna, tal-haddiema tagħna, tal-anzjani, iż-żgħażaġh u t-tfal tagħna. Il-bżonn li naċċertaw futur ta' paċi, ta' prosperità, ta' sostenibilità, ta' kwalità ta' hajja aħjar għaċ-ċittadini tagħna.

Nehtieġu inizzjattivi konkreti li jistgħu joffru soluzzjonijiet Ewropej għall-isfidi li għandhom iċ-ċittadini tagħna. U din hija l-Ewropa li rrid nara jiena. Ewropa li ma tinsix lill-aktar vulnerabbli. Ewropa li taċċerta ruhha li żżid il-fiduċja li jhossu iċ-ċittadini meta jharsu lejn l-Unjoni Ewropea li wara kollox mhijiex xi istituzzjoni 'l bogħod minnhom imma huma l-pajjiżi li jirrapprezentawhom.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhor Primeiro-Ministro, Senhor Presidente da Comissão, em primeiro lugar, queria, naturalmente, cumprimentar o Presidente da Donald Tusk pela sua reeleição, que julgo que é também um grande sinal para a Europa, porque ele representa, justamente, esta ideia de uma Europa mais integrada, mais unida, em que todos os membros, do norte e do sul, de leste e de oeste, estão comprometidos com o projeto europeu.

Em segundo lugar, queria, essencialmente, chamar a atenção para um ponto que foi tratado no Conselho e que é o ponto dos Balcãs Ocidentais. Acho que, neste momento, é fundamental que a União Europeia reforce a sua presença junto dos Estados dos Balcãs, da Bósnia-Herzegovina, da antiga República Jugoslava da Macedónia, do Montenegro, da Albânia e do Kosovo, porque, de facto, a situação é extremamente difícil, extremamente dura, onde estamos, enfim, eu diria, num ambiente de tensão, que de alguma maneira antecipa conflitos, guerras e grandes divergências entre os vários Estados e no seio de cada Estado. Por isso, é fundamental que o Conselho Europeu e o Conselho, como um todo, a Comissão, nomeadamente através da Alta Representante, mas também através do Presidente, e o próprio Parlamento Europeu reforcem a sua interação com todos estes Estados e deem um sinal e uma perspetiva de que eles possam vir a integrar a União Europeia num futuro próximo.

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident, Herr Präsident Tusk, Herr Präsident Gentiloni! Der größte Feind der Europäischen Union ist die Halbherzigkeit und die Unklarheit gegenüber der europäischen Idee. Fast niemand erklärt den Menschen, was der Mehrwert der Europäischen Union ist und wofür wir die Europäische Union in den nächsten Jahren brauchen. Die EU verschwindet im Nebel, und die Menschen verlieren das Interesse und wenden sich ab. Da waren die Gründungsväter in der Tat viel mutiger.

Nun, Rom könnte der Punkt eines neuen Aufbruchs sein. Das Parlament hat seine Hausaufgaben gemacht, wir haben ganz klare Ideen entwickelt. Die Kommission ist schon wachsender mit fünf Szenarien Multiple Choice. Ich hoffe, dass der Rat in Rom nicht noch vager wird, sondern wirklich eine Richtung angibt, wohin wir in den nächsten Jahren gehen müssen.

Wir haben Frieden und Freiheit geschaffen, aber jetzt müssen wir Wohlstand und Sicherheit organisieren. Rom ist vielleicht nicht die Geburtsstunde einer neuen Europäischen Union, aber sicherlich die Geburtsstunde einer neuen europäischen Bürgerbewegung. Die ganze Zivilgesellschaft wird kommen, und der Marsch für Europa in Rom ist so groß wie er noch nie war. Die Bürger sind mutig – wir brauchen jetzt auch mutige Politiker.

Мария Габриел (PPE). – Най-напред, поздравления на председателя Туск за преизбирането му. Дадохте заявка, че силно ще отстоявате солидарността, а тя е наша основна ценност.

Ще открия два аспекта в последните заключения на Съвета. Най-напред, политиката за съседство. Сигурността, стабилността и мирът в съседните страни са тясно свързани със сигурността и стабилността ни в Европа. Точно заради това е важно като Европейски съюз да запазим водеща активна роля.

Два примера: споразумението с Алжир ще позволи да задълбочим стратегическото ни сътрудничество с цел преодоляване на общите ни предизвикателства и даването на конкретни отговори. Много важни са Западните Балкани. Сега има нужда да покажем единство и затвърдим недвусмислената подкрепа за европейската перспектива на региона. Нужно е да увеличим видимостта на действията ни чрез конкретни инициативи и проекти, а не само чрез политически декларации.

Вторият аспект е свързан с миграцията. Постигането на съгласие по предложението за система за влизане и излизане до юни 2017 г. е съществен елемент, но е важно да не допускаме фрагментиране на сигурността чрез изключване от обхвата на страни като България, които макар и да не са част от Шенген, имат ключово значение за опазването на сигурността на външните граници на Съюза.

Накрая, дебатът за бъдещето за Европа започна. Нека привлечем максимум граждани, чието мнение да бъде чуто. Открит и честен диалог е посоката за противодействие на популизма и съхраняване на европейския ни проект.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, sí, hablamos del futuro de Europa y hablamos sobre una serie de escenarios que la Comisión nos presentó. Yo quiero empezar por decir que algunos de esos escenarios no debieran de haberse presentado siquiera. Son una vuelta atrás inaceptable para el proyecto europeo.

Se habla, en Versalles, de una Europa de varias velocidades. Yo creo que deberíamos hablar de una Europa flexible, pero yo acepto que hay que hacer una flexibilidad para construir Europa. El problema es qué Europa, como decía esta mañana el señor Pittella, qué Europa queremos. Y yo quiero destacar que también entre los que queremos hacer una Europa más integrada tenemos una brecha, una diferencia importante en la política económica y en la política social.

Hay una Europa del sur que está sufriendo la política económica de los últimos años: una política de austeridad excesiva y una política sin alma social. Y esa política que tenemos que hacer juntos tiene que responder a la demanda de todo el sur de Europa de que haya una política europea económica por el empleo, por el crecimiento y por la justicia social. Si no, no habrá una Europa común.

Marita Ulvskog (S&D). – Herr talman! Medlemsstaterna slog fast i rådets slutsatser från förra veckan att Europas ekonomiska utveckling måste komma alla till del och att det sociala toppmötet i november i Göteborg välkomnas. Det är ett steg i rätt riktning men då måste du som talman visa att Europaparlamentet också kräver en starkare social dimension för Europas framtid. Därför uppmanar jag dig att inte skriva under Romdeklarationen om den inte innehåller tillräckliga skrivningar som prioriterar rättvisa arbetsvillkor, hållbar klimat- och energipolitik och respekt för de mänskliga rättigheterna. Det är dessa prioriteringar som leder rätt – till trygghet, rättvisa och fred. En gemensam försvarsunion däremot kan inte vara svaret på alla våra utmaningar, lika lite som bygget av höga torn här i Bryssel kan tolkas som att vi befinner oss nära våra väljare och våra medborgare.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, non, le rêve européen de 1957 n'est pas mort. L'Europe s'impose aujourd'hui, autant comme une nécessité que comme un défi.

Construisons d'abord une défense européenne. Ensuite, continuons à construire une politique efficace de lutte contre le terrorisme, contre le cyberterrorisme, véritable fléau pour nous, les Européens, mais aussi pour le monde arabe. Soyons enfin à la hauteur de la dignité humaine qui doit prévaloir en matière de migration.

Notre rêve européen, en 2017, s'appelle «changement de paradigme économique pour une nouvelle croissance, juste échange dans nos accords internationaux, équité fiscale, progrès social, lutte contre le changement climatique par le développement d'une économie circulaire et d'énergies renouvelables». Voilà notre défi. Voilà notre chemin. Voilà notre rêve.

Rome fut un départ. Le 25 mars prochain, Rome doit marquer une nouvelle étape fondatrice de la nouvelle Europe. À nous de combattre les nationalistes en renouant avec l'espérance de nos pères fondateurs, Jean Monnet hier, Jacques Delors aujourd'hui.

Paul Tang (S&D). – De herdenking van 60 jaar Rome staat in het teken van vernieuwing. Welk Europa willen we? Die vraag moeten we stellen omdat de onderlinge verdeeldheid Europa verlamt. Zo kan het niet langer. Europa is meer dan markt en munt. Het staat voor vrijheid van democratie, gelijkheid voor de rechtsstaat en broederschap van de verzorgingsstaat. Dat is uniek in de wereld en daar kunnen we trots op zijn.

De EU is daarentegen geen land. Het biedt ongekende mogelijkheden, juist om landen en burgers sterker te maken, bijvoorbeeld door de aanpak van belastingontwijking en het tegengaan van klimaatverandering. Maar de EU is geen land en zij moet ook haar beperkingen aangeven en kennen. Meerdere wegen leiden naar Rome en juist de combinatie van meer en minder is interessant. Met de huidige verdeeldheid is verdergaande samenwerking tussen sommige landen ook interessant, precies als zij de weg wijzen naar een nieuw Europa. Het is in ieder geval goed om te discussiëren over welk Europa wij willen.

Procedura catch-the-eye

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, dovolu mi, abych nejprve poblahopřála ke zvolení Donaldu Tuskovi. Jistě je to ocenění jeho práce v čele Rady, ale je to také signál. Silný signál v této době, který potřebujeme, aby bylo zřejmé, že členské státy se dokáží shodnout, dokázaly se shodnout na jeho znovuzvolení a věřím, že se také dokáží shodnout na přijetí deklarace, kterou pan předseda představil právě na Radě. Jsou to čtyři cíle, které myslím, že dobře naplňují očekávání občanů EU. Já oceňuji to, že tato deklarace je koncipována tak, aby spojovala členské státy a aby také spojovala občany. Cíl bezpečná a spolehlivá Evropa, Evropa prosperující, Evropa sociální a Evropa silná ve světě. Jsou to cíle sice obecné, ale jsou zásadní proto, abychom udrželi dědictví, které jsme tady obdrželi. Šedesát let mírové Evropy, kterou připomněl pan premiér Gentiloni, je skutečně velké dědictví a velký závazek. A já vám děkuji, že na něm budete spolupracovat.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, presidente del Consejo, la semana pasada miles de europeos se manifestaron en capitales europeas bajo el lema «Pulse of Europe». Por delante de las instituciones, mostrando coraje y compromiso, con voluntad de rescatar Europa. No quieren una Europa decadente, ni paralizada, ni mucho menos una Europa que retroceda. Quieren una Europa con más integración y menos veto. Y para eso hacen falta acuerdos políticos, como el de Versalles, pero hacen falta también reformas, y sobre todo voluntad para una Europa más social y con capacidad fiscal, y con un mensaje claro.

Tenemos un reto de futuro inmediato, es el *brexit*. Hay que decir con toda claridad lo que significa y lo que cuesta salir del proyecto común. Y acabar, también, con la hipocresía de la ampliación, que es un mensaje no solamente para Turquía, sino para todos los demás candidatos. Es imprescindible hacer del aniversario, del 60.º aniversario de la construcción europea, una ocasión para decir que somos nosotros los responsables de rescatar Europa y estar a la altura de los ciudadanos que nos sacan los colores manifestándose por ella.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, Europsko je vijeće prepoznalo da je stabilnost na zapadnom Balkanu dovedena u pitanje i da je potrebno više se posvetiti toj regiji kako ona jednom u budućnosti ne bi ponovno bila poprište sukoba i neželjenih politika. Pozdravljam takav pristup, ali se bojim da ćemo, budemo li neiskreni prema država-ma te regije, ostvariti upravo suprotan učinak. Slično se dogodilo s Turskom kojoj smo dugo obećavali članstvo oko kojeg nikad nije postignut konsenzus unutar Europske unije.

Želimo li biti iskreni i temeljiti odnose s ovom regijom na čvrstim temeljima, ne smijemo ignorirati da se u jednoj, sada državi članici Unije, vodio obrambeni rat, a agresor je bila država koja pretendira na članstvo u Europskoj uniji. Nadam se da Komisija i Vijeće neće zatvarati oči pred činjenicom da ta država nije ispunila niti jedno od danih obećanja iz čega je više nego očigledno da ne želi usvojiti europske vrijednosti, ne želi provesti nužne reforme i prema tome još ne može ni postati članica Europske unije.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Señor presidente. 60 años de Unión Europea: nada que celebrar.

Mientras las pequeñas y medianas explotaciones agrarias sigan desapareciendo; mientras la pesca artesanal y de bajura siga siendo atacada; mientras miles de personas continúen perdiendo sus trabajos; mientras miles y miles de jóvenes no encuentren empleo y los que lo encuentran tengan menos derechos que nuestra generación; mientras siga habiendo trabajadoras y trabajadores pobres; mientras sigan retrocediendo nuestros derechos conquistados a lo largo de muchos años de lucha; mientras no se sea capaz de atacar con contundencia el terrorismo machista; mientras la deuda pública siga siendo un negocio o el euro un chantaje a los pueblos; mientras las políticas de austeridad sigan atacando nuestras pensiones públicas, nuestra enseñanza y nuestra sanidad; no hay nada que celebrar.

Cambien las políticas europeas si realmente quieren que la ciudadanía confíe en Europa.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Evropska zveza je tako politični kot ekonomsko-gospodarski projekt, vendar je počila v dveh smereh. Sever–jug v času ekonomske krize in vzhod–zahod v času begunske krize. V nevarnosti so tako schengenski režim, zunanja politika, predvsem pa tudi sistem solidarnosti in tudi socialna Evropa.

Ne bo dovolj samo bela knjiga, pet scenarijev, pač pa potrebujemo nov dogovor, novo pogodbo o možnem sodelovanju med evropskimi državami. Evropa več hitrosti ali Evropa več scenarijev seveda ne bo ustrezala ustanovnim aktom, evropski ustavi.

Zato potrebujemo nov evropski dogovor, v okviru katerega moramo prisluhniti tudi našim državljanom, Evropejcem, če mislimo, da nam bodo sploh še zaupali in če bodo sploh še zaupali v ta skupni projekt. Predolgo seveda smo jih puščali ob strani, zato potrebujemo tudi njihov glas in seveda njihovo mnenje in stališče.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quanti bei discorsi sull'Europa sociale, solidale e integrata! Sul come realizzarla, sempre un mistero. L'UE dei nostri giorni è un sistema completamente sclerotico: l'unica forma di coordinamento economico applicata finora si chiama austerità; ha esasperato le disparità e le diseguglianze tra le regioni d'Europa, sommando i suoi effetti a quelli della crisi economica.

Cosa avete fatto in questi anni? Mi sono forse perso soltanto io il *social compact* o forse un piano Juncker per lottare contro la disoccupazione? Ma in realtà una clausola sociale già esiste nei trattati, esiste già come base giuridica: quella che manca, come sempre, è proprio la volontà politica.

Il Presidente Juncker diceva prima che quando lui parla di politica sociale, nota la timidezza dell'Aula: e certo! È la timidezza della vergogna, perché tutti sanno che sono solo parole. Di fatti, neanche uno.

E il Presidente del Consiglio Gentiloni, che ormai c'è neanche più – e non è che si noti troppo la differenza – si preoccupava prima di una fiducia nel futuro dell'UE da parte di cittadini. Credo che la domanda sia mal posta perché, se continuate a lasciare indietro i più deboli, come avete fatto finora, non ci sarà né futuro né tantomeno un'UE da difendere.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Προέδρε, η συζήτηση για τη Λευκή Βίβλο είναι μία ομολογία της πλήρους αποτυχίας του ηγετικού κύκλου της Ευρωπαϊκής Ενώσεως να χειριστεί τα σοβαρά θέματα που απασχολούν τον ευρωπαίο πολίτη. Αλήθεια ποιος θα περίμενε, εξήντα χρόνια μετά τη δημιουργία της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, ότι η Ευρώπη θα είχε διχαστεί, ότι αντί να υπάρχουν εθνικά ανεξάρτητα και ισότιμα κράτη θα υπήρχε μία γερμανοκρατούμενη Ευρώπη; Ποιος θα περίμενε ότι θα είχε επιβληθεί νέα Ευρώπη δύο και περισσοτέρων ταχυτήτων και οι ευρωπαίοι πολίτες θα είχαν χωριστεί σε πολίτες πρώτης και δεύτερης κατηγορίας; Ποιος περίμενε ότι όλες οι χώρες της Ευρώπης, και κυρίως η Ελλάδα και η Ιταλία, θα είχαν κατακλυστεί από εκατομμύρια παράνομους μετανάστες που απειλούν την ύπαρξή τους; Τέλος, ποιος θα περίμενε ότι, αντί της πολυδιαφημισμένης αλληλεγγύης, ο ελληνικός λαός επί 7 συνεχόμενα χρόνια και ποιος ξέρει για πόσα ακόμη θα υπέφερε χάριν της εξυπηρέτησεως της πολιτικής της Γερμανίας; Έχετε μετατρέψει την Ευρωπαϊκή Ένωση σε ένα τεράστιο Τιτανικό και σε λίγες μέρες ετοιμάζεστε να γιορτάσετε πάνω σ' αυτόν, αδιαφορώντας για το ναυάγιο που επέρχεται με μαθηματική ακρίβεια.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, on behalf of President Juncker I would like to thank everyone for their remarks, and I will present my conclusions.

Firstly, the President and you mentioned the White Paper on the Future of Europe. The starting point for each scenario is that the 27 Member States move forward together as a union. If a Member State wants to integrate itself more with others it can already do so today, but nobody who has a willingness to go ahead will be left behind. Building a stronger Europe has been, and will be, an inclusive process.

Secondly, concerning the Western Balkans, the European perspective and enlargement of the European Union: when we prepared our country for EU membership, our people knew that everything we were doing we did for ourselves. All the reforms we made in Estonia were for ourselves, not for Brussels or anybody else, and this is my message also to candidate countries. Enlargement of the European Union is a question of conditionality. If candidate countries fulfil all the criteria, they will be welcome to the Union; if not, they have to try harder.

Thirdly, I would like to stress the economic dimension of the conclusions. In line with the joint declaration of the leaders of the institutions, the European Council stressed the importance of advancing all files related to the single market strategies by 2018. A digital single market will bring tangible benefits to citizens, such as the end of roaming surcharges and unjustified geo-blocking, allowing cross-border portability.

It is only with concrete action that we will create the EU of the future. I thank you all for your continued work and efforts, which will make this happen. I would also, of course, like to congratulate Donald Tusk on his re-election.

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, firstly, thank you for your words of congratulations and support. It gives me the greatest satisfaction to hear them here in the European Parliament.

Secondly, I share the views of those who want us not to celebrate in Rome, but to set a clear course for the future. Rome will be one of the stages, not the grand finale, of this discussion. If this discussion is to be effective, there must be cooperation between States and between the institutions. I am declaring this unequivocally and with the deepest conviction.

Thirdly, the White Paper – and especially the multi-speed scenario as one of the forecasts – has sparked a lot of controversy, not only here in Parliament. But, at the same time, it has a sobering affect as a warning to those who have the weakening of the EU in mind. It is my hope that Rome will be a turning point in the reintegration of the Union. I am aware that not all politicians will be our allies, but, as paradoxical as it may sound, the majority of citizens of the countries governed by the Eurosceptics will be on our side.

Fourthly and lastly, Mr Lamberts has said that I owe my re-election mainly to the fact that Mr Kaczyński was against it and that his attack on me helped me. I can only say that I find it quite natural that in critical moments we can always count on our compatriots.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La situación que atraviesa el proyecto europeo es demasiado crítica como para que la Comisión Europea, el gobierno europeo, se limite a plantear en su esperado Libro Blanco sobre el futuro de la UE una serie de escenarios, algunos de los cuales no debieran haberse presentado porque son una vuelta atrás inaceptable. Europa no puede ser de nuevo un mercado único y nada más, sin ciudadanía europea, sin políticas comunes y sin los programas de cohesión territorial que han llevado a países como el nuestro a la senda de la modernidad, el bienestar y el progreso económico. Es imprescindible desarrollar un pilar social en la UE, que responda a las necesidades más urgentes de los ciudadanos golpeados por la crisis —especialmente en el sur de Europa—, que establezca un salario mínimo europeo y un suelo común de condiciones laborales dignas. Queremos profundizar en la unión económica y monetaria, lanzar una política expansiva y reforzar nuestra lucha contra el fraude y la evasión fiscal. Quizás, en el contexto actual, la mejor solución para alcanzar nuestros objetivos sea la planteada hace unos días en Versalles, la de la Europa a distintas velocidades. Una Europa flexible, sí, pero con alma social.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – Quero, com a minha declaração, alertar para um ponto neste debate sobre a preparação da Declaração de Roma, que tem estado a ser descuidado e que, do meu ponto de vista, merece mais destaque por parte da União Europeia.

Como se viu na recente negociação do acordo comercial com o Canadá (CETA), o comércio internacional, embora não seja consensual entre todas as famílias políticas europeias, tem uma aceitação maioritária por parte dos países da União Europeia. Está inclusivamente previsto que na Declaração de Roma se inclua uma secção que defende a afirmação da União Europeia no mundo através de uma política ativa de promoção do comércio livre e justo, construindo novas parcerias que promovam a estabilidade e a prosperidade globais.

O problema é que, no texto dessa mesma declaração, se ignora a América Latina. Devemos procurar estreitar relações com a América Latina, especialmente numa altura em que a região atravessa transformações que a deixam não só mais desejosa de estabelecer relações de parceria como também mais vulnerável às tentativas de controlo por parte de outros atores a nível global.

Soledad Cabezon Ruiz (S&D), *por escrito*. – La situación que atraviesa el proyecto europeo es demasiado crítica como para que la Comisión Europea, el gobierno europeo, se limite a plantear en su esperado Libro Blanco sobre el futuro de la UE una serie de escenarios, algunos de los cuales no debieran haberse presentado porque son una vuelta atrás inaceptable. Europa no puede ser de nuevo un mercado único y nada más, sin ciudadanía europea, sin políticas comunes y sin los programas de cohesión territorial que han llevado a países como el nuestro a la senda de la modernidad, el bienestar y el progreso económico. Los socialistas consideramos imprescindible desarrollar un pilar social en la UE, que responda a las necesidades más urgentes de los ciudadanos golpeados por la crisis —especialmente en el Sur de Europa—, que establezca un salario mínimo europeo y un suelo común de condiciones laborales dignas. Queremos profundizar en la unión económica y monetaria, lanzar una política expansiva y reforzar nuestra lucha contra el fraude y la evasión fiscal. Quizás, en el contexto actual, la mejor solución para alcanzar nuestros objetivos sea la planteada hace unos días en Versalles, la de la Europa a distintas velocidades. Una Europa flexible, sí, pero con alma social.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Le celebrazioni per i sessant'anni del Trattato di Roma sono un'occasione importante per ridare slancio al progetto europeo e per focalizzarsi sulle priorità dell'Europa che vogliamo, un' Europa unita e forte in politica estera, un'Europa con una difesa comune e che sia in grado di assicurare la sicurezza interna; un'Europa che promuova crescita economica, investimenti e competitività, che rafforzi l'unione economica e monetaria sviluppando il mercato unico e che abbia un'unica politica fiscale; un'Europa senza frontiere interne che realizzi una politica di migrazione onnicomprensiva; un'Europa a dimensione sociale che investa sui giovani, gli unici in grado di ridare forza al progetto originale; un'Europa innovativa che investa su infrastrutture digitali, *start-up*, economia collaborativa e crescita occupazionale

Mi auguro che i leader europei non si lascino sfuggire questa occasione lanciando un segnale forte soprattutto ai giovani. Investendo sui giovani investiamo sul futuro dell'Europa, e l'Europa merita il futuro che i nostri padri costituenti hanno immaginato sessant'anni fa per noi.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το πιεστικότερο πρόβλημα της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι η φτωχοποίηση μεγάλου μέρους των πολιτών των κρατών μελών της, σε κάποια από αυτά πιο βίαιη και σε άλλα πιο αργή, αλλά πάντως αισθητή. Πολλοί από όσους θίγονται από την εξέλιξη αυτή αποδίδουν την ευθύνη στην πτώση των φραγμών μεταξύ των εθνικών κρατών και αναζητούν «λύση» στην επιστροφή στο παρελθόν, με αποτέλεσμα να στρέφονται σε αντιδραστικές πολιτικές επιλογές και σε εθνικιστικές πολιτικές δυνάμεις. Η Ένωση μπορεί να μειώσει τον ευρωσκεπτικισμό και την ευρωφοβία μόνο εφόσον και καθόσον ενισχύσει το κοινωνικό της πρόσωπο, με πολιτικές αναδιανομής από τους έχοντες προς τους μη έχοντες και όχι το αντίστροφο, όπως σε μεγάλο βαθμό συμβαίνει σήμερα στην πράξη. Για τον σκοπό αυτό, πρέπει να αυξηθεί δραστικά ο ενωσιακός προϋπολογισμός και να χρηματοδοτηθούν μέσα από αυτόν δράσεις για τη βιώσιμη ανάπτυξη και για την απασχόληση με δίκαιη αμοιβή, σε πολύ μεγαλύτερη κλίμακα από ό,τι συμβαίνει σήμερα. Αν συνεχισθούν ο εφησυχασμός και η αδράνεια των πολιτών των ευρωπαϊκών ηγεσιών, τότε μεσοπρόθεσμα το ευρωπαϊκό οικοδόμημα κινδυνεύει με κατάρρευση, η οποία θα έχει δραματικές συνέπειες για όλες τις ευρωπαϊκές κοινωνίες.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße die durch das von Kommissionspräsident Juncker vorgelegte Weißbuch in Gang gesetzte Diskussion bei den einzelnen Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft. Wir brauchen eine intensive und zielorientierte Debatte darüber, wie wir uns Europa in der Zukunft vorstellen. Das Weißbuch stellt hier die richtige Grundlage dar. Wir müssen den 60. Jahrestag der Römischen Verträge zum Anlass nehmen, um die Menschen wieder mehr in die EU zu integrieren und weiter daran zu arbeiten, auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Ich finde „PulseOfEurope“ eine großartige Initiative, an der sich hoffentlich in den nächsten Monaten noch mehr Menschen beteiligen.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Nel particolare momento storico che stiamo vivendo, la nostra Europa sembra essere in balia di una profonda crisi d'identità, riluttante a cogliere l'opportunità di una maggiore coesione per affrontare le innumerevoli sfide globali, nonché immemore degli straordinari successi politici, economici e sociali che, a sessant'anni dalla fondazione delle sue prime fondamenta, è riuscita a conseguire e che ci apprestiamo a celebrare. Il sessantesimo anniversario dei Trattati di Roma, pertanto, deve costituire il trampolino di «rilancio» del faticoso processo di costruzione della nostra casa comune e, in tale contesto, credo che lo strumento delle «due velocità» o, per definirlo in maniera più corretta e soprattutto più positiva, della «cooperazione rafforzata», possa essere un'efficace soluzione per l'Europa allargata. Nondimeno, tutto ciò è vero nella misura, come ha giustamente ricordato il Presidente Gentiloni ai deputati europei riuniti in seduta plenaria, tale strumento non si trasformi nella scomposizione dell'Europa in Stati membri «di Serie A e di Serie B». La persistenza del terrorismo, la diffusione dell'euroscetticismo e del populismo, il sorgere di nuovi conflitti regionali e l'incremento dei flussi migratori costituiscono infatti problemi a cui l'Europa può dare soluzione in maniera efficace solo ed esclusivamente rimanendo unita.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Тази година отбелязваме 60-та годишнина от подписването на Римските договори. Този повод ни дава поредна възможност за размисъл върху състоянието на ЕС и неговото бъдеще. Безспорно се нуждаем от сериозни реформи. През последните няколко години станахме свидетели на безпрецедентна в историята на ЕС мигрантска вълна, застрашаваща сигурността ни. Европа стана жертва на жестоки терористични атаки в Париж, Брюксел, Ница, Берлин.

Трябва да съумеем да предпазим гражданите си. Това, обаче, не виждам как ще стане с тромави и неефективни законодателни предложения. Поредният такъв пример е Директивата за контрол на придобиването и притежаването на оръжие. Ограничавайки правата на нашите граждани за легално притежание на оръжие, няма да спре тероризмът, защото лицата, осъществяващи тези ужасяващи деяния, не са придобили легално тези оръжия. Последните няколко случая ни показваха, че тези хора успяват да превърнат в свое оръжие превозни средства и стават все по-изобретателни.

Ние сме длъжни да съумеем да вземем мерки. Ефективни мерки. Досегашният подход на ЕС доказва, че не работи. Либералният модел на интеграцията се провали. ЕС и неговите лидери трябва да спрат да си затварят очите. Нужни са спешни реформи, преди да е станало твърде късно.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Uma frase pode resumir as conclusões do Conselho Europeu: pouco ou nada de novo, e, no que é novo, mais do mesmo ou pior ainda. Uma clara aposta na deriva securitária e militarista. Não se dão ao trabalho de disfarçar sequer a defesa da corrida aos gastos militares.

Já a discussão sobre crescimento e emprego, essa, adia-se para novembro. A insistência na bateria de chantagem e de imposição que bem conhecemos, a propósito das linhas de política económica da zona euro e das ditas recomendações associadas. Fastidiosa repetição da ladainha da necessidade das reformas estruturais, do aprofundamento do mercado único e da completação da União Bancária. Velhas receitas que não trarão novos resultados.

A habitual profissão de fé nos tratados de livre comércio e o habitual desprezo pela democracia e pelas soberanias nacionais, ao permitir a entrada em vigor do CETA antes da sua ratificação pelos Estados-Membros. Nem uma palavra sobre a revisão intercalar do Quadro Financeiro Plurianual, cuja aprovação sorrateira se prepara, ao sabor dos interesses dos mesmos de sempre. Não há propaganda que consiga esconder as enormíssimas e crescentes contradições que a União Europeia carrega no seu bojo. A solução para vencer estas contradições, como é óbvio, está para além dos cenários equacionados no Livro Branco da Comissão Europeia.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La situación que atraviesa el proyecto europeo es demasiado crítica como para que la Comisión Europea, el gobierno europeo, se limite a plantear en su esperado Libro Blanco sobre el futuro de la UE una serie de escenarios, algunos de los cuales no debieran haberse presentado porque son una vuelta atrás inaceptable. Europa no puede ser de nuevo un mercado único y nada más, sin ciudadanía europea, sin políticas comunes y sin los programas de cohesión territorial que han llevado a países como el nuestro a la senda de la modernidad, el bienestar y el progreso económico. Los socialistas consideramos imprescindible desarrollar un pilar social en la UE, que responda a las necesidades más urgentes de los ciudadanos golpeados por la crisis —especialmente en el Sur de Europa—, que establezca un salario mínimo europeo y un suelo común de condiciones laborales dignas. Queremos profundizar en la unión económica y monetaria, lanzar una política expansiva y reforzar nuestra lucha contra el fraude y la evasión fiscal. Quizás, en el contexto actual, la mejor solución para alcanzar nuestros objetivos sea la planteada hace unos días en Versalles, la de la Europa a distintas velocidades. Una Europa flexible, sí, pero con alma social.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Guardiamo ad una data, quella del 25 marzo, che riavvolgerà il film di una storia bellissima: quella dell'Europa Unita, dell'Europa garante della pace, della Union sognata dai fondatori come condivisione di intenti, obiettivi, garanzie. Ma non sia solo una celebrazione, oggi non è più tempo. Quella Unione è sotto attacco, sfiduciata dai cittadini e sconfessata da alcuni dei suoi stessi Stati che assecondano i nazionalismi a fini elettorali. Allora, che il 25 marzo e questa dichiarazione di Roma alla quale purtroppo il Parlamento non è stato chiamato a partecipare, sia la vera ripartenza dell'Unione con una Europa più aderente alle esigenze dei cittadini e degli Stati stessi. L'Europa della concretezza e non più del sogno, una Unione del welfare e della cooperazione che vive e non sopravvive, una Unione sociale che garantisca ad ognuno dei suoi 500 milioni di abitanti, diritti, sviluppo, occupazione, stabilità.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Domnilor președinți, domnule comisar, am participat la dezbateră privind viitorul Europei pentru a-i asculta pe președinții instituțiilor europene și pentru a înțelege viziunea lor. Din păcate, din dezbateri nu a rezultat o poziție clară și unitară pentru Declarația de la Roma. Prefer multe dintre cele spuse de domnul Tusk. Domnul Juncker m-a dezamăgit din nou.

Domnilor lideri ai Europei, UE trece prin momente dificile. Gândiți-vă la cei circa 500 de milioane de oameni când luați decizii! Nu împărțiți Europa! Eu sunt proeuropeană, dar vreau o Europă echitabilă. Dacă vrem ca UE să reziste încă, este nevoie de unitate. Avem nevoie de un singur spațiu european. Românii, polonezii, bulgarii sunt cetățeni europeni ca și germanii, francezii, italienii. Gândiți-vă că veți intra în istorie ca cei care vor consolida o UE puternică sau ca demolatori ai UE, depinde de deciziile pe care le veți lua!

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Sve teme oko budućnosti Europe moraju poći od jedne jednostavne činjenice: što nam je, zaista, cilj? Kad se složimo oko cilja i onoga što zaista treba biti budući EU onda je mnogo lakše odrediti put do tog cilja!

Dakle, najprije odlučimo želimo li zaista vojnu, energetsku, digitalnu, fiskalnu i druge sastavnice buduće Unije, a onda odlučimo o načinu ostvarenja. Pitanje Europe u više brzina je onda nepotrebno pitanje jer znamo kuda idemo. Dok ne znamo kamo želimo stići svaki će put biti stranputica.

Benedek Jávör (Verts/ALE), *írásban*. – Az Európai Tanács legutóbbi ülésén végleg eldőlt: többek között a magyar kormány ellenállása miatt nem lesz minden tagállamra kiterjedő hatáskörű Európai Ügyészség, s helyette csak a tagállamok egy részének együttműködéséként fog létrejönni az ügyészség. Magyarország, az uniós csatlakozással kötelezettséget vállalt, hogy az EU pénzügyi érdekeit a saját érdekeivel azonos módon védi meg. Ez eddig sem teljesítette, de a kormány kimaradásával most egyértelművé tette: a bűncselekmények felderítése helyett, azok biztonságos elkövetésében érdekelt. Hatalmas nyereség ez a Fidesz körüli oligarcháknak, az áfacsalásokkal trükköző cégeknek, mert így továbbra is komolyabb ellenőrzés nélkül űzhetik államilag támogatott praktikáikat.

Noha a tagállamok többsége a józan észre hallgat, sajnos a megerősített együttműködéssel létrehozott ügyészségnek pont az a rákfeneje, mint az adóversenynek: azon országok, amelyek nem működnek együtt a többiekkel, a rendszer kijátszására alkalmas kiskaput hoznak létre. Az európai áfacsalásokat ezek után Németország, Franciaország helyett az eddigieknél is nagyobb arányban Magyarországon vagy Lengyelországon keresztül hajtják majd végre. Magyarország lépésről lépésre az EU adózási fekete lyukává változik. Elengedhetetlen, hogy az EU következő hosszú távú költségvetésében, a támogatások az EPPO hatáskörét képezzék, hiszen csak így lehet biztosítani az alapszerződésben vállalt kötelezettség teljesítését. A magyar kormány is alá fogja magát vetni az EPPO hatáskörének, ha az európai pénzekhez csak úgy juthat hozzá.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – La situación que atraviesa el proyecto europeo es demasiado crítica como para que la Comisión Europea, el gobierno europeo, se limite a plantear en su esperado Libro Blanco sobre el futuro de la UE una serie de escenarios, algunos de los cuales no debieran haberse presentado porque son una vuelta atrás inaceptable. Europa no puede ser de nuevo un mercado único y nada más, sin ciudadanía europea, sin políticas comunes y sin los programas de cohesión territorial que han llevado a países como el nuestro a la senda de la modernidad, el bienestar y el progreso económico. Los socialistas consideramos imprescindible desarrollar un pilar social en la UE, que responda a las necesidades más urgentes de los ciudadanos golpeados por la crisis —especialmente en el Sur de Europa—, que establezca un salario mínimo europeo y un suelo común de condiciones laborales dignas. Queremos profundizar en la unión económica y monetaria, lanzar una política expansiva y reforzar nuestra lucha contra el fraude y la evasión fiscal. Quizás, en el contexto actual, la mejor solución para alcanzar nuestros objetivos sea la planteada hace unos días en Versalles, la de la Europa a distintas velocidades. Una Europa flexible, sí, pero con alma social.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Ως ΕΕ το κοινό μας μέλλον και συμφέρον περιλαμβάνει κοινή άμυνα των εξωτερικών μας συνόρων και σύγκλιση των οικονομιών μας. Όμως στον πυρήνα των συμφερόντων μας υπάρχουν οι βασικοί κανόνες δικαίου βάσει των αρχών και αξιών του πολιτισμού μας. Με αφετηρία τη Συνθήκη της Ρώμης πριν 60 χρόνια, έχουμε διανύσει αρκετή πορεία με επιτεύγματα για τα οποία υπερηφανευόμαστε.

Υπήρξαν όμως στιγμές που η ΕΕ δεν στάθηκε στο ύψος των περιστάσεων. Ενδεικτικά, η πρόσφατη έκθεση του ΟΗΕ για τα Ανθρώπινα Δικαιώματα την περίοδο Ιουλίου 2015 - Δεκεμβρίου 2016 στις Ν/Α κουρδικές επαρχίες στην Τουρκία καταγράφει 30 πόλεις που επηρεάστηκαν με 2.000 θανάτους (μερικοί κάηκαν ζωντανοί), ενώ 350-500 χιλιάδες εκτοπίστηκαν, 1.800 πολυκατοικίες κατεδαφίστηκαν, στην πόλη Τζίσε ολόκληρες γειτονιές αφανίστηκαν και υπό τον μανδύα έκτακτης ανάγκης ασκήθηκε κρατική τρομοκρατία με βασανισμούς και στερήσεις σε παιδιά μέχρι γέροντες. Ένα έγκλημα κατά της ανθρωπότητας συντελέστηκε από το καθεστώς Ερντογάν χωρίς κανέναν να τιμωρηθεί. Όταν το έγκλημα ήταν σε έξαρση, ελάχιστοι ευρωβουλευτές ενημερώναμε με συνέδρια, βίντεο και φωτογραφίες απέναντι στην επίσημη σιωπή της ηγεσίας της ΕΕ. Σήμερα, με το συνεχιζόμενο έγκλημα παράνομης κατοχής ευρωπαϊκού εδάφους στην Κύπρο, με την πολιορκία 18 κουρδικών χωριών, η Κομισιόν επιδιώκει να αναβαθμίσει την Τελωνειακή Ένωση με την Τουρκία.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Nemrég Jean-Claude Juncker, az Európai Bizottság elnöke öt fogásból álló menüsört mutatott be a hogyan továbbról. Az EU szabadkereskedelmi övezetté való silányulásától, a kétsebességes Európán át egészen a haladó föderális Európa képig. A DK az ötödik megoldást, az Európai Egyesült Államok létrehozását támogatja. Orbán Viktor, Brexit és egyéb katasztrófák arra jók Európának, hogy folyamatosan megújuljon, az integráció mélyüljön. A következő állomás az Európai Egyesült Államok, közös kül- és gazdaságpolitikával, közös hadsereggel. Ez most történik, itt a szemünk láttára. Eldönthetjük, hogy csatlakozunk-e hozzá. Az Európai Egyesült Államok erősebbé tenne minket, visszahelyezne minket a világtérképre, kiaknázná a bennünk lévő potenciált.

Az egyesült Európában jobban és nagyobb biztonságban élünk. Ha van egyesült Európa, le tudjuk győzni a globalizáció melléktermékét: a társadalmi egyenlőtlenséget. Lesz erőnk arra, hogy a piacgazdaságot mindenki, ne csak a kivételezett kevesek érdekébe állítsuk, növekedést indítsunk be. Az egyesült Európa egységet, nem pedig egyformaságot jelent. Nem jelent ez veszélyt ránk, éppen ellenkezőleg. Hiszem azt, hogy az egységes Európa szolgálja legjobban Magyarország érdekeit.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The future of Europe is today at stake. Council meetings are good if the Member States' representatives understand the importance of their actions and of those meetings. European citizens and the media expect the Declaration of Rome to bring major change, to restore their trust in the European Union, and to produce a proposal that will improve the functioning of the EU system. A lot of people are unhappy about how Europe is working today. I am telling them that this is due to the people now running the EU, namely right wing parties together with populists. We saw that in the votes for the European Parliament president. We need to democratise the European Union and we need a new plan and maybe a new concept. I am seeking a Europe closer to citizens, in which the European Commission is directly accountable for its actions to the people. Therefore I believe that the biggest and most important change we can make for the 2019 elections is to directly elect the Commission president.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Obilježavanje 60-te godišnjice od potpisivanja Rimskih ugovora kojima je ustanovljena, prilika je za raspravu kako u 21. stoljeću oblikovati EU – najvažniji projekt u ukupnoj europskoj povijesti. Pet mogućih scenarija koje je nedavno u EP-u predstavio predsjednik Komisije Juncker ne zatvara broj mogućih opcija, ali predstavlja širok okvir za buduće dogovore.

Na atmosferu i pravac rasprava sigurno će utjecati i dva važna događaja koji će se također dogoditi ovog ožujka: rezultati parlamentarnih izbora u Nizozemskoj i očekivana aktivacija članka 50. TEU-a o izlasku Ujedinjenog Kraljevstva iz EU-a.

Hrvatskoj, kao najmlađoj članici, najmanje odgovara koncept „Europe koncentričnih krugova” koji bi nam limitirao pogodnosti članstva.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – In den letzten 20 Jahren hat sich Europa zum reichsten Kontinent der Welt entwickelt. Die europäische Integration hat zu Wirtschaftswachstum, Stabilität und Frieden geführt. Dennoch: Die Griechenland-Krise, der Brexit oder der Umgang mit Geflüchteten haben gezeigt, dass wir in Europa vor ganz neuen Herausforderungen stehen. Die Menschen haben ihr Vertrauen in die Europäische Union verloren, und dieses Vertrauen müssen wir dringend zurückgewinnen. Wir sind uns einig: Die EU ist nicht fehlerfrei, aber das beste Instrument, das wir derzeit haben, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Es muss sich trotzdem etwas ändern.

Mit dem Weißbuch über die verschiedenen Szenarien zur Zukunft der EU hat die Kommission eine notwendige Debatte angestoßen. Aber jetzt heißt es auch anpacken und Lösungen finden: Die EU muss künftig Garant für Steuergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit sein. Die ArbeiterInnenbewegung war immer schon eine internationale Bewegung. Die Möglichkeiten, die uns die EU auf internationaler Ebene gibt, die Interessen von ArbeiterInnen und Angestellten zu vertreten, sind einmalig in der Geschichte. Diese Möglichkeiten gilt es zu bewahren!

Die Unternehmen agieren schon lange international, und die werden es sich auch ohne EU richten. Aber gerade wir brauchen die Europäische Union als Mittel im Kampf für die Interessen von ArbeiterInnen und Angestellten.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – La situación que atraviesa el proyecto europeo es demasiado crítica como para que la Comisión Europea, el gobierno europeo, se limite a plantear en su esperado Libro Blanco sobre el futuro de la UE una serie de escenarios, algunos de los cuales no debieran haberse presentado porque son una vuelta atrás inaceptable. Europa no puede ser de nuevo un mercado único y nada más, sin ciudadanía europea, sin políticas comunes y sin los programas de cohesión territorial que han llevado a países como el nuestro a la senda de la modernidad, el bienestar y el progreso económico. Los socialistas consideramos imprescindible desarrollar un pilar social en la UE, que responda a las necesidades más urgentes de los ciudadanos golpeados por la crisis —especialmente en el Sur de Europa—, que establezca un salario mínimo europeo y un suelo común de condiciones laborales dignas. Queremos profundizar en la unión económica y monetaria, lanzar una política expansiva y reforzar nuestra lucha contra el fraude y la evasión fiscal. Quizás, en el contexto actual, la mejor solución para alcanzar nuestros objetivos sea la planteada hace unos días en Versalles, la de la Europa a distintas velocidades. Una Europa flexible, sí, pero con alma social.

Alfred Sant (S&D), in writing. – In the first 30 years of its existence, the EU achieved most of its aims, especially that of securing peace in Western Europe through economic integration. In its second 30 years, the EU went for enlargement and deepening. This has led to stagnation and semi-paralysis. The new structures of unity and control that were created have proven unable to cope with political, economic and demographic turmoil. Now, millions of people in the EU feel completely disconnected with – or hostile to – the European project. Their expectations of ever increasing security and wellbeing were undermined by austerity and by policies that fail to respond to their life priorities. Meanwhile, economic and social divergences within the Union have grown. The Rome declaration should recognise this reality, not simply recast the rhetoric that made sense in the first half of the Union's existence to Europe's present and future challenges. Internally, the European project has become a transfer union that follows the pulls and pushes of neoliberal guidelines. A new, huge political effort of consolidation must first be undertaken to correct the existing regional and national imbalances. Only then would the EU be able to regain the momentum of its first 30 years.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Európa sa nachádza na križovatke a musíme sa rozhodnúť, ako ďalej. Reforma fungovania Európskej únie nie je možná bez zapojenia širokej verejnosti a preto vítam, že Európska komisia ponúkla päť možných scenárov, ako má naša spoločná budúcnosť vyzerieť. Pri rozhodovaní o jej výslednej podobe musíme vždy myslieť predovšetkým na občanov a spoločné dobro. Z hľadiska záujmov Slovenska a celého stredoeurópskeho priestoru by nebolo dobré, ak by prevážil scenár dvojrychlostnej Európy. Tento model by prehĺbil existujúce rozdiely a zaviedol nové bariéry na vnútornom trhu. Scenár, ktorý počíta s de facto federalizáciou, by zasa priniesol spoločné rozhodovanie aj do oblastí, ktoré patria do výhradnej kompetencie členských štátov. Napríklad rodinná politika, kultúra a vzdelávanie. Potrebujeme usporiadanie, ktoré nám umožní sústrediť sa na témy, ktoré prinášajú našim ľuďom a firmám konkrétne výsledky. Je to hlavne digitalizácia, energetika a bezpečnosť. Najmä v digitalizácii musíme zabráť, pretože iné časti sveta nás postupne dobiehajú. Ak tento vlak nestihneme, druhý už nepôjde. Všetkých päť scenárov vnímam ako podnety na diskusiu o tom, kde chceme Slovensko a Európu vidieť o päť či o štyridsať rokov pri oslavách stého výročia Rímskych zmlúv. Nech sa naplní ktorýkoľvek z nich alebo ich kombinácia, platí, že Európa bude silná, len ak bude súdržná.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Zbliżająca się 60. rocznica podpisania traktatów rzymskich (z 25 marca 1957 r.) to odpowiedni czas, aby zastanowić się nad przyszłością Europy. Unia Europejska bowiem oraz jej państwa członkowskie są obecnie świadkami bezprecedensowych wyzwań: Brexit, problem uchodźców, spowolnienie po kryzysie finansowym, kryzys demograficzny, brak konkurencyjnego i sprawnie funkcjonującego rynku wewnętrznego, a przede wszystkim gwałtowny wzrost ruchów nacjonalistycznych i siły partii politycznych, które kwestionują dalsze istnienie Unii Europejskiej. Zarówno konkluzje z posiedzenia Rady Europejskiej, jak i opracowywana obecnie deklaracja rzymska mają na celu wskazanie drogi do rozwiązania części z tych problemów.

Dokumenty te jednoznacznie wskazują na możliwość różnicowania tempa integracji i nawiązywania intensywniejszej współpracy przez grupy krajów w niektórych dziedzinach. Ważne jest jednak, aby pewna elastyczność była możliwa jedynie w ramach obowiązujących traktatów. Jednocześnie tzw. Unia dwóch prędkości nie może wykluczać żadnego z państw, które zechciałyby później przystąpić do takiej współpracy.

Obawiam się, że Unia wielu prędkości może spowodować całkowitą marginalizację niektórych państw przy jednoczesnym niewielkim pozytywnym wpływie na Wspólnotę jako całość. Unia podziałów i segregowania państw na lepsze i gorsze nigdy nie przyniosła pozytywnych skutków, dlatego wierzę, że zamiast Unii wielu prędkości Unia będzie się rozwijać przy wsparciu i udziale wszystkich swoich państw członkowskich.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – A crise do processo de integração capitalista europeu é indissociável, por um lado, da crise mais geral do capitalismo e, por outro lado, das características matriciais e dos objetivos do próprio processo.

Numa altura em que passam sessenta anos sobre a assinatura do Tratado de Roma, o tratado constitutivo da Comunidade Económica Europeia (CEE) e da Comunidade Europeia da Energia Atómica, a CEE/UE conhece hoje a mais grave crise da sua existência. Pela sua profundidade e persistência, esta crise leva a que, pela primeira vez, se admita abertamente a possibilidade de a integração dar lugar a uma desintegração – de que a saída do Reino Unido, o chamado Brexit, será já expressão.

Ao contrário do que alguns se empenham em fazer crer, esta crise não resulta de fatores conjunturais. As raízes fundas da crise mergulham na natureza (capitalista) do processo de integração. Os eventuais saltos em frente, sem alterar esta matriz, irão apenas aprofundar a crise. O que a Europa e os seus povos reclamam, não é mais do mesmo, é antes um projeto de rutura com esta UE, visando a construção de um outro modelo de desenvolvimento, uma Europa dos povos de cooperação e desenvolvimento que respeita a soberania de cada Estado.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), na piśmie. – Po pierwsze, chciałbym gorąco pogratulować panu Donaldowi Tuskowi przedłużenia mandatu przewodniczącego Rady Europejskiej na drugą dwupółletnią kadencję. Poparcie, jakim go obdarzono, wskazuje na jednoznacznie pozytywną ocenę jego działania do tej pory, mimo pewnych dziwacznych prób podważania tego dorobku. Jednak teraz należy skupić się na problemach, które przed nami.

Rada z zadowoleniem przyjęła ustalenia Rady do Spraw Zagranicznych z 6 marca, które są pozytywnym krokiem na drodze ku wzmocnieniu współpracy obronnej. Przyjęto notę koncepcyjną na temat utworzenia Unijnego Sztabu Dowodzenia Operacjami Wojskowymi, co pomoże lepiej skoordynować działania państw UE w ramach WPBiO. Wezwano także do utworzenia PESCO, czyli stałej współpracy strukturalnej, która byłaby platformą dla wspólnego planowania i działań wojskowych państw UE. Uruchomiono także prace nad stworzeniem skoordynowanej dorocznej rewizji zdolności obronnych, co pomoże w lepszym definiowaniu luk w zdolnościach sił zbrojnych państw UE i zaplanowaniu ich likwidowania.

Te działania są niemal krokami milowymi w porównaniu do stanu współpracy obronnej sprzed kilku lat. W końcu mamy o czym rozmawiać w tej sferze. Ważne także, że wreszcie doceniono wartości gospodarcze i komercyjne przemysłu obronnego. Chciałbym także wyrazić zaniepokojenie sytuacją na Bałkanach Zachodnich. Mam nadzieję, że wysiłek mający na celu bliższą integrację Bałkanów z UE nie zostanie zmarnotrawiony.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK*Vizepräsidentin***8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO)**

President. – In relation to the decision by several committees to enter into interinstitutional negotiations, pursuant to Rule 69c, paragraph 1, announced at the opening of the sitting on Monday, 13 March, I have received no request for a vote in Parliament.

The committees may therefore start negotiations.

James Carver (EFDD). – Madam President, I have just returned from London, following an earlier meeting with the Somali Ambassador to the UK, who has highlighted the tragedy that is emerging across the Horn of Africa, all the way down to Kenya and through to Angola with this drought. Over two million animals have died, people are losing their lives, and I would urge colleagues from across the Groups in this Parliament to do what they can to highlight the tragedy which is growing across the Horn of Africa and encourage Member States to do all they can to support them.

9. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

9.1. Abkommen zwischen der EU und Brasilien: Änderung der Zugeständnisse in der Liste Kroatiens im Zuge seines Beitritts (A8-0052/2017 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra) (Abstimmung)

9.2. Aufnahme des automatisierten Austauschs von Fahrzeugregisterdaten mit Dänemark (A8-0051/2017 - Maria Grapini) (Abstimmung)

9.3. Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Griechenland (A8-0053/2017 - Claude Moraes) (Abstimmung)

9.4. Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (A8-0022/2017 - Karin Kadenbach) (Abstimmung)

9.5. Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (A8-0327/2016 - Patrizia Toia) (Abstimmung)

9.6. Hürden, die EU-Bürger daran hindern, sich innerhalb des Binnenmarktes frei zu bewegen und zu arbeiten (B8-0179/2017) (Abstimmung)

9.7. Zustimmung der Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen (B8-0180/2017) (Abstimmung)

9.8. Leitlinien für den Haushaltsplan 2018 — Einzelplan III (A8-0060/2017 - Siegfried Mureşan) (Abstimmung)

10. Stimmerklärungen

10.1. Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (A8-0022/2017 - Karin Kadenbach)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Monica Macovei (ECR). – (*Începutul intervenției fără microfon.*) ... și scandaluri în legătură cu etichete false care nu reflectă conținutul alimentelor pe care le mâncăm. Deci, nu știm ce mâncăm sau suntem mințiți cu privire la ceea ce mâncăm. Acest regulament pe care l-am votat introduce inspecții în întregul lanț de aprovizionare, de la producător la consumator, inclusiv la toți intermediarii. Aceste controale vor avea loc la frontierele externe ale Uniunii atunci când importăm bunuri din statele terțe ale Uniunii. De asemenea, în opinia mea, trebuie să facem un pas mai departe și să răspundem cazurilor în care alimentele produse sau ambalate chiar în statele membre conțin informații false pe etichetele de pe ele și ceea ce este înăuntru nu corespunde descrierii. Știm bine că și între statele membre se întâmplă astfel de lucruri: se importă dintr-o țară carne și se pune eticheta într-o altă țară, ca și cum ar fi produsă acolo și așa mai departe. Deci, trebuie să reglementăm și această situație în viitor, pentru a proteja sănătatea oamenilor.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, io ho votato a favore di questo regolamento perché è il giusto completamento del lavoro fatto sulle norme per la salute animale. In quel regolamento noi abbiamo stabilito una serie di norme importantissime per evitare il ripetersi di casi come la peste suina o l'avaria e per intervenire subito sui focolai di malattie che investono sia gli animali che gli uomini.

Ma le regole e senza controlli rischiano di essere inutili. Per questo il regolamento che approviamo oggi chiude il cerchio, completando un sistema di standard europei davvero all'avanguardia, che vanno dall'allevamento alla commercializzazione, passando per la produzione e il *business* alimentare è uno dei più ricchi e anche quello che registra più frodi, frodi che sono sempre più frequenti e sempre più raffinate.

Le nuove regole approvate oggi daranno agli Stati membri maggiori strumenti per ispezioni e per controlli efficaci, basati sulla valutazione dei rischi ex ante.

Момчил Неков (S&D). – В центъра на политиките на Европейския съюз трябва да бъдат европейските граждани и тяхното здраве и право на информиран избор. Това включва както качеството на храните и хранителната безопасност, така и съображенията, свързани с отглеждането и разпространението на ГМО, срещу което мнозинството българи и европейци застават твърдо. В този контекст смятам за унизително поведението на производителите на храни, които изпращат храни с по-лоши показатели за потребителите в Централна и Източна Европа.

Европейският съюз е единен пазар, в който има еднакви задължения за всички производители. Лошите храни рефлектират в лошо обществено здраве. Силно вярвам, че България не трябва да стои в очакване, затова и призовавам БАБХ за приключване на анализите в кратки срокове, за да стане ясно кой в Европа ни третира като втора ръка европейци.

Храни второ качество за източноевропейците е корпоративен расизъм. Той трябва да спре. Затова подкрепих този доклад. Българите и България заслужават повече.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, anch'io ho votato a favore di questo dossier per dare una sistemazione organica alla frammentaria legislazione europea vigente, per garantire l'applicazione della legislazione sugli alimenti e sui mangimi, delle norme sulla salute e sul benessere degli animali, sulla sanità delle piante, nonché sui prodotti fitosanitari.

Dopo oltre tre anni di lavori parlamentari, in prima e seconda lettura, e oltre dieci triloghi, le istituzioni europee consegnano una normativa europea ampia e rigorosa, in grado di rispondere alle richieste di sicurezza alimentare dei consumatori europei.

Tra le principali novità introdotte, l'approccio dei controlli basato sul rischio, la copertura dell'intera catena alimentare, la flessibilità dei controlli, che finalmente potranno adattarsi ai nuovi modelli di produzione, alle nuove tecnologie e ai nuovi rischi, una migliore lotta alle pratiche fraudolente o ingannevoli e la protezione degli informatori.

Il nuovo quadro permetterà all'Unione europea di avere una legislazione al passo con i tempi, consentendo una migliore lotta alle frodi più sofisticate.

Franc Bogovič (PPE). – Evropejci smo že danes lahko ponosni na to, da uživamo zelo kvalitetno in tudi najbolj varno hrano na celem svetu. Vesel pa sem, da smo danes sprejeli zakonodajo, s katero bomo to kvaliteto in varnost še zagotovili tudi v prihodnje in se tudi izboljšali. Zavedati se moramo, da je danes cela vrsta bolezni, ki ogrožajo živali in ljudi, zato je ta skrb po varni hrani neprestano potrebna.

Na drugi strani se pojavljajo tudi najrazličnejše goljufije, ki jih je treba v kali zatreti in z zadostnimi kontrolami preprečiti, da bi se to zgodilo. Nadalje je potrebno jasn nadzor nad hrano, zato ker je hrana vedno bolj mobilna, se pravi, da kroži znotraj Evrope, vedno več hrane tudi uvozimo z drugih delov sveta.

Naslednji aspekt, ki je zelo pomemben, je aktualen v zadnjem času, pa je to, da se v nekaterih vzhodnoevropskih državah sprašujemo, ali jemo enako kvalitetno hrano kot naši kolegi v zahodni Evropi. Zato je tudi na tem področju potrebno narediti red.

10.2. Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (A8-0327/2016 - Patrizia Toia)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, într-o epocă digitală, cererea pentru conectivitate *wireless*, tehnologie modernă, *smartphone* și viitoarele aparate 5G este în continuă creștere. Până în 2020, vom avea un trafic de internet mobil de opt ori mai mare decât cel de astăzi. Această conectivitate depinde de spectrul radio, care este o resursă esențială, dar limitată, pentru comunicarea *wireless*. De aceea, susțin acest raport care practic mărește și banda de spectru radio, așa încât să avem un spectru armonizat și coordonat la nivel global care să poată răspunde acestei cerințe de *wireless*. Utilizarea ei va ajuta comunicațiile mobile în bandă largă și va încuraja serviciile digitale inovatoare în zonele rurale sau periferice, cum ar fi serviciile de sănătate electronice și mobile, având la bază telefoanele mobile, dispozitive de monitorizare a pacienților și alte dispozitive pe suport radio, precum și rețele energetice inteligente.

Stefano Maullu (PPE). – Signor Presidente, vorrei sottolineare che ho votato a favore di questa relazione che è stata molto ben preparata dalla collega Toia e che ha creato le condizioni per un approccio assolutamente equilibrato, un approccio in un sistema, quello del digitale terrestre, che dà la possibilità a 250 milioni di persone di poter usare e avere le informazioni attraverso uno strumento di diffusione di massa, quale è la televisione, ma soprattutto ha creato le condizioni per poter difendere anche meglio il settore degli audiovisivi europei, che rappresentano un patrimonio culturale straordinario che, credo, soprattutto in un momento di diffusione dei *new media*, abbia la necessità di essere tutelato per ciò che rappresenta per la nostra Europa e per ciò che rappresenta per le nostre radici culturali, che devono essere salvaguardate in un mondo sempre più globalizzato.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, oggi ho votato in favore della decisione sull'utilizzo in Europa della banda di frequenza 700 MHz, che obbliga gli Stati membri a rendere commerciabili i diritti d'uso dello spettro per i servizi di comunicazione elettronica.

La disponibilità di un ampio spettro radio permetterà lo sviluppo di nuovi servizi digitali innovativi nelle zone urbane e in quelle rurali o isolate, contribuendo in modo sostanziale a ridurre il *gap* nella qualità delle infrastrutture digitali.

Penso all'importanza dei servizi di salute elettronica, come il supporto dei telefoni cellulari e dei dispositivi per il monitoraggio dei pazienti, come pure alle reti energetiche intelligenti e alla rivoluzione dell'*Internet of things*.

La cosiddetta industria 4.0 legata alle reti veloci e alla riduzione del *gap* di alfabetizzazione digitale è il campo in cui l'Europa deve investire le sue energie migliori, dando risposta alle ambizioni dei giovani europei e orientando il progresso tecnologico a una diffusione dei suoi vantaggi economici e sociali.

10.3. Zustimmung der Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen (B8-0180/2017)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, oggi ho votato in favore della proposta di risoluzione in questione per sottolineare un requisito fondamentale per pedaggi stradali non discriminatori, ovvero che tutti gli utenti paghino la stessa tariffa per utilizzare le stesse strade.

Penso che qualsiasi sistema di pedaggio stradale nazionale che discrimini direttamente sulla base della nazionalità o che venga abbinato a misure fiscali nazionali a beneficio esclusivo dei cittadini di un paese, ad esempio una detrazione della tassa automobilistica nazionale, perseguendo in tal modo l'obiettivo di caricare l'onere principale sugli utenti stranieri, costituisce una violazione del principio di non-discriminazione sancito dal Trattato sul funzionamento dell'Unione europea.

Penso quindi che sia giusta l'apertura di una procedura di infrazione della Commissione europea contro la Germania per discriminazione ai danni degli utenti stranieri.

Esorto la Commissione a rivedere la normativa in materia di *eurovignette* e ribadisco la necessità di armonizzare il settore tramite lo *European electronic toll service*, che darebbe la possibilità di pagare i pedaggi in tutta l'Unione con un solo sistema.

Franc Bogovič (PPE). – Letos praznujemo šestdesetletnico Rimske pogodbe in govorimo o enakopravni Evropi, v kateri imamo vsi enake pravice, tudi o povezani Evropi. Avtoceste so zagotovo nekaj zelo pomembnega, da smo bolj mobilni in mene kot Slovenca je vedno presenečalo, da se lahko po nemških avtocestah vozimo brezplačno, se pravi brez plačila cestnine. Prav tako pa me je presenetil tudi predlog, ki ga je pripravila nemška vlada in bi bil diskriminatoren do tistih, ki od drugod prihajamo skozi Nemčijo, saj bi konec koncev samo tujci plačevali cestnino v Nemčiji.

Zato podpiram to resolucijo, ki je bila sprejeta, saj ravno preprečuje to diskriminatornost. Podobne diskriminacije se pojavljajo tudi pri naših avtoprevoznikih, ko potujejo skozi Avstrijo. Podobno se dogaja tudi pri storitvah, ki jih opravljajo v tujini, zato bomo morali biti v bodoče pri nediskriminatornem obravnavanju Evropejcev zelo pozorni.

10.4. Leitlinien für den Haushaltsplan 2018 — Einzelplan III (A8-0060/2017 - Siegfried Mureşan)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidenta. He votado contra las orientaciones para el presupuesto de la Unión Europea porque su línea neoliberal es la causante de la crisis del actual proyecto europeo.

Pongamos por ejemplo las políticas agrarias. Durante años, el objetivo de la PAC fue garantizar una remuneración justa a los agricultores, un desarrollo sostenible del campo y la soberanía alimentaria de los europeos. Con la nueva PAC, los agricultores se ven obligados a abandonar sus profesiones porque las ayudas son insuficientes e inadecuadas y los obligan a producir para un mercado volátil, a merced de las grandes distribuidoras y comercializadoras.

La orientación de mercado pervierte el uso de los fondos públicos. Necesitamos mayor protagonismo de las administraciones públicas y de los representantes de los trabajadores y campesinos en la definición de los programas de inversión, y necesitamos un presupuesto a la altura de sus ambiciones, capaz de redistribuir recursos entre el centro y la periferia europea.

Die Präsidentin. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 12.55 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Aussprache über ein aktuelles Thema – Die Sicherheitsagenda der EU ein Jahr nach den Anschlägen in Brüssel (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über ein aktuelles Thema betreffend die Sicherheitsagenda der EU ein Jahr nach den Anschlägen in Brüssel (2017/2605(RSP)).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Historische Stunde ist vielleicht zu viel gesagt, aber wir haben erstmals ein neues Format nach der Änderung der Geschäftsordnung, nämlich diese Aussprache über ein aktuelles Thema. Die Fraktionen haben sich auf eine Rednerliste verständigt, und sie haben sich auch darauf verständigt, dass es bei dieser Aussprache kein *Catch-the-eye*-Verfahren gibt und dass keine blauen Karten angenommen werden.

Wir beginnen mit Frau Kollegin Metsola, die für die Fraktion der Europäischen Volkspartei spricht, die diese Debatte beantragt hat.

Roberta Metsola, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I was at a meeting in the European Parliament in my colleague Alain Lamassoure's office when the bombs went off in Brussels almost one year ago. Anyone who, like many of us here, thinks of Brussels as a home from home, will never forget the moments of panic, of anger, of helplessness and of grief for the victims of those attacks. But since the horrific events of last year, our shock has given way to a grim resolve to counter this terrorist threat and to address both the immediate danger of more attacks and the causes of radicalisation that plague our societies. Nothing is more important to our citizens than the basic right for them to feel safe doing the things that they have always done and living the lives that they choose.

Freedom and security are not simple buzzwords that look good on our Twitter feed or in press releases. They are the very core concepts that underpin our way of life, because without them, there can be nothing else. We must do everything we can to keep Europe safe. We can look to the citizens we represent and we can be proud of the work we have done so far to boost the fight against terrorism. But it must continue. And that is why it is so important for the EPP that we are having this debate today. Keeping Europe safer is at the top of our agenda and will remain there.

Now in this Parliament we have worked hard to speed up efforts on common EU rules on better information about passengers travelling from and to the EU with our PNR system. We have introduced systematic checks at our external borders. We have pushed forward strategies against radicalisation, against those who preach hate and incite terror. We have gone after the money and tackled terrorism financing and, crucially, we have moved forward towards better support for the victims of terrorism. Terrorism leaves so many hidden victims that its mark stains for generations. We have to give those people a voice, support to return to life, and we have to remember those we have lost. We have done a lot, but there is much, much more that needs to be done if we are to continue to address people's security concerns in Europe. We will not cease in our efforts until we secure a Europe that is safer.

Information-sharing between Member States must be improved and we have to ensure that our law enforcement agencies have all the tools and the resources that they need to respond and to remain one step ahead of the terrorists and their networks. Our IT systems must be able to operate in tandem with each other, and we need to look at what law enforcement controls need improving.

Prevention and prosecution of criminal behaviour must be made more efficient by having a fully-functioning EU criminal record system in place, and at the same time it is essential that we have a coordinated approach to stop the trafficking of illegal arms so often used by terrorists during terrorist attacks in Europe. We need to improve our use of biometric data. The loopholes that were exposed by the Berlin attacker, for example, who had 14 different identities, must be closed.

The EU is not alone in its fight, because terrorism is a global threat that requires a global response. Cooperation with third countries in listing and implementing anti-terror measures needs to remain on the EU's agenda, and I am convinced that we will get there. But it is true that apprehension remains. My children still get scared when they realise that we still need soldiers outside many public events, and it is true that every time we hear a police siren, a part of us goes back to that fateful day a year ago. But the people of Europe will not cower. Our way of life will go on despite the fear that we must all sometimes feel.

I shall conclude. When our continent came under attack we did not shy away from the challenge. We identified where we need to do more. We stood up and we gave a European response. Our fear did not define us: determination did, and it will continue to do so.

(Applause)

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, in a week's time we will be commemorating the first anniversary of the Brussels attacks – on 22 March — which are still so vivid in our memories. Let me start by saying that I agree with you that it is time to take stock of where we are one year after these attacks in terms of security, and I welcome this debate.

We have made major progress in the last two years, but we continue to face unprecedented challenges. The European Day of Remembrance of Victims of Terrorism on 11 March — last Saturday — was an important reminder of why it matters so much to continue our efforts. All citizens have the right to live free from fear, whatever their opinions or beliefs. Putting in place measures to prevent and fight terrorism whilst maintaining an open and free society is a delicate balance. While stepping up our counter-terrorism tools, we should preserve our values and fundamental rights.

Looking back at where we were before 2015, I think we can safely say that we have come a long way. Together we have adopted a number of legislative instruments and other measures to prevent and fight terrorism. In 2016 together we successfully concluded the negotiations on the Directive on Combating Terrorism within a very tight schedule so that it could be signed today. One of the keys to ensuring the security of our union is better information exchange and better information management. We are therefore working hard to implement the 2016 roadmap on information exchange and information management containing 50 actions for improving information exchange. The high-level expert group on information systems and interoperability set up by the Commission last year is equally important. We are confident that these efforts contribute to enhancing trust amongst Member States and Europol and to increasing information exchange.

The figures are quite promising, for example regarding Europol's databases. The content of the Europol information system increased by 34% between 2016 and 2017 and the number of data on foreign fighters increased by 11%. A record number of 1.4 million searches were performed in the Europol information system in 2016, an increase of 127%. The use of Secure Information Exchange Network Application (SIENA) messaging, which was upgraded to the level 'EU Confidential' in 2016 and now better suits the needs of intelligence services, has also increased by 19%.

As regards information-sharing by security services, Europol has created the possibility for counter-terrorism units to communicate bilaterally using the Secure Information Exchange Network. The European Counter-Terrorism Centre, operational since January last year, is more and more fulfilling its role as an information and cooperation hub in support of Member States. The Firearms Directive is another important achievement in the fight against terror. Yesterday you approved the compromise text, and this will allow the Council to vote and successfully close the legislative procedure at first reading. The new directive will enhance the traceability of firearms. It will provide more stringent rules in terms of deactivation of firearms. This is particularly important since it was precisely poorly-deactivated and reactivated firearms that were used in some of the recent terrorist attacks. Finally, the new directive also prohibits some dangerous semi-automatic firearms.

Radicalisation is something that obviously must be addressed, primarily by Member States but also by a coordinated and broad approach at EU level. We have started updating the set of guidelines agreed in December 2014 to complement the revised EU Strategy for Combating Radicalisation and Recruitment to Terrorism to bring it into line with the current developments. This complements the efforts undertaken by the Commission in relation to the recently-launched network of national prevention coordinators.

Focusing on online initiatives, the work of the Internet Referral Unit at Europol is crucial. Cooperation with service providers has proved successful, and approximately 90% of the content considered illegal is taken down by service providers. At the EU Internet Forum Ministerial meeting in December last year, the internet companies involved announced the creation of a new shared database to facilitate identification of potential terrorist content on their platforms. Another important part of our joint endeavours concerns the rights of victims of terrorism, which have been significantly strengthened by last week's adoption of the Directive on Combating Terrorism. This directive includes a catalogue of specific measures and services for the victims of terrorism. It also introduces a coordination mechanism in case of a terrorist attack.

In relation to external borders, an additional safeguard will be provided as of next month, when the amendment to the Schengen Borders Code to reinforce checks against relevant databases at external borders in light of the increased terrorist threats will enter into force. Member States will have to carry out systematic checks on all persons – also those enjoying the right of free movement under EU law – when they cross the external border, both at entry and exit, against databases and in order to verify that those persons do not represent a threat to public order and internal security.

Allow me to say a few words on the external security and defence aspects. In the present international environment, Europe must do more to protect its citizens and contribute to peace and stability in its neighbourhood and beyond, including by committing sufficient additional resources. After the endorsement of the EU Global Strategy by the Council in December 2016, the European Council addressed this topic at its meeting last week. It welcomed the real progress made in a number of key areas. Building on that momentum, work will be taken further and the European Council will revert to this issue in June to provide further strategic guidance. I use this opportunity to highlight the fact that last week the European Council reiterated the call it made last December for us, as co-legislators, to agree on the proposal for an entry and exit system by June of this year. We have also been called upon to speed up work on the proposal for the European Travel Information and Authorisation System. I hope that together we will be able to meet this call.

Finally, I can assure you that we are continuously striving to improve, to close gaps and to enhance our security, including by assessing our structures and policy, which can contribute to ensuring the EU policies are fit for purpose. I thank you for this opportunity and look forward to hearing both the Commissioners and honourable Members in this debate.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, Minister Borg, today we are commemorating a tragic anniversary. Almost one year to the day, terror struck Brussels. We are here, united, to pay our respects to the memory of the victims of terrorist attacks. We remember and honour those who died unnecessarily – innocent citizens. We remember and recognise the suffering of their families, and the survivors of the attacks. They have to live forever with the memory of the atrocities.

We all know that terrorism is brutality, an act of inhumanity and of callousness. That is why today is also a day of resolve, of resilience, of determination, to do everything in our power to prevent such terrorist attacks from happening again. This is a duty we all share here in this room, and it is ultimately our duty towards our citizens, who increasingly look towards Europe to feel safe against terrorism.

Almost one year ago, we said that the only way to fight terrorism decisively is together, through a genuine and effective Security Union in Europe, where the security of one Member State is the security of all. Starting from our external borders, where we put in place a European Border and Coast Guard, proposed an EU Entry-Exit System, and ETIAS, our Travel Information and Authorisation System for visa-free travellers. Ensuring systematic checks on everybody crossing our borders; working with our strategic partners like the United States of America, but also our neighbours – the Western Balkan countries, Lebanon, Jordan, Tunisia and Turkey; improving the way we exchange information: interconnecting our information systems to make sure we connect all the dots; establishing our European PNR system to track the movements of dangerous persons; criminalising all aspects of terrorism with our new Counter-Terrorism Directive; strengthening our agencies, starting from Europol, where we set up our Counter-Terrorism Centre to help Member States in their operations; cutting the access of terrorists to explosives and firearms (you actually voted on our new Firearms Directive this morning); going after the money of terrorists, with a series of proposals targeting money laundering, asset-freezing, cash movements and suspicious financial flows from third countries; strengthening the security of all modes of transport, which are often the main targets of terrorists.

We do this through stepped-up intelligence-sharing, local risk assessments, innovative methods and technologies, and the key role of operators for a successful implementation of measures. And finally, working to counter radicalisation in our communities, schools, prisons, and especially on the internet.

Now that Daesh is losing all its territory on the ground, the internet is where they will focus. I have just returned from Silicon Valley, where I went to meet the major internet companies working with us in the EU Internet Forum, an initiative we took two years ago, and it has proved itself very successful. What I confirmed in this visit is that we managed to build a solid relationship of trust and partnership with these companies. Our goals are shared. They want to clean up their platforms from all terrorist content. We want to keep our citizens – their users – safe.

Concrete results from this partnership are already visible. The referral mechanism we set up with Europol last year resulted in almost 90% removal rate of the content we refer to the companies. I have seen in action their new project to eliminate terrorist propaganda – a shared database between them to ensure removed terrorist content stays offline. I heard how they want to work with us to bring the smaller, more vulnerable platforms into our partnership. And it is not just about removing terrorist content; it is also about creating content with positive narratives.

Today, as I said, we launched the Civil Society Empowerment Programme, with a EUR 10-million financial envelope attached, to help NGOs pass positive counter-messages online. Things are moving forward, but we still have a lot of work ahead of us. We have put important proposals on the table that you need to adopt swiftly to make a difference for the security of our citizens: Entry-Exit; ETIAS; the Schengen Information System, on which work should be completed this year.

What we agree should be fully and correctly implemented: PNR; the Counter-Terrorism Directive; our new rules on firearms have entered the crucial stage of implementation, and as you understand, we cannot afford to fail. Tragic anniversaries such as today's underscore our responsibility to deliver without delay for the memory of the innocent victims, for the safety of our citizens, for our collective security.

Claude Rolin, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, dans mon pays, le 22 mars est devenu symbole de deuil. Il y a un an – comme d'autres pays l'ont été avant et malheureusement aussi après –, Bruxelles était frappé par la violence terroriste. Nos pensées doivent aller aux disparus et à leurs familles, à toutes celles et à tous ceux qui souffrent encore dans leur chair, dans leur vie, aux victimes du 22 mars mais aussi à toutes les autres, en Europe ou ailleurs.

Mis à part les mesures de sécurité, aujourd'hui la vie a repris son cours. Bruxelles restera toujours Bruxelles. «Bruxelles, ma belle» comme l'a chanté Dick Annegarn, Bruxelles l'européenne, Bruxelles avec son joyeux melting pot, symbole d'ouverture et de diversité.

Les terroristes nous imposent de mieux concevoir nos protections, mais ils ont échoué et échoueront toujours dans leur volonté d'imposer leur vision totalitaire. Les identités ne peuvent s'exclure, elles doivent s'additionner: c'est la condition du vivre ensemble. La radicalisation qui conduit au terrorisme est un phénomène complexe qui nous impose d'agir sur tous les terrains pour garantir la sécurité en préservant notre humanisme.

Avec son père, journaliste à la radio publique, Lauriane partageait des valeurs de démocratie, de justice, de tolérance, elle est une des victimes de cet acte odieux. Après ce drame, sur les ondes, son papa Michel Visart, nous livrait, avec courage, un message d'espoir. Je reprends ses paroles: «Construire des murs d'exclusion ou cultiver la haine ne servira à rien. Si nous voulons un monde différent, il faut ce respect, cette tolérance et cet amour». Puissent ces paroles nous aider à refuser le repli identitaire, à renforcer notre sécurité, tout en préservant nos libertés et notre vivre ensemble.

Tanja Fajon (S&D). – Mr President, the last years have not been easy for Europe. Several terrorist attacks have taken lives. What are the lessons we have learned from more than a decade of the fight against terrorism? It is a mistake to say all terrorism is inspired by religion. Terrorist acts are first and foremost criminal acts. Terrorism is difficult to predict, especially when it goes for lone wolf terrorism cases such as Breivik in Norway. We have taken actions. The S&D Group has been a constructive partner in adopting key security measures, but some do not work properly or are not implemented.

Let me first stress the most important thing. There can be no freedom without security, but security without respect of fundamental rights is unacceptable. In the S&D Group today we call on the Commission and Member States for concrete actions. We need full analysis of all the measures currently in place at national and EU level. We need to know which are implemented and whether they are efficient, also why some are not working and what is still missing or can be improved. What is certainly missing is the lack of cooperation and information intelligence exchange between countries.

We need to better address and tackle the root causes of terrorism around the world. We have to do more on bridging Europe's social divide. Deradicalisation, social inclusion and education should be at the core of the counter-terrorism strategy. It is wrong to believe we do nothing. In the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs most of the legislation currently deals with security, but security means also human rights, and security also means less social inequalities in Europe. So colleagues, stronger European action is required to successfully counter terrorism. The best weapon over fear and hatred in Europe is human dignity and security.

Helga Stevens (ECR). – Volgende week woensdag zal het exact een jaar geleden zijn dat IS vreselijke aanslagen pleegde in de Belgische nationale luchthaven van Zaventem en het metrostation Maalbeek in de Europese wijk. Tientallen mensen kwamen om en honderden mensen raakten gewond. Ik wens nogmaals mijn steun te betuigen aan de familie en vrienden van de overledenen en de gewonden van wie ik de pijn en smarten amper kan vatten.

In het licht van deze horror hebben wij verschillende zeer concrete Europese wetten gestemd om zulke aanslagen in de toekomst te voorkomen. Ik denk aan de PNR-richtlijn, die inlichtingendiensten toelaat om passagiersdata die bij het boeken van een vliegtuigticket werden opgegeven, grondig door te lichten. Verdachte reizigers komen nu veel sneller in het vizier. Ik denk ook aan de recente aanpassingen van de Schengen-grenscodes, waardoor we alle EU-burgers aan onze buitengrenzen kunnen controleren, ook op onze internationale luchthavens. Een terugkerende Europese jihadist die vocht in Syrië of Irak, zal nu worden gevat.

Maar ons werk is nog lang niet klaar. We moeten nu het ETIAS-systeem gaan invoeren. Hiermee kunnen we alle buitenlanders die de EU willen bezoeken en geen visum voor de EU nodig hebben, toch aan een voorafgaande controle onderwerpen zoals de Amerikanen reeds doen. Binnenkort zal dit dossier namens mijn fractie mee door het Parlement geloodst worden. Ik hoop van harte dat dit dossier in alle sereniteit kan worden besproken in het belang van onze burgers en hun veiligheid.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, il y a un an, presque jour pour jour, un monstrueux attentat a frappé Bruxelles: 32 morts, 324 blessés, 224 personnes hospitalisées.

Ce terrible bilan vient s'ajouter à d'autres attentats: Madrid, Londres, Paris, Nice, Berlin, et j'en oublie. Au total, plusieurs centaines de morts et près d'une dizaine de milliers de blessés. Toute l'Europe s'en est trouvée bouleversée et stupéfaite, meurtrie, mais elle s'est aussitôt ressaisie pour faire face à la menace.

Dans la foulée, l'Union européenne a pris un ensemble de mesures pour prévenir et combattre la menace terroriste. M. le ministre et M. le commissaire en ont fait la liste exhaustive, je n'y reviendrai pas. Je tiens à saluer ces initiatives, que nous avons soutenues, et celles qui doivent encore être prises et que nous soutiendrons.

Mais ce n'est pas l'essentiel de mon propos aujourd'hui. Je veux consacrer mon temps aux victimes. J'ai appris par la presse que la dernière victime hospitalisée à la suite des attentats qui ont frappé Bruxelles a pu regagner son domicile le 15 février 2017. La presse ne dit pas dans quel état elle se trouve. Cette information de presse m'amène à poser la question de savoir si nous avons pris l'exacte mesure de la souffrance et des besoins des victimes, et si notre compassion dépasse les paroles de circonstance.

Je sais que les États membres touchés – dont le mien – ont pris des mesures plus ou moins rapides et complètes en faveur des victimes. Je sais aussi, et le ministre l'a rappelé, que l'Union européenne, dans la nouvelle directive visant à lutter contre les attentats terroristes, prévoit expressément à l'article 24 que les États membres doivent soutien et assistance aux victimes.

Mais qu'en est-il de la solidarité européenne? Nous proclamons tous que les attentats terroristes sont une agression criminelle contre les valeurs que nous partageons tous, que chaque attentat perpétré dans un pays est une agression dirigée contre tous les autres et contre tous les Européens, mais ma question reste la même. Nous avons créé un dispositif, le Fonds de solidarité, pour marquer notre solidarité quand l'un de nos pays est victime d'une catastrophe naturelle. Nous sommes solidaires face aux ratés de la nature, mais nous ne le sommes pas, dans l'état actuel des choses, face aux agressions qui nous menacent tous. Nous intervenons pour les biens détruits, mais nous ne le faisons pas pour les familles meurtries ni pour les personnes abîmées. Voilà pour nous un formidable ...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Herr Präsident! Es ist gut, dass wir diese Debatte heute haben, wir sind das auch den Opfern schuldig. Auch deren Angehörigen, die ihre Trauer nicht verwinden können. Ihnen gilt nach wie vor unser tiefstes Mitgefühl – was denn sonst? Ich glaube, was die Angehörigen wirklich wissen wollen, ist ja nicht nur eine lückenlose Aufklärung dieser grausamen Anschläge, sondern sie wollen auch Antwort auf die Frage, wie so etwas künftig verhindert werden kann. Und auch sie wissen natürlich, dass es absolute Sicherheit nirgendwo gibt.

Aber wenn man sich die seitenlangen Kataloge der Kommission anschaut, dann umfassen sie leider alles Mögliche. Alles, was irgendwie mit Sicherheit zusammenhängt, wird aktiviert nach dem Prinzip viel hilft viel. Aber genau das ist falsch. Sie werfen alles in einen Topf, rühren um nach dem Motto: Schauen wir mal.

Ähnlich ist es auch mit den Daten: Sie haben gesagt, 34 % mehr Daten bei Europol. Ja, aber wenn alle Daten, die allen Polizeibehörden zur Verfügung stehen, in eine Riesendatenbank oder mehrere gepackt werden, dann wird die gezielte Ermittlung ja nicht leichter! Und das Körnchen, was man an wichtiger Information braucht, um den nächsten Anschlag zu verhindern, geht im Datenwust unter.

Was wir also gebetsmühlenartig in den letzten Jahren gefordert haben, ist die sachliche Auseinandersetzung darüber, welche Daten wir wirklich brauchen, welche Maßnahmen taugen und welche nicht. Martialisches Säbelrasseln an den Grenzen, das sage ich Ihnen, das bringt gar nichts. Es täuscht falsche Tatsachen vor – eine Sicherheit, die es auf diesem Wege für die Bürgerinnen und Bürger nicht gibt.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je voudrais d'emblée exprimer notre solidarité à toutes les victimes des attentats du 22 mars 2016 à Bruxelles, ainsi qu'à leurs proches. Je pense que rien ne pourra jamais effacer leurs souffrances causées par des actes qui n'auraient jamais dû avoir lieu.

Mais depuis ces attentats, que faisons-nous? Je constate que la priorité, un peu partout en Europe, est la mise sous surveillance généralisée, par des moyens technologiques, de toute la société. Or, à ce jour, personne n'a jamais pu établir si et comment cette surveillance généralisée – mise en place de longue date, notamment dans les pays anglo-saxons – a pu prévenir un seul attentat.

Dans le même temps, en Belgique et en France, on va jusqu'à criminaliser, non pas des actes, mais des intentions. Tout cela me semble poser un double problème démocratique. Tout d'abord sur le plan de la séparation des pouvoirs, les lois adoptées dans de nombreux États européens donnent aux services de police des pouvoirs sans qu'il n'y ait de contrôle de la part du pouvoir judiciaire. Or, en démocratie, le contrôle de l'exécutif par le judiciaire est important.

Ensuite, il y a toujours ce principe de proportionnalité: toute restriction de liberté doit être proportionnée à l'objectif que l'on peut atteindre: qui peut estimer raisonnable la mise sous surveillance généralisée de la société et le fait de considérer tout citoyen comme suspect potentiel?

Alors, que faire? Je pense que la priorité des Européens est simple. La plupart des auteurs des attentats étaient connus, il faut donc collecter l'information de manière ciblée, partager cette information entre les services – on sait que le partage de l'information reste le maillon faible de la chaîne – et enfin exploiter l'information, et pour cela il faut des moyens humains. Je constate que dans la plupart des États membres on affaiblit les services de police, qui sont aujourd'hui épuisés.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, the Brussels terrorist attacks in March 2016 saw 32 people dead and over 300 wounded. It was just one in a very long list of tragic and pointless acts of violence by religiously-motivated fanatics. They carry out their senseless violence in the name of Allah and Islam. More accurately, they act in the name of Mohammedanism – the cult of Mohammed – which has always fed on blood for the 1 400 years of its existence, and Mohammedans kill their fellow Muslims just as much, if not more, than they kill non-Muslims.

If you want to address the problem, you first have to understand and confront its fundamental cause. A minority of Mohammedans take literally some passages in the Qur'an. They read the bits that say 'make war on infidels, strike terror into the hearts of infidels, and kill infidels wherever you find them', and they act accordingly. They take literally the passage in the Hadith that says: 'Judgement day will not come until the Muslims fight the Jews'.

It is true that most Muslims are law-abiding, decent people, but all Muslims are followers of the cult of Mohammed. That cult is an ideology of blood-soaked regressive nonsense. Only a tiny minority of Muslims are fundamentalists and fanatics and literalists, but it only takes a tiny minority to plunge our societies into endless terror. All Muslims are not fundamentalists and terrorists, but the more Muslims you have in a population, the more Islam you will get, and the more Islam you have, the more terrorism you will get.

Our arrogant and illiberal political elites of Western countries have created the problem by their open-door immigration policies and the doctrine of multiculturalism. I very much look forward to hearing how the EU is going to solve that problem and address the fundamental issue. But somehow I doubt that you will.

Gerolf Annemans (ENF). – Een jaar na de beide aanslagen in en rond mijn Vlaamse hoofdstad Brussel moet ik helaas zeggen dat het daarna niet gestopt is. Het stopt niet vanzelf. Oh ja, wij proberen te begrijpen, wij proberen te verwerken, we zijn allemaal maar mensen. Oh ja, en we moeten allemaal samen verder solidair. Oh ja, "*tous ensemble*" staat er groot geschilderd op de binnenmuren van het metrostation van com via verde para estrangeirosinvestors van het Europees Parlement in Brussel.

Maar dit was geen natuurramp, dit is ons niet overkomen. Dit werd ons aangedaan door medemensen. Dit was niet onvermijdelijk. Dit had vermeden moeten worden en kunnen worden. Al die vele aanslagen in Europa worden bijna uitsluitend gepleegd in die landen die in het verleden grote moslimgemeenschappen in hun samenleving hebben opgenomen. Er is een fataliteit in die zaak van het terrorisme waardoor men de vraag moet stellen of er een verband is tussen immigratie en terreur en of dat verband onvermijdelijk is. We kunnen enkel hopen van niet. De daders van Brussel waren veroordeelde en weer vrijgelaten criminelen. Ze maakten gebruik van de open grenzen van Europa, van onze vrijheid om te reizen en goederen te vervoeren. Dat zijn allemaal dingen waar we zo trots op zijn, maar die door terroristen die tegen ons gebruikt worden. Onze manier van leven waar we zo trots op zijn maar die door een aangroeiende groep moslims als onaanvaardbaar wordt gezien.

Wat we sinds de aanslagen van Londen *homegrown* terrorisme noemen groeit uit tot een ernstige onverenigbaarheid met onze cultuur op ons territorium. We moeten handelen. Deze naïeve massa-immigratie, deze domme volksverhuizing moet stoppen en we moeten onze maatschappij besturen op een manier die altijd en overal aan iedereen duidelijk maakt dat wij ons niet aan die manier van leven gaan aanpassen. Wij moeten duidelijk maken: pas u aan onze manier van leven of verhuis. Het is dringend, want de les van 22 maart vorig jaar is en blijft: terrorisme stopt niet, niet vanzelf.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, σε λίγες ημέρες συμπληρώνεται ένα έτος από την εκδήλωση των τρομοκρατικών επιθέσεων στις Βρυξέλλες και από τότε έχουν αλλάξει πολλά.

Τα μέτρα ασφαλείας έχουν βελτιωθεί σημαντικά, έχει αυξηθεί ο αριθμός τους, ο κόσμος έχει μάθει να ζει με την απειλή και αποδέχεται ως αναγκαία την παρουσία αστυνομικών και στρατιωτικών δυνάμεων στην πόλη. Παρά τις οικονομικές επιπτώσεις που είχαν οι τρομοκρατικές επιθέσεις και τις αλλαγές που επέφεραν στην καθημερινότητά τους, οι κάτοικοι των Βρυξελλών αισθάνονται το συναίσθημα της ασφάλειας.

Όμως ο κίνδυνος για την επανάληψη ενός νέου τρομοκρατικού χτυπήματος, παρά το γεγονός ότι έχει περιορισθεί σημαντικά, δεν μπορεί να εκλείψει. Και αυτός προέρχεται από πιθανή δράση μεμονωμένων τρομοκρατών, οι οποίοι, επειδή ακριβώς δεν είναι ακόμη ύποπτοι, εκμεταλλεύονται το γεγονός, έχουν την πρωτοβουλία των κινήσεων και υπέρ αυτών το πλεονέκτημα του αιφνιδιασμού.

Τέλος, δεν θα πάψω να επαναλαμβάνω ότι, αν θέλουμε να εμποδίσουμε την είσοδο εισαγομένων τρομοκρατών από τις χώρες της Μέσης Ανατολής, ο έλεγχος πρέπει να γίνεται από τις δυνάμεις ασφαλείας.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, chers collègues, s'il y a bien un champ d'action publique au niveau européen qui a, aujourd'hui plus que jamais, une raison d'être, c'est celui de la sécurité.

Le terrorisme n'a pas de frontières, nous l'avons vu avec les drames de Paris, de Bruxelles, de Nice et de Berlin. À chaque attentat, c'est l'Europe tout entière qui est touchée. Elle est attaquée parce que notre continent porte des règles et des valeurs que les barbares voudraient voir s'effondrer au profit du chaos, de la terreur et surtout de l'horreur.

Face aux fondamentalistes islamistes, parmi lesquels se cachent de potentiels terroristes, nous devons apporter des réponses claires. En 2016, c'est ce que nous avons fait en renforçant le contrôle de nos frontières extérieures avec une agence de garde-côtes et garde-frontières aux moyens renforcés, ou encore en instaurant le système d'information sur les passagers aériens, le PNR. Ces mesures relèvent de l'intérêt général et, pourtant, même M^{me} Le Pen s'est opposée à ce dispositif qu'elle a jugé liberticide. Les citoyens apprécieront, une fois encore, ses incohérences.

En 2017, nos efforts doivent être accélérés. Mais il revient surtout aux États membres d'agir ensemble. En 2015, notre collègue Rachida Dati avait préconisé, dans son rapport sur la radicalisation conduisant au terrorisme, des actions précises pour combattre ce fléau. Mais sommes-nous réellement passés aux actes?

Enfin, les États européens ont le devoir d'unir leurs forces dans le cadre d'opérations extérieures. Une alliance européenne de défense doit émerger, car les États membres doivent tous contribuer à l'effort que nos armées fournissent sur le terrain. La Commission européenne a donc la responsabilité d'impulser une dynamique de coopération et une coordination renforcée de l'Union européenne. C'est en unissant nos forces que nous protégerons plus efficacement les citoyens et nos territoires.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, solidariedade com as vítimas é o que me ocorre um ano depois dos ataques de Bruxelas; e, depois, crítica aos governos europeus, que continuam a negar a realidade.

Os ataques de Paris já deviam ter sido o ponto de viragem para uma real e efetiva cooperação europeia na área da segurança, que passa pela partilha de informação e inteligência.

Em vez disso, temos agora, não um, mas 28+1 PNR. Apresentada como bala mágica pelo Conselho, esta diretiva não torna sequer obrigatória a partilha dos dados recolhidos, nem exige o controlo de voos privados.

Em vez de cooperação, vemos governos europeus correr atrás da extrema-direita xenófoba, a vender a ideia de que o terrorismo vem de fora, trazido por *foreign fighters*, infiltrados entre refugiados, e que erguendo nas fronteiras muros e arame farpado estaremos mais seguros. É mentira, é imoral e é perigoso.

Os terroristas que nos golpearam em Paris e em Bruxelas e noutras cidades eram de fabrico europeu, provando que precisamos de investir em programas para a prevenção da radicalização e em políticas sociais inclusivas. Onde estão?

Precisamos de vias legais e seguras para refugiados e migrantes, a fim de pararmos de alimentar o negócio das redes de traficantes e de criminalidade organizada associada. Onde estão essas vias legais e seguras?

Em vez disso, temos vistos *gold* e *investors' programmes*, com via verde para estrangeiros com muito dinheiro, num esquema que põe em causa a integridade de Schengen, importa criminalidade e convida ao branqueamento de capitais e ao financiamento do terrorismo. Precisamos de política externa coerente. Olhamos para a Líbia, que é muito resultado ...

(o Presidente retira a palavra à oradora).

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, the attacks in Brussels touched many of us in this institution, and the subsequent attacks in France and Germany have shown that the threats we face today from terrorism are as grave as ever. Terrorists have shown that they are willing to attack indiscriminately and across Europe. We only tend to notice when terrorists succeed in carrying out their atrocities, but every day our security forces are preventing other attacks from taking place across the continent. Terrorists do not recognise borders and, with the free movement in the Schengen zone making cross-border terror attacks easier, our strongest tool remains cooperation and information sharing.

We have made progress. In fact we have come a long way on improving databases and sharing information, but more needs to be done. The data we share is only as good as the data we put in, so it needs every country in Europe to fully commit to sharing valuable information in our common interests. We also need to ensure measures such as PNR are properly implemented without delay. Our external borders also need continuing reinforcement. Europe should not be a soft target for terrorists to just wander in.

But our biggest challenge and focus remains stopping home-grown terrorism, stopping young Europeans from turning against their own society. A lot of good work has already been done on the prevention of radicalisation on our streets, in our prisons, in our schools and, most importantly, on our sports fields, but there is a lot more to be done. Learning from each other and sharing best practice is key. There is no single thing we can do to stop terrorism. This fight will be with us for a generation. But by sharing information, updating our databases and addressing radicalisation, we can make it harder for the terrorists to succeed.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor presidente, cada víctima, cada familia, nos exige justicia y apoyo apropiado. Y, en esto, todavía nos falta avanzar. La sociedad nos pide eficacia contraterrorista. Hemos evitado atentados. La Agenda Europea de Seguridad, sin duda, ha avanzado con voluntad, y este Parlamento no ha dudado en apartar diferencias para conformar grandes consensos: en el PNR, en la Directiva contraterrorista, en tantas cuestiones. El terrorismo ejecutado por suicidas es sin duda muy complicado de combatir, pero no han hecho todo el daño que habrían podido en 2016.

Ahora bien, pese a ello, 133 personas fueron asesinadas en la Unión Europea, en ese año, y 31 europeos fueron asesinados fuera de la Unión Europea. La muerte de estos seres humanos inocentes ha servido como instrumento de propaganda y ha avanzado la percepción de miedo.

Hemos mejorado el marco normativo y de operaciones y somos más eficaces frente a las amenazas, pero todavía somos reactivos, más reactivos que proactivos. Y para anticiparnos, para que la inteligencia nos dé todo lo posible, necesitamos voluntad más firme de los Estados. Lo dicen los expertos y lo reclama este Parlamento: intercambios obligatorios de información, inteligencia europea, anticipación y trabajo en la prevención de la radicalización violenta.

Porque, por muy eficaces que seamos deteniendo terroristas, si entre los jóvenes y en los entornos sociales arraiga la legitimación de la violencia, nos encontraremos en una fase mucho más peligrosa. No avanza al mismo ritmo la agenda operativa que la de prevención.

No podemos conformarnos. Y, si alguien quiere una prueba de la necesidad de una Europa más fuerte e integrada, esta es muy clara: en la Unión Europea somos más, y mejores, y más fuertes para defender la libertad.

Malin Björk (GUE/NGL). – Mr President, I was in Brussels airport on the day of the attack. I was in the arrivals hall waiting to go out through customs when we heard – and felt – the first explosion. Then the second explosion came, and some of us thought that the roof was coming down upon us. Others did not dare to run for the exit, because they thought people would stand there and shoot. My body remembers that fear, and it is in that feeling that I reject those who say that we have to learn to live with this. Terrorism is man-made, and we can undo it.

But I also get politically angry here, because I see a one-sided focus on militarised security and surveillance technology. I think this is short-sighted and inefficient. It will not stop the Breiviks, mentioned here earlier, or the Salah Abdeslams of this Europe. We need to shift focus and to create inclusive societies which are more equal. We need to speak about gender equality and we need to counteract racism, xenophobia and Islamophobia. No rifles or surveillance technology in the world can do that. I would just finish by saying that I think we need to change the institutional set-up. We need to call together ministers ...

(The President cut off the speaker)

Eva Joly (Verts/ALE). – Monsieur le Président, il y a un an, Bruxelles était frappée par l'horreur. Après les hommages, on nous avait promis l'action, mais trop peu a été fait pour combler les lacunes révélées par ces attentats, en particulier les failles dans l'échange d'informations pertinentes entre nos pays. La plupart des États membres s'opposent toujours à un échange obligatoire et automatique, pourtant indispensable.

On nous avait promis l'action. Les États n'ont été que dans la réaction et la gesticulation politique, n'hésitant pas à jouer la carte de la peur pour faire voter des lois de surveillance très intrusive. Ce sont les mots du rapporteur spécial des Nations unies sur le droit à la vie privée qui vient de publier un rapport dénonçant les risques et l'inefficacité des lois de surveillance de ces dernières années.

Les véritables leçons n'ont toujours pas été tirées. Combien de temps, d'abus et de drames faudra-t-il pour qu'elles le soient enfin?

Rolandas Paksas (EFDD). – Metai po Briuselio teroro atakų, šiek tiek mažiau kaip pusantų po vėliausio teroro akto Paryžiuje. Liepą bus metai po teroro atakų Nicoje. Galima prisiminti ir ankstesnius teroristinius išpuolius Madride, tame pačiame Paryžiuje, Briuselyje. Galima suskaičiuoti visas teroro išpuolių aukas visoje Europoje, tačiau ar turėtume ką atsakyti, jeigu tų aukų artimieji paklaustų kiekvieno iš čia esančių salėje, ką konkrečiau padarėte jūs, kad tokie teroro aktai nepasikartotų. Priėmėme ir patvirtinome galybę teisės aktų. Kaip manote, kuriais iš šių dokumentų vadovausis asmenys, nusprendę dar kartą surengti ataką prieš Europos piliečius? Gal tie pavojingi keli šimtai asmenų, pernai kovos su terorizmu institucijų įvardinti kaip potencialūs teroristai, išsigando šių dokumentų ir paliko Europą? Nelabai tikėtina. Ne tam jie čia atvažiavo, kad išvažiuotų. Lygiai taip pat galima patikėti ir tuo, kad atšilus orams bei atšalus santykiams su Turkija per pastaruosius šiltus pavasario ir vasaros mėnesius į Europą atplautos taikos balandžiai. Pasirengimas duoti jiems atkirtį šiandien nepakankamas. Visuomenė netapo saugesne negu buvo prieš metus. Manyti, kad teroristai yra silpnesni, galima, bet tai neprotinga politika.

Auke Zijlstra (ENF). – Op deze zetel zat tot zijn dood professor Hans Jansen, wereldwijd bekend geworden door zijn boek *The Neglected Duty*, een wetenschappelijke studie naar de invloed van de moslimbroederschap op het moderne moslimfundamentalisme. De moslimbroederschap verkondigt dat de grote jihad – en dat is het doden van ongelovigen en het veroveren van de wereld – niet meer zoals vroeger een taak is van islamitische staten, maar van iedere individuele moslim, omdat de islamitische staten hun heilige plicht tot verovering hebben verzaakt.

Deze leerstelling wordt nu breed geaccepteerd en is de oorzaak van de vele aanslagen en moordpartijen in onze samenleving. Zolang moslims de jihad correct vinden, accepteren, steunen, zelfs uitvoeren, zal er geen vrede en veiligheid meer in onze landen zijn. En daar helpt geen enkele EU-veiligheidsagenda aan.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Europa ist an den Außengrenzen löchrig wie ein Schweizer Käse, und ich denke, darin liegt das Hauptproblem. Lediglich Länder wie Polen, Ungarn und Slowenien sichern ihre Außengrenzen. Ansonsten kommen nicht nur mögliche Terroristen ungehindert ins Land, sondern darüber hinaus auch die Waffen. Wir haben gestern neue Waffenrichtlinien angesprochen und verabschiedet, aber nichts davon hat wirkliche Wirkung gezeigt, denn sie bringen jetzt Erschwerenisse für Sportschützen, für Sammler, für Jäger, für Museen, aber keine dieser Waffen, die bei Attentaten gebraucht wurden, stammt aus diesem Personenkreis. Nichts wurde bisher beschlossen, um den Umlauf der noch vielen Kriegswaffen auf europäischem Boden, zum Beispiel in Bosnien, wo Hunderttausende Waffen in Umlauf sind, zu beschränken und die Grenzen so zu sichern, dass diese Waffen nicht nach Europa kommen können.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor Presidente. Yo, con las víctimas, señor.

Gestionar la seguridad de 500 millones de personas teniendo competencias limitadas es una tarea complicada pero necesaria. Las amenazas contra la Unión, el terror, la delincuencia organizada y la ciberdelincuencia necesitan una respuesta comprometida con los Estados miembros, con arreglo a criterios de confianza, cooperación y coordinación.

Madrid, Londres, Copenhague, París, Bruselas, Niza y Berlín son episodios de dolor para los europeos y constituyen la huella letal del terror indiscriminado selectivo. La agenda de seguridad y la Comunicación de la Comisión son herramientas de la Unión para adecuar la respuesta a la amenaza. Los desarrollos legislativos y operativos producen resultados, pero nunca suficientes. El terror mata, intimida, extorsiona, secuestra, sin criterios humanos o compasivos.

La Unión lo combate con la ley y con garantías. La desproporción entre el ataque y la respuesta es tan exagerada que nunca podremos producir instrumentos de seguridad total. Esta realidad hay que asumirla para mejorarla. De la seguridad nacional hay que avanzar hacia la seguridad colectiva de la Unión; cooperar más y mejor en el ámbito policial, judicial y de inteligencia criminal; mejorar el control de las fronteras exteriores; evitar la radicalización actuando en comunas, colegios y cárceles; neutralizar circuitos de financiación opacos; avanzar en la interoperabilidad de dieciocho sistemas de intercambio de información; mejorar la regulación de armas, precursores y explosivos —Europol y su CELT y su UE IRU y Eurojust son agencias imprescindibles para la seguridad de los europeos—; y mayor visibilidad y protección para todas las víctimas.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident! Der Kollege Rolin hat vorhin völlig zu Recht gesagt: Es geht darum, dass wir auch in Zukunft in Toleranz und Liebe miteinander leben können. Aber dazu brauchen wir die Freiheit und die Sicherheit, und wir dürfen nicht zulassen, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Die Menschen haben ein Recht auf beides, und deshalb haben wir eine Pflicht, auch einen Beitrag für beides zu leisten.

Wir Sozialdemokraten wollen, dass der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und der LIBE-Ausschuss gemeinsam mit anderen einen Bericht verfassen, wo es genau darum geht: Was haben wir schon beschlossen? Was wirkt mittlerweile? Wo hapert es bei der Umsetzung? Wo muss nachgesteuert werden und wo bedarf es zusätzlicher Aktivitäten, um Freiheit und Sicherheit nach innen und nach außen zu gewährleisten, und zwar bezüglich der Ursachen genauso wie bezüglich der Auswirkungen?

Ideen haben wir genug diskutiert. Wir haben eine Menge beschlossen, und jetzt müssen wir sehen, wie wir Geschwindigkeit bei der Umsetzung aufnehmen können und wie das, was wir umsetzen, wirkt beziehungsweise manchmal, wie wir wissen, auch nicht wirkt.

Es geht nicht um das eine oder das andere. Weder sind die einen die Hüter der Sicherheit noch die anderen ausschließlich für die Freiheit zuständig. Wir haben eine gemeinsame Pflicht für beides.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Rok temu, w ten tragiczny Wielki Wtorek, wielu z nas miało uczucie, że zaczęła się wojna, i w istocie mieliśmy rację, dlatego że to był znak, że w Europie toczy się wojna. To nie był incydent. Ale po to, żeby zapewnić bezpieczeństwo w tych warunkach naszym obywatelom, musimy mieć świadomość tego, co naprawdę się dzieje. Tymczasem bardzo często słyszymy, również w naszej debacie, eufemizmy: „radikalizacja”. Czym ma być właściwie radikalizacja? To jest przejście przekonanego dżihadysty od intencji, od nienawiści do Zachodu do działań terrorystycznych. My musimy naprawdę reagować bardzo wcześnie. W wypadku ludzi, którzy nie są naszymi obywatelami, każda manifestacja nienawiści wobec społeczeństwa, w którym się żyje, powinna być powodem do tego, żeby takie osoby – ani również ci, którzy udzielają im wsparcia – nie pozostawali w naszym społeczeństwie. Tylko stworzenie takiego jasnego wymogu będzie tworzyć izolację wobec tych ludzi i gwarantować również ich społecznościom możliwość życia w pokoju.

Hilde Vautmans (ALDE). – Bijna een jaar geleden werd Brussel in het hart getroffen, de hoofdstad van Europa: 35 doden, 324 gewonden. Laten we vandaag toch ook nog eerst hulde brengen aan die slachtoffers. Het is vandaag exact een maand geleden dat het laatste slachtoffer het ziekenhuis heeft verlaten. Niemand van hen heeft al een beroep mogen doen op compensaties. Vandaar dat ik fors het voorstel steun van collega Deprez, die eigenlijk oproept om een echt solidariteitsfonds op te richten voor de slachtoffers van terreur in Europa.

Ten tweede, Europa moet samen sterk zijn. Populisten zeggen: terugplooien op jezelf, grenzen maken. Neen, de strijd tegen terreur gaan we winnen als we het samen doen. Een echte Europese inlichtingendienst, betere bescherming van de buitengrenzen, financiering van terrorisme aanpakken, radicalisering bestrijden. Samen staan we sterk. Waarop wachten we? Laten we het samen doen.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor presidente. Lo primero, un recuerdo para los asesinados y nuestras condolencias a la familia.

Bruselas nos da pistas sobre lo que se hizo mal, hasta las contradicciones a la hora de abordar este problema. Los terroristas eran europeos radicalizados en nuestros guetos, entrenados en Siria y conocidos por los servicios secretos. Hace falta coordinar información, siempre bajo control del Estado de Derecho.

Se entrenaron en Siria, como más de cinco mil europeos que combaten hoy allí. Es decir, hay que hablar abiertamente con el Gobierno sirio en materia antiterrorista, como ya hacen nuestros servicios secretos de manera oculta; abandonar las políticas de desestabilización, el apoyo a supuestos grupos moderados que son realmente terroristas; ahogar la financiación; presionar a nuestros socios para que, por ejemplo, la frontera con Turquía no sea entrada y salida de combatientes o de petróleo; embargo de armas -no puede ser que aparezcan armas vendidas legalmente en manos terroristas-; prevención de la radicalización wahabita y takfirista y, sobre todo, un plan económico y cultural para nuestros guetos, ricos en desigualdad desempleo y precariedad.

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Mr President, a year after the Brussels attacks it is the right moment to discuss the EU's security agenda. It is time to step back for a moment, to just pause and think through the implications of our actions until now. Are we taking the right measures to invest massively in better equipment, better cooperation between our police and security services, and effective deradicalisation, or are we still putting forward expensive, but ineffective and symbolic, measures of mass data collection or intrusive surveillance measures against completely innocent citizens, thereby weakening effective security and our freedoms together which we defend? Therefore, I am very happy that Commissioner King is starting to investigate the effectiveness of the hundreds of security measures which the European Union and its Member States have adopted through the years. We have to see what is working and what is not working.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Wir alle werden den Tag der islamischen Terroranschläge in Brüssel nicht vergessen, und wir trauern um 32 Menschen, die ihr Leben verloren haben. Über 300 wurden zum Teil schwer verletzt. Aber ich glaube, die EU hat nicht die richtigen Lehren daraus gezogen. Mindestens drei der Täter sind in Belgien geboren worden, sie hatten die belgische Staatsangehörigkeit. Sie haben sich in Belgien radikalisiert, sie haben eine Terrorzelle gebildet, um das Land anzugreifen, in dem sie groß geworden sind, um die Menschen zu töten, die ihre Nachbarn waren. Die Täter waren zum Teil in Belgien integriert – in ihre Parallelgesellschaft. Sie waren nicht integriert in die belgische Leitkultur.

Multikulti ist gescheitert. Wir Europäer müssen uns auf unsere Leitkultur besinnen, und wir müssen diese Leitkultur verteidigen. Weniger Multikulti und mehr christlich-abendländische Leitkultur.

Mara Bizzotto (ENF). – Signor Presidente, quest'Europa non ha fatto nulla contro il terrorismo islamico, né dopo gli attentati di Bruxelles, né dopo gli attacchi a Nizza, Berlino e Monaco.

Noi lo ripetiamo da anni: abbiamo il nemico in casa; purtroppo il nemico è già dentro casa nostra e questo nemico si chiama fondamentalismo islamico. L'Islam ci ha dichiarato guerra e in guerra noi abbiamo il dovere di combattere per difendere la nostra terra e i nostri figli. Altro che aprire le porte a tutti i clandestini falsi profughi che stanno invadendo l'Italia e l'Europa.

Lo dicevano i servizi segreti di mezzo mondo: noi lo abbiamo sempre denunciato e ora i fatti lo confermano. Tra i clandestini che arrivano con i barconi si nascondono terroristi pronti a colpire. Senza controlli ai confini interni, per colpa di Schengen, i terroristi girano liberi da un paese all'altro, per tutta Europa, pronti a colpire le nostre città.

Basta con il falso buonismo! Basta con il falso mito dell'accoglienza! Servono misure forti e urgenti da attuare subito: chiudere le frontiere, difendere confini, fermare l'invasione di clandestini. Tolleranza zero e pugno di ferro. Ecco quello che serve per combattere veramente il pericolo del terrorismo islamico.

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich bitte Sie, die Äußerungen der werten Kollegin im Präsidium zu überprüfen. Ich finde es unmöglich, dass hier die Einwanderinnen und Einwanderer in die Europäische Union per se als Kriminelle und Straftäter beschuldigt werden. Das ist unmöglich und dieses Hauses unwürdig.

Der Präsident. – Wir werden dem nachgehen.

Mara Bizzotto (ENF). – No, semplicemente è Europol che dice che tra i falsi profughi che arrivano in Europa ci sono dei terroristi; non lo dico io. Forse è il caso che anche lei si legga questo dossier, il quale è molto chiaro.

Der Präsident. – Wie gesagt, wir werden dem nachgehen. Wir können diese Debatte jetzt nicht fortsetzen.

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Ratspräsidentschaft, Herr Minister! Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn die ENF endlich mal aufhören würde, einfach zu pauschalisieren. Nicht alle Flüchtlinge sind Terroristen, und nicht jeder Terrorist ist ein Flüchtling. Und wenn man vielleicht einfach differenziert argumentieren würde, dann würden wir uns in diesem Hause wesentlich leichter tun.

Ganz konkret möchte ich erst einmal ein Kompliment an die Mitgliedstaaten abgeben, weil ich den Eindruck habe, dass man zunehmend dazu kommt, Informationen besser auszutauschen, besser zusammenzuarbeiten und Schritt für Schritt manche nationalen Grenzen, die man früher im Bereich der Sicherheit stolz bewahrt hat, jetzt langsam in eine Kooperation zu verwandeln.

Ich glaube jedoch, dass wir die Schritte, die wir jetzt gegangen sind, noch zunehmend ausweiten und weiter verbessern müssen. Wir dürfen uns nicht zufriedengeben. Wir dürfen nicht deshalb, weil es vielleicht gerade kein Attentat gibt, jetzt darin nachlassen, sondern wir müssen uns weiter anstrengen.

Ich finde es aber genauso falsch, wenn die Grünen plötzlich vom totalen Überwachungsstaat sprechen. Wir haben keinen totalen Überwachungsstaat, und alle Instrumente, die wir anwenden, werden in einem ausgewogenen Zustand angewandt. Wenn sie nicht ausgewogen angewandt werden oder gar gegen die Rechtsstaatlichkeit, dann muss man entsprechend dagegen vorgehen. Aber immer pauschaliert von einem Überwachungsstaat zu sprechen, sobald man versucht, Sicherheit und Freiheit in Einklang zu bringen, halte ich für falsch.

Und zum Ende meiner kurzen Ansprache möchte ich auch im Namen von Teresa Jiménez-Becerril Barrio die Mitgliedstaaten nochmal darum bitten, den Opfern von Terrorismus schneller und konsequenter zu helfen, als dies bisher noch der Fall ist.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Attentate, wie jenes in Brüssel vor einem Jahr, haben Europa verändert. Angst und Unsicherheit bestimmen das politische Klima, und immer lauter werden die Rufe, wichtige Freiheiten einzuschränken. Insofern müssen sich die Terroristen bestätigt fühlen. Umso wichtiger ist es aber, dass unsere Reaktionen besonnen werden. Wir haben unsere Grenzkontrollen verbessert, wir haben Maßnahmen zur Registrierung der Fluggastdaten geschaffen, wir haben die Bedingungen von Europol verbessert, und wir haben gestern eine Waffenrichtlinie beschlossen.

Nach wie vor mangelt es an einem effektiven Austausch der vorhandenen Informationen. Nach wie vor fehlt es an proaktiven Maßnahmen. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für die Radikalisierungsmaßnahmen in den jeweiligen gefährdeten Milieus – in den Gefängnissen, im Internet und in den Herkunftsregionen.

Wollen wir langfristig etwas erreichen, dann müssen wir das Problem an den Wurzeln packen. Es wird ein langwieriger, ein schwieriger Kampf werden, der uns immer wieder vor neue Herausforderungen stellt, wie gerade jetzt, wenn man die Situation in Mossul verfolgt, wo die Stadt erfolgreich befreit wird. Jetzt müssen wir alles daran setzen, dass die Da'esh-Kämpfer nicht nach Europa einsickern, wie das leicht möglich ist, und ihre Niederlage, wie das immer wieder geschehen ist, durch Stellvertreterkriege hier in Europa kompensieren.

Dazu brauchen wir maßgeschneiderte Konzepte sowie entschlossenes und schnelles Handeln. Vor allem dürfen wir aber nicht wegschauen und uns in vermeintlicher Sicherheit wiegen. Das sind wir den Opfern von Brüssel schuldig.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, treizeci și patru de vieți pierdute și două sute de răniți acum un an, la Bruxelles. Între cei vinovați sunt militanți ISIS, dar și cetățeni europeni care au ales să fie de partea ISIS. Nimic nu poate înlocui o viață pierdută și timpul nu iartă, să nu uităm aceasta. Ce am făcut noi de un an de zile? Am adoptat o directivă, cea a antiterorismului, care prevede și protecția victimelor și infracțiuni comune pentru statele membre în ceea ce privește terorismul, am întărit – am adoptat cel puțin – am modificat Regulamentul Schengen pentru întărirea granițelor externe ale Uniunii și alte câteva legislații. Este adevărat că s-a întărit și cooperarea între statele membre: acum se transmit mai multe date în bazele de date de către statele membre. Da, suntem responsabili, noi suntem responsabili cu toții și cu statele membre dacă se mai pierd vieți omenești din cauza noastră. Nu trebuie să mai pierdem timpul. Implementarea acestor măsuri este esențială. Bazele de date trebuie să funcționeze, să vorbească între ele și să fie pline de date corecte, complete de la statele membre.

Michał Boni (PPE). – Mr President, we need to remember all the victims of the terrorist attacks and we have to counteract. The key dimension of the security strategy is prevention. We can prevent only by working together and exchanging information on time. For this, the will of the Member States and law enforcement officers is crucial, the will to share information on demand, but also on their own initiative, information that might be needed somewhere else. It requires technological common capacity and interoperability – not fragmentation related to the different countries' systems.

A model of obligatory sharing of information among law enforcement [bodies] in real time, with coordination at the European level, is necessary. More sharing of data is useful. Maybe we should think of a single holistic framework that would make it possible to share information more efficiently and much faster. A new architecture for data exchange systems is necessary. It is key to find financial resources, European and national, for this purpose. We do not need to collect more data, but to make sure that the data are used more efficiently, that the police officer in the field will get the information when it is necessary and will be able to use it.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisario de Unión de la Seguridad, Julian King. Todos recordamos perfectamente dónde nos encontrábamos hace un año, cuando estallaron en Bruselas, en el aeropuerto y en el metro, las bombas, y desde entonces no acompañan el dolor y el compromiso de solidaridad infinita con las víctimas y con sus familias.

La amenaza terrorista es un problema real, pero eso no quiere decir que las respuestas dadas desde entonces hayan ido siempre en la dirección correcta, ni que hayan sido suficientes. En la dirección equivocada fue la primera respuesta: suspender la libre circulación de personas, reestablecer fronteras interiores e incluso suspender Schengen. Porque aquellos terroristas que nos golpearon tan duramente no vinieron de fuera. Y continúa siendo insuficiente la protección especializada a las víctimas del terrorismo y, desde luego, es insuficiente la interoperabilidad de la información disponible.

Hemos avanzado en el Sistema de Información Schengen, no lo bastante para construir una verdadera comunidad de información y de inteligencia europea. Tampoco hemos avanzado bastante en la prevención de la radicalización del yihadismo en las cárceles y en las redes ni, por supuesto, en la identificación de las fuentes de financiación. Porque queremos endurecer la Directiva relativa al blanqueo de capitales para rastrear las vías de financiación de la amenaza terrorista y de las armas de que disponen los terroristas, que no son ciertamente las armas de tenencia legal en la Unión Europea. Pero, sobre todo, hay que recuperar la lucha contra la desigualdad y la exclusión, la guetización del yihadismo, que está en las raíces profundas de la amenaza terrorista, y apostar por la paz en nuestro vecindario atormentado. Todo esto ha sido consecuencia de la austeridad...

(El presidente retira la palabra al orador)

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr. formand! Det er nu et år siden med de frygtelige angreb i Bruxelles, men de var jo ikke enestående. Vi har desværre i det seneste år set en hel række af angreb, både her i Europa og andre steder, fra radikaliserede muslimer, som har angrebet de værdier, som vores samfund – frie samfund – bygger på. Og derfor er det også beklageligt, at EU – og særligt Europa-Parlamentet – snarere har været en hindring end en facilitator for at få igangsat et effektivt samarbejde omkring forskellige antiterroriltag. Det var en skændsel, at det tog så lang tid at få PNR-forslaget igennem dette Parlament, igennem LIBE-udvalget. Det er ikke godt nok, at der ikke har været styr på de ydre grænser siden oprettelsen af Schengen og til i dag, og derfor er det også beklageligt, at Kommissionen og Parlamentet har sagt nej tak til Danmarks tilbud om at deltage i såvel PNR-registret som i Eurojust-samarbejdet. Hvis vi mener antiterrorindsatsen alvorligt, så skal vi altid sige ja, når folk frivilligt kommer og beder om at være med i samarbejdet, ikke sige nej tak!

Jeroen Lenaers (PPE). – Het is bijna een jaar geleden dat we opgeschrikt werden door de horror van de aanslagen in Brussel en die beelden zullen nooit van ons netvlies verdwijnen. Onze gedachten vandaag gaan dan ook eerst en vooral uit naar de slachtoffers en hun families, vrienden en geliefden.

Er is in het afgelopen jaar veel gebeurd, dat merkte commissaris Avramopoulos terecht op. We hebben de PNR- richtlijn, de anti-terreurrichtlijn, we hebben de controles aan de buitengrenzen versterkt en ga zo maar door. Maar het gaat er niet alleen om dat we richtlijnen aannemen. Het gaat er vooral ook om dat die richtlijnen een meerwaarde betekenen in de praktijk. Ik maak me wat dat betreft wel zorgen over het tempo waarmee deze richtlijnen geïmplementeerd worden. Als ik zie dat maar zes lidstaten de PNR-richtlijn hebben geïmplementeerd, dan maak ik mij daar zorgen over. We kunnen niet een wet tekenen en achterover leunen. We zullen actief moeten optreden, ook in de lidstaten, om dat in de praktijk te brengen.

Tot slot, we hebben het over de buitengrenzen gehad, maar ik wil toch ook even aandacht vragen voor de binnengrenzen. Ik kom uit een prachtige grensprovincie. In mijn provincie Limburg hebben we meer grenzen met Duitsland en België dan met Nederland en ik ben er als geen ander voorstander van om die grenzen open te houden, maar we moeten niet naïef zijn. We hebben die binnengrenzen afgeschaft, maar criminele organisaties, mensenhandelaars en ook terroristen weten die grenzen nog steeds te vinden en te gebruiken. We zullen een manier moeten vinden om ook aan die binnengrenzen in Europa met technologische innovaties, met camera's, met scans, waakzaam te blijven en controles uit te voeren. Ik zou graag van u, commissaris King, willen horen hoe u daartegenover staat om inderdaad die mogelijkheden van controles, ook aan de binnengrenzen, via digitale middelen te verbeteren.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr! Amikor a párizsi, brüsszeli vagy berlini merényletekre gondolunk, akkor mindenek előtt az áldozatokra gondolunk. Az ő értelmetlen haláluk kötelez bennünket arra, hogy számba vegyük, mit kell tennünk az európai polgárok biztonsága érdekében. Elsősorban azt kell belátnunk, hogy a terrorizmust csak kerítésekkel, falakkal, egyre szigorúbb törvényekkel, újabb és újabb bizottságokkal nem lehet feltartóztatni. Másfajta gondolkodásra, másfajta megközelítésre van szükség. Azt a kérdést kell feltennünk, hogy az egykori bevándorlók itt, Európában felnőtt utódai miért fordulnak szembe Európával, az európai értékekkel, miért radikalizálódnak.

De választ kell adnunk arra is, hogy hetven évvel a második világháború után hogyan virulhatnak neonáci csoportok Európában, és hogyan válhat a reményt vesztett munkásosztálybeli fiatalok egy része az erőszakos rasszizmus hívévé. Ma nincs fontosabb feladatunk, mint a radikalizáció megállítása. Ezt pedig csak közös európai programmal lehet megtenni. Olyan programmal, amely hatékonyan segíti a társadalmi integrációt, jövőt, perspektívát, boldogulást, szociális biztonságot kínál mindenkinek. Ha meg akarjuk állítani a radikalizációt, ha meg akarjuk előzni az újabb terroristatámadásokat, akkor olyan programokat kell létrehoznunk, amelyek segítségével visszahozhatjuk, megnyerhetjük azokat a fiatalokat, akik a társadalom peremére szorulva radikális eszmékhez fordultak. Ha erre nem leszünk képesek, akkor nincs miért beszélünk biztonságról és terrorizmus elleni harcról.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, next week will mark the first anniversary of the Brussels terrorist bombings. 32 innocent civilians were killed on the streets of Brussels, and around Parliament we are all too familiar now with the army's presence and regular patrols of the police that followed those attacks. It is a reminder to us all in Europe of the challenges that our societies face as we seek to prevent radicalisation of our young people. Of the five terrorists, four were Belgians and a fifth was a Swede. These attacks illustrate the importance of intelligence-sharing mechanisms to fight cross-border crime and terrorism that develops within the EU. Whether this is the Passenger Name Records, the Prüm Convention, the European Criminal Records Information System (ECRIS), the European Arrest Warrant (EAW) or the Schengen Information System. These are all vital to providing security and protecting our citizens. As my country seeks to leave the European Union, I believe it is of utmost importance that the UK stays as plugged-in as possible to all of these programmes, and that security cannot be a bargaining chip but instead be settled as a top priority early on in the Brexit negotiations.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhor Comissário King, há um ano, a barbárie tocou Bruxelas. Antes tinha sido Paris e Copenhaga e depois viria a ser Nice, Munique e Berlim. Nada justifica o terrorismo e o que importa é preveni-lo, porque nenhuma sanção contra os criminosos diminui o sofrimento das vítimas.

Repito o que várias vezes afirmei aqui: sempre aliámos à liberdade de circulação a segurança dos nossos cidadãos. São dois direitos fundamentais que temos o dever de proteger.

No último ano, reagimos a quente, tivemos avanços e recuos dos Estados-Membros, mas demos sem dúvida alguns passos importantes. Reforçámos a Europol, garantimos os direitos das vítimas, aumentámos os controlos nas fronteiras externas e atacámos a radicalização.

Contudo, como disse Roberta Metsola, podemos fazer mais e melhor. Sempre defendi a melhor utilização dos instrumentos que temos já no terreno, em vez de multiplicar os anúncios de novas medidas.

O sistema de Informação de Schengen é um exemplo paradigmático. O sistema mais utilizado pelas polícias permanece com o seu potencial ainda por cumprir. Mas, em breve, a revisão da sua base legal permitirá disponibilizar melhor informação às autoridades competentes.

Esta é a mensagem que quero sublinhar hoje, aqui. No combate ao terrorismo, é essencial confiança mútua, mais cooperação e melhor informação. Esse deve ser o nosso foco no trabalho que temos pela frente.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, teroristički udari na Bruxelles ostavili su ozbiljne sigurnosne, političke i psihološke posljedice. Prošlogodišnji napadi nisu izazvali samo masovno stradanje i razaranje, nego su bili i politička poruka jer Bruxelles je glavni grad Europske unije, sjedište NATO-a, ali je istodobno u sigurnosnom smislu prepoznat kao meki trbuh Europe.

Napadi, nažalost, nisu stali. Ponovili su se u Nici i Berlinu. Gotovo svakodnevno čitamo o napadima spriječenim u zadnji tren. Terorizam u Europi još djeluje, što ne možemo i ne smijemo ignorirati. Europa je, osim sa sigurnosnom krizom, suočena i s problemima vojno-sigurnosne kao i političko-socijalne naravi. Trebamo se konačno uhvatiti u koštac s pogoršanjem općeg sigurnosnog stanja unutar i izvan naših granica. Prije svega pomažući zemljama članicama da bolje surađuju i razmjenjuju podatke, ali i stabilizirajući konfliktnu političku zajednicu u susjedstvu.

Okolnosti su danas takve da moramo dogovoriti znatno ozbiljniju suradnju u području obrane. Sigurnost i obrana ne smiju ostati najslabije karike europskih integracija jer neuspjeh da građanima pružimo sigurnost izazvat će daljnje udaljavanje od europskog projekta.

Prije godinu dana Bruxelles je bio potpuno zatvoren grad. Od tada sve se više javlja dilema hoće li Europska unija uspjeti održati otvorenost kao jednu od svojih temeljnih vrijednosti ili će postupno kliziti u stanje „tvrđave Europe”. Bojim se da bi mnogi današnji europski političari na ovo pitanje dali brzoplete odgovore.

James Nicholson (ECR). – Mr President, it is hard to believe that we are one year on from that terrorist attack in Brussels that morning, when it came to the heart of Europe. These attacks were carried out at a time of the day when they were designed to cause maximum harm, damage and mayhem. The thing that we always have to consider on occasions like this is what the families of the victims and those who have survived are probably going through as they relive that memory.

I certainly welcome what the Commissioner is going to do on money laundering, drugs and areas like that because this is, to a large extent, what many terrorists use to actively fund their programmes. Certainly, violence and terror can never be justified nor used as an argument to achieve anything. I listen to a lot of comments, but I will leave you with one thought and that is that the victims are more important than the victim-makers.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je tiens tout d'abord à saluer les progrès accomplis cette dernière année en matière de sécurité et de lutte contre le terrorisme. Il s'agit de questions essentielles: harmonisation des législations européennes, renforcement des contrôles aux frontières extérieures, échange d'informations ou encore lutte contre la propagande terroriste. Bien entendu, le chemin est encore long.

La nouvelle directive sur le terrorisme, que nous avons adoptée le mois dernier, est une étape importante. Nous sommes en train de créer un cadre juridique commun, mais aussi et surtout une culture commune. Établir une confiance entre nos différents services de renseignement ne se fera pas du jour au lendemain, mais l'idée qu'une lutte européenne représente une véritable plus-value est en train de s'installer.

Dans ce sens, je tiens à soutenir la mise en place d'une commission parlementaire sur le terrorisme, car elle serait une plateforme de dialogue extrêmement utile. Nos pratiques ne sont pas toujours similaires, mais notre objectif reste le même: la protection des citoyens européens. La priorité absolue est l'interopérabilité des fichiers, car ne nous pouvons plus nous permettre que des terroristes connus des services de renseignement passent entre les mailles du filet.

Enfin, il ne faut surtout pas négliger le lien entre sécurité interne et externe. Un système interne de lutte contre le terrorisme, aussi parfait soit-il, ne sera véritablement efficace que si notre voisinage est stable. Un engagement fort de l'Union dans la gestion de conflits dans notre voisinage est donc une partie intégrante de la lutte anti-terroriste.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME*Vice-présidente*

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, aujourd'hui nous pensons tout particulièrement aux victimes de Bruxelles et d'ailleurs. Ces attentats tragiques nous ont montré la nécessité d'une coopération plus étroite, plus d'Europe, plus de solidarité.

L'agenda européen en matière de sécurité est une étape nécessaire vers la création d'un espace européen de sécurité intérieure et tous les acteurs doivent jouer leur rôle pour veiller à ce que l'Union fasse tout ce qui est en son pouvoir pour garantir la sécurité des citoyens. Et, force est de constater que les engagements pris par les États membres doivent encore être traduits en actes concrets.

Le Parlement s'investit considérablement dans la lutte contre le terrorisme et s'assure que l'équilibre fragile entre la sécurité et le respect des libertés est respecté. L'un ne va pas sans l'autre.

C'est pourquoi, pour nous, l'idée de créer une commission d'enquête sur le terrorisme n'est pas acceptable. Le renforcement de la sécurité ne doit pas se faire aux dépens des libertés.

Je voudrais conclure par les mots de Jens Stoltenberg, premier ministre norvégien lors des attentats sur l'île d'Utøya en 2011: «Nous allons répondre à la terreur par plus de démocratie, plus d'ouverture et de tolérance».

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, nakon posljednjih terorističkih napada u Belgiji, Njemačkoj i Francuskoj te niza onih koji su u posljednji trenutak spriječeni od strane obavještajne zajednice i snaga reda, mislim da je i više nego očito kako postoji problem koji je puno više od povremene manifestacije ludila pojedinaca.

Na našem se teritoriju protiv nas bore fanatični vojnici nepriznatog zločinačkog entiteta poznatog pod nazivom Islamska država. Htjeli mi to priznati ili ne, Europa je u ratu i to na vlastitom tlu, a to traži i određene mjere kako bismo zajamčili sigurnost naših građana.

Sigurnosne službe, policije i vojske država članica trebaju još intenzivnije surađivati i razmjenjivati informacije, pogotovo o povratnicima s bliskoistočnih ratišta koji predstavljaju posebnu prijetnju.

Iako je riječ o građanima Unije, oni su svjesno i bez prisile izabrali zločinačku stranu i borili se protiv svega što ova Zajednica predstavlja pa u skladu s tim trebaju biti i tretirani.

Arnaud Danjean (PPE). – Madame la Présidente, je m'associe bien évidemment à l'hommage rendu aux victimes des attentats de Bruxelles, dont nous allons commémorer l'anniversaire dans quelques jours, et je salue les actions entreprises par la Commission européenne dans un domaine – la sécurité intérieure et l'antiterrorisme – dans lequel ses compétences sont, rappelons-le, limitées par rapport à celles des États membres.

Permettez-moi de parler de deux autres attentats qui ont eu lieu également au mois de mars: mars 2004, à Madrid, un attentat qui reste à ce jour l'attentat islamiste le plus meurtrier sur le sol européen, et mars 2012, à Montauban et à Toulouse, où Mohamed Merah a assassiné des militaires français et des enfants juifs. Il se trouve que ces actions ont marqué historiquement le retour du terrorisme djihadiste sur le sol européen, et il se trouve qu'à chacune de ces étapes historiques, le phénomène n'avait pas été anticipé et avait même été sous-évalué.

On a donc beaucoup parlé aujourd'hui et, lors de notre dernier débat en plénière sur la directive, des dispositifs concrets de lutte antiterroriste et je voudrais insister sur la dimension de l'anticipation et de l'analyse stratégique, car c'est une donnée fondamentale pour prévenir la plasticité du terrorisme, qui va frapper des lieux qui, jusqu'alors, avaient été épargnés et qui va réactiver des réseaux qui n'ont pas encore été identifiés jusqu'à présent.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Większość obywateli Unii Europejskiej jako jeden z najważniejszych atrybutów tej organizacji określa bezpieczeństwo. Poczucie bezpieczeństwa zostało poważnie zachwiane po atakach terrorystycznych w Paryżu i w Brukseli. Komisarz odpowiedzialny za agendę bezpieczeństwa twierdził w ubiegłym roku, że terroryści nie atakują określonego państwa członkowskiego, lecz ich ataki wymierzone są w nasz sposób życia. Jest to w połowie prawdą, gdyż celem ataków w Brukseli było również państwo belgijskie, którego funkcjonariusze zaangażowali się w zwalczanie terroryzmu. Każdy kraj podejmujący walkę z terroryzmem musi takie niebezpieczeństwo brać pod uwagę. Moim zdaniem w dobrym kierunku idą rozporządzenia w sprawie danych dotyczących przelotu pasażerów. Wątpliwości budzi jednak dyrektywa w sprawie broni palnej, która – jak się okazuje – uderza w kolekcjonerów broni i strzelców sportowych, a nie w terrorystów.

José Ignacio Salafrañca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, el terrorismo es un fenómeno global que intenta destruir nuestras sociedades. Por eso, el espacio de libertad seguridad y justicia que queremos constituir no puede convertirse en una patente de corso para que se cuele por él libremente el terrorismo.

Creo que es importante subrayar que cuatro mil ciudadanos de la Unión Europea han integrado organizaciones terroristas en países como Siria e Irak. Y creo, señor comisario, que debemos aprovechar el hecho de que el 82 % de los ciudadanos de la Unión Europea pide una mayor implicación de la Unión Europea en la lucha contra el terrorismo en dos vertientes: en la dimensión interna, es decir, a través de la Agenda Europea de Seguridad, y buscando, también, la cooperación entre Estados miembros y países terceros en el ámbito de evitar que los jóvenes europeos se radicalicen en internet, en el ámbito de la financiación y el blanqueo de dinero y en el ámbito de la prevención y el control, señor comisario, y en lo que se refiere a todas las campañas de comunicación, poniendo el acento -y termino, señora presidenta- en lo esencial, que es el factor humano, el hombre.

Y, sobre todo, quiero recordar a las víctimas, que piden memoria, dignidad y justicia.

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I thank you for this very rich debate. The last two years in particular have been marked by too many attacks and by too many victims. Our thoughts go out to them and to their loved ones. As Minister Borg said, last weekend we were with some of those victims, including some of the victims of the Brussels attacks, I was struck again – as I am each time I have the privilege of meeting victims – by their bravery and by the power of their testimony.

However, on this occasion I was also struck by the welcome that they gave to the just-adopted Counter-Terrorism Directive, and, in particular, to the elements – not least those introduced by this House and reinforced by this House – on the rights of victims. They welcomed the fact that we were requiring Member States to make sure that victims have access to the support they need not only immediately after an attack, but also for as long as necessary thereafter. That was an important piece of work that we did together.

These attacks across Europe display a common factor: many aspects of their preparation and execution are transnational. As a number of you have said, that is why it is so important that we work together to ensure the most appropriate response and increase our collective resilience. I would like to salute the commitment that this House has shown on security dossiers over the recent discussions. It is crucial that we maintain this momentum and continue to work for their rapid and effective implementation. As many of you have said, we have done a lot, but there is still a lot to do.

Many of you have mentioned the importance of information-sharing. As we discussed in plenary last month, I believe we are moving in the right direction; there is a clear increase in the use by Member States of the Schengen Information System and the Europol information system, but there is still a long way to go. I hope that this House will move quickly now to support the proposals that we have brought forward for the reform of the Schengen Information System, including, for the first time, a provision to oblige Member States to share information on terrorism. Step by step, we need to continue our work to build trust.

Improving information exchange is also at the heart of our work on interoperability that a number of you have mentioned. Overcoming the current shortcomings in information management is a key priority for the Commission. The process we initiated last year, with the strategy presented in April and the High Level Working Group, will allow us to address these shortcomings in an inclusive and transparent way with you here and with the Council. The Group will present a final report in early May, and that will be a basis for further discussions with Parliament and the Council to look at how best to take this work forward.

A number of you have also underlined the importance of operational police cooperation. The Commission has encouraged Member States to make use of the possibility of carrying out police checks in internal border areas. At the same time, and in answer to one of your colleagues, we are considering practical steps to strengthen police cooperation across internal borders. Our objective is to enhance security within the Schengen area, including internal border areas, as part of the work that we are doing to use Schengen to get back to the normal functioning of Schengen. But we will not defeat terrorism with databases and legal frameworks alone.

We also need to continue our work, as many of you underlined, on implementation. We need to tackle radicalisation online and in our communities and prevent the hatemongers from inciting people, often young people, to go down the route of violence. We also need to continue to build our collective resilience and starve the terrorists, and others who seek to do us harm, of the means they use, whether that is arms, explosives or funding.

As has been mentioned, while we are focusing on the threats related to terrorism today, quite properly we should not lose sight of the continuing work that we are doing to reinforce our security against serious and organised crime and the threats that come from cyber criminals and others who operate in cyberspace. In all of these challenges, there are no quick fixes. We need to continue to work to ensure the security of European citizens, recognising that this is a long-term challenge requiring the engagement of all of us. For our part, the Commission will continue our efforts to build an effective and sustainable Security Union, and I sincerely hope that we can continue to count on your support in this work.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Madame Chair, ikolli nghid illi din hija t-tielet darba li qiegħed hawnhekk fil-plenarja imma nahseb illi dan kien l-iktar dibattitu profund li assistejt għalih u jfakkarna fit-tragedja li sehhet sena ilu, tragedja li kif irreferew għaliha bosta mill-Onorevoli Membri misset litteralment il-qalba tal-Unjoni Ewropea.

Niftakar kien kmieni filgħodu u malli rċevjna l-aħbar, anke ahna, kellna uffiċjal mir-rappreżentanza permanenti tagħna li flimkien mal-mara u mat-tarbija li kienu qed jistennew kienu propju hemmhekk fl-ajruport. Kien wegħa' gravement, ċempiltu, tisma' l-biki, tisma' t-terror ta' daww kollha fl-ajruport sakemm daww li kienu qed jagħtu l-ewwel għajuna hadulu l-mowbajl u għal ftit sghat ma kellniex aktar kuntatti miegħu. L-uffiċjal li għandi bilqiegħda maġenbi llum kien kwazi wasal fl-ajruport sabieħ jissieheb magħhom għal dik il-holiday li eventwalment qatt ma saret.

U allura dawn in-nies illi salvaw, u wisq iktar lil daww illi m'għadhomx magħna, mhux biss infakkruhom, imma kif għamilna llum, djalogu kostruttiv, inkompli naħdmu sabieħ intejbu s-sigurtà ta' ċittadini tagħna u nqumu għall-aspettattivi li huma għandhom, jiġifieri, illi nergħu noffru dak il-kontinent sigur, fatmosfera ta' paċi, għalkemm l-isfida hija kbira u whud mill-Membri, anzi, il-magħgorparti assoluta tal-Membri kkontribwixxew ukoll fid-diskussjoni u rreaġixxew għal daww anke d-dikjarazzjonijiet illi għamlet kemm il-Kummissjoni kif ukoll, jien għan-nom tal-Kunsill, fuq il-hidma li saret, inkluż mal-Parlament Ewropew u matul l-aħhar sena.

Niġġieldu t-terroriżmu, nipprevjenu r-radikalizzazzjoni u jkollna soċjetajiet aktar reżiljenti, jirrikjedu wkoll approċċ aktar fit-tul u jien konvint illi b'rieda soda, kemm l-istituzzjonijiet kif ukoll mill-Membri Stati, inkunu nistgħu nilhqu dak il-bilanċ sensittiv illi rridu naslu għalih bejn, illi ovvjament noffru s-sigurtà liċ-ċittadini tagħna, u fl-istess hin, nikkonservaw il-libertajiet illi joffru t-trattati, kif ukoll, anke l-istat tad-dritt. U kien hemm referenza għal diversi għodod illi jistgħu jintużaw b'mod partikolari, iċ-ċavetta sabieħ niġġieldu t-terroriżmu b'mod effettiv billi jkollna dik l-informazzjoni fejn tidentifika n-netwerks terroristiċi u allura jkunu jistgħu jitharbtu fil-hin il-pjanijiet tagħhom kif ukoll jiġu indirizzati immedjatament.

U jien konvint illi anke permezz tas-sistemi illi jkunu interoperabbli jista' jkollna modi ohra effettivi sabieħ nikkontribwixxu għall-ġlieda kontra t-terroriżmu u jkollna dik is-sigurtà interna illi ahna lkoll naspiraw.

Grazzi hafna ta' din l-opportunità għaliex, għal darba ohra nerga' nghid, kien wieħed mill-aktar dibattiti interessanti u li kien hemm sentiment ta' ottimiżmu u, fl-istess hin, ir-rieda sabieħ inkompli naħdmu 'l quddiem f'dan ir-rigward.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Ivo Belet (PPE), schriftelijk. – Sinds 22 maart 2016, de zwarte dag waarop tweëndertig mensen in Zaventem en Maalbeek op laffe wijze werden vermoord, zijn cruciale stappen gezet in de aanpak en het voorkomen van terreur. Dat is de beste manier waarop we ons respect voor de slachtoffers en nabestaanden kunnen tonen. Met de richtlijn terrorismebestrijding, die vorige maand werd aangenomen, is een cruciale stap gezet in het opvoeren van de gezamenlijke aanpak van Syriëstrijders, de terreurnetwerken en het droogleggen van hun geldstromen. Cruciaal is de veel nauwere samenwerking en gegevensuitwisseling tussen nationale inlichtingen- en politiediensten, die voortaan verplicht onderling automatisch informatie moeten uitwisselen bij het opsporen van terroristische activiteiten en met Europol informatie over verdachte en veroordeelde terroristen moeten delen. Ook een sluitende buitengrensbewaking is essentieel om de binnenlandse veiligheid op te voeren. Samen met de uitrol van de Europese grens- en kustwacht moeten alle lidstaten voortaan systematische controles uitvoeren aan de Europese buitengrenzen en de passagiersgegevens van vluchten binnen de Unie uitwisselen, het zogenaamde PNR. Het is duidelijk dat de meest doeltreffende aanpak er een is van opgedreven Europese samenwerking in de aanpak en met name het voorkomen van terreur. Dat is een hoofdplicht voor Europa.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az egy évvel ezelőtti brüsszeli események döbentettek rá mindannyiunkat, hogy ilyen szörnyűségek bármelyikünkkel bármikor megtörténhetnek. Nyilvánvalóvá tették, hogy nem élvezhetjük szabadságunkat biztonság nélkül. Ezek az események keményebbé, összehangoltabbá tették ugyan uniós politikánkat a terrorellenes küzdelem terén, de az elmúlt időszak újabb történései (lásd Németország) ismételten figyelmeztetnek. A nyitott kapuk politikáját kihasználják radikalizált csoportok, beszivárognak Európába, visszaélnék a menekültügyi rendszer kiskapuiával, a kérések elbírálásának várakozási idejével. Ezért szükséges a menekültstátuszra valóban jogosultak még a schengeni határokon történő szétválasztása, amit a magyar kormány az új törvényével megcélozott.

Az Europol egy múlt heti jelentése szerint több mint 5000 nemzetközi szervezett bűnözői csoport működik az EU-ban jelenleg is, ez nemhogy csökkenést, hanem jelentős növekedést mutat a 2013-as adatokhoz képest. Ezek a nemzetközi bűnözői csoportok mind jobban összefonódnak a kézfegyverek csempészetéhez és a migrációhoz kapcsolódó bűncselekményekkel, mint az embercsempészet és az okirat-hamisítás. Csak egy módon lehet kontinensünk biztonságát garantálni és egyben leszámolni az embercsempészekkel, hogyha a gazdasági bevándorlókat már az Európai Unió területén kívül szétválasztjuk a valódi menekültektől és senkit nem engedünk ellenőrizetlenül belépni Európába területére. Tudnunk kell lépnek be országaink területére, hogy milyen szándékkal teszik azt, csak ily módon lehet elkerülni egy újabb szerencsétlenséget. Saját állampolgáraink biztonságát kell az első helyre helyeznünk!

Javi López (S&D), por escrito. – Un año después de los atentados en Bruselas conviene hacer balance del avance de la Agenda Europea de Seguridad. Como el PE señala, nuestras prioridades deben ser la mejora del intercambio de información, la lucha contra la financiación del terrorismo, evitar la radicalización, también en las cárceles y en la red, y reforzar las fronteras exteriores de la UE. En los últimos doce meses la UE ha aprobado la Directiva sobre uso el registro de datos de pasajeros (PNR), nuevas reglas contra el terrorismo y controles obligatorios a todos aquellos que cruzan las fronteras exteriores de la Unión. Hay otras iniciativas en tramitación, como la revisión del Sistema de Información de Schengen y del Sistema de Información sobre datos criminales, así como la puesta en marcha de un nuevo mecanismo de autorización para los viajeros que entran a la UE sin visado. Además los socialistas insistimos en cuestiones de las que no se habla tanto, como la necesidad de atacar las causas profundas del terrorismo primando la integración, la educación y la lucha contra el blanqueo de capitales que contribuye a financiar el terrorismo.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. – On 22 March, we will be commemorating the first anniversary of the Brussels attacks, which are still so vivid in our memories. We remember and honour those who died unnecessarily – innocent citizens. We remember and recognise the suffering of their families, and the survivors of the attacks. The world is facing extremely aggressive terrorist organisations dedicated to killing people, disseminating fear, undermining democratic modern societies and threatening peoples' lives, liberty, equality and fraternity.

Terrorist organisations are becoming more trans-national, logistically well organised and well-funded, designed to instil fear and disrupt the normal functioning of our society. And I have to say that to a certain degree they have succeeded. After last year's terrorist attacks in different European countries, people are petrified and no longer able to feel safe in their own country.

Therefore, it came as no surprise to me that more than 80% of European citizens have chosen the fight against terrorism and radicalisation as Europe's number one top priority, believing that more common EU action is required in the fight against terrorism. We need to reinforce actions and measures at European and national levels to cover every aspect of this hideous crime, from prevention to protection and prosecution.

József Nagy (PPE), írásban. – Majdnem egy évvel ezelőtt, hogy a brüsszeli repteret és metrót szörnyű terrortámadás érte. A kialakult helyzetre reagálva az EPP 10 prioritást állított fel. Ez az intézkedéscsomag csupa olyan eszközt tartalmaz, melyek segítségével a jövőben képesek lehetünk hasonló támadásokat megfékezni. A prioritásokból hatot már sikerült elérnünk, így például elindult az utasadat-nyilvántartás, valamint megerősödött az EU külső határainak védelme, bevezetésre kerültek a terrorizmus finanszírozásának megelőzésére szolgáló intézkedések, új stratégia készült a radikalizálás ellen és a terrorizmus áldozatainak támogatása érdekében. A munka folytatódik, a cél pedig Európa biztonsága, ahol a polgárok szabadon és félelem nélkül élhetnek. Bízom benne, hogy a további négy prioritást is hasonló gyorsasággal és egyetértéssel sikerül majd elfogadnunk.

Ioan Mircea Pașcu (S&D), in writing. – Evaluating the state of security in Europe is welcome, but reduced levels of illegal migration and a temporary reduction of the fighting intensity in Syria do not represent a definite improvement. On top of the attention we pay to common threats like terrorism, illegal migration, cyber, etc., we should also address a longer and deeper time to threats posed by, for instance, the deepening of social polarisation, enlarging the gap between Brussels and the EU peoples, which is aggressively exploited by populists internally, and adversaries eternally. After Brexit, what the EU needs is more unity, not disunity.

Still, it is precisely now that the concept of a 'multi-speed Europe' has been launched, adding to the divisions already existing in Europe. The current troubles, which western European leaders complain about, were not generated by enlargement, as further integration has not been prevented by the new members; still, these leaders indicate that dividing Europe between 'core' and 'periphery' would be the absolute panacea for all current challenges. Has anybody asked what would be the signal sent by such internal divisions to the adversaries of the EU, or what would be the impact on the credibility of the ENP and the EP in the eyes of those outside the 'periphery'?

Claudia Țapardel (S&D), în scris. – Acum un an, la doar câteva luni după atentatele de la Paris, în Belgia aveam loc cele mai sângeroase atacuri teroriste din istoria acestei țări. Au urmat apoi cele de la Nisa și Berlin, toate fiind lovituri dure pentru o Europă clădită pe ideea de pace. Noua realitate cu care ne confruntăm este una marcată de volatilitate geopolitică și de radicalizare a unor curente politice ostile valorilor promovate de către Europa, ceea ce se traduce în consecințe mai grave decât putem estima la prima vedere.

În acest context, avem nevoie de o Strategie Europeană de Apărare și Securitate care să contribuie la aplanarea conflictelor din imediata vecinătate a Uniunii și care să ofere cetățenilor noștri sentimentul că sunt în siguranță, fără a le fi îngrădite drepturile. Țările UE trebuie să accelereze colaborarea în combaterea terorismului, a violenței și a radicalizării, în direcția creării unor organisme europene investite cu puteri de decizie în aceste chestiuni, dar și a unei armate europene capabile să apere cetățenii noștri în cazul unor noi agresiuni. Propunerea făcută de Comisia Juncker acum un an este binevenită, dar trebuie să fim și mai ambițioși, mai ales acolo unde o acțiune la nivel de Uniune poate aduce valoare adăugată.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), γραπτώς. – Ένα χρόνο μετά τις αιματηρές τρομοκρατικές επιθέσεις στις Βρυξέλλες και υπό τη σκιά της αυξανόμενης τρομοκρατικής απειλής στην Ευρώπη, η ασφάλεια συγκαταλέγεται στις κύριες ανησυχίες των ευρωπαίων πολιτών. Δεδομένου του διασυννοριακού χαρακτήρα της σύγχρονης τρομοκρατίας, το φαινόμενο δεν αντιμετωπίζεται μεμονωμένα παρά μόνο με αμοιβαία συνεργασία μεταξύ των κρατών μελών αλλά και της ΕΕ με τους διεθνείς εταίρους της και τις γειτονικές χώρες. Η πρόοδος που έχει συντελεστεί στο πλαίσιο της ανανεωμένης ευρωπαϊκής στρατηγικής για την ασφάλεια είναι σημαντική: αυστηροποίηση των κανόνων κατά των οικονομικών πόρων της τρομοκρατίας, ίδρυση της Ευρωπαϊκής Συνοριοφυλακής για την καλύτερη φύλαξη των εξωτερικών μας συνόρων, ενίσχυση των ευρωπαϊκών υπηρεσιών ασφαλείας (Europol, Eurojust) και καθιέρωση, κατόπιν έντονων διαπραγματεύσεων, της ευρωπαϊκής βάσης δεδομένων με τις καταστάσεις ονομάτων των επιβατών (EU-PNR). Εντούτοις, ο δρόμος παραμένει ακόμα μακρύς έως ότου επιτύχουμε την Ένωση Ασφαλείας, όπως ανακοινώθηκε από τον Πρόεδρο Juncker. Η διαδικτυακή τρομοκρατία παραμένει ανεξέλεγκτη, διότι υστερούμε ακόμα σε νομοθετικό πλαίσιο που να εξασφαλίζει τη βελτίωση της διαλειτουργικότητας των βάσεων δεδομένων σε ευρωπαϊκό επίπεδο, ενώ χρειαζόμαστε επιπλέον μέτρα για την πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και στρατολόγησης πολιτών από τρομοκρατικές οργανώσεις. Η οικοδόμηση μίας ανοικτής και ασφαλούς Ευρώπης είναι το ζητούμενο και πρέπει να επιτευχθεί το συντομότερο με τη σύμπραξη όλων μας.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Zamachy w Brukseli, rok temu, potwierdziły niestety fakt, że terroryści są skuteczni i coraz bardziej bezwzględni. Potwierdziły także, że Belgia jest krajem, z którego wywodzi się wielu terrorystów w Europie, którzy do niej wracają i mają tutaj zaplecze logistyczne. Władze Belgii, a także Unia Europejska podjęły w tej sytuacji szereg inicjatyw, które mają przeciwdziałać zagrożeniu terrorystycznemu. Warto przypomnieć, że obywatele UE sprawdzani są obecnie w bazach danych za każdym razem, gdy przekraczają granicę Unii. Od kilku miesięcy działa także Europejskie Centrum ds. Zwalczania Terroryzmu, które mieści się w Hadze – w siedzibie głównej Europolu. Zaostorzono także przepisy w sprawach finansowania terroryzmu. Służby w państwach członkowskich skuteczniej likwidują różne publikacje, w tym strony internetowe nawołujące do zamachów. To tylko kilka przykładów z szerokiej palety działań antyterrorystycznych. Moim zdaniem, kluczową sprawą dzisiaj jest ocena efektywności działań w ostatnim roku, które mają przeciwdziałać zagrożeniom terrorystycznym. Gdyby nowe instrumenty nie były dostatecznie skuteczne, trzeba rozważyć nowe. Terroryści muszą mieć jasność, że UE i poszczególne państwa będą z nimi walczyły w zdecydowany sposób.

14. Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch Einführer von Mineralien und Metallen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Iuliu Winkler, au nom de la commission du commerce international, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil instaurant un mécanisme européen d'autocertification, dans le cadre du devoir de diligence relatif aux chaînes d'approvisionnement, pour les importateurs responsables d'étain, de tantale, de tungstène, de leurs minerais et d'or originaires de zones de conflit ou à haut risque (COM(2014)0111 – C7-0092/2014 – 2014/0059(COD)) (A8-0141/2015).

Iuliu Winkler, *rapporteur*. – Madam President, looking back at our common endeavour to get an efficient and workable Conflict Minerals Regulation fulfilling the European Parliament mandate as it was adopted in this House, we have been quite successful. First, we have been able to speak with one voice and, second, we have been able to achieve the majority of Parliament's objectives.

The vicious circle has now been broken. The importers of tin, tantalum, tungsten and gold will have to carry out mandatory due diligence in order to check their suppliers and prevent armed rebels or human rights violations being financed by illegal revenue. The interests of communities and people caught in wars and conflict were our priority. The new regulation has the power to improve reality on the ground in conflict areas. We followed two principles in our work: first to help the people affected by illegal mining and trade conducted by armed groups and, second, to increase the responsibility of all stakeholders, including European industry, in a common effort towards transparency.

The recognition of due diligence schemes proposed by industry associations and responsible sourcing partnerships has become the central element of the regulation. All industry initiatives have to fully comply with the international OECD due diligence guidelines elaborated to help companies respect human rights and avoid contributing to conflict financing. It is important that all companies, including those from downstream in the supply chain whose products contain 3TG, will be encouraged to monitor their sources. Compulsory checks for the importers will ensure that minerals or metals sold on the European market are not used to illegally finance conflicts, particularly in mineral-rich countries affected by conflicts or war.

Educating the stakeholders and achieving long-term sustainable effects is only possible through an approach based on shared responsibility. The regulation proposed to you today will be very important in creating good premises for more prosperity in the conflict areas, and this will lead to more stability. Stability in Africa and all other conflict areas means fewer migration flows to the European Union.

To protect SMEs and to minimise bureaucracy and red tape, the regulation offers an exemption for the smallest importers, based on a threshold system designed to cover at least 95% of all imports to the European Union. Through delegated acts Parliament will be able to keep control of the implementation. Parliament also ensured that the Commission will regularly report on the accompanying measures meant to make the regulation more effective. Our aim was to create an efficient and workable regulation and we fully succeeded. Now we will carefully monitor the update by the European companies and, if necessary, we will adjust the system, making use of the powerful review clause included in the provisions of the regulation.

Finally I wish to express my sincerest thanks to all the shadow rapporteurs, the negotiating team members, and all the experts, advisers and staff members involved in this highly technical and very complicated process. I would like to highlight the special support of Commissioner Cecilia Malmström, who personally attended all the negotiating sessions.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, I would also like to thank the rapporteur, Mr Winkler, and all the members and shadow rapporteurs of the Committee on International Trade and everybody involved in this. It has been a long work. We passed many hours together in trilogues, etc., but it has been worth it. Today we have a proposal that I hope you will endorse with a big majority tomorrow morning.

We have an ambitious and a workable instrument to eliminate conflict minerals from supply chains. It will contribute to addressing the challenges of conflict linked to natural resources, hardship of entire communities and human rights abuses that have for too long accompanied this kind of trade.

I am convinced that trade must be based on values, and the conflict mineral regulation is a key element in that approach. The global market-based trade in raw materials can provide a vital source of a stable income to the people and countries who need it the most, but that development needs to be sustainable. Therefore, transparent and responsible supply chains means revenues would not go into the hands of rebel groups but to investment in schools, in hospitals, supporting a well governed state underpinned by the rule of law. It can mean improving people's lives from conflict and terror to opportunity and hope. It means encouraging the economic growth that helps the poorest regions grow sustainably. In short, this means doing what trade does best – not contributing to war and instability but delivering sustainable jobs and real opportunities.

The most obvious example of the conflict linked to minerals is around the great lakes of Africa. Millions have been killed, millions more injured since the first Congo war broke out some 20 years ago, but it is certainly not the only example, so that is why this regulation takes a global approach. The United Nations, the G-8, honourable Members of this House have called for an integrated approach combining trade, development and other policies. That is good. We need to use all the tools we have. And we have responded to your call. We have worked across the Commission services with the External Action Service, basing ourselves on the work done by the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) as the main actor in this field, and the regulation you will vote on tomorrow is just one of the components of our action, and I would like to remind you of some of the others.

We are fully on track with the EUR 20 million development aid package announced in 2015, and this will include financial support via the OECD Secretariat, helping the responsible production of gold, peace-building and stabilisation in Central and West Africa. It will help assistance and training for those on the ground; it will help vulnerable women and children affected by the conflict; it will be a support for the International Conference for the great lakes region and a Dutch-led private-public European partnership for responsible minerals. It will help EU small and medium-sized and micro-enterprises to understand their due diligence on conflict minerals and, picking up on the very important suggestion by this House, we will also have the OECD due diligence guidance translated into all the EU official languages.

We are also reaching out to other governments to encourage them to source responsibly – this month to China and India, last month to the United Arab Emirates and many African countries including Burkina Faso, Democratic Republic of Congo, Ghana, Guinea, Ivory Coast, Nigeria, South Africa, Uganda, Zambia and the African Union. This is what I mean by shaping globalisation.

Unfortunately, some of the vibes we are picking up from Washington on this matter are not encouraging. We do not know yet for certain the approach by the new US administration, but this should certainly not alter our results. On the contrary, it underlines all the more the importance of European leadership here.

So thank you very much Madam President, thank you again Mr Winkler for your leadership on this, and thank you for your attention.

Bogdan Brunon Wenta, autor projektu opinii Komisji Rozwoju. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Ja też składam gratulacje całemu zespołowi, który negocjował to porozumienie w imieniu Parlamentu Europejskiego, a szczególnie sprawozdawcy, koledze Winklerowi. Po długich i trudnych dyskusjach udało nam się osiągnąć porozumienie, które jest dużym sukcesem dla wszystkich trzech instytucji unijnych. Jako sprawozdawca opinii w Komisji Rozwoju uważam, że rozporządzenie to stanowi podwaliny dla skutecznego narzędzia umożliwiającego zerwanie związku pomiędzy konfliktami, łamaniem praw człowieka i naszym korzystaniem z dóbr codziennego użytku. Interesy społeczności, ludzi, którym wojny i konflikty niszczą życie, muszą być naszym priorytetem.

Zgodnie z rozporządzeniem weryfikacja należytej staranności zgodnie z wytycznymi OECD będzie obowiązkowa dla importerów cyny, wolframu, tantalu, złota i ich rud z obszarów konfliktowych i wysokiego ryzyka. O rozwiązaniach dla małych i średnich przedsiębiorstw sprawozdawca już mówił, ale sądzę, że ważne są również środki wspierające, towarzyszące (czyli *accompanying measures*) dla małych i średnich przedsiębiorstw czy dialog polityczny z krajami, w których ma miejsce wydobywanie, jak i dyplomacja związana z surowcami i ich zagospodarowaniem.

Daniel Caspary, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Wenn man sich am Beispiel des Kongo anschaut, wie schlimm die Situation in Ländern ist, in denen Rohstoffe ausgebeutet werden, dann stellt man fest, dass wir bestimmt auch in der Europäischen Union Regulierungsbedarf haben. Wir wollen über diese Verordnung sicherstellen, dass möglichst keine Rohstoffe mehr in die Europäische Union hereinkommen, die auf der einen Seite mit dazu beitragen, bewaffnete Konflikte zu finanzieren, und auf der anderen Seite, wo die Arbeitnehmer unter wirklich untragbaren Zuständen – und das findet zum Beispiel im Kongo so statt – die Rohstoffe entsprechend freilegen müssen. Deswegen ist es gut, dass wir diese Verordnung machen. Aber wir sollten uns immer überlegen: Haben wir eine gute Absicht, oder wie stellen wir auch sicher, dass wir hinter eine gute Absicht dann auch eine gute Antwort stellen und mit einer guten Verordnung antworten?

Was zum Beispiel die Amerikaner mit dem Dodd Frank-Act erreicht haben, war gute Absicht, aber das Ergebnis ist nicht besonders toll. Viele Firmen in Amerika meiden im Moment beispielsweise den Kongo und beziehen von dort gar keine Rohstoffe mehr. Das heißt auch, die vielen Minen, die ordentlich und sauber arbeiten, teilweise die Familienbetriebe, die ordentlich und sauber arbeiten, haben keine Zukunftsperspektive mehr, mussten Aufträge abgeben. Das ist de facto ein Embargo gegen den Kongo gewesen.

Deswegen war uns sehr wichtig, dass wir die Regelung so machen, dass die Unternehmen dort eine Perspektive haben, dass die jungen Menschen dort Arbeitsplätze finden, dass wir eben genau kein Embargo machen, sondern dass wir die Unternehmen in Europa in die Lage versetzen, dann wirklich mit gutem Gewissen auch in diesem Land in Zukunft Rohstoffe kaufen zu können.

Deswegen ist mein Aufruf an die europäischen Unternehmen: Bitte macht bei diesen Zertifizierungsverfahren mit! Bitte nehmt Rohstoffe weiterhin auch aus den Konfliktregionen! Ihr könnt jetzt sicher sein, dass diese Rohstoffe nicht blutbefleckt sind, sondern dass sie sauber sind.

In diesem Sinne herzlichen Glückwunsch an unseren Kollegen Iuliu Winkler, der in Zusammenarbeit mit den Berichterstatern sowie mit Kommission und Rat ein sehr gutes Ergebnis geliefert hat. Wir haben wirklich etwas geschaffen, um unseren Verbrauchern zu helfen, vor allem aber auch den Betroffenen in den Staaten, in denen sie arbeiten.

Maria Arena, au nom du groupe S&D. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, demain nous voterons enfin un règlement qui permettra d'exclure du marché de l'Union européenne, les minerais dits «minerais du sang». C'est vrai qu'on a tendance à parler de ces 3 TG dans notre jargon. De quoi s'agit-il? Du tungstène, de l'étain, du tantale et de l'or. Tous ces minerais sont utilisés actuellement dans notre quotidien: dans nos GSM, dans nos tablettes, dans nos réfrigérateurs, dans nos voitures, etc. Ils sont issus en grande majorité de régions qui sont en conflit, mais aussi de régions qui ne respectent en rien les droits humains dans l'exploitation de ces minerais. On a beaucoup parlé de la région des Grands Lacs, mais je pense que cette réglementation a aussi pour objectif –et c'est ce qui est intéressant – de ne pas cibler des régions en particulier, mais de viser toutes les régions dans lesquelles ces droits humains ne sont pas aujourd'hui respectés. Des femmes, des enfants exploités, violés, assassinés à l'autel du simple profit de certaines entreprises.

La proposition initiale de la Commission, – vous en conviendrez – était basée sur une démarche volontaire, qui nous a semblé, ici au Parlement européen, peu ambitieuse.

Grâce au vote de cette assemblée, nous avons pu bouger ces lignes, les lignes pour un règlement qui passait dans une démarche obligatoire, et je dois aussi avouer que même ici, dans ce Parlement, tout le monde ne partageait pas l'idée de passer à une démarche obligatoire au niveau de ce règlement. Malheureusement cette démarche obligatoire n'a pas non plus été partagée entièrement par le Conseil et lors du trilogue, la plupart des revendications du Conseil ont été de réduire effectivement cette approche obligatoire et donc nous nous retrouvons aujourd'hui avec, il est vrai, un règlement qui permet d'avoir une démarche obligatoire, mais uniquement sur une partie de la chaîne d'approvisionnement. Nous avons accepté ce compromis, parce que nous pensons qu'il faut aller de l'avant, mais je pense que nous devons être attentifs sur la mise en application de cette règle. Nous ne voulons en aucun cas qu'elle permette à des entreprises de continuer à faire ce qu'elle font aujourd'hui, c'est-à-dire de tuer des personnes dans des zones en conflit. Vous pouvez compter sur nous pour être attentifs à la mise en application de ce règlement.

Dita Charanzová, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, we all have a common goal: to break the link between mining and armed conflicts. This legislation provides an ambitious framework in this regard, but it is also proportionate as it is targeted to the key actors. Alone, it cannot solve the causes of those conflicts, but it will help to fight against exploitation of minerals for the financing of armed groups. It will also increase international companies' awareness of human rights issues in relation to their activities.

This legislation is an important step forward in the field of corporate social responsibility. It will increase traceability on the supply chain. In addition, the text ensures that the system is workable for European companies; guidelines will be drafted to help companies identify where conflicts or high-risk areas are and explain how the situation on the ground is evolving. In addition, assistance is foreseen for SMEs. Finally, importers of very small volumes, such as small jewellers, will be exempted.

Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Herr Berichterstatter, ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit. Aber erinnern wir uns, warum wir heute hier stehen. In Kriegskonflikten geht es oft um Bereicherung. Warlords führen bewaffnete Banden an, mit denen sie die Kontrolle über Rohstoffgebiete und Minen erlangen oder verteidigen wollen. Für den Zugriff auf Gold, Coltan, Wolfram oder Zinn wird gemordet. Von Kleinstminen, in denen nicht selten Kinder schuften, wird ein großer Teil des Fundes als Schutzgeld erpresst. Die Rohstoffe werden zu Geld gemacht. Mit dem Geld werden Waffen gekauft. Mit mehr Waffen können mehr Kämpfer ausgestattet werden. Wer mehr Kämpfer hat, hat mehr Macht. Wer mehr Macht hat, kann ein größeres Gebiet kontrollieren und mehr Rohstoffe rauben und wieder mehr Reichtum erlangen. Die Spirale dreht sich und ist viel zu oft eine militärische Endlosschleife.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, dieses Geschäftsmodell funktioniert, weil im Interesse der Wertschöpfungsketten einige skrupellose Unternehmen den Warlords seit langem die Rohstoffe auch abkaufen. Solche Firmen operieren auch in Europa. Mit diesem neuen europäischen Gesetz machen wir ihnen deshalb nun einen Strich durch die Rechnung. Deshalb ist heute ein guter Tag!

Erstmals wird für Unternehmen gesetzlich festgeschrieben, eine Sorgfaltspflicht für die Lieferketten ihrer Rohstoffe anzuwenden. Unternehmen am Beginn der Lieferkette – das sind Metallschmelzen und Raffinerien – müssen die Herkunft ihrer Rohstoffe nachweisen. Aber leider erst in drei Jahren! Wie viele weitere Opfer wird es in dieser Zeit geben?

Frau Kommissarin, Sie sollten schon jetzt offensiv auf Unternehmen zugehen und auf die schnelle Einführung der Lieferkettenkontrolle drängen. Ich bitte Sie, auch bei den begleitenden Maßnahmen frühzeitig tätig zu werden und innovativ über die bereits laufenden Projekte hinaus zu gehen. Dann sind wir mit dieser Gesetzgebung auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich auch für die konsequenten und unterstützenden Maßnahmen und Aktivitäten der vielen Nichtregierungsorganisationen, die uns ständig auf der Pelle gesessen haben und mit uns gemeinsam dieses Gesetz auf den Weg gebracht haben.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, all too often trade policy in the EU undermines citizens' power and plays into the hands of transnational corporations. So I am delighted that tomorrow we will vote on a regulation which will do the opposite, and for the first time introduce binding rules on the imports of conflict minerals. Those who deal in the four metals – tin, tantalum, tungsten and gold – will need to check that their supply chain has no links to human rights abuses or armed conflicts. It should also be noted that, although Parliament does not have formal powers to initiate legislation, this process began with the work of my colleague Judith Sargentini here in Parliament, with the Commission following up her own-initiative report with its own proposal. Parliament refused to accept the Commission and Council's preference for a voluntary code, which is why we now have these important binding rules for the imports of conflict minerals.

We are disappointed that the final deal includes some important loopholes, particularly the fact that while Parliament's proposal included mandatory due diligence for manufacturers of products such as computers, mobile phones or laptops, this was watered down during the trilogues so that imported goods using the metals identified will not now be subject to the same binding rules. But overall, we are pleased with these binding rules on conflict minerals. This sort of restraint on the worst abuses of corporations that are so powerful in the global economy is the sort of action that citizens wish to see, and can help to build ongoing support and confidence in the European Union.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il nostro benessere si fonda sullo sfruttamento dei più poveri. Ne siamo colpevoli tutti e se pensate di esserne estranei, prendete il vostro *smartphone* e ricredetevi. Telefoni, automobili, aerei e computer sono sporchi di sangue, perché tutti, senza eccezione, contengono dei minerali rari estratti in paesi martoriati dalla guerra, in zone di conflitto o in condizioni che violano i diritti umani più fondamentali, incluso quello alla libertà e alla vita.

Tre anni fa abbiamo detto basta e abbiamo iniziato a lavorare a una legge che arginasse questo fenomeno. Così, dopo lunghi negoziati, centinaia di emendamenti e migliaia di ore di lavoro, sta per vedere la luce il primo regolamento europeo che mette fine all'approvvigionamento dei minerali di conflitti. Chi vorrà importarli adesso dovrà prima verificarne la provenienza e operare tutti i controlli necessari per impedire che i minerali siano sporchi di sangue.

Le multinazionali della tecnologia, dell'automobile e dell'aviazione si sono opposte duramente, ma non sono riuscite a fermarci, mentre noi, per tutelare le PMI, abbiamo esentato dal regolamento i piccoli importatori, come orafi o dentisti, per evitare loro un eccessivo carico burocratico. Il nostro obiettivo era di impedire che il commercio finanziasse conflitti, distruzione e morte e credo che ci siamo riusciti.

Purtroppo, non tutto è andato come volevamo: la nostra proposta iniziale era molto più articolata ed estesa e prevedeva molte meno eccezioni. Ma senza dubbio questo è un primo passo e spero che, tra qualche anno, si potrà ritornare su questo regolamento e renderlo ancora più efficace.

C'è un'Europa delle multinazionali e dei potenti, che usa il commercio per sfruttare i paesi poveri, sottrarre le loro risorse e distruggere i loro diritti. Ma c'è anche un'Europa dei cittadini, giusta, equa e solidale, che usa il suo peso per la giustizia e per promuovere un mondo migliore. Questa è l'Europa che ho scelto di rappresentare quando tre anni fa ho deciso che mi sarei occupata di commercio al Parlamento europeo e spero, colleghi, che anche voi sapete fare altrettanto.

Franz Obermayr, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Grundsätzlich ist es ja begrüßenswert, darauf zu achten, unter welchen politischen und sozialen Bedingungen besagte Konfliktmineralien abgebaut werden. Zertifizierung – das ist klar – schafft Transparenz. Zertifizierung kostet aber auch viel Geld, und Drittländer, wie zum Beispiel China, verzichten weitgehend auf Zertifizierungen und haben hier natürlich auch einen enormen Wettbewerbsvorteil. Ca. 87 % des weltweiten Marktkapitals an Rohstoffen und Bergbauprodukten sind nicht zertifiziert.

Es wäre daher auch wünschenswert, bestehende industrielle Programme, die verantwortungsvollen Einkauf im Fokus haben – wie zum Beispiel bei uns in Österreich – auch entsprechend in der EU anzuerkennen. Das wäre natürlich auch deswegen vorteilhaft, weil wir damit einerseits Wettbewerbsnachteile entschärfen und bestehende Strukturen vernünftig weiter nutzen könnten.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Stimate coleg, ați spus, între altele, că certificările costă și că ar fi un impediment că apar costuri în ceea ce privește certificarea importurilor. Credeți însă că costul acestor certificări este mai important decât viața oamenilor? Pentru că noi aici discutăm de viața oamenilor și știm bine ce s-a întâmplat și vreau să salut raportul.

Credeți că este mai important costul certificatului sau viața oamenilor?

Franz Obermayr (ENF), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”*. – Danke für die Frage. Sie zeigt, dass offensichtlich nicht sehr gut aufgepasst wurde. Aber ich stelle gerne klar: Natürlich zählen Menschenleben, natürlich zählen soziale Bedingungen. Wie es ja von manchen Ländern bereits bekannt ist, zählt das natürlich wesentlich mehr. Allerdings möchte ich schon nochmals darauf hinweisen – und das ist auch wichtig –, dass auch die Wettbewerbsfähigkeit eine Komponente für uns in Europa sein sollte. Daher sollte man auch so klug sein, bestehende Strukturen, wenn sie sich bewährt haben, anzudenken, sie weiter zu benützen. Das wäre und war auch der wesentliche Inhalt meiner Aussagen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, έχουμε πολλές φορές αναφερθεί στο διεθνές εμπόριο ορυκτών που προέρχονται από ασταθείς περιοχές του κόσμου και στην εκμετάλλευση των πλουτοπαραγωγικών πηγών αναπτυσσόμενων χωρών από ευρωπαϊκές εταιρείες. Δυστυχώς παρά τις συζητήσεις μας εδώ δεν υπάρχει ουσιαστική αλλαγή, καθώς το οικονομικό όφελος από αυτές τις δραστηριότητες είναι πάρα πολύ μεγάλο, τόσο μεγάλο που κάποιοι βρίσκουν τρόπους να νομιμοποιούν την παρανομία υπέρ των εταιρειών που δραστηριοποιούνται στις χώρες τους.

Τα μεταλλουργεία και οι εγκαταστάσεις εξευγενισμού είναι ένα σημαντικό σημείο στις παγκόσμιες αλυσίδες εφοδιασμού ορυκτών και είναι το τελευταίο στάδιο στο οποίο μπορεί να εξασφαλιστεί αποτελεσματικά η επαλήθευση των πληροφοριών σχετικά με την προέλευση των ορυκτών και την αλυσίδα επιτήρησης. Μετά από αυτό το στάδιο της μεταβολής συχνά θεωρείται ανέφικτη η ανίχνευση της προέλευσης των ορυκτών. Αυτό όμως δεν εγγυάται σε κανέναν ότι μπορεί να δηλώνεται διαφορετικό μεταλλείο προέλευσης από το πραγματικό, προκειμένου να υπάρχει συμμόρφωση με τις προϋποθέσεις που ορίζει η αυτοπιστοποίηση.

Ως γνωστόν κατά την εξόρυξη καταπατούνται όλα τα εργασιακά και ανθρώπινα δικαιώματα. Η μόνη λύση είναι η πλήρης απαγόρευση των εισαγωγών από εμπόλεμες περιοχές στις οποίες τον έλεγχο έχουν παραστρατιωτικές ομάδες που χρησιμοποιούν τα κέρδη από την εξόρυξη και το εμπόριο για τη συνέχιση των εγκληματικών ενεργειών τους. Πρέπει να απαγορεύσουμε τη δραστηριότητα ευρωπαϊκών εταιρειών στις περιοχές αυτές. Όσον αφορά την αυτοπιστοποίηση, γνωρίζουμε όλοι πολύ καλά πως δεν πρόκειται να αποδώσει. Κατά τη γνώμη μου η αυτοπιστοποίηση θα είναι ένα συγχωροχάρτι της Ευρωπαϊκής Ένωσης προς τις εταιρείες αυτές στο όνομα της ανταγωνιστικότητας έναντι τρίτων χωρών.

Joachim Zeller (PPE). – Frau Präsidentin! Mit der vorliegenden Verordnung gab es endlich einmal den Versuch, Handelspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Beachtung der Menschenrechte gemeinsam zu betrachten. Gestern Abend diskutierten wir hier, dass Millionen Menschen in den Ländern der Subsaharazone vom akuten Hungertod bedroht sind und dass die Ursachen dafür größtenteils politisch sind, weil korrupte Machthaber und Terrorgruppen dort um Macht, Geld und Einfluss kämpfen. Viele der Schätze Afrikas kommen nicht den arbeitenden Menschen zugute, sondern sind der Grund für Gewalt und Unterdrückung.

Wenn die Ursachen des Elends aber politische sind, muss auch politisch gehandelt werden, wie es unser Sacharow-Preisträger Doktor Mukwege hier gefordert hat. Deshalb ist es zu begrüßen, dass endlich, nach drei Jahren zäher Verhandlungen, diese Verordnung auf dem Tisch liegt. Ich sehe darin einen Anfang, dass wir Worten nun endlich auch Taten folgen lassen wollen. Und mein Appell an Sie, Frau Kommissarin: Verhelfen Sie dieser Verordnung auch zur Durchsetzung!

David Martin (S&D). – Madam President, at the outset of this process ‘conflict minerals’ had the potential to live up to their name in our legislative scheme, but thanks to the good work of the rapporteur and the Commissioner, and indeed the flexibility of some of the Council Presidencies, the potential for conflict in the legislative process turned into cooperation. While not diminishing the work of others in this, I want to pay particular tribute to the work of the S&D shadow in this process, Maria Arena, who dug in right from the very beginning to make it clear that a voluntary scheme would not be effective, and that the only acceptable option for Parliament would be a mandatory approach. I am convinced we would not be here today if it was not for her determination. We also managed to take the Council proposal and broaden it to have a wider coverage of the supply chain and move it upstream. It is good that from now on citizens will know that, when they pick up their mobile phones, they are not indirectly financing conflict in places

like the Democratic Republic of the Congo. It is also good that at this time, given the lack of leadership coming from the United States on such issues, Europe is demonstrating that we are still a community of values and that we are prepared to export our values to elsewhere in the world. As the Commissioner herself said, and as other speakers have said, this part of a process now. This is not the end of the story. This is a beginning of the story of Europe making sure that our goods are traded in a fair way that defends human rights.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Paul Rübzig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Die Verhandlungen sind jetzt geführt, wir haben eine Lösung auf dem Tisch. Glauben Sie, dass es möglich wäre zu nachhaltigen Rohstoffen die Forschung, jetzt im Rahmenforschungsprogramm 9 zu verstärken, um Substitut-Produkte für die Mineralien zu bekommen, die ansonsten eher importiert werden müssten?

David Martin (S&D), *blue-card answer*. – I believe in a holistic approach to these issues – to coin a phrase, ‘joined-up government’ – and part of it would be to find alternatives to some of these minerals, but also some of these minerals will continue to be demanded here and it is important, when Europe does trade in these minerals, that we do it in a way that is fair to the source countries and does not abuse human rights or other labour conditions.

Louis Michel (ALDE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je voudrais d’abord féliciter M^{me} la Commissaire et M^{me} Arena d’avoir obtenu le résultat que l’on a aujourd’hui, même si je serais peut-être un peu plus nuancé dans mon jugement.

En mai 2015, notre Parlement a voté un texte ambitieux qui obligeait toutes les entreprises utilisant des minerais de conflit à assurer la traçabilité sur toute la chaîne d’approvisionnement. Cela représente – je le rappelle – 880 000 entreprises.

L’accord de trilogue est évidemment un pas en avant important, mais il ne sera contraignant que pour une minorité d’entreprises – les fonderies, les raffineries et les importateurs de minerai brut et de métaux au-delà d’une certaine quantité. Pour les autres, ce sera l’autorégulation, c’est-à-dire leur plus ou moins grande bonne volonté.

Le Conseil a manqué, me semble-t-il, une remarquable opportunité de moraliser des comportements trop souvent scandaleux, qui alimentent des conflits meurtriers et ferment les yeux sur la situation humaine désastreuse des enfants creuseurs, victimes d’un cynisme économique intolérant.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'estrazione e il commercio di minerali in tutto il mondo è spesso collegato a guerre, conflitti e violazione dei diritti umani. L'Unione europea è uno dei principali importatori di queste preziose materie prime, sia in forma grezza che come componenti di prodotti di uso comune, dai computer portatili ai telefoni cellulari fino ai gioielli.

Con l'accordo raggiunto nel trilaterale, che rende la tracciabilità dei minerali da zone di conflitto vincolante e non solo su base volontaria, l'Unione ha fatto un passo nella giusta direzione e quindi sosterrò questo regolamento, il risultato di un lungo e difficile negoziato, anche se molte delle richieste del Parlamento sono rimaste disattese e se molto ancora resta da fare.

Vengono infatti stabiliti dei quantitativi minimi di importazione al di sotto dei quali non vige l'obbligo di tracciabilità. In questo modo i piccoli importatori potranno continuare a non rendere conto della provenienza dei minerali. Inoltre, il vincolo non riguarda tutti quegli elementi che vengono oggi considerati minerali dei conflitti, ma solo alcuni, ed infine solo gli importatori di queste materie prime, e non solo le aziende produttrici dei prodotti finali che contengono questi minerali, hanno l'obbligo della tracciabilità.

Lo consideriamo quindi un primo passo e crediamo che la Commissione debba attentamente seguire l'applicazione di questo regolamento.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, nous sommes évidemment pour les bonnes pratiques, pour la certification, pour l'autorégulation et pour des filières responsables. Ces bons sentiments, comment ne peut-on pas être pour? Ils engagent en paroles, ils font toujours plaisir, mais changent-ils vraiment la réalité?

Le conflit en RDC avait été déclenché par une opération dite Kabila, dans laquelle, à partir de l'Ouganda et du Rwanda, on a déstabilisé la RDC. En même temps, des contrats étaient signés avec des sociétés américaines pour la maîtrise des ressources de ce pays.

La responsabilité de nos États doit être dénoncée, car elle correspond à la réalité de l'histoire. Il s'agit aussi de donner la pleine capacité aux États africains de rester maîtres de leurs ressources. Il s'agit aussi de dénoncer, chez nous, l'implication de nos États et de leur officine dans ce trafic.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Wir erleben morgen die Geburtsstunde einer neuen Art der Handelsbeziehungen. Bisher haben wir ja Handelsbeziehungen zwischen Ländern organisiert, das spiegelt aber nicht mehr die Realität wider. Wir haben ja inzwischen globale Wertschöpfungsketten. 70 % des globalen Handels beziehen sich auf Wertschöpfungsketten, und deswegen ist es richtig, dass wir jetzt bei den sogenannten Konfliktmineralien anfangen zu gucken und die Verantwortung in der ganzen Wertschöpfungskette wahrzunehmen, so dass wir sicherstellen können, dass in der ganzen Wertschöpfungskette mit diesen Stoffen verantwortungsvoll umgegangen wird. Ich glaube, das ist genau der richtige Weg, um zukünftig auch mehr Handelspolitik zu betreiben und eine Sorgfaltspflicht für einen vernünftigen, fairen Umgang mit Produkten quer durch die Wertschöpfungskette sicherzustellen. Dann können wir in der Tat sagen, dass unsere Konsumprodukte fair hergestellt und gehandelt worden sind.

Ich denke, dass wir das auch verbindlich gemacht haben, ist auch ein wichtiger Schritt – hier zu sagen, Unternehmen haben eine spezifische Verantwortung. Wir haben auch mit den OECD-Guidelines klare Kriterien, wie man die Sorgfaltspflicht für die gesamte Wertschöpfungskette sicherstellen kann. Und ich bin froh, dass wir mit den Konfliktmineralien angefangen haben. Man kann jetzt mal darüber nachdenken, ob wir zum Beispiel bei Textilprodukten weitermachen – auch dort haben wir OECD-Guidelines, denn faire Produkte müssen alle Produkte einschließen.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señora presidenta, en 2014 la Comisión publicó una débil propuesta acerca de una terrible problemática de la cual Europa es parte responsable: la explotación y el comercio de los minerales de sangre.

Un año después, esta Cámara tomó una posición, con amplio apoyo, recogiendo las voces de la ciudadanía y organizaciones que nos pedían una ley robusta que obligara al control de toda la cadena de valor, desde las minas hasta nuestros dispositivos. Tras dos años negociando con los Estados miembros, el resultado se queda a medias, no soluciona el problema de raíz, sino que pone un parche que calma, quizá, las conciencias de aquellos que se conforman con muy poco.

Los lobbies han trabajado duro. El torpedeo a esta iniciativa ha sido constante. Les diré que siempre estaremos enfrente exigiendo que cumplan con los derechos humanos. Aun así, votaremos a favor, porque esto es mejor que la nada, porque la dirección es la correcta, aunque no así la escasa ambición. Votaremos «sí» con el alma rota por esta oportunidad perdida. Votaremos «sí», pero nos quedamos sedientos. Votaremos a favor, pero volveremos, una y otra vez, para pedirlo todo.

Seb Dance (S&D). – Madam President, it is very easy when we are faced with an issue to listen to some of the voices opposite who say that the costs are too big. What is the response to that – that we do nothing, that we take no action at all? That is no response for this place, and it is not in keeping with our responsibilities as representatives of the world's biggest market. We have a unique opportunity and, as the Commissioner has outlined, the responsibility has been abdicated from other parts of the world that might traditionally have taken a leadership role in this. It is up to us in this place, representing 500 million citizens, to demonstrate the benefit of working cooperatively at a European level to deal with these issues.

We can no longer have a situation where the products we buy and the products we use contain minerals that are sourced from countries that have mined those materials through the use of slavery. This is a hugely beneficial measure. I pay tribute to my colleagues, and to colleagues across the Chamber who have worked collaboratively on this, but crucially also to the millions of citizens who have contacted us and urged us to take action.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señora presidenta. Comisaria. Mañana votaré «sí» a un Reglamento único, porque obliga a los importadores europeos directos de oro, wolframio, estaño y tantalio a garantizar que no proceden de minas controladas por grupos armados ni de zonas afectadas por graves conflictos de derechos humanos. Tenemos el deber moral de impedir el comercio de estos minerales de sangre, imprescindibles en la fabricación de nuestros móviles, coches o lavadoras.

Este Reglamento es un claro ejemplo de cómo la política comercial europea actúa en defensa de los derechos humanos. Frente a Trump, que acaba de anunciar que derogará la ley que lo regula desde 2010 porque perjudica los beneficios de su industria.

Pero queda un gran reto. El gran reto en el que los socialistas seguiremos trabajando es garantizar su efectividad con unas buenas medidas de acompañamiento. Porque, si se constatará que las empresas obligadas evaden la aplicación del Reglamento o que las empresas eximidas no se acogen voluntariamente, o que la legislación tiene efectos perniciosos para las poblaciones mineras, exigiremos que se cumpla y se amplíe la obligación al cien por cien.

Un gran paso adelante, pero un camino por recorrer.

Emmanuel Maurel (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, les «minerais du sang» – ça vient d'être dit –, sont à la fois partout et nulle part. Ils sont partout, parce qu'ils sont à la source de violents conflits en Afrique, mais aussi en Asie. Ils sont omniprésents dans les produits de consommation courante et, en même temps, ils sont invisibles pour les consommateurs européens.

Je crois que nous avons joué pleinement notre rôle, à la fois parce que nous avons imposé ce devoir de diligence, mais aussi parce que – cela n'a pas été dit jusqu'à maintenant –, nous avons répondu à l'appel de nos partenaires africains qui sollicitaient notre soutien et, enfin, parce que nous avons pris en compte cette nouvelle tendance des consommateurs européens, qui veulent faire de leur consommation un acte citoyen, et quand je vois le représentant du Front National qui parle de bons sentiments – ce n'est pas de cela dont on parle, on fait de la politique.

Bien sûr, il y a quelques regrets – M^{me} Maria Arena l'a dit –, on aurait voulu une certification obligatoire sur toute la chaîne, mais il a fallu passer par les portes étroites du compromis.

Je pense néanmoins que c'est un bon texte et nous pouvons être fiers du travail accompli, car au moment où les États-Unis, en effet, détricotent la loi Dodd-Frank, nous avons montré la voie, celle d'une Europe qui était fidèle à ses valeurs.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Wer möchte Produkte kaufen, in denen sozusagen Gewalt und Ausbeutung enthalten sind? Die Verordnung zu den Konfliktmineralien sorgt für einen verantwortungsbewussten Handel mit Rohstoffen. Sie soll gewährleisten, dass in die EU importierte Wertstoffe keine bewaffneten Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen finanzieren. Deshalb müssen europäische Unternehmen Rechenschaft ablegen, woher sie die Rohstoffe Wolfram, Tantal, Zinn und Gold beziehen. Diese Mineralien werden vor allem in Gebrauchsgegenständen wie Laptops und Smartphones verarbeitet. Die europäischen Importeure, Raffinerien und Hütten müssen verbindlich ihren Sorgfalts- und Transparenzpflichten nachkommen. Leider betrifft das noch nicht die gesamte Lieferkette.

Es liegt in unserer Verantwortung, Ausbeutung und Gewalt in ressourcenreichen Ländern zu beenden und einen fairen und kontrollierten Handel mit diesen Regionen zu fördern. Die Verordnung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Interventions à la demande

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questo regolamento finalmente mette fine ad abusi e violazioni dei diritti umani e soprattutto al legame tra conflitti e sfruttamento illegale di alcuni minerali.

I cosiddetti «minerali dei conflitti» minano le politiche dei governi orientate allo sviluppo socioeconomico, alla buona governance, allo Stato di diritto e alla tutela dei diritti umani. È importante la previsione di una maggiore trasparenza e aver stabilito una *due diligence* nella catena di approvvigionamento per gli importatori di alcuni minerali provenienti da zone di conflitto e ad alto rischio. Gli importatori responsabili dovrebbero rifornirsi solo da fonderie e raffinerie oggetto di *audit* operato da soggetti terzi.

L'obbligo di tracciabilità è un grande risultato e lo stesso approccio volontario motiverà la partecipazione di imprese responsabili e il loro numero crescerà gradualmente per effetto delle pressioni della concorrenza e del mercato. A tal proposito penso sia necessario prevedere adeguati incentivi: gli importatori, le fonderie e le raffinerie che decidono di fare ulteriori sforzi devono avere l'opportunità di beneficiarne in termini di immagine, magari attraverso la pubblicazione di elenchi contenenti indicazioni di importatori, fonderie e raffinerie.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ιστορία έχει αποδείξει ότι οι πολεμικές συγκρούσεις και οι εμφύλιοι πόλεμοι στον κόσμο και κυρίως στην Αφρική σε μεγάλο βαθμό γίνονται προκειμένου τα εμπόλεμα μέρη να βάλουν χέρι στις πλουτοπαραγωγικές πηγές και στις πρώτες ύλες της περιοχής. Το ISIS έχει κερδίσει τεράστια ποσά από την πώληση πετρελαίου, γι' αυτό πρέπει να θεσπίσουμε μια νομοθεσία που να αφορά όλους τους φυσικούς πόρους και όχι μόνο τα τέσσερα μεταλλεύματα. Μην ξεχνούμε άλλωστε τα λεγόμενα ματωμένα διαμάντια και το εμπόριο θανάτου.

Επιπλέον, η νομοθετική πρόταση πρέπει να αφορά όλες τις εταιρείες που εμπλέκονται και όλες τις αλυσίδες των εμπλεκόμενων εταιρειών. Ταυτόχρονα, πρέπει να τεθούν και όροι εξόρυξης. Εδώ και πολλά χρόνια η Ένωση κλείνει τα μάτια στην παραβίαση των ανθρωπίνων αλλά και εργασιακών δικαιωμάτων και στα προβλήματα που υφίστανται οι άνθρωποι που δουλεύουν στην εξόρυξη. Πολλοί απ' αυτούς είναι μικρά παιδιά. Δεν υπάρχουν συνθήκες ασφάλειας γι' αυτούς τους εργαζομένους, επομένως το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πρέπει να δράσει άμεσα και αποφασιστικά.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, v těžebním průmyslu běžně dochází k porušování lidských práv, které může zahrnovat dětskou práci, sexuální násilí, násilné zmizení, nucené stěhování a ničení rituálně a kulturně významných míst. Spotřebitelé jsou tak koupí některých nerostných surovin a kovů pocházejících z oblastí postižených konflikty a vysoce rizikových oblastí nepřímo spojeni s konflikty, které mají vážné dopady na lidská práva, a zejména na práva žen a dětí. Ozbrojené skupiny často používají hromadné znásilňování jako uváženou strategii k zastrašování a ovládání místního obyvatelstva za účelem ochrany svých zájmů. To je skutečně nelidská praxe, která musí být zastavena, a já jsem velmi ráda, že EU v této věci koná. Firmy obchodující s těmito materiály si však také musí uvědomit svou odpovědnost za stav našeho světa a podle toho i konat. A pevně věřím, že vzhledem k tomu, že se to týká pouze čtyř minerálů, tak v této snaze budeme pokračovat, protože, tak jak řekli předřečníci, je toho spousta, kvůli čemu umírají nevinní lidé.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej sprejetje te uredbe bo pomemben trenutek. Bili bi seveda še bolj veseli, če bi ta uredba bila še bolj popolna, če bi imela manj izjem in če bi pravzaprav prislughnila vsem tistim predlogom, ki so bili tudi v teh dolgotrajnih pogajanjih tudi predloženi.

S to uredbo pa ne glede na to sporočamo, da nam je mar, mar za ljudi, za otroke, za žene, ki delajo v nemogočih razmerah, ki pravzaprav puščajo svoja življenja za dobičke korporacij, s katerimi se potem tudi financirajo konflikti, vojne in pa oboroževanje tolp.

Na nas je seveda, da to omejimo, da pretrgamo te verige, da ne podpiramo naraščanje žrtev vseh teh konfliktov in seveda konkurenčnost ne more biti nad človekovimi pravicami, ne more biti nad človekovim dostojanstvom in tudi ne osnovno človekovo vrednoto, to je življenje, zato moramo storiti vse, da temu naredimo konec.

(Fin des interventions à la demande)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, the European Union is the biggest trader of the world; the biggest importer and the biggest exporter. So you are absolutely right: with that size comes a great responsibility and over the years this House has played an important role to raise awareness about the important issue of trade in conflict minerals. Thanks to your engagement and many people's hard work here, very soon players in the mineral supply chain across the world are more aware of their obligations. We will continue to work in awareness-raising, including in small and medium size and even micro companies from the Commission's side.

The legislation represents a major contribution to a modern trade policy, promoting values, shaping globalisation and ensuring that economic development is also sustainable. The link between minerals and financing conflicts is not acceptable in the world today; too many people have suffered. Soon we will have in place an effective and workable EU system to break this cycle; and this will benefit all those who have suffered including many children and women. It will benefit those who have seen their lives blighted, their futures falling apart because of war and instability linked to illicit trade in minerals.

We have taken note of your views here. We will continue to engage with you on the monitoring and implementation of this regulation. It is not perfect, but it is a very important step forward and, as was mentioned, we also have a lot of accompanying measures in order to make this work. So thank you very much for the hard work done by the rapporteur, shadow rapporteurs, involved committees and others.

Iuliu Winkler, rapporteur. – Madam President, thank you for this debate and listening to it, I grow even more and more convinced that we have a good piece of legislation on the table. Now we just have to implement this regulation. We have to make full use of all the provisions of the new conflict minerals regulation.

I believe the European Union has to maintain its leading position in the world as a promoter of development and peace. We believe that legal trade is good and that trade is meant to sustain jobs and prosperity for people and for communities. I believe that the new conflict minerals regulation will make a difference regarding the safety and prosperity of people and communities in conflict areas.

Today, more than ever European well-being is interlinked with stability, peace and sustainable economic growth in all regions of the world including those regions which today are conflict areas or war zones. There is one thing that I believe we can do immediately, distinguished colleagues, tomorrow we can show the determination of the European Parliament to ensure a clean and sustainable mineral supply chain. We have hammered out an effective and workable regulation now let us show everybody that we are determined to make this first step. Let us ensure tomorrow a big majority vote and then let us start this whole process.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi 16 mars 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – El nuevo Reglamento que se va a votar es un paso importante puesto que permitirá conocer la procedencia de la importación directa a la UE del estaño, el tantalio, el wolframio y el oro. Es sin duda mucho mejor que no tener nada. Sabemos que desgraciadamente la industria extractiva es uno de los sectores donde se contabilizan más violaciones de derechos humanos, incluida la explotación infantil, además de ser una fuente que financia la corrupción, las organizaciones mafiosas o el tráfico de armas. Sin embargo, las medidas son insuficientes. La Comisión Europea, los Estados miembros e incluso la derecha en esta Cámara podrían hacer mucho más para garantizar que la proveniencia de todos los productos manufacturados cumpla con normativas internacionales de respeto de los derechos humanos. Es el caso también de la minería y de la importación de carbón de terceros países. La propia Comisión reconoció en su respuesta a una de mis preguntas que la Unión Europea no controla la procedencia del carbón y que solo algunas empresas informan de forma voluntaria. Es intolerable programar la muerte del sector minero mientras, al mismo tiempo, promovemos que el sector energético consuma carbón de dudosa procedencia. No todo vale para importar más barato.

15. Überprüfung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre appelle le débat sur la question orale à la Commission sur la révision du règlement relatif au statut et au financement des partis politiques européens et des fondations politiques européennes, de Danuta Maria Hübner, au nom de la commission des affaires constitutionnelles (O-000007/2017 – B8-0205/2017) (2017/2550(RSP)).

Danuta Maria Hübner, *author*. – Madam President, for the Committee on Constitutional Affairs of the European Parliament the revision of the regulation on the statute and funding of European political parties and European political foundations is indeed a matter of urgency. You probably know that a year ago the Presidents of three European political parties – the European People's Party, the Party of European Socialists and the Alliance of Liberals and Democrats for Europe – asked the Commission in a letter to present a legislative proposal amending this regulation. Since the beginning of this year, this regulation is now fully applicable.

The Presidents requested the Commission to examine and initiate a review of the regulation on three substantial provisions related to efficiency, credibility and legitimacy. Those are the reduction to 7.5% of the 15% co-financing obligation, the increase of the minimum representation in the European Parliament to three members to qualify for receiving public funding, and the prevention of cross-party membership. In the reply the President of the Commission, though giving preference to first gathering some experience on the implementation of the regulation, also stated that the Commission was open to discussing the issues raised by the three co-signatories representing the main existing European political parties. In the meantime, Parliament's Secretary-General also presented the report to the Bureau of the Parliament. We proposed three amendments, but there are many more issues that require reflection, for example the possibility of limiting contributions in kind, allowing for the possibility to finance referendum campaigns or to provide for an assessment of the financial capacity of the parties before any application for funding, to mention just a few.

After intense discussions, my committee, the Committee on Constitutional Affairs, decided to present this oral question in order to raise awareness of this important issue. Let me say that we see that the new regulation ensures greater transparency and accountability of European political parties. However, there are shortcomings that need to be addressed. Let us be clear about one thing: this oral question is not about asking for more money, but for the money to be spent efficiently, correctly and with respect for the values of the European Union.

This is not about banning parties with critical opinions on the Union. We believe in democracy, and in a democratic system every person is entitled to freedom of speech and opinion. However, those who do not respect European values as they are stated in Article 2 of the Treaty on European Union, and engage in clear racist, undemocratic and discriminatory actions and behaviour, should not fund their actions with European funds.

We may understand the Commission's reluctance to initiate a revision of a regulation whose implementation has just started. However, I would also like to remind the Commission that, on a number of occasions, it stated very clearly that incentives for speculative behaviour should under no circumstances be granted. In our view it is becoming more and more evident from cases brought to our attention by the press that abuses with, and also misuse of, European funds are happening far too often. The shortcomings that have been signalled in the oral question should be swiftly addressed, in our view, in order to guarantee that the highest standards of probity are respected. We should indeed reflect whether one-man parties really contribute to forming European political awareness and expressing the political will of citizens of the Union.

But, besides elections, referenda are also an important instrument to express the will of the population in a democratic, organised and well-informed way. The current regulation prohibits any funding linked to referendums. It makes it impossible for parties and foundations to take positions in public on issues of fundamental importance for the future of citizens. This is in clear contradiction with the European Parliament's position expressed in its resolution of 6 April 2011 on the European political parties' participation in referendum campaigns when the referendums concerned are directly linked to issues relating to the European Union. We could reflect whether it would not be advisable to allow funding referendum campaigns on issues relating to the European Union where political parties can help form European political awareness. We would therefore like to hear from the Commission about its intentions, and we also urge it to react quickly to our request if this possible revision is to be, preferably, adopted before the next European elections in 2019.

This regulation falls under the codecision procedure, so I would also like to ask the Commission whether it could inform Parliament on any exchanges it has undertaken with the Council in order to evaluate the openness of the other co-legislator towards this possible revision. I regret that we cannot ask the Council this question directly.

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, this is an important question. The Commission is a strong supporter of a vibrant, dynamic system of political parties active in a European-level public space. This is important in our European Union based on democracy, as we have just heard. It contributes to the democratic foundations of our work together, including some of the bases for the election of the Commission President and the appointment of the Commission. We therefore welcome the opportunity to discuss the question of European political parties and foundations today, in particular – as has just been noted – the regulation adopted by Parliament and the Council in November 2014 is now coming into effect.

The new regulation brings into play important innovations. These include a European-level legal personality for parties and foundations, and a more robust set of governance arrangements, including a new authority for European political parties and foundations, and enhanced safeguards to ensure respect for fundamental European values by all parties registered under the scheme. On this last point, it is now a condition for registration as a European party or foundation that the entity concerned respects, both in its programme and in its activities, the values on which the European Union is founded: respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law, and respect for human rights, including the right of people belonging to minorities. This clarity is most welcome.

Furthermore, at any time after registration, Parliament, the Council or the Commission may ask the new authority to verify whether a particular party or foundation continues to comply with these requirements. After consulting a new permanent committee of independent eminent persons, the authority can decide to deregister a party or foundation which is found not to comply, unless Parliament or the Council disagrees. This is an important standing safeguard.

So the new regulation is a welcome and substantive improvement to the rules governing political parties and a good defence instrument for our European values. Beyond this, the Commission has taken good note of the suggestions for further possible changes to the regulation, which are outlined in the oral question in front of us today (the initiative of the Committee on Constitutional Affairs). We take these suggestions very seriously. Even good rules can be further improved. The Commission is fully prepared to assist Parliament with well-reflected initiatives and proposals. Of course, in line with our better regulation principles, our normal practice – as you know – is to evaluate existing legislation before proposing changes, and to assess fully the potential impact of such changes. As President Tajani always says, quality is often as important as speed.

I am pleased that the regulation includes a very early review clause with first Parliament and then the Commission being obliged to report on its implementation in the coming months. The Commission's report will be accompanied by proposals for any legislative changes that appear necessary. The Commission is more than willing to engage, in depth, with Parliament and the Council to monitor closely the early stages of implementing the new regulation and to reflect together on whether early proposals for change might be justified.

The Commission will be very open, if you agree, to setting up quickly an interinstitutional process – perhaps under the auspices of the new authority – to review developments, assess suggestions from stakeholders, and hopefully converge on a common approach. This would also help pave the way for the formal reviews that must in any case take place next year.

Turning to the specific suggestions, I would like to share some initial comments while stressing again that the Commission rules nothing out at this stage. First, on reducing the co-financing requirement. In 2012, the Commission, taking up a request from Parliament, proposed just such a change. Unfortunately, this met with strong opposition in the Council and was not included in the final text adopted by the co-legislators. As things stand, it is not clear that a new proposal on these lines would meet a different fate.

Second, on increasing the level of representation required in this House before applying for EU funding. We need to consider carefully the principles of proportionality and equal treatment, since the rules on party funding should not tilt the balance in favour of incumbents, compared with new political movements, provided of course these new movements also uphold European values.

Third, on cross-membership. The issue here is whether MEPs from a national party which is affiliated to a European party should be able to be members, on an individual basis, of different European parties. The new regulation already makes clear that in such circumstances, the individual membership does not count towards the representation threshold for funding of a European party. Could a similar restriction apply to the threshold for registration? We can think about it and examine the potential consequences. On the other hand, we are not aware of an objective basis for limiting choices of MEPs in this regard when their national party is not affiliated to a European one.

Fourth, is the question of whether European parties should be able to finance campaigns for national referendums on EU issues. The Commission would like to hear the views of Parliament and Member States on this important but sensitive matter. As concerns several more technical issues such as a financial capacity criterion, we are happy to take a closer look. Parliament could also see how far its own implementing rules could be adjusted to help within the framework of the existing regulation.

Finally, we see many arguments against allowing reserve-building by parties and foundations. This would seem to go against the budgetary principles of annuality and sound financial management, and would increase risks to the control of EU contributions by making it more difficult to identify and correct possible irregularities. It would make it more likely that, should there be irregular spending, it would have to be recovered after European elections rather than before, which could prove sensitive for reasons we can all imagine. So at this stage, we continue to think the existing n+2 rule strikes the right balance. As I said, the Commission is keen to engage on all these issues with Parliament and with the Council, so we look forward to hearing all of your views in today's debate.

György Schöpflin, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would particularly like to thank the Commissioner for a very thorough exposition of the Commission's position. I think we can all agree on two things: without political parties democracy as we currently understand it is inconceivable. The running of political parties requires ever greater outlays in order to ensure that voters are properly informed of their choices. So if politics is a costly pastime, say, at the Member State level, how much more expensive is it at the European level? And as far as this Parliament is affected it is this European level that matters.

What we are focusing on today is the statute and funding of European political parties and European political foundations. When it comes to funding, the European political parties are currently required to secure 15% of their financing from their own resources. In the light of experience, this 15% should be reduced and the appropriate regulation be amended accordingly.

Then the definition of a European political party should be looked at again. Currently such a party can claim support from Parliament on the basis of having one elected MEP. This seems too low a threshold and should well be increased.

Finally, there is the perplexing situation where the European Parliament ends up financing parties or foundations that proclaim values entirely at variance with those of the European Union and indeed European integration. In a democracy the voicing of such views, repellent or otherwise, can be acceptable but it really is hard to see why the European Parliament should be subsidising political forces that are trying to ensure that it is eliminated. So, turkeys voting for an early Christmas? Well, not exactly, but I can see a certain family resemblance.

Claudia Țapardel, *în numele grupului S&D*. – Doamnă președintă, domnule comisar, dragi colegi, partidele au un rol foarte important în contextul politic actual și sunt convinsă că toate instituțiile europene sunt conștiente de acest lucru. Regulamentul privind statutul și finanțarea partidelor și fundațiilor politice europene trebuie revizuit și mă bucur că cele mai mari grupuri din Parlamentul European au hotărât să solicite Comisiei corectarea unor aspecte problematice.

Pentru început, mă refer la cuantumul de 15% al obligației de finanțare a bugetului partidelor și fundațiilor europene, care trebuie diminuat. Menținerea acestei cerințe va duce la constrângeri bugetare pentru partidele și fundațiile europene într-un moment în care acestea ar trebui să fie active în contracararea euroscepticismului aflat în creștere. În general, partidele europene primesc această sumă fie de la partidele din statele naționale, prin cotizațiile propriilor membri, fie de la guvernele naționale. Trebuie avut însă în vedere că numărul membrilor de partid, în toată Europa, este în scădere, iar finanțările de la guvernele naționale au fost reduse în majoritatea statelor membre.

Un argument pentru care nu putem amâna revizuirea regulamentului este și apropierea scrutinului european din anul 2019, iar o campanie de mare amploare poate asigura creșterea interesului și a prezenței la vot a cetățenilor. Aceasta presupune și necesitatea de a finanța campania candidaților propuși pentru funcția de președinte al Comisiei Europene. De asemenea, trebuie luată în considerare și finanțarea altor campanii și referendumuri cu impact la nivel european.

În concluzie, deși au mare nevoie de finanțare, partidele europene nu dispun de fonduri suficiente. În plus, pentru a spori transparența și a evita abuzurile, un deputat din Parlamentul European ar trebui să fie membru al unui singur partid politic european.

Nu în ultimul rând, ar trebui modificată și cerința cu privire la reprezentarea în Parlamentul European a partidelor care primesc finanțare. Pentru a preveni fragmentarea scenei politice europene, numărul de reprezentanți în Parlament al unui partid european trebuie crescut la minimum trei. Este evident că resursele pe care trebuie să le împartă partidele și fundațiile în cadrul prezentului regulament sunt limitate, și de aici rezultă următoarea situație: cu cât avem mai multe partide și fundații, cu atât mai puține fonduri va primi fiecare.

Dragi colegi, trebuie să ne asigurăm că partidele și fundațiile vor putea să își finanțeze activitățile, respectând totodată toate normele de transparență în cheltuirea fondurilor publice. De aceea, solicităm revizuirea regulamentului existent atât în interesul partidelor europene, cât și al Uniunii Europene în ansamblul său.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Też cieszę się z tego, że będzie dokonany przegląd regulacji w zakresie finansowania partii politycznych i europejskich fundacji. Chciałbym, żeby ten przegląd był oparty na właściwych, rzetelnych kryteriach. Mówiąc najkrócej, mamy prawo, a nawet obowiązek walczyć z patologią, ale pod pretekstem walki z patologią nie wolno nam naruszać wolności politycznej partii politycznych i ich niezależności. Jeśli znane są fakty korupcji – powinny być wyjawione, jeśli znane są fakty istnienia fikcyjnych partii europejskich – powinny być wyjawione i powinniśmy zastanowić się, jak temu przeciwdziałać. Ale całość regulacji powinna sprzyjać wolności i pluralizmowi politycznemu i partie mające pozytywną misję, działające bez zarzutu, bez patologii powinny cieszyć się nieskrępowaną wolnością i wsparciem ze strony instytucji europejskich. Walka z patologią – tak, ale przy ochronie wolności.

António Marinho e Pinto, *em nome do Grupo ALDE*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, o financiamento público dos partidos políticos europeus reveste-se da máxima importância para o Estado de Direito, mas gera tensões conflituantes dentro do sistema democrático.

Por um lado, as subvenções públicas aos partidos diminuem a necessidade do seu financiamento privado, e, consequentemente, a propensão para a corrupção, ou seja para a prolação de decisões públicas em troca de pagamentos ou vantagens privadas. Mas, por outro lado, o financiamento público dos partidos gera uma enorme aptidão para transformar a luta política numa atividade profissional, que se torna atrativa pela suas remunerações e benefícios pessoais e não pelas suas finalidades intrínsecas de serviço público e de cidadania.

A profissionalização da atividade política tem como consequência mais nefasta a sobreposição ou prevalência dos interesses profissionais dos agentes políticos sobre os interesses coletivos dos cidadãos que representam. Além disso, essa profissionalização favorece a nebulosidade e a opacidade e não a transferência. A transparência não só na atribuição dos financiamentos, mas também na maneira como os partidos políticos gastam essas verbas.

A melhor resposta para prevenir esses perigos está mais na criação de mecanismos que garantam eficazmente essa transparência, bem como o escrutínio público efetivo dos gastos dos partidos, do que em ceder às pressões ou pulsões populistas para reduzir ou dificultar o acesso ao financiamento público por parte dos partidos democráticos europeus.

O dinheiro dos contribuintes europeus só será bem gasto se for usado apenas na consecução dos fins públicos que determinaram a cobrança de impostos aos cidadãos.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 149(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Mr Marinho, would you agree with me that the limiting of the freedom of speech and what people can say – no matter how appalling it may be, and I would go to the barricades personally to defend the rights of no matter whom, communists, fascists, anyone to say what they want to say – do you think that limiting the freedom of speech, and people in this Parliament making decisions about what is correct and what is not correct, and what is part of the European project and what is not part of the European project – do you not feel that this means the lights of liberty and freedom of speech are going out all over Europe, and this place cannot call itself the mother of European democracy?

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ*alelnök*

António Marinho e Pinto (ALDE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Sou um indefetível defensor da liberdade de expressão e sou-o há mais de cinquenta anos, desde que me conheço como cidadão, primeiro contra a ditadura fascista em Portugal e depois contra outras tentativas de a limitar.

Neste princípio, Senhor Coburn, eu adoto a máxima de Montesquieu, ou melhor de Voltaire, segundo a qual, embora não concorde com nada do que o senhor diz, bater-me-ei com todas as minhas forças para que o senhor o possa dizer em liberdade. A liberdade de expressão é a irmã gémea da responsabilidade e os abusos que na luta política se possam cometer em matéria de liberdade de expressão devem ser combatidos politicamente e não administrativamente ou com recurso a tribunais.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Es ist schon ein ungewöhnlicher Vorgang, dass europäische politische Parteien eine Verordnung geändert haben wollen, die ihre Arbeit regeln soll, aber zum Zeitpunkt der Beanstandung noch gar nicht in Kraft getreten ist. Zwei Gründe sehe ich dafür: zum einen die Ignoranz der damaligen Berichterstatteerin, die es in der letzten Wahlperiode sehr schwer machte, das Dossier substanziell mit dem Rat erfolgreich zu verhandeln. Zum anderen ändern sich die Rahmenbedingungen für das Agieren der europäischen politischen Parteien gerade deutlich, und damit kommen auch neue Zielsetzungen auf. Sich als Europäisches Parlament hier eine Position zu erarbeiten, wäre nur natürlich. Ein solches gemeinsames Meinungsbild gibt es aber noch nicht.

Unbeantwortet bleiben deshalb auch folgende Fragen: Wollen wir wirklich, dass europäische politische Parteien in offene politische Prozesse in Mitgliedstaaten eingreifen? Wollen wir wirklich, dass Parteien, denen umfangreiche Mittel zugestanden wurden, unter der Vorgabe, ihre Eigenmittel nicht aufbringen zu können, jetzt noch mehr beanspruchen? Welches politische Erfordernis hat sich neu ergeben, im Hinblick auf das Verbot des Gewinnzwecks letzteren nunmehr definieren zu lassen? Angesichts auseinanderstrebender Dynamiken in der EU halte ich es vielmehr für zentral, zu schauen, wo gerade die europäischen politischen Parteien mit den ihnen neu eingeräumten Rechten stehen.

Und ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört, Herr Kommissar. Sie haben viele substantielle Fragen angesprochen. Welchen konstruktiven Beitrag zur Zukunft der EU leisten Sie? Das ist aber eine politische Fragestellung und entzieht sich der Regelungsverantwortung der Kommission. Wo also sind die Initiativen zum Ausbau des Initiativrechts und des Untersuchungsrechts des Europäischen Parlaments?

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, five points:

1. We are very reluctant to initiate a revision of a regulation which just entered into force two months ago and without a proper assessment. In fact the review clause is foreseen for the new regulation in 2018; there is no need for a revision now.

2. The main concern of some colleagues is to prevent the misuse of European funds, which has been detected as a practice of some extreme right wing parties; we completely agree with that. Mainly, we have to make it impossible for cross membership of MEPs belonging to the same party. We have to avoid being cheated by them. However, some of the proposals may put at risk the existence and funding of small pro-European parties; not to count members of the regional parliaments as elected members of a European party would also be negative as a representation contagion. We have to include them, since some measures would harm the political diversity and representation of citizens.

3. We agree with the reduction of the cofinancing obligation under 15%. Please Commissioner, try again.

4. The proposal to increase the number of MEPs in order to register and finance as an EU party could eliminate small groups in the Chamber.

5. We need to accomplish all with our democratic duties, all the parties.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, democracy is democracy is democracy. The true test of the strength of your commitment to democracy is what happens when people start expressing views that you do not like. We have heard some pretty awful examples, frankly, of the expression of freedom of speech right here. This House contains everything from communists to fascists – vile views from far-right to far-left. When we hear things like Korwin-Mikke's views on women and equal rights, I do not want to defeat them through suppression and penalties. I want them to be defeated at the ballot box. When we hear communism or fascism expressed in this Chamber, or frankly anywhere else, I want it defeated in public democratic debate.

And so it is, I think with the European political parties. Weber wants to state-fund them, but only if he likes their views of the European Union. Well, state-funding views that you like and suppressing those that you do not that is not Voltaire. That is Orwell.

I think a lot of people who are pro-EU fear eurosceptic views and fear the popularity of eurosceptic views. But you cannot stop an idea whose time has come, and our time came on 23 June last year. I always try to take a broader perspective, to ask what it would be like if the boot was on the other foot. I just wonder, from the UK, I am a unionist, but could you imagine the uproar if the British government had treated the Scottish nationalists in this way? I do not agree with their secessionist mantra, but is the right of the people of Scotland to decide their own future, as they recently did in a referendum. If we in the UK treated the Scottish nationalists in the way that this place treats eurosceptics, then the people would be up in arms. It is a testament to how ineffective those European political parties are that nobody even notices. I would rather scrap them altogether, stop pouring taxpayers' money at it. Which is it going to be: Orwellian groupthink or democracy?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 149(8))

Paul Rübzig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich möchte mich bei der Präsidentin sehr herzlich bedanken. Wir haben ja eine direkte demokratische Entscheidung in Großbritannien gehabt: Das Volk hat mit einer kleinen Mehrheit entschieden, die Demokratie in Europa zu verlassen. Jetzt möchte ich Sie fragen: Warum sind Sie eigentlich noch hier in diesem Haus? Wieso halten Sie hier noch Reden, wo doch bei einer direkten Abstimmung entschieden wurde, dass Sie die Demokratie in Europa verlassen? Und hier wollen Sie uns über Demokratie belehren – da möchte ich fragen: Was ist da der Hintergrund?

Jonathan Arnott (EFDD), *blue-card answer*. – Well, you say a minority but, of course, a majority voted in the United Kingdom to leave the European Union. If you want to know why we are still here, I think that is a question that should be put to Theresa May and to the British Government, which still has not got round to invoking Article 50 of the Lisbon Treaty. It is not our fault that the Government is dragging its heels, and it is not our fault that the Government is taking so long, but every day that we are still here, we are still paying into the EU budget. We have recently talked in this House about guidelines for the 2018 EU budget. We are going to be paying for that through our taxes, and so of course we have a right to have our say.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Wij maken ons als ENF-Fractie bijzonder ongerust, niet over de technische bepalingen, waar we het mee eens kunnen zijn en die een verbetering zijn van het systeem. Wij zijn wel ongerust over die politieke bepaling die hier wordt opgenomen in zeer algemene termen. “Fundamental values”, dat is de term die geplakt wordt op iets waarvan wij vrezen dat het door mensen als Manfred Weber en consorten onmiddellijk zal toegepast worden op de manier waarop de ENF politiek kan functioneren. Aan die voorwaarden mogen geen andere voorwaarden gekoppeld worden dan technische vereisten, nooit politieke voorwaarden.

Wij zullen die bepaling niet kunnen goedkeuren tenzij wij garanties hebben dat wij EU-kritisch mogen blijven, dat wij ook kritisch mogen blijven ten aanzien van de inhoudelijke politiek van de Europese Unie, meer bepaald de immigratie-politiek, en dat deze bepaling hier niet wordt ingezet om onze werking onmogelijk te maken. We hebben, op basis van onze verkiesbaarheid en ons verkozen zijn, evenveel recht op dat geld als om het even wie hier.

Diane James (NI). – Madam President, within the last 24 hours, the most shocking action that I have ever seen in this Parliament has happened. This is quite blatantly an attempt to block other countries from following the route that the United Kingdom took with Brexit, and it is an attack on free speech and views expressed there. Now you can try to shut down what you believe to be the eurosceptic oxygen that this Parliament has, in terms of the ENF Group, the EFDD Group, and people like myself who stand as ‘non-inscrit’ and want to make the points that we continually do.

Bear in mind where the frustration and the irritation comes from within voters. There are two points: one is that this institution, and the Council and the Commission, have shown themselves to be completely incapable of considering a change of direction or of invoking any change. That frustration and irritation leads to a eurosceptic voice that seeks representation in this Parliament. This Parliament has no right to start redrawing a map in terms of funding and resourcing just because it wants to shut down euroscepticism across the European continent. Now whether we like it or not, Brexit has happened and it could well be that the Netherlands follow suit, or that France takes a position on withdrawal from the euro, for instance. To try to block individuals – citizens – who have got every right for representation in this Parliament, is just absolutely unacceptable.

Rainer Wieland (PPE). – Frau Präsidentin! Um kurz auf die Vorrednerin einzugehen: Wir werden hoffentlich alle das, was die Vorrednerin unter euroskeptischem Sauerstoff versteht, nicht als nationalistischen Stickstoff erleben müssen, der auf uns zukommt. Wir werden bei der vorliegenden Debatte sicherlich noch lange Diskussionen führen, was die Voraussetzungen für eine Partei in immaterieller Hinsicht sein sollen.

Ich werbe dafür, dass wir die schweren handwerklichen Fehler, auf die Herr Scholz richtigerweise hingewiesen hat, beseitigen. Es geht darum, dass wir nicht mehr zulassen sollten, dass Abgeordnete, die für eine nationale Partei kandidiert haben und gewählt worden sind, die in keiner europäischen Struktur drin sind, munter eine Struktur nach der anderen gründen können. Das hat sich jetzt schon gezeigt, dass das gemacht wird, und dem müssen wir Einhalt gebieten.

Es sollte künftig nicht mehr möglich sein, dass zur Gründung einer Partei ein einzelner Abgeordneter der zweiten oder dritten nationalen Ebene genügt, die eben behauptet sie werde bei der nächsten Europawahl antreten. Das sind Fehlentwicklungen, die wir nicht dulden sollten. Wir sollten weiterhin klarstellen, dass von denjenigen die Gelder falsch verwenden – ich will gar nicht sagen, in betrügerischer Absicht –, das Geld auch zurückgefordert werden können muss, und dass wir nicht anschließend feststellen, dass die Partei gar nicht mehr da oder insolvent ist. Deshalb war es heute ein wichtiger Schritt, dass der Europäische Gerichtshof es für zulässig gehalten hat, dass dieses Haus im gegebenen Fall, im begründeten Fall auch Bankbürgschaften verlangt, um sicherzustellen, dass wir falsch verwendete Gelder auch zurückbekommen.

Und schließlich ein letzter Gedanke: Bei den Referenden glaube ich nicht, dass wir so tun sollten, als ob wir aseptische Wesen sind und wir mit dem Skalpell Parteiaktivitäten nach der politischen Ebene auseinanderfieseln können wie ein Filet. Das wird nicht gehen – wir sollten politische Parteien haben können.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora presidenta. Yo me sumo a la petición de que hay que reformar el Reglamento, y lo voy a hacer claramente diciendo que ya tenemos comprobado que hay fundaciones y partidos políticos, que son de corte fascista, que se están aprovechando del dinero europeo. Y yo me opongo a eso.

Porque una cosa es que la democracia respete todas las voluntades políticas y el pluralismo, cosa que es evidente: la democracia es la defensa de las minorías. Pero, atención, atención, no todas las ideologías son respetables y no todos los objetivos políticos son legítimos, señorías.

Yo creo que tenemos que dejar muy claro que hay ideologías de odio, que hay ideologías de intolerancia, que hay ideologías que discriminan a las personas, que hay ideologías que defienden la violencia, y eso no se puede permitir en una democracia. Y mi argumento en favor de esa reforma es que no permitamos que se aprovechen del dinero europeo. Claramente, quiero dejarlo muy claro.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Thank you for allowing me that. With all due respect, you are obviously a socialist and left wing, and I do not agree with your views at all, but I would die to defend your right to say what you want to say. I mean that quite clearly. I would go to the barricades to defend freedom of speech. Now, who are you to say what is respectable and what is not respectable? When does that become 'statethink'? When does that become an Orwellian nightmare? I have a great fear. We are leaving this place and we have the House of Commons, but I fear that this place is going to turn into something bad. Could you tell me why that is not the case?

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Hay unos mecanismos en la ley para establecer qué es respetable o no, pero yo quiero dejarle muy claro que yo también me moriré por defender sus ideas, por defender que usted las pueda decir.

Lo que no puedo permitir es que el virus antidemocrático, que cuestiona los valores que el suelo cívico de la Unión Europea ha construido, sea cuestionado por las propias ideologías que combaten el odio o la discriminación.

Yo no puedo admitir que una persona, en nombre de un partido, diga que el que mató a cincuenta o a ochenta socialistas en una isla de Noruega estaba haciendo algo correcto. Yo no puedo permitir eso. Y esto es lo que está en juego en este momento.

Jan Zahradil (ECR). – Madam President, I have the honour of speaking here as the President of one of those European political parties, the Alliance of European Conservatives and Reformists (ACRE), which is the youngest, yet fastest growing, party. It is a serious party and a real party with the third largest group in the European Parliament. I am proud to say that, since our foundation in 2009, we have always been very cautious and careful in spending public money according to Parliament's rules. Every year we have been audited without a single objection. Every year our books have been closed and approved by all relevant authorities: the external auditor, DG Finance and Parliament's Bureau as well. We did not sign the letter of the three parties concerned, but we have absolutely no problem with all the provisions proposed.

I will maybe just make one final remark. We are a pro-European party but an anti-federalist party. For instance, we do not agree with what Mr Verhofstadt thinks about the European Union and we do not agree with what the CDU-CSU from Germany says about the future of the European Union, but I firmly believe that different opinions on the course of the future of the EU will not be misinterpreted and misused in a political fight. Please consider this seriously.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Madam President, you know why it has become necessary to review that? Because we have found that over the last one to two years there have been several parties – European parties and European foundations – that have found loopholes in our regulation. So it is necessary to do that. They have been doing things that are illegal and that are now under scrutiny.

Let me just answer some of the questions you had, Commissioner. One is that I think we have to prevent cross-party membership. It has been said already. There have been MEPs from one Member State party who have been supporting two different European parties, getting funding for both of them. This has to stop.

On another [matter you raised], I think, and I am not alone in this, that we have to publish the names of those elected members, of the European Parliament – that is [already] published – but also of national and regional ones who are members of the European political parties, because we are elected people and we are public. It is not about privacy. This is about knowing who makes up the European parties.

You asked about national referendums. No, I am against allowing national referendums to be held, because the Brexit campaign was a national campaign; you had one in Hungary; we had one against refugees; we have had several. We cannot allow that. European referendums, yes, but not national. And the last one, I think we have to stick to one MEP making up a European party, that is not... If we go further than that, this is not how to prevent abuse if we make it more than that. One is fine.

Peter Lundgren (EFDD). – Madam President, any functioning democracy needs the rule of law to exist. Without legal certainty there is no rule of law. What we are currently witnessing from the EU institutions is legal uncertainty. What is allowed to some is banned to others. All eurosceptic parties and foundations at European level, either from the left or the right, have fallen victim to reinterpretation of the existing regulation with retrospective effect. Spending that was allowed to the EU federalist organisations were forbidden to others. Some civil servants have admitted being put under political pressure, and members of the bureau in charge of these matters have leaked confidential documents to the press before the recipient has received them. Therefore, before reviewing the regulation on the funding of pan-European parties, you should ensure that the existing regulations are observed and applied with fair treatment, respecting political diversity and allowing freedom of expression. Those attempts to silence the opposition in the only democratic institution of the EU are very worrying indeed, and this can only reinforce the anti-EU sentiment that is growing amongst our constituencies.

Georg Mayer (ENF). – Frau Präsidentin! Ein Kollege von der EPP hat gesagt, er sieht hier gewisse Ähnlichkeiten mit der Türkei. Ich kann Ihnen auch sagen, ich sehe im Ablauf dieser Diskussion gewisse Ähnlichkeiten mit der Türkei. Denn wo wollen Sie denn hin mit dieser Initiative? Und – das muss man deutlich sagen – es geht hier um Steuergelder. Es geht nicht um Gelder, die aus der EPP oder von den Sozialisten kommen, sondern es geht hier um Steuergelder aus den Mitgliedstaaten, und daher ist Transparenz auf jeden Fall notwendig.

Aber wo geht denn diese Reise hin? Frau Hübner ist da noch nicht so deutlich wie ihr eigener Fraktionsobmann, Herr Weber, der schon ganz deutlich sagt: keine EU-Mittel für die Finanzierung von EU-kritischen Parteien. Was heißt denn das? Das ist doch das eigentliche Ziel dieser Diskussion, das dahintersteckt: keine EU-Mittel mehr für EU-kritische Parteien. Das heißt nichts anderes, als dass Sie die Opposition hier mundtot machen wollen. Vor diesem Demokratieverständnis, das kann ich Ihnen sagen, graut mir.

Und wieder einmal soll eine neue Behörde geschaffen werden, wieder einmal mit Steuergeldern aus den Mitgliedstaaten. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Millionen Wähler, die EU-kritische Parteien wählen, haben genauso ein Recht darauf wie die Millionen anderer Wähler, die dies nicht tun.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

György Schöpflin (PPE), blue-card question. – I think there may be a misunderstanding; I do not know if the honourable gentleman heard me correctly. I talked about turkeys, the birds, not Turkey, the country.

Georg Mayer (ENF), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Dann war es ein Missverständnis.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já chci podpořit iniciativu svých kolegů z daného výboru. Také se domnívám, že by nařízení mělo být přezkoumáno a některé věci, na které kolegové tady upozorňují, by měly být odstraněny. Byla tady debata o definici evropské politické strany, která může být zneužívána. Byla tady debata o tom, jestli jeden poslanec může být členem více politických stran. To jsou praktické problémy, které se nyní ukazují, a i když nařízení platí poměrně krátkou dobu, tak bychom neměli vyčkávat a tyto problémy nechávat být, protože pravidla, která upravují financování politických stran, musí být transparentní, spravedlivá a jejich kvalita pak odráží kvalitu politického systému.

Mám však jednu určitou výhradu nebo jednu určitou obavu, která zde byla zmiňována, a to je otázka svobody projevu. V těch návrzích, které mají být zkoumány, je otázka zpřísnění kontroly toho, jak evropské politické strany dodržují základní hodnoty EU. Nepatřím k poslancům, kteří si myslí, že politické strany, které mají skeptický názor na EU, nemají dostávat peníze. Myslím si, že mají dostávat peníze z evropského rozpočtu v rámci debaty, která i zde na půdě Parlamentu permanentně probíhá u jednotlivých návrhů o míře integrace v rámci EU. Ale ty politické strany, které popírají hodnoty demokracie, hodnoty lidských práv, základní univerzální hodnoty, na kterých stojí evropská civilizace, ne pouze EU, tak tyto strany by, podle mého názoru, peníze z rozpočtu EU neměly dostávat.

Takže vidím v tom rozdíle: na jedné straně kritizovat EU a na straně druhé popírat základní hodnoty lidství, demokracie a lidských práv. V případě, že někdo peníze nedostává, stále si myslím, že by to odmítnutí peněz mělo být přezkoumáno nezávislou soudní mocí tak, aby nedocházelo k politickému zneužívání a k tomu, že političtí konkurenti někomu odebírají peníze.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! EU grundades för drygt 60 år sedan. Nazism och fascism och krig skulle kastas på historiens sophög, men så blev det inte. Kollega Schöpflin och en rad andra har beskrivit det absurda i dagens situation – att vi finansierar fascistisk verksamhet med EU-pengar. Ingen har föreslagit att åsikts- och yttrandefriheten ska inskränkas på minsta vis, men att ösa europeiska skattebetalares pengar över förintelseförnekare, fascister, nazister är helt enkelt oanständigt. De har finansierats under EU:s gamla regelverk. Den 1 januari i år trädde det nya regelverket i kraft, men det innebär att de kan fortsätta att få sina pengar via EU.

Jag vill fråga er, herr kommissionär: När tänker kommissionen ta dessa investeringar i fascism och nazism på allvar?

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora presidenta, yo era miembro de la Comisión de Asuntos Constitucionales cuando en 2014 aprobamos este Reglamento que regulaba la financiación de los partidos políticos y las fundaciones europeas. Algunos de los problemas que entonces aparecieron los enterramos mal y, cuando algo se entierra mal, suele resucitar algo después. Y tenemos que enfrentarnos a estos problemas.

Hoy no tenemos garantía suficiente de que los partidos políticos europeos que reciben financiación respetan los valores fundamentales de la Unión. Hoy no tenemos seguridad sobre si, para obtener financiación, algún diputado europeo pertenece a más de un partido político. Hoy sabemos que, cuando se confrontan cuestiones europeas en un referéndum, es conveniente la financiación para abordar el debate sobre ese referéndum. Y hoy sabemos que debemos seguir firmes en la defensa de esos valores europeos, y que solo deben acceder a financiación aquellos partidos que los respetan.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Zdaje sobie Pan sprawę z tego, że kiedy Pan mówi o naszych pieniądzach, o pieniądzach, które Pan komuś daje czy ewentualnie które daje ta Izba, to mówi Pan o pieniądzach naszych obywateli? To są ich pieniądze, to nie są Pana pieniądze. To są pieniądze wszystkich Europejczyków, którzy mają bardzo różne poglądy, i Pan powinien dbać o ich wolność, o to, żeby mogli te poglądy wykonywać zgodnie ze swoimi przekonaniem.

Enrique Guerrero Salom (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Si fuera mi dinero personal, su partido no podría tener ninguna actividad, porque sería francamente pobre. Yo sé que es el dinero de los ciudadanos europeos y, por eso, quiero que ese dinero no vaya a defender, a financiar partidos políticos con comportamientos que no son aceptables para los valores de la Unión.

Aquí hay una mixtificación, durante todo este debate. Nunca se persiguen ideas. Se persiguen comportamientos. Y esos comportamientos no tienen carácter ideológico. Tienen carácter racista, porque consideran a unos hombres superiores a otros, o porque consideran una religión más verdadera que otra, o porque consideran que hay seres humanos que tienen más derechos.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Ja mam wrażenie, że pan poseł Guerrero Salom w ogóle nie zna mojej partii, nie wie nic o jej poglądach, a wygłaszał na jej temat bardzo kataryczne opinie. Bardzo bym prosił, żeby na tego rodzaju manifestacje uprzedzeń jednak reagować.

„Catch the eye” eljárás

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, vreau de la bun început să spun că susțin această inițiativă. Trebuie să reexaminăm Regulamentul privind statutul și finanțarea partidelor și fundațiilor politice și am constatat în dezbateri: colegii noștri din partea dreaptă ori nu au citit propunerea, ori nu doresc să o înțeleagă corect. Nimeni nu dorește prin această modificare să se închidă gura unor partide care au alte idei, sunt eurosceptici. Noi dorim, însă, ca din bugetul Uniunii Europene să fie finanțate doar partidele care susțin valorile europene și i-aș întreba pe colegii mei dacă dumnealor ar avea oameni pe vânzări, într-o companie, și ar pleda pentru concurență și nu pentru valorile companiei, i-ar mai ține, i-ar mai plăti, i-ar mai bugeta?

Partidele au dreptul să se auto-finanțeze. Sunt de acord, de asemenea, cu scăderea plafonului și, cel mai important, cred că este foarte indicat să nu avem partide europene cu un membru. Eu aș spune că și trei sunt puțini, dar examinați, domnule comisar, și luați măsuri.

Branislav Škripek (ECR). – Madam President, it took years to complete the new regulation on European political parties. All stakeholders had many opportunities to engage in the process, including the largest parties. Now, even before the new rules are fully implemented, the large parties have decided that they want to change these new rules their way, without the mutual engagement of any other stakeholders in the report on the letter that the former oral question refers to.

The new rules which have already been introduced measured new barriers for European parties, and that is good. This debate is an attempt to shut out smaller and new parties, which is against the spirit of the Treaty and the new regulation. Both large and small parties have abused funding, so higher barriers are no solution to that. The EU does not need less political involvement with the people, but more. This political involvement cannot be monopolised and covered by the large parties alone. It is necessary to first implement the new rules and then have the evaluation as already scheduled.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, θα αναφερθώ καταρχήν σε κάτι που ελέχθη από μερικούς συναδέλφους: «υπερασπιζόμενοι το δικαίωμα να μιλάει και ο φασίστας και κομμουνιστής». Πώς είναι δυνατόν να φέρνεις στην ίδια γραμμή έναν άνθρωπο που υπερασπίζεται ρατσιστικές ιδέες μισαλλόδοξες... και πότε άκουσε κανείς εδώ, σ' αυτή την αίθουσα, είτε από κομμουνιστή είτε από αριστερό οποιαδήποτε ρατσιστική κουβέντα ή μισαλλόδοξη; Και νομίζω ότι σε αυτό θα πρέπει να είμαστε πιο προσεκτικοί.

Εγώ υπερασπιζομαι την άποψη ότι πρέπει να υπάρχει διαφάνεια. Πρέπει να έχει δικαίωμα λόγου ο καθένας, να έχει δικαίωμα ο καθένας να πάρει κονδύλια. Βεβαίως πρέπει να ελέγχεται, εάν υπερασπίζεται απόψεις ρατσιστικές και μισαλλόδοξες, αλλά δεν θεωρώ ότι, αν κάποιος υπερασπίζεται την άποψη ότι μια άλλη Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί να αντικαταστήσει την παρούσα, μία Ευρωπαϊκή Ένωση καλύτερη, πιο ευημερούσα και λοιπά, θα πρέπει να τον αποκλείσουμε από τη χρηματοδότηση.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Madam President, we really should not be behaving like ostriches, expecting the problem to go away when we stick our heads into the sand. As Commissioner King said, the vibrant system of political parties is, of course, a cornerstone of parliamentary democracy. But I do not really think that political parties are a kind of endangered species – *au contraire*. They are the only man-made organisations which are entitled to an endless windfall of public funds. But it should not be like that, because, as many colleagues have pointed out, it leads to abuse. Instead we should put parties – almost semi-divine organisations – onto an equal footing with other types of human organisations. Think of all sorts of NGOs, for instance.

That is why I must quote Martin Luther here – ‘*hier stehe ich*’ – and demand the creation of a totally new system in which political parties could manage themselves only on the basis of membership fees, and that should be their only income. That kind of draconian remedy would end a vicious circle in which money – public and private – plays such an incredible and unbearable role in calling the shots in politics.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, effectivement cette question orale est l'occasion de mettre l'accent sur le rôle très important des partis politiques dans une société démocratique.

Sans les partis politiques, toutes les aventures individuelles sont possibles et on sait malheureusement où cela peut mener. Notre démocratie européenne n'échappe pas à cette règle. Elle se doit d'accompagner les partis politiques européens représentatifs, car les financements publics sont aussi garants de l'indépendance et de la liberté des organisations.

Les partis politiques sont là pour éclairer l'opinion et les médias, afin de porter les valeurs qui sont les leurs, sur les questions humaines, économiques, sociales, etc. Ils doivent avoir une activité réelle afin d'être reconnus comme légitimes.

Tous ici ont évoqué Voltaire et effectivement la liberté d'expression fait partie de nos valeurs, mais fait aussi partie des éléments constitutifs de l'état de droit, mais l'état de droit est aussi garant des respects des valeurs humaines et se doit de punir les actes de haine, de racisme et d'intolérance.

(A „catch the eye” eljárási vége)

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, this is an important subject, which obviously elicits some strongly-held views. I have listened carefully and I will report fully to First Vice-President Timmermans and colleagues.

I personally can understand that some people might have a philosophical objection to public funding of any sort for the political process. But it exists, albeit in different forms in most Member States, perhaps because the alternatives for funding the political system – relying on donations from individuals, from business or from interest groups – can also have disadvantages. So I do not think any of us should be surprised if a similar system exists at the European level. When it comes to funding from the EU budget, I would just observe that the existing legislation already includes safeguards regarding the respect by parties of fundamental values. As I said, when we talk about fundamental values, it is respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law, and respect for human rights.

At the same time, as I said at the outset, the Commission is a strong supporter of having vibrant and dynamic political parties at the European level and is very ready to engage with you and with the Council to monitor how the 2014 regulation is working in practice in its first months of operation. We stand ready to engage constructively in such an interinstitutional process that can look at the issues in depth and could help pave the way for the formal reviews – which, as a number of people have noted, are slated for 2018 — and for drawing any necessary conclusions together about possible future developments.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Es necesario mejorar algunas de las disposiciones del Reglamento sobre el estatuto y la financiación de los partidos políticos europeos y las fundaciones políticas europeas, aprobado en 2014, para garantizar una mayor transparencia y rendición de cuentas de los partidos políticos europeos y una utilización de los fondos europeos de manera más eficiente y correcta. Por ello, es necesaria una revisión del Reglamento sobre varias disposiciones sustanciales: la reducción al 7,5 % de la obligación de cofinanciación del 15 %, el aumento de la representación mínima en el Parlamento Europeo a tres miembros para poder recibir financiación pública y la posibilidad de financiación de campañas para referéndums. Los socialistas hemos instado a la Comisión a reformar el Reglamento para reforzar los controles existentes destinados a garantizar que los grupos políticos europeos respeten los valores fundamentales de la Unión. Queremos asegurarnos de que los partidos políticos europeos que reciben financiación respetan plenamente los valores europeos, tal como se estipula en el artículo 2 del Tratado de la Unión Europea. No pretendemos con estos cambios perseguir opiniones críticas sobre la Unión sino comportamientos e ideologías de odio e intolerancia que van en contra de los valores de la UE.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφίτως*. – Τα πολιτικά κόμματα σε ευρωπαϊκό επίπεδο, καθώς και τα αντίστοιχα ιδρύματά τους, οφείλουν να συμβάλλουν στην ενημέρωση των πολιτών της Ένωσης προκειμένου να αντιληφθούν τις πολιτικές, οικονομικές, κοινωνικές και πολιτιστικές διαστάσεις της συνεργασίας των ευρωπαϊκών κρατών στο πλαίσιο της ΕΕ. Οφείλουν επίσης να συνδράμουν στην αύξηση της συμμετοχής των πολιτών στις ευρωεκλογές, καθώς επίσης και στην ανάπτυξη διαλόγου για τα μεγάλα ζητήματα που απασχολούν τις ευρωπαϊκές κοινωνίες με ιδιαίτερη έμφαση στην απασχόληση, την κοινωνική Ευρώπη και τη δίκαιη κατανομή του παραγόμενου πλούτου. Επιπλέον, η χρηματοδότηση που λαμβάνουν τα πολιτικά κόμματα σε ευρωπαϊκό επίπεδο και τα ιδρύματά τους πρέπει να είναι διαφανής και να μην αποτελεί αντικείμενο καταχρηστικής ή παράνομης αξιοποίησης της. Ο κανονισμός για τη χρηματοδότηση των πολιτικών κομμάτων σε ευρωπαϊκό επίπεδο πρέπει να καθορίζεται από ένα συγκεκριμένο νομικό, χρηματοοικονομικό και κανονιστικό πλαίσιο, να αυξάνει την αποτελεσματικότητα της χρηματοδότησης, να υπηρετεί τη διαφάνεια και τη χρηστή διοίκηση. Τυχόν παράνομες χρηματοδοτήσεις και άλλες παράνομες ενισχύσεις των πολιτικών κομμάτων σε ευρωπαϊκό επίπεδο πρέπει να επιφέρουν διακοπή της περαιτέρω χρηματοδότησής τους και αυστηρές ποινικές και άλλες κυρώσεις σε βάρος των αντίστοιχων υπευθύνων τους.

Julia Pitera (PPE), *na piśmie*. – Przegląd rozporządzenia w sprawie statutu i finansowania europejskich partii i fundacji politycznych na wniosek trzech największych frakcji europejskich wydaje się być ze wszech miar zasadne. Chodzi przecież o zapewnienie zwiększenia przejrzystości i rozliczalności europejskich partii politycznych. Pieniądże te powinny być wydawane efektywnie i zgodnie z wartościami Unii, zgodnie z art. 2 Traktatu o Unii Europejskiej. Ostatnio ujawnione przypadki nadużyć, a nawet oszustw zdarzają się zbyt często. I choć praktyki takie są stosowane przez nielicznych, podważają zaufanie wyborców do wszystkich polityków. Mam nadzieję, że planowany przegląd regulacji w zakresie finansowania partii politycznych i europejskich fundacji będzie dokonany szybko i zostanie przeprowadzony w oparciu o rzetelne kryteria, z wykorzystaniem wszystkich dotychczasowych doświadczeń.

16. Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Michael Gahler és Esteban González Pons által a Külügyi Bizottság és az Alkotmányügyi Bizottság nevében készített, „A közös biztonsági és védelmi politika alkotmányos, jogi és intézményi kihatásai: a Lisszaboni Szerződés által kínált lehetőségek” című javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (2015/2343(INI)) (A8-0042/2017).

Michael Gahler, *Berichterster*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir diese Debatte zur Sicherheit und Verteidigung im Rahmen unseres Berichts führen. Mein Dank gilt meinem Kollegen González Pons und den Schattenberichterstattern – ich danke für die konstruktive Zusammenarbeit.

Aufgrund der Verschlechterung unserer Sicherheitslage ist es geboten, den Weg zur europäischen Verteidigungsunion mutig zu beschreiten. Wir müssen mehr tun, um Sicherheit und Verteidigung unserer Bürger und der EU insgesamt besser zu gewährleisten. Russlands Krieg in der Ukraine, Spannungen auf dem Balkan und zerfallene Staaten in der südlichen Nachbarschaft erfordern dies. Unsere transatlantischen Partner werden zu ihren Verpflichtungen uns gegenüber nur stehen, wenn wir unseren Teil liefern.

Die Beschlusslage im NATO-Rahmen ist sehr ambitioniert. Um Mehrausgaben kommen wir nicht herum, aber auf EU-Ebene bedeutet *better spending*, europäische Verfahren und auch den EU-Haushalt intelligent einzusetzen. Auch mit mehr gemeinsamer Planung und Beschaffung wird eine europäische Verteidigungsunion als europäischer Pfeiler das transatlantische Bündnis stärken.

Insbesondere in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – auf dem Westbalkan oder in Nordafrika – ist die NATO nicht zwangsläufig das Instrument, mit dem sich unsere transatlantischen Partner in diese Problemlagen einbinden lassen wollen.

Mit diesem Bericht setzen wir eine neue Wegmarke auf dem Weg zur gemeinsamen Verteidigung und zur Verteidigungsunion. Jahrelang haben Kommission und Mitgliedstaaten die sicherheits- und verteidigungspolitischen Möglichkeiten des Lissabon-Vertrags ungenutzt gelassen. Im EP haben wir seit Inkrafttreten des Vertrages darauf hingewiesen.

Wir freuen uns jetzt zum Beispiel auf konkrete Vorschläge, den europäischen Verteidigungs-Aktionsplan und den Verteidigungsfonds umzusetzen. Wir wollen eine reformierte europäische Verteidigungsagentur und die zu startende ständige strukturierte Zusammenarbeit als EU-Institutionen *sui generis* etablieren. Dies bedeutet nichts anderes, als dass wir diesen Einrichtungen Zugang zu den EU-Verfahren und -Finanzmitteln geben wollen. Damit betreiben wir keine Militarisierung der EU. Was wir aber betreiben, ist eine Verbesserung des Schutzes unserer Bürger und der Union, indem wir bestehende militärische Fähigkeiten auch mit Hilfe von EU-Instrumentarien verbessern.

Nicht wir führen einen Krieg in der Ukraine, sondern Russland. Nicht wir destabilisieren die Sahelzone, Irak und Syrien, sondern islamistische Terroristen. Nicht wir sind es, die im Westbalkan gefährliche Spiele betreiben – aber wir müssen notfalls reagieren. Das Dayton-Abkommen zu Bosnien-Herzegowina wird von den USA nicht garantiert werden, falls es jemand in Frage stellt, das müssen wir selbst bewerkstelligen.

Es muss auch endlich Schluss damit sein, dass nach Beschlüssen des Europäischen Rates Kommission und Mitgliedstaaten einfach *Business as usual* betreiben. Ich meine damit Teile der Gipfelbeschlüsse zur Verteidigung von 2013 und 2015, die noch nicht umgesetzt wurden. Ich frage Sie: Wo ist das EU-weite System zur Versorgungssicherheit? Wo sind die zivil-militärischen Standards oder gemeinsame oder zumindest gegenseitig anerkannte Zertifizierungsregeln für Rüstungsgüter? Warum musste das EP in Sachen Verteidigungsforschung aktiv werden? Und wann traut sich die Kommission, die missbräuchliche Anwendung des Artikels 346 abzustellen, wenn Mitgliedstaaten den Binnenmarkt für Verteidigungsgüter aushebeln und die europaweite Ausschreibung mit dem Hinweis auf ein „Erfordernis der Wahrung wesentlicher Sicherheitsinteressen“ umgehen? Meist geht es doch darum, trotz höherer Kosten zu Lasten der Steuerzahler eigenen Unternehmen Aufträge zuzuschützen.

Es ist dringend geboten, die gemeinsame Verteidigung, die europäische Fähigkeit und Rüstungspolitik sowie die ständige strukturierte Zusammenarbeit zu starten und die Verteidigungsagentur mit einer Reform fit für zukünftige Aufgaben zu machen. Der Lissabon-Vertrag ermöglicht uns das. Nutzen wir, im gemeinsamen Interesse, das, was möglich und nötig ist.

Esteban González Pons, *ponente*. – Señora presidenta, en primer lugar quiero dar las gracias a mi colega Michael Gahler por su incansable trabajo en este informe, así como a los ponentes alternativos y a los funcionarios de las comisiones y del Parlamento.

Europa —incluyo en esto al Reino Unido— se enfrenta a un escenario internacional incierto y confuso en el área de la seguridad y la defensa. Afortunadamente, parece que por fin nos damos cuenta de que asumir más responsabilidad ya no es una tarea del futuro, sino una exigencia del presente. Parece que por fin hemos asumido que Europa tiene que ser capaz de defenderse y protegerse a sí misma —porque no siempre van a venir de fuera a defendernos—, que tenemos que garantizar la permanencia de nuestros valores y la seguridad de nuestros ciudadanos.

El informe que hoy presentamos expresa la posición de este Parlamento para avanzar en la construcción de una Europa de la seguridad y la defensa y nos recuerda que no podemos empezar la casa por el tejado.

El Tratado de Lisboa es un marco institucional coherente y suficiente para abrirnos camino. No hacen falta nuevos Tratados. El problema es que, hasta ahora, no lo hemos utilizado. Porque —no nos engañemos— los escasos avances que se han producido en la defensa común europea hasta la fecha dependen solo de la falta de voluntad política de los Estados y no de la falta de instrumentos jurídicos. Por eso pedimos a los Estados que participen en los mecanismos de cooperación estructurada permanente y en la creación de una fuerza europea integrada, tal y como lo prevé el Protocolo.

Celebramos el anuncio de la Comisión de la puesta en marcha del primer cuartel militar de planificación conjunta, que es también una demanda de este informe y que debe servir como embrión del futuro cuartel general de la Unión Europea para sus operaciones militares. Este informe deja muy claro —y, además, hemos querido que deje muy claro— que la Europa de la defensa común no es incompatible con la OTAN. Lo que analizamos es cómo podemos cooperar y complementar mejor a la OTAN para ser más eficientes. La cuestión es que debemos plantearnos cómo participar en la OTAN, unidos o divididos en veintisiete partes.

Unir nuestras capacidades defensivas en lugar de sumar veintisiete políticas nacionales supondría también un gran ahorro económico, porque estamos comprando o investigando veintisiete veces lo mismo. Un ahorro que un informe de este Parlamento calcula entre 26 y 130 billones de euros. Si somos capaces de gastar juntos, comprar juntos y de invertir para investigar juntos, gastaremos mucho menos.

Más integración en defensa también traerá ventajas operativas, mejorará la competitividad y el funcionamiento de la industria de defensa europea, creará empleo —esto es importante— y permitirá a los Estados poner en marcha proyectos que por sí solos no podrían, en especial los que no son los más grandes. Y se mejorará la coordinación y el intercambio de información, que son algunas de las tareas pendientes más importantes que tenemos.

En este informe también reivindicamos que la Agencia Europea de Defensa cuente con un completo respaldo político, económico y operativo. Pido, por lo tanto, el voto a favor de este informe, para que pueda servir de hoja de ruta a la Comisión Europea y también para la Declaración de Roma de la próxima semana, que ha hecho de la seguridad y defensa una de sus prioridades.

El Parlamento Europeo debe liderar la búsqueda de una defensa y un proyecto de seguridad común. No podemos avanzar sin que todos los países se comprometan de verdad a conseguirlo; no hay excusas. Porque no hay mayor respeto a la soberanía nacional, a la integridad territorial de cada uno de nuestros países, que poder defender de manera conjunta, aportando cada uno lo mejor que tiene.

La defensa común europea es ya un asunto urgente del que también depende el futuro de la Unión. Nadie va a volver a venir a defendernos. Tendremos que defendernos solos a partir de ahora y, para eso, lo primero es organizarnos.

Ian Borg, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, today I am here speaking on behalf of High Representative Mogherini as she could not be in the Chamber for this debate. However, allow me to remark that the High Representative appreciates the work of Mr Gahler and Mr González Pons on the report, and her views and those of Parliament coincide in many areas. The report addresses critical issues that you have been working on during the implementation of the security and defence aspects of the EU Global Strategy (EUGS).

The conclusions reached on the EUGS implementation define common strategic priorities and a common vision in security and defence and has set out how CSDP, as part of wider EU efforts, can contribute to tackling today's and tomorrow's multifaceted security challenges and protect European citizens.

I know that High Representative Mogherini would like to underline, at the very beginning, that she attaches critical importance to working together with the European Parliament on defence issues as natural allies in this effort.

As you know, on 6 March, High Representative Mogherini presented the progress achieved in the security and defence implementation of the EUGS to the Foreign Affairs Council. The Council conclusions adopted served as the first progress report to the March European Council according to the tasking received in December last year. On 9 March, the Heads of State and Government welcomed the work done and asked to continue with even greater determination and speed.

The High Representative is pleased to report that, despite very tight timelines, significant progress has been made since December. Currently there is work being done on the three pillars of the package: not only on the global strategic implementation of security and defence, but also on the European defence action plan from the Commission, EU-NATO cooperation and the follow-up to the Warsaw Joint Declaration.

This work is even more important at a time when expectations and questions are raised more or less openly inside the European Union, as well as outside, about the EU's commitment and ability to act as a security provider. There is no better answer to such expectations and questions than real, tangible progress on concrete issues. On military planning and conduct capability, the Foreign Affairs Council last week agreed to establish a permanent military planning and conduct capability for the European Union's non-executive military missions. It will be established within the European Military Staff (EUMS) and will operate under the responsibility and command of the Director-General of the military staff. At present, there are three such missions: in Mali, Central African Republic and Somalia, which are currently only led by headquarters in the field.

This decision will also contribute to enhanced civilian or military cooperation. Experts from the Military Planning and Conduct Capability (MPCC) and its civilian counterpart, the CPCC, will form a joint support coordination cell to facilitate mutual assistance and coordination. The new structure will be operational in the coming weeks.

On defence cooperation: the European External Action Service also has a clear mandate from the European Council to strengthen defence cooperation. Ambitions need to be underpinned by sufficient resources, both nationally and at EU level. It is equally important to make more effective use of the defence budgets by reducing fragmentations.

The 28 Member States, for example, have 154 weapons systems in use. The United States has only 27. Moreover, around 80% of defence investment in Europe is still spent on a national basis.

In the report, reference is also made to the costs of non-European defence. The European Defence Agency is working hard to strengthen defence cooperation, and the Commission is also mobilising its instruments. It is clear that defence capabilities will remain Member State-owned. Progress in this field, through EU instruments, will also benefit NATO, as there will be a single set of forces. Therefore, these efforts will be pursued further in a way that ensures coherence with parallel work within NATO.

It is important to note as well that any success will have an impact on transatlantic burden-sharing. But let us be clear: Europeans have to do this for themselves. This is about protecting our citizens. The main current efforts to deepen defence cooperation in developing capabilities are centred on the Coordinated Annual Review on Defence, permanent structured cooperation, as well as the European Defence Action Plan.

The Coordinated Annual Review on Defence should be a Member States-driven mechanism. It will contribute to the increased transparency of national defence plans and help make cooperation the norm. Based on Member States' guidance, a set of concrete modalities will be prepared.

The Council has also been tasked with further work on the permanent structured cooperation, an important tool also highlighted in your report. Permanent structured cooperation is about enabling those Member States who are willing to undertake more binding commitments towards one another to do so. Countries wishing to be part of it will need to make concrete commitments and join concrete cooperation projects. While it is open to all Member States and maximum inclusiveness is pursued, there is no automaticity or a free ride. Permanent structured cooperation can help develop defence capabilities but also to pool and share existing military assets so that we can make more efficient use of them in our operations. Member States will work on the common commitments as well as the projects and initiatives they can provide to the permanent structured cooperation. These projects need to be ambitious and support the overarching aim of preparing the most demanding missions.

On the European Defence Action Plan, it proposes actions to support Member States' efforts in delivering capabilities through greater cooperation and fostering a strong, competitive and innovative European defence industrial base, including by setting up a European Defence Fund. These are very important initiatives that also show the added value of the European Union to enhance the effectiveness and the performance of our defence sector.

Once again, on behalf of High Representative Mogherini, I would like to reiterate that further work on the EU battle groups will be undertaken, as these are key military assets. Yet the European Union has never deployed a battle group, despite the fact that it could have been useful on several occasions. This will be referred back to Council in May.

There is also work to be done to improve situational awareness, reinforcing the structures that sustain these efforts, in particular the Intelligence and Situation Centre (INTCEN).

On the capacity-building and support of security and development, a proactive approach is being promoted to identify concrete projects while supporting a positive outcome on the legislative process including the European Parliament. The report also highlights the importance of providing appropriate equipment to the forces that the EU trains.

It is important to work together across the nexus security or development to achieve peaceful societies protected by armed forces under civilian control.

Jean Arthuis, *rapporteur pour avis de la commission des budgets*. – Madame la Présidente, chers collègues, n'ayant pu instituer une Europe de la défense, les six pays fondateurs ont fait le choix du marché commun. Soixante ans après la signature du traité de Rome, le temps est venu de remettre le projet de défense sur la table.

Dans un monde devenu dangereux, nous attendons de l'Europe qu'elle nous protège, notamment par une capacité militaire. Nos collègues Gahler et Gonzáles Pons ont démontré avec brio que l'avènement d'une défense commune dépend de la volonté politique de nos chefs d'État ou de gouvernement, et non de considérations juridiques.

Or, que voyons-nous? Des États qui, pour la plupart, n'ont ni la taille critique, ni l'outil militaire adapté aux menaces du 21^e siècle, mais qui rechignent à faire le choix de l'efficacité et de la mutualisation, qui rechignent à faire le choix de l'Europe. J'en veux pour preuve l'action préparatoire sur la recherche en matière de défense, pour laquelle nous avons inscrit dans le budget pour 2017 25 millions, grignotés au détriment d'autres programmes et projets-pilotes, 25 millions là où les Américains dépensent plus de 60 milliards.

Au lendemain de l'élection de Donald Trump, à l'heure où les États-continentaux démultiplient leurs capacités militaires, notre avenir en matière de défense est européen. Nain politique, l'Europe doit s'affirmer puissance mondiale.

Arnaud Danjean, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, merci et félicitations à nos rapporteurs pour cet utile rappel que tout ce que nous devrions avoir déjà fait, figure dans un traité qui a été signé et ratifié par tous les États membres et dont la mise en œuvre – on s'en rend compte chaque jour – est plus que lacunaire. Il faut malheureusement les déclarations de M. Trump pour que les Européens se réveillent alors que tous les paramètres de l'équation stratégique existaient déjà avant l'élection de Trump pour nous avertir que si nous ne faisons pas ce travail, pour notre propre sécurité, personne ne le fera à notre place. Il est donc vraiment temps de se réveiller.

Je regrette malgré tout que les États membres traînent toujours des pieds. Évidemment les progrès de ces dernières années ont été si faibles, qu'on se réjouit aujourd'hui de la moindre avancée même si celle-ci est très modeste.

Alors effectivement – comme vous l'avez souligné – une capacité militaire de planification et de conduite va voir le jour: trente officiers pour superviser des missions non exécutives, c'est-à-dire de modestes missions d'entraînement au Mali, en RCA et en Somalie. Elles sont utiles, mais elles ne sont pas décisives.

Je reviens du Mali et ce n'est pas notre mission d'entraînement – malheureusement, aussi professionnelle soit-elle – qui va faire la différence par rapport à l'instabilité que connaît ce pays. En revanche, ce que je sais, c'est que ce sont les troupes françaises – une fois de plus – qui sont en première ligne et que la solidarité européenne s'exprime quand même très timidement, et que les pays européens qui envoient des contingents au Mali leur assignent des fonctions surtout non combattantes, avec le moins de problèmes possibles. Ce n'est pas ça la solidarité européenne et ce n'est pas comme ça qu'on va avancer. Donc le saut qualitatif, notamment opérationnel, que nous devons faire, n'existe pas.

Sur le plan industriel, j'entends parler des coûts de la non-Europe, mais le coût de la non-Europe pour notre propre industrie de défense, c'est quand le matériel existe en Europe et que certains pays continuent d'aller acheter sur étagère aux États-Unis. C'est aussi un coup de la non-Europe qu'il faudra bien un jour souligner.

N'oublions que la sécurité c'est la première des solidarités européennes.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Doru-Claudian Frunzuliță (S&D), *question «carton bleu»*. – Madame la Présidente, cher collègue, vous savez que je vous apprécie beaucoup. Permettez-moi de vous demander si vous êtes favorable à l'idée d'établir une agence européenne anti-terroriste indépendante, avec son propre service de renseignements, pour mieux protéger nos citoyens. Après tout ce qui s'est passé en Europe, ne croyez-vous pas qu'il est temps de renforcer notre sécurité et notre défense et de coopérer davantage en matière de sécurité et de défense?

Arnaud Danjean (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Ce n'est pas précisément un sujet couvert par le rapport, mais si vous me demandez mon avis, moi je ne crois pas à une superagence de renseignement européenne. Ce n'est pas ce dont nous avons besoin. Ce dont nous avons besoin, c'est de renforcer des plateformes d'échange d'informations. Une agence à part entière serait un nouveau monstre bureaucratique, sans aucune garantie d'efficacité opérationnelle. Ce dont on a besoin, c'est que nos agences nationales, qui sont bonnes, efficaces et professionnelles, coopèrent plus entre elles, échangent plus entre elles, mais certainement pas d'une nouvelle superstructure européenne à l'utilité très limitée sur le plan opérationnel.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, quiero, en primer lugar, felicitar a los dos ponentes, el señor Gahler y el señor González Pons, por el informe y por la apertura que han tenido con los ponentes alternativos, entre los cuales me encuentro.

La política de seguridad y defensa ha sido, desde el principio, un eslabón débil de la Unión Europea. Hubo un periodo inicial donde no había ni ambición ni medios. Luego hubo un periodo intermedio en que había medios, pero no había ambición. Y hoy necesitamos las dos cosas, ambición y medios.

Ha sido necesario que lleguen a nuestras fronteras los efectos devastadores de las guerras que se producen en el exterior, en nuestro vecindario, para que seamos conscientes del estrecho vínculo que hay entre seguridad interior y seguridad exterior. Ha sido necesario que se produzcan atentados terroristas en Madrid, en Berlín, en París, en Londres y en otras tantas ciudades de la Unión Europea, en Bruselas, para que seamos conscientes de que necesitamos compartir inteligencia, compartir medios operativos y compartir, también, cooperación judicial.

Ha sido necesario que Rusia reavive su ambición hegemónica y que los Estados Unidos refuercen la parte de su alma aislacionista para que seamos conscientes de que la Unión Europea tiene que ser un actor global, y solo lo podrá ser si tiene una política de seguridad y defensa común.

Por tanto, ¿más ambición europeísta? Sin duda. ¿Más agencia europea o Agencia Europea de Defensa? Sin duda. ¿Más compromiso con la OTAN? Sí, pero ya en dimensión europea; unidos, como ha señalado el señor González Pons. ¿Más presupuesto? Sí, pero no a costa de otras partidas presupuestarias que son necesarias para el bienestar cotidiano de los ciudadanos europeos. ¿Más control democrático del Parlamento? Sin duda. Y, también, más voz política como Unión Europea en las Naciones Unidas.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Unia Europejska ma prawo myśleć o własnych wysiłkach w zakresie obrony, pod warunkiem że oprze je na dobrych, zdrowych zasadach. Po pierwsze – na realnej solidarności. Pan poseł Danjean mówił o samotności Francuzów w Mali, ale realna solidarność oznacza solidarność na wszystkich kierunkach: także to, że Francuzi, Hiszpanie i Włosi będą traktować ochronę państw bałtyckich jako własną, będą wspierać Ukrainę, traktować bezpieczeństwo Europy Środkowo-Wschodniej jako własną kwestię, jako sprawę własnego bezpieczeństwa.

Po drugie – odpowiedzialność, tj. respektowanie przez państwa kryterium 2 % PKB na wydatki obronne. Tylko niewiele państw europejskich to stosuje i mnie bardzo dziwi to, że niektórzy opowiadają się za wspólną polityką obronną i jednocześnie przeciwko podniesieniu wydatków.

Wreszcie kwestia trzecia: te wysiłki muszą uzupełniać Sojusz Północnoatlantycki, a nie konfrontować się z nim. Gdyby sprawozdanie odpowiadało tym zasadom, byłbym za nim; ponieważ ich nie wyraża – nie mogę go poprzeć.

Jozo Radoš, *u ime kluba ALDE*. – Gospođa predsjednice, želim zahvaliti izvjestiteljima gospodinu Gahleru i Gonzálezu Ponsu na vrlo dobrom izvješću i dobroj suradnji. Glavni je nalaz izvješća da ne postoje pravne prepreke za razvoj europske zajedničke sigurnosne i obrambene politike, a glavne preporuke izvješća su formiranje Europske obrambene agencije i stalne strukturirane suradnje kao izvornih agencija Europske unije i institucija na kojima bi počivala zajednička sigurnosna i obrambena politika, stvaranje europskih integriranih snaga i zajedničkog civilnog i vojnog zapovjedništva koje bi bilo stalno.

No ja bih želio ukazati na ograničenja koja postoje, ograničenja pravne prirode koja nisu ograničenja europskih ugovora, nego međunarodnog svjetskog poretka, a to je da kada bismo sve ciljeve koje smo postavili u ovom izvješću ostvarili, ni tada Europska unija ne bi bila u stanju intervenirati ni u svome susjedstvu, onim područjima koja se njih osobito tiču jer zato ne bi mogla dobiti suglasnost Vijeća sigurnosti, članica Vijeća sigurnosti jer bi dodirnula njihove strateške interese. To je zapravo najveće legalno ograničenje razvoja i efikasnosti zajedničke europske sigurnosne i obrambene politike.

Stoga posebice pozdravljam i naglašavam onaj dio izvješća kojim se pozivaju zemlje članice da djeluju u smislu reforme Ujedinjenih naroda, a pogotovo u smislu reforme Vijeća sigurnosti Ujedinjenih naroda da bi Europska unija mogla intervenirati u onim područjima koja se nje tiču, kao što je recimo u današnjem slučaju Bliski istok, sjeverna Afrika, područja u kojima krize osobito diraju Europsku uniju, a nema mogućnosti intervenirati i djelovati na tim područjima.

Sabine Lösing, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Thema in dem Bericht ist: Wie kann man Passagen des Lissabon-Vertrags für die weitere Militarisierung der EU nutzbar machen? Vor dem Hintergrund von Brexit und Trump wird nun das aktuelle Gelegenheitsfenster genutzt. Gemeinsame militärische Projekte sollen den Kitt der bröckelnden EU bilden, und es wird lautstark und vehement nach militärischer Eigenständigkeit gerufen.

Besonderer Fokus des Berichts ist die Aktivierung der ständigen strukturierten Zusammenarbeit. Bestimmte Aspekte der EU-Militärpolitik könnten hier dem Konsensprinzip entzogen werden. Besonders brisant ist dabei die Forderung, dass sowohl die ständige strukturierte Zusammenarbeit als auch die EU-Verteidigungsagentur als Institution *sui generis* behandelt werden sollen, was bedeutet, dass sie weitgehend der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden.

Zwar finden sich im Bericht auch Aussagen zur stärkeren Einbindung des Parlaments und zur Stärkung seiner Rechte, doch bleibt das unkonkret. Forderungen etwa nach einem Parlamentsvorbehalt sucht man vergeblich. Schon jetzt wird die militärische EU kaum parlamentarisch kontrolliert. Herr Borg sagte, Kontrolle läge bei den Mitgliedstaaten. Wie soll das gehen bei den Vorschlägen hier im Bericht? Dieser Bericht will die Bande der EU-Militärunion weiter festzurren und die Wunschzettel der Rüstungslobby noch direkter zustellen – noch weniger gestört durch ein wirksames Parlament. Viele Gründe also, ihn abzulehnen.

Tamás Meszerics, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, let me first of all thank all the rapporteurs for the work they put into this report; considerable innovative energy went into this. Sometimes I have the feeling that there is a little too much of this innovative energy.

We, in the Green Group, believe that the report is an important one; the aim of it is a very legitimate and crucial one for the time. Had it been about unleashing the full potential of the Lisbon Treaty in the field of security and defence, we would have been in full support. However, we feel – and I am sorry to say so – that this report is more of a missed opportunity in that regard.

(The President cut off the speaker due to a technical problem with interpretation)

I am sorry to our Italian colleagues for missing the first part. However, the idea that the EDA should be transformed into a *sui-generis* institution and, as such, be the nucleus of a potential European Minister of Defence is indeed a very controversial one. It would be an agency without transparency, parliamentary oversight, let alone control. We are in full support of centralisation; it makes sense in this field, but not in this way, without any accountability whatsoever. Secondly, we believe that, before committing large amounts of fresh money to defence and security, we should explore the full potential of efficiency gains through cooperation, and only after this should we consider additional funding that might be available through the European Union budget or from Member States. These are the main reasons why our Group is unable to support the report, even though we are committed to a stronger European common defence and security policy and there are many very good ideas in the report in general.

Patrick O'Flynn, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, it is often claimed in this Chamber that the EU has secured peace in Europe since the Second World War, and it is often pointed out from these benches that in fact it is NATO that has preserved peace and freedom. In fact, even as someone who has campaigned vigorously for Britain to leave the European Union, I have still acknowledged that, for a time after the Second World War, having France and Germany engaged in a joint political project was indeed a useful support to NATO in maintaining peace. But I would hope everyone in this Chamber would equally acknowledge that, in cold hard terms of armies and military hardware and nuclear deterrence, it was indeed NATO that shielded Western Europe from the threat of external attack. So what a shame that now, in the second decade of the 21st century, NATO seems to be out of fashion with European politicians. Most governments do not honour their commitment to spend 2% of GDP on defence, and the US has grown tired of bearing a disproportionate burden. So I am afraid the opportunists of Brussels are seeking to acquire another element of nationhood: an EU army to add to the flag, the Parliament, the anthem and the currency.

This idea of a common defence identity is pure folly. You do not have sufficient social solidarity, nor commonality of interest, to support the financial bailouts necessitated by the euro, let alone the shedding of blood in military combat under an EU cap badge. By far the best thing would be to re-engage with NATO, meet your defence spending pledges and allow Britain to be a bridge to a US administration that has certainly had some tough things to say of late. Stick with the entity that has stood the test of time. Do not let an ideological dream, that is not shared by most people in Europe, put the security of a continent in jeopardy.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la situazione di debolezza politica ed economica dell'Europa e l'ambiguo rapporto UE- NATO segnano i limiti oggettivi di questo progetto. Vorrei segnalare che solo nei primi due mesi dell'anno, decine e decine di navi sono attraccate nei porti europei dopo aver fatto misteriose soste, chiudendo i radar, quindi rendendo impossibile l'identificazione dell'approdo, e guarda caso nelle zone controllate dall'Isis e da Al Qaeda.

Allora di cosa stiamo parlando? Non c'è una politica estera europea che stabilisca chi sono gli amici e chi eventualmente i nemici e, certo, io sono ben consapevole che questi nemici esistono e si chiamano terrorismo islamico, Al Qaeda, ecc. Magari, domani o dopodomani anche la Turchia, chi lo sa, speriamo di no.

E allora, aumento spese, ma per fare cosa? Per acquistare magari gli F35? Io credo che più che altro si possa pensare a un'alleanza fra paesi che vogliono cooperare in sede di difesa. Vorrei segnalare l'ultima novità: c'è un paese, la Germania, la cui Bundeswehr già recluta volontari europei; è nel Libro bianco, ma in questa relazione non se ne parla. Mi sembra un argomento di cui dovrebbe interessarci tutti in maniera un po' più approfondita.

Ελευθέριος Συναδινός (ΝΙ). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση προωθεί την επιπλέον εμφάνιση της κοινής πολιτικής ασφάλειας και άμυνας, πράγμα το οποίο αποτελεί παρέκκλιση από τους γενικούς στόχους των Διατάξεων της Συνθήκης και εμπεριέχει διασταλτική ερμηνεία. Κανείς στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, έχοντας υπόγειες πολιτικές επιδιώξεις, δεν έχει την πολιτική και ηθική νομιμοποίηση να αλλάξει τη Συνθήκη κατά το δοκούν. Η Συνθήκη μπορεί να αναθεωρηθεί, όπως ορίζει η συνταγματική τάξη των κρατών μελών, αποκλειστικά με την επικύρωση από τα εθνικά κοινοβούλια ή μέσω δημοψηφισμάτων. Όμως, αν τεθεί στην κρίση των πολιτών, η απόφαση για περισσότερη Ευρώπη και λιγότερη πατρίδα και έθνος, θα καταψηφιστεί, όπως καταψηφίστηκε το Ευρωπαϊκό Σύνταγμα σε αντίστοιχα δημοψηφίσματα.

Θα ήταν λάθος να υπάρξει εξομοίωση ή προσπάθεια περαιτέρω ενωσιακής σύγκλησης των εθνικών αναγκών και προκλήσεων. Δεν υπάρχει χώρος για περαιτέρω συμβιβασμούς στις εθνικές προτεραιότητες. Κανένα κράτος μέλος δεν θα διαθέσει τον στρατό του ως αναλώσιμο πiónι στην παγκόσμια γεωπολιτική σκακιέρα. Κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας δεν υφίσταται και ούτε θα υπάρξει όσο η Τουρκία αμφισβητεί κυριαρχικά δικαιώματα και απειλεί με *casus belli* την Ελλάδα, κατέχει παράνομα το 1/3 του εδάφους της Κύπρου και δεν αναγνωρίζει την Κυπριακή Δημοκρατία. Οι προτεινόμενες ονομαστικές, συνταγματικές, νομικές και θεσμικές επιπτώσεις δεν θα κάμψουν όσους προκλητικά εγείρουν αλυτρωτικές αξιώσεις. Παράδειγμα: η χώρα των Σκοπίων, που κλέβει την ιστορία της Ελλάδας και μιλά για μακεδονική ταυτότητα, έθνος και γλώσσα. Όσο και να επιδιώκετε να περιοριστεί η εθνική κυριαρχία στα κράτη μέλη, η εδαφική τους ακεραιότητα και η εθνική ανεξαρτησία είναι αποκλειστική τους ευθύνη και εξασφαλίζεται αυτοκυριαρχικά και μέσω συμμαχιών μεταξύ κρατών που έχουν κοινά συμφέροντα και επιδιώξεις.

György Schöpflin (PPE). – Madam President, this report could hardly be more timely, and my congratulations to the rapporteur, because for too long Europe has lived off the so-called peace dividend and relied on soft power and, in parallel, has tended to neglect hard power. The developments of the last few years tell us why we need to change: the ongoing crisis in the Middle East, terrorism, the rule of Russia, and more recently the demand by Washington that Europe must play a significantly more active role in its own defence are the key factors in this respect.

Yet the possible defence structures of the European Union are already in place, notably in Article 42 of the Treaty. This article is fairly clear in mentioning operational capacity at the European level, common defence, and an undertaking by Member States progressively to improve their military capabilities. It could not be clearer. So the scope for change is considerable. To the above, one can usefully add: improvement in security and counterterrorism cooperation – a sensitive area of course. Major cost benefits can be expected from joint military procurement. Having a shared defence objective can also mean much greater investment in military technology, bringing spill-over with it and the transfer of innovation into the civilian sector.

It is clear enough that the private sector is generally risk-averse where blue sky research is concerned, but the state can transform this, precisely because the state can focus on the long term rather than on short-run profitability. There is enormous scope for the European Union to push forward in this broad area of common defence.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin! Lieber Herr Gahler, vielen Dank für Ihren Bericht. Weitgehend sind wir mit dem, was Sie aufgeschrieben haben, einverstanden, und deshalb werden auch die allermeisten meiner Kollegen ihm zustimmen.

Gemeinsame Verteidigungspolitik ermöglicht mehr Effizienz – und das hat mit sinnloser Aufrüstung nichts zu tun – schafft die Luft, die man braucht auch für neue Investitionen, weil es eben auch neue Herausforderungen gibt. Und es hat etwas zu tun mit mehr Verantwortung – auch in unserer Nachbarschaft. Ob wir das nun wollen oder nicht, wir haben uns darauf einzustellen.

Vier Dinge müssen allerdings auch klar sein. Erstens: Territorialverteidigung ist Sache der NATO und nicht einer Mini-NATO, die sich EU nennt. Zweitens: Neue Aufgaben kosten Geld. Wir müssen mit den Mitgliedstaaten darüber sprechen, wie diese Kosten dieser neuen Aufgaben zustande kommen sollen, wie man sie decken will. Drittens: Wir sind dafür, dass es einen Parlamentsvorbehalt für rein militärische Missionen gibt; darüber muss man im Laufe des Verfahrens reden. Und letztlich sind wir der Meinung, dass die militärische Komponente eben nur Teil einer ganzheitlichen Außenpolitik ist. Wir sind stolz auf die Soft Skills, die die EU entwickelt hat, und die EU sollte sie auch weiterentwickeln.

Deshalb sind wir der Meinung, dass der SEDE-Ausschuss zunächst mal ein Unterausschuss bleiben soll. Das hat keine Mehrheit im Ausschuss gefunden, was uns aber nicht hindern soll, dem zuzustimmen.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Madam President, I am a bit confused by Mr Borg's remarks. One set of EU forces? Or national forces under national control? You seem to think it's both. I mean it's all smoke and mirrors. God help us if we have to rely on the European Union for our defence. Where's all this money going to come from, I wonder? I have to say one of the many objections we had to the Treaty of Lisbon was the licence it gave to those pursuing this sort of mirage of an autonomous EU defence policy.

The report we are discussing confirms our misgivings. The Euro-federalists seem to inhabit a curious bleak and empty space where no one else is doing anything to address the security challenges that we all face, and where their answer to every problem is more EU. Of course the reality is quite different. As has been pointed out, the defence of our democracies against the threat of aggression is carried out by NATO. Twenty-two of the 28 EU Member States are NATO members, four of the remainder work closely with NATO, and just a month ago Finland, for instance, agreed a cyber defence cooperation arrangement with NATO.

NATO harnesses the overwhelming military power of the United States to that of the European nations for their mutual defence, and we have the vital Article 5 guarantee. So I just wonder what on earth the EU is up to with its ambitions for an autonomous defence capability. Yet another bureaucratic monster, perhaps, as Mr Danjean put it a few moments ago referring to another bit of EU activity.

Charles Goerens (ALDE). – Madame la Présidente, une analyse d'un sondage d'Eurostat nous révèle que nos citoyens sont en fait en avance sur le politique en matière de défense européenne. C'est assez paradoxal, mais en renouant avec l'esprit qui prévalait en 1954, quand la CED – la Communauté européenne de défense – était sur le point d'aboutir, nos citoyens sont en retard, bien entendu, de plus d'un demi-siècle sur les ambitions, mais en avance sur le politique, qui reste trop passif dans ce domaine.

Le contexte actuel, outre les lacunes de natures diverses en matière de défense européenne, complique encore le débat. La défense militaire est un moyen ultime pouvant être engagé lorsque tous les autres moyens ont échoué. Souvenons-nous, en pleine guerre froide, l'ancien ministre allemand des affaires étrangères Genscher fait un pari sur l'avenir: *Frieden schaffen mit weniger Waffen* (assurer la paix avec moins d'armement). Genscher a gagné son pari grâce à une vaste offensive diplomatique et grâce aussi à l'accord des États-Unis. Aujourd'hui, depuis l'élection de Trump, les relations transatlantiques sont dans un état tel qu'une augmentation, même très substantielle, des dépenses européennes en matière de défense laisserait encore ouverte la question de la sécurité européenne, à moins que Trump ne mette fin à son discours ambivalent.

L'une des priorités du moment, c'est donc d'apporter quelque clarification dans ce domaine et de tester la solidité des relations au sein de l'Otan. Cela n'entame en rien la valeur du rapport de notre collègue Gahler, dont les propositions sont utiles pour l'avenir, mais seule une approche cohérente serait à même de produire des résultats satisfaisants en matière de sécurité. Dans ce cadre, il y a lieu de promouvoir aussi une diplomatie très efficace. Un visage pour la politique européenne pourrait être une personnalité française. Pourquoi une personnalité française? Parce que la France est partout où les autres ne veulent pas aller, elle est la première et elle est rarement suivie par d'autres, qui n'ont que des «cas via» à lui proposer.

Troisièmement, le respect de nos institutions européennes et de nos traités: une politique extérieure et non pas 28 politiques parallèles, qui nous font perdre tout repère en la matière, ceci pour nous rappeler que la crédibilité de notre politique de sécurité et de défense exige une maîtrise de tous les agrégats de la politique ayant trait à la sécurité et à la défense.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση για την κοινή ευρωπαϊκή πολιτική ασφάλειας και άμυνας που συζητούμε σήμερα περιέχει ορισμένα θετικά στοιχεία σε φραστικό επίπεδο. Τέτοιο στοιχείο είναι η πρόσκληση για συλλογική χρηματοδότηση, από τα κράτη μέλη της Ένωσης, των δαπανών οι οποίες προκύπτουν από αμυντικές επιχειρήσεις κράτους μέλους που αποτελεί θύμα ένοπλης επίθεσης στο έδαφός του.

Αυτό όμως δεν θα έπρεπε να αποτελεί γενικό ευχολόγιο, αλλά να εξειδικεύεται σε παρόντα χρόνο, αφού υπάρχουν τέτοια κράτη μέλη σήμερα και συγκεκριμένα η Ελλάδα και η Κύπρος. Η τουρκική πολεμική αεροπορία καθημερινά σχεδόν πραγματοποιεί παραβιάσεις του ελληνικού εναέριου χώρου και υπερπητήσεις πάνω από ελληνικά νησιά, αναγκάζοντας την ελληνική αεροπορία να δαπανά μεγάλα ποσά σε καύσιμα και ανταλλακτικά για πτήσεις αναχαίτισης των εναέριων εισβολών. Τούτο μάλιστα συμβαίνει, ενώ ο ελληνικός προϋπολογισμός επιβαρύνεται δραματικά με την εξυπηρέτηση ενός υπέρογκου δημόσιου χρέους και ο ελληνικός λαός υφίσταται τις βαριές συνέπειες των πολιτικών λιτότητας. Στην πραγματικότητα άλλωστε η δημοσιονομική κατάσταση της Ελλάδας έφτασε στα επίπεδα των τελευταίων επτά ετών και των τριών μηνονίων κατά ένα σημαντικό μέρος και εξαιτίας των υπέρογκων εξοπλισμών για την αντιμετώπιση της επιθετικότητας της Τουρκίας, δηλαδή μιας χώρας με επταπλάσιο πληθυσμό και τετραπλάσιο οικονομικό μέγεθος.

Χρειάζονται επομένως έργα και όχι λόγια για τη στήριξη των απειλούμενων κρατών μελών της Ένωσης.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi non siamo contrari a un'Europa della difesa, anzi. Ma il problema di questa relazione è che, come spesso accade, si confonde l'ordine dei fattori, in questo caso prevalgono gli esterni.

La Brexit, così come il risultato delle elezioni americane, pur evidenziando la fragilità europea nel settore, non giustificano un'accelerazione su scelte che dovrebbero essere ragionate, ponderate e condivise con i cittadini. Quando si chiede agli Stati membri di portare le spese al 2 %, si parla di circa cento miliardi di euro: non sono cifre irrisorie da chiedere ai nostri popoli, specie dinanzi all'impatto sociale devastante dell'austerità. Proprio per questo sprechi e doppiioni andrebbero eliminati per reinvestire i risparmi in altro o, quantomeno, per non aumentare le spese.

La relazione è nel giusto quando dice che dovrebbero essere chiariti *governance*, finanziamento e obiettivi di un eventuale Fondo europeo per la difesa e dovremmo conoscerle prima queste informazioni, non dopo il voto di questo testo. Per non parlare dell'effettivo controllo che avranno il Parlamento europeo e quelli nazionali.

Dovremmo avere un Libro bianco con le varie opzioni e cominciare il percorso di ampio respiro non solo con le istituzioni europee e nazionali ma anche con i cittadini e la società civile. Solo così si può costruire una volontà politica consapevole che, ad oggi, appare tutt'altro che chiara.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, nous irions maintenant vers l'Europe de la défense, c'est ce que notre Parlement veut, alors que la Grande-Bretagne quitte l'Union européenne. On veut l'Europe de la défense en saluant le départ d'une des seules armées solides du continent.

En fait, il n'y aura pas d'Europe de la défense dans le cadre des institutions actuelles. Pourquoi? Pour se défendre, il faut voir l'ami et l'ennemi, or nous envoyons des soldats aux frontières de la Russie, soutenons les djihadistes en Syrie et Libye et ne comprenons donc pas nos propres intérêts.

Pour se défendre, il faut pouvoir se battre soi-même, or nous n'avons pas de complexe militaro-industriel européen, et l'Europe tend à détruire les complexes nationaux pour les inclure dans les ensembles transatlantiques.

Pour se défendre, il faut vouloir vivre et nous laissons nos portes grandes ouvertes aux réseaux mafieux et criminels. Alors non, il n'y aura pas d'Europe de la défense, il y aura soit la destruction des défenses nationales par l'Europe, soit les nations qui se défendront contre les nouvelles menaces.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señorías. Quisiera, en primer lugar, felicitar a los ponentes por este informe, que llega en un momento muy particular de nuestro calendario.

Yo creo que no nos podemos definir en este momento en la Unión Europea solamente como los consumidores de un gran mercado, sino como ciudadanos de una Unión. Y hay un salto social cualitativo desde la condición de consumidor a la condición de ciudadano.

Señor Gahler, en su presentación nos decía que los ciudadanos nos exigen no solo mayores cotas de bienestar y de progreso, sino mayores cotas de seguridad. Hay colegas en esta Cámara que piensan que la Unión Europea se encuentra en una especie de paraíso posthistórico, donde las guerras, los militares y los conflictos son cosa de otros. Tenemos en este momento serias amenazas que pesan sobre la Unión Europea y, hoy, tenemos ejércitos que no tienen enemigos aparentes y tenemos enemigos que no tienen ejército.

La Unión Europea tiene que franquear de una vez por todas su paso a la edad adulta. Y, aunque el código transatlántico está inscrito de alguna manera en los genes de la Unión Europea, tenemos que empezar a desarrollar nuestras capacidades de defensa. Por eso tenemos que felicitarnos por los progresos que se han venido realizando y que ha impulsado la alta representante desde el Consejo Europeo de diciembre y felicitar a los ponentes. Y estoy convencido de que no habrá futuro para la Unión Europea si, junto a nuestras capacidades económicas, comerciales, financieras o industriales, no desarrollamos —como nos decía el coponente, señor González Pons— una movilización de la voluntad política para dotarnos de unas capacidades en el ámbito de la seguridad y la defensa que nos permitan hacer frente a la nueva configuración de las amenazas.

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident! Am Anfang der europäischen Einigung, vor über 70 Jahren, stand schon mal die Idee einer Gemeinschaft für Sicherheit und Verteidigung. Nach über 70 Jahren ist diese Idee wieder zurück auf unserer Agenda, und viele Kollegen haben auch gesagt, warum: weil sich die geopolitische Lage extrem verändert hat. Es gibt Unsicherheiten von der Politik von Wladimir Putin in Moskau bis – sehr wahrscheinlich – zur Politik von Donald in Washington, nicht zu sprechen von dem Krisengürtel um die EU herum. Die EU ist eine Soft Power, und das wird auch so bleiben, weil im Vertrag von Lissabon steht, dass alle Missionen der EU zur Erhaltung des Friedens unter Genehmigung der Völkergemeinschaft durchgeführt werden. Die Militarisierung der EU oder die EU als Weltpolizei kann mit dem existierenden Vertrag also gar nicht passieren.

Wir wissen alle, dass unsere Fähigkeiten sehr beschränkt sind und dass viel Geld wegen Doppelarbeit und auch Mismanagement verschwendet wird. Es kann nicht verboten sein, einen Binnenmarkt für Rüstungsgüter herzustellen, so wie es im Vertrag steht. Es kann nicht verboten sein, ein gemeinsames Hauptquartier für die Missionen und die bessere Ausstattung dieser Missionen zu etablieren. Notwendig sind natürlich auch die Finanzen. Und ich denke, mit dem EU-Budget muss auch die Reform der eigenen Einnahmen der EU einhergehen.

Ich glaube, die Diplomatie hat Vorrang, aber wir brauchen auch die militärischen Fähigkeiten unter Kontrolle der Parlamente. Ich bin auch für Flagge bei den Institutionen: einen Rat der Verteidigungsminister und demnächst auch einen Ausschuss für Verteidigung hier.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübzig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich möchte den Kollegen Jo Leinen fragen: Wenn wir heute hier vom europäischen Mehrwert sprechen, dann hat das sicherlich seine Berechtigung, und auch *the cost of non-Europe*. Ist es eigentlich vorstellbar, dass man in den öffentlichen Ausschreibungen vor allem die kleinen und mittleren Betriebe in Zukunft hier stärker integriert, weil das natürlich auch zu neuen Arbeitsplätzen führen könnte?

Jo Leinen (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege! Der Binnenmarkt schafft ja mehr Möglichkeiten für große wie für kleine Firmen. Und ich kann mir vorstellen, wenn wir diesen Markt für Rüstungsgüter öffnen, dass wirklich alle ihren Vorteil haben, dass nicht nur Airbus und Krauss Maffei und ähnliche große Firmen, sondern auch die von Ihnen sehr geschätzten kleinen und mittleren Firmen einen Zugang haben, weil wir EU-Standards für die Ausschreibung und für die Vergabe dieser Aufträge haben. Und deshalb stimme ich Ihnen zu.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr formand! Debatten om en fælles EU-udenrigs- og forsvarspolitik kunne næppe være mere malplaceret. Vi ser en amerikansk administration, som kræver, at deres europæiske allierede i NATO lever op til deres traktatforpligtelser. Hvad var Junckers svar til det? Junckers svar var, at det skulle man se stort på. Man skulle altså bryde de traktatmæssige forpligtelser i NATO, fordi de kom fra en amerikansk administration, man ikke brød sig om. Samtidig taler vi så om at duplikere forsvarets formåen her i Den Europæiske Union. Jeg ved simpelthen ikke, hvor det skulle bringe os hen på et bedre sted, når der i medlemsstaterne ikke er vilje til at investere bare op til de 2 % af bruttonationalproduktet i vores fælles forsvar. Kernen i Europas sikkerhed er NATO, både for den store majoritet af medlemsstater, som er medlemmer af NATO, men også for de resterende. Lad os derfor fokusere på det transatlantiske partnerskab og lægge idéen om en europæisk forsvarsunion til side.

Urmas Paet (ALDE). – Mr President, different reasons have given us the possibility to undertake more defence cooperation between the European countries. We have to use this opportunity to be able to defend Europe and increase its security. I welcome the report of Mr Gahler and Mr González Pons with its concrete steps on how to use the possibilities given us by the Lisbon Treaty in the area of defence cooperation.

I would like to highlight that European countries must seriously aim for the goal of spending 2% of their GDP on defence. This would give a clear signal of joint positions of the EU and NATO. We need to work together with NATO, complement it where possible, and not see NATO as a reason for not having a stronger European defence policy. The Member States that are ready to undertake more binding commitments would set up a permanent structured cooperation so that it would be possible to establish multinational forces.

A very concrete thing to work on is the movement of defence forces personnel of allies inside Europe which right now is troublesome, bureaucratic and time-consuming. The EU must create a system that would coordinate the fast movement of defence forces personnel and equipment when the solidarity clause is invoked.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci pogratulovat pánům zpravodajům k zajímavé zprávě, která v některých místech je výrazně ambiciózní, a uvidí se, zda se ji podaří v budoucnu naplnit. Já za zvláště důležitou považuji tu část zprávy, kde se jasně hovoří o penězích. Marná sláva, těžko Evropa může do budoucna zvyšovat svoji obranyschopnost, pokud nezvedne peníze z jednotlivých národních rozpočtů, a případně nebude debatovat, zdali peníze z evropského rozpočtu by na obranu neměly být použity. Takže několikrát zde skloňovaná 2 % z rozpočtu HDP jednotlivých členských států jsou, podle mého názoru, základ. Měli bychom udělat vše pro to, aby jednotlivé státy EU opravdu výrazně zvýšily peníze na obranu. Pouze čtyři země EU plní 2 % HDP, to je naprostá menšina. Bez toho, že budou peníze, těžko lze do budoucna obranyschopnost zvedat.

Ta zpráva uvádí velmi zajímavé číslo, že pokud by se opravdu podařilo do budoucna zvednout výdaje na obranu, mohli bychom získat až 100 miliard eur, to je obdivuhodná částka, která kdyby se investovala do evropského obranného průmyslu, kdyby se investovala do společného výzkumu, tak si myslím, že by to mělo výrazný multiplikační efekt nejen k větší obranyschopnosti, ale také k vytvoření nových pracovních míst, posílení evropských podniků a samozřejmě vojenský výzkum vždycky má pozitivní výsledky pro civilní obyvatelstvo a má další pozitivní přínosy.

Souhlasím s tezí, která zde zazněla, je nutná spolupráce s NATO. Ostatně ta zpráva, v tom ji chválím, jasně říká, že je třeba vyvážit a rozšířit strategické partnerství mezi EU a NATO. Myslím si, že je to strašně důležité, protože jakékoliv složky, které budeme budovat, musí být vůči NATO kompatibilní, nikoliv konkurenceschopné.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo creo en esta Europa de la defensa y de la seguridad. Yo quiero la Europa de la seguridad y de la defensa, porque es una necesidad. Será una larga marcha. Será una larga marcha. Será complicado. Pero tenemos que avanzar clarísimamente, porque, además de las necesidades que se han puesto de manifiesto, y que los ponentes han explicado brillantemente, creo que hay una convergencia —yo diría que no es normal— entre todos los Estados miembros. Inclusive entre los Veintiocho. Me atrevo a decir que también en el Reino Unido.

Ahora, tenemos dos dificultades importantes. Una primera es de pedagogía política. La opinión pública no es consciente de los problemas. Y la política y el liderazgo nos reclaman que expliquemos a la opinión pública por qué es necesaria la Europa de la defensa y de la seguridad. Y, en segundo lugar, tenemos un problema con la financiación. Y yo creo que el informe hace muy bien en insistir en que hace falta una fuente de financiación propia de la Unión Europea.

No podemos pedirles a los países de la austeridad que incluyan más gasto en la defensa. No podemos pedirles eso. Tendremos que establecer una fuente de recursos propia de la Unión Europea para esta ambiciosa misión que Europa necesita.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! Chyba wszyscy zgadzamy się z tym, że autorzy sprawozdania słusznie zwracają uwagę na konieczność zwiększenia zdolności Europy do zapewnienia bezpieczeństwa zarówno w Unii Europejskiej, jak i poza jej granicami. Ale – o czym była już mowa na tej sali – kluczowe znaczenie ma zwiększenie wydatków krajowych na obronę do 2 % PKB. I to jest minimum, które – jak wiemy – nie wszystkie państwa członkowskie są gotowe spełnić.

A drugim ważnym postulatem, najistotniejszym, jest wzmacnianie, a nie osłabianie NATO. I nie wiem, nie jestem pewny, czy wszystkie propozycje zawarte w tym projekcie służą wzmacnianiu NATO, a nie jego osłabianiu. Autorzy słusznie postulują rozwijanie współpracy w dziedzinie obrony między państwami członkowskimi, wydaje się jednak, że daleko idąca europeizacja polityki obronnej nie jest właściwą drogą do zwiększenia bezpieczeństwa państw członkowskich. Zamiast tego należy utrwalać partnerstwo z NATO, wzmacniać stosunki transatlantyckie, nie kierując się nastrojami chwili (a to sprawozdanie wydaje się im ulegać), ani nie kierować się istniejącym w wielu społeczeństwach państw członkowskich resentymentem antyamerykańskim.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, this initiative is of fundamental importance because we are still lagging behind in our preparedness to address multiple security threats.

I would make three points. Firstly, two thirds of EU citizens expect enhanced EU cooperation on security and defence. Now this report makes it clear that much more efficient cooperation can and should happen, making use of the existing treaties. Second, a key target is a European Defence Union, based on permanent structured cooperation and ending hopefully in establishing European integrated forces. It is not parallel to NATO, but serving as a European pillar of NATO.

Third, the other key to enhanced security is information-sharing – that is compulsory information-sharing between national intelligence bodies, with adequate cooperation structures. Finally, there is no escape from bringing national defence expenditure to the 2% level. Here the US criticism is in place, and there is absolutely no time to waste.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, chers collègues, j'adresse tout d'abord toutes mes félicitations aux rapporteurs, qui ont fait un excellent travail sur ce texte. Nous l'avons encore rappelé ce matin, l'avenir de l'Europe passe par celui de l'Europe de la défense. Il s'agit autant d'une nécessité sécuritaire – notre voisinage est de plus en plus inquiétant et le terrorisme fait son retour sur notre sol – que d'une nécessité politique, car l'Europe a besoin de concret et de projets qui aboutissent pour rendre indéniable sa valeur ajoutée. Sans cela, il sera encore plus difficile de défendre l'Europe, le plus beau et peut-être le seul grand projet politique que nous avons devant nous.

Ce rapport, aujourd'hui – c'est tout son intérêt –, est une sonnette d'alarme. L'Europe dispose déjà d'une grande panoplie d'instruments, d'outils juridiques, de facilités pour la coopération militaire, mais – et c'est le comble – rien n'est utilisé. Pas de groupes militaires communs, pas de quartier général commun, pas de partage efficace de la charge financière des activités militaires. La conclusion de tout cela est simple: notre problème pour vraiment construire l'Europe de la défense, c'est de l'utiliser, de l'animer, de donner du contenant à un contenu qui existe déjà. Autrement dit, la seule chose dont l'Europe a manqué, c'est de la volonté politique, ce courage politique et cette volonté infaillible pour la défense des Européens.

Voilà l'enjeu, voilà le message, voilà l'horizon que le Parlement européen doit envoyer aux chefs d'État et de gouvernement pour les 60 ans des traités de Rome.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Jest prosta zasada, której powinniśmy się trzymać: zasada „tyle-ile” – tyle wspólnych instytucji i kompetencji, ile wspólnych wartości i interesów. Instytucje powinno się tworzyć dla wzmocnienia prowadzonej polityki, dla zwiększenia jej efektywności, a nie zamiast polityki. Instytucje bez ludzi, którzy podejmują decyzje, nie będą prowadzić żadnej polityki, do niczego nie doprowadzą. To w czasach, kiedy Europa Środkowa była pod dominacją sowiecką, władza miała zawsze jedną receptę: dajcie nam więcej władzy, problemy się rozwiążą. Myśmy mieli parę istotnych prób w ostatnim czasie, w ostatniej dekadzie: najazd rosyjski na Gruzję, wojna na Ukrainie, fala imigracyjna, która również miała ze względu na przemysł nielegalnej imigracji swój wymiar bezpieczeństwa. Generalnie mówiąc, wypadliśmy słabo, więc wzmocnijmy tak naprawdę politykę, a potem będziemy myśleć o budowie instytucji. A na początek niech rząd Republiki Federalnej zatrzyma budowę Nord Stream 2.

David McAllister (PPE). – Mr President, I guess we all agree that rapidly changing geopolitical circumstances and serious security threats characterise the international environment. I firmly believe No European country can address these challenges alone, and to overcome national prerogatives and double structures that impede the efficiency of EU security and defence policy, we have to be more flexible. I welcome, therefore, that for instance, the Foreign Affairs Council on 6 March underlined that 'the permanent structured cooperation could facilitate the development of Member States' defence capabilities and strengthen European defence cooperation'. Therefore I urge our Member States now to make full use of the legal instruments provided by the Treaty of Lisbon in this field. We need to join forces and to become more flexible to ensure the security of our Union. I would like to thank and congratulate Michael Gahler and Esteban González Pons for an excellent report.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident! Die Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte ein gutes Beispiel sein für einen europäischen Mehrwert. Ja, Zusammenarbeit bei der Forschung würde wahrscheinlich Effizienzgewinne garantieren. Mich macht in diesem Zusammenhang aber immer wieder besorgt, dass viele Berichte zu diesem Thema mit leichter Hand zum Teil erhebliche Finanzmengen fordern, um die verschiedenen Elemente der neuen gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu finanzieren. Die europäische *Defence Agency* soll Gemeinschaftsinstitution werden, das gemeinsame Hauptquartier für sicherheitspolitische Missionen ist beschlossen. Die Kommission schlägt im neuen mittelfristigen Finanzrahmen 500 Mio. EUR für die Verteidigungsforschung vor.

Das alles trifft auf einen heute bereits chronisch unterfinanzierten Haushalt. Und ich finde daher, dass dieses Haus in diesem Zusammenhang ehrlich sein muss: Wollen wir diese Kosten aus diesem Haushalt aufbringen? Das bedeutete weniger Geld für zivile Forschung, weniger für Regionalhilfe, weniger Geld für den Schutz der Außengrenzen und die Versorgung von Flüchtlingen.

Ich bin überzeugt, das können wir uns nicht leisten. Seien wir dann doch bitte so konsequent und verlangen von Kommission und Rat, dass diese gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch eine entsprechende Erweiterung des nächsten mittelfristigen Finanzrahmens finanziert wird!

Michèle Alliot-Marie (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Messieurs les rapporteurs, enfin un message en vue de la concrétisation d'une Europe de la défense. Il est porté par deux rapports tout à fait remarquables.

Après un élan, qui a été d'ailleurs porté par plusieurs pays dans les années 2000 à 2007, reconnaissons en effet que l'Europe de la défense a stagné. Avec l'apparition de nouvelles menaces et de nouveaux défis géostratégiques et géopolitiques – notamment sur notre sol européen –, il est devenu évident que l'Europe, pour protéger ses propres citoyens et pour peser sur le plan diplomatique mondial, doit s'organiser en matière de défense. Plutôt que de chercher à innover, à tout prix, mettons concrètement à profit, comme le proposent les rapports, les possibilités que le traité de Lisbonne nous offre, et qui n'ont toujours pas été mises en cause.

D'abord l'engagement de tous les États membres à augmenter leur budget de défense, à hauteur de 2 % du PIB, et je souligne que rien n'interdit que les crédits de défense soient sortis des critères de Maastricht, ce qui ne serait que justice à l'égard des pays qui, aujourd'hui, font tout l'effort pour les autres.

Il y a la mise en place d'une capacité militaire de planification et de conduite des opérations qui a trop longtemps été refusée par l'un des pays membres de l'Europe, il y a aussi l'amélioration aussi de la coopération avec l'OTAN ou l'amélioration de la recherche et du développement.

Voilà des efforts concrets qu'il faut, si nous voulons que l'Europe devienne une véritable puissance politique au niveau mondial. Le problème, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, c'est de savoir si elle en aura réellement la volonté et le courage politique.

Boris Zala (S&D). – Mr President, we are on the verge of a new era in Europe and defence and security. What Europe needs is a closer integration in intelligence and law enforcement. How can we protect Europeans – say, from a major terrorist attack – when our national security services do not share information with each other? How can we protect European institutions and values from Russia's hybrid warfare if each Member State works on the basis of its own intelligence? But it also concerns any future defence union. How can we plan a common military or civilian mission if there is no shared assessment of the situation on the ground? Europe needs its own intelligence agency. This is no longer a luxury or some Euro-federalist dream. If you understand the problems, you know it is a strategic necessity, not a new bureaucracy. It is precondition for European strategic autonomy.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, quiero comenzar felicitando a los ponentes, los señores Gahler y González Pons, por su informe.

El deterioro de nuestro entorno de seguridad, los cambios en el escenario internacional y la revolución tecnológica hacen preciso que avancemos en la política europea de seguridad y defensa, una dimensión hasta ahora poco desarrollada.

Como señala bien el informe, los Tratados contienen ya los elementos necesarios para ir dotándonos de esa capacidad de seguridad y defensa autónoma que deseamos; pensemos, por ejemplo, en la cooperación estructurada permanente. Ahora, de lo que se trata es de voluntad política para aprovechar y desarrollar estos artículos del Tratado. En este sentido yo celebro los pasos dados por el Consejo Europeo, sin ir más lejos la semana pasada, y por el Consejo de Asuntos Exteriores, y también las medidas que está adoptando la Comisión.

Estamos, como todos sabemos, en un momento delicado para la Unión Europea y, al mismo tiempo, creo que nuestros ciudadanos nos piden más Europa en materia de seguridad y de defensa. La Unión puede salir así reforzada gracias al desarrollo de la defensa, que ofrece un horizonte positivo, más allá del *brexit* y de las dificultades actuales.

Termino con una obviedad: este avance en materia de defensa debe ir acompañado de una política exterior cada vez más cohesionada.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, 60 χρόνια από τη Συνθήκη της Ρώμης οφείλουμε να προχωρήσουμε σε περισσότερη πολιτική ενοποίηση όχι μόνο γι' αυτούς που θέλουν αλλά και γι' αυτούς που μπορούν, γιατί πολύ φοβάμαι ότι αυτοί που μπορούν συνεχώς θα μειώνονται. Χρειαζόμαστε αλληλεγγύη στα δημοσιονομικά, στο προσφυγικό, στην άμυνα. Η ενοποίηση στην πολιτική άμυνας και ασφάλειας θα μας δώσει τη δυνατότητα να κάνουμε περισσότερα με λιγότερα χρήματα. Είναι αδιανόητο χώρες όπως η Ελλάδα, που είναι σε μια δύσκολη οικονομική κατάσταση, να αφιερώνουν σημαντικό ποσοστό του ΑΕΠ για τον τομέα αυτόν και συγχρόνως πλουσιότερες χώρες να διατηρούν πολύ λιγότερες δαπάνες. Αυτή η πρακτική δεν σημαίνει αλληλεγγύη και υπονομεύει σε βάθος χρόνου την ασφάλεια των λαών της Ευρώπης. Τέλος, ιδιαίτερα μετά την εκλογή του κυρίου Trump στις Ηνωμένες Πολιτείες, είναι απαραίτητο να συνεργαστούμε, ώστε η Ευρωπαϊκή Ένωση να αποκτήσει δομές που θα της επιτρέπουν να δρα με ευελιξία και αυτονομία πέρα από την ευρωατλαντική συμμαχία.

Андрей Ковачев (PPE). – (Началото на изказването е заглушено) ... години. Тя създава неотложна необходимост за Европейския съюз да стабилизира региона в своето съседство, Западните Балкани, Източното партньорство, Северна Африка и Близкия Изток. Това налага общата политика на сигурността и отбраната да престане да бъде книжен тигър и да бъде изпълнена със съдържание.

Необходимо е изграждане на общ капацитет за гарантиране на сигурността на европейския континент, без да се дублират дейностите на НАТО. Това включва укрепване на устойчивостта срещу хибридни заплахи, включително и пропагандни такива, принос за сигурността на границите, както и действия, свързани с киберсигурността, енергийната и морската сигурност.

Европейските граждани очакват от нас решения и нека не се заблуждаваме – ако ние не ги предложим, то има доста други в крайно ляво и крайно дясно, които ще предлагат и ще се опитват да получават подкрепа. Необходима ни е политическа воля.

Приветствам решението за създаване на постоянен щаб за планиране и провеждане на операции, което е важна крачка по пътя към отбранителния съюз. Важно е да бъде ускорена работата по изграждане на постоянното структурно сътрудничество, което да бъде отворено обаче към всички страни на Европейския съюз, които искат това. Никоя страна не трябва да бъде изключвана.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Dėkoju kolegoms Michael Gahler ir Esteban González Pons už puikiai parengtą pranešimą. Tema ypatingai svarbi, nes sparčiai blogėjančio saugumo sąlygomis kaip niekada būtina įgyvendinti BSGP tikslus. Visų pirma reikia sustiprinti ES operacinį pajėgumą, kad, reikalui esant, Europos Sąjunga galėtų imtis realių veiksmų užtikrinant taiką ir užkertant kelią ginkluotiems konfliktams. ES, jos teritorijai ir piliečiams kylančios saugumo ir gynybos grėsmės yra bendros ir viena valstybė narė atskirai jų įveikti negali. ES turi nedelsdama kurti vieningą ir veiksmingą gynybos sistemą, kuri, deja, iki šiol nebuvo sukurta. Tai niekaip nepakenks nacionaliniams suverenumui, nes šią politiką vykdo valstybės narės. Jos yra politikos subjektai. Mums būtinas aiškus transatlantiniuose santykiuose, kurio šiuo metu trūksta. Būtent šiame kontekste turime iš naujo subalansuoti ir išplėsti strateginę ES ir NATO partnerystę, siekiant užtikrinti suderinamumą, vystyti bendrus pajėgumus, išvengti veiksmų ir struktūrų dubliavimo.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, bezpečnostní rizika pro Evropskou unii se za posledních deset let změnila. Chceme-li jim čelit, potřebujeme je definovat. Proto zpráva žádá Radu a vysokou představitelku, aby vypracovaly Bílou knihu EU o bezpečnosti a obraně, jež bude obsahovat definici hrozeb.

Rád bych upozornil na jedno současné nebezpečí, které by mělo být v bílé knize popsáno. Je to nebezpečí, které přímo nabourává koncept budoucí kooperace mezi EU a NATO. Toto nebezpečí se jmenuje: reanimace evropského komunismu. Není tajemstvím, že například čeští komunisté včetně našich kolegů europoslanců už dnes otevřeně volají po vystoupení České republiky z NATO. Pokud se opět dostanou k moci, a to je reálné, neboť komunisté jsou v České republice třetí nejsilnější stranou v parlamentu, dosáhnou svého cíle rozbít NATO zevnitř. Nepodceňujte komunismus, paní Mogheriniová.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Danke an Michael Gahler und González Pons für einen klaren, engagierten und sehr substanziellen Bericht. Wir handeln aus Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Es geht was voran in der Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Die Außen- und Verteidigungsminister haben ein EU-Militärzentrum beschlossen, weil sie erkannt haben, dass wir vor internen und externen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Bedrohungen stehen, die kein Land alleine lösen kann. Wir haben zu wenig Geld, zu wenig Personal, zu wenig Effizienz.

Das Europäische Parlament legt in dieser Debatte noch einen Zahn zu. Wir wollen, dass die permanente strukturierte Kooperation – gemeinsam planen, gemeinsam forschen, gemeinsam beschaffen – intensiviert wird und alle Mitgliedstaaten teilnehmen. Wir benötigen eine Erweiterung der Aufgaben der europäischen Verteidigungsagentur. Wir benötigen einen europäischen Verteidigungsministerrat, und ich sage, auch einen europäischen Verteidigungsminister, der mit der Außenministerin gemeinsam die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorantreibt. Gehen wir schneller voran als bisher – der Bericht möge die richtige Initialzündung geben.

Zgłoszenia z sali

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, considering our geopolitical circumstances and the conflicts in our wider neighbouring region – be it in Ukraine, Syria, or Libya – it is obvious that in the area of defence policy, Europe needs a common sense of direction and purpose, and a vision that is up to the threats we face.

Establishing a common European defence policy would make sense both economically and politically. As we squander billions of euros by maintaining parallel structures, which weighs upon our efficiency, European added value is evident through more cost-effective capacities, more interoperability and more common spending on research.

As regards political considerations, with the globally deteriorating security environment – including, at our doorsteps, at the 60th anniversary of the Treaty of Rome – revisiting the ideas of the founding fathers on closer military integration in order to reinforce our security at home and act externally for peacekeeping and conflict prevention externally makes more sense than ever.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come evidenziato dai relatori, i mutamenti della geopolitica internazionale, gli attentati terroristici avvenuti non solo in Europa, e il persistere dei conflitti in diverse aree del mondo rendono certamente indispensabile una risposta unitaria rispetto a rischi e minacce dai quali i singoli Stati non possono difendersi da soli.

Una difesa comune, nell'ambito delle possibilità offerte dal Trattato di Lisbona, richiede però un nuovo modello di *governance*, con il coordinamento e l'impegno degli Stati membri, rafforzando gli strumenti e le agenzie già esistenti.

Tuttavia, se in coerenza con le esigenze di garantire la sicurezza esterna e la sicurezza interna, fra loro indissolubilmente collegate, è necessario assicurare adeguate risorse di bilancio all'azione di difesa comune, non si devono però sacrificare le azioni e le iniziative per sostenere i cittadini, soprattutto i più vulnerabili.

Solo a queste condizioni la difesa comune potrà essere davvero un valore aggiunto per l'Europa.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, budimo jasni. Dok ova Europska unija ne bude imala jasnu obrambenu snagu, čvrstu sigurnosnu politiku i vojnu snagu, nećemo biti do kraja uvažavani partner praktički nigdje. Možemo imati dobrih političkih ideja, možemo imati mirovne inicijative, ali bez ozbiljne vojne snage Europska unija neće biti do kraja kredibilan svjetski igrač. Primjer Sirije je najbolji primjer. U Siriji ratuju Rusija i SAD. Dogovaraju se i o ratu i o miru, a krizu iz Sirije osjećamo mi i mi se raspadamo zbog toga. Zbog migrantske krize se raspadamo.

Dakle, moramo biti kredibilni do kraja kako bismo zaista iskoristili ono što nam predstoji, a to je da obranimo interese naših građana i da stvorimo pravu sigurnosnu i obrambenu uniju.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, δεν μπορεί να αποκρυφτεί από την Ευρωπαϊκή Ένωση και τις κυβερνήσεις της ότι κοινός παρονομαστής όλων, και των πέντε αντιδραστικών σεναρίων για το μέλλον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αποτελεί το ζήτημα της άμυνας και της ασφάλειας. Προβάλλεται μάλιστα ως το προνομιακό έδαφος για την οποιαδήποτε, χαλαρότερη ή πιο ενισχυμένη, συνεργασία ανάμεσα στα κράτη μέλη. Οι εξαγγελίες, οι συναντήσεις, οι εκθέσεις-λαγοί του Ευρωκοινοβουλίου σαν κι αυτήν συνηγορούν στο ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση ενισχύει τη στρατιωτικοποίησή της με παγκόσμια στρατηγική, Λευκή Βίβλο Άμυνας, ευρωπαϊκή αμυντική ένωση, ευρωστρατό. Συμπληρωματικά με το NATO και αυτοτελώς, η Ευρωπαϊκή Ένωση επιδιώκει να ανακτήσει έδαφος απέναντι στη στρατιωτική υπεροχή των Ηνωμένων Πολιτειών, της Κίνας και της Ρωσίας. Η διεθνής καπιταλιστική κούρσα των εξοπλισμών, στην οποία επιδίδεται ιδιαίτερα η ελληνική κυβέρνηση, φανερώνει ότι τα σύννεφα του πολέμου πυκνώνουν με επίδοκο τον έλεγχο των ενεργειακών πηγών των δρόμων μεταφοράς τους. Και εδώ εντάσσεται η επιθετικότητα της Τουρκίας στο Αιγαίο, για την οποία τόσο η Ευρωπαϊκή Ένωση όσο και το NATO κάνουν τα στραβά μάτια. Απέναντι σε όλους αυτούς και όλα αυτά οι λαοί να είναι οργανωμένοι προετοιμασμένοι σε επαγρύπνηση.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, συγχαρητήρια στους δύο εισηγητές γι' αυτή τη φιλόδοξη τους έκθεση. Το κοινό μας μέλλον και συμφέρον περιλαμβάνει κοινή άμυνα. Το μέλλον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, λέχθηκε, θα εξαρτηθεί από τη στάση που θα τηρήσουμε στο θέμα αυτό. Ήδη αναφέρθηκαν δύο επείγοντες λόγοι: η συμπεριφορά της Ρωσίας και ο απομονωτισμός του Trump. Ωστόσο, για να έχουμε αξιοπιστία στα λόγια μας, θα πρέπει όντως να αισθανθούμε ότι τα εξωτερικά σύνορα της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι εξωτερικά σύνορα ολονών μας, από τις Βαλτικές χώρες μέχρι το Αιγαίο και την Κύπρο. Το νομικό πλαίσιο της συνθήκης της Λισαβόνας είναι επαρκές για να προχωρήσουμε. Το άρθρο 2 ορίζει ότι η Ένωση οφείλει να παρέχει στους πολίτες της χώρο ελευθερίας, ασφάλειας και δικαιοσύνης. Ωστόσο το άρθρο 2 παραβιάζεται ήδη στην Κύπρο, όπου η Τουρκία κατέχει παράνομα ευρωπαϊκό έδαφος της Κυπριακής Δημοκρατίας.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ακούσαμε πολλά μεγάλα λόγια και παχιά για τη δήθεν κοινή πολιτική άμυνας και ασφάλειας. Αυτό που έχουμε σήμερα σε σχέση με την Ελλάδα είναι η επιθετικότητα της Τουρκίας, η οποία παραβιάζει τον εναέριο χώρο, παραβιάζει τα χωρικά ύδατα· πριν λίγες ημέρες μία τουρκική κανονιοφόρος κανονιοβόλησε μέσα στα ελληνικά χωρικά ύδατα στο Φαρμακονήσι. Έχουμε αμφισβήτηση της ελληνικότητας των Ιμίων.

Τι έχει κάνει η Ευρωπαϊκή Ένωση απέναντι στην επιθετικότητα της Τουρκίας; Μερικές χλιαρές ανακοινώσεις. Κατά τα άλλα νίπτει τας χείρας της. Εγώ πιστεύω ότι όλη αυτή η προσπάθεια για κοινή άμυνα και ασφάλεια επί της ουσίας αυτό που κάνει είναι να χρηματοδοτήσει το στρατιωτικό-βιομηχανικό κατεστημένο στην Ευρωπαϊκή Ένωση, να ενισχύει την κερδοφορία των βιομηχανιών παραγωγής στρατιωτικού εξοπλισμού, να στρατιωτικοποιήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση και να ανοίξει μια επιθετική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης απέναντι στον αναπτυσσόμενο κόσμο.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, una politica comune di difesa è più che mai necessaria. Occorre un impegno prioritario degli Stati membri per creare un percorso politico basato su risorse e capacità condivise e su una pianificazione coordinata a livello di Unione.

Gli Stati possono beneficiare di un quadro normativo e funzionale sufficiente e coerente dopo la riforma apportata alla politica di sicurezza e di difesa comune dal Trattato di Lisbona. La sicurezza e la difesa costituiscono un ambito a chiaro valore aggiunto europeo, se solo si considerano le stime secondo le quali ciascun euro investito nella difesa genera un rendimento di 1,06 EUR. Ma il rafforzamento della capacità operativa dell'Unione vale molto di più se si considera il costo della non Europa che deriva dal mancato mantenimento della pace, della prevenzione dei conflitti e del rafforzamento della sicurezza europea.

Nella costante ricerca della giusta dimensione politica e operativa in materia di politica di sicurezza e di difesa comune, questo Parlamento deve però svolgere un ruolo di reale primo piano.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρώπη χρειάζεται να αποτελέσει έναν νέο παγκόσμιο πόλο προαγωγής της ειρήνης και της συνδιαλλαγής λαών και εθνών. Αν γίνουμε και εμείς ένας τρίτος ή τέταρτος στρατιωτικός πυλώνας, τότε υπηρετούμε μόνο τον πόλεμο, τη μετανάστευση και τη φτώχεια ως αποτέλεσμα των πολέμων αυτών. Ιδιαίτερα η προσπάθεια για σύνδεση με το NATO με ανησυχεί ιδιαίτερα. Σε καμιά περίπτωση δεν πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να γίνει βραχίονας ενός άλλου οργανισμού.

Θα σας πω όμως το εξής: Θα αναθεωρήσω, αγαπητοί συνάδελφοι, εάν μου πει κάποιος εδώ, εκπρόσωπος του Συμβουλίου ή εκπρόσωπος της Επιτροπής, πως, όταν γίνουν όλα αυτά που λέει η Επιτροπή και το Συμβούλιο, θα στείλει αυτός ο στρατός τις δυνάμεις του στην Κύπρο, για να διώξει τα τουρκικά στρατεύματα από ευρωπαϊκό έδαφος.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Ian Borg, *president-inOffice of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, I really appreciated the debate. I am here and once again on behalf of High Representative Mogherini. I appreciate the work of the rapporteurs but also the contribution of the House. Security and defence will remain high on the EU's political agenda in the coming weeks and months, and the European Council asked to maintain the momentum and to continue the work with determination and speed.

More than ever, it is imperative that Europeans take more responsibility for their own security, and therefore Member States, together with the help of institutions, will continue to work hard to fulfil these ambitions and take forward the actions needed to make the European Union stronger, more effective and, ultimately, safer.

Michael Gahler, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich will einige Punkte kurz reflektieren, die von den Kollegen angesprochen worden sind. Zunächst einmal herzlichen Dank für die breite Unterstützung, die diesem Bericht, glaube ich, zukommt. Wir werden eine gute Mehrheit dafür organisieren.

Zweitens bin ich mit allen Kollegen einverstanden, die gesagt haben, wir brauchen in dem Zusammenhang alle Aspekte der Außenpolitik, also von *soft skills* über starke Diplomatie, und da gehört dann auch die Entwicklungszusammenarbeit dazu. Ich versuche immer, das zusammenzufassen: Wir müssen in unserem Außenhandeln der Union von der Verbalnote bis zum Kampfpanzer alles glaubwürdig einsetzen können und natürlich versuchen, das mit möglichst friedlichen Mitteln zu erreichen.

Ich glaube auch, dass wir den Schulterschluss mit den Vereinten Nationen suchen müssen, wobei ich uns da auch nicht in absoluter Abhängigkeit sehe. Wenn ich jetzt zum Beispiel an den westlichen Balkan denke oder speziell an Bosnien und Herzegowina: Wenn es darum geht, Dayton zu verteidigen, könnte ich mir auch vorstellen, dass vielleicht von Russland ein Veto dagegen käme, wenn wir in Banja Luka verhindern, dass dort ein Referendum stattfindet. Von daher sollten wir uns in unserer unmittelbaren Umgebung vorbehalten, das Notwendige zu tun.

Ich finde es interessant, wenn es in manchen Fraktionen doch ein breites Meinungsbild gibt. In der ECR sieht man schon, da gibt es welche, die in der EU bleiben, und andere, die aus der EU austreten werden, und entsprechend ist da auch die Meinung eine etwas andere. Ich habe allerdings nicht verstanden, wenn man selber nicht in der NATO ist, dass man dann auf die NATO setzt und nicht die EU im Bereich Verteidigung aktiv werden lassen will.

Die Türkei ist eigentlich auch ein Argument dafür, sich aus der Abhängigkeit von der NATO – wenn nötig – herauszubewegen. Denn dann, wenn wir auf NATO-Ressourcen zurückgreifen müssen, kann auch ein türkisches Veto alles blockieren. Und ich möchte eigentlich kein Veto von einem Herrn Erdoğan in unseren eigenen Angelegenheiten haben. Von daher glaube ich doch, dass wir mit dem, was wir hier vorschlagen, auf einem guten Weg sind.

Esteban González Pons, *ponente*. – Señor presidente. No seremos una Europa unida de verdad hasta que la inquietud que sienten las Repúblicas bálticas por la proximidad de Rusia no se entienda en Portugal y en España. O hasta que en Suecia no se comprenda cuál es la situación de los europeos que viven en Chipre, o el miedo, o la inquietud con la que Grecia ve cuanto ocurre en Turquía. Si estamos divididos, somos débiles en todos los terrenos. Si nos defendemos juntos, somos fuertes y nos respetarán más.

El problema de cada europeo, pertenezca a la nación que pertenezca, tiene que ser el problema de todos los europeos y eso solo se consigue con una defensa común que, efectivamente -como decía el señor Jáuregui-, no tiene ni debe por qué costar más. Al contrario, si en lugar de veintisiete presupuestos tenemos un solo presupuesto, es evidente que ahorraremos dinero. Porque compraremos juntos, porque investigaremos juntos, porque crearemos unidades juntos.

Yo creo que es obvio que tenemos que crear el mercado europeo interior de la defensa, que servirá a las pequeñas y medianas empresas y que servirá a la investigación europea. Si de verdad aspiramos a hacer algo juntos alguna vez, lo primero que aprendemos desde el colegio, en el patio, en el recreo, después de clase, es que estás junto a alguien cuando te defiendes con alguien. Vamos a defendernos juntos, vamos a trabajar juntos por la seguridad de todos.

Y no tengo nada más que añadir, salvo muchas gracias a los que votarán a favor y a los que votarán en contra. Entre todos, hoy hemos hecho un poco más fuerte a Europa.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 16 marca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Eugen Freund (S&D), schriftlich. – Europas Stimme in der Welt Gehör verschaffen – die EU ist heute einflussreicher denn je, doch wenn es um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht, dominieren die einzelnen Mitgliedstaaten. Die Herausforderungen, denen die EU gegenübersteht, sind gewachsen: von der Krise in Syrien zur Bekämpfung der Armut in Afrika, von Energieabhängigkeit bis hin zu hybriden Bedrohungen. Aber auch die Präsidentschaft Trumps und der kommende Brexit erfordern ein geeintes Europa, das mit einer Stimme spricht, und zwar laut und deutlich. Eine echte gemeinsame Außenpolitik kann nur funktionieren, wenn sich die Mitgliedstaaten zu einer solidarischen Vorgangsweise bekennen und diese dann auch umsetzen. Dabei muss es auch eine starke Rolle für Länder wie Österreich geben, ohne dadurch die Neutralität in Frage zu stellen.

Die EU darf nicht in ihrer Zahlungsrolle hängen bleiben, sondern muss zum selbstbewussten Player werden. Diese Möglichkeit bietet der Vertrag von Lissabon. Frieden und Stabilität in Europa sind keine Selbstverständlichkeit. Sie erfordern aktives Handeln. Wir sollten davon absehen, weiter kostspielige Hauptquartiere zu finanzieren und weitere Finanzmittel einzufordern, ohne ihre tatsächliche Verwendung festzulegen. Vielmehr benötigen wir einen koordinierten Ansatz der EU-Mitgliedstaaten für eine zukunftsfähige, handlungsfähige und europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ana Gomes (S&D), por escrito. – Este é um relatório em que fazemos recomendações concretizáveis à luz do atual quadro jurídico da UE para uma efetiva cooperação na área da segurança e defesa.

Defendemos que a Agência Europeia de Defesa (AED) e o mecanismo de cooperação reforçada permanente (PESCO) devem ser tratados como instituições *sui generis* da UE e financiados pelo orçamento da União, orçamento que precisa de ser consideravelmente reforçado.

Destacamos o papel que a AED deve ter na coordenação entre Estados-Membros, nomeadamente no desenvolvimento de capacidades e na aquisição de equipamento, com ganhos económicos e de eficiência.

Pedimos a criação de uma sede permanente para a CSDP e o PESCO, e clarificamos que nenhum Estado-Membro que queira integrar o PESCO deve ser excluído.

Solicitamos a reforma do mecanismo Athena, para assegurar uma repartição equitativa dos custos operacionais e para que os Estados-Membros sejam encorajados a contribuir com forças, não ficando restringidos pelas suas capacidades financeiras.

Mais do que nunca, a UE precisa de se munir das ferramentas para assegurar a sua própria segurança e defesa, face a ameaças comuns a todos os Estados-Membros e com a imprevisibilidade crescente de agir no quadro da NATO, claramente arrombada por Trump, digam o que disserem os seus ministros.

17. Eine integrierte Politik der EU für die Arktis (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie z inicjatywy własnej sporządzone przez Urmasa Paeta w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych oraz Sirpę Pietikäinen w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie zintegrowanej polityki Unii Europejskiej wobec Arktyki (2016/2228(INI)) (A8-0032/2017).

Urmas Paet, rapporteur. – Mr President, the geopolitical importance of the Arctic is growing. The climate change effects and growing competition for access to the Arctic natural resources and increasing economic activities have brought opportunities but also risks to the region. This also includes challenges to security. The Arctic has long been an area of constructive international cooperation and it has remained a low-tension cooperative regional order in the world. We want to keep it that way. We need to keep the Arctic a low-tension area. There is a need to avoid the militarisation of the Arctic.

The EU has a long-standing engagement in the Arctic. Three EU Member States are full members of the Arctic Council and seven others are observers. Considering that the EU is the world's leading funder in the Arctic, it should finally be able to become an observer as well.

All of the EU Arctic Member States, as well as some other states, have their own national Arctic strategies, which include a security dimension, but the EU does not have such a strategy. Our report foresees the need for a more coherent EU internal and external policy, an Arctic strategy and a concrete action plan on the EU's engagement in the Arctic taking into account all the aspects. That includes the foreign and security dimension.

The geopolitical developments in the Arctic region affect the security situation in northern Europe and globally. Cooperation in the Arctic has been good between countries, but we cannot bury our heads in the sand. We need to acknowledge the increased activities of Russia in the Arctic, the opening of military bases and their increased military presence in the Russian Arctic.

The report acknowledges the fact that Russia is more and more active in the Arctic region and that cooperation with Russia in this area must be continued with the aim of keeping the Arctic a low-tension area.

The European Union should contribute in building civilian security mechanisms as well as in enhancing crisis and disaster management capacities, search and rescue infrastructure and support the development of infrastructure in the European Arctic, including infotechnology, and communications.

There are three paragraphs in this report that were introduced during the Committee on Foreign Affairs/Committee on the Environment, Public Health and Food Safety joint committee votes that have caused concern in the Arctic Member States. These paragraphs talk about the ban on the oil and gas extraction in the Arctic that has an important energy security dimension for the European Union.

First and foremost, oil and gas extraction in the Arctic is a sovereign decision of the Arctic states, as manifested in the United Nations Convention on the Law of the Sea, Article 77. The EU should not call for a ban on something that is a sovereign right of a state under international law.

Secondly, it is important for the energy security of the EU. Gas accounts for about 25% of Europe's primary energy demand. Norwegian gas covers more than 20% of the European consumption. More than half of the remaining resources are expected to be located north of the Arctic Circle. If we propose to ban the oil and gas extraction for the EU and EEA Arctic states, as proposed by these paragraphs, then we are deliberately putting ourselves in a more vulnerable position.

What we do want is to have oil and gas extraction in the Arctic that these in line with safety regulations in the strongest terms, which is also already the case as regards EU and EEA Arctic countries.

I would also like to thank my co-rapporteur, all the shadow rapporteurs and all of my colleagues for good cooperation in preparation of this report.

Sirpa Pietikäinen, esittelijä. – Arvoisa puhemies, haluan ensimmäisenä kiittää esittelijä Urmas Paeta erittäin hyvästä yhteistyöstä, kuten myös kaikkia kollegojani ENVI- ja AFET-valiokunnissa. Uskon, että meidän yhteinen viestimme on selkeä, kuten jo tässä kuulimme: Euroopan unionin on korkea oikea aika terästää arktista politiikkaansa. Ensinnäkin Euroopan unioni on arktinen toimija, koska kolme sen jäsenvaltiosta sijaitsee arktisella alueella. Toiseksi, aivan niin kuin turvallisuuspolitiikassakin, arktisen alueen muutokset ja haasteet tulevat koko EU-alueelle meidän haasteiksemme ja meillä on erityisvelvollisuus ja vastuu oman ilmastopolitiikkamme ja oman luonnonvarojen käyttömme osalta ottaa huomioon arktisen alueen erityispiirteet.

Me kaikki tiedämme, että arktisella alueella ilmastonmuutos etenee noin kaksi astetta nopeammin kuin muilla alueilla. Me tiedämme, että esimerkiksi jäiden sulaminen viimeisen vuosikymmenen aikana on ylittänyt kaikki ennusteet, ja sama näyttää jatkuvan. Me tiedämme, että arktinen alue on erityisen haavoittuva alue, jossa sekä aikajänteeltä että kerrannaisvaikutuksilta mitattuna vaikutukset ovat moninkertaisia: paljon pidempiä, usein herkemmin peruuttamattomia, kuten esimerkiksi metsäkadossa tai kalakantojen pilaantumisessa, ja ne heijastuvat useisiin erilaisiin ekosysteemeihin ja elämissen mahdollisuuksiin.

Jos pilaamme tämän haavoittuvan alueen luonnonvarojen kestävästä käytöstä, tuhoamme emme ainoastaan arktista ainoaltauista aluetta, mutta omalta osaltamme keskeisin osin kiihdytämme ilmastonmuutosta, tuhoamme ja uhkaamme puhtaan veden saantimahdollisuuksia ja vaikutukset globaaleihin kalakantoihin ovat pysyviä ja dramaattisia. Tämä yhdestoista hetki Euroopan unionille korostuu siksi, että surullista kyllä, paradoksaalista kyllä, juuri ilmastomuutoksen vuoksi kilpajuoksu luonnonvaroista pohjoisille ja arktisille alueille kiihtyy.

Siksi selvä viesti tässä mietinnössä on, että EU:lla pitää olla vahva vastuu ja vahva rooli Arktisessa neuvostossa toimijana, jotta saamme pääperiaatteen rauhanomaisen yhteistyön, joka perustuu tutkimusyhteistyön ja rauhanomaisen yhteistyön periaatteelle, ja jotta saamme käytäntöön arktisen ympäristövaikutusten arvioinnin, jossa otetaan huomioon sekä moninkertainen aikajänne, helpommin syntyvät pysyvät tuhot että myös nämä moninkertaiset kerrannaisvaikutukset, silloin kun kyse merkittävistä luonnonvarojen käyttöhankeista, kuten esimerkiksi kaivannaisteollisuudesta tai energiateollisuudesta.

On aivan olennaista myös ottaa huomioon alkuperäiskansojen oikeudet. Ainoat Euroopan alueen alkuperäiskansat sijaitsevat arktisilla alueilla ja niinpä mietintö myös vaatii heille omaa edustusta sekä taloudellista tukea edustukselle EU-politiikassa. Se myös korostaa tukea kestäville investoinneille, erityisesti sellaisille, jotka perustuvat puhtaaseen teknologiaan, parempaan informaatioteknologian käyttöön ja kestäviin investointeihin.

Lopuksi, mutta ei vähiten, tarvitsemme yhä enemmän tietoa. Siksi vaadimme mietinnössä myös pysyvää arktista tieto- ja tiedekeskusta sekä pysyvää rahoitusta sille.

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, on behalf in particular of my colleagues Vice-President Mogherini and Commissioner Vella, I would like, on behalf of the Commission to welcome this own-initiative report on an integrated European Union policy for the Arctic presented by the two rapporteurs.

Our joint communication sets out an integrated policy framework for dealing with the challenges and the opportunities in the Arctic and for enhancing the EU's already substantial presence in the region. Such a framework is needed because developments in the EU and the Arctic are interlinked in many ways, as we have just heard. The impact of the EU on the Arctic, and indeed of the Arctic on the EU, is becoming increasingly clear and pressing.

Our communication focuses on three priorities. First, we must address the challenges facing the Arctic by responding to climate change and protecting the Arctic environment. The Arctic is warming, as we have heard, twice as fast as the rest of the world, but that affects not just the region itself, but also the rest of the world.

The Arctic is home to 4 million people. Our second priority must therefore be to support its sustainable development, so that it is a place where people can continue to live, study and work. Our joint communication highlights that safeguarding the Arctic's fragile environment and the sustainable development of the region can and must go hand in hand. It is not sustainable to only consider the economic development without due regard to the rich biodiversity and the consequences of climate change in the region, and it is not possible to aim to protect the fragile environment without considering the needs of the local communities and the potential for developing a vibrant economy in a sustainable way. This balancing effort is at the centre of everyone's attention on Arctic matters, including national and local authorities of the Arctic States and also in multilateral fora. So it is no surprise that the draft resolution before you today shows that it has also been discussed extensively in this House.

Our third priority is to strengthen cooperation with our Arctic partners, to address the challenges and opportunities we are discussing. Challenges like climate change are on a scale too big for any one state tackle alone, so international cooperation is, obviously, key.

Across all these areas we have sought to emphasise the crucial role of science, research and innovation, and we have stressed the role of those who inhabit the Arctic, including indigenous peoples, in this process. We have included the Arctic within our recent initiative for better international ocean governance. The challenges that our oceans face today do not recognise national boundaries, therefore stronger efforts are needed globally to address governance issues in this context.

Again, thank you very much for this report and the opportunity to discuss these important subjects.

Jarosław Wałęsa, *rapporteur for the opinion of the Committee on Fisheries*. – Mr President, one of the key points for the Fisheries Committee in giving an opinion on this important topic was to advocate that any further development of commercial fisheries in the Arctic region must take place in compliance with international agreements relating to this area. The right to fish, in fact the right to equal access to natural resources of the archipelago of Spitsbergen, is guaranteed by a non-discrimination clause of the Spitsbergen Treaty which was signed by all major European countries. Unfortunately, we are witnessing unjustified and gradual appropriation of fish resources in the area and preferential treatment of Norway, which is not respecting the provisions of international agreements. This leads European fishermen to bankruptcy, as well as allowing Norway to disregard and disrespect the European Union as a partner. We cannot accept this. Therefore, it is imperative that we fully address this issue in this report. In this context, I have tabled an amendment and I ask colleagues to support it.

Jens Nilsson, *föredragande av yttrande från utskottet för regional utveckling*. – Herr talman! När det regionala utskottet yttrar sig över Arktis och hade en diskussion om det var det fokus på regionen och regionens förutsättningar att utvecklas. Det finns ju faktiskt ett samarbete mellan de fjorton nordligaste regionerna i Finland, Sverige och Norge, NSPA – *Northern Sparsely Populated Areas*, där det bor 2,5 miljoner människor. Där måste det också säkras en utveckling. Det som vi har sagt och som nu finns med i vårt gemensamma yttrande är att vi måste se till att tillräckliga medel ur sammanhållningsspolitiken och fonderna också finns i dessa glesa områden, med hänvisning även till anslutningsfördraget för Finland och Sverige från 1994.

Vi understryker också både urbefolkningens och lokalsamhällets betydelse. Kommissionen borde gå armkrok med regionerna i detta område. Här bor det nämligen människor som är otroligt aktsamma om Arktis, men som också vill överleva. Jag är särskilt glad över att vi har med frågan om inrättandet av ett informationscentrum för Arktis, eftersom det behövs i den här regionen.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich bedanke mich bei den beiden Ko-Berichterstatlern für einen guten Bericht, der hier sicherlich eine breite Mehrheit bekommen wird.

Wir haben als Europäische Union ein großes Interesse, in vielfältigen Bereichen als Partner in der Arktis mit denen zusammenzuarbeiten, die dort ihre eigenen Territorien haben. Es ist gut, dass wir drei Mitgliedstaaten haben, die auch Vollmitglieder im Arktischen Rat sind und da sicherlich auch unsere Interessen mitvertreten. Wir als Europäische Union können in den verschiedenen Politikbereichen einiges anbieten, weil wir dort gut sind, und im Bereich Forschung und in anderen Bereichen – auch im Umweltschutz – viel Erfahrung haben, auch aus anderen Gegenden. Ich finde aber, wir sollten uns in den Bereichen zurückhalten, wo wir keine eigenen Kompetenzen haben. Wir haben leider im Ausschuss einen politischen Inhalt mitbeschlossen dergestalt, dass wir den Staaten – auch außerhalb der EU – vorschreiben wollen, dass wir ein Bohrverbot für Öl und Gas anstreben sollten. Ich glaube, da gehen wir über unsere Kompetenzen hinaus, insbesondere auch deswegen, weil wir das innerhalb der EU auch selber gar nicht als *acquis* haben.

Von daher hoffe ich, dass wir diesen Aspekt in der Endabstimmung noch aus dem Bericht herausbekommen. Wie gesagt, es geht darum, partnerschaftlich mit den Anliegern zu verfahren, um auf diese Art unsere Interessen optimal zu vertreten. Da bin ich zuversichtlich, dass wir das auch erreichen werden.

Liisa Jaakonsaari, *S&D-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, olen todella iloinen, että tässä mietinnössä korostetaan voimakkaasti kansainvälistä yhteistyötä ja sitä, että yhteistyö tapahtuu tasa-arvoisesti väärttien kumppaneitten kanssa, ja siinä noudatetaan kansainvälistä lakia ja oikeutta. Tämä työ on itse asiassa toiminut näin hyvin ja on todella mielenkiintoista, että vaikka maailmassa on paljon jännitteitä, arktisilla alueilla yhteistyö esimerkiksi Venäjän kanssa on toiminut erittäin hyvin, ja sitä tässä mietinnössä korostetaan.

Esittelijä Paet sanoi aivan oikein, että Euroopan unionin suuri tavoite on päästä Arktisen neuvoston pysyväksi tarkkailijaksi. Miksi me emme jo ole? No yksinkertaisesti sen takia, että Euroopan parlamentti on suututtanut Kanadan. Se, että Kanada vastustaa ja että Venäjäkään ei ole oikein Euroopan unionin ystävä, on jarruttanut tätä. Meidän tärkein liittolaisemme, kumppanimme ja tukijamme on ollut Norja. Minä vähän pelkään, että jos me tässä mietinnössä nyt sanomme esimerkiksi, että porauksen on loputtava nimenomaan arktisilla alueilla, siellä missä Norja on korkeiden standardien mukaisesti porannut öljyä ja kaasua – onneksi meillä ei ole oikeutta sanoa sitä, koska tämä on INI-mietintö eikä mitään lainsäädäntöä – niin kyllä me menetämme yhden hyvän tukijan pääsyllemme Arktisen neuvoston pysyväksi tarkkailijaksi.

Tärkeintä on nyt se, että me saamme sellaisen mietinnön, joka on tasapainoinen, joka kunnioittaa suvereenien maiden oikeuksia tehdä omia ratkaisuja, ja kiiruhdamme sitä, että komissio todellakin teettää meillä ja tekee sen arktisen strategian, joka on yhdeksän vuotta ollut tekeillä. Varmasti parlamentti antaa siihen täyden tukensa.

(Puhuja suostui vastaamaan sinisen kortin kysymykseen (työjärjestyksen 162 artiklan 8 kohta)).

Heidi Hautala (Verts/ALE), sinisen kortin kysymys. – Arvoisa puhemies, minusta on hieman ongelmallista, että kollega Jaakonsaari puhuu siitä, että nyt täytyy kunnioittaa maiden omia suvereenia ratkaisuja. Ikään kuin ilmastonmuutos ei olisi meidän kaikkien yhteinen asia, ikään kuin ei olisi tärkeää, että Euroopan unioni tekee kaikkensa, jotta Arktisessa neuvostossa ja muilla kansainvälisillä foorumeilla saadaan aikaan vähitellen täyskielto arktiselle erittäin vaarallisille öljyn poraukselle. Minkä takia Te tätä nyt haluatte rinnastaa siihen, että meidän pitää päästä Arktisen neuvoston jäseneksi tai tarkkailijaksi?

Liisa Jaakonsaari (S&D), vastaus sinisen kortin kysymykseen. – Kollega Hautala, korostin sitä, että arktisten alueiden politiikassa on päästy juuri yhteistyöllä ja toinen toisiamme kunnioittamalla eteenpäin. Tätä kuvaa *Nordic spirit*, dialogin merkityksen korostaminen. Juuri siksi minusta ei ole oikein ja on kohtalokasta Euroopan unionille, jos me menemme sanomaan joillekin maille, että teidän täytyy lopettaa öljyn ja varsinkin kaasun poraaminen, vaikka te käytätte esimerkiksi korkeimpia mahdollisia normeja ja olette hyvin ympäristöystävällisesti hoitaneet asioita. Miksi me samalla alistamme itsemme paljon huonommin tehdylle Venäjän energialle ja riippuvuudelle Venäjän energiasta?

Jørn Dohrmann, for ECR-Gruppen. – Hr. formand! Jeg vil gerne tale lidt om de tre kontroversielle punkter, som handler om olie og gas. Selve idéen med denne betænkning er at styrke den europæiske udenrigspolitik i Arktis, men når EU-politikere vil fortælle de arktiske stater, hvordan de skal forvalte deres egne naturressourcer, underminerer man fuldstændigt den idé.

EU skal ikke bestemme over ikke-EU-landes olie og gas! Punktum!

Lige nu taler vi parlamentarikere så meget om energisikkerhed. Vi vil ikke være afhængige af olie og gas fra Mellemøsten og fra Rusland, siger vi. Hvad ligner det så at sige til vores vigtigste leverandør, Norge, at de skal indstille deres aktiviteter?

Det er ikke hele Arktis, der er bundfrossen. Den arktiske cirkel strækker sig langt mod syd, ud af de isfyldte vande. Det er ikke ret gennemtænkt at tale om sådanne forbud. Tror man, at det bliver lettere at få støtte til, at EU skal blive medlem af Det Arktiske Råd med sådanne udmeldinger?

At forslaget til dels er fremsat af Femstjernebevægelsen og det finske venstrefløjsforbund er én ting, men at socialdemokraterne har støttet op om denne linje, er fuldstændigt uforståeligt og tåbeligt.

Anneli Jäätteenmäki, ALDE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, EU on arktinen toimija ja sillä pitää olla arktista aluetta koskeva oma ulkopoliittikka ja oma strategia. Sellainen, joka perustuu kestävään kehitykseen, mutta on samalla realistinen ja huomioi jo kunnioittaa alueen jäsenvaltioita. Alueella asuu yli neljä miljoonaa ihmistä, joten se ei ole mikään mitätön alue. Siellä asuu enemmän ihmisiä kuin monissa pienissä EU:n jäsenvaltioissa yhteensä, joten samalla kun puhumme ympäristöstä, meidän tulee huomioida myös näiden ihmisten mahdollisuudet elää, saada toimeentuloa ja myös liikkumismahdollisuudet.

Arktinen alue on monella tapaa herkkä ja äärimmäinen alue. Arktinen alue tulee tulevina vuosina ja vuosikymmeninä muuttumaan kenties enemmän kuin koko ihmiskunnan aikaisemman historian aikana. Tämä johtuu ilmastonmuutoksesta, joka etenee juuri näillä napa-alueilla. Ilmastonmuutoksella on laajakantoisia vaikutuksia ihmisiin, ympäristöön sekä elämisen edellytykseen tuolla alueella. Ympäristön, ihmisten elämän ja resurssien käytön kokonaisuuden on oltava tasapainossa. Eri toimijoiden intressit ovat joiltakin osin ristikkäisiä, joten tasapainon etsiminen voi olla vaikeaa, mutta siihen on pyrittävä ja se kyllä löytyy. Tämän tasapainon etsiminen on arktisen alueen, sen valtioiden ja ihmisten ja EU:n tärkein tehtävä kaikilla mahdollisilla foorumeilla. Resurssien käytön osalta on pidettävä mielessä arktisen alueen luonnon haavoittuvuus ja se on tässä mietinnössä pyritty mahdollisimman hyvin ottamaan huomioon, kuten myös muuttenkin ihmisten elämisen edellytykset.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, lämmin kiitos hyvästä yhteistyöstä esittelijöille ja varjoesittelijöille. Haastavassa asiassa työ sujui erittäin rakentavalla tavalla. Elämämme ajassa, jossa kansainväliset suhteet ovat kiristyneet joka puolella maailmaa, ja se näkyy myös arktisessa mietinnössä. Olemme sitoutuneet tekemään kaikkemme, jotta ilmastonmuutos saadaan hallintaan ja arktisella alueella ilmaston vaikutukset näkyvät nopeammin ja ne heijastuvat ympäri maailmaa.

Arktisen alueen tulevaisuutta on lähestyttävä ympäristön ja alueen alkuperäisväestön oikeuksien näkökulmasta. Jos emme kykene sopimaan asioista yhteistyössä neuvotellen, jää myös mietinnössämme mainittu ja ilmaistu huolenpito alueen alkuperäisväestön oikeuksista ja esimerkiksi puhtaan teknologian mahdollisuuksista lähinnä sanahelinäksi.

Toivon, että kykenemme löytämään ratkaisut, joilla fossiilisten polttoaineiden käyttö arktisilla alueilla vaihtuu ympäristöystävällisempiin vaihtoehtoihin. Meillä on velvollisuutemme sekä alueen ihmisiä että ympäristöä kohtaan ja siksi toivon, että meillä Euroopassa riittää rohkeutta toimia välittäjänä, hakea yhteisiä ratkaisuja, kyetä neuvottelemaan ja muis-tamaan, että rauhanomainen tie on loppujen lopuksi se kaikkien paras valtti myös arktisen alueen tulevaisuuden osalta. Tuen lämpimästi kollega Pietikäisen ajatusta arktisesta keskuksesta ja sen rahoituksen varmistamisesta.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! I november var det vårväder i Arktis. I februari uppmättes 3 plusgrader på Grönlands nordligaste spets inte långt från Nordpolen. Forskare har larmat om nya värmer-ekord på hela 20 grader över det normala. Med samma temperaturhöjning i Sverige skulle vi haft badväder mitt i vintern.

Isarna smälter för varje dag som går allt snabbare, och när det vita istäcket ersätts av mörkt vatten absorberas solens strålar i vattnet, värmer upp det och på så sätt smälter isarna också av det varmare vattnet underifrån. Vi vet att de som kommer att drabbas allra mest av de smälta isarna är människor i låglänta områden som till exempel Bangladesh och små önationer i Stillahavsområdet.

Där vi gröna ser en kommande klimatkatastrof ser tyvärr andra en affärsmöjlighet. Under istäcket vilar ju nämligen mer av de fossila bränslen som har orsakat uppvärmningen från första början. Vi gröna vill därför förbjuda exploatering av olja, gas och andra naturresurser, som riskerar att skada klimatet och den känsliga arktiska miljön. Vi vill inrätta nya nationella reservat och ett internationellt moratorium i arktiska vatten. Bara så kan vi skydda Arktis och bara så kan vi nå de klimatmål som vi själva har ställt upp för oss.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, ce rapport relatif à une politique intégrée de l'Union européenne pour l'Arctique comporte incontestablement de très bonnes intentions. Qu'il s'agisse de préserver l'écosystème de cette région septentrionale, de garantir les droits des populations autochtones ou d'appuyer la recherche scientifique, nous ne pouvons qu'être d'accord. Néanmoins, l'implication accrue de l'Union européenne dans cette partie du monde, notamment via le Conseil de l'Arctique, n'est pas souhaitable, d'une part, parce que l'action de l'Union européenne dans ce domaine est moins légitime que celle des États sur le plan international et d'autre part, parce que cela diminuerait l'influence de certains États membres qui en sont des actifs historiques ou, à l'instar de mon pays, la France, des membres observateurs.

Enfin, ce texte juge nécessaire de réaffirmer – je cite – les intérêts de l'Union face à la Russie. Comme souvent, cette dernière se retrouve montrée du doigt par l'Union européenne, alors qu'elle devrait être notre partenaire naturel.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Arkties regiono svarba milžiniška, ją vis labiau suvokia pasaulis. Klimato kaita, atsiveriantys nauji navigacijos maršrutai, nauji žvejybos ir gamtos išteklių plotai, didėjanti konkurencija siekiant pasinaudoti Arktimi ir jos gamtos ištekliais daugelį šalių skatina aktyviau veikti šiame regione. Tarp aktyviausių veikėjų šiuo metu dominuoja Rusija. Matome ir Kiniją, kuri, nors geografiškai neturi prieigos prie Arkties, savo dalyvavimą jos resursų eksploatavime grindžia tuo, kad Arktis ir jos turtai priklauso visai žmonijai, o ne vienoms šalims, kurios priklauso Arkties regionui. Europos Sąjunga nuo seno turi įsipareigojimų Arktyje: ES valstybės narės dalyvauja Arkties tarybos darbe, Europos Sąjunga, kaip jau minėta, laukia, kol jai šioje taryboje bus suteiktas stebėtojo statusas. Labai svarbu, kad Arktis išliktų mažos įtampos regionu ir būtų išvengta šio regiono militarizavimo. Su dideliu susirūpinimu stebime pokyčius regione, kur Rusija steigia karines bazines, įkūrė Arkties karinę apygardą. Europos Komisijos komunikate tikrai trūko dėmesio saugumo Arktyje aspektams, todėl gerai, kad Globalioje strategijoje į tai atkreiptas dėmesys. Mes, Europos Sąjunga, turime skirti gerokai daugiau dėmesio ir resursų Arkties politikai įgyvendinti. ES neabejotinai reikia labiau integruotos visą apimančios Arkties politikos. Ir baigdamą noriu pasakyti, kad pritariu tam, ką sakė kolega J. - Wałęsa ir remiu jo pateiktą pataisą.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! I gamle dage sendte man en kanariefugl med arbejderne ned i kulminerne. Det var, for at fuglen kunne advare dem, hvis ilten var ved at slippe op. Kanariefuglen var nemlig følsom og mærkede iltsvind før kulminearbejderne. Kanariefuglen var simpelthen vigtig for overlevelsen. Arktis er jordens kanariefugl! Arktis viser os klodens sande tilstand. Arktis viser os, at klimaforandringerne er her, og at de er voldsomme. Isen på Nordpolen er smeltet i større omfang og ved hurtigere hastighed, end nogen ekspert havde forudset. Så lige nu alarmerer Arktis hele verden om, at vi skal tage klimaforandringerne dybt seriøst. Og det gør vi i denne betænkning.

Det er også vigtigt at huske på, at klimaforandringer hverken er skabt i Arktis eller af landene i Arktis. Men områdets luft, vand og borgerne dér skal leve med konsekvenserne af klimaforandringerne.

Når vi i Europa-Parlamentet har udarbejdet denne betænkning, er det, fordi vi gerne vil sende vores budskab til det arktiske område om, at området har betydning for os, både sikkerhedspolitisk, miljømæssigt og klimamæssigt, og at området er vigtigt for kloden generelt.

EU skal tilbyde landene i Arktis en dialog og et tæt samarbejde om at bekæmpe og mindske klimaforandringerne og hjælpe til med at beskytte den fantastiske natur, der findes. Deres udfordringer er vores alle sammens ansvar. Luftforureningen i Arktis kommer primært fra Asien, Nordamerika og Europa, og vandforureningen er skabt af transportere fra kontinent til kontinent. Det er altså vores ansvar også at være med til at sikre, at vi får reduceret denne her forurening.

Vores betænkning indeholder en lang række forslag til, hvordan vi kan beskytte miljøet og klimaet. Det er vigtigt, at vi hjælper til, men det er også vigtigt, at vi gør det på en måde, hvor vi går i dialog med landene omkring Arktis, så vi sammen i et værdigt samarbejde kan gøre noget ved klimaforandringerne og miljøforureningen.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Madam President, there are Polish interests in the Arctic and therefore I express my disapproval of a drilling ban as well as the concept of selective engagement with Russia. Why, after a negative experience in the eastern neighbourhood and in Syria, after military steps taken in the Arctic by Russia, should we expect peaceful cooperation there?

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospođa predsjednice, pozdravljam izvješće kolegice Pietikäinen i kolege Paeta. Smatram da je to jedan veliki korak naprijed prema integriranoj politici Europske unije što se tiče Arktika i da je ta politika prijeko potrebna kako bi zapravo Europska unija zauzela vodeću poziciju u pregovorima u Vijeću za Arktik zbog toga što je očuvanje Arktika globalni prioritet i nije samo regionalna činjenica odnosno regionalni problem na koji moramo obratiti pažnju.

Ono što bih također istaknuo je da smo vjerojatno svi vidjeli satelitske snimke NASA-e ili drugih agencija koje pokazuju kako se s godinama smanjuje površina leda na Arktiku. I ne smijemo to zapravo promatrati kao priliku za biznis koji hoće upravo to gledati kao poklon da može dalje istraživati i eksploatirati naftu i plin. I zato se zalažem za moratorij na istraživanje i eksploataciju nafte i plina na Arktiku kako bi ga sačuvali za budućnost i kako bi zapravo osigurali održivost razvoja zemalja koje bi bile ugrožene povećanjem razine mora.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – We hebben actie nodig, actie om Noorwegen en ook Rusland ertoe te dwingen het Verdrag van Spitsbergen uit 1920 eindelijk te respecteren. Dat is noodzakelijk voor de overige doelen die wij voor onze Noordpoolstrategie nastreven: optimale maar duurzame benutting van grondstoffen en eerbied voor internationale verdragen.

Nu Noorwegen al jarenlang onze haringvisserij de toegang tot de wateren rond Spitsbergen ontzegt en vele schepen uit angst om opgebracht of aan de ketting gelegd te worden, in hun havens blijven liggen, moet Europa optreden en reageren. In 2015 moesten Nederlandse haringvisserij vluchten voor de Noorse kustwacht uit angst aan de ketting gelegd te worden. Noorwegen daagt de Europese Unie uit en laat ondertussen de Russische vissers gewoon toe en laat hen met rust. Noorse rechters hebben het optreden van de eigen Noorse marine en kustwacht tegen onze sneeuwkrabvisserij terecht veroordeeld en nog luistert Noorwegen niet. Laten we helder zijn: de twaalfmijlszone respecteren wij. De wateren rondom Spitsbergen buiten de zone zijn volgens internationaal recht toegankelijk voor onze vissers, ook voor de visserij van sneeuwkrab en ook voor andere commerciële activiteiten en verdragspartners. De Noorse houding is zeer verontrustend en werpt een schaduw over de toekomst van de Atlantische visserij en de Europese exploratie van de Noordpool.

Wij moeten Noorwegen krachtig tot de orde roepen: blijf in de toekomst van onze vissers van Spitsbergen af. Wij moeten actie ondernemen voor onze vissers, voor het internationaal recht en voor andere belangen.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhora Presidente, a biodiversidade do Ártico e a natureza dos seus ecossistemas dão-lhe uma importância crítica para o equilíbrio biológico, químico e físico de todo o planeta. A exploração industrial dos recursos coloca, pois, desafios especiais no Ártico e apela à urgente cooperação internacional.

A destruição dos gelos boreais está já a libertar metano dos solos de *permafrost*, ampliando assim o aquecimento global. Ir mais além é como alimentar um fogo com gasolina.

O Ártico deve ser visto como o nosso canário numa mina de carvão, como disse a colega Schaldemose, um sistema de alarme para acelerar ações que reduzam os processos humanos que ampliam o aquecimento global.

Explorar recursos do Ártico tem de ser visto com grande preocupação. Uma nova fonte exploração de recursos fósseis não será compatível com as ambições de uma economia descarbonizada e com o Acordo de Paris.

A União Europeia encontra-se numa posição privilegiada para facilitar a cooperação e o diálogo entre os países interessados. Três princípios devem emergir: proteção, uso sustentável e precaucional e cooperação internacional. O facto é que as economias atuais vivem num estado de toxicodependência de energia fóssil, uma alcoolémia civilizacional de que não estamos a querer sair.

Abrir no Ártico o «cabaret de la dernière chance», onde, desajustados, iremos beber mais e mais, e mais um copo, será o derradeiro sinal da imprudência civilizacional.

Mark Demesmaeker (ECR). – Het kwetsbare Noordpoolgebied is zonder meer in gevaar. De smeltende ijskap en de toenemende menselijke activiteiten vormen een ernstige bedreiging. De temperaturen stegen er de voorbije jaren bijna twee keer zo snel als het globale gemiddelde. Bovendien is er een bewezen wisselwerking tussen onze activiteiten en de Noordpool. Wij beïnvloeden het milieu en klimaat op de Noordpool en omgekeerd. Ook het geostrategisch belang van het gebied kan nauwelijks worden overschat.

De resolutie beklemtoont terecht het belang van stabiliteit in het Noordpoolgebied voor mens, milieu en economie. Ik zal de tekst voluit steunen, ook de paragrafen die vragen een halt toe te roepen aan olie- en gaswinning in het Noordpoolgebied. De ontginning van olie en gas op de Noordpool was altijd al controversieel. Het is bijzonder risicovol voor milieu en ook erg duur. De uitdagingen op het vlak van energiezekerheid mogen geen vrijgeleide geven aan Noordpoololie, integendeel. Precies de omschakeling naar een koolstofarme samenleving die de EU minder afhankelijk maakt van fossiele brandstoffen, moet onze energiezekerheid verbeteren.

Marco Affronte (Verts/ALE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, siamo di fronte a uno strano paradosso. Noi abbiamo aggredito e sfruttato tutte le risorse del pianeta come se fossero infinite e senza vedere un domani, senza pensare alle conseguenze. Questo ha causato dei danni all'ambiente enormi, tra i quali il peggiore di tutti consiste proprio nei cambiamenti climatici.

Adesso i cambiamenti climatici hanno le loro ripercussioni gravissime su un ambiente molto delicato, che è l'Artico, e noi, invece che ergerci a difendere questo ambiente che sta subendo gravemente le conseguenze dei cambiamenti climatici, lo vediamo come una nuova frontiera di risorse da sfruttare nuovamente senza pensare alle conseguenze e soltanto a un certo punto, guardandoci indietro, vedremo quello che abbiamo causato.

La relazione del Parlamento è buona: contiene punti importanti che possono dare un segnale forte. Chi causa questi cambiamenti climatici e lo sfruttamento dei fossili? Fermiamo almeno in quella zona lo sfruttamento delle risorse fossili.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, the Arctic area is not only a common environmental or economic programme. The Arctic is more and more becoming a vast region of international competition for natural resources, transport corridors and specific interests, with increased military importance.

The EU has to play a relevant and constructive role here. The minimum would be to become a full observer on the Arctic Council. Achieving this status has been blocked by Russia, which is a main beneficiary in the Arctic region. The absence of the EU has had adverse effects on territorial cooperation and on a whole range of policies. The EU could also facilitate the setting up of cross-border e-governance and e-services structures for the whole region.

The call for a total ban on offshore drilling in the Arctic waters and on extraction of Arctic oil and gas may be unbalanced and impractical, because Norway has been extending oil drilling and exploring. I am especially concerned that Greenland will thus be forbidden to make use of its fishing resources and oil resources. What we need is a specific policy, a strategy by the Commission to defend EU interests in this area.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, os tempos que vivemos exigem posições claras de todos os atores globais e da União Europeia, em particular, nos domínios mais sensíveis para a sustentabilidade do planeta.

Os sinais dados pela nova administração americana e o possível contágio de outros exploradores globais de recursos é um grande risco para o planeta, mas, ao mesmo tempo, abre uma janela de oportunidade para a liderança europeia na transição para a economia verde e azul.

Realço, por isso, a importância deste relatório de iniciativa. As condições ambientais dos mares do Norte são tão sensíveis e vulneráveis, que mesmo uma ligeira perturbação da sua estrutura pode ter consequências irreversíveis.

A região do Ártico já está a sofrer os impactos das alterações climáticas, com a aceleração do degelo dos glaciares. O aumento da exploração das reservas de petróleo e gás na região aumentaria o desequilíbrio dos seus ecossistemas.

Por isso, num contexto de transição energética em todos os domínios da sociedade e, em particular, nos transportes, uma abordagem cautelosa, como a proposta no relatório em apreciação, parece-me a mais adequada.

Linnéa Engström (Verts/ALE). – Fru talman! Först av allt vill jag tacka föredragandena, Urmas Paet och Sirpa Pietikäinen, för deras hårda arbete, som har resulterat i ett mycket bra betänkande efter omröstningen i utskottet – ett resultat som jag verkligen hoppas ska stå sig i morgondagens omröstning i plenum.

Istället i Arktis smälter allt snabbare för varje år som går. När isen krymper, blottas områden där ingen tidigare har fiskat. Det är i princip det enda området på jordens yta som är helt orört av människan. Samtidigt är det allt fler fartyg som fiskar med bottentrål och allt längre norrut i och med att isen smälter.

Vi saknar fortfarande vetenskap om dessa sårbara ekosystem i Arktis. Vi i EU måste därför verka för ett totalt moratorium för industriellt fiske och ett förbud mot användning av bottentrålar i de vatten där inget fiske tidigare har ägt rum.

Vi behöver också upprätta ett marint skyddsområde i de internationella vattnen runt Nordpolen där all utvinning, inklusive olja, gas och fiske, förbjuds.

Det är viktigt att EU driver frågan för att skydda Arktis från all typ av exploatering. Om vi ska nå våra klimatmål med maximalt 1,5 grads uppvärmning, måste all utvinning av olja och gas förbjudas. Jag uppmanar alla att rösta för ett stopp av oljeborrning i dag.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Caros Colegas, são grandes os desafios sociais, ambientais e económicos na região do Ártico: uma população escassa e dispersa por uma vasta área, o efeito dramático das alterações climáticas, a concorrência crescente no acesso aos seus recursos naturais e minerais e a abertura de novas rotas de navegação e de zonas de pesca. O Ártico é, ao mesmo tempo, uma região de crescente importância geoestratégica.

Por tudo isto, o nosso debate assume particular importância, a que não é alheio o facto de vivermos, hoje, um tempo de incertezas e de ressurgimento de perigosas políticas protecionistas, que abrem uma incógnita sobre o futuro da região do Ártico.

As avaliações científicas mostram-nos bem que se trata de um ecossistema frágil e em risco, que tem mais de metade das zonas húmidas do mundo, cujo volume de gelo marinho presente durante o Verão baixou mais de 40 % em 35 anos, e que o aumento da temperatura tem crescido a um ritmo aproximadamente duas vezes superior ao da média global.

Caros colegas, as alterações climáticas no Ártico têm um importante impacto nas regiões costeiras à escala mundial, inclusive na União Europeia. A erosão da costa e o aumento do nível das águas dos oceanos são apenas alguns dos problemas ambientais provocados pelas alterações climáticas no Ártico que, um pouco por todo o mundo, se vão sentindo de forma drástica.

Considero, pois, que este relatório de iniciativa é um importante passo para que a União Europeia venha a desempenhar um papel de liderança na salvaguarda das fragilidades ambientais do Ártico e dos direitos fundamentais dos povos indígenas e das populações locais. Mas, caros colegas, o tempo urge e o momento é de ação e não de meras intenções.

Catch-the-eye-Verfahren

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea deve agire rapidamente a salvaguardia dell'Artico per evitare una militarizzazione dell'area e preservare il fragile ecosistema dai cambiamenti climatici e dalla competizione aggressiva per le risorse naturali.

Dobbiamo innanzitutto assicurare una cooperazione pacifica nella regione artica. L'ambiente artico è particolarmente fragile e richiede politiche accorte che favoriscano uno sviluppo sostenibile, che tenga conto della peculiarità dei luoghi. Auspicabile sarebbe una riduzione delle attività estrattive di petrolio e gas ma anche un blocco delle trivellazioni *offshore* per la ricerca di combustibili fossili.

L'Unione europea deve adoperarsi nelle sedi internazionali per favorire una strategia condivisa per l'Artico che consenta di raggiungere l'obiettivo di un'economia a basse emissioni di carbonio.

C'è un rischio di sovrasfruttamento anche delle risorse ittiche, è essenziale determinare i livelli di pesca che permettono di preservare stock ittici sulla base di valutazioni scientifiche, affidabili e prudenziali ma che potrebbero anche consigliare una moratoria della pesca industriale delle acque artiche.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ταχύτερη είναι η μείωση του όγκου των παγετώνων του Αρκτικού Ωκεανού και των γειτονικών του θαλασσών από το 1984 μέχρι σήμερα, ενώ τον Ιανουάριο καταγράφηκε η χαμηλότερη έκταση των θαλάσσιων πάγων στην Αρκτική και την Ανταρκτική. Η αυξανόμενη συγκέντρωση διοξειδίου του άνθρακα τα τελευταία 50 χρόνια έχει αυξήσει τη θερμοκρασία της επιφάνειας στην Αρκτική κατά 2 βαθμούς, και, ενώ η Αρκτική εκπέμπει σήμα κινδύνου, ο διεθνής ανταγωνισμός για την πρόσβαση στην περιοχή και την εκμετάλλευση των φυσικών της πόρων αυξάνεται. Η Ευρωπαϊκή Ένωση εντίνει την προσπάθειά της να ενταχθεί στο Αρκτικό Συμβούλιο, στοχεύοντας στην αύξηση της επιρροής της σε μια περιοχή που φέρεται να έχει τεράστια ανεξερεύνητα αποθέματα πετρελαίου και φυσικού αερίου. Υπολογίζεται ότι στην Αρκτική μπορεί να βρίσκεται μέχρι και το 25% των φυσικών αποθεμάτων του πλανήτη σε φυσικό αέριο και πετρέλαιο. Η στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την Αρκτική πρέπει να εστιάζει κυρίως στην προστασία και τη διατήρηση της περιοχής καθώς και στην προώθηση βιώσιμων χρήσεων των πόρων της.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Europos Sąjunga kaip globalus žaidėjas neturi teisės ignoruoti tokių didelių ir svarbių regionų kaip Arktis. Arktyje susikerta daug esminių interesų, t. y. : teritorijų pasidalinimas tarp kaimyninių valstybių, energetinių resursų, esančių tenai, panaudojimas, svarbių ir naujų transporto maršruto atsiradimas, gautų išteklių išsaugojimas atsižvelgiant į klimato kaitą bei karinių pajėgumų didinimas ir jų platesnė dislokacija visame regione. Yra ir kitų problemų. Taigi kompleksinės problemos, kurios yra ypatingai akivaizdžios Arktyje kaip, pavyzdžiui, ekstremalus klimatas, iš vienos pusės, ir ten esantys didžiuliai gamtiniai resursai, tuo pačiu didelių investicijų reikalaujantys ir patrauklūs infrastruktūros projektai ir kita reikalauja plačios ir efektyvios partnerystės. Aš asmeniškai sveikinu Europos Sąjungos iniciatyvą imtis šių darbų ir tikiu, kad kartu galime pasiekti puikių rezultatų.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, θέλω να πω καταρχήν ότι συμφωνώ σε όλα σχεδόν με τους εισηγητές και είναι αλήθεια ότι, ενόσω αυξάνεται η γεωπολιτική αξία της Αρκτικής, τόσο αυξάνονται δυστυχώς και οι κίνδυνοι. Θα πρέπει να την προστατεύσουμε και να την κρατήσουμε μακριά από τους ανταγωνισμούς του κόσμου· να κρατήσουμε επιτέλους ένα χώρο στη γη μακριά από τους πολέμους και τους ανταγωνισμούς. Είναι το τελευταίο θεμέλιο για την παγκόσμια ειρήνη. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να δημιουργήσει πολιτικές συνεργασίας για άμβλυνση, αν όχι εκμηδένιση, των κινδύνων. Ό,τι δε κι αν γίνει στο θέμα των εξορύξεων πρέπει να γίνει με ειλικρινή διαβούλευση μεταξύ των κρατών της περιοχής αλλά και με τη συμβολή της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Madam President, many of you may not have noticed that Norway has just this week announced that they will open 93 new blocks in the very northernmost waters of the Barents Sea for oil drilling. I believe that with Norway being a part of the European Economic Area, a very close partner of the European Union, we have to care about that. Many colleagues have spoken very well about the alarming pace of climate change in the Arctic and believe me, a lot is at stake. If the Gulf Stream changes its course we will all be in trouble in the North.

I think we should not be polite to Norway and accept that they do this. I think we have to accept the wordings in the report that the Commission and the Member States should work very hard on international fora to get a full ban on Arctic oil drilling. It is also the most dangerous kind of oil drilling that there is.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Artico è un prezioso ecosistema che ha un ruolo cruciale nel regolare le correnti oceaniche e il clima dell'intero pianeta. Se si ammala lui, si ammala il mondo, che già non gode di ottima salute.

Ma la febbre della terra per alcuni è solo un'altra opportunità per trarre profitto. Mano a mano che i ghiacci arretrano a causa dei cambiamenti climatici, sfruttare queste acque ricche di vita e di risorse naturali diventa sempre più facile. La pesca intensiva, la navigazione, le trivellazioni in cerca di combustibili fossili minacciano questo ecosistema.

Il governo norvegese proprio questa settimana ha proposto un'espansione record di ricerca di petrolio e di gas nell'Artico. Il rischio di una corsa allo sfruttamento, oltre che a una catastrofe ambientale, può portare a tensioni geopolitiche e militari in queste acque internazionali e in questa terra che non devono appartenere a nessuno.

Accogliamo con favore questa relazione e chiediamo che l'UE sia l'alfiere di un nuovo modo di gestione di quest'area, che non deve essere sfruttata per le sue risorse ma che deve diventare piuttosto un grande spazio di ricerca e di monitoraggio dei cambiamenti climatici: un vero santuario artico.

Soprattutto chiediamo la promozione di un accordo internazionale di divieto totale di attività estrattive. L'Artico, come la nostra Terra, non l'abbiamo ereditato dai nostri padri: l'abbiamo preso in prestito da nostri figli.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you to everyone here this evening for this report first of all, and for this evening's debate which has been very valuable and which we will take fully into account as we implement our Arctic policy communication.

Just a couple of comments on that if I may. The EU-Arctic stakeholder forum has now been set up and has met on a number of occasions. We are also continuing to engage with Arctic indigenous people and local communities. The next Arctic stakeholder forum session and annual dialogue meeting will be organised in the context of the EU high-level event on Arctic policy, which is being organised together with Vice-President Mogherini in Finland in mid-June.

In terms of international ocean governance, and in particular the ongoing work on an international agreement to prevent unregulated fisheries in the central Arctic Ocean, the Commission hopes a deal on such an agreement might be reached in Reykjavik as early as next week.

Another point I would like to draw attention to is the International Polar Code which entered into force in January. It creates mandatory provisions covering safety and pollution prevention measures that apply to ships navigating through polar waters, and also includes guidance on implementation, design, construction, environmental protection, equipment, training and operational matters.

We are making progress on environmental policies that will contribute to the protection of the Arctic environment. We have just allocated funding to a project to address the problem of black carbon in the Arctic. On oil and gas, there is not, of course, any oil and gas exploration in the EU Arctic. Offshore activities are taking place in the territorial waters of third countries. We will continue to call for the highest standards both of accident prevention and environmental control. We can and we must remain vigilant and we need to continue to drive forward our shared objectives in close partnership with all the Arctic stakeholders.

Urmas Paet, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank all my colleagues and the Commissioner. While overall we have reached, I guess, a good agreement on this report, there is still, as we all realise, one open question on oil and gas extraction that we need to vote on tomorrow. I would just like to mention that the EU has outlined energy security as one of the cornerstones of the Energy Union strategy and as a key political priority, and this means less dependency on non-European countries and sources and also diversifying our own energy sources here in Europe. Also in 2014, the European Parliament itself underlined that the EU will be a main consumer of Arctic natural gas.

The second remark I want to make is that it should be very clear that the EU has to stick very strongly to international law whatever the developments in the Arctic area. Finally, I would like to conclude my statement by saying that we have worked long and hard with the co-rapporteur Sirpa Pietikäinen on this paper to take into account both the concrete environmental and security aspects. However, hopefully the report will give an impetus for a real EU-Arctic strategy that takes into account the realities on the ground, with a sustainable, environmental and conflict-free future in mind.

Sirpa Pietikäinen, *rapporteur*. – Madam President, firstly I would like to underline our special responsibility towards the indigenous people, namely the Sami people. Thank you to the Commission for taking some affirmative actions on this side. We are quite eager, as we should be, to tell third countries how to deal with their minorities and indigenous peoples, and indeed, this is something we should take better into account in our own activities. Then of course there is the question of Russia and other Arctic areas and the run for natural resources threatening their livelihoods and their right to land very seriously.

My second point would be the role of the EU in the Arctic. Tuna fish is not only a property and issue concerning Italy and Greece, and this is the point of our common fisheries policy and debate in general. So the Arctic itself is not the property of any country willing to claim so; it is a common heritage, like the fish, and this is, of course, underlined with the abundance of international agreements and conventions such as anglers or the role of the International Maritime Organisation (IMO), and so on. This is exactly why we need the EU to be stronger in the Arctic policy, in the Arctic Council and international negotiations. I welcome the Commission's announcement being very strong here. The EU is not the third party in the area; it is an Arctic actor, and this is something, I think, that the Commission, the Council and the EU as a whole should very clearly have in mind.

Lastly, I hope that they we can duly treat the Arctic as our common heritage. If we fail on that, we will also fail in many other policies.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 16. März 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Isabelle Thomas (S&D), par écrit. – Si nous sommes ici ce soir à parler de futures activités dans l'Arctique, c'est avant tout un drame pour notre planète, face auquel nous faisons contre mauvaise fortune bon cœur. S'il est indéniable qu'un nouvel espace d'activités humaines est en train de se dessiner, il est impératif que nous n'y reproduisions pas les mêmes erreurs qu'à terre, voire parfois qu'en mer. Il est impératif que cet espace soit appréhendé de manière concertée, entre tous les acteurs politiques et les possibles futurs usagers en mer. Pour ce qui concerne la pêche notamment, l'UE se devra de défendre dans les instances internationales l'approche de précaution et le développement durable qu'elle applique à ses eaux. Alors que nous venons d'adopter le gel de l'empreinte des activités de pêche profonde dans les eaux européennes, et depuis quelques années déjà dans la CPANE, nous devons l'envisager également comme une mesure de protection dans la zone Arctique. Mais attention, préserver les fonds marins vierges de la pêche profonde n'aura aucun sens si d'autres activités viennent les détruire de manière bien plus radicale et irrémédiable. Il faudra adopter une approche cohérente et équitable envers tous les usages.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Pone Pirmininke, Arkties regiono svarba auga mūsų šiuolaikiniame pasaulyje. Europos Sąjunga nuo seno turi su istorija, geografija, ekonomika ir moksliniais tyrimais susijusių išipareigojimų Arktyje ir turi didelę įtaką viso regiono politikai. Reikia atsižvelgti į tai, kad geopolitiniai pokyčiai Arkties regione taip pat veikia saugumo padėtį Šiaurės Europoje ir pasaulyje. Arkties regionas yra ypač pirmą kartą ir pažeidžiamas žmogaus veiklos. Pagrindiniu pasaulio bendruomenės tikslu turi būti Arkties ekosistemos pajėgumo išsaugojimas ir sustiprinimas. Šioje srityje gyvybiškai svarbų vaidmenį plėtojant Europos Arktį turi ES investiciniai ir struktūriniai fondai, skatinantys tvarų ekonomikos augimą bei kokybiškų darbo vietų į ateitį orientuotuose sektoriuose kūrimą. Todėl yra poreikis atsakingai bei saikingai vystyti Arkties gamtinius išteklius tokiu būdu, kad būtų išvengta dabartinės gamtos struktūros naikinimo. Šiuo tikslu reikėtų skatinti ir lengvinti bendradarbiavimą mokslo ir mokslinių tyrimų srityje tarptautinių visų suinteresuotųjų subjektų, veikiančių Arkties mokslinių tyrimų srityje. Komisijos pasiūlymas sukurti suinteresuotųjų subjektų forumą pagrindinį dėmesį skiriant vietos subjektams yra labai sveikintina iniciatyva.

18. Bericht 2016 über Montenegro (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Charles Tannock im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Bericht 2016 der Kommission über Montenegro (2016/2309(INI)) (A8-0050/2017).

Charles Tannock, rapporteur. – Madam President, this June will mark five years since Montenegro began accession negotiations. Having now opened 26 of the 33 chapters, with two of these provisionally closed already, the country's strong progress as an EU candidate is clear to all. In the key areas of chapters 23 and 24 concerning justice and home affairs, genuine reform by the government of Montenegro in these areas is evident. Of course tackling organised crime and corruption remains a priority, but it is important we recognise that at the political level reforms have been implemented, and so it is now the time to give the support that is needed for these changes to take root.

Last year was an important one for Montenegro. Parliamentary elections took place in October. There has been a change of prime minister – I was delighted to meet the new prime minister Marković earlier this year in Brussels – and the accession protocol to join NATO was signed. The elections were held under a new regulatory framework with individual voter registration and an electronic identification system in place. A government of electoral trust was formed in the few months preceding the election, which saw opposition parties in charge of over a dozen state organisations and several ministries, to ensure a level playing field before the election.

This followed concerns from some members of the opposition parties about the possibility of undue influence from the governing parties who could abuse or use administrative resources of the state. I believe that the solution was a pragmatic one, a fair one, and welcomed by all, and I was particularly pleased to see this resolved internally within Montenegro. International observers of the elections reported them to be free and fair, with fundamental freedoms generally respected by all. I am aware that there were some concerns about the closure of certain social media platforms on the day of the election, but this must be seen in the wider context of the allegations of a coup and assassination attempt against the then prime minister Đukanović and a backdrop of attempts to influence events by external parties. Indeed the closures in question were implemented by the Agency for Electronic Communication and lasted for a mere hour and a half.

With regard to the planned coup and assassination, judicial investigations continue, but there is a growing consensus amongst both the Montenegrin authorities and EU governments that the planned attack on the then prime minister was a real and credible threat. I remain deeply concerned about the situation and I believe that it is illustrative of the growing presence that Russia is seeking on the ground to exert on Montenegro, and other countries for that matter in the Western Balkans region. Intelligence linking Eduard Shishmakov, a Russian national and a known GRU agent, to the plot, supports claims of Russian participation. It is clear that there is an attempt now to prevent Montenegrin accession to NATO in May, and also to disrupt its EU trajectory.

It is for this reason that it is more important than ever for all the political parties to engage fully and properly in the parliamentary democratic process. The continued boycott of the parliament by the opposition is therefore very disappointing to friends of Montenegro, and extremely damaging to the long-term credibility of Montenegro's democratic processes and institutions. I am increasingly concerned by the motives of some regarding the parliamentary boycott, and I now call from this House on all of those taking part in the boycott to consider the effects of their actions and the forces that they are helping to legitimise by their continued participation in not going to parliament.

As Montenegro now seeks to join NATO later this year, I think it is key that we in this House demonstrate our support for that decision. NATO and the EU are of course two very separate institutions, but from the perspective of Montenegro the two together represent a Euro-Atlanticist pivot. For reasons discussed earlier in my speech it is an important time now to support that agenda and I hope that when we all vote tomorrow we will all feel minded to support the text as it is currently present in the resolution.

I have always described Montenegro, for the last seven years as the standing rapporteur, as a good news story of the Western Balkans, and I believe that this is still the case today. At the moment, however, we are hearing less and less good news stories from other countries in the region. I therefore welcome the recent visit of the High Representative Federica Mogherini to the region and wholeheartedly support her message that the door remains open to all countries of the Western Balkans towards EU membership. It is vital that we ensure this message gets across. Montenegro has shown how this can work, and I hope this will continue to be so for itself and all its neighbours.

Die Präsidentin. – Bevor ich Herrn Minister Borg das Wort gebe, möchte ich mein Verständnis dafür ausdrücken, dass Sie etwas verfrüht werden gehen müssen, weil Sie Ihr Flugzeug erreichen müssen. Ich bin sicher, dass Sie auf jeden Fall die Debatte noch im Internet nachhören werden und auch wissen, wie das Europäische Parlament zu dieser wichtigen Frage steht.

Ian Borg, President-in-Office of the Council. – Madam President, it is a great pleasure to be with you once again. You have been here all day since 9.00 in the morning, not least to discuss the 2016 report on Montenegro. As you know, the Western Balkans featured on the agenda of the Foreign Affairs Council and the European Council last week, and on both occasions Member States reconfirmed the European Union's engagement with the region, including through deepening political and the economic ties.

Last week the European Council conclusions clearly reaffirmed the unequivocal support for the European perspective of the Western Balkans. In this spirit, the Presidency is committed to advancing the enlargement process in full respect of the basic principles of conditionality and on merit.

Montenegro remains the frontrunner in the accession process and it made further progress last year. We welcome, in particular, the latest accession conference of 13 December, where it was possible to open two further negotiating chapters: Chapter 11 on Agriculture and Rural Development and Chapter 19 on Social Policy and Employment. With a view to advancing negotiations, the Council continues to pay close attention to Montenegro's progress in the rule of law, which, as per the negotiating framework, determines the overall pace of Montenegro's negotiation process.

As the report rightly points out, the legal framework and institutional set-up in this area are largely complete. Progress has been registered, but further implementation remains key, building on the results achieved so far and also leading to a strengthened and sustainable track record, in particular in the fight against corruption and organised crime.

The need for a continued focus on fundamental reforms is also something clearly expressed in your draft resolution and in the Commission's report. They spell out important challenges for Montenegro to ensure freedom of expression and media freedom, to pursue public administration reform, and to strengthen the independence of institutions. On the economic side, Montenegro needs to take measures to ensure fiscal sustainability, to control public, and to improve the trade balance and the business environment. Advances on the rule of law can make a significant contribution in this regard.

Whilst progress has been made, there are still a number of reforms which Montenegro needs to carry out. 2017 will be an important year for Montenegro's Euro-Atlantic integration, and we encourage the country to build on the progress already made and to take the reform process forward.

The process should not be considered merely as being an accession requirement, but a means leading to a more stable, prosperous and fair country. In this respect, one cannot over emphasise the importance of taking ownership of these reforms, which first and foremost are in the interest of, and to, the Montenegrin people.

We are well aware that Montenegro is currently facing a difficult political situation. It remains important for the government to maintain political commitment to the reform process and for all political parties to re-engage in a constructive dialogue, notably within the Parliament. The Council also closely followed Montenegro's parliamentary elections in October and took good note of the overall positive assessment by the OSCE. Alleged irregularities in the elections need to be investigated, along with follow-up to the recommendations by international election observers. The clear messages in your draft resolution are well appreciated.

I would also like to highlight two points regarding Montenegro's external relations. In the area of foreign policy, the country remains a reliable partner to the European Union. Let me use this opportunity to strongly commend Montenegro for its consistent cooperation in this regard and in particular for its full alignment with the EU common foreign and security policy.

Montenegro also continues to play a positive role in further developing regional cooperation and in advancing good neighbourly relations. In light of the overall situation in the Western Balkans, we should continue to highlight this point, as it actively contributes to the stabilisation of the very same region.

In summary, Montenegro continues to make steady progress in the EU accession negotiations and maintains its good cooperation with the EU and its neighbours in the region. Looking ahead, we hope to move the accession negotiations forward under our presidency by opening and provisionally closing those negotiating chapters which are technically ready with Montenegro.

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I would like to start, in particular on behalf of my colleague, Commissioner Hahn, by extending thanks to the rapporteur, Mr Tannock, for this very well-balanced report. Indeed, may I extend my thanks to all here who contributed to this important work.

As we have been hearing, Montenegro has made steady progress on its EU path. Rule of Law is the fundamental element that will continue to determine the pace of the accession negotiations. The revised legal and institutional framework is largely in place and now needs to deliver further results. Montenegro is strongly committed to regional cooperation, as ministers noted, and has good relations with its neighbouring countries. In the Western Balkan context that is no minor achievement. Let me also reiterate our praise for Montenegro's complete alignment with the EU's Common Foreign and Security Policy, as Mr Borg said. Montenegro is a country with a clear EU perspective and, undoubtedly, the front-runner in the EU integration process with, as we have heard, 26 chapters open for negotiation, two of which are provisionally closed. Opinion polls show overwhelming support for EU membership, so in many ways Montenegro is, indeed, the good news story in the region, if the rapporteur will forgive me for pinching his expression. There are, of course, certain challenges, and it is fitting to discuss these with you here this evening in a parliamentary setting.

Unfortunately, in Montenegro, parliament is half empty, as the opposition is boycotting the work of this key institution. We share the concerns already expressed over this, and the Commission's repeated message to all the political parties has been to work out a compromise and to return the political debate to parliament, where it belongs. A boycott is not a sustainable solution, even less for a negotiating country. As Montenegro stands at the doorstep of NATO, the external pressure on it is mounting, but we trust that the Montenegrin leaders in government and in opposition will be wise enough to put their differences aside and to work together to preserve the progress made in Euro-Atlantic integration over the years – in fact, since their independence. The October 2016 parliamentary elections were held under a substantially revised legal framework, and our assessment is based on the OSCE/ODIHR report. We now expect all political groups to return to constructive engagement and to work together to implement the ODIHR recommendations on further election reforms. Inclusive dialogue is crucial for elections and EU-related reforms, as well as the overall modernisation of the country. Furthermore, we expect the relevant domestic authorities swiftly and transparently to conclude the investigation of the election day events, in accordance with domestic laws and international standards.

We all, I am sure, look forward to the easing of political tensions and the continuation of the EU integration process, most notably the creation of a sustainable track record in the fight against corruption and organised crime. Fiscal imbalances should also be addressed in a determined way by implementing the approved budget and adopting a fiscal consolidation plan. Last week's European Council unequivocally reaffirmed the European perspective of the Western Balkans, so this is a good moment to build momentum. A balanced economic environment and strong sense of rule of law will bring the necessary business opportunities and investment to Montenegro. The EU is assisting with technical advice and financial investment, so that the journey towards EU membership can already bring benefits to Montenegrin citizens, ranging from students to entrepreneurs, from farmers to consumers.

Андрей Ковачев, *от името на групата PPE*. – С обръщането на Европейския съюз към собствените си вътрешни проблеми и последните промени във Вашингтон, в Западните Балкани се получи политически вакуум, който позволи на Русия да увеличи влиянието си в този регион. Това влияние води до засилване на геополитическото присъствие на Русия и поставяне под съмнение на евроатлантическата ориентация на страните от региона.

От друга страна, корупцията, зависимите медии и неефективната съдебна система в редица страни в региона позволяват на определени лидери да нагнетяват напрежението чрез националистическо говорене и междуетническо противопоставяне, като се представят за спасители на нацията, като в същото време тази риторика е прикритие за икономически престъпления и нелегални дейности.

В отворилия се балкански вакуум подобни националистически искри като референдума в Босна, опита за преврат в Черна гора, националистическото говорене в Сърбия срещу държави – членки на Европейския съюз като България, ситуацията в Македония, не са никак безобидни.

От една страна, ние трябва да изпратим категоричен сигнал, че страните от региона имат своята европейска перспектива и то с конкретна времева рамка. От друга страна, трябва да ги насърчим да ограничават националистическата риторика, антидемократичните злоупотреби и корупцията и да продължат с реформите в различни сектори, за да отговорят на критериите за членство.

В тази връзка не по-малко важно е да продължи и подкрепата за евроатлантическата интеграция на Западните Балкани, тъй като това е от ключово значение за стабилността и напредъка на региона. През 2016 г. отворихме вратата за Черна гора да стане член на Алианса. Досега 25 членки подписаха присъединителния протокол, за да може Черна гора да стане 29-ият член на НАТО.

Черна гора постигна стабилен прогрес в преговорния процес, като в момента 26 глави са отворени. Приветствам реформата в публичната администрация и в управлението в публичните финанси, създаването на антикорупционната агенция и стопроцентното съответствие на външната политика на страната с общата политика за сигурност и отбрана.

Призовавам за подкрепа на доклада на г-н Танък и особено поправките, които подкрепят посоката на Черна гора да остане по пътя на евроатлантическото развитие.

Νίκος Ανδρουλάκης, εξ ονόματος της ομάδας S&D. – Κυρία Πρόεδρε, το Μαυροβούνιο παραμένει ο πρωταθλητής των δυτικών Βαλκανίων στην πορεία προς την Ευρωπαϊκή Ένωση, 26 κεφάλαια από τα 35 έχουν κλείσει, εκ των οποίων τα 2 έχουν προσωρινά κλείσει. Θέλω να συγχαρώ την κυβέρνηση για τη σχετικά καλή διεξαγωγή των εκλογών, όπως επιβεβαίωσαν και οι παρατηρητές του ΟΑΣΑ. Ως Σοσιαλιστική Ομάδα χαίρετιζουμε τις προσπάθειες της χώρας όλα αυτά τα χρόνια, στην πορεία για την επιτυχή ολοκλήρωση των διαπραγματεύσεων.

Πρέπει όμως να αποφύγουμε τη μεταρρυθμιστική κόπωση, η οποία μπορεί να δημιουργήσει εμπόδια. Για τον λόγο αυτό, στο ψήφισμα, εκτός των σημαντικών μεταρρυθμίσεων που έχουν γίνει, τονίζουμε την ανάγκη επιπλέον προσπαθειών στους τομείς της δημόσιας διοίκησης, της ανεξαρτησίας της δικαιοσύνης, της καταπολέμησης της διαφθοράς και του οργανωμένου εγκλήματος. Περιμένουμε, ακόμα, δράσεις για την αντιμετώπιση της φοροδιαφυγής, των υψηλών κοινωνικών ανισοτήτων, της μακροχρόνιας ανεργίας και φτώχειας, εκμεταλλευόμενοι βέβαια και το πρόσφατο άνοιγμα του κεφαλαίου 19. Η κοινωνική πρόοδος είναι για εμάς ένας σημαντικός παράγοντας της ενταξιακής διαδικασίας.

Θα ήθελα επίσης να σημειώσω ότι η παρούσα έκθεση έρχεται σε μία αρκετά κρίσιμη περίοδο για τη χώρα. Την ημέρα των εκλογών φαίνεται πως κάποιοι επιχείρησαν να δολοφονήσουν τον πρώην πρωθυπουργό κ. Τζουκάνοβιτς και να ανατρέψουν τη νόμιμη εκλεγμένη κυβέρνηση. Ευτυχώς απέτυχαν. Αναμένουμε το πόρισμα των ερευνών μέχρι τα μέσα του επόμενου μήνα και καλούμε την Ευρωπαϊκή Επιτροπή και την Ύπατη Εκπρόσωπο να παρακολουθήσει στενά τις εξελίξεις. Θέλω επίσης να καλέσω τα κράτη μέλη καθώς και τις τρίτες χώρες να συνεργαστούν με τις αρχές του Μαυροβουνίου για την πλήρη και διαφανή εξιχνίαση της υπόθεσης. Στο πλαίσιο αυτό πρέπει να ευχαριστήσουμε τη Сербία για τον εποικοδομητικό της ρόλο. Η αντιπολίτευση, επίσης, θα πρέπει να αναγνωρίσει το αποτέλεσμα των εκλογών και να επιστρέψει στο Κοινοβούλιο, αποφεύγοντας δράσεις οι οποίες δυναμιτίζουν το πολιτικό κλίμα και διχάζουν την κοινωνία.

Anna Elżbieta Fotyga, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I congratulate Charles Tannock and share his assessment, in particular concerning the Euro-Atlantic integration and internal security. I would like to stress the necessity to make the positive processes in place more inclusive and also engage heavily in combating corruption. Not all signs of fatigue that are visible in Montenegro are due to Russia's influence.

Jozo Radoš, u ime kluba ALDE. – Gospođo predsjednice, kolegice i kolege, i ja bih na početku želio zahvaliti gospodinu Tannocku na dobroj suradnji i na odmjerenom izvješću o napretku Crne Gore u 2016. godini. Crna Gora je napredna zemlja. Ona je donijela mnoge zakone i stvorila institucije, ali još uvijek puno toga ima učiniti u ključnim područjima kao što je pravosuđe, javna uprava, borba protiv korupcije, sloboda medija, što govori kako je zahtjevan proces pristupanja jedne zemlje Europskoj uniji i ta zahtjevnost može obeshrabriti i tu zemlju, ali i Europsku uniju na tom vrlo važnom putu jer se radi o temeljitoj transformaciji jedne države i cijeloga društva. Zato to nije nimalo jednostavno.

Crna Gora ima i posebne probleme i poteškoće, a to je podijeljenost unutar same države oko temeljnih pitanja s kojima se država suočava i, naravno, takve podijeljene i slabe zemlje su laki plijen, plodno tlo za negativne vanjske utjecaje. S obzirom na situaciju, ne samo u Crnoj Gori nego i pogoršanu situaciju na cijelom prostoru zapadnog Balkana, a to znači neriješena pitanja niza godina, unutrašnje podjele, blokade, povećana umiješanost zemalja koje, čini mi se, ne čine dobro za taj prostor zapadnog Balkana, osobito je važna snažnija, angažiranija prisutnost Europske unije i u Crnoj Gori, ali i u ostalim zemljama zapadnog Balkana. To je u interesu ne samo tih zemalja nego i Europske unije jer zapadni Balkan je zemljopisno prostor Europske unije.

Τάκης Χατζηγεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, το Μαυροβούνιο βρίσκεται μπροστά σε μια πολύ σοβαρή διαδικασία για ένταξη στην Ευρωπαϊκή Ένωση, και στηρίζω και εγώ τις προσπάθειες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Κοινοβουλίου, έτσι ώστε να ξεπεραστούν σ' αυτή τη χώρα οι χρόνιες αντιπαραθέσεις αλλά και εξωτερικές παρεμβάσεις, που με τόσο τραγικό τρόπο έχουν επηρεάσει τις ζωές απλών ανθρώπων σ' αυτή την ιδιαίτερη γωνιά της Ευρώπης. Το Μαυροβούνιο ιδιαίτερα μαστιγίζεται από εσωτερικές αντιπαραθέσεις, και χρέος μας είναι να είμαστε υποβοηθητικοί, ώστε να αναπτύξουν τους θεσμούς εκείνους που θα κάνουν την πολιτική ζωή εύρυθμη και λειτουργική, αλλά δεν μπορούμε με ύφος επιτηρητή να επιδιώκουμε την επιβολή δικών μας όρων και επιδιώξεων.

Η έκθεση σε κάποιο βαθμό εξυπηρετεί δυστυχώς, αντί να αμβλύνει, τη διαμάχη που έχει η Ευρωπαϊκή Ένωση με τη Ρωσία. Οι αναφορές και εκκλήσεις αναφορικά με την ένταξη της χώρας στο NATO δυστυχώς θα δημιουργήσουν νέες διενέξεις στο εσωτερικό της, αν λάβουμε υπόψη ότι ήδη η κοινωνία εκεί είναι πάρα πολύ διχασμένη σε αυτό το ζήτημα. Ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στόχος μας θα πρέπει να είναι η εμβάθυνση των σχέσεών μας με το Μαυροβούνιο, ώστε να μπορεί να αντιμετωπίσει τα προβλήματα που αντιμετωπίζει, όπως είναι αυτά της διαφθοράς, του οργανωμένου εγκλήματος, της φτώχειας και του κράτους δικαίου.

Ulrike Lunacek, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, first of all, I would like to thank my colleague Mr Tannock and the shadows for their very good cooperation and a very well-drafted and balanced report. Montenegro has already made progress but still more needs to be done, whether on corruption, organised crime, reform of the judiciary, media freedom, the rights of ethnic and sexual minorities and gender equality. Overall there has been some progress, but it is still not enough. Nevertheless, I would like to congratulate the Montenegrin Government and citizens for the progress they have already achieved in their progress towards the European Union.

The issue of election day has already been raised. I have to say that, as Greens, although we have no doubt about Russian influence – not just in Montenegro but also in other parts of the region – we would have liked to separate the language on Russian influence and on the coup attempt on election day, because this is still under investigation. We do not yet have any independent information about what really happened. We would also have liked to separate the EU and NATO, because this is about EU accession and not NATO accession.

Nevertheless, thank you for including many aspects on ecology. I hope we will have your support for two more amendments tomorrow on the protection of Lake Skadar and our concern about 80 hydropower power plants, which need to be constructed with environmental impact assessments.

Dominique Bilde, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, en matière de textes sur le processus d'adhésion des pays tiers à l'Union européenne, vos rapports se suivent et se ressemblent.

En fait de diversité, vous n'avez cessé de vous ingérer dans les affaires internes d'un État souverain, pour l'uniformiser sous l'égide de cette idéologie. Ce rapport sur le Monténégro n'échappe pas à la règle. Il est cocasse que vous dénonciez dans ce rapport, une soi-disant ingérence russe dans les processus électoraux du Monténégro, alors que de l'aveu même du procureur spécial monténégrin Milivoje Katnić, les services de renseignements des pays amis en Europe – et notamment des États-Unis et de la Grande-Bretagne – ont aidé le Monténégro dans l'enquête concernant la supposée tentative de coup d'État par l'opposition, lors des dernières législatives d'octobre. À se demander si mettre en cause la Russie et l'encercler, via l'Otan, ne vous intéresse pas, en réalité, plus que le processus démocratique au Monténégro.

Enfin, au vu des constats que vous dressez sur la situation sociale, économique et politique de ce pays, je me demande vraiment comment vous pouvez continuer à demander l'accélération des négociations en vue d'une adhésion prochaine à l'Union. Nous pourrions nous inquiéter de l'état de la démocratie au Monténégro quand elle sera réellement et pleinement respectée dans l'Union.

Cristian Dan Preda (PPE). – Doamnă președintă, aş vrea, în primul rând, să salut progresele făcute de Muntenegru în drumul către Uniunea Europeană. Semnul acestor progrese este foarte clar: 26 de capitole de negociere deschise, 2 închise; alt indicator este acela că alegerile parlamentare ce au avut loc în octombrie 2016 au fost organizate cu succes, ceea ce demonstrează că practicile democratice încep să se înrădăcineze.

Sper, de altfel, că acest exemplu să inspire şi alte ţări din regiune, candidate sau potenţial candidate.

Acestea fiind zise, Muntenegru mai are încă o serie de paşi importanţi de făcut. Unul dintre cei mai importanţi este cel al depăşirii culturii boicotului şi a opoziţiei încrâncenate. Negocierea şi compromisul sunt ingrediente la fel de necesare ca şi confruntarea într-o democraţie. O prioritate mi se pare lupta împotriva corupţiei şi a politizării excesive a administraţiei publice. Importantă este, deopotrivă, întărirea libertăţii presei, căci, din păcate, continuă să îi lipsească independenţa necesară.

În ceea ce ne priveşte, sper că vom şti să răspundem corect progreselor şi, mai ales, aşteptărilor ţărilor candidate şi potenţial candidate din regiune. Cred că este nevoie mai mult decât oricând să oferim un orizont de timp rezonabil în ceea ce priveşte data aderării la Uniunea Europeană fiecăruia dintre statele interesate de acest lucru din Balcanii de Vest. Cred că a le promite un viitor luminos, neclar, nu este o soluţie şi am avut zilele acestea şi cu doamna Mogherini şi cu domnul Hahn numeroase discuţii pe această temă. Strategia Comisiei trebuie să se schimbe, dacă vrem să nu pierdem aceste popoare din Balcanii de Vest, pentru că ruşii, turcii sunt acolo şi sunt competitori foarte serioşi. Am văzut, de altfel, cât de îngrijoraţi sunt cei care sprijină aici mai degrabă interesele Rusiei decât cele europene.

Anneliese Dodds (S&D). – Madam President, it was good to see EU leaders reaffirming their commitment to the Western Balkans during the last European Council. Ahead of the meeting, as we know, some EU leaders voiced concerns about external destabilising influences on the region, and these have been mentioned again tonight. I believe our response has to be ever more visible and strong engagement in the region to support those forces that fight for human rights and the rule of law.

The EU is a peace project, a project that aims to end frequent and bloody wars between neighbours, horrible experiences that the Western Balkans know only too well. The prospect of European integration for Montenegro and the Western Balkans is therefore essential for peace in the region and across Europe. As the Commissioner noted, Montenegro continues to demonstrate a strong commitment to EU integration. Its steady progress in opening chapters is not only bringing it closer to EU accession, but, as many others have said, is also providing a positive example for other countries in the region.

My group tabled a number of amendments to the report, specifically focused on enhancing human rights. I am pleased that many of these are reflected in the report, covering topics from ensuring media freedom to improving working conditions for civil society, to better arrangements for victims of gender-based violence, to eliminating obstacles to health care, education, housing and employment for Roma people. Finally, I would like to thank the rapporteur and the shadow rapporteurs for their very constructive collaboration during all stages of the report.

David McAllister (PPE). – Madam President, Montenegro's steady path towards EU integration is most welcome. I particularly welcome the ongoing progress in judicial reform and the fight against corruption in this country. Furthermore, Montenegro's aim to join NATO this year is a clear sign of its commitment towards our Euro-Atlantic Alliance. As NATO remains an important factor for peace and stability in the Western Balkans, this decision deserves our strong support.

Notwithstanding the important progress, there also remain significant challenges ahead, as my colleague, Mr Preda, has just pointed out. I would also like to name just a few. These include the deeply polarised political climate, the politicisation of the public administration, undue external influence on the judiciary, corruption and the freedom of the media. I remain deeply concerned about alleged Russian attempts to influence development in this country, which could potentially destabilise the whole region. Therefore, I would like to join the call of High Representative Federica Mogherini to follow ongoing investigations into the alleged coup d'état attempt on 16 October last year, including, notably, the purported involvement of Russian intelligence.

As the standing rapporteur for Serbia – and to close on a positive note – I would like to commend the state of Montenegrin-Serbian relations, which continue to be a source of stability for the region. If the two front runners in the Western Balkans, Serbia and Montenegro, stay on their respective European paths, we will be able to ensure long-term stability in the region. I would like to thank my distinguished colleague Charles Tannock for his good work.

Петър Курумбашев (S&D). – Знаете пред колко заплахи е изправен Европейският съюз и смятам, че най-добрият отговор на тези заплахи е продължаващото разширяване на Съюза. Бих искал специално да обърна внимание на това, че приемането на Черна гора в Европейския съюз ще окаже изключително благоприятно въздействие върху нейните съседи в лицето на Албания и Сърбия, както и на съседната на България Македония.

Искам също да кажа, че се надявам по време на председателството на България, което ще бъде след една година, да имаме вече повече затворени глави, отколкото отворени, и също така се надявам, че ще има много ясен хоризонт и конкретна времева рамка за приемането на Черна гора, тъй като когато споменаваме, че няма да се приемат нови държави до 2020 г., ние не окуцаваме кандидатите за членство в Европейския съюз.

Също така искам да изразя, след като чух изказванията и на много мои колеги, моето уверение, че Черна гора има много истински и искрени приятели в Европейския парламент.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, señorías. Quisiera, en primer lugar, felicitar al ponente, señor Tannock, por el excelente informe que nos ha presentado y por el certero análisis que hace, no solamente de los progresos que ha experimentado Montenegro sino también del contexto general de la situación regional.

El ponente nos dice que el contexto es preocupante y el Consejo Europeo nos dice, en sus conclusiones de este fin de semana, que la situación es muy frágil. Por eso el ponente nos recuerda lo sucedido en torno al proceso electoral y lo acaecido después de las elecciones que se han celebrado últimamente.

Creo que es un error, señora presidenta, el análisis que hacen algunos de considerar a Rusia, un país que extiende sus fronteras desde Alaska hasta Polonia, como un actor regional. Rusia es una potencia global que, por cierto, desafía a Occidente en casi todos los tableros y casi siempre con éxito. Por eso yo creo que hay que subrayar y dar la debida importancia a la oportuna visita de la alta representante a la región y al tratamiento que ha tenido este asunto en el Consejo de Ministros y en el Consejo Europeo.

Creo que las recetas son muy claras: hay que continuar con el proceso de reformas, hay que dar una perspectiva de acción regional y hay, también, señora presidenta, muy claramente que situar este problema —como decía al principio— en un contexto regional que se presenta como muy inquietante.

Ya tuvimos unos precedentes en la Cumbre de Vilnius en noviembre del año 2013. Vimos lo que sucedió con la crisis de Ucrania, la desestabilización y anexión de Crimea y todo lo que ha sucedido después. Creo, señora presidenta, que este precedente es un ejemplo a no imitar y, por lo tanto, saludamos con muy buena disposición este excelente informe que nos presenta el señor Tannock sobre los procesos y los progresos que ha experimentado Montenegro.

Isabella De Monte (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la politica di allargamento dell'Unione rappresenta un investimento in termini di pace, di sicurezza e di prosperità in Europa, fornendo opportunità economiche e commerciali a mutuo vantaggio dell'Unione europea e dei paesi che aspirano ad aderirvi.

Bisogna però garantire che i futuri Stati membri siano ben preparati e attuino riforme profonde in ogni settore. Personalmente vorrei accennare ai trasporti e alle reti transeuropee quale vero punto di congiunzione con l'Europa. Importanti investimenti sono stati fatti e devono ancora essere fatti per una vera unione, anche fisica, con i Balcani occidentali.

Le connessioni transfrontaliere devono essere rafforzate, i procedimenti doganali uniformati e i risultati richiesti dalla COP 21 condivisi. Inoltre, non dimentichiamo il problema della sicurezza stradale: nei paesi quali il Montenegro il tasso di mortalità per incidenti è ancora alto.

Auspicio quindi il moltiplicarsi degli sforzi in ogni settore, in particolare nei trasporti, anche in vista del vertice sui Balcani occidentali, che si terrà a Trieste nel mese di luglio.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, first, my highest appreciation goes to the rapporteur Charles Tannock for having shown once again his devotion to this file, which resulted in a very good, objective and balanced draft resolution. Looking back at the last 12 months, Montenegro remains clearly the frontrunner in the integration process in the region, which enjoys the continuous and high support of its citizens. For this, our partners in Montenegro deserve our further backing in keeping up the momentum and continuing with the reforms, notably in the domain of the rule of law, judiciary reform, the fight against corruption and organised crime, and improving the media environment. Yet these advances are overshadowed by the current boycott of the parliament which stalls the reform work. As the opposition is currently out of the parliament, I appreciate the prime minister's gesture in extending a hand to the opposition, and hope that regular parliamentary work will resume soon.

With regard to the events around the October 2016 elections, investigation needs to take place in accordance with Montenegrin law and international standards. The outstanding issues relating to the election should be addressed with a special focus on the OSCE Final Report recommendations which should act as a guideline.

Željana Zovko (PPE). – Gospodine predsjedavajući, poštovani povjereniče, na početku bih željela čestitati izvijestitelju Tannocku na odlično izbalansirano izvješću u kojem je jasno istaknuto da je Crna Gora ostvarila odličan napredak u pristupnim pregovorima s Europskom unijom. U ovom trenutku Crna Gora je najnaprednija država kandidatkinja i pokazuje iskrene aspiracije u pristupanju Europskoj uniji.

Osim poruka potpore o dosad ostvarenom napretku, želim naglasiti važnost uspostave učinkovitog i neovisnog sudstva, borbe protiv korupcije i organiziranog kriminala kao ključnih reformi u ispunjavanju kriterija za članstvo. Potrebno je uložiti dodatne napore ka rješavanju otvorenih bilateralnih pitanja s državama u susjedstvu.

Ovom prilikom želim izraziti zabrinutost po pitanju utjecaja trećih neeuropskih država na unutarnje političke procese i vanjskopolitičke prioritete u Crnoj Gori kao i drugim zemljama u regiji, što može dodatno ugroziti mir i stabilnost zapadnog Balkana.

Europska unija se mora vidljivije angažirati na području zapadnog Balkana kako bi se osnažile aspiracije Crne Gore, ali i ostalih država na njihovom putu u europske integracije. To je jedini put ka miru u regiji, ali i u Europi.

Ivica Tolić (PPE). – Gospodo predsjednice, stanje na zapadnom Balkanu zaista je zabrinjavajuće. Oko takve ocjene mislim da imamo konsenzus. Brojne su napetosti između zemalja zapadnog Balkana i unutar zemalja između različitih etničkih, vjerskih i političkih zajednica. Snažni su i vanjski utjecaji Rusije i Turske, a Europska unija je podosta rezervirana. Sve to dodatno komplicira i onako složenu situaciju koja ovako može eskalirati i u sukobe.

Crna Gora je neupitno iskazala svoje namjere integracije u euroatlantske integracije i ostvarila značajan napredak. Znamo da je na vlasti proeuropska koalicija koja ima tjesnu većinu. Znamo da ta većina može lako doći u pitanje. Svjedočili smo i pokušaju državnog udara prilikom zadnjih parlamentarnih izbora. Prosrpska opozicija u Crnoj Gori želi spriječiti europski put Crne Gore i zato nas ne treba čuditi njihov bojkot u Parlamentu.

Mi znamo da još uvijek ima određenih problema u Crnoj Gori u području pravosuđa, da korupcija i kriminal još predstavljaju ozbiljan problem, i drugi koji su navedeni u izvješću. Ali pitam se koja je naša uloga u procesu pristupanja? Smijemo li biti pasivni promatrači procesa? Možemo li biti zadovoljni dosadašnjim angažmanom ...

(Kraj govora se ne čuje jasno.)

Catch-the-eye-Verfahren

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony! Rendkívül hibás megközelítésnek tartom, hogy a jelentés nem vesz tudomást Montenegró többnemzetiségű jellegéről és ennek következményeiről, a különböző nemzeti és etnikai közösségek jogegyenlőségének szükségességéről. Bár a szöveg ezzel kapcsolatban a Kotori-öböl többnemzetiségű identitásának megóvását említi, ennek a felhívásnak az egész ország vonatkozásában el kell hangoznia. A roma és egyiptomi közösségek társadalmi befogadása mellett az országban élő szerb, albán, bosnyák, muszlim és horvát közösség alapvető jogaira is oda kell figyelni. Amikor a Nyugat-Balkán országairól beszélünk, nem téveszthetjük szem elől, hogy az államhatárok és a nemzetiségi, etnikai határok nem esnek egybe, mindegyik államban nagyszámú kisebbség él, ezért a kölcsönös megbé-

kelés és a feszültségek csökkentése csak a nemzeti kisebbségek jogainak tiszteletben tartása mellett lehetséges.

Sok esetben úgy tűnik, hogy minél közelebb van egy ország az EU-hoz való csatlakozáshoz, annál kisebb súllyal esnek latba ezek a kérdések, a tagállamok esetében pedig már szóba hozni udvariatságnak számít. Ez azonban a valóság tagadás...

(Az elnök megvonta a szót a képviselőtől.)

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, χαιρετίζουμε τις διαπραγματεύσεις μεταξύ Μαυροβουνίου και Ευρωπαϊκής Ένωσης, προκειμένου να υλοποιηθεί η ένταξη του Μαυροβουνίου στην Ένωση. Η Ελλάδα υποστηρίζει την ευρωπαϊκή προοπτική του Μαυροβουνίου και ήδη από το 2011 υπέγραψε συμφωνία συνεργασίας για παροχή τεχνογνωσίας σε θέματα Ευρωπαϊκής Ένωσης. Επιδοκιμάζουμε τη σταθερή πρόοδο των ενταξιακών διαπραγματεύσεων με το Μαυροβούνιο, ωστόσο η διαφθορά εξακολουθεί να αποτελεί σοβαρό πρόβλημα, ιδίως στους τομείς των δημοσίων συμβάσεων, της δημόσιας υγείας, της παιδείας, του χωροταξικού σχεδιασμού, των ιδιωτικοποιήσεων και των κατασκευών. Γι' αυτό καλούμε το Μαυροβούνιο να καταστήσει την πάταξη της διαφθοράς μια από τις προτεραιότητές του. Τέλος θα πρέπει να σημειώσουμε ότι η ευρωπαϊκή πορεία του Μαυροβουνίου πρέπει να εμπεριέχει και την επίλυση προβλημάτων που έχει η χώρα αυτή με γειτονικές της χώρες και η επίλυση αυτή των προβλημάτων πρέπει να γίνει με τρόπο εποικοδομητικό και σε πνεύμα καλής γειτονίας.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, Crna Gora je dobar primjer na zapadnom Balkanu. Dobar primjer kada govorimo o dobrosusjedskoj suradnji s drugim državama, kada govorimo o manjinskim pravima jer su Hrvati, Bošnjaci i Albanci uključeni u vođenje države i u procese u samoj državi. Dobar primjer kada govorimo o ukupnoj regionalnoj stabilnosti, onome što znači npr. konkretno Jadransko more, ono što znači odnosi koji su bitni, koji su ovdje naznačeni, odnosi sa Srbijom i naravno, daleko od toga da ta zemlja nema problema, naravno da ih ima, ali jasna euroatlantska aspiracija koja danas jeste u Crnoj Gori prevladavajuća je dobar pokazatelj.

Zato ja pozivam opoziciju da sudjeluje u ovim sudbonosnim momentima za budućnost ove države, da sudjeluje u radu Parlamenta jer Europska unija će prihvatiti Crnu Goru.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodo predsjednice, Crna Gora je prema pokazateljima očito najnaprednija država kandidatkinja za članstvo u Europskoj uniji. Međutim, Crna Gora, kao i druge zemlje u regiji kada su pristupale u članstvo, pokazuje manjak političke volje za implementaciju javne politike Europske unije pogotovo u zaštiti okoliša i javnog zdravlja. I tu želim istaknuti tri ključne, crne točke koje postoje u Crnoj Gori. To je Kombinat aluminij Podgorica s bazenima crvenog mulja. Znamo koliko su oni opasni za okoliš i trenutačno prijete, ukoliko dođe do ekološke katastrofe, i Skadarskom jezeru. Govorimo o nikšičkoj čeličani koja desetljećima zagađuje zrak svojih građana. Govorimo o termoelektrani na ugljen Plevlja, za koju vlada Crne Gore nema volje za modernizaciju i još planira izgradnju novog bloka.

Dakle, pozivam Europsku komisiju da ne samo formalno, nego da financijski, tehnički, pomaže vladu Crne Gore jer ti isti građani Crne Gore će sutra odlučivati na referendumu kada će se ulaziti u članstvo Europske unije i moraju vidjeti korist od tog članstva.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, thank you once again for this report and for tonight's debate. As already noted, last week's discussions in the Foreign Affairs Council, as well as the European Council, reconfirmed our commitment towards the Western Balkan region. While the EU is not alone in recognising the importance of the region, we are in a unique position to help address the challenges, and the European perspective is our best instrument for bringing stability and reform, regionally as well as in each of the countries.

Montenegro has achieved a lot and now needs to find the political maturity to sustain the gains made and advance on the path towards accession. The latest opinion polls show, as a number of you have said, an overwhelming support for EU membership across party lines. Montenegro is firmly committed to its EU path and the EU remains equally dedicated to Montenegro's future in the EU. However, as has been pointed out in the discussion and as is pointed out in the report, there is still more work ahead. Montenegro needs to stay focused on, among other things, rule of law, the fight against corruption and organised crime, freedom of the media and public administration reform. We support the calls for immediate follow-up to the OSCE/ODIHR recommendations and hope that all political actors can take part in this process. Calming down the political tensions, preserving the reform path and the creation of a tangible track record of rule of law will move Montenegro closer to the EU. To a considerable extent, the pace of progress is in Montenegro's own hands, but we should continue to support and encourage them. Thank you for this evening's debate.

Charles Tannock, *rapporteur*. – Madam President, I would like first of all to thank colleagues for the very warm words they said about my report this evening. The debate has highlighted the continued interest that our Parliament has towards Montenegro and the wider Western Balkan region. Our Parliament remains engaged in the enlargement process generally and, by an overwhelming majority, supports the aims of the countries in the Western Balkans to all join the European Union.

As a Member coming from a country, the United Kingdom, that has now chosen, regrettably, to leave the European Union, I am particularly keen to note that I believe that this was the wrong choice for Britain and that Montenegro should by no means see this as a reason to give up its bid for membership. As I noted earlier, EU membership can act as a vehicle for peace, security and prosperity in the Balkans, and these are values that encapsulate the entire purposes of EU membership.

All that remains for me to say now is that I hope tomorrow we will see the report adopted by a large majority, similar to the one we saw at the committee stage.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 16. März 2017, statt.

19. Digitale Demokratie in der EU: Potenzial und Herausforderungen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster und für heute letzter Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Ramón Jáuregui Atondo im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über digitale Demokratie in der Europäischen Union: Potenzial und Herausforderungen (2016/2008(INI)) (A8-0041/2017).

Ramón Jáuregui Atondo, *ponente*. – Señora presidenta, señorías, el informe que vamos a discutir esta noche, y a votar mañana, trata de relacionar las tecnologías de la comunicación con la democracia. Puede parecer una ecuación extraña, pero no lo es.

La idea que sustenta el informe trata de establecer las mejoras que nuestra democracia podría adquirir en virtud de las tecnologías de la comunicación, entendiendo que nuestra democracia, efectivamente, está sufriendo, en los últimos años en particular —yo diría con la crisis económica más concretamente—, un desafecto; yo no sé si un descrédito, pero sí una cierta lejanía de los ciudadanos para con las instituciones públicas.

Esto nos preocupa, y la idea es saber si, efectivamente, las redes, las tecnologías de la comunicación, podrían ayudarnos a mejorar esa relación, entendiendo que esa brecha, esa distancia entre ciudadanos y política se ha hecho cada vez más grande, en función de la complejidad de los temas que la gobernanza plantea; en virtud de la crisis económica, que ha trasladado a determinadas instituciones económicas, al margen de la democracia misma, la capacidad de decisión sobre las vidas de las gentes; y, en general, por los fenómenos de descrédito político que los partidos y algunos representantes en algunos países, en virtud de la corrupción, por ejemplo, han ido generando.

Este estado de cosas nos preocupa y la reflexión que nos traía a cambio era la idea de que había que aprovechar las tecnologías de la comunicación para darle un sentido, yo no diría nuevo, pero sí más positivo a esa relación entre ciudadanía y democracia. El balance del informe, lógicamente, parte de considerar que esto es posible, que las tecnologías están para ayudarnos, no para lo contrario.

Y, en ese sentido, destacamos la importancia que, por ejemplo, podrían tener las tecnologías de la comunicación, y tienen ya en la gobernanza electrónica, en relación con lo que es la relación entre ciudadano y administración pública, a la hora de —pongamos— establecer su relación fiscal, a la hora de acceder a los servicios públicos. Hay toda una gobernanza electrónica que tiene que servir para mejorar esa relación.

Hay una oportunidad de que la participación electrónica ayude a que los ciudadanos participen más en la deliberación de los procesos democráticos, en las consultas que los gobernantes pueden hacerles a los ciudadanos sobre los impactos de determinadas medidas, en el *e-voting* —la posibilidad de votar en línea—, en los partidos políticos y su relación con sus afiliados, con sus simpatizantes y con sus ciudadanos.

Por tanto, hay un enfoque positivo de la idea de que las tecnologías pueden ayudarnos a enriquecer la democracia y a acercarla a los ciudadanos. Pero hay, también, una mirada prudente sobre estos efectos. No es una democracia alternativa, se dice en el informe. No podemos ser tan ingenuos de creer que vamos a inventar una democracia nueva sobre la base de la democracia directa, puesto que las tecnologías, aunque facilitan esa posibilidad, realmente no sustituyen al sistema de la democracia representativa.

Es prudente, porque el informe advierte de que hay riesgos. Hay riesgo en el acceso digital a las plataformas de participación, que tienen que ser equitativas para que todo el mundo pueda acceder; es el riesgo de la privacidad, de asegurar los derechos de los individuos para que sean garantizados sus derechos. Todo este conjunto de situaciones nos reclama, pues, un informe que ha sido aprobado mayoritariamente por toda la Cámara.

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, this is another very important subject. On behalf of Vice-President Ansip, I would like to thank Parliament, and in particular the rapporteur, Mr Jáuregui Atondo, for this report on the subject of e-Democracy. It concerns issues that are fundamental to how we evolve as democratic and innovative societies, and it recognises the strategic role that new digital technologies play in shaping public policy and public services. Vice-President Ansip has asked me to make a number of comments, so I hope you will bear with me.

Citizens and businesses expect better services from public authorities, greater transparency and less administrative burden. Despite many EU projects over the years to develop concepts, tools and solutions for participatory democracy, the pace of modernisation is still too slow. We need to accelerate the transformation of government and improve people's participation in decision-making processes. If we can use digital technology to support an increased public involvement, that is good for legitimacy, accountability and ultimately trust in government.

The new e-government Action Plan will contribute to this digital transformation. It is part of our broader vision for creating a digital single market. It aims to promote open and transparent government, as well as to improve the interaction of government and individual citizens. Governments and administrations need to be open, transparent and collaborative. This means open data, open services and open processes. ICT is a great tool to engage people, to improve transparency and to increase the accountability and relevance of public administration. That is why the Commission recognises the importance of e-Democracy and e-participation. It helps us to make sure our policies respond to individual and business needs and so increases trust in our political systems. The EU citizenship report 2017 underlined the Commission's commitment to promoting best practices to help people vote and stand in EU elections. With European elections in 2019, the aim is to support turnout and broad democratic participation.

These best practices should also address e-Democracy, remote voting arrangements like e-voting, and cross-border access to political information. They will also focus on improving the low voter turnout. In its report, Parliament highlights the importance of all of this and calls for greater EU-wide cooperation, but we also need to recognise the challenges. Political parties and elections increasingly attract the attention of cyber criminals and other cyber activists. This risk to our democratic processes is, unfortunately, real and we need to take it very seriously. For the DSM to work, our digital networks have to be protected. That is why cyber security needs to be a top political priority for us all, and it certainly is for the Commission.

E-Democracy also requires equal, open and neutral access to the internet. The Commission has always been committed to the internet as a single unfragmented space. Our approach continues to be one where the internet is anchored in the defence of human rights and democratic values, where the same rights that apply offline are also protected online. We also need to ensure that everyone can benefit from new opportunities that are presented by the new technologies. Recently the Web Accessibility Directive entered into force. This means making the internet accessible for everyone, including the elderly and people with disabilities. But to make the most of internet access and for people to engage digitally, we need wide availability and take-up of high-speed broadband connectivity. That is why the Commission has proposed connectivity targets for 2025.

One of these is for all European households to have access to download speeds of at least 100 Mbps. In addition, given the investment challenge ahead, especially in less densely populated areas, EU cohesion policies complement private investment and support broadband deployment to the tune of some EUR 6 billion up to 2020, with a particular focus on under-served and rural areas.

For e-Democracy to be efficient and thrive, people must also have access to information as well as the necessary skills. At the same time, people who do not have the full means or skills to participate should not be excluded, which is an essential part of building trust. In its communication last year 'A new skills agenda for Europe', the Commission proposed a skills guarantee to help Europeans to get more access to basic literacy, numeracy and digital skills training. We also work with Member States under the Education and Training 2020 Initiative to bring more digital skills to students and into school and university curricula.

Lastly, let us remember the importance of media pluralism and freedom of expression, values that are enshrined in the Charter. They are the backbone of our democratic societies whether people are online or offline. Media literacy is a key factor for people to make the most of the unprecedented amount of data information and views that they can now access thanks to digital technologies.

So once again thank you to the rapporteur for raising these subjects in an interesting and important report, and thank you for the opportunity to discuss them so fully this evening.

Isabella Adinolfi, *relatrice per parere della commissione per la cultura e l'istruzione*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Movimento 5 Stelle è nato e si è sviluppato attraverso la Rete. Noi, portavoce al Parlamento europeo, ne siamo la prova vivente, perché siamo normali cittadini entrati in contatto in Rete che hanno dato vita a una nuova e rivoluzionaria comunità politica.

Il Movimento 5 Stelle è nato anticipando il futuro. Noi pratichiamo la democrazia diretta ed elettronica, consentendo a cittadini di scegliere i propri rappresentanti online e diamo la possibilità ai cittadini di scegliere ed emendare le proposte di legge.

Siamo convinti che solo attraverso un sano utilizzo della Rete si possa ridare vita a questa democrazia europea che oggi è sempre più ostaggio di lobby e multinazionali. Questa è una delle nostre principali battaglie: è la nostra missione. Finalmente lo avete compreso anche voi e questa relazione sull'*e-democracy* lo dimostra. Finalmente anche qui in Europa si comincia a parlare di come riavvicinare i cittadini alle istituzioni e di come ridurre il cosiddetto *deficit* democratico.

La relazione presenta diversi passaggi interessanti: ad esempio, quando si invita il Parlamento europeo ad assumere un ruolo forte nell'implementazione dell'*e-democracy* e a sviluppare piattaforme online per mettere in contatto diretto i cittadini con il legislatore. Noi del Movimento 5 Stelle già utilizziamo la nostra piattaforma, che si chiama *Rousseau*, e siamo molto contenti che anche il Parlamento europeo senta il bisogno di usare uno strumento analogo. O, ancora, quando si esortano gli Stati membri dell'Unione europea a fornire una degna alfabetizzazione ai media e a estirpare il *digital divide*.

In ultimo, sono soddisfatta che sia stato accolto il mio suggerimento di elaborare una Carta europea dei diritti di Internet che sancisca formalmente l'accesso a Internet e la neutralità della Rete come diritti fondamentali. Esorto quindi i miei colleghi a mantenere questo riferimento.

Oggi scriviamo una bella pagina di democrazia; non posso quindi rallegrarmi per questa relazione, che rappresenta un primo importante passo nella realizzazione compiuta dell'*e-democracy* anche a livello europeo.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord féliciter mon collègue socialiste pour son rapport et, notamment, pour sa disponibilité pour travailler avec les autres groupes politiques. Je crois qu'effectivement, nous avons besoin d'un large accord sur cette question, parce que nous avons un nombre important de recommandations qui sont contenues dans le texte, puisque la démocratie en ligne nous concerne tous.

Il s'agit effectivement de réfléchir ensemble sur la manière d'intégrer dans notre vie politique cette évolution incontournable que constituent les technologies de l'information, mais il ne s'agit pas du tout de remplacer notre bonne vieille démocratie représentative par l'e-démocratie. Ça, c'est une utopie, c'est pour les révolutionnaires et nous sommes loin d'être révolutionnaires, du moins dans mon groupe politique.

Le groupe PPE a d'ailleurs soutenu tous les compromis élaborés au sein de la commission AFÇO, à l'exception de celui qui porte sur l'élaboration d'une charte européenne des droits relatifs à l'internet, en prenant comme base la déclaration italienne de 2015. Nous sommes contre cela. Je pense que nous avons besoin d'une mûre réflexion et nous avons des instruments pour protéger ces droits avec notre cadre européen actuel de protection des droits fondamentaux.

Une autre question que je voudrais mentionner est celle du vote en ligne. Je me réjouis que les références à ce sujet qui figurent maintenant dans le texte soient réalistes et en accord avec ce que nous avons déjà voté en novembre 2015, dans le cadre de la réforme du droit électoral européen. En particulier, je soutiens pleinement l'expérience estonienne. Je crois que nous avons des enseignements à en tirer et que nous pouvons éventuellement transférer à d'autres sociétés européennes cette magnifique expérience.

Bien sûr, on a besoin de standards élevés pour ce qui est de la protection des données et des principes additionnels d'égalité, de liberté du suffrage et d'accès au vote.

Marju Lauristin, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to start by thanking the rapporteur and all the people who worked on this very important report. I would also like to thank the Commissioner, who gave a very concise overview of the technological conditions. Without those, we cannot have any kind of new developments in democracy.

I am also glad that we are now speaking, not only about the digital single market, but also about digital Europe, digital society and digital democracy. Coming from Estonia, which has already been mentioned as a laboratory of e-Democracy, I have to say that our experience shows not only how far we are already capable of going, but also how technology itself does not really give us better democracy when we do not complement that with a proper education. It is not only digital skills in the narrow sense: what I really want to stress is that we need to think about what it will mean to have civic education, not only for young people and children, but also for older people so that they will not only be capable of using technological devices, but will be capable of using all the information which is available in this digital world. For example, our experience with digital voting or e-Elections shows that new quality comes only when parties provide new digital content. Instead of a kind of commercial approach to elections, there should be an information- and knowledge-based approach, so that voters not only vote digitally but also have basic information and analytical information. However, to do that they also need analytical skills.

Young people are really no longer interested in traditional forms of democracy. They are interested in democracy, but in the e-Environment. They can also use totally different methods, so I suppose that we have to think much more about education, not only digital, but education in general in the digital world.

Yana Toom, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, first let me say that I largely agree with the rapporteur and Commissioner Ansip that remote internet voting systems can widen citizens' inclusion and facilitate democratic participation, especially when people are geographically and socially marginalised. Estonia introduced online voting as early as the 2005 election, and my country is often cited as a positive example, as we have just heard now, and also in this report. Indeed, these days Estonia is the only EU country where you can choose to vote online rather than go to a traditional polling station to vote on paper. Online voting is available during the advance voting period. In the 2014 European elections, every third Estonian voter used this opportunity.

It should be stressed that in Estonia there is no unanimous support for i-voting. International IT experts have presented proof to the public that our most advanced and internationally praised Estonian system is vulnerable to service side and client side attacks. We are improving this at the moment. Today, e-Democracy offers us plenty of opportunities and we cannot imagine contemporary life without IT. Regretfully, we also cannot imagine our lives without cyber-attacks and internet fraud.

Democracy is a keystone of European identity and European values. The results of electoral procedures cannot be suspect, unclear or questionable. In several European countries, e-Vote and i-Vote are still not in use because of security considerations. Why? So far we do not have all the necessary data to use technical solutions to organise i-Vote in a safe and reliable manner. We first need to solve all technical and security problems, and only then will we call on Member States to implement i-Vote in practice.

Barbara Spinelli, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il relatore con cui il dialogo è stato davvero fruttuoso. Penso anch'io che la *e-democracy* sia uno strumento che può rafforzare la partecipazione cittadina e prevenire i rischi oligarchici della democrazia. Sono meno convinta dall'analisi che viene fatta della vista disaffezione dei cittadini: non credo si tratti di apatia, come è scritto nella relazione, perché c'è molta passione negli odierni rifiuti. C'è in essi una domanda di cambiamento da ascoltare.

La *e-democracy* ha dimostrato di funzionare: la riscrittura della Costituzione islandese è stata in parte operata con i cittadini, online. Al tempo stesso invito a essere attenti nel costruire questo strumento che si aggiunge alla pericolante democrazia rappresentativa. *E-democracy* non è sinonimo di *e-government*, non vorrei che venisse adottata, calandola dall'alto, allo scopo di disseminare meglio opinioni governative e venderle, dando vita a una democrazia ancor più tutelare di quella che conosciamo già.

Credo che questa relazione eviti tale scoglio e sia molto positiva, perché contiene elementi importanti e preziosi, non per ultima alla proposta di elaborazione di una Carta europea dei diritti Internet sul modello di quella adottata dal Parlamento italiano nel 2015.

Max Andersson, för Verts/ALE-gruppen. – Fru talman! I kväll diskuterar vi betänkandet om e-demokrati, ett utmärkt betänkande som jag hoppas blir bifallet. Det innehåller många goda saker om e-administration och öppen källkod och e-rådslag – på det stora hela utmärkt. Det finns dock en möjlighet att göra det ännu bättre genom att även bifalla de grönas yrkande om lobbykontroll. Bifall det gärna.

Det dock en svaghet med detta betänkande, nämligen att det kanske är lite väl positivt till e-röstning. Det var ännu mer positivt på utkastnivå, men vi har lyckats se till att få kompromisser som lugnar ner e-röstningsentusiasterna och förhoppningsvis får dem att inse att om man använder e-röstning måste man ha datasäkerhet så att rösthemligheten bevaras. Man måste också se till att man kan lita på resultatet av röstningen. I dagens system är det fruktansvärt, fruktansvärt svårt. Därför måste vi vara väldigt försiktiga med e-röstning.

E-administration och e-demokrati är oerhört viktigt. E-röstning tror jag att vi kan klara oss utan. Bifall detta utmärkta betänkande.

György Schöpflin (PPE). – Madam President, my congratulations to Mr Jáuregui on an excellent report. There is no question in my mind that e-democracy is already happening and will assume ever greater importance in the years to come. Various aspects of governance are already structured electronically, so this report is not only timely, but is equally highly cogent. There is an ideal typical model of e-democracy, something along the lines of each and every citizen participating in political decision-making thanks to their computer or smartphone. This sounds a little bit like a futuristic version of the classical Athenian agora. Reality will be different; it usually is.

In the first place, not everyone has easy and inexpensive access to the cyber world; there are cost factors that have to be taken into account. Second, there are cognitive impediments. Some citizens will simply find it difficult to follow the protocols. Whether we like it or not, cyber literacy is not universal. Equally, the enabling software has to be designed with special care. My own recent experience illustrates this, when I was trying to complete the Hungarian interim census form and failing so that I had to deal with a human enumerator.

Finally, cyber security. The provision of this is a constant struggle, but the technological leap that quantum technology promises in ensuring complete security is not that far away. The EU has to be on top of this, and this report usefully points the way.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora presidenta, quisiera, en primer lugar, felicitar al ponente, el señor Jáuregui.

Democracy: The Unfinished Journey —la democracia, un viaje inacabado— es el título de un clásico que evalúa cómo ha cambiado la democracia a través de la historia. En el último cuarto de siglo el debate ha girado en torno a la calidad de la democracia: cómo superar la democracia delegativa; cómo permitir que los ciudadanos participen en el proceso de toma de decisiones; cómo organizar que puedan tomarlas directamente *online*; cómo permitir ágoras públicas, plazas públicas deliberativas. El informe tiene múltiples propuestas en este sentido, pero también llama la atención sobre la necesidad de garantizar la privacidad, los derechos y la seguridad en internet.

Finalmente, como dijo otro clásico de la democracia, lo que ha sobrevivido es el edificio de la democracia representativa. Esto sirve para perfeccionarla, no para sustituirla.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, os modelos de funcionamento das sociedades democráticas estão a ser fortemente reconfigurados pela adoção de novas tecnologias de informação e comunicação.

Este relatório é, por isso, muito oportuno. Saúdo o relator Ramón Jáuregui, pela forma concisa, pragmática e estruturada com que identifica o potencial e os desafios da democracia eletrónica. A aceleração tecnológica não pode pôr em causa os valores fundamentais da democracia representativa. Pelo contrário, a tecnologia deve ser usada para a fortalecer.

Queria destacar três dimensões, no tempo que posso, que são fundamentais: a qualificação dos cidadãos para a sociedade digital, a transparência e a equidade no acesso à informação relevante e, finalmente, a possibilidade de disseminarmos a possibilidade de voto eletrónico presencial.

São três oportunidades e três linhas de trabalho para que possamos aproveitar a tecnologia para robustecer a democracia.

Muito obrigado pelo excelente relatório.

Catch-the-eye-Verfahren

Julie Ward (S&D). – Madam President, there can be no e-democracy without digital inclusion, especially inclusion of vulnerable people. This requires ensuring a fair, inclusive, transparent and safe access, and use of the internet for all. Digital inclusion also means closing the gap between rural and urban areas in terms of internet access. There is indeed significant contrast in broadband speeds in rural and urban areas in many Member States, and this presents a severe disadvantage to rural areas and puts at risk the social, cultural and economic life in the communities there.

We are also asked to prepare young people to a fast-changing world which we cannot yet imagine, but one thing we know is that this world will be more and more digitised and connected, and that is why digital skills and media literacy are key. But here, again, it should not limit itself to learning about the tools and technologies; it should aim at equipping individuals with the creative and critical thinking and digital curiosity necessary for them to become not only users of technology, but active citizens in connected societies.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, όπως αναφέρει και η έκθεση, οι πολίτες πρέπει να είναι ενημερωμένοι από τα μέσα μαζικής ενημέρωσης πέραν των άλλων και για τη δραστηριότητα των εκλεγμένων εκπροσώπων τους στα εθνικά κοινοβούλια και στην Ευρωβουλή. Αυτό ισχύει ιδίως για την Ελλάδα, όπου τα κρατικά μέσα μαζικής ενημέρωσης και η πλειοψηφία των ιδιωτικών ΜΜΕ έχουν προχωρήσει εδώ και δυόμισι χρόνια σε συστηματική φήμωσή μου ως ευρωβουλευτή, μέλους του ECR, της τρίτης σε δύναμη πολιτικής ομάδας της Ευρωβουλής. Ακόμη και σήμερα, πριν λίγες ώρες, η κρατική τηλεόραση ΕΡΤ1, χρησιμοποιώντας μάλιστα το στούντιο και τον τηλεοπτικό εξοπλισμό του Ευρωκοινοβουλίου εδώ στο Στρασβούργο, έξω ακριβώς απ' αυτή την αίθουσα, για άλλη μια φορά με απέκλεισε αυθαίρετα από την ειδική εκπομπή της για τις δραστηριότητες του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Τι μέτρα προτίθεστε να λάβετε, κυρία Πρόεδρε, ως Ευρωβουλή και εσείς, κύριε Επίτροπε, προκειμένου να διασφαλιστεί η ελεύθερη κυκλοφορία των ιδεών, η ισοτιμία, η αμεροληψία, η πολυφωνία στα μέσα μαζικής ενημέρωσης της Ελλάδας, τη στιγμή μάλιστα που πολλά εξ αυτών, κυρία Πρόεδρε, χρησιμοποιούν τον εξοπλισμό της Ευρωβουλής εδώ στο Στρασβούργο και αρκετοί από τους δημοσιογράφους των εν λόγω ΜΜΕ επισκέπτονται το Στρασβούργο με δαπάνες του ...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Die Präsidentin. – Eines ist ganz sicher, nämlich dass wir ganz klar die Meinungsfreiheit in unseren Staaten akzeptieren, und nicht nur akzeptieren, sondern respektieren. Das ist ein hohes Gut, das wir auf keinen Fall in Frage stellen können. Ich akzeptiere solche Unterstellungen, wie sie gerade gemacht worden sind, nicht.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospođo predsjednice, trebalo je puno da demokracija sazrije i ne možemo očekivati da će e-demokracija preko noći zamijeniti sadašnji sustav i nije mudro odmah napasti *e-voting*, odnosno najviši stupanj odlučivanja u sadašnjoj demokraciji kao zamjenu za postojeći sustav glasovanja. Ja ću samo navesti dva primjera gdje bi e-demokracija mogla postići puno veće efekte.

Dakle, prvo je *smart city*. Imamo koncept u kojem građani mogu kroz veću participaciju upravo na lokalnoj razini više sudjelovati u odlučivanju o tome što će se investirati u njihovu okolinu, kako će se zapravo upravljati gradom i kako će se upravljati prometom u gradu kako bi javno zdravlje i okoliš bili sačuvani.

Drugo važno su osobe s posebnim potrebama odnosno reduciranom pokretljivošću. E-demokracija upravo njima omogućava da mogu bolje i lakše participirati u demokratskom odlučivanju na svojoj lokalnoj razini, regionalnoj odnosno nacionalnoj.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, as this important report underlines, e-democracy is about grasping the potential of the internet to strengthen democracy in a digital environment. It is about empowering people and developing a digital public sphere.

In the Commission, we are trying to do our bit. We are promoting the use of online participatory platforms, for example the European Citizens' Initiative, which allows direct participation in the development of EU policies. The REFIT exercise and the e-Government Action Plan have created participatory platforms that engage European citizens directly in the decision-making process. Projects such as D-CENT demonstrate clearly that citizen-led organisations can transform democracy and help them to develop the next generation of open source, distributed, privacy-aware tools. The Commission is looking at a pilot project, funded by the European Parliament, on making the best use of modern technologies for more active and democratic voting procedures.

But, as I think we have recognised in this discussion, for all of this to work you need digital skills and digital inclusion. In fact, if Mr Schöpflin had still been here, I would have been tempted to say that cyber-literacy could be a barrier to turkeys voting for Christmas. One of the main challenges we face, therefore, is to bridge the digital divide that exists in some of our societies. That is going to require decisive action nationally and regionally as well as at the EU level in order to build the engagement and trust that is needed to underpin and reinforce our democracy. Thank you, again, to the rapporteur for giving us this opportunity this evening to discuss this very important subject.

Ramón Jáuregui Atondo, ponente. – Señora presidenta. Gracias a usted, señor comisario, porque agradezco que la Comisión acoja esta idea del Parlamento y que desarrolle sus iniciativas. Quiero tranquilizar a mis compañeros, colegas, que han expresado algunas preocupaciones. La mayoría de ellas están recogidas en el informe; también algunas sugerencias, están casi todas.

Creo que hemos hecho un balance muy equilibrado entre lo que son —digamos— ventajas, oportunidades y riesgos. En relación con el *e-voting*, por ejemplo, apreciamos lo que significa la experiencia de Estonia, pero hoy mismo reconocemos que Holanda no ha querido aplicar un cómputo electrónico por temor a los ciberataques. De manera que hay un equilibrio bastante razonable entre lo que oportunamente nos proporciona la tecnología a la democracia.

Quiero únicamente agradecer, señora presidenta, a todos los ponentes alternativos y a todos los grupos políticos, su apoyo. Hemos hecho un acuerdo muy mayoritario y que mañana será —espero— aprobado por parte de este Parlamento con un apoyo muy grande.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 16. März 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione del collega è molto buona e affronta il tema della e-democracy senza pregiudizi. La «democrazia elettronica» viene presentata come uno strumento utile ad arricchire e potenziare la democrazia diretta e il voto elettronico come una pratica utile se ben congegnata. Va però garantita l'eliminazione del digital divide e va reso effettivo l'accesso alla rete. Al tempo stesso, la rete in sé deve essere regolata in modo chiaro e abbiamo notato con piacere il riferimento alla Carta dei diritti in internet elaborata a livello italiano in qualità di strumento utile allo scopo. È inoltre fondamentale rinvigorire e rendere effettivo il primo strumento di democrazia diretto congegnato a livello UE: l'iniziativa dei cittadini europei.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Nell'Unione Europea le élite politiche sono distanti, autoreferenziali, incapaci di fornire risposte efficaci ai cittadini. La e-democracy invece potrebbe innanzitutto promuovere e assicurare una maggiore informazione e trasparenza, ma anche incrementare l'affidabilità, il senso di responsabilità, l'accessibilità e la partecipazione dei cittadini, diventando uno strumento efficace per la coesione sociale. Il coinvolgimento dei cittadini può avvenire attraverso strumenti di governo, di delibera, di partecipazione, di consultazione e di voto digitale, con sistemi inclusivi capaci di avere effetti in termini di democrazia diretta, ma anche di crescita del capitale umano e dell'economia, nonché dell'efficienza della pubblica amministrazione. Tutto questo è possibile solamente a patto che si compiano sforzi più rilevanti di quelli finora dispiegati, in particolare per quanto riguarda la connettività di tutti i territori dell'Unione, anche quelli rurali o scarsamente popolati, e per l'alfabetizzazione digitale di tutti i cittadini, promuovendo inoltre l'impiego di software liberi e open source. Infine, alcune sfide rilevanti sono rappresentate dal mantenimento della neutralità della rete e dalla garanzia della sicurezza a 360 gradi delle infrastrutture e della rete Internet, evitando che questa si trasformi in uno strumento di intrusione e di violazione della vita privata.

Ева Майдел (PPE), *в писмена форма*. – Само преди няколко седмици г-н Юнкер даде старт на един от най-големите дебати в историята на ЕС – дебатът за бъдещето на Европа. Сценариите, които той предлага, са изключително различни и действително е важно всеки европейец сам да ги осмисли, за да изберем как искаме да се развива нашият континент.

Когато говорим за Дигитална Европа, обаче, аз виждам пред нас само един път и това е пътят на уеднаквяване на регулаторната рамка, на максималното възползване от развитието на дигитална икономиката и на налагането на свободното движение на данните в Европа. За да бъде завършена тази технологична реалност, необходимо е и нашите общества да бъдат обновени до последната версия. Освен че е важно да сме технологично грамотни, ключово е и демокрацията в Европа да еволюира чрез е-правителство, е-участие и е-гласуване. Електронната демокрация означава укрепване на традиционните демократични практики и засилен прозрачност на управленските процеси.

Радвам се, че индексът DESI отчете постигнатото от българското правителство на Бойко Борисов в областта на е-управлението и отворените данни и че на изборите за Европейски парламент през 2019 г. като българка ще мога да подам своя глас технологично неутрално чрез смартфон, таблет или компютър, както от България, така и от Брюксел.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Rozwój nowych technologii informacyjno-komunikacyjnych (ICT) powoduje głębokie zmiany we współczesnym społeczeństwie. Obecnie mamy do czynienia z ogromną rewolucją technologiczną, której głównym czynnikiem jest Internet oraz związane z nim interakcje społeczne. W związku z tym konieczne było wykorzystanie narzędzi komunikacji cyfrowej w celu stworzenia nowego sposobu dyskusji oraz uczestnictwa społecznego w sprawach publicznych. Projekt ten ma na celu wzmocnienie relacji pomiędzy obywatelami a instytucjami publicznymi poprzez wprowadzanie ułatwień za pomocą narzędzi internetowych. W związku z dość niekorzystnym wizerunkiem organów administracji publicznej wśród obywateli zostają wprowadzane pewne ułatwienia, które już dziś możemy zaobserwować. Obecnie większość spraw urzędowych możemy załatwić nie wychodząc z domu, a dzięki nieograniczonym możliwościom Internetu możemy wzbogacać świadomość obywatelską. Dlatego uważam, że w przedstawionej rezolucji drżemie ogromny potencjał aby w pozytywny sposób wykorzystywać aspekty i możliwości Internetu. Dzięki tym narzędziom możemy ułatwiać życie codzienne obywatelom oraz kreować ich świadomość i realny wpływ na życie polityczne każdego z nas.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**21. Schluss der Sitzung**

Die Präsidentin. – Ich bedanke mich bei allen, die noch so spät am Abend mitgearbeitet haben.

(Die Sitzung wird um 23.05 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. MÄRZ 2017

(C/2024/2680)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 14. bis 16. März 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor (Aussprache)	4
3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	13
3.1. Zimbabwe, der Fall von Pastor Evan Mawarire	13
3.2. Ukrainische politische Gefangene in Russland und die Lage auf der Krim	18
3.3. Philippinen, der Fall der Senatorin Leila M. De Lima	26
4. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	31
5. Mitteilung des Präsidenten	31
6. Abstimmungsstunde	32
6.1. Zimbabwe, der Fall von Pastor Evan Mawarire (RC-B8-0191/2017, B8-0191/2017, B8-0194/2017, B8-0196/2017, B8-0200/2017, B8-0224/2017) (Abstimmung)	32
6.2. Ukrainische politische Gefangene in Russland und die Lage auf der Krim (RC-B8-0190/2017, B8-0190/2017, B8-0192/2017, B8-0195/2017, B8-0198/2017, B8-0221/2017) (Abstimmung)	32
6.3. Philippinen, der Fall der Senatorin Leila M. De Lima (RC-B8-0193/2017, B8-0193/2017, B8-0197/2017, B8-0199/2017, B8-0222/2017, B8-0223/2017, B8-0225/2017, B8-0226/2017) (Abstimmung)	32

Inhalt	Seite
6.4. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (RC-B8-0183/2017, B8-0183/2017, B8-0184/2017, B8-0185/2017, B8-0186/2017, B8-0187/2017, B8-0188/2017, B8-0189/2017) (Abstimmung)	32
6.5. Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch Einführer von Mineralien und Metallen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (A8-0141/2015 - Iuliu Winkler) (Abstimmung)	32
6.6. Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor (A8-0150/2016 - Marco Affronte) (Abstimmung)	32
6.7. Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon (A8-0042/2017 - Esteban González Pons, Michael Gahler) (Abstimmung)	32
6.8. Eine integrierte Politik der EU für die Arktis (A8-0032/2017 - Urmas Paet, Sirpa Pietikäinen) (Abstimmung)	32
6.9. Bericht 2016 über Montenegro (A8-0050/2017 - Charles Tannock) (Abstimmung)	33
6.10. Digitale Demokratie in der EU: Potenzial und Herausforderungen (A8-0041/2017 - Ramón Jáuregui Atondo) (Abstimmung)	33
7. Stimmerkklärungen	33
7.1. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (RC-B8-0183/2017, B8-0183/2017, B8-0184/2017, B8-0185/2017, B8-0186/2017, B8-0187/2017, B8-0188/2017, B8-0189/2017)	33
7.2. Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch Einführer von Mineralien und Metallen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (A8-0141/2015 - Iuliu Winkler)	34
7.3. Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor (A8-0150/2016 - Marco Affronte)	34
7.4. Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon (A8-0042/2017 - Esteban González Pons, Michael Gahler)	35
7.5. Bericht 2016 über Montenegro (A8-0050/2017 - Charles Tannock)	36
7.6. Digitale Demokratie in der EU: Potenzial und Herausforderungen (A8-0041/2017 - Ramón Jáuregui Atondo)	37
8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	38
9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	38
10. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	38
11. Große Anfragen (Aussprache)	38
12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	44
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	44
14. Petitionen: siehe Protokoll	44

Inhalt	Seite
15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	44
16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	44
17. Unterbrechung der Sitzungsperiode	44

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. MÄRZ 2017

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

1. Eröffnung der Sitzung

(Az ülést 9.00-kor nyitják meg.)

2. Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor (Aussprache)

Elnök asszony. – Az első napirendi pont a Marco Affronte által a Halászati Bizottság nevében készített, „A halászati ágazatban az adatok gyűjtésére, kezelésére és felhasználására szolgáló uniós keretrendszer” című javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (COM(2015)0294 – C8-0160/2015 – 2015/0133(COD)) (A8-0150/2016).

Marco Affronte, relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la raccolta dei dati scientifici è essenziale per un’attuazione della politica comune della pesca, in quanto consente di fondarla sui migliori pareri scientifici. I dati servono per valutare lo stato degli stock ittici, la redditività dei vari segmenti del settore e l’impatto della pesca e dell’acquacoltura sugli ecosistemi. Ma i dati sono necessari anche per valutare le politiche dell’Unione europea: misure di gestione della pesca, misure finanziarie e strutturali a sostegno della pesca e della cultura, misure di mitigazione destinate a ridurre gli effetti negativi della pesca sull’ecosistema.

Ci servono dati scientifici per applicare buone norme ed efficaci politiche di gestione della pesca e ci servono dati per valutare se queste politiche funzionano o se vanno modificate e migliorate. Per questo motivo nel 2000 è stato istituito un quadro dell’Unione europea per la raccolta e la gestione dei dati sulla pesca, divenuto nel 2008 il quadro per la raccolta dei dati o *Data Collection Framework* (DCF), che ha rappresentato un importante progresso nell’elaborazione di una serie armonizzata di norme dell’Unione per la raccolta dei dati biologici, ambientali, tecnici e socioeconomici sui settori della pesca, dell’acquacoltura e della trasformazione.

La politica comune della pesca ci impone di gestire le attività di pesca tenendo conto del loro impatto sull’ecosistema. Su queste basi dobbiamo costruire una più profonda e completa conoscenza degli ecosistemi marini, in modo da non muoverci alla cieca e non accorgerci delle conseguenze delle nostre politiche solo dopo che questi appaiono, spesso in maniera negativa. Ciò è particolarmente importante per poter conseguire il massimo rendimento sostenibile (*Maximum Sustainable Yield*, MSY) entro il 2020. Il massimo rendimento sostenibile è un concetto relativamente nuovo, molto importante, che si basa però su valori numerici che devono essere stabiliti in maniera scientifica e sulla base di dati, studi e ricerche.

La proposta della Commissione su questo dossier si basava su ciò che già funzionava nell’attuale sistema di raccolta dati, mantenendo così la continuità ma consentendo, al tempo stesso, di adeguarsi ai nuovi requisiti. Quello che siamo riusciti a ottenere, grazie al lavoro che abbiamo fatto insieme ai relatori ombra, con i quali c’è stato grande accordo su questa relazione e grande condivisione soprattutto nei momenti difficili di discussione con il Consiglio, è un campo di applicazione ampliato in modo da comprendere la raccolta dei dati per la protezione dell’ambiente marino, cioè dati che servono per valutare l’impatto della pesca sull’ecosistema marino, comprese le zone marine vulnerabili e le specie e gli habitat più delicati. Questo, ovviamente, insieme ai dati necessari per la gestione sostenibile di tutte le specie sfruttate commercialmente e in particolare per il raggiungimento di un buono stato ecologico entro il 2020.

Abbiamo inserito la necessità di coprire quelle attività di pesca cosiddette *data deficient*, cioè senza il necessario supporto attuale di conoscenze scientifiche; abbiamo anche voluto che questi dati fossero disposizione di tutti: istituzioni, ricercatori, associazioni ambientaliste e chiunque sia interessato a studiarli e a valutarli. Ma abbiamo anche posto dei termini più stretti per gli Stati membri, per rispondere alle richieste dei dati da utenti finali e delle altre parti interessate.

Ci muoviamo nella direzione di *database* a livello regionale, questo è importante perché i dati vengono raccolti su aree marine più ampie e in maniera standardizzata e armonizzata.

Raccoglieremo dati anche sull'acquacultura, sia a livello biologico che a livello socioeconomico; raccoglieremo dati sulla pesca ricreativa, anche se in questo caso ne siamo usciti parzialmente sconfitti perché era importante inserire i dati socioeconomici ma non ce l'abbiamo fatta; abbiamo comunque l'impatto ambientale della pesca ricreativa.

Abbiamo insistito affinché si raggiunga un numero adeguato ed esaustivo di campagne di ricerca obbligatoria in mare, da stabilire a livello dell'Unione, e infine, a seguito di un lungo braccio di ferro con il Consiglio, abbiamo ottenuto che la maggior parte del quadro di raccolta dei dati, in particolare l'elenco di quali dati e quali categorie di dati raccogliere, venga adottato tramite atti delegati. In questo modo abbiamo difeso le prerogative del Parlamento europeo che deve poter valutare e pronunciarsi su atti così importanti.

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, can I just say a few words on behalf of Commissioner Vella, who would very much have liked to have been here for this discussion, but who unfortunately could not travel. Data collection might seem a rather technical issue, but it is – as we have just heard – fundamental to work in this area. It has been said that if you do not measure it, you cannot manage it, and management of our fish stocks is of critical importance for the stocks themselves and for the livelihood of our fishing communities. The European Parliament and the Council recognised this at the time of the adoption of the common fisheries policy, making a common declaration calling on the Commission to fast-track the review of the data collection framework.

The Commission delivered, and today I am happy to see that we have reached a political agreement on the new regulation, which can finally be adopted and published. This will enable the scientific institutions in Member States to start collecting the necessary data for all the new requirements of the CFP. This has been possible thanks to this House's will to tackle efficiently such a technical subject. We can now move one step forward towards enhancing regional cooperation in data collection, which has been an important objective of the CFP reforms. The data collection framework is essential for the implementation of the CFP as it provides the basic data for scientific advice on fishing quotas and on impact assessments for the evolution of EU fisheries.

The recast was focused on two main issues. First, to ensure delivery on CFP reform objectives, providing the scientific data necessary for sustainable fisheries and aquaculture, while protecting the marine ecosystem and reducing discards and, at the same time, achieving economic, social, unemployment benefits and food security. Second, to simplify the current system: collect only what is needed, remove overlaps and reduce the number of rules at EU level.

Overall, as has been recognised, the current framework has proven to be fit for purpose, and therefore the basic principles will not change. EU multiannual programmes are agreed and adopted at EU level and then implemented by national work plans in which Member States divide tasks amongst themselves. Basic data storage will remain at Member State level, and Member States will remain responsible for ensuring that good quality data is available to end users such as the International Council for the Exploration of the Sea.

An important issue that was debated in the final stages between Parliament and Council was the adoption procedure for the multiannual programmes on data collection, which define the detailed data requirements, the list of scientific surveys at sea and thresholds for the obligation to collect data. We are satisfied with the final compromise, which splits up the multiannual programme in a delegated act for the data requirements and implementing acts for the thresholds and the list of surveys. Thank you to the rapporteur for his work on this and for the opportunity this morning to discuss this important subject.

Werner Kuhn, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar King! Ich möchte mich herzlich beim Berichtersteller, Marco Affronte, bedanken, der hier sehr konstruktive Arbeit geleistet hat. Es war ein gutes Miteinander auch mit den Schattenberichterstellern. Und wir waren uns alle einig darüber, dass die Datenerhebung des Fischereisektors, aber auch der Freizeitfischerei und der Aquakultur eine wichtige Basis dafür ist, um die gegenwärtige Situation der *fish stocks*, sprich der Bestände, einschätzen zu können.

Wir sind dabei und machen Mehrjahres-, Mehrartenpläne für die Ostsee, wir sind jetzt bei der Nordsee, gehen weiter in den Westatlantik und dann nachher auch ins Mittelmeer. Und dafür ist es absolut notwendig, dass wir wissenschaftlich basierte Daten zur Verfügung haben. Da müssen alle mitarbeiten, alle Stakeholder, die sozusagen in dem System mit eingebunden sind. Da spielt der Sektor eine ganz entscheidende und große Rolle, sprich die Berufsfischerei. Sie ist natürlich sowieso verpflichtet, die Daten über ihre angelandeten Fänge zu dokumentieren und auch an die zuständigen Stellen zu geben. Aber wir wollen das auch für den Bereich der Freizeitfischerei in Angriff nehmen. Das ist in zunehmendem Maße ein Sektor, mit dem wir uns auseinandersetzen, weil er erstens eine große ökonomische Bedeutung hat, aber zweitens natürlich auch die fischereiliche Sterblichkeit von unterschiedlichen Fischarten eine ganz entscheidende Rolle spielt. Deshalb ist es notwendig, dass wir dort genauso Daten erfassen.

Im Bereich der Aquakultur möchte ich sagen, dass das hier natürlich auch sehr entscheidend für die Versorgung der Bevölkerung mit Fisch und Fischprodukten ist. Europa ist der größte Importmarkt der Welt. Wir können nur ungefähr ein Drittel mit eigenem Aufkommen realisieren und unsere Bevölkerung, unsere Kunden, versorgen. Alles andere sind Importe. Deshalb legen wir auch in besonderer Weise auf den Bereich der Aquakultur, der Kreislaufwirtschaft ein großes Augenmerk. Aber dazu brauchen wir natürlich auch Daten.

Richtig, Herr Kommissar, Sie haben das angesprochen: Es ist notwendig, dass wir die Gemeinsame Fischereipolitik, die Grundverordnung, in der Zukunft noch exakter durchsetzen können. Der Internationale Rat für Meeresforschung braucht dann natürlich auch Daten. Die können sie sicher auch alleine mit ihren Forschungsschiffen erheben, aber nicht in solchem Umfang, wie wenn wir die drei Sektoren miteinbeziehen – das heißt, die Berufsfischerei, die quotierte Fänge bringt, aber auch unquotierte Fänge, die Freizeitfischerei, die auch letztendlich ihre Daten angeben muss, und bei der Aquakultur soll es in besonderer Weise der Marinebereich sein, das heißt, die Aquakultur, die in den Küstenbereichen stattfindet, dass wir dort die Daten haben, um auch die Rückkopplung zu bekommen, welche Auswirkung es tatsächlich auf das Ökosystem hat. Die Interaktion zwischen den einzelnen Spezies spielt dabei auch eine Rolle.

Insofern, muss ich sagen, haben wir gute Ergebnisse erzielt, haben uns als Parlament auch gegenüber dem Rat soweit durchgesetzt, dass die delegierten Rechtsakte klar definiert sind: Wer hat welche Aufgabe zu erledigen? Da ist eindeutig klar, dass die verpflichtende Datenerhebung für den Bereich der offenen See gilt und die Schwellenwerte dort festgelegt sind. Das wird als Durchführungsrechtsakt sozusagen gemeinsam zwischen Rat und Kommission entschieden, und die delegierten Rechtsakte bleiben sozusagen mit der Einspruchsmöglichkeit des Parlaments – alles, was die Grundverordnung betrifft.

Herzlichen Dank nochmal allen Beteiligten. Wir haben hier eine gute Basis für die Gemeinsame Fischereipolitik in der Zukunft.

Ricardo Serrão Santos, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, quero também agradecer ao relator, o nosso colega Marco Affronte, assim como aos restantes relatores-sombra e aos representantes das instituições ao nível do trólogo. Penso que concluímos um bom regulamento.

Enquanto relator-sombra pelos Socialistas e Democratas para este diploma, saliento que os dados científicos das pescas têm sido essenciais para a gestão e decisão com base no conhecimento.

A revisão que aqui aprovamos abre novas possibilidades para a cooperação entre os Estados-Membros, tornando coerente a cooperação a nível regional. Sendo eu próprio oriundo de uma instituição científica que lida com dados de pesca, reforço a importância da coerência da informação recolhida.

Este novo regulamento dá também ênfase à possibilidade de cruzeiros científicos e não só à aquisição de dados biológicos à descarga da pesca comercial. Os cruzeiros científicos, independentes da pesca comercial, são fundamentais para completar uma visão holística dos recursos.

Outro aspeto muito relevante é a maior transparência no acesso aos dados resultantes dos programas abrangidos pelo regulamento. As instituições que tenham uma razão válida poderão solicitar os dados das pescas obtidos a partir dos sistemas de recolha financiados a nível europeu. Este diploma fomentará a transparência e, certamente, resultará em melhor conhecimento que permita sustentar melhor gestão.

Preocupa, no entanto, a falta de garantias na participação das autoridades regionais nas fases de planeamento e de recolha.

Sendo as entidades que mais de perto lidam com os problemas, em muitos casos, os governos regionais têm mesmo responsabilidades na gestão de recursos e podem, caso essa seja a interpretação do Estado-Membro, ficar fora do processo. Estarei atento e garantirei que ninguém fica excluído.

Por fim, quero ainda salientar a elegância com que foi resolvida a legitimidade do acompanhamento e da implementação do programa. Após um diálogo jurídico vivo e denso ao nível do tríplogo, chegou-se a uma solução eficaz. A aproximação mista entre atos delegados e atos de execução legitima a especificidade de cada uma das instituições de governação europeias.

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Gospođo predsjednice, zahvaljujem gospodinu Affronteu na konstruktivnom izvješću. Prikupljanje podataka i njihovo korištenje u svrhu donošenja boljih podataka od posebne je važnosti u sektoru ribarstva. Želimo li osigurati ribarima pravo na rad te katalizirati ekonomski rast i očuvanje poslova u primorskim krajevima, a s druge strane učinkovito zaštititi morske resurse, naravno da se moramo osloniti na relevantne podatke.

Kao zastupnica iz Hrvatske zabrinuta sam što još uvijek nemamo potpune podatke o stanju ribljih stokova u Jadranu. Dostupni se podaci iz različitih izvora dobrim dijelom međusobno isključuju pa je teško donijeti politike koje će predstavljati kvalitetan balans između interesa ribara i zaštite resursa.

Stoga apeliram na nadležne na svim razinama da ovo pitanje reguliramo sa što manje propisa, osiguramo jednostavno prikupljanje podataka koje neće predstavljati opterećenje ribarima i olakšamo razmjenu među nadležnim tijelima. Relevantni su podaci ključ dobrih politika u ribarstvu.

António Marinho e Pinto, *em nome do Grupo ALDE*. – Senhora Presidente, começo por saudar também o relator e o excelente trabalho que fez e solidarizar-me com a perspetiva que incutiu no seu relatório, que é frisar a necessidade de dados científicos para podermos avaliar os impactos da pesca, não só ao nível da capacidade de reprodução dos *stocks*, no plano quantitativo, mas também e sobretudo ao nível da sustentabilidade ambiental dessa atividade económica, tão necessária ao desenvolvimento económico e tão necessária ao sustento de milhões de famílias em todo o mundo.

Gostaria de dizer que a sustentabilidade tem de incluir obrigatoriamente a questão ambiental. Não há sustentabilidade se não protegermos o ambiente e se não formos todos envolvidos nesse projeto e nesse trabalho de proteção da qualidade ambiental dos oceanos. Só assim as pescas serão sustentáveis, só assim as pescas poderão cumprir o seu objetivo económico.

Mas, por outro lado, quero também frisar que se deve criar um equilíbrio entre os interesses da pesca profissional e os interesses do turismo associados à pesca recreativa em determinadas regiões. Há situações em que os pescadores recreativos têm privilégios em relação aos pescadores profissionais – e isso não é admissível.

Por último, Sra. Presidente, Sr. Comissário, caros colegas, a política de recolha e consolidação dos dados para fazer uma boa gestão da política de pescas só é possível se houver um investimento, um aumento do investimento na investigação científica. São precisas mais verbas para a investigação científica nos oceanos, que possibilitem a recolha de dados fiáveis, que possam cumprir a sua missão informativa.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, só uma gestão dos recursos haliêuticos, ancorada num sólido conhecimento científico, permitirá uma exploração racional e sustentável desses recursos.

A necessidade de recolher, gerir e utilizar os dados da pesca em quantidade e qualidade suficientes é indiscutível, como inquestionável é também a necessidade de tornar estes dados comparáveis e integráveis a nível nacional, regional e internacional.

Há uma dimensão da gestão dos recursos que está, obviamente, para além das fronteiras nacionais, o que exige uma genuína cooperação e empenhada concertação no plano internacional.

O que é, todavia, questionável é que estas necessidades sejam melhor asseguradas no quadro da visão centralizadora que continua a prevalecer na política comum das pescas da União Europeia. Uma visão que tem expressão concreta no enquadramento institucional previsto no Tratado de Lisboa, que confere competências exclusivas à União Europeia neste domínio, o que desde sempre mereceu o nosso desacordo. O tempo tem vindo a mostrar o carácter pernicioso desta visão.

Para além disso, a mesma União Europeia que, erradamente, dispõe de competência exclusiva na definição da política, atira para cima dos Estados uma parte substancial dos custos de financiamento dessa mesma política, não assumindo por inteiro, como devia, as responsabilidades ao nível do financiamento, por exemplo, da aquisição e gestão dos dados.

Queremos mais e melhores dados? Sim. Queremos maiores possibilidades de escrutínio e maior transparência sobre a sua utilização, mas não caucionamos uma visão de gestão dos recursos que nos parece essencialmente errada.

Linnéa Engström, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I want to start by thanking the rapporteur, my colleague Marco Affronte. I, of course, welcome the report, the negotiating agreement and the work conducted by the team. The new rules on data collection are intended to align this framework with the requirements of the reformed common fisheries policy. One of the things of particular importance to the Greens is sustainable fishing, to keep stocks above levels that can reduce maximum sustainable yield (MSY). This is respecting the objectives of the CFP, as provided in Article 2(2) [of Regulation (EU) No 1380/2013]. Reliable stock assessment, including FMSY, is essential to establish fisheries conservation measures, and to ensure that fishing is environmentally sustainable and economically profitable.

We need reliable, comprehensive and long-term data for the purpose of decisions on fisheries management and for the protection of ecosystems, including vulnerable species and habitats. In that respect, we stress the importance of the new framework for data collection, the obligation of the Member States on collection, storage, protection and provision of data, and cooperation within, and between, the Member States. Yesterday we discussed the increasingly vulnerable situation in the Arctic. This is a real example of where we need more science and more data to better understand the unique ecosystems that are now revealed – they have never been touched by mankind, and are being revealed now that the Arctic ice is melting.

Mike Hookem, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, information is power. If you run the data you control what people think. Control thinking and you control people themselves and the choices they make. The European Union has long worked on this basis. The EU knows perfectly well that by centralising the data on fish stocks throughout Europe the UK can never escape the suffocating embrace of the common fisheries policy. If Great Grimsby, Hull, Scarborough, Whitby or any other fishing port in the UK is to have a future then we need our sovereignty back. No ifs, no buts; we need to take back full control of all our waters and the means to choose what data we collect. We decide what is monitored and when, and how, and if. Without the power to measure, analyse and utilise fishing data, the UK will still be unable to formulate its own fisheries policies and will remain under the hegemony of the CFP. This report is the Trojan horse, the cuckoo in the nest, the fifth column, the hidden enemy within. Sign up to this under the so-called Great Repeal Bill – which is no such thing – and the UK has lost half the battle to reclaim our own fisheries and waters before the negotiation has even begun. If that sounds theoretical, then just ask the artisanal, shore-based fishermen in my constituency who face losing their livelihoods following the recent sea bass ban. That ban originates in EU data and data control. Sovereignty shared is sovereignty lost.

Diane James (NI). – Madam President, it is universally acknowledged that the European Union's common fisheries policy has created enormous environmental and economic damage: discards, overfishing, plummeting fish stocks and thousands of jobs lost. We actually already have that information, and that has led to a damaging impact on communities and cultures.

This report – and, I emphasise, an uncosted proposal – outlines a big data response. What is actually required is a complete overhaul and revision of the existing European Union fisheries policies before this is even started. At the last plenary session here in Strasbourg, the EU cloud was approved. I spoke at that meeting and I highlighted that nearly EUR 5 billion was still identified as the shortfall for the funding. Here we have a big data project linked to the EU cloud, we have not even identified the monies to fund the EU cloud, and yet we are seemingly going to approve a big data project. It really is back to front policy.

Gabriel Mato (PPE). – Señora presidenta, comisario, con datos de alta calidad, datos fiables, los científicos pueden dar consejos precisos, los operadores pueden administrar mejor su negocio y nosotros, los políticos, podemos tomar decisiones informadas y producir leyes justas. Todo el mundo gana.

El acuerdo alcanzado por los legisladores prevé un marco mejorado y simplificado para reunir información amplia y fiable y para ponerla a disposición de todos los implicados a nivel regional y europeo. Las nuevas normas tienen por objeto garantizar que todos los datos pertinentes se recopilen siguiendo un enfoque de costo-beneficio y sin duplicación de esfuerzos. Incluye nuevos tipos de recolección de datos necesarios para la PPC, como los datos de ecosistemas o datos de acuicultura, y promueve soluciones regionales y, a su vez, personalizadas mediante el establecimiento de grupos regionales de coordinación.

Para la reforma de la PPC necesitamos datos, más que nunca, para medir el progresivo logro del rendimiento máximo sostenible, así como los efectos de la obligación de desembarque. Por tanto, este acuerdo es bienvenido.

Por supuesto, necesitamos ver cómo funcionará en su aplicación, porque nos preocupa cómo será en la práctica la coordinación regional, ya que el Reglamento no incluye una descripción precisa de la función de los grupos de coordinación regional ni un Reglamento muy claro. Tampoco está claro quiénes serán los usuarios finales, ya que se decidió no incluir ninguna definición al respecto. Y este es un tema delicado, ya que la confidencialidad de los datos es vital para los operadores. Incluso en las últimas reuniones de coordinación regional se ha puesto de manifiesto la necesidad de acotar de alguna manera este propio término, ya que no hacerlo supondrá una falta de racionalización de los recursos disponibles y, posiblemente, no cumplir con los objetivos que buscamos en este Reglamento.

En todo caso, bienvenido; muchas felicidades al ponente Affronte, a mi colega Kuhn y a todos los ponentes alternativos por un magnífico trabajo.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Just a small question: do you not think that this is a French and Spanish plot to keep control of British fishing waters after Brexit?

Gabriel Mato (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Evidentemente, sabe la respuesta. De complot saben ustedes mucho más que nosotros.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta. Buena respuesta, señor Mato, ante determinadas apreciaciones que no merecen otras cosas.

Quiero destacar en primer lugar el buen trabajo realizado por el ponente Affronte, por Ricardo Serrão y por todos los demás ponentes alternativos, porque creo que se ha conseguido un texto interesante para algo que, en nuestra apreciación primera, es muy técnico. Es algo técnico, sí, pero fundamental para tomar determinaciones.

En la Unión Europea, en la pesca, se están recogiendo datos del marco del 2000. Hubo una reforma en 2008 y ahora la política pesquera comunitaria requiere que haya una adaptación, especialmente para articular en esa recopilación todo el asesoramiento científico de apoyo, que es un elemento sustancial para conseguir un gran objetivo de la PPC, el rendimiento máximo sostenible.

Por lo tanto, necesitamos una recopilación de datos adecuada, una buena gestión de estos datos y su uso para conseguir esos grandes objetivos de la PPC que sin esto no sería posible —conseguir los objetivos del rendimiento máximo sostenible— o, por ejemplo también, toda la recopilación de datos que nos van a dar los planes de descarte, que van a proporcionar datos nuevos muy interesantes.

Termino diciendo: en el Mediterráneo hay un gran déficit de los datos que nos van a ayudar a tomar decisiones futuras.

Remo Sernagiotto (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, una buona norma è quando concilia tutela e sviluppo. Per creare queste condizioni, vi è una grande necessità di raccogliere dati, di conoscere. Noi, come politici, come rappresentanti, non possiamo agire se non conosciamo, perché se una norma agisse solo sulla tutela o solo sullo sviluppo creerebbe una distonia totale rispetto alle volontà della politica.

Per questo motivo io penso che il regolamento in esame sia così importante – e ringrazio anche il collega Affronte e tutti quelli che ci hanno lavorato, il collega Kuhn – perché possiamo considerare la politica comune della pesca (PCP) una grande politica a nostra disposizione.

Non possiamo non tener conto dello sviluppo economico in Europa, soprattutto nei territori rivieraschi, laddove è possibile conciliare più sviluppi economici in tutela e una capacità di non pregiudicare l'armonia di una così importante economia come quella della pesca.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, concordamos que é muito importante contar com dados científicos certos e de qualidade para uma boa gestão das pescas, mas consideramos que o novo quadro nunca deverá interferir com o desenvolvimento normal das atividades da pesca artesanal e costeira e não deverá ser mais gravoso em termos económicos e administrativos para as frotas.

Pedimos que a recolha e gestão dos dados tenham em conta as especificidades da frota e que os dados socioeconómicos e ambientais se tornem uma parte fundamental da informação recolhida.

Quanto aos dados socioeconómicos, pedimos que se destaque também o papel e a situação das mulheres nas pescas – das marinheiras, redeiras, mariscadoras e outras mulheres que trabalham neste âmbito.

Além disso, os limiares abaixo dos quais não será necessária a recolha de determinados dados ou a realização de campanhas a bordo deverão ser definidos também tendo em conta o tipo de frota e os seus impactos nos recursos.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Madam President, the EU framework for the collection and management of fisheries data has been in place since the year 2000. Under this framework, the Member States collect, manage and make available a wide range of biological, environmental, technical and social economic data on fishing, aquaculture and processing sectors needed for scientific advice.

The agreement we are discussing today includes an improved framework for gathering extensive and reliable information, and making it available at regional and European level. The improvement in data collection will enable the maximum sustainable yield to be evaluated more reliably and ensure long-term sustainability, as laid down in the basic regulation. The regulation will also update and simplify the current rules on data collection to take into account the new CFP reform, achieving maximum sustainable yield and lending obligation. The new rules will ensure that all the relevant data is collected following a cost-benefit approach and without duplication of effort, thus reducing the administrative burden. I am, therefore, in favour of this report.

Renata Briano (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questo dossier affronta un problema molto sentito, soprattutto nel Mediterraneo, un mare ricchissimo di risorse ma caratterizzato da una forte mancanza di dati che consentono di conoscere realmente lo stato di salute dei nostri stock.

La riforma del quadro per la raccolta dei dati è quindi fondamentale per raggiungere gli obiettivi della PCP e richiede lo sforzo degli Stati membri per raccogliere i dati necessari a valutare lo stato delle risorse biologiche marine sfruttate, il livello della pesca e l'impatto di quest'ultima sulle risorse biologiche e anche sugli ecosistemi marini.

La raccolta, la gestione e l'uso dei dati devono rispondere a criteri di precisione, affidabilità e tempestività. Nello stesso tempo è necessario evitare che gli stessi dati siano raccolti più volte per scopi diversi, perché ciò comporterebbe un inutile spreco di risorse. A tal proposito, accolgo con favore la proposta di organizzare una rete europea di dati scientifici per utilizzare le informazioni raccolte a seconda dell'accertamento che si vuole realizzare e in modo da poter anche scambiarle con i paesi terzi.

Il tema è molto complesso e allo stesso tempo strettamente connesso alla necessità di gestire le attività di pesca, tenendo conto del loro impatto sugli ecosistemi ed è per questo che andrebbe gestito secondo il principio della regionalizzazione. Inoltre, abbiamo ancora molto da scoprire sul mare e le sue risorse, le conoscenze scientifiche sono fondamentali per una gestione efficiente e lungimirante ma non bastano, occorrono dati, oltre che sul prelievo, anche sul consumo sul commercio e sulla ristorazione. Anche su questo c'è ancora molto da fare.

Czesław Hoc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Harmonizacja unijnych przepisów regulujących gromadzenie wszelkich danych dotyczących sektorów rybołówstwa, akwakultury i przetwórstwa ma kluczowe znaczenie dla wdrażania wspólnej polityki rybołówstwa, umożliwiając oparcie tej polityki na najlepszym możliwym doradztwie naukowym. Jednakże poważnie mnie niepokoi, a nawet irytuje fakt, że bardzo marginalnie, wręcz wcale, potraktowano problem danych w kwestii połowów przemysłowych, tzw. paszowych, na Morzu Bałtyckim.

Bałtyk jest stosunkowo płytkim morzem, zatem wielkie jednostki przemysłowe to pływające fabryki śmierci dla wszelkiego narybku i ryb stanowiących łańcuch pokarmowy dla dorsza. Są one odławiane na mączkę rybną i karmę. To rabunkowo prowadzona gospodarka, to braki w prawidłowym odżywianiu dorsza, a tym samym zakłócanie jego naturalnego procesu reprodukcji i wzrostu gatunku.

Bałtyk powoli umiera, rozpaczliwie woła o pomoc. Najwyższy czas na ratunek dorsza – ryby, która według Marka Kurlansky'ego zmieniła świat, a według Komisji Europejskiej może odejść w zapomnienie.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, that the EU collectively, and many Member States individually, have gained immensely from Ireland's fishing grounds since our accession in 1973 to what was then the EEC, is indisputable. It is also indisputable that when the value to the EU, with the fish taken from Ireland's fishing grounds, is taken into account, far from being a net beneficiary of funding since joining the EU, Ireland is in fact a net contributor (pardon the pun). The question is, though: to what extent, and exactly how much, has the EU gained from Irish fishing grounds since 1973? Through a series of written questions to the Commission I have been trying to establish that figure, and have failed. Why? The reason repeatedly given is that the EU does not have the data for individual Member States and, for that reason, will not even attempt to give me an estimate. As I said, that the EU has gained from our fishing grounds is indisputable. The fact that they refuse to even give an estimate of that value from all the data they do have is not acceptable. I repeat, this is a matter of major significance for Ireland, even more so now that the EU has lost the UK. Get that data and get me that number.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, la recopilación, la gestión y el uso de los datos es fundamental para el desarrollo de una actividad pesquera eficiente y para el buen funcionamiento de la política pesquera común.

Para evaluar el impacto de la actividad de la pesca sobre los ecosistemas y las poblaciones pesqueras debemos disponer de datos completos, fiables y armonizados. La recopilación de datos debe adaptarse a las nuevas necesidades sociales con mejoras de la transparencia y con una utilización eficiente de los recursos. Debe facilitarse el acceso a los datos y se deben evitar duplicidades, fomentando la coordinación, aunando esfuerzos entre Estados y contribuyendo a la regionalización de la gestión de la pesca.

Debemos asimismo contemplar la variable de género en todo el proceso de recogida de datos, visibilizando el papel de las mujeres en el sector pesquero. Este informe ofrece avances en muchos de estos aspectos y, por lo tanto, lo considero positivo.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la raccolta dei dati è essenziale per l'attuazione della politica comune della pesca, perché consente di basarla su pareri oggettivi e scientifici. Oltre che per valutare lo stato degli stock ittici, la redditività dei vari segmenti del settore e l'impatto della pesca e dell'acquacoltura sull'ecosistema, i dati sono necessari per valutare le politiche dell'Unione europea quali, ad esempio, le misure di gestione della pesca e di mitigazione.

Importante è la creazione di banche dati regionali sovranazionali, mediante gruppi di coordinamento regionale, per avere dati aggregati e confrontabili. Nel mare Adriatico, ad esempio, si valuteranno complessivamente i dati di Italia, Slovenia e Croazia.

I dati saranno a disposizione di tutti – istituzioni, ricercatori, associazioni ambientaliste e chiunque sia interessato a studiare e a valutarli. Per la prima volta verranno inclusi nel quadro per la raccolta e la gestione dei dati anche i dati che provengono da altri settori che impattano sull'ecosistema marino, quali la pesca ricreativa e la l'acquacoltura.

Trattasi di un importante passo avanti che contribuirà a favorire non di poco lo sviluppo sostenibile della pesca, limitando così l'impatto sull'ecosistema marino.

„Catch the eye” eljárás

Nότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η χρήση δεδομένων στον τομέα της αλιείας είναι απαραίτητη για την αξιολόγηση των πολιτικών της Ένωσης, καθώς βοηθάει στη διαχείριση της αλιείας και στη λήψη διορθωτικών χρηματοοικονομικών μέτρων υπέρ των περιοχών που εξαρτώνται από την αλιεία και την υδατοκαλλιέργεια. Σε μια περίοδο που ο πρωτογενής τομέας στην Ευρωπαϊκή Ένωση δοκιμάζεται, η Ένωση πρέπει να λάβει μέτρα για την ανασυγκρότηση και ενίσχυσή του. Ειδικότερα οι παράκτιες και νησιωτικές περιοχές αντιμετωπίζουν σημαντικά προβλήματα εξαιτίας της οικονομικής ύφεσης, με αποτέλεσμα τη μείωση του πληθυσμού και τη φυγή των κατοίκων.

Σε χώρες όπως η Ελλάδα, που πλήττεται από τη λιτότητα και τα μνημόνια, οι αλιείς βιώνουν τις συνέπειες του αγροτικού μνημονίου, βλέποντας το εισόδημά τους να μειώνεται δραματικά. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να βοηθήσει στην ενίσχυση της απασχόλησης στις περιοχές αυτές και να αυξήσει τη χρηματοδότηση του αλιευτικού στόλου. Ιδίως, πρέπει να λάβει μέτρα υπέρ της στήριξης των ελλήνων αλιέων.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, surađivao sam s institutima koji djeluju na Jadranskom moru, pogotovo s onim u Rovinju, ali i u Trstu, Splitu, u Anconi i moram naglasiti da sam potpuno svjestan koliko je važno prikupiti znanstvene podatke neovisno o tome što ponekad ti instituti imaju i pomalo oprečne podatke i oprečne procjene.

Znanstvena suradnja na osjetljivim morima kao što su mala zatvorena mora, a Jadransko more je takvo malo, zatvoreno more, u sklopu jednog većeg mora, Mediteranskog mora, koje isto tako na žalost nije dovoljno istraženo i nemamo dovoljno podataka što se cijelog Mediterana tiče te zato pozdravljam ovaj prijedlog i pozdravljam rezultate koje očekujemo. Predlažem da se k tome skupljaju i podaci o impaktu ribarstva i ribolova na turizam da vidimo što znači tradicijsko ribarstvo i da vidimo kakvo nam je zdravlje morskih organizama.

(A „catch the eye” eljárás vége)

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I would like to say thank you to the Parliament for prioritising the work on the Recast Regulation on Data Collection and, in particular, thank you to the rapporteur and his team for their work. I will make sure I give a full account of this discussion to Commissioner Vella.

We provided for transitional arrangements so that immediately after adoption and publication of the recast there is no legal vacuum. The current Multiannual Programme for Data Collection will remain applicable until replaced by a new one. There have been a couple of comments about data storage. I would just record that basic storage of data will remain at Member State level and Member States will remain responsible for ensuring that good quality data is available for end-users. The current multiannual programme was adopted last summer and it was already updated with many of the new requirements. So, there is no need to replace it urgently. The Member States' work plans for data collection were approved last summer. Member States will already have started collecting data accordingly. When important modifications are needed, Member States will need to resubmit the work plans for approval in the normal way. Meanwhile, Member States have already started to transition from regional coordination meetings to regional coordination groups, ensuring more continuity and better involving the relevant end-users in data collection.

In summary, by the end of 2017 we expect the new legal framework for data collection to be operational for collecting all data needed for what I take to be our shared objective, the effective implementation and monitoring of the CFP. Thank you.

Marco Affronte, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, solo un paio di considerazioni. Direi che, a parte qualche voce fuori dal coro, c'è un grande accordo su questa relazione, non solo sull'importanza dei dati scientifici – è stato ripetuto veramente tante volte – ma anche – e ringrazio chi si è espresso in questo senso – nel consenso sul lavoro che abbiamo fatto e su quello che siamo riusciti a ottenere.

Ringrazio anche la Commissione perché ha chiarito un punto che avrei chiarito io e cioè il fatto che i dati non vengono centralizzati ma rimangono a livello di Stati membri, anche se sono dell'idea che gli interventi che abbiamo ascoltato, soprattutto da parte dell'estrema destra, fossero di chi non ha in realtà letto il documento ma di chi ha fatto soltanto il suo intervento «classico».

Detto questo, ne approfitto per ringraziare chi ha lavorato con me su questo dossier: c'è stato un grande accordo dei relatori ombra di tutti i gruppi politici. Abbiamo lavorato molto bene, abbiamo cercato di fare le cose in maniera efficace ma anche velocemente, perché sappiamo che gli Stati membri hanno la necessità di poter partire con la raccolta nei tempi più brevi possibili. Ci siamo incagliati, senza aspettarcelo, per qualche mese con il Consiglio per il discorso dell'attribuzione dei poteri fra atti delegati e atti di esecuzione e, alla fine, come ha detto qualcuno, ne siamo usciti in maniera molto efficace ed elegante.

È evidente che, per avere delle buone politiche di pesca e arrivare all'obiettivo di una pesca sostenibile, sia dal punto ambientale che da quello socioeconomico, non possiamo prescindere da una profonda conoscenza delle risorse ittiche che andiamo a sfruttare e dalle conseguenze delle nostre decisioni e azioni sull'ambiente marino, sulle risorse e sul settore economico.

Per fare questo servono dei dati e l'entrata in vigore di questo regolamento è essenziale per muoverci in questa direzione.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

3.1. Zimbabwe, der Fall von Pastor Evan Mawarire

Elnök asszony. – A következő napirendi pont vita öt, Zimbabwevel, Evan Mawarire lelkipásztor ügyével kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról1 (2017/2608(RSP)).

1 Lásd a jegyzőkönyvet.

Geoffrey Van Orden, *author*. – Madam President, Zimbabwe should be one of the most prosperous countries on the African continent. Instead, a third of its population is near starvation, relying on international food aid and brutally oppressed by a corrupt, kleptocratic regime. There is mass unemployment and hyperinflation. In fact, the country is bankrupt and its people in despair, and yet the grand architect of this misery, Robert Mugabe, continues in power.

I have been in this Parliament for 18 years and, throughout this time, have campaigned for effective action against Mugabe and for freedom for the Zimbabwean people. They desperately need our help. Today we are focusing on the plight of the latest victims in a long line of brave people who have dared to speak out against the Mugabe tyranny. We still do not know the fate of Itai Dzamara and we deplore the treatment of Pastor Evan Mawarire. The international community, including the EU, has been divided and ineffective in its measures against the Mugabe clique, but particular blame must go to those African governments that have not only turned a blind eye to Mugabe's atrocious regime, but have lauded Mugabe himself. Shame on all that have allowed this appalling situation to drag on for so long.

Soraya Post, författare. – Fru talman! Kära kollegor! Som människorättsaktivist har befrielsekampen i södra Afrika varit en ledstjärna. Robert Mugabe gick dock från frihetshjälte till tyrann, men motståndet lever i Zimbabwe.

Pastor Evan Mawarire hotades till livet av diktaturens torpeder och flydde till USA. Han hade dock modet att ta sig tillbaka för att utmana denna tyrann. Mawarire greps så fort han hade landet i Harare. Mugabes maktbas utmanas också inifrån. Veteraner från befrielsekampen, alltså presidentens gamla allierade, bojkottade i somras Mugabes tal i protest mot diktaturen, och Evan Mawarire är numera en fri man. Nu måste regimens blodiga hantlangare ställas inför rätta, och åtalet mot Mawarire måste läggas ner.

Vänner, låt oss i dag visa att Zimbabwes demokratiska krafter också har stöd från oss i EU. Vi fortsätter att tro på förändring.

Lola Sánchez Caldentey, autora. – Señora presidenta. Condenamos la violencia y la represión de manifestaciones pacíficas, cualquier tipo de intimidación, acoso, arrestos arbitrarios y violencia contra activistas pro derechos humanos, la oposición, ONG y periodistas que hoy suceden en Zimbabwe. Creemos que todo país debe respetar e implementar las convenciones internacionales de derechos humanos, incluyendo la Declaración de 1998 de las Naciones Unidas sobre los Defensores de los Derechos Humanos.

Sin embargo, rechazamos cualquier operación externa y las estrategias de desestabilización, así como las injerencias en los asuntos internos de Zimbabwe por meros fines geoestratégicos. Seamos realistas. Los problemas los sufre la gente. La pobreza, el desempleo y la malnutrición crónica son los principales problemas que afronta el país, y consideramos que estos problemas solo pueden ser resueltos mediante la implementación de un ambicioso plan de políticas públicas en los ámbitos del empleo, la educación, la sanidad y la agricultura, junto con la solidaridad y la cooperación internacional.

Además, Zimbabwe es uno de los países más endeudados del mundo y ejemplifica, una vez más, que necesitamos abordar la deuda desde un enfoque basado en los derechos humanos y en su sostenibilidad a largo plazo, así como unos estándares justos que redefinan los mecanismos de préstamo. Sin todo ello, seguiremos siendo incoherentes, utilizando estas Resoluciones de urgencia a modo de palo y zanahoria en función de intereses económicos y desatendiendo los problemas de la gente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, I would prefer not to have to come in here and do this, but we are at the end of our tether at this stage. Potentially, up to 60 MEPs and MEPs' assistants are not receiving their email, and their diaries are not working. We have attempted to resolve this through ITEC. ITEC does not know its elbow from its posterior, unfortunately. The administration has not contacted MEPs to tell them about the problem, and, wait for it – I hope you are looking for a bit of a laugh here – I had been told that I would be informed by email when my emails are back. Now when my emails are back, I will know because they will be back. I will not need an email to tell me.

It is a complete and utter mess. We do not know when speaking time is happening, we do not know when our appointments are happening, and this is happening to up to 50, 60 people in here. Yet every time we go down to ITEC, it is as if Pol Pot has taken over: it is year zero, and they know nothing about it. It is unacceptable. You have heard the phrase about being able to 'run a piss-up in a brewery'? Well, you have failed. Can you sort it out? Can Mr Tajani sort it out? The 125 000 people who voted for me would like to know that I will know when my appointments are and when I have to turn up to work. It is fairly basic.

(The President cut off the speaker)

Elnök asszony. – Képviselő Úr, megértettem az első három mondatából az észrevételeit.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Madam President, may I just say what a pity it is that this very serious debate about a tragic matter and a country in Africa which has been ruined by the despoliation of this dictator Mugabe is interrupted by what can only be seen as relative trivia, and I would call for no more interruptions of that nature.

(Applause)

Elnök asszony. – Nincs több hozzászólási lehetőség, a vitát nem tereljük el a témáról. Értettem, látom is képviselő úr jelentkezését, értettem is a kérését, továbbítani fogom, meg fogjuk vizsgálni, és vissza fogunk jelezni. Praktikusan nem e-mailben, hogy Ön ne tudja azt, hogy mi történik, hanem fölveszik Önnel személyesen a kapcsolatot, és kivizsgálják az ügyet. Az Elnökséghez továbbítom a kérését.

Visszatérünk a listára.

Pavel Telička, author. – Madam President, one has to have a very strong stomach to interrupt a debate on the tragic situation in Zimbabwe with an administrative IT issue.

This is, and is not, a motion about the case of Pastor Evan Mawarire. Why is it about him? Because it is a tragic case. Why is it not just about him? Because this is yet another case out of hundreds of thousands in a country which should be flourishing, but which is sinking and sinking. We will surely have more debates about more motions for resolutions on Zimbabwe, on concrete cases, but what we really need is a serious debate. We need to implement the policy tools that we have at our disposal, limited as they are, vis-à-vis Zimbabwe and other African countries. Otherwise, we will have an inflation in the number of resolutions with no change. What we really need is a change for the better and an improvement. This is something that the EU has to do. If it is not capable of doing it, that it is a very negative sign.

Bogdan Brunon Wenta, autor. – Pani Przewodnicząca! Skupię się tylko na faktach. Rząd prezydenta Mugabe wielokrotnie łamał zasady praworządności, swobody obywatelskie są ograniczane, a korupcja skutecznie hamuje rozwój tego państwa. Ponieważ swoboda wypowiedzi, prawo do zrzeszania się i zgromadzeń są zapisane w konstytucji Zimbabwe, to doniesienia związane z postępowaniem władz wobec pastora Mawarire oraz innych obrońców praw człowieka, między innymi Itai Dzamary, który zaginął w niewyjaśnionych okolicznościach, są bardzo niepokojące. Liczne protesty społeczne wzywające do poprawy sytuacji gospodarczej i poszanowania praw człowieka zostały brutalnie stłumione przez rząd, a pastorowi mimo uwolnienia przedstawiono politycznie umotywowane zarzuty. Poszanowanie praw człowieka to zasadniczy element współpracy AKP-Unia Europejska na podstawie umowy z Kotonu, której Zimbabwe jest sygnatariuszem. Dlatego władze tego kraju muszą zaprzestać represji wobec obrońców praw człowieka i przedstawicieli opozycji. To bardzo ważne, szczególnie w kontekście przyszłorocznych wyborów prezydenckich.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Paní předsedající, já se chci připojit a podpořit toto usnesení, připojuji se k práci svých kolegů, kteří navrhuji toto usnesení, které kritizuje současný stav Zimbabwe. Celá ta dnešní debata byla vyvolána situací konkrétního ochránce lidských práv pastora Mawarireho. Ale je správné, že ta debata není pouze o této osobě, která je neoprávněně politicky stíhaná, ale i o celkové situaci lidských práv v Zimbabwe. Je třeba situaci a stav lidských práv, svobodu projevu, svobodu shromažďování a jiná ústavní práva, která jsou v Zimbabwe trvale potlačována, zde na plénu jasně popsat a odsoudit situaci v této zemi. Je třeba jasně říct, že pokud Zimbabwe chce peníze od EU, pak je třeba, aby dodržovalo lidská práva, aby respektovalo základní principy demokracie. Je třeba také kontrolovat, kam peníze z EU plynou a zda nejsou rozkrádány tamními veřejnými orgány.

Josef Weidenholzer, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Simbabwe ist ein großartiges Land mit unvorstellbarem Potenzial. Seit vielen Jahren wird es jedoch von einem korrupten und autoritären Regime in Geiselschaft genommen und seiner Zukunftsperspektiven beraubt. Alle, die das thematisieren und die die Einhaltung der Menschenrechte einmahnen, werden zu Feinden des Staates gemacht, so wie Pastor Evan Mawarire und viele andere. Sie werden mit fadenscheinigen Argumenten mundtot gemacht.

Bald gibt es aber wieder Wahlen, die eine Chance für einen Neubeginn bieten. Es ist alles daran zu setzen, dass sie fair ablaufen. Die Europäische Union muss sich mit Wahlbeobachtern eindeutig positionieren. Vor allem braucht es im Vorfeld der Wahlen aber einen freien Zugang zu Informationen. Restriktionen für soziale Medien müssen aufgehoben werden. Radiolizenzen für private und Community- und Non-Profit-Organisationen müssen ermöglicht werden. Vor allem aber muss die Politisierung der Nahrungsmittelhilfe durch die Regierung abgestellt werden.

Ignazio Corrao, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sfortunatamente, questa non è la prima risoluzione che facciamo sullo Zimbabwe: il caso dal pastore Mawarire non è purtroppo un caso isolato.

Le misure restrittive dell'Unione europea nei confronti del regime dello Zimbabwe sono state rinnovate nel febbraio 2017 per la durata di un anno, così come è stato mantenuto l'embargo sulle armi, mentre il congelamento dei beni e il divieto di viaggio continueranno a essere applicati nei confronti del presidente Mugabe.

Allo stesso tempo l'Unione europea, attraverso il programma indicativo nazionale per lo Zimbabwe, ha stanziato 234 milioni di EUR per il periodo 2014-2020. Credo che dobbiamo agire, facendo leva su questi strumenti a nostra disposizione se vogliamo vedere un miglioramento o qualche significativo progresso nell'ambito dei diritti umani, perché purtroppo dalle risoluzioni che abbiamo approvato in precedenza non ne abbiamo visto alcuno.

Evan Mawarire deve poter godere dei diritti e delle libertà fondamentali e inalienabili così come qualsiasi altro cittadino dello Zimbabwe e lo stesso deve valere per tutti i prigionieri politici arrestati solo per aver espresso dissenso nei confronti di un governo, nei confronti del quale non si può far altro che dissentire.

Mario Borghesio, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, appoggiamo anche noi questa risoluzione, come atto di sostegno alla lotta per la libertà e alla democrazia di questi leader africani assoggettati a regimi corrotti e sanguinari.

Ci sono però alcuni dubbi: l'Unione europea si impegna a monitorare che gli aiuti per il programma indicativo nazionale arrivino ai settori destinati. Questo regolarmente non avviene, né in Zimbabwe né negli altri paesi. L'Unione europea deve impegnarsi seriamente e concretamente a verificare che questi 234 milioni di EUR di aiuti vadano non ai corrotti ma alle popolazioni.

E poi ci dite qualcosa circa i risarcimenti dovuti agli agricoltori che sono stati espropriati con la violenza, con atti terribili, dalle forze militari che venivano dalla guerra d'indipendenza? E poi le dichiarazioni palesemente razziste di Mugabe contro i bianchi: perché non condanna alle nero su bianco?

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, from economic powerhouse to financial ruin, from the breadbasket of Africa to starvation, the Mugabe regime continues to do what it has sadly always done: run Zimbabwe into the ground. As far back as I can remember, Mugabe has acted in this way, retaining a veneer of democracy whilst acting in a despotic and undemocratic way. This persecution of political opponents is nothing new. The same was done to Morgan Tsvangirai over a number of years from 2000 to 2008, with persecution and violence against those Mugabe did not agree with. The rights of Pastor Evan Mawarire, who so far as I can see has done nothing wrong, are being trampled upon. We do not even know what is happening to Mr Itai Dzamara. We have seen assets of Mugabe frozen, yet at the same time a large amount of money is being sent to Zimbabwe in aid and we need to make absolutely sure that we know what we are doing, that we know why it is being done, and that we ensure that money is not going to the wrong places. I have grave concerns that may well be happening.

Dominique Bilde (ENF). – Madame la Présidente, Robert Mugabe préside la République du Zimbabwe depuis près de 30 ans. Véritable autocrate, il est présente les caractéristiques des politiciens voyous qui dominent l'Afrique. Raciste anti-blanc revendiqué, M. Mugabe a transformé son pays en un enfer sur terre. Si la population ne jouit que de peu de droits individuels, ce n'est pourtant pas le pire des maux qui l'afflige. Famine, inflation et répression policière se succèdent à intervalles réguliers.

Dans ce contexte terrible, la censure des opposants est intolérable. Arrêté dès sa descente d'avion en février dernier, le pasteur Evan Mawarire a finalement été libéré sous caution. Il envisage de se présenter aux prochaines élections.

Robert Mugabe doit renoncer aux charges pour tentative de sabotage du gouvernement et incitation à la violence qui pèsent contre M. Mawarire. Plus généralement, l'Afrique ne pourra pas se développer si les institutions des États qui la composent n'évoluent pas.

„Catch the eye” eljárás

Cristian Dan Preda (PPE). – Doamnă președintă, grupul nostru, Grupul PPE, a avut inițiativa de a discuta despre Zimbabwe la fix șase luni după ultima dezbatere despre această țară. Din păcate, ceea ce spuneam atunci nu face decât să se confirme în cazul pastorului Mawarire. În loc să răspundă preocupărilor cetățenilor prin reforme politice și economice, regimul Mugabe continuă să limiteze dreptul la liberă exprimare și să-i prigonească pe apărătorii drepturilor omului. Pastorul Mawarire nu a făcut decât să ceară guvernului reforme și respectarea drepturilor omului. Din această pricină, e urmărit penal și e pasibil de o pedeapsă cu închisoarea de până la douăzeci de ani. Aceste acuzații sunt evident motivate politic și cred că trebuie să luăm cu toții apărarea pastorului Mawarire.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, lo Zimbabwe sta attraversando una profonda crisi economica, con un altissimo tasso di disoccupazione e una corruzione diffusa ad ogni livello politico e amministrativo. Alcuni cittadini, sin dall'estate scorsa, hanno iniziato a rispondere con numerose dimostrazioni antigovernative.

In questo clima l'attivista per i diritti dei più diseredati, il pastore battista Evan Mawarire, considerato il Martin Luther King dello Zimbabwe, è diventato il simbolo della protesta, che chiede trasparenza nell'azione di governo e dignità per ogni cittadino dello Zimbabwe. Per la sua attività politica Mawarire è stato arrestato con l'accusa di cospirazione contro lo Stato. Il pastore è ora in libertà vigilata ma rischia una condanna fino a 20 anni. L'accusa di sovversione è stata definita dai suoi avvocati completamente inventata.

È chiaro che il processo al leader dell'opposizione in Zimbabwe risponde solo ad esigenze politiche del governo in carica. L'Unione europea e la comunità internazionale devono farsi parte attiva per consentire l'immediato rilascio di Evan Mawarire e per ripristinare l'agibilità democratica nel Paese.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, υποστηρίζω το ψήφισμα, το οποίο άλλωστε έχω συνυπογράψει. Ο πάστορας Evan Mawarire συνελήφθη από την αστυνομία της Ζιμπάμπουε και μάλιστα την ώρα που βρισκόταν στα δικαστήρια, προκειμένου να δικαστεί, διότι είχε, λέει, υψώσει τη σημαία της Ζιμπάμπουε χωρίς άδεια. Η ενέργεια αυτή θεωρείται ποινικό αδίκημα, διότι το σύμβολο αυτό χρησιμοποιήθηκε από αντικυβερνητικούς διαδηλωτές στις κινητοποιήσεις τους κατά του προέδρου της Ζιμπάμπουε.

Καταδικάζουμε λοιπόν τη σύλληψη του Mawarire, όπως επίσης και των δημοσιογράφων και των ακτιβιστών που επίσης έχουν συλληφθεί. Η Ζιμπάμπουε πρέπει να προχωρήσει σε βαθιές δημοκρατικές μεταρρυθμίσεις, να υπάρξουν εγγυήσεις για την ελευθερία σκέψης, έκφρασης, την ελευθερία των μέσων μαζικής ενημέρωσης, να υπάρξει ισότητα, ενίσχυση του κράτους δικαίου και σεβασμός των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, και φυσικά να σταματήσει η βία κατά των γυναικών και να ληφθούν μέτρα για την αντιμετώπιση του υποσιτισμού που πλήττει τη χώρα.

(A „catch the eye” eljáráás vége)

Julian King, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, honourable Members, thank you for this resolution. The recent arrest of Pastor Mawarire is, unfortunately, another case that raises important concerns about what is going on in Zimbabwe. The EU, through its delegation in Zimbabwe, has been following the case closely. Together with representatives from the Member States, we attended Pastor Mawarire's High Court bail application hearing on 8 February. We welcome the positive ruling at the High Court to grant bail, and we take careful note of the judge's remarks about the weakness of the State's case. The case has been raised with the government at senior level, and we will continue to follow developments closely.

The right of Pastor Mawarire to express his views and opinions in a peaceful manner is a fundamental freedom enshrined in Zimbabwe's own Constitution. Human rights defenders, organisations and activists are playing a critical role in the promotion of human rights in Zimbabwe. It is essential that they are free to operate in an environment that protects fundamental human rights and freedoms, as set out in Zimbabwe's Constitution. They deserve recognition and credit for their significant and persistent contribution. The EU is committed to fighting discrimination, to preserving the rights of individuals to enjoy the full range of human rights in Zimbabwe, and we are determined to continue supporting the work of civil society organisations and protecting human rights activists.

Zimbabwe is at a critical juncture, as a number of you have said. Continued political and economic reforms are essential to restore growth and achieve inclusive and sustainable development. Respect for the rule of law, human rights and the consolidation of democracy are also essential. The electoral commission should engage with all parties to agree on an electoral framework for the 2018 elections. Our overall objective remains to re-engage fully with a stable and democratic Zimbabwe. I would like to recall the EU's continuing commitment to the people of Zimbabwe and emphasise that the EU remains amongst the most important donors to that country.

Elnök asszony. – Öt állásfoglalási indítványt juttattak el hozzám.

A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'arresto del pastore Evan Mawarire, vista l'evidente politicizzazione delle accuse a lui rivolte, appare come un utilizzo, da parte delle autorità dello Zimbabwe, del sistema di giustizia penale per colpire i difensori dei diritti umani. In Zimbabwe esprimere un parere in modo non-violento è un diritto costituzionale per tutti i cittadini ed è un obbligo delle autorità proteggerlo, tuttavia, da molti anni il popolo dello Zimbabwe è oppresso da un regime autoritario guidato dal presidente Mugabe, che rimane al potere mediante corruzione e violenza. È importante che l'UE avvii un dialogo politico con le autorità dello Zimbabwe, nel quadro dell'accordo di Cotonou, per dare sostegno alla popolazione locale.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Zimbabvėje, vienoje iš skurdžiausių šalių pasaulyje, padėtis yra itin nestabili. Šalyje vyksta nuolatiniai žmogaus teisių pažeidimai, susidorojimai su opozicija. Pažymėtina, jog susirinkimų, asociacijos ir žodžio laisvės yra pagrindinės demokratijos sudedamosios dalys. Gerbti ir laikytis žmogaus teisių privalo visos valstybės. Zimbabvės valdžios institucijos turi dėti didesnes pastangas ir užkirsti kelią smurtinėms represijoms, politiniam smurtui, taip pat apribojimams ir bauginimams, taikomiems žmogaus teisių gynėjams. Baudžiamojo teisingumo sistema neturi būti piktnaudžiaujama. Žmogaus teisių gynėjams turi būti sudarytos palankios sąlygos vykdyti savo veiklą. Atsižvelgiant į esamą padėtį ir paramą vietos gyventojams, ES turėtų pradėti politinį dialogą su Zimbabvės valdžios institucijomis pagal Kotonu susitarimą.

3.2. Ukrainische politische Gefangene in Russland und die Lage auf der Krim

Elnök asszony. – A következő napirendi pont vita öt, ukrán politikai foglyokkal Oroszországban és a Krim helyzetével kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2017/2596(RSP)).

1 Lásd a jegyzőkönyvet.

Rebecca Harms, Verfasserin. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Werchowna Rada! Wer in den letzten Jahren die Krimtataren zu Hause auf der Halbinsel besucht hat, der weiß, was für diese Gruppe von ukrainischen Bürgern der erneute Verlust der Heimat und der Verlust aller ihrer Rechte bedeutet, der weiß, was es bedeutet, wenige Jahrzehnte nach der Rehabilitierung gegen die Verfolgung unter Stalin wieder im Zentrum von systematischer Kriminalisierung und Verfolgung zu stehen. Ich finde es gut, dass die Kollegen aus allen anderen Fraktionen sich mit uns allen verständigt haben, gegen die Annektierung der Krim, gegen die andauernde Besetzung der Krim diese Entschließung heute mit einem ganz breiten Konsens zu verabschieden. Es ist für die Ukrainer auf der Krim und es ist für die Ukrainer in ihrem Land ungeheuer wichtig, dass wir gegen das Unrecht, gegen den Bruch internationalen Rechts durch Russland solidarisch sind.

Als wir diese Entschließung erarbeitet haben, die sich ja ganz stark und mit guten Gründen auf die Krim bezieht, sind aber auch in den mit russischer Hilfe besetzten Gebieten von Luhansk und Donezk neue Tatsachen geschaffen worden. Nicht nur gilt inzwischen der Rubel als Zahlungsmittel in der Gegend von Luhansk, sondern inzwischen werden russische Pässe anerkannt und ukrainische Unternehmen werden verstaatlicht.

Liebe Kollegen aus der Rada! Ich möchte diese Debatte zum Anlass nehmen, nochmal zu sagen, dass die Sanktionen, die die Europäische Union gegen den Bruch des internationalen Rechts beschlossen hat, nicht in Frage gestellt werden dürfen. Mit diesen Sanktionen verteidigen wir Sicherheit und Ordnung auf diesem Kontinent. Wer die Sanktionen immer wieder in Frage stellt, der gefährdet nicht nur die Menschen, die in die Unrechtsmühlen der russischen Verfolgung auf der Krim oder im Osten der Ukraine geraten, der gefährdet auch die Zukunft von Sicherheit und Stabilität auf dem gesamten Kontinent.

Anna Elżbieta Fotyga, author. – Madam President, we commemorate the sad anniversary of the illegal annexation of Crimea by the Russian Federation. We have to remember that the Crimean Tatars are the indigenous people who have been living there for centuries, intimidated by the imperial will of earlier Russian Tsars, then by Stalin, and now by Putin's regime.

They were offered open annexation and a political deal, a puppet autonomy under Russian rule, for acceptance of the annexation. They are people of honour and therefore refused this deal. Then intimidation and mass violation of their human rights started, including the delegatisation of their political representation, the Mejlis, and the pronouncement that this respectable body had terrorist links. We have had the opportunity to listen to the families of people who perished under Russian rule. Mustafa Dehermendzhy was arrested for actions taken before the annexation. The same happened to other people.

Soraya Post, *författare*. – Fru talman! Krig och diktatur är de mänskliga rättigheternas värsta fiender. Båda har gjort fasansfull comeback i Europa. Det kanske största hotet i dag heter Vladimir Putin. För första gången sedan andra världskriget har han möblerat om europeiska gränser med våld. Bakom dessa nya gränser har han satt de mänskliga rättigheterna på grillen.

62 ukrainska medborgare har olagligt åtalats i Ryssland av politiska skäl. 17 hålls olagligen i förvar i Ryska federationen och 15 på Krim. Hundratals hålls som gisslan i ockuperade östra Ukraina.

När ett självständigt land i Europa angrips med våld är det en attack mot oss allihop. När mänskliga rättigheter trampas på, måste alla demokrater stå upp. Låt oss i dag höja rösten, kära kollegor, så att vi hörs hela vägen ända fram till Kreml.

Petras Auštrevičius, *author*. – Madam President, Commissioner, Ukrainian friends and colleagues, the Russian Federation is 26 times bigger by territory than our host country, France. That looks like more than enough living space, does it not? No, it does not, and Putin decides to occupy Crimea. No wonder. For Russian tsars and Bolsheviks, for Stalin, and now Putin, politics has always been about expansion and domination. To destroy the Europeanisation of neighbouring nations, to deport and suppress those who protest – this is the line of the Kremlin.

Next to the Kurils and Sakhalin in the East, the Kola Peninsula in the North, Kaliningrad in the West, Crimea – once an attractive summer resort – is being rapidly built as a military stronghold in the South. From 12 000 military personnel before occupation up to a figure of double that today, and 43 000 in the near future, this is the 'Russian world' in Crimea. A so-called 'new world' in Crimea is being built at the expense of the oppression of Crimean Tatars and Ukrainian citizens.

Colleagues, Russia is surely back to its imperial military posture and we must take it absolutely seriously. Abkhazia and Ossetia, Transnistria and Crimea are not coincidences; these are all parts of the Kremlin's plan, just as Syria is today, and as Libya might be tomorrow.

Elnök asszony. – Szeretném tájékoztatni mindazokat egyébként, akik a galérián helyet foglalnak, hogy ők tartózkodjanak mindenféle véleménynyilvánítástól, mert az eljárásunk szerint erre nincs lehetőség. És képviselők sérelmezték ezt – jogosan. Úgyhogy ők sem tetszésnyilvánítást nem tudnak tenni, sem semmiféle kommentárt nem tudnak fűzni ahhoz, ami itt az ülésteremben történik.

Tunne Kelam, *author*. – Madam President, we are here today to express the voice of all 28 nations in Europe in support of Ukrainian political prisoners, and to demonstrate our solidarity with the Crimean Tatars. Let me recognise, in this connection, the NGO Open Dialog, whose project 'LetMyPeopleGo' is doing the most valuable work in providing information about political prisoners and defending them. Our resolution, which is to be adopted soon, is strong and clear, and voices an unprecedented unity amongst practically all political groups. However, it all comes down to concrete actions by the EU governments.

I think it is high time to give up on false illusions that one could have a deal with aggressors. We need not to just tiptoe on sanctions, but strike with all force on the secret bank accounts of those responsible, and deny them entry into the EU. Ukrainian friends, you should know that the representatives of the 28 European nations will never be silent – and we will never abandon you – until all prisoners are free and the occupation of your country is ended.

(Applause)

Dariusz Rosati, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, March 2017 marks the third sad anniversary of the illegal annexation of the Crimean peninsula by the Russian Federation. While time has passed, the illegal occupation of Ukraine's territory continues and the human rights situation in Crimea has significantly deteriorated. At least 39 people are being held in detention in Crimea on trumped-up charges, while the practice of the transfer of detainees to distant regions of Russia still continues. Moreover, systematic violations of human rights, the use of torture and degrading treatment of political prisoners have been recorded by various organisations such as the UN Human Rights Monitoring Mission and Amnesty International.

Too much time has passed to continue as if nothing had happened. I urge the Commission to immediately address Russia with a demand that the political oppression on the Crimean peninsula be stopped. I call on the Council to consider further restrictive measures to be imposed on individuals responsible for gross human rights violations, including the freezing of assets in EU banks. We need to continue to show our solidarity with our Ukrainian friends in these difficult times.

Marju Lauristin, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, dear colleagues and Ukrainian friends, today we are gathering here at the time when the sad anniversary of the third year of occupation of Crimea falls. At the same time, Russian officials and Russian media are cynically celebrating the occupation of Crimea as a national victory. They even plan to shift the elections in Russia to celebrate the occupation of Crimea.

It is very important we show that all Europeans recognise that this is annexation, that it is illegal and that, on 16 December last year, the United Nations General Assembly officially condemned the occupation and called for it not to be recognised. For those who are not firm in support of this, we have to remind them that it is not the first time in history. From the history of the Baltic countries we know how important this politics of non-recognition is, and how important international support is for occupied countries. I call on us to be firm to support the organisations who are fighting for human rights ...

(The President cut off the speaker)

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, three years since Russia's annexation of Crimea, it is important that we continue to demonstrate our resolve in stating that Crimea is, and remains, an integral part of Ukraine, and to stand in solidarity with those that are suffering under the military occupation. Maintaining this resolve, in which the rule of law and peaceful relations triumph against the 'might is right' dogma and spheres of influence espoused by Putin, is essential for the European Union.

Many will remember the visit of Mr Dzhemiliev, leader of the Crimean Tatars, to this House last year and the moving accounts he gave. The personal events of his life have been mirrored in the turbulent history of Crimea, and it is a tragedy that in 2017 we are seeing further destabilisation. For the second time in his life Dzhemiliev has been banned from entering his homeland, whilst for those able to remain from his community, economic conditions and the human rights situation have declined. Cases of disappearances and allegations of arbitrary arrest and torture are very concerning.

As we saw in the case of South Ossetia, annexation is assumed by the Kremlin to result in only a temporary cooling of relations with the West, only later to be forgotten. We cannot allow this to happen again with Crimea. To do so would be to embolden the plans of President Putin in his quest to reassert control in the former Soviet space by aggressive territorial expansion.

Urmas Paet, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, first and foremost, Russia must stop the aggression in Ukraine. It must live up to the Minsk Agreements and stop the annexation of Crimea. However, given the reality that Russia is the occupying power in Crimea, it has the responsibility to protect the people in Crimea. However, they are doing the opposite. They prosecute innocent people for political reasons, then they prosecute people protecting those innocent people, such as, for example, their lawyers. The human rights situation has deteriorated significantly, and this needs to stop.

Russia claimed that the people in Crimea wanted to be freed from Ukraine and that they wanted to join with Russia. If Russian occupation in Crimea is a blessing to the people there, then why do you need to prosecute and harass the Tatars, Ukrainians and even Russians themselves there? The harassment, prosecutions and human rights violations must stop, and all those responsible must be brought to justice.

Jiří Maštálka, *za skupinu GUE/NGL*. – Paní předsedající, téměř 10 000 zabitých, více než 22 000 raněných a obrovské množství běženců, z toho 2,3 milionu do Ruska. To je dosavadní bilance ozbrojeného konfliktu na Ukrajině. A konce zatím nedohlédnout. Je samozřejmě správné projevit zájem o individuální osudy lidí, kteří se stali politickými vězni. I já plně podporuji, abychom plně kritizovali věznění za politické názory nebo činy, které nejsou v rozporu s demokratickými zákony. Při zájmu o osud jedinců však nesmíme zapomínat na utrpení milionů. Jejich bolest je možná anonymní, nelze ji přisoudit mediálně líbivé příběhy, ale je podstatná. Proč například důrazně nepožadujeme vyšetření upálení nevinných v Oděse? Takový postup se mi jeví jako trestuhodně nebezpečný a zbabělý. Naším úkolem je pomáhat nalézt cestu k ukončení války na Ukrajině a ne přilévát olej do ohně tím, že se postavíme pouze na jednu stranu utrpení.

IN THE CHAIR: RYSZARD CZARNECKI

Vice-President

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, on the third anniversary of the illegal annexation of Crimea, the Russian Federation is celebrating reunification. However, with our resolution, we must be determined to shed light on what is really happening in Crimea. It is tragic to see the lawlessness and the repression of civil, political and human rights in Crimea, including the situation of the political prisoners, some of whom have been transferred to remote regions of the Russian Federation.

We also have to give our full support and sympathy to the Tatars, the original indigenous people of Crimea. We very much appreciated the visit of their speaker, Mr Dzhemiliev, who was here a few months ago. We have to condemn the prohibition and ban of the Tatar Parliament, and we have to make sure that civil, political and human rights are returned to everyone on the peninsula. However, the situation will of course not change as long as the Russian Federation stays as an occupying power. We have to recognise the full sovereignty, independence and territorial integrity of Ukraine, including Crimea, and we have to continue the policy of non-recognition.

Marcus Pretzell, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es völlig unbestritten, dass in diesem Konflikt Völkerrecht und Menschenrecht von allen Seiten gebrochen worden ist. Aber, Frau Harms, Sie haben mit dazu beigetragen. Unter anderem ist es das Assoziierungsabkommen gewesen, das eine ohnehin aufgeheizte politische Stimmung weiter angeheizt hat. Sie schrecken selbst davor nicht zurück, Neonationalisten wie die Kampfpilotin Nadija Sawtschenko zu loben, wenn es Ihrem Kampf – ja, Frau Harms, Sie sind keine Freundin der Ukraine, Sie kämpfen Ihren Kampf gegen Russland, und das ist etwas völlig anderes.

Am Montag sind die Russland-Sanktionen, die jetzt nur noch verschämt „restriktive Maßnahmen gegen Aktionen, die die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen“, bis September 2017 verlängert worden. Sie werden auch damit keinen Frieden schaffen, sondern Sie verhindern damit Verhandlungen, die die Ukraine mit Russland wird führen müssen. Die Europäische Union ist dabei keine Hilfe.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *blue-card question*. – The Association Agreement between the EU and Ukraine has been decided by the sovereign Parliament of Ukraine several times and voted through by several governments of Ukraine. As with many other association agreements with our neighbours, this was not imposed by the European Union. My question is: does my colleague think it is up to Russia to decide with whom a sovereign nation like Ukraine should trade, have agreements, or have relations? Is it for Russia to decide how its neighbouring countries should conduct relations with the rest of Europe and the world?

Marcus Pretzell (ENF), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. Frau Kollegin! Sie wissen ganz genau, dass mehr passiert ist, als dass das ukrainische Parlament das angenommen hat. Normalerweise werfen Sie uns ja vor, wir zögen uns auf Formalismus zurück. Sie wissen ganz genau, dass vorher mit NGOs und mit sehr viel europäischem Geld massiv Stimmung gemacht worden ist, um genau das zu erreichen. Und Sie haben Druck ausgeübt, um die Ukraine auf einen Anti-Russlandkurs zu zwingen. Und ja, das Parlament hat dieses Spiel am Ende mitgemacht, das ist richtig. Das war – das muss und kann man jetzt wohl sagen – ein Fehler.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι εγκληματική ενέργεια, όταν χώρα εισβάλλει με τις ένοπλες δυνάμεις της στο έδαφος μιας άλλης, προβαίνει σε εκδιώξεις, καταστροφές θρησκευτικών τόπων λατρείας, κατασχέσεις περιουσιών και παραβιάζει κάθε έννοια ανθρωπίνου δικαιώματος. Αναφέρομαι στην Τουρκία, που το 1974 κατέλαβε το 1/3 του εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας και συνεχίζει ανενόχλητα να εγκληματεί κατά κράτους μέλους της Ένωσης, μη αναγνωρίζοντας την υπόστασή του. Η Ευρωπαϊκή Ένωση θεωρεί αδικαιολόγητα ότι η ειρηνική προσάρτηση της Κριμαίας αποτελεί περίπτωση παράνομης εισβολής και κατηγορεί, επιβάλλει κυρώσεις και καταδικαστικές πολιτικές στη Ρωσία. Στην Τουρκία αντιθέτως χαρίζει δισεκατομμύρια, υποσχέται ένταξη και ανέχεται τη δικτατορική συμπεριφορά του Ερντογάν. Αυτό είναι υποκρισία και δείχνει ότι η Ένωση δεν ενδιαφέρεται για τους πολίτες της και τοποθετεί τα γεωπολιτικά γεωστρατηγικά της συμφέροντα πάνω απ' την ανθρώπινη αξιοπρέπεια και τη δικαιοσύνη.

Τέλος, να επισημάνω ότι είναι απαράδεκτο σε εκθέσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου να ζητάμε από το Συμβούλιο να ασκεί πιέσεις στο Διεθνές Δικαστήριο. Η διάκριση των εξουσιών είναι συνταγματικά κατοχυρωμένη και κάθε προσπάθεια χειραφέτησης της δικαιοσύνης παραπέμπει σε δημοκρατίες τύπου Στάλιν.

Sandra Kalniete (PPE). – Mr President, this resolution will give a glimmer of hope to the hundreds of Ukrainian citizens who are being illegally detained and held hostage by Russia. It should remind Putin that no-one is forgotten and nothing is forgotten. Russia's war against Ukraine is not forgotten. The illegal annexation of Crimea is not forgotten. The fate of innocent victims is not forgotten. There should be no normalisation of any relations with Russia without the release of these political prisoners. Let us make this clear to Putin and his political and business partners in Europe. It is very important that Russia should be legally defined as an occupying power under the Geneva Convention on the protection of civilians in occupied territories. I strongly believe that Russian leaders should be held accountable for gross and systematic violations of human rights in occupied territories.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök úr, Európa nem nézheti tétlenül, hogy ezeket a hazafiakat az agresszor saját joghatása alá vonja, bebörtönzi, megkínozza. De ezen túlmenően szerintem az Európai Uniónak és a főképviselőnek általában is sokkal tevékenyebb, határozottabb és a helyi lakosság számára láthatóbb szerepet kellene vállalnia Ukrajna békéjének helyreállításában, Putyin agresszív terjeszkedésének visszafordításában. S ezen erőfeszítéseinket pedig abban a tudatban kell folytatnunk, hogy az agresszort nem lehet engedékenységgel megfékezni. A Krim illegális megszállása, militarizálása, az ottani ukrán hazafiak sorsával kapcsolatos kegyetlen és cinikus orosz magatartás is arra figyelmeztet bennünket, hogy az EU csak határozottan és teljes egységben tudhat eredményesen szembeszállni a putyini provokációkkal.

Ha egy tagállami kormány pedig ezt az egységet önös politikai érdekekből aláássa, Putyinnak udvarol és céljait kiszolgálja, egész Európa konkrét, közvetlen biztonsági kockázatnak teszi ki.

Mark Demesmaeker (ECR). – Tientallen Oekraïense burgers zitten vandaag in Russische gevangenissen voor misdrijven die ze nooit hebben begaan. Ze zijn gijzelaars van de niet-verklaarde Russische oorlog tegen Oekraïne. Ze worden op een arbitraire manier gearresteerd omdat ze artikels schrijven bijvoorbeeld of omdat ze opstappen in een betoging of gewoon omdat ze Krim-Tataar zijn. Ze worden vervolgens gefolterd om een bekentenis af te leggen voor zaken die ze nooit hebben gedaan.

Wat zit er achter die Russische werkwijze? Wel, onze burgers moeten weten dat de reden heel doorzichtig is. Het Kremlin wil zijn burgers doen geloven dat ze in groot gevaar zijn en dat een sterk gezag hen moet beschermen. Het versterkt de riedel en de leugen van de Russische staatsmedia dat Oekraïne de staatsvijand nummer 1 is. De agressor wordt dan plots slachtoffer.

De Krim werd drie jaar geleden illegaal geannexeerd en ondanks alle internationale veroordelingen blijft Rusland de Krim bezetten. Onze les moet zijn: wie respect wil afdwingen voor het internationaal recht moet ook vasthouden aan de sancties tegen hen die dat recht met de voeten treden. Wie het echt meent met de mensenrechten moet de sancties verscherpen tegen hen die deze rechten flagrant blijven schenden.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, honourable Ukrainian friends, I very much welcome that the European Parliament is today strongly condemning Russia's occupation of Crimea and its disastrous consequences for ordinary citizens, three years after the illegal annexation of the peninsula. Crimea is just a few hours away by plane and still it has become a human rights black hole. Neither the Council of Europe nor the United Nations have access to the peninsula and they cannot monitor the situation there. Discriminatory policies are imposed on Crimean Tatars, fundamental freedoms, such as freedom of speech and association, are constantly violated, and Europe is looking away. It is shameful, and it is also shameful to listen to our colleagues who support the Russian oppression. The EU must make it perfectly clear to Russia that the occupation of Crimea will never be accepted or recognised, that the respect of human rights in Crimea is not on the table for negotiation.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, la situation est idéologique et la raison ne l'emporte pas.

Je voudrais rappeler le contexte historique. En février 2014, les puissances occidentales avaient signé un document pour une transition démocratique, les événements de Maïdan ont été un véritable coup d'État et il y a eu interruption de l'état de droit. C'est un fait juridique.

Face à cela, la Russie a occupé la Crimée qui avait été donnée – il faut le dire – par un décret en 1954 par Khrouchtchev et il y a eu référendum sur la libre autodétermination. Nous sommes face à une situation juridique compliquée parce qu'effectivement, nous avons d'un côté ce que nous avons signé, qui ne s'est pas réalisé, et donc une rupture de l'état de droit et une autre situation de rupture. Je tiens seulement à signaler à propos de l'occupation en Crimée, où il y a eu une véritable autodétermination, que la situation des droits de l'homme n'est pas pire aujourd'hui qu'hier et que donc nous devons raison garder.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Michaela Šojdrová (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Vážený pane kolego, pokud by všichni uvažovali tak jako Vy a chovali se podle toho, co Vy nám zde povídáte, tak bych já jako občanka České republiky tady nemohla nikdy být, protože by ještě existovala Československá socialistická republika a existovala by zde Varšavská smlouva. Já se Vás chci zeptat: Uznáváte právo občanů jít do ulic a demonstrovat za svá svobodná práva?

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), réponse «carton bleu». – Madame, je tiens d'abord à vous dire – et personne ne pourra le contester, puisqu'il y a des témoins – que les différents mouvements d'opposition au système communiste se sont réunis chez moi, avant la chute du mur, et que j'ai donc été un acteur important dans tout ce qui concerne cette action anti-communiste. C'est l'histoire, ce sont des faits. Personne ne peut le contester, ceux qui étaient présents peuvent en témoigner. C'est la première chose que je tiens à dire.

Pour vous répondre, je tiens aussi à dire que mon pays, la France, le Sénat, l'Assemblée nationale, ont pris des positions qui sont celles que j'expose actuellement. Vous devez avoir le respect de la politique nationale.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, dnes už je nmoderní nacpat lidi do dobytčáků a deportovat je. Tyto metody si dovolil Josef Stalin, když deportoval Čechy, Inguše, Krymské Tatary. Dnes se ve světě používají mnohem subtilnější metody než násilné stěhování celých národů. Národ není třeba stěhovat, stačí sofistikovaně vytvořit atmosféru strachu a lidé se vystěhují sami. Tuto metodu používá vůči Krymským Tatarům dnešní Rusko, které Krymský poloostrov už třetím rokem nezákonně okupuje. Velmi účinným prostředkem jsou únosy, vraždy, zneužívání antiteroristických zákonů, zneužívání psychiatrických léčeben, ranní vykopávání dveří těžce pracujících rodin Krymských Tatarů. Je naší povinností postavit se na stranu těžce zkoušeného národa Krymských Tatarů. Ukrajínští občané nezákonně zadržováni v Rusku a na okupovaných územích musí být co nejrychleji a bezpodmínečně propuštěni.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, Crimea has now been occupied by Russia for three years. Unfortunately, many of our expectations have been confirmed. Crimea is a concern to humanitarian and human rights organisations, civil liberties and freedoms have been curtailed, repressions against ethnic Crimean Tatars and Ukrainians have been growing, forced imposition of Russian citizenship has become systematic, and the number of political prisoners is on the rise.

We need to be concerned. Crimea is Europe's traumatic spot. We need to be concerned about the ongoing situation there, about Russia's responsibility for abuse of human rights in Crimea and, not least, about political prisoners being placed in Russian penal colonies because of their denial of the occupation. We should make sure that Crimea will not become a black hole in Europe which will traumatise generations to come.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla především poděkovat autorům této rezoluce, která mluví jasným hlasem a jasnými slovy říká, jaká je situace na Krymu a jaká je naše reakce. Evropský parlament podporuje jednotu a územní celistvost Ukrajiny. V rámci mezinárodně uznávaných hranic odsuzuje nezákonnou anexi Krymu Ruskem a podporuje sankce, které jsou účinné. Odsuzujeme pronásledování a šikanu oponentů a perzekuci Krymských Tatarů. Žádáme jejich propuštění. Krymští Tataři, kteří jsou pronásledováni, jsou obyčejnými lidmi, umělci, učiteli, drobnými živnostníky a mnozí z nich byli odsouzeni k výkonu trestu a poslání do vězeňských táborů. Co považuji za velmi důležitý signál je to, že se jedná o společné stanovisko pěti politických frakcí napříč zeměmi, napříč politickými frakcemi vyjma extrémistů. Je to jasný signál Rusku a také jasná podpora Ukrajině.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I would like to thank Open Dialogue Foundation for the work they continue to do to expose the Russian State's systematic abuse of human rights, and also the international campaign Let My People Go, which deserves more support and recognition.

I would especially like to raise the case of Ukrainian film-maker Oleg Sentsov, who was a rising star in the international film scene before his unlawful arrest. I would also like to thank Belarus Free Theatre for their production 'Burning Doors', which tells his story. True and meaningful peace can only come about through intercultural dialogue and cultural diplomacy. That is why artists and creators have such an important role to play in developing better democracies. The Russian Government must immediately release Sentsov and all prisoners it holds illegally, investigate reports of torture and give reparations to victims.

Csaba Sógor (PPE). – Elfogadhatatlan helyzetet idézett elő Oroszország a Krím-félszigeten a krími tatár közösség elleni szisztematikus támadásokkal, a kisebbségi közösség alapvető jogainak súlyos megsértésével, a Medzslisz betiltásával és az ukrán iskolák bezárásával. Annál is inkább érthetetlen ez az orosz politika, mivel Ukrajnán éppen az ottani orosz kisebbség elleni jogsértéseket, az orosz anyanyelvű kisebbség nyelvi jogainak semmibe vételét kérték számon. Most azt látjuk, hogy egy nagy ország számára csak a sajátjai a fontosak és ugyanazokat az alapelveket, amelyek betartását számon kéri másokon, saját magára már nem tartja érvényesnek és kötelezőnek. Fontos, hogy az Európai Unió ne kövesse el ugyanezt a hibát és következetesen álljon ki az emberi jogok, köztük a kisebbségek jogainak érvényesüléséért.

Kérjük számon Oroszországon és Ukrajnán is ezeket a jogsértéseket, de saját tagállamaikban se hagyjuk szó nélkül. Másképp könnyen hiteltelenné válunk, és ezért nem lesz súlya a kritikáinknak.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, dear colleagues, more than 60 Ukrainian citizens have been illegally prosecuted for political reasons. The Russian Federation, as an occupying power, has a responsibility to ensure the safety of the entire population and respect for the human, cultural and religious rights of the indigenous Tatars and all other minorities in Crimea. Moreover, Russia should immediately cease its prosecution practices and effectively investigate all cases of human rights violations, including enforced disappearances, arbitrary detentions, torture and ill-treatment of detainees.

Mykola Semena, who is facing charges of separatism, is yet more proof of the ongoing repression and terrible deterioration of free expression and free media. Finally, I would like to underline that Russian courts are not competent to judge acts committed outside the internationally-recognised territory of Russia. Crimea is a region that will always be part of Ukraine.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, em primeiro lugar, quero cumprimentar os nossos amigos ucranianos aqui presentes. Não é a primeira vez que, nesta Casa, condenamos a anexação ilegal da Crimeia e de Sebastopol pela Rússia e o recurso sistemático a perseguições, sequestros, torturas, prisões arbitrárias e execuções extrajudiciais para reduzir a península ao silêncio e à submissão.

Por motivos políticos, estão neste preciso momento detidos 45 cidadãos ucranianos em condições indignas e desumanas. É a eles, aos tártaros, que residem há séculos na Crimeia e a todos os ucranianos que há três anos lutam pela integridade territorial do seu país, que, uma vez mais, precisamos de enviar um claro sinal político do apoio que passa, não apenas pela condenação destas violações sistemáticas dos direitos humanos, mas também pela plena aplicação do Acordo de Associação com a União Europeia e a entrada em vigor da liberalização imediata dos regimes de vistos.

Não podemos deixar que estes passos urgentes estejam reféns dos calendários eleitorais de diversos Estados-Membros, nalguns dos quais surgem movimentos e partidos a quem aqueles que lutam corajosamente pelos valores de Maidan podem dar lições acerca do que é ser-se verdadeiramente europeu. Sr. Presidente, *je suis ukrainien*, hoje e sempre.

President. – I see that Mr Notis Marias is absent, which is a pity.

(End of catch-the-eye procedure)

Julian King, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I would like to thank Honourable Members for this resolution. As has been underlined, on Saturday we will mark the third anniversary of the illegal annexation of the Crimean Peninsula by Russia. The EU is following with great concern the deterioration of the human rights situation on the peninsula. Let us be clear: arrests and arbitrary detentions, ill-treatment, abusive use of anti-extremism legislation and violations of due process represent grave human rights violations. These target especially the Crimean Tatars and people who reject the illegal annexation.

The EU calls for a thorough investigation of these cases and the bringing to justice of those responsible. Increasingly frequent attacks on the vital work conducted by human rights defenders, such as human rights lawyers Emil Kurbedinov and Nikolay Polozov, represent worrying developments. Forced psychiatric examinations of the Deputy Chairman of the Mejlis, Ilmi Umerov, Emir Hussein Kuku, Eider Saledinov and Rustam Ismailov, are clear violations of international human rights standards.

The EU continues to call for full, free and unhindered access of international human rights mechanisms to the peninsula. The EU stands ready to work with the UN and other international organisations to implement Resolution 71/205 on the situation of human rights in Crimea and Sevastopol, adopted by the General Assembly last December. The EU follows the situation closely and has repeatedly urged Russia to release all illegally held Ukrainian citizens, whether held in Russia or in the illegally annexed Crimean Peninsula. Representatives from EU delegations and Member States' embassies in Moscow have been present in court hearings and are in contact with the lawyers.

The EU also raises individual cases – such as those of Oleg Sensstov, Olexander Kolchenko, Stanislav Klich and Mykola Karpyuk – in bilateral meetings with Russian representatives, as well as in public statements, including in international fora such as the Council of Europe and the OSCE. Human rights must be respected fully in the illegally annexed Crimean Peninsula. The right to legal counsel and access to consular officers needs to be fully respected. Access to healthcare needs to be ensured. In this regard we also follow with concern the case of journalist Mykola Semena.

Finally, let me restate that the European Union remains committed to implement fully its policy of non-recognition of the illegal annexation of Crimea and Sevastopol. We fully support the sovereignty, the independence and the territorial integrity of Ukraine.

Przewodniczący. — Zamykam debatę.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban.* – Üdvözlöm az elkészült sürgősségi határozatot, mely az Oroszország által végzalt ukrán politikai foglyok és a krími tatárok védelmében, valamint a Krim félsziget jogtalan anektálása ellen fogalmazódott meg. Az EU egyik feladata, hogy a szomszédságában létrejött háborús helyzetet ne hagyja befagyott konfliktussá válni, és az ország mielőbbi stabilizálódását segítse elő. Ukrajna kinyilvánította európai integrációs törekvését, s ezért nem szabad magára hagyni abban a nehéz helyzetben, amiben van. Az EU felelőssége is, hogy Ukrajna végig tudja vinni a reformfolyamatot, és az orosz befolyástól független, a szovjet hagyományok koloncától megszabadult demokratikus jogállammá váljon. Az emberi jogok védelme és az őshonos kisebbségek védelme is az EU feladata kell legyen!

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing.* – As an MEP from Estonia, I personally know what Soviet or Russian occupation means and feels like. Believe me, it is not fun at all.

After 50 years of occupation, Estonia managed to regain independence and, through hard work, fortunately managed to join the European Union and NATO in 2004. Unfortunately, Ukraine did not share the same fate. Ukraine was duped, with the Budapest Memorandum in 1994, by a promise that if it got rid of its nuclear arsenal, the Russian Federation would honour its sovereignty. The UK and the USA promised to safeguard this pact.

In 2017, Ukraine is in a state of war with Russia, the UK and the USA did not safeguard the pact, the Crimean peninsula is occupied, Russia has arrested a vast number of Ukrainian political prisoners, Russia is restricting access to Crimea for the OSCE, the UN and the Council of Europe, and the Crimean Tatars are being oppressed. We in Europe need to understand that Russia will stop only when it is stopped.

Europe is strong, Europe is capable and Europe has the power to stop any repetition of Stalinist or Nazi German purges.

3.3. Philippinen, der Fall der Senatorin Leila M. De Lima

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma projektami rezolucji w sprawie Filipin – sprawa senator Leili M. De Limy

Anders Primdahl Vistisen, stiller. – Hr. formand! Dagens debat om situationen i Filippinerne går på to ben: På den ene side er der ikke nogen tvivl om, at ethvert land har ret til at forsvare sig mod kriminalitet og narkobander. På den anden side er der heller ikke nogen tvivl om, at vi i Den Europæiske Union forventer, at et demokrati som Filippinerne fører kampen mod kriminalitet på en proportional måde, der overholder internationale retsgarantier.

Derfor er det bekymrende, at vi på den ene side ser det filippinske politi bruge, hvad der udefra set er meget overdrevne magtmidler i kampen mod narkokriminalitet. I den forbindelse er det vigtigt, at der er et fuldt demokratisk tilsyn med, om de magtmidler går for vidt, ligesom arrestationen og retssagen mod senator Lima også går meget vidt, og vi bør gøre alt, hvad vi kan, for at garantere, at retssagen er fair, og at senatoren har alle retsgarantier intakte, når retssagen kommer for en domstol.

Barbara Lochbihler, Verfasserin. – Herr Präsident! Bereits im September des vergangenen Jahres verwiesen wir in einer EntschlieÙung zu den Philippinen auf die sich verschlechternde Menschenrechtslage. Präsident Duterte tödlicher Kampf gegen die Drogen, seit seiner Amtseinführung vor weniger als einem Jahr, hat geschätzten 7 500 Menschen das Leben gekostet. Wir rufen die philippinische Regierung dazu auf, dieses Töten unverzüglich auszusetzen. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Polizei und auch das nun neuerlich eingesetzte Militär in ihren Operationen international rechtliche Standards einhalten. Und auch heute bleibt die Forderung bestehen, nicht nur außergerichtliche Hinrichtungen, sondern auch Folter und das Verschwindenlassen von Personen umgehend unabhängig zu untersuchen und Verantwortliche vor zivile Gerichte zu stellen. Kritiker der Politik Präsident Duterte müssen vor willkürlichen Verhaftungen und Verurteilungen sicher sein können.

2007 haben die Philippinen – in einem wichtigen Schritt für das Land und die Region – die Todesstrafe abgeschafft. Nun ist der Gesetzentwurf für eine Wiedereinführung der Todesstrafe gerade erst vom Repräsentantenhaus genehmigt worden. Ich appelliere an die philippinische Regierung, dringend davon abzusehen, die Todesstrafe wieder einzuführen, nicht zuletzt, weil sie nachweislich keine größere abschreckende Wirkung hat als andere Strafen.

Enden möchte ich mit dem Aufruf, die Senatorin Leila de Lima unverzüglich freizulassen, alle Anklagepunkte gegen sie fallen zu lassen und ihre Sicherheit auch in Haft zu gewährleisten.

Ignazio Corrao, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non è passato molto tempo dall'ultima risoluzione sull'attuale allarmante situazione nelle Filippine e non è stato fatto, purtroppo, alcun tipo di progresso.

La guerra alla droga dal presidente Duterte ha causato più di 7 500 vittime tra la popolazione civile. Il governo ha agito impunemente e indiscriminatamente, uccidendo praticamente chiunque. Tra le vittime, infatti, non si contano solo trafficanti di droga ma anche bambini e persone innocenti.

Gli effetti di questa campagna spietata stanno distruggendo intere famiglie: da guerra alla droga essa si è trasformata in una guerra civile vera e propria, con l'unica differenza che il popolo assiste inerme e terrorizzato a questa strage e non ha nessun modo di reagire. Adesso, con la scusa della guerra alla droga, il governo sta anche cercando di mettere a tacere i critici e gli oppositori del regime. Da ultimo, la vicenda della senatrice Leila de Lima, che aveva apertamente dichiarato tramite parole e fatti il suo dissenso circa la politica repressiva e criminale portata avanti dal presidente sin dall'epoca in cui ancora non lo era e faceva il sindaco della città di Davao.

Mi aspetto una reazione forte, questa volta, da parte dell'Unione europea, perché non possiamo davvero permetterci di continuare ad assistere a questo sterminio.

Soraya Post, författare. – Herr talman! Kolleger, president Duterte i Filippinerna har klivit fram som en ledande förbrytare mot mänskliga rättigheter. Narkotikamissbrukare förnedras offentligt. Utomrättsliga avrättningar har blivit vardag, och det är inte bara kriminella som röjs ur vägen. Nyligen så mördades miljöaktivisten Mia Mascariñas-Green i bilen framför sina tre barn.

Dutertes krig mot narkotika är i själva verket ett krig mot demokratin, och nu har han vänt sina vapen mot en medlem av oppositionen. Senator Leila M. de Lima har, som en av få politiker i Filippinerna, vågat resa motstånd mot Dutertes brutalitet. Nu är hon själv åtalad för narkotikabrott. Bevisen är uppenbart fabricerade.

Herr Duterte, detta vansinne måste få ett slut. Jag vill uppmana till att genast släppa senator Leila M. de Lima fri.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Monsieur le Président, effectivement, la situation ne cesse de se détériorer aux Philippines. La guerre contre la drogue lancée par le président Duterte, depuis son arrivée au pouvoir en juin 2016, a fait plus de 7 000 morts, surtout dans les quartiers pauvres, tant par les forces de police que par des milices armées. M. Duterte veut appliquer, au nom de l'État, les méthodes qui furent les siennes lorsqu'il était maire de Davao et que M^{me} de Lima a justement dénoncées. Successivement présidente de la commission nationale des droits de l'homme, ministre de la justice, présidente de la commission Justice et droits de l'homme du Sénat, M^{me} de Lima dénonce sans relâche la corruption et les exécutions extrajudiciaires. Elle vient d'être arrêtée, sans doute sur la base d'un dossier fabriqué de toutes pièces.

Défenseurs des droits de l'homme, journalistes, notamment, sont à minima l'objet de menaces d'intimidation. Le président Duterte a même ouvertement menacé de mort certains d'entre eux. Alors oui, il est temps d'agir. Oui, il faut que M^{me} de Lima soit libérée, protégée, qu'elle ait, à minima, droit à un procès équitable, comme il y a lieu de dénoncer le projet de rétablissement de la peine de mort. L'Union a les moyens de le faire. Il est temps qu'elle le fasse, notamment en utilisant les préférences SPG+.

Dita Charanzová, author. – Mr President, it is very disappointing to stand here discussing the human rights situation in the Philippines again so soon. Just six months ago, we passed a resolution to express our serious concern at the violent crackdown by President Duterte on the users and sellers of narcotics. Today, this policy continues to claim the lives of thousands through extrajudicial killings, with more than 60% of deaths carried out by unknown assassins and under complete impunity. Senator Leila De Lima has been a strong voice, raising legitimate concerns over the legality, humanity and actual effectiveness of such a brutal policy. De Lima is now being punished for simply condemning Duterte's war on drugs and attempting to legally investigate killings, in accordance with the rule of law. Freedom of speech and political opposition are critical to the functioning of any democracy. The government must therefore drop its charges against Leila De Lima and guarantee her protection from any further harassment.

Moreover, I call on the government of the Philippines to put an immediate end to the wave of extrajudicial executions taking place, and to condemn and investigate the actions of vigilante groups carrying out these killings. The illegal drug trade in the Philippines is a serious problem that needs to be addressed, but encouraging and condoning murder is not a solution. No matter how serious an issue may be, no government can permit violations of human rights and the rule of law to achieve an outcome. While condemning these actions, the EU should also seek to assist the government to uphold its human rights obligations.

Tomáš Zdechovský, Autor. – Pane předsedající, případ opoziční senátorky Leily De Lima je alarmujícím příkladem potlačování práv občanů Filipín. Podle Evropské lidové strany je naprosto nepřijatelné, aby bojovnice za lidská práva, která upozorňovala na negativní důsledky protidrogové kampaně prezidenta Duterteho, byla sama zatčena za obchodování s drogami. To považuji za absolutně nepřijatelné. K tomuto zatčení totiž došlo na základě vymyšlených obvinění a svědčí to o zhoršující politické a společenské situaci na Filipínách. Právo na život je navíc ve stále větším ohrožení vzhledem k nedávno schválenému zákonu, který umožňuje trest smrti za závažné zločiny v souvislosti s drogami. Evropská unie musí zásadně apelovat na filipínské authority, aby propustily paní De Lima a aby přestaly falešně obviňovat občany, kteří oprávněně kritizují praktiky místní vlády.

Krzysztof Hetman, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Nie ulega wątpliwości, iż narkotyki stanowią zagrożenie dla społeczeństwa, zaś walka z nimi jest ważna i potrzebna. Niestety jednak na Filipinach działania w słusznym ogólnym celu przybrały bardzo złą formę ich realizacji. Po pierwsze, zarzuty nielegalnego handlu narkotykami postawione senator De Limie są całkowicie sfabrykowane i mogą stanowić nie element walki z handlem narkotykami, lecz walki politycznej. Po drugie, wysoce niepokojąca jest forma, jaką przybrała wojna z narkotykami, którą wypowiedział prezydent Duterte. W ciągu zaledwie kilku miesięcy ponad siedem tysięcy osób zginęło z rąk policji lub samowolnych grup dokonujących samosądu w ramach walki z narkotykami. Uważam zatem, że Unia Europejska powinna użyć wszystkich dostępnych jej instrumentów, by wpłynąć na władze Filipin, by zaprzęstały tych wysoce niedemokratycznych praktyk i przestrzegały praw człowieka.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, since coming to power almost nine months ago, President Duterte has proved himself an impulsive and brutal leader. This resolution focuses on the politically motivated arrest of an outspoken critic of the President, but her situation is only a small part of the escalating instability and the climate of fear in the Philippines, motivated by the President's policies.

Senator De Lima's arrest signals that the President is willing to take personal political feuds to the highest level. It also raises serious concerns for other opposition politicians and activists in the country. Let us be clear about this: this is not a war on drugs. This is a war on the urban poor; this is a war, as my colleague said, on democracy; and this is a war on human rights. Drugs are being used as the justification, but they are not the motivation.

We must work with all our partners and all those who support due process and democracy in the Philippines to convince Mr Duterte's government to stop the re-establishment of the death penalty, to review the minimum age of criminal liability, and to end these extrajudicial killings and political persecution. The Philippines is an important player in the region. It needs stability and democracy, and we should be supporting it in that. I was proud, two years ago, to back the re-granting of GSP+ to the Philippines, but frankly, if the human rights situation in the country does not improve, we should take the logical course, which is to say: GSP+ is granted on condition of accepting certain human rights and other labour rights, and if these are not respected, GSP+ has to be removed.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da quando Duterte ha assunto la carica di presidente, il 30 giugno 2016, è iniziata la sua guerra alla droga e ci sono state ben 7 000 uccisioni da parte della polizia o da parte di *vigilantes* paramilitari. Una campagna brutale, che continuerà fino al 2022, in cui sono veramente colpiti gli utilizzatori di droga o i pesci piccoli mentre i baroni del narcotraffico rimangono intoccabili.

La nuova vittima è la senatrice de Lima, una senatrice che da sempre si occupa di giustizia e di diritti umani – è la presidente della commissione in materia – che è stata arrestata con accuse proprio legate alla droga. Guarda caso la stessa senatrice era proprio l'autrice di un'indagine sull'uccisione extragiudiziale di più di un migliaio di persona a Davao, città di cui Duterte è stato a lungo sindaco. Con il più classico dei metodi è stato rimosso un personaggio scomodo dalla scena politica e il peggio deve ancora arrivare.

Il 7 marzo la *House of Representatives* ha approvato una legge per ripristinare la pena di morte per gravi crimini di droga e non ci sono dubbi che passerà. Alle provocazioni di un presidente che si è paragonato a Hitler, che ha mostrato il dito medio all'UE e che istiga all'uccisione degli utilizzatori di droghe e che scherza su stupro e omicidio, dobbiamo rispondere con fermezza. Quindi dobbiamo immediatamente sospendere le preferenze GS+ per il paese e dobbiamo pretendere che la senatrice de Lima sia liberata e protetta perché è innocente.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, en septembre 2016, nous nous inquiétions déjà de la situation aux Philippines et du comportement du président Rodrigo Duterte dans sa mission d'éradication du fléau de la drogue dans son pays.

Si nous pouvons comprendre et partager sa volonté de lutter contre la drogue, même si parfois on peut la considérer comme un prétexte, nous ne pouvons cependant admettre et nous devons dénoncer la manière employée par le président, qui a déjà causé la mort de plus de 7 000 personnes. Cet acharnement le conduit à se rendre coupable du pire. L'arrestation de son opposante, la sénatrice Leila De Lima, montre à quel point il est prêt à tout pour arriver à ses fins.

Il est primordial que nous mettions tout en œuvre afin que cette dernière puisse être libérée et qu'elle ne soit plus sous le coup des graves accusations qui lui sont reprochées, probablement le fruit d'un dossier monté de toutes pièces, comme l'a rappelé ma collègue M^{me} Vergiat.

Je m'inquiète également particulièrement du souhait du président de voir la réinstauration de la peine de mort. Celle-ci avait été abolie en 1987, pour être réinstaurée en 1994, puis abolie à nouveau en 2006. Le président Duterte souhaite la réinstaurer dans un premier temps pour les crimes liés au trafic de drogue, dit-il, mais son projet final est de l'étendre à d'autres crimes par la suite.

Zgłoszenia z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já se chci přihlásit k vystoupením svých kolegů, kteří jasně upozornili na to, jak se na Filipínách vede boj proti drogám mimo zákonné prostředky, mimo zákon. Jako člověk, který se zabývá otázkou trestu smrti ve světě, velmi nerad a se znepokojením sleduji, jak narůstá množství poprav po celém světě, a proto také chci zde odsoudit rozhodnutí filipínského parlamentu, Sněmovny reprezentantů, který se již vyslovil pro opětovné zavedení trestu smrti. Považuji toto rozhodnutí za velkou chybu filipínského parlamentu, považuji to za špatné rozhodnutí, za krok zpět, opět uvést do praxe tento nehumánní, krutý trest. Zapadá to bohužel do špatné trestněprávní politiky tamního prezidenta. Evropská unie bojuje proti trestu smrti všude ve světě, a proto bychom měli toto rozhodnutí parlamentu odsoudit a jasně vyzvat filipínský parlament, aby své rozhodnutí přehodnotil.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, effectivement, il est de notoriété publique que la sénatrice De Lima mène un combat acharné pour la protection des droits de l'homme. Le président Rodrigo Duterte en a fait les frais à plusieurs reprises, puisqu'il a été maintes fois dans le viseur de la sénatrice pour d'éventuelles violations des droits de l'homme.

Il semblerait aujourd'hui qu'il tente par tous les moyens de discréditer la sénatrice. Il y a peu de temps d'ailleurs, il a affirmé qu'il la détruirait publiquement. En outre, dans la situation actuelle, l'utilisation de témoignages de criminels toujours emprisonnés comme principal fondement pour de telles accusations est fortement contestable. Ces manœuvres indignes doivent être fermement condamnées. La justice doit défendre les valeurs qui sont les nôtres et celles de la sénatrice ont droit à notre respect absolu, aux Philippines comme ailleurs dans le monde.

C'est donc un procès équitable qui est nécessaire en faveur de la sénatrice. Quels que soient les sujets, la force, fût-elle celle des gouvernements, ne peut se substituer en aucun cas à la justice dans une démocratie.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τα θέματα της αντιμετώπισης της εγκληματικότητας και φυσικά του χτυπήματος της μάστιγας των ναρκωτικών είναι προφανές ότι ανήκουν στις αρμοδιότητες των κρατών μελών και τα κράτη αυτά καθ' αυτά είναι αρμόδια για να αντιμετωπίσουν το θέμα. Όμως φυσικά η δίωξη πρέπει να τηρεί το κράτος δικαίου και την αρχή της αναλογικότητας. Οποσδήποτε αυτό που βλέπουμε στις Φιλιππίνες είναι ότι το χτύπημα της μάστιγας των ναρκωτικών αξιοποιείται ως ένα άλλοθι για ξεκαθάρισμα λογαριασμών της ηγεσίας των Φιλιππινών απέναντι στους πολιτικούς της αντιπάλους, κι αυτό είναι το βασικό στοιχείο το οποίο συζητούμε σήμερα. Ένα άλλο θέμα, για το οποίο δεν άκουσα τίποτε, είναι τι θα γίνει με τα εργασιακά δικαιώματα στις Φιλιππίνες, όπου υπάρχουν χιλιάδες παιδιά τα οποία δουλεύουν, υπάρχει έλλειψη τήρησης των εργασιακών δικαιωμάτων, και όλα αυτά γίνονται προκειμένου οι διάφορες πολυεθνικές να κερδίζουν από την εκμετάλλευση του λαού των Φιλιππινών.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, ar dtús, amárach Lá Fhéile Pádraig, lá náisiúnta na nGael. Dá bhrí sin, ba mhaith liom lá ceiliúrtha maith agus sona a ghuí ar gach uile dhuine a bhfuil bá aige lenár dtír. Maidir leis an ábhar seo, tá sé de cheart ag gach uile thír troid i gcoinne drugaí mídhleathacha agus na dtiarnaí drugaí a bhíonn á reáchtáil. Ach is léir go bhfuil an tUachtarán Duterte ag dul thar fóir ar fad. Maraíodh níos mó ná 7 míle duine (dúnmharfóirí anaithnide ba chúis le 60% díobh) agus caithfidh a bheith amhrasach faoi seo agus é a cháineadh. Freisin, tá sé á úsáid chun teacht anuas ar an lucht freasúra mar a dúradh faoin Seanadóir Leila De Lima. Níl sé seo ceart agus caithfidh brú a chur ar na Filipínigh gan dul mar seo maidir leis an lucht freasúra. Caithfidh brú a chur orthu deireadh a chur le pionós an bháis agus cothrom na Féinne a thabairt don lucht freasúra. Go raibh maith agat, a Uachtaráin.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, drug-related crimes are an evil scourge on society, preying on the weak and causing untold misery and suffering. They should, of course, be treated with appropriate gravity; but there are legal, legitimate means of fighting a war on drugs, and there are illegal, illegitimate ones. What Duterte is doing now, through extrajudicial killings, is absolutely wrong, and we must surely all condemn it. How can the world trust that government to give a fair trial to Senator De Lima when it tramples upon due process and judicial proceedings? In western societies we often take for granted fundamental freedoms like the presumption of innocence, habeas corpus and the right to a fair trial. These are sadly being eroded by the Duterte regime. There is a huge difference between bringing true criminals to justice and what amounts to vigilante mob rule.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, cred și sper că toți vrem să combatem consumul de droguri. Dar nu așa. Războiul cu droguri în Filipine este dus cu mijloace extrajudiciare. A folosi consumul presupus de droguri pentru a ucide mi se pare inuman. Cazul senatoarei Leila se încadrează clar în campania brutală dusă împotriva celor care critică sistemul din Filipine. Filipine este un exemplu negativ din punctul de vedere al uciderii extrajudiciare și noi trebuie să sprijinim aplicarea drepturilor omului. Trebuie să facem tot ce putem ca Parlament European pentru eliberarea doamnei senatoare și pentru combaterea oricărui atac la drepturile omului.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Julian King, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, honourable Members, thank you for this resolution that draws attention to the arrest of Senator De Lima, former Secretary of Justice, former Chair of the Human Rights Commission to the Philippines and, as has been underlined, one of the most outspoken critics of the so-called war on drugs.

The EU has called on the Philippines to respect its obligations under international and domestic law, in particular to ensure the respect for the rule of law and human rights. This includes the right to due process, the independence of the judiciary, and a fair trial for all citizens. The proceedings in the case of Senator De Lima will be followed closely by the public, both in the Philippines and internationally. The EU will continue to underline the importance of the freedom of expression and opinion.

As regards the wider human rights situation in the Philippines, the EU and Member States, in various meetings both in Brussels and Manila, have conveyed their significant concerns on the legality of the killings in the so-called war on drugs. We have underlined the need for effective investigations of all killings, due process and access to remedies in this respect, and our concerns on the proposal to reintroduce the death penalty and on the proposal to lower the minimum age for criminal responsibility. We have called for the protection of human rights defenders, and underlined the importance of the freedom of expression and the freedom of opinion. The EU set out these concerns in its statement to the UN Human Rights Council earlier this week. The EU and Member States will remain engaged with the Philippines on all of these issues.

At the same time, as has been recognised, we will also continue to assist the Philippine Government in their efforts on the peace process, the economy and poverty reduction. Further to a request by the Department of Health, the EU is prepared to continue to provide assistance in support of a holistic approach to drugs policy. Under the Multiannual Indicative Programme, the strengthening of the rule of law through legal and judicial reform is one of two key sectors. In particular, the EU Governance in Justice Programme includes activities related to criminal justice and contributes to strengthening the capacity of the Human Rights Commission of the Philippines.

Przewodniczący. — Zamykam debatę.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně.* – V rámci diskuse o porušování lidských práv ve světě, což máme na programu každého plenárního zasedání, jsme se dnes zabývali Filipínami, konkrétně případem senátorky Leily M. De Lima z opoziční Liberální strany. Je obviněna z trestných činů, které souvisí s drogami. Podle různých nevládních organizací včetně Amnesty International panují vážné obavy z toho, že celý případ je kompletně vykonstruovaný, že důkazy byly zfalšovány jen pro to, aby byla postupně likvidována opozice vůči vládě. V rezoluci vyzýváme k zajištění bezpečnosti paní senátorky ve vazbě, k jejímu okamžitému propuštění a ke spravedlivému vyšetření celého případu.

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 11.35 i wznowione o godz. 12.00)

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

4. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Mitteilung des Präsidenten

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhor Presidente, caros colegas, passam hoje 39 anos sobre a data em que o político italiano Aldo Moro foi raptado, em Roma, por um grupo de extrema-esquerda, denominado Brigadas Vermelhas. Moro acabaria assassinado a sangue-frio pelos seus raptadores cerca de dois meses depois, mais concretamente em 9 de maio de 1978.

A morte de Aldo Moro deveu-se à confluência de dois fatores: o fanatismo sanguinário dos seus raptadores e a intransigência desumana do Governo italiano, que se recusou a atender os pedidos ingentes da família de Aldo Moro e do próprio Aldo Moro para que libertasse dirigentes das Brigadas Vermelhas que estavam presos.

A questão que quero hoje, aqui, no Parlamento Europeu, partilhar convosco, meus caros colegas, é se valeu a pena essa intransigência do Governo italiano. Todos já fizemos o julgamento jurídico ou judicial, político e moral dos autores materiais do crime, mas os assassinos de Aldo Moro foram julgados, condenados e acabaram restituídos à liberdade. Estão, hoje, todos, em liberdade, mas ninguém restituiu uma vida a Aldo Moro.

Por isso, quando se vislumbra no horizonte europeu novos fanatismos e outras intransigências, a pergunta que vos deixo é: valeu a pena o sacrifício de Aldo Moro?

Președintele. – Mulțumim foarte mult. Mai există o solicitare, dar rugămintea mea ar fi să putem trece la vot, să nu deschidem o dezbatere pe această chestiune. A fost foarte bine că colegul nostru ne-a reamintit acest moment și noi luăm notă de el, dar v-as ruga în continuare să trecem la celelalte chestiuni de pe ordinea de zi.

Olaf Stuger (ENF). – Vanochtend heeft de minister van Buitenlandse Zaken van Turkije gereageerd op de verkiezingsuitslag in Nederland. En hij heeft de volgende oproep gedaan, en ik citeer “Turkije wil na de verkiezingsuitslag in Nederland snel een heilige oorlog in Europa”, ik herhaal “een heilige oorlog in Europa”. Daar roept de minister van Buitenlandse Zaken van Turkije toe op. Ik wil graag van u weten hoe u hierop gaat reageren.

Președintele. – Eu sunt convins că această declarație a fost notată de autoritățile europene și sunt convins, de asemenea, că va primi răspunsul pe care îl merită.

Președintele. – În această dimineață, Conferința președinților a aprobat o cerere din partea Comisiei de anchetă privind spălarea de bani, evitarea sarcinilor fiscale și evaziunea fiscală pentru o prelungire a mandatului cu trei luni. Prolungirea este necesară pentru a permite comisiei să își pună în aplicare pe deplin și în mod adecvat mandatul, astfel cum a fost adoptat de Parlament la data de 8 iunie 2016, ținând cont de numărul documentelor care mai trebuie examinate, al analizelor comandate și al părților implicate care urmează să fie audiate. Există obiecții la prelungirea mandatului cu încă trei luni de zile? Nu. În felul acesta, considerăm prelungirea mandatului ca aprobată.

6. Abstimmungsstunde

Președintele. – Următorul punct pe ordinea de zi este votarea.

(Pentru rezultate și alte detalii ale voturilor: a se vedea procesul-verbal)

- 6.1. **Zimbabwe, der Fall von Pastor Evan Mawarire (RC-B8-0191/2017, B8-0191/2017, B8-0194/2017, B8-0196/2017, B8-0200/2017, B8-0224/2017) (Abstimmung)**
- 6.2. **Ukrainische politische Gefangene in Russland und die Lage auf der Krim (RC-B8-0190/2017, B8-0190/2017, B8-0192/2017, B8-0195/2017, B8-0198/2017, B8-0221/2017) (Abstimmung)**
- 6.3. **Philippinen, der Fall der Senatorin Leila M. De Lima (RC-B8-0193/2017, B8-0193/2017, B8-0197/2017, B8-0199/2017, B8-0222/2017, B8-0223/2017, B8-0225/2017, B8-0226/2017) (Abstimmung)**
- 6.4. **Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (RC-B8-0183/2017, B8-0183/2017, B8-0184/2017, B8-0185/2017, B8-0186/2017, B8-0187/2017, B8-0188/2017, B8-0189/2017) (Abstimmung)**
- 6.5. **Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch Einführer von Mineralien und Metallen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (A8-0141/2015 - Iuliu Winkler) (Abstimmung)**
- 6.6. **Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor (A8-0150/2016 - Marco Affronte) (Abstimmung)**
- 6.7. **Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon (A8-0042/2017 - Esteban González Pons, Michael Gahler) (Abstimmung)**
- 6.8. **Eine integrierte Politik der EU für die Arktis (A8-0032/2017 - Urmas Paet, Sirpa Pietikäinen) (Abstimmung)**

— Înainte de votare:

David Coburn (EFDD). – Mr President, 14(2) RCV calls for an EU ban on drilling in 'icy' waters. Well, that is the sloppiest piece of legislation or proposed legislation that I have ever heard. How can you talk about 'icy' waters? I had my APA look it up, and all he could find was ice in whisky, or ice in Signore Tajani's martini. How can this describe drilling? It is ridiculous. It is ludicrous.

President. – Mr Coburn, as far as I know, only the scotch is on the rocks, whisky is not, but apart from that I am sure that this debate has already taken place. I am sure that if there were some discussions, they have taken place there. So under the circumstances, I would suggest that we move on with the vote.

6.9. Bericht 2016 über Montenegro (A8-0050/2017 - Charles Tannock) (Abstimmung)

6.10. Digitale Demokratie in der EU: Potenzial und Herausforderungen (A8-0041/2017 - Ramón Jáuregui Atondo) (Abstimmung)

Președintele. – Votarea a luat sfârșit.

7. Stimmerklärungen

7.1. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (RC-B8-0183/2017, B8-0183/2017, B8-0184/2017, B8-0185/2017, B8-0186/2017, B8-0187/2017, B8-0188/2017, B8-0189/2017)

Explicații orale privind votul

Ivan Jakovčić (ALDE). – Mr President, I would like to ask Mr Verhofstadt, who is celebrating the very good result in the Netherlands, to go out and, rather than celebrating here, celebrate outside.

Gospodine predsjedniče, htio bih prije svega jasno reći da danas u svijetu još uvijek imamo, gotovo svugdje, pa i u Europskoj uniji, nažalost, kršenja ljudskih prava. Naravno da Ujedinjeni narodi upravo o tome trebaju itekako ozbiljno povesti računa, pogotovo u onim dijelovima svijeta gdje su kršenja ljudskih prava gotovo genocid ili su zaista genocid, kao što to čini na primjer Islamska država.

Međutim, sloboda medija, slobode udruživanja, ravnopravnost žena i muškaraca, prava djece, prava raznih jezičnih i vjerskih manjina ugroženi su gotovo svugdje u svijetu, pa i u nekim europskim zemljama. Pogotovo za one zemlje koje nisu članice europske unije znamo da nije sve idealno. U tom kontekstu želim izraziti svoju snažnu podršku i zato sam vrlo jasno glasao za ovaj izvještaj.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, καταψήφισα την έκθεση. Η διγλωσσία της Ευρωπαϊκής Επιτροπής σε σχέση με την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι καταφανής. Στην Ελλάδα η τρόικα και τα μνημόνια έχουν οδηγήσει 3.885.000 Έλληνες να ζουν κάτω από τα όρια της φτώχειας, ενώ οι στρατιές των ανέργων αποτελούν ντροπή για το αποκαλούμενο ευρωπαϊκό κοινωνικό μοντέλο. Η δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα ανθρώπινα δικαιώματα παραβιάζονται στην Ελλάδα, όπως έχω αναφέρει επανειλημμένα. Η αποτυχημένη συνταγή του μνημονίου, που εφαρμόζεται εδώ και 7 χρόνια στην Ελλάδα, οδήγησε το 40% του πληθυσμού να ζει κάτω από τα όρια της φτώχειας, γέμισε τη χώρα με στρατιές ανέργων, που φτάνουν το 1,5 εκατομμύριο. Σαν να μην έφταναν αυτά, η τρόικα συνεχίζει το «business as usual», με την ελληνική κυβέρνηση να έχει χάσει την μπάλα σε επίπεδο διαπραγμάτευσης, να έχει σαλπίσει ισπανική υποχώρηση, με αποτέλεσμα να παρθούν νέα σκληρά μέτρα, που θα επιφέρουν διάλυση της ελληνικής οικονομίας. Η κατάσταση αυτή πρέπει να σταματήσει επιτέλους. Ο ελληνικός λαός δεν ανέχεται πλέον τα μνημόνια, γι' αυτό τον λόγο καταψήφισα την έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I would like mainly to refer to gender equality and women's rights, which are fundamental human rights. We must, therefore, ensure universal access to sexual and reproductive health and rights, condemning the global gag rule and calling on the Commission and Member States to counter its impact by increasing SSRI HR funding and launching an international fund to enhance women's economic empowerment, by overcoming barriers in the labour market, and by giving women an equal share in all levels of decision-making.

Moreover, we must involve social partners and women's organisations in decision-making, address the needs of the most marginalised women, and highlight women as important economic agents whose participation in the labour market can stimulate the economy. Finally, we should support the establishment of an ILO convention to address gender-based violence in the workplace. I fully support this report and I believe we must translate these commitments into expenditure and make them more visible as soon as possible.

7.2. Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch Einführer von Mineralien und Metallen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (A8-0141/2015 - Iuliu Winkler)

Explicații orale privind votul

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, která upravuje návrh nařízení, který v zásadě obsahuje jakousi formu autocertifikace nebo autoregulace dovozců nerostných surovin ze zemí, kde probíhají občanské války nebo je tam výrazně poškozováno životní prostředí. Já si myslím, že ten systém je velmi dobrý, protože je za prvé postaven na dobrovolnosti, není to žádná byrokratická zátěž, která omezuje samotné dovozce, a je postaven na principu, že dovozci jako firmy, které často sídlí v EU, by měli mít zájem nejen na zisku, ale i na morálce svého působení, a proto je velmi dobré to, že nařízení obsahuje tzv. seznam zodpovědných dovozců, kteří tak budou moci jasně říci, že jsou obsaženi na tomto seznamu a že tedy jejich podnikání nenese jenom aspekty ekonomické, ale i aspekty morální.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, thanks to our efforts, we have made sure that products sold in the EU do not fuel armed militias or foster human rights violations in conflict areas. We have also responded to public and consumer pressure. Consumers want to be sure that the everyday items they buy are not fuelling armed conflict and human rights abuses. Through tough negotiations and with the support of European civil society, we have ensured that the vast majority of minerals and metals imported in the EU will be covered by the regulation, cutting off a vital source of income for warlords whilst not imposing additional burdens on new small businesses.

Although this agreement is a huge step forward, there is still a long way to go to fully clean up global supply chains. We must remain committed to raising global standards and must monitor implementation efficiently to make sure it contributes to the goal of breaking the link between armed conflict and the trade in minerals and to avoid potential circumventions of the regulation.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, along with my group, I welcomed this report as it calls for mandatory due diligence checks on suppliers of tin, tantalum, tungsten and gold, otherwise known as conflict minerals. All industry initiatives now have to comply fully with international OECD due diligence guidelines. This sends out a clear message from the European Union that we wish to eliminate the strong interrelationship between trade and conflict that has defined this industry for far too long now.

In the long term, regulations such as this prevent armed revolts or human rights violations being financed by the illegal revenue from mineral extraction and trade. The rapporteur's aim was to create an efficient and workable regulation which also affords due consideration for smaller SMEs. I am confident that we have reached an agreeable solution in this regard. Looking forward, cooperation in this area will thus bolster the market in responsibly traded minerals, while serving the interests of communities and people caught in war and conflict.

7.3. Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor (A8-0150/2016 - Marco Affronte)

Explicații orale privind votul

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, the Union framework for the collection, management and use of data in the fisheries sector and support for scientific advice regarding the common fisheries policy is a very important subject. I welcome this proposal, which introduces significant changes to the process and updates the framework for gathering and managing fisheries data in the European Union. The new rules will align this framework with the requirements of the reformed CFP and simplify the existing system.

It is important to give particular importance to the collection and transmission of data so that fisheries management can be based on the best available scientific knowledge. Moreover, it is vital that clear, reliable and accurate data be collected on fleets and their fishing activities, environmental impact and discards, in line with proper standardised statistical principles. Therefore, I welcome the proposal to amend this procedure for establishing the EU multiannual programme and its content, the functioning of the Regional Co-ordination Groups and the procedure for making data available to end-users.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I support this proposal, sharing the rapporteur's belief that the 2013 reform of the common fisheries policy (CFP) needs to be matched by adaptations in the supporting scientific advice and therefore the data needed for it. The proposed changes comply with what is necessary and appropriate for the achievement of the basic objective of improving data quality, access and availability in the fisheries sector. Quality data collection is essential for the proper implementation of the CFP. From an Irish perspective, fishing has always been economically and socially important to us as an isolated nation. With the CFP, crucial for the prevention of over-fishing and marine pollution, it is therefore important that we improve upon the functioning of the system in place. This agreement will ensure the simplification of the current data collection system, avoiding duplication and improving the framework for gathering quality data.

7.4. Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon (A8-0042/2017 - Esteban González Pons, Michael Gahler)

Explicații orale privind votul

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, Lisabonski ugovor omogućava nam ono što je danas očito najvažnije: imati moć, imati snagu, imati vojnu snagu, imati jak sigurnosno-obavještajni sustav. To je ono što danas Europskoj uniji treba ako želi biti kredibilni partner, ako želi biti kredibilna u svjetskim razmjerima.

Evidentno je na mnogim žarištima, pogotovo bliskoistočnim, da samo oni koji imaju vojnu snagu mogu i odigrati neku ozbiljnu ulogu. A što se dešava nama, nama koji nemamo vojnu snagu? Mi imamo krizu, mi imamo migrantsku krizu zbog toga i ne možemo djelovati, ne možemo kvalitetno djelovati.

Zato, iskoristimo mogućnosti Lisabonskog ugovora, stvorimo jaku sigurnosnu i obavještajnu uniju kako bi našim građanima, jednostavno rečeno, mogli ponuditi više sigurnosti i više ozbiljnosti za sve one napore koje svi zajedno ulažemo i u ovoj dvorani.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η πολιτική άμυνας ασφάλειας αλλά και η εξωτερική πολιτική είναι αποκλειστική αρμοδιότητα κάθε κράτους μέλους, όπως ορίζεται και στη Συνθήκη της Λισαβόνας, κι αυτό πρέπει να γίνεται σεβαστό από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Στη συγκεκριμένη έκδοση αναγράφονται μεγάλα ποσά για την αύξηση αμυντικών δαπανών από τα κράτη μέλη. Η αύξηση κατά τουλάχιστον 2% του ΑΕΠ για αμυντικές δαπάνες, δηλαδή περίπου 100 δισεκατομμύρια ευρώ περισσότερα ως το 2020, είναι ένα σημαντικό ποσό που θα μπορούσε να αξιοποιηθεί για την αύξηση θέσεων εργασίας στην Ένωση. Η τοποθέτηση τέτοιων υπέρογκων ποσών για την ενίσχυση των ευρωπαϊκών στρατιωτικών επεμβάσεων σκοπεύει κυρίως στην αύξηση των κερδών της βιομηχανίας εξοπλισμών της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του στρατιωτικού βιομηχανικού συμπλέγματος, και όχι στην ουσία του πράγματος, δηλαδή στην προστασία των πολιτών. Για τους λόγους αυτούς και για όσους άλλους ανέφερα στη χθεσινή μου ομιλία, καταψηφίσα τη συγκεκριμένη έκδοση.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, už jsem se k ní vyjadřoval na plénu, je tam celá řada pozitivních věcí, jako je posílení peněz na obranu, je tam snaha posílit spolupráci v obranné oblasti, myslím tím i EU. Ale chci tady říci, a proto jsem se přihlásil k vysvětlení hlasování, že tam jsou určité části, ke kterým jsem relativně skeptický a ve kterých vnímám určité možné napětí vůči NATO, které já považuji za klíčovou obrannou alianci v rámci evropského kontinentu a euroatlantické vazby. Zkrátka a dobře, měli bychom ještě dále debatovat o tom, nakolik chceme vytvořit evropské ozbrojené síly, jak případně budou vypadat a nakolik vůči NATO budou kompatibilní nebo nakolik by vůči NATO byly konkurencí. Kdyby to mělo být to druhé, konkurence vůči NATO, tak bych s tím měl velký problém a těžko bych v budoucnu mohl tento projekt v této části podpořit.

Diane Dodds (NI). – Mr President, as we near the anniversary of the horrific terror attacks in Brussels, my thoughts and prayers go out to the families of the victims of such awful terror. We in Northern Ireland are no strangers to the legacy of the pain and loss left by ruthless terrorist gangs. Our message to you is clear: we must never allow those who perpetrated terror to rewrite the narrative of the past. It is wrong that those who now serve in this Chamber should try to glorify their deadly deeds and rewrite the narrative of the past, yet not be held accountable. This will not prevent new generations of young people from being radicalised, a point that I stressed to Commissioner King earlier this week. I also made it clear that Northern Ireland and the United Kingdom as a whole remains committed to working with the European Union to secure a safe and prosperous future for all our people. This should be a key priority in the Brexit negotiations.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, protože obecně podporuji vytvoření obranné unie, a přiznám se, že mi ani nevadí z tohoto důvodu také výrazné posílení právě této rozpočtové kapitoly. Myslím si, že Unie by se měla zaměřit na obrannou politiku, na bezpečnostní politiku, protože to je přesně to, co očekávají občané od Unie, že bude zabezpečovat jejich elementární bezpečí. A podle mého názoru nejde o rozmělnění spolupráce s NATO. Já jsem přesvědčen, že ty výzvy, kterým čelí Evropa, ať je to hybridní válka, kterou vede Rusko, nebo ať je to masový pohyb lidí, to jsou přesně výzvy, které se tzv. hodí na vytvoření skutečně silné a dominantní obranné a bezpečnostní politiky Unie. Je nezbytné, aby koordinace těchto politik právě zabezpečovala i ve vztahu k členským státům Unie.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – Monsieur le Président, je vote contre ce texte parce qu'il se donne pour objectif de savoir comment contourner l'obligation de passer à un traité dont tous les Européens seraient saisis, avant d'entrer dans cette absurdité d'Europe de la guerre que vous êtes en train de préparer.

Je m'alarme de la vision binaire que contient ce texte qui oppose, pour des raisons inconnues, une zone dite «asiatique» à une zone «euroatlantique». Je m'inquiète du fait que vous ayez déjà mis en place un état-major militaire, d'autant plus que le rapport prétend nous préparer à des conflits de haute intensité, c'est-à-dire à la guerre, ni plus ni moins. De la même manière, il appelle à un renforcement des réseaux de l'OTAN.

Je crois que vous êtes totalement à côté de ce que devrait être le projet européen qui est un projet pour la paix. Vous devriez vous demander comment l'Europe peut être plus efficace pour la paix dans le monde, plutôt que de vous demander de quelle manière elle va contribuer à la généralisation des guerres et au déclenchement, partout, d'hostilités que l'Europe doit à tout prix empêcher.

7.5. Bericht 2016 über Montenegro (A8-0050/2017 - Charles Tannock)

Explicații orale privind votul

Jasenko Selimovic (ALDE). – Gospodine predsjedniče, Crna Gora prednjači među zemljama zapadnog Balkana u svojim integracijama prema Europskoj uniji i NATO-u. Međutim, taj napredak i proces integracije se ozbiljno ometa od strane Rusije. Vidjeli smo rusko miješanje u unutarnju politiku tijekom zadnjih izbora. Vidjeli smo neprikladnu podršku opoziciji tijekom protesta, a tvrdi se da Rusija ima i veze s ljudima koji su pokušali napraviti atentat na vodstvo Crne Gore.

Europska unija mora poslati jasnu poruku da su političke igre Rusije na zapadnom Balkanu nedozvoljive. Utjecaj i manipulacije Rusije moraju biti zaustavljeni. Ne smijemo biti pasivni promatrači toga jer ćemo platiti puno veću cijenu kad bude prekasno da se to popravi. Otvorenost ove Europske unije prema novim članicama s Balkana i podrška tom procesu je najbolji način da se Balkan smiri i Rusija udalji od Balkana.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, protože podporuji přibližování zemí západního Balkánu a konkrétně Černé Hory k EU a podporuji do budoucna jejich vstup do EU. Jsem velmi rád, že ta zpráva, o které jsme hlasovali, odsuzuje snahy Ruska vměšovat se do vnitrostátních situací těchto zemí na Balkáně. Konkrétně řeší otázku právě Černé Hory. Domnívám se, že poté, co Černá Hora vstoupila do NATO a dál se přibližuje EU, tak ten tlak ze strany Ruska může dále narůstat a my na to budeme muset být schopni reagovat. V té zprávě je také obsažena celá řada věcí, se kterými souhlasím, jsou tam analyzovány jednotlivé kapitoly přibližování Černé Hory k EU. Já zvláště vítám otázky týkající se justice v Černé Hoře, kde je velmi podrobně popsáno, co je třeba zlepšit, aby se do budoucna Černá Hora stala právním státem a měla tak stejné parametry justice, jako mají členské státy EU.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, podržao sam ovaj izvještaj zato što sam sto posto uvjeren u to da je upravo približavanje i ulazak Crne Gore u Europsku uniju jednoga dana, ne predaleko od današnjeg dana, nešto što će doprinijeti stabilizaciji na zapadnom Balkanu.

Crna gora igra jednu vrlo pozitivnu ulogu. Proeuropsko vodstvo koje danas vodi Crnu Goru govori i o tome kako želi promijeniti svoju državu, želi reformirati Crnu Goru.

Vidimo da su mnoga poglavlja otvorena. Očekujemo otvaranje novih poglavlja. Očekujemo da će se vlada zaista uhvatiti u koštac sa svim onim što je bitno za građane Crne Gore i vjerujem da će upravo činjenica da ta mala država na zapadnom Balkanu dobro surađuje sa svojim susjedima doprinijeti da i oni, njeni susjedi, crnogorski susjedi, budu korak bliže Europskoj uniji u trenutku kada ona bude prva članica sa zapadnog Balkana, nova članica Europske unije.

7.6. Digitale Demokratie in der EU: Potenzial und Herausforderungen (A8-0041/2017 - Ramón Jáuregui Atondo)

Explicații orale privind votul

Diane James (NI). – Mr President, e-democracy offers the promise of enhanced democratic participation by e-consultations, but e-petitions etc. come with their own challenges. Firstly, democracy favours the younger generations, with older people often being less technically savvy, and their interests must be protected. Secondly, systems like e-petitions are prone to abuse, with algorithms being deployed to up the voting numbers, resulting in inappropriate outcomes. Thirdly, e-democracy can slow down the decision-making process by triggering debates in parliaments. Finally, e-democracy comes with the threat of hacking, identity theft and data leaks. Unless all four of these areas are solved and resolutions found I will not be able to support e-democracy in this Parliament.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, υπερηψίσαμε την έκθεση. Η συμμετοχή των πολιτών και της κοινωνίας των πολιτών στα κοινά είναι καίριας σημασίας για την εύρυθμη λειτουργία της δημοκρατίας και για τη νομιμότητα, καθώς επίσης και για τη λογοδοσία των εθνικών και ενωσιακών συστημάτων εκπροσώπησης. Βέβαια η στάση των ευρωπαϊκών θεσμών απέναντι στην οικονομική κρίση αλλά και στην προσφυγική κρίση κλονίζει την εμπιστοσύνη των πολιτών στους θεσμούς αυτούς, ενώ η ηλεκτρονική δημοκρατία, η οποία θα έπρεπε να στηρίζει τις αρχές της δημοκρατίας μέσω της τεχνολογίας πληροφοριών και διακυβέρνησης, δεν έχει καταφέρει μέχρι στιγμής να μειώσει την έλλειψη εμπιστοσύνης των πολιτών.

Για να αποκατασταθεί η εμπιστοσύνη των πολιτών στους ευρωπαϊκούς θεσμούς, πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να επαναπροσδιορίσει τους στόχους της, να δώσει έμφαση στην ουσιαστική επίλυση της μεταναστευτικής κρίσης. Επίσης, για το προσφυγικό να εφαρμοστεί άμεσα τις μετεγκαταστάσεις απ' την Ελλάδα προς άλλες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Επίσης, να αντιμετωπίσει τα υψηλά ποσοστά ανεργίας που υπάρχουν στην Ελλάδα και στα κράτη του Νότου. Παράλληλα, η ηλεκτρονική δημοκρατία θα πρέπει να ενισχύσει την εμπιστοσύνη των πολιτών στους ευρωπαϊκούς θεσμούς.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr! Az e-demokrácia különböző formáinak és eszközeinek használata a jövőben fontos helyet fog kivívni magának társadalmainkban. Az internetes konzultációk és a különböző petíciók már ma is jelzik azokat a fontos ügyeket, amelyek a társadalom egy bizonyos szegmense számára kiemelkedő fontossággal bírnak. Ennek ellenére a jelentéssel összhangban fontos hangsúlyoznunk a digitális szakadék meglétét és azt a tényt, hogy mind-egyik tagállamban vannak olyan társadalmi csoportok, amelyek vagy internet-hozzáféréssel vagy a használatához szükséges technikai készségekkel nem rendelkeznek. Ki kell emelnünk, hogy bármennyire is népszerűtlen a politika, a közös ügyeink rendezésére szóló felhatalmazást még mindig általános választásokon, a képviseleti elv alapján hozzuk meg. Ezért a digitális térben sok esetben külön odafigyelést igényel az átláthatóság érvényesítése, hogy a közérdek meghatározása ne kerüljön veszélybe és ne a digitális készséggel rendelkező, hangosabb érdekérvényesítő csoport véleménye tűnjön fel a közvélemény véleményeként.

Момчил Неков (S&D). – Съпни посетители на Европейския парламент, услугите от пакета „Електронна демокрация“ дават достъп до по-бързо стартиране на бизнес, по-бързо преминаване на обучение и също са важен елемент от инфраструктурата за ефективна обмяна на добри практики. Прилагането обаче изисква ресурси в развитието на цифрова инфраструктура и на човешки капитал като преподаватели и обучаващите се.

Трябва да се инвестира и в развитието на умения в борбата с интернет измамите, фалшивите новини и други форми на злоупотреба и манипулация на съдържание. Смятам, че Европейския съюз трябва да зададе тона за борба срещу тези глобални предизвикателства. В епохата на дигиталното общество, електронното правителство и администрация трябва да бъдат достъпни за всички, без, разбира се, да пренебрегват съображенията за сигурност на защита на личните данни.

При все това смятам, че не трябва да бъдат пренебрегвани и гражданите, които имат или ограничен достъп до електронни услуги, или невъзможност за работа с тях. Електронните услуги трябва да са достъпни, но не изключваща форма на достъп до информация. Гражданите, независимо от своята възраст и компютърна грамотност, са граждани и имат права, и те трябва да бъдат зачитани.

Președintele. – Perioada consacrată explicațiilor privind voturile s-a încheiat.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Ședința, suspendată la ora 12.55, a fost reluată la ora 15.00)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

11. Große Anfragen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen große Anfragen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Woche zwei neue Instrumente, zum einen die *topical debate* und zum anderen die großen Anfragen. Ich durfte gestern schon die erste aktuelle Debatte leiten, die mit der neuen Geschäftsordnung eingeführt wurde. Ich freue mich, jetzt auch die erste große Anfrage leiten zu dürfen.

Es beginnt der Verfasser dieser großen Anfrage, Herr Kollege Coburn, für zwei Minuten.

David Coburn, author. – Mr President, I think this is a good innovation – more like Prime Minister's Question Time in the House of Commons, the Mother of Parliaments, so perhaps the centre of the European democracy is following the Mother of Parliaments.

Cooperation between human traffickers and NGOs engaged in search and rescue in the Mediterranean.

On 15 December 2016, the Financial Times, which I am sure you all know, published several excerpts from leaked Frontex reports that suggest a high level of cooperation between smugglers and NGOs:

— ‘...criminal networks were smuggling migrants directly on an NGO vessel’;

— ‘...clear indications before departure on the precise direction to be followed in order to reach the NGO boats’

— ‘...people rescued by NGO vessels were often “not willing to cooperate with debriefing experts at all, with some claiming that they were warned not to cooperate with Italian law enforcement or Frontex”.’

This period has also witnessed a surge in NGO activity in the region and a sharp drop in rescues in response to distress signals. Frontex suggested the latter is due to ‘NGOs cooperating closer to Libyan territorial waters’ or even the lights used by rescue boats, which the agency said acted ‘as a beam for the migrants’.

Does the Commission believe that such actions constitute cooperation with the smugglers, and if not, could it define what would?

Does it believe that such actions constitute collusion, and if not would it define what would?

Does the EU provide any financial assistance to NGOs engaged in search and rescue in the Mediterranean?

Is Frontex hiding anything we should all know about, since we are paying them? I think this place should know more.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank you for the opportunity afforded by those questions to clarify one or two issues.

First, as has been reiterated in the EU action plan against migrant smuggling, the duty to render assistance to persons or vessels in distress at sea is an obligation under international law. This is a binding obligation on states, who are obliged to ask ship masters of private, commercial or military vessels to render assistance. The ship masters vessels of nongovernmental organisations are bound by the same duties as ship masters of state vessels.

Second, it does not help to make, if I may say so, general assumptions on the role of all civil society organisations. These organisations are mostly active in support of governments and international organisations. At the same time, rules must be respected, and close coordination between all involved in search and rescue operations in the Mediterranean is obviously key to ensuring the safety of all concerned, migrants and crews alike.

Coordination of the rescue efforts is ensured primarily by the state responsible for the region where an incident is taking place. Any assisting vessel, be it private owned or state controlled, must therefore follow the instructions of the responsible Maritime Rescue Coordination Centre. So to take this example, in the case of search and rescue in the central Mediterranean region, coordination must take place with the Italian authorities.

Third, when it comes to criminalisation of migrant smuggling, we need to be clear about the existing legal framework. According to existing EU legislation, facilitation of unauthorised entry is the act of intentionally assisting a person who is not a national of a Member State to enter or transit across the territory of a Member State in breach of that Member State’s immigration laws. National authorities are the competent body to judge this. They are also competent to assess whether the conduct of any NGO, or indeed other legal or natural person, rescuing people in a specific case could amount to a form of collusion or cooperation with migrant smuggling networks.

So far the Commission has not received any official information from any Member States about investigations or prosecutions of NGOs involved in search and rescue activities in the Mediterranean for having participated in migrant smuggling.

Finally I would like to emphasise that the Commission does not provide any financial assistance to NGOs engaged in search and rescue activities in the Mediterranean. EU funding through the International Security Fund can support search and rescue operations at sea which arise during maritime border surveillance operations. These are the exclusive responsibility of public authorities, hence search and rescue operations carried out by third parties, such as NGOs, are not eligible under the Internal Security Fund for EU funding.

Jiří Pospíšil, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, pane komisaři, já jsem velmi pozorně poslouchal Vaši odpověď na otázky, které zde byly vzneseny. Osobně mě ty odpovědi úplně neuspokojily, byly hodně obecné. Já se domnívám, že pokud zde v médiích zazněly některé výroky nebo úniky informací z Frontexu, pak by Komise toto měla více prověřit a více se zabývat tím, nakolik tedy se jedná o relevantní informace této agentury nebo jsou to pouze nějaké vytržené teze z kontextu a jsou v zásadě nepravdivé, jsou pouze špatně účelově seskládané.

Já jsem příznivcem neziskového sektoru, považuji jejich činnost za důležitou. Na druhou stranu, kdyby zde bylo podezření, že některé neziskovky, ať už třeba nevědomě, pomáhají pašerákům, tak je to velmi závažná informace a nemělo by skončit pouze u takovéhoto obecného prohlášení. Takže moc prosím, bylo by dobré se tímto více zabývat, vyslechnout zástupce Frontexu a případně o tom informovat Parlament v nějaké podrobnější podobě.

Já jsem přesvědčen, že tyto problémy, které jsou zde popisovány a také jsou popisovány v médiích, jsou dané tím, že se nám stále nedaří to, o čem často hovoříme, vytvořit na území severní Afriky nějaké utečenecké tábory, kde by tito lidé mohli být dočasně shromažďováni a odkud by mohlo být řešeno jejich případné azylové řízení ve vztahu k jednotlivým zemím EU. Dokud se toto nepodaří, pak hrozí, že do budoucna počet uprchlíků z Afriky bude narůstat a hrozí také to, že tragédie na moři, bohužel, výrazně klesat nebudou.

Takže, podle mého názoru, ta dnešní debata je pouze útržkem celého problému a měla by se více Evropská komise zaměřit na to, zda je možné v budoucnosti na území Afriky vytvořit tábory, kam by potencionální žadatelé o azyl byli umístěni a odtud by pak o azyl žádali.

Νότης Μαριάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Πρόεδρε, το θέμα που συζητούμε είναι ιδιαίτερα σοβαρό. Έχω επισκεφθεί τα νησιά του Αιγαίου και έχω μια πλήρη εικόνα του τι συμβαίνει. Έχω επισκεφθεί τέσσερις φορές τη Σάμο, δύο φορές τη Λέσβο, μία φορά την Ειδομένη και μία φορά τη Χίο. Επομένως έχω εικόνα του τι γίνεται, και αυτή τη στιγμή στα νησιά του Αιγαίου έχουν εγκλωβιστεί αρκετές χιλιάδες πρόσφυγες, αλλά κυρίως παράνομοι μετανάστες· αυτό είναι το βασικό στοιχείο. Αυτό είναι το κυρίαρχο στοιχείο σήμερα στα νησιά του Αιγαίου και πρέπει να αρχίσουν, κύριε Επίτροπε, οι επαναπροωθήσεις. Δεν μπορεί να παραμένει αυτή η κατάσταση.

Δεύτερον, από την πρώτη στιγμή έχω καταγγείλει επίσημα ότι ΜΚΟ είναι κράτος εν κράτει. Κάνουν ό,τι θέλουν και σε επίπεδο Ελλάδας. Δεν έχουν κανένα έλεγχο, δεν έχουν ούτε έλεγχο από την Επιτροπή. Στη Χίο έχουν δημιουργήσει ένα αυτοσχέδιο χώρο φιλοξενίας μέσα στον αρχαιολογικό χώρο. Αν αυτό το είχε κάνει κάποιος Έλληνας πολίτης θα είχε συλληφθεί. Αυτό που έχει σημασία είναι τι γίνονται τα κονδύλια. Εκεί είναι το κλειδί! 195 εκατομμύρια ευρώ έχουν δοθεί κονδύλια από την Ευρωπαϊκή Ένωση στις ΜΚΟ και κάνουν πάρτι. Ξεπάγιασαν οι πρόσφυγες στη Μόρια, στη Ρεσόνα. Υπάρχει ζήτημα με το φαγητό το οποίο δίνουν, τις προμήθειες που κάνουν, με ποιους όρους τις κάνουν, ή τα ποσά που δίνουν στους δήθεν εθελοντές, τα οποία είναι απίθανα. Κανένας έλεγχος! Αυτά που σας λέω τα έχω ξαναπεί εδώ. Έχω κάνει παρέμβαση και έχω ζητήσει, κύριε Πρόεδρε, να επέμβει η OLAF, να γίνει επιτέλους έλεγχος. Το είχα πει στον κύριο Στυλιανίδη –εκεί καθόταν–, ότι θα υπάρξει πρόβλημα.

Επομένως νομίζω ότι πρέπει πρώτα απ' όλα να πάνε τα κονδύλια στην τοπική αυτοδιοίκηση, όπου υπάρχει έλεγχος, όπου υπάρχει δυνατότητα να ξέρουμε τι κάνουμε. Και επιπλέον, κύριε Επίτροπε, σας απευθύνω πρόσκληση: στις 27 Μαρτίου θα έρθουν εκπρόσωποι από τα νησιά του Αιγαίου στις Βρυξέλλες σε μια εκδήλωση όπου θα σας πουν τι συμβαίνει. Χρειάζεται λοιπόν σημαντική παρέμβαση, διότι δεν μπορεί να συνεχίζει το θέμα αυτό. Το κλειδί είναι τα κονδύλια που παίρνουν οι ΜΚΟ· το πάρτι το οποίο γίνεται. Κόψτε αυτό το πάρτι και θα δείτε ότι δεν θα υπάρχει πρόβλημα.

Ivan Jakovčič, u ime kluba ALDE. – Gospodine predsjedniče, mada želim uvijek biti jako oprezan kada političke rasprave vodimo na temelju novinskih članaka, koliko god *Financial Times* bila i ozbiljna novina, u što ne sumnjam, ali malo sumnjam ponekad u naše prijatelje iz EFDD-a jer i oni znaju koristiti razne argumente, a pogotovo, moram reći, neka iskustva s nevladinim organizacijama koje su bile odlične, ali ima i mnogo nevladinih organizacija s kojima sam zaista imao vrlo loša iskustva.

Ovdje želim ipak dodati nešto što smatram iznimno važnim, a to je da je sam Frontex rekao kako su kriminalne mreže krijumčarile imigrante izravno brodom nevladinih organizacija. To se može provjeriti, gospodine povjereniče. Može se provjeriti koje su to nevladine organizacije. Frontex je nama dužan reći informaciju, Vama je dužan reći informaciju. Prema tome, to se može provjeriti.

Također, nevjerojatno je da migranti uopće nisu bili spremni na suradnju s osobama koje su bile zadužene za ispitivanje, a neki su čak govorili o tome da ne žele surađivati s talijanskom policijom, odnosno s Frontexom.

To su ozbiljne optužbe. To su ozbiljne, ali provjerive optužbe. Ja Vas u tom kontekstu pozivam da zaista pokušamo stati na kraj ovim pričama, da znamo točno ono što se dešavalo i da napokon imamo jednu ukupnu strategiju prema svemu onome što se dešava na Mediteranu jer inače, znamo da je prekasno, nemojmo da bude baš do kraja kasno.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this important debate this afternoon on the links between human traffickers and NGOs would not have been possible if it were not for the EFDD group taking this initiative. This is an important topic and needs to be addressed, and not simply brushed under the carpet.

In December last year, the Financial Times published excerpts from a leaked Frontex report that suggested there was a high level of cooperation between people smugglers and NGOs. The leaked report claimed criminal networks have been assisting migrants by giving clear indications on which direction they need to take to reach the NGO boats. Unforgivably, there have also been reported cases where migrants have been smuggled directly onto NGO vessels, so it is alleged.

It is not just criminal gangs and NGOs who are benefiting from this crisis, but also Islamic extremism. Current migration policies adopted by the EU and Chancellor Merkel have enabled terrorist organisations such as ISIS to smuggle their supporters into Europe, which has enabled them to carry out a number of attacks. Opening up Europe's doors indiscriminately has put at risk not only the lives of migrants who make the treacherous journey, but also the lives of ordinary Europeans who now face the threat of terrorism on a daily basis.

UKIP have said from the very start of this crisis that we need to have a tough but fair policy on this crisis to stop innocent lives being lost at sea and to stop the profiteering of criminal gangs and ISIS. To date, the UK government has committed over GBP 2.3 billion to helping refugees in Syria and the region, the second largest donor, and since its inception, almost 4 500 Syrians have entered the UK under the Syrian vulnerable person resettlement programme. Perhaps the EU would do better to follow the UK's example rather than have desperate people paying vast sums of money to smugglers who only view them as a disposable commodity.

Georg Mayer, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte diese Thematik „Migrationskrise“ hier noch einmal nutzen, um vielleicht das Thema Türkei in den Fokus meines Interesses zu stellen, nachdem wir in den letzten Tagen immanant von diesen Provokationen begleitet wurden. Das ist schon erschreckend, was man da so hört – speziell von Seiten der Türken –, und ich denke, dieser Deal mit der Türkei ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist – und das wissen sie jetzt auch. Heftig wird es dann, wenn man sich heute die neueste Aussage vom türkischen Außenminister anhört, der nämlich sagt: Es wird Religionskriege geben. Er wird dafür sorgen, dass wir Religionskriege erleben.

Natürlich ist es nicht klug, auf jede Provokation eines türkischen Politikers mit einer Gegenprovokation zu reagieren. Aber so ganz mutlos, wie man das auf Seiten der Europäischen Union oder auch der Mitgliedstaaten erlebt, sollte es dennoch nicht sein. Denn man wird, das kann ich Ihnen sagen, nur Respekt von Seiten der Türkei bekommen, wenn man auch irgendwann sagt: bis hierher und nicht weiter.

Das sind aber – und das ist das besonders Erschreckende – die Partner, die von Seiten der Sozialisten und der Konservativen hier in die Union geholt werden. Die Mitgliedsverhandlungen sind nur auf Eis gelegt; das würde heißen: Wir haben Ihre Partner, die Sie so gern hätten, dann auch hier im Haus sitzen.

Wenn der türkische Außenminister von Religionskriegen redet, dann ist das schon sehr beachtlich, und ich denke, wir sollten hellhörig werden. Denn wir wissen, dass dank verfehlter Politik von Merkel und Co. Millionen von Migranten nach Europa reingekommen sind, von denen wir keine Daten haben, keine Namen wissen und nicht wissen, wer diese Personen sind. Meist Männer – U-Boote also.

Die Auswüchse dieser Politik sieht man ganz gut, wenn man hier ins Parlament kommt. Wir werden bewacht von Soldaten, das Haus wird verschanzt, wir bunkern uns ein. Und das ist das Ergebnis dieser Politik. Es ist kein offenes Haus mehr, wie es ein Parlament sein sollte. Das erinnert mich schon sehr an Max Frisch: Das Stück „Biedermann und die Brandstifter“ – für die, die es kennen. Biedermann ist ein Bürger, der zwei Brandstifter zu sich ins Haus einlädt, diese versorgt, obwohl sie ganz klar erkennen lassen, sie wollen brandstiften; Spätestens – und das sage ich Ihnen – nach den nächsten Anschlägen – und die werden bestimmt kommen – werden wir dank der verfehlten Politik von Rot und Schwarz auch hier im Haus wahrscheinlich Panzer vor diesem Parlament stehen haben.

Der Präsident. — Herr Kollege Mayer! Ich habe davon abgesehen, Ihnen das Wort zu entziehen, weil Sie ganz unverhohlen eine ernsthafte Frage einer Fraktion hier dazu benützt haben, ohne Punkt und Komma Ihren Wortbeitrag dazu zu benützen, zu einem ganz anderen Themenkreis Ihre Auffassungen abzugeben. Ich bin hier neutral; ich könnte das wesentlich anders ausdrücken. Das ist nicht in Ordnung und wird auch dem Respekt gegenüber dem Fragesteller nicht gerecht.

Georg Mayer (ENF). — Herr Präsident! Das ist ja nun ein neuer Punkt in der Geschäftsordnung. Ich habe mich ja sehr wohl auf die Thematik Migration bezogen, und dazu gehört natürlich auch die Abmachung mit der Türkei. Insofern denke ich, dass ich den Bogen nicht überspannt habe, sondern ich habe mich auf die Türkei bezogen, auf den Flüchtlingsdeal und die derzeitigen Vorgänge, wie sie mit der Türkei und mit allen Mitgliedstaaten in Europa ablaufen.

Der Präsident. — Ich will das nicht weiter kommentieren. Jedenfalls stellt das Abkommen mit der Türkei kein Abkommen mit einer NGO dar.

Seán Kelly (PPE). — Mr President, an article published by the Financial Times on 15 December 2016 contained several excerpts from leaked Frontex reports and claimed a high level of cooperation between smugglers and NGOs. The newspaper has since retracted claims that Frontex had accused NGOs of collusion with smugglers. No doubt about it, but this is a very troubling accusation in an already distressing human rights situation. Rescue missions are conducted with great valour, bravery and spirit on the part of those people involved in them, whether they are the European Border and Coast Guard, Frontex, Member States or non-governmental organisations.

In this regard, I would like to sincerely sympathise with the families of Captain Dara Fitzpatrick and the crew of the Irish coastguard helicopter that tragically crashed this week, illustrating the point.

The European response to various crises has been adopted in the spirit of solidarity and cooperation on which the European Union was founded. I would hope that this approach will continue to guide our action in this area and that we will move forward. I would like to highly commend all those who work in the sector. 5 000 people died at sea last year. From an Irish point of view I am disappointed with such claims, given the European and my own government's commitment to relieving the humanitarian crisis as it has developed in recent years.

In September 2015, as a direct response to this humanitarian crisis, the Irish Refugee Protection Programme was established. In a gesture towards the most vulnerable individuals of this migration crisis, Ireland pledged to accept the quota asked of it by the EU. I wish to take this opportunity to stress our deep commitment to delivering our decision to accept these refugees and asylum seekers. At present, more than 12 500 refugees have been rescued from Mediterranean waters by Irish naval forces. We have dispatched countless naval service vessels and our commitment to continue doing so still remains undisputed.

However, suggestions of collusion between human traffickers and NGOs provide yet another obstacle to the roll-out of Europe-wide rescue and resettlement efforts. It is thus paramount that no cloud should hang over the human rights agencies and NGOs which are entrusted in these areas.

James Nicholson (ECR). — Mr President, I think we can all understand to some extent and sympathise immensely with the problems that the Mediterranean area has faced, not just in recent months but over a considerable period of time. There is no doubt we can all agree and condemn those involved in human trafficking and the smugglers, and it is a serious question why some of this has been allowed to continue by some of the nation states that are involved within this area.

Well, I think Professor Marias hit the nail on the head when he said you have to identify and distinguish between the refugees and the illegal immigrants. I think we would do well to listen to what he says because he is coming very close to what has not been taken up by many and has been misrepresented by others. So we would do well to listen.

As someone with my past and the situations I have been through, I have learned that you need to deal with the facts. Newspapers do not refuse publicity and they do not always tell us everything that is there.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, predstavnik Komisije je rekao da Komisija nema izvješće država članica o tome da postoji takva vrsta suradnje. S druge strane, Financial Times daje vrlo precizne citate izvješća Frontexa o kojem bi predstavnik Komisije trebao imati neka saznanja. Očito se nešto problematično događa. To je primjer kako se politika može deformirati i kako se s potpuno suprotnih stajališta, interesa i motiva našao zajednički interes. I kada bi netko postavio hipotetsko pitanje: ako je ta suradnja spasila tisuće ljudskih života, tko može biti protiv takve suradnje makar je ona zapravo deformacija i nije politika? Ovo pitanje pokazuje da Europska unija ne može imati odgovor na masovni priljev izbjeglica ukoliko ne primjenjuje silu, ili u najmanju ruku nehumano ponašanje.

Pravo rješenje nošenja s velikim pritiskom izbjeglica je naravno djelovanje na onim prostorima gdje nastaju krize – humanitarno, gospodarsko i sigurnosno. Europska unija ni u jednom od tih područja nema cjelovito upravljanje krizama i zato ćemo biti suočeni s ovakvim krizama još dugo vremena uključujući i moralne dileme koje te krize i ovakve situacije otvaraju.

Catch-the-eye-Verfahren

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, htio bih ipak naglasiti važnost onih organizacija koje su žrtvovalе sebe da bi pomogle ljudima koji su mogli umrijeti, koji su mogli poginuti. Nedvojbeno je da su mnoge organizacije nevladinoga društva itekako pomogle najunesrećenijima jer oni koji žele doći u Europu, velika, velika većina, nisu kriminalci nego su jednostavno ljudi koji ne znaju više što će i kako u životu i žele doći u Europu koja im izgleda kao jedna predivna bajka. Ali tu je dodatni problem, problem krijumčarenja i problem dolazaka migranata neće nestati. Dapače, bit će stalno prisutan, možda i sve veći.

Zato naš angažman mora biti trajan oko svega, a poštovanom, dragom austrijskom prijatelju, neću to reći na mojem materinjem jeziku, njemačkom, nego ću mu samo reći da je odgovor na svoju diskusiju dobio noćas na izborima u Nizozemskoj. To je odgovor na ono što ste Vi govorili, dragi gospodine Mayer.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, there are a number of serious points that have been raised. We take them seriously. I will discuss them with responsible colleagues and indeed with the heads of relevant agencies.

Can I just repeat that saving lives at sea is a priority and indeed an obligation under international law, and that remains the case, including during the current migration crisis. I would like to associate myself with the comments made by Mr Kelly about the devotion of those involved in saving lives at sea, some of whom pay a very high price for that work. I, on behalf of the Commission, condemn unreservedly those involved in human trafficking and those who seek to profit from migration smuggling.

Successfully addressing the migration crisis is going to depend on the active cooperation of all of us, all parts of state authorities and civil society including NGOs. In the end, as I said earlier, national authorities are competent to assess if the conduct of an NGO constitutes a criminal offence based on the applicable national, EU and international law.

Just to be clear on funding, as was asked, the Commission does not provide funding to NGOs or other non-governmental actors to carry out search and rescue activities.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Beatrix von Storch (EFDD), schriftlich. – Es ist enttäuschend, dass die Kommission unsere große Anfrage nicht nur nicht fristgerecht beantwortet hat, sondern von einer Antwort gänzlich abgesehen hat. Die große Anfrage ist ein bedeutendes Minderheiteninstrument, insbesondere für die Oppositionsfractionen, die sich dem generellen Konsens hier im Haus verweigern. Die Kommission zeigt weiterhin keinerlei Verantwortlichkeit gegenüber dem EU-Parlament. Sie versteht sich als frei schwebend agierende Regierung. Sie wirkt wie ein in unsere Zeit gebeamter absolutistischer Fürst. Wir haben jedoch das Zeitalter des Absolutismus überwunden. Regierungen sind den Parlamenten Rede und Antwort schuldig. Doch die Kommission kümmert das nicht. Sie macht ihr Ding, unbeeindruckt vom Tun hier im Parlament. Das zeigt sich im Umgang mit der großen Anfrage, und das zeigt sich in der lustlosen, teilweise frech-inhaltsleeren Beantwortung unserer Anfragen zur schriftlichen Beantwortung. Und ich sage Ihnen, Herr Kommissar, wenn Sie so weitermachen, dann wird dies auch das Ende der Kommission sein, wie wir sie heute haben. Denn kein Souverän lässt sich so ein selbstherrliches Treiben auf Dauer gefallen. Sie wissen, wovon ich rede, denn Ihr Land – Großbritannien – ist bereits aus

diesem von Eliten beherrschten Club namens EU ausgetreten.

12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Petitionen: siehe Protokoll

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. — Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. APRIL 2017

(C/2024/2681)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. April 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärungen des Präsidenten	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	3
4. Mitteilung des Präsidenten	3
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	4
7. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll	4
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	4
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	4
10. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	4
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
12. Große Anfragen (Artikel 130b): siehe Protokoll	4

Inhalt	Seite
13. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	4
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
15. Arbeitsplan	4
16. Europäisches Solidaritätskorps (Aussprache)	10
17. Antworten der Kommission auf Anfragen zur schriftlichen Beantwortung (Aussprache)	22
18. Menschenhandel (Aussprache)	26
19. Palmöl und die Rodung von Regenwäldern (Aussprache)	38
20. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	52
21. Betrügerische Praktiken in der brasilianischen Fleischbranche (Aussprache)	52
22. Angaben für Fischereifahrzeuge (Aussprache)	67
23. Frauen und ihre Rollen in ländlichen Gebieten (kurze Darstellung)	71
24. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	77
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	82
26. Schluss der Sitzung	82

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. APRIL 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

(La seduta è aperta alle 17.00)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 16 marzo 2017.

2. Erklärungen des Präsidenten

El presidente. – Quisiera transmitir en nombre del Parlamento Europeo nuestras condolencias y solidaridad con el pueblo colombiano tras la tragedia de Mocoa. La avalancha de agua y barro ha provocado muchas víctimas y hay, también, dos desaparecidos europeos. Quiero, por tanto, expresar la proximidad y el apoyo de este Parlamento a Colombia, a sus ciudadanos y, especialmente, a las familias de los fallecidos.

Voglio altresì esprimere le condoglianze e la solidarietà del Parlamento europeo al popolo russo e alla città di San Pietroburgo per l'attentato di oggi, che ha causato numerosi morti e feriti. Per proteggere i nostri cittadini è importante collaborare sempre più nella lotta contro tutte le forme di terrorismo.

I inform you that the President of the Eurogroup, Mr Dijsselbloem, has once again declined our invitation to take part in the plenary debate on Greece. I would like to stress that, even if there is no legal obligation for him to take part in our work, it might be expected that someone who asks European citizens to make huge sacrifices would also feel duty-bound to answer to their representatives.

(Loud applause)

This is also a question of common courtesy.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Mitteilung des Präsidenten

Presidente. – Conformemente all'articolo 166 del regolamento e dopo aver ascoltato l'interessato, ho deciso di comminare una sanzione all'on. Pedicini per aver usato insulti e un linguaggio offensivo nei confronti di altri deputati al Parlamento europeo durante il suo intervento in Aula del 14 marzo 2017. La sanzione consiste nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di due giorni.

La decisione è stata notificata al deputato interessato, che si è scusato per le parole usate nel corso del suo intervento.

5. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
6. **Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll**
7. **Prüfung der Mandate: siehe Protokoll**
8. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll**
9. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
10. **Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll**
11. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
12. **Große Anfragen (Artikel 130b): siehe Protokoll**
13. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**
14. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
15. **Arbeitsplan**

Presidente. – Possiamo ora all'ordine dei lavori.

Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione di mercoledì 29 marzo 2017, è stato distribuito.

A seguito di consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula la seguente proposta di modifica del progetto definitivo di ordine del giorno: la dichiarazione del presidente dell'Eurogruppo sullo stato di avanzamento del secondo riesame del programma di aggiustamento economico per la Grecia è sostituita, a causa della decisione del presidente dell'Eurogruppo, da dichiarazioni del Consiglio e della Commissione con lo stesso titolo e nella stessa fascia oraria.

Vi sono obiezioni?

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Meine Fraktion, die EVP-Fraktion, unterstützt die Änderung des Titels. Ich möchte aber schon zum Ausdruck bringen, dass es ein ziemlicher Skandal ist, dass der Präsident der Euro-Gruppe, obwohl das Plenum und die Konferenz der Präsidenten das einstimmig gefordert haben und obwohl Sie als Präsident des Europäischen Parlaments ihm diesen Wunsch übermittelt haben, es nicht für notwendig hält, hier im Europäischen Parlament zu erscheinen, wenn wir über wichtige Fragen wie beispielsweise Griechenland diskutieren. Dieses Verhalten, Herr Präsident, ist inakzeptabel, ist respektlos gegenüber dem Europäischen Parlament. Wir bitten Sie, das auch gegenüber dem Chef der Euro-Gruppe zum Ausdruck zu bringen.

Ich möchte darüber hinaus die Sozialisten bitten, weil Herr Dijsselbloem ja immerhin Sozialdemokrat ist, auch Gespräche zu führen mit ihren Parteifreunden, ob es denn nicht möglich ist, dass Dijsselbloem hier mal erscheint.

Und ich möchte noch eines zusätzlich deutlich machen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Kollege Dijsselbloem hat in den letzten Wochen Interviews gegeben. Wir als EVP-Fraktion wollen, dass wir den Euro zusammenhalten. Wir wollen auch, dass Regeln eingehalten werden. Aber er hat sich sehr, sehr abfällig über die Staaten geäußert, die in den letzten Jahren Probleme hatten, die Hilfe bekommen haben in der Eurozone. Aus unserer Sicht ist aufgrund dieses respektlosen Umgangs vor allem mit den Programmstaaten ein weiteres Verbleiben von Dijsselbloem im Amt nicht akzeptabel. Aus unserer Sicht sollte er zurücktreten.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la posizione del gruppo Socialista su questo tema è molto chiara: l'abbiamo espressa nella Conferenza dei presidenti più volte quando abbiamo detto che era inaccettabile la scelta di Dijsselbloem di non venire al Parlamento. La ribadiamo ora.

Abbiamo detto ben prima del collega Weber che era vergognosa e scandalosa l'intervista concessa da Dijsselbloem riguardo alle regioni mediterranee dell'Europa che spendono i soldi in donne e in alcol, ma anche irriguardosa e vergognosa nei confronti delle donne. E Dijsselbloem con quella intervista ha dimostrato – ma anche prima aveva dimostrato – di non avere l'attitudine per fare il presidente dell'Eurogruppo.

Questa è la posizione del gruppo Socialista. Questa è la posizione di molti dei leader socialisti. Io mi auguro che questa sia la anche la posizione dei leader cristiano-democratici, che finora sono stati i veri sostenitori di Dijsselbloem.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je ne serai pas très long. Je soulignerai simplement que l'attitude du président de l'Eurogroupe fait partie de ces comportements méprisants – on l'a vu à l'égard des citoyens, on le voit maintenant à l'égard de notre institution – qui sont à la source de l'insurrection d'un nombre de plus en plus grand de citoyens contre les institutions démocratiques. En effet, je pense qu'il est important – comme vous l'avez fait – que ce Parlement manifeste son désaccord profond avec une arrogance qui n'est vraiment pas de saison.

Cela étant, Monsieur Weber, j'ai bien entendu que vous qualifiez M. Dijsselbloem de socialiste. Pour ma part, cela fait bien longtemps que j'ai arrêté de croire que c'est parce que l'on porte le dossard socialiste que l'on se comporte comme tel. Je sais encore faire la différence.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Auch in aller Kürze: Wir haben uns bereits in der vergangenen Woche in der Konferenz der Präsidenten damit auseinandergesetzt. Sie hatten uns schon erklärt, dass Sie wenig Lust haben, Herrn Dijsselbloem zum wiederholten Male einzuladen und von ihm einen Korb zu bekommen. Und ich denke, was wir hier sowohl gegenüber dem Rat als auch gegenüber der Euro-Gruppe klarmachen müssen, ist, dass dieses Verhalten nicht tolerierbar ist. Herr Dijsselbloem hat eine wichtige Funktion, gerade bei der Umsetzung von Maßnahmen gegenüber einigen Ländern in der Europäischen Union, und hat überhaupt nicht das Recht, sich dann gegenüber den Abgeordneten hier zu verweigern.

Und was seine Interview-Geschichten betrifft – wir haben auch im Vorfeld schon gefordert: Herr Dijsselbloem ist der falsche Mann für die Euro-Gruppe, und er hat zurückzutreten und sollte nicht erst warten, dass er von irgendjemandem ersetzt wird.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, εκ μέρους του ECR, θέλουμε να καταγγείλουμε τη στάση του κυρίου Dijsselbloem, διότι το Eurogroup είναι ένα όργανο το οποίο λαμβάνει μέτρα τα οποία μειώνουν τις συντάξεις και τους μισθούς, ασκεί αντιλαϊκή πολιτική, ενώ ο κύριος Dijsselbloem δεν τολμά να έρθει να υποστηρίξει τις αποφάσεις του Eurogroup. Επιπλέον, με τις επονειδιστες δηλώσεις του προκάλεσε όλους τους λαούς της Ευρώπης, προκάλεσε τους ευρωβουλευτές και γι' αυτό πιστεύουμε ότι δεν τολμάει να έρθει εδώ να αναλάβει τις ευθύνες του. Αυτή είναι η πραγματικότητα.

Θεωρούμε ότι πρέπει να αποπεμφθεί από το Eurogroup. Και αυτό είναι ευθύνη των ηγετών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τους καλούμε, λοιπόν, να πάρουν τις αποφάσεις τους. Δεν μπορεί ο κύριος αυτός να είναι πρόεδρος του Eurogroup και να προσβάλλει τους λαούς.

(χειροκροτήματα)

Marcel de Graaff, *namens de ENF-Fractie*. – Ik sluit me aan bij de kritiek op de heer Dijsselbloem die door mijn collega-voorzitters is geuit. Het is een schande en niet alleen respectloos voor alle inspanningen die in Zuid-Europese landen worden verricht en de ellende die mensen daar door alle bezuinigingen meemaken. Het is natuurlijk ook – en ik sluit mij daarin bij de heer Pittella aan – een schande dat er zo over vrouwen wordt gesproken. Dat kan echt absoluut niet. Ik hoop dat u deze kritiek in een brief verwoordt die u naar de heer Dijsselbloem stuurt.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I am going to be very short. Beyond the fact that we are all scandalised by the attitude of Mr Dijsselbloem, we have to ask ourselves whether there is also a question of principle here. And the question of principle is the following: he is the President of the Eurogroup, and so he is saying 'my masters are the Eurogroup – the ministers of finance'.

That problem can be solved by us, and that is by doing what is already in a number of our reports: to make a permanent president of the Eurogroup who is under the scrutiny of the Parliament. One of the ideas is to say: why not make the president of the Eurogroup, for example, a vice-president of the Commission, and this vice-president of the Commission will automatically be accountable before the Parliament.

So it is very good – I agree with what Mr Weber all other the colleagues have said – but let us also take account of the consequences. We can solve this in the coming years by making a permanent president, who would be a member of the Commission, accountable to this House.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche il mio gruppo, l'EFDD, si dimostra contrariato da quelle che sono state le parole portate avanti da parte del presidente dell'Eurogruppo. È scandaloso quello che ha detto. Anche per noi dovrebbe dimettersi il prima possibile.

Starà ai capi di Stato, adesso, prendere una decisione, però riteniamo scandaloso che non abbia accettato un invito di questo Parlamento a parlare di una situazione gravosa come quella della Grecia, un paese del sud che ha insultato con le sue parole, e avremmo voluto, oltre che dibattere con lui di questo, magari fargli un qualche appunto su quelle che sono state le sue parole. Aspettiamo adesso una reazione da parte del Presidente e da parte anche di tutti i gruppi.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, τη θέση μας όσον αφορά το φαινόμενο Dijsselbloem την εξέφρασε η πρόεδρος της Ομάδας μας, που μίλησε προηγουμένως: αποδοκιμασία, οργή για την προσβολή και προς συναδέλφους και προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Όμως, με την ευκαιρία αυτή και επειδή η συζήτηση γενικεύτηκε, κύριε Πρόεδρε, και ακούστηκαν ορισμένα θέματα αρχής, θέτω το ερώτημα: ποιος έδωσε τέτοιες δυνατότητες και τέτοιες εξουσίες στον πρόεδρο του Eurogroup και στο Eurogroup γενικά;

Ήταν καλός ο Dijsselbloem όταν ερχόταν εδώ βρίζοντας τους Κυπρίους, προχωρώντας στην περιστολή των καταθέσεων και στα μνημόνια; Ήταν καλός ο Dijsselbloem που ήρθε, όπως θυμόμαστε, πριν λίγο καιρό στην Ολομέλεια και παρουσίασε την έκθεση για το μέλλον της Ευρώπης εκ μέρους των πέντε προέδρων; Αντί να αποδοκιμάσουμε αυτή τη θεσμική στρέβλωση που έχει γίνει, αυτή την κυριαρχία του Eurogroup μαζί με τον κύριο Dijsselbloem, καλό είναι να σκεφτούμε τι έχουμε αποδεχθεί ως Ευρωπαϊκή Ένωση, τι έχουμε αποδεχθεί ως ευρωζώνη απέναντι στον Dijsselbloem και στις εξουσίες του Eurogroup.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, en attendant une réforme du type de celle qu'a proposée très opportunément le président Verhofstadt, le Parlement ne peut pas laisser sans réponse ce mépris renouvelé de M. Dijsselbloem à son égard.

Je propose que nous lui appliquions un principe que nous avons appliqué à toutes les personnes et entreprises qui ont refusé de coopérer avec le Parlement européen, avec certaines de ses commissions et certains de ses groupes. Ce principe consiste à déclarer l'intéressé *persona non grata* dans les locaux du Parlement et à considérer que, puisqu'il ne veut pas venir en plénière, il ne sera plus jamais admis à aucune réunion du Parlement européen.

Je pense que c'est la moindre des réponses que nous pourrions apporter.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Mr President, on behalf of everybody who has not spoken, I would like to express our denunciation of Mr Dijsselbloem too.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, merci d'inaugurer cette manière de procéder qui fait que, de façon tout à fait impromptue, un lundi à 17 heures, horaire parfaitement privilégié dans cet hémicycle, un débat s'ouvre sur la présidence de l'Eurogroupe.

Je note avec plaisir le soutien que M. Weber a apporté aux pays qui souffrent des agissements de la troïka. Je crois que c'est un jour qu'il faut saluer.

Le Président. – C'est donc une proposition pour l'ordre du jour? Proposez-vous quelque chose?

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, j'ai effectivement quelque chose à proposer.

Vous auriez dû clore ce débat bien plus tôt. L'essentiel est le débat que nous allons avoir demain pour savoir ce que font le Conseil et la Commission au sujet de la Grèce: chacun pourra s'exprimer dans ce cadre-là sur l'action de l'Eurogroupe sur place, y compris ceux qui lui donnent mandat, c'est-à-dire, au sein de l'Eurogroupe, un certain nombre de ministres des Finances qui ne veulent pas conclure la révision du programme.

Presidente. – Sono fiero di presiedere un Parlamento che all'unanimità respinge il tentativo del presidente dell'Eurogruppo di non rispettare una richiesta, anche se non è obbligato, dei rappresentanti dei popoli europei.

Invierò una lettera formale di protesta al presidente dell'Eurogruppo dicendogli che il Parlamento europeo, all'unanimità, non accetta un atteggiamento di questo tipo da parte di chi riveste un ruolo tanto importante.

Lunedì

Caspary e un numero di deputati pari alla soglia bassa hanno chiesto che l'interrogazione orale sulle risposte della Commissione alle interrogazioni con richiesta di risposta scritta, indirizzata alla Commissione, sia aggiunta come secondo punto dopo l'interrogazione orale sulla tratta di esseri umani.

Do la parola all'on. Caspary per presentare la richiesta.

Daniel Caspary (PPE). – Mr President, every one of us knows an example where we have put a simple written question to the Commission and did not get a proper answer. Because of this, I have organised a kind of grassroots initiative which has an oral question with debate to the European Commission about that. In the year 2015, 157 Members of this House signed, but after three months this oral question lapsed. I started this initiative again in January this year and 246 Members signed, but this oral question will again lapse if we do not put it on this week's agenda.

Dear colleagues, I think it is not acceptable that 246 Members ask for an oral question and nothing happens, but we have good luck because according to the services this week there is some time, and so we can add this point to the agenda without removing another one. I therefore ask you to support this request that we have the debate tonight and please, even if it is very short notice, take the opportunity to take part.

Presidente – Qualcuno vuole intervenire contro la proposta dell'on. Caspary?

Marco Zanni, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo chiedere a nome del gruppo ENF di aggiungere domani pomeriggio, come quinto punto all'ordine del giorno, dopo la discussione sulla revisione del quadro finanziario pluriennale, una discussione sulla relazione Ashworth «Stato di previsione delle entrate e delle spese per l'esercizio 2018 — Sezione I — Parlamento europeo». La durata dei lavori, quindi, come lei ha detto, dovrebbe essere estesa sino alla mezzanotte.

Credo sia essenziale discutere in quest'Aula e di fronte ai cittadini europei di come questa istituzione gestisce il proprio bilancio. La trasparenza deve essere garantita sempre, e quindi non vedo ragioni per cui quest'anno si scelga questa procedura inusuale, che priva il Parlamento stesso di una delle sue prerogative più grandi. Chiedo quindi che si ponga in votazione questa modifica attraverso il voto per appello nominale.

Presidente. – C'è qualcuno che vuole intervenire contro?

Poniamo in votazione per appello nominale la richiesta del gruppo Europa delle Nazioni e della Libertà di tenere una discussione sulla relazione dell'on. Ashworth sullo stato di previsione delle entrate e delle spese per l'esercizio 2018 — Sezione I – Parlamento europeo.

La votazione è aperta.

La votazione è chiusa.

La proposta è respinta, quindi l'ordine del giorno non è modificato.

Mercoledì

I gruppi ALDE, S&D e PPE hanno chiesto che una dichiarazione della Commissione sulla situazione in Venezuela venga aggiunta nel pomeriggio.

Il gruppo ALDE ha chiesto che questa dichiarazione sia aggiunta come sesto punto, dopo la relazione dell'on. Vajgl sulla relazione 2016 sull'ex Repubblica iugoslava di Macedonia. Il gruppo S&D ha chiesto che questa dichiarazione sia aggiunta come quinto punto, dopo la dichiarazione della Commissione sull'adeguatezza della protezione garantita dallo scudo UE-USA per la privacy (senza risoluzione). Il gruppo PPE ha chiesto che questa dichiarazione sia aggiunta come quarto punto, dopo la relazione dell'on. Gabriel sui paesi terzi i cui cittadini devono essere in possesso del visto o sono esenti da tale obbligo: Ucraina. Inoltre la discussione verrà conclusa da una risoluzione, che sarà votata nella tornata di aprile II.

Do ora la parola a qualche rappresentante dell'ALDE per illustrare la proposta. O passiamo direttamente alle votazioni? È sufficiente come l'ho illustrata?

On. Pimenta Lopes vuole intervenire contro?

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, muito haverá seguramente a discutir sobre a Venezuela, seguramente não em termos que esta casa conheça ou alguma vez faça, nomeadamente o exemplo que a Venezuela é de desenvolvimento soberano ao serviço de um povo.

A discussão que é proposta não é de solidariedade com o povo venezuelano. Ao invés, ignora as verdadeiras causas da crise económica, alimenta a direita mais reaccionária que destabiliza o país, que promove o desacato e a desordem pública, que não respeita a separação de poderes que os senhores tanto gostam de evocar, que boicota o diálogo político. Este debate e a resolução anexa não contribuirão para a serenidade necessária ou para o diálogo em curso, antes se intrometem nas decisões soberanas de um país, pelo qual os rejeitamos.

Permita-me, Sr. Presidente, que lhe recorde duas questões sobre as recentes declarações que proferiu. O Sr. Presidente afirmou falar em nome do Parlamento Europeu. O Sr. Presidente não tem homólogos na Venezuela, pois não representa nenhum órgão de soberania.

Presidente. – Io mi sono attenuto sempre alle votazioni dell'Aula, ai documenti approvati dall'Aula. Tutte le votazioni sono state votate ad ampia maggioranza: il sostegno al popolo venezuelano contro la carcerazione dei detenuti politici, a favore della democrazia e della libertà.

E in questo il Parlamento europeo si è sempre espresso in questa direzione. Quindi io non ho fatto altro che esprimere la posizione del Parlamento europeo. Mi pare che anche quest'oggi ci sia una maggioranza ampia che vada in questa direzione. Onorevole Becerra Basterrechea, aveva chiesto di intervenire?

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, solamente quiero intervenir en nombre del Grupo ALDE para confirmar que la oportunidad de debatir aquí, el miércoles, en este Pleno, es incomparable: es imprescindible que ratifiquemos nuestra posición, que ya es de seguimiento al desmantelamiento que se ha ido produciendo durante todo este tiempo.

Lo que vamos a debatir aquí y lo que queremos resolver en esa Resolución común es que el orden constitucional en Venezuela ha sido evidentemente desmembrado. El propio movimiento del Gobierno de Maduro para hacer que el Tribunal Supremo quite todas las competencias a la Asamblea Nacional, que es la representante de los venezolanos, es tan anticonstitucional como la orden posterior de volverla a poner en marcha.

Ustedes hablan siempre de injerencia, hablan de soberanía, hablan de democracia... Lo cierto es que en Venezuela la democracia está abolida *de facto* porque no hay separación de poderes. Y nuestra obligación como Parlamento es reforzar la posición de la Unión Europea, que la propia señora Mogherini, esta misma semana, ha dejado muy clara: liberación de los presos políticos, restauración del orden constitucional y elecciones democráticas en Venezuela ya.

Y esta semana, además, es el momento en el que la Organización de los Estados Americanos va a adoptar una posición. Nosotros debemos estar con ellos.

Cristian Dan Preda, *în numele grupului PPE*. – Domnule președinte, grupul nostru susține, așa cum ați menționat, solicitarea de a avea o dezbatere despre Venezuela. Am vrea ca punctul respectiv să fie discutat cât mai devreme, miercuri, și nu aruncat la miezul nopții. Ne dorim, de asemenea, ca o rezoluție să fie votată în a doua sesiune din aprilie. Vă mulțumesc pentru atenție.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, let me clarify that the S&D Group supports the idea of a debate, but does not consider that we should have a resolution. We just want the debate to take place.

Presidente. – Adesso votiamo, e quindi si vedrà quali sono le decisioni dell'Aula.

La prima votazione riguarda la possibilità di aggiungere una dichiarazione della Commissione sulla situazione in Venezuela mercoledì pomeriggio.

La maggioranza è a favore dell'inserimento di un nuovo punto all'ordine del giorno.

Adesso bisogna votare quando deve essere introdotta la dichiarazione nell'ambito del dibattito. Come richiesto dal gruppo ALDE: come sesto punto, dopo la relazione dell'on. Vajgl; come richiesto dal gruppo socialdemocratico: come quinto punto; o come richiesto dal gruppo PPE come quarto punto?

Quindi votiamo prima la proposta dell'ALDE, come sesto punto.

La proposta è respinta.

Il gruppo S&D lo propone come quinto punto.

La proposta è respinta. Volete fare un controllo? Facciamo un controllo sulla proposta socialista, quindi come quinto punto. La votazione è chiusa. La proposta è respinta.

Come richiesto dal gruppo PPE, come quarto punto.

La proposta è approvata. Quindi verrà inserita come quarto punto.

Adesso pongo in votazione la richiesta del gruppo PPE di far seguire la discussione da una risoluzione, che sarà votata nella tornata di aprile II.

Mi pare che l'Aula sia a favore, però facciamo un controllo.

La proposta del PPE è approvata. Quindi riassumiamo: dichiarazione della Commissione mercoledì pomeriggio, come quarto punto, dopo la relazione dell'on. Gabriel, seguita da una risoluzione che sarà votata nella tornata di aprile II.

Edouard Ferrand (ENF). – Monsieur le Président, au sujet de ce débat sur le Venezuela, nous avons demandé plusieurs fois en Conférence des présidents un débat sur l'Union européenne et les États-Unis.

Depuis l'élection de M. Trump en novembre dernier, aucun débat n'a eu lieu. Je pense que nous mettons la charrue avant les bœufs, c'est-à-dire que nous nous intéressons au Venezuela sans le point de vue de l'administration américaine.

Aujourd'hui, je pense qu'il est nécessaire que nous ayons un vrai débat sur l'avenir des États-Unis, notamment en Amérique du Sud.

Presidente. – On. Ferrand, nel corso della discussione lei potrà dire tutto ciò che vorrà, e il suo gruppo politico potrà esprimere tutte le idee in proposito.

L'ordine del giorno è così fissato.

Comunico di non aver ricevuto nessuna richiesta di modifica dell'ordine del giorno definitivo, quindi andiamo avanti.

16. Europäisches Solidaritätskorps (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su:

— l'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sul Corpo europeo di solidarietà di Petra Kammerevert, a nome della commissione per la cultura e l'istruzione (O-000020/2017 - B8-0210/2017), e

— l'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sul Corpo europeo di solidarietà di Thomas Händel, a nome della commissione per l'occupazione e gli affari sociali (O-000022/2017 - B8-0211/2017).

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Petra Kammerevert, Verfasserin. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Navracsics, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist erfreulich, dass so viele junge Europäerinnen und Europäer Interesse daran zeigen, sich als Freiwillige solidarisch für unser gesellschaftliches Zusammenleben zu engagieren: 25 000 Jugendliche haben sich bereits auf der entsprechenden Online-Plattform für das Europäische Solidaritätskorps beworben. Die Kommission hat mit der Veröffentlichung ihrer Online-Plattform und der Entsendung erster Freiwilliger jedoch Fakten geschaffen, ohne dafür eine gesetzliche Grundlage zu haben und vor allen Dingen ohne die Finanzierung geklärt zu haben.

Die Initiative der Kommission, Jugendliche mehr in den Mittelpunkt der europäischen Politik zu rücken, wird vom Ausschuss für Kultur und Bildung grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig stellen wir uns aber einige Fragen im Zusammenhang mit dem Format, der Funktionsweise, der Finanzierung und der langfristigen Tragfähigkeit des ESC. Wir weisen daher in unserer Entschließung auf die vielen Schwächen und Fehler der Initiative hin und zeigen auf, welche Bedingungen erfüllt werden müssen, um den ESC zu einem Erfolg werden zu lassen. Die Träger der Jugendarbeit und der Freiwilligendienste müssen künftig eng an der Entwicklung und Umsetzung des ESC beteiligt werden. Über ihr Engagement beim Freiwilligendienst verfügen sie über umfangreiche Erfahrung und Fachwissen. Es wäre geradezu fahrlässig, dieses nicht für den ESC zu nutzen. Es muss daher sichergestellt werden, dass die bisherigen Errungenschaften im Hinblick auf den Europäischen Freiwilligendienst nicht geschwächt werden.

Der Aufbau von Doppelstrukturen wäre nicht nur ineffektiv, sondern sogar schädlich. Neue Initiativen benötigen frisches Geld. Erasmus+ ist trotz der Mittelaufstockung chronisch unterfinanziert, gute Projekte – gerade im Bereich der Jugendarbeit – müssen massenhaft abgelehnt werden, weil das Geld fehlt. Erasmus+ jetzt auch noch mit einer neuen Idee zu überfrachten, ohne zu sagen, wo die erforderlichen Mittel herkommen sollen, kann vom Parlament nicht hingenommen werden. Der ESC darf nicht zulasten von bestehenden Programmlinien in Erasmus+ gehen, und auch die Jugendgarantie muss sakrosankt bleiben.

Es könnte ein positiver Nebeneffekt des ESC sein, die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu erhöhen, aber er ist kein arbeitsmarktpolitisches Instrument. Deshalb muss sichergestellt werden, dass reguläre Arbeitsplätze nicht durch billige Freiwilligentätigkeit ersetzt werden.

Wir erwarten von der Kommission ein überzeugendes und nachhaltiges Konzept für den ESC. Der Enthusiasmus der jungen Menschen kann sonst schnell in Frustration umschlagen, insbesondere dann, wenn klar ist, dass in diesem Jahr nicht mal die Hälfte aller Interessierten zum Zuge kommt.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Fragen: Erstens: Wie könnte der ESC den Europäischen Freiwilligendienst weiter stärken? Wie werden diese beiden Initiativen parallel koexistieren und sich kurz- und mittelfristig ergänzen? Wie sollen unnötige Überlappungen zwischen den beiden Initiativen vermieden werden, und wie werden die derzeit im Europäischen Freiwilligendienst involvierten Organisationen am Prozess beteiligt?

Zweitens: Mithilfe welcher EU-Förderprogramme wird der ESC in seiner Anfangsphase umgesetzt, und was sind die Budgetauswirkungen auf diese Programme? Was sind die Absichten der Kommission hinsichtlich der kurz-, mittel- und langfristigen finanziellen Nachhaltigkeit des ESC?

Und drittens: Wie wird die Kommission dafür Sorge tragen, dass die Freiwilligentätigkeit nicht systematisch ausgenutzt wird, um reguläre Arbeitsplätze zu ersetzen – egal, ob Vollzeit oder Teilzeit?

Ich freue mich auf die Antworten der Kommission.

Marita Ulvskog, author. – Mr President, on 7 December 2016 the Commission adopted a communication on a European Solidarity Corps. By voluntarily joining the European Solidarity Corps, these young people will be able to develop their skills and get not only work but also invaluable human experience. That is how it was spelled out by Mr Juncker.

In this communication the Commission states that the European Solidarity Corps will bring together two complementary strands: volunteering and occupational. The occupational strand touches upon subjects that fall directly within the Committee on Employment and Social Affairs' areas of competence, and this committee wishes to put a couple of questions to the Commission.

How does it intend to differentiate between volunteering – which can provide very valuable experience but is unpaid – and traineeships or apprenticeships, which should be paid? How does it intend to ensure that volunteering is not misused to replace regular paid forms of employment? How will it guarantee that the initiative reaches out to all young people, in particular those in more vulnerable situations? How will it guarantee that the traineeships and apprenticeships offered under this scheme are of a good quality? How will formal and informal skills be recognised? How will it rely on, reinforce and complement existing initiatives such as Erasmus+ and the Youth Guarantees that have already been mentioned?

Which share of the Employment and Social Innovation Programme and the Youth Employment Initiative and what additional funding does it envisage to allocate for the ESSC? Existing funds are already much needed given the social and employment situation in Europe. Does it consider resorting to other funds and programmes such as, for example, the ESF? How does it intend to avoid the duplication or replacement of existing programmes and tools such as Erasmus +, the European Voluntary Service and the European Youth Guarantee?

We also have concerns that this is replicating already existing grassroots initiatives. The Commission has to consider already existing initiatives and respect their autonomous organisation. It is not the role of civil society to act as cheerleaders for the European Union or any governmental body. Strong, independent grassroots organisations are at the heart of European values.

Finally, we would like an explanation of how it is possible that the initiative is already running, recruiting young people without the legal instrument. These questions I would like to have answered.

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Mr President, the European Solidarity Corps is at the heart of the Commission's focus on youth. I am therefore pleased to discuss this important initiative with you today.

As we debate the future of the European Union, I think it is appropriate to talk about an action which addresses young people. They have a key role in building the Europe of tomorrow and in strengthening central European values, such as engagement and solidarity. The European Solidarity Corps is a unique opportunity to put European youth, their commitment to solidarity, and their potential at the very centre of our EU agenda.

Within a few months, as Ms Kammerevert mentioned, more than 26 000 young people have signed up and the first placements have started. But as with all decisions, we need to make sure we have considered all options and heard all voices. The Commission therefore welcomes your questions and your draft motion for a resolution which raised relevant concerns. These are shared by many of the stakeholders we are consulting. Let me reassure you that we take these concerns very seriously. They are part of our ongoing reflections as we prepare the legislative proposal, setting up a dedicated framework for the Corps. We have to make sure that our proposal is spot-on and meets the expectations of young people and participating organisations.

Regarding your question about how the different programmes interact within the Corps, the European Solidarity Corps currently builds on a broad range of programmes: Erasmus+; Employment and Social Innovation; LIFE; the Asylum, Migration and Integration Fund; Europe for Citizens; the European Regional Development Fund; Health; and the Agricultural Fund for Rural Development. There is in a sense no need to reinvent the wheel. We want to use this experience and the existing structures of these programmes as a basis. Our aim is not to duplicate actions or discontinue what works well. On the contrary, we want to build on the strengths of existing programmes, to increase their visibility, create synergies and offer more opportunities, because the whole is more than the sum of its parts.

Most of the volunteering activities will build on the European Voluntary Service, which looks back on 20 years of experience in developing high-quality volunteering placements for young people. All stakeholders involved consider the European Voluntary Service a major success. Solidarity jobs and traineeship placements will build on the success of 'Your first EURES job' and are currently mainly supported by the Employment and Social Innovation Programme. A special call for proposals has been launched to get proposals from consortia that will provide solidarity-related placements.

The future legal base for the European Solidarity Corps will further improve, innovate and simplify the current approach. The Corps will bring together the activities available under the current programmes, add new activities addressing unmet needs, and use synergies wherever possible. The European Solidarity Corps portal as a single entry point for interested participants and organisations will ease access to volunteering opportunities, and it will provide digital tools to connect youth eager to express their solidarity with organisations looking for committed young people.

The key point is that with the Corps we create more opportunities for young people and make it easier for them to access these opportunities. The Corps will thus help to meet the real societal needs for solidarity across Europe, both within individual Member States and across borders. It will also harmonise and modernise the support services on offer. This includes, for example, preparation courses, language training, insurance packages and quality labels for organisations. It also includes participation certificates, as well as tools to recognise the skills acquired by young people during their placements.

We share your concerns about reaching out to young people in vulnerable situations. We believe that the European Solidarity Corps should be accessible to all youth. To reach out to those from less privileged backgrounds the Corps will ensure equal access and cater for the needs of under-represented groups by providing targeted and tailored additional support.

The forthcoming legislative proposal will be accompanied by appropriate communication and outreach measures. As for the risk of using placements as unpaid work, let me reassure you that organisations wanting to participate in the European Solidarity Corps need to be accredited. The arrangements to apply under the second phase will be proposed in the draft legal base. What I can tell you at this stage is that for the second phase we are currently considering three different types of placements: volunteering placements, job offers and paid traineeship placements. This way, the Corps will also complement the efforts made by Member States to implement the Youth Guarantee. It will provide additional opportunities for young people to make a start on the labour market by engaging in solidarity jobs or paid traineeships.

As to skills recognition, participants in the European Solidarity Corps will be entitled to receive a certificate when they have completed their placements. This could be complemented by a youth pass certificate. The Commission will work towards the recognition of the European Solidarity Corps certificate and related certificates at all levels.

You also raised the issue of the quality of placements. This is as important an issue to me as it is to you. Participating organisations have to comply with criteria that ensure that they provide only quality offers. In particular, organisations must commit to respecting the European Solidarity Corps Charter in which they pledge to foster the personal, socio-educational and professional development of participants; that they guarantee safe and decent working conditions; and that they provide adequate training for participants.

Employment offers under the occupational dimension are real jobs that will comply with national laws, regulations and collective agreements. Moreover, the principles outlined in the quality framework for traineeships will guide trainee placements offered under the Corps. Finally, the appropriate funding for the second phase of the European Solidarity Corps covering the period 2018-2020 is currently assessed by the Commission as we prepare the legal basis.

Honourable Members, in conclusion let me thank you again for your interest in this initiative. We can only make it a success together for the benefit of the many enthusiastic young people all over Europe eager to make a difference.

Sabine Verheyen, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich begrüße grundsätzlich den Vorschlag der Kommissionsspitze, ein Europäisches Solidaritätskorps einzuführen, welches bis 2020 mehr als hunderttausend junge Menschen motivieren soll, sich ehrenamtlich für Projekte einzusetzen und mit anzupacken. Diese Solidaritätsprojekte werden Gemeinden und Menschen in ganz Europa zugutekommen und sollen sozialen Gemeinschaften dabei helfen, auf Krisensituationen oder in Notfällen besser agieren und reagieren zu können. Wir als EVP teilen und unterstützen selbstverständlich das Ziel des Europäischen Solidaritätskorps, das Gefühl der Solidarität unter jungen Menschen in Europa zu fördern und eine inklusivere Gesellschaft zu schaffen.

Gleichzeitig möchte ich aber drei Hauptpunkte anmerken: Erstens, darf es nicht zu einer Konkurrenz zwischen dem ESC und dem bereits bestehenden Europäischen Freiwilligendienst, der bereits eine effiziente Beteiligung junger Menschen in der Freiwilligenarbeit geleistet hat, kommen. Die Europäische Kommission muss das Ziel und den Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps rasch klären und sicherstellen, dass sie das gut laufende Programm des Europäischen Freiwilligendienstes nicht beeinträchtigt. Zweitens: Als Programm, das der Jugend gewidmet ist, halte ich es für dringend notwendig, die Jugendorganisationen in die Erarbeitung des Regulierungsrahmens stärker mit einzubeziehen und mit ihnen gemeinsam den Verwaltungsrahmen festzulegen. Drittens ist die Finanzierung des Europäischen Solidaritätskorps unseres Erachtens noch völlig unklar. Für dieses neue Programm muss meines Erachtens auch neues Geld zur Verfügung gestellt werden, und es darf nicht aus den Mitteln genommen werden, die bereits jetzt schon durch den mittelfristigen Finanzrahmen stark unter Druck stehen. Unsere Sorge ist, dass die Finanzmittel aus dem Erasmus+-Budget genommen werden. Das ist „linke Tasche, rechte Tasche“ und führt auf Dauer zu Frustration, denn wenn die Programme im Erasmus+-Bereich gekürzt werden, hilft uns auch das neue Solidaritätskorps keinen Schlag weiter.

Silvia Costa, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, commissario Navracsics, abbiamo accolto con favore la proposta di un corpo europeo di solidarietà avanzata da Juncker nel suo discorso sullo stato dell'Unione, come risposta all'esigenza di rafforzare il senso comune di appartenenza e responsabilità dei giovani europei nelle situazioni di aiuto, di impegno sociale, di risposte a esigenze specifiche di comunità territoriali o di emergenza, sulla base di un appello pubblico rivolto direttamente ai giovani e in collaborazione con le ONG nazionali ed europee che però abbiano maturato una specifica esperienza nel campo del servizio civile o della protezione civile, o del volontariato, e che consentano loro di vivere un periodo di impegno in paesi, io spero, diversi dal loro o, per una quota, anche nel loro paese.

Ma ricordo che le conclusioni del Consiglio sotto la Presidenza italiana avevano auspicato la nascita di un servizio civile europeo aggiuntivo allo SVE, ma distinto, per il quale nel 2016 era stato avviato già un progetto pilota, con l'acronimo IVO, che vede tre paesi partecipanti e quattro paesi osservatori. Forse sarebbe utile vedere questa esperienza come base del nuovo corpo. È importante ascoltare le ONG europee, come scriveva la nostra risoluzione, prima di definire la natura e compiti.

Noi chiediamo, con la nostra risoluzione, che questa iniziativa sia avviata con una base giuridica definita, come già ricordato, con risorse dedicate, auspicabilmente in collaborazione, credo, anche con le agenzie nazionali dei giovani, senza togliere fondi a programmi vigenti che hanno anche una sottostima economica, come invece sta avvenendo nella sperimentazione in corso che ha visto effettivamente – e questa è una risposta importante – oltre 25 000 giovani rispondere alla *call*. Ritengo però che il corpo, se è un corpo di solidarietà, non si possa confondere con il volontariato del servizio di volontariato europeo, che nei suoi 20 anni di storia ha rappresentato un quadro di riferimento per il volontariato europeo ed extraeuropeo, in collaborazione con ONG nazionali e accreditate, e nemmeno con gli *EU Aid Volunteers*.

Penso che sia anche importante che si specifichi la natura diversa di questo corpo, che naturalmente deve mantenere un profilo di servizio civico, anche se con rimborsi e garanzie assicurative, ma tenendo conto – e finisco – di specifiche vocazioni e anche eventualmente di occupabilità che si mette in gioco. In Italia, per esempio, si usa anche in parte come una delle tante opzioni della Garanzia Giovani, come lei ha citato. Ma deve essere molto chiaro che questo deve essere finalizzato soprattutto alla promozione della cittadinanza e della solidarietà europea.

Jana Žitňanská, *za skupinu ECR* – Vážený pán komisár, v úvode mi dovoľte poďakovať sa za túto iniciatívu, ktorú, verím, pomôže tisícom mladých ľudí zapojiť sa do dobrovoľníckych projektov alebo si nájsť stáž či pracovnú pozíciu. Ako pri spustení tejto iniciatívy odznelo a teraz ste to, pán komisár, aj potvrdili, projekt chce osloviť aj mladých ľudí zo znevýhodnených skupín vrátane mladých so zdravotným postihnutím.

Ako som však už bola upozornená, samotná webová stránka, kde sa môžu záujemcovia registrovať, nie je dostupná v posunkovom jazyku pre nepočujúcich ani preložená do ľahko čitateľného štýlu pre ľudí s mentálnym postihnutím, pričom je zrejmé, že bezbariérovosť musí byť zabezpečená na všetkých úrovniach, a teda nielen v rámci projektov, ale už aj pri samotnej registrácii účastníkov. Rovnako musí komisia zabezpečiť efektívnu kampaň, aby sa komunity, ktorým je iniciatíva adresovaná, dozvedeli o všetkých možnostiach.

Do programu sa už prihlásilo – bolo to tu povedané – viac ako 26-tisíc mladých ľudí, ktorí čakajú na ponuku stáže, učňovskej prípravy, pracovnú pozíciu alebo dobrovoľnícku činnosť. Toto číslo bude narastať a je nevyhnutné, aby bolo čo najskôr doriešené aj financovanie celého programu bez toho, aby ohrozil už dobre fungujúce programy ako Erasmus plus či európsku dobrovoľnícku službu.

Verím, že Komisia pri tvorbe svojho legislatívneho návrhu už teraz spolupracuje s tretím sektorom, najmä so zástupcami dobrovoľníckych centier, ktoré majú skúsenosti priamo z terénu. Aj týmto spôsobom môžeme uistiť, aby si dobrovoľníctvo zachovalo svoj charakter a nebolo zamestnávateľmi zneužívané namiesto platenej práce.

María Teresa Giménez Barbat, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, queridos compañeros, el nuevo Cuerpo Europeo de Solidaridad amplía y renueva el actual Servicio Voluntario Europeo creando oportunidades para que los jóvenes trabajen como voluntarios y colaboren en proyectos que benefician a comunidades y ciudadanos de toda Europa.

Desde el punto de vista del contenido, no encuentro novedades significativas. Así que, como ha expresado antes la señora Kammerevert, desde la Comisión de Cultura nos hacemos algunas preguntas sobre cómo va a funcionar esto y cómo se va a financiar —las declaraciones del señor Navracsics tampoco nos han dado muchas pistas sobre esto—.

Nos preocupa el hecho, que han subrayado algunos compañeros, de que puedan salir de otros programas, por ejemplo Europa para los Ciudadanos, ya infrafinanciado y para el que acabamos de pedir un aumento considerable de presupuesto.

Quisiera manifestar, en todo caso, mi admiración por la filosofía del Cuerpo Europeo de Solidaridad. Tal vez sus motivaciones parecerán ingenuas, pero considero noble y necesario reafirmar el valor de la «solidaridad» en los momentos difíciles que vivimos. La Unión Europea representa la ampliación del círculo moral a nivel supranacional y, por lo tanto, esto es un logro extraordinario.

El principio europeo de solidaridad está en la raíz de los valores que fundan nuestra Unión, y no debemos dejar de afirmarlo a pesar de las heridas que nos haya podido dejar el *brexít*, los egoísmos de algunas naciones o nuestra torpeza general con la gestión de la crisis de refugiados.

Este organismo dirigido a jóvenes voluntarios es un paso en la dirección correcta si queremos afianzar nuestros más básicos compromisos y nuestros principios fundamentales.

Tania González Peñas, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, parece una broma, y de mal gusto, que la misma Comisión que impide la entrada de refugiados en Europa y que ha condenado a toda una generación a un futuro de precariedad diga ahora que quiere que, en 2020, cien mil jóvenes sean voluntarios europeos cuando, en todo caso, el objetivo debería ser que estos jóvenes tengan trabajo y tengan futuro.

Después de haber diezmado el sector de la cooperación, quiere crear un nuevo cuerpo de voluntariado, además del que ya existe, que va a ser financiado con partidas destinadas nada menos que a combatir el desempleo juvenil. Ciertamente, queremos una Europa más solidaria e inclusiva; el problema es que todo esto parece más bien una farsa que sustituye trabajo remunerado y profesional por voluntariado gratuito.

Esta debería ser una ocasión para impulsar parte de ese empleo juvenil que tanta falta nos hace, a la vez que respondemos a otras de nuestras responsabilidades, como por ejemplo la de garantizar el derecho al asilo, ofreciendo un servicio profesional. Empecemos a construir puentes y dejemos de levantar muros.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Kollegen dankbar, die diese Diskussion initiiert haben, weil das *European Solidarity Corps* in der Tat auch unserer Meinung nach ein Vorschlag ist, mit dem wir viele junge Menschen für Europa begeistern können. Und die Tatsache, dass sich schon in den ersten Wochen so viele gemeldet haben und signalisiert haben, sie wollen mitmachen, unterstreicht ja, dass dieser Vorschlag des Präsidenten Juncker in die richtige Richtung geht.

Allerdings sollten wir aufpassen, dass wir nicht nur eine neue Schaufensterdekoration produzieren, hinter der das alte Angebot steht. Und wir sollten sehr aufpassen, dass der Vorschlag sich nicht in bürokratischem Overkill verläuft, so wie das der Kommission leider mit der wunderbaren Idee des *Interrail Pass* für Jugendliche gelungen ist.

Es sind noch viele Fragen offen, die geklärt werden müssen. Und wir sollten diese Fragen nicht nur unter uns diskutieren, sondern – das wäre mein Appell – gerade auch mit den Kolleginnen und Kollegen in den nationalen Parlamenten darüber diskutieren, wie deren Vorstellungen sind, und das gemeinsam tragen.

Zwei rote Linien sehe ich. Die eine heißt: Es geht nicht ohne frisches Geld. Und die zweite heißt: Es darf keine Konfusion von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und Freiwilligenarbeit geben. Jenseits dessen aber, was im Moment schon diskutiert ist, wäre mir wichtig, dass die Kommission noch mal der Möglichkeit besondere Aufmerksamkeit schenkt, wie wir durch dieses *European Solidarity Corps* Jugendliche nicht nur engagieren können, sondern auch *empowern*, auch die Jugendorganisationen *empowern* können, damit sie sich in ihren eigenen Initiativen aktiv für Europa engagieren können.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, dans son discours du 14 septembre 2016 sur l'état de l'Union, le président Juncker a déclaré au sujet du corps européen de solidarité: «Les jeunes de toute l'Union pourront proposer leur aide là où elle sera le plus utile pour répondre aux situations de crise». Je crois que cette affirmation est un aveu d'échec de la part de cette Union européenne qui, depuis sa création, n'a eu de cesse de parler de solidarité que pour mieux l'abolir.

Comment pouvez-vous sérieusement, au fil de votre texte, vanter la solidarité de l'Union alors même que la concurrence sauvage qu'elle a imposée a dévasté des milliers de PME, mis au chômage des millions d'Européens et asservi plusieurs États membres aux diktats économiques et budgétaires de Bruxelles? Ce constat d'échec est également révélateur de l'impuissance totale de l'Union Européenne à résoudre les crises qu'elle a elle-même engendrées, puisque le corps européen de solidarité fait peser le défi de l'intégration des réfugiés, par exemple, sur les épaules des jeunes générations.

Mais je vous rassure, les jeunes ne vous ont pas attendus pour tenter au quotidien de recoller les morceaux d'une cohésion sociale que vous avez brisée. Dans l'Union européenne, un jeune sur quatre a pris part à une activité de volontariat organisée au cours des douze derniers mois. En France, plus de 136 000 jeunes se sont engagés dans le Service civique depuis sa création en 2010, particulièrement après les terribles attentats qui ont frappé notre pays.

Chers collègues, vous invoquez le mot solidarité comme on invoque un esprit d'outre-tombe. Retournez donc dans les campagnes et provinces de vos pays respectifs! Vous y verrez que la solidarité entre voisins ou entre concitoyens n'a pas attendu les grands humanismes de l'Union européenne pour œuvrer et combler les défaillances dont fait preuve Bruxelles depuis trop longtemps.

Michaela Šojdrová (PPE). – Mr President, the initiative of the European Solidarity Corps raises many questions, as we are hearing now. Although we all agree that the idea of the Corps is good, many misunderstandings could have been avoided if the Commission had consulted on its intention in time with youth volunteer organisations. I hope that in the preparation of the legislative decision the Commission is directly cooperating with the youth organisations.

Our committees rightly ask how the Corps will be organised and financed. We fundamentally disagree with the notion that the European Solidarity Corps could swallow other European programmes, for example the European Voluntary Service, which has more than 20 years of successful existence. The Commission's communication is very unclear on this matter. To make the project acceptable for us, it needs fresh money from the budget.

It is also not clear how the occupational strand would work: what are the financial links between the ECS and the Youth Guarantee, and will the provided job for young people be a truly rewarding experience?

My last question is about whether the Commission has already prepared concrete activities for the more than 25 000 young people who have already signed up to the Corps, in order to prevent their frustration if the Corps does not fulfil their expectations.

Julie Ward (S&D). – Mr President, volunteering experiences and mobility offer citizens, especially young people, opportunities to broaden their horizons and grow as a result of new encounters. This not only leads to the development of skills, competences and knowhow but most importantly opens the door to other cultures and different visions of the world. Volunteering can equip people with the necessary skills and attitudes to become active, responsible citizens open to intercultural dialogue, which is much needed in the turbulent times we live in.

Volunteering is particularly interesting in a broader context of occupational literacy. I agree, though, that in order to be successful the initiative proposed by the Commission must provide clear objectives and build on existing local grassroots organisations, so a close cooperation with NGOs, civil society and youth workers is needed. Citizenship and solidarity cannot only be piloted centrally, it must happen on the ground. Sport and arts must also be part of this and we must maintain a gender perspective. And we must reach out to the excluded young people as well as refugees and migrants. This, then, would be true solidarity.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I have been a strong, consistent supporter of volunteers and volunteering both before I came to this Parliament and since. So, was I overjoyed when I heard this proposal on the European Solidarity Corps? Initially yes, but there are many serious questions that need to be answered. How can we make a clear distinction between the volunteering and the occupational strands? What criteria do you intend to use, Commissioner? How can we ensure that there are no abuses in the system and that young, energetic, idealistic young Europeans do not find themselves on the fringes of precarious work?

Funding is a critical issue but we have no details. The target seems to be 100 000 volunteers. That needs real resources. I agree with you Commissioner, young people will play a key role in promoting and strengthening solidarity. It is crucial that the programme delivers a quality experience for volunteers and the communities they serve. You spoke of many different programmes –LIFE, Erasmus, European Citizens, rural development to name a few – but I need to know where is the coherence? We need that detail. You have used a lot of fine words and your intent is good but I am concerned that this is a rush job. It is not fully thought out and the clear parameters have not been set and sufficient funds are not in place. I want it to succeed but I am concerned that we have not yet put the proper structures in place.

Curzio Maltese (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, fra le tante trovate e annunci con i quali la Commissione Juncker cerca di mascherare il suo sostanziale vuoto politico, questa proposta dei corpi di solidarietà europei ha almeno il merito di avere incontrato la risposta entusiastica di migliaia di giovani cittadini europei.

Per non deludere queste speranze bisogna che la Commissione elimini molte ambiguità e molti pericoli da questa proposta. Ne hanno già parlato i colleghi, e non ripeterò: il rischio di fare doppiopioni, il rischio di offrire strumenti per l'ennesimo sfruttamento della manodopera giovanile.

Infine, non è in alcun modo accettabile che questo nuovo corpo venga finanziato con i fondi dell'Erasmus. Non è possibile spargere fiumi di retorica sulle meraviglie dell'Erasmus e poi usare le già scarse risorse di questo programma come un bancomat per finanziare altro.

Milan Zver (PPE). – Nova pobuda o vzpostavitev evropske solidarnostne enote bo mladim prinesla še dodatne priložnosti in izzive pri njihovi integraciji v družbo.

Ker gre za vseevropski projekt, ima zato še posebno dodano vrednost. Združevanje mladih iz različnih koncev Unije pri humanitarnih dejavnostih, ki krepijo vrednote, na katerih temelji Unija, je dobro zanj in za vsakega mladega posebej.

Kljub temu, da pobuda veliko obeta, pa bi rad izpostavil sledeče: Komisija predvideva, da se evropska solidarnostna enota v prvi fazi vzpostavi s pomočjo finančnih in človeških virov iz že obstoječih programov, med drugimi tudi programa Erasmus+ in sorodnega projekta evropska prostovoljska služba, ki že deluje v njegovem okviru vsaj dvajset let in o tem smo danes že govorili.

Zato delim skrb s svojimi kolegi, da se z vključevanjem evropske solidarnostne enote v program Erasmus+ otežuje učinkovito izvajanje tako enega kakor tudi drugega.

Namreč, v nedavno sprejetem poročilu o izvajanju programa Erasmus+, ki sem ga pripravil, sem opozoril, da program nima dovolj sredstev za financiranje vseh svojih osnovnih dejavnosti, kaj šele da bi bil zraven financiran še ta projekt, ta pobuda, kot je evropska solidarnostna enota.

Krystyna Łybacka (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Ja w pełni doceniam intencje twórców tego programu, ale mam cztery uwagi. Sprawa pierwsza: finanse (mówili o tym wiele moi przedmówcy). To nie może być finansowanie, które osłabia inne doskonale działające programy cierpiące na brak środków. Sprawa druga: istnienie lokalnego wymiaru tego programu jest ogromną szansą dla środowisk mniej aktywnych, dla środowisk osób niepełnosprawnych, dla tych osób, które mają opory przed mobilnością transgraniczną. Ale żeby zaktywizować te środowiska, muszą one być należycie wynagradzane. To nie może być darmowa siła robocza. Zaniepokoiło mnie zdanie, które Pan Komisarz powiedział, że będą staże i praktyki, w tym niektóre płatne. Czy to oznacza, że będą także staże i praktyki darmowe? Kolejna kwestia to skoordynowanie tego programu z innymi istniejącymi programami, przedstawienie go na przykład na platformie EURES. I ostatnia kwestia: zwrócenie uwagi na następcze działania po odbyciu wolontariatu, żeby nie tracić jego efektów.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Europejski Korpus Solidarności – o czym tu już wszyscy mówili – to szansa dla młodych poprzez wolontariat, staże i pracę. Ale uważam za istotne, aby działania związane z wolontariatem były jasno oddzielone od tych przewidujących zatrudnienie. Organizacje zaangażowane w działanie Korpusu nie mogą wykorzystywać młodych ludzi jako darmowych wolontariuszy – jak przed chwilą mówiła pani prof. Łybacka – w sytuacji, gdy będą dostępne dobrej jakości miejsca pracy. Ważne jest również, aby kwalifikacje zdobyte w ramach wolontariatu były później uznawane na rynku pracy.

Niewątpliwym plusem programu jest możliwość zwiększenia mobilności młodych ludzi i zdobycia przez nich doświadczenia niezbędnego w przyszłej pracy, jak również kształtowanie aktywnej postawy obywatelskiej. Program ma skłonić większą liczbę młodych do angażowania się w różne działania solidarnościowe. Kluczowe jest jednak jasne określenie ram – o których tu wielu kolegów wspominało – i finansowania programu, zwłaszcza że Komisja rozpoczęła już fazę wstępną realizacji Europejskiego Korpusu Solidarności. Przeniesienie środków z dobrze funkcjonujących programów takich jak Erasmus + czy Europa dla Obywateli nie jest – jak zauważył kolega Zver – dobrym rozwiązaniem. Europejski Korpus Solidarności powinien opierać się na istniejących inicjatywach, wzmacniać je i rozwijać, a nie je zastępować.

Podkreślić należy również, że wolontariat europejski to program z dwudziestoletnim stażem, który okazał się dużym sukcesem. Tworząc Europejski Korpus Solidarności, powinniśmy czerpać wiedzę i doświadczenie z działania wolontariatu europejskiego i zapewnić komplementarność tych programów.

Procedura „catch the eye”

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, there are various benefits of such involvement: it can reinforce civic participation, social cohesion, and solidarity. In an EU context, it can also increase a common sense of belonging. But it can also have a strong impact on the volunteers themselves by contributing to their self-fulfilment and their professional development.

Considering the level of EU youth unemployment, the suitability of volunteer action to respond to many of our time's challenges, as well as the need to give visibility to EU engagement, I think the Commission's initiative would be most welcome. A well-coordinated and adequately financed programme could also enable the spillover of positive examples from countries with longstanding volunteering traditions to ones where such involvement is less developed.

The new initiative should be set up and financed in a way so as not to have a negative impact on existing successful tools and programmes, such as Erasmus and the European Voluntary Service.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa ha bisogno di immaginare nuove modalità per soddisfare le ambizioni dei suoi giovani. Il corpo europeo di solidarietà dovrebbe costituire un ponte tra il mondo della formazione e quello del lavoro, offrendo tirocini formativi ed esperienze preziose per chi vi partecipa, ma va pensato bene, per evitare abusi del sistema.

Il mondo del lavoro è costellato da fenomeni di sfruttamento mascherati da percorsi formativi, fenomeni che alimentano la precarietà, il divario salariale e che minano ulteriormente la fiducia dei giovani nel futuro dell'Europa. E ciò accade con particolare frequenza nei luoghi dove la disoccupazione giovanile è più elevata.

L'istituzione del corpo europeo di solidarietà è un'occasione importante per strutturare un programma europeo trasparente ed al passo con i tempi, ma dobbiamo lanciare un messaggio chiaro: l'Europa è dalla parte dei suoi giovani e il problema dell'occupazione e della equa distribuzione del lavoro è la priorità tra le priorità.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, poticanje solidarnosti važno je za izgradnju odgovornih društava koja se brinu za svoje najugroženije. Bez solidarnosti nema društvene kohezije, nema građanske i nacionalne svijesti, a na poslijetku ni očuvanja naše kršćanske civilizacije kojoj je ona jedan od temelja.

Iza osnivanja europskih snaga solidarnosti stoji pozitivna namjera. O tome ne dvojim, ali čini mi se da će u ovom slučaju izvedba biti traljava. Postavlja se pitanje trebaju li nam snage solidarnosti kao zaseban program ili se njih moglo uklopiti u neki od već postojećih programa, poput europske volonterske službe. Moramo voditi računa da novi program, ako je doista potreban, ne bude dodatno opterećenje za porezne obveznike.

Komisija to, čini se, razumije, ali želi uzeti novac kvalitetnim programima poput Erasmus. To nije dobro. Ima dovoljno neučinkovitih programa koji se mogu ukinuti, umjesto da se oduzimaju sredstva onima koji predstavljaju dodatnu vrijednost.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, tijekom ove rasprave prisjetio sam se svoje mladosti. Prisjetio sam se omladinskih radnih akcija koje smo imali u Hrvatskoj, koje su bile na području tadašnje čitave Jugoslavije. Prijetio sam se onoga entuzijazma i volje, neovisno o ideologiji, i prijateljstva koja postoje među mladim ljudima koji su različiti i koji su dolazili iz raznih krajeva tadašnje države.

Ovo doživljam kao nešto što daje mogućnost da mladi ljudi u Europskoj uniji upoznaju sebe, upoznaju svoje bližnje, upoznaju vrijednost solidarnosti, vrijednost prijateljstva i zato ga podržavam, neovisno o nekim kontradiktornostima, ali očekujem da će se stvoriti sinergija sa svim drugim programima koji postoje i da će ovaj program zato i uspjeti.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlare di volontariato e del corpo europeo di solidarietà è senza dubbio qualcosa di positivo. Chi può dire il contrario? Tuttavia, non posso non rilevare l'esistenza di un grande velo di ipocrisia nell'affrontare questi temi, nonché un profondo scollamento dalla realtà, soprattutto se penso alle condizioni di vita di milioni di cittadini europei, soprattutto del sud.

Nella risoluzione, per esempio, si sancisce solennemente il principio di solidarietà, che significa condivisione dei vantaggi e degli svantaggi, e si indica come obiettivo quello di creare un senso di comunità, solidarietà e responsabilità sociale. Si tratta di parole bellissime ma smentite da quanto però accaduto nel recente passato, e da quanto continua ad accadere tuttora, nel sud Europa.

Io non ho dimenticato quanto capitato alla Grecia, stritolata dalle imposizioni della *troika*, né i dati allarmanti riguardo alla disoccupazione giovanile e al tasso di rischio di povertà, che è del 17 %. Si stima che in Europa ci siano 40 milioni di poveri. Il volontariato è un'attività sicuramente nobile, ma il nostro compito...

(Il Presidente interrompe l'oratrice)

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ιδέα της δημιουργίας Ευρωπαϊκού Σώματος Αλληλεγγύης είναι θετική και φαίνεται να ικανοποιεί την επιθυμία των νέων να προσφέρουν στο κοινωνικό σύνολο, παράλληλα όμως, να αποκτήσουν και τις προϋποθέσεις εκείνες που θα τους επιτρέψουν να βρουν μια αξιοπρεπή εργασία στο μέλλον. Για να έχει, όμως, επιτυχία αυτή η πρωτοβουλία, πρέπει να στηρίζεται σε πραγματικό ενδιαφέρον για τους νέους. Όπως γνωρίζετε, σε όλη την Ευρώπη και κυρίως στην Ελλάδα, που πλήττεται από τα μνημόνια, η ανεργία των νέων ανέργων ευρίσκεται σε πολύ υψηλό επίπεδο.

Αυτή η δημιουργία του Σώματος Αλληλεγγύης είναι δεδομένο ότι θα προσελκύσει το ενδιαφέρον των νέων. Το ενδιαφέρον αυτό, όμως, δεν πρέπει να γίνει αντικείμενο εκμεταλλεύσεως. Πρέπει να δώσουμε στους νέους τη δυνατότητα να αποκτήσουν προσόντα που θα τους βοηθήσουν στη μετέπειτα σταδιοδρομία τους και να μην αφήσουμε να γίνουν θύματα μιας απαιτήσεως για εξεύρεση εργαζομένων οι οποίοι θα εργάζονται με μισθούς πείνας, μόνο και μόνο επειδή έχουν ανάγκη να δουλέψουν.

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte. Domnule comisar, cred că ați constatat din dezbaterile de până acum că nimeni nu critică inițiativa. Și eu o susțin, inițiativa este foarte bună, dar întrebarea vine la timpul potrivit: de ce lansați o inițiativă pe care nu o și explicați, nu o bugetați, nu explicați de unde vin banii, nu evaluați, nu spuneți cum veți evalua acest lucru, pentru că este o investiție și, până la urmă, din orice investiție trebuie să scoatem ceva. Este exclus să luați din alte programe, pentru că dacă ai într-un buzunar bani pentru pâine și îi muți în celălalt buzunar, nu poți să iei carne, tot atâția bani ai. Aici trebuie să lămurim: dacă nu bugetăm, este o inițiativă moartă. Și vreau să vă întreb, concret, care este bugetul? Care sunt criteriile de alocare? Cum le distribuiți pe țări, că ați spus că suplimentați la bugetele naționale și cum faceți evaluarea?

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, όταν ανακοινώθηκε η ιδέα για την ίδρυση Ευρωπαϊκού Σώματος Αλληλεγγύης, ακούστηκαν μεγάλες κουβέντες, πολλά λόγια: ότι θα ενισχύσει την κοινωνική συνοχή, ότι με τη συμμετοχή των νέων θα υπάρξει ένα αίσθημα του ανήκειν, ότι θα ενισχυθεί η έννοια της ευρωπαϊκής ιδιγένειας, ότι θα υπάρξει αλληλεγγύη στην πράξη, ότι θα υπάρξει προσφορά στο κοινωνικό σύνολο και ότι ουσιαστικά επρόκειτο για ενέργειες εθελοντισμού και αλtruισμού. Βλέπουμε, λοιπόν, ότι υπάρχουν 25.000 εθελοντές. Και ξαφνικά ανακαλύπτουμε ότι εδώ πρόκειται για ένα σύστημα με το οποίο κάποιος θα βρουν δουλειά. Αυτό εμφανίζεται πλέον στη συζήτηση.

Τελικά, είναι άλλο πράγμα το Ευρωπαϊκό Σώμα Αλληλεγγύης, που έχει μια συγκεκριμένη κατεύθυνση για τους νέους που επιθυμούν να βοηθήσουν και να συμμετάσχουν, και άλλο πράγμα τα προγράμματα απασχόλησης. Αυτά ανήκουν στο Erasmus. Πρέπει να σταματήσει η διγλωσσία, παρακαλώ.

Victor Negrescu (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte. Corpul european de solidaritate este o inițiativă importantă pentru tinerii din Europa. De altfel, tinerii sunt cei mai proeuropeni cetățeni ai Uniunii Europene. De aceea, este important, mai ales în contextul discuțiilor despre viitorul Europei, să dezvoltăm astfel de programe care să arate încă o dată avantajele oferite de o Europă unită. Dar trebuie să spun că cunosc foarte mulți tineri care au aplicat pentru acest program și așteptările lor, domnule comisar, sunt foarte mari. Trebuie să oferim tinerilor care participă la program sprijinul și încadrarea necesară pentru experiențe de calitate. Voluntariatul și schimbul de experiență nu trebuie să devină o sursă de abuzuri și de limitări ale drepturilor sociale. Trebuie să avem o finanțare adecvată și specifică, și sunt în Comisia pentru bugete și nu am observat-o, de recunoaștere a pregătirii prin certificate recunoscute pe piața muncii, de coordonare cu celelalte programe europene, de creștere a accesului la program pentru tinerii din toate mediile. Este important să facem din acest program unul de succes. Nu trebuie să ne oprim la birocrație, dar trebuie să fie foarte clar ceea ce propunem tinerilor, pentru a nu-i dezamăgi. Mulțumesc.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, the launch of the Commission's registration platform for potential young volunteers has spurred a tremendous amount of interest among young Europeans, including in my country, Romania. Yet this initiative could quickly turn into general frustration if the Commission does not present a convincing and sustainable approach soon. In view of the high number of registrations, the Commission needs to make sure that sufficient funding is dedicated to the initiative and that all stakeholders are sufficiently involved in the development and implementation of the European Solidarity Corps. We cannot reallocate funds from priority programmes, such as Erasmus+, often lacking sufficient resources to finance new policy initiatives. We need fresh money, and we cannot create a new initiative which goes against well-established and well-functioning programmes.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Tibor Navracsics, Member of the Commission. – Mr President, I really appreciate this very fruitful exchange of ideas and let me first thank you for the support, the broad support, you have shown for the general objectives of the European Solidarity Corps. If we do it well the European Solidarity Corps can contribute to both European economic growth and the stability of European societies, because the volunteering part of the European Solidarity Corps can give the experience of living in a community for young people and working for the public good at the same time. And I think it is a very important issue from the point of view of stability of society, of the future society.

On the other hand the occupational side, the occupation pillar, can contribute to the employability of young people, the employability which is probably the most important virtue, the most important skill, for young people to get a proper job on the labour market in the future. So we really take it seriously, and that is why I appreciate all of your concerns, all of your feedback and all of your opinions because we will put it into the construction of the European Solidarity Corps.

But beyond the broad consensus let me address some of your concerns as well. First the funding, because definitely this is the most sensitive issue of the project. During this phase of implementation the European Voluntary Service funding was increased from EUR 62 million to EUR 89 million, out of which we estimate that EUR 58 million will be used for activities which fall within the scope of the European Solidarity Corps. The Commission continues funding Erasmus+ activities as foreseen in its legal base and financial programming, so no change in that. In other words, funding for volunteering has increased while there are no negative effects on Erasmus+ activities. Regarding the second phase covering the period 2018-2020 discussions on the appropriate funding for the new legislative proposal are still ongoing.

Let me thank Ms Žitňanská for her concerns on the accessibility of the portal. We are working on a more accessible format of the portal, because it is our personal mission as well to make it accessible for handicapped and fortunate people as well.

I agree with Ms Grapini's remarks. Yes, I think the European Solidarity Corps is really an investment, an investment in the future, and that is why we would like to do it very well. Actually it is happening, the first action of deployment happened last week. So the European Solidarity Corps is already in operation. However, we know that we have to improve in the future to make it more efficient.

The second sensitive issue is the difference between the European Solidarity Corps and the European Voluntary Service. The difference at the moment is mostly procedural. The European Solidarity Corps is needs-driven and builds on the synergies of the programmes involved. Most importantly it will offer new opportunities that do not yet exist under the current programmes. It offers a single, easily accessible entry point through the European Solidarity Corps portal and aims at the widest possible outreach to participating organisations and the young people involved. It will also develop an enhanced training, available before a placement, and recognition of learning outcomes after placement. Basically the European Solidarity Corps will not compete with national volunteering schemes. The European Solidarity Corps will enhance what is already on offer at national level, adding opportunities that were not available before. In this sense it complements national schemes and creates new synergies with them.

And, last but not least, the application procedure will be easier in the European Solidarity Corps portal and that is why it will be more accessible for young people, hopefully for handicapped people as well. So thank you once again for your feedback, for your support and for your opinions and I am really looking forward to working with you in the future as well on this project.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 6 April 2017.

Written statements (Rule 162)

Tunne Kelam (PPE), in writing. – The European Solidarity Corps (ESC) is a welcome and timely initiative. It is not only designed to complement and build synergies with other youth engagement and employment programmes. First of all, we have to catch the special nature of this programme as important promoter of European spirit, solidarity and citizenship. The future legal EU framework should prevent ESC becoming a mere substitute to creating jobs, or a sort of auxiliary to the European Voluntary Service. ESC should perform the role of a European civic service, engaged in public, private and NGO sector. Before launching the ESC on the large scale, the Commission has to come forward with a clear legal basis, also taking into account the views of youth organisations, networks and voluntary organisations. We have to ensure that young people who sign up to ESC will know about their rights and obligations, that their certificates would be globally recognised across Europe. The ESC's goal should be to reach out, as much as possible, to all young people, targeting especially vulnerable young people. In parallel, we must do our utmost to prevent both unnecessary bureaucracy as well as obstacles presented by national boundaries. I encourage the Commission to come forward with solid legislative proposal, including a solution for sustainable funding.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), in writing. – There is no doubt that the EU and its Member States need more solidarity particularly in the wake of financial and refugee crises that hit Europe. Namely in this context, the setting up of a European Solidarity Corps (ESC) has been seen by many politicians and analysts as the right initiative that will put into practice EU values of solidarity. This is so because the ESC aims to create opportunities for young people to volunteer or work in projects in their own country or abroad that benefit communities and people around Europe. Nevertheless, the ESC should not replace existing, successful initiatives like the European Voluntary Service (EVS) but rather, to reinforce and complement them. Expressed in other words, the ESC should avoid duplication or replacement of existing programmes and tools. In addition, I would like to stress that the ESC should ensure that volunteering, despite the fact that can provide valuable experience, will not replace paid forms of employment. I warmly welcome the intention of the ESC to spread solidarity among young Europeans (particularly young generations) but we should bear in mind that our prime goal is to create sustainable long-term employment opportunities for many unemployed young Europeans, the EU's lost generation.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – Le Corps européen de solidarité (CES) a pour vocation d'aider les jeunes européens à développer leurs compétences et à obtenir un emploi. De prime abord, c'est un projet sain auquel il serait difficile de s'opposer ! Or, ce projet de CES est né dans le contexte de la crise migratoire et nourrit des objectifs bien différents, comme constituer une opportunité pour les communautés marginalisées (comprendre les migrants), ou encore développer chez les jeunes l'esprit fédéraliste de Juncker... En outre, le CES comporte plusieurs risques au sujet desquels la Commission n'a pas su donner de réponses satisfaisantes. D'une part, les volontaires (non rémunérés) risquent de remplacer, à terme, les stagiaires et apprentis, développant ainsi la précarité de la jeunesse. D'autre part, alors même qu'il existe plusieurs programmes tels qu'Erasmus+ et l'Initiative pour l'emploi des jeunes (IEJ), le CES risque de complexifier cet ensemble au lieu de le rationaliser. Ainsi, plus qu'un outil pour lutter contre le chômage des jeunes, c'est un outil de propagande européiste, que nous ne pouvons soutenir. Ce projet souhaite donner un cadre légal au CES, ainsi qu'un budget propre. Nous nous y opposons.

17. Antworten der Kommission auf Anfragen zur schriftlichen Beantwortung (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on the Commission's answers to written questions by Daniel Caspary, Tiziana Beghin, Sven Giegold, Emma McClarkin, Alessia Maria Mosca, Helmut Scholz, Michael Theurer, Isabella Adinolfi, Marco Affronte, Laura Agea, Clara Eugenia Aguilera García, Daniela Aiuto, Jan Philipp Albrecht, Eric Andrieu, Laima Liucija Andrikiienė, Maria Arena, Pascal Arimont, Georges Bach, Burkhard Balz, Heinz K. Becker, Ivo Belet, Bendt Bendtsen, Brando Benifei, Joëlle Bergeron, Vilija Blinkevičiūtė, Andrea Bocskor, Reimer Böge, Simona Bonafè, David Borrelli, Lynn Boylan, Elmar Brok, Klaus Buchner, Reinhard Büttikofer, Enrique Calvet Chambon, Nicola Caputo, Matt Carthy, David Casa, Fabio Massimo Castaldo, Lorenzo Cesa, Dita Charanzová, Nessa Childers, Kostas Chrysogonos, Salvatore Cicu, Alberto Cirio, Birgit Collin-Langen, Lara Comi, Ignazio Corrao, Andrea Cozzolino, Pál Csáky, Daniel Dalton, Rosa D'Amato, Nicola Danti, Michel Dantin, Dennis de Jong, Fabio De Masi, Angélique Delahaye, Andor Deli, Albert Deß, Tamás Deutsch, Herbert Dorfmann, Pascal Durand, Stefan Eck, Christian Ehler, Bas Eickhout, Frank Engel, Norbert Erdős, Ismail Ertug, Eleonora Evi, José Inácio Faria, Markus Ferber, Laura Ferrara, Santiago Fisas Ayxelà, Raffaele Fitto, Christofer Fjellner, Karl-Heinz Florenz, Eleonora Forenza, Michael Gahler, Kinga Gál, Ildikó Gáll-Pelcz, Elisabetta Gardini, Jens Gieseke, Julie Girling, Michela Giuffrida, Tania González Peñas, Esteban González Pons, Ingeborg Gräßle, Karoline Graswander-Hainz, Iveta Grigule, Takis Hadjigeorgiou, Marian Harkin, Monika Hohlmeier, György Hölvényi, Filiz Hyusmenova, Peter Jahr, Danuta Jazłowiecka, Eva Joly, Agnes Jongerius, Marc Joulaud, Josu Juaristi Abaunz, Syed Kamall, Othmar Karas, Rina Ronja Kari, Krišjānis Kariņš, Karol Karski, Tunne Kelam, Jude Kirton-Darling, Dieter-Lebrecht Koch, Ádám Kósa, Dietmar Köster, Stelios Kouloglou, Andrey Kovatchev, Werner Kuhn, Merja Kyllönen, Ilhan Kyuchyuk, Giovanni La Via, Alain Lamassoure, Philippe Lamberts, Bernd Lange, Werner Langen, Jeroen Lenaers, Peter Liese, Norbert Lins, Barbara Lochbihler, Sander Loones, Paloma López Bermejo, Javi López, Antonio López-Istúriz White, Sabine Lösing, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Ulrike Lunacek, Thomas Mann, David Martin, Edouard Martin, Fulvio Martusciello, Jiří Maštálka, Barbara Matera, Marisa Matias, Gabriel Mato, Costas Mavrides, Valentinas Mazuronis, David McAllister, Mairead McGuinness, Morten Messerschmidt, Martina Michels, Miroslav Mikolášik, Siegfried Mureşan, Renaud Muselier, Victor Negrescu, Angelika Niebler, Luděk Niedermayer, Lambert van Nistelrooij, Artis Pabriks, Massimo Paolucci, Dimitrios Papadimoulis, Aldo Patriciello, Eva Maydell, Piernicola Pedicini, Alojz Peterle, Marijana Petir, Pina Picierno, Tonino Picula, Markus Pieper, Sirpa Pietikäinen, Georgi Pirinski, Miroslav Poche, Salvatore Domenico Pogliese, Cristian Dan Preda, Franck Proust, Carolina Punset, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Julia Reda, Viviane Reding, Terry Reintke, Herbert Reul, Frédérique Ries, Michèle Rivasi, Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, Claude Rolin, Bronis Ropė, Dariusz Rosati, Fernando Ruas, Tokia Saifi, Sofia Sakorafa, Anne Sander, Alfred Sant, Marielle de Sarnez, Petri Sarvamaa, Jacek Saryusz-Wolski, Algirdas Saudargas, Marietje Schaake, Christel Schaldemose, Elly Schlein, Sven Schulze, Andreas Schwab, Molly Scott Cato, Olga Sehnalová, Jasenko Selimovic, Remo Sernagiotto, Czesław Adam Siekierski, Birgit Sippel, Renate Sommer, Barbara Spinelli, Bart Staes, Joachim Starbatty, Ivan Štefanec, Jutta Steinruck, Dubravka Šuica, Richard Sulík, József Szájer, Tibor Szanyi, Adam Szejnfeld, Antonio Tajani, Hannu Takkula, Dario Tamburrano, Keith Taylor, Pavel Telička, László Tőkés, Ruža Tomašić, Romana Tomc, Evžen Tošenovský, Ramon Tremosa i Balcells, Helga Trüpel, Ernest Urtasun, Inese Vaidere, Ivo Vajgl, Ramón Luis Valcárcel Siso, Marco Valli, Wim van de Camp, Tom Vandenkendelaere, Paavo Väyrynen, Sabine Verheyen, Daniele Viotti, Axel Voss, Jarosław Wałęsa, Renate Weber, Bogdan Brunon Went, Lieke Wierinck, Hermann Winkler, Iuliu Winkler, Anna Záborská, Jan Zahradil, Marco Zanni, Flavio Zanonato, Joachim Zeller, Marco Zullo, and

Milan Zver (O-000003/2017 – B8-0216/2017).

Daniel Caspary, *Verfasser*. – Frau Präsidentin, geschätzter Herr Kommissar! Jeder von uns Abgeordneten kennt die Situation, dass man eine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Kommission stellt und nur eine sehr fragwürdige oder schlechte Antwort bekommt. Da gibt es sicherlich Fälle, bei denen die Kommission nicht antworten kann, weil sie Informationen schlicht nicht hat oder die Mitgliedstaaten das nicht zur Verfügung stellen. Es gibt aber Antworten, wo uns die Kommission hinhält, weil sie etwas prüft und sagt: Wir sind noch in einem Prüfungsverfahren und brauchen noch etwas, bis die Antwort kommt. Dann kommt aber in aller Regel keine Antwort nach. Es gibt Fälle, wo die Kommission nicht antworten will. Ich kann das manchmal, ehrlich gesagt, auch verstehen, weil es viele Kollegen gibt, die grenzwertig viele Anfragen stellen. Dazu sollten wir uns hier im Haus weiter Gedanken machen. Aber es gibt halt auch die Anfragen, wo die Kommission keine Antworten geben möchte, warum auch immer, – im Zweifelsfall, weil sie uns etwas verheimlichen möchte.

Wir haben hier im Europäischen Parlament schon viele, viele Einschränkungen für uns Abgeordnete selbst eingeführt, um die Kommission zu ermuntern, im Gegenzug ihre Antworten zu verbessern: Wir haben die Zahl reduziert, wir haben die Zahl dann nochmal reduziert, wir haben die Wortanzahl in den Anfragen reduziert, man darf nur noch drei Unterfragen stellen. Also wir im Parlament haben unseren Beitrag sicherlich geleistet. Und deswegen soll die heutige Debatte auch nur ein kleines Zeichen sein. Wir haben nur eine sehr kurze Debatte, wir haben bewusst keine Entschließung, aber wir wollen die Kommission daran erinnern, dass die Qualität sich bitte verbessern sollte. Wir haben eine Gegenbewegung, die wächst. Als wir das letzte Mal hier im Haus die Geschäftsordnung geändert haben, haben wir eine kleine und eine große Anfrage an die Kommission eingeführt. Das war eine Sache aus der Mitte der Abgeordneten heraus, weil wir einfach oft unzufrieden sind.

Deswegen lautet meine Bitte wirklich: Ändern Sie Ihre Praxis und versuchen Sie weiterhin, die Antwort zu verbessern. Folgendes würde uns konkret interessieren – hier haben heute 246 Abgeordnete diese Anfrage gemeinsam eingereicht: Erstens: Welche exakten Auflagen und Beschränkungen hat sich die Kommission selbst gegeben, und wie rechtfertigt sie die oft nicht vorhandenen substanziellen Gehalte? Zweitens: Auf welcher Rechtsgrundlage sind diese Auflagen eingeführt worden, und welche Ebene hat diese Entscheidung getroffen? Und drittens: Strebt die Kommission Veränderungen in der Beantwortungspraxis an, sodass ausführliche und bessere Antworten zu erwarten sind?

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission takes its replies to Parliamentary questions seriously. Today's oral question was added to the agenda at such short notice, making it difficult to give a complete response to the issues you raised. Nevertheless, I am able to make a few remarks in response.

As a sign of the importance that the Commission attaches to these matters, President Juncker wrote recently, on 13 March, to President Tajani on this very subject. In his letter the President said, once again, that the Commission, under his leadership, has been committed from the start to filling with new life the special partnership with the European Parliament as laid down in the framework agreement of 2010. Only together can we change and renew Europe and regain citizens' trust in the European Project.

Replies to written questions are an integral part of our close relations. The Commission sees them as an important democratic scrutiny tool, which must be given due consideration. Over the last two years, measures have been taken by both institutions to improve the system of written questions and answers.

The Commission welcomes the European Parliament's efforts to set a maximum number of written questions to be tabled by Members of the European Parliament. This is appreciated by the Commission in a spirit of cooperation between the two institutions.

The Commission makes every effort to reply in good time and to provide high-quality and politically-pertinent replies. The success of these efforts depends also on the quality of the questions. In 2016 the Commission replied to more than 9 500 written questions. An average of 40 replies a day was transmitted to the European Parliament throughout last year.

It is important to recall that, according to Article 230 of the Treaty on the Functioning of the European Union, Parliamentary questions are to be answered by the European Commission and thus by the College, and not by individual Commissioners. This is why each reply is subject to wide internal consultation and agreed by the Commission through a collegial process, in order to enhance the quality and political relevance. It is in this context that the Commission has chosen to set an indicative limit to the length of replies in order to facilitate the smooth operation of the process and to avoid disproportionate costs arising. Derogations from this limit are made where necessary.

President Juncker has asked all Members of the College to pay the utmost importance to the replies to written questions of the Members of the European Parliament, to discuss the answers amongst Members to avoid silo approaches, and to give political answers to political questions. The Commission is ready to join forces with you to ensure that the limitation in the number of questions is matched with high-quality replies.

The Treaty does not set out any deadlines for replies, but the Commission makes all reasonable efforts to reply to written questions in good time and, wherever possible, within the target dates that Parliament has requested.

New efforts have been made in recent months to reduce the numbers of replies delivered after these targets, and these are already bearing fruit. In this context, the Secretariat-General of the Commission is in contact with the Secretariat-General of the European Parliament to work together to further improve the mutual performance of our institutions.

In this context I can inform you that a meeting between the responsible Deputy Secretaries-General of the two institutions is planned already for next week.

Catch-the-eye procedure

Tibor Szanyi (S&D). – Tisztelt Elnök asszony, tisztelt Biztos úr! Az ön anyanyelvén és az én anyanyelvemen fogom most ezt a pár másodpercet kihasználni. Én elfogadom azt, amit ön mondott, nincs semmiféle kifogásom az ellen, hogy önök is átgondolják a helyzetet és igyekezzenek minél korrektebb válaszokat adni, de önnek volt egy mondata, és ezt én nagyon szeretném megragadni, hogy politikai kérdésekre politikai válaszokat kívánnak adni. Na, pont ez hiányzott.

Mi a Parlament részéről már megtettük azt, hogy korlátoztuk magunkat, tényleg nagyon kevés kérdés van, gondolom, az a kilencezer önöknek soknak tűnik, a Bizottság kapacitásához képest ezt talán kevésbé sok. De igen, amikor egy képviselő megkérdezi azt, amit éppen megkérdez, akkor ő egy politikai választ akar adni, amit föl tud mutatni a választóinak, vagy bármilyen közegben, hogy igen ez az Európai Bizottság álláspontja. A kérdések döntő többségére adott válaszuk jelenleg még mindig csak annyi: majd meglátjuk. Ezzel nem sokra megyünk.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Navracsics, το θέμα που συζητούμε είναι ιδιαίτερα σοβαρό. Πρώτα απ' όλα, έχω διαμαρτυρηθεί επανειλημμένα σε αυτή την αίθουσα, γιατί υπάρχει μείωση του αριθμού των ερωτήσεων που μπορούν να υποβάλουν οι ευρωβουλευτές. Ξέρετε, μία από τις βασικές πτυχές της λειτουργίας αυτού του Κοινοβουλίου είναι η υποβολή κοινοβουλευτικών ερωτήσεων, διότι ο ρόλος μας είναι να ψηφίζουμε, αλλά και να ελέγχουμε την εκτελεστική εξουσία, να ελέγχουμε εσάς ως Επιτροπή. Άρα, το ότι απαντάτε 9.000 ερωτήσεις δεν μου λέει τίποτε.

Οφείλετε να απαντήσετε σε ερωτήσεις, διότι δράτε, διότι λαμβάνετε αποφάσεις, διότι χρησιμοποιείτε αρκετούς πόρους. Αυτό είναι το πρώτο. Το δεύτερο είναι ότι, όταν δίνετε κάποιες απαντήσεις, οι περισσότερες από αυτές είναι αόριστες, δεν απαντούν επί του θέματος, «πετάνε την μπάλα στην εξέδρα», όπως λέμε.

Άρα, λοιπόν, πρέπει να είστε πολύ πιο σαφής, να δίνετε απαντήσεις, να αντιμετωπίζετε τα ζητήματα και να βλέπετε τις ερωτήσεις ως μία ευκαιρία για να βελτιώσετε τη δική σας εργασία, να βελτιώσετε την απόδοση της ίδιας της Επιτροπής.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, poštovani gospodine povjereniče, uspio sam postaviti 519 pitanja Komisiji dosada. Potpuno se slažem s vama da sustav treba promijeniti i nije bitna kvantiteta pitanja, nego je bitna kvaliteta pitanja, a još bitnija je kvaliteta odgovora.

Ja sam postavio 518 konkretnih pitanja. Na njih sam dobivao uglavnom općenite odgovore. Nisam postavljao previše političkih pitanja, jer me to manje zanima. Ja uglavnom znam političke stavove Komisije o glavnim temama, ali postavio sam konkretna pitanja na koja sam dobivao općenite odgovore.

Na jedno pitanje, o tome što Komisija čini u zaštiti interesa Europske unije i zemalja članica kad je u pitanju svemir i mjesec, dobio sam protupitanje. Vrlo neozbiljno! Ja mislim da trebamo zaista promijeniti način odgovaranja na naša pitanja.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, a questão que aqui nos traz hoje, ou seja, as perguntas que podemos fazer à Comissão Europeia, é uma das formas, poucas, que estão à disposição dos cidadãos europeus de entrar em contacto com a Comissão Europeia através de nós, seus representantes, eurodeputados e euro-deputadas.

Creio que não é sério dizer que depende da qualidade da pergunta, porque muitas vezes são os cidadãos que conseguem identificar os problemas da não aplicação da legislação comunitária, por exemplo em matéria de ambiente, e nós somos os seus porta-vozes.

O que a Comissão faz muitas vezes é dizer que não tem nada a acrescentar, que a responsabilidade não é sua, que não tem culpa. Às únicas vias a que se dá ao trabalho de verdadeiramente responder, raramente acrescenta alguma coisa em relação àquilo que já sabíamos.

Quer dizer, Sr. Comissário, que esta é uma questão de profunda importância democrática, porque o défice democrático que nós temos entre cidadãos e Comissão também se mede pela qualidade das respostas da Comissão Europeia aos seus cidadãos, por via dos eurodeputados e das eurodeputadas e, nesse sentido, Sr. Comissário, não é um frete, é uma obrigação democrática que devem levar muito, muito a sério.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora presidenta, le voy a poner un ejemplo de una pregunta sobre el sector del Contact Center en España, en la que planteábamos que este sector abusa de la contratación temporal y de la transmisión de la actividad entre distintas subcontratas, y que estas circunstancias incumplen las Directivas 1999/70/CE y 2001/23/CE.

Preguntamos a la Comisión si va a investigar estos casos y si tomará medidas para obligar al Estado español a cumplir la legislación europea. La respuesta es que la Comisión se pondrá en contacto con las autoridades españolas. Como ven, una respuesta que no dice nada y que de nada sirve.

El problema de no tomarse en serio las preguntas parlamentarias es que reducen al absurdo una de las herramientas de este Parlamento para obtener información y para responder a la ciudadanía a la que representamos.

Detrás de cada una de estas preguntas no solamente hay un trabajo de fundamentación legal y jurídica, sino que hay un trabajo con organizaciones sociales, con organizaciones sindicales, con asociaciones ciudadanas que se encuentran, en muchos casos, en una situación de abuso y de violación y vulneración de sus derechos, y tratamos de utilizarlas para representarlos. Que no se las tomen en serio es no tomarse en serio a la ciudadanía europea.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Madam President, my apologies for being late in the Chamber. I just wanted to support the question that has been put down this afternoon because when many of us ask questions of the Commission or the Council, I get the impression that they sometimes think we are just doing it out of badness or just to make some political point, whereas often what we are trying to do is genuinely seek information and perhaps forward some useful political process. On a number of occasions I have put down questions and I have either had a delay, or when I have had a reply it has been a thoroughly inadequate response. For example, in December I put down a question about the negotiations going on in Cyprus and asking what sort of helpful role could the Council and Commission be playing in those negotiations, and it was not until February that I got a reply and it told me absolutely nothing at all, so I do think we need to seriously look at this issue.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, written questions are a valuable tool for doing the job of representing our constituents when they want us to represent them in this place on issues which are affecting them, and they are one of the few ways that we can hold the Commission to account and ensure proper democratic scrutiny, and one of the few ways that we can gain information about the huge areas of responsibility of the European Commission. But it seems sometimes that when answers would be embarrassing to the Commission we do not get answers that fully respond to the question, if we get answers at all.

Parliament has already limited the number of questions that we can ask. It seems that the movement is all in one direction, but the system here is not working. It goes to the heart, in my view, of the distinction between an elected body and an unelected body and the principles of democratic scrutiny and transparency and that, sadly, in the EU institutions is so often a major failing.

(End of catch-the-eye procedure)

Tibor Navracsics, Member of the Commission. – Madam President, honourable members, thank you for this short discussion. I have taken note of your concerns and observations. I think that there is a general consensus and nobody would put it into question that it is one of the fundamental rights of the Members of the European Parliament to question the European Commission, and it is one of the obligations of the European Commission and the Members of the European Commission to answer those questions. It is an non-waivable right, no hesitation and no question in that respect.

Let me refer to one issue raised in your interventions and that is the vagueness of the replies of the European Commission. I think there are two reasons for that. One is a political reason, and I agree with my fellow countryman Mr Szanyi that the European Commission is a political body – and this is the self-definition of the European Commission, that it is a political Commission – so if it is a political Commission it needs to give political answers. I agree, but let us not mix up political answers with party political answers or partisan answers, because the European Commission is not only a political body, but it is a political body of four political groups, representatives of four political groups and 28 Member States, or Commissioners sent from 28 Member States. We cannot afford to be party political or partisan. We give political answers but they are not party political answers.

The second reason for the so-called vagueness might be the limits of the competences of the European Commission. Sometimes our answers go beyond the real competences of the European Commission. So we must be vague because it is not in our competence to answer concretely those questions. If there are other examples of vagueness, I really apologise for that. We would like to improve the quality of the replies and I hope that we can improve the close relations between the two institutions and the meeting of the Deputy Secretaries-General will help in improving this cooperation.

President. – The debate is closed.

18. Menschenhandel (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on trafficking in human beings by Barbara Lochbihler, Bodil Valero, Terry Reintke and Judith Sargentini, on behalf of the Verts/ALE Group, Malin Björk, Cornelia Ernst, Barbara Spinelli, Marina Albiol Guzmán, Martina Anderson, Dennis de Jong, Kostas Chrysogonos, Eleonora Forenza, Jiří Maštálka, Kateřina Konečná, Dimitrios Papadimoulis, Stelios Kouloglou, Kostadinka Kuneva, Josu Juaristi Abaunz and Marie-Christine Vergiat, on behalf of the GUE/NGL Group, Catherine Bearder, Nathalie Griesbeck, Cecilia Wikström, Louis Michel, Filiz Hyusmenova, Morten Helveg Petersen, Maite Pagazaurtundúa Ruiz, Sophia in 't Veld, Gérard Deprez, Beatriz Becerra Basterrechea, Izaskun Bilbao Barandica, Renate Weber and Petras Auštrevičius, on behalf of the ALDE Group, and Birgit Sippel, Anna Hedh, Soraya Post, Pier Antonio Panzeri, Elena Valenciano, Iratxe García Pérez, Roberta Metsola, Constance Le Grip, Andrzej Grzyb, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Anna Maria Corazza Bildt, Mariya Gabriel and Cristian Dan Preda, on behalf of the PPE Group (O-000024/2017 – B8-0212/2017).

Barbara Lochbihler, author. – Madam President, I am very glad that we are having this debate now in plenary with the European Commission on such a vital human rights issue. A lot has already been said about the magnitude of these rights violations and about the relevance of the topic. Trafficking in human beings needs to be addressed with a human rights-based and victim-centred approach. Victims and vulnerable populations need to be put at the centre of all efforts. The prevention of trafficking in human beings and the protection of its victims must be our priority goal. Access to justice, support measures, shelter and education needs to be ensured, independent of the victims' willingness to cooperate in criminal proceedings.

The principle of non-criminalisation in this regard is also vital and needs to be implemented in all Member States. Further, demand needs to be tackled as it can be considered a root cause. Accountability needs to be ensured for both offenders, as well as knowing users. For the new strategy, I think that financial investigations and action against money laundering need to play a bigger part in fighting trafficking in human beings and to ensure that confiscated assets are used to support and compensate victims of trafficking. Does the Commission agree on this, and how does it intend to address this in the new strategy? I am also worried about the trend of trafficking in human beings being mixed up with other legally distinct concepts such as migrant smuggling, increasingly addressing trafficking in human beings through a security lens, for instance in the context of recent migration policies. How will the Commission counter this trend in its new strategy?

I also call for greater internal/external coherence in the fight against trafficking in human beings and to further enhance and deepen cooperation and coordination among all relevant actors. Finally, what exactly is the timeline for the adoption of the new strategy?

Κωνσταντίνα Κούνεβα, Συντάκτρια. – Κυρία Πρόεδρε, πόσο αξίζει η ανθρώπινη αξιοπρέπεια; Για την Επιτροπή, πολύ φθηνά! Καθυστερεί πάλη να κάνει το αυτονόητο: να προστατεύσει στην πράξη θεμελιώδεις αξίες και δικαιώματα! Το «trafficking» είναι το πιο αναπτυσσόμενο έγκλημα στον κόσμο. Είναι η σύγχρονη δουλεία με πάνω από 30 εκατομμύρια θύματα, από τα οποία 5,5 εκατομμύρια είναι παιδιά. Και έχει πολλές μορφές: της πορνείας, της αναγκαστικής εργασίας, της υποχρεωτικής επαγγελματίας, του εμπορίου βρεφών και οργάνων...εκεί καταντήσαμε σήμερα. Ναι, έχουμε μια αρκετά καλή οδηγία κατά του «trafficking». Αλλά γιατί έχει φτωχά αποτελέσματα; Γιατί οι στρατηγικές που σχεδιάζει η Επιτροπή είναι αντιφατικές.

Πώς αντιμετωπίζει η Ένωση τους διακινητές; Μπλοκάροντας τους νόμιμους δρόμους μετανάστευσης; Μα έτσι σπρώχνει τους ανθρώπους στην αγκαλιά των παράνομων δικτύων. Τα κλειστά σύνορα θησαυρίζουν τους εμπόρους του «trafficking» και είστε όλοι συνένοχοι σε αυτό. Πώς θα αποτρέψει η Ένωση την έμφυλη βία; Καθυστερώντας να υπογράψει και να κυρώσει τη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης;

Γι' αυτό προτείνω μια βιώσιμη στρατηγική κατά του «trafficking». Τι σημαίνει βιώσιμη; Εννοώ να είναι στο επίκεντρο η μείωση της φτώχειας και της μεγάλης ανισότητας. Γιατί, για την Αριστερά, αυτές αποτελούν διαχρονικά τις πηγές της εμπορίας ανθρώπων.

Ναι σε περισσότερα κονδύλια για την ενημέρωση και την υποστήριξη των θυμάτων. Ναι σε πιο αυστηρές ποινές για τους «πελάτες». Πρωτίστως χρειαζόμαστε συντονισμό των ευρωπαϊκών πολιτικών κατά της ανισότητας και της φτώχειας, για να μην είναι ο άνθρωπος εμπόρευμα με ημερομηνία λήξης, συνάδελφοι.

Catherine Bearder, author. – Madam President, Commissioner, the European Union has built a tremendously-respected process of fighting human trafficking and protecting its victims. It is six years since the Anti-Trafficking Directive came into force. It is held up globally as the gold standard for its gender-specific and victim-centred approach. But new challenges are emerging, and the number of trafficked people continues to rise. The nature of this crime makes it hard, but not impossible, for authorities to obtain data and identify victims. It is therefore absolutely essential that we allocate EU funding in an effective, evidence-based system to address sexual exploitation and invest in prevention. Human trafficking is a high-profit crime. We need to know who buys and who profits. It is also vital that trafficked individuals are seen as victims, not criminals, and helped to recover. Europe can and must do more.

Human trafficking is still a threat and feeds on poverty. However, only ten Member States have so far established using a victim of trafficking as a criminal offence. Commissioner, this House demands that we continue our efforts to stop impunity and make prosecution of traffickers and their users our biggest priority. Although most victims are of European origin, the refugee crisis is feeding the supply, especially the thousands of unaccompanied, vulnerable minors.

We have made progress in the EU but we need to plan the next stage. Without action and funding we will slip backwards, and that is why we ask the Commission to publish its new strategy now. We – but more importantly, the victims – cannot wait. Human trafficking is happening now in Europe, where we all live, and we must open our eyes and continue the Commission's work on addressing human trafficking.

Anna Hedh, författare. – Fru talman! Direktivet mot människohandel som antogs 2011 var ett viktigt steg i kampen mot människohandel. Direktivet tog bland annat ett brett grepp mot människohandel, med åtgärder för prevention, definition av själva brottet människohandel, straffsatser för förövare och bekämpning av efterfrågan. Som komplement till lagstiftningen antogs 2012 även en EU-strategi.

Men trots alla åtgärder fortsätter människohandeln. Hundratusentals människor i Europa tvingas arbeta under slavliknande förhållanden. Ungefär tre fjärdedelar av människohandelsoffren utsätts för sexslavhandel. Människohandel är fortfarande ett av de mest vinstgivande och minst riskfyllda brott man kan ägna sig åt.

Jag är därför glad att vi idag har möjlighet att ställa frågor till kommissionen om kampen mot människohandel. Idag är det nämligen två saker som gör mig orolig och upprörd. Den första är att kommissionen ännu inte lagt fram en ny strategi mot människohandel. Den andra saken som gör mig upprörd är bristen på åtgärder från medlemsstaternas sida för att bekämpa efterfrågan. Artikel 18.4 i direktivet gör det valfritt för medlemsstaterna att kriminalisera utnyttjandet av offer för människohandel. Endast tio medlemsstater har valt att göra detta, och endast två medlemsstater har redovisat vilka alternativa åtgärder man vidtagit för att bekämpa efterfrågan. Detta är bedrövligt och helt emot åtagandet i direktivet.

Jag vill därför ställa följande frågor till kommissionen. 1: När kommer en ny strategi? 2: Vilka andra åtgärder planeras på grundval av de två genomföranderapporterna om direktivet mot människohandel? Kommer kommissionen att lägga fram ny lagstiftning, och om inte, varför?

Anna Maria Corazza Bildt, author. – Madam President, trafficking in human beings is a slavery of our time. Figures are shocking and behind every story there is a human tragedy. Most victims are women and girls, exploited for prostitution in Europe and more and more are migrants and more and more are abused online. Trafficking is serious organised crime and should be prosecuted as such. It is a huge business industry with high profit and low risk. It is time to stop impunity and to ensure convictions. There should be no hiding places for traffickers in Europe and neighbouring countries. From the Urals through the Balkans, to the Black Sea, from Niger through the desert and the Mediterranean, actors are cross-border and sophisticated. Concerted action with third countries is necessary.

We should step up our European response on all fronts. More police and judicial cooperation, including with Europol and Eurojust, better sharing of information, an operational role for the Asylum Support Office and Frontex, tracking the money, confiscating the assets of both traffickers and agents through the legal chain such as transport and accommodation providers. Member States should also reduce demand and criminalise the users of sex services.

I welcome that Member States have finally transposed the directive but, as colleagues have said, much more needs to be done to implement it properly, in particular training of officials, access to health care, and sexual productive rights. Victims should receive unconditional assistance and psychological support. Madam President, many unaccompanied minors that disappear in Europe are exposed to trafficking and abuse. Members have to do more for missing children and ensure that they enter the protection system. I do fully support the anti-trafficking coordinator and in particular her call to focus more on child victims.

Commissioner, I urge you to present this year the new strategy on anti-trafficking, taking into account, and I finish on this Madam President, Parliament's recommendation including a gender perspective and external direction, and the European People's Party will continue to support you, and be committed to zero tolerance against trafficking.

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Madam President, let me start by expressing my thanks to all of you for this opportunity to discuss with you the very important and sensitive issue of trafficking in human beings. The European Parliament has been a strong and consistent supporter of our efforts to deal with this odious and appalling crime. It is a crime that takes advantage of the vulnerability and exploits the desperation of people in need of protection and support. As you know, trafficking was and remains a priority for us as reflected both in the European Agenda on Migration and in the European Agenda on Security.

Europe has globally a leading role in this field. We have developed a coherent and coordinated legal and policy framework to address trafficking in human beings. The Anti-Trafficking Directive and the 2012-2016 EU strategy has been our main instruments to develop, coordinate and implement our policy framework priorities.

Having delivered on the vast majority of actions envisaged in this strategy we do not feel that our job is done; quite the opposite. We cannot accept that irrespective of origin there are still and unfortunately more children, women, vulnerable people trafficked, abused and exploited. These are victims of the immoral and inhuman profit-making face of our societies. Now that the 2012-2016 strategy has come to an end the time has come to step up our efforts and continue delivering more intensively and in a more focused way. To this end the support and contribution of this House, of all of you, is of utmost importance.

The migration crisis and transnational security threats render people more vulnerable to criminal networks and exploitation. That is why more needs to be done to target the organised criminal networks and follow their money throughout the trafficking chain, to focus more on prevention and on better identification and protection of victims, to further strengthen coordination at EU level and to ensure more coherence in the external and internal dimensions of our anti-trafficking policy. Criminal networks target and exploit the most vulnerable. Recent data indicate that the vast majority of victims are female and children. The most widespread form of exploitation is sexual exploitation, with mainly women and young girls as victims. That is why the Anti-Trafficking Directive has a strong gender-specific dimension, and that is why we have also commissioned a study on the gender dimensions of trafficking in human beings.

It is also of major importance to increase our cooperation with third countries and further streamline our anti-trafficking priorities in the external dimension of our policies.

The two distinct notions of trafficking and smuggling are often confused. However, it is not only a matter of the correct use of terminology. It is also about ensuring a victim-centred and human rights based approach. Allow me to clarify here that smuggling is a cross-border activity while trafficking can also take place within the borders of a state. In smuggling there is consent of the smuggled person while in trafficking there is not. The exploitation of the vulnerable victim for profit making is an essential element in trafficking. These differences bear significant implications for the rights of the victims of trafficking and the respective obligations of Member States.

I would like to assure you that the respective EU legislative frameworks on smuggling and trafficking will remain clear and constant in any future policy initiative.

Regarding now the two reports based on the Anti-Trafficking Directive presented by the Commission last December we will continue to proactively monitor the situation in the Member States and examine potential options.

To conclude, and as far as our next steps are concerned, we are currently taking stock of the experience and achievements of the current strategy, examining trends and problems and assessing and discussing with stakeholders what future actions from all the different policy areas are needed. Our aim is to address the challenges created by the changing socio-political context. But we also want to maintain a coordinated, coherent and constant approach in the continuation of the efforts to fight this extremely pernicious but highly lucrative form of crime. The reflections and contributions of this House are of great importance for our work and I am looking forward with particular interest to our discussion today.

Alessandra Mussolini, a nome del gruppo PPE. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei ringraziare il commissario per l'impegno della Commissione su questo tema gravissimo. Io sentivo i colleghi dire, giustamente: «le donne e i minori, che sono persone vulnerabili». No, le donne non sono vulnerabili: vengono rese vulnerabili dagli uomini, dalle reti criminali che le vendono. Tra l'altro l'80 % dei minori sono di sesso femminile e l'altro 20 % maschile. Quindi è un problema enorme, un problema connesso anche ad altri fattori, non solo al fattore della prostituzione.

Vorrei introdurre un altro tema: quasi non se ne parla, è quasi un tabù, ma per quanto riguarda i minori c'è veramente il pericolo concreto, anche per i minori che scompaiono – abbiamo citato i minori stranieri non accompagnati – del traffico di organi. Noi ce ne siamo occupati: quando ero presidente della commissione per l'infanzia e l'adolescenza al Senato, abbiamo parlato proprio in Italia di questo tema con il ministro dell'Interno. Quindi è importante tutto quello che si può e si deve fare. L'impegno economico: spesso sono persone sfruttate; arrivano, quando sono vendute, che già hanno subito abusi, violenze inaudite. Sono in debolezza economica: ancora molto spesso le donne, anche nell'ambito familiare, hanno una debolezza economica rispetto agli uomini. Anche su questo dobbiamo combattere.

L'ultima cosa è legata – sembra non legata, ma è legata: combattiamo anche per la parità di trattamento economico delle donne con gli uomini: anche questa è riduzione in schiavitù.

Pier Antonio Panzeri, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la tratta di esseri umani rappresenta una violazione dei diritti fondamentali dell'uomo. Come già ricordato, il Parlamento europeo, insieme al Consiglio, ha da tempo adottato una direttiva che si propone di affrontare e risolvere il problema attraverso un approccio multilaterale, non solo al fine di reprimere la tratta di essere umani, ma anche di prevenirla e di garantire protezione alle vittime di tale abuso.

Vede, caro commissario, siamo d'accordo con lei sulla descrizione del problema; dove invece non lo siamo è sulla prescrizione. Come lei sa, non tutti gli Stati membri hanno portato a termine la completa trasformazione della direttiva e questo terribile abuso continua a persistere anche all'interno dei nostri confini.

E dunque il compito che abbiamo dinanzi è molto chiaro: quello di predisporre rapidamente una nuova strategia che sia molto più efficace e in grado di aggredire questo drammatico problema, salvaguardando pienamente i diritti umani e la dignità delle persone.

Arne Gericke, im Namen der ECR-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar Avramopoulos! Menschenhandel ist ein milliarden schweres, menschenverachtendes und unglaublich dreckiges Verbrechen. Wer auf irgendeiner Ebene beteiligt ist – und es sind viele –, verdient harte Strafen und keine Gnade. Ich bin überzeugt, gerade als Europäische Union, als Union der Werte, müssen wir diesen Kampf gegen Menschenhandel jeglicher Art entschieden führen.

Dieses abscheuliche Verbrechen betrifft jährlich rund 21 Millionen arme Frauen, Kinder, werdende Mütter. Sie alle werden missbraucht zu Zwangsarbeit oder sexueller Ausbeutung. Verschließen wir davor nicht die Augen, bekämpfen wir jetzt Zwangsprostitution und fördern wir das nordische Modell.

Schützen wir unsere Kinder, gerade auch die Kinder von Flüchtlingsfamilien, hier in Europa. Tun wir grenzübergreifend alles technisch Mögliche, um entführte Kinder zu finden und ihnen wieder Heimat und Geborgenheit zu schenken. Hier müssen wir eine klare Stimme haben. Verurteilen und verbieten wir auch Leihmutterschaft als sexuelle Ausbeutung, als neue Form der Sklaverei, so wie es Europäisches Parlament und Europarat unmissverständlich fordern. Herr Kommissar, stimmen Sie mir in diesen Anliegen zu?

Cecilia Wikström, för ALDE-gruppen. – Fru talman! Att reducera till en handelsvara är bland det mest avskyvärda en människa kan utsättas för. I EU kommer 61 procent av identifierade traffickingoffer från ett EU-land. 96 procent av dem är flickor och kvinnor som utnyttjas sexuellt. Vi har under det senaste året också fått uppgifter från Europol om tusentals ensamkommande flyktingbarn som försvunnit spårlöst. I stället för att ha fått skydd och nya livsmöjligheter har de hamnat i klorna på skrupelfria människohandlare och blir utnyttjade sexuellt eller arbetar under slavliknande förhållanden. I EU. Detta är avskyvärt.

Nu måste vi se till att få till en ny framtida strategi som är verkningsfull och faktiskt fungerar i verkligheten. Gränsöverskridande brottslighet måste bekämpas gränsöverskridande. Och vi måste anta den här nya reviderade strategin just baserad på informationsutbyte mellan länderna. Det måste vara huvudpoängen. Och kom ihåg: människan är aldrig en handelsvara och det är vårt ansvar att bryta detta.

Ernest Urtasun, en nombre del Grupo Verts/ALE. – Señora presidenta, creo que es un buen momento para que analicemos de qué manera están funcionando nuestros instrumentos de lucha contra el tráfico de seres humanos y, sobre todo, de qué manera estamos abarcando todas las dimensiones de este fenómeno que es absolutamente repugnante y que afecta a nuestras sociedades.

Quiero recordar una cuestión esencial del artículo 1 de la Directiva 2011/36/UE, que establece que se debe tener en cuenta la perspectiva de género y reforzar la prevención de este crimen y la protección de las víctimas, y esa perspectiva de género, señor comisario, debe ser tenida en cuenta en muchas de sus facetas en la elaboración de la nueva Estrategia. En la última Estrategia ya estaba mencionada en algunas cuestiones, pero me gustaría reforzar otras, teniendo en cuenta que —como es bien sabido y muchos de los intervinientes lo han dicho— el 75 % son mujeres y chicas, un 96 % de las cuales son víctimas de explotación sexual.

Necesitamos una dimensión de género en todo el proceso de identificación de la víctima de tráfico. Eso es muy, muy importante, y también que, en todos los instrumentos de apoyo a las víctimas, esté esa dimensión de género que pueda acompañarse.

Y después, también hay otra cuestión que es muy importante. Evidentemente, tenemos muchos instrumentos en diferentes dimensiones y debemos garantizar una cierta coherencia de esa dimensión de género en cómo se coordinan las agencias Europol, Eurojust o, también, por ejemplo, en cómo otras estrategias —como la Estrategia de Seguridad de la Unión Europea— incorporan esa cuestión.

Por lo tanto, le apremiamos a que analicemos y hagamos una más profunda aplicación de los instrumentos que tenemos, y a que esa dimensión de género sea tenida en cuenta en todas sus características.

Margot Parker, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, trafficking in human beings is on the rise and criminals are using the EU as a springboard for exacerbating this crime. New evidence from the UK National Crime Agency shows that criminals from former overseas territories of Member States are taking advantage of gaining EU citizenship and creating child-trafficking routes between those territories to the UK or the EU. An example of this is non-EU nationals who become naturalised as Portuguese citizens and are using Portuguese identity documents to set up bank accounts. This allows them to receive payments from former Portuguese territories such as Angola. They are scouting for their victims.

The UK's decision to withdraw from the EU will allow our national government to end the free movement of people, resulting in the return of UK control over UK borders. Criminal background checks and preventive measures will significantly help combat trafficking in human beings and sexual and labour exploitation, ensuring better protection for UK citizens.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una delle definizioni più convincenti, anche dal punto di vista giuridico, della tratta degli essere umani è inserita nel protocollo addizionale della convenzione delle Nazioni Unite contro la criminalità organizzata transnazionale, ben conosciuto come «protocollo di Palermo», che ne delinea gli elementi caratterizzanti, cioè la minaccia o l'impiego della forza o altre forme di coercizione per reclutare persone col fine di sfruttarle.

Oggi, per quanto riguarda i traffici dall'Africa, c'è una forte emergenza sicuramente dalla parte occidentale, ma anche dal Corno d'Africa. È evidente tutto quello che è stato sottolineato, cioè il rischio che questi traffici coinvolgano in particolare i soggetti deboli, in particolare i minori. Ma c'è un aspetto che mi pare sia stato poco sottolineato, anche nella risposta del commissario, e che risulta dai dati raccolti dall'Organizzazione internazionale per le migrazioni (OIM), che mostra una realtà preoccupante, in quanto più del 70 % dei migranti in transito dal Nord Africa verso l'Europa è vittima di tratta, traffico di organi e altre forme di sfruttamento.

Questa è una realtà che noi abbiamo denunciato più volte, ma l'Europa dove sta? Si è accorta che la sua politica sull'immigrazione, delle porte aperte ipocrite, queste politiche dissennate, in realtà favoriscono questi traffici? E allora è inutile che qui dibattiamo su queste cose quando non si fa nulla per chiudere le frontiere ai trafficanti e si affida a certe ONG finanziate da Soros l'intervento pro-immigrati e pro-migranti, chissà in quali condizioni, per poi affidare alla Turchia, magari, i migranti che volevano raggiungere l'Europa da altre parti. Bel risultato!

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η παράνομη διακίνηση ανθρώπων αποτελεί τη σύγχρονη μορφή δουλείας. Είναι ένα ειδικό έγκλημα το οποίο εξυτλιζει την προσωπικότητα και την αξιοπρέπεια του ανθρώπου, διότι τον αντιμετωπίζει ως αντικείμενο με σκοπό το κέρδος. Θύματά του είναι νέες γυναίκες οι οποίες ωθούνται στην πορνεία και παιδιά τα οποία είτε χρησιμοποιούνται σε καταναγκαστική εργασία κάτω από άθλιες συνθήκες είτε τους αφαιρούνται όργανα και διατίθενται στο παράνομο εμπόριο. Ιδιαίτερα εύκολα θύματα είναι γυναίκες και παιδιά τα οποία εισέρχονται παράνομα και ανεξέλεγκτα ως λαθρομετανάστες στις χώρες εισόδου, την Ελλάδα και την Ιταλία. Δυστυχώς, επειδή τα κέρδη από την παράνομη αυτή δραστηριότητα μπορούν εύκολα να διοχετευθούν σε φαινομενικά νόμιμες δραστηριότητες, τα κράτη δεν είναι εύκολο να αντιμετωπίσουν αυτό το έγκλημα.

Παρ' όλα αυτά, τα κράτη της Ευρωπαϊκής Ένωσης οφείλουν να συνεργαστούν και να θεοπίσουν αυστηρούς νόμους, ούτως ώστε να πατάσουν αυτό το απαράδεκτο φαινόμενο. Βασική προϋπόθεση για να έχει επιτυχία αυτή η προσπάθεια είναι ο αυστηρός έλεγχος των συνόρων. Σας πληροφορώ ότι, όταν τα σύνορα της Ελλάδος τα φρουρούσαν οι Ελληνικές Ένοπλες Δυνάμεις, η Ελληνική Αστυνομία και Ελληνική Ακτοφυλακή, η παράνομη διακίνηση ανθρώπων ήταν σχεδόν μηδενική. Από τη στιγμή κατά την οποία αυτό το σοβαρό έργο ανέλαβαν να το φέρουν εις πέρας αποτυχημένοι γραφειοκρατικοί οργανισμοί, όπως ο Frontex και η Ευρωπαϊκή Ακτοφυλακή και Συνοριοφυλακή, έχουμε αυτό το χάος, το οποίο όλοι γνωρίζετε ότι υπάρχει, δυστυχώς.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora presidenta, la trata de seres humanos, con fines criminales, afecta a todos los países del mundo. La explotación sexual, el trabajo forzoso, la servidumbre doméstica, la mendicidad infantil o la extracción de órganos y más. Según Europol, es un delito transversal y capital; el 65 % de los traficantes de drogas participan al tiempo en la trata de seres humanos y, en muchos casos, lo utilizan como medio de pago.

Los traficantes se aprovechan de la fragilidad de las víctimas y hacen uso fraudulento de los documentos de viaje, incluso abusando de canales legales como los visados de turismo, estudios o trabajo. En muchos casos, las víctimas tienen que utilizar documentos fraudulentos para ocultar su verdadera identidad y su edad.

Teniendo en cuenta que la lucha contra esta lacra es una prioridad para la Unión, tal y como ha recogido el SOCTA, y en el nuevo ciclo político ante el anuncio de la revisión de la Estrategia de la Unión, considero fundamental que la Comisión fortalezca los mecanismos de detección, protección y asistencia de potenciales víctimas; que se les conceda a los menores una especial protección; que se dé una respuesta integral incluyendo mecanismos y protocolos de cooperación entre autoridades policiales, judiciales, de asilo y del sector laboral —inspectores de trabajo—, a su vez fomentando la cooperación entre la Unión, los Estados miembros, Europol y Eurojust y los terceros países en cuestión, acelerando la interoperabilidad de los sistemas Eurodac. También un seguimiento intensivo en internet —hay que vitalizar la UNCI de Europol— y endureciendo mucho más los códigos penales.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Elnök asszony, Képviselő úr! Önt, mint az Európai Parlament legnagyobb pártcsoportjának képviselőjét kérdezem, valószínűleg azért, mert elég hatékonyak tudnak lenni. Nos, ön említette, és párttársai szintén, hogy vannak emberkereskedők és ártatlan áldozatok. A keresleti oldalról, tehát ezeknek a szörnyű szolgáltatásoknak az igénybevevőiről viszont nagyon kevés szó esik. Ön mit gondol, mit lehet tenni azért, hogy ne legyen igény erre az egész szörnyűségre?

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Bueno, no pretenderá usted que yo sea aquí el oráculo de Delfos y tenga la facultad de dar una solución a un problema de tanta complejidad. Lo que a mí me parece muy importante es reforzar los mecanismos inequívocamente establecidos para la prevención; modificar los códigos penales, endureciendo las penas por esto; y, fundamentalmente, instalar instrumentos de represión y de investigación en Europol y en Eurojust, con jueces y fiscales.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, das prioridades e dos objetivos na luta contra o tráfico de seres humanos, gostaria de ver respondidas três perguntas fundamentais. Que instrumentos estão a ser utilizados para detetar as vítimas de tráfico, existem dados reais sobre o número de vítimas, com o fluxo de migrantes na Europa como se tem desenvolvido a prevenção, como têm protegido crianças e mulheres que são os alvos principais dos traficantes? Mais, quantos traficantes foram detidos na União? Temos nós esses dados?

Esta falta de informação soa, de facto, a pouco, a muito pouco. Repare que há cerca de dez mil crianças migrantes desaparecidas em solo europeu. Muitas delas terão sido vítimas de tráfico, o que mostra, claramente, uma falta de coordenação, de cooperação e uma incoerência política quanto aos resultados.

O que é mais trágico é a nossa incapacidade de criar medidas eficazes e que, neste momento, entre os quase vinte e um milhões de crianças traficadas em todo o mundo, muitas estarão a trabalhar ou a ser vítimas de exploração sexual. A maior parte delas ainda tem fé em nós.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Koleżanki i koledzy! Handel ludźmi jest trzecim pod względem dochodowości nielegalnym biznesem zaraz po handlu bronią i narkotykami. Ofiarami handlu są głównie kobiety i dziewczynki i one stanowią 85% wszystkich ofiar. Skala tego przestępstwa jest ogromna: 30 milionów ofiar, w tym 5 milionów dziewczynek. Oczywiście powtarzamy tutaj, w tej sali, że głównym celem handlu ludźmi jest wykorzystywanie seksualne. Papież Franciszek nazwał handel ludźmi haniebną plagą, niegodną cywilizowanego społeczeństwa. Człowiek w tym procederze staje się towarem. To bezduszne deptanie godności ludzkiej. Ofiary tych przestępstw są często wykorzystywane jako dawcy organów, zmuszane do nielegalnej pracy. Ten problem występuje również w Unii Europejskiej. Jak to jest? Chcemy wyznaczać standardy, a sami nie jesteśmy w stanie ochronić dziewczynek, kobiet? Potrzeba pilnej koordynacji służb, wspólnego działania w czynieniu dobra.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, la estrategia para combatir el tráfico de seres humanos es, de acuerdo con las respuestas que hemos recibido desde la Comisión, la base en la que se apoyan las actuaciones para desarrollar una política comunitaria sobre desapariciones de personas. De hecho, este tráfico se identifica como responsable de la mayor parte de las 10 000 desapariciones de menores no acompañados y de una buena parte también de otras desapariciones forzadas que se registran anualmente en la Unión.

Además de las medidas que se centran en cuestiones relacionadas con la investigación y el esclarecimiento de este tipo de sucesos, quisiera preguntar si la Comisión es consciente de la peculiar situación legal en la que quedan las víctimas y los familiares de personas desaparecidas en la Unión, que origina una doble victimización, y si hay alguna previsión para revisarla en el marco de la política europea de atención a las víctimas de delitos.

Nos gustaría saber en concreto cuándo estarán disponibles los resultados del estudio que nos anunció la comisaria Jourová en noviembre pasado, sobre la transposición de la Directiva sobre las víctimas, que ha incluido un apartado específico sobre víctimas de desapariciones.

Daniela Aiuto (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i dati Eurostat relativi agli ultimi tre anni ci dicono che all'interno dell'Unione europea circa l'80 % delle vittime del traffico di essere umani è donna.

La motivazione primaria è legata allo sfruttamento sessuale, ma vi sono varie sfaccettature sulle quali non ci si sofferma abbastanza e si finisce per circoscrivere il problema alle diverse forme di prostituzione, quando invece non è così. Parlo, ad esempio, dei matrimoni precoci o dei matrimoni finti, i cosiddetti matrimoni *sham*, contratti dalle famiglie sulla pelle delle bambine, oppure del traffico di donne incinte per la vendita e l'adozione illegale di neonati. Tutto ciò avviene all'interno degli Stati membri. Ed è una tendenza destinata ad aumentare con il crescere dei flussi migratori e delle richieste di asilo.

La ricerca della residenza legittima all'interno dell'Unione porterà secondo Europol ad un incremento dei matrimoni forzati. Dobbiamo proteggere queste bambine, impedendo che, ad esempio, vengano inviate nei loro paesi d'origine durante le vacanze scolastiche e si ritrovino spose precoci di uomini molto più adulti di loro. Occorre richiamare l'attenzione su tali situazioni, che non possono essere tollerate nascondendosi dietro il rispetto per l'altrui cultura, perché chi sposa una bambina commette un'enorme violenza, non solo sessuale, nei suoi confronti, ma le ruba per sempre la possibilità di amare e di vivere da donna libera.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök asszony! Az emberkereskedelem jelensége az európai uniós polgárok óriási számát érinti, és ez a tény kevésbé ismert az európai közvélemény előtt. Nem csupán a prostitúcióval kapcsolatos hálózatok és bűnözői csoportok ténykedése ad okot aggodalomra, hanem a munkaerőpiaci kizsákmányolás nagyon súlyos esetei, egyfajta modernkori rabszolgaság jelensége is. Több ezer uniós polgár dolgozik vendégmunkásként az EU fejlettebb államaiban rendkívül rossz körülmények között, nagyon alacsony bérért, akár napi 12 órán keresztül és sokszor szexuális visszaéléseknek is kitéve.

Ez is az emberkereskedelem egyik megnyilvánulási formája, hiszen ezeknek a kihasznált embereknek a munkaerejét mások bocsátják áruba és nyereszkednek rajta, ráadásul minden érvényes szabályozást felrúgnak és kihasználják az áldozatok rászorultságát és tehetetlenségét. Ezek a jelenségek, azt gondolom, hogy visszaszoríthatóak akkor, ha a hatóságok keményen lépnek fel az elkövetők ellen. Lehetetlennek tartom, hogy adott esetben például több ezer mezőgazdasági munkás helyzete egy jól behatárolt területen belül ismeretlen lenne a hivatalos szervek előtt.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, malgrado l'adozione nel 2011 della direttiva sulla prevenzione e la repressione della tratta di esseri umani e la protezione delle vittime, il fenomeno resta davvero grave se, come attestato da uno studio dell'Alto commissariato delle Nazioni Unite per i rifugiati, il 70 % dei migranti in transito dal Nord Africa verso l'Europa è vittima di tratta, traffico di organi, prostituzione e altre forme di sfruttamento.

Naturalmente i più vulnerabili sono i minori, in particolare i minori non accompagnati, e le donne. Peraltro, la tratta degli esseri umani è uno dei più gravi reati transfrontalieri, ma al tempo stesso rappresenta uno dei più redditizi per le organizzazioni criminali, tanto da essere la terza fonte di reddito dopo il traffico di armi e di droga.

E allora? E allora è necessario che la Commissione adotti misure più incisive per far sì che tutti gli Stati membri recepiscono integralmente la direttiva, ed è necessaria una nuova strategia in materia di tratta degli esseri umani che, in coerenza con l'attuale agenda sulla migrazione, possa contrastare efficacemente tale gravissimo crimine.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Wir sprechen heute über Menschenhandel – also über Menschen, die verschleppt werden, um Prostituierte oder Zwangsarbeiter zu werden. Europol hat schon 2009 festgestellt, dass die offenen innereuropäischen Grenzen diesen Menschenhandel erleichtern. Früher, vor Schengen, war es schwierig, Menschen von Ost nach West zu schmuggeln. Heute sind Herkunftsländer wie Russland oder die Türkei nur noch eine Grenzkontrolle entfernt. Früher konnten nur hochentwickelte Kriminalbanden, Verbrecherorganisationen im Menschenschmuggel erfolgreich sein. Heute ist das kinderleicht, sagt Europol, und das ist das Problem.

Sie erinnern sich an das Ergebnis von zwei Wochen Grenzkontrollen beim G7-Gipfel in Elmau 2015: 120 Fahndungserfolge, 80 Strafverfahren. Grenzkontrollen sind wichtig, sie sind möglich und sie sind wirksam, und wer Menschenhandel beklagt, aber Grenzen nicht schützen will, der lügt sich in die eigene Tasche.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisario Avramopoulos, la esclavitud es un delito. El tráfico de seres humanos está tipificado como crimen transnacional grave en el Tratado de la Unión Europea y está proscrito por el Derecho internacional humanitario. Y, sin embargo, la esclavitud no está ni mucho menos erradicada de Europa, como se pone de manifiesto en este debate.

Miles de personas vulnerables son vendidas o intercambiadas a fines de explotación; sus órganos, extirpados y vendidos; a menudo, mujeres vulnerables objeto de trata para matrimonios forzados o adopciones ilegales. Y todo esto tiene lugar en el marco de una estrategia de la Unión Europea para combatir el tráfico de seres humanos. Se puso en marcha siendo yo presidente de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior en 2011 y concluyó en 2016.

Por tanto, es pertinente esta pregunta oral para urgir de la Comisión de inmediato la adopción de una estrategia que revalide el compromiso de género y de protección de las víctimas que quedó establecido en la primera Estrategia de 2011, culminada en 2016. Pero, sobre todo, que diga de qué manera vamos a reforzar, a la luz de la experiencia, el compromiso europeo en la lucha y la prevención contra el tráfico de seres humanos.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, las mafias comercian con personas, esencialmente mujeres y niñas que son engañadas, son torturadas, son obligadas a prostituirse en muchos casos. Hablamos de la esclavitud del siglo XXI, y sobre esta cuestión, sobre la trata de seres humanos, es indispensable que hagamos un mayor esfuerzo por parte de las instituciones.

Es fundamental tener un instrumento legislativo. La Directiva sobre la trata es importante que se ponga en marcha, y también que la Comisión Europea haga un estudio de la aplicación y la transposición a las legislaciones de los distintos Estados miembros.

Pero solo con una ley, solo con instrumentos legislativos no ponemos en marcha políticas que realmente avancen en esta situación. Necesitamos voluntad política, y el comisario todavía no nos ha dicho cuándo va a poner encima de la mesa la Estrategia europea de lucha contra la trata. Porque estamos hablando de vidas humanas, estamos hablando de vidas de mujeres, de niños y de niñas, de seres vulnerables. Y se nos exige, a aquellos que tenemos responsabilidades públicas, que pongamos en marcha todo el esfuerzo necesario para luchar contra ello.

Elena Valenciano (S&D). – Señora presidenta, señor comisario; este fenómeno ha sido descrito por todos mis colegas, es un fenómeno global, y de manera global hay que abordarlo. Está muy conectado, por cierto, con el fenómeno de los refugiados y de la inmigración. Pero voy a referirme al fenómeno local, porque, efectivamente, la mayor parte de las personas objeto de trata son mujeres y niñas —en el caso de la Unión Europea— para ser explotadas sexualmente. Es decir, para la prostitución. Traficamos con los cuerpos de las mujeres y de las niñas para la prostitución.

Pero la prostitución existe porque se consume prostitución y porque hay empresarios de la prostitución. Estamos ante este discurso hipócrita, enormemente hipócrita, de los responsables europeos, sobre todo en los Estados miembros, que no persiguen localmente la explotación sexual de mujeres y niñas. Todas las carreteras de mi país, señor comisario —y seguramente del suyo—, están llenas de lugares, de prostíbulos dentro de los cuales hay niñas y mujeres que han sido víctimas de este tráfico.

No hay que irse muy lejos; basta con recorrer nuestros países, basta con seguir la ruta de los que consumen prostitución, porque están consumiendo explotación directa de mujeres y niñas. Así que no nos vayamos muy lejos y actuemos directamente sobre nuestros propios países.

Die Präsidentin. – Ich muss mich wegen der Zeitnehmung entschuldigen. Sie hatten jetzt, glaube ich, etwas länger Zeit, aber wir hatten ein technisches Problem. Ab dem nächsten Redner funktioniert es jetzt wieder.

Für das nun folgende *Catch-the-eye*-Verfahren habe ich insgesamt ungefähr zehn Wortmeldungen. Ich werde alle zu Wort kommen lassen.

Catch-the-eye-Verfahren

Seán Kelly (PPE). – Madam President, thank you for taking all the speakers. I appreciate it. This is an enormous problem, not just in Europe but right across the world. As we celebrate the 60th anniversary of the Treaty of Rome, the treaty that set up our Union and has led to peace across the entire European Union for 60 years which is good, now we have to look at more details. Not just in terms of stopping war and bringing peace to our Union, but for individuals to be treated properly, with respect and dignity. There is far too much exploitation going on; there are far too many smugglers, human traffickers exploiting women, young children, etc. I think now is the time to reflect on what we can do to ensure that there will be peace both in terms of the continent, but also for individuals, where they can work and live properly and with dignity right across the European Union, and for smugglers and others to be prosecuted and dealt with.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la tratta degli esseri umani è una terribile forma di schiavitù dei tempi moderni. La prevenzione e la repressione di questo fenomeno devono essere una priorità assoluta per l'Unione europea, ed è necessario uno sforzo straordinario della comunità internazionale affinché queste forme di sfruttamento inumane vengano eliminate.

L'intollerabile fenomeno della tratta degli esseri umani non è solo, però, il risultato di disuguaglianze economiche e sociali, ma anche della disparità di genere. Le discriminazioni strutturali fanno sì che le vittime siano per l'80 % di sesso femminile: donne, ragazze e spesso bambine. Il fenomeno migratorio spesso si sovrappone a quello delle tratte. Il traffico di migranti...

(La Presidente invita l'oratore a parlare più lentamente)

Il traffico di migranti e la tratta degli esseri umani, pur rappresentando fenomeni diversi, tendono spesso a divenire complementari. Si tratta di un dramma nel dramma, di un problema che si somma agli altri e che ha bisogno dell'adozione di provvedimenti strategici specifici e mirati. È assolutamente improcrastinabile, dunque, una strategia complessiva che metta fine a questo assurdo dramma umanitario.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Αβραμόπουλε, κύριε Επίτροπε, όπως βλέπετε, όλοι συμφωνούν ότι πρέπει να υπάρξει αποφασιστική αντιμετώπιση της παράνομης διακίνησης ανθρώπων, του δουλεμπορίου, να υπάρξουν αυστηρά μέτρα, να υπάρξουν έλεγχοι στα σύνορα. Τεράστιες, όμως, είναι οι ευθύνες της Τουρκίας, διότι ανέχεται και καθοδηγεί τα δουλεμπορικά κυκλώματα στα νησιά του Αιγαίου, τα οποία έχει γεμίσει με πρόσφυγες και, κυρίως, με χιλιάδες παράνομους μετανάστες. Τελευταία δημοσιεύματα, κύριε Αβραμόπουλε, αποδεικνύουν ότι οι μυστικές υπηρεσίες της Τουρκίας (MIT) έχουν διαμορφώσει ένα δίκτυο κατασκοπείας στα νησιά του Αιγαίου. Αξιοποιούν τους δουλεμπόρους, αξιοποιούν ανθρώπους που συνεργάζονται με τους δουλεμπόρους και αυτό είναι ιδιαίτερα επικίνδυνο. Είχαμε μάλιστα και συλλήψεις.

Το επόμενο θέμα που μου κάνει εντύπωση είναι αυτά που είπε ο κύριος Tusk σήμερα στα Σκόπια. Εκθείασε τα Σκόπια που έκλεισαν τα σύνορα, ενώ ο ίδιος ο Ban Ki-moon είχε πει ότι αυτό ήταν παράνομο. Δηλαδή, να είναι κλειστά τα σύνορα για να μπορούν οι δουλεμπόροι να κάνουν τη δουλειά τους και να αυξάνουν τα ποσά τα οποία ζητούν; Απαράδεκτες οι δηλώσεις του κυρίου Tusk σήμερα στα Σκόπια.

Hilde Vautmans (ALDE). – Unicef heeft het gezegd: 50 procent van de slachtoffers van mensenhandel zijn kinderen. En daar gaat het mij vandaag om. Dat cijfer is natuurlijk maar een gok, want de mensenhandel met kinderen gebeurt clandestien en kinderen durven er niet voor uit te komen. Terwijl wij falen, mijnheer de commissaris, om hen te beschermen, worden die kinderen slachtoffer. We weten wat met hen gebeurt: ze belanden in de prostitutie, ze worden gedood voor hun organen en allerlei andere gruwelijkheden.

Wat met de tienduizend verdwenen minderjarige asielzoekers, commissaris? Ik heb er u al heel vaak naar gevraagd en ik zal dat blijven doen tot we een echt actieplan hebben. Vandaar natuurlijk, mevrouw de voorzitter, mijn vraag, samen met vele collega's hier: wat gaan we doen om de kinderen te beschermen? Zij zijn het hoogste goed van de maatschappij. Laten we daarop inzetten.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, je to již zhruba rok a půl, co jsem se dotazovala evropských institucí, co hodlají dělat s informací od britského deníku *The Guardian*. Ten napsal, že ve Velké Británii je proti své vůli vězněno a nuceno často i k nelegální práci na tři tisíce dětí z Vietnamu. Ano, ve Velké Británii.

Chtěla jsem vědět, jaká je reakce britské vlády a jakou reakci plánují evropské instituce, aby se situace co nejdřív vyřešila a nikdy se nemohla opakovat. V odpovědi jsem dostala seznam mezinárodních dohod, které nucenou práci a obchod s lidmi, a zejména dětmi zakazují. Znamená to tedy, že když o nějakém problému podepíšeme mezinárodní dohodu, problém okamžitě zmizí? Přiznám se, že míra cynismu obsažená v odpovědi na tuto otázku mi vyrazila dech. Podepisování dohody je jedna věc, ale faktem je, že i v jednadvacátém století jsme svědky obchodování s lidmi a musíme zabezpečit, aby se tomu tak již nedělo, a to i na území Evropské unie, která by měla být příkladem a měla by být tím, kdo tomuto bude zabráňovat, vždy a všude.

Julie Ward (S&D). – Madam President, throughout last year we received reports of 10 000 and more unaccompanied refugee children entering Europe, being registered and subsequently disappearing. These reports are no longer headline news, but the problem has not been addressed. These unaccompanied minors, especially women and girls, are often trafficked and taken into an underworld of sexual exploitation and abuse. This is a Europe-wide problem and it requires continuous EU-wide work, commitment, investment in resources and prosecution of criminal traffickers.

In my own country, the UK, hundreds of unaccompanied refugee children were discovered to be not given any safe haven and it is one of the reasons why the Dubs amendment to welcome refugee children in the UK was so important. Shame on the Conservative Government for going back on its word and ending the scheme when only 350 children had benefited instead of the 3 000 who were promised a safe haven. As a founder of the Children's Rights InterGroup I will never stop fighting for a compassionate, effective, legal, rights-based response.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, trgovina ljudima jedno je od najtežih kaznenih djela i najgorih oblika kršenja ljudskih prava. Protiv nje se odlučno moramo boriti kvalitetnim politikama, boljom koordinacijom među nadležnim tijelima država članica, većom učinkovitošću na terenu i intenzivnijom suradnjom s državama s kojima dijelimo vanjsku granicu.

No, da bismo mogli ići naprijed i kvalitetnije se boriti protiv ovog teškog kriminala, moramo učiti iz vlastitih pogrešaka. Naše toleriranje ilegalnog priljeva migranata dovelo je do toga da biznis krijumčarima ljudi doslovno cvjeta.

Nastavimo li svojim politikama slati poruke kako smo spremni primiti sve unesrećene ovoga svijeta bez ikakvih kriterija, pritisak na naše granice samo će rasti, a krijumčari će imati još više klijenata. Bez odlučnog udara na krijumčare ljudima i jasnog odmaka od bezglave politike otvorenih granica, ovaj veliki problem, čak ni uz najbolju volju, neće biti riješen!

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, μιλούμε ουσιαστικά για ένα έγκλημα κατά της ανθρωπότητας. Και νομίζω ότι όλοι οι συνάδελφοι εξέφρασαν με πάρα πολύ έντονο τρόπο τη δυσφορία τους γι' αυτό το κακό. Ταυτόχρονα, όμως, νιώθω ότι μιλούμε απ' αυτόν τον ασφαλισμένο χώρο για ένα ζήτημα τόσο απόμακρο, σαν να το κοιτάζουμε από μακριά με τα κιάλια. Δεν μπορούμε να πλησιάσουμε το φοβερό κακό που συμβαίνει σε αυτούς τους εκατοντάδες χιλιάδες ανθρώπους, αν δεν καταφέρουμε να πλησιάσουμε πραγματικά την εικόνα αυτή. Και δεν υπάρχει άλλος τρόπος παρά να βγούμε έξω από αυτήν την αίθουσα και να πάμε στους χώρους όπου συμβαίνουν αυτά τα τραγικά γεγονότα. Και θα κλείσω με την πολύ γνωστή τοποθέτηση που ακούγεται συχνά πυκνά από την Αριστερά: πρέπει να συγκρουστούμε με τις αιτίες που προκαλούν αυτό το κακό και οι αιτίες είναι οι πόλεμοι και η πείνα. Δεν υπάρχουν άλλοι τρόποι!

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ricordo il grande impegno con cui nel 2011 in Parlamento abbiamo approvato la direttiva sulla tratta degli esseri umani come violazione dei diritti umani fondamentali, riduzione in schiavitù delle persone, sia sessuale che lavorativa, che coinvolge come si è detto la maggioranza assoluta di donne e un numero crescente di minori, specialmente non accompagnati.

Si chiedeva di ravvicinare le sanzioni fra i vari paesi, oltre ad azioni di informazione e tutela delle vittime anche con permessi di soggiorno umanitario. Ricordo che si prevedeva l'opportunità per gli Stati membri di adottare misure contro chi ricorre consapevolmente ai servizi sessuali o lavorativi di persone vittime di tratta. Ma è urgente che la Commissione, come ha detto prima il commissario, richiami con forza gli Stati membri che non lo hanno ancora fatto – e sono la maggioranza – perché recepiscano la direttiva, anche perché altrimenti è inutile aver messo in campo il coordinamento europeo e i coordinatori nazionali, se ci sono zone franche per gli sfruttatori.

Dalla relazione 2016 emerge che è ancora elevato il numero delle vittime non accertate, che restano così in una situazione di invisibilità, anche perché si confondono con l'immigrazione illegale e questo sta facendo cadere l'attenzione sullo status di vittime.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank colleagues for this very constructive and interesting debate. I would also like to thank you for your support in keeping the fight against trafficking in human beings high on the political agenda. The questions you raised today – the economic and financial aspects, the gender dimension and the coherence between the internal and external dimension – will fuel the development of a new, comprehensive EU anti-trafficking policy. It will certainly take due account of the actual and worrisome trends in Europe.

Mrs Wikström, trafficking existed prior to the migration crisis. It is not something new. But there is evidence that the current challenges have exacerbated vulnerabilities and I agree about the attention that has to be given to children. They represent 15% of the victims.

Mr Panzeri, in order to ensure policy coherence, it is important to take into account the latest deliverables. The first progress report on the fight against trafficking in human beings and the two reports of the Anti-Trafficking Directive delivered last September will also take into account the targeted consultation with all relevant stakeholders. The internal Commission processes are ongoing to ensure the best possible outcome for a future policy.

Mr Urtasun, the latest data for the European Union does indeed indicate that sexual exploitation is the most prevalent form of exploitation. It concerns 67% of victims with 95% being women and girls. The external dimension has been an integral part of EU policy to address trafficking in human beings. It constitutes one of its pillars and will continue to do so. Let me assure you once again that the Commission is monitoring the process in Member States towards the full transposition of the Directive on anti-trafficking. We will take all necessary steps to ensure full compliance with it.

Let me conclude by saying that the fight against trafficking in human beings is an imperative for the European Union to continue its struggle against unscrupulous criminals. You can be sure that we will do our best in order to take all the necessary action and all the necessary initiatives in the future, engaging all Member States in order to fulfil this commitment.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az emberkereskedelem, elsősorban a nő- és a gyermekkereskedelem az egyik legaggasztóbb jelenség a világban és sajnos az egyik leggyorsabb ütemben növekvő bűnözői iparágak közé tartozik. Sokunk számára lehetetlen elképzelni, de ma is emberek millióit kényszerítik a rabszolgasághoz hasonló körülmények között gyárakban, farmokon és otthonokban dolgozni. A Global Slavery Index becslése szerint napjainkban 35.8 millió ember él rabszolgaságban. Az Európai Bizottság legfrissebb emberkereskedelem elleni küzdelemről szóló eredményjelentésében évi 16.000-re teszi az EU-ban ezen aljas bűncselekmény áldozatául esők számát. Ez a helyzet tűrhetetlen és tarthatatlan!

Elfogadhatatlan, hogy akár egy személy is rabszolgaként éljen a XXI. században Európában, de bárhol máshol is a világon. Az emberkereskedelemmel szoros összefüggésben az embercsempészet is virágzik ma kontinensünkön és a világban. Az Europol szerint jelenleg több mint 5000 nemzetközi szervezett bűnözői csoport működik az EU-ban, ez nemhogy csökkenést, hanem jelentős növekedést mutat a 2013-as adatokhoz képest. Ezek a nemzetközi bűnözői csoportok pedig mind jobban összefonódnak a migráncsempészzel, amely már nemcsak a migránsokat juttatja be illegálisan Európába, hanem ösztönzi is őket az életveszélyes út megkezdésére. Ezért minden eszközzel fel kell lépünk az embercsempész-hálózatok felszámolásáért.

19. Palmöl und die Rodung von Regenwäldern (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Kateřina Konečná im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über das Thema „Palmöl und die Rodung von Regenwäldern“ (2016/2222(INI)) (A8-0066/2017).

Kateřina Konečná, zpravodajka. – Vážená paní předsedající, v debatách se mě lidé často ptají, proč mě zajímá právě téma palmového oleje. Proč se nevěnuji radši sóji, avokádu či jiným rostlinným olejům. Věřím, že se jedná o legitimní otázku, a proto ji chci zodpovědět i vám.

Téma palmového oleje se mi otevřelo někdy na konci roku 2015, kdy jsem se poprvé dozvěděla o požárech v Indonésii. Přiznám se, že jsem zcela užasla. Deštné pralesy byly v plamenech a s nimi všechno živé v nich. Ekologické škody byly závažné, ale zdálo se, že o tom vlastně nikdo neví. Jako bychom se všichni dívali na druhou stranu a nechali deštné pralesy hořet. Nikdo o tom neinformoval, málokdo o tom mluvil a zdálo se, že to nikdo neřeší. Začala jsem se tedy tématem zabývat a vůbec jsem přitom netušila, že otevírám Pandorinu skříňku. Požáry totiž souvisely s mnoha problémy, které se s produkcí palmového oleje obecně pojí – korupcí, zaslepeností, dětskou prací, ekologickou devastací, porušováním lidských práv a práv původních komunit, aktivitami nadnárodních korporací, post koloniálním rozvojem a migrací a mohla bych dále pokračovat.

Tato nevině vypadající složka, která se často přidává do cukrátek, kosmetiky, dětské výživy, brambůrek a dalších potravinářských a drogistických výrobků, má na svědomí, že v Indonésii v délce asi osmi tisíc kilometrů na více než dvou milionech hektarů hořel deštný prales. Tento požár za tři týdny vypustil do atmosféry víc CO₂ než zvládne Německo za celý rok. Orangutani, gibboni, sumaterští sloni a tygři přišli spolu s tisíci a možná miliony dalších druhů i o poslední zbytky svého přirozeného prostředí a hrozí jim likvidace. Šedesát devět milionů obyvatel Indonésie a Bornea dýchalo znečištěný vzduch a tisíce lidí zaplatilo za tyto požáry životem. Příčinou byla snaha vytvořit na úkor pralesa palmové plantáže.

Negativa takovéto produkce palmového oleje jsou jasná, ale nízká cena je schopna všechno přebít. Jsme tak svědky dalšího závodu na dno, při kterém se řídíme raději krátkodobým ekonomickým prospěchem než dlouhodobými zájmy udržitelnosti našeho života na Zemi. Jak je naznačeno, problém nespočívá pouze ve vypouštění škodlivých látek do našeho ovzduší, což samozřejmě napomáhá globálnímu oteplování, ale zejména v tom, že tak činíme v deštných pralesích, kterým právem přezdíváme plíce planety.

Jsem přesvědčena, že Evropská unie jakožto organizace silně podporující klimatickou dohodu z Paříže a cíle udržitelného rozvoje OSN musí v této věci konat. Jsem velmi ráda, že jsem ve stínových zpravodajích našla důležité spojení a dovoluji mi jim velmi poděkovat. A nejen jim, ale také všem jejich spolupracovníkům. Brali to téma s vážností, kterou si zasluhuje, a byli velkou oporou a velkými pomocníky. Možná, že jsme občas šli jinou cestou, ale směr zůstával stejný. Pro evropské spotřebitele, ale i občany ze zemí, které palmový olej produkují, jsme chtěli dosáhnout toho, aby se zamezilo odlesňování souvisejícímu s produkcí palmového oleje. Zabezpečit, že palmový olej dovážený do Evropské unie je pěstován a zpracováván způsoby trvale udržitelnými. Tlačit na co nejambicióznější certifikační schémata. Bojovat s porušováním lidských práv na plantážích a s pošlapáváním lidských práv původních komunit. Vyjádřit se rovněž k nelogičnosti toho, že v biopalivech první generace máme palmový olej, který způsobuje požáry zaplavující naše ovzduší značným množstvím CO₂.

Vážené kolegyně, vážení kolegové, těším se nyní na konstruktivní debatu o mé zprávě a o této problematice. Palmový olej jistě není největší zlo, které pod sluncem máme. Současný způsob pěstování a zpracování však představuje riziko pro naši planetu a z toho důvodu se domnívám, že o této problematice musíme nejenom mluvit, ale hlavně konat.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all I would like to welcome this own-initiative report and particularly congratulate Ms Konečná and her colleagues in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI). I would also like to congratulate and thank the other three associated committees as well for their good work, and I am referring to the Committee on Development (DEVE), the Committee on International Trade (INTA) and the Committee on Agriculture and Rural Development (AGRI).

Addressing the environmental and social challenges of deforestation and forest degradation has been, and will continue to be, a priority for the European Union, and in particular for the Commission. That is the case now more than ever as part of the implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development as well as for the Paris Agreement. Deforestation is a complex problem with many drivers such as infrastructure and agricultural expansion and with different dynamics in various countries, so there is no single solution. Tackling it requires action at many levels – at the international, national and local levels – and through joint efforts by different actors, acting together – governments, industry and business and civil society. It means working in partnership with countries which are most affected by deforestation and it means adopting a comprehensive and broad approach by identifying all the relevant policies, processes and tools we can work with.

The European Union has consistently been at the forefront of action in this area through both international and domestic initiatives. At the international level the European Union has proactively engaged in the UN Forum on Forests, in the Convention on Biological Diversity, in the implementation of the REDD+ framework, and under the UN Framework Convention on Climate Change. Domestically, since 2003, the European Union has an ambitious forest law enforcement governance and trade action plan which has delivered key results such as the conclusion of VPAs (voluntary partnership agreements) to help partner countries combat illegal logging. But being a frontrunner does not mean that no further engagement is needed. The evaluation of our FLEGT Action Plan demonstrated that the work we have carried out so far to combat illegal logging is achieving significant results, but also that we need to work more and we need to work better, both internationally and domestically.

Addressing illegal logging is not sufficient on its own. The main drivers of deforestation are related to a broad range of societal factors. In that context we also have to look, for example, at our own consumption and agricultural commodities that are often associated with deforestation, such as soybean and palm oil here in the EU. We are of course aware of the degree of public concern at the environmental impacts of palm oil production, such as deforestation and biodiversity loss, greenhouse gas emissions and indigenous rights issues, but we are also aware of the opportunities that it presents, for instance contributing to lifting thousands of people out of poverty in producing countries.

The Commission believes that we need to address the issue of deforestation by looking at a much broader range of issues and drivers. As a follow-up to the 7th EAP, the Commission launched this last year in 2016 a study to consider the feasibility of options to step up EU action to combat deforestation and forest degradation. The results of this report should be available by mid-2017. The Commission believes also that it is essential to cooperate and to support the efforts of producer countries to minimise deforestation and other negative impacts that palm oil cultivation can have in order to achieve sustainable production of this commodity.

Tiziana Beghin, *relatrice per parere della commissione per il commercio internazionale*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'olio di palma è un prodotto pericoloso che causa danni enormi. L'Europa ne è il secondo importatore mondiale, ma proprio per questo è anche in grado di dettare le regole sul mercato internazionale di questo prodotto ed esigere il rispetto dei diritti umani e dell'ambiente molto più di qualunque convenzione o accordo.

Forti di questa considerazione, nella commissione INTE abbiamo formulato delle raccomandazioni precise: dazi doganali differenziati per premiare chi produce in modo sostenibile; completa tracciabilità dell'olio di palma lungo tutta la filiera per capire chi davvero produce rispettando le regole; e infine abbiamo richiesto di usare i trattati di libero scambio per promuovere norme chiare e vincolanti sullo sviluppo sostenibile, l'ambiente e i diritti umani nei paesi produttori. Questo significa mettere il commercio al servizio dei più deboli.

Ringrazio la relatrice e tutta la commissione per l'ambiente, che hanno deciso di fare proprie le nostre raccomandazioni principali e di rifletterle nel testo finale che vedrà sicuramente il nostro supporto.

Florent Marcellesi, *ponente de opinión de la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural*. – Señora presidenta, el monocultivo de aceite de palma es un desastre para los ecosistemas y un peligro para nuestra salud. Fijense, es responsable en Indonesia de la deforestación de bosques del tamaño de Alemania. Además, en Europa, consumimos unas cantidades dañinas de aceite de palma: unos sesenta litros de media al año por persona, es decir, más colesterol malo y más problemas de corazón.

Y, por si fuera poco, casi la mitad del aceite de palma importado en Europa se usa para agrocombustible. Con estas miles de hectáreas de cultivos, queremos dar de comer a las personas o dar de comer a los coches. Por tanto, la Comisión Europea debe actuar para excluir de los fondos públicos el uso del aceite de palma como agrocombustible, poner en marcha un plan de acción vinculante contra la deforestación, etiquetar los productos que contienen aceite de palma y garantizar en los países productores los derechos de las poblaciones locales.

Alberto Cirio, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto anch'io ringrazio la relatrice per il lavoro che ha svolto e che abbiamo svolto in questi mesi per trattare un argomento sicuramente importante, che ha che fare con l'ambiente, che ha a che fare con la salute delle persone, ma che doveva essere trattato con la dovuta serietà e anche con i dovuti approfondimenti.

Infatti la questione dell'olio di palma, e della necessità che venga coltivato in modo sostenibile, ci ha fatto aprire gli occhi su realtà come quella indonesiana, in cui il rispetto dell'ambiente non sempre è garantito, però ci ha fatto anche capire che invece ci sono altri paesi del sud-est asiatico – in particolare ci riferiamo ad altre realtà, ad altri Stati – in cui noi abbiamo trovato e abbiamo riscontrato un maggior rispetto per l'ambiente, una maggiore educazione, una maggiore maturità, una maggiore sensibilità, una maggiore consapevolezza per quanto riguarda la necessità di garantire una produzione che sia sostenibile e che venga fatta nel rispetto dell'ambiente.

Questo è fondamentale, se pensiamo a paesi come la Malesia, che hanno fatto investimenti anche importanti per differenziarsi da quelli che sono stati elementi di sfruttamento, di mancato rispetto dell'ambiente di queste produzioni. E se da una parte abbiamo riscontrato che alcuni paesi si differenziavano in positivo, dall'altra parte non dobbiamo dimenticare – perché qui siamo nella sede del Parlamento europeo – che le più grandi industrie europee che hanno utilizzato negli anni l'olio di palma in Europa lo hanno fatto sempre nell'autonomo e volontario rispetto di questo equilibrio sostenibile.

Noi adesso prevedremo una tracciabilità, noi prevedremo di fare interventi in etichetta, prevedremo di garantire il percorso dell'olio di palma da dove viene prodotto a dove viene consumato. Sappiamo, e dobbiamo saperlo, che grandi aziende italiane ed europee fino ad oggi lo hanno già fatto, lo hanno fatto volontariamente per impegno loro, perché la sensibilità è una sensibilità di utilizzare un prodotto che non è nocivo di per sé, perché è un olio vegetale che c'è in natura, ma che deve essere naturalmente utilizzato e commercializzato nel rispetto dell'ambiente.

Paul Brannen, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, the S&D Group are pleased with this own-initiative report. We have had good cross-group cooperation and agreement on the important issue of palm oil and deforestation.

At the eleventh hour a letter was received by some of us from ambassadors representing some of the palm oil producing countries outside of the European Union. The letter makes four criticisms of Parliament's own-initiative report on palm oil and deforestation. However, all of these can be countered.

The first criticism made in the letter is that palm oil is not the main deliverer of deforestation. In reply, it may not be the single biggest cause of deforestation but it is responsible for some 29% which is a significant amount of deforestation. The European Union has signed up to ending deforestation and as the third largest market for palm oil the EU cannot turn a blind eye. Consumers have responsibilities too.

The second criticism is that the report attacks the reputation of palm oil producing countries. No, it does not! Nor does it call for the phasing out of palm oil.

The third criticism, that the aim of a single certification scheme is redundant, is not true. Too many schemes are now confusing the customer. We need one certification scheme.

The fourth criticism is that the report is partial and not inclusive. In reply, this again is not true. The process involved a sustainable palm oil round table which involved growers, cooperatives, processors, traders, development NGOs, environment NGOs and social NGOs. It was inclusive. It is an inclusive report.

To conclude, the European Union signed up to the UN Paris Agreement on climate change and this report helps deliver the EU's obligations and should be supported by Members of Parliament.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur, Ms Konečná, and her team for their work on this file. The text we will vote on is a true compromise text, and I appreciate the efforts made to accommodate all of our positions.

I am just going to concentrate on one thing here today, my personal priority in these discussions and something I am very pleased that has been included. It is the call for one single certification scheme at EU level. This is a scheme which businesses and consumers can easily recognise. I believe the existence of multiple certification schemes confuses consumers. You do not know which logo or scheme to trust when seeking to make a sustainable consumption choice.

I understand that there are difficulties. The main growers, most particularly in South-East Asia, the Indonesian and Malaysian growers, have not reached an agreement on what level of sustainability there should be and how it should be certificated. I am delighted that in our report we have laid that out really very carefully. A huge amount of work went on from the rapporteur to get that right, so that it is sensible, it is annotated, it lays out what we think could be done, what we think should be done. I believe that this is a huge step forward.

Rather than continue to demonise palm oil – some of the language even this evening I cannot possibly agree with, although I do recognise that deforestation is a bad thing – we should move ahead firmly with the certification schemes as laid out in this report and really get ourselves behind it here in the EU.

Dita Charanzová, *za skupinu ALDE*. – Paní předsedající, i já bych chtěla poděkovat paní zpravodajce, kolegyni Konečné, za práci odvedenou na této zprávě. Likvidace deštných pralesů kvůli pěstování palmového oleje je v současnosti jeden z největších ekologických problémů planety.

Alarmující je zejména rychlost a tempo likvidace deštných pralesů. Pralesů, které fungují jako plíce naší planety. Ohrožujeme tím naše budoucí generace, budoucnost lidí žijící v oblastech těžby, ohrožujeme tím řadu nejvzácnějších zvířecích druhů.

Jsem proto velmi ráda, že i Evropský parlament k této věci zaujal jasné stanovisko, že si uvědomuje naléhavost problému a potřebu jej řešit. I nebývalá shoda napříč politickými frakcemi je důkazem toho, že je zde vůle a snaha se problému věnovat. Vítám, že výsledkem jednání je materiál obsahující řadu konkrétních kroků. Ať už se jedná o zavádění minimálních standardů pro palmový olej dovážený do Evropské unie, prokazatelnost jeho původu, zajištění větší transparentnosti informací pro nás spotřebitele.

Evropská unie je třetí největší spotřebitel palmového oleje na světě. Jako i v řadě dalších oblastí i zde bychom se měli chovat zodpovědně a nastavovat tak standardy, které mohou inspirovat zbytek světa.

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – De Europese Unie is een gigantische afnemer van en een grote investeerder in palmolie en daarmee speelt Europa een grote rol in de vernietiging van onze planeet. Ten koste van toekomstige generaties en ten koste van leefgebieden voor mens en dier laat Europa oerbossen afbranden in Indonesië en Maleisië. Het certificeringssysteem voor duurzame palmolie heeft gefaald. Duurzame palmolie bestaat niet! Duurzame palmolie is een fabeltje om het geweten van consumenten, producenten en politici te sussen.

Laten we stoppen met het gebruik van conflictmaterialen zoals palmolie. Want niet alleen kolen en koper zijn funest voor onze planeet, maar palmolie is dat zeker ook. Laten we nu investeren in teelt in eigen bodem. Nu is de tijd om te investeren in biologische teelt van vlas, zonnebloemen en koolzaad. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.)

Arne Gericke (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Dankeschön Frau Hazekamp. Sie sind ja aus aus den Niederlanden, soweit ich weiß. Ich glaube, Sie tragen eine ganz besondere Verantwortung für Indonesien, denn soweit ich weiß, ist West-Papua komplett entvölkert worden. Dort wohnen nicht mal mehr 50 % der ursprünglichen Bevölkerung, und auch dort wird Palmöl angebaut. Könnte man nicht da schon mal anfangen, entweder das Palmöl aus West-Papua zu etikettieren oder, wenn das nicht reicht, wenn sie damit nicht aufhören, dort das Land zu entvölkern, auch dort mit Sanktionen zu drohen?

Anja Hazekamp (GUE/NGL), “blauwe kaart”-antwoord. – Dank u wel voor deze vraag. Natuurlijk heeft Nederland een behoorlijk verleden in Indonesië en dat is niet een verleden waar we trots op hoeven te zijn. Als we nu kijken naar de rol van Europa bij de ontbossing van oerwouden in Indonesië en Maleisië, dan moeten we ervoor zorgen dat we ons over vijftig jaar niet opnieuw hoeven te schamen. En we moeten nu stoppen met de invoer van palmolie en het gebruik daarvan.

Benedek Jávor, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, first of all I would like to say thank you to Kateřina for her outstanding work with the file.

Palm oil is clearly one of the major drivers of tropical deforestation and it not only has climate-related problems but also has a disastrous effect on biodiversity, and it also has some human rights issues including land grabbing and forced eviction of indigenous people. So that makes it clear that for the EU there are some things to do. The EU is the world's largest importer of embedded deforestation and also one of the biggest markets for palm oil globally. We Greens, in line with the report, believe that there is a clear need for a fully sustainable palm oil supply chain by 2020. Also we call on the Commission to come up with an action plan on palm oil. There is a need for comprehensive sustainability criteria for palm oil products, also with independent auditing and monitoring of the certification schemes. In the long term we also need a mandatory certification scheme for palm oil in the EU, and also binding commitments, in particular an anti-deforestation guarantee in trade and development cooperation agreements with producing countries.

Altogether I think that we also have to go beyond palm oil, as there are other issues of deforestation as well, and we call on the Commission to come up with not only a palm oil action plan but also with a deforestation action plan as soon as possible.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gli effetti disastrosi della coltivazione incontrollata di palma da olio sono sotto gli occhi di tutti. Nei paesi produttori, nonostante i numerosi proclami, manca ancora un cambio di rotta per mettere fine alla distruzione delle foreste pluviali, che forniscono servizi ecosistemici di valore inestimabile per noi e per le generazioni future.

Naturalmente non è l'olio di palma l'unico responsabile della deforestazione globale, lo sappiamo bene. La relazione che qui stiamo discutendo, tuttavia, segna un percorso preciso che dobbiamo seguire per questo ed altri prodotti, che corrispondono ancora ad un modello massificato e non sostenibile di produzione e di consumo, che è antitetico all'utilizzo e alla promozione di ingredienti e prodotti biologici, di qualità e preferibilmente anche a chilometro zero.

Vorrei che questa relazione domani venisse approvata anche perché incorpora molte delle richieste che il Movimento 5 Stelle ha avanzato nel lavoro della commissione per l'ambiente. Su tutte ne voglio ricordare due. La prima: la necessità di sostenere una mappatura del territorio nei paesi produttori, al fine di controllare l'espansione delle piantagioni e creare dei corridoi ecologici dedicati alla conservazione delle specie in pericolo critico di estinzione. In secondo luogo: la richiesta di congelare le superfici coltivate a palma da olio e di introdurre una moratoria sulle nuove concessioni nell'ambito del dialogo che l'Unione e gli Stati membri intrattengono con i paesi produttori a salvaguardia di ciò che rimane delle foreste pluviali. Ringrazio per il lavoro la collega Kateřina Konečná e tutti i relatori ombra.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, M^{me} la rapporteure propose des engagements fermes sur le travail ainsi que sur des critères sociaux et environnementaux en matière d'accords commerciaux. Pour autant, nous ne saurions diminuer notre dépendance à l'huile de palme sans envisager de solution de substitution pérenne.

Les huiles végétales qui pourraient s'y substituer exigent davantage de terrains cultivables. Un recours accru à ces cultures ne remédierait pas à la déforestation, à laquelle l'agriculture contribue pour 73 %. C'est donc à juste titre que M^{me} la rapporteure a nuancé la date de 2020 pour l'utilisation de l'huile de palme dans les biocarburants, qui représentent une part croissante de la consommation totale d'huile de palme. Il est donc urgent de développer les biocarburants de deuxième et troisième générations.

Cette transition énergétique doit s'accompagner d'une transition sociale. Les petits producteurs assurent environ 40 % de la production mondiale. Nous devons leur garantir un traitement équitable en matière de certifications.

Je prends acte du fait que ce texte traite toutes ces questions. Toutefois, l'ensemble de nos politiques doit établir un cadre cohérent pour notre futur approvisionnement énergétique.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Frau Präsidentin, geschätzter Herr Kommissar! Der Verbrauch von Palmöl ist in den letzten 30 Jahren um rund 700 % gestiegen, und das Resultat ist mittlerweile wirklich ein eklatanter Raubbau und auch eine Ausbeutung in den produzierenden Ländern. Mittlerweile findet sich in nahezu allen Produkten – egal, ob in Lebensmitteln, Kosmetika, Waschmitteln und Sonstigem – als Zusatzstoff das Palmöl. In all diesen Produkten unseres Alltags ersetzt billiges, industriell produziertes Palmöl zum Teil auch wirklich nachhaltige und vor allem heimische Alternativen. Mich verwundert auch, dass vor allem auch politische Gruppierungen hier immer wieder auf die Kampagnen der Palmöllobby hereinfallen und zum Teil auch tierische Produkte und tierische Fette verteufeln, die aber vor allem in Europa zu viel, viel besseren und nachhaltigeren Standards produziert werden.

Ich möchte hier ausdrücklich die Forderungen nach einer transparenten Kennzeichnung von Palmöl in veredelten Produkten unterstützen und vor allem auch an die Konsumenten appellieren, bei ihren Kaufentscheidungen immer wieder auch darauf zu achten, wo Produkte produziert werden.

Außerdem möchte ich meine Forderung nach einer Butterfettstütze unterstreichen. Wir könnten einfach und wirklich auch sehr effizient über Maßnahmen Butterfett wieder stärker in die Lebensmittelproduktion einbringen und somit eben Palmöle ersetzen. Und außerdem sollte es wieder attraktiver werden, Öle in Europa zu produzieren – Pflanzenöle. Somit könnten wir den CO₂-Fußabdruck verringern und auch für mehr Regionalität sorgen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Elnök asszony, tisztelt Képviselő asszony! Én remélem jól értettem, amit mondott, de ha igen, akkor egy picit nekem hiányom van, mert olybá tűnt, mintha ön a termelő országokra helyezné a probléma megoldásának a súlyát, miközben a fejlett országok azok, amelyek keresletet támasztanak ezeknek a termékeknek. Nem gondolja-e, hogy a kereslet szűkítésével kéne inkább élni, mintsem kifelé mutogatni?

Elisabeth Köstinger (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Das eine bedingt auf jeden Fall das andere, aber das, worum es mir eigentlich geht, ist, dass wir in Europa sehr viele Möglichkeiten haben zu produzieren und somit eben letztlich auch diese Abhängigkeit von den Importen zu verringern. Was wir hier nämlich immer wieder vergessen: Beispielsweise Speiseeiserzeugung und vieles andere mehr ist vor Jahren ersetzt worden durch billige Produkte, zum Teil eben auch Palmölprodukte, und das, was verdrängt worden ist, waren Milcherzeugnisse, und das könnte auch wieder rückgängig gemacht werden und somit natürlich auch die Nachfrage in Europa reduziert werden.

Miriam Dalli (S&D). – Madam President, I would like to start by saying thank you to Kateřina Konečná as rapporteur for her work on this report and also to our S&D shadow, Paul Brannen, because whilst progress has been registered in international, European and national policies and in the regulatory framework, and whilst various commitments have been made from political, financial and industry leaders, we still need to work harder to make sure that the business of clearing out forests for palm oil and timber plantation, of robbing indigenous people and invading the land and resources, will no longer be considered business as usual.

Sustainable policies addressing deforestation can stimulate economic growth and development. They can encourage agricultural productivity and reduce social conflict. They can be a win for our climate, for inclusive development, for economic growth, and for small-scale farmers and indigenous people alike.

But we need to act together. Only if we all do our part can we achieve these benefits. This is an appeal to promote forest protection as a new way of doing business and not as a threat to business. We require measures that are environmentally sustainable, measures that are socially responsible. Ultimately, it is our responsibility to support sustainable production and provide EU consumers with a choice based on informed decisions. Accepting palm oil from sustainable sourcing is our obligation if we want to address deforestation and prevent extinction of threatened species.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, nemamo što drugo nego priznati sami sebi da jednostavno nismo reagirali na vrijeme i da nam sada trebaju „vatrogasne mjere“. Simbolički spominjem „vatrogasne mjere“ jer znamo što znači kada vatra pohara šume. Mi njima sada haramo na drugi način, zbog želje za profitom, ekstra profitima, zbog korupcije. Uopće nas ne zanima zaštita okoliša ni osnovne vrijednosti koje promoviramo, prije svega, u vlastitom dvorištu. Kao da će ovaj mali planet živjeti samo od toga što ga mi štitimo na području našeg kontinenta.

Naša trgovina, naše tvrtke koje tako užurbano žele svoj razvoj i doći do kapitala na nekorektan način, bez poštene trgovine, neće pomoći ovom planetu. Zato sam ja i za sljedivost i certificiranje i za mnogo toga što je u ovom izvješću vrlo dobro izneseno.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señora presidenta, la causa del 80 % de la deforestación mundial es la agricultura. Perdemos nueve millones de hectáreas en bosques —es lo mismo que la superficie de Portugal o tres veces la de Bélgica— cada año.

Los europeos somos parte de este problema, y el aceite de palma es una de sus caras más dañinas. No vale seguir mirando hacia otro lado; no podemos eludir nuestra responsabilidad como uno de los mayores importadores y consumidores de aceite de palma. No podemos eludir nuestra responsabilidad.

Según un estudio de la propia Comisión, la huella forestal de la Unión sigue sin crecer año tras año. Mientras sigamos funcionando como si no hubiera límites a la explotación de la tierra, seguiremos siendo cómplices de un desastre medioambiental y humano sin precedentes.

¿Cómo lo podemos evitar? Para empezar hay que establecer una normativa de carácter vinculante. Es lo que queremos con este informe: que en las importaciones de aceite de palma se garantice la sostenibilidad y la trazabilidad de la cadena de suministro. Es posible, necesario y, además, está en nuestras manos.

Para terminar, quería felicitar a mi compañera Kateřina por este importante informe.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, I would like to thank rapporteur for this report on palm oil. I think at the core what we are seeing here is that we, as the European Union, should start using our bargaining power as a big market. We are the second importer of palm oil in the world. Twelve percent of the global production is imported into the EU. The standards that we are setting will be a global example. We are doing it, for example, for conflict minerals. Now it is time for us to take the next step: looking at palm oil production, knowing that there are cases of human rights violations, that there are cases of environmental destruction. If we set our standards and make sure that according to these sustainability criteria only the good stuff is used for import into the EU, we will set a global standard. And that is exactly what we should be doing, for the environment but certainly also for the people earning their money from these products, and that is what we are doing here and it is time we used that power.

Julia Reid (EFDD). – Madam President, the rapid deforestation on the islands of Sumatra and Borneo in Indonesia are of great concern, in particular the threat of extinction to the species that live there. In fact Borneo and Sumatra are the only places on earth where tigers, rhinos, orang-utans and elephants coexist. Such deforestation, caused by the increased demand for palm oil over the past 20 years, is driven in part by the demand for their use in biofuels and biomass, and has led to the decimation of parts of both the Indonesian and Amazonian rainforests. To add insult to injury, these wildernesses, teeming with wildlife, are being replaced by huge palm oil plantations, a sterile monoculture that supports very few living creatures. Coupled with illegal logging, we are witnessing an ecological disaster, as these wildernesses are being sacrificed on the altar of anthropogenic global warming climate change. However, my party UKIP, are unable to support this report as we believe that legislation such as this is too important to be decided by the European Union, and should be left to nation states collaborating at international, rather than at European, level.

Angélique Delahaye (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, il est de notre devoir de faire le maximum pour lutter contre la déforestation.

En effet, les forêts jouent un rôle essentiel en matière d'adaptation au changement climatique et d'atténuation des effets de ce dernier. Or, le développement très rapide, ces dernières années, de la monoculture du palmier à huile est à l'origine d'une partie de la déforestation mondiale. L'Union européenne, en tant que consommatrice d'huile de palme, a donc un rôle majeur à jouer.

Plusieurs pistes ont été lancées dans ce rapport et certaines me semblent particulièrement importantes, notamment le soutien d'une production d'huile de palme durable, garante de la forêt, qui assure une grande transparence dans la production et une bonne traçabilité tout en permettant le maintien de l'agriculture locale et de ses emplois. Dans ce cadre, je soutiens les propositions en faveur d'une information plus simple et plus compréhensible pour les consommateurs sur l'huile de palme durable, ainsi que la mise en place d'une certification unique.

J'aimerais m'arrêter un instant sur la question des biocarburants. Il ne faut pas confondre la question de l'huile de palme avec celle, plus globale, des huiles végétales, telles que le colza, qui peuvent être des coproduits nécessaires à notre autosuffisance en matière de protéines tout en répondant à une logique d'économie circulaire.

À mon sens, ce sujet relève pourtant de la révision de la directive «Énergie» et je regrette que certains aient voulu utiliser ce rapport pour préempter les discussions.

Susanne Melior (S&D). – Frau Präsidentin, verehrter Kommissar Vella! Wir haben hier heute mit Palmöl ein ganz wichtiges Thema auf der Tagesordnung. Ich danke der Berichterstatteerin auch ganz herzlich für die gute gemeinsame Arbeit im Vorfeld. Wir haben bei verschiedenen technischen Treffen, aber dann auch im *shadow meeting*, ganz gut zusammengearbeitet und auch eine gute Empfehlung ausgearbeitet.

Es sind immerhin 40 % der weltweiten Entwaldung, die durch die Schaffung großflächiger Palmöl-Monokulturen verursacht werden. Dieses Problem ist von den Kollegen hier auch mehrfach angesprochen worden: Die Entwaldung bringt es eben mit sich, dass wir 1,5 Gigatonnen Kohlenstoffdioxid zusätzlich freisetzen. Das entspricht etwa einem Viertel der jährlichen Emissionen aus fossilen Brennstoffen hier bei uns in der EU. Dadurch werden fast 70 Millionen Menschen von ungesunder Luft betroffen, und es führt zu Tausenden vorzeitigen Todesfällen.

Aber auch wertvolle Pflanzen und Tiere gehen verloren. Von daher ist es das dringendste Problem, dass wir der Entwaldung entgegenstehen und ein einheitliches Zertifizierungssystem auf den Weg bringen, was dies mit beinhaltet.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Die Palmölproduktion ist extrem schädlich für die Biodiversität, und riesige Regenwaldflächen wurden und werden dafür zerstört. Zahlreiche Tierarten verlieren ihren Lebensraum und sterben aus. Palmöl ist auch schädlich für die Menschen, denn der Landraub durch große Konzerne treibt die indigene Bevölkerung in den Ruin. Den Preis für billiges Palmöl zahlen also Menschen, Tiere und die Natur. Palmöl rangiert nach der globalen Fleisch- und Sojaproduktion an dritter Stelle der umweltschädlichsten Agrarerzeugnisse.

Der Bericht Konečná verdient unsere Zustimmung, da er gute Lösungsvorschläge enthält. Er appelliert an die EU, die dringend erforderlichen Maßnahmen zur Minimierung der negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen der Palmölproduktion ins Auge zu fassen. Aber mit einer Tatsache müssen wir uns abfinden: Wirklich ökologisch nachhaltig und sozial produziertes Palmöl gibt es nicht und wird es auch in Zukunft nicht geben. Sagen wir also, Herr Kommissar, mit diesem Bericht der unregelten Palmölproduktion gemeinsam den Kampf an.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar Vella, ich bin enttäuscht von Ihrer Antwort, die Sie gegeben haben. Das ist leider sehr unambitioniert, und Sie setzen auf freiwillige Partnerschaften. Damit wird das Problem nicht gelöst werden. Wir müssen was am Verbrauch tun, das haben viele Kollegen gesagt. Palmöl ist ein Billigmacher in Nahrungsmitteln und kann ersetzt werden. Aber was ein echter Skandal ist, ist dass 45 % des Palmöls – immerhin eine Million Hektar – tatsächlich in Agrotreibstoffe wandern. Das müssen wir doch sofort beenden und nicht erst 2020. Das ist schmutziger Treibstoff, und da kann man nicht noch ein Umweltetikett draufkleben.

Wir müssen aber auch angehen, dass europäische Firmen, europäische Banken noch an der Finanzierung des Geschäfts mitwirken. Da müssen wir einen Riegel verschieben. Aber wir sind uns ja alle im Klaren: Ein Großteil der Entwaldung geht auf das Konto von Palmöl, auch ein Großteil der Emissionen geht auf das Konto von Palmöl, und dann gibt es trotzdem noch welche, die dann mit Nachhaltigkeitszertifikaten wie dem Runden Tisch für Palmöl kommen. Es gibt im Moment keine nachhaltige Zertifizierung, die wirklich ihren Namen verdient. Wir müssen Kriterien anlegen, die wirklich nachhaltig sind, und nicht diesen Etikettenschwindel noch mitmachen.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io credo che su una cosa oggi tutti quanti siamo d'accordo: dobbiamo utilizzare un olio di palma che sia prodotto in modo sostenibile e non ci deve più essere questa deforestazione selvaggia, soprattutto in Indonesia.

Tante altre cose però non sono comprensibili, e lì ci dividiamo. Intanto io vorrei ricordare che l'olio di palma viene coltivato oltre che in Malesia e in Indonesia anche in altri 17 paesi della fascia equatoriale, e fornisce così sussistenza economica a milioni di persone. Poi dobbiamo ricordare – come è stato già ricordato – che se noi sostituiamo l'olio di palma con altri oli vegetali andiamo a consumare ancora più terreno, perché l'olio di palma ha una resa superiore tra le cinque e le undici volte rispetto a tanti altri oli.

E poi non occorre parlare con le industrie, basta parlare con i tecnici e con i nutrizionisti per capire che l'olio di palma ha molte caratteristiche anche utili, per esempio per la salute, perché l'olio di palma, essendo praticamente solido a temperatura ambiente, non ha bisogno di idrogenazione e quindi è più idoneo a limitare, per esempio, i rischi di malattie cardiovascolari rispetto agli acidi grassi trans derivanti dal processo di idrogenazione. Sono tantissime le qualità che questo olio ha, e non può essere sostituito, per esempio, neanche dal burro – e qui sotto io ci vedo anche una guerra commerciale – perché il burro contiene leggermente più acidi grassi saturi, si irrancidisce più rapidamente e abbrevierebbe quindi la vita dei prodotti.

Quindi, per concludere, il nostro messaggio è questo: la soluzione non è boicottare l'olio di palma ma comprarlo sostenibile, assicurandone la tracciabilità.

Pavel Poc (S&D). – Paní předsedající, především bych chtěl pogratulovat a poděkovat kolegyni Kateřině Konečné, že se jí podařilo toto téma dostat na agendu plenárního zasedání Evropského parlamentu. Evropané se totiž zajímají o to, zda a jak svými spotřebitelskými preferencemi napomáhají k ničení životního prostředí, biodiverzity i místních komunit, v tomto případě ekosystému deštného pralesa a zemědělství a místních komunit v jihovýchodní Asii.

Nyní tedy konečně v tomto smyslu jasně vystupuje i Evropský parlament. Já doufám, že Evropská komise a členské státy teď skutečně udělají všechno pro to, aby od roku 2020 byl v Evropské unii používán výhradně palmový olej z udržitelné produkce, a to podle jednotné certifikace. V kompromisním textu také Evropský parlament požaduje postupné ukončení používání palmového oleje a dalších rostlinných olejů jako složky biopaliv s preferencí od roku 2020. V tomto ohledu bych uvítal tvrdší výsledek, ale toto je začátek a jsem za něj rád.

György Hölvényi (PPE). – Elnök asszony! Először is hadd köszönjem meg mindenkinek a munkát, mert itt azért látszik, hogy itt pártok között is van egyfajta tapasztalható konszenzus. Na most, a Fejlesztési Bizottság által készített vélemény néppárti felelőseként, mindenk előtt a pálmaolaj termelő vidéken élők és az ott dolgozók szempontjait szeretném kiemelni. Nagy kísértés lenne természetesen környezetvédelmi szempontokról is beszélni. A pálmaolaj-előállítás nagyrészt hatalmas piaccal rendelkező nemzetközi nagyvállalatokhoz köthető, habár ezek a cégek egyfajta munkát, megélhetést nyújtanak a lakosoknak, végtelenül kiszolgáltatottá is teszi az itt élőket.

Arról nem is beszélve, hogy a helyi kistermelőknek esélyük nincs versenybe szállni az óriásvállalatokkal. A pálmaolaj-kitermeléssel járó környezeti hatásokat, mindenk előtt az erdőirtás következményeit, amiről itt már ugye nagyon sok szó esett, a helyi lakosok szenvedik el. Szeretném megmondani, hogy látom, két feladatunk van: mindenképpen kísérjük kellő súllyal és figyelemmel, ezt tesszük ma itt is, az ott élők érdekeit. A fejlesztési politikánk kialakítása során környezetvédelmi és fenntarthatósági szempontokat együtt képviseljük, és egy biztos, hogy meggyőződésem, hogy Európa a pálmaolaj előállításának a jelenlegi rendjében nem lehet az erdőirtások és az embertelen munkakörülmények hasznélvezője.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, o óleo de palma é largamente utilizado na indústria alimentar e também no setor dos cosméticos e biocombustíveis e a verdade é que, nos últimos 20 anos, a sua produção tornou-se insustentável e resultou numa desflorestação massiva, na perda de *habitats* naturais, à quase extinção de muitas espécies e ao consequente aumento das emissões de gases com efeito estufa. São também reportados muitos casos de trabalho infantil e de expropriação de terras indígenas para a produção de óleo de palma.

Neste quadro, a União Europeia – que é o terceiro maior mercado mundial desta matéria-prima – tem uma grande responsabilidade. Deve assumir um papel liderante no combate a práticas de desperdício e de abuso no consumo de óleo de palma e adotar critérios de mínimos de sustentabilidade nas suas importações desta matéria – que devem ser certificadas – e deve também ser eliminado gradualmente o uso destes óleos vegetais na produção de biocombustíveis, aumentada a rastreabilidade e a etiquetagem e também a informação aos consumidores. Este relatório é um passo na direção certa e, por isso, quero felicitar os seus relatores.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Mevrouw Kateřina, dank u voor het prachtige verslag. Het behoud van het regenwoud en de wereldwijde biodiversiteit zijn van levensbelang voor de toekomst van de mensheid, en daar spreken we over. Maar palmolie is niet de enige oorzaak van de wereldwijde ontbossing. De groeiende wereldvoedselvraag, de bevolkingsdruk en de illegale houtkap zijn ook oorzaken. Laten we daarom duurzaamheidsinspanningen van lidstaten en bedrijven, zoals in Nederland, ondersteunen en navolgen.

Europa, onze Europese Commissie en allen: onderteken de verklaring van Europa en van Amsterdam! Vóór het jaar 2020 gebruiken we dan alleen gecertificeerde duurzame palmolie. Duurzame palmolie is onmisbaar voor onze voedingssector, die zowel werkgelegenheid als natuurlijk ook een hele goede bron oplevert voor heel veel voedselproductie. Onderzoek en ondersteun daarnaast ook onze Europese oliën en vetten, zoals koolzaad, botervet, alternatieven, waardoor synergie met bestaand Europees beleid bereikt wordt. Nieuwe diervoeders en circulaire biobrandstoffen van de tweede en derde generatie zijn een deel van de oplossing!

Tot slot, Europese boeren voeden de wereldbevolking. Geef hun de ruimte, maar laat onze Europese akkers dan ook optimaal benut worden voor onder andere vlas zonnebloemen en koolzaad.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já chci také poděkovat mé kolegyni Kateřině Konečné za zprávu, kterou se jí podařilo předložit ve spolupráci s dalšími poslanci. Je to vlastně příspěvek Evropského parlamentu k ochraně životního prostředí. Je to také naše odpovědnost, neboť Evropská unie je druhým největším dovozcem palmového oleje. Máme tak šanci změnit chování producentů oleje a docílit tak zlepšení této situace. Konkrétním přínosem by bylo vytvoření jednotného zavazujícího certifikátu, který by dával spotřebitelům jasnou informaci o původu palmového oleje a tady očekávám aktivitu od Evropské komise.

Samozřejmě by přispělo také vytvoření transparentnějšího pozemkového registru v producentských zemích, zde ale je jeho zřízení v rukou producentských zemí, jako je Indonésie či Malajsie. Evropská unie by v této věci měla být iniciativní v rámci mezinárodních jednání. Jen se obávám, aby rychlost těchto kroků byla rychlejší než nenapravitelné ničení přírodního bohatství.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta, en primer lugar, quiero felicitar a la ponente y a los ponentes alternativos —especialmente a Paul Brannen, mi colega— por este informe de iniciativa en el que se recogen, en particular, los impactos ambientales de la industria del aceite de palma, a la par que se fomenta una producción más sostenible de este producto.

En las últimas dos décadas, el cultivo intensivo de aceite de palma ha llevado a la deforestación masiva de alguno de los ecosistemas más preciados —y eso es un hecho incuestionable que todos debemos reconocer hoy aquí—, lo que ha llevado a algunas especies al borde de la extinción. La Unión Europea es el tercer consumidor de aceite de palma; por lo tanto, tenemos una gran responsabilidad.

Se han adoptado ya algunas medidas, pero aún no son suficientes para acabar con la creciente demanda de este aceite de palma. Hay que tomar medidas más estrictas en el ámbito europeo y realizar campañas informativas destinadas a los consumidores para que puedan tomar mejor sus decisiones; un régimen único de certificación es un buen camino para ello también.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, na semana passada, na cidade de Mocoa, no sul da Colômbia, 250 pessoas perderam a vida devido a intensas chuvadas e deslizamentos de terra que arrasaram dezassete bairros daquela povoação.

Na capital da Indonésia, também na semana passada, ocorreu um incidente semelhante que ceifou a vida a várias pessoas e deixou outras tantas desaparecidas. Um pouco por todo o mundo sucede-se este tipo de calamidades que, normalmente, afeta aqueles que são os mais vulneráveis da sociedade: os pobres e os indigentes.

A causa é recorrente: a destruição intensiva dos *habitats* florestais através da constante desflorestação para exploração agrícola e para a construção de infraestruturas, tais como diques e barragens.

Entendo que este é o momento certo para que a União Europeia promova um plano de ação contra a desflorestação e a degradação das florestas, bem como a produção de óleo de palma. São muitos os vastos problemas que hoje atingem os ecossistemas tropicais, que apenas ocupam 7 % da superfície terrestre. O óleo de palma está a ser cada vez mais utilizado como biocombustível e uma parte substancial da sua produção não respeita os direitos humanos, recorrendo à mão de obra infantil.

Este relatório destaca que o respeito pelos direitos humanos fundamentais, a proteção da floresta e a produção sustentável de óleo de palma são objetivos conciliáveis entre si. Resta agora a União Europeia empreender esforços para que, até 2020, a totalidade do óleo de palma consumido na Europa seja sustentável. Espero que a votação de amanhã possa refletir a urgência de uma ação.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Palmių aliejus yra grėsmė ne vien atogrąžų miškams. Palmių aliejus jau senokai naudojamas maisto pramonėje kaip „augaliniai riebalai“. Pigus palmių aliejus iš vis didesnio kiekio maisto produktų išstumia natūralų sviestą, juo pakeičiami pieno riebalai. Kai kuriuose net kūdikiams skirtuose mišiniuose jis sudaro iki ketvirčio visos produkto masės. Tai turi tiesioginį poveikį visam Europos žemės ūkiui: naudodami importuotą palmių aliejų mes ne tik skatiname atogrąžų miškų naikinimą, tačiau ir atimame pragyvenimo šaltinį iš savo ūkininkų – pieno gamintojų bei perdirbėjų. Ar to reikia mums, europiečiams, ir taip turintiems pieno ir jo produktų perteklių? Todėl pritariu visoms iniciatyvoms, skirtoms palmių aliejaus naudojimui ir importui mažinti.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, la révision de la directive sur l'énergie sera bientôt présentée au Parlement, je commence donc à travailler sur les questions de méthanisation. J'ai découvert avec beaucoup d'inquiétude que des systèmes de méthanisation utilisaient à la fois des céréales et des huiles alimentaires, dont l'huile de palme. Pour ma part, je refuse de voir des productions comestibles être massivement utilisées dans la production de carburant.

Dans le cas de l'huile de palme, cette question se double de problématiques de déforestation des forêts humides indispensables aux équilibres climatiques, de dérives sur les conditions de travail ainsi que d'une pollution extrêmement dangereuse pour les populations locales, tout cela au profit de quelques-uns.

Sans condamner l'huile de palme, il faut aujourd'hui prendre des dispositions afin que ce produit ne soit utilisé en Europe que pour les besoins indispensables. Il serait inconséquent de l'utiliser comme source de carburant, par exemple, mais aussi comme élément de friture, notamment dans les restaurations collectives.

En fait, il faut mettre en place une gestion durable, équilibrée et surveillée entre producteurs et consommateurs.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, палмовото масло намира все по-широко приложение заради по-евтината цена като суровина спрямо сходни такива продукти, но този спестен разход за тази суровина ще рефлектира в многократно по-високите разходи за обществено здраве и от държавните бюджети и цената, която ще трябва да платят потребителите.

Смятам за стряскаща информацията, че палмовото масло се използва в производството на детски и бебешки храни. Според оценка на експерти 50% от всички храни в Европейския съюз съдържат палмово масло. Наскоро Европейският орган за безопасност на храните публикува информация, че продуктът е канцерогенен и генотоксичен.

Порочните практики явно са предприети от недобросъвестни производители, но затова трябва да се намеси Европейската комисия и да забрани използването на суровината в хранително-вкусовата промишленост. Само за миналата година в моята страна България са използвани 12 хиляди тона в хранително-вкусовата промишленост.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Zehn Millionen Liter Palmöl fließen täglich in der Europäischen Union in die Treibstoffkanister, in den Tank. Alleine im Zeitraum 2010 bis 2014 hat die Beimischung von Palmöl im sogenannten Biotreibstoff sich versechsfacht. Durch die aufgezeigten Beispiele, von denen wir heute gehört haben, zeigt sich, dass hier der Gedanke, nachhaltig zu wirtschaften, ad absurdum geführt wird. Nur ein Beispiel: Alleine in Malaysia und Indonesien sind in den letzten 25 Jahren Wälder abgeholzt worden, die dem gesamten Waldbestand der Republik Österreich entsprechen. Weitere 30 % der österreichischen Flächen entsprechen jenen Flächen, die ursprünglich in Malaysia und Indonesien Moorböden waren. Wir sehen, hier wird nicht nur der Mensch geschädigt, hier wird die Natur geschädigt, hier wird die Biodiversität geschädigt. Wir müssen dem Palmöl das Aus ansagen.

(Fin des interventions à la demande)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all, I agree with Susanne Melior, who said that this is a very important discussion. I would like to thank you all for sharing your views on this important matter.

As you have confirmed, deforestation is a very complex issue and I think we can agree on a number of points. But we need to take a broader look at deforestation because it is not caused only by the palm oil industry. On the other hand, not all the palm oil industry produces deforestation. So we cannot take a black and white approach. Here I would like to draw a parallel with agriculture. As in all activities, agricultural activity has both good and bad practices. I agree totally that we need to have a more sustainable agriculture, but we cannot say that we have to scrap all agriculture.

A number of colleagues mentioned traceability. I think that traceability and informing consumers about the sustainable production of products also helps a great deal as consumers can take on – and I think consumers should take on – their environmental responsibilities as well. I agree with Bas Eickhout who said that the power of consumers cannot be underestimated. We all agree that we should stop irregular and unsustainable production, not just of palm oil, but any unsustainable production of any product. But do we all agree that all production of palm oil is irregular, illegal or unsustainable? Julie Girling also mentioned palm oil certification. The Commission is also specifically looking at the issue of palm oil certification schemes through a dedicated study which will inform its ongoing work on deforestation.

Some Members also mentioned palm oil as a biofuel. We need to work on sustainable production, but we also need to work on sustainable consumption, including biofuels. The Commission has already proposed revising the Renewable Energy Directive to gradually reduce the share of food-based biofuels after 2020. Already this directive does not allow biofuels to count towards renewable energy targets if they come from land that has been deforested since 2008.

I think the final speaker or the speaker before last also mentioned that palm oil in baby food is toxic and harmful. Here our information is that the European Food Safety Authority (EFSA) is working on this, but there is no proof that these products are toxic or harmful.

I will conclude by saying that this report by Parliament is a very useful contribution to the debate. I have already mentioned that the Commission launched a study last year which will give us a better insight into this industry. In addition, the Commission will also be organising a conference on illegal logging and deforestation in the coming months in Brussels, bringing together producer and consumer countries, as well as private sector and civil society organisations. Here I would like to mention that Kateřina and all her colleagues could – and should – also participate in this conference. I trust that this conference will provide a very useful opportunity to strengthen our dialogue with third countries and trigger further contributions to the Commission's work on deforestation.

Finally, once again, I would like to thank Kateřina Konečná and her colleagues for their good work.

Kateřina Konečná, *zpravodajka*. – Vážené kolegyně a vážení kolegové, dovoluji vám moc poděkovat za tu debatu, která tady proběhla, a mám víru v zítřejší hlasování a v to, že snad už teď, byť by se to nemělo říkat dopředu, mohu říct, že se nám povedl obrovský kus práce.

Já bych chtěla snad jen podotknout, že se rozhodně téma palmového oleje a také to byl důvod, proč se ta zpráva rozšířila ze tří stran na dvacet, netýká pouze odlesňování, týká se obchodu s dětmi, lidské práce, týká se sociálních aspektů, týká se biodiverzity, týká se neskutečné spousty témat. A jak tady řekl jeden z kolegů – možná v tuto chvíli hasíme nejen požár v Indonésii, ale hasíme požár, který jsme dlouho přehlíželi právě tím, jak jsme dovolili, aby produkce palmového oleje rostla a naše spotřeba rostla neuvěřitelným způsobem.

Já chci jenom dodat to, že jsem moc ráda, že my tady v Evropském parlamentu jsme zvládli tu debatu jako debatu komplexní. Debatu, která možná nebyla tak vyhrocená a emoční, jak si někteří na začátku představovali, ale která byla věcná, apolitická, vyvážená a pevně věřím, že v té zprávě najdete vše, co se palmového oleje týká. Koneckonců to konstatovali nejen nevládní organizace, kterým moc děkuju za podporu, ale také průmysl, se kterým jsme o těch věcech otevřeně komunikovali, a všichni, kteří se o to téma zajímali, vyjma některých lobbistických organizací z některých zemí, které nás ani nekontaktovaly, ale nyní různě komunikují přes Twitter a Facebook a píšou vám e-maily o tom, jak je vše špatně. Garantuji vám, že kdyby se chtěly sejít, měly možnost a nikdy tak neučinily.

Komise má řadu doporučení, já za ně děkuju. Díky za tu studii, na kterou čekáme a podle mých původních informací měla být už v únoru. Ale nemůže to být o studiích, o doporučeních, o konferencích, pane komisaři, prosím, tohle už musí být o konkrétních věcech a konkrétních činech, nejenom Evropské komise, ale nás všech. My vám v té zprávě snad ukazujeme cestu. Já děkuji, že za tím společným cílem možná půjdeme různými cestami, ale dojdeme do toho společného cíle a dojdeme do něj včas. To bude to nejdůležitější, co pro budoucnost naší planety a naše děti můžeme udělat.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 4 avril 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Carolina Punset (ALDE), por escrito. – Europa es uno de los mercados más importantes para el aceite de palma, pues destina casi el 50 % a la fabricación de biodiesel. Aunque nos empeñamos con fuerza en limitar las emisiones de CO₂, no tenemos ningún reparo en importar aceite de este tipo, un 300 % más contaminante que la combustión de diésel fósil, según recoge el informe Globiom, realizado para la Comisión. Nuestra extrema hipocresía nos hace eludir responsabilidades ambientales, sociales y ecológicas solo porque es el más barato de los aceites vegetales. La Comisión debe abordar el final del uso de aceite de palma como materia prima de biocombustible. Europa tiene la fuerza del tercer consumidor mundial para detener la mayor y más rápida deforestación de la historia de la humanidad, sobre todo en los bosques de Borneo y Sumatra. ¿Realmente existe un cultivo de palma sostenible? Creo firmemente que no y solo la falta de perspectiva del problema del calentamiento global nos hace pensar que esto pueda ser así. Mientras nos planteamos establecer tasas de ajuste en frontera a la importación de materiales de construcción y cemento, denuncio que nadie proponga establecer estas tasas para atenuar el descalabro que el monocultivo de aceite de palma conlleva para el calentamiento global.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), in writing. – The EU renewable energy policy is driving demand for biofuels within and beyond Europe's borders. This has led to massive land-use change in various parts of the world and can have serious consequences. The competition for arable land has affected food security at local level as well as global food prices. Some biofuels can even emit more greenhouse gases than the fossil fuels they were supposed to replace. Given these concerns, I welcome the measures proposed in this report. A phasing out of palm oil will reduce the risk of associated deforestation and damaging land-use change. And certification based on sustainability criteria will reduce demand for the most damaging biofuels. Bio-based fuels are not infinite natural resources which can be exploited without consequences. Over-exploitation requires huge amounts of land, water, fertilisers and pesticides, causing pollution, soil degradation, and damage to ecosystem services. A bio-based economy must be developed in the right way, because using the wrong sources of bio-energy can do far more harm than good.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), în scris. – Agenda 2030 angajează Uniunea Europeană să promoveze gestionarea durabilă a pădurilor, prin stoparea defrișărilor, refacerea pădurilor degradate și creșterea substanțială a împăduririlor și reîmpăduririlor. Acest deziderat este posibil prin oferirea de modele de producție și consum durabile și de practici durabile atât companiilor, cât și consumatorilor, în conformitate cu politicile și prioritățile naționale.

În același timp, consumul de ulei de palmier, preconizat a se dubla în 2050, solicită defrișări ale pădurilor tropicale, ceea ce înseamnă distrugerea habitatelor naturale, a ecosistemelor și biodiversității, precum și favorizarea schimbărilor climatice. Mai mult decât atât, producția de ulei de palmier aduce atingere drepturilor și libertăților fundamentale ale celor implicați în respectivul proces.

De asemenea, uleiul de palmier (Dende), cel mai folosit în industria alimentară, potrivit Autorității Europene pentru Siguranța Alimentară a Uniunii Europene (EFSA), este cancerigen.

Ca atare, sunt necesare intensificarea cercetărilor și campaniilor de informare privind impactul utilizării și consumului de ulei de palmier asupra sănătății și siguranței umane și asupra mediului, precum și cercetarea dimensiunii sociale a producției, utilizării și consumului uleiului de palmier.

20. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

21. Betrügerische Praktiken in der brasilianischen Fleischbranche (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la question orale à la Commission sur les pratiques frauduleuses dans le secteur de la viande au Brésil de Czesław Adam Sierkierski, au nom de la commission de l'agriculture et du développement rural (O-000025/2017 — B8-0213/2017) (2017/2635(RSP)).

Czesław Adam Sierkierski, autor. – Szanowni Państwo! Podejmujemy ważny temat dla funkcjonowania rynku światowego, w tym wypadku przede wszystkim dla naszych relacji handlowych z krajami Mercosuru. Najważniejszy jest tutaj problem standardów i przestrzegania pewnych zasad, ale również kwestie wzajemnego zaufania między partnerami. W tym właśnie kontekście należy rozpatrywać ostatnie incydenty w Brazylii, które – miejmy nadzieję – są tylko incydentami, a nie stałą praktyką związaną, po pierwsze, z wysłaniem na rynek unijny mięsa niespełniającego standardu, po drugie, z naruszeniem zasad współpracy, będących podstawą relacji handlowych.

W Unii Europejskiej mamy wysokie standardy. Nasi konsumenci i my wszyscy oczekujemy takich samych wymogów dla towarów importowanych. A tutaj mowa o żywności, która ma przecież istotny wpływ na zdrowie ludzkie.

Przejdę teraz do pytania zgłoszonego przez Komisję Rolnictwa i Rozwoju Wsi, a przygotowanego przy aktywnym udziale wielu członków naszej komisji, ale także innych posłów.

Operacja Carne Fraca – dwuletnie śledztwo brazylijskiej policji federalnej dotyczące dwóch największych brazylijskich zakładów przetwórstwa mięsnego (JBS i BRF) w siedmiu głównych brazylijskich stanach produkujących wołowinę – wzbudziła ogromne zaniepokojenie. Śledztwo ujawniło poważne nadużycia i korupcję w sektorze, w którym do łańcucha żywności wprowadza się potencjalnie niebezpieczne i oszukańcze produkty stanowiące zagrożenie dla europejskich konsumentów.

Według śledczych inspektorzy federalni otrzymywali pieniądze w zamian za ignorowanie fałszerstw lub wygaśnięcia terminu przydatności do spożycia przetwarzanej żywności. Fałszowano także zezwolenia sanitarne i świadectwa wywozowe. Ponadto śledztwo wykazało, że w celu poprawy wyglądu i zapachu przeterminowanego mięsa stosowano chemikalia, a także dodawano do mięsa tańsze produkty. Europejscy konsumenci są poważnie zaniepokojeni doniesieniami, że mięso zakażone salmonellą zostało wyeksportowane do Europy oraz że w celu poprawy wyglądu zepsutego mięsa stosowano kwas askorbinowy.

Brazylia jest największym na świecie eksporterem wołowiny i drobiu. Jest także największym dostawcą mięsa w Unii, który co roku wprowadza na nasz rynek setki tysięcy ton wołowiny i drobiu. Europejscy producenci i konsumenci oczekują, że całe mięso przywożone do Unii będzie spełniać wysokie europejskie standardy jakości w odniesieniu do żywności.

1. Czy Komisja może podać szczegóły dotyczące importu tych skażonych produktów do Unii z wyszczególnieniem wolumenu podejrzanych produktów oraz rynków europejskich, na które produkty te zostały sprzedane?

2. Dlaczego europejskie służby kontroli nie wykryły tego systemowego oszustwa polegającego na wprowadzaniu na rynek Unii sfałszowanego mięsa? Jakich porad Komisja udzieli państwowi członkowskiemu, aby mogły wzmocnić kontrolę w następstwie przedmiotowych doniesień?

3. Z uwagi na fakt, że skandal ten budzi zaniepokojenie co do bezpieczeństwa żywności, w jaki sposób doniesienia te wpłyną na toczące się negocjacje handlowe z państwami Mercosuru? Czy nadszedł już czas na przegląd negocjacji i wycofanie mięsa z planu negocjacji handlowych?

Koniec pytania. Przedstawiłem pytanie w imieniu Komisji Rolnictwa i Rozwoju Wsi, a teraz mój krótki komentarz. Zaistniałą sytuację musimy wykorzystać do przeglądu naszych relacji w zakresie zasad i systemu kontroli po stronie brazylijskiej i jasno domagać się likwidacji błędów i niedociągnięć, które tam występują. Ważne jest, żeby strona brazylijska sama odkryła te nieprawidłowości, a jak wynika z informacji z Brazylii, jej służby zajmowały się tą sprawą od pewnego czasu. Szkoda jednak, że nie było w tym zakresie współpracy ze stroną unijną. Sądzę, że wspomniany przeze mnie przegląd może dokonać nowego otwarcia, które należy uwzględnić w negocjacjach z Mercosurem. Również my w Unii musimy wyciągnąć wnioski i przeprowadzić ocenę naszego systemu kontroli. Ta sytuacja powinna przyczynić się do lepszych relacji w przyszłości oraz respektowania przez stronę brazylijską wymogów unijnych.

Vytėnis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, thanks largely to the solid set of legislation, which aims to ensure that food is safe for consumers, the European Union has probably the world's highest food safety standards. Our European Union system imposes strict hygiene and safety controls on food imports, and in particular on animal products for which systematic documentary, identity and physical checks are compulsory.

Immediately after the information became known about the deficiencies in food licensing in Brazil, on 17 March, and following the Commission's advice, Member States – in addition to the existing documentary and identity controls – introduced reinforced physical controls to ensure the safety of imports from Brazil, focusing on food hygiene requirements. As soon as news came to light about the fraudulent practices in the Brazilian meat sector, the Commission asked the Brazilian authorities to ensure that there were no exports to the EU from any establishments in Brazil that could bear a risk of non-compliance with European Union requirements.

We immediately introduced a request to ban the imports from establishments implicated in the scandal; we requested the reinforcement of control checks at EU borders and we made clear to the Brazilian authorities our dissatisfaction, including learning of this crisis in the media rather than through official channels. We continue to ensure that Member States authorities are continuously informed about the evolution of the situation; we are preparing urgent audits of Brazil. In addition, let me stress that all consignments currently en route to the EU from the establishments implicated in the fraud will be rejected and returned to Brazil.

The importance of the controls on imports at the point of entry to the EU – at border inspection posts – is crucial. The Commission is in close contact with the Member States to ensure a harmonised approach as regards these reinforced checks. A full consensus was reached on these reinforced checks and on the way they should be selected. In particular, it was confirmed that there should be 100% physical checks on all consignments presented for import to the EU and 20% microbiological checks. It was also confirmed that importers would be liable for the cost of these reinforced checks.

In the light of the outcome of these reinforced checks, the evolution of the situation and the response of the Brazilian authorities to the demands for corrective measures, the Commission and the Member States will decide whether further measures are necessary. In this regard, the protection of European consumers will be the determining factor. The Commission will also undertake audits of Brazil as soon as possible and not later than mid-May. I would like to use this opportunity to thank Members of the European Parliament for their recent vote in favour of the new official control legislation which will enable the Commission to ensure even more vigorous controls of imported food products.

Let me also reassure you of my personal commitment to ensure the safety of European consumers. With this objective firmly in mind, I met with the Brazilian Minister of Agriculture, Mr Maggi, last Tuesday in Brazil. I had an open, long and frank discussion with the minister. I asked him to provide more information on the state of play and the next steps that he planned to take. I also stressed the need for Brazil to restore the trust, reliability, predictability and independence of the Brazilian official control system. In addition, I made a point of passing on to the Minister the positions and concerns of the Member States, as well as the requests coming from honourable Members of this Parliament.

My services also had a meeting with Brazilian officials on 30 March to further discuss this matter. It was agreed that the minister would send more details about the findings of the investigation and the possible food safety impact.

Important progress was also made on two other requests from the EU. First, the Brazilian authorities agreed on concrete steps to solve long-standing applications for export from the EU to Brazil, and to make the approval process more predictable. We also discussed how to improve our cooperation using the bilateral sanitary and phytosanitary mechanism. Second, in relation to avian influenza, Brazil also promised to accept the principle of regionalisation based on region of outbreak. Speaking about possible recognition of the EU as a single entity, the Brazilian counterparts showed some openings. However, more discussions will be needed.

In addition, we discussed cooperation on antimicrobial resistance and animal welfare. Just today we received a letter from Minister Maggi informing us, and I quote: 'the issues investigated by the federal police in the four establishments are authorised to export to the EU are related to conduct misbehaviour and economic fraud not representing any risk to food safety.' The Minister also informed me of the modification of Brazilian legislation for the inspection of products of animal origin, among other things.

Turning to the negotiations with Mercosur, trade relations between the EU and Brazil currently take place within the framework of the World Trade Organisation. However, the proposed future agreement with Mercosur would not undermine our high safety requirements.

Current as well as future imports from Mercosur countries will have to respect these requirements. This will not change. A future EU-Mercosur agreement will not lower our high regulatory standards for food safety. It will not authorise imports of agri-food products if they do not meet our high food safety requirements. The agreement will, however, reinforce cooperation with the authorities of Brazil and other Mercosur countries by means of updated provisions to establish solid information and notification systems in the sanitary and phytosanitary field. This would strengthen our reaction capacity via a privileged channel with the four countries concerned.

To conclude, let me emphasise that current and future imports into the EU will always have to meet the high quality and food standards established by our EU legislation and implemented through a credible certification and control system. Once again, a future EU-Mercosur agreement would not lower our high regulatory requirements and food safety standards for agricultural imports from Mercosur countries, including Brazil.

Mairead McGuinness, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like to thank the Commissioner for his detailed response. However, I have just some comments to make. On our first question we did look for some details and I am not sure that you have provided us with the details we would like. This investigation, which is a criminal investigation, was going on for two years and in that time products that were unfit for purpose were placed on the market and we need more clarity about the extent of it, and where they were sent to.

The second point I would make is in relation to the return of products on the high seas. I have to say, if I were a Brazilian consumer and I heard that this product was being returned to Brazil I would be very frightened. I would want this product destroyed somewhere and to have a guarantee of that if there is any doubt about its quality, because insofar as I worry about European consumers I clearly would have a worry too about Brazilian consumers.

In relation to how this was discovered, probably the only good part of this story is that there was an investigation and the system was found wanting. It reveals an all too close relationship between the industry and those who are inspecting it, and it reveals that where an industry is very large, then it is very powerful. While I like what you are saying, that there would be no lowering of EU standards, these are very fine words but the problem is that if you have this type of activity in an industry that is supplying the European Union today, how can you guarantee that it will not continue tomorrow? So we still have some questions.

Jean-Paul Denanot, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, à la suite du scandale de la viande avariée et à ses conséquences possibles, tant pour les consommateurs que pour les producteurs européens, la Commission a choisi de ne pas suspendre ses importations de viande en provenance du Brésil. Vous avez simplement ôté de la liste les quatre entreprises incriminées qui disposaient de licences d'exportation vers l'Union et vous avez adopté des mesures de contrôle supplémentaires en matière d'hygiène pour les viandes importées. Ces mesures sont à la fois insuffisantes et incohérentes.

Alors qu'un nouveau cycle de négociations commerciales vient de s'ouvrir entre l'Union européenne et le Mercosur, il apparaît indispensable de suspendre les importations de viande, du moins celles en provenance des régions où les défaillances ont été constatées. L'affaire «carne fraca» implique trente-trois inspecteurs du ministère de l'Agriculture dans ce vaste réseau de fraude, c'est donc bien l'ensemble du système de contrôle d'une certification de la viande au Brésil qui est remis en cause.

Dans ces conditions, Monsieur le Commissaire, quelles mesures concrètes comptez-vous prendre pour enfin protéger à la fois les consommateurs et les éleveurs européens?

James Nicholson, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I thank the Commissioner for what he has said tonight. This scandal, when I raised it in the Committee on Agriculture and Rural Development – with the full support of the committee – certainly brought home to us how dangerous this situation can be. But I say to the Commissioner: this is not the first time Brazil has pulled the wool over Europe's eyes. They did it back in 2007 and 2008, and it took a delegation from this Parliament to go out there to prove that your Commission was not telling us everything.

So Commissioner, I have to say to you tonight – and the previous speakers and Ms McGuinness have referred to this – you have not answered all the questions that we asked. We need more answers. This is simply not good enough. And if they have pulled the wool over our eyes once again then we have got to ask the question: how long are we going to allow them to do similar actions as they have done in the past? I sincerely hope you are not telling us here tonight that nothing will change, because if that is the case that is unacceptable, certainly from my point of view and from the point of view of consumers throughout the European Union.

And you are quite right: you told us here tonight that we in Europe are the best, we have the highest possible standards that anyone can hope for. But that is something that has got to be kept right; and it is not right if we allow other countries to break that. And it is even more wrong that you say talks with Mercosur will go on and the negotiations there will go on. They must be ended as well.

Ulrike Müller, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der aktuelle Fleischskandal um brasilianisches Fleisch ist auch für uns hier ein sehr sensibles Thema. Die Bürger der Europäischen Union verlangen vollkommen zu Recht, dass die hohen und weltweit anerkannten Standards innerhalb der EU auch für Importware gelten müssen. Dies bedeutet, dass diese Standards für die gesamte Produktionskette auch von unseren außereuropäischen Handelspartnern mit Nachdruck eingefordert werden müssen.

Um hier richtige Schlüsse zu ziehen und die notwendigen Maßnahmen einleiten zu können, müssen umgehend alle Fakten und Hintergründe auf den Tisch. Der Verbraucherschutz ist unbedingt zu gewährleisten. Die Bevölkerung erwartet hier eine klare Linie. Daran muss uns auch mit Blick auf die Zukunft unserer Handelsbeziehungen gelegen sein. Die Menschen wollen Transparenz und sichere, verlässliche Kontroll- und Schutzsysteme. Nur auf dieser Basis können wir das Vertrauen in die dringend notwendigen Handelsabkommen festigen.

Deshalb ist es auch in unserem Interesse, dass wir hier Gründlichkeit vor Geschwindigkeit stellen und mit einem funktionierenden, effektiven Kontrollsystem den kriminellen Machenschaften das Handwerk legen.

Matt Carthy, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, the truth is that if this Commission was prioritising the livelihoods of European farmers and the well-being of European consumers then the recent scandal relating to Brazilian meat imports would have immediately led to withdrawal from the Mercosur trade agreement talks.

Instead, last week, the Commission released a joint statement with the Mercosur trading bloc committing us to concluding a deal as soon as possible. Not a single mention whatsoever in that statement of the complete breakdown in trust following the emergence of the meat scandal just ten days previously. It appears that revelations that rotten meat, meat treated with carcinogenic chemicals, meat mixed with cardboard, that had made its way into the EU under your watch, could not dampen the enthusiasm of this Commission to try to conclude dangerous and regressive trade deals.

This time last year Commissioner Hogan told us that beef was temporarily off the table of these negotiations. But where is the follow-up timeline or detail of the conditions under which it will be brought back to the table? Where are the assurances for poultry, the sector which is actually the single largest category of meat consumed in Ireland, for example, and which faces far bigger Brazilian import quotas than even beef? What about the other sectors that stand to be impacted by cheaper, improperly treated agricultural products? Where are the assurances for consumers who should be confident that what they buy in the shops or order in the restaurants is properly treated? At what cost is this Commission actually prepared to continue pushing with these deals? It is time to protect our consumers and to protect our farmers. It is time for you, Commissioner, to ensure that we withdraw from the Mercosur trade talks.

Martin Häusling, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Kollegen! Herr Kommissar, Sie haben zwar bei dem Fall jetzt relativ schnell gehandelt, aber es stellt sich trotzdem die Frage: Was haben Sie denn vorher getan? Waren die Kontrollen effektiv? Und Sie haben auch nicht die Frage beantwortet: Ist denn wirklich Fleisch auf den europäischen Markt gekommen? Das haben Sie nicht definitiv beantworten können. Es handelt sich ja bei diesem Skandal nicht um irgendeine Bagatelle. Gammelfleisch wurde Chemie zugesetzt, das Fleisch war mit Salmonellen verunreinigt – also eine effektive Gesundheitsgefahr. Das heißt, da ist wirklich die höchste Alarmstufe angesagt. Und die Kommission macht jetzt so ein bisschen *business as usual* und sagt: „Alles kein Problem, wir haben es im Griff.“ Aber die Sache ist schwerwiegender, vor allem, weil dieser Skandal bei immerhin 21 Produktionsstätten gezeigt hat, dass da ein Systemfehler vorliegt. Massive Korruption, Betrug, auch in höchste staatliche Stellen hinein – das ist nicht mal ein kleiner Skandal, das ist ein Skandal sozusagen des ganzen brasilianischen Sektors. Und deshalb ist doch die Frage: Was für Konsequenzen ziehen Sie?

Heute ist schon mehrmals das Thema Mercosur-Verhandlungen angesprochen worden. Auch da kann es kein *business as usual* geben, da muss man doch Konsequenzen ziehen. Denn was dabei rauskommen wird, ist doch wahrscheinlich, dass die Verbraucherstandards, die Sicherheitsstandards nicht steigen werden, sondern man eher auch wieder in diesem Bereich liberalisiert und Verbraucherschutz und auch das Recht kleiner Bauern doch auch bei Mercosur eher zweitrangig ist.

Ich habe auch kein Vertrauen in die brasilianische Regierung, muss ich ganz ehrlich sagen. Wir haben ja den Agrarminister im Agrarausschuss erlebt, er ist selber ein Teil des Agrarbusiness mit 200 000 Hektar. Ich habe kein Vertrauen, dass, wenn so jemand den Skandal aufklären will, tatsächlich Konsequenzen gezogen werden.

Wir müssen als Europäer konsequent sein. Deshalb die Frage: Wird eine Delegation, eine Kommission nach Brasilien vor Ort geschickt, um sich vor Ort die Produktionsstätten anzuschauen und wirklich Konsequenz zu ziehen, Herr Kommissar?

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, this is the second time that the British beef consumers have been let down by the EU. In the first instance our consumers were conned into eating horsemeat when they thought they were eating beef. They were obliged to rely on the EU hack-up process of traceability which is only as good as the least honest person in the food chain. Now we discover that relying on the Commission to monitor the conduct of the Brazilian meat industry is a very naive aspiration. The Commission did not have a clue what was going on as grossly substandard meat arrived on EU shores from Brazil. This is particularly worrying as the Commission had ambitions for yet more Brazilian beef imports in its Mercosur negotiations.

British beef producers are subject to RPA inspections, assurance scheme inspections and the scrutiny of animal rights organisations, whilst the cost of meat processing is higher than it need be due to the EU's insistence on expensive veterinary surgeons to attend abattoirs when the experienced reliable British meat inspector had done an excellent job.

Brexit gives us the opportunity to address these problems.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, ce qui nous inquiète dans ce scandale, c'est l'incapacité de la Commission à nous donner les vrais chiffres et à répondre à nos questions. Est-ce un débat pour rien? En tout cas, pour l'instant, nous n'avancons pas sur ce sujet.

Combien de temps nos concitoyens ont-ils été exposés à ce risque? Quelles quantités sont-elles réellement en cause? Ce que nous voyons, c'est que le Chili et la Chine ont immédiatement fermé leur marché alors que la Commission européenne a plutôt demandé au Brésil de revoir vaguement ses normes.

Comment est-il possible de demander aujourd'hui à nos éleveurs européens, notamment aux éleveurs français, d'observer des normes de protection sanitaires maximales alors que nous laissons entrer de la viande avariée?

Le Brésil, l'Ukraine ou la Turquie sont des pays gangrenés par la corruption et peuvent néanmoins exporter. Monsieur le Commissaire, je pense qu'il est temps de revoir nos normes et de faire en sorte que nous puissions, en Europe, effectuer des contrôles payés par les pays d'origine.

Diane Dodds (NI). – Madam President, it is vitally important to take food quality and food security seriously and the Brazilian meat scandal has reinforced this message. There can be no place for corruption at the heart of any food supply chain and we must congratulate the Brazilian police for tackling the problem. In Northern Ireland we make enormous efforts to ensure the safety and traceability of our food. However, many of the farmers and processors that I represent are questioning the ability of the Commission to guarantee that product entering the EU is of a comparably high standard. Why did the inspections not uncover this problem and leave it to the Brazilian press to break the story? Why is it that only now additional measures to ensure food safety are being adopted? As the Commission races ahead with the Mercosur trade deal, what measures will be put in place to ensure food standards and consumer safety?

Many farmers in Northern Ireland believe that the Commission has a laissez-faire attitude to imports which is quite contrary to the stringent and over-burdensome requirements placed on them. What we need is a full investigation. All affected plants must be delisted from exporting to the EU and any product from these plants removed from the food chain. If we do not get a satisfactory response from Brazil, then we should be prepared to consider a ban on imports until such times as we have a proper reassurance.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Sehr geehrter Herr Kommissar, es geht hier um Lebensmittelsicherheit, es geht hier um Transparenz, und es geht vor allem um einen fairen Wettbewerb. Der brasilianische Fleischskandal ist eine Verhöhnung der europäischen Produktions- und Tierwohlstandards, und ich glaube, dass hier wirklich der Vertrauensverlust ganz enorm ist und dass wir hier massive Schwächen bei den EU-Checks zu den Lebensmittelimporten aufgezeigt bekommen haben.

Ich frage mich aber auch, wo hier eigentlich unsere Verbraucherschützer sind, die sonst normalerweise, vor allem wenn es um europäische Produktionsstandards geht, bei den Kontrollen zum Teil wirklich nicht streng genug sein können. Wer den Zugang zum europäischen Markt haben will, muss sich an die gleichen europäischen Standards halten wie auch die europäischen Produzenten, und das auch dazuzusagen, halte ich wirklich für sehr wichtig.

Es ist höchst an der Zeit, dass wir bei den Mercosur-Verhandlungen und bei den Abkommen zum Agrarkapitel endlich auch einbremsen und stattdessen bei der Entwicklung eines Qualitätsaußenschutzes wirklich Gas geben. Konsumenten und Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass bei den Importen höchste Kontrollsicherheit und Qualitätsstrenge gilt.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, esta questão oral incide sobre um assunto de inegável importância já que estão em causa coisas tão importantes como a segurança alimentar e a salvaguarda da saúde pública.

A entrada, no espaço europeu, de carne estragada não pode ser tolerada, tenha ela a proveniência que tiver. Compete às autoridades comunitárias a prossecução das diligências indispensáveis para o apuramento do ocorrido e a sua imediata superação. O que não podemos é usar este caso singular como pretexto para pôr em causa o sucesso das negociações em curso visando o estabelecimento de um acordo de associação comercial entre a União Europeia e o Mercosul.

É, aliás, conveniente lembrar que este caso foi detetado e denunciado pelas próprias autoridades brasileiras e que afeta uma ínfima parte do vasto universo de produção de carne daquele país. Refere-se a 22 empresas, sendo que apenas 4 exportavam para a União Europeia.

A Comissão Europeia já veio, e bem, afirmar que a atual situação da carne brasileira não representa, de forma alguma, um obstáculo para as negociações do acordo UE-Mercosul. Resolvamos em conjunto com as autoridades brasileiras este problema fitossanitário.

Não caíamos na tentação de o transformar num grave problema de relacionamento comercial entre dois blocos regionais que têm todo o interesse em garantir a sua aproximação nos planos político, económico, cultural e também comercial.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Zabierając głos w debacie dotyczącej importu z Brazylii do Unii – potencjalnie niebezpiecznego dla konsumentów mięsa wołowego – chcę zwrócić uwagę, że unijne służby weterynaryjne i sanitarne tego nie wykryły, a o sprawie dowiedzieliśmy się z mediów. Taki proceder miał jednak miejsce i trwał całymi miesiącami, co potwierdza śledztwo brazylijskiej policji, prowadzone między innymi wobec największych zakładów przetwórstwa mięsa wołowego. Do Unii tylko w roku 2016 sprowadzono z Brazylii ponad 145 tys. ton wołowiny, co stanowi aż 42 % całego importu tego mięsa do krajów Wspólnoty, i raczej nie ulega wątpliwości, że niebezpieczne dla konsumentów mięso znalazło się na europejskich stołach, a to świadczy o ogromnej skali zagrożenia bezpieczeństwa zdrowia publicznego. W tej sytuacji proponowane przez Komisję wzmożone kontrole importowanego brazylijskiego mięsa są raczej półśrodkami. Moim zdaniem, do czasu wyjaśnienia tej afery należy wprowadzić zakaz importu mięsa wołowego z tego kraju.

Jan Huitema (ALDE). – Beste collega's, beste commissaris, van kalf tot biefstuk en van big tot schouderham, Europese boeren en onze vleesverwerkende industrie voldoen aan de hoogste eisen op het gebied van voedselveiligheid. Regelrechte fraude in Brazilië met vlees komt dan ook hard aan. Voedselveiligheid moet gewaarborgd blijven. Het is daarom van groot belang dat we zo snel mogelijk alle feiten op tafel krijgen. Wanneer werd duidelijk dat de voedselveiligheid in het geding was? Waar is het vlees beland? Dit soort schandalen moeten we in de toekomst voorkomen en we mogen glasharde garanties verwachten.

Daarnaast is het niet uit te leggen dat Europa ondanks onze zeer strenge eisen geen rund- en kalfsvlees mag exporteren naar Brazilië. Andersom kan Brazilië zijn vlees nog wel exporteren naar de EU. Ik vind dat we beter op moeten komen voor onze belangen, want dit is de wereld op z'n kop.

Marco Zullo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la ringrazio commissario, ma devo dire che le sue parole ci preoccupano perché da quello che ci ha detto emerge che noi non sappiamo niente del passato. Ha parlato del futuro, di quello che faremo, ma non di quello che è stato.

Ci siamo accorti di questo scandalo grazie alle autorità investigative brasiliane. E allora io mi chiedo: e le dogane europee come si sono comportate? È già successo in passato che attraverso i porti europei sia arrivato in Europa qualcosa che non doveva arrivare – mi riferisco per esempio al caso della *Xylella*. E allora mi chiedo se questa è una disattenzione o una volontà di immettere sul mercato europeo dei prodotti per poi generare delle sacche di concorrenza sleale.

A noi questo approccio non può andar bene. Non abbiamo garanzia dalle autorità sanitarie brasiliane che facciano parte del processo che ha causato questo scandalo sulla carne avariata. E in più non sappiamo dove siamo arrivati. Non sappiamo dove è arrivata questa carne, non sappiamo chi l'ha mangiata, non sappiamo se fa male, non sappiamo nulla. Allora, al di là dei propositi per il futuro, io mi auguro che avremo anche informazioni per sapere se oggi abbiamo attentato alla salute dei cittadini europei.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, señorías, la seguridad alimentaria de los ciudadanos de la Unión Europea no puede ni debe ser tomada a la ligera.

Yo quisiera felicitar a la Comisión por la diligencia en su reacción, por la visita a Brasilia y el encuentro con el ministro de Agricultura, y también a las autoridades brasileñas por haber destapado este caso. Es un caso que viene, como ha recordado el señor Assis, circunscrito a un número reducido de supuestos.

En todo caso, una cosa es la seguridad alimentaria de nuestros ciudadanos y otra cosa es aprovechar para tirar por elevación contra el Acuerdo de Asociación Unión Europea-Mercosur.

Yo quiero recordar que los jefes de Estado y de Gobierno, reunidos en Roma, han pedido una Unión Europea más activa en la escena internacional. Y quiero recordar que el último Consejo Europeo por unanimidad decidió apoyar estas negociaciones. Y decidió apoyarlas, señora presidenta, no por nada en especial, sino porque la Unión Europea y sus ciudadanos y sus empresas pagan más de 4 500 millones de euros anuales en aranceles, que redundan naturalmente en beneficio de nuestros ciudadanos y de nuestras empresas.

Por eso, evidentemente, insisto para que la Unión Europea pueda concluir un acuerdo que respete las exigencias de seguridad de nuestros ciudadanos, un acuerdo equilibrado y ambicioso en los mejores plazos posibles entre la Unión Europea y el Mercosur.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök asszony! Én azt gondolom erről az egész kialakult helyzetről, hogy nagy kár lenne ilyenkor, mondjuk a Mercosur tárgyalásokon ütni a brazil felet, tekintettel arra, hogy valamennyi jóindulatot mindkét oldalról föl lehet tételni. De, az hogy egyes csalárd cégek, csalók, bűnözők kihasználták az európai rendszer gyengeségeit, az viszont tény.

Magyarul, akkor van helyes válaszunk, hogyha a mi magunk határellenőrzését, élelmiszer-ellenőrzését és egyáltalán az egész rendszerünket erősítjük meg, oly módon, hogy az olyan erős legyen, az annyira jól látható legyen, hogy senkinek eszébe se jusson elindítani ide, ebbe a térségbe, erre a kontinensre romlott vagy mérgezett szállítmányokat. Én azt gondolom, hogy a saját portánk előtt kéne egy kicsit söprögetni, és nem feltétlenül azonnali tilalomért kiáltani, hanem sokkal erősebb ellenőrzésért.

Bas Belder (ECR). – Terwijl Europese producenten moeten voldoen aan de hoogste standaarden voor voedselveiligheid, heeft de Braziliaanse vleessector dat vertrouwen in één klap beschadigd. Dit is een zeer ernstige zaak. Ik heb dan ook een aantal vragen aan de Commissie. Om te beginnen de belangrijkste, en collega Huitema had het er al over: hoe kan het dat Europa keer op keer kansen geeft aan de Braziliaanse vleessector, terwijl Brazilië al jaren weigert om Europees vlees, ook kalfsvlees waarvoor het geen enkele concurrentie te duchten heeft, toe te laten op de Braziliaanse vleesmarkt? Dit is een zeer oneerlijke situatie en ik vraag de Commissie dan ook om een adequate aanpak van dit probleem.

Bij het schandaal zijn Braziliaanse overheidsambtenaren betrokken. Betreft het soms ook ambtenaren in de top van het ministerie?

Ten slotte, heeft de FVO de betrokken bedrijven in het verleden bezocht? In hoeverre kijken de audits naar de traceerbaarheid van vlees ná het moment van verpakking?

Angélique Delahaye (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je remercie mon collègue pour sa question orale.

Nous devons relayer les inquiétudes que suscite ce scandale sanitaire tant chez les consommateurs que chez les éleveurs de viande bovine. Il est légitime de s'interroger sur la place de la viande bovine dans les négociations de l'accord avec le Mercosur. S'il est excessif de vouloir mettre un terme à cet accord, cette affaire ne doit pas être sous-estimée. Ce scandale concrétise les préoccupations dénoncées depuis plusieurs années par les éleveurs bovins et doit être pris très au sérieux par la Commission.

Dans le cadre des négociations avec le Mercosur, deux risques sont à prendre en compte: le risque sanitaire pour les consommateurs et le risque économique pour les filières d'élevage. Faute de mesures fermes pour garantir la protection des consommateurs et des éleveurs de viande bovine, le message envoyé par la Commission sera de nature à renforcer l'euroscpticisme des citoyens et le rejet des institutions européennes par les agriculteurs.

Rappelons que l'esprit de la PAC est de protéger l'agriculture européenne. Je réaffirme que l'agriculture ne peut pas être une variable d'ajustement lors de négociations commerciales.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, a fronte dello scandalo che nelle ultime settimane ha investito il settore della carne in Brasile, chiediamo con forza alla Commissione di garantire misure tempestive a tutela della salute dei consumatori europei, e chiediamo alle autorità brasiliane la massima collaborazione nell'accertare le responsabilità e salvaguardare la propria credibilità.

Lasciatemi però sottolineare che quella di cui dibattiamo oggi è una grave frode commerciale, che non deve essere strumentalmente utilizzata come scusa per un possibile stop ai negoziati con il Mercosur. Viceversa, proprio un accordo potrà fornire un quadro giuridico più solido a tutela dei cittadini europei. I negoziati sono oggi in una fase cruciale, e mentre altri propongono guerre commerciali e protezionismo, non dovremmo lasciarci sfuggire l'opportunità di rafforzare i legami già esistenti con quest'area strategica per l'Unione europea.

Julie Girling (ECR). – Madam President, I am saddened to hear so many colleagues using this crisis as an opportunity to trot out their dogmatic anti-global views. Our reaction to the Brazilian meat scandal should not be a purely protectionist attitude. Suggestions that the scandal could undermine the negotiation of the EU-Mercosur Agreement are not only unhelpful, they are also disproportionately excessive in my view.

Four plants eligible to export to the EU were implicated in the scandal. This is very manageable in terms of an investigation. Moreover, given the increasingly interdependent nature of the global environment such a closed-minded approach would be counter-productive and damaging at a much broader level. The focus should be on finding ways better to uphold Europe's high standards. This applies both to the delivery of consumers' expectations for quality as well as ensuring that the EU producers are not penalised for adapting to ensure these standards are maintained.

I would like to see a full report identifying lessons that we can learn and measures to be enforced. I know that Mr Siekierski summed up our questions at the beginning and we would like to hear full answers.

Fernando Ruas (PPE). – Algumas palavras enquanto Presidente da Delegação para as Relações com o Brasil. Em primeiro lugar, para enfatizar que as palavras a transmitir aos nossos concidadãos devem ser de esclarecimento, tranquilidade e confiança. De facto, as autoridades dos dois lados do Atlântico agiram de forma rápida e, ao que sabemos, também de forma eficaz.

Temos, contudo, um mercado sob pressão e se hoje falamos de carne brasileira, no passado já falamos da doença das vacas loucas, da carne dos equídeos mal rotulada, da gripe das aves, enfim, até dos avisos da Organização Mundial da Saúde.

E, na verdade, quando a carne está no prato poucos consumidores sabem a sua origem ou a sua nacionalidade.

Estamos perante um problema que afeta todos e não apenas os produtores de carne de determinado país. Exige-se, então, às empresas desta cadeia de valor com vendas na Europa que cumpram estritamente a legislação, mas também se exige às autoridades competentes que garantam este cumprimento.

Em segundo lugar para reafirmar que estamos perante um caso judicial. Sublinho, por isso, o mérito da investigação das autoridades brasileiras, que identificaram estas práticas irregulares, bem como a rapidez, a transparência e a eficácia das ações subsequentes.

A concluir, lembro que o Acordo Comercial entre o Mercosul e a União Europeia é bem-vindo, pois, para além dos evidentes benefícios económicos, reforçará a proximidade e a cooperação entre os nossos povos.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, estamos sin duda ante un fraude importante porque afecta a elementos tan sustantivos como son la seguridad alimentaria y la salud pública. Por tanto, se genera una gran preocupación en los ciudadanos y conviene aclararlo; que estos debates sirvan para aclararlo.

Al parecer, la detección la hacen las autoridades brasileñas. A mí me preocupa la parte europea. ¿Qué es lo que pasa con las inspecciones? ¿Cómo se hacen? Se está diciendo que las inspecciones que se hacen son básicamente documentales, y que no se realiza el porcentaje de inspección física. Por tanto, estamos poniendo en cuestión los controles de las importaciones en productos como esta carne que procede de Brasil.

Además, no sé si es culpa de los controles de los Estados miembros o de la inspección de la Unión Europea. Conviene aclarar todos estos aspectos, porque sin duda hay un gran problema: que la ciudadanía tiene una desconfianza hacia estas producciones. Es bueno aclararlo y no confundir con otros debates.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – De oproep van de Braziliaanse autoriteiten om vertrouwen te houden in hun vleessector heeft ons zeer verbaasd, vooral omdat de inspecteurs van het ministerie van Landbouw bij het fraudeschandaal betrokken waren. Ook houdt deze regering de invoer van Europees vlees, kalfsvlees, al jaren tegen omdat ze zegt geen vertrouwen in ons te hebben. Dat is te gek voor woorden, te meer als je weet dat met name onze Europese vleesindustrie tot de belangrijkste in de wereld behoort, de wereldtop. Dat geldt niet voor de Braziliaanse producenten die onder meer – en dat zeg ik niet zomaar – grote hoeveelheden chloorwater gebruiken voor de ontsmetting. Dat mag bij onze producenten niet gebeuren, daar mag niks op zitten. Dat is in Nederland en in Europa verboden. Toch verdienen de Brazilianen jaarlijks wel 12 miljard aan de export van vlees naar Europa.

Voorzitter, commissaris, onze boeren hebben gewoon recht op een gelijk speelveld en willen ze vertrouwen in Europa behouden – iedereen is er keihard mee aan de slag – dan moeten wij nu wat gaan doen.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin! sehr geehrter Herr Kommissar! Das erste, was mir dazu einfällt, ist: Wir brauchen die verpflichtende Herkunftsangabe auch bei verarbeitetem Fleisch, und wir brauchen sie auch in der Gastronomie, denn nur dann hat der Konsument und die Konsumentin überhaupt die Chance, eine informierte Entscheidung zu treffen, zu wissen, wo das Fleisch, das er auf seinem Teller hat, herkommt. Wir werden in der Europäischen Union in Bälde ein neues, in vielen Bereichen verschärftes Kontrollsystem der amtlichen Kontrollen haben. Dort wollen wir kontrollieren *from farm to fork*. Es wird strenger sein, wir werden mehr Transparenz haben, wir werden mehr Unabhängigkeit haben, versuchen, Interessenskonflikte zu vermeiden. Wir haben den Whistleblower eingebaut, sodass die Möglichkeit besteht, dass hier auch Informationen unter der Hand hinausgehen, um auf diese ungesetzlichen Vorgänge, z. B. in Produktionsbetrieben, hinzuweisen.

Es wird uns aber nichts helfen, wenn bei Importen die strengen Importkontrollen stattfinden, wenn wir uns aber in Bereichen wie z. B. dem Tierschutz nicht auf unsere Partner verlassen können. Wir brauchen auch Bestimmungen in den Handelsabkommen, die darauf drängen, dass unsere sehr strengen Gesetze, die in Europa gelten, auch für unsere Importeure entlang der gesamten Produktions- und Vertriebskette gelten.

Nuno Melo (PPE). – Senhora Presidente, os agricultores europeus têm feito muitos esforços ao longo de anos para produzir melhor, com altos *standards* do mundo, os mais altos *standards* ao nível do bem-estar animal, da segurança alimentar e, no caso da produção de carne bovina, com a rastreabilidade individual, como a legislação europeia obriga.

É, obviamente, importante que a Europa, quando importa animais de países terceiros, exija, pelo menos, aos países exportadores as mesmas exigências que faz aos agricultores europeus para desta forma não destruir a confiança que os consumidores têm na carne vendida na Europa, que tanto esforço tem custado aos agricultores europeus e tantos recursos económicos à União Europeia.

Neste caso devemos reconhecer que foram as próprias autoridades brasileiras a denunciar o caso, o significa que a fiscalização no Brasil funcionou mas, ao mesmo tempo, significa que na União Europeia a fiscalização não foi eficaz, porque se a carne era adulterada não foi detetada como tal no espaço da União Europeia e é sobre esta fiscalização interna, na União Europeia, Senhora Presidente, que também nos devemos questionar.

Monika Smolková (S&D) – Vážený pán komisár, veľmi pozorne som vás počúvala, čo povieť na úvod rozpravy, a musím povedať, že ma to sklamarlo. To, že zlyhali brazílske kontrolné orgány je jedna vec, ale obrovskú diery v kontrolnom systéme máme u nás v Európskej únii. Ako sa mohlo stať, že sa v rámci EÚ rozdeľovalo množstvo pokazeného mäsa, ak by kontrola fungovala?

V týchto dňoch sa na Slovensku stiahlo z distribúcie 21 ton mäsa, ktoré obsahovalo salmonelu a bolo 2 roky v soli. Ak by sme to neurobili, možno už dnes by takéto mäso jedli deti v školách, pacienti v nemocniciach, v sociálnych zariadeniach a bežní klienti v reštauráciách. Konzumentov by bolo 210-tisíc; 210-tisíc ľudí by bolo ohrozených.

Vážený pán komisár, prosím, povedzte, čo máme povedať našim obyvateľom, ktorí takýmto kauzami strácajú dôveru v EÚ a už dnes rozširujú rady euroskeptikov. Aké viete dať garancie európskym občanom, že nekalé obchodné praktiky v potravinovom dodávateľskom reťazci sa nebudú opakovať? Povedzte, kedy označíte vinníka a kedy a ako bude aj potrestaný?

Sofia Ribeiro (PPE). – Nos acordos comerciais tenho vindo a defender um mercado regulado que garanta a segurança alimentar dos produtos que entram na União Europeia, bem como condições de equidade relativamente ao seu modo de produção. Temos de proteger os agricultores europeus da competição desleal, não permitindo a entrada de produtos sem os mesmos critérios de produção que os que exigimos na União Europeia, garantindo a equidade de custos. Não podemos admitir dois critérios, um mais permissivo para os externos e outro mais exigente para os nossos agricultores.

A situação em apreço é criminosa e pontual, mas evidenciou graves falhas ao nível do controlo, que são sistémicas. É introduzida na União carne adulterada e aditivada, com prejuízo dos nossos agricultores por falta de equidade.

Eu sou a favor do Mercosul, mas sou a favor de um Mercosul «regulado» e, neste momento, é por isso que defendo a revisão das negociações do Mercosul no que concerne à carne, por uma questão de proteção do consumidor e de proteção dos agricultores europeus.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I think there is a credibility issue here. Not so much for Brazil but for the European Commission. The credibility of Brazil has been questioned for a long time, as my colleague Mr Nicholson pointed out. They, Members here, the Irish Farmers Journal, the IFA, exposed the fraudulent activity 10 years ago and here we are with another scandal now. What does the Commission do? Nothing! They are letting down European consumers. We are supposed to have the highest standards in the world within Europe, but we do not for food coming into Europe.

The first thing we should do is ban Brazilian beef. Look what happened when BSE struck in Ireland and in Europe. It was banned, and it still has not yet been lifted in some cases. Seventeen years! That is how you act to defend your citizens and your consumers.

Tolerating and asking for guarantees is no good. We must ensure that guarantees satisfy us so that our consumers can know that they are getting the highest standard of food within Europe at all times.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Geachte commissaris, eerst en vooral bedankt dat u vanavond hier bent na uw vergadering met de Raad eerder vandaag. Ik denk dat ik hier niet hoeft te herhalen dat uw aanpak doorslaggevend zal zijn voor het herstel van het consumentenvertrouwen. Ik verwacht dat de Europese audit van Brazilië die dit voorjaar gepland is, uiterst ernstig wordt uitgevoerd. Het is een noodzakelijke voorwaarde om het consumentenvertrouwen te herstellen.

In Europa moet de nadruk liggen op harmonisatie tussen de lidstaten, op alle niveaus. Frauduleuze operatoren mikken op de zwakste schakels, waar de minste controle en/of de laagste kosten zijn. Grondigere inspectie en voldoende testen, overall in de Unie, zijn onontbeerlijk.

Commissaris, ik ben een Belg. Bij ons is er geen biefstuk zonder frieten. En ook over onze Europese frieten maak ik mij zorgen. Niet over de kwaliteit ervan, noch over de veiligheid, maar wel omdat er sinds februari Braziliaanse antidumpingmaatregelen van kracht zijn tegen Europese diepvriesfrieten. Ik stelde u daarover trouwens al een schriftelijke vraag op 7 februari. En hoewel ik besef dat het geen fytosanitair probleem is, durf ik u toch te vragen om de aanpak van de Commissie hierover toe te lichten.

Interventions à la demande

Miroslav Mikolášik (PPE) – Vážený pán komisár, 145-tisíc ton mäsa bolo privezených z Brazílie. Nakazeného mäsa, ktoré je impetrované salmonelou, ktoré je ošetrované karcinogénmi a ktoré je distribuované v Európskej únii. Len na naše malé Slovensko bolo distribuovaných už 21 ton mäsa a boli jednoducho už v potravinových prevádzkach, v školách a v nemocniciach.

Pýtam sa vás, pán komisár, ako je možné, že európski kontrolóri, naši hygienici, centrálné orgány, mikrobiológovia, potravinové komory neprišli na to, že z Brazílie k nám prichádza poškodené mäso. To sme sa museli dozvedieť až o tom, že Brazília sama zistila tento hrozný škandál, keď brazílski kontrolóri boli podplácaní kartelmi a prižmurovali oči nad kvalitou mäsa? Pýtam sa vás, pán komisár, čo urobíte, aby sa toto viac neopakovalo?

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, as autoridades judiciais brasileiras identificaram fraudes diversas nalguns lotes de carne exportados pelo Brasil para a Europa e outras regiões do globo. Isto é lamentável! Mas deve sublinhar-se a eficácia da operação que detetou a fraude e a rápida reação das autoridades que suspenderam empresas, lançaram auditorias e processaram os funcionários do Estado envolvidos.

Uma outra dimensão do escândalo é o impacto que poderá ter na segurança alimentar no Brasil, ou fora dele. Temos de proteger os consumidores. Esta investigação tem de ir até ao fim. Mas, neste contexto, não é aceitável usar este caso como arma de arremesso para pôr em causa o acordo comercial entre a União Europeia e o Mercosul. Na atual ordem económica e política mundial deixar escapar uma aproximação estratégica entre a Europa e uma parte importante da América Latina por calculismos setoriais, a acontecer, seria também um grande escândalo, uma visão fraca sobre uma operação que se chama «carne fraca».

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, I have a question for the Commissioner. Commissioner, you spoke of the highest safety standards in the EU, but my question is: who is taking responsibility for ensuring the safety of meat imports into the EU? As my colleague Seán Kelly said, this is not the first time. Ten years ago in this Parliament we were discussing the absence of traceability of Brazilian beef, and tonight we are discussing an even bigger scandal which shows systematic failures in controls at all levels in Brazil. European consumers rely on the Commission to ensure safe food. European farmers rely on the Commission to ensure verifiable equivalence in the food products we import. The Commission has failed in this duty. Several countries moved swiftly to ban Brazilian beef. Some have relaxed that ban, but we sat on our hands and failed our citizens and farmers again. It cannot be business as usual in the Mercosur negotiations. The mutual trust that should be there has been shattered.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, Commissioner Andriukaitis talks about current and future safety. I notice he did not talk about our past safety because we have been let down and it is too late on that. Then he goes on to talk about continuing these trade talks, but surely the best way to guarantee the safety of European citizens is to give them access only to meat that comes from the safest system – in other words, from the European Union. Surely it makes sense to have a short supply chain and interestingly enough, I have not heard many people talk here about the fact that we have signed up to doing something about climate change. How on earth, pardon the pun, does it make sense to bring meat from that far away across the planet and potentially send it the other way – although we are not allowed to do that yet, though potentially with trade talks.

Who is mandating you to do this? Because apparently we are not going to do this. As for safety checks, how can you increase physical checks? What are you going to do – have X-ray vision? You are already physically checking it.

Marijana Petir (PPE). – Gospodo predsjednice, otkrivena situacija prijevara u sektoru mesa zabrinjava zbog propusta službenih kontrola koje su znale da je meso nesukladno standardima kvalitete, ali unatoč tome nisu spriječile da bude izvezeno na europsko tržište.

U međunarodnoj trgovini povjerenje partnera je ključno, a ono je u ovom slučaju bitno narušeno – i u službe nadzora i u kontrole proizvoda. Takvo ponašanje krajnje je neodgovorno jer dovodi u pitanje postojeće međunarodne trgovinske ugovore između Brazila i Europske unije.

Navedeno šteti vjerodostojnosti Brazila u poštivanju pravila WTO-a u tom sporazumu. Ova situacija dovodi u pitanje i daljnje trgovinske pregovore sa zemljama Mercosura te prisiljava države članice Europske unije da s ciljem zaštite svojih građana podignu razinu povjerenja i provjere uvoznih prehrambenih proizvoda.

Ako ne možemo vjerovati deklaracijama i certifikatima trećih država, tada su nužne domaće provjere. Ako nema međusobnog povjerenja, ne može biti niti sporazuma o slobodnoj trgovini. Uostalom, ja se uvijek zalažem za kupnju domaćeg, jer domaćeg je najbolje.

Paolo De Castro (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, lo scandalo di cui stiamo discutendo impone una seria riflessione su due aspetti distinti ma strettamente correlati tra loro. Da un lato la protezione dei nostri consumatori, per la quale è quanto mai necessario un approccio armonizzato tra gli Stati membri con maggiori controlli, non solo sulla carne in entrata, ma anche sulle partite già importate dal Brasile; dall'altro gli standard che i nostri operatori devono rispettare e che rendono i prodotti europei i più sani e sicuri al mondo.

Il rispetto di questi standard, di cui come europei dobbiamo essere orgogliosi, implica tuttavia costi e sacrifici pesanti per i produttori dell'Unione, ponendoli spesso in una posizione di svantaggio competitivo rispetto ai nostri *competitor* globali. Chiediamo quindi, commissario, che anche attraverso gli accordi commerciali in corso di negoziazione e futuri venga garantito un mercato più trasparente, orientato al perseguimento del principio di reciprocità, a livello internazionale, degli standard qualitativi applicati dall'Unione.

Solo in questo modo verrà realmente valorizzato l'approccio alla crescita che può essere dato da un ampliamento degli scambi commerciali, senza ridurre le tutele di cui godono i nostri consumatori.

(Fin des interventions à la demande)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, first of all I would like to start with this very simple question: who is responsible? Me! I am responsible. I am required to do my best and to be responsible in this situation. I would like to continue my work in this style.

Of course it is not about a trade war, it is not about protectionism, I fully agree with all of you. It is about food safety, about trust, about reliability, predictability and effectiveness of official controls in Brazil and here. Of course the fraud was in Brazil, and we all know very well how it is difficult to detect fraud because we have our own experience when we are speaking about the horsemeat scandal. Now it is very difficult to detect fraud on the ground and the Brazilian police authorities did it. Of course we will ask the Minister once again to provide us with very informative, very detailed information. We will look at such a response from the Brazilian side. As you know, in Brazil they have only three states which have the right to use the European certificate. Twenty-one establishments were involved in this situation. Only four establishments were involved in that scandal.

Of course we will see how to monitor the situation. This is why we have asked to check, to reinforce controls here in the EU – because we are speaking about the past and not only about the future – but we will ask Member States to follow all situations and once again to provide very reliable information after official and enforced controls here in our Union.

Then we will ask also to see how to introduce stricter rules today. We organised two immediate meetings with senior officials, with senior veterinary officials and they all agreed about such a harmonised approach at the moment. As you know, we do not rule out the adoption too of further measures should the situation so require, be it through the outcome of the import controls, the Commission's audit in Brazil or the information provided by Brazil, and I am ready to inform you after a few months about the situation because it is about food safety, about consumer protection, about our trust and reliability.

Of course, there is no doubt we will do our best in this way, but it is not about war between the EU and Brazil, about war between the EU and Mercosur. This is not the situation when we are speaking about a rule-based trade agreement. A rule-based trade agreement! You need to understand that the EU-Mercosur agreement must be based on rules and of course we will guarantee all possibilities to provide clear instruments to defend food safety standards.

Of course you ask me about statistics. Such statistics are available. I can send you this information additionally. Just to illustrate: in 2016 imports from Brazil of bovine animals meat was EUR 449 million and of poultry EUR 163 million. As I mentioned, of course, you also know that we have a rapid alert system and in this rapid alert system they have all the figures. I do not know about some figures which were mentioned here, they are not in line with our figures which we have in our rapid alert system.

I would like to respond to all of your questions in more detail, but I will be more than happy to continue our discussions and then to provide you additional information after the audit, after the response from the Brazilian side and also after collection of additional new information in the EU.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Mario Borghesio (ENF), per iscritto. – Lo scandalo delle carni avariate brasiliane è di portata mondiale, tanto che Cina e Corea del Sud hanno adottato misure di blocco delle importazioni. L'UE, al momento, ha solo minacciato di adottare le stesse misure. E' necessario, che l'intervento europeo sia urgente, bloccando tutte le importazioni di carne brasiliana, non solo quella prodotta e lavorata dalle aziende coinvolte nello scandalo.

La Commissione intende intervenire in questo senso? E ancora: la Commissione sta monitorando che carne infetta non sia già arrivata nei supermercati e/o sulle tavole dei cittadini europei, i quali hanno il diritto alla salvaguardia pubblica della propria salute?

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Dopo due anni di indagini, la polizia federale brasiliana ha portato alla luce frodi gravissime ed episodi di corruzione sistematica in alcune aziende di trasformazione delle carni. Gli enti di controllo brasiliani avrebbero dolosamente ignorato violazioni delle più elementari norme di difesa e sicurezza alimentare. Parliamo della falsificazione di certificati d'esportazione e di autorizzazioni sanitarie, a cui si aggiunge l'uso di sostanze chimiche per migliorare aspetto e odore delle carni scadute.

Sembra addirittura che in Europa sia stata importata carne contaminata da salmonella, trattata con acido ascorbico per nascondere l'aspetto. Si tratta di palesi violazioni di norme europee. È una falla enorme nella corretta gestione della filiera alimentare, ancora più grave perché arriva dopo le assicurazioni sull'efficacia dei controlli, date anche a questa assemblea in occasione della discussione sul CETA.

La credibilità dell'Europa è pesantemente minata da questi episodi, inaccettabili atti criminali che vanno contrastati con misure rigorose e tempestive per salvaguardare la salute dei consumatori.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Όπως αποδεικνύεται και από την έκθεση, οι δόλιες πρακτικές των βραζιλιανών αρχών, και ιδίως των περιφερειακών κρατιδίων, σε σχέση με τις εξαγωγές ακατάλληλων και επικίνδυνων κρεάτων προς την ΕΕ είναι στην ημερήσια διάταξη, καθώς αποτελούν συνηθισμένη πρακτική εδώ και πολλά χρόνια. Αυτό είναι αποτέλεσμα και της ανεξέλεγκτης τακτικής που επικρατεί σε επίπεδο ΕΕ, η οποία στο πλαίσιο της παγκοσμιοποίησης έχει ανοίξει τις πύλες της σε αδρόες εισαγωγές γεωργικών και κτηνοτροφικών προϊόντων αμφιβόλου ποιότητας. Επιπλέον, η ηγεσία της ΕΕ με τις πολιτικές που ακολουθεί στον τομέα της Κοινής Γεωργικής Πολιτικής έχει κυριολεκτικά διαλύσει τη γεωργία και την κτηνοτροφία, με αποτέλεσμα η Ένωση να εξαρτάται ουσιαστικά από τις εισαγωγές, προκειμένου να αντιμετωπίσει τις διατροφικές ανάγκες των ευρωπαϊκών πληθυσμών. Για όλους τους παραπάνω λόγους απαιτείται πλέον η επαναφορά της αρχής της κοινοτικής προτίμησης, προκειμένου η ΕΕ να προστατέψει τη γεωργία και την κτηνοτροφία και να χαράξει μια πολιτική η οποία θα της προσδώσει αυτάρκεια και επάρκεια ιδίως στην παραγωγή κρεάτων. Επιπλέον, εδώ και τώρα θα πρέπει να επιβληθούν αυστηροί έλεγχοι στην εισαγωγή κρεάτων από την Βραζιλία και άλλες τρίτες χώρες με ταυτόχρονη επιβολή αυστηρών μέτρων που θα περιορίζουν τις εισαγωγές κρεάτων από τρίτες χώρες.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Скандалът с вноското говеждо от Бразилия е само върхът на айсберга. С всеки регламент в областта на селското стопанство създаваме все повече условия за европейските производители. Същевременно обаче отваряме все по-широко вноса от трети страни на редица продукти. Европа трябва да бъде гарант за стабилност на дохода на европейските говедовъдци, а не дестинация на продукция със съмнително качество и стандарти от други части на света. Аз смятам, че флиртът на Европейската комисия с третите страни, чрез така наречените споразумения за свободна търговия, трябва да спре. Европейското селско стопанство губи своята конкурентоспособност, селските региони губят своя поминък точно заради подобни споразумения, като подготвяното с Меркосур, на който и Бразилия е член. През 2016 г. ЕС е внесъл 66 хиляди тона телешко в прясно и замразено състояние само от Бразилия. Говеждоството е сектор, които ангажира местна работна ръка и суровини, създава поминък за няколко сектора. Повече защита за европейските производители означава по-силно европейско селско стопанство, повече местно производство и по-добро качество.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Podle vyjádření komisaře pro zdraví Vytenise Andriukaitise na plenární debatě dne 3. dubna 2017 má EU nejvyšší standardy bezpečnosti potravin na světě. Přesto se v důsledku nekalých obchodních praktik dostalo na evropský trh maso, které vystavuje spotřebitele riziku. Vítám sice posílení kontrol importovaného masa z Brazílie, je ale potřeba mít záruky, že se taková věc nebude opakovat, ať by mělo jít o jakoukoli zemi. Je důležité uvědomit si, že vyšetřování brazilských úřadů probíhalo dva roky a za celou tu dobu Komise nevyslala jediný signál, že by bylo něco v nepořádku. Je třeba posílit kontroly dovozu masa ze třetích zemí obecně. Brazílie je největším světovým vývozcem hovězího a drůbežího, do EU každoročně vyveze 400 000 tun masa. Evropané spotřebitelé a producenti očekávají, že veškeré dovozy masa budou splňovat náročné evropské normy a standardy. Podporuji iniciativu kolegyně Smolkové, která požaduje odpovídající reakci Evropské komise, a proto podporuji i iniciativy mého členského státu, České republiky, která v návaznosti na skandál požaduje zákaz dovozu masa z Brazílie. Vítám také rychlou reakci státní veterinární správy, která na základě laboratorních vzorků analyzovala přítomnost patogenních mikroorganismů, inhibičních látek (antibiotik) a látek zadržujících vodu v mase a objevila závažná pochybení.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Senhor Comissário, as elevadas normas e os controlos europeus fracassaram totalmente. A União Europeia não foi capaz de descobrir a fraude. Pergunto-me eu, assim como qualquer pessoa com sentido comum, quantas mais fraudes estão a acontecer com as importações de alimentos sem que sejam descobertas pela Comissão Europeia e os Estados?

Mas isto explica como são os métodos fraudulentos que permitem colocar produtos alimentares a baixos preços nos mercados de todo o mundo, pondo em risco a saúde das pessoas e arruinando a produtoras e produtores locais. E também mostra claramente por que razão as grandes empresas da carne não querem a rotulagem do país de origem da mesma, porque o negócio também está na utilização de carnes baratas em transformados de marcas reconhecidas.

No meu país diz-se que «ninguém vende pesos a quatro pesetas», ou seja, ninguém venderia um euro por oitenta centimos. A solução para tudo isto passa por acabar com a vocação exportadora das políticas agrárias e alimentares, acabar com a circulação em massa de alimentos em todo o planeta, conferir prioridade à produção local para os mercados locais e de proximidade, regular produções e mercados e definir preços mínimos que cubram custos e remunerem o trabalho.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Een nieuw voedselschandaal teistert de EU: de invoer van rot en ongezond vlees uit Brazilië. Eenentwintig Braziliaanse bedrijven staan onder verdenking. Vier ervan voerden vlees uit naar de EU. Dit schandaal vormt de top van een enorme ijsberg. Tussen 2000 en nu vermeldt het Snelle Waarschuwingssysteem voor Voedsel en Veevoer 258 notificaties over Braziliaanse vleesproducten en 553 notificaties inzake gevogelte. Tussen 17 november 2016 en nu zijn er 24 serieuze meldingen inzake Salmonella en 3 over E.coli in bevroren vlees en kip.

Dit schandaal is gelinkt aan intensieve landbouwtechnieken die zorgen voor massale ontbossing van de Cerrado, een savanne-achtig gebied waar de ontbossing 2 tot 3 maal sneller gaat dan in de Amazone. Dat heeft ook een directe impact op de mensenrechten: 207 milieuactivisten werden vermoord tussen 2010 en 2015.

Het voormalige FVO organiseerde 3 audits in 2016 en stelde vast dat de export van vlees niet voldeed aan Europese exportstandaarden. Toch had dat geen enkele invloed op het handelsverkeer. Het FVO doet ongelofelijk goed werk, maar er is onvoldoende politieke controle op de opvolging van hun conclusies en aanbevelingen. Daarom pleit ik voor een jaarlijks politiek debat over de aanbevelingen van het FVO.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A polícia federal brasileira revelou recentemente um gigantesco esquema de fraude e venda de carnes adulteradas envolvendo as principais marcas do país. Foram 29 as companhias investigadas, incluindo as duas gigantes JBS, das marcas Friboi, Seara e Big Frango, e a BRF, dona da Sadia e Perdigão.

Entre o rol de irregularidades investigadas destaca-se a reembalagem de produtos em fim de período de validade, injeção de água para aumentar o peso das mercadorias e uso de ácido ascórbico e ácido sórbico para maquilhar sinais de degradação da carne. Ambos os ácidos são cancerígenos quando usados em doses elevadas. A estes crimes está associada um rede de corrupção envolvendo funcionários dos serviços oficiais de fiscalização e controlo.

É fundamental que a Comissão Europeia avalie este escândalo vindo daquele que é hoje o maior exportador mundial de carne e o maior fornecedor de carne bovina à União Europeia e que tome medidas que protejam os consumidores e evite quaisquer dúvidas sobre a qualidade da carne comercializada no espaço europeu. É igualmente imperioso que esta questão tenha consequências sobre as atuais negociações com o Mercosul.

22. Angaben für Fischereifahrzeuge (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Werner Kuhn au nom de la commission de la pêche sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil définissant les caractéristiques des navires de pêche (refonte) (COM(2016)0273 — C8-0187/2016 — 2016/0145(COD)).

Werner Kuhn, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Jetzt wird noch mal kurz gewechselt, die einzelnen Fachgebiete neu aufgeteilt, verehrter Herr Kommissar Vella. Ich grüße auch die Vertreter der maltesischen Ratspräsidentschaft. Ich möchte allen danken, die sich an diesem Bericht beteiligt haben. Das ist sicher ein sehr technischer, aber auch ein sehr umfassender und wichtiger Bericht. Und es ist schon notwendig, dass man die Verordnung zur Definition der Angaben zu Fischereifahrzeugen ganz klar darstellt. Da müssen technische und auch physikalische Angaben kohärent sein.

Der aktuelle Stand über diese Angaben der Fischereifahrzeuge wird in dieser Verordnung zusammengefasst. Jeder Mitgliedstaat muss fast jedes Jahr einen Flottenbericht abgeben über seine kleinen, mittleren und auch die hochseegehenden Fischereifahrzeuge, und dazu brauchen sie natürlich auch genaue Angaben, wie Schiffe vermessen werden, welche Antriebsleistung sie haben und ähnliche Dinge mehr.

Bislang waren die Angaben zu den Fischereifahrzeugen in der Verordnung – damals noch EWG – von 1986 geregelt. Aber vor dem Hintergrund, das Unionsrecht zu vereinfachen, also klarer zu gestalten, besser verständlich zu machen, ist natürlich dieser Rechtsakt jetzt sozusagen in einer Neufassung kodifiziert worden. Das heißt, eine systematische Zusammenfassung des für einen bestimmten Bereich geltenden Rechts in einem zusammenhängenden Gesetzeswerk, damit man das auch nicht immer in unterschiedlichen Paragraphen zusammenführen muss. Der materielle Inhalt dieses kodifizierten Rechtsaktes wurde dabei aber vollständig beibehalten, und es ist nur eine notwendige Anpassung an den aktuellen Stand der Internationalen Organisation für Normung, der ja auch alle Mitgliedstaaten angehören. Die Verordnung regelt den rechtlichen Inhalt, die Definition dieser Angaben: Länge über alles, Breite, die Tonnage – das heißt, die Bruttoreaumzahl –, die Verdrängung nach Archimedes, die Motorstärke – das heißt, welcher Pfahlzug, welches fischereiliche Gerät kann dort mit einer entsprechenden Schleppleistung auch geführt werden –, und natürlich das Schiffsregister und das Datum, wann das Schiff in Dienst gestellt worden ist.

Es muss für alle Mitgliedstaaten in der Europäischen Union mit gleichen Charakteristika gearbeitet werden. Denn das sind natürlich Dinge, die von Belang sind, auch wenn es um Einschränkungen von ganz bestimmten Fanggebieten geht, dann haben Fischereifahrzeuge bis acht Meter – kleine handwerkliche Fischerei – natürlich andere Möglichkeiten als die, die zwölf Meter und größer sind. Die über 15 Meter müssen ein elektronisches Logbuch haben, sie müssen ein *vessel monitoring system* haben und auch das AIS, das automatische Schiffsidentifikationssystem. Und deshalb ist es notwendig, dass wir uns auf die Übereinkommen, mit denen sozusagen die Mitgliedstaaten auch ihre Grundlage haben, uns verständigen: das Internationale Schiffsvermessungsübereinkommen von London 1969 und auch das Internationale Übereinkommen über die Sicherheit von Fischereifahrzeugen und deren Besatzung – das ist das Übereinkommen von Torremolinos –, beides unter der Schirmherrschaft der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation.

Die Anpassung an den Vertrag von Lissabon – ich habe das bereits erwähnt – ist notwendig und bringt eine Befugnisübertragung in Form von delegierten Rechtsakten. Aber hier hat man besonders die Motorstärke, die Schleppleistung im Auge. Hier wurde von der Kommission ursprünglich gefordert, die delegierten Rechtsakte zeitlich nicht zu begrenzen. Das haben wir aber gemeinsam im Parlament getan, auf fünf Jahre. Es ist sozusagen ein *legal exercise*, und es ist notwendig, dass wir diese Charakteristika für Fischereifahrzeuge gemeinsam in Angriff nehmen.

Ein Wort noch zum Änderungsantrag der GUE und meiner Kollegin Ní Riada. Wir haben darüber diskutiert, ob es möglich ist, einen solchen Änderungsantrag zusätzlich noch mit einzubauen. Aber leider ist das große Problem dabei, dass wir hier keine kohärente Anpassung finden. Wir sehen das als sehr schwierig, hier bei den Charakteristika der Schiffe, wo es um Längen, um Antriebsleistung geht, jetzt genau zu definieren, was kleine Fischereifahrzeuge sind, welche *medium scale* und welche Hochseefischereifahrzeuge sind. Ich glaube, wir sollten uns mit dem Thema nochmal in einer anderen Situation befassen.

Allen nochmal ein herzliches Dankeschön, ich freue mich auf die Aussprache.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, I would also like to thank my colleague, Werner Kuhn, the rapporteur on this file, for the very clear explanation that he has just given.

The Commission welcomes the agreement reached between the two co-legislators on our proposal concerning the recast of the regulation on characteristics for fishing vessels. As Werner explained, this is essentially a technical exercise consisting in codifying a rather old legal text dating back to 1986 and updating an empowerment to the Commission in accordance with the provisions of the Lisbon Treaty. The Commission attaches great importance to simplifying and clarifying the law of the Union so as to make it clearer and more accessible and understandable to citizens. For this reason the codification of rules that have frequently been amended is essential to make the law clearer and more transparent.

The agreement reached in February is a step forward in this direction. I would like to thank the rapporteur once again.

Seán Kelly, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I think it is true to say that many sectors are very concerned about the fallout that may occur in relation to Brexit. In Ireland, the fishing industry is definitely a sector that is really concerned about what the terms of Brexit will be and what will transpire in relation to territorial waters, quotas and maximum sustainable yield, etc. For that reason the concerns, especially, of our coastal communities and their mainly small vessels fishing within quota, have to be taken into consideration, and the proposal by my colleague Liadh Ní Riada is one that tries to make that distinction. One size does not fit all and while we have to continually reform the common fisheries policy we have to be cognisant of the fact that there are big and small countries, big and small fishing vessels, and that each of them must be considered and given their due regard, especially where we, the coastal communities of Ireland, are concerned.

Clara Eugenia Aguilera García, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, quisiera, en primer lugar, agradecer al ponente, el señor Kuhn, el debate que hemos tenido sobre este dossier que es muy técnico, pero él es un gran conocedor de esta materia y nos ha ayudado a todos los demás, que no éramos tan expertos como el señor Kuhn. Así que quiero agradecerle el trabajo que hemos podido desarrollar —yo como ponente alternativa de mi Grupo—.

La política pesquera gestiona y establece el límite máximo de la capacidad total de las flotas pesqueras de los Estados miembros en términos de potencia de los motores y de tonelaje de los buques, teniendo en cuenta los recursos pesqueros disponibles.

Un número significativo de normas de la Unión Europea, en el marco especialmente de la última reforma de la política pesquera común, también se refiere y se aplica a los buques pesqueros en función de su potencia, de su tonelaje y otras características técnicas como la longitud, la anchura y la fecha de entrada en servicio.

Todos estos aspectos tienen mucha importancia —la han tenido siempre—, pero con la última reforma de la política pesquera común tienen un valor singular y requerían, además de por la antigüedad —a la que se ha referido el señor comisario; la antigüedad de unas normas que teníamos del año 1986—, también una adecuación a la realidad tras la nueva reforma de la política pesquera común. Y eso es lo que vamos a llevar a cabo.

También se ha dado más potestad a la Comisión en esos actos delegados para su aplicación posterior y, por tanto, aquí hay un gran acuerdo de todos los grupos que mañana se verá ratificado con la votación.

Y para finalizar, yo sí quiero decirle al señor Kuhn, cuando se ha referido a la enmienda en la que dice que hay que hacer una distinción entre los barcos de la pesca de altura y la pesca de pequeña escala, que estoy de acuerdo con ese fondo. Probablemente, el procedimiento no sea adecuado técnicamente, pero en el fondo estoy de acuerdo y vamos a votar favorablemente, señor Kuhn.

Ruža Tomašić, u ime kluba ECR-a. – Gospođo predsjednice, čestitam izvijestitelju Kuhnu i izvijestiteljima u sjeni na kvalitetnom izvješću koje adresira određene zakonodavne probleme koji već dugi niz godina predstavljaju administrativnu prepreku građanima u iskorištavanju njihovih prava. Nažalost, i u ovom domu i u nacionalnim te regionalnim parlamentima postoji jasan trend kompliciranja regulative koja je pisana od stručnjaka za stručnjake i običan se čovjek u toj šumi raznih pravila i normi često ne snalazi.

Ovo je izvješće čista suprotnost i stoga put u pravom smjeru. Regulativa mora biti što je moguće jednostavnija i što primjenjivija kako bi ostvarila željene učinke. Mora biti jasna onima na koje se odnosi, a ne samo stručnjacima. Dobro je da je pokrenuta inicijativa o kodifikaciji Uredbe o određivanju karakteristika ribarskih plovila iz 1986. jer skladna provedba Zajedničke ribarstvene politike podrazumijeva jednaka pravila i definicije.

No, kao što sam više puta isticala u ovome domu, Zajednička ribarstvena politika mora uvažiti regionalne i lokalne specifičnosti te socioekonomski i kulturni značaj ribolova u pojedinim regijama. Stoga mi je posebno drago što će se u procesu kodifikacije, osim samih tehničkih karakteristika plovila, u obzir uzeti i njihovu društvenu ulogu u obalnim zajednicama te ekološki učinak i ribolovni kapacitet. Ovakav prijedlog smatram velikim korakom u pravom smjeru i zato ću ga podržati na glasovanju.

Izaskun Bilbao Barandica, en nombre del Grupo ALDE. – Señora presidenta, señor comisario; el Reglamento que presentamos hoy —y quiero agradecer también al señor Kuhn, el ponente, el esfuerzo que ha realizado para que hayamos alcanzado un acuerdo tan amplio— es de vital importancia por dos razones.

En primer lugar, porque va a ser fundamental para poder determinar las condiciones de todos los Estados miembros para ver su capacidad de pesca y porque ofrece garantías para que se pueda medir el grado de respeto de los límites de capacidad establecidos en el Reglamento de base de la PPC. Por eso mismo, aporta seguridad jurídica y claridad a todo tipo de operaciones que están relacionadas en la Unión con el ejercicio de la profesión de la pesca.

Para conseguirlo se ha procedido en este Reglamento a fijar una definición de todos los parámetros que sirven para definir y describir los barcos de pesca, como la eslora, la manga de arqueo, la fecha de entrada en servicio y la potencia del motor, lo que va a permitir que estas definiciones se apliquen a todas las normas de la Unión Europea en materia de pesca.

Para realizar estas definiciones nos hemos fijado en las iniciativas de las organizaciones internacionales especializadas y, por supuesto, para aspectos específicos como la potencia de los motores, en las normas de la Organización internacional de Normalización (ISO) que se aplican habitualmente a las medidas que se adoptan en otros sectores de actividad.

Finalmente, son definiciones congruentes con la política común de pesca, y esto nos va a permitir darle coherencia a todas las políticas y a toda la normativa de esta Cámara.

Liadh Ní Riada, thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL. – A Uachtaráin, Táim tar éis leasuithe mar a luaigh an tUasal Coonan san áit chéanna a mholadh ar reachtaíocht iascaigh maidir le tréithriú agus sonrú áirthe iascaireachta. Agus cé gur ghlac an Coiste leis seo níor cheadaigh an Chomhairle é, agus tá lochtanna an-mhór sa reachtaíocht mar nach sonraíonn sí idir iascaireacht mhionscála nó thraidisiúnta agus iascaireacht thionsclaíoch.

Is cúis náire é gur chuaigh siad i gcoinne mo leasuithe maidir le tréithriú áirthe a thabharfadh aird ar ról sóisialta na n-áirthe, ar a dtionchar timpeallachta, cumas iascaireachta, éifeachtúlacht bhreosla, aschur agus scála.

Tá dualgas ar an reachtaíocht tacú mar ba léir le rialáil na monarchana mara seo a dhéanann damáiste don timpeallacht, dár bpobail, agus dár n-iascairí mionscála.

Cuireann an Comhbheartas Iascach, cobhsaíocht choibhneasta, agus córas ITQ rialtais anois ar a gcumas éisc a bhronnadh ar na creachadóirí idirnáisiúnta agus ag an am céanna gnáthiascaireacht a chuir ar mhíbhuntáiste.

Tá gá le tréithriú agus sonrú teicniúil ceart a dhéanfaidh idirdhealú idir na hárthaí móra agus na cinn bheaga.

Agus glaoidh ar an bParlaimint vótáil ar son mo ráiteas a bheith curtha leis an iarscríbhinn. Agus tá súil agam go gcomhlíonfaidh an tUasal Coonan a gheallúint chun forbairt a dhéanamh ar an reachtaíocht seo agus plé a dhéanamh liom mar gheall air sa todhchaí.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, quero também saudar os relatores pelo trabalho realizado. Este Regulamento é importante, mas não responde a uma das principais ambições do mundo da pequena pesca da Europa em termos de definições. Não define o que é a pesca artesanal. Parece-me que o papel da União Europeia, neste caso, será estabelecer regras gerais para que esta definição possa ser estabelecida regionalmente.

De facto, a pesca artesanal depende da região onde se pratica. Sei que abdicar do poder de normalização é um passo difícil para a Comissão Europeia, também para o Conselho e, até certo ponto, para o Parlamento, que sonham harmonizar os procedimentos legais ao nível de todo um continente. Mas, da mesma forma que o artigo 349.º do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia consagra especificidades regionais, sugiro à Comissão que proponha legislação que atribua às regiões da Europa a capacidade de definirem a sua pesca artesanal e tradicional.

Czesław Hoc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Na wstępie podziękowania i gratulacje dla pana Wernera Kuhna za bardzo dobre sprawozdanie. Jednakże mam do poruszenia istotną kwestię dotyczącą zakresu definicji statków rybackich. Otóż powinna ona być rozszerzona i powinna odróżniać statki przeznaczone do połowów przemysłowych, tzw. paszowce, od statków połowiających na małą skalę, tzw. łodziowców. To bardzo ważne, w szczególności dla Morza Bałtyckiego, które jest wrażliwym ekosystemem, gdzie połowy przemysłowe niszczą zasoby ryb, głównie zasoby dorsza. Prowadzi to także do bankructwa rybołówstwa przybrzeżnego. Zatem konieczne jest ustalenie definicji prawnej połowów na skalę przemysłową i definicji łodziowego rybołówstwa przybrzeżnego. Musimy chronić zasoby dorsza w Bałtyku, musimy chronić tradycyjne rybołówstwo łodziowe. To nasz święty obowiązek – wobec obecnych i przyszłych pokoleń.

Interventions à la demande

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, είχα ζητήσει και στην προηγούμενη συζήτηση «catch-the-eye» αρκετά έγκαιρα να λάβω τον λόγο, αλλά δυστυχώς δεν με είχατε στον κατάλογο.

Ο κύριος Επίτροπος ανέφερε ότι κωδικοποιούμε νομοθεσία του 1986. Αλλά, κύριε Επίτροπε, διερωτηθήκατε τι έχει γίνει στην αλιεία τριάντα χρόνια τώρα; Αν έχει αναπτυχθεί η ευρωπαϊκή αλιεία, ποια κοινωνικά προβλήματα και ποια επίπεδα ανεργίας αντιμετωπίζει; Επομένως, αυτό είναι ένα θέμα που πρέπει να μας προβληματίσει ιδιαίτερα σε σχέση με τους Έλληνες αλιείς, οι οποίοι πένονται αυτή τη στιγμή, καθώς αντιμετωπίζουν τα τεράστια αντιλαϊκά μέτρα που έχει επιβάλει η τρόικα.

Συμφωνώ ότι πρέπει να γίνει διαφοροποίηση μεταξύ μικρών και μεγάλων αλιευτικών σκαφών. Πρέπει, επίσης, να πάψει να είναι περίπλοκη η νομοθεσία, να μην υπάρχει διοικητικό άγχος, να μη δημιουργούνται κόστη και υπερβολικά έξοδα. Αυτά είναι θέματα που οπωσδήποτε πρέπει να τα λαμβάνουμε υπόψη, όπως επίσης και τις κοινωνικές ιδιαιτερότητες των παράκτιων κοινοτήτων.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Podpiram to, da se poenoti in kodificira to vprašanje in se pravzaprav čim bolj poenostavimo pravna pravila, zlasti zato ker obstoječa seveda segajo trideset in več let nazaj.

Je pa seveda treba reči, da je ribiška politika zelo zapleten proces, kjer je potrebno upoštevati tudi lokalne posebnosti, kjer je potrebno upoštevati tudi okoljske vidike in tudi to, kar so kolegi pred mano povedali: razlikovanje med t.i. malim ribištvom, obrtnim ribištvom, na eni strani in na drugi strani industrijskim ribolovom, ker imata popolnoma različen vpliv na mnoge sektorje.

Seveda poenotenje zahteva, tudi zelo, jasnost besedil, čeprav gre za tehničen dokument. Predvsem pa morajo biti zelo jasne in konkretne ter koherentne definicije pojmov v izogib temu, da se potem stvari različno interpretirajo in da potem države članice se to ne upoštevajo tako, kot bi morale.

(Fin des interventions à la demande)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for their constructive attitude towards this file. As already mentioned, rightly, the purpose of this proposal was to undertake a codification of Council Regulation No 2930/86 of 22 September 1986 defining the characteristics for fishing vessels. The new regulation will supersede the various acts incorporated in it and this proposal fully preserves the content of the acts being codified and, hence, does no more than bring them together with only such formal amendments as are required by the codification exercise itself. Further to codifying the above-mentioned regulation, the Commission proposal also includes a substantive amendment with a view to delegating powers to the Commission to this end. As a result, the proposal is being presented in the form of a recast. With regard to the two amendments refused, they were refused on formal procedural grounds as they would change the law. So this is a recast, but we still take note of all the concerns and all the comments. I would like again to thank Mr Kuhn, the rapporteur, the shadow rapporteurs, and all the MEPs who contributed to this debate.

Werner Kuhn, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Herzlichen Dank an meine Kolleginnen und Kollegen als Schattenberichterstatter. Es hat mir auch große Freude bereitet, konstruktive Vorschläge von Ihrer Seite mit in dieses Dossier einzubauen.

Wir sind bei der Grundverordnung immer wieder an den Punkt gestoßen: Wie können wir die kleine und handwerkliche Fischerei in besonderer Weise fördern? Und die Definition, so wie Ricardo Serrão Santos das vorhin gesagt hat, ist hoch kompliziert und regional sehr unterschiedlich. Und Frau Kollegin Ní Riada, es ist schwierig, in dieses sehr formelle Dossier – es ist eine Verordnung – jetzt eine Definition für kleine und handwerkliche Fischerei, die Fischereifahrzeuge in Zentimeter Länge über alles, Verdrängung und Motorleistung, einzubauen – das kann in einem anderen Land als in Irland schon wieder völlig anders sein – oder große Fabriksschiffe genau zu definieren, welche Antriebsleistung sie haben dürfen, welche Größe, wieviel Frost, Fang und Verarbeitungskapazität, wieviel Tonnage, wieviel Treibstoff sie mitführen dürfen und, und, und.

Deshalb würde ich den Vorschlag machen – denn das ist der einzige Dissens, den wir bei diesem Dossier haben, bei dieser Verordnung –, dass die Koordinatoren sich in der nächsten oder übernächsten Sitzung zusammenfinden, vielleicht auch mit Unterstützung des Kommissars, dass man einen Initiativbericht diesbezüglich in Angriff nimmt und die Definition – gerade was kleine und handwerkliche Fischerei betrifft und natürlich auch die *medium scale fishery vessels* und natürlich auch die hochseegehenden Fischereifahrzeuge – wenigstens so zu definieren versucht, dass die einzelnen Mitgliedstaaten regional die Möglichkeit haben, darin eine klare Unterscheidung zu treffen, was die handwerkliche und die küstennahe Fischerei betrifft oder hochseegehende Fischereifahrzeuge und auch ganz normale Schlepper, die über 15 Meter sind, wo das *vessel monitoring system* ist und das AIS, automatisches Informationssystem, und vielleicht bekommen wir dort eine Lösung und kommen einen Schritt weiter voran.

Herzlichen Dank nochmal allen gemeinsam, dem Kommissar, meinen Berichterstattern, aber auch der maltesischen Rat-Präsidenschaft, die ja als Insel schon viele Erfahrungen in der Fischerei, aber auch im Schiffbau hat, und das hat mich da als Schiffbauingenieur besonders beeindruckt.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 4 avril 2017.

23. Frauen und ihre Rollen in ländlichen Gebieten (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Marijana Petir et Maria Lidia Senra Rodriguez, au nom de la commission de l'agriculture et du développement rural et de la commission des droits de la femme et de l'égalité des genres, sur les femmes et leurs rôles dans les zones rurales (2016/2204(INI)) (A8-0058/2017).

Maria Lidia Senra Rodríguez, *relatora*. – Senhora Presidente, quero agradecer, em primeiro lugar, aos relatores-sombra as suas contribuições e também às equipas que tornaram possível este relatório.

No meio rural vivem diferentes tipos de mulheres com profissões diferentes e, à semelhança de todas as mulheres, estas sofrem as consequências de um sistema patriarcal que as oprime, discrimina e inviabiliza. Apesar do progresso das leis em matéria de igualdade, constatamos que existe um longo caminho a percorrer. É que as leis existentes não se aplicam totalmente ou são implementadas, muitas vezes, com uma base machista. Isto entrava o avanço dos nossos direitos.

Espero que este relatório sobre as mulheres nas áreas rurais contribua para reforçar a luta e para avançar em termos de pleno reconhecimento dos direitos das mulheres do meio rural. Os desafios são importantes: no âmbito profissional, no da conciliação, no âmbito dos serviços públicos e na luta contra a violência machista. A diferença salarial entre homens e mulheres persiste e o desemprego afeta em maior medida as mulheres.

Vou referir-me, sobretudo, à situação das mulheres agricultoras.

As políticas de desregulamentação da produção e dos mercados, impulsionadas pela PAC, provocaram a precarização e a perda de muitos postos de trabalho nas explorações agrícolas e no meio rural. O não reconhecimento da titularidade compartilhada nas explorações agrícolas familiares implica que apenas 30 % das agricultoras da União Europeia sejam titulares de explorações. Todas as outras mulheres neste tipo de exploração agrícola são privadas dos direitos que derivam de ser titular da mesma. Estamos a referir-nos, por exemplo, aos rendimentos económicos e aos direitos decorrentes da PAC. Estas mulheres também se defrontam com dificuldades para beneficiarem de ajudas no âmbito das medidas de ação positiva destinadas a apoiar mulheres trabalhadoras, como já tem acontecido em muitos Estados-Membros.

A forma de a PAC distribuir as ajudas, favorecendo as grandes explorações, prejudica também as mulheres que, normalmente, são titulares de explorações mais pequenas. Por exemplo, em 2013, em média, uma exploração gerida por uma mulher é de 8 hectares, em comparação com 20 hectares nas explorações geridas por homens, ou 8 unidades pecuárias em comparação com 26 dos homens. Mas também se dá o facto de que muitas agricultoras não são consideradas como tal por não contribuírem para a segurança social agrícola. Outras, por outro lado, têm poucos anos de contribuição quando chegam à idade da reforma e isso aprofunda o fosso nas pensões e traz maiores níveis de pobreza às mulheres. É essencial, portanto, atacar pela raiz esta situação de discriminação e de insegurança para as mulheres se realmente queremos manter as explorações agrícolas que são a base económica fundamental para o desenvolvimento de um meio rural vivo.

É proposta, neste relatório, a necessidade de que os Estados-Membros e a Comissão apostem na titularidade compartilhada nas explorações agrícolas familiares, nomeadamente através da elaboração de leis visando o seu estabelecimento e a sua aplicação efetiva onde ela já existe. A participação das mulheres em todas as áreas de tomada de decisão, como instituições, sindicatos, cooperativas e também nos processos de negociação deve ser garantida. Os serviços públicos e de qualidade devem visar o meio rural, o ensino, a saúde, os serviços sociais, os transportes ou os serviços de correios.

Para concluir, queria dizer que é fundamental dotar o meio rural de instrumentos para a implementação de medidas destinadas a prevenir e erradicar a violência machista e que sejam garantidos também serviços de apoio e aconselhamento para as mulheres afetadas por esta violência.

Marijana Petir, *izvjestiteljica*. – Gospođo predsjednice, žene koje žive u ruralnim područjima zaslužuju našu punu pažnju i naš puni angažman. Njihovi problemi su stvarni i da bismo ih shvatili, moramo shvatiti raznoliku ulogu žena u ruralnom području. One brinu o obitelji, čuvaju tradiciju i okoliš, rade u poljoprivredi, koja je jedna od najvažnijih gospodarskih grana svake zemlje, sudjeluju u procesu proizvodnje hrane. Žene u ruralnim područjima neprocjenjivo su vrijedne za svoja obiteljska poljoprivredna gospodarstva, važne su i za razvoj poduzetništva, održivi razvoj, kao i cjelokupni gospodarski razvoj.

No one nisu homogena skupina, stoga se zalažem za specifičan pristup prema njihovim raznovrsnim ulogama.

Žene na selu nemaju dobar pristup obrazovanju, slabe su informatičke pismenosti, a i dostupnost interneta još je na vrlo niskoj razini. Također, zbog udaljenosti liječnika specijalista i nedostupne dijagnostike, u većini slučajeva žene tek u poodmakloj fazi bolesti dolaze kod liječnika, što je nažalost za njih ponekad prekasno. Na selu najčešće ne postoji niti adekvatna društvena, socijalna i komunalna infrastruktura koja je nužna za dostojanstven život.

Žene čine manje od 50 % ukupnog radno sposobnog stanovništva u ruralnim područjima Europske unije te upravljaju sa svega 30 % obiteljskih poljoprivrednih gospodarstava. Tijekom 2014. godine žene su ostvarile oko 35% ukupnog radnog vremena u poljoprivredi, što je znatan doprinos poljoprivrednoj proizvodnji, a osim toga na poljoprivrednim gospodarstvima brinu o obitelji i domaćinstvu što je često okarakterizirano kao „nevidljivi” rad.

Žene na selu često su ekonomski ovisne o suprugu. Za njih ne postoji radno vrijeme, a bore se i s nedostatkom osnovnih socijalnih i mirovinskih prava poput bitno nižih mirovina ili pak neplaćenog porodiljnog dopusta. Gotovo polovica njih nikada ne odlazi na godišnji odmor, a u vrlo maloj mjeri sudjeluju u procesima donošenja odluka na lokalnoj i regionalnoj razini.

Niti jedna država članica Europske unije nije dosad uspostavila tematski potprogram za žene u ruralnim prostorima kakav primjerice postoji za mlade poljoprivrednike, iako je to predviđeno Europskim poljoprivrednim fondom za ruralni razvoj što je jasan pokazatelj kako se žene u ruralnim područjima jednostavno ne cijeni dovoljno.

Ovo Izvješće prepoznaje neprocjenjiv doprinos koji žene ostvaruju u gospodarstvu ruralnih područja te potiče države članice da više i sinergičnije upotrebljavaju instrumente dostupne u sklopu Europskog poljoprivrednog fonda za ruralni razvoj, programa Leader+ i Europskog socijalnog fonda.

Ženama je potrebno olakšati pristup zemljištu te osigurati sva socijalna prava koja trenutno nemaju jer njihov rad na obiteljskom poljoprivrednom gospodarstvu nije prepoznat i vrednovan stoga je potrebno regulirati profesionalni status seoskih žena.

Nadam se da će ovo Izvješće pomoći u osvještavanju problema s kojima se susreću žene u ruralnom prostoru te da će u tom smislu biti i korak prema njihovom rješavanju. Žene na selu prave su heroine i zato ovo Izvješće posvećujem njima.

Interventions à la demande

Michaela Šojdová (PPE). – Paní předsedající, já sama pocházím z venkovského regionu a vím, že život na venkově je skutečně složitější. Je tam méně pracovních příležitostí, zejména pro vysoce kvalifikované profese, horší dostupnost služeb, obchodu, škol a lékařské péče. Právě to dopadá na ženy, které se většinou starají o děti a tyto služby potřebují. Znáám mnoho i malých obcí, kterým se daří podporovat tyto služby, vytvářet lepší prostředí, a to právě s podporou fondů Evropské unie nebo vládních programů.

Myslím, že to je dobrý příklad toho, jak je možné řešit lepší postavení žen. Zvláštní pohled z pohledu žen na tuto problematiku považuji za spíše umělý, ale respektuji ho. Rozvoj venkova je důležitý pro celou společnost, pro zajištění potravin, pro údržbu a tvorbu krajiny, je důležitý pro udržení našich tradic a kulturních kořenů.

Chci poděkovat paní kolegyni Petirové za podporu rozvoje venkova, že za ni bojuje a citlivě vnímá potřeby žen.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I would like to thank my colleague, Marc Tarabella, for his work on this report, which recognises the role of women as entrepreneurs in rural areas. It is indeed important for the Commission and Member States to invest in the empowerment of women in entrepreneurship in rural areas. It is also important to invest in access to technology and connectivity to the internet and in promoting education and training for women and girls in business, science, technology, engineering and green jobs, especially in places where such facilities are lacking. We should also emphasise the role of cooperatives, social enterprise and alternative business models in providing a powerful platform for women's economic empowerment and independence. The EU can make a significant positive impact with more funding in that field, as has happened with the ESF and ERDF programmes, such as Leader funding for rural areas like Cumbria, and the Daphne programme for women.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, το βασικό πρόβλημα αυτή τη στιγμή στην Κοινή Αγροτική Πολιτική είναι ότι υπάρχει τεράστια ανεργία και φτώχεια και αυτό πρέπει να δείτε. Η ίδια η έκθεση λέει ότι μεταξύ του 2005 και του 2010 εξαφανίστηκαν 2,4 εκατομμύρια γεωργικές εκμεταλλεύσεις, πράγμα που σημαίνει ότι τα πράγματα είναι ιδιαίτερα δύσκολα. Σε σχέση, λοιπόν, με τις γυναίκες, οι οποίες υποφέρουν πιο πολύ στον τομέα της αγροτικής οικονομίας –δεν αναγνωρίζεται η δουλειά που κάνουν, δεν έχουν αμοιβές, δεν προβλέπονται συντάξεις–, πρέπει να λάβουμε μέτρα και νομίζω ότι η έκθεση αντιμετωπίζει τα ζητήματα.

Πρέπει να υπάρξουν ρυθμίσεις για τη γυναικεία επιχειρηματικότητα, για την ενίσχυση των νέων τεχνολογιών, της κατάρτισης, της ένταξης των γυναικών με σύγχρονο τρόπο στην αγροτική παραγωγή. Επίσης, πρέπει να ενισχυθούν οι μικροί γυναικείοι συνεταιρισμοί, να αναβαθμιστεί η θέση της γυναίκας στη διοίκηση των συνεταιρισμών και να υπάρξει κοινωνική προστασία των γυναικών στην ύπαιθρο.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, quiero felicitar y dar las gracias a las colegas Petir y Lidia Senra por este informe, que quiere dar a las mujeres que trabajan en el medio rural, visibilidad, pero, además, políticas para que su aportación al desarrollo, sostenibilidad e innovación de este sector sea reconocida y apoyada. Para empezar, por justicia pero, además, por eficacia.

Por eso, hemos apostado —y así se ha recogido en el informe— por que este sea el primer paso hacia la redacción de un Estatuto europeo de las mujeres agricultoras, como el que ya se aplica en algunas nacionalidades históricas europeas como el País Vasco, y de cuyos contenidos proviene la mayor parte de las enmiendas que hemos presentado.

Necesitamos más mujeres titulares o cotitulares de explotaciones, en puestos de responsabilidad en cooperativas y empresas, y una PAC que mida seriamente y permita aflorar la aportación femenina, que la ponga en valor en términos de renta y talento, y que la apoye en consecuencia.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señora presidenta, este informe sobre las mujeres y su papel en las zonas rurales es muy importante porque exigimos a la Comisión Europea y a los Estados miembros que tomen medidas en favor del desarrollo en el medio rural, donde las mujeres tienen un papel esencial, pero no solo a nivel económico, sino también a nivel social.

Muchas de nuestras reivindicaciones a través de enmiendas, y gracias también al trabajo de mi compañera Lidia y de la señora Petir, quedan reflejadas en este informe. Por ejemplo, se puede asegurar un alto nivel de los servicios públicos en el medio rural, porque si no, será imposible fijar población.

Pedimos garantizar el derecho al acceso a la propiedad de las explotaciones agrarias para las mujeres y alentamos también unos presupuestos con perspectiva de género y, finalmente, recordamos la necesidad de reforzar los medios para la lucha contra la violencia machista en el medio rural.

En definitiva, si queremos que la igualdad de género y la cohesión no sean solo principios escritos en los Tratados, deben desarrollarse políticas públicas concretas para que subsista el medio rural.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señora presidenta, las mujeres producen más de la mitad de los alimentos del mundo, pero solo una minoría son dueñas de sus tierras: el trabajo invisible, el difícil acceso a la financiación, la poca representación de mujeres en puestos de toma de decisiones son constantes en el mundo rural.

Los Verdes consideramos que el actual modelo de agricultura, que es industrial, globalizado e intensivo, además de ser insostenible para el planeta también contribuye a perpetuar esta desigualdad entre hombres y mujeres.

En cambio, el modelo agrícola del futuro y también para la PAC, por ejemplo, es ecológico e igualitario. Ahí las mujeres son agentes del cambio y juegan un papel primordial en la creación de nuevos empleos rurales, como en la artesanía o el turismo de calidad.

Para ello, la Unión Europea tiene que liderar esta transición ecológica y de género. Necesitamos que las instituciones europeas y nacionales nos apoyen, las apoyen. Es una oportunidad para la sociedad en su conjunto.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök asszony! Megint a szokásos helyzet, probléma van a címmel, nők helyzete vidéken, de melyik vidéken, kérem szépen, melyik tagállamban? Ausztriában mondjuk, ahol van egy erős vidéki polgárság, anyáról lányra, apáról fiúra adják át a földet, a kis gazdaságot, vegyes gazdaságot, esetleg kis fogadót, satöbbi, vagy pedig Magyarországon, tőle száz kilométerre, ahol ugye volt egy kommunista típusú termelészövetkezeti rendszer, aminek vége lett, a jókor jó helyen lévők megszerezték a földeket, a nőknek nagyon nehéz földhöz jutni, helyesen beszélt a földhöz jutás nehézségeiről az előző kollega, csak nem beszélt arról, hogy egész más a helyzet azokban az országokban, ahol egyfelől oligarchák szerzik meg a földet, és ezen oligarcha csoportokba nagyon kevésbé tartoznak nők.

Másfelől pedig önök, a kedves nyugati barátaink, akik elérték azt, hogy a tőke szabad áramlása fejezetbe kerüljön bele a termőföld, ez a gyalázat kérem szépen, ha szeretnének segíteni a vidéki nőkön, esetleg a közép- és kelet-európai országokban is, akkor szíveskedjenek megszüntetni azt, hogy a termőföld a tőke szabad áramlása fejezetbe tartozzon.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, aontaím go hiomlán leis an mbeirt rapóirtéirí nuair a deir siad gur laochra iad na mná go háirithe atá ag feidhmiú i saol na tuaithe. I ndáiríre tá siad ag coimeád shaol na tuaithe le chéile mar dheirfiúir-acha, mar mháithreacha, seanmháithreacha, oibrithe ar fheirmeacha agus gach uile rud. Freisin, tá siad ag cabhrú go mór leis na gluaiseachtaí deonacha a choimeád le chéile mar oibrithe deonacha, rúnaithe agus mar sin de agus ba chóir gach aitheantas agus cabhair a thabhairt dóibh. Aontaím go hiomlán gur cheart dúinn tuarastáil féaráilte a thabhairt dóibh, aitheantas a thabhairt dóibh, saol sóisialta níos fearr a thabhairt dóibh agus freisin seans a thabhairt dóibh chun brei-soideachas a fháil má tá sin ag teastáil uathu.

An tseachtain seo caite bhí grúpa ban agamsa sa Pharlaimint mar chuairteoirí agus bhí sé go hiontach iad a bheith linn agus tá súil agam go mbeidh mé in ann iad a thabhairt ar ais arís. Go raibh maith agat, a Uachtaráin.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nonostante i progressi degli ultimi anni, nelle zone rurali le donne continuano ad avere difficoltà di accesso al mercato del lavoro e nei consessi decisionali.

Affinché le donne possano beneficiare di regimi di aiuto nel settore agricolo, va innanzitutto riconosciuto il loro ruolo nell'impresa. Garantire protezione sociale alle donne attive in agricoltura è un elemento indispensabile per contribuire ad uno sviluppo moderno e sostenibile dello spazio rurale. Lo sviluppo professionale, la formazione, il perfezionamento delle donne in agricoltura sono altri elementi essenziali per assicurare lo sviluppo delle aziende agricole.

La parità tra donne e uomini rappresenta un obiettivo fondamentale dell'Unione europea e dei suoi Stati membri. Per realizzarla in agricoltura e nelle zone rurali è essenziale integrare la dimensione di genere nell'ambito della PAC e delle politiche di coesione nelle aree rurali, così come servono nuove azioni mirate ad incoraggiare la partecipazione delle donne al mercato del lavoro nelle zone rurali nell'ambito del FEASR.

(Fin des interventions à la demande)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, my thanks to Ms Senra Rodríguez and Ms Petir for this joint report of the Committee on Agriculture and Rural Development (AGRI) and the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM). The strength of support for your joint report reflects the fact that you have accurately identified the challenges faced by women in rural areas.

The Commission welcomes the report in terms of its recognition of the contribution that women make to the rural economy, and also of the opportunities for women both on- and off-farm. Gender equality is a fundamental EU value. As policymakers, we have a responsibility to ensure that the rights of women are fully protected and to enable women to realise their potential. This needs both legislative and non-legislative action. We are committed to mainstreaming the gender perspective into all policy areas and to promote gender equality in the preparation and implementation of EU programmes. This includes the CAP, the rural development policy, which is an essential element of the wider policies supporting both on-farm and off-farm investment to ensure the vitality and viability of our rural communities. The report emphasises the importance of the family farm model, which frequently involves the participation of all family members and often as many as three generations.

The modernised and simplified CAP will continue to foster and support European family farms. We need to provide opportunities to young men and women who wish to live and work in rural communities, so that they can make the most of their potential. Attractive rural communities will help generate balanced territorial development.

We also recognised the need to do more in relation to the roll-out of rural broadband, which is essential if we are going to encourage those who wish to live and those who wish to work in rural communities. Women have always played a huge role on family farms, even if not always adequately rewarded financially. Today, the numbers of women wishing to enter farming in Europe has probably never been higher, yet there are persistent barriers to entry that prevent many young men and women from taking up farming, and women face particular problems. The Cork 2.0 Declaration on a better life for rural areas includes strong messages that rural areas must be attractive places for people in which to live and to work throughout the different stages of life.

Your report addresses itself to the Commission and to the Member States. We must all take our respective responsibilities in formulating a comprehensive and considered response, and I trust that the Member States will take careful note of the report's observations and recommendations.

Honourable Members, this report reminds us all of the essential role that women play in rural areas and throughout society. It also reminds us that there are challenges facing women, but there are also opportunities. It reminds us that adopting legislation is not enough to remedy inequality. We must also make certain it is properly implemented.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 4 avril 2017.

Déclarations écrites (article 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La dimensione di genere costituisce uno strumento applicabile anche ai fondi strutturali e di investimento UE, incluso il FEASR, e l'inclusione delle donne nell'istruzione e nel settore STEM favorisce il raggiungimento dell'uguaglianza di genere in settori diversi. Inoltre, il mantenimento di una popolazione attiva è di notevole rilevanza per la conservazione dell'ambiente e degli ecosistemi, e il turismo rurale è fonte di occupazione e incentiva la popolazione a rimanere in loco.

Se si pensa che tra il 2005 e il 2010 nell'UE sono scomparse più di 2 milioni di aziende agricole a conduzione familiare, si comprende quanto la questione sia importante e la relazione presentata ha lo scopo di evidenziare il ruolo multifunzionale e attivo delle donne nelle zone rurali poiché promotrici di un'agricoltura sostenibile ed ecocompatibile.

UE e Stati membri sono chiamati a sostenere ed incoraggiare l'accesso al mercato del lavoro per le donne nelle zone rurali, e di includere politiche focalizzate sul contributo offerto dalle stesse donne nei loro programmi di sviluppo rurale, in modo da incrementare la loro partecipazione alla PAC come di beneficiarie.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Οι γυναίκες στις αγροτικές περιοχές χρειάζονται και αξίζουν την πλήρη προσοχή μας και την πλήρη στήριξή μας, καθώς διαδραματίζουν έναν εξαιρετικά σημαντικό ρόλο στις οικογενειακές τους φάρμες και συμβάλλουν στην ανάπτυξη της επιχειρηματικότητας, στη βιώσιμη ανάπτυξη και γενικότερα στην ανάπτυξη της οικονομίας. Οι προκλήσεις που αντιμετωπίζουν οι γυναίκες στις αγροτικές περιοχές είναι πλείστες και καλούμε τα κράτη μέλη και τις περιφερειακές και τοπικές αυτοδιοικήσεις να συνεχίσουν να στηρίζουν τις γυναίκες αυτές και τα ενθαρρύνουμε να λάβουν πρόσθετα μέτρα.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), in writing. – Equality between women and men is one of the basic values of the European Union and it should not be different in rural areas. Women in rural areas are under-represented in the executive bodies, and face, among other things, significant pension gaps, violence and difficulties to access childcare. We must safeguard the effective implementation of the Barcelona objectives concerning childcare facilities and urge Member States to ratify the Istanbul Convention to fight those challenges. In order to secure the possibilities for women, and not only for them, to develop their entrepreneurial potential, it is necessary to guarantee the connection of rural areas with economic centres. Therefore, I encourage Member States to use wisely the sources from the Cohesion and Structural Funds to expand the infrastructure and to provide full coverage by internet network. I would like to point out Finland as an example to follow regarding providing access to the internet for isolated areas. Furthermore, I call on the Commission to include the question of rural areas in the Digital Agenda, since digital development can influence the quality of life and boost competitiveness and employment.

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – W mojej ocenie jest to bardzo ważne sprawozdanie, bowiem podkreśla doniosłość roli kobiet, których ciężka praca jak dotąd wydaje się nie być wystarczająco zauważana ani doceniana na obszarach wiejskich. Miałam przyjemność pracować nad tym sprawozdaniem w roli sprawozdawcy cienia, dzięki czemu udało mi się również wprowadzić do jego treści kilka korzystnych zmian dotyczących m.in. zwiększenia finansowania projektów pomocowych dla kobiet (teraz środki na ich finansowanie będą pochodziły zarówno z I, jak i z II filaru).

Jednak mimo że gorąco popieram szeroko rozumianą poprawę warunków pracy kobiet na obszarach wiejskich, niestety nie mogę zgodzić się z zaproponowanym w sprawozdaniu terminem „gender mainstreaming” („uwzględnianie aspektu płci”), jako że pojęcie to jest niejasne i niezdefiniowane w prawie międzynarodowym. Moje obawy budzi również apel o ratyfikację konwencji stambulskiej, która po pierwsze, również zakłada zmianę definicji płci, a po drugie, umożliwia nadmierną ingerencję Komisji Europejskiej w dziedziny polityki socjalnej i zatrudnienia, stanowiące wyłączną właściwość państw członkowskich.

Danuta Jazłowiecka (PPE), na piśmie. – Szanowni Państwo! W ramach UE dominują rodzinne gospodarstwa rolne, w których blisko 80 % pracy wykonywane jest przez członków rodziny. Biorąc pod uwagę, iż na obszarach wiejskich jedynie 60 % kobiet ma oficjalne zatrudnienie, oznacza to, że duża ich część wykonuje tzw. niewidoczną pracę. Jest to poważny problem, bowiem bardzo często nie są one przez to objęte systemem ubezpieczeń społecznych oraz nie dysponują własnymi środkami finansowymi. To z kolei sprawia, że są zależne od mężów i partnerów przez całe swoje życie.

Dlatego też w ramach UE powinniśmy się zastanowić, jak rozwiązać ten problem. Kompetencje w tym obszarze zasadniczo należą do państw członkowskich, ale warto byłoby pomyśleć o wprowadzeniu w ramy wspólnej polityki rolnej systemu zachęt do instytucjonalizacji pracy kobiet i innych członków rodziny, a także skonstruowaniu mechanizmu wymiany dobrych praktyk pomiędzy państwami członkowskimi. Część państw europejskich dostrzegła już problem „niewidocznej” pracy kobiet i istnieją w nich różne rozwiązania, w tym na przykład różnicujące statusy prawne współmałżonków pracujących w ramach rodzinnych gospodarstw rolnych. Dobrym przykładem jest Francja, gdzie członkowie rodziny mogą mieć status kierującego gospodarstwem, współpracownika lub pracownika.

Nadanie oficjalnego statusu zawodowego jest jedną z możliwości wzmocnienia niezależności finansowej kobiet i zagwarantowania im wyższych świadczeń emerytalnych. Jest to o tyle ważne, że bez podjęcia tych działań nie uda się powstrzymać wyludniania obszarów wiejskich.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – Quiero felicitar a las ponentes, Marijana Petir y Lidia Senra, por su buen trabajo conjunto en un texto que recoge muchas de las peticiones que el Parlamento ya expresó en su informe sobre el futuro de la PAC. Es necesaria una perspectiva de género para combatir las enormes desigualdades en el acceso a la tierra y la propiedad agrícola entre hombres y mujeres, así como en el reconocimiento de su estatus y derechos como trabajadoras del campo. La Comisión debe tomar nota del grave retroceso de la situación de la mujer en el mundo rural e integrar esta perspectiva de género en el desarrollo de la PAC. Para ello, como bien señala el informe, habrá que mejorar también la implementación de las políticas en el medio rural facilitando la participación de las mujeres en la toma de decisiones.

24. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

La Présidente. – L'ordre du jour appelle les interventions d'une minute sur des questions politiques importantes (article 163 du règlement).

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, a Venezuela esteve três dias sem Assembleia Nacional depois de o Supremo Tribunal ter deliberado usurpar as suas competências e privar os deputados da sua imunidade. Este golpe de Estado foi abortado pelos juizes do Supremo Tribunal que, pela forte contestação nas ruas, perceberam a gravidade do seu ato.

Foi, no entanto, apenas mais um episódio que ilustra a natureza antidemocrática e totalitária do Governo venezuelano, que começou por desrespeitar o resultado eleitoral de 2015, passou pelas manobras dilatatórias do Conselho Nacional Eleitoral para inviabilizar o referendo revogatório, pelas interferências do Presidente Maduro no sistema judiciário e até pela irracional decisão de expropriar as padarias, a maioria das quais de propriedade de emigrantes portugueses.

A situação na Venezuela é gravíssima. Na Venezuela morre-se de fome, morre-se de doenças que em nenhum outro sítio do mundo são mortais. Na Venezuela os cidadãos são tratados como animais à mercê dos caprichos do regime de Maduro. A crise humanitária na Venezuela atingiu proporções tão graves que nós, europeus, não imaginávamos que pudessem acontecer em pleno século XXI e num país que foi referência mundial de progresso e democracia.

Caros Colegas, torna-se urgente o auxílio ao povo martirizado da Venezuela. Os venezuelanos esperam de nós, europeus e democratas, que atuemos em seu socorro. Apelo a esta Casa para que desenvolva todos os esforços políticos e diplomáticos para que a abertura de verdadeiros corredores humanitários para a Venezuela seja possível.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, по оценки на Европейската агенция за околна среда около 15 хиляди случая на преждевременна смърт в България през 2013 г. са се дължали на концентрация на замърсители във въздуха. От години слушаме от представителите на ГЕРБ колко добре и успешно е била управлявана България и колко добре се усвояват европейските фондове. Успехът не може да се базира на самооценка. Фактите говорят по-ясно от думите.

Случаите на преждевременна смърт ясно дават реална оценка за „успехите“ на управлението на ГЕРБ през годините. В допълнение на хилядите смъртни случаи, свързани със здравето, финансовите разходи от замърсяването на въздуха в България са над 3 милиарда евро на година, които включват и преките разходи за икономиката.

През годините ГЕРБ са харчили хиляди евро разходи по дела, за да оспорват решения на Комисията, вместо да направят въздуха за собствените си граждани по-добър. Този лукс сега ще трябва да бъде заплатен от българските граждани, обаче, след потвърждаване на решението на Съда на европейския съюз след два дни. И потърпевши и ошетени са българите и това благодарение на ГЕРБ.

Мислете за гражданите, колеги от ГЕРБ – не затова как да представяте стъкмистиката за „уж“ успешно управление.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjednice, dugo se građani Hrvatske bune protiv Ovršnog zakona koji je, u trenutnom obliku, legalizirana pljačka običnog čovjeka. Na izborima su većinom birali stranke koje su obećavale izmjenu zakona, ali od svega nije bilo ništa zbog očite sprege politike s moćnim interesnim skupinama koje iza ovakvog zakona stoje i na njegovoj se primjeni bogate.

Sud Europske unije utvrdio je kako se hrvatski javni bilježnici, kad postupaju u ovršnim postupcima na temelju tzv. „vjerodostojne isprave“, ne mogu smatrati „sudom“ pri primjeni Uredbe o europskom nalogu za izvršenje i Uredbe o priznavanju i izvršenju sudskih odluka u građanskim i trgovačkim stvarima.

To znači da se takvim postupcima hrvatskih javnih bilježnika ne može ovršiti nikoga u Europskoj uniji, osim Hrvate. Riječ je o očitoj diskriminaciji i zato tražim od Komisije da se očituje je li ovakav zakon u skladu s europskom pravnom stečevinom.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Madam President, I would like to congratulate Mr Vučić on his election as the new Serbian President. At the same time, I would like to point out that the electoral campaign has now ended and it is time to leave nationalism aside.

The EU hopes to have a partner in President Vučić. We expect Serbia to remain a stable and trustworthy partner in enlargement talks and contribute to regional stability with an EU-oriented government. The EU expects the implementation of reforms, improvement of the socioeconomic status of the country and the establishment of an honest dialogue with Kosovo. Serbia should stay on the EU path and not fall back into the trap of nationalism and interference in the internal matters of neighbouring countries.

I wish President Vučić every good luck with the hope that we will see the best of Serbia in years to come.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, vuelvo a traer a este Pleno la lucha de los trabajadores de la base de Rota. Se trata de un asunto de alcance internacional, porque la multinacional Louis Berger ha despedido a doce trabajadores, amenaza con nuevos despidos y pretende reducir los salarios hasta un 35 %. Y todo ello en el transcurso de la negociación del convenio colectivo, vulnerando además el derecho de huelga.

Asimismo, se incumple el convenio bilateral firmado con el Gobierno de España, por el cual debería contratarse a 370 trabajadores españoles en la base. El Gobierno de España permite que se incumpla la normativa europea de transferencia de empresas, de información y consulta, y de despidos colectivos, tolerando el chantaje de esta multinacional.

Si el Gobierno de España no va a actuar frente a los Estados Unidos, es misión de la Comisión recordarle y hacerle cumplir con sus obligaciones internacionales, porque ningún trabajador que lucha por sus derechos se merece la falta de apoyo institucional a la que se está sometiendo a los trabajadores de Rota.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señora presidenta, deseo denunciar dos cosas. Una, la atrevida intromisión de España en el futuro de Gibraltar, que ha decidido, casi por unanimidad, permanecer en la Unión Europea. Entrometerse ahora en Gibraltar, en beneficio propio, es dificultar cualquier negociación con Gran Bretaña en vez de ayudar a encontrar soluciones.

Segunda: es escandaloso el uso que España hace del dinero europeo para el Corredor Mediterráneo. Decir que el Corredor Mediterráneo va de Algeciras a Madrid es como decir que las líneas Berlín-Múnich o París-Lyon tienen que ver con el Canal de la Mancha.

El Gobierno de España lo retuerce todo, incluso la geografía, en beneficio de su proyecto centralista caro, inútil y anticuado. Pero ¿es posible que el Parlamento y la Comisión no sepan geografía y que den dinero para un traslado que provoca risa y pena a los niños de escuela primaria?

Estoy escandalizado. Se mire por donde se mire, Madrid no está en el Mediterráneo y parece que no lo estará en el próximo milenio.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, la population de la Guyane française s'est révoltée pour protester contre son abandon. Plus rien ne fonctionne en Guyane: les hôpitaux, les écoles et les services publics sont en ruine; la sécurité n'est plus garantie et les frontières sont des passoires, incapables d'arrêter la submersion migratoire.

L'État français est le premier responsable de cette situation à cause de ses dirigeants qui ont tout laissé partir à vau-l'eau depuis 40 ans, à l'image de M^{me} Taubira, qui est pourtant guyanaise. Mais l'Union européenne est également responsable, car la Guyane est une région ultrapériphérique qui bénéficie des subventions du FEDER et du Fonds social européen. Or, ces subventions ont servi à financer des réseaux sans intérêt comme «un réseau d'animation destiné à créer une dynamique de territoire et une veille stratégique des projets structurants».

L'Union européenne prouve ainsi une nouvelle fois qu'elle est à cent lieues des véritables préoccupations des citoyens. Ce n'est pas d'animation dont les Guyanais ont besoin, mais de respect et de solidarité.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Jak wszyscy porządni socjaliści, komuniści i inni lewacy wiedzą, kapitalista to straszny człowiek. Kapitalista tylko marzy o tym, żeby wyzyskać swojego robotnika. To jest jego ulubione marzenie i jego ulubionym zagranem jest wyrzucanie z pracy robotnika, który zarabia więcej, żeby na jego miejsce przyjąć innego, który zarabia mniej. Otóż gdyby kobiety za taką samą pracę dostawały szesnaście procent mniej, to na pewno kapitaliści wyrzuciliby wszystkich mężczyzn i na ich miejsce przyjęły kobiety. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, chtěla bych upozornit na případ dvou mladých českých občanů, kteří byli zatčeni v Turecku v listopadu 2016. Miroslav Farkas a Markéta Všelichová navštívili oblast Rodžava v Sýrii, kde pomáhali zvládnout humanitární krizi v oblasti obývané převážně Kurdy a pomáhali při stavbě nemocnice.

V rámci této aktivity se také setkali se členy IPG, což jsou skupiny, které jsou v mnoha evropských státech uznány jako součást koalice bojující proti takzvanému Islámskému státu. Oba mladí lidé jsou momentálně v tureckém vězení a čekají na soud. Důvodem jsou právě jejich kontakty s IPG, která je v Turecku považována za teroristickou organizaci.

Nepřestávám věřit ve spravedlivý proces. Zním jejich rodiče, znám jejich příběh a jsem přesvědčena, že jsou nevinní. Spolu s kolegy usilujeme o jejich propuštění. Sepsali jsme dopis vysoké představitelce Evropské unie pro zahraniční věci a bezpečnostní politiku Mogheriniové, ve které požadujeme, aby podpořila jejich osvobození. Markéta a Mírek chtěli v dobré víře pomoci a nyní čelí nespravedlivým následkům. Přesto věříme, že zde bude spravedlivý proces, který je osvobodí.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök asszony! Az elmúlt pár napban a világ közel negyvenezer tudósa, akadémikusa, egyetemi professzora, köztük tizenöt Nobel-díjas közgazdász emelte fel a hangját, mert Orbán Viktor, magyar miniszterelnök be akarja záratni a régió legjobb nemzetközi egyetemét Budapesten, a Közép-európai Egyetemet. A magyar médiában közkeletű szavakkal, orbitális tetűségnek neveztem ezt a lépést, és tegnap tízezer fiatal hasonló véleménnyel tüntetett ezen ördögi terv ellen.

A hatalom flegma válasza ma az, hogy huszonnégy óra alatt fabrikál egy törvényt a gonoszsága legalizálására. Orbán Viktor, úgy is, mint Putyin és Erdogan leglelkesebb európai uniós követője, azonban nem csak az oktatást rombolja, hanem ezzel párhuzamosan egy másik szégyenletes törvénnyel az egész magyar civil szektort is. A magyar nép most Európa szolidaritásáért kiált.

Marek Jurek (ECR). – Miesiąc temu w tej izbie mówiłem o kobiecie, którą bez jej zgody, mimo rozpaczliwych prób obrony, uśmiercono w jednej z holenderskich „leveneindekliniek”. Wzywałem wtedy do reakcji viceprzewodniczącego Komisji, urzędowo zajmującego się prawami człowieka, pana Fransa Timmermansa. Dwa tygodnie temu, w czasie jego pierwszej od dwóch lat wizyty w Komisji Wolności Obywatelskich, Sprawiedliwości i Spraw Wewnętrznych, próbowałem bezpośrednio uzyskać jego stanowisko. Wiceprzewodniczący odmówił, wyjaśniając, że nie to jest tematem jego wizyty w komisji. Taka postawa pokazuje rzeczywiste stanowisko kierownictwa urzędującej dziś Komisji Europejskiej wobec rządów prawa, wobec kontroli parlamentarnej, a przede wszystkim wobec praw człowieka i najbardziej tragicznych nieszczeń ludzkich.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, Francie chce učinit další nehorázný krok k narušení vnitřního trhu Evropské unie. Francouzské regiony totiž potichu zavádí takzvanou klauzuli Molière, podle které firmy ucházející se o veřejnou zakázku ve stavebnictví musí zajistit, aby všichni dělníci mluvili francouzsky.

Je zcela zjevné, že toto opatření má znovu diskriminovat cizince a ztěžovat jim přístup na francouzský pracovní trh. Tato podmínka je v naprostém rozporu s evropskou legislativou, jak již potvrdila i sama Komise. Hlavním důvodem pro zavedení tohoto opatření má být zvýšení bezpečnosti na stavbách. Skutečným důvodem je dle mého názoru jen další snaha o ochranu francouzského trhu. Nebo se nám snad Francie snaží říct, že v jiných členských státech se staví jinak než ve Francii?

Princip volného pohybu osob a služeb vyžaduje, aby byl požadavek na znalost jazyka toho daného státu zajištěn jen u povolání, u kterých je to nutné z důvodu komunikace. V současné době se se zaváděním různých diskriminačních a protekcionistických opatření přímo roztrnul pytel. Podobná opatření mohou vyvolat jen další protiopatření ze strany zbylých členských států. Opravdu je to cesta, kterou se chceme vydat?

Seán Kelly (PPE). – Madam President, now that Article 50 has been triggered everybody is focused on what will transpire in relation to negotiations. We in Ireland are well aware that we will probably be the most affected country in the European Union – economically, definitely, especially in relation to agriculture, but more importantly in relation to the border that hardly exists right now thanks to the good work of the European Union over many years, the USA and the two governments.

You could walk across the border now just as easily as you could walk from one of these rooms to the other. That is the way it has to stay, because if you unravel that you could set things back 20 years. It would upset trade, it would upset jobs but, above all, would upset peace. We cannot risk that in Ireland or the European Union, too much has been invested in it. This is not a bargaining chip. The border, which is invisible at this stage, must continue into the future.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Mulțumesc, doamnă președintă. Stimați colegi, anul trecut, în 7 iulie, aici, la Strasbourg, lansam către dumneavoastră propunerea ca, în condiții de post-Brexit, să facem împreună un prim pas către consolidarea unei Europe omogene, a celor 27, prin regândirea distribuției în teritoriu a instituțiilor Uniunii.

La acel moment v-am făcut cunoscută intenția mea de a declanșa și a susține relocarea de la Londra la București a Agenției Europene pentru Medicamente și mă bucur că sunteți alături de mine în acest demers. Mulțumesc, de asemenea, și premierului României, Sorin Grindeanu, că a răspuns mai mult decât pozitiv ideii mele, organizând un grup interinstituțional de lucru care se ocupă de pregătirea candidaturii României pentru relocarea la București a Agenției Europene pentru Medicamente.

Pentru cei care au încă dubii și pun întrebarea dacă România este pregătită pentru a găzdui o instituție de asemenea anvergură, vă anunț că în cel mai scurt timp vă voi pune la dispoziție un studiu întocmit la inițiativa mea și cu sprijinul Parlamentului European, unde veți găsi toate argumentele necesare susținerii propunerii de relocare în România a Agenției Europene pentru Medicamente. Vă mulțumesc.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Europa l'autismo colpisce ben 5 milioni di persone, e i dati danno una tendenza in crescita. L'autismo comporta disabilità significative a chi ne è colpito e sconvolge intere famiglie. Parlare di autismo oggi fa meno paura rispetto al passato. Molte barriere sono cadute, c'è una sensibilità diffusa, c'è una conoscenza maggiore grazie anche ad iniziative come la giornata mondiale della consapevolezza dell'autismo, celebrata ieri.

Tuttavia, resta molto da fare in termini di ricerca, in termini di assistenza e qualità della vita di queste persone e delle loro famiglie. È necessaria e non più procrastinabile, anche alla luce della dichiarazione scritta sull'autismo adottata da questo Parlamento nel 2015, una risposta strategica da parte delle istituzioni europee. L'Unione europea deve saper rispondere in modo adeguato alla sfida dell'autismo ed assicurare assistenza adeguata alle persone con autismo e ai loro familiari. Non possiamo girarci dall'altra parte rispetto a chi soffre.

Julie Ward (S&D). – Madam President, the European Union has always been a project of peace, democracy and human rights, keeping the peace on this continent for decades, yet now, within days of triggering the UK's exit process, senior Tories are already threatening to go to war with Spain. How utterly foolish. It is imperative that we continue to speak out to the British people about the EU's role in promoting peace and human rights. One year ago today, British Iranian citizen Nazanin Zaghari-Ratcliffe, was imprisoned in Iran on unknown charges but, together with many fellow MEPs, I have sent a letter to key Iranian leaders urging her release, as well as that of EU Iranian prisoners Dr Jalali and Nazak Afshar. The EU must continue to be a pillar for human rights in the world, to take a stand when children are imprisoned in Bahrain, for example, or when LGBTI people are rounded up and killed in Chechnya, as is being reported. It is true that working together we can achieve more than alone and we must continue to speak that truth.

Emilian Pavel (S&D). – Doamnă președintă, stimați colegi, ultimele date ale Comisiei Europene despre indexul economiei digitale și al societății plasează România pe o poziție surprinzătoare și dezamăgitoare.

Calitatea și viteza foarte ridicată a internetului sunt clar decuplate, deocamdată, de valorificarea deplină, economică și socială a digitalizării. România poate și trebuie să profite de revoluția digitală. Acest lucru trebuie pus în aplicare atât la nivel național, cât și la nivel local.

În acest context și în condițiile în care am mai prezentat această propunere încă de acum doi ani, doresc să fac și un apel din plenul Parlamentului European către autoritățile locale din orașul meu natal, Oradea. Consider că autoritățile locale trebuie să lucreze alături de mediul privat, de tineri și nu numai, de mediul educațional și de partenerii sociali pentru ca întreaga comunitate să poată profita din plin de progresul tehnologic. Oradea are vocația și potențialul de a deveni, printre altele, și un nou *hub* IT al României, în condițiile în care reușește să susțină un ecosistem propice inovării.

Ca inginer programator, dar și ca eurodeputat, voi face tot ce îmi stă în putință pentru a ajuta. Vă mulțumesc.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, lansez un avertisment cât se poate de ferm la adresa Comisiei Europene. România și statele din estul Europei nu trebuie forțate să plătească factura Brexit-ului.

Am primit cu îngrijorare mesajul recent al vicepreședintelui Comisiei Europene, domnul Oettinger, care vorbește de nevoia de a face economii consistente în viitorul buget multianual ca urmare a Brexit-ului. Acest lucru sugerează explicit că se dorește reducerea bugetului dedicat politicii de coeziune, în plus față de posibila creștere a contribuțiilor pentru statele membre. Ceea ce înțelegem este că statele din est, precum România, ar urma să fie dublu taxate în urma ieșirii Marii Britanii.

Se pregătește, deci, nu doar o Europă cu mai multe viteze, ci și un Brexit la suprapreț pentru cei din est. O reformare a politicilor de coeziune ar accentua dramatic toate inegalitățile pe care încercăm să le corectăm în Uniunea Europeană. Aceste tăieri ar echivala cu sacrificarea intereselor acestor state noi care au decalaje de dezvoltare foarte acute.

Comisia Europeană trebuie să facă tot posibilul să evite un astfel de tratament nedrept aplicat statelor precum România, pentru că rezultatul ar fi scindarea de facto a Uniunii Europene.

La Présidente. – Ce point de l'ordre du jour est clos.

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 23 h 35)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. APRIL 2017

(C/2024/2682)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. April 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Weiterbehandlung der Entschlüssen des Parlaments: siehe Protokoll	3
3. Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (Aussprache)	3
4. Mitteilung des Präsidenten	23
5. Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (Aussprache)	24
6. Feierliche Sitzung – Bundesrepublik Deutschland	40
7. Abstimmungsstunde	46
7.1. Angaben für Fischereifahrzeuge (A8-0376/2016 - Werner Kuhn) (Abstimmung)	46
7.2. Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (A8-0048/2017 - Daniel Dalton) (Abstimmung)	46
7.3. Palmöl und die Rodung von Regenwäldern (A8-0066/2017 - Kateřina Konečná) (Abstimmung)	46
7.4. Frauen und ihre Rollen in ländlichen Gebieten (A8-0058/2017 - Marijana Petir, Maria Lidia Senra Rodríguez) (Abstimmung)	46
7.5. Entwurf von Empfehlungen im Anschluss an die Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-0177/2017) (Abstimmung)	46

Inhalt	Seite
8. Stimmerklärungen	47
8.1. Angaben für Fischereifahrzeuge (A8-0376/2016 - Werner Kuhn)	47
8.2. Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (A8-0048/2017 - Daniel Dalton)	47
8.3. Palmöl und die Rodung von Regenwäldern (A8-0066/2017 - Kateřina Konečná)	48
8.4. Frauen und ihre Rollen in ländlichen Gebieten (A8-0058/2017 - Marijana Petir, Maria Lidia Senra Rodríguez)	51
8.5. Entwurf von Empfehlungen im Anschluss an die Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-0177/2017)	54
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	55
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	55
11. Sachstand der zweiten Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Griechenland (Aussprache)	55
12. Medizinprodukte – In-vitro-Diagnostika (Aussprache)	76
13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	91
14. Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU (Aussprache)	91
15. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 - Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (Entschließung) - Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben (Aussprache)	120
16. Geldmarktfonds (Aussprache)	135
17. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichten ist (Aussprache)	141
18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	146
19. Schluss der Sitzung	146

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. APRIL 2017

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.30 Uhr eröffnet.)

2. Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

3. Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Jens Gieseke und Gerben-Jan Gerbrandy im Namen des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie über die Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (2016/2215(INI)) (A8-0049/2017).

Jens Gieseke, Berichterstatter. – Herr Präsident, Frau Kommissarin Bienkowska, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Danke für die gute Zusammenarbeit meinem Ko-Berichterstatter Gerben-Jan Gerbrandy und allen Schattenberichterstattern. Zwölf Monate Arbeit, 27 Sitzungen und insgesamt 47 Anhörungen liegen hinter uns. Im Ausschuss haben wir den Abschlussbericht bereits verabschiedet und einen guten Erfolg erzielt. Es ist uns gelungen, einen ausgewogenen Bericht zu präsentieren, nun stehen wir vor der Abstimmung im Plenum.

Welche Schlüsse können wir aus der Arbeit der vergangenen zwölf Monate ziehen? Das Ergebnis des Berichts ist eindeutig: Niemand ist tatsächlich von einem vorsätzlichen Betrug ausgegangen. Zudem kann leider kein Gesetz der Welt vollständig vor vorsätzlichem Betrug schützen. Fest steht aber auch, dass die aktuellen Regelungen zur Abgasregulierung zu viel Interpretationsspielraum bieten. Kommission und Mitgliedstaaten hätten klarere Regeln durchsetzen und früher aktiv werden müssen.

Deshalb fordere ich: Erstens: Wir brauchen jetzt dringend die Umsetzung der Abgastests im realen Straßenbetrieb. Übrigens gibt es bereits jetzt bei Einsatz neuester Technologien saubere Dieselmotoren, die auch auf der Straße die Grenzwerte einhalten.

Zweitens: Wir benötigen eine bessere Marktüberwachung. Hier gilt es, Defizite zwischen Mitgliedstaaten und der EU-Kommission zu beseitigen. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission hat nicht funktioniert. Weder die Kommission noch die Mitgliedstaaten haben die Abschalteinrichtungen als mögliche Ursache für die Abweichungen zwischen den im Labor und den auf der Straße gemessenen NO_x-Emissionen betrachtet. Der Geltungsbereich und die Bestimmungen des Verbots von Abschalteinrichtungen sind von keiner Seite jemals beanstandet worden, niemand hat hier um eine Klarstellung gebeten.

Emissionsminderungsstrategien – das klingt sehr technisch; das ist es auch. Wenn diese sogenannten Strategien allerdings bedeuten, dass innerhalb eines bestimmten Thermofensters – das heißt, nur bei einer bestimmten Temperatur – die Emissionsminderung voll eingeschaltet wird, so ist das mit der Begründung, dies diene dem Motorschutz, nur sehr schwer zu rechtfertigen. Gleiches gilt für ein bestimmtes Zeitfenster, wenn dieses Zeitfenster in etwa der Prüfdauer auf dem Rollenstand entspricht. Hier wurde der Motorschutz sehr weit ausgelegt, auch auf Kosten des Umweltschutzes und der Luftqualität. Das ist nicht akzeptabel.

Hinzu kommt, dass die Vorschriften des EU-Rechts für Ausnahmen bezüglich der Abschalteinrichtungen in Europa nicht einheitlich angewendet werden. Deshalb brauchen wir mehr denn je eine einheitliche Rechtsumsetzung in der EU. Im Fall von Unstimmigkeiten muss die Europäische Union Kompetenzen erhalten, um rechtsverbindliche Entscheidungen zu treffen. Andernfalls wird es weiterhin eine unterschiedliche Rechtsanwendung geben.

Die Kommission hat die Durchsetzung des Verbots der Abschalteinrichtungen nicht überwacht, obwohl sie dazu verpflichtet war. Die meisten Mitgliedstaaten haben kein wirksames, verhältnismäßiges und abschreckendes Sanktionssystem eingeführt, um rechtswidrige Verwendung von Abschalteinrichtungen zu verhindern. Weder der Kommission noch den Mitgliedstaaten kann in diesem Zusammenhang ein gutes Zeugnis ausgestellt werden.

Jetzt gilt es aber, den Blick nach vorne zu richten. Was die bessere Marktüberwachung und die einheitliche Rechtsumsetzung betrifft, bringen einige Kolleginnen und Kollegen immer wieder eine EU-Agentur ins Spiel, frei nach dem Motto: Wenn es ein Problem gibt, erfinde ich einfach eine neue Agentur. Ich frage mich, warum. Bereits jetzt gibt es 34 dezentrale Agenturen, hinzu kommen weitere Exekutivagenturen. Verbunden sind diese mit hohem Verwaltungsaufwand, zu viel Bürokratie und Zusatzkosten für den Steuerzahler. Für die Marktüberwachung und Gewährleistung einheitlicher Rechtsetzung brauchen wir nicht noch eine bürokratische Agentur. Viel effizienter und kostensparender könnte die Aufgabe von der EU-Kommission aufgenommen werden.

Überrascht bin ich, Frau Kommissarin Bieńkowska, dass die Kommission sich diese Aufgabe scheinbar nicht zutraut. Also, wir als EVP trauen Ihnen als Kommission und Ihnen als Kommissarin diese Aufgabe auf jeden Fall zu. Unsere Unterstützung haben Sie.

Zudem wird von einigen Kollegen eine Kompensation von Verbrauchern gefordert. Erstens müssen wir dazu feststellen, dass es in Europa keine einheitliche Rechtsgrundlage gibt wie zum Beispiel in den USA. In Europa haben wir im weltweiten Vergleich ein hohes Schutzniveau für Verbraucher. Dieser Schutz wird auf der Ebene der Mitgliedstaaten definiert – und das ist gut so – und am Ende durch Gerichte ausgeteilt.

Bemerkenswert finde ich in diesem Zusammenhang einige Änderungsanträge für die heutige Plenarabstimmung. Auf der einen Seite wird eine umfassende Kompensation gefordert, auf der anderen Seite dürfe durch eine solche Kompensation kein Arbeitnehmer negativ betroffen werden. Wenn man eine solche Forderung erhebt, dann sollte man auch ehrlich sein, dass man Hunderttausende von Jobs in der Automobilindustrie gefährdet. Eine Politik nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ wird nicht funktionieren. Weiterhin konnten europäische Fahrzeuge nachgerüstet werden, damit sie die Grenzwerte einhalten. Dies war in Amerika nicht möglich. Und schließlich wird mit dieser Art der Kompensation doch das wahre Problem nicht gelöst.

Das ist der letzte und wichtigste Punkt, den ich zum Schluss bringen möchte: Das wahre Problem ist die schlechte Luftqualität. Wir haben als EVP jetzt einen Änderungsantrag zum Plenum eingebracht, wo wir einen Umweltfonds einrichten, damit am Ende die wirklich Geschädigten auch kompensiert werden, nämlich Radfahrer und Fußgänger. Nicht nur der Konsument als Käufer eines Fahrzeugs ist betroffen, sondern vor allen Dingen die Fußgänger und Radfahrer. Ich glaube, dass wir als EVP hier innovativ und fortschrittlich sind. Ich gehe davon aus, dass dies die Unterstützung der Grünen findet – Bas Eickhout ist da, er lacht schon, er wird uns in dieser Frage sicherlich unterstützen, weil das ein innovativer Ansatz ist.

Gerben-Jan Gerbrandy, Rapporteur. – Ook ik wil mijn mederapporteur, niet alleen Jens Gieseke, maar ook zijn voorganger Pablo Zalba hartelijk danken voor de prettige samenwerking. Uiteraard de schaduwrapporteurs, de coördinatoren, de voorzitter van onze commissie, maar vooral ook het secretariaat van de commissie dat uiteindelijk veel harder gewerkt heeft dan wij allemaal bij elkaar.

Voorzitter, ik denk dat deze enquêtecommissie heel erg goed werk gedaan heeft. Er zijn schokkende feiten naar boven gekomen en we zijn, naarmate het werk vorderde, kritischer en ook eensgezinder geworden, ook diegenen die in eerste instantie niet voor de oprichting van deze enquêtecommissie waren. Ik denk dat wij met z'n allen ook zeer trots kunnen zijn op het eindverslag. We hebben heel erg veel feiten losgekregen en hele sterke, stevige conclusies getrokken.

Niettemin denk ik dat het nog beter had gekund. Een betere medewerking van zowel de Europese Commissie als de lidstaten had echt nog beter werk kunnen opleveren, maar ook onze interne werking. Waarom zijn wij zo snel met hoorzittingen begonnen en hebben wij niet eerst veel meer tijd genomen voor het vooronderzoek?

Voorzitter, het eindverslag leest als een trein en ik adviseer ook echt iedereen die dat nog niet gedaan heeft, om het gewoon eens te lezen. Neem dat half uurtje, want het geeft een uniek inzicht in het falen van de Europese Unie. Het presenteert een ontluisterend beeld van Europees en nationaal falen om schonere auto's op de Europese wegen te krijgen en het is werkelijk schandalig hoe er op zo'n grote schaal gemarchandeerd is met de belangen van onze Europese burgers. Al tien tot twaalf jaar waren de groeiende discrepanties tussen laboratoriumtesten en de werkelijke uitstoot bekend!

Er is schrikbarend weinig gedaan om de situatie te verbeteren. Sterker nog, de enquêtecommissie heeft aangetoond dat zowel binnen de Europese Commissie als bij veel lidstaten betere controle, striktere handhaving en het ontwikkelen van een nieuwe, betere autotest simpelweg zijn tegengewerkt. Het meest schokkend is dat zelfs na het uitbreken van het dieselschandaal heel erg weinig is gedaan om de situatie te verbeteren. En de conformiteitsfactor van 2.1 is werkelijk een gotspe.

Het systeem was en mogelijk is – laten we eerlijk zijn – verrot. Lidstaten wilden de auto-industrie niet harder aanpakken en knepen bewust een oogje dicht. En de ruzie nu tussen Duitsland en Italië over Fiat is daar een teken van: niet de eigen industrie aanpakken, maar wel heel kritisch zijn ten opzichte van de industrie in een andere lidstaat. Binnen de Europese Commissie was jarenlang een hard gevecht gaande tussen de milieudepartementen en het industriedepartement tot en met de commissarissen aan toe. Niet de belangen van 500 miljoen Europeanen waren leidend, noch het simpelweg toepassen van Europese wetgeving. Nee, helaas prevaleerden de kortetermijnbelangen van de auto-industrie.

Ons onderzoek richtte zich vooral op de publieke actoren, maar onze hoorzittingen met de industrie en ook vele mediaberichten daaromheen hebben wel een schrikbarend beeld gegeven van het gebrek aan gevoel van verantwoordelijkheid bij de industrie. Dat is echt bijna nul! Geen publieke excuses, geen gebaar naar autobezitters, geen hand in eigen boezem en al helemaal geen signaal van verantwoordelijkheid aan de miljoenen Europeanen die gedwongen werden om vuile lucht in te ademen. Integendeel, keiharde ontkenningen van individuele autofabrikanten en al helemaal van ACEA. Voor mij was een van de meest schokkende momenten dat de vertegenwoordiger van ACEA op mijn vraag bevestigde dat het volgens hem ook naar de geest van de wet was om schone auto's in een laboratorium te krijgen en niet op de weg. Stuitend!

Voorzitter, ons onderzoek zit erop, maar er is nog heel erg veel te doen. Ik verwacht echt dat de Europese Commissie onze conclusies en aanbevelingen serieus neemt en daar ook snel naar gaat handelen, bijvoorbeeld door de verantwoordelijkheid voor luchtkwaliteit en de wetgeving, zoals die inzake de uitstoot van auto's, in de hand van één commissaris te leggen en daarvan niet een debat tussen twee commissarissen te maken. Maar vooral ook de lidstaten moeten ons verslag aandachtig lezen en ik zou alle nationale parlementen willen adviseren dit verslag ook te agenderen in hun eigen parlement. De wet niet uitvoeren, dat zou toch ook voor nationale parlementen niet te accepteren moeten zijn.

Maar ook zullen de lidstaten moeten kijken naar een veel transparanter en opener werking van de technische werkgroepen, de technische expertgroepen, een heel groot probleem. Overigens, lidstaten en een Raad die nu weer schittert door afwezigheid.

En tot slot hoop ik echt van harte dat diezelfde lidstaten, als zij de nieuwe wetgeving voor typegoedkeuring behandelen, zich nu echt realiseren dat we naar een ander systeem moeten met een veel krachtiger Europees toezicht. Dat we echt weg moeten van die nationale intentie om de nationale industrie de hand boven het hoofd te houden en totaal niet te denken aan alle 500 miljoen Europeanen.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Mr President, first I want to thank both rapporteurs, I want to thank the Chair of the committee, Mrs Van Brempt, all of the members of the committee who really devoted a lot of time and effort to this important topic. I welcome the report. I welcome the conclusions achieved by the Committee of Inquiry into Emission Measurements in the Automotive Sector (EMIS) and I am glad that I have again the possibility to discuss it with you.

At the beginning I want to very much stress that we have to remember one thing: the emissions scandal should keep all of us still alerted, for the sake of the consumers who bought cars based on false promises, because of the arrogance in disregarding the rules and, importantly, because of the loss of the time which should have been spent making progress on the topics of the future: driverless and zero emissions cars.

I am sure that today the report will give our citizens too – not only ourselves, but especially our citizens – clarity and transparency about what has happened and what needs to change. Today is really a very symbolic day, on which we can start looking into the future, planning and acting. We want the industry to play by the rules and to truly respect and compensate consumers in Europe, not just to say they do so. From today, I want Member States to carry out proper market surveillance and enforce the law. Most importantly, I also want the Commissioners – myself, ourselves – and co-legislators to agree on an effective legal framework for type approval because such abuse should not take place again in Europe. Again, I appreciate the extremely hard work of the EMIS Committee. This was a massive report. Both I and my colleagues welcome your report and the resolution on which you are about to vote.

We have a very common interest, I kept repeating this, to rebuild the trust in our regulatory system, to regain the credibility of our automotive industry and most importantly, to protect our consumers and our citizens. The Commission has made big efforts so far. We have achieved a lot already. Most notably, I have tabled a revision of the type approval framework, but of course there is still a lot more to be done. We will not let up the pressure on Member States to provide us with concrete information and all of the evidence we need from them. The situation on this is still not very good.

I welcome the conclusion of the EMIS report and the European Parliament recommendations. They show me that the Commission is really on the right track. I will ensure a solid follow-up together with my colleagues, with Karmenu Vella, with Věra Jourová, and with Miguel Arias Cañete. This follow-up will include the allegation of maladministration, because there are some issues to which we can already respond, and this is because we have acted to remedy this situation as quickly as possible. We have done it, as you know, in three areas: better enforcement, better market surveillance and better rules. The work of your committee has been really key in helping us and helping me progress on all three points. Thank you very much for this.

Firstly, I am taking a very strong approach to enforcement and I am again grateful for your support on this. We have launched infringement procedures against seven Member States so far, but I am sure we have not finished our work yet and I will launch many more procedures if necessary.

Secondly, as your draft resolution quite rightly says, we need to improve market surveillance. You propose the creation of the European Vehicle Surveillance Agency, and as you will have noticed in the White Paper on the future of Europe that this document refers to a possible enforcement agency, I think we have to really discuss it further in this context. But in the meantime, let us make quick progress on our legislative proposal on type approval.

Thirdly, we definitely need better rules, not just on market surveillance, but overall. I agree with the views in the EMIS report on this point. I believe that our proposals meet your recommendations in this area as well. We delivered on laboratory testing: CO₂ emissions, fuel consumption will become really more realistic with the so-called WLTP test. We delivered on the new robust procedure to test CO₂ emissions, in real driving conditions, the RDE packages. And we delivered the guidance for the Member States to enforce the ban on defeat devices. Most importantly of all, as I said we have proposed a much stronger type approval system. I welcome the progress that you have made on this proposal and the vote today.

This takes me to my final point. The Commission has taken first corrective actions but of course we cannot be the only ones. At the source of the scandals was the corrupt behaviour of a number of car manufacturers. But, as was also said by the rapporteurs, the industry's attitude has not changed fundamentally. I hear very often: OK, this case was unacceptable but this is an isolated case. That is not true. There is also the failure of Member States' authorities to spot this and to react appropriately. Some Member States have taken serious efforts to improve but others are still in denial.

The work of the committee and the work of the Commission will not be done until attitudes change. Let us use this political momentum to change. This scandal should be followed by a massive work towards zero emissions cars. We are responsible as policy makers because industry needs a clear regulatory signal. Zero emissions cars are the future of this industry.

I hope that we can work together to maintain this pressure even after today's voting and after the report is concluded.

Krišjānis Kariņš, *PPE grupas vārdā*. – Priekšsēdētāja kungs, komisāres kundze, kolēģi! Eiropā mums ir divi lieli mērķi gadiem ilgi. Mums ir klimata mērķi — samazināt CO₂ izmešus, mums ir vides mērķi — nodrošināt labu gaisa kvalitāti. Transporta sektorā tas vainagojās ar to, ka ir gadiem ilgi veidota politika, kas atbalsta dīzeļmotoru izplatību Eiropā. Eiropā starp pasažieru mašīnām jeb preti pārējām pasaules lielajām ekonomikām mums ir gandrīz puse — kā kurā valstī — automašīnu ar dīzeļmotoru, citās valstīs nav. Tas ir dēļ tā, ka tika konstatēts, ka dīzeļdzinējs ne tikai ir labvēlīgs CO₂ izmešu ziņā, bet ka, pareizi regulējot, arī kaitīgos izmešus (kas ir vides, teiksim, cilvēku elpceļiem kaitīgie, tā saucamie *nokši*) var noregulēt.

Un tā mēs arī likumos ierakstījām, ka, attīstot dīzeļdzinējus, jānodrošina, ka NO_x izmeši ir zemi. Kas faktiski notika? Faktiski notika tas, ka dīzeļi tika attīstīti, bet praktiski visas autoražotāju firmas, kuras pārdod dīzeļdzinējus, ir gadiem ilgi apmānījušas mūs kā likumdevējus, apmānījušas mūs kā patērētājus ar to, cik ir to elpceļiem kaitīgo izmešu vai NO_x izmešu.

Rezultāts ir šī komisija. Rezultāts ir tagad tas skandāls, kas ir. Bet kā tas ir iespējams? Tas ir iespējams dēļ tā, ka likumus pieņem Eiropas līmenī, bet viņu piemērošana vai ievērošana notiek dalībvalstu līmenī. Un šeit ir liela, liela plaisa Eiropā — starp likumdevēju un likuma ievērotāju ir pārāk liela plaisa. Protams, mēs mainām likumu. Protams, tagad būs jauna pārbaudes metodoloģija, kas iesaistīs ne tikai laboratoriskus izmeklējumus, bet arī izmešus, kādi viņi ir faktiski uz ceļa. Bet šeit mums visiem ir mācība, ka, dzenoties pakal vienam mērķim, šajā gadījumā klimata mērķim, mums jābūt ļoti uzmanīgiem, kādas ir iespējamās blaknes, piemēram, ietekme uz gaisa kvalitāti.

Kathleen Van Brempt, *namens de S&D-Fractie*. – Voor u staat een onwaarschijnlijk fiere, trotse voorzitter van de eerste onderzoekscommissie sinds tien jaar. In het begin was niet iedereen even enthousiast over de instelling van die onderzoekscommissie, ook de Commissie op dat moment niet of de commissaris, maar binnen enkele weken en maanden tijd hebben we die sfeer daaromheen omgedraaid. We hebben allemaal de openheid gehad om naar de feiten te kijken. We hebben in een jaar tijd onwaarschijnlijk veel experts en getuigen in onze commissie gehad en we zijn erin geslaagd, met de steun van heel velen in die commissie, maar uiteraard in het bijzonder onze rapporteurs, schaduwrapporteurs en coördinatoren, ervoor te zorgen dat er een zeer stevig verslag is ingediend. Ik wil in het bijzonder ook de mensen van het secretariaat bedanken. Ik heb dagelijks gezien hoe zij geknokt hebben om steeds weer opnieuw de juiste mensen in onze commissie te krijgen. Dat was echt een huzarenstukje.

Het is nu tijd om een beetje te kijken naar de toekomst en de aanbevelingen, dus niet alleen te kijken naar wat er is misgelopen, maar ook naar wat we in de toekomst aangepast willen zien. We hebben uiteraard de absolute plicht om ervoor te zorgen dat de wagens op de weg proper worden. Daarom is het ontzettend belangrijk dat we die conformiteitsfactor naar beneden halen, mevrouw de commissaris. Dat we ervoor zorgen dat we teledetectie kunnen introduceren en bijvoorbeeld – een heel belangrijk iets – de NO_x beginnen meten, ook bij de autokeuring.

We versterken tevens – en dat doen we ook in het verslag-Dalton waaraan ook goed is samengewerkt – de typegoedkeuring en het markttoezicht en die kunnen helemaal geen fetisj maken van een agentschap. Het is echter wel belangrijk – en ik appelleer toch aan de collega's, in het bijzonder van de liberalen en van de EVP – er goed over na te denken. Het gaat niet over extra. Het gaat erom ervoor te zorgen dat we een onafhankelijke instelling hebben die een goede controle kan doorvoeren.

En tot slot: *never waste a good crisis*. Zorg ervoor dat de auto van de toekomst die in Europa gebouwd wordt, een auto is die volledig proper is en ook daar willen we op inzetten. Nogmaals dank aan iedereen die in deze commissie zo hard gewerkt heeft.

Mark Demesmaeker, namens de ECR-Fractie. – Collega's, het "dieselgate-schandaal" had kunnen en had moeten vermeden worden. De grote verschillen tussen uitstoot van wagens in het lab en die op de weg waren bekend en er waren aanwijzingen van mogelijke fraude. Toch werd geen actie ondernomen om het structurele probleem krachtadig aan te pakken. Integendeel, de invoering van effectieve praktijktesten werd aanzienlijk vertraagd.

De conclusie is dan ook niet mis te verstaan: onverantwoorde lidstaten en een nalatige Europese Commissie schoven de volksgezondheid opzij. Vooral zwakke weggebruikers en kinderen worden hierdoor getroffen. Slechte luchtkwaliteit doet burgers naar adem happen en maakt hen doodziek. In de EU sterven jaarlijks 75 000 mensen vroegtijdig alleen al door stikstofdioxide, voornamelijk afkomstig van vervuilende dieselauto's. Nochtans is de technologie beschikbaar om de vooropgestelde normen vandaag al te bereiken, óók in reële rijomstandigheden en zonder negatieve impact op de CO₂-uitstoot.

Het is onbegrijpelijk, het is onaanvaardbaar dat sommige lidstaten en ook de autosector zelfs nu nog op de rem blijven staan. Hun vertragingenmoed moeten stoppen. De bescherming van de volksgezondheid en het milieu is immers een gedeelde maatschappelijke verantwoordelijkheid.

Wij hebben vandaag de unieke kans om onze burgers te tonen dat we hen niet laten stikken en dat we komaf maken met het structurele falen dat "dieselgate" heeft blootgelegd. Een sterk markttoezicht biedt in deze specifieke context de beste garanties om politieke beïnvloeding uit te sluiten. Ik stem straks vóór het agentschap, zowel in het verslag van de collega's Gieseke en Gerbrandy, als in het verslag over de typegoedkeuring. Ik hoop dat het Parlement deze kans niet laat schieten. Geen lessen trekken uit "dieselgate" zou simpelweg onaanvaardbaar zijn en zou de geloofwaardigheid van de Europese Unie verder ondermijnen.

Fredrick Federley, för ALDE-gruppen. – Herr talman! Det har varit ett väldigt intensivt arbete det här året och jag vill ge ett erkännande till både ordförande, föredragande och kollegorna i utskottet. Jag tror det har varit det mest arbetsintensiva utskottet det här året; en eloge för den tid och det engagemang som ni har lagt ner i frågan.

Det har också framkommit väldigt mycket som har varit viktigt för oss. Tydligt är det så att den europeiska bilindustrin har standarder och möjligheter att agera på sätt som inte är möjliga för annan industri. Jag vet hur det ser ut varje gång det avslöjas en skandal i produktionen av kläder i något klädföretag, hur det ser ut när matproducenter avslöjas i fusk och skandaler. Det slår till hårt, det är nya kontroller, det kommer ny lagstiftning och man agerar väldigt tydligt. Här har det pågått fusk som vi har varit medvetna om direkt och indirekt under väldigt, väldigt lång tid. Därtill har man haft en underlåtenhet, både från medlemsstater och från kommissionen, att faktiskt agera. Det här gör att den här industrin är väldigt, väldigt unik, och här kommer vi att behöva göra ännu mer i framtiden.

Jag tycker också att det är väldigt bra att vi har fått ett klarläggande. Till saken hör ju också att under tiden som utskottet arbetade avslöjades nya skandaler i andra märken än det som kanske primärt gjorde att vi började den här undersökningskommittén. Märke efter märke med olika metoder av fusk. Det är alltså någonting som vi måste säga genomsyrar industrin och där medlemsstaterna och kontrollerna inte fungerar. Det pekar också väldigt tydligt på att den lagstiftning som vi ofta antar på europeisk nivå alltför sällan implementeras ordentligt och kontrolleras, och att det är för dåliga viten och straff ifall man bryter dem. Här har vi en kärnuppgift för all lagstiftning som vi antar i det här huset: att se till att den faktiskt efterlevs och att det får konsekvenser.

En annan sak som lyfts nu av europeiska konsumenter är den stora skillnaden i varför man i USA kan få stora kompensationer när man har köpt en produkt som inte lever upp till de utlovade kriterierna, medan så inte är möjligt i Europa. Det bygger på att vårt rättssystem inte tillåter det idag, och där har vi mer att göra.

Νεοκλής Σουλκιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχήν θέλω να συγχαρώ τους δύο συνεισηγητές για την καλή δουλειά που έκαναν και για την άποψη συνεργασία που είχαμε. Μετά από έναν χρόνο έρευνας και πολύων ακροάσεων είναι πλέον ξεκάθαρο πως υπάρχουν σοβαρές πολιτικές ευθύνες. Και η Επιτροπή και τα κράτη μέλη γνώριζαν πολύ καλά, από το 2013, όταν δημοσιοποιήθηκε η έκθεση του Κοινού Ερευνητικού Κέντρου, πως υπήρχε η δυνατότητα να χρησιμοποιηθούν συστήματα αλλοίωσης των μετρήσεων των εκπομπών. Δεν έλαβαν, όμως, κανένα μέτρο.

Η απουσία δράσης δεν οφείλεται, όμως, στην έλλειψη πληροφόρησης ή στην απουσία ανεπαρκών πόρων, όπως λανθασμένα υποστηρίζει το ψήφισμα των συστάσεων. Δυστυχώς, επιβεβαιώθηκε πως οι υπερβολικές καθυστερήσεις που υπήρξαν οφείλονται στην επιρροή των *lobby* και στις πιέσεις που άσκησε η αυτοκινητοβιομηχανία. Παρά τις εξαγγελίες για ανάγκη προστασίας του περιβάλλοντος, αποδείχτηκε πως η Επιτροπή δεν είχε την πολιτική βούληση να ενεργήσει σύμφωνα με τη σοβαρότητα του ζητήματος των υψηλών εκπομπών και να δώσει προτεραιότητα στην προστασία της απειλούμενης δημόσιας υγείας.

Καταγγέλλουμε, λοιπόν, τις σοβαρές πολιτικές ευθύνες και παραλείψεις και της Επιτροπής και των κρατών μελών στην εφαρμογή του ενωσιακού δικαίου, αλλά και στην επιβολή κυρώσεων. Οι ευθύνες τους συνιστούν κακοδιοίκηση εις βάρος των συμφερόντων των λαών. Όσοι ευθύνονται για τα κενά στη νομοθεσία και το δίχτυ προστασίας που έδωσαν στις πολυεθνικές για να μπορούν να παρανομούν, αυτοί θα πρέπει να πληρώσουν. Γιατί η απάτη της Volkswagen δεν είναι μια μεμονωμένη περίπτωση, αλλά μέρος ενός ευρύτερου πολιτικού σκανδάλου.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, first of all I would also like to thank the co-rapporteurs for having done a very good job on the report and recommendations. I think the conclusions of the committee of inquiry are very clear: the Dieselgate scandal could have been prevented if the national authorities and the Commission had done their work.

It could have been prevented. It was not. For all those people who thought we were helping the car industry with that: they are the ones being punished the most, because internationally there is a big lack of trust in European car manufacturers. There you see that politicians who were relaxed towards the car industry are worse for them than those who tried to be tough and fair from the start. Let that be a lesson for all our legislators.

If you look at the conclusions, there are six counts of maladministration on Member States. There are five contraventions of European law identified in this report, but there are also seven counts of maladministration done by the Commission cited in our conclusions.

So those who say we have full trust in the Commission should maybe read their own reports. Seven counts of maladministration show that something needs to happen and needs to change within the Commission as well. I think that is important too. But my most important point is that the upshot is that a lot of polluting cars remain on the streets. We know that a lot of these car manufacturers produced defeat devices and are using defeat devices.

I say to the Commission: if you apply your own guidelines, you will identify that a lot of car manufacturers are applying defeat devices. That is forbidden by law. Until now, No European car manufacturer has been forced to recall cars from the European streets. It is really time for action and, if the Member States do not do this, the Commission has all the powers to address those national authorities. The time for you to do that is now.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo scandalo «Dieselgate» è l'ennesimo esempio di un'Europa in pezzi, frammentata, permeata e guidata da interessi industriali, divorata da egoismi nazionali, da conflitti di interesse e da un omertoso silenzio.

La relazione finale della commissione di inchiesta, che ritengo un buon documento, denuncia in modo chiaro il completo fallimento dell'Europa nel garantire auto davvero pulite in circolazione nelle nostre città, così come ci vengono presentate peraltro nei martellanti spot pubblicitari in televisione. Ma le notizie sono buone solo a metà. Nella relazione finale manca un chiaro riferimento ai risarcimenti dei consumatori europei trattati in maniera discriminatoria rispetto a quelli statunitensi.

Come Movimento 5 Stelle chiediamo che siano introdotte adeguate compensazioni anche per mezzo di *class action*, uno strumento che purtroppo non è ancora introdotto a livello europeo in maniera uniforme ed armonizzata. Inoltre crediamo che per evitare che si ripetano questi scandali in futuro sia necessario istituire un'agenzia europea indipendente, che è l'unico modo per evitare conflitti di interesse, in cui il controllore è il controllato e dove ogni Stato membro fa gli interessi dell'industria automobilistica di bandiera.

Eppure il regolamento del 2007 doveva proprio servire a migliorare la qualità dell'aria, e invece la Commissione europea e gli Stati membri hanno garantito decenni di impunità e una profusione di fondi a un'industria automobilistica che ha venduto menzogne e malattie ai consumatori europei.

La relazione finale riconosce molti degli errori fatti ed individua chiare responsabilità. In primo luogo i tempi: dieci anni da quando si sapeva che il test NEDC era datato e non rappresentativo, più di dieci anni dalle relazioni dell'agenzia ambientale in cui si metteva in guardia dalle discrepanze tra le emissioni in laboratorio e quelle reali, quattro anni dalla relazione del Centro comune di ricerca in cui si faceva cenno al possibile uso di *software* illegali, e sette anni per progettare i PEMS, che tra l'altro concedono un ulteriore regalo all'industria dell'auto grazie a generosissimi fattori di conformità, ovvero i famosi moltiplicatori per i limiti di NO_x – anche qui un numero che ha tutto il sapore di una scelta politica, senza alcun fondamento tecnico-scientifico.

Marie-Christine Arnautu, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, la commission d'enquête est partie du principe que les normes établies par la Commission pour les véhicules diesel étaient correctement calibrées. Cette approche est contestée, car contestable.

Sans cautionner, bien sûr, les pratiques frauduleuses, il est un peu trop facile de se contenter de jeter l'opprobre sur l'industrie européenne et de blâmer les autorités nationales. C'est oublier qu'elles ont déjà consenti d'importants efforts techniques pour réduire les émissions polluantes au cours des quinze dernières années, ce qu'il faut souligner. Dans un contexte concurrentiel exacerbé et en pleine récession économique à partir de 2008, l'Union européenne a sans doute péché par excès d'optimisme en surestimant les évolutions technologiques en mesure d'être réalisées par les constructeurs. Comment alors s'étonner que les constructeurs automobiles aient recours à des logiciels illicites, et ce avec l'assentiment de la Commission elle-même?

Un autre aspect aurait également mérité d'être abordé par la commission d'enquête, aspect que l'on peut résumer par la formule: «À qui profite le crime?».

La semaine dernière, le groupe Volkswagen a accepté de dédommager dix États américains à hauteur de 157,45 millions de dollars, une somme qui vient s'ajouter aux 23 milliards de dollars déjà déboursés par le constructeur allemand pour régler les différentes plaintes outre-Atlantique. Ne soyons pas naïfs, l'affaire Volkswagen est aussi et surtout un épisode de la guerre économique que les Américains livrent aux entreprises européennes. Les normes américaines et les normes européennes ne répondent pas aux mêmes logiques environnementales et stratégiques.

Pour favoriser leurs groupes automobiles, les États-Unis se sont logiquement servi des divergences existantes, c'est leur droit. Plutôt que d'affaiblir nos industriels, tâchons de répondre intelligemment. Comme les États-Unis, nous devrions protéger nos industries. Le secteur automobile représente en Europe près de 12 millions d'emplois qu'il est indispensable de préserver, notamment en prenant des mesures efficaces pour empêcher les délocalisations massives vers des pays tiers. Il me semble que c'est aujourd'hui un enjeu prioritaire.

Ελευθέριος Συναδινός (ΝΙ). – Κύριε Πρόεδρε, η πολιτική της βελτίωσης των μετρήσεων των εκπομπών των κύριων ατμοσφαιρικών ρύπων των αυτοκινήτων έχει διττή σημασία. Αφενός, αφορά στην προστασία του περιβάλλοντος. Το περιβάλλον δεν έχει παροντικό συντελεστή, αποτελεί δημόσιο αγαθό και είναι απαίτηση και υποχρέωση η διασφάλισή του για τις επόμενες γενεές. Αφετέρου, και λαμβάνοντας υπόψη το σκάνδαλο Volkswagen, θα πρέπει να δημιουργηθεί ένα κεντρικό, αυτόνομο και ανεξάρτητο σύστημα δοκιμών, αυστηρά όρια εκπομπών, νομικό πλαίσιο λογοδοσίας και ρεαλιστικές μετρήσεις υπό πραγματικές συνθήκες.

Μια έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου δεν μπορεί να καλύψει τα κενά στις ευρωπαϊκές και εθνικές νομοθεσίες. Χρειάζεται η συνέργεια όλων των εμπλεκόμενων φορέων, των θεσμών των κρατών μελών, εμπειρογνομόνων, εταιρειών τεχνολογικών καινοτομιών και των αυτοκινητοβιομηχανιών. Δυστυχώς, οι τάσεις παράνομης κερδοσκοπίας και ο αθέμιτος ανταγωνισμός πάντα πρωταγωνιστούν σε ένα άτυπο διαγωνισμό διαφθοράς.

Η ιστορία έχει αποδείξει ότι στελέχη πολιτικών κομμάτων, πλην των εθνικιστών, συνδιαλέγονται, θρέφουν, καλύπτουν αυτή τη διαπλοκή και είναι επιρρεπείς σε χρηματισμούς, προστατευόμενοι από βουλευτικές ασυλίες. Στο περιβάλλον και στον θεμιτό ανταγωνισμό δεν χωράνε η μικροπολιτική και οι σκοπιμότητες, μόνο αγνές προθέσεις και τίμιες πράξεις.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, cette commission d'enquête permet de confirmer les orientations à suivre pour améliorer la qualité de l'air en Europe.

Certains auraient voulu faire de cette commission un tribunal politique ou un tribunal pour le diesel, mais là n'est pas la question. En effet, chacun a sa part de responsabilité dans cette affaire. La lenteur des décisions à tous les niveaux ainsi que l'élaboration complexe d'une nouvelle procédure d'essai ont pesé sur l'amélioration rapide de la qualité des émissions des véhicules. D'autre part, les constructeurs automobiles ont été, pour certains, trop réticents à se conformer à de nouvelles normes parfois très strictes. Les tests pratiqués jusqu'à maintenant en laboratoire manquaient aussi de transparence, ce qui sera enfin corrigé.

Nous avons maintenant le devoir de nous tourner vers l'avenir. Les nouvelles règles doivent être suivies d'effets. Alors que des lacunes importantes ont été détectées dans les procédures d'homologation mises en place par les autorités nationales, la Commission européenne doit pouvoir exercer une meilleure surveillance en contrôlant les États membres, et il est bien sûr important de veiller à l'application de sanctions.

Quant au diesel, longtemps favorisé pour ses émissions de CO₂, il est en pleine mutation pour réduire ses émissions de NO_x très nuisibles pour la santé. Un meilleur équilibre entre essence et diesel est inévitable en Europe, mais les nouvelles technologies de diesel n'auront de l'avenir que si elles se conforment aux normes environnementales. Il en va de la crédibilité de l'industrie automobile.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Elnök Úr, tisztelt Képviselőasszony! Egyetértve azokkal a dolgokkal, amiket ön említett, azért szeretném megkérdezni, hogy ön most úgy érzi-e, hogy a jelenlegi akaratunk, itt a Parlamentben fölmerülő akarat megtestesít-e olyan szabályokat, ami egyértelművé teszi, hogy milyen módszertannal kell a gyártóknak vizsgálniuk a valós idejű tesztek?

Françoise Grossetête (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Merci beaucoup pour votre question, c'est très volontiers que j'y réponds.

Je suis persuadée que cette affaire, qui est un véritable scandale, oblige de toute façon les constructeurs automobiles à prendre les bonnes décisions. S'il y a une véritable volonté de notre part et de la part de la Commission européenne ainsi que des États membres – et c'est là que nous devons faire pression pour obtenir un contrôle strict des mesures des émissions des véhicules –, je suis convaincue que nous avancerons.

Par ailleurs, nous savons que les constructeurs automobiles travaillent à des technologies nouvelles, car aujourd'hui la tendance est aux véhicules propres.

Seb Dance (S&D). – Mr President, I would like to thank all of those have been involved in this committee of inquiry, including all of my colleagues from across the Chamber. I have to give special mention to my office who have been fantastic, and Mr Alex Keynes, in particular, whose work on this has been brilliant.

The verdict of our report is very clear. There have been clear instances of maladministration not just in the Commission, but crucially in Member States, where the oversight and surveillance were not taking place as they should have been. There have been aspects of widespread fraud throughout the industry that we have uncovered.

I am very grateful to the Commissioner for her words today because I think that, although we have to see what actions will follow, the commitment that she has shown here today is very welcome indeed, particularly when you consider the starting point that we had in this committee of inquiry, not just the challenges we had to set it up, but also the insistence at many levels that nothing had gone wrong.

But we cannot waste this unique opportunity now to ensure that we never have another repeat of a scandal like Dieselgate. We have to remember that this Parliament is voting not just on a piece of dry legislation, not just on another report that goes through the normal machinations. This is our response to that crisis, that crisis of confidence in our vehicle industry, yes, but a crisis in public health.

That is why it is not enough to say that we cannot have the tools at our disposal to sort this out. We need that agency. We need that independent level of operation to have vehicle surveillance across the European Union. And please, when it comes to compensation, let us not talk immediately about companies going out of business, as if we could put those roadblocks up at the very start.

This is a basic principle at play here. Consumers in the US have been compensated; consumers in the European Union have not. That is an issue of basic justice, and what are we for in this place, if not to stand up for consumers? Please support the amendments on consumer rights.

Julie Girling (ECR). – Mr President, Dieselgate has given a real public platform to an issue that so many others have been following now for years. Whilst not a supporter of the setting-up of this committee at the outset, I do acknowledge the benefit of increasing awareness that has arrived, so thank you to all of my colleagues for their work. It is the details of the complex legislation and its proper implementation at Member State level that will be telling in the future. In the aftermath of the diesel emissions scandal the European Commission made new legislative proposals to ensure that car manufacturers comply with EU safety, environmental and production requirements. Maybe they do not go far enough – I am thinking, for example, of conformity factors here – but they are a good start. It is clear that we need to have better and more independent oversight of cars that are in circulation. Those of us working on air quality have known for some time about the problems with real driving emissions. That is a separate issue from fraud but, by its very nature, is purposefully perpetrated. Today I am supporting the call for a new European Vehicle Surveillance Agency in this report and, more importantly, in the legislative type-approval vote that will come later. Manufacturers and regulators knew for some time before the VW story broke about some of the discrepancies between the approval stage and on-road testing. I believe that a new agency is the only way to ensure compliance verification and enforce proper oversight of testing at EU level.

Dominique Riquet (ALDE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, c'est bien l'agence américaine qui a donné l'alerte et ce sont les citoyens américains qui sont actuellement indemnisés par les constructeurs européens. Voilà qui n'est pas de nature à renforcer la confiance des citoyens européens dans leurs institutions et dans leur tissu industriel.

La commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile (EMIS) a mis en évidence les faiblesses du système de contrôle dans l'Union et a essayé d'apporter des éclaircissements sur les fautifs ainsi que sur les moyens de remédier à ces lacunes. Un obstacle se dresse encore: les tests seront-ils réalisés de manière correcte et par une autorité digne de confiance?

La commission EMIS, au contraire de la commission thématique, a voté pour la création d'une agence européenne chargée de vérifier l'effectivité de ces tests. Cette agence, correctement dotée de moyens juridiques, techniques et financiers adaptés, sera plus à même d'assurer l'efficacité des procédures que nous désirons mettre en place et de restaurer la confiance des consommateurs là où la Commission et les États membres ont failli.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente. Siento un sabor agridulce, al final de esta comisión de investigación. No hay duda de que el nuevo Reglamento introducido permitirá el desarrollo de test más efectivos y una mayor supervisión de las emisiones, pero debemos admitir un cierto fracaso a la hora de exigir responsabilidades y compensaciones.

Prueba de ello es que el señor Tajani sea hoy presidente de este Parlamento; o que los procesos de infracción abiertos no hayan desembocado todavía en sanciones a los Estados; o que los consumidores sigan teniendo que recurrir a los juzgados para obtener resarcimiento; y que nuestras ciudades sigan con el aire contaminado; y que las compañías automovilísticas, que se enriquecieron a costa de la salud de los europeos, pretendan ahora cargar sobre los trabajadores la transición del diésel al vehículo eléctrico.

El *dieselgate* ha demostrado la corrupción de un sistema de regulación en manos de los grandes productores. Aunque en el futuro respiremos aire algo más limpio, tengo la sensación de que, en la relación entre la Unión Europea y el gran capital, poco o nada ha cambiado.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, quelle fierté d'avoir travaillé au sein de cette commission d'enquête pour tirer ensemble, au-delà des clivages, les leçons du scandale du Dieselgate!

Les recommandations de cette commission d'enquête concernent tous les constructeurs automobiles qui ont dépassé les normes de pollution votées ici il y a dix ans. Ces recommandations doivent être gravées dans le marbre si l'on veut protéger les droits des 500 millions de consommateurs européens ainsi que leur santé face à la pollution de l'air. Les citoyens nous attendent au tournant. Alors, faisons en sorte qu'il y ait un avant et un après Dieselgate! C'est pourquoi il faut créer un gendarme européen indépendant pour faire le travail que personne n'a su faire, ni les constructeurs, ni les États membres, ni la Commission.

Madame Bienkowska, je suis d'accord – et cela a été souligné par M. Juncker, même par M. Tajani –, il nous faut une agence de surveillance du marché automobile. C'est le seul moyen de redonner de l'efficacité à l'Europe pour qu'elle soit entièrement au service des citoyens.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, señor comisario, durante el último año, la comisión de investigación ha recibido a técnicos y expertos de toda la Unión Europea para averiguar lo ocurrido con las emisiones contaminantes de los vehículos. A estas alturas, todos tenemos una idea bastante aproximada de lo ocurrido: el texto da una adecuada respuesta a nuestros interrogantes planteados.

La prioridad debe ser preservar el medio ambiente y la salud de los ciudadanos, ¿cómo no! La legislación de la Unión Europea debe evolucionar para promover combustibles menos contaminantes. También es deseable evitar la instalación de dispositivos de desactivación similares a los detectados en el caso del fraude que nos ocupa e incluir las emisiones contaminantes en el ámbito de la Directiva de responsabilidad ambiental.

Nuestra legislación debe ofrecer una mayor protección y reparación al consumidor frente a casos como el ocurrido, porque la protección del consumidor es imprescindible en este mercado único que nos hemos dado.

Finalmente, no soy partidaria de crear una nueva agencia *ad hoc*. Tenemos muchas agencias en la Unión Europea, y no creo que sea la solución para evitar casos como este. Solo tenemos que poner bases sólidas para ello y cumplirlas.

El texto que votaremos hoy señala claramente la dirección en la que tenemos que trabajar, y también debemos reflexionar si no estamos siendo demasiado exigentes con algunos sectores industriales que tienen que competir con el resto del mundo.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, plus d'un an d'enquête, d'auditions, de consultations minutieuses de documents ont été nécessaires pour tirer au clair cette sombre affaire du Dieselgate. Les conclusions de notre enquête ont été largement adoptées le 28 février et je m'en félicite. Cela montre qu'avec de la persévérance et de la bonne volonté, dans un esprit collectif, on arrive toujours à rétablir la vérité au-delà des apparences, et je remercie tous ceux qui y ont contribué.

Nos conclusions sont nettes et précises. Il faut maintenant en tirer les conséquences pratiques. Tel est l'objet de la résolution votée aujourd'hui. Les institutions européennes et nationales ont failli, mais l'occasion leur est donnée aujourd'hui de rétablir la situation dans l'intérêt de tous, pour un air moins pollué et des villes où l'on respire mieux grâce à des voitures plus propres et plus contrôlées.

La législation a été mal appliquée. Il faut donc trouver les moyens de l'appliquer correctement partout en Europe et renforcer les contrôles a posteriori, qui restent le meilleur moyen de lutter contre la fraude. Quel meilleur outil qu'une agence européenne spécialisée pour appliquer uniformément la loi, de façon imperméable aux intérêts nationaux, avec l'aide d'experts techniquement qualifiés?

Les autres modes de transport en Europe, tels que les transports aérien, maritime et ferroviaire sont régulés par des agences. Pourquoi pas le transport routier? Ce serait la conclusion logique de nos travaux. D'ailleurs, la commission d'enquête a voté en ce sens en février dernier et Jean-Claude Juncker s'y est déclaré favorable.

J'entends les arguments, tristement budgétaires, selon lesquels une nouvelle agence coûterait trop cher. J'y répondrai en disant que la santé publique ne devrait pas être vue comme un coût mais comme un investissement, surtout quand on voit le prix exorbitant que paient chaque année les Européens à cause de la pollution de l'air, les milliers de morts mais aussi les maladies chroniques, parfois de longue durée, et les conséquences pour nos systèmes de santé.

En outre, une agence ne coûte pas si cher quand elle est intelligemment mise sur pied. Il est par exemple possible élargir les compétences d'une agence existante pour des économies d'échelle. En s'appuyant sur le travail des autorités nationales mais en les supervisant, une telle agence permettrait aussi d'économiser de longues et coûteuses procédures contentieuses entre deux États membres.

Notre objectif avec la création de cette agence, c'est plus d'Europe et, surtout, une Europe qui protège. Ce qu'il nous faut aujourd'hui, c'est un système robuste qui garantisse le respect des règles.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Komisarz! Skandal z fałszowaniem wyników testów spalin to przykład oszustwa, którego źródłem były ewidentne luki w europejskim systemie homologacji samochodów osobowych. Ewidentne luki, za które nikt nie poniesie odpowiedzialności. Nikt w Europie, bo władze Stanów Zjednoczonych jednak zadbały o to, żeby klienci, którzy przede wszystkim zostali w tej aferze poszkodowani, odszkodowania dostali. Nie uważam, że propozycja powołania kolejnej agencji, która rozwiąże kolejny problem, jest dobra. Otóż potrzebujemy przede wszystkim precyzyjnych regulacji i jednolitej interpretacji tych przepisów, aby uniknąć ogromnej liczby wyjątków, specjalnych warunków, w których normy emisji spalin są przestrzegane. Pani Komisarz wyraziła się z entuzjazmem w stosunku do projektu naszej rezolucji, ale ja chciałbym, żeby Pani Komisarz przede wszystkim z entuzjazmem odniosła się do czynności, które Komisja i Pani Komisarz muszą w przyszłości podjąć, aby do takich oszustw w Europie nie dochodziło. Bo jeżeli w Europie dochodzi do oszustwa i nie ma odpowiedzialności, to znaczy, że nie ma Europy.

Dita Charanzová (ALDE). – Pane předsedající, paní komisařko, je to už více než rok a půl, co jsme se dozvěděli o tom, že automobilka Volkswagen využívala zařízení k obcházení testování emisí. Výsledkem byla zcela oprávněně rozhořčená reakce spotřebitelů.

Evropa si další *dieselgate* dovolit nemůže. Tento kontinent patří ke globálním lídrům v automobilovém průmyslu. Pokud ale nebudeme schopni garantovat, že evropská auta jsou spolehlivá, bezpečná, ekologická a technologicky na výši, tak se lehce může stát, že svou pozici ve světovém měřítku ztratíme.

Až do dnešního dne jsme však především dlužili odpověď našim spotřebitelům. Jak se něco podobného vůbec mohlo stát? A co uděláme pro to, aby svým autům mohli znovu důvěřovat? Věřím, že zpráva, kterou Komise přijala, tyto odpovědi přináší. Jasně také říká, že vina leží na více stranách. Nejenže vědomě mátl veřejnost automobilka, ale také naprosto selhaly kontrolní mechanismy, které měly podobným krokům zamezit.

Věřím tedy, že dnešním hlasováním zde uzavřeme jednu kapitolu příběhu, který by pro nás měl zůstat mementem a velkým poučením do budoucna.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ich habe selten Veranstaltungen erlebt, in denen so viel, so hemmungslos und so dreist gelogen wurde wie in manchen Anhörungen dieses Ausschusses. Allen voran Autohersteller, aber auch Minister haben sich um die Verantwortung wirklich gedrückt. Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe waren dagegen Rufer in der Wüste, und ihnen gilt mein Dank.

Die Verbraucher wurden jahrelang betrogen, und jetzt werden sie in Europa noch nicht mal entschädigt, und im Bericht spiegelt sich das auch nicht wieder. Das finde ich schlimm. Keine Entschädigung also für Autos, die die Luft verpesten, und Hersteller, die auf Umwelt und Gesundheit der Bürger pfeifen.

Was wir wirklich brauchen sind harte Regeln, Kontrollen und Sanktionen sowie eine starke europäische Aufsicht, die dafür steht. Der Diesel, meine Damen und Herren, mindestens der Diesel ist ein Dinosaurier, und wer darauf immer noch setzt – und das sei auch den Gewerkschaften gesagt –, verpasst den Zug, und auf dem Bahnhof stehen Tausende Beschäftigte, die sitzen gelassen werden. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel in der Auto- und Fahrzeugindustrie, bevor es zu spät ist.

Julia Reda (Verts/ALE). – Mr President, Commissioner, colleagues, today we are closing one chapter in the saga that we call Dieselgate. Unfortunately, it is not going to be the last scandal of its kind. We can prevent this particular scandal from being repeated by creating an independent EU oversight agency, but the next fraud and the next violation of the rules will be just as difficult to uncover as this one if we do not improve the accountability of our institutions. Today we are sending a clear signal to the Commission that its practices on access to documents are unacceptable. Let us be crystal clear about this. A Commission that discards all information, all emails and all minutes after six months, unless an official has explicitly marked them as important, will never be a champion of transparency and it will remain part of the problem. Let us end this institutional amnesia policy.

Wim van de Camp (PPE). – Ik moet toch op de eerste plaats nog een keer mijn teleurstelling uitspreken over de auto-industrie. Ik ben zelf een liefhebber van de industrie, want zij geeft werkgelegenheid, welvaart, inkomen. En iedereen praat over maatschappelijk verantwoord ondernemen en het Rijnlandse model, maar op deze manier zie je toch dat wij op een verschrikkelijke manier bedrogen zijn. Het gaat hier ook om duizenden werknemers die in alle eerlijkheid hun werk verrichten en die dan toch door bepaalde krachten zijn teleurgesteld. Dat heeft me enorm veel pijn gedaan, al dat ethisch gepraat dat niet klopt.

Het tweede punt is dat agentschap. Dat wordt nu een beetje tot totempaal van dit debat verheven en als er geen agentschap komt dan heeft de enquêtecommissie haar werk niet goed gedaan. Die indruk wordt althans gewekt. Dat vind ik volstrekt onterecht. Ik denk dat wij nu eerst het voorstel van de commissaris moeten overnemen om met dat platform van handhaving te beginnen. Dat kan heel snel. Dat kan al eind dit jaar. Daar zitten bovendien de lidstaten in. En als er iemand gebonden moet worden in dit dossier, dan zijn het wel de lidstaten. Laten we dat proberen en een agentschap eventueel noodzakelijk later.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Arbeit im Untersuchungsausschuss schwerwiegende Versäumnisse sowohl vonseiten der Europäischen Kommission als auch vonseiten der Mitgliedstaaten festgestellt, die den Abgasskandal begünstigt haben. Zum Beispiel wurden europäische Vorschriften von den Mitgliedstaaten schlampig, teilweise gar nicht umgesetzt und vonseiten der Kommission wurde Hinweisen nicht nachgegangen. Außerdem hat sich das System der Typgenehmigung als äußerst mangelhaft erwiesen.

Deshalb stehen für mich drei Empfehlungen im Vordergrund: Erstens muss eine europäische Agentur geschaffen werden, die eben die Tätigkeiten der nationalen Typgenehmigungsbehörden kontrolliert und das Durcheinander von 28 verschiedenen nationalen Behörden zumindest klar auslegt.

Zweitens müssen die Verbraucherrechte gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass wir in Europa keinen Rechtsrahmen für Sammelklagen haben. Das muss nach meinem Dafürhalten verändert werden.

Und drittens müssen tatsächlich und wirklich Sanktionen eingeführt und abschreckende Geldstrafen eingeführt oder durchgesetzt werden gegenüber denjenigen Automobilherstellern, die sich bislang nicht an die Regeln gehalten haben.

Deswegen fordere ich und bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen, insbesondere die EVP, noch mal auf diese Vorschläge einzugehen und diese zu unterstützen. Vielen Dank.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident! Ich möchte mich zunächst zur Geschäftsordnung äußern, wenn Sie gestatten und bevor sie meine knapp bemessene Redezeit laufen lassen. Ich möchte gerne zu Protokoll geben, dass die deutsche Übersetzung des Berichts und insbesondere Ziffer eins, letzter Satz der Schlussfolgerungen, sinnentstellend übersetzt worden ist. Ich bitte das zu Protokoll zu nehmen und zu überprüfen, und ich bitte darüber hinaus das Präsidium, sich zu überlegen, wie man dafür Sorge tragen kann, dass die Übersetzungen in die Sprachen der einzelnen Mitgliedstaaten so sind, dass die Berichte auch angemessen rezipiert werden können.

Ich möchte also die Frage stellen, welche Art von Qualitätskontrolle dort eigentlich vorliegt, wenn Dokumente in – sagen wir mal – der Arbeitssprache Englisch dann in andere Sprachen von Mitgliedstaaten übersetzt werden?

Der Präsident. – Das nehmen wir hier als Geschäftsordnungsbeitrag zur Kenntnis. Ich kann Ihnen das jetzt nicht sofort beantworten, aber wir schauen uns das an, und Sie bekommen eine Antwort.

Dann fangen wir jetzt mit dem normalen Redebeitrag an.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist unbezweifelbar, dass hier ein großer Skandal vorliegt, und es ist ebenfalls unbezweifelbar, dass hier Hersteller von Personenkraftwagen in großem Umfang getrogen und betrogen haben.

Der eigentliche Skandal aber ist der, dass ein Versagen der Europäischen Kommission, ein Versagen der Mitgliedstaaten und ein erhebliches Versagen auch des Europäischen Parlaments vorliegt. Wenn wir mit der Europäischen Kommission beginnen, dann müssen wir feststellen, dass die Abweichungen zwischen Emissionen im Testbetrieb und Emissionen im normalen Straßenverkehrsbetrieb seit mehr als zehn Jahren bekannt gewesen sind. Seit mehr als 20 Jahren ist bekannt gewesen, dass es Abschaltvorrichtungen gibt, die für solche Abweichungen verantwortlich sein können, und dennoch hat die Kommission die Augen davor verschlossen und hat nicht angemessen überprüft, ob nicht möglicherweise seitens der Hersteller hier betrogen wird. Das ist ein klarer Fall von Politikversagen.

Ein zweiter Fall von Politikversagen liegt aber auch vor in Bezug auf das Europäische Parlament. Denn das Europäische Parlament hat Gesetzgebung beschlossen, die so weich und so unpräzise gewesen ist, dass sie geradezu eine Einladung dafür gewesen ist, Täuschungen vorzunehmen. Sie hat es erlaubt, dass Abschaltvorrichtungen oder Emissionsminderungsstrategien – wie auch immer man es nennen mag – eingesetzt werden, wenn Schaden vom Motor abgewendet werden kann. Das ist eine völlig weiche und unzureichende Formulierung, und hier muss sich das Europäische Parlament einmal an die eigene Nase packen, welche Fehler es denn eigentlich gemacht hat. Leider fehlt ein angemessener Hinweis darauf im Untersuchungsbericht.

Drittens müssen wir aber auch noch feststellen – ich habe glaube ich noch eine halbe Minute, Herr Präsident, weil, wie gesagt, meine Redezeit erst nach dem Geschäftsordnungsantrag begann...

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Der Präsident. – Herr Lucke, Ihre Fraktion hat Ihnen anderthalb Minuten gegeben.

Bernd Lucke (ECR). – Richtig, Sie hatten die Uhr aber schon laufen lassen, als ich noch zur Geschäftsordnung sprach.

Der Präsident. – Nein, nein, definitiv nicht. Wir sind da sehr korrekt.

Bernd Lucke (ECR). – Dann lassen Sie mich da ganz kurz noch...

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Der Präsident. – Dann machen Sie den Satz jetzt noch zu Ende und dann geht es weiter.

Bernd Lucke (ECR). – Dass die Agentur dadurch gerechtfertigt wird, dass die Europäische Kommission möglicherweise politisiert sei, ist ein völlig unzureichendes Argument. Wofür das Parlament Sorge tragen muss, ist, dass die Kommission künftig nicht mehr politisiert handelt.

Der Präsident. – Herr Lucke! Wären Sie so freundlich, noch mal zu sagen, welcher Satz Ihnen nicht sinnvoll übersetzt erscheint? Ziffer 1, letzter Satz – habe ich das richtig verstanden?

Bernd Lucke (ECR). – Schlussfolgerungen, Ziffer 1 – der Zusammenhang zwischen dem vorletzten und dem letzten Satz ist völlig sinnfrei.

Der Präsident. – Wir prüfen das. Also ich finde das nicht sinnfrei, aber das lassen wir die Juristen-Linguisten genau überprüfen.

So, dann kommen wir zum nächsten Redner. Das ist nach Ihnen, Herr Lucke, die Kollegin Gesine Meissner für eine Minute bitte!

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ging in dem Untersuchungsausschuss darum festzustellen, wer wann was wusste und nichts getan hat. Es ging nicht darum, ob Diesel jetzt gut ist oder nicht gut ist. Diesel wurde auch eingesetzt, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren, auf NO_x hat man da weniger geachtet. Es ist tatsächlich so, dass wir 2007 Grenzwerte für NO_x festgelegt haben, und das Problem bei der Sache ist, dass sich niemand darum gekümmert hat, das einzuhalten. Zum einen ist es richtig, dass damals bei dem Gesetz Grauzonen geschaffen wurden, indem es keinen Konformitätsfaktor gab. Zum anderen ist es aber vor allen Dingen so, dass es ganz offensichtlich sowohl der Kommission als auch den Mitgliedstaaten als auch der Industrie relativ egal war, ob es Grenzwerte gab oder nicht. Sie wurden bis um das Dreifache überschritten. Das Parlament hat übrigens in der letzten Periode, Herr Lucke, schon aufgepasst und schon *real driving emission tests* eingefordert, weil wir wussten, dass die Tests

nicht wahrheitsgemäß sind. Das wurde damals noch ziemlich ignoriert, und es wird leider erst jetzt eingeführt.

Als letzter Punkt: Ich glaube nicht, dass eine europäische Agentur einen großen Mehrwert ergibt, weil alle Ebenen versagt haben. Es müssen alle Ebenen Gesetze nicht nur machen, sondern auch einhalten. Wenn wir das schaffen, haben wir auch saubere Luft.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, již přes rok se věnujeme skandálu *dieselgate*. Za tu dobu již víme, že Komise i členské státy selhaly nejenom při implementaci jednotlivých evropských směrnic, ale také při jejich kontrole. Ale také to, že automobilky využily vágně napsané evropské legislativy a díky tomu obelhaly evropské zákazníky. Bohužel také víme, že zatímco američtí zákazníci dostávají finanční odškodné, ti evropští se musí spokojit s omluvou.

Chápu, že je pro Volkswagen snazší v Evropě auta přenastavit, ale mění se tím něco na faktu, že spotřebitelé, kteří si v dobré víře zakoupili automobil určitých parametrů, byli obelháni? Není přitom právě tento akt hodný trestu, respektive odškodnění? Evropské automobilky však odmítají zaplatit evropským spotřebitelům to, na co mají morální nárok. Považuji za absurdní, abychom přihlíželi tomu, že se takto s Evropany nakládá. Nejsou to žádní druhořadí zákazníci a zasluhují stejné zacházení. Svádět v jedné aféře všechno na nedostatečnou legislativu je již přespříliš, i když osobně chápu rozhořčení evropských spotřebitelů, jelikož mají pocit, že je právo opět nechalo na holičkách.

Sven Schulze (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ein Jahr Abgasuntersuchungsausschuss – was sind für mich die wichtigsten Punkte und Empfehlungen? Zum einen ist klar: Der Diesel ist nicht dem Tod geweiht, er wird auch in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten noch eine von mehreren Antriebstechnologien in der Automobilindustrie bleiben. Das Zweite ist für mich: Wir brauchen eine klare und eindeutige Gesetzgebung, sonst hätten wir doch gar keine Debatte gehabt, ob die Abschaltung der Motorsteuerung legaler Bauteilschutz oder illegaler Betrug ist. Zum dritten: Abgasmessungen müssen genauer nachvollziehbar sein, denn Ergebnisse aus dem Labor, die auf der Straße nicht nachvollzogen werden können und nicht erreicht werden können, die helfen weder dem Verbraucher, noch helfen sie der Umwelt, noch helfen sie dem Hersteller. Deshalb haben wir ja zukünftig *real driving emissions* und haben da auch eine Lösung auf europäischer Ebene geschaffen.

Zur Typzulassungsagentur: Auch ich sehe das wirklich kritisch, denn wir bauen hier Doppelstrukturen auf. Wir haben in Europa bereits entsprechende Typzulassungsstellen, wir brauchen da nichts Neues. Wir haben dann, wenn wir das machen, eine neue Behörde. Drei bis fünf Jahre brauchen wir, um die aufzubauen. In der Zwischenzeit würde sich nicht viel ändern, und wir sollten lieber existierende Strukturen stärken.

Zum Schluss möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die in diesen Ausschuss gekommen sind: NGOs, Automobilhersteller, Forschungsstellen. Denn wir haben eigentlich in unserem Ausschuss keine Befugnis, jemanden vorzuladen. Das sollte man im Europäischen Parlament vielleicht mal ändern, dass wir da bessere Befugnisse bekommen.

Massimo Paolucci (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che lo scandalo Volkswagen dimostri in modo chiaro che il mercato senza regole chiare e controlli adeguati genera squilibri, concorrenza sleale e gravi danni per l'ambiente. Le prove di omologazione fatte in laboratorio erano una farsa, una truffa. E allora diciamolo in modo chiaro: non è abbassando gli standard ambientali che si vince la concorrenza internazionale.

Insieme, in commissione, abbiamo fatto un bel lavoro: adesso dalle parole occorre passare ai fatti. Serve un'agenzia europea indipendente per le omologazioni. Serve per un motivo molto semplice: non si può avere un mercato comune con regole di omologazione che vengono verificate con procedure e costi differenti. E poi serve una misura chiara per tutelare i consumatori truffati. È indispensabile, perché i consumatori hanno subito danni gravi.

Ed è per questo che io rivolgo un appello accorato ai colleghi, a tutti i colleghi. Abbiamo fatto insieme un bel lavoro. Adesso siamo all'ultimo miglio. Non sprechiamo l'occasione di dimostrare che siamo autonomi, indipendenti e abbiamo la forza di scegliere.

Nils Torvalds (ALDE). – Herr talman! Kommissionen trodde sig säkert göra den europeiska bilindustrin en stor tjänst när man gick in för att inte övervaka att den här delen av industrin kontrollerades ordentligt. Egentligen gjorde kommissionen både Europa och den europeiska bilindustrin en stor björntjänst.

Genom att inte driva fram teknologin, genom att inte driva på den lagliga övervakningen skapade egentligen kommissionen en situation där Europas bilindustri teknologiskt har blivit på efterkälken. Det kommer att ha stor betydelse i framtiden eftersom all vår ekonomiska utveckling, i Europa överhuvudtaget, handlar om hur väl vi klarar av den teknologiska utmaningen. I den meningen var kommissionen kontraproduktiv och vi hoppas att den faktiskt har lärt sig någonting av det här, men vi är inte övertygade.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la prima osservazione che faccio è rivolta ai relatori, ai due corelatori che hanno svolto, come è stato più volte ripetuto, un enorme lavoro, come raramente mi è capitato di vedere in questi tre anni di attività parlamentare, e a tutto il Segretariato, a tutti i funzionari che hanno collaborato.

Dal punto di vista del contenuto specifico di questo lavoro di un anno, la prima osservazione che faccio – lo faccio per la presenza del commissario – è che non possiamo, pur avendo individuato una serie di inadempienze, di carenze, di correzioni da apportare, non possiamo commettere l'errore di trasferire alla Direzione generale Ambiente competenze che sono specificamente da assegnare alla Direzione generale Industria. Il fatto di aver rilevato alcune criticità legate alle ripercussioni ambientali di alcune pratiche industriali non significa che in quel caso l'industria deve fare un passo indietro, dal punto di vista istituzionale. Ciò che è competenza dell'industria tale deve rimanere. Perché qui possiamo permetterci, come sempre è accaduto in Europa, di presidiare quel livello di sviluppo sostenibile di cui l'Europa è campione nel mondo.

Oggi sentiamo spesso in quest'Aula critiche forti all'industria, ma chi la critica, l'industria, spesso dimentica che il livello di tenore di vita che noi qua ci permettiamo è pagato dalla capacità dell'industria. Un figlio da correggere non va cacciato di casa, va corretto. E così dobbiamo comportarci con i nostri imprenditori.

Carlos Zorrinho (S&D). – Como foi possível ter sido uma agência norte-americana a primeira a descobrir as manipulações de uma marca europeia sem que nenhuma das agências nacionais tivesse dado por isso primeiro? Houve encobrimento destas práticas manipuladoras por parte das autoridades nacionais ou até da Comissão Europeia? Que lições retirar para evitar repetir os mesmos erros no futuro? Estas são as questões que justificaram esta Comissão de Inquérito.

Os seus trabalhos tornaram evidente a falta de vontade política da Comissão Europeia para investigar os factos após a evidência dos primeiros indícios. Evidenciou também a letargia dos Estados-Membros na avaliação de um sistema de verificação de emissões inadequado.

Os trabalhos realizados valeram, contudo, a pena pelo que revelaram e pelas mudanças que vão induzir no futuro. Um novo sistema de homologação e novos limites para emissões em veículos são uma absoluta prioridade agora assumida pela Comissão Europeia e pelos Estados-Membros.

A aposta na mobilidade elétrica é essencial. A criação de uma agência de supervisão também. Com isso vamos ter um setor automóvel europeu mais competitivo, confiável e amigo do ambiente. A EMIS contribuiu para isso.

Lieve Wierinck (ALDE). – De auto-industrie is een belangrijk deel van onze economie, en het is niet de bedoeling dat we vandaag overbodige *red tape* gaan creëren. Maar we kunnen en zullen niet ontkennen dat de Europese consument bedrogen werd. Dat is namelijk wat ik opmaak uit het verslag.

Het is mijn overtuiging dat, als de Commissie en de lidstaten onze aanbevelingen die vandaag voorliggen en waarover gestemd zal worden, ter harte nemen een einde komt aan deze malafide situatie. De consument zal in de toekomst letterlijk en figuurlijk weer met een gerust hart een nieuwe auto kunnen kopen die voldoet aan de Europese normen. Tevens zal diezelfde consument door deze regelgeving in de toekomst schonere lucht kunnen inademen.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, we have put together a very good report, which is probably the most complex description of the so-called Dieselgate, and will allow the citizens of Europe and others to learn about this unfortunate story.

What can they learn from the report? First of all, it is clear that we have made no mistakes in setting limits for cars. We have collected enough clear evidence that there is – and was – technology available that could make car engines compliant with the regulation, regardless of the petrol or diesel technology used. That technology is – and was – available at reasonable cost. Secondly, we learned that some manufacturers decided to save money and produce cars that could seriously harm the health of our citizens. That is what we know for certain. But there was also some reaction, which was late but quite clear. We have put together a new laboratory test. More importantly, we have introduced the real driving testing that is a key fundamental of a new and better system, and we will also be discussing and voting on the type-approval system. I therefore believe that we will end up with a much better system which will make it more difficult and more costly for people to cheat.

But, at the same time, there is still some disappointing information. First of all, the reaction of both national governments and the Commission on Dieselgate is not sufficient and not clear enough. Here I do not mean compensation for car owners. It is not mainly car owners who are affected by the scandal, but the people living in cities, walking on the pavements and waiting at crossroads who have to breathe the air that has been polluted by non-compliant cars. This is quite disappointing and, as a consequence, I would propose to put together a fund that will ensure that we will fight for programmes in air quality and achieve an improvement. Secondly it is quite important that cars that still emitting more than ten times the limits in real driving are still on sale and causing air quality to be worse. It will take time before we improve the air quality that that was devastated by non-compliant cars, but I call on the Commission and Governments to act much more quickly to improve the confidence of our citizens in their actions.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Hvorfor er det overhovedet nødvendigt at få undersøgt hele denne dieselskandale? Jo, først og fremmest fordi bilproducenternes manipulation og snyd har haft nogle meget alvorlige miljømæssige og sundhedsmæssige konsekvenser for borgerne. Vi ved, at tusindvis af borgere er døde før tid på grund af den ulovlige NO_x-udledning. Når noget går så galt, uden at det bliver stoppet af myndighederne, så bliver vi nødt til at finde ud af, hvorfor. Konklusionen fra EMIS er ganske klar: Der er tale om fejl, om svigt og om manglende vilje til at handle på alle niveauer. Medlemsstaterne har ikke foretaget tilstrækkelig kontrol, hverken i forbindelse med typegodkendelsen eller efterfølgende ude på vejen. Europa-Kommissionen har heller ikke handlet på den viden, den havde. Den har ikke undersøgt det nærmere, og den har ikke presset medlemsstaterne til at gøre mere. Resultatet er et alvorligt svigt.

Men nu har vi en chance for at rette op på og udbedre skaderne i systemet. Det har vi, når vi i dag stemmer om Dalton-betænkningen, og jeg håber på, at vi får et agentur og forbrugerkompensation med oveni hatten.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich würde gerne drei Anmerkungen machen. Meine erste Anmerkung geht an die Berichterstatter und auch an die Ausschussvorsitzende: Ein herzliches Dankeschön für die Vorlage des Berichts. Der Ausschuss hat wirklich gute Arbeit geleistet. Es hat 47 Anhörungen gegeben. Bei den Anhörungen, bei denen ich dabei sein konnte – es waren nicht viele –, gab es eine sehr intensive, ausführliche Diskussion mit kritischen Fragen. Es war wirklich gut.

Die zweite Anmerkung, die ich machen möchte, ist die Frage: Welche Lehre ziehen wir aus dem Dieselgate-Skandal? Für mich ist das Wichtigste, dass wir künftig ein Testen auf der Straße haben, dass wir ein Testen unter realen Fahrbedingungen haben. Für mich selber, muss ich offen gestehen, ist es ein Stück weit unerklärlich und wirklich auch nicht nachvollziehbar, dass wir das jetzt erst im Jahre 2017 erreichen.

Es ist angesprochen worden: Das Thema „Testen im Labor mit verfälschten Werten im Vergleich zu Testen unter realen Fahrbedingungen“ ist ein uraltes Thema. Ich kann mich noch erinnern: Auch beim Klimaschutzpaket, das wir 2007/2008 im Parlament beraten haben, war das schon ein Thema. Also es ist schon ein Versagen auf allen Kanälen. Ich weiß nicht, ob wir im Parlament da die Hauptschuld tragen. Ich glaube nicht, denn wir sind Gesetzgeber und haben nicht für den Vollzug Sorge zu tragen. Aber dass das so lange dauert, ist eigentlich völlig unfassbar und nicht nachvollziehbar. Alle politisch Verantwortlichen sollten sich da schon mal an die eigene Nase fassen.

Meine dritte Anmerkung ist mir auch sehr wichtig: Wir haben Euro-5-, Euro-6-Normen, wir haben strenge Werte, strenge CO₂-Auflagen und wollen, dass unsere Autos schadstoff- und emissionsarm fahren. Wenn Sie die heutigen Diesel anschauen – technologisch ist es überhaupt kein Problem, Euro-5-, Euro-6-Normen zu erfüllen. Gleiches gilt für die strengen Obergrenzen. Ich sage das deshalb, weil ich glaube, es wäre völlig falsch, jetzt den Diesel aus dem Verkehr zu ziehen. Nein, wir brauchen die Dieseltechnologie noch über viele, viele Jahre. Und, wie gesagt: Die neuen Autos können diese strengen Grenzwerte einhalten. Deshalb bitte nicht dem Diesel generell den Kampf ansagen.

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, se ha puesto ya de manifiesto que el Parlamento Europeo ha hecho su trabajo. Quien no lo había hecho han sido la Comisión Europea y los Estados miembros. Por acción u omisión han fallado. Por acción, porque fallaron los mecanismos de prevención y de control; y por omisión, porque cuando se conocieron las primeras alarmas, la Comisión Europea y los Estados miembros miraron para otro lado.

Y claro que sí, hay que tomar decisiones de futuro que son las que propone este Parlamento Europeo. Claro que hay que crear una agencia, una agencia que tenga capacidad para prevenir, que tenga capacidad con amplios poderes para imponer multas, que tenga capacidad para retirar vehículos. No sobran cargas administrativas, como se dice, lo que sobran son malas prácticas y, para eso, la agencia es un mecanismo muy propio para hacer frente a ellas.

Claro que hay que compensar a las personas que han sido engañadas: a los usuarios y a los consumidores. Claro que hay que ser coherentes y cumplir con los objetivos marcados. Y, como ponente que soy de la futura Directiva de energías renovables, yo también voy a abogar por una mayor descarbonización en el sector del transporte.

Andor Deli (PPE). – Mr President, recent developments show that it is important to improve the procedure for type approval of cars in the European Union. We need stronger rules that will effectively deal with the emission problems for diesel cars. In past years, all our attention was focused on the lowering of CO₂ emissions and particulate matter, without devoting enough attention to NO_x. Today we cannot punish customers for buying diesel cars. With the new proposal we are introducing new real-driving emissions tests that are closest to real-world use, and we will also introduce new type-approval legislation that will help diesel cars to become much cleaner, but we do not need new agencies for that.

For the upcoming years the classic technologies based on fossil fuels and the alternative solutions will be present side by side. We should use this period to prepare new development plans focusing on new innovative technologies in order to safeguard Europe's position as the number one car maker in the world.

Catch-the-eye-Verfahren

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte, doamnă comisar, doresc și eu să felicit Comisia de anchetă EMIS pentru rezultatele și propunerile făcute.

Mă uimește, însă, raportorul din partea PPE, care nu este de acord cu despăgubirea consumatorilor. Sper să nu fie și poziția grupului PPE.

Sigur, noi nu trebuie să dezindustrializăm Europa. Sigur că trebuie să avem industrie, dar depinde prin ce mijloace facem acest lucru. Nu putem merge după principiul „scopul scuză mijloacele”. Nu putem accepta să se facă omologări fictive, superficiale, doar pentru a nu fi acuzați că lucrăm împotriva industriei proprii. Sunt industriaș și știu ce vorbesc.

Comisia are sarcina să găsească măsuri adecvate pentru apărarea comercială în raport cu țări terțe care introduc pe piața internă produse care nu respectă regulile europene. Dar noi trebuie să cerem o omologare corectă și trebuie să luptăm pentru despăgubirea consumatorilor.

Doamnă comisar, responsabilitatea este acum la dumneavoastră, să valorificați cele două rapoarte, raportul de anchetă și raportul Dalton. Până la înființarea unui organism, trebuie să preluați aceste lucruri, de control.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, είναι πλέον ξεκάθαρο ότι πρόκειται περί σκανδάλου, με ευθύνη αυτοκινητοβιομηχανιών, κρατών μελών και Ευρωπαϊκής Επιτροπής. Γι' αυτό πρέπει να αποκτήσουμε έναν ανεξάρτητο ευρωπαϊκό οργανισμό εποπτείας οχημάτων, ο οποίος θα μπορεί να εποπτεύει την αγορά σε ευρωπαϊκό επίπεδο και, αν χρειάζεται, να ζητάει ανάκληση τύπων αυτοκινήτων και να επιβάλλει πρόστιμα.

Επίσης, ένα άλλο ζήτημα είναι οι αποζημιώσεις. Στις Ηνωμένες Πολιτείες Αμερικής αποζημιώθηκαν οι καταναλωτές. Στην Ευρωπαϊκή Ένωση γιατί όχι; Σε μια ενιαία αγορά χρειάζεται να υπάρχει κοινό πλαίσιο προστασίας. Όπως παραδέχθηκε η Ευρωπαϊκή Επιτροπή σε πρόσφατη ερώτησή μου, δυστυχώς σήμερα δεν υπάρχει αυτή η δυνατότητα. Αυτό πρέπει να αλλάξει άμεσα. Δεν μπορούμε να μιλάμε για ενιαία αγορά χωρίς ισχυρή και ίση προστασία για όλους τους καταναλωτές, ανεξαρτήτως κράτους μελών στο οποίο διαμένουν.

Τέλος, είναι απαράδεκτο, μετά τα όσα έχουμε μάθει, να συνεχίζει η Ευρωπαϊκή Επιτροπή να νομιμοποιεί μέρος της παρανομίας, κρατώντας τους συντελεστές συμμόρφωσης τόσο υψηλά, διπλασιάζοντας ουσιαστικά τις επιτρεπόμενες εκπομπές.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, when I first heard of the emissions scandal I could not believe it. I could not believe that such reputable businesses would go to such lengths to treat both consumers and the system ... especially in relation to emissions reductions, which are so much part of the European profile at the minute, when we are leading the world in relation to COP21 and COP22.

So I think there is no need here for sympathy for those who were involved, and for that reason we need a few things to ensure it does not happen again. One: deterrents, and two: vigilance. If compensation is given to people in the United States then it is very difficult to say why it should not happen here in Europe. And vigilance means that we have to be sure that the supervisory agencies do their job.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la commissione d'inchiesta costituita dal Parlamento europeo all'indomani dello scandalo «Dieselgate» ha portato alla luce un quadro tutt'altro che rassicurante, evidenziando responsabilità ad ogni livello.

La Commissione avrebbe dovuto agire per mitigare il ruolo centrale svolto dai rappresentanti dell'industria, sovrarappresentata nelle riunioni del gruppo di lavoro sulle emissioni reali dei veicoli leggeri. E questo la Commissione non lo ha fatto. Gli stessi Stati membri hanno eluso il loro obbligo giuridico di monitorare e far applicare il divieto di impianti di manipolazione. Avrebbero dovuto garantire che le rispettive autorità di omologazione disponessero delle risorse umane e finanziarie adeguate per la realizzazione di prove interne, e non lasciare che si affidassero alle prove effettuate nei laboratori certificati dei costruttori di automobili.

Il lavoro rigoroso svolto dalla commissione parlamentare di inchiesta consegna una relazione conclusiva senza compromessi, a testimonianza del valore del controllo democratico nelle istituzioni europee e della distanza tra la realtà e la legge, che i cittadini ci chiedono di colmare.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, Member States failed to monitor cars for illegal emissions and turned a blind eye to cheating by Volkswagen and other manufacturers in tests. Meanwhile, the Commission did not enforce its own legislation, eroding consumer trust in the car industry and putting public health at risk.

After Dieselgate, business as usual is simply not an option. We want to see a stronger oversight, in the form of an independent EU agency for vehicles surveillance, put in place to ensure that cars are not only clean in the lab, but also on the road. Those countries which continue to block an independent and transparent systems for type-approval of European vehicles and the strengthening of market surveillance at EU level must stop putting the interest of their own car industry above those of consumers and the citizens of Europe.

Der Präsident. – Vielen Dank, auch für das hervorragende Einhalten der Zeit.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission.* – Mr President, I would

like to thank all Members for their speeches and for the views expressed today. I want to express my feelings and make a few remarks.

Firstly, it is very clear that the adoption of the report and the recommendation does not mark the end of our cooperation on this topic. I can comment on this, but I also seek your strong support, which I have had so far. We need to be engaged not only on the follow-up of the recommendation but, I think, most importantly on ensuring that the legislation changes.

We need to see early and effective adoption of the new type-approval reform, because this will be a game-changer. We must continue to hold car manufacturers and Member State authorities accountable. It is increasingly important that our consumers have confidence in the industry and in the national authorities overseeing it.

Many of you mentioned compensation, and some of you mentioned that we have to protect our car manufacturers. As you noticed, I have not yet succeeded in getting a response from the car manufacturers on compensation to Europeans, but this not a matter of my personal success or otherwise. It is just the failure of the European car manufacturers to find a proper and fair response to Europeans, comparable to the Americans' response.

We just need an initial public gesture and a change of attitude, which has not happened so far. This would be the best protection and the best shield for our car manufacturers and for our automotive industry in the future. They have not done it so far.

We must ensure that the law is monitored and enforced on the ground, and we have to work together on the future of the automotive sector. We know that diesel will not disappear overnight, but after this year of work and exchange of views with you, I am quite sure that they will disappear much faster than we think and we can imagine. We have to be prepared for this.

We will come forward with a mobility package in May to address these issues. We will be prepared for the future with zero-emission cars, with the focus on batteries, on battery-charging infrastructure and regulatory incentives. We will prepare the future to ensure similar cross-border mobility and, finally, together with my colleagues the other Commissioners, we will prepare for the future of new demand models where public and private transport models are integrated.

I urge you to work with me in the future and the longer term, because we need both the Member States and industry on board to get these changes right. I am sure that 2017 will be a decisive year for this. Thank you very much for everything achieved so far, especially by the committee. I am looking to working with you because I will need your strong support, as before.

Lastly, I want to thank you for your high flexibility on arranging our work. Unfortunately – and I would like to apologise for this – I will not be able to stay with you throughout the debate on Mr Dalton's report. The Commission will be represented on this by Commissioner Vella, who is also partly responsible for the file. However I will remain at your disposal for further discussion and, of course, at any moment you need me.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kommissarin. Das war eine wichtige Aussprache.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk.* – De dieselgate-affaire laat ons allemaal achter met een wrang gevoel. Wie was verantwoordelijk? Waarom is het zo fout kunnen gaan ondanks een wetgeving waarvan we dachten dat die sluitend was? De verantwoordelijkheid was collectief, zoveel is nu wel duidelijk na een jaar onderzoek. Wat nu telt, is dat we maatregelen nemen om te vermijden dat zo een fraude zich nog ooit kan herhalen. Want de fraude gebeurde ten koste van de volksgezondheid en op de kap van de consumenten, die ronduit bedrogen werden.

Het goede nieuws is dat een aantal structurele, fundamentele ingrepen al in de pijp zit of al rond is. De uitstoot van stikstofoxide zal eerlang gemeten worden in reële rijomstandigheden en niet meer in het laboratorium. Bovendien zal de Europese controle op de uitstoot drastisch worden verstrengd. De burgers verwachten vandaag van ons dat alle achterpoortjes dicht gaan. Wij moeten nu bewijzen dat een effectief Europees toezicht in dit geval de meest doeltreffende oplossing is en daarbij mogen we geen tijd meer verliezen.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Подкрепям мерките за намаляване на емисиите на замърсителите от моторни превозни средства. Скандалът с нагласените резултати от тестовете в лабораторни условия показва, че има спешна нужда от промени в правилата за измерване на емисиите, които да приближат тестовете към реалните условия на пътя. Въвеждането на по-строги условия за одобряване на типа моторни превозни средства в Европейския съюз и по-силен европейски надзор са мерки, които ще доведат до подобряване на качеството на въздуха и общественото здраве. Замърсяването на въздуха всяка година води до преждевременната смърт на над 400 000 европейци. Един от основните източници на вредни газове са автомобилите. Затова подкрепям въвеждането на санкции за производителите на автомобили, които фалшифицират резултатите от тестовете. Приходите от административните глоби следва да служат за подпомагане на надзора на пазара, обезщетяване на потребителите и защита на околната среда. Проблемите с вредните емисии не засягат само собствениците на автомобили, а здравето на всички европейски граждани.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – Emisné škandály boli dôsledkom nedostatočnej kontroly. Komisia aj členské štáty si musia uvedomiť, že voľný trh neznamená zbavenie sa zodpovednosti za výkon kontroly. Ak chce Únia chrániť práva spotrebiteľov, zabezpečiť vysokú ochranu zdravia a životného prostredia, musia byť kontrolné mechanizmy povinnou súčasťou každej politiky, každej legislatívy, každého aktu. Kontrola musí plniť preventívny charakter a nemôže byť až výsledkom negatívnych dôsledkov.

Romana Tomc (PPE), písno. – Močno podpiram dejstvo, da je potrebno doseči cilje EU glede kakovosti zraka.

Prav zato si je potrebno trajno prizadevati za zmanjšanje emisij iz vozil, vzpostaviti določene standarde ter bolje nadzirati to področje, predvsem pa onemogočiti manipulacije znotraj avtomobilske industrije, kot se je zgodilo v primeru afere Volkswagen.

Goljufije je potrebno obsoditi. Seveda končno ceno za to manipulacijo, v primeru afere VW, plačujemo potrošniki. Plačujemo tudi vsi državljani, saj vsi dihamo isti zrak, kar vpliva na naše zdravje.

Del notranjega trga je tudi zaščita pravic potrošnikov, ne le industrije. Ne strinjam pa se s predlogom o ustanovitvi nove EU agencije. Menim, da bi šlo v tem primeru le še za dodatna administrativna in finančna bremena, medtem ko bi bil nadzor vprašljiv, dodana vrednost pa minimalna.

Menim, da je EK tista in pa države članice, ki morajo poskrbeti in bdeti nad tem, da avtomobilska industrija izvaja zakonodajo tudi v praksi. Prav tako pa se je potrebno zavedati, da goljufije pri meritvah na dolgi rok ne prinesejo nič dobrega – zaradi določenih podjetij se meče slaba luč na celotno avtomobilsko industrijo, prinaša negativen vpliv na javno zdravje, prav tako pa se izgublja zaupanje potrošnikov.

Pravila igre je potrebno spoštovati. Današnje glasovanje je dodaten korak k temu, da to dosežemo.

4. Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, muss ich eine Ankündigung machen.

Wie Sie sich erinnern werden, hat der Präsident am 14. März 2017 beschlossen, eine Sanktion gegen Herrn Korwin-Mikke wegen inakzeptabler Bemerkungen über Frauen in der Sitzung vom 1. März zu verhängen. Diese Sanktion besteht aus drei Maßnahmen:

- 1) dem Verlust des Anspruchs auf Tagegeld für die Dauer von 30 Tagen,
- 2) unbeschadet der Ausübung des Stimmrechts im Plenum der Suspendierung von der Teilnahme an allen Tätigkeiten des Parlaments für die Dauer von zehn Tagen, an denen das Parlament oder eines seiner Organe, einer seiner Ausschüsse oder eine seiner Delegationen Sitzungen abhält, sowie
- 3) dem Verbot für die Dauer von einem Jahr, das Parlament in einer interparlamentarischen Delegation oder in einem interinstitutionellen Forum zu vertreten.

Herr Korwin-Mikke hat am 27. März eine Beschwerde gegen diesen Beschluss eingereicht. Das Präsidium hat gestern diese Beschwerde geprüft und den Beschluss des Präsidenten bestätigt. Die Sanktion tritt damit in Kraft.

5. Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeughängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Daniel Dalton im Namen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeughängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (COM(2016)0031 - C8-0015/2016 - 2016/0014(COD)) (A8-0048/2017).

Daniel Dalton, rapporteur. – Mr President, I would like to start by thanking the shadow rapporteurs, as is customary. We got to know each other very well during the many hours of discussions we had on this report. We had some disagreements, as is expected on a file of this importance, but I believe that we have come to a very good compromise in the Committee on the Internal Market and Consumer Protection in the end.

Let us be clear: the Volkswagen scandal – and it was not just Volkswagen, but we have called it the Volkswagen scandal – was the tip of the iceberg. Consumers have been treated with contempt for a long, long time. They long ago gave up any trust in the fuel consumption claims that are made by manufacturers, and now they know that the emissions claims are wrong as well. This was a scandal that was waiting to happen.

But what we have here in front of us now is a fundamental change from the current system and a very good compromise. It is far from the status quo. Firstly, we have new tests. The RDE testing means cars that will be tested on the roads, not just in the labs. That is a fundamental change from the system that existed before. Secondly, we have a new market-surveillance system. Member States have an obligation under this proposal to test 20% of types every year. They have to have their plans approved by the Commission, and the Commission is also empowered to do whatever tests it wants to do in addition. Thirdly, we have a new forum, which the Commission will direct and with independent peer review. So the Commission will get all the information it needs from Member States, stakeholders, NGOs and civil society in order to know the problems much, much earlier and have the tools to deal with them.

Every Member State has to apply the same rules. There are fewer opportunities now for forum shopping and independent auditors will check on a periodic basis that rules are applied fairly and clearly. Fees cannot be paid directly by manufacturers to testing centres, which deals with the concerns that many had about manufacturers' influence. And we have a proposal on consumer redress. The fines will go into a fund that will help consumers and the environment.

This is a big, broad and ambitious package which got huge support in the Internal Market Committee. No one change in the system will prevent fraud, but together all these changes will guard against, firstly, cars incorrectly being put on the market, and, secondly, cars being on the market for a long time before a fault is found. We cannot stop all non-compliant products getting on the market. If someone wants to cheat the system, they are going to try and cheat the system, but we need to make sure that we have a system that is as strong as possible to catch them when they do it.

I would also remind everyone that type-approval is not just about emissions. It is primarily about safety standards for cars on our roads. I also want to touch on the agency because we have had a big debate about the agency, which is still raging today. I am not against an agency if it can be proven that there is a benefit from the agency, but so far I have not seen a benefit. I have yet to see a consumer who wants an agency that is remote from the market and hidden from the consumer.

The justification also seems to be weak. Agencies are just as susceptible to political pressure as the Commission or Member States, and this gives an excuse for national Member States not to act when they should be acting. It has not been costed, there is no detailed impact assessment and there is no idea how it is going to manage the market surveillance system. Let us be clear: this will cost a lot of money and we need to be right, sure and confident that it is going to do the job before we propose it.

I also have a bit of concern with one of the amendments from the Greens: Amendment 343, on what I would call a 'victim's levy'. This will effectively be a fine on people who want to buy new cars.

This is a little bit like you getting mugged, the police coming to you and saying 'we're terribly sorry we didn't stop you getting mugged, but we'll take a bit more money out your pocket to try and stop it happening again'. This is not the right way to deal with the issue. It is not the right way to fund an agency or any of these measures. So I do not think we should be going down that line.

As I said before, we have got a good agreement in the Committee on the Internal Market and Consumer Protection that was supported by most Members. It is robust, good for consumers, good for the environment and fair for industry. I do not think we should confuse that issue with an agency. But now I am looking forward to hearing all your remarks. I know that there are going to be plenty of remarks, and I am looking forward to a very good debate.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, on behalf of the Commission and on behalf of my colleague Commissioner Bienkowska, who, as she said, had to leave us, I welcome today's debate on the type approval proposal. I thank Mr Dalton, as the rapporteur on this file, and also his shadow rapporteurs. We welcome the opportunity it gives us to reiterate the importance that we attach to this proposal. It is the most important measure to restore confidence in our system and the credibility of the industry.

It is very timely to hold this debate just after the debate on the report and recommendations of the Committee of Inquiry into Emission Measurements in the Automotive Sector (EMIS). If there is a clear lesson to learn from the car industry's emission manipulations it is that our system was not fit for purpose. Yes, we knew that emissions were higher on the road than in the laboratories, so already way back in 2012 we started a review of the EU type approval framework for motor vehicles, but the events of September 2015 really opened our eyes. The Volkswagen case showed that there is a massive problem and further revelations have underlined that. They have shown that this is not only about Volkswagen. There has been a systematic failure of the type approval system right across Europe – a system that could not prevent one of the biggest ever industrial scandals in Europe.

So maintaining the status quo is not even an option; we need real change, we need a 180° shift to our regulatory system. We have to show that Europe can make a difference to people's lives. Air quality in many of our cities is unacceptably poor and it causes premature deaths, and citizens have been cheated. It is time for citizens to see that we are all pulling in the same direction and that we are all putting their interests, their health and their environmental concerns first.

So the Commission very much welcomes the good progress made by Parliament. We commend the hard work of the rapporteur and shadow rapporteurs. This was a huge effort and we know it has not been an easy process. You are sending a strong and a clear message to our citizens and to our industry. Type approval must put safety, environmental protection and the well-being of citizens first. When they buy a car, consumers must be able to trust the promises on emission limits, fuel consumption, safety rules and so on.

This is the aim of our proposal and we are very pleased that the Internal Market Committee report supports the main pillars of our proposal, namely reinforcing the independence and quality of the car testing system, introducing a system to control cars on the road, and reinforcing the type approval system with greater European oversight. These pillars are fundamental to ensure that industry will comply with the rules, and that there will be high quality, high transparency and a level playing field between manufacturers.

It is not only manufacturers who need to change. Everyone involved will have to follow the rules strictly and to apply the requirements in a harmonised manner, whether they be importers, testing bodies and laboratories, or type approval and market surveillance authorities. No exceptions, no gaps.

You push us for even stronger actions, for instance mandatory targets for national market surveillance or reinforcing the Commission's powers. These proposals go in the right direction and we are ready to consider them constructively. I believe that we should concentrate our efforts on these main pillars, so that we can make swift and effective progress. Other issues such as the provision of repair and maintenance information can be better addressed through parallel strands of work.

Let me tackle now the main open issue, which is the creation of an EU agency for vehicle market surveillance. I know that you discussed this at length and that you will continue discussing this today. In fact we already assessed the possibility of creating an EU agency as part of our type approval proposal. We discarded the idea at the time, mainly in the interest of speed, efficiency and budgetary resource implications.

In the meantime, we have seen how difficult it is to ensure proper enforcement in a system of 28 different national authorities. So far, only a handful of them have taken action against emissions cheating and only one Member State seems truly decisive, so effectively the remaining Member States are making the case for an agency by not acting. You will have noticed that the White Paper on the Future of Europe refers to a possible enforcement agency. Let us take the discussion further in that context. We are eager to listen to your opinions and concrete proposals today.

Mr President, honourable Members, whichever option we finally choose we need to make certain that it delivers a real 180° change. We have a duty to our citizens. They have been badly let down and they need to see that there has been real change. This is not just important for their health and their safety, it is also important for the environment and the future of the planet. By the way, it is important also for the future competitiveness of our car industry.

Karima Delli, *rapporteure pour avis TRAN*. – Monsieur le Président, chers collègues, 30 millions de véhicules poubelles sont sur nos routes. Il s'agit de véhicules qui ne respectent pas les normes votées dans cet hémicycle il y a dix ans et qui les dépassent de dix fois, voire de quinze fois pour certains. Autrement dit, lors de ces fameux épisodes de pollution de l'air, c'est la santé de nos citoyens qui est directement touchée.

Certes, ces dépassements de normes ont pour cause directe la fraude des constructeurs pendant les tests d'homologation. Mais c'est aussi à cause d'un système complaisant entre constructeurs et autorités qu'un véhicule ne respecte pas les normes sur la route et, comme par hasard, les respecte lors des tests en laboratoire.

Avec ce rapport, Monsieur Dalton, vous avez l'occasion de mettre de l'ordre dans un système de certification européen défaillant en instaurant des tests plus indépendants et plus transparents et, surtout, en allouant des moyens de surveillance des marchés tout au long de la vie des véhicules.

Pour moi, il ne reste qu'une chose à faire: rassurer nos concitoyens et leur montrer que le Parlement européen peut dire qu'il n'y aura plus jamais de Dieselgate. La solution, elle est simple – la Commission européenne l'a dit, beaucoup d'entre nous le disent aussi depuis ce matin –, il faut créer une agence européenne de surveillance des marchés. Il nous faut un gendarme européen contre la triche. Les citoyens nous attendent au tournant et ils sont à nos côtés.

Ivan Štefanec, *za skupinu PPE* – Vážený pán predsedajúci, dámy a páni, dovoľte mi najskôr poďakovať predovšetkým spravodajcovi Danovi Daltonovi a ostatným kolegom, tieňovým spravodajcom, za skutočne obrovský kus práce, za schopnosť komunikovať, byť otvorený a predovšetkým hľadať spoločné riešenia, ktoré naozaj tak potrebujeme. Som rád, že tieto riešenia sa nám vo Výbore pre vnútorný trh a ochranu spotrebiteľa naozaj podarilo nájsť. Všetkým je zrejmé, že potrebujeme novú legislatívu pre schvaľovanie nových vozidiel. Všetkým je jasné, že „diesel gate“ sa už nemôže opakovať a naši občania nemôžu byť klamaní. Zároveň potrebujeme lepšie chrániť naše životné prostredie, ale aj myslieť na rozvoj nových technológií a na zamestnanosť v Európskej únii. Na tejto výslednej podobe novej legislatívy sme sa v našom výbore dohadovali viac než rok. Výsledkom je zmena metodológie, nové kompetencie, ale aj súčinnosť

európskej úrovne a národných štátov. Zavádzajú sa testy v plnej prevádzke, posilňujú sa kompetencie Komisie a zabezpečuje sa jednotný postup a jednotný výklad pravidiel v celej únii. Udalosti minulého roka ukázali, že je to naozaj veľmi, veľmi potrebné.

Som si istý, že nepotrebujeme nové inštitúcie, ale potrebujeme rýchlu podstatnú zmenu, ktorá bude fungovať. Nepotrebujeme nové náklady, ale potrebujeme jasné a uplatniteľné pravidlá. Nepotrebujeme rozhádané členské štáty, ale potrebujeme rovnaké pravidlá pre celý náš spoločný európsky trh. Teší ma, že ani samotná Európska komisia nenavrhuje nové inštitúcie, ale navrhuje zmenu súčasného fungovania tak ako aj náš výbor. Výstup z Výboru pre vnútorný trh a ochranu spotrebiteľa je naozaj dobrým návrhom a ja verím, že ho podporí každý, komu záleží na skutočnej zmene a ochrane záujmov našich občanov.

Christel Schaldemose, for S&D-Gruppen. – Hr. formand! Folkevogns snyd med dieseludledningen er en skandale. Desværre har det vist sig, at det ikke kun var Folkevogn, der var ligeglad med vores europæiske regler. Store dele af bilindustrien har sat økonomiske hensyn over miljø og sundhed. For os Socialdemokrater er det derfor helt afgørende at sikre en ny og strammere EU-lovgivning, som kan forhindre lignende skandaler i fremtiden. Der er brug for større uafhængighed ved typegodkendelsen. Dem, der tjekker, om bilerne overholder reglerne, må ikke være afhængige af penge fra bilindustrien. Endvidere skal medlemslandene gøres langt mere ansvarlige for at sikre en bedre typegodkendelse og kontrol med bilerne, når de kører ude på vejen. Derudover skal Europa-Kommissionen have flere kompetencer, så den forpligtes til at gribe ind og ikke sidde på hænderne, hvis den får mistanke om svigt og svig. Alt dette indgår i og sikres med Dalton-betænkningen. Alle niveauer forpligtes til at gøre arbejdet bedre, hurtigere, mere omfattende og uafhængigt af bilindustrien.

Men vi Socialdemokrater ønsker at gå et skridt videre. Vi ønsker, at kontrollen med bilerne samles i et EU-agentur. Vi ved af erfaring fra andre områder, at medlemslandene ofte hverken har penge, mandskab eller politisk vilje til at kontrollere bilerne tilstrækkeligt. Derfor foreslår vi, at der oprettes et EU-agentur til at samle og sikre, at kontrol med bilerne finder sted. Det er både den billigste og bedste vej til at sikre ens og reel håndhævelse.

Vi Socialdemokrater ønsker også, at forbrugerne skal kompenseres, når der sker skade. I USA er Folkevogns dieslbiler allerede fjernet fra vejene, fejlene er blevet udbedret og forbrugerne har fået kompensation. I EU står forbrugerne stadig helt uden kompensation. Vi ønsker, at dette ændres, og vi tror på, at den ekstra straf, det udgør for virksomhederne at skulle betale kompensation, kan have en forebyggende effekt. Overordnet set er vi Socialdemokrater dog rigtig glade for det resultat, der er kommet, og vi håber på, at denne betænkning kan bidrage til at sikre, at en ny dieselskandale undgås i fremtiden.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Vicky Ford, on behalf of the ECR Group. – Mr President, the mutual recognition of product standards is a cornerstone of trade within Europe and the type approval process for new cars is a prime example. Once a vehicle has passed its safety and emission tests in one country it can then be put on the market across all other countries without having to undergo further tests. It saves manufacturers millions in costs which would otherwise be spent on duplicative bureaucracy.

Buying a new car is the single largest purchase most individuals make and it is important that consumers trust the system and therefore the test process must be thorough and robust in every country. This new report tightens the tests of vehicles on and off the road, it introduces new tests for the testers and regular re-testing of existing models. Penalties are introduced for those who try to cheat the tests.

This is a fundamental review of the approval process for cars in Europe and I would like to thank my British Conservative colleague Dan Dalton for leading this piece of work and my colleagues from all across Europe who have worked with him. In a post-Brexit world it is in no one's interest to re-introduce unnecessary red tape and I hope both sides will continue to cooperate on regulatory matters to enable mutual recognition to continue and work together for strong standards not only in the UK and Europe, but also across the rest of the world.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur and my shadow rapporteurs for the work done. I think that the outcome is well balanced. It provides the EU with more efficient and stronger mechanisms for type approval of cars before they enter European markets and for their actual monitoring when they are already present on the market.

Over a year ago, when this House discussed the car emissions inquiry committee, our Group called for an EU-level surveillance system which would contribute to better enforcement of EU legislation. Today that proposal is here and it means that we will not continue business as usual. Not only has it restated the obligations for Member States to actively engage in market surveillance, but it also provides the Commission with a new set of competences to act on its own behalf or as a safeguard when the Member States fail to do so. This is a major contribution to the legislation, which aims to restore consumers' trust in our control mechanisms and in the European car industry. It is in the interest of us all to provide Europeans with the right to reliable and transparent information about their vehicles.

Some of our colleagues have been talking about the need to establish an EU market surveillance agency, which would take over all the tasks in this field. Our Group does not believe this to be a good idea. The agency definitely does not meet the need to respond quickly to scandal. It would only create a supplementary layer of administration at high cost with little added value.

And finally, there is no competence that an agency could have which could not be given to the Commission directly. Our Group believes that the Commission is the right institution to assume oversight powers at EU level and that the new system introduced in this report should prevent Member States from interfering with those new powers. So I hope that we can adopt this report today in plenary.

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Eerst even wat feiten op een rij. We hebben een interne markt. Dus als een nieuw type auto in de ene lidstaat is goedgekeurd dan geldt dat voor de hele EU. *So far so good*. Je mag als fabrikant naar iedere testinstelling in de EU gaan en vervolgens naar iedere toezichthouder voor de goedkeuring. Voor de fabrikant is dat handig, want als je het bij de ene toezichthouder niet gedaan krijgt dan ga je gewoon naar de volgende.

En dan gaat het fout. Autofabrikanten introduceren sjoemelsoftware voor dieselauto's, maar geen lidstaat die het ontdekt. Toezichthouders falen. Zou dat iets met de concurrentie tussen toezichthouders te maken kunnen hebben? De Europese Commissie doet trouwens ook niks. Commissaris Verheugen was te veel bezig met het promoten van de auto-industrie, via zijn CARS 21 Group en commissaris Tajani negeerde bewust alle aanwijzingen over sjoemelsoftware.

Dan nu het verslag-Dalton: de concurrentie tussen toezichthouders wordt gewoon in stand gehouden. We hadden er ook voor kunnen kiezen om fabrikanten te verwijzen naar de toezichthouder in het land van de hoofdvestiging van de fabrikant. Maar dat doen we niet. Hoewel lidstaten en de Commissie allemaal hebben gefaald, zet het Parlement via dit verslag alle kaarten op de Commissie. Die mag zelf inspecties gaan verrichten. Wat een bende! Hoe zal de burger reageren als straks Europese inspecteurs je auto komen controleren? Hopelijk in de garage, maar het mag ook onderweg. Europese dieselpolitie, kan het gekker?

Inspecties en handhaving in het algemeen zijn bevoegdheden van de staat en de EU is geen staat. Dit verslag lost het probleem van het gesjoemel niet echt op. Maar het geeft extreemrechts wel weer een nieuwe troef in handen om te zeggen dat de burgers stukje bij beetje een superstaat Europa worden ingerommeld. En dat van een Britse conservatieve rapporteur. Ik ben zwaar teleurgesteld en de meerderheid van mijn fractie zal ook tegen dit verslag stemmen.

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Képviselő Úr! Azt szeretném öntől megkérdezni, hogy azt ugyan mind a ketten hasonlóképpen látjuk, hogy vannak ellenőrizendő gépjárművek és pótkocsijaik, azt is, hogy lehet valamilyen ellenőrzőrendszer. De önnek van-e tudomása arról, hogy létezik egy olyan közös európai módszertan, ami alapján ezek a műhelyek vagy ezek az intézmények vizsgálódhatnak?

Dennis de Jong (GUE/NGL), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Ik denk zeker dat het mogelijk is om met de lidstaten samen tot een *peer review*-systeem te komen waarbij je autoproducerende landen combineert met niet-autoproducerende landen en samen die controles uitoefent. Dat is volkomen logisch in het huidige systeem. Nu zeggen we dat de Commissie de inspecties mag gaan uitvoeren en dat gaat een stap te ver. We hebben die voorstellen besproken met de rapporteur. Het leek erop dat we de kant van *peer review* uit zouden gaan. Daar is duidelijk niet voor gekozen. En dat is waarom wij zo teleurgesteld zijn.

Pascal Durand, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, ce dossier est emblématique de la valeur ajoutée que l'Union européenne peut apporter à la vie quotidienne de 500 millions de consommatrices et de consommateurs. En effet, ce dossier touche d'abord au conflit d'intérêts entre les constructeurs – donc les intérêts privés –, les États et l'intérêt général. C'est le premier point. Ensuite, il touche aux émissions de particules, aux émissions de NO_x ainsi qu'à la fraude sur ces émissions et, par conséquent, à la santé directement.

Ce dossier touche également aux émissions de CO₂, domaine dans lequel nous avons mené une lutte contre le dérèglement climatique, ainsi qu'aux aides d'État, puisque les États subventionnent les véhicules à faibles émissions. Enfin, ce dossier touche naturellement au rôle que joue l'Union européenne pour éviter la concurrence entre les États et la distorsion de la concurrence sur les marchés. Nous avons là tous les critères qui peuvent effectivement permettre au législateur européen d'intervenir.

Je souhaite rendre hommage au travail de M. Dalton et de l'ensemble des rapporteurs fictifs. En effet, sur la question de l'homologation des véhicules, nous avons accompli certains progrès, notamment – c'est un point très important que vous avez rappelé – en coupant le cordon ombilical entre les autorités d'homologation et les constructeurs et en ayant une transparence européenne, ce qui est également très important.

En revanche, Monsieur le Commissaire, je souhaiterais que vous soyez encore plus clair pour soutenir la modification de la surveillance des marchés. Dans le passé, nous avons eu une défaillance très forte et je le dis à tous ceux qui affirment qu'une agence européenne ne servirait à rien. Pourtant, nous avons une défaillance claire et avérée des États et de la Commission européenne. Nous avons donc besoin d'une agence indépendante qui serait le fer de lance du contrôle et de la surveillance objective des marchés.

Par ailleurs, nous devons aussi indemniser les consommatrices et les consommateurs qui subissent un préjudice sur des questions majeures de santé.

Marco Zullo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in molti paesi europei, come l'Italia, la Francia e la Germania, il legame politico tra le case automobilistiche e i governi che rilasciano le omologazioni è noto, ed è noto come il «Dieselgate» abbia fatto emergere un fatto drammatico, ovvero il conflitto di interesse tra il controllore (lo Stato) e i controllati (le case automobilistiche).

Oggi noi abbiamo una grande opportunità di cambiare questo sistema. Abbiamo l'opportunità di offrire ai cittadini una normativa in grado di superare i conflitti di interesse nazionali. Io chiedo ai miei colleghi di essere ambiziosi in questo. Nella relazione che andremo a votare oggi sulla vigilanza dei veicoli a motore, abbiamo la possibilità di introdurre dei miglioramenti, di rendere più ambiziosa questa proposta, prima di tutto chiedendo che per ogni Stato membro venga controllato il 20 % dei nuovi modelli immessi sul mercato. In questo modo, per esempio, un autoveicolo lanciato dalla Fiat sarebbe controllato in tutta Europa, e ciò renderebbe le manipolazioni molto meno frequenti, se non addirittura impossibili.

Poi, tutti noi abbiamo parlato di un organismo terzo indipendente, in grado di controllare ciò che le autorità nazionali approvano, e ci siamo focalizzati sull'agenzia, che mediamente viene percepita come un carrozzone. Allora noi vogliamo essere propositivi: proponiamo un'autorità, non un'agenzia, un'autorità che sia in carico alla Commissione e che possa utilizzare strutture già esistenti. In modo particolare noi abbiamo individuato il laboratorio del Centro comune di ricerca di Ispra, che è già dotato dal punto di vista strumentale di molti strumenti.

E a chi dice che non ci sono i finanziamenti per supportare questo tipo di approccio facciamo notare che, senza chiedere nulla ai cittadini, ma semplicemente con un piccolo onere per le case produttrici, avremmo queste risorse. Stiamo parlando di dieci euro a veicolo.

E, infine, chiediamo che i test fatti su strada, che rappresentano una cosa molto positiva, non vengano fatti su dei prototipi, ma su dei mezzi che sono già pronti per il mercato. Quindi ribadisco che oggi abbiamo questa opportunità di essere ambiziosi e chiedo ai miei colleghi di esserlo, e spero che vogliate accogliere questo invito.

Marcus Pretzell, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Automobil ist eine europäische Erfindung, aber die Europäische Union hat daran keinen Anteil. Die großen europäischen Automarken sind Ergebnis französischen Erfindungsgeistes, deutscher Ingenieurskunst und italienischen Wagemuts und italienischer Designkunst.

Die Europäische Kommission hat nichts erfunden. Sie reguliert bloß, und hätte es sie vor 150 Jahren gegeben, dann hätten wir möglicherweise heute keine großen europäischen Automobilkonzerne. Die Kommission legt einen Entwurf vor, in dem ein ganzes Netz von Behörden gesponnen wird, deren Fäden am Ende in den Händen der Kommission zusammenlaufen, und der Berichterstatter steuert jene Stellen bei, die man im Kommissionstext als Deutscher fast schon vermisst hätte. Aus den Änderungsanträgen des Berichts trieft der Hass auf die deutsche Automobilindustrie. Autohersteller, die weltweit Kunden glücklich machen und denen wir einen guten Teil des deutschen Wohlstands zu verdanken haben, erscheinen als umweltschädigende Triebkräfte, als Schwerverbrecher, denen die Kommission und ihre tausend Behörden mit immer ausgeklügelteren Ermittlungsmethoden auf die Schliche kommen müsse, wenn der Kontinent nicht in der Katastrophe enden soll. Herr Dalton, was haben Sie eigentlich gegen Volkswagen? Und warum glauben Sie, dass ausgerechnet die Kommission etwas verbessern könnte? Haben Sie vergessen, dass die Typgenehmigungsrichtlinie von 2007 nichtssagende Testzyklen im Labor ausreichend fand? Haben Sie vergessen, dass die Kommission spätestens seit 2010 von den abweichenden Emissionswerten wusste und die Augen fest zugemacht hat? Und glauben Sie, dass die neue Verordnung tatsächlich die Gesundheit der Verbraucher schützen wird?

Ihre Partei hat in Großbritannien nachgewiesen, dass sie in der Lage ist, die Automobilindustrie annähernd zu zerstören. Dass Sie jetzt kurz vor dem Brexit nochmal versuchen, das auch für Kontinentaleuropa durchzusetzen, hat eine besondere Note. Aber der mitberatende Ausschuss für Umweltfragen setzt dem Ganzen noch die Krone auf. Er fordert eine neue Monsterbehörde, eine Fahrzeugmarktüberwachungsagentur der EU, die all die schein nationalen Behörden noch kontrollieren soll und durch eine Verwaltungsgebühr auf Neufahrzeuge finanziert werden soll. Und in den Gängen des Parlaments sind Werbestände für die Fahrzeugmarktüberwachungsagentur aufgebaut mit riesigen violetten Kissens, die aussehen wie die Vagina-Kostüme der Trump-Gegner in den USA.

Meine Damen und Herren, wir haben keinen Mangel an Kontrolle. Wir haben realitätsferne Regeln gehabt, die sich nicht an realen Fahrbedingungen orientiert haben und wir haben eine Kommission gehabt, die die Augen fest zugemacht hat. Das ist die Ursache des Skandals. Das werden Sie mit diesem Bericht nicht verändern, Herr Dalton.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Berichtsentwurf von Daniel Dalton gibt eine ganz klare Antwort auf die zentrale Frage, nämlich auf die Frage, ob es in Europa – mit Italien, Deutschland und Frankreich, wie gerade erwähnt – am Ende einheitliche Antworten auf einheitliche Probleme gibt. Das haben wir bei der ganzen Diskussion um die Fahrzeugzulassungen schmerzlich vermisst.

Es kann eben nicht sein, dass die Typzulassungsbehörde in einem Land der Europäischen Union zum Ergebnis kommt, dass ein Auto zulässig zugelassen werden kann, während die Behörde in einem anderen Land für genau das gleiche Auto zu einer anderen Auffassung gelangt. Wenn wir solche Zustände in Europa zulassen, dann laufen wir tatsächlich in eine Katastrophe rein, weil der Binnenmarkt dann seine Akzeptanz und seine Grundlage verliert. Deswegen ist der wichtigste Schritt, den wir jetzt gehen, der Schritt, dass es uns gelingt sicherzustellen, dass eine Zulassung am Ende eine Zulassung für den ganzen Binnenmarkt ist.

Und wenn es da Missverständnisse zwischen unterschiedlichen Behörden gibt, dann und nur dann hat die Europäische Kommission die Zuständigkeit, wissenschaftlich eindeutig festzulegen, welche Elemente bei der Zulassung berücksichtigt werden müssen und welche nicht. Das ist ein Fortschritt für uns alle. Und deswegen bin ich auch total froh, dass die Grünen und Pascal Durand, die Sozialdemokraten, die Liberalen, dass wir alle an einem Strang ziehen, dass wir vor allem ergebnisorientiert versuchen, die Dinge auf die richtige Bahn zu bringen.

Diese europäische Agentur, die immer wieder in der Debatte herumschwebt, ist ein Stück weit natürlich ein Lieblingssprojekt für manche, das ist auch politisch in Ordnung. Sie würde aus meiner Sicht aber den Prozess, die Ergebnisse für die Nutzer, für die Verbraucherinnen und Verbraucher hinzubekommen, nicht beschleunigen, sondern verlangsamen. Und deswegen steht die EVP-Fraktion diesem Vorschlag eher skeptisch gegenüber. Aber wenn das System eines Tages einmal wirklich funktioniert, dann sind wir die letzten, die sich dieser grundsätzlich europäischen Idee vollständig verschließen wollen.

An einer ganzen Reihe anderer Stellen sind auch gute Kompromisse gelungen, und es ist ein Vorschlag, der dazu beiträgt, dass die Mitgliedstaaten ihre Aufgaben künftig besser machen können und dass wir das vor allem gemeinsam in einem europäischen Sinne erreichen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I listened to the speech with interest. My question is about economics, as opposed to regulation. How much regulation do you think is too much? The cost of all this will ultimately impact on the market, ultimately impact on the cost of the vehicles, ultimately impact on the desire of consumers to purchase and on how many jobs there are across Europe in the automotive sector. So my question to you, sir, is: how far is too far in regulation, and where do we have the balance?

Andreas Schwab (PPE), blue-card answer. – Thank you, colleague, for your interesting question. From my point of view, there is no further burden with this regulation. For the car manufacturers the big advantage will be that they can be sure that if they have one type approval it is a type approval for the whole European Union. That is cheaper than everything we have seen in the past and therefore I think we are reducing the burden for companies with that proposal, not raising it. It is fine if this is ultimately done by the Commission, if national authorities are not able to find the right way between themselves.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, io penso che oggi consegniamo all'Unione europea un quadro normativo più certo ed efficace, più capace di evitare nuovi scandali. Ritengo pertanto importante ringraziare il relatore e gli altri relatori ombra, in particolare la nostra relatrice ombra, la collega on. - Schaldemose, per il lavoro importante che hanno fatto e che oggi qui approveremo.

Questo testo contiene alcuni punti importanti, e quindi a me preme metterli in evidenza. Il primo: il divieto assoluto della possibilità di installare *software* di manipolazione sugli autoveicoli, e il fatto che vi saranno d'ora in poi un sistema di omologazione e sorveglianza, che sarà costante durante tutta la vita del veicolo, nonché maggiori poteri di controllo e monitoraggio da parte della Commissione europea, che tenderanno sicuramente ad armonizzare il sistema di vigilanza europeo. Vi sarà infine un maggiore potere da parte dei consumatori. Io credo che questo sia realmente un forte disincentivo contro le azioni fraudolente.

Sono risultati, dicevo, molto importanti, ma che avremmo voluto ancora più ambiziosi per rompere una volta per tutte i legami esistenti tra le case automobilistiche, i loro servizi tecnici e le autorità di omologazione nazionali, che in molti casi sono addirittura private. Pertanto sarebbe necessario definire un sistema unico e indipendente di sorveglianza dei veicoli a livello europeo.

Cari colleghi, siamo ancora in tempo per rispondere a queste esigenze, e quindi per votare l'istituzione di una agenzia europea per la sorveglianza dei veicoli che consegnerà un sistema più efficiente e più trasparente, e che finalmente sia capace di ripristinare la fiducia tradita dei cittadini e dei consumatori e garantire un elevato livello di protezione della salute e dell'ambiente.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, je zřejmé, že pravidla pro schvalování motorových vozidel potřebují modernizovat. Potřebujeme posílit dozor nad trhem, důkladnější kontroly vozidel v provozu a podobně. Jako obvykle ale stojíme před otázkou, jak toho dosáhneme. Jako problematické se mi jeví některé nové kontrolní mechanismy a povinnosti. Rovněž bych osobně víc důvěřoval vnitrostátním orgánům a nedával tolik prostoru Komisi.

Ano, v některých ustanoveních bych osobně volil jiná řešení, ale rozumím tomu, že jde o kompromis a solidní základ pro jednání s Radou ve velmi složité materii. Jinak řečeno, zpravodaj, můj kolega Daniel Dalton, odvedl velmi dobrou práci a patří mu za to dík. Doufám jen, že na poslední chvíli nebude do zprávy přidána celoevropská dohledová agentura, v rámci stanoviska na Výboru pro dopravu a cestovní ruch jsme k tomu měli velmi dlouhou diskusi. Každý problém zkrátka nemůžeme řešit vytvořením nového evropského dohledového orgánu.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Gospodine predsjedniče, gospodine Tošenovský pažljivo sam vas slušao i znam da pripadate političkoj grupaciji koja nije sklona rješavanju problema na nivou Europe, barem u nekoj mjeri nije, ali zar vam se ne čini da bismo ipak trebali imati europsku agenciju za nadzor vozila koja su kao i ribe, a znamo da zajedničku ribarsku politiku imamo. Automobili se voze i prodaju svugdje po Europi, i šire, i to naši automobili. Zar vam se ne čini da bismo, uz potrebu praćenja automobila na nacionalnoj razini, trebali imati i ozbiljnu europsku agenciju za praćenje automobila?

Evžen Tošenovský (ECR), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – Děkuji za dotaz, já patřím ke skupině, která velmi rozlišuje to, co by se mělo a co by bylo rozumné dělat na evropské úrovni, a to, co by mělo zůstat na národní úrovni. V tomto případě si myslím, že stejná pravidla, která budou platit pro jednotlivé národní kontrolory, jsou dostačující, je to cenově výhodnější, než když bude jedna velká agentura napříč celou Evropou. Myslím, že to bude přinášet jenom větší problémy.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Mr President, I believe yellow and red cards were being pulled in the previous debates to the Commission and Council. Let me start by congratulating the Commission on its quick and right response to the Dieselgate scandal by coming forward with the new type-approval proposal. It creates more transparency and it creates the strong European oversight that is so badly needed.

I think the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) has been right in embracing, and even enforcing, these proposals. I do have a few concerns, and I will mention just one here today, and that is that IMCO is weakening the fee structure. In the inquiry committee we found out that insufficient financing at national level was one of the reasons, or excuses, for Member States not to enforce the legislation as they should have done. The fee structure proposed by the Commission would have been the right solution for that and, unfortunately, that has been weakened.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, jos komissio ja kansalliset parlamentit olisivat toimineet aktiivisesti kuten lainsäädäntö edellyttää, päästöhuijaus ei olisi ollut mahdollinen. Kun huijaus paljastui, siihen ei mielestäni puututtu riittävällä tehokkuudella. Uskottiin, kun autoteollisuuden lobbarit uhkasivat työpaikkojen menetyksellä. Nyt tiedetään, että sen, minkä autoteollisuus voitti lobbauksensa ansiosta, maksavat ihmiset, jotka sairastuvat ilmansaasteiden vaikutuksesta. Liikenteen päästöihin kuolee enemmän ihmisiä kuin liikenneonnettomuuksiin, ja silti asiasta on vaiettu niin inhimillisestä kuin taloudellisestakin näkökulmasta. Pelottavin ajatus kaikkien tutkimusten ja selvitysten jälkeen on se, että liikenteen todellisia päästöjä ei tällä hetkellä pysty arvioimaan luotettavasti kukaan.

Vaikka Euroopan komissiossa on parhaillaan kehitteillä ajonaikaisia todellisia päästöjä mittaavat testit, on vastamäki ilmastomuutoksen torjumisen näkökulmasta edelleen jyrkkä. Työppihyväksyntälainsäädännön käsittelyssä ei haluttu asettaa minkäänlaisia sanktioita, mikä on erikoista, koska kun kansalainen tekee rikkeen, häntä rangaistaan. Mutta kun suurteollisuus tai jäsenmaat jättävät lait noudattamatta, heitä kohdellaan silkkihansikkain.

Jos perustamme uuden viraston, sitäkään ei pidä kohdella silkkihansikkain, vaan sen on todella valvottava ja sillä on oltava todelliset työkalut puuttua ongelmiin. Eurooppalaiset ihmiset ovat ansainneet ratkaisut, joilla heidän henkeään ja terveyttään suojellaan – ei tuhota.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank everyone for their work on this file. This will be the first report. This will be the first legislative action after Dieselgate, so this is going to be the big question of our citizens: have we learned from Dieselgate? That is going to be the question. I think we are making steps forward but it is not sufficient. Of course most of the debate is on the famous independent agency. Why are we pushing for that? Read the conclusions from the Inquiry Committee – seven counts of maladministration against the Commission. One of the problems was that we had people in the Commission who carried out measurements at the Ispra Joint Research Centre years ago. They had the information. The information was not communicated to the outside world. Reports that went out were anonymous on purpose. This means that what you saw was that the Commission was part of the problem.

What we are suggesting is an agency that is doing the surveillance, that is doing the testing. Their results will be communicated to the Commission in an open, transparent way, so it will improve transparency and then the Commission will be obliged to react to that. Will there be much more bureaucracy? No! This is people who are already working for Europe, but who will now become independent so they can make independent decisions and are not part of the Commission that is there to regulate, check and also to do something if something goes wrong. That is too much in one hand and therefore we need an independent structure around it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under rule 162(8))

Andreas Schwab (PPE), blue-card question. – I was glad to listen to Bas Eickhout's explanations on the agency, and I would like to come back on his point and ask a question. For what reason do you believe that an independent agency, as opposed to all the agencies we already have, will really bring the advantages that you have explained here? Would it not be better to keep this Chamber here as a control on the Commission, as a political authority, to make sure that what happened in the past will definitely not happen again?

Bas Eickhout (Verts/ALE), blue-card answer. – Thank you for the question. Very simply: first of all, third parties can now directly ask the agency to do the checking. They can answer to the Commission, but, in the last five years they did not follow up that much, did they? An agency would be there to do that specifically. They will be designed to do that.

They will draft the report and then comes the control. If they find things that are not good, they will send the report to the Commission. It is still the Commission that will decide on whether to take action at the level of the type-approval authority or the national authority. The Commission is still there, and there we have control over the fining structure and making sure there is action, that corrective action is being taken by the Commission; and that is what we control.

The testing, the surveillance, is independent. And in making it independent there is also more transparency in the communication between the agency and the Commission. This is really better on transparency and putting the pressure on the Commission when they are not acting, which we can still control. It works like with medicines and like with a lot of other controlling agencies we already have. It is about time we also had it for cars.

Margot Parker (EFDD). – Mr President, the Volkswagen scandal of 2015 sent shockwaves across the world. Just how easy it was for Volkswagen to manipulate the emissions testing certainly raised many questions and concerns. Our consumers expect and deserve better from our businesses. But for all the faults that the Volkswagen scandal has exposed, the answer in this place is never to let the market decide or to allow national authorities to learn from mistakes. Instead, the EU takes the opportunity to engulf us in more legislation and more powers for bureaucrats and bureaucracy. For businesses, this is an eye-watering EUR 40 billion bill for the taxpayer. I am absolutely in favour of protecting consumers and holding businesses to account, but I simply cannot support legislation that is going to cost our taxpayers billions, and hand further powers away from the United Kingdom.

(The speaker agreed to take a blue-card question under rule 162(8))

Julie Girling (ECR), blue-card question. – I would like to know where your figure of EUR 40 billion comes from and how you justify it. Secondly, I would like to know why, as a representative of the UK, you have not mentioned the health issues here at all. You value business, but you do not seem to value the cost to people's health. How do you expect health improvements to be made without some of the steps that are in this legislation?

Margot Parker (EFDD), *blue-card answer*. – [microphone off for opening words] a sovereign country to be able to look after the health and state of its own citizens. I also believe that you can actually allow the market to work in a sensible way. After all, if consumers are short-changed and if they are poisoned by inadequate consequences, they are not going to buy these products. I believe the market will find its level, but I also reject your question about not caring about consumer health. We most certainly do. In the short time we have here, we answer as best we can.

Róža Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Panie Przewodniczący! My się wszyscy tutaj zgadzamy co do tego, że rynek motoryzacyjny w Europie potrzebuje mocniejszego nadzoru, i bardzo się cieszę, że idziemy teraz we właściwym kierunku. Tutaj chciałam specjalnie podziękować naszemu koledze Ivanovi Štefancovi. Mam nadzieję, że uda mu się w negocjacjach z Radą obronić postulaty, które są ważne dla konsumentów, żeby rynek motoryzacyjny funkcjonował coraz lepiej. Ten nowy nadzór oznacza więcej kompetencji dla Komisji Europejskiej dla wspólnego zarządzania rynkiem motoryzacyjnym, o czym wspominał już Andreas Schwab. I dzięki temu mam nadzieję, że nareszcie uda się odbudować zaufanie konsumentów do sektora motoryzacyjnego, bo przecież ono zostało ostatnio bardzo mocno nadwyrężone. A oprócz tego ważne jest, żeby ten rynek motoryzacyjny wspierał innowacje: wykorzystanie internetu, „big data” – to wszystko daje ogromne możliwości innowacyjne w sektorze motoryzacyjnym. I my musimy dbać o to, żeby Europa była w tej dziedzinie liderem. Konsumenty chcą korzystać z rewolucji, która dokonuje się w teledziękach, a my musimy dbać o to, aby mieli prawo wyboru, czy chcą korzystać z warsztatów producenckich czy innych małych warsztatów nieautoryzowanych przez sprzedawców. Cieszę się, że udało się nam wprowadzić do rozporządzenia zapisy zabezpieczające pod tym względem interesy konsumentów, ale także miliony miejsc pracy dla małych i średnich przedsiębiorców. Bardzo dziękuję za świetną współpracę.

Evelyn Gebhardt (S&D). – Herr Präsident! Wir sind hier in einer sehr wichtigen Gesetzesvorlage, in der wir dafür sorgen müssen, dass die Sicherheit und auch die Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen in den Vordergrund gestellt werden, und das ist eine der ganz wichtigen Fragen. Wir müssen auch aus dem Bericht des EMIS-Ausschusses die richtigen Lehren ziehen, nämlich dass wir es eben nicht alleine den Mitgliedstaaten überlassen können, was hier zu tun ist und was nicht. Und da heißt es auch eine ganz wichtige Frage zu klären, ob wir eine europäische Agentur brauchen oder nicht, und wie meine Kollegin Christel Schaldemose bin ich ganz davon überzeugt, dass wir eine brauchen.

Und ich muss ehrlich sagen, da hat wieder mal die rechte Seite, die EVP, ihr wahres Gesicht gezeigt. Im EMIS-Ausschuss, da stimmen sie dafür – das ist ein Bericht, der sehr wichtig ist, sehr, sehr wichtig, aber rechtlich nicht bindend. Im Binnenmarktausschuss geht es dann um die Gesetzgebung, das heißt darum, eine bindende Entscheidung zu treffen, da stimmen Sie dagegen. Also was soll denn das? Ja, große Parolen zu machen, aber wenn es darum geht, dass wir dies verwirklichen, sind sie nicht mehr da! Also ich bitte Sie, seien Sie ein bisschen ehrlicher in dem, was sie so tun, und sorgen Sie mit uns dafür, dass wir auch wirklich diese regulierende Maßnahmen haben, die auch wirklich für die Zukunft so wichtig sind.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Róža Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Ja znam zaangażowanie Evelyn Gebhardt w sprawy konsumenckie i wiem, że jest ono autentyczne, ale chciałam się zapytać, czy dodawanie agencji, dalszej biurokracji i kolejnych instytucji rzeczywiście jest po stronie konsumenta? Czy niewystarczającym działaniem jest dawanie większej liczby praw tym instytucjom, które już są i które funkcjonują, jak Komisja Europejska, pod naszą kontrolą?

Evelyn Gebhardt (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ja, wir brauchen diese europäische Agentur, weil sie eben genau mehr Verbraucherschutz bedeutet. Die Europäische Kommission selbst hat uns bestätigt, dass die Mitgliedstaaten gewillt sind, auch wirklich die europäische Gesetzgebung umzusetzen, und wir brauchen eine unabhängige Agentur, die wirklich ihre Arbeit macht, und wir haben auch gesehen, dass es auch nicht ausreicht dies nur in die Hände der Europäischen Kommission zu legen. Deswegen sage ich: Ja, wir brauchen sie! Das ist nicht mehr Bürokratie. Es ist mehr Sicherheit für die Bürger und Bürgerinnen.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caros e caros Colegas, há problemas no domínio da homologação e da fiscalização dos veículos? Sim, há. Foram reveladas deficiências importantes nos sistemas nacionais de fiscalização do mercado e de controlo da homologação em vigor? Sim, foram. O caso Volkswagen abalou a confiança dos cidadãos neste sistema? Sim, abalou.

Se estamos de acordo com estas três afirmações devemos ser consequentes e rever e aprofundar o sistema de homologação como resposta imediata às anomalias reveladas. Temos de evitar que casos de incumprimento se repitam. E vimos que não funcionou deixar apenas nas mãos dos Estados-Membros esse controlo. Esta revisão garante, e eu aplaudo, uma dupla vigilância pela Comissão Europeia que, para tanto, ganha novos poderes.

A Comissão do Mercado Interno e o seu relator, o Sr. Dalton, também estão de parabéns. Alcançamos um bom resultado melhorando a proposta da Comissão. Este é um bom exemplo de que a proteção dos consumidores tem que estar no cerne das prioridades da União. Temos de exigir que os fabricantes de automóveis que circulam no território da União submetam os seus veículos a ensaios antes da sua colocação no mercado e durante o seu ciclo de vida.

Só vamos conseguir restaurar a confiança dos cidadãos e do mercado neste setor com um quadro regulamentar robusto, transparente, previsível e sustentável, que garanta um elevado nível de segurança e de proteção da saúde, do ambiente e dos consumidores. Isso também passa por medidas corretivas rápidas, adequadas e coordenadas.

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte, domnule comisar, dragi colegi, propunerea de regulament privind omologarea de tip este extrem de importantă, se vede și din dezbaterile pe care le avem și din dezbaterile din sistemul public.

În calitate de raportor alternativ pe aviz la Comisia TRAN, am lucrat foarte mult cu raportorii din umbră, ne-am întâlnit de foarte multe ori pentru a găsi o soluție optimă și compromisuri pentru avizul dat Comisiei IMCO. Eu sunt și membru al Comisiei IMCO și toate amendamentele le-am gândit din perspectiva protecției consumatorului și a siguranței calității mediului.

În primul rând, punctul de vedere comun al nostru a fost că este nevoie de îmbunătățirea sistemului de omologare și de verificare, dar și de supraveghere și control. În al doilea rând, am susținut și susțin proceduri de omologare mai exigente și de supraveghere fiabile, armonizate și transparente. Este nevoie de îmbunătățirea cadrului instituțional pentru supravegherea pieței și a controlului omologării de tip, dar și a celui de despăgubire a consumatorilor.

Cred că raportul trebuie să fie votat, este important ca autoritățile de supraveghere a pieței să asigure aplicarea uniformă a prezentului regulament pentru a oferi certitudine producătorilor, dar și consumatorilor. Prezentul regulament nu trebuie să demotiveze producătorii. Dar trebuie să conducă la o competiție corectă și la respectarea drepturilor consumatorilor și a standardelor de mediu.

Este important ca prin acest regulament să se îmbunătățească cooperarea între statele membre, să se îmbunătățească comunicarea prin sistemul de informare a pieței și sunt de acord: statele membre și producătorii trebuie să fie responsabili, pentru că altfel nu putem rezolva nimic. Mulțumesc.

Wim van de Camp (PPE). – De samenwerking tussen de Commissie milieubescherming, de Commissie interne markt en de Commissie vervoer is niet altijd even gemakkelijk als het gaat over de belangen van de transportsector. Maar vandaag hebben we met de Commissie interne markt een uitzondering. De samenwerking tussen de Commissie vervoer en de Commissie interne markt over dit dossier was buitengewoon goed en helder. En, Voorzitter, dat is ook nodig.

We hebben eerder vanochtend het zogenaamde emissieschandaal besproken, waarbij toch vele politici maar vooral ook consumenten teleurgesteld zijn over wat de Europese auto-industrie ons de afgelopen jaren heeft aangedaan, om dat woord maar eens een keer te gebruiken. Ik denk dat we met dit verslag van Daniel Dalton een nieuwe weg kunnen inslaan. Zoals ook de commissaris zei: het moet transparanter en het moet ook realistischer, deze hele testcyclus.

Dan de totempaal van het agentschap. Het lijkt wel alsof dit debat tot een agentschap moet worden teruggebracht. Wij van de PPE-Fractie en de Commissie vervoer zijn van mening dat een forum voor handhaving een goede start is die ook snel kan plaatsvinden, zonder een nieuwe stammenstrijd, maar transparant met de lidstaten erbij!

Miriam Dalli (S&D). – hija l-opinjoni tiegħi li l-Parlament għandu jahtaf din l-opportunità li jindirizza liġi li s'issa halliet diversi lakuni legali għad-detriment tal-ambjent, għad-detriment tal-konsumaturi Ewropej, imma wkoll għad-detriment tas-saħħa taċ-ċittadini. U din il-liġi partikolari li l-grupp politiku tiegħi hađem fuqha bla heda hija opportunita biex ma nhallux aktar lakuni li jimminaw l-għan li rridu nilhqu. Hija opportunita biex l-iskandlu tal-Volkswagen ma jirripetix ruħu.

Imma biex dan isir, irridu sorveljanza indipendenti li tista' tieħu l-forma ta' aġenzija. Irridu naraw li l-konsumaturi jkunu kumpensati meta ma jingħatawx dak li hallsu għalih. Ir-realtà hija li l-volum tal-vetturi se jkompli jżjed; mađankollu dan m'għandux isir għad-detriment tal-ambjent, għaliex id-dinja li qegħdin ngħixu fiha qed tinbidel b'pass imgħaġġel u aħna rridu nađdmu hafna aktar biex inżommu ma' dan l-istess pass.

Issa huwa ż-żmien li l-hidma li għamilna realtà nsarrfuha friżultati.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci ve svém vystoupení podpořit stanovisko Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů, připadá mi jako rozumné a vyvážené. Je zřejmé, že potřebujeme nová pravidla, která upraví homologaci motorových vozidel, a to taková pravidla, která v podobě nařízení budou platit pro celý trh, pro celou Evropskou unii. Je tedy dobře, že směrnici, kterou si každá země překládá do svých právních řádů různým způsobem, nahradíme jedním platným nařízením.

Připadá mi, že to posílí trh a bude to výhodou i pro samotné výrobce. Je zde velmi debatovaná otázka agentury, já jsem rád, že nakonec toto řešení nezvítězilo. Na jedné straně zde podporovatelé agentury hovoří o právech spotřebitelů, já zde chci říci, že v České republice se většina občanů-spotřebitelů dívá s nedůvěrou na zřizování dalších a dalších agentur. Pokud bychom zřídili další agenturu, tak já vám zde říkám, že pro většinu občanů v České republice by to bylo posilování bruselské byrokracie a většina občanů v naší zemi by se s takovým řešením neztotožnila.

Je tedy, podle mého názoru, mnohem lepší cesta, když nevytváříme další orgán, ale posilujeme pravomoci Komise, byť i o některých pravomocích, které Komisi nově dáváme, mám pochybnosti. Myslím si, že primárně by dohledovou a dozorovou činnost měly vykonávat jednotlivé členské státy a teprve když tuto činnost nebudou činit, pak by měla nastoupit role Komise. Jsem také rád, že vypadlo zpoplatnění takovýchto služeb a je to na členských státech.

Bernd Lange (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wir stellen ja fest, dass es eine Diskrepanz gibt: Auf der einen Seite haben wir gute Abgasgesetzgebung und auf der anderen Seite schlechte Kontrollen. Als Berichterstatter für Euro 3 und Euro 4 habe ich ja damals das Verbot von elektronischen Abschaltvorrichtungen eingeführt und schon damals gesagt: Wir brauchen eine stärkere Überwachung. Wir brauchen eine stärkere Marktüberwachung und eine Veränderung der Typzulassungsrichtlinie. Das hat der Rat – der heute mal wieder nicht da ist – damals mit Macht abgelehnt. Und das hat genau zu diesem Ergebnis geführt, dass wir festzustellen hatten, dass offenbar Lücken gesucht worden sind und die von Automobilunternehmen auch genutzt worden sind. Deswegen brauchen wir eine klare europäische Überwachung der Einhaltung unserer Vorschriften, und das muss das Ergebnis dieses Gesetzgebungsprozesses sein.

Ich kann unserem Verhandlungsteam nur alle Macht dieser Erde mit auf den Weg geben, damit es sich gegenüber dem Rat durchsetzen kann und wirklich ein vernünftiges Überwachungssystem geschaffen wird.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I welcome Mr Dalton's good work and again congratulate him on it. This is a regulation that is so important to our citizens, not only in terms of consumer confidence and information, but also to prevent the damaging effects of emissions on public health and on climate change. In this regard we must do everything we can to prevent cheating by car manufacturers aiming to manipulate emissions and fuel consumption tests and produce false results for financial gain. We must do our utmost to ensure that consumers are protected at all times and that the quality of goods is as described at the point of sale.

A number of measures here are worthy of support. Random market surveillance to be carried out by Member States on at least 20% of new models on the market is a very good idea. Unfortunately, given the proven dishonesty of certain players in the market, this is a necessary step to prevent manipulation of testing.

I am pleased also that the Commission will be given responsibility for insisting on the recalling of vehicles, for example in order to bring non-compliant vehicles into conformity.

Above all, I welcome the penalties. A fine of EUR 30 000 per vehicle in breach of regulations might seem a lot, but in actual fact it is nothing. The solution is simple: comply with the regulatory requirements and the penalty will not apply to you.

From the point of view of reducing harmful emissions etc. this is a very good report and I commend everybody involved in it.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, è evidente che la relazione approvata in commissione IMCO contiene elementi di novità, che sono importanti. Tutto ciò che introduce trasparenza nei rapporti tra i produttori e i consumatori va nella direzione giusta; l'intervento per limitare i conflitti di interesse tra chi produce e chi utilizza è anch'esso una novità positiva. Aggiungerei anche che è importante che ci sia una quota minima, una soglia definita di vetture da controllare.

Manca però l'agenzia. L'agenzia non è una sovrapposizione, non è la creazione di un nuovo livello di burocrazia. Parliamo di un'agenzia indipendente e finanziata autonomamente. Qual è il compito, la funzione, dell'agenzia? Quello di rompere uno dei fenomeni negativi che le indagini di questi anni ci hanno dimostrato, che è il rapporto negativo tra i produttori e chi li dovrebbe controllare. Un'agenzia indipendente radicherebbe invece un comportamento del tutto diverso.

Marlene Mizzi (S&D). – L-iskandlu tal-Volkswagen hasseb lill-konsumaturi Ewropej, u tellfilhom il-fiduċja li hija dgħajfa u li ma tipproteġihomx – sistema li ffaċilitat frodi u ingann billi nstabu kemm setghu *loopholes* u qarrqu b'miljuni ta' konsumaturi.

Li huwa aktar ta' thassib huwa, li dan il-frodi qarrieqi ma nkixifx mill-Unjoni Ewropea, minkejja l-fatt li probabbli għandna wahda mill-ahjar leġislazzjonijiet għall-protezzjoni tal-konsumatur.

Huwa proprju għalhekk li huwa tant diffiċli, f'dan il-każ partikolari, nammettu magħna nfusna li l-Ewropa ma rnexxilhiex tipproteġi liċ-ċittadini u l-konsumaturi tagħha.

L-Ewropa ma rnexxilhiex tassigura li l-karozzi fl-Ewropa jkunu effiċjenti fl-enerġija nadifa fit-toroq, bħalma jkunu fil-laboratorji.

Madankollu, illum għandna opportunità li nirrangaw dan kollu billi nadottaw regoli aktar b'saħħithom li jibqgħu jgħoddu għall-futur u jtejb u s-sitwazzjoni kurrenti u jipprovdu kundizzjonijiet ekwi fl-industrija tal-karozzi.

Għalhekk inhegġgħkom, biex meta tivvotaw illum, tiftakru li f'din il-kwistjoni huma involuti saħhet, is-sigurtà u l-fiduċja taċ-ċittadini fis-sistema u fil-kapaċità tagħna li noholqu regoli li jipproteġuhom.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señor presidente, cuando surgió el escándalo de Volkswagen, hablamos de tres tipos de mensajes: hablamos de la responsabilidad, hablamos de la restauración o la rectificación y hablamos también de la confianza.

La depuración de responsabilidades sigue su camino por los tribunales europeos, pero lo que realmente recuperará la confianza de los consumidores en la industria del automóvil es la rectificación que introducimos hoy en la legislación europea.

Es verdad que la extrema izquierda no lo va a apoyar por insuficiente y se une, con ello, una vez más, a la extrema derecha, que tampoco lo va a apoyar porque piensa que va a suponer una carga excesiva para la industria.

Pero no se dan cuenta de que lo que realmente daña a la empresa es la sombra de la duda sobre su responsabilidad social y medioambiental. Por eso, este Reglamento mejora la capacidad de control, evita los conflictos de interés entre fabricantes y autoridades de homologación y aumenta las sanciones a los que defraudan.

A nosotros, los socialistas, nos preocupa el medio ambiente. Por eso queremos que las leyes sean claras y se cumplan. Por eso pedimos la introducción de una agencia europea con responsabilidad en la materia.

Nos preocupan los ciudadanos, su salud y su confianza y, por eso, establecemos mayores mecanismos de evitación y compensación del fraude. Y nos preocupan los trabajadores, ejemplares en el modelo de negociación colectiva y, por ello, les queremos mandar un mensaje de agradecimiento y de tranquilidad, de que estamos con ellos y de que sus preocupaciones y su modo de actuar han estado también en el trabajo del Grupo S&D.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a differenza di quel che succede negli Stati Uniti, finora le autorità europee hanno avuto un margine di manovra esiguo nell'imporre azioni specifiche a carico delle case automobilistiche. Se è vero che l'industria automobilistica va tutelata, non imponendo carichi economici o procedure eccessivamente gravose, è altrettanto necessario garantire un alto livello di rispondenza tra gli standard operativi ed i principi comunitari, a partire da controlli più efficaci, dall'utilizzo di autorità indipendenti nel processo di omologazione e dal rispetto del principio di libera concorrenza.

Le carenze nei sistemi nazionali di vigilanza del mercato, tuttavia, non si eliminano semplicemente delegando ad altre autorità l'attività di controllo, ma creando modelli di collaborazione che eliminino i possibili conflitti di interesse nazionali e soprattutto tutelino i consumatori nel momento in cui sono esposti a pratiche irregolari da parte dell'industria. In questo senso è importante anche favorire l'apertura del mercato eliminando monopoli di fatto che le case produttrici detengono su alcune componenti dell'automobile, in particolare quelle elettroniche.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Domnule președinte, apreciez că dați cuvântul tuturor colegilor care s-au înscris la *catch the eye*. Este un mod în care ne putem exprima și noi poziția atunci când grupul nu ne trece pe lista de vorbitori pentru diferite subiecte pe care le solicităm. Vă mulțumesc încă o dată foarte mult.

I believe this report contains improvements, but we have to be more ambitious and equip the EU with a strong, independent watchdog able to act independently to prevent future crises. We have to think of a future-proof solution, given the challenges posed by connected cars. A clear chain of liabilities must be defined and the missing piece is a strong technical body, as budget-neutral as possible, for EU citizens, which is capable of identifying and supporting risks and failures. Second, we should be committed to a real consumer empowerment in contractual relations with any trader.

This regulation is a piece of the puzzle. I support the call for the highest level of consumer protection when it comes to remedies and producer liability under consumer contracts proposals, and a strong role to be played by the national competent authorities and the EU in launching actions against fraudulent traders who cheat EU consumers.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I welcome the views that were expressed today and I welcome the support for the high level of ambition in this proposal expressed by many of you. This fundamental reform is vital to ensure sufficient EU oversight and it aims at preventing any future misconduct. It will be key in restoring public confidence and I would like to make some comments.

The independence of approval authorities was raised. Yes, the Commission insists on independence of approval authorities and technical services. Some type-approval authorities and technical services appear to apply lighter interpretations of type-approval requirements than others, and this has to change, undisputedly. We need a level playing field, and fairness and clarity for consumers.

Some Members mentioned that they supported the Commission's proposal on a fee structure. Under the current system, the technical services that carry out certification testing for manufacturers are, in fact, directly paid by these manufacturers. This undermines the notion of 'independent' and that is why we proposed a pooled fee structure on a national basis, which would cover the costs for testing and inspections carried out by the designated technical services, as well as covering the costs for the type-approval certification, market surveillance activities and conformity of production review assessments.

There were some comments that I could not understand. Honestly, I could not understand the question to Mr Dalton along the lines of ‘What is it that you have against Volkswagen?’ and words concerning hatred against the German industry. I think this is total nonsense. This is not about hating the automotive industry, it is all about respecting our citizens’ right not to be cheated and it is all about respecting our citizens’ right to clean, unpolluted air.

The issue of the Agency seems to be the main topic of this debate. I was listening carefully and with interest to the arguments in favour of, and also against, a European Agency and I will watch carefully the results of the vote later today.

One Member also suggested that this will destroy, or words to that effect, the UK car industry. This is not supported by any facts. In fact, the UK car industry has a higher turnover than any other Member State, helped obviously by its access to the EU market. Here, I think I would agree with the comment made by another Member that no-one is against positive economic performance, but no one wants this to be at the expense of citizens’ health.

In Europe, 28 national authorities are responsible for checking car manufacturers’ compliance and most checks occur before the product is put on the market. That is what our type-approval proposal is all about: more checks on the market, better coordination of recalls at EU level, and EU harmonised sanctions. Following the adoption of the real driving emissions act, Europe will be the only region in the world that will measure real driving emissions. Everyone agreed, and I think there were a lot of comments about the fact that we need more market surveillance.

Today’s plenary debate shows the political importance of this proposal as a key response to what has happened regarding exhaust emissions. The European Parliament is sending a strong and clear message to Member States, and to the other players in the sector, that they will no longer get away with not taking safety, environmental protection and the wellbeing of our citizens seriously. I fully agree with this approach and the Commission counts on your further support in the upcoming negotiations with the Council. The Commission’s proposal to strengthen type approval and market surveillance are part of a series of other measures, including the real driving emissions testing, which will mean that the Volkswagen scandal can, and will, never happen again.

More than a year has passed since the Commission tabled this proposal but to the outside world we still have little progress to show, so I would encourage you to start trilogue meetings with the Council as soon as possible. For our part, we are determined to do all it takes to ensure quick progress. We never again want to see a scandal such as the one which has tarnished the reputation of the industry for almost 18 months and this proposal is a key tool to ensure that it will never be repeated. I am certain, and the Commission is certain, that we can get it right by working together. We owe this to our citizens. Thank you very much for contributing and I would like to thank the rapporteur and the shadow rapporteurs.

Daniel Dalton, rapporteur. – Mr President, I would like to thank all colleagues for their comments. The general view, I think, is that the proposal by the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) is a good one. It is a compromise. Everyone has had to move from their original positions, everyone has had to give things up, and I think we need to recognise that. I just wanted to make it clear what type approval is, because I think that there is some confusion, especially on my right, as to what exactly the system is. We have a national system of type approval with mutual recognition across Europe and, as Mr Schwab said, one type approval for the whole of the EU. That is good for consumers, it is good for jobs, it is good for industry, but it is in everyone’s interests to know that the system works in other EU countries because this affects everyone. People in Germany, for example, need to be confident that the system in Italy, say, works, as cars approved in Italy will be driven in Germany. So we need an umpire. We need a role for the Commission, as the report recognises. Now most speakers wanted more independence, transparency, obligations on Member States, compensation, a stronger system: all of that is in this IMCO report.

On the agency – this is the last time I talk about the agency, I promise! – that is not actually the key thing in this report. The details are much more important. I think that the Commissioner is sitting on the fence a little bit, clearly not convinced about the agency; but Bas Eickhout’s answer was, I think, actually the most instructive: the cost and bureaucracy of setting up the agency just to send the results to the same people in the Commission who will deal with the info under the system that we are proposing. It will always come back to the Commission to act, but it is clear that as a Parliament we are split down the middle on this issue. We have to sort it out in a vote and I will support the outcome whichever way it goes. No system will stop people who want to cheat the system, but I think that we have got a stronger system now. The key is to make sure that we get them once they have cheated the system. I think that we can do that. It has been 18 months since the Volkswagen scandal. It has been 15 months since the Commission came forward with its proposal. It is time now for us to get on with it, so I effectively commend this report to the vote later

today and I look forward to starting negotiations with the Commission and Council as soon as possible.

Președinte. – Dezbateră a fost închisă. Votul va avea loc mâine, 4 aprilie 2017.

(Ședința a fost suspendată la ora 11.35, în așteptarea ședinței solemne.)

Declarații scrise (articolul 162)

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. –D'après la commission EMIS, la plupart des constructeurs abuseraient de la règle qui leur permet de diminuer l'efficacité des systèmes de dépollution, dans le cas où ces derniers risquent d'endommager le moteur, grâce à l'article 5 du règlement communautaire n° 715/2007. Le rapport déplore l'absence d'organisme supranational d'homologation européen. Toutefois, en tant que député français, je ne peux ignorer qu'un constructeur de mon pays, à savoir Renault, affirme ne pas avoir enfreint les règles européennes ou nationales. Les constructeurs français sont soumis à une forte concurrence au sein de l'Union européenne, mais surtout en provenance de pays asiatiques ou des États-Unis. Or le rapport dont nous parlons loue le respect, par les constructeurs américains, de normes antipollution qu'il affirme comparables aux normes européennes. Pourtant la situation des États-Unis n'est en rien comparable puisque l'usage du diesel est ultra-minoritaire parmi les véhicules légers. Les ventes de véhicules français sont également pénalisées par le taux de change de l'euro. Aussi, nous rejetons ce texte qui est contraire aux intérêts de la France, en prônant le renforcement de la Commission européenne et reprochant à celle-ci de n'avoir pas utilisé tous les moyens dont elle disposait contre les États membres.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Po aferi Dieselgate je postalo jasno, da so emisije umazanih izpustov večine dizelskih vozil na cestah veliko večje, kot jih dovoljujejo standardi EU, običajno kar petkrat višje od omejitev.

Če bi obstoječe institucije delovale, sem mnenja, da do afere Dieselgate sploh ne bi prišlo, obenem pa je jasno, da to sploh ni osamljen primer, kar je potrdil tudi preiskovalni odbor EMIS. Ta je zaključil, da nadzorni organi na nacionalnih nivojih ne opravljajo ustreznega svojega dela, s tem pa se interesi avtomobilske industrije postavljajo pred interese državljanov in pred javno zdravje.

Odbor EMIS je ugotovil še, da obstajajo močni dokazi, da je uporaba odklopnih naprav zelo razširjena. Očitno ima avtomobilska industrija po posameznih državah zelo močno vlogo pri tem, da se nadzor ne izvaja.

Nedopustno je, da Evropski parlament ni podprl amandmajev, ki bi omogočili uvedbo neodvisne agencije na ravni EU za nadzor nad trgom vozil. Nadzorni organ bi z neodvisnim in transparentnim nadzorom dopolnjeval sedanji sistem nadzora trga motornih vozil in tako zagotavljal, da bi prodana vozila ustrezala varnostnim in okoljskim standardom.

S tem bi povrnili zaupanje potrošnikov in se izognili tudi prihodnjim podobnim škandalom. Prepričan sem, da bo Evropski parlament v prihodnosti to odločitev še obžaloval.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

6. Feierliche Sitzung – Bundesrepublik Deutschland

Presidente. – Cari colleghi, è con grande piacere che do il benvenuto alla seduta plenaria di oggi al Presidente della Repubblica federale di Germania.

Caro Presidente, vorrei ringraziarLa per questa Sua visita. Ci fa onore che abbia scelto il Parlamento europeo per la Sua seconda missione fuori dalla Germania, dopo quella a Parigi la scorsa settimana e dopo neanche tre settimane dal 19 marzo, giorno del Suo insediamento.

La Sua presenza oggi dimostra il Suo forte impegno per l'Europa. Lei ha chiesto più coraggio per un'Europa migliore, dove la libertà è garantita e dove tutti lavoriamo per un futuro di pace, di prosperità e di giustizia. Sono convinto che il coraggio che voi chiedete lo possiate trovare tra i membri di questo Parlamento.

Con la Sua presenza, caro Presidente, Lei ci ricorda anche l'impegno del Suo paese per l'Europa. Un impegno ancora più importante oggi, vista la decisione di un importante paese membro di uscire dall'Unione. Viviamo certamente un momento difficile, altri ne abbiamo vissuti in passato, e sempre la nostra Unione è stata capace di trovare la via giusta e di dare le risposte adeguate.

Caro Presidente, non voglio chiederLe oggi le risposte giuste, ma La voglio invitare a lavorare insieme a questo Parlamento per un nostro futuro comune. A Lei la parola, e ancora grazie per essere venuto qui a Strasburgo.

Frank-Walter Steinmeier, *Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland*. – Herr Präsident, lieber Antonio, verehrte Abgeordnete, Herr Präsident der Kommission, lieber Jean-Claude, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine wirkliche Freude und Ehre, heute bei Ihnen zu sein – an diesem Ort der freien Rede und der offenen Debatte!

Aber liebe Freunde, meine Freude ist nicht ungetrübt. Es ist bitter, zum ersten Mal vor diesem Plenum zu sprechen, kurz nachdem ein Mitgliedstaat seinen Austritt aus der Europäischen Union eingeleitet hat. Ich weiß, morgen werden Sie hier in diesem Parlament dazu Stellung nehmen. Ich finde das bitter – nicht nur als Politiker, sondern zuallererst als Bürger Europas.

Sie müssen wissen: Ich bin etwa so alt wie die Europäische Union. Als ich geboren wurde, im Jahr 1956, waren in ganz Europa die Wunden in unseren Städten noch zu sehen, die der von Hitler-Deutschland entfesselte Krieg geschlagen hatte. Noch viel größer waren die Wunden in den Herzen unserer Nachbarn. Und doch reichten sie – eben in dieser Zeit – meinem Land damals die Hand zum Frieden, und gemeinsam – in Rom vor 60 Jahren – setzten sie das Fundament für das „neue Europa“!

Als ich zur Schule kam, sägten bereits junge Menschen symbolisch an den Schlagbäumen der europäischen Grenzen, um damals zu zeigen: Wir wollen mehr Europa! Das Erreichte ist uns nicht genug! 1968 fielen dann die Zollschranken innerhalb Europas, die langen Lkw-Schlangen vor den Schlagbäumen waren Geschichte und die Warteschlangen der Pkws mindestens kürzer.

Als ich an die Universität kam, war der Sog Europas schon so groß, dass die Menschen im Süden Europas – in Griechenland, in Spanien, in Portugal – nicht nur Diktaturen beiseite fegten, sondern sich den Weg in Freiheit und Demokratie im gemeinsamen Europa bahnten.

1989, ich lag gerade in den letzten Zügen meiner Doktorarbeit, fiel die Berliner Mauer – zu Fall gebracht von den Mutigen im Osten Europas, die auf friedlichem Weg Freiheit und Demokratie errungen hatten. Sie waren es, die nicht nur die Einheit meines Landes, sondern die Wiedervereinigung Europas möglich gemacht haben.

All das und noch viel mehr ist gemeint, wenn es in der Erklärung von Rom heißt: „Wir sind zu unserem Glück vereint!“ All das ist das große Erbe, das uns die Mütter und Väter Europas anvertraut haben und auf das unsere Kinder bauen. Dieses kostbare Erbe, das dürfen wir nicht preisgeben und nicht den Gegnern Europas überlassen. Wir müssen es bewahren, pflegen und verbessern – das ist unser gemeinsamer historischer Auftrag!

(Starker Beifall)

Wenn ich zurückschaue auf die gut 60 Jahre meines Lebens und dieselbe Zeitspanne der Europäischen Union, dann ist mein Blick geprägt vom Wachsen, Werden und Gelingen des neuen Europas – der Weg damals von der Organisation der Mangelwirtschaft im Nachkriegseuropa bis hin zu einem Hoffnungsträger für eine gerechtere und friedlichere Welt.

Manchen schien es so – und ich schließe mich nicht aus –, als sei das Erreichte auf ewig garantiert.

Aber ich habe in meiner Biografie auch die Mühen Europas erlebt: die Krisen, die Widersprüche, die Rückschläge. Ich habe lernen müssen: Mein Glaube und der Glaube vieler in meiner Generation, dass der Weg Europas, der Weg der europäischen Einigung, unumkehrbar sei, das war ein Irrtum. Nein, Europas Zukunft ist keine Gewissheit – das war sie nie, und das wissen wir nicht erst seit dem Brexit.

Ich erinnere mich an 2005. Ich war gerade Außenminister meines Landes geworden, da war der Traum von der Europäischen Verfassung gerade geplatzt. Ich weiß noch genau, wie viele von uns damals enttäuscht waren. Aber ich weiß ebenso gut, wie wir – und ich vermute, viele von Ihnen hier im Saal – uns wieder aufgerafft haben und das taten, was Europa besonders gut kann: wieder aufstehen und weitermachen. Wir nahmen die Telefonhörer in die Hand, hörten einander zu, saßen nächtelang am Verhandlungstisch – und schmiedeten, Stück für Stück, den Vertrag von Lissabon.

Was ich sagen will: Europa war nie ein Spaziergang! Europa ist ein kompliziertes, ja, ein anstrengendes Projekt. Aber die Mühe lohnt sich! Den Schlechtrednern Europas dürfen und müssen wir entgegenhalten: Zusammenarbeit, wachsender Wohlstand und vor allem 70 Jahre Frieden – das ist das Versprechen Europas an seine Bürger. Aber nie in seiner Geschichte hat sich dieses Versprechen von selbst erfüllt. Es hat sich nur dann erfüllt, wenn nicht nationaler Kleingeist, sondern europäische Vernunft das Handeln der Akteure bestimmte. Das ist der Maßstab, vor dem wir bestehen müssen!

(Starker Beifall)

Genau deshalb bin ich heute zu Ihnen gekommen. Ich möchte meine erste Rede, die ich als Bundespräsident außerhalb Deutschlands halte, nirgendwo anders halten als hier – in diesem Parlament.

(Starker Beifall)

Gerade jetzt, in Zeiten von wachsenden Fliehkräften, von lärmenden Untergangspropheten, will ich Partei ergreifen für Europa. Als Bürger bekenne ich, so wie viele Bürger in diesen Wochen neu bekennen: Ja, ich will Europa! Und als Bundespräsident kann ich sagen: Ja, die übergroße Mehrheit der Deutschen will Europa! Nicht den Rückweg in eine ungute Vergangenheit wollen wir, sondern den gemeinsamen Weg in eine bessere europäische Zukunft! Das ist die Perspektive!

(Beifall)

Wenn wir Ja sagen zu Europa, dann müssen wir es uns nicht schönreden, und wir müssen auch Widerspruch nicht scheuen. Wer Ja sagt zu Europa, der sagt auch Ja zum Komplizierten, zum Anstrengenden und auch zum Unfertigen an Europa!

Wie kompliziert politische Lösungen sind, wie mühsam der Prozess – wer wüsste das besser als Sie hier im Europäischen Parlament? Hier begegnen sich nicht nur widerstreitende Interessen, sondern auch unterschiedliche Kulturen, Sprachen und Traditionen. Europas Vielfalt ist ein Abenteuer, aber sie ist auch anstrengend. Ich glaube, ich habe Antonio und die Chefs der Fraktionen gerade darüber seufzen hören.

Aber gerade das braucht es doch heute in diesem Europa: dass wir uns eben nicht in Meinungsmilieus verschanzen, dass wir uns über die Gräben, die sich in Europa aufgetan haben, nicht nur beklagen oder uns in die nationale Schmollecke zurückziehen, sondern dass wir auf allen Seiten ernsthaft nach Wegen suchen, Brücken über diese Gräben zu bauen.

Dazu gehört – und dazu gehörte in Europa immer – die Annahme, dass auch der andere Recht haben könnte. Europa wurde gegründet auf der Annahme, dass andere Recht haben könnten. Europas Erfolge waren immer Kompromisse. Europas Erfolge waren der mühsame, aber eben der friedliche Ausgleich von Interessen.

Dafür steht dieses Parlament, dafür stehen Sie in 28 Nationen. Wer würde denn überhaupt Parlamentarier werden ohne den Willen zu überzeugen und zugleich die Bereitschaft, sich überzeugen zu lassen, ohne die Leidenschaft fürs Komplizierte, für die Mühen der Demokratie! Alle in diesem Saal, die diese Leidenschaft – gerade jetzt, in diesen schweren Zeiten – aufbringen, haben meinen großen Respekt und sicherlich auch meine Unterstützung.

(Beifall)

Unterstützung deshalb, weil ich weiß: Es gibt da auch die anderen. Es gibt genügend andere Kräfte, die immer mit den ganz einfachen Antworten zur Stelle sind – Antworten der starken Hand, Antworten mit klaren Feindbildern. Eine neue Faszination des Autoritären greift um sich – nicht nur weit westlich und östlich der europäischen Grenzen, sondern leider auch hier bei uns, mitten in Europa. Populisten malen die Welt in Schwarz und Weiß und schlagen aus Ängsten politisches Kapital.

Wer mich kennt, weiß: Ich neige nicht zu Alarmismus. Dieses Parlament verträgt den Streit – es braucht ihn sogar. Aber ich sage auch: Wer demokratische Institutionen und Parlamente als Zeitverschwendung abtut, wer Kompromissbereitschaft zur Schwäche erklärt und vor allem wer nicht mehr festhält am Unterschied von Fakt und Lüge, der rührt am Grundgerüst der Demokratie, und der wird, der muss unseren entschiedenen, unseren gemeinsamen Widerspruch als Demokraten hören!

(Starker Beifall)

Die Welt, in der wir leben, ist unsicherer und unübersichtlicher geworden. Vielen Menschen macht das Sorgen um die Zukunft; Angst, Kontrolle zu verlieren. Sie werden empfänglich für die Lockrufe jener, die sagen: „Kommt zurück hinter die vertrauten Butzenscheiben der Nation! Grenzen zu, Schotten dicht – nur so gewinnen wir unsere Souveränität zurück!“ Aber es ist nicht nur naiv, es ist unverantwortlich, den Menschen vorzugaukeln, dass man Gefahren wie Terrorismus oder Klimawandel, die keine Grenzen kennen, mit Mauern und Schlagbäumen bannt. Es ist unverantwortlich, den Menschen vorzumachen, dass in einer Welt, die komplizierter wird, die Antworten einfacher werden. Und es ist nach meiner Überzeugung falsch zu sagen, in dieser Welt könne ein europäisches Land allein und ohne die EU seine Stimme hörbarer machen oder seine wirtschaftlichen Interessen besser durchsetzen.

(Beifall)

Im Gegenteil: Wenn wir Europa nicht zum vollwertigen Mitspieler auf der Weltbühne machen, dann werden wir alle einzeln zum Spielball anderer Mächte. Vermutlich hatte genau das Michael Heseltine, ausgerechnet ein Brite, vor Augen, als er kürzlich in einem Interview sagte, vielleicht sei der Brexit „der größte britische Souveränitätsverlust“. Und er könnte Recht behalten mit dieser Prognose.

(Beifall)

„Take back control“ – so hören wir es überall –, das ist ein starker Slogan, ja. Aber ich sage voraus: Nationalisten werden ihn nicht einlösen können! Wenn überhaupt, dann können wir den Satz gemeinsam wahr machen:

— wenn wir uns die Dinge nicht zu einfach machen;

— wenn wir Verantwortung nicht nach Brüssel abschieben, sondern sie gemeinsam ausüben;

— wenn wir den Binnenmarkt stärken und zugleich diejenigen schützen und unterstützen, die in den letzten Jahren die Härten der Globalisierung besonders zu spüren bekamen;

— wenn wir unsere Innovationskraft und Kreativität so stärken, dass Europa selbst Gestalter der Veränderung ist und sie nicht nur passiv erleiden muss.

Nur dann können wir den Populisten den Nährboden entziehen und sagen: Wir verlieren keine Souveränität an Europa, sondern im Gegenteil. Erst gemeinsam gewinnen wir Kraft und Gewicht in dieser sich verändernden Welt!

(Beifall)

Die Krise gibt uns die Chance, Europa einmal so zu sehen, wie es wirklich ist – ohne Illusionen, ohne falschen Optimismus, mit allen seinen Stärken und auch mit seinen Schwächen. Und die Krise zwingt uns zu Antworten auf die Frage: Welche und wie viel europäische Einheit wollen wir? Das Weißbuch der Kommission hat dazu Optionen aufgezeigt. Das ist noch nicht die Lösung, nur eines scheint mir klar zu sein: Eine dauerhafte Selbstblockade in der Europäischen Union ist die denkbar schlechteste Option, sie ist keine!

Wenn wir gemeinsam vorankommen wollen, kann sich am Ende nicht jeder zu hundert Prozent durchsetzen. Dafür sind die Probleme zu komplex und die Erwartungen zu unterschiedlich:

— Ja, wir wollen ein stärkeres Europa und mehr europäische Lösungen, aber wir müssen auch Raum lassen für diejenigen Mitglieder, die weitere Integrationsschritte noch nicht mitgehen können oder wollen.

— Ja, wir wollen solidarisch sein mit Staaten, die unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden und harte Reformen auf den Weg bringen müssen oder mussten. Aber europäische Solidarität kann nationale Anstrengungen immer nur unterstützen, nicht ersetzen.

— Ja, wir wollen Menschen helfen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Aber weil auch unsere gemeinsamen Möglichkeiten endlich sind, müssen wir entscheiden, wie und wie viel Verantwortung jeder tragen muss.

— Ja, wir wollen die Europäische Union im Inneren zusammenhalten. Aber wir wissen doch auch: Europa ist größer als die Europäische Union, und ohne die Einbindung unserer Nachbarn im Osten und im Süden wird es keine dauerhafte Friedensordnung auf diesem Kontinent geben.

(Beifall)

Ich weiß das schon, meine Damen und Herren: Keines dieser Probleme ist einfach, und insbesondere dürfen wir die Sorgen der Menschen bei all dem nicht ignorieren. Aber diejenigen, die Europa gebaut haben, hatten mit Sicherheit mit schwierigeren Problemen zu kämpfen. Sie haben das Schlachtfeld durch den Verhandlungstisch ersetzt, die Konfrontation durch friedlichen Ausgleich von Interessen. Sie sind klug gewesen; sie haben Vernunft bewiesen. Die Welt von heute – eine Welt voll von neuen Ungewissheiten – erlaubt uns nicht, weniger klug zu sein als unsere Vorgänger. Es fehlt nicht an Klarheit über die Fragen, die zu lösen sind – sie liegen auf dem Tisch. Was fehlt, ist der Mut – und zuweilen schon die Bereitschaft, sie europäisch zu lösen. Und das müssen wir ändern!

(Beifall)

Zum Interessenausgleich gehört der Streit. Wir streiten in Europa, und aus meiner Sicht ist das kein Zeichen von Verfall. Auch ich habe in den letzten 25 Jahren in Europas Politik – nicht nur gelegentlich, auch häufiger – gestritten, und dem einen oder anderen von Ihnen hier im Saal bin ich beim Streit auch begegnet. Aber wenn wir in Europa streiten, dann tun wir das auf einem festen normativen Fundament. Viele Fragen sind kompliziert, aber das darf unseren Blick für das Elementare, für das Wichtigste nicht trüben: Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stehen eben nicht zur Disposition. So ist es in Artikel 2 des Vertrags über die Union verankert, und dem sind alle Mitgliedstaaten verpflichtet. Das ist sozusagen der Wesenskern Europas, das ist es, was Europa ausmacht in den Augen der Welt und worum uns vielleicht sogar viele beneiden. Wenn wir dazu stehen, wenn wir ein Leuchtturm sein wollen für Rechtsstaat und Menschenrechte in der Welt, dann darf es uns eben nicht egal sein, wenn dieses Fundament im Inneren Europas wackelt. Und dann darf Europa auch nicht schweigen, wenn der Zivilgesellschaft, selbst der Wissenschaft – wie jetzt an der Central European University in Budapest – die Luft zum Atmen genommen wird. Dann darf Europa nicht schweigen!

(Starker Beifall)

Aber kontrovers diskutiert wird immer wieder auch die Rolle meines Landes. Manche fordern von Deutschland mehr Führung in Europa. Andere warnen vor deutscher Dominanz. Und der frisch gewählte Präsident unseres wichtigsten Verbündeten sagte kürzlich, die Europäische Union sei nichts anderes als „ein Mittel zum Zweck für Deutschland“. Ich will mal sagen: Das ist mindestens ein Missverständnis! Europas Stärke kann nicht gegründet werden auf die Führung Einzelner, sondern immer nur auf die Verantwortung aller. Natürlich trägt Deutschland als größter und bevölkerungsreichster Staat eine besondere Verantwortung. Aber wir wissen um unsere Möglichkeiten, auch um ihre Grenzen. Und auch wir werden nicht vergessen, dass andere in Europa Recht haben könnten, wenn wir über Lösungen streiten. Wir wissen, was wir diesem Europa zu verdanken haben. Ich sage: Das geeinte Europa ist die gelungene Antwort auf unsere Geschichte und unsere Geografie – für uns selbst wie für unsere Nachbarn. Und wir spüren, dass ein starkes Europa nicht nur in unserem eigenen Interesse liegt, sondern dass es Teil unserer Identität geworden ist.

Deshalb sollten Sie wissen: Wir Deutsche wollen die Europäische Union zusammenhalten. Wir wollen an der gemeinsamen Zukunft in Europa bauen, gemeinsam mit unseren Partnern, den großen wie den kleinen, gleichberechtigt und gleichverpflichtet.

Am Ende aber liegt jenseits aller Staatsraison noch etwas ganz anderes und vielleicht etwas viel Wichtigeres: Nicht für alle, aber für die allermeisten Menschen in Deutschland ist Europa eine Herzenssache.

Deshalb habe ich Ihnen meine eigene Geschichte von Europa erzählt. Und deshalb haben mir in den vergangenen Wochen viele Menschen, ganz besonders viele junge Menschen in Deutschland ihre Geschichten von Europa erzählt. Die Jungen – das habe ich gelernt – haben es satt, dass über Europa nur noch die reden, die es schlechtreden. Die wollen nicht, dass ihnen ihre Hoffnung, ihre Zukunft von Populisten geraubt wird oder durch Lethargie abhandenkommt. Deshalb sind sie rausgegangen und zeigen jetzt auf den Straßen, dass der Puls Europas noch schlägt auf den Straßen und Plätzen in fast allen europäischen Hauptstädten und größeren Städten!

(Beifall)

Auch wenn wir das in meiner Generation so noch nicht nennen – für viele unserer Kinder und Enkelkinder ist Europa längst ein zweites Vaterland geworden! Diese Jungen, die wissen längst, dass es kein Widerspruch ist, das eigene Land zu lieben und gleichzeitig ein guter Europäer zu sein. Und ich finde, die Jungen haben Recht damit!

(Beifall)

Letztes Jahr bin ich privat mit meiner Familie nach Breslau gereist. Ich wollte die Geburtsstadt meiner Mutter erkunden, die ich vor allem aus ihren dunklen Erinnerungen kannte. Sie hat mir ihre Erlebnisse von Krieg und Verwüstung, von der Flucht in den Westen mit Mutter, Tante, Schwestern, deren Kindern – sieben Frauen insgesamt – erzählt. Der entfesselte Nationalismus und seine Folgen hatten ihr junges Leben überschattet und auf diese Weise auch mein Bild von dieser Stadt, von Breslau, geprägt. Doch vergangenes Jahr, 2016, kam ich in eine ganz andere Stadt: eine Stadt, die als Kulturhauptstadt Europas erstrahlte, mit lebhaften und klugen Diskussionen überall, mit Musik auf den Straßen und Plätzen, wo junge Menschen aus Vilnius, Wuppertal und Verona ihr gemeinsames Europa gefeiert haben. Da war nichts von Kleinmut! Da lebte er weiter, der Traum von der europäischen Zukunft!

Verehrte Abgeordnete, es liegt jetzt an uns, dass der europäische Traum auch in der nächsten Generation nicht ausgeträumt ist.

That is the message that I bring from my country. Yes, we want Europe, we want to build a better Europe, and we want to be a European Germany.

(The House accorded the speaker a standing ovation)

Presidente. – Voglio ringraziare ancora una volta il Presidente della Repubblica federale di Germania per aver accettato l'invito del Parlamento a pronunciare un intervento che certamente stimolerà il dibattito all'interno di quest'Aula anche nelle prossime settimane.

Questa Europa certamente va corretta, va cambiata, ma credo che il messaggio positivo, di fiducia, che ha indirizzato il Presidente Steinmeier debba essere tenuto in grande considerazione.

Grazie ancora per aver accettato il nostro invito.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

7. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

7.1. Angaben für Fischereifahrzeuge (A8-0376/2016 - Werner Kuhn) (Abstimmung)**7.2. Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (A8-0048/2017 - Daniel Dalton) (Abstimmung)**

– *After the vote on the Commission proposal:*

Daniel Dalton, rapporteur. – Madam President, I will be very quick as I know everyone wants to get on with the voting. Under Rule 59(4), I would like to request to refer this matter back to the committee responsible in order that we can begin interinstitutional negotiations.

(The request to refer the report back to committee was accepted)

7.3. Palmöl und die Rodung von Regenwäldern (A8-0066/2017 - Kateřina Konečná) (Abstimmung)**7.4. Frauen und ihre Rollen in ländlichen Gebieten (A8-0058/2017 - Marijana Petir, Maria Lidia Senra Rodríguez) (Abstimmung)**

— *Before the vote:*

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, ba mhaith liom tagairt do reachtaíocht uimhir 2 ansan. Sílim go bhfuil sé scannalach go bhfuilimid ag úsáid an fhocail “Mompreneur” agus tá sé scannalach agus náireach ar bhonn mná, tá sé scannalach agus náireach ar bhonn cothrom inscne. Agus ní dócha sa tigh seo gur chóir go mbeimis ag cur teachtair-eacht mar sin chun cinn, a rá gurb é seo an tslí bhfuilimid ag tabhairt aghaidh ar ár mná. Mar sin, ceapaim gur chóir an focal sin a thógaint amach as an reachtaíocht.

President. – We take note of your comment and we will ask the language services to look at the issue.

7.5. Entwurf von Empfehlungen im Anschluss an die Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-0177/2017) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

President. – We are now going to have our explanations of vote, so I would ask you to clear the Chamber.

8. Stimmerklärungen

8.1. Angaben für Fischereifahrzeuge (A8-0376/2016 - Werner Kuhn)

Oral explanations of vote

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi ho votato a favore della relazione in questione perché è opportuno provvedere, per ragioni di chiarezza, alla rifusione del regolamento che definisce le caratteristiche dei pescherecci. È essenziale codificare tutti i regolamenti dal 1986 ad oggi, con l'obiettivo di semplificare questa norma e renderla più comprensibile e accessibile agli operatori del settore della pesca ed ai cittadini dell'Unione europea.

Mi rammarico del fatto che il Consiglio non abbia ritenuto opportuno tutelare la piccola pesca artigianale tenendola distinta dalla pesca industriale. Occorre infatti una definizione giuridica per quanto riguarda le caratteristiche della pesca su larga scala e della pesca artigianale, al fine di distinguerle sotto il profilo giuridico. Tale definizione, che purtroppo non è presente nel regolamento in questione, dovrebbe comprendere, oltre alle dimensioni dell'imbarcazione, attributi come la lunghezza delle navi, le variabili relative al loro raggio d'azione, il loro ruolo sociale nelle comunità costiere, l'impatto ecologico, la capacità di pesca e i dati economici relativi all'impresa.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Izjemno pomembno je poenotiti pravna pravila na tem področju, tudi za vse državljane v Evropski uniji, in kodificirati to področje, ker določene sektorje seveda skrbi, kaj bo to prineslo konkretno v praksi na samo ribiško politiko.

Res, da gre za tehničen dokument, da pravzaprav prenavlja dokument iz leta 1968, predvsem pa je zelo pomembna skupna ribiška politika za vse države, ki se s tem področjem ukvarjajo, in ima izjemno pomembno tudi družbeno vlogo; zlasti pa seveda je treba upoštevati pri tem okoljske vidike, tudi lokalne posebnosti, in pa seveda tudi to razlikovanje med t.i. industrijskim ribolovom velikih plovil in pa malih ribičev, ki jim to predstavlja tradicionalni način ribolova.

Predvsem pa je pomembno, da se pri teh pravilih jasno zapišejo diktije in definicije v izogib različnim interpretacijam potem v praksi.

8.2. Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeughängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (A8-0048/2017 - Daniel Dalton)

Oral explanations of vote

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). – Herr Präsident! Es ist hervorragend, dass wir endlich eine effiziente Marktüberwachung verpflichtend einführen. Die Tatsache, dass mit dieser Gesetzgebung Fahrzeuge nunmehr auch nach der Inbetriebnahme einer Untersuchung unterzogen werden können und sollen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um betrügerische Absichten bei Abgasmessungen aufzudecken. Ich bin froh, dass es uns zugleich gelungen ist, unter anderem etwaigen Interessenkonflikten einen Riegel vorzuschieben, indem wir die Unabhängigkeit der nationalen Typgenehmigungsbehörden von der Automobilindustrie gestärkt haben.

Ich bin jedoch strikt gegen eine neue EU-Behörde, und das nicht nur, weil ich zusätzliche Bürokratie befürchte. Wir müssen aus dem Reflex herauskommen, bei jedem Problem gleich die Lösung in der Schaffung einer neuen Agentur zu sehen, anstatt auf die bereits bestehenden Strukturen zurückzugreifen und bestehende Strukturen effizienter zu gestalten. Stärken wir doch die Europäische Kommission, indem wir ihr die Befugnis übertragen, entsprechende Aufsichtstätigkeiten durchzuführen.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Če bi torej obstoječe institucije delovale, tudi do afere dieselgate ne bi prišlo. In tudi do tega, da seveda to ni osamljen primer, ampak očitno ima tudi avtomobilska industrija po posameznih državah zelo močno vlogo pri tem, da se nadzor ne izvaja.

Tudi preiskovalni odbor EMIS, ki je bil postavljen ravno za razčiščevanje tega v Evropskem parlamentu, je povedal ravno to: da nadzorni organi na nacionalnih nivojih ne opravljajo svojega dela, s čimer seveda interese avtomobilske industrije postavljajo pred interese svojih državljanov.

Zato se mi zdi torej nedopustno, da danes nismo izglasovali teh amandmajev, ki bi omogočali tudi uvedbo t.i. organa na nivoju Evropske unije, in mislim, da bomo takšno odločitev v prihodnosti še obžalovali in s tem seveda ne bomo preprečili novih afer in novih zavajanj potrošnikov.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, votei a favor deste relatório porque considero que se trata de uma resposta adequada à defesa do mercado interno e dos direitos dos consumidores, permitindo que os veículos, incluindo os que já se encontram em circulação, cumpram os requisitos em matéria de segurança e ambiente. O escândalo sem precedentes sobre a manipulação dos testes às emissões de automóveis revelou falhas no sistema de homologação de novos automóveis. Não nos podemos iludir. Esta situação fragilizou a confiança dos cidadãos nas instituições europeias e na indústria automóvel.

Após mais de um ano de intenso trabalho chegamos agora ao momento da discussão e votação deste importante relatório para que este escândalo não volte a acontecer. A racionalização e o reforço das competências em matéria de emissões dos automóveis, uma maior supervisão europeia das autoridades nacionais competentes, a criação de procedimentos e testes de homologação dos veículos, a existência de controlos de mercado mais apertados e um rígido intercâmbio de informações entre a União Europeia e os Estados-Membros, e um sistema de sanções dissuasor, irão permitir resultados mais eficazes na defesa dos direitos dos consumidores. O sucesso da implementação e da aplicação da legislação relativa às emissões de automóveis depende do envolvimento empenhado das instituições europeias, dos agentes económicos e, em particular, da indústria automóvel e dos cidadãos.

8.3. Palmöl und die Rodung von Regenwäldern (A8-0066/2017 - Kateřina Konečná)

Oral explanations of vote

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, палмовото масло е суровина, която се използва освен в производството на биогорива, така и в хранително-вкусовата промишленост. Според оценки на експерти около 50% от всички храни в Европейския съюз съдържат палмово масло.

За съжаление, в моята страна България за последните няколко години има ръст на вноса на палмово масло, което предоставя и по-широко използване на продукта в различните сектори.

Изкушени от по-ниската стойност на хранителните продукти, в които се използва палмово масло, потребителите с по-ниски доходи стават неволна жертва на тази подмяна, например на реални млечни съставки с растителни такива. Така опасността от влошено здраве се увеличава, а оттам и тежестите, както за самия потребител, така и за държавата чрез националния бюджет.

В името на общественото здраве на българина призовавам Българската агенция по безопасност на храните за бързи стъпки в насока забрана на използването на суровината в хранително-вкусовата промишленост.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora presidenta, señorías, las selvas de Sumatra y Borneo en Indonesia lloran por la destrucción a la que se ven sometidas. Al año se pierden dos millones de hectáreas de selva, el hábitat insustituible para muchas especies animales como los grandes simios de Borneo. Una producción insostenible para un mercado descontrolado, donde las transnacionales actúan sin control, incendiando la selva para luego instalar plantaciones ilegales para el aceite de palma. Y la Unión Europea no es ajena a esta realidad: somos el segundo mayor consumidor de aceite de palma del mundo.

Por eso hemos apoyado este informe que urge a la Comisión Europea a actuar, a abandonar el uso de los aceites vegetales para 2020 y a aumentar el control del aceite de palma importado, a incrementar al fin la trazabilidad de estos productos. Ya va siendo hora de que estas instituciones protejan al planeta y a su gente y de que controlen al poder corporativo y hagan cumplir los derechos humanos en todos los rincones del planeta.

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Głosowaliśmy za sprawozdaniem próbującym uregulować problem określany katastrofą ekologiczną XXI wieku, skutkujący zatruciem i chorobami ludzi w Indonezji, Borneo, na Sumatrze i na przyległych obszarach, zniszczeniem zwierząt w wyniku wylesiania i wypalaniem lasów tropikalnych pod uprawy oleju palmowego, stosowanego jako niestety nie najlepsza, ale najtańsza wersja olejów roślinnych wykorzystywanych do produkcji ropy, w przemyśle drzewnym, spożywczym i kosmetycznym. Według ONZ do 2020 roku nawet 98 % lasów deszczowych zostanie unicestwione. Pociągnie to za sobą zatrucie środowiska, w czym pośrednio uczestniczymy, gdyż 46 % oleju palmowego jest importowane do Unii Europejskiej. Mimo dotychczasowych prób regulacji chciwość koncernów prowadzi do stosowania oleju niecertyfikowanego, co poza niekorzystnym wpływem oleju palmowego na zdrowie przyczynia się również do wzrostu ilości dwutlenku węgla i zmiany klimatu.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Amnesty International ha denunciato come i principali marchi mondiali di cibo e prodotti domestici contenenti olio di palma siano responsabili di gravi violazioni dei diritti umani in un comparto dove i bambini anche di soli otto anni lavorano in condizioni pericolose e dove sono accertate discriminazioni nei confronti delle donne assunte giorno per giorno senza garanzie di impiego permanente e benefici sociali come l'assicurazione sulla salute e le persone.

Questa situazione è particolarmente grave se si pensa che gran parte di questo prodotto è ottenuto nelle piantagioni indonesiane appartenenti al più grande coltivatore mondiale di palme da olio, il gigante dell'*agribusiness* Wilmar, da cui si riforniscono 8 delle maggiori multinazionali utilizzatrici di olio di palma, che a loro volta fanno parte del circuito di certificazione RSPO. Proprio così: mentre da un lato le maggiori aziende al mondo tranquillizzano i consumatori per fare scelte etiche acquistando prodotti in cui si dichiara l'uso di olio di palma sostenibile, dall'altro continuano a chiudere gli occhi di fronte allo sfruttamento di milioni di lavoratori nelle loro stesse catene di fornitura.

Per questo la relazione, a cui ho votato a favore, chiede finalmente che le multinazionali siano più trasparenti su cosa contengono i loro prodotti, dichiarando da dove vengono le materie prime contenute nei prodotti che si trovano sugli scaffali dei supermercati.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Rozmawiamy na temat, który jest wielowymiarowy: dotyczy specyfiki gospodarczej, spraw społecznych, energetyki i zdrowia, ale najbardziej poruszająca jest płaszczyzna ekologiczna. Chodzi tu o przemysłowe stosowanie oleju palmowego, bardzo często ze szkodą dla zdrowia ludzkiego, równie często z pominięciem praw pracowniczych zatrudnionych na plantacjach ludzi, a także z wykorzystaniem pracy dzieci i powodujące wylesienia w krajach, gdzie uprawia się palmy olejowe. Niewątpliwie Unia Europejska powinna naciskać na państwa, z którymi współpracujemy, aby stosowały krajowe i międzynarodowe przepisy w tym zakresie, dążąc do wyeliminowania tej szkodliwości.

Diane James (NI). – Madam President, the production of palm oil has resulted in deforestation across Indonesia, Papua New Guinea, Malaysia and parts of Africa. It is directly responsible for huge swathes of destruction to natural habitats, flora and fauna. It is also completely out of control, with corporates using it in everyday items such as shampoo and doughnuts, and it is now even being proposed for use in United Kingdom banknotes.

To take global action on the production of palm oil and mitigate the environmental consequences, it is vital that international commitments are honoured, in particular the United Nations Forum on Forests, the United Nations Convention on Biological Biodiversity, the New York Declaration on Forests and the Sustainable Development Goal to halt deforestation by 2020. The United Kingdom has a record of doing, not just saying, and with Brexit I trust this will set an international example for the remaining 27 Member States.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, while illegal logging in my country still represents an immense problem and an issue of national security, I am glad to see that the EU in general is becoming more and more self-aware of its ecological footprint.

However, our internal impact on nature is no less important than the one which our consumption habits and policies have externally. As the second biggest palm oil importer in the world, we are largely contributing to massive deforestation of rainforests that leads to wildfires and biodiversity loss; and, moreover, we are endangering the lives of indigenous people.

I welcome the call in the report for the establishment of strong standards for sustainable palm oil production. Our priority should not only concern bilateral relations with producing countries, but should also be to help create a strong international consensus in this field involving clear, transparent and enforceable regulations.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i preziosi ecosistemi tropicali, che coprono circa il 7 % della superficie terrestre, sono messi sempre più sotto pressione dalla deforestazione. Circa la metà della superficie delle foreste disboscate illegalmente viene utilizzata per la produzione di olio di palma destinato al mercato europeo, che rappresenta il terzo mercato a livello mondiale.

Nella relazione che abbiamo approvato oggi, il Parlamento europeo chiede l'introduzione di criteri minimi di sostenibilità dell'olio di palma e l'adozione di un quadro normativo vincolante per garantire che tutte le catene di approvvigionamento degli importatori di prodotti agricoli di base siano tracciabili fino all'origine della materia prima. La relazione sottolinea la necessità di sostituire gli attuali sistemi volontari di certificazione, alcuni dei quali hanno rivelato limiti, con un sistema di certificazione unico per far sì che solo l'olio di palma prodotto in modo sostenibile possa accedere al mercato dell'Unione europea.

Per questi motivi ho ritenuto di esprimere il mio voto favorevole.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señora presidenta, hasta hace dos años, en España no había ninguna conciencia sobre la omnipresencia del aceite de palma en nuestra alimentación, pero la verdad es que la obligatoriedad de indicar en las etiquetas el tipo de aceite vegetal que se usa como ingrediente ha permitido hacer una pequeña revolución.

Esta semana, las grandes cadenas de alimentación de distribución de mi país —Alcampo, Eroski, Mercadona, Lidl— anunciaban la retirada de sus lineales de los productos elaborados con aceite de palma.

La presión social es cada vez mayor porque la gente quiere proteger el medio ambiente y también quiere saber lo que come. Ambas cosas, el medio ambiente y el derecho a la alimentación, van de la mano. La ciudadanía lo sabe y nos lo está diciendo y exigiéndonos que tomemos nota. Pero tomar nota no es poner parches.

El objetivo de este informe es la eliminación del aceite de palma en los biocombustibles para 2020. Por eso lo hemos apoyado, porque es un inicio para comenzar a combatir las paradojas de la lucha contra el cambio climático.

Pero entendemos que hay que ir mucho más allá: hay que replantearse el sistema mundial de distribución de alimentos. De lo contrario, seguiremos poniendo parches a uno de los mayores retos que tiene por delante la humanidad.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, υπερηψίσαμε την έκθεση γιατί είναι πλήρης και τεκμηριωμένη. Σύμφωνα με εκτιμήσεις, η παράνομη μετατροπή τροπικών δασών για σκοπούς εμπορικής γεωργίας παράγει τεράστιες ποσότητες διοξειδίου του άνθρακα, που αντιστοιχούν στο 25 % των ετήσιων εκπομπών της Ευρωπαϊκής Ένωσης από ορυκτά καύσιμα. Οι πυρκαγιές στην Ινδονησία οφείλονται, κατά κανόνα, στην εκκαθάριση γης για τη δημιουργία φυτειών παραγωγής φοινικέλαιου, ενώ, από τη δεκαετία του '70 έως σήμερα, το 90 % της αύξησης της παραγωγής φοινικέλαιου συγκεντρώνεται στην Ινδονησία και στη Μαλαισία. Η κατάσταση με την αποψίλωση των δασών, την αρπαγή γαιών, την παραβίαση δικαιωμάτων των αυτόχθονων κοινοτήτων γίνεται πλέον κρίσιμη και επικίνδυνη, με περαιτέρω ζημιές για το περιβάλλον.

Οφείλει, λοιπόν, η Ευρωπαϊκή Ένωση να λάβει μέτρα για τη σταδιακή κατάργηση, μέχρι το 2020, της χρήσης φυτικών ελαίων και ιδίως του φοινικέλαιου ως συστατικού βιοκαυσίμων, προκειμένου με αυτόν τον τρόπο να περιοριστεί δραστικά η αποψίλωση των δασών και να προστατευθεί το περιβάλλον.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Raziskave kažejo, da je za pridelavo palmovega olja, ki se uvozi v EU, namenjeno približno milijon hektarjev površin v tropskih predelih. In si predstavljate, kaj to pomeni za ekosisteme?

Tropski ekosistemi, zlasti deževni gozdovi, se uničujejo, površine in podzemeljske vode izginjajo, pojavljajo se gozdni požari in te spremembe seveda ne vplivajo slabo samo na ekosisteme, tragično lahko vplivajo tudi na lokalno prebivalstvo, katerih preživetje je tesno povezano seveda s temi ekosistemi, in kar seveda dolgoročno pomeni tudi večje migracije.

Dejstvo je, da je pomembno temu področju nameniti več pozornosti, zato seveda pozdravljam to današnjo sprejeto resolucijo in seveda pozdravljam tudi to, da se zavzemamo za postopno opustitev uporabe biogoriv, industrijskih olj do leta 2002. Seveda pa si ne smemo zatiskati oči pred izkoriščanjem delovne sile na teh plantažah.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, votei a favor deste relatório porque este é o momento para que a União Europeia promova um plano de ação contra a deflorestação e a degradação das florestas. Sucodem-se por todo o mundo situações de calamidade pública devido a intensas chuvas e deslizamentos de terras, afetando os mais pobres e vulneráveis, sendo a causa sempre a mesma: a destruição intensiva dos *habitats* florestais através da constante desflorestação para a exploração agrícola e para a construção de infraestruturas tais como diques ou barragens.

Apesar dos compromissos da União Europeia para reduzir a desflorestação tropical bruta em 50 % até 2020, estamos muito longe desse objetivo. Entre 1990 e 2008 a Europa importou e consumiu cerca de nove milhões de hectares de terras desflorestadas, sendo o terceiro maior mercado para o óleo de palma. O óleo de palma está cada vez a ser mais utilizado como biocombustível e uma parte substancial da sua produção não respeita os direitos humanos, recorrendo à mão de obra infantil.

A União Europeia tem, pois, que assumir as suas responsabilidades e cumprir os compromissos internacionais. Com a aprovação deste relatório a União Europeia tem condições objetivas para tomar com urgência as medidas e ações no sentido de permitir que, até 2020, a totalidade do óleo de palma consumido na Europa seja sustentável.

Franc Bogovič (PPE). – Resolucijo, ki govori o pridobivanju palmovega olja in o požiganju oz. krčenju deževnih gozdov, sem podprl, saj se v prvi vrsti opozarja na okoljski vidik.

Kajti krčenje gozdov ima zelo velik vpliv na biodiverziteti, vpliv na toplogredne pline preko požiganja, in zavedati se moramo, da je bilo v Indoneziji in Maleziji izkrčenih za te namene že toliko gozdov, kot je gozdov v Avstriji.

Se pravi, gre za velik obseg, in prav je, da na to opozorimo.

Tudi na drugi strani je negativen vpliv na ljudi, na domorodce, kajti v tem delu je to predvsem biznis velikih podjetij. To ni posel, ki bi ga opravljali mali kmetje, ampak gre predvsem za izkoriščanje delovne sile.

Evropa nosi svoj del odgovornosti, kajti smo veliki uvozniki palmovega olja, in zato je potrebno narediti na preglednosti, nadzoru, certificiranju te proizvodnje in se na koncu odločiti za uvoz zgolj palmovega olja, ki je pridelano na trajnosten način.

8.4. Frauen und ihre Rollen in ländlichen Gebieten (A8-0058/2017 - Marijana Petir, Maria Lidia Senra Rodríguez)

Oral explanations of vote

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Madam President, the role of women in society has changed considerably across the EU. Today women are making important contributions to the EU agriculture sector. However, this contribution has always been underestimated and that is still the case. The huge inequalities that still exist between men and women cannot be excused. Today, only 29% of farms in Europe are run by women. The lack of ownership and control over land affects women negatively in terms of economic dependence. Women farmers want nothing more than appropriate representation. That is why it is important to support equal opportunities, better access to education, vocational training and new skills to develop entrepreneurial initiatives.

I welcome this report, which sends a strong signal to aim for gender equality. Women have huge potential to make agriculture a more dynamic, innovative and more profitable sector if they receive proper support.

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Mimo że sprawozdanie proponuje szereg rozwiązań, zagłosowałam przeciwko z powodu dużej ingerencji w dziedzinę polityki społecznej i zatrudnienia. Chociaż popieram równouprawnienie kobiet, uważam, że wprowadzenie aspektu płci i nawet kobiecych związków partnerskich do wspólnej polityki rolnej nie odbuduje rodzinnych gospodarstw, wyeliminowanych poprzednią polityką, która doprowadziła do ucieczki rolników i bezrobocia. Nie przeciwdziałają temu nawet tak wieloaspektowe sprawozdania, które poza tym zawierają kontrowersyjne i wieloznaczne pojęcia, jak zielone miejsca pracy, promowanie pełnej równości kobiet i mężczyzn na obszarach wiejskich, neutralność płciowa wszystkich zawodów, postulująca zrywanie z tradycyjnym podziałem zadań w rolnictwie, zwłaszcza w Polsce, gdzie według konstytucji gospodarstwo rodzinne to podstawa ustroju rolnego Rzeczypospolitej. Podobnie wieloznaczne jest wspieranie równego dostępu do ziemi.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, maaseudun elinkeinorakenne on jo pitkään elänyt muutosta. Yhä useampi maatala monialaistuu, ja maa- ja metsätalouden rinnalle etsitään uusia tulolähteitä. Työpaikkojen luominen ja säilyttäminen maaseutualueilla on elinvoimaisen maaseudun ylläpitämisen kannalta aivan elintärkeää.

Naisten rohkeutta ja yritteliäisyyttä tarvitaan, jotta maaseutu säilyy elävänä ja vetovoimaisena. Maaseudun rakennemuutoksen mukana moni perhe ja nainen on joutunut miettimään elämänpolkua uusiksi. EU:n rakennerahastojen pitää paljon nykyistä voimakkaammin tukea myös naisten yritteliäisyyttä ja pienimuotoista yritteliäisyyttä, niin että maaseutu tulevaisuudessa tarjoaa työmahdollisuuksia miehille ja naisille.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Sprawy równości mężczyzn i kobiet, a szczególnie wspierania kobiet w ich roli w nowoczesnym społeczeństwie w Europie, w większości państw wyglądają znacznie lepiej niż kiedyś. Dokonały się tu niewątpliwie postępy. Ale mimo to nadal w większości dziedzin kobiety są traktowane inaczej, nierówno w stosunku do mężczyzn. Dlatego tak tę rezolucję, jak i wszystkie dotychczasowe dokumenty w sprawie równości mężczyzn i kobiet, popierałem i zamierzam w przyszłości również popierać. W tym przypadku, kiedy mówimy o szczególnej sytuacji kobiet na wsi, w małych miasteczkach, musimy pamiętać, że te nierówności są większe niż w dużych ośrodkach, w dużych miastach. Tym bardziej głosowałem za tym dokumentem.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, cuando hablamos de la brecha salarial o del techo de cristal, pensamos en oficinas, en grandes empresas y en ciudades, pero la desigualdad es aún más profunda en el ámbito rural. Allí, las mujeres sufren una discriminación multiplicada: en su capacidad de decisión, en su retribución y en el reconocimiento de su aportación y titularidad.

Yo conocí a Maribel Sánchez Vadillo el día en que tomó el primer vuelo de su vida. Venía a Bruselas a recoger un premio por su explotación de cabra verata en Candeleda (España). Maribel es un ejemplo de lo que las mujeres pueden conseguir en un mundo tradicionalmente masculino: éxito, reconocimiento y la propiedad de su negocio. Yo pido a las autoridades españolas y europeas que garanticen el pleno acceso de las mujeres a la propiedad y a la gestión de granjas y explotaciones.

Las mujeres transforman comunidades enteras cuando participan plenamente en la economía, especialmente en el sector agropecuario, y multiplican de forma exponencial los beneficios para toda la sociedad.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta, yo también quería hacer una explicación de voto en este informe que me parece un paso adelante. Es un informe solo de iniciativa, pero es bueno que demos visibilidad a las mujeres rurales.

Las mujeres en las zonas rurales tienen especiales dificultades. Aquí se recogen un buen número de ellas, pero yo quería destacar especialmente ese papel de invisibilidad que tienen sobre todo en la capacidad laboral. Estamos viendo cómo en estas zonas rurales, el 50 % de la población son mujeres. Sin embargo, el 40 % de las mujeres son desempleadas. ¿Qué sucede? Que muchas de ellas ni siquiera llegan a inscribirse ni llegan a inscribirse tampoco en los sistemas de desempleo.

Por lo tanto, hay una doble invisibilidad: su menor aportación al sistema laboral —que eso les lleva luego a tener menos derechos a la hora de una pensión— y su falta de reconocimiento en el papel de la actividad agraria.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, rural areas represent 93% of the territory in the EU and 20% of the population live in predominantly rural areas. These regions have a lower level of socio-economic development than urban areas. People living in rural areas are more likely to be exposed to poverty and exclusion, and the risk is generally higher for women than for men. These problems are of greater significance in some Member States with a high level of overall poverty, where the poverty gap between rural and urban areas is even wider, as is the case in Romania, Bulgaria or Malta, where it is more than 20 percentage points. The issues discussed in the report have great relevance, especially because any improvement in the situation of women living in rural areas would have a correspondingly high impact on the living standards of women and people in general in the EU as a whole.

Момчил Неков (S&D). – Уважаема г-жо Председател, ролята на жените в селските райони често бива подценявана. Поради тази причина подкрепих доклада и призивите в него.

Жените имат много важна роля в съхранението на културните и кулинарните традиции в селските райони. Съхранението на тези традиции може да допринесе за изграждането и засилването на регионалната идентичност в селските райони, което от своя страна помага в развитието на местен поминък и туризъм.

В тази връзка бих искал да подчертая ролята на европейските схеми за качество и по-специално схемите за географските означения, чрез които традиционни и местни продукти могат да бъдат защитени. В немалко случаи тези продукти може би нямаше да бъдат част от живото ни кулинарно наследство, ако не беше духът на жените, предавали знанието през поколенията.

Като социалист смятам, че равенството между мъжете и жените трябва да бъде гарантирано. Селските райони трябва отново да станат достойно място за живот, в което младите жители, сред които и жените, да могат да намират реализация и препитание, а възрастните да посрещат и живеят достойно старините си там.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señora presidenta, la política agraria común ha dado históricamente la espalda al papel crucial de las mujeres. Por ejemplo, en España es difícil encontrar una sola línea en los planes de desarrollo rural que aborde específicamente la situación de invisibilidad y de desigualdad de género en el medio rural, y mucho menos en el sector agroganadero.

Es hora de que la PAC se ponga las gafas violetas, las gafas moradas, porque ellas son las que sostuvieron y sostienen el mundo rural, las que trabajaron más duro, las que nos alimentaron, cuidaron de todo y de todos. Ellas, las que jamás tuvieron tiempo para sí mismas, son las grandes olvidadas. Decía una de estas mujeres hace poco en un diario de mi país que «el medio rural se va muriendo, cada año muere un trocito del espacio que yo habito; y se muere porque lo estamos matando entre todos».

El futuro del mundo rural pasa por políticas que pongan a las mujeres en el centro. No olvidemos que el abandono del campo es sobre todo un éxodo femenino. Por tanto, garantizar que ellas se queden es garantizar un mañana. Pongámonos las gafas violetas también para mirar al campo y, sobre todo, pongámonos las gafas violetas para mirar al sector primario.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, já jsem osobně podpořil tuto zprávu, přestože mám velký problém se subsidiaritou. Osobně si myslím, že tato zpráva nepatří na plénum Evropského parlamentu, ale svým způsobem také můžeme říct, že může pomoci otevřít tuto otázku v mnoha členských státech.

Já osobně pocházím z malé vesnice a vím, jaká je role žen a jak je možná těžký život žen na vesnici. Proto si žen, které zůstávají ve vesnickém prostředí, obrovským způsobem vážím. Mnoho městského obyvatelstva si myslí, a to tady, myslím si, málo zaznělo, že lidé na vesnici jsou hloupí, a potom jsou překvapeni z toho, jak lidé na vesnici volí. Protože lidé na vesnici možná nemají tolik vzdělání a tolik zkušeností, ale mají srdce a myslím si, že na to se i v Evropském parlamentu velmi často zapomíná.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, υπερψήφισα την έκθεση γιατί είναι πλήρης και τεκμηριωμένη. Οι γυναίκες στις αγροτικές περιοχές διαδραματίζουν καθοριστικό ρόλο στην ανάπτυξη της γεωργίας και της κτηνοτροφίας. Παρά τη ρητορική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τη δήθεν αναπτυξιακή διάσταση της Κοινής Γεωργικής Πολιτικής, η φτώχεια και η υπανάπτυξη των αγροτικών περιοχών στον ευρωπαϊκό νότο αποδεικνύουν την αποτυχία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και στον τομέα αυτό. Άλλωστε, είναι χαρακτηριστικό ότι τα τελευταία χρόνια εξαφανίστηκαν εκατομμύρια γεωργικές εκμεταλλεύσεις, οδηγώντας στην κρίση και στην ανεργία τις αγροτικές περιοχές, με κυριότερα θύματα τις αγρότισσες.

Ιδίως στην Ελλάδα, το αγροτικό μνημόνιο της τρόικας και των δανειστών επιδεινώνει δραματικά και υποβαθμίζει περαιτέρω τη θέση της Ελληνίδας αγρότισσας. Πρέπει, λοιπόν, όπως είπα χθες εδώ στην ομιλία μου, να ληφθούν δραστικά μέτρα υπέρ της αγρότισσας για την ενίσχυση της σύνταξής της, για τη στήριξη της γυναικείας επιχειρηματικότητας, για την περαιτέρω εκπαίδευση και κατάρτιση και για τη δημιουργία εξειδικευμένων γυναικείων συνεταρισμών.

Branislav Škripek (ECR) – (rečníka nepočut', lebo nemá zapnutý mikrofón) ... dobrou správou pre ženy, ktoré čelia problémom vo vidieckych oblastiach. Ďakujem pani Petir a spravodajcom, ktorí odviekli na nej dobrú prácu. Vidiecke komunity nám naozaj preukazujú silu rodín, ktoré pracujú spoločne a svoje podnikateľské schopnosti využívajú na budovanie vlastných firiem, ktoré sa často odovzdávajú z generácie na generáciu, čo by sa nedalo uskutočniť bez jedinečného, nezastupiteľného vkladu a príspevku manželiek, matiek a dcér. Veľmi často sa však zabúda na ich dobrú a tvrdú prácu, takže som rád, že sa táto správa môže zamerať na špecifické potreby týchto žien.

Nemohol som však hlasovať za túto správu, a to z vážneho dôvodu. Opäť obsahuje výzvu na podpísanie a ratifikáciu kontroverzného Istanbulskeho dohovoru. Tento dohovor je právne chybný, podporuje genderový zmätok a toto by malo rozčúliť každého, kto chce vyzdvihnúť ozajstnú ženskost žien. Európska únia musí nájsť lepší nástroj na ochranu žien pred násilím a odmietnuť Istanbulský dohovor, a nie vytvárať tlak, aby bol celkovo prijatý bez toho, aby s ním súhlasili všetky členské štáty, keďže ho 22 neratifikovalo.

Anna Záborská (PPE) – Správu o ženách vo vidieckych oblastiach pani Rodriguez a pani Petir považujem naozaj za veľmi kvalitnú. Obsahuje veľa dobrých, konkrétnych návrhov, ktoré by nepochybne zlepšili postavenie žien, ktoré žijú na vidieku. Žiaľ, pri záverečnom hlasovaní som sa musela zdržať. Správa totiž nepravdivo cituje zmluvy a európsku chartu a zároveň sa vo výbore do textu dostali pre mňa dve neprijateľné požiadavky: aby členské štáty pristúpili k Istanbulskému dohovoru a aby Komisia pripravila návrh smernice o násilí na ženách. Násilie voči ženám považujem za netolerovateľné. Prijatie Istanbulskeho dohovoru, ktorý zavádza nezmyselnú rodovú ideológiu, je však plne v kompetencii členských štátov. A EÚ nepotrebuje novú smernicu, dôležité je, aby členské štáty dodržiavali európske zmluvy a svoje vlastné zákony.

8.5. Entwurf von Empfehlungen im Anschluss an die Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (B8-0177/2017)

Oral explanations of vote

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora presidenta, el *dieselgate* es el símbolo de lo que podríamos llamar «la trama europea». Durante dos años, la Comisión Europea supo que se manipulaban las pruebas de emisiones de los vehículos y no hizo nada, como si el *pufio* se fuera a resolver solo. De hecho, el antiguo comisario de política industrial, Antonio Tajani, estaba al tanto, pero, en vez de sancionarlo, el Partido Popular Europeo le ha premiado con el puesto de presidente de esta misma Cámara.

El *dieselgate* no es solamente un engaño a los consumidores sino que, por la contaminación, es también un problema muy grave de salud pública y una amenaza para el cambio climático.

A pesar de esto, tanto la Comisión Europea como los Estados miembros decidieron no actuar, meter la cabeza en un agujero. ¿Por qué? Porque las puertas giratorias siguen girando alrededor de los miembros de la Comisión, de los *lobistas* y de las empresas de automóviles. Este entramado de intereses pone en peligro la salud y pone en peligro la mismísima democracia.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, I welcome these recommendations made by Parliament following the inquiry into the Dieselgate scandal. The people I represent are horrified that car manufacturers have been cheating on emissions tests, and they demand strong action from the European Parliament to stand up to this corporate abuse of power. I am disappointed that the Green proposal for an independent agency to regulate and monitor emissions was not passed. Such a body is essential to safeguard the health of the people in south-west England. Air pollution is responsible for 40 000 deaths a year in the UK and 300 every year in the city of Bristol, and the issue has not been taken seriously enough.

During this process, we have witnessed the power of the car industry lobby and sadly we have seen conservative forces in this Parliament working with them to water down the protections that citizens need. While this report represents a step in the right direction, we need to put citizens and their health first and demand that car manufacturers do not cheat the tests and cheat people of their health and their future.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, υπερψήφισα την έκθεση γιατί είναι πλήρης και τεκμηριωμένη. Τη στιγμή που ο Schäuble κουνάει το δάχτυλο στην Ελλάδα και ζητά από την πατρίδα μου να λάβει επιπλέον σκληρά μνημονιακά μέτρα για τη δήθεν βελτίωση της ανταγωνιστικότητας της οικονομίας της χώρας, το σκάνδαλο της Volkswagen αποδεικνύει, για άλλη μια φορά, ότι η περίφημη ανταγωνιστικότητα των γερμανικών εταιρειών οφείλεται, αποκλειστικά σχεδόν, στις μίζες και στις παράνομες και βρώμικες πρακτικές που χρησιμοποιούν, για να εξαπατήσουν τις ελεγκτικές αρχές και τους καταναλωτές.

Επιπλέον, οι έρευνες που διεξήχθησαν σε άλλα κράτη μέλη για την αυτοκινητοβιομηχανία έδειξαν ότι υπήρξαν παραπτώματα και μέθοδοι καταστρατήγησης των αποτελεσμάτων και από άλλους κατασκευαστές. Θα πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να λάβει άμεσα μέτρα, διενεργώντας αυστηρούς ελέγχους στα αυτοκίνητα όλων των εταιρειών, σε όλη την Ευρώπη, για την προστασία του περιβάλλοντος, της υγείας, αλλά και των ιδίων των καταναλωτών.

Frédérique Ries (ALDE). – Madame la Présidente, dix-huit mois après la révélation du scandale Dieseldgate outre-Atlantique et quinze mois après la constitution de notre commission d'enquête, les associations de consommateurs dans les États membres maintiennent la pression sur les constructeurs. En Belgique, 10 300 clients se sont ralliés à une action collective pour dénoncer une tromperie sur la vente et on les comprend. Il suffit de voir l'efficacité de ce système aux États-Unis, où Volkswagen s'est engagé à verser plus de 23 milliards de dollars à ses clients pour solder les poursuites. Aujourd'hui, 475 000 clients américains ont déjà touché leur indemnité.

Tout cela pour dire que je regrette le signal timoré et mitigé envoyé ce midi par notre Parlement. Nous nous sommes déclarés en faveur du principe de ce recours collectif des consommateurs lésés, mais nous en avons refusé son instauration formelle et sa mise en œuvre au niveau européen. Madame la Présidente, je dirai que ce n'est pas de cette façon que nous allons retrecoter la confiance.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, along with my colleagues in the EPP Group, I welcome the findings of this report which sought to explore the actual implementation of Union law in the automotive sector. The findings of this report proved both unacceptable and disappointing. Nonetheless, I appreciate the initiative and dedication evidenced by the Committee of Inquiry in their thorough investigation of the contraventions and maladministration in this area. A range of discrepancies, as well as their negative impact on the attainment of our air quality objectives, were duly identified.

However, I believe that the findings of this report provide us with an opportunity to re-evaluate and improve upon the existing EU framework on emission measurements. Enhanced regulation and discipline will therefore provide the key-stone for future procedures. This is an issue of huge importance and so we must act strongly on any manufacturer that cheats the system and harms our citizens in this way. We simply cannot have another Volkswagen scandal and the impacts on climate and public health are too great not to take decisive action.

President. – That concludes the explanations of vote.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 13.40 and resumed at 15.00)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

11. Sachstand der zweiten Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Griechenland (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sullo stato di avanzamento del secondo riesame del programma di aggiustamento economico per la Grecia.

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, as you have already highlighted, you have added the topic 'State of play of the second review of the economic adjustment programme for Greece' to today's agenda and you will appreciate that I will limit my intervention on this process. In line with the European legal framework, the institutions, that is the Commission, the ECB, the ESM and IMF, are entrusted with the design and monitoring of adjustment programmes. This also includes negotiations of updated policy conditionality with the national authorities.

The Eurogroup is regularly informed of the state of play of the adjustment programme by the institutions and also the authorities, and on occasion the Eurogroup provides political guidance on open issues. The second review of the Greece programme is on the agenda of the next Eurogroup meeting later this week on 7 April. The Council is not intervening in ongoing programme reviews and I can confirm that it has not discussed the issue at hand either in March or at earlier meetings.

The Commission is also, I think, much better placed to provide you with the information on the subject than I am, and I see that Commissioner Moscovici is here and he will address you just after me. The Commission informing the European Parliament is also in line with the EU provisions, the two-pack provisions, on adjustment programmes. So for now I thank you very much and I will listen with great attention to the interventions by the honourable Members and by Commissioner Moscovici.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, c'est avec plaisir que je suis avec vous aujourd'hui pour évoquer le deuxième réexamen du programme grec.

Commençons par la situation de l'économie grecque, qui a fait preuve de résilience face aux turbulences de 2015 et 2016 ainsi qu'aux effets des contrôles de capitaux. Dès 2016, des tendances positives ont vu le jour, y compris le retour, qui nous a surpris, d'une croissance positive plus rapidement que prévu pour certains trimestres et la baisse du chômage, qui était à un niveau absolument inacceptable et qui reste beaucoup trop élevé.

Aujourd'hui, cette évolution positive – il faut le reconnaître – commence cependant à patiner. Pourquoi observe-t-on justement cette hésitation? Parce que nous clôturons le réexamen en retard. Ce que j'observe depuis la responsabilité qui est la mienne, c'est qu'il y a un lien très étroit entre le retour de la croissance en Grèce et les succès dans la négociation. Quand la négociation avance, la croissance et la confiance redémarrent. Quand la négociation tarde, alors la croissance attend, comme les investisseurs. Tous les partenaires de la Grèce doivent donc maintenant se réunir pour mettre fin à cette incertitude qui est dommageable et pour créer enfin un cycle durable de redressements vertueux. La Grèce le mérite. Ses autorités, son gouvernement et son parlement ont réalisé des progrès considérables depuis le lancement du programme actuel. Les progrès qui ont été accomplis au cours des dix-huit derniers mois doivent être soutenus et confortés pour assurer ce dont le pays et la zone euro ont besoin, à savoir une reprise durable.

Nous restons convaincus qu'à la suite de réformes substantielles et de prochains efforts de mise en œuvre, l'économie grecque, qui est très souple, très créative et très réactive, est capable de tourner la page. Mais elle doit être aidée et ne doit pas être entravée davantage par l'incertitude.

Pour sa part, comme l'a rappelé le ministre, la Commission fait tout ce qui est en son pouvoir et relève de son rôle, en quelque sorte, d'honnête courtier pour aboutir à un accord juste et équilibré, que nous voulons rapidement. Pourquoi cet accord est-il possible? D'abord parce que les objectifs budgétaires sont largement atteints. Je redis ici que l'objectif d'excédent primaire de 2016, qui était de 0,5 % dans le cadre du programme, a été très largement dépassé. Eurostat publiera le résultat fin avril, mais nous nous attendons à ce que l'excédent primaire soit tout simplement supérieur à 3 %.

La Grèce est également en voie d'atteindre son objectif de 1,75 % du PIB en 2017 et de 3,5 % en 2018. Ces résultats ne tombent pas du ciel. Ils sont le fruit d'une série de consolidations budgétaires extrêmement dures qui comprennent des mesures paramétriques de haute qualité adoptées en 2015 et 2016, dont le rendement budgétaire cumulé est de 4,5 % du PIB, chiffre considérable. Quel pays européen a connu un tel ajustement? Quelles que soient les préférences politiques – et la Commission n'a pas de préférence politique –, de tels efforts ne doivent pas être oubliés ou ignorés, mais ils doivent être ancrés, approfondis et poursuivis.

En ce qui concerne le programme de réformes, les autorités ont déjà mis en œuvre une grande partie de ce qui était exigé. Je citerai quelques exemples qui ne reçoivent pas toujours l'attention qu'ils méritent: la Grèce s'est dotée pour la première fois d'un filet national de sécurité sociale qui permettra de garantir un revenu de subsistance ou de base ainsi qu'une de renforcer l'éducation et la formation professionnelle en ces temps de chômage élevé.

Une autorité indépendante pour les recettes publiques a enfin été créée. La Grèce en avait besoin avec, entre autres, pour objectif d'améliorer la perception des recettes. La législation visant à réduire les prêts non performants a été adoptée et nous passons maintenant à la mise en œuvre. Un nouveau fonds de privatisation et d'investissement, le HCAP, est maintenant opérationnel et ses conseils de surveillance et de gestion ont déjà commencé à s'acquitter de leurs responsabilités. Il en découle naturellement que d'importants progrès ont déjà été réalisés dans de grands projets de privatisation. J'encourage les autorités grecques à maintenir cet élan qui est essentiel pour attirer les investissements et les investisseurs privés dont la Grèce a besoin.

Enfin, je mentionnerai les différentes mesures adoptées dans les domaines des marchés des produits, de l'environnement des affaires ou du système juridique. Tous ces exemples ne représentent en fait qu'une petite partie des quelque 200 mesures qui ont été prises depuis le début du programme à l'été 2015.

Les premiers mois de cette année ont été consacrés à la négociation de deux éléments critiques. Il s'agit d'abord des mesures nécessaires pour clore le deuxième réexamen. À cet égard, les principales questions en suspens sont connues.

Il s'agit premièrement de la réforme du marché du travail, question de grande importance pour beaucoup d'entre vous et point très important également pour la Commission. Il est essentiel que le marché du travail grec tienne compte des difficultés sur le front de l'emploi, mais également des défis économiques actuels propres au pays pour que les réformes puissent soutenir la reprise ainsi que la création d'emplois. Je tiens à dire que la Commission, attachée au modèle social européen, continue de soutenir des systèmes de négociation collective qui soient équitables et efficaces. Pour sa part, la Grèce devrait respecter les meilleures pratiques européennes dans des domaines tels que les licenciements collectifs et l'action syndicale.

Nous prenons en compte, à cet égard, les travaux du groupe d'experts indépendants chargé de formuler des recommandations à la lumière des meilleures pratiques européennes et internationales. Nous savons aussi qu'elles n'ont pas toutes eu un soutien unanime. Par expérience, je crois que ce qui compte le plus n'est pas nécessairement le fonctionnement du système sur le papier, mais son fonctionnement dans la vie, c'est-à-dire comment les partenaires sociaux se l'approprient et s'engagent conjointement, de manière autonome et en collaboration avec les autorités publiques.

Le deuxième grand sujet de négociation porte sur le marché de l'énergie. Dans ce secteur, il est important d'accroître la concurrence en tenant compte des règles européennes et aussi, bien sûr, des récentes décisions de justice. Un marché plus compétitif et plus efficace est dans l'intérêt de tous les consommateurs. Je pense qu'avec quelques ajustements techniques, nous devrions pouvoir convenir rapidement des éléments de réforme nécessaires qui sont bons pour tous et, en premier lieu, pour l'économie grecque.

Ces dernières semaines, un autre élément de discussion a porté sur un dispositif budgétaire qui permettrait au Fonds monétaire international de participer avec son propre programme. Je sais que pour beaucoup d'entre vous, pour la Commission et pour les États membres, la participation du Fonds monétaires international est vraiment une garantie de sécurité majeure. C'est une condition essentielle. Ce qui est inédit, c'est que ce dispositif prendrait effet dans les années qui suivent immédiatement la fin du programme. Nous sommes donc en train de réfléchir non pas à ce qui se passe d'ici à la fin 2018, mais dans les années qui viendront immédiatement après 2018, sans demander un effort primaire pendant trop longtemps, parce que ce n'est ni viable ni démocratique.

L'objectif doit être d'aboutir à un ensemble équilibré, qui garantira que la Grèce atteindra cet objectif d'excédent primaire à moyen terme. Ce concept a été répété lors des réunions de l'Eurogroupe de février et mars. Il a servi et sert toujours de base aux discussions des dernières semaines qui doivent aboutir à très bref délai parce que nous avons une autre réunion de l'Eurogroupe à La Valette dans trois jours.

Les discussions se poursuivent. Vous m'excuserez d'ailleurs de quitter cet hémicycle avant la fin de notre débat pour rejoindre Bruxelles, où des rencontres importantes avec les autorités grecques et les institutions européennes auront lieu ce soir. Je tenais néanmoins à être à Strasbourg pour votre débat et regagner ensuite Bruxelles, ce qui n'est jamais très simple. Je tiens à souligner que ce dispositif comprend des mesures visant à rationaliser davantage les dépenses.

La Commission et moi-même, nous nous réjouissons des progrès réalisés jusqu'à présent, y compris dans les questions qui sont des préalables nécessaires pour la participation du FMI. Nous avons déjà parcouru un long chemin depuis le mandat confié à l'Eurogroupe de fin février. Nous aurons l'occasion de le mesurer cette semaine avec les ministres à La Valette. J'espère que la réunion qui s'y déroulera sera une bonne réunion qui permettra de voir que nous allons vraiment vers une conclusion satisfaisante.

Je continue de croire qu'un accord technique au niveau des institutions précédant et suivant un accord politique n'est pas seulement possible, mais aussi impératif pour limiter les risques liés à un retard et éviter de compromettre la performance budgétaire positive de l'an dernier. Mais cela exige un véritable engagement et une volonté de conclure de la part de tous, et j'insiste sur le mot «tous». Pour parvenir à un accord global, il faut faire des choix politiques difficiles. Nous en sommes conscients. C'est particulièrement vrai pour la Grèce. Nous comptons donc sur l'attitude constructive des autres institutions concernées et je tiens à dire dans cette enceinte, sans langue de bois, que cela inclut aussi le Fonds monétaire international, qui a participé activement à tous les aspects de la négociation depuis la création du programme MES en 2015 et qui doit, lui aussi, faire sa part d'efforts pour comprendre les difficultés spécifiques de la Grèce. La Commission va donc continuer à soutenir les discussions constructives entre tous les partenaires et à favoriser une conclusion rapide du réexamen.

Enfin, la Commission continuera également à encourager tous les efforts qui vont dans le sens d'une dette grecque plus soutenable. Nous signalons depuis un certain temps qu'un chemin d'excédents primaires plus réaliste est nécessaire après la fin du programme. Il n'est pas possible de demander pendant des années et des années des niveaux d'excédents primaires qui soient trop élevés si on veut que la croissance redémarre dans le pays et que l'emploi revienne. Sans cela, les marchés ne seront pas disposés à prêter à des taux raisonnables et la Grèce continuera à dépendre du soutien de ses partenaires européens. En fin de compte, je pense que c'est une question de partage des charges entre la Grèce et l'Eurogroupe.

Bref, la Commission tient à souligner les progrès déjà accomplis. Elle sait qu'il reste encore quelques efforts à faire pour que la discussion puisse aboutir. Je redis à quel point c'est pour nous, et pour moi personnellement, vraiment quelque chose qui est non seulement souhaitable mais possible et nécessaire pour notre union économique et monétaire, pour la zone euro, pour la Grèce et pour le peuple grec, qui a beaucoup souffert de la crise, qui doit voir la lumière au bout de ce long tunnel d'austérité et retrouver le chemin de la croissance et de l'emploi.

Manolis Kefalogiannis, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, Mr Dijsselbloem is absent to hear all parties' comments. He should have been here in the European Parliament to apologise to the people of southern Europe and if not, to resign from his post.

Κύριε Πρόεδρε, δύο μηνύματα για την αξιολόγηση στην Ελλάδα. Μήνυμα πρώτο προς τους θεσμούς: κλείστε την αξιολόγηση άμεσα! Ο διάβολος κρύβεται στις λεπτομέρειες. Ο ελληνικός λαός έχει κάνει πολλές και μεγάλες θυσίες. Μήνυμα δεύτερο προς την ελληνική κυβέρνηση: μην παίζετε με τη φωτιά! Προσέξτε το ατύχημα! Η πολιτική σας θυμίζει την πολιτική Τσίπρα-Βαρσοφάκη του καλοκαιριού του 2015, όταν φτάσαμε ένα βήμα πριν από τον γκρεμό, στη δραχμή, έξω από το ευρώ και την ευρωζώνη, στην άτακτη χρεοκοπία.

Η Ελλάδα σήμερα χρειάζεται αλληλεγγύη από το εξωτερικό, συναίνεση και σοβαρότητα στο εσωτερικό. Αυτός είναι ο μόνος τρόπος για να βγούμε από αυτή τη μεγάλη παρατεταμένη κρίση με το μικρότερο δυνατό κόστος για τον ελληνικό λαό.

Roberto Gualtieri, on behalf of the S&D Group. – Mr President, time is running out and the Greek people can no longer wait. They deserve a swift and positive conclusion to the second review. We think that a positive conclusion is at hand. The implementation of structural reform, a balanced solution for the labour market which would safeguard the right of collective bargaining, and additional fiscal safeguards – and also the possibility of expansionary measures if Greece outperforms its targets, as it is currently doing – could be the basis for an agreement to put Greece on the path towards sustainable growth.

This is why the Greek Government is right to negotiate constructively in order to get an agreement: prolonging the uncertainty would have negative consequences for the economy, and it would be a terrible mistake to throw away the positive results that have been achieved so far. But the IMF and some Member States should not abuse this situation and should also do their part in order to achieve a positive result. In particular they should not play with fire.

I want to be very clear: given the sense of responsibility shown by the Greek Government and given the significant concessions agreed in order to have the IMF on board, to insist on asking for an unsustainable additional fiscal effort to be concentrated in a single year after the end of the programme would be irresponsible and unacceptable. I would even say that it would be shameful. Finally, creditors should recognise that the primary surplus of 3.5% is achievable, but it is sustainable only for a very short time. This clear recognition is necessary in order to give credibility to the commitment made by the Eurogroup in May 2016 to implementing medium-term debt relief measures. Those measures are necessary in order to meet the agreed benchmarks for growth financing needs in a context of social cohesion, as well as financial, economic and political stability, and should be further specified.

A positive solution to the Greek crisis would be a major success for the Greek people and for the entire European Union in these difficult times. Parliament calls on all the relevant actors to take a responsible attitude in order to achieve this historic result.

Νότης Μαριάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Moscovici, η τρόικα τα θέλει μονά-ζυγά δικά της. Παρότι αρνείστε να χορηγήσετε τα εναπομείναντα 19,5 δισεκατομμύρια ευρώ του κεφαλαίου του τρίτου δανείου, εντούτοις απαιτείτε εφαρμογή των μνημονιακών μέτρων στο 100 %. Πρέπει είτε να μειώσετε τα μνημονιακά μέτρα κατά 25 % είτε να προχωρήσετε στη διάθεση του υπολοίπου δανείου, προκειμένου με τα χρήματα αυτά να γίνει ανακεφαλαιοποίηση των ασφαλιστικών ταμείων που λεηλατήθηκαν με το PSI, να θεσπιστεί ειδικό δημόσιο ταμείο για τα κόκκινα δάνεια και να χρηματοδοτηθεί η ίδρυση αναπτυξιακής τράπεζας για επενδύσεις στην ελληνική οικονομία και μείωση της ανεργίας. Επιστρέψτε, ως τρόικα, επιτέλους, τα 3,5 δισεκατομμύρια ευρώ που ενδυλάκωσε ο ESM, χρήματα που ανήκουν στην Ελλάδα και αφορούν επιστροφές των κερδών της ΕΚΤ του 2014 από τα ελληνικά ομόλογα, προκειμένου με τον τρόπο αυτό να χρηματοδοτηθεί ένα ευρύ αναπτυξιακό σχέδιο για τη δημιουργία 300.000 νέων θέσεων εργασίας.

Σταματήστε, κύριε Moscovici, την πολιτική της λιτότητας και της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής, που έχει μετατρέψει την Ελλάδα σε ένα απέραντο κοινωνικό νεκροταφείο. Σταματήστε, ως τρόικα, να πιέζετε και να ζητάτε μείωση συντάξεων, αύξηση φόρων, ξεπούλημα της ΔΕΗ και της κρατικής περιουσίας αντί πινακίου φακής. Ο ελληνικός λαός δεν ανέχεται την ταπείνωση και σύντομα θα δώσει και στην κυβέρνηση και στην τρόικα και στον κύριο Dijsselbloem, που δεν τόλμησε να εμφανιστεί εδώ για να απολογηθεί, την απάντηση που τους αρμόζει. Γιατί υπάρχει άλλος δρόμος.

Nils Torvalds, för ALDE-gruppen. – Herr talman! Jag ska ta upp några grundläggande strukturella problem som gäller Grekland. Det första strukturella problemet handlar om budgetstrukturen. Varje land som har sin pensionspolitik inbäddad i statsbudgeten beställer ett problem. Ni kan kolla med den ryska statsbudgeten, där har man gjort samma, i och för sig kortsiktiga, lösning. Man tror att det alltid finns pengar i statskassan och så tänker man att man kan betala pensionerna ur den budgeten. När man kastar en blick på befolkningspyramiden för Greklands del ser vi att snart är en majoritet av befolkningen pensionärer, och en minoritet av befolkningen ska tjäna in pengarna till statskassan. Om människorna betalade sin skatt i Grekland, kunde det här eventuellt vara ett överkomligt problem. Så som man nu betalar skatt i det landet är det här problemet inte lösbart. Det är det första problemet.

Det andra problemet gäller ett missförhållande mellan de riktiga besluten och den uteblivna förvaltningen. Vi vet att den grekiska regeringen har fattat riktiga beslut och vi vet att det grekiska parlamentet, med viss ovilja, har fattat de riktiga besluten, men vi ser fortfarande inte, den dag som idag är, att de här besluten förverkligas ute i levande livet. Av den orsaken tillhör jag en minoritet i den här församlingen som inte blev så fruktansvärt förskräckt av Dijsselbloems uttalande om hur man använder sina pengar. En del av mina ledamotskollegor visade en stor brist på sinne för humor när man så att säga "raised hell" om den frågan. Lite bättre disciplin, lite mera självkritik, så kanske vi klarar den här saken.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, ο ελληνικός λαός έχει κάνει μεγάλες θυσίες, έχει προβεί σε μεγάλες αλλαγές και η ελληνική οικονομία έχει σημειώσει σημαντική πρόοδο τον τελευταίο ενάμιση χρόνο, όπως παραδέχτηκε και ο Επίτροπος Moscovici.

Τώρα, όμως, είναι η ώρα να τηρήσουν και οι δανειστές τη δική τους υποχρέωση, γιατί η συνεχιζόμενη καθυστέρηση, κύριε Επίτροπε, κάνει ζημιά και στην ελληνική οικονομία και στην ίδια την ευρωζώνη. Αυτή η καθυστέρηση οφείλεται, όπως είπε χθες ο ίδιος ο εκπρόσωπος της Επιτροπής στις Βρυξέλλες, σε παράλογες απαιτήσεις που έρχονται την τελευταία στιγμή στο τραπέζι των διαπραγματεύσεων από την πλευρά του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου και του κυρίου Schäuble, του Υπουργού Οικονομικών της Γερμανίας.

Είναι ανάγκη όσοι έχουν μυαλό στο κεφάλι τους να προασπίσουν τα οικονομικά και τα γεωπολιτικά συμφέροντα και της Ελλάδας και της ευρωζώνης. Αυτό σημαίνει ολοκλήρωση της τεχνικής συμφωνίας χθες και όχι αύριο και ολοκλήρωση του συνολικού πακέτου της συμφωνίας μέσα στον Απρίλιο, κύριε Moscovici, με ισορροπημένο δημοσιονομικό πακέτο, όπως είπατε και εσείς, μετά το 2018, με βιώσιμο χρέος, με ρεαλιστικά πρωτογενή πλεονάσματα και με επιστροφή των συλλογικών διαπραγματεύσεων στην Ελλάδα, γιατί η Ελλάδα είναι κομμάτι της Ευρώπης. Μόνον έτσι μπορεί να κερδίσουν και οικονομικά και γεωπολιτικά η χώρα μου και ο λαός μου, αλλά και η ευρωζώνη.

Μην ξεχνάτε ότι οι Ελληνίδες και οι Έλληνες φυλάττουν ευρωπαϊκά σύνορα, είναι δίπλα στον παράγοντα αστάθειας που λέγεται Erdoğan και οι 27 έχουν κάθε λόγο, μετά το Brexit, να δείξουν ότι είναι ενωμένοι και σέβονται έμπρακτα, και όχι μόνο στα λόγια, τις θυσίες του ελληνικού λαού.

Ska Keller, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, on Friday we will have a Eurogroup meeting. Again and again it looks like there might not actually be real progress on the Greek programme and the Eurogroup, as we know, is led by a man who told us very clearly what he thinks about women and what he thinks about southern Member States. By his absence today he shows us also what he thinks about the European Parliament.

While he is a very big problem, he is not our only problem in that matter. The whole Eurozone, and hence also the whole future of the European Union, is being held hostage by the dogma of austerity. To believe growth will come if households are shrinking, if they have to be cut and also the state expenditure is being cut – well, that is not going to happen. That is just economic nonsense.

Extreme poverty has increased by almost seven times in the last years in Greece while state spending has been cut by more than 30%, which is the biggest reduction per capita in the whole Eurozone. While all of that is happening the IMF and also some Member States are demanding more and more cuts. They ask for further reductions in pensions, saying that the Greek pension system is too generous, but actually the truth is that Greek pensioners are much worse off than pensioners anywhere else in Europe. In Greece 43% of pensioners live on less than EUR 660 per month, making those who worked hard for their whole life extremely vulnerable to poverty and to social exclusion.

The whole future of Europe is also being held hostage by some Member States who think they can win elections by causing hardship elsewhere, and that should not happen. Labour rights, social rights and EU law are applicable everywhere in the European Union and by telling Greece that it should not apply collective bargaining we are imposing an arbitrary deviation from that European social model.

While we are saying the whole time that Greece should follow European rules, what we are actually telling them to do is abandon those very rules and that is just schizophrenic. If we truly want recovery in Greece, if we truly want to work together for a common future we cannot allow Greece to be made into an experimental ground for zero labour rights.

And sure, to overcome the dogma of austerity, to invest in a sustainable economy, to carry out intelligent reforms and to get real on debt relief, that might not be popular in every single Member State. It actually takes courage to argue that we are all going to benefit from this in the long term, that we should invest in our common good rather than cutting the ground from under our feet, to show solidarity instead of contempt. But this courage is necessary if we want to build our common future.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di tutto volevo dire che mi sarebbe piaciuto parlare di questo programma per la Grecia con il presidente dell'Eurogruppo Dijsselbloem, che a quanto pare ha preso benissimo l'eredità del suo predecessore Juncker: entrambi sono alla guida di fatto di due paradisi fiscali che da una parte incentivano l'elusione fiscale delle grandi multinazionali e dall'altra dettano, hanno dettato – Juncker prima e Dijsselbloem oggi – i programmi alla Grecia, programmi che servono per ripagare i debiti che ha preso questo paese, ma questo paese deve pagare degli interessi molto grandi, su questi debiti, insostenibili, e nel programma non mi sembra ci siano delle misure così sostenibili. Parliamo di taglio delle pensioni – e siamo al tredicesimo taglio in cinque anni, ditemi se questo è sostenibile. Parliamo di abbassamento della soglia per l'esenzione fiscale per i redditi minimi: tartassiamo ancora di più chi è povero! E la privatizzazione, adesso, della società dell'energia, dopo i porti e gli aeroporti.

Questa è la solita ricetta fallimentare della *troika*, è un assetto che non funziona. Finché non verrà messo seriamente in discussione, finché persone come Dijsselbloem e Juncker governeranno le istituzioni europee, non usciremo mai da questa crisi, l'eurozona non uscirà mai da questa crisi. Quindi chiediamo fortemente le dimissioni di questo personaggio che ha insultato i paesi del Sud e le donne, e vogliamo che queste cose vengano dibattute in modo più acceso, perché non è possibile non parlare dei problemi dell'eurozona, dell'euro e della *governance* economica.

Marco Zanni, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo tante menzogne che si sono sentite sulla Grecia, non solo oggi ma in questi anni, è necessario ristabilire un po' di verità su questo approccio disastroso orchestrato dalle istituzioni dell'Unione europea, che in nome dell'euro hanno scientemente distrutto un paese.

Siamo qui per fare il punto sui risultati di questi memorandum e facciamolo, il punto. La produzione industriale greca nel periodo è calata del 30 %, il PIL reale è sceso del 25 %, un quarto della popolazione greca vive sotto la soglia di povertà e la popolazione greca è di fronte a una delle più grosse crisi mai vissute – quasi mai vissute – nella sua storia.

Nel 2013 lo stesso Fondo monetario internazionale aveva dichiarato il fallimento delle politiche di austerità, aveva dichiarato di aver sottostimato gli effetti distruttivi dell'*austerità*. Ma non solo nessuno dei responsabili all'epoca ha pagato, né Dijsselbloem né Juncker si sono dimessi – anzi, qualcuno è stato promosso – ma l'approccio del terzo programma è ancora più austerità.

Ci avete fatto credere che il problema della Grecia fosse l'alto livello di debito pubblico in rapporto al PIL, e quindi che l'austerità fosse necessaria. Invece è falso. Dal 1993 al 2007 il rapporto debito pubblico/PIL della Grecia è stato intorno al 100 %, completamente costante e inferiore a quello di paesi come Belgio e Italia, considerati più virtuosi. Il problema qual è stato? Ce lo dice Vítor Constâncio in un discorso del 23 maggio 2013, in cui dice che il problema non era il debito pubblico ma il debito privato estero. Perché cosa è successo con l'euro ai cittadini greci? Eliminato il rischio di cambio, le banche del Nord hanno riversato credito su questi paesi speculando sui più alti tassi di interesse.

Il vostro obiettivo era già chiaro dall'inizio: non era salvare con questi programmi i cittadini greci, ma era permettere a queste banche che avevano speculato di recuperare i loro crediti e trasferire i debiti dai bilanci delle banche private ai bilanci pubblici. A questo sono serviti i fondi salva-Stati. L'Italia, tramite contribuzioni bilaterali e contribuzioni ai due fondi salva-Stati, ha contribuito con più di 60 miliardi di euro di soldi pubblici per salvare le banche del Nord. A questo avete obbligato i cittadini italiani. L'euro crollerà sotto le sue menzogne e voi sarete chiamati a rendere conto davanti a questo disastro che avete causato.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, έχετε το θράσος και συζητάτε για αξιολόγηση, νέες μειώσεις συντάξεων και νέα μέτρα λιτότητας που θα γονατίσουν κι άλλο τον ελληνικό λαό; Επίσημα στοιχεία που βγαίνουν καθημερινά στο φως της δημοσιότητας κατατάσσουν την Ελλάδα στις φτωχότερες χώρες.

Είμαστε στη λίστα με τους πιο δυστυχισμένους πολίτες, κατέχουμε την ευρωπαϊκή πρωτιά στις αυτοκτονίες, την ευρωπαϊκή πρωτιά στην ανεργία, ένα στα δύο Ελληνόπουλα υποσιτίζεται και καθόμαστε και συζητάμε με τον Dijsselbloem στο Eurogroup για νέες περικοπές, για κατάργηση εργασιακών δικαιωμάτων και για απελευθέρωση των απολύσεων. Ο Dijsselbloem, ο οποίος αρνήθηκε να παραστεί ενώπιον των ευρωβουλευτών, οι οποίοι, σε αντίθεση με αυτόν που είναι διορισμένος, είναι εκλεγμένοι από τους Ευρωπαίους πολίτες για να υπερασπιστούν τα συμφέροντα των χωρών τους, αλλά και συνολικά όλης της Ευρώπης. Τολμά να προσβάλλει χώρες και λαούς, με τις προκλητικές δηλώσεις του, αλλά ταυτόχρονα και τις γυναίκες, για τις οποίες προφανώς θεωρεί ότι γενικά εκδίδονται επί χρήμασι.

Μην απορείτε, λοιπόν, που η Μεγάλη Βρετανία επέλεξε την έξοδο. Συνεχίστε να εκχωρείτε το δικαίωμα στον Dijsselbloem να αποφασίζει για τις τύχες των χωρών μας και πολύ σύντομα και άλλες χώρες θα ακολουθήσουν.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist jetzt ziemlich genau sieben Jahre her, dass der damalige griechische Ministerpräsident Papandreou sich an die Europäer gewandt hat, dass das Land unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit stehe. Sieben Jahre! – und trotzdem müssen wir noch immer solche Debatten hier führen. Das zeigt doch das eigentliche Problem: In diesen sieben Jahren ist es gelungen, andere Länder unter den Rettungsschirm zu nehmen, um sie wieder an die Kapitalmärkte zu entlassen, und bei einem Land ist es nicht gelungen. Wenn ich jetzt die ganzen Reden bisher gehört habe, die sagen: „Alle anderen sind schuld und das Land selber nicht.“, dann verstehe ich das einfach nicht, denn andere haben es in kürzerer Zeit geschafft, Anpassungsprogramme umzusetzen.

Ich stelle mir schon ein paar Fragen: Warum ist Griechenland eines der wenigen Länder, wo die Reeder überhaupt nicht besteuert werden? Selbst unter einem Kommunisten, Herrn Tsipras, hat sich daran nichts geändert. Warum ist Griechenland ein Land, das es nicht schafft, das Auslandsvermögen seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger zu besteuern? Alle Länder in der Europäischen Union schaffen das, die Griechen schaffen es nicht. Warum ist Griechenland in der Lage, obwohl es angeblich so bettelarm ist, dass es über zwei Prozent seiner Wirtschaftskraft in die Verteidigung investieren kann und damit bei Herrn Trump hoch angesehen ist? Ich stelle mir schon die Frage: Ist es richtig, besser bei Herrn Trump dazustehen als bei denen, von denen man Solidarität einfordert? Und deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Hier müssen Hausaufgaben gemacht werden und nicht immer nur an andere appelliert werden.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Sławomir Kłosowski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Mam pytanie do pana komisarza i do pani poseł Keller. Otóż z jednej strony chciałbym zapytać, bo nie ukrywam, że pewne kwestie...

(Przewodniczący przerwał posłowi, informując go, że może on zadać pytanie tylko posłowi Ferberowi)

Presidente. – On. Ferber, c'è una domanda per lei, la accetta?

On. Kłosowski, prego, la sua domanda.

Sławomir Kłosowski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Otóż mam podobne pytanie do pana Ferbera. Ekonomia jest nauką ścisłą, w związku z tym tu pewne kwestie są do wyliczenia. Bardzo często w dzisiejszej debacie rozlegały się głosy typowo socjalne, mówiące o pewnej solidarności, o współczuciu dla narodu greckiego, który przeżywa trudności, przeżywa kłopoty ze względu na swoją wewnętrzną sytuację budżetową. W związku z tym mam pytanie do pana Ferbera. Jak Pan widzi praktyczne pogodzenie tych dwóch kwestii: kwestii wyliczalnej ekonomii z jednej strony, kwestii socjalnych z drugiej?

Markus Ferber (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich weiß jetzt nicht, auf welchen Teil meiner Rede Sie sich beziehen, denn ich sehe mich natürlich nicht in der Lage, hier Fragen, die eigentlich an andere Kolleginnen und Kollegen gerichtet waren, zu beantworten.

Ich will nur mal darauf hinweisen: Nach Unterlagen der Kommission hat allein das Land Griechenland Steuerausstände von über 80 Mrd. EUR, in einer Größenordnung also, wie sie dem dritten Hilfspaket entspricht. Wenn es nur gelingen würde, diese Steuerausstände einzutreiben, müsste weder etwas gekürzt werden, noch müsste bei den europäischen Geldgebern weiter Geld gefordert werden. Und deswegen sage ich: Zuhause müssen die Dinge erledigt werden, und dann gibt es auch die Solidarität von uns.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il y a deux mois très exactement, nous avons dans cet hémicycle le même débat au cours duquel vous annoncez de bonnes prévisions et de bons résultats pour la Grèce. Nous avons l'impression qu'il n'y avait plus aucun motif de blocage au Conseil ou à l'Eurogroupe. Depuis, rien n'avance.

On cite parfois dans cet hémicycle le nom de M. Dijsselbloem, mais on oublie sans doute de citer M. Schäuble ou leurs complices, ces messieurs et cette dame du FMI. Car, en réalité, nous avons l'impression qu'à force de ne pas vouloir créer d'aléa moral, ce sont ceux qui dénoncent cet aléa moral qui sont en train d'en créer en Grèce, produisant ici le miracle de réunir toute la classe politique grecque, contrairement à ce qui se passe dans le pays, contre cette politique d'austérité d'abord voulue par M. Schäuble pour des raisons, me semble-t-il, qui n'ont à voir ni avec la Grèce, ni avec la zone euro, ni avec l'Union européenne, mais simplement avec un calendrier électoral en Allemagne.

Or je ne pense pas que l'économie de la zone euro puisse être ainsi prise en otage par quelqu'un qui joue à l'apprenti sorcier ou qui est en train de mettre en place une stratégie de prophétie autoréalisatrice. Car comment reprocher à M. Tsipras de rappeler à ses partenaires qu'ils ont pris des engagements au sujet de la dette lorsque ces derniers, au vu des résultats qui sont à la hauteur de ce qui était attendu de son pays, lui demandent de doubler la mise et d'aggraver encore la situation des retraités?

Vendredi dernier, il me semblait que tout était en ordre et qu'un accord était possible. Or, aujourd'hui, on voit que la perspective d'un accord et d'une conclusion du réexamen du programme au prochain Eurogroupe, ce vendredi, est quasiment bouchée. Cela est dangereux. Nous avons besoin – et nous nous répétons – de donner à la Grèce des sources de confiance. C'est nécessaire pour la Grèce, mais aussi pour la zone euro et pour l'Union européenne, car cette situation fragilise l'ensemble de l'équilibre.

M. Schäuble doit d'urgence cesser ses manœuvres à l'Eurogroupe, qui consistent simplement à importer dans la zone euro des débats de politique intérieure allemande.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Die Frau Kollegin Berès ist eine ausgesprochene Wirtschaftsexpertin. Ich möchte Sie fragen: Wie, glauben Sie, können wir es schaffen, dass in Griechenland wieder mehr investiert wird, dass damit auch neue Arbeitsplätze entstehen und dass Griechenland vor allem auch konkurrenzfähiger wird, um im Export das zu erwirtschaften, was man zu Hause für den Konsum braucht?

Pervenche Berès (S&D), réponse «carton bleu». – Cher collègue, c'est bien tout l'enjeu de la discussion que nous avons maintenant depuis des mois et, à tout le moins, depuis que la Commission a mis sur la table les nouveaux résultats de la Grèce.

Comment voulez-vous que des investisseurs aient envie de retourner dans ce pays alors que le réexamen du programme n'est pas terminé? Cela veut dire que les partenaires n'accordent pas à ce pays le crédit nécessaire pour pouvoir redémarrer. Or, tout ce dont ce pays a besoin, c'est d'un signe montrant que ceux qui ont conclu avec M. Tsipras et son gouvernement un mémorandum pour redresser la situation prennent acte des efforts accomplis, de la réalité des résultats et de l'opportunité pour les investisseurs étrangers de réinvestir dans le pays pour faire redémarrer l'économie.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident, Herr Kommissar Moscovici! Wie oft habe ich das hier schon gehört: „Wir nähern uns dem rettenden Ufer.“ Jetzt sagen Sie: Die Griechen können Licht am Ende des Tunnels sehen und auch die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Sie ist zurückgegangen, weil die Leute auswandern! Und Sie haben gesagt, es ginge besser – Griechenland ist im neunten Jahr einer Rezession!

Jahr für Jahr bekommen wir in diesem Parlament falsche Zahlen vorgelegt. Ich habe das mal verglichen: Zwischen den Prognosen und den Ist-Zahlen ist eine Differenz von 4,95 Prozentpunkten. Das ist nicht mehr Information des Parlaments, das ist Zahlendemagogie!

Und dann wird gesagt: Ja, der Primärüberschuss ist gestiegen. Ich kenne das, ich bin Finanzwissenschaftler. Man lässt einfach Ausgaben weg oder zahlt keine Rechnungen mehr. So kann man das Defizit reduzieren. Das ist doch keine Möglichkeit, einem Land eine Zukunft zu geben!

Ich sage ganz klar: Es geht doch gar nicht um Griechenland, es geht um den Zusammenhalt des Euro-Raums! Ich möchte, dass Griechenland nicht auf dem Altar des Euros geopfert wird. Ich will nicht, dass die Euro-Ideologie Europa zerstört. Ich möchte, dass Völker und Menschen wieder leben können in Griechenland!

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, όσοι ζητούν να κλείσει αυτή η αξιολόγηση δήθεν για το καλό της Ελλάδας, στην ουσία ζητάνε νέες μειώσεις συντάξεων, νέα απώλεια εισοδημάτων μέσω του αφορολόγητου, νέο ξεπούλημα της δημόσιας περιουσίας και διάλυση των εργασιακών σχέσεων.

Αγαπητοί συνάδελφοι, από το 2010, εδώ και επτά χρόνια, ο ελληνικός λαός ζει σε μια κατάσταση διαρκούς εκβιασμού. Δανειστές και κυβέρνηση μεταθέτουν την ευθύνη ο ένας στον άλλον για την αποτυχία ενός προγράμματος, αυτού που περιγράφεται στα μνημόνια, που έχει οδηγήσει τον ελληνικό λαό στη φτώχεια και την εξαθλίωση.

Κύριε Moscovici, για άλλη μια φορά μας είπατε, επί της ουσίας, ότι αν μειώσουμε τις συντάξεις στην Ελλάδα, αν ξεπουλήσουμε τον δημόσιο πλούτο, στην προκειμένη περίπτωση τη ΔΕΗ, και αν υποτιμήσουμε τη ζωή μας και το μέλλον των παιδιών μας, θα ανακάμψουμε. Αντί αυτού, όμως, αγαπητοί συνάδελφοι, η εφαρμογή των πολιτικών της τρόικας και της ευρωζώνης έχει ως αποτέλεσμα τεράστια απώλεια εισοδημάτων, τη μεγαλύτερη ανεργία στην Ευρωπαϊκή Ένωση, μετανάστευση 500.000 νέων επιτιμώνων και αύξηση του δημόσιου χρέους.

Το θέμα λοιπόν, αγαπητοί συνάδελφοι, δεν είναι να κλείσει η δεύτερη αξιολόγηση, αλλά να μπορέσει ο ελληνικός λαός να αντισταθεί και να έρθει σε ρήξη με τις πολιτικές της λιτότητας και της ευρωζώνης για να μπορέσει να αναπτυχθεί.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, como antes se ha comentado, hace unos meses estábamos teniendo un debate, aquí, en el cual parecía que había unos datos macroeconómicos buenos, que Grecia podría ir, poco a poco, cerrando el programa y que teníamos una buena perspectiva.

¿Qué ha ocurrido? Pues que a alguien parece que le ha interesado más enrarecer las negociaciones y crear problemas que llegar hasta el final, entre otras cosas porque se le están pidiendo cosas a Grecia que no están ni tan siquiera en el memorándum. Porque quiero recordar que en el memorándum, que era totalmente ignominioso, estaban la cuestión de la deuda y la reestructuración de la deuda.

¿Dónde está eso en la tabla de negociaciones? No lo sabemos. Y, en cambio, se empezó a exigir a Grecia que hiciera reformas laborales que incluso van contra la propia ley europea, porque lo que se le está exigiendo en materia de negociación colectiva va contra los fundamentos de la ley europea.

Por lo tanto, parece que estamos más ante los intereses de alguna gente, de alguna institución internacional que quiere desestabilizar un Gobierno, que ante gente que quiere realmente ayudar al país a salir adelante.

Francamente —y quiero terminar con esto—, que el presidente del Eurogrupo, después de lo que dijo el otro día, no se haya dignado a venir es una prueba más de que lo que tiene que hacer es dimitir inmediatamente.

Rolandas Paksas (EFDD). – Manau, kad negalima iš valstybės, kurios bendras vidaus produktas prieš keletą metų nukrito daugiau kaip dvidešimt penkis procentus, reikalauti, kad BVP per keletą metų pasiektų ne tik nulį, bet ir Maastrichto kriterijus, kurių, beje, šiandien neatitinka ne tik Graikija, bet ir kitos Bendrijos valstybės. Reikalavimai Graikijai turi būti pamatuoti, protingi, siūlomos reformos įgyvendinamas be šoko terapijos Graikijos visuomenei. Reikalavimų kartelė iš Europos Sąjungos institucijų turi būti protingame aukštyje ne tik dėl to, kad ją Graikija galėtų įveikti, bet dar ir dėl to, kad ne be šių institucijų atsakomybės stygiaus Graikija buvo pasodinta ant paskolų adatos. Šimtu procentų pritarčiau, kad prie Graikijos finansavimo proceso prisidėtų ir Tarptautinis valiutos fondas. Ir dar, greta diskusijos dėl reformų Graikijoje lygia greta turėtų būti ir kita diskusija: kokią dalį skolų šiai valstybei kreditoriai yra pasiryžę nurašyti, nepaisant to, kad kai kurioms valstybėms tai nepatinka.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Kommissar Moscovici! Laut Expertenschätzungen kostet die schleppende Evaluierung des zweiten Anpassungsprogramms die griechische Wirtschaft bereits jetzt zwei Milliarden Euro, und das vor dem Hintergrund einer Arbeitslosigkeit von über 27 % und Kapitalabflüssen wie zu Beginn der Krise. Griechenland erlebt derzeit einen schleichenden *bank run*. Allein im März dieses Jahres sind 1,5 Milliarden Euro ins Ausland geflossen, zusätzlich zu den 4 Milliarden, die seit Jahresanfang ans Ausland flossen. Also von einer robusten Wirtschaft, wie Sie das sagten, Herr Kommissar, kann aus meiner Sicht keine Rede sein, und auch das Wirtschaftsprogramm, die Wirtschaftsdaten für 2017 werden nach unten korrigiert.

Der Präsident der griechischen Notenbank, Herr Stournaras, hat auch schon vor weiteren Verzögerungen bei den Verhandlungen gewarnt. Er sieht schwere Rückschläge für die griechische Wirtschaft und insbesondere für die griechischen Banken, und er fordert Strukturreformen ein – sehr zum Missfallen der griechischen Regierung. Und auch am Freitag beim Ecofin wird es keine Einigung geben, das hat uns Herr Dijsselbloem schon in einem Interview mitteilen lassen. Und der Grund dafür ist, dass die Regierung Tsipras die Reformschritte, die beim Abschluss des dritten Hilfspakets im Sommer 2015 zugesagt wurden, verschleppt. Alle Umsetzungszusagen an die Geldgeber sollen laut Tsipras auf nach den Wahlen 2019 verschoben werden, und alle internen Kritiker wie der Notenbankchef sollen sich politisch möglichst nicht mehr äußern. Sonst droht ein ähnliches Schicksal wie das des ehemaligen Leiters der griechischen Statistikbehörde, Herrn Georgiou, der zu acht Monaten Haft verurteilt wurde, weil er korrekte Statistiken nach Brüssel meldete.

Eine bedenkliche Entwicklung. Das ist nicht das, was Griechenland braucht. Griechenland braucht einen Befreiungsschlag, ein Wirtschafts- und Stabilitätsprogramm, das Wachstum und Beschäftigung schafft. Das hat die Regierung Tsipras bis heute nicht vorgelegt.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, πριν από οτιδήποτε άλλο, επειδή ειπώθηκε αυτό εδώ μέσα, θα ήθελα να πω ότι ο ελληνικός λαός γελάει πραγματικά με το ανέκδοτο ότι ο Τσίπρας είναι κομμουνιστής. Λοιπόν, η τρόικα και η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ βιάζονται να φέρουν το τέταρτο σκληρότερο μνημόνιο, τα δε υπόλοιπα κόμματα καβαγιάζουν ποιος φέρνει τα καλύτερα μνημόνια.

Όλοι συμφωνούν: νέο 15ο τσάκισμα συντάξεων και μισθών, φοροληστεία των φτωχότερων για να φοροαπαλλαγούν οι πλουσιότεροι, ομαδικές απολύσεις, χτύπημα του απεργιακού δικαιώματος, ιδιωτικοποιήσεις. Όλα για την ανάκαμψη όχι του λαού, αλλά του κεφαλαίου. Αυτές είναι οι βέλτιστες πρακτικές και το κεκτημένο της Ευρωπαϊκής Ένωσης: όταν όλοι ανησυχούν για την καθυστέρηση του τέταρτου μνημονίου, οι εργαζόμενοι να ανησυχούν για τη ζωή τους. Καμιά ανάθεση σε νέους σωτήρες, το ίδιο βάρβαρους με τους προηγούμενους.

Η καπιταλιστική βαρβαρότητα, με ή χωρίς μνημόνια, δεν έχει τέλος, αν δεν τη σταματήσει η ίδια η οργανωμένη εργατική τάξη και τα λαϊκά στρώματα. Ευρωπαϊκή Ένωση και καπιταλισμός δεν εξανθρωπίζονται. Έτσι, λοιπόν, στις 7 Απρίλη, τη μέρα του Eurogroup, οι εργαζόμενοι στους δρόμους δίνουν απάντηση. Με μπροστάρηδες τους κομμουνιστές, το Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας, ανοίγουν το δρόμο της ανατροπής.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θεωρώ ότι μπορούμε να κάνουμε λίγα πράγματα στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για να επιταχύνουμε το κλείσιμο της δεύτερης αξιολόγησης του τρίτου προγράμματος, το οποίο αρχικά προβλεπόταν για τον Φεβρουάριο του 2016, αλλά καθυστερεί εδώ και 14 μήνες. Σχεδόν όλα εξαρτώνται από τη διαπραγμάτευση της κυβέρνησης Τσίπρα με το κυβερνητικό κόμμα, τον ΣΥΡΙΖΑ, που εμείς τουλάχιστον δεν ετηρεύουμε.

Δύο χαρακτηριστικά παραδείγματα: η κυβέρνηση Τσίπρα έχει υπογράψει την ιδιωτικοποίηση όλων των δημόσιων επιχειρήσεων, συμπεριλαμβανομένης και της μερικής ιδιωτικοποίησης της Δημόσιας Επιχείρησης Ηλεκτρισμού. Προσπαθεί, όμως, να την καθυστερήσει, γιατί τα κομματικά στελέχη και οι συνδικαλιστές που πρόσκυνται στον ΣΥΡΙΖΑ δεν την κάνουν δεκτή. Δεύτερο παράδειγμα: η κυβέρνηση Τσίπρα έχει δεχθεί νέες μεγάλες μειώσεις στις συντάξεις, μεγαλύτερες από αυτές που επέβαλε το 2015 και το 2016. Θέλει, όμως, να μην εφαρμοστούν αυτή την τετραετία, αλλά στην αρχή της επόμενης, οπότε ο ΣΥΡΙΖΑ θα είναι στην αντιπολίτευση, σε μια προσπάθεια να δημιουργήσει πρόβλημα στη μελλοντική κυβέρνηση Μητσοτάκη.

Πιστεύω ότι η κυβέρνηση Τσίπρα θα συμβάλει, τελικά, στο κλείσιμο της δεύτερης αξιολόγησης. Θα προτιμήσει να τα βάλει με ένα μεγάλο μέρος του ΣΥΡΙΖΑ παρά να εξοργίσει το μεγαλύτερο μέρος του ελληνικού λαού, επιστρέφοντας την εθνική οικονομία στην κρίση του 2015. Άλλωστε, έχει αποδείξει ότι δεν την ενδιαφέρει τόσο η πολιτική που εφαρμόζει όσο η παραμονή στην εξουσία.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Presidente. – L'on. Rübig ha fatto un richiamo al regolamento. Onorevole, di che si tratta?

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Der Kollege, der vor Herrn Kollegen Kyrtosos gesprochen hat, der den kommunistischen Aufmarsch jetzt sehr gelobt hat, hat davon gesprochen, dass er einen Umsturz in Griechenland befürwortet. Könnte er vielleicht genau erklären, wie das mit den Prinzipien der Demokratie funktioniert?

Presidente. – On. Rübig, questo non è un richiamo al regolamento, è una domanda da rivolgere all'oratore, è una domanda «cartellino blu».

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Κύριε Κύρτσος, και εσείς και ο προηγούμενος συνάδελφός σας, ο κύριος Κεφαλογιάννης, κατηγορήσατε την ελληνική κυβέρνηση ότι παίζει με τη φωτιά. Εδώ ο κύριος Gualtieri από τη Σοσιαλιστική Ομάδα κατηγορήσε τον κύριο Schäuble ότι παίζει με τη φωτιά και η κυρία Keller από τους Πράσινους και άλλοι συνάδελφοι, που δεν ανήκουν στην ομάδα της Αριστεράς ούτε υποστηρίζουν την κυβέρνηση Τσίπρα, κατηγορήσαν τον κύριο Schäuble και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο για την καθυστέρηση της αξιολόγησης. Ήθελα, λοιπόν, μια ξεκάθαρη απάντηση. Εσείς θεωρείτε υπεύθυνη για την καθυστέρηση της αξιολόγησης την ελληνική κυβέρνηση ή τους δανειστές, και ιδίως τον κύριο Schäuble και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο;

Γεώργιος Κύρτσος (PPE), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Την ευθύνη την έχει η ελληνική κυβέρνηση, διότι, όσο και να είναι δύσκολη η κατάσταση – γιατί όντως και οι Ευρωπαίοι εταίροι και οι πιστωτές, πολλές φορές, έχουν απαιτήσεις που δεν πρέπει να ικανοποιηθούν – έχουμε μια καθυστέρηση από τον Φεβρουάριο του 2016, είμαστε στον Απρίλιο, πάμε μάλλον για τον Μάιο και, επειδή πρέπει να πάρουμε τη δόση τον Ιούνιο, για να πληρώσουμε τον Ιούλιο, μάλλον φτάνουμε στο τέλος αυτού του σίριαλ.

Αλλά θεωρώ ότι το πρόβλημα είναι εσωκομματικό και εσείς θα μας δώσετε την απάντηση, όχι εγώ. Δηλαδή, πώς μπορεί να υπογράψει ο Τσίπρας την ιδιωτικοποίηση των ΔΕΚΟ και να έχει αντίρρηση ο ΣΥΡΙΖΑ; Πώς μπορεί ο Τσίπρας να δέχεται νέα μείωση των συντάξεων και να έχει αντίρρηση το κόμμα σας; Άρα, εκεί είναι το πρόβλημα.

Όσο τι λένε οι άλλοι, εγώ θεωρώ ότι ξέρω καλύτερα την ελληνική κατάσταση απ' ό,τι, για παράδειγμα, ο κύριος Gualtieri. Ήταν σαν να του ανέλυα εγώ τι πρέπει να κάνει το Δημοκρατικό Κόμμα στην Ιταλία.

Maria João Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, a linguagem ofensiva do Sr. Dijsselbloem prova, de facto, que ele não está à altura de desempenhar este cargo de presidente do Eurogrupo e não faz a diferença em relação às posições do Sr. Schäuble. Não a esta narrativa errada sobre as razões da crise da zona euro e não a estas soluções erradas.

Há responsabilidades nacionais mas, acima de tudo, há grandes responsabilidades na forma como a União Europeia conduziu a resposta à crise na zona euro e tem respondido à situação dramática da Grécia. Vejamos as grandes diferenças entre o programa que se está a tentar aplicar na Grécia e a solução alternativa que Portugal, conduzido pelo governo socialista, tem conseguido pôr em prática.

Primeira grande diferença: respeitar os direitos sociais dos trabalhadores, os seus salários, e usar isso como alavanca para aumentar a procura interna, ao mesmo tempo que se promovem as exportações; segundo: conseguir que as reformas incidam não só sobre o mercado de trabalho mas, acima de tudo, sobre a educação, sobre a inovação, sobre melhores serviços prestados à população; terceiro: conseguir pôr o investimento no topo das prioridades alavancando um futuro para o país para uma nova transição energética e digital e, quarto, não subordinar o crescimento à consolidação orçamental, pelo contrário, mais crescimento facilita o processo de consolidação orçamental. Mas, acima de tudo, conseguir que o país não esteja limitado a uma posição subalterna na discussão europeia, se assuma como parceiro de parte inteira da reforma da zona euro, que tem que ser conduzida para nós repormos o princípio da convergência. Isso exige completar a união bancária, isso exige construir uma capacidade orçamental e só assim é que não só a zona euro vai ter futuro, mas a União Europeia vai ter o futuro que merece.

Presidente. – Il commissario Moscovici aveva detto in apertura che doveva lasciarci per andare a un incontro molto importante, e al suo posto la Commissione è ben rappresentata dal commissario Andriukaitis.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, λυπάμαι που και ο κύριος Επίτροπος δεν είναι στην αίθουσα τώρα, αλλά θα τον ρωτήσω σαν να είναι εδώ και θα ήθελα να τον ρωτήσω ευθέως: ποιος είναι ο πραγματικός σας στόχος; Γιατί είναι ύβρις να λέτε στον ελληνικό λαό ότι η συνέχιση της πολιτικής που τον έφτασε σε κατάσταση επαιτείας θα οδηγήσει και στη σωτηρία του. Εφτά χρόνια τώρα, με πρόθυμες κυβερνήσεις, απειλώντας και εκβιάζοντας τον ελληνικό λαό, ευτελίσατε την κοινοβουλευτική δημοκρατία, επιβάλατε αποικιοκρατικές συμφωνίες για 100 χρόνια και διαλύσατε, παράλληλα, την κοινωνία.

Όσο για το χρέος, από 120 % το 2010 πήγε στα 180 % σήμερα, με δικά σας προγράμματα σωτηρίας, σε δυσθεώρητα ύψη και, κατά γενική ομολογία, είναι αδύνατον να εξυπηρετηθεί. Τι παραπάνω ζητάτε από τον ελληνικό λαό; Σταματήστε, πάντως, να μιλάτε για προγράμματα εξόδου από την κρίση.

Κύριε Επίτροπε, ακόμη και αν δεν είσατε εδώ, θέλω να σας πω ότι οι πολιτικές σας παράγουν Brexit, αναδεικνύουν τους ακροδεξιούς πρώτο κόμμα στην πατρίδα σας και στην Ολλανδία παραλίγο να τους φέρουν στην κυβέρνηση.

Πέστε μου, τι γιορτάζατε προχθές στη Ρώμη; Τις ευρωπαϊκές αρχές που καταπατώνται ή την Ευρώπη πολλών ταχυτήτων που προωθείτε; Φαίνεται ότι η Ελλάδα σε αυτή τη συγκυρία είναι το χρήσιμο εργαλείο σας για να παγιώσετε τα αποτελέσματα αυτής της κρίσης, που τελικά δείχνει να σας εξυπηρετεί.

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Petras Auštrevičius (ALDE), blue-card question. – Mr President, you will find no country happy to see an austerity programme but listening to this Greek drama where both sides are blaming each other every time, would you tell me, if you were the Prime Minister of Greece, what decisions you would take first and second? What concrete decisions would help your country come out of the economic crisis? Be pragmatic. First and second decisions.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Κύριε Πρόεδρε, η απάντησή μου θα είναι πάρα πολύ σύντομη. Θα έκανα αυτό που δεν έκανε κανείς και που επιβάλλει η ίδια Ευρωπαϊκή Ένωση με την οδηγία της: θα έλεγχα το χρέος από την αρχή. Εσείς επιβάλατε ένα χρέος στον ελληνικό λαό χωρίς να το έχετε ελέγξει, ενώ η οδηγία 247 επιβάλλει χώρες που βρίσκονται σε δημοσιονομικό έλεγχο να ελέγχουν το χρέος τους πρώτα και μετά, αν στην περίπτωση της Ελλάδας, πραγματικά χρωστούσε ο ελληνικός λαός, να πληρώσει μέχρι κεραίας. Αυτή τη στιγμή, ο ελληνικός λαός βρίσκεται σε αυτή την κατάσταση, χωρίς να ξέρει πώς, τότε και γιατί δημιουργήθηκε αυτό το χρέος και ποιος το επέβαλε. Εμείς γνωρίζουμε πολύ καλά ότι ο ελληνικός λαός αυτή τη στιγμή πληρώνει τον τζόγο των τραπεζών όλων των λαών.

David Coburn (EFDD). – Mr President, a child is left on the steps of a church. The mother cannot afford it. A pensioner jumps from a high place, faced with a winter without winter fuel. This, honourable ladies and gentlemen, Members of this Parliament, is Greece, as created by the EU and the euro. It is not about resources, it is about debt in the wrong currency. The Greek debt is now 177% of GDP. It grows as the Greek economy shrinks so it can never, ever, be paid off. Instead, it grows larger.

Edinburgh is described as the Athens of the north because of its classical architecture and its learning. Nicola Sturgeon wants to make this manifest and all too real. An independent Scotland with an SNP deficit of GBP 15 billion is bigger than that of Greece. Scotland would have to adopt the catastrophic euro and the consequent 'austerity max' Greece has had to suffer. I weep for the people of Greece, but Sturgeon's desire to emulate them beggars belief and will beggar Scotland.

Gerolf Annemans (ENF). – De ondergang hier gisteren in de plenaire vergadering van Jeroen Dijsselbloem symboliseert eigenlijk ook de politieke grond daarvan, namelijk de ondergang van de sociaaldemocratie in Nederland enkele weken voordien tijdens de verkiezingen.

Wat ik wil zeggen is, het is niet de taak van de sociaaldemocratie om die euro per se overeind te willen houden, want dan gaat zij tegen haar grondslagen in en tegen de grondslagen die de bevolking aan democratisch verkozen politici geeft. Want de hervormingspolitiek zoals die hier altijd met een eufemisme wordt genoemd, is niets meer dan het één maken binnen de eurozone van alle sociaal-economische ruimten. Het één maken, het federaliseren van een staat die de Europese staat moet zijn en waarvan u één staat wil maken in plaats van een Europese samenwerking.

Dat is geen natuurlijke gang van zaken want daarvoor moet u dingen doen die niet normaal zijn en zeker niet voor sociaaldemocraten. U moet armoede creëren, u moet volkeren wurgen, zoals u met het Griekse volk heeft gedaan, en u moet met de ECB tegelijkertijd, dankzij mijnheer Draghi, schulden, schulden en nog meer schulden maken. Het is waanzin. Stop ermee!

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, I came here to listen to a debate about Greece and not about Scotland and Brexit. I was looking forward to hearing the opinion of the head of the Eurogroup, and it is a little unfortunate that he is not here. Still, there is a very interesting debate that is raising some concerns.

When I look at the data, I can see the enormous effort made by the Greek Government and the high cost paid by the Greek people to stabilise the fiscal situation. This has been reached. Unfortunately, data on economic growth are much gloomier. After some very bad times we saw some signs of recovery that have now been replaced by much weaker data. This is really the key concern.

First of all, in this situation the Greek Government should not give up on fiscal improvement and the vast effort and money it has taken to maintain the fiscal situation. It would be good if the government could explain to people that this is unfortunately the cost of the bad governance of Greece before the crisis.

At the same time we should better understand what is going on in Greece and, as partners, work out the measures that will get Greece back on its feet. I am not talking about revisiting the agreements or resetting the targets, because I do not believe that the country can get out of trouble through fiscal expansion, but find a good combination of reforms and involvement of EU policy like the cohesion funds or EFSE to help Greece to recover. I guess it is feasible. We are still missing one component, and this is trust. Unfortunately the debate is supporting that.

Paul Tang (S&D). – Mr President, at the start, let me make clear that Jeroen Dijsselbloem should apologise for his remarks. These remarks ignore the fact that people have made sacrifices, and the Greeks especially have suffered and paid in terms of high unemployment and high income loss, and still the prospects are uncertain. Yet the adjustment programme for Greece continues, even if the results are not always encouraging. Indeed, the IMF is right that the required fiscal surplus is too high to be sustainable, and that the debt is unsustainable, undermining collective bargaining. Further flexibilisation of the labour market is not an answer to these problems.

We need the second review to be completed, but we need more. We need politicians that face their voters and tell the truth about unsustainability. We need politicians who admit to that unsustainability for, as voters know perfectly well, you cannot get blood from stone, and let us say so.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este debate resume de forma particular o pior desta União Europeia. Um programa de ajustamento que produziu resultados desastrosos do ponto de vista económico, social e das próprias contas públicas. Sim, estamos a falar do caso da Grécia, que não é propriamente um caso normal, é mais obscuro do que o normal. Foi feito um ultimato ao povo grego que constituiu provavelmente o ponto mais baixo e degradante da história da integração europeia. Mas como se o autoritarismo não bastasse, a Comissão Europeia resolveu ir mais longe e violou o compromisso que assumiu com o governo grego de reestruturar a dívida grega.

Os acordos da Comissão Europeia são, portanto, não apenas acordos e documentos de má política, mas também documentos de má-fé. Mas por último, este debate mostra o ridículo a que chegámos: o Sr. Moscovici e o Sr. Borg vieram aqui para substituir o Sr. Dijsselbloem que, num ataque de covardia, se recusou a prestar contas aos representantes dos cidadãos e veja-se, temos a Comissão e o Conselho a substituírem um grupo que nem sequer existe do ponto de vista formal que é o Eurogrupo.

O Parlamento Europeu já pediu a demissão do Sr. Dijsselbloem, quer o Sr. Dijsselbloem na rua. A Comissão e o Conselho estão à espera de quê para fazer o mesmo?

Presidente. – On. Matias, le ricordo che la Commissione e il Consiglio non sono qui per sostituire nessuno. Abbiamo organizzato una discussione diversa da quella che era in programma perché il presidente Dijsselbloem non è voluto intervenire in Aula, e naturalmente tutti sanno le critiche che questo ha comportato.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sì, è vero, l'Eurogruppo è un organismo informale, come da trattato di Lisbona, e dovrebbe discutere di responsabilità. Pensate: di responsabilità e crescita nell'area euro. Di fatto non ha obblighi formali verso l'unico organismo eletto, il Parlamento europeo, ma assume decisioni che impattano su politiche fiscali, monetarie e strutturali degli Stati membri. Il suo presidente, ricordiamolo, ministro delle Finanze dell'Olanda – un paese che incentiva l'elusione fiscale internazionale – è reo di offese inaccettabili verso i popoli del sud dell'Europa, e oggi rifiuta l'invito a parlare davanti a noi, difensori di tutte le persone che versano lacrime e sangue per rispettare delle insostenibili regole di *governance* economica.

Collegli del Parlamento, volete ancora credere alla bontà dell'operato della *troika* e del MES, che in Grecia, dall'inizio della crisi, hanno erogato ben oltre due terzi degli aiuti per ripianare lo stesso debito contratto proprio con il sistema bancario internazionale e con gli istituti finanziari europei? Questa non è la strada per costruire un'Europa solidale dei cittadini. Non ci si accusi di essere populisti quando evidenziamo queste anomalie. Combattere per la trasparenza, per la democrazia, combattere per un Parlamento più centrale nelle decisioni che impattano sulla vita di 500 milioni di cittadini europei non è populismo, signori. Questa si chiama responsabilità. Questa si chiama volontà.

Auke Zijlstra (ENF). – Griekenland heeft een probleem met de waarheid. Andreas Georgiou, het hoofd van het statistiekbureau, stelde vast dat de tekorten veel groter waren dan de Grieken zelf altijd beweerd hadden. Hij is hiervoor vorige week veroordeeld tot een jaar gevangenisstraf. Dat is schandelijk en het laat zien waar Griekenland staat. Een volwassen maatschappij zal uit zichzelf tekorten bestrijden, maar Griekenland beweegt alleen als de geldschietters dat eisen. Waarom moeten wij de Grieken vertellen dat ze meer dan wie ook aan pensioenen uitkeren? Dat de belastingopbrengsten achterblijven? Dat leningen moeten worden afgelost? Dat weet je toch zelf ook wel.

Voorzitter, het idee dat Griekenland volwassen is, is niet meer te verdedigen, want volwassenheid kenmerkt zich door onafhankelijkheid en verantwoordelijkheidsgevoel en Griekenland toont geen van beide. Daarom de kernvraag, Voorzitter, waarom blijven wij geld overmaken aan kleine kinderen?

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, a União Europeia só vencerá os desafios que tem pela frente se atuar de forma unida, coordenada e solidária. Temos de puxar todos na mesma direção e, por isso, são inaceitáveis as afirmações maniqueístas do presidente do Eurogrupo, que também, por sinal, é socialista, o Sr. Dijsselbloem. É que não há de um lado os puros e do outro lado os pecadores, de um lado os bons, do outro lado os maus, de um lado os do norte, do outro lado os do sul, de um lado os contribuintes líquidos, do outro lado os beneficiários líquidos. Somos todos cidadãos da União Europeia e o que há é vítimas e vítimas da irresponsabilidade dos governantes que conduzem países à bancarrota, como aconteceu no meu país em 2011, e representantes de instituições como o Presidente do Eurogrupo que não percebem os enormes sacrifícios feitos pelos povos que tiveram programas de ajustamento.

Nós precisamos de reforçar os fundos, os programas financiados pelo orçamento da União Europeia, que têm ajudado à coesão social, à coesão territorial e à coesão económica. Um mecanismo europeu de estabilidade que socorre os Estados-Membros que estão em dificuldades é outra prova de solidariedade. Mas há que reforçar a zona euro e concluir, por exemplo, a união bancária. Todos sabemos que o orçamento da União Europeia é pequeno e corresponde a menos de 1 % do PIB e que as competências, por exemplo na área da saúde, na área da educação, na área do emprego, na área da justiça e da fiscalidade, são nacionais, mas isso não impede que vamos reforçar o orçamento da União Europeia para promover o crescimento, para promover o emprego e para termos o necessário investimento na União Europeia.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η αναφορά του κυρίου Zijlstra στον ελληνικό λαό, ότι είμαστε μικρά παιδιά, είναι ρατσιστική και απαράδεκτη. Θεωρώ ότι πρέπει να του επιβληθούν κυρώσεις, διότι δεν είναι δυνατόν ευρωβουλευτές μέσα στην αίθουσα αυτή να ομιλούν για έναν ολόκληρο λαό με αυτόν τον τρόπο.

Presidente. – Prendiamo atto della sua dichiarazione.

On. Fernandes, c'è una domanda per lei. La accetta?

Udo Voigt (NI), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Fernandes! Es überrascht mich, dass nach so vielen Jahren in Griechenland die Reformen immer noch nicht zum Erfolg geführt haben. Man kann es so beschreiben: Die EU-Politik hat dazu geführt, dass das griechische Volk blutet und das Kapital kassiert. Warum denken Sie nicht einfach daran, dieses Land aus der EU, aus dem Euro zu entlassen, damit das Volk seine eigene Zukunft in die eigenen Hände nehmen kann?

José Manuel Fernandes (PPE), Resposta segundo o procedimento «cartão azul». – Vou responder com uma outra pergunta: se o interveniente que me faz a pergunta sabe qual é o custo para a Grécia da saída da zona euro? E se soubesse o custo com certeza que reformularia a pergunta. Há competências que são nacionais e as competências nacionais e essa responsabilidade deve ser assumida pelo Estado-Membro, neste caso concreto, pela Grécia. Mas a União Europeia também tem a obrigação da solidariedade exigindo, obviamente, em troca, a responsabilidade que cada Estado-Membro tem de ter e é neste conjunto, desta forma unida, desta forma solidária e concertada que nós podemos resolver os desafios, ajudar a Grécia e outros Estados-Membros para que os cidadãos da União Europeia se sintam todos como verdadeiros cidadãos e tenham todos a mesma igualdade de oportunidades neste espaço.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα εγώ νιώθω οργή. Οργή για τον ρόλο του Κοινοβουλίου. Είμαστε ένα βήμα ασύνδετων μονόλογων ή ο φορέας δημοκρατικής νομιμοποίησης; Και γιατί αποδεχόμαστε την περιθωριοποίησή μας; Οργή για τον ρόλο των θεσμών. Δεν κλείνει η αξιολόγηση και απειλείται με κατάρρευση η ήδη βαθιά νοσούσα ελληνική οικονομία. Αλλά και αφού κλείσει, όπως έκλεισαν θετικά οι δεκατέσσερις προηγούμενες, η Ελλάδα δεν βγαίνει από το δημοσιονομικό τέλμα και την αναπτυξιακή υστέρηση. Οργή για τον εύκολο καταδικαστικό λόγο της ελληνικής κυβέρνησης, όπου για όλα φταίνει κάποιος άλλος, κάποιος συνωμότης, που μόνο στόχο έχουν να ρίξουν την παραπαίουσα κυβέρνηση Τσίπρα και έτσι καμιά ευθύνη δεν πέφτει στις πλάτες μας, ούτε ακόμα και όταν δεν υλοποιούμε αυτά που ψηφίζουμε στη Βουλή.

Μήπως, επιτέλους, πρέπει να παραδεχτούμε πως εδώ και επτά χρόνια θεσμοί και κυβερνήσεις ανταλλάσσουν μειώσεις μισθών, μειώσεις συντάξεων και κοινωνικό κράτος με αμνηστία για το βαθύ πελατειακό κράτος, δηλαδή την οργανωμένη διαφθορά και τη στρεβλή ανάπτυξη; Η αξιολόγηση έπρεπε να είχε ήδη κλείσει, το Κοινοβούλιο έπρεπε να είχε αναλάβει τον δημοκρατικό του ρόλο και το ελληνικό πρόγραμμα να μην είναι παιχνίδι, μεταξύ άλλων, και για τις γερμανικές εκλογές.

Pascal Arimont (PPE). – Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen! Ich werde mich lediglich eines Teils dieses Problems oder vielleicht auch dessen Lösung annehmen. Ich stelle nämlich die Frage: Wie und wofür wurden und werden in Griechenland Strukturfondsgelder verwendet? Dieser spezifischen Frage gehe ich auch als Sonderberichterstatter des Parlaments für die Griechenland-Beihilfen im Bereich der Regionalpolitik nach.

Aufgrund seiner wirklich angespannten finanziellen Lage konnte Griechenland die nötigen Kofinanzierungsanteile zum Ende der letzten Förderperiode nämlich nicht mehr gewährleisten. Darum hat die EU es dem Land ausnahmsweise erlaubt, auf den sonst vorgeschriebenen eigenen Kofinanzierungsanteil zu verzichten und die vorhandenen EU-Mittel für konkrete Projekte vor Ort einzusetzen. Zudem bewilligte die EU Griechenland einen Vorschuss von einer Milliarde Euro für die neue Förderperiode.

Ich habe auch immer, auch in meinem Ausschuss, betont, dass diese Hilfe selbstverständlich kein Blankoscheck sein kann. Diese Strukturmittel müssen sinnvoll verwendet werden und nicht in irgendwelchen Finanzlöchern verschwinden. Das bedeutet auch, dass Griechenland wirtschaftlich wachsen muss, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Perspektiven für die Menschen zu schaffen.

Was die Kontrollarbeit für meinen Ausschuss angeht, so warte ich auf den Bericht der Kommission, der eine Auswertung dieser Projekte beinhaltet, die von der Kofinanzierung befreit sind – dies auch um bewerten zu können, ob diese außergewöhnliche Maßnahme den gewünschten Erfolg gehabt hat. Daraus können wir eventuell Schlussfolgerungen ziehen, wie Griechenland in der aktuellen Förderperiode diese Gelder verwaltet, denn zurzeit werden laut den uns vorliegenden Informationen diese Struktur Gelder immer noch viel zu wenig abgerufen, und die Kommission sollte sehr ernsthaft prüfen, weshalb dies nicht geschieht. Es wäre nämlich ein Jammer, wenn gute Projekte durch administrative Gründe nicht durchgeführt werden, denn das Land braucht gute Projekte, auch in der Regionalpolitik, wenn es Perspektiven für die Menschen schaffen will.

Εύα Καϊλή (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, πριν από λίγο καιρό υποστηρίζατε πως θα κλείσει η αξιολόγηση το 2016, αλλά τα νούμερα της ΕΛΣΤΑΤ εξέθεσαν και πάλι την αποτυχία του ελληνικού προγράμματος. Βρισκόμαστε στο 2017 και, φυσικά, πάλι δεν έχει κλείσει η αξιολόγηση. Τώρα ζητάτε νέα μέτρα για την περίοδο μετά το 2018, ένα νέο αιώνιο μνημόνιο, και μας δίνετε συνεχώς νέες, πανηγυρικές ημερομηνίες για την ολοκλήρωση της αξιολόγησης, χωρίς να αναλαμβάνετε καμία ευθύνη.

Εκτός από το να κατηγορείτε το ΔΝΤ και το Συμβούλιο, αλλά και να καλύπτετε τον Τσίπρα και την εθνικολαϊκιστική κυβέρνηση του, έχετε να μας πείτε τι θα κάνει η Επιτροπή για να σταματήσει να στέλνει πια στους Έλληνες φορολογουμένους τον λογαριασμό αυτής της αποτυχημένης εκτίμησης, αλλά και του αποτυχημένου προγράμματος που έχει εφαρμόσει η Ελλάδα;

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, muchas gracias al comisario y al ministro por sus intervenciones en un debate que tenía que haberse producido con el presidente del Eurogrupo. El presidente del Eurogrupo ha contestado hace escasos minutos a la carta que muchos diputados le dirigimos la pasada semana. Una contestación que llega tarde y mal, vía *mail*, tras el acuerdo unánime de esta Cámara de reprobar su actitud, pero ya es muy tarde.

El señor Dijsselbloem, con su ausencia de hoy, ha perdido el respeto al Parlamento, como antes con sus despectivas declaraciones lo había hecho con las mujeres y con los países del sur. Pero ha perdido algo más: ha perdido una nueva oportunidad de pedir disculpas, seguramente la última oportunidad.

En su carta nos dice que será más cuidadoso en el futuro. No, señor Dijsselbloem, para usted ya no hay futuro, porque el Eurogrupo no puede seguir contando ni un minuto más con un presidente que pierde su debida neutralidad, con un presidente que discrimina a unos países frente a otros, y con un presidente que menosprecia a las mujeres o que da la espalda al Parlamento.

A usted, el único futuro que le queda es saber cómo quiere ser recordado. Si como un presidente machista, sectario y soberbio, o como un presidente que se equivocó, rectificó, pidió perdón y tuvo la dignidad de dimitir. Es su decisión. Espero que no vuelva a equivocarse.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, το 2015 ζήσαμε ένα θρίλερ εδώ στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, ζητώντας από την ελληνική κυβέρνηση να επιδείξει, επιτέλους, υπευθυνότητα και πειθαρχία στη λήψη μέτρων και σκληρών πολιτικών. Η Ελλάδα το έπραξε. Η Επιτροπή, επιδεικνύοντας υπευθυνότητα, αναγνώρισε την έμπρακτη στάση της Ελλάδας. Σήμερα, όμως, καθώς εκπληρώνονται τα συμφωνηθέντα, νέες απαιτήσεις εμφανίζονται χωρίς ορθολογισμό. Ό,τι κτίστηκε με θυσίες και σκληρούς συμβιβασμούς, κινδυνεύει να καταρρεύσει, για να μείνουν μόνο ερείπια. Ήδη, ο λογαριασμός της καθυστέρησης της αξιολόγησης εκτιμάται περίπου στα 20 δισεκατομμύρια.

Εν μέσω, όμως, τέτοιας οικονομικής κρίσης και στερήσεων, ο ελληνικός λαός προασπίζει, κύριοι συνάδελφοι, τα εξωτερικά σύνορα της Ευρωπαϊκής Ένωσης απέναντι στον Erdoğan και λαμβάνει, από ορισμένους εδώ μέσα, ανευθυνότητα, ειρωνείες και σκοπιμότητες. Δεν είναι αυτή η Ευρωπαϊκή Ένωση που έχει μέλλον.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señor presidente, uno de los grandes problemas que estamos teniendo con respecto a los rescates a los países es precisamente el de la legitimidad democrática. Y que hoy el presidente del Eurogrupo haya fallado al llamamiento de este Parlamento no hace sino aumentar el sentimiento de deslegitimidad democrática en todo este proceso —una razón más por la que tiene que dimitir—.

Pero es verdad que nosotros estamos hoy aquí para debatir sobre Grecia, y Grecia necesita introducir el espíritu del Semestre Europeo en su programa de rescate, es decir, responsabilidad fiscal —no esta austeridad excesiva que estamos imponiendo con superávits primarios del 3,5 %, con un peso de la deuda del 181 %—, mayor flexibilidad para que puedan salir de la crisis económica en la que se encuentran, y reformas estructurales socialmente justas que faciliten también la inversión.

Y en esa medida, hacemos un llamamiento para que puedan recuperar la negociación colectiva, para que puedan aumentar sus salarios mínimos —en Grecia, el conjunto de los salarios se ha devaluado en un 40 %—. Porque necesitamos también darles un mensaje fuerte de responsabilidad social, de mantenimiento del modelo social; de que esas mejoras económicas van afectando también al conjunto de los trabajadores y de los ciudadanos de Grecia.

Por lo tanto, pedimos ese mensaje de responsabilidad, sí, pero también de responsabilidad socialmente justa para el conjunto de los ciudadanos.

Procedura catch-the-eye

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, οι προβλέψεις για το ΑΕΠ του 2017 κυμαίνονται πλέον μεταξύ 0,5 % και 1,7 %, αντί του 2,5 % που υπολόγιζε ο προϋπολογισμός. Ταυτόχρονα, παρατηρείται φυγή καταθέσεων από τις αρχές του έτους. Εάν δεν κλείσει σύντομα η συμφωνία, οι στόχοι για μείωση των κόκκινων δανείων, που μάλιστα έχουν αρχίσει να αυξάνονται τους τελευταίους μήνες, δεν θα επιτευχθούν. Πρέπει όλες οι πλευρές να καταλάβουν ότι κάθε μέρα που περνά δεν ξανάρχεται. Κάθε μέρα καθυστέρησης είναι ένα ακόμα πλήγμα στην ελληνική οικονομία. Οι συνέπειες όλων αυτών θα αναπληρωθούν με νέα επιπρόσθετα μέτρα, που θα πληρώσει πάλι ο ελληνικός λαός, όπως συμβαίνει πάντοτε.

Τέλος, θέλω να αναφερθώ σε μια δήλωση του συναδέλφου, κυρίου Ferber, που είπε ότι κακώς η Ελλάδα είναι πρώτη σε αμυντικές δαπάνες έως το 2015. Όντως, κακώς μια Ελλάδα που βρίσκεται σε πολύ δύσκολη οικονομική κατάσταση πληρώνει τόσα χρήματα για την ασφάλεια. Όμως, αντί η κυβέρνηση της Γερμανίας να κουνάει το δάχτυλο στην Ελλάδα, που βρίσκεται σε μια κρίσιμη γεωπολιτική θέση, πρέπει να βάλει το χέρι στην τσέπη και να πληρώσει κάτι παραπάνω για την ευρωπαϊκή ασφάλεια τα επόμενα χρόνια.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, έχει πολλές φορές καταγγελθεί η συγκεκριμένη δήλωση του κυρίου Dijsselbloem και εγώ την κατήγγειλα εξαρχής με επιστολή προς την Επιτροπή. Ο λόγος που επανέρχομαι είναι ο εξής: υποκρύπτεται πίσω από τη δήλωση κάτι πολύ πιο σημαντικό στο οποίο δεν έγινε αναφορά: υποκρύπτεται μια πολιτική αντίληψη η οποία διέπει τις διαπραγματεύσεις. Αυτό που έχει σημασία και πρέπει να καταγγελθεί είναι ότι αυτός ο άνθρωπος με αυτή την αντίληψη είναι εκείνος ο οποίος επέβαλε τα συγκεκριμένα μνημόνια.

Τέλος, έχω να πω ότι η οικονομία είναι μια πολύ μεγάλη υπόθεση για να αφήνεται μόνο στους οικονομολόγους. Είναι η πολιτική δράση, η πολιτική σκέψη, που έπρεπε να καθορίσει πώς θα έπρεπε να κινηθεί η υπόθεση χρέους της Ελλάδας και νομίζω ότι χωρίς συζήτηση για το χρέος δεν μπορεί να υπάρξει ουσιαστική διέξοδος.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, έχω στενοχωρηθεί πάρα πολύ που αποχώρησε ο Επίτροπος Moscovici, ένας τόσο μεγάλος ευεργέτης της ελληνικής οικονομίας. Θέλω επίσης να συγχαρώ τον κύριο Dijsselbloem για την ειλικρίνειά του. Δεν κρύβει την απαξίωσή του για την Ελλάδα και τη δημοκρατία και το δείχνει καθαρά. Μακάρι να ήταν τόσο ειλικρινείς και οι υπόλοιποι των θεσμών. Δεν τους κατηγορώ. Απορώ μέχρι πότε θα τους ανεχτεί ο ελληνικός λαός να ασελγούν εις βάρος του. Ένας λαός που τον έχουν στήσει επί επτά χρόνια στον τοίχο και τον εκτελούν.

Στην κατοχή, οι Έλληνες, μπροστά στο εκτελεστικό απόσπασμα, προσεύχονταν στην Παναγία, τραγουδούσαν τον εθνικό ύμνο και βροντοφώναζαν: «Ζήτω η Ελευθερία!», «Ζήτω η Ελλάς!», όσο και αν ορισμένα ραμολιμένα της πολιτικής στην Ελλάδα δεν θέλουν να ακούγονται αυτά τα ιστορικά γεγονότα. Να γνωρίζετε ότι οι Έλληνες έχουμε μακρά ιστορία ηρωισμού παρά δουλοπρέπειας. Πέρα από την πολιτική και τα κόμματα, πέρα από την οικονομία, έχετε επιβάλει μια προσυμφωνημένη και επικυρωμένη με τα μνημόνια υποδούλωση του ελληνικού έθνους, αντίστοιχη με αυτή του Τούρκου κατακτητή, από την οποία χρειάστηκαν 400 χρόνια για να απελευθερωθούμε, μια μεταμφιεσμένη, κάτω από την ανίερη συμμαχία της τρόικας, βαρβαρότητα.

Μην ξεγελιούνται, όμως, κάποιοι. Οι Έλληνες θα βροντοφωνάξουμε: «Αντίο Τσίπρα!», «Αντίο Ευρώπη!», «Αντίο βαρβαρότητα!».

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea ha contribuito ad allontanare la Grecia dai giorni bui della crisi, ed è giusto che questa Assemblea ne renda conto ai cittadini. Questa è la democrazia, e questa è la strada che il Parlamento vuole percorrere, con buona pace per Dijsselbloem. Quello che invece non è democratico, quello che allontana i cittadini e che complica il lavoro delle istituzioni è insistere sull'idea che soltanto l'austerità possa offrire soluzioni alla crisi che investe gli Stati membri, e che esista uno scompenso quasi endemico o culturale nella gestione della cosa pubblica nelle regioni del Mediterraneo.

La Grecia ha dimostrato di poter seguire il percorso di riforme prospettato dalla Commissione, seppur con momenti di arresto prevedibili. Al primo posto restano le necessità del popolo greco, come l'attuazione di una soluzione immediata alla preoccupante situazione del sistema sanitario, giudiziario e scolastico. L'interesse dei cittadini europei è che la Grecia torni a progettare il proprio futuro assieme alle istituzioni comunitarie. Non è tempo per parole che dividono, non è tempo per accuse inutili. È tempo di pensare oltre l'emergenza e conciliare le necessità dei creditori con quelle del popolo greco, senza imposizioni e senza minacce.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, στην Ελλάδα ξαναζούμε τον εφιάλτη της αβεβαιότητας και αυτός ο εφιάλτης επαναλαμβάνεται και πληγώνει βαριά τη ζωή των Ελλήνων. Δεν είμαστε βέβαιοι εδώ για να παραγνωρίσουμε τις ευθύνες της ελληνικής κυβέρνησης που με την καθυστέρηση τους στέλνει τον λογαριασμό.

Όμως το ερώτημα προς την Επιτροπή, που εδώ δεν εκπροσωπείται πλέον από τον Επίτροπο Moscovici, είναι αν γνωρίζετε τι συμβαίνει πραγματικά στην ελληνική οικονομία. Άκουσα τον κύριο Moscovici να μιλάει για ανθεκτικότητα και για υψηλό πρωτογενές πλεόνασμα. Γνωρίζετε ότι οι ληξιπρόθεσμες οφειλές του ελληνικού Δημοσίου φτάνουν αυτή την ώρα τα 500 εκατομμύρια; Γνωρίζετε ότι μόνο το πρώτο τρίμηνο του 2017 έφυγαν από τις ελληνικές τράπεζες περί τα τρία δισεκατομμύρια ευρώ; Μιλήσατε για τεχνικές αλλαγές στην αγορά ενέργειας. Γνωρίζετε ότι η χρηματιστηριακή αξία της Δημόσιας Επιχείρησης Ηλεκτρισμού έφτανε, στο τέλος του 2014, στα 2,5 δισεκατομμύρια ευρώ και τώρα είναι μόλις 600 εκατομμύρια; Ελέγχετε όντως την πορεία των διαρθρωτικών αλλαγών ως Επιτροπή; Μπορείτε να κάνετε ασφαλή πρόβλεψη για το ενδεχόμενο πλήρους πρόσβασης της Ελλάδας στις αγορές το 2018;

Χρειαζόμαστε σοβαρές μεταρρυθμίσεις. Χρειαζόμαστε μια κυβέρνηση προσηλωμένη στις μεταρρυθμίσεις. Ακόμη και αν φύγει αύριο το πρωί ο κύριος Dijsselbloem, που μοιάζει με πολιτικό πτώμα, η πορεία της πατρίδας μας δεν θα αλλάξει. Χρειαζόμαστε και πιστωτές που δεν θα βλέπουν μόνο τους αριθμούς, αλλά την ουσία του ελληνικού προγράμματος και δεν θα την χρησιμοποιούν για προεκλογικούς λόγους.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, premier, deuxième ou troisième programme, est-ce la bonne question? Au fond, la situation en Grèce est révélatrice du résultat des politiques d'austérité trop souvent pratiquées ces dernières années par l'Union européenne. En Grèce, elle est certes plus préoccupante que la moyenne, mais elle doit alerter sur les risques que court l'Union européenne dans son ensemble, pour l'instant incapable de relancer durablement son économie.

Comment permettre à ce pays de redresser son économie en lui imposant des exigences insurmontables sur la dette et les conditions de son remboursement? Je souhaite rappeler que dans notre histoire commune, il y a eu des effacements de dette précisément pour relancer l'économie. Sans aller jusque-là, il faut aujourd'hui examiner les conditions d'une mutualisation partielle qui permettrait aux pays en difficulté, dont la Grèce, de repartir d'un bon pied sans avoir en permanence à rendre des comptes ni à prendre de nouvelles mesures d'austérité dont les peuples ne veulent plus, les Grecs comme les autres, d'ailleurs.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η δεύτερη αξιολόγηση του ελληνικού προγράμματος καθυστερεί, επειδή οι ευρωπαϊκοί θεσμοί έχουν ρυμουλκηθεί πίσω από τις παράλογες αξιώσεις του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου για νέα σκληρότερα μέτρα λιτότητας σε βάρος χαμηλόμισθων και συνταξιούχων. Ενώ, παραδείγματος χάρι, η Διεθνής Οργάνωση Εργασίας εκτιμά ότι το ελάχιστο όριο αξιοπρεπούς διαβίωσης στην Ελλάδα είναι τα 7.000 ευρώ ετησίως, το Ταμείο αξιώνει την πτώση του αφορολόγητου περίπου στις 5.500, επιδιώκοντας να απομυζήσει ανθρώπους οι οποίοι στερούνται φοροδοτικής ικανότητας.

Οι δανειστές αξιώνουν ακόμη την απορρύθμιση των ομαδικών απολύσεων και αρνούνται πεισματικά την επαναφορά των συλλογικών διαπραγματεύσεων, παραβιάζοντας, με τον τρόπο αυτό, τα άρθρα 28 και 30 του Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ένωσης και αγνοώντας τα πορίσματα της επιτροπής εμπειρογνομόνων που συγκροτήθηκε με τη δική τους συμμετοχή και συναίνεση. Η διαπραγμάτευση πρέπει να ολοκληρωθεί άμεσα, πάνω στη βάση των ευρωπαϊκών αρχών και αξιών, με την απόσυρση των παράλογων απαιτήσεων των δανειστών.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Vytėnis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, on behalf of Commissioner Moscovici and of the Commission, I welcome your comments and interventions.

Emotions, difficulties and anger all of course show that we have a really very challenging situation and that it is not easy to reach agreement. The state of play on the Greek stability support programme is an important discussion to have and I think it is a discussion that we must have openly. Greece is now at an important juncture. It is one and a half years into its European Stability Mechanism support programme. This is a time to engrain the progress made to date in Greece, support the economic recovery which began to emerge in 2016, and thus secure a successful exit from the programme in 2018, as planned.

Therefore, as Commissioner Moscovici outlined in his opening intervention, swift progress must now be quickly made in closing this second programme review. These elements of the post-programme package should be fair and balanced in order to avoid further uncertainty and come to an agreement on the elements that could help bring the IMF on board. Agreement on an overall package that also provides certainty on the primary surplus path and Greek debt sustainability among all partners should be reached swiftly in view of Friday's Eurogroup. A sustainable recovery, and economic and financial stability, are not only in the interests of Greece and its citizens, but in the interests of us all, and the European Union as a whole.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El stock de deuda pública de Grecia sigue siendo uno de los retos fundamentales de la Eurozona. Su sostenibilidad a largo plazo es puesta en cuestión por el Fondo Monetario Internacional, apuntando hacia la solución de una reestructuración mediante la reducción de los intereses, el aumento de los períodos de gracia y de los períodos de amortización. El Eurogrupo debe tener en cuenta este análisis en el marco de las negociaciones para renovar el programa de asistencia financiera. En particular, es preciso que la condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva (debe recuperarse la negociación colectiva) y el ajuste fiscal. En cuanto a la fijación de objetivos de equilibrio presupuestario, estos deben ser moderados y realistas, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar la tasa de crecimiento económico. En cualquier caso otros países como España, Portugal e Italia se encuentran o superan el umbral del 100 % de endeudamiento soberano sobre el Producto Interior Bruto. La utilización del Mecanismo Europeo de Estabilidad como fondo para la redención de la deuda podría ayudar a resolver este problema para el conjunto de la Eurozona.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El stock de deuda pública de Grecia sigue siendo uno de los retos fundamentales de la Eurozona. Su sostenibilidad a largo plazo es puesta en cuestión por el Fondo Monetario Internacional, apuntando hacia la solución de una reestructuración mediante la reducción de los intereses, el aumento de los períodos de gracia y de los períodos de amortización. El Eurogrupo debe tener en cuenta este análisis en el marco de las negociaciones para renovar el programa de asistencia financiera. En particular, es preciso que la condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva (debe recuperarse la negociación colectiva) y el ajuste fiscal. En cuanto a la fijación de objetivos de equilibrio presupuestario, estos deben ser moderados y realistas, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar la tasa de crecimiento económico. En cualquier caso otros países como España, Portugal e Italia se encuentran o superan el umbral del 100 % de endeudamiento soberano sobre el Producto Interior Bruto. La utilización del Mecanismo Europeo de Estabilidad como fondo para la redención de la deuda podría ayudar a resolver este problema para el conjunto de la Eurozona.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – Questo dibattito sarebbe dovuto avvenire in presenza del Presidente dell'Eurogruppo Jeroen Dijsselbloem, che invece risulta essere ancora il «Convitato di pietra» di questo dibattito.

Mi auguro che la presidenza voglia far pervenire al Ministro Dijsselbloem, tutto il nostro disappunto per aver ancora una volta disertato il Parlamento in un'occasione come questa che gli avrebbe permesso di spiegare le sue ultime dichiarazioni rivolgendosi al popolo greco ed a tutta l'Europa chiarendo una volta per tutte la sua concezione di solidarietà!

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El stock de deuda pública de Grecia sigue siendo uno de los retos fundamentales de la Eurozona. Su sostenibilidad a largo plazo es puesta en cuestión por el Fondo Monetario Internacional, apuntando hacia una reestructuración mediante la reducción de los intereses, el aumento de los períodos de gracia y de los períodos de amortización. El Eurogrupo debe tener en cuenta este análisis en el marco de las negociaciones para renovar el programa de asistencia financiera. En particular, es preciso que la condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva (debe recuperarse la negociación colectiva) y el ajuste fiscal. En cuanto a la fijación de objetivos de equilibrio presupuestario, éstos deben ser moderados y realistas, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar la tasa de crecimiento económico. En cualquier caso, otros países como España, Portugal e Italia se encuentran o superan el umbral del 100 % de endeudamiento soberano sobre el Producto Interior Bruto. La utilización del Mecanismo Europeo de Estabilidad como fondo para la redención de la deuda podría ayudar a resolver este problema para el conjunto de la Eurozona.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El stock de deuda pública de Grecia sigue siendo uno de los retos fundamentales de la Eurozona. Su sostenibilidad a largo plazo es puesta en cuestión por el Fondo Monetario Internacional, apuntando hacia la solución de una reestructuración mediante la reducción de los intereses, el aumento de los períodos de gracia y de los períodos de amortización. El Eurogrupo debe tener en cuenta este análisis en el marco de las negociaciones para renovar el programa de asistencia financiera. En particular, es preciso que la condicionalidad deje de enfatizar la reforma del mercado de trabajo en clave regresiva (debe recuperarse la negociación colectiva) y el ajuste fiscal. En cuanto a la fijación de objetivos de equilibrio presupuestario, estos deben ser moderados y realistas, pues de lo contrario se agravarán las condiciones sociales y la inestabilidad política, además de dañar la tasa de crecimiento económico. En cualquier caso otros países como España, Portugal e Italia se encuentran o superan el umbral del 100 % de endeudamiento soberano sobre el Producto Interior Bruto. La utilización del Mecanismo Europeo de Estabilidad como fondo para la redención de la deuda podría ayudar a resolver este problema para el conjunto de la Eurozona.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Druhé preskúmanie programu, ktoré v súčasnosti prebieha, komplikuje okrem pomalšieho prijímania reforiem aj spor medzi Gréckom, európskymi veriteľmi a Medzinárodným menovým fondom (MMF). Šéfovia misie EÚ/MMF mali pricestovať do Atén a dotiahnuť detaily dohody pred stretnutím ministrov financií, ktoré bolo naplánované na koniec marca 2017. Nové rozpory medzi Gréckom a MMF týkajúce sa dôchodkov a pracovných reforiem však túto dohodu zablokovali. Komisia oznámila, že nový dátum návratu misie do Atén nebol určený. Rozhovory pokračujú prostredníctvom telekonferencií. Uzavretie druhej revízie je potrebné, aby Grécko dostalo ďalšiu podporu zo záchranného programu. Bez nej nebude schopné pokryť veľkú splátku úverov, plánovanú na júl. Neschopnosť uzavrieť druhé hodnotenie gréckeho programu vytvára obavy z návratu gréckej krízy.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρουνίδη (PPE), *γραφώς*. – Κύριε Πρόεδρε, η καθυστέρηση στο κλείσιμο της δεύτερης αξιολόγησης έχει κυριολεκτικά παγώσει την ελληνική οικονομία, προκαλώντας επενδυτική απραξία, πτώση κατανάλωσης, απώλεια θέσεων εργασίας, εκροές καταθέσεων, αύξηση κόκκινων δανείων και αναθεώρηση επί τα χείρω των στόχων του προϋπολογισμού για το τρέχον έτος. Το παιχνίδι των ευθυνών μεταξύ ελληνικής κυβέρνησης, Ευρωπαϊκής Ένωσης και ΔΝΤ είναι γνωστό, όπως επίσης γνωστά είναι τα λάθη και οι παραλείψεις της κάθε πλευράς. Αναμφίβολα, η ελληνική κυβέρνηση οφείλει να προωθήσει τις αναγκαίες μεταρρυθμίσεις, αλλά και οι θεσμοί από την πλευρά τους θα πρέπει να μην προβάλλουν υπερβολικές αξιώσεις.

Κρίνοντας συνολικά την πορεία του ελληνικού προγράμματος προσαρμογής, δεν μπορούμε να παραβλέψουμε ότι στα 7 χρόνια της κρίσης η Ελλάδα έχει πληρώσει πολύ βαρύ τίμημα, χάνοντας, μεταξύ πολλών άλλων, το 25 % του ΑΕΠ της, ένα εκατομμύριο θέσεις εργασίας και μισό εκατομμύριο νέους επιστήμονες, που υποχρεώθηκαν να την εγκαταλείψουν αναζητώντας καλύτερη τύχη στο εξωτερικό. Σε μια δύσκολη περίοδο για την Ευρώπη, με πολλά και δύσκολα ανοικτά μέτωπα, η επάνοδος της Ελλάδας σε συνθήκες σταθερότητας εξυπηρετεί προδήλως το κοινό συμφέρον. Η λύση που θα δοθεί πρέπει να μη στηρίζεται σε μέτρα υφεσιακού χαρακτήρα, όπως η υπερφορολόγηση, αλλά στην τόνωση της ανάπτυξης μέσα από την προσέλκυση νέων επενδύσεων.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Η αξιολόγηση που συζητάμε σήμερα, έπρεπε να είχε ήδη κλείσει εδώ και δεκατέσσερις μήνες. Δεν έκλεισε. Πριν περίπου δύο μήνες, ακούσαμε ότι οι διαπραγματεύσεις προχωρούν θετικά και πως σύντομα η αξιολόγηση θα κλείσει. Δεν έκλεισε. Σήμερα, η Ελλάδα παραμένει στο χείλος του γκρεμού και της αβεβαιότητας. Η χώρα μας βρίσκεται μεταξύ των τακτικισμών μιας κυβέρνησης που αναζητά ευθύνες και του κ. Dijsselbloem, που κρυπτόμενος εμπαίζει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και χυδαιολογεί εις βάρος των λαών μας. Ο ελληνικός λαός δεν αντέχει άλλο την αβεβαιότητα, δεν αντέχει ένα ακόμη «φιάσκο», όπως το 2015. Ο λαός μας αναζητά αλληλεγγύη, μια ευρωπαϊκή και δίκαιη αντιμετώπιση τόσο από τους εταίρους μας όσο και από την ελληνική ηγεσία που αδυνατεί να δώσει ρεαλιστικές απαντήσεις.

12. Medizinprodukte – In-vitro-Diagnostika (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest wspólna debata nad:

— zaleceniem do drugiego czytania sporządzonym w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności dotyczącym stanowiska Rady przyjętego w pierwszym czytaniu w celu przyjęcia rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie wyrobów medycznych, zmieniającego dyrektywę 2001/83/WE, rozporządzenie (WE) nr 178/2002 i rozporządzenie (WE) nr 1223/2009 i uchylającego dyrektywy Rady 90/385/EWG i 93/42/EWG (10728/4/2016 - C8-0104/2017 - 2012/0266(COD)) (sprawozdawczyni: Glenis Willmott) (A8-0068/2017) oraz

— zaleceniem do drugiego czytania sporządzonym w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności dotyczącym stanowiska Rady przyjętego w pierwszym czytaniu w celu przyjęcia rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie wyrobów medycznych do diagnostyki in vitro oraz uchylenia dyrektywy 98/79/WE i decyzji Komisji 2010/227/UE (10729/4/2016 - C8-0105/2017 - 2012/0267(COD)) (sprawozdawca: Peter Liese) (A8-0069/2017).

Glenis Willmott, rapporteur. – Mr President, I would like to start by thanking all my shadow rapporteurs for their excellent support and cooperation including, of course, Mr Liese, the rapporteur on IVD. My thanks to the Commission and the Council, and I would also like to thank the Luxembourg – and, in particular – Dutch Presidencies for their determination to get the Council agreement that we have today.

We have put in place strong, clear rules for the whole life-cycle of devices, from design and manufacture through clinical testing and authorisation to vigilance and market surveillance, giving manufacturers legal certainty about what they have to do.

Protecting patients is at the heart of this legislation. We all remember the scandals of the past. I have heard from women whose lives have been turned upside down after having a pelvic mesh implant, women who are now living in constant pain. I have heard from women who are still not sure which breast implants they have had and whether they need to be worried about their future health.

It just is not right that people have not got sufficient information about devices that have been used in their medical procedures. So in future all devices will be traceable with a unique device identification number and patients will receive an implant card with this number, so we will all know which device has been implanted in which patient. If there is a problem with the device, patients deserve to be compensated, so it is clear that manufacturers must have sufficient financial coverage to deal with their potential liability.

We know that in the case of metal-on-metal hips there was little clarity for patients as to whether the problems were caused by the device or by the medical professionals treating them. When there is reason to believe a device has caused harm to a patient, information on that device must be made available to the patient and their doctor.

To ensure patient safety in the future we must make sure devices are safe before they reach the market. All devices will undergo a thorough clinical evaluation before marketing, and Parliament insisted that there should be additional scrutiny for the highest-risk devices. Things such as implants, insulin pumps and pacemakers will be referred to an expert panel for additional assessment.

Parliament also argued for restrictions on hazardous substances used in medical devices. Wherever possible, manufacturers will have to substitute materials that are carcinogenic, mutagenic or toxic to reproduction, and justify where this is not possible. Notified bodies will still have responsibility for awarding a CE mark, but it is clear that these have to be up to the job. We have introduced strict new requirements for notified bodies, and they will be regularly inspected by Member States. Notified bodies will also have greater powers to carry out unannounced inspections and must inspect samples of all devices regularly. Any problem should be picked up early and action taken straight away.

While it is vital that we ensure devices are safe before they are placed on the market, it is also essential that they are carefully monitored afterwards. The new law will significantly strengthen requirements for post-market surveillance, including introducing periodic safety update reports similar to those that are now produced for medicines.

Finally, on reprocessing of single-use devices, this was one of the most difficult issues to get agreement on. For the Member States it is a very sensitive issue. Some wanted reprocessing to be banned entirely; others wanted no legislation at EU level. Therefore, reprocessing will only be allowed if it is permitted under national law. Those Member States that want to ban it can do so. For those that allow it, there are EU-wide standards that must be complied with, including reprocessors assuming all the obligations of the manufacturers.

Colleagues, it has taken a long time and a lot of work to get to this point, so I hope you will support the final agreement as one which gives patients much more protection, while ensuring continued innovation.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo pani poseł sprawozdawczyni Willmott. Gratuluję owacji, jakie Pani otrzymała. Rzeczywiście należały się. Następnym mówcą jest pan sprawozdawca Peter Liese.

Peter Liese, Berichterstatter. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird wirklich allerhöchste Zeit, dass wir ein besseres Medizinprodukterecht bekommen. Zahlreiche Skandale haben das Vertrauen der Patientinnen und Patienten erschüttert, und auch die seriösen Firmen sind in Misskredit geraten, weil einige massiv betrogen haben.

Vor wenigen Wochen hat der Europäische Gerichtshof sich noch einmal mit dem PIP-Skandal beschäftigt, und der EuGH hat leider festgestellt, dass es bisher in unserem Recht keine Verpflichtung gibt, die Produkte vor Ort unangemeldet zu kontrollieren. Deswegen müssen wir dringend etwas ändern.

Wenn wir morgen die beiden Berichte annehmen, dann werden wir unangemeldete Vor-Ort-Kontrollen einführen. Es darf nicht nur das Papier kontrolliert werden, sondern es muss auch kontrolliert werden, was wirklich los ist. Dadurch können wir schwarze Schafe entdecken, und dadurch wird auch in den Firmen sicher ein anderer Geist herrschen, wenn man weiß, dass man jederzeit unangemeldet kontrolliert werden kann.

Skandale gab es nicht nur bei den Brustimplantaten, sondern auch bei Hüftimplantaten, bei Stents, die zum Beispiel in die Gefäße zur Versorgung des Gehirns eingepflanzt werden, und auch bei diagnostischen Tests wie Gentest, DNA-Test oder HIV-Test. Es war jahrelang ein HIV-Test auf dem Markt, der signifikant häufiger als andere falsch negative Ergebnisse angezeigt hat. Das heißt, es war ein HIV-Virus vorhanden, aber der Test hat gesagt, es sei kein HIV-Virus vorhanden. Man kann sich vorstellen, welche Probleme das mit sich bringt, wenn dann jemand aufgrund einer solchen falschen Aussage Blut spendet oder ungeschützten Geschlechtsverkehr hat. Deswegen müssen wir unangemeldet kontrollieren.

Deswegen müssen wir auch andere Dinge einführen mit dieser Gesetzgebung: eine stärkere Überprüfung der benannten Stellen. Für Hochrisikoprodukte gibt es bei den Tests nicht nur das Scrutiny-Verfahren, das es auch bei Medizinprodukten ansonsten gibt, sondern ein Netz von Referenzlaboren, die die Einhaltung der Standards kontrollieren, und außerdem haben wir auch bei den Tests den klinischen Nachweis vorgeschrieben. Der Test muss das, was er auszusagen vorgibt auch wirklich aussagen.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren – das war für meine Fraktion besonders wichtig: Wir wollen keine Regeln verabschieden, die nur unnötig Bürokratie mit sich bringen. Nur Papierkram nutzt dem Patienten nicht, und deswegen haben wir zum Beispiel abgelehnt, dass der Rat für Medizinprodukte der Klasse A – da handelt es sich zum Beispiel um solche einfachen Dinge wie einen Urinbecher – vorgeschrieben hat, dass man dort regelmäßig neue Papiere ausfüllen muss über den *periodic safety update report*. Wir brauchen ein Gleichgewicht aus Kontrolle, aber auch der Möglichkeit für Innovation und die Firmen, sich zu entwickeln, und das ist uns ganz gut gelungen.

Für das Parlament und auch für mich persönlich war ein weiterer Aspekt sehr wichtig: Wir wollten bei den sensiblen DNA-Tests nicht nur die Qualität der Tests besser kontrollieren, sondern auch Regeln für die Anwendung festschreiben. DNA-Tests können große Auswirkungen haben, deswegen müssen die Menschen wissen, was auf sie zukommt, und auch die Freiheit haben, einen Test abzulehnen. Leider war der Ministerrat nicht bereit, den Änderungsantrag, den dieses Parlament mit riesiger Mehrheit angenommen hat, wörtlich zu übernehmen, aber wir haben einen Kompromiss erzielt: Es gibt eine Informationspflicht bei genetischen Tests und eine ausführliche Pflicht zur genetischen Beratung bei Erkrankungen, die nach dem Stand der Wissenschaft nicht zu behandeln sind. Und das gilt auch für die meisten Fälle der Pränataldiagnostik, sodass auch hier eine Beratung stattfinden muss. Wir werden sorgfältig auf die Umsetzung dieses Punktes achten.

Insgesamt, glaube ich, haben wir einen guten Kompromiss erreicht, und ich möchte mich auch bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben: bei der Kommission, der Ratspräsidentschaft, bei Frau Glenis Willmott, als Ko-Berichterstatlerin, bei allen Schattenberichterstatlern, vor allen Dingen Mairead McGuinness für die EVP, und – meine Damen und Herren, erlauben Sie mir das noch zum Schluss – bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie können sich nicht vorstellen, wie viele Stunden, auch abends und am Wochenende, die investiert haben, damit wir dieses gute Ergebnis erzielen konnten. Deshalb noch mal ganz herzlichen Dank, und ich bitte um Zustimmung morgen im Plenum.

Vytėnė Povilaitis, Member of the Commission. – Mr President, I would like to warmly thank your House and you, the Members of the European Parliament, for the determination that you have constantly shown. Over the past five years, you have striven for a successful outcome on such a technical and complex file.

I know that many of you have worked on this issue. I would like to thank, in particular, the rapporteurs on the two regulations, Ms Willmott and Mr Liese, for their outstanding competence and dedication to this file. Thank you once again. I would also like to thank the shadow rapporteurs, and I have not forgotten the rapporteur on medical devices under the previous legislative term, Ms Dagmar Roth-Behrendt.

As you know, the EU is world leader in the medical device field. In the EU the sector employs over half a million people in about 25 000 companies, of which around 90% are SMEs. Annual sales amount to EUR 100 billion, of which a significant part is invested annually in research. The availability of safe and innovative medical devices is a key factor in guaranteeing effective and affordable treatments for European patients.

Designing a new regulatory framework for this sensitive and crucial sector is the joint responsibility of all the EU institutions. The Commission wholeheartedly welcomes the final compromise, which contains a series of crucial improvements to the current system.

Let me mention some of them: first, strict market control for high-risk devices; second, reinforced criteria for the designation and oversight of notified bodies; third, the inclusion of certain aesthetic devices in the new legislation; fourth, the introduction of a new risk classification system for diagnostic in vitro medical devices; fifth, improved transparency via the establishment of an EU database on medical devices; sixth, a stability system based on unique device identification; seventh, the introduction of an implant card for patients; eighth, stricter and more detailed rules on clinical evidence and clinical investigation; and, ninth, an improved coordination mechanism between Member States for vigilance and market surveillance.

The new European legislation will ensure a higher level of patient safety, provide legal certainty for economic operators and promote innovation and competitiveness in the sector. It consolidates the role of the EU as global leader in the field, while establishing a world-class reference for medical device regulation. Thank you once again.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo Panie Komisarzu Andriukaitis za Pańskie wystąpienie, za tę atmosferę wzajemnego zrozumienia.

Mairead McGuinness, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I have to say that I thought this day would never come. I am relieved and happy to be here. Glenis Willmott and Peter Liese, who led us in these two important files, are to be congratulated for the work they did and the work we all did on this. And Commissioner, thanks go to your colleagues as well, and to the Council, because this was not just technical; it was political.

I am also glad that the Chamber is full with visitors, because what we are talking about today will affect each and every one of us, now and in the future. Also, Commissioner, thank you for acknowledging the importance of this industry in terms of both jobs and its output. This industry makes our lives better and extends our lives, and for that we should be grateful. Yes, we are talking about when things go wrong, and that spurs us to do more things, and to do them better. We should acknowledge that the industry is a very good industry that Europe should be proud of. What we are doing today is making it more certain for that industry to continue, so that when we get slightly older and may need things that are improved upon, we may live better and longer lives.

May I, at this point, say that Glenis Willmott has gone through the technical details, so there is no need for me to repeat that. What I think is most important is that we implement, and that the Member States who have signed up to this, and the Commission who are with us on this journey, realise that this Parliament will keep a watching brief and will make sure that resources are put in place so that we do put action on the words.

Lastly, can I say that our staff – as has already been mentioned – are hugely important. I think it is very important that we say this openly, because on the technical side they were incredible – both our Group staff and our individual staff. If I may say so, I very carelessly lost two staff members during the course of this regulation, and both to the medical devices industry, because they are excellent workers on behalf of citizens: Mark Taylor and Sinead Duggan, who I know is watching this debate. I think that is the good thing about what we have done. We will make our industry more certain. We will make safer the lives of citizens, and we can grow jobs and grow our economy.

So today, fingers crossed, is a good day.

Biljana Borzan, u ime kluba S&D. – Gospodine predsjedniče, medicinski uređaji nas ne zanimaju dok nam ne trebaju, ali onoga trenutka kad nam ustrebaju postanu najvažnija stvar na svijetu. Glavni cilj koji želimo postići ovim propisima je bolja zaštita pacijenata uz poticanje inovacija u industriji. Europa ima najbolje liječnike na svijetu, ali i oni i pacijenti moraju znati da raspolažu opremom koja je kvalitetna i sigurna.

Povjerenje u industriju se kapitalizira kroz bolji plasman i prodaju proizvoda, stoga će od novih pravila ustvari profitirati svi. Komisija je objavila inicijalni prijedlog još 2012. godine, što znači da europski pacijenti već 5 godina čekaju da se zatvore rupe u propisima radi kojih su se dogodili skandali s umjetnim kukovima, implantatima i testovima za virus HIV-a.

Kada se u ovom sektoru dogodi skandal, ljudi nažalost umiru. Upravo zato smo i inzistirali da novi i inovativni in vitro medicinski uređaji najviše klase rizika za koje ne postoje reference i zajedničke specifikacije budu pokriveni dodatnom procedurom nadzora. Nova pravila jačaju kapacitete i strukture imenovanih tijela koja imaju najvažniju ulogu kod stavljanja uređaja na tržište.

Njihova odgovornost i obveze se povećavaju, a jedna od novina su i nenajavljene inspekcije proizvođača. Kada se dogode skandali i pacijenti nastradaju pitanje pravedne i pravovremene odštete postaje imperativ. Nove regulative obvezuju proizvođače medicinskih uređaja da u slučaju incidenta imaju primjeren sustav i resurse za obeštećenje pacijenata. Nadalje, oštećenima i nadležnim službama proizvođači će morati omogućiti primjeren pristup informacijama i dokumentaciji vezanoj za njihov slučaj.

Što se tiče Odbora za etiku i pitanja, poput kliničkih ispitivanja uređaja na maloljetnicima, od prvog dana smo inzistirali da se regulative usklade s regulativom o ispitivanjima lijekova. Mislim da smo uspjeli postići dobar kompromis koji podiže razinu sigurnosti pacijenata i korisnika. Nove procedure i sigurnosni mehanizmi neće biti prepreka inovativnosti i konkurentnosti europske industrije medicinskih uređaja.

Pozivam vas zato sve da podržite ovaj kompromis, jer je to u interesu i pacijenata i proizvođača medicinskih uređaja. Zaključno, htjela bih se zahvaliti kolegici Glenis Willmott, kolegi Peteru Lieseu i svim ostalim izjaviteljima u sjeni s kojima sam radila na ovom dokumentu. Bio je to zaista težak i mukotrpan posao, ali rezultati će biti na radost svih nas, a osobito pacijenata.

Bolesław G. Piecha, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Koleżanki i Koledzy! W pracach nad sprawozdaniami zawsze starałem się kłaść duży nacisk na zapewnienie właściwej równowagi pomiędzy priorytetem, jakim jest bezpieczeństwo pacjentów, a postępem technologicznym, kompetencjami państw członkowskich a kompetencjami instytucji Unii Europejskiej. Sam fakt, że odbyło się dziesięć posiedzeń trójstronnych, podczas których osiągnięto w miarę satysfakcjonujące porozumienie międzyinstytucjonalne, ukazuje, jak trudny to był proces – ale proces możliwy. Z jednej strony priorytet, czyli bezpieczeństwo pacjentów, jest opisany w sprawozdaniu poprzez powołanie specjalnych jednostek notyfikowanych, które mają obecnie obowiązek przeprowadzania niezapowiedzianych kontroli w zakładach produkcyjnych, co oznacza, że w przypadku urządzeń, zwłaszcza wysokiego ryzyka, nie wystarczy jedynie skontrolować odpowiednią dokumentację, ale co więcej – należy również skontrolować i przeprowadzić należytą kontrolę w miejscu wytwarzania danego produktu. Z drugiej strony w sprawozdaniu promuje się nowe technologie medyczne, gdyż otwiera się drogę do zachęcenia producentów, aby poszukiwali – a w sytuacjach koniecznych poszukiwali również zamienników – substancji, które mogą być rakotwórcze, mutagenne lub toksyczne. Oprócz tego poprawa jakości bezpieczeństwa pacjentów została zapewniona przez włączenie specjalnych zespołów eksperckich, które zajmą się niezależną oceną. Uważam, że ten tekst jest dobry. Poprawi on ramy prawne stosowane do urządzeń medycznych i urządzeń medycznych do diagnostyki in vitro tak, że staną się one bezpieczniejsze, a zarazem ramy te nie utrudnią jakościowego postępu w procesie rozwoju technologii medycznych. Tekst respektuje również podział kompetencji pomiędzy instytucje europejskie a państwa członkowskie. I choć nie wszystkie proponowane zagadnienia są dla mnie zadowalające, chociażby poradnictwo genetyczne, to głosowałem za i będę głosował za.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst auch ganz herzlich bei den beiden Berichterstattern Glenis Willmott und Peter Liese bedanken. Bei Glenis noch ein Tickchen mehr, weil ihr Dossier noch ein bisschen größer war. Aber beide haben enorm gekämpft, und es war wirklich ein sehr schwieriger Prozess.

Es geht hier in diesem Fall um Medizinprodukte vom Heftpflaster über die Gehhilfe bis zum Herzschrittmacher. Also es ist wirklich alles drin, was die Menschen wirklich brauchen, wenn sie krank werden. Wir haben in Stunden ausgedrückt zum Beispiel 30 Stunden Trilog gehabt, mehr als 200 Stunden technisches Meeting, 700 Seiten war das Dossier dick, das wir bearbeiten mussten. Ich habe noch nie einen so komplizierten Gesetzesprozess gehabt. Es war lange im Rat blockiert, bis man dort eine Einigung hatte. Und letztlich waren wir im Parlament eigentlich in vielem sehr einig und froh, dass wir es hinbekommen haben.

Es ist tatsächlich so, wie schon gesagt wurde: Wir haben jetzt mehr Patientensicherheit. Das ist gut nach dem Brustimplantateskandal – das war ja der Auslöser –, und wir haben aber trotzdem keine zentrale Zulassung, was auch gut ist, denn das hätte sonst die Innovation und den Zugang der Patienten zu bestimmten Medikamenten erschwert. Darum ist es gut, dass wir das auch hinbekommen haben.

Worum geht es jetzt? Ein paar Sachen möchte ich dazu sagen. Einmal um Risikoklassen. Ich habe dabei auch viel gelernt, muss ich sagen: Risikoklasse 1 ist zum Beispiel ein Pflegebett, 2a sind Hörgeräte, 2b sind Dentalimplantate, und Risikoklasse 3 sind Herzkatheter. Und je nachdem, welche Risikoklasse das ist, braucht es besondere Zulassungsverfahren, und man hat dann eben auch mehr Entschädigungspflicht oder Haftbarkeit bei den Produzenten. Das sind alles Dinge, die wir besprochen haben.

Wiederaufbereitung war ein großes Problem. Ich hatte bis dato auch gedacht, Einmalprodukte dürfen nicht wiederaufbereitet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen dürfen Mitgliedstaaten das aber erlauben, und wir haben auch gemerkt, dass das geht. Also wir haben uns wirklich bis ins Kleinste mit solchen Dingen beschäftigt. Auch mit Tests – da bin ich übrigens ein bisschen anderer Meinung als Peter Liese. Ich finde es gut, dass wir den Zugang zu Tests relativ niederschwellig gehalten haben, weil ich denke, dass die Patienten das brauchen.

Als letztes eine dringende Bitte an die Kommission: Es gibt eine ganze Menge Durchführungsrechtsakte und delegierte Rechtsakte, die jetzt kommen müssen, teilweise bevor die benannten Stellen überhaupt ausgewiesen sind. Herzliche Bitte an die Kommission: Sorgen Sie dafür, dass Sie genug Ressourcen haben, um alles so umsetzen zu können, wie die Patienten das in Europa brauchen. Das wäre toll

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, tyto dvě nařízení zde vyjednáváme více než čtyři a půl roku. Byl odveden obrovský kus práce, přeci jen se jedná o největší legislativní dokumenty, které kdy byly na této půdě projednávány. Obrovský dík patří oběma zpravodajům i všem, kteří se na nich podíleli.

Já tady musím říct, že zcela nesouhlasím s tím, že bychom tyto dva dokumenty tak, jak si myslí kolegové z frakcí odnaproti, měli jakkoli zamítnout či se jimi dál nezabývat. My jsme na nich pracovali, ty dokumenty jsou dobré, i když nemusím souhlasit se vším. Je strašně důležité, abychom je konečně, konečně poslali v platnost a konečně je dali evropským občanům k dispozici, protože jsme je dělali pro ně. Účinnost tohoto nařízení je totiž teoreticky plánována na konec května 2020, popřípadě května 2022. Čili od začátku vyjednávání do doby, než to evropský občan bude moct vůbec na sobě pocítit, je deset let.

Já bych chtěla poprosit pana komisaře, znepokojují mě některé analýzy členských států, které evidentně poukazují na to, že Komise, ani příslušné dozorové orgány nejsou dodnes dostatečně vybaveny k tomu, aby včas tyto dokumenty provedly. Prosím, když už jsme na nich takto dlouho a tak dobře pracovali, my je musíme začít realizovat. Naší povinností je, aby byly implementovány a byly dány k dispozici členskými státy a občanům Evropské unie.

Michèle Rivasi, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, j'adresse un grand merci aux rapporteurs, M. Liese, et notamment M^{me} Willmott, pour ce rapport. Quatre ans et demi auront été nécessaires pour enfin arriver à ce texte de compromis, sans compter les nombreux trilogues auxquels il a fallu faire face. Ces textes sont toujours dus à un scandale, par exemple le scandale des prothèses mammaires PIP en France, entre autres, mais je crois qu'il y a eu des progrès importants.

Parmi les points forts, je note le système d'assurance de compensation pour des patients qui subissent des dommages, ce qui est très important. Je note les progrès sur la transparence et l'identification, notamment des dispositifs médicaux, la création d'une base de données publique – à ce propos, nous avons écrit à M. Juncker pour que des moyens financiers soient mis à disposition afin que cette base Eudamed puisse être fonctionnelle – tout comme la publication de la déclaration d'intérêt de tous les experts qui y participeront et, enfin, la suppression autant que possible des substances cancérogènes, mutagènes et reprotoxiques.

Je mets un bémol sur quelques points: nous n'avons pas obtenu l'autorisation de mise sur le marché centralisée. Nous allons donc avoir plusieurs organismes notifiés, ce qui entraîne la nécessité d'une évaluation et de contrôles inopinés, comme cela a été dit, afin de s'assurer de leur capacité d'expertise. En effet, le nouveau scandale à propos d'Essure, un implant de stérilisation tubaire, montre que la présence de nickel entraîne énormément d'effets secondaires dont les femmes subissent les conséquences. Il est donc important de garantir que les organismes de certification disposent d'études cliniques très importantes, grâce aussi au comité d'experts qui doit les évaluer.

Je suis donc assez optimiste à propos de ce texte et j'espère qu'il sera voté.

Piernicola Pedicini, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la delegazione del Movimento 5 Stelle voterà positivamente queste proposte in materia di dispositivi medici e dispositivi medico-diagnostici perché vanno nella direzione da noi auspicata, e cioè che nessun dispositivo medico di bassa qualità deve essere ancora commercializzato all'interno dell'Unione europea.

In Europa non possiamo più permetterci scandali come quelli delle protesi al silicone o dei test HIV di bassa qualità che hanno prodotto falsi negativi – è stato detto prima dal collega Liese – aumentando quindi il rischio di contagio di una malattia come l'AIDS. Dobbiamo dire basta ai controlli formali e di facciata, mentre dobbiamo privilegiare i controlli diretti e sostanziali che tutelino i pazienti in via preventiva. Noi siamo favorevoli a una rete di laboratori europei di riferimento per il controllo dei dispositivi ad alto rischio, specialmente per quelli innovativi.

Riteniamo infine che sia stato un successo aver previsto l'obbligo di un piano di sorveglianza per monitorare la sicurezza dei dispositivi durante il loro ciclo di vita e per consentire ai pazienti e ai loro medici di avere sempre informazioni tempestive per rilevare eventuali malfunzionamenti.

Adesso però attendiamo con ansia l'adozione dei criteri per l'identificazione degli interferenti endocrini, senza i quali non sarà possibile selezionare le sostanze pericolose, che pure potrebbero essere presenti nei presidi medico-chirurgici, e di conseguenza neanche applicare la legislazione che stiamo per votare, con gravissimi danni per la salute dei nostri pazienti.

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, à la suite des scandales des prothèses mammaires PIP fabriquées frauduleusement à partir de silicone non médical et des prothèses de hanche métal-métal qui entraînaient une propagation de cobalt très toxique, il a été décidé de remettre à plat les règles concernant les dispositifs médicaux. Hélas, ces deux cas litigieux seraient en partie la conséquence d'un manque de vigilance d'une agence sanitaire nationale. Mais cela ne justifie en rien la perte totale des prérogatives des États du fait de la mise en place des deux règlements étudiés ce jour.

Ces nouveaux règlements feront peser des contraintes irréalistes sur les organismes notifiés qui sont, de par leur agrément obligatoire, la clé de voûte de la chaîne de valeur étant donné qu'ils transfèrent les compétences des autorités nationales vers ces mêmes organismes notifiés en les transformant en une véritable police sanitaire.

Les conséquences sont alors doubles: la privatisation du système de santé lors de la mise sur le marché des dispositifs médicaux et, par ailleurs, une augmentation considérable des coûts de certification en contrepartie de la responsabilité qui pèsera sur ces organismes et donc sur leur prime d'assurance en prévision des futurs procès.

Si certaines dispositions sont utiles, comme une traçabilité améliorée, le résultat final risque de paralyser assez rapidement le secteur européen du dispositif médical, tout particulièrement le secteur français, incapable à ce jour de s'adosser à un organisme notifié pourtant indispensable.

Ce faisant, ces règlements portent une atteinte sans précédent à notre souveraineté sanitaire. Incapables d'approvisionner leurs clients, faute de marquage CE obligatoire, les PME françaises sont évincées des hôpitaux et des pharmacies sur recommandation de l'Agence nationale de sécurité du médicament française, elle-même, au profit de sociétés étrangères, voire extérieures à l'Union européenne, pourtant pour des produits de moindre qualité. Certes, ces sociétés étrangères doivent aussi obtenir le marquage CE, mais leur rentabilité et leur prévalence sur leur marché national leur permettent de mieux résister, même si, à terme, le manque potentiel d'auditeurs fera dépendre le marché européen d'importations de pays tiers.

Rappelons qu'en France, l'industrie du dispositif médical concerne environ 65 000 emplois sur un millier d'entreprises qui sont à plus de 90 % des très petites entreprises (TPE), pour un chiffre d'affaires de 20 milliards d'euros.

En définitive, si cette discussion était nécessaire et attendue par les acteurs du secteur, cette révision entraîne une très lourde modification des exigences réglementaires allongeant les délais de certification. À l'inverse, les délais d'application de ces règlements sont souhaités à très court terme, quasiment à marche forcée. Pour toutes ces raisons, nous nous opposerons à ces textes.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il aura fallu pratiquement cinq ans pour que nous arrivions à réviser cette législation vieille de plus de 20 ans et à colmater les brèches qui ont fait que, malheureusement, il y a eu des scandales comme le scandale sanitaire mondial des prothèses mammaires PIP.

Je regrette la lenteur de la procédure, mais je veux féliciter les rapporteurs et, entre autres, M^{me} Wilmott et M. Liese ainsi que les rapporteurs fictifs parce qu'ils ont vraiment fait un travail énorme pour aboutir à une révision ambitieuse de cette réglementation et répondre à deux objectifs précis, à savoir renforcer et garantir la sécurité des patients et restaurer leur confiance tout en encourageant l'innovation dans le domaine des technologies médicales, et donc la création d'emplois.

Ces textes viennent mettre un point final à une ère où un dispositif médical implantable répondait quasiment aux mêmes obligations réglementaires qu'un simple grille-pain. Aujourd'hui, le renforcement de la surveillance des organismes notifiés, les obligations de contrôle inopiné chez les fabricants, l'attention apportée aux dispositifs de catégorie 3 et 2B, les plus à risque, ou l'amélioration de la traçabilité des produits, tout cela devrait permettre d'éviter les fraudes et de rétablir la crédibilité du marquage CE.

Je regrette simplement que nous n'ayons pas trouvé de solution uniforme pour le retraitement des dispositifs à usage unique, auxquels je suis totalement opposée. Je note toutefois que si les États membres les autorisent, les hôpitaux devront répondre à des obligations extrêmement strictes.

En conclusion, Monsieur le Commissaire, je pense qu'il faut veiller à la mise en œuvre de ces textes. Tout retard dans l'adoption des actes d'exécution pourrait avoir de graves conséquences. Nous ne sommes pas encore au bout de nos peines. L'application, je l'espère, rapide et efficace de ces nombreux progrès appellera des moyens importants et j'espère que la Commission et les États membres sauront mettre ces ressources sur la table.

Miriam Dalli (S&D). – Mr President, it has been a very long journey but, after four years, here we are and, yes, it is a good day. I would like to congratulate Glenis Willmott – I know you had a big task ahead of you, but you managed to do a great a job – and also our colleague, Peter Liese, and our shadow, Biljana Borzan, because together you managed to build on the spirit of compromise and really put at the heart of the policies you worked on our patients' safety first and foremost. I am really glad also to see such a large attendance by the public in the galleries today because this field we are speaking about and discussing is diverse, competitive and highly innovative. It is an area of great promise – sometimes spectacular promise – but it can also be an area of a number of pitfalls.

Devices are routinely implanted in our bodies. They replace limbs, bones, tissues and sometimes entire organs, but medical and diagnostic devices, when well designed, well made and properly used, can improve our quality of life and can save lives. If not, they can threaten and impair it. As the directly-elected representatives of our citizens, it is our mission to make sure that patients in the EU can access safe, effective and high-quality medical devices and diagnostics, and that they have timely access to medical technologies that will really help them.

We are living in a digital era where we need to be proactive and anticipate innovation. Our regulatory framework needs to be prepared for the type of technology that will come our way. It needs to help foster innovation and the development of life-saving and life-enhancing equipment. So yes, these pieces of legislation are a good example of how we can improve patient safety, and I look forward to Parliament building further on this spirit so as to ensure the highest level of patient safety throughout the EU, but maybe at a more rapid speed.

Julie Girling (ECR). – Mr President, can I give my congratulations and thanks to both of the rapporteurs and all of the teams. I have to say I admire your stamina. You are an example to us all. And so here we are at last.

Patient safety is of paramount importance and ensuring that this should always be so is our top priority. I am often one of the first to say that additional regulation can be burdensome, however when it comes to the realm of public health, especially when lives are in jeopardy and the safety of our healthcare system is questioned, tighter oversight and control mechanisms are vital. Indeed, in the wake of the breast implant and metal-on-metal hip scandals of 2012, it is now more important than ever that patient confidence be restored.

I firmly believe that support for these proposals is warranted. With the introduction of more systematic post-market checks, as well as stricter monitoring and traceability measures, these proposals create a framework whereby errors are more easily identifiable, allowing for more targeted and efficient responses and minimising any negative fallout.

While focusing on consumer safety, I would also acknowledge the importance of innovation, and these proposals do exactly that. So I think you have got the balance right, and I will be very happy to vote for this tomorrow.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Hr. formand! Tænk, at det lykkedes! Efter så mange timer, dage, år er det virkelig imponerende, at vi nu har nået et resultat, som vi næsten alle sammen er godt tilfredse med. Tak til Glenis Willmott og Peter Liese og også til Dagmar Roth-Behrendt for det arbejde, de har lavet.

Jeg vil ikke gentage alle de fremragende tekniske ting, der her er forelagt, det ville blive for kedeligt! Men jeg vil godt understrege, at det også for industrien er en enorm fordel, at vi nu får ordentlig sporbarhed, ordentlig kontrol, åbenhed og erstatningsansvar. Hvis dette virkelig kommer til at fungere i hele Europa, så vil det betyde, at vi fremover reelt kan sige: »Vi bliver de bedste på verdensmarkedet!«, i stedet for de reaktionære kræfter, der indtil nu har sagt »Uh, vi skal endelig ikke have noget som helst, for vi skal have lov til at svindle og bedrage«. Jeg er en af dem, der har fået udskiftet både knæ og hofte osv., og jeg er faktisk ret taknemmelig over ikke bare, at det kan lade sig gøre, men også at det kan gøres sikkert, så jeg kan færdes nogenlunde frit.

Lad mig til allersidst understrege det punkt, som Peter Liese havde fat i, nemlig rådgivning. Nogle af disse ting er faktisk lidt mere dramatiske for mennesker, end vi helt har kunnet få et indtryk af her. At få foretaget en gentest er faktisk ikke ingenting. Man kan risikere, at folk begynder at amputere bryster og arme og ben og nærmest ikke tør få børn af bar skræk for, hvad der måske kan ske. Her er det vigtigt at understrege, at der skal være rådgivning, og det allerbedste ville være, hvis medlemsstaterne insisterede på, at en sådan rådgivning var obligatorisk.

Julia Reid (EFDD). – Mr President, the role of medical devices in the UK, as well as in Europe, is of exceptional importance, and the medical devices sector plays a fundamental role in the diagnosis, prevention, monitoring and treatment of diseases. I share the concern about this issue with the rapporteur and the European Commission, and recognise that disgraceful things have happened in the past, where women having breast augmentation procedures were given Poly Implant Protheses (PIPs) containing industrial silicone.

Although I agree with the objectives of this report, which aims to influence the manufacturers at the site of production, as well as to increase transparency in instances where patients have had an adverse reaction to a medical device and are searching for information, I believe, however, that Member States are best placed to act in this field. My party and I believe that this is an issue best dealt with by national parliaments, therefore avoiding unnecessary bureaucracy.

Giovanni La Via (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, commissario Andriukaitis, credo che abbiamo compiuto un lungo percorso e abbiamo fatto insieme un viaggio, dalla proposta di cinque anni addietro all'accordo chiuso sotto la presidenza olandese. Per questo credo che vadano ringraziati i colleghi Willmott e Liese per il ruolo che hanno avuto da relatori, e anche personalmente li vorrei ringraziare per la collaborazione che hanno prestato nell'ultima fase del negoziato durante i triloghi per raggiungere un'intesa, un'intesa proficua con il Consiglio e con l'aiuto della Commissione.

Il negoziato è stato complesso e lungo, non solo per la durata, ma anche per la complessità del dossier, molto tecnico, con una serie di elementi che abbiamo dovuto definire in corso d'opera. Ma il risultato finale è sicuramente un risultato importante: forniamo all'industria del settore un quadro chiaro che consentirà di realizzare investimenti e contribuirà a quell'obiettivo che ci eravamo dati sin dall'inizio, che era quello di avere una maggiore sicurezza del paziente, ma anche di stimolare l'innovazione in medicina.

Abbiamo lavorato per innalzare fortemente gli standard di qualità e sicurezza dei prodotti, a tutela della salute dei cittadini europei, e avviato un percorso che costringerà il settore industriale ad un importante cambio di mentalità. Sono certo che tali nuove norme rappresenteranno un'opportunità per il sistema della salute e industriale europeo. Ci sono molte misure importanti, soprattutto in tema di trasparenza, come l'istituzione del *database* centrale per creare un sistema di raccolta di tutte le informazioni. O penso ai pazienti con dispositivo impiantato, per i quali è prevista la messa a disposizione di informazioni chiave sul prodotto, comprese le eventuali precauzioni di cui potrebbe aver bisogno.

In definitiva, abbiamo raggiunto un compromesso che ha richiesto tante ore di negoziato, ma del quale come parlamentari europei dobbiamo essere sicuramente fieri. Domani spero che tutti quanti lo sosterremo in quest'Aula.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Også fra mig skal der lyde et kæmpestort tillykke til fru Willmott og hr. Liese for et stort, stort stykke arbejde. Men mest af alt skal der lyde et kæmpe tillykke til de europæiske patienter. For med det forslag, vi skal stemme om i morgen, bliver det markant mere sikkert at være patient i Europa, hvis man har brug for at få nye hofter eller ny pacemaker eller underlivsnet, eller hvad man nu kunne have brug for.

Lad mig dog også sige, at det godt nok også var på tide! Vi har kæmpet med dette i mange mange år, lige siden skandalerne for ca. 5-6 år siden væltede ud af skabet. Særligt er jeg glad for, at vi får væsentligt strammere krav til udstyret, inden det må blive markedsført, og markant større kontrol med udstyret, efter at det er markedsført. Det er lige præcis det, vi har brug for! Jeg havde også gerne set et europæisk centralt godkendelsessystem, men det kom vi desværre ikke i mål med. Uanset hvad, skal der lyde et kæmpe tillykke til de europæiske patienter. Det er nu mere sikkert at være patient.

Mark Demesmaeker (ECR). – Jammer genoeg blijkt dat er vaak eerst een crisis moet uitbreken voordat er in zaken verandering kunnen worden gebracht. We hebben deze ochtend het debat over “dieselgate” gevoerd en nu over medische hulpmiddelen. Ook hier maakten verschillende schandalen pijnlijk duidelijk dat de controlemechanismen op medische hulpmiddelen ontoereikend zijn. Iedereen herinnert zich de problemen met gebrekkige borstimplantaten van de Franse producent PIP.

De bestaande wetgeving dateert van begin jaren negentig en is dus achterhaald, ook door de technologische vooruitgang. De nieuwe regels moeten de veiligheid en kwaliteit van medische hulpmiddelen verhogen, in het belang van de patiënt. Een strikte controle vóór het product op de markt komt, moet hand in hand gaan met een strikt markttoezicht achteraf, wanneer het product beschikbaar is. Een verstrenging van de regels voor medische hulpmiddelen met een hoog risico, zoals bepaalde implantaten, is nodig.

Daarnaast zijn betere transparantie en traceerbaarheid essentieel.

Het akkoord dat voorligt, is niet perfect, maar is zonder meer een stap vooruit en mijn delegatie zal het dan ook steunen.

Miroslav Mikolášik (PPE) – Vážený pán komisár, na európskom trhu v súčasnosti existuje viac než 500-tisíc zdravotných pomôcok a diagnostických pomôcok *in vitro*. Vďaka rýchlemu vývoju sú tieto pomôcky čoraz sofistikovanejšie, avšak platná úprava s vedeckým pokrokom nedrží krok. Vzhľadom na viaceré škandály, keď diagnostické pomôcky poskytl pacientom chybné výsledky, som presvedčený o nutnosti prispôbiť legislatívu reálnemu stavu a sprísniť pravidlá so zámerom eliminovať prípady nesprávnej diagnostiky. Stotožňujem sa s predkladaným znením návrhu nového nariadenia, ktoré je zamerané na posilnenie procesu dohľadu nad diagnostickými pomôckami *in vitro* pred uvedením na trh a po ňom, ako aj na výsledovateľnosť pomôcok v rámci celého dodávateľského reťazca, a popri tejto podpore výskumu a inovácií musíme mať neustále na pamäti bezpečnosť pacientov, ochranu života a zdravia, čo je našim primárnym a najvyšším cieľom. Implementácia novej legislatívnej úpravy musí byť Európskou komisiou náležite monitorovaná, a to najmä v oblasti odborného genetického poradenstva, tak ako sme to požadovali v našej parlamentnej pozícii. Ani pacient, ani spotrebiteľ nesmú byť vystavení zavádzajúcim informáciám, prípadne dezinterpretáciám výsledkov či interpretáciám v takej citlivej oblasti, ako je zdravie.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, chers corapporteurs, du simple pansement au cœur artificiel en passant par les prothèses mammaires ou de hanche, ces dispositifs médicaux sont essentiels pour notre santé et notre qualité de vie au quotidien. Ils occupent une place prépondérante dans l'économie européenne de la santé – je pense que c'est important de le dire – et jouent un rôle déterminant pour notre espérance de vie, qui ne cesse d'augmenter. Voilà une réalité qu'il convient toujours de prendre en compte et c'est l'occasion que nous offre ce débat.

Je me souviens d'avoir été corapporteur d'une résolution en 2012: après les scandales de 2010 et de 2012, il fallait absolument demander à la Commission européenne de nous proposer un dispositif de protection. C'est chose faite après cinq ans d'un combat victorieux. Par conséquent, je remercie Glenis Wilmott et Peter Liese, mais aussi le commissaire européen, M. Andriukaitis, de nous permettre d'offrir un dispositif de protection à l'ensemble des Européennes et des Européens.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Wprowadzenie zmian w prawie dotyczącym wyrobów medycznych i wyrobów do diagnostyki *in vitro* było konieczne nie tylko w celu wyeliminowania skandalicznych nieprawidłowości, ale także umożliwienia łatwiejszego dostępu pacjentów do nowoczesnych technologii w medycynie, czego nie zabezpieczały przestarzałe dwudziestoletnie regulacje. Wprowadzenie reżimu niezapowiedzianych kontroli przez wzmocnione prawnie jednostki notyfikowane, dokonujące oceny zgodności wyrobu z obowiązującymi przepisami, zapewne poprawią bezpieczeństwo – szczególnie produktów najwyższego ryzyka. Szkoda, że nie wprowadzono zasady nakazującej producentom ubezpieczanie się, prawdopodobnie z powodu ewentualnego wzrostu cen wyrobów. Jednak pozytywnym jest zobligowanie odpowiednich organów do przekazywania osobom poszkodowanym informacji dotyczących wadliwego działania produktu, co ma ogromne znaczenie w przypadku dochodzenia roszczeń wraz z wykazaniem związku przyczynowo-skutkowego. Mam nadzieję, że dokument zostanie przyjęty.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señor comisario, en primer lugar quisiera felicitar a la señora Willmott y al señor Liese por el gran trabajo realizado y por el éxito conseguido en la negociación de estos dos informes. No ha sido fácil. Hace casi cinco años de la propuesta original que presentó la Comisión Europea, y ha llovido mucho desde entonces. Cinco años de trabajos y casi dos años de duras negociaciones entre el Consejo, la Comisión y el Parlamento que nos llevan a poder aprobar unas nuevas normas sobre los productos médicos que reflejen los avances tecnológicos y científicos que ha tenido el sector en los últimos veinte años.

Un acuerdo a favor del cual votaremos mañana porque refleja lo que queremos: más seguridad para nuestros ciudadanos; más seguridad tanto en controles posteriores a la aprobación de los productos como en los pasaportes que todos los implantes deberán llevar para ser debidamente monitorizados y trazabilizados; más seguridad, mayor transparencia y más rapidez de respuesta, obligando a los Estados miembros a que tomen las medidas necesarias para empoderar a los profesionales de la salud, los usuarios y los pacientes para que informen de las sospechas sobre incidentes serios a nivel nacional utilizando formularios armonizados.

Queremos unos productos más seguros que nos permitan construir un sistema de control y protección que refuerce los controles previos y posteriores a la comercialización, que sea más transparentes y que evite que se repitan casos tan graves como los de los implantes mamarios PIP que afectaron a miles de mujeres en Europa.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Domnule președinte, au existat în ultimii ani mai multe scandaluri notorii care ne-au demonstrat că legislația aplicată defectuos, atunci când e combinată cu neglijența sau chiar cu infracțiunile unor producători, poate pune în pericol sănătatea și viețile pacienților. Defecțiunile unor teste HIV sau ale unor proteze de șold, scandalul PIP cu implanturile care conțineau silicon de tip industrial, toate aceste cazuri dovedesc nevoia urgentă de a schimba sistemul care le-a făcut posibil.

Prin aceste noi reguli, toate dispozitivele medicale, inclusiv cele un rol estetic vor trebui să respecte aceleași standarde pentru a primi autorizarea de punere pe piață. Dispozitivele cu risc ridicat vor face obiectul unor teste clinice suplimentare. Inspecțiile obligatorii neanunțate vor descuraja neregulile, iar măsurile mai stricte, de trasabilitate, vor permite producătorilor să-și îmbunătățească reacția în situații de criză.

Doresc să felicit colegii mei pentru finalizarea acestei legislații și pentru munca depusă. Cred că ea va juca un rol foarte important pentru creșterea siguranței pacienților și va reduce riscul apariției de noi scandaluri de acest tip. Vă mulțumesc.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Dank aan de rapporteurs. Medische hulpmiddelen zijn onmisbaar in ons dagelijks leven, vooral als er even iets mis gaat en de patiënt weer patiënt gaat worden. Velen van ons danken hun leven aan medische hulpmiddelen: borst- of gehoorimplantaten, kunstheupen en virale testen maken het leven van mannen en vrouwen in de Unie gezonder en daar mogen we blij mee zijn. En niet te vergeten: zij zorgen voor een aangename en menswaardig leven.

Sinds de eeuwwisseling zijn wij geconfronteerd met schandalen, zoals het PIP-schandaal. Borstimplantaten bleken gevaarlijke siliconen te lekken. Ik ben daarom tevreden met de wetgeving die door ons als Parlement in onderhandelingen met de lidstaten en de Europese Commissie en onder het Nederlands voorzitterschap is bereikt. Deze wetgeving zorgt voor betere traceerbaarheid, grotere aansprakelijkheid en verantwoordingsplicht van producenten. Verder omvat zij scherpere regels voor risicovolle medische hulpmiddelen en tot slot een verscherpte beoordeling voorafgaand aan en na het op de markt brengen van deze producten. De gezondheid van de burger en gebruiker staat weer centraal.

Ik ben minder tevreden over de veel te trage wetgevingsprocedure met de lidstaten. De Europese Unie moet echter sneller resultaten gaan leveren wanneer het om volksgezondheid gaat. Deze wetgeving wordt pas over drie, respectievelijk vijf jaar van kracht. Deze wetgeving duurt veel te lang. Pas tien tot vijftien jaar na de grote schandalen. Wij moeten als Europa snelle resultaten gaan leveren.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, yo no puedo más que agradecer y reconocer el gran trabajo de la señora Willmott y del señor Peter Liese en lo que considero que no solamente viene a solventar el tema de los productos sanitarios y cosméticos, sino que marca —o intuyo que marca— el futuro de la seguridad del paciente en general.

Han introducido conceptos tan importantes como la responsabilidad del fabricante, con cobertura financiera suficiente; tienden a eliminar y limitar el uso de tóxicos y cancerígenos en estos tipos de productos, una clara mejora de la trazabilidad, un seguimiento poscomercial y, por supuesto, información del paciente.

En definitiva, un excelente trabajo para estos productos, pero —como digo— estoy muy segura de que será el futuro también de la mejora de la seguridad del paciente en su conjunto.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, medical devices cover a wide array of products, from sticking plasters to heart valves, to analytical laboratory equipment; all in all, about 500 000 devices in the EU market. The proposals here mainly focus on scrutiny of devices before they are placed on the market and their surveillance after becoming available as well as their traceability and the supply chains, and this is highly commendable.

Proposals include stricter criteria for designating and monitoring notified bodies, adaptation of classification rules and streamlining of different assessment procedures. We must ensure a high level of health and safety protection for EU citizens using these products and must adapt the EU legislation to the significant technological and scientific progress in this sector over the last 20 years.

I believe that with this text these goals will be achieved and I commend the rapporteurs Willmott and my colleague, Liese on their significant work in this regard. With this work, we will see stricter requirements for notified bodies who check the conformity of these products. This is important for consumers who rely on them for ensuring the highest standards for these products in the EU.

Strengthened rules for high-risk devices are also welcome, as is the guidance and expertise to be provided by expert panels and laboratories on this issue. This is also important to ensure the utmost safety of products on the market. I am pleased with the inclusion of the enhanced system of traceability of devices along with post-market surveillance. I welcome the setting up of a central database. A good job well done by the rapporteurs.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich danke zuerst einmal allen, die dazu beigetragen haben, dass wir wieder einen sehr wesentlichen Schritt in Richtung höchster Patientensicherheit machen konnten. Die Rechtsvorschrift ist komplex, umfangreich und von hochtechnischer Natur. In der dreijährigen Übergangszeit nach der Veröffentlichung der Medizinprodukteverordnung müssen die Regulierungsbehörden an die 80 Durchführungs- und delegierte Rechtsakte, davon 18 obligatorische, liefern. Sie müssen die Eudamed-Onlinedatenbank entwickeln und testen. Sie müssen neue Fachberatungsstrukturen und neue EU-Präferenzlaboratorien einrichten. Sie müssen die benannten Stellen, die für die Bewertung von Medizinprodukte-Dossiers zugelassen sind, neu benennen.

Derzeit stehen für diese und noch für etliche weitere Arbeiten knapp 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der DG GROW und im *Joint Reseach Centre* zur Verfügung. Soweit ich verstanden habe, ist gemeinsam vorgesehen, diese Gruppe auf ca. 40; 45 Leute aufzustocken, und es zeigt sich, dass hier die Rekrutierung offenbar recht langsam stattfindet. Wenn wir, was wir uns heute vorgenommen haben, nämlich höchste Patientensicherheit garantieren wollen, dann müssen wir auch garantieren, dass das dazu notwendige Personal vorhanden ist. Ich glaube, dass selbst die angestrebten 45 Personen diese große Aufgabe im Sinne der höchsten Patientensicherheit nicht werden erfüllen können.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst natürlich auch bei allen bedanken, die an diesem wichtigen Dossier mitgewirkt haben: bei Frau Willmott, der Kollegin aus Großbritannien, bei Peter Liese, aber natürlich auch bei Mairead McGuinness bei uns in der Fraktion.

Der PIP-Skandal hat uns vor einigen Jahren alle außergewöhnlich schockiert. Mit dieser Gesetzgebung heute geben wir einen Gutteil der Antworten, die notwendig sind, um auf der einen Seite Patientinnen und Patienten Sicherheit zu gewähren, aber auf der anderen Seite das unglaubliche Innovationspotenzial der Medizintechnik nicht unnötig zu erschweren. Da waren viele schwierige Gespräche notwendig, da gab es viel Veränderungsbedarf, auch am Kommissionsvorschlag. Aber es ist uns gelungen, das jetzige Endergebnis dieser Diskussionen unbürokratisch zu gestalten – so unbürokratisch, wie das eben bei derart komplizierten Fragen geht –, gleichzeitig mehr Sicherheit für die Patienten zu erreichen und bei alledem den Innovationsaspekt der Medizintechnikbranche nicht zu sehr zu erschweren.

Ein wichtiges Element, das auch gelegentlich schon angesprochen wurde, besteht jetzt darin, dass die Umsetzung in Europa überall gleich erfolgen muss. Das wird die Sicherheit aller Europäerinnen und Europäer verbessern. Es wird keine unterschiedlichen Umsetzungsvarianten geben, sondern wir müssen Wert darauf legen, dass es einheitlich umgesetzt wird. Überall in Europa wird die Medizintechnikbranche sich am Ende nach einem Gesetz messen lassen müssen. Wir brauchen da pragmatische Lösungen, und wir brauchen flexible Lösungen, die es ermöglichen, dieses hohe Innovationspotenzial am Ende auch an die Patientinnen und Patienten heranzubringen.

Insofern herzlichen Dank an alle, die mitgewirkt haben.

Zgłoszenia z sali

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli scandali degli ultimi anni sui dispositivi medici hanno evidenziato l'urgente necessità di porre rimedio all'evidente carenza normativa.

Complimenti ai relatori: finalmente l'Unione si dota di un quadro normativo solido e trasparente finalizzato a incrementare il livello di protezione della salute dei cittadini europei senza ostacolare l'innovazione. Tra le novità più significative figurano una procedura speciale per taluni dispositivi ad alto rischio con una valutazione indipendente da parte di un gruppo di esperti, un chiarimento dei ruoli e degli obblighi di tutti i soggetti operanti sul mercato, un divieto totale per determinate sostanze cancerogene, mutagene e tossiche presenti in alcuni dispositivi oggetto di una serie di deroghe e un sistema globale di tracciabilità dei dispositivi, di vigilanza e sorveglianza post-commercializzazione per garantire il monitoraggio costante e una rapida reazione in caso di problemi.

Abbiamo raggiunto un buon compromesso. Il nuovo quadro normativo permetterà di superare le differenze di attuazione e garantirà la sicurezza dei dispositivi medici e la loro libera circolazione nel mercato interno.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, θέλω κατ' αρχήν και εγώ να συγχαρώ πραγματικά τους εισηγητές, γιατί φέρνουν στην επιφάνεια ένα ζήτημα που αφορά ζωές και την υγεία των ανθρώπων. Υποστηρίζω, επίσης, ότι, πριν οι ιατρικές συσκευές εισαχθούν στο εμπόριο, πρέπει να αποδεικνύεται ότι είναι ασφαλείς. Πρέπει, όμως, και μετά να πραγματοποιούνται ποιοτικοί έλεγχοι στις ιατρικές συσκευές, όπως και στα φάρμακα.

Τα εμφυτεύματα δεν αποτελούν παράμετρο, αλλά ουσιαστικό στοιχείο του ζητήματος, δεδομένης και της πολύ γνωστής υπόθεσης με τα εμφυτεύματα που αποκαλύφθηκε πριν από κάποια χρόνια στη Γαλλία. Τα όργανα μίας χρήσης χρήζουν περαιτέρω ενδελεχούς έρευνας. Η νομοθεσία πρέπει να επιβάλει και αιφνιδιαστικό έλεγχο. Κλείνω επαναλαμβάνοντας αυτό που είπα στην αρχή, ότι εδώ μιλάμε για τη ζωή και την υγεία των ανθρώπων και πρέπει να είμαστε αυστηροί.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ανάγκη που αισθάνεται κάθε άνθρωπος να προστατεύσει ή να αποκαταστήσει την υγεία του έχει δώσει τη δυνατότητα της αισχροκέρδειας στους κύκλους εκείνους που ασχολούνται με την παραγωγή και την εκμετάλλευση ιατρικών μηχανημάτων και άλλων συναφών προϊόντων. Τα κρούσματα αυτής της διαφθοράς είναι πολλά και δυστυχώς αυξάνονται, είτε διότι τα κράτη δεν μπορούν να ελέγξουν την κατάσταση είτε διότι πολλές φορές την ανέχονται. Τελικά θύματα και αποδέκτες αυτής της απαράδεκτης καταστάσεως, όμως, είναι οι ασθενείς και όσοι χρησιμοποιούν τα υλικά αυτά, διότι όχι μόνο δαπανούν μεγάλα ποσά για πολλές φορές ελαττωματικά υλικά, αλλά και διότι τίθεται σε κίνδυνο η υγεία τους.

Για τον λόγο αυτό, θέλω και εγώ να εκφράσω τα συγχαρητήριά μου προς τους εισηγητές του νέου κανονισμού διότι, μεταξύ των άλλων, έχουν προβλέψει πολλούς, ποικίλους και αυστηρούς ελέγχους των βιομηχανιών και των προϊόντων που παράγονται και με αυτό τον τρόπο προστατεύουν τη δημόσια υγεία.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, când vorbim de dispozitive medicale, trebuie să ne gândim la oameni și la securitatea lor. În foarte multe cazuri, pacienții au avut de suferit de pe urma calității acestor dispozitive medicale și îmi pare bine că raportorii au completat propunerea Comisiei cu responsabilitatea producătorilor, care lipsea din propunere.

Vigilența și supravegherea ulterioară introducerii pe piață sunt extrem de importante și valoarea raportului constă și în faptul că prevede inspecții neanunțate. Noul regulament stabilește dispoziții detaliate pentru întregul proces, cu norme clare. Apreciez că există o prevedere și de consiliere genetică în cazurile în care se recurge la teste genetice. Doresc să subliniez că acest raport introduce un sistem global îmbunătățit pentru trasabilitatea dispozitivelor și supravegherea ulterioară și monitorizare constantă pentru reacții rapide, pentru că aici vorbim de viața oamenilor.

Am auzit o colegă care spunea că certificările dispozitivelor sunt prea numeroase. Eu cred că nimic nu este prea numeros pentru viața și securitatea pacienților și vreau să o felicit pe Glenis și pe toți raportorii care au lucrat pentru munca extraordinară la un raport extrem de tehnic, dar extrem de important din punctul de vedere al calității actului medical și al sănătății pacienților. Mulțumesc.

(Koniec pytań zgłoszeń z sali)

Vytėnis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, I truly believe that this is an important day for EU patients, medical society and industry – especially its innovative sectors – and for all EU citizens. Thank you all for making this happen.

We have set the conditions for Europeans to receive the safest and most reliable healthcare, and for the EU to remain at the forefront of innovation in the field. However, let me also add that the adoption of these two comprehensive texts represents only the beginning of a long and challenging process. We now need to make sure that the new system is effectively put on the ground and delivers the expected added value to all stakeholders.

The Commission will continue to consider this dossier as an utmost priority. I am confident that with the support of the European Parliament, national authorities, patients and all the relevant operators, the challenge of the implementation of this new legal framework will be met successfully and, very importantly, in good time. I wish you all the best and thank you very much indeed.

Glenis Willmott, *rapporteur*. – Mr President, thank you all for your support and comments. The medical devices industry is hugely important in the EU, with over 25 000 companies employing almost 600 000 people. That is a lot of people.

Throughout our work on this legislation, we had in mind that we needed stronger rules to improve device safety and protect patients without stifling the innovation that is a key feature of the industry in Europe. I believe the agreement that we have reached strikes the right balance. This will strengthen requirements for medical devices, and require high-risk devices to undergo additional pre-market assessment. Stricter rules on post-market surveillance will also ensure a faster response if there is a problem with a device and a new ID system will improve traceability.

It is clear that Member States will have to cooperate and share information, and the new EU-wide database EUDAMED will help them do that. And importantly, patients will have more information on the devices they use or are treated with.

Unfortunately, we cannot go back in time and prevent past scandals from happening, but with this legislation, we can make them much less likely in the future. Patients rightly expect that if a device has been placed on the market, then it must be safe. But unfortunately this has not always been the case. We have a responsibility to make sure that patients can have confidence in the medical devices industry and I firmly believe that this is what the agreement we will be voting for this week will do.

Once again, thank you to everyone who has helped us to get to this stage, and again in particular to all of our staff and the Group staff, who have worked their socks off on this. I hope we have strong support in the vote tomorrow, because at the end of the day, this is about the safety of patients across the EU, and nothing can be more important than that.

Peter Liese, Berichterstatter. – Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die Unterstützung, die ja von fast allen Rednern gekommen ist. Ich freue mich sehr darüber. Ich möchte kurz auf die kritische Stimme von der UKIP eingehen. Frau Reid ist leider nicht mehr da, deswegen kann sie das jetzt leider nicht mehr hören; vielleicht kann man es ihr aber zutragen. Sie hat gesagt, es wäre doch gut, wenn die Mitgliedstaaten sich um das Thema kümmern. Ich denke, wir müssen klar sehen, dass, wenn diese Produkte im Binnenmarkt gehandelt werden, wir dann auch gemeinsame Standards zur Kontrolle haben. Es geht nicht, dass wir einen offenen freien Markt haben und dass die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht durch gemeinsame Standards geschützt ist, und ich glaube, die UKIP und ihre Verbündeten werden noch erleben, welche riesigen Probleme auf die Bevölkerung in Großbritannien zukommen, wenn der Binnenmarkt irgendwann nicht mehr da ist. Da werden Produkte teuer, da werden auch Innovationen vielleicht aus dem Rest Europas nicht so schnell auf die Insel kommen, und da werden sie noch sehen, was das für eine verrückte Politik ist, die die UKIP auch heute wieder im Europäischen Parlament vertreten hat. Wir brauchen diese Regeln, und wir brauchen den Binnenmarkt mit hohen Regeln zum Schutz der menschlichen Gesundheit.

Und dann möchte auf eins eingehen, was viele Kolleginnen und Kollegen gesagt haben: Warum hat das so lange gedauert? 2012 war der PIP-Skandal, nein, 2012 hat die Europäische Kommission diesen Vorschlag gemacht, der Skandal war noch etwas früher. Und wir haben viereinhalb Jahre gebraucht. Es ist ein schwieriges technisches Dossier. Deswegen kann man das nicht zwischen Mittagessen und Abendessen mal eben verhandeln. Aber wir als Parlament haben in zwölf Monaten eine umfassende Stellungnahme zu allen Themen verabschiedet, und der Rat hat dann noch mal zweieinhalb Jahre gebraucht – das ist leider bei vielen anderen Themen auch so. Europa muss sich nicht um alles kümmern, aber wenn wir solche Probleme haben, dann muss der Rat in Zukunft ein bisschen schneller werden, und dazu sollten wir gemeinsam an die Mitgliedstaaten appellieren. Gute Gesetzgebung kommt, aber sie kommt zu spät. Und auch in anderen Bereichen muss der Rat sich demnächst ein bisschen schneller anstrengen, damit wir die Probleme lösen.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo. To była duża przyjemność przewodniczyć debacie przebiegającej w taki sposób, jak ta, która właśnie się kończy. Niech mi będzie wolno odnotować, że nie było ani jednego wystąpienia w trybie niebieskiej kartki, co oznacza, że wszyscy kierowaliśmy się podobną troską.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 5 kwietnia 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), in writing. – The medical devices sector, representing more than 25 000 companies of which 95% are SMEs, has not only become an influencer on expenditure, but also increasingly important for the healthcare of EU citizens, covering a wide range of products, from simple bandages to heart valves, and the most sophisticated X-ray equipment. It helps improving the quality of life of citizens by providing innovative health care solutions regarding diagnosis, prevention, monitoring, treatment and alleviation. Since the existing regulatory framework dated back to the 1990s, only considering the advances of technology in the medical sector there was a stringent need for revision. The new regulations on medical and in-vitro diagnostic medical devices will help to ensure that all medical devices are safe and perform well, and will make sure that all medical and in vitro diagnostic devices are designed to reflect the latest scientific and technological state-of-the art, but also comply with EU patient safety and ethical requirements. The rules will also improve market surveillance and traceability, and provide more transparency and legal certainty for producers, manufacturers and importers and help to strengthen international competitiveness and innovation in this strategic sector. I strongly support the outcome reached.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), na piśmie. – Prace nad modernizacją przepisów dotyczących wyrobów medycznych, w tym również do diagnostyki in vitro, trwały od 2012 r., a obecne rozwiązania w tym zakresie zostały opracowane w latach 90. Zważywszy na szybkość postępu technologicznego oraz innowacje w tej dziedzinie, regulacje wymagały dostosowania do realiów, co potwierdzają wypracowane przepisy. W trakcie prac głównymi celami, którym służyć miały regulacje, było: zapewnienie bezpieczeństwa wyrobów sprzedawanych w UE oraz zwiększenie dostępu do innowacyjnych rozwiązań, by mogły one w sposób skuteczny służyć ochronie pacjentów. Musimy pamiętać, że wyroby te w wielu przypadkach pomagają diagnozować i leczyć choroby, schorzenia oraz, co bardzo ważne, że dzięki ich użyciu możemy im zapobiegać. Katalog wyrobów medycznych oraz wyrobów do diagnostyki in vitro to ponad 500 tys. produktów, które dostępne są na rynku UE. Chcąc uniknąć skandali, z jakimi mieliśmy do czynienia w przeszłości, kiedy to wadliwe silikonowe implanty piersi, niespełniające standardów zostały wszczepione 300 tys. kobiet na całym świecie, należy bezwzględnie zapewnić bezpieczeństwo tego typu wyrobów. Najskuteczniejszym sposobem jest kontrola, identyfikacja i nadzór nad wyrobami medycznymi podczas całego cyklu życia produktów. Pozwoli to na

podjęcie zdecydowanych działań i reakcję w przypadku pojawienia się problemów mogących mieć negatywny wpływ na życie i zdrowie ludzkie, które powinno być największą wartością.

13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

14. Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Elenę Valenciano i Agustína Díaza de Merę Garcíę Consuegrę w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych oraz Komisji Rozwoju w sprawie rozwiązań dotyczących przepływu uchodźców i migrantów: rola działań zewnętrznych UE (2015/2342(INI)) (A8-0045/2017).

Elena Valenciano, ponente. – Señor presidente. Este es un debate muy importante porque hablamos de nuestra respuesta exterior al fenómeno migratorio y de los refugiados, pero en realidad es un debate que habla mucho de nosotros, de lo que queremos que sea la Unión Europea, de lo que creemos que debe ser la Unión Europea.

La verdad es que yo creo que ya no es tiempo de retórica. Han pasado muchas cosas. Hoy el presidente Steinmeier hablaba de coraje. Probablemente haya que dejar la retórica y más bien ocuparse del coraje. La Unión Europea está en un momento crítico, sin duda, y corre el riesgo de encerrarse aún más en sí misma.

Con el fenómeno de la migración y los refugiados se ha visto completamente desbordada. Desbordada por algo que llamamos crisis. Pero no es una crisis, porque no va acabar dentro de poco. Hay que dejar de llamar crisis de refugiados al movimiento de personas que huyen del horror más absoluto y que solo tienen una cosa, que es su derecho a ser protegidos.

Hay que dejar de llamar crisis migratoria a la llegada de miles de personas que no eligen por capricho dejar su hogar, su país y su familia, sino que huyen porque no tienen otra elección. En cambio, sí podemos hablar de otra crisis. La crisis de la solidaridad europea. Esa sí es una crisis. Una insolidaridad con los que vienen de fuera y una insolidaridad dentro con los propios socios, entre socios.

También podemos hablar de crisis institucional, porque el Consejo Europeo ha sido incapaz de cumplir con sus propios compromisos, que ya eran unos compromisos de mínimos en la acogida de refugiados. Y también podemos hablar de crisis moral, porque estamos más ocupados en bloquear el acceso de estas personas a nuestras fronteras, aunque sea con acuerdos espurios, como el acuerdo adoptado con Turquía, o más interesados en fomentar los retornos que en paliar la dramática situación que viven todas estas personas dentro y fuera de nuestras fronteras.

Lo que llega a Europa es una mínima proporción de la cruda realidad de los desplazamientos en el mundo, de países mucho más pobres que los nuestros que acogen, multiplicada por cinco y por diez, esta crisis que llamamos de refugiados. Nuestra reacción ha sido, como mínimo, irresponsable. Sobre todo la de los Gobiernos nacionales. Ha sido cortoplacista, miope, no quieren ver que este fenómeno ha venido para quedarse.

El informe que presentamos es un informe de propia iniciativa y, por lo tanto, no obliga a la acción del Consejo y de la Comisión. Pero sí es una voz, la voz del Parlamento Europeo, la voz de los representantes de los ciudadanos en la Unión Europea. Y esta voz afirma que los fenómenos migratorios no pueden ser entendidos como una amenaza, que necesitamos un cambio de paradigma, de narrativa, para hacer de ellos algo beneficioso, como lo ha sido a lo largo de la historia.

Esta es una batalla que los demócratas no podemos perder y que debemos dar sin complejos frente a una extrema derecha en auge y un populismo de izquierda y derecha que está en clara expansión. Para ello debemos superar, dice el informe, un enfoque centrado solo en la seguridad para ocuparnos de los derechos humanos, para ocuparnos de la integración, para ocuparnos de que estas personas tengan vías legales de acceso a nuestros países. Y para no transferir siempre la responsabilidad a terceros.

Estamos exigiendo a muchos países que tienen muchas mayores dificultades que nosotros que se hagan cargo de algo de lo que nosotros no estamos dispuestos a hacernos cargo, y este Parlamento no puede ser ignorado en toda esta nueva estrategia de acuerdos con terceros países.

Nos enfrentamos a un gravísimo problema de credibilidad con nuestros ciudadanos y tenemos que responderles en la medida en que nuestros valores nos exigen que respondamos. Creo que es un gran paso que la acción exterior de la Unión Europea se vaya a ocupar también del fenómeno de la migración y los refugiados. Esa es una buena noticia que tenemos que seguir muy de cerca.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, ponente. – Señor presidente, en primer lugar, quiero agradecer a la señora Valenciano su cooperativo y riguroso trabajo y su espíritu de consenso.

Quiero comenzar enfocando correctamente la cuestión del informe: nos referimos a los retos que plantean los flujos de migrantes y refugiados y el papel exterior de la Unión. No es, por tanto, un informe que se centre fundamentalmente en la dimensión interior.

Una dimensión exterior, señor presidente, es de capital importancia para hacer frente a la migración irregular y abordar sus causas profundas, como quedó subrayado en la Cumbre de La Valeta y en los últimos Consejos Europeos.

La migración es un poderoso instrumento de desarrollo y, por ende, puede contribuir al progreso socioeconómico, como ha ocurrido históricamente. Además, debe ser abordado como una oportunidad única para transformar la migración en un factor clave de desarrollo sostenible e inclusivo. Por eso, considero fundamental que se emplee una narrativa positiva que promueva una comprensión auténtica y objetiva de la cuestión y de los beneficios comunes asociados.

Por ello, apoyo muy sinceramente la campaña «Juntos», puesta en marcha por las Naciones Unidas para reducir la percepción y las actitudes negativas hacia los refugiados y hacia los migrantes. Pido a las instituciones de la Unión que cooperen plenamente con las Naciones Unidas en apoyo de esta campaña.

Quiero subrayar que la Unión debe respetar sus valores y principios en todas las políticas comunes y promoverlos en sus relaciones exteriores, tal y como establece el artículo 21 del Tratado de la Unión que voy expresamente a citar, ya que lo considero de máxima importancia para nuestro propósito: «La acción de la Unión en la escena internacional se basará en los principios que han inspirado su creación, desarrollo y ampliación y que pretende fomentar en el resto del mundo: la democracia, el Estado de Derecho, la universalidad e indivisibilidad de los derechos humanos y de las libertades fundamentales, el respeto de la dignidad humana, los principios de igualdad y solidaridad y el respeto de los principios de la Carta de las Naciones Unidas y el Derecho internacional».

Pues sí, lo que está en crisis es la gestión y lo que está en crisis es la solidaridad, nada más. He querido mencionar específicamente la solidaridad de la Unión y de todas sus políticas para enfatizar que la ayuda y la cooperación de la Unión deben ser incondicionales y estar concebidas para lograr el desarrollo y el crecimiento en terceros países, fomentando también con ello el crecimiento en el seno de la propia Unión Europea y tanto más cuanto que la Unión es el mayor donante mundial.

Es cierto que el sistema de ayuda humanitaria se encuentra absolutamente desbordado y, por tanto, necesitamos un enfoque integral y más duradero sobre la migración que incluya la promoción de vínculos más estrechos entre los ámbitos humanitarios y del desarrollo para abordar este desafío, sin olvidar que el objetivo primario de la ayuda humanitaria es la erradicación de la pobreza.

También quiero recalcar la potenciación del papel de la mujer y su mayor participación en los procesos de decisiones en todas las etapas migratorias. Además, pido una mayor protección para los más vulnerables, como las citadas mujeres, los menores, las personas con discapacidad, las personas mayores y las personas LGBTI, y, en particular, que se les conceda a todos una ayuda singular y una mayor protección humanitaria y que se les facilite el acceso al estatuto de residente y a los servicios básicos, incluidas la atención sanitaria y la educación.

Siguiendo la doctrina de las Naciones Unidas en la Cumbre de alto nivel de septiembre, considero esencial que se consiga una migración segura, ordenada y regular. Para ello, hay que intensificar nuestra cooperación con las Naciones Unidas, dando un papel fundamental al ACNUR, el nuevo programa de reasentamiento de la Unión Europea.

También es necesario que luchemos contra los traficantes que se lucran de la vulnerabilidad de los migrantes, y es importante una mayor protección de las fronteras exteriores de la Unión.

Me gustaría condenar y denunciar las terribles cifras de muertos en el mar, y quiero expresar mi preocupación por los niños desaparecidos y exigir a la Unión y a los Estados que asuman su responsabilidad para alcanzar una respuesta global y multilateral basada en la cooperación internacional y las sinergias para responder a estos retos presentes y futuros.

Neven Mimica, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, honourable Members, allow me to stand in for the High Representative, Vice-President of the Commission, Ms Mogherini, in this very important debate.

First of all let me thank you for this report, as well as for your strong support for our work and in particular for the partnership framework approach. The partnership framework approach and your report are based on the same idea: isolation cannot solve the challenges of our time. We need to engage with our partners, build new channels for cooperation with them. And this is particularly true on the issue of migration. I cannot but subscribe to all relevant recommendations in your report. Never forget that this is about human beings, so respect for human beings and human rights must come first. Work on both short-term fixes and long-term solutions is important. Tackle the root causes of irregular migration and forced displacement and work for political and diplomatic solutions to conflicts. Engage not only bilaterally but also at the global, regional and local level. This is the cornerstone of our work with third countries on migration.

Following our debate in February, let me first of all debrief you on our work on the central Mediterranean. All services involved, namely the EEAS, Commission services and Council, are working hand in hand together with the Presidency and Member States on the implementation of the Malta Summit declaration.

It goes without saying that our overall primary objective remains the stabilisation of Libya. The terrible situation of migrants trapped in the hands of militias is only one, albeit important, part of the broader difficulties the country is facing. An effective and sustainable long-term response to the migration challenge in the central Mediterranean cannot be found without a lasting solution to Libya's governance and security challenges. At the same time we cannot wait for the crisis in Libya to be over: too many people risk their lives every day to cross the Mediterranean, too many live in terrible conditions inside the country. Work is being intensified on all levels as regards more immediate and medium-term migration-related actions.

Firstly we are stepping up our support for implementing partners, in particular the International Organisation for Migration and the UNHCR. We aim at improving the situation at disembarkation points and inside detention centres. But our cooperation can achieve much also on assisted voluntary returns; according to IOM's analysis, 80% of migrants present in Libya are willing to return back to their countries of origin if they are given a safe and dignified opportunity to do so.

Secondly we have started to facilitate a common approach between Libya, Chad and Niger to better manage Libya's southern borders. The objective is to disrupt the smugglers' business and provide assistance to migrants who are stranded, vulnerable or willing to return back home, before they embark on hazardous journeys through the desert.

Thirdly we continue our support to the Libyan coastguard through Operation Sophia and through our Seahorse programme in terms of training, to put Libya in a condition to manage its territorial waters. Last but not least community stabilisation, providing support to Libyans as well as migrants, is also an important element under the EU support package for Libya.

Let me in this context highlight the interconnection between our work on various fronts and in particular between our work in Libya, the partnership framework approach and the Valletta process. As clearly shown in our third progress report on the partnership framework adopted on 2 March, the approach is the right one and needs to be further consolidated. As part of this partnership we are engaging strongly with countries of transit like Niger. In parallel we are working with the countries of origin of irregular migration, aiming also at developing cooperation on return and readmission. This is, however, indispensable to address the root causes of the irregular migration flows reaching the European Union, and to discourage further migrants from embarking on dangerous journeys through the desert or at

sea at the mercy of smugglers and traffickers.

In this context it is paramount to ensure the political engagement of our partners to support our work with their own political strategic choices, and with reforms for the prosperity of their countries. In that regard the European External Investment Plan will be fundamental not only for the major impact that private investments might have for economic development, job creation and growth; the plan also offers the necessary technical assistance to identify and implement reforms for good governance, security and transparency. I do count on this House to continue working speedily towards the final adoption of the investment plan.

Let me now come back to the partnership framework and share with you the progress achieved with the five priority countries. Niger represents a prominent example of successful cooperation on migration. The authorities are engaging proactively in the fight against human smuggling, in particular in the Agadez hub. This is crucial as Niger is a transit country of migratory flows towards Libya. Results are there, with a considerable decline of flows through Agadez. We need now to stabilise this positive result by enhancing our support to the local communities which are accepting to abandon the smuggling business and expand Niger's model of the fight against migrant smuggling to other countries of transit in the Sahel region. This is key also to addressing the possible deviation of the smuggling routes, an issue that we are closely monitoring, including by putting in place a better system of information sharing.

Our dialogue with Mali is on track. We will soon meet with Malian authorities to discuss possible areas of cooperation to stem the business of traffickers and smugglers of migrants. These include enhancing Mali's cooperation with neighbouring countries such as Niger, which the Malian Minister for Malians Abroad visited recently. Furthermore the projects we have approved under the EU trust fund for Africa will allow IOM to deploy activities in several parts of Mali to facilitate the voluntary return of migrants transiting Mali to their countries and the cooperation with border posts.

Senegal remains a trusted partner and we see positive developments. The Senegalese side has recently taken further steps in the right direction and we expect some concrete results very soon.

Ethiopia has also adopted a constructive approach in regional and continental dialogues with the European Union on migration as current Chair of the Khartoum process. Its contribution, together with Mali, was important to the successful outcome of the Valletta senior official meeting last February.

Finally, dialogue and political cooperation with Nigeria has been stepped up significantly, although work is still needed with this country which represents the main origin of the irregular migration flows reaching the Mediterranean. This challenge we can only manage together and I am glad that our approach, based on migration compacts, has also become the international approach at the last United Nations General Assembly.

The cooperation and experience acquired with the partnership frameworks is something we intend to bring as an EU input in the follow-up to the General Assembly during the six informal consultations that are to be held in New York, Geneva and Vienna.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Marie-Christine Vergiat, *rapporteure pour avis de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures.* – Madame la Présidente, ce nouveau rapport sur les migrations se situe dans la continuité des précédents, notamment de celui dont j'étais rapporteure, à savoir le rapport sur les droits de l'homme et la migration dans les pays tiers, adopté en octobre dernier. Que les rapporteurs en soient remerciés.

En tant que rapporteure pour avis, je me félicite que nombre des préoccupations de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures (LIBE) aient été prises en compte. Nous aurions pu aller plus loin cependant dans l'approche holistique, dans une approche fondée sur des politiques internes par lesquelles les États membres montreraient l'exemple en matière de respect des droits des migrants, quel que soit leur statut. L'urgence absolue, ce sont les voies légales, y compris l'immigration économique, celle du travail, quel que soit le pays d'origine.

En 2015, on a délivré dans l'Union européenne 500 000 nouveaux visas à des Ukrainiens. Tant mieux pour eux. Sur ces 500 000 visas, 90 % ont été délivrés en Pologne, 75 % étaient des visas de travail et 53 % des visas pour l'emploi dans l'Union européenne. Alors, pourquoi, dans le même temps, ferme-t-on la porte à ceux qui viennent du Sud, de Syrie, de la Corne de l'Afrique? Pourquoi a-t-on l'obsession de les renvoyer chez eux, de les empêcher de partir? Deux poids, deux mesures. Seuls des critères objectifs permettront à l'Union européenne d'avoir une politique cohérente basée sur des faits et non sur des fantasmes qui alimentent la peur et le rejet de l'autre. Les États membres s'en éloignent chaque jour davantage.

Mariya Gabriel, au nom du groupe PPE. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je voudrais tout d'abord remercier les deux corapporteurs M^{me} Elena Valenciano et M. Agustín Díaz de Mera García Consuegra pour ce rapport exhaustif qui place l'Union européenne et ses partenaires devant leurs responsabilités. Face à ce phénomène migratoire inédit par son ampleur et par sa complexité, l'Europe se doit d'apporter des réponses à la hauteur et d'agir avec clarté, efficacité et cohérence.

Ce rapport met l'accent sur plusieurs points de l'action extérieure de l'Union qui me paraissent essentiels.

Tout d'abord, l'Union européenne et les États membres doivent confirmer leur engagement politique dans la lutte contre les causes profondes de la migration et des déplacements forcés. Il convient de renforcer les engagements pris avec nos partenaires, par exemple sur le Fonds fiduciaire d'urgence, et d'axer notre action, entre autres, sur la résilience économique, la réduction de la pauvreté et la sécurité dans les pays tiers.

Ensuite, en ce qui concerne les partenariats internationaux de l'Union, il faut d'une part intensifier notre soutien aux pays de premier accueil qui jouent un rôle clé dans la réponse aux pressions migratoires, à l'instar des Balkans occidentaux ou encore du Liban et de la Jordanie. Il faut également encourager la coopération socio-économique et judiciaire avec les pays d'origine et de transit, dans le cadre d'un dialogue équilibré. Dans cet esprit, le suivi de la mise en œuvre opérationnelle des processus de Rabat et de Khartoum est primordial.

D'autre part, il faut poursuivre notre travail de collaboration avec les instances multilatérales et les ONG qui apportent leur expertise et appuient l'action européenne à l'échelle mondiale. Il est fondamental de continuer à mobiliser l'ensemble des parties prenantes dans la gestion de ce phénomène.

Enfin, je me félicite que ce rapport accorde une place importante à la lutte contre les drames humains auxquels sont confrontés les réfugiés et les migrants. La traite d'êtres humains, les violences et les abus sont de trop lorsqu'on parle de toutes ces victimes contraintes de se déplacer. Il est nécessaire d'y opposer une réaction de notre part.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleue» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Elnök asszony! Külön köszönöm Képviselő asszonynak, hogy válaszolni szándékozik. Én két kérdést tennék föl, mind a kettő nagyon egyszerű. Az egyik az az, hogy ön mennyire hisz az Európai Unió hitelességében a partnerországokkal való tárgyalás során, amikor az Európai Unió belül rendkívül szerteágazó az álláspont a menekültkérdés kapcsán? Például az én hazámban, Magyarországon az önök soraiban ülő Fidesz-kormány, Orbán kormánya, konkrétan börtönbe vágja a menekülteket. Ezt hogyan élik meg önök a Néppártban?

Mariya Gabriel (PPE), réponse «carton bleu». – Tout d'abord, dans l'interprétation, il n'y a eu qu'une seule question: l'Union européenne est-elle crédible lorsque l'on traite des migrants?

Je voudrais dire une chose: la crédibilité implique de prendre des engagements à Bruxelles et de les appliquer ensuite au niveau national, de mener des actions unies et communes à tous les États membres, et de parler d'une même voix sur la scène internationale. Si l'on dispose de plus d'instruments concrets et adéquats pour pouvoir relever ce défi, alors nous gagnerons en crédibilité.

Oui, l'Union européenne a tout à gagner si cette crédibilité s'accompagne des éléments que je viens d'énoncer.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, en primer lugar quiero agradecer a los dos ponentes, la señora Valenciano y el señor Díaz de Mera, no solamente por el informe, sino por la intervención aquí esta tarde.

Para valorar el informe creo que es bueno poner algunos datos en contexto. La semana pasada supimos que se han producido en torno a cinco millones de refugiados sirios, una parte muy importante de la población de este país. Pero en el mundo hay sesenta millones de refugiados como causa de conflicto. Si se resuelve la guerra de Siria —y ojalá sea pronto— seguiremos teniendo decenas de millones de personas refugiadas en el mundo.

1 200 000 personas llegaron a la Unión Europea y debían ser asumidas por veintiocho países y 500 millones de habitantes. El Líbano, cuya superficie es equivalente a la región de Alsacia en que hoy nos reunimos, tiene un millón y medio de refugiados. Por tanto, la crisis no es el número de refugiados que han llegado. La crisis es la gestión del odio, de la indiferencia con que hemos tratado a esos migrantes o refugiados que huyen de la guerra o del hambre.

El informe tiene respuestas a medio y a corto plazo. Y la primera es cambiar la narrativa: la migración o el refugiado no es un riesgo. Es un riesgo gestionarlo mal. Y gestionarlo mal es responder exclusivamente con muros, con alambradas, con represión, con olvido de los derechos humanos.

Gestionarlo bien es contribuir al desarrollo de aquellos países que les obligan a emigrar por falta de oportunidades y no como una opción para mejorar su vida. Gestionarlo bien es ofrecer vías legales y visados humanitarios. Y gestionarlo bien es respetar en todo sus derechos humanos cuando llegan a tierras de la Unión.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, in 2015 over one million people arrived on Europe's shores by irregular means. These people have fled war, famine, repressive dictatorships, economic hardship or a mixture of all of those combined. Their arrival has clearly sparked a huge debate in our societies as to where it is right to draw the line between compassion to those seeking a better life versus our actual political and financial capabilities to provide such relief.

I am convinced personally that, in many respects, the Geneva Convention is ill-suited to the modern globalised world, and that reform is vital if we are to maintain support for its key tenets of providing temporary safe haven to those most in need. Rather than seeking to offer opportunities to the few that reach Europe, the majority is better served by support for economic and political developments in the countries that they are leaving.

The Valletta Action Plan recognises this and I welcome the EEAS's efforts to support state-building and development goals. Furthermore, its efforts to secure readmission agreements with third countries like Turkey, and support for the CSDP naval Operation Sophia Mediterranean against people smugglers, are also very welcome, to stop illegal migration to Europe. Europe's neighbours are seeing a rapid population increase, a lack of job creation and, in Africa in particular, are increasingly troubled by future effects of climate change. Clearly more needs to be done to defend Europe's external borders, but we cannot ignore, nor insulate ourselves from, the reasons that are pushing people to leave their homes in the first place.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Mijnheer de commissaris, ik ben heel erg blij met dit verslag dat oproept tot een echte Europese aanpak van de asiel- en migratieproblematiek. Dat is wat de Europese burgers terecht van ons vragen. Dat is ook wat we moeten doen. We mogen in 2017 niet langer verdragen dat mensen hun hele hebben en houden geven aan mensensmokkelaars om in gammele bootjes de zee op te gaan, en dat kinderen, vrouwen en mannen dagelijks, wekelijks verdrinken. Dit is Europa onwaardig.

Vandaar dat wij van de ALDE-Fractie heel erg blij zijn met dit verslag. Er staan cruciale dingen in: versterk de buitengrenzen. Maak werk van een echte Europese asiel- en migratie-aanvraag. Herbekijk het Dublinsysteem. Maak een echte verdeling, solidair met Europa. Pak de mensensmokkelaars aan, maar ook: maak werk van economische migratie. Maak werk van die blauwe kaart, zodat wij mensen kunnen toelaten die we nodig hebben. Pak de mensensmokkelaars keihard en onverbiddelijk aan. We hebben het er gisteren hier in de plenaire vergadering ook over gehad. Dat is een punt waar ik namens de ALDE-Fractie absoluut op blijf hameren.

We moeten ook inzetten op het beëindigen van de conflicten, op de strijd tegen die extreme armoede. Maak dat mensen hun thuisfront niet moeten ontvluchten. Eerlijk gezegd, mijnheer de commissaris, als ik vandaag in Syrië geboren was, dan zat ik ook op zo'n gammele rubberboot op weg naar een beter leven. En ik denk u met mij in die gammele rubberboot. Dus daar moeten we werk van maken. U heeft het gezegd: beëindig die conflicten, dat is wat we moeten doen.

Tot slot, heel erg belangrijk: zet in op de bescherming van de niet-begeleide kinderen. Weet u, soms vraag ik me af hoe lang we die beelden nog moeten zien. Ik denk dat als mijn kinderen later groot zijn, zij gaan vragen: mama waren jullie in Europa nu echt zo blind en doof dat jullie niets deden? Laten we het doen.

Marina Albiol Guzmán, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, con este informe pretenden lavar la imagen de una Unión Europea insolidaria y cruel. Es un informe conjunto que firman la señora Valenciano y el señor Díaz de Mera —Grupo S&D y Grupo PPE—.

En este informe, que no es legislativo y que no marca política europea, piden vías legales y seguras y visados humanitarios; pero luego, en el mismo informe, apoyan las deportaciones, la militarización del Mediterráneo, la intervención de la OTAN y la externalización de fronteras. Y, lo que es peor: en los informes que sí son legislativos, en la Comisión Europea y en el Consejo, que es donde realmente se decide, sus partidos no apoyan que se abran vías legales y no apoyan los visados humanitarios, sino todo lo contrario.

En el primer aniversario del «acuerdo de la vergüenza» con Turquía, lo están celebrando negociando acuerdos similares con Egipto, Túnez, Libia y Nigeria, y les chantajea con la ayuda al desarrollo. El Gobierno de España directamente lo que negocia es un acuerdo con Marruecos para deportar menores.

Señora Valenciano, señor Díaz de Mera, en el informe apelan a los derechos humanos, pero en su acción de gobierno en Ceuta y Melilla, unos ponen concertinas y los otros disparan en El Tarajal.

El papel lo aguanta todo, pero las consecuencias de sus políticas las vemos en las fronteras, las consecuencias de las políticas de la gran coalición que hoy, aquí, ustedes dos representan a la perfección.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Elena Valenciano (S&D), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Afortunadamente, en la Comisión de Asuntos Exteriores no todos los miembros del Grupo GUE/NGL respondieron como la señora Albiol. Le voy a hacer una pregunta, a ver si tiene respuesta para esto: ¿cómo es posible que su voto coincida con el voto que ha expresado la extrema derecha de esta Cámara? Es decir, su voto coincide con el del Frente Nacional, con Aurora Dorada y con el amigo polaco este que nos hemos echado. ¿Me lo explica?

La presidenta. – Señor Díaz de Mera, voy a darle la palabra a la señora Albiol Guzmán para que responda y después le contesto a usted.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señora Valenciano, nosotras vamos a votar en contra de este informe porque lo que queremos es abrir fronteras. Queremos solidaridad. Queremos acoger a los refugiados y las refugiadas. La extrema derecha vota en contra justo por todo lo contrario. Lo preocupante es que usted, que es del Grupo S&D, y el Grupo PPE voten lo mismo porque defienden las mismas políticas. Nosotras defendemos justo lo contrario que la extrema derecha. No hay ningún grupo en esta Cámara que combata más a la extrema derecha y al fascismo que el Grupo GUE/NGL. ¡Ninguno!

(Comentario sin micrófono de Díaz de Mera García Consuegra)

La presidenta. – Señor Díaz de Mera, lo sé. Usted también quiere hacerle una pregunta de «tarjeta azul» a la señora Albiol Guzmán.

He dicho antes, al igual que mi colega Sassoli al principio, que solamente habría una «tarjeta azul» por intervención.

¿No quiere? ¿Disculpe, qué decía?

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – No estoy pidiendo una «tarjeta azul». Estoy pidiendo una respuesta por alusiones. Estoy pidiendo, en función de lo establecido en el Reglamento de la Cámara, una respuesta por alusiones. No estoy pidiendo una «tarjeta azul».

La presidenta. – Señor Díaz de Mera, la respuesta por alusiones solamente se puede dar al final del debate o la puede presentar usted por escrito.

Esa es la norma que tenemos aquí; entonces, le puedo dar la palabra al final de este debate o la presenta usted por escrito.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora presidenta, es una cuestión de orden. Es una cuestión de orden y usted debe escuchar lo que quiero decirle. Me estoy dirigiendo a la presidencia de la Cámara. Mire, señora, la interpretación del Reglamento...

(La presidenta retira la palabra al orador)

La presidenta. – No, lo siento, señor Díaz de Mera, usted no tiene ahora el micrófono abierto.

Le he dicho que si quiere responder por alusiones, lo puede hacer al final de este debate o por escrito. Esas son las dos reglas que hay; no hay otra manera, lo siento.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – No sienta nada, escúcheme. Esta es una Cámara para el diálogo y para el debate. No es una Cámara para la imposición de la presidencia. Escúcheme. ¿Me quiere escuchar o no?

La presidenta. – Señor Díaz de Mera, le he escuchado. Esto no es nada que yo le imponga a usted: son las reglas que tenemos aquí.

Si usted quiere responder por alusiones —por tercera vez se lo digo—, lo puede hacer, de acuerdo con el artículo 164 del Reglamento, al final de este debate o lo puede hacer también por escrito. Esas son las reglas. Le voy a dar la palabra después. Lo siento, así es.

Vamos a seguir con el debate. No vamos a tener una discusión usted y yo aquí.

Heidi Hautala, Verts/ALE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, meidän ryhmämme tukee tätä erinomaista mietintöä, jonka ovat laatineet edustajat Valenciano ja Díaz de Mera García Consuegra. Siinä korostetaan sitä, että nyt tarvitaan ennen kaikkea vahvaa ihmisoikeusperustaista yhteistä EU:n maahanmuuttopolitiikkaa. Tämän yhteisen maahanmuuttopolitiikan tulee perustua jäsenvaltioiden solidaarisuuteen, ja siinä tulee olla myös laillisia väyliä turvalliselle maahanmuutolle. On erinomaista, että mietinnössä myös tuodaan esiin tarve tehdä pitkäjänteistä kehityspolitiikkaa, jotta ihmisten ei tarvitse lähteä kotoaan.

Valitettavasti me näemme Euroopan unionin jäsenvaltioissa yhä enemmän painotusta, joka lähtee siitä, että edistetään rajavalvontaa, pakolaisten palautuksia ja myös takaisinotto sopimuksia. Tämä on erittäin lyhytnäköistä ja epähumanitaarista politiikkaa.

Suomessa tapahtui viime yönä seuraavaa: Sieltä lähti Helsinki-Vantaan lentokentältä kone Kabuliin, jossa oli kymmenen pakkopalautettavaa turvapaikanhakijaa, jotka olivat saaneet kielteisen päätöksen. Ihmiset ottivat todella voimakkaasti kantaa siihen, että poliisi oli hakenut lainvastaaisesti koulusta 11-vuotiaan tytön ja tämä yhdessä isänsä ja raskaana olevan äitinsä kanssa olisi myös voinut joutua tälle lennolle, elleivät kansalaisaktivistit olisi puuttuneet siihen. Tällaista ei voi hyväksyä.

Die Präsidentin. – Herr Díaz de Mera García Consuegra! Ich möchte Ihnen noch einmal die Regel erklären. Nach Artikel 164 können Sie, wenn Sie persönlich angesprochen worden sind, eine persönliche Erklärung am Ende der jeweiligen Aussprache machen. Das werde entweder ich selbst machen oder wer immer mir folgt.

Oder Sie können auch nach Artikel 162 Absatz 11 zu dieser Aussprache eine schriftliche Erklärung von höchstens 200 Wörtern abgeben – einmal pro Tagung, das heißt einmal in dieser Woche. Das zur genauen Erklärung meiner Antwort auf Ihren Wunsch, an der Aussprache von vorhin teilzunehmen.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, se la lunghezza di una relazione è indice dell'importanza della tematica, dobbiamo dire che, ovviamente, il problema della crisi migratoria che stiamo affrontando è sicuramente al cuore del dibattito europeo.

Appreziamo, in questa relazione, l'attenzione prestata alle cause profonde della migrazione, che sono quelle su cui, a nostro avviso, l'UE si dovrebbe concentrare: il richiamo alla solidarietà europea, il chiedere il potenziamento delle vie legali d'accesso, così come la critica al *migration compact*, le critiche al sedicente accordo UE-Turchia e l'azione congiunta UE-Afghanistan.

Come sottolinea il paragrafo 59, assistenza e cooperazione dell'UE dovrebbero essere incondizionate e mirate allo scopo di conseguire lo sviluppo e la crescita dei paesi terzi. In realtà, invece, vediamo spesso che questi accordi, che spesso non sono neanche sottoposti al controllo parlamentare, ben lungi dal fornire un sostegno incondizionato, sono invece molto condizionati, e queste condizioni hanno molto a che vedere con la capacità dei paesi terzi di fermare i flussi migratori, con un maggior controllo delle frontiere.

In questo modo, se è vero che il *trade-off* sembra apparentemente vantaggioso, in realtà il vaso di coccio diventa l'individuo, che viene ridotto a mero dato statistico e *benchmark* per la somministrazione di aiuto. Da questo punto di vista quindi, purtroppo, noi dobbiamo criticare l'azione posta in essere finora.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, a pochi giorni dalla decisione dei 27 di indicare come primo punto immigrazione e sicurezza, già l'Austria dichiara di volersi ritirare dalla *relocation* e, subito dopo, Budapest chiarisce che, ove saltasse l'impegno con la Turchia, l'Ungheria fermerà i migranti grazie al muro e alle nuove leggi approvate. Contemporaneamente il quartetto di Visegrád denuncia il ricatto dell'Unione europea, quello che chiama il ricatto dell'Unione europea sui migranti, e qui non se ne parla. Come se tutti fossero d'accordo con la vostra politica dell'immigrazione.

Intanto – fonte Frontex – che cosa emerge sulla situazione dei traffici dalla Libia? L'Alto commissario o chi lo sostituisce non ci dice niente. Emerge – fonte Frontex – che l'attività delle navi delle ONG è passata dal 5 al 40 %, e a fine 2016 gli interventi diretti delle ONG superavano quelli delle chiamate alla sala operativa delle forze navali militari. E nella relazione si ipotizza l'esistenza – ripeto: relazione Frontex – di collusioni con i criminali traghettiatori. Su ciò indagano magistratura e polizia, l'SCO italiano. E voi non ce lo dite, non ne parlate, come se questo non esistesse. È un fatto gravissimo.

E allora chiedo meno ipocrisia e più verità su questi traffici. Basta coi traffici degli immigrati, basta con chi specula sul dramma degli immigrati! Di questo ci dovrete parlare, e vergognarvi del vostro silenzio colpevole.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, με την πάροδο του χρόνου, το ρεύμα της μεταναστεύσεως, νόμιμης και παράνομης, προς τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, ογκούται συνεχώς αντί να μειωθεί. Η εσφαλμένη πολιτική της Ευρωπαϊκής Ενώσεως για μία Ευρώπη χωρίς σύνορα έδωσε το δικαίωμα στους λαούς της Ασίας, της Μέσης Ανατολής και της Αφρικής να θεωρήσουν την Ευρωπαϊκή Ένωση ως γη της επαγγελίας στην οποία πρέπει να φθάσουν με κάθε μέσον και κάθε τρόπο. Αυτή, όμως, η τάση πρέπει να σταματήσει.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση και ιδιαίτερα οι χώρες εισόδου, η Ιταλία και κυρίως η Ελλάδα, δεν έχουν τη δυνατότητα να απορροφήσουν άλλους παράνομους μετανάστες. Πρέπει να μη χάνονται ζωές στη Μεσόγειο, πρέπει οι μετανάστες να μη ζουν εξαθλιωμένοι στα κέντρα υποδοχής στην Ελλάδα. Οι λαοί της Ευρώπης πρέπει να ζήσουν με ελευθερία και αξιοπρέπεια και σύμφωνα με τις αρχές τους στις χώρες τους. Δεν νοείται να προσπαθούμε να εντάξουμε στις χώρες μας ανθρώπους που δεν θέλουν να ενταχθούν σε αυτές, αλλά αντιθέτως θέλουν να κυριαρχήσουν.

Δεν πρέπει να θέσουμε σε κίνδυνο την ασφάλεια της Ευρώπης χάριν μιας γενικής και αφηρημένης έννοιας αλληλεγγύης. Πρέπει να ελέγχουμε τα σύνορα, πρέπει να ενισχύσουμε τις χώρες της εξωτερικής γειτονίας για να παραμείνουν εκεί οι μετανάστες, πρέπει να σταματήσουμε τα αίτια που οδηγούν στη μετανάστευση και, τέλος, πρέπει να επιβάλουμε στον Erdoğan να μην απειλεί ότι θα κατακλύσει την Ευρώπη με τρία εκατομμύρια παράνομους μετανάστες.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Liczba uchodźców zwiększyła się o ponad 50 % w ciągu ostatnich pięciu lat, a kryzys migracyjny jest sytuacją o niespotykanej dotąd skali, która postawiła pod znakiem zapytania naszą zdolność do działania na poziomie europejskim, krajowym i lokalnym. Polityka wewnętrzna i zewnętrzna Unii musi być w tym zakresie bardziej spójna i obejmować sprawy zagraniczne, kwestie bezpieczeństwa, handel, rozwój, pomoc humanitarną i oczywiście kwestię migracji. Należy w tym kontekście pamiętać o różnieniu statusu uchodźcy i migranta. W międzynarodowej współpracy musimy skupić się przede wszystkim na źródłowych przyczynach migracji, czyli konfliktach zbrojnych, łamaniu praw człowieka, ubóstwie czy dyskryminacji i marginalizacji niektórych grup społecznych, oraz skutecznie im przeciwdziałać.

Należy także pamiętać o rozważnej i spójnej polityce rozwojowej, opartej na założeniu, że kraje partnerskie są odpowiedzialne za wysiłki na rzecz poprawy sytuacji wewnętrznej. Związek między pozytywną warunkowością pomocy rozwojowej i kwestiami dobrego zarządzania, przestrzegania praw człowieka i wartości demokratycznych powinien być wzmocniony. Dużym wyzwaniem jest także skuteczniejsze zwalczanie handlu ludźmi, w tym dziećmi, oraz przestępczości zorganizowanej związanej z kryzysem migracyjno-uchodźczym, a to wymaga lepszej koordynacji między Unią Europejską oraz pozostałymi aktorami międzynarodowymi.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen, die zu uns flüchten, haben Furchtbares erlebt, haben Tausende von Kilometern hinter sich, und sie verdienen zunächst einmal unseren Respekt und unsere Hilfe – nichts anderes. Wenn wir diese Last, die damit auch verbunden ist, miteinander teilen würden, wäre es einfacher für alle. Es ist kein Zufall, dass nicht einmal ein Hausmeister aus dem Ratsgebäude heute hier bei dieser Debatte dabei ist.

Wenn wir aber auch zugeben müssen, dass wir das nicht sozusagen grenzenlos durchführen können, weil eine Gesellschaft das ja auch aushalten muss, dann müssen wir uns ernsthaft überlegen, wie man diese Flüchtlingsströme abbauen kann. Keine Mauer, kein Zaun, auch nicht, wenn wir sie statt bei uns irgendwo schon in Afrika symbolisch aufbauen, wird die Flüchtlinge davon abhalten, zu uns zu kommen. Wenn wir nicht helfen, die Ursachen für Flucht zu beseitigen, werden mehr und mehr zu uns kommen, und keiner wird es ihnen verübeln können.

Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur wichtig, weil wir mehr Gerechtigkeit auf der Welt schaffen wollen, sie ist in unserem ureigensten Interesse. Wenn wir wollen, dass nicht mehr Menschen kommen, weil der Hunger ihnen nichts anderes zulässt – Armut, Angst vor Diktatur und Krieg –, dann müssen wir handeln. Das kostet Geld, und deshalb müssen auch die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen. Wir selbst als Parlament können auch dafür sorgen, dass die Situation besser wird, indem wir unsere armutsfördernde Politik beenden. Wir müssen unsere Exporte nicht mehr subventionieren, und etwas gegen Armut und Flucht tun.

(Der Redner spricht kurz ohne Mikrofon.)

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru formand! Når man læser det forslag til en fælles flygtninge- og asylpolitik for Europa, som er på bordet her i dag, så er det mest positive, jeg kan sige, at jeg er glad for, Danmark har en undtagelse på dette område. Konsekvensen af de forslag, der er indeholdt i denne betænkning, er nemlig, at en allerede ukontrollerbar indvandrings- og immigrationsstrøm til Europa kun vil blive endnu større, endnu mere uhåndterlig. Det er tæt på ubegribeligt at forstå, hvordan man kan tro, at ambassadeasyl, retten til at søge asyl, komme til Europa og søge asyl i nærområderne på nogen måde vil afhjælpe den situation, vi allerede har i dag, hvor mere end én million mennesker er kommet hertil i både 2015 og 2016. Læg oveni den byrde, at man nu vil tillade folk at søge asyl i nærområderne, når man tænker på, at vi i Europa ikke en gang kan håndtere de mennesker, der kommer illegalt og ulovligt i dag. Det er simpelthen så langt fra den virkelighed, der opleves ude i de europæiske nationalstater, at den kun kan være udtænkt af

Europa-Parlamentet. Det er lige præcis grunden til, at den fælles asylpolitik for Europa aldrig vil kunne virke. Vi er for urealistiske, for virkelighedsfjerne her i huset.

Paavo Väyrynen (ALDE). – Arvoisa puhemies, kun Euroopan unioniin suuntautuva maahanmuutto alkoi kaksi vuotta sitten kärjistyä, meidän olisi tullut heti pyrkiä saamaan se hallintaan puuttumalla sen juurisyihin. Liian pitkään maahanmuuttoa käsiteltiin lähinnä unionin sisäisenä kysymyksenä yhtäältä sisä- ja oikeusministereiden neuvostossa ja toisaalta parlamentin LIBE-valiokunnassa. Myös nyt käsiteltävänä oleva mietintö keskittyy liiaksi sisä- ja oikeusasioihin, mutta se suuntaa toki huomion myös siihen, kuinka ulkoasiainhallinto voi vaikuttaa maahanmuuton syihin.

Ulkoasiainhallinto voi ja sen tulee pyrkiä etsimään rauhanomaisia ratkaisuja muuttoliikettä synnyttäviin väkivaltaisiin konflikteihin. Tähän oman panoksensa antaa vakautta ja rauhaa edistävän välineen uudistaminen, jota parhaillaan käsitellään parlamentin valiokunnissa. Muuttoliikettä voidaan ja sitä tulee hillitä poistamalla köyhyyttä ja edistämällä taloudellisesti, yhteiskunnallisesti ja ympäristöllisesti kestävä kehitystä. Tässä ulkoasiainhallinnolla on keskeinen rooli sekä pitkäjänteisen kehityspolitiikan toteuttamisessa että humanitaarista apua kanavoitaessa.

Euroopan ulkopuolelle perustettuja pakolaisleirejä on tuettava ja uusia on perustettava yhteistyössä kumppanimaiden ja YK:n asianomaisten järjestöjen kanssa. Samalla on pyrittävä siihen, että pakolaisleirien asukkaat voisivat mahdollisimman pian palata kotiseudulleen. Turvapaikan saaneiden kotouttamista on tietysti jatkettava ja turvapaikkojen myöntämistä siihen oikeutetuille on samoin jatkettava.

Lopuksi haluan kiittää komission jäsen Mimicaa hyvästä puheenvuorosta, jossa hän kertoi ja osoitti, kuinka komissio on ryhtynyt varsin tehokkaasti toimimaan tämän muuttoliikkeen hallintaan saamiseksi.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, el Acuerdo entre la Unión Europea y Turquía ha sido un desastre para los miles de personas que se han quedado varadas en un limbo peligroso, desesperado y aparentemente interminable en las islas griegas. No lo digo yo, lo dice Amnistía Internacional.

A nosotros no es que nos preocupe el Acuerdo Unión Europea-Turquía, como menciona el informe. Nosotros lo rechazamos, sin ambigüedades y sin fisuras. No seamos hipócritas: uno es lo que vota y lo que hace y no solo lo que dice.

Ahora también parece ser que hay que justificar el Acuerdo de Cooperación Migratoria con Libia, donde hay violaciones sistemáticas de derechos humanos, brutalidad policial y condiciones denigrantes para las personas migrantes. Un modelo de externalización de fronteras que se impone en Europa, pero que inauguraron los Gobiernos del Partido Socialista y del Partido Popular justamente con Marruecos vendiendo a nuestros hermanos saharauis.

Asimismo se justifica y se apuesta por intervenciones de la OTAN en materia migratoria, justificando la Europa fortaleza, que, por cierto, es la gasolina política para el auge de la extrema derecha en Europa.

Mientras siguen muriendo miles de personas en el Mediterráneo, ahora se criminaliza la ayuda humanitaria de muchas ONG dedicadas a la búsqueda y el rescate en el Mediterráneo, que llegan donde no llegan ni quieren llegar las instituciones europeas. Aprovecho justamente para pedir la modificación de la Directiva 2002/90/CE, que criminaliza la ayuda humanitaria. Nosotros no vamos a ser y no queremos ser cómplices por acción o por omisión de esta Europa fortaleza.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Der vorliegende Bericht wird von uns Grünen im Wesentlichen unterstützt. Er enthält die Forderung nach sicheren und legalen Zugangswegen für Flüchtlinge und die Wahrung der Rechte der Migranten. Wir unterstützen die Kritik an einer EU-Politik, die sich exzessiv auf Grenzschutz und Rückführungen konzentriert, genauso wie die Kritik am EU-Türkei-Deal und den jüngsten Entwicklungen in der Migrationspolitik der USA.

Wir Grüne fordern ebenso, dass Entwicklungspolitik nicht für die unmittelbare Migrationskontrolle instrumentalisiert werden darf. Auch die Vereinten Nationen forderten erst im Dezember die EU auf, ihre Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten zu erfüllen, zum Beispiel durch die Schaffung legaler Zugangswege und die dringend notwendige Verbesserung des europäischen Asylgesetzes und Asylsystems.

Die Instrumente zur Fluchtursachenbekämpfung wie beispielsweise Konfliktprävention und Mediation sind zwar im Bericht aufgeführt, spielen aber leider eine nur untergeordnete Rolle. Die Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge zu uns kommen, sind Afghanistan, Irak, Eritrea und nun Syrien. Das sind in den letzten 20 Jahren mehr oder weniger die gleichen Länder geblieben. Menschen fliehen von dort, weil Krieg, Gewalt und Unterdrückung ihr Leben bedrohen. Daher wäre auch in diesem Bericht eine stärkere Fokussierung auf Konfliktprävention und Konfliktlösung in unseren Augen sinnvoll gewesen.

Nochmals herzlichen Dank an die Berichterstatter für diesen Bericht, und ja, in anderen EU-Berichten wird eine andere EU-Politik verfolgt.

James Carver (EFDD). – Madam President, when regulated correctly, migration assists a nation's economic standing. When there is no proper control, many question the sustainability of a system that effectively hinders the low-paid through the suppression of wages in the unskilled labour market. The 2004 enlargement of the European Union was that catalyst. Honesty must now prevail. Free movement has proved to be a failure for many, with the blame falling firmly at the feet of those still trying to enforce this ideal.

Moving onto this report, it condemns the restrictions and prohibitions on persons leaving or returning that are imposed in certain states – even if that person is a jihadist returning from Syria. Seriously? In addition, it calls on national governments and parliaments to abolish punitive legal frameworks that treat migration as an offence.

Madam President, it must be for national governments to have the right to put their own migration policies in place, not the European Union.

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Italien hatte einmal ein Abkommen mit Libyen. Das galt bis zu einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 2012, was den Grundsatz der Nichtzurückweisung zum Grundproblem der heutigen Migrationskrise machte.

Inzwischen holt Italien die Flüchtlinge vor der Küste Libyens ab, und die Ursache für diese Migrations- und Flüchtlingskrise, nämlich die monetären Anreize, die aus den EU-Staaten für diese Flüchtlinge gewährt werden, haben andere Länder nicht, beispielsweise Australien. Die Lösung dafür soll jetzt sein, illegale Einreise letztlich zu legalisieren – legale Wege für die illegale Einreise.

Meine Damen und Herren, seien Sie bitte konsequent! Wenn Sie den Flüchtlingen die illegale Reise nicht zumuten mögen, muten Sie ihnen auch die legale Reise nicht zu, helfen Sie ihnen vor Ort. Das ist billiger, das ist effektiver.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η εξωτερική δράση της Ένωσης για την αντιμετώπιση των μεταναστευτικών ροών πρέπει να ισορροπήσει μεταξύ δύο στρατηγικών: της απαγόρευσης και της αποτροπής. Όπως κάθε ανεξάρτητο κράτος διαθέτει ισχυρές ένοπλες δυνάμεις με αποτρεπτικό και αμυντικό ρόλο, έτσι και η Ένωση οφείλει να ευθυγραμμιστεί ανάλογα. Κατά την έννοια αυτή, η πολιτική της πρέπει να στηριχθεί σε τρεις πυλώνες: την απαγόρευση εισόδου λαθρομεταναστών από τα εξωτερικά σύνορα, την επανεισοδοχή όλων όσων έχουν εισέλθει παράνομα και την αποτροπή της μετανάστευσης, με χρηματοδοτική και υλικοτεχνική συνδρομή στις τρίτες χώρες και παράλληλη επιβολή ρήτρας έναντι στόχων και δεσμεύσεων, ώστε να αντιμετωπιστούν τα γενεσιουργά αίτια της μετανάστευσης, δηλαδή πολιτικά, οικονομικά, αναπτυξιακά, κοινωνικά και ανθρωπιστικά. Κάθε βραχυπρόθεσμη προσέγγιση της κατάστασης θα επιτείνει, απλώς, το πρόβλημα και θα οδηγήσει σε περαιτέρω σπατάλη των πόρων της Ένωσης.

José Ignacio Salafrañca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, señorías, en primer lugar, quisiera reconocer el trabajo realizado por los ponentes y decir que este es un problema global que requiere también un enfoque global.

Creo que salvo algunas excepciones de Estados miembros, decir que la Unión Europea es una Unión insolidaria no se corresponde con la realidad. En los años 2015, 2016 y 2017, la Unión Europea ha movilizado 17 000 millones de euros, ha creado el Fondo Europeo Desarrollo Sostenible o el Fondo Fiduciario para África.

El Libro Verde de la Comisión Europea sobre el cambio demográfico dice que Europa es el único continente que va a perder población en términos netos de aquí al año 2035, aproximadamente 30 millones de personas. Esta cifra hay que ponerla en consonancia con los 244 millones de inmigrantes y 65 millones de refugiados.

Por ello, señora presidenta, lo que hay que hacer es tratar de gestionar los flujos migratorios adecuadamente, como propone este informe, y, de acuerdo con la Agenda Europea de la Migración, preservar la dignidad y los derechos de los migrantes, atendiendo a la supresión de ese hecho dramático que nos ha comentado el señor Díaz de Mera, de las muertes terribles que se producen en el Mediterráneo, y gestionar adecuadamente los casi 100 000 millones que están previstos en las Perspectivas Financieras de la Unión Europea para la política exterior y de ayuda y cooperación al desarrollo, yendo a la reubicación de las causas y buscando asociaciones que busquen el desarrollo, la dignidad y el progreso, especialmente de los más jóvenes —termino, señora presidenta— que serán más de 1 000 millones en el año 2030 en África.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, partiamo da un principio che dovrebbe essere fondamentale: se qualcuno dice di essere un rifugiato va ascoltato. Ma ci sono paesi, al contrario, dagli Stati Uniti all'Australia, che stanno dando messaggi potenzialmente devastanti. Anche l'Europa non è immune a questi messaggi. Ci sono 65 milioni di rifugiati nel mondo, pochissimi sono in Europa, la maggior parte si trova nei paesi terzi oppure nei paesi confinanti.

Eppure in questo nostro continente, che dovrebbe essere la culla della libertà e dei diritti, è aperto un conflitto attorno ai migranti e ai rifugiati, un conflitto sbagliato e pericoloso, ma che ha due ragioni fondamentali. La prima: ci sono forze politiche che hanno strumentalizzato il diverso, e questo uso politico dei rifugiati è stato letale per l'accoglienza. Prendiamo il ricongiungimento familiare, che è un principio etico fondamentale, eppure ormai in Europa è difficilissimo avere una legislazione in questo senso.

La seconda ragione: sono proprio la disorganizzazione, la scarsa cooperazione e solidarietà tra i diversi paesi degli Stati membri ad avere fatto della migrazione un fenomeno non governato e perciò propedeutico alla diffusione delle paure che attraversano l'opinione pubblica. Ci sono gravi responsabilità politiche e morali. Da qui l'urgenza di un cambiamento di approccio.

La proposta di risoluzione – e ringrazio Elena Valenciano e Agustín Díaz per ciò che hanno fatto – si pone l'obiettivo di scrivere una pagina nuova, che riconosca il ruolo centrale dei diritti umani e della dignità delle persone. È la direzione giusta, e mi auguro che la Commissione e il Consiglio sappiano ascoltare.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι μετανάστες και οι πρόσφυγες χρειάζονται την ολόπλευρη στήριξή μας, αλλά η Ευρωπαϊκή Ένωση, δυστυχώς, αποδεικνύεται ανεπαρκής. Είναι ξεκάθαρα τα ελλείμματα της Κοινής Εξωτερικής Πολιτικής και Πολιτικής Άμυνας που καθιστούν διάτρητα τα σύνορα Σένγκεν, δεν προστατεύουν τις χώρες εκτός Σένγκεν και κυρίως δεν προστατεύουν τους δύσμοιρους μετανάστες και τους πρόσφυγες.

Απαιτείται κοινή μεταναστευτική πολιτική και πολιτική ασύλου, για να μοιράζεται δίκαια το βάρος μεταξύ των κρατών μελών. Χρειάζομαστε αλληλεγγύη ανάμεσά μας και στήριξη των χωρών που επωμίζονται το βάρος των προσφύγων. Απαιτείται αναθεώρηση της αναπτυξιακής πολιτικής και έλεγχος ως προς τη διάθεση πόρων στις αναπτυσσόμενες χώρες. Απαιτείται κοινή οικονομική, διπλωματική και στρατιωτική στόχευση, για να επιλυθούν οι συγκρούσεις στην ευρωπαϊκή γειτονία. Και, κυρίως, απαιτείται μεγαλύτερη φροντίδα για τα ιδιαίτερος ευπαθή άτομα, όπως είναι τα μικρά και ασυνόδευτα παιδιά, οι ασθενείς, οι ηλικιωμένοι, οι ψυχοπαθείς, οι ανάπηροι, όλοι αυτοί που βρίσκονται ανάμεσα στους πρόσφυγες.

Θα υπάρξει επίταση του προβλήματος μετά την αναμενόμενη μετατροπή της Τουρκίας σε απολυταρχικό κράτος στις 16 Απριλίου. Στην Τουρκία αποδεικνύεται η παντελώς εσφαλμένη πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Marietje Schaaake (ALDE). – Madam President, migration and asylum flows are at record highs and there is no end in sight. It is crucial to consider all EU instruments available to prevent conflict, help development and protect people's rights. We cannot only look at emergency measures but must invest in mid- to long-term goals. Yet there is a dangerous trend to instrumentalise the EU's foreign policy altogether for 'managing migration'.

The agreement with Turkey as well as the clones of this arrangement are not addressing the needs of asylum seekers and migrants or our own commitments under international law and the EU treaties. While neighbourhood funding to Libya is halted because the country is too unstable to deal with, there are efforts to outsource migration management to this very same country. That does not add up, and such shortcuts will come back as a boomerang. If the EU does not uphold international law and universal human rights, who will? Countering terrorism and managing migration must not be an excuse to forget about principles.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Jag välkomnar att mina kollegor Valenciano och Díaz de Mera tagit en positiv utgångspunkt i det här betänkandet. Men jag är mycket oroad över hur rådet och kommissionen på ett ganska enögt sätt väljer att mobilisera utrikespolitiska instrument, biståndsinstrument, handelspolitiken och till och med militära medel, allt för att stänga människor på flykt ute. Det är inte hållbart – det är inte hållbart moraliskt, och det är inte hållbart politiskt. Att använda militäroperationer och skamliga deals med tredjeländer som Turkiet som gränsvakter är en återvändsgränd. Vi ska inte göra sådana skamliga avtal, och, som sagts tidigare, vi ska inte göra avtal med Libyen, libysk milis, heller.

Jag vill se ett Europa som utvecklar sin kapacitet att ta emot flyktingar. Vi ska utöka biståndet, som har sagts här tidigare, där fokus ska vara på fattigdomsbekämpning, jämställdhet, utbildning och hälsa. Vi ska vara en aktör som samarbetar med FN för utveckling och framtidstro, som har sagts av föredragandena. Och vi ska, sist men inte minst, skapa lagliga vägar, någonting som jag jobbar med inom ramen för vidarebosättning. Det är dags att göra en U-sväng.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señora presidenta, la Unión Europea debe ganar credibilidad en el debate sobre los refugiados. Una credibilidad hoy tocada por un enfoque excesivo en la seguridad, por un acuerdo entre los Estados miembros y Turquía al límite del Derecho internacional, por el rechazo de algunos Estados a las cuotas de reasentamiento y por la vergüenza de que el Mediterráneo sea la mayor fosa marítima del mundo.

Las personas seguirán huyendo de crímenes contra la humanidad, de desigualdades aplastantes, de los efectos del cambio climático. En el mejor de los casos, solo podremos mitigar los desplazamientos masivos atajando las raíces de las injusticias y de los conflictos. A ello hay que dirigir la acción exterior de la Unión, sin olvidar que, por solidaridad, pero también por interés propio, debemos mantener abiertas las puertas y las mentes de Europa.

Yo procedo de un país europeo, Cataluña, donde, el pasado mes de febrero, 160 000 personas salieron a la calle para reclamar poder acoger refugiados bajo el lema «Casa nostra és casa vostra». Esta es la Europa solidaria y responsable que debe derrotar a la Europa de los muros.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Idag diskuterar vi ett betänkande med två föredragande från Spanien, ett land som har räddats av EU åtskilliga gånger och ett land som har rustat upp sin infrastruktur med hjälp av omfördelade skattepengar från bland annat Sverige och andra nettobidragsgivare i EU. Om vi ska diskutera problemet med migration i ett betänkande vore det bra om det inte innehöll osanningar av typen "Europa skulle dö om inte det fanns migration till Europa". En pragmatisk och demokratisk debatt kan inte byggas på falska påståenden.

Det är bland annat vi i Sverige som betalar för migranterna, och kostnaderna kan inte endast mätas i direkta kostnader. Det är nu helt nödvändigt att hela Europa tar en lång paus i migrationsmottagandet. För Sverige är detta helt nödvändigt, och EU kan inte tvinga Sverige till mer mottagande. Vi har lagt tiotals miljarder euro på detta och betalat med ökad osäkerhet för dem som vistas i Sverige samt social oro. Vi får se vilken humanism ni har i andra länder när plånböckerna ska öppnas och era medborgare får leva i ottrygghet.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Señora Winberg, ¿está usted diciendo que este informe presenta datos falsos? ¿Está usted diciendo que este Parlamento y este trabajo conjunto de dos ponentes, como son el señor Díaz de Mera y la señora Valenciano, están arguyendo datos falsos?

¿Dice UKIP que los datos son tan falsos como los que utilizaron en su campaña del *brexit* para decir lo que el Reino Unido aportaba o no aportaba, o lo que costaba la sanidad y lo que se podía ahorrar?

Kristina Winberg (EFDD), *svar ("blått kort")*. – Tack för frågan. Betänkandet säger ju att vi är i behov av migration och att vi inte kan överleva, att vi står inför en demografisk utmaning. Men så är ju inte fallet. Man måste också titta på problemen med den här massmigrationen till Europa. Vi har tagit emot så jättemycket att Sverige lider av extrema problem. Det här med att det ska vara en nödvändighet med migration, det stämmer inte.

Georg Mayer (ENF). – Frau Präsidentin! Natürlich, geht es hier um Menschen, und es geht um Schicksale, und deswegen wäre es auch so wichtig, sich mit der Problematik ernsthaft zu beschäftigen. Aber mit diesem Bericht, geschätzte Kollegen, da ist wohl hier etwas falsch gelaufen, zumindest in der Wahl des Titels „Bewältigung der Flüchtlingskrise“ – tolle Strategie! Wir machen einfach Tür und Tor auf für alle. Wie sind sie nur auf diese Strategie gekommen, frage ich mich. Und die Berichterstatterin hat gesagt: Wir haben eine Krise der Solidarität in Europa. Geschätzte Kollegen, Solidarität ist zum einen keine Einbahnstraße, und zweitens denke ich, wenn ich mir diesen Bericht anschau e eher, wir haben eine Krise in der Vernunft in diesem Haus. Und die Problematiken, die mit dieser ungehaltenen Migration in Europa stattfinden, völlig zu ignorieren, das ist schon ein besonderes Kunstwerk.

Aber was ich noch besonders bemerkenswert finde, ist, dass dies noch mit Hilfe der Konservativen und der EVP in diesem Haus geschieht, wobei ihr Präsident Tajani eine völlig andere Meinung zu diesem Thema hat und auch sie das draußen völlig anders kommunizieren.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök asszony! A jelentés a következőt állítja: a gazdasági okok által kiváltott, vagy a jobb élet reményében megkezdett migráció ugyanolyan jogos, mint az üldözés előli menekülés. Ez elfogadhatatlan! Akinek az élete van veszélyben és menekül, az ugyanolyan joggal jön Európába, mint aki úgy dönt, hogy a svéd vagy német szociális hálóra számítva jobban fog élni?

Elfogadhatatlan. A riportőr asszony paradigmaváltást sürget, amelynek a lényege, hogy még csak válságról se beszéljünk, ne mondassuk, hogy migránsválságról van szó, hanem az egészet lehetőségként kezeljük. Ez nem más, mint Európa maradék immunrendszerének a tudatos fölszámolása. Állandóan azt a szót halljuk, hogy szolidaritás, szolidaritás, csak egyet nem hallunk, hogy az európai őslakosok iránt ki szolidáris.

David McAllister (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Migrations- und Flüchtlingskrise stellt unseren Kontinent vor eine riesige Herausforderung. Es ist eine Herausforderung, die wir letztlich nur gemeinsam europäisch bewältigen können.

Zwei Punkte möchte ich nennen, von denen der Erfolg dieser europäischen Migrationspolitik maßgeblich abhängen wird: Erstens: Nur wenn es uns gelingt, die Grundursachen von Migration entschlossen anzugehen, werden wir langfristig auch Erfolg haben. Als Europäische Union sollten wir unseren Beitrag leisten zu Frieden in unserer südlichen Nachbarschaft und die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in Afrika, durch Investitionen in Arbeitsplätze, Berufsausbildung sowie in das Unternehmertum, insbesondere im Agrarsektor, fördern.

Zweitens: Die Außengrenzen unserer Mitgliedstaaten sind die Außengrenzen der Europäischen Union im 21. Jahrhundert. Deshalb muss das Schengen-System erhalten, vertieft und erweitert werden. Der Schengen-Raum muss in der Lage sein, seine Außengrenzen zu wahren und zu schützen. Eigene europäische Überwachungsinstrumente sind ebenso erforderlich wie eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Erfüllung humanitärer Pflichten einerseits und der Aufnahmefähigkeit der Mitgliedstaaten andererseits zu schaffen. Das sollte die zentrale Botschaft der heutigen Debatte sein.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Mr McAllister, my fellow countryman – or at least half of you is – may I just say that the problem is that, when Ms Merkel invites any number of people to come to Europe without let or hindrance, it is all very well for Germany, but this affects Germany's neighbours, especially Great Britain, and this is something that is a problem. So if you have your Schengen, and you have open door immigration from goodness knows where, we could end up with lots of jihadis and a lot of people we cannot house or have schools or hospitals for.

David McAllister (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Gerne nehme ich eine Frage meines schottischen Landsmanns – zumindest zu fünfzig Prozent – an.

Zwei Hinweise: Erstens: Angela Merkel hat nicht Hunderttausende, Millionen von Menschen eingeladen, nach Deutschland zu kommen, sondern sie haben sich auf den Weg gemacht, und Deutschland und andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich ihrer humanitären Verantwortung gestellt. Das hätte ich gerne auch von anderen Staaten gesehen.

Und zum Zweiten: Ich lebe gern in einem grenzenlosen Europa. Meine Tochter hat mich mal, als wir die Autobahn von Deutschland in die Niederlande überquert haben, gefragt: Was ist eigentlich eine Grenzkontrolle? Wir haben das große Glück in Deutschland, in einem Land zu leben, das umgeben ist von Ländern, die im Schengen-Raum sind. Und deshalb müssen wir den Schengen-Raum stärken, und deshalb bin ich für einen europäischen Grenzschutz, damit wir auch zukünftig ein grenzenloses Europa haben.

Sie im Vereinigten Königreich, vor allen Dingen Ihre Partei, wollen das ja nicht. Viel Spaß dabei!

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, volevo ringraziare i relatori per il loro lavoro. L'86 % delle persone sfollate in tutto il mondo sono ospitate da paesi in via di sviluppo. Raggiungere un'equa condivisione delle responsabilità sull'accoglienza non è solo un tema europeo, ma globale.

Ma come farà l'Unione europea a fare la sua parte se ogni sforzo del Consiglio, e ultimamente anche della Commissione, pare volto all'esternalizzazione delle nostre frontiere? Lo vediamo nella proposta di riforma del sistema comune d'asilo, con i *check* di inammissibilità basati sul concetto discrezionale di paesi terzi sicuri; lo vediamo negli accordi con la Turchia, il cui successo si misura nelle condizioni disumane di 15 000 migranti bloccati sulle isole greche, e ora con la Libia, che non ha nemmeno aderito alla convenzione di Ginevra; lo vediamo nei *new partnership framework*, che vorrebbero condizionare la cooperazione allo sviluppo, al controllo dei flussi migratori e ai rimpatri.

Questo non solo viola l'essenza stessa della cooperazione allo sviluppo, che per l'articolo 208 deve eliminare la povertà, ma rischia anche di direzionare gli aiuti solo ai paesi sulle rotte migratorie, dimenticando quelli meno sviluppati e mettendo a rischio le relazioni dell'Unione con i paesi terzi. Questo va contro gli obiettivi di lungo termine di affrontare le cause alla radice delle migrazioni: conflitti, cambiamenti climatici, disuguaglianze, e va contro gli obiettivi dello sviluppo sostenibile.

Si stanno creando molti nuovi strumenti finanziari, ma mai con risorse nuove, sempre dirottate da altri fondi e priorità, e senza un adeguato scrutinio democratico da parte di questo Parlamento. Rimettiamo al centro la solidarietà e i diritti fondamentali.

Die Präsidentin. – Herr Carver! Ich habe gesehen, dass Sie eine blaue Karte wollen. Aber Sie hatten in dieser Debatte schon einmal das Wort. Nachdem wir mit der Zeit schon sehr knapp sind, gebe ich Ihnen jetzt keine blaue Karte. Ich danke für Ihr Verständnis.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, trebuie să schimbăm politica Uniunii Europene în materie de refugiați, pentru că vedem că nu a mers bine și vedem că încrederea cetățenilor europeni în noi a scăzut și, de asemenea, și a refugiaților. E un haos în care trebuie să punem ordine. Am trecut prin această experiență, ne ajută, hai să punem ordine.

În primul rând, Serviciul de acțiune externă trebuie să negocieze cu statele din vecinătatea zonelor de conflict pentru ca acestea să preia refugiați și să le dea asistența de care au nevoie.

În al doilea rând, susțin aplicarea realocării. Asta înseamnă ca statele membre, în funcție de capacitățile lor, să se ducă și să preia refugiați din taberele în care se află, după ce fac verificări medicale, penale și de securitate. Asta înseamnă că toată lumea se va simți *safe*: și refugiații, și cetățenii europeni spre care sunt aduși acești refugiați.

Famiile și persoanele cele mai vulnerabile trebuie să fie cu precădere cei care sunt aduși în statele membre pe aceste criterii, repet, pe cele trei modalități de verificare: medicală, penală și de securitate.

Ivo Vajgl (ALDE). – Nismo bili učinkoviti, ko bi lahko preprečili tragično usodo beguncev, izgnancev ali migrantov, in to iz tega ali onega razloga.

V zares izčrpnem poročilu, o katerem razpravljamo, pa lahko najdemo veliko refleksij, vrednot, ki Evropi opravičujejo ugled celine humanizma, kulture in sočutja.

Kot izraz sprejemanja naše odgovornosti podpiram ambiciozni in investicijski načrt za države, iz katerih prihaja največ beguncev in migrantov. Podpiram tudi pristop Komisije, da zagotovi sodelovanje vseh držav v širši regiji Bližnjega vzhoda, Afrike in Azije, ki glede na svoj ekonomski potencial lahko prispevajo znatna sredstva k uresničitvi tega programa.

Nadaljevati moramo sodelovanje s Turčijo in to ne glede na našo kritičnost, ki zadeva stanje demokracije in človekovih pravic v tej državi.

Podpirati pa moramo tudi vse države na poti begunskih tokov in tako omogočiti, da bodo na svojih poteh begunci deležni človeka vrednega obravnavanja.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Im deutschen Fernsehen wurde ein Fischer aus Westafrika interviewt, der zu Hause nichts mehr verdienen kann, weil europäische Schiffe die Küste leer fischen. Er hat kein Asyl bekommen, er wurde als sogenannter Wirtschaftsflüchtling wieder nach Hause geschickt. Natürlich gibt es auch in Afrika viele Fluchtursachen, darunter auch viele selbstverschuldete, aber es ist doch die EU, die mit ihren Handelsabkommen diese Länder regelrecht aussaugt.

Ich darf daran erinnern, dass die Landwirtschaft dieser Länder gezwungen wird, für uns billigen Kaffee, Tee, Kakao, Südfrüchte zu liefern, dass der Aufbau einer eigenen Maschinenwirtschaft durch die Zollabkommen verhindert wird. Das bedeutet, dass eben diese Wirtschaft nicht hochkommen kann. Die EU verwendet sogar Gelder, die eigentlich für die Entwicklungshilfe vorgesehen waren, um Länder aufzurüsten, um die Flüchtlinge mit Gewalt davon abzuhalten, nach Europa zu kommen. Das ist ein Skandal, das muss sich ändern.

David Coburn (EFDD). – Madam President, this reports seeks to paint any criticism of the failed and discredited policy of mass migration as xenophobic or racist or any of the smorgasbord of buzzwords the elitist European political class uses to shut down reasoned debate. Further, it attempts to herd nation states into a European bouillabaisse. Nations will lose all control over migration, borders and economic policies.

Listen to the individual peoples of Europe who want to retain the fascination of their individual cultures, that which makes Europe interesting. Herr Mayer, my colleague from Austria, wears Lederhosen and I wear a kilt. It is a charming thing about Europe: difference. The people demand an end to open borders. They demand an end to the use of migration to keep big business happy and workers insecure, and they demand an end to the EU wasting their taxes on foreign aid, which only perpetuates inequalities in world trade and props up dictatorships and unstable regimes.

President. – Mr Kłosowski, I saw your card when I had already given the floor to Mr Coburn, so I am sorry but I cannot take your blue card now because it was given to the previous speaker.

Steeve Briois (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, alors que les flux de migrants vers l'Europe vont à nouveau exploser avec l'arrivée du printemps et de l'été, alors que la Cour des comptes européenne dénonce l'inefficacité des politiques de l'Union en matière de contrôle des frontières extérieures, alors que même le Sénat français dénonce les failles dans le fonctionnement de l'espace Schengen et l'échec de la politique dite des *hotspots*, le rapport parlementaire que vous nous proposez ce soir, soutenu évidemment par les députés de droite, ose exiger des États membres qu'ils élargissent l'asile à tous les migrants économiques et climatiques, ce qui est une pure folie.

Cet élargissement va amplifier l'appel d'air migratoire et inciter des centaines et des centaines de clandestins à traverser la Méditerranée pour venir chez nous. Pire, vous demandez aux parlements nationaux d'abolir les cadres légaux que vous jugez répressifs, ce qui revient à penser qu'un migrant qui franchit la frontière sans y avoir été autorisé ne serait plus demain considéré comme un clandestin.

Dans quelle langue faut-il donc vous le dire que nous n'en voulons plus de cette immigration? Les peuples européens ne veulent plus d'immigration. Les peuples européens veulent contrôler leurs frontières et, surtout, préserver leur identité.

Sławomir Kłosowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Ja się nazywam Sławomir Kłosowski. Chciałem zapytać Panią Przewodniczącą, w którym momencie zgodnie z Regulaminem zachowałem się nieodpowiednio, unosząc kartę do zadania pytania. Pani Przewodnicząca nie udzieliła mi tego głosu. Jeżeli mogę prosić, to bardzo proszę o odpowiedź.

Die Präsidentin. – Herr Kłosowski – bitte entschuldigen Sie, wenn ich Ihren Namen nicht ganz korrekt ausspreche –, ich habe zuerst erklärt, dass ich und die Kolleginnen hier die blaue Karte, mit der Sie einem Kollegen oder einer Kollegin auf dieser Seite eine Frage stellen wollten, erst gesehen haben, als ich Herrn Coburn das Wort schon gegeben hatte. Das heißt, Sie konnten diese Frage nach dem Verfahren der blauen Karte in dem Moment nicht mehr stellen. Ich hoffe, Sie verstehen das, und bei einem nächsten Redner, wenn wir das rechtzeitig sehen, kommen Sie mit der blauen Karte ans Wort.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Ja, der Bericht unterscheidet nicht, differenziert viel zu wenig. Es gibt Einwanderer. Es gibt Einwanderer, die gebraucht werden, es gibt Einwanderer, die nicht gebraucht werden. Es gibt Einwanderer, die sich integrieren lassen wollen, die sich nicht integrieren lassen, und zum Glück kann der souveräne Staat – England wird das demnächst können – sich selber aussuchen, welche Einwanderung in das Land man möchte und welche nicht.

Dann gibt es aber die Flüchtlinge. Selbstverständlich gibt es die Genfer Flüchtlingskonvention, die in dem Bericht ja nun überhaupt nicht erwähnt wird und hier in diesem Parlament viel zu wenig debattiert wird. Selbstverständlich hat einer auf Flucht und in Gefahr den Schutz der Gemeinschaft zu spüren. Aber die Genfer Flüchtlingskonvention sagt auch: Wenn die Gefahr weg ist, wenn der Krieg vorbei ist, dann hat der entsprechende Flüchtling zurückzukehren in sein Heimatland. Daher weiß ich nicht, was diese Integrationskurse für Flüchtlinge wollen, und ich denke, Grenzen öffnen bedeutet Solidarität, wird hier gesagt, aber Grenzen überwachen bedeutet Sicherheit.

Lars Adaktusson (PPE). – Madam President, we all know the background to this resolution – 65 million refugees around the world, the Dublin Convention existing only on paper, one-sided decisions to close borders or to implement limits for immigration, a temporary resettlement agreement for refugees which never took place. The fact that the EU today clings on to countries like Turkey and Libya is not the result of an ambition to find a sustainable solution in this situation. It is the result of a political failure. It is the result of a lack of responsibility in dealing with one of the major challenges of our time.

However, as we all know, there is an alternative – secure external borders, legal roads into the Union and a permanent and shared resettlement mechanism. This resolution offers such an alternative, which is why it is so important to support it: we need more, not less cooperation; we need more, not less, solidarity with vulnerable people. We need a political leadership that does not give into populism but stands for values and stands for human dignity.

Sylvie Guillaume (S&D). – Madame la Présidente, les arrivées de migrants et de réfugiés ne vont pas cesser, c'est une réalité. Il est donc nécessaire de les anticiper et d'apporter des solutions durables et concrètes. Il faut savoir que chaque jour, 34 000 personnes sont déplacées de force dans le monde. Dans ce contexte, l'Union européenne a une double responsabilité.

Sa première responsabilité est de se montrer solidaire avec les États en développement, qui accueillent l'immense majorité des réfugiés et qui, malgré leurs difficultés, viennent en aide aux personnes qui ont besoin de protection. C'est le cas du Liban et de la Jordanie, où la situation se dégrade rapidement.

La seconde responsabilité de l'Union est de lutter, grâce à son action extérieure, contre les causes profondes des migrations que sont la pauvreté, la violence, l'absence de démocratie ou encore le chômage.

Je tiens à être tout à fait claire: je ne suis pas opposée par principe aux accords de coopération avec les pays tiers. Mais nous n'entendons plus parler que d'un seul versant, celui de la sécurité, de la protection des frontières et de la conditionnalité des aides. Au moment où les questions migratoires sont devenues un véritable levier de négociation dans les discussions sur l'aide au développement, cette dernière doit être fermement arrimée aux valeurs de l'Union européenne, notamment le respect des droits de l'homme.

Helga Stevens (ECR). – Mijn delegatie kan dit uitgebreide verslag helaas niet steunen. Ten eerste omdat het verslag geen onderscheid wil maken tussen mensen die vluchten voor oorlog en foltering en mensen die om economische redenen emigreren, terwijl dit onderscheid toch wel essentieel is.

Maar wat mij nog veel meer stoort, is het volgende: met geen woord wordt in dit uitgebreide verslag gerept over de rol die bepaalde NGO's spelen en waarmee zij volgens Frontex mensensmokkel faciliteren. Natuurlijk moeten mensen worden gered, maar waarom moet iedereen worden overgebracht naar de havens in Italië? Wat houdt ons tegen om hen te laten ontschepen in het land van afvaart als ze daar veilig waren?

Immers, de enige juiste maatregel om de migratiecrisis te bestrijden is onze buitengrenzen sluiten en dus moeten we terugdringoperaties uitvoeren van hen die voorheen veilig waren in een derde land. Vervolgens kan een beperkt aantal echte vluchtelingen worden opgenomen. Hiervoor moeten we een strikte maximumlimiet instellen.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señor presidente, señora Valenciano, señor Díaz de Mera, admiro su trabajo y apoyo su planteamiento conjunto, constructivo, porque para destruir ya están la señora Albiol o el señor Urbán —que se ha ido—, para socavar de manera sistemática y no aportar ninguna solución viable. Pero los demás estamos para trabajar y para escucharnos y para llegar a soluciones.

Yo de lo que quiero hablar hoy es de un fracaso. El fracaso del Consejo Europeo, el fracaso de los Estados miembros a la hora de cumplir sus compromisos en la acogida de refugiados.

Pacta sunt servanda. De los 15 000 refugiados que nuestro Gobierno, el Gobierno de España, el Gobierno del Partido Popular, se comprometió a acoger solo vamos a llegar, con suerte, a un 10 %. Un desolador 10 % muy lejos del ya tristísimo 25 % de media que el señor Avramopoulos reconoció el otro día.

¿Acaso no sorprende que miles de niños refugiados atraviesen Europa, se arriesguen a todo tipo de peligros? Cada niño desaparecido, cada menor en redes de trata, cada niño atrapado en redes terroristas es nuestra responsabilidad. Un solo menor desaparecido es demasiado, y yo quiero que España, mi país, asuma plenamente su responsabilidad y que cumpla la palabra dada.

Frank Engel (PPE). – Monsieur le Président, je trouve que l'on assiste toujours au même cirque dans cet hémicycle: une extrême droite et une droite moins extrême, mais néanmoins visible, essaient de nous dire que tous les problèmes pourraient être résolus avec la construction de murs et la fermeture des frontières.

Pour moi, avec un milliard d'Africains privés d'espoir aujourd'hui, deux milliards d'Africains dans la misère demain et peut-être trois milliards d'Africains dans le dénuement le plus total après-demain, les frontières et les murs ne pourront rien résoudre.

La seule solution passera par une politique multilatérale de développement qui profitera à tous les endroits, hélas devenus beaucoup trop nombreux, où les gens fuient. Ils fuient la misère, la guerre, la faim, la mauvaise gouvernance et la corruption, autant de phénomènes dont nous sommes malheureusement entourés, qui deviennent de plus en plus oppressifs au fil du temps et que nous ne pourrions pas combattre sans actions incisives, menées avec nos partenaires dans les régions qui nous entourent, notamment en Afrique.

La politique européenne, par le truchement du Fonds pour les investissements extérieurs et du Fonds pour l'Afrique, est une bonne politique. Néanmoins, je doute que les moyens actuellement déployés se révèlent suffisants. Il faudra les amplifier en faisant appel à d'autres partenaires, je pense notamment à la Chine.

Enfin, je pense que le renforcement de l'État en Afrique est une nécessité, mais le renforcement de l'État en Afrique ne doit pas uniquement se manifester aux frontières mais surtout dans l'essence de l'État africain, qui doit devenir un État de droit.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleue» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Sławomir Kłosowski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Ja pozwolę sobie zadać pytanie panu posłowi i przy okazji to opóźnie pani poseł reprezentującej hiszpański pogląd na emigrację. Otóż pani poseł stwierdziła, że rzeczywiście tym podstawowym problemem i przyczyną ubolewania nad tym, że Hiszpania przyjęła nie 15 tylko 10 tysięcy emigrantów, były powody ekonomiczne. I w związku z tym pytanie: czy nie lepiej tego typu sytuacje eliminować z krajów macierzystych emigracji?

I pytanie do pana posła: sam pan poseł stwierdził, że w kolejce tych uchodźców – bo tu bardzo, bardzo płynna jest ta kategoria uchodźców i emigrantów – bardzo bym prosił, żebyśmy doprecyzowali, kto jest uchodźcą, kto jest imigrantem. Ewentualnie ten miliard ludzi w kolejce sprowadzi na Europę ogromne zagrożenie.

Πρόεδρος. – Θα σας παρακαλούσα να σέβεστε τους κανόνες. Σας έδωσα τον λόγο για να απευθύνετε ερώτηση στον κύριο Engel και εσείς, παραπλανώντας τον Πρόεδρο, χρησιμοποιήσατε τον χρόνο που είχατε για την υποβολή ερώτησης για να ερωτήσετε την Ισπανίδα συνάδελφο που μίλησε προηγουμένως, ενώ είχατε καταθέσει αυτό σας το αίτημα με μεγάλη καθυστέρηση. Σας παρακαλώ να σέβεστε τους κανόνες. Καθίστε κάτω, δεν σας δίνω τον λόγο.

Κύριε Engel, εάν νομίζετε ότι σας ρώτησε κάτι ο προλαλήσας συνάδελφος, παρακαλώ απαντήστε.

Και εσείς δεν έχετε τον λόγο, σας παρακαλώ την επόμενη φορά να τηρείτε τους κανόνες. Κύριε Engel, θέλετε να απαντήσετε;

Frank Engel (PPE), réponse «carton bleu». – À la fois, je comprends et je ne comprends pas la question. Là aussi, c'est toujours le même problème. Pour moi, un migrant n'est pas quelqu'un de plus répugnant qu'un réfugié. Une personne qui se déplace par nécessité et par désespoir n'a pas moins de bonnes raisons qu'une autre d'abandonner son pays.

En fin de compte, nous sommes confrontés à toutes sortes de phénomènes. Nous sommes surtout – et nous le serons encore beaucoup plus dans l'avenir – confrontés à une migration de misère venant du Sud. Pour répondre à cette misère, nous devons concevoir des politiques qui ne peuvent pas reposer sur la construction de murs.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, en novembre 2015, 66 pays du Maghreb, de l'Afrique subsaharienne, du Moyen-Orient et de l'Union européenne étaient réunis au sommet de La Valette et ont fait ce constat: le problème de la migration va au-delà de la crise des réfugiés; il s'agit d'un phénomène durable, politique et humain que nous devons aborder sans craindre les nationalistes.

Force est de constater que nous sommes restés l'arme au pied. Je pose deux questions. Qu'en est-il des 3,6 milliards du fonds fiduciaire pour l'Afrique décidés à La Valette? Qu'en est-il des 44 milliards d'euros du plan d'investissement extérieur que nous a proposé ici même le président Juncker le 14 septembre dernier et qui devait être complété à hauteur de 44 milliards par les États membres? Il en va, je crois, de notre vivre ensemble, qui est menacé. Aussi est-il grand temps de prendre des décisions et de s'y tenir financièrement. Nos partenaires du sud de la Méditerranée – le Maghreb, l'Afrique subsaharienne, le Moyen-Orient – s'impatientent. Il en va de notre crédibilité, il en va aussi de notre identité, celle que nous avons, l'identité européenne.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Proszę Państwa! Pochodzę z kraju, który w latach dziewięćdziesiątych – o czym mało kto wie – przyjął prawie sto tysięcy imigrantów, uchodźców, muzułmanów z Czeczenii, napadniętej wówczas przez Rosję, która okupuje ją do tej pory. Prawdę mówiąc zostało tylko niewielu z nich, ale myślę, że mam prawo mówić na ten właśnie temat. Przyjęliśmy również bardzo wielu imigrantów – nie chcę mówić uchodźców, bo te definicje są różne i pan poseł Kłosowski ma rację, dopominając się o bardzo ścisłą definicję terminów „uchodźca” i „imigrant”. Przyjęliśmy zatem około półtora miliona ludzi z Ukrainy. To przede wszystkim imigranci, ale też warto to doceniać. Myślę, że decyzje Unii Europejskiej w tej sprawie powinny zapadać poprzez konsensus, a nie przegłosowanie mniejszości przez większość.

Cecilia Wikström (ALDE). – Mr President, let me be very clear. The EU should, of course, work closely together with partners in our neighbourhood in order to manage in the best way possible the challenges posed by migration. This can, however, not be an excuse to try to externalise our borders or to refuse to take our fair share of receiving applicants for international protection. What we now need to make sure is that we establish a well-functioning common European asylum system where each and every country of this Union takes its fair share of the responsibility for the people that are seeking international protection in the EU. This should be binding and mandatory for all Member States. Let us also keep in mind that there is a big difference between building capacity and stimulating development and cooperation with third countries and outsourcing our own responsibilities to these countries. Keep in mind that it is in the absence of a functioning system on asylum that we see new border controls imposed by Member States, emergency measures of all sorts, and statements such as the one with Turkey. If we ensured that we did our job, this would not have been necessary.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente; gracias a la señora Valenciano y al señor Díaz de Mera por su informe.

La crisis vivida en los dos últimos años en las fronteras europeas nos ha mostrado algunas de las insuficiencias de la política migratoria de la Unión. Se están realizando esfuerzos importantes —por ejemplo, la creación de la Guardia Europea de Costas y Fronteras o las iniciativas en materia de asilos y visados—, pero todos sabemos que la política migratoria de la Unión requiere un enfoque global que refuerce su dimensión exterior.

Las llegadas se han reducido sustancialmente en la ruta del Mediterráneo oriental, pero en el Mediterráneo central aumentan año a año. La estabilización de Libia, principal país de partida, es de vital importancia. También lo es la materialización de una cooperación a largo plazo con otros de nuestros vecinos africanos, donde se está generando una importante «burbuja juvenil».

Una asociación sólida y una colaboración integral con los países de origen y tránsito son imprescindibles para encauzar los flujos migratorios, atajando, en la medida de lo posible, los problemas en su origen —pobreza, inseguridad, falta de horizontes, etcétera—.

Por ello, celebro el Plan de Acción de La Valeta y la puesta en marcha de los marcos de asociación —Senegal, Mali, Etiopía, Níger, Nigeria—, así como la propuesta del plan de inversión exterior, formulada por la Comisión.

Los flujos masivos de personas son un desafío que a todos nos afecta; no cabe solución individual. Espero que se dé un seguimiento serio a los trabajos iniciados en la reunión de alto nivel sobre los grandes desplazamientos de refugiados y migrantes, del pasado septiembre en Nueva York, y que la Unión Europea ocupe un lugar destacado. Nuestra vecindad con África, desde luego, así lo exige.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Die Zahl der zu uns gekommenen Flüchtlinge ist kein Problem. Aber trotz frühzeitiger Hinweise haben sich die Mitgliedstaaten nicht vorbereitet und dann behauptet, sie seien überrascht worden. Und jetzt wollen einige ablenken von Unfähigkeit, Mutlosigkeit oder schlicht mangelnder Weitsicht. Anstatt sich wenigstens jetzt ihrer Verantwortung zu stellen, diffamieren sie Flüchtlinge, schüren Ängste und Hass. Das ist erbärmlich, denn die große Mehrheit der Menschen will nach der Flucht ja nur eines, nämlich sich ein neues, sicheres Leben aufbauen.

Ich höre, echten Flüchtlingen würden wir gerne helfen. Doch es gibt wenig Bewegung bei *relocation* und *resettlement*. Ja, es wäre gut, wenn Menschen nicht flüchten müssten oder ihre Zahl zumindest geringer würde, und generell sind politisch und wirtschaftlich stabile Staaten in unserem Interesse. Doch nichts kommt von allein. Die Aufnahme von Schutzbedürftigen und bessere Perspektiven in den Herkunftsländern gehören zusammen, inklusive einer gemeinsamen kohärenten und nachhaltigen Außenpolitik mit all ihren verschiedenen Facetten. Das ist wichtig für die Flüchtlinge und für uns, damit die Mitgliedstaaten Europas frei, offen, sicher und demokratisch bleiben können.

Ангел Джамбазки (ЕКР). – Г-н Председател, няма да подкрепя този доклад, защото той предлага грешни решения. Този доклад отново показва, че нищо ново не е научено и нищо старо не е забравено.

Предлаганите в него решения са неосъществими и времето го показва. Показва, че тези мерки не работят, показва, че тези, които извършваха нападенията в европейските държави, са минали през тези т. нар. „мерки на интеграция“. Резултатът е видим.

Не трябва да бъде насърчавана нелегалната имиграция с тези предложения в доклада! Напротив, трябва да бъде укрепвана сигурността на Европа, трябва да бъдат укрепвани външните граници, трябва да бъде показано ясно на една враждебна и агресивна Турция, управлявана от човек, който не уважава никакви демократични правила и процедури, че това няма да му се получи!

Докладът е събран и предлага грешни решения. И това е поредният такъв доклад в тази зала, в която докато си говорим тези приказки, се случва всичко това, което става по улиците на Европа, само че не се вижда от тази зала.

Още веднъж – няма да го подкрепя!

Željana Zovko (PPE). – Gospodine predsjedniče, poštovani povjereniče Mimica, čestitam kolegama izvjestiteljima na odlično izbalansiranom izvješću koje poziva na zajednički dogovor i odgovor na neviđeni migracijski val s kojim se suočava Europska unija.

Smatram da su tri ključne poruke koje moramo poslati putem ovog Izvješća, kako našim građanima tako i globalnim partnerima: jedino trajno rješenje migracijske krize je na njezinom izvoru, vanjska politika Europske unije mora zauzeti asertivniju ulogu u procesima pomirenja kako bi zaustavila nove izbjegličke valove i Europska unija mora biti predvodnica u koordinaciji instrumenata za financiranje upravljanja migracijama zajedno s drugim međunarodnim institucijama te vidljivije komunicirati svoje napore u pomoći iskorjenjivanju bijede i netolerancije, glavnih uzroka nepravdi što tjeraju ljude da napuštaju svoje domove.

Ne smijemo zaboraviti zemlje, osjetljive međukonfesionalne strukture stanovništva poput Libanona koje se u ovim teškim vremenima nose sa ogromnim pritiskom izbjeglica koje čine polovinu njihove populacije. Njima je urgentno potrebna pomoć kako se brana ne bi prelila i Europa suočila s još većim problemima.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señor comisario, el desafío de las migraciones y de los refugiados no corresponde solo al Consejo de Ministros de Interior, ¿verdad? No, claro que no: tiene una dimensión exterior.

Y, por tanto, saludamos el informe de nuestros colegas, pero muchos socialistas exigimos que la dignidad y los derechos humanos sean respetados en los refugiados independientemente de su estatus legal y, además, decimos que no es aceptable que la condicionalidad sea mecánica para determinar que solo se pueda ayudar a los países que se comprometen a políticas de readmisión o de control, y que desaparezca la criminalización de la ayuda humanitaria, permitida ahora por la llamada «*Facilitation Directive*».

Exigimos vías seguras, visados humanitarios, corredores humanitarios como una vía legal de entrada en la Unión Europea, y que el Parlamento Europeo esté implicado en la definición y en la ejecución de la política, además de en su cálculo presupuestario.

Pero, sobre todo, queremos cambiar la mirada negativa y prejuiciada a la política de inmigración. Rechazamos el acuerdo con Turquía. Exigimos un cambio de esa mirada prejuiciada y una exigencia total de cumplimiento de los compromisos adquiridos por parte del Consejo en materia de reasentamiento y de realojamiento, cambiando, por fin, ese enfoque securitario por un enfoque humanitario.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, já považuji za nejdůležitější ochranu vnějších hranic. To je základní nástroj v boji proti nelegální ekonomické migraci. Tady nemáme a nebudeme mít žádnou efektivní celoevropskou instituci, ani Evropskou službu pro vnější činnost, ani evropskou pohraniční stráž.

Budeme si muset zvyknout na to, že hlavní tíha ochrany hranic před nelegální ekonomickou migrací bude na národních službách jednotlivých členských zemí, že hraniční země Evropské unie zkrátka mají zvýšenou zodpovědnost a my ostatní zase máme zvýšenou zodpovědnost jim pomáhat finančně, organizačně, logisticky.

Já bych si velmi přál, aby Komise přišla s tím, že v novém víceletém finančním rámci po roce 2020 vyčlení daleko více prostředků na ochranu vnějších hranic, že tyto peníze půjdou do Řecka, do Itálie, do Španělska, že jim takto přispějeme místo toho, abychom vymýšleli nové instituce, že tedy podpoříme ty instituce, které již fungují, to znamená jejich národní pohraniční služby. To bych považoval za efektivní a rozumný přístup.

László Tőkés (PPE). – Elnök Úr! Az Európai Unió akarva-akaratlanul hosszú éveket vesztegetett el a szinte váratlanul reá törő migránsválság kezelésében. Noha kezdettől fogva nyilvánvaló volt, hogy a bevándorlók milliós emberáradatával szemben egy közös európai biztonsági és védelmi politikára volna szükség, ennek kialakítása azóta is egyre késik. Ezt szem előtt tartva, csak üdvözölni lehet a Külügyi Szolgálat, a Bizottság és az EP újabb erőfeszítéseit a menekültkérdés megválaszolása és normális mederbe terelése céljából. A római nyilatkozat helyén kezeli a migráció rendkívüli kihívását, és az Európai Néppárt illegális migrációra vonatkozó, legutóbbi máltai állásfoglalása is jó úton keresi a megoldást. Ezekhez képest a Valenciano-de Mera jelentés sajnos komoly visszalépést jelent.

Magyarországgal, illetve a visegrádi országokkal egyetértésben elsődleges feladatunk az kell legyen, hogy Európát minden áron megvédjük az illegális bevándorlók inváziójától. Való igaz, hogy az igazi menekülteknek minden segítséget meg kell adnunk, és a migránsok emberi jogait tiszteletben kell tartanunk. Legfőbb dolgunk viszont mégiscsak az, hogy Európa polgárait és nemzetét, biztonságunkat, demokratikus rendünket, identitásunkat és közös értékeinket védelmezzük. A Pápa Őszentségének is elsősorban európai keresztyénségünket, hitünket és értékeinket kellene védelmébe vennie.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Europa ist in einer sehr schwierigen Lage: Die Flüchtlingskrise will nicht von der Tagesordnung verschwinden. Vieles ist selbst verschuldet. Die Lösungen sind zumeist von nationalen Interessen dominiert, sie sind kurzfristig und symbolisch. Wenn wir die Krise überwinden wollen, dann brauchen wir europäische Lösungen, langfristig und lösungsorientiert. Nicht um Befindlichkeiten muss es gehen, sondern um Ursache-Wirkung-Zusammenhänge. Ohne den Blick nach außen können wir unsere Probleme nicht lösen.

Die Kollegen Valenciano und Díaz de Mera García Consuegra haben einen sehr guten, ausgewogenen Bericht vorgelegt. Er macht deutlich, dass wir uns nicht ausschließlich von Sicherheitsinteressen leiten lassen dürfen. Stabilität kann langfristig nur dann erreicht werden, wenn auf die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit gedrängt wird und ökonomische Verhältnisse vorherrschen, die den Menschen Chancen eröffnen. Wir brauchen eine Entwicklungspolitik, die sich daran orientiert. Wir brauchen ein effektives europäisches Instrument der Zuwanderung, und dazu gehören auch humanitäre Einreisekorridore.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie! Mamy mówić o rozwiązaniu kryzysu migracyjnego – tak deklaruje tytuł tego sprawozdania. Tymczasem na przykład jego punkty 16 i 39 zawierają znowu pośrednie, ale wyraźne wezwania do legalizacji nielegalnej migracji i jako takie stanowią oczywiście atak na suwerenność państw i rządy prawa. I trzeba, Wysoka Izbo, pamiętać, że to właśnie takie wezwania, takie wypowiedzi o legalizacji nielegalnej migracji zbudowały tak naprawdę koniunkturę dla przemysłu nielegalnej migracji. A ten przemysł nielegalnej migracji jest coraz bardziej – według informacji, które posiadamy – infiltrowany przez kalifat Państwa Islamskiego. Co więcej – i myślę, że to jest najważniejsze – tak naprawdę to sugerowanie, że nielegalna migracja zostanie prędzej czy później zalegalizowana, jest u źródeł tragedii tysięcy ludzi, którzy dali się wykorzystać przemytnikom.

Alojz Peterle (PPE). – Soočamo se s tremi vrstami problemov: s problemi v državah izvora, v državah tranzita in v ciljnih državah.

Poročilo kaže več pozornosti do vzrokov za begunski problem in vesel sem, da je ta pristop veliko bolj ambiciozen do problemov v državah izvora, ki bodo še vedno izvor migracij, tudi če uspemo prispevati h koncu nesrečnih konfliktov v njih.

Prihajam iz Slovenije, ki je doživela nekaj sto tisoč beguncev iz jugovzhodne smeri, na poti iz Grčije proti Nemčiji, če poenostavim, in iz tega razloga še posebej podpiram namero, da bo Evropska zveza bolj pozorna do tranzitnih držav, ki so ravnale v skladu z interesi Evropske zveze.

Glede ciljnih držav pa bi rad opozoril na vidik, ki je po moje podcenjen, in to je kulturni vidik migracij in begunskega problema. Vprašanje integracije ni zadeva statistike ali tehnike, ampak je izrazito kulturno vprašanje.

Želel bi si več pozornosti na to temo.

Javi López (S&D). – Señor presidente, en el año 2015 se batió el récord de personas desplazadas por la fuerza: 65 millones en todo el mundo. Y ante este fenómeno global, la Unión Europea y los Estados miembros hemos sido incapaces de dar una respuesta coordinada, solidaria y eficaz a todo este movimiento de personas desplazadas por la fuerza que también nos ha afectado.

Por todo ello es tan necesario y oportuno el informe que vamos a aprobar hoy aquí. Y por ello hay que felicitar también a los coponentes —y, especialmente, quería felicitar a Elena Valenciano—, porque hoy enviamos —envía el Parlamento— un mensaje muy claro en esta materia.

Primero: necesitamos vías legales y seguras de entrada para acabar con las muertes en el Mediterráneo. Segundo: necesitamos un sistema de reubicación que funcione, porque el actual no está funcionando; solo el 25 % de aquello comprometido se ha cumplido. Tercero: necesitamos rechazar la política de externalización de nuestras obligaciones en materia de asilo y acogida; y, especialmente, hay que decir que el acuerdo con Turquía es esa externalización que queremos rechazar. Y cuarto: hay que ir a la raíz del problema, ser un actor más fuerte e influyente, capaz de estabilizar y pacificar un Oriente Medio y un Norte de África en llamas.

Jussi Halla-aho (ECR). – Mr President, it is a fact that the most of those who arrive in Europe from Africa and the Middle East are very unlikely to find employment and become self-sufficient in Europe. This kind of immigration is an economic and social burden, not a resource. It is also a fact that most of those who arrive illegally or using the asylum procedure are not genuine refugees but rather people looking for better opportunities. For these reasons it is both necessary and justified to limit as much as possible immigration from the Third World to Europe.

The report rightly addresses the root causes of migration, such as poverty and bad governance and calls for more cooperation with the neighbourhood countries. Our focus should shift from managing the crisis within Europe to supporting the countries of origin and transit countries and helping refugees where most of them are, in the camps.

György Hölvényi (PPE). – Mr President, a serious question has to be straight. My highest respect to the rapporteurs that they are trying to find the right way concerning the question of refugees. I have regularly visited the countries in the Middle East for many years. I have had numerous meetings with local religious political leaders, dealing with migration issues. Each of them urged Europe to help migrants on the spot in their own region. I hope you are aware that if you approve this report you will send, in indirect form, an invitation to thousands and thousands of potential refugees. You encourage them to leave their homes with the fake illusion of a better life. But can you guarantee this better life for all of them? Can you promise them that they and their children can get safely to Europe? Can you take responsibility for their future? It is time to change the paradigm and turn the focus on helping them in their own homeland after the tragedies of previous years. I am afraid that, for all its good will, the message of this report is that Europe wants to use the people as second-rank citizens to solve its own demographic and labour problems.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, for too long the external dimension has been missing in the definition of the EU response to migration movements, although it is fundamental to address the root causes of these phenomena. I support the call for full respect for migrants' and refugees' rights and dignity, no matter their status. I reject any conditionality of EU aid on the collaboration of third countries on migration issues. We definitely need a common EU policy on asylum and migration to be forged in the near future. I urge the establishment of safe and legal channels for reaching the EU for asylum seekers and potential migrants, which would be the best way to break the business of human traffickers and organised crime, and I believe that Parliament has to be fully involved in all current initiatives and their budgetary consequences. Last, but not least, allow me to warmly congratulate the rapporteurs.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Wenn wir uns über die Asyl- und Flüchtlingspolitik unterhalten, dann reden wir über ein Gesamtproblem, das wirklich in weiten Teilen ausanalysiert ist. Wir kennen die Problemlagen, und wir wissen – wenn wir ganz ehrlich sind – auch, was zu tun ist, um diese Probleme zu lösen. Es ist nun mal kein eindimensionales Problem, es ist mehrschichtig, das heißt, wir müssen auf verschiedenen Ebenen tätig werden. Eine Ebene ist mit Sicherheit die Hilfe vor Ort.

Wir haben das schon lange gefordert, und gerade jetzt sehen wir es wieder aktuell auch an Zahlenbeispielen, die in anderen Berichtsentwürfen von der Kommission genannt sind – inzwischen geht man davon aus, dass man für einen Asylbewerber oder Flüchtling, den man nicht aufnehmen will, wenn man denn eine Aufnahmequote hätte in der EU, für die Nichtaufnahme 250 000 Euro zahlen soll. Allein diese Summen zeigen doch: Da läuft doch etwas völlig schief.

Mit diesem Geld könnten wir vor Ort unglaublich vielen Menschen helfen, und hier reden wir über einen einzigen Migrant, der nach Europa kommt. Wir brauchen endlich eine ehrliche Festlegung, was die EU leisten kann und will. Und dieses gemeinsame Asylwerk muss meines Erachtens auf Freiwilligkeit beruhen, denn ansonsten wird die Integration der Menschen nicht gelingen können, und das muss doch unser Ziel sein. Das heißt, ein System, wo sich die Mitgliedstaaten auf bestimmte Maßnahmen verpflichten, aber dann müssen die auch umgesetzt werden, ansonsten haben wir nur Papier bedruckt und es wird nichts passieren.

Ana Gomes (S&D). – Externalizar responsabilidades e fronteiras é receita para o desastre, para o descrédito da União Europeia e para mais insegurança dentro e fora dela. A Comissão e o Conselho evocam a segurança. Mas que segurança quando os Estados-Membros recusam abrir vias legais e seguras para refugiados imigrantes através de vistos humanitários ou da reunificação familiar e assim alimentam o negócio das redes de traficantes entregando gente desesperada à morte no Mediterrâneo e à criminalidade organizada detrás dessas redes, incluindo a criminalidade terrorista? A Comissão e o Conselho evocam acordos de readmissão como exemplo de cooperação com parceiros estratégicos.

Mas qual a estratégia face a uma Líbia que a União Europeia deixou soçobrar na atual incapacidade de governação? Qual a estratégia de nos tornarmos reféns de Erdogan no negócio imoral e ilegal? Ou em financiar governos que fabricam refugiados pela opressão e miséria que impõem aos seus povos, como o Governo etíope? Como apontam os colegas Valenciano e Díaz de Mera, é realmente urgente a ação externa com uma visão estratégica coerente com os valores e princípios europeus que lidere pelo exemplo e que respeite os direitos humanos e que diga aos nossos cidadãos que refugiados e imigrantes ajudam a combater o declínio demográfico nas nossas sociedades. Só assim defenderemos realmente a segurança dos europeus.

Παρεμβάσεις με τη διαδικασία «catch the eye»

Ivica Tolić (PPE). – Gospodine predsjedniče, čestitke izjaviteljima na vrijednom radu. Pozdravljam inicijativu poma-ganja Unijinog južnog susjedstva i zapadnog Balkana koja će dovesti do stvaranja poslova, ekonomske izdržljivosti i smanjenja siromaštva, a posebno isticanje potrebe za decentraliziranim pristupom u vođenju europske migrantske izb-jegličke politike.

Međutim, ključna pitanja su i dalje bez odgovora. Tko je prouzročio migrantsku krizu? Kolika je odgovornost Europske unije u tome? I kako EU treba djelovati preventivno? Europska unija mora strogo kontrolirati priljev migranata te provoditi sustavan nadzor vanjskih granica. Naravno da Europska unija treba biti solidarna te pomoći ugroženim kate-gorijama, prvenstveno ženama i djeci, ali ne smije zanemariti sigurnosno pitanje i činjenicu da veliki broj izbjeglica čine vojno sposobni muškarci.

Solidarnost i humanost ne smiju biti paravani za kulturološku promjenu Europe, te se Europska unija ne smije pretvoriti u kamp za izbjeglice niti ostati njihova krajnja destinacija.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, milioni di uomini, donne e bambini emigrano per sfuggire a guerre, a persecuzioni e alla fame. Stiamo vivendo la più grave crisi migratoria, con un prezzo altissimo in termini di vite umane perse. In questa immane tragedia ancora una volta un tributo altissimo lo stanno pagando i minori, e sul dramma dei minori non accompagnati l'Italia ha appena varato una norma di civiltà che equipara i diritti di questi bambini a tutti gli altri che vivono in Europa: un buon esempio per l'Europa tutta.

Va interrotto il *business model* dei trafficanti. Il recente accordo sui migranti raggiunto a Tripoli tra il governo italiano il nuovo governo di unità nazionale libico può essere anch'esso una piattaforma su cui lavorare. La vera sfida che l'Europa deve affrontare è quella di costruire una strategia fondata sulla cooperazione internazionale. Occorrono sinergie, azioni coordinate e concrete, che non siano soltanto di reazione, ma in grado di anticipare possibili crisi future.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κατά τη συζήτηση ακούσαμε να γίνεται λόγος για την αξία που έχει η ύπαρξη νόμιμης οδού μετανάστευσης, καθώς με τον τρόπο αυτό θα μπορούμε να αποφύγουμε πάρα πολλά προβλήματα. Νόμιμη οδός ήταν και η Βαλκανική οδός, η οδός των Δυτικών Βαλκανίων, που αυθαίρετα και παράνομα τα Σκόπια την έκλεισαν. Αυτό το είπε και ο κύριος Ban Ki-moon. Είδαμε όμως χθες τον κύριο Tusk να είναι στα Σκόπια και να επικροτεί την κυβέρ-νηση των Σκοπίων επειδή έκλεισε παράνομα αυτή την νόμιμη, κατά τα άλλα, μεταναστευτική οδό.

Δεύτερον, μετεγκαταστάσεις: πρέπει, επιτέλους, να προχωρήσουν οι μετεγκαταστάσεις. Πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να εφαρμόσει αυτό που είπε και να πραγματοποιήσει τις 66.400 μετεγκαταστάσεις προσφύγων από την Ελλάδα. Έχει εκτελεσθεί περίπου το 20 % και τελειώνει το πρόγραμμα τον ερχόμενο Σεπτέμβριο. Πρέπει, λοιπόν, να εφαρμοστούν οι μετεγκαταστάσεις άμεσα.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, έχω ακούσει εδώ πάρα πολύ καλές απόψεις, σύμφωνα με τις οποίες πρέπει να στηρίξουμε τους ανθρώπους να μείνουν στις χώρες τους. Υποστηρίζω ότι είναι μια πολύ σωστή ιδέα, αλλά υποψιάζομαι ότι το πραγματικό μήνυμα που κρύβεται πίσω από αυτή την ιδέα είναι: «ας μην έρθουν στην πόρτα μας». Προ-τείνω, λοιπόν: «και τούτο ποιείν, κακείνο μη αφιέναι». Όταν έρθουν κοντά μας αυτοί οι άνθρωποι, τότε πρέπει να δούμε πώς θα εξασφαλίσουμε μια καλή διαβίωση.

Επιπρόσθετα θέλω να αναφέρω κάτι για την Τουρκία. Απειλεί ο κύριος Erdoğan ότι θα σπάσει τη συμφωνία και η Ευρωπαϊκή Ένωση δείχνει να φοβάται αυτή την πιθανότητα. Κατά τη δική μου κρίση, η απειλή είναι κενή νοήματος και θα εξηγήσω, εν τάχει, γιατί. Σε κάποιο βαθμό, ο πόλεμος έχει κοπάσει, άρα το ρεύμα έχει κοπεί. Δεύτερον, οι Σύροι που βρίσκονται στην Τουρκία είναι εκεί περίπου τρία ή τέσσερα χρόνια και ως ένα βαθμό έχουν συνηθίσει. Τρίτον, έχουν κλείσει οι διάδρομοι από την Ελλάδα προς την υπόλοιπη Ευρώπη, άρα, αν έρθουν στην Ελλάδα, θα μείνουν, στην καλύτερη περίπτωση, σε κάποιους οικισμούς. Θεωρώ, λοιπόν, ότι είναι σωστό να ξέρουμε ότι οι απειλές του κυρίου Erdoğan είναι κενές νοήματος και έτσι πρέπει να εκλαμβάνονται.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo ancora una volta a discutere di immigra-zione e di eventuali soluzioni. L'abbiamo fatto tante volte, tante volte abbiamo votato, abbiamo deciso, abbiamo trovato delle soluzioni a cui però dopo non è stato dato nessun seguito da parte della Commissione, ma soprattutto da parte degli Stati membri. Allora io mi chiedo, su questo lavoro fatto dai colleghi, che è un lavoro che ricalca posizioni prese e che è un lavoro ben fatto, cosa davvero pensiamo di ottenere?

Questa è una relazione d'iniziativa che è stata considerata dalla Conferenza dei presidenti, quindi su osservazione della Conferenza dei presidenti di commissione, come una relazione non strategica su cui, peraltro, non possiamo neanche presentare emendamenti se non ci sono le 76 firme. Allora, se una Conferenza dei presidenti di commissione che è composta da persone che non rispettano neanche il metodo D'Hondt – per esempio noi non siamo rappresentati – decide cosa è strategico e cosa no, chi può presentare emendamenti e chi non può farlo, di che cosa stiamo discutendo, che cosa pensiamo di ottenere?

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, mi felicitación a ambos ponentes. Los datos nos dicen que, en los últimos cinco años, el número de refugiados ha aumentado un 50 %, y la mayoría de ellos viven sin ninguna perspectiva y en situación de desplazamiento prolongado. Las repatriaciones son muy escasas y la integración local inexistente.

Acabo de venir del Líbano, donde en uno de los muchos asentamientos de refugiados he conocido a Rami, un niño al que se le puso el pelo blanco cuando su padre murió en un bombardeo. Esta es solo una de las trágicas historias que uno puede escuchar de ese millón y medio de refugiados que viven en el Líbano, país que nos da una lección importante de solidaridad. Todos quieren volver a Siria, pero ¿adónde y cuándo? Sus casas están destruidas y la guerra continúa.

Pido a la alta representante que oriente todos sus esfuerzos a la búsqueda de la paz y la seguridad para esa región, porque al final quienes sufren son siempre los mismos: aquellos que han perdido todo y a los que, como me decían muchos de ellos, solo les queda su dios y su dignidad.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io desidero innanzitutto ringraziare gli onn. Valenciano e Díaz de Mera per l'impegno su una relazione d'iniziativa completa ed equilibrata che va nella giusta direzione.

Anche il dibattito odierno, infatti, ha evidenziato come l'Unione europea e i paesi membri abbiano affrontato il problema della migrazione esclusivamente in un'ottica emergenziale, senza una vera strategia di lungo periodo, e come ormai sia necessaria un'azione coordinata, volta a sostenere lo sviluppo economico dei paesi di partenza per garantire i diritti fondamentali dei cittadini di quei paesi e per assicurare loro condizioni di vita dignitose, così da ridurre il flusso migratorio.

E come ho ribadito più volte in quest'Aula, assicurare ai più vulnerabili – e specificamente ai bambini – accoglienza, cure, sostegno e tutela all'interno ma anche fuori dalle nostre frontiere deve rappresentare una priorità dell'azione esterna dell'Unione europea anche in seno alle politiche e alle azioni degli organismi internazionali.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, migrantska kriza, koja još uvijek nije gotova, predstavlja najveći migracijski izazov s kojim se Europa suočila od Drugog svjetskog rata. Na patnju ljudi koji dolaze iz regija zahvaćenih bjesomučnim ratom ne možemo ostati ravnodušni, ali jednako tako ne smijemo nastaviti s naivnom i pogubnom politikom prihvatanja svakoga tko se pojavi na našim granicama. Zaštititi životno ugrožene je jedno, a nemati nikakvih kriterija je nešto sasvim drugo.

Briselska rješenja pokazala su se lošima, i za migrante, i za domaćine. Migrante se prema kvotama slalo u zemlje u koje ne žele ići i koje njih iz raznih razloga ne žele prihvatiti. To nema nikakvog smisla jer se krši volja i država članica i migranata. Nitko ne bi smio imati pravo umjesto pojedine države članice odlučiti kako će njezino društvo izgledati, koga će prihvatiti i kako će te ljude integrirati, dok god država poštuje temeljne vrijednosti i pravnu stečevinu Europske unije.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση πολύ σωστά ασκεί κριτική στην Ένωση ότι εστίασε υπερβολικά στην αναχαιτίση των μεταναστευτικών ροών παρά στην αντιμετώπιση των αιτίων που προκαλούν την προσφυγοποίηση και τη μετανάστευση. Σωστά αναφέρεται πως οι μετανάστες και οι πρόσφυγες όχι μόνο δεν βλάπτουν τις κοινωνίες μας, αλλά αντίθετα, τις ενδυναμώνουν και τις εμπλουτίζουν.

Μπορεί να γίνονται σωστές επισημάνσεις για τα αίτια των προσφυγικών και μεταναστευτικών ροών, όμως δεν κατονομάζονται οι λόγοι που οδηγούν στις συγκρούσεις και στους πολέμους ούτε ο ρόλος που επιτελούν τα ευρωπαϊκά κράτη και οι ΗΠΑ. Αντίθετα, η Ένωση συνεχίζει στην ίδια αδιέξοδη, απάνθρωπη πολιτική με νέα τείχη στα σύνορα, διαχωρισμούς σε νόμιμους και παράνομους μετανάστες, ενίσχυση της FRONTEX και απαράδεκτες συμφωνίες με τις γειτονικές χώρες για να λειτουργήσουν ως συνοριοφύλακες.

Όπως έχω τονίσει, πολλές φορές, η αντιμετώπιση των ροών μπορεί να γίνει μόνο με αντιμετώπιση των αιτίων τους και με πραγματική αλληλεγγύη, αλληλεγγύη και προσφορά στήριξης προς τις χώρες που υποφέρουν, αλληλεγγύη και εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης και, τέλος, με τη δημιουργία νόμιμων οδών και εφαρμογή μόνιμου συστήματος μετεγκατάστασης των προσφύγων.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, občané se nás ptají, co udělala Evropská unie pro řešení migrační krize. My máme v této zprávě odpověď. Zde je bilance toho, co bylo uděláno, ale co také ještě bude uděláno, jasné cíle: chránit životy, zajistit ochranu těch, kteří to potřebují, efektivně chránit vnější hranice Evropské unie a přerušit obchod s lidmi.

Evropský parlament navrhuje řešení prvotních příčin migrace, to znamená podporovat stabilitu a ekonomiku v zemích původu. Nejsou to jen slova. Evropská unie vynaložila už sedmáct miliard EUR za uplynulé období na řešení migrační krize, včetně mobilizace lidských kapacit a legislativy.

Já bych se chtěla na závěr zeptat pana komisaře, který zde zmínil pomoc Libyi při ochraně jižních hranic, chtěla bych vědět: jakými konkrétními prostředky tuto pomoc Evropská unie připravuje?

Julie Ward (S&D). – Mr President, I am descended from French Huguenots who fled persecution in 1685 to seek refuge in a welcoming Britain, introducing the very word ‘refugee’ into our vocabulary. Today, whether fleeing conflict, famine or climate chaos, no one wants to risk their lives at sea or on land in search of safety and stability. Therefore, I would like to congratulate everyone who has worked on this report. It offers a truly comprehensive and holistic strategy for dealing with the needs of refugees coming to Europe.

We need to work simultaneously at all levels. We need international cooperation to tackle root causes and combat the horrific human rights abuses perpetrated by smugglers en-route. We need to establish safe routes of travel and humane living conditions for refugees, taking into account women and girls, children and other groups.

We need to work at home against the nationalist, xenophobic and racists discourse we have seen on the rise. We need to celebrate the cultural richness that refugees and migrants bring with them and provoke a truly compassionate, empathetic debate. That is the standard we must hold our governments to.

(Τέλος παρεμβάσεων με τη διαδικασία «catch the eye»)

Neven Mimica, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, honourable Members, this has been a very interesting and warming debate. Indeed, ensuring a joined-up approach among all the EU actors concerned, as well as with Member States, is something I personally consider vital for the success of the partnership framework approach. I take note that that majority of the honourable Members support our approach on solidarity with migrants and on cooperation with partner countries on migration, and I am very grateful for this support.

While thanking you again both for the report and for this fruitful exchange of views, let me reassure you that your concerns raised in the report, as well as during our debate, are duly noted and will be taken into consideration when working together on our external actions addressing refugee and migrant movements.

Elena Valenciano, ponente. – Señor presidente, quiero excusar al señor Díaz de Mera, que seguramente no podrá estar en la parte de su intervención porque ha tenido que ir a su Grupo.

Creo que el debate ha sido bastante clarificador. Le agradezco muchísimo, señor comisario, que esté usted aquí. Lamento que no esté el Consejo, francamente, porque creo que gran parte del problema que abordamos tiene que ver con los incumplimientos reiterados de los Gobiernos de los Estados miembros.

Quiero que usted traslade a la señora Mogherini que nosotros apoyamos claramente la estrategia que están desplegando, pero queremos vigilar de cerca cómo van a suceder las cosas, y creo que este Parlamento tiene no solo el derecho, sino el deber de hacerlo.

Ya ha visto, señor comisario, que, entre la xenofobia —que es evidente en algunos de nuestros colegas a pesar de que pertenecen a países que muchas veces han tenido que acudir al refugio y al asilo—, entre la xenofobia —decía— de algunos que quieren cerrar todas las fronteras y el populismo rampante que considera que la acción de la Unión Europea y de los Estados miembros en el Mediterráneo es militarizar el mar, estamos ante dos posiciones con las que no haremos nada bueno por los refugiados y los migrantes.

Afortunadamente, quiero dar las gracias al resto de mis colegas, al resto de grupos que han participado de manera constructiva en la confección de este informe, que pretende aportar un poco de luz a un fenómeno que nos va a acompañar durante mucho tiempo, y reitero mi agradecimiento también al señor Díaz de Mera, que ha trabajado de manera leal y constructiva en este informe.

Creo que hemos abordado esta noche uno de los problemas más graves a los que se enfrenta la Unión Europea porque afecta a su credibilidad, afecta a sus valores y, sobre todo, está dejando fuera de juego a miles de seres humanos que están sufriendo.

Creo que, de la misma manera que vigilamos a los Estados miembros cuando incumplen sus compromisos presupuestarios y fiscales, debemos vigilar a los Estados miembros cuando no cumplen sus compromisos de solidaridad. Y creo que tenemos instrumentos para ejercer presión sobre esos Estados miembros que están incumpliendo sus compromisos, porque no podemos intentar dar lecciones al mundo si nosotros somos incapaces de dar ejemplo.

Celebro que el Consejo ahora ya sí que esté aquí, ahora que acaba el debate.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί αύριο, Τετάρτη 5 Απριλίου 2017.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – За да бъде успешна европейската политика за убежище, е изключително важно да се прави разлика между икономическите мигранти, които идват в Европа единствено в търсене на по-добри икономически перспективи, и тези, които търсят закрила, бягайки от конфликти. Ако на вторите можем да предоставим убежище, то към първите нямаме никакви задължения.

Европейският съюз обаче не може да се справи сам с миграционната криза, защото тя е глобален проблем, чието разрешаване изисква тясно сътрудничество с други държави. Затова е необходимо Европейският съюз да договори и подпише още споразумения за реадмисия, с които бързо да бъдат връщани нередовните мигранти.

Нужно е също да бъде засилено сътрудничеството с държавите на произход и транзит, така че да бъдат разбивани мрежите за трафик на хора, с които хиляди хора достигат Европа. Най-успешният начин за сътрудничество с държавите на произход обаче е засилването на икономическите връзки и предоставянето на повече помощ, така че да бъде създадена дългосрочна перспектива за икономически растеж и работни места в по-бедните държави. Точно такава е ролята на европейската външна политика и финансови инструменти, с чиято помощ можем да превърнем миграционната криза във възможност за бързото развитие на държавите от Африка и Близкия изток.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), par écrit. – En 2015, 66 millions de personnes ont dû se déplacer à cause des conflits et des violences. Devant cette détresse, la communauté internationale, dont l'Union, a le devoir d'une réponse globale et efficace.

Ce sont trop souvent les ONG, malgré les dangers auxquels elles s'exposent, qui apportent l'aide humanitaire d'urgence. Je pense aux plus vulnérables: les femmes, les enfants et les personnes LGBTI, qui font face à un risque accru de violences et d'abus sur le chemin de l'exil. Les femmes subissent des violences sexuelles et sexistes, même dans les lieux réputés sûrs. Les procédures d'accueil doivent répondre à leurs besoins spécifiques. Mais avant d'arriver, combien sont morts sur la route? Les tragédies se succèdent en raison de l'absence de voies d'accès légales et sûres pour les demandeurs d'asile. Pourtant des solutions existent: la réinstallation, les migrations économiques légales ou les visas humanitaires. Les visas humanitaires ne sont qu'une possibilité aujourd'hui. Cela doit devenir une obligation inscrite clairement dans le code des visas. L'UE doit fonder son action sur les droits de l'homme et le droit international, ce qui n'est pas négociable. Nous serons ainsi plus crédibles dans nos accords avec les pays tiers.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ljudi svakodnevno iz raznih razloga dobrovoljno i nedobrovoljno migriraju i napuštaju svoje domove. Danas postoji oko 244 milijuna međunarodnih migranata, a taj podatak ukazuje na neviđene razmjere koje je migracija dosegla. Zabrinjavajuća je činjenica kako u posljednjih pet godina broj izbjeglica porastao je čak za 50%.

Najugroženiji su maloljetnici na migracijskom toku u Sredozemlju koji u nadi za bolju budućnost prelaze granice te samim time riskiraju svoj život, jer unatoč akcijama spašavanja, broj mrtvih je stalno u porastu. Izloženi su nizu psihičkih i fizičkih opasnosti, uključujući razne oblike nasilja, a alarmantan je podatak kako posebno ugroženu skupinu čine žene i djeca koja su i najmanje otporna na navedene opasnosti.

Smatram da, svjesni činjenice kako međunarodne migracije mogu doprinijeti socioekonomskom razvoju, međunarodna zajednica mora reprezentativno isticati koristi od migracija i hitno poduzeti mjere jačanja zajedničkog odgovora kako bi se zaštitila prava i dostojanstvo osoba koje su bile primorane napustiti svoj dom. Jedino zajedničkom borbom može se stati na kraj ksenofobnim, populističkim i nacionalističkim diskursima.

Sergei Stanishev (S&D), *in writing*. – EU external action plays a key role in forging a successful common migration policy. Some argue that agreements with third countries are crucial, the most recent examples being the EU-Turkey deal and EU-Afghanistan Joint Way Forward. Our experience, however, has shown that such initiatives can embolden autocratic regimes in their ambition to consolidate power in internal and external context. The lessons from the deal with Turkey are clear. We cannot trade cooperation on migration for closing our eyes to obvious violations of the European values, unacceptable statements targeting the European project or direct political interference in Member States. Such partnerships cannot serve as an excuse for Europe not to reform its policies in a swift, bold and comprehensive way. This direction could cost us our credibility among the European citizens, who want to see effective management on a European level where the burden is shared fairly among everyone. Instead of outsourcing the problem to our immediate neighbourhood or conditioning aid, we should pursue sustainable cooperation in areas of common interest and support countries of origin and transit in achieving peace and prosperity by creating economic opportunities for their citizens, making migration a choice and not a necessity.

15. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 - Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (Entschließung) - Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η κοινή συζήτηση επί

— της σύστασης του κ. Jan Olbrycht και της κ. Isabelle Thomas, εξ ονόματος της Επιτροπής Προϋπολογισμών, σχετικά με το σχέδιο κανονισμού του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ, Ευρατόμ) αριθ. 1311/2013 για τον καθορισμό του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου για την περίοδο 2014-2020 (14942/2016 — C8-0103/2017 - 2016/0283(APP)) (A8-0110/2017),

— της έκθεσης του κ. Jan Olbrycht και της κ. Isabelle Thomas, εξ ονόματος της Επιτροπής Προϋπολογισμών, που περιέχει πρόταση μη νομοθετικού ψηφίσματος σχετικά με το σχέδιο κανονισμού του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ, Ευρατόμ) αριθ. 1311/2013 για τον καθορισμό του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου για την περίοδο 2014-2020 (2017/2051(INI)) (A8-0117/2017), και

— της έκθεσης του κ. Jan Olbrycht και της κ. Isabelle Thomas, εξ ονόματος της Επιτροπής Προϋπολογισμών, σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση της απόφασης (ΕΕ) 2015/435 σχετικά με την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες (COM(2016)0607 - C8-0387/2016 - 2016/2233(BUD)) (A8-0104/2017).

Jan Olbrycht, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Zarówno dzisiejsza debata, jak i jutrzejsze głosowanie mają wymiar symboliczny, ponieważ po raz pierwszy w historii debat nad budżetem Unii Europejskiej, perspektywami wieloletnimi, będziemy decydowali o rewizji perspektywy finansowej. Chciałem w związku z tym podkreślić, że Parlament Europejski po pierwsze występował z tą propozycją, zanim zostało uchwalone rozporządzenie o perspektywie finansowej, a w zeszłym roku to Parlament rozpoczął debatę na temat rewizji, zakładając, że to, co jest w rozporządzeniu, czyli konieczność dokonania przeglądu, było krokiem pierwszym i niezbędnym.

Parlament Europejski w związku z tym dokonał pewnych elementów przeglądu stanu realizacji wieloletniej perspektywy finansowej 2014-2020 i po dokonaniu tego przeglądu doszedł do wniosku, że niezbędne są zmiany. Zaproponował pewien zakres tych zmian, które następnie były omawiane w Radzie i oczywiście bardzo dokładnie analizowane przez Komisję. Po pierwszych wątpliwościach, które się pojawiały, z dużą satysfakcją przyjęliśmy informację, że Komisja wsparła wniosek o rewizję i Rada po długich debatach i wątpliwościach niektórych państw członkowskich również zgodziła się na to, że trzeba zmienić wieloletnie perspektywy finansowe.

Należy również pamiętać o tym, że tego typu zmiany wpływają w sposób zasadniczy na debatę dotyczącą przyszłej perspektywy finansowej po roku 2020. Jeżeli zdecydowaliśmy się na rewizję i zmianę perspektywy, to oznacza, że będziemy gotowi również do większej elastyczności i rewizji w następnej perspektywie finansowej.

Chciałbym zwrócić uwagę na to, że to, o czym dyskutowaliśmy, nie dotyczy tylko i wyłącznie kwestii czysto budżetowych. Pewnym elementem rewizji jest również wniosek o większe uproszczenia. Proszę zwrócić uwagę, że równoległe do debaty budżetowej toczą się prace nad zmianą rozporządzenia finansowego, nad tzw. omnibusem. Nie należy tych spraw rozdzielać, ponieważ rewizja oznacza zmianę podejścia, zmianę sposobu traktowania.

To, nad czym będziemy jutro głosowali, dotyczy, jak wiadomo, różnych kwestii. Po pierwsze, dotyczy większych elementów elastyczności, które pozwolą nam na realizację również w nadchodzących latach nowych zadań, które nie były przewidywane na samym początku przygotowania perspektywy finansowej. Większa elastyczność pozwoli również na wykorzystanie w ostatnich latach perspektywy finansowej tych kwot, które nie były wykorzystywane w odpowiedni sposób, czyli inaczej mówiąc, wykorzystanie ich, zanim jeszcze nastąpi koniec perspektywy finansowej, co nie ma miejsca aktualnie. W tej chwili te pieniądze są zwracane państwom członkowskim. Mamy nadzieję, że w ostatnich latach w większym stopniu będziemy to wykorzystywali. W związku z tym zwiększenie elastyczności to pierwszy efekt prac, które toczyły się między instytucjami europejskimi.

Poza tym – propozycje, które pojawiły się w deklaracjach: zarówno we wspólnej deklaracji Rady i Parlamentu, ale również w stanowisku Parlamentu, poddanym jutro pod głosowanie, które ma charakter deklaracji. Inaczej mówiąc, przeznaczenie większych kwot na zadania w szczególności związane z nowymi wyzwaniem dotyczącymi kryzysu imigracyjnego i również zatrudniania młodych ludzi.

Parlament Europejski zgłaszał swoje wątpliwości dotyczące ponownego wykorzystania kwot wewnątrz budżetu, ale o tej sprawie będziemy zapewne dyskutowali w nadchodzących pracach dotyczących budżetów rocznych.

Chciałem w związku z tym podkreślić, że tzw. pakiet zmian, który zawiera w sobie zarówno zmianę rozporządzenia, jak i dodatkowe elementy, nad którymi będziemy głosowali, stwarza zupełnie nową sytuację w debacie nad perspektywą finansową, i myślę, że będzie stanowił dobry punkt wyjścia do dyskusji na temat następnej perspektywy finansowej po roku 2020.

Isabelle Thomas, *rapporteure*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, nous nous retrouvons à la veille du vote de la révision du cadre financier pluriannuel 2014-2020.

Nous avons croisé des vents contraires, évité quelques hauts-fonds, subi des calmes plats pendant des mois d'immobilisme, essuyé aussi quelques bourrasques et nous avons résisté aux sirènes qui nous chantaient que nous n'arriverions jamais à bon port. Nous avons pourtant gardé le cap et sommes en train de toucher le quai. Le voyage aurait certes pu être plus paisible et nous aurions pu ramener davantage de poissons dans nos cales, mais nous avons atteint l'objectif: la révision du cadre financier.

En effet, si la programmation budgétaire étendue sur sept ans permet à chacun, région, État, laboratoire de recherche, etc., d'accéder aux programmes européens avec sérénité, et aussi avec visibilité et efficacité, cet exercice devient de plus en plus difficile. D'abord, parce qu'en 2013, nous avons acté un cadre financier sous-dimensionné pour les années 2014-2020, ensuite parce que la durée nous implique que les dernières factures arrivent en 2023, mais surtout parce que dans la période instable où nous sommes, il est devenu impossible de se projeter sept ans à l'avance et de répondre aux imprévus et aux évolutions profondes. Les députés européens avaient eu cette lucidité, puisque dès 2013, ils avaient obtenu la possibilité d'une révision à mi-parcours. Il ne s'agissait pas d'un caprice, on le voit bien, mais simplement d'une vision et d'une analyse réalistes sur le sous-dimensionnement du budget et sur l'évolution d'un monde qui va de plus en plus vite.

En 2013, le phénomène migratoire, le Brexit, les attentats, les visées impérialistes de Vladimir Poutine et l'élection de Donald Trump n'étaient pas d'actualité. La vérité est que notre cadre est aujourd'hui obsolète. Pour commencer à répondre à ces défis, il fallait une révision du cadre financier. Bien évidemment, ce qui nous est proposé ne répondra pas à tous les problèmes et à toutes les questions. Ce n'est qu'un petit pas, mais dans la bonne direction, et je souhaiterais en remercier la Commission.

Ce pas en avant, c'est celui qui permet de débloquent jusqu'à six milliards d'euros pour les Européens, jusqu'à trois milliards pour la flexibilité, avec 516 millions d'euros supplémentaires pour l'instrument de flexibilité, 80 millions pour la réserve d'aide d'urgence et jusqu'à 2,4 milliards d'euros de réutilisation de crédits non alloués qui viendront s'ajouter à l'instrument de flexibilité.

Des renforcements budgétaires sont prévus – vous les connaissez – pour la lutte contre le chômage des jeunes, l'accueil des réfugiés, et 2,5 milliards d'euros sont prévus pour la sécurité des Européens. Mais contrairement à nos attentes, cette révision ne prévoit ni relèvement des plafonds de dépenses, ni solutions suffisantes pour éviter une nouvelle crise des paiements et, enfin, elle n'évoque pas malheureusement le sujet des ressources propres, pourtant indispensables si l'on veut stopper le cercle infernal de la pénurie budgétaire. Toutefois, nous sommes satisfaits. Ce texte inscrit dans le marbre le principe d'une révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel démontrant ainsi son utilité et créant un précédent, une étape obligée pour l'avenir.

Nous avons voulu avec mon collègue, M. Olbrycht, corapporteur, ajouter une déclaration afin qu'il n'y ait aucune ambiguïté sur notre interprétation des déclarations proposées par le Conseil. En clair, jamais le Parlement ne renoncera à la moindre parcelle de son pouvoir, ni de son autorité budgétaire définie par le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. Bien sûr, la Commission restera la garante du respect plein et entier des prérogatives budgétaires de chacun.

Ainsi, nous abordons les prochains budgets en tenant compte des enjeux et des priorités. Le Parlement a toujours été et restera clair sur son interprétation du cadre financier: «*por límite el cielo*», je ne suis pas très bonne en espagnol mais, comme l'écrivait Cervantes, «le ciel pour limite», c'est-à-dire les plafonds et seulement les plafonds du cadre financier dans son ensemble, cela va de soi.

Cette révision est une étape importante, mais ne nous berçons pas d'illusions. Si c'est effectivement une bouffée d'air budgétaire, un moment de répit, ce n'est pas la solution espérée à toutes les difficultés budgétaires qui nous assaillent. Nous avons signalé, lors de l'examen de révision, le décalage entre les nouvelles priorités et l'état des moyens réels de l'Union. Ce n'est pas un point final aux questions budgétaires jusqu'en 2020. Non, cette révision est un renfort sur une construction jeune, mais que ces dernières années ont durement éprouvée.

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for the invitation to address Parliament. I have noticed also that some Members would have liked the Presidency to be here during the preceding debate but we had no invitation. I would have liked to join your Members in that particular debate.

With regard to this file, this file has kept the Council and Parliament busy since the start of September and this hard work is now coming to fruition. Before going into the substance I want to make a point on the process. The result we have on the table today could not have been achieved without the help of the European Parliament, particularly Mr Arthuis as Chair of the Committee on Budgets, but also Ms Thomas and Mr Olbrycht as co-rapporteurs have worked very constructively with the Council. They conveyed the messages coming from the European Parliament at all stages to feed into the discussion of the Council as well. We saw that many of the concerns expressed by this Chamber were shared also by the delegations.

I can also say, in another way, that you helped us to be more ambitious with this review and making it also a proper revision of the EU budget that goes beyond words and also turns into action.

Now a point on the substance of the deal that you all have in front of you. This is the result of the dialogue and cooperation between the European Parliament and the Council, and it is a package of new rules and new amounts which found unanimous support within the Council on 7 March. I highlighted the word 'package' because of course you know what it means having unanimity in the Council, and we had to make every element count. The balance of the deal is delicate and also cannot be picked apart.

Now we have created room for manoeuvre allowing additional funding to respond to the new priorities we all share: migration and security but also growth and youth. They will benefit from more than EUR 5 billion in extra funding over the next four years.

Second, our budget will be more agile and also more flexible to respond to future crises. This will also allow us to meet unforeseen needs and move swiftly in their regards. We will increase the capacities of the flexibility instrument and the emergency aid reserve by a total of almost EUR 700 million over the next four years, and in addition the flexibility instrument will be increased further by unused amounts from the Solidarity Fund and Globalisation Adjustment Fund. The global margin for commitments will be extended in both time and scope whilst the caps of the global margin for payments will also be increased.

We all want to move ahead with this deal because we are convinced that it will also allow us to strengthen our tools and better respond to the priorities that have emerged in the last two years.

Let me use this occasion, Mr President, to underline the work achieved also by our Slovak friends in the autumn. We started last September with heavy groundwork, we planted seeds we hoped would grow. They needed a little time but they are now about to bloom. I use this metaphor also to convey a simple message that the time is ripe to secure the agreement on the revision of the MFF regulation and its accompanying package. But this flower is also fragile and the season is short. I hope that we will have a green light from this Chamber and conclude this file without any further delays.

I look forward to Commissioner Oettinger's delivery and those of your Members in the debate.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Verehrter Herr Präsident, Damen und Herren Abgeordnete, verehrter Kollege Borg, meine Damen und Herren! Wir beraten heute Abend ein bedeutendes Paket zur Verbesserung unserer gemeinsamen europäischen Haushaltspolitik. Mehr noch als auf nationaler Ebene muss man auf europäischer Ebene zwei Ziele zusammenbringen: das Ziel der Planungssicherheit einerseits und das Prinzip der flexiblen, effizienten Handlungsfähigkeit andererseits.

Planungssicherheit: Egal, ob der ländliche Raum oder unsere Bauern, egal, ob Strukturprogramme, Regionalprogramme, Sozialprogramme, egal, ob *Connecting Europe* und damit der Bau von teurer Infrastruktur oder unsere Forschungspolitik – würden wir uns verbindlich nur für ein Jahr verpflichten können, wären diese mittelfristigen, wichtigen und großen Programme und Projekte kaum durchführbar, und die Planungssicherheit, die unsere Partner – die Menschen, die Wirtschaft, die Bauern, die Regionen, die Mitgliedstaaten – benötigen, wäre nicht gegeben. Deswegen ergibt ein mehrjähriger – in diesem Fall siebenjähriger – Haushaltsrahmen Sinn.

Und umgekehrt: Wer konnte, als die Kommission im Juni 2011 ihren MFR-Vorschlag gemacht hat, und wer konnte in Parlament und Rat, als im zweiten Halbjahr 2013 verbindlich darüber beraten und entschieden wurde, absehen, wie die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung 2016/2017/2018 neue Aufgaben, Schwerpunkte und Probleme für uns bringt?

Und deswegen: Planungssicherheit einerseits und Flexibilität zur schnellen Handlungsfähigkeit andererseits.

Wenn das vorliegende Paket, das in der Tat von Ihren Vorgängern – der slowakischen Präsidentschaft – und von Ihnen sehr offensiv moderiert wurde, das von unserer italienischen Regierung dann freigegeben wurde, das im Haushaltsausschuss konstruktiv beraten wurde, Ende April in Parlament und Rat beschlossen wird, wäre dies ein großer Erfolg für die Handlungsfähigkeit der europäischen Politik und ein besonderer Erfolg für das Europäische Parlament. Es waren Sie, die Abgeordneten, die damals für das MFR-Paket die Halbzeitüberprüfung und die Halbzeitaktualisierung vorgeschlagen, gefordert haben. Ich gebe offen zu – damals noch nicht für Haushalt mitverantwortlich –: Ich hätte nicht geglaubt, dass diese Forderung des Parlaments – Ihre Forderung – jetzt Realität werden kann.

Zwar ist der Vorschlag, der auf dem Tisch liegt, der Ihnen vom Rat einstimmig gemacht wurde, nicht zu hundert Prozent deckungsgleich mit dem Vorschlag der Kommission, aber es ist doch ein erheblicher Schritt in die richtige Richtung. Und wenn dies beschlossen wird, ist es Ihr – der Abgeordneten – Erfolg.

Es geht zum einen darum, dass wir für die zweite Halbzeit – denn der siebenjährige Haushaltsrahmen hat Halbzeit am 30. Juni dieses Jahres – wichtige Schwerpunkte unserer Menschen und des Parlaments mit mehr Geld wirkungsvoll unterstützen können: die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das Thema Sicherheit innerhalb Europas, die Finanzierung von Migrationsbemühungen, die Grenzschutz und Grenzkontrolle beinhaltet, oder verstärkte Entwicklungshilfe in Nachbarländern, in denen Fluchtgründe damit vermindert werden können, und die Wiederbelebung von Horizont 2020, COSME, Erasmus, *Connecting Europe*, oder die Verlängerung und Fortführung unseres Europäischen Fonds für strategische Investitionen – alles Forderungen mit breiter Mehrheit hier im Parlament, getragen von der Kommission und letztendlich in Übereinstimmung mit den Mitgliedstaaten, die davon ebenfalls betroffen sind und profitieren.

Es geht aber um mehr. Mit diesem Paket kann der Kommissionsvorschlag für den Haushalt 2018 viel eher den Erfordernissen der Gegenwart entsprechen, der Haushalt 2019 viel eher den Erfordernissen der beiden nächsten Jahre entsprechen und der Haushalt 2020 ebenso. Wir schaffen damit für die nächsten drei Haushaltsjahre erheblich bessere Handlungsfähigkeit.

Die Kommission bereitet derzeit den nächsten mehrjährigen Haushaltsrahmen vor. Wir sind in ersten Überlegungen für die Zeit nach 2020 und werden Ihnen zu gegebener Zeit – in diesem Jahr oder im nächsten Jahr – unseren fünf- oder siebenjährigen Haushaltsvorschlag für das nächste Jahrzehnt Ihnen vorlegen.

Ich kann Ihnen sagen: Sofern dieses Paket beschlossen wird, verschaffen wir uns für das nächste Parlament, für die nächste Kommission, für den Rat im nächsten Jahrzehnt auf Dauer bessere Handlungsfähigkeit, mehr Treffsicherheit, mehr Flexibilität.

Deswegen sind wir froh über diesen Fortschritt. Besten Dank an die Präsidierende. Genauso besten Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Wir werben aus Überzeugung für die Annahme dieses Pakets, und wir wollen ankündigen, dass wir mit unseren maltesischen Freunden in den verbleibenden Wochen auch die Omnibus-Verordnung voranbringen wollen. Ihre offensive Moderation hier imponiert mir sehr. Das wäre das Gegenstück, das wäre die Ergänzung für eine dann weitgehend bestehende flexible Haushaltspolitik entlang der Aufgaben im Bedarfe, die wechseln, die sich verändern und die damit auf europäischer Ebene besser als mit altem Recht gelöst werden könnten.

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, queria saudar também a Presidência do Conselho, o Senhor Comissário e todas e todos os colegas. O quadro financeiro plurianual tem de responder aos novos desafios, às necessidades, às urgências e aos imprevistos. Por isso, em boa hora – e deixo aqui uma homenagem a todos aqueles que estiveram nessa negociação – nos batemos, nós Parlamento, nas últimas negociações do quadro financeiro e conseguimos mais flexibilidade no orçamento da União Europeia e a possibilidade de termos uma revisão do quadro financeiro plurianual.

Valeu a pena, como hoje é reconhecido, ainda que tardiamente, pelo Conselho.

Este ano, pela primeira vez na história, temos a possibilidade, assim, de aprovarmos a revisão do quadro financeiro plurianual 2014-2020. Temos a obrigação de aumentar o emprego e, nomeadamente, o emprego jovem, enfrentar o terrorismo, apoiar os que mais precisam. Para este objetivo reforçamos com cerca de 5.000 milhões de euros – dinheiro novo que não estava previsto – os montantes iniciais.

A Iniciativa «Emprego jovem» leva a maior fatia com 1.200 milhões de euros. O programa para a investigação e inovação «Horizonte 2020», o programa Cosme para as PME, o mecanismo «Interligar a Europa», o Erasmus+, são outros programas reforçados, ainda que sejam com reafecções. Teremos, assim, mais meios para fazer face aos desafios presentes e também reforçamos, para fazer face às questões das migrações, os montantes para ela destinados. Esta revisão introduz flexibilidade, permite financiar necessidades adicionais, reforçar o emprego, promover a solidariedade. Conclusão: é uma boa revisão e todos aqueles que estão de acordo com estes objetivos deveriam apoiá-la e os montantes não são para o Parlamento Europeu, os montantes são para a União Europeia, as instituições, os Estados-Membros enfrentarem os desafios que referi.

Também foi importante eliminar nos constrangimentos, nas limitações, na margem global de autorizações, aumentar na margem global de pagamentos, aumentarmos a reserva para as emergências e um instrumento de flexibilidade. Estou a falar de instrumentos especiais e aqui viro-me para o Conselho e digo-lhe que eles deviam também ter a boa interpretação – e a boa interpretação é que estes instrumentos especiais, como o nome indica são especiais – e isso significa que estão acima dos limites, fora dos limites do quadro financeiro plurianual.

Uma palavra para lamentar que o Conselho, mais uma vez, tenha procurado provocar e condicionar o Parlamento. Como é mais do que evidente, uma declaração política não nos retira nenhuma prerrogativa e muito menos prerrogativas que estão consagradas nos Tratados e são, essas sim, obrigatórias em termos de respeitado e as nossas competências, as competências no processo orçamental anual, essas vamos mantê-las.

Termino, Senhor Presidente, agradecendo também à Comissão a proposta arrojada que fez e nomeadamente à Comissária Georgieva e às duas presidências pelo sucesso que acabámos por obter ainda que sabendo da dificuldade, da morosidade e da necessidade de unanimidade para este objetivo.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señor comisario, presidencia del Consejo, desde el Grupo S&D hemos manifestado en numerosas ocasiones nuestra preocupación con respecto a las insuficiencias estructurales y a la escasez de recursos disponibles en el contexto del marco financiero actual.

Durante la negociación de este marco financiero, ya advertimos de las terribles consecuencias de la reducción de los recursos con respecto al marco anterior, y nos opusimos. Y gracias a esta oposición, al menos fuimos capaces de conseguir algunos logros: una mayor flexibilidad, una revisión intermedia obligatoria, una hoja de ruta para la reforma del sistema de ingresos de la Unión, e incluso algunas nuevas prioridades como, por ejemplo, la Garantía Juvenil europea. Y menos mal que conseguimos esas mejoras, porque a las múltiples crisis a las que se está enfrentando hoy en día la Unión, tendríamos que haber añadido también la crisis presupuestaria.

En estos primeros años hemos exprimido al cien por cien todos los márgenes de actuación que teníamos para financiar nuevas necesidades como, por ejemplo, poner en marcha el plan europeo de inversiones, la atención a refugiados, ayuda humanitaria o lucha contra el desempleo juvenil. Pero no nos engañemos: esto ha tenido importantes consecuencias presupuestarias, especialmente en áreas como la competitividad, la investigación o el transporte. Por eso es tan importante esta revisión, porque no nos queda margen de actuación; no podemos seguir recortando programas para financiar nuevas necesidades, porque estas necesidades siguen estando ahí.

Y por eso también valoramos positivamente esta revisión: supone un incremento potencial de 6 000 millones de euros de aquí hasta 2020, y esto nos va a permitir reforzar programas clave para el futuro de la Unión en investigación, en transporte o en educación. Nos va a permitir dar también mayor apoyo a las pymes, duplicar el plan europeo de inversiones y volver a financiar de una vez la Iniciativa de Empleo Juvenil. Y además, esto también nos va a dar la posibilidad de poner en marcha nuevos planes de inversión y desarrollo para los países de nuestro entorno, dotar de recursos a la Oficina Europea de Apoyo al Asilo o desarrollar una verdadera política europea de gestión de nuestras fronteras.

Pero, lamentablemente, una vez más, el Consejo —creo— no ha sido suficientemente ambicioso ni valiente como para atreverse a hacer una verdadera revisión basándose en un análisis riguroso de las necesidades y prioridades, y poniendo todos los medios necesarios.

Pero en este Parlamento no perdemos la esperanza. En cuanto aprobemos esta revisión, nos vamos a poner a trabajar —la Comisión también lo va a hacer—, sin perder ni un solo minuto, en una nueva propuesta para el futuro. Sabemos muy bien que cambiar las dinámicas —y así nos lo recordaba el Consejo— y las decisiones en el Consejo es una tarea para la que hace falta mucha paciencia. Sabemos que tenemos que seguir insistiendo y que tenemos que demostrar, día a día, que se pueden y que se deben hacer las cosas de otra manera y mejor. Pero, por eso, como dijo Einstein, lo conseguimos porque no sabíamos que era imposible.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! In diesem Berichtsentwurf steht sehr vieles, das absolut richtig und auch garantiert unstrittig ist. Allerdings fehlt eine wichtige Zutat, und das ist der Mut, und zwar der Mut, diese eingefahrenen Wege, die wir jetzt in der EU seit Langem sehen, auch mal zu verlassen.

Wir haben doch die Abstimmung über einen Brexit erlebt. Warum ist das alles passiert? Warum sind die Bürger dieser EU ein bisschen überdrüssig? Weil sie zu komplex ist, die EU nicht verstanden wird. Sie wollen eine schlanke, transparente EU. Die sollten wir liefern, die startet aber mit einem guten Haushalt. Und hier hätten wir die einmalige Chance, dass wir bei der Überarbeitung des MFR auch mal sagen: Wo wollen wir die Schwerpunkte setzen? Wir reden immer davon, dass wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit steigern wollen – völlig unstrittig. Die Frage ist doch aber: Steigern wir die Wettbewerbsfähigkeit in der Art und Weise, dass wir möglichst viel Geld über Subventionen umverteilen? Das glaubt doch keiner ernsthaft.

Wir können die Wettbewerbsfähigkeit sicher steigern. Dann müssen wir aber dafür sorgen, dass die Überbürokratie beendet wird, dass wir die Kräfte des Marktes im Rahmen von sozialen Bindungen, aber ansonsten frei lassen, aber nicht über einen immer größer werdenden Haushalt mit immer mehr Geld, das wir auszahlen. Das wird nicht die Lösung sein können. Wir brauchen Geld, um solidarisch helfen zu können. Wir brauchen Geld, um die großen Aufgaben angehen zu können, zum Beispiel die Migrationspolitik. Dafür müssen wir Geld einsetzen, dafür braucht man aber auch ein Gesamtkonzept.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, enfin! C'est le mot que j'ai envie d'utiliser au moment où notre assemblée va donner son consentement à la proposition de révision du cadre financier pluriannuel.

Le chemin a été long et semé d'embûches. Il y a d'abord eu – je veux le souligner – l'ambitieux rapport de nos collègues Jan Olbrycht et Isabelle Thomas, que je veux encore une fois féliciter. Il y a eu ensuite la proposition de la Commission qui, même si elle était en retrait par rapport à nos attentes, a représenté une bonne base de discussion. Il y a eu également la bonne prestation de la Présidence slovaque, qui en a étonné plus d'un et que j'avais injustement décriée. Il y a eu enfin les tergiversations du gouvernement italien, qui ont ajouté un peu de suspense, faisant de ce dossier un mini thriller politique. Soulagement donc, car il y aura bien – M. Olbrycht l'a rappelé – une première.

La satisfaction n'est assurément pas totale, mais partielle et avec un enthousiasme mesuré. Bien sûr, il y a des progrès indiscutables: la marge globale des paiements accrue de quelque cinq milliards, l'augmentation des moyens de l'instrument de flexibilité et de la réserve pour l'aide d'urgence, la suppression partielle des limitations qui touchent le champ d'application de la marge globale pour les engagements, 1 200 000 000 euros destiné à l'initiative pour l'emploi des jeunes, 875 millions réservés pour les programmes qui nous tiennent à cœur (Erasmus+, Horizon 2020, Cosme, etc.). Même s'ils n'ont pas l'ampleur nécessaire, ces progrès méritent d'être salués et soutenus.

Cela dit – et je regrette de devoir le dire –, les mesquineries ne sont pas totalement absentes de la proposition du Conseil. Celui-ci a en effet cru bon d'ajouter à ces quelques améliorations des déclarations conjointes qu'il demande à notre assemblée d'approuver. L'objectif de l'une de ses déclarations est d'avoir l'assentiment du Parlement européen sur la limitation des augmentations de crédits alloués aux programmes que nous considérons comme stratégiques. Cette manœuvre un peu pitoyable a provoqué de notre part une déclaration unilatérale qui rappelle le caractère inaliénable de nos prérogatives en matière budgétaire. C'est clair, une déclaration ne peut pas modifier les traités.

En conclusion, Messieurs les Présidents, chers collègues, je suis certain que cette révision ne sera pas suffisante pour faire face aux défis que nous devons affronter d'ici 2020, mais c'est un petit progrès, même s'il reste mesuré. Et un petit progrès est toujours préférable à un grand échec.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL*. – A Uachtaráin, cé go bhfuil céimeanna beaga tógtha – agus cuirim fáilte roimh an tsolúbthacht sin, i ndáiríre cad is féidir linn a rá faoin Creat Airgeadais Ilbhliantúil seachas: *Plus ça change?* An tseanreित्रic chéanna, na torthaí céanna agus na botúin chéanna; agus ní athróidh sé seo mórán.

I measc na n-athruithe agus na neamhchinnteachta go léir atá os ár gcomhair, cuireann sé ionadh orm gur tháinig an Chomhairle ar ais chugainn leis na moltaí céanna a chuireadar os ár gcomhair i mí na Samhna. Bhí deis againn machnamh a dhéanamh ar na géarchéimeanna atá ag teacht aníos orainn agus dul i ngleic leo; dul i dtreo níos fearr dár bpobal, agus infheistiú ceart a dhéanamh i samhail eacnamaíochta éagsúil, a chuireann béim ar dhlúthpháirtíocht idir ár dtíortha agus laistigh dár sochaí.

In Éirinn, agus ar fud na hEorpa aithníonn na daoine go bhfuil an tAontas Eorpach ag athrú. Cén fáth nach nglacann an Coimisiún leis na fíricí seo agus iad ag cur moltaí ar an MFF os comhar na Parlaiminte? Cén fáth nach n-aithnítear go bhfuil gá dul i ngleic leis an drochthionchar a bheidh ag Brexit orainne in Éirinn agus maoiniú agus tacaíocht a chur ar fáil dúinn – dár bhfeirmeoirí, dár SMEs, dár n-aos óg ó thaobh fostaíochta de agus dár bpobal?

Muna n-aithníonn an Coimisiún agus an Chomhairle go bhfuil an tAontas Eorpach ag tráth na cinniúna táimid i dtrioblóid, agus i dtrioblóid mhór. Caithimid aghaidh a thabhairt ar an eagla a chuir leis an toradh *Brexit* sa Bhreatain. Caithimid dul i ngleic leis na buarthaí sin atá ag daoine maidir leis an todhchaí agus treo chun cinn a aimsiú. Is crosbhóthar atá os ár gcomhair anois, agus tá sé thar am dúinn an treo ceart a thógaint; is é sin infheistiúocht a dhéanamh in Aontas atá bunaithe ar dhaonlathas, dlúthpháirtíocht agus dul chun cinn sóisialta.

É sin ráite, ba mhaith liom mo bhuíochas a ghabháil le Isabelle Thomas agus Jan Olbrycht as an obair fhóna atá déanta acu.

Indrek Tarand, *fraktsiooni Verts/ALE nimel*. – Kas klaas on pooltühi või pooltäis, see sõltub muidugi perspektiivist. Optimist või pessimist, rahvapartei või sotsiaaldemokraat, portugallane, kreeklane või soomlane – perspektiiv on erinev. Mina tahaks ütelda, et see klaas on pooltühi, sellepärast et 9 kuud tagasi me nõudsimme – ja võtsime siinsamas parlamendis vastu – otsuseid, mis oleks andnud meile võimaluse mitte ainult tugevdada Euroopa Liidu poliitikaid sõnaliselt, vaid ka finantsiliselt. Mulle meeldis volinik härra Oettingeri sõnavõtt, sest ta rõhutas korduvalt sõna „paindlikkus”, aga paradoks ongi selles, et seitsmeaastase planeerimise ja iga-aastase planeerimise juures paindlikkus läheb sassi. Ja nüüd me oleme selle kompromissi juures, mis roheliste rühma jaoks tundub nigel, lahja. Klaas on pooltühi, sest meie ettepanekuid ei ole piisavalt arvesse võetud. Ja seepärast me arvame, et me peaksime loobuma antud algatuse toetamisest. Aga ma ütleksin niimoodi lõpetuseks, et nõukogu – Euroopa valitsused – ei tahtnud meile sedagi poolt klaasi anda ja sellepärast peab valitsusi kiitma, et me siiski oleme jõudnud selle poole klaasi juurde. Ja järgmine kord kui me MFFi teeme uue finantsperspektiivi jaoks, siis ma soovitaks komisjonil ja councilil anda meile klaasi sisse kas või sama palju – pool, aga paremat jooki.

IN THE CHAIR: RYSZARD CZARNECKI

Vice-President

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, these reports are a massive obfuscation, confusion and sleight-of-hand manoeuvring which would not be out of place in a logic puzzle book. Of course we want to pay off debts as quickly as possible, but this is just an accounting ruse to spend more taxpayers' money in the coming years. And then, incredibly, in the other report we are finding more ways to move money outside of EU budgetary ceilings so that we can spend even more taxpayers' money next year. And then for the first time ever they do not even schedule a debate on the report on Parliament's proposed expenditure for 2018, which includes British taxpayers paying for things that we will never see the benefit of, but of course the EU will never mention that in their divorce bill.

This whole knotted mess is not unravelable, so let us take a sword to this Gordian knot.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Mulțumesc, domnule președinte. Mulțumesc Consiliului, mulțumesc Comisiei pentru că sunt prezenți în seara aceasta aici și mulțumesc Comisiei și în primul rând doamnei comisar Georgieva pentru că a reușit să impună în Comisie acest exercițiu, rectificare, pentru prima oară și a inclus în acea propunere, la acea dată, foarte multe dintre propunerile Parlamentului.

S-a ajuns la o flexibilitate mult mai mare, care a permis utilizarea unor sume pentru politici care sunt în acest moment extrem de necesare. Vorbesc de tineri, de migrație. Sper ca votul în Parlament mâine să aprobe această propunere pentru că ar fi un pas mare înapoi dacă ar exista un vot negativ. Am obținut foarte multe lucruri, nu am obținut totul, nu am obținut ceea ce poate ar fi fost mult mai bine, dar este, totuși, un pas mare înainte. Sper ca responsabilitatea să primeze și votul să fie în favoarea acestei propuneri.

Domnule comisar, ați menționat propunerea pe care trebuie să o faceți anul acesta pentru noul exercițiu financiar. Cred că acolo ați putea să țineți cont de partea din această rectificare în care nu s-a reușit să se aprobe utilizarea banilor, a sumelor dezangajate, pentru că această soluție ar putea să rezolve foarte multe din eventualele urgențe apărute pe parcurs. În 2014-2015 s-au plătit peste 280 de miliarde și o mare parte din acești bani au fost plătiți pentru proiecte începute înainte de 2014. Este conform tratatului, dar, probabil, această situație va genera iarăși probleme la sfârșitul exercițiului financiar cu plățile pentru coeziune. Dacă banii ar fi transferați în totalitate în anul următor, nu cred că ar mai exista această problemă.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar Oettinger, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass es gelungen ist, die Revision des mehrjährigen Finanzrahmens durchzusetzen, und dass das Europäische Parlament Erfolg damit hatte, diese Halbzeitüberprüfung zum ersten Mal zu erreichen. Denn damals schon hatte das Europäische Parlament recht mit dieser Forderung. Es war nämlich schon 2013 erkennbar, dass die Aufgaben für die EU zunehmen werden, und es ist ja nicht so, dass immer mehr politische Aufgaben mit immer weniger Geld erledigt werden könnten. Das wird auch nicht dadurch wahr, dass einige Finanzminister das gelegentlich behaupten.

Wenn wir Wachstum und Beschäftigung stimulieren wollen, dann brauchen wir mehr Investitionen in Forschung und Innovation – das ist erreicht. Wenn wir Arbeitslosen und Jugendlichen vor allem im Süden der Europäischen Union eine Perspektive geben wollen, dann müssen wir die Europäische Jugendinitiative fortsetzen. Wir haben zusätzliches Geld durchgesetzt – wenn auch nicht genug aus meiner Sicht.

Wenn wir die Probleme der Migration in den Griff kriegen wollen, dann müssen wir die Fluchtursachen beseitigen. Nun liegt Frieden in Syrien nicht in unserer Hand, aber wir können Beiträge leisten, in den Nachbarstaaten Syriens Hilfe zu leisten. Nicht nur dort ist Hilfe nötig. Ich denke an UNRWA, das UN-Hilfswerk für die Palästinenser. Ich denke an Westafrika, wo Sicherheit und ökonomische Perspektiven entwickelt werden müssen. Und auch hier müsste mehr geschehen, und die beschlossenen zusätzlichen Mittel sind wenigstens ein Anfang.

Schließlich hat die Dimension der Fluchtbewegung nach Europa hat es notwendig gemacht, die Anstrengungen in der Innenpolitik erheblich zu erhöhen. Gemeinsamer Grenzschutz und zusätzliche Mittel zur Integration waren so überragende Herausforderungen, dass auch die engherzigsten Finanzminister diesen Bedarf nicht ignorieren konnten. Das sind nur einige der jetzigen Herausforderungen.

Der Europäische Rat in Bratislava hat eine neue Agenda in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschlossen. Glaubt irgendjemand in diesem Saal, der von dieser Sache etwas versteht, dass sich diese Agenda im Korsett des heutigen, aktuellen Finanzrahmens realisieren ließe? Nein, es ist klar: Der aktuelle mittelfristige Finanzrahmen ist die Ursache der chronischen Unterfinanzierung, daher muss der neue mittelfristige Finanzrahmen ab 2021 dies spätestens ändern.

Es geht um neue Aufgaben, die zusätzliche Mittel bedeuten müssen – entweder dies, oder die Mitgliedstaaten müssen die Kraft aufbringen, sich darauf zu einigen, was die EU künftig nicht mehr erledigen soll. Und dies kann besser gelingen, wenn die Mitgliedstaaten eine konstruktive Diskussion über den Eigenmittelbericht der Monti-Gruppe beginnen und dem Parlament und der Europäischen Union endlich das geben, was wir brauchen.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w debacie poświęconej przeglądowi ram finansowych, chcę podkreślić, że delegacja polska w grupie ECR opowiada się za przyjęciem rozwiązań zaproponowanych w obydwu sprawozdaniach pana Olbrychta i pani Thomas. W związku z wyzwaniami na bezprecedensową skalę, wynikającymi z braku stabilności w państwach sąsiadujących z Unią zarówno na południu, jak i na wschodzie, powodującymi masowe przepływy migracyjne i związane z nimi zagrożenia dla bezpieczeństwa, Unia musi posiadać zarówno dodatkowe środki finansowe, jak i nowe instrumenty, które pozwolą się z tymi wyzwaniami zmierzyć. Przeznaczenie więc dodatkowej kwoty 2,5 mld EUR na działania związane z migracją i 1,4 mld na walkę z przyczynami migracji, utworzenie nowego instrumentu w postaci rezerwy kryzysowej, finansowanej z umorzonych środków, czy też inne rozwiązania uelastyczniające budżet Unii to decyzje, które pozwolą na reagowanie w sposób adekwatny na skalę zagrożeń wynikających z masowej migracji.

Nils Torvalds (ALDE). – Mr President, could we for a moment go back to the discussion we had about two years ago in these solemn surroundings and remember what the Council then said or what the Commissioner then said? You should actually have shown the courage to say you were totally wrong. When you look at the figures then you see that you were wrong. You are not on the page of reality, and this is disturbing because this reality is going to be there for the next few years, and if you do not learn to read the reality then you are coming back to this Parliament again with an approach which is totally unacceptable, because it is unintellectual. I congratulate you on being stupid.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Monsieur le Président, il faudrait être là ce soir pour se satisfaire d'une augmentation de 0,28 % pour les trois prochaines années, et il faudrait en plus venir crier victoire dans un concert d'autosatisfaction? Soyons sérieux! Non seulement cette augmentation est faible, mais elle est en outre adossée à l'étranglement des États. Où est la grande révision qui nous était promise, cette grande révision pour le budget de combat dont nous avons besoin pour faire face aux défis?

La réalité, c'est que nous ne sortons pas de l'étau et des logiques d'austérité qui sous-tendent tout, empêchent tout et continuent d'offrir comme seule perspective au peuple de souffrir encore, encore et encore. Triste perspective pour les peuples et pour l'Europe.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident, Herr Kommissar Oettinger! Wir reden heute also über die Anpassung des EU-Haushaltsplans. Die EU hat vor allen Dingen in der Migrationskrise viel Geld ausgegeben und damit den vorgegebenen Rahmen gesprengt, und nun sollen Mittel aus anderen Haushaltsposten umgewidmet werden.

Ich stelle dazu zweierlei fest. Erstens: Das EU-Budget hat offensichtlich Milliarden, die man umwidmen kann. Das bedeutet, die EU hat zu viel Geld. Das sollten wir ändern.

Zweitens: Die Krise ist sehr teuer geworden, weil einige EU-Staaten ihre Außengrenzen nicht geschützt haben. Wären die ganzen illegalen Migranten nicht gekommen, wäre es sehr viel billiger gewesen. Wir brauchen also vor allem einen gesetzestreuen Grenzschutz, und bei der Grenzsicherung sollten wir dann den EU-Außenstaaten helfen, auch mit Geld helfen, auch gerne mit EU-Geld helfen.

Aber in erster Linie stellen wir fest: Es gibt Milliarden, die umgewidmet werden können. Also gibt es zu viele Milliarden in diesem Haushalt. Die müssen gestrichen werden.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, με λυπεί το γεγονός ότι, πολλές φορές, είμαστε γενναιόδωροι και ισοπεδωτικοί στην κριτική μας φτάνοντας στον μηδενισμό και, ουσιαστικά, στη μη αναγνώριση των οποιονδήποτε επιτυχιών, ενώ είμαστε ιδιαίτερα φειδωλοί στο να αποδώσουμε τα εύσημα, τα συγχαρητήρια και να χαιρετίσουμε θετικές δράσεις και ενέργειες.

Οφείλω να αποδώσω τα εύσημα στους αγαπητούς εισηγητές, τον Jan Olbrycht και την Isabelle Thomas, καθώς και στον κύριο Επίτροπο, τον κύριο Oettinger, γιατί πραγματικά έδωσαν σκληρές μάχες και κατόρθωσαν ένα μικρό βήμα, όπως ονομάστηκε από κάποιους, για εμάς, μια σημαντική επιτυχία, έναν μικρόν άθλο υπό τα σημερινά δεδομένα, δηλαδή την αναθεώρηση του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου, που ήταν εμπόδιο για να μπορέσουμε να υλοποιήσουμε τις πολιτικές και τις στρατηγικές μας.

Ασκούμε κριτική και λέμε ότι δεν υπάρχουν θέσεις εργασίας. Και ζητούμε θέσεις εργασίας. Ο τρόπος για να επιτύχουμε τη δημιουργία θέσεων εργασίας είναι αυτός. Και κατορθώσαμε, μέσα από αυτή την αναθεώρηση του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου, να στείλουμε το μήνυμα ότι η Ευρώπη μπορεί, ότι η Ευρώπη πάει μπροστά, ότι η Ευρώπη με σκληρή δουλειά, όπως έγινε από τους αγαπητούς συναδέλφους και τον κύριο Επίτροπο, κατορθώνει να δείχνει το καλό, το θετικό της πρόσωπο, τις θετικές δράσεις. Αυτή είναι η Ευρώπη που θέλουμε, η Ευρώπη που μπορεί αυτή τη δύσκολη περίοδο να διοχετεύσει έξι δισεκατομμύρια για την ανεργία των νέων, για το ευρωπαϊκό σχέδιο στρατηγικών επενδύσεων, για την καινοτομία, για το «Horizon 2020», για το «COSME», για το «Connecting Europe Facility», για όλα αυτά τα προγράμματα που όλοι επιζητούμε. Δεν είναι σωστό, λοιπόν, τώρα που μας παρέχεται η δυνατότητα μέσα από αυτή τη σημαντική επιτυχία, να προσπαθούμε με οποιονδήποτε τρόπο να μειώσουμε αυτά τα επιτεύγματα.

Πιστεύω ότι το μήνυμα είναι ξεκάθαρο. Η Ευρώπη δείχνει ότι νοιάζεται για τους πολίτες. Είναι η Ευρώπη που έχει το κοινωνικό της πρόσωπο, που στην πράξη, μέσα από αυτή την αναθεώρηση, αποδεικνύει για μια ακόμη φορά ότι, όταν θέλει, μπορεί να γίνει η Ευρώπη των πολιτών, η Ευρώπη των νέων, η Ευρώπη των μικρομεσαίων, η Ευρώπη του κοινωνικού προσώπου, της κοινωνικής πολιτικής και της δράσης και όχι της αντίδρασης, του μηδενισμού, του αρνητισμού και της ισοπέδωσης.

Clare Moody (S&D). – Mr President, the frequently unspoken truth about the EU budget is that it is put to very good use. It is used to support the lives of citizens across Europe. My part in this review has been to focus on the Horizon 2020 programme which funds cutting-edge scientific research and facilitates the largest research area in the world, and to focus on CEF, the Connecting Europe Facility, which develops better digital, transport and energy connections for EU citizens, the arteries of our modern world.

As our world gets smaller, our challenges get larger. It is essential that we work together to find ways to protect and enhance citizens' lives. The budget funds research into rare diseases, into cancers, into new energy sources – our future world will be shaped by this funding. It is developing space technologies, graphene and quantum computing. The great minds of our continent value this collaboration. Beyond this, the revision focuses on the responsibility we have regarding the refugee crisis. Recognising it benefits all of us to support the Member States who are doing most to fulfil our international and moral obligations and responsibilities to protect refugees and to police Europe's borders.

This revision recognises these issues. It is long overdue for us to restate the fundamental principle that we are better, stronger and more effective when we work together. That does not just apply to individual citizens; it applies to regions and it applies to countries, and the EU is the embodiment of this.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, olen iloinen, että parlamentti ja neuvosto ovat komission tuella päässeet yhteisymmärrykseen monivuotisen budjetin tarkistuksesta tai kuten neuvosto kutsui "paketista". On tärkeää, että nyt sovitusta pidetään kiinni ja rahankäytön enimmäismääristä ei lipsuta. Budjettia ei pidä kasvattaa loppukauden aikana.

Tämä tarkoittaa myös sitä, että erityisrahoitusvälineiden maksumäärärahoja ei pidä päästää rahoituskehityksen enimmäismäärän yli. EU ei voi vaatia lisää rahaa käyttöönsä, kun samaan aikaan jäsenmaissa joudutaan leikkaamaan palveluista ja elämään säästökuurilla tai ainakin hyvin tiukoissa rajoissa.

Lopuksi sanoisin, että emme ole vielä saavuttaneet tavoitetta viiden prosentin vähennyksestä henkilöstöstä. On hyvä, että tätä nyt selvitetään, niin että tässäkin asiassa toimitaan niin, että kun on sovittu viiden prosentin vähennys, se sitten myös tehdään.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, el marco financiero plurianual 2014-2020 ha sido superado por los acontecimientos. El *brexít*, la crisis de inversión, la crisis bancaria, la pobreza generada en la periferia y la crisis de fronteras demuestran que los corsés a los que nos obliga este marco han fracasado. No basta con hacer ingeniería presupuestaria para mover pequeñas cifras o recurrir a planes de inversión privados y fondos de garantía que escapan al control democrático para parchear los problemas a los que nos enfrentamos.

Necesitamos una política que potencie los recursos propios de la Unión, una política basada en una fiscalidad directa y progresiva, junto a contribuciones nacionales con base en la capacidad económica y ponderada por la renta per cápita de cada país; un marco financiero plurianual que, en lo relativo al gasto, sea capaz de avivar un nuevo y ambicioso plan de inversión pública para Europa, de corte socioecológico y generador de empleo, en iniciativas comprometidas con el cambio de modelo y con la transición energética.

Victor Negrescu (S&D). – Mr President, needless to say I was one of the MEPs that was sceptical about this MFF revision. Not because it is not a classical European document, but simply because it is not responding to what Europeans are requesting today. I mean by that: investment in job creation; proactive youth policies; instruments designed to reduce the development gap between regions; digital skills programmes; and the list may continue.

I am not referring here only to numbers, I am referring here to the political message that the Council and the Commission are sending to European citizens by this revision. The message is that the EU does not have any new solutions. We seem blocked in the austerity mentality. We take money from one pocket to put in another pocket, hoping we will not need them any more, like the EUR 2 billion 'possible' unused funds from the Solidarity Fund and the Globalisation Fund we hope to reshuffle.

I am a former entrepreneur but also a Social Democrat and I can tell you for a fact that if you want fresh money you need to invest more in the things that can help your business grow. In this sense we, the Socialists and Democrats in the European Parliament, want to help, therefore we support the plan to reinforce with almost EUR 1 billion the growth and jobs programmes, like Horizon 2020, Connecting Europe Facility, Erasmus+, COSME, Wifi4EU and even EFSI, but we need fresh money. We need to think ahead especially for the next MFF. If we want to plan for the future I do not understand why we are only allocating EUR 700 million to the Youth Employment Initiative for the next few years. This represents a lot less than what we are spending as European institutions on IT and digital services. Two million young people, true pro-Europeans, have benefited from the Youth Employment Initiative since its creation. People do not have maybe the time to focus so much on numbers but they are surely focusing on the political message, and the political message that I want to send today as a true pro-European is that the European Parliament is thinking about them. I hope in the future that the Council and the Commission will understand the need to go beyond numbers and start speaking to people directly about what we plan to invest and to do with taxpayers' money at European level.

Искра Михайлова (ALDE). – Г-н Председател, г-н Комисар, г-н Министър, преди всичко искам да изкажа своята подкрепа към предложената промяна в многогодишната финансова рамка, тъй като считам, че проектът за изменение на многогодишната рамка е важна стъпка по пътя на оптимизиране на изпълнението на бюджета на Европейския съюз и в подготовката на бъдещата многогодишна финансова рамка след 2020 година.

В проекта е заложен принципът на постигане на максимална гъвкавост на бюджета за адресиране на непредвидено възникнали проблеми и обстоятелства. Увеличаването на максималните суми за адаптирането на таваните на плащанията за годините 2018-2020 в рамките на общия марж на плащанията, както и премахването на таваните за цели на политиката по отношение на растежа и заетостта, по-специално младежката заетост, както и миграцията и сигурността, е крачка в необходимата ни посока.

Предложението адресира и възможното натрупване на неплатени сметки и нова криза с плащанията, което се получава от закъснението в изпълнението на оперативните програми.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Estamos hoje a discutir a revisão do Quadro Financeiro Plurianual. Um quadro financeiro curto, cada vez menos orientado para a coesão e que reforça os domínios da política externa e que mereceu, na altura, o nosso voto contra.

A execução orçamental da primeira metade do mandato acabou por demonstrar a justeza da nossa posição. Aumentam as divergências entre países e regiões – com os países periféricos presos na armadilha da austeridade com baixos níveis de investimento e crescente endividamento –, aumenta também o próprio endividamento da União Europeia, regressando o espectro da falta de pagamentos que ciclicamente se repete.

Esta revisão, em vez de considerar esta realidade reforçando as verbas da coesão, acaba por acentuar os problemas que denunciámos mobilizando, sobretudo, os instrumentos de flexibilidade para as rubricas da segurança e cidadania e da política externa, em detrimento de medidas que fomentem a criação de emprego. Desta forma, continuamos com um orçamento que não dá resposta aos verdadeiros problemas da União Europeia privilegiando a vertente militarista e securitária.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, cette révision du cadre financier pluriannuel 2014-2020 est une victoire. C'est une victoire à tempérer, mais une victoire quand même. C'est une victoire pour le Parlement européen et je tiens, à cet égard, à remercier le travail de ma collègue du groupe des socialistes et démocrates, Isabelle Thomas, ainsi que celui du corapporteur, Jan Olbrycht. Ils sont restés pugnaces et patients tout au long de ces négociations et ont su faire respecter les prérogatives du Parlement européen, qui est aussi garant de la démocratie.

Cette victoire ne doit toutefois pas occulter l'urgente nécessité de voir plus grand, de viser plus haut, de penser plus audacieux. Après bientôt trois années de mandat au Parlement européen, je n'aurai eu de cesse, malheureusement, de rappeler que le budget de l'Union européenne est insuffisant et qu'il faut l'alimenter par des ressources propres, elles-mêmes tirées des ressources nécessaires aux défis écologiques et aux défis sociétaux.

«N'avoir pas le courage de son opinion, c'est n'avoir pas d'opinion» écrivait le Français Émile de Girardin dans ses *Pensées et maximes* en 1867. Il est temps aujourd'hui de cesser de s'arc-bouter à l'existant et de conduire durablement le monde de demain. Pour cela, un budget plus ambitieux est nécessaire, d'autant plus que de nouvelles politiques doivent chaque année être mises en œuvre et que leur financement ne peut pas être issu du déshabillage des politiques structurelles, comme la PAC et les politiques de cohésion.

Catch-the-eye procedure

Andrey Novakov (PPE). – Mr President, at the beginning I would like to congratulate Mr Olbrycht and Ms Thomas for their dedication and work. I think we have a reason to be positive tonight. I am proud that I am part of Parliament, managing to achieve a historical breakthrough, managing to achieve a top-up agreement above the MFF in the remaining three years of that MFF. This is how we are going to provide additional funding for programmes such as the Connecting Europe Facility (CEF), Erasmus, COSME, EFSI, Youth Employment Initiative, and so on and so forth. In my view, this is not expenditure, this is not spending, this is an investment in the future of this Union. This is what it is, and this is a success, nothing but success.

I do believe that EFSI is a working initiative. It is providing results as it was designed to do, but I am convinced that structural and investment funds should remain a key source of financing of large infrastructure projects in the developing regions in the countries where this is needed.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι η συζήτηση για την αναθεώρηση του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου έχει αναδείξει ορισμένα ζητήματα. Πρώτα απ' όλα, είναι σημαντικό το ότι υπάρχει ευελιξία. Η ευελιξία, όμως, δεν θα πρέπει να περιορίζεται στα θέματα εξωτερικής πολιτικής. Πρέπει να έχουμε την αναγκαία ευελιξία και στα θέματα αντιμετώπισης της ανεργίας. Εκεί, κύριε Επίτροπε, πρέπει να δώσουμε μεγαλύτερη έμφαση, για να μπορέσουμε να αντιμετωπίσουμε τη μάστιγα της ανεργίας.

Το δεύτερο θέμα είναι η ενίσχυση των δράσεων για την αντιμετώπιση της μετανάστευσης, διότι η Ευρώπη έχει γεμίσει από πρόσφυγες και πάρα πολλούς, θα έλεγα, παράνομους μετανάστες. Θα πρέπει επίσης να ενισχυθεί ο τομέας της αγροτικής οικονομίας, καθώς επίσης και δράσεις οι οποίες μπορούν να μειώσουν το χάσμα μεταξύ του βορρά και του νότου, του ευρωπαϊκού νότου, που αυτή τη στιγμή υποφέρει από τη λιτότητα και τη βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, čestitam i zahvaljujem izjaviteljima, kolegi Olbrychtu i kolegici Thomas. Poruke revizije višegodišnjeg okvira vrlo su jasne i ohrabrujuće. Prvo, znamo i možemo reagirati na nove izazove. Drugo, gradimo Europu kao globalnog lidera i zato povećavamo izdvajanja za inovacije, istraživanja, povezivanje znanosti i gospodarstva, edukaciju, poduzetnike, prometno povezivanje. Treće, posebno su nam važna ulaganja u obrazovanje i zapošljavanje mladih i to je važna poruka državama članicama da razvijaju i nacionalne programe. I četvrto, želimo jaku kohezijsku i poljoprivrednu politiku.

Zbog toga nacionalne omotnice ostaju kolike jesu i važno je ubrzati provedbu. Ova revizija dobra je kombinacija sigurnosti i fleksibilnosti što proračun mora imati, a povjerenik Oettinger ju je isto tako više puta naglasio. Na nama je naravno da sredstva kroz pametne projekte učinkovito iskoristimo.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – Panie Przewodniczący! Zaczę od podziękowań dla posłów sprawozdawców za determinację w działaniu, w przygotowaniu tak ważnego i odważnego sprawozdania. Jest to nowe podejście, może nie nowe, może po prostu kolejne, ale skuteczne. Kształtują się nowe rozwiązania w zakresie realizacji wieloletnich ram finansowych. To ważne, gdyż stwarzane są dodatkowe możliwości działań w odpowiedzi na pojawiające się nowe wyzwania. Wspominano tu o bezrobociu, uchodźcach, młodzi, „Horyzoncie 2020”, innowacjach czy programie Erasmus+. Wprowadzenie elastyczności da nam szansę wykorzystania środków, której dotychczas nie było.

Podkreślany tu dziś długi okres wieloletnich ram finansowych stwarza konieczność dokonywania zmian w budżecie w trakcie tej wielkiej realizacji. Zaproponowane rozwiązania są dobrze przyjmowane w środowiskach przyszłych beneficjentów. Wiele nadziei wzbudza Omnibus, oczekiwany jest m.in. szereg uproszczeń, w tym szczególnie w złożonej, trudnej wspólnej polityce rolnej. Ten kierunek zmian wymaga dalszej determinacji w działaniu. Proszę Państwa! To dobry początek także dla prac nad nową perspektywą finansową.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, can I join with others in congratulating the joint rapporteurs on this topic, Ms Thomas and Mr Olbrycht, for their work. Like others, I consider it is important that we have a flexible mechanism to ensure, over a seven-year period, when new priorities arise, that we can respond to that in a clever way, and that is exactly what we are discussing here today, and hopefully in the vote tomorrow that will be successful.

Just two points. My first point is this, that the overall budget is of course a tiny percentage of gross overall expenditure within the European Union, and the most effective way to ensure that we have more money to spend, and that we spend it wisely in a reformed way, is to ensure that we have growth across the 28 Member States of the European. That is happening this year. We see significant growth in the euro zone, we see three million additional jobs within the euro zone. Despite all the negativity that exists about the euro zone and Europe, Europe is coming back faster with a higher growth rate, and that is the most important way that we can ensure that we have additional funds to put into key investment for the European Union via the budget.

(End of catch-the-eye procedure)

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Dem Dank an die beiden Berichterstatter, Frau Thomas und Herrn Olbrycht, schließe ich mich ausdrücklich an, und dem Dank an meine Vorgängerin, Frau Georgieva, ebenso.

Wir haben Ihren Wortmeldungen sehr aufmerksam zugehört, und ich stelle fest: Eine große Mehrzahl der Rednerinnen und Redner unterstützt das Paket. Es sind zum Teil zwar größere Erwartungen genannt worden, aber es ist ein Fortschritt, und es trägt dazu bei, dass die künftige Haushaltspolitik effizienter und damit besser werden kann. Wir können mit dieser Halbzeitüberprüfung – und ich erwähne den Omnibus in der Ergänzung dazu, bei dem ich Sie ebenfalls um Ihre konstruktive Mitwirkung bitte –, den Haushaltsrahmen besser, bis zu 100 %, ausschöpfen. Dies war in der Vergangenheit so nicht der Fall.

Ausschöpfung des Haushaltsrahmens, Effizienz und Flexibilität sind die wesentlichen Folgerungen dieses heute Abend zu beratenden Pakets. Es ist ein Paket – auch daran will ich erinnern. Die Revision, die Halbzeitüberprüfung, die Rechtsänderung einerseits und die Erklärungen andererseits. Ich will Sie bitten, sich darauf auch bei der Gesamtabstimmung dann entsprechend einzustellen.

Nochmals besten Dank an alle Beteiligten.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Grazzi Chairman. Grazzi wkoll lil kull Membru li kkontribwixxa mhux biss fis-seduta tal-lum imma f'dan il-proċess: proċess li kien wiehed sensitiv u li fih ried jintlaħaq il-bilanċ u l-kompromess li kulhadd irrifera ghalih.

Hemm uħud illi kienu jixtiequ riżultati aktar ambizzjużi, però nahseb illi pprevala l-ottimizmu anki tal-Membri li tkellmu llejla u nahseb illi, kif qal anki l-Kummissarju, dan għandu issa jinkuraġġina sabiex nahdmu 'l quddiem u nwieġbu għall-isfidi li għandna quddiemna: l-isfidi tal-immigrazzjoni irregolari, l-isfidi dwar is-sigurtà tal-kontinent tagħna u ċ-ċittadini li qegħdin jitolbu li dan il-kontinent ikun aktar sigur. Però mbagħad għandna sfidi oħrajn; sfidi bħal dik tat-tkabbir ekonomiku u anki ż-żgħażaġh illi għaddejjin minn nuqqas ta' impjegabilità u anki opportunitajiet, u li dak illi – jekk Alla jrid għada jkun issiġġillat bil-vot tagħkom – ser ikun qed ifisser aktar minn 4 biljuni li se jikkontribwixxu f'dawn is-setturi li rriferejna għalihom.

Jiena ningħaqad magħkom ilkoll u anki mal-Kummissarju Oettinger sabiex niringrazzja lil daww kollha li kkontribwixxew: mhux biss il-Membri li, nerġa' ngħid, nittama li għada jagħtu l-*Green Light* għal dan il-ftehim, iżda wkoll anki liż-żewġ ko-rapporteurs is-Sur Olbrycht u s-Sinjura Thomas, kif ukoll anki l-President tal-Kumitat tal-Baġit, il-Kummissjoni Ewropea, il-predeċessur tal-Kummissarju Oettinger, il-Kummissarju Georgieva, kif ukoll anki lilek, Sur Kummissarju, u l-Presidenza Slovakkja, kif ukoll anki l-ufficjali Maltin illi komplew jissigillaw dan il-ftehim fl-aħħar xhur.

Jan Olbrycht, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Panie Ministrze! Panie Komisarzu! Myślę, że ta debata bardzo wyraźnie pokazała, że nie dla wszystkich nas w Parlamencie Europejskim sytuacja jest jasna. Dla nas najważniejsze – i przyszło to z dużym trudem – było przekonanie Rady (myślę, że tu wielkie podziękowania należą się prezydencji słowackiej, ale również prezydencji maltańskiej) przy bardzo dużej pomocy Komisji Europejskiej, że perspektywa finansowa nie jest czymś, co jest sztywne. Było dla nas kluczowe, aby pokazać, że jeżeli pojawiają się nowe wyzwania i zadania, to istnieje szansa czy nawet konieczność zmiany. Myślę, że to jest kluczowe w całej sprawie. Z jednej strony oczywiście są dodatkowe środki finansowe, ale przede wszystkim istotne jest to, aby budżet Unii Europejskiej był elastyczny, aby reagował na działania zewnętrzne.

Z drugiej strony wydaje mi się, że w czasie debaty na temat rewizji wyraźnie powiedzieliśmy, co można w ramach budżetu europejskiego zrobić. Niestety nie da się w ramach budżetu europejskiego zrobić wszystkiego i nie ma sensu okłamywać mieszkańców Unii Europejskiej, że jest inaczej. Ta rewizja wyraźnie pokazała, co możemy zrobić, a co nie, w jaki sposób możemy to zrobić bardziej efektywnie, skutecznie, mądrze i w jakim stopniu jesteśmy gotowi na zmiany. Nasze wspólne osiągnięcie i zwycięstwo polega według mnie na tym, że przy pomocy Komisji Europejskiej przekonaliśmy rządy i ministrów, że możemy budżetem reagować na pewne zmiany, że budżet jest instrumentem do realizowania pewnej polityki, a nie jest czymś, co jest dane raz na zawsze i sztywne.

Isabelle Thomas, *rapporteure*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, à l'occasion de cette dernière étape, je voudrais évidemment remercier M^{me} la commissaire Georgieva, qui nous a accompagnés au début du processus, tout comme le commissaire Oettinger, qui a facilité sa conclusion.

Je tiens également à remercier la Présidence slovaque ainsi que la Présidence maltaise et les représentants des États membres, qui ont joué un rôle décisif dans cette entreprise, même si – et je leur pardonne –, ils nous ont glissé une petite peau de banane à la fin du processus. Je voudrais aussi remercier mes collègues du Parlement, ceux d'aujourd'hui, mais aussi ceux qui, en 2013, ont fait germer le projet de la révision, et ceux qui, avec la constance du jardinier, l'ont fait éclore.

Domage que M. Kölmel soit parti, car je voulais lui dire que je souhaite à mon tour que le Parlement fasse preuve de courage. Le courage, comme disait Jean Jaurès, «c'est de chercher la vérité et de la dire». La vérité sur le budget de l'Union consiste à dire qu'il n'est pas en adéquation avec les priorités affichées. Dire la vérité, c'est déclarer que pour peser sur le monde, nous avons besoin d'une Europe puissante, c'est affirmer qu'avec un budget inférieur à 1 % du PIB, le budget n'est encore qu'une goutte d'eau qui ne permet pas de peser de toute sa puissance. Dire la vérité, c'est aussi dire que l'Union risque de mourir de l'immobilisme et de la frilosité des gouvernements, et que si nous ne retrouvons pas une structure budgétaire composée principalement de ressources propres pour un budget authentiquement européen, nous n'y parviendrons pas. Mais cela sera examiné par nos rapporteurs sur les ressources propres, auxquels je souhaite le plus grand courage.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 5 kwietnia 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Con l'approvazione della revisione del Quadro Finanziario Pluriennale, diamo come Parlamento un messaggio chiaro della rilevanza di una maggiore capacità di bilancio dell'UE, che si traduce in 6 miliardi aggiuntivi per la fase 2017-2020.

Mentre si sommano la crisi e le emergenze su cui governi e cittadini chiedono all'UE di darsi da fare, troppo spesso non abbiamo riscontrato da parte degli Stati membri l'apertura a considerare i necessari stanziamenti o l'opportuna flessibilità per far fronte all'azione necessaria su problemi come occupazione, crescita e gestione dei flussi migratori.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Nella risoluzione del 2016 che anticipava la revisione del Quadro Finanziario Pluriennale – in aggiornamento per le mutate priorità politiche, economiche e sociali dell'UE –, il Parlamento evidenziava criticità orizzontali (disallineamento tra mandato di Parlamento e Commissione e pianificazione di bilancio; rigidità del QFP rispetto agli imprevisti; necessità di risorse proprie per il bilancio europeo), e priorità tematiche: per la commissione Cultura, la necessità di finanziare adeguatamente Europa Creativa, Europa per i Cittadini, rivedere i criteri di gestione di Erasmus+.

Il compromesso raggiunto è un passo positivo: permette maggiore flessibilità ed aumenta i finanziamenti alle iniziative per i giovani, in particolare di contrasto alla disoccupazione giovanile.

Il «veto sospeso» dell'Italia ha permesso un miglior finanziamento delle iniziative per rifugiati e migranti. Resta, però, un senso di inadeguatezza della programmazione del bilancio pluriennale, e l'impressione che alcuni Stati membri siano più propensi a richiedere ritorni dal bilancio europeo che a dare all'UE mezzi per agire nelle aree di sua competenza. Confido, comunque, che questa revisione sia un primo passo per una programmazione di bilancio sana, equa, sostenibile, e che le preoccupazioni del Parlamento siano adeguatamente considerate nel nuovo Quadro Finanziario per il post-2020.

16. Geldmarktfonds (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Neenę Gill w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie funduszy rynku pieniężnego (COM(2013)0615 – C7-0263/2013 – 2013/0306(COD)) (A8-0041/2015).

Neena Gill, *rapporteur*. – Mr President, 1 310 is the number of days between the publication of the proposal on the money market funds regulation and when we will actually have the final vote on this matter – tomorrow. This must be close to a record: money market funds (MMFs) have been held up for more than three years and four Council presidencies, because it is one of the most contentious and complex pieces of legislation we have ever dealt with. It has been a long journey, but I am delighted we have reached the right destination, an overall agreement between Parliament and the Council. I believe this is a win-win, both for the European money market fund sector and for the European taxpayer, who will be better protected.

With assets under management of around EUR 1 trillion, MMFs are an important source of short-term financing for financial institutions, corporations and governments. In Europe, around 22% of short-term debt securities issued by governments or by the corporate sector are held by MMFs. Money market funds hold 38% of the short debt issued by the banking sector.

Because of the systemic inter-connectedness between MMFs, the banking sector and corporate and government finance, their operation has been at the core of international work on shadow banking. As a result, MMFs have been scrutinised by various regulators and supervisors. Indeed, the financial crisis of 2007-2008 showed that MMFs can be vulnerable to shocks and may even spread or amplify risks. This can fuel an investor run and liquidity crisis, foreign MMFs potentially triggering negative effects on other parts of the financial system.

The agreement we have reached under the Slovak Presidency that we will vote on tomorrow addresses these systemic concerns, in particular through the following measures: liquidity and diversification requirements are strengthened, with strict daily and weekly liquidity requirements to fulfil potential redemption requests, and furthermore, the MMF portfolio will be more diversified, with stringent concentration requirements to reduce risks; assets in which MMFs can invest, including government debt, have been more strictly regulated; sponsored support to these funds is forbidden, to avoid any contagion risk; we have addressed provisions for transparency in more detail; a review clause for government CNAV has been introduced; after five years, the Commission will report on the feasibility of establishing an 80% EU public debt quota; the report will look at the availability of short-term EU public debt instruments... I could go on – a stringent regime of fees and gates in the case of shortfalls in liquidity will address the question of run risk, and we will limit the use of the amortised accounting method for the valuation of assets.

I am particularly pleased that, apart from existing MMF models, a viable operation model for LVNAV MMFs has been introduced at Parliament's initiative, and I believe that the run risk compared to the CNAV is significantly lower. The LVNAV cannot deviate by more than 20 points from the NAV and is far stricter than 50 basis points. This is a compromise, and I prefer a compromise which regulates the sector over no agreement and leaving an unregulated MMF sector, and it is in line with the international commitments we have made.

Colleagues, politics is a team sport, and you cannot make agreements in isolation. Let me therefore say a word of thanks to the shadow rapporteurs, Brian Hayes, Petr Ježek, Syed Kamall, Eva Joly and Fabio De Masi, and to the President of the Committee on Economic and Monetary Affairs, Roberto Gualtieri, for his political support and to Kamil Sasko, who led the negotiations on behalf of the Council. I would also like to thank the ECON secretariat and the S&D secretariat and the policy advisers.

I believe this agreement is an important step forward in ensuring the long-term stability of our financial markets. The EU has been lagging behind, as I have said, on international commitments that we have, which the US already implemented 18 months ago.

I hope, colleagues, I can rely on your overwhelming support tomorrow and that would send a clear signal and a welcome political signal that we are capable of adopting a strong, harmonised, regulatory framework ensuring financial stability and that investors get well protected all over the EU.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, money market funds have been at the core of international work on shadow banking due to their vulnerability to investor runs on redemptions and the interconnectedness to their issuers and sponsor banks. So your vote tomorrow will be an important in finalising one of the last dossiers relating to the post-crisis reform agenda.

It is an important achievement that took more than three years of very difficult and contentious negotiations. I would therefore like to thank the European Parliament, the Committee on Economic and Monetary Affairs and in particular rapporteur Neena Gill on their ongoing commitment to achieving these results.

In our view the compromise reached on most of the contentious issues is well balanced. I am talking about the removal of the sunset clause on low volatility net asset value (LVNAV) MMFs, the inclusion of the public debt in the liquidity buckets, and the non-automaticity of the review of the feasibility of the EU debt quota for public debt constant net asset value (CNAV) MMFs which will be taking place in five years.

We think that the proposed framework strikes an appropriate balance between addressing the vulnerabilities of money market funds while maintaining them as a viable product. Money market funds can therefore continue to play their important role of on the one hand providing short-term funding to companies, in particular SMEs, and on the other hand diversifying portfolios for investors.

We also welcome the co-legislators' decision to further strengthen the Commission's proposal by banning sponsor support entirely, therefore further reducing the contagion risk between money market funds and the banking sector.

On balance the regulation offers a viable, robust and safe framework for both investors and asset managers that would improve the resilience of our economy.

Brian Hayes, on behalf of the PPE Group. – Mr President, can I join in congratulating the rapporteur, Neena Gill, on this file, and indeed all the other shadows for the work over the course of the last three years in what has proved to be a very controversial and difficult file.

I am glad that we have achieved what I regard as a balanced agreement, on the one hand recognising the potential systemic risk and threat that can in a worst-case scenario come from money market funds, while at the same time, recognising the intrinsic value of these short-term financial instruments to businesses up and down the European Union. I think we have come along way from the original Commission proposal which essentially proposed a 3% buffer, which could at one glance have knocked out, in my own country, EUR 400 billion worth of domiciled funds as a consequence of that very harsh proposal.

We have all compromised in this proposal. We recognise the importance of money market funds for businesses in terms of short-term financing needs, and we also recognise that we are behind the United States, who have already put in place a regulation to deal with this issue. But I should say, as I said in the course of the trilogues, the problem was not in Europe, it was in the United States of America.

I think great political skill was shown by the rapporteur and her team, with my own team, and indeed the team from the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) in devising this particular solution. We have a framework that allows CNAVs, VNAVs and LVNAVs to coexist together. We have liquidity buffers in place, we have diversification, we have escalated procedures in place, improved transparency, the sunset clause is gone which I am delighted about, and we also have a very strong review when it comes to the question of government CNAVs, but the government CNAVs remain in place.

I believe we now have in place a good package which we can present to the entire financial industry and to the citizens of Europe to make sure that this industry, which is so important to the future growth and development of Europe, remains in place.

Pervenche Berès, au nom du groupe S&D. – Monsieur le Président, sous l'aspect d'un dossier technique, il s'agit en réalité d'une législation à mettre en place pour réguler l'un des aspects les plus caractéristiques de ce qu'on appelle le système bancaire parallèle. C'est la raison pour laquelle dès 2012 et 2013, le Conseil de stabilité financière et l'Organisation internationale des commissions de valeurs (OICV) avaient indiqué que nous devions légiférer dans ce domaine au sujet des fonds monétaires à valeur constante (CNAV), qui ont joué un rôle systémique dans la contribution de la finance parallèle à la crise.

Je fais partie de ceux qui auraient préféré l'interdiction de ces fameux CNAV compte tenu du risque systémique et de ce qu'ils représentent pour ce système bancaire de l'ombre. Mais après deux tentatives dans ce Parlement, au cours de la législature précédente et de l'actuelle, et compte tenu de la situation de blocage au Conseil, je préférerais une situation qui permettait de trouver un compromis et d'avancer plutôt qu'un cas de figure où nous n'aurions pu adopter aucune législation, car au bout du compte, les plus heureux auraient été les gestionnaires de ces fameux fonds monétaires à valeur constante qu'il s'agit, à tout le moins, d'encadrer.

J'invite tous mes collègues à faire ce pas, même si je partage avec eux cette frustration de ne pas avoir pu aller jusqu'au bout, car au Conseil, certains États membres, qui abritent la plus grande partie de cette activité financière contreproductive, ont refusé toute autre solution que celle à laquelle nous sommes parvenus, en dépit de l'intelligence déployée par nos rapporteurs pour trouver des voies, des moyens et un système qui permette d'encadrer ces fonds.

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Fundusze rynku pieniężnego są dużą szansą dla małych i średnich przedsiębiorstw oraz przedsiębiorstw rozpoczynających swoją działalność. Biorąc pod uwagę widoczną rolę funduszy rynku pieniężnego w kryzysie finansowym, regulacje były bardzo potrzebne. ECR nie mógł poprzeć pierwotnego wniosku, ponieważ zbyt mocno obciążał on stałą wartość aktywów przedsiębiorstwa. Po osiągnięciu porozumienia w ramach rozmów, które mimo że nie do końca satysfakcjonujące, przyniosły wiele pozytywnych zmian, na jakich zależało w grupie ECR – przede wszystkim dla małych i średnich przedsiębiorstw, zapewniających przecież około trzech czwartych wszystkich miejsc pracy w Unii Europejskiej – deklarujemy swoje poparcie.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the money market fund sector is split roughly evenly into constant net asset value and variable net asset value funds. Therefore it is crucial that our framework takes account of the specificities of each type of fund, allowing each fund to continue to function and to finance the real economy, while addressing the objective of the regulation, namely to ensure money market funds are robust and secure in the case of systemic financial events.

The text we will vote on tomorrow strikes the right balance in this respect. We will ensure that CNAV funds in particular are more closely linked to the variations in market value of their assets, through conversion into low volatility NAV funds. This will increase investor protection and reduce the risk of a systemic impact in the event of another crisis.

At the same time LVNAVs will maintain those characteristics which make the currency most attractive to certain types of investors, such as same-day settlement and simplicity of tax treatment. There are many further measures in the text which will help ensure that money market funds continue to serve their purpose in markets while being subject to a strong regulatory regime.

These negotiations were not easy, yet we should be proud that the final outcome is based on an innovative approach taken here in the Parliament in order to break the deadlock between the groups in the Parliament and also between Member States in the Council. Thanks to the rapporteur, the shadow rapporteurs and all involved.

Matt Carthy, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, this proposal which began as an attempt to reduce systemic risk in the shadow banking sector is now deeply disappointing. Let us not forget the role that money market funds played in sparking panic and fire sales in the US during the financial crisis. We had an opportunity to reduce the risk of a future crisis in the global economy and we have failed to take it.

These changes will be largely cosmetic and the address of CNAVs has not been agreed. Systemic risk, in other words, remains fully in place. As Mr Hayes has said, certain funds in Ireland and indeed Luxembourg will benefit from this outcome, but what is the cost? Last year the Financial Stability Board warned that shadow banking in Ireland was, unbelievably, 10 times the size of our economy.

We have already lived through a financial crisis in Ireland that was caused by a banking sector that was actually formally regulated but wholly inadequately so. We need to take the dangers posed by the huge and unregulated shadow banking sector very seriously and we need to act accordingly.

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, il y a dix ans, la crise des *subprimes* plongeait l'économie mondiale dans la tourmente et mettait en lumière les dérives du secteur financier. Nous étions alors nombreux à souhaiter davantage de régulation financière. Où sont passées les bonnes intentions d'alors? Aux oubliettes!

Une majorité de députés a préféré s'aligner sur les demandes des lobbies financiers plutôt que d'agir dans l'intérêt des citoyens en encadrant mieux les fonds monétaire à risque. Nous partions d'un projet qui visait à améliorer la stabilité des systèmes financiers. Nous nous retrouvons avec un texte qui préserve largement le fonctionnement des fonds monétaire exposés aux risques du marché.

N'ayons pas la mémoire si courte. Sachons tirer les leçons du passé. Le risque d'une nouvelle crise est réel. Soyons à la hauteur de nos responsabilités. Les citoyens ont suffisamment souffert des risques pris par les banques et de l'austérité qui en a découlé.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la réforme des Fonds monétaires est enfantée dans la douleur après quatre ans d'atermoiements.

Nous sommes tous d'accord sur la nécessité de contenir le risque systémique des fonds à valeur liquidative constante. Mais l'Union européenne pond, encore une fois, un texte complexe. Je souhaite bonne chance aux gérants d'actifs pour mettre en œuvre cette réforme et respecter la panoplie des nouvelles règles.

Quant aux investisseurs, la clarification tant attendue n'a pas eu lieu. Les intérêts de l'industrie financière irlandaise sont protégés, mais il aurait sans doute fallu des décisions plus ambitieuses pour sécuriser le système financier tout entier. Comme je le répète souvent, l'onde d'un choc systémique viendra de l'économie spéculative, comme en 2008. Tout annonce un prochain cataclysme financier: la progression du système bancaire parallèle et des engagements hors bilan des banques ainsi que les prêts non performants.

La protection de l'économie réelle passe par une séparation stricte des activités de banque. Or, c'est précisément ce que l'Union européenne ne veut pas faire. Enfin, le secteur financier français n'a pas attendu l'Union européenne pour sécuriser ses fonds monétaires. C'est pour cette raison que nous voterons contre cette réforme.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, tomorrow we will finally approve a crucial piece of financial legislation, which is the Money Market Funds Regulation. We are talking about EUR 1 trillion of money market funds investment in Europe. These funds have become a vital cash management tool for many types of businesses, local authorities, NGOs and universities. Therefore they benefit all of us. Unfortunately, the financial crisis revealed that this short-term investment instrument can pose some systemic risks.

Therefore, I welcome the fact that the European Parliament and the Council, after very long and difficult negotiations, have created for the first time a European regulatory framework for money market funds. In congratulating Neena Gill and the shadow rapporteurs on their work, I want to underline that this highly important piece of legislation that we will now have will make money market funds more resilient to crisis and more transparent, money market funds which can contribute to bridging the investment gap in Europe which is something we, together with the Commission, are striving to achieve. Moreover, stable money market funds will be helpful in creating the Capital Market Union.

To name only a few of the various positive aspects of this document, I do appreciate that this regulation ensures that in the future there will be no run risk. Thanks to the uniform rules on the portfolio of money market funds, we will be protected from the situations when investors would withdraw their money simultaneously. Money market funds will be obliged to invest in higher quality assets and will not be able to rely on external support. It is crucial for money market funds to avoid over-reliance on external ratings and introduce the internal risk credit assessment by managers. The legislation protects investors and gives not only large multinationals, but also small companies, the opportunities to grow.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, într-adevăr, aceste fonduri monetare de pe piețele monetare reprezentau, până nu demult, o parte extrem de importantă a ceea ce noi denumim sistemul financiar din umbră și ele au un rol deosebit în gestionarea disponibilităților bănești pe termen scurt pe care le au nu numai firmele, dar și alte instituții financiare și cetățenii. Aceste fonduri trebuie să îndeplinească, în principal, trei condiții: să asigure valoarea banilor, să o mențină, să aibă un grad de lichiditate ridicat și o volatilitate scăzută.

Din păcate, așa cum unii colegi deja au arătat, criza a scos în evidență că este necesar un cadru de reglementare și în acest domeniu, pentru a întări protecția investitorilor, pentru a evita riscul de contagiune și pentru a mări rezistența la schimbările adverse de pe piețe.

Prin acest proiect de reglementare pe care îl voi vota mâine, se introduc măsuri obligatorii pentru aceste fonduri mutuale și se face un pas înainte în construcția pieței unice a capitalului.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, mar a dúirt mo comhghleacaí Brian Ó hAodha, is ábhar fíorchonspóideach, casta, deacair é seo, agus i ndáiríre tá moladh mór tuillte ag Brian agus ag daoine cosúil le Valdis Dombrovskis, an Coimisinéir, agus an Rapóirtéir as ucht an obair a chuir siad isteach ag déileáil leis.

Tá an t-ádh linn go bhfuil saineolaithe mar sin sa Pharlaimint agus go bhfuil siad sásta a bheith ag obair ar ár son agus a bheith obair ar son ár saoránach. I ndeireadh na dála, mar a dúirt Brian, táimid tagtha ar chomhréiteach an-chiallmhar agus an-phraiticiúil.

Dá bhrí sin tá mé sásta go bhfuil comhréiteach an-chiallmhar againn agus tá súil agam go nglacfar leis amárach.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι το βασικό συμπέρασμα που βγάζουμε από τη συζήτηση είναι ότι χρειάζεται φως και διαφάνεια στο σκιώδες αυτό τραπεζικό σύστημα, ένα σύστημα το οποίο διαθέτει 1 τρισεκατομμύριο ευρώ, ένα σύστημα που λειτουργεί περισσότερο ως οικονομία-καζίνο, ένα σύστημα που πρέπει να δώσει μεγαλύτερη έμφαση στην πραγματική οικονομία και να ενισχύσει το ρόλο των μικρομεσαίων επιχειρήσεων για να μπορούν να στηρίξουν την ανάπτυξη. Κρίσιμα ζητήματα σε σχέση με τα κριτήρια ρευστότητας. Θεωρώ ότι κάναμε πολύ μικρά βήματα σε σχέση με το τι έπρεπε να γίνει.

Επιπλέον, παραμένουν, φαίνεται, πάρα πολλά κεφάλαια στο Λουξεμβούργο, ενδεχομένως και στην Ιρλανδία, τα οποία πρέπει να ελεγχθούν ακόμη περισσότερο. Ένα βασικό θέμα αφορά τους οίκους αξιολόγησης, διότι οι επενδυτές στηρίζονται, κατά κύριο λόγο, σε αξιολογήσεις πιστοληπτικής ικανότητας από οίκους αξιολόγησης αμφίβολης ποιότητας, που παίζουν τα δικά τους παιχνίδια στο πλαίσιο της παγκοσμιοποίησης και ήταν υπεύθυνοι, σε μεγάλο βαθμό, και για τη χρηματοπιστωτική κρίση.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, mais uma vez estamos a legislar tendo como pano de fundo a crise financeira e o reconhecido papel que os fundos monetários tiveram e continuam a poder ter na multiplicação do risco e das perdas colocando em risco todo o sistema financeiro. Todos recordamos o encerramento de vários fundos monetários nas últimas décadas. Todos conhecemos que estes fundos representam uma das faces visíveis da chamada «banca-sombra». A História veio ensinar-nos que a especulação está no genoma da finança.

Esta proposta pretende iludir as populações e os trabalhadores de que é possível regular esta atividade criando novas categorias de fundos, ditos de baixa volatilidade, ao ditar regras em termos de diversificação ou mesmo escolhas entre as carteiras de investimento. Estamos, portanto, perante uma regulamentação minimalista e complexa que não responde aos verdadeiros problemas do sistema financeiro e demonstra, mais uma vez, quem manda nesta União Europeia.

(End of catch-the-eye procedure)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you very much for this debate. I think this debate showed very clearly that the negotiations were very complicated and what we have reached is a compromise decision. Indeed it took a long time, it probably does not keep all sides entirely happy, but it still allows us to move forward. Once again, I would like to thank the rapporteur, Neena Gill, the Committee on Economic and Monetary Affairs, and all the colleagues who have been working on this dossier for their efforts and constructive approach during the trilogue negotiations.

Neena Gill, rapporteur. – Mr President, Vice-President Dombrovskis, thank you for your words and also for the constructive engagement we had with the Commission throughout these negotiations, and particularly to our friend Tilman over there in terms of finding the eventual solution.

I would just like to take this opportunity to speak to colleagues who have been, let us say, less than optimistic about this, especially the ones in the Greens and GUE/NGL who were involved at every level in these negotiations, but did not always apply themselves or come up with any concrete alternative way forward. The only way forward was to go back and suggest that we stick with a proposal that could not actually get any kind of agreement in Parliament itself. I think it is important that we recognise that the way we could move forward was to find some kind of compromise, and compromises are difficult, they do not tick all the boxes, but they do mean that we find a solution that basically works for most parts of the sector.

I do believe we have some strong improvements in the proposal that we are going to vote on tomorrow, which many of my colleagues have highlighted and mentioned and I will not repeat them, but I hope that tomorrow we will vote for this in a big way, because it is important that the European Parliament can demonstrate that we are able to overcome our differences within this House, and we are not just a replica of the Council. We make that judgment to ensure that a money market fund sector can thrive and meet many of our objectives either in the Capital Markets Union that the Commission has set itself, or through making sure that we do not have any recourse to the taxpayer in future. Once again I would like to thank all the shadow rapporteurs, the Commission and my coordinator here, for making sure we have final agreement on this.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 5 kwietnia 2017 r.

17. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Petra Ježka w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie prospektu emisyjnego publikowanego w związku z ofertą publiczną lub dopuszczeniem do obrotu papierów wartościowych

(COM(2015)0583 – C8-0375/2015 – 2015/0268(COD)) (A8-0238/2016).

Petr Ježek, rapporteur. – Mr President, Vice-President, colleagues, one and a half years after the Commission published its Capital Markets Union Action Plan, we now have a concrete example of how we will build it.

The Commission's proposal aimed to modernise the Prospectus Directive by making it less costly for businesses to raise funds publicly, review regulatory barriers to small firms listing on equity and debt markets, and support the listing activities of small firms. In the European Parliament, we took these objectives seriously and came forward with a number of innovations to make the Prospectus Regulation more fitting to the current environment. These included increasing the thresholds under which issuers would benefit from exemptions from the regulations, as well as the concept of an EU growth prospectus, a lighter regime which will help facilitate cross-border issuances for smaller companies. During the trilogue negotiations under the Slovak Presidency, we were able to fine-tune our positions and come to an agreement on a text which, I believe, will be of benefit to all issuers who want to raise funding on the markets.

In particular, we increase to EUR 1 million the amount under which issuers would be exempted from the requirements of the Regulation. This will benefit growth funding ventures in Europe, in particular helping them to raise capital without red tape standing in their way. We agreed on the EU growth prospectus, a bold new concept which will reduce costs for SMEs wishing to raise funds on a cross-border basis. The EU growth prospectus will facilitate access to capital for small issuers and encourage them to seek funding from capital markets, rather than a continued over-reliance on bank funding. We supported a shorter prospectus and summary. Under the new regime, we will reduce costs for issuers and increase readability and relevance of information for investors, leading to increased investor protection. We made it simple for companies to carry out secondary issuances with a streamlined procedure. We minimise national exemptions and discretion, which will increase harmonisation and competition within the internal market. In my view, this is what capital market union should be about. We need to have harmonised measures across the EU, reduce red tape for companies, ensure investor protection, and, most of all, stimulate the growth of capital markets in Europe. Unlocking finances for SMEs and making it easier for them to access capital markets will benefit the European economy as a whole and help it to grow, which is something we desperately need in these uncertain times across the globe.

May I conclude by thanking the shadow rapporteurs, the Commission and the Slovak Presidency for their hard work and dedication to completing an ambitious reform of the prospectus regime.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, your endorsement of the political agreement will be an important step in enabling cross-border investments, in providing companies with easier access to capital markets and in delivering better and more concise information to investors. The reform of the prospectus rules delivers on a key element of the Capital Markets Union Action Plan.

After 12 years of a harmonised set of prospectus rules, it was time to make the EU prospectus fit for the Capital Markets Union. In preparing the 2016 prospectus reform we have listened to issuers, investors and market operators and decided to go much further than the last reform that took place in 2010. The new rules that you will hopefully agree to will introduce an entirely new EU growth prospectus, a higher threshold while Member States can rely on local listing rules only, a new registration document for frequent issuers and enormous simplification for secondary issuances.

Let me briefly present the key achievements introduced by the new Prospectus Regulation. The EU Growth prospectus is designed as a key ingredient for developing the SME growth markets introduced by MiFID II. Both SMEs and mid-caps can use this simple prospectus to raise capital on SME Growth Markets. Many well-functioning ‘junior’ markets of today can become the SME Growth Markets of the future.

The new prospectus threshold will be almost doubled to EUR 8 million, compared to the previous EUR 5 million. For offerings below that threshold, Member States can rely on local listing rules issued by the operators of junior growth markets, which can support the development of local or regional stock exchanges for small companies.

Issuers already admitted to the regulated markets and SME growth markets will benefit from a lighter prospectus for their ‘follow-up’ – or secondary – issuances. The alleviations for follow-up issuances reflect the fact that these companies are well-known in the market. About 70% of all equity prospectuses approved annually concern follow-up, so-called ‘secondary issuances’. Our impact assessment estimates potential savings for well-known issuers to amount to no less than EUR 130 million annually.

Finally, the introduction of a Universal Registration Document (URD) for frequent issuers will trigger a ‘fast track’ approval of five days, instead of the statutory limit of 10 days. The URD, therefore, has the potential to decrease approval times considerably and allow issuers to seize market windows at short notice. Mr President, honourable Members, I would like to thank you once again for the excellent work done on this file.

Tom Vandenkendelaere, *namens de PPE-Fractie*. – Door het vertrek van het Verenigd Koninkrijk verliest de EU haar grootste kapitaalmarkt. We kunnen daar angstig op reageren, of we kunnen deze wake-upcall aangrijpen om twee versnellingen hoger te schakelen in het opzetten van een Europese kapitaalmarktunie. Europa heeft nood aan investeringen. Maar daarvoor moet allereerst het investeringsklimaat ingrijpend verbeteren.

De nieuwe prospectuswetgeving vormt een belangrijk stuk van deze puzzel. Europese ondernemingen zijn vandaag nog al te zeer afhankelijk van bankfinanciering. Slechts 20 % van hen haalt geld op bij investeerders. Dat is een sterke onderbenutting van het groeipotentieel dat extra middelen via de kapitaalmarkten biedt. Vooral voor kmo's lijkt de stap naar de kapitaalmarkt vaak te groot. Een belangrijke drempel daarbij is de hoge kost van een prospectus. Onder de huidige regels zijn prospectussen uitgegroeid tot ware telefoonboeken waarin ook de kandidaat-investeerders hun weg niet meer terugvinden. De nieuwe wetgeving zal het opstellen van een prospectus een hoop eenvoudiger en goedkoper maken. Uitgiftes onder de 1 miljoen zullen zelfs helemaal vrijgesteld zijn. Voor kmo's, mid-caps op kmo-groeimarkten en bepaalde kleinere uitgiftes tot 20 miljoen komt er, zoals al aangehaald, een lichter EU-groeipropectus. Hiermee helpen we beloftevolle bedrijven om de financieringsladder te beklimmen en het kapitaal op te halen dat ze nodig hebben om te kunnen doorgroeien.

De prospectusverordening biedt een unieke kans om het een flink stuk eenvoudiger te maken voor kmo's en door-groeiende bedrijven om geld op te halen. Maar daarmee is ons werk voor een Europese kapitaalmarktunie verre van gedaan. Zo moet ook het voorstel voor efficiëntere insolventie- en herstructureringsprocedures, waar ik in de Commissie ECON verantwoordelijk voor ben, met dezelfde eendracht en snelheid worden aangepakt.

Bovendien zal in het streven naar een diepere, échte Europese kapitaalmarkt de discussie over een pan-Europese regulator vroeg of laat onvermijdelijk zijn. Maar laten we morgen alvast een eerste horde nemen en stemmen voor efficiëntere prospectusregels.

Neena Gill, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would firstly like to congratulate the rapporteur, Petr Ježek, on this report. For me and my group it fulfils many of our priorities: reducing legal costs and red tape, reducing fragmentation of practices amongst Member States, unlocking liquidity from institutional investors, harmonising investor protection rules and avoiding a race to the bottom across Member States.

A key proposal that my group was instrumental in getting agreed is the proposal of the SME growth prospectus, which means that SMEs in the EU will be able to use one standard harmonised document to raise capital, a major step forward compared to the current system. Based on this simple document, SMEs will be able to follow an easy process to raise funds across the EU. Importantly, this legislation will also allow for crowdfunding and other new forms of financing to develop European capital markets.

Prospectuses are a gateway to the capital markets. However, it is also vital that issuers based in third countries can continue to access EU capital markets. To enable the Capital Markets Union (CMU) to be a success, non-EU Member States should be able to invest. Critically, given the impending departure of the UK, it could be detrimental to availability of capital for SMEs, given that the UK accounts for 60% of the EU capital markets business. This is a serious consequence and CMU is in danger of becoming CMU-lite in terms of delivering jobs and growth in the future of the EU 27. Therefore prospectuses approved by non-EU countries fulfilling equivalence requirements could be used in the future in the EU.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, esta proposta de diretiva sobre o prospeto representa um passo na construção da chamada «União dos Mercados de Capitais». Subjacente a esta proposta está esta visão das nossas PME, financiadas através do mercado de capitais, promovendo a emissão pública de títulos de capital destinados a serem transacionados em bolsa. Esta visão, tirada dos manuais de economia financeira não assenta, infelizmente, na nossa realidade económica e social.

Com efeito é, no nosso entender, pouco expectável que as microempresas – espinha dorsal da nossa economia – venham a recorrer a este tipo de financiamento. Independentemente das dúvidas que subsistam sobre esta proposta ao nível das isenções, das emissões secundárias ou ainda da falta de disposições sancionatórias que imponham o seu cumprimento, continuamos profundamente em desacordo com as prioridades desta União Europeia.

O que as empresas necessitam não é de um mercado único de capitais. O que elas necessitam são de bancos sãos, de preferência públicos, que estejam comprometidos com estratégias de desenvolvimento e da criação de emprego e, já agora, com uma política de valorização dos salários que aumente o poder de compra das famílias e dê, de facto, confiança às empresas e à economia.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, deseo agradecer, una vez más, al ponente, el señor Ježek, la buena colaboración.

Mañana, el Grupo Verts/ALE no votará esta reforma de la Directiva. Nos vamos a abstener, entre otras cosas porque creemos que se establece un régimen para la publicación de folletos simplificados de empresas que son demasiado grandes, y lo que estamos haciendo, de alguna forma, es reducir la capacidad y la protección de algunos consumidores cuando se imprime el folleto.

Sin embargo, sí quiero agradecer al ponente y también celebrar —y esa es la razón por la cual no vamos a votar en contra— que se haya introducido en el artículo 7 y en el artículo 16 una obligación, por parte de todos los emisores, de decir en qué condiciones esos productos financieros pueden someterse a recapitalización interna, en aplicación de la Directiva sobre resolución bancaria.

Nos parece que esa era una parte muy importante, también por lo que ha ocurrido en el pasado con la venta de algunos productos financieros, que alguna gente, sin saberlo, compró y luego perdió todo su dinero.

Por lo tanto, por esa cuestión, que creemos que es positiva, mañana nos vamos a abstener.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, the agreement on the Prospectus Regulation is a major step in the development of a genuine Capital Markets Union. I want to congratulate the rapporteur and all of the shadow rapporteurs for their work on this file and indeed their discussions with the Council and the Commission in the course of the last number of months.

Making it easier and cheaper for companies, especially SMEs, to raise capital within the markets and to go public ensures that European companies can grow and prosper in a sustainable way. We do have a real problem in Europe with our over-reliance on banking finance. As I have said repeatedly, 75% of lending in the EU comes from our banks and 25% from the capital markets. In the United States, it is the opposite.

This agreement signals a strengthening and deepening of our capital markets in Europe. For example, the new growth prospectus regime will boost the ability of small and growing companies to raise money across the whole single market, according to one common framework.

There are legacy issues from the previous Prospectus Directive. While it was working relatively well, it did not enable a truly strong functioning single market to exist. It created some legal uncertainty and imposed some burdensome requirements, leading to increased cost and the creation of inefficiencies. The existing regime allows Member States to transpose the directive in their own way, which led to 28 separate regimes, and I am glad the Commission decided to issue the new regime as a regulation. This created proper harmonisation because it was much needed.

I also want to welcome the different regimes that have been created for frequent users and for secondary issuances. This will ensure the entire industry benefits from a lighter prospectus regime. This is a good example of how the EU can actually help cut red tape where it is needed and a key component of the Capital Markets Union.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je crois que le Parlement européen a contribué à améliorer la proposition de la Commission sur un certain nombre de points, et en particulier la protection des investisseurs professionnels.

J'aurais cependant préféré que nous allions encore un peu plus loin et que nous fassions de ce fameux résumé un vrai outil d'accès à des investisseurs non professionnels en rapprochant son format de celui que nous allons utiliser pour ce qui est des produits d'investissement de détail dans le cadre de la législation sur les PRIIP. Je crois qu'il y avait là un progrès que nous aurions pu accomplir.

Cela dit, je me réjouis de l'adoption d'un prospectus européen de croissance, qui permettra d'élargir les conditions d'accès aux marchés des capitaux pour des petites et moyennes entreprises qui souffrent trop de la politique de crédit restrictive menée par les banques.

Enfin, nous nous réjouissons de l'amélioration des conditions de collaboration et de travail entre les autorités de supervision et de contrôle du pays d'origine et du pays de distribution des prospectus.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, voi susține acest proiect de regulament, așa cum voi susține orice măsură care contribuie la creșterea aportului pieței de capital, la finanțarea companiilor prin emiterea de acțiuni sau obligațiuni.

Prospectele pentru investitori ar trebui să răspundă la trei cerințe: să asigure informația necesară investitorilor, în al doilea rând să nu devină o greutate pentru cei care emit prospectele și a treia cerință, să aibă aplicabilitate în întreaga Uniune Europeană.

Proiectul de regulament vine și răspunde la aceste cerințe printr-o serie de soluții de compromis, printre care faptul precizează mai bine informația necesară, dar vine și cu o serie de simplificări față de prevederile directivelor în vigoare, atât pentru întreprinderile mici și mijlocii, cât și pentru acele firme care vin să emită acțiuni suplimentare pe piață.

Apreciez în mod deosebit angajamentul Autorității europene de supraveghere a piețelor de capital de a asigura online toate prospectele emise și fără a se plăti vreo taxă, pentru toți cei care doresc să aibă acces la aceste prospecte.

Paul Tang (S&D). – Mr President, I am the last speaker in this graveyard shift. Nevertheless, I would like to say some words because, according to some, European rules are the nails in the coffin of SMEs. But if cross-border obstacles do not allow companies to do business or to raise capital, it is the lack of EU rules that makes life harder for them.

I therefore welcome the new harmonised prospectus legislation and the good work that has been done. For companies, the prospectus is a gateway to the capital markets, making them logical and to the point, understandable to potential investors, and by reducing red tape. That is good. This is a step towards a genuine Capital Market Union, but many more steps are needed. This includes, of course, securitisation, which could get stuck in trilogue, unless the Council is willing to discuss the issues that are raised by the European Parliament. I really look forward to that moment.

To conclude, the midterm review needs to come up with more, even bolder, steps to move towards agreeing a genuine Capital Market Union.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ευχαριστώ για την τιμή που μου κάνετε να είμαι ο τελευταίος ομιλητής. Θεωρώ, βεβαίως, όπως και όλοι οι συνάδελφοι, ότι ο στόχος της ένωσης των κεφαλαιαγορών είναι να βρεθούν πηγές χρηματοδότησης, κυρίως για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Αυτό σημαίνει διαφάνεια και ενημέρωση του κοινού μέσω του ενημερωτικού δελτίου. Η εξάλειψη του γραφειοκρατικού άχθους έχει επίσης μεγάλη σημασία, ιδίως για δημόσιες προσφορές αξιών κάτω των 5 εκατομμυρίων ευρώ.

Όμως, κύριε Dombrovskis, ήθελα να σας θέσω μια ερώτηση, διότι στην αιτιολογική σκέψη 9 της έκθεσης αναφέρεται ρητά ότι μη μετοχικές κινητές αξίες που εκδίδουν κράτη μέλη, που εκδίδουν περιφερειακές αρχές, τοπικές αρχές, διεθνείς οργανισμοί όπου συμμετέχουν ένα ή περισσότερα κράτη της Ένωσης, άρα ο ESM, ο EFSF και ενδεχόμενα ο EFSM δεν έχουν υποχρέωση να τηρούν τον παρόντα κανονισμό, όπως και η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα και οι κεντρικές τράπεζες των κρατών μελών. Γιατί υπάρχει αυτή η εξαίρεση, κύριε Dombrovskis; Θα θέλαμε μία απάντηση. Δεν πρέπει να υπάρξει διαφάνεια και σε σχέση με τις εκδόσεις από πλευράς αυτών των οργανισμών;

(Koniec zgłoszeń z sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to take this opportunity to thank the European Parliament, in particular the rapporteur Mr Ježek, his predecessor, Philippe De Backer and other colleagues who have been working on this, for the smooth conduct of the trilogues and the excellent results achieved in those negotiations.

We are now looking forward to working with ESMA on prospectus schedules that will put the meat on the bones of our prospectus reform. We will work with the utmost urgency towards a new set of implementing schedules so that our rule book can be fully applied as of May 2019. To come specifically to a question raised by Mr Marias, central banks and similar institutions are always exempt in these kinds of cases.

Petr Ježek, rapporteur. – Mr President, I was not told that building the Capital Markets Union would be a night job. Therefore I will be very brief.

I am delighted that this first element of the Capital Markets Union garnered such broad support. I see it as a common achievement. I am glad, not only from the point of view of substance, but also because nowadays, when times are difficult, some may wobble. I think that this example clearly shows that the groups in the European Parliament and the EU institutions are able to work together very well and deliver.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 5 kwietnia 2017 r.

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**19. Schluss der Sitzung**

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.50)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. APRIL 2017

(C/2024/2683)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. April 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	5
2. Erklärung des Präsidenten	5
3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	5
4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	5
5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	5
6. Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Mitteilung über den beabsichtigten Austritt aus der Europäischen Union (Aussprache)	5
7. Abstimmungsstunde	43
7.1. Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Mitteilung über den beabsichtigten Austritt aus der Europäischen Union (RC-B8-0237/2017, B8-0237/2017, B8-0241/2017, B8-0242/2017, B8-0243/2017) (Abstimmung)	43
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	43
9. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)	44
9.1. Bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (A8-0088/2017 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung) . .	44
9.2. Ratifizierung des Protokolls von 2010 zu dem Übereinkommen über schädliche und gefährliche Stoffe und Beitritt zu diesem Protokoll mit Ausnahme der Aspekte im Zusammenhang mit der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (A8-0076/2017 - Pavel Svoboda) (Abstimmung) . . .	44

Inhalt	Seite
9.3. Ratifizierung des Protokolls von 2010 zu dem Übereinkommen über schädliche und gefährliche Stoffe und Beitritt zu diesem Protokoll im Hinblick auf die Aspekte im Zusammenhang mit der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (A8-0078/2017 - Pavel Svoboda) (Abstimmung) . . .	44
9.4. Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in Bezug auf das Informationssystem in Kroatien (A8-0073/2017 - Nuno Melo) (Abstimmung)	44
9.5. Medizinprodukte (A8-0068/2017 - Glenis Willmott) (Abstimmung)	44
9.6. In-vitro-Diagnostika (A8-0069/2017 - Peter Liese) (Abstimmung)	44
9.7. Geldmarktfonds (A8-0041/2015 - Neena Gill) (Abstimmung)	44
9.8. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (A8-0238/2016 - Petr Ježek) (Abstimmung)	45
9.9. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (A8-0110/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)	45
9.10. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (EntschlieÙung) (A8-0117/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)	45
9.11. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben (A8-0104/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)	45
9.12. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2018 — Einzelplan I — Europäisches Parlament (A8-0156/2017 - Richard Ashworth) (Abstimmung)	45
9.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2017 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für das Vereinigte Königreich, Zypern und Portugal (A8-0155/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)	45
9.14. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2017/000 TA 2017 — Technische Unterstützung auf Initiative der Kommission (A8-0157/2017 - Victor Negrescu) (Abstimmung)	45
9.15. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU zwecks Hilfeleistung für das Vereinigte Königreich, Zypern und Portugal (A8-0154/2017 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)	45
9.16. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Lettland (A8-0089/2017 - Claude Moraes) (Abstimmung)	45
9.17. Automatisierter Austausch von DNA-Daten in der Slowakei, Portugal, Lettland, Litauen, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Zypern, Polen, Schweden, Malta und Belgien (A8-0091/2017 - Judith Sargentini) (Abstimmung)	46
9.18. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit der Slowakei, Bulgarien, Frankreich, der Tschechischen Republik, Litauen, den Niederlanden, Ungarn, Zypern, Estland, Malta, Rumänien und Finnland (A8-0092/2017 - Tomáš Zdechovský) (Abstimmung)	46
9.19. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten in Finnland, Slowenien, Rumänien, Polen, Schweden, Litauen, Bulgarien, der Slowakei und Ungarn (A8-0095/2017 - Filiz Hyusmenova) (Abstimmung)	46
9.20. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten in Malta, Zypern und Estland (A8-0090/2017 - Maria Grapini) (Abstimmung)	46
9.21. Genetisch veränderte Maissorte Bt11 × 59122 × MIR604 × 1507 × GA21 (B8-0236/2017) (Abstimmung)	46
9.22. Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU (A8-0045/2017 - Elena Valenciano, Agustín Díaz de Mera García Consuegra) (Abstimmung) . . .	46
10. Stimmerklärungen	46

Inhalt	Seite
10.1. Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Mitteilung über den beabsichtigten Austritt aus der Europäischen Union (RC-B8-0237/2017, B8-0237/2017, B8-0241/2017, B8-0242/2017, B8-0243/2017)	46
10.2. Medizinprodukte (A8-0068/2017 - Glenis Willmott)	53
10.3. In-vitro-Diagnostika (A8-0069/2017 - Peter Liese)	55
10.4. Geldmarktfonds (A8-0041/2015 - Neena Gill)	55
10.5. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (A8-0110/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas)	55
10.6. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (Entschließung) (A8-0117/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas)	56
10.7. Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU (A8-0045/2017 - Elena Valenciano, Agustín Díaz de Mera García Consuegra)	57
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	58
12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	58
13. Hetze, Populismus und gefälschte Nachrichten in sozialen Medien – Überlegungen zur Vorgehensweise der EU (Aussprache)	58
14. Roamingvorleistungsmärkte (Aussprache)	84
15. Roamingvorleistungsmärkte (Fortsetzung der Aussprache)	94
16. Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind: Ukraine (Aussprache)	102
17. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	115
18. Lage in Venezuela (Aussprache)	115
19. Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (Aussprache)	124
20. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	132
21. Bericht 2016 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	132
22. Empfehlung an den Rat hinsichtlich der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (FRK) (Aussprache) ..	142
23. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	149
24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	149

Inhalt	Seite
25. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	149
26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	150
27. Schluss der Sitzung	150

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. APRIL 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

2. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – Prima di dare il via alla discussione sulla Brexit, vorrei esprimere a nome del Parlamento europeo il forte sdegno per l'orribile strage avvenuta in Siria con l'utilizzo di armi chimiche.

Tutti quanti noi siamo rimasti colpiti nel vedere le orribili immagini di bambini che morivano soffocati a causa dell'uso di armi chimiche. Questo è inaccettabile, è in contrasto con i valori dell'Unione europea, che noi abbiamo il dovere di difendere all'interno dei nostri confini ma anche al di fuori dei nostri confini. A tutto il popolo siriano martoriato da anni di guerra va quindi la nostra solidarietà.

Oggi a Bruxelles si apre la conferenza promossa dall'alto rappresentante Federica Mogherini sulla Siria. Sono fiducioso che un'Europa unita potrà giocare un ruolo importante per un indispensabile processo di pace.

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

6. Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Mitteilung über den beabsichtigten Austritt aus der Europäischen Union (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione prioritaria sui negoziati con il Regno Unito a seguito della notifica della sua intenzione di recedere dall'Unione europea (2017/2593(RSP)).

La discussione che sta per iniziare segna l'inizio di uno dei processi politici più complessi mai affrontati dal Parlamento europeo. Sarà un negoziato delicato, dove noi saremo chiamati a giocare un ruolo centrale, prima di tutto per tutelare gli interessi dei cittadini europei.

Ascolteremo le posizioni di tutti i gruppi politici prima di approvare una risoluzione che definirà le linee guida del Parlamento europeo nella trattativa. Il vostro voto sarà decisivo per l'esito finale delle condizioni di uscita del Regno Unito e per i futuri rapporti con questo paese.

I recenti gravi episodi di terrorismo ci ricordano che tutti i paesi europei sono chiamati a lavorare assieme. Il terrorismo non conosce confini e la sicurezza dei nostri cittadini va sempre anteposta a ogni interesse particolare.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, dear colleagues, last week we officially received the letter. It took nine months to write a letter of six pages, but finally, we received the letter. Today is the day at the European Parliament and today's signal is that we are ready, we can start and, hopefully, after the vote we can say we are united and we stay together in these negotiations.

First of all, I would like to thank Guy Verhofstadt for his work in preparing our resolution. The message is clear on the procedure: first, divorce and, second, the future treaty. Then we underline what should be the atmosphere in the negotiations; we want to have a fair, constructive atmosphere built on trust. Then we have defined our priorities regarding citizenship: do not play with the legal uncertainty of citizens. We are underlining that, for us, the Northern Ireland question is a decisive one: avoid a hard border in Ireland.

Then we have to talk about money. The top priorities are defined. Finally, we hope that London respects that the EU27 will continue. The Rome Declaration is clear and we have to talk about the future in our Union.

The point is, from our point of view, a decisive difference. It is a very fundamental question: what does leave mean? What does it mean to leave the European Union? For example, on the question of security, I heard last week that Theresa May said that they want to stay in Europol. Europol is a European Agency – it is the European Union who is organising Europol – but they want to stay.

So does leave mean no further access to Europol and to the Schengen Information System, or does leave mean to stay in them? Then we talk about the research union. Cambridge, Edinburgh, Paris and Milan are working closely together. So does this mean that with leave there will be no further cooperation, because at the moment the European Union is financing this?

Then there is the single market. Trade is positive. Does leave mean no more access to the single market? Does leave mean no more cooperation? I feel that London thinks they will find the perfect deal, and that means they take the positive points and they leave the negative points. I have to clarify that this will not happen. Cherry-picking will not happen. A state outside the European Union cannot have the same, or better, conditions than a state inside this European Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was machen wir hier eigentlich? Beispielsweise Nordirland: Dort haben wir jetzt viele Sorgen von den Kollegen, die aus Belfast zu uns kommen, die äußern, dass der Friedensprozess unter Druck steht, dass wir eventuell Rückschritte machen. Oder Gibraltar: Da kann man darüber lachen, dass es in den letzten Tagen Diskussionen über möglichen Krieg gab. Aber tatsächlich hatte die Premierministerin eines großen Landes, nämlich Großbritanniens, die Notwendigkeit gesehen klarzustellen, dass es keine militärischen Aktivitäten gab. Wo sind wir denn gelandet? Über was reden wir eigentlich? Ich muss mal sagen: Sind wir eigentlich noch ganz bei Trost?

Wir müssten eigentlich über Digitalisierung, über die Sicherheitsfragen unseres Kontinents reden und nicht über Debatten der letzten Jahrzehnte. Das zeigt uns, dass wir in die vollkommen falsche Richtung diskutieren, die uns leider Gottes von den Nationalisten und Populisten aufgedrückt wird.

Und ich möchte den Spaniern und auch den Iren zurufen, dass sie dieses Mal eine andere Lage haben. Sie werden nämlich nicht ihre Interessen als Iren beispielsweise allein gegen London durchsetzen können. Oder auch die Spanier werden sich darauf verlassen können, dass sie nicht alleine stehen in der Debatte gegenüber London, wenn es um Gibraltar geht. Wir werden die große Chance haben, dass die EU-27 deutlich macht, dass wir eine große Familie sind und zusammenhalten, dass die irischen Interessen nicht nur irische, sondern europäische Interessen sind und dass die spanischen Interessen europäische Interessen sind.

Und zu guter Letzt: Austritt aus der Europäischen Union. Theresa May formulierte: 'Es ist kein Austritt aus Europa.' Das mag für Menschen gelten, in der Beziehung zwischen Menschen mag das gelten. Wir bleiben Freunde, das ist vollkommen klar. Aber die Idee der Europäischen Union ist eine Idee des Miteinanders. Großbritannien wird zukünftig nicht mehr am Tisch sitzen, wenn die Außenminister über Syrien beraten. Sie werden nicht mehr am Tisch sitzen, wenn wir über die Ukraine beraten. Das heißt: Natürlich tritt Großbritannien aus der politischen Idee Europas aus, und das ist das, was leider Gottes sehr, sehr negativ ist.

Positiv ist, dass wir am Ende des Tages Partner und Freunde bleiben. Aber in den Verhandlungen muss sich Großbritannien auf eine harte Verhandlungsposition der Europäischen Union vorbereiten.

(Beifall von der eigenen Fraktion)

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche il pensiero dei Socialisti e Democratici va alle vittime degli attacchi chimici in Siria. Pietà per le vittime. Sono morti venti bambini. Vergogna! Vergogna per i mandanti, vergogna per i responsabili politici e anche per chi, lavandosene le mani, ha dato l'impressione di dare carta bianca al regime siriano.

Quando ci si trova di fronte ad una guerra vera, ci si rende conto della irresponsabilità di certi politici. Non bisogna ridere! Due giorni fa, come ha ricordato il collega Weber, un ex leader conservatore britannico ha paventato il rischio di una guerra tra Regno Unito e Spagna. Sono parole da dilettanti allo sbaraglio. Spero che i cittadini inglesi capiscano in quali mani sono finiti. I Tories hanno voluto il referendum e il giorno dopo il voto non conoscevano nemmeno la procedura per chiedere il divorzio. L'integrità del Regno Unito è a rischio. Volevate riprendervi il controllo, ma di che cosa? Avevate promesso un futuro migliore. Le vostre bugie hanno creato soltanto il caos nel Regno Unito. Noi non mentiremo.

(Applausi)

Questa istituzione è la prima a rispondere. E ringrazio anch'io il collega Verhofstadt e coloro i quali hanno lavorato di più attorno a questa risoluzione. Siamo pronti ad usare il nostro potere di veto se non saranno rispettate le condizioni stabilite nella risoluzione. La nostra priorità è quella di tutelare i diritti acquisiti da quei cittadini europei oggi minacciati dalla Brexit.

Vogliamo dire alcune verità. Primo: un paese fuori dall'Unione europea non potrà mai beneficiare delle stesse condizioni di quando era membro. Dobbiamo discutere le condizioni del divorzio. Solo quando avremo fatto progressi sostanziali si discuterà delle future relazioni. Inoltre rispediamo al mittente qualsiasi ricatto o ricattuccio. Se qualcuno del Regno Unito vuole usare la sicurezza comune come arma di ricatto, si sbaglia!

Seconda verità: qualsiasi accordo futuro col Regno Unito sarà condizionato al rispetto degli standard sociali, ambientali e fiscali dell'Unione. Non tolleremo mai che alle porte dell'Unione europea si crei un maxi paradiso fiscale. Non ci sarà nessun trattamento di favore nei confronti della City, e non accetteremo alcuna corsa al ribasso per i diritti dei lavoratori.

Terza verità: oggi la pace nell'Irlanda del Nord – e questo dovrebbe preoccuparvi! – è più fragile, e noi dobbiamo preservarla. E tutti gli impegni finanziari assunti, come succede in tutte le famiglie, quando si esce di casa e si va in un'altra casa, bisogna pagare le bollette della luce, del gas, dell'energia. E questo riguarda tutti, non è un trattamento di sfavore nei confronti di qualcuno.

E infine, la Brexit ci ha insegnato che l'Unione europea non può essere solo la somma di interessi nazionali uniti da un mercato unico. Noi siamo innanzitutto una comunità di valori, primo tra tutti la solidarietà. La Brexit sia l'occasione per ritrovarci ancora più uniti attorno al nostro destino comune.

(Applausi)

Presidente. – Data la delicatezza della discussione, non concederò domande «cartellino blu» durante la mattinata di oggi. Ci sono tantissimi iscritti per gli interventi. Ogni gruppo ha il diritto di esprimere le proprie posizioni a favore o contro la Brexit, ma questa discussione non deve trasformare quest'Aula in uno stadio di calcio dove ci sono tifosi da una parte o dall'altra.

Come sono sempre stato equanime nel presiedere quest'Aula, se sono flessibile per quanto riguarda i tempi nei confronti dei presidenti dei gruppi, lo sarò nei confronti di tutti i presidenti dei gruppi. Ho sempre presieduto l'Aula con grande equilibrio, intendo farlo anche oggi. Quindi vi invito ad affrontare la discussione con serietà, entrando nei contenuti – tanto non cambiano le decisioni politiche se qualcuno alza la voce o non la alza, quello che conta sono i contenuti.

Ogni gruppo politico avrà il diritto di esprimersi più volte su questa questione. Non è un caso che sia stato deciso dalla Conferenza dei presidenti di avere al termine della discussione gli interventi, ancora una volta, dei presidenti dei gruppi. Quindi sarà una discussione completa, e ognuno potrà esprimere compiutamente le proprie idee e le proprie posizioni.

Helga Stevens, on behalf of the ECR Group. – Mr President, today, I hope, begins the process of shaping a better future for the peoples of Europe. The peoples whose jobs, businesses, economy and security all depend on us to take the EU in the right direction. A new direction. The UK leaving must not be a missed opportunity to create positive change. That is why the ECR Group adopted last week its vision of a reformed and decentralised European Union. I can recommend it to you.

Britain is an island, not a boat. It will remain where it is, it will remain one of our most important economic, political and security partners. The United Kingdom and the European Union are friends, not enemies. This should not be a nasty break-up but the beginning of a deep and special partnership between long-standing allies.

We need to start work on a comprehensive deal right now, a deal that looks at everything: cooperation on security, trade, education, research, transport and, yes, money. Everything from the start. There is no time to lose.

If we do anything less, history will judge us harshly as having been small and petty when the challenges of our age required us to be bold and visionary. Mr Verhofstadt, you spent a great deal of time in your campaign for president of the Parliament distancing yourself from the backroom deals of the past. Yet, once again, the pleas for openness and transparency feel like the same old empty promises – promises which those outside of Brussels are increasingly frustrated with.

The negotiation and process of this resolution have sought to exclude the opinions of some political groups and Members in this Parliament. When you do that, you do not just exclude the voices of those Members, but also the voices of their electorates. Mr Verhofstadt, no one is asking you to agree with everyone, but you could at least listen to what they have to say.

That is not to say that we do not agree with anything in the joint motion. We do. We agree, for example, that it is essential that the rights of EU citizens in the UK and of UK citizens in the EU are dealt with quickly and fairly. But we do not share other key points.

We believe the European Parliament should seek to support the EU negotiator not make life more difficult by making excessive demands in advance. That just looks like the same old tired tactics, which undermine the credibility of this Chamber. The three-year limit on transitional arrangement seems arbitrary. We might want different lengths for different issues. We deeply regret that all the work prepared by Parliament's committees was just brushed aside.

Mr President, fellow Members, my hope is that the EU will emerge from Brexit renewed and able to prevent the departure of other Member States. The next two years should be about building the faith of the peoples of Europe in the decisions we are making. If the EU is to come back stronger and if we really want to win back the confidence lost by our citizens, then this is not only the moment to determine how we will work with the UK in the future, but also how we can get the EU back on track.

I call on all colleagues to listen to the recent statements by several European leaders who show that there are alternatives to ever more Europe. We need to follow the path to a decentralised confederal Europe. There simply is no support for more centralising Euro-federalism. With or without Britain, we need a new direction for Europe.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I have the feeling that it was a very sad moment on Wednesday of last week when the British ambassador gave his letter to President Tusk. That was my feeling anyway: a very sad moment.

It is true, naturally, that the relationship between Britain and Europe was never an easy relationship, let us recognise that. It was never a love affair and certainly not a question of wild passion. I think it was a little bit like a marriage of convenience, if I can use that term.

It was already clear, dear colleagues, from the beginning. In the 1950s Britain decided against membership of the European Coal and Steel Community. Attlee and Labour did not want it, and it was Churchill and the Tories who were in favour, it is good to recall this. And in 1955 at the start of the Common Market, Britain walked away from the negotiating table.

In the early years of the Union it was the British Prime Minister Macmillan who looked at the continent with nothing less than suspicion. What were they cooking up there in Brussels, were they really discussing coal and steel and customs union, or were they also talking politics in Brussels, plotting on foreign policy? Oh, God forbid, defence matters even!

So British Prime Minister Macmillan wrote to his foreign minister, and, I quote, I have the quote here: 'For the first time since Napoleon the major continental powers are united in a positive economic grouping, but considerable political aspects', and to his own surprise, Macmillan had to admit this new experiment, and I quote further, 'was not directed against Britain.' So when Britain finally joined the European Union in 1973 after, as we all know, several blockades by General de Gaulle, the headlines were festive. You have to read all the British press in 1973, it was a great day for Britain to join the European Union.

Let us be honest about this, it was only a short honeymoon, as we know, because Margaret Thatcher asked for her money back and her successor John Major called the euro, and I quote again, 'a currency as strange as a rain dance, with the same impotence'. Well, I have to tell you that the pound slipping against the euro, as we see today was not exactly what Major expected at that moment.

But all the rest, let us be honest with each other, is history. Perhaps let us recognise that it was maybe impossible to unite Great Britain with the Continent, and naive maybe to reconcile the legal system of Napoleon with the common law of the British Empire, and perhaps it was never meant to be.

(Applause)

But, and this is important – and I hope you are applauding this also – our predecessors should never be blamed for having tried, because it is important in politics, as it is in life, to try new partnerships, new horizons, to reach out to the other, to the other side of the channel. I am also convinced and 100% sure about one thing: that one day or another, dear colleagues, there will be a young man or a young woman who will try again, who will lead Britain into the European family once again.

(Applause)

And a young generation that will see Brexit for what it really is: a catfight in the Conservative party that got out of hand. A loss of time, a waste of energy, and I think, a stupidity.

Although I continue to think that Brexit is a sad and regrettable event, I also believe it is important to remember something. Remember what Britain and Europe in these more than 40 years have achieved together. It is true, we may not have had the most passionate relationship, but it was not a failure either, not for Europe, and certainly not for Britain and the British.

Let us not forget, Britain entered the Union as the sick man of Europe, and thanks to the single market, came out the other side. Europe also made Britain punch above its weight in terms of geopolitics, as in the heyday of the British Empire. And we, from all sides, must pay tribute to Britain, to Britain's immense contributions as a staunch and unmatched defender of free markets and civil liberties. And thank you for that because as a Liberal, I will miss that in the future.

Colleagues, within a few weeks we will start the process of separation. And I think, Mr Juncker and Mr Barnier, the goal must be to have a new and stable relationship and a deep and comprehensive partnership and association between the UK and the EU that certainly will be very different, as we all know, from membership.

In this new venture let us always remember one thing. Our common bonds, our common culture, our common and shared values, our joint heritage, our history. And let us never forget that together we in fact belong to the same great European civilisation, from the Atlantic port of Bristol, I go as far as to the banks of the mighty river Volga; but maybe that is a little too far for the moment.

But let us be honest, and this will be my final point. Brexit is not only about Brexit. Brexit has to be also about our capacity for a rebirth of our European project, because let us recognise that Brexit did not happen by accident. Even though since Brexit I see what I call a change for the good in the mood of the public, let us not fool ourselves: Europe is not yet rescued and Europe has not yet recovered from the crisis.

Europe is still in need of change, I think in need of radical change: change towards a real Union, an effective Union based on values and based on the real interests of our citizens. And a Union also – and I want to conclude with this – that stands up against autocrats. Autocrats will close down their universities, to give one example.

(Applause)

Autocrats will throw journalists into jail, as is happening today. Autocrats will make corruption their trademark. And yesterday, as we all have seen, beyond any humanity, autocrats again bombed innocent women and children with chemical weapons in Syria, to give the nastiest example.

So in these negotiations which will have to start in the coming weeks, let us never forget why our founding fathers – British and other Europeans alike – launched this European project. There are three words: freedom, justice and peace – these are three great things that are worth fighting for.

(Applause)

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Ein knappes Dreivierteljahr ist nach dem britischen Referendum vergangen. Vorige Woche wurde nun Artikel 50 ausgelöst, und damit ist klar, dass die Scheidung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU vollzogen wird. Die Zeit, in der sich die Streitenden die Instrumente und die Waffen zeigen, ist vorbei. Die Zeit der verantwortungslosen Demagogie, insbesondere von Herrn Farage und anderen, ist vorbei.

Jetzt muss hart verhandelt werden. Jetzt ist die Zeit derer, die tatsächlich klar und deutlich, besonnen, fair und respektvoll miteinander umgehen müssen, um zu Lösungen zu kommen, die ein gemeinsames Miteinander zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union ermöglichen. Im Rahmen dieser Trennung wird offenkundig sichtbar, wie eng verwoben die Strukturen, die Lebensadern zwischen den Mitgliedstaaten inzwischen geworden sind. Es betrifft alle Bereiche. Die Zeit dafür das in 15 Monaten so weit auszuhandeln, ist ungeheuer kurz – das wissen wir alle. Also erfordert es, dass wir als Parlament nicht nur heute, nicht nur am Ende, wenn es um den Trennungsakt geht, einbezogen sind, sondern dass wir uns auch bei den Zwischenbewertungen hier im Parlament verständigen können, dass wir in dem Moment, wenn gesagt wird: „Phase zwei wird ausgelöst“, hier ebenfalls als Parlament mit gefragt werden.

Was ist uns wichtig? Wir meinen, dass im Vordergrund die Rechte der Menschen, der Bürger, der *citizens* der Europäischen Union, und zwar der bisherigen 28 stehen müssen. Uns ist wichtig, dass die Rechte der UK *citizens*, der Bürger des Vereinigten Königreiches in der EU, der EU *citizens* im Vereinigten Königreich, die ja zusammen schon über 4 Millionen sind, plus die Rechte der 1,8 Millionen Menschen, die im Norden Irlands leben, gewahrt werden. Und wir wissen alle ganz genau, dass es dann nicht nur die direkt Betroffenen gibt, sondern dass Auswirkungen auf das Verhalten, auf das Miteinander in wichtigen Regionen der Europäischen Union gibt.

Wir begrüßen, dass in dem gemeinsamen Vorschlag das Karfreitagsabkommen zum Norden von Irland fest verankert ist und in der Gesamtheit betrachtet wird. Die Europäische Union war zu jedem Zeitpunkt ein aktiver Mitgestalter und ein Garant für das Wirken dieses Karfreitagsabkommens, und schon aus diesem Grund sollten wir uns hier in die Pflicht nehmen, das wir zu jedem Zeitpunkt die Interessen der Menschen auf der irischen Insel insgesamt betrachten und dort nicht zulassen, dass im 21. Jahrhundert in der Europäischen Union eine neue Grenze entsteht. Ich möchte auch keine Grenze in meinem Land wieder haben, niemals mehr eine Grenze und eine Mauer, die undurchlässig ist.

(Beifall)

Worum geht es uns auch? Wir wollen, dass insgesamt die Grundrechte, die sozialen Rechte, also praktisch das, was die Würde von Menschen ausmacht, in diesen Verhandlungen immer im Vordergrund stehen. Das muss unser gemeinsamer Ziel- und Angelpunkt sein, und ich sage Ihnen: An der Art und Weise, wie wir miteinander verhandeln werden, wird sich auch entscheiden, welche Zukunft die Europäische Union hat.

Und wir müssen uns auch die Frage stellen, warum es den Demagogen wie Herrn Farage gelungen ist, eine Stimmung in Großbritannien so umzudrehen, dass letztendlich dieses Ergebnis herausgekommen ist. Das sind doch nicht nur die nationalen Probleme im Inneren Großbritanniens oder der Tories gewesen, das sind doch auch die Probleme, die wir innerhalb der EU haben, die wir nicht gelöst haben. Wo bleibt also unsere soziale Union? Wo bleibt der Beschäftigungsschutz? Wo bleibt der Sozialschutz, die soziale Säule? Wo bleibt unser Versprechen für mehr Demokratie? Das ist das, was wir den Menschen signalisieren müssen. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Kampf führen. Dann kommen wir am Ende dabei auch gemeinsam heraus – im Interesse aller Bürger und Bürgerinnen, aller Menschen, und ich schließe dabei die Migranten insgesamt mit ein.

(Beifall)

Philippe Lamberts, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Prime Minister May, you inherited a situation you did not create, yet you had a choice. And by choosing the hardest form of Brexit you chose the most extreme interpretation of the referendum. In doing so, you encouraged all those on the continent as well as in the UK from the fringes of the political landscape and the benches of your own governments who have made grandstanding and threatening their brand of politics.

On the one hand, we have to all those who call for making Britain the world champion of social and tax dumping, or even for starting a war with Spain. On the other hand, we have those who say we should punish the United Kingdom. Have the last 70 years not told them anything?

Mrs May, by your own choice you dug yourself a hole of contradictions. How can you have a hard Brexit without having a hard border in Ireland? How can you – to use your own words – have the freest possible trade in goods and services between Britain and the EU while you take the UK out of the single market, which allows precisely that?

But above all, how can you reconcile a hard Brexit with your own stated desire of a more united UK and our claim to represent every person in the United Kingdom, including the large number of people, especially the young generation who voted in favour of remaining in the European Union?

Resolving those contradictions, so as to minimise damage to our citizens must be the objective of the negotiations to come. If we want common sense and the general interest to prevail we must ignore those who shout and posture. I agree with you, Mrs May, when you say you want to build a stronger, fairer, better Britain. Achieving stronger, fairer and better societies is a goal that many share in this Chamber.

Delivering this requires us to face the Trumps and the Putins of this world, to tackle climate change, to fight terrorism and organised crime, to find common responses to the global migration challenge, to curb corporate power. And who can believe, who seriously can believe when EU citizens altogether represent 7% of the global population on 2% of the land, that any – I say any – of our Member States, including the largest is better equipped to face challenges on its own?

Mrs May, like it or not, we are in this together. Taking back control, being recognised as global players, requires all Europeans, including Britons, to act together. There is no such thing as absolute sovereignty. In the 21st century we can only reconquer sovereignty for democracies by sharing it.

Mrs May, you want to build a Britain your children and grandchildren are proud to call home. Let me remind you that, as we speak, many of your own citizens are proud to call not just Britain but Europe home. Let us not let them down.

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, it may have taken nine months – a pretty full gestation – but be in no doubt that last Wednesday was a great historic day when the United Kingdom announced that we were going to become an independent, self-governing, democratic nation once again, an act that has been cheered by hundreds of millions of people all over the world.

We have had a little history lesson this morning from Mr Verhofstadt, but he made one mistake. In 1973, sir, we did not join the European Union; we joined the European Economic Community. Had the British people known that it was the intention to get political and take away our ability to govern ourselves, we never would have done so.

I am sorry to say that the response to the triggering of Article 50 has been all too predictable. Already you have made a series of demands that are not just unreasonable, but, in some cases, clearly impossible for Britain to comply with. You began by telling us that we have to pay a bill: a cool GBP 52 billion, a figure that has clearly been plucked out of the air, which is effectively a form of ransom demand. What you could have acknowledged is that we put over GBP 200 billion net into this project. We are actually shareholders in this building and the rest of the assets and really you should be making us an offer we cannot refuse, to go.

The ever-charming Mr Verhofstadt, Parliament's chief negotiator, in his resolution that we are to vote on later today, tells us that we cannot discuss potential trade deals with anybody else in the world until we have left the European Union. That has no basis in Treaty law whatsoever. It is rather like saying you cannot guarantee yourself a dwelling for when you leave prison and I trust the British Government will completely ignore you.

I suspect that Mr Tusk, who is not with us today, is still crying. He looked pretty tearful, did he not, after the British Ambassador delivered the letter last week? He tells us in his memorandum that any future trade deal must ensure that the United Kingdom is not allowed to have a competitive advantage. This is all impossible. Add to that the hypocrisy of saying, on the one hand, that the EU will negotiate as one, and clause 22 of the Tusk document which says that the Spanish can have a total veto over the whole trade deal if they are not happy with the sovereignty of Gibraltar.

We believe in national self-determination. Your aim and ambition is to destroy nation state democracy. Gibraltar is clearly a deal-breaker on current terms. With these demands, you have shown yourselves to be vindictive, to be nasty, and all I can say is thank goodness we are leaving. You are behaving like the mafia. You think we are a hostage, we are not, we are free to go, and 85... I know and I do understand ...

(The President cut off the speaker)

Presidente. – On. Farage, io sto garantendo a lei la possibilità di parlare, di dire tutto quello che vuole, però quando si parla di mafia, quando lei dice che il Parlamento si comporta come la mafia, questo per quanto mi riguarda è inaccettabile.

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, I do understand national sensitivities. I will change it to gangsters. All right? And that is how we are being treated. We are being given a ransom note.

(Noisy interjections from the floor)

What must be very difficult for all of you to get into your minds is that there is a bigger world out there than the European Union. 85% of the global economy is outside the European Union. If you wish to have no deal, if you wish to force us to walk away from the table, it is not us that will be hurt. Do you know, we do not have to buy German motor cars, we do not have to drink French wine, we do not have to eat Belgian chocolate. There are a lot of other people that will give that to us.

A return to tariffs will risk the jobs of hundreds of thousands of people living in the European Union, and yet what you are saying is you want to put the interests of the European Union above that of your citizens and your companies. If you continue with that route it won't just be the United Kingdom that triggers Article 50. There will be many more to come.

(Applause from the EFDD Group)

Marcel de Graaff, *on behalf of the ENF Group*. – Mr President, I send my congratulations to Ms Theresa May, to the United Kingdom and the British people. I say to them that you have regained your freedom and your sovereignty by invoking Article 50 and leaving the European Union. You have now regained the opportunity to flourish as a nation, to control your borders, to make their own laws and to make your own trade deals.

The bureaucrats from the EU will try to make you pay about EUR 60 billion. They will try to force you to comply with all EU directives and standards, to accept hundreds of thousands of migrants, and even to accept the rulings of the European Court of Justice. They will try to open an Irish road for migrants to the UK.

I say to you that you should not give in to these demands. You are far better off outside the EU, a union which is going the way of more and more isolation. They are calling you a friend here. A friend, but they want to punish you and make you bleed.

Let me therefore remind you of the famous words of Sir Winston Churchill: 'we shall defend our island, whatever the cost may be, we shall fight on the beaches, we shall fight on the landing grounds, we shall fight in the fields and in the streets, we shall fight in the hills; we shall never surrender'. God bless the United Kingdom.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, as Brexit negotiations begin, it is a joy to watch the towering masters in the art of EU diplomacy in full flow here today. Those like Mr Weber, whose bellicose, threatening and theatrical words no doubt entertain this Chamber but are like a pen with no point in the negotiating rooms.

He said on his recent tour of the British media that politicians who fought for Brexit were allowed to grow up in a free Europe, and that the UK should now pay more. Well, Mr Weber, may I remind you that the freedom that you say you promote came at a mighty cost to Britain. It came in the blood and sacrifice of millions of Britons those who, like my grandfather, when asked unhesitatingly fought in the sands of Africa so Europe can be free.

It came in the 120 billion it cost Britain to fight a German dictator, it came in the 5 trillion Britain contributed to NATO to help build a shield of freedom around Europe from communism. It came on the 500 billion or more we have contributed to the EU and the billions more we spend each day more than we receive.

Mr Weber, on Radio 4 you asked 'Mrs May, please tell me what leaving the EU means?' Well, I will tell you. It means we are leaving the European Union that has forgotten the costs and sacrifices Britons freely gave to ensure you are free to exercise your diplomacy of the defeated in this Chamber of the forgetful.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Kif qalu bosta ġimghat ilu, waslet l-ittra tan-notifika mir-Renju Unit, lill-President tal-Kunsill Ewropew is-Sur Tusk, u proprju anki kien hemm ir-reazzjoni tal-Kunsill Ewropew għal din in-notifika.

Kulhadd jaf ukoll li l-President Tusk f'it tas-sighat wara kien qiegħed iżomm laqgħa mal-Presidenza tal-Kunsill Rotating ta' Malta u hemmhekk ukoll kien hemm l-ewwel reazzjonijiet flimkien ma' daww prezenti, u għalkemm uħud irreferew għal din il-gurnata tad-29 ta' Marzu bħala wahda storika, nahseb illi wieħed irid ikollu diskussjonijiet bħal dawn illi qed jagħmel illum l-istituzzjoni li inti tmexxi, Sur President, mingħajr isteriċizmu, fejn kulhadd jagħti l-fehmiet tiegħu fuq din il-firda li se jkollna minn mar-Renju Unit.

Nahseb illi l-istituzzjonijiet jistgħu jesperenzjaw biss esperjenza pożittiva jekk jimxu bl-ordni u jzommu quddiem għajnejhom l-aħjar interessi: l-aħjar interessi fuq kollox tan-nies, taċ-ċittadini Ewropej, tan-negozji tal-Unjoni Ewropea, kif ukoll anki jridu jaħdmu sabiex inaqqsu l-impatt negattiv illi aħna konxji – għaliex din hija telfa għall-partijiet kollha – u allura huwa kruċjali li nimminimizżaw l-impatti negattivi għaċ-ċittadini tal-Unjoni Ewropea, u allura jintlaħaq anki l-bilanċ tad-drittijiet u obbligazzjonijiet rispettivi.

Il-pożizzjoni u d-dikjarazzjoni tal-Kunsill Ewropew, illi rreaġixxa għall-ittra tal-Prim Ministru May, kienet ippubblikata u dan kien nahseb l-ewwel pass fejn intwera li s-27 Membru Stat huma magħquda u għandhom messagg wieħed – messagg uniku dwar din is-sitwazzjoni, u nahseb li issa huwa kruċjali li fil-gimghat li għejjin dan jinżamm sakemm ikunu adottati l-linji gwida mill-istess Kunsill Ewropew, u allura nkomplu naħdmu f'dan il-qafas bħala Unjoni wahda.

Kif tafu, il-Kunsill Ewropew huwa msejjah għad-29 ta' April u matul dan il-Kunsill Ewropew se jkun hemm maqbula l-linji gwida ta' dawn in-negozjati. Nahseb li għaldaqstant dan huwa l-hin opportun illi dan il-Parlament illum qiegħed jiddiskuti u jagħti l-hsibijiet u l-pożizzjoni tiegħu dwar il-prinċipji u l-prijoritajiet tan-negozjati u rrid infakkar kif il-Prim Ministru Malti, meta anki indirizza din l-istess istituzzjoni fil-bidu tal-Presidenza Maltija, enfasizza kemm huwa kruċjali li din l-istituzzjoni – istituzzjoni demokratika, intom il-koll eletti mill-popli rispettivi tagħkom – tinżammu fil-qalba ta' dan il-proċess mhux biss għaliex jingħad fit-trattati iżda għax hekk għandu jkun. U nista' nassigurakom li dik il-pożizzjoni l-Prim Ministru Malti u l-Presidenza Maltija esprimewha f'kull laqgħa li żammejna matul dawn it-tliet xhur.

Għandi nifhem ukoll li l-prijoritajiet u l-prinċipji huma simili għal ta' xulxin, fejn anki intom taħsbu li l-interessi taċ-ċittadini tagħna għandhom jitpoġġew quddiem nett fuq dawn il-prijoritajiet tan-negozjati. Ovvjament, iva, hemm *financial settlement* xi trid tiġi diskussa, u għandha tkun prijorità wkoll u allura mbagħad insewgu l-approċċ għan-negozjati.

L-Unjoni wkoll, nemmnu li għandha taħdem fil-prinċipju ta' kooperazzjoni sinciera mar-Renju Unit sakemm din toħroġ mill-istess Unjoni Ewropea u wara li l-linji gwida jkunu maqbula fil-Kunsill Ewropew, Sur President, il-Kunsill ser jimxi immedjatament sabiex jimplimenta d-deċizzjoni u allura jawtorizza l-ftuħ tan-negozjati u d-direttivi tan-negozjati fuq is-sustanza li fuqhom bħala Presidenza wkoll qegħdin naħdmu b'mod parallel.

Nantiċipaw ukoll li dawn in-negozjati proprja jibdw lejn l-aħhar tal-Presidenza Maltija meta dawn id-direttivi tan-negozjati jkunu adottati. Hawnhekk irrid nirrimarka – forsi *rightly so* daww kollha li tkellmu u forsi ser jtkellmu llum ser niffukaw fuq Brexit – però din l-Unjoni Ewropea għandha haġna aktar agenda pożittiva x'tiddiksuti, x'tirrisolvi, x'tiddeċiedi, favur iċ-ċittadini Ewropej, u allura importanti u kruċjali li jintlaħaq il-bilanċ: iva nieħdu bis-serjetà n-negozjati tal-ħruġ tar-Renju Unit imma daqstant iehor; kemm il-Presidenza Maltija hija kommissa – u jien konvint anki li daww li ser ikunu qegħdin jidhlu warajna, kif ukoll anki intom bħala Parlament – inkomplu naħdmu fuq id-diversi dossiers u files li għandna sabiex inkomplu nagħtu r-risposti pożittivi li ċ-ċittadini Ewropej qegħdin jistennew mingħandna dwar il-futur tagħhom, u jiena konvint li intom ukoll se tkunu qegħdin taħdmu id f'id mal-istituzzjonijiet l-oħrajn sabiex inkunu qegħdin nagħmlu dan fil-gimghat, ix-xhur u s-snin li għejjin.

Dan anki sabiex inkomplu nonoraw u issa nimplimentaw dak li qbilna s-27 Membru Stat flimkien ġewwa Ruma, u allura l-futur tal-Unjoni Ewropea u r-risposti li rridu naghtu liċ-ċittadini Ewropej għas-snin li ġejjin. Ejja nidhlu – jiena ngħid – għal dan iż-żmien u anki dan l-impenn b'approċċ kostruttiv. Qed isiru wkoll l-arranġamenti fil-Kunsill sabiex [apparti] dan li għadni kif għedt, ix-xogħol l-iehor li jrid jitkompla, jitkompla bl-iktar mod seren u allura anki b'separazzjoni ċara bejn ix-xogħol li se jkompli għaddej mit-28 u x-xogħol li se jkun għaddej fuq in-negozjati tal-ħruġ mis-27, u dan sabiex, kif għedt aktar kmieni, nilhqu l-ghanijiet li għandna. Jiena konvint li jekk l-Unjoni Ewropea taħdem b'dan il-mod mill-aktar effiċjenti u f'din is-sekwenza, għandu jkollna l-aħjar riżultati għalina u għaċ-ċittadini tagħna, fuq kollox.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, there is no better place to start the debate on our negotiations with the United Kingdom than in the place where they are supposed to end in less than two years' time. In a defining and challenging moment for our Union, the role of this Parliament is more important than ever. You must scrutinise and validate the final agreement. No negotiation, no separation without representation.

This is the reason that from the very start I pushed for this House to have a full and active role in the process. I would like to thank and congratulate my friend Guy Verhofstadt and all parties involved for the speed and clarity of the resolution that you are voting on today.

I will not give a detailed response today on each point but, given the cross-party support in this House, it is clear that we are on the same lines when it comes to the big issues. That is absolutely crucial because this is the time to stay united, this is the time to stay undivided.

During these negotiations, every one of our institutions and every one of our 27 Member States must be singing from the same hymn sheet. The stronger we are as 27, the stronger we will be in the negotiations.

You already know our chief negotiator Michel Barnier very well, but over the course of the next two years you will become even more familiar with him. I have to say, before the start of the negotiations that he is doing a good job. Sometimes, not very often, I take wrong decisions but – don't laugh – but one of the best decisions I have taken since I have been President of the Commission was the appointment of Michel Barnier as our chief negotiator.

(Applause)

It is normal that your Parliament will have a say on the final deal, but more importantly, you are the checks and balances during the negotiations themselves. This is fundamentally a constitutional question for our Union: a third country cannot have the same benefits as a Member State. This Parliament must, and will, ensure that this reality is fully upheld over the course of the next two years.

We will negotiate in friendship and openness, not in a hostile mood, with a country that has brought so much to our Union, and will remain close to our hearts long after they have left. But this is now the time for reason, rather than emotion.

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Es geht bei diesen Verhandlungen nicht nur um Verträge und Paragraphen, schon gar nicht um diplomatisches Pingpong oder intergouvernementales Scharmützel. Es geht um das Leben von vielen Millionen Menschen.

Mehr als vier Millionen Menschen haben berufliche und familiäre Brücken von und nach Großbritannien geschlagen und damit grundlegende biografische Entscheidungen, ja Lebensentscheidungen getroffen. Sie haben sich in ihre Arbeit gestürzt mit vollem Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Europäischen Union, haben Kinder in die Schule geschickt, erfolgreich Geschäfte gemacht und sich so ein auf Dauer angelegtes Leben aufgebaut.

Wenn wir nun in die Verhandlungen einsteigen, dann tun wir dies auch und vor allem in ihrem Namen. Die Kommission wird Fürsprecherin der direkt Betroffenen diesseits und jenseits des Kanals sein. Wir treten dafür ein, dass Arbeitnehmer, Unternehmer, Studenten, Rentner nicht diejenigen sein werden, die den Preis für den Brexit zahlen. Menschen sind keine Verhandlungsmasse.

(Beifall)

Und sie dürfen nicht zum Faustpfand in den Verhandlungen werden. Ihre Interessen sind unser Auftrag, und wir werden deshalb sicherstellen, dass die britische Brexit-Entscheidung sie nicht in Unsicherheiten und ins Ungewisse stürzt. Das gilt übrigens auch für alle diejenigen, die sich auf EU-Projekte verlassen, die bereits geplant und genehmigt sind. Eingegangene Versprechen, eingegangene Verpflichtungen sind absolut einzuhalten!

Allgemein gilt: Eine ungeordnete Scheidung ist der denkbar ungünstigste Fall. Kein Deal, das wäre ein äußerst nachteiliges Szenario für viele Menschen und für viele Familien, ein nachteiliges Szenario für Forschung, für polizeiliche Zusammenarbeit, für Handel. Kurzum, kein Deal heißt: Niemand gewinnt, alle werden verlieren. Deshalb werden wir die Verhandlungen mit Großbritannien so führen, dass wir die menschlichen, wirtschaftlichen, politischen Unwägbarkeiten des Brexit so weit wie möglich abmildern. Wir wollen in aller Fairness verhandeln – in aller Fairness, ja, aber ohne nachsichtige Naivität.

Ich weiß: Sanfte Neugeburten sehen verlockend aus. Aber – ich möchte das auch Herrn Farage sagen – nicht die Europäische Union verlässt Großbritannien, Großbritannien verlässt die Europäische Union.

(Beifall)

Unsere Scheidungsanwälte, vor allem Michel Barnier, werden nun im Detail die vielen Errungenschaften auseinanderdividieren müssen, die wir in 44 Jahren gemeinsamer, nicht krisenfreier Ehe angehäuft haben. Dies ist die notwendige Voraussetzung, damit unsere neue Partnerschaft auf eine solide Grundlage zu stehen kommt. Neue Partnerschaften können erst nach sauberer, klarer, unmissverständlicher, nicht interpretierbarer Klärung früherer Verhältnisse erfolgen. Parallele Verhandlungen über die Zukunft können nicht stattfinden. Verhandlungen über die Zukunft finden erst statt, wenn die Fragen, die uns aus der Vergangenheit erwachsen, allesamt zufriedenstellend geklärt sind.

(Beifall)

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, le choix du Royaume-Uni de sortir de l'Union, c'est un choix qui annonce la fin de l'Union européenne à 28. La séparation qui se profile à l'horizon me rend profondément triste. Le choix du peuple britannique, si respectable qu'il soit, ne va dans le sens ni de l'histoire continentale, ni de l'histoire mondiale.

Toutefois, la séparation annoncée marque une nouvelle naissance, celle de l'Union européenne à 27. Cette Union européenne à 27 fonctionne déjà: dès le mois de septembre de l'année passée, les 27 se sont réunis à Bratislava pour adopter une feuille de route qui englobe nos priorités pour les années à venir. Ce travail de réflexion et d'action s'est poursuivi lors du sommet de Malte en février dernier pour connaître son apogée lors de la célébration du sixième anniversaire de l'Union européenne, à Rome, le 25 mars dernier.

À Rome, nous avons renouvelé nos vœux de mariage, par choix et fierté, avec le sentiment d'avoir accompli, sans l'avoir terminé, notre devoir à l'échelle du continent. Loin d'en rester là, nous allons continuer à bâtir l'édifice européen avec une énergie renouvelée.

Alors que nous étions réunis à Rome, une mobilisation citoyenne et populaire en faveur de notre projet commun s'exprimait avec vigueur dans beaucoup de villes européennes. Je voudrais saluer, et avec une certaine émotion, tous ceux qui, dans nos rues et sur nos places publiques, marchent pour l'Europe. Ils me rappellent l'ardeur des pères fondateurs de l'Europe.

(Applaudissements)

Aujourd'hui, nous devons opérer des choix quant à la façon dont nous voulons travailler, agir et progresser concrètement ensemble. Ce débat peut prendre appui sur le livre blanc publié par la Commission.

Ce débat sur l'avenir et le devenir de l'Europe, nous devons l'organiser dans toute l'Europe avec nos parlements nationaux, avec nos régions, si nécessaires pour notre cohésion, avec nos sociétés civiles, avec les artistes et les créateurs, sans l'apport desquels nous ne serions pas devenus ce que nous sommes. Les choix que nous faisons maintenant, aujourd'hui, demain, d'ici deux ans ou d'ici 2025 doivent tenir compte de leurs conséquences non seulement pour nous, mais surtout pour les générations à venir, parce que nous serons jugés non pas sur ce qui nous a été légué, mais sur ce que nous aurons laissé en héritage.

Michel Barnier, *négociateur en chef*. – Monsieur le Président, bonjour à chacune et chacun d'entre vous, Mesdames et Messieurs les députés. Merci, Messieurs les Présidents, de m'autoriser à m'exprimer aujourd'hui directement devant votre Parlement, en tant que négociateur et aux côtés du Président Jean-Claude Juncker qui, le tout premier, m'a fait confiance pour cette mission, et que je remercie.

Je voudrais saluer le travail très important que vous avez d'ores et déjà accompli ensemble sous l'égide du Président Tajani avec l'ensemble des groupes et des commissions et, naturellement, derrière Guy Verhofstadt et son équipe. Cher Guy, nous avons commencé à travailler de manière constructive et efficace et je suis sûr que cela continuera jusqu'au bout de la route.

Ainsi, Mesdames et Messieurs les députés, votre résolution aujourd'hui sera la toute première prise de position politique d'une institution européenne en réponse à la lettre que Theresa May a adressée la semaine dernière au Président du Conseil européen. Avec cette résolution, vous allez donner le ton en vous adressant bien sûr au gouvernement britannique, aux gouvernements des vingt-sept pays de l'Union européenne, mais aussi et surtout aux citoyens européens. Pour ce qui me concerne, je comprends évidemment le message que vous souhaitez en même temps m'adresser.

Notre objectif commun est de réussir cette négociation, c'est-à-dire de parvenir à un accord. Il y a pour cela trois conditions que je voudrais rapidement rappeler.

La première condition, qui vient d'être soulignée par Jean-Claude Juncker, c'est l'unité. C'est en restant unis que nous défendrons au mieux, ensemble, les intérêts des vingt-sept pays de l'Union européenne et de leurs citoyens et, en même temps, comme chacun des présidents de groupe l'a souligné, les principes fondamentaux et les valeurs sur lesquels se fonde, depuis le tout premier jour, le projet européen, qui a été rappelé à Rome. L'unité est surtout indispensable pour l'Union mais aussi pour nos partenaires britanniques. Au bout de la route – et je voudrais le dire pour que chacun soit bien convaincu –, si l'Union était désunie, nous prendrions le risque, tout simplement, qu'il n'y ait pas d'accord. Or l'absence d'accord – Philippe Lamberts l'a dit avec beaucoup de force tout à l'heure – aurait des conséquences très lourdes. Bien sûr et d'abord pour le Royaume-Uni, mais aussi pour l'Union. Voilà pourquoi je redis que le scénario d'un *no deal* n'est pas le nôtre. Notre ambition doit être de réussir, non pas contre le Royaume-Uni mais avec le Royaume-Uni. *Not against the United Kingdom but with the United Kingdom*. Madame Helga Stevens, j'ai bien entendu l'appel que vous avez lancé tout à l'heure. Pour cela, nous devons expliquer ce que nous faisons et pourquoi nous le faisons. Nous avons un devoir de vérité envers les citoyens. Nous devons peut-être enfin dire objectivement, sans agressivité et sereinement ce que signifie le Brexit, ce que veut dire tout simplement le fait de quitter l'Union européenne. Puis-je dire aussi que cette négociation devrait avoir pour nous tous une dimension pédagogique? Elle sera l'occasion de rappeler jour après jour, voire de redécouvrir, tous les progrès réalisés ensemble et que nous avons souvent oubliés: les progrès pour la vie quotidienne des citoyens, des consommateurs et des entreprises. Mesdames et Messieurs les députés, notre unité sera d'autant plus forte qu'elle sera construite dans la transparence et dans le débat public. Cette négociation extraordinaire – qui doit rester extraordinaire – que nous mènerons dans la transparence ne sera pas une négociation secrète.

La deuxième condition, c'est de lever les incertitudes. Là où la décision du Royaume-Uni de quitter l'Union crée de l'incertitude et de l'insécurité, notre rôle est de rétablir de la certitude et de la sécurité juridique, d'abord pour les citoyens, mais aussi pour les bénéficiaires du budget européen, au Royaume-Uni comme dans les autres pays de l'Union ainsi qu'aux frontières de l'Union. Pour lever cette incertitude, les principes que j'aurai à défendre en votre nom devront être parfaitement clairs. Pour les citoyens européens au Royaume-Uni et vice-versa, la continuité et la réciprocité des droits dont ils disposent actuellement, jusqu'au jour du Brexit, devront être effectivement garanties et sans discrimination, comme l'a dit le président Pittella tout à l'heure avec force.

J'ai été évidemment attentif à ce qu'ont dit tour à tour chacun des présidents de groupe. La lettre de Theresa May, d'ailleurs, appelle aussi sur cette question un accord rapide. Mais, Mesdames et Messieurs les députés – et je peux le dire à la lumière du travail que j'effectue avec notre équipe depuis six mois –, le diable est dans les détails. Nous devons veiller, au-delà d'un accord de principe, à ce que cet accord apporte des garanties effectives aux citoyens, comme vient de le dire le Président Juncker, et ce sera aussi le rôle du Parlement que d'être vigilant.

Pour le budget, un règlement financier unique couvrira l'ensemble des engagements pris par le Royaume-Uni avec nous, et nous avec lui, en tant qu'État membre. Là encore, votre résolution est sans ambiguïté. Nous ne chercherons jamais à punir le Royaume-Uni. Jamais! Nous demanderons au Royaume-Uni de payer simplement ce à quoi il s'est engagé en tant qu'État membre. Mesdames et Messieurs, Monsieur Farage, nous devons simplement solder les comptes, ni plus ni moins. Ni plus ni moins!

(Applaudissements)

Enfin, pour les frontières, notamment en Irlande – comme M^{me} Gabriele Zimmer l'a rappelé –, il faudra trouver des arrangements qui ne remettent jamais en cause les équilibres fragiles existants, le dialogue et, en particulier, le *Good Friday Agreement*, tout en étant naturellement compatibles avec le droit de l'Union.

The third condition is doing things in the right order and putting them into perspective. The UK letter makes clear that the UK Government will push for parallel negotiations on withdrawal and on future relations. This is a very risky approach. To succeed, we need, on the contrary, to devote the first phase of negotiations exclusively to reaching an agreement on the principles of the exit. We are not proposing this to be tactical or create difficulties for the UK. On the contrary, it is an essential condition to maximise our chances of reaching an agreement together within two years, which is very short. It is also our best chance, as Manfred Weber mentioned very clearly, to build trust before proceeding to the second phase of negotiations. This second phase will be devoted to scoping our future relations and to discussing the necessary transitory arrangements. To put it differently, the sooner we agree on the principles of an orderly withdrawal, the sooner we can prepare our future relations in trade: obviously, a free and fair trade agreement, a level playing field, but also in security and defence. It is on the basis of these three conditions – unity, lifting uncertainty, and phasing of negotiations – that we can succeed, and your resolution will set the tone. My hope is that the European Parliament makes these three conditions its own.

Pour finir, Mesdames et Messieurs les députés, Monsieur le Président, j'ajouterai juste un mot sur notre travail en commun à partir de maintenant et jusqu'au bout de la route.

Comme l'a dit le Président Juncker, dans cette négociation, votre rôle sera essentiel du début à la fin. Le début, c'est la résolution d'aujourd'hui, et la fin, ce sera votre vote sur le projet d'accord de retrait que nous allons négocier pendant deux ans. Avec ce vote, vous aurez le dernier mot. Tout au long de la route, c'est d'abord au Parlement européen qu'aura lieu le débat démocratique sur cette négociation, qui n'est pas et ne sera pas une négociation comme les autres. Ce débat public, ici et dans chacun de vos pays, est indispensable pour réussir le Brexit, mais aussi pour parvenir à un accord sur d'autres relations futures, dont je rappelle qu'il devra être ratifié par votre Parlement mais aussi par les parlements nationaux.

Tout au long de la route, nous allons travailler ensemble, à chaque étape et à chaque moment. C'est pourquoi je suis heureux d'être, aujourd'hui, devant vous, d'avoir eu la possibilité de m'exprimer aux côtés du Président Juncker et du Conseil, et c'est pourquoi, aussi, je continuerai à travailler en confiance avec le Président Donald Tusk et son équipe à la veille du Conseil européen extraordinaire du 29 avril.

Mesdames et Messieurs les députés, je resterai disponible pour votre Conférence des présidents de groupe, pour la Conférence des présidents des commissions et, autant que je le pourrai, pour chacun de vos groupes. En conclusion, je tiens simplement à vous confirmer que, tout au long de cette longue et extraordinaire négociation, mon équipe et moi-même serons toujours à votre disposition.

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, durante los últimos trescientos años los políticos británicos han acertado tantas veces con el lado correcto de la política que han terminado por creer que lo correcto era simplemente ser inglés. Y ahí es donde, por desgracia, ahora se equivocan.

Se equivocan porque la razón está siempre del lado de la solidaridad. Se equivocan cuando se marchan, pero quieren organizarnos la vida a los que nos quedamos, como hoy, que los conservadores presentan un plan para el futuro de una Unión Europea en la que ellos ya no van a estar.

Se equivocan cuando quieren que cerremos el mercado único a Escocia, que quiere ser europea, pero pretenden dejarnos dentro Gibraltar, que no es parte constitucional del Reino Unido y que es un paraíso fiscal.

Se equivocan cuando no ven que el nacionalismo extremo conduce al racismo. Han pasado solo siete días desde el *brexit* y no paramos de escuchar desprecios a España y a los más nacionalistas con la palabra «guerra» en la boca.

Se equivocan si creen que fuera de la Unión Europea van a tener los mismos amigos que dentro, los mismos derechos que dentro, las mismas oportunidades que dentro. Se equivocan si creen que los europeos preferimos una buena pelea a un buen acuerdo.

Se equivocan si tratan a la Unión Europea como un proyecto divisible sin darse cuenta de que el Reino Unido también es divisible. Se equivocan si creen que la Unión Europea no va a defender a todos y cada uno de sus Estados miembros, que no nos vamos a rendir ante el futuro. Europa es el mayor mercado del mundo. Europa es el mayor espacio de paz, libertad y seguridad del mundo. Europa es el mayor prestador de servicios sociales del mundo. Europa es la mejor idea que tuvieron los políticos del siglo XX. No nos vamos a rendir.

Se equivocan si creen que no nos duele que se marchen. Nos duele, y mucho. Por desgracia, esta vez va a ser el Reino Unido el que camine por el lado equivocado de la historia. Se lo digo con amistad, se lo digo con lealtad. Se están equivocando. Se van a hacer daño ustedes. Nos van a hacer daño a todos. Con la misma lealtad les digo: ojalá rectifiquen. Y les digo también: ojalá no les ciegue la soberbia.

Roberto Gualtieri (S&D). – Mr President, with this resolution, the European Parliament takes a clear strong and balanced position on the negotiations with the United Kingdom. We regret the decision to leave the EU, but we respect it. We also know, and will not forget, that a large number of UK citizens voted to remain because they understand that the European project is the only way to protect and to recover our sovereignty in a globalised world.

Our guiding principle in the whole process will be to protect the rights and interests of the citizens we directly represent. We want to ensure an orderly withdrawal of the UK from the EU, avoiding a no-deal scenario, which would have negative consequences for all, but in particular for the United Kingdom. For this reason, we call on the UK Government to agree as soon as possible on the principles of the withdrawal provisions in order to allow us to begin talks on the main features of the future relationships and on the necessary transitional arrangements. We fully support the sequencing set out by Michel Barnier. In this context, Parliament will pay particular attention to the need to protect the rights of the EU 27 citizens living or having lived in the UK and vice versa, because people – as President Juncker said – are not negotiating chips. We will also ensure that the financial settlement will cover all the commitments and liabilities, and we will insist on the absolute need to safeguard the Northern Ireland peace process and to avoid a hardening of the border in Ireland.

The future relationship between the EU and the UK should be a close partnership, based on balanced and comprehensive agreement, but it cannot provide similar benefits to those enjoyed by the Union Member States. The European Parliament will not accept any trade-off between security and economy, nor any cherry-picking. We will want an agreement which is fully in line with our standards on the environment, the fight against tax evasion and the protection of social rights. I am confident that the vote will show that this Parliament is united in line with this principle, that we back the EU negotiator and that we will honour our constitutional obligations, contributing to that unity of the EU, to a successful negotiation and to the defence of our common values and projects.

Ashley Fox (ECR). – Mr President, last week Prime Minister May triggered Article 50. In doing so she gave effect to the democratic decision of the British people to leave the European Union.

I want Members to see today as a beginning and not an end. It is the start of a new relationship between the European Union and the United Kingdom. Although we will be leaving the EU, we want to forge a deep and special partnership with our friends and allies in Europe.

The negotiations that follow will be difficult at times, and you will sometimes hear an angry voice. I hope that colleagues here will focus on the outcome we seek and not the process we undertake, because we all need a good agreement, rather than a good fight.

This Parliament has a role to play in ensuring we protect our citizens. I want the rights of all EU citizens in the UK and all British citizens in the EU to be guaranteed. I want Britain's borders with the EU to be as invisible as possible, to allow as much trade as possible. I want us to respect the right of self-determination. The sovereignty of Gibraltar is not part of these negotiations.

My group was disappointed that Mr Verhofstadt felt he could only consult on the draft text with a few close political friends. We also regret that he ignored so much good work by the Parliament's committees. Perhaps it was inconvenient. We hope in future we can work with you in the same good faith and full transparency that you request in your motion.

As we look to the future, it is in the interests of all our citizens that we reach a comprehensive agreement between Britain and the EU. We see no reason to delay any aspect of any of these talks. So let us go forward together and reach that deep and special partnership that will benefit all our nations.

Catherine Bearder (ALDE). – Mr President, the lies and blatant mistruths of the referendum campaign are crumbling before our eyes. They told us food prices would not rise. They have. They told us businesses would not move abroad. They are. They told us we were scaremongering. We were not. Sixteen million Brits did not say they wanted to leave the European family. Those who did will not be fooled again by false promises from nationalists

This month of May the British people will send a message to Mrs May in local elections and the Westminster seat of Manchester Gorton. That message reads loud and clear: you lied to us. We are angry, and we want our country back. It belongs inside the European Union.

As a Liberal Democrat, I will continue to fight against Brexit, and to give the people a final say on the deal. I am proud of this House, uniting with a positive but firm resolution. It is fair, it is just, and it is very European. And if the deal goes badly, the British people will welcome the chance to revoke Brexit and Article 50, and vote to remain.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, today in this Chamber the influence of the late Martin McGuinness is present. He met with virtually every signatory of the joint resolution, and he asked three things from this House: one, that you preserve the Good Friday Agreement in all its part; two, that there would be no hardening of the Irish border; and three, that the unique circumstances and special status of Ireland would be supported.

In his memory, we thank you for this. This is why we associate ourselves with this resolution. We feel that the European Parliament is a partner to the people of the North of Ireland and particularly those living across the partitioned border areas, north and south. No other MEP understands the disaster of partition better than MEP Matt Carthy.

Despite the fact that we support the joint resolution, we all have to recognise that this is not the Europe we want, or that the people need. We need an open and critical debate on the future of Europe, something that the resolution also calls for. We need to engage the public in this debate.

Together we can shape a better Europe, a more social Europe, a democratic Europe, a Europe of equals. We have done our part, now it is the turn of the European Council meeting on 29 April. To the European Council I say: it is over to you. Enda Kenny, Taoiseach, your day has come. Now it is your time to stand up for the Good Friday Agreement in all of its parts. Irish citizens are depending on you. You must be the voice of the people, north and south.

It is clear from this resolution that Ireland has friends in Europe. And I want to end with a quote from Manfred Weber, somebody I do not usually quote. He said that 'if the UK tries to endanger the Good Friday Agreement we will not give our support to an agreement on Brexit'.

Neither will we, and neither should the Taoiseach. So harness that support, Enda, and stand up for Ireland.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Madam President, to this point almost everything has been said on Brexit, even if nothing has been done so far. I will just underline four ideas that seem to me of the utmost importance on the subject.

Firstly, the resolution on which this Parliament voted today sets the framework for any future negotiation. Five parliamentary groups have, happily, presented it. Secondly, both sides have to concentrate on fair and discreet negotiations, conducted in a spirit of good faith and political rigour. Thirdly, we will have to learn to divorce, since we have not been able to learn to live better together. That means we have to prepare a future that can make it possible to combine distance with collaboration. Fourthly, and finally, as Chair of the EFA Group, I wish to express my conviction that both parts will be able to give fair treatment not just to the territories that have expressed their will to remain: Scotland, Northern Ireland and Gibraltar, but also to Wales.

We have a long way in front of us. Let's honour each other at least with two virtues: loyalty and courage.

Paul Nuttall (EFDD). – Madam President, I think what we have witnessed over the past week has been the unedifying spectacle of posturing and veiled threats, from the ludicrous suggestion that we will be saddled with a GBP 50 billion divorce bill (although we are a net contributor to the EU budget) to the claim that no trade will be negotiated until the end of the Article 50 process. This, I guarantee, would cause immense damage to the economies of the European Union and would result in putting many of your citizens out of work. It is what we call, in the UK, cutting off your nose to spite your face.

However, the most offensive position that you have taken is the proposal that Spain will have the right to veto any Brexit deal over the issue of Gibraltar. I want to make it clear in this Chamber today that the people of Gibraltar are proudly British. In 2002, 99% of Gibraltarians voted in a referendum against shared sovereignty with Spain, and the wishes of the people should be upheld. I do, however, have a solution to prevent Gibraltar being used as a pawn in Brexit negotiations and, indeed, end Spanish claims once and for all. Make Gibraltar a fully integrated part of the UK; give her and our other overseas territories their own Member of Parliament. Give Gibraltar real influence and a voice in Westminster and send a clear message that Gibraltar is not for sale.

In this area, we, the UK, can learn from our continental cousins, because the French give representation to their overseas territories, and I propose that we should too. I have been calling for this for many, many years, and with the unique opportunities that Brexit has given us, I believe it is an idea whose time has come.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, I know what a divorce is like. I came through one and you will too. Both parties seek to damage each other and the kids and blame each other. You know, the kids and the bank accounts get damaged. But my ex-partner: you will recover. Your hate will lessen, but you will need a bit of counselling along the way.

Jean-Claude: get off the booze! Donald is in denial. He is in depression, trying to claim Gibraltar as his own, as so often happens when you are splitting the divorce assets. Then you appoint a crack team of negotiators, only to find you have got Mrs Malmström in there, and that she is not a trade negotiator at all. She is a sociology lecturer. Guy, you sent in your army, you sent in your barmy army for the one Spanish Armada that is left to you to retake Gibraltar. But it didn't happen. And Northern Ireland – the only way that the Good Friday peace agreement is going to fail is if you start bombing us again.

And one party thinks you owe them a bonus and an income for life just because they are injured. But our bill to you is GBP one trillion of contributions. That has been the amount of money that we have paid into this place. You failed us, so we want that back.

So it is not going very well. But d'you know what, we don't want to damage you, we don't want to damage the kids and your finances. So let's complete a free trade agreement, because if not, our friends at the World Trade Organization are looking jolly nice and very attractive, and I am not seeking an affair in this divorce but a partner for life, and I think that is where we are heading.

Diane Dodds (NI). – Madam President, the triggering of Article 50 was a good day for democracy in the United Kingdom. The Prime Minister upheld the democratic result of the referendum, when the UK voted decisively to leave the European Union last June. However, I respect that for many in this place there is genuine disappointment, maybe some sadness and even some anger. In the negotiation to come, on all sides emotion must be tempered by a practical and positive willingness to find common ground. We have an opportunity to write a new chapter on cooperation in trade, security and prosperity.

Whilst I have many difficulties with the text – not least on phasing, on finance, on trade, and on Gibraltar – I am pleased that this resolution does recognise Northern Ireland's unique position in respect of the land border with the Republic of Ireland. Both the United Kingdom and Irish Governments have said there will be no return to a hard border. The Council's draft guidelines pledge a flexible and imaginative approach. All of these commitments are welcome.

However, any solution must also respect that Northern Ireland will be an integral part of an independent United Kingdom. I hear – and appreciate – support for the peace process in this House. The greatest support for the process will come from stable government, and my party pledges to work hard to ensure that in this, and in the outcome of Brexit, we will represent the best interests of Northern Ireland.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident, meine Damen und Herren! Ich muss mich in diesem Augenblick daran erinnern, dass ich 1975 in London an einer Demonstration teilgenommen habe für den Verbleib von Großbritannien in der Europäischen Union – in einem Großbritannien, das von Streiks, Niedergang der Industrie ökonomisch und politisch zerfressen war. Wir debattieren heute über ein Großbritannien, das wieder zu Stärke gelangt ist durch Mitgliedschaft innerhalb der Europäischen Union. Und bei dieser Demonstration war eine Frau Thatcher dabei, die für britische Mitgliedschaft war und immer gekämpft hat und die den Binnenmarkt möglich gemacht hat, die auch in der Tory-Regierung den Maastricht-Vertrag möglich gemacht hat. Ich muss sagen: Alle Verträge, Herr Farage, sind seitdem vom britischen Unterhaus ratifiziert worden und deswegen voll legitimiert. Europa von heute hat die Legitimation auch von Großbritannien! Das sollte festgehalten werden.

Wir wollen konstruktive Verhandlungen, faire Verhandlungen, keine Revanche – in unserem gemeinsamen Interesse. Aber es muss auch klar sein: Wer nicht die Lasten der EU, des Binnenmarktes oder der Zollunion tragen will, kann auch nicht deren Vorteile durch einen Handelsvertrag retten. Deswegen muss es klar sein, dass man nicht dieselben Möglichkeiten auf dem Binnenmarkt oder sonstwo hat, als wäre man Mitglied. Das ist faires Verhalten.

Und ich meine, dass wir aus diesem Grund auch nicht sehen können, dass wir Drohkulissen erlauben sollten. Ihr folgt uns beim Scheidungsvertrag und beim Freihandelsvertrag, dafür sichern wir eure Sicherheit. Die Sicherheit in Europa gegen Terror – London sollte das wissen –, gegen Terror, gegen Außenangriffe ist im britischen Interesse, dies ist im gemeinsamen Interesse, dies kann nicht aufgerechnet werden. Ich glaube, auch dies wird im Vereinigten Königreich verstanden werden. Deswegen ist das keine Drohkulisse, sondern ein Unverständnis.

Und man muss wissen: Dieses Europäische Parlament muss dem Scheidungsvertrag zustimmen. Wir werden auf die Konditionen achten. Es wird einer Transitionsvereinbarung zustimmen müssen, und es wird dem endgültigen Ergebnis zustimmen müssen. Deswegen ist es, glaube ich, gut, sich mit dem Europäischen Parlament gut zu stellen und dass wir hier für Ihr Land und alle als EU der 27 kämpfen, um die Rechte der Bürger – die Rechte der Bürger in Nordirland und in der Republik von Irland –, in der gesamten Europäischen Union zu sichern.

Wir wollen keine Rhetorik des Krieges, wie das mit Gibraltar wieder passiert ist, sondern ein Europa, das 70 Jahre Frieden gebracht hat, wollen wir verteidigen, auch in dieser Stunde! Deswegen ist Großbritannien, ein großes Land, eingeladen, in dieser Frage des Friedens und der Freiheit mitzuwirken. Und bitte nicht solche Reden, wie wir sie hier manchmal hören! Gemeinsam werden wir unsere Zukunft gestalten, und nicht durch diese nationalistische Diskussionsform der Vergangenheit.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora presidenta, yo quiero empezar por decirles, señorías, que ha habido intervenciones esta mañana que me han parecido gratuitamente agresivas. Yo pienso que no es el camino de esta negociación tan importante para nosotros.

En primer lugar, querría reivindicar que es necesaria una negociación exigente sobre las condiciones de salida. Europa tiene derecho a establecer una exigencia para que irse del «club» no sea gratis, para que no sea mejor marcharse que quedarse. Es una pedagogía del coste que Europa tiene que establecer como condición de su propia continuidad.

En segundo lugar, me parece importante señalar al señor Barnier que podría ser importante que al mismo tiempo que negociamos la salida de la Unión Europea, tengamos un marco que asegure los derechos de los cuatro millones de ciudadanos británicos y europeos que conviven, porque es importante que ese acuerdo sea simultáneo a la salida.

Y, en tercer lugar, querría reivindicar lo que yo creo que es el final de este proceso. Y es que tenemos que buscar un acuerdo, pero, señorías, un acuerdo que tiene que ser fruto también de una voluntad de convivencia, también con Gibraltar.

España no pretende hacer una guerra de soberanías, no pretende hacer una guerra de soberanías con Gibraltar, pero España tiene un contencioso histórico pendiente y quiere convivir con Gibraltar. Pero tampoco podemos admitir que en el siglo XXI haya una colonia en Europa: tienen ustedes que entenderlo. Esta es la voluntad de España.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru formand! Brexit er ikke sygdommen, men symptomet. Sygdommen er den tankegang, som trives nogle steder i EU, men i særdeleshed her i Europa-Parlamentet, der går ud på at ønske, at dette projekt skal udvikles til en føderal superstat. Hvis man tager ved lære af Brexit ved at gå videre med fælles hær, med fælles initiativer på en række områder, ja med hele Hr. Verhofstadts store projekt om en ny forfatning for Europa med henblik på at indføre en sådan superstat, så vil Brexit blot være startskuddet til, at en række medlemslande ikke længere vil kunne se sig selv i det europæiske samarbejde. Det er derfor også beklageligt, at den beslutning, som vi står med i dag, handler om alt det, vi ikke kan gøre med Storbritannien, alt det Storbritannien ikke skal have lov til. Som den tidligere taler sagde: »En pædagogisk øvelse, der skal afskrække andre fra at lave samme fejl, som Storbritannien har begået ved at forlade EU.« Det er en hel forkert lære at tage! Fejlen er, at hvis vi straffer Storbritannien nu i stedet for at se på de muligheder, vi har sammen i fremtiden, så vil det betyde, at flere går i samme retning. Vi har derfor brug for en god og fornuftig aftale med Storbritannien, som sikrer fælles handel og fælles sikkerhed.

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, in my one minute I will concentrate on how Brexit affects the island of Ireland. The words Ireland and Northern Ireland appear eight times in the document we are discussing today, and that in itself indicates the importance that the European Parliament attaches to the unique position and special circumstances confronting the island of Ireland. It is crucial to safeguard peace and, therefore, to preserve the Good Friday Agreement in all its parts. We insist on the absolute need to ensure continuity and stability of the Northern Ireland peace process and avoid the re-establishment of a hard border. Those are not my words; those words are written in the document we will agree today.

So we start with good intent, but over the next few months all of us will have to come forward with workable solutions that will make a reality of those fine words. We share a border of almost 500 kilometres with Northern Ireland. We must maintain our common travel area, otherwise the dislocation could be catastrophic for our small island. Finally, I want to agree with Michel Barnier that we should ensure a free and fair trade agreement with a level playing field. That must also be the outcome between the Republic and Northern Ireland.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono d'accordo con l'impianto della risoluzione comune, anche se non contiene le autocritiche che avrei desiderato, ma nella difesa dei diritti dei cittadini è più precisa delle linee del Consiglio europeo.

La nostra battaglia parlamentare comincia oggi, e spero che tutti saremo vigilanti su due punti cruciali: i diritti dell'Irlanda del Nord, garantiti dal *Good Friday Agreement*, e quelli di milioni di cittadini, europei e non, che vivono nel Regno Unito. In Irlanda sono in gioco pace e guerra. Per i cittadini sono in gioco i fondamenti normativi dell'Unione – preferisco parlare di fondamenti normativi, più che di valori, troppo soggettivi, dunque opinabili.

La Brexit, da questo punto di vista, mi preoccupa. Milioni di cittadini europei nel Regno Unito e di britannici nell'Unione rischiano di perdere diritti fondamentali, sociali e civili, attualmente garantiti dal diritto europeo. Uno degli scopi della Brexit è il *Great Repeal Bill*, che cancellerà tale diritto, creerà un'economia ancora più sregolata e potrebbe preludere all'uscita dalla Convenzione dei diritti dell'uomo.

Ecco un equivoco della campagna Brexit: i cittadini vulnerabili rischiano di non riprendere il controllo cui aspirano, ma di perderlo. Solo a una condizione vedranno tutelati diritti acquisiti precisi: che questi non diventino merce di scambio e siano iscritti nell'accordo di recesso. Spetta a questo Parlamento dare certezze legali all'Irlanda del Nord e ai cittadini impauriti. Spetta a noi capire i nostri errori e costruire un'unione sociale che eviti il rigetto di tanti suoi cittadini e una fuga dall'Europa che dobbiamo cominciare a capire.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, I campaigned for the European Union as a peace project and a beacon for democracy and human rights. The journey towards Brexit is proving how powerful the Union has been in this civilising mission and how flimsy these basic freedoms seem without European support.

The vote for Brexit has been hijacked to build an ugly coalition to undermine our civilised society. Within a week of triggering Article 50, we have a senior Conservative threatening war against a European country. This is sadly symbolic of the loss of commitment to peace and to basic standards of diplomacy, to say nothing of friendship and loyalty. I represent the people of Gibraltar and I will fight for their right to self-determination. They value being British citizens – as I do – because Britain is a country of decency and democracy. What value a British passport if the Prime Minister can change fundamental legislation without reference to Parliament? What value a proud history if our future allies will be despots? What value international respect if it is squandered for narrow economic advantage?

(Applause)

Gerolf Annemans (ENF). – Dames en heren collega's van de EU-meerderheid in dit Parlement: stop alstublieft met de geëmotioneerde half hysterische nummertjes met een air van morele superioriteit. Wij als Parlement moeten ook niet doen alsof wij hier een veto kunnen uitspreken. De enige die in deze zaak een politieke beslissing moest en kon nemen, was de bevolking van het Verenigd Koninkrijk, en ook binnen de Europese Unie zijn er veel sympathisanten van wat Groot-Brittannië nu doet.

Al de rest is een technische afwikkeling. Als wij hier iets nuttigs zouden kunnen doen, in plaats van allerlei suggesties van wraakgevoelens of allerlei voorstellen voor het blijvend koppelen van vrijhandel aan open immigratiegrenzen, dan is het onze wens te uiten, onze politieke wens, om het Verenigd Koninkrijk zonder rancune te behandelen als een geprivilegieerde partner en een buitengewoon goede vriend.

Diane James (NI). – Madam President, the statements today by Europhile party political leaders were everything I had anticipated and feared: total misrepresentation of facts and issues by the Socialists and the EPP Group, and misleading interpretation of history, UK economics and EU evolution by the Liberal Democrats, all allowed to pass uncorrected. This morning has seen political theatre, histrionics and political opportunism at full throttle by the Europhiles, and all because the United Kingdom has chosen to leave the European Union.

Well, I suggest we get real and start adopting grown-up politics because there is a serious leg of negotiations ahead of us and we do not need to see yet more Project Threat, Revenge and Penalty from the likes of Mr Juncker, Mr Barnier and Mr Verhofstadt. That is not helpful, and all it does is pander to a press which at the moment is misrepresenting both the EU position and the United Kingdom position. I do not feel that is helpful. So please can I ask everybody to calm down and be calm, and get on with it.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Madam President, the process of Brexit has formally started and is testing political and technical capacities on both sides to get a timely and – as Michel Barnier said – successful agreement. The challenges the Union is now facing in the context of the UK withdrawal are well understood and also shared by the Union institutions. The European Parliament is, and will be, at the forefront of the process and has shown a high level of political openness and cooperation, but also unity, in helping to define the Union's path for the upcoming negotiations.

We cannot but welcome the constructive approach set out in the letter notifying the UK's intention to withdraw and setting out the approach to the negotiations, but the truth is that the really hard choices are yet to come, and for many citizens transparent negotiations will be a learning process. We want to ensure legal certainty and stability and to avoid disruption for citizens and businesses across the Union through an orderly and phased withdrawal, in line with Union law and with a view to mitigating economic, political and emotional – Mr Annemans – damage. But this damage is already a fact of life. European institutions are united on basic guiding principles and values, as well as on ensuring the protection of the Union's autonomy and legal order. All this sets the right path for cooperative and, above all, principled negotiations based on good faith.

For the European Parliament the principles are clear. First and foremost, we must defend and promote the interests of the citizens of the Union whom we represent, and safeguard the integrity and the coherence of the constitutional framework of the Union. These are the key building blocks for the negotiation and also the absolute boundaries on the basis of which the European Parliament will assess the outcome of the withdrawal negotiations through the consent procedure. We must be clear that abandoning membership cannot lead to a *status quo ante* and to unrealistic expectations.

Let me finish just by expressing my conviction that the concerns of those who were against abandoning membership should not remain unaddressed.

Sergei Stanishev (S&D). – Madam President, the time for regrets is over. The process of the UK leaving the European Union is under way. What we need is sober heads, good faith, but also a very clear mandate from the European institutions. This is what this House is doing today.

First and foremost, we should aim to overcome the uncertainty regarding the lives of both EU citizens on the island and UK citizens in the European Union. Their lives should not be used as a bargaining chip, as has been underlined many times. There is also the issue of security cooperation, which is beneficial for both sides in this process.

Second, trading freely would be in everyone's interest, but the UK cannot have a better deal outside the Union and the single market than it has currently. In any future arrangement, the UK will have to play by the same rules as everyone else.

Third, last but not least, we must also urgently launch debates on how the EU of 27 will adjust its budget, its policies and its institutions after UK withdrawal, in order to respond to the expectations for our citizens.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, решението на гражданите на Обединеното кралство е законно и суверенно. Никой, който твърди, че уважава правилата на демокрацията, не може да твърди обратното. Всеки опит да бъдат наказани, унижени и ошетени британските граждани е дълбоко погрешен. Той ще е признание за провала на федералисткия опит за политика и показва гузна съвест.

Обединеното кралство е наш приятел, съмишленик и съюзник – основен стълб на общата ни отбрана в изключително трудни времена. Северна Ирландия и Гибралтар без съмнение са интегрална част от Обединеното кралство и не може да бъде поставен никакъв подобен въпрос.

Това, което трябва да се постигне и изработи в преговорите, а те ще се водят между държавните и правителствените ръководители, е една добра, изгодна и честна сделка в отношенията между Европейския съюз и Обединеното кралство. Сделка, която трябва да гарантира правата и законните интереси на британските граждани на територията на Съюза и на гражданите на европейските държави в Обединеното кралство.

Това е. Нищо повече и нищо по-малко.

Jill Evans (Verts/ALE). – Madam President, I was elected to represent the Welsh national interest, and that is what I will continue to do. The people of Wales have the democratic right to decide on their own future, and that includes the kind of EU withdrawal that takes place and the way that it affects our nation.

The devolved administrations of the UK, including Wales, should be involved at every stage of the negotiations. I do not accept that the interests of Wales can be ignored by the UK Government, but that is exactly what is happening, despite the publication of the white paper 'Securing Wales' Future,' produced by Plaid Cymru and the Welsh government. It is a comprehensive and constructive plan, which includes our continuing participation in the single market, which is a top priority for our economy and our communities.

I see Wales' potential as a successful nation. We have a lot to contribute to this process and to build in the future, and our voice must be heard.

Nicolas Bay (ENF). – Madame la Présidente, mes chers collègues, avant toute chose, permettez-moi de saluer une nouvelle fois le courage du peuple britannique, qui a su voter contre les prophètes de malheur qui lui annonçaient le chaos en cas de Brexit.

Oui, la démocratie britannique, l'une des plus vieilles démocraties du monde, a su déjouer les pronostics de la technocratie mondialiste qui sévit à Bruxelles, mais aussi à Paris. À présent, nous nous devons et vous vous devez de respecter la décision souveraine du peuple. Inutile de menacer les Britanniques, nous avons tous intérêt à ce que cette sortie se fasse dans la sérénité et le respect. Le Royaume-Uni ne quitte pas l'Europe, il quitte l'Union européenne, une organisation supranationale qui s'est construite sans les peuples, et même contre eux, en organisant l'impuissance collective de nos nations au seul profit des multinationales.

Depuis longtemps déjà, les peuples vous demandent d'en finir avec ce fonctionnement bureaucratique, attentatoire à la démocratie, et ses orientations idéologiques qui nuisent à nos intérêts vitaux. C'est particulièrement le cas du dogme de la libre circulation des capitaux, des biens et des personnes. L'Europe, notre Europe existe depuis des millénaires, et c'est vous qui la détruisez. Il faut donc la reconstruire par d'utiles coopérations, en redonnant à nos nations leur souveraineté, c'est-à-dire en rendant à nos peuples leur liberté, à commencer par celle de défendre leur identité, leur culture, ce formidable héritage que nous devons transmettre et enrichir. Il s'agit là du droit fondamental des peuples à disposer d'eux-mêmes et à rester maîtres de leur destin.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, talk of Brexit and divorce reminds me of the song '50 ways to leave your lover'. You know the one: 'Slip out the back, Jack; Hop on the bus, Gus' and now we have 'Say day-day, May'. I wish it was that simple but this divorce, after 44 years and with no precedent, looks like it is going to be tough, and possibly rough. For that reason we need calm heads, clear minds and creative thinking, and with Michel Barnier at the helm, I think we have the package.

Where Ireland is concerned, we are very grateful to all groups in the European Parliament for taking the concerns of our Taoiseach, our government and my colleagues on board. The special circumstances of Ireland are referenced, and this sends out a powerful message to the citizens of Ireland and of Europe that when one country, no matter how small, is adversely affected, disproportionately threatened, the European Union will stand in solidarity behind them. And boy are we threatened, both economically and politically. But with this solidarity we can be confident that the terms of the Good Friday Agreement will be observed to the letter, that there will not be, cannot be and must not be a return to a hard border and that the prosperity of Ireland, especially our exporting sector, must not and cannot and will not be sacrificed on the high altar of expediency or pride.

Common sense not nonsense, pragmatism not pride must prevail. This is the best way to leave your lover.

Glenis Willmott (S&D). – Madam President, last June I toured my constituency, day in and day out, making clear my concerns about the dangers of Britain leaving the EU – dangers for our economy and British businesses, and the threat to the jobs they create; dangers for British workers, as the Tory right clamour to use Brexit to spark a bonfire of EU workers' rights; dangers for British and EU citizens, with our cooperation on issues like counter-terrorism and security linked to our EU membership.

We lost the EU referendum, and while it saddens me to say it, Britain is leaving the EU – but those dangers are still there. In all our countries, there are families for whom the Brexit vote has created worrying uncertainty – millions of people concerned about their rights to live and work in countries they have made home. Citizens across Europe are now at risk of the economic consequences of a bad deal – or even worse, no deal at all – and people in all 28 countries will suffer if Brexit means competition on low wages, lax environmental standards and scaled back rights for workers and consumers. These are the people we represent, and these are the people to whom this Parliament must give a voice.

It will not always be easy to take the responsible path in the coming months, but it is what we must do. There are some in this House and beyond who are actively hoping to plunge Europe and Britain into chaos through a disorderly no-deal Brexit. Why? Because they have no answers to the questions that constructive negotiations will bring. So let us work for a constructive deal. And to those leave campaigners who now sit in the British cabinet or on the benches opposite – there is still one of them there, I can see – you won. Now take responsibility for the promises you made. As we all consider how we conduct ourselves over the coming weeks, let us remember that we are here representing people whose lives and livelihoods depend on the outcome. Serious times call for a serious response.

(Applause)

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wielka Brytania, jak powiedziała premier Theresa May, opuszcza Unię, ale nie Europę. To przypomina nam, że wbrew obecnej, wykluczającej nowomowie, Unia to nie Europa. W negocjacjach z Wielką Brytanią nie powinniśmy o tym zapominać. Nie powinniśmy zapominać o wspólnym dziedzictwie i wspólnych interesach, które będą nas łączyć także wtedy, gdy Wielka Brytania opuści Unię. W negocjacjach nie może chodzić o to, by ukarać Wielką Brytanię za demokratyczną decyzję, zgodną z prawem do opuszczenia Unii zapisanym w traktatach. Unia nie może być Wspólnotą opartą na strachu i przymusie, bo to jest droga do jej końca. Zamiast tego powinniśmy jednocześnie z negocjacjami rozpocząć proces głębokiej reformy Unii, przywracającej jej ducha wolności i solidarności opartej na wolności.

Alyn Smith (Verts/ALE). – Madam President, as a Scottish European I have long wondered how I would feel today. The answer is, I am heartbroken, not for myself, but for the people I serve, for future generations. Scotland will not be silent within this process, as our rights are taken away by an administration we do not support, by a vote that we clearly rejected and a process that is demonstrably against our interests.

While being heartbroken, I am also angry. I am angry at this process, and I am angry at the way the UK is representing itself, doing a bad thing badly. Mrs May and Nigel Farage do not speak for Scotland, do not speak for me, and do not speak for 48% of the UK's population. The UK is not one bloc, much as Mrs May would like it to be; the UK is a complicated set of various interests, all of which are better reflected in this resolution than in anything the UK Government has put forward to date.

Scotland will not be silent in this process, and Scotland's top priority, in the words of our First Minister Nicola Sturgeon, is to keep our citizens safe. Scotland is your home, you are welcome here. I appreciate that nothing is agreed until everything is agreed but please, colleagues, let us make our citizens feel safe, our citizens from the UK in other countries, and citizens from other nations in ours. Let's deal with that first, let's deal with that fast and let's deal with it now.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin, Herren Präsidenten, meine lieben Kollegen! Da brauche ich nicht viel hinzuzufügen. Der Brexit ist ärgerlich. Er ist, glaube ich, auch am Ende ein Fehler. Aber jetzt kommt es eben drauf an, ordentlich damit umzugehen, fair damit umzugehen, sauber die Arbeit zu machen. Ich finde das, was die Kommission, was Präsident Juncker und auch was Michel Barnier vorgetragen hat, total in Ordnung. Jetzt muss man Schritt für Schritt ordentlich arbeiten und gute Ergebnisse abliefern.

Auf der anderen Seite ist eine solch schwierige Lage auch immer eine Chance, eine Chance für die restlichen 27. Darüber sollten wir vielleicht auch öfter reden. Eine Chance, sich wieder ein bisschen stärker aufeinander zu verlassen, sich wieder mehr zuzutrauen, auch ein Stückchen verlässlicher zu werden und das gemeinsame Projekt auch wieder offensiver nach außen zu vertreten, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und dafür zu sorgen, dass das europäische Projekt bei den Leuten auch wieder Begeisterung auslöst. Es ist doch vielleicht kein Zufall, dass in diesen Tagen gerade wieder Menschen überall auf die Straßen gehen und sich zu Europa bekennen. Diese Chance müssen wir nutzen. Dafür brauchen wir gute Ergebnisse, ordentliche Arbeit, Verlässlichkeit untereinander und den Beweis, dass wir in der Lage sind, die Probleme, die Anliegen auch zu lösen. Wir müssen beweisen, dass die Probleme, die die Menschen beunruhigen, gelöst werden können von uns, von den Politikern, die hier im Europäischen Parlament sitzen. Und dann wird die Sache ein gutes Ende nehmen.

Und wenn wir den Beweis dafür liefern, dass es in Europa eine Chance auf Beschäftigung und Wohlstand gibt, wenn wir uns vielleicht mehr darum bemühen, auch wirtschaftliche Innovation, wirtschaftliche Stärke zu entwickeln und nicht nur darüber zu reden, wie man Schwierigkeiten und Schwächen gegenseitig ausgleicht, sondern nach vorne zu gucken –: Ich finde, das kann eine große Chance werden, auch wenn der Brexit im Ergebnis ein großer Fehler ist.

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Präsident Juncker, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Barnier, Sie haben in Ihrem Statement erwähnt, dass es bei der Klärung der Finanzbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich um die Klärung der Konten geht und nicht um eine Strafe, und Sie haben völlig Recht. Das Vereinigte Königreich hat sich nicht in ein Unternehmen eingekauft, aus dem es jetzt sein Kapital abzieht, sondern es hat eine Zeit lang in ein politisches Bündnis investiert, für das es politische und wirtschaftliche Vorzüge und Dienstleistungen erhalten hat. Auch wenn das Vereinigte Königreich dafür keine Wertschätzung mehr hat: Die Abmachungen, die die Unterschrift eines britischen Regierungsvertreters tragen, müssen respektiert werden, auch wenn diese Abmachungen zeitlich über den britischen Austritt hinausreichen.

Um es bildlich auszudrücken: Auch in einem englischen Pub kann man nicht einen lustigen Abend verbringen, gut essen und trinken und einfach gehen, bevor die Rechnung kommt. Das gilt für den mittelfristigen Finanzrahmen – der ist vom Vereinigten Königreich unterzeichnet –, das gilt für die bestehenden Verpflichtungsermächtigungen aus den gültigen EU-Haushalten – denen allen hat das Vereinigte Königreich zugestimmt –, und das gilt für die Pensionskosten für die europäischen Beamtinnen und Beamten – viele von ihnen kommen aus dem Vereinigten Königreich –, von deren Arbeit in der Zeit der Mitgliedschaft auch das Vereinigte Königreich profitiert hat.

James Nicholson (ECR). – Madam President, I do not want to dwell on the past today, but rather to look to the future. We all need to come together with a plan that works for everyone and build a good foundation for our future relationships with the European Union. For the sake of all our people, the United Kingdom and the European Union need to work together as strong allies and close friends when we leave.

Europe has been a strong friend to Northern Ireland and gave us strong support during our darkest days. I am confident that friendship will continue. I welcome the fact that all sides want a frictionless border. However, we all know that finding a solution will require a lot of innovative thinking. Any solution must not diminish Northern Ireland's place as an integral part of the United Kingdom, as enshrined in the principle of consent in the Belfast Agreement.

And can I make it clear to you, Mr Barnier, that I will not accept a hard border. I will also not accept an internal UK border. I would also urge EU leaders not to heed those who are merely using Brexit as an excuse to break up the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Let me also say to you very clearly – and I hope you are listening, Mr Barnier, and not twiddling with your telephone as you seem to be doing; I would suggest, with the greatest respect, that you actually listen to the speech – that Dublin does not speak for Belfast. We will take care of ourselves.

Janusz Lewandowski (PPE). – Mogło dzisiaj nie być tej debaty, mogło nie być rezolucji i wszystkich związanych z tym kłopotów, gdyby w kraju, który ja osobiście bardzo podziwiałem (był dla mnie inspiracją, gdy byłem za żelazną kurtyną), ta egzystencjalna kwestia *to be or not to be in the EU* nie stała się zakładnikiem wewnątrzpartyjnych porachunków i rozgrywek i gdyby samo referendum nie było do tego stopnia zatrute demagogią i nieprawdą. Ale Brexit jest faktem: idziemy w nieznaną, wiedząc tylko, że inna przeważa wizja przyszłości w Szkocji, inna wizja przyszłości przeważa w Irlandii Północnej, inna – w samej Anglii. Mamy mapę drogową na tę niepewną przyszłość w postaci projektu rezolucji i od tej pory będziemy kształtowali los Wspólnoty Europejskiej w 27 krajów i nie potrzebujemy specjalnych podpowiedzi ze strony naszych angielskich kolegów.

Projekt rezolucji odpowiada wyobrażeniom mojej delegacji, a zainteresowania mamy duże, zważywszy na prawie milion naszych rodaków na Wyspach Brytyjskich. Prawdy są fundamentalne: porozumienie jest lepsze niż brak porozumienia, uporządkowany rozwód lepszy niż niekontrolowane rozejście się w gniewie, najpierw rozstanie, potem kształtowanie przyszłości, sytuacja w Wielkiej Brytanii nie może być lepsza niż jakiegokolwiek innego kraju. Widzę odświeżenie na kontynencie europejskim, również w moim kraju, i to jest znak pewnej refleksji, która wywołana została Brexitem.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, personne n'a rien à gagner dans le fait que le Royaume-Uni quitte l'Union européenne. Une rupture est toujours douloureuse, et si l'union fait la force, la désunion est une terrible source de vulnérabilité.

Les Britanniques n'ont rien à gagner à se retrouver isolés sur la scène internationale et à perdre tous les bénéfices que leur apportait l'appartenance à l'Union européenne: la liberté de circulation, la liberté de résidence, le marché unique, la charte des droits fondamentaux, et j'en passe. L'Union européenne sera elle aussi perdante. Elle se retrouve amputée d'un membre, affaiblie dans plusieurs de ses politiques et avec des millions de ressortissants à l'avenir incertain. Là encore, la liste est longue.

Mais si la peine que ressentent aujourd'hui tous les pro-européens est vive, nous restons néanmoins des responsables politiques. Alors, malgré la tristesse que nous pouvons ressentir à titre individuel vis-à-vis de nos collègues, camarades ou amis, nous devons aller de l'avant et transformer cette crise politique en occasion pour la refondation de l'Europe. Il nous faudra nous battre pour que les citoyens soient la première priorité des négociations de sortie du Royaume-Uni, puis de l'éventuel partenariat qui suivra. Mais, surtout, il faudra entendre la colère qui a porté les tenants du Brexit et réformer l'Europe en profondeur pour que demain, l'adhésion à l'Union européenne soit à nouveau une évidence pour ses habitants. L'Europe de la protection, de la paix, de la prospérité, l'Europe que nous aimons doit retrouver toute sa splendeur. Le sursaut démocratique sera la condition de la survie du projet européen.

Franck Proust (PPE). – Madame la Présidente, enfin, nous sommes rassemblés aujourd'hui car le Royaume-Uni a finalement déclenché la procédure de retrait de l'Union européenne. Le moins que l'on puisse dire, c'est que le chemin a été long, synonyme d'une certaine impréparation du gouvernement britannique.

Au nom de la délégation française du groupe PPE, je souhaite bon courage à Michel Barnier, qui a l'expérience et le charisme nécessaires pour conduire ces négociations avec efficacité et pragmatisme. Il y a d'un côté les aspects techniques, qui se comptent en milliers: la résolution que nous présentons aujourd'hui, qui fait de notre institution un bloc démocratique capable de s'accorder sur les lignes rouges et qu'il importe de défendre dans les négociations, est une base de travail pour la Commission et les États membres.

Mais de l'autre côté, il y a le fait de communiquer, d'expliquer, de parler aux citoyens, qui relève de la politique concrète et utile. Nous sommes des élus au contact des femmes et des hommes dans nos eurocirconscriptions. Dans le flou qui a régné jusqu'à présent, certains ont pu me dire: «Vous voyez, Monsieur, cela ne change rien de sortir de l'Union européenne», croyant que le Royaume-Uni était déjà dehors.

Les populistes ou extrémistes jouent aussi sur les peurs et les destins nationaux isolés de l'Union, mais disons la vérité: l'isolement conduit au déclin. Ne plus appartenir à notre communauté de destin affaiblira inévitablement ce royaume sans doute désuni demain, avec une Écosse désireuse de faire partie de la première puissance économique du monde qu'est le continent européen.

Les choses doivent être claires: le Royaume-Uni a choisi de quitter le marché unique, il perdra en souveraineté économique. Si Theresa May souhaite conserver demain une relation stable avec l'Union européenne, elle devra s'acquitter des engagements politiques et financiers pris par son pays.

Avant de quitter la table, il faut payer l'addition et un divorce coûte cher, malheureusement. Alors, ne tergiversons pas ! Les citoyens ne supportent plus l'eau tiède. Soyons francs avec nos amis britanniques, pragmatiques dans les négociations et réalistes quant au partenariat nécessaire qui forgera notre relation de demain.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Jacques Delors amava ripetere che è impossibile innamorarsi del mercato interno. Probabilmente continua ad avere ragione, ed è forse per questo motivo che gli inglesi se ne sono andati. Eppure il mercato unico rappresenta una delle storie di successo del processo di integrazione europea. Se la Brexit ha un merito, è quello di far emergere ogni giorno di più i benefici, percepiti o meno, che il mercato unico realizza nella vita di ciascuno. Il nostro compito consiste nel preservare i valori e le libertà che ne sono alla base nella loro integrità.

La Brexit impone alle istituzioni europee e agli Stati membri un passo avanti. In un mondo sempre più diviso, sempre più protezionista, sempre più ostaggio degli estremismi di ogni tipo, oggi è il giorno dell'orgoglio europeo. In gioco non c'è il futuro, per quanto importante e per quanto a noi caro, del Regno Unito, ma il destino di 27 popoli europei. A questi dobbiamo delle risposte. Su queste ci giudicherà la storia.

Lorenzo Cesa (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, penso che la gran parte di noi non avrebbe mai voluto affrontare questa discussione. Penso che la gran parte degli europei non avrebbe mai voluto che si parlasse di Brexit. Adesso dobbiamo affrontare con decisione, ma anche con equilibrio, questa fase negoziale, caro presidente Barnier.

Approveremo oggi con tempismo e lungimiranza una risoluzione molto puntuale e precisa. Voglio ringraziare di questo il Presidente del Parlamento e i presidenti dei gruppi politici che l'hanno sottoscritta. Sappiamo che le trattative non saranno né brevi né semplici. Quello che occorre fare è parlare con un'unica voce, con la voce dei 27 paesi e di tre istituzioni che devono marciare unite. Occorre negoziare con il pensiero rivolto ai nostri cittadini, occorre essere ambiziosi con le nostre richieste e trasparenti e lineari con i nostri valori di unità. Occorre usare il linguaggio della verità.

La Brexit, sia ben chiaro, non ci fermerà: è stato ribadito a Roma in occasione dell'anniversario dei trattati. Dobbiamo guardare avanti senza distrazioni e alibi, certi che il nostro progetto di Unione di pace e prosperità si fortificherà. È questa, cari colleghi, l'occasione per il rilancio della nostra Unione.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Eine Mehrheit in Großbritannien hat entschieden: raus aus der EU. Und das hat Konsequenzen: Knapp drei Millionen EU-Bürger leben heute im Vereinigten Königreich. Sie leben, lieben, arbeiten, haben geheiratet, zahlen Steuern, haben ihre Kinder großgezogen – und ihre Zukunft? Völlig ungewiss. Ähnlich geht es mehr als 1,5 Millionen Briten in der EU: heute noch Unionsbürger mit allen dazugehörigen Rechten, aber was passiert zukünftig, was in zwei Jahren, nach dem tatsächlichen Austritt?

Der Konservative David Cameron wird in die Geschichte eingehen als ein Mann, dem kurzfristige populistische Erfolge wichtiger waren als das Schicksal all dieser Menschen.

Und eine Bemerkung in Richtung der britischen UKIP:

You are not taking back your country. You are trying to destroy this continent, and you do not care how much your citizens and our citizens will suffer from it. But listen carefully: we will not let you succeed. We will continue to fight for a Europe based on solidarity and justice, a Europe where facts expose the lies, a Europe that protects its citizens and does not leave them with the prospect of an uncertain and gloomy future. And I hope that one day the UK will become a real, full member of this European Union.

Adina-Ioana Vălean (PPE). – Madam President, while I join my voice with those who express their regrets to see the United Kingdom leaving the EU, I respect the will of the British people. I still believe they were wrong.

It is a difficult moment, as we have never faced such a complex challenge to undo the deep ties that we have founded in our common history. However, let's be pragmatic, as British people like to be.

As chairwoman of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, I want to send a strong message both to the EU and UK. We are bound to work together constructively in the best interest of our citizens, to ensure a clean and safe environment and a high level of public health and food security, and to pursue our common commitment to the climate change.

We will need to ensure a rapid transfer of our European Medicines Agency as soon as is practical, as is said in the resolution, because we have to make sure to avoid uncertainty regarding its future and limit the loss of skilled staff and their vital expertise. So we have to cooperate together in good spirit. It makes no sense believing that environmental and health issues stop at the borders.

I wish us all the best for the future.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Dieser Brexit wird uns noch lange beschäftigen. Wie viele meiner Kollegen bin ich der Meinung, dass er eine schlechte Entscheidung war, unvorbereitet, unüberlegt und kurzsichtig. Wie viele bedaure ich, was jetzt passiert. Unsere britischen Freunde werden uns abgehen, und auch für die Menschen im Vereinigten Königreich werden die Zeiten schwieriger werden. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen: Die Geschichte lässt sich nicht aufhalten. Das ist wie bei einem Scheidungsverfahren, aber da muss man auch an die Kollateralschäden denken.

Es dürfen vor allem nicht Unbeteiligte draufzahlen. Das sind die über drei Millionen EU-Staatsbürger, die gegenwärtig in Großbritannien leben. Ihre Entscheidung, in das Land zu ziehen, haben sie auf der Basis anderer Voraussetzungen getroffen. Sie haben zum Wohlstand des Vereinigten Königreiches beigetragen. Sie und ihre Kinder müssen jetzt in einer erträglichen Ungewissheit leben. Eigentlich müsste deren Schicksal außer Streit stehen. Wir erwarten uns klare Antworten von unseren politischen Freunden, und es dürfte ihnen eigentlich nicht schwerfallen, weil Fairness und Pragmatismus Eigenschaften sind, die wir an ihnen schätzen.

György Schöpflin (PPE). – Madam President, we can be certain that this resolution will not be popular in Brexit circles. There will definitely be those who will denounce it as impertinent, or worse. There are many in the United Kingdom who see leaving the European Union as a kind of liberation. It can take quite a while for illusions to dissipate. For the time being, the launching of Article 50 has brought with it an early silly season. Bizarre things are being said and, no doubt, will continue to be said. This can be irritating, even provocative, but that is no reason for us to follow suit. On the contrary, we can stay calm and pursue negotiations with the same professionalism and commitment that is reflected in this resolution. After all, the UK will always have a relationship with Europe. Our aim is, and should be, to frame the long term: to ensure that the future is a positive sum game.

Isabelle Thomas (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Président de la Commission, regrets, tristesse et déception dominant encore si l'on songe à la rupture choisie par une majorité de Britanniques. Mais notre responsabilité désormais, c'est celle de la négociation sur la base d'une stratégie constructive mais aussi pugnace et déterminée dans l'intérêt des citoyens européens, dans l'idée aussi que cette rupture, loin d'affaiblir l'Union, lui offre une renaissance.

La Première ministre britannique dit renoncer au marché unique parce qu'elle refuse les libertés qui s'y rattachent. Malgré ces dénégations, sa lettre de rupture démontre au contraire que tout sera tenté pour y accéder, y compris par la fenêtre, si c'est impossible par la porte.

Quel que soit le nom que donne M^{me} May à cet accord, nous n'accepterons aucun accord de libre-échange qui remettrait en cause nos normes sociales ou environnementales ou qui nous servirait des tribunaux d'arbitrage au dessert. Nous devons nous montrer inflexibles et balayer les menaces des conservateurs sur le dumping fiscal ou la sécurité. Nous devons nous montrer inflexibles, Monsieur le négociateur, notamment sur les questions budgétaires afin de protéger un budget de l'Union déjà sous pression et déjà affaibli par la dévaluation de la livre sterling.

Paulo Rangel (PPE). – Madam President, I would like to put forward our position and show it with three quotes from Shakespeare, a great British and European writer.

First, our position, our attitude as committed pro-Europeans, is very well described in Hamlet when Horatio describes the expression of the father of Hamlet: 'a countenance more in sorrow than in anger' – that will be our attitude in our negotiation.

Next, I would like to give a piece of advice to our British colleagues with another quote, because you should be very aware of what your bard Shakespeare has said: 'we know what we are, but know not what we may be'.

Finally, I would like to answer Mr Farage with a quote from Shakespeare that is probably a fake quote, which is very, very appropriate to someone that is a post-truth politician: 'Love me or hate me, both are in my favour. If you love me, I'll always be in your heart. If you hate me, I'll always be in your mind'.

David Martin (S&D). – Madam President, in September 2014 I voted to keep Scotland in the United Kingdom union and in June 2016 I voted to keep the UK in the European Union. Today, I face the reality that Brexit will remove my country from one union and leave the other union hanging by a thread. Scotland voted overwhelmingly to remain in the European Union. Edinburgh, a city I have represented in this House for 33 years, voted 75%-25% to remain in the European Union. The overwhelming feeling in Scotland is that we are being dragged out of the European Union against our will, a feeling only compounded by Ms May's determination to pursue a hard Brexit for which she has no mandate.

The resolution we are about to vote on recognises this fact, but provides no solution. The Council document calls for a flexible and imaginative solution to be found for Ireland. I, of course, agree, but I think the same should also apply to Scotland. The Scottish Government has put forward a bespoke proposal for Scotland, which I think deserves serious attention in this House. In conclusion, I want to say that if the UK does not show flexibility in these talks it will not only be the UK leaving the European Union, but the UK will not exist any longer.

Мария Габриел (PPE). – Г-жо Председател, г-н Барни, днес ние определяме принципите, които ще бъдат водещи по време на преговорите и основите на бъдещото ни партньорство.

Г-н Барни, на прав път сте. Слоганът на преговорите трябва да е: „Гражданите на първо място!“. Наш дълг е да успокоим опасенията им и да дадем конкретни отговори, например на студентите от другите страни от Европейския съюз, които живеят във Великобритания и се възползват от програми като ЕРАЗЪМ. Гарантирането на правата им трябва да е наш основен приоритет от началото на преговорите.

Европейският съюз трябва да остане непреклонен по отношение на четирите свободи. Брекзит има последствия и не може да става и дума за сценарий „Европа а ла карт“. Не може да има статут, подобен на този на държавите членки. Ключово е да има ясна визия за пътя напред.

Първо е споразумението за напускане, след това – новото партньорство. За да изградим стабилен дом, трябва да започнем от основите, а не от покрива. Отговорност на държавите членки е да се ангажират с това да няма паралелни преговори.

И накрая, пълно участие на Европейския парламент. Това е ключово за гарантиране на прозрачността и отворен публичен дебат.

David-Maria Sassoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non sono d'accordo con chi dice che non cambierà nulla con la Brexit, anche perché non sappiamo quali saranno le conseguenze. Sono d'accordo, invece, con coloro che dicono che il negoziato sarà costruttivo se avrà al centro gli interessi dei cittadini: dei cittadini europei e anche dei cittadini del Regno Unito.

Nessuna rivalsa, nessuna ritorsione, dunque, ma regole chiare sì. E abbiamo la necessità di ripetere quali sono le regole per l'Unione europea. Naturalmente il rispetto delle quattro libertà e, nel potere dell'Unione europea, la politica di sviluppo del commercio internazionale. Nessuno pensi di demolire l'edificio europeo, ma nessuno giochi contro per dividere o indebolire il Regno Unito.

Il negoziato deve avere visione politica, dobbiamo fare in modo che alla fine la nostra amicizia, le nostre relazioni, la nostra collaborazione risultino più robuste. Su questo dobbiamo lavorare insieme, e la risoluzione di oggi è una buona base per iniziare il nostro cammino.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, I believe in the Europe of today. I believe in our European project, a project that is based on the belief that together we are stronger and we do things better. That is why it makes me sad if you, Mr Farage and your friends, are likening this project to a prison. Let me remind you that 48% of the voters in the referendum did not share this view and many millions did not actually participate.

I also heard Mr Fox – if I am not mistaken – saying that he is calling for a close and deep partnership and for invisible borders. If this is what you are calling for, then welcome back into Europe. Welcome back into the European Union because this is what we are aiming for.

Instead of that, you are, in practice, calling for the negotiation of a similar agreement to the ones we have with the US, Korea or Canada. If this is so, please do not be surprised that in this negotiation we will represent the interest of 27 countries, like we did in negotiations with Canada, the US or Korea. This should come as no surprise to you.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Panie przewodniczący Juncker, drogi Michelu Barnier! Ta rezolucja jest po prostu dobra. Ja ją popieram, zwłaszcza te punkty, gdzie jest napisane: „jak najszybciej rozpocząć negocjacje zgodnie z artykułem 50”. – Tak, to robimy. Prowadzić negocjacje w dobrej wierze – taka jest deklaracja. Wreszcie Unia Europejska prowadzi negocjacje jako całość UE-27 bez wyłamywania się poszczególnych państw. Bronimy interesów obywateli Unii Europejskiej. Jestem, jako poseł z Polski, zainteresowany obroną interesów prawie miliona polskich obywateli mieszkających w Wielkiej Brytanii, których los jest niepewny.

Wielka Brytania nie może oczekiwać korzyści jednostronnych kosztem korzyści obywateli Unii Europejskiej – także to popieram. Mam świadomość, że UE-27 będzie Unią pomniejszoną, ale wcale nie musi być Unią osłabioną, i sercem jestem z moimi przyjaciółmi z Labour Party na tej sali, którzy wyrażali swój ból z powodu rozwoju wydarzeń.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir tun die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs leid. Sie wurden jahrelang – vor dem Referendum und auch teilweise jetzt – in die Irre geführt. Es wurde Schuld der EU zugewiesen statt zur Mitverantwortung gestanden, der Mehrwert der Mitgliedschaft verschwiegen, dass der Aufstieg auch der Mitgliedschaft zu verdanken ist. Die Unabhängigkeit wurde versprochen, die Spaltung riskiert und neue Abhängigkeiten geschaffen, „Geld zurück“ wurde versprochen und die Konsequenzen verschwiegen.

Es gibt keine Teilnahme am Binnenmarkt ohne die Akzeptanz der vier Freiheiten, ohne die Einhaltung der Grundrechte, ohne Kostenbeteiligung, ohne die Akzeptanz des Europäischen Gerichtshofs. Rechte und Werte, in 44 Jahren eingegangene Verpflichtungen sind die Grundlage der Verhandlungen. Nicht mehr und nicht weniger. Lernen wir daraus!

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, quando muitos esperavam que o Brexit fosse o princípio do fim do projeto europeu, o amplo consenso político interpartidário em apoio da resolução que hoje vamos aprovar sobre as negociações do Brexit é em si mesmo um importantíssimo sinal de unidade e de esperança. E importante é também que o Parlamento tenha definido uma prioridade clara, garantir em condições de reciprocidade o respeito pelos direitos dos cidadãos europeus que residem no Reino Unido e dos cidadãos britânicos que residem na União Europeia. E não é respeitar os direitos dos cidadãos, sujeitá-los, como hoje sucede no Reino Unido, a 85 páginas de escusada burocracia para conseguirem obter o seu direito às autorizações de residência.

A liberdade de circulação vincula integralmente o Reino Unido até ao dia da sua saída e mesmo depois disso enquanto vigorar um regime transitório de acesso ao mercado único. Este Parlamento não cederá na defesa dos direitos dos cidadãos europeus.

Esther de Lange (PPE). – Madam President, in a couple of weeks I will take my six-year-old son to London for the first time; he will see the Cenotaph and I will tell him about the bravery of those men who fought in two European wars and to whom we will be eternally grateful. But he will not understand because, thank God, he has never known war. Although, not too far away from here – and you can laugh – but not too far away from here children his age and younger are dying in the poisonous clouds of Idlib, the same clouds that we saw over Flanders Fields a century ago.

It is for those generations of young Europeans, those born after the fall of the Berlin Wall, that the remaining 27 Member States need to stand united and together, and work out a reformed and stronger European Union. It is for those young generations of Brits that we need a fair deal and a continued relationship with the United Kingdom, because they did not vote to leave.

Let us, dear colleagues, politicians of this very old continent, show the young people in Britain and in Europe alike that Europe is not a place of hate, of pettiness or of revenge, but that we can learn the lessons of the past and reshape a future in which the negotiating table will always, always prevail over outright conflict.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, Brexit will be the most difficult, costly and unnecessary divorce in history. In the coming months and years, we can expect the EU 27 and the UK Government to end up in any number of catfights, but let me be crystal clear: whatever the cost, whatever the hassle, whatever the differences of opinions, this Parliament will serve the citizens of Europe. Period. We are their directly elected voice. We will be their strongest defender, their best advocate in this, and their ally. This goes for EU citizens and for UK citizens. We will not allow the Brexiters' broken promises, half-truths and even lies to harm the citizens of the UK and EU any more than they have already done.

To the citizens of the 27 remaining Member States, I say we will never allow a post-Brexit UK to undermine your rights and conditions by competing in a race to the bottom. To the citizens of the UK, I say that we will continue to fight for your best interests, and we will keep a seat for you at our table.

Viviane Reding (PPE). – Madame la Présidente, mieux vaut un divorce réussi qu'un mariage raté, et pour que ce soit le cas avec le Brexit, plusieurs conditions sont nécessaires.

Tout d'abord, il faut donner la priorité aux conditions de séparation: garde des enfants, partage du patrimoine, droit de visite avec réciprocité et rapidité. Le Parlement européen l'a d'ailleurs bien compris en demandant des garanties pour les citoyens, les dettes et les frontières extérieures.

Ensuite, il peut s'ensuivre une période de transition pour que chacun s'adapte à sa nouvelle vie, à condition qu'il y ait paiement de la pension alimentaire sous le contrôle du juge. Là aussi, le message est clair: pas de droits sans devoirs, pas d'accès au marché intérieur sans respect des quatre libertés.

Une fois le divorce prononcé, et pas avant, il faut de la maturité afin d'entretenir des relations civilisées, même si rien ne sera plus comme avant. D'où nos exigences: ni dumping transformant le Royaume-Uni en pays de transit, ni chantage monnayant la libre circulation ou la sécurité des citoyens contre du commerce. Un divorce, c'est un nouveau départ. Pour nous, le Brexit sera le renouveau de l'Europe, avec les traités comme fil conducteur.

Vladimír Maňka (S&D) – Vážená pani predsedníčka, čísla Ministerstva financií Veľkej Británie hovoria, že v nasledujúcich piatich rokoch príde britská štátna pokladnica o viac ako 122 mld. eur. Najnovšie analýzy ukazujú, že kvôli brexitu v najbližších rokoch zanikne pol milióna pracovných miest. Barclays Bank potvrdila, že presun aktivít v bankovom sektore mimo Veľkej Británie je nevyhnutný. To naozaj neznie optimisticky.

Chcel by som odkázať do Veľkej Británie: aj my trpíme rovnako ako tí z vás, ktorí hlasovali za zotrvanie v EÚ. Ale rešpektujeme vôľu väčšiny. Začíname spolu hľadať novú budúcnosť. Toto obdobie neistoty môže trvať viac ako dva roky. Ak v ňom dospejete k záveru, že život mimo EÚ vážne poškodí vašu budúcnosť, neváhajte sa vrátiť späť. Rozumní politici predsa nenechajú ubližovať vlastným obyvateľom.

David Casa (PPE). – Ir-Renju Unit huwa sieheb importanti għall-Unjoni Ewropea u għal Malta. Ir-Renju Unit ser jibqa' sieheb importanti. Imma huwa diżappunt għalina li r-Renju Unit għażel li ma jibqax membru tal-Unjoni Ewropea. Però rridu nżommu f'moħħna li ser jibqa' jkun hemm rabtiet b'saħħithom anke wara li r-Renju Unit iħalli lill-Unjoni Ewropea. U għalhekk li ma nistghux nidhlu għan-negozjati b'ċertu aġir ta' konfrontazzjoni. Issa rridu nistinkaw u naraw kif ikun hemm l-aħjar kundizzjonijiet bejn l-Unjoni Ewropea u pajjiż terz li miegħu għandna relazzjonijiet tajbin.

Madankollu r-Renju Unit irid jagħmel ċerti saġrifċċji. Ma jistax jistenna privileġġi mingħajr ir-responsabbiltajiet li jiġu magħhom. Dan ifisser li rridu nimxu fuq ċerti prinċipji. Iż-żmien illi nkunu selettivi u naghżlu li jaqbel lilna biss issa għadda.

Ir-Renju Unit irid iħallas dak li hu dovut – din hija kundizzjoni obbligatorja sabiex in-negozjati jkunu possibbli. Fuq kolloxx irridu nżommu f'moħħna l-element uman illi huwa l-aktar kruċjali. Hija prijorità li miljuni ta' ċittadini Ewropej u Britanniċi fuq iż-żewġ naħat nagħtuhom il-protezzjoni kollha tagħna lilhom u lid-drittijiet tagħhom.

Jien konvint illi nistgħu nsibu l-kompromess meħtieġ.

Victor Boştinaru (S&D). – Madam President, Romanian by nationality and historian by profession, I am fascinated by your great leader, Winston Churchill. But today I have to confess that I don't know what he would say about Brexit or how he would judge the Brexiters. This is a real question mark.

When it comes to the status of the European citizens in the UK, the negotiations must be based on the principles of reciprocity and full equality among EU citizens. This means that we need to make sure that our citizens who currently live and work in the UK can continue to freely do so without any discrimination against them or between them based on their nationality. Under such circumstances, we can accept, as the EU, to grant the same status to the UK citizens in our Member States.

Equally important is the issue of security, defence and counterterrorism, where the EU and the UK are mutually fundamental. This is where we are reminded by the recent terrorist attack in London. Both the EU and the UK need to be wise and pragmatic. This is too important an issue to leave a security gap for those who threaten our common values and our challenges, equally the security of our citizens.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schande über all jene, die jetzt vermeinen, über die Briten mit schlechten Worten zu reden, die dieser Entscheidung mit Strafsanktionen, mit absurden Zahlungsverpflichtungen, mit politischen Gehässigkeiten und Widrigkeiten begegnen. Wahre politische Größe zeigt sich doch vielmehr dadurch, dass man entsprechende Volksentscheide auch anerkennt, dass man respektiert, dass die Briten entschieden haben, die Europäische Union zu verlassen.

Sie haben jetzt zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Sie haben die Möglichkeit, nach dem Modell Juncker und Schulz noch mehr zu zentralisieren, die Mitgliedstaaten noch mehr zu entmachten, noch weniger an direkten Volksentscheiden zuzulassen. Oder Sie gehen den umgekehrten Weg. Sie lassen den Mitgliedstaaten wieder mehr Möglichkeiten zu entscheiden, Sie werten die Parlamente in den Mitgliedstaaten auf, Sie lassen direkte Demokratie in den Mitgliedstaaten zu, die auch wieder über europäischem Unionsrecht stehen kann.

Das, was Sie jetzt machen sollten, ist, den Briten mit Freundschaft zu begegnen, mit den Briten zu verhandeln – sinnvolle Kooperationsfelder – und sich nicht so zu verhalten wie in einem Rosenkrieg nach einer Scheidung oder wie zwei kleine Kinder, die aufeinander hinpecken, sondern wie erwachsene Menschen nüchtern und professionell damit umzugehen und beiden Interessengruppen auch entsprechend zu dienen.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I keep hearing what a positive project the European Union is. Article 8 of your beloved Treaty says 'the Union shall develop a special relationship with neighbouring countries' in a spirit of 'good neighbourliness'. Well I get that, I understand that, I am with that, that makes a lot of sense. So why, if that is the case, would Mr Tusk have written Clause 22 in his Memorandum giving the Spanish a veto over the future of Gibraltar when everyone knows that the Spanish are antagonistic towards the wishes of the people of the Rock? And why, Monsieur Barnier, in a spirit of 'good neighbourliness', would you have plucked this bizarre figure of GBP 52 billion out of the air that you say is our final settlement payment?

Remember one thing. From the moment we voted Brexit to the moment we leave, we will have put GBP 30 billion net into this European Union, and you want another 50. It just does not work. For any negotiation in life to work both sides stake out a position. Both sides ask for more than they realistically expect to get. I understand that, but you have gone so far with this that it is just impossible for us to see any accommodation.

I think there needs to be give and take on both sides, and I think if you gave on the money and you gave on Gibraltar, then what I would like to see the United Kingdom Government doing is saying there are 3.3 million EU citizens living in the UK, they all came to Britain legally and we will now unilaterally guarantee their rights for the future. Both sides need to give on this for any sensible deal to come out of it. We can walk away without a deal, it will hurt European workers and European companies more than us, but surely it makes sense for both of us to come to a sensible accommodation.

Philippe Lamberts, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, if we want to get to a sensible accommodation, Mr Farage's speech is precisely the kind of nonsense that we should just ignore. I just want to say that Brexit is a lose-lose game. I would have much preferred for us to stay together. *L'Union fait la force*, we say in Belgium, and that remains the case today. But there is one thing where I believe no compromise is possible, and that is the only thing that really annoyed me in Mrs May's letter. It concerns security cooperation. Security cooperation is an area where we cannot let lose-lose logic prevail. It is in the interest of the safety and security of all our citizens, British or otherwise, to cooperate deeply in matters of security, and what we cannot accept is that any other kind of consideration – trade, commercial, whatever – stands in the way. There is no trade-off here. It concerns the lives of men and women.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Europäische Parlament – und das hat sich heute gezeigt – hat eine hohe Verantwortung für die Begleitung des Verhandlungsprozesses, und ich habe mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, dass uns erklärt worden ist, dass wir nicht nur heute und am Abschluss der Verhandlungen miteinander reden werden, sondern – das Angebot von Herrn Barnier und auch das Angebot der Kommission –, dass wir zwischenzeitlich ins Benehmen gesetzt werden, uns informieren können, unsere Meinung auch zum Ausdruck bringen können, also politischen Einfluss ausüben können.

Das halte ich für wichtig, weil es darum geht, dass wir vor allem – und das sind die Kriterien, die meine Fraktion auch in Anwendung bringen wird – darauf achten, wie die Rechte der Menschen, die vom Brexit direkt betroffen sind, gewahrt werden. Wir werden darauf achten, wie auch die Sicherheit der Menschen, gerade im Norden Irlands, gewahrt wird im Ergebnis des Verhandlungsprozesses. Die Menschen dürfen nicht den Preis für den Brexit bezahlen. Sie haben ihn nicht hervorgerufen, sondern es hat andere Gründe dafür gegeben. Also sollten sie ihn nicht bezahlen, und wir werden darauf achten. Lassen Sie uns hier gemeinsam zusammenarbeiten, damit wir hier als Parlament auch wirklich Einfluss ausüben können.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I find it fantastic that Mr Farage is using Article 217 of the Treaty on the Association Agreement. Now that he is leaving, he starts to read the Treaty and to find the Treaty so good. It is fantastic to see this enormous positive development, if I may say so. That said, what is clear in this debate is 'let us put the citizens first', and it does not make any difference whether they are EU citizens or UK citizens. We will be firm, we need to be firm to defend the unity and the interest of the European Union towards the UK authorities, but my appeal here in the House today is to be open, positive and generous towards UK citizens, because many of them, millions of them, want to keep their relationship, their link, their identity on the European level. And last but not least, my appeal also to the House is that, when we vote within a few minutes, we have a huge majority and almost unity in this House. It is key to do that, to have a united European Parliament, together with the EU negotiator and with the European Council, and I hope for a strong vote within a few moments.

Roberts Zile, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, 'divorce', 'sadness', 'electricity and heating bills', 'foolishness', 'disruption of transport links', etc. 'We will only speak about the future relationships when we settle on accounts'. 'We are the champions, but on the other side are the losers'. 'We will not leave them any single cherry of the cake'. That is a summary of the statements made both in the Chamber today and also in the media.

I would like to ask colleagues to calm down. Does anybody believe that in these negotiations there will be winners when it comes to citizens' rights issues? Indeed, how successful can we call an arrangement where part of the success is achieved by discriminating against the citizens of another EU nation, or take businesses that are the backbone of economies? Do we really want to extend uncertainties for the next five or so years?

It is possible within the next two years to settle the past accounts and work on the comprehensive framework for the future relationships. This allows for it, business will wait for it, and in the end the European people want it. So good luck to you in the negotiations.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non tutti i britannici detestano l'Unione europea come il collega Farage. Ci tengo a ricordare che il 48 % dei cittadini britannici votarono per restare nell'Unione europea, e voglio ricordare con particolare affetto e commozione la compagna Jo Cox, deputata britannica assassinata durante la campagna referendaria.

Nessuno ha mai obbligato il Regno Unito a fare alcunché. Ho ascoltato parole incredibili: minacce, castigo, mafia. Voi avete deciso di aderire liberamente all'Unione europea e voi liberamente decidete di uscire dall'Unione europea. Nessuna rivalsa, ma non potete imporci il vostro caos.

No, dunque, a negoziati paralleli: finché siete parte dell'Unione europea, non potete negoziare con l'OMC. Al disordine della Brexit noi rispondiamo con l'unità invocata da Juncker e da Barnier, con l'unità che è la forza tranquilla della nostra istituzione.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war heute eine Diskussion mit einem guten Ton, und ich hoffe, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Diskussion verfolgt haben, weil sie gesehen haben, dass die großen Fraktionen, die europäischen Fraktionen hier einen sachlichen Ton, einen konstruktiven Ton an den Tag gelegt haben und leider Gottes die Populisten und Extremisten, die wir hier im Haus haben, wieder Schärfe gebracht haben. Es wurde zitiert, dass auf den Straßen gekämpft werden muss und dass man die Unabhängigkeit verteidigen muss. Es war ein harter, aggressiver Ton zu spüren. Hier die Sachlichkeit, dort die Aggressivität. Ich hoffe, das haben in der Diskussion viele Bürger gesehen.

Übrigens habe ich keine Antworten bekommen. Ich habe die Frage gestellt, ob man jetzt weiter bei Europol dabei sein will, ob man weiter im Binnenmarkt dabei sein will, ob man weiter bei der Forschungsunion dabei sein will. Mister Farage hat darauf bisher keine Antworten gegeben, ob diese Partnerschaften weiter richtig sind oder nicht. Das heißt: Die Grundsatzfrage, was *leave* wirklich bedeutet, bleibt auf dem Tisch.

Eine Bemerkung kann ich mir zum Schluss nicht ganz verkneifen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir in den Rat blicken, dann haben wir dort die Lage, dass, wenn die Staats- und Regierungschefs sich über den Brexit unterhalten, dann Theresa May nicht anwesend ist, weil das eine Sache ist, die die EU-27 zu verhandeln haben. Das heißt, Theresa May geht respektvoll mit den anderen 27 Staaten um. Wenn wir auf die parlamentarische Lage blicken, da haben wir Westminster, das am Schluss abstimmen muss – dort werden die britischen Interessen vertreten –, und wir haben das Europäische Parlament, das abstimmen muss – dort werden die Interessen der EU-27 vertreten. Und deswegen bin ich natürlich schon interessiert daran, wie Nigel Farage sich das die nächsten zwei Jahre vorstellt.

Ich möchte respektvoll anerkennen, dass Syed Kamall heute nicht gesprochen hat im Namen seiner Fraktion. Er hat das Wort gegeben an Kollegen, die nicht Briten sind, um die Fraktionspositionen deutlich zu machen. Ich würde mir wünschen, dass Nigel Farage zukünftig auch ein Ehrenmann ist und zukünftig bei Debatten um den Brexit in seiner Fraktion die italienischen Kollegen reden lässt. Nigel Farage hat uns die letzten Jahre erklärt, wie gut es ist, dass die Briten endlich die Europäische Union verlassen. Ich würde mir wünschen, dass er endlich ein gutes Beispiel gibt und dann die Debatten im Europäischen Parlament nicht mehr belastet. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Presidente. – Comunico di aver ricevuto quattro proposte di risoluzione conformemente all'articolo 123, paragrafo 2 del regolamento.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà oggi, mercoledì 5 aprile 2017, alle 12.00.

Ringrazio tutti coloro che hanno partecipato alla discussione, il Presidente della Commissione europea, il negoziatore dell'Unione europea, il rappresentante del Consiglio e tutti i deputati che hanno preso la parola durante questa discussione.

Il Parlamento svolgerà un ruolo determinante durante queste trattative, voterà alla fine a favore o contro, rispettando le regole della democrazia. In quest'Aula siedono 751 parlamentari in rappresentanza di 500 milioni di cittadini europei, tutti regolarmente eletti. Non ci sono né mafiosi, né *gangster*, ci sono rappresentanti dei popoli e questa non è una questione di sensibilità nazionale, è una questione di civiltà e di democrazia.

(Applausi)

Vicky Ford (ECR). – Mr President, I would like to raise a point of order under Article 11.2 about this morning's debate. Calling other colleagues members of the mafia or gangsters does not show mutual respect, does not represent the views of the vast majority of the British people, and is not the view of the British Prime Minister, who wants to remain friends, allies and partners.

(Loud applause)

Presidente. – Ha chiesto la parola per un punto all'ordine del giorno l'on. Carver.

James Carver (EFDD). – Mr President, there has been a lot of confusion in this House this morning, talking about British aggression over Gibraltar. Can I just remind colleagues across Parliament that it was actually Spain that sent one of their warships into Gibraltar waters.

Presidente. – Non mi pare un punto all'ordine del giorno in base al regolamento.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – 2017 m. kovo 29 d. Jungtinės Karalystės vyriausybė pateikė pranešimą Europos Vadovų Tarybai, kuriuo įforminamas Jungtinės Karalystės sprendimas išstoti iš Europos Sąjungos. Šis pranešimas yra Jungtinėje Karalystėje įvykusio referendumo pasekmė. Ir nors tai yra precedento neturintis įvykis, dėl kurio tenka apgalvoti, nes iki šiol dar nėra viena valstybė narė nėra išstojusi iš Europos Sąjungos, turime užtikrinti, kad išstojimas vyktų tvarkingai ir nebūtų padarytas neigiamas poveikis Europos Sąjungai, jos piliečiams ir Europos integracijos procesui. Europos Parlamentas atstovauja visiems Europos Sąjungos piliečiams ir todėl jo tikslas – viso Jungtinės Karalystės išstojimo proceso metu siekti apsaugoti visų piliečių interesus. Derybos dėl išstojimo turi vykti stengiantis užtikrinti teisinį stabilumą ir padėti piliečiams susidaryti aiškų vaizdą apie jų ateitį. Jungtinėje Karalystėje gyvenančių Europos Sąjungos piliečių ir Europos Sąjungoje gyvenančių Jungtinės Karalystės piliečių statusui ir teisėms būtų taikomi abipusiškumo, lygybės, vienodo požiūrio ir nediskriminavimo principai. Iki Jungtinė Karalystė išstos iš Europos Sąjungos visos teisės, susijusios su keturiomis laisvėmis, turi būti pilnai užtikrinamos, o bet koks ES piliečių diskriminavimas jiems mėginant įgyti teisę gyventi Jungtinėje Karalystėje prieštarautų Europos Sąjungos teisei ir būtų netoleruotinas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Egyesült Királyság kilépése az Európai Unióból nem egy örömdetes esemény. Most, hogy a folyamat beindult, annak a lehető legeredményesebb lefolyását kell biztosítani. Ennek során mindkét fél hosszú távú stratégia céljait kell szem előtt tartani, hiszen a kapcsolat az Egyesült Királyság és Európa között megmarad. Nyugalmunkat megőrizve, professzionálisan és elköteleződéssel kell a Brexit-tárgyalásokat lefolytatnunk. Nem lehet más célunk, mint hosszú távra tervezni és pozitív végeredményt elérni, amelyet minden tagország nyugodt szívvel ratifikálni fog. Ennek során bizonyosan kompromisszumokat is kötni kell, de mindig szem előtt kell tartani mind az EU, mind az Egyesült Királyság munkavállalóinak érdekeit. Az elválás során folyamatosan arra kell törekedni, hogy minél kisebb kárt, veszteséget okozzunk az Európai Unió állampolgárainak.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich bedaure die Entscheidung Großbritanniens, aber ich akzeptiere sie auch. Wer nicht mehr Teil einer Gemeinschaft bleiben möchte, muss anschließend die Konsequenzen dieser Entscheidung tragen: Großbritannien behält seine Rechte als EU-Mitglied bis zu seinem Austritt, gleichzeitig gilt es aber auch, bestehende Pflichten zu erfüllen. Dies gilt auch für finanzielle Verpflichtungen, die sich unter anderem aus dem langfristigen EU-Haushalt ergeben. Und es ist klar: Wer sich gegen die EU entscheidet, kann nicht mehr von unseren Errungenschaften und Vorteilen profitieren. Entweder man ist Teil einer Sache oder nicht.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Mais uma vez se comprova que as instituições da UE convivem mal com a democracia e com as decisões soberanas dos povos. Não é de hoje. A postura de pressão, ameaça e chantagem exercida sobre o Reino Unido, na sequência da expressão soberana da vontade popular de saída da UE, é inaceitável e reveladora das intenções que norteiam as instituições da UE neste processo. Entre estas intenções – que veementemente denunciamos e combatemos – está a de levar a cabo uma operação de branqueamento das políticas da UE e das suas consequências, e a partir dela forçar uma fuga em frente no aprofundamento da integração capitalista europeia. O processo negocial que agora se inicia deve ser justo e equilibrado, partindo da ideia fundamental de respeito pela decisão soberana do Reino Unido. Deve ser uma prioridade destas negociações a defesa e a proteção dos direitos tanto dos cidadãos britânicos que residem em Estados-Membros da UE como dos cidadãos de Estados-Membros da UE que residem no Reino Unido. Direitos como: direito de residência, direito de tratamento igual e não discriminação, direito de acesso aos serviços públicos e à segurança social, direito à reunificação familiar, ao reconhecimento internacional de diplomas universitários e formações. As disposições positivas relativas à livre circulação de pessoas devem ser protegidas.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Dohoda o vystúpení, ako aj jednotlivé prechodné opatrenia by mali podľa plánu nadobudnúť účinnosť ešte pred voľbami do Európskeho parlamentu v roku 2019. Dovtedy má Veľká Británia všetky práva, výhody aj povinnosti riadneho členského štátu. To sa v plnej miere týka aj jej finančných záväzkov. Administratívne zvládnutie vystúpenia Spojeného kráľovstva z EÚ nebude jednoduchý proces. Zatiaľ je to veľká neznáma. Dôležité je však nastavenie priorít. Tími musia byť najmä istoty a stabilné právne postavenie európskych občanov žijúcich v Británii, ako aj Britov na území krajín EÚ. Odchod jedného členského štátu môže byť motiváciou pre prispôbenie fungovania Európskej únie spôsobom, aby žiadne ďalšie odchádzať nechceli. Brexit je primárne výsledkom populizmu a hazardovania bývalého premiéra Camerona, ktorý bol pre jednorazové víťazstvo vo voľbách ochotný obetovať desiatky rokov spolupráce. Lídri jednotlivých štátov by sa z toho mali poučiť. Nemôžu naďalej pokračovať v tom, že sa najskôr na niečom dohodnú, a ak je to nepopulárne, doma prezentujú, že za to môže Európska únia a úradníci v Bruseli.

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – Para este Parlamento há condições muito claras e necessárias para a aprovação, em 2019, de um eventual acordo entre a UE e o Reino Unido (RU), e é a esta excelente Resolução que retornaremos para analisar, ponto por ponto, se estão cumpridas. Destaco três: - Não podem ser os cidadãos – europeus ou britânicos – a pagar a conta. Nomeadamente, é preciso que ambas as partes tenham no centro das suas preocupações os interesses e direitos dos cidadãos europeus a viver no RU e vice-versa. - A UE não poderá nunca permitir que o RU se torne um paraíso fiscal e a luta contra a fraude e evasão fiscal estarão na linha frente de qualquer acordo comercial que se desenhe. - Em todas as formas de cooperação que venham a existir entre a UE e o RU, em áreas que favoreçam os interesses de ambas as partes – cooperação a que este Parlamento e a Europa a 27 permanecem abertos – a bússola serão, como em qualquer política de ação externa da União, os nossos valores e princípios, nomeadamente no que toca ao respeito pelas obrigações internacionais de proteção de refugiados e migrantes, e pelos Direitos Humanos em geral.

Benedek Jávör (Verts/ALE), *írásban*. – A népszavazás óta arra vártunk, hogy a brit kormány és parlament megfontolja, mit kezd az eredménnyel. Reménykedtünk, hogy valamilyen csoda folytán mégis a józan észre hallgatnak, illetve vártuk, hogy az Egyesült Királyság aktiválja-e az 50. cikkelyt. Sajnos Theresa May a kilépési folyamatot ellentmondásokkal terhelt és fenyegetőzéstől sem mentesen indította el, elbizonytalanítva nemcsak az Unió képviselőit, de a maradáspárti briteket is. Most az EU intézményein van a sor, hogy meghatározzák: mik azok a feltételek, amelyeknek a tárgyalások során érvényesülniük kell, annak érdekében, hogy megvédjék az Unió érdekeit és állampolgárait. A legfontosabbak: a kilépési megállapodásban megnyugtatóan, a kölcsönösség és diszkriminációmentesség elvének tiszteletben tartásával kell rendezni az Egyesült Királyságban élő európai, illetve az Európában élő brit állampolgárok helyzetét, jogaikat és munkavállalásuk feltételeit. Az EU–brit pénzügyi elszámolásnak ki kell terjednie a 2013–2020-as költségvetésből eredő, az unió felé fennálló kötelezettségekre éppen úgy, mint a kilépéssel járó költségekre. A jövőbeli kapcsolatokat csak a kilépési megállapodás megkötése után lehet kialakítani, beleértve a tagországokkal kötendő megállapodásokat is. A jövőbeli kapcsolatokat csak az Unió alapértékeire alapozva, az emberi jogokra, a tisztességes gazdasági és adóversenyre, a környezetvédelemre és éghajlatváltozásra vonatkozó uniós elvek és szabályok figyelembe vételével lehet kialakítani.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), kirjallinen. – On vaikea kuvitella eurooppalaista tiedemaailmaa ilman Britanniaa. Maan yliopistot ja tutkimuslaitokset ovat antaneet valtavasti EU:lle ja saaneet EU:lta monet parhaista tutkijoistaan sekä huomattavia rahasummia: 7 miljardia tutkimus- ja kehitysrahoja, maksuosuuttaan enemmän. Mitä brexitissä tapahtuu opiskelija- ja tutkijavaihdolle? Brexit koettelee sekä EU:ta että eritoten Britanniaa tavoilla, joita äänestäjät eivät osanneet edes aavistella. Tiedemaailma jää vaikeaan asemaan kuten moni muukin elämänalue ja ala – Britanniassa EU:n upeat puolet huomattiin sitten, kun oli jo liian myöhäistä. Koko tiedeyhteisö on lähes yksimielisesti sitä mieltä, että tiedeyhteistyön tulisi jatkua kuten ennenkin tai että sen tulisi jopa tiivistyä. Ei ole kenenkään edun mukaista, että brexit tuhoaa yhteistyön tiedemaailmassa. Samaa sanotaan lähes jokaisella yhteiskunnan osa-alueella. Tapasin vastikään Britannian kantaverkkoyhtiön National Gridin edustajia, jotka kertoivat sähkömarkkinoiden yhteistyöstä, joka hyödyttää molempia osapuolia yhteysjohtojen kautta. Iso-Britannia on nettotuojaa, yhteydet lisäävät toimitusvarmuutta. Sama viesti muiltakin aloilta: "Voitaisiinko juuri MEIDÄN alallamme jatkaa yhteistyötä?" Tämä ei ole mikään ihme, sillä koko EU perustuu kaikkia osapuolia hyödyttäviin sopimuksiin. Neuvottelut tulee käydä avoimesti. Molempien osapuolten on muistettava ihmisten tilanne, mukaan lukien työntekijöiden oikeudet, sekä taattava kansainvälisten sopimusten noudattaminen. Veronkierron aukkoja ei tule hyväksyä vaan estää. Vaikka epävarmuutta on paljon, yksi on varma: korvataksemme Britannian lähdön haitat muun EU:n on tehtävä yhteistyötä entistä paremmin ja enemmän.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – Situația rupturii Marii Britanii de UE a fost creată de politicieni populiști care au împins Marea Britanie pe un drum care poate să o ducă într-o stare economică periculoasă și chiar către o Mică Britanie. Uniunea Europeană, la rândul ei, a trebuit să facă față semnelor de întrebare referitoare la imagine și credibilitate. UE trebuie acum să se angajeze pe un drum care să conducă spre unitate, comunicare și transparență, cooperare consolidată în domeniile care constituie provocări actuale: apărare, securitate, migrație, situația economică și socială.

Parlamentul European trebuie să-și fixeze câteva priorități clare: asigurarea drepturilor cetățenilor și bugetul. Există cetățeni britanici care locuiesc în UE și cetățeni ai UE care locuiesc în Marea Britanie, inclusiv în jur de 300 000 de români. Este nevoie de clarificarea drepturilor pe care aceștia trebuie să le mențină pe termen lung.

În ceea ce privește dorințele Marii Britanii de a participa la politica de securitate împreună cu condițiile favorabile pentru comerț, consider că nu există legătură între cele două domenii. Acordul privind relațiile economice trebuie să se încheie în aceleași condiții ca cele aplicate pentru orice țară terță.

Ева Майдел (PPE), в писмена форма. – Макар много политици във Великобритания и по света погрешно да считат, че Брекзит настъпи с референдума през юни 2016 г. или със задействането на член 50 от Договорите на ЕС през март 2017 г., на всички трябва да е ясно, че Великобритания остава пълноправен член на ЕС докато не завършат преговорите за напускането ѝ. Всички задължения – правни и финансови, остават в сила до официалното напускане. Тъй като за да влезе в сила споразумението, постигнато в края на преговорите, е необходимо одобрението на Европейския парламент, позицията, която приемаме днес, трябва да бъде отразена в преговорите.

На първо място, за нас от Европейската народна партия винаги ще бъдат гражданите. Затова и поставяме в центъра на позицията ни гарантирането на справедливо и равноправно отношение към гражданите на ЕС, живеещи във Великобритания, както и на британските граждани, пребиваващи в ЕС.

Държа да подчертая, че никой не иска да наказва Великобритания. Напротив, всички ще имаме полза от ефективно споразумение за бъдещите ни отношения и участие на британците в единния пазар. Но това може да стане само при спазване на неделимостта на четирите свободи на вътрешния пазар – свободата на движение на стоки, капитали, услуги и хора.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A britek hivatalosan is elindították az Unióból való kilépési folyamatot. A brit nép akarátát tiszteletben kell tartani, de a következő időszak a szörnyű felismerés időszaka lesz. A nagyhatalmi nosztalgia, a nacionalista gőg senkit nem ment meg a valóságtól. Európa részesedése a globális gazdaságból tovább csökken a következő években. Nem azért, mert mi leszünk kisebbek, hanem azért, mert a kínaiak, az indiaiak, a brazilok lesznek nagyobbak. Ezért ebből a szempontból kétfajta uniós tagállam létezik: a kisebbek és azok, akik még nem tudják, hogy kicsik. A legnagyobb európai tagállamok is eltörpülnek Kína és India lakossága mellett. A játékszabályok megváltoztak, egyesek ezt észreveszik, mások a nacionalizmus mögé bújva próbálják titkolni. Hozzá kell szoknunk ezért, hogy külön-külön nem megy többé. A különutasság a múlt, az együttműködés pedig a jövő. A nacionalista vezetők hazudnak, amikor azt mondják, hogy az EU a létünkre tör. Ha nincs EU, a napjaink meg vannak számlálva, amikor a versenytársaink kontinensnyi országok. Az európai országok sorsa össze van kötve, ha szeretjük, ha nem. Csak egy út áll előttünk, még hozzá a mélyebb uniós integráció, amely képes versenyezni a világ többi részével.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Brexit-neuvottelujen on oltava läpinäkyvät, ja ne on käytävä molemmin puolin vilpittömässä hengessä. Britannia ei voi poimia rusinoita EU:n pullasta. Kansalaisten vapaata liikkuvuutta EU:n sisällä ei voida irrottaa sisämarkkinoista. Britannian on myös hoidettava lähtölaskunsa. Britannia ei voi myöskään yrittää kiristää EU:ta neuvotteluissa yhteiseen turvallisuuteen liittyvän yhteistyön lopettamisella. Vasta sitten kun Britannian eron periaatteista on riittävä selvyyt, voidaan EU:n ja Iso-Britannian tulevan kumppanuussuhteen muodosta alkaa keskustella. Brexit-prosessi on monimutkainen, ja neuvotteluissa vaaditaan malttia. Molempien osapuolten on syytä toimia rakentavasti ja etsiä parhaita ratkaisuja, sillä Britannia on jatkossakin osa Eurooppaa ja EU:n läheinen kumppani.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Après neuf mois de gestation, le gouvernement britannique décide enfin de déclencher l'article 50, faisant ainsi officiellement débiter les négociations avec l'Union européenne. En commission de l'Emploi et des Affaires sociales, nous avons particulièrement étudié la question du Brexit sous l'angle de la libre circulation des personnes. Pas moins de 700 actes du droit de l'UE touchent à la politique de l'emploi, au social ou à la libre circulation des travailleurs et tous, sans exception, seront concernés par le Brexit. Dans un certain nombre de cas, des mesures transitoires seront indispensables pour préserver les citoyens. Cette demande de divorce doit d'ailleurs nous inciter à réviser dans les meilleurs délais la directive relative au détachement des travailleurs, afin de trouver une solution adéquate pour l'Union à 27. Enfin, le Fonds social européen, de même que le Fonds européen d'aide aux plus démunis, et le programme pour l'emploi et l'innovation sociale risquent d'être affectés par le Brexit. Il est primordial que nous veillions à ce que le budget qui y est consacré soit suffisant et ce, malgré le départ britannique. Le Brexit doit être transformé en une opportunité de relance et d'amélioration du projet européen.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Riippumatta neuvotteluiden lopullisista kompromisseista, on selvää, että brexitistä seuraa suuri aukko Euroopan unionin jäsenmaksuihin. Mielestäni tämä aukko pitää täyttää tulonsiirroilla muista budjettimomenteista tai vähentämällä tasaisesti kaikkia EU:n menoja. Toisin sanoen, jäsenmaksuja ei tule korottaa brexitin johdosta. Myös EU-palkkaveron korotus 10 %:sta 30 % tasolle tuottaisi lisätuloja vastaavasti. Tehtävä ei ole vaikea, sillä aukon voi täyttää budjettien uudelleenallokoinnilla kohteista, joiden tuloksellisuudesta ei ole näyttöä. Esimerkiksi ei ole näyttöä ESIR-rahaston onnistumisesta EU:n talouskasvun ja työllisyyden parantamisessa. Suunniteltu budjettikapasiteetti voidaan myös allokoida budjettiaukon täyttöön. Mikäli budjettimomenttien uudelleenkohdistuksista ei päästä sopuun, ehdotan, että erityisesti komission hallintoa ja muita menoja leikataan vastaavasti. Samalla kun säästöpolitiikat supistavat useiden jäsenmaiden budjetteja, on vain reilua ja kohtuullista odottaa komissiolta tehokkuutta toiminnoissaan.

Algirdas Saudargas (PPE), raštu. – Šiuo metu Jungtinėje Karalystėje gyvena apie 3 milijonus ES gyventojų, iš kurių 170 tūkstančių yra iš Lietuvos. Deryboms dėl „Brexit“ turim tik 2 metus, o klausimų yra daug: JK finansinis atsiskaitymas, ES išorės sienos, agentūrų perkėlimas, būsimi komerciniai ir politiniai santykiai. JK dirbančių, gyvenančių ir studijuojančių ES piliečių teisių apsauga turėtų užimti svarbią vietą. Derybos neturėtų virsti varžybomis, iš kurių visi išeisime pralaimėję. Atvirkščiai, norėčiau paraginti, kad atsakingi asmenys besiderėdami turėtų galvoje tų trijų milijonų žmonių likimus ir tokiu būdu pasiektų susitarimą, naudingiausią visiems ES piliečiams. Taip parodant, kad jie rūpi Europos Sąjungai ir kad mes esame čia tam, kad susigrąžintume ES piliečių pasitikėjimą. Aišku yra tai, kad išstodami iš ES Jungtinės Karalystės ir jos gyventojai nebegalės mėgautis tokiais pat teisėmis ar lengvatomis kaip visi kiti ES piliečiai.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Úgy gondolom, ezzel a határozattal az EU vívmányait, egységét és értékeit megőrző, a közös érdekek érvényesítését és az európai építkezés folytatását szavatoló tárgyalási irány mellett foglalunk állást, ami fontos politikai támogatást jelent majd a tárgyalóasztalnál ülő EU-képviselőknek. Ám ettől még sajnos változatlanul tény, hogy a Brexittel végső soron mindenki csak veszít. Ezért a határozat nyilvános kommunikációjára való tekintettel is fontosnak tartom, hogy legalább utólag levonjuk a politikai tanulságokat Cameron felelőtlenségéből, aki hosszú évek EU-ellenes, populista uszításával végeredményben hazája fejlődését, saját népe egész jövőjét tette kockára. Nem nagyon hiszem, de remélem, hogy ez az üzenet Orbán és a többi, hatalmához ragaszkodó jobboldali, nacionalista, demagóg politikuss számára is súlyos figyelmeztetésül szolgál.

Kathleen Van Brempt (S&D), *schriftelijk*. – Ik zie het VK niet graag uit de EU vertrekken, maar nu het proces in gang gezet is, moeten we op een constructieve manier vooruit. Vandaag bepaalt het Europees Parlement haar onderhandelingsstandpunt voor de brexit. Voor mij moeten de belangen van de burgers hierbij centraal staan. Niemand is gebaat bij een harde brexit: het VK niet, maar ook de EU niet. Tegelijkertijd moet de brexit voor de EU-27 een gezamenlijke keuze voor een sociale, duurzame en eerlijke Europese Unie zijn. De EU-27 moeten zich eensgezind rond een duurzaam en sociaal toekomstproject scharen. De brexit kan zo leiden tot meer eensgezindheid over onze gemeenschappelijke waarden.

We mogen natuurlijk niet naïef zijn. Het VK zal trachten een zo goed mogelijke deal uit de brand te slepen. Het moet echter van bij de start duidelijk zijn dat er van cherrypicking geen sprake kan zijn: je kan niet alle voordelen van lidmaatschap willen behouden en toch de Unie verlaten. We moeten zeer duidelijk zijn dat de Unie niet zal aanvaarden dat er aan onze grenzen een fiscaal paradijs met ecodumping en sociale dumping zou ontstaan. In de brexitonderhandelingen moet daarom voldoende aandacht gaan naar het respecteren van het klimaatakkoord en het naleven van sociale en fiscale normen.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Debata, którą obecnie prowadzimy, jest jedną z najważniejszych w dziejach PE. Po raz pierwszy bowiem nie ustalamy zasad przystąpienia do UE, tylko warunki wystąpienia jednego z państw członkowskich z Unii. Chcę w związku z tym zwrócić uwagę tylko na jeden z tych aspektów wyjścia. Wielka Brytania jako członek Unii Europejskiej wpłacała do jej budżetu corocznie około 17 miliardów euro, a otrzymywała około 6 miliardów. Pozostałe środki, czyli ponad 10 miliardów euro, co roku były wykorzystywane na finansowanie inwestycji w wielu państwach członkowskich, w tym w Polsce. Państwa te planowały zatem swoje wydatki w oparciu o środki, które zapewnia budżet UE, pochodzący także z brytyjskich wpłat. W negocjacjach z Wielką Brytanią trzeba zatem domagać się, by wywiązała się ona do końca ze swoich zobowiązań finansowych, gdyż były one jednym z ważnych źródeł środków unijnych przeznaczanych dla pozostałych państw. Polska, podobnie jak inne państwa członkowskie, musi mieć pewność, że realizowane przez nią inwestycje zostaną sfinansowane przez budżet UE. Dlatego też uważam, że Komisja Europejska, prowadząca negocjacje w imieniu 27 państw UE, powinna konsekwentnie rozliczyć zobowiązania finansowe pomiędzy Zjednoczonym Królestwem a Unią Europejską.

7. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

7.1. Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Mitteilung über den beabsichtigten Austritt aus der Europäischen Union (RC-B8-0237/2017, B8-0237/2017, B8-0241/2017, B8-0242/2017, B8-0243/2017) (Abstimmung)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

9. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)

Der Präsident. – Wir setzen nun die Abstimmungsstunde fort.

9.1. Bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (A8-0088/2017 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

9.2. Ratifizierung des Protokolls von 2010 zu dem Übereinkommen über schädliche und gefährliche Stoffe und Beitritt zu diesem Protokoll mit Ausnahme der Aspekte im Zusammenhang mit der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (A8-0076/2017 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)

9.3. Ratifizierung des Protokolls von 2010 zu dem Übereinkommen über schädliche und gefährliche Stoffe und Beitritt zu diesem Protokoll im Hinblick auf die Aspekte im Zusammenhang mit der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (A8-0078/2017 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)

9.4. Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in Bezug auf das Informationssystem in Kroatien (A8-0073/2017 - Nuno Melo) (Abstimmung)

9.5. Medizinprodukte (A8-0068/2017 - Glenis Willmott) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Glenis Willmott, rapporteur. – Mr President, because this is a second reading we only have votes on the amendments. This deal has been a long time in the making: it has taken at least five years to get to this point, so I am pleased to have strong support across Parliament. This is about ensuring patients' safety and encouraging innovation. It is sad for me that the Right of this House has chosen not to support something that improves patient safety and benefits patients right across the EU. Shame on you.

Peter Liese, Berichterstatter. – Vielleicht nur eine kurze Klarstellung zum Ablauf dieser Abstimmung. Normalerweise haben wir bei der frühzeitigen Einigung in zweiter Lesung überhaupt keine Abstimmung. Jetzt hat aber die UKIP einen Ablehnungsantrag gestellt, noch nicht mal die EFDD als Ganzes. Und ich muss sagen, ich bin fast dankbar, denn das gibt uns am heutigen Tag, wo wir auch über den Brexit diskutiert haben, noch einmal die Chance zu zeigen, wie einig dieses Haus gegen die Ideen der UKIP ist. Wir beschließen etwas, was für den Binnenmarkt ist, was die Patienten bestmöglich in ganz Europa schützt. Ich bedanke mich bei allen, die geholfen haben, dass wir an diesem Punkt angekommen sind – natürlich Rat, Kommission, Glenis Willmott, aber ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die weit über das normale Maß hinaus gearbeitet haben, damit wir an diesem Punkt sind.

Also: Den Änderungsantrag ablehnen heißt, das Ergebnis zu unterstützen.

9.6. In-vitro-Diagnostika (A8-0069/2017 - Peter Liese) (Abstimmung)

9.7. Geldmarktfonds (A8-0041/2015 - Neena Gill) (Abstimmung)

- 9.8. Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist (A8-0238/2016 - Petr Ježek) (Abstimmung)**
- 9.9. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (A8-0110/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)**
- 9.10. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (EntschlieÙung) (A8-0117/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)**
- 9.11. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben (A8-0104/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)**
- 9.12. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2018 — Einzelplan I – Europäisches Parlament (A8-0156/2017 - Richard Ashworth) (Abstimmung)**

— Vor der Abstimmung über Ziffer 37, fünfter Teil:

Paul Rübìg (PPE). – Herr Präsident! Ich wollte nur sagen: Ziffer 37 Absatz 1 ist abgelehnt. Da geht es um die allgemeine Kostenvergütung und die Veröffentlichung. Deshalb bin ich der Meinung, dass hier Teil 5 nicht mehr zulässig ist.

Der Präsident. – Herr Kollege Rübìg! Ich bin der Meinung, dass der Antrag zulässig ist. Der Absatz 1 ist angenommen. Wir haben bisher alle vier Teile angenommen.

(Zwischenrufe)

Der Änderungsantrag 1 der Grünen ist abgelehnt, und damit sind wir weiter fortgefahren mit dem Antrag 9, mit dem Antrag 17 und dann mit dem Originaltext. Und da haben wir die ersten vier Teile alle angenommen, und jetzt kommt der fünfte Teil. Über den lasse ich jetzt abstimmen.

- 9.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2017 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für das Vereinigte Königreich, Zypern und Portugal (A8-0155/2017 - Jens Geier) (Abstimmung)**
- 9.14. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2017/000 TA 2017 — Technische Unterstützung auf Initiative der Kommission (A8-0157/2017 - Victor Negrescu) (Abstimmung)**
- 9.15. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU zwecks Hilfeleistung für das Vereinigte Königreich, Zypern und Portugal (A8-0154/2017 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)**
- 9.16. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Lettland (A8-0089/2017 - Claude Moraes) (Abstimmung)**

- 9.17. **Automatisierter Austausch von DNA-Daten in der Slowakei, Portugal, Lettland, Litauen, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Zypern, Polen, Schweden, Malta und Belgien (A8-0091/2017 - Judith Sargentini) (Abstimmung)**
- 9.18. **Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit der Slowakei, Bulgarien, Frankreich, der Tschechischen Republik, Litauen, den Niederlanden, Ungarn, Zypern, Estland, Malta, Rumänien und Finnland (A8-0092/2017 - Tomáš Zdechovský) (Abstimmung)**
- 9.19. **Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten in Finnland, Slowenien, Rumänien, Polen, Schweden, Litauen, Bulgarien, der Slowakei und Ungarn (A8-0095/2017 - Filiz Hyusmenova) (Abstimmung)**
- 9.20. **Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten in Malta, Zypern und Estland (A8-0090/2017 - Maria Grapini) (Abstimmung)**
- 9.21. **Genetisch veränderte Maissorte Bt11 × 59122 × MIR604 × 1507 × GA21 (B8-0236/2017) (Abstimmung)**
- 9.22. **Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU (A8-0045/2017 - Elena Valenciano, Agustín Díaz de Mera García Consuegra) (Abstimmung)**

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

10. Stimmerklärungen

- 10.1. **Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Mitteilung über den beabsichtigten Austritt aus der Europäischen Union (RC-B8-0237/2017, B8-0237/2017, B8-0241/2017, B8-0242/2017, B8-0243/2017)**

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeit, die wir jetzt durch zügiges Abstimmen eingespart haben, bitte ich, dadurch zu honorieren, dass Sie den Raum zügig verlassen, wenn Sie die Stimmerklärungen nicht hören möchten, und sich vor allem nicht auf den Gängen stehend zu unterhalten. Ich werde mir die Freiheit nehmen, einzelne Kollegen auch namentlich zu bitten, solche Gespräche einzustellen.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono mesi che in queste aule si parla dei probabili effetti dannosi dell'uscita del Regno Unito dall'Unione europea. Sono mesi che parliamo del problema Brexit, come se ci fosse davvero bisogno di discutere del risultato democratico di un referendum democratico. Il popolo inglese ha votato e ha deciso. Il voto va rispettato. Questo non deve essere in discussione.

Ora si aprono i negoziati: da una parte c'è il governo del Regno Unito, che farà gli interessi dei cittadini inglesi, dall'altra c'è l'Unione europea, che non sono sicura farà gli interessi dei cittadini europei – penso a quei cittadini europei che da anni vivono e lavorano nel Regno Unito: i loro diritti vanno tutelati e non devono essere messi in discussione attraverso un confronto responsabile. Il Regno Unito dovrà onorare gli impegni presi fino alla conclusione del percorso di uscita effettiva dall'Unione, perché gli impegni presi vanno rispettati.

Siamo giunti a questo punto, però, perché sono stati commessi gravi errori. Chi li ha commessi deve chiedere scusa e presentare un libro nero del passato, non quello bianco e vuoto di un futuro incerto. Ognuno faccia la sua parte. Noi chiediamo un negoziato equo e giusto, e soprattutto non punitivo nei confronti del popolo britannico. Il Movimento 5 Stelle non sarà complice di scelte politiche mirate a punire uno per educarne cento.

E se si parla di mafia dentro le aule del Parlamento europeo, non ci dobbiamo scandalizzare come dei borghesi a un party esclusivo. La mafia esiste, non solo in Italia. La mafia non è l'Europa, la mafia non è l'Italia, la mafia è silenzio e censura, oltre che criminalità. La mafia è un atteggiamento di minaccia e omertà.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, lo que se pedía hoy al Parlamento Europeo era altura de miras frente a la decisión del Reino Unido de abandonar la Unión Europea y una posición clara sobre el reconocimiento de los derechos sociales adquiridos, de residencia, de movilidad, de seguridad social para los británicos que residen en la Unión Europea y los europeos que viven en el Reino Unido.

Pero hemos caído en una confrontación que fortalecerá el nacionalismo británico. Un carro al que se ha apuntado el Gobierno de España, para quien la soberanía de Gibraltar es un asunto más importante que los derechos de los 12 000 trabajadores que cruzan la valla cada día.

No nos perdamos en discursos abstractos que esconden, bajo el manto del nacionalismo o de un europeísmo hueco, el neoliberalismo que comparten la Unión Europea y el Reino Unido.

Para nosotros, las relaciones futuras con el Reino Unido deberán basarse en la solidaridad y el reconocimiento mutuo de los derechos fundamentales, porque hay otra Europa, la de la Carta Social Europea, la del Convenio Europeo de Derechos Humanos, de la que todos seguiremos formando parte.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Šiandien mes padarėme svarbų, bet nebūtinai džiugų sprendimą. Aš neprisijungiau prie tų, kurie aplodismentais palydėjo šį sprendimą. Man daugiau tai liūdesį keliantis sprendimas, bet nors mes ir apsisprendėme, o tiksliau – mūsų britų kolegos balsavo referendumu, mes turime priimti atitinkamus sprendimus. Taip, derybos dėl Didžiosios Britanijos išstojimo turi būti pragmatiškos, ir aš tikiuosi, kad Europos Sąjunga derės kaip pragmatiškas partneris, tačiau dėl susitarimo dėl ateities bendradarbiavimo, kai mes turime tapti ateities partneriais, aš tikiuosi, kad Europos Sąjungos derybininkai bus vizionieriški, kad jie pasiūlys tokius sprendimus, kurie sukurs galimybes Europos Sąjungai ir Didžiąjai Britanijai išlikti partneriais, glaudžiais partneriais, ir iš tiesų nestatyti naujų sienų Europoje. Berlyno siena buvo sugriauta europiečių, ir, aš manau, mes turime pasimokyti iš šitos ir istorijos tam, kad nesukurtume naujų sienų Europoje.

Момчил Неков (S&D). – Преди седмица беше тъжен ден за Европа. Тъжен, защото една държава членка обяви официално, че напуска най-голямата организация – гарант на стабилността и просперитета в Европа.

Това решение ще има последици за милиони европейци, както за няколкото милиона британски граждани, пребиваващи в Европейския съюз, така и за всички граждани на Съюза, които живеят в Обединеното кралство. Рубикон е пресечен!

От 2019 година Съюзът ще бъде с 27 държави членки, но това не означава, че правата на европейските и британски граждани трябва да изчезнат от днес за утре. Много хора и някои политици се опитват да използват картата на миграция като елемент на несигурност и разменна монета. Това е безотговорно и несериозно.

В продължение на десетилетия всички тези европейски граждани, сред които и българите, са допринасяли за развитието и просперитета на британската икономика и общество. Призовавам британското правителство да не създава несигурност за милионите европейски граждани, сред които са и моите съграждани, с използване или дори толериране на риторика, увеличаваща страха на хората, свързан със социалните им права.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci konstatovat, že jsem podpořil usnesení týkající se brexitu, nicméně proti některým částem tohoto textu mám určité výhrady. V některých aspektech mně připadá ten text příliš tvrdý.

Je-li naším cílem se dohodnout na dobré spolupráci do budoucna a na obchodních dohodách, tak mám pocit, že třeba bod šest, který jasně říká, že Velká Británie nemůže vyjednávat se třetími zeměmi obchodní smlouvy do doby ukončení svého členství v Evropské unii, že takováto ustanovení za první Velká Británie nebude muset dodržet a za druhé že jsou příliš tvrdá. Zakázat někomu něco vyjednávat, když ještě dohoda nebude platit, mně připadá, že je opravdu trochu nad limit.

Nicméně vítám to, že usnesení dneska bylo přijato, že dává jasný postoj Evropského parlamentu k budoucímu procesu brexitu, a proto jsem nakonec pro celé usnesení hlasoval.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, negocierile Uniunii cu Marea Britanie pentru Brexit trebuie să fie făcute fără ură, fără răzbunare și cu gândul în primul rând la oameni, cei din Uniune și cei din Marea Britanie. Pentru ei trebuie să negociem pentru comerțul liber, pentru libertatea de mișcare, pentru drepturile lor și să nu uităm că vrem să fim împreună, parteneri, ca țări și ca oameni.

Peste două sute de mii de români se află acum în Marea Britanie. Ei muncesc în toate domeniile, în funcții foarte calificate, sunt bancheri, profesori, doctori, cercetători și așa mai departe. De asemenea, există români și acolo unde există deficit de forță de muncă, în spitale, în cămine de bătrâni, în construcții, în agricultură. Sunt și mulți tineri români care studiază la universități din Marea Britanie. Ministrul britanic însărcinat cu negocierea Brexit, domnul David Jones, ne-a spus chiar ieri că dorește să îi păstreze pe români în Marea Britanie. Desigur, și Marea Britanie vrea să își păstreze cetățenii europeni în Uniunea Europeană.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, 25 giugno e 29 marzo sono due date tristemente storiche che hanno segnato un passo indietro nella storia britannica e una battuta d'arresto per l'Unione europea. Ora, dopo il referendum e la notifica dell'attivazione dell'articolo 50, dunque, che Brexit sia. Senza indugi, io direi. Perché dopo la decisione del popolo del Regno Unito, legittima quanto assurda, è l'Unione europea che non può permettersi insicurezza ed incertezza.

Credo che adesso la priorità sia pensare alla stabilità e alla salvaguardia degli interessi dell'Unione. Credo che il negoziato per l'uscita del Regno Unito debba dimostrare chiaramente che l'Unione è più forte, e che da solo il Regno Unito potrà ottenere poco. Sono convinta che non si debbano mettere in discussione i diritti dei cittadini europei, e sono convinta che questa sia l'occasione per dimostrare ai populistici, ai sovranisti e ai nazionalisti di tutta Europa che la loro è propaganda vuota e sterile, senza un progetto politico.

Sono tra quelli che sognano che, seppur difficilmente, il Regno Unito un giorno possa tornare indietro per il suo futuro e per quello dell'Europa.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, we welcome the position of the European Parliament ahead of the Brexit negotiations, that it is unambiguous in relation to Ireland. It recognises that the people in the North voted to remain and it commits that the Good Friday Agreement must be preserved in all its parts. Crucially, the Parliament position calls on negotiators to do everything to avoid any hardening of the border. Written as it was by Groups with whom we have fundamental disagreements regarding the current and future direction of the EU, we in Sinn Féin consider this report to be a successful vindication of the dialogue with which we and other Irish MEPs have been engaged in since last summer.

Parliament's position is even more positive when compared to the draft of the Council. Despite assurances from the Fine Gael Government, the Council draft is weak, non-specific, and simply not up to the standards that the Irish people, North and South, require. My appeal to this House, and to the other European institutions, today is: please do not allow the people of Ireland to suffer the consequence of our own government's incompetence.

Norica Nicolai (ALDE). – Domnule președinte, nu mi-aș fi dorit niciodată să putem da votul astăzi pentru o propunere de negociere a ieșirii Marii Britanii din Uniunea Europeană. Pe de altă parte însă, voința popoarelor trebuie respectată în această sală.

Domnule președinte, chiar dacă va părăsi în doi ani Uniunea Europeană, Marea Britanie rămâne o țară europeană și, în aceste condiții, drepturile sociale ale cetățenilor europeni, membri ai Uniunii, și ale cetățenilor britanici, membri ai Europei, trebuie respectate. Marea Britanie și Uniunea Europeană trebuie să rămână parte a unui model social european, să respecte drepturile sociale. Românii sunt foarte mulți în Marea Britanie, după cum și britanicii sunt foarte mulți în Uniunea Europeană. Carta socială europeană, Convenția europeană a drepturilor omului ne obligă.

În altă ordine de idei, domnule președinte, cred că negocierea cu țările terțe trebuie interzisă. Avem nevoie de coeziune în Uniunea Europeană și Uniunea nu trebuie să facă din această ieșire a Marii Britanii un precedent.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, a divorce is always a defeat, a difficult situation for both sides. Contrary to the false promises of the Brexiteers' propaganda, leaving the EU will involve difficult decisions and entail possibly unexpected, and often harmful, consequences. It is clear that the four freedoms of the single market are indivisible. This is a red line for us. We will not allow a future relationship that damages the integrity of the single market or lowers European legal, social, environmental and health standards. We want, at the same time, to ensure an orderly Brexit. We want the negotiations to be fair and in the interests of European and UK citizens, the future relationship with the UK to be balanced and comprehensive, and for the United Kingdom to remain a close political, economic and strategic partner of the European Union.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, although we had reservations on one or two points in this resolution, Labour MEPs voted in favour of this resolution, which provides more clarity and realism on the issues facing us than does the position of the British Government. The British Government still has not said what it wants on many of the key issues that will be coming up in this mother of all divorce cases, but it has said that it wants exactly the same benefits as Britain currently has as a member of the single market. Well, we will hold them to account on that, but it does seem, generally, that the British Government is intent on testing to destruction the theory that you can have your cake and eat it. When it becomes clear that that is not possible, then there will be a question as to what happens next. What should Britain do if the outcome of this Brexit process is damaging, costly and dangerous to Britain? That is why I am glad that this resolution confirms that it is possible for Article 50 notifications to be withdrawn and revoked. We may need it.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le parole già estreme pronunciate dal ministro della Difesa inglese Michael Fallon fanno comprendere il ruolo di grande responsabilità che dovrà giocare durante i negoziati l'Unione europea, che dovrà trattare preoccupandosi anche della sorte del Regno Unito.

Con la sua scelta il Regno Unito fa un salto verso l'ignoto, fuori da ogni progetto politico di lungo respiro, ma geograficamente resta lì, vicino alla Francia e al Benelux, e la storia ci insegna che generare frustrazioni nei paesi vicini porta sempre a conseguenze nefaste. Dobbiamo lasciare una porta aperta per quando il Regno Unito comprenderà l'errore e dovrà tornare indietro, ma dobbiamo prestare attenzione ai messaggi che verranno lanciati, perché non si abbia a confondere un atto di responsabilità con una prova di debolezza. I temi sul tavolo sono molteplici, e incideranno tanto sugli obblighi finanziari, quanto sui diritti individuali.

Ai negoziatori europei, i miei migliori auguri di buon lavoro. Sono sicuro che la Brexit costituirà un'occasione per poter rilanciare con maggior forza il sogno europeo.

Michaela Šojdová (PPE). – Pane předsedající, považuji za velmi cenné, že 516 poslanců a poslankyň hlasovalo pro společné usnesení, protože je to signál. Evropská unie musí být jednotná, jedině tak dosáhneme dobrého výsledku pro budoucí vztah se Spojeným královstvím.

Pro obě strany je toto rozhodnutí rozvodu ztrátou a mně budou chybět britští poslanci. Je naší povinností, abychom minimalizovali tyto ztráty. Theresa Mayová odmítla účast na společném trhu a celní unii. Odmítla tedy čtyři základní svobody pro své občany. My její návrh musíme respektovat, ale znamená to nalézt nový rámec, který umožní férové podmínky pro naše občany i pro vzájemně výhodnou spolupráci. Já věřím v dobrou spolupráci s Velkou Británií a věřím ve společný postup Evropské unie a také v sebereflexi, kterou musíme učinit.

Clare Moody (S&D). – Mr President, today is the day when even Theresa May has started to acknowledge the reality of where we are. The empty nationalistic rhetoric and flag-waving that characterised the debate last year, and again in the last week, has always resulted in damaging our interests. It angers me that people wrap themselves in the British and Gibraltarian flags when they had actively worked against the interests of citizens of both places. We are about to enter detailed negotiations with our friends about the future of our country. It is time to settle down to serious politics, recognising through the process that we have lost some of our sovereignty, and focus on ensuring that eventually we will reach a deal that works for the citizens of the UK and Gibraltar, as well as our European colleagues.

Jonathan Arnott (EFDD). – Señor presidente, el Peñón no pertenece al Reino Unido ni a España, sino a los gibraltareños, y la gente de Gibraltar ha determinado que su futuro debe continuar con el Reino Unido: en un referéndum, en el año 2002, votaron por seguir siendo británicos. El resultado fue del 99 %.

No hay que discutir nada más.

El Peñón se queda con el Reino Unido, igual que Ceuta y Melilla se quedan con España. La inclusión de Gibraltar en las orientaciones para la negociación sobre el *brexit* es una amenaza sin razón. La Unión Europea habla mucho sobre la democracia, pero estas palabras no valen nada.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich bedaure das Ausscheiden von Großbritannien aus der Europäischen Union sehr, und ich denke, das ist auch keine gute Geschichte für die Europäische Union, und es ist auch keine gute Geschichte für Großbritannien.

Zweitens: Selbstverständlich sichern wir uns gegenseitig ein faires rechtsdemokratisches Verfahren zu. Man könnte mal sagen: Beide sind ja nun auch erwachsene Institutionen geworden.

Drittens möchte ich aber betonen: Die Europäische Union ist eine ernsthafte Angelegenheit und kein intellektueller Literaturzirkus. Dort hat man Rechte, und dort hat man auch Pflichten. Das heißt zunächst einmal: So lange, wie Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleibt – auch in der Scheidungszeit –, werden sie selbstverständlich alle Rechte haben, aber auch alle Pflichten der Europäischen Union erfüllen müssen. Das heißt aber auch: Wenn Großbritannien ausscheidet, dann haben sie zwar keine Pflichten mehr, aber auch keine Rechte.

Und viertens: Ich freue mich über die heute mit breiter Mehrheit angenommenen Entschlüssen, denn das gibt uns die Kraft, dieses Verfahren wirklich im beiderseitigen Interesse zu führen.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! Az Európai Parlament Brexitre vonatkozó határozatától azt vártam el, hogy egy súrlódásmentes, békés elválást készít elő, és egyben körvonalazza a további szoros együttműködés lehetőségét – nem ez történt. Olyan feltételeket állít az Egyesült Királyságnak 2020 után is, ami miatt a lakosság többsége épp a kilépés mellett döntött. Amellett kétségbe vonja a szuverenitását, megtagadja tőle, hogy egyáltalán tárgyalásokat kezdeményezzen a kilépést megelőző időszakban. A hangadók úgy gondolják, hogy az EU 27-ek érdekeit szolgálják. Nem, mert a tagországok érdeke is a további legszorosabb együttműködés lenne.

Bízom benne, hogy a Tanács és a Bizottság nem követi ezt az utat, mert ez nem más, mint bosszú a britekkel szemben, és elrettentése azoknak a tagországoknak, akik később esetleg a kilépésre gondolnak.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Úgy tűnik, hogy az Európai Unió nem sokat tanult a Brexitből. Nem nézték meg a mögöttes okokat, nem vizsgálták meg, hogy vajon az Önök által szélsőségesnek, nacionalistának, primitívnek, én nem tudom, milyennek bélyegzett angol többség miért akarta elhagyni az Uniót.

Nem néztek a mélyére annak, hogy az egyik fő oka a migráció elutasítása volt, és ezen belül is az Unión belüli migráció is – amit szintén okaiban, gyökereiben orvosolni kellene. Meg kellene vizsgálni, hogy mi az oka annak, és hogyan lehetne változtatni azon, hogy a közép- és kelet-európai volt szocialista országokban töredékét keresik az emberek, mint a nyugati országokban, és ezért fogják magukat, és elmennek, például Magyarországról Angliába. Most Magyarországról elindult végre egy kezdeményezés több közép- és kelet-európai ország részvételével ezeknek a brutális jövedelmi és bérkülönbségeknek a felszámolására. Kérem, figyeljék és támogassák!

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Brexit to zły moment w historii Unii Europejskiej, ale rozstanie to powinno się odbyć z poszanowaniem obu stron, a szczególnie interesu obywateli państw członkowskich i Unii Europejskiej. Wszyscy bowiem jesteśmy Europejczykami bez względu na to, czy mieszkamy na kontynencie czy na Wyspach. Dzisiaj powinniśmy więc określić najważniejsze priorytety tego procesu. Według mnie najważniejszym priorytetem jest bezpieczeństwo, także walka z nacjonalizmami. Wszyscy bowiem lepiej albo gorzej poradzą sobie ze złymi skutkami Brexitu – jestem przekonany bowiem, że będą to złe skutki – poszczególni ludzie sobie poradzą, przedsiębiorcy sobie poradzą, rynki finansowe sobie poradzą, wszyscy sobie jakoś poradzą. Natomiast nie poradzą sobie z konfliktami, nie poradzą sobie ze sporami, nie poradzą sobie z rasizmem, nie poradzą sobie z ksenofobią, nie poradzą sobie z nacjonalizmem, w końcu nie poradzą sobie z wojną.

Vicky Ford (ECR). – Mr President, the two-year negotiations for leaving the EU have now started, and I was appalled by the name-calling and jeering in this Chamber earlier from UKIP colleagues. It does not represent the views of the vast majority of the British people or the views of colleagues across this Chamber.

Real people's lives, jobs and future are at stake, and we need amicable solutions. There is a huge amount of work to be done on our future relationship. I do think this resolution could have done a lot more on that future relationship and set the tone on some of the detailed discussions that we need to go ahead. It is time to roll up our sleeves, colleagues, and help to find those solutions. I am ready to work with anyone across Europe who wants to achieve amicable negotiations and that long-term partnership.

Franc Bogovič (PPE). – Velika Britanija se je 29. junija lani odločila za odhod iz Evropske unije. Gospa Theresa May je 29. marca poslala pismo, v katerem je naznanila trd odhod iz Evropske unije, trd brexit.

Stvari lahko obžalujemo, vsekakor pa jih moramo spoštovati kot dejstva, ki bodo zaposlovala Evropski parlament in tudi parlamentarce v prihodnjih mesecih, letih.

Evropska unija mora biti enotna. V ospredje moramo dati interese državljanov tako Evropske unije kakor tudi interese državljanov Velike Britanije in ustvariti ločitev, ki bo zagotavljala podobno sobivanje tudi v prihodnosti.

Čas je tudi za razmislek o prihodnosti Evropske unije. Zagotovo je treba marsikaj tudi v Evropski uniji storiti in izboljšati delovanje same Evropske unije.

Mogoče pa je pravi odgovor tudi ob brexitu to, da intenziviramo pogovore tudi o širitvi Evropske unije na države Zahodnega Balkana. Te države se želijo priključiti Evropski uniji, ker želijo živeti v miru, svobodi in želijo dobro svojim ljudem.

Mogoče je to pravi odgovor.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, the British problem – or obviously from a UK perspective, the European problem – is very simply stated. Britain wanted to be part of a common market, not a common government. Guy Verhofstadt expressed some of the reasons very well in his speech this morning: the fundamental difference between a bottom-up common law system and the Napoleonic system on the continent. It is not an argument that applies everywhere, but our economic cycle has always been Atlantic rather than European; our outlook has always been maritime rather than continental. In the talks at the beginning of last year, David Cameron tried to get a looser deal from the inside. The other Member States decided that that was not a concession they were prepared to make, which is absolutely fine. We are therefore going to seek it from the outside. What should be the framework of that deal? I think a good model is Canada's relations with the United States. Canada has, on its doorstep, a political union; it is not part of that union, but it enjoys the closest military security, economic and commercial links with that union compatible with being a sovereign state. You will lose a bad tenant, and you will gain a good neighbour.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Brexit będzie z pewnością trudnym doświadczeniem zarówno dla Unii, jak i dla Zjednoczonego Królestwa. Obie strony będą w toku negocjacji wypracowywać jak najkorzystniejsze dla stron rozwiązania. Najważniejsze jednak jest, abyśmy w tym procesie pamiętali przede wszystkim o obywatelach zarówno europejskich w Wielkiej Brytanii, jak i brytyjskich żyjących w krajach Unii Europejskiej, dla których Brexit będzie miał bezpośredni wpływ na ich życie rodzinne oraz zawodowe. Miliony obywateli żyją dziś w ogromnej niepewności. Nie wiedzą, czy nadal będą mogli korzystać z nabytych przez lata praw pracy, czy nadal będą mogli pracować i żyć w Wielkiej Brytanii bądź – jak w przypadku brytyjskich obywateli – w 27 krajach Unii Europejskiej. Obowiązkiem i priorytetem podczas negocjacji powinno być zminimalizowanie negatywnych skutków Brexitu dla obywateli. Obie strony muszą zapewnić zachowanie nabytych praw oraz umożliwić na zasadzie wzajemności swobodę przemieszczania

się, podejmowania pracy i świadczenia usług. W rezolucji jasno podkreślono, że nie ma zgody na dostęp do jednolitego rynku bez poszanowania traktatowych swobód, z których dzisiaj korzystają obywatele Unii. Dlatego dzisiaj z pełnym przekonaniem zagłosowałam za rezolucją dotyczącą negocjacji w sprawie Brexitu.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! W Wielkiej Brytanii społeczeństwo rządowi może wysyłać sygnały przez wybory uzupełniające, w Niemczech przez wybory krajowe, a w Unii Europejskiej mamy tylko referendum. Referenda, które są tak naprawdę próbierzem nastrojów nie tylko w danym kraju, ale w całej Europie.

Czas przyjąć do wiadomości, że Brexit był reprezentatywną reakcją dla niezadowolenia milionów Europejczyków z polityki, którą prowadzi dzisiaj kierownictwo Unii Europejskiej. My jeszcze dzisiaj na tej sali przyjęliśmy rezolucję zapowiadającą legalizację nielegalnej imigracji. Można rzeczywistość czarować, można nad nią odprawiać zaklęcia, mówić o nacjonalizmach, populizmach, ale nie zaczaruje się faktu podstawowego: Europę tworzą narody. Jeżeli nie będziemy szanowali narodów, Europy nie będzie.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, it is happening. The United Kingdom are packing their bags and they are leaving the European Union. When David Cameron attempted to get what he called a better deal for Britain, he was told that the four freedoms were sacrosanct: they could not be changed. And predictably, when he went back to the people of the United Kingdom he ended up losing, and he ended up losing because he went back with nothing because he was told that the four freedoms were sacrosanct.

Yet, at the moment, we are now embarking on another process. A white paper where we look at the future of Europe, where two options could potentially have satisfied the United Kingdom's grievances. Option two is nothing but the single market, so we could potentially have a situation next December where we have decided to restrict freedom of movement whilst still negotiating with Great Britain on the basis that market access cannot happen without freedom of movement of people. Someone please explain this contradiction.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, bhí díospóireacht againn i rith na maidine ar an mBreatimeacht agus den chuid is mó bhí sé cothrom, féarálte agus ciallmhar. Bhí áthas orm agus cuirim mo bhuíochas in iúl do na feisirí a rinne tagairt d'Éirinn – Comhaontú Aoine an Chéasta agus cás na teorann.

Anois, tar éis na díospóireachta, tá cinneadh déanta ag an bParlaimint, agus le móramh mór glacadh leis an rún a bhí os ár gcomhair: 516 i bhfabhar agus 133 i gcoinne. Ba é an móramh céanna é don chuid is mó do na leasuithe. Dá bhrí sin tá an Pharlaimint aontaithe, agus is féidir linn dul ar aghaidh anois agus idirbheartaíocht a thosú idir an Ríocht Aontaithe agus an tAontas agus teacht ar chomhréiteach a oibreoidh don Ríocht Aontaithe agus don Aontas amach anseo.

Diane Dodds (NI). – Mr President, I voted against Parliament's draft resolution on Brexit this afternoon. From the outset, I do welcome the fact that the text recognises Northern Ireland's unique position in respect of our land border with the Republic of Ireland. This builds on existing commitments by both the UK and Irish governments, and indeed the European Council, to give these challenges priority and adopt a flexible and imaginative approach.

However, I cannot neglect the fact that this resolution would severely limit what can be achieved in the talks ahead. It would prevent the UK from opening trade talks with non-EU countries before 2019. It would take future trade relations with the EU off the table for the next two years, and it would tie the UK into paying an endless and excessive divorce bill well after it leaves.

These are restrictions that would affect taxpayers in Northern Ireland very directly. They would also prevent local firms from accessing new markets and from exporting goods and services in the short to medium term. So while the text is cognisant of the needs of Northern Ireland, the resolution is not conducive.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, almost a year since the UK referendum, a period in which the EU was only a bystander to the phony war on Brexit, the start of the exit negotiations themselves comes as a sort of relief. The start of open, honest and transparent discussions between the two partners was long overdue. Euphemisms used for a radical departure, be it a 'clean exit' or 'a new partnership with Europe' might have made possible until now to mask for many the hard choices and trade-offs of the negotiations to come. But now the time is slowly coming for the cake proverb to be put to the test, the lies written on buses to be exposed, and promises of libertarian utopias to have their first contact with reality. But the need to come to terms with what an idealistic notion of undiluted 'control' in a vastly intercon-

nected world really means, as opposed to true influence and significance, is not limited to Britain, but applies to the EU too.

Nathan Gill (EFDD). – Mr President, I represent Wales, which is a nation in the United Kingdom which voted to leave the EU. A week ago today, the Prime Minister triggered Article 50, formally beginning the UK-EU Brexit negotiation process. It was an historic day. After legal challenges, lengthy delays and threats, we will be leaving the EU, and become an independent, self-governing and democratic country once again. This Parliament is calling for unreasonable demands, some of which are going to be impossible to meet. The Commission is meeting a GBP 52 million divorce bill.

Can I just ask this: do you actually want a Brexit deal? The people of Wales and Britain voted to leave the EU, not Europe. We still want to be your friends and trading partners, but if you are not going to make us any sensible offers, we will take our business elsewhere. The EU only represents 15% of the global economy. A new, global Britain is going to see us become more forward-facing.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, this morning was important with a really strong resolution and a good debate. For me and for the people I represent, which is a border constituency in Ireland with Northern Ireland, paragraph 20 is important. It talks about the unique position and special circumstances on the island of Ireland and says it must be addressed in a withdrawal agreement. It very specifically says that we must do everything possible to avoid a hardening of the border. I drive through Northern Ireland to visit my constituents in Donegal. I see no difference in our territories except that there are kilometres where I am from and there are miles in Northern Ireland. I want that difference to be the only one that exists after Brexit, but – let us be frank and honest – there is a lot of work to do to live up to the words that we have voted through and there is a political responsibility on the British Prime Minister and her Government to deliver more on this commitment. We did not vote for Brexit, but we have to live with the consequences of it.

Seb Dance (S&D). – Mr President, I want to pick that point up actually because of course the economies of Northern Ireland and the Republic are inextricably linked, as of course is the peace process that was painstakingly negotiated over many, many years.

There was a UKIP amendment that tried to remove the competency of the European Union in relation to the border issue. It said that the Common Travel Area is not dependent on EU membership, and I was surprised to see that the Tories supported it as well. Yes, the Common Travel Area predates the European Union, but it was drawn up at a time when the immigration policies of the Republic of Ireland and the United Kingdom were the same, and indeed the customs policies were broadly similar.

It is the policy of the British Government now, apparently, to tear those two regimes asunder. That does make the Common Travel Area an issue to do with Brexit as has been explained. It was not voted for by the people of Northern Ireland and it is an issue that the British Government has to face up to its responsibilities on. It is not enough to simply wish this issue away. We need real political leadership and we need this to be addressed.

10.2. Medizinprodukte (A8-0068/2017 - Glenis Willmott)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señor presidente, si hablamos de dispositivos médicos, tenemos que hablar de Essure. Essure se publicita como un sistema de control de natalidad permanente sin cirugía. La multinacional Bayer ha vendido a un millón de mujeres este dispositivo.

Desde que se aprobó en 2002, se ha informado de efectos negativos en mujeres de todo el mundo: fuertes hemorragias, dolor pélvico, desórdenes del sistema inmune y, el colmo de un anticonceptivo, una alta tasa de embarazos no deseados. La intervención para extraer el dispositivo termina, en muchísimos casos, en una histerectomía.

Essure ha tenido consecuencias atroces para miles de mujeres. Nunca debió permitirse que se comercializara un método anticonceptivo así y debería prohibirse su venta de inmediato.

Celebro, por tanto, que la Audiencia Nacional española haya admitido una demanda de la Asociación de Afectadas por Essure; por fin, se investigarán las instancias responsables de controlar un dispositivo como este.

Algo así no puede volver a ocurrir, al menos en Europa. Fallamos a las mujeres y ahora debemos recuperar su confianza.

Diane James (NI). – Mr President, today, having seemingly learned from the hip replacement and breast implant scandals, the medical devices regulations have been updated. This should be welcomed. Introduced are a concentration limit for 1B carcinogenic, mutagenic and repro-toxic substances (CMRs), and also for endocrine disrupting chemicals (EDCs) in devices that include a benefit risk assessment of their presence as they are CMRs or EDCs – lots of jargon there. Such assessments would have to be updated within five years. I only wish it could have been more speedy than that. However, all changes to medical devices that increase patient safety and patient choice, without reducing their clinical effectiveness, are to be welcomed. I am 100% sure that in the post-Brexit United Kingdom these standards will be maintained in cooperation with our European Union Member State counterparts.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore di questo regolamento perché costituisce un importante passo avanti per la salute e la sicurezza dei cittadini. Le nuove norme europee in materia di dispositivi medici avranno infatti un duplice effetto positivo: garantiranno la sicurezza di questi importanti strumenti e allo stesso tempo daranno l'opportunità ai pazienti di beneficiare tempestivamente di soluzioni innovative in materia di assistenza sanitaria.

Particolarmente importante, poi, è l'introduzione della responsabilità di chi li fabbrica. Allo stesso modo il *follow-up* della qualità e delle prestazioni permetterà ai produttori di intervenire rapidamente qualora sorgano delle problematiche e li aiuterà a migliorare costantemente i loro dispositivi. La salute dei cittadini, l'accesso a tecnologie più avanzate che migliorino i trattamenti e allevino le sofferenze sono obiettivi primari dell'Unione europea.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Jelentem, mi magyarok nem szeretnénk tovább a nyugati országoknak az összeszerelő üzeme lenni rosszul fizetett bémunkásokkal. Engedjék meg, hogy egy pár szalagcímet ismertessek: Felismeri a szívbajokat a magyar találmány, A legmodernebb vizeletanalizátor-rendszert mutatták be a Szegedi Egyetemen, Szenzációs magyar találmány az allergiások örömére, Neves amerikai egyetemek érdeklődnek egy magyar orvosi találmány, mégpedig az anatómiai szimulátor iránt, Orvostudományi áttörés, intelligens onkológiai sebészkes: egy magyar találmány útja.

Kérem szépen, kutatás, fejlesztés, innováció és ezeknek a káprázatos újdonságoknak a magyar termékkénti legyártása és piacra juttatása: ez a magyar út, kérem, hogy ha nem akarják, hogy folyamatosan belső migrációval terheljék az országait, akkor ebben segítsenek és támogassanak bennünket és mi magyarok is higgyük el magunkról, hogy erre alkalmasak vagyunk!

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl říci, že lidské zdraví by mělo stát mezi prioritami vždy v našem posuzování, a pokud jde o předložený návrh kompromisů, tak já jsem je skutečně rád podpořil. Vyjednávaly se pět let a ta hranice přijatelnosti, si myslím, byla pro plénium, pro většinu i pro mne splněna. Já jsem tedy odmítl návrh usnesení, který by zamítal dosažený kompromis. Jsem motivován několika důvody.

Za prvé, dojde nepochybně ke zkvalitnění bezpečí pacientů, ke zkvalitnění zdravotnických služeb a samozřejmě i ke zkvalitnění těch prostředků, které jsou využívány, byla už o tom tady i řeč. Zároveň si myslím, že bude tato zpráva, respektive toto doporučení, dále motivovat firmy k inovacím, k větší efektivitě v rámci již nastaveného systému.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I have worked on this dossier for almost five years with other colleagues, so it is a good day that we have approved tougher and better legislation on medical devices because public health is our primary concern here and that is vital. But so, too, is the medical devices industry: it is a vital part of our economy and it produces products that sustain lives, quality of life improves and our lives are extended by it. So good work has been done across the House.

The next step is implementation, and here the Commission and Member States and we ourselves must keep a watch so that what is in the legislation is put into effect. There are two core issues, but I will deal with one in particular and that is post-market surveillance of products. Many of the problems with faulty devices were made worse because there was not adequate post-market surveillance. In other words, there was no reporting system and the problems were not identified. This legislation changes that and let's make sure it is fully implemented.

10.3. In-vitro-Diagnostika (A8-0069/2017 - Peter Liese)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořila návrh nařízení o zdravotnických prostředcích in vitro. Záměr znamená snazší identifikaci a dohledatelnost používaných zdravotnických prostředků a je správný a je také samozřejmě v zájmu pacientů. Nařízení by mělo docílit vyšší bezpečnosti zdravotnických prostředků, důslednou kontrolu před samotným uvedením na trh i poté, co na trhu již tyto prostředky jsou.

Ráda bych však upozornila na dva problémové body. Jeden se týká možnosti obnovovat zdravotnické prostředky určené na jedno použití, tedy takzvaný *reprocessing* obsažený v článku sedmnáct. Druhým bodem je elektronický systém registrací a jeho provázání s národními registry. Preferovala bych spíše možnost ponechání registrace na národní úrovni s předáváním validovaných dat do centrální evropské databáze, nicméně nařízení jako takové znamená větší bezpečnost pro pacienty. Proto jsem ho podpořila.

10.4. Geldmarktfonds (A8-0041/2015 - Neena Gill)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, we voted today for on an important regulation that will finally, four years after the initial proposal, regulate a big portion of the so-called shadow banking system, money market funds. I strongly supported the report, as these money market funds are important in providing financing to financial institutions, corporations and governments.

Because of the financial crisis in Europe, these funds confronted problems of liquidity and stability. That is why a debate started on how to make them more shock-resistant. I definitely support the European Commission proposal for new rules on money market funds aiming to improve the ability of these funds to, where possible, reduce pressure on them by boosting their liquidity profile, and increase their stability by means of the five initiatives mentioned in the report.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, protože fondy peněžního trhu poskytují finančním institucím, obchodním společnostem, ale i vládám krátkodobé financování, a tím vlastně přispívají k fungování peněžního trhu. Minulé roky ve finanční krizi ukázaly, jak jsou i tyto fondy náchylné k rizikům. Je důležité, abychom stanovili právě za této situace a s touto zkušeností jakési jednotné omezovací požadavky, které se budou vztahovat na působení těchto fondů na peněžním trhu v Evropské unii, a to při současném plném zohlednění potřeby vyvážit bezpečnost a spolehlivost fondů peněžního trhu s účinným fungováním právě na těchto trzích. Toto nemůže být uspokojivě dosaženo na úrovni jednotlivých států, ale bylo důležité, abychom přijali tuto iniciativu, a proto jsem ji podpořil.

10.5. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (A8-0110/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořila doporučení Evropského parlamentu k návrhu nařízení, kterým se upravuje víceletý finanční rámec na období 2014-2020. Revize víceletého finančního rámce se ubírá dobrým směrem, zejména pokud jde o navýšení prostředků na podporu konkurenceschopnosti o 1,4 miliardy EUR při současném nenavyšování celkových stropů. Podporuji princip formou realokace, podpoříme prioritně ty programy, které čerpají a fungují efektivně a přispívají k posilování růstu a vytváření pracovních míst ve všech členských zemích.

V rámci navrhovaného povýšení získá například program Erasmus + dodatečně 100 milionů EUR a program pro vědu a výzkum Horizont 2020 200 milionů EUR. Domnívám se, že prostředky, které byly takto nově vyčleněny na azylovou a migrační politiku, by měly být primárně určeny na financování evropské pohraniční a pobřežní stráže a Europolu.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, primii ani de punere în aplicare a cadrului financiar multianual pentru 2014-2020 au însemnat provocări mari pentru Uniune, de securitate, umanitare și acestea au cerut măsuri rapide și ample de flexibilitate bugetară, tocmai pentru a răspunde acestor crize. De asemenea, s-au activat rezerve pentru ajutoare de urgență și s-a folosit instrumentul de flexibilitate financiară. Înțeleg urgența anumitor măsuri bugetare, dar am niște întrebări:

Avem o planificare bugetară clară pentru 2018-2020? Nu avem. Iar Brexit-ul va avea un impact major asupra acestei clarități sau neclarități în ceea ce privește bugetul 2018-2020.

Mai departe: cum s-a asigurat Comisia că avem plăți transparente? Se asigură că se raportează sistematic toate cheltuielile, că acestea sunt transparente, că noi cheltuiem numai ceea ce este strict necesar, pentru că sunt banii cetățenilor?

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, děkuji i za výborné řízení této schůze. Toto doporučení jsem neváhal podpořit a jsem velice rád, že jsme ho dnes po dlouhodobé blokaci za strany Rady mohli schválit v této podobě. Je totiž potřeba co nejdříve upravit zastaralý víceletý finanční rámec, abychom mohli řešit problémy, kterým nyní Evropská unie čelí.

Mám především na mysli migrační krizi, ale jsou to i další problémy. Zdůrazňuji však, že tyto nové prostředky musí být vhodně použity. Pouze efektivní a smysluplné využití těchto peněz povede k větší akceschopnosti Evropské unie a společná ochota nás všech maximálně využít prostředky ke konkrétním krokům je klíčová pro budoucnost evropské integrace. Za sebe považuji za přínosné posílení flexibility, což umožní Evropské unii reagovat na nečekané výzvy daleko lépe než doposud.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já mám za to, že tato zpráva se ubírá dobrým směrem. Revizi víceletého finančního rámce jsem chtěl podpořit a taky jsem ji podpořil. Objevuje se celá řada nových priorit, které přináší krize, ať je to bezpečnost v Evropě, samozřejmě otázka migrační krize a důležitost zásadní ostrahy hranic Evropské unie.

Já bych chtěl ovšem ve svém vystoupení zejména podpořit to, aby tyto priority neoslabovaly dále financování kohezní politiky z příslušných evropských fondů, protože tato politika právě slouží k soudržnosti Evropské unie, k odstraňování rozdílů mezi regiony a bylo by velmi neblahé, pokud by byla oslabována tato kapitola financování z hlediska evropské podpory. Myslím si, že i pro budoucí období je naším hlavním úkolem, tedy nejen mým, ale myslím, že všech, kteří se chtějí vyslovit ve prospěch této kohezní politiky, aby nebyla oslabována i v tom následujícím novém programovacím období.

10.6. Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 (EntschlieÙung) (A8-0117/2017 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della risoluzione sulla modifica del bilancio pluriennale perché questa revisione effettivamente contiene degli aspetti positivi, però bisogna sottolineare, ed è inutile negarlo, che ci saremmo aspettati molto, molto di più. In un momento così delicato per l'Unione europea serviva sicuramente più coraggio. Se il senso di modificare il bilancio dell'Unione è quello di adattarlo alle nuove sfide, non credo che le correzioni proposte siano all'altezza.

Si procede a piccoli passi. Quindi è sicuramente apprezzabile lo sforzo di indicare come priorità le misure a favore dell'occupazione giovanile; 1,2 miliardi in più per i giovani sono un dato positivo. Ecco perché ho votato a favore: perché si dice chiaramente che questi fondi dovrebbero essere aumentati nel caso in cui le rilevazioni sulla disoccupazione non dovessero cambiare o dovessero sorgere nuove emergenze ed esigenze.

Un bilancio rigido è segno di miopia. Il futuro dell'Unione europea e dell'Europa stessa è incerto. Dunque la parola d'ordine non può che essere flessibilità, ma dobbiamo migliorare.

10.7. Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU (A8-0045/2017 - Elena Valenciano, Agustín Díaz de Mera García Consuegra)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Krisztina Morvai (NI). – Kedves Képviselőtársaim! Lehet, hogy mazochista vagyok, de nagyon-nagyon sokat szoktam gondolni a terrorcselekmények áldozataira: londoni, párizsi, brüsszeli, berlini áldozatokra, például arra az édesanyára, aki két kisgyermekéért igyekezett az óvodába a Westminster hídon, és soha nem ért oda.

Hálát adok a jóistennek, hogy Magyarországon abban a helyzetben vagyunk, hogy nem jöhetett létre radikalizálódott muszlim tömeg a határainkon belül. Hálát adok a jóistennek, hogy úgy döntöttünk bölcsen, hogy semmilyen nyomásnak nem engedünk, és nem engedjük be a tömeges migrációt. Aki tagadja azt, hogy e brutális terrorcselekmények és akár többgenerációs migrációs szokásrendszer között összefüggés van, az hazudik. Jobban tennék a nyugati országok, hogy ha azon törnék a fejüket, hogy mit rontottak el, és hogyan lehetne javítani a polgáraik helyzetén, minthogy abban mesterkedjenek, hogy ránk is ránk kényszerítsék azt, aminek...

(az elnök megvonta a szót a képviselőtől)

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, bohužel jsem nemohl tuto zprávu podpořit, ačkoliv kolega Díaz de Mera García Consuegra vynaložil mnoho úsilí při jejím vypracování, protože v celé zprávě se nachází několik problematických bodů.

Za prvé, je to rozšíření definice uprchlíka o osoby, které musely migrovat z důvodu chudoby, změny klimatu a přírodních katastrof. Těžko lze tak určit, komu udělit azyl a koho poslat zpět do země původu. Navíc to může být další motivací pro lidi, aby jednoduše šli do Evropy za lepším životem. Druhým bodem je zmíněná bezpodmínečnost rozvojové pomoci Evropské unie. Pokud máme poskytnout rozvojovou pomoc, musíme mít jistotu. Jistotu, že bude s naší pomocí naloženo zodpovědně a nebude zneužita.

Vedle těchto dvou věcí nacházím ve zprávě i další problematické body, jako je poskytnutí zvláštního statusu těm, kteří byli vysídleni z důvodu klimatické změny. Proto si myslím, že by měla být tato zpráva znovu projednána a přehodnocena.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, EU external policy should be honest. If you want to get the result we need clear understanding on what the European Union wants. How can we see the situation when EU actions contradict the EU declarations? The official EU position is that we should help people who need protection, according to the Geneva Convention. But on the other hand, the European Commission and EU Member States make deals with President Erdoğan, African strongmen and Libyan warlords.

The main aim of this deal is to prevent not only illegal economic migration, but also a real refugee movement to the European Union. The aid for poor African states becomes more and more connected with the prevention of migration. If EU countries prefer to adopt Trump's approach we should say this openly and not pretend to be angels that do not understand why these poor people do not come to us. If we adhere to formally declared principles we should show now real solidarity on the issue of development aid and refugee policy. I voted in favour.

Der Präsident. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.45 Uhr unterbrochen und um 15.10 Uhr wieder aufgenommen.)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Hetze, Populismus und gefälschte Nachrichten in sozialen Medien – Überlegungen zur Vorgehensweise der EU (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su incitamento all'odio, populismo e notizie false sui social media – Verso una risposta dell'UE (2017/2644(RSP)).

Molti deputati hanno chiesto di poter intervenire con le procedure che generalmente sono previste nelle nostre discussioni (il «catch-the-eye» e le domande «cartellino blu»), però ricordo che, purtroppo, in questa occasione queste procedure non saranno accettate. Sapete che c'è stato un cambiamento del regolamento, su proposta dei gruppi politici, e queste procedure non sono previste per questa discussione.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, merci de me donner la parole pour ce rappel au règlement.

Je n'ai pas étudié la question que vous venez d'évoquer, mais je suis un peu étonné. Il y a eu une révision récente du règlement et, si j'ai bien compris, vous nous dites maintenant qu'il y a une nouvelle révision du règlement qui a été adoptée à la demande des présidents des groupes politiques. Or, le règlement de l'assemblée ne dépend pas de l'assentiment des groupes politiques. Si le règlement de l'assemblée contient une disposition nouvelle, cette dernière ne peut être adoptée qu'à partir du moment où elle a été votée par l'assemblée plénière elle-même, y compris par des députés qui, comme moi, n'appartiennent à aucun groupe politique.

Presidente. – On. Gollnisch, come lei sa i gruppi politici hanno deciso di mettere all'ordine del giorno la discussione che adesso iniziamo e hanno introdotto in questa discussione il nuovo regolamento, che come lei sa è entrato in vigore e che noi dobbiamo rispettare.

Tanja Fajon, representing the S&D Group. – Mr President, I am very pleased that we are having this debate today. The issues of hate speech, populism and fake news on social media are relevant given the rise in extremism, populism, xenophobia, sexism and other forms of discrimination and intolerance. Here are some of the most popular fake news titles which were making the headlines in the 2016: '1 000 Muslims screaming "Allahu akbar" set fire to Germany's oldest church on New Year's Eve', 'Pope Francis shocks world, endorses Donald Trump for President', and 'ISIS leader calls for American Muslim voters to support Hillary Clinton'.

Fake news is not a new phenomenon. It is as old as the press itself. However, it gained momentum and global visibility during the US elections, the UK referendum and even during the recent elections in the Netherlands. What is especially worrying is the accelerated spread on social media. Today around half of European citizens follow news on Facebook and other social media and six out of ten news items shared are passed on without being read first. The majority of people, mostly young, have difficulty in identifying fake news. We have already called in this Chamber in the past for a European solution to fake news.

Today I call again on the Commission to urge social media firms to boost their efforts to counter fake news. We need some kind of clarification from the EU on the self-regulatory measures in the sector. We have to strengthen efforts in working towards the establishment of online platforms so that fake news or illegal content is completely eliminated and to impose fines on those who fail to do so. We have to better support fact-checking websites. This is why I also call on the Commission to analyse in depth the current situation and legal framework with regard to fake news and to explore the possibility of legislative intervention to limit the dissemination and spreading of fake content. Next education: for children to be taught in schools how to spot fake news and the inclusion of media literacy in education as we have to

actively engage with our youngest citizens. I am convinced that part of the solution is also to strive for better quality in journalism and the media. To achieve this we need to encourage quality journalism online and to extend ethical journalistic standards to all media actors. We need more investigative journalists, professional and courageous media outlets and more transparency in media ownership.

It is also of key importance to address the particularities of hate speech online. The Code of Conduct published by the Commission is a step in the right direction. We also need more financial means to fund research on social media algorithms that create filter bubbles and prevent the viral spread of fake news.

Finally, why not launch the European Union's own broadcasting channel to counter the lies and draw Europe together and defend democracy, not as an EU propaganda system, but as a major European media platform in its own right? This idea is currently being floated in Germany and France. My group, the Socialists and Democrats, are committed to being in the forefront of this important fight. We owe this to our citizens. If we do not win this battle, fake news and propaganda will, together with its main goals: provoking fear leading to apathy, chaos or completely irrational decisions. We must not let lies dictate the truth of what is going on in our society.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Grazzi tal-istedina li ghamiltu lill-Presidenza sabiex f'isem il-Kunsill fuq sugġett ta' thassib komuni naghtu l-fehmiet taghna dwar kif l-Unjoni Ewropea tista' tirreagixxi ghad-diskorsi ta' mibeghda, il-populizmu u l-ahbarijiet foloz – *fake news* – fuq il-mezzi ta' komunikazzjoni soċjali.

Ippermettuli nibda bl-ewwel parti tas-sugġett, jiġifieri d-diskors ta' mibeghda. L-evidenza minn sorsi differenti bhall-Aġenzija tal-Unjoni Ewropea ghad-Drittijiet Fundamentali u l-Kunsill tal-Ewropa tikkonferma zieda allarmanti fl-intolleranza u l-mibeghda fl-Ewropa. Jista' jkun hemm diversi raġunijiet li jispjegaw dan il-fenomeno, iżda żgur li ma hemm ebda lok ghal ġustifikazzjoni ghalih.

L-Unjoni Ewropea adottat leġislazzjoni speċifika dwar il-ġlieda kontra l-intolleranza u l-mibeghda, partikolarment anki l-*framework decision* tal-2008 dwar il-ġlieda kontra ir-razziżmu u l-ksenofobija. U f'Ġunju tas-sena l-oħra, fl-2016, il-Kunsill stieden ukoll lill-Istati Membri jiżguraw it-transpożizzjoni u l-implimentazzjoni effettiva tal-*framework decision* u ta' liġijiet oħrajn rilevanti marbutin ma' reati ta' mibeghda fuq livell nazzjonali sabiex jiġġieldu kontra l-pjaga tar-reati ta' mibeghda. U barra minn hekk, il-Kunsill talab ukoll lill-Istati Membri jiżviluppaw metodi effettivi sabiex jiġu rrapportati r-reati ta' mibeghda u allura tkun żgurata r-reġistrazzjoni kif xieraq taghhom.

Ma hemmx dubju, Sur President, illi l-mezzi ta' komunikazzjoni soċjali llum huma wiehed mill-mezzi ewlenin, kif qalet anki l-Onorevoli Fajon, wiehed mill-mezzi ewlenin kif id-diskors ta' mibeghda qed jinfirx ma' hafna nies u jinfirx fl-inqas żmien possibbli. U rimedju possibbli kontra din l-epidemija hija reazzjoni Ewropea li tkun koordinata u tkun determinata. Fil-kuntest tal-kooperazzjoni interistituzzjonali, il-Kunsill diġà wkoll appoġġa l-pjanijiet ambizzjużi tal-Grupp ta' Livell Għoli tal-Kummissjoni li qed jipprova jiżviluppa, mal-Istati Membri, prattiċi u għodod konkreti halli titjieb ir-reazzjoni għar-razziżmu, il-ksenofobija u forom oħra ta' intolleranzi. U allura nilqghu u nappoġġaw ukoll id-djalogo li għaddej fil-livell tal-Unjoni Ewropea ma' kumpaniji ewlenin tal-informatika sabiex tiġi indirizzata din il-pjaga.

Fl-aħhar iżda mhux l-inqas f'dan l-aspett għandna niftakru u nfahhru wkoll il-hidma eċċellenti li saret mill-Aġenzija li rreferejt għaliha aktar kmieni. Dawn il-kontromiżuri jkunu kollha għalxejn, però, jekk ninsew l-irwol importanti tal-edukazzjoni u l-hidma taghna fost iż-żgħażaġh. U b'mod aktar preċiż il-bżonn li niżviluppaw ir-reżiljenza demokratika, il-litteriżmu medjatiċu, it-tolleranza, il-ħsieb kritiku u anke hiliet ta' riżoluzzjonijiet tal-tal-kunflitti fil-proċess ta' tagħlim.

Fl-aħhar nett, nixtieq nenfasizza wkoll li l-ġlieda kontra d-diskors ta' mibeghda fuq l-internet hija wkoll waħda mill-prijoritajiet taghna bħala Presidenza. Fil-fatt, proprju għada fil-Belt Valletta ser jitlaqqgħu madwar mitt esperti li ser jiddiskutu kif għandhom jitwasslu b'modi effettivi narrattivi pożittivi kontra d-diskors ta' mibeghda fuq l-internet u l-irwol tal-Unjoni Ewropea u l-Istati Membri fl-appoġġ lis-soċjetà civili f'dan l-isforz. Element pożittiv ta' dan l-avveniment huwa, jidherli, il-fatt illi l-mezzi ta' komunikazzjoni soċjali qed jitqiesu mhux biss bħala l-problema iżda bħala parti mis-soluzzjoni.

Issa nixtieq nidhol aktar fid-dettall dwar it-tieni parti tad-dibattitu: il-manipulazzjoni u l-propaganda permezz tal-*fake news*. L-ahbarijiet foloz u l-informazzjoni skorretta li jitqiesu minn hafna bhala perikolużi għad-demokraziji għax jheddu s-sisien infushom tas-soċjetajiet tagħna: li ċ-ċittadini jeleggu r-rappreżentanti tagħhom fuq il-bażi ta' fehmiet politiċi msawra minn dibattitu miftuħ u ġust.

Iż-żieda fil-popolarità tal-internet u l-mezzi tal-komunikazzjoni soċjali wasslet għal tkattir ta' sorsi tal-ahbarijiet, u dan minnu nnifsu huwa tajjeb, iżda bosta minn fosthom mhux ta' min joqghod fuqhom. Hija realtà. U allura l-organizzazzjonijiet tal-ahbarijiet jinsabu taht pressjoni dejjem akbar biex iwasslu fluss kontinwu ta' ahbarijiet fil-mument li jseħhu, u allura jhalli anqas żmien, bhala hin, għall-kontroll tal-kwalità u tal-verifika. U allura dik hija sfida fuq il-kmamar tal-ahbarijiet illi ahna nifhmu. Barra minn hekk, inti għandek ukoll l-atturi populist li qed ixerrdu informazzjoni skorretta sabiex jappoġġaw in-narrattivi tagħhom, illi hija ta' hsara partikolari fi snin b'mod partikolari meta l-poplu jkun qiegħed jagħmel l-għażliet demokratiċi tiegħu.

Mhuwiex faċli li ċ-ċittadini jagħrfu liema huma l-ahbarijiet il-foloz, jew anke li jsibu u jaċċessaw l-informazzjoni affidabbli. Smajna diġà xi proposti u dwar dan nimmagina li Membri ohrajn jikkellmu matul dan id-dibattitu.

L-*algorithms* jagħlqu lin-nies f'bużżeġa: sew meta wiehed qed ifittex ir-riżultati u sew fuq il-mezzi ta' komunikazzjoni soċjali, illi qed isir dejjem aktar diffiċli biex in-nies jigu esposti għal fehmiet differenti minn dawk tagħhom. U allura l-preġudizzji jissahhu peress li l-mezzi ta' komunikazzjoni soċjali jholqu b'żieqa illi jiffiltraw l-informazzjoni.

U allura jehtieg li l-gvernijiet, l-organizzazzjonijiet tal-ahbarijiet u l-kumpanniji anke tal-informatika jagħrfu dawn il-perikli u jieħdu azzjoni kontra tagħhom. Il-Presidenza tuża l-mezzi ta' komunikazzjoni soċjali, u fuq l-internet ukoll, sabiex tiżgura li tkun aċċessibbli l-informazzjoni affidabbli f'dak li għandu x'jaqsam il-hidma tagħna. Però hawnhekk m'ahniex qegħdin nitkellmu biss fuq il-hidma tagħna, qed nitkellmu fuq sens hafna aktar wiesa'.

Smajt ukoll illi xi organizzazzjonijiet tal-ahbarijiet, jidhirli li fi Franza, bħalissa qed ukoll jinghaqdu ma' pjattaformi ta' mezzi ta' komunikazzjoni soċjali fil-ġlieda kontra fil-fatt it-tkattir tal-*fake news* fuq l-internet.

U f'xi Stati Membri ohrajn, is-sejha għal leġiżlazzjoni li thares id-dibattitu politiku minn manipulazzjoni u l-qerq sfaċċat fuq mezzi ta' komunikazzjoni soċjali qed titqawwa. Il-kumpanniji tal-informatika nemmen illi għandhom jaqdu rwol tagħhom fis-soċjetà u allura dak il-harsien ta' dan l-element ewlieni li hija d-demokraziji tagħna.

President, Onorevoli Membri, nixtieq naghlaq billi nishaq dwar kemm hu importanti li ma nhallux li ċ-ċittadini tagħna jitqarrqu minn fake news u anke is-soċjetajiet tagħna illi jkunu determinati mill-mibegħda. Ahna wkoll nużaw pjattaformi soċjali, ahna wkoll naraw dawn ir-realtàjiet u jiena nittama li l-mezzi soċjali jkunu l-pjattaforma fejn wiehed jesprimi l-pożittività, il-pjattaforma fejn wiehed jaqsam mal-hbieb tiegħu, mal-komunità li fiha jghix, l-esperjenzi pożittivi, u mhux ikollu jitqarra b'ahbarijiet foloz u anke ddominati mill-mibegħda.

L-irwol tagħna huwa wkoll illi nfakkru lilna nfusna dwar ir-responsabbiltajiet tagħna u nkunu serji u responsabbli għal dak kollu li ngħidu.

U għal din ir-raġuni, il-libertà tal-espressjoni għandha l-limiti tagħha u hija r-responsabbiltà komuni tagħna li nilhqu dak il-bilanċ ġust għalkemm naf li dan huwa diffiċli hafna drabi ma jkunx faċli.

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, politicians have a responsibility to uphold European fundamental values of freedom, democracy and solidarity. We have a responsibility to make sure that we have effective tools to address situations where the right to free expression is deliberately abused to promote violent extremism or discrimination against certain groups in society. This is based on the set of values laid down in Article 2 of the Treaty: 'The Union is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities.'

It is our collective duty to show that democracy is there for everyone. Countering all expressions of discrimination, violence and intolerance is a priority for all of us. It requires a joint effort. The EU has increased its actions to prevent and fight against different forms of hate crime and hate speech.

The proliferation of hate speech online is shrinking the space for democratic discussions. When 'toxic narratives' about migrants and religious minorities publicly incite hatred and violence, the thin line between hate speech and hate crime merges into one. Where public incitement to violence and hatred is spread against groups or individuals on grounds of their race, ethnicity or religion, we have EU laws that criminalise these kinds of behaviour.

The Commission has engaged with the social media operators to counter illegal online hate speech. In May 2016, IT companies – Facebook, Microsoft, Twitter and YouTube – agreed a voluntary Code of Conduct with commitments to take action and tackle illegal online content that publicly incites violence and hatred. We will present the results of this self-regulatory exercise next month.

The Commission's proposal to revise the Audiovisual Media Services Directive widens the definition of hate speech by referring to 'incitement to violence or hatred', and includes ethnic origin, belief, disability, age or sexual orientation. It calls for a requirement for video-sharing platforms to protect people against incitement to violence or hatred.

The Commission is now assessing whether improved EU-wide procedures are needed for the removal of illegal content from online platforms. We will announce our conclusions on 10 May this year as part of the mid-term review of the Digital Single Market.

Fake news – or simply 'lies' – are also a serious problem...

(The speaker was interrupted by off-microphone comments from Ms Morvai)

Presidente. – On. Morvai, guardi che lei non può interrompere la discussione. Stiamo parlando di tolleranza e intolleranza, cerchi di essere rispettosa della discussione e dei nostri ospiti.

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Fake news or simply lies are also a serious problem. We are aware of the need to protect freedom of speech and to trust people's common sense, but we also need to be aware of the possible negative effects of this phenomenon.

Promoting media literacy is vital, as is the need for quality journalism. All journalists' codes of conduct include accuracy as one of their main requirements. Self-regulation and ethical standards play a very important role here. Social media platforms and users are acting to expose fake news and unmask the source. I also see global brands and media organisations deciding to move advertising money only to sites that are known to be free from harmful content. I welcome private sector initiatives to cut commercial funding of fake news sites.

Last November, First Vice-President Frans Timmermans, together with Commissioners Oettinger and Jourová, organised the European Commission's Annual Colloquium on Fundamental Rights. This focused on media pluralism and democracy. It identified two main routes: ethical standards among those producing media, and media literacy among those using it. Lastly, the EU External Action Service has set up a taskforce on strategic communication to promote EU policies and a healthy media environment in the Eastern Partnership region. Its key task is to improve the EU's capacity to forecast, address and respond to disinformation activities by external parties.

Preventing the damaging effects of fake news is a challenge for all society. It means that industry, civil society, academia and lawmakers need to continue their discussions on this problem so that we can better understand it and identify possible policy responses.

Monika Hohlmeier, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Volksverhetzung, Rekrutierung zu terroristischen oder sonstigen verbrecherischen Zwecken, Fanatisierung, Ideologisierung, Abgrenzung, Ausgrenzung, Anstiftung zu Gewalttaten – all das ist kein Kavaliersdelikt, all das sind keine Dinge, die man einfach stehen lassen kann. In normaler Realität führt dies zu staatsanwaltlichen Ermittlungen, es führt dann anschließend zu einem Gerichtsverfahren und dann zu einer Verurteilung.

Das, was in der realen Welt gilt, muss auch in der digitalen Welt gelten. Es darf in der digitalen Welt keinen rechtsfreien Raum geben, der es Menschen ermöglicht, Hassreden auf andere zu halten, unendliches Leid zu verursachen, Menschen auszugrenzen, sie aus den verschiedensten willkürlichen Gründen zu mobben oder zu verfolgen und sich daran selbst dann auch noch zu ergötzen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden, sich anonymisieren zu können, ohne dass Staatsanwälte und Richter überhaupt die Möglichkeit haben, noch Zugriff zu haben auf die Person, die eine Hassrede oder entsprechend eine solche Straftat begeht. Aus diesem Grund ist es zwingend notwendig, dafür auch rechtliche Regelungen zu schaffen.

Darüber hinausgehend ist es für mich, Herr Kommissar – ich freue mich über Ihre Rede –, sehr wichtig, dass den Social Bots Einhalt geboten wird. Es kann nicht sein, dass so getan wird, als würden Hunderttausende von Menschen eine Nachricht teilen und sie wünschen, und in Wirklichkeit steckt ein Programm dahinter, eine Maschine, die nur von einer einzigen oder von zehn Personen losgeschickt wird. Wir müssen uns schützen vor dieser Art und Weise von – wie nennt man es inzwischen so schön – alternativen Fakten – es gibt keine alternativen Fakten, es gibt nur Fakten, und es gibt zwar eine Meinungsfreiheit, aber Fakten gibt es keine alternativen. Es gibt Tatsachen; Wenn zum Beispiel behauptet wird, dass ein dreizehnjähriges Mädchen mit dem angeblichen Namen Lisa von Flüchtlingen entführt und vergewaltigt worden sei, das weltweit vertrieben wird und es in Tatsache nicht wahr ist, dann ist das ernsthaft gefährlich für eine Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Aus diesem Grund ist es zwingend notwendig, EU-weit auch rechtliche Regelungen zu ergreifen, um tatsächlich effektiv reagieren zu können.

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Es ist noch nicht lange her, da haben wir den Arabischen Frühling als Facebook-Revolution gefeiert, von neuen Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgern war die Rede, und niemand hat sich damals vorstellen können, dass wir heute darüber diskutieren, ob auf sozialen Medien verbreitete *fake news* Wahlen entscheiden können. Soziale Medien sind also weder gut noch schlecht. Sie haben eine große Wirkung und sie erweitern den öffentlichen Raum grenzüberschreitend. Soziale Medien schaffen neue Öffentlichkeiten, und sie sind eine ernstzunehmende Konkurrenz für die etablierten Medien. Aber es wäre töricht zu meinen, man könnte sich zurücklehnen und die Dinge einfach beobachten. Wir dürfen uns nicht treiben lassen, wir müssen diesen Prozess gestalten mit dem Ziel, die demokratischen Teilhabemöglichkeiten zu erweitern.

Also was tun? Was wir nicht brauchen, ist eine Zensurbehörde, ein Wahrheitsministerium im Sinne Orwells. Die User, die Bürgerinnen und Bürger sind mündig genug, die Dinge selbst zu beurteilen. Um diese Rolle wahrnehmen zu können, braucht es natürlich mehr Information, mehr Wissen über die Hintergründe, über die Wirkungsweise sozialer Medien usw. In gewisser Weise sind alle von uns digitale Analphabeten.

Zweitens: Den Unternehmen kommt eine wichtige Bedeutung zu. Der Verhaltenskodex ist ein wichtiger Schritt, freiwillige Selbstverpflichtung ist allerdings zu wenig. Wir brauchen Regelwerke, denn Sperren und Löschen muss transparent und zeitnah geschehen. Die User müssen benachrichtigt und ausreichend informiert werden. Es muss auch die Möglichkeit der Einrede und der Beschwerdeführung geben, und es braucht eine öffentliche Diskussion darüber, wie man *fake news* erkennen kann. Und schließlich muss auch die Möglichkeit der Gegenrede gestärkt werden.

Drittens: Offensichtlich kriminelle Handlungen sollten selbstverständlich ganz klar und zeitnah geahndet werden. Aber dabei sollten wir es auch bewenden lassen. Wir sollten vor allem versuchen, die sozialen Medien als eine Chance zu begreifen, die Demokratie zu festigen. Dazu braucht es mündige Bürgerinnen und Bürger, die dem Hass mutig entgegenreten. Die Verantwortung kann man nicht auslagern.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, seven years ago the Smolensk catastrophe occurred killing Polish President Lech Kaczyński, his wife, and other members of the Polish elite. Fifteen minutes later a Kremlin-triggered avalanche of fake news and disinformation started to move, so powerful that it was winning the imagination and perception of western societies. Polish military pilots were blamed, the President himself, his generals. We had to swallow every possible humiliation, including the desecration of the bodies of the victims, which is totally alien to our civilisation. Hopefully we are able to learn a lesson from the mistakes.

Morten Løkkegaard, *for ALDE-Gruppen*. – Hr. Formand! Hvis nogen havde forestillet sig for blot et par år siden, at vi her i 2017 skulle stå og diskutere *hate speech*, ekstrem populisme og *fake news*, ville mange nok have rystet på hovedet og ment, at vi var paranoide. Ikke desto mindre er det en realitet. De nye teknologier har ikke bare gjort det nemmere at kommunikere, de har også skabt en voldsom fragmentering – og de har været med til at skabe ekkokamre, hvor vi som borgere kan søge tilflugt og blive bekræftet i vores værste fordomme og forestillinger.

Endnu mørkere kræfter misbruger de nye muligheder, og derfor skal vi selvfølgelig være klar til at forsvare det åbne, liberale samfund, det repræsentative demokrati og retsstaten, som er under pres nu. Propaganda og misinformation er ganske enkelt gift for de vestlige værdier, for de muligheder, vi har, for vores livsførelse og dermed også for vores sammenhængskraft. Vi skylder hinanden at tage denne trussel alvorligt. I den liberale gruppe er vi meget opsatte på at tage denne kamp og gå forrest i kampen for vores demokrati.

Det er dog som liberale også vores opgave at hejse advarselsflaget. Det er vigtigt ikke at gå i den fælde at indføre nye former for censur, at indskrænke de friheder, som netop definerer vores samfund. Svaret er ikke begrænsninger, ingen sandhedsministerier her, tak! Det, vi derimod bør gøre, er at få kortlagt truslerne, deres omfang og de mulige indsatser imod dem. Jeg vil foreslå, at man sætter ressourcer af til at oprette et videncenter for misinformation. Her kan man på europæisk plan samle medieaktører og bede dem om at komme med idéer til selvregulering og selvjustits. Man kunne også forestille sig en form for certificering af onlineindhold, igen uden indblanding fra myndighederne, men som en mulighed for at blåstemple den kvalitet, som vi alle sammen efterlyser. Endelig mener jeg også, at man bør genoverveje en europæisk ombudsmand for ytringsfrihed. Ligeledes bør vi selvfølgelig bakke op, som der også er blevet sagt af flere talere her, om en stærkere *public service*, om undersøgende journalistik og om uddannelse af unge i internetfærdigheder. Der er gået fire måneder, siden betænkningen kom fra Parlamentet, og der er ikke sket så meget endnu. Jeg mener, at vi bør skride til handling, og vi liberale bør selvfølgelig gå forrest.

Martina Michels, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, es stimmt: Hetze, Populismus und gefälschte Nachrichten in sozialen Medien nehmen zu. *Fake news* zielen darauf ab, Wahlen zu beeinflussen, Länder und Organisationen und damit letztlich die Demokratie zu destabilisieren. Andererseits entsteht derzeit im Kampf dagegen eine wahre Regulierungswut, die immer absurdere Vorschläge produziert – von Klarnamenpflicht im Netz bis hin zu Netzsperrern.

Anzunehmen, man müsse in dieser Frage nur besser regulieren, und das Problem verschwinde, ist naiv. Gegen Filterblasen helfen vor allem mehr Medienkompetenz, unabhängiges Monitoring, der Einsatz für transparente Kommentar- und Diskursmoderation im Netz.

Eines bleibt Fakt: Die Ursachen von Rassismus, Populismus und seinen Informationslügen, Hassreden und Social Bots liegen nicht im Internet, sondern in der Gesellschaft. Es ist das gesellschaftliche Klima, das wir verändern müssen.

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir leben in Zeiten, in denen falsche Nachrichten, alternative Fakten auf einmal zu absoluten Wahrheiten werden und in denen die Hetze gegen ethnische, sexuelle, religiöse Minderheiten und auch sexistische Hetze gegen Frauen immer stärker verbreitet wird und immer mehr Öffentlichkeit findet, vor allem in den sozialen Medien. Wir erkennen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und dass es dort auch Regeln bedarf. Denn dieses Internet ist Teil unserer Gesellschaft geworden, aber die freie, säkulare, demokratische, pluralistische Gesellschaft, die wir uns erkämpft haben, hat dort noch nicht Einzug gehalten. Die Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Carolin Emcke, hat letztes Jahr bei ihrer Rede gesagt, als sie Preisträgerin war: „Eine freie, säkulare, demokratische Gesellschaft ist etwas, das wir lernen müssen. Immer wieder.“ Das heißt, uns auch Regeln zu geben für dieses Verhalten. Regeln sind notwendig.

An die Kommission gerichtet: Gut, dass Sie diesen Kodex, den Verhaltenskodex mit den vier Unternehmen haben. Sie haben das Problem erkannt, aber die Umsetzung ist mangelhaft. Denn private Unternehmen können nicht einfach Gerichte ersetzen. Ja, es ist wichtig, dass Facebook hetzerische Aussagen löschen kann, aber dann braucht es eine letzte Entscheidung vor Gericht. Das heißt, das ist notwendig.

Und noch etwas: Wir brauchen eine Verbesserung des Rahmenbeschlusses des Rates über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität gehören hinein, und die Straftatbestände insgesamt müssen klarer definiert werden.

Lassen Sie mich noch zwei Beispiele erzählen, wie man auch damit umgehen kann: Meine Parteichefin in Österreich, Eva Glawischnig, und die österreichischen Grünen haben bisher über 40 Verfahren geführt, in denen es vor allem um Drohungen gegen Leib und Leben, Hass, Beleidigung, üble Nachrede und auch klare Falschheiten gegangen ist. Wir haben fast alle diese Verfahren gewonnen. Das heißt, auch das ist eine Möglichkeit, hier Stopp zu sagen. Die Gelder, die dann bezahlt werden mussten, bekommen karitative Organisationen zur Verfügung.

Und ein Letztes: Die frühere deutsche Landwirtschaftsministerin Renate Künast hat einen anderen Weg gewählt. Sie besucht ohne vorherige Ankündigungen jene Hetzer, die sie im Internet beschimpft haben. Und wissen Sie, was dann passiert? Wenn die real mit ihren Aussagen konfrontiert werden, dann werden sie ganz klein. Auch das ist eine Möglichkeit, mit diesen Hetzern umzugehen.

Presidente. – On. Morvai, ha fatto vedere i suoi cartelli, adesso però la invito a sedere, a prendere posto, e a seguire la discussione. Non mi faccia intervenire, per cortesia.

Cecilia Wikström (ALDE). – Mr President, I feel offended on behalf of the citizens of this Union, to see one of our colleagues behaving in a completely inappropriate way in this Chamber at this moment.

I would like to say that this is not a mud-wrestling arena. This is the European Parliament and things like this should not be tolerated by you or me and I kindly ask you to turn to our colleague and ask her kindly to behave in this plenary, on behalf of all of us.

Presidente. – Mi scusi, ma non c'è stato bisogno che lei me lo chiedesse, perché io l'ho fatto prima del suo intervento. Invito l'on. Morvai, che ha fatto vedere i suoi cartelli, a sedersi e a prendere posto. Non abusi della mia pazienza, gliel'ho già chiesto due volte.

Rolandas Paksas, EFDD frakcijos vardu. – Mes nuolat girdime, kad amerikiečiai išrinko ne tą Trumpą, kad Vengrijai vadovauja ne tas Orbanas, o Lenkijoje išrinktas ne tas Kaczyńskis. Prancūzijos žmonės gali išsirinkti ne tą Marie Le Pen.

Baimė prarasti valdžią, baimė netekti politinės įtakos, netgi baimė, kad gali tecti atsakyti už visuomenę nuskurdinusią visagalės rinkos kūrybą būtent ir gimdo tokias diskusijas, kuriose atviras ir tiesus žodis vadinamas neapykantą kurstančiomis kalbomis, kur visuomenės, o ne saujelės interesų atstovavimas ir pataikavimas juos aptarnaujančiai politikai vadinamas populizmu.

Keista ta šiandieninė diskusija. Lyg mes, o ne mus sprogdintų. Lyg mes, o ne mums Europoje neapykantą jaustų. Tarsi popiežius Europos vadovams prieš Romos sutarties metines būtų pasakęs, kad taip, vadinamoji demokratija yra labai gerai, o visuomenės atstovavimas politikoje yra blogai.

Primenu, kad žodis *populi* savo pirmaprade reiškė būtent ir reiškia visuomenę. O žodis demokratija anaipol nėra grupės politikoje esančių asmenų įrankis išlaikyti turimą valdžią ir ją gausinti. Nustokime matuoti išgalvotus demokratijos reitingus. Atsigręžkime pagaliau veidu į žmones, kurių interesams mes išrinkti atstovauti. Primenu, kad Rytų Europos valstybėse prieš daug metų buvo viena tiesa ir viena partija bei rinkimų rezultatai, kurie tenkino tuometinę valdžią. Dabar kalbame apie iš vienos pusės rinkimus, kuriems daroma įtaka, ir patys svarstome, kaip iš kitos pusės jiems padaryti įtaką. Vadinasi, prisidengdami demokratijos vardu, siekiame tokių pat rezultatų, kad rinkimais būtų išlaikyta turima valdžia, kad tie rinkimai nebūtų Europos žmonių pasirinkimu. Tai kam tada reikalingi rinkimai, jeigu nebebus pasirinkimo?

Matteo Salvini, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io mi scuso con chi ci guarda da casa, mi scuso col pubblico che sta ascoltando questi deliri. Secondo me non siete normali. Ci sono venti milioni di disoccupati in Europa, c'è il terrorismo islamico, c'è un'immigrazione fuori controllo, e voi con che cosa impegnate il Parlamento europeo, peraltro deserto il mercoledì pomeriggio? Con il bavaglio a Facebook, le bufale, le *fake news*! Voi dovreste essere curati da un medico bravo! Io vorrei sapere se...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

(Applausi)

Grazie per gli applausi. Guardate che vi buttano fuori se applaudite, quindi attenti...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Presidente. – On. Salvini, deve essere rispettoso non solo della decisione di un'Aula che, democraticamente, ha deciso di discutere di questo tema, ma anche dei colleghi che sono intervenuti.

La invito a essere attento alle parole che usa.

Matteo Salvini (ENF). – Allora, questa vaga minaccia non mi fa né caldo né freddo.

Per i popoli europei essere contro il terrorismo islamico significa essere islamofobi, essere contro le adozioni gay significa essere omofobi, voler chiudere i campi rom o bloccare l'invasione clandestina significa essere razzisti. No: significa avere buonsenso, significa essere uomini liberi.

Vi sta andando male, non riuscite più a comprare i cervelli, a controllare i giornali, i telegiornali, le radio. In Gran Bretagna hanno votato come hanno voluto, negli Stati Uniti hanno votato come hanno voluto, in Italia hanno votato come hanno voluto, e voi state impazzendo. E quindi che cosa vi inventate? Bavaglio su Facebook, bavaglio su Internet, pene – 1 milione, 5 milioni, 50 milioni! Vi inventate il ministero della Verità di George Orwell, il ministero della Propaganda.

Io aspetto che il Parlamento europeo si paghi la psico-polizia per indagare gli psico-reati di quelli che non sono allineati al pensiero unico e alla moneta unica. Potete inventarvi tutti i bavagli che volete. L'unica cosa che potete fare è preparare le valigie e andarvi a cercare un lavoro vero, perché la libertà non la ferma nessuno, né qui né altrove. Grazie e viva la rete, viva Facebook.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, συμφωνώ απόλυτα πως στην Ευρώπη υπάρχει πρόβλημα με τη ρητορική μίσους και τις ψευδείς ειδήσεις. Οι πολιτικές δυνάμεις που επικρατούν αυτή τη στιγμή στην ήπειρο έχουν εξαπολύσει μια ανεπανάληπτη ρητορική επίθεση σε όποιον εκφράζει απόψεις που δεν συμφωνούν με τις κατεστημένες και έχουμε φτάσει στο σημείο να έχει σχεδόν ποινικοποιηθεί ο εθνικός αντίλογος. Το σημερινό πολιτικό σύστημα είναι εκείνο που καλλιεργεί και εκτρέφει συστηματικά το μίσος στις κοινωνίες μας, διαλύοντας την κοινωνική συνοχή και εγκαθιδρύοντας ένα πραγματικό κυνήγι μαγισσών εναντίον όσων τολμούν να έχουν διαφορετική άποψη. Αντίθετα με όσα μας κατηγορείτε, εμείς πιστεύουμε στην ελευθερία της γνώμης. Ο καθένας, χωρίς εξαιρέσεις, πρέπει να είναι ελεύθερος να εκφράζει την άποψή του, όσο και αν διαφωνούμε με αυτήν.

Όσον αφορά τον λαϊκισμό, ο ίδιος ο όρος, όπως χρησιμοποιείται σήμερα, είναι απλά άλλο ένα δημιούργημα της κυρίαρχης πολιτικής τάξης που βαφτίζει «λαϊκισμό» όποιον παρουσιάζει μια διαφορετική προοπτική η οποία είναι πιο κοντά στις πραγματικές ανάγκες των πολιτών. Φταίει ο λαϊκισμός, λέτε, που οι πολίτες συντάσσονται πλέον με κόμματα εκτός του πολιτικού κατεστημένου. Στην πραγματικότητα, απλά εσείς δεν έχετε καμία επαφή με τις επιθυμίες τους.

Σχετικά με τις ψευδείς ειδήσεις, τεράστιο μερίδιο ευθύνης έχουν οι κυβερνήσεις και τα συστημικά κόμματα με τις ψεύτικες διαρροές. Καθημερινά, μέσα κοινωνικής δικτύωσης φιλικά προσκείμενα προς το πολιτικό κατεστημένο διαστρεβλώνουν την αλήθεια και δημιουργούν μια ψεύτικη πραγματικότητα, ελπίζοντας πως θα συνεχίσουν να ελέγχουν και να καθοδηγούν τους πολίτες. Δεν υπάρχει μεγαλύτερος και πιο ύπουλος μηχανισμός προπαγάνδας παγκοσμίως από τους διαχειριστές αυτών των μέσων κοινωνικής δικτύωσης που εξυπηρετούν πολιτικά συμφέροντα.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, la démagogie, disait Aristote, c'est la perversion de la démocratie. Est-ce un hasard si la démagogie est née dans le berceau de la démocratie à Athènes? Non, car la liberté de parole offerte par la démocratie mène à la liberté des idées.

Est-ce un hasard s'il y a autant de démagogie dans les démocraties européennes? Non, car l'Europe, au-delà de favoriser la libre circulation des marchandises et des personnes, incarne aussi la libre circulation des idées. Tout dépend des intentions de ceux qui les portent sur les réseaux sociaux, ce n'est pas pour rien que l'on parle de diffusion virale sur l'internet. La notion de virus est là. Certains en profitent pour l'inoculer.

Ce n'est pas Donald Trump qui a inventé ce procédé des faits alternatifs. On a dans l'hémicycle des spécialistes, comme M^{me} Le Pen, M. Mélenchon ou encore M. Jadot. La peur est leur terreau, l'internet leur arme et les citoyens leurs cibles. Leur popularité n'est pas basée sur ce qu'ils ont fait, mais sur ce qu'ils font des faits. Leurs mentors sont connus. De Hugo Chávez à Vladimir Poutine, c'est sûr, il y a de l'expérience.

Les grands projets de l'histoire se sont pourtant faits dans la sérénité et la discrétion des négociations, comme le traité de Rome, dont on a fêté les 60 ans. Prenons du recul. Imagine-t-on le général de Gaulle répondre sur Twitter à des gens critiquant son appel de Londres? Imagine-t-on des parodies sur l'internet du Chancelier Kohl et du Président Mitterrand se tenant la main à l'ossuaire de Douaumont? Aurait-on pu montrer le débarquement de Normandie sur Facebook?

Les géants du web doivent assumer le fait qu'ils laissent les pompiers pyromanes jouer avec le feu. Et les médias doivent avoir les moyens de payer des journalistes qui prennent le temps de l'analyse. Les deux sujets sont liés pour qui entend rétablir la sérénité.

Je termine par une question rhétorique: les partis populistes sont plus puissants depuis l'avènement des réseaux sociaux, est-ce là aussi un hasard?

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor presidente, Amnistía Internacional, en su último informe anual del 2016, estima que ese ha sido el año del discurso del odio y la demonización a través de la difusión de mensajes que trasladan la peligrosa idea de que algunas personas son menos que otras. En conclusión: rechazo al diferente.

El discurso del odio juega un papel fundamental en la perpetuación de estereotipos discriminatorios, bien sea por raza, por género, por orientación sexual. Y, en este sentido, debemos comprometernos desde las instituciones europeas a volcar nuestros esfuerzos en la erradicación de estos estereotipos.

Para preparar este debate he leído algunos informes. Uno de ellos decía que, en un estudio sobre la misoginia, realizado durante tres semanas de abril de 2016 entre usuarios de un país europeo, se encontraron más de 200 000 tuits con la palabra «zorra» o «puta», constatándose que cada diez segundos alguien insulta con esas palabras a una mujer en Twitter.

Y la verdad es que como muestra un botón. Hace un mes, participaba en un debate en esta Cámara que tuvo trascendencia mediática y pública. Recibí muchísimos mensajes a través de las redes sociales. Uno de ellos es este. No lo voy a leer al completo, pero dice: «Señora Iratxe Garper usted está muerta, puta». Lleva la foto de una mujer encadenada y ahorcada y la foto de una mano con un arma de fuego.

Comprenderán ustedes que permanecer impasibles ante esta situación es dejar que se deterioren los valores del proyecto europeo. A algunos les puede parecer intrascendente que tengamos estos debates hoy, pero creo que es necesario que seamos capaces entre todos de garantizar que la libertad de expresión tiene unos límites y ese límite es el del respeto a los derechos de las personas.

Andrew Lewer (ECR). – Mr President, there is a battle being waged at the moment against hate speech, and, while gearing up to take part in this sounds laudable, without care the result can be, inadvertently or otherwise, censorship. It leads to questions about who determines what hate speech is.

Free speech is essentially accepting that people are free to say things we do like, not merely free to say things we do not like. Should these be offensive then they can be tackled by a forthright debate. Indeed, debating ideas in a public forum makes it harder for those ideas to be formed as an individual insult, and a public debate provides the target of offence with a rebuttal.

There is a quotation that is commonly attributed to Voltaire: 'I disapprove of what you say but I will defend to the death your right to say it'. That was in fact written by Voltaire's biographer, Evelyn Beatrice Hall, and she was absolutely right.

Marietje Schaake (ALDE). – Mr President, when addressing fake news, or rather junk news, or broadly the impact of the technological revolution on democracy, we must ensure the rule of law retains its meaning in a hyper-connected world. Hundreds of millions of people only access news through social media, and now the largest tech players – Facebook, YouTube, Google – should act with equally massive responsibility. The algorithms they perfect for optimal advertising revenues can become propaganda and hoax vehicles and the claims that platforms are neutral intermediaries, especially with more and more self-regulation, will prove unsustainable.

No one wants a Ministry of Truth, but I am also not reassured when Silicon Valley or Mark Zuckerberg are the de facto designers of our realities or of our truths. Through the e-Commerce Directive and otherwise we must ensure that free speech, access to information and the protection from discrimination are ensured. But we must be careful not to treat hate speech the same way as distasteful, undesired, shocking or insulting expressions. Even the ones that we have heard here today should be debated in an open manner. I fully agree that we have to make sure that censorship is not the alternative when we are trying to make the rule of law meaningful online.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, συμφωνώ με πάρα πολλά τα οποία έχουν λεχθεί και δεν θέλω να τα επαναλάβω. Παρακαλώ, επιτρέψτε μου να καταθέσω και τη δική μου άποψη.

Έχουμε τη δική μας ευθύνη, αγαπητοί συνάδελφοι. Χιλιάδες πολιτικοί, σε κάθε γωνιά της Ευρώπης, δεν είναι έτοιμοι να πουν ψέματα στον κόσμο παρά να είναι έντιμοι απέναντι στον εαυτό τους; Ας είμαστε ειλικρινείς. Χιλιάδες πολιτικοί, σε κάθε γωνιά της Ευρώπης, δεν είναι διαπλεκόμενοι με ένα, δύο ή και περισσότερα μέσα ενημέρωσης; Αυτό δεν προκαλεί διαφθορά και δεν τρέφει τον μύθο και το ψεύδος;

Εμείς, σε πολύ μεγάλο βαθμό, τρέφουμε το φαινόμενο που προσπαθούμε – όσοι προσπαθούμε σήμερα – να ανακόψουμε. Και έχουμε μπροστά μας ένα εμπόδιο που εμείς εν πολλοίς δημιουργήσαμε και φτάσαμε στο σημείο να πρέπει κανείς να είναι προετοιμασμένος ότι μπορεί να τον φωνάξουν «ψεύτη» αν πει την αλήθεια.

Χρειαζόμαστε παιδεία, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, - συμφωνώ εδώ πάρα πολύ με τον κύριο Borg - παιδεία για να μας βοηθήσει να πολεμήσουμε επαρκώς τα ψεύδη και τους μύθους. Ψεύδη και μύθοι που πολλές φορές χρειάζονται αιώνες για να εγκαταλειφθούν, ιδιαίτερα εάν εμείς και με πράξεις και με απάθεια τα τρέφουμε. Τα κάστρα, αγαπητοί συνάδελφοι, καταλύονται, αλλά οι μύθοι και τα ψέματα δεν καταλύονται, παρά μόνο με την ανάπτυξη της κρίσης των νέων. Χρειάζεται, όμως, και η δική μας πίστη και ο διαρκής δικός μας αγώνας γι' αυτό.

Helga Trüpel (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! *Fake news* hat es immer gegeben, aber ihr Ausmaß hat deutlich zugenommen. Auch Hasskommentare im Internet sind deutlich angewachsen und haben ein Maß erreicht, dass nicht toleriert werden kann. Darum ist es kein Wunder bei allen wirklich positiven Entwicklungen durch die sozialen Netzwerke, dass jetzt immer öfter auch von unsozialen Netzwerken gesprochen wird. Echokammern im Netz bedeuten, dass wir immer nur in unseren eigenen Meinungen bestärkt werden und zu wenig andere Auffassungen wahrnehmen und bedenken. Das ist aber die Essenz einer offenen demokratischen Gesellschaft, gerade andere Meinungen wahrzunehmen.

Die Meinungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden – das möchte ich nochmal klar betonen. Es geht hier nicht um ein Wahrheitsministerium, aber rechtswidrige Inhalte wie die Anstachelung zum Hass und zur Gewalt und gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Und bei bereits festgestellter Rechtswidrigkeit muss umgehend gelöscht und in offensichtlichen Fällen innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden.

Und hier tun viele Unternehmen, vor allem Twitter und Facebook, noch viel zu wenig, und hier muss mehr politischer Druck ausgeübt werden. Aber private Firmen dürfen nicht diejenigen sein, die die Gerichte ersetzen, sondern die letzte Entscheidung über die Löschung muss bei den Gerichten liegen.

Insgesamt gilt es aber, die Medienkompetenz zu stärken, und wir brauchen eine öffentliche Debatte über die Zukunft des Qualitätsjournalismus, und ich bin auch der Meinung, dass wir einen europäischen öffentlich-rechtlichen Sender brauchen, und diese Debatte müssen wir jetzt dringend führen.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho portato tre articoli presi dai media tradizionali: Colin Powell che presenta le prove dell'esistenza delle armi di distruzione di massa di Saddam Hussein, gli esiti catastrofici per la Brexit e l'apocalisse se vinceva il «no» al referendum in Italia. Sono tre esempi per dimostrare che le *fake news* sono sempre esistite, ben prima dell'avvento di Internet.

Le *fake news* sono sempre esistite, perché queste sono le informazioni che voi avete utilizzato per manipolare le informazioni, per esempio finanziando la propaganda europea. Ma chi può avere l'autorità di dire che cosa è vero e che cosa è falso? La verità è che voi siete il potere che cerca di autoassolversi per gli errori che ha fatto, per aver dato i cittadini in mano alle banche e alla finanza. Voi rimanete qui chiusi in questa torre d'avorio e neanche ve ne rendete conto. E per un motivo: perché la rete vi fa paura. Perché la rete vi permette di entrare in contatto con i cittadini, senza avere in realtà un filtro davanti a voi, e quindi per questo avete proposto, per esempio, la creazione di un'autorità indipendente per il controllo della verità sul web.

Ecco, attenzione: vi prego, non mettete a repentaglio la libertà della rete, perché è molto pericoloso, e si potrebbe avere addirittura una deriva autoritaria. La soluzione, invece, è l'educazione, il senso civico. Ben vengano in questo senso, per esempio, i progetti per l'alfabetizzazione dei cittadini ai media, soprattutto per le nuove generazioni, per gli adolescenti, per i minori. Noi vogliamo dei cittadini informati e consapevoli. Voi volete invece dei media controllabili. Chiudo citando il nostro fondatore del Movimento 5 Stelle Gianroberto Casaleggio: «L'informazione in rete può essere vera o falsa, o entrambe le cose, ma in rete è impossibile sostenere una menzogna per lungo tempo».

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vertreter des Rates hat in seinem letzten Satz ja heute die Hose runtergelassen. Und was ich da gehört habe, hat mir überhaupt nicht gefallen, aber es war vorhersehbar. Worum es hier geht? Er hat es klar gesagt: Es sind die Grenzen der Meinungsfreiheit – wortwörtlich, das hat er gesagt.

Bei *hate speech* geht es genau darum. Denn die Meinungsfreiheit endet an den Strafgesetzbüchern. Und es ist ja nicht so, dass manche Dinge nicht bereits verboten wären. Es gibt die Beleidigung, und es gibt viele, viele andere Dinge, die in Deutschland und anderswo verboten sind. Aber politische Meinungsmaße im Sinne eines Wahrheitsministeriums – das brauchen wir sicherlich unter diesem Label nicht.

Und wenn wir über *fake news* reden: Nun, es ist Aufgabe der Politik, über Wahrheiten zu streiten, aber es ist nicht ihre Aufgabe, objektive Wahrheiten mehrheitlich abzustimmen. Auch dort hat der Vertreter des Rates etwas sehr Schönes gesagt: Besonders gelte es, die Lügen durch Politiker vor Wahlen zu bekämpfen. Nun, richten Sie Ihren Kollegen im Rat doch einen schönen Gruß aus: Alle Regierungen in dieser Europäischen Union gründen ihre Regierungsfähigkeit genau darauf: auf Lügen gegenüber den Wählern in ihren Ländern vor den Wahlen.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, encore un débat de plus qui est inutile, spécieux, voire grotesque, sur, je cite: «les discours de haine, le populisme et les informations mensongères sur les réseaux sociaux – vers une réponse de l'Union».

Ce débat prouve en fait que la majorité de cette institution, confrontée à ses échecs, n'a rien de mieux à faire que d'attaquer l'opposition. Ce que vous appelez «populisme», c'est la voix des peuples victimes de l'euromondialisme qui veulent vous exprimer leur légitime colère. Ce que vous appelez «fausses nouvelles», ce sont surtout les ripostes impertinentes aux mensonges officiels des groupes de presse écrite ou audiovisuelle que vous contrôlez. Et si des informations fausses s'y trouvent, qu'est-ce qui vous empêche de les réfuter? Ce que vous appelez «discours de haine», c'est tout ce qui va à l'encontre des dogmes que vous avez établis. En réalité, la haine est le fait des tenants du politiquement correct. En Allemagne, dont le chef de l'État nous vantait, hier, le respect des droits de l'homme, il y a plus de 1 000 prisonniers politiques ou d'opinion. En France, et quoi que l'on pense de leurs idées, que chacun, naturellement, a le droit de contredire, un universitaire de 88 ans, le professeur Faurisson, un père de famille nombreuse, M. Reynouard, et un polémiste connu, M. Soral, viennent chacun d'être condamnés à de la prison ferme pour délit d'expression, et ce en vertu des lois liberticides qui existent dans mon pays. C'est cela qui devrait vous choquer. Balayez ces législations au lieu de préparer l'instauration de nouvelles censures.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE). – Señor presidente, Europa debe aprovechar las oportunidades que se derivan de la revolución digital, a la vez que hacer frente a la nueva batalla política que es la del populismo contra la democracia representativa. Pero es preciso devolver a los ciudadanos la confianza en la democracia europea.

Y para ganar la batalla al populismo, no podemos obviar el malestar social existente, algo de lo que se aprovechan los populistas. Necesitamos volver a conectar con la parte de la ciudadanía que se siente abandonada. Para facilitar la participación hay que acercar Europa a nuestras regiones con el uso creciente que hace este Parlamento de las herramientas digitales y a través de sus oficinas de información que cuentan nuestro trabajo a cada ciudadano en su idioma.

Al mismo tiempo, es necesario identificar y luchar contra las técnicas que están sirviendo a los populismos para ir en contra de la Unión Europea, especialmente a través de las redes sociales. Y en este ámbito, urge que las plataformas digitales asuman responsabilidades. Debemos asegurar que no contribuyen a propagar mensajes de odio y noticias falsas. Tienen que cortar las vías que facilitan su divulgación y deben ser más transparentes, porque los ciudadanos merecen saber cómo se decide la información que recibe. Combatir la tiranía del algoritmo es una cuestión ética.

Además, debemos garantizar recursos para combatir la desinformación que llega, por ejemplo desde Rusia. Pero no basta con desmentir los populismos que buscan deslegitimar a la Unión. Los europeístas debemos impulsar una narrativa europea sólida. Tenemos que comunicar más y mejor Europa. Porque contar a nuestros ciudadanos lo que Europa hace por ellos es el mejor camino para recuperar la confianza perdida. Claro que, habiendo escuchado algunas opiniones esta tarde en este debate, me preocupan, tanto o más que las noticias falsas, la falta de respeto, el exceso de demagogia y el desprecio a esta Institución y lo que ella representa.

Soraya Post (S&D). – Mr President, not a long time ago hate speech was a fringe phenomenon: Neo-Nazis shouting in the streets or other cowards who have a lack of intelligence, common sense and human dignity. It was, of course, still a shocking reminder of the atrocities of Nazis, not least to Jews, Roma and the LGBTI community, but a decade ago hate speech was contained. Now it has become mainstream. Due to social media it can spread without control. Hate speakers are now even in power in some countries.

Therefore I am very encouraged by the EU Code of Conduct with Facebook, Microsoft Twitter and YouTube to counter hate speech online. But we cannot rest. The hate speakers certainly will not. The IT companies need to work closely with civil society and with the victims of hate speech and share best practice among themselves. And should the EU Code of Conduct not work we need to put hard legislation in place.

We have a duty to stop the hate in time this time around, and hate speech is not what freedom of expression is.

Branislav Škripek (ECR) – Vážený pán predsedajúci, všetci si uvedomujeme enormný nárast populizmu a nenávisti v našich krajinách. Apelujem v prvom rade na zodpovednosť nás, všetkých politikov. Absencia kritického myslenia sa prejavuje vo všetkých sférach spoločnosti a ani politici nie sú voči nej imúnni. Mnohí stratili schopnosť kultivovane a demokraticky reagovať na svojich oponentov. Dnes je každý kritik okamžite označovaný nálepkou: EXTREMISTA, ak prejavuje svoj názor, ktorý ide proti väčšinovému. Ako politici musíme preto opatrne nakladať s týmto pojmom a skutočne ho používať len pre tých, ktorí popierajú pravdu či historické fakty. Slávime 60 rokov od podpísania zakladajúcich Rímskych zmlúv, ale čo znamenali pre Európu? Predovšetkým mier a spoluprácu krajín, ktoré celé roky proti sebe bojovali. Považujem za nehoráznosť, ak niekto vyvražďovanie Židov, Rómov a iných v koncentračných táboroch opisuje len ako neistú historickú skutočnosť. Dnes sa zamieňa prezentovanie nepravdivých, nenávisťných a rasistických názorov s hľadaním pravdy a slobody prejavu. Ak proti tomuto nezakročíme múdro a rázne, skončí v ruinách to, čo založili naši otcovia Európy. Preto želim politikom a modlím sa za to, aby sa nebáli čeliť kritike, ale nech ich posúva vpred pri hľadaní skutočných riešení krízy, ktorú tu máme.

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! Igår bildade tusentals människor en mänsklig kedja runt Centraleuropeiska universitetet i Budapest. Detta för att regeringen Orbáns lagstiftning, som nu drabbar detta universitet, är ett frontalangrepp på den akademiska friheten och allt kritiskt tänkande i Ungern. Det kunde inte ha skett utan att det hade föregåtts av hatpropaganda, populism och alternativa medier, som gång på gång har underblåst att detta skulle kunna ske. Det var väldigt modigt av dessa personer att bilda den här ringen, för vi vet att det som sker i Ungern nu, när det gäller den akademiska friheten, har föregåtts av hatpropaganda på sociala medier, alternativa fakta och ett samhälle som mer eller mindre har kvävt yttrandefriheten och istället odlat en tystnadskultur.

Den nationalistiska, totalitära syn som präglar regeringen Orbán, som tidigare politiserat rättsstaten och infört statlig censurmyndighet, har nu gått ett steg vidare och attackerar forskning, utbildning och ytterst den akademiska friheten. Det som sker i Ungern är en förolämpning mot EU och allt det som vi står för. Och vårt svar måste vara enkelt: Botten är nådd. Vi måste nu ställa upp och försvara den akademiska friheten och de värden som denna union bygger på.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, πού κερδίζουν έδαφος οι ψεύτικες ειδήσεις, η ρητορική του μίσους και ο λαϊκισμός; Εκεί όπου λείπει η διαφάνεια, υποβαθμίζεται η παιδεία και παραμένει υψηλή η ανεργία, η φτώχεια και η ανισότητα. Τι συζητούν στην Επιτροπή; Δεν γνωρίζουμε σε βάθος. Πώς παίρνει αποφάσεις το Eurogroup; Δημοσιεύονται τα πρακτικά των συνεδριάσεων του Ευρωπαϊκού Μηχανισμού Σταθερότητας, της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας ή του ΔΝΤ; Όχι. Κυριαρχεί σκοτάδι, καχυποψία, πόλεμος των πληροφοριών και ανταγωνισμός στο ψέμα. Αυτά αναγκάζεται να διαχειριστεί ο πολίτης. Το ψέμα επιβιώνει εκεί που λείπει η διαφάνεια, η παιδεία και η ευημερία. Είναι θέμα δημοκρατίας. Και η απάντηση που πρέπει να δώσουμε σε αυτό είναι μία: Όλα στο φώς!

Julia Reda (Verts/ALE). – Mr President, almost any female politician will have experienced hate speech on her social media accounts. It is a widespread phenomenon that did not start with the internet. It is important not to forget that the core of the problem is not social media, it is sexism and racism.

According to Council of Europe data only 15% of hate speech messages actually qualify as illegal. Then why do certain Member States think we can fix this problem? We are simply getting Facebook and Twitter to install a content filter. No technology is qualified to make the difficult decisions needed to define hate speech. By relying solely on technology we are not helping the victims and we are silencing free speech if we try to turn private companies into enforcers of laws that often do not even exist in the first place.

Instead, we need to address the terrible experiences that many women have when they actually try to report sexist hate speech to the police. We need to invest in training for law enforcement, in easier reporting of crimes and in supporting grassroots initiatives countering hate speech. If we try to solve one problem with blunt and ineffective technological tools we will end up creating more problems.

Tim Aker (EFDD). – Mr President, we learned something from the European Parliament's reaction to Article 50. This debate is on an EU response to all the things you try and associate with the Brexit vote. If you genuinely want to build a better Europe, how about this: stop what you are doing and think about why people voted the way they did. Those you call 'populists' are patriots. We love our countries, we love our communities, we love living in nations where the people are the masters and, through democratic decisions, the people have the final say. What they hate is you lot imposing unfettered immigration that has transformed communities without the people's say. They do not like seeing their streets changed without their approval. They do not like living in places that no longer resemble those they grew up in, and they know the EU is to blame. You can call us all the names you like, but it will not change the result. The majority of the British people voted to get our borders back, to get our democracy back, to get our country back and the sooner we are out of this place, the better.

Presidente. – On. Aker, le ricordo che la discussione sulla Brexit si è svolta stamattina.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, l'Union européenne est aux abois. Le peuple britannique l'a congédiée et d'autres peuples européens s'approprient à en faire autant. Au lieu de se remettre en cause, elle cherche à bâillonner ses adversaires, ceux qu'elle appelle d'un si joli nom: les populistes.

Le Parlement européen ose aujourd'hui faire l'amalgame entre le populisme et les discours de haine. L'objectif est transparent. Il consiste à diaboliser les patriotes pour mieux les censurer dans les réseaux sociaux. La Commission vient de l'avouer par la bouche de M. Ansip: «Nous avons pris contact avec les opérateurs de médias sociaux», a-t-il dit. Et d'autres orateurs, comme M. Proust, viennent de désigner la cible de la future censure: Marine Le Pen.

S'il vous reste un peu d'honneur, Mesdames et Messieurs les européens, attaquez-vous aux vrais discours de haine qui émanent des djihadistes et respectez la démocratie. Respectez la liberté d'expression de vos adversaires politiques.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhor Comissário, o objeto este debate é demasiado largo. Discurso de ódio, *hate speech*, não é o mesmo que populismo. *Fake news* não são necessariamente discursos de ódio. Receio que estejamos a misturar realidades distintas.

Mas quero referir-me a cada uma delas.

Primeiro, não podemos tolerar discursos de ódio. Nem nesta casa, nem em qualquer fórum público, e isso inclui, também, redes sociais. É necessário envolver e colocar em cooperação todos os atores: Estado, plataformas online, escolas, meios de comunicação tradicionais. Todos. Não se trata apenas de retirar o discurso de ódio que surge na praça pública, mas sim e primeiramente, evitar que ele surja. É importante educar para a tolerância, para o respeito pelos outros e pela diferença.

Em segundo lugar, não podemos ter medo de olhar para as notícias falsas, também como uma arma de propaganda com implicações geopolíticas. E para tanto, a União tem de ser forte e ter meios robustos para atacar o que muitas vezes são campanhas deliberadas de desinformação.

Em terceiro lugar, o populismo é um fenómeno extraordinariamente complexo, que cresce todos os dias. Temos de o combater, mas também compreender a sua origem. Reduzir o populismo a discurso de ódio e notícias falsas pode ser também populismo. Combater estes fenómenos exige uma resposta eficaz, robusta e abrangente da União. O perigo que eles encerram para a democracia e para a liberdade é demasiado grave. Por isso se exige aos responsáveis políticos e aos cidadãos que não cedam nem ao facilismo nem à cobardia.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I want to emphasise the social and citizenship aspects in this debate, in particular media literacy and digital participation within a safe internet. Media literacy enable citizens to use and create media content effectively and safely. Media-literate people are able to exercise more informed choices, understand the nature of content and services and take advantage of the full range of opportunities offered by communication technologies. Media literacy and education for citizenship is not only important for learning about the tools, but also to encourage a shift in political cultures and practices so that individuals can be not only digital consumers and users but active citizens in connected societies.

I remain very concerned by the lack of effective response to cyber bullying and discrimination online. Consumers and citizens, in particular the most vulnerable, especially children, must be properly protected online. Member States and the EU must work with internet providers and platforms in order to ensure that illegal and offensive content is effectively taken down and stays down.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, we talk a lot at the moment of fake news, whether we think of Trump's tweets, Putin's control of the Russian media or the false promises spread by some Brexiteers during the UK's EU referendum campaign. We might have a new word for this but it is plain, old-fashioned, populist propaganda, lies and half-truths, seeking to muddy the waters and twist reality for political gain. The internet, social media and 24-hour news cycles have made their job all too easy.

Fake news is not the only addition to the political lexicon in recent years though. 'Truthiness', 'post-fact' and the use of 'metropolitan liberal elites' as a pejorative, are all part of a wider movement against expert opinion and reasoned analysis towards a world of half-truths where views and opinions are reported as facts. We must not underestimate the difficulty in counteracting these forces. Trust in governments, politicians and traditional sources of media is low and they are deemed to be biased. Indeed, the arguments put forth by official institutions, even very credible ones, to counteract fake news are derided as nothing more but the same thing: merely another opinion, a different point of view.

Nathalie Griesbeck (ALDE). – Monsieur le Président, la libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme. Tout citoyen peut donc parler et écrire librement, sauf à répondre de l'abus de cette liberté. Tel est le principe posé par le révolutionnaire français en 1789 et qui est devenu une formule extrêmement célèbre.

Que dit-il? En effet, la liberté est la règle, mais la liberté d'expression n'est pas un droit au mensonge. Ce n'est pas un principe absolu, n'en déplaise à certains dans cet hémicycle qui semblent parfois se sentir visés. Sans rappeler non plus la belle légende de la *Bocca della Verità* de Rome, qui menaçait de broyer la main de celui qui mentait et sans imaginer non plus de créer une autorité de la vérité, la liberté d'expression impose aussi de protéger contre les discours de haine, contre les discours incitant au djihadisme et au terrorisme, contre les discours racistes et injurieux, contre les informations mensongères qui inondent les réseaux sociaux, à tel point qu'on les qualifie aujourd'hui souvent de réseaux sociaux.

Nous devons prendre des mesures contre les contenus illégaux et les supprimer. Nous devons travailler avec les grandes entreprises d'internet, nous devons travailler avec le monde de l'éducation afin de déconstruire la désinformation et nous devons travailler activement avec le journalisme professionnel pour supprimer ces informations mensongères.

Curzio Maltese (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il titolo di questa discussione in effetti è un po' ideologico. Il caso di *fake news* con conseguenze più tragiche nei nostri tempi è la leggenda sulle armi di distruzione di massa di Saddam, che non c'entra né con il populismo né con i *social media*.

Non voglio negare che ci sia un problema serio di qualità dell'informazione. La rivoluzione Internet ha prodotto un sistema monopolista, in questi anni, non regolamentato, dove pochissimi *player*, Google e Facebook anzitutto, raccolgono il 90 % delle risorse, non hanno responsabilità per quanto pubblicano, non producono contenuti, non pagano le tasse, mentre giornalisti, editori e indipendenti fanno la fame. E il pubblico è bombardato da spazzatura.

Si potrebbe intervenire, ma non lo vogliamo fare. La verità è che la Commissione, per esempio, non vuole mettere mano alla direttiva sull'*e-commerce*, che è vecchia di 17 anni ed è scandalosamente inadeguata. Allora c'è il sospetto che si voglia parlare di politica e non intervenire per tutelare l'interesse dei cittadini.

Mi permetta di usare tre secondi per quello che è successo in quest'Aula. L'on. Salvini non considera il lavoro politico una cosa seria. Io, prima di essere eletto qui, ha lavorato per 38 anni, da quando ne avevo 17, nei «lavori veri». L'on. Salvini da quando ha 20 anni prende stipendi da politico. Mi dispiace per lui: deve avere un'autostima bassissima.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, qui si sono volutamente mescolati ambiti molto diversi. Ma un conto sono l'incitazione all'odio, il cyberbullismo, la violenza e le minacce in rete – condannabili e inaccettabili, certo – mentre ben altra questione sono i cosiddetti populismi e le presunte bufale. Queste ultime sono infatti diventate il pretesto per rendere patologica o anormale anche la legittima espressione della diversità di opinione politica, con il conseguente rischio di una stretta antidemocratica. Sapere che, ad esempio, Facebook si rivolgerebbe a un istituto per la verifica dei fatti, sponsorizzato da realtà e fondazioni collegate agli interessi di multinazionali o di finanzieri speculatori d'assalto, proprio non ci fa stare tranquilli. Chi ha il diritto di cancellare o censurare delle informazioni?

Infine, permettetemi di dire due parole sui tanto vituperati populismi. Perché le persone, i gruppi, i movimenti che parlano ai cittadini e che agiscono per un loro maggiore coinvolgimento nei processi decisionali sono visti da tanti di voi come fumo negli occhi? Perché considerate nemico chi critica le politiche di *austerità* e di rigore, o quest'Europa dell'euro, dei mercati della grande finanza? Non sarà perché dimostrano che il re è nudo e che questa non è un'Unione dei cittadini europei, basata sulla cooperazione, sulla solidarietà e sull'uguaglianza? Colleghi, per quale ragione mirate il dito che punta che alla luna?

Auke Zijlstra (ENF). – Pluriformiteit in de media bestaat niet meer. De staatsmedia laten het volledig afweten door gekleurd nieuws te brengen dat door mensen niet meer herkend wordt. De oplages en de kijkcijfers dalen dan ook voortdurend, want niemand vertrouwt de media nog. Daarom geven gewone mensen op sociale media informatie over wat zij in hun gewone leven meemaken: dat de islam niet lief is, dat islamisering wél plaatsvindt, dat dat geen verrijking is, dat de werkloosheid niet afneemt, dat de koopkracht wél daalt, dat de belastingen wél stijgen, dat het klimaat niet als een probleem wordt ervaren en dat migranten juist wél als een probleem worden ervaren. Brussel noemt dit allemaal populisme en kijkt naar mogelijkheden voor censuur, maar als Brussel wil weten wat nepnieuws is, moet ze vooral naar haar eigen juichverhalen kijken.

Jaromír Štětina (PPE). – Dámy a pánové, šíření falešných zpráv je bezpečnostní hrozbou pro všechny členské státy Evropské unie. Tento fenomén je potřeba efektivně konfrontovat a na základě objektivních faktů tyto dezinformace vyvracet jak na evropské, tak na národní úrovni.

V této souvislosti bych rád vyzdvihl nové Centrum proti terorismu a hybridním hrozbám zřízené Ministerstvem vnitra České republiky. Tento úřad má za cíl monitorovat hrozby spojené s vnitřní bezpečností státu, mezi které účelové dezinformace přicházející ze zahraničí nepochybně patří.

Myslím, že je nezbytné, aby podobné úřady vznikaly i v dalších členských zemích Evropské unie, aby se tak posílily již existující evropské mechanismy, jako je například *East StratCom* čelící v současnosti ruské propagandě. Dezinformační internetové platformy jako *Russia Today* či *Sputnik* jsou celoevropským nebezpečím. Žádám proto paní Mogheriniovou, aby této bezpečnostní hrozbě věnovala mnohem důkladnější pozornost než doposud, včetně dostatečného rozpočtu.

Podfinancování obrany Evropské unie před dezinformacemi pocházejícími z Ruska je pro Evropskou unii výrazným bezpečnostním rizikem. Informační válka, kterou vede Kreml proti Evropské unii, má za cíl Evropskou unii rozložit. Kremelská dezinformační kampaň cílí na každý členský stát Evropské unie z jiných pozic. Proto musí být obrana proti ní vedena jak na centrální úrovni Evropské unie, tak na úrovni jednotlivých zemí.

PRÉSIDENTE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Asszony! Gyűlöletbeszéd, hamis hírek a közösségi médiában – mindez nem egészen új keletű jelenség. Az utóbbi időben azonban erőteljesen megváltozott ezeknek a jelenségeknek a megítélése, mivel hirtelen, és talán kissé váratlanul, megnőtt a politikai jelentőségük. Ez a folyamat pedig elválaszthatatlan a szélsőjobb oldali pártok és mozgalmak megerősödésétől, attól a gátlástalan politikától, ami az emberek tájékoztatanságát, félelmét, aggodalmait kihasználva félrevezeti, becsapja az embereket, másokkal szemben aljas érzelmeket, gyűlöletet kelt. A szélsőjobb oldal azonban nem csak a közösségi médiát használja erre a célra, hanem saját politikai kultúrájának központi elemévé, sőt kormánypolitikává tette a gyűlölködést, a társadalom megosztását.

Ha valaki azt gondolja, hogy ez túlzás, vessen egy pillantást Magyarországra vagy Lengyelországra. Az ezekben az országokban épülő illiberális demokráciának éppen ez a lényege: a félrevezetés, a csúsztatás, a demagógia. A magyar miniszterelnök azt állítja, hogy a menekültek az ország biztonságát és a magyar kultúrát veszélyeztetik. Azt állítja, hogy az Európai Unió akarja diktálni az adókat, hogy támadja a munkahelyteremtő intézkedéseket. Azt állítja, hogy az NGO-k külföldről támogatott szervezetek, amelyek az ország függetlenségét veszélyeztetik, törvényt sértenek, és az illegális bevándorlást ösztönzik, miközben tudja, hogy mindez nem igaz. De azért ezekről a kérdésekről szervez nemzeti konzultációnak nevezett propagandaakciót. Ebben a hazug világban válik ellenséggé a Közép-európai Egyetem és a kritikus, szabad akadémiai világ általában. És ez a kormánypárt ott ül, ebben a parlamentben az EPP soraiban. Élvezi annak védelmét, támogatását. Mindezt pedig azért, mert fél a demokráciától. De ha mi itt az Európai Parlamentben nem fordulunk határozottan szembe ezzel a politikával, nem zárjuk azt ki a Parlament falai közül, akkor mi is hozzájárulunk a demokrácia lerombolásához.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, știrile false, ura și minciunile transmise prin unde, discursul xenofob și populist sunt instrumente ale dictaturii și ale cinismului oligarhilor și ipocriților. Unii lideri politici vor o Europă divizată și formată din țări-insule, înconjurată de ziduri înalte și opace, create prin dezinformare și minciună, ziduri prin care să nu treacă nimic înăuntru și nimic în afară, ci doar ce vor acești lideri să transmită celor pe care îi țin în închisori de fapt. Mașinile de fabricat și răspândit știri false netezesc calea extremismului și a putinismului în Europa.

Eu mă voi referi cu precădere la influența Federației Ruse și la ura și propaganda făcute de Federația Rusă. Trebuie să recunoaștem, la nivelul Uniunii Europene în mod explicit, că Federația Rusă este principala sursă a războiului ostil de dezinformare și de aceea cer Înalțului Reprezentant al Uniunii Europene pentru afaceri externe și politica de securitate să oprească acțiunile lui Putin împotriva Uniunii Europene.

Yana Toom (ALDE). – Madam President, first of all I have to say that I very much agree with what Tanja Fajon and Helga Trüpel said. I wanted to share with you some concerns regarding our fight against propaganda and fake news.

Like Commissioner Ansip, I was raised in the Soviet Union, where so-called anti-Soviet propaganda was perceived as one of the major reasons why the Soviet people were not happy about the regime. The Communist Party believed that people were misinformed and manipulated by foreign actors, and that is why the people looked up to the West. I am sure that the other side's propaganda has poor chances if it is not based on some real facts, or if it addresses issues that are properly touched upon by the mainstream media. As for fake news, it cannot attract public attention if it does not seem to be reliable or does not reflect the wishful thinking of the audience. For instance, any fake news about certain countries like North Korea, may be accepted by the public because the regime there is so nasty. Regrettably, mistakes, misinterpretation of data and manipulative delivery of news – I mean all these games with titles, subtitles, selection of pictures, experts and the use of specific terminology – are a big challenge for us. We need critical thinking and we definitely need to have high-quality journalism back in Europe.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora presidenta, pretenden que este Parlamento dé lecciones de cómo luchar contra el discurso de odio, cuando resulta que esta Cámara está llena de diputados con discursos violentos y las sanciones son de risa. Al señor Korwin-Mikke por hacer el saludo nazi en el Pleno o por su discurso machista solo se le sancionó con treinta días sin dietas.

El otro día permitieron una rueda de prensa en el Parlamento del presidente de Hazte Oír, que está llevando a cabo una campaña transfóbica en España. Y no solo la extrema derecha, el problema es que también desde el centro del hemisferio alimentan el odio contra las personas migrantes, cada vez que les relacionan con el terrorismo o les tachan de ilegales contra los que hay que defenderse.

No estamos para dar lecciones y menos aquellos que este fin de semana aplaudían en el congreso del Partido Popular Europeo en Malta a Viktor Orbán cuando hablaba de invasión de inmigrantes.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Jag förstår att den här ständigt mer centraliserade unionen gillar att media är centraliserad till några få mediehus.

Europeiska unionen gör samma misstag som den amerikanska vänstern har gjort, nämligen att blanda ihop falska nyheter med nyheter som tar upp andra perspektiv. När samtliga svenska medier enbart rapporterade de positiva sidorna av den enorma migration vi hade till vårt land, samt i vissa fall ren desinformation, uppkom så kallad alternativ media, där enstaka medborgare på egen hand grävde fram sanningen bakom de vinklade nyheter som dominerade i samhället. Där kom det bland annat fram att de nyheter som handlade om våldsbrott ofta helt undanhöll det faktum att gärningsmannen var migrant eller hade utländsk bakgrund. Medan i de fall gärningsmannen var svensk redovisades detta mycket tydligt med namn och bild.

Många av de stora mediehusen i Sverige har länge haft linjen att bara visa på de fördelar som de anser att migrationen har, oavsett om det kan bevisas eller ej. Oftast håller deras teser inte för närmare granskning av forskare eller belasta medborgare. Både Europeiska unionen och svenska staten håller dessa mediehus under armarna genom bidrag och lån. Redan dominerande aktörer får genom skattemedel ytterligare stöd att bedriva agendasättande journalistik istället för objektiv nyhetsrapportering. Jag vädjar till er. Lösningen kan inte vara att vi helt enkelt ger pengar till de stora mediehusen i någon slags förhoppning om att de har rätt bara för att de har funnits i många år. Det var de som hjälpte till att driva på migrationskrisen. Det var inte bara Merkel och Löfven som välkomnade hela världen till Europa, utan även mediehusens kampanjer.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Ja, was wir heute erleben, ist eine Tragikomödie, und es ist schon interessant, dass der Herr Borg vom Ratsvorsitz heute davor warnt, dass gerade vor Wahlen von bösen Populisten falsche Infos verbreitet werden. Das ist ja eine sensationell neue Erkenntnis, aber ich bin sehr dankbar, dass Sie das heute so erwähnt haben, denn ich kann mich gut erinnern: In meiner Heimat Österreich erlebe ich seit Jahren von der Regierungspartei der Sozialisten, dass regelmäßig vor jeder Wahl die Pensionen gesichert und gerettet werden, aber sie offensichtlich einem dauernden Verfall ausgesetzt sind, auch dank der europäischen Zinspolitik. Und ich kann mich gut erinnern, wie uns unsere damalige sozialistische Staatssekretärin vor dem Beitritt Österreichs in die EU versprochen hat: „Jedem Österreicher bleiben tausend Schilling mehr im Säckel.“ Das Ergebnis ist natürlich ein ganz anderes.

Also ich bedanke mich, dass Sie offensichtlich davor gewarnt haben. Ab heute kann ich aufgrund Ihrer sachlichen Beurteilung auch die österreichischen Sozialisten als Populisten bezeichnen. Letztlich habe ich bei dieser Diskussion große Angst, denn was Sie wollen, ist eine Wahrheitsagentur, Zensoren, und ich habe Angst vor dieser Art von Zensoren, denn wer überprüft diese Zensoren!

La Présidente. – Monsieur Obermayr, vous disposiez d'une minute, il faut conclure, je suis désolée. Il n'est pas question de censure, c'est simplement que votre temps de parole est dépassé.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, le titre de ce débat m'a interpellé, car lorsque l'on parle de fausses informations – *fake news* –, il s'agit tout simplement de mensonges.

Je crains qu'il ne faille pas avoir peur d'appeler les choses par leur nom. La pratique des discours de haine, des arguments populistes et des mensonges n'est pas nouvelle. Je viens d'un pays qui a vécu cette expérience sous le communisme. Ce qui est nouveau, c'est effectivement l'usage des médias sociaux. Sinon, l'objectif des groupes terroristes et des partis politiques extrémistes est le même que celui des régimes totalitaires par le passé, à savoir mettre en place des régimes autoritaires et donc remettre les pratiques totalitaires au goût du jour.

Les attentats qui ont sauvagement frappé l'Europe nous ont permis de prendre conscience de la nécessité de travailler ensemble pour contrer la propagande terroriste. La tâche n'est pas facile car, même si les entreprises des réseaux sociaux font preuve de bonne volonté, il est très difficile de repérer des messages de ce type et de les retirer à temps.

L'Union européenne a fait des efforts importants avec la mise en place de la *Stratcom Task Force* pour lutter contre les messages de haine du groupe «État islamique», mais pour que nos actions puissent avoir une portée, il faut doter cette structure de véritables moyens. Il y a quelques mois, nous avons adopté un rapport sur la communication stratégique de l'Union dans ce domaine et une chose est claire: une communication efficace ne suffira pas, il faut investir dans l'éducation, dans la sensibilisation et, surtout, dans la liberté de la presse. Cette liberté est essentielle pour lutter contre ces mensonges.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, o ódio, o racismo e os populismos que os fomentam são mais um desgracado corolário das políticas neoliberais e autoritárias que nos aumentaram o défice em democracia, justiça social e valores, polarizando as nossas sociedades, cavando divisões, marginalizando jovens, em particular de segundas gerações, criados em guetos e segregação. Alimentaram medos e inseguranças aproveitados pelos UKIP, Front National, Fidesh e quejandos para promoverem as suas venenosas agendas. Governantes europeus são cúmplices, sem políticas para o emprego, para a igualdade de justiça e controlo democrático.

Onde estão o Conselho e a Comissão na proteção de refugiados imigrantes? E nesta era de *fake news*, *trolls-online* e *Trump Tweets*, como nada fazem para impedir que um instrumento estratégico como a Euronews seja, de facto, financiado e controlado por Moscovo e por um bilionário egípcio sem assegurar a qualidade e a isenção editorial exigíveis a um canal de notícias associado à União Europeia. Não tem consciência disso, Comissário Ansip?

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Populizm i kłamstwo ma bardzo szeroki zakres. Trzeba rozmawiać o tym, co nadzwyczajne, o propagandzie uderzającej z zewnątrz Europy, chcącej wpływać na decyzje naszych narodów, naszych wyborców, propagandę organizowaną przez prezydenta Putina, przez Rosję Putina. Chcę się przyłączyć do tych apeli pana posła Štětiny, pani posła Macovei o mobilizację Komisji Europejskiej i Wysokiej Komisarz w tej sprawie.

I wreszcie mowa nienawiści – trzeba powiedzieć jasno: ona w realiach dotyka przede wszystkim chrześcijan i Żydów. To te dwie społeczności padają ofiarą dyskryminacji, także dyskryminacji w sieci. Trzeba o tym mówić otwarcie. Inne grupy są krzywdzone w znacznie mniejszym stopniu. Antychryścianizm i antysemityzm są zjawiskami najbardziej podstawowymi. Odpowiedzią powinna być dobra edukacja odwołująca się do tego, co podstawowe w naszej cywilizacji.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, a lot of measures have already been referred to today, and I think that one can agree with a lot of those that have been taken at national level, but this is not just a national task and I am glad that the Commission is looking into it. I am not a great fan of unnecessary regulation and I would like to point at some measures that can really work pretty well.

First of all, reinforce the Strategic Communication Task Force that we already have, and establish an online space where the public at large can find a range of tools for identifying this information, with an explanation of how they work; and of course that can also be to the benefit of civil society. Secondly, strengthen media plurality and the objectivity, impartiality and independence of the media within the EU and its neighbourhood. Thirdly, support journalists and develop capacity-building programmes for media actors. Then, develop education programmes in schools to detect fake news. That is where it starts. Finally, enhance cooperation among Member States for intelligence services.

These are concrete measures that can be taken immediately, and I think the EU Strategic Task Force has to be reinforced, and that is underestimated.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Först skulle jag vilja understryka att vi måste ha total respekt för yttrandefrihet och mediefrihet, och jag skulle särskilt vilja trycka på att vi måste öka stödet till public service-media. Men jag tycker också att vi behöver bekämpa det ökade hatet och hotet och diskrimineringen. Idag ser vi homofober, sexistiska, rasistiska krafter som härjar vilt, och de har också stöd av krafter på högerbänkarna på det här parlamentet. Det är en skam.

Länder i Europa har till och med lagar som innebär att man inte får prata på ett positivt sätt om homosexualitet och transsexualitet. Hur är det möjligt 2017 i Europa? Vi ser öppet kvinnohat och vi ser en islamofobi som inte blir motsagd. Vi har flyktingförläggningar i brand. En stor grupp av våra medborgare lever i otrygghet. Diskriminering och hat måste bekämpas. Hets mot folkgrupp måste utvidgas till att också omfatta homofobi, transfobi, sexism och alla former av rasism.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident, meine Damen und Herren! Die neuen Medien waren angesehen – die sozialen Medien – als etwas, wodurch der Bürger, das Individuum, mehr Möglichkeiten hat, sich auszudrücken, wofür die neuen Medien eigentlich nur die Plattform waren. Heute stellen wir fest, dass diese mehr und mehr zu Manipulationsinstrumenten werden – von reichen Gruppen der Privaten und von Staaten unter dem Schutz der Privatheit und der Meinungsfreiheit.

Und dies muss, glaube ich, auseinandergezogen werden. Wir dürfen auf keinen Fall durch ein Wahrheitsministerium oder so etwas die persönliche Meinungsfreiheit einschränken. Aber das dürfen wir nicht aufgeben, dass wir Staaten und starken Gruppen die Möglichkeiten geben, Präsident zu werden oder andere Länder zu beeinflussen. Und aus diesem Grund muss man deutlich machen, dass hier der Manipulation Grenzen gesetzt werden. Und das muss auf rechtliche Art und Weise geschehen.

Das muss dadurch geschehen, dass klassische Medien gestärkt werden. Wenn wir die Leistungsschutzregelung, die wir in diesem Hause später diskutieren und abstimmen zerstören, werden normale Journalisten keine Einkommen mehr haben, Zeitungsverlage gehen kaputt, niemand ist mehr in der Lage, deutlich zu sagen, was wahr und was unwahr ist. Und man wird es diesem Konglomerat der Manipulation überlassen. Das heißt, es hängt mit anderen Dingen zusammen. Es sind die Fragen zu sehen, die mit Medienbildung zu tun haben, die mit Unterscheidung von Wahrem und Unwahrem zu tun haben.

Im Diktum des *Guardian* steht: „Comment is free, but facts are sacred“. Ich glaube, dieser Grundsatz des *Guardian* gilt heute nicht mehr für die Medienwelt insgesamt und Kollegen von der Seite haben ihre Verschwörungstheorien selbst in der Debatte verbreitet.

Miriam Dalli (S&D). – Fil-fatt illum f'dan id-dibattitu hafna qeghdin jargumentaw li l-libertà tal-espressjoni hija dritt fundamentali u suprem, u fuq dan iva: naqblu; imma l-libertà tal-espressjoni m'hijiex dritt infinit.

Il-libertà tal-espressjoni ma tibqax dritt fundamentali fil-mument li zghazagh trans jew gay ikunu attackati b'mod li jwassalhom jikkomettu suwiciidju; ma tibqax dritt il-mument li l-vjolenza domestika ssir is-suggett ta' çajt goff; ma tibqax dritt il-mument li tincita n-nies biex joqtlul lil xi hadd minhabba t-twemmin politiku taghhom. Il-libertà tal-kelma tinkoraggixxi d-dibattitu filwaqt li d-diskors ta' mibeghda jincita l-vjolenza, ghaliex iva: il-kliem jaghmlu differenza kbira.

Id-diskors ta' mibeghda online u offline jattakka l-qalba tad-demokraziji taghna.

Il-Gvernijiet, is-soċjetà civili u l-industrija tal-internet iridu jahdmu flimkien biex jedukaw, joholqu kuxjenza, jipprotegu lill-vittmi u jaċċertaw ruhhom li min jghid dan il-kliem ikun penalizzat.

Ejja ma naghqlux għajnejna għall-intolleranza u d-diskors li jincita l-mibegħda għaliex dak ikun il-mument meta l-poplu jieqaf jinteressa ruħu u l-mibegħda ssir l-ordni tal-ġurnata.

Bernd Kölmel (ECR). – Frau Präsidentin! In der Tat ist die Debattenkultur im Internet manchmal aggressiv, verletzend und nicht selten auch hasserfüllt und bedrohlich, und das ist gesellschaftlich keinesfalls akzeptabel. Die Frage ist allerdings: Können und müssen wir dagegen staatliche Maßnahmen ergreifen?

Und ich glaube, da würden wir uns auf einen Irrweg begeben. Denn wer möchte im Voraus Regeln definieren, die man später einhalten soll? Da wird es eine große Vielzahl von Fällen geben, und wir werden in der Praxis feststellen, dass das überhaupt gar nicht leistbar ist. Es ist ein Kampf einerseits der freien Meinungsäußerung gegen Dinge die gesellschaftlich nicht akzeptabel sind. Aber da vertraue ich auf die Gesellschaft, auf die Selbstheilungskräfte. Wir brauchen hier bessere Bildung, insbesondere für die jüngere Generation, damit die lernt, wie man mit solchen Medien umgeht, damit die lernt, was ein Faktencheck ist. Und Populismus ist noch schwerer zu greifen. Wenn zum Beispiel jemand sagt: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, meine ich, das ist Populismus. Da gibt es aber in diesem Haus sehr viele Leute, die das anders sehen.

La Présidente. – Un certain nombre de nos collègues qui nous ont rejoints souhaitent faire des interventions à la demande. Je tiens à préciser de nouveau qu'il n'y a pas d'interventions à la demande dans ce cadre de débats.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, základem evropských hodnot je ochrana lidských práv. Ta se zakládá na úctě k důstojnosti každého jednotlivce. Tato úcta vychází z našich křesťansko-židovských kořenů. *Hate speech* je obsahem a často i slovníkem opakem této úcty. A je jedno, jestli někdo nenávidí z přesvědčení, anebo šíří nenávist a lži za peníze – to je případ kremelských agentů na sociálních sítích, ale i v parlamentech. Ano, jsme v informační válce, kde se z *hate speech* a lži stala zbraň. A pomocí přemíry lží jde v té informační válce o podkopání důvěry vlastně v jakoukoliv informaci. To je cesta k chaosu a následné totalitě.

Nenávist a lež podkopávají důvěru. A na důvěře stojí naše společnost – od rodin přes peněžní systém až po demokracii. Nelze proto přijmout přejmenování lží na alternativní fakta. Prostor pro lži a nenávist ale vytváří i přehnaná politická korektnost – neochota důstojně, ale jasně pojmenovat problémy. Bez důstojného pojmenování problémů nastupuje populismus a *hate speech*.

Jak tomu čelit? Je třeba čelit šíření dezinformací a *hate speech*, a proto vyzývám Radu, Komisi i vysokou představitelku Mogheriniovou, aby na odhalování dezinformací vyhradily adekvátní lidské i finanční prostředky.

Kati Piri (S&D). – De bewijzen stapelen zich op dat de Russische overheid zich actief met de democratische besluitvorming in het Westen bemoeit. Terwijl wij hier spreken, blokkeert Rusland een resolutie in de VN-Veiligheidsraad over het gebruik van chemische wapens in Idlib, Syrië, en volgens Moskou gaat het niet om feiten, maar om *fake news*. Poetien moest zich kapot schamen.

Het verspreiden van nepnieuws op sociale media vormt een propagandamiddel met politieke doeleinden om te verwarren, om verdeeldheid in onze samenleving te creëren en om onze democratische verkiezingen te beïnvloeden. Daarbij wordt handig gebruikgemaakt van onze open democratische samenlevingen. Dat is onze kracht, maar tegelijkertijd ook onze zwakte bij het effectief tegengaan van dit soort ontwrichtende propaganda.

Tegen propaganda is niet het antwoord. We moeten meer investeren in kwaliteitsjournalistiek en hier in het onderwijs aandacht aan besteden, zodat de toekomstige generatie minder vatbaar is voor deze vorm van politieke manipulatie.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, društvene mreže predstavljaju revoluciju u ljudskoj komunikaciji i veliki dobitak za globalnu ekonomiju. Zahvaljujući njima informacije se globalno šire u sekundi, a tvrtke do svojih klijenata dolaze jeftinije nego ikad prije. No, kao svaka revolucija, i društvene su mreže često zlorabljene, a posljednji trend plasiranja lažnih vijesti zapravo je najmanje zabrinjavajući.

Prioritet nam mora biti zaustavljanje rastućeg trenda korištenja društvenih mreža za ozbiljan kriminal poput pedofilije, prostitucije, trgovine ljudima, novačenja terorista i sličnih ilegalnih aktivnosti. Nemojmo zaboraviti da su i *mainstream* mediji, svjesno ili nesvjesno, često objavljivali netočnosti, pa bi bilo kakav oblik cenzure društvenih mreža automatski uveo autocenzuru u medije, jer bi se bojali objaviti intrigantne informacije.

Nisam za ograničavanje slobode govora, ali jesam za to da se snosi puna odgovornost za zlonamjerne informacije koje ljudima mogu nanijeti psihološku ili materijalnu štetu.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, we see how the social and digital media are becoming a powerful tool for propaganda, populism and hate speech. As such, it is nothing new, therefore we should not be tempted to limit the freedom of speech. Rather we must recognise the signs early and act responsibly but decisively to counter them. It is our common challenge. We can see that this information stems from a weak institutional and democratic environment, and simultaneously feeds into preserving the same defined milieu.

This phenomenon appears inside the EU but also outside our borders. I am observing its alarming prevalence in Ukraine, in Belarus but also in the Western Balkans. Unfortunately, it became a political tool of influence used by authoritarian regimes and governments. Various disinformation techniques are used to systematically undermine the values and policies which the EU strives to defend in these countries. We experience here campaigns and increased activities during elections with the aim to influence the result. These should be our last wake-up calls. We should invest more attention and resources in resilience of the media environment and information literacy in the EU, but also in our partner countries of the neighbourhood and our future members.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, noi oggi discutiamo di un tema molto delicato che riguarda alcuni aspetti, alcuni livelli. Il primo sono le condizioni di libertà di espressione, di accesso alle informazioni, di correttezza dell'informazione e quindi di deontologia e di vera responsabilità nell'epoca dei *social media*, che deve vedere un *level playing field* di responsabilità fra tutto il sistema dei media, e questo è un aspetto.

Ma c'è anche quello dei contenuti di *hate speech* o di *fake news*, che effettivamente stanno creando degli impatti molto drammatici, non soltanto sulla democrazia: penso all'intervento organizzato di vere e proprie campagne, anche da Stati esteri, che alterano le scelte democratiche, penso però anche a forme persecutorie: pensiamo al cyberbullismo, pensiamo alla folle persecuzione per cui molti ragazzi e donne si sono suicidati anche nel mio paese in questi ultimi tempi.

E qui si tratta non solo, caro commissario Ansip, di vedere come gli *over-the-top* si danno da soli dei codici – è importantissimo – ma, come stiamo facendo anche nella direttiva AVMS, noi vogliamo che siano previsti, nelle direttive della Commissione europea, dei meccanismi per rimuovere immediatamente contenuti di questo tipo e per responsabilizzare questi media.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, itse olen toiminut mukana politiikan parissa yli 30 vuotta ja olen viimeisten vuosien aikana liian usein joutunut toteamaan, että uutinen, joka on tehty jostakin tilaisuudesta tai tapahtumasta, on voimakkaasti väärittynyt sen kirjoittajan oman poliittisen näkemyksen mukaisesti, joka usein vastaa mediatalon omistajan näkökulmaa.

Usein nämä ylilyönnit tapahtuvat juuri ennen vaaleja, kun halutaan vaikuttaa siihen, mitä puoluetta tai ehdokasta kansalaisten ei tulisi missään tapauksessa äänestää. Kun tällainen uutisointi ylittää tietyn rajan, kääntyvät ne kuitenkin esittäjänsä tarkoituseriä vastaan, sillä kansalaiset osaavat itsekkin ajatella ja tehdä itsenäisiä äänestyspäätöksiä. Ennen vaaleja uutisoidaan usein myös tulevasta vaalituloksesta sekä puolueiden että tulevien valittujen ehdokkaiden osalta, koska halutaan, että äänestäjät siirtyvät voittajan kelkkaan.

On ikävä todeta, mutta perinteisenkin median olisi toisinaan syytä katsoa peiliin, kun keskustelemme virheellisistä tiedoista, propagandasta ja suoranaisista valeuutisista.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, en tiempos como éstos contaminados por el discurso del odio, por la posverdad y por las noticias falsas, como decía Albert Camus, la indiferencia puede llegar a ser criminal. Otro filósofo francés, André Glucksmann, en su libro *El discurso del odio* dejó escrito que la primera respuesta tiene que ser su exposición al ridículo.

Pero en Europa hemos aprendido que eso no basta. Hemos aprendido que hace falta transponer la Decisión Marco 2008/913/JAI exactamente para sentar los límites penales de una amenaza contra la democracia en la que Europa lo arriesga todo. Ahora hace falta más. Hace falta averiguar cómo se propaga el discurso del odio, cómo se financia, cómo proteger a las víctimas en la red y en el mundo digital y, por supuesto, hace falta además saber que nombrar las cosas por su nombre es el comienzo del rigor para evitar que la banalización del mal sea la semilla del fascismo.

Europa tiene una amenaza, se llama discurso del odio. Y Europa debe dar una respuesta, una respuesta que contemple los límites de la transigencia frente a los que desprecian a los diferentes y humillan a los inferiores.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin! *Fake news* sind eine Sünde. „Desinformation ist der größte Schaden, den die Medien anrichten können, da die Meinung in eine falsche Richtung gelenkt wird.“ Dieser Satz stammt von Papst Franziskus. Desinformation kann sogar ein starkes Land zerbrechen. Wir tun gut daran, diesem Phänomen unserer digitalen Welt gemeinsam und geschlossen zu begegnen.

Deutschland ist eines der Länder, die dieses Jahr vor einer großen, wichtigen Richtungswahl stehen. Auch da kann aus Drittstaaten gezielte Desinformation und Einflussnahme betrieben werden. Das heißt für mich: *Fake news* hat die Macht, Werte zu zerstören, Menschenleben zu töten. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Darüber hinaus darf der Kampf gegen die Hassrede nicht zum Aushöhlen der Meinungsfreiheit führen. So beginnt zum Beispiel für die Amadeu Antonio Stiftung *hate speech* bereits bei Wir- und Ihr-Kategorien. Bei der Verwendung von Mann und Frau als natürliche Kategorien und schlechter Satire. Seien wir also vorsichtig in der Bewertung von *hate speech*. Manches muss man nicht verbieten, manchem muss man einfach im direkten Dialog entschieden begegnen.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Słusznie potępiamy mowę nienawiści. Jest faktem, że media społecznościowe w dużej części stały się rynsztokiem. Obawiam się jednak, że filtrowanie i usuwanie mowy nienawiści i *fake news* z internetu będzie bardzo jednostronne i skończy się wybiórczą cenzurą polityczną.

Chciałbym w tym kontekście spytać kolegów, czy takie rzucane bez namysłu i wiedzy słowa, jak na przykład „populizm”, „populista”, „nacjonalista”, „putinizacja”, „antyeuropejskość”, inflacyjne używanie określenia „faszyzm” czy „fazyści”, to jest mowa nienawiści, czy nie? Przecież tego rodzaju określenia najczęściej nie służą do rzeczowej analizy czy charakterystyki poglądów i działań. Bardzo często są maczugą do okładania i dyskredytowania niewygodnych, znienawidzonych politycznie konkurentów.

Czy i one będą zatem usuwane i filtrowane?

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Madam President, extremist fake news and hate speech are all closely connected. They challenge the values on which the EU is based. However, each requires a different policy response. The concept of free speech protects not only that which we agree with, but also that which is critical or disturbing. We need to address the spread of false information by improving media literacy and critical thinking, as well as by better communicating why democracy, the rule of law and the protection of minorities and fundamental rights are key interests for everyone. By contrast, illegal hate speech that incites violence or hatred based on race, ethnic or national origin, colour or religion is not protected by free speech. It is illegal. The Commission will continue to make sure that EU law is enforced in the online, as well as in the offline, world.

In all these actions we have to bear in mind that it is our responsibility to protect fundamental rights and freedom of expression in the European Union. We have to believe in the common sense of our people. Once again, fake news is bad, but the Ministry of Truth is even worse. It was said more than a century ago that you can fool all the people some of the time and you can fool some of the people all the time, but you cannot fool all the people all the time; but it is still valid today.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Nahseb illi l-kliem li uża l-Viċi President sabiex għalaq l-intervent tiegħu huma f'waqthom u ovvjament anki bħala Kunsill ahna smajna l-hsibijiet li ġew espressi mill-Membri ta' din il-Kamra llum waranofsinar u jkomplu jikkonfermaw kemm għandna nimpennaw aktar rwieħna, mhux biss bħala Kunsill – li nixtieq nassigura lil din il-Kamra li żgur flimkien mal-Istati Membri ser inkomplu naraw illi l-leġiżlazzjoni li għandna tkun osservata u allura anki jkun hemm ukoll tharis ahjar anki tal-vittmi; però l-htieġa anki li lkoll kemm ahna – l-istituzzjonijiet differenti u bħala ċittadini Ewropej aktar minn xejn – inkunu responsabbli għal dak kollu li nagħmlu u fuq kolloxx ngħidu.

Il-pjattaforma tal-internet u tal-mezzi soċjali aktar minn qatt qabel huma parti intrinsika minn hajjitna u nemmen li l-ahhar haġa li għandna nesperjenzaw fuqhom ahna u uliedna hija l-mibegħda, il-ksenofobija u anki ahbarijiet li ma jagħmlux ġieħ lil min ikun qiegħed ixerridhom għaliex ma jkunx jista' jirbah l-argument bl-arma tal-verità.

Jiena konvint li kemm bħala Kunsill; anki bħala Presidenza, kif għedt: l-inizjattivi u l-avvenimenti li għandna matul dan is-semestru fuq dan is-sugġett u kif nistgħu ngħinu, kif ukoll anki l-Istati Membri, se jkunu qegħdin jagħtu l-piż xieraq lill-interventi li jagħmlu l-Membri ta' din il-Kamra u jkomplu jaħdmu flimkien sabiex b'determinazzjoni nindirizzaw l-isfidi f'dan is-settur.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Alors que l'Europe subit une crise sans précédent: 20 millions de chômeurs, précarité croissante, austérité, immigration de masse et surtout terrorisme islamique, l'UE ne trouve rien de mieux à faire que de lutter contre les prétendus discours de haine ou populistes. Populisme vient du latin «populus» qui signifie le peuple, qu'est ce qui dérange cette UE ? Est-elle contre la défense des intérêts des peuples? Partout les «fakenews» des médias et des politiques en place pour faire peur au peuple ne fonctionnent plus. On l'a vu au Royaume-Uni, aux États-Unis ou encore en Italie ou en Hongrie. Force est de constater que les citoyens ne veulent plus se laisser berner d'illusions et que vos réponses ne sont rien démocratiques! Le big Brother d'Orwell n'aurait pas rêvé mieux! Les réseaux sociaux sont un outil formidable (même s'il faut demeurer prudent) de réinformation et de luttes contre votre pensée unique. Être contre le terrorisme ne signifie pas être islamophobe, être contre le mariage pour tous ne signifie pas être homophobe et lutter contre l'immigration de masse ne signifie pas être raciste! Je dis stop à la bien-pensance et oui à la vérité!

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – En tiempos como éstos contaminados por el discurso del odio, por la posverdad y por las noticias falsas la indiferencia puede llegar a ser criminal. Es necesario que la Decisión Marco 2008/913/JAI sea traspuesta correctamente para que despliegue todos sus efectos y contribuya a sentar los límites penales de una amenaza contra la democracia en la que Europa lo arriesga todo. Además, hace falta averiguar cómo se propaga el discurso del odio, cómo se financia, proteger a las víctimas en la red y en el mundo digital y, por supuesto, hace falta además saber que nombrar las cosas por su nombre es el comienzo del rigor para evitar que la banalización del mal sea la semilla del fascismo. Europa tiene una amenaza, se llama discurso del odio. Y Europa debe dar una respuesta, una respuesta que contemple los límites de la transigencia frente a los que desprecian a los diferentes y humillan a los inferiores.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La circolazione di notizie false in rete – le cosiddette «fake news» - costituisce oggi un problema che deve essere affrontato il prima possibile su scala sovranazionale ed in maniera efficace. Internet rappresenta una straordinaria fonte di informazione che, tuttavia, può trasformarsi in un pericoloso strumento di manipolazione artificiosa della realtà con il fine di indebolire e dissipare il consenso attorno ai valori fondamentali su cui si fonda l'Unione europea.

La giusta e doverosa libertà di fare informazione attraverso la rete ha infatti messo in luce la necessità di una regolamentazione chiara che fornisca maggiore certezza circa le responsabilità giuridiche di coloro che, attraverso la potenza amplificativa dei social media, fanno leva sulla creazione e diffusione di calunnie, menzogne e sull'incitamento all'odio razziale ed istituzionale per generare introiti, noncuranti dei devastanti effetti sociali che siffatte attività comportano.

Poiché la rete non ha né confini né barriere, la questione può essere affrontata efficacemente solo a livello internazionale. Accolgo quindi con favore la discussione apertasi oggi in Parlamento sul tema ed auspico che tale riflessione coinvolga quanto prima anche le altre istituzioni UE per arrivare a risposte pronte, concrete ed efficaci.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Un'intera e vecchia società dell'informazione facilmente controllabile ed asservita al potere politico ed economico è sempre più in crisi. Incitamento all'odio e *fake news* non nascono con l'avvento di Internet e dei social media, non si manifestano esclusivamente attraverso questi canali. Informazioni che hanno distorto la realtà, diffuse dai media tradizionali, e che sono servite a giustificare guerre e manovre di determinati gruppi di potere sono ricorrenti nelle società contemporanee.

Il rischio che dietro alle richieste di un'eccessiva regolamentazione di Internet si determini una forma di censura di canali informativi alternativi è evidente. Discorsi carichi di odio e false notizie hanno terreno facile in tutte quelle situazioni dove assistiamo a mancanza di trasparenza, dove vi è carenza di controllo democratico. Basti pensare ai processi decisionali che avvengono con modalità sconosciute alla maggior parte delle persone da parte di organi non eletti da nessuno.

I cittadini hanno diritto di conoscere la verità e vedersi tutelata la propria libertà di espressione. Quello di cui hanno bisogno non sono bavagli, ma politiche che sappiano offrire loro strumenti di conoscenza, che riescano a colmare lacune di istruzione e disparità economiche, al fine di sentirsi informati, consapevoli e pienamente liberi.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Natürlich wissen wir Politiker genau, was Hasstiraden im Netz anrichten können. Jeder von uns wird das schon miterlebt haben. Aber das ist nichts gegen das, was Teenager oder auch erwachsene Frauen über sich ergehen lassen müssen. So werden ganz schnell aus den sozialen Medien unsoziale Medien – die in schlimmsten Fällen auch dazu führen können, dass Menschen wegen der Angriffe auf sie ihrem Leben ein Ende bereiten. Schon deshalb müssen wir hier – mit aller gegebenen Vorsicht – besonders aufmerksam sein und uns Maßnahmen überlegen. Ein ähnliches gesellschaftspolitisches Problem stellen die sogenannten *fake news* dar. Während diese Abart des Journalismus vor allem im vergangenen Wahlkampf in den USA eine große Rolle gespielt und die Aufmerksamkeit der etablierten Medien auf sich gezogen hat, ist dieses Phänomen auch im Bereich der EU immer häufiger vorzufinden. Eine zusätzliche Gefahr besteht auch darin, dass sich Spieler von außen immer häufiger dieser Lügen bedienen, um einen Keil zwischen europäische Gesellschaftsschichten zu treiben. Immer mehr Menschen vertrauen bei ihrem Nachrichtenkonsum – und der schließt mittlerweile auch *fake news* ein – dem Internet. Deshalb müssen wir müssen hier europaweit sensibilisieren und mit der Aufklärung rasch beginnen.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Europa tiene presente una amenaza ante sí, y es el denominado discurso del odio. Una respuesta por parte de Europa es necesaria, esta debe contemplar los límites de la tolerancia frente a aquellos que desprecian a los diferentes y humillan a los inferiores. Hace falta descubrir el modo en el que se propaga el discurso del odio, como se financia, así como proteger a las víctimas en la red y en el mundo digital. En tiempos como éstos, contaminados por el discurso del odio, por la posverdad y por las noticias falsas, la indiferencia puede llegar a ser criminal. Es necesario que la Decisión Marco 2008/913/JAI sea traspuesta correctamente para que despliegue todos sus efectos y contribuya a sentar los límites penales de una amenaza contra la democracia, en la que Europa lo arriesga todo.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Si stima che siano 3,4 miliardi gli utenti di Internet. Questo vuol dire che una *fake news* può raggiungere 3 miliardi e mezzo di persone con un solo *click*. Per le notizie girare il mondo su Internet è facile: qualche condivisione ed ecco che notizie come «Il Papa sostiene Donald Trump» rimbalza ovunque, da un continente all'altro. Inutile dire che le smentite non raggiungono mai la stessa diffusione della notizia primaria. L'informazione falsata è ormai un fenomeno consolidato addirittura cavalcato e sfruttato da chi fa *business* con i *click* e la pubblicità, certamente tutto ciò va contrastato attraverso la responsabilizzazione delle piattaforme *online* che pubblicano le notizie.

Notizie che di volta in volta, di bugie in bugie, condizionano la società civile, le scelte elettorali, la formazione dell'opinione pubblica e gli equilibri sociali. Le *fake news* sono accurate e scientifiche costruzioni di chi spesso ha un disegno politico specifico. Non è semplice, regolamentare il *web* è controverso, difficile. Oltre che la normativa, necessaria a punire chi diffonde notizie false, bisogna combattere le *fake news* sul loro stesso campo, con notizie reali e veritiere, con una militanza di verità. Con un'informazione semplice ed efficace che si opponga alla strumentalità del populismo, la forza della ragione contro la forza della falsità.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – En tiempos como éstos, contaminados por el discurso del odio, por la posverdad y por las noticias falsas la indiferencia puede llegar a ser criminal. Es necesario que la Decisión Marco 2008/913/JAI sea traspuesta correctamente para que despliegue todos sus efectos y contribuya a sentar los límites penales de una amenaza contra la democracia en la que Europa lo arriesga todo. Además, hace falta averiguar cómo se propaga el discurso del odio, cómo se financia, proteger a las víctimas en la red y en el mundo digital y, por supuesto, hace falta además saber que nombrar las cosas por su nombre es el comienzo del rigor para evitar que la banalización del mal sea la semilla del fascismo. Europa tiene una amenaza, se llama discurso del odio. Y Europa debe dar una respuesta, una respuesta que contemple los límites de la transigencia frente a los que desprecian a los diferentes y humillan a los inferiores.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Populistyczna retoryka, mowa nienawiści i fałszywe informacje rozpowszechniane głównie za pomocą mediów społecznościowych to narastający problem, którego nie możemy ignorować. W świecie wszechobecnego internetu obieg informacji nie tylko przyspieszył, ale też znacznie się zdemokratyzował: niemal każdy może, pozostając najczęściej anonimowym, wypuścić do sieci informację dostępną dla setek czy dziesiątek milionów obywateli. Mamy już też coraz więcej dowodów na to, że takie działania nacelowane są na wywołanie określonych skutków politycznych: destabilizację istniejących rządów bądź wpływ na wyniki wyborów. Dlatego cieszę się, że udało się podjąć już pierwsze kroki w celu zwalczania tego zjawiska, takie jak grupa zadaniowa East StratCom, której działania obejmują m.in. walkę z fałszywymi informacjami. Przez niemal półtora roku działalności udało się jej ujawnić ponad 2,5 tysiąca takich spraw, co z jednej strony dowodzi jej skuteczności, z drugiej zaś ukazuje ogromną skalę tego zjawiska. Uważam, że wobec powagi tego problemu należy zastanowić się zarówno nad wzmocnieniem tej grupy, jak i innymi intensywnymi działaniami mającymi na celu przeciwdziałanie mowie nienawiści i populizmom.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Internet može biti vrlo koristan alat za ostvarivanje slobode izražavanja, iako je potrebno uzeti u obzir i štetne svrhe koje može imati. Sloboda govora jedno je od temeljni pravila Europske unije, međutim sve češći lažni profili na društvenim mrežama ukazuju na to da se isti koriste za širenje govora mržnje, lažnih vijesti, regrutiranje i propagandu, te se time krše temeljna ljudska prava. Ekstremizam je sve prisutniji na društvenim mrežama, te nastavno tome pojedine države članice uvode posebne zakone kako bi se takvo što spriječilo. Evidentno je da su potrebne jasne smjernice kojima bi se poduzele učinkovite mjere za ograničavanje širenja govora mržnje i lažnih vijesti.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *por escrito*. – Bajo la denominación del discurso del odio, el artículo 510 del Código Penal español incorpora un catálogo de conductas omnicomprendivas que castiga con la pena de prisión de uno a cuatro años. Tipos penales como el que acabo de citar, son el resultado que consigue el legislador cuando está pensando exclusivamente en castigar y no respeta estrictamente los términos y conceptos fijados en la DM2008/913/JAI. Hoy en día, que una opinión sea pública es casi inevitable como consecuencia de la revolución de las redes sociales. Pero ¿qué discursos son susceptibles de delito? La tendencia en el Derecho internacional y en el TEDH es la de no condenar las expresiones de odio salvo cuando éstas contribuyen de forma directa a la discriminación o violencia. Es decir, se aboga por la interpretación restrictiva. Esto demuestra que los Estados miembros no siempre cumplen con los estándares europeos y crean delitos de odio que simbolizan el desprecio por la libertad de expresión, creencia e ideología, que no hay que olvidar, son derechos fundamentales. Ya está bien de utilizar la ley como cajón de sastre. La Unión Europea y el Parlamento Europeo tienen que garantizar que el discurso del odio solo sea objeto de persecución penal cuando engendre realmente un peligro potencial de actos discriminatorios o violentos.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Mowa nienawiści to bardzo poważny, ale niestety często bagatelizowany problem, który może mieć poważne konsekwencje dla porządku społecznego, narastania agresji, przemocy, konfliktów. Obecnie obserwujemy niepokojący wzrost tego zjawiska w internecie, mediach społecznościowych oraz dyskursie politycznym. Mowa nienawiści rodzi się głównie z niewiedzy, uprzedzeń, czy braku szacunku i tolerancji dla odmienności. Jedynym długofalowym i skutecznym narzędziem walki z tymi zjawiskami jest edukacja. Edukacja pozwala na rozpoznanie propagandy i mowy nienawiści, ich zwalczanie oraz zapobieganie. Począwszy od wykształcenia umiejętności krytycznego myślenia, poprzez rozwijanie umiejętności dyskusji, komunikacji, tolerancji, edukacja umożliwia bezpieczne i odpowiedzialne korzystanie z internetu i mediów społecznościach. Dlatego istotne jest, aby programy edukacyjne ukierunkowane na osoby w różnym wieku i z różnych środowisk podejmowały tematykę korzystania z mediów i umiejętności krytycznego myślenia. Kwestie te powinny także zostać włączone w nowy europejski program na rzecz umiejętności. Kluczowe jest także zintensyfikowanie działań, we współpracy z Radą Europy, na rzecz promocji edukacji na każdym szczeblu w walce z mową nienawiści oraz organizowanie kampanii społecznych na rzecz zwalczania rasizmu i ksenofobii w internecie. Podkreślam także naszą ogromną rolę, jako polityków, w obronie społeczeństwa przed mową nienawiści i ochronie jego praw, poprzez podnoszenie świadomości na temat praw człowieka, promowanie poszanowania wolności wyrażania opinii oraz kultury politycznej.

Ramona Nicole Mănescu (PPE), *in writing*. – Fake news or, as it likes to call itself, ‘alternative news’, is not news. Yet today the scale of this phenomenon is astounding. How does it sustain itself? Let’s follow the money! Journalists found fake news websites, fake products, promoted by fake photos, fake names and fake statements and advertising agencies. All of them getting real money from gullible readers and buyers and all connected through ownership. We are talking about a huge audience and a system that produces countless financial resources. Underneath there is a whole machinery which goes much deeper than just a room with internet trolls, somewhere in Moscow. Are we worried? Apparently some of us are not. Someone asked here today: ‘who can have the authority to say what is true and what is false’. This gives credit to something that is both junk and malicious. Later I heard ‘who has the right to remove or censor the information’. A piece of junk becomes ‘information’ and later ‘freedom of speech and opinion’. That is both irresponsible and dangerous. The EU must build, as soon as possible, an institutional and legal framework capable to create the specific antibodies needed to protect European citizens from this disease.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The liberal value system prevailing in Western Europe since the end of World War II has created a tolerant, open society that allows diversity, freedom of thought and speech and respect for human rights to flourish among us. However, if not in crisis, this value system is straining to cope with the ethical and social tensions generated, inter alia, by technological innovation, especially in the communications field, intercultural disparities within societies, immigration, terrorism and rising social inequalities.

In responding to these tensions, we need to update the expression of our values to make them consistent with the times, while enhancing Europe’s tolerant and liberal profile. For instance, when does the right to offend, which we recognise, become equivalent to hate speech? Under what conditions does the full observance of traditional religious customs contradict liberal practices? What justification can be advanced for rigid surveillance of internet traffic, including its ‘censorship’ in order to combat, say, ‘fake news’? To what extent should an individual’s right to privacy prevail over surveillance measures intended to address concerns about internet and other criminal activity, such as tax fraud and hate speech? We do not have clear-cut, satisfactory replies to such questions.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Discursul urii, populismul și știrile false sunt trei fenomene care au cunoscut o creștere îngrijorătoare în ultimii ani. Cetățenii UE sunt expuși din ce în ce mai mult unor campanii de dezinformare și propagandă, iar așa cum am văzut deja în cazul Brexit, acestea par a da rezultate.

Acest lucru ar trebui să ne îngrijoreze și să luăm o poziție fermă împotriva celor care dezinformează intenționat. Având în vedere că ne apropiem de două scrutine electorale foarte importante în Franța și Germania, este important să rămânem vigilenți și să nu permitem ca dezbaterile să fie deturnate de oameni și organizații care mizează pe ură și frică pentru a câștiga.

Trebuie să pedepsim drastic discursul urii, inclusiv antisemitismul și anti-islamismul, dar și știrile false. În același timp, cu scopul de a preveni propagarea informațiilor false, susțin consolidarea instituțiilor mass-media, pentru ca acestea să fie obiective, imparțiale și independente.

Îmi exprim sprijinul pentru investiții în toate statele membre pentru creșterea gradului de conștientizare și educație, inclusiv pentru utilizarea platformelor digitale. Acest lucru le-ar permite cetățenilor să analizeze în mod critic conținutul media și informațiile pe care le accesează pe internet, contribuind la siguranța personală, națională și europeană.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – Although the Soviet Union collapsed at the beginning of the 1990s, the Russian Federation acclaimed itself as its legal successor, and the former Soviet intelligence mechanism known as the KGB went through a metamorphosis and took control of the state with Vladimir Putin coming to power in 2000. The Putin regime understood that the same tricks used by the KGB during the Cold War could be used in a modern context. The combination of hate speech, populism and fake news, with the aid of social media, was a perfect way to gain political leverage over the EU, NATO, and the Western World.

It is time for us, collectively, to take back the steering wheel. The truth will always prevail.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – În epoca „post-adevărului”, cum au sintetizat unii momentul istoric pe care-l trăim din cauza instrumentalizării internetului, devine prioritară pentru UE combaterea știrilor false, a așa-ziselor surse alternative de informare și a avalanșei propagandistice. De regulă, haosul informațional și intoxicarea mediatică lucrează în folosul forțelor extremiste, anti-europene, ostile proiectului integrator și pacifist al Uniunii Europene.

Social media este sursa principală de informare pentru o treime dintre tinerii europeni. De aceea, conținutul ilegal online, știrile false și discursul bazat pe ură trebuie combătute ferm și eficient. Sunt necesare resurse umane, tehnice și financiare adecvate dimensiunilor provocării.

Și, în acest sens, atrag atenția asupra a două crize majore potențate de noile tehnologii: recrutarea de jihadiști și coordonarea de atacuri teroriste de către Statul Islamic, respectiv războiul informațional declanșat de Rusia împotriva UE. Combaterea propagandei ostile și corecta informare a cetățenilor sunt obligații de ordin strategic în acest context ostil.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – V stredu popoludní prebehla v pléne rozprava o nenávisných prejavoch, populizme a falošných správach. Považujem za dobré a dôležité, aby poslanci všetkých politických skupín o týchto témach diskutovali, pretože populizmus a lož v kombinácii s novými technológiami a službami, ako je internet, sociálne siete či schopnosť zbierať a vyhodnocovať veľké množstvá informácií o každom, kto používa internet, môže za určitých okolností predstavovať ohrozenie demokracie a slobody. Na druhej strane nesmieme dopustiť, aby sa rozmazala hranica medzi potláčaním nenávisných prejavov a obmedzovaním slobody myslenia, svedomia a náboženského presvedčenia. Niektoré z týchto problémov, ktorým dnes čelia občania všetkých členských štátov, môžu riešiť zákony, ale zďaleka nie všetky. Ukazuje sa napríklad, že krajiny s kvalitným školstvom sú oveľa odolnejšie voči falošným správam a dezinformáciám. Lenže kvalita vzdelávania sa nedá zmeniť zo dňa na deň, ani z roka na rok. Parlament k tejto téme nebude prijímať žiadne uznesenie. Vystúpenia poslancov z jednotlivých frakcií však budú zaujímavým signálom o tom, či v odpovediach na tieto témy existuje konsenzus alebo sme zatiaľ len v štádiu analyzovania problémov a navrhovania riešení, pričom niektoré sa dopĺňajú, zatiaľ čo iné si navzájom konkurujú.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Kryzys w strefie euro ujawnił głębokie nierówności strukturalne w Unii, poczucie podziału na wygranych i przegranych procesów globalizacyjnych, które doprowadziło do wzrostu eurosceptycyzmu wśród wyborców i umożliwiło partiom populistycznym zdobycie władzy w wielu krajach europejskich. Populiści podważają fundamenty demokracji m.in. poprzez próby osłabienia niezawisłości sądownictwa i niezależności mediów, często również poprzez tworzenie sztucznych podziałów w społeczeństwie opartych na dychotomii „my” przeciwko „nim”. Dodatkowo obserwujemy próby wpływu na sytuację w Europie podejmowane z zewnątrz poprzez szerzenie dezinformacji, co może stanowić element wojny hybrydowej. Populizm wewnątrz UE i dezinformacja płynąca z zewnątrz to dwa złożone zjawiska, które jednak są ze sobą ściśle powiązane. Posługują się podobnymi technikami manipulacji i dlatego musimy razem rozpatrywać środki zapobiegawcze. Odpowiedzią ze strony UE na dezinformację, stosowaną także przez populistów, może być tylko bezstronna, wiarygodna i obiektywna komunikacja oraz przepływ informacji oparty na rzetelnych faktach. Aby udostępnić obywatelom UE dostęp do takiej informacji potrzebne jest przede wszystkim wzmocnienie pluralizmu i niezależności mediów w Unii Europejskiej i jej sąsiedztwie. Elementem uzupełniającym jest edukacja na wszystkich poziomach, która zapewni niezbędną wiedzę i umiejętności krytycznego analizowania treści medialnych oraz reagowania na dezinformację.

14. Roamingvorleistungsmärkte (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Miapetra Kumpala-Natri, au nom de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (UE) n° 531/2012 en ce qui concerne les règles applicables aux marchés de gros de l'itinérance (COM(2016)0399 — C8-0219/2016 — 2016/0185(COD)) (A8-0372/2016).

Miapetra Kumpala-Natri, *rapporteur*. – Madam Chairman, a long-standing priority will now finally become a reality. On 15 June, roaming surcharges will be a thing of the past for European citizens travelling in the European Union. Europeans will no longer face huge phone bill shocks after travelling in another EU country. In June, Europeans can use their phones just like at home without paying extra. Before, Europeans used to switch off when they crossed a border. This summer, Europeans will be able to call their friends from the beach, tweet from the work conference, or check emails and social media from Lisbon to Latvia, from Dublin to Dubrovnik, without fear of surcharges.

Often we are asked what is the benefit of the European Union, and what is the significance of the internal market, for citizens? We are and we will be reminded of the roaming surcharges when leaving the internal market when travelling outside EU borders. I will give you a concrete example: I checked many European operators, big and small, on the prices for data roaming when travelling to Croatia and to Serbia – neighbouring countries. Travelling to Croatia, a Member State of the EU, applying the rules of the internal market, the cost of using one gigabyte abroad after 15 June will be no extra cost on my tariff plan as it is included in my tariff plan at home. When travelling to Serbia, a neighbouring country but outside the EU, how much do you think that one gigabyte would cost? Make a guess! The bill sent to me would be thousands of euros for using that one gigabyte! What is the reason for this? It is that operators in visited countries, and visiting operators, can both charge much more than needed from the consumer without regulation of the internal market that has now been created over the decade by reducing roaming costs within the EU.

Tomorrow we will vote on the last piece of legislation to make ‘roam-like-at-home’ a reality. It sets a price cap for what operators can charge each other when their consumers travel. The European Parliament defended the interests of the citizens, competitive markets and small operators. As a rapporteur, I am proud of this result. I am proud of what we can achieve together. Together we have reached a dramatic drop in the prices from the original proposal by the Commission. The most important was the price on the data caps. The lower data price cap benefits European citizens directly. The lower the price on data, the more data Europeans can use when they travel.

Mobile data plays a key role in today’s digital society. The use of data is growing rapidly. Data will play an even more important role in the future. Today, Europeans use mobiles everywhere; opportunities are unlimited. Already today, mobiles are used for many services. We follow news online, order bus tickets, make restaurant reservations, use maps, look for tourist attractions, play mobile games and we can stay connected with our colleagues online. All the time we can do more and more on our mobile services using mobile data. The services must not stop at the internal borders of the European Union.

The end of roaming surcharges contributes to the freedom of European citizens; it contributes to the development of the internal market, connectivity and the use of electronic services wherever Europeans travel in the EU. I want to thank shadow rapporteurs representing all parliamentary political groups, the Committee on Industry, Research and Energy, all of you my colleagues, the Commission and the Council for supporting this achievement.

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, the Commission warmly welcomes the political agreement achieved by the co-legislators at the end of January. It is a great achievement that will have an immediate positive impact on the lives of millions of Europeans from 15 June this year. I would like to congratulate the rapporteur, Ms Miapetra Kumpula-Natri, and all honourable Members of Parliament who were involved in this work.

This is the result of more than 10 years of regulatory effort by the EU institutions. During this time, several of you played key roles in reducing roaming prices in the European Union from extremely high levels. Two years ago, Ms Pilar del Castillo led critical negotiations from which the decision emerged for full abolition of roaming charges while travelling in the European Union. Several additional steps had to be taken for this to become a reality. The main step was to reduce wholesale roaming prices. Without this, many operators would not have been able to eliminate roaming charges without increasing their domestic prices. This was technically complicated and involved finding an adequate political balance.

The new caps on wholesale roaming prices agreed with the Council – and on which you will vote tomorrow – will allow operators to provide roaming at the domestic price. At the same time, they will ensure that the networks visited can recover their wholesale costs. In addition, as you know, the Commission delivered the implementing regulation on fair use policy in time last year on 15 December, after a lively debate with stakeholders, Member States and Members of this House. Thanks to all our efforts together, the ‘roam-like-at-home’ system is now fully designed and predictable.

We have shown people across Europe that the EU institutions can deliver, also in difficult times. The widespread positive media reaction reflects that. With this deal, we should not forget that we have achieved a much more vibrant Digital Single Market. It brings many new possibilities that will benefit all of us, if they are used properly. The Commission therefore strongly urges the European Parliament to adopt the new regulation on wholesale roaming markets.

Paul Rübiger, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Recht herzlichen Dank. Ich möchte vor allem der Kommission für den Vorschlag gratulieren. Wir feiern heute den zehnten Geburtstag der Roaming-Regulierung. Eine Studentin aus Linz hat eine Beschwerde an mich herangebracht, und seitdem verhandeln wir Roaming. Wir haben uns immer drei Jahre vorgenommen, eine *sunset clause*, die es uns ermöglicht, jetzt die Roaming-4-Periode zu Ende zu bringen. In Wahrheit bereiten wir ja jetzt schon die fünfte Runde für den digitalen Binnenmarkt vor.

Und zehn Jahre heißt: Wir haben ein Kind, das zehn Jahre alt ist und das jetzt ein bisschen versteht, wie der digitale Binnenmarkt aussehen muss. Wir haben es jetzt erreicht, dass zumindest eine Konkurrenz innerhalb der Mitgliedstaaten stattfindet und dass unsere Bürgerinnen und Bürger endlich auf Urlaub gehen können, unsere kleinen und mittleren Betriebe endlich ihre Geschäftsreise machen können innerhalb der Europäischen Union und hier den gleichen Tarif bezahlen wie zu Hause. Also muss man nicht mehr zwei Telefone, zwei SIM-Karten haben, wenn man innerhalb der Europäischen Union reist: Natürlich ist es außerhalb der Europäischen Union noch immer sehr gefährlich. Da gehen die Tarife für ein Gigabyte bis zu 19 900 Euro, während wir heute in der Europäischen Union einen Durchschnittspreis von 2,77 Euro haben. Und wir werden erst 2022 so weit sein, dass diese Großhandelsobergrenze von 2,50 Euro unter dem durchschnittlichen heutigen Preis liegt.

Also wir legen hier keine Preise fest, sondern wir definieren nur, wo Betrug beginnt, und ich glaube, das ist auch richtig so, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf uns verlassen können. Wir haben natürlich auch sichergestellt, dass es zu keiner Erhöhung in den nationalen Tarifen kommt, dass die Konkurrenz auf der nationalen Ebene stattfinden kann und – das ist das Wichtigste – dass auch in Zukunft für Investment gesorgt ist. Wir brauchen dringend den *fibre rollout*, wir brauchen dringend 5G, damit gegenüber Wi-Fi eine gleiche technologische Grundlage entsteht und ein wirklicher digitaler Binnenmarkt entstehen kann.

Marlene Mizzi, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to congratulate my colleague, Miapetra Kumpula-Natri, and the Maltese Presidency for reaching an agreement on the wholesale roaming markets.

The rules agreed were significantly lower caps, designed to allow mobile phone operators to offer free roaming to their customers without increasing domestic prices at home. The caps will also have a direct impact on how much mobile data a consumer can use when abroad. The lower the cap, the larger the amount of data.

This was the last stumbling block standing in the way of ending roaming charges as of 15 June of this year. This was the last, but definitely not the least. The pieces of the puzzle leading to meet the 15 June deadline to abolish roaming charges are now all in place. In two months, people travelling across Europe will pay no more extra costs for using their phones. Soon, roaming charges will be a thing of the past, and people will not even remember their existence.

It is satisfying indeed that Europe has managed to deliver on its promise to abolish roaming charges. This is the end of a very long battle for the Parliament, which started almost six years ago, a battle which was faced with a lot of opposition from different sides. This is why it is an honour for me to have been part of this battle and, in particular, part of the S&D team, who not only started it but followed it right through to the very end, until today's success story.

However, for me, the fight is not over. and now it is time to push for the next step: to make intra-EU calls non-discriminatory with the same prices for domestic and cross-border calls and SMS, so that consumers will be able to do business and speak with friends and colleagues living in another country without worrying about excessive bills at the end of each month.

Evžen Tošenovský, *za skupinu ECR*. – Paní předsedající, i když nejsem příznivcem velkých evropských regulací, v případě roamingu se bohužel ukázalo, že tento administrativní zásah je nutný. Trh v těchto přeshraničních telekomunikačních službách dlouhodobě nebyl schopen nalézt rozumné parametry.

Věřím, že ze zavedení principu *roam-like-at-home* a z rozumných cen hlavně za datové služby nebudou těžit jen občané, ale celkově napomůže rozvoji digitální ekonomiky. Chtěl bych ocenit velkou práci, kterou odvedla Miapetra Kumpula-Natriová jako zpravodajka a celý tým stínových zpravodajů, mých kolegů, a jsem velmi poctěn, že jsem se mohl účastnit této práce. A jsem rád, že se po mnoha hodinách jednání podařilo najít s Radou řešení stropů pro velkoobchodní datové přenosy, které umožní konec roamingu.

Myslím, že nalezený kompromis je ve výsledku rozumným řešením. Tím, že budou v dalších letech stoupat objemy přenesených dat, maximální cenové stropy mohou výrazně klesat. Měli bychom ale také naše občany edukovat a očekával bych v tomto aktivní přístup Komise ve věci omezení souvisejícího s takzvanou politikou férového využívání.

Ještě jednou blahopřeji paní zpravodajce ke skvělé práci.

Fredrick Federley, för ALDE-gruppen. – Fru talman! Till att börja med vill jag gratulera Mia-Petra Kumpula och alla hennes kollegor, oavsett politisk färg. Vi är nu många, även ALDE, som vill passa på att säga att det här var vår idé, men det hade inte gått att genomföra om inte kommissionen hade varit en del av det, och om det inte hade varit så att alla politiska grupper faktiskt ville ta de här stegen.

Det som också är viktigt i den här processen, det är att se att den debatt som har pågått hela tiden har också påverkat marknaden. Vi kan se hemma i Sverige hur stora teleoperatörer redan börjar göra sig av med roamingavgifterna, så att innan lagstiftningen ens är på plats börjar det hända stora grejer på den europeiska marknaden.

Det här kan också bli ett bra grundfundament för mycket som vi behöver fortsätta att göra. I en av mina första debatter i den här kammaren ville man bryta upp Googles monopolställning. För mig var det så förvånande att ingen i kammaren ställde sig frågan varför vi inte har ett europeiskt baserat Google. Där är svaret för mig ganska uppenbart: vi inte har klarat av att skapa en gemensam marknad där det finns konkurrens och där det finns växtmöjlighet för digitalt baserade företag och telekomföretag i tillräckligt stor utsträckning. Flera telekombolag har kunnat göra stora pengar på att dra in roamingavgifterna, men här har vi sagt att det är viktigt att de europeiska medborgarna har möjlighet att röra sig över gränserna för att arbeta, röra sig över gränserna för att resa och besöka andra delar av Europa, utan att komma hem och behöva lägga hela nästa månadslön på att betala räkningar.

Det här skapar såklart nya digitala möjligheter, men arbetet är inte färdigt. Vi måste se till att vi kommer längre med den digitala agendan för hela Europa. Vi ser en stor konkurrens idag från USA. Asien står runt hörnet. Indien kommer inte att vänta på att Europa ska få en gemensam marknad innan de agerar. Det här är ett första steg på vägen – många viktiga delar är kvar – och vi måste såklart också följa implementeringsprocessen för att se att den blir seriös och bra.

João Ferreira, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhora Presidente, em outubro de 2015, quando aqui discutimos o mercado único europeu das comunicações eletrónicas, lembrámos os alertas feitos por várias entidades reguladoras nacionais, segundo as quais, em face dos fluxos turísticos dominantes na Europa, os países do sul saíam prejudicados com o fim das tarifas de *roaming* na União Europeia. Avisamos então que não existia ainda uma resposta convincente para estes alertas. Um ano e meio depois assim continuamos. Sem resposta convincente, sem a certeza de que não serão os consumidores dos países do sul a pagar nas suas tarifas domésticas os custos do fim do *roaming* na União Europeia.

Intervimos neste processo com um objetivo claro: viabilizar o fim das sobretaxas de itinerância ao nível do retalho, ou seja o fim das tarifas de *roaming* para os consumidores na União Europeia, mas eliminando, ao mesmo tempo, o risco dos custos que resultam do *roaming*, nomeadamente os custos que resultam do aumento da pressão sazonal sobre as redes nacionais serem repercutidos nas tarifas domésticas nacionais.

Do nosso ponto de vista havia e há formas mais eficazes de o garantir do que as disposições que vieram a ser adotadas. Mas foi opção, quer da Comissão, quer da relatora, não as considerar neste regulamento. A lógica da liberalização e da mirífica livre concorrência subjacente ao mercado único das comunicações, neste como noutros setores, concluo, serve os interesses de grandes grupos económicos e a concentração monopolista à escala europeia. Não serve nem os interesses dos consumidores, nem o interesse nacional.

Michel Reimon, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Auch ich möchte der Berichterstatterin und den Schattenberichterstattern und auch der Kommission danken. Es waren sehr gute, sehr konstruktive Verhandlungen. Wir können mit dem Ergebnis so weit zufrieden sein, auch wenn gerade die Parlamentsseite gerne noch mehr gewollt hätte und gerade wir als Abgeordnete gewollt hätten, dass unsere Bürger und Bürgerinnen schon diesen Sommer oder zumindest so schnell wie möglich gar kein Roaming mehr empfinden und sich in ganz Europa wie zu Hause bewegen. Das wäre eigentlich unser politisches Ziel gewesen.

Der vorherige Tagesordnungspunkt war zum Thema *fake news*, Populismus und so weiter im Internet und sozialen Medien, da ging es um die negativen Seiten dieses Phänomens. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir hier über die neue öffentliche Sphäre der Demokratie sprechen, wenn wir über digitale Medien reden, wenn wir über Onlinessein reden und darüber, dass das zuallererst eine demokratiepolitische Frage ist und erst als Zweites eine Frage des Marktes – so sollten zumindest wir in der Politik das sehen.

Ich möchte auch darauf hinweisen: Es gibt so viel Kritik an der Europäischen Union und ihrer Überregulierung und ob sie sich in alles einmischen muss. Das ist ein Beispiel, an dem wir stolz darauf hinweisen sollten, was europäische Regulierung positiv bewirken kann. Wir müssen darauf hinweisen, dass der Markt in diesem Bereich jahrzehntelang versagt hat und kläglich versagt hat. Warum? Weil ein Konsument eine Kaufentscheidung nur dann treffen kann, wenn er oder sie erstens informiert ist und zweitens auch eine Auswahl und Entscheidungsmöglichkeit hat. Aber niemand schließt einen Telefonvertrag ab, weil er vielleicht drei Jahre später, vier Jahre später nach Serbien auf Urlaub fährt. Wenn er dann dorthin kommt, muss er – Frau Kollegin Kumpula-Natri hat das Beispiel gebracht – plötzlich mit seinem Vertrag 1 000 Euro pro Gigabyte zahlen, weil er keine Kaufentscheidung mehr darüber hat. So kann ein Markt nicht funktionieren.

Deswegen funktioniert in diesem Bereich Regulierung. Deswegen ist in diesem Bereich Regulierung notwendig, gut und demokratiepolitisch richtig. Man sieht den Unterschied zwischen einem Binnenmarkt und einer Freihandelszone hier auch ganz gut. Wenn wir uns eine gemeinsame Gesetzgebung geben, gemeinsam darauf achten, dass wir für die Konsumenten und Konsumentinnen das Beste rausholen, dann hat diese Europäische Union mehr als nur Existenzberechtigung, und ich glaube, das ist ein Beispiel, das wir möglichst laut hinausblasen sollten.

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dal 15 giugno le compagnie telefoniche aboliranno il costo del *roaming*. Sarà possibile per tutti i cittadini europei navigare e telefonare in tutta Europa alla stessa tariffa di casa.

Fantastico, sembra uno spot pubblicitario. Perché quello che ci sfugge è proprio l'attenzione verso la tariffa nazionale. Perché il rischio è che la compagnia telefonica possa in qualche maniera compensare i mancati introiti del *roaming* andando ad aumentare qualche servizio specifico a livello nazionale, servizio che poi incide su tutti i cittadini, anche quelli che magari all'estero non ci metteranno mai piede. E questo perché? Perché le tariffe dei servizi all'ingrosso sono ancora troppo alte, e non certo per colpa di questo Parlamento che, anzi, grazie a un nostro emendamento, le aveva addirittura dimezzate. È il Consiglio che le ha raddoppiate, non il Parlamento. È il Consiglio che le ha raddoppiate, scegliendo ancora una volta di stare dalla parte del più forte, cioè delle compagnie telefoniche mobili di grandi dimensioni, penalizzando i piccoli imprenditori e i cittadini tutti.

Allora su questo, Presidente, mi permetta di essere molto chiaro: ben venga l'abolizione del *roaming*, purché non si trasformi in una beffa, con aumenti a livello nazionale per tutti i cittadini.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, nous promettons aux Européens la quasi-gratuité de l'itinérance. Malheureusement, en économie, rien n'est réellement gratuit. Tout se paye.

Nous allons donner une chance à cette initiative. Néanmoins, n'y a-t-il pas un risque? D'une part, l'augmentation des tarifs nationaux pour compenser les pertes enregistrées dans l'itinérance. Est-ce au pauvre qui ne voyage pas de payer pour le riche qui voyage? Est-ce aux exclus de la mondialisation, qui vivent dans la pauvreté et la précarité, de payer pour ceux qui en bénéficient, qui ont la chance de pouvoir être connectés dans le monde? En France, seulement 40 % de la population profite de la mondialisation.

Deuxième risque, la baisse des investissements dans le réseau alors que nous devons nous préparer à la 5G et à la fibre optique. Enfin, la baisse des dépenses dans le domaine de la recherche et du développement alors que nous sommes déjà à l'écart par rapport au reste du monde.

Diane James (NI). – Madam President, the proposed abolition of roaming charges for mobile phone users has become an icon of how slow and cumbersome the European Union has become in its ability to make decisions.

This agreement has taken 10 years. In part, progress has been made, but the fact that the telecommunications industry has such huge lobbying power in Brussels has acted as a drag anchor on the progress that could have been made.

What brings down prices is rarely legislation. That is why light-touch legislation around the world is so much more effective. What brings change is competition. If the European Union had allowed for a truly free and competitive market then the charges would have been zeroed probably decades ago.

As ever, the EU has drummed up regulations, and we have heard already from a number of previous speakers that all will happen is that income revenue for the companies will then be derived from charging domestic customers much, much more. This is hardly fair, it is hardly equitable. I think this ought to go back for review again by the committee to try to look at a more lighter-touch approach and one that is speedier in terms of delivery.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Gunnar Hökmark (PPE), blue-card question. – Besides the fact that you think it has taken far too long and you think it is bad, but also good, how would you like to say that we could have achieved this without the European Union? Because without the European Union we would not have a Union and you would not have a European system. So please explain for us all how things could have been faster without the European Union and how this could have been achieved without the European Union. I think this is a tremendous occasion to tell us all.

Diane James (NI), blue-card answer. – I do not think that you listened to the whole of my speech. The point that I made was that the lobbying power in Brussels, which is actively encourage, actively interacted with by the European Union, has proved to be a drag anchor. That was the critical point that I was making.

I was also making the point that, across the world, a lighter touch in terms of regulation, one that does not involve trilogue: Council, Commission to the Parliament and then back all the way round things, would not have achieved where we are. The point I am making, therefore, is let us just put together three components: stop the lobbying, stop the drag anchor and stop the trilogue.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāj! Kolēģi! Es uzdošu jautājumu: “Kurš no mums var iztikt pilnīgi pats?” Ir cilvēki, kas, teiksim, dzīvo lauku reģionos, kas varbūt gādā paši savu ēdienu, pārtiku, to audzē. Viņi saka: “Nu, es varu iztikt pats!” Bet nu tad jāuzdod jautājums: “Kā tad jūs apgērbjaties? Vai veikalā iepērkat?”

Nē, nu ir arī teorētiski iespējams, ka Eiropā vēl kāds pats šuj visas savas drēbes. Bet agri vai vēlu tam cilvēkam būs jānopērk vai nu šujamadata, vai diegs, vai arkls, vai kas cits. Viņš būs daļēji atkarīgs no citiem. Un mēs šo sistēmu saucam par tirdzniecību. Un Eiropā mūsu milzu priekšrocība un tieši Eiropas Savienības lielākā priekšrocība ir tā, ka šī tirdzniecība notiek 500 000 000 cilvēku starpā bez iekšējām robežām, bez tarifiem, bez muitām, faktiski bez problēmām. Tā ir Eiropas Savienības lielākā priekšrocība vairumam mūsu pilsoņu.

Bet ir viena joma, kas absolūti izpaliek. Tas ir tad, kad mēs dodamies ar šīm ierīcēm, kas gandrīz katram, šodien pat skolas bērniem, ir kabatās, — ar mobilajiem telefoniem — ārpus mūsu valsts robežām. Pēkšņi tas it kā vienotais tirgus vairs nepastāv. Mēs maksājam daudz, daudz dārgāk.

Tagad šis likumprojekts, par ko mēs rītdien balsosim, — par vairumtirdzniecības cenām — uzliks punktu uz “i” un iznīcinās tā saucamo viesabonēšanu, kas, kropļojot vienoto tirgu, ārzemēs mums liek maksāt krietni vairāk. Un mēs varēsim ārzemēs lietot telefonu un maksāt tāpat kā mājās, pilnveidojot iekšējo vienoto tirgu. Mēs nevienam nedzīvojam vieni paši, mums ir vajadzīgs kopīgais Eiropas tirgus, arī digitālais tirgus. Paldies!

(Runātājs piekrita atbildēt uz “zilās kartītes” jautājumu (Reglamenta 162. panta 8. punkts)).

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Νομίζω ότι είναι δύσκολο να υπερασπιστεί κανείς την άποψη ότι δεν πρέπει να μειωθούν τα τέλη περιαγωγής. Έχουν ακουστεί, όμως, επιχειρήματα τα οποία είναι λογικά και λένε ότι οι εταιρείες είναι πολύ πιθανόν ή απόλυτα βέβαιο ότι θα μετακυλίσουν τις απώλειές τους στους ντόπιους καταναλωτές και, αν λάβει κανείς υπόψη ότι μόνο το 30 % ή το 20 % ή το 40 % των ανθρώπων των διαφόρων χωρών μετακινείται σε άλλες χώρες, αυτό θα αποβεί εις βάρος κάποιων άλλων. Θέλω ο συνάδελφος να απαντήσει απλώς σε αυτό το ερώτημα.

Kurīa Prēdēdre, epiedī ēχv žetīšei va omīlīšv katā tī dīadīkāsīa «catch the eye», parakalā vā afāīrēdī to ōnoma mu āpō ton katālogo, dēdomēnu ōtī ēχv parēmbei tōra.

Krišjānis Kariņš (PPE), atbilde uz zilās kartītes jautājumu. – Tieši šeit ir tā sāls šajā likumdošanā — mēs šajā likumdošanā uzliekam vairumtirdzniecības cenu griestus, kas nozīmē to, ka, ja ir operatori, kuri gribētu pašmāju iedzīvotājiem likt maksāt vairāk, viņiem nebūs nekādu šādu attaisnojumu.

Otrs ir konkurence. Es nezinu, kā jūsu dalībvalstī, bet manā dalībvalstī ir ļoti asa konkurence. Ja viens no mūsu operatoriem pēkšņi palielinās cenas, pārējie operatori tā klientus paņems sev, pazeminot cenas. Tieši Latvijā mums šobrīd ir vieni no visizdevīgākajiem, t. i., zemākajiem, tarifiem visā Eiropā, — tur jau šobrīd piedāvā vienu cenu visā Eiropā, un tā ir zemāka nekā vairumā valstu pat iekšzemē.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, voglio innanzitutto ringraziare la collega Kumpula-Natri che ha lavorato con lei per questo risultato, che è certo solo il primo passo, come ha detto il commissario in qualche intervista, ma certamente è un passo molto importante. Ci abbiamo lavorato per molti anni, Pilar del Castillo, Catherine Trautmann, che io voglio ricordare qui in quest'Aula per il lavoro fatto, io stessa, sul *Single Telecom Market* eccetera, per arrivare a questa agognata tariffa *like at home*.

Questo bel risultato però – l'abbiamo sentito anche prima, in quest'Aula, in un intervento del Movimento 5 Stelle – viene minimizzato, e si dice: «Ma come, c'è il *like at home* ma poi alzeranno l'*home*, troveranno dei trucchetti...». Ecco, questi colleghi che anche sulla stampa italiana hanno minimizzato questo risultato dimenticano che noi abbiamo posto, in quel provvedimento e nei precedenti, delle salvaguardie, delle cautele. Ci sarà un controllo, oltre alla concorrenza, caro collega Kariņš, e io prego davvero la Commissione, il BEREC e le autorità nazionali di essere molto vigili e attenti, perché noi l'abbiamo fatta sul serio, questa revisione del mercato all'ingrosso, per arrivare al risultato dell'abolizione del *roaming*, e non permetteremo giochini, né permetteremo che qualcuno sviscisi questo provvedimento, come se non servisse.

Voglio approfittare per dire una seconda cosa al commissario. Passo avanti: dobbiamo dimostrare che noi facciamo sul serio, senza incertezze, non un passo avanti e uno indietro. Questa è una strada tracciata che deve arrivare fino in fondo, pena la perdita di credibilità di questa istituzione. A tal proposito, la scorsa settimana qualche dubbio si è verificato: sono uscite le linee guida del BEREC che hanno dato qualche adito, qualche interpretazione non chiara sulla clausola del *fair use*. Per fortuna la Commissione è intervenuta prontamente a chiarire le cose.

Ecco signor commissario, io le chiedo, signor Vicepresidente, che col sostegno del Parlamento si vigili perché nessuno scanti da questa strada che è stata tracciata, che guarderà anche giustamente ai risultati finanziari, alla tenuta del bilancio delle imprese, ma sostanzialmente guarda ai cittadini con un gesto e una scelta che è stata molto simbolica, perché questo è qualcosa di simbolico dell'azione dell'Europa per l'interesse dei cittadini e per l'unità dei cittadini europei.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, on hyvä, että verkkovierailuiden tukkimarkkinoille Euroopassa asetetaan ensi kesänä hintakatto. Esitys on kuitenkin ongelmallinen. Suomessa se merkitsee hintojen nousua. Samalla kyseessä on tulonsiirto operaattoreille, joiden alueelle matkustavia on paljon. Jos mobiilidatan siirtohintaa nousee, esityksellä on vaikutuksia tiedonkulkuun ja muuhun taloudelliseen toimintaan. On esitetty myös huolia siitä, että tässä yhteydessä tapahtuu tulonsiirtoja vähän matkustavilta ja pienituloisilta kansalaisilta niille, joilla on varaa matkustella paljon ulkomailla.

Irlantilaisoperaattorit ovat jo keksineet ehdotuksesta porsaanreiän, jolla ne voivat jatkaa merkittävän lisähinnan perimistä datasta EU:n alueella. Irlannin viranomaisen vakuutteluista huolimatta ainakin The Independent -lehti arvelee, että viranomaisella tuskin on valtaa muuttaa tätä. On mielenkiintoista seurata, löytävätkö muidenkin maiden operaattorit vastaavia porsaanreikiä.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, at long last this final piece of the long awaited end of roaming charges puzzle is concluded. This is a very important decision and conclusion for all Europeans. I am very glad that we, as Liberals, we, as the European Parliament, we, as European lawmakers have pushed very hard to put consumers and the public interest first; to lay a good foundation through the telecom single market for an ambitious digital single market that puts people first.

I would strongly encourage telecom providers to keep that in mind. Put consumers/people first. We will keep the pulse and we will have a review after two/two and a half years. I will say that I too prefer light-touch regulation but if it is necessary we will make sure that the market works well, that it is fit for the 21st century and that we ensure that there is no abuse of the market position by telecom operators or other companies.

I think this is an important step and I am glad we can conclude it with our vote.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, σίγουρα υποστηρίζουμε την κατάργηση των τελών περιαγωγής, εφόσον αυτό θα ανακουφίσει οικονομικά τους καταναλωτές. Για εμάς είναι ξεκάθαρο πως οι τηλεπικοινωνίες και το Διαδίκτυο αποτελούν δημόσια κοινωνικά αγαθά, στα οποία πρέπει όλοι να έχουμε ισότιμη πρόσβαση.

Ωστόσο, η πρόταση που έχουμε ενώπιόν μας εμπερικλείει πολλούς κινδύνους. Αρχικά, δεν περιλαμβάνει καμία πρόνοια για αποκατάσταση της ανισορροπίας που θα δημιουργηθεί λόγω του διαφορετικού αριθμού τουριστών που δέχεται η κάθε χώρα. Έτσι, οι χώρες του Νότου, που δέχονται τα μεγαλύτερα κύματα τουριστών, θα επιβαρυνθούν με ένα τεράστιο κόστος το οποίο θα κληθούν να πληρώσουν οι εγχώριοι πάροχοι.

Έπειτα, δεν υπάρχει καμία εγγύηση πως εν τέλει δεν θα πληρώσουν το κόστος οι ντόπιοι. Αντιθέτως, είναι βέβαιο πως, προκειμένου να επιβιώσουν οι εγχώριοι πάροχοι, θα μετακυλίσουν το κόστος στους καταναλωτές, αυξάνοντας τις εγχώριες χρεώσεις. Ιδιαίτερο πλήγμα θα δεχθούν οι χώρες με μικρή αγορά, όπως για παράδειγμα η Κύπρος. Το κόστος που θα κληθούν να πληρώσουν οι τοπικές εταιρείες τους καλοκαιρινούς μήνες θα είναι δυσβάστακτο, με απρόβλεπτες συνέπειες. Γι' αυτό δεν πρόκειται να υποστηρίξω μια πρόταση που θα εξυπηρετήσει πλήρως τα συμφέροντα των μεγάλων πολυεθνικών εταιρειών.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), blue-card question. – There has been a lot of talking. Mr Sykliotis, as a former Minister from Cyprus, may I ask you a question? You are not supporting this result in the end. How then would you regulate markets – which, in this case, I think should be the only solution – if we were to allow visiting operators and visited operators – both sides – to charge consumers more than is necessary? Nowadays you can even have to pay EUR 10 000 for one gigabyte when travelling because, if the regulators are not regulated, they can both charge the consumer too much. What is your solution?

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Εμείς, όπως είπα, θεωρούμε σημαντικό αυτό το στοιχείο, αλλά πρέπει να δημιουργηθεί και ένα ταμείο που να στηρίζει τις μικρές χώρες, όπως είναι η χώρα μου, και τους μικρούς παραγωγούς στις χώρες αυτές, οι οποίοι θα καταρρεύσουν κάτω από αυτό το σύστημα. Ιδιαίτερα στην Κύπρο, η δημόσια εταιρεία και οι μικρές εταιρείες δεν θα μπορούν να αντέξουν αυτό το δυσβάστακτο βάρος. Είτε θα το μετακυλίσουν στους εγχώριους παρόχους είτε θα καταρρεύσουν ως εταιρείες. Για τον λόγο αυτό, ζητούμε να υπάρχει μια ισορροπία, δηλαδή μια πρόνοια που να στηρίζει τις μικρές χώρες.

Roger Helmer (EFDD). – Madam President, once again the European Union is abandoning free markets in favour of central planning. First we regulate retail prices, now we come back and regulate wholesale prices.

Will we never learn that regulatory intervention in market prices almost always produces unintended and perverse consequences? Think of the empty shelves in the Moscow Gum department store when they tried to regulate prices. Look at the ETS scheme in Europe that has failed for 10 years to deliver the sort of prices that the regulators want.

Several other speakers, including my group colleague Mr Borrelli, have remarked that operators will recover their lost revenue elsewhere, which will have a regressive effect. It is the European Union's cynical pursuit of any measure that looks vaguely like a benefit for voters or of generating any positive headline. Be sure, this proposal that we are voting on today or tomorrow, will have unintended consequences which will come back and bite our ankles.

Georg Mayer (ENF). – Frau Präsidentin! Als gelernter Konsumentenschützer freut es mich natürlich, dass wir so eine wesentliche Verbesserung für die Menschen vornehmen können. Es liegt auch an den Anbietertarifen, und wer diese schon einmal durchgeackert hat, der weiß ja: Die sind nicht immer ganz durchsichtig. Man tut sich schwer, und ich vermute mal, das ist oft auch nicht ganz unbeabsichtigt. Insofern ist hier eine Regulierung durchaus sinnvoll, auch wenn man das Instrument der Regulierung nur in sehr gezielten Dosen einsetzen sollte. Und ich denke, wir haben alle schon einmal die Erfahrung gemacht, dass wir mit sehr hohen Rechnungen von unseren Anbietern konfrontiert wurden.

Mir ist das erst letztes in der Mongolei passiert. Da habe ich im Flieger das Datenroaming ausgeschaltet, dennoch hat es sich ins Netz eingebucht, und ich musste da 400 Euro für Datenroaming bezahlen.

Insofern ist es, selbst wenn man technikaffin ist, für den Menschen nicht immer durchschaubar, wann Kosten entstehen. Daher ist dies eine sinnvolle Maßnahme, und ich sage das auch sehr deutlich: Das ist eine Stärke der Union, die jetzt hier einmal zum Tragen kommt. Man sollte sich weniger auf andere Dinge konzentrieren und mehr auf diese Dinge, und das dient auch dem Wohl der Menschen.

Jerzy Buzek (PPE). – Pani Przewodnicząca! To jest wielki dzień rzeczywiście, jeśli możemy mówić o tym, że za parę miesięcy znikną opłaty dodatkowe, roamingowe. Będziemy płacić każdy tak jak w swoim kraju ojczystym, wyjeżdżając do krajów Unii Europejskiej. Czekał na to dziesięć lat. Obserwowałem to, bo jestem członkiem tej komisji od wielu lat, a teraz mówię w imieniu komisji ITRE. Ważne, że przeprowadziliśmy ten proces w ciągu dziesięciu lat. Trzykrotnie dochodziliśmy do tego, co mamy dzisiaj, aby te opłaty znikły, dodatkowe opłaty. To ważne, bo obserwowaliśmy, w jaki sposób zachowują się firmy w tym czasie, czy nie wykorzystują tej sytuacji do obciążenia klientów, i dlatego między innymi był to trzystopniowy proces.

Chciałem również odpowiedzieć na absurdalne zarzuty, które zgłosiła jedna z koleżanek niezrzeszonych (nie ma jej na sali), że Unia Europejska to długo trwało i że jakieś nieporozumienie, że robimy to w ramach Unii. Proszę Państwa! Jak wyjeżdżamy z Unii, na zewnątrz Unii nadal płacimy opłaty roamingowe. Z tego wynika, że gdybyśmy rozszerzali Unię na kolejne kraje, kolejne kraje byłyby pozbawione tych opłat dla nas, dla mieszkańców Unii Europejskiej. A więc dobrze jest rozszerzać Unię Europejską czy nie? To są absurdalne zarzuty, na które właściwie trudno odpowiadać. Również koledze Helmerowi z komisji chciałem odpowiedzieć, że takim jednym z podstawowych elementów regulacji wolnego rynku jest na przykład prawo antymonopolowe i to stosują wszystkie kraje. Nie będę mówił o dziesiątkach innych regulacji, które mamy wszędzie na całym świecie. Niestety wolny rynek nie jest całkowicie wolny, bo byłby wtedy dzungłą.

Natomiast ja chciałem powiedzieć, że nasza praca się nie kończy, trzeba wdrożyć to wszystko, co ustaliliśmy, i trzeba to wdrożyć dobrze i pilnować tego. Chciałem pogratulować koleżance Kumpula-Natri, wszystkim kontrolującym, także poprzednikom: pani Pilar de Castillo Vera i innym, panu przewodniczącemu, wiceprzewodniczącym komisji i poprzednikom na tym stanowisku oraz prezydencji maltańskiej, poprzedniej prezydencji, które również nad tym pracowały.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, a partir do dia 15 de junho, os cidadãos europeus poderão aceder a dados, voz e texto sem pagamento de taxas de *roaming*, desde que o seu consumo esteja de acordo com os padrões normais. Acederão, assim, em qualquer ponto da União Europeia, aos serviços de telecomunicações, como se estivessem em casa, e esta é uma excelente medida.

Mas, Sr. Comissário, tem de ser uma medida aplicada de forma justa e eficaz e, para isso, há duas condições. Em primeiro lugar, os operadores nacionais, tendo por base a norma que permite recuperar prejuízos demonstrados em resultado da medida, não podem permitir que os operadores imputem aos cidadãos que não viajam custos que resultam da resposta à procura dos cidadãos deslocados e, em segundo lugar, os sistemas europeus de incentivo ao investimento em redes digitais devem dar prioridade aos territórios que terão de aumentar a sua capacidade de resposta face à procura sazonal.

Existe neste relatório, eu próprio o subscrevi, instrumentos e procedimentos que permitem garantir estas duas condições. É fundamental garanti-las para que esta seja uma medida eficaz e justa.

Richard Sulík (ECR) – Vážená pani predsedajúca, stanovenie maximálnych poplatkov za roaming je klasická cenová regulácia, ktorá je zbytočná, škodlivá a nikdy nemala vzniknúť. O to viac ma prekvapuje, že vznik tejto regulácie sa odôvodňuje tým, že treba zabezpečiť, aby fungoval trh, pričom práve táto regulácia narúša fungovanie trhu. V skutočnosti prenesú operátori svoje náklady na domácich užívateľov, ktorým bude klesať cena pomalšie alebo vôbec. Roamingové stropy znejú samozrejme ľúbivo, ale v skutočnosti poškodia ľudí, ktorí cestujú menej, napríklad dôchodcov, a pomôžu ľuďom, ktorí cestujú viac, napríklad europoslancom. To sú tie nezamýšľané dôsledky a, samozrejme, táto regulácia potom vyžaduje ďalšie a ďalšie doplnenia a komplikácie a takto si my tu komplikujeme svet a potom sa čudujeme, že žijeme v preregulovanom svete. Ostáva dúfať, že o päť rokov táto regulácia skončí.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, we have had a debate on fake news and hate speech. Well, this is not a fake, this is reality. But still, while we do not hear any hate speech, we have seen and listened to some disappointing speech, making out that this is not real progress in terms of enhancing the internal market. We hear stories, for example that Brussels is being lobbied. No! It was Brussels and the efforts of the Commission and the Parliament that made it happen. The lobbies are working in the capitals. The Council is, and was, the bottleneck. So let us finish with this fake news and face reality. There is, of course, a long way to go. This is an important step but, if we want to build a real digital market, we should be encouraged and pursue this in other sectors. That is certain.

Finally, it has been said that this is just for the globalists but, come on, this is absolute rubbish. The Czech Republic must be a rich country because millions and millions of Czechs travel on an annual basis. This is the reality for all the people around us. So, yes, there is a certain amount of concern, but that concern can be taken care of at a national level with anti-monopoly efforts, and of course with competition and enhancing the internal market. This is the way to go and we will proceed in this direction, whether we like it or not. This is reality and not fake news.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor presidente, señor vicepresidente, señorías, el 15 de junio, cuando cualquier ciudadano de la Unión Europea use el teléfono, acceda a internet o envíe un mensaje, no tendrá cargas adicionales por estar en condiciones de *roaming*. Este es un enorme paso adelante que beneficia a todos los ciudadanos de la Unión Europea, a los que salen más y a los que salen menos, porque constituye un instrumento para dar la posibilidad de que nuestras empresas, nuestros profesionales, nuestros estudiantes tengan mayor libertad de movimiento, tengan más y más oportunidades en la Unión Europea, en el conjunto de los países que la forman. Esto es lo que realmente hay que tener en cuenta.

Fue este Parlamento el que lo propuso. Fue este Parlamento el que lo aprobó y lo negoció con el Consejo —con una gran colaboración con la Comisión, desde luego—. Y en este Parlamento tenemos que estar muy satisfechos de haber conseguido que, el próximo 15 de junio, esas cargas adicionales no existan y, por tanto, hayamos dado un paso en el desarrollo de un mercado digital europeo, en el desarrollo de una Europa más integrada y con más oportunidades.

Además de eso, habrá que estar atentos —como ha dicho alguna señoría— a si se producen o no distorsiones y habrá que ver si tienen o no un impacto en el mercado nacional, porque a lo mejor son otros factores y no precisamente los del *roaming*. Todo esto se puede tener en cuenta también, pero hoy es un momento de verdadera satisfacción, porque hemos dado un paso adelante en la integración europea, en responder a las verdaderas demandas y necesidades de los ciudadanos de la Unión Europea.

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, la Unión nos aporta muchas cosas en casi todos los ámbitos de nuestra vida: en seguridad, en bienestar, en defensa de nuestros derechos y libertades, pero también en nuestro día a día.

Este acuerdo es un buen ejemplo de lo que estamos hablando. La Unión es sinónimo de movilidad y, con este acuerdo, el *roaming* será historia.

Este acuerdo permitirá que los consumidores europeos se beneficien de precios asequibles y viajen utilizando sus teléfonos sin temor a facturas desorbitadas; utilizarán su teléfono, enviarán sus mensajes, utilizarán el WhatsApp como si estuvieran en su propia casa.

Sinceramente, creo que la desaparición del *roaming* va a jugar un papel clave, un papel clave para el desarrollo de todo el ecosistema digital en Europa. Por eso quiero felicitar a los ponentes por este acuerdo. Pero sobre todo, hoy, quienes están de enhorabuena son los consumidores europeos.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I welcome this proposal, which is the final piece of legislation required to ensure that mobile roaming charges will be removed by this coming June — something we have promised for a long time and something that the EU has delivered for its citizens. As an MEP who campaigned with others for the abolition of ...

(The President interrupted the speaker because of a fire alarm)

President. – There is a fire alarm. Please let us suspend our debate until the situation is clarified.

(The sitting was suspended at 18.05 and resumed at 18.25)

15. Roamingvorleistungsmärkte (Fortsetzung der Aussprache)

Przewodniczący. – Chciałbym przeprosić za ten incydent, nie znamy jeszcze przyczyn. Z pewnością nie było to nic groźnego. Chciałem bardzo podziękować wszystkim Paniom i Panom za zachowanie zgodne z regułami. Zagrożenie ogłoszone – zawsze należy opuścić budynek, zachować bezpieczeństwo, zostawić szanse pracy stosownym służbom. Jest swego rodzaju paradoksem, że w Prezydium Parlamentu odpowiadam za sprawy bezpieczeństwa Parlamentu. Czasami tak się zdarza, że ten, kto odpowiada, też nie wie w tej chwili, jaka była przyczyna. Przyczyny na razie nie znam.

Wznawiamy obrady.

Kolejnym punktem porządku dnia po alarmie przeciwpożarowym jest kontynuacja debaty nad sprawozdaniem sporządzonym przez Miapetrę Kumpula-Natri w imieniu Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającego rozporządzenie (UE) nr 531/2012 w odniesieniu do przepisów w zakresie hurtowych rynków usług roamingu

(COM(2016)0399 – C8-0219/2016 – 2016/0185(COD)) (A8=0372/2016)

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I did not realise that my Kerry accent was so magnetic that I would set the alarm bells ringing in Parliament, but I do hope that you enjoyed your roaming free of charge around the Parliament.

So now to this topic. I welcome the proposals, which are the final piece of legislation required to ensure that mobile roaming charges will be removed from this coming June. It is something we have promised for a long time and something the EU has delivered for its citizens.

As an MEP who has campaigned with many others for the abolition of roaming charges for the last seven years, I am delighted that we are now nearly there.

It is already eighteen months since, in 2015, it was proudly announced here in the European Parliament that, after a long process, 'roam-like-at-home' was to be introduced by June 2017. It was a very high-profile and important announcement. While tomorrow's vote might not have the same fanfare, its importance cannot be overstated.

The introduction of this wholesale roaming cap is an absolutely essential piece of legislation, as it allows for 'roam-like-at-home' to happen in a cost-effective manner this June.

The caps that we arrived at in the end: EUR 0.032 for a voice call, a gradually-decreasing cap from EUR 7.75 in 2017 to EUR 2.50 in 2022 per gigabyte of data and EUR 0.01 for text messages represents a fantastic result for the European Parliament, particularly given that the majority of Council favoured higher caps. Wholesale data prices are declining by around 40% annually across the EU. The overly-cautious Council position just did not reflect reality. I feel the final result could have even been better, but such is the nature of compromise.

In my own country we are very pleased with the outcome, because it means that the higher caps, which would have put artificially-high costs on to Irish producers – this will not happen now. It is a good day for the European Parliament, especially when we speak about Brexit – again an indication that the United Kingdom citizens will not benefit from this. It is no wonder Roger Helmer and his colleagues were so agitated.

Przewodniczący. – Nawiązując do Pańskich pierwszych słów, sądzę, że to chyba jednak nie Pańskie słowa uruchomiły alarm, ponieważ padały tu nawet dzisiaj dużo cięższe słowa i alarm pożarowy milczał. No, ale i ciężar Pańskich słów doceniamy.

Miriam Dalli (S&D). – Nixtieq nibda mill-ewwel billi naghti prosit lir-rapporteur Miapetra Kumpula-Natri għaliex naf kemm kienet biċċa xogħol kbira biex jintlaħaq dan il-ftehim. Imma dan huwa pass kbir 'il quddiem għaliex il-ftehim li ntlahaq dwar il-ligi tar-roaming kien sfida interessanti fi żmien movimentat mhux hażin għall-Unjoni Ewropea. U bosta kienu fir-realtà xettiċi kemm l-Unjoni Ewropea se tikseb ir-riżultati f'aspetti daqshekk importanti għaċ-ċittadini tagħha.

U llum, inhossni kburija ngħid li l-Parlament Ewropew, il-Kummissjoni Ewropea u anki l-Presidenza Maltija rnexxilhom jiksbu r-riżultati. Għaliex l-Unjoni Ewropea wriet li għadha rilevanti għaċ-ċittadini tagħha, u filwaqt li haddiehor qiegħed jibni l-hitan madwaru, ahna qed jirnexxielna nneħhu aktar ostakoli li s'issa kienu qegħdin jifirduna.

Kellhom jgħaddu disa' snin biex nilhqu ftehim politiku finali, iżda finalment, it-tariffi tar-roaming huma xi haġa tal-passat.

U bit-tnehhija ta' dawn it-tariffi, għandna Ewropa aktar maqghuda milli kellna lbierah, u din għandha tkun it-triq 'il quddiem fuq temi ohra ewlenin ukoll.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, Euroopan parlamentin pitkään ajama tavoite toteutuu ensi kesäkuussa, kun verkkovierailumaksuista luovutaan kokonaan Euroopan unionissa. Itse asiassa vuodesta 2007 saakka, jolloin ensimmäistä kertaa EU-tasolla säädettiin roamingista, hinnat ovat pudonneet jopa 90 prosenttia. Se on erittäin merkittävä saavutus kuluttajien kannalta.

On tärkeää, että kun haluamme edistää digitalisaatiota Euroopassa, kuluttajia rohkaistaan käyttämään digitaalisia palveluita ja myös mobiilidataa. Siinä mielessä tämä neuvottelutulos tukkuhintakatosta, joka nyt on saavutettu ja jossa parlamentti teki erinomaista työtä neuvotteluissa, oli erittäin tärkeä.

Erityisesti Pohjois-Euroopan, Skandinavian ja Baltian maissa, missä mobiilidataa käytetään erittäin paljon, on tärkeää, että operaattorit eivät voi veloittaa toisiltaan liian korkeita hintoja verkkovierailuista. Omassa kotimaassani Suomessa mobiilidataa käytetään maailmassa eniten ja jopa kymmenkertaisesti muihin Euroopan maihin verrattuna, ja siellä tällä on kuluttajille ja operaattoreille iso merkitys. Muutoin uhkana olisi ollut, että kuluttajahinnat olisivat saattaneet jopa nousta Suomessa sen seurauksena, että roaming-maksuista luovutaan.

On tärkeää, että joka puolella Eurooppaa pyritään nyt voimakkaasti edistämään mobiilidatan käyttöä, ja sitä voidaan edistää sillä tavalla, että investoidaan nopeisiin hyviin verkkoihin ja edistetään reilua kilpailua. Kun meillä on toimivat markkinat Euroopassa, se tarkoittaa sitä, että kuluttajat saavat parempia palveluja ja edullisempia hintoja ja näin myös digitalisaatio etenee Euroopassa.

Εύα Καϊλή (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, πρώτα από όλα θα ήθελα να συγχαρώ τη συνάδελφό μου, Miapetra, για την εξαιρετική δουλειά της. Γνωρίζουμε όλοι πόσο δύσκολη ήταν η διαδικασία σύνταξης αυτού του κειμένου και η εξέταση όλων των τροπολογιών μας, ενώ υπήρχε πολύ μεγάλη πίεση στις τριμερείς διαπραγματεύσεις με το Συμβούλιο.

Η ρύθμιση της χονδρικής αγοράς είναι ένα πολύ σημαντικό βήμα για μια ανταγωνιστική ενιαία ψηφιακή αγορά που ωφελεί τους Ευρωπαίους πολίτες και δημιουργεί παράλληλα προϋποθέσεις για υγιή ανταγωνισμό, αλλά το πιο σημαντικό είναι ότι η Ευρώπη τελικά πραγματοποιεί αυτά που υπόσχεται. Καθώς πλησιάζουμε επίσης στην ενδιάμεση αξιολόγηση της ενιαίας ψηφιακής αγοράς θα πρέπει να δείξουμε ότι συνεχίζεται η προσπάθεια αυτή.

Χρειάζεται περισσότερη προστασία και ασφάλεια ως προεπιλογή για τους χρήστες, κυρίως όταν πρόκειται για τα προσωπικά μας δεδομένα, εύκολο και αξιόπιστο ηλεκτρονικό εμπόριο, έτσι ώστε να ευκολυνθούν όλοι, καταναλωτές και επιχειρήσεις, χωρίς διακρίσεις, εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης φυσικά, επενδύσεις στις χώρες και τις περιοχές που το χρειάζονται περισσότερο, ώστε κανείς να μη μείνει πίσω σε αυτή τη νέα ψηφιακή εποχή, αλλά και καινοτόμες λύσεις, όπως η τεχνολογία Blockchain, που μπορεί να δώσει πίσω τον έλεγχο των δεδομένων στους πολίτες, ενώ παράλληλα προσφέρει και πάρα πολλές λύσεις σε πολλές διαφορετικές προκλήσεις. Αυτός λοιπόν ο κανονισμός έρχεται σε μια κρίσιμη στιγμή και δίνει ένα πολύ σημαντικό μήνυμα στο Στρασβούργο και στις Βρυξέλλες ότι δουλεύουμε για μια πραγματικά ενιαία ψηφιακή αγορά με περισσότερη ασφάλεια για τους Ευρωπαίους πολίτες.

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Meine Frage bezieht sich auf die positiven Effekte, die durch Roaming entstehen können. Glauben Sie, dass damit auch der Tourismus zusätzlich belebt werden kann und vor allem der Export für die kleinen und mittleren Betriebe eine wesentliche Rolle spielen kann? Für die Wirtschaftsbelebung, glaube ich, könnte auch Roaming ein signifikanter positiver Faktor sein.

Εύα Καϊλή (S&D), *απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Ευχαριστώ πολύ για την ερώτηση. Φυσικά όχι μόνο προσπαθούμε να δημιουργήσουμε μια πιο ενιαία αγορά και να αισθανόμαστε περισσότερο Ευρωπαίοι, ειδικά όταν ταξιδεύουμε, αλλά αυτό μπορεί να βοηθήσει και τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις και όλους τους επαγγελματίες ώστε να αισθάνονται ότι θα απευθύνονται σε μία ενιαία αγορά.

Έχουμε και άλλες δράσεις όμως που ακολουθούν, το WiFi for Europe, το Free Data Flow, το EFSI, το Juncker plan 2 που θα στηρίξει και θα ενισχύσει τις χρηματοδοτήσεις για την επίτευξη αυτής της ενιαίας ψηφιακής αγοράς. Εκεί έχουμε αλλάξει αρκετά και τις προτεραιότητες από την Επιτροπή, με την οποία άλλωστε συνεργαζόμαστε.

Αρα οι ευκαιρίες που δίνονται είναι πολύ σημαντικές. Αυτό που πρέπει να προσέξουμε και είναι πάρα πολύ σημαντικό είναι να μην δώσουμε στις κοινωνικές πλατφόρμες τη δυνατότητα να ελέγχουν ή να ακουμπούν το περιεχόμενο και να μην παίρνουν την τοποθεσία, τη θέση ή δεδομένα παραπάνω από ό,τι επιθυμούν οι πολίτες. Αρα ως προεπιλογή να φροντίσουμε όλα να είναι πιο ασφαλή για τους Ευρωπαίους πολίτες. Αυτό θα κάνει την αγορά αυτή ασφαλή και σημαντική.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, for me, to achieve a truly European telecom market is one of the most important priorities for the European Union, because that is a precondition for a dynamic and vibrant digital economy in the European Union – a pre-condition for us to be in the lead regarding 5G regarding all the new services that can revitalise our economies. And in that perspective, this step, with a regulation regarding the pricing between wholesales operators, are of fundamental importance. It will mean that from 15 June we can use the different services via the internet all over Europe. It will mean that citizens can travel, but it will mean that we can reach a new level of our digital economy.

I think we need now to proceed in order to create truly trans-European networks to ensure that there are no negative effects coming out of this, only positive effects, and that is something we should call on the Commission to do: to ensure that we can proceed to a truly European telecom and a truly digital market in the European Union.

Olle Ludvigsson (S&D). – Herr Talman! Att få bort roamingavgifterna har länge varit en prioriterad fråga. Arbetet sträcks över flera mandatperioder, och utan att tveka har det varit en lång resa, men äntligen närmar vi oss slutstationen för då roamingavgifterna kan fasas ut inom EU. I morgon ska vi rösta om den överenskommelse som nåtts mellan Europaparlamentet och rådet om grossistledet för roamingmarknaden. Enligt min mening är det i allra högsta grad en bra, balanserad överenskommelse, som säkerställer att Europas konsumenter snart kan åtnjuta roaming "like at home".

Med detta sagt hoppas jag verkligen att en stor och bred majoritet ställer sig bakom överenskommelsen. EU är ett viktigt verktyg för att stärka konsumenternas rättigheter. Det är ett faktum att vi är på väg att lägga sista pusselbiten, som möjliggör att roamingavgifterna snart är ett minne blott. Det visar också konkret hur vi i EU-samarbetet gemensamt kan åstadkomma positiva utfall, som Europas konsumenter faktiskt kan dra nytta av. Ett stort tack till dem som har förhandlat igenom detta.

Dariusz Rosati (PPE). – Panie Przewodniczący! Za dwa miesiące opłaty roamingowe w Unii Europejskiej przejdą do historii, za dwa miesiące każdy podróżujący po Europie będzie płacić za połączenia telekomunikacyjne tyle samo co w swoim kraju. Jutrzejsze głosowanie w sprawie roamingu usunie telefoniczne granice między krajami członkowskimi Unii Europejskiej. To dobra nowina przede wszystkim dla konsumentów, którzy będą płacić niższe rachunki, ale to także dobra nowina dla przedsiębiorstw, które będą miały niższe koszty działalności, a w szczególności dla małych przedsiębiorstw innowacyjnych i start-upów, które będą chciały uczestniczyć w rynku usług telekomunikacyjnych.

Dla mnie osobiście jest to bardzo ważny dzień, ponieważ dziesięć lat temu tu, w Parlamencie Europejskim, osobiście angażowałem się w pierwszą obniżkę stawek roamingowych, i nie było łatwo, ale Parlament Europejski zdecydował, że stawki będą obniżone wbrew oporowi kompanii telekomunikacyjnych. I cieszę się, że dziś czy w dniu jutrzejszym będziemy głosować całkowite zniesienie stawek roamingowych. Długo to trwało, ale warto było. Chciałbym powiedzieć, że ta dzisiejsza debata i jutrzejsza decyzja pokazują, że Unia Europejska jest w stanie podejmować decyzje, które służą ludziom i które służą gospodarce. Jest to w szczególności ważne w czasach, kiedy eurosceptyczne i populistyczne nastroje rozprzestrzeniają się w Europie i Unia Europejska jest często krytykowana zupełnie bez racji przez wszystkich tych, którzy nie dostrzegają konkretnych korzyści, jakie płyną z integracji europejskiej.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. Formand! Der skal også fra mig lyde et stort tak til vores forhandlere for det gode resultat. Når vi i morgen stemmer om at få lagt et loft over engrospriserne, er det afslutningen på mere end 10 års arbejde for at sikre, at forbrugerne ikke bliver straffet for at rejse rundt i Europa og bruge deres mobiltelefoner. Det er en meget stor sejr for forbrugerne og for det arbejde, som vi har lagt her i Europa-Parlamentet. Det er hovedsageligt os, der har lagt et enormt pres på industrien for at sikre, at det kom hertil. Det er imidlertid også en god aftale af andre årsager, da den faktisk betyder, at vi ved at lægge et loft over engrospriserne også gør noget godt for industrien. Nu er det ikke længere kun forbrugerne, der kan være sikre på ikke at få chokpriser. Det gælder også industrien. Jeg synes derfor, at det er meget balanceret aftale. Dog mener jeg måske nok, at 10 år er temmelig lang tid. Jeg håber, at vi i fremtiden kan blive lidt hurtigere til at sikre noget, der gavner både forbrugerne og virksomhederne.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, 15. lipnja će biti veliki dan za mene osobno, ali i za sve one koji žele putovati Europom, koji žele poslovati u Europi i koji žele umanjiti razlike koje postoje između nas u europskim zemljama, bilo sjevera i juga, bilo istoka i zapada. Ovih dana kad se borimo oko izjednačavanja kvalitete proizvoda na istoku i zapadu, evo konačno primjera.

Ima li boljeg primjera od ukidanja naplate za roaming kako bi pokazali i dokazali da je Europska unija sposobna donositi odluke u interesu naših potrošača, u interesu naših građana. Ovo je konkretan primjer na kojem upravo to možemo dokazati. Zato sam zahvalna svima onima koji već godinama rade na ovom projektu i koji su uspjeli postići ovako dobar sporazum.

Čujem da postoje razlike između sjevernih i južnih zemalja, da će teleoperateri koristiti povećanje cijena svojih naknada. Međutim, sve je to zanemarivo u odnosu na ovo što smo dobili. Nema više razloga da se neki s istoka osjećaju lošije u odnosu na one sa zapada, kad se vozimo u istom automobilu, pa jedni mogu *surfati*, a drugi ne mogu *surfati*, zato što je to preskupo, jer imaju previsoku cijenu u svojoj zemlji.

Stoga, još jedanput želim zahvaliti, roaming postaje povijest i nadam se da ćemo i na ovaj način pokazati onima koji misle da Europska unija nije funkcionalna da upravo na ovom primjeru može funkcionirati.

Ева Майдел (PPE). – Г-н Вицепрезидент, отпадането на таксите за роуминг е неоспорима и ключова победа за нас като потребители в Европейския съюз. Радвам се, че с утрешното гласуване ще можем да финализираме процеса и още това лято ще можем да бъдем част от един по-засилен единен цифров пазар и единен пазар.

Новите максимални цени на роуминга на едро означават и няколко други много важни неща: първо, те създават конкуренция между операторите и отварят пазарите към по-малките оператори, които имат нужда от нашата подкрепа, за да бъдат активна част от нашата икономика. Дават ни и възможност да ползваме повече интернет докато пътуваме, работим, пазаруваме.

Отпадането на таксите за роуминг съвпада и с междинната оценка на напредъка на стратегията за единен цифров пазар. Точно затова е важно е да надградим над постигнатото досега, като гарантираме преносимостта на онлайн съдържание и отпадането на неоправданото гео-блокиране.

От изключително значение е и активно да работим за свободното движение на данни в Съюза и по този начин да имаме още една победа за нашите потребители и бизнеси.

Вярвам, че с общи усилия ще осигурим подобаваща защита за онлайн дейностите на всички европейски граждани, администрации и бизнеси.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Panie Przewodniczący! Jak mówimy dzisiaj o znoszeniu dodatkowych opłat za połączenia w roamingu, to przypominam sobie niedawno wypowiedziane słowa Donalda Tuska o tym, że albo Unia Europejska będzie mocno zjednoczona, albo nie będzie jej wcale. I my jednoczyć się musimy bardzo konkretnymi działaniami, takimi działaniami jest właśnie znoszenie barier, które dzielą nasz wspólny rynek europejski na 28 różnych mniejszych rynków. Ten nasz wspólny rynek europejski, na którym wszyscy funkcjonujemy, działamy, pracujemy, kupujemy, sprzedajemy, uczymy się. I to długo oczekiwane uwolnienie nas od dodatkowych... uwolnienie się, bo to jest nasza wspólna decyzja – wszystkich, którzy przez wiele lat ciężko nad tym pracowali – uwolnienie się od dodatkowych opłat za roaming, to jest jak takie otwarcie bramy do tego, żeby znosić następne bariery na tym wspólnym rynku, głównie naszym wspólnym rynku cyfrowym, na którym z panem wiceprzewodniczącym Andrusem Ansipem tutaj staramy się właśnie zjednoczyć ten rynek.

I te następne bariery, które jeszcze przed nami są, to są i zakupy w internecie, i dostęp do dóbr kulturowych, i całe dobra cyfrowe, do których chcemy wszyscy mieć dostęp i dawać dostęp innym. Więc jeszcze raz tylko dziękuję wszystkim: począwszy od Viviane Reding, która zaczęła ten cały proces z roamingiem, aż dzisiaj do pani Natri. Gratuluję wszystkim i bardzo dziękuję, i w tym kierunku idźmy dalej!

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, Euroopan parlamentin on syytä onnitella itseään ja ennen kaikkea kiittää kaikkia niitä esittelijöitä ja varjoesittelijöitä, jotka ovat tämän yli yhdeksän vuoden aikana tehneet työtä roaming-maksujen poistamiseksi Euroopan unionissa. Komissio on myös osoittanut tässä erittäin suurta selkärankaisuutta ja hyvää tahtotilaa yhteisen digitaalisen markkinan aikaansaamiseksi. Missään vaiheessa se ei ole ollut helppoa, ja kansallinen etu onkin ryöstetty monta kertaa operaattoreiden kyseenalaisen käytöksen perusteluksi ja sitä käytetty myös tässä väitteilyssä epäreiluna keinona.

Alkuvaiheessa on ollut lähes kartellinomaista käyttäytymistä operaattoreilta ja suoranaista toinen toisensa ryöstämistä myöhemmässä vaiheessa, kun roaming-maksuista on oltu siirtymässä eteenpäin. Tämä kaikki on estänyt ja hidastanut todellisen eurooppalaisen digiagendan, digiunionin ja kuluttajapalvelujen syntymistä.

Tämä on erinomainen esimerkki, miksi me tarvitsemme EU:ta. Erinomainen esimerkki siitä, miksi tarvitsemme markkinoiden valvontaa ja regulaatiota, ja erinomainen esimerkki siitä, miksi me tarvitsemme yhteisiä eurooppalaisia pelisääntöjä. En oikein parempaa löydä.

Ja lopuksi: kompromissiin on tyydyttävä niin kuin elämässä aina. Saamieni tietojen mukaan tukkuhinnat jäävät yhä edelleen melko reilusti todellisten kustannusten yläpuolelle, joten työtä niin parlamentilla kuin komissiollakin tässä asiassa tulee riittämään.

Zgłoszenia z sali

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Zniesienie opłat roamingowych jest bez wątpienia jasnym, namacalnym przykładem korzyści, jakie przynosi Unia Europejska naszym obywatelom. Dlatego cieszę się, że poprzez przyjęcie przepisów o hurtowych rynkach roamingu kończymy właśnie prace nad ostatnim elementem procesu zniesienia tych opłat. Z satysfakcją przyjąłem informację, że w wyniku nie negocjacji udało się uzyskać znaczne obniżenie pułapów cen hurtowych w stosunku do propozycji pierwotnej.

Jednocześnie chciałbym podkreślić znaczenie regularnego monitorowania przez Komisję Europejską zmian zachodzących na rynkach krajowych oraz skutków wprowadzonego rozporządzenia, aby odpowiednio wcześniej identyfikować ewentualne nieprawidłowości stanowiące obciążenie dla konsumentów.

Chciałbym złożyć wielkie gratulacje i podziękowania wszystkim osobom, które doprowadziły do tego sukcesu.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'abolizione delle tariffe di *roaming*, prevista per il prossimo 15 giugno, metterà fine agli abusi perpetrati nell'ultimo anno e mezzo da alcune compagnie telefoniche che hanno agito sfruttando le zone grigie del nuovo regolamento.

Esattamente un anno fa, in un'interrogazione scritta alla Commissione, denunciavo la pratica scorretta dell'attivazione automatica di piani tariffari *flat* per i servizi in *roaming*, che raggira l'applicazione delle nuove tariffe grazie alla scarsa trasparenza sul costo netto delle chiamate.

Per questo ritengo sia da rivedere la decisione del BEREC di inserire nelle nuove linee guida recentemente pubblicate la possibilità di una proroga di 12 mesi per l'eliminazione del *roaming*. E a poco servono le smentite delle *authority* nazionali di questi giorni, se tra le circostanze eccezionali figura quella della non sostenibilità economica – eccezione, tra l'altro, rinnovabile di anno in anno. A ben vedere è una questione piuttosto artificiosa, visto che l'abolizione del *roaming* è in discussione da circa dieci anni e gli operatori hanno avuto tutto il tempo necessario per predisporre le loro strategie commerciali.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, korištenje podatkovnog prometa sve je veće i u europskim i u globalnim okvirima. Jasno je da će se taj trend nastaviti, što je dobro za europsku ekonomiju, jer se otvaraju nove mogućnosti u sektoru usluga. Globalna se ekonomija transformira zahvaljujući novih tehnologijama i taj je proces neizbježan. Za Europu on može biti vrlo koristan ako iskoristimo sve mogućnosti koje se pružaju i ne ograničimo vlastiti rast pretjeranim regulatornim teretom.

Komisija svoj prijedlog gornje granice veleprodajne cijele podatkovnog prometa temelji na dosta konzervativnoj procjeni rasta korištenja podatkovnog prometa i nepromijenjenim cijenama na tržištu, iako nezavisne studije pokazuju da će korištenje podatkovnog prometa značajnije rasti, a tržišna cijena nastaviti padati. Još jedan dokaz da odnos ponude i potražnje mora biti glavni regulator cijene, a politika bi se u taj odnos trebala što manje miješati.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Pokalbių ir mobilaus interneto kainų sumažinimas tikrai prisidės prie patogesnio ir geresnio gyvenimo visoje Europos Sąjungoje. Šiandien sveikinome Ukrainą, užsitikrinusią bevizį režimą ir glaudesnius ryšius su Europa, tačiau mobiliojo ryšio minutės kainą su šia šalimi visi ES operatoriai per keletą pastarųjų metų išaugino beveik dvigubai. Todėl turime įdomų paradoksą: viena vertus, skatiname Europos integraciją jau sukurtoje Europos Sąjungoje, kita vertus, kasdieniais buitinais klausimais toliname nuo savęs Europos Sąjungai nepriklausančias šalis. Galime užsiduoti klausimą: o kokia bus mobiliojo ryšio kaina su Jungtine Karalyste po to, kai baigsime „Brexit'o“ procedūras?

Manau, kad, pasiekus ženklų mobiliojo ryšio kainų sumažėjimą ES viduje, turėtume atkreipti daugiau dėmesio į šios paslaugos reguliavimą bent jau su artimiausiomis kaimyninėmis šalimis.

Patricija Šulin (PPE). – Odprava roaminga bo tako snížala stroške tistim, ki so v tujini, in poenotila digitalni trg. Ne samo poslovnežem, ki so veliko v tujini, ampak tudi mladim, ki študirajo v tujini, in vsem, ki kot turisti prihajamo v drugo državo članico.

Zelo verjetno pa bodo operaterji že pred junijem svoje naročniške pakete podražili in jih tudi seveda na novo prilagodili trgu. Vendar moramo na to še počakati in tudi budno bdeti nad tem.

Gostovanja v mobilnih omrežjih bodo z odpravo roaminga dokončno poenotena, saj so pribitke operaterji zaračunavali in tako ustvarili dodatne ovire za enoten digitalni trg.

Pozdravljam uspeh Evropske komisije in Evropskega parlamenta, saj je s tem zelo veliko osebam zagotovil cenejše telefoniranje.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, dragi colegi, iată astăzi avem și o bucurie, pe lângă tristețea dezbaterii Brexit-ului: un lucru foarte așteptat, deși regulamentul prevedea din 2015 eliminarea tarifelor. Sperăm că e un fapt dacă mâine vom reuși să fim uniți să votăm acest raport.

Comisia are însă de elaborat și un mecanism de sustenabilitate, care trebuie pus în aplicare până sfârșitul anului pentru unele derogări excepționale și sunt convinsă că se va ocupa de acest lucru.

În sfârșit o normalitate pentru o comunicare la tariful de acasă cu familia, cu angajații din firmă, atunci când călătorim. Consumatorii, de fapt, nu au fost protejați, pentru că nu aveau cum să verifice ce preț li s-a pus la factură într-o oarecare țară. Dacă raportul va fi votat, vom intra într-o normalitate și o protecție a consumatorului adecvată și uniformă în piața internă. Piața va fi mai dinamică și toată lumea are de câștigat.

Felicit raportoarea, pe colega mea, colega noastră, Miapetra, și sper, domnule comisar, că se va continua cu monitorizarea și vom ajunge la o situație normală și la o piață unică și în acest domeniu.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ενιαία αγορά δεν μπορεί να λειτουργήσει χωρίς την ψηφιακή αγορά, χωρίς την ίδια την ψηφιακή οικονομία. Μόνο έτσι μπορεί να υπάρξει ανάπτυξη και ενίσχυση της απασχόλησης. Για να γίνει αυτό, θα πρέπει να καταργηθούν οι υπερβολικές χρεώσεις που επιβάλλει το *roaming*, δηλαδή δεν μπορεί να υπάρξει ανάπτυξη αν δεν καταργηθούν οι χρεώσεις της περιαγωγής.

Έτσι η κατάργηση του *roaming* αποτελεί θετική εξέλιξη τόσο για τους εμπορευόμενους χονδρικά όσο και για τους ιδίους τους πολίτες. Αρκεί, κύριε Πρόεδρε και κύριε Επίτροπε, να υλοποιηθεί πράγματι, να τεθεί σε ισχύ χωρίς αστερίσκους και εξαιρέσεις. Ενιαίες λοιπόν τιμές σε όλη την Ευρώπη για τους πολίτες που θα πρέπει να μην έχουν χρεώσεις περιαγωγής από όπου και αν τηλεφωνούν. Με τον τρόπο αυτό οι πολίτες θα μπορούν να κυκλοφορούν πράγματι ελεύθερα, χωρίς εμπόδια, να ενημερώνονται μέσω του κινητού τους, να κατεβάζουν δεδομένα. Επίσης θα ενισχυθούν έτσι και οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις με ελεύθερη ανταλλαγή δεδομένων.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, θα συμφωνήσω με τους προλαλήσαντες ότι η κατάργηση των εξόδων περιαγωγής είναι όντως ένα θετικό βήμα. Ωστόσο, κύριε Επίτροπε, το Συμβούλιο και η αρμόδια επιτροπή, όταν εξέτασαν την πρόταση της Επιτροπής, κατέληξαν σε κάποιες διαφοροποιήσεις. Αναφέρω συγκεκριμένα ως παράδειγμα την ανάγκη ενός μηχανισμού βιωσιμότητας. Δηλαδή, εάν υπάρχει σοβαρή απόκλιση των τιμών σε ορισμένα κράτη μέλη, να υπάρχει δυνατότητα διόρθωσης της ανώτατης τιμής, εάν υπάρχει ανάγκη. Ο μηχανισμός βιωσιμότητας δεν αποτελεί μέρος της συμφωνίας που έχουμε ενώπιόν μας. Ποιος μπορεί να εγγυηθεί και να εξηγήσει σε αυτά τα κράτη μέλη που έχουν αυτές τις ανησυχίες ότι ικανοποιούνται οι ανησυχίες τους ως προς την απουσία του συγκεκριμένου μηχανισμού;

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! Én tényleg nagyra becsülöm az Ön rugalmasságát, hogy lehetőséget biztosít szinte – sőt minden – spontán felszólalásnak. Bár hogyha ezt a nagyrabecsülésemet én Önnek telefonon szeretném elmondani, és mondjuk itt, Strasbourgban a magyar telefonszámomról, magyar mobilszámomról Önt felhívom az Ön lengyel mobilszámán, akkor ez valóban nagyon kedvezményes költségekkel jár. De hogyha én ezt Budapestről szeretném megtenni, ugyanarról a saját mobiltelefonomról, ami magyar mobiltelefon, ez esetben én Önt csak nemzetközi hívás gyanánt tudnám hívni, konkrétan méregdrágán. No, ezt az ellentmondást még nem sikerült egyelőre elhárítanunk, úgyhogy kérem a Bizottság képviselőit, hogy fontolják meg, hogy ebben azért tegyünk valamit, mert nagyon drága saját mobilról, saját hazából külföldet hívni, bár mindenhol máshol már olcsóbb.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Andrus Ansip, Vice President of the Commission. – Mr President, tomorrow will be a historic vote, as it will mark the final step of a long regulatory journey. This journey was a really long one. We started with this process in 2007, but in the beginning this process was not very rapid. But since last May we have been able to cut those roaming surcharges by 75%. Altogether, in comparison with 2009, we were able to cut roaming surcharges for SMS messages and voice minutes by 92% and for data by as much as 96%. At the same time, domestic prices in all our Member States decreased. This is my message to all those people who are worried about the increase in domestic prices.

Exorbitant roaming charges were an anomaly in a continent where people move freely across, and between, countries. Together the EU institutions are now putting an end to the roaming surcharges for our people. At last, people will be able to stop turning off the data on their phones when they cross an EU border. This is how it should be and how it should always have been. The Commission, in cooperation with national regulatory authorities, will continue its close monitoring to ensure that the new rules of today's deal are strictly observed by the operators.

The EU is often criticised for not delivering concrete results to Europeans. This is because the benefits of EU policies are sometimes difficult to grasp and identify in people's daily lives. Here is one well-identified and very concrete benefit. The Commission strongly urges the European Parliament to adopt the new regulation on wholesale roaming markets. We now need to come together and say with one voice that we delivered on our promise.

Miapetra Kumpula-Natri, esittelijä. – Arvoisa puhemies, kiitos kaikille kollegoille tämän päivän keskusteluista, vahvasta tuesta ja myös huolistanne. Oli kunnia parlamentin puolesta johtaa tätä neuvottelua. Viimeinen lainsäädännön palanen yhteisistä tukkumarkkinakattohinnoista saadaan valmiiksi huomenna äänestyksessä.

Euroopan parlamentti olisi ollut valmis jopa alempiin hintoihin, kuten täällä tuli esille, koska näemme, että mitä alemmat hintakatot, sitä parempi kuluttajalle. Mutta myös niille operaattoreille, jotka tänä päivänä jo tarjoavat rajatonta datan käyttöä halpaan hintaan, prosessissa saatiin kolme helpotusta. Ensinnäkin kattohinta saatiin paljon komission alkuperäistä esitystä alemmaksi, toiseksi nämä operaattorit voivat asettaa datan käytölle ulkomailla kattoja, ja kolmanneksi operaattorit voivat hakea silloin poikkeusta, jos tämä tulisi heille yhä vielä liian kalliiksi. Tässä kuitenkin uskon, että markkinat ja kilpailumarkkinat pelaavat ja kuluttajat pääsevät tämän lainsäädännön piiriin, niin että matkustaminen ja puhelimen käyttäminen ulkomaillakin on mahdollista.

En tiedä yhtään maata, jonka kuluttajien etu olisi kalliit kansalliset hinnat. Minun mielestäni on hyvä tavoite, jos tämä lainsäädäntö myös lisäisi avoimuutta, koska miksi ihmeessä me puolustaisimme sitä, että datan hinta voi olla toisessa maassa satakertainen toiseen maahan nähden tai kymmenkertaisia puheluhintoja. Minun mielestäni teidän kaikkien tulee mennä kotimaihinne ja kysyä, onko teknologia todella niin paljon kalliimpaa vai palkat vai mikä, koska maiden väliset erot ovat todella suuria. Tämä voi olla hyvä lisä, joka tästä saadaan aikaiseksi, kun saamme läpinäkyvyyttä.

Me todistamme tällä, että EU:ta tarvitaan, sääntelyä tarvitaan ja avoimuutta tarvitaan. Tarvitsemme myös lisäinvestointeja, koska jokainen lisäinvestointi alentaa yksikkökustannusta, ja näin eurooppalaiset saavat käyttöönsä enemmän mobiilidataa ja sillä tuotettavia palveluja.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 6 kwietnia 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Europäische Verbraucher werden zukünftig nicht mehr extra für die Nutzung ihres Mobiltelefons im Ausland zahlen müssen. Hohe Handy-Rechnungen für das Telefonieren im EU-Ausland gehören somit der Vergangenheit an. Europäisches Parlament und Rat fanden auf der Grundlage des Vorschlags der Kommission bereits im Juni 2016 eine politische Einigung über die neuen Vorschriften, die von den Betreibern auf dem Großkunden-Roamingmarkt ab Juni angewandt werden müssen. Bereits seit einigen Jahren sind die Vorleistungspreise für Datenroaming rückläufig. Die ansteigende Datennutzung ist einer der Hauptgründe für diesen Preiserückgang. Die gestiegene Datennutzung bringt klare wirtschaftliche Vorteile, da sich hier neue Dienstleistungsmöglichkeiten eröffnen. Daneben werden durch die erhöhte Datennutzung vermehrt Infrastrukturinvestitionen angestoßen, was dazu führt, dass Verbraucher noch mehr Daten nutzen können. Gerade für mein Heimatland Österreich sind Investitionen in die Breitbandinfrastruktur von größter Bedeutung, weil das Land im Bereich der Digitalisierung im Europa-Vergleich nur im schlechten Mittelfeld liegt. Laut dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2016 liegt Österreich beim Anteil an schnellem Breitband über 30 Mbit/s nur auf dem schlechten 20. Rang von insgesamt 29 untersuchten Ländern. Daher unterstütze ich das Ziel, Roamingentgelte für Endkunden in Europa abzuschaffen, da dies den Verbrauchern zugutekommt und dazu führt, dass die Telekommunikationsmärkte wettbewerbsgeprägt bleiben.

Victor Negrescu (S&D), în scris. – Dezbateră privind „Roamingul cu ridicata” este firească în contextul în care Uniunea Europeană își propune eliminarea taxelor de roaming până la data de 15 iunie 2017. Noi, decidenții politici, trebuie să ținem seama în primul rând de interesele cetățenilor, iar în acest moment interesul cetățenilor europeni este de a avea costuri zero atunci când călătoresc în oricare stat membru. Cetățenii vor să vadă că Uniunea Europeană acordă mai mult interes și propune mai multe soluții concrete pentru problemele lor de zi cu zi, uneori chiar și în detrimentul interesului privat sau al celui național. Prin urmare, piețele naționale ale serviciilor de roaming cu ridicata trebuie să fie competitive și să propună tarife de roaming cu ridicata care le permit operatorilor să ofere servicii de roaming cu amănuntul în mod sustenabil, fără costuri suplimentare. Soluția pe care o propun este aceea de a reglementa tot ce ține de „roamingul cu ridicata” la nivel european, fie că păstrăm tarifele actuale, fie că decidem împreună reducerea lor substanțială, având ca scop principal eliminarea totală a costurilor pentru cetățenii simpli prin implementarea normelor „Roam Like At Home”

(RLAH).

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le 15 juin 2017, le citoyen européen ne payera plus de frais supplémentaires en utilisant son téléphone portable en dehors de son pays. Cette victoire, que nous avons obtenue à la suite d'un long bras de fer avec les opérateurs, fera sensiblement baisser les factures de téléphone de millions de travailleurs transfrontaliers et de dizaines de millions de vacanciers européens. Cependant, pour garantir la disparition de ces coûts pour le particulier et faire en sorte que les opérateurs ne tentent pas de se rattraper ailleurs, il fallait aussi réduire les prix de gros de l'itinérance, c'est-à-dire le coût que les opérateurs télécoms se facturent mutuellement lorsque le client consulte internet à l'étranger. La décision votée aujourd'hui au Parlement européen va dans ce sens. Grâce à cet accord, le citoyen est doublement gagnant. D'une part, il est assuré de ne pas payer de frais supplémentaires en utilisant son téléphone portable en dehors de son pays (pour autant qu'il n'utilise pas le service de façon excessive, seuil encore à fixer). Mais ce n'est pas tout. Ces plafonds plus bas pour les transferts de données permettront aux consommateurs européens d'accéder à davantage de contenu audiovisuel lorsqu'ils voyagent en dehors de leurs frontières.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pone Pirmininke, pranešimas, kurį šiandien aptarinėjame, turi labai didelę svarbą visiems Europos Sąjungos gyventojams, kadangi liečia lengvatas komunikacijoje. 2015 metais priimtas įsakas, kuris numatė tarptinklinių ryšių apmokestinimo panaikinimą nuo visų susisiekimo tipų, tame ir balso, ES teritorijoje. Kad tokia sistema galėtų įsigalioti yra reikalingas taisyklių įvedimas, reglamentuojantis tarptinklinio ryšio paslaugų didmenines kainas. Tuo pačiu bus įmanoma panaikinti tarptinklinio ryšio Europoje mažmeninius mokesčius. Šitą sprendimą reikia įvesti kuo greičiau, kadangi jis neabejotinai yra vertingas visiems vartotojams, o ypač keliaujantiems po įvairias Europos šalis. Taip pat tai prisidės prie ryšių apmokestinimo sumažinimo, su sąlyga, kad bus užtikrinta „sąžiningo naudojimo politika“, grindžiama mokesčių nepriskaičiavimu už papildomas ryšio operatorių paslaugas ir duomenų perdavimą už šalies ribų, kur buvo nupirkta paslauga. Šiose aplinkybėse įgyvendinimo aktuose reikia atkreipti dėmesį į konkurencijos apsaugą telekomunikacijos rinkoje, nes tai yra būtina galimai žemų paslaugų kainų išsaugojimui. Būtinias kuo greičiausias nuostatas ir taisyklių įvedimas, panaikinančių tarptinklinių ryšių ES norint įtvirtinti ir palengvinti vienalytį skaitmeninį rinkos procesą Sąjungoje. Taip pat tai įtakos vartotojų mokesčių sumažinimą. Todėl pranešėjos pozicija, skatinanti Komisiją kuo greičiau imtis veiksmo šiuo klausimu, yra visiškai pagrįsta.

16. Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind: Ukraine (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sprządzone przez Mariję Gabriel w imieniu Komisji Wolności Obywatelskich, Sprawiedliwości i Spraw Wewnętrznych w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającego rozporządzenie (WE) nr 539/2001 wymieniające państwa trzecie, których obywatele muszą posiadać wizy podczas przekraczania granic zewnętrznych, oraz te, których obywatele są zwolnieni z tego wymogu (Ukraina)

(COM(2016)0236 – C8-0150/2016) – 2016/0125(COD)) (A8-0274/2016)

Michał Boni, *deputising for the rapporteur*. – Mr President, on behalf of Mrs Mariya Gabriel, Rapporteur for the Report for the visa liberalisation for Ukrainian citizens, allow me to address some words.

First and foremost, the rapporteur would like to thank the Commission and the Council for the excellent collaboration that has existed all through the process. The rapporteur would like to highlight the remarkable work realised by the Slovak and Maltese Presidencies in order to achieve the completion of the visa liberalisation process so dear to the Ukrainian citizens.

The rapporteur would also like to thank the Ukrainian people and the Ukrainian government for all their efforts, determination and patience. Indeed, on 28 February an agreement was reached between the European Parliament and the Council on the visa liberalisation process for Ukraine. This agreement was confirmed by the COREPER meeting two days later. On 9 March 2017, an overwhelming majority of MEPs on the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) voted in favour of the visa waiver for Ukrainian citizens, sending a strong message.

In the words of the rapporteur, Ukraine has achieved all the benchmark criteria set out by the EU and has even gone beyond expectations in terms of sustainable reforms. Important advancements have been realised in the areas of document security, border and migration management, public order and security, and external relations and fundamental rights.

For the rapporteur, it is these criteria and this methodology that are extremely important in the benefits that they produce. On the one hand, citizens benefit from the implementation of reforms that impact their daily lives. In fact, the visa waiver is a remarkable tool that allows to connect people and build bridges among populations. On the other hand, it is a strong message for the citizens that see their country engaged in a European path.

Given the commitment of Ukraine to pursue in the way of the reforms undertaken and the consolidation and sustainability of its compromises, the rapporteur calls on us to confirm today the principle that the European Parliament so heatedly defends: that every country that meets the criteria set out by the European Commission should benefit of the visa waiver for its citizens.

Finally, the rapporteur would like to stress that Ukraine is a key partner for the EU in the Eastern Partnership in the fight against organised crime and terrorism, the fight against human trafficking, and the fight against corruption. Our vote tomorrow, supporting the visa waiver for the Ukrainian citizens, would constitute in this sense the concrete realisation of their aspiration and engagement in favour of peace, stability and European ambition.

On her behalf, I thank you.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I would like to thank you for all the efforts you have put in this important file. Very soon, Ukrainian citizens holding a biometric passport will be able to travel to the Schengen area for short stays of up to 90 days without a visa, and I am very pleased that we are nearing this important moment for Ukraine and its citizens, for its neighbourhood and for the European Union.

We are seeing the results of the hard work of the Ukrainian authorities over the past three years. It has been a long process, but we are reaching the end. Already in December 2015, the Commission confirmed that Ukraine had implemented all the benchmarks set out in its visa liberalisation action plan. Following this positive assessment and taking into account the overall EU-Ukraine relations, we proposed in early 2016 to lift the visa requirement for Ukrainian citizens holding a biometric passport. I am very pleased that we can now finally conclude this process. In parallel, the revised visa suspension mechanism just entered into force at the end of last month. The visa suspension mechanism will be an important tool to further enhance security for the EU but also to strengthen our visa liberalisation policy. Under the new mechanism, the Commission will monitor the continuous fulfilment by Ukraine and all visa-free countries of the visa liberalisation criteria, especially in the fight against organised crime and corruption.

Honourable Members, we are almost there. Visa liberalisation for Ukraine will be an essential contribution to strengthening cultural and economic ties between Ukraine and the EU for the Eastern Partnership and our neighbourhood in general. In times of rising nationalism and xenophobia, insular and exclusive thinking, this will be another signal that the EU remains open and connected to this, its neighbourhood.

Dear Members of the European Parliament, I call on you to demonstrate this openness and support the proposal on the table during the votes.

Michael Gahler, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.* – Herr Präsident! Ich spreche heute als ständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Ukraine. Ich habe diese Aufgabe von unserem Kollegen Saryusz-Wolski übernommen, der als Berichterstatter die Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses zu diesem Bericht verfasst hatte. Ich danke ihm für seine bisherige Arbeit und bin sicher, dass er meine Ausführungen teilt.

Wir beglückwünschen heute die Ukraine. Mit dem Beschluss des Europäischen Parlaments befreien wir die ukrainischen Staatsangehörigen vom Visazwang. Zugleich stärken wir die Verbindung der Europäischen Union mit diesem Land. Die Aufhebung der Visumpflicht wurde möglich durch die Arbeit der ukrainischen Regierung und der Werchowna Rada. Sie haben wichtige technische Voraussetzungen erfüllt. Sie haben auch den politischen Willen, ihr Land demokratisch und rechtsstaatlich zu modernisieren, das heißt in dem Zusammenhang, einen effizienten Rückübernahmemechanismus anzuwenden.

Ich sage heute aber auch kritisch an unsere eigene Adresse: Wir als EU haben diese Entscheidung viel zu lange verzögert. Die Kommissarin sagte, im Dezember 2015 war das Land bereits so weit. Die Ukrainer hatten eine viel frühere Entscheidung verdient. Denn wir müssen auch sehen: Diesen wichtigen Reformkurs steuert die Ukraine, während sie sich im Krieg befindet und Teile des Landes – die Krim, Donezk und Luhansk – besetzt sind. Der russische Präsident gönnt der Ukraine diese Erfolge nicht. Ich sage deshalb den Verantwortlichen in der Ukraine: Sie müssen den erreichten Fortschritt absichern, auch nachdem die Visumpflicht entfällt. Die jüngsten Versuche, die Arbeit von Antikorruptionsaktivisten zu erschweren, sehe ich daher mit Sorge.

Reisen in der EU ohne teure Visa und zeitraubende Verfahren wird die Ukrainer und EU-Bürger noch enger miteinander verbinden. Der ukrainische Pass wird nun zu den erstklassigen Dokumenten in Europa gehören. Anders als von russischen Besatzungsbehörden ausgestellte Dokumente öffnet er alle Türen. Diese Nachricht sollte auch im Donezbecken gehört werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Erinnern Sie sich? Zwölf Jahre sind vergangen, seitdem Präsident Juschtschenko die Visumpflicht für EU-Bürger in der Ukraine aufgehoben hat. Anlass war damals das Finale des Eurovision Song Contest in Kiew Anfang Mai 2005. Ich freue mich, dass die Ukraine in wenigen Wochen, vom 9. bis zum 13. Mai, wieder solch ein fröhliches und friedliches Fest für alle Europäer ausrichten wird.

Heidi Hautala, *rapporteur for the opinion of the Committee on Legal Affairs.* – Mr President, when Mr President Poroshenko was in the Eastern Partnership Summit in Riga two years ago, he was referring to demonstrators outside the window who had banners saying 'I was born visa-free', and he repeated those words, and I think it was excellent food for thought for us. So now, finally, we are approaching the day when Ukrainian citizens can make short-term visits without a visa to the European Union. I am speaking on behalf of the Committee on Legal Affairs, which has paid close attention to the developments in Ukraine: visiting the country and also organising a hearing, together with the Commission, with the EU Advisory Mission Ukraine and with the Council of Europe in Brussels, where we studied the state of the reforms in the judiciary. And while we are rejoicing with the Ukrainians that they finally have this visa-free access to the European Union, we should not give up reminding them that the reform of the judiciary and especially the measures against high-level corruption must continue, and we have with great concern read news that there would be a total misunderstanding that also those fighting corruption would have to be put on the same line with those who actually are in the position to conduct corruptive measures – that they would have to declare their assets and situation. I hope that it will be set right in Ukraine.

Dubravka Šuica, *u ime Kluba zastupnika PPE-a.* – Gospodine predsjedniče, bezvizni režim za Ukrajinke koji putuju u Europsku uniju samo je još jedan dokaz kontinuirane potpore Europskog parlamenta Ukrajini. Ovaj Parlament dosljedno pokazuje solidarnost i osuđuje ruski vojni angažman i ilegalnu aneksiju Krima, a potiče promicanje političkih i gospodarskih reformi u Ukrajini.

Posljednje dvije godine, Ukrajina je započela ambiciozan i sveobuhvatan proces reformi, čiji je stvarni cilj stvaranje istinskog demokratskog političkog sustava i gospodarstva koje pravilno funkcionira. Uspjeh svih reformi trebao bi Ukrajini omogućiti prijelaz iz postsovjetske u europsku državu. Ukrajina od 2014. godine poduzima neviđene napore u pogledu provedbe reformi i trenutna stopa odbijanja viza za Europsku uniju za ukrajinske građane iznosi manje od 2 %.

Ovo je prilika za pozvati ukrajinsku Vladu da bude i dalje odlučna u provođenju daljnjih reformi. Moraju pokazati odlučnost u provedbi i postići političku stabilnost, što je zajedno s podrškom naroda iznimno važno za njezin uspjeh. Činjenica je da je Ukrajina ispunila sve uvjete i isto tako da svi ovi uvjeti omogućuju da se dogodi suspenzija viza, ali omogućuju i stabilnost, sigurnost, prosperitet i osobno smatram da Ukrajina zaslužuje ovaj tretman i nadam se da ćemo sutra glasovati u tom smislu.

(Govornica je pristala odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika))

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), ερώτηση γαλάζια κάρτα. – Κύριε συνάδελφε, ευχαριστώ που δέχεστε την ερώτησή μου. Ήθελα να ρωτήσω: πιστεύετε ότι η Ουκρανία είναι σε θέση να μας διαβεβαιώσει ότι δεν θα συμβεί με τα ουκρανικά διαβατήρια εκείνο που συνέβη με τα συριακά διαβατήρια που πλαστογραφήθηκαν σε πολλές χιλιάδες αντίτυπα και τα πήραν Αφγανοί, Πακιστανοί, υπήκοοι του Μπαγκλαντές; Επιπλέον, πώς θα είμαστε βέβαιοι ότι αυτά τα διαβατήρια δεν θα πέσουν στα χέρια ανθρώπων του οργανωμένου εγκλήματος, οι οποίοι θα τα χρησιμοποιήσουν για παράνομες ενέργειες;

Dubravka Šuica (PPE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Svugdje ima kriminala i može se to dogoditi i u europskim zemljama. Radi se o biometrijskim putovnicama i kao što sam rekla, Ukrajina je ispunila sve uvjete koji su se od nje tražili. Dugo godina je trajao proces i ovo je način da Ukrajini pomognemo da se polagano europski integriira i da se oslobodi ruskog utjecaja.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Mehr als 1,3 Millionen ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben im letzten Jahr ein Visum für den Schengen-Raum erhalten. Ukrainer, die ihre Familien in Europa besuchen, Touristen, Geschäftsreisende oder Praktikanten. Diese und alle Bürgerinnen und Bürger des Landes werden in Zukunft davon profitieren, wenn wir morgen grünes Licht für die Visafreiheit für ukrainische Staatsbürger geben. Ab diesem Sommer sind Aufenthalte für bis zu 90 Tage von der Visumpflicht befreit, wenn man über einen biometrischen Pass verfügt. Dies erleichtert die Kontakte der Zivilgesellschaft untereinander, sorgt für weniger Bürokratie und ist auch gut für die Wirtschaft sowohl in der Ukraine als auch in der EU.

Neben all diesen praktischen Vorteilen hat die Entscheidung meines Erachtens auch einen hohen symbolischen Wert für die Ukraine und die Europäische Union. Sie ist eine Anerkennung der Reformbemühungen im Land. Die Kommission hat bereits Ende 2015 festgestellt, dass die Ukraine alle Kriterien erfüllt hat, die für einen Wegfall der Visumpflicht notwendig sind. Unser Ja zur Visafreiheit morgen sendet daher auch ein deutliches Signal: Die Ukraine kann in schwierigen Zeiten auf die EU als Partner zählen. Wir öffnen die Tür nach Europa ein ganzes Stück weiter.

(Die Rednerin lehnt es ab, eine Frage von Herrn Rübig nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Ryszard Czarnecki, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Dwanaście lat asymetrii, można powiedzieć, oczywiście można tłumaczyć ten stan rzeczy, ale myślę, że ten obowiązek wizowy znosimy trochę za późno. Obiecaliśmy to wcześniej, parę miesięcy temu zniesiliśmy wize dla Gruzynów, szkoda, że nie zrobiliśmy tego w tym samym czasie dla naszych wschodnich sąsiadów, którzy rzeczywiście przez te ostatnie lata wykonali wielki wysiłek, aby „zwesternizować”, „uzachodnić” swój kraj. Oczywiście możemy mówić o zaniedbaniach – one były wymieniane tutaj przez moich przedmówców, ale trzeba przede wszystkim zobaczyć nie tylko wysiłki władz, ale samego społeczeństwa ukraińskiego, które rzeczywiście chce być częścią Zachodu także w wymiarze kulturowo-cywilizacyjnym. Mówiono o zielonym świetle, wydaje mi się, że to światło czerwone, ale też pomarańczowe bardzo długo się świeciło. Chciałbym, aby ta decyzja była dopiero wstępem do strategicznej i bliskiej współpracy z Ukrainą, która kiedyś zakończy się wejściem tego państwa do naszej europejskiej rodziny.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Úr! Önnek is köszönöm, hogy elfogadja a kérdésemet. Valóban most a vízumkönnyítésről beszélünk, de azért nyilvánvalóan az Európai Parlament több más módszerrel, sőt az Európai Unió több más módszerrel is segíti Ukrainát, nem utolsósorban a kedvezményes kereskedelem eszközeivel, illetve – és itt muszáj mondanom – az oroszokkal szembeni embargóval is. Ön mit gondol azokról a hangokról itt, az Európai Parlamentben, akik esetleg az orosz embargónak az enyhítését célozzák?

Ryszard Czarnecki (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Bardzo dziękuję Panu Posłowi za to pytanie. Jest to pytanie od posła, który dobrze zna Wschód, wielokrotnie tam bywał i myślę, że jest jednym z naszych ekspertów w tej sprawie.

Myślę, że trzeba Ukrainie pomagać, także poprzez instrumenty ekonomiczne, ale nie jest to kwestia akcji charytatywnej czy naszego miłosierdzia. To jest kwestia naszego interesu gospodarczego i politycznego. Te mosty ekonomiczne trzeba budować, obserwując również działanie coraz mocniejszego lobby prorosyjskiego, i u nas na Zachodzie, i tam na Ukrainie.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group.* – Mr President, Ukraine fulfilled all the criteria for the visa-free travel of its citizens to European Union. It is perfectly sufficient for granting it. But besides that, Ukraine was dragged into a difficult situation, and it deserves our support.

Years ago, when Berlin was divided and also in a difficult situation, a great US President proudly declared himself a Berliner. The democratic countries stood by Berlin and the principles of the liberal world. Also thanks to that, Berlin made it; it is united, and Germany and Europe as well.

I see a similarity with the current situation in Ukraine. The people of Ukraine suffer, and key principles are also heavily present. Nowadays I would say that people, wherever they may live, who want a peaceful world and the rule of international law, are, in a way, Ukrainians. I am proud that the European Parliament and the European Union are leading efforts to support and encourage the people of Ukraine – for their future and for ours as well.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Jaromír Kohlíček, *za skupinu GUE/NGL.* – Pane předsedající, jsem jednoznačně pro odstranění vízové povinnosti u všech evropských států. Proto také souhlasím se zařazením Ukrajiny do přílohy II nařízení (ES) č. 539/2001. Z větších evropských států totiž v tomto nařízení nenajdete žádný. Zato je zde Brunej a třináct států Latinské Ameriky.

Nastal čas k zahájení intenzivních jednání se státy Evropy o usnadnění získávání víz. U každého z těchto států můžeme nalézt kontroverzní skutečnosti, konkrétně na Ukrajině se jedná o zabránění činnosti komunistické a socialistické straně, o fyzické násilí proti vedoucím funkcionářům těchto stran, o vypalování jejich kanceláří. V průběhu podle zpravodajky mírových demonstrací na Majdanu zahynuly a byly zraněny desítky lidí. Dodnes není vyšetřen masakr v Oděse. Zpravodajka zjevně neuznává výsledky referenda na Krymu a ve městě Sevastopol. Dosavadní režim ve vízové oblasti kladl pouze symbolické překážky kriminálním živlům v pronikání do Evropské unie. Je tedy správné, že režim uvolňujeme, toho využijí jistě ti, kteří chtějí pracovat, obchodovat a rozvíjet kulturní vztahy. Věřím, že brzy budou následovat i další evropské státy.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Jaromír Štětina (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty.* – Vážený pane kolego, proč si myslíte, že je špatné, že Ukrajinci zakázali komunistickou stranu? Děkuji za odpověď.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Je to jednoduché. Předpokládáme-li, že na Ukrajině směřujeme k demokracii, pak není možné, abychom vylučovali levicové síly z demokratického spektra a znemožňovali jim, aby svobodně, v rámci konceptu politických sil, kandidovaly do Nejvyšší rady, to je Verchovna Rada. A toto se na Ukrajině bohužel stalo.

Ulrike Lunacek, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to say to the Commissioner that tomorrow will be a joyful day for Ukrainian citizens, when Parliament votes for visa-free travel for Ukrainian citizens for three months to the EU. This is something which my political group, Verts/ALE, has been fighting for for all the countries in the neighbourhood. It has taken some time, and I would like to thank the rapporteur for the very good cooperation and the Commission for its support. As Parliament, most of us would have preferred to have had that rule entering into force earlier. Council wanted to have the suspension mechanism, but finally we got it, and now there will be visa-free travel for Ukrainian citizens. So this is a really joyful day.

Nevertheless, I would like to make two criticisms about what is happening in Ukraine at the moment. One thing – which is not really a criticism – is that having the Eurovision Song Contest in Kiev in May is something that I fully support. Nevertheless, I personally do not think that it was a very wise decision not to let the Russian singer participate. The song contest should be something joyful for citizens from whichever country, and it should overcome the fears and the problems which exist in Ukraine with Russian warmongering, etc.

The other point is even more serious. It is about the draft law on e-declarations, where civil society organisations will be obliged to submit e-declarations on their financial interests and assets. This is something that should go, and is going, for politicians and public officials. Yes, we as elected people also have to very clearly declare our interests, salaries and assets. This has been happening in Ukraine, but now legislators are going against civil society organisations – people who really fight for equal rights, more democracy, media freedom, etc. So this requirement is seen – and has to be seen – as a matter of intimidation that needs to stop.

Let me make one final remark about another country that I am rapporteur for here – Kosovo – which still does not have visa liberalisation. I do hope that, as soon as the Kosovo Assembly votes for the two last requirements, that in Parliament and in Council we will have a fast move forward to give the green light to all of those citizens in our close neighbourhood.

Beatrix von Storch, *im Namen der EFDD-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir reden jetzt also über die visafreie Einreise für Bürger der Ukraine in die Europäische Union. Die Ukraine hat anders als Polen oder das Baltikum keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Reformen durchgeführt. Die Ukraine ist wirtschaftlich ungefähr so frei wie Ghana oder Burkina Faso. Das Armenhaus der Euro-Zone, Griechenland, hat eine fünfmal höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf als die Ukraine. Es ist Bürgerkrieg im Land. Der Präsident ist ein milliardenschwerer Oligarch, seine Briefkastenfirmen sind durch die Panama-Papers jetzt öffentlich geworden. Und mit Journalisten steht er nicht auf gutem Fuß. Die lässt er lieber nicht einreisen, insbesondere diejenigen, die über Korruption berichten wollen. Die müssen dann ihre Vermögensverhältnisse offenbaren, die werden also in besonderer Weise drangsaliert.

Dass die Niederlande das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine abgelehnt haben, scheint hier wieder niemanden zu interessieren, das wird einfach ignoriert. Die EU will die Ukraine immer mehr an sich binden und – das wurde hier auch schon gesagt – am Ende in die EU hineinbekommen, auch wenn die Ablehnung der Niederlande beispielsweise da ist. Und das geht Schritt für Schritt – Salamtaktik –, mit Geld und mit Visafreiheit.

Es fließen Milliardenbeträge an die Ukraine, aber der Europäische Rechnungshof hat festgestellt: Wir wissen nicht, wohin. Man weiß es einfach nicht. Das Geld ist weg. Das stört aber auch wieder niemanden, obwohl dieses Land – auch das wurde mehrfach gesagt – in einer Disziplin Weltmeister werden könnte: in der Korruption. Die Frage ist: An welchem Maßstab messen Sie Visafreiheit?

(Die Rednerin lehnt es ab, eine Frage von Herrn Gahler nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Auke Zijlstra, namens de ENF-Fractie. – De Europese Rekenkamer noemt Oekraïne het meest corrupte land van Europa. Oekraïne is een land dat in oorlog is. Het moet met miljarden aan hulp op de been worden gehouden, het heeft moeite met democratie en oligarchen maken er de dienst uit. Visa en paspoorten worden op grote schaal vervalst en je kunt er nu al langetermijnvisa, verblijfsvergunningen en zelfs hele EU-nationaliteiten kopen.

Als er dus één land is dat niet in aanmerking moet komen voor visumvrijstelling is het wel Oekraïne. Maar Brussel ziet Oekraïne als een toekomstige lidstaat, wil dus van deze feiten niet weten en gooit de grenzen breed open, terwijl ieder normaal mens ziet dat je met zo'n land juist heel goed bewaakte grenzen moet hebben.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, στην Ουκρανία, πριν από δύο χρόνια, συντελέστηκε μια συνταγματική εκτροπή. Το κίνημα Μαϊντάν, υποκινούμενο και βοηθούμενο από εξωθεσμικούς παράγοντες, ανέτρεψε τη νόμιμα εκλεγμένη κυβέρνηση του προέδρου Γιανουκόβιτς. Η αρπαγή της εξουσίας από ένα κατ' ουσίαν νεοναζιστικό κόμμα, που εκπροσωπεί ολιγάρχες και εξτρεμιστικές ομάδες, απέχει πολύ από ένα κράτος δικαίου.

Αυτή τη στιγμή η Ευρωπαϊκή Ένωση, έχοντας ως στόχο να μειώσει την επιρροή της Ρωσίας, συνδιαλέγεται και συνάπτει συμφωνίες με μια κυβέρνηση η οποία προήλθε από πραξικόπημα. Μια ευθεία αντιδιαστολή με την υπεροχή του διεθνούς δικαίου ως βασική αρχή της Ένωσης. Παράλληλα στην Ουκρανία, η διαφθορά και η διαπλοκή καταγράφουν υψηλά ποσοστά. Ο πολιτικός κόσμος εμπλέκεται σε πλήθος σκανδάλων, η δικαιοσύνη εδελουφλεί και υπάρχει παντελής έλλειψη ευρωπαϊκών δομών.

Η Ένωση θα πρέπει να δείξει μεγάλη προσοχή στις σχέσεις της με μια χώρα η οποία δεν μπορεί να διατηρήσει την τάξη και στην οποία η μισαλλοδοξία, ο εξτρεμισμός, η ανομία και το χάος κυριαρχούν. Υπό αυτές προϋποθέσεις κάθε προσέγγιση με την τωρινή κυβέρνηση της Ουκρανίας χαρακτηρίζεται τουλάχιστον ατυχής. Νομίζω ότι στο θέμα της έκθεσης σας κατευθύνουν τα συμφέροντα και όχι η πραγματικότητα. Βέβαια αυτό συμβαίνει κατά κόρον σε αυτή την αίθουσα.

Jaromír Štětina (PPE). – Dámy a pánové, někdy začátkem roku mne jedny ukrajinské noviny požádaly o rozhovor. První otázka, kterou mi redaktor položil, byla: „Proč jste nás vy – Evropská unie a Evropský parlament – hodili přes palubu?“ Když jsem zalapal po dechu, redaktor pokračoval: „Ukrajinci vám přestávají věřit. Pořád jen sliby a slova. Vždyť Ukrajina brání i vás. Lidi přitom umírají. A vy nejste schopni vyřešit už druhý rok ani tak prostou věc, jako je bezvízový styk.“

Dialog o vízové liberalizaci EU-Ukrajina začal už v roce 2008. Komise předložila Ukrajině akční plán liberalizace v roce 2010. V prosinci 2015 Komise usoudila, že Ukrajina splnila všechna kritéria pro bezvízový styk. Cesta k bezvízovému styku trvala osm let. Mezitím se odehrál Majdan, Rusko anektovalo Krym, vypukla válka na východě. Ani tyto otřesy nezahubily myšlenku, že Ukrajina patří do Evropy. V září 2014 náš Evropský parlament a ukrajinský parlament ratifikovaly asociační dohodu a zítra máme bezvízový styk pro Ukrajinu schválit.

Nejde jen o to, že ukrajinský občan může navštívit Evropskou unii na celých devadesát dní bez víza, ale zítřejší přijetí bude mít zásadní symbolický význam. Ukrajina patří do Evropy. Nebyla zapomenuta.

Tonino Picula (S&D). – Dijalog o liberalizaciji viznog režima između Europske unije i Ukrajine počeo je još prije devet godina. Komisija je objavila više pozitivnih izvješća o provedbi akcijskog plana za liberalizaciju viznog sustava, što dokazuje znatne pomake od 2014. uzmu li se u obzir unutarnje prilike i vanjski pritisci s kojima se ta zemlja suočava. U posljednjem izvješću Komisija zaključuje kako je Ukrajina ostvarila potreban napredak i zadovoljila sva mjerila utvrđena u akcijskom planu.

Ovu odluku ne treba komunicirati kao neki jednostrani ustupak Europske unije Ukrajini. Ukrajina je naš ključni partner u okviru Europske politike susjedstva i Istočnog partnerstva. Načelo reciprociteta liberalizacije viznog režima očituje se u uzajamnim pogodnostima i za europske i za ukrajinske građane. Doprinijet će širenju mreže kontakata, jačanju ekonomskih i kulturnih odnosa te poticanju političkog dijaloga o vitalnim pitanjima.

Zaključno, iznimno mi je drago da Europski parlament konačno glasuje o ovoj odluci koja predstavlja puno više od tehničkog aspekta naših odnosa. Ona je toliko očekivani simbolički, ali i vrlo konkretan čin potpore Europske unije Ukrajini i njezinim građanima. Nadam se da će i Vijeće ubrzo potvrditi ovu odluku jer, iako je jasno da uskoro neće doći do novog proširenja Europske unije, nikako ne smije zastati naša podrška Ukrajini da postupno, uz obveze ispunjavanja svih potrebnih standarda ostvari jedan od ključnih ciljeva, a to je svakako članstvo u Europskoj uniji.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Daleko stąd pisany jest scenariusz skłócania Polaków z Ukraincami, odpowiadam wprost – popieram liberalizację wizową, walkę z agresją i trudne reformy. Jeżeli jednak słowo Polki, przyjaciela, osoby, która potrafi iść pod prąd, ma dla Ukraińców jakiegokolwiek znaczenie, chcę, żeby wiedzieli, że wspomnienie postaci Stefana Bandery budzi moje największe obawy. Wierzę jednak, że wspólnie pokonamy wszystkie przeszkody. Działając w dobrej woli, doprowadzimy do tego, że będziemy w jednej europejskiej rodzinie.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE). – Mr President, first, a correction: the Dutch Parliament, having two houses, is now in the process of ratification of the Association Agreement with Ukraine. I hope, because the House has passed it already, that it will also pass in the Senate soon, and then the Dutch will be part of the Association Agreement, and I favour that very, very much. Secondly, should we punish the people of Ukraine for the fact that their country is under threat of Russian aggression and that there is illegal annexation of the Crimea and illegal Russian intervention in Eastern Ukraine? Should we punish them for that? No, of course, and it means that tomorrow we will vote and I am sure we will vote in a positive manner for visa liberalisation, because the criteria have been met. There is this safeguard and the emergency brake in the biometric passport, so it is now time to say 'yes' to free people in a free country.

Bronis Ropé (Verts/ALE). – Po to, kai šiandien ryte aptarėme liūdną visai Europos Sąjungai klausimą – „Brexit“ą, dabar turime galimybę padaryti vieną darbą, kuriuo prisidėsime prie didesnės ir geresnės Europos kūrimo – vizų panaikinimo Ukrainos piliečiams. Vizų panaikinimas ir teisė laisvai keliauti po Europos Sąjungą – vienas veiksmingiausių Europos Sąjungos išorės politikos instrumentų. Jį taikyti turime atsargiai ir pamatuotai, visų pirma, tų šalių, kurios nori būti europietiškomis, atžvilgiu. Ukraina jau seniai įrodė, jog yra nusipelnusi pasinaudoti šia Europos Sąjungos teikiama galimybe. Kartu tai bus geriausia mūsų dovana visoms proeuropietiškomis jėgoms Ukrainoje, aiški žinia, kad mainais už šalies europėjimą ji gali gauti ir daugiau.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, la Commission propose d'exempter les Ukrainiens de l'obligation de visa pour entrer dans l'Union. Je suis résolument opposé à cette proposition, car la Commission la présente elle-même comme, je cite: «un développement de l'acquis de Schengen». Or, je suis contre Schengen, dont l'échec évident vient d'ailleurs d'être constaté par un rapport du Sénat français.

Je condamne, d'autre part, cet empressement de l'Union à collaborer avec le sinistre régime du président Porochenko. Le Conseil des droits de l'homme de l'ONU a révélé qu'il pratique la torture à l'encontre des personnes soupçonnées de séparatisme.

De façon plus générale, l'Ukraine ne respecte plus les normes européennes. Le droit y est mal respecté. Le procureur général Loutsenko a ainsi enregistré une hausse de 25 % de la criminalité dans le pays. Quant à la corruption, elle se porte mieux que jamais. Porochenko, président, donne hélas le mauvais exemple en passant des contrats avec Porochenko, chef d'entreprise, c'est-à-dire avec lui-même. D'après le magazine *Forbes*, sa fortune personnelle aurait augmenté de 320 millions de dollars en deux ans.

Dans ces conditions, il est inacceptable de décerner une telle récompense à l'Ukraine. L'Union doit se reprendre et arrêter de se laisser aveugler par sa haine de la Russie.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, we have just heard the infiltration of Putin in this European Parliament from my colleague in ENF. Finally, the people of Ukraine will be granted visa-free travel. It is about time. It is a concrete step to fulfil the Maidan dream. The aspiration of a Ukraine closer to Europe for the people, by the people. Ukraine has fulfilled all the criteria in record time; even more impressive, they made it while under attack by Russia, which is waging a proxy war. Let us be honest: few countries today pay such a high price for its democratic aspiration.

More than 10 000 Ukrainians have died defending our shared values of peace, democracy and freedom. More than 1.5 million are displaced, many of whom are children fleeing for their lives. With visa-free travel, finally the EU delivers visible results for the people, showing them that there is progress. Visa liberalisation is about people-to-people contacts, facilitating mutual understanding, respect and friendship.

Now a Ukrainian entrepreneur can meet his business partner in the EU without tiring paperwork. Tourists, young people, can travel to Europe without waiting in line in embassies, and parents can spontaneously go and meet their children living on the other side of the border. This exchange is in our common interest. It has strengthened our partnership and our economy, and the EU should now give the green light and implement the visa-free regime without delay. Ukraine has done its part; we have to do ours.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior en la que soy ponente del informe del Código sobre visados, me he mostrado siempre a favor de la facilitación de los visados y he votado a favor de la exención de visados para los ciudadanos ucranianos que dispongan de pasaporte biométrico, dado que Ucrania hace ya tiempo que concedió esa exención de visado a los ciudadanos europeos.

Ucrania ha superado los seis informes de situación que han sido necesarios para completar este expediente, el último en diciembre de 2015, en el marco del Acuerdo de Asociación que se firmó solemnemente aquí, en este Parlamento Europeo, y simultáneamente en la Verjovna Rada —el Parlamento ucraniano—, en septiembre de 2015.

Eso no significa que no haya problemas. Entre ellos, ese procedimiento legislativo que intenta imponer declaraciones electrónicas de intereses y de bienes a las asociaciones civiles que luchan contra la corrupción, como si tuvieran que tener el mismo tratamiento que los políticos, que tanto compromiso tienen que mostrar contra la corrupción en un país como Ucrania. Pero lo cierto es que este Parlamento tiene la obligación de hacer valer la regla del Estado de Derecho, como ha hecho cuando ha protestado por la anexión de Crimea o de Sebastopol por la Federación Rusa.

Mark Demesmaeker (ECR). – Wie mij kent, weet dat ik altijd verdediger ben geweest van een visumvrijstelling voor kort verblijf voor burgers van Oekraïne. Het actieplan voor visumliberalisering is de motor geweest voor ingrijpende hervormingen. Niet in het minst in de strijd tegen de corruptie.

Zelf stond ik eind 2013, begin 2014 meerdere keren op het Maidanplein in Kiev, naast een massa mensen die snakten naar een maatschappij zonder corruptie, naar respect voor de rechtsstaat. We moeten erkennen dat er heel veel inspanningen zijn geleverd, maar ook dat er nog een lange weg moet worden afgelegd. En uitgerekend met visa wordt jammer genoeg nog altijd gesjoemeld. In Kiev blijven schimmige bedrijfses actief die visa verkopen, die openlijk adverteren op het internet en de Schengenregels omzeilen. Ze verleggen met het oog op visumvrijstelling hun scope naar langetermijnvisa.

Ik roep onze Oekraïense vrienden op om echt snel werk te maken van de strijd tegen zulke malafide praktijken. Ook al onze lidstaten en de Europese Commissie moeten meewerken om de spelregels voor iedereen te doen eerbiedigen en om de fraude met visa een halt toe te roepen.

Kaja Kallas (ALDE). – Austatud istungi juhataja! Mul on väga hea meel, et läbirääkimised hakkavad lõpule jõudma ja Ukraina saab lõpuks kauaoodatud viisavabaduse. Häaletades homme viisavabaduse poolt, tunnustame me tegelikult Ukraina seniseid reforme, eriti kohtu- ja haldusreformi. Käivitatud on ka riigihangete e-platvorm ja võideldakse korruptsiooniga. Need arengud ei toimu mitte ainult tänu riigiametnikele, vaid väga suures osas tänu kodanikuühiskonnale.

Väga tihti öeldakse meile, et üks asi, mis toimib Ukrainas paremini kui mujal, on kodanikuühiskond – just inimeste endi aktiivsus ja vabatahtlikkus paneb ametnikud tegutsema.

Seepärast kurvastab mind segadus, mis on tekkinud e-deklaratsioonidega ja Ukraina hiljutise otsusega, mille kohaselt ka mittetulundusühingud ja kodanikuühendused peavad samade reeglite järgi avaldama kõik oma varad. Ma loodan, et Ukraina valitsus leiab lahenduse ja need ühingud vabastatakse sellest kohustusest.

Edouard Ferrand (ENF). – Monsieur le Président, toujours plus, toujours plus de démagogie, toujours plus d'excès. Finalement, l'Union européenne ne nous apprend rien du tout. Tout ce qu'on peut dire, c'est qu'après l'élargissement à vingt-huit, bientôt à trente-quatre avec la Turquie et la libéralisation des visas, l'Union européenne est en fin de compte un endroit où l'on accepte tout le monde sans bien regarder la provenance.

En tout cas, notre groupe est tout à fait clair. Comme pour la Turquie, nous sommes contre, résolument contre la libéralisation des visas. Nous pensons que l'Ukraine n'est pas un ami de l'Europe. Nous ne pouvons pas accueillir tout le monde et nous ne pouvons pas payer pour tout le monde. En fait, Monsieur le rapporteur, ce que vous voulez dans votre rapport, c'est uniquement éloigner l'Ukraine de la Russie. Voilà ce que vous voulez faire. Vous ne voulez pas l'intégrer, mais l'éloigner de la Russie.

Nous continuons donc sur de mauvais chemins et, selon moi, l'Union européenne pâtira de cet excès de migrants et de la libéralisation des visas.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr. President, granting a visa-free regime is a very tangible act of support from the European Union to citizens of Ukraine. I would like to congratulate the rapporteur for her continuous efforts to make it happen. I closely monitor the current state of reforms, and I must say that the progress made in the past two or three years is truly unprecedented. Ukraine is on a very ambitious path to create a properly-functioning economy in a democratic political system with the ultimately aim to finish the transition from post-Soviet to European state. A lot of progress was made regarding the required reforms, especially in the field of judiciary, the fight against corruption, strengthening the democratic institutions, and the rule of law. There is a lot of work ahead for the full implementation of these reforms, especially considering a very difficult fight to regain full territorial integrity of the country. Therefore, I am very happy that this House is taking an important step to enable Ukrainian citizens to travel without visa. By this, we are showing to the Ukrainian people, but also to the outside world, that you want stronger connection and more shared experiences, and I firmly believe that it is going to be to the mutual benefit of us all.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, I don't understand why we still use such atavism as visa regime for our European neighbours. What is the reason of keeping it? We have a lot of security lists of terror suspects, criminals and other persons that are for any reason denied entry to the EU. Border guards have access to these databases, and any people from these lists will not be allowed to cross the border. Other countries' citizens who wanted to travel to the EU without visas are required to have very well-protected biometric passports, which many of the European Union states' citizens do not have. Individuals may be asked to show documents proving purpose and conditions of stay; for example, tickets for further journeys and return tickets, reservation of accommodation and invitation letter, as well as evidence of sufficient means of subsistence. In case of doubt, the person could be not allowed to enter the EU. Now we have a special suspension mechanism, when the Commission can pause a visa-free regime for a concrete country if some migration criminal or some other concerns will appear. What additional options to this list of protection measures give with the regime? At the same time, millions of migrants come through the Mediterranean without any visas or documents from very problematic from the security point of view regions, but we are still afraid to grant a visa-free regime for such states as Georgia recently, Ukraine or Belarus in the future. It reminds us of a door with twenty locks, but there is still a huge gap in the wall nearby.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Ja, es wird viel über sogenannte Reformen in der Ukraine berichtet. Aber allein der dauernde Austausch von Regierungsmitgliedern spricht ja eine andere Sprache. Und allein die Tatsache, dass zirka ein Drittel der Ukrainer, nämlich 15 Millionen, offensichtlich ihr Land akut verlassen wollen, spricht ja offene Worte und offene Bände.

Mit dieser Visaliberalisierung – das sagt auch der vorliegende Bericht – sind klar die Weichen in die Richtung Vollmitgliedschaft in der Union gestellt. Das halte ich aus mehreren Gründen für sehr fehlerhaft. Abgesehen von den offenen Fragen wie Korruption, Vetternwirtschaft, Grundfreiheiten, Menschenrechte würden nämlich die notwendigen Entwicklungskosten für die Mitgliedstaaten und vor allem für die Nettozahler horrenden Milliardenbeträge ausmachen und eine zusätzliche Budgetbelastung bedeuten. Die Union ist daher gut beraten, die selbst gegebenen Kopenhagener Kriterien auch tatsächlich ernst zu nehmen und aus den Erweiterungsproblemen der letzten Jahre die Lehren zu ziehen.

Letztlich ist dieser Schritt nicht geeignet, die Beziehungen zu Russland zu verbessern. Im Gegenteil: Die Union riskiert, in den Dauerkonflikt zwischen Russland und der Ukraine als Partner auch voll mit hineingezogen zu werden.

Andrea Bocskor (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Örülök, hogy holnap végre szavazatunkkal hozzájárulhatunk az ukrán állampolgárok Európai Unióba való vízummentes beutazásához. Ez egy hosszú folyamat sikeres befejezése lehet, sokat áldoztak és fáradoztak ezért az ukrán állampolgárok.

A vízummentességgel több százezer ember előtt nyílik meg formálisan a szabad utazás, a külföldi tanulás lehetősége. Egyszerűsödhet az Ukrajnában élő magyar, bolgár, román, szlovák, lengyel és más kisebbségi közösségek kapcsolattartása az anyaországgal. Azonban ennek vannak fizikai korlátai is: a határ menti infrastruktúra, az úthálózat és határátkelők elmaradott állapota vagy hiánya, így ha kézzel fogható segítséget szeretnénk nyújtani a polgároknak, az EU-nak hatékony tervet kell kidolgoznia, és finanszírozást kell biztosítani ezek fejlesztése érdekében is. Ezáltal megszűnhetne a határokon kialakult több órás várakozás, európai színvonalú beutazási körülményeket biztosíthatnánk.

Ukrajnát támogatni kell a szükséges reformok végrehajtásában, a kül- és belpolitikai, valamint gazdasági stabilizálódás útján. Az EU-nak egyértelmű jelzéseket kell adni Ukrajnának, hogy a demokratizálódást és az európai integráció törekvését nem elég deklarálni, hanem az intézkedések során szem előtt kell tartani. Így például megengedhetetlen, hogy az országban élő kisebbségek alkotmány által garantált nyelvi és oktatási jogait diszkriminatív módon szűkítsék, vagy teret engedjenek a szélsőséges csoportoknak, hogy feszültséget szítsanak a többség és a kisebbségek között. Ezért fontos szerepet kell betöltenie a törvényhozók munkájában a társadalmi konszolidáció és a kölcsönös tiszteleten alapuló békés együttélés, a jogbiztonság kialakításának a szempontja.

Kati Piri (S&D). – Het is goed nieuws dat de visumvrijstelling voor Oekraïne eindelijk wordt afgerond. Het land heeft moeilijke hervormingen doorgevoerd om te voldoen aan alle voorwaarden en dan is het ook niet meer dan logisch dat de EU ook haar kant van de afspraak nakomt.

Het zijn moeilijke tijden voor de Oekraïense bevolking. Een deel van het land is illegaal geannexeerd en in het oosten doet Rusland er alles aan om het land te ontwrichten. Dat Oekraïne zich op nauwere samenwerking met de EU blijft richten, draagt bij aan de democratische ontwikkeling in het land. Hopelijk motiveert dit akkoord de regering om door te gaan met de ingezette hervormingen op het gebied van de rechtsstaat en de nodige strijd tegen corruptie. De nieuwe wetgeving die anti-corruptie-activisten en journalisten het werk juist verder bemoeilijkt, moet dan ook van tafel.

Deze visumvrijstelling is geen cadeau aan Oekraïne, maar wel een tastbaar resultaat voor de bevolking van een land, waardoor de samenwerking met Europa verdergaat dan louter economische belangen. Met andere woorden: Europa is meer dan slechts een markt en kan met een doelgericht buitenlandbeleid wel degelijk zorgen voor positieve en democratische ontwikkelingen in de landen om ons heen.

Om al deze redenen wil ik graag de Oekraïners feliciteren met het feit dat ze straks eenvoudig naar de EU kunnen reizen om familie te bezoeken, een zakenreis te maken of om op vakantie te gaan, zonder dat ze daarbij een ellenlange en vaak denigrerende visumprocedure moeten doorstaan. Daarom zeg ik hier "Gefeliciteerd!", ook in het Oekraïens: "Vitajoe!".

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Monsieur le Président, l'Ukraine connaît de tels niveaux de misère et de corruption qu'une grande partie de la population en est arrivée à regretter le joug soviétique, c'est dire. Le fait que l'Ukraine se soit vu attribuer par l'Union européenne, en novembre dernier, plus de 300 millions d'euros et, cette semaine encore, un milliard de dollars par le FMI, n'est une chance que pour l'oligarchie, qui détourne 15 % du budget national.

La libéralisation des visas au prétexte ridicule d'approfondir les contacts entre les peuples – c'est dans le document de la Commission – ne saurait cacher une nouvelle manœuvre politicienne. Elle sera dévastatrice pour les travailleurs de l'Union, qui seront soumis à la concurrence accrue d'une main-d'œuvre exploitable illégalement, à n'importe quel prix, puisque le salaire moyen est là-bas de 180 euros par mois et les retraites de 64 euros. Elle sera dévastatrice pour les citoyens européens, proies idéales des bandes criminelles, dont les activités s'en trouveront facilitées. Enfin, elle sera dévastatrice pour l'Ukraine, qui finira de se vider de ses forces vives alors que le pays a déjà perdu plus de dix millions d'habitants.

Victor Boștinariu (S&D). – Mr President, Ukraine is a special partner for the EU, not only because it is a very important country in our Eastern Partnership, but also because of the way the Ukrainian people were outstandingly clear in showing their support for European values.

I have to say that many doubts could be cast on how the EU has actually reacted following the Euromaidan, but what matters today is the result. Better late than never, the moment has finally come to grant visa liberalisation to Ukrainian citizens. This is the minimum reward the EU can grant for their attachment and loyalty to the EU and European values. We need to praise Ukraine for managing to undertake the necessary reforms in an extremely difficult environment – I would say wartime – imposed by Russia, considering that it has to dedicate great efforts and resources to a conflict that is in fact a direct consequence of the European choice that the Ukrainian citizens have made.

Now that the time has come for the free visa regime, I hope that the next step can be the ratification by the Dutch senate of the EU-Ukrainian Association Agreement. We cannot allow such an important agreement – another sign of reciprocal commitment between the EU and Ukraine – to continue to remain under a big question mark. Ukraine desperately needs and deserves, first and foremost, our support to end the conflict in eastern Ukraine and to preserve its territorial integrity, which was not only challenged but destroyed by Russia. But they also need to advance reforms in several fields to enhance their economy, and it is evident that to do so they need clear and tangible signs from our side.

Michał Boni (PPE). – Ja nie tylko zastępuję dzisiaj Marię Gabriel, ale mam też swoje własne wystąpienie. To bardzo ważny dzień. Przypomnijmy sobie obywatelską odwagę i tragiczne bohaterstwo Majdanu, który stał się w 2014 roku prawdziwym sercem Europy, odnawiającym sens Unii Europejskiej w jej wolnościowym i gospodarczym wymiarze. I pamiętajmy o wyborze, jakiego naród ukraiński dokonał podczas tej Rewolucji Godności. To droga do Europy i razem z Europą.

Realizowane na Ukrainie reformy są trudne, ale ile już zrobiono dla walki z korupcją, dla przejrzystości sektora bankowego, decentralizacji państwa, rosnącej niezależności energetycznej, usług administracyjnych w cyfrowej formie, dla ożywienia gospodarczego, by z wyniku: -9 % PKB dojść do : + 2% PKB.

Jeszcze wiele trudnych zadań przed Ukrainą, ale musimy pamiętać o prostym fakcie. Ukraina zmienia się na lepsze w warunkach wojny. Rosja zabrała Krym i zajęła wschodnią część kraju. Prawie dwa miliony osób straciło swoje miejsce zamieszkania i wędruje po kraju. Który kraj dałby radę tak mądrze i sprawnie się zmieniać pod presją wojny? Które państwo dałoby radę w takich warunkach wypełnić wszystkie wymagania dotyczące liberalizacji wizowej? Dlatego cieszy nasza decyzja o liberalizacji wizowej dla Ukrainy. To nie jest prezent. To jest wyraz szacunku z naszej strony dla europejskiej drogi, jaką Ukraina wybrała. I to jest prawo dla ukraińskich obywateli wypracowane przez nich samych.

Catch-the-eye procedure

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, na última sessão plenária fiz uma intervenção nesta Casa sobre as constantes agressões a que a Ucrânia e os seus cidadãos estão sujeitos por parte dos seus vizinhos russos. Também aqui tive oportunidade de alertar para a ameaça expansionista da Rússia na Ucrânia, que naquele momento se revelava com o assassinato, na Ucrânia, do crítico do regime de Putin, Denis Voronenkov. Denis Voronenkov era, nada mais, nada menos, que uma das principais testemunhas da agressão russa contra a Ucrânia. Tive também a oportunidade de apelar à entrada imediata da liberalização dos vistos aos cidadãos ucranianos que há três anos atrás na Praça Maidan lutaram para que a Ucrânia se tornasse mais europeia.

Amanhã votaremos finalmente nesta Casa um instrumento que permitirá mais facilidade de movimentos, ou melhor, liberdade de circulação aos cidadãos ucranianos dentro do espaço da União Europeia.

Espero, assim, amanhã, e em nome dos milhares de ucranianos que escolheram o meu país para viver, Portugal, poder congratular os meus colegas nesta assembleia pela viabilização deste importante instrumento estratégico para uma vizinhança mais próspera, segura e estável.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, není to náhoda, že v dnešní debatě o liberalizaci víz vystupují už jako čtvrtá poslankyně z České republiky, protože Česká republika přijímá tisíce ukrajinských pracovníků. My s nimi máme zkušenosti a máme pro ně velké pochopení.

Myslím, že přidáním Ukrajiny na seznam zemí, jejichž obyvatelé jsou osvobozeni od vízové povinnosti, dáváme jasný signál, že s Ukrajinou počítáme, a je to také ocenění reformního úsilí, které Ukrajina musela splnit. Liberalizace víz není zadarmo, oni provedli reformu soudního systému, veřejné správy, opatření v boji proti korupci, legislativní změny, a to vše za velmi složité politické a hlavně bezpečnostní situace, protože na východě Ukrajiny se stále bojuje a není tam klid.

Já velmi přeji Ukrajině tento úspěch a je to také splnění přání mladé generace, která chce žít společně s Evropou.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di giungere alla liberalizzazione dei visti con l'Ucraina, i progressi compiuti dal paese dell'ex Unione Sovietica in materia di politica e civile ed il suo avvicinamento ai principi fondamentali dell'Unione europea sono stati oggetto di uno scrutinio costante da parte delle istituzioni europee.

Dall'avvio del dialogo, iniziato nell'ottobre 2008, la Commissione ha pubblicato 6 relazioni intermedie sui progressi compiuti nell'attuazione del piano e l'Ucraina ha intrapreso un percorso importante di trasformazione democratica dopo le elezioni presidenziali del 2014. Il paese ha fatto significativi passi in avanti in materia di controllo delle frontiere, di lotta contro la corruzione, contro il crimine organizzato e il riciclaggio di denaro e il supporto dell'Unione europea ha fatto da leva nell'affrontare problemi così gravi.

Il rilascio di passaporti biometrici realizzati secondo gli standard internazionali consentirà ai cittadini ucraini di entrare in Europa e viceversa, secondo il principio di reciprocità. L'Unione europea dovrà impegnarsi a garantire e a monitorare il rispetto delle condizioni di partenariato anche dopo la liberalizzazione, mantenendo una relazione solida e proficua con l'Ucraina.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, děkuji i za to Vaše gesto, protože to není zcela obvyklé, a moc Vám za to děkuji. Dovolte mi také říct pár slov k tomu, co zde dnes projednáváme.

Já si myslím, že bychom především měli myslet na bezpečnost našich občanů a občanů Evropské unie. A to, že papír snese vše, to je prostě faktem. Podívejme se na realitu na Ukrajině. Bez mezinárodní finanční pomoci by nebyla schopna obstát a zkrachovala by. Bez toho, že tam dnes platí různé bezpečnostní složky různí oligarchové, by tam žádné nefungovaly. Učitelé nedostávají platy, lékaři nedostávají platy a hlavně nikdo není schopen zajistit, že pasy, které budou vydávány údajně ukrajinským občanům, budou opravdu vydávány pouze ukrajinským občanům.

Já sice chápu to politické gesto, že chcete jakýmsi způsobem pomoci Ukrajině, ale já si nejsem jistá, jestli tohle je pomoc anebo spíš zlo pro samotnou Ukrajinu a pro bezpečnost evropských občanů. Vy pouze umožníte to, aby ukrajínští občané odešli z Ukrajiny, a ti, které bude Ukrajina jednou potřebovat, aby tam prostě nezůstali a byli v Evropě. A to ještě s bezpečnostním rizikem.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, from this interesting debate I dare to think that there is a large consensus in this House on the need to keep the promises we made to the Ukrainian citizens. This is also the recognition of the sustained and comprehensive reform efforts which have been carried out by the Ukrainian authorities, particularly in the field of border management, the fight against corruption and anti-discrimination. We will hereby fulfil a longstanding demand by Ukrainian citizens and also facilitate interpersonal contacts and cooperation. With the revised suspension mechanism in place, there is no need to delay this important file any further.

I therefore call on you all to proceed with the vote on Ms Gabriel's report and to bring us one step closer to the conclusion of the whole procedure to grant visa-free travel for Ukrainian citizens.

Michał Boni, deputising for the rapporteur. – Mr President, very briefly, thank you for the very comprehensive debate. It was focused on visa liberalisation for Ukraine, but many problems and topics were also raised relating to the future cooperation between the European Union and Ukraine. Those key topics are: implementation of the DCFTA; the next steps of their reforms; our common cooperation related to border solutions; and also the problem of war and Russian aggression. I think that it was very fruitful and we are thinking about further cooperation with Ukraine. Also, we are considering how to support Ukraine in taking some steps that are important for NGOs, civil society. I know the President established a special working group for solving the problem of this declaration of financial interest which was addressed also to civil society.

All of those issues are very serious, and I have talked about serious interventions during this debate – not the extreme propaganda which was also presented during this debate.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 6 April 2017.

Written statements (Rule 162)

Andor Deli (PPE), írásban. – Tisztelt Képviselő társaim! Napjainkban nagyon fontos hogy pozitív üzenetek közvetítsünk a polgárok felé az Unió határain belül, de azon kívül is. Mivel eredetileg Szerbiából származom, személyes tapasztalatom van vízumkényszer kapcsán. A 2000-es évek elején hosszú sorokban kígyóztunk az EU-s tagállamok konzulátusai és követségei előtt, hogy vízumhoz juthassanak. Legfőképp fiatalok, akik meg szeretnék volna ismerni „Európát”. Másodrangú európaiaknak éreztük magunkat, akiktől az EU fél és akikre úgy tekintetnek, mint veszélyforrásra. Ukrajnában hasonlóan, mint a Nyugat-Balkánon nagy szükség van az EU jelenlétére, és befolyásának a növelésére. Ha elmulasztjuk a lehetőséget, hogy megszilárdítsuk a pozícióinkat, mások fognak a helyünkbe lépni tovább növelve a potenciális veszélyforrásokat, amelyek kérdésessé tehetik Európa jövőjét. Ezért kérek mindenkit, hogy támogassa szavazatával a jelentést! Köszönöm, hogy meghallgattak.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – W pełni popieram bezwarunkowe zniesienie ruchu wizowego dla Ukrainy, ponieważ stanowi to ważny sygnał potwierdzający proeuropejskie aspiracje tego kraju. Komisja Europejska regularnie monitorowała wypełnianie przez Ukrainę kryteriów liberalizacyjnych i stwierdziła, że Ukraina spełniła je wszystkie. W konsekwencji Komisja Europejska przedstawiła propozycję zmian do rozporządzenia 539 z 2001 r., tj. wpisanie Ukrainy do załącznika drugiego obejmującego państwa, których obywatele są zwolnieni z obowiązku posiadania wiz przy przekraczaniu granicy zewnętrznej strefy Schengen.

Po wejściu tego rozporządzenia w życie obywatele Ukrainy, którzy posiadają paszporty biometryczne, będą mogli wjechać na terytorium Unii Europejskiej bez wiz na okres 90 dni w ciągu pół roku w celach turystycznych. Liberalizacja wizowa dla Ukrainy to ważny krok, który pomoże obywatelom Ukrainy w reformach i zbliży ich do nas. Jestem przekonany, że w pełni zasługują oni na prawo swobodnego podróżowania do Unii Europejskiej.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Viisavabaduse otsus on suur samm ELi ja Ukraina suhete tihendamisel. Oleme seda kaua oodanud, sest Ukraina on ELi idapartnerlusprogrammi aktiivne liige ning viisavabadus ELi ja Ukraina vahel tugevdab ka suhteid inimeste ja kodanikuühiskondade vahel. Samuti vajavad Ukraina inimesed selget moraalset tuge seoses jätkuva sõjategevusega Ukraina idaosas ning viisavabaduse andmise otsus on lisaks poliitilisele ja praktilisele mõjule ka selge ELi moraalset toetust väljendus. Lisaks ei maksa unustada ka seda, et Ukraina kehtestas juba aastaid tagasi ühepoolset viisavabadust ELi kodanikele.

17. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

18. Lage in Venezuela (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the situation in Venezuela (2017/2651(RSP)).

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, almost a year ago, in May 2016, High Representative/Vice-President Federica Mogherini was here in this plenary discussing the worrying situation in Venezuela with you. Since then the political, social and economic situation in the country has not improved. The political polarisation and institutional confrontation has further escalated, the economic situation is dire, the shortage of food and medicines has increased, there are reports of alarming child malnutrition, and the insecurity is only getting worse.

I would therefore like to thank the Parliament for the continuous attention you have been paying to the situation in Venezuela. Today's discussion is timely as the dialogue between the government and the opposition has stalled and the country urgently needs to find a peaceful and democratic solution to this crisis. Important efforts by the Vatican and UNASUR facilitators to establish a dialogue between government and opposition have been taking place since May 2016. Unfortunately, although the first two sessions of the dialogue in October and November had encouraging results, the commitments were not respected. The establishment of an electoral calendar, respect for the National Assembly's

access to external assistance to address the most urgent needs of the population, and the release of political prisoners, remain key issues on which there has been little or no progress.

The EU has not been observing the situation passively. We have been providing political and diplomatic support with a view to a meaningful and effective dialogue that can bring lasting and democratic solutions within the constitutional framework and in full respect of human rights and fundamental freedoms. To this end, we continue our constant contacts with countries in the region and beyond, and with international and regional organisations from the United Nations to the OAS and UNASUR, to share views and coordinate actions wherever and whenever appropriate.

The EU has repeatedly been calling for respect for the Constitution, democratic principles, the rule of law and the separation and independence of powers which are crucial for the country to achieve a peaceful outcome to the current difficult situation. That is why we reacted immediately to the recent rulings of the Venezuelan Supreme Court suppressing the competences of the National Assembly and the immunity of parliamentarians, calling for full respect of the constitutional role of the National Assembly and for the immunity of its members.

For the democratic order to be guaranteed Venezuela needs to establish an electoral calendar, as foreseen in the Constitution, and to organise elections that are free, fair and inclusive. In 2017 the election of governors should be a priority. The EU remains ready to reinforce its support to help address the most urgent needs of the population, thus contributing to dealing with current humanitarian challenges. For the moment, our assistance remains limited due to difficulties of access to the country and it focuses on the distribution of food and medicines to the most vulnerable population, but other possibilities of support are also being explored.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente; gracias comisaria Jourová. De nuevo al Parlamento Europeo debe ocuparse de Venezuela. Constituye una obligación inexcusable y mientras lo hacemos, señorías, el pueblo venezolano con los líderes de la oposición al frente es gaseado en una represión brutal del régimen bolivariano.

Que el Tribunal Supremo despoje de sus poderes al Legislativo y asuma sus funciones describe fielmente el comportamiento totalitario que caracteriza a una dictadura. Lo ocurrido después fue patético si no fuera la prueba más palmaria de la ausencia de división de poderes. La fiscal general denuncia la ruptura del orden constitucional y restaura la situación anterior.

Desgraciadamente, señorías, todo parece que la misma mano mece la cuna. ¿Hasta cuándo, señor presidente Maduro, va abusar de la paciencia de un pueblo que es dueño de un país rico, que pasa hambre y miseria por la acción de un sátrapa que de nuevo acusará al Parlamento Europeo de injerencia?

Es la hora de decir alto y claro, con palabras del secretario general de la OEA, que no es intervencionista la defensa de la democracia; y, además, que «una parodia de democracia no es democracia».

Lo siguiente que procede es denunciar que la misión de los mediadores que intentaron de buena fe la vía del diálogo ha fracasado. Es la hora de exigir al régimen de Maduro la liberación inmediata de todos los presos políticos, el establecimiento de un canal para preservar la asistencia humanitaria, el retorno al orden constitucional, con pleno respeto de la Asamblea Nacional y de sus decisiones.

Finalmente, es también la hora inexcusable de que la Unión Europea y la alta representante hagan compatibles, señorías, las formas diplomáticas con una posición más firme en la que el pueblo venezolano se sienta alentado por la Unión Europea y recupere la esperanza de la libertad. Y además, señora comisaria, no hay que hacer elecciones de gobernadores, hay que hacer la elección del presidente de la República, que es lo que demanda el pueblo de Venezuela.

Francisco Assis, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, no dia 29 de março último o Supremo Tribunal de Justiça da Venezuela retirou as competências à Assembleia Nacional e assumiu as funções desta, pondo assim em causa o princípio da separação de poderes e ofendendo gravemente os principais princípios democráticos. Dias depois, no meio de enormes pressões internacionais, o Supremo Tribunal fez marcha atrás, tentando convencer os venezuelanos de que tudo não teria passado, no fundo, de uma espécie de mal-entendido.

De forma cínica, de resto, Nicolás Maduro procurou aparecer como um árbitro virtuoso que teria resolvido o assunto de forma expedita e eficaz. A verdade porém é outra. A verdade é que o regime autocrático nunca aceitou o resultado das eleições de dezembro de 2015. Não podemos esquecer que logo, a 11 de janeiro de 2016, o Supremo Tribunal de Justiça – que o regime manipula como lhe convém – decretou que a Assembleia Nacional se encontrava em desacato, sendo por isso nulos todos os atos que dela emanassem. E já nessa altura o mesmo tribunal ameaçou recorrer à Constituição e substituir-se ao Parlamento.

O que aconteceu não foi, por isso, um mero desvario. Mas alguma coisa estará a mudar na Venezuela. A reviravolta de Nicolás Maduro revela que a sua estratégia de hostilização da oposição atingiu, aparentemente, o limite. A reviravolta de Maduro mostra que, afinal, há uma linha vermelha. Essa linha vermelha foi traçada – ou começa a ser traçada, e acreditamos nisso – no interior do próprio *oficialismo*. Isso foi abertamente feito pela Procuradora-Geral da Venezuela, Luísa Ortega Díaz, que falou em rutura da ordem constitucional, mas também de forma invisível, aparentemente, por algumas hierarquias militares. Isso é um dado positivo. Significa que há segmentos na esfera de influência do *oficialismo* que não aderem completamente a estratégia seguida até agora e que, apesar de tudo, não estão dispostos a abdicar de alguns princípios constitucionais básicos.

O clima de polarização política que hoje se vive na Venezuela chegou a tal ponto que só poderá ser clarificado através de eleições. No entanto, a crise económica, social e humanitária da Venezuela exige a promoção de um diálogo entre o executivo e o legislativo. Cremos que é esse o caminho que deve ser seguido. Mas, entretanto, temos que fazer, uma vez mais, um apelo muito forte e muito claro para que se promova a libertação dos presos políticos que estão encarcerados nas cadeias da Venezuela e para que se proceda à marcação das eleições regionais que já se deveriam ter realizado.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, it is almost a year since we last discussed Venezuela in this House. Given that at the time we had just witnessed the assassination of the opposition leader Mavare, it is difficult to believe that a year on from that situation, the situation in Venezuela is actually worse. National Assembly elections held in December 2015 saw President Maduro's party lose to the opposition. However, this has led to little change, given Maduro's and his government's efforts to block all of the National Assembly's initiatives. Having initially been achieved by means of using the Supreme Court to strip the assembly of its power, Maduro is now reverting to the far more conventional dictatorial tactics of arresting opposition politicians and sheer brutality. Continuing to cling on to power in these circumstances is concerning, given the situation on the streets, and it is difficult to see that the current situation is tenable until the scheduled Presidential elections in October of 2017. As Venezuela's economic model collapses, food shortages and street riots are becoming more frequent parts of everyday life. So therefore, early free and fair elections are clearly a must, and we should do all we can in the European Union to support the democratic process before it becomes a total dictatorship.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente; gracias, comisaria Jourová, por traernos el mensaje de la señora Mogherini.

Hugo Chávez llegó al poder con un discurso populista de izquierdas, prometiendo poco menos que el paraíso. Hoy, Venezuela es una cárcel en lo político y una catástrofe en lo social. Aprendamos la lección.

El populismo es el camino hacia la dictadura: las instituciones han sido asaltadas y sometidas; el crimen ha tomado las calles y los despachos. La corrupción del chavismo es total: no hay justicia independiente, no queda rastro del Estado de Derecho. La democracia, finalmente, ha saltado por los aires.

La Unión Europea debe apoyar sin fisuras a la Organización de los Estados Americanos en su exigencia de que se restaure el orden constitucional en Venezuela. El proceso de diálogo ha fracasado.

Señora Mogherini, quien se niega a reconocer que Leopoldo López es un preso político se descalifica como mediador, y estoy hablando de José Luis Rodríguez Zapatero.

Europa debe enviar un mensaje inequívoco al régimen de Maduro: todos los presos políticos deben ser liberados, las elecciones deben celebrarse ya y la ayuda humanitaria tiene que llegar a la gente que lo necesita.

La autodenominada izquierda europea, la de Podemos e Izquierda Unida, trató de impedir este debate. No quieren que les recordemos su vinculación y connivencia con el chavismo. Denuncien la narcocorrupción del régimen venezolano, reconozcan la crisis humanitaria que asola el país, exijan el fin de la brutal represión política, o no se atrevan a volver a darnos una sola lección de democracia.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, mientras en México asesinaban al enésimo periodista y se encontraba otra fosa común, mientras en Paraguay se producían violentas manifestaciones contra el presidente, se quemaba el Parlamento y se asesinaba a opositores, la OEA, ese ministerio de colonias, se dedicaba a mirar hacia otro lado y a seguir con la obsesión desestabilizadora de su incendiario mayor, el señor Almagro.

Frente al diálogo, la confrontación; frente a los mecanismos constitucionales, la injerencia; frente a la verdad, la mentira, acompañada de protestas violentas. ¿Por qué la OEA no denuncia el desacato de la Asamblea Nacional, que incorpora a diputados que compraron votos, que sin competencias constitucionales trata de destituir a un presidente electo y que desobedece sentencias judiciales?

Ante este desconocimiento reiterado del orden constitucional, se produjo un conflicto entre los poderes públicos que fue resuelto constitucionalmente por la vía pacífica y del diálogo. En vez de celebrar y apuntalar el diálogo, la OEA convocó al Consejo Permanente, desconociendo que la presidencia de Bolivia suspendió la convocatoria porque no se le había comunicado.

Ni aun así, violando su propio Reglamento, consiguieron la mayoría para seguir con su plan contra un poder electo. Hay que dejar las aventuras injerencistas, porque desestabilizar Venezuela es desestabilizar América Latina.

La UE no debe apoyar opciones violentas: debe acompañar el diálogo de Unasur y el Vaticano. Le corresponde a Venezuela resolver sus problemas, y a la Unión Europea, respetar la soberanía y el Derecho internacional. Lo contrario es una gran hipocresía.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, un debate más sobre Venezuela.

Yo creo que, evidentemente, la decisión del Tribunal Supremo de otorgarse las competencias de la Asamblea fue un gravísimo error, y creo que debemos celebrar que ese gravísimo error fuera corregido. Y sería necesario y sería más pertinente que pudiera restablecerse un funcionamiento normal de la Asamblea, resolviendo también la disputa que hay sobre esos tres diputados que son, en estos momentos, un elemento evidente de preocupación.

En estos momentos existe —y nuestro Grupo la comparte— una preocupación por la espiral confrontativa que puede venir, por la confrontación política que se intuye y que puede degradar la situación en el país.

Por eso es necesario, en estos momentos —y queremos hacer un llamamiento a mantener la calma —, buscar y ayudar al máximo a tener los mecanismos de distensión necesarios. Las dinámicas de atrincheramiento entre instituciones no ayudan —alejan una solución— y hace falta que podamos ayudar a buscar mecanismos de funcionamiento constitucional normales mutuamente aceptados por todo el mundo.

Por ello, nosotros creemos que es el momento de redoblar los esfuerzos diplomáticos internacionales para la mediación, en especial de las organizaciones latinoamericanas, en especial de la labor que puede hacer Unasur y también de la labor —que creo y consideramos que están haciendo muy bien— de los tres expresidentes —el señor Zapatero, el señor Trujillo y el señor Fernández— para poder encontrar una solución dialogada y pactada y para distender un poco la situación.

Y sí invitaría —aunque estos llamamientos que hacemos desde mi Grupo habitualmente son desoídos— a que intentemos, en abril II, presentar una resolución que ayude al diálogo y a distender, y no una resolución que, al contrario, encienda aún más la situación.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Madame le Commissaire, la situation chaotique que connaît le Venezuela doit appeler de notre part une réponse mesurée.

La fin de la manne pétrolière a certes révélé les insuffisances du système politique et économique bâti par le Président Chávez. Les interminables files d'attente pour des biens de première nécessité rappellent la déliquescence finale d'autres régimes fondés sur des principes économiques relevant du collectivisme. Cette crise sociale se double d'une instabilité politique dont l'obstination du Président Maduro semble être le principal moteur. Une immixtion de l'Union européenne n'est pas pour autant justifiée. Gardons-nous de cautionner des mouvements d'opposition dont nous ne connaissons ni les tenants ni les aboutissants.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señorías, ayer el presidente de Alemania hizo en este mismo Hemiciclo una intervención realmente admirable. Dijo que quien socava la acción de los parlamentos socava la democracia.

El Gobierno de Venezuela no tiene ya ninguna legitimidad, suspendido en el Mercosur, condenado por la OEA, es realmente un Gobierno que viola la Constitución, encarcela a los disidentes, cierra los medios de comunicación como el canal NTN24 y ha llevado a un país riquísimo la ruina económica.

Señora comisaria, habla de una solución pacífica. La cara partida ayer de los diputados de la oposición Juan Requesens, María Corina Machado y otros es una metáfora de lo que está pasando hoy con la democracia en Venezuela: golpeada, maltratada y ensangrentada, se mantiene de pie gracias a unos hombres y mujeres valerosos que en la cárcel, en la calle y en el Parlamento luchan pacíficamente por su libertad y por su dignidad y por tener una cosa muy básica que son unas elecciones libres en Venezuela.

Elena Valenciano (S&D). – Señor presidente, es evidente que ante la grave crisis que sufre Venezuela, nosotros tenemos que condenar los abusos de poder, sin duda ninguna. Pero creo que no podemos quedarnos en eso. Si queremos ayudar al querido pueblo venezolano, creo que tenemos que hacer algo más.

También es evidente que cercenando la independencia de la Asamblea Nacional se ha infringido una herida nueva a la democracia venezolana, que es lo que tenemos que rescatar. El paso atrás que se ha dado también justifica —creo yo— que demos un voto de confianza a los esfuerzos de mediación que están en marcha.

Creo que la Unión Europea sí debe seguir apoyando los esfuerzos que buscan una solución al conflicto venezolano basada en el Derecho, basada en el diálogo y basada en la reconciliación.

Precisamente por el alto nivel de confrontación que hay en este momento, le decimos al Gobierno, les decimos a las instituciones que tienen que cumplir la Constitución, que la Constitución está para eso, para cumplirla, y que es la democracia lo que hay que hacer funcionar. Democracia, ¿para qué? Democracia para reforzar las instituciones, democracia para el ejercicio libre de la política y democracia también para la reconciliación.

Para todo eso, el Gobierno de Venezuela tiene que dar pasos; para todo eso, necesitamos, desde la Unión Europea, reforzar los esfuerzos que existen para que la mediación lleve a una verdadera reconciliación, porque no sé cuál es la otra solución. La otra solución es la confrontación en las calles, probablemente, y entonces nosotros podremos hacer bien poco. Hoy todavía tenemos que llamar a un intento de diálogo y de reconciliación.

Dita Charanzová (ALDE). – Señor presidente, lo que vimos la semana pasada en Venezuela no es sorprendente: es la continuación de lo que Nicolás Maduro ha venido haciendo desde hace años, silenciando la voz del pueblo, socavando la democracia para consolidar su poder; en esencia, dando todos los pasos para convertir Venezuela en una verdadera dictadura.

Durante dos años he estado pidiendo más acción por parte de la Unión Europea. Junto a mi colega Teresa Jiménez Becerril escribí una carta a la alta representante, pidiendo un cambio de enfoque respecto a Venezuela. Estoy muy contenta de haber recibido una respuesta afirmativa la semana pasada.

La señora Mogherini reconoció con acierto que no se puede seguir como antes y que hay que considerar todas las opciones disponibles. Espero que las palabras se conviertan en hechos y que podamos apoyar firmemente al pueblo venezolano.

Pido de nuevo que nuestra posición sea firme y que, además, se considere la opción de sanciones selectivas.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, no tempo dos factos alternativos, eis os factos reais que a maioria deste Parlamento teima em esconder. Entre 99 e 2006, o desemprego caiu na Venezuela mais de dez pontos percentuais. No final de 2015, a Venezuela tinha um desemprego mais baixo do que a União Europeia ou o Canadá. Os níveis de pobreza e a pobreza extrema caíram significativamente e de forma mais acentuada do que a média da América Latina. Diminuiu significativamente o número de famílias com necessidades básicas por satisfazer. A Venezuela subiu vários lugares no índice de desenvolvimento humano das Nações Unidas. Os indicadores de desigualdade social diminuíram. Segundo a FAO, a Venezuela reduziu a subnutrição infantil e é hoje um país livre de fome. O número de inscritos no ensino universitário mais do que triplicou. Esta é a realidade que faz alguns destilarem raiva e ódio sobre a Venezuela e que os faz apoiar, sem reservas e sem vergonha, o boicote, a violência e a desestabilização económica, social e política.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Kot smo slišali nekatere predhodnike in seveda tudi zadnjega, očitno o Venezueli prejemamo različne informacije, kaj se torej dejansko dogaja v tej državi.

Po eni strani dobivamo informacije, da je država na resnem preizkusu, tudi humanitarne krize, tudi politične. Po drugi strani nekateri opozarjajo, da pa stanje vendarle ni tako strašljivo, kot se prikazuje.

Vsekakor se zdi pomembno, da je v teh razmerah tudi dolžnost Evropskega parlamenta, da dobi realno sliko o situaciji v državi in da seveda ne podlegamo zgolj samo provokacijam morda, ki ne odražajo realnega stanja.

Vsekakor mora torej Evropski parlament podpreti vse tiste akcije, ki pospešujejo in torej omogočajo tudi demokracijo, predvsem pa mislim, da mora Evropski parlament vedno iti v smeri podpore miru in stabilnosti v tretjih državah in torej spodbujanja tudi razvoja in pa pomoči v primeru humanitarne ali pa gospodarske krize, v kateri se lahko znajdejo te države.

Naj spomnim, da so razmere v Venezueli zelo pomembne za stabilnost in mir celotne regije Latinske Amerike, in kakršni koli konflikti, oboroženi spori na tem področju seveda se lahko kot plamen razširijo tudi na druga področja, zato je pomembno, da tudi Evropski parlament pri tem igra pomembno vlogo, zlasti za to, da podpre, kot sem že dejal, tudi misije, ki bodo izkazale, kakšno je resnično stanje in kaj se dogaja v tej državi.

Vsekakor je vsaki državi, ki se znajde v težavah in v ekonomsko nevzdržnih razmerah, potrebno pomagati in nuditi ustrezno podporo. Pri tem pa ne smemo seveda pozabiti, da so pogledi na demokracijo lahko različni, lahko seveda tudi povsem različno razložljivi, res pa je, da na koncu vedno kot največji spomenik in pa seveda tudi dejstvo demokracije odločajo oziroma so volitve, v katerih odločajo prebivalci te posamezne države, in to velja tudi v primeru Venezuele.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, twenty years of Chavez and Maduro's Bolivarian Socialism has led a potentially rich country to the implosion of both democracy and economy. This must be the end phase of Leftist populism, which as a rule results in economic impotence, cynical disregard of citizens and authoritarian exercise of power. The latest attack on the independence of the Parliament by a judiciary which has lost independence could well become the last straw. Since Maduro took power, almost 7 000 citizens have been detained; there are now 114 political prisoners. The European Commission's reaction to the suppression of the last vestiges of democracy must be more forceful and determined. Today we must send a very clear signal that the European Parliament stands unconditionally together with Venezuelan citizens, for their dignity and rights.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo comparto con muchos de ustedes que la democracia está en peligro en Venezuela. Yo lo comparto; inclusive podría sumarme a casi todas las condenas que se están haciendo.

Pero atención, señorías, porque lo que también está en peligro es la paz ciudadana en Venezuela; atención, porque allí hay dos poderes legítimos —más allá de que se haya deslegitimado en el ejercicio del poder el Gobierno—, dos poderes legítimos de origen, enfrentados. Dos pueblos que empiezan a enfrentarse peligrosamente y dos proyectos políticos que están odiándose el uno al otro.

Lo que está en riesgo es el futuro de ese país y, como queremos a Venezuela y queremos la paz en Venezuela, lo que tenemos que establecer es exactamente nuestra función. Y, señorías, yo no me atrevo a dar por muerto el diálogo. Sé que puede estar muy mal, pero quienes dan por muerto el diálogo, ¿qué me ofrecen? ¿Qué les ofrecemos los europeos a Venezuela? ¿Qué les damos? Porque condenar al Gobierno, ya lo hemos hecho; apoyar la oposición, ya lo hacemos. Pero ¿qué más hacemos, señorías?

Solo un acuerdo político, democrático y apoyado por la comunidad internacional entre esos dos poderes dará solución al futuro de Venezuela. Solo un proceso democrático, pero pacífico, que pueda ser acordado y apoyado por la comunidad internacional.

¿Por qué no han dejado de apoyar el diálogo el Vaticano, los Estados Unidos y la propia Unión Europea? ¡Porque es necesario, señorías! Trabajemos en eso.

Javier Nart (ALDE). – Señor presidente, Iberoamérica ha sufrido la tragedia de pasar de oligarquías cleptocráticas a cleptocracias copopulistas travestidas de revolucionarias.

A Venezuela, el chavomadurismo lo ha empobrecido. Al país quizás de mayor renta de América del Sur, un país que nada en la abundancia por su renta petrolera. Y un país que empobrece a su pueblo es profundamente reaccionario. Pero es que, además, hablamos de un poder reaccionario y dictatorial. Porque hablar de confrontación entre el Ejecutivo y el Legislativo es una aberración, en principio, dado que el Legislativo tiene sus propias atribuciones, pero es que en Venezuela el Poder Judicial es un espantajo en manos del Gobierno, el Poder Legislativo está castrado y lo único que impera es el Poder Ejecutivo.

También se habla de que hay que evitar la confrontación. La confrontación no nos gusta, pero ya existe y existe en forma no solamente de represión, sino de milicias armadas: las milicias bolivarianas, las milicias chavistas. Es preciso que esta Cámara adopte unas decisiones que signifiquen elecciones libres, liberación de presos y ayuda humanitaria.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor presidente, en el marco constitucional, las Fuerzas Armadas de Venezuela deben defender y proteger a su pueblo o serán responsables ante la justicia y la historia.

Venezuela necesita más que nunca nuestro compromiso político, nuestra solidaridad y nuestra ayuda. La dictadura chavista en su versión más dura y cruel, opresora de su pueblo y que ha empobrecido a su noble pueblo, ya no tiene discurso ni recursos para sostener un narcorrégimen corrupto y liberticida. Europa, la OEA, las Naciones Unidas y todos los Gobiernos libres del planeta claman contra los opresores.

Hablamos de un Legislativo maniatado, un Poder Judicial domesticado y mostrenco, un poder electoral dependiente y parcial, y un Ejecutivo que encarcela a los mejores.

Deben exiliarse pacíficamente ya en un paraíso cercano y dejar que los venezolanos recuperen su destino democrático. Sí, exilio para la dirigencia chavista en espera de la justicia internacional, y paz y sosiego para Venezuela. Democracia, pan, medicamentos y seguridad. Los ciudadanos no deben sufrir más.

Nuno Melo (PPE). – Senhor Presidente, a Venezuela, um país irmão que acolhe mais de um milhão de portugueses e luso-descendentes vive uma tragédia. Faltam medicamentos, falta comida, falta o pão, falta a luz e falta água, falta o respeito. Quem se opõe é espancado e preso por delito de opinião. A criminalidade está descontrolada. Caracas é já a cidade mais perigosa do mundo. Com Maduro, o Natal é no primeiro de novembro. Acredita que Chávez lhe aparece na forma de um passarinho pequenino e decidiu que na função pública só se trabalha em dois dias por semana.

A decisão do Supremo Tribunal foi só mais um passo num percurso alucinado de um regime à deriva. Cem anos depois da revolução bolchevique Maduro mostra ao mundo que, de cada vez que o marxismo-leninismo é poder, os recursos nacionais são transformados em miséria e os povos empobrecem.

A extrema-esquerda, aqui, fica do lado das derivas ditatoriais, em vez de defender a democracia. Nós, não! Força e esperança para os democratas venezuelanos. *No se callen, nunca!* Acreditem na vossa luta porque a vossa luta é justa. Um abraço dos democratas portugueses.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, el proceso de deterioro en Venezuela se ha agudizado profundamente. Deterioro del clima político institucional, en especial deterioro de la situación en la Asamblea Nacional, sometida a permanente acoso desde diciembre de 2015 y, como hemos visto este propio fin de semana, objeto de una decisión disparatada del Tribunal Supremo, luego corregida también de forma sorprendente. Grave deterioro en la situación económica y social, grave crisis alimentaria y sanitaria y violencia rampante. Y continúan sin libertad más de un centenar de presos políticos.

Mi mensaje, señora comisaria, a la señora Mogherini, es que la Unión Europea y ella misma deben involucrarse más en la búsqueda de una solución a esta grave situación. Yo no comprendo bien su extremada contención y el mantenimiento de una línea que no ha dado fruto alguno. Contrasta ampliamente con la posición mucho más activa de la OEA y del propio Mercosur.

Son muchos los principios que unen a los europeos con los pueblos americanos. El pueblo venezolano pide lo mismo que nosotros tenemos: respeto del Estado de Derecho y democracia y respeto de los derechos fundamentales. No podemos estar callados ni inactivos. La señora Mogherini tiene que ser más activa.

Catch-the-eye procedure

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhor Presidente, a Venezuela atravessa uma delicada situação económica, com repercussões em termos políticos, sociais e de segurança, que não nos pode deixar indiferentes.

A comunidade portuguesa, os luso-descendentes, os meus conterrâneos madeirenses fazem-me chegar relatos desoladores, de um cenário de insegurança, de pobreza extrema, de prejuízos nas atividades empresariais que afetam portugueses e venezuelanos.

Manifesto, pois, toda a minha solidariedade à população venezuelana, com o ensejo que no vosso país se exerça o mais absoluto respeito pela democracia, num combate velado à criminalidade, ao desemprego e à pobreza.

Reitero, nesta mensagem, um apelo à União Europeia, aos governos nacionais de um apoio ativo, com medidas que minorizem este estado de emergência social e económica e que não abram mão de fazer chegar todo e qualquer apoio a todos quantos dele necessitam na Venezuela. Nenhum de nós pode ficar indiferente, sob pena de vermos sucumbir a democracia e o princípio do respeito e da dignidade pela pessoa humana.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci podpořit kolegy, kteří tady jasně odsuzují současnou situaci ve Venezuele. Chci pouze zopakovat, že jsme nedávno, před několika týdny, respektive před půl rokem, debatovali o situaci v této zemi a ta situace se zase zhoršila.

Čím jiným než ústavním pučem je to, jak rozhodl Nejvyšší soud, kdy převzal na sebe, zcela absurdně, zákonodárnou pravomoc. Je to jasný další útok prezidenta Madura a jemu podřízených mocenských složek státu ve snaze demontovat a úplně zlikvidovat právní stát a demokracii v této zemi.

Takže já si myslím stejně jako moji kolegové, paní komisařko, že evropská exekutiva musí být mnohem aktivnější v tlaku na Venezuelu, ale také ve snaze Venezuele jako takové pomoci. Dnes a denně čteme články o tom, jak ve Venezuele chybí léky, jak tam hrozí humanitární katastrofa, jak tam chybí potraviny. My tedy na jedné straně musíme vyvinout větší mezinárodní tlak, ale také pomoci obyčejným Venezuelanům, kteří trpí pod současnou diktátorskou vládou.

Franc Bogovič (PPE). – Zopet govorimo o nesrečni Venezueli, državi, ki ji je desetletja vladal režim Huga Chaveza, levičarski režim, ki je v nekem trenutku imel celo srečo, da so bile cene energenta zelo visoke, in je tudi navzven dajal občutek, da ustvarja neko sodobno državo.

Resnica je prišla kaj kmalu na plano in sedaj, ko je na vladi režim avtoritarnega vodja, gospoda Madure, vidimo, kaj se v resnici v Venezueli dogaja: politična nestabilnost, revščina, humanitarna kriza, socialna in humanitarna kriza, moč narokatelov, korupcija, se pravi vse, čemur se ne more reči demokracija.

Nam v Evropskem parlamentu ne ostane nič drugega kot to, da stopimo na stran tistih, ki jih spodbujamo k demokraciji, in se skupaj, če hočete, z Vatikanom in z Združenimi narodi borimo za ljudi, ki so nesrečni v Venezueli.

Ana Gomes (S&D). – Pare-se a balela de que o que se passa na Venezuela tem o que quer que seja a ver com socialismo. É totalitarismo, estupidez e narco-corrupção do regime do Presidente Maduro, que parece muito verde mas está, de facto, podre. O povo da Venezuela é que paga os custos no seu duro quotidiano.

Tendo em conta as fortes ligações do povo da Venezuela a povos europeus – Espanha e Portugal, designadamente –, é inacreditável que a União Europeia e este Parlamento não se impliquem mais na libertação dos presos políticos e na procura de uma solução pacífica negociada e democrática para o perigoso impasse a que o sectarismo e a cegueira conduziram aquele país cheio de recursos, mas agora a viver na miséria e, porventura, à beira de uma guerra civil. A Venezuela não precisa de golpe de Estado como o tentado há dias. Precisa sim, urgentemente, de eleições livres e justas sob supervisão internacional.

Georgi Pirinski (S&D). – Mr President, I believe that we should pay full attention to three people who are on the spot and have been trying to help dialogue for a year: ex-Premier Zapatero and Presidents Fernandez and Torrijos.

As they point out, what is in question is a deep political and social antagonism dating back over 20 years. They point out five concrete steps to overcome this situation: first, an election schedule; second, a consensual commission for the truth; third, institutional respect on the basis of the Constitution; fourth, cooperation on social and economic issues, and respect for national sovereignty on the basis of international support. And they point out that this is possible only with caution, discretion, persistence, trust and the will for dialogue. We should listen to these people who are on the spot and who, with all their wisdom, are showing us the right way to solve this tragic situation.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, isto seria para o Sr. João Ferreira mas, não está aqui. Recebi agora da Venezuela a seguinte mensagem que vou passar a ler:

«Venezuela, hoy día, necesita más del mundo. La gente, muerta de hambre, come de la basura. Los policías te roban, los ladrones te matan a diario. La gente pelea por una sola ración de harina por semana; a veces no tienen qué comer y tienen que comer así sea papas hervidas en agua. Eso u otro tipo de situaciones inhumanas que se viven en Venezuela y que solo el que vive aquí lo entiende a la perfección».

— A dura realidade, caros Colegas, é que os cidadãos na Venezuela – onde constam cerca de um milhão e meio de portugueses e luso-descendentes – vivem oprimidos. O poder judicial e o poder eleitoral continuam sujeitos aos interesses do poder executivo. A Assembleia Nacional permanece asfixiada por sentenças que usurpam as suas funções e os cidadãos privados de exercer os direitos que a constituição lhes garante, como é o caso do referendo revogatório, ou sequer de cumprir os mandatos para os quais foram legitimamente eleitos, como ilustra bem a situação do meu amigo António Ladesma, preso há mais dois anos. Na verdade, o que há na Venezuela é um povo inteiro de presos políticos. Defender a democracia sem recurso a eufemismos é uma obrigação de todos os democratas.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, let me thank all the honourable Members for their interventions. I believe that Venezuela needs to re-establish its democratic stability through peaceful and constitutional solutions to address the many challenges that its people are facing. We must keep on encouraging all political forces to follow this agenda. I know that I also can count on this Parliament; you have been an important ally in calling for a peaceful and constitutional outcome to the crisis of Venezuela, and I encourage you to continue doing so.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on next part-session.

Written statements (Rule 162)

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), por escrito. – Hace unos días el Tribunal Supremo de Venezuela anulaba los poderes de la Asamblea Nacional —donde la oposición es mayoría— y eliminaba la inmunidad parlamentaria de sus diputados. No podemos olvidar que el Parlamento representa a la ciudadanía, es el centro de la democracia por excelencia. Estas sentencias suponen un atentado a la democracia, que podemos decir inexistente en un país donde queda claro que no se respeta la división de poderes. El poder Judicial está en manos de aquellos que son fieles al Presidente, quien demuestra que es capaz de todo para aferrarse al poder. Por desgracia son los ciudadanos venezolanos los que sufren las consecuencias de sus actos, los que tienen que vivir en un país sumido en el caos, la incerteza y la pobreza. Me preocupa, además, la enorme influencia que ejercen estados totalitarios de la región sobre Venezuela como es el caso de Cuba. Maduro permite la extensión de los tentáculos cubanos en sus notarías públicas y registros civiles, los ministerios, los programas sociales, la petrolera estatal y el ejército. Asesores cubanos manejan al gobierno venezolano y

cualquier parecido en Venezuela con la forma en que se reprime en Cuba no es casualidad.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La democracia está en peligro en Venezuela. Es preciso denunciar esa situación, pero hay que ir más lejos, porque la paz está en peligro. En Venezuela hay dos poderes, el ejecutivo y el legislativo, ambos con legitimidad de origen, que representan proyectos políticos contradictorios, y cuyo radical enfrentamiento pone en riesgo el futuro del país. Desde Europa no debemos atizar esa llama limitándonos a condenar la situación sin aportar solución alguna. No debemos dar por muerto el diálogo, porque sólo un proceso democrático, que conduzca a un acuerdo político consensuado entre las partes, proporcionará una solución pacífica a los venezolanos y una esperanza de cara al futuro. Esa es la razón por la que el Vaticano, la ONU y la Alta Representante Sra. Mogherini siguen apostando por el diálogo, y por eso mismo debe hacerlo también el Parlamento Europeo.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La democracia está en peligro en Venezuela. Es preciso denunciar esa situación, pero hay que ir más lejos, porque la paz está en peligro. En Venezuela hay dos poderes, el ejecutivo y el legislativo, ambos con legitimidad de origen, que representan proyectos políticos contradictorios, y cuyo radical enfrentamiento pone en riesgo el futuro del país. Desde Europa no debemos atizar esa llama limitándonos a condenar la situación sin aportar solución alguna. No debemos dar por muerto el diálogo, porque sólo un proceso democrático, que conduzca a un acuerdo político consensuado entre las partes, proporcionará una solución pacífica a los venezolanos y una esperanza de cara al futuro. Esa es la razón por la que el Vaticano, la ONU y la Alta Representante Sra. Mogherini siguen apostando por el diálogo, y por eso mismo debe hacerlo también el Parlamento Europeo.

19. Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the adequacy of the protection afforded by the EU-US Privacy Shield (2016/3018(RSP)).

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, let me first of all thank you for the opportunity to speak to you today and to update you on the state of implementation of the privacy shield and our plans for the upcoming first annual review. Today's discussion is very timely, as I have just returned from Washington and can inform you of the latest state of play. As you rightly note in the motion for today's resolution, the privacy shield has attracted a lot of interest, with more than 1 900 companies that have been certified under this framework. This shows the importance of the instrument for our trans-Atlantic relationship. It also means that an increasing volume of the personal data that is transferred across the Atlantic benefits from the many protections that the privacy shield offers for individuals.

I know that some of you had hoped for more, and I too would one day like to see a fully fledged comprehensive data protection law in the United States, but in the meantime, our assessment is that the privacy issue of framework lives up to the requirements of our data protection laws, as interpreted by our highest court. Our highest court has clarified: adequacy does not mean that the rules in the third country have to be an exact photocopy of our rules. Rather, what the Commission has to assess is if that third country offers in law and practice an essentially equivalent level of protection to that guaranteed in the EU legal order.

Clearly the privacy shield is a substantial improvement when compared to the old safe harbour. This is the view of our data protection authorities, and I am glad to see that your motion contains the same clear statement. However, putting in place the privacy shield framework, the privacy principles, together with the commitments and assurances by the United States' government, was only part of the work. It is equally important that these rules also fully apply in practice. This is why our focus since the adoption of the decision has been on the effective implementation of this new framework. This involves several actors, and I am happy to report that our data protection authorities and the United States authorities have cooperated closely in working out procedures to ensure a robust oversight and enforcement of these new rules.

Representatives from the Ombudsperson's office as well as the Federal Trade Commission and Department of Commerce have come to Brussels on several occasions to discuss with the Commission and the Article 29 Working Party the details of this cooperation, and to report on their implementation work. During my visit to Washington last week, I put a particular emphasis on some of the key foundations on which the privacy shield is built. This concerns in particular the limitations and safeguards that apply in the area of government access for national security purposes. A central element of this is Presidential Policy Directive number 28, which specifically addresses the privacy protections afforded to foreigners. Another key element is the Ombudsperson mechanism, which ensures that Europeans have a possibility to obtain an individual review if they believe that intelligence authorities have broken the law when accessing their personal data. A third one is the Privacy and Civil Liberties Oversight Board. For the sustainability of the privacy shield it is essential that these elements are part of it.

We will closely monitor any relevant developments in the United States with a possible impact on the privacy shield, including the upcoming debates around a possible reform or prolongation of Section 702 of the Foreign Intelligence Surveillance Act, which expires at the end of this year. This is the message we have been sending since the start of the new administration. I have repeated this message during my recent visit to Washington and my meetings with the White House, the Commerce Secretary, the Attorney General State Department as well as Congress, and I received assurances that this message is well understood by our US counterparts, both as to the value of the privacy shield and the need to keep all of its elements in place.

Let me make this point very clear: If we are faced with any developments that could negatively affect the level of protection afforded under the Privacy Shield, the Commission will take its responsibilities and use all available mechanisms, be it review, suspension, revocation or repeal, to promptly react. My focus is now on the first annual joint review. This will be a crucial moment: a moment of truth where we take stock of how the privacy shield functions in practice and to see whether there are things that need to be improved. I have agreed with the US Commerce Secretary Wilbur Ross that the first annual joint review meeting will take place in Washington in September.

All the various elements that are relevant for the functioning of the EU-US privacy shield will be covered by this review, inter alia: first, how US companies comply with their data protection obligations and the mechanisms they have put in place to ensure a speedy handling of complaints. Second, how the Department of Commerce and Federal Trade Commission certify companies, monitor compliance and cooperate with our data protection authorities in the enforcement. Third, the operation of the rules regarding access by public authorities and the rules and procedures to ensure that the Ombudsperson mechanism functions well. Fourth, in addition, in the issues identified already in the Commission's adequacy decision, such as the dialogue on automated decision-making, as well as any developments in the United States law that might raise questions concerning the EU-US privacy shield and its operation, will have to be discussed. As partners in this review, we will of course discuss the precise parameters of the review with the Article 29 Working Party. The input from business and from civil society will also be of crucial importance. I met both sides in Washington, and they are committed to contribute. On the US side, we expect the joint review to involve the Department of Commerce and the Federal Trade Commission, but also the Ombudsperson and representatives from the intelligence community. Directly after the joint review we will report our findings to you and to the Member States in the Council. This will allow you and us to assess and discuss where we are on this and also discuss the next necessary steps.

Honourable Members, thank you again for giving me the opportunity to speak to you today, and of course I stand ready to address any questions you might have.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ*alelnök*

Axel Voss, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Es ist wichtig, dass wir unseren Unternehmen, KMU und Startups etc., Rechtssicherheit geben, auch eine konkrete Rechtsgrundlage zur Verfügung stellen für den transatlantischen Datenaustausch bei gleichzeitiger Absicherung des Datenschutzes. Und beides vereint meines Erachtens auch der Datenschutzschild. Die Kommission hat in all diesen ganzen Jahren, der letzten Zeit, einerseits was Datenschutz betrifft, andererseits eben auch hinsichtlich des Datenschutzschildes auch viel erreicht.

Wir werden diese 100 % nie bekommen können, die andere Fraktionen in diesem Haus immer gerne hätten, aber es gibt eben auch keinen Grund dafür, zurzeit so negativ über diesen Datenschutzschild zu sprechen. Wir haben selbst im Parlament hier im Juni 2016 bereits einen Entschließungsantrag zum freien Datenverkehr angenommen, wo wir auch den Datenschutzschild positiv bewerten. Aber nun gibt es eigentlich keinen Grund, auch mittendrin – es läuft seit Juni oder Juli letzten Jahres, und jetzt haben wir eigentlich mal abzuwarten, bis im September der neue Bericht kommt, und dann hätte es vielleicht einen Grund gegeben, das mal zu bewerten. So haben wir weder die praktischen Erfahrungen, die wir jetzt bewerten können, und theoretisch lässt sich das hier eben einfach auch nicht so ohne Weiteres durchdringen. Sie haben die positiven Elemente alle auch herausgestellt, und im Vergleich zum Safe-Harbour-Abkommen ist das ein riesengroßer Schritt, den wir so an sich nicht haben erwarten können.

Insbesondere haben Sie mehr erreicht als das, was wir selber in unseren eigenen Mitgliedstaaten zu geben bereit sind, und deshalb ist das gut. Diese Schnittstelle zur nationalen Sicherheit wird immer schwierig zu überkommen sein, aber ich glaube, von diesen transatlantischen Datenströmen profitieren am Ende beide Seiten, und es ist auch eine unverzichtbare Chance für beide Seiten, hier auf dem Weg weiterzugehen.

Claude Moraes, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, to be very clear, the purpose of this resolution is because we have a September evaluation. I really believe that the members of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs – and indeed other Members who have expertise and interest in this extremely important topic – need to give their views to the Commissioner. I do not see any problem with this. In fact, I think this is a positive and important part of our work.

I want to begin with what you said about your trip to the United States. I think it is very important, Commissioner, particularly for the Civil Liberties Committee, that we have an interaction with you before we go to the United States in September. Why are we doing this? Why are we proposing this resolution? We are not doing it because there have not been significant and key improvements on Safe Harbor thanks to Privacy Shield, but because we want to ensure in Parliament that Privacy Shield stands the test of time and that it does not have weaknesses that would be difficult for the future.

We know that Privacy Shield protects the fundamental rights of anyone in the EU whose personal data is transferred to the United States, as well as bringing legal clarity for businesses relying on trans-Atlantic data transfers, and we cannot allow that to fail. So the resolution acknowledges that the final agreement on the Privacy Shield, adopted in July 2016, has taken a number of Parliament's concerns into consideration. We know that key improvements have been made compared to the former Safe Harbor. We note also that the agreement will facilitate data transfers from the EU to the US, particularly from SMEs and business in the EU, and that the EU Data Protection Authority's supervisory powers remain unaffected by the adequacy decision, including the power of suspending or banning data transfers to US companies that are members of the Privacy Shield. We also take note of the clarifications and interpretations of the US Administration, in particular as regards the processing of personal data by security agencies.

However, several issues must be resolved. The resolution highlights issues of concern that remain unclear, particularly, for example, those made by the Article 29 Working Party, which – as we all know – is deeply involved in these matters. These include concerns regarding the principle of data retention, the bulk collection of personal data for national security purposes, the need for sufficient judicial redress, and the effect of independent oversight, as well as several law enforcement issues. If these concerns are not taken into account, the Privacy Shield risks not achieving its purpose and could face further challenge in the courts. This is one of our deepest concerns. Both citizens and businesses relying

on transatlantic data flows need that certainty of a robust legal framework, and this text calls on the Commission to conduct that proper assessment. It does not doubt that that will happen, but we are doing our job in ensuring that every part of this detail is covered.

We will raise these concerns during our LIBE delegation with our US counterparts, and we are now experienced in these negotiations. The Parliament has consistently called for a stronger agreement, following the invalidation of Safe Harbor in October 2015, and we now want the protection of personal data which meets the requirements of the Charter of Fundamental Rights and the data protection legal framework.

Commissioner, today we are calling on you to conduct a proper assessment to ensure this legal certainty is provided for citizens and business alike. We in the Parliament simply want to do our job. That is what the resolution is saying today.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Ik betreur allereerst dat bepaalde politieke fracties niet wilden wachten op de eerste evaluatie door de Commissie. Dit gezegd zijnde ben ik ook helemaal niet gelukkig met de inhoud van de resolutie van rapporteur Moraes. Ik heb daarom samengewerkt met de EVP-Fractie om een positiever alternatief te bieden. Laat mij hieruit enkele zaken benadrukken.

Ten eerste is de trans-Atlantische gegevensoverdracht van essentieel belang voor onze economie, handel en veiligheid. Niemand kan dit ontkennen en laten we dit dan ook alstublieft niet terzijde schuiven in dit debat. Wie op een schorsing van het privacyschild aanstuurt, moet nadenken over de gevolgen van de juridische onzekerheid die dit met zich meebrengt.

Ten tweede realiseerden we met het privacyschild een nooit eerder bereikt hoog niveau van gegevensbescherming. Er werd een gigantische stap in de goede richting gezet. De rechten en de rechtsbescherming van EU-burgers bij gegevensoverdracht naar de VS gaan er enorm op vooruit.

Uiteraard vind ook ik dat de Commissie steeds moet blijven streven naar de hoogst mogelijke standaard voor gegevensbescherming, maar sommige politieke fracties en parlementsleden blijven echter vinden dat alleen een kopie van de Europese regels kan volstaan. De Verenigde Staten zijn echter een onafhankelijke natie. Hoewel het land een belangrijke strategische bondgenoot is van de EU, mogen we echter niet vergeten dat het geen lid is van de Unie. Ik en mijn delegatie geloven sterk dat het zowel voor onze bedrijven, de Europese economie als de privacy van de EU-burgers het beste is om een operationeel privacyschild te hebben.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, in reply to Mrs Stevens, we are not actually calling for the suspension of the Privacy Shield, but we do expect the Commission to defend the interests of EU citizens and monitor, extremely critically, what is happening. We had already expressed very serious concerns under the Obama administration and, for some reason, the changes that have been made by the Trump administration do not alleviate my concerns. I do not know why, it is probably me.

Indeed we do not expect the US law to be identical, but we do expect it to be essentially equivalent, because that is what the judges have said. So that is not a party political request but an obligation for the EU institutions, and the Commission is responsible here.

I do not need to outline all the questions that we have put in the resolution. I am actually a little bit disappointed. The resolution has been available in the public domain for some time now. I would have expected the Commission to have already responded to the questions which are in there. What about the privacy and civil liberties oversight board, which is under quota? What about the Ombudsmen, who has not been replaced? What about the impact of Section 14 of the Privacy Act? What about the legal status of the assurances? What about the definition of bulk transfers? What about the interpretation of PPD-28? The Commission could have addressed all these things in its statement.

I would really urge the Commission not just to repeat what should be done, but actually to be on top of things. That is the way the Americans would do it, so why do we not do it on behalf of our citizens?

Two final issues, because this is not about party politics, Mrs Stevens; there is a legal challenge before the ECJ. There is also the other issue, namely that national DPAs may actually decide to suspend the transfers and then we have legal uncertainty. It is not by asking critical questions that we create legal uncertainty; it is by not asking the Americans critical questions. So I would say to the Commissioner, please make privacy great again.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Genau so ist es. Nein, mit dem *privacy shield* können wir keinen Frieden schließen. Wir finden, dass das auch keine angemessene Antwort auf das Schrems-Urteil und auf das zu Fall gebracht *Safe-Harbour*-Abkommen ist, weil es eben keinen gleichen Datenschutz für alle bietet, weil die Massenüberwachung zum Zwecke der Strafverfolgung weiterhin pauschal und anderswo stattfinden soll, weil riesige Datenmengen – wie wir alle wissen – weiter fröhlich frei Haus ohne richterliche Ermächtigung an 16 US-Behörden geliefert werden, weil der vom US-Außenministerium eingesetzte Ombudsmann ein Feigenblatt ist, wie wir alle wissen, weil viele US-Organisationen, die beim *privacy shield* mitmachen wollen, noch nicht mal eine Datenschutzbehörde haben und weil US-Präsident Trump immerhin ein Dekret unterzeichnet hat, das Nicht-US-Bürger vom Datenschutz ausnehmen will. Wer da noch von Schutzschild redet, der ist ein Träumer. Der *privacy shield*, von dem hier gesprochen wird, ist ein offenes Scheunentor für Willkür zulasten der Grundrechte.

Und es kann noch viel ärger kommen, wenn es nämlich so ist, dass der US-Senat und das Repräsentantenhaus ein Verbot faktisch gekippt haben, dass das Verbot der Telekomaufsicht FCC praktisch gekippt wurde, sodass Internetprovider danach praktisch ohne Zustimmung ihrer Kunden private Daten sammeln und verkaufen können.

So. Stimmt Donald Trump dem noch zu, dann ist der US-amerikanische Datenschutz Spaß – so sage ich das mal. Wir teilen daher in allen Punkten die kritische Sicht der Entschließung voll und ganz, weil die Probleme in keiner Weise behoben sind.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – We leven niet onder een steen en de Groenen begrijpen heel goed dat het mogelijk moet blijven om persoonlijke data voor commerciële doeleinden naar de Verenigde Staten te blijven sturen. Facebook is leuk, whatsappen is eigenlijk niet meer weg te denken, maar het versturen van onze persoonlijke gegevens mag niet ten koste van alles gaan. Onze grondrechten verdienen bescherming en ik maak me daarom zorgen over het privacy schild in zijn huidige vorm, want de bescherming van onze persoonsgegevens is aan de andere kant van de oceaan niet gegarandeerd.

Wanneer de Amerikanen claimen dat de nationale veiligheid in het geding is, blijft analyse van bulkgegevens mogelijk. Laat mij dat nog een keer herhalen en onderstrepen: onder het privacy schild mogen bulkgegevens nog steeds geanalyseerd worden. Dat op zich is voldoende om het privacy schild te verwerpen. Het Europees Hof was toch helder? Opslag en analyse van bulkgegevens is verboden. We kunnen er dus de klok op gelijkzetten: het privacy schild zal net zoals *Safe Harbour* sneuvelen in Luxemburg.

De resolutie waarover we morgen stemmen, herhaalt dus nog een keer wat we allemaal weten: onder het privacy schild blijven onze rechten in de VS substantieel lager dan hier in de Europese Unie. Niet equivalent, neen, lager. Wat doen we dus? Zijn we hardleers en wachten we tot Max Schrems en zijn kompanen van Ierland naar Luxemburg zijn gereisd en het Hof ons op de vingers tikt? Of gaat de Europese Commissie nu heronderhandelen met de Amerikanen?

Ik zie bovendien dat de belangen van de Amerikaanse commercie uitstekend worden behartigd door de EVP en de ECR. Zij hebben een alternatieve resolutie die kiest voor de bedrijven en tegen de grondrechten van onze burgers. Maar, vrienden aan de rechterkant, een verdrag dat ieder moment door het Hof nietig kan worden verklaard, is niet goed voor business. Het maakt business onbetrouwbaar. Ook de commercie heeft baat bij heronderhandelingen, en dus vraag ik u om onze amendementen die vragen om heronderhandeling te steunen.

Viviane Reding (PPE). – Madam President, my question is simply: is the Privacy Shield stillborn? Vault 7 revealed that the CIA tapped directly into our smartphones; Microsoft and Apple court cases exposed the FBI tendency to bypass existing legal frameworks to access data; the Congressional Review Act allowed Comcast, AT&T and Verizon to use people's data without their consent and Trump's Muslim ban ordered agencies to exclude non-American citizens, not only Muslims, from their privacy policies.

Now all this has taken place after the adoption of the new framework and all eyes are now riveted on the Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) Section 702. I would like to ask the Commissioner, does she really feel assured? The Article 29 Working Group does not because yes, the Privacy Shield has improved Safe Harbour but, no, it did not assuage many of our concerns.

The problem is, and always has been, the use of national security as a blanket exemption and this is one of the numerous questions that need answers, most of all during the upcoming review. Concrete evidence must prevail over alternative facts, legal obligations over written commitments, MEPs' demands over Congressmen's promises.

We must build a transatlantic digital bridge on a rock-solid privacy pillar and unfortunately, I have the feeling that the shield might already have turned into a smokescreen.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Erst nachdem der Europäische Gerichtshof das Safe-Harbour-Regime für nichtig erklärte, hat sich die Kommission bemüht, bessere Regeln zum Datentransfer in die USA zu schaffen. Doch trotz einiger Fortschritte kann mich das Ergebnis in seiner Gesamtheit nicht überzeugen. Es ist nach wie vor schwierig, sich rechtlich gegen den Missbrauch seiner Daten zu wehren. Die Ombudsperson in den USA ist nicht unabhängig genug. US-Firmen sind nicht verpflichtet, persönliche Daten zu löschen, wenn sie nicht mehr notwendig sind. Das größte Problem ist jedoch, dass auch der neue Datenschutzschild Massenüberwachung nicht ausschließt. Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil zur Aufhebung des Vorgängers „Safe Harbour“ jedoch klargemacht: Der generelle Zugriff auf Inhalte elektronischer Kommunikation verletzt den Wesensgehalt, den Kern des Grundrechts auf Achtung des Privatlebens.

Demnächst steht die erste Überprüfung des *privacy shield* an. Uns Sozialdemokraten ist wichtig, dass die erwähnten Kritikpunkte dort ausreichend Beachtung finden und Rechtssicherheit geschaffen wird. Das Parlament kann den *privacy shield* nicht aussetzen, die Kommission schon, sofern die Mängel im Grundrechtsschutz zu groß sind. Ich bedaure es sehr, dass die Konservativen im Innenausschuss unsere gemeinsam ausgehandelte Entschließung nicht unterstützen wollten. Scheinbar sind ihnen schnelle Scheinlösungen für Unternehmen wichtiger als nachhaltige, grundrechtsfreundliche Ansätze, die auch mehr Rechtsschutz für die betroffenen Unternehmen bieten.

Ich hoffe daher, dass wir im Plenum eine Mehrheit für diese Entschließung finden werden. So können wir ein Signal an die Kommission senden. Das Europäische Parlament wird das Funktionieren des *privacy shield* in der Praxis äußerst kritisch verfolgen. Wenn die Überprüfung ergibt, dass der *privacy shield* nicht mit der EU-Grundrechtecharta und den neuen EU-Datenschutzregeln im Einklang steht, muss die Kommission ihn aussetzen. Sonst riskiert sie die Blamage, dass auch dieser Schutzschild erneut vor dem Europäischen Gerichtshof scheitert.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, last year some of us stood here and warned that the Commission's EU-US Privacy Shield agreement would not protect citizens' privacy rights; and how right we were. The so-called 'shield' is an insult to citizens across Europe whose privacy has been further undermined.

The agreement allows the US intelligence to carry out mass surveillance and collect huge amounts of private data and bulk information indiscriminately. It allows US companies to collect data on individual citizens every time they go online, with no effective legal protection, and it is only voluntary. It only applies to companies that have signed up. The rest can run fancy free with our information. So this shambles breaches our fundamental privacy rights and it needs to be fixed.

It needs to be fixed urgently with a robust, effective and enforceable system that protects the privacy rights of citizens, not the interest of spooks and big business. I would call on the Commissioner to fix it before the European Court of Justice forces you to do so for a second time.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, como frisamos na resolução sobre *big data* e direitos fundamentais que redigi e que foi aprovada por este Parlamento, no mês passado, nesta era digital é de extrema importância reforçar a confiança dos cidadãos no uso das novas tecnologias da comunicação e assegurar a segurança dos dados pessoais recolhidos *online* e por todo o tipo de aparelhos eletrónicos.

Estes princípios aplicam-se necessariamente às transferências transatlânticas de dados para garantir segurança jurídica a empresas e cidadãos, num quadro legal, robusto em regimes de proteção de dados equivalentes e menos vulneráveis à utilização criminosa e indevida. Esta resolução do Parlamento Europeu reconhece que o escudo de proteção da privacidade entre a União Europeia e os Estados Unidos contém melhorias significativas no que diz respeito à clareza das normas, em comparação com o antigo regime, dito de *porto seguro*, em resultado dos esforços da Comissão Europeia para solucionar as insuficiências suscitadas pelo Tribunal de Justiça, o grupo de trabalho do artigo 29 e pelo Parlamento Europeu, entre outros.

Ainda assim, o Parlamento aponta várias reservas, estando em causa quer os aspetos comerciais quer o acesso por parte das autoridades públicas dos Estados Unidos aos dados transferidos da União Europeia. E numero apenas algumas, como a ausência de regras específicas em matéria de decisões automatizadas e a aplicação dos princípios do escudo a subcontratantes.

A ausência de um direito geral de oposição por parte dos cidadãos, a necessidade de garantias sobre a independência e os poderes do mecanismo de mediação e a ausência de garantias sobre a não realização de uma recolha maciça indiscriminada de dados pessoais que é proibida pela Carta Europeia dos Direitos Fundamentais.

Todas estas preocupações podem conduzir a uma contestação deste regime junto dos tribunais. Para além disso, a situação política nos Estados Unidos é hoje claramente diferente. Não podemos ignorar, Senhora Comissária, o impacto da eleição de Donald Trump no cumprimento do acordo e das garantias dadas pela administração Obama. Trump já demonstrou completo desprezo por acordos celebrados pela anterior administração. Ainda esta semana o Presidente promulgou uma lei que dá às operadoras da Internet nos Estados Unidos a liberdade de venda dos dados dos seus clientes, tais como histórico de navegação e restante informação privada, ao mercado publicitário, sem o consentimento das pessoas em causa, o que demonstra o desprezo da nova administração pelas garantias mínimas de proteção da privacidade e de dados pessoais que existiam anteriormente.

É por isso que, por ocasião da primeira reapreciação conjunta anual, a Comissão deve proceder a uma análise aprofundada de todas as lacunas e deficiências que estão referidas nesta resolução e tem que verificar a compatibilidade das novas leis e ordens executivas de Trump com os compromissos assumidos no quadro do escudo de proteção da privacidade, bem como o seu impacto ao nível da proteção dos dados...

(A Presidente retira a palavra à oradora.)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, I said at the beginning that I very much appreciate the opportunity to take part in the discussion here today, to answer your questions and to hear your views because I think the period between the moment when we started the full functioning of Privacy Shield and the first annual report, which will come out as late as September, is very important. I am grateful for hearing your views, including the critical voices, because we take all of them very seriously and share many of them. That is why – as I also said at the beginning – we are closely monitoring the situation in the United States. It is not true that we only say what should be done. I am informing you about the things we are doing. This is something I want to emphasise very strongly.

I am aware of the fact – as Mr Moraes, Mr Voss and some others clearly said – that at the moment we still do not have a full assessment of the functioning of Privacy Shield, because this is just the beginning. It is also for this reason that I am glad about the idea which we discussed today with the Chair of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, namely that I could come in the first half of this year to give full information about how we see and assess the functioning of Privacy Shield. This is my commitment which I would like to repeat here in the plenary.

When I say that the first annual review will be the moment of truth, I mean it very seriously. This must not be just another report. I want to give an honest and true reflection of the situation. That is why I want to use all possible channels to have this fully-fledged review which will reflect how Privacy Shield protects the privacy of Europeans and whether it fully protects according our requirement, the requirement of European law, and the requirement of the court ruling.

That is why I want to take all the inputs from the State Administration, from the Article 29 Working Party on the European side and the Federal Trade Commission on the American side. I want to take on board all the critical comments from the NGOs. I spoke to NGOs on both the European and American sides. They are very critical and share some of the concerns which you voiced here today. I want to create a precise and detailed questionnaire which will be sent to the certified companies – the companies which have been certified under Privacy Shield – so that we receive information from them about the number of requests from the intelligence services and security bodies on the American side, and much other detailed information. I also want to use the media reports about the atmosphere, tendencies and trends in the United States to capture something which I call a real feel for how to look at the situation in the United States.

We must focus on three main things: the legal environment in the United States; the capacities which the United States partners invest in the full functioning of Privacy Shield; the way Privacy Shield is used and respected by the certified companies; and the way Privacy Shield is used by the citizens themselves, because, as you know, an important part of the Privacy Shield mechanism is offering new ways of redress for EU citizens. These are the things which we are going to fully focus and reflect on through the first annual review.

Mrs in 't Veld asked for a specific answers to some questions. I will try to answer them now but, as I said, we are ready to give you more detailed responses whenever you ask. On the Ombudsperson, the Privacy and Civil Liberties Oversight Board (PCLOB) and the Federal Trade Commission, what I said before is relevant, namely that we are focusing on the United States institutions to be fully equipped as regards the capacities and the responsible leadership to keep Privacy Shield running. We shared our concerns in Washington about the fact that we do not see any persons nominated or appointed to these positions. We now have to face the reality that the new American Administration still has to appoint about 5 000 people to senior positions in the State Administration, out of which 1 000 must also be also endorsed and authorised by the Senate. The Ombudsperson, for instance, is one of them so we will now have to negotiate with and monitor the work of the acting Ombudsperson. My colleague has spoken to this person, so we are in contact and they understand how important this is for us. As for the Ombudsperson, I will rely for the review on the information from the Ombudsperson's office because there should not only be information about the complaints he or she received, but also information about how many requests were sent from the intelligence services to the companies. I will push hard to get such information because we also want the Ombudsperson to act as the relevant source of trustworthy information for us.

On PCLOB the situation is similar. We urge the American side to have the full capacity of the Federal Trade Commission. I spoke to its acting Chair, and we made it very clear that we are waiting for the official new representation. On PPD-28, we have been assured that no changes are foreseen, but we will of course keep monitoring this. We also have strong allies in the Congress and among the experts who are monitoring the situation on this piece of legislation, which I made absolutely clear to our American partners is the main pillar, as it is for the American legislation, for keeping Privacy Shield running. This is what we need to see in place and fully functioning.

Regarding Section 702 of the Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA), still no information can be received on whether there will be amendments or whether it will continue in the same way as it is in force now. We have to follow all the information we receive in the months to come, but I am rather sceptical about whether before the review we will have anything more concrete about whether there will be any changes. I made it very clear that, if there are changes to the detriment of the situation for the protection of Europeans' private data, we will have to act because this is an absolutely crucial piece of legislation for Privacy Shield.

The situation on the executive order is different, according to our legal analysis, because the protections of Privacy Shield are not based on the US Privacy Act. Therefore the executive order which you mentioned has no impact on this. This is the executive order on enhancing public safety. In Section 14 this concerns protections under the US Privacy Act of 1974. The Privacy Act only applies to US citizens and permanent residents. The Obama Administration had instructed federal agencies to use their discretion also to apply these protections to others in the context of migration databases and this policy has now been reversed. But let us be clear: as I indicated, the Privacy Act never granted any rights to Europeans. That is why we had to negotiate new arrangements, notably the umbrella agreement and the accompanying Judicial Redress Act, to ensure the necessary protection for Europeans and these remain unaf-

fected by the executive order. This has also been confirmed in writing by the United States.

Let me conclude by saying that for us the main message to take to Washington was that we can see that security is a very high priority in the United States. I made it absolutely clear that for us the protection of Europeans' private data is a very high priority and a fundamental right which must also be protected in the transfer of data to the United States. I think that this was well understood by all our key American partners. I would say that the protection of private data must remain great, not be made great again. This was our message to our American partners.

Elnök asszony. – Köszönöm szépen Biztos asszonynak a tényleg kimerítő és átfogó választ, csak remélni tudjuk, hogy ez az adatvédelmi pajzs által biztosított védelem is ilyen jól fog működni.

Kettő állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám, melyeket az eljárási szabályzat 123. cikkének (2) bekezdésével összhangban nyújtottak be. A vitát lezárom.

A szavazásra holnap kerül sor.

20. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

21. Bericht 2016 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Elnök asszony. – A következő napirendi pont az Ivo Vajgl által a Külügyi Bizottság nevében készített, a Macedónia Volt Jugoszláv Köztársaságról szóló 2016. évi jelentésről folytatott vita (2016/231(INI)) (A8-0055/2017).

Ivo Vajgl, poročevalec. – Poročilo, o katerem bomo danes pozno v noč, očitno, razpravljali, se nanaša na poročilo Evropske komisije o napredku bivše jugoslovanske republike Makedonije za leto 2016 in še ni zaključeno. Sklepne besede bomo zapisali, ko bo v Makedoniji prišlo do pričakovanega premika v krizi.

Ob angažiranem sodelovanju vseh poročevalcev v senci in po vsestranski obravnavi in podpori v Odboru za zunanje zadeve Evropskega parlamenta je nastal dokument, ki pomeni jasno podporo vključevanju Makedonije v Evropsko unijo in evro-atlantske integracije pod pogojem, da se konča dolgotrajna politična kriza, hitro oblikuje nova vlada, ki bo upoštevala rezultate volitev 11. decembra lani in na njih temelječa razmerja in možnosti koalicijskega sodelovanja v parlamentu.

Danes lahko samo ugotovimo, da se kriza nadaljuje, da je delo parlamenta praktično onemogočeno, da se ne upoštevajo osnovna pravila parlamentarne demokracije in da namesto zavezanosti dolgoročnim interesom države v političnem soočanju strank prevladujejo toni, ki stopnjujejo medsebojno razklanost.

Namesto da omogočijo državi napredovanje po načrtani evropski poti, nujnih in globokih reform, usmerjajo nezadovoljni politiki množice svojih pristašev v ulične proteste, ki vzpodbujajo medetnično nezaupanje in nestrpnost.

Skoraj štiri mesece po izrednih parlamentarnih volitvah, ki so potekale v skladu z demokratičnimi standardi, tako smo ugotavljali, do konstituiranja parlamenta in oblikovanja vlade ne more priti zaradi sistematčne obstrukcije procesa s strani najmočnejše politične stranke VMRO, ki ji ni uspelo sestaviti potrebne večine, in zaradi zavračanja predsednika države, da v skladu s pravili in prakso demokratičnih držav zaupa mandat za sestavo vlade tistemu voditelju, ki mu je dal potrebna zagotovila, da ima večinsko podporo parlamenta.

Do ravnanja predsednika države Gjorgja Ivanova so se jasno in kritično opredelili najvišji predstavniki Evropske unije, Nata in voditelji številnih evropskih držav. Vsi so pozvali predsednika, naj uporabi svoja pooblastila tako, da omogoči normalno funkcioniranje parlamenta in oblikovanje vlade na osnovi izdatne večine, s katero razpolaga potencialna vladajoča koalicija.

Predsednik Ivanov vztraja na stališču, ki razkriva predvsem njegovo strankarsko afilicijo in podaljšuje krizo. Še je čas, da svoje stališče spremeni in uskladi z zahtevo in načeli parlamentarne demokracije, vrne vsem državljanom svoje države mir in upanje na boljše življenje v miru in medsebojnem spoštovanju.

Spoštovani kolegi, poročilo, katerega vsebino sem kot poročevalec pripravljal v konstruktivnem sodelovanju z vami, s Komisijo, kolegi v timu mediatorjev v imenu Evropskega parlamenta in v tesnem vsebinskem sodelovanju s komisarjem Johannesom Hahnem in njegovim kabinetom, bomo morali dopolniti v skladu z razpletanjem krize v Makedoniji, preden ga damo na glasovanje.

Prepričan sem, da si Makedonija zasluži več vzpodbude kot kritike. Predolgo čaka na začetek pogajanj zaradi anahronističnega spora o imenu države.

Poročilo vsebuje stališče, da bilateralna vprašanja in spori ne smejo biti ovira za napredek države v smeri evro-atlantskih integracij. Priporočilo za začetek pogajanj o pristopu, pogojeno z rešitvijo politične krize in pospešenim delom na reformah, utemeljenih na sporazumu Pržino in dokumentu o nujnih reformskih prioritetah, bi pomenilo vzpodbudo za napredek in nujno potrebno sodelovanje vseh političnih strank na nacionalni prioriteti, to je na integraciji v EU.

Makedonija in regija okoli nje potrebuje stabilnost in mir. V tem trenutku potrebuje tudi pomiritev in spravo kot pogoj za drugačno, inkluzivno politiko. (*Še en stavek, prosim.*)

Makedonski politiki naj svoje odnose rešujejo na demokratičen način. Pri tem lahko računajo na podporo Evropskega parlamenta in Evropske unije in njenih institucij v celoti.

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honourable Members, thank you for the opportunity to discuss with you the Commission's annual report on the Former Yugoslav Republic of Macedonia. On 9 March 2017, the European Council discussed the situation in the Western Balkans. It stressed the EU's commitment to the region and reaffirmed its unequivocal support for the European perspective of the Western Balkans. President Tusk visited the Former Yugoslav Republic of Macedonia earlier this week and confirmed this commitment. On behalf of the Presidency I wish to reiterate our commitment to advancing the enlargement process in full respect of the basic principles of conditionality and on merit.

The early parliamentary elections finally took place on 11 December 2016, after having been postponed twice. We take good note that the OSCE considers that the elections were competitive, but that they took place in an environment characterised by widespread public mistrust in the institutions and the political establishment. Unfortunately, the government has not been formed to date, and we are concerned at the current political impasse. We look forward to the formation of the new government without further delay in line with democratic principles and the constitution.

In Skopje on Monday, President Tusk called for statesmanship and unity in order to find a way out of the current deadlock. We also remain worried about the continuation of the political crisis and the partial implementation of the Pržino Agreement. We share your view that political will is necessary to ensure its full, tangible and sustainable implementation. The country continues to suffer from a very divisive political environment, polarisation and the lack of a culture of compromise, with backsliding in important areas such as the functioning of the judiciary, which should be allowed to work independently.

Let me also reiterate the importance of a thorough and independent investigation, without hindrance, of the allegations of wrongdoing brought to the fore by the wiretaps and the related failures of oversight. In this respect, I would like to recall the importance of the mandate and the work of both the Special Prosecutor and the parliamentary committee of inquiry to look respectively into legal and also political responsibility. It is also important to restore trust in the national institutions.

We also back your call on all parties, including those forming the future government, to take ownership and to honour the undertaking to implement the urgent reform priorities, and also to address systematic rule of law issues, including in relation to breaches of fundamental rights, judicial independence, media freedom, elections, corruption, politicisation of state institutions, state or party blurring, and failures of oversight.

We also welcome the Commission's intention to continue the close monitoring in order to assess systematic failures in the areas of justice, corruption, fundamental rights and human affairs, as reflected also in the urgent reform priorities. We expect the new government to urgently, as a first priority, address overdue reforms, including the one I just referred to – the urgent reform priorities – for the benefit of the country and its citizens, and also in order to return the country to its European path.

The Council also acknowledges and encourages the constructive role played by civil society in supporting and improving democratic processes. I would also like to stress the importance of good inter-ethnic relations. The review of the Ohrid Framework Agreement needs to be completed by the new government as soon as possible in an inclusive and transparent manner, and its recommendations implemented.

Let me finally underline that maintaining of good neighbourly relations, including a negotiated and mutually accepted solution to the name issue, under the auspices of the United Nations remains essential. We all agree that there is a need to bring the longstanding discussions on the name issue to a definitive conclusion without delay. Let me welcome the fact that the confidence-building measures have started to produce tangible results. Actions and statements which negatively impact on good neighbourly relations should also be avoided, and we note the continued high level and expert contacts with Bulgaria aimed at strengthening good neighbourly relations. We look forward to their timely translation into concrete results. We also welcome the fact that the Commission is prepared to extend these recommendations to open accession negotiations, conditional on progress with the implementation of the Pržino Agreement, and substantial progress in the implementation of the urgent reform priorities.

The Presidency is ready to revert, when appropriate, to the Former Yugoslav Republic of Macedonia, including on the basis of an update from the Commission once sufficient progress has been made on these issues and in line with the previous Council conclusions and established conditionality. The political leaders now have the responsibility to take the necessary steps and put their country back on the Euro-Atlantic path. The European Union stands ready to support them in these endeavours.

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all, I would like to thank the Parliament, and in particular the rapporteur, Ivo Vajgl, for the report which is before you today for discussion. We find it balanced and in line with the main findings of our 2016 report on the Former Yugoslav Republic of Macedonia.

As you all know, the political situation in the country is of very serious concern. The Commission, therefore, greatly appreciates the work of this House, and in particular the efforts of honourable Members, Ivo Vajgl, Mr Fleckenstein and Mr Kukan, and, before that, Richard Howitt. In very close coordination with Commissioner Hahn, they send common messages to the political leaders during their recent visit to Skopje. President Tusk was also in the country on Monday.

More than ever, we need to continue speaking with one voice. The early parliamentary elections last December were a key part of the political agreement which the country's leaders signed in 2015. But they were only a start.

We are all deeply concerned about the latest developments and the continued refusal of President Ivanov to give a mandate to a coalition which is clearly supported by the majority in the assembly. This risks undermining the stability of the country and its credibility.

We are also gravely concerned about the emergence of inter-ethnic inflammatory rhetoric by some actors. Such rhetoric means playing with fire. It could have broader regional implications and must, therefore, stop immediately.

I therefore strongly encourage all political leaders in the country, including the president, to respect the results of the elections and the clear parliamentary majority. We expect the president to let democracy proceed and a new government to be formed.

I know that, especially, this House feels strongly about the central role of national parliaments, and we expect all political leaders to stop fuelling inter-ethnic tensions. The rapid formation of the new government will, however, not to be sufficient in itself to return to business as usual. We will continue to insist on the implementation of all parts of the 2015 Pržino agreement, including key reforms on the rule of law.

We need to see a clear and firm political will to tackle these issues. Substantial progress is not only needed in the implementation of the so-called urgent reform priorities, which address the serious rule of law issues in the country. This also means that the special prosecutor's office should be given time and resources to complete its work.

Let me at this point also emphasise the crucial importance of empowered civil society and good neighbourly relations. We are concerned about the criticism and attacks faced by civil society organisations. An empowered civil society is a crucial component of any democratic system, and should be recognised and treated as such by state institutions and politicians.

Good neighbourly relations are also essential for the country. Resolving bilateral issues with the neighbours is crucial and finding a solution to the main issue remains a priority. We should all come together to support this goal.

Last but not least, the country was also at the front line of an unprecedented migration crisis in 2015 and 2016. It has received very considerable support from the EU and from individual Member States. The Commission remains committed to continue helping with this challenge, despite the situation being much calmer now.

Let me, however, also say that our good cooperation on migration issues does not mean at all that we will close an eye to the aforementioned democratic and rule of law issues. That would be extremely short-sighted, and I know this is not how this House sees enlargement.

In short, the European Council has just reaffirmed the accession perspective of the entire Western Balkans region. It is now up to the countries in the region to use this momentum, with our help. This is a long, complex process so there is no time to waste. This is particularly true for this country.

I now look forward to the debate.

Tunne Kelam, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I very much appreciate the constructive approach by Mr Vajgl. We are still optimistic about this very complicated programme and on behalf of the EPP Group I can say that I fully support his stand.

I think the key word was provided by President Tusk a few days ago when he said that Macedonia can count on EU support once the domestic political crisis is solved, based on democratic principles, decency and common sense. I think we can interpret this as meaning that the EU wants Macedonia to move towards the EU and NATO membership. The internal situation remains extremely complicated but we must understand that it is our shared worry and shared responsibility.

The EU has a responsibility, especially now, to play a stronger role in the region or, as we know, there will be other powers to fill the void. The external influences have already fuelled internal divisions in Macedonia. If we are hesitant or slow to bring Western Balkan countries closer to the EU others will not hesitate to drift them away from us.

The major problem remains national reconciliation, which means serious efforts to develop inclusiveness and mutual trust. To advance this, the EU too has to offer a credible European perspective to Macedonia.

Knut Fleckenstein, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich auch bei Herrn Vajgl bedanken für seinen guten Bericht, auch wenn wir ihn heute nicht abstimmen können. Wir können nicht abstimmen, obwohl er, Eduard Kukan und mein Vorgänger Richard Howitt sich alle Mühe gegeben haben, mit den Parteien zusammen eine Lösung zu finden, um die Krise in Mazedonien zu beenden.

Und diese Lösung hieß demokratische Wahlen, die hinterher auch anerkannt werden. Und diese Wahlen haben stattgefunden, und sie haben auch in einem Umfeld stattgefunden, dass man sagen konnte: Die Arbeit hat sich gelohnt. Aber die Arbeit hat sich nicht gelohnt, wenn Demokratie nur funktioniert, wenn die jeweilige eigene Partei gewinnt. Deshalb sage ich ganz deutlich: Das Ergebnis ist klar, 67 Abgeordnete haben eine Koalition gebildet, und wir erwarten von denen, die abgewählt worden sind, dass sie ihre Büros verlassen, eine ordentliche Oppositionsarbeit machen und vielleicht in vier Jahren dann zurückkehren, wenn diese Regierung, die jetzt ins Amt kommt, schlechte Arbeit geleistet hat.

Aber was nicht geht, ist, ein ganzes Land in Geiselhaft zu nehmen, nur weil die eigenen Machtansprüche eben so sind, wie sie sind. Und da braucht man auch nicht vornehm herumzureden – man muss ganz klar sagen : Wenn ihr so weitermacht, ist der Weg nach Europa irgendwann zu. Eine Empfehlung für irgendwelche Formen von Verhandlungen kann es nicht geben, wenn in einem Land die größte Partei der Meinung ist, dass Demokratie nur funktioniert, wenn sie gewinnt.

Und lassen Sie mich noch eins dazu sagen: Die Menschen auf der Straße, die Angst haben vor Identitätsverlust in ihrem Land, die muss man ernst nehmen, mit denen muss man sich unterhalten. Das ist übrigens auch die Aufgabe der 67, ihnen die Angst zu nehmen. Denn die albanische Plattform ist ja, wenn man sie sich in Ruhe durchliest, etwas, was nichts Schwieriges darstellt. Dass sie in Tirana offiziell verabschiedet worden ist, ist wenig hilfreich, und das sollte allen Akteuren, auch dem Premierminister Albaniens, mittlerweile bekannt sein.

Νότης Μαριάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κυρία Πρόεδρε, τα Σκόπια, κατά παράβαση της διεθνούς νομιμότητας, έχουν κλείσει εδώ και καιρό παράνομα τα σύνορά τους για τους πρόσφυγες. Η ενέργειά τους αυτή καταδικάστηκε και από τον πρώην Γενικό Γραμματέα του ΟΗΕ, κύριο Ban Ki-moon. Κλείνοντας τον νόμιμο βαλκανικό διάδρομο, τα Σκόπια εγκλώβισαν στην Ελλάδα χιλιάδες πρόσφυγες. Και αντί η Ευρωπαϊκή Ένωση να τους ανακαλέσει στην τάξη, ο ίδιος ο κύριος Tusk μόλις προχθές στα Σκόπια επιβράβευσε τη στάση τους. Επιβράβευσε τους Σκοπιανούς οι οποίοι, κατά παράβαση του διεθνούς δικαίου, χτύπησαν στα σύνορα με την Ελλάδα, στην Ειδομένη, χιλιάδες πρόσφυγες και έριξαν παράνομα εντός του ελληνικού εδάφους χειροβομβίδες κρότου λάμψης και δακρυγόνα κατά των χιλιάδων εγκλωβισμένων στην Ειδομένη προσφύγων.

Για όσο, λοιπόν, διάστημα τα Σκόπια κρατούν παράνομα κλειστά τα σύνορά τους για τους χιλιάδες εγκλωβισμένους πρόσφυγες στην Ελλάδα, η ελληνική κυβέρνηση οφείλει να επιβάλει πλήρες οικονομικό εμπάργκο στο κρατικό μόρφωμα των Σκοπίων, για το οποίο πρέπει να επισημανθεί επιπλέον ότι συνεχίζει την προκλητική του στάση απέναντι στην Ελλάδα. Ο αλυτρωτισμός των Σκοπίων εκφράζεται με την παραχάραξη της Ιστορίας και την καπηλεία του ονόματος της Μακεδονίας μας, πρακτική που δέχθηκε πριν από λίγο και ο ίδιος ο εισηγητής, που αποκάλεσε τα Σκόπια «Μακεδονία» αντί για «FYROM».

Τα Σκόπια, λοιπόν, πρέπει να καταλάβουν ότι ο ελληνικός λαός δεν πρόκειται να δεχτεί την καπηλεία του ονόματος της Μακεδονίας μας. Επίσης, ο ελληνικός λαός δεν πρόκειται να δεχθεί για το όνομα των Σκοπίων σύνθετη ονομασία με οποιοδήποτε γεωγραφικό προσδιορισμό. Είμαι αντίθετος σε οποιαδήποτε μελλοντική ένταξη των Σκοπίων στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Jozo Radoš, u ime Kluba zastupnika ALDE-a. – Gospođo predsjednice, gospodine povjereniče, od niza vrlo sporih razvoja i kriza koje se događaju na prostoru zapadnog Balkana, Makedonija je najduže u zastoju i može se reći da je tamo napredak potpuno izostao zadnjih godina. Može se možda čak tvrditi da je Makedonija danas u lošijem stanju u pogledu perspektive pristupanja Europskoj uniji nego što je bila prije deset godina. Zemlja koja ide iz krize u krizu.

Primjer Makedonije pokazuje kako mlade zemlje, mlade demokracije mogu zastati u svome razvoju i kako se ti krhki demokratski procesi mogu okrenuti prema natrag. To je naravno moguće, to se događa i u razvijenim demokratskim državama, ali nas bi trebalo zanimati ono što je uloga Europskog parlamenta, odnosno Europske unije u tom procesu. Zemlja je ostavljena bez perspektive. Na neki je način ponižena zadnjih deset godina i taj osjećaj napuštenosti sigurno je još pojačao negativne tendencije koje se događaju u Makedoniji. Zemlja se nalazi u vrlo osjetljivom području. Prijeti se da socijalni unutrašnji politički sukobi prerastu u etničke i međudržavne sukobe u tom širem prostoru, a znamo da je prostor ionako sam po sebi nestabilan.

Znam da Europska unija nema velike, snažne mehanizme, ali osim apela i poziva i potpore trebalo je imati jasnu, promišljenu politiku, jasne planove i veću prisutnost Europskog parlamenta i Europske unije u Makedoniji.

Σοφία Σακοράφα, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, υποστηρίζετε ότι εργάζεστε ώστε η χώρα να ξεπεράσει το αδιέξοδο της σημερινής πολιτικής κρίσης και να βρει τον ευρωπαϊκό της βηματισμό. Υποστηρίζετε ότι η πολιτική σας να αγνοείτε, να ωραιοποιείτε και να επιβραβεύετε το συστημικό έλλειμμα που υπάρχει σε καίριους τομείς της χώρας και φυσικά στα πολιτικά κριτήρια της Κοπεγχάγης βοηθάει προς αυτή την κατεύθυνση. Υποστηρίζετε ότι η υποβάθμιση όλων αυτών των αρνητικών στοιχείων που συνδέουν τη σημερινή τραγική κατάσταση της χώρας μπορεί να δημιουργήσει θετικό κλίμα συναίνεσης και συνεργασιών. Έχω τονίσει επανειλημμένα ότι η πολιτική αυτή μόνο ανασταλτικά θα μπορούσε να λειτουργήσει για την πρόοδο της χώρας και του λαού της. Και, δυστυχώς, οι εξελίξεις το επιβεβαιώνουν.

Αγνοήσατε την ανάπτυξη του εθνικισμού στη χώρα. Επικροτήσατε την επινόηση της παράδοσης στην οποία επένδυσαν οι πολιτικοί της. Αγνοήσατε τη ρητορική μίσους και ξενοφοβισμού που αναπτυσσόταν. Εθίσατε τους πολιτικούς της χώρας στο να αποποιούνται τις ευθύνες τους. Καμία αυτοκριτική, κανένας σεβασμός στο κράτος δικαίου και τις θεμελιώδεις αρχές της διεθνούς έννομης τάξης, καμία διάθεση συμβιβασμών και καμία πολιτική υπευθυνότητα. Χθες για το αδιέξοδο και την έλλειψη πολιτικής βούλησης στη χώρα έφταιγε η Ελλάδα και η Βουλγαρία, σήμερα η Αλβανία και περιμένουμε να δούμε ποιος θα φταίει αύριο. Αυτά είναι τα αποτελέσματα της πολιτικής σας.

Κύριοι συνάδελφοι, οποιαδήποτε συζήτηση για το άνοιγμα των ενταξιακών διαπραγματεύσεων, πριν εκπληρωθούν τα πολιτικά κριτήρια της Κοπεγχάγης, διασφαλιστούν οι σχέσεις καλής γειτονίας και υπάρξει ουσιαστική πρόοδος στο ονοματολογικό, θα είναι εκτός τόπου και χρόνου.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, μια ακόμα έκθεση για την Πρώην Γιουγκοσλαβική Δημοκρατία της Μακεδονίας –αυτό είναι το επίσημο όνομά της, που πολλοί παραβλέπουν ενισχύοντας αλυτρωτισμούς μέσω μιας επικίνδυνης αδιέξοδης ονοματολογίας– έκθεση που προωθεί την ενσωμάτωση και αυτής της χώρας αλλά και συνολικά των Δυτικών Βαλκανίων στην Ευρωπαϊκή Ένωση και στο NATO για τα συμφέροντα των ευρωπαϊκών μονοπωλίων, για να ελεγχθούν οι δρόμοι μεταφορών ενέργειας και άλλων προϊόντων προς την Ευρώπη, σε ανταγωνισμό με την καπιταλιστική Ρωσία, να ανακοπούν, σύμφωνα με το συνολικό ευρωενωσιακό σχέδιο, οι προσφυγικές ροές των πολέμων, του NATO και της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Οι λαοί της Ευρώπης, μετά τον νατοϊκό, ευρωενωσιακό πόλεμο διάλυσης της Γιουγκοσλαβίας, εμπλέκονται πάλι από τις κυβερνήσεις τους και την πολιτική «διαίρει και βασίλευε» της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε ανταγωνισμούς και κινδύνους γενικότερης ανάφλεξης. Ο μπερλιαλισμός επανέρχεται στην επαναχάραξη των συνόρων στη βάση εθνοτισμών, αλυτρωτισμών, μεγαλοϊδεατισμών που ο ίδιος καλλιεργεί. Οι σημερινές εξελίξεις σχετίζονται με όλα αυτά. Η ένταξη στην Ευρωπαϊκή Ένωση σημαίνει για τους λαούς σε όλες τις χώρες ανεργία, φτώχεια, αντιλαϊκές μεταρρυθμίσεις, χτύπημα εργατικών λαϊκών δικαιωμάτων για την κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων. Απαραίτητο συμπλήρωμα ο χυδαίος αντικομμουνισμός που αποπνέει και αυτή η έκθεση.

Το ΚΚΕ αντιτίθεται στην ένταξη της Πρώην Γιουγκοσλαβικής Δημοκρατίας της Μακεδονίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση για τους ίδιους λόγους όπως και για την Ελλάδα. Η ειρηνική συμβίωση των λαών της περιοχής επί σοσιαλισμού διακόπηκε από την μπερλιαστική επέμβαση. Οι λαοί έχουν τη δύναμη, αποτινάσσοντας τα δεσμά του NATO και της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των αστικών κυβερνήσεων, να ζήσουν ειρηνικά για τη δικιά τους ευημερία και όχι για τα κέρδη των μονοπωλίων.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, I would like to offer my sincere thanks to the rapporteur for his good work.

We have been dealing with the political crisis in Macedonia for the past two years. I would really like to see the light at the end of the tunnel, yet democracy in Macedonia is still politically paralysed and the victims are the citizens of the country and hence the integration process itself. Let me say this clearly: it is in our utmost interest to see a strong and democratic Macedonia coming onto the EU path.

We do appreciate the positive role that the country has played and can play in the region, yet democratic development and political stability are the key pillars on which it needs to be built. I am concerned at the deepening of the political crisis. Like many others, I would also like to call on the President of the country to fulfil his responsibility in the process of forming a new government composed of political parties with a real majority in the parliament. In addition, the parliament should itself start working according to the normal procedures.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, gospodine povjereniče, bez obzira na okolnosti, čestitam kolegi Vajglu na kvalitetnom dokumentu jer rezolucija obuhvaća sve činjenice i procese relevantne za Makedoniju tokom 2016. Ono što svakako nije dobro je slijed događaja nakon izvanrednih izbora održanih u prosincu. Suočeni s gubitkom vlasti dotadašnja dugogodišnja vladajuća stranka, njen lider i predsjednik Republike iz njenih redova doveli su zemlju u tešku situaciju.

Nakon što je predsjednik države višestruko odbio dati mandat za formiranje nove Vlade lideru koji je uspio osigurati većinu zastupnika izabranih na izborima, Makedonija se opet vratila u razdoblje unutarnjih sukobljavanja. Poticanje protesta na ulicama, neargumentirane optužbe kako će nova Vlada ugroziti jedinstvo zemlje, ignoriranje dužnosnika Europske unije koji savjetuju poštivanje Ustava, postaju instrumenti održavanja napetosti i forsiranja novih izbora.

Usporedno s tim, bivša stranka na vlasti blokira i funkcioniranje novog parlamenta tako da nisu raspisani ni redovni lokalni izbori predviđeni za svibanj. Ono što mi se čini ključnim jest da linije podjela koje produbljuje bivši premijer i njegova stranka ne ostave traga na zajedničkom pristupu Europske unije krizi u Makedoniji. Takav pristup Europske unije i međunarodne zajednice već je više puta dao dobre rezultate.

Raspravljajući o dugotrajnoj i sve ozbiljnijoj krizi u Makedoniji, mi zapravo odgovaramo na rastuću dilemu kakva politička uređenja želimo u državama na zapadnom Balkanu. Jer ovisno o jasnoći naših stajališta i ustrajanju na dosljednom poštivanju demokratskih standarda mi ćemo poslati poruku svim protagonistima kršenja istih.

Nitko ne osporava rezultate izvanrednih parlamentarnih izbora nedavno održanih u Makedoniji. To mogu reći i kao neposredni promatrač tih izbora. Izbori nisu dali apsolutnog nego relativnog pobjednika. Pobjednika koji nije uspio u pokušaju da obnovi koaliciju sa dotadašnjim partnerima. Ali ta ista stranka se nakon toga usprotivila koaliciji bivših partnera i neposrednih suparnika.

Političke zajednice mogu upadati u krize jer je takva priroda odnosa u društvima. Međutim nije svejedno kako neka politička zajednica prepoznaje krizu i kako iz nje izlazi. Ne zaboravimo da su stranački sukobi u Makedoniji neodvojivi od etničkih napetosti. Srećom zasada aktualni prijepori nisu izazvali prelijevanje krize na širi prostor ionako osjetljive regije. Zato naša reakcija mora biti dosljedna i pravovremena.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nicht nachvollziehen, wie man sich im 21. Jahrhundert derart über den Namen eines Landes zerstreiten kann, den dieses mit einer benachbarten Region eines anderen Landes teilt. Doch bei genauerer Betrachtung der Jahrhunderte, fast Jahrtausende alten Geschichte der Region wird es klar. Trotzdem: Ein Namensstreit darf nicht zur Blockadehaltung führen.

Ansonsten begrüße ich die Bemühungen Mazedoniens auf dem Weg in Richtung EU. Ich erkenne die Leistungen bei der Umsetzung des gemeinsamen Besitzstandes an. Ich habe Hochachtung vor dem, was das kleine Land zur Schließung der Balkanroute unternommen hat. Ich bedaure, dass dies nicht deutlicher die dankbare Unterstützung durch die EU erfährt.

Ich sehe aber auch die aktuellen Probleme des Landes und verbinde das mit einem klaren Appell an EVP und S&D in diesem Haus: Es sind Ihre Mitgliedsparteien, die aktuell eine stabile Entwicklung durch bockiges Verhalten blockieren. Es läge auch an den Herren Weber und Pittella, hier etwas zu bewegen. Dann können die Bemühungen der Bürger in Mazedonien auch belohnt werden. Dann heißt es „Daumen hoch“ für die Beitrittsverhandlungen. Wir haben bald viel Platz hier im Haus.

Franc Bogovič (PPE). – Dovolite, da se tudi sam v začetku najprej zahvalim in čestitam kolegu Ivu Vajglu za odlično obširno poročilo, kakršni so tudi problemi v nekdanji jugoslovanski republiki Makedoniji.

Ta država je že vse od konca leta 2005 kandidatka za vstop v Evropsko unijo. Naletela je na blokade s strani sosednje Grčije zaradi dolgoletnih sporov glede imena. In v tem času, ko je Evropa tudi pomagala Makedoniji na tej poti, je bil dosežen določen gospodarski napredek, izvedene so bile reforme. Država je reševala tudi v kriznih trenutkih probleme migrantske krize.

Zašla pa je v globoko notranjepolitično krizo. Ta kriza je tako globoka, da je privedla, tudi po zapletih najprej z izvedbo volitev, do blokade vzpostavitve vlade. Zato mislim, da je prav, da Evropski parlament, Evropska unija še naprej podpira Makedonijo na evropski poti, da ji pomaga pri razrešitvi tega spora. Na voditelje teh političnih strank pa apeliram k zavedanju velike zgodovinske odgovornosti, ki jo imajo v tem trenutku v republiki Makedoniji.

Jens Nilsson (S&D). – Fru talman! Tack till föredraganden för ett väldigt bra resolutionsförslag, mycket bra. Jag, tillsammans med andra kollegor, var valövervakare i december, när valet skedde. Ett val som, i den uppgörelse som fanns, var kanske det viktigaste steget: att kunna genomföra demokratiska val och rättvisa val. Alla valövervakare sa också att det här gick till på ett bra sätt, så nu måste alla respektera valresultatet. Ett val som gick till på precis samma sätt som alla andra demokratiska val. Partierna går till val på sina program. Efter valet samlas man för att se om man kan hitta en majoritet. Och just nu finns det en majoritet som skulle kunna fungera, utse talman, utse regering. Men det finns krafter som motarbetar det. Vad vi behöver nu är en ny regering som bygger på valresultatet, och vi behöver ge den regeringen en chans, för Makedoniens folks skull.

Isabella De Monte (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il relatore per questa ottima relazione. La politica di allargamento dell'Unione rappresenta un investimento in termini di pace, sicurezza e opportunità economiche, a mutuo vantaggio dell'Unione europea e dei paesi che aspirano ad aderirvi. Bisogna però garantire che i futuri Stati membri attuino riforme profonde in ogni settore, dai trasporti alla politica interna ed estera. Le connessioni transfrontaliere devono essere rafforzate, i procedimenti doganali uniformati e i risultati richiesti dalla COP 21 condivisi.

Sono fiduciosa che l'accordo di Pržino porti ad un governo stabile in vista dell'adesione all'Unione europea. Mi auguro inoltre che si trovi un compromesso sia con la Grecia, con cui è in corso la controversia sul nome ufficiale del paese, sia con la Bulgaria per il miglioramento dei rapporti reciproci. Ribadisco dunque la necessità di moltiplicare gli sforzi in ogni settore per un processo di integrazione condiviso che porti vantaggi ai cittadini macedoni ed europei.

„Catch the eye”

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já chci pochválit tuto zprávu, kterou zpracoval pan zpravodaj. Jsem přesvědčen, že je nutné k Makedonii přistupovat pozitivně a přes všechny problémy jí ukazovat cestu do evropských struktur a do NATO.

Ta zpráva je podle mého názoru velmi vyvážená, jasně popisuje politické problémy, které v tuto chvíli tuto zemi sužují. Ostatně většina řečníků o tom také hovořila. Mě jako člověka, který se celý život zabývá reformami justice ve východní Evropě, těší to, že nemalá část této zprávy je velmi podrobně věnována stavu justice v této zemi, stavu státního zastupitelství a stavu boje proti organizovanému zločinu a proti korupci.

Je zřejmé, že samotné reformy justice v Makedonii nestačí. Zřízení jednotlivých úřadů, jako je třeba Úřad zvláštní státní zástupkyně, není dostatečné, pokud tento úřad nemá šanci vykonávat nezávislé vyšetřování a svoji činnost. Zprávu podporuji.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση είναι άτοπη, άκαιρη, εκπρόθεσμη και άκρως ουτοπική. Δεν έχει προκύψει δημοκρατικά νομιμοποιημένη κυβέρνηση μέσω εκλογών και επί του παρόντος διεξάγεται μια πολιτική διαπραγμάτευση. Τα τέσσερα κόμματα της αλβανικής μειονότητας συνεδριάζουν στα Τίρανα, ενώ παράλληλα διενεργούν υπόγειες συζητήσεις με άλλα κόμματα στην Αλβανία και στο Κόσοβο. Μεγάλο μέρος του διεθνούς παράγοντα διαβλέπει τη διάλυση του κρατιδίου και τη μόνιμη απειλή για τη σταθερότητα της ευρύτερης περιοχής.

Η έκθεση αποτελεί προβοκάτσια εις βάρος της πραγματικότητας. Προωθείται μια πλαστή λύση πραγματώνοντας τον εφιάλτη της μεγάλης Αλβανίας στο μαλακό υπογάστριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η μοναδική δόκιμη λύση είναι μία και αποτελεί μονόδρομο: να αποδεχτούν την ιστορική πραγματικότητα ότι δεν υπάρχει μακεδονικό έθνος και ότι δεν έχουν το οποιοδήποτε έρεισμα επί του ονόματος «Μακεδονία». Μόνο τότε θα επιλυθεί το ζήτημα της ονομασίας ώστε να ανοίξουν τα εταξιακά κεφάλαια και ταυτόχρονα η πορεία προς τη σταθερότητα.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, η λειτουργία της δημοκρατίας είναι απαραίτητη προϋπόθεση για να συνεχιστεί η πορεία της Πρώην Γιουγκοσλαβικής Δημοκρατίας της Μακεδονίας προς την Ευρωπαϊκή Ένωση –διότι αυτό είναι το επίσημο όνομα της χώρας και σε αυτό τον θεσμό και στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Προφανώς η αιτία που τα Σκόπια δεν έχουν πάρει ακόμη ημερομηνία έναρξης διαπραγματεύσεων δεν είναι η διαφορά με την Ελλάδα, όπως λανθασμένα προκύπτει από την έκθεση, η διαφορά για το όνομα που αποτελεί αντικείμενο διαπραγματεύσεων υπό την αιγίδα του Οργανισμού Ηνωμένων Εθνών, έως ότου βρεθεί μια αμοιβαία αποδεκτή λύση έναντι όλων. Η αιτία βρίσκεται στην αδυναμία του πολιτικού συστήματος των Σκοπίων να αποδεχθούν τους κανόνες της ανεξαρτησίας, της δικαιοσύνης, της ελευθερίας του λόγου, των δικαιωμάτων των μειονοτήτων και, εν τέλει, να αποδεχτούν το αποτέλεσμα των εκλογών.

Εξαιτίας αυτών, οι εθνικές εντάσεις έχουν ανέβει επικίνδυνα. Οφείλουμε να απενεργοποιήσουμε άμεσα, με παρέμβαση του συνόλου της διεθνούς κοινότητας, αυτή τη βόμβα που μπορεί να οδηγήσει σε ανεξέλεγκτη ανάφλεξη στην περιοχή. Καταλαβαίνω ότι εδώ στο Στρασβούργο είμαστε μακριά. Όμως στην Ελλάδα, στη Μακεδονία, στη Θεσσαλονίκη γειτονεύουμε με τη βόμβα και οποιαδήποτε αρνητική εξέλιξη στα Σκόπια θα θέσει σε κίνδυνο τη σταθερότητα της περιοχής και οι επιπτώσεις της θα βαρύνουν άμεσα την ήδη επιβαρυνμένη από την κρίση Ελλάδα.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, όπως αναφέρεται και στην έκθεση, αυτή τη στιγμή στα Σκόπια επικρατούν συνθήκες οι οποίες εμποδίζουν την πρόοδο της εντάξεως της χώρας στην Ευρωπαϊκή Ένωση και στο NATO: πολιτική διαφθορά, διχασμός, οργανωμένο έγκλημα και χειραγώγηση της Δικαιοσύνης. Παρόλα αυτά υπάρχουν κάποιοι οι οποίοι ισχυρίζονται ότι η Ελλάδα ευθύνεται για την καθυστέρηση της προόδου των ενταξιακών διαπραγματεύσεων και μάλιστα ισχυρίζονται ότι δεν πρέπει οι διμερείς διαμάχες να εμποδίσουν αυτή την πρόοδο.

Κατ' αρχάς, το θέμα των Σκοπίων με την Ελλάδα, δηλαδή το θέμα της ονομασίας, δεν είναι διμερές. Είναι διεθνές. Αλλά, ας υποθέσουμε κάποια στιγμή ότι σήμερα επιλύεται αυτό το πρόβλημα του ονόματος. Πιστεύει κανείς ότι αυτό θα συμβάλει στην αντιμετώπιση των προβλημάτων των Σκοπίων; Θα επέλθει ενότητα στη χώρα; Η Αλβανία θα πάψει να διεκδικεί τα εδάφη της στα πλαίσια της δημιουργίας Μεγάλης Αλβανίας; Η Βουλγαρία θα πάψει να λέει στα Σκόπια ότι δεν πρέπει να λέγεστε «Μακεδονία» αλλά «Vardaska»;

Ας είμαστε, λοιπόν, ειλικρινείς και ας προσπαθήσουμε να βάλουμε τα πράγματα στη σωστή τους διάσταση. Εάν τα Σκόπια δεν συμμορφωθούν με τη διεθνή νομιμότητα, δεν έχουν ευρωπαϊκή προοπτική.

Marijana Petir (PPE). – Gospodo predsjednice, ja sam zabrinuta zbog situacije u Makedoniji u kojoj politička kriza traje predugo, a sve zbog miješanja i utjecaja drugih država u unutrašnje političke stvari Makedonije. Toj krizi se, nažalost, ne nazire kraj. I dok Amerika i Albanija jasno pokazuju svoj utjecaj u tom dijelu Europe, institucije Europske unije su izuzetno pasivne premda ih smatram najodgovornijima za situaciju u Makedoniji jer su dozvolile blokadu Grčke i Makedonija se već 12 godina nepravедно дрži ispred vrata Europske unije i NATO-a.

Već 38. dan građani Makedonije prosvjeduju na ulici jer ne žele da se Makedonijom upravlja na temelju Tiranske platforme sastavljene u drugoj državi. Ja razumijem nezadovoljstvo makedonskog naroda jer osobno ne bih voljela da se uspostava hrvatske Vlade dogovara u nekoj drugoj državi. Pozivam sve političke aktore u Makedoniji na poštivanje Ustava, a prije svega na poštivanje volje vlastitog naroda koji je najveća žrtva ove političke krize i koji nije glasovao za Tiransku platformu.

Pozivam Europsku uniju da Makedoniji otvori pregovore i tako pošalje poruku da podržava europsku budućnost Makedonije i da joj je stalo do stabilnosti na zapadnom Balkanu.

Csaba Sógor (PPE). – Nagyön fontos jelzésnek tartom, hogy a jelentés felhívja rá a figyelmet: konkrét intézkedésekre van szükség Macedóniában a különböző etnikai, nemzeti és vallási közösségek közti társadalmi kohézió megteremtése érdekében. Gyakori hiba, hogy a nemzeti közösségek közötti vitákat értetlenül figyelik a nemzetközi szervezetek, és arra várnak, hogy maguktól csökkenjenek a feszültségek.

Ehhez képest a helyes megközelítés az, amit a jelentés kimond: szükség lenne a történelemmel és oktatással foglalkozó közös szakértői bizottságok felállítása a szomszédos országokkal, amelyek hozzájárulnának a történelem objektív, tényeken alapuló értelmezéséhez. A gond csak az, hogy Európában, főleg annak keleti felén, az egyes nemzetek mást és mást értenek objektív történelmi tények alatt. Lehet ezt a jelenséget bírálni, de tény. Az a történelmi megbékélés, ami a kontinens nyugati felében végbement a második világháború után, a volt szocialista országokban még várat magára. Ennek pedig következményei vannak az egész Európai Unióra.

(„Catch the eye vége”)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Madam President, the political leaders of the former Yugoslav Republic of Macedonia now have the urgent responsibility to take the necessary steps to put their country back on the EU track. This is what the vast majority of their citizens want. Too much time has been lost.

The continued crisis is already taking a heavy economic and financial toll. A government must be formed now. All parties must implement their own political agreement and tackle the urgent reform priorities as agreed.

The Commission remains highly committed to the European perspective of the country but let me be clear, the key to this EU perspective is in the hands of the President and local leaders. Only they can put the country back on the path to Europe. We cannot and will not do their job for them.

Thank you very much for your attention and for this constructive and forward-looking debate on the report.

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me first express my sincere gratitude also for the excellent work and commitment of the rapporteur, and also his important recent efforts with Mr Fleckenstein and Mr Kukan.

The Council, as I stated in my introduction, attaches great importance to moving forward with the Former Yugoslav Republic of Macedonia. However, we remain seriously concerned as to the fragile domestic political situation, which was also highlighted by many of the speakers in tonight's debate. The need for a constructive dialogue extends to all parts of the political scene, most notably to the main political parties.

In this regard, we count on the continued support of the European Parliament in calling on all the leaders to cooperate in good faith and to overcome the current impasse and to put the country back on the reform track. I thank you once again for the opportunity to participate in this debate.

Ivo Vajgl, *Poročevalec*. – Potrdili smo v tej razpravi, da je Makedonija komplicirana država s težkimi problemi, ki jih komajda lahko rešuje brez naklonjenosti in sodelovanja sosednjih držav. Pomembno je to, da sosednje države razumejo probleme te komplicirane multinacionalne države in da ne otežujejo položaja z vmešavanjem v njene notranje zadeve, ki smo mu bili priča v zadnjem času pogosto.

Makedonijo čakajo težke naloge na njeni poti približevanja Evropski uniji. Danes smo ponovno potrdili, da napredek Makedonije proti članstvu v Evropski uniji ni samo v interesu države, ampak Evropske unije v celoti in stabilnosti v regiji. Pričakujem da bo kriza doživela svoj konec, da se bo vlada konstituirala in da bo zaživel normalno parlamentarno življenje v Makedoniji.

Pomembno je tudi, da se vse stranke zavedajo pomena nacionalne sprave, rekondiliacije in pa načrtovanja inkluzivne politike. Nihče se ne sme čutiti, da je izgubil. Velik nacionalni projekt je pred vsemi in vsi se morajo tega zavedati, da delujejo v interesu države in prebivalcev Makedonije.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a május első ülésén kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Благодаря на колегите за конструктивната работа по изготвянето на доклада. Категоричен съм, че както аз, така и групата на ЕКР, подкрепяме стремежа на Македония към членството в Европейския съюз.

За съжаление изборите не разрешиха проблема и страната изпадна в още по-тежка политическа криза – на ръба на етнически конфликт. Липсата на правителство възпира процеса на присъединяване и дърпа страната назад. Всички политически партии трябва да признаят резултата от изборите, но създаването на правителство не може да стане на всяка цена. Така наречената Албанска Платформа е явно чуждо вмешателство във вътрешните работи на суверенна държава. Политическата криза, от която е обхваната нашата съседка, може да бъде преодоляна само с подкрепата на България и ЕС.

Смятам, че Република Македония първо трябва да гарантира правата на българите в Македония чрез законодателни промени и чак след това да поглежда към „Албанската платформа“, защото към момента албанската общност е призната от властите и дори е представена чрез двете етнически партии ДСИ и ДПА, а българите нямат свое представителство и не са признати от нито един държавен орган. Пътят на Република Македония към ЕС минава през добрите отношения със София, същото смятам и за преодоляването на политическата криза.

22. Empfehlung an den Rat hinsichtlich der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (FRK) (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Vilija Blinkevičiūtė által a Nőjogi és Esélyegyenlőségi Bizottság nevében a Tanácshoz intézett Ajánlás a Tanácsnak a Nők Helyzetével Foglalkozó Bizottságról (CSW) szóló szóbeli választ igénylő kérdésről folytatott vita (O-000027/2017 – B8-0214/2017) (2017/2544(RSP)).

Vilija Blinkevičiūtė, Auteurs. – Moterų ir vyrų lygybė yra pagrindinis Europos Sąjungos principas, kuris yra įtvirtintas Europos Sąjungos sutartyje. Ir mūsų Europos Sąjunga, vykdydama išorės veiksmus, taip pat vadovaujasi šiuo principu, nes moterų teisės ir lyčių lygybė – tai ne tik pagrindinės žmogaus teisės, bet kartu ir būtinos vystymosi skatinimo ir skurdo mažinimo priemonės bei taikaus, klestinčio ir tvaraus pasaulio pagrindas. Europos Parlamentas vasario mėn. priėmė savo rekomendacijas Tarybai dėl ES prioritetų, susijusių su šių metų kovo mėn. Niujorke vykusia 61-ąją Jungtinių Tautų Moterų padėties komisijos sesija, kuri buvo skirta moterų ekonominės galios stiprinimui.

Europos Parlamento prioritetai apėmė penkias pagrindines sritis. Pirma, tai bendrosios sąlygos moterų ir mergaičių įgalėjimui stiprinti, kuris reiškia, kad moterims suteikiamos tokios būtinos priemonės, kad jos taptų ekonomiškai nepriklausomos, vienodai atstovaujamos ir lygiateisės visose gyvenimo srityse, įgytų daugiau galios viešajame gyvenime ir kontroliuotų visus sprendimus, darančius poveikį jų gyvenimui. Antra, tai moterų ekonominės galios stiprinimas ir kliūčių darbo rinkoje šalinimas. Ir čia yra labai svarbios tokios priemonės kaip darbo ir šeimos gyvenimo suderinimas, atlyginimų ir pensijų skirtumo naikinimas. Trečia, lygiateisis moterų dalyvavimas visų lygių sprendimų priėmimo. Ketvirta, labiausiai pažeidžiamų moterų poreikiai ir problemų sprendimas, ir tai yra neįgalios moterys, pabėgėlės moterys, kaimo vietovėse ar skurde gyvenančios moterys. Pagaliau penkta ir labai svarbu: visiems šioms klausimams ir visoms šioms problemoms spręsti turi būti skirtas pakankamas biudžetas, pakankamos lėšos.

Taigi dabar kreipiuosi tiesiogiai į Tarybą. Ar Taryba galėtų atsakyti į šiuos klausimus: kaip Taryba, rengdama Europos Sąjungos poziciją, atsižvelgė į Parlamento rekomendacijoje išdėstytus prioritetus ir kuriems punkтам valstybės narės nepritarė? Jeigu nepritarė, tai kodėl? Kokie buvo pagrindiniai Europos Sąjungos laimėjimai derantis dėl Moterų padėties komisijos išvadų ir kokių mastu Europos Sąjungos prioritetus buvo įmanoma perkelti į suderintą išvadų tekstą? Pagaliau, ar Europos Sąjunga pasiekia kokių nors rezultatų visuotinių išpareigojimų moterų sveikatos srityje klausimu, o ypač veiksmų siekiant kovoti su neįgiamu vadinamosios visuotinio nutildymo taisyklės poveikiu moterims klausimu?

Kaip turbūt žinote, naujoji JAV administracija paskelbė nutraukianti finansavimą Jungtinių Tautų Populiacijos fondui, t. y. tai agentūrai, kuri remia šeimos planavimo politiką visame pasaulyje. Žinant, kad JAV finansinis indėlis šiai programai yra ypač reikšmingas, tokios žinios šiuo atveju iš tikrųjų neramina, nes Jungtinių Tautų Populiacijos fondas savo veikla išgelbėjo gyvybes dešimtims tūkstančių moterų visame pasaulyje, teikdamas prieigą prie šeimos planavimo paslaugų, užkirsdamas kelią nesaugiems abortams, remdamas motinų ir kūdikių sveikatą. Taigi kaip Taryba vertina tokią žinią ir kaip vertina Europos Sąjungos vaidmens sustiprinimo galimybes šioje srityje? Akivaizdu, kad Jungtinėms Amerikos Valstijoms pasitraukus iš tokių svarbių programų finansavimo, Europos Sąjunga turi tapti lydere šioje srityje.

Dar vienas klausimas, į kurį reikia atsakymo. Parlamentas pritarė siūlymui parengti Tarptautinės darbo organizacijos konvenciją siekiant nustatyti tarptautinį standartą, kuriuo vadovaujantis būtų sprendžiama smurto dėl lyties darbo vietoje problema, kuri iš tikrųjų yra labai aktuali. Taigi, ar ateityje yra planuojama imtis kokių nors su šia konvencija susijusių veiksmų, kad tokia konvencija atsiras?

Ir pabaigai. Pone Borgai, aš iš anksto dėkoju už atsakymus ir, žinoma, dėkoju už bendradarbiavimą su Taryba. Tik taip pat noriu pabrėžti ir paprašyti, kad ateityje mes tikrai turime stiprinti institucinį bendradarbiavimą ir veiklos koordinavimą, nes mes turime vieną bendrą tikslą – moterų teisių ir lyčių lygybės užtikrinimą.

Ian Borg, *President fil-Kariga tal-Kunsill*. – Grazzi tal-mistoqsijiet li saru lill-Kunsill u se naghti nittama l-ahjar risposta fisem ovvjament l-istituzzjoni li jiena nirrappreženta, u li tghin ghad-dibattitu li ghandkom hawnhekk.

L-Unjoni Ewropea hija impenjata bis-shih lejn is-sistema tad-Drittijiet tal-Bniedem tan-Nazzjonijiet Magħquda u tqis id-drittijiet tal-bniedem bhala *stand-alone* u kwistjoni trasversali. B'mod partikolari, l-Unjoni Ewropea hija impenjata li tippromwovi l-ugwaljanza bejn in-nisa u l-irġiel, inkluż is-suq tax-xogħol kif ukoll f'termini ta' indipendenza ekonomika tan-nisa u l-*empowerment*, f'dak is-sens, li kienu ukoll it-tema prijoritarja tas-Sessjoni 61 tal-Kummissjoni dwar l-Istat tan-Nisa.

Il-valuri u l-prinċipji għall-azzjoni tal-Unjoni Ewropea fil-qasam tal-ugwaljanza bejn is-sessi li l-Kunsill afferma mill-ġdid f'diversi okkażjonijiet u r-rakkomandazzjonijiet tal-Parlament Ewropew dwar il-prijoritajiet tal-Unjoni Ewropea għall-istess sessjoni tal-Kummissjoni huma konsistenti ma' xulxin. Ir-rakkomandazzjonijiet tagħkom servew ukoll bhala għodda utli għat-tim tan-negozjati Ewropej matul in-negozjati tal-konklużjonijiet maqbula.

Il-Kunsill – notevolment fil-COHOM – ma kellux l-opportunità li jagħmel l-evalwazzjoni tagħha [tas-sessjoni]. Izda għalkemm din għadha pendenti xorta nistghu nsemmu llum ftit elementi.

L-ewwel nett, il-Prezidenza kienet pjuttost attiva fi New York, permezz tal-kollega tiegħi l-Ministru Helena Dalli, li għandi nifhem li intom ukoll ltaqtu magħha matul din is-sessjoni. Hija wkoll, flimkien ma' Membri oħra ta' diversi Stati Membri pparteċipaw f'diversi avvenimenti sekondarji. U naf ukoll illi d-delegazzjoni tagħkom, immexxja minnek, Onorevoli Blinkevičiūtė, kienet partikolarment attiva, billi organizzat avveniment li r-Rappreżentant Permanenti ta' Malta għall-NU wkoll ipparteċipa fih.

Il-Ministru Dalli b'mod partikolari tenniet l-importanza tal-emanċipazzjoni ekonomika għan-nisa u l-bniet u l-ugwaljanza bejn is-sessi, li huma wkoll prerekwiziti biex jinkisbu l-għanijiet stabbiliti fl-Agenda tal-2030 għall-Iżvilupp Sostenibbli.

Hija fakkret ukoll kif l-Unjoni Ewropea baqgħet impenjata għall-implimentazzjoni shiha u effettiva tal-Pjattaforma għall-Azzjoni ta' Beijing. Hija wkoll iddikjarat kif l-Unjoni Ewropea tinkoraġġixxi bis-sahha kollha r-ratiffa universali tal-Konvenzjoni dwar l-Eliminazzjoni ta' Kull Forma ta' Diskriminazzjoni kontra n-Nisa u l-Protokolli Fakultattivi tagħha.

Il-Prezidenza enfasizzat ukoll li huwa d-dmir tal-Istati Membri li jiżguraw li d-drittijiet indaqs bejn in-nisa u l-irġiel fl-isferi kollha tal-hajja huma minquxa fil-leġiżlazzjoni u jsiru realtà u jiġu implimentati. F'dan il-kuntest, l-Unjoni Ewropea appellat lill-pajjiżi kollha li għadhom m'għamlux dan sabiex jiffirmaw, jirratifikaw u jimplementaw bis-shih anki l-Konvenzjonijiet rilevanti tal-ILO.

Il-Prezidenza saħqet ukoll fuq l-importanza tal-ġlieda kontra l-isterjotipi tas-sessi bhala mezz biex tintlaħaq ugwaljanza bejn is-sessi u l-emanċipazzjoni tan-nisa. Barra minn hekk ukoll, fi New York, l-Unjoni Ewropea sejhet għal azzjoni biex tagħlaq kemm tista' l-firda diġitali globali tas-sessi fl-aċċess tat-teknoloġija, l-użu, l-edukazzjoni u anki t-taħriġ illi jippermettu lin-nisa u bniet jibbenefikaw minn żviluppi teknoloġiċi u diġitali.

Il-Prezidenza kkundannat wkoll kull forma ta' vjolenza kontra n-nisa u l-bniet, u enfasizzat kif l-indipendenza finanzjarja u ekonomika tan-nisa hija essenzjali biex in-nisa jkun jistgħu johorgu minn relazzjonijiet abbużivi.

Kif għedt, Onorevoli Membri, il-valutazzjoni shiha għadha pendenti, izda bhala reazzjoni inizjali wara s-sessjoni, inhasset li hafna mill-paragrafi li kienu miftiehma fil-konklużjonijiet finali maqbula kienu r-riżultat tal-kontribut minn diversi delegazzjonijiet u serva wkoll bhala eżerċizzju ta' impenn kostruttiv.

Madankollu element ta' diżappunt kien il-fatt li r-rizultat tal-prodott finali fil-parti kbira kien pjuttost interpretazzjoni milli riflessjoni ta' rizultat innegozjat. Speċjalment, huwa wkoll ta' diżappunt illi r-rabta bejn id-drittijiet tal-bniedem, l-emanċipazzjoni ekonomika tan-nisa, is-saħha sesswali u riproduttiva u d-drittijiet, ma setghetx issir aktar b'saħħitha. L-insistenza kontinwa għal lingwa fuq l-isparju politiku nazzjonali – in-national policy space – hija thassib iehor li qed jillimitaw bla bżonn l-ambizzjoni tal-Kummissjoni, bl-istess mod il-fatt li r-referenzi għas-soċjetà civili kienu limitati u ma laħqux l-ambizzjonijiet tas-snin preċedenti.

Minkejja dan, l-Unjoni Ewropea ser tkompli tistinka u taħdem ma' shab oħrajn sabiex jinbena kunsens dwar dawn u kwistjonijiet oħrajn, u leali lejn l-impenn tagħha għall-ugwaljanza bejn is-sessi, id-drittijiet tal-bniedem għan-nisa kollha u t-tfajliet, u anki l-emanċipazzjoni tagħhom.

B'mod partikolari nixtieq nenfasizza wkoll il-htieġa għal approċċ ambizzjuż u trasformattiv biex jiġu indirizzati l-kawżi fundamentali u fatturi ta' riskju tal-inugwaljanza bejn is-sessi, id-diskriminazzjoni u l-vjolenza kontra tagħhom.

Ġiet enfasizzata l-importanza wkoll għall-investment biex jiżgura l-aċċess għan-nisa u l-bniet għall-ksib ekwu ta' kwalità fl-edukazzjoni primarja, sekondarja u terzjarja, u ġie enfasizzat ukoll l-importanza tal-promozzjoni tal-partecipazzjoni shiħa tan-nisa; it-tmexxija fil-livelli kollha tat-tehid tad-deċiżjonijiet, fil-hajja politika, ekonomika, pubblika, kif ukoll dik privata.

Nixtieq inqajjem ukoll it-thassib fuq il- *Global Gag Rule*, illi intom iddiskutejtu fl- aħhar sessjoni plenarja u li intom semmejtu wkoll fid-domanda tagħkom. Il-Kunsill huwa mhasseb dwar ir-reinstating tal-*Global Gag Rule*, u l-implikazzjonijiet tiegħu fuq il-mira li jintlaħqu l-koperturi universali fis-servizzi tas-saħha u s-saħha riproduttiva, u eventwalment fuq il-miri fi hdan l-Iżvilupp Sostenibbli – *Sustainable Development Goals* – sabiex titnaqqas il-mortalità materna u jagħtu s-setgħa, l-empowerment, lin-nisa.

It-theddida tad-differenza finanzjarja hija realtà. L-ammont fit-tnaqqis finanzjarju u x'għandu jkun l-aħjar approċċ għall-gejjieni, għadu qed jiġu eżaminat. Il-Ministri tal-Iżvilupp indirizzaw din il-kwistjoni fil-laqqha informali li kellhom fis-16 ta' Marzu, ukoll fid-dawl tad-deċiżjoni minn għadd ta' Stati Membri li kienu ddecidew li jikkompensaw għat-telf ta' fondi bl-inizjattiva tal-ġbir tal-finanzjament *She Decides*.

Il-Kunsill ifakkar ukoll li se jkollna biss impatt jekk ahna nirrispondu u nservu flimkien b'mod qawwi u bħala Unjoni Ewropea. Irridu nġidu li l-Istati Uniti jibqa' wkoll sieheb importanti tal-Unjoni Ewropea fil-politika tal-kooperazzjoni u l-iżvilupp internazzjonali u nenfasizzaw li huwa biss billi naħdmu flimkien anki mal-Istati Uniti nistgħu nibqgħu naghmlu impatt sinifikanti.

Fl-aħharnett, fuq il- kwistjoni partikolarment importanti: il-vjolenza kontra n-nisa. Sfortunatament, il-vjolenza hija problema mifruxa fis-soċjetajiet kollha tagħna u tabilhaqq hija wahda dinjija. Irridu naghmlu iżjed – hafna aktar – biex din tiġi eradikata. Il-Kunsill dejjem enfasizza l-importanza ta' din il-kwistjoni; pereżempju anki fil-Konkluzjonijiet li adotta f'Diċembru, għal darb'ohra l-Kunsill stieden lill-Istati Membri u lill-Kummissjoni biex "Iżżid l-azzjonijiet biex tiġi miġ-ġielda l-vjolenza kontra n-nisa ...".

Il-Kunsill ma hax pożizzjoni fuq l-Istandard Prospettiv tal-ILO fuq il-vjolenza kontra n-nisa fid-dinja tax-xogħol. Madankollu, l-Unjoni Ewropea appoġġat dan fl-ILO. Naħseb li kollha bil-herqa nixtiequ nisimghu aktar dwar l-evoluzzjoni ta' dan ix-xogħol importanti hafna, fejn l-Unjoni Ewropea żgur li se jkollha sehem qawwi.

Il-vjolenza bbażata fuq is-sessi hija pjaga li thassar il-hajja tal-vittmi tagħha. Il-kwistjoni hija wahda wiesgħa hafna u jehtieġ li tiġi indirizzata fuq diversi fronti. Naf li dan huwa sugġett li fuqu l-istituzzjonijiet kollha jaqblu, u allura li ntemmu l-vjolenza hija r-responsabbiltà komuni tagħna. Ejja nkompli naħdmu fil-fora differenti sabiex dan l-għan jintlaħaq u allura nkunu qegħdin verament naraw illi l-politika Ewropea tkun wahda effettiva f'dan ir-rigward ukoll.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Sesja ONZ na temat praw kobiet z roku na rok zyskuje na znaczeniu, angażując coraz więcej i coraz bardziej znaczących instytucji i osób. Wiąże się to z faktem coraz szerszego zrozumienia, jak ważna społecznie i ekonomicznie jest kwestia praw kobiet i równouprawnienia.

Tegoroczna sesja była poświęcona ekonomicznemu wzmocnieniu kobiet i wszyscy mieliśmy nadzieję, że głos Parlamentu Europejskiego, który specjalnie na potrzeby sesji przyjął wspólne rekomendacje, będzie odpowiednio słyszalny. Trudno znaleźć w świecie instytucję, która może się pochwalić dłuższym doświadczeniem w skutecznym promowaniu praw kobiet niż Unia Europejska, szczególnie w kwestii dostępu do edukacji i rynku pracy.

Pomimo tak silnej legitymacji nie jesteśmy pewni, jaki był nasz wkład w ostateczne konkluzje 61. sesji, w której uczestniczyliśmy jako oficjalna delegacja Parlamentu. Pytanie o efekty negocjacji jest ważne w kontekście zjawiska *backlashu*, który obserwujemy w skali całego świata w odniesieniu do praw kobiet. *Backlash* stanowi ogromne zagrożenie dla dalszych postępów, ale także dla wdrażania już uzgodnionych decyzji.

Szanowni Państwo! Jeśli chodzi o negocjacje, szczególnie interesują mnie efekty tych rozmów na temat dostępu do wysokiej jakości edukacji. Z europejskiego doświadczenia wiemy, że sama edukacja nie wystarczy. Kobiety kończą studia częściej niż mężczyźni, ale pracują w niższych zawodach i na niższych stanowiskach. Im atrakcyjniejszy sektor, im wyższe stanowisko – tym mniej kobiet. Te luki są widoczne szczególnie w sektorze ICT, który jest podstawą gospodarki przyszłości. Tylko 3 % start-upów technicznych jest prowadzone przez kobiety. Kobiety rzadziej używają internetu i usług internetowych, rzadziej bankują, kupują i sprzedają przez internet, rzadziej pracują i uczą się online. Internet i wysokie technologie, które są potencjalnym narzędziem zmiany w dziedzinie równouprawnienia, które mogłyby ułatwić wyrównywanie szans, stają się kolejną przyczyną wykluczenia kobiet. Ten problem można rozwiązać tylko przez odpowiednią jakość edukacji, przez odpowiednie programy i polityki w tym zakresie, o czym piszemy w rekomendacjach. Dlatego tak istotna jest informacja na temat efektów negocjacji: co z postulatów prezydencji znalazło się w konkluzjach w tym obszarze?

Anna Hedh, för S&D-gruppen. – Fru talman! Ofta, flera gånger per session, brukar vi diskutera kvinnors situation och jämställdhet i den här kammaren, i kväll på temat kvinnors ekonomiska självbestämmande.

Jag är föredragande för jämställdhetsutskottets kommande betänkande på samma tema, och jag deltog i Europaparlamentets delegation till New York och FN:s kvinnokommissions 61:a toppmöte tidigare i mars. Europaparlamentet har den senaste tiden ökat sina ansträngningar för jämställdhet trots massivt motstånd, inte minst som reaktion på bland annat USA:s senaste försök att inskränka kvinnors rätt till sina egna kroppar.

Kvinnors ekonomiska självbestämmande är i grund och botten en frihetsfråga för kvinnor. Det handlar om rätten till individuell ekonomisk frihet. För mig är ekonomiskt självbestämmande en central fråga i jämställdhetsarbetet, men det finns också andra faktorer som idag hindrar kvinnor från att åtnjuta samma rättigheter som män. Det faktum att rätten till den egna kroppen, och rätten att bestämma över den, inte alltid gäller för kvinnor är för mig obegripligt. Sedan Donald Trump återinförde "global gag rules" beräknas det innebära ett ekonomiskt underskott om ungefär tio miljarder dollar, och nu senast drog USA tillbaka sina pengar till FN:s befolkningsfond, ungefär 32 miljoner dollar. Den här utvecklingen vi ser, inte bara på andra sidan Atlanten, innebär att kvinnor faktiskt kommer att dö. Kvinnor som inte får den medicinska hjälp de behöver faller nu offer för den politik som förs. Borg nämnde att vissa medlemsländer har valt att kompensera USA:s inskränkningar i rätten till SRHR, men frågan är om rådet kommer att arbeta för att fler medlemsländer gör det och att EU kommer att göra det.

Branislav Škripek, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I will focus on one question, and that is global abortion funding. The de-funding of the UN Population Fund is a very positive outcome from the United Nations Commission on the Status of Women. I am happy that the US is no longer funding forced abortion and involuntary sterilisation in China. The blood of Chinese women and babies will no longer be on their hands.

This does not deny anyone maternal health care, as abortion-choice stakeholders in this House claim. Rather, it protects women from suffering the horrific ordeal of having their young baby torn limb from limb from the womb. These barbaric acts should cause an outcry, but not against me as the messenger, but against anyone cruel enough to support this gendercide. Feminists should be particularly outraged, as it is baby girls who are more often killed in the womb than boys. This is cruel, illegal discrimination.

Let me be clear, abortion is not health care. There are no medical benefits. The EU should stay out of women's uterus.

Eleonora Forenza, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il 14 febbraio di quest'anno la commissione FEMM, di cui faccio parte, ha approvato una raccomandazione destinata al Consiglio, indicando alcune priorità oggetto di discussione nella 61a CSW.

Vorrei sottolineare che esiste un movimento globale, che lo scorso 8 marzo ha riempito le piazze di oltre 50 paesi in tutto il mondo per denunciare, come anche fa la raccomandazione della commissione FEMM, che la violenza maschile sulle donne è la violazione più diffusa dei diritti umani in tutto il mondo, che è indipendente da tutti i fattori di età, classe sociale o condizione economica e che danneggia intere comunità, ha dei notevoli costi economici e sociali e limita e compromette la crescita sociale. Questo movimento globale si chiama «Non una di meno». In Italia la sua declinazione principale è attualmente l'elaborazione di un piano antiviolenza femminista che verrà presentato prima dell'estate.

Dico questo perché penso che un avanzamento come questo in Italia rappresenti un avanzamento europeo e globale, perché può contribuire a risanare i diritti umani violati. La Commissione sulla condizione delle donne del 2017 ha avuto come tema centrale «Women's economic empowerment in the changing world of work». La violenza sulle donne, come sottolinea la convenzione di Istanbul, che ancora non è stata ratificata da 14 Stati membri dell'Unione, non è soltanto violenza fisica, ma è anche violenza psicologica, lavoro domestico non retribuito, divario salariale.

Ecco, io credo che occorra dare più forza alle raccomandazioni espresse da questo Parlamento. Credo che ad esempio il lavoro del *gender mainstreaming network* dovrebbe essere reso effettivo nel passaggio dal Parlamento europeo al Consiglio e, a cascata, a tutti i governi degli Stati membri.

Daniela Aiuto, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tra le maggiori priorità di questa edizione della Commissione sulla condizione delle donne, alla quale ho partecipato insieme alla delegazione della commissione FEMM, vi sono state l'emancipazione economica delle donne, le sfide e gli obiettivi nel raggiungimento dello sviluppo sostenibile per le donne e per le ragazze e l'emancipazione delle donne indigene. Durante i quattro giorni di missione è stata rimarcata la necessità per l'Unione europea di aderire alla convenzione di Istanbul e di consolidare la cooperazione con le Nazioni Unite per la lotta contro la violenza sulle donne e per il raggiungimento della parità di trattamento tra uomini e donne.

Tuttavia, una delle problematiche che potrebbero sorgere è legata alla mancanza di trasparenza e di corretta informazione nei confronti di tutti gli attori della comunità internazionale, a partire dai cittadini. Credo che una volta trovate le soluzioni opportune sia doveroso promuoverle in via istituzionale e soprattutto mediatica, per coinvolgere tutti in modo proattivo e per poter permettere a tutti di offrire il loro contributo.

Inoltre, come ho espresso personalmente al Segretario generale delle Nazioni Unite, c'è l'urgenza di affiancare alle politiche attuali degli strumenti concreti che possano spingere gli Stati membri ad implementare le norme esistenti e a monitorare i cambiamenti nel tempo, soprattutto in riferimento alle norme relative alla lotta contro la violenza sulle donne. Soltanto con l'adozione di un approccio olistico e trasversale, che includa anche l'istruzione, l'educazione e la cultura, si potrà assistere all'emancipazione della donna e al raggiungimento dell'uguaglianza di genere.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem velmi rád, že se zde snažíme po zasedání komise vyhodnotit výsledky jednání tohoto významného orgánu a říci si, jaké závěry jednání tohoto orgánu by měly být pro politiku Evropské unie.

Musím říci, že jsem zklamán z toho, jak zástupce Rady přistoupil k dnešnímu jednání, protože jsem opravdu čekal už vyhodnocené závěry z jednání a odpověď zástupce Rady byla taková, že víceméně závěry ještě vyhodnoceny nejsou. Těžko se tedy dá debatovat o závěrech ve chvíli, kdy zkrátka závěry nejsou vyhodnoceny, a proto zůstáváme u obecných tezí. Mrzí mě to, protože téma postavení žen a rovnosti žen a mužů považuji sám za mimořádně důležité, a to nejen na území Evropské unie, ale právě ve třetím světě. A je třeba si říci, co tedy my můžeme udělat, aby se postavení žen ve třetím světě zlepšovalo.

To téma ženy a jejich ekonomická pozice je velmi důležité a je třeba si jasně říci, co do budoucna uděláme pro to, aby se srovnalo odměňování mužů a žen za stejnou práci, abychom na území Evropské unie lépe usnadnili vstup ženám-matkám poté, co ukončí mateřskou dovolenou, zpět do jejich zaměstnání. Co udělat pro to, aby tyto ženy neztratily svou odbornou kvalifikaci a mohly po ukončení mateřské dovolené pokračovat ve své kariéře? A je to celá řada konkrétních věcí, o kterých, doufám, budeme v budoucnosti ještě hovořit.

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gli anni che verranno saranno sempre più fondamentali per riaffermare il ruolo dell'Unione europea in difesa delle donne, e la riunione dello scorso marzo della Commissione dell'ONU sulla condizione delle donne ne è stato un primo fondamentale passaggio.

Sempre di più l'Unione europea diventa un attore globale fondamentale per difendere il ruolo della donna, per difendere, certo, la sua indipendenza, la sua emancipazione, ma indipendenza ed emancipazione non solo economica, come è stato già detto. Io credo che noi dovremmo sempre di più contrastare quegli attacchi sistematici che vengono fatti, per esempio, ai diritti sessuali e riproduttivi che costituiscono, colleghi e colleghe, la base del rispetto della donna in quanto soggetto indipendente nelle sue scelte. E i risultati raggiunti fino ad oggi non possono e non devono essere messi in discussione.

Questo è quello che dovremmo fare sulla scena mondiale. Auspichiamo che il Consiglio e la Commissione portino avanti queste battaglie.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl nejprve úvodem vyjádřit lítost nad tím, že nám problematika žen zbyla jako obvykle až na samý závěr našeho jednání. Myslím si, že by se občas slušelo, aby se postavení žen dostalo třeba i na dřívější zasedání.

Pokud jde o stávající řešenou problematiku, já musím souhlasit s kolegou Pospíšilem, že nemáme vyhodnocené závěry, tudíž budeme opět předkládat jen obecné teze. Prioritou zasedání Komise OSN pro postavení žen bylo právě ekonomické postavení žen a překonávání překážek na pracovním trhu a také otevření debaty o posílení postavení takzvaných domorodých žen.

Evropský parlament přijal právě doporučení, která byla směřována v únoru letošního roku na ekonomické postavení žen a překonávání překážek na pracovním trhu, zajištění rovného podílu žen na všech úrovních rozhodování a řešení potřeb nejvíce marginalizovaných žen. Toto byla doporučení. Jak jsem slyšel, promítla se i do závěrů právě tohoto šedesátého prvního zasedání Komise OSN pro postavení žen.

Já si myslím, že bychom se měli zaměřit zejména pro to budoucí období na získání celosvětové politické podpory pro koncept rovnosti, zejména právě v tom třetím světě a na analýzu dopadu současných změn na trhu práce na rovnost žen a mužů. Protože skutečně trh práce je doslova zavalen novými změnami a myslím si, že by se měly promítnout i do postavení žen a jejich ochrany.

Julie Ward (S&D). – Madam President, women's rights and gender equality are under attack around the world, so now more than ever we must push to strengthen international cooperation on women's rights and empowerment, including our reproductive rights. The EU has always been a crucial promoter of gender equality in Europe, and on the world stage, and we must redouble our efforts for the sake of those who come after us at home and abroad.

The UN Commission on the Status of Women has been a key international forum for the promotion of gender equality and for mainstreaming a gender perspective across policy fields. At this moment in history, with misogynists like President Trump normalising sexual harassment and limiting women's reproductive rights, the movement for gender equality must become unashamedly intersectional, in order to tackle the gravest forms of discrimination, exploitation and abuse that women face. We must be specific in tailoring policies that tackle the problems faced by different groups, be they refugees, migrants, young girls looking for an education, women with disabilities, or older women facing poverty.

We must be able to give a voice to those who have been denied one and we must make our voices heard in the corridors of power. We must ask men to step aside and give women a seat at the decision-making tables, particularly in policy areas such as defence and security, where we can offer an alternative to patriarchal warmongering and remind the world that it is always women and their children who pay the highest price when conflict ensues. The role of women in peace-building and conflict prevention is therefore crucial and both the UN and the EU have a key role to play in this respect.

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, žene diljem svijeta suočene su s raznim oblicima diskriminacije, staklenim stropom, kršenjem njihovih ljudskih i građanskih prava, što često stavljamo u drugi plan. Doprinos humanitarnoj pomoći je važan i Europska unija ima obavezu sudjelovati, no praznina za koju se tvrdi da je nastala kao posljedica pravila globalnog blokiranja ne postoji.

Amerika izdvaja 10,3 milijarde američkih dolara za humanitarnu pomoć. Najveći dio ovog novca, čak 70 % ide na prevenciju i liječenje HIV-a. Nije točno da je smanjen novac namijenjen u ovu svrhu. Također nije točno da su ukinuta sredstva za lijekove, trudničku i postporođajnu njegu, kontracepciju. Netočno je da su ograničena sredstva za pobačaj u slučaju kada je majčin život u opasnosti te u slučaju silovanja ili incesta. Točno je da je novac preusmjeren prema organizacijama koje ne promiču pobačaj kao metodu planiranja obitelji, što je u skladu s međunarodnim konvencijama.

Kada govorimo o Fondu za populaciju Ujedinjenih naroda, on doista ističe u svom programu da ne promiče pobačaj kao metodu planiranja obitelji, ali dobavlja lijek pod nazivom „misoprostol” koji se koristi i za induciranje pobačaja. Zanima me zašto takozvane organizacije za planiranje obitelji u središte svog djelovanja stavljaju promociju pobačaja, umjesto da pomognu milijunima žena koje žele imati djecu, a to ne mogu.

„Catch the eye”

Michaela Šojdřová (PPE). – Paní předsedající, chtěla bych říci, že posílení ekonomického postavení žen bylo předmětem letošního jedenašedesátého zasedání, ale bylo také tématem mnoha parlamentních zpráv, kterými jsme se zabývali v uplynulých dvou letech, jako je zpráva o chudobě žen, o sladění rodinného a pracovního života, o podpoře žen v podmínkách v podnikání a na venkově.

Proto mne zajímalo, jakou pozici Rada hájí a jak je s jejími výsledky spokojena. Já bych chtěla zástupci Rady říci, že je nás tady víc a slyšeli jste vystoupení předřečníků, kteří nesouhlasí s tím, aby Evropská unie financovala rozšíření potratů jako formu plánovaného rodičovství. To není opatření, které může ženám pomoci.

Jako členky Výboru pro práva žen a rovnost pohlaví se mě tento týden zeptal jeden student, jak je to s vyrovnaným zastoupením žen a mužů v tomto výboru. Musela jsem se stydět, když jsem řekla, že je v něm z 36 členů jen 5 mužů. To tedy není vyrovnané zastoupení u řádného členství. Myslím, že pokud chceme radit druhým, například Spojeným státům americkým, pak bychom si měli nejprve s vyváženým zastoupením žen a mužů poradit sami.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, είναι δεδομένο ότι το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει σημαντικές θέσεις και για την προώθηση της ισότητας ανδρών και γυναικών και για τη χειραφέτηση των γυναικών και για την ισότητα των αμοιβών. Και οι απόψεις αυτές έχουν εκφραστεί από την πλευρά του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Δεν είναι, όμως, βέβαιο ότι τις απόψεις αυτές τις ασπάζονται όλα τα κράτη μέλη. Και νομίζω ότι εκεί είναι το ζήτημα. Διότι, όπως ειπώθηκε και από την Προεδρία, ναι μεν έγιναν προσπάθειες, αλλά, επί του πρακτέου, έχουμε 14 κράτη μέλη τα οποία δεν έχουν επικυρώσει τη Συνθήκη της Κωνσταντινούπολης και πηγαίνουμε ως Ευρωπαϊκή Ένωση στον ΟΗΕ να κάνουμε μαθήματα στους άλλους. Άρα, λοιπόν, υπάρχουν σοβαρές αντιφάσεις μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση, οι οποίες πρέπει να ξεπεραστούν. Και νομίζω ότι το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο δίνει τον τόνο.

Θα ήθελα να συγχαρώ τους συναδέλφους που υπέβαλαν την ερώτηση, διότι αναδεικνύουν τα θέματα και τις αντιφάσεις. Εμείς, ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, παλεύουμε. Το θέμα είναι τι κάνουν τα κράτη μέλη.

Arne Gericke (ECR). – Madam President, regarding the 61st session of the UN, I would just concentrate on a few points. The Committee on Women's Rights and Gender Equality criticised the US Government for how it spends its money on foreign aid and the new conditions it puts on its aid. The US is a sovereign country and only accountable to its own citizens. We, as the EU, also do not want to be criticised by others when we put conditions on the aid we give. I think the EU should rather attend to the aid it gives itself.

The 79 ACP countries that welcome EU aid sometimes find the conditions we ask on our aid to be socially oppressive. We are in no position to criticise the foreign-aid practices of other countries.

According to the UN regulations and regarding the wording, I think the Committee on Women's Rights and Gender Equality should always remember one thing – abortion is no form of reproductive health or family planning.

Under this emphasis I would kindly ask Mr Borg to analyse the negative effects on women, especially mothers, of the global gag rule. We should by no means develop an own method of discrimination against mothers.

(„Catch the eye vége”)

Ian Borg, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I thank you all for your input into this discussion, and for organising it as well. The Council, notably the Working Party on Human Rights, has not yet the opportunity to carry out its assessment. We will continue, as holders of the Presidency, to follow it closely and also keep Parliament abreast of the developments there.

We have had a very useful debate that also clearly demonstrates the high degree of convergence between the European Parliament's and the Council's views on this matter. It is also clear that we cannot reach sustainable development goals without the active participation of women, and investing in women is the way forward.

Therefore, the Council will work intensely in this direction. Once again, I would like to thank you for your debate and the invitation to participate.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Присъединявам се към призива за постигане на по-добри резултати от страна на ЕС по отношение на ангажиментите към здравето на жените, като приоритет на ЕС по време на 61-вата сесия на Комисията на ООН за положението на жените.

Смятам, че гарантирането на здравето на глобално равнище действително трябва да бъде сред основните акценти за световните лидери, включително в посока към целенасочено съдействие по отношение на репродуктивното здраве, здравното образование и възпитание на младите жени. Тези теми имат съществено отношение към демографските проблеми и демографската политика на държавите и би следвало да се разработват и прилагат диференцирано, чрез реципрочни действия със специфичните обстоятелства на демографските процеси в света.

Надявам се Съветът да продължи да настоява пред международните ни партньори за повече сътрудничество и насочване на вниманието към тази сфера.

23. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

25. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**27. Schluss der Sitzung**

(Az ülést 23.25-kor rekesztik be.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. APRIL 2017

(C/2024/2684)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 3. bis 6. April 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Erklärung des Präsidenten	3
3. Internationaler Roma-Tag (Aussprache)	3
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	19
4.1. Russland, die Festnahme von Alexei Nawalny und anderen Demonstranten	19
4.2. Belarus	27
4.3. Bangladesch, einschließlich Frühverheiratung	33
5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	40
6. Petitionen: siehe Protokoll	40
7. Abstimmungsstunde	40
7.1. Russland, die Festnahme von Alexei Nawalny und anderen Demonstranten (RC-B8-0245/2017, B8-0245/2017, B8-0246/2017, B8-0248/2017, B8-0249/2017, B8-0250/2017, B8-0251/2017) (Abstimmung)	40
7.2. Belarus (RC-B8-0253/2017, B8-0253/2017, B8-0256/2017, B8-0258/2017, B8-0259/2017, B8-0261/2017, B8-0263/2017) (Abstimmung)	40

Inhalt	Seite
7.3. Bangladesch, einschließlich Frühverheiratung (RC-B8-0252/2017, B8-0252/2017, B8-0254/2017, B8-0255/2017, B8-0257/2017, B8-0260/2017, B8-0262/2017, B8-0264/2017) (Abstimmung)	41
7.4. Roamingvorleistungsmärkte (A8-0372/2016 - Miapetra Kumpula-Natri) (Abstimmung)	41
7.5. Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind: Ukraine (A8-0274/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)	41
7.6. Europäisches Solidaritätskorps (B8-0238/2017) (Abstimmung)	41
7.7. Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (B8-0235/2017, B8-0244/2017) (Abstimmung)	41
8. Stimmerkklärungen	41
8.1. Roamingvorleistungsmärkte (A8-0372/2016 - Miapetra Kumpula-Natri)	41
8.2. Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind: Ukraine (A8-0274/2016 - Mariya Gabriel)	42
8.3. Europäisches Solidaritätskorps (B8-0238/2017)	43
8.4. Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (B8-0235/2017, B8-0244/2017)	43
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	44
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	44
11. Große Anfragen (Artikel 130b GO)	44
12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	56
13. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	56
14. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	56
15. Unterbrechung der Sitzungsperiode	56

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. APRIL 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

2. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – Prima di aprire, visto che dalla Cecenia attraverso la stampa arrivano notizie preoccupanti di torture e uccisioni di cittadini di quella Repubblica a causa dei loro orientamenti sessuali, volevo chiedere alle autorità cecene di fornire al più presto alla comunità internazionale notizie precise e dettagliate su ciò che sta accadendo, confermando che il Parlamento europeo condanna con forza ogni tipo di persecuzione e discriminazione nei confronti di persone a causa di orientamenti sessuali, razziali, religiosi e politici. Questo vale all'interno dell'Unione europea, ma noi difendiamo i nostri valori anche al di fuori dei confini della nostra Unione.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Die Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Heute ist der Tag der Roma und eine besondere Gelegenheit, auch noch einmal daran zu erinnern, dass wir in der Europäischen Union eine Wertegemeinschaft sind, dass alles, was in der Welt geschieht, auch entsprechend angegangen werden muss und es uns nicht egal ist, was in der Welt geschieht mit Minderheiten, mit Andersdenkenden. Da müssen wir immer sehr klare Worte finden.

3. Internationaler Roma-Tag (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat zum Thema „Internationaler Roma-Tag“ von Roberta Metsola, Pál Csáky, Birgit Sippel, Soraya Post, Tanja Fajon, Sylvie Guillaume, Claude Moraes, Monika Flašíková Beňová, Ana Gomes, Cécile Kashetu Kyenge, Dietmar Köster, Marju Lauristin, Juan Fernando López Aguilar, Péter Niedermüller, Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, Elly Schlein, Cecilia Wikström, Nathalie Griesbeck, Benedek Jávor, Bodil Valero, Ulrike Lunacek, Barbara Lochbihler, Terry Reintke, Davor Škrlec, Bronis Ropė, Igor Šoltes, Eva Joly, Karima Delli, Ernest Urtasun, Rebecca Harms, Cornelia Ernst, Malin Björk, Barbara Spinelli, Martina Anderson, Marina Albiol Guzmán, Merja Kyllönen, Dimitrios Papadimoulis, Eleonora Forenza im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (O-000016/2017 - B8-0207/2017) - (2017/2614(RSP)) und

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission zum Thema „Internationaler Roma-Tag“ von Roberta Metsola, Pál Csáky, Birgit Sippel, Soraya Post, Tanja Fajon, Sylvie Guillaume, Claude Moraes, Monika Flašíková Beňová, Ana Gomes, Cécile Kashetu Kyenge, Dietmar Köster, Marju Lauristin, Juan Fernando López Aguilar, Péter Niedermüller, Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, Elly Schlein, Cecilia Wikström, Nathalie Griesbeck, Benedek Jávor, Bodil Valero, Ulrike Lunacek, Barbara Lochbihler, Terry Reintke, Davor Škrlec, Bronis Ropė, Igor Šoltes, Eva Joly, Karima Delli, Ernest Urtasun, Rebecca Harms, Cornelia Ernst, Malin Björk, Barbara Spinelli, Martina Anderson, Marina Albiol Guzmán, Merja Kyllönen, Dimitrios Papadimoulis, Eleonora Forenza im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (O-000017/2017 - B8-0208/2017) - (2017/2614(RSP)).

Pál Csáky, szerző. – Elnök asszony, tisztelt Kollégák! Április 8-án ünnepeltük a nemzetközi roma napot, és ennek apropójaként – a frakciók zömének összefogásával – több kollégámmal együtt kérdést intéztünk a Bizottsághoz és a Tanácshoz. A 2011-ben elfogadott „Nemzeti romaintegrációs stratégiák uniós keretrendszere” nagyon időszerű volt, és azt hiszem, hogy sokak nevében beszélek, amikor azt mondom, hogy nagy reményeket fűztünk hozzá.

Számomra, mint a szlovákiai magyar kisebbséget képviselő politikus számára, ez a keretrendszer azért is fontos, mert reményt ad, hogy a közeljövőben mintául szolgálhat egy nemzeti kisebbségek védelmére létrehozandó univerzális keretrendszer kialakításához. Meggyőződésem ugyanis, hogy az európai értékek védelme – egy ilyen változó világban, amelyben élünk – fontos, és eme gondolatkör egyik hangsúlyos eleme kell, hogy legyen az őshonos kisebbségek védelme is.

Ennek része a roma társadalmakra való odafigyelés, és a problémáik megoldására tett lépések. Engedjék meg a tisztelt Európai Bizottság képviselői is, hogy két prioritásra hívjam fel a figyelmüket. Az első az úgynevezett romatelepek, roma settlement-ek léte, három olyan európai uniós országban is, ahol ez komoly problémát jelent. Az ország, ahonnan jövök, Szlovákia keleti részén több ilyen roma település van, ahol a romák európai emberhez nem méltó körülmények között élnek.

De léteznek ilyen telepek Romániában, illetőleg Bulgáriában is. Nyolc évig voltam Szlovákia miniszterelnök-helyettese, próbáltunk lépéseket tenni eme telepek fölszámolása érdekében, és úgy gondolom, hogy ezt folytatni kellene, talán egy Európai Roma Alap létrehozatalával is. A másik kiemelt prioritás pedig az oktatásügyi és nevelési programok támogatása kell, hogy legyen. Sok sikert kívánok a Bizottságnak ehhez, és azt hiszem, mindannyiunk támogatását tudom ígérni.

Soraya Post, author. – Madam President, to make a tangible progress in our fight against anti-Gypsyism, which is at the root cause of the situation of the Roma today, we call for a project team on Roma issues to be set up, bringing together Commissioners Jourová, Thyssen, Crețu, Navracsics, Andriukaitis and Hahn, to create non-discriminatory and complementary EU funds and programmes.

We call for the continuation of the EU-Roma framework after 2020, building on the findings and recommendations of the Court of Auditors, the FRA, NGOs and watchdog organisations. We call on the Commission and the Member States to make sure that the projects financed by the EU are inclusive and fight segregation. Segregational practices must be clearly described and explicitly excluded from funding.

As we concede that most mainstream programmes systematically fail to reach out to young Roma, we call on the Court of Auditors to check the employment and education programmes of the EU. We call for anti-Gypsyism to be put in the focus on the national Roma strategies, and anti-discrimination indicators to be introduced in the relevant fields. We call on Member States to design their country strategies on the basis of consultations with Roma representatives and pro-Roma NGOs, and then involve them in the running, monitoring and evaluation of the projects.

We call on the Commission to set up a truth and reconciliation commission at EU level and in Member States, to set up such commissions at national level, to acknowledge this persecution, exclusion and disownment of the Roma throughout the centuries. To document this in an official white paper and to make their history become part of the curriculum in schools. We call on Member States to mark 2 August as Roma Holocaust Memorial Day. These steps are absolutely necessary to fight successfully against anti-Gypsyism.

Cornelia Ernst, *Verfasserin*. – Frau Präsidentin! Der serbische Rom Rajko Đurić schrieb in einem seiner Bücher sinngemäß: Eines Tages beschloss Gott, den Menschen zu erschaffen. Er nahm Lehm, formte daraus eine Figur und tat sie in ein Gefäß, um sie zu Ton zu brennen. Dann ging er spazieren, und als er zurückkam, war der Mensch vollkommen schwarz. Er wurde der Urahn der Schwarzen. Gott versuchte erneut, einen Menschen zu erschaffen, und formte wieder eine Figur und tat sie in ein Gefäß, um sie zu Ton zu brennen. Dann öffnete er das Gefäß ein bisschen früh und dieser Mensch war ganz weiß und der Urahn der Weißen. Schließlich beschloss er, einen dritten Menschen zu schaffen, und dieser hatte die Farbe der beiden. Er wurde Urahn der Roma. Dieser Mythos, dass die Menschen zwar verschieden, aber letztlich doch von einem Gott sind, hat es nicht in die Wiegenlieder der Kinder Europas geschafft.

Irgendwie zwischen dem Großen und Ganzen, Schwarz und Weiß sind Roma und Sinti scheinbar verloren gegangen, als seien sie eine vernachlässigenswerte Nebensache. Sie sind verschwunden hinter Brexit und Flüchtlingsströmen, Haushaltszahlen und Prognosen, als wären sie überzählig. Es ist mancherorts vergessen worden, dass auch sie zu den Verschlungenen aller Rassismen gehören. Porajmos mit 500 000 Menschen aus ihrer Gemeinschaft, die das Jahr 1945 nicht überlebten. Wenn wir heute hier anlässlich des Roma-Tags sprechen, dann weil fast alle Versprechen gegenüber Roma und Sinti nicht eingelöst sind, weil wir es ihnen schuldig sind, mit ihnen gemeinsam endlich Gerechtigkeit herzustellen – Gerechtigkeit gegenüber einer der ältesten Minderheiten Europas. Freiheit und Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – die Schwesterlichkeit inbegriffen – muss auch für Roma und Sinti gelten. Nicht irgendwann, sondern jetzt, sofort, überall. Roma und Sinti sind keine Bittsteller. Sie haben sich für ihre Forderungen nicht zu rechtfertigen. Wir haben zu viele Generationen der Roma und Sinti im Stich gelassen. Fangen wir endlich an, unsere Schuld ihnen gegenüber abzuarbeiten.

Benedek Jávor, *szerző*. – Elnök asszony, tisztelt Képviselőtársaim! Az április 8-i roma nap alkalmából idén második alkalommal rendeztük meg az Európai Parlamentben a roma hetet, amely számos, rendkívül színvonalas és érdekes programra adott lehetőséget, konferenciákra, eszmecserekre. A roma nap és a roma hét, a roma kultúra, a roma identitás ünnepe, a roma büszkeség megünneplésének a lehetősége.

Ugyanakkor arra is alkalom, hogy rámutassunk a problémákra, amelyekkel a roma közösség Európában és a tagállamokban a mai napig szembe kell, hogy nézzen. Arra, hogy ez európai romastratégia a tagállamokban és az Unió által végrehajtott programok sokasága, az elköltött pénzek ellenére, helyben, a terepen roma közösségek helyzete az elmúlt évtizedekben, az elmúlt években nem javul. Mindennapos tapasztalat továbbra is a szegregáció legkülönbözőbb formái, az oktatási, egészségügyi, lakhatási szegregáció, a munkaerőpiacra való jutásnak a lehetetlensége, az, hogy az uniós források sokszor nem segítik, jöllehet ezt célozzák, nem segítik a roma közösségek integrációját, hanem időnként éppen az ellenkező hatást érik el. Ez arra is rámutat, hogy nincsenek végrehajtván az uniós alapvető rendelkezések, értékek, jogok és szabályok. Ezért nem dőlhetünk hátra! Fel kell hívni a figyelmet arra, hogy továbbra is fel kell lépünk a szegregáció, a romaellenesség, a rasszizmus minden formája ellen. Végre kell hajtunk a meglévő jogszabályokat, és ki kell kényszerítenünk, hogy a tagállamok az uniós alapértékeket és az uniós alapjogokat tartsák be, minden esetben a roma kisebbségre, a roma közösségre vonatkozóan.

Tisztelt Képviselőtársaim, Európa sok problémával küzd, és sokat vitatkozunk arról, hogyan lehet ezt a közösséget sikeressé tenni. Abban azonban egyet kell értenünk, hogy a roma közösség integrációja, a roma közösség sikeressé tétele nélkül sem Európa, sem annak tagállamai soha nem lesznek képesek sikeressé válni.

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission strongly condemns all forms and manifestations of racism and xenophobia, including anti-Gypsyism. It is indeed a root cause of Roma social exclusion and discrimination and it hampers the efficiency of policies which have been put in place.

The Commission is addressing the issue by a holistic approach through the enforcement of legal policy and financial instruments. We have stepped up our efforts to ensure the correct implementation of anti-discrimination legislation including the Racial Equality Directive, as well as the Framework Decision against Racism and Xenophobia.

We have launched infringement proceedings against three Member States on discrimination against Roma children in education. The Commission considers that education is a powerful tool to promote citizenship and the common values of freedom, tolerance and non-discrimination. In this context, the Commission will propose a Council recommendation on promoting social inclusion and common EU values through formal and non-formal learning before the end of this year.

The Commission will also launch a new pilot action with the Council of Europe to support the integration of Roma through enhancing inclusive education. In June 2016 the Commission launched the EU High-Level Group on combating racism, xenophobia and other forms of intolerance. It provides best practice guidance and strengthens the cooperation between the Commission, Member States, EU agencies, relevant international organisations and civil society. This high-level group is fostering discussions on the specificities of particular forms of intolerance, including anti-Gypsyism.

Following up on the high-level group's discussion in December last year, the Commission has just published a document gathering key guiding principles on hate crime training for law enforcement and criminal justice authorities. The Commission also supports Member States and other relevant actors in their efforts to prevent and combat hate speech and hate crime.

In the framework of the high-level group, the Fundamental Rights Agency established a dedicated sub-group to support Member States in defining a methodology for data collection and recording of hate crime incidents.

The Commission has also taken initiatives to ensure that illegal hate speech is countered both in the offline and online worlds. On 31 May 2016 we agreed on a Code of Conduct on countering illegal hate speech online, with Facebook, Twitter, Microsoft and YouTube. We are now evaluating its implementation by these IT companies and we will present the result of this evaluation by the end of May.

The Commission is convinced that fighting discrimination and anti-Gypsyism must go hand-in-hand with fighting Roma social and economic exclusion. This is based on the assessment made by the Commission and confirmed in the Council conclusions of 8 December last year on accelerating the process of Roma integration. These conclusions urge Member States to acknowledge the discrimination affecting Roma, to recognise anti-Gypsyism as one of its underlying factors, and to fight it.

The conclusions are very concrete and comprehensive in this respect. Member States are urged to act through enforcing legislation, broad awareness, awareness raising, promoting a positive image of Roma and promoting Roma culture, language and history through school curricula, media or research.

The Council conclusions also urge Member States to recognise and commemorate the victims of Roma genocide. This is also why the Commission allocated EUR 6 million as specific funding to projects promoting tolerance and fighting stereotyping, hate speech and hate crime.

Another example is the two-year EU campaign 'For Roma, with Roma' aimed at combatting prejudices and discrimination, which ran from 2014-2016. Funding opportunities to fight discrimination are also available under the European Structural and Investment Fund where the Commission encourages Member States to involve the representatives of the Roma community in the programme's monitoring and to promote Roma integration objectives.

Finally, the Commission considers that it is our moral duty to remember all those who suffered under the Nazi regime, including the Roma. The Commission welcomed and strongly supported the initiative of the European Parliament to designate 2 August as European Roma Holocaust Memorial Day. The Commission has already encouraged Member States to do the same. The Council conclusions on accelerating the process of Roma integration also urge Member States to recognise and commemorate the victims of the Roma genocide.

The Commission will continue to support the European Parliament in its action to bring the resolution to the Council for discussion.

Monika Hohlmeier, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meinem eigenen Leben viele Erfahrungen machen dürfen in Bezug auf Integration von Roma, weil ich dafür früher mal als Ministerin zuständig war, und ich bin es, offen gestanden, ein Stück weit leid, dass wir die Debatte immer wieder führen müssen. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die das Thema immer wieder auf die Tagesordnung holen.

Denn die Integration von Roma ist nach wie vor nicht gelungen. Wenn acht von zehn Roma nahe der Armutsgrenze sind, wenn ein Drittel der Studienteilnehmer nur bezahlte Arbeitsverhältnisse bekommen, dann zeigt das relativ deutlich auf, wo wir derzeit stehen. Wenn 50 % der Kinder gar nicht in die Schule gehen, dann ist die Integration der Roma nach wie vor nicht gelungen.

Ich halte es für wesentlich, sich nicht mit gegenseitigen Stereotypen aufzuhalten: „Die Roma verhalten sich wie folgt“. Man kann Roma integrieren, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, ordnungsgemäß zu wohnen, wenn man mit Sozialarbeitern gemeinsam dafür sorgt, dass die Kinder zur Schule gehen, wenn man dafür Sorge trägt, dass die Kinder auch eine Berufsausbildung machen – und zwar egal, ob Mädchen oder Bub, denn da gibt es auch noch unterschiedliche Handhabungsweisen und unterschiedliche Probleme –, wenn man dafür Sorge trägt, dass die Kinder auch nicht missbraucht werden, beispielsweise für Bettlerringe und Ähnliches. Da kann man sehr viel tun, wenn man dies tun möchte.

Und Herr Kommissar, ich hätte eine Bitte: Ich finde Statistiken wunderbar, aber die reale Hilfe ist eigentlich das Wesentliche, was wir voranbringen müssen. Das heißt, wir müssen vonseiten der Europäischen Kommission handeln – das wäre meine Bitte. Es reicht nicht, die Mitgliedstaaten hier letztendlich allein agieren zu lassen, denn ich habe in manchen Mitgliedstaaten den Eindruck, dass die Entwicklung für die Integration der Roma sehr, sehr langsam vorwärts geht und dass da vielleicht eine stärkere Unterstützung notwendig ist, manchmal auch ein bisschen mehr Druck. Denn wenn Menschen ohne Fenster, ohne Bäder, ohne überhaupt Schule in der Nähe, ohne überhaupt Lebensperspektive irgendeiner Art innerhalb der EU leben, dann ist das, glaube ich, eine sehr problematische Konstellation, die wir nicht nur mit einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung jedes Jahr neu bedienen können, sondern wo wir uns konkret im Handeln verändern müssen.

Tanja Fajon, v imenu skupine S&D. – Zaskrbljujoče in žalostno je dejstvo, da se Evropska unija na področju politike, ki bi izboljševala položaj Romov, ne more pohvaliti z napredkom, nasprotno.

Evropska komisija v svojem letnem poročilu priznava, da se v določenih državah situacija močno slabša. Eden med tremi romskimi otroki gre v posteljo vsaj enkrat na mesec lačen, 30 % romskih gospodinjstev nima dostopa do tekoče vode. In da se to dogaja v Evropi leta 2017, je sramota.

V luči strategije o integraciji Romov je ključno, da izboljšanje življenja na tisoče Romov-Evropejcev postavimo v osrčje dela politike Unije. Vrsta držav evropskega denarja še vedno ne uporablja za integracijo Romov.

In z vzponom skrajne desnice po vsem svetu je še bolj pomembno kot kdaj koli prej, da spoznamo tudi posledice holokavsta nad Romi: vsaj 500 tisoč Romov je bilo iztrebljenih med 2. svetovno vojno. V nekaterih državah je to predstavljalo okoli 80 % celotne romske skupnosti.

Ivan Jakovčič, u ime kluba ALDE. – Gospodo predsednice, poštovani gospodine povjereniče, i vi i ja smo svjesni da se, nažalost, uz Rome vežu termini segregacije, rasizma, netrpeljivosti, svi oni termini koji su direktno protiv vrijednosti Europske unije, onoga što svi zajedno ovdje, u ovoj sali, želimo promovirati, a to je upravo suprotno od navedenoga, to je tolerancija, uvažavanje naših različitosti. Među ostalim, činjenica je i da su Romi manjina koja je uz Židove najviše trpjela u Drugom svjetskom ratu.

Nažalost, moram reći da je uz nacističku Njemačku i ustaška Hrvatska bila jedna od onih država koja je pokazala što znači ubijanje ljudi, naprosto zato što su pripadnici jedne manjine koju su u onom trenutku svi mrzili. Ono što želim naglasiti je, međutim, nešto drugo. Želim naglasiti da postoje i dobri primjeri, neovisno o svim tragedijama kojih smo svjedoci, postoje odlični primjeri. Usudit ću se spomenuti i ono što sam ja činio dok sam bio istarski župan kada sam učinio sve što sam mogao kako bih pomogao Romima.

Mogu vam reći da, ako upotrijebimo neke metode – konkretno, sasvim konkretno – ako im pomognemo u obrazovanju, ako im organiziramo posebne vrtiće, ako stipendiramo školovanje romske djece, ako organiziramo njihove medijske nastupe kako bi pokazali svoju kulturu i ono što oni zaista znaju, ako im organiziramo posebna vijeća za nacionalne manjine, ako im pomognemo u mikropoduzetništvu, ako im legaliziramo njihove poslove na tržnicama, onda se može puno toga napraviti.

Želim naglasiti da europski programi, nacionalni programi neće nikada dokraja saživjeti ako se u to ozbiljno ne uključe lokalne i regionalne vlasti. Međimurje je jedan drugi, isto tako dobar primjer, jer imamo romska naselja ne samo u zemljama koje su navedene ranije, nego i u Hrvatskoj. Romska naselja u Međimurju imaju niz problema, ali imaju i dobrih primjera. Ja bih u tom kontekstu htio samo naglasiti da pozivam Komisiju da razmisli kako da europski novac direktno usmjeri prema lokalnim i regionalnim vlastima, jer je to sigurno jedan od načina na koji se romska zajednica može bolje integrirati u lokalnu ili regionalnu zajednicu.

(Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika).

Dubravka Šuica (PPE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavila. – Gospodine Jakovčiću, nismo u Hrvatskom saboru, ali slušala sam što ste govorili i svaka čast naporima koje ste Vi kao istarski župan poduzimali u Vašoj regiji i smatram da je potrebno da se novac usmjeri prema romskim zajednicama i stoga se pridružujem Vašem apelu. Smatrate li dobrim primjerom primjer Hrvatske, u kojoj imamo predstavnika romske zajednice u Hrvatskom saboru? Smatram da je to prilično solidan primjer i da se može nazvati europskom praksom.

Ivan Jakovčić (ALDE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Poštovana kolegice, uvjeren sam da je Hrvatska definitivno napravila niz ozbiljnih, pozitivnih iskoraka prema svim manjinama, pa tako i prema romskoj. Činjenica da imamo zagaranirani mandat saborskog zastupnika pripadniku romske manjine nešto je za što nisam siguran da postoji u nekoj drugoj zemlji Europske unije. Ne poznajem do kraja to zakonodavstvo, ali ovo je sigurno odličan primjer i način da zastupnik koji pripada romskoj zajednici može promovirati interese te zajednice i pokazati način njezine integracije.

Tania González Peñas, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora presidenta; «Gelem, gelem», que significa «anduve, anduve»: así comienza el himno gitano, unos versos que beben de la historia nómada del pueblo gitano y que están cargados de significado por estar inspirados en el recuerdo a los gitanos y las gitanas víctimas del nazismo del Holocausto.

En 1971, se declaró el 8 de abril Día Internacional del Pueblo Gitano, para reivindicar sus derechos, y hoy estamos aquí para conmemorar ese día —y es muy positivo que sea objeto de debate en este Parlamento Europeo— pero, sobre todo, para hacer de altavoces y denunciar el incremento de los delitos de odio contra la comunidad gitana y dejar patente todo el trabajo que queda por hacer en política sociolaboral en este sentido.

Está bien tener un día señalado en el calendario; eso da visibilidad y sensibiliza a la población, pero el pueblo gitano lleva décadas sufriendo discriminación, segregación y niveles de pobreza y exclusión social muy por encima de las medias europeas y nacionales, especialmente cuando hablamos de mujeres y niños.

Debemos trabajar con el conjunto de la sociedad para terminar con los estereotipos negativos hacia el pueblo gitano, y la mejor forma es promover la integración real y efectiva, la inserción sociolaboral y el acceso a una vivienda digna y eliminar las escuelas especiales, que en algunos países todavía segregan a las niñas y a los niños gitanos y ponen en riesgo el desarrollo individual y colectivo de los más jóvenes.

Y es fundamental, en este sentido, luchar contra el antigitanismo institucionalizado, del que tenemos casos en toda Europa, en todos los países de Europa. Señalo solamente dos para terminar: los campos de gitanos en Italia y los 2 582 romaníes desalojados por las fuerzas de seguridad en Francia.

Nos queda mucho trabajo por hacer también desde las instituciones.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to tell you a story: a story about two brothers, two Roma brothers. They are about my age and grew up in a city very close to my home town. Their family came from Kosovo. When they were in their mid-20s they were deported from Germany back to Kosovo – from their home back to a country they almost did not know. They were separated from their families, their friends and their lives. Their names are Kefaet and Selami. They are two brothers, two very talented musicians who have now found their way back home and have expressed their hardship in rap music.

They are two among many who have faced discrimination in the European Union, but they are also two among many Roma and this is what we very often forget when we speak about the Roma who have resisted, and who have found a way to deal with this hardship and to say that they want to fight against anti-Gypsyism in our societies. Not only that, they want to fight for a better life, for civil rights for all, for their families, for prospects and for equality in our societies. They should be an inspiration to all of us, not only on International Roma Day, but every day, because they will be amongst the people who will shape our societies in the future.

Do not be mistaken: the fight against anti-Gypsyism and against discrimination is not just something that the Roma communities have to take care of. It is something that all of us have to work for because this is not only about the livelihoods and the well-being of Roma communities; this is about our democracy. This is about whether we want to live in equal societies, so this is about our future as well. I urge you, Commissioner and all my colleagues, let us stand up against any form of anti-Gypsyism in our societies and fight side by side with the Roma people for a future of equality and democracy in the European Union.

Tim Aker, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, this debate is about Roma, but because of the EU's four fundamentalisms – I will not call them freedoms – it is also about migration. Your cult-like adherence to complete open borders means it has to be. The EU signed its own political death warrant when it expanded to the east and brought into the EU vastly poorer former communist countries. Using EU rules, the great migration westwards began. For the first time in British recorded history, net migration to the UK soared to over a quarter of a million and as high as a third of a million recently.

One of the communities particularly hit was in Sheffield. According to reports, the Page Hall estate received an influx of 6 000 Roma and eastern European migrants in four years. Such had been the pace of migration into the UK that the then government's integration adviser, Dame Louise Casey, was quoted to have said whole areas have changed beyond all recognition because of a failure by government to handle mass migration.

Now no one can deny anyone the ambition to get a better deal for themselves or their families, but as elected representatives we are answerable to our constituents first and foremost. My constituents watching this know that they are my boss. Like any good employer-employee relationship, if my employers do not think I am doing a good job they will remove me. This is perhaps why UKIP has won the Thurrock local elections for three years running.

What we have seen is the EU's top-down agenda forcing change on communities that no one voted for. Let us look at the Page Hall estate again, a whole estate transformed without any one voting for it. In fact one Labour politician – yes, Labour – warned of riots due to the levels of Roma migration into Sheffield.

The knock-on effects of uncontrolled migration across the UK have seen school class sizes increase. Families struggle to get the right school place for their children; A&E waiting times are unbelievably high; the housing waiting list puts social housing beyond the reach of many of my constituents, and the pressures are always felt hardest in working class communities.

EU policies have turned a Europe of different nations and cultures into a free-for-all. It may suit the rich and wealthy to have easy access to cheap cleaners and au pairs, but working class communities have seen their neighbourhoods change and opportunities disappear without their consent. Brexit gives us a chance to change all this. If the Conservative government betrays the millions of people who voted for proper border controls they will never be forgiven. We toppled one prime minister; we can do so again.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Fredrick Federley (ALDE), *blue-card question*. – Madam President, I must say that I am very surprised that, in this important debate, where we talk about integration, opportunities for the Roma people and in remembrance of the Holocaust, the right honourable gentleman does not, with a single word, address that situation.

What he does is take on the majority position of society and blame the Roma population of Europe. You say, Mr Aker, that they are flooding your society and you are blaming poverty on the Roma people. The Roma people have been suffering all through European history but the situation has never been better. It seems like the honourable gentleman is harking back to a situation where we could address and oppress the Roma people of Europe nationally and it was hidden because we could not address it. Today, we have an opportunity to give prosperity to all of the people of Europe. Please address that in your reply and do not continue to attack the people that are moving across borders.

Tim Aker (EFDD), *blue-card answer*. – I would like to thank the honourable Member for that speech. I do not know whether the translation was a bit skew-whiff, but I actually pointed out that the British Government had no integration plan whatsoever. Because of EU policies and because of complete free movement, there was no integration plan and, because of the levels of immigration into the UK, there could not have been an integration plan because the pace of change was far too quick.

That was the point I was making, so trying to paint a picture of everything being rosy in the European Union is precisely why people are fed-up with this place. Your failure to grasp this will mean that other nation states will vote to leave.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Soraya Post (S&D), *fråga ("blått kort")*. – Du var väldigt tydlig med att romer inte passar i ert samhälle. Jag förstår inte hur du totalt utan sunt förnuft, totalt utan skamkänsla, kan komma in och föra den debatten i detta rum, i denna fråga, tyvärr.

Min fråga till dig är: Tyckte du att det passade sig när hela ert UK koloniserade mer än halva världen?

Tim Aker (EFDD), *blue-card answer*. – Madam President, I am happy to e-mail the lady my speech where she can see that she was probably listening to a completely different speech. Trying to put words in my mouth, Madam, to make cheap political points actually debases this Parliament and this Chamber, which my constituents will see.

Two-thirds of the people in Essex and three-quarters in my constituency of Thurrock voted to leave this place and your ramblings there, Madam, are precisely why they were completely correct to do so.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Pane Akere, já si myslím, že možná žijete na jiné planetě a že všichni tlumočníci nedokážou tlumočit Vaše pseudorasistické řeči. Vy tvrdíte to, že migranti, kteří přišli do Velké Británie, jsou všichni kriminálníci, všichni berou Britům práci, to se nám snažíte namlouvat. A co říkáte na případ Čecha, který byl umlácený řetězem před několika týdny, a britský soud dnes tohoto stejného Brita osvobodil a řekl, že to byla nutná obrana, přestože jsme na videu všichni viděli, jak byl doslova třemi Brity umlácen? Nestydíte se za to?

Tim Aker (EFDD), *blue-card answer*. – I do not think there is anything to say to that level of rubbish. Another person trying to put words in my mouth – and you carry on doing this, carry on trying to paint everything in the European Union as rosy, keep demonising people who raise legitimate concerns.

In my speech, I mentioned the fact that the British Government had no integration plan, the fact that they had not put any plans in place to be able to manage migration when the European Union expanded. These are legitimate concerns, and are concerns that led 17 million people to vote to leave the European Union.

So, carry on, Sir, as you will; we will be out of this soon enough and you can keep talking to the echo chamber.

Die Präsidentin. – Ich möchte daran erinnern, dass der erste Satz der Grundrechtecharta lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und zwar jedes Menschen. Das ist die Grundlage für unsere Zusammenarbeit und unser Zusammenleben hier in der Europäischen Union, und danach sollten wir auch handeln. Ich bitte auch die nachfolgenden Redner und Rednerinnen, sich daran zu halten.

Mara Bizzotto, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho grande rispetto per tutti i popoli che sono vittime di persecuzioni e violenze, soprattutto quelli che le hanno subite nella Seconda guerra mondiale. Oggi però, dietro la bugia dell'inclusione, l'Europa spende valanghe di soldi per i rom, milioni di euro che non servono a nulla, perché l'integrazione dei rom sta praticamente a zero, perché sono loro che non vogliono integrarsi. Questi soldi vanno dati ai nostri cittadini, ai nostri disoccupati, alle nostre famiglie in difficoltà.

Venite in Italia a vedere come i rom non si sono integrati. Chiedete alle forze dell'ordine, ai sindaci, ai cittadini che hanno la sfortuna di vivere vicino ai campi rom. Leggete i giornali, guardate le televisioni, e ogni giorno troverete valanghe di notizie sui problemi e sui disagi che i nostri cittadini sono costretti a subire a causa dei rom.

E non permettetevi di dire che siamo razzisti, perché noi non lo siamo. Stiamo dicendo soltanto cose reali che succedono ogni giorno. Altro che giornata internazionale per i rom. Piuttosto bisognerebbe fare una giornata per i nostri cittadini, italiani ed europei, che sono vittime dei soprusi e dei problemi causati dai rom.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Soraya Post (S&D), fråga ("blått kort"). – Du visar ju ett stort mått av brist på intelligens, empati, mänsklig värdighet. Menar du att du på den här dagen står och talar om att romerna är orsaken till den situation som vi befinner oss i idag? Menar du att du då kan sitta i den här kammaren, som du absolut inte vill tillhöra? Har du svårt att integrera dig själv i EU:s värderingar? Är det så?

Mara Bizzotto (ENF), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Allora, io vivo in Italia e non vivo sulla luna. E in Italia, ogni giorno, le forze dell'ordine entrano nei campi rom, regolari o irregolari. E sì, trovano bambini senza scarpe, vestiti male e senza cibo. Ma trovano accanto dei macchinoni, delle Mercedes, delle Audi, delle macchine che evidentemente sono state comprate, non so come, spero non con i fondi europei. E questa è una vergogna, questa è una grande vergogna! Punto e basta.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”. – Stimată colegă, mă surprinde că n-ați ascultat apelul președintei noastre privind drepturile omului și prevederile din Carta ONU.

Dvs. spuneți că romii sunt de vină că sunt în această situație. Personal, ce ați făcut, sunteți europarlamentar, ce ați făcut pentru a integra romii în Italia, pentru educația lor, pentru a putea participa la școală? Ce copil n-ar vrea să mănânce, ce mamă n-ar vrea să aibă copilul bine îmbrăcat și educat? Și mamele rome sunt tot mame, doamnă!

Mara Bizzotto (ENF), Risposta a una domanda «cartellino blu». – I fondi europei per l'integrazione dei rom in Italia o sono stati spesi male o non sono stati spesi. Perché, come ho già detto prima, i bambini rom in Italia non vogliono andare a scuola, perché le loro famiglie li costringono a chiedere l'elemosina o a rubare. Questo non lo dico io: se volete vi leggo i giornali, anche oggi nei giornali c'è scritto questo, anche oggi c'è scritto questo. O vengono tutti in Italia, i peggiori, i più cattivi, e i buoni vengono da voi... perché questa, purtroppo, è la semplice realtà. E sfido qualsiasi parlamentare italiano a dire il contrario.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

György Hölvényi (PPE), *blue-card question*. – I have a short question. What are you doing? That is the question. That was the lady's question. We know this, we know the stories and we can explain it, but what are we doing to improve it? What are you doing in your capacity? It is not about the European forums. What are you doing? How are you trying to fulfil the European Union's Roma strategy for 2012? That is the question. Please give a short answer.

Mara Bizzotto (ENF), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Io, appena arrivata nel 2009 qui al Parlamento europeo, ho chiesto quanti soldi sono stati spesi per i rom, perché non riuscivo a capire dove fossero stati spesi in Italia, perché purtroppo i soldi per i rom e l'integrazione non hanno funzionato. Ma perché non vogliono loro integrarsi con noi. Questo succede in Italia purtroppo, questo succede in Italia. Vi inviterei, quando volete, a venire con me nei campi rom, ovviamente accompagnati dalle forze dell'ordine, perché da soli è impossibile.

Die Präsidentin. – Ich war jetzt großzügig mit den blauen Karten, weil es noch die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen waren. Ich werde allerdings ab jetzt nur noch eine blaue Karte pro Redner und pro Rednerin zulassen, weil ich auch ein bisschen auf die Uhr schauen muss. Ich habe es allerdings jetzt laufen lassen, weil das eine sehr wichtige Debatte ist und auch sichtbar gemacht wird, wie die Positionen der Einzelnen sind.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, já si myslím, že tato debata ukazuje, jak je potřeba si tento Romský den prostě připomínat. Já, než jsem se stal poslancem EU a než jsem vlastně i začal pracovat, tak jsem čtyři roky pracoval jako streetworker a pracoval jsem s Romy. Je zajímavé vidět, jak se jejich kultura a jak se jejich soužití s tou majoritní skupinou v české společnosti výrazným způsobem mění.

Romové jsou jiní a o tom je tato debata. My si musíme připomínat tuto jinakost. Paní předřečnice tady říkala, jaké mají Romové problémy. Ano, můžeme říci, že Romové berou drogy. Možná dělají kriminalitu, ale proč ji dělají? To je ta základní otázka. A základní otázka je: Jak to můžeme změnit?

V Evropské unii žije několik milionů Romů, možná víc než některých národností, které mají zastoupení v Evropském parlamentu. Ale nemají svůj hlas. Kolik poslanců EP je tady romské národnosti? Kolik lidí z romské komunity se tady prosadilo? Kolik lidí z romské komunity má schopnost studovat? Můžeme tady nadávat a ukazovat příklady toho, že někdo má Mercedes a někdo prostě nechává děti běhat po ulici. Ale proč neukážeme příklady také těch Romů, kteří pracují jako policisté, právníci, lékaři, kteří chodí třeba v Itálii otírat zadky italským důchodcům v normální majoritní bílé společnosti. Proč tento příklad také nezmíníte? A to je moje otázka.

Slyšeli jsme tady od kolegy z Velké Británie, co Romové způsobili za problémy ve Velké Británii. Ale proč kolega z Velké Británie nehovoří o Romech, kteří jsou normálně zapojeni do pracovního procesu a kteří tvoří britskou společnost?

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök asszony! Szégyenkezve kell beismernünk: ma Európában nem jó romának lenni. Roma honfitársaink, akik ugyanolyan jogú polgárai az Európai Uniónak, mint bármelyikünk ebben a teremben, mindennapi életükben állandó és folyamatos diszkriminációval szembesülnek. Oktatási szegregáció, kényszer-kitelepítések, hátrányos megkülönböztetés a munkaerőpiacon és az egészségügyi ellátásban. Az európai keretstratégia számos nyilatkozat, állásfoglalás és konferencia ellenére a romák helyzete Európában, az utóbbi években lényegében semmit nem változott.

Éppen ezért nem további vitákra, hanem politikai szándékra és határozott cselekvésre van szükség Európában mindent. A cigánytelepek felszámolására, minőségi, esélyteremtő oktatásra, ösztöndíjakra, szociális gondozásra, munkahelyteremtésre, képzési programokra, és mindenek előtt világos és kemény fellépésre a rasszizmussal, a cigányellenességgel és a diszkriminációval szemben.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora presidenta, el antigitanismo es un problema de primer orden en la Unión Europea. Las gitanas y los gitanos constituyen la minoría más grande del continente, y hay autoridades e instituciones que tienen unas políticas de discriminación sistemática hacia ella.

A día de hoy, hay Estados de la Unión como Hungría que, con un Gobierno del Partido Popular Europeo, segregan en escuelas diferenciadas al alumnado gitano. En la Unión Europea existen casos de discriminación y segregación en otros sectores, como la sanidad o el acceso a la vivienda.

Las medidas de austeridad se imponen a fuego sobre los pueblos de la Unión Europea. En cambio, el principio de igualdad que está recogido en todos los Tratados de la Unión es ignorado, y los Estados discriminan sin que la Unión Europea haga absolutamente nada.

Y es que se trata de una discriminación sistémica que hace que, en el Estado español, solo el 15 % de gitanas y gitanos finalicen la educación obligatoria, que tengan una tasa de paro casi diez puntos superior a la media, o que uno de cada diez habite en viviendas sin las condiciones mínimas de habitabilidad. Esto es consecuencia directa de la pobreza y del estigma asociado a una población constantemente ignorada e invisibilizada.

Lo que no se nombra no existe, y por eso es fundamental el reconocimiento integral de la identidad y la historia gitanas. Hemos trabajado para la creación de este día europeo de conmemoración del holocausto gitano. Pero, sin embargo, nos tememos que vuelva a ser solo una cuestión cosmética: cuando escuchamos a diputados y diputadas de los mismos partidos que segregan a niños y a niñas en Hungría o en Eslovaquia decir que apoyan estas iniciativas, la verdad es que quedan bastante vacías de reivindicación.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! Vi är ju mitt uppe i årets romavecka, och det kan tyckas konstigt att vi behöver en sådan. Men för ett folk utan eget land, utan en stat, under sekler drabbat av diskriminering och förföljelser, är det tur att vi åtminstone kommit dithän att vi under en veckas tid uppmärksammar romer och den romska kulturen runt om i världen. I gröna gruppen har vi inför årets romavecka tagit fram en publikation, där vi ur olika perspektiv och från olika länder analyserar dagens situation och vad vi kan göra för att motverka antiziganismen i Europa. Den går att få av oss.

Vad är det som gör att romer fortfarande är så stigmatiserade, och hur kan det komma sig att våra majoritetssamhällen accepterar att en folkgrupp, som funnits i våra länder sedan många hundra år tillbaka, fortfarande särbehandlas och diskrimineras? För att förstå måste vi ta oss många hundra år tillbaka.

Vi vet att romer redan på 1300-talet i vissa länder i Europa förslavades och såldes eller byttes på auktioner. Slaveriet som sådant upplöstes inte förrän på 1860-talet, men levde i praktiken kvar i flera decennier till. De här vanföreställningarna, som vi har hört om här tidigare, är fortfarande djupt rotade i Europa, i så gott som varje land. Vi lär oss redan som barn att tro att romer själva väljer att stå utanför våra samhällen, att de inte vill delta, som vi hörde här nyss, i samhällets gemensamma aktiviteter. Samtidigt har våra beslutsfattande stiftat lag efter lag i land efter land mot romer. Det stiftades inte bara assimilationslagar som syftade till att bannlysa eller fängsla dem, utan även lagar som gav vem som helst rätten att ta livet av en rom genom hängning eller på andra sätt, främst män. Det är dags att vi i majoriteten tar ansvar för våra egna handlingar och ändrar våra attityder. Då kan vi komma vidare.

Angelo Ciocca (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, stamattina mi sarei aspettato di vedere impegnata quest'Aula parlamentare – 751 parlamentari pagati dai cittadini europei, e non so quanti pagati dalle comunità rom – per lavorare su azioni concrete sui veri problemi dei nostri cittadini europei, sui veri fragili della nostra Europa. Mi sarei aspettato di parlare di anziani, mi sarei aspettato di parlare di disabili, mi sarei aspettato di parlare di disoccupati, di giovani o dei veri problemi di questa Europa, ad esempio la sicurezza: in Italia abbiamo un furto in abitazione ogni due minuti. Di questo mi sarei aspettato di parlare.

E invece siamo qui a parlare di finte vittime, di finti problemi, e così facendo non siamo sicuramente credibili e seri. Abbiamo una visione strabica: guardiamo qual è l'effetto ma non guardiamo qual è la causa. Non guardiamo quello che i cittadini italiani, ad esempio, si chiedono: che lavoro fanno i rom? Di cosa vivono i rom? Come pagano le nuove roulotte di nuova generazione, le auto? Dove finiscono i soldi pubblici per pagare l'acqua o la luce dei campi rom? Perché dobbiamo avere 124 campi rom abusivi in Italia su 167? Perché i bambini di queste comunità non hanno il diritto di andare a scuola? Perché, chi sta dietro all'accattonaggio e allo sfruttamento di questi minori?

Ecco, di questo avremmo voluto parlare, del problema che su 2 400 minori in Italia che percorrono una difficoltà giudiziaria, 1 500 sono minori rom. Di questo avremmo voluto parlare con voi.

Die Präsidentin. – Erstens möchte ich Sie vielleicht daran erinnern – und das wissen Sie sehr gut –, dass parallel zu den Sitzungen des Plenums viele andere Sitzungen stattfinden, an denen unsere Kollegen und Kolleginnen teilnehmen. Das wissen Sie sehr gut, und das geschieht Ihnen auch immer wieder, dass Sie nicht den ganzen Tag im Plenum sitzen. Das geht schlicht und einfach nicht, wenn man seine Arbeit ordentlich macht.

Zweitens habe ich jetzt beschlossen, dass ich ab jetzt keine blaue Karte mehr zulasse, weil hier gerade etwas geschieht, was nicht gut ist für das Ansehen des Europäischen Parlaments. Wenn wir merken, wie hier Diskriminierung in den Äußerungen gang und gäbe wird, kann ich das nicht akzeptieren.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta, las gitanas y los gitanos son ciudadanos de pleno derecho de la Unión Europea, poseen rasgos culturales propios y comparten una identidad común, lo cual no le resta nada a su ciudadanía, sino más bien al contrario: supone una riqueza para nuestra sociedad.

Y hemos conseguido avances en el ámbito de lo social, del acceso a la educación, al mercado laboral, pero todavía queda mucho por hacer y, hoy, intervenciones que hemos escuchado aquí nos dan claramente ese mensaje.

Hay que luchar contra los estereotipos, contra aquellos estereotipos que atribuyen a una parte de la población ciertos comportamientos. Es inaceptable, es vergonzoso escuchar a eurodiputados y a eurodiputadas decir que la población gitana es la que está robando, es la que está generando conflictos. Pregúntense y pregunten a la ciudadanía quiénes piensan que son los verdaderos ladrones de su país.

Creo que es inaceptable, que tenemos que luchar contra los estereotipos, que hay que avanzar juntos, trabajar juntos por la inclusión social y luchar contra mensajes de odio como los que hemos tenido que escuchar esta mañana en este Parlamento.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, I welcome the opportunity, unlike my Italian colleague across the floor, to mark International Roma Day and to recognise the culture and tradition of Europe's largest ethnic minority community.

Eight million Roma live within the European Union, and while the EU has developed a framework, we all know that the situation continues to be awful for the Roma community. For years the Roma community have been victims of forced assimilation. Their time-honoured culture and traditions were eroded and the cohesiveness of their communities were shattered.

We also must never forget that half a million Roma were killed by the Nazis during the Holocaust. We all must work together if we want to realise the aims of the framework and to break down the prejudices that do exist towards their community. We must work to build trust among the community for the institutions within the various Member States. Is it any wonder that children do not go to school when they are faced with attitudes like those we have heard today, on a day-to-day basis?

In Ireland, two children were taken from their parents by the police. Why? Because they were blond and they could not possibly belong to the Roma family. So is it any wonder that there is no trust within the Roma community for the institutions?

It is not okay that in 2017, members of the largest minority in the EU are still more likely to die early, to be illiterate and to live in squalor than the rest of the population.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, di fronte alla situazione evidente, che ci dimostrano anche le statistiche, con il 10 % dei bambini rom che non raggiungono le scuole superiori, con una concentrazione di discriminazioni e di povertà, nessuno di noi è in grado di dire che oggi siamo all'altezza della sfida di questa giornata. Non ho bisogno di qualche collega che con atteggiamenti assurdi e inaccettabili lo dica in questi termini, che non sono degni, secondo me, di questa discussione.

Però credo che sappiamo una cosa: c'è un impegno della Commissione, ci sono strategie nazionali che dobbiamo certamente verificare, anche nell'utilizzo dei fondi europei, e ci sono esperienze molto interessanti di inclusione, per esempio un progetto pilota che conosco che in Romania ha ottenuto un risultato molto interessante per quanto riguarda l'inclusione educativa.

Io ho fatto l'assessore regionale nella mia regione e ho capito alcune cose. Primo: l'azione dev'essere fatta sicuramente sul fronte dell'antidiscriminazione e sul piano giuridico, ma non si ha una desegregazione se non ci sono alcune misure. Primo: coinvolgere le famiglie (con borse di studio che vengono date ai ragazzi e che coinvolgono le famiglie nella responsabilità, si ottengono dei risultati incredibili); il coinvolgimento delle associazioni rom e delle associazioni laiche o religiose che si occupano in modo molto proattivo di loro; misure anche di sostegno nonché mediatori culturali e insegnanti che abbiano una capacità di didattica interculturale.

Certamente la strada è lunga. Non mi pare però che la Lega in Italia sia molto impegnata per questo.

Julie Ward (S&D). – Madam President, in my north-west England constituency, there is a significant population of Roma in both rural and urban areas. For example, the annual Appleby Horse Fair in Cumbria has become one of the most celebrated Romany festivals in Europe, filmed, photographed and featuring in tourism guides. On the other hand, public perceptions of Roma are still based on disinformation.

Last year's referendum campaign unleashed a new wave of increased hate towards ethnic minorities, with Roma communities being particularly targeted. A Roma community development worker in Manchester told me that on 24 June 2016 — the day after the referendum — a group of Roma children who used to play in a public park had disappeared from public view overnight, frightened by the rampant, unpleasant public mood towards people of different nationalities and ethnic backgrounds. Brexit has turned my country into a shameful, intolerant place and the Roma were sadly amongst the first victims. The Brexiteers, UKIP, the Conservative Government and the right-wing press must take responsibility for whipping up hatred on a scale not seen for decades. But on Roma Day, let us find ways of addressing the issue...

(The President cut off the speaker)

Monika Flašíková Beňová (S&D) – Vážená pani predsedajúca, od roku 2004, odkedy som poslankyňou Európskeho parlamentu, sa problematikou Rómov naša politická frakcia veľmi dôsledne zaujíma. Mali sme a máme vytvorené dokonca pracovné skupiny, ktoré pripravujú nielen misie do krajín, kde sa stretávame s rómskou komunitou, ale ktoré pripravujú aj konkrétne podnety a návrhy, ako by sme mohli pomôcť rómskej komunite.

Ja sama som ešte ako poslankyňa národného parlamentu bola vo veľmi úzkom kontakte s rómskou komunitou a musím povedať, že za celé tie roky sa podarilo urobiť aj kus dobrej práce – aby sme tu v deň, keď oslavujeme Deň Rómov, nehovorili len o tých slabších miestach. Pravdou však je, a to je úloha pre Komisiu, že bolo vynaložené množstvo peňazí nato, aby sa podarilo rómsku populáciu integrovať a aby sa podarilo vzdelávať rómske deti. A teda moja otázka pre vás, pán komisár, je: ako Komisia kontroluje, akým spôsobom boli tieto finančné prostriedky vynaložené, pretože v mnohých prípadoch sa preukázalo, že tie prostriedky boli nejako zdefraudované alebo neboli vynaložené na ten účel, na ktorý slúžiť mali.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, Europa tiene mucho que recordar y reconocer para reconciliarse plenamente con su minoría perseguida más numerosa junto con la judía, víctima también la comunidad romaní del holocausto, pero sobre todo víctima de los discursos del odio, cargados de prejuicios, que hemos tenido que escuchar aquí, avergonzando a esta Cámara, por parte de eurodiputados de la extrema derecha populista.

Este Parlamento es el templo de la palabra y no puede ser ensuciado con esas palabras infames que intentan estigmatizar a toda una comunidad que es parte de la diversidad cultural y étnica que enriquece la fábrica de complejidad y de diversidad que es la Unión Europea.

Este Parlamento adoptó, el 15 de abril de 2015, una Resolución que compromete a la Comisión para que intente comprometer también a los Estados miembros en las buenas prácticas de integración de la comunidad romaní, que las hay en la Unión Europea, por ejemplo en mi país, España.

Pero lo que es fundamental es que de esas palabras se pase por fin a los hechos y que hagamos de la comunidad romaní un ejemplo no solamente de autocrítica, sino de aprendizaje permanente del compromiso de Europa con la promesa de la Unión Europea.

Branislav Škripek (ECR) – Vážená pani predsedajúca, Rómovia patria k najpočetnejšej a stále nehomogénnej menšine žijúcej už dlhé stovky rokov v Európe. S nesmiernym zahanbením musím skonštatovať, že mnohí Rómovia ešte dnes v 21. storočí aj u nás na Slovensku žijú v enklávach bez dostupnej pitnej vody, elektriny či asfaltových ciest. Žijú v absolútnej chudobe bez možnosti akejkolvek zmeny. Eurofondy, ktoré mali Rómom pomôcť, sa stávajú predmetom korupcie či neefektívneho využívania, čoho sme znovu svedkom u nás na Slovensku, a prispieva to len k väčšej segregácii. Je nutné si dnes pripomínať také historické fakty, akým je rómsky holokaust. Ale rovnako dôležité je dnes pomôcť Rómom, a to dvomi spôsobmi – aspoň tak to vidím: v prvom rade vybudovať predškolské zariadenia, kde si deti osvoja návyky a schopnosti, ktoré ich nenaučili ich rodičia. A tiež pomôcť Rómom sa rekvalifikovať na remeslá alebo pracovníkov v automobilovom priemysle, ktorých je nedostatok. Práca a spravodlivá mzda zabezpečia dôstojnejšie podmienky pre ich život a prinavrátia nádej, ktorú mnohí z nich už stratili.

Rovnako by som však chcel povedať, povedať to nahlas a poďakovať sa všetkým Rómom, ktorí dosiahli veľmi veľa a málo o tom vieme hovoriť: že sú to ľudia, ktorí sa pohybujú vo vedeckej oblasti, že sú to lekári, že sú to učitelia, že sú to univerzitní profesori. Na Slovensku máme prvého Róma v parlamente, ktorý pôsobil ako poslanec Národnej rady. Takže ďakujem všetkým, ktorí sa snažia a niečo dosiahli.

Die Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben etwas Zeitverzug durch die doch recht lebendige Debatte, die wir hier gehabt haben. Deswegen werde ich beim nun folgenden *Catch-the-eye-Verfahren* nur denjenigen das Wort geben, die heute noch nicht die Gelegenheit hatten, sich zu äußern. Ich bitte die anderen darum, dafür Verständnis zu haben, denn sonst kommen wir bei den vielen vorliegenden Wortmeldungen nicht mehr zu Rande.

Catch-the-eye-Verfahren

Csaba Sógor (PPE). – Elnök asszony! Örvendetesnek tartom, hogy az elmúlt években a romák helyzete az EU figyelmének központjába került és 2013-ban olyan tanácsi ajánlás került elfogadásra, amely nemzeti romaintegrációs stratégiák kidolgozására kötelezi a tagállamokat. Üdvözlendő, hogy a 2015-ös bizottsági felülvizsgálat egyértelmű javulást állapított meg a jelenlegi romaintegrációs stratégiák és az uniós eszközök összhangja között.

Számos országban azonban a meglevő keretek és intézkedések ellenére a romák továbbra is a hátrányos megkülönböztetés, marginalizáció és szegregáció elszenvedői. Romániában, ahol leginkább a korai iskolaelhagyók arányának csökkenése irányába történtek intézkedések, a legtöbb roma továbbra is halmozottan hátrányos helyzetben van, és igen nagy részük továbbra is kirekesztettségben és mélyszegénységben él. Éppen ezért további, következetes lépések megtételét látom szükségesnek a kitörési lehetőségek javítása, illetve a szegénység és kirekesztődés generációk közötti átadásának megszüntetése érdekében.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la giornata internazionale dedicata al popolo rom e alla lotta contro l'antiziganismo è una data simbolica, come simbolica è la commemorazione del genocidio perpetrato ai danni dei rom durante la seconda guerra mondiale. Sono tuttavia simboli che servono a mantenere unita ed accogliente la società europea, dove l'emarginazione dei rom si manifesta in molti modi, dai fenomeni di ostracismo, quando non di aperta violenza, a un razzismo istituzionalizzato e pericoloso, incoraggiato da politici a caccia di voti.

La verità è che quella zingana è una cultura non facile da integrare, perché è fondata su uno stile di vita molto differente dal nostro, antico e a suo modo unico. È una cultura che ha molto da offrire all'Europa, una cultura che dà un grande valore ai legami familiari, al senso di appartenenza alla comunità e alla solidarietà. C'è ancora tanto da fare per una piena integrazione che vada oltre la celebrazione delle giornate commemorative. Occorre innanzitutto una vera presa di coscienza delle istituzioni.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, με την ευκαιρία της 8ης Απριλίου, της Παγκόσμιας Ημέρας που είναι αφιερωμένη στους ανά τον κόσμο Ρομά, ξαναφέρνουμε στο μυαλό μας τους διωγμούς και τον κοινωνικό και φυλετικό ρατσισμό που υπέστησαν διαχρονικά οι Ρομά, καθώς τότε τους θεωρούσαν ως δήθεν κατώτερα όντα και παρείσακτους. Οι κρατήσεις και οι διώξεις των Ρομά, οι οποίες διήρκεσαν πολλούς αιώνες, κλιμακώθηκαν μετά το 1938. Κατά τον δεύτερο παγκόσμιο πόλεμο, οι Ρομά έγιναν στόχος εξόντωσης και γενοκτονίας από τους Γερμανούς Ναζί. Υπολογίζεται ότι οι θάνατοι των Ρομά κατά τη διάρκεια του ολοκαυτώματος προσέγγισαν το 70 % του συνολικού τους πληθυσμού στην Ευρώπη.

Ωστόσο, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο αναγνώρισε τη γενοκτονία των Ρομά μόλις το 2011. Σε κάθε περίπτωση, η διασφάλιση πόρων προκειμένου να υπάρξει ομαλή ενσωμάτωση των Ρομά, ιδίως στην εκπαίδευση, την κατάρτιση και την απασχόληση, είναι κάτι το πολύ σημαντικό.

Ivo Vajgl (ALDE). – Naš veliki pesnik Prešeren je enkrat napisal eno pesem, v kateri je rekel: Kaj učil boš cvesti veje, le ne uči pevcev peti!

Jaz mislim, da k tej današnji razpravi sodi tudi priznanje Romom za njihov neprecenljivi delež in prispevek k svetovni kulturni dediščini. Mislim, da jih moramo spoštovati zato, ker so tako ustvarjalni prišli na svet in živijo z nami.

In mogoče je današnji dan priložnost, da se jim tudi opravičimo za vse krivice, ki so jih doživeli zaradi svojega načina življenja.

Milan Zver (PPE). – Kot bivši minister za izobraževanje se čutim dolžnega, da ob svetovnem dnevu Romov tudi sam spregovorim besedo, dve.

Najprej bi seveda rad čestital vsem pripadnikom romske etnične skupine, ki je dejansko, kot je povedal že kolega Vajgl, odigrala pomembno vlogo tudi v evropski zgodovini in ima svoje mesto v kulturni dediščini.

Ampak v tej razpravi danes bi bolj pričakoval, da bi si izmenjavali dobre prakse, kakšen tretma ima kakšna vlada do njih.

Moja vlada je imela do njih izjemno pozitiven tretma, veliko je bilo inovativnega, sprejeli smo, recimo, koncept „romski mentor“, ki je predpostavljal, da se izbere izmed Romov nekaj ljudi, ki skrbijo za to, da se otroci udeležujejo vzgojno-izobraževalnega procesa.

In ta institucija je bila izjemno uspešna, učinkovita in bi lahko bila primerna tudi za izmenjavo dobrih praks, kar se tiče romskih politik.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

György Hölvényi (PPE). – Frau Präsidentin! Ich sage das auf Ihrer Muttersprache jetzt, weil das absolut diskriminierend ist, was Sie gemacht haben. Ich habe mich gemeldet mit einer kurzen Frage zur „blauen Karte“, und alle, die später gekommen sind und sich von der linken Seite ganz spontan angemeldet haben, haben Sie angenommen, und mir haben Sie nicht erlaubt zu sprechen. Ich finde, das ist schrecklich. Schade, denn das ist absolut gegen diese Sache, die wir heute versuchen zu machen.

Die Präsidentin. – Herr Hölvényi, das hat nicht nur Sie getroffen. Aber ich muss auf die Uhr schauen. Ich habe gesagt, dass nur noch diejenigen zu Wort kommen, die noch nicht gesprochen haben. Es haben sich auch andere gemeldet, die auch schon eine Zwischenfrage gestellt hatten, die nicht zu Wort gekommen sind. Deswegen ist es keine Diskriminierung Ihrer Person, sondern schlicht und einfach der Versuch, ein bisschen Ordnung in die Debatte hineinzubringen. Es tut mir Leid, wenn Sie sich so betroffen fühlen.

Neven Mimica, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, the path ahead of us is still a long one until we see Roma treated like any other EU citizen. The change will not happen overnight, but we must not let them stop us. We have to keep steady on course with our fundamental values. The Commission will continue to work closely and to engage in dialogue with all the relevant stakeholders, including the representatives of the Roma people and pro-Roma civil society organisations. We need to ensure that all actors involved in the fight against anti-Gypsyism are supported, including by strengthening financial and policy support to civil society and national authorities. Thank you.

Soraya Post (S&D). – En ordningsfråga. Jag skulle vilja börja med att tacka kollegor som har varit med i debatten, men jag söker också ert stöd för att vi skriver till talman Tajani och berättar om och kräver sanktioner mot det hattal och den diskriminerande debatt som fördes av vissa ledamöter idag. Det är oacceptabelt. Jag tackar ordföranden för det sätt ni hanterade det på. Jag tycker det var bra.

Die Präsidentin. – Dankeschön, Frau Post. Ich hatte sowieso vor, das auch im Präsidium zur Sprache zu bringen, weil das wirklich weitreichende Äußerungen waren. Aber danke, dass Sie das hier noch einmal gesagt haben.

Ich bedanke mich für diese Debatte, die äußerst wichtig war. Und tatsächlich ist auch jeder Mensch für seine Äußerungen verantwortlich, kann aber auch, wenn es überzogen ist, zur Verantwortung gezogen werden. Das werden wir dann noch prüfen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Maria Grapini (S&D), în scris. – Toți oamenii trebuie să se bucure de aceleași drepturi, libertăți și tratament. Romii sunt o minoritate ca oricare altă minoritate și nu ar trebui să se mai facă diferența nici între minorități, nici între acestea și majoritatea populației.

Personal, cred că avem nevoie de legi adecvate și de aplicare corectă. Romii au anumite vocații și trebuie ajutați. Cred că nu putem pune capăt segregării atât timp cât programele finanțate de la UE sau din bugetele naționale sunt formale și atât timp cât avem segregare prin lege.

De exemplu, sunt partide înființate pe criteriul etniei, ceea ce face să accentueze segregarea. Eu pledez pentru o lege care să nu permită înființarea unui partid pe criteriul etniei, oricare ar fi. Cetățenii unei țări pot fi membri ai unui partid și pot fi aleși.

Educația este deficitară. Etnia romă trebuie inclusă în forma de școlarizare comună cu majoritatea populației, nu separat. Eu am votat și am susținut cetățenii romi pentru parlamentul național și pentru cel european. România are cetățeni de etnie romă și în parlamentul național și în cel european.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Hölgyeim és Uraim, engedjék meg, hogy emlékeztessem Önöket, hogy Magyarország elsőként nézett szembe a romák társadalmi problémáival és dolgozott ki hosszú távú stratégiát. Ennek részeként, 2012-ben került be a nemzeti alaptantervbe a roma kultúra és történelem oktatása. A roma lányok iskolaelhagyásának megelőzésére létrehozott program két évvel ezelőtt. A roma nők foglalkoztatásának növelését szolgáló program során több mint 1100 roma nő szerzett szakképesítést, s emellett 12 %-kal nőtt a roma származású nők foglalkoztatottsága, illetve a kormány pályázatot hozott létre roma kulturális események támogatására. Azt gondolom, hogy a magyar sikerek önmagukért beszélnek, s követendő példával járnak elől.

Verónica Lope Fontagné (PPE), por escrito. – Todos los europeos hemos nacido con los mismos derechos y, por lo tanto, debemos luchar contra cualquier tipo de discriminación, incluidos los motivos de origen étnico.

La comunidad romaní sufre una tasa de exclusión del empleo superior al 75 %, lo que hace completamente necesaria la correcta implementación de la Directiva de igualdad de trato en materia de empleo, así como el refuerzo del papel de las ONG especializadas para fomentar su participación en el mercado laboral, facilitar información sobre sus derechos y mejorar la recogida de datos relativos a la discriminación, ya que en muchos casos la falta de confianza hace que no se presente denuncia alguna.

Sin embargo, en mi opinión, la prioridad tiene que ser la educación y la formación. Garantizar la escolarización infantil, en primer lugar, y evitar el abandono escolar, en segundo lugar, son requisitos básicos, ya que no solo mejoran las perspectivas laborales, sino que también contribuyen a una mayor participación en la sociedad, lo que reduce en última instancia la pobreza y la exclusión social.

Por último, y para conseguir una mayor integración de la comunidad romaní en la sociedad y contribuir así a acabar con la discriminación, tenemos que apoyar el acceso a una vivienda digna.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Salut Ziua internațională a romilor și urez acestui vechi popor să-și regăsească demnitatea și mândria printre popoarele europene. Salut, de asemenea, inițiativa colegilor europarlamentari de a adresa Comisiei și Consiliului trei întrebări referitoare la măsurile luate la nivel european privind incluziunea romilor și combaterea discriminării la adresa acestora.

Dar, când vorbim de integrare, trebuie să subliniem că e nevoie de efortul ambelor părți. Sunt convins că și majoritarii, și instituțiile statelor membre, și instituțiile europene pot și trebuie să facă mai mult pentru integrarea romilor și combaterea discriminării. Dar, chiar dacă majoritarii și instituțiile statelor ar deveni, peste noapte, ideale, condiția romilor nu va putea fi îmbunătățită fără un efort susținut de responsabilizare și autoeducare din partea acestora.

Aș vrea să existe organizații rome mai multe, mai active, mai responsabile, care să se implice în educația, în integrarea și în propășirea romilor. Aș vrea ca tot mai mulți dintre romi, și mai ales dintre liderii acestora, să urmeze îndemnul lui John Fitzgerald Kennedy: „Nu te gândi la ce poate face țara pentru tine, gândește-te la ce poți face tu pentru țară!”

Egalitatea sau nediscriminarea se afirmă prin legi, dar prestigiul și respectul se câștigă doar prin efortul propriu.

Monika Smolková (S&D), *pisomne* – Medzinárodný deň Rómov je vhodnou príležitosťou pre nás všetkých, aby sme si pripomenuli, že Rómovia sú neoddeliteľnou súčasťou európskych krajín už po stáročia. Som rada, že každý rok si 8. apríla pripomínáme výročie prvého celosvetového stretnutia Rómov, ktoré sa konalo v Orpington pri Londýne v roku 1971. Aj keď ich odlišný spôsob života, zakorenené stereotypy a predsudky ešte stále vytvárajú medzi majoritnými populáciami a Rómami určité napätie, myslím si, že Deň Rómov by sme mali vnímať ako vhodnú príležitosť na zlepšovanie vzťahov medzi majoritou a rómskym obyvateľstvom. Ako človek pochádzajúci zo Slovenska z košického regiónu, kde žije najviac Rómov na Slovensku, chcem upriamiť vašu pozornosť na to, že napriek niektorým nezhodám, sa viacerí rómski predstavitelia v rómskych komunitách angažujú ako dobrovoľníci v cirkevných a neziskových organizáciách, pracujú ako terénni sociálni pracovníci, asistenti učiteľov a nemôžem opomenúť ani to, že niektorí Rómovia sú aj starostami obcí a poslancami obecných zastupiteľstiev. Napriek tomu, že rómska problematika je nesmierne ťažká a aj na Slovensku je dlhoročným problémom, musím povedať, že v košickom regióne máme úspešné materské školy, základné školy, komunitné centrá, obecné podniky, ktoré odvádzajú kvalitnú prácu s rómskymi komunitami. Chcem touto cestou poďakovať všetkým Rómom za doterajšiu spoluprácu a k ich sviatku im do ďalšieho obdobia popriať veľa úspechov.

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

4.1. Russland, die Festnahme von Alexei Nawalny und anderen Demonstranten

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zu Russland, der Festnahme von Alexei Nawalny und anderen Demonstranten (2017/2646(RSP)).

Charles Tannock, author. – Madam President, our thoughts and condolences are with the victims and families of the atrocious terrorist attack in the St Petersburg metro this week. Nevertheless, we cannot allow this to silence our condemnation of President Putin, his leadership and foreign policy, particularly aggression regarding Ukraine and Syria. Following the revelations of corruption against Prime Minister Medvedev in a video published by Alexei Navalny last month, we saw a wave of protest against the government, largely from a new generation of Russians that wish for a better, and better governed, future for their country. The large number of arrests, including Navalny himself, reminds us all that presidential elections are looming next year.

I encourage the European Union to continue to press for the release of Navalny and to keep up the political pressure in the Council of Europe in response to the trumped-up convictions we have seen levelled against Navalny in Russia, largely aimed at preventing him from standing in the presidential elections next year. We are yet to see the exact response from the Kremlin following these protests and the attacks this week, but past experience suggests to me that political capital will be sought by President Putin from this.

Soraya Post, *author.* – Madam President, Putin influenced the American election. He crushed opposition at home, silenced dissent. Putin had conquered Crimea and parts of eastern Ukraine. His popularity sky-rocketed. Everyone thought he was untouchable. Then came March 2017, totally unexpected.

They used to call them the Putin Youth, young Russians who had grown up with him in power. They used to say that these youngsters only cared about their iPhones, then came March 2017. Beware, Mr Putin. You need to respect your Constitution. You need to release your political prisoners, or March 2017 will be another winter month which goes down in Russian history.

Helmut Scholz, *Verfasser.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! In tiefer Anteilnahme verneigen wir uns vor den Opfern und Angehörigen des Terroranschlags von Sankt Petersburg. Es ist Grundkonsens im Europäischen Parlament, dass kein politisches Ziel und kein Recht die Tötung eines anderen Menschen legitimiert. Und in diesen schweren Stunden für das russische Volk schlage ich vor, die Abstimmung als Zeichen des Mitgefühls für heute auszusetzen.

Zwei Bemerkungen in der Sache: Erstens: Bei aller aus Sicht auch unserer Fraktion notwendigen Kritik an den gesellschaftlichen und Lebensverhältnissen in Russland, bei allen gegenwärtig laufenden Eskalationen – am Ende bleibt die Russische Föderation ein Nachbar, und nachhaltige Lösungen für internationale Probleme ohne und gegen Russland wird es nicht geben.

Das Parlament hat sich in Bezug auf Russland mit dem Rücken an die Wand gestellt, indem es unsere Kanäle der Kommunikation eingefroren hat. Der Entschließungsentwurf fordert in Artikel 13 vom Rat eine gemeinsame Stimme der EU gegenüber Russland. Ich schlage vor, bei uns damit anzufangen. Ohne Probleme kann die Konferenz der Präsidenten jetzt und heute die entsprechende Entscheidung wieder aufheben und die gegenwärtig eh stattfindenden zahlreichen „Privatreisen“ von Abgeordneten wieder zu einem parlamentarischen Dialog bündeln.

Zweitens: Menschenrechte sind überall unteilbar und gehören umgesetzt, gerade wenn man sich selbst dazu verpflichtet. Ich möchte aus keinem Land der Welt Bilder von Demonstrierenden sehen, die weggeschleppt werden, als bringe man Müll zum Recyclinghof. Auch diese Bilder aus Moskau erzählen uns etwas über die Achtung der Menschenwürde, über die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes von Polizei und auch über die Länge noch bevorstehender Wege.

Ich meine: Jawohl, Korruption muss bekämpft werden, bei uns, in unserer Nachbarschaft und natürlich auch bei den Nachbarn unserer Nachbarn.

Indrek Tarand, *author.* – Madam President, it seems to be another day on which we compete in this plenary Chamber on who articulates better phrases on Russian human rights, and as we hear there will be others who try to convince the House that the urgency must be adjourned. For me it is an oxymoron, a contradiction in terms. If something is urgent we cannot adjourn it.

It is about time to stop believing in delusions such as that Russia is a democracy. It has never been one, with the exception of six months exactly 100 years ago, after the February Revolution. After that the Bolsheviks took over, and under their enlightened leadership 50 million people were killed. Mr Putin's educational background is Bolshevik, even worse he was a KGB officer, and it is pointless to believe or hope that he has even the slightest desire to develop democracy in his country.

Let me cite you one example to show that the Bolshevik manners have survived in this country, unfortunately. When I was 16 there was an anti-Soviet demonstration in Tallinn which was obviously declared illegal by the Soviets, and their militia was commanded to attack us. We were beaten up quite severely, but we survived, thanks to help from Western countries, the European Union, the American Government, etc. And later they sent commissars to school to explain that the youth had protested because they were promised US dollars. Mr Peshkov explained it 40 years later in the same way. Shame!

Petras Auštrevičius, *author*. – Madam President, thousands of Russians joining the protest across the whole country in reaction to Alexei Navalny's investigation of state corruption, and, sorry to say, typical behaviour from the EU – no action! A press release by the External Service and a resolution by this House – is that all we are up to? It is not enough!

A laundromat of Russian officials' corrupt money: this is what Europe has become. A safe haven to turn dirty, stolen money into mansions, yachts and vineyards in London, Nice and Sardinia. Calling an investigation commission based on the Navalny report: this is what the EU action must be. This is what ordinary Russian people expect from the West, as it is the money illicitly taken from them. As long as we in the EU do not fight the Kremlin's corruption, our policy vis-à-vis Russia is simply doomed. Silence and inaction will make us partners in crime, with no right to criticise.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Tunne Kelam, *author*. – Mr President, freedom of assembly is a right, not a privilege, and this must be our message to the Russian authorities who have recently arrested more than 2 000 anti-corruption demonstrators through massive police operations, among them presidential candidate Alexei Navalny. But these are not occasional cases of state violence and injustice. We must understand the deepness of desperation that brought these tens of thousands to challenge the brutal force of the state apparatus. Russia has the largest gap between the richest and the poorest: 110 individuals around Mr Putin control 35% of state riches. We demand the immediate release of Alexei Navalny and other demonstrators, and postponing today's vote would be a betrayal of these courageous citizens.

Our call is to the Commission and Member States to take systematic concentrated action against Russian money laundering and illegal assets inside the EU. It is also high time for the Council to adopt the Magnitsky sanctions, following the European Parliament's resolutions to establish a common EU list of Russian officials who are responsible for the deaths and attacks against Russian whistle-blowers, but also of those who have illegally detained and sentenced human rights activists like Mr Navalny.

Cristian Dan Preda, *în numele grupului PPE*. – Domnule președinte, după atentatul de la Sankt Petersburg suntem desigur solidari cu cetățenii ruși și mai ales cu familiile victimelor. Solidaritate resimțim și față de miile de oameni care au ieșit pe străzile mai multor orașe din Rusia la sfârșitul lui martie, la începutul lui aprilie, pentru a-și arăta dezacordul față de corupția care afectează mai mulți lideri de la Moscova, lideri care se bucură de o impunitate totală, asta pentru că justiția e sub controlul lui Putin. Cetățenii ruși nu sunt orbi, ei au decis să acționeze asumându-și toate riscurile, așa cum s-a spus, două mii de arestări.

Sigur că așa cum preciza Indrek Tarand mai devreme, ceea ce susține Putin, faptul că de pildă copiii sunt plătiți pentru a ieși la manifestație e ridicol. Din păcate, trebuie să vă spun că această retorică a fost folosită și de un guvern din Uniunea Europeană, de guvernul social-democrat din România, care a spus același lucru despre protestele recente din București și din alte orașe din țară. Iată ce înrudiri găsim între Rusia și una dintre țările membre ale Uniunii.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”*. – Stimate coleg, vreau să vă întreb dacă nu credeți că Uniunea Europeană ar trebui să ia o poziție foarte puternică, întrebând Rusia dacă se mai consideră parte a comunității internaționale, deoarece Rusia nu respectă tratatele internaționale și acordurile internaționale la care este parte privind drepturile omului și drepturile cetățeanului, și în același timp nu credeți că Uniunea Europeană ar trebui să aibă o poziție puternică privind situația domnului Navalny, care sperăm că nu va avea aceeași soartă ca domnul Nemțov?

Cristian Dan Preda (PPE), *Răspuns la o întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”*. – Credeam că domnul Frunzulică mă întreabă ce putem face cu guvernul socialist de la București. Întrebările dumnealui sunt întrebări retorice aproape.

Chestiunea mai gravă este aceea că iată, în Consiliul de Securitate, Rusia a blocat ieri o rezoluție introdusă de un stat membru al Uniunii, Franța, și de administrația americană, pentru că după atacul chimic din Siria există nevoia de a acționa imediat. Ne amintim de altfel că în 2013 s-a pus pentru prima dată problema de a interveni dacă un atac chimic se produce.

Kati Piri, *namens de S&D-Fracție*. – In verschillende Russische steden gingen de afgelopen week tienduizenden mensen de straat op om zich aan te sluiten bij de zogeheten marsen tegen corruptie, de grootste anti-regeringsdemonstraties in jaren. De betogers eisten het ontslag van de Russische premier Medvedev, die in het nieuws kwam vanwege zijn exorbitante rijkdom als gevolg van grootschalige corruptie. In plaats van zijn ontslag had dit echter tot gevolg dat honderden onschuldige demonstranten werden opgepakt en vastgezet. Een van hen is Aleksej Navalny, de man die een van de bekendste oppositieleiders van Rusland is en door Wall Street Journal ooit werd omschreven als de persoon die door Vladimir Poetin het meest gevreesd wordt. Daarom moet hij kennelijk uit beeld.

De arrestaties vormen een schending van de vrijheid van meningsuiting, een van de grondrechten, die tevens is opgenomen in de Russische grondwet. Het is een kernwaarde in een open en vrije samenleving, net als de vrijheid van vergadering en vereniging, maar ook al staan deze rechten in de Russische grondwet, in de praktijk worden personen die in opstand komen tegen het huidige regime in Rusland monddood gemaakt, met inmiddels vele gevangenen en zelfs doden tot gevolg.

De EU riep er vorige week toe op om alle betogers van 26 maart en 2 april onmiddellijk vrij te laten, maar de Russische autoriteiten weigeren dit te doen. Rusland moet, net als ieder ander land, voldoen aan zijn internationale verplichtingen. Gebeurt dat niet, dan is het aan Federica Mogherini om de diplomatieke druk op te voeren, dit om te voorkomen dat Navalny het volgende slachtoffer onder de Kremlincritici wordt.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I pay tribute to Sergei Magnitsky, a brave Russian lawyer who exposed the biggest tax fraud in Russian history. For touching untouchables he was held in pre-trial detention, tortured, and died there. The dark revengeful face of the Russian judiciary system was shown in his being convicted after death, posthumously. I kindly ask the Chamber to recall his name in the resolution by accepting my amendment.

Przewodniczący. – Niedawno w Parlamencie Europejskim była próba projekcji filmu, który atakował pana Magnickiego po śmierci. Na szczęście do tego nie doszło, ale warto o tym pamiętać.

Ivo Vajgl, *v imenu skupine ALDE*. – Ko sled avtoritarnih, nasilnih posegov v javno dogajanje, v demokratične standarde postane preveč očitna, tedaj moramo reagirati.

Neomejena moč enega človeka in njegovega ozkega kroga sodelavcev ali sokrivcev vodi v diktaturo in naša preteklost in sedanost nas opozarjata, kam pelje pot takšne države.

Aleksej Navalni je eden izmed redkih politikov v Rusiji po padcu berlinskega zidu, ki se je izpostavil, in režim je udaril po njem in tistih hrabrih ljudeh, ki ga podpirajo.

Rusije, kot jo je videl Gorbačov in vanjo verjel Jelcin, ni več! Putinu in vsem, ki njegov model vladanja v državah post komunizma posnemajo, je treba reči: Dovolj! Vaša sodišča vam ne bodo sodila, zato ste poskrbeli, zgodovina pa vam bo sodila!

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, chez moi, en France – et donc pas en Russie –, le 24 mars 2013, lors d'une manifestation légale – et donc pas illégale, comme en Russie – nous sommes gazés, réprimés, arrêtés, emprisonnés, comme ce fut le cas de Nicolas Bernard.

Ici, en France, sous l'accusation de détournement de fonds – nous ne sommes pas en Russie –, les principaux chefs de l'opposition au gouvernement socialiste, M. Fillon et M^{me} Marine Le Pen, sont accusés sans aucune forme de procès, et on se sert de systèmes médiatiques et juridiques pour détruire des candidats. Nous ne sommes pas en Russie et il ne s'agit pas d'opposants minoritaires.

Monsieur Preda, pardonnez-moi, mais vous devez me laisser parler.

D'autre part, Monsieur le Président, je tenais juste à dire pour finir...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, je comprends très bien que vous coupez la parole à un orateur qui a dépassé son temps de parole, sauf quand ce temps de parole est accaparé par un certain nombre d'intervenants vis-à-vis desquels vous avez le devoir d'imposer le silence.

À mon avis, les interruptions ne doivent pas compter dans le temps de parole d'un orateur. C'est tout à fait élémentaire.

Przewodniczący. – Ja znam swoje uprawnienia i obowiązki, Pan Poseł przekroczył swój czas, podobnie jak niektórzy inni posłowie wcześniej. Wszystkich muszą traktować równą miarą. Nie chodzi mi o kwestie merytoryczne wystąpienia Pana Posła.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Dieses Parlament wäre gut beraten, jegliche Einflussnahme auf innere Angelegenheiten Russlands zu unterlassen. Im Fall Alexei Nawalny sollten wir besser schweigen, denn hinsichtlich Gesinnungsjustiz und Verfolgung politisch Andersdenkender ist die EU selbst kein Unschuldslamm. So gibt es in meinem Land, der Bundesrepublik Deutschland, jährlich über 12 000 Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Volksverhetzung oder Bildung einer kriminellen Vereinigung. Über 1 000 Patrioten werden jährlich ins Gefängnis gesteckt und verurteilt. Noch immer versucht der vermeintliche Westen, gemäß dem Muster der Farbrevolutionen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks ihm genehme Systeme zu installieren. Wie wir übrigens bei der von außen gesteuerten Revolution auf dem Majdan sahen, tat dies der Korruption in der Ukraine keinerlei Abbruch. Dieses Parlament wäre gut beraten, jegliche Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten Russlands zu unterlassen.

Jaromír Štětina (PPE). – Dámy a pánové, nedávno jsme přijali rezoluci na podporu Ildara Dadina. Byl v roce 2015 odsouzen na tři roky vězení za veřejný pokojný protest proti válce.

Dadin je představitelem nové ruské protestní generace, jejíž zbraní jsou sociální sítě a internet. Před 20 lety používala v Rusku internet jen asi 2 % populace. Dnes už používá internet asi 70 % Rusů. S pomocí internetu se podařilo Ildara osvobodit. Jeho žena Anastasia rozpoutala na sociálních sítích takovou kampaň, že byl nakonec propuštěn.

Internet se stal alternativou k mainstreamovým TV médiím i při letošních březnových protestech. Sloužil ke svolávání demonstrací. Proto většina z tisíce zadržených byli mladí lidé, včetně čtrnáctiletých dětí. Ildara opět zadrželi. Tentokrát jen na několik hodin. Včera jsem mu telefonoval. „Dnes to vypadá spíš na pokutu než na vězení,“ řekl. Jakoby kremelský režim slábl pod náporem svobodného internetu. Jakoby mladé Rusy zbavoval strachu.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Janusz Korwin-Mikke (NI), *blue-card question*. – Only one short question: have you ever heard about the clan of Mr Igor Sechin, the President of Rosneft?

Jaromír Štětina (PPE), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Neslyšel.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, regimul Putin spală bani dar spală și creiere printr-o propagandă kafkiană. Regimul Putin asasinează și închide oameni liberi și închide oponenții politici. „Laundromat-ul” rusesc a spălat 20 de miliarde de dolari numai în perioada 2010-2014, cu implicarea unui văr al lui Putin, cu implicarea unor companii și bani și persoane din Federația Rusă și de asemenea cu implicarea unor off-shore-uri și companii europene. Oamenii liberi care au manifestat împotriva corupției au fost reținuți, au fost supuși unor acte de violență. O universitate de top din Sankt Petersburg a rămas fără licență acum două săptămâni pentru că, nu-i așa?, educația creează oameni liberi și o dictatură nu se bazează pe oameni liberi.

De aceea mă întreb: atentatul de la Sankt Petersburg a fost real sau a fost regizat? Fiindcă moartea a paisprezece oameni pentru Putin nu înseamnă nimic ca să își mențină dictatura. Trebuie să fie foarte clar pentru noi toți, este o dictatură cu care nu avem cum vorbi altfel decât de la democrație la dictatură, nicio altfel de negociere nu va avea succes.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, il est très possible que l'arrestation de M. Navalny et l'interdiction de la manifestation qu'il dirigeait soient regrettables; nous n'avons pas le point de vue du gouvernement russe. Mais ce que je puis dire, c'est que dans mon pays, la France, à Lyon par exemple, le préfet Carenco ne se gênait pas pour interdire les manifestations de jeunes nationaux, dont beaucoup ont été arrêtés et même condamnés sans que cela émeuve personne.

En Allemagne, dont le Président nous vantait hier le respect des droits de l'homme, il y a près de 1 054 détenus d'opinion et de 12 000 personnes qui sont actuellement poursuivies. Alors, en un mot comme en cent, je préférerais que nous balayions devant notre porte. Je citais hier les cas d'un universitaire de 88 ans, d'un père de famille nombreuse et d'un polémiste bien connu qui ont été condamnés à de la prison ferme dans des conditions procédurales qui ne respectent pas les droits de la défense, mais cela n'émeut pas la majorité de cette assemblée.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci podpořit návrh usnesení, který mně připadá jako velmi vyvážený a správný. Jasně odsuzujeme zásah Putina režimu proti pokojným demonstrantům, kteří poukazovali na obrovskou korupci v ruské vládnoucí oligarchii.

Je zcela zjevné, že v tuto chvíli v Rusku neplatí základní ústavní lidské svobody – svoboda shromažďování, svoboda projevu – a je také zcela jasné, že tamní justice není nezávislá, ale jasně podléhá vlivu vládnoucího režimu a jasně slouží panu Putinovi. Co je ale důležité, co by zde nemělo zapadnout vedle odsouzení toho, jak se ruský režim chová, je to, že jde o praní špinavých peněz. Jde o obrovskou korupci ruských politiků.

Zde v usnesení je velmi důležitý bod, kdy vyzýváme Evropskou komisi a ostatní exekutivní orgány Evropské unie, aby udělaly vše pro to, aby ruští politici a úředníci nemohli prát špinavé peníze v rámci Evropské unie. To je velmi důležité, je třeba učinit vše pro to, aby evropské banky, evropské firmy nebyly využívány k legalizaci peněz lidí, kteří slouží Putinovu režimu.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Maria Grapini (S&D). Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”. – De fapt, voiam colegului de dinaintea să-i pun o întrebare, dar profit că ați vorbit și vă susțin în propunerea dvs., dar credeți că în actuala formă, în actualele reglementări ale Comisiei, chiar putem să punem capăt abuzurilor din Rusia? Nu credeți că ar trebui spălarea de bani să fie tratată în relația cu orice altă țară, dar acum vorbind de Rusia, mult mai riguroși și cu efecte concrete?

Jiří Pospíšil (PPE), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – Samozřejmě veřejná moc nemůže úplně odstranit takovouto formu trestné činnosti, ale můžeme hodně tuto nezákonnou formu trestné činnosti omezit.

Bylo by skvělé, kdyby Komise přišla s konkrétními návrhy a kdybychom zde na plénu konkrétně projednali možnosti, jak může evropská administrativa bojovat proti praní špinavých peněz nejen, řekněme, subjekty Evropské unie, občany Evropské unie, ale hlavně od politiků a řekněme úředníků, kteří slouží externím režimům, jako je třeba režim v Rusku. Takže bylo by dobré, kdybychom toto projednali v rámci samostatného návrhu, aby to nezapadlo. Dnes hovoříme o odsouzení ruského režimu, ale bavme se o konkrétních krocích, které přijmeme proti praní špinavých peněz.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caros Colegas, no início de março, Alexei Navalny – que dirige a Fundação de luta contra a corrupção – teve a coragem de, através de um vídeo, denunciar, uma vez mais, a corrupção da elite russa e dos empresários próximos do Kremlin. O seu filme deu origem aos maiores protestos desde que Putin regressou à presidência em 2012 e levou milhares de pessoas para as ruas de Moscovo e de mais outras oitenta cidades do país. Na sequência destas manifestações foram detidas cerca de 800 pessoas, só na capital, entre as quais o próprio Alexei Navalny.

Como a própria Vice-Presidente Mogherini declarou, estas detenções violam claramente os direitos à liberdade de expressão, de associação e de reunião pacífica, garantidos pela Constituição russa e, por isso, estes manifestantes detidos devem ser libertados imediata e incondicionalmente.

Gostaria de terminar referindo que estes protestos mostraram ao mundo que, apesar de Vladimir Putin governar a Rússia desde há dezassete anos, sem dar espaço a qualquer oposição digna desse nome, existe agora na linha da frente da contestação uma geração mais jovem que, nunca tendo conhecido outro líder na sua vida, sai do estado de apatia e está disposta a lutar por uma Rússia mais transparente e mais democrática.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, the weaker the European Union is, the more silent it is, the more blind it is, the less responsive it is, the stronger the Kremlin will be, the more harassment we will see and witness, and I am afraid one day we might see again an opposition politician or maybe an anti-corruption activist shot somewhere by a bridge. That is a reality.

What was the reaction of the European Union to the recent harassment? What is the strategy of the European Union? I call upon us, after we pass this resolution, to have a serious debate here in the plenary in Parliament, to have a strategy vis-à-vis Russia. I am not targeting Russia, I am targeting the Kremlin, the practices, the abuse of human rights. At the same time, I can see opportunities vis-à-vis SMEs, civil society, and Russian citizens. There is something that we can do and also split the Kremlin from its citizens. That is the way to proceed.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Susidorojimas su taikiais protestuotojais negali būti pateisinamas XXI a. Istorija rodo, jog yra du civilizacijos raidos keliai. Vienas, pagrįstas demokratija, pagarba politinėms ir pilietinėms laisvėms, veda į ilgalaikį stabilumą ir gerovę. Kito kelio paieškos paprastai baigiasi ekonomikos suirute, represijomis, o neretai ir ginkluota agresija prieš kaimynus. Atsakymas į klausimą, kuriuo keliu eina Rusija, manau, yra aiškus.

Pastarieji protestai rodo, jog Rusijoje yra ir laisvę mylinčių, ir už ją aukotis pasirengusių žmonių. Mūsų, europiečių, užduotis – skatinti demokratines jėgas, kartu baudžiant agresyvius autoritarinius lyderius.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, Evropský parlament opět zvedá hlas, abychom podpořili ty, kteří v Rusku riskují svůj život pro demokracii a svobodu.

Bohužel Putin vládne a využívá všech prostředků, aby potlačoval opozici. Ano, pane kolego Tarande, v Rusku není demokracie, ale sto let od bolševické revoluce už je načase, aby se Rusko probudilo a lidé si řekli o svobodu. V Rusku jsou lidé, kteří jsou ochotni riskovat a přinášet osobní oběti. Vážím si jich a jsem velmi ráda, že Evropský parlament se jich chce zastat.

Pan Navalný je skutečně opoziční politik, který evidentně ohrožuje Putina, a proto je pronásledován. Jaký kontrast s životem v Evropské unii, kde v našich členských státech žijí lidé svobodně a mohou vyjádřit svůj opoziční názor. To říkám tady kolegům z frakce Národní fronty. Mohou se svobodně vyjadřovat v tisku a v médiích, nejsou za to vězněni. Volat po propuštění pana Navalného je naší povinností.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, thousands of people took to the streets of Russia over the past days. Alarmed, the government detained an estimated 1 400 people across Russia. It is especially remarkable that more than one-in-six of these protestors were aged under 21. We are seeing a new generation of protestors unfolding under Vladimir Putin's rule. In its attempt to repress and discredit any kind of opposition, in the past few years the Russian regime has employed various means, most prominently the control of traditional media. Alexei Navalny, leader of the Anti-Corruption Foundation, for example, was excluded from any kind of traditional media. Instead, Navalny found his audience on the internet, among those who have few memories of their country before Putin. This new culture of information consumption is now the main challenge to the regime, representing an alternative to the propaganda. We should embrace this movement, as accessibility of information is a staple of any democracy.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, on Sunday, 26 March 2017, over 60 000 Russians gathered in over 80 cities across Russia to protest against corruption. It was the largest anti-governmental demonstration in the last five years. Russian citizens took to the streets despite, in many cases, not having received the requested authorisation for demonstrations. Still, the protests remained peaceful and non-violent. For this reason we consider the measures taken by the Russian authorities to be a disproportionate reaction.

The freedoms of expression, association, and peaceful assembly are fundamental rights guaranteed to the Russian citizens by the Russian Constitution. Peaceful protesters were detained and sentenced on a large scale.

These events raise strong doubts about the state of these fundamental rights in the Russian Federation. The response by the authorities to peaceful demonstrations was disproportionate and punitive. We were particularly alarmed by the indiscriminate actions of the authorities against young students and school pupils.

State authorities have a particular responsibility when dealing with young people and minors, a responsibility to always protect them against any physical and mental trauma. Journalists too were arrested while covering the events and subsequently released. Any actions against reporters who are simply doing their job represent a violation of freedom of the media, an incursion into the public's right to know, and a clear breach of Russia's international commitments. Overall, evidence shows that these kind of measures against journalists have a negative effect on free speech in the country.

Opposition leader and founder of the Anticorruption Foundation, Alexei Navalny, was also detained and sentenced to prison, alongside many other peaceful demonstrators. We believe that the Russian authorities have a responsibility to safeguard the fundamental rights of all their citizens, particularly in view of the presidential elections next year.

All political actors in the country have the right to play by the same rules on a level playing field. The European Union has made its position very clear with regard to these developments. We issued a statement on the events the same evening. The statement called on the Russian Federation to abide fully by the international commitments it has undertaken, including in the Council of Europe and the OSCE, to uphold the fundamental rights and to release immediately the detained peaceful demonstrators. We also expressed the same concerns during the OSCE Permanent Council on 30 March.

The European Union will continue to raise them, as necessary, with the Russian authorities.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po debacie.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De vorige resolutie over de mensenrechtenschendingen in Rusland dateert van amper vier maanden geleden. Toen en ook nu heeft de N-VA-delegatie met overtuiging “voor” gestemd. We steunen de politieke en gewetensgevangenen, vervolgde journalisten en mensenrechtenverdedigers in Rusland en de bezette gebieden zoals de Krim.

Officieel is vrije meningsuiting een grondwettelijk recht in Rusland. Van zodra je echter volgers krijgt en dus gevaarlijk wordt in de ogen van het regime, stopt het recht abrupt. Dan word je doelwit van intimidatie en vervolging. Aleksej Navalny, Boris Nemtsov, Denis Voronenkov, Nikolaj Gorochof, Vladimir Kara-Murza, Aleksandr Litvinenko... ze zijn de gekende slachtoffers van een regime dat hoe langer hoe minder vrije meningsuiting, persvrijheid of oppositie verdraagt. De massale arrestaties tijdens de manifestaties van 26 maart zijn verontrustend. De EU moet met één stem de boodschap naar het Kremlin blijven sturen dat respect voor mensenrechten en de internationale afspraken een voorwaarde is om opnieuw een betrouwbare partner te worden.

4.2. Belarus

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie Białorusi (2017/2647 (RSP)).

Kosma Złotowski, autor. – Szanowni Państwo! Białoruś to dziwny kraj – tam Rosja już się skończyła, a Zachód jeszcze się nie zaczął. Ale i Zachód, i Rosja tam były. Aleksandr Łukaszenka to dziwny dyktator: raz chce budować wspólne państwo z Rosją, innym razem chce zbliżyć się do Unii Europejskiej. Dzisiaj Aleksandr Łukaszenka jest w fazie dalekiej od Unii Europejskiej, wprowadził bowiem idiotyczny podatek od bezrobocia i przeciwko temu podatkowi protestują Białorusini. Na Białorusi rodzi się społeczeństwo obywatelskie i my musimy je chronić, dlatego że lepiej, jeżeli na Białorusi jest Unia Europejska, jest zachód Europy niż Azja, niż Rosja, dlatego że lepiej dla nas jest mieć przyjazną Białoruś. Dlatego chronimy tych demonstrantów, których teraz Łukaszenka wsadza do więzienia. Stąd projekt tej rezolucji.

Bardzo serdecznie dziękuję i zachęcam do jej poparcia.

Soraya Post, author. – Mr President, for some time we saw a thaw in Lukashenko's Belarus. Political prisoners were released, it was easier to protest, and the EU scrapped sanctions and started cooperation. This changed with the new so-called 'social parasite tax'. Anyone who works less than 183 days a year is sentenced to forced labour or fined EUR 240. That is two-thirds of the average monthly salary. The law also applies to stay-at-home mothers with children in pre-school. Protests were met with mass detentions. The authorities must immediately release all peaceful protesters and journalists. If not, the EU must sanction the responsible officials. Alexander Lukashenko: let Belarus thaw again. Let us continue on the good path of cooperation, instead of speaking the language of sanctions.

Bronis Ropė, autorius. – Po pastarųjų savaitių įvykių Baltarusijoje mūsų, europiečių, pastangas kurti ir gerinti santykius su šia šalimi galima apibūdinti tik sena genialia vieno buvusio Rusijos premjero fraze: „norėjome kaip geriau, o išėjo kaip visada“. Panaikindami dalį sankcijų tikėjome, kad Baltarusiją valdantis prezidento Lukašenkos režimas bent iš dalies gerbs žmogaus teises ir laisves.

Primenu, prezidento Lukašenkos režimas grasina ne tik Baltarusijos piliečių saugumui. Jau po dvejų metų Europai kils ne ką mažesnis pavojus, kylantis iš vos už 20 kilometrų nuo Europos Sąjungos išorinės sienos nesaugiai statomos potencialiai nesaugios atominės elektrinės. Negaliu suprasti, kodėl mūsų didžiosios frakcijos vengia šios temos. Kodėl kartu su Komisija vengiama pasiūsti aiškiai žinią Baltarusijai, jog Rusijos ambicijos statyti potencialias atominės bombas Europos Sąjungos pasienyje mums yra nepriimtinos?

Przewodniczący. – Chciałem Państwa poinformować, że niestety jesteśmy opóźnieni. W związku z tym jeszcze raz apeluję o przestrzeganie dyscypliny czasowej, a także informuję, że nie będę mógł niestety udzielać głosu w ramach procedury *blue card*.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Monsieur le Président, oui, les droits de l'homme sont bafoués en Biélorussie. Oui, il y a répression, notamment contre ceux qui manifestent contre une mesure inique. Oui, c'est le seul pays d'Europe qui pratique la peine de mort. Oui, il faut soutenir le rapporteur spécial de l'ONU.

Mais d'autres droits y sont bafoués, notamment ceux des migrants. Ce sont principalement des Tchétchènes, des Tadjiks, des Géorgiens ou des ressortissants de pays où ce Parlement dénonce la situation. Ces migrants cherchent à rejoindre l'Union européenne pour y demander l'asile. Ils sont le plus souvent refoulés en Biélorussie, au risque d'être renvoyés dans leur pays, où l'on sait ce qu'ils risquent, compte tenu des bonnes relations de ce pays avec la Russie. Pire, l'Union négocie actuellement un partenariat de mobilité incluant, bien sûr, un accord de réadmission.

Je regrette donc que nos propositions dans ce domaine n'aient pas été retenues. Il n'est pas possible de ne retenir, dans les violations des droits de l'homme, que celles qui arrangent les uns et les autres et de fermer les yeux sur les risques que courent les opposants politiques des amis de M. Loukachenko.

Comment la Commission entend-elle faire respecter le droit d'asile dans ce pays? Les droits de l'homme ne sont pas à géométrie variable, on l'oublie trop souvent au sein des institutions européennes.

Petras Auštrevičius, author. – Mr President, Commissioner, colleagues, the one-year-old Council conclusions on lifting the EU sanctions was a decision taken on the basis of our goodwill and expectations. Have there been any positive steps by Lukashenko in reciprocity since then? I find none: elections in September were rigged, not a single political prisoner has been rehabilitated, the UN special rapporteur has been continuously ignored, the death penalty has never abolished, and they continue to execute people. The nuclear power plant in Ostrovets keeps growing, in violation of safety standards, nearly 50 kilometres away from an EU capital – Vilnius. As we speak, around 20 people remain in custody and may become new political prisoners. This is how dictators reciprocate. Colleagues, it is regrettable to see EU policy on Belarus looking like a self-repeating failure. This is so because some are attempting to curry favour with Lukashenko.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, autor. – Bez wątpienia sytuacja na Białorusi się pogarsza. Niestety. Ale musimy pamiętać, że Białoruś to nie Portugalia – leży tam, gdzie leży, i najważniejszym jej partnerem pozostaje Rosja. Mamy nadzieję, że ten wysiłek ostatnich dwóch lat nie zostanie zmarnowany. Przypomnę: Białoruś przestała być państwem, gdzie są więźniowie polityczni, podjęto wysiłki na rzecz kontroli fitosanitarnej, ochrony powietrza, systemu bolońskiego, jego wdrożenia.

Nie byłem zwolennikiem tej rezolucji, ale byłem zwolennikiem debaty. Musimy uwzględnić fakt, że pogarszająca się sytuacja na Białorusi jest efektem nie działań polityków, ale oddolnym sprzeciwem społeczeństwa na pogarszającą się sytuację ekonomiczną i gospodarczą, ale także polityczną. Niestety w obecnej sytuacji głównie politycy są odbiorcami negatywnych, nieadekwatnych reakcji samych władz. Lebedźka, Rymaszewski, Statkiewicz są dotykani rozmaitymi represjami przede wszystkim za to, że są. I to niepokoi.

Dziś Parlament Europejski podejmuje rezolucję, w której nie skłania się jeszcze do nakładania czy powrotu do sankcji na Białoruś, ale ostrzega władze Białorusi, że ta droga, która została podjęta w marcu, i nieadekwatne represje wobec opozycji, wobec społeczeństwa mogą zakończyć się też rezolucją i powrotem do sankcji. Nikt na tej sali prawdopodobnie tego nie chce, ale ten głos Parlamentu Europejskiego dziś jest niezwykle ważny, bo jest ostrzeżeniem.

Michaela Šojdrová, za skupinu PPE. – Pane předsedající, tak, jak řekl můj předřečník, situace v Bělorusku se velmi zhoršila. Stejně jako potlačování nezávislosti médií a opozice v posledních dnech narůstá, tak naopak klesá výkonnost ekonomiky. Pokles hrubého domácího produktu je o téměř čtyři procenta, velmi narůstá inflace a veřejné zadlužení roste každým dnem.

Tyto nepříznivé hospodářské podmínky vyhnaly koncem března tisíce občanů do ulic po celém Bělorusku a v rámci poklidných demonstrací tito lidé dali najevo nesouhlas a nespokojenost s děním v zemi. Bohužel režim zareagoval velkými represemi. Z těch stovek zatčených bych chtěla připomenout, že jsou mezi nimi členové opozičních křesťansko-demokratických a občanských stran. Jsou zatčeni za účast na pokojné demonstraci. Pavel Sevjarjynec byl zadržen na deset dnů a pokutován, Vitali Rymaševský byl zadržen a dostal velkou pokutu tisíc eur za účast na pokojné demonstraci, Anatol Ljabadzka byl zadržen a rovněž pokutován.

Myslím, že naším usnesením bychom měli dát jasně najevo, že budeme sledovat situaci a budeme vést běloruský režim k zodpovědnosti.

Josef Weidenholzer, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Weißrussland ist ein geplagtes Land. Es gibt wenige Gegenden in Europa, wo die Menschen Schrecklicheres erleiden mussten. Dennoch haben sie ihren Freiheitswillen und das Streben nach Gerechtigkeit nie aufgegeben. Deshalb dürfen wir gerade in diesen Tagen die Menschen nicht alleine lassen, und auch vermeintliche Stabilitätskriterien dürfen uns davon nicht abhalten.

Diese Entschließung des Parlaments ist ein Signal an die Menschen in Weißrussland, ein Zeichen der Solidarität und des Respekts für den Mut des weißrussischen Volks, und sie ist ein klarer Hinweis an die Regierung in Minsk, diesen riskanten Kurs der Einschüchterung und Freiheitsberaubung nicht fortzuführen und endlich Reformen zuzulassen. Stabilität lässt sich nur dann erreichen, wenn Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte gelten.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Nasz główny cel na wschodzie Europy musi pozostawać niezmienny, to jest utrwalenie niepodległości państw, które powstały po rozpadzie Związku Sowieckiego. A więc musimy przede wszystkim wspierać na Białorusi rozwój tożsamości narodowej i prawa językowe, odrodzenie życia chrześcijańskiego i wolność Kościoła, rozwój opinii publicznej i aktywność obywatelską, otwarcie na Zachód i niezależność, choćby elementy niezależności białoruskiej polityki zagranicznej.

Dziś widzimy, że być może te wstrząsy, które obserwujemy, są znakiem, że Białoruś wchodzi w czas przyspieszonych politycznych zmian. W tych warunkach powinniśmy pamiętać o jednym, że pierwszą ze wszystkich swobód społecznych jest niepodległość ojczyzny i to powinno wyznaczać nasz stosunek do władzy i do środowisk opozycyjnych oraz społecznych.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, well, it looks like the honeymoon is over and the first signs of a possible Minsk Spring are also over. Well, sometimes less is more, so I will be very brief.

Conditionality has to apply. We have lifted sanctions, we have provided concessions, and we expected changes. Those did not arrive. There is a crackdown, so we must reintroduce sanctions, and this time they have to be harder. Once again, once we see concrete changes and reforms we can add, but at the moment there is no other action than to take a very hard and tough stand.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, I absolutely agree with Mr Kosma Złotowski, and other authors, that the reason is the unfortunate bill condemning the so-called social parasites. Therefore, I am shocked that the draft resolution condemns the actions of police, which are quite normal. In every country, the police put protestors into jail sometimes. It is not our, or Mr Lukashenko's, right to decide whether the police actions were exaggerated or not. Instead, the resolution should condemn the bill, and so I move the oral amendment that we should ask Mr Lukashenko to withdraw his bill. This pressure from the European Parliament would give him an excuse to withdraw this really unfortunate bill.

Pavel Svoboda (PPE). – Pane předsedající, Evropská unie v posledních letech podnikla sérii vstřícných kroků vůči Bělorusku. Odpověď režimu prezidenta Lukašenka byla nová represe, nová vlna represí, včetně zavedení daně z příživnictví, která se letos dotkla asi 470 tisíců běloruských občanů. V reakci na to vyšlo do ulic bezprecedentní množství lidí, mnozí z nich byli svévolně zatýkáni, pokutováni a zadržováni ve vazbě. K těmto osobám patří například Pavel Sevjarjynec, Vitali Rymaševský a Anatol Ljabezka.

Vyzývám běloruskou vládu, aby osvobodila tyto demonstranty, novináře, občanské aktivisty a politické vězně. Ochota běloruského režimu přijmout koncept lidských práv a občanské společnosti zjevně neexistuje, a to si občané Běloruska nezaslouží.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, Parliament's Rules of Procedure give the possibility to react to urgent cases of violations of human rights, democracy and the rule of law. The initial idea was to express Parliament's concern about the detention of some activists during and before the March demonstration in Belarus. However, we can see in the resolution that there are issues that cannot be termed very urgent. For example, the issue of the nuclear power plant in Astravets, the demand for the abolition of the death penalty, the recommendation to change tax legislation, the issue about studying in the EU and speeding up the visa and scholarship application process, electoral reform and other issues which cannot be described as urgent.

I would like to remind you that four months ago, a non-urgent resolution with the same title on the situation in Belarus, in which the same issues were mentioned, was adopted. I urge you in the future not to create a spam effect, but concentrate more on urgent topics and do not reduce the power of urgent resolutions.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Wszyscy jesteśmy rozczarowani informacjami, które spływają do nas z Białorusi. Forsowanie tej ustawy o *darmojedach*, sprzecznej ze zdrowym rozsądkiem, sprzecznej z prawami pracowniczymi, blokowanie mediów, blokowanie działania NGO-sów, partii politycznych, fałszowanie wyborów i pozorowanie działań w kierunku ich demokratyzacji, wreszcie brutalne tłumienie pokojowych protestów, które miały miejsce ostatnio, musi spotkać się ze sprzeciwem tej Izby.

To wszystko przecież wydarza się po tym, jak Unia Europejska – rękami Parlamentu, a więc także naszymi rękami – podżyrowała pożyczki dla Białorusi. Sama udzieliła wsparcia finansowego, zniosła sankcje polityczne i gospodarcze, bo chcieliśmy widzieć w Białorusi poważnego partnera, który dotrzymuje umów. Zaufanie i wzajemny szacunek są podstawą współpracy i jeżeli nasz partner mówi jedno, ale robi drugie, to trzeba skorygować plany i działania.

W tej sytuacji chciałabym zapytać Komisję Europejską, czy warunki udzielonych Białorusi pożyczek i gwarancji finansowych uwzględniają możliwość ich wstrzymania w sytuacji niewypelnienia zobowiązań w obszarze praw obywatelskich i rozwoju demokracji?

(Zgłoszenia z sali)

Seán Kelly (PPE). – Mr President, protecting human rights activists from reprisal is a priority for the EU and indeed my own country, Ireland. It is imperative that the Belarusian authorities release and drop all judicial charges against peaceful protesters, journalists, human rights defenders, civil society activists and opposition members who have been detained in connection with the current wave of demonstrations. I welcome the call for this in the resolution. We should not allow ourselves to be mollified by piecemeal concessions when gross human rights violations remain. The political will for liberalisation shown by the Belarusian Government is incompatible with their use of capital punishment and renders them undeserving of EU *rapprochement*. I welcome this resolution by the Parliament and hope the Belarusian Government will act immediately to address the concerns that have been outlined in this resolution, particularly the call for electoral reform, and for Belarus to join the moratorium on the death penalty.

Julie Ward (S&D). – Mr President, the right to protest, to express dissent and disagreement with the status quo, is important for modern democratic societies. It is worrying, therefore, to witness the on-going crackdown on civil society in many countries including, sadly, some Member States such as Hungary. But beyond our borders, in Russia and Belarus, young people are even more fed up with corrupt, dysfunctional and undemocratic governments. It is very worrying to see brave young activists, poets, journalists and human rights defenders being arrested and harassed. We must always speak out for freedom of expression. In that respect, I am pleased to support the Belarus Free Theatre, which continues to expose both their own country and Russia's abuse of human rights. Our resolution calls for more support for educational exchange programmes and scholarships. It is only through people to people contact and investing in young people and their opportunities, that a vibrant civil society can be built.

Mark Demesmaeker (ECR). – Als ik het zo hoor, dan is president Loekasjenko een dictator noemen eigenlijk een compliment: hij is een despoot, hij is een tiran. Luister even naar wat deze stiefvader van de Wit-Russische natie zei over het werk van sommige journalisten. Ik citeer: “Als één van die journalisten of politici in mijn land zo zouden spreken, dan ruk ik eigenhandig zijn tong uit.”

Dit typeert deze tiran ten voeten uit. Jarenlang is hij alleen bezig geweest met zijn personencultus en zijn eigen macht. Hij heeft het politieke speelveld vernauwd, het middenveld gefnuikt en al wie een politiek alternatief kon bieden aan de kant geschoven. Een politicoloog vat het zo samen: “Je hoeft in Wit-Rusland niet te begrijpen wie schuldig of onschuldig is. Er zijn geen wetten en geen rechtbanken. Loekasjenko zelf is de wet en de rechtbank. Hij oordeelt, maar zijn beslissingen blijken onjuist. Uiteindelijk is er geen angst en geen geweten. Loekasjenko zelf is de verpersoonlijking van de angst en het gebrek aan geweten.”

Wij mogen niet onverschillig zijn. De EU moet de democratische krachten, de verdedigers van mensenrechten en van fundamentele vrijheden in Wit-Rusland – de laatste dictatuur van Europa – voluit blijven steunen.

Carlos Iturgaiz (PPE). – Señor presidente, Bielorrusia sigue estando en las antípodas de los planteamientos fundamentales que rigen en la Unión Europea, como son, entre otros, la libertad de expresión de los ciudadanos, el respeto de los derechos humanos, la libertad de los medios de comunicación. Lukashenko preside Bielorrusia desde una postura pseudodictatorial, y no olvidemos que en ese país la pena de muerte está instaurada y en sus cárceles hay decenas de presos políticos.

Por todo ello, la Unión Europea debe ser firme y contundente; contundente ante este Gobierno bielorruso que es satélite del Gobierno ruso de Putin. Por eso, la Resolución va dirigida contra la represión que viven los ciudadanos bielorrusos y también a que se libere a los presos políticos, y va a tener todo el apoyo de mi Grupo —el Grupo Popular— en este Parlamento.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, ces deux dernières années, la Biélorussie avait effectivement fait un pas vers le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales. Ces efforts, d'ailleurs récompensés par l'Union européenne, doivent être maintenus et accentués. L'Union doit encourager les dirigeants à retrouver la bonne voie.

Les récents événements en Biélorussie ne sont pas acceptables. Les arrestations et la violence qui en ont découlé doivent être fermement condamnées; elles n'ont pas leur place dans une démocratie. Les demandes et prétentions de la population doivent être écoutées et entendues. Le Parlement doit condamner fermement tout acte contraire au principe du respect des libertés fondamentales. Nous devons appeler la Biélorussie à discuter avec sa population et à résoudre ces conflits de façon démocratique. Il faut souligner les efforts faits par la Biélorussie jusqu'à présent et la persuader de ne pas tout compromettre.

L'Union pourra soutenir la Biélorussie uniquement si celle-ci protège ses citoyens et leurs droits. M. Loukachenko doit nous entendre et, dans le cas contraire, il faudra que l'Union envisage des sanctions.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Neven Mimica, Member of the Commission. – Mr President, the Belarus debate in the European Union continues to be driven by a policy of critical engagement. The most recent events in the lead-up to Freedom Day in Belarus on 25 March confirmed the need to maintain a critical approach in our bilateral relations. In reaction, we issued a statement pointing out that, despite the international community's calls for restraint, the response by the security services, including preventive arrests beforehand and the detention of a large number of peaceful protesters on 25 March, itself were indiscriminate and inappropriate.

We further noted that such limitations to the freedom of expression and assembly are in contradiction with Belarus' stated policy of democratisation, as well as its international commitments. We called for the immediate release of all recently detained peaceful citizens. Belarus has taken a number of positive steps in recent years. These include the proactive participation of Belarus in the Eastern Partnership and in the interim phase on modernisation issues; the resumption of the EU-Belarus Human Rights Dialogue; the start of negotiations on visa facilitation, readmission agreements and a mobility partnership; the active pursuit of cooperation in the harmonisation of digital markets; and the signature of a cooperation agreement on an early warning mechanism in the energy sector.

Belarus has also played an increasingly constructive role in the region, notably with regard to the conflict in eastern Ukraine. After careful consideration, and with the support of Member States, including the local heads of mission in Minsk, and following the discussion in the political and security committee, it was decided to proceed with an EU-Belarus Coordination Group meeting on 3 and 4 April, understanding that this was an opportunity to pass strong and unambiguous messages to Belarussian interlocutors at an appropriate level.

A specific session of the meeting was dedicated to human rights and political freedoms. This is exactly what we mean by critical engagement. Formats, such as the Coordination Group and the Annual Human Rights Dialogue, allow us to reiterate our commitment to a stable, democratic and prosperous future for Belarus for the benefit of its people.

A range of subjects are of particularly importance to civil society were discussed at the meeting, including mobility, people-to-people contacts, trade, education and social security. The European Union also raised issues related to the registration of political parties, as well as the reinstatement of the civil and political rights of former political prisoners. In addition, separate meetings took place with Belarussian human rights defenders, civil society representatives and members of political opposition movements.

The European Union will also raise these issues at the next Human Rights Dialogue, which is scheduled to take place before summer. As stated in the Council conclusions of 15 February 2016, the European Union is open to the further development of EU-Belarus relations and to enhancing political relations and sectoral cooperation in the appropriate context. At the same time, tangible steps taken by Belarus to respect universal fundamental freedoms, the rule of law and human rights will remain key for the shaping of the EU's future policy towards Belarus.

We take a note of today's resolution on Belarus and share the concerns expressed. We will continue to closely observe Belarus' response, with regard to freedom of speech, assembly and association, as we take our policy forward.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po debacie.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Csaba Sógor (PPE), írásban. – Bár a demokráciáról és annak jó működéséről alkotott fogalmaink különbözőek lehetnek, abban azt gondolom, hogy egyetértünk: a fehérorosz rezsim nem felel meg a legminimálisabb követelményeknek sem. Ezért szerintem nem kell meglepődnünk akkor, amikor egy talán enyhébb és a közeledésre lehetőséget teremtő időszak után újra megmutatta ez a rendszer az igazi arcát. Én azt gondolom, hogy a változásnak a választási rendszer reformja felől kell megindulnia, Fehéroroszország népének kell kimondania azt, hogy egy más alapokon nyugvó társadalomban akar élni. Ennek érdekében az országnak közeledni kell a valódi demokratikus működés felé, az Európai Unió pedig nem tehet mást, mint hogy az együttműködés feltételévé teszi a demokratikus választási játékszabályok tiszteletben tartását már a jövő évi választások előtt.

José Inácio Faria (PPE), por escrito. – No dia 25 de março, em Minsk, as forças anti motim bielorrussas reprimiram violentamente a marcha que a oposição organiza anualmente, espancando pessoas, impedindo os jornalistas de fazerem o seu trabalho e detendo cerca de 700 manifestantes. A marcha visou protestar contra a «lei contra os parasitas sociais» que criou um imposto especial de 220 euros para aqueles que trabalham menos de seis meses durante o ano e contribuem menos para o financiamento do Estado. Os promotores desta marcha pacífica quiseram que coincidisse com o Dia da Liberdade, data não oficial de celebração da primeira República Popular da Bielorrússia em 1918. Mas «liberdade» não é uma palavra cara ao Presidente Lukashenko que desde 1994 governa com mão de ferro, possuindo um longo historial de repressão de manifestações pacíficas, prisões por motivos políticos e o vergonhoso título de ser ainda o único país na Europa a aplicar a pena de morte! Nesse mesmo dia, celebrámos os 60 anos do Tratado de Roma e reafirmámos o nosso compromisso com os valores dos pais fundadores. É em nome desses valores que precisamos rever os moldes da nossa relação com a Bielorrússia e condicioná-la ao respeito dos direitos humanos, das liberdades fundamentais e do Estado de direito.

Kati Piri (S&D), schriftelijk. – Geen werk kunnen vinden, maar wel een boete opgelegd krijgen voor “te weinig werken”. Het is de huidige situatie in Wit-Rusland, waar inwoners die minder dan 183 dagen per jaar op hun werk doorbrengen een heffing van omgerekend 234,00 euro ontvangen. De zogeheten “belasting voor sociale parasieten”. Dit resulteerde de afgelopen weken in massale protesten in het land, waarbij honderden mensen zijn gearresteerd.

De maatregel en de arrestaties worden gezien als de druppel die de emmer doet overlopen. Wit-Rusland, ooit door Condoleezza Rice omschreven als de “laatste en enige dictatuur in Europa”, staat bekend om zijn gebrekkige democratie en de slechte omstandigheden met betrekking tot mensenrechten. Daarbij slaat president Aleksandr Loekasjenko iedere vorm van protest hard neer.

De heffing is een willekeurige, wrange en moreel betwistbare maatregel. In combinatie met het gewelddadige optreden van de politie plus het gebrek aan “vrijheid van vereniging”, schendt Wit-Rusland bovendien de internationale mensenrechten. Als Europees Parlement moeten we dergelijke acties scherp veroordelen en het land wijzen op zijn verplichtingen.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Od czasu uzyskania przez Republikę Białorusi niepodległości w 1991 roku obywatelom nie udało się zbudować w swoim kraju pełnej demokracji. Państwem od 1994 roku w sposób autorytarny rządzi Aleksandr Łukaszenka. Białorusini, podobnie jak pozostałe narody Europy, chcą pracować, rozwijać się i bogacić. Kraj ten mocno związany jest gospodarczo i politycznie z Rosją, przez co pośrednio stał się ofiarą ekonomicznych trudności, doświadczanych obecnie przez swojego wschodniego sąsiada.

Powodem protestów, które miały miejsce w wielu miastach Białorusi, jest zła sytuacja gospodarcza kraju i podatek nałożony na osoby bezrobotne. Protest jest formą dialogu i wyrażenia niezadowolenia społecznego, do którego prawo ma każdy naród. Alarmujące są informacje napływające z Białorusi o uczestnikach demonstracji zatrzymywanych przez policję i aresztowanych lub karanych grzywnami. Jak informuje pozarządowa organizacja praw człowieka „Viasna”, łączna liczba osób poddana różnym formom represji na skutek serii protestów w marcu 2017 roku przekracza 900.

Należy wspierać dążenia białoruskiej opozycji do zbudowania pełnej demokracji i europejskiego kierunku rozwoju. Jednocześnie nie wolno zapominać o niestabilnej sytuacji politycznej regionu wschodniego i wynikających z tego zagrożeń. Należy wspierać Białoruś w dążeniu do niezależności politycznej i pokojowo budowanej demokracji. Demokracji budowanej w sposób niezagrażający białoruskiej państwowości i suwerenności.

4.3. Bangladesch, einschließlich Frühverheiratung

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma rezolucjami w sprawie Bangladeszu, w tym małżeństw dzieci (2017/2648(RSP)).

Fabio Massimo Castaldo, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo un accordo di cooperazione e partenariato sullo sviluppo con il Bangladesh, e come Unione europea dobbiamo avere il coraggio di dire ai nostri partner quando ci sono dei problemi. E in Bangladesh, ahimè, di problemi ce ne sono molti.

Con la risoluzione di oggi vogliamo evidenziarne uno particolarmente grave. In Bangladesh il tasso di ragazze che si sposa entro i 18 anni è del 52 %; le spose bambine con meno di 15 anni sono il 18 % del totale. È evidente che nella maggior parte dei casi non si tratta di una scelta, e proprio per questo motivo le Nazioni Unite la ritengono una violazione dei diritti umani, perché apre la porta ad abusi legati alla dote, alle molestie sessuali, agli stupri e alla legittimazione della corruzione di minorenni.

Per questo, pur riconoscendo gli sforzi intrapresi dal Bangladesh negli ultimi anni per migliorare la situazione, vogliamo dire al governo che questo non basta e bisogna andare avanti in modo più deciso e convinto. La legge sulle limitazioni al matrimonio minorile del 2017 — e le scappatoie in essa contenute, che di fatto legalizzano queste eccezioni — deve essere cestinata e completamente riscritta.

Vogliamo ricordare al governo che il tesoro più prezioso di un paese è sempre rappresentato dalla sua gioventù. Sì, perché è di gioventù che stiamo parlando oggi, cari colleghi, di bambine. Ed è compito di un governo tutelare questo tesoro, permetterne un'educazione nel pieno rispetto dei loro diritti e garantire loro un futuro e la possibilità di poter scegliere liberamente e scevre da ogni vincolo la persona con cui vorranno passare la loro vita.

In questo caso noi non possiamo che fare il nostro dovere di Unione europea e dire al Bangladesh che è ora di porre in essere veri passi in avanti concreti. Questa legge non basta e non può bastare.

Soraya Post, author. – Mr President, a 14-year-old girl was brought to the altar to be married to a man twice her age for a dowry, forever. Fifty-two percent of girls in Bangladesh are married when they are 18 years old, and 18% before their 15th birthday. The new law against child marriages allows for so many exceptions that it will most likely lead to more girls being raped or disfigured in acid attacks. In nearly all cases, these girls will not get an education and will live in isolation, poverty, economic dependence and servitude. These girls are children, not objects for sale in the adults' marriage market. Today, we – as Parliament – have the chance to let these girls learn that not all adults in the world have abandoned them. We are concerned about these girls' future. We, as a Parliament, have to act.

Ulrike Lunacek, author. – Mr President, just imagine that you were 13, 14 or 15 years old and had been raped, and then your parents and the courts decided that it would be in your best interests to get married to the rapist. That is what the new provisions of this Child Marriage Restraint Bill in Bangladesh allow for. This is horrendous and we have to speak out. I am glad that we have a sense of urgency now, because even though Bangladesh pledged at the Girl Summit of July 2014 to reduce the number of girls marrying between the ages of 15 and 18 by 2021, this new law allows for so many exceptions that it is really a step backward and not forward. It could lead to an escalation of dowry abuse, sexual harassment, rape, acid violence, legitimisation of statutory rape and allow parents to force their daughters to marry their rapists. I am glad that we are speaking out very clearly against that.

Let me nevertheless also refer to something else where I think Bangladesh still needs to move ahead. It is almost four years since the Rana Plaza disaster in 2013, when a textile factory collapsed, killing more than 1 100 women and some men, with more than 2 500 people injured. Until now, the sustainability compact, which is supposed to improve the situation in the garment industry, labour rights and factory safety, has not been implemented as much as it should have been. So I ask the External Action Service and the Commission to follow up on that to make sure that human rights, children's rights and girls' rights are taken into account in Bangladesh.

Charles Tannock, author. – Mr President, today's resolution is very useful in highlighting the problems of forced child marriage and acts of sexual violence against women in Bangladesh, which we all rightly condemn. We must, however, distinguish such concerns from a wider condemnation of cultural norms and morals in Bangladesh, with very different social traditions and economic imperatives to those of our own here in the European Union. I am also mindful of the fact that in the United Kingdom and in Spain, the legal age of consent for marriage is 16, with the permission of parents.

On a separate point, I note in paragraph 13 the reference to the Foreign Donations Regulation Act, calling for its amendment. Of course, we wish to see a vibrant and free civil society operating in Bangladesh, and should be concerned by any legislation that prohibits such development. However, there have been problems with some NGOs and charities operating as vehicles for the funding of jihadi terrorism organisations and we must support the Bangladeshi Government's right to crack down on these practices. Bangladesh is a secular country and enjoys a PCA with the European Union, and we should help it in its democratic progress and its prosperity.

Lola Sánchez Caldentey, autora. – Señor presidente, Bangladés ha aprobado una reforma legal que permite el matrimonio de menores en «ciertas circunstancias», pero estas «ciertas circunstancias» dejan la puerta abierta para legalizar una práctica que ya es muy habitual.

Según la Unicef, Bangladés tiene la segunda tasa más alta del mundo de matrimonios infantiles y la más alta de Asia. Más de la mitad de las niñas —ya se ha dicho aquí— están casadas antes de los dieciocho años y el número es muy alto antes de los quince años.

Esta reforma legislativa es un retroceso en materia de derechos humanos, y especialmente en lo relativo al derecho de las mujeres y de las niñas. No olvidemos que el matrimonio infantil es muchas veces consecuencia de la pobreza y de la desigualdad, es decir, que se combate con políticas sociales efectivas, sobre todo en educación y en sanidad, incluyendo, por supuesto, el respeto a la salud y a los derechos sexuales y reproductivos de las niñas porque, muchas veces, los embarazos no deseados son los que llevan al matrimonio infantil.

No debemos olvidar tampoco la seria situación que vive este país en lo relativo a derechos de los trabajadores, libertades sociales, libertades de expresión y de opinión. Los datos de detenciones arbitrarias, extorsiones y torturas a sindicalistas, opositores y defensores de derechos humanos son muy habituales y muy alarmantes.

Por eso, la Comisión debería iniciar cuanto antes una investigación sobre el cumplimiento de los convenios internacionales sobre derechos humanos y laborales. No podemos seguir ofreciendo un sistema de preferencias generalizadas a un país en el que las violaciones de derechos humanos cada día son más graves, especialmente contra las mujeres.

Dita Charanzová, author. – Mr President, child marriage is a violation of human rights. Children are simply not able to give their full consent, and there is enough evidence showing the serious psychological and physical impact of marrying as a child. Bangladesh knows this and has tried to reduce the number of child marriages, but taking away the minimum age and creating special conditions for children to marry is not a solution. There can be no special cases when it comes to violation of human rights.

Bangladesh already had one of the highest rates of child marriage in the world with the ban in place. The new law will simply encourage the practice to continue and even intensify the current situation. The Bangladeshi authorities must act now to ensure that this does not happen. The special circumstances that allow for child marriage must be clearly defined and very difficult to use. The penalties for breaking the law must be strong and upheld to deter child marriage from the outset. For cases where a girl becomes pregnant, other safe and legal alternatives to marriage must be available. The EU must be active and willing to support the Bangladeshi authorities to achieve this and, on a broader scale, to respect all of its human rights obligations.

Tomáš Zdechovský, Autor. – Pane předsedající, jménem skupiny Evropské lidové strany bych chtěl říct, že v Bangladéši i přes dosažený pokrok v mnoha oblastech dochází stále k potlačování lidských práv v mnoha ohledech. Mám především na mysli svatby dětí, a to zejména dívek mladších osmnácti let, a dokonce mladších i patnácti let.

Velice mě zaráží fakt, že letos v únoru byl v Bangladéši schválen zákon, který de facto umožňuje pokračovat v těchto praktikách. A to i přesto, že bangladéšská vláda se nedávno zavázala podíl těchto dětských svateb postupně snižovat. Dochází také k pokračujícímu potlačování práv dětí, které s sebou přináší negativní dopady na jejich psychiku, vzdělání a jejich budoucí život. To přece nemůžeme tolerovat. Musíme apelovat na místní vládu, aby změnila tento zákon a aby zakázala veškeré svatby dětí, a to bez výjimky.

Csaba Sógor, a PPE képviselőcsoport nevében. – Elnök Úr! Gyermekházasságok ellen nem csak azért emelünk szót, mert sérti a gyermekek jogait, mert a mai európai országokban már nem elfogadott társadalmi norma, bár egyes közösségekben még ma is élő gyakorlat. Egyrészt azért tartjuk elfogadhatatlannak, mert óriási egészségügyi kockázatnak teszik ki a leánygyermeket, akiket sokszor akaratuk ellenére kényszerítenek bele házasságba. Ezek a gyermekek fizikailag és lelkiileg sincsenek felkészülve a szüléssel és az anyasággal járó feladatokra, de a társadalmi szokásoknak eleget téve mégis erre kényszerülnek. Másrészt azért gondoljuk, hogy véget kellene vetni a gyermekházasságok gyakorlatának, mert azok tulajdonképpen konzerválják a szegénységet. A házasságot kötő gyermek tanulmányai félbeszakadnak, az oktatási rendszerből való kiesés pedig a társadalmi mobilizáció gátja. Ezért lenne fontos, hogy az épp fejlődő dél-ázsiai országokban is, ahol minden második nő 18 éves kora előtt megy férjhez, minden hatodik pedig 15 éves kora előtt, érzékelhető változás következzen be ezen a téren.

Arne Lietz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Das in Bangladesch verabschiedete Gesetz zur Beschränkung der Kinderehe beinhaltet leider weiterhin Ausnahmesituationen, die Kinderehen zulassen. Derzeit sind in Bangladesch 52 Prozent der Mädchen an ihrem 18. Geburtstag und bereits 18 Prozent der Mädchen an ihrem 15. Geburtstag verheiratet. Aus Sicht des Europäischen Parlaments könnte das Gesetz zur Folge haben, dass Gewalt im Zusammenhang mit der Mitgift, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung sowie Säureangriffe zunehmen und die Vergewaltigung Minderjähriger legitimiert wird. Die Situation ist damit sogar gegeben, dass Mädchen gezwungen werden könnten, eventuelle Vergewaltiger sogar heiraten zu müssen. Deswegen unterstütze ich unseren Entschließungsantrag, der die Regierung auffordert, dieses Gesetz zu ändern. Die Rechtslücken müssen geschlossen werden, um sämtliche Kinderehen zu verbieten.

Jana Žitňanská, za skupinu ECR – Vážený pán predsedajúci, každoročne až 15 miliónov dievčat mladších ako 18 rokov je nútených sa vydať za častokrát omnoho starších partnerov. Každú minútu to predstavuje 28 neplnoletých dievčat. Každé dve sekundy jedno dievča. Bangladéš patrí medzi krajiny, ktoré majú jeden z najvyšších podielov detských svadieb na svete a zároveň jej v Ázii patrí smutné prvenstvo. Viac ako polovica dievčat podstúpi nútený sobáš pred dovŕšením plnoletosti a takmer 20 % je dokonca mladších ako 15 rokov. V tomto kontexte je alarmujúce, že v Bangladéši nedávno prijali zákon, ktorý síce na jednej strane zakazuje svadby neplnoletých, dokonca u chlapcov stanovuje minimálny vek na 21 rokov, na druhej strane v tzv. opodstatnených prípadoch pripúšťa výnimky. V texte zákona sa však neuvádza spodná veková hranica pre tieto výnimky a taktiež je reálna obava, že výnimky sa budú zneužívať a tisíce dievčat budú prichádzať o svoje detstvo. Dnes sa teda zdá, že dievčatá v Bangladéši od nútených sobášov neochráni zákon, ale ich lepšie vzdelanie, pretože vzdelané dievčatá sa dokážu lepšie brániť a rozhodovať o vlastnom živote.

Beatriz Becerra Basterrechea, en nombre del Grupo ALDE. – Señor presidente, solo oímos hablar de Bangladés cuando hay un accidente en una planta textil que trabaja para compañías occidentales y mueren decenas de trabajadores desprotegidos. Pero en Bangladés, uno de los países más pobres del mundo, hay más cosas que merecen nuestra atención, aunque no afecten a nuestros intereses empresariales.

En más de la mitad de los matrimonios en Bangladés, un país de 150 millones de habitantes, la novia es una niña, una menor. Hasta hace unos meses, la ley prohibía expresamente que una menor de dieciocho años pudiera casarse. Pero acaban de reformarla introduciendo una brecha de excepcionalidad a la norma. ¿Para qué? Para que las niñas que quedan embarazadas puedan casarse con el futuro padre, es decir con su abusador. Así me lo confirmó hace poco en las Naciones Unidas, la ministra de Asuntos de la Mujer y la Infancia, la señora Meher Afroz Chumki.

No puede existir ninguna excepción que permita el matrimonio infantil. Las niñas de Bangladés necesitan protección legal y educación completa en materia sexual y reproductiva.

La Unión Europea ha comprometido nuevas ayudas de casi 700 millones bajo su Programa Indicativo Plurianual para Bangladés. Señora Mogherini, señor Mimica, les pido que sean estrictos aquí. Congelen esos fondos de inmediato. No financemos a un Gobierno que abre puertas traseras a los matrimonios con menores.

Ignazio Corrao, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Bangladesh continua a far parlare di sé per quanto riguarda le violazioni dei diritti umani su diversi fronti: libertà di associazione, matrimoni precoci, arresti arbitrari e abusi da parte delle forze dell'ordine.

Sono passati ormai anni dalla tragedia del Rana Plaza, tragedia che ha attirato l'attenzione dell'opinione pubblica mondiale. Ma ciononostante nessun cambiamento è davvero avvenuto. Ci sembra chiaro che non c'è stata alcuna reale presa di coscienza da parte del governo sulla necessità di apportare le dovute riforme. Anzi, si è andati di male in peggio: il salario minimo non viene aumentato dal 2013, mentre il costo della vita è aumentato in modo significativo, costringendo lavoratori, sindacalisti e giornalisti a scioperare e denunciare le inaccettabili condizioni di vita a cui sono sottoposti. Per tutta risposta il governo ha deciso di procedere con arresti e repressioni e, come se non bastasse, ha praticamente legalizzato il *child marriage*.

Dobbiamo assolutamente esprimere il nostro dissenso. La Commissione europea deve avviare un'indagine che metta in luce le violazioni al sistema di preferenze generalizzate dell'Unione europea da parte del governo del Bangladesh e comportarsi di conseguenza.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, is rud uafásach, mhífhéaráilte, sean-nósach é an nós “pósadh leanaí”. Faraor, tá sé forleathan timpeall an domhain, agus measann an ghluaiseacht idirnáisiúnta “Cailíní, ní Brídeoga” go mbíonn ar suas le 71% de chailíní faoi ocht mbliana déag d’aois pósadh.

Níl seo féaráilte. Is í an Bhanglaidéis ceann de na tíre is measa. Tá sé i gcoinne an dlí. Ach cén mhaitheas an dlí nuair a thugann an rialtas isteach leasú a cheadaíonn eisceacht i gcásanna speisialta? Cad is cás speisialta ann? D’fhéadfadh gach cás a bheith ina chás speisialta.

Dá bhrí sin, caithfidh brú a chur ar údarás na Banglaidéise an lúb ar lár seo a athrú agus freisin, ba chóir dúinn cabhrú leo chun oideachas a chur ar fáil agus chun cosc a chur ar an gcultúr a ligeann don sean-nós uafásach de phósadh leanaí tarlú agus é a stopadh go deo.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, o Governo do Bangladesh comprometeu-se com metas concretas de combate aos casamentos de crianças e raparigas menores de idade, um flagelo que deixa sequelas físicas emocionais terríveis, destrói o normal desenvolvimento da personalidade e acarreta um risco acrescido de pobreza, de analfabetismo e de violência sexual e física.

O Bangladesh registou alguns progressos neste capítulo, apesar de continuar a ser o país com a taxa mundial mais alta deste desrespeito pelos direitos humanos. No entanto, a lei de restrição do casamento infantil, recentemente aprovada, em vez de constituir um passo decisivo para combater este drama, revela-se uma lei perversa que introduz exceções em casos especiais ou no interesse do adolescente, sem elucidar sobre os critérios que presidem a essas classificações e sem estabelecer uma idade mínima para os casamentos em causa.

O Bangladesh é um país que beneficia do Programa Mundial do Fundo da ONU para a População e da UNICEF para acelerar o combate ao casamento infantil, programa esse que tem a União Europeia como um dos financiadores. A União Europeia deve, por isso mesmo, desenvolver esforços no sentido de pressionar as autoridades do Bangladesh a reverem a lei de restrição do casamento infantil sob pena de assistirmos a um retrocesso no combate a esta prática, que é causa de tanto sofrimento.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, I am obliged to you. I take the floor today in my capacity as Chairman of the Standing Committee, within the International Trade Committee, for South Asian Trade, and with Bangladesh I have had the unique ability to see at first hand the tremendous amount of improvement that has taken place using trade mechanisms for women's empowerment in Bangladesh and in particular female-headed households.

What we see here today is, however, a tremendous regression from the progress that has been made. At the very moment in time at which a young female needs the support of her society and country, it seems that other obligations may be placed in the way and her best interests not necessarily taken into account.

So I say simply this to the Government of Bangladesh: as a Union we have worked with you, we have stood with you, we have been very proud to see the tremendous improvements that you have made, but please, listen to what this House is conveying to you today. These sorts of developments do not take us forward. They challenge our relationship and we do not want to move away from encouraging you to keep moving forward on women's empowerment issues.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Ja także chciałbym zwrócić uwagę na dramatyczną sytuację dzieci w Bangladeszu. Bangladesz posiada jeden z najwyższych na świecie odsetków małżeństw zawieranych przez dzieci. Niestety pomimo wcześniejszych deklaracji, by walczyć z tym negatywnym zjawiskiem, pod koniec lutego Parlament Bangladeszu przyjął prawo, według którego małżeństwa osób niepełnoletnich będą mogły odbywać się w specjalnych przypadkach. Brak definicji tychże przypadków sprawia jednak, że de facto usankcjonowany został brak minimalnego wieku na zawarcie małżeństwa. Istnieją też uzasadnione obawy, że nowe prawo będzie wykorzystywane między innymi do zmuszania zgwałconych dziewcząt do ślubu ze swoim oprawcą w celu źle pojętego ratowania honoru, w efekcie jeszcze bardziej pogłębiając ich traumę. Tymczasem od rządu Bangladeszu oczekuję, aby skoncentrował się na ochronie praw i dobru dzieci oraz dopełnieniu wcześniejszych zobowiązań w tej tematyce.

Zgłoszenia z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl samozřejmě také velmi odsoudit nucené dětské sňatky, k nimž dochází v Bangladéši. Myslím si, že je důležité nejen odsoudit tento faktický stav, ale i ten děravý zákon, jak zde byl popsán. Rovněž nedodržování mezinárodních závazků, které na sebe Bangladéš přijal. Myslím si, že to vše je odsouzeníhodné.

Ale myslím si, že bychom také neměli být pokrytci a zároveň bychom měli říci, co se stane, pokud do evropských zemí přijede obyvatel muslimských zemí a má s sebou manželku, která je například pod věkovou hranicí patnácti let, a budou v evropském prostoru konzumovat manželství. Já si myslím, že bychom měli i v této věci jasně říci, že takovéto jednání je v evropském prostoru nepřijatelné a že bychom měli tímto způsobem odsoudit i to chování, ke kterému dochází, a o čemž víme, na území Evropy.

V tomto směru bychom měli vyslat jasný vzkaz do členských států Evropské unie.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, conform datelor ONU, Bangladesh înregistrează în continuare cea mai ridicată rată de căsătorii între copii la nivel mondial. Raportul a arătat că 52 % din fetele din Bangladesh sunt căsătorite sub 15 ani. Din păcate, recenta lege din 2017 nu interzice decât în titlu căsătoriile și de fapt lasă loc căsătoriilor copiilor.

Apreciez rezoluția, dar nu este suficientă. Este nevoie de educația copiilor și a adolescenților și evident de schimbarea legislației. Domnule Comisar, eu cred că Comisia trebuie să utilizeze instrumente potrivite, împreună cu alte instituții internaționale, Unicef, ONU, pentru a schimba în practică actuala situație tragică, pentru că fetele vor rămâne toată viața cu amprentă după ce sunt obligate să se căsătorească cu agresorii.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, υποστηρίζω το ψήφισμα το οποίο και υπέγραψα για μια χώρα, το Μπανγκλαντές, όπου η παιδική εκμετάλλευση στην εργασία σε εργοστάσια κυρίως ευρωπαϊκών και άλλων πολυεθνικών εταιρειών είναι στην ημερήσια διάταξη.

Ο ΟΗΕ θεωρεί τους γάμους των ανηλίκων ως παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Στο Μπανγκλαντές, αυτή τη στιγμή, το 18 % των κοριτσιών που παντρεύονται είναι κάτω των 15 ετών. Υποτίθεται ότι το Μπανγκλαντές αποφάσισε να λάβει μέτρα και να περιορίσει τους γάμους των ανηλίκων κάτω των 15 ετών μέχρι το 2021. Όμως, ο νόμος που εγκρίθηκε επιτρέπει επί της ουσίας αυτούς τους γάμους. Γι' αυτό θεωρούμε ότι είναι απαράδεκτη αυτή η νομοθεσία· διότι ουσιαστικά θα επιτρέπει στους βιαστές να μπορούν να παντρεύονται τα βιασθέντα ανήλικα κορίτσια.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Neven Mimica, Member of the Commission. – Mr President, the European Union has constantly and consistently called on the government of Bangladesh to guarantee respect for human rights, democracy and the rule of law. This political outreach was a joint action with this Parliament. During two recent visits to Bangladesh, distinguished Members of the European Parliament called on the government to respect human rights, the rule of law, the democratic process, freedom of expression and fundamental labour rights. These visits received widespread local press coverage.

The European Union human rights strategy identifies the prevention of child marriage as a priority. The European Union regularly raises the issues of child marriage with the Bangladesh authorities, most recently during the EU-Bangladesh subgroup on good governance and human rights. In December last year in particular, the European Union raised concerns with regard to the Child Marriage Prevention Act, which keeps the marriageable age of girls at 18 but allows exceptions under specific circumstances.

Furthermore, the European Union has contributed EUR 6 million to the funding of the UNFPA-UNICEF and UNFPA global programme on child marriage, which also benefits the fight against child marriage in Bangladesh.

As regards the wider human rights situation in Bangladesh, at the EU-Bangladesh subgroup on good governance and human rights the EU raised concerns on extra-judicial killings and enforced disappearances, the death penalty, freedom of association and freedom of expression, the situation of minorities, violence against women, and fundamental labour rights.

At the EU-Bangladesh diplomatic consultation held in Brussels in February this year, while recognising progress made so far under the Sustainability Compact, the European Union underlined the need to address the shortcomings in compliance with freedom of association.

Human rights are also part of the partnership on development aid and cooperation set out in the Multiannual Indicative Programme for Bangladesh, which provides support to the sectors of nutrition, education and good governance for the period until 2020, for a total amount of EUR 690 million. Child marriages and other human rights issues will be further discussed at the EU-Bangladesh Joint Commission to be held in Brussels in the first half of this year.

The European Union stands ready to work together with the government of Bangladesh in addressing these issues.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po debacie.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Da anni l'Unione europea sta tentando di cooperare con il Bangladesh per mettere fine ad una triste pratica, quella del matrimonio per i minori. Questi ultimi, vengono costretti dalle proprie famiglie a sposarsi e non c'è alcuna legge che lo vieti espressamente. I danni psico-fisici che ne derivano sono gravissimi e l'Ue non può rimanere a guardare mentre il futuro di milioni di bambini viene rubato. Il governo del Bangladesh deve rendere illegali i matrimoni per i minori.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Na plenárním zasedání ve Štrasburku 6. 4. jsme se věnovali společnému návrhu usnesení o Bangladéši, včetně dětských sňatků. Evropská unie má s Bangladéšem dlouhodobé vztahy, mezi něž patří i dohoda o spolupráci v oblasti partnerství a rozvoje. Podpora lidských práv a demokratických zásad patří mezi stěžejní zásady EU nejen v domácí, ale i v mezinárodní politice. V posledních měsících ovšem dochází podle nezávislých pozorovatelů k porušování lidských práv, násilným mizením obyvatel, represím vůči občanským společnostem, útokům na politické aktivisty a mučení. Navíc Bangladéš je stále zemí s nejvyšším počtem dětských sňatků na světě. Tímto návrhem usnesení vyzýváme bangladéšskou vládu, aby ukončila dětské sňatky, aby odsoudila pokračující odsouzení-hodné činy proti svobodě projevu a zajistila okamžité ukončení veškerých projevů násilí, obtěžování, zastrašování a cenzury směřujících proti novinářům, blogerům a občanské společnosti.

Anthea McIntyre (ECR), *in writing*. – I believe we must demand that the government of Bangladesh respect its international obligations on human rights, and not only with respect to child marriage, important though that is. The Bangladesh authorities must condemn acts of violence towards innocent citizens. They must commission an independent investigation into extrajudicial killings and bring those responsible to justice. I listened to a recording (in translation) of a serving Rapid Action Battalion (RAB) officer exposing crimes he and fellow officers are instructed, by the authorities, to carry out. He describes how RAB officers select and kill people. These extra-judicial killings are known as 'crossfire'. Officers place a discharged weapon beside the body to fabricate evidence against the dead individual, claiming they opened fire on RAB officers and were therefore killed in self-defence. He reveals that RAB officers are instructed to capture, kill and dispose of the body without it being traceable. He concludes that the victims are mainly from the country's opposition parties. The government is using the RAB in its crackdown on the main opposition parties which continue to demand free, fair and participatory national elections in Bangladesh following the flawed elections in 2014.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Bangladeš je peta zemlja u svijetu po broju dječjih brakova. 52 % djevojčica stupa u brak prije navršene osamnaeste godine života, a 18 % prije navršene petnaeste godine života. U ruralnim područjima zemlje ovaj je omjer još veći te još više zastrašuje – 71 % djevojčica prisiljeno je udati se i odrasti prije osamnaeste godine života. Žalosna je spoznaja da roditelji, ugroženi teškim siromaštvom, nemaju drugog načina za osiguranje budućnosti, ponekad i života, vlastitih kćeri, nego udati ih u njihovom djetinjstvu i preranoj mladosti.

Svake minute diljem svijeta 28 djevojaka ostaju bez budućnosti zbog dječjih brakova što sa sobom donosi ogromne fizičke, psihičke i emocionalne posljedice. Vlada Narodne Republike Bangladeš obvezala se donijeti nacionalni plan koji će do 2041. u potpunosti iskorijeniti dječje brakove i prošle je godine donijela Zakon o ograničavanju dječjih brakova koji uvodi strože kazne za ljude koji žene djecu, no zakon je pun nedostataka i zapravo dječje brakove pravno dozvoljava, ne precizirajući „posebne uvjete“ koje je potrebno zadovoljiti kako bi dječji brak bio pravno valjan.

Djeca imaju pravo na djetinjstvo, no kako bismo djeci osigurali djetinjstvo, moramo njihovim roditeljima omogućiti minimalne standarde za dostojanstven život kako ne bi posezali za ovako strašnim potezima. Iskorjenjivanje siromaštva je cilj kojega moramo ostvariti.

5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

6. Petitionen: siehe Protokoll

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

7. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

7.1. Russland, die Festnahme von Alexei Nawalny und anderen Demonstranten (RC-B8-0245/2017, B8-0245/2017, B8-0246/2017, B8-0248/2017, B8-0249/2017, B8-0250/2017, B8-0251/2017) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Helmut Scholz, *on behalf of the GUE/NGL Group.* – Mr. President, as we are all witnesses of the terrorist attacks on the metro in St Petersburg, I would suggest that today we do not vote on the resolution but, as a symbolic act, hold the vote in the next plenary part-session. I think that, in this very worrying situation for the citizens of the Russian Federation, we should link it to the protest in Moscow and other cities over the last few weeks.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident! Die EVP-Fraktion ist dagegen. Die beiden Tatbestände haben nichts miteinander zu tun, und deswegen gibt es auch überhaupt keinen Anlass, die Abstimmung zu vertagen.

(The request was rejected)

— *After the vote on Amendment 4:*

Ulrike Lunacek, *on behalf of the Verts/ALE Group.* – Mr President, I will ask – and I have announced this to the services beforehand – for withdrawal of this amendment now, for two reasons. One is that this morning, at the beginning of the session, President Tajani made a very good announcement that he condemned the atrocities against gay men in Chechnya, which happened just recently. The other reason is that, in agreement with some of the other Groups, I decided to ask for withdrawal, but we are also planning to table an oral question on these atrocities against gay men in the next plenary.

7.2. Belarus (RC-B8-0253/2017, B8-0253/2017, B8-0256/2017, B8-0258/2017, B8-0259/2017, B8-0261/2017, B8-0263/2017) (Abstimmung)

7.3. Bangladesch, einschließlich Frühverheiratung (RC-B8-0252/2017, B8-0252/2017, B8-0254/2017, B8-0255/2017, B8-0257/2017, B8-0260/2017, B8-0262/2017, B8-0264/2017) (Abstimmung)

7.4. Roamingvorleistungsmärkte (A8-0372/2016 - Miapetra Kumpula-Natri) (Abstimmung)

7.5. Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind: Ukraine (A8-0274/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Michael Gahler (PPE). – Mr President, as usual with the roll call vote, what was the distribution of votes? The spectrum was not shown.

President. – I do apologise on behalf of the services. It was shown but only very briefly. We will show the figures.

7.6. Europäisches Solidaritätskorps (B8-0238/2017) (Abstimmung)

7.7. Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (B8-0235/2017, B8-0244/2017) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

8. Stimmerklärungen

8.1. Roamingvorleistungsmärkte (A8-0372/2016 - Miapetra Kumpula-Natri)

Oral explanations of vote

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem s velkou radostí podpořil toto usnesení, protože boj proti roamingu je konkrétní, hmatatelná věc, na které občanům národních států můžeme ukazovat, že Evropská unie může být přínosem pro jejich život a něco dobrého pro ně udělat. A jsem také rád, že jsme nakonec přijali odvážnější řešení než to, které původně navrhovala Komise, a že jsme ještě dále snížili stropy velkoobchodních poplatků za roaming. Chci v této věci poděkovat zpravodajce, která výrazně přispěla k tomu, že se každý rok budou ty stropy za poplatky za roaming snižovat. Takže ten návrh je dobrý, je správný, a proto jsem jej s radostí podpořil.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, when the S&D Group called for an end to roaming charges almost six years ago, there was a lot of opposition from national governments, from the PPE Group in Parliament, and even from the Commission. Our perspective changed the situation and our longstanding priority will now finally become reality on 15 June.

Roaming charges are now a thing of the past. Europeans no longer face huge phone bills after travelling. They can use their phones abroad just like at home without paying extra. Instead of switching off their phone when crossing a border, people will now be able to call their friends at home, tweet from a conference, or check their emails at the airport. Under the leadership of our Group, Parliament defended the interest of citizens and small operators against big telecom companies, being able to push the data price cap down benefits consumers directly as the lower the cap, the more data they can use when travelling.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, when this issue of roaming charges came before the Parliament, mine was one of the very few voices and very few votes against it. There is a competitive market, and there was no obvious need for state intervention. By privileging one particular type of tariff – in other words, that of the person who travels a lot – we end up effectively requiring a subsidy from kids on estates who don't travel in order to subsidise people like us who do a lot of travel. But that is not my point today. I lost the argument and I lost that vote. My point is that the reduction in international roaming charges is happening anyway, is happening globally, and has nothing to do with this legislation. It is being done by individual operators.

We politicians are not as important as we think we are. There is this solipsistic fallacy where we assume that everything going on in the world is somehow the creation of laws and law-makers. A parting bit of advice as Britain comes towards the end of its time here, my friends: we are really not at the centre of affairs.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, in the Middle Ages each feudal lord could block the road and start to take money from travellers for travelling on the road. We can see some feudal features in the mobile network market in the 21st century in the European Union. Important steps were taken by the Commission and Parliament to change the situation and abolish roaming charges in the EU, but the EU mobile network market remains fragmented. After the abolition of roaming charges, the next challenge could be that some big companies are tempted to take more money for a wholesale roaming charge. If we do not limit their wishes, this could lead to an increase in charges to consumers. The Commission and Parliament propose to establish the maximum level of wholesale roaming charges telecom operators can charge each other for calls, text messages and data from 15 June this year, and I am in favour of this decision.

Seán Kelly (PPE). – Mr. President, I am very pleased that now we are finally there in our seven-year battle to introduce 'Roam like at home' for our citizens, and I would like to thank all MEPs who voted in favour today: 547 in favour, 27 against, 50 abstaining. Indeed, I would take issue with what my good friend Mr Hannan said from the United Kingdom. The European Parliament did play a huge part. If the markets had their way, the prices would be much higher because they would collaborate with one another. When the Commission made its proposals, the wholesale prices were much higher, and it was only the good work of those of us who were actually involved – and if Mr Hannan and his colleagues had got more involved they would know what was going on – that reduced, first of all, the roaming charges over a period of years, and now finally this piece in the jigsaw: the wholesale charges and we can have 'Roam like at home'. Otherwise, the prices would be sky high, as Mr Hannan would like us to have.

8.2. Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind: Ukraine (A8-0274/2016 - Mariya Gabriel)

Oral explanations of vote

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, after years of negotiations, after the informal agreement reached between the European Parliament and the Council in the last days of February this year, today we have all, together, demonstrated our strong commitment to visa-free travel to Ukrainian citizens. Very soon, Ukrainian citizens will be able to travel in the EU for 90 days without having a visa. The full importance of today's vote cannot be underestimated. By granting Ukrainians the freedom to travel through the EU we have demonstrated that the unprecedented reforms undertaken by the Ukrainian Government are bearing tangible fruit, but above all, we are pointing out that we refuse to follow the path of closeness, nationalism, populism, that so many politicians are suggesting today. Today we have embraced openness and we should be proud of it. I now call for the EU Member States to implement today's vote as soon as possible.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Tik treji metai praėjo nuo tos dienos, nuo Maidano įvykių, ir mes turime puikų pavyzdį, kai valstybė, kuri pasakė sau, kad ji keisis, kad ji nori matyti savo ateitį Europoje, pradėjo daryti pažangą. Taip, ji užtruko, nes darbų buvo daug – 72 kriterijai, kurių atžvilgiu Ukraina privalėjo padaryti pažangą. Mes dirbome kartu, mes eįome kartu, pažanga pasiekta. Aš sveikinu Europos Sąjungą ir Ukrainą, kad mes kartu pasiekėme didžiulę pažangą. Tai dar kartą patvirtina, kad Europos Sąjunga išlieka atvira toms valstybėms, kurios eina pažangos keliu. Puiki žinia Ukrainos piliečiams: jie nebus diskriminuojami, jie galės važiuoti laisvai į Europos Sąjungą, kaip ir Europos piliečiai į Ukrainą. Aš tikiuosi, kad mes sužinosime vieni apie kitus dar daugiau, neliks mitų, neliks dezinformacijos ir kartu eisime į mūsų bendrą ateitį.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, dialogul cu Ucraina pentru eliminarea vizelor a fost lansat încă din 2008. De atunci, Comisia a făcut numeroase rapoarte de progres, în principal după ce au început manifestațiile din noiembrie 2013 în Maidan și după alegerile din 2014.

A fost foarte greu pentru Ucraina în toată această perioadă și, trebuie să spunem adevărul, nu a existat un consens în Parlamentul European pentru condamnarea agresiunii rusești împotriva Ucrainei și, implicit, a Crimeei. El a venit ceva mai târziu și cu sancțiuni. Au murit oameni în timpul acesta; peste 9 000 de oameni au murit în perioada 2013-2014, numai în Donețk și Luhansk. Tocmai de aceea, este vital să-i ajutăm.

Susțin eliberarea vizelor, în paralel cu o monitorizare atentă a ceea ce se întâmplă în Ucraina. Să dai și să iei este un mod de lucru. De aceea, trebuie să monitorizăm ce se întâmplă cu banii pe care îi dăm Ucrainei, cu lupta anticorupție, cu statul de drept și cu eforturile Ucrainei și îi vom primi fericiți fără vize.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi rád, že dneska prošlo usnesení, které jasně říká, že bude zaveden bezvízový styk mezi Evropskou unií a Ukrajinou. Je to vyvrcholení několikaletého procesu. Ukrajina již před dvěma lety splnila podmínky pro zavedení bezvízového styku.

Pro mě to není jenom o tom, že ukrajinští občané budou moci na devadesát dní cestovat po Evropské unii bez víza, ale toto dnešní rozhodnutí má obrovský symbolický význam. My jasně říkáme Ukrajincům, že s nimi počítáme, že to jsou naši partneři, a já doufám, že to dnešní rozhodnutí bude dále posilovat pocit většiny Ukrajinců, že chtějí být vůči Evropské unii hlavním partnerem a že hlavním partnerem je právě Evropská unie jako soubor demokratických států, a nikoliv Rusko, které – jak všichni dobře víme –, realizuje agresi na východě Ukrajiny.

Takže ta geopolitická rovina, to symbolické gesto, je možná ještě mnohem důležitější než to, že samotní Ukrajinci budou moci takto cestovat po Evropské unii. Já jsem rád, že tímto gestem posilujeme vazby mezi Evropskou unií a Ukrajinou.

8.3. Europäisches Solidaritätskorps (B8-0238/2017)

Oral explanations of vote

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, solidaritatea europeană trebuie să crească. Acest lucru se poate rezolva prin educație și implicare.

Mă bucur că am putut să votez un asemenea raport, această rezoluție referitoare la Corpul european de solidaritate, dar am atras atenția în dezbaterea avută că este nevoie să avem din partea Comisiei norme precise de aplicare, bugete, să avem noi bugete, nu trebuie să se ia din celelalte forme de sprijin al tinerilor.

Desigur, trebuie să se și monitorizeze, să se calculeze impactul și acest nou proiect să se coreleze cu celelalte proiecte de susținere a tinerilor pentru implicare nu numai la solidaritate, dar implicare și în munca de zi cu zi. Trebuie să le asigurăm locuri de muncă după voluntariat.

8.4. Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (B8-0235/2017, B8-0244/2017)

Oral explanations of vote

Seán Kelly (PPE). – Mr President, along with other members of my group I voted against the committee's report on the adequacy of protection afforded by the EU/US Privacy Shield in favour of supporting the alternative text tabled by the EPP and the ECR. The committee report contains very critical statements that I believe could potentially harm businesses that rely on the Privacy Shield to transfer data across the Atlantic securely and efficiently.

This criticism comes before the upcoming comprehensive annual review which is envisaged in the Privacy Shield framework, which ensures that the European Commission and data protection authorities can monitor the functioning of the system and keep it up to date, and so the claims in the report are therefore premature. The EPP/ECR text better acknowledges this upcoming inclusive review and is more balanced in its critique of the Safe Harbour system which has not changed in the time since the EPP resolution of May 2016, which welcomed the substantial improvements in the Privacy Shield compared with Safe Harbour. This allows the comprehensive review to take place and assess the findings afterwards.

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, in fact for many years the European Parliament has been at the forefront of efforts to protect citizens from the abuse of their personal data, so I was therefore very pleased to vote for this important resolution on improving the EU/US Privacy Shield, and I do not agree that it is a burden on business. This is not just a matter of human rights, it is also a matter of consumer confidence, and there are very real concerns about the scope of the protection within this agreement. It is better than the US Safe Harbour protections, but there are concerns about the use of data through automatic decision-making, and there are concerns about the remedies that will be available to EU citizens if there is a problem. So it is absolutely right that Parliament has taken a firm stand here. I also think that the Commission should have allowed Parliament to scrutinise this in a better way, because the use of the Implementing Act procedure in this particular instance has not worked out to our advantage. But overall I am extremely pleased with this resolution, and it enables us to take forward our work in this area.

President. – That concludes the explanations of vote.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 12.45 and resumed at 15.00)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

11. Große Anfragen (Artikel 130b GO)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen große Anfragen (O-000011/2017) nach Artikel 130b der Geschäftsordnung (2017/2583(RSP)) (B8-0209/2017).

Piernicola Pedicini, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, siamo qui per sottoporre oggi all'attenzione delle istituzioni europee – per la verità per l'ennesima volta – questo fenomeno, questo che è diventato un fenomeno, tristemente noto con il nome di «Terra dei fuochi», che in realtà è un'emergenza ambientale e sanitaria in cui sono costretti a vivere più di due milioni e mezzo di cittadini europei in un territorio compreso in 57 comuni nelle province di Napoli e Caserta, nel Sud Italia.

Da quelle parti sono stati individuati ad oggi più di 6 000 siti – in realtà questa cifra è una cifra ancora provvisoria, perché le ricerche sono ancora in corso – dove sono stati sversati oppure bruciati illegalmente rifiuti tossici, 10 milioni di tonnellate di rifiuti tossici e pericolosi, tra rifiuti sia urbani che industriali, trasformando quindi quella terra in una delle aree più inquinate dell'intera Unione europea.

Il quadro epidemiologico della popolazione residente da quelle parti presenta eccessi di mortalità e ospedalizzazione per tutte quante le patologie che possono essere riconducibili al rilascio oppure alla combustione di rifiuti tossici. La mortalità, purtroppo, per tutti quanti i tipi di tumore è superiore del 20 % rispetto alla media nazionale, in assoluta controtendenza rispetto ai *trend* perché, mentre in Italia questi *trend* sono discendenti, nella Terra dei fuochi c'è un incremento della mortalità per tutti i tipi di tumore. L'infertilità maschile è superiore del 17 % rispetto alla media nazionale. È davvero pauroso il quadro di salute dei bambini, perché c'è un eccesso di ricoveri per tutti quanti i tumori, soprattutto nel primo anno di età, e c'è un eccesso di tumori, specialmente del sistema nervoso centrale nella fascia di età che va tra gli zero e i 14 anni.

Nonostante ciò, continua l'ostracismo da parte di tutti coloro che fanno leva sulla difficoltà di stabilire una connessione scientifica fra questa esposizione ai veleni industriali e il cancro. C'è gente che addirittura arriva a negare questo nesso di causalità. Eppure non c'è famiglia che non abbia avuto un'esperienza tragica, un'esperienza drammatica di tumore, di uno o più tumori, tra i propri cari.

Negli ultimi venti giorni, per esempio, soltanto negli ultimi venti giorni, sono morti altri otto bambini per cancro. Adesso gli abitanti di quella zona hanno paura di bere l'acqua che sgorga dai propri rubinetti, hanno paura di mangiare la verdura, gli ortaggi che producono nei loro terreni. E, come se non bastasse, le economie locali, le produzioni agroalimentari hanno subito un effetto devastante dovuto alla pubblicità negativa che, naturalmente, ha indebolito le economie locali, che erano già deboli di per sé.

Abbiamo ricevuto tutti quanti il rapporto della rappresentanza permanente italiana, che dà il solito messaggio rassicurante, un messaggio rassicurante che illustra le azioni messe in campo tanto dal governo italiano, quanto dal governo regionale della Regione Campania, e che sembra finalmente indirizzato, questo programma, a risolvere definitivamente questa situazione. Il punto è che per anni, per oltre 20 anni, questa gente ha ascoltato messaggi rassicuranti e le cose non sono mai cambiate. Ad oggi ci sono ancora questi fuochi, questi fuochi sono ancora lì, e i rifiuti stanno per essere bruciati in questo momento.

Perciò noi oggi siamo qui per denunciare l'inutilità e l'inefficacia di tutte quante le soluzioni che sono state adottate dal governo italiano e dal governo regionale della Regione Campania, perché a nulla sono valse le denunce di decine nelle commissioni parlamentari, per esempio, oppure le decine di inchieste giornalistiche, gli esposti delle associazioni di cittadini e soprattutto la conta dei morti nei cimiteri di quelle terre avvelenate.

Commissario, questo è il più grande avvelenamento di massa in uno dei paesi della nostra Unione europea, e noi crediamo che le istituzioni europee abbiano il dovere di intervenire. Perciò vogliamo sapere se questa Unione ha intenzione di ridare speranza a questi cittadini, che sono pure loro cittadini europei, e se questa Unione ha intenzione di dare la giusta priorità al rispetto del diritto alla salute per i cittadini europei e quindi anche per i cittadini della Terra dei fuochi.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, Mr Pedicini, let me start first of all by saying that the Commission has been very deeply concerned for many years about the environmental situation from which the region of Campania is suffering due to the illegal treatment and mismanagement of waste, and of course about the impact on public health. The latest public health report issued by the Istituto Superiore di Sanità, which links the abnormally high cancer rate in some parts of Campania with the illegal treatment of waste, has been brought to our attention.

Given the systematic shortcomings in waste management in Campania underpinned by organised crime, the Commission has made full use of its powers over the past decade to address the situation. Already in 2007 the Commission initiated infringement procedures against Italy for a lack of adequate disposal facilities for waste in Campania, and this led in 2010 to Italy being condemned by the European Court of Justice. Then again in 2015 the court condemned Italy to pay a heavy fine consisting of a lump sum of EUR 20 million plus EUR 120 000 every day due to insufficient follow-up measures.

One year earlier, in 2014, the Court of Justice had already imposed heavy fines on Italy for the existence of illegal disposal of waste, including hazardous waste, throughout practically all the Italian territory, including Campania. Also in 2014, the Commission suspended EU financial assistance corresponding to the financial period 2007-2013 in respect of waste management and disposal in Campania. We cannot grant EU money if there are no guarantees that it will be spent well. When we received adequate assurances, EU funding was again made available in the current programming period.

As regards enforcement by the Commission, there was nothing more that we could possibly do according to EU law. Now it is fair to say that the overall waste management situation in Campania has improved since the waste crisis of 2007 and following the government's appointment of several waste emergency commissioners for the region. For instance, separate collection of waste in the region is steadily improving, as well as recycling. At the end of last year, Campania adopted a new regional waste management plan which is now being examined by the Commission services.

But challenges remain, and health problems caused by past practices are still making themselves felt. The health and the environmental issues in Campania have their roots in the existence of organised crime and an enforcement system which is not coping with it. Although the main responsibility for fighting organised crime rests with the Member States, the European Union has agreed to take action on a number of instruments in the field of enforcement of compliance.

To address the eco-mafia, in 2011 Europol created a platform for experts from law enforcement agencies, the EnviCrimeNet, dealing with environmental crime. Also to improve enforcement, the Commission will adopt later this year a communication setting out an action plan with practical actions for environmental compliance assurance. This will be aimed, amongst other issues, at helping Member States to combat waste crime and offences. In addition to the enforcement actions, the Commission has urged the Italian competent authorities to address land decontamination and rehabilitation as a matter of urgency. For the latter, EUR 72 million of EU structural funds have been made available under the current financial period, that is under the period 2014-2020.

Of course the specific health-related aspects are of huge concern and I know that the signatories of this major interpellation, including my colleague Pedicini, already met with my colleague Commissioner Andriukaitis here in Strasbourg few weeks ago. As you know, health policy is essentially a national competence but there may be scope for reinforcing dialogue with national authorities. I can assure you that my services will keep monitoring the situation in Campania. Solving the problems derived from the illegal treatment of waste in Campania is dependent on all relevant actors working effectively together.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Pane předsedající, já jsem velmi pozorně poslouchal odpověď pana komisaře na tuto závažnou otázku, která se týká Kampánie a obrovského znečištění tamní oblasti.

Jak jsem často kritický k tomu, jak zde vystupují zástupci Komise, tak teď musím říci, že já osobně s tou odpovědí souhlasím. Je třeba otevřeně říci, že byt' se jedná o mimořádně závažnou skutečnost, a jak tady správně píše moji kolegové, jsou poškozovány životy a zdraví mnoha stovek i tisíců Evropanů, kteří v tom regionu žijí, tak primární odpovědnost za vzniklou situaci a i za řešení této situace musí mít Itálie jako taková. Protože pokud situace, která tam nastala, a je to zde jasně řečeno, je důsledkem protiprávního stavu, je důsledkem nelegálního zacházení s odpady, tak těžko asi Evropská unie primárně toto může vyřešit.

Ale já jsem velmi rád a to je zde důležité, že zde pan komisař řekl, že Evropská unie je připravena pomoci, je pro mě povzbudivé a pozitivní, že zde bylo řečeno, že jsou peníze ve strukturálních fondech, protože si myslím, jak znám situaci třeba z České republiky, kde jsme odstraňovali ekologické zátěže a stálo nás to stovky a stovky milionů korun, že bez podpory evropských peněz se těžko takto rozsáhlá ekologická zátěž dá odstranit.

Takže kdyby Evropská komise poskytla tamní regionální vládě peníze na to, aby došlo k sanaci takovýchto obrovských ekologických škod, tak já bych osobně za sebe jako poslance EP takovouto situaci vítal a podpořil bych ji. Ale musí platit ta původní teze, že primárně musí ze strany Itálie vzejít ochota, že do budoucna takové skládky nebudou vznikat, pachatelé budou postihováni, protože se jedná o závažnou trestnou činnost, a že sama italská vláda bude chtít vynaložit peníze na sanaci. Evropa k tomu může přidat.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Piernicola Pedicini (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Onorevole Pospíšil, anche il commissario, prima, ha ripetuto tutte le procedure d'infrazione che sono state comminate all'Italia rispetto a questo tema. Io le chiedo: secondo lei il metodo della procedura di infrazione in sé, che poi è una forma di tassa che viene pagata direttamente dagli stessi cittadini che sono già vessati dal punto di vista della salute e della mancanza di tutela ambientale, è un metodo che funziona, oppure no? Gli stessi cittadini che pagano in termini di salute poi pagano anche in termini di tasse.

Jiří Pospíšil (PPE), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – Pane kolego, já jsem právník. Pokud je zákonný důvod pro to, aby stát byl postižen rozhodnutím Evropského soudního dvora, pak zkrátka postižen bohužel být musí.

Jde o to, zda je porušeno, či není porušeno právo. Ale také zde jasně říkám, že Itálii má být poskytnuta pomoc ze strukturálních fondů k tomu, aby se ta ekologická zátěž vyřešila, protože z národních rozpočtů se rozsáhlé ekologické zátěže v zásadě nedají vyřešit.

Nicola Caputo, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dal lontano 2003, quando comparve per la prima volta in un rapporto di Legambiente sulle ecomafie, l'espressione «Terra dei fuochi» ha caratterizzato e marchiato un'intera area della Campania che abbraccia diversi comuni della provincia di Caserta e di Napoli. Io stesso provengo da quella ricca e feconda terra, che per secoli è stata chiamata «Terra di lavoro».

«Terra dei fuochi» sintetizza ed enfatizza ciò che a cavallo tra gli anni Novanta e l'inizio del nuovo secolo si è andato verificando in queste zone: un irresponsabile ed incontrollato sversamento di sostanze tossiche, scorie e rifiuti di ogni genere, cui spesso è seguito il loro incenerimento. Un'attività di inquinamento criminale e sistematico, che ha potuto contare su una catena di negligenze ed omissioni e sulla tragica impreparazione delle autorità competenti ad arginare il fenomeno. L'ho denunciato in quest'Aula nel corso del mio primo *one-minute speech* di questa legislatura.

L'impatto della Terra dei fuochi è stato devastante per la vita e per la salute di decine di migliaia di persone e per l'economia dell'intera Campania. Da novembre c'è una nuova emergenza in termini di mortalità, in particolare di bambini. I dati sono simili agli anni 2012 e 2013. I roghi tossici continuano 365 giorni all'anno, 24 ore al giorno. In 32 comuni della provincia di Napoli la mortalità supera la media regionale del 10 % per gli uomini e del 13 % per le donne, mentre in 23 comuni della provincia di Caserta le percentuali sono del 4 % e del 6 %. Con i suoi 500 000 ettari di superficie agricola, la Campania, con la Puglia e la Catalogna, rappresenta uno dei tre grandi poli agroalimentari europei. Un danno economico e d'immagine incalcolabile, nonostante i siti in cui si è sversato materiale tossico non superino l'1 % del totale delle aree rurali.

Devo però dire che dopo decenni di commissariamenti, durante i quali qualcuno di noi ha chiesto più volte, talvolta anche in maniera isolata, la mappatura delle aree a rischio, l'avvio di un processo di bonifica dei suoli inquinati e l'istituzione di un registro regionale dei tumori, si inizia a registrare un'inversione di tendenza. Fortunatamente è cambiato l'approccio al problema: c'è una maggiore consapevolezza e una forte determinazione a risolvere il problema alla radice.

Recentemente la Regione Campania si è dotata di una rigorosa procedura di certificazione della salubrità delle sue produzioni agroalimentari, così da risultare una delle regioni più controllate d'Europa, e ha messo in piedi un vero e proprio piano di monitoraggio dell'intero territorio campano, con l'obiettivo di svolgere indagini tecniche per la mappatura – anche mediante strumenti di telerilevamento – dei terreni della regione destinati all'agricoltura.

A febbraio il registro tumori infantili della Regione Campania è stato accreditato dall'Associazione italiana dei registri tumori ed è stato avviato uno specifico studio da parte dell'Istituto zooprofilattico e dell'Istituto tumori di Napoli su 4 200 soggetti provenienti da 168 comuni individuati sulla base di tre modelli differenti di rischio ambientale, al fine di escludere le interferenze date dalla poca esposizione o da fattori legati fisiologicamente all'età.

Inoltre, sono stati effettuati i primi interventi di bonifica delle aree inquinate. Si è dato avvio all'operazione di rimozione delle ecoballe, ma soprattutto la Campania si è dotata di un nuovo piano per i rifiuti, che dovrà traghettare la regione definitivamente oltre l'emergenza.

Certamente è necessario fare molto di più, continuare a tenere accesi i riflettori nazionali, e non solo nazionali, su questo enorme problema che continua a mietere vittime innocenti. Le istituzioni, a cui tocca dimostrare di avere capacità di intervento, devono fare la propria parte provvedendo a bonifiche in tempi celeri, ma anche l'Europa può e deve fare la sua parte, accompagnando la Campania in questo processo.

Pochi mesi fa, in un convegno che ha visto la presenza di medici e scienziati provenienti da ogni parte d'Europa, ho chiesto ad alcuni funzionari della Commissione – e ribadisco qui la mia richiesta – l'elaborazione di un manuale di buone pratiche, da quelle igienico-alimentari a quelle mediche e di prevenzione, per dare delle valide indicazioni ai cittadini che vivono in tutte le aree ad alto impatto ambientale d'Europa.

La Terra dei fuochi, assieme alle tante aree che soffrono un'emergenza ambientale, non deve essere considerata o avvertita come un problema esclusivamente italiano o campano: è un'emergenza europea. I problemi sono molteplici, complessi e collegati tra loro, e la sinergia tra le istituzioni europee e tra gli enti locali in questi anni è stata la vera chiave per arrivare a risultati tangibili.

Ringrazio il commissario Vella per la consueta disponibilità che dimostra ogni volta che parliamo di Terra dei fuochi e della Campania e per il coinvolgimento che ha dimostrato a più riprese. Grazie anche alle associazioni e alle istituzioni del territorio campano, alle migliaia di cittadini coinvolti in questo tentativo di salvare una terra meravigliosa. Ora si tratta solo di continuare a lavorare duramente e insieme, affinché la Terra di lavoro torni il prima possibile «Campania felix».

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Rosa D'Amato (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Mi perdoni, on. Caputo, ma lei sa che il governo e la Regione Campania sono dello stesso colore del suo partito, vero? Vi parlate? Avete modo di comunicare, di operare quello che lei suggerisce in maniera pratica, visto che sono vent'anni che questa emergenza è purtroppo agli onori della cronaca? Poi, una domanda sulla sua proposta: lei propone un manuale igienico-alimentare. Che vuol dire? Che vogliamo porre rimedio alla causa delle malattie dei nostri cittadini insegnando loro a mangiare meglio, piuttosto che dire che la causa vera è l'inquinamento?

Nicola Caputo (S&D), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Come al solito voi del Movimento 5 Stelle vedete sempre il bicchiere mezzo vuoto. La questione è una. Innanzitutto la questione politica: è chiaro che il governo nazionale e il governo regionale sono del mio stesso partito, e ne sono orgoglioso, tant'è che gli unici fatti concreti che sono stati realizzati, sono stati realizzati soprattutto in questi ultimi anni ed i risultati sono tangibili. Anche il rapporto con la Commissione è migliorato, tant'è che ci stiamo avviando alla risoluzione anche del problema dell'infrazione.

La proposta che ho fatto, invece, al gruppo di scienziati e che non è stata essenzialmente una mia proposta – una proposta che è uscita da un tavolo, e che ho ribadito alla Commissione – è per affiancare a tutte le misure, anche di natura sanitaria, che vengono messe in campo, anche una misura di informazione. È importante superare anche l'approccio culturale che in alcune aree, purtroppo, è un po' deficitario.

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zwar heute ein bisschen mehr Luft. Frau Grapini hat nachgefragt, warum ich ihr das Wort nicht für die blaue Karte gegeben habe. Bestimmte Grundsätze halte ich aufrecht. Es ist jedenfalls bei mir nicht üblich, dass man innerhalb der gleichen Fraktion Fragen stellt, weil wir hier schon Effekte gesehen haben, dass sich Kollegen die Bälle zuwerfen. Und das ist nicht die Art von Lebendigkeit der Debatte, die wir uns bei der Einführung der blauen Karte vorgestellt haben.

Ivan Jakovčić, u ime kluba ALDE. – Gospodine predsjedniče, htio bih na početku solidarizirati sa talijanskim prijateljima koji su postavili ovo pitanje s onima koji su govorili, koji žive u Italiji, koji žive u Kampaniji, svjesni činjenice da živjeti u takvom okruženju nije jednostavno, odgovorno je politički, odgovorno je na svaki način pogotovo na ljudski način. Znajući da u samom našem pitanju danas, gospodine povjereniče, govorimo o tome da je *la Terra dei Fuochi* područje u Kampaniji u kojem se nalazi otprilike 2 000 iznimno onečišćenih lokacija koje utječu direktno na život 2 i pol milijuna stanovnika koji prema mnogim navodima umiru od raka ili su izloženi zaista toksičnim požarima. Zaista je ozbiljno pitanje na koji način mislimo sve to zajedno riješiti.

Područje obuhvaća čak 57 općina između Napulja i Caserte. Dodatni je problem da nitko ne zna gdje je taj toksični otpad uopće zakopan, je li na jednom mjestu, na drugom mjestu, godinama se to čini. Sve govori o tome da se radi o organiziranom kriminalu, ali ne samo o organiziranom kriminalu, nego i odlaganjima na zaista krajnje divlji način. Ono što naravno najviše zabrinjava je to da sve to zajedno utječe strašno na javno zdravlje. Zastrašujuće je čuti podatke koje smo slušali, a pogotovo je zastrašujuća informacija da javno zdravstvo ne može pomoći djeci, ne može pomoći onima kojima je najpotrebitije zdravlje u rastu.

Dakle mladi ljudi, djeca stradavaju zbog toga što imamo ovakve toksične požare. Ono što želim naglasiti je još nešto. Želim razgovarati o tome kako rješavati takve probleme. Moje iskustvo mi govori da se rješavanje ovakvih problema može učiniti europskim novcem. Imam konkretne primjere na kojima sam osobno radio u saniranju i identificiranju 46 divljih odlagališta koja su bila, ili jesu još uvijek djelomično, na granici između Hrvatske i Slovenije.

Zajedničkim sredstvima, europskim sredstvima, zajedničkim naporima uspjeli smo naći sva ta zajednička divlja odlagališta i početi ih sustavno rješavati da tako kažem jedan po jedan. U to treba uključiti nevladine udruge. U stvaranju katastra divljih odlagališta, osobno sam uključivao izviđače, planinare, sve one udruge koje su dobronamjerne prema okolišu i koje žele aktivno sudjelovati u svemu tome. Identificirali smo taj katastar na način da postoji GPS odredište svakoga divljeg odlagališta. I onda se može sustavno krenuti i u rješavanje takvih problema.

Naravno da ovdje želim istaknuti ne samo način prekogranične suradnje, jer u ovom konkretnom slučaju toga čak i nemamo, ali želim naglasiti potrebu suradnje s lokalnim vlastima. Bez aktivnog učešća lokalnih vlasti, niti nacionalne niti regionalne, a kamoli europske vlasti mogu nešto napraviti. Da, treba nam europski novac, jer bez europskog novca lokalne, pa ni nacionalne ni regionalne vlasti, neće lako izaći na kraj. Ali, trebaju nam dobri partneri u lokalnim vlastima, u nevladinim udrugama jer bez njih siguran sam da ćemo vrlo teško rješavati probleme.

Želim vas upozoriti i iskoristiti ovu priliku, gospodine povjereniče, i spomenuti vam mnoge crne točke kako ih mi nazivamo u Hrvatskoj koje postoje u okolišu. Postoje u okolišu ne samo u Hrvatskoj, nego i zemljama kandidatkinjama, postoji na mnogo mjesta mnogo divljih odlagališta, mnogo opasnih odlagališta. Vrijeme je da napravimo taj katastar najopasnijih odlagališta u Europskoj uniji i u našem prvom susjedstvu u zemljama koje će vrlo brzo jednog dana postati i članice Europske unije.

Dakle, želim vas upozoriti i na jedan veliki problem, a to je problem odlaganja vojnog materijala u Jadranskom moru. To je krajnje ozbiljan problem. O tome nigdje nitko ne govori i svi se nekako skrivamo i ne želimo o tome javno govoriti. Ali, to je ozbiljan ekološki problem. Dakle, mislim da su kolege koji su otvorili ovo pitanje na ovakav način pokazali svoju želju i solidarnost s građanima Kampanije. Ja želim to još jednom ovdje potvrditi, ali želim zamoliti Europsku komisiju da se ozbiljno uhvatimo posla i na primjeru Kampanije, neka to bude početak rješavanja ukupnog problema s takvim divljim odlagalištima opasnog otpada u Europskoj uniji.

Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika).

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”. – Stimate coleg, sunt de acord cu tot ce ai spus dumneavoastră. Până la urmă, întrebarea este legată de viața oamenilor și cred că cu toții suntem de acord că trebuie să facem tot ce se poate pentru a salva vieți.

Dar vă întreb: față de ceea ce ați prezentat dumneavoastră și domnul Caputo, nu credeți că ar mai exista o posibilitate de a ajuta acea zonă și nu numai, că în Europa avem multe zone, prin Fondul strategic de investiții? Fondul acesta a fost creat exact pentru proiecte greu finanțabile din piață prin bănci și eu cred că un asemenea proiect, așa cum ar avea nevoie „Țara focurilor” și nu numai, s-ar putea preta la finanțare prin Fondul strategic. Ce părere aveți?

Ivan Jakovčić (ALDE), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice*. – Poštovana gospodo Grapini, hvala na vašem pitanju. Mislim da postoji niz načina kako se može pomoći i jedan ste vi spomenuli, a to je pitanje korištenja fonda EFSU na način da se zaista pomogne u rješavanju divljih ili toksičnih odlagališta. Ali ako se taj fond ne želi upotrijebiti u te svrhe, sigurno se može upotrijebiti za jačanje konkurentnosti poljoprivrede u Kampaniji, koja je nažalost zbog ukupne situacije, zbog svog imidža došla u probleme konkurentnosti.

I u tom kontekstu, ako želimo koristiti novac za zaštitu okoliša i rješavati probleme divljeg odlagališta, možemo to tako učiniti. A „Junckerov” novac, novac Junckerovog fonda, koristiti za jačanje konkurentnosti turizma, poljoprivrede i drugoga u Kampaniji.

Eleonora Forenza, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio in primo luogo ringraziare i colleghi e le colleghe per aver presentato questa interpellanza. Credo che sia fondamentale che il Parlamento e la Commissione europea affrontino questa questione, che ormai non possiamo più certo chiamare una emergenza, dato l'ampio lasso di tempo da cui si protrae. E vorrei rispondere, a chi ha parlato di una competenza esclusiva degli Stati membri rispetto ai problemi di cui stiamo discutendo, che il diritto alla salute è un diritto fondamentale garantito nella Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, così come il principio di precauzione dovrebbe essere un principio ordinatore dell'azione di Commissione, Parlamento e Consiglio.

Qui parliamo di una questione di giustizia ambientale negata, di fronte a cui non ci si può fare nessuno schermo, non si può addurre come alibi la competenza esclusiva dello Stato membro, sebbene siamo i primi a voler nominare quali siano le responsabilità del governo italiano e del governo locale.

Parliamo appunto, come veniva già detto negli interventi che mi hanno preceduto, di un'espressione, quella di «Terra dei fuochi», che comincia negli anni Duemila a diventare di uso comune, ma in realtà il problema di cui stiamo parlando, quello dello sversamento illegale di rifiuti speciali e tossici nella zona a cavallo fra le province di Napoli e Caserta, risale almeno a metà degli anni Settanta, e investigatori come Roberto Mancini avevano già messo in luce il problema.

Vorrei ricordare che un pezzo dello sviluppo delle piccole e medie industrie del Nord Italia si è costruito anche sullo sversamento esentasse di scarti di lavorazione nei terreni della Terra dei fuochi, con la mediazione della criminalità organizzata, che utilizzava ditte di movimento di terre, cave e trasporto di rifiuti per organizzare il traffico. Ritrovarsi quindi in una situazione di emergenza ancora oggi è un fatto politicamente e moralmente inaccettabile.

Personalmente sono in contatto, come altri colleghi qui in Aula, con i comitati che si occupano di difendere la giustizia ambientale nella Terra dei fuochi, e che sottolineano l'efficacia ad oggi delle misure di mappatura, monitoraggio e bonifica previste dalla legge italiana 6/2014e e implementate dal governo e dalla Regione Campania. Mancano progetti operativi di bonifica, manca un'analisi accurata dell'inquinamento delle falde acquifere, non sono coperte dai monitoraggi intere zone come quella comprendente il parco nazionale del Vesuvio. A cava dei Moli, ad esempio, nel comune di Maddaloni, si stima che siano presenti 200 000 metri cubi di rifiuti chimici già caratterizzati, ma la situazione è ferma e manca non solo un piano di bonifica operativo, ma anche la messa in sicurezza. Mancano inoltre piani di riqualificazione agricola dei terreni inquinati, con un grave danno economico per le popolazioni.

È necessario inoltre concentrare i test epidemiologici e tossicologici sulle persone che vivono all'interno del sito di interesse nazionale e non estenderli a tutta la regione, con il rischio di minimizzare la portata dei risultati. Le mamme del comitato «Vittime della Terra dei fuochi» hanno denunciato la morte per leucemia, nei soli ultimi quattro mesi, di ben 16 bambini, di cui l'80 % residente nella Terra dei fuochi. Troviamo da questo punto di vista vergognose le parole del ministro – anzi della ministra – della salute Lorenzin del 2015, che osò affermare che il tasso di mortalità più alto in Campania era dovuto a inquinamento da veicoli, a un cattivo sistema sanitario e a stili di vita e alimentazione errati. Siamo davvero senza parole, perché questo significa ignorare la pesantezza e la gravità del problema di cui stiamo parlando.

Ringrazio quindi ancora una volta i colleghi che hanno presentato questa interpellanza, un'interpellanza più che legittima, se consideriamo che la Commissione europea ha multato l'Italia per 22 milioni lo scorso febbraio e che, dopo la condanna della Corte europea del 2015 proprio per l'emergenza rifiuti in Campania e il non rispetto delle direttive 98/2008 e altre sul trattamento e riciclo dei rifiuti, dopo tutto questo ancora si stenta ad imporre una misura risolutiva a questo problema. Allora occorre anche sopperire a quanto lo Stato membro, il governo italiano, ancora stenta a fare, proprio perché in gioco c'è la salute dei cittadini e il diritto alla salute è un diritto fondamentale.

Voglio solo aggiungere che credo non basti – anzi, credo sia profondamente sbagliato – trasformare un problema di ordine economico-sociale, di giustizia ambientale di portata nazionale, in un problema di ordine pubblico, in un problema semplicemente di repressione e gestione dei flussi di rifiuti. La militarizzazione di molti di questi siti ha semplicemente troppo spesso impedito a comitati, a militanti, a esperti di poter presidiare in maniera adeguata i siti inquinati.

Penso che le soluzioni debbano essere di fondo, debbano essere soluzioni a lungo termine, ma debbano essere anche soluzioni immediate perché, appunto, parliamo di morti, parliamo di un danno economico, parliamo di un danno sociale che insiste su una zona in cui già la disoccupazione femminile e la disoccupazione giovanile è a livelli altissimi.

Sono appunto possibili anche misure immediatamente applicabili per ridurre la portata degli sversamenti e contenere il fenomeno dei roghi. Occorre attuare protocolli per fare prevenzione secondaria, ovvero disintossicare dagli agenti inquinanti assorbiti e soprattutto fare prevenzione primaria.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Terra dei fuochi è una delle situazioni più drammatiche del mio paese, ma anche dell'intera Europa. Parliamo di veri e propri avvelenamenti di massa a partecipazione pubblica. Sì, perché entrambi hanno una cosa in comune: lo Stato.

Sulla Terra dei fuochi dal 1991 al 2013 sono state 80 le inchieste per traffico illegale di rifiuti tossici, 2 000 le denunce, 500 le aziende coinvolte, 95 gli imputati a vario titolo, tra cui disastro ambientale e omicidio plurimo colposo. Ovviamente, prescrizione per tutti.

Tra Caserta e Napoli i decessi per tumori superano di gran lunga ogni media nazionale e straniera. Lo Stato conosce da anni la situazione: già a fine 2013, con un decreto per fronteggiare le emergenze ambientali e industriali, aveva stabilito la necessità di fare degli *screening* sanitari per essere certo della correlazione tra morti e Terra dei fuochi – come se ce ne fosse bisogno – *screening* però poi interrotti, perché le risorse sono state dimezzate. Ma il governo, nell'ambito della politica cosiddetta «svuota carceri», ha di fatto vanificato questo decreto e reso aleatoria la condanna per chi applica veri e propri roghi della morte.

Il governo dimostra così di avere ignorato che il diritto all'ambiente è un elemento costitutivo del diritto alla salute, che la Costituzione tutela in quanto diritto primario con il suo articolo 32, rendendosi così ripetutamente moroso rispetto all'adempimento sia degli obblighi comunitari che costituzionali, nonostante i numerosi moniti della Corte di giustizia europea. E i cittadini quindi pagano, e non solo con i 120 000 euro al giorno della multa europea, ma con quanto di più importante hanno: la loro vita e la vita dei loro figli. Il governo deve fornire una prospettiva diversa agli abitanti delle aree contaminate, trasformando la criticità in opportunità.

Ed ecco però la proposta: la Commissione europea si faccia promotrice – uno: della creazione di centri di ricerca internazionali, magari con sede nel Mezzogiorno d'Italia, che si occupino sia delle nuove tecnologie di bonifica che del processo decisionale per identificarle; centri guida per un settore che è in espansione. Due: poiché in Italia, e in Europa, molti siti rimangono abbandonati ed inquinati senza che il responsabile sia individuato e bonificato, chiediamo che sia istituito un fondo europeo finanziato dalle industrie inquinanti, come il *superfund* dell'EPA.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, je me devais d'être présent. D'abord, pour accompagner nos amis italiens; ensuite, comme député strasbourgeois, c'est aussi un devoir d'être là pour rendre réelle cette session du Parlement le jeudi après-midi, ce qui semble quand même difficile quand on compare par rapport à un jeudi après-midi à Bruxelles; enfin, parce que j'aime beaucoup la région de Naples pour y avoir beaucoup navigué, et parce que c'est une région absolument splendide.

J'aimerais qu'on élève un peu le débat sur la question du détournement de fonds européens vers la mafia et qu'on se pose la question des procédures qui ont permis cela. Certes – et j'y reviendrai –, il y a une responsabilité de l'Italie dans la délégation de gestion de ces fonds, mais il y a un problème plus global. Je constate – je me tourne vers la Commission – que soit nous sommes dans des procédures extrêmement compliquées où, craignant tout détournement de fonds, nous n'arrivons plus à dépenser les fonds. Pour illustrer mon propos, je citerai le G5 Sahel, pour lequel nous avons voté 15 milliards, qui sont absolument nécessaires pour la lutte en matière de sécurité et développement dans cette zone, mais les procédures mises en place sont telles qu'on ne dépense pas l'argent par peur d'un détournement des fonds. Il y a un problème. Soit nous sommes en face de protocoles, de chartes d'éthique, de codes de bonne conduite, de principes de transparence, de divulgations de conflits d'intérêt, et j'en passe, d'appels d'offres ouverts et, malgré tout, nous constatons ce détournement de fonds permanent.

Pourquoi en est-on arrivé là? Je pense que vous devez, à la Commission, vous poser des questions. Comment adapter des procédures au monde réel et à la situation réelle? Car il est très facile de faire des appels d'offres dans lesquels il y a détournement ou dévoiement des fonds. Cela aurait dû être anticipé, car il est quand même inacceptable qu'on arrive, par des fonds européens, à soutenir la criminalité organisée. Certes, ce que vous proposez est très bien. On sanctionne, on redonne de l'argent pour contribuer à remettre les choses en place, mais cet argent donné ne sera-t-il pas à nouveau détourné?

En Italie, nous faisons face à la même situation que celle que nous avons dans des pays très difficiles – et je pense particulièrement à la mafia albanaise, au Kosovo, en Bosnie-Herzégovine ou même en Serbie, dans tous ces pays de l'élargissement –, où des fonds communautaires – et vous le savez – sont détournés également pour soutenir des mouvements de la criminalité organisée.

Nous devons repenser ces procédures. Je voudrais revenir sur mon expérience: quand j'étais en 1980 auprès du maire de Strasbourg, les services étaient publics et nous avions la maîtrise de nos déchets, ce qui évitait tout détournement de la procédure puisque la ville était responsable et gérait elle-même, en régie propre, toute la gestion de ses déchets.

Les appels d'offres généralisés, la libéralisation selon laquelle il fallait mettre en concurrence ont particulièrement conduit à pareille situation de détournement de la procédure par des sociétés fictives, par des sociétés écrans au profit d'organismes et de la criminalité organisée ou, tout simplement, de sociétés qui font des profits absolument inacceptables. Tout cela fonctionnait très bien à Strasbourg, j'en donne l'exemple, quand nous le faisons en régie propre.

Deuxième chose: l'affaiblissement de l'État, la manière dont l'État a été empêché, le retrait de sa souveraineté, l'incapacité qu'il a véritablement de pouvoir utiliser les moyens, souvent de force, à l'égard de la criminalité organisée. Il n'y a pas que des éléments de droit, il y a aussi le monopole de la force, et nous sommes rentrés dans un circuit si compliqué que nous n'en sortons pas parce que nous avons affaibli les États.

Enfin, pour terminer, la Commission doit réfléchir à des procédures liées à la réalité.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, in the 1600s, when Naples was experiencing its golden age, it was known as the most fertile plain in the world. In the past 20 years, however, Naples and the Campania district have had new nicknames: 'Land of Poison', 'Triangle of Death', 'Land of Fires'. The latter, of course, refers to the region of Campania where toxic wastes have been illegally burned and buried in a systematic fashion since the late 1980s. This is environmental sabotage on a grand scale.

From 1994 to 2008 the region of Campania in south-west Italy was under a formal state of emergency declared due to the saturation of regional waste treatment facilities. There is growing evidence, including from the World Health Organisation, that the accumulation of waste, illegal and legal, urban and industrial, has contaminated soil, water and the air with a range of toxic pollutants, including dioxins. It has even emerged that the United States Navy, whose European Command is based in Naples, conducted a USD 30 million study from 2008-2011 into local air, soil and water. They found unacceptable health risks and advised their personnel accordingly. Throughout all the research, a high

correlation between incidence of cancer, respiratory illnesses and genetic malformations and the presence of industrial and toxic waste landfills has been found. Reported cases include women getting breast cancer unusually early, men developing lung cancer despite never having smoked, and children born with Down's Syndrome to comparatively young mothers. All this is very, very worrying.

Many people say that the catalyst for this catastrophe is illegal trade and that hazardous waste is a by-product of tax dodging in a country with one of the highest levels of evasion in western Europe. Businesses massaging their income had to mask the scale of their activities and that meant hiding huge amounts of hazardous waste. Yet some people's solution to this is to blame the European Union and, above all, the Commission. There is a phrase, 'where there is a will, there is a way', but you could also say, 'where there is no political will, there is undue delay'. Commissioner Vella has pointed out the efforts they have made to help. The European Court of Justice fined Italy EUR 40 million, which they paid in 2015, and again another EUR 40 million in late 2015, again EUR 20 million, and, as has been mentioned, EUR 120 000 daily.

But all the fines in the world will not solve the problem unless there is a real, genuine effort and the political will to do so. The Commission is prepared to give EUR 172 million, but it can only act within the Treaties and the powers given to it. So I think there is need for fresh thinking and here and for cooperation so that the Land of Fires can once again become the most fertile plain in the world and a great place to live.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è molto importante la discussione che stiamo facendo oggi qui, e ringrazio i colleghi Pedicini ed altri, che hanno sollecitato questa riflessione. Però non sprechiamo questa occasione e proviamo a fare insieme al commissario Vella una riflessione che ci consenta di fare qualche passo in avanti rispetto a una vicenda di cui conosciamo tutti gli aspetti.

Non c'è cosa che non sappiamo di quello che è accaduto, negli ultimi 25, 30, 35 anni, in quella nostra terra. Conosciamo l'accumulazione originaria della criminalità organizzata, che ha fatto dello scambio con le imprese del Nord l'inizio, negli anni Settanta e negli anni Ottanta, di quella che poi è diventata la Terra dei fuochi. Conosciamo le responsabilità anche di tante forze produttive di quel territorio, che hanno continuato a utilizzare quelle aree per discariche abusive. Conosciamo le responsabilità dolorosissime della politica, a cominciare dalla mia parte politica.

Ma se noi continuiamo a farci solo del male, a polemizzare, e non proviamo a cogliere le occasioni che di volta in volta le istituzioni nazionali, regionali, locali ed europee ci consentono per riaprire questo dossier e fare, di queste occasioni, occasioni per fare un passo in avanti proprio per rispondere alle esigenze che abbiamo davanti, innanzitutto le esigenze di salute, di sanità che abbiamo su quel territorio, e di rilancio anche dell'immagine produttiva e civile di quell'area, allora sprechiamo il nostro tempo. Magari conquistiamo un po' di consenso personale, ma non facciamo passi in avanti.

Noi abbiamo una conoscenza della realtà come non mai. Sappiamo dove sono i siti inquinanti, o almeno la gran parte di essi: li abbiamo monitorati, finalmente abbiamo una mappa. Abbiamo un rapporto sulla salute. Poi si può discutere delle metodologie, e c'è anche un ulteriore aggiornamento, ma sappiamo che il problema c'è e che riguarda soprattutto i nostri bambini.

E abbiamo in corso un'azione di contrasto. Se io cito solo le cose che si sono fatte negli ultimi mesi del 2016 per contrastare quello che avviene adesso su quel territorio, dagli arresti, ai controlli, alle multe che sono state fatte, al tentativo di bloccare ancora uno sversamento abusivo su quelle aree, noi ci rendiamo conto che è in corso un'azione, un'iniziativa. Abbiamo finalmente un piano di raccolta e di smaltimento dei rifiuti – so che ne stanno discutendo con lei proprio in queste settimane. E abbiamo per la prima volta – lo dico alla mia collega D'Amato – ingenti risorse a disposizione. Non era mai accaduto tutto questo. Abbiamo risorse nazionali, abbiamo risorse europee.

E allora noi dobbiamo provare a costruire le condizioni perché stavolta, davvero, questa occasione non sia un'occasione persa. Non dobbiamo più ritornare in quest'Aula nei prossimi mesi per raccontarci una sconfitta, perché avendo la conoscenza, avendo gli strumenti e avendo anche le risorse a disposizione, poi ritorniamo a denunciare l'assenza di iniziative. Allora tutto quello che si può fare: innanzitutto una più forte concentrazione delle istituzioni, ma anche un accompagnamento.

Io qui vorrei proporre tre cose semplici. D'intesa con gli altri parlamentari, torniamo ogni sei mesi qui – magari utilizziamo la commissione per l'ambiente – e facciamo un punto sulla situazione, ogni sei mesi. Perché questa questione va affrontata, non può diventare oggetto di campagna politica ogni volta. Ogni sei mesi, per individuare responsabilità e cose che non si sono fatte.

Vorrei invitare il commissario Vella a venire in Campania a incontrare le autorità e a fare un punto sullo stato dell'avvio del programma delle bonifiche, sul piano sanitario. Fare un punto reale, dello stato reale delle cose. E vedere insieme che cosa fare, perché su questo sono d'accordo con tutti i colleghi che l'hanno detto: non possiamo avere solo una Europa che commina multe e poi basta.

E infine, io sono d'accordo con la proposta della collega D'Amato: lavoriamo per un centro di ricerca. Noi abbiamo tre poli importanti di bonifica nel Mezzogiorno d'Italia: Taranto, Crotone e Terra dei fuochi. È importante avere un investimento scientifico nel territorio del Mezzogiorno, perché può essere d'aiuto a questo programma enorme, che dobbiamo fare, di bonifica di questi nostri territori, e può essere anche una scelta vincente sul terreno anche di un rapporto più forte tra scienza, innovazione e sviluppo ecocompatibile.

Ecco, io credo che questo sia un modo per affrontare e per provare a dare una risposta positiva a una sfida enorme che sta davanti a noi, e sarebbe davvero drammatico se nei prossimi mesi tornassimo qui a discutere come se nulla fosse accaduto.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio anch'io ringraziare il commissario e i colleghi: il collega Pedicini, i colleghi che con la loro interpellanza ci offrono quest'occasione importante di discutere anche qui, oggi, in merito a questa questione seria, annosa, grave che è la questione «Terra dei fuochi». È una questione ormai nota, colleghi, lo avete detto, ma non è per questo meno seria, non è per questo meno dolorosa.

Come avete già detto e come voglio ricordare, questa questione ha il volto delle centinaia e centinaia di persone, di donne, di bambini che in questi lunghi anni si sono ammalati a causa dello sversamento di rifiuti, che è stato operato in maniera illegale dai clan camorristici, certamente, ma anche da una certa economia sommersa, di cui dovremmo altresì discutere.

È una questione seria e dolorosa, come dicevo, perché esiste una correlazione evidente e riconosciuta tra lo sversamento illegale dei rifiuti e queste patologie tumorali: non citerò qui tutta la letteratura scientifica che ci ricorda questa correlazione – l'abbiamo sostenuto tutti, lo avete detto prima di me – e quindi mi limito soltanto a richiamarla. Dicevo, è una questione nota perché – colleghi, presidente, commissario – di questa questione noi discutiamo ormai da vent'anni.

L'operazione «Adelphi», che accertò per la prima volta il ruolo del clan Bidognetti attraverso Gaetano Cerci, attraverso la figura controversa, pericolosissima, di Cipriano Chianese, è del 1991. Nel 1995, durante il dibattimento del procedimento penale Avolio +19, fu ascoltato il pentito Schiavone, per la prima volta, che indicò, in quel dibattimento, i luoghi – lo ricorderete – dove dovevano essere interrati dei rifiuti che lui disse radioattivi. Ci fu poi un'azione, dopo quelle dichiarazioni, come conseguenza di quelle dichiarazioni, ci fu un'iniziativa della Criminalpol di Roma su delega della Procura napoletana, che avviò una serie di ispezioni, una serie di sopralluoghi nei siti indicati da Schiavone. Ma i rifiuti radioattivi non sono stati mai trovati, non sono stati mai identificati, come ha ribadito a più riprese Federico Cafiero De Raho, che al tempo, lo voglio ricordare, era il capo della DDA di Napoli.

Venti anni, dunque. In questi venti anni sono state dette tante cose, forse non tutte a proposito: abbiamo ascoltato molte cose approssimative, fino ad assistere a una specie di corto circuito pernicioso, a un certo punto – ho ricordato il caso dei rifiuti radioattivi mai identificati. Un corto circuito pernicioso, che a un certo punto sembrava inseguire più una richiesta di sensazionalismo a tutti i costi che non la ricostruzione reale, precisa, doverosa dei fatti. E in alcuni casi, colleghi, siamo arrivati addirittura al parossismo – io lo voglio ricordare – con camorristi pentiti che accusavano magistrati di dire bugie. Anche questo è accaduto.

E allora, colleghi, ci dobbiamo imporre, in questa discussione, perché sia veramente utile, perché sia costruttiva, intanto il rispetto dei fatti, la ricostruzione precisa, puntigliosa, doverosa della verità. E la verità ci impone di dire che la questione è molto seria e molto grave, la più grande mattanza di vittime innocenti che si sia mai verificata in quell'area del paese, certamente.

Ma non possiamo non dire che i passi in avanti sono tali e tanti, insomma dobbiamo riconoscere che finalmente, dopo anni di silenzi colpevoli, dopo anni di incapacità di azione, il governo italiano, le autorità locali, mi piace dire «lo Stato italiano» stanno lavorando bene, anche in collaborazione con la Commissione europea. Voglio ricordare le cose più importanti. La legge 68 del 2015, che ha introdotto nel codice penale un nuovo titolo dedicato ai delitti contro l'ambiente, sta funzionando, sta funzionando perché i dati elaborati dalla commissione ecomafie ci dicono che funziona. Così come possiamo riconoscere che il territorio è presidiato, che si sta lavorando in maniera seria alle bonifiche, a partire dalle zone più delicate.

Insomma, tanto si sta facendo e tanto bisogna continuare a fare, come stiamo facendo, lasciandoci alle spalle questi venti anni di incapacità e di silenzi e continuando sulla strada che abbiamo intrapreso e che io credo ci porterà finalmente alla risoluzione di questo problema serissimo per l'Italia e per l'Europa.

Catch-the-eye-Verfahren

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, nu vreau să mai reiau din dezbaterile colegilor mei. Sunt de acord că deșeurile afectează viața oamenilor și o afectează pe termen lung și pe generații. Vreau să ne gândim la soluții.

Eu am fost surprinsă când am văzut că, iată, Comisia, în directiva pentru deșeuri a lăsat o porțiță pentru ca deșeurile periculoase să nu fie înregistrate. Transporturile mai mici de două tone de deșeuri periculoase și douăzeci de tone de deșeuri nepericuloase pot să treacă fără să fie înregistrate. Noi avem nevoie de o trasabilitate exactă, pentru că poate fi un transportator cu două tone de deșeu periculos, dar pot fi o mie de transportatori cu două tone pe an și atunci, gândiți-vă că mutăm focarele de infecție dintr-o țară în alta. Eu cred că aici trebuie să ne gândim la soluții pe termen imediat, cum putem să stopăm, dar mai ales pe termen lung.

Domnule comisar, poate vă gândiți să dedicați o sumă de cercetare ținută pe tehnologia pentru distrugerea deșeurilor, pentru că nu cred că avem acum o evidență foarte clară: ce tipuri de deșeuri avem și ce tehnologie avem pentru a le distruge și să nu afecteze viața oamenilor.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I agree with my colleagues that this was a very good opportunity to discuss this great, huge, alarming, chronic problem – and I call it chronic because we act, we discuss, we act and discuss, and the problem goes on and on. The Commission is very much aware of the worrying situation caused by the sub-standard and illegal waste management in Campania over the years and has already acted consequently and comprehensively, for over more than 10 years now. The Commission has done its maximum within its legal powers and will continue to do its utmost to curb the situation. However, strict enforcement of relevant legislation by the Italian competent authorities is paramount to eradicate an environmental and health problem which is instigated by organised crime, and maybe some MEPs know more than others and accept and admit more than others what is actually going on.

I agree with those who said that the citizens are not only paying with their taxes, but more so, they are paying with their health. Mr Pedicini asked whether the infringement procedure works and I must say, yes, it does work. It works in other Member States. It also works in other sectors in Italy itself, so why should it not work in Italy for this sector? I have to say that even here, as I mentioned before, there was progress in this sector, there was improvement, as a colleague mentioned, that the Italian authorities in December presented a management plan which my services are assessing. I was also a bit surprised that, in this letter that we signed, we talk about waste, we talk about health, but very little about the root of the problem, the criminal activity for which the state and the citizens are paying and against which we all have to act.

We talked about funding. I do not think that we are addressing an issue of lack of funds here. Funding was available. I also mentioned that EUR 72 million was provided in the current financial framework, but funding alone will not do the job. We also need the political goodwill of all the authorities, of all the parties, to fight the root cause of these problems. We have only heard about what the EU should do when the EU has already done a lot, without naming and shaming the illegal activities. If we continue to discuss only the Commission and the EU without addressing and shaming what the real cause is, I think this will only encourage the illegal activities to go on.

And let us not underestimate the scale of this illegal activity because the waste problem in the Campania region has been characterised by illegality, inefficiency, irresponsibility and indecision. It is a much more complex phenomenon than it seems and unfortunately it has been inadequately addressed by policymakers.

As I said before, I can assure you that my services and all the Commission will keep monitoring the situation in Campania to verify that the Italian authorities are taking the necessary measures to ensure that the waste is managed without endangering human health and the environment in accordance with EU waste legislation. I need to stress again, however, that the solution to the acute health problems derived from the illegal treatment of waste in Campania is dependent on all relevant actors working effectively together. It is paramount that the Italian competent authorities take a firm hold of the situation and clamp down on organised crime in order to dissociate it from waste management. I think we can all be of service to our citizens not only by discussing the problem, but by actively working together to address again the root cause of it all. We know what the problem is, we know what we have to do so, let us do it. Let us act to solve the problem and not continue discussing it *in aeternum*.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache geschlossen.

12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

13. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

14. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

15. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 16.10 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos